

Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft

Herausgegeben von

Hans K. Schneider, Waldemar Wittmann, Hans Würgler

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 85/I

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 85/I

**Verhandlungen auf der Tagung der
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- Verein für Socialpolitik -
in Zürich**

vom 2. - 5. September 1974

Herausgegeben von

**Hans K. Schneider,
Waldemar Wittmann, Hans Würgler**

unter Mitarbeit von

Monique Dubois und Heinz-Dieter Haas

Erster Halbband



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Verhandlungen auf der Tagung des
Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts-
und Sozialwissenschaften, in Zürich 1974

Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft

Erster Halbband



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung für sämtliche Beiträge vorbehalten**

© 1975 Duncker & Humblot, Berlin 41

**Gedruckt 1975 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61
Printed in Germany**

ISBN 3 428 03558 5

Vorwort

Die vorliegenden beiden Bände über „Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft“ enthalten die Plenumsreferate, Arbeitskreispapiere und Diskussionsbeiträge der Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, die vom 2. bis 5. September 1974 in Zürich veranstaltet worden ist.

Das Stabilisierungsproblem ist beim Erscheinen dieser Tagungsbände ebenso aktuell wie bei der drei Jahre zuvor erfolgten Wahl des Tagungsthemas. Allerdings hat sich innerhalb des Problems mittlerweile eine gewisse Gewichtsverlagerung vollzogen, indem neben der Inflation die Arbeitslosigkeit als Phänomen der Unstabilität mit in den Vordergrund getreten ist. Würde die Tagung heute durchgeführt, wäre in ihren Materialien zweifellos mehr von Beschäftigungspolitik die Rede.

In der Vorbereitung und Gestaltung der Tagung sind — nach dem hundertjährigen Jubiläum des Vereins für Socialpolitik von 1972 — einige Neuerungen gewagt worden, die sich in der Begrüßungsansprache des stellvertretenden Vorsitzenden dargelegt finden. An dieser Stelle mag hervorgehoben werden, daß lediglich für die 6 Plenumsvorträge die Referenten berufen wurden, wogegen man für die Arbeitskreise die erhofften Referate dem Konkurrenzsystem durch Ausschreibung unterworfen hat. Von den in die 10 Arbeitskreise eingebrachten 34 Papieren sind aufgrund der Angebote 22 vergeben worden, und 12 mußten noch auf dem Berufswege beigebracht werden, um das Tagungskonzept zu erfüllen. Mit den Korreferaten in den Arbeitskreisen sind ausgewählte Tagungsteilnehmer betraut worden. Die detaillierte Programmgestaltung sowie die Auswahl von Referenten und Korreferenten besorgte der Leiter der wissenschaftlichen Vorbereitung der Tagung im Einvernehmen mit den Arbeitskreisleitern.

Die Herausgabe dieser Bände erfolgt indessen in traditioneller Weise, indem die Diskussionen in vollem Wortlaut abgedruckt sind. Mit Rücksicht darauf durften die Arbeitskreispapiere keine materiellen Änderungen erfahren. Die in der Publikation eingetretene, bedauerliche Verspätung ist in erster Linie auf die langen Fristen zurückzuführen, die von Referenten, Korreferenten, Arbeitskreisleitern und Diskussionsteilnehmern zur Durchsicht der Druckfahnen beansprucht wurden. Sie alle sind — wenn auch in recht unterschiedlichem Maße — Mitarbeitern der Herausgeber zu Dank verpflichtet, die sich der Texte bei der Druckreif-

gestaltung, dem Fahnenlesen und der Umbruchkorrektur in geduldiger und sorgfältiger Weise angenommen haben oder bei den Vorbereitungsarbeiten eingespannt waren. In diesem Sinne verdienen Trudi Brauers und Wolfgang Renonet in Köln und Gertrud Löhlein in Zürich genannt zu werden. Die Herausgeber schließen sich diesem Dank an und möchten auch alle anderen Personen und Institutionen darin einbeziehen, die zum guten Gelingen der Zürcher Tagung 1974 in irgendeiner Weise beigetragen haben.

Frankfurt a. M., Köln und Zürich,
im Oktober 1975

Monique Dubois
Heinz-Dieter Haas
Hans-Karl Schneider
Waldemar Wittmann
Hans Würzler

Inhaltsverzeichnis

ERSTER HALBBAND

Eröffnungsveranstaltung	1
Begrüßungsansprache des stellvertretenden Vorsitzenden, Professor Dr. <i>Waldemar Wittmann</i> , Frankfurt am Main	3
Ansprache des schweizerischen Bundespräsidenten, <i>Ernst Brugger</i> , Bern	7

Plenum

Stabilität als wirtschaftspolitische Zielsetzung

Leitung: <i>Fritz Neumark</i> , Frankfurt am Main	
<i>Walter Adolf Jöhr</i> , St. Gallen	
Das Stabilitätsziel im Widerstreit der Meinungen	15
<i>Werner Kaltefleiter</i> , Kiel:	
Beziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität	43

Arbeitskreis A

Stabilitätsziel und Zielsysteme

Leitung: <i>Gérard Gäfgen</i> , Konstanz	
<i>Bruno Fritsch</i> , Zürich:	
Stabilität als systemares Problem	61
Korreferat: <i>Reimut Jochimsen</i> , Bonn	79
Diskussion	85
<i>Lothar F. Neumann</i> , Siegen:	
Das Stabilitätsziel innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme	95
Korreferat: <i>Heinz Hauser</i> , St. Gallen	121
Diskussion	125
<i>Josua Werner</i> , Hohenheim:	
Geldwertstabilität als materiales Stabilitätsziel	133
Korreferat: <i>Gerold Blümle</i> , Freiburg i. Br.	153
Diskussion	157

Arbeitskreis B**Motivationen für Geldwertstabilität**Leitung: *Hans Möller*, München*Heinz Rieter*, Bochum:

Geldwertstabilität aus der Sicht privater Haushalte 169

Korreferat: *Vincenz Timmermann*, Hamburg 199

Diskussion 202

Alfred Meier, St. Gallen:

Geldwertstabilität aus der Sicht des öffentlichen Sektors 211

Korreferat: *Helga Pollak*, Göttingen 235

Diskussion 241

Norbert Szyperski, Köln:Geldwertstabilität aus der Sicht privater Unternehmungen — Situative
und strukturelle Aspekte 247Korreferat: *Edmund Heinen*, München 273*Jürgen Hauschildt*, Saarbrücken:

Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung 277

Korreferat: *Herbert Hax*, Wien 299

Diskussion 304

Arbeitskreis C**Empirische Untersuchungen zu Zielkonflikten**Leitung: *Artur Woll*, Siegen*Rainer Schmidt* und *Torsten Tewes*, Kiel:Eine ökonometrische Untersuchung über die Bestimmungsgründe der
kurzfristigen Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der
Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1963 bis 1973 317Korreferat: *Frank E. Münnich*, Innsbruck 345

Diskussion 350

Jürgen Kromphardt, Gießen:Empirische Untersuchungen über die Bestimmungsgründe des Preis-
niveaus 363Korreferat: *Angelo A. Rossi*, Zürich 383

Diskussion 386

Helge Majer, Tübingen:

Zahlungsbilanzgleichgewicht versus innere Stabilität	393
Korreferat: <i>Helmut Frisch</i> , Wien	415
Diskussion	417

Arbeitskreis D

Messung der Stabilität und stabilisierungspolitische Programmgestaltung

Leitung: *Olaf Sievert*, Saarbrücken

Paul Klemmer, Bochum:

Indikatoren für die Stabilisierungspolitik	429
Korreferat: <i>Klaus-Dieter Schmidt</i> , Kiel	445
Diskussion	451

Manfred Rose, Heidelberg:

Maßorientierte Stabilisierungspolitik über finanzwirtschaftliche Staatsaktivitäten	465
Korreferat: <i>Hans J. Barth</i> , Wiesbaden	487
Diskussion	492

Hans Tietmeyer, Bonn:

Stabilisierungspolitik: von der Diagnose zum Programm	503
Korreferat: <i>Helmut Schlesinger</i> , Frankfurt am Main	521
Diskussion	526

Arbeitskreis E

Politische Prozesse zur stabilisierungspolitischen Zielfindung

Leitung: *Erich Streißler*, Wien

Werner Zohlnhöfer, Dortmund:

Eine politische Theorie der schleichenden Inflation	533
Korreferat: <i>Christian Watrin</i> , Köln	555
Diskussion	561

Joachim Starbatty, Köln:

Stabilisierungspolitik im Wechsel zwischen Exekutive, Legislative und organisierten Gruppen	581
Korreferat: <i>Hans Peter Widmaier</i> , Regensburg	603
Diskussion	608

Thomas G. Lachs, Wien:

Stabilisierungspolitik und Wirtschaftspartnerschaft am Beispiel Österreichs	619
Korreferat: <i>Leo Schürmann, Zürich</i>	637
Diskussion	642

Plenum

Gesamtkonzepte der Stabilisierungspolitik

Leitung: *Waldemar Wittmann, Frankfurt am Main*

Jürg Niehans, Baltimore:

Stabilisierung in einer offenen Volkswirtschaft	651
---	-----

Hermann Albeck, Tübingen:

Sonderprobleme einer Stabilisierung in der Europäischen Gemeinschaft	673
--	-----

ZWEITER HALBBAND

Arbeitskreis F

Außenwirtschaftliche Aspekte der Stabilisierungspolitik

Leitung: *Otmar Issing, Nürnberg*

Heiko Körner, Hamburg:

Außenwirtschaftliche Ansatzpunkte für die Stabilisierungspolitik	693
Diskussion	712
Korreferat: <i>Manfred Borchert, Münster</i>	713
Diskussion	717

Emil Küng, St. Gallen:

Die Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik	731
Korreferat: <i>Wolfgang Stützel, Saarbrücken</i>	753
Diskussion	767

Emil-Maria Claassen, Gießen:

Stabilisierungspolitik in interdependenten Wirtschaften: Die monetäre Hypothese der Weltinflation	775
Korreferat: <i>Manfred Neumann, Nürnberg</i>	791
Diskussion	795

Inhaltsverzeichnis

XI

Michael Schmid, Mannheim:

Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts als multiples Rechnungsproblem	805
Korreferat: <i>Erich Spörndli</i>	842
Diskussion	847

Arbeitskreis G

Geld- und Finanzpolitik zur Stabilisierung

Leitung: *Werner Ehrlicher, Freiburg i. Br.*

Dieter Biehl, Kiel:

Budgetkonzepte als Ziel- und Meßgrößen für die finanzpolitische Konjunktursteuerung: Der konjunkturneutrale und der konjunkturge-rechte Haushalt	853
Korreferat: <i>Werner Noll, Würzburg</i>	881
Diskussion	884

Walter Wittmann, Freiburg i. Br.:

Öffentliche Einnahmepolitik im Dienste der Stabilisierung	907
Korreferat: <i>Otto Gandenberger, Mainz</i>	925
Diskussion	932

Dieter Duwendag, Speyer:

Geldpolitische Konzeptionen zwischen Keynes und Friedman	937
Korreferat: <i>Franz Ritzmann, Zürich</i>	965

Manfred J. M. Neumann, Berlin:

Fiskalisch oder monetär ausgerichtete Stabilisierungspolitik	971
Korreferat: <i>Reinhard Pohl, Berlin</i>	997
Diskussion	1002

Arbeitskreis H

Wettbewerb und Stabilisierungspolitik

Leitung: *Erich Hoppmann, Freiburg i. Br.*

Reinhard Blum, Augsburg:

Administrierte Preise als Problem der Stabilisierungspolitik	1021
Korreferat: <i>Christian Marfels, Halifax</i>	1037
Diskussion	1040

XII

Inhaltsverzeichnis

Bernhard Külp, Freiburg i. Br.

Die Bedeutung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten für die Stabilisierung des Preisniveaus der Güter	1069
Korreferat: <i>Werner Glastetter</i> , Düsseldorf	1087
Diskussion	1094

Burkhardt Röper, Aachen:

Stabilisierungspolitische Aspekte der Wettbewerbsordnung im Bankensystem	1111
Korreferat: <i>Wolfram Engels</i> , Frankfurt a. M.	1140
Diskussion	1146

Arbeitskreis J

Einkommenspolitik zur Stabilisierung

Leitung: *Kurt Rothschild*, Linz

Silvio Borner, St. Gallen:

Versuch einer theoretischen und politischen Neuinterpretation der Einkommenspolitik	1163
Korreferat: <i>Horst Zimmermann</i> , Marburg	1191

Ulrich Teichmann, Frankfurt a. M.:

Das Lohnfondskonzept als Mittel zur rationalen Lohnpolitik	1145
Korreferat: <i>Erwin Weissel</i> , Wien	1213
Diskussion	1218

Harald Scherf, Hamburg:

Indexierung von Einkommenszahlungen als Mittel der Stabilisierungspolitik	1239
Korreferat: <i>Alois Oberhauser</i> , Freiburg i. Br.	1251
Diskussion	1255

Werner Meißner, Frankfurt a. M.:

Möglichkeiten der Messung und Kontrolle von Gewinnen	1267
Korreferat: <i>Klaus von Wysocki</i> , München	1285
Diskussion	1291

Arbeitskreis K**Stabilisierungspolitik und sektorale sowie regionale Strukturpolitik**Leitung: *Knut Borchardt*, München*Ulrich Koester*, Göttingen:

Geldwertneutrale Entwicklung sektoraler Preise als Problem gesamtwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik	1303
Korreferat: <i>Hellmuth Seidenfus</i> , Münster	1323
Diskussion	1326

Hans-Rudolf Peters:

Stabilisierungspolitische Gefahren protektionistischer sektoraler Strukturpolitik	1341
Korreferat: <i>Horst Siebert</i> , Mannheim	1365
Diskussion	1371

Ewald Nowotny, Linz:

Formen, Ursachen und wirtschaftspolitische Relevanz regional unterschiedlicher Konjunkturreakibilität	1391
Korreferat: <i>Georges Fischer</i> , St. Gallen	1415
Diskussion	1420

Plenum**Ordnungspolitische Probleme der Stabilisierung**Leitung: *Heinz Haller*, Zürich*Hans Willgerodt*, Köln:

Stabilitätsförderung durch marktwirtschaftliche Ordnungspolitik — Notwendigkeit und Grenzen	1443
--	------

Carl Christian von Weizsäcker, Bonn:

Politische Grenzen der Globalsteuerung und ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen	1469
--	------

Podium

Stabilisierungspolitik in Gegenwart und Zukunft	1481
--	-------------

Leitung: *Gérard Gäfgen*, Konstanz

Schlußwort	1513
Verzeichnis der Referenten	1515
Verzeichnis der Mitarbeiter	1519

Zeitplan der Jahrestagung Zürich 1974

Montag 2. 9. 74	9.30 - 13.00	Kongreßhaus	Mitgliederversammlung				
	14.30 - 17.45	Kongreßhaus	Eröffnungsveranstaltung Plenum: Jöhr, Kaltefleiter				
	18.00 - 19.00	Kongreßhaus	Empfang				
Dienstag 3. 9. 74	9.30 - 12.30	Eidgenössische Technische Hochschule	Arbeits- kreis A Fritsch Neumann Werner	Arbeits- kreis B Rieter Meier Szyperski Hauschildt	Arbeits- kreis C Schmidt/ Tewes Kromp- hardt Majer	Arbeits- kreis D Klemmer Rose Tjetmeyer	Arbeits- kreis E Zohlhörer Starbatty Lachs
	15.00 - 17.45	Eidgenössische Technische Hochschule	Plenum: Niehans, Albeck				
Mittwoch 4. 9. 74	9.00 - 11.30 und 14.00 - 16.00	Eidgenössische Technische Hochschule	Arbeits- kreis F Körner Küng Claassen Schmid	Arbeits- kreis G Biehl Wittmann Duwendag Neumann	Arbeits- kreis H Blum Külp Röper	Arbeits- kreis J Borner Scherf Meißner Teichmann	Arbeits- kreis K Koester Peters Nowotny
Donnerstag 5. 9. 74	9.00 - 13.00	Eidgenössische Technische Hochschule	Plenum: Willgerodt, v. Weizsäcker Podium				

Eröffnungsveranstaltung

Kongreßhaus Zürich

Montag, 2. September 1974, 14.30 - 15.00 Uhr

Begrüßungsansprache des stellvertretenden Vorsitzenden

Waldemar Wittmann, Frankfurt am Main

Herr Bundespräsident,
sehr verehrte Frau Stadträtin,
sehr geehrter Herr Regierungsrat,
sehr verehrte Damen, meine Herren!

Als stellvertretender Vorsitzender der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik — habe ich die Freude und die Ehre, Sie im Namen des Vorstands und insbesondere seines erkrankten Vorsitzenden zu begrüßen und Ihnen herzlich für das Kommen zu danken.

Es ist das dritte Mal, daß die Gesellschaft bzw. der Verein für Socialpolitik auf dem Boden der Eidgenossenschaft tagt. Vielen von uns ist noch der Luzerner Kongreß von 1962 über „Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft“ in guter Erinnerung. Die erste Tagung in der Schweiz fand aber schon 1928 in Zürich statt und war den Wandlungen des Kapitalismus, Auslandsanleihen sowie Kredit und Konjunktur gewidmet. Es ist kein Zufall, daß die Wahl des diesjährigen Tagungsortes uns wieder in diese großartige Stadt geführt hat, und ich darf dem Kanton und der Stadt, der Schweizer Bundesregierung, der Nationalbank und allen anderen beteiligten schweizerischen Institutionen für die Gastfreundschaft herzlich danken, die sich in zahlreichen und unermüdlichen Hilfen äußerten und äußern.

Am Zustandekommen der Tagung hat der Leiter der wissenschaftlichen Vorbereitung, Herr Kollege Hans Würgler, besonderen Anteil. Um den Kreis der Bearbeiter von Themen möglichst weit zu ziehen und möglichst vielen die Möglichkeit zur Äußerung zu geben, führte er für die Beiträge zu den Arbeitskreisen ein Ausschreibungsverfahren ein. Damit angesichts der zahlreich eingegangenen Referate und der vielen Einzelprobleme eine fruchtbare Diskussion zustande kommt, sind die Referate den Teilnehmern der Arbeitskreise vor der Tagung zugestellt worden, und ihre Verfasser werden lediglich die Hauptthesen vortragen. Dieses neue Verfahren bedingte bei der Sichtung der eingegangenen Konzepte, der Ergänzung bei schwächer besetzten Themen, der Koordination und Korrektur einen großen Arbeitseinsatz, der zu den Be-

mühungen um die wissenschaftliche Gesamtkonzeption trat. Hierfür gebührt Herrn Würzler großer Dank. Daneben trugen er und seine Mitarbeiter als Ortsansässige einen Teil der organisatorischen Vorbereitungen, die unerläßlicher Bestandteil für das Gelingen eines jeden Kongresses sind. Auch hierfür möchte ich danken.

Das Thema der Tagung heißt „Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft“. Man mag fragen, ob es mehr als nur eine Laune des Zufalls ist, daß, während die erste Zürcher Tagung die Wandlungen des Kapitalismus und die Luzerner die Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft behandelten, diese dritte Tagung in der Schweiz den Gegensatz von Wandlung und Veränderung, nämlich Stabilität und Stabilisierung zum Gegenstand nimmt. Die Aktualität des Problems der Stabilisierungspolitik wird seit einiger Zeit — und ohne Zweifel mit zunehmender Stärke — durch die konjunkturelle Situation der westlichen Industrieländer unterstrichen. Kaum ein Land, das nicht mit Schwierigkeiten zu kämpfen hat, kaum eine Regierung, bei der nicht die wirtschaftliche Stabilisierung an wichtiger, wenn nicht gar wichtigster Stelle ihres Programms steht.

Dabei ist die Diskussion schon längst über den Kreis von Politikern und Wirtschaftsfachleuten hinausgetreten; sie wurde von einem guten Teil der Bevölkerung übernommen, getragen von laufenden Berichten und Analysen in Zeitung, Radio und Fernsehen. Ein ähnliches Interesse hat schon einmal breite Schichten des Volkes erfaßt, als in den zwanziger und dreißiger Jahren Arbeitslosigkeit Millionen um ihr Brot brachte. Wie weit Vollbeschäftigung nach der großen Depression ein populäres Ziel geworden ist, zeigt der erste Programmpunkt einer Großkundgebung schweizerischer Arbeitnehmerorganisationen vom Oktober 1944, also vor 30 Jahren. Er forderte „Aktive Wirtschaftspolitik, welche die Vollbeschäftigung der nationalen Arbeitskraft ... zum Ziel hat“ (aus: 100 Jahre kaufmännischer Verein Zürich, o. O., o. J. [1961], S. 18). Die Zeit nach dem zweiten Weltkrieg verstärkte dann die Hoffnung, daß man fortan die Bedrohung durch Arbeitslosigkeit vermindern, wenn nicht gar ausschalten könne. Dafür stellte sich dem Wirtschaftspolitiker ein anderes, als Phänomen nicht neues, wegen seiner Hartnäckigkeit aber überaus lästiges Problem in den Weg, nämlich die ständigen Preissteigerungen. Steigende Preise werden dabei von vielen als ein notwendiges Opfer dafür angesehen, die Beschäftigung stabil zu halten; andererseits scheint es auch nicht zu gelingen, die Preise zu halten, ohne die Beschäftigung zu gefährden. Und besonders gefürchtet wird das Gespenst, das gleich zwei Höcker trägt: Arbeitslosigkeit *und* Inflation.

Solche Überlegungen weisen bereits auf eine Konkurrenz von verschiedenen Stabilitätszielen hin. Die Prioritäten verändern sich hierbei,

so wie auch die Einzelziele, die man mit Maßnahmen der Stabilisierungspolitik zu erreichen trachtet, über die Zeit schwanken können. In den schlechten Jahren vor dem zweiten Weltkrieg wäre man mit 3 Prozent Arbeitslosen sehr zufrieden gewesen, eine Quote, die heute kaum akzeptiert wird. Dafür wäre jeder Wirtschafts- und Finanzminister über eine Inflationsrate von 4 Prozent beglückt, obwohl man eine solche vor zwanzig Jahren für zu hoch gehalten hätte.

Beobachtungen dieser Art eröffnen sich ohne weiteres auch dem an wirtschaftspolitischen Fragen interessierten Laien. Schwieriger für ihn, wengleich noch mit einiger Anstrengung zu durchschauen, ist der Bereich der Instrumente für eine wirksame Stabilisierungspolitik. Eine Ergänzung der lange Zeit dominierenden Mittel der Geldpolitik — etwa um fiskalpolitische Mittel — und zugleich ihre Erweiterung wurden zunehmend gefordert und schienen im Stabilitätsgesetz der Bundesrepublik Deutschland 1967 erreicht, zumal man damals auf die Eindämmung der Rezession 1966/67 verweisen zu können glaubte.

Es zeigte sich aber im weiteren, daß neue stabilisierungspolitische Probleme auftraten; in der Wissenschaft verstärkte sich die Kontroverse um die stabilisierungspolitische Wirksamkeit des Einsatzes von geld- und fiskalpolitischen Instrumenten. Es erwies sich zudem, daß die Diskussion auch Fragen der Außenwirtschaft und der Strukturpolitik einzubeziehen habe.

Da nun solche Fragen wohl das Interesse eines Betriebswirts haben können (und müssen), er aber zugleich erkennen muß, daß weitere Äußerungen dazu ihn vom festen Boden wegführen würden, möchte ich an dieser Stelle die Eröffnungsrede beenden, denn es ist ja ihr Zweck, die Tür zu öffnen für das Gespräch der Experten. Ich darf aber die Hoffnung aussprechen, daß unsere Tagung mit ihren Analysen, Diskussionen und Vorschlägen weiterführen möge zu konkreten Lösungen dieser — nicht zuletzt auch für den kleinen Mann — so wichtigen Fragen und eröffne hiermit die 45. Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik.

Ansprache des schweizerischen Bundespräsidenten

Ernst Brugger, Bern

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren!

Gestatten Sie mir als erstes, mich als Wirtschaftsminister der Schweizerischen Eidgenossenschaft für die Einladung zur Jahrestagung des Vereins für Socialpolitik zu bedanken. Ich habe diese Einladung gern angenommen, nicht allein wegen des Themas „Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft“, das gerade heute für die Wirtschaftspolitik und die Wissenschaft programmatischen Charakter hat, sondern vor allem wegen der engen wirtschaftlichen Verbundenheit und der Ähnlichkeit der wirtschaftspolitischen Probleme in unseren drei Ländern. Ich betrachte Ihre Diskussion auf wissenschaftlicher Ebene als Ergänzung und — so hoffe ich — Vertiefung der Gespräche, wie sie schon seit einiger Zeit zwischen den Finanzministern unserer Länder gepflogen werden.

Wir sind deshalb beim konjunkturpolitischen Gespräch Ihrer Gesellschaft sehr interessierte Zuhörer. Die Grüße der schweizerischen Landesregierung, die ich Ihnen als amtierender Bundespräsident überbringe, sind daher mehr als ein bloßer Akt der Höflichkeit und der Gastfreundschaft.

Die letzten Jahre haben gezeigt, daß es ohne grundlegende Analyse wirtschaftlicher Probleme auf der Basis realitätsbezogener Theorien in der Wirtschaftspolitik nicht geht, auch wenn manche theoretisch einwandfreie Erkenntnis sich aus übergeordneten politischen Gründen nicht voll realisieren läßt. Wir sind jedoch überzeugt, daß heute mehr denn je in Leitbildern und ordnungspolitischen Grundsätzen gedacht werden muß, damit durch das stabilisierungspolitische Handeln des Staates und der einzelnen Marktteilnehmer die Mechanismen der Marktwirtschaft wieder freier zum Spielen kommen. In der Erwartung, daß diese Tagung einen Beitrag zur Lösung der wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Probleme der drei Länder, Europas und der Welt bringt, wünscht der schweizerische Bundesrat den Veranstaltern einen vollen Erfolg und den Teilnehmern und Gästen der Jahrestagung einen angenehmen Aufenthalt in unserem Land.

Der Verein für Socialpolitik ist auf Grund einer hundertjährigen Tradition der Marktwirtschaft verpflichtet. Ähnliches ist von der Bundesverfassung der Schweizerischen Eidgenossenschaft zu sagen, welche den Grundsatz der Handels- und Gewerbefreiheit verankert. Es gibt

nicht wenige in unserer schnellebigen Zeit, die meinen, beide Ordnungsbegriffe müßten sich in hundert Jahren überlebt haben. Die Angriffe kommen einmal von jenen, die unser Wirtschaftssystem grundsätzlich verändern wollen. Sie kommen aber auch von denen, die unter dem Deckmantel des Allgemein- oder Gruppeninteresses überbordende Ansprüche an Staat und Wirtschaft stellen und damit die marktwirtschaftlichen Fundamente der Selbstverantwortung, der Risikobereitschaft und der Flexibilität gegenüber Marktveränderungen aushöhlen. Ein Dozent der Berner Universität spricht in diesem Zusammenhang von einer „Zerstörung der freien Wirtschaft durch ihre Anhänger“ und subsumiert darunter die Gegner einer wirksamen Inflationsbekämpfung, die einseitigen Wachstumsenthusiasten, die unkritischen Befürworter übertriebener Wirtschaftskonzentration und die „Umweltverschmutzer“.

Die zwanzig Jahre wirtschaftlicher Entfaltung von 1950 bis 1970 haben Ansprüche geweckt, deren Zuwachsraten das mögliche wirtschaftliche Wachstum übersteigen und die heute — losgelöst von individuellen Leistungen und der Leistungsfähigkeit der Wirtschaft — als ultimative Forderungen ein Eigenleben im politischen Raum entfalten. Jedes Land hat in dieser Beziehung in den letzten Jahren und Monaten seine Erfahrungen sammeln müssen. Sie beleuchten schlagartig die grundsätzliche Einstellung Einzelner und ganzer Gruppen gegenüber der Demokratie, die heute oftmals nicht als die relativ beste aller Staatsformen, sondern als absolut beste Möglichkeit betrachtet wird, Ansprüche hemmungslos auszudrücken — auf Kosten anderer und auf Kosten der Spielregeln, die den Fortbestand demokratischer Staatswesen garantieren.

Stabilität ist nicht nur eine wirtschaftspolitische Zielsetzung und erst recht nicht allein eine Frage der einzusetzenden Instrumente. Sie ist vielmehr ein vielschichtiges, nicht zuletzt gesellschaftliches Problem, an dessen Lösung Wissenschaftler und Politiker gemeinsam arbeiten müssen. Dabei wird es vornehmlich Aufgabe der klassischen Stabilisierungsinstrumente sein müssen, die Gesamtnachfrage auf das Leistungsvermögen der vorhandenen Produktivkräfte zurückzuführen. Es ist auch die Einsicht zu wecken, daß die heutige Überforderung unseres Wirtschaftssystems auf Kosten unserer Zukunft gehen wird.

Gelegentlich wird die Meinung vertreten, man solle die oftmals überbordenden Erwartungen der Unternehmer und Konsumenten drastisch zurückbinden. Gemeint ist Inflationsbekämpfung durch Arbeitslosigkeit. Wer solche Gedanken pflegt, will zwar Inflationsgewinnler treffen, trifft indes hauptsächlich jene Bevölkerungskreise, die erst in den letzten Jahren zu bescheidenem Wohlstand und sozialer Sicherheit gelangt sind. Diese Werte, die gern verächtlich mit dem Beiwort „mate-

riell“ versehen werden, dürfen nicht aufs Spiel gesetzt werden, weder durch eine weiterschreitende Inflation — da bin ich mit jedem einig, der von den Regierungen und Notenbanken Standfestigkeit verlangt — noch durch eine konjunkturelle Vollbremsung, die den Teufel der Inflation mit dem Beelzebub der Stagnation austreiben will und am Ende beide bringt.

Konjunkturpolitik ist heute trotz vieler gesicherter Erkenntnisse ein politisches Experiment. Es gibt weder für ein einzelnes Land noch für den gesamten europäischen Raum Patentrezepte. Im Zentrum der Konjunkturpolitik stehen weiterhin die klassischen Instrumente — in welcher Zusammensetzung und in welcher Gewichtung ist eines der Themen dieser Tagung. Aber sie müssen abgesichert sein — gegenüber den strukturellen Veränderungen einer wachsenden Wirtschaft, gegenüber inflationären Strukturverzerrungen, gegenüber unerwünschten Nebenwirkungen globaler Konjunktursteuerung. Dies ist besonders wichtig für ein Land wie die Schweiz, wo der politische Föderalismus ein tragendes Element der Staatsidee darstellt. Politischer Föderalismus ohne wirtschaftliche Substanz ist undenkbar. Die „Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft“ wurden an der Jahrestagung Ihres Vereins im Jahre 1962 in Luzern ausgiebig diskutiert. Die damals gewonnenen Erkenntnisse waren grundlegend und haben in zahlreichen Programmen und Maßnahmenpaketen ihren Niederschlag gefunden.

Unter den gegenwärtigen weltwirtschaftlichen und binnenwirtschaftlichen Bedingungen ist die strukturelle Absicherung der Konjunkturpolitik ein schwieriges, undankbares Geschäft, weil unter dem Druck der Beschäftigungsprobleme die Strukturpolitik immer stärker auf eine reine Erhaltungspolitik tendiert oder das strukturpolitische Heil in konjunkturwidrigen Ankurbelungsmaßnahmen gesucht wird.

Die Bundesrepublik Deutschland, Österreich und die Schweiz befinden sich beschäftigungs- wie auch teuerungspolitisch in einer vergleichsweise günstigen Situation. Aber die vorwiegend von der Auslandnachfrage getragene Konjunktur unserer Länder birgt Gefahren in sich — Gefahren, die von den internationalen Kreditmärkten und den Wirtschaftsdaten unserer Haupthandelspartner signalisiert werden, aber auch am binnenwirtschaftlichen Ungleichgewicht abgelesen werden können. So kann eine über längere Zeit anhaltende disproportionale Entwicklung zwischen Innen- und Außennachfrage zu unerwünschten Verlagerungen von Ressourcen führen und tiefgehende Spannungen zwischen verschiedenen Wirtschaftsgruppen hervorrufen. Jedes Land wird hier mit den ihm zur Verfügung stehenden Mitteln den Weg zwischen Inflationsbekämpfung und einer tragbaren regionalen und sektoralen Belastung finden müssen.

Die Konjunkturpolitik der Schweiz, die bisher größtenteils auf notrechtlichen Bundesbeschlüssen beruhte, hat in mancher Beziehung andere Wege beschritten als die deutsche Konjunkturpolitik. Das deutsche Stabilitätsgesetz gilt vielen als Vorbild. Der neue Konjunkturartikel in der schweizerischen Bundesverfassung, der in der parlamentarischen Beratung steht, zeigt, daß auch die schweizerische Stabilisierungspolitik der kommenden Jahre dem Konzept der wirtschaftlichen Globalsteuerung folgen wird. Bereits bei den dringlichen Bundesbeschlüssen zur Bekämpfung der Überkonjunktur vom Dezember 1972 haben wir uns um ein möglichst alle Nachfragebereiche umfassendes und global wirkendes Instrumentarium bemüht. Von Anbeginn an haben wir jedoch das Maßnahmenpaket mit einer strukturpolitisch orientierten Flexibilität ausgestattet, um den besonderen Anforderungen unserer mittelbetrieblich strukturierten und regional stark differenzierten Wirtschaft Rechnung zu tragen.

Unter den konjunkturpolitischen Maßnahmen unseres Landes dürfte die Preis-, Lohn- und Gewinnüberwachung besonderes Interesse erwecken. Professor Leo Schürmann als Referent an dieser Tagung wird auf dieses Instrument, das von Ihnen zu Recht unter den Themenbereich „Stabilisierungspolitik und Wirtschaftspartnerschaft“ gestellt worden ist, ausführlicher eingehen. Trotzdem seien mir einige grundsätzliche Bemerkungen erlaubt.

Die Preis-, Lohn- und Gewinnüberwachung, wie sie von uns konzipiert und gehandhabt wird, ist kein Kontrollinstrument, sondern der Versuch, die Markttransparenz zu verbessern und mißbräuchliche Preiserhöhungen zu verhindern. Sie ist kein direkter Eingriff in Marktprozesse und widerspricht dementsprechend nicht dem marktwirtschaftlichen Ordnungsprinzip, an dem wir festhalten und auf das wir unser Bemühen um Inflationsbekämpfung und konjunkturelle Beruhigung abstützen. Wir haben, bevor wir das Experiment mit der Preis-, Lohn- und Gewinnüberwachung begannen, die Erfahrungen anderer Länder mit dem zweifellos populären Instrument staatlicher Preis-, Lohn- und Gewinnkontrollen ausgewertet. Sie wissen, daß diese Erfahrungen kein durchwegs positives Bild ergeben. Trotzdem bleibt es eine Tatsache, daß einzelne davoneilende Preise — seien es Güter- oder Faktorpreise — das gesamte konjunkturpolitische Klima vergiften können und bei der heutigen Koppelung der Preise und Löhne an den Konsumentenpreisindex oder an andere Orientierungsdaten eine sich selbst nährenden Spiralbewegung auszulösen vermögen. Hier setzt die schweizerische Preis-, Lohn- und Gewinnüberwachung an. Ihre Mittel sind die Preisanschriftspflicht, die Melde- und Begründungspflicht geplanter Preiserhöhungen durch Kartelle und die Möglichkeit, ungerechtfertigte Preiserhöhungen rückgängig zu machen. Dabei hilft uns auch das Wissen,

daß niemand, der in einem hochindustrialisierten Land am Wirtschaftsprozeß beteiligt ist, sich gern der öffentlichen Kritik aussetzt. Es ist unser Ziel gewesen, mit Hilfe der Preis-, Lohn- und Gewinnüberwachung die Inflationsmentalität zu bekämpfen und das Preisbewußtsein zu stärken. Unsere Hoffnungen haben sich nicht als reine Illusion erwiesen.

Der Kampf um vermehrte wirtschaftliche Stabilität ist nicht nur eine Verpflichtung gegenüber den Bürgern des eigenen Landes, sondern auch gegenüber den Handelspartnern. Bei der wachsenden geld- und güterwirtschaftlichen Verflechtung vor allem zwischen den industrialisierten marktwirtschaftlichen Ländern hat die nationale Konjunkturpolitik auch immer Einfluß auf die internationalen Bemühungen um Stabilität. Es gilt heute, gegen den Inflationsstrom Dämme zu errichten, die nicht entlang der Grenzen der einzelnen Volkswirtschaften verlaufen, sondern die Gefahrenherde an ihrem jeweiligen Entstehungsort einschnüren. Nur ein wirtschaftlich gesundes Europa, das sich seiner Probleme bewußt ist und sie gemeinsam angeht, bietet Gewähr für die Erhaltung der Marktwirtschaft und damit letztlich auch für die Erhaltung freiheitlicher Formen des menschlichen Zusammenlebens. Es entspricht dem Geist und dem Ethos des Vereins für Socialpolitik, an dieser europäischen Aufgabe mitzuarbeiten.

Plenum

Stabilität als wirtschaftspolitische Zielsetzung

Leitung: Fritz Neumark, Frankfurt a. M.

Kongreßhaus Zürich

Montag, 2. September 1974, 15.00 - 17.45 Uhr

Das Stabilitätsziel im Widerstreit der Meinungen Ein Gespräch*

Von *Walter Adolf Jöhr*, St. Gallen**

Referent: Die mir zugedachte Aufgabe ist nicht einfach. Ich soll die Diskussion einleiten, indem ich die einzelnen Referate in einen größeren Zusammenhang stelle und auf gewisse Grundgedanken bestimmter Referate eingehe. Meine Aufgabe ließe sich also mit der eines Komponisten vergleichen, der die Ouvertüre zu seiner Oper verfaßt und in ihr die Motive anklingen läßt, die in den einzelnen Akten eine tragende Rolle spielen. Aber Sie erkennen sofort: Der Vergleich hinkt! Aber nicht etwa deshalb, weil die Sitzungen von heute und der folgenden Tage der Dramatik einer Oper entbehren — das braucht durchaus nicht der Fall zu sein —, sondern deshalb, weil ich die Leit motive der folgenden Akte noch gar nicht kenne, infolgedessen mich in einer ungleich schwierigeren Lage befinde als der Opernkomponist, der die Ouvertüre verfaßt.

* Um die verschiedenen Auffassungen zur Problematik des Stabilitätszieles und seiner Realisierung möglichst plastisch herausarbeiten zu können, habe ich mich entschlossen, mein Referat in Gesprächsform mit Assistenten und wissenschaftlichen Mitarbeitern der Hochschule St. Gallen vorzutragen. Die Rollen wurden wie folgt verteilt:

Rebellischer Zuhörer:	Martin Fehle, lic. oec.
Bankfachmann:	Karl Kühne, lic. oec.
Politischer Ökonom:	Joseph Ackermann, lic. oec.
Ingenieur:	Hans Fahr, Dipl.-Ing., cand. oec.

Das Thema des Referats ist im Rahmen eines projektorientierten Unterrichtes in Konjunktur- und Wachstumstheorie mit einer Gruppe von Studenten behandelt worden. Der Entwurf des vorzutragenden Textes wurde an einer Besprechung mit den Rollenträgern bereinigt. Er wurde auch noch Dr. oec. Walter Krieg, einem Dozenten der Hochschule St. Gallen, der ein Fachmann der Kybernetik ist, unterbreitet. Der Verfasser legt Wert auf die Feststellung, daß er die Verantwortung für den ganzen Text trägt und daß sich aus dem Pro und Contra der Diskussion seine eigene Auffassung herauschälen soll. Er versichert alle, die bei der Vorbereitung und bei der Durchführung des Gesprächs mitgewirkt haben, seiner herzlichen Dankbarkeit.

** Geboren am 8. Februar 1910 in Zürich. Studien an den Universitäten Zürich, Paris, Berlin, München, Harvard und Chicago. 1933 Promotion zum Dr. iur. in Zürich. 1937 Promotion zum Dr. phil. mit Hauptfach Nationalökonomie in Berlin. Ab 1937 Lehrtätigkeit an der Hochschule St. Gallen, ab 1947 als ordentlicher Professor. 1957 - 60 Präsident der Schweizerischen Gesellschaft für Statistik und Volkswirtschaft. Hauptforschungsgebiete: Lehre von der Wirtschaftsordnung und allgemeine Wirtschaftspolitik, Konjunkturtheorie, Umweltökonomik, Wissenschaftstheorie.

Rebellischer Zuhörer: Herr Professor, darf ich dazu etwas sagen?

Referent: Ja, bitte, Herr Fehle, wenn es sein muß. Aber kommen Sie nach vorn, damit alle Sie hören können.

Rebellischer Zuhörer: Ihre schönen Worte, Herr Professor, können nicht darüber hinwegtäuschen, daß das Thema Ihres Referates, ja der ganzen Tagung von einer unerhörten Banalität ist. „Stabilität“ — das klingt so gut und sagt so wenig. Was offenbar gemeint ist, ist nichts anderes als Beendigung der Inflation. Daß das wünschenswert ist, darüber sind wir uns alle einig. Aber daß es dazu des wissenschaftlichen Großeinsatzes einer solchen Tagung mit vierzig gründlichst vorbereiteten Referaten bedarf, das möchte ich doch sehr bezweifeln.

Bankfachmann (hat sich während des vorangehenden Votums langsam nach vorn begeben): Herr Fehle, als Bankfachmann kann ich Ihnen sagen, daß die Geldprobleme viel komplexer sind, als Sie sich das vorstellen. Sie sind offenbar das Opfer eines „terrible simplificateur“ geworden. Im übrigen wird kein vernünftiger Mensch bezweifeln wollen, daß die Erhaltung der Geldwertstabilität ein Ziel ist, dem allgemein größte Bedeutung zugemessen wird. Das hat sich auch vor kurzem wieder bestätigt. Auf Veranlassung einer Großbank sind diesen Sommer in der Schweiz rund tausend Personen über die Wichtigkeit folgender Probleme befragt worden: der Teuerungsbekämpfung, der Friedenssicherung, der Verstärkung des Umweltschutzes, der Erhaltung der Arbeitsplätze, der Erhöhung der Leistungen der Sozialversicherung und der Erhaltung des Arbeitsfriedens. Auf keines dieser sechs Probleme entfielen soviel Nennungen, wie auf das der Teuerungsbekämpfung: 38 % aller Befragten hielten dieses Problem für das wichtigste¹.

Politischer Ökonom (erhebt die Hand)

Referent: Jetzt meldet sich noch ein Wirtschaftssoziologe zum Wort. Herr Ackermann, wollen Sie auch nach vorn kommen!

Politischer Ökonom (auf dem Weg zum Podium): Ich möchte mich lieber als „Vertreter der Politischen Ökonomie“ bezeichnen.

Referent: Gut, aber soweit ich Sie kenne, gehören Sie doch nicht zur Richtung von Bruno Frey. Ihnen geht es nicht darum, das Instrumentarium der ökonomischen Theorie — samt der zentralen Figur des Nutzenmaximierers — auf die politische Praxis zu übertragen², ...

¹ Die Schweizer und die Inflation, in: Bulletin der Schweizerischen Kreditanstalt, Juli 1974, S. 17.

² Vgl. die Standortbestimmung, die Bruno Frey innerhalb des breiten Spektrums der Strömungen der „Politischen Ökonomie“ in bezug auf seine eigene Haltung vorgenommen hat; sie findet sich in seinem Vortrag „Die Renaissance der politischen Ökonomie“, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Sept. 1974.

Politischer Ökonom: ... sondern darum, politische Momente, wie Machtstreben und gruppensolidarisches Verhalten, in die ökonomische Theorie einzubauen.

Referent: Und, was haben *Sie* uns zu sagen?

Politischer Ökonom: Auch ich möchte das Tagungsthema kritisieren. Wenn ich die Titel der einzelnen Vorträge und Papers Revue passieren lasse, so werde ich den Eindruck nicht los, daß wir Nationalökonomien wieder einmal der Faszination durch ein Wort erlegen sind — durch das Wort „Stabilität“ ...

Rebellischer Zuhörer: Dem pflichte ich bei. Was heißt denn Stabilität anderes, als daß etwas so bleibt, wie es ist!

Bankfachmann: Früher kam man mit dem Begriff des Gleichgewichtes aus. Ich erinnere nur an Keynes' „Allgemeine Theorie“!

Referent: Ich sehe mich gezwungen, etwas Ordnung in die Diskussion zu bringen. Die Kritik von Herrn Fehle zielte auf die Inflationstheorie, der Einwand von Herrn Ackermann auf das Stabilitätsziel. Ich schlage vor, daß wir uns zunächst mit dem zweiten Punkt befassen. Der erste wird uns dann nachher beschäftigen.

Rebellischer Zuhörer: Einverstanden!

Politischer Ökonom: Sie haben mich unterbrochen. Ich wollte darauf hinweisen, daß vor mehr als siebzig Jahren ein deutscher Autor, der nur noch der ältesten Generation ein Begriff ist, vor der Herrschaft des Wortes gewarnt hat³.

Referent: Sie meinen Gottl-Ottlilienfeld. Aber auch er ist ein Opfer der Worte — und zwar seiner eigenen Worte — geworden, indem er die von ihm neu geprägten — urdeutsch klingenden — Ausdrücke für neue Begriffe hielt.

Rebellischer Zuhörer: Ihre dogmengeschichtlichen Exkurse in Ehren! Aber zurück zur Frage: Kann man nicht mit dem Ausdruck „Gleichgewicht“ genau dasselbe erfassen wie mit dem der „Stabilität“?

Politischer Ökonom: Daß der Begriff des Gleichgewichtes leistungsfähig ist, zeigt seine Geschichte⁴. Er hat sich in der Theorie des partiellen (Marshallischen) Gleichgewichtes und in der Theorie des allgemeinen (Walrasschen) Gleichgewichtes, im Keynes'schen Begriff des Gleichgewichtes bei Unterbeschäftigung und im Begriff des Gleichgewichtspfad der Wachstumstheorie als überaus nützlich erwiesen.

³ *Friedrich v. Gottl-Ottlilienfeld*, Die Herrschaft des Wortes, Jena 1901.

⁴ *Fritz Machlup*, Equilibrium and Disequilibrium: Misplaced Concreteness and Disguised Politics, in: *Economic Journal*, Vol. 68, März 1958.

Referent: Was eben gesagt wurde, möchte ich voll unterstützen. Der aus der Mechanik entlehnte Begriff des Gleichgewichtes hat sich in der Nationalökonomie als sehr fruchtbar erwiesen und wird uns auch in Zukunft wertvollste Dienste leisten. Ich betone das, weil manchmal aufgrund des Aufsatzes von Kaldor ...

Rebellischer Zuhörer: Von Lord Kaldor!

Referent: Gewiß! ... über die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie das Gegenteil behauptet wird⁵. Diese Autoren beachten aber nicht, daß sich ihr Kronzeuge durchaus nicht gegen die Verwendung des Gleichgewichtsbegriffes wendet, sondern daß er nur *eine* Form der Gleichgewichtstheorie kritisiert, nämlich die auf Walras zurückgehende Theorie des allgemeinen Gleichgewichtes. Er wirft ihr vor allem vor, daß sie mit wirklichkeitsfremden Voraussetzungen arbeite, indem sie die Herrschaft abnehmender, statt zunehmender Erträge voraussetze — eine These, über die sich unter dem Blickwinkel der Unterscheidung zwischen kurzfristiger und langfristiger Analyse noch einiges sagen ließe, wofür uns aber heute die Zeit fehlt.

Politischer Ökonom: Darf ich die Reihe der vorhin genannten Gleichgewichtsbegriffe noch ergänzen! Man kann nämlich im weiteren auch zwischen stabilem, labilem und indifferentem Gleichgewicht unterscheiden.

Bankfachmann: Ich möchte diese Gliederung wie folgt veranschaulichen: Stabiles Gleichgewicht liegt vor, wenn eine Kugel sich in einem Hohlspiegel befindet, indifferentes Gleichgewicht, wenn sie auf einer horizontalen Platte ruht, labiles Gleichgewicht, wenn sie auf einer nach oben gewölbten Fläche liegt, die an der obersten Stelle eine kleine Einbuchtung aufweist.

Referent: Hier möchte ich einhaken. Indem Sie diese den Nationalökonomien altvertraute Gliederung zitieren, zeigen Sie ja selbst, daß sich aus der Gleichgewichtstheorie das Bedürfnis nach dem Kriterium der Stabilität ergibt.

Rebellischer Zuhörer: Ihre Beispiele aus der Mechanik helfen uns nicht weiter! Geben Sie doch ein volkswirtschaftliches Beispiel!

Politischer Ökonom: Gut! Stellen Sie sich einen Arbeitsmarkt vor, bei dem nicht nur die Kurve der Nachfrage nach Arbeit, sondern auch die Angebotskurve von links oben nach rechts unten abfällt. Entscheidend ist nun, wie die Angebotskurve im Schnittpunkt der beiden Kurven verläuft. Ist sie steiler als die Nachfragekurve, so wird nach einer — durch

⁵ *Nicholas Kaldor, The Irrelevance of Equilibrium Economics, in: Economic Journal, Vol. 82, Dezember 1972, S. 1237.*

eine vorübergehende Störung bewirkten — Senkung des Lohnes dieser durch den entstandenen Nachfrageüberschuß wieder auf den früheren Stand zurückkehren. Es ist der Fall des stabilen Gleichgewichtes (der Kugel im Hohlspiegel). Ist nun aber die Angebotskurve im Schnittpunkt flacher, so wird eine analoge Senkung des Lohnes durch den entstehenden Angebotsüberschuß Kräfte auslösen, die den Lohn immer tiefer unter das Niveau des Kurvenschnittpunktes herabdrücken. Es ist der Fall des labilen Gleichgewichtes (der Kugel auf der nach oben gewölbten Fläche).

Referent: Die bisherigen Voten ließen erkennen, daß der Begriff der Stabilität *neben* dem des Gleichgewichtes Platz hat. Wir wollen dieser Frage weiter nachgehen. Und wenn es Herr Fehle mit seiner Mechanophobie in Einklang bringen kann, wollen wir uns an einen im Saal anwesenden Ingenieur wenden, der über Schwingungen diplomiert hat.

Rebellischer Zuhörer: Ich überlasse Ihnen den Entscheid, behalte mir aber meine Stellungnahme vor.

Referent: Herr Fahr, darf ich Sie bitten!

Rebellischer Zuhörer: Inzwischen wäre es wohl an der Zeit, wenn uns genau gesagt würde, was Gleichgewicht ist.

Referent: Wollen Sie, Herr Ackermann, die Beantwortung übernehmen!

Politischer Ökonom: Von Gleichgewicht sprechen wir dann, wenn ein Komplex von Elementen — wir könnten dafür auch „System“ sagen — unter der Einwirkung von Kräften in einer Ruhelage verharrt.

Referent: Wir müssen ergänzend beifügen: Ruhelage braucht nicht Bewegungslosigkeit des Systems in jeder Hinsicht zu bedeuten: Man denke an die Achse eines rotierenden Kreisels. Ähnlich kann sich auch der Wirtschaftsprozeß im Gleichgewicht befinden, indem die Tauschrelationen unverändert bleiben oder indem — wie beim Gleichgewichtspfad des Harrod-Domar-Modelles — die Relationen zwischen Realkapital, Sozialprodukt und Ersparnis dieselben bleiben. — Nun aber zu Herrn Fahr! Wie sehen Sie als Ingenieur das Stabilitätsproblem?

Ingenieur: Darf ich gleich mit einem konkreten Beispiel beginnen! Es ist schon vorgekommen, daß eine Hängebrücke durch eine sie beschreitende militärische Einheit, deren Soldaten im Gleichschritt gingen, in sich verstärkende Schwingungen geriet, was dazu führte, daß die Brücke in den Abgrund stürzte. Dies ist der Fall der Instabilität des Systems.

Bankfachmann: Und das Resultat, darauf wollen Sie offenbar hinaus, ist die Katastrophe.

Referent: Das braucht nicht für jeden Fall zu gelten. Katastrophe ist ein wertgeladener Ausdruck. Nur wenn das System selbst von großem Wert ist, erscheint diese Qualifikation des Ergebnisses als gerechtfertigt.

Ingenieur: Der eben beschriebene Fall ist eine von sechs verschiedenen Möglichkeiten des Verhaltens von Systemen⁶. Betrachten wir die Größe y als Funktion der Zeit, so ergeben sich zunächst zwei verschiedene Möglichkeiten: Die Größe y kann sich aperiodisch oder sie kann sich oszillatorisch verhalten. Im ersten Fall bestehen drei Möglichkeiten: asymptotische Annäherung an eine Horizontale — Fall der Stabilität —, progressive Entfernung von der Horizontalen — Fall der Instabilität — und Verharren auf dem Ausgangsniveau — Grenzlinie zwischen Stabilität und Instabilität. Verhält sich die Größe oszillatorisch, so können wir wiederum die entsprechenden drei Fälle erkennen: Die gedämpften Schwingungen ergeben den Fall der Stabilität, die sich verstärkenden Schwingungen den Fall der Instabilität und dazwischen liegt mit Schwingungen gleichbleibender Amplitude die Stabilitätsgrenze.

Politischer Ökonom: Hat nicht Samuelson in seiner Arbeit über die Kombination von Akzelerationsprinzip und Multiplikator⁷ ebenfalls diese sechs Fälle unterschieden?

Bankfachmann: Und sich damit im Alter von 24 Jahren für den Nobelpreis qualifiziert?

Referent: Wollen Sie antworten, Herr Fahr? Sie sind ja zugleich Ökonom!

Ingenieur: Gewiß! Samuelson konnte keine andere Gliederung vornehmen, weil es — wenn wir die Dinge so stark vereinfachen — eben nur diese sechs Verhaltensweisen gibt.

Rebellischer Zuhörer: Für uns Ökonomen ist nun vor allem die folgende Frage von Bedeutung: Worauf beruht es, daß ein System sich stabil oder instabil verhält?

Ingenieur: Es ist nicht leicht, darauf in der gebotenen Kürze zu antworten. Wir können sagen: Es hängt von der mathematischen Struktur der Gleichungen bzw. des Gleichungssystems und vom Wert der einzelnen Koeffizienten ab. Ich möchte das noch konkretisieren, auch auf

⁶ Peter Oertli, Ergänzung zu Friedmans These der Stabilität von ökonomischen Systemen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 188, Heft 5, November 1974.

⁷ Paul Samuelson, Interactions Between the Multiplier Analysis and the Principle of Acceleration, in: The Review of Economic Statistics, 1939, abgedruckt in: Readings in Business Cycle Theory, Philadelphia u. Toronto, 1944, S. 261 ff. — Vgl. dazu: Walter Adolf Jöhr, Die Konjunkturschwankungen, Tübingen und Zürich 1952, S. 546 ff.

die Gefahr hin, daß ich damit mathematisch weniger versierten Teilnehmern unverständlich bleibe. Nehmen wir den Fall der Schwingungen. Und behandeln wir das Problem mit Hilfe der Differenzgleichungen!

Politischer Ökonom: Ginge es nicht auch mit Hilfe der Differentialrechnung?

Ingenieur: Zweifellos. Aber die meisten ökonomischen und ökonomischen Modelle basieren auf Differenzgleichungen⁸. Damit überhaupt Schwingungen auftreten können, die mehr als nur ein Alternieren zwischen positiven und negativen Werten darstellen, muß die Differenzgleichung mindestens von zweiter Ordnung sein. Setzen wir nun eine homogene Differenzgleichung zweiter Ordnung voraus, so ergeben sich immer dann Schwingungen, wenn die sog. Wurzeln der sog. charakteristischen Gleichung sog. konjugiert komplexe Zahlen sind. Und die Schwingungen sind dann explosiv, wenn der Betrag dieser konjugiert komplexen Zahl größer als 1 ist.

Rebellischer Zuhörer: Eine Antwort von ungefähr dieser Art habe ich erwartet! Glauben Sie denn im Ernst, daß sich die ökonomische Wirklichkeit um ihre Differenzgleichungs-Mathematik kümmere oder gar sich ihr gemäß verhalte?

Referent: Ich habe allen Respekt vor Ihrem Streben nach einer wirklichkeitsnahen Theorie! Aber hier übersehen Sie doch etwas sehr Wichtiges. Wenn wir mit Differenzgleichungen arbeiten, so tun wir es vor allem, um zeitliche Verzögerungen oder „lags“, wie der gut deutsch gewordene Fachausdruck lautet, in unser Modell einzubauen: So lassen wir den Konsum abhängig sein von Größen einer früheren Periode und die Investition von der Verbrauchsveränderung zwischen zwei früheren Perioden. Und der springende Punkt liegt nun darin, daß sich in der Wirklichkeit aus dem Zusammenwirken solcher verzögerter Abhängigkeiten zyklische sich selbst verstärkende Bewegungen ergeben können⁹.

⁸ Vgl. *Alfred E. Ott*, Einführungen in die dynamische Wirtschaftstheorie, Göttingen 1963, sowie *Walter Adolf Jöhr*, Mathematisches Vademecum zur Wachstums- und zur Konjunkturtheorie mit besonderer Berücksichtigung der Differenzgleichungen und kybernetischer Ansätze, Skriptum für Studierende der Hochschule St. Gallen, 1973.

⁹ Dieses Problem begegnete uns auch, als wir mit dem Prognosesystem von Krelle Simulationsexperimente durchführten. Um mit Hilfe des Modells die Auswirkungen wirtschaftspolitischer Maßnahmen zu prüfen, erwiesen sich Eigenschwingungen des Modells als störend. Wir führten diese zunächst auf die mathematische Struktur des Modells zurück, mußten aber nachher sagen, daß das Modell auch in diesem Punkt die Wirklichkeit wiedergibt, die in der für den Modellbau maßgebenden Periode analoge Schwingungen aufweist. Das erwähnte Modell wurde entwickelt in dem Buche von *Wilhelm Krelle*, *Dirk Beckerhoff*, *Horst G. Langer* und *Hans Fuss*, Ein Prognosesystem für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik

Ingenieur: Kurz bevor ich aufs Podium gerufen wurde, haben Sie die Frage der Beziehung zwischen Gleichgewicht und Stabilität diskutiert. Gleichgewicht wurde bereits definiert. Stabilität zeichnet sich nun dadurch aus, daß ein System nach einer Störung zur Gleichgewichtslage zurückkehrt, ...

Referent: ... wobei diese Rückkehr direkt oder auf dem Wege gedämpfter Schwingungen erfolgen kann, ...

Ingenieur: ... während Instabilität bedeutet, daß ein System sich — direkt oder durch sich verstärkende Schwingungen — immer weiter von der Gleichgewichtslage entfernt.

Politischer Ökonom: Herr Jöhr, wir sind etwas überrascht, daß Sie mit Ihren Äußerungen in die Richtung der mechanistischen Konjunkturtheorie einschwenken, während Sie dieser doch früher Ihre sozialpsychologische Konjunkturerklärung gegenübergestellt haben¹⁰.

Bankfachmann: Darf ich Sie, Herr Jöhr, daran erinnern, daß schon Ihr Vater an der letzten Tagung des Vereins für Socialpolitik in Zürich — sie fand 1928 statt — von den epidemischen Krankheiten des wirtschaftlichen Optimismus und Pessimismus sprach und betonte, er erblicke den „tieferen Ursprung der Konjunkturen“ in „massenpsychischen Erscheinungen“¹¹.

Referent: Ich danke Ihnen für Ihre Hinweise. Durch die Konsultation des Ingenieurs — ich hoffe, er nimmt mir diese Bemerkung nicht übel — wären wir fast auf eine falsche Fährte gelangt. Das möchte ich im folgenden noch deutlicher ausführen. Zunächst möchte ich aber festhalten, daß die beiden Ansätze durchaus miteinander vereinbar sind: anders formuliert, daß in der Wirklichkeit gleichzeitig Kräfte, wie sie durch die Akzeleratorgleichung und die Multiplikatorgleichung beschrieben werden, und der sozialpsychologische Kernprozeß wirksam sein können. Letzterer ist zweifellos ein wichtiger Faktor der Instabilität, der sich wohl als bedeutend gefährlicher erweisen kann, als das, was in der Wirklichkeit den üblichen Lag-Hypothesen der Modelltheorie entspricht. Dies zeigt die Geschichte der Weltwirtschaftsdepression mit aller Deutlichkeit.

Deutschland, Meisenheim am Glan 1969. — Über die genannten Simulationsexperimente berichtet *Bruno Bandini*, Simulationsexperimente mit Wilhelm Krelles Prognosesystem für die Bundesrepublik Deutschland, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 108, Juni 1972, S. 145 und 147.

¹⁰ *Walter Adolf Jöhr*, Die Konjunkturschwankungen, S. 372 ff. u. 588 ff.

¹¹ *Adolf Jöhr*, Kredit und Konjunktur, Referat auf der Zürcher Tagung des Vereins für Socialpolitik, in: Schriften des Vereins für Socialpolitik, 175. Bd., 1929, S. 315.

Rebellischer Zuhörer: Hier möchte ich einmal aus der Rolle fallen — nämlich der Rolle des ewigen Opponenten — und dem voll beipflichten. Wie der Matrose im Mastkorb von Kolumbus möchte ich ausrufen „Land — Land“, und Land heißt hier wirtschaftliche Realität. Ihr müssen wir uns zuwenden und die immer raffinierteren und komplexeren mathematischen Modelle vergessen!

Ingenieur: Sie täuschen sich! Wir können ohne weiteres wesentliche Elemente des sozialpsychologischen Kernprozesses mathematisch formulieren, wie wir auch den kumulativen Prozeß einer wegen einer zunächst kleinen Exzentrizität der Achse schließlich auseinanderbrechenden Turbine mathematisch darstellen können.

Referent: Einverstanden! Aber gewisse wichtige Aspekte entziehen sich der mathematischen Erfassung, selbst wenn wir die Lehre von den stochastischen Prozessen zu Rate ziehen. Ich denke an die — durch keinerlei Kalkül auflösbare — Ungewißheit, in der die Unternehmer ihre Entscheide fällen, an den erratischen Weg der sozialpsychologischen Infektion und an das Flackernde des Kernprozesses¹²!

Rebellischer Zuhörer: Allzulange haben wir über Stabilität gesprochen, aber die höchst wichtige Frage, *was* denn eigentlich stabil oder instabil sein könne, unbeantwortet gelassen.

Ingenieur: Jedes reale Ding und jede modellartige Abbildung eines solchen kann stabil oder instabil sein. Dies gilt sogar von den sog. Elementarteilchen, den nach heutiger Auffassung kleinsten Bausteinen der Materie.

Rebellischer Zuhörer: Das ist die typische Antwort eines Vertreters der sog. exakten Naturwissenschaften! Mit ihr können wir gar nichts anfangen! In den Sozialwissenschaften, Herr Fahr, kommt es auf die Relevanz an! Und Relevanz folgt — und das möchte ich allen im Saal anwesenden Vertretern der „wertfreien Wissenschaft“ zurufen — aus einer wertgeprägten Perspektive!

Referent: Ich glaube, Sie ereifern sich umsonst. Wenigstens auf dem Podium sind wir in diesem Punkte alle Ihrer Meinung. Nur gibt es natürlich auch vom Blickwinkel der Wirtschaftswissenschaften Verschiedenes, von dem wir zu sagen geneigt sind, dessen Stabilität sei bedeutungsvoll.

Bankfachmann: Was sagt denn Carl Christian von Weizsäcker? Er hat doch eine Schrift über „The Political Economy of Stability“¹³ verfaßt.

¹² Walter Adolf Jöhr, Die Konjunkturschwankungen, S. 408 ff., 612 ff. und 617 f.

¹³ Carl Christian von Weizsäcker, The Political Economy of Stability in Western Countries (Wicksell Lecture 1972), Stockholm 1972.

Politischer Ökonom: Er geht aus von der These der Interdependenz der ökonomischen und politischen Bedingungen.

Referent: Es ist derselbe Gedanke, den Eucken als „Interdependenz der Ordnungen“ bezeichnet hat.

Politischer Ökonom: Weizsäcker will nur *eine* dieser Abhängigkeiten untersuchen, nämlich die Bedingtheit der Wirtschaft durch das System der parlamentarischen Demokratie. Er glaubt, daß diese eine Marktwirtschaft impliziere. Das eigentliche Stabilitätsproblem in den modernen Volkswirtschaften sieht er im Problem der Einkommensverteilung. Die Instabilität kann sich nach Weizsäcker aus der ökonomischen Sphäre ergeben. Dabei meint er mit der Stabilität des Systems nicht die Stabilität einer einzelnen Variablen, wie des Preisniveaus oder des Beschäftigungsgrades, sondern die Fähigkeit des Systems, schwere Unvereinbarkeiten im Verhalten der verschiedenen Gruppen und Individuen, die zum Zusammenbruch des Systems führen, zu vermeiden.

Referent: Damit sind wir auf einen wichtigen Punkt gestoßen: auf die Unterscheidung zwischen der Stabilität einzelner Variablen und der Stabilität des ganzen Systems: bei Weizsäcker des ganzen politisch ökonomischen Systems.

Politischer Ökonom: Wenn man von der Stabilität des Beschäftigungsgrades oder des Preisniveaus spricht, meint man ja nicht dessen Unveränderlichkeit, man möchte auch nicht kleinere Schwankungen ausschalten, aber es soll eine Entwicklung ausgeschlossen sein, bei der sich der Wert dieser Variablen — sei es direkt oder durch Schwingungen — immer weiter von einem als erwünscht betrachteten Niveau entfernt.

Bankfachmann: Da aber die genannten Größen nicht exogene, sondern endogene Variablen sind, das heißt durch ein gegebenes System bestimmt sind, kann ihre Instabilität auch als Instabilität dieses Systems betrachtet werden.

Referent: Ihre Instabilität ist aber nicht nur Reflex, sondern zugleich Ursache einer Instabilität des ganzen politisch ökonomischen Systems. Daß ein solcher Zusammenhang besteht, zeigt die Geschichte der dreißiger Jahre: Das immer tiefere Absinken des Beschäftigungsgrades führte zum Zusammenbruch des Weimarer Systems und dieser war eine *conditio sine qua non* des zweiten Weltkrieges.

Bankfachmann: Und heute befürchten wir ähnlich schlimme Folgen von einer Fortsetzung der Inflationsspirale.

Politischer Ökonom: Dies ist offenbar auch die Meinung von Weizsäcker. Darum weist er mit so großem Nachdruck auf das Verteilungs-

problem hin, weil er in ihm die eigentliche Ursache der Inflation und in ihr die wichtigste Gefährdung unserer Ordnung erblickt.

Bankfachmann: Wir haben so lange über die Begriffe des Gleichgewichtes und der Stabilität gesprochen. Wäre es nun nicht an der Zeit, uns endlich mit dem *Stabilitätsziel* zu befassen? Das ist ja auch unser Auftrag!

Referent: Ihrem Wunsch können wir leicht entsprechen. Stabilität im Sinne eines Zieles der Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik bedeutet eine Ordnung, bei der die Gefahr einer Entwicklung, die Wirtschaft und Gesellschaft immer weiter vom Gleichgewichtszustand entfernen kann, gebannt ist.

Rebellischer Zuhörer: Ja, meine Herren, sie glauben offenbar, es sei unmittelbar evident, daß Stabilität im eben umschriebenen Sinn als Ziel anerkannt werden müsse. Das möchte ich bezweifeln. Führt Stabilität nicht zur Erstarrung oder zur Lähmung der fortschrittsträchtigen Kräfte?

Politischer Ökonom: Das dachte ich auch. Im übrigen hat Goethe das Problem schon gesehen. Mephisto sagt . . .

Bankfachmann: Wie glücklich sind wir, daß Sie unser einleitendes Gespräch mit einem Griff in die Schatztruhe klassischer Zitate bereichern!

Referent: Ihr Spott ist nicht am Platze! Goethe hat in verschiedenen Äußerungen gezeigt, daß er den sozialpsychologischen Kernprozeß besser verstanden hat als viele Ökonomen und Soziologen der Gegenwart¹⁴.

Politischer Ökonom: Mephisto sagt:

Es erben sich Gesetz' und Rechte
Wie eine ew'ge Krankheit fort;

...

Vernunft wird Unsinn, Wohltat Plage;
Weh Dir, daß du ein Enkel bist.

Referent: Sie haben offenbar nicht beachtet, daß ich vorher den Begriff des Gleichgewichtes nicht rein statisch auffaßte, sondern dynamisch, indem ich ausdrücklich von einem Gleichgewichtspfad gesprochen habe.

Rebellischer Zuhörer: Sie denken offenbar an den Gleichgewichtspfad der Harrod-Domarschen Wachstumstheorie. Aber obwohl er ein Gleichgewichtspfad ist, weiß heute jedermann, daß ein solcher Weg, der einer

¹⁴ Ich hoffe, das in Bälde in einer kleinen Studie, die der Vorwegnahme konjunkturtheoretischer Einsichten durch Denker und Dichter früherer Epochen gewidmet ist, zeigen zu können. Sie wird in der Festschrift für Theodor Pütz erscheinen.

Exponentialfunktion genügt, nicht während unbegrenzter Zeit verfolgt werden kann.

Referent: Der Gleichgewichtspfad könnte aber auch einer logistischen Funktion genügen. War die Exponentialkurve das Symbol der klassischen Wachstumstheorie, so ist die logistische Kurve das Banner der neuen Umweltökonomik¹⁵.

Ingenieur: Nun ist der Moment gekommen, wo ich den Spieß umdrehen muß. Sie haben mich vorhin als Naturwissenschaftler und Mechanisten abgestempelt. In meiner Eigenschaft als Kybernetiker darf ich Ihnen nun aber den Vorwurf machen, daß Sie sich bei Ihren Stabilitätsvorstellungen von der Idee eines prädeteterminierten Wachstumspfades leiten lassen. In der Kybernetik kennen wir nämlich auch den Begriff des *ultrastabilen* Systems, bei dem die Möglichkeit besteht, bei neuartigen Störungen auf neue Verhaltensweisen des Systems umzuschalten¹⁶.

Rebellischer Zuhörer: Wären Sie so gut, uns dafür ein Beispiel zu geben!

Ingenieur: Gehen wir von der Aufgabe der Konjunkturdämpfung und Inflationsbekämpfung aus! Gegenüber gewissen bisherigen Störungen habe sich die Geldpolitik als geeignet erwiesen. Gegenüber neuen inflatorischen Impulsen erweist sich ihre Wirksamkeit als ungenügend, infolgedessen schaltet das System der Konjunkturpolitik, verkörpert durch die Regierung und die übrigen wirtschaftspolitischen Organe, auf Währungspolitik um und führt das System der frei fluktuierenden Wechselkurse ein.

Bankfachmann: Wäre das dann ein anpassungsfähiges System?

Ingenieur: Gewiß, wir können sogar von einem lernfähigen System sprechen, obwohl ja nichts grundsätzlich Neues geschaffen wird. Das System der fluktuierenden Wechselkurse ist ja längst bekannt.

Bankfachmann: Schon 1933 hat es Haberler in seinem Buch „Der internationale Handel“ genau beschrieben¹⁷.

¹⁵ Vgl. Walter Adolf Jöhr, Bedrohte Umwelt. Die Nationalökonomie vor neuen Aufgaben, in: Umweltschutz und Wirtschaftswachstum, herausgegeben von M. P. v. Walterskirchen, Frauenfeld und Stuttgart 1972, S. 105 ff. — Bruno Frey, Umweltökonomie, Göttingen 1972, S. 66.

¹⁶ Georg Klaus, Wörterbuch der Kybernetik, Frankfurt a. M. und Hamburg 1969, Bd. 2, S. 674.

¹⁷ Gottfried Haberler, Der internationale Handel, Berlin 1933, S. 26 ff. — Haberler stellt in seinem Werk dem System der reinen Goldwährung das System der reinen Papierwährung gegenüber, für das charakteristisch ist, daß die Wechselkurse ausschließlich durch das Angebot an und die Nachfrage nach den verschiedenen Währungen bestimmt ist.

Ingenieur: Man müßte sich nur entschließen, es anzuwenden. Daneben hat nun die Kybernetik auch noch andere Begriffe entwickelt, die sie zusammenfassend als „morphogenetische Systeme“ bezeichnet, so etwa das „selbstorganisierende System“ und das „selbstdifferenzierende System“¹⁸. Ihrem Wunsch nach einem volkswirtschaftlichen Beispiel, den Sie auf den Lippen haben, versuche ich nachzukommen! Wir können z. B. einen Bundesstaat als System auffassen. Dieses System kann sich nun insofern selbst für konjunkturpolitische Zwecke besser organisieren, indem das Parlament des Bundesstaates ermächtigt wird, den Gliedstaaten verbindliche Weisungen über die Bemessung der Haushaltsüberschüsse bzw. -defizite zu erteilen.

Politischer Ökonom: Die Lernfähigkeit eines Systems kann aber auch dazu führen, daß ganz neue Wege entwickelt werden!

Ingenieur: Gewiß, dann müßte auch die Forschung in das System einbezogen werden: Konkret gesprochen, bestimmte Institute müßten von den verantwortlichen Behörden den Auftrag erhalten, neue Organe und Instrumente der Konjunktur- und Inflationsbekämpfungspolitik zu entwickeln¹⁹.

Rebellischer Zuhörer: Dann würden alle, die in diesem Saal versammelt sind — gewissermaßen in Geschäftsführung ohne Auftrag — zu den lernfähigen Systemen der Wirtschaftspolitik der Bundesrepublik, Österreichs und der Schweiz — und vielleicht noch weiterer Länder — gehören?

Ingenieur: Zweifellos!

Referent: Die Diskussion seit der Intervention, in der sich unser Ingenieur auch als Kybernetiker entpuppte, stimmt mich nachdenklich. Vorher kamen wir eigentlich zum Schluß, daß wir die Stabilität des Wirtschaftssystems und des übergeordneten politisch-ökonomischen Systems als Ziel anerkennen wollen. Jetzt verlagert sich das Gewicht auf die Schaffung eines Systems, das seine Verhaltensweise bei Veränderung der Impulse anders gestalten kann, das sich selbst zu organisieren vermag, ja durch Forschung sogar lernen kann . . .

Bankfachmann: Und das vorher mit einiger Mühe formulierte Stabilitätsziel verschiebt sich in den Hintergrund!

Ingenieur: Das ist nicht richtig. Das Stabilitätsziel in einem dynamischen Sinne bleibt zentral, aber es kommt weniger darauf an, daß be-

¹⁸ Walter Krieg, *Kybernetische Grundlagen der Unternehmungsgestaltung*, Bern und Stuttgart 1971, S. 93 ff.

¹⁹ Walter Adolf Jöhr, *Gespräche über Wissenschaftstheorie*, Tübingen 1973, S. 43 f.

stimmte Subsysteme stabil sind, als daß man in der Lage ist, aufgrund der Lernfähigkeit des Gesamtsystems die einzelnen Systeme ultrastabil zu gestalten, das heißt ihre Verhaltensweise bei veränderten Störeinflüssen zu modifizieren, und im weiteren das Gesamtsystem so zu gestalten, daß es sich besser organisieren kann, um mit den Störungen möglichst gut fertig zu werden.

Politischer Ökonom: Man darf sich aber nicht nur auf das Ziel der Stabilität der Volkswirtschaft beschränken, sondern muß die Stabilität der Regionen und Sektoren ebenfalls als Ziel anerkennen.

Referent: Grundsätzlich bin ich einverstanden, aber diese These ist nicht ungefährlich, weil sie dazu führen könnte, jede Entwicklung, die einzelne Regionen oder Wirtschaftszweige bedroht, zu unterbinden.

Rebellischer Zuhörer: Nun ist schon mehr als die Hälfte der uns eingeräumten Zeit verstrichen, und wir haben noch mit keinem Wort von den gesetzlichen Grundlagen der Stabilisierungspolitik gesprochen!

Bankfachmann: Sie meinen das deutsche Stabilitätsgesetz!

Referent: Auf dieses müssen wir uns wohl aus Zeitgründen beschränken, obwohl es seit der amerikanischen Employment Act des Jahres 1946²⁰ in zahlreichen Ländern solche Gesetze gibt. Auch in der Schweiz ist gegenwärtig ein Artikel, der die verfassungsmäßigen Grundlagen für eine Politik der „Konjunktur Stabilisierung“ schaffen soll, wie wir aus den Ausführungen von Herrn Bundespräsident Brugger entnehmen konnten, in der letzten oder vorletzten Phase der parlamentarischen Beratung^{20a}.

Rebellischer Zuhörer: Auch wer heute nichts mehr von der durch Karl Diehl begründeten „Sozialrechtlichen Schule“ weiß, wird anerkennen müssen, daß die gesetzlichen Grundlagen für das Wirtschaftsleben von großer Tragweite sind²¹.

Politischer Ökonom: Im ursprünglichen Entwurf des Stabilitätsgesetzes figurierte im Titel nur der Ausdruck „wirtschaftliche Stabilität“.

²⁰ Bruno Fritsch, Geschichte und Theorie der amerikanischen Stabilisierungspolitik 1933 - 1939/1946 - 1953, Zürich 1959, S. 64 ff. — Über die seitherige Entwicklung der amerikanischen Stabilisierungspolitik orientiert eine Untersuchung von Silvio Borner. Ein erster Band mit dem Titel „Wissenschaftliche Ökonomik und Politische Aktion“ wird in Kürze erscheinen (Verlag Haupt, Bern). Ein weiterer Band wird der „Amerikanischen Stabilitätspolitik seit 1946“ gewidmet sein.

^{20a} Hier sei nachgetragen, daß der erwähnte Konjunkturartikel in der Volksabstimmung vom 2. März 1975 abgelehnt wurde, indem er zwar das Mehr der Stimmenden, nicht aber das Mehr der Stände zu erzielen vermochte.

²¹ Karl Diehl, Die sozialrechtliche Richtung in der Nationalökonomie, Jena 1941.

Als in einer späteren Phase der Beratung die Gefahr einer Rezession aufgetaucht war, nahm man auch das Wachstumsziel in den Titel auf²².

Ingenieur: Mit der Anerkennung des Zieles eines stetigen und angemessenen Wachstums wird die im Gesetz ebenfalls enthaltene Formel „Erfordernisse des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ im Sinne eines dynamischen Gleichgewichts oder Gleichgewichtspfades konkretisiert.

Bankfachmann: Mir fällt auf, daß die umweltökonomischen Grenzen des Wachstums mit keinem Wort erwähnt sind.

Referent: Das Gesetz stammt eben noch aus der vor-umweltökonomischen Epoche. Zum Glück waren die Gesetzgeber vorsichtig genug, das Wort „angemessen“ dem Ausdruck „Wachstum“ voranzustellen. „Angemessen“ kann man nun auch im Sinne der Umweltökonomik interpretieren.

Politischer Ökonom: Neben dem Wachstum werden im ersten Paragraphen des Gesetzes die Stabilität des Preisniveaus, ein hoher Beschäftigungsstand und außenwirtschaftliches Gleichgewicht als Ziele genannt: natürlich unter der Voraussetzung der marktwirtschaftlichen Ordnung²³.

Bankfachmann: Das berühmte magische Viereck!

Politischer Ökonom: Im Gesetz über den Sachverständigenrat klingt als fünftes Ziel auch die gerechte Verteilung von Einkommen und Vermögen an²⁴.

Referent: Darüber wäre natürlich noch sehr viel zu sagen. Zunächst die Frage, ob nicht der Ausdruck „verhextes Vier- oder Fünfeck“ besser wäre, um den Sachverhalt auszudrücken, daß es wegen der Zielantinomien nicht möglich ist, alle Zielvariablen gleichzeitig auf das für jede einzelne gewünschte Niveau zu bringen. Ein weiteres Thema wäre die Frage, ob die vier Ziele des Stabilitätsgesetzes nach der Auffassung des Gesetzgebers im gleichen Rang stehen oder ob das Wachstum nur als Nebenbedingung eingeführt wurde²⁵.

²² Alex Möller, Kommentar zum Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 2. Aufl., Hannover 1969, S. 14 f.

²³ Vgl. dazu die Erläuterung bei Klaus Stern, Paul Münch, Karl-Heinrich Hansmeyer, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft. Kommentar, 2. Aufl., Stuttgart und andere Orte 1972, S. 120 ff.

²⁴ Gesetz über die Bildung eines Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung (14. August 1963), wieder abgedruckt im Jahreshgutachten 1973/74: Mut zur Stabilisierung, Stuttgart und Mainz 1973, S. 157 f. — Im maßgebenden Paragraphen 2 findet sich zwar der Ausdruck „gerecht“ nicht; aber nur in diesem Sinne kann die Vorschrift interpretiert werden, es sollten auch „die Bildung und die Verteilung von Einkommen und Vermögen einbezogen werden“.

Ingenieur: Wobei aber gemäß der Logik der Maximierung unter einer Nebenbedingung die letztere, was der Laie meistens übersieht, das absolut gesetzte Ziel ist und als solches dominiert!

Referent: Und es wären schließlich noch die komplexen Probleme der einzelnen Zielantinomien zu behandeln. Das alles können wir aus zeitlichen Gründen nicht mehr erörtern, denn wir müssen uns unbedingt noch der Frage der Stabilität des Geldwertes zuwenden, die heute in den meisten Ländern als Hauptproblem betrachtet wird.

Ingenieur: Schenken Sie mir vorher noch eine Minute Gehör! Wir sollten nämlich noch die deutsche Stabilitätsgesetzgebung vom Blickwinkel der Kybernetik aus zu würdigen versuchen. Die Grundkonzeption besteht nicht in der Schaffung eines vollautomatischen Regulationssystems, bei welchem ein Konjunkturamt bei einer Abweichung der Istgröße der Preissteigerung oder des Beschäftigungsgrades vom Sollwert eine zum voraus umschriebene und bemessene Maßnahme zu treffen hätte²⁶. Die maßgebenden Organe — Bundestag, Regierung, zuständiges Ministerium — werden vielmehr im Sinne eines ultrastabilen Systems mit einer Vielzahl von Instrumenten — von der konzertierten Aktion²⁷ bis zur Ermächtigung der Bundesregierung, bei Gefährdung der maßgebenden Ziele die Einkommens- und die Körperschaftssteuer um höchstens 10 % zu erhöhen oder zu vermindern — ausgerüstet, um situationsgerecht eingreifen zu können. Im übrigen ist das System der Stabilisierungspolitik insofern auch ein lernendes System, als der Sachverständigenrat darin eingebaut ist, ein Organ, das die Aufgabe hat — ich zitiere — „Fehlentwicklungen und Möglichkeiten zu deren Vermeidung aufzuzeigen“.

Rebellischer Zuhörer: Aber Empfehlungen darf er keine aussprechen.

Bankfachmann: ... dürfte er keine aussprechen.

Ingenieur: Mir geht es hier nur darum, zu zeigen, daß die Institution des Sachverständigenrates nicht nur insofern eine interessante Schöpfung ist, als die klassischen drei Gewalten Montesquieus durch eine weitere ergänzt wurden²⁸, sondern auch insofern als durch das Einbeziehen

²⁵ Vgl. dazu Klaus Stern, Paul Münch, Karl-Heinrich Hansmeyer, S. 133.

²⁶ Ein entsprechendes Modell, das allerdings nur als Beispiel für einen Regelkreis im Dienste der Wirtschaftspolitik konzipiert wurde, findet sich in dem Skriptum Walter Adolf Jöhr, Mathematisches Vademecum zur Wachstums- und zur Konjunkturtheorie, S. 79 ff.

²⁷ Vgl. dazu Erich Hoppmann (Herausgeber), Konzertierte Aktion. Kritische Beiträge zu einem Experiment, Frankfurt a. M. 1971.

²⁸ Vgl. dazu die Äußerungen von Walter Adolf Jöhr an der Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik in Baden-Baden, in: Hans K. Schneider (Herausgeber), Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung. Das Beispiel der Stabilisierungspolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Bd. 49,

der Forschung das System der Stabilisierungspolitik zu einem lernenden System in einem höheren Sinne des Wortes gemacht wurde. — Nun aber gebe ich das Wort zurück an den Gesprächsleiter, der ja die Politik der Geldwertstabilität diskutieren möchte.

Politischer Ökonom: Ich möchte einen Ordnungsantrag stellen. Wir können uns die Aufgabe erleichtern, wenn wir hierbei auf die Ausdrücke „stabil“ und „Stabilität“ verzichten und einfach von der Aufgabe der Inflationsbekämpfung sprechen, wobei wir natürlich anerkennen, daß eine fortgesetzte und sich beschleunigende Inflation das politisch-wirtschaftliche System gefährdet und insofern als destabilisierender Faktor bezeichnet werden kann.

Referent: Einverstanden!

Bankfachmann: Lassen Sie mich die Diskussion des Inflationsproblems mit einer historischen Reminiszenz beginnen. In der Zeit vor, während und unmittelbar nach dem ersten Weltkrieg war in Deutschland auf dem Gebiete der Geldlehre die „Staatliche Theorie des Geldes“ von Georg Friedrich Knapp herrschend²⁹. In dieser Geldtheorie fand der Begriff der Geldmenge keinen Platz³⁰. Braucht man sich da zu wundern, daß sich die deutschen Behörden gegenüber den Aufgaben, die sich aus der inflatorischen Entwicklung während des Krieges und der inflatorischen Entwicklung der Nachkriegszeit ergaben, als hilflos erwiesen, so daß es zur stärksten Inflation aller Zeiten und Völker gekommen ist.

Referent: Ich bin mit allem einverstanden, nur nicht mit dem allerletzten Satz. Den Rekord der Inflation hält nämlich seit 1945 Ungarn, wo

Berlin 1968, S. 315. — Würde man allerdings die Funktion der Regierung als eine besondere Aufgabe von derjenigen der Exekutive im Sinne eines Vollzuges unterscheiden und als vierte Funktion qualifizieren, so könnte man den Sachverständigenrat der Bundesrepublik als fünfte Gewalt betrachten. — Vgl. zur Lehre von einer vierten Funktion *Werner Kägi*, Zur Entstehung, Wandlung und Problematik des Gewaltenteilungsprinzips. Ein Beitrag zur Verfassungsgeschichte und Verfassungslehre, Zürich 1937, S. 180 ff.

²⁹ Wie hoch Georg Friedrich Knapps Geldlehre bewertet wurde, zeigen z. B. die folgenden Äußerungen, die wir in der „Allgemeinen Geldlehre“ von *Ernst Wagemann* (Berlin 1923, S. 36 und 42) finden: Er bezeichnet das Erscheinen von Knapps „Staatlicher Theorie des Geldes“ als einen Wendepunkt in der Entwicklung der Geldlehre, der dem Erscheinen von Smith's Hauptwerk vergleichbar sei, und rühmt die „wunderbare Architektonik“ seines Lehrgebäudes.

³⁰ *Georg Friedrich Knapp*, Staatliche Theorie des Geldes, 4. Aufl., München und Leipzig 1923, insbesondere S. 436 ff. In einem Nachtrag „Zur Verständigung über Geldwert und Preise“ betont Knapp nicht nur, daß in seiner Staatlichen Theorie des Geldes der Begriff des Geldwertes keinen Platz habe, sondern er ist derselben Auffassung bezüglich des Begriffs der Geldmenge, sagt er doch, daß die Frage, ob nicht ein Zusammenhang bestehe zwischen den neu geschaffenen „Massen von Papiergeld“ und der „ungeheuren Umwälzung der Preise fast aller Waren und fast aller Dienste“, nicht in die Staatliche Theorie des Geldes gehöre.

der Geldwert auf einen Quintillionstel seines früheren Niveaus gesunken ist.

Rebellischer Zuhörer: Herr Kühne, was wollten Sie mit Ihrem Ausflug in die Geschichte überhaupt sagen?

Politischer Ökonom: Haben Sie es nicht gemerkt? Er zielte gegen mich. Es ist ein versteckter Angriff auf die Gegner des Monetarismus.

Ingenieur: Und da fühlen Sie sich betroffen?

Politischer Ökonom: Ich teile nicht die Auffassung der Monetaristen, daß es eine Inflationstheorie gebe. Vielmehr muß der inflationstheoretische Ansatz in jedem Lande und sogar für jede Epoche neu entwickelt werden³¹.

Bankfachmann: Es ist die alte Frontstellung der historischen Schule gegen den Kosmopolitismus und den Perpetualismus der Klassik.

Politischer Ökonom: Gewiß! Man findet bei den Vertretern der historischen Schule allerlei, was gerade heute beherzigenswert ist.

Ingenieur: Und kümmert es Sie nicht, Herr Ackermann, daß der Prozeß der Geldentwertung über viele Jahrhunderte nachweisbar ist? Ich kenne eine Graphik, die zeigt, daß der Goldpreis Großbritanniens in Schilling während fast 7 Jahrhunderten mit gleicher langfristiger Steigerungsrate angestiegen ist³².

Politischer Ökonom: Das besagt gar nichts. Es können ja immer wieder andere historische Konstellationen diese Geldentwertung veranlaßt haben.

Referent (zum Ingenieur): Sie dürfen aber nicht verschweigen, daß der Goldwert in Schilling in den beiden Jahrhunderten vor und nach den napoleonischen Kriegen unverändert blieb. Und Sie müssen auch zugeben, daß die Kurve des Sauerbeck'schen Indexes der Großhandelspreise in Großbritannien im 19. Jahrhundert eine ausgesprochen sinkende Tendenz aufwies³³ und daß auch die goldene Prosperität der zwanzig Jahre unseres Jahrhunderts sich durch leicht sinkende Preise

³¹ Zu dieser Auffassung neigt *Hans Würigler*, Inflation als Machtproblem, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Herausgeber), *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, NF Band 74/I, Berlin 1973, S. 703.

³² Die im Text beschriebene Abbildung findet sich im 21. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, Basel 1941, S. 160.

³³ Die erwähnte Preiskurve der englischen Großhandelspreise wurde von *Gustav Cassel* (Theoretische Sozialökonomie, 5. Aufl., Leipzig 1932, S. 415) wiedergegeben.

ausgezeichnet hatte. Die These von der milliaren Inflation steht somit auf schwachen Füßen.

Bankfachmann: Herr Ackermann, wenn Sie für jedes Land und jede konjunkturelle Phase gar eine eigene Inflationstheorie aufzustellen versuchen, würden Sie dann einen Ansatz, wie die Schumpetersche Kreislaufgleichung des Geldwertes³⁴ verwerfen?

Politischer Ökonom: Ich würde sie schon aus wissenschaftstheoretischen Gründen — genauso wie übrigens auch die Fishersche Verkehrsgleichung — ablehnen, weil sie rein tautologisch und damit nichtssagend ist.

Referent: Sie irren sich, wenn Sie tautologisch und nichtssagend einander gleichsetzen! Tautologische Erkenntnisse können uns wesentliche Einsichten auch über die Wirklichkeit vermitteln. Nur sind sie natürlich nicht falsifizierbar. Aber wir können die genannten Gleichungen mit einem Schritt falsifizierbar machen, indem wir die Kreislauf- oder die Umlaufgeschwindigkeit als einen Koeffizienten mit einem empirisch gegebenen Wert betrachten!

Bankfachmann (zum Politischen Ökonomen): Aber wie wollen Sie denn die heutige Inflation z. B. in der Bundesrepublik oder in der Schweiz erklären? Wir sind auf Ihre Antwort gespannt, denn aus der Diagnose ergibt sich dann auch die Therapie.

Politischer Ökonom: Natürlich bestehen in jedem Land besondere Bedingungen. Denken wir nur an die großen Unterschiede in der innenpolitischen Konstellation zwischen Italien und der Schweiz oder an die unterschiedliche Rolle, welche die Exportindustrie in den Vereinigten Staaten und in der Bundesrepublik spielt. Aber neben diesen nationalen Besonderheiten gibt es typische Momente, die sich in allen entwickelten Ländern — auf alle Fälle der westlichen Welt — in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg herausgebildet haben.

Ingenieur: Sie denken offenbar an die Tatsache, daß der Materialismus unserer Zeit zu einer zunehmenden Konsumfreudigkeit und damit zu einer wachsenden Ansprüchlichkeit der breiten Massen geführt hat, . . .

Politischer Ökonom: . . . eine Ansprüchlichkeit, die in hohem Maße durch Firmen der Konsumgüterindustrie mit ihrem Trommelfeuer der Werbung gefördert wurde.

Rebellischer Zuhörer: Liest man die Leitartikel in den Zeitungen, die Erklärungen von Staatsmännern und Wirtschaftsführern und hört man

³⁴ *Joseph Schumpeter*, Das Sozialprodukt und die Rechenpfennige. Glossen und Beiträge zur Geldtheorie von heute, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 1917/18, S. 640 ff., insbesondere S. 675 ff.

die Predigten der Seelsorger, so kommt man zum Schluß, daß die Anspruchstheorie der Inflation die herrschende ist³⁵. Ihre Stärke beruht vor allem darin, daß sie — um einen dem Sexappeal analogen Ausdruck zu prägen — die Kraft des Gewissensappelles hat und infolgedessen von allen Menschen mit moralistischen Anwandlungen gerne aufgegriffen wird.

Bankfachmann: Das Paradoxe ist, daß während der Weltwirtschaftsdepression Staatsmänner mit asketischer Grundeinstellung ebenfalls gegen die Ansprüchlichkeit zu Felde gezogen sind, aber es geschah in der Meinung, man könne durch allseitige Einschränkung den konjunkturellen Rückgang auffangen!

Rebellischer Zuhörer: Die Aufforderung zur Genügsamkeit scheint offenbar einem psychologischen Archetypen zu entspringen.

Referent: Zurück zur Sache! Die Theorie der Anspruchsinflation als Erklärung der sich beschleunigenden Geldentwertung in der Zeit nach dem zweiten Weltkrieg vermochte mich nie zu überzeugen. Ich habe die Zwischenkriegszeit als Gymnasiast, Student und die letzten zwei Jahre als Dozent miterlebt. Man war damals auch schon ansprüchlich. Was aber damals — wie z. B. ein eigener Wagen oder Ferienreisen in weit entfernte Länder — nur einer Oberschicht zugänglich war, ist heute zum selbstverständlichen Konsum breiter Massen geworden und ist nun auch Gegenstand entsprechender Ansprüche. Im übrigen könnten ja auch die gestiegenen Ansprüche allein die Preissteigerung nicht erklären: Diese Ansprüche müssen durch zusätzliches Geld alimentiert sein, und das wiederum ist nur möglich aufgrund einer Ausschüttung größerer Einkommen...

Bankfachmann: ... wenn wir von dem Fall absehen, daß sich die Konsumausgaben zu Lasten der Ersparnisse vergrößert haben.

Politischer Ökonom: Gewiß. Ich möchte auch gar nicht das Hauptgewicht auf die Anspruchsinflation legen ...

Rebellischer Zuhörer: Ja, auf was denn?

Politischer Ökonom: Mein Anliegen — und ich befinde mich da im Einverständnis mit vielen klar denkenden Ökonomen — ist nicht die Entwicklung einer möglichst allgemein gültigen, sondern einer möglichst realistischen Inflationstheorie.

Bankfachmann: Sie haben sich vorher auf die Wissenschaftstheorie der Popper-Albertschen Richtung berufen. Ihre Gewährsmänner würden

³⁵ Ein sprechendes Dokument dieser Auffassung ist der Aufsatz von *Eleanor Gurewitsch*, der sich an einen Artikel von C. Grayson anlehnt und unter dem Titel „Wir alle sind schuld an der Inflation“ (in: Das Beste aus Reader's Digest, Januar 1974, S. 7 ff.) veröffentlicht wurde.

Ihnen aber keinen Beifall zollen, wenn Sie auf Allgemeingültigkeit verzichten wollen. Was Sie da herausbringen, würden sie höchstens als „Quasitheorien“ oder „Erklärungsskizzen“ gelten lassen.

Referent: In diesem Punkt muß ich Herrn Ackermann in Schutz nehmen. Strenge Allgemeingültigkeit ist in den Sozialwissenschaften überhaupt nicht erreichbar. Die Etikettierung unserer Theorien als „Quasitheorien“ oder „Erklärungsskizzen“ nehmen wir gelassen entgegen als die Kennzeichnung einer Situation, die unabänderlich ist³⁶.

Politischer Ökonom: Betrachten wir vorurteilslos das heutige Wirtschaftsleben, so sehen wir, daß der Kampf um höhere Löhne eine große Rolle spielt. Die Erfolge, welche die Gewerkschaften in diesem Kampf haben, bedeutet für die meisten Unternehmungen die Erhöhung des wichtigsten Kostenfaktors und bewirkt damit natürlich auch eine Erhöhung der Preise ihrer Produkte. Diese schlägt sich in einer Steigerung des Indexes der Konsumentenpreise nieder, und letzteres ist wiederum der Anlaß für eine neue Runde von Lohnforderungen.

Rebellischer Zuhörer: Entschuldigen Sie: Aber das ist doch nichts anderes als die alte Lohn-Preis-Spirale!

Ingenieur: Vielleicht zum Unterschied von der Preis-Lohn-Spirale?

Referent: Die Frage, ob wir es mit einer Lohn-Preis- oder Preis-Lohn-Spirale zu tun hätten, ist so müßig, wie der Streit scholastischer Gelehrter, ob zuerst die Henne oder das Ei existiert habe.

Politischer Ökonom: Bleiben wir nicht an diesem Worte hängen! Was hat sich gegenüber früher verändert? An die Stelle der „klassischen Gewerkschaft“ trat, um mit Goetz Briefs zu sprechen, die „befestigte Gewerkschaft“³⁷, die ihre große Macht zur Steigerung des Realeinkommens ihrer Mitglieder einsetzt. Die Arbeitgeberseite hat sich natürlich auch straffer organisiert, ohne aber auf dem Arbeitsmarkt einen entsprechenden Gegendruck ausüben zu können. Die Unternehmungen führen den Kampf um erhöhte Gewinne vor allem auf den Märkten ihrer Produkte, aber auch durch Erweiterung der Unternehmenskomplexe: Es genüge das Stichwort „Multinationals“!

Referent (zum Politischen Ökonomen): Sie stehen also auf dem Standpunkt der Machttheorie der Inflation.

Politischer Ökonom: Ja, ich akzeptiere diese Bezeichnung. Und ich möchte das präzisieren, indem ich mit Herrn Würgler, dem wissenschaft-

³⁶ Walter Adolf Jöhr, Gespräche über Wissenschaftstheorie, S. 20 f.

³⁷ Götz A. Briefs, Gewerkschaftsprobleme in unserer Zeit. Beiträge zur Standortbestimmung, Frankfurt a. M. 1968, S. 67 ff.

lichen Leiter unserer Tagung, die Inflation als „das Ergebnis eines differenzierten Kampfes von Personen und Gruppen um die Wohlstandsverteilung“ auffasse³⁸.

Referent: Eine Zwischenbemerkung zur Terminologie: Diese „Gruppenkampf-Hypothese“ wird von Herrn Schneider, dem Vorsitzenden unseres Vereins, als „Anspruchsverhaltens-Ansatz“ bezeichnet, wobei er aber — im Unterschied zur vorhin behandelten „Ansprüchlichkeit“ des modernen Menschen — in erster Linie an das Streben der sozialen Gruppen denkt, die Verteilung zu ihren Gunsten zu beeinflussen³⁹.

Bankfachmann: Herr Ackermann, ich bitte Sie zu entschuldigen, aber ich bin mit Ihnen ganz und gar nicht einverstanden. Sie leben ja irgendwie noch in der Vorstellungswelt der historischen Schule. Aber da sollten Sie doch wissen, daß schon in der Zwischenkriegszeit die Gewerkschaften sehr mächtige Organisationen waren. Und trotzdem zeigte sich — nachdem die Nachkriegsinflation gestoppt worden war — eine langfristige Tendenz der Preissenkung.

Referent: Ich erinnere mich noch sehr gut an die heftigen Arbeitskonflikte jener Zeit. Es gab schon damals die „befestigten Gewerkschaften“ im Sinne von Briefs.

Bankfachmann: Ein zweiter Einwand: Vielfach liegen die Effektivlöhne über den Tariflöhnen⁴⁰.

Rebellischer Zuhörer: Diese Lohndrift weist doch darauf hin, daß neben dem Kostendruck der Gewerkschaften der Nachfragesog der Unternehmen ebenfalls eine große Rolle spielt.

Bankfachmann: Und diese Nachfrage der Unternehmer muß durch zusätzliches Geld alimentiert sein. Und damit kommen wir zum entscheidenden Punkt. Herr Ackermann, Sie wollen eine realistische Theorie aufstellen! Ich werde Ihnen jetzt zwei Tatsachen nennen, die von größter Relevanz für das Inflationsproblem sind, aber in ihrer Gruppenkampfhypothese keinen Platz finden⁴¹. Im Sinne einer Vorbemerkung möchte ich noch festhalten, daß wir nicht nur auf die Schweiz, auf die Bundesrepublik, auf Österreich blicken dürfen.

Referent: Richtig! Wir sind mit dem Phänomen einer Weltinflation konfrontiert⁴².

³⁸ Hans Würigler, Inflation als Machtproblem, S. 708.

³⁹ Hans K. Schneider, Inflationstheorien, in: WISU (Wirtschaftsstudium), Bd. 1, 1972, Heft 4, S. 170 ff.

⁴⁰ Klaus Dieter Arndt, Votum zum Referat von Hans Würigler, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Herausgeber), Macht und ökonomisches Gesetz, S. 723.

⁴¹ In anlogem Sinne interveniert Klaus Dieter Arndt in der Diskussion des Referates von Hans Würigler, S. 722 f.

Bankfachmann: Eine erste Tatsache: Während sich die Weltwährungsreserven von Ende 1959 bis Ende 1969 in langsamem linearem Anstieg von 57 auf 78 Milliarden Dollar erhöhten, zeigten sie nachher einen steilen Anstieg bis auf 183 Milliarden Ende 1973. In vier Jahren haben sie sich somit mehr als verdoppelt⁴³.

Rebellischer Zuhörer: Und was ziehen Sie daraus für Schlüsse?

Ingenieur: Daß sich damit die Geldmenge und deshalb die Preise entsprechend erhöht haben.

Politischer Ökonom: Das ist der klassische Fehlschluß des Monetarismus, daß die Vergrößerung der Geldmenge notwendig zu einer entsprechenden Erhöhung der Preise führe. Die Erhöhung der Geldmenge könnte sich ja bei stabilen Wechselkursen infolge eines Kapitalzufflusses, der im Hinblick auf eine erwartete Aufwertung erfolgt ist, ergeben haben. Die mit der Entgegennahme der ausländischen Währung geschaffenen Guthaben in inländischer Währung gelangen aber nicht in den inländischen Kreislauf, da ihre Besitzer sie jederzeit wieder in ausländische Währung möchten umwandeln können. Sie werden infolgedessen nicht inflationsvirulent. Für eine Vermehrung der Geldmenge ohne inflatorische Wirkung gäbe es noch zahlreiche andere Beispiele.

Referent: Da ist noch zu beachten, daß gut die Hälfte der Zunahme der Weltwährungsreserven in diesen vier Jahren sich aus amerikanischen Zahlungsbilanzdefiziten ergab. Und wir können annehmen, daß ein wesentlicher Teil der in dieser Weise entstandenen neuen Dollar Guthaben in den Gläubigerländern zu einer Ausweitung der im Inland aktiven Geldmenge geführt hat.

Rebellischer Zuhörer: Und der Eurogeldmarkt? — für mich übrigens ein Buch mit sieben Siegeln!

Bankfachmann: Hier möchte ich nur zwei Zahlen nennen. Gemäß den Angaben der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich sind die Fremdwährungsverbindlichkeiten der Banken von acht europäischen Ländern in den vier Jahren seit Ende 1969 von 57 auf 191 Milliarden Dollar gestiegen — eine unerhört starke Zunahme⁴⁴. Diese Zahl müßte man natürlich noch durch Ausschaltung von Doppelzahlungen bereinigen.

⁴² Mit ihr befaßt sich eine Studie von *Walter Adolf Jöhr* und *Karl Kühne* über „Die Weltinflation und die Schweiz“ (in: Außenwirtschaft, Dezember 1974, S. 412 ff.).

⁴³ International Financial Statistics, Januar 1970, S. 13 und Juni 1974, S. 19. — Vgl. die graphische Darstellung im vierundvierzigsten Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich, 1974, S. 132.

⁴⁴ Vgl. den in Anmerkung 43 genannten Jahresbericht der BIZ, S. 168, sowie die graphische Darstellung, S. 164.

Referent: Wenn wir zeigen wollten, in welcher Weise der Eurogeldmarkt zu einer Aufblähung der inländischen Geldmenge wie auch der als internationales Zahlungsmittel dienenden Dollarforderungen und auf andere Währungen lautenden Guthaben führt, müßte ich den Vorsitzenden um eine zusätzliche Stunde bitten. Da er diesem Wunsche nicht entsprechen wird, beschränke ich mich auf vier Sätze: Es scheint mir erwiesen, daß der Eurogeldmarkt ein Tummelplatz der Geldschöpfung ist. Diese bewirkt zu einem gewissen nicht unwesentlichen Teil auch eine Ausweitung der inländischen Geldmenge. Bei frei fluktuierenden Wechselkursen erfährt diese allerdings eine starke Einschränkung. Aber auch dann führt die Vergrößerung der Liquidität der Banken des Eurogeldmarktes zu vermehrten Bankkrediten und damit zu vermehrten Käufen von Gütern und Dienstleistungen.

Rebellischer Zuhörer: Bisher war noch mit keinem Wort vom psychologischen Faktor bei der Diskussion der Inflationstheorien die Rede. Das überrascht mich etwas — angesichts der Präferenzen des Gesprächsleiters.

Referent: Herr Ackermann!

Politischer Ökonom: Sie haben recht. Die Inflationsmentalität spielt für die Beschleunigung des Geldentwertungsprozesses eine wesentliche Rolle. Erwartet man, daß die Preise sich auch in Zukunft wesentlich erhöhen werden, so ist man bereit, schon heute mehr für ein Gut zu bezahlen, als wenn dies nicht der Fall wäre. Dadurch wird natürlich die Inflation verstärkt.

Ingenieur: Dazu kommt, daß heute aufgrund der in fast allen marktwirtschaftlich organisierten Ländern anerkannten Theorie der Beschäftigungspolitik und der Erwartung, daß diese notfalls auch in die Tat umgesetzt werde, stärkere konjunkturelle Kontraktionsbewegungen mit deflatorischem Effekt nicht mehr zu erwarten sind, was ebenfalls die Bereitschaft der Unternehmer, höhere Preise zu bezahlen, verstärkt.

Bankfachmann: Aber auch hier muß beachtet werden, daß sich die Inflationsmentalität natürlich nur dann inflatorisch auswirken kann, wenn den Käufern mehr Geld für die erhöhten Preise zur Verfügung steht.

Rebellischer Zuhörer: Das hat übrigens Herr Würigler an der Tagung vor zwei Jahren in bezug auf seine Gruppenkampf-Hypothese ausdrücklich konzediert⁴⁵!

Referent: Versuchen wir die stabilisierungspolitischen Konsequenzen zu ziehen, so können wir vielleicht folgendes festhalten:

⁴⁵ Vgl. Hans Würiglers Schlußwort in der Diskussion zu seinem Referat, Inflation als Machtproblem, S. 732.

- (1) Der Verteilungskampf kann zur Inflation beitragen. Man kann ihn durch eine Politik der konzertierten Aktion und durch Einkommenspolitik mildern.
- (2) Die Inflationsmentalität ist ein ernstzunehmender inflatorischer Faktor. Von Weizsäckers Vorschlag, sie durch eine Besteuerung von Preiserhöhungen und durch eine Subventionierung von Preissenkungen auszuschalten, ist deshalb prüfenswert.
- (3) Entscheidend ist jedoch — und in diesem Punkte gehe ich mit dem Monetarismus einig —, daß wir das Wachstum des Geldstromes so bemessen, daß Preisstabilität resultiert. Dies erfordert natürlich eine Kontrolle der sich sowohl durch intranationale wie durch internationale Transaktionen vollziehenden Geldschöpfung. Und das wiederum setzt voraus, daß der hier bestehende Erkenntnis-Lag überwunden wird und Ökonomen und Behörden sich über die geldvermehrenden Mechanismen klar werden. Für die Ökonomen und Staatsmänner darf z. B. der Eurogeldmarkt, Herr Fehle, nicht länger ein Buch mit sieben Siegeln sein!

Ingenieur: Da aber nicht zu erwarten ist, daß diese Kontrolle ihr Ziel voll erreicht, muß die Inflationsbekämpfung auch auf den beiden von ihnen zuerst genannten Fronten aktiv sein.

Politischer Ökonom: Wieso setzen Sie aber so wenig Vertrauen in die Kontrolle der Geldschöpfung? Weil den entsprechenden nationalen und internationalen Organen die Macht fehlt⁴⁶. Dies zur Rehabilitation der vorher arg zerzausten Machttheorie der Inflation!

Bankfachmann: Aber auch bei der Bekämpfung des Lohnauftriebes stoßen wir auf Schwierigkeiten. Ein Mittel — das übrigens auch nicht unbedingt sicher ist — bestände in der Zulassung einer Arbeitslosigkeit bestimmter Größe⁴⁷. Aber indem wir so vorgehen, geraten wir bald aufgrund der antinomischen Beziehung zwischen dem Ziel der Stabilität des Preisniveaus und dem des hohen Beschäftigungsgrades an einen Ort, von dem der Weg in den Abgrund führt.

Referent: Wir kommen zum Ende unseres Gespräches! Bevor ich schließe, möchte ich jedem Teilnehmer noch die Gelegenheit geben, sich zu äußern.

⁴⁶ In dieser Weise hat sich *Hans Würigler* gegenüber dem Verfasser geäußert.

⁴⁷ *Carl Christian von Weizsäcker*, *The Political Economy of Stability in Western Countries*, S. 18: „Thus the higher the pressure of labour unions to raise wages, the higher is the rate of unemployed which is necessary for the long run stability of the system“.

Bankfachmann: Sie kennen mein Steckenpferd: Eine Erhöhung des Preisniveaus ist nur möglich, wenn sich der Geldstrom im Verhältnis zum Güterstrom erhöht.

Referent: Es ist auch *mein Ceterum censeo!*

Bankfachmann: Ich mußte das angesichts der vorangehenden Diskussion betonen, obwohl ich dem Keynesianismus näher stehe als dem Monetarismus und größere Hoffnung auf die Fiskalpolitik als auf die Geldpolitik setze.

Ingenieur: Haben wir nicht zu sehr nur von der Inflation gesprochen? Gibt es nicht noch viele andere, zum Teil vielleicht noch wichtigere Stabilitätsprobleme?

Referent: Sie haben völlig recht. Es existieren bedrohliche Instabilitäten in der Welt von heute:

- das labile Gleichgewicht zwischen den Atommächten und zwischen den Supermächten im besonderen
- fehlende innenpolitische Stabilität, wobei unser Nachbarstaat Italien uns die größten Sorgen macht
- die Möglichkeit epidemischer Ausbreitung von Haltungen des Protests gegenüber den Traditionen der Gesellschaft, wie wir sie von der Rebellion der Jugend, der Hippie-Bewegung und der Drogenwelle, der Zunahme der Kriminalität und des politischen Terrors kennen
- und schließlich die Gefahren, die uns von einem ungehemmten oder nur wenig gehemmten Wachstum der Weltbevölkerung und des Weltsozialproduktes angesichts der Begrenztheit von Umwelt und Ressourcen drohen⁴⁶.

Rebellischer Zuhörer: Ich habe mich im Laufe des Gesprächs von der Komplexität des Themas überzeugt. Ich widerrufe nicht nur den Vorwurf der Banalität des Themas, sondern schlage vor, eine zweite Stabili-

⁴⁶ Über die Gefahren, die sich aus dem Wachstum ergeben, hat sich der Verfasser in folgenden Arbeiten geäußert: *Walter Adolf Jöhr*, *Bedrohte Umwelt. Die Nationalökonomie vor neuen Aufgaben*, in: *Umweltschutz und Wirtschaftswachstum*, S. 41 ff. — *Walter Adolf Jöhr*, *Instrumente der Wachstumsbegrenzung und der Wachstumslenkung. Eine systematische Übersicht*, in: *Hans Christoph Binswanger, René L. Frey, Walter Adolf Jöhr, Gert v. Kortzfleisch, Dennis L. Meadows, Klaus M. Meyer-Abich, Jan Tinbergen, Frederik Vester u. a.*, *Wirtschaftspolitik in der Umweltkrise. Strategien der Wachstumsbegrenzung und Wachstumslenkung*, herausgegeben von Jörg Wolff, Stuttgart 1974, S. 9 ff., sowie drei Aufsätze von *Walter Adolf Jöhr* über „Die Grenzen des Wachstums“ und „A Blueprint for Survival“, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, 1973, Heft 6, S. 261 ff., Heft 7, S. 313 ff. und 367 ff. und Heft 12, S. 584 ff.

tätstagung durchzuführen, um die zuletzt genannten Stabilitätsprobleme gründlich zu studieren.

Politischer Ökonom: Ich habe alles gesagt, was mir wichtig erschien!

Referent: Ich schließe mit der Feststellung, daß wir uns im Laufe des Gesprächs bedeutend näher gekommen sind. Ich hoffe, das gelte auch im Verhältnis zu den verehrten Zuhörern, denen ich für ihre Aufmerksamkeit bestens danke.

Rebellischer Zuhörer: Als dem advocatus diaboli, den ich zu spielen hatte, gebührt mir das letzte Wort. Ich knüpfe an die einleitenden Worte des Gesprächsleiters an. Der Schlußakkord der Ouvertüre ist verklungen. Die Oper der Stabilisierungspolitik kann beginnen. Der Vorhang hebt sich. Der erste Sänger wird in Kürze die Bühne betreten.

Beziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität

Von *Werner Kaltefleiter*, Kiel*

1. Empirische Untersuchungen der Beziehungen zwischen „Wirtschaft“ und „Politik“ können von verschiedenen Ansätzen ausgehen, wobei zwei Grundpositionen zu unterscheiden sind: die Makro- und die Mikroanalyse. Zum Makro-Ansatz gehört z. B. die Diskussion um die Interdependenz der Ordnungsformen¹. Besteht bei allen Variationsmöglichkeiten doch letztlich ein untrennbarer Zusammenhang zwischen Demokratie und Marktwirtschaft? Zu diesem Fragenkreis gehört auch die Analyse der Rückwirkungen politischer und nicht nur wirtschaftspolitischer Entscheidungen auf Konjunktur und Struktur einer Volkswirtschaft. In diesen Komplex gehört auch die Untersuchung der Verflechtung politischer und wirtschaftlicher Bereiche, wie sie die Verbandsforschung angeht. Das Schlagwort vom Military-Industrial Complex² mag dieses Beziehungsgeflecht ebenso kurz beschreiben wie die neuerliche Diskussion um multinationale Unternehmen. Im Gegensatz zu diesen teilweise sehr unterschiedlichen Fragestellungen steht der Mikro-Ansatz, der Wirtschaft und Politik als Objektbereiche individueller Einstellungen und Verhaltensweisen versteht. Die Frage der Beziehungen zwischen beiden Bereichen läßt sich bei dieser Betrachtungsweise auf die Frage reduzieren, ob Erfahrungen, die Individuen in dem einen Bereich machen, ihre Einstellungen und ihre Verhaltensweisen in dem anderen beeinflussen. Konkret bedeutet das z. B., inwieweit Erfahrungen im wirtschaftlichen Bereich das Wahlverhalten, und das heißt in einem alternierenden politischen System die Allokation von Macht, beeinflussen³. Man kann darüber hinaus Revolutionstheorien

* Geboren 1937 in Hagen. Ordentliche Professur für politische Wissenschaften und Leitung des Seminars für Wissenschaft und Geschichte der Politik an der Universität Kiel. Leitung des Sozialwissenschaftlichen Forschungsinstituts der Konrad-Adenauer-Stiftung in Alter bei Bonn. Hauptforschungsgebiete: Politische Wissenschaft, Beziehungen zwischen Wirtschaft und Politik.

¹ So schon *Walter Eucken*, *Grundlagen der Nationalökonomie*, Jena 1940.

² Sam C. Sarkesian und Charles C. Moskos (Herausgeber), *The Military-Industrial Complex*, London 1972.

³ *Werner Kaltefleiter*, *Wirtschaft und Politik in Deutschland, Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*, Köln und Opladen 1966.

an diesem Erfahrungsstand ableiten. Da aber für die westlichen Demokraten, die schon aufgrund der Datenlage im Zentrum der Forschung stehen, die Frage der Allokation von Macht durch Wahlverhalten die zentrale ist, sind die folgenden Überlegungen auf diesen Aspekt der Mikroanalyse konzentriert. Ob das Ergebnis ein Mehr oder Weniger an Stabilität ist, ist eine zweite, normative Frage, die insbesondere gesehen werden muß unter den Systembedingungen, unter denen die Individuen agieren.

Die Wahrscheinlichkeit, daß Erfahrungen im wirtschaftlichen Bereich das politische Verhalten beeinflussen, erscheint größer als umgekehrt: Der Stellenwert, den der Lebensbereich Wirtschaft für die weitaus meisten Menschen einnimmt, ist wesentlich höher als der der Politik, der Beruf nimmt nach der Familie den zweiten Rangplatz ein, während die Politik an vorletzter Stelle steht.

Tabelle 1

Rangskala der Wichtigkeit von Lebensbereichen

Befragte: 2009 Personen

Befragungszeitpunkt: April/Mai 1974

	Durchschnittswert
1. Familie	2.7
2. Beruf	2.1
3. Freizeit	2.0
4. Freundschaften	2.0
5. Technischer Fortschritt	1.5
6. Kultur	1.2
7. Wissenschaft	1.1
8. Politik	0.9
9./10. Sport/Religion	0.6

Zudem werden die massenhaft ausgeübten Verhaltensweisen des Objektbereichs Wirtschaft, also z. B. Arbeiten, Konsumieren und Sparen, wesentlich häufiger ausgeübt als die häufigst genutzten politischen Partizipationsformen wie Wählen und Politische-Gespräche-führen. Dennoch ist die Frage an die sozialökonomische Verhaltensforschung gestellt⁴, inwieweit Lernprozesse aus dem politischen Bereich ökonomisches Verhalten beeinflussen, wie das gerade in den sozialpsychologischen Elementen der Konjunktur- und Geldtheorie angelegt ist⁵. Sicher gilt das für die allgemeine „Stimmungslage“. Dazu ein Beispiel aus jüngster Zeit: Die wirtschaftliche Situation in der Bundesrepublik

⁴ Günter Schmölders, Staatsbürger oder Untertan, zur Krise zwischen Bürger und Staat, München 1973. George Katona, The Mass Consumption Society, New York 1964; George Katona, Der Massenkonsum, Düsseldorf 1965.

⁵ Walter Adolf Jöhr, Die Konjunkturschwankungen, Zürich 1952. Günter Schmölders, Geldpolitik, 2. Aufl., Tübingen 1966. Günter Schmölders, Psychologie des Geldes, Reinbek b. Hamburg 1966.

Deutschland ist durch den Kanzlerwechsel im Mai 1974 unmittelbar nicht verändert worden. Dennoch wurde die wirtschaftliche Situation nach dem Kanzlerwechsel positiver beurteilt als zuvor. Offensichtlich erfüllt die Frage nach der wirtschaftlichen Zukunftsaussicht hier die Funktion eines Optimismus-Pessimismus-Indikators oder eines allgemeinen Stimmungsbarometers.

2. Dieses Ergebnis verdeutlicht einen wesentlichen Tatbestand, der auch bei der politikwissenschaftlichen Frage nach den Rückwirkungen der Erfahrungen im ökonomischen Bereich auf das politische Verhalten von zentraler Bedeutung ist: In die Beziehungskette geht stets die Perzeption eines Ereignisses durch den Beeinflußten, nicht das tatsächliche Ereignis, ein. Die wirtschaftliche Situation, wie sie vom Wähler möglicherweise verarbeitet wird, ist nicht der Zahlenspiegel der Deutschen Bundesbank, sondern die individuelle Einschätzung, wie sie aufgrund von persönlichen Erfahrungen und Informationen durch ihm vertrauenswert erscheinende Kommunikationsmittel⁶ — das sind nicht unbedingt die Massenmedien, sondern häufig Freunde und Kollegen — gebildet wird.

Das erste zentrale Problem bei diesem Untersuchungsansatz ist die Operationalisierung der abhängigen und unabhängigen Variablen. Nimmt man politisches Verhalten als die abhängige Variable, so bietet sich zu ihrer Operationalisierung zunächst das Wahlverhalten aus zwei Gründen an: Es ist die Form des politischen Verhaltens, die erstens nahezu von jedem und zweitens von allen gleichzeitig ausgeübt wird, wobei außerdem das Nichtwählen als eine besondere Form des politischen Verhaltens in die Untersuchung einbezogen werden kann⁷. Hinzu kommt, daß die Befragungstechniken gerade im Hinblick auf diese Variablen relativ weit entwickelt sind. Grundsätzlich sind aber auch andere politische Partizipationsformen als abhängige Variablen verwendbar.

Bleibt die Frage nach der Operationalisierung der ökonomischen Variablen, die bislang kaum befriedigend gelöst worden ist. Einerseits haben sich Fragen nach der Beurteilung der wirtschaftlichen Situation als relativ aussagekräftig erwiesen, wobei es offensichtlich von verschiedenen Faktoren abhängt, welche konkrete Frageform am aussagefähigsten ist⁸. In der Bundesrepublik hat in jüngster Zeit die Frage nach den kurzfristigen wirtschaftlichen Zukunftsaussichten eine recht

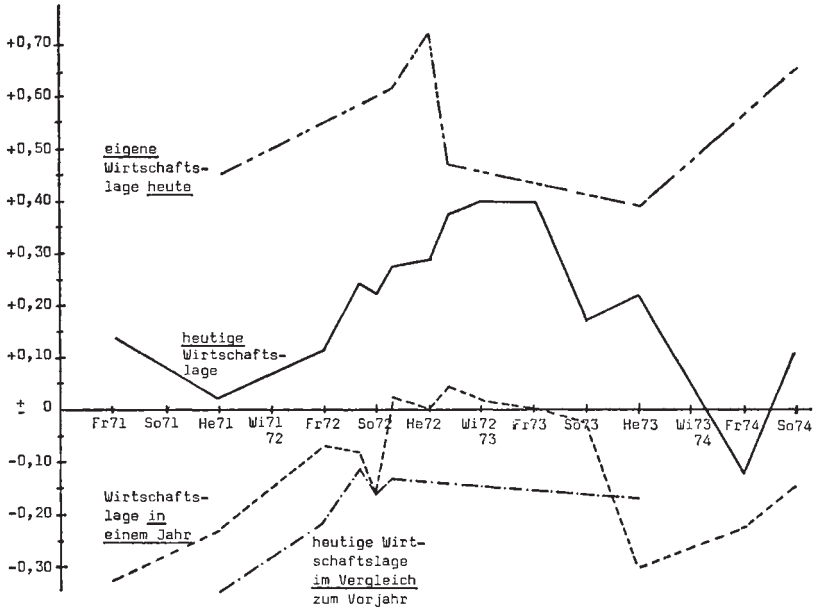
⁶ *Elihu Katz* und *Paul Lazarsfeld*, *Personal Influence: The Part Played by People in the Flow of Mass Communications*, New York 1964.

⁷ Siehe z. B. *Günther D. Radtke*, *Stimmhaltung bei politischen Wahlen in der BRD*, Meisenheim 1972.

⁸ *Dieter Roth*, *Ökonomische Variablen und Wahlverhalten*, in: *Politische Vierteljahresschrift*, 1973, Bd. 14, S. 257 - 274.

Abb. 1.
Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der BRD
(Sommer 1971 - Sommer 1974)

Indexwerte¹:



positiver Extremwert: + 2,00

negativer Extremwert: - 2,00

¹ Der Index wurde gebildet, indem die Ergebnisse der Fragen nach der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der BRD heute, der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der BRD im Vergleich zum Vorjahr,

der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage in der BRD in einem Jahr,

der Beurteilung der eigenen wirtschaftlichen Lage heute

in verschiedenen Repräsentativbefragungen wie folgt umgerechnet wurden:

Prozentwert	sehr gut	multipliziert mit + 2
der Antwortkategorie:	viel besser	
	wesentlich besser	

Prozentwert	gut	multipliziert mit + 1
der Antwortkategorie:		

Prozentwert	teils/teils	multipliziert mit 0
der Antwortkategorie:		

Prozentwert	eher schlecht	multipliziert mit - 1
der Antwortkategorie:	etwas schlechter	

Prozentwert	schlecht	multipliziert mit - 2
der Antwortkategorie:	viel schlechter	
	wesentlich schlechter	

Die Addition dieser Produkte ergibt den Indexwert.

hohe Reagibilität und Aussagekraft gehabt. Aber das ist zum Teil strittig. Die allgemeine Beurteilung der ökonomischen Situation scheint dabei stark abhängig vom verfügbaren Einkommen zu sein. Die Beurteilungsfrage spiegelt also zu einem erheblichen Teil die konkrete Einkommenslage wider. Scheint dieses Einkommen durch Preissteigerungen gefährdet, so erhält die politische Aufgabe der „Stabilität“ — was immer das sei — einen hohen Stellenwert. Dieser bröckelt aber sofort ab, wenn die Arbeitsplätze gefährdet erscheinen. Aber auch die Steuerlast scheint deutlich meßbar in den Beurteilungsprozeß einzugehen. Andererseits kann auch darauf hingewiesen werden, daß in derartigen Fragen nur allgemeine Stimmungen gemessen werden. Kurz: Die Validität dieses Instruments ist zumindest nicht geklärt, aber eine solche Situation ist in der empirischen Forschung nicht neu, sie ist eher normal. Man kann ihr pragmatisch nur dadurch begegnen, daß man sich vor der methodischen Kritik verneigt, ihr zuvor recht gibt und in Kenntnis der Mängel des Instrumentariums mit der Arbeit beginnt.

Versucht man diese so definierten Variablen in Beziehung zu setzen, stößt man sofort auf eine weitere Schwierigkeit, die in der Komplexität der Bestimmungsfaktoren politischen Verhaltens begründet liegt.

3. Politisches Verhalten, insbesondere Wahlverhalten, kann vereinfacht als das Ergebnis von zwei Gruppen von Variablen verstanden werden: jene, die über den Sozialisationsprozeß⁹, die Ansammlung gemachter Erfahrung, die Gruppenzugehörigkeit und die Rollenzuweisung im sozialen System zu einer bestimmten politischen Grundeinstellung führen¹⁰, und jene Variablen, die die jeweils anstehende konkrete Entscheidungssituation ausmachen — also Kandidaten, kontroverse Zielfunktionen, perzipiertes Partieverhalten in jüngster Zeit, Stellungnahmen von Meinungsführern usw.

Gegen diese Trennung in zwei Variablengruppen kann natürlich sofort ein Einwand erhoben werden: Die Unterscheidung beruht ausschließlich auf der Zeitdimension, die Variablen der zweiten Gruppe gehen in den Erfahrungsschatz ein und gehören damit bei der nächstfolgenden Wahl in die erste Gruppe. Was heute „Ereignis“ ist, ist morgen Teil des Erfahrungsschatzes.

Erfahrungen im ökonomischen Bereich können damit zwei Ansatzpunkte für die Beeinflussung des politischen Verhaltens haben: Sie können als prägende Erlebnisse den Sozialisationsprozeß mitbeeinflusst haben, und sie können die konkrete Entscheidungssituation einer Wahl mitbestimmen.

⁹ *Herbert Hyman, Political Socialization, Glencoe 1959.*

¹⁰ *Vgl. Philip E. Converse, The Concept of a Normal Vote, in: Angus Campbell u. a., Elections and the Political Order, New York 1966.*

Als das bekannteste Beispiel für eine Beeinflussung des Sozialisationsprozesses gilt der Einfluß, den die Weltwirtschaftskrise auf die politischen Einstellungen und das politische Verhalten einer ganzen Generation gehabt zu haben scheint: Die amerikanischen Präsidentschaftswahlen von 1932 haben einen Prozeß der Umschichtung der Parteienhängerschaften (re-alignment) eingeleitet, der das seit dem Sezessionskrieg traditionelle Übergewicht der Republikaner für mindestens 36 Jahre (bis 1968) in eine entsprechende Dominanz der demokratischen Partei verwandelt hat. Eine analoge „depression generation“¹¹ kann zur Erklärung des Übergewichts der sozial-demokratischen Parteien in den skandinavischen Ländern herangezogen werden. In der Literatur glaubte man lange Zeit, die Bundesrepublik sei durch eine „Inflationsgeneration“ geprägt¹²; die Wahl von 1972 verlangt, wie noch zu zeigen sein wird, was das relative Gewicht dieser Variablen betrifft, eine Differenzierung dieser Hypothese. Die Veränderung des Stellenwertes der Preisstabilität kann als Folge des Generationswechsels, der in der Bundesrepublik inzwischen eingetreten ist, natürlich erklärt werden. Es ist durchaus möglich, daß die fünfziger und die frühen sechziger Jahre durch eine Inflationsgeneration im Wahlverhalten geprägt waren. Die wirtschaftliche Entwicklung ließ jedoch eine Überprüfung dieser Hypothese erst 1972 zu, nachdem zu einem erheblichen Teil ein Generationswechsel bereits stattgefunden hatte.

Solche Erklärungsversuche mögen mehr oder weniger plausibel erscheinen. Sie sind jedoch mit dem bislang verfügbaren Instrumentarium exakt nicht nachweisbar, da die Variable Sozialisationsprozeß derart komplex ist, daß es nicht möglich ist, sie analytisch sauber auseinanderzuidividieren. Das Ergebnis mag in der allgemeinen Parteiidentifikation¹³ meßbar sein; wie diese jedoch zustande gekommen ist, bleibt weitgehend offen. Bei solch einschneidenden ökonomischen Ereignissen wie der Weltwirtschaftskrise oder großen Inflationen mag dennoch eine entsprechende Zuordnung möglich, d. h. zumindest plausibel sein. Bei nuancierterer Konjunkturbewegung, wie sie die wirtschaftliche Situa-

¹¹ *Angus Campbell u. a., The American Voter, New York und London 1960.*

¹² *Günter Schmölders, Umgang mit Geld im privaten Haushalt, Berlin 1969.*

¹³ *Werner Zohlnhöfer, Parteienidentifikation in der Bundesrepublik und den Vereinigten Staaten, in: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Herausgeber), Zur Soziologie der Wahl, Köln und Opladen 1965. David Easton und Jack Dennis, Child's Acquisition of Regime Norms: Political Efficacy, in: American Political Science Review, Bd. 61, März 1967, S. 25 - 38. Kenneth P. Lenton, Political Socialization, New York 1969. Günther D. Radtke, Gibt es in der Bundesrepublik eine Parteiidentifikation?, in Verfassung und Verfassungswirklichkeit, Jb. 1972, Teil II, Verfassungspolitischer Immobilismus in der Bundesrepublik?, Köln 1972. Manfred Berger, Parteienidentifikation in der Bundesrepublik, in: Politische Vierteljahresschrift, 1973, Bd. 14, S. 215 - 225. Rudolf Wildenmann, Parteien-Identifikation in der Bundesrepublik, in:*

tion der Gegenwart kennzeichnet, versagt dieses Instrument jedoch. Damit reduziert sich die Frage nach der Bedeutung der ökonomischen Faktoren für das politische Verhalten weitgehend auf den Stellenwert in Konkurrenz mit anderen Faktoren in einer konkreten Entscheidungssituation. Der schon erwähnte Tatbestand, daß dem Lebensbereich Wirtschaft ein hoher Stellenwert zukommt, stützt dabei die Hypothese, daß der Perzeption der ökonomischen Situation in Konkurrenz mit anderen innen- und außenpolitischen Faktoren eine hohe Bedeutung zukommt¹⁴.

Dieser Tatbestand wird häufig kultur- oder sozialkritisch als Wohlstandsorientierung und damit als unpolitisches Verhalten abqualifiziert. Solcher Kritik liegt ein sehr enger und wohl auch willkürlicher Politikbegriff zugrunde, nach dem nur das Politik ist, was die Kritiker dafür halten. Die Orientierung an der ökonomischen Leistungsfähigkeit eines politischen Systems bedeutet jedoch, daß die Wähler sich an etwas orientieren, das sie in ihrem eigenen Erfahrungsbereich zumindest partiell überprüfen können, also den berühmten „system-immanenten Manipulationen“ weitaus weniger unterliegt als andere Bereiche. Zumindest läßt sich die Hypothese verteidigen, daß der sich an seinem ökonomischen Erfahrungsbereich orientierende Wähler dem homo politicus¹⁵ weit näher kommt als jene Wähler, die aufgrund von partiellen Informationen über Ereignisse in Chile, Persien und Vietnam die Straßen bevölkern.

Die empirischen Untersuchungen scheinen diese Hypothese über die hohe Bedeutung wirtschaftlicher Erfahrungen für das politische Verhalten zu bestätigen. Schon Åkerman¹⁶ hat in seiner ersten Untersuchung über die Beziehungen zwischen Wahlverhalten und Konjunkturverlauf festgestellt, daß in der Regel im Zeichen guter Konjunktur keine Regierung Wahlen verliert und daß die Opposition fast stets durch eine Konjunkturabschwächung an die Macht kommt. Die Erfahrungen in der Bundesrepublik bis etwa 1966¹⁷, aber auch in den Landtagswahlen von

O. Stammer (Herausgeber), *Partysystems, Partyorganizations, and the Politics of New Masses*, Berlin 1968. Als Manuskript gedruckt im Institut für politische Wissenschaft an der FU Berlin.

¹⁴ Vgl. die Diskussion zur Frage der „Saliency“ von Issues: *David A. RePass*, Issue Saliency and Party Choice, in: *American Political Science Review*, Bd. 65, Juni 1971, S. 385 - 400. *Philip A. Converse*, The Nature of Belief Systems in Mass Public, in: *David E. Apter* (Herausgeber), *Ideology and Discontent*, Glencoe 1964.

¹⁵ *Ralf Dahrendorf*, *Homo Sociologicus*, Köln 1959.

¹⁶ *Johan Åkerman*, Political Economic Cycles, in: *Kyklos*, Bd. 1, 1947, S. 107 - 117.

¹⁷ *Werner Kaltefleiter*, *Wirtschaft und Politik in Deutschland, Konjunktur als Bestimmungsfaktor des Parteiensystems*.

1969-1972¹⁸ und seit 1972 bestätigen diese Aussage ebenso wie die meisten Wahlausgänge in den USA und Großbritannien seit dem zweiten Weltkrieg. Eine positive Beurteilung der wirtschaftlichen Situation bestätigt die Regierung Anhänger, eine negative führt der Opposition neue Wähler zu. Die angelsächsische Sprichwortweisheit: „You can't beat the boom“ würde ihre Bestätigung in der empirischen Forschung finden, wenn es nicht eine Reihe von Beispielen gäbe, mit denen diese Hypothese in ihrer einfachen Form falsifiziert werden könnte und die deshalb eine weitere Differenzierung verlangen.

4. Für eine derartige Weiterentwicklung bietet die Sozialpsychologie die Theorie kognitiver Dissonanz an¹⁹. Danach ist die Entstehung von Einstellungs- und Verhaltensänderungen Folge von Informationsaufnahmen, die kontrovers zur bestehenden Meinung sind. Konkret: Anhänger der Regierungsparteien, die negative Informationen über die wirtschaftliche Situation erhalten, versuchen diese zunächst nicht aufzunehmen, sondern umzuinterpretieren, tiefere Erklärungs-, sprich Entschuldigungsgründe aufzuzeigen, bevor sie ihre Parteipräferenz schließlich doch ändern, also zu Oppositionsanhängern werden und dadurch ihre politische Meinung wieder in Übereinstimmung zu den eingehenden Informationen bringen. Dabei hängt es von den durch den Sozialisationsprozeß, die Rollenzuweisung usw. bedingten politischen Grundeinstellungen ab, wieviel derartige kontroverse Informationen wie lange aufgenommen werden müssen, bevor eine Einstellungs- bzw. Verhaltensänderung eintritt. Die perzipierten Konjunkturschwankungen der Nachkriegszeit haben fast nur eine Veränderung bei jenen Wählern bewirkt, die nicht fest an eine Partei gebunden sind — die sogenannten Wechselwähler, eine Gruppe, die je nach Abgrenzungskriterium etwa ein Drittel der Wählerschaft moderner Industriegesellschaften umfaßt. Ökonomische Unzufriedenheit von Stammwählern führt dagegen eher zur Stimmenthaltung²⁰.

Die Anwendbarkeit dieses sozialpsychologischen Theorems auf die Erklärung des ökonomischen Einflusses auf das politische Verhalten setzt jedoch voraus, daß die Informationen aus dem Bereich der Wirtschaft für das jeweilige Individuum zentral sind, was plausibel und häufig ist, aber nicht immer gilt. Die abweichenden Fälle von der genannten Hypothese lassen sich häufig dadurch erklären, daß diese Bedingung nicht erfüllt ist. Die Bundestagswahl 1972 hat dies verdeutlicht. In der Periode von 1970 bis 1972 waren deutlich zwei Wählerbewegun-

¹⁸ Werner Kaltefleiter, *Zwischen Konsens und Krise, eine Analyse der Bundestagswahl 1972*, Bonn 1973.

¹⁹ Leon Festinger, *A Theory of Cognitive Dissonance*, Stanford 1957.

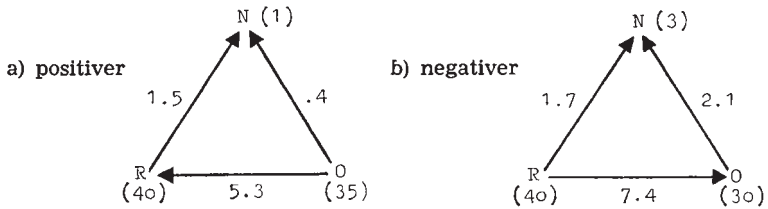
²⁰ Vgl. Max Kaase, *Wechsel von Parteipräferenzen*, Meisenheim 1967.

gen zu beobachten: Einerseits gab es ökonomisch bedingte Protestwähler, die entsprechend dem Theorem zur Opposition wechselten und dieser die Erfolge in den Landtagswahlen bescherten. Zugleich aber war auch eine wachsende Identifikation mit der Regierung und ihrem Kanzler zu beobachten, die auf der Zustimmung zur Ostpolitik beruhte. Je stärker die Bundestagswahl 1972 als eine Entscheidung über diesen Kanzler und seine Ostpolitik verstanden wurde, je größer die Zentralität des Themas Außenpolitik und je geringer die des Themas Wirtschaft wurde, desto geringer wurde die Zahl der ökonomischen Wechsler zur Opposition und desto größer diejenige der außenpolitischen Wechsler zur Regierung.

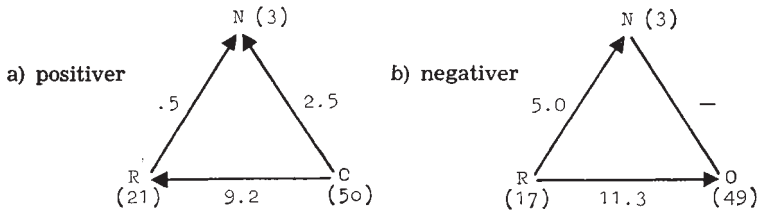
Abb. 2.

Wählerbewegungen unter Berücksichtigung von Veränderungen in der Beurteilung der Wirtschafts- und der Ostpolitik im Zeitraum Herbst 1971 bis Herbst 1972 (Nettowanderungen in Prozent)

1. Die Beurteilung der zukünftigen Wirtschaftslage wurde:



2. Die Beurteilung der Ostpolitik wurde:



R = Regierungswähler
 O = Oppositionswähler
 N = Unentschiedene

() = Konstante Wähler in absoluten Werten

Wanderungsüberschüsse in Pfeilrichtung, z. B. 1 a) 5.3 = Wanderungsüberschuß zugunsten der Regierung

Ein ähnliches Beispiel, allerdings mit entgegengesetztem Ergebnis, bietet die letzte englische Unterhauswahl vom März 1974. Die konservative Regierung Heath versuchte wie die Regierung Brandt 1972, die

ökonomische Variable in den Hintergrund zu drücken, indem sie einen Krisenwahlkampf um die Frage „Wer regiert England?“ anstrebte. Dieses mißlang jedoch, da die ökonomischen Ereignisse das Meinungsbild dominierten²¹.

Tabelle 2
Vordringlichste politische Aufgaben in Großbritannien Februar 1974
(Angaben in %)

Aufgabe	Befragungszeitraum*)			
	8. - 11.2.	12. - 14. 2.	14. - 17. 2.	18. - 21. 2.
Preise	35	42	47	49
Streik	34	28	26	23
Arbeitslosigkeit	10	8	7	6
andere ökonomische Probleme	10	12	8	9

*) Umfragen von Gallup.

Aufgabe	Befragungszeitraum*)		
	8. - 10. 2.	15. - 17. 2.	23. - 24. 2.
Preise, allg.	55	58	58
Nahrungsmittelpreise	31	42	40
Streik	40	35	24
Wohnungen, Mieten ..	18	22	27
EG	6	6	11

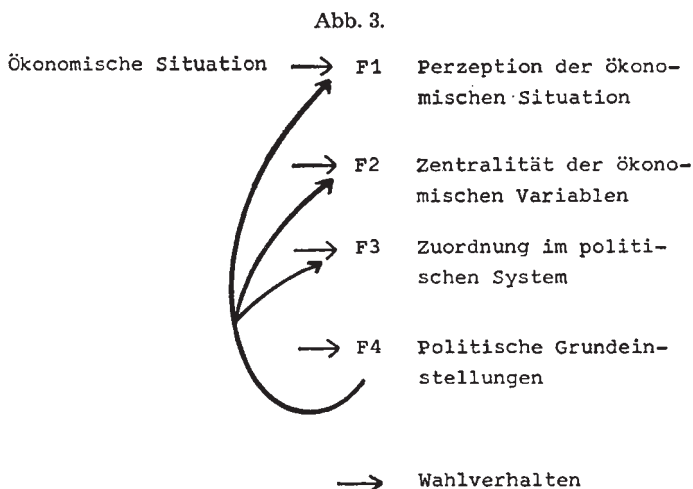
*) Umfragen des Opinion Research Center, London.

5. An diesem englischen Beispiel läßt sich zugleich eine zweite Bedingung für die Gültigkeit der Hypothese aufzeigen. Auch wenn die ökonomische Variable zentral ist, führt sie nur zu einer Wechselbewegung zwischen Regierung und Opposition, wenn die ökonomische Situation in dieser Dichotomie parteipolitisch zu ordnen ist. Das ist bei einem alternierenden Parteiensystem, d.h. bei einem Parteiensystem, bei dem die Opposition eine reale Chance auf Regierungsübernahme nach der nächsten Wahl hat, in den meisten Fällen gegeben. Aber gerade das englische Beispiel von 1974 zeigt, daß es, wie in den Sozialwissenschaften üblich, stets Ausnahmen von diesen Gesetzen gibt: Die Erinnerung an den ökonomisch bedingten Wechsel weg von der Regierung Wilson im Sommer 1970 war noch in zu guter Erinnerung, prägte noch zu sehr die politischen Grundeinstellungen, als daß die

²¹ Vgl. auch *Christian Stocks* und *Jürgen Zeh*, Die britischen Unterhauswahlen 1974, hektogr. Manuskript, Alfter 1974.

ökonomische Protestwahl gegen die Konservativen wieder hätte Labour zugute kommen können. Die Folge war das Ausweichen auf die Drittparteien, die Liberalen in England und die Nationalisten in Schottland und Wales. Ein derartiges Ausweichen ist die normale Verhaltensweise bei Vielparteiensystemen, bei denen eine eindeutige Zuordnung auf Regierung und Opposition nicht möglich ist und bei denen somit eine vom Wähler erkennbare Alternative *im* System fehlt. Glistrups Erfolg in Dänemark im Dezember 1973 ist das bekannteste Beispiel aus jüngster Zeit, wo ökonomische Unzufriedenheit zur Opposition *gegen* das System führte. Am deutlichsten wird jedoch nach wie vor die Bedeutung dieser Rahmenbedingungen des politischen Systems an einem Vergleich der Entwicklung von 1928 bis 1932 in Deutschland und in den USA. Die ökonomische Entwicklung war in beiden Ländern vergleichbar, der dadurch ausgelöste Wählerwechsel — in Prozenten — ebenfalls. Aber während in den USA die Demokratische Partei als Alternative *im* System perzipiert die Protestwähler auffing, ließ die „Koalition aller Vernünftigen“ der Weimarer Republik der NSDAP ein Monopol an Opposition.

Bezogen auf das politische Verhalten in Form von Wahlverhalten läßt sich somit folgende Beziehungskette aufzeichnen:



Die ökonomische Situation beeinflusst das politische Verhalten je nachdem,

1. wie sie perzipiert wird,
2. wie zentral sie in Konkurrenz zu anderen Faktoren ist,

3. wie sie in die Dichotomie von Regierung und Opposition eingeordnet wird und
4. wie sie durch die politischen Grundeinstellungen gefiltert wird, wobei diese Grundeinstellung die Art der Perzeption, die Zentralität und die Einordnung mitbeeinflusst.

Es handelt sich also um eine Beziehungskette mit mindestens vier verschiedenen Funktionen (F1 - F4), bei denen allerdings eine weitergehende Formalisierung beim gegenwärtigen Erkenntnisstand noch nicht möglich erscheint.

6. Ähnliche Beziehungsgeflechte lassen sich aufzeichnen, wenn man andere Operationalisierungsformen des politischen Verhaltens vornimmt. Die allgemeine Zustimmung zu einem politischen System ist ebenfalls stark abhängig von der Beurteilung der ökonomischen Situa-

Tabelle 3

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Zufriedenheit bzw. Unzufriedenheit mit dem politischen System der BRD

(befragte Personen: 2009)

Zufriedenheit mit pol. System in %	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage		
	sehr gut / gut	teils gut / teils schlecht	schlecht / sehr schlecht
sehr zufrieden	44	41	15
etwas zufrieden	26	55	19
nicht zufrieden	11	48	41

tion. Auch die Bewertung und Bereitschaft, einzelne politische Partizipationsformen auszuüben, hängen von der Beurteilung der wirtschaftlichen Lage ab.

Tabelle 4

Einschätzung der wirtschaftlichen Lage nach Bereitschaft zur politischen Partizipation

Index pol. Partizipation*) in %	Einschätzung der wirtschaftlichen Lage				
	sehr schlecht	schlecht	teils	gut	sehr gut
Zustimmung	39	41	44	45	48
Ablehnung	61	59	56	55	52
	100	100	100	100	100

*) Der Index wurde analog zu dem oben beschriebenen Verfahren aufgrund der Antworten zu 23 Fragen nach der Bereitschaft zur Ausübung politischer Partizipationsformen in einer Repräsentativbefragung im Frühjahr 1974 gebildet.

In beiden Fällen zeigt sich, daß die Erfüllung der wirtschaftlichen Erwartungen in das politische System integriert und daß ihre Nichterfüllung Tendenzen zur Desintegration auslöst, die um so stärker sind, je weniger eine Opposition im System sich als Alternative anbietet.

Die hier untersuchten Beziehungsgeflechte vollziehen sich auf der Mikro-Ebene. Es sind Verhaltensweisen von Individuen, die dadurch an politischer Relevanz gewinnen, daß sie tendenziell von einer großen Zahl von Individuen in ähnlicher Form vollzogen werden.

7. Es bleibt die Frage der Bedeutung dieses Beziehungsgeflechts der Mikro-Ebene für die „Stabilität“. Ihre Beantwortung verlangt einerseits den Sprung von der Mikro- zur Makro-Ebene und bezieht andererseits normative Elemente ein. Die gängigen Definitionen wirtschaftlicher Stabilität lassen zudem eine derart große Bandbreite der Perzeption der wirtschaftlichen Zukunftsaussichten offen, daß es sich dabei kaum um eine eindeutig bestimmbare erklärende Variable handelt. Was die volkswirtschaftliche Analyse als die Erfüllung oder Nichterfüllung des Stabilitätsziels definieren mag, kann von quantitativ großen Gruppen der Wählerschaft sehr unterschiedlich perzipiert werden. In der deutschen Wählerschaft kommt hinzu, daß der Begriff Stabilität umfassender als die Erhaltung der bestehenden politischen, wirtschaftlichen und sozialen Ordnung verstanden wird, was die bestehende Normenstruktur teilweise miteinschließt. Trotz dieser Einschränkungen zeigen die Untersuchungen, daß die Vernachlässigung der volkswirtschaftlichen Stabilitätsziele Vollbeschäftigung und Preisstabilität zur politischen Opposition führt. Dabei ist die Breitenwirkung der inflationären Tendenzen, die Tiefenwirkung des Beschäftigungsrisikos größer. Das ist insofern plausibel, als Preissteigerungen fast die gesamte Wählerschaft betreffen, Arbeitslosigkeit jedoch in der Regel nur Teilgruppen. Dagegen ist jedoch die Erfahrung des Verlustes des Arbeitsplatzes einschneidender als die der Preissteigerung — solange diese nicht exzessive Formen annimmt. Dabei ist es vom politischen System abhängig, wie diese Opposition kanalisiert wird, ob sie zu einem Wechsel zur konkurrierenden Partei im System führt oder ob sich Opposition gegen ein bestehendes Parteiensystem herausbildet.

Was aber bedeutet politische „Stabilität“? Die Erhaltung des politischen Systems ist die formale Definition, wobei es schon definitivisch unklar bleibt, was eine Änderung *des* Systems und was eine Änderung *im* System ist. Wird es doch gerade als eine Vorbedingung politischer Stabilität verstanden, daß das System in sich innovationsfähig ist. Diese nie endende Diskussion der Systemanalytiker — „if you don't know what you are talking about, call it a system“ — kann man in der Wirklichkeit zumeist recht pragmatisch beenden. Für die repräsentative

Demokratie kann man z. B. eine Reihe normativer Anforderungen, die dieses System kennzeichnen, relativ leicht aufstellen. Zentral ist dabei der Wechsel der Parteiregierungen als jenes Element, das die Innovationsfähigkeit erbringt. Der eingebaute Wechsel als Prinzip enthält einen Innovationsbonus, wie er in allen anderen politischen Systemen fehlt. Die wirtschaftliche Entwicklung stellt eine der wesentlichsten Variablen dar, die über ein komplexes Beziehungsgeflecht diesen Wechselprozeß mitauslösen und damit zur Innovationsfähigkeit des Systems beitragen — ob das ausreicht zur „Systemstabilisierung“, hängt von einer großen Zahl von Nebenbedingungen ab.

Ein solches System kann von der wirtschaftlichen Stabilität in doppelter Weise gefährdet werden. Am häufigsten ist folgender Fall: Wenn die ökonomischen Erwartungen in einem erheblichen Umfange nicht erfüllt werden, wird dem System die Legitimationszuweisung entzogen. Das System ist aber auch gefährdet, wenn zu den konkret anstehenden politischen und, d. h. angesichts der Zentralität häufig der wirtschaftspolitischen Fragen, die konkurrierenden Parteien keine für die Wähler erkennbaren Alternativen glaubwürdig anbieten. In diesem Sinne haben die Erfolge Glistrups in Dänemark wie die der Liberalen in England in den letzten Wahlen eine gemeinsame Basis, als sich ihre Wählerschaften aus der Opposition gegen jene Politik der Inflation, der hohen Steuerlasten usw. rekrutierten, zu der innerhalb des etablierten Parteiensystems für die Wählerschaft keine Alternative erkennbar war.

Schließlich kann theoretisch die Gefährdung dieses Systems auch noch dann eintreten, wenn während einer übermäßig langen Zeit eine Partei in der Regierung so erfolgreich wirtschaftspolitische Stabilität erzielt, daß die reale Chance des Machtwechsels und damit die Innovationsfähigkeit des Systems entschwindet. Diese Gefährdung ist allerdings doppelt unreal, nicht nur, weil es unwahrscheinlich ist, daß soviel wirtschaftliche Stabilität so lange je erreicht wird, sondern auch, weil in solchen Situationen die Zentralität des ökonomischen Themas rückläufig ist mit der Folge, daß andere Unzufriedenheiten das Oppositionspotential vergrößern. Die Bundesrepublik bietet auch dafür zwischen 1953 und 1965 Anschauungsmaterial.

Wirtschaftliche Stabilität, in realistischer Form definiert, ist ein Erfordernis für die Legitimitätszuweisung an ein politisches System und ein wesentliches Instrument zur Integration von Unzufriedenheit in dieses System. Je größer das soziale Konfliktpotential, wie immer es begründet sein mag, ist, desto höher sind die Anforderungen an die wirtschaftliche Leistungsfähigkeit des Systems. Wirtschaftliche Stabilität wird heute von den Bevölkerungen moderner Industriegesellschaften als eine der wesentlichsten, häufig als eine der zentralen Auf-

gaben des politischen Systems verstanden. Aber es ist nicht die einzige Aufgabe, und die Bewertung und Umsetzung der ökonomischen Leistungsfähigkeit in politisches Verhalten erfolgt vielschichtig. Sie trägt zur Legitimitätszuweisung wie zur Allokation der Macht wesentlich bei, aber sie determiniert sie nicht.

Arbeitskreis A
Stabilitätsziel und Zielsysteme

Leitung: Gérard Gäfgen, Konstanz

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Dienstag, 3. September 1974, 9.00 - 12.30 Uhr

Stabilität als systemares Problem

Von *Bruno Fritsch*, Zürich*

1. Stabilität als systemares Problem

1.1 Einleitung

Das Stabilitätsverhalten gehört zu jenen Eigenschaften eines Systems, die für dessen Funktionsweise und Existenz von entscheidender Bedeutung sind. Deshalb hat sich die Forschung in den letzten Jahren dem Problem der Stabilität von Systemen, insbesondere dynamischen Systemen, zugewandt und auf diesem Gebiet sowohl theoretisch wie praktisch relevante Ergebnisse erarbeitet¹. Stabilitätsprobleme treten sowohl in biologischen als auch in chemischen, physikalischen, soziologischen und

* Geboren am 24. Juli 1926 in Prag. 1952 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Basel. 1952 - 1958 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Basle Centre for Economic and Financial Research. 1958 Habilitation an der Universität Basel. Ab 1959 Professur an der Technischen Hochschule Karlsruhe. Seit 1961 regelmäßig Gastprofessur am Europa-Kolleg in Brügge. 1963 - 1965 Professur an der Universität Heidelberg und Leitung der wirtschaftlichen Abteilung des Südasien-Institutes. 1968/1969 Gastprofessur an der Universität Basel. 1971 Gastprofessur an der Australian National University Research School of Pacific Studies in Canberra. 1963, 1967, 1969 und 1974 Lehrauftrag an der Summer School der Harvard University. Ab 1965 Professur an der ETH Zürich und Leitung der Sektion Grundlagenforschung des Instituts für Wirtschaftsforschung. Hauptforschungsgebiete: Theorie und Politik der internationalen Handels, Theorie und Politik der wirtschaftlichen Entwicklung, Welthandelsmodelle.

¹ Die mathematischen Grundlagen der Stabilitätstheorie sind nicht Gegenstand dieses Referates. Für ein Studium dieses Spezialgebiets der Mathematik sei auf folgende Werke hingewiesen: *A. M. Lyapunov*, *Stability of Motion*, New York 1966. — *V. I. Zubov*, *Methods of A. M. Lyapunov and their Application*, Groningen 1964. — *W. Hahn*, *Theory and Application of Liapunov's Direct Method*, Englewood Cliffs, N. J. 1963. — *J. La Salle*, *S. Lefschetz*, *Die Stabilitätstheorie von Ljapunov*, B. I. Hochschultaschenbücher Nr. 194*, Mannheim 1967. Vgl. ferner: *H. Schwarz*, *Frequenzgang und Wurzelkurvenverfahren*, B. I. Hochschultaschenbücher, Mannheim 1968. — *Ders.*, *Theorie geregelter Systeme. Einführung in die moderne Systemtheorie*, Braunschweig 1969. — *Ders.*, *Mehrfachregelungen*, Berlin, Heidelberg 1967, Bd. I und II. — *N. P. Bhatia*, *G. P. Szegoe*, *Dynamical Systems: Stability Theory and Applications*; *Lecture Notes in Mathematics*, 35, Berlin, Heidelberg, New York 1967. — Anmerkung: Es handelt sich hierbei nur um einen unvollständigen Literaturhinweis: Der Name von Lyapunov wird oft auch als „Liapunov“ oder „Ljapunov“ geschrieben. Hier wurde die jeweils von den Autoren verwendete Schreibweise wiedergegeben.

ökonomischen Prozessen auf. Obwohl sich die diesen Objektbereichen zuzuordnenden Systeme in bezug auf ihre Beherrschbarkeit, Organisationsstruktur, Dimensionalität, Zeitvarianz, Lernfähigkeit, Linearität sowie Redundanz unterscheiden², bildet das Stabilitätsverhalten sozusagen den gemeinsamen Nenner aller Systemarten. Die Stabilitätstheorie dynamischer Systeme bildet deshalb die wissenschaftliche Grundlage, auf welcher die Besonderheiten der jeweiligen Systeme, z. B. des ökonomischen Systems, allgemeingültig behandelt werden können.

1.2 Grundbegriffe der Stabilitätstheorie

Kehrt ein durch Störungen aus dem Gleichgewicht gebrachtes System wieder in den ursprünglichen Zustand zurück, so ist es *stabil*. Formal: Bleibt eine Variable a nach Anwendung einer Transformation T konstant, so wird a gegenüber T als stabil bezeichnet³. Dies gilt auch für *Klassen* von Variablen, wobei nicht alle Variablen notwendigerweise konstant bleiben müssen. In der Terminologie der Kybernetik sind stabile Systeme Regelkreise mit Kompensations-Rückkopplungen⁴. Der Bereich, innerhalb dessen ein System Störungen kompensieren kann, wird als *Stabilitätsbereich* bezeichnet. In statischen Systemen fällt Stabilität mit dem *Ruhegleichgewicht* zusammen; in dynamischen Systemen ist Stabilität gegeben durch Aufrechterhaltung eines *Fließgleichgewichts*. Ein System kann auch um einen Gleichgewichtszustand oszillieren; es weist dann *oszillatorische Stabilität* auf. Fällt der Stabilitätsbereich eines Systems mit dem Gleichgewichtszustand a zusammen, so daß die kleinste Störung das System in einen Zustand b bringt, aus welchem es von sich aus nicht mehr in den Zustand a zurückkehren kann, weil kein Regelkreis mit Rückkopplung den Anpassungsprozeß bewirkt, ist das System (in bezug auf den Zustand a) *instabil*⁵.

Verhält sich ein System einer gewissen Klasse von Störungen gegenüber stabil und tritt es bei Störungen, die dieser Klasse nicht angehören, nicht mehr in die Ausgangslage zurück, sondern gelangt in einen neuen Gleichgewichtszustand, für den ein neuer Stabilitätsbereich angeben

² Vgl. A. Anné, Comments on „Similarities and Differences Between Control Systems in Engineering and Biology“: State Variable Approach to the Analysis of Biological Systems, in: Global Systems Dynamics, herausgegeben von E. O. Attinger, Basel, München, New York 1970, S. 7 - 13.

³ Vgl. A. Müller (Herausgeber), Lexikon der Kybernetik, Quickborn bei Hamburg 1964, S. 157.

⁴ Sie müssen so beschaffen sein, daß alle Wurzeln der charakteristischen Gleichungen absolute Werte aufweisen, die kleiner als eins sind: $|\lambda_j| < 1$ für alle j . Vgl. O. Lange, Ganzheit und Entwicklung in kybernetischer Sicht, Berlin 1966, S. 51.

⁵ Vgl. S. v. Kaenel, Einführung in die Kybernetik für Ökonomen, Berlin 1972, S. 128.

werden kann, ist das System *ultrastabil*. Ultrastabile Systeme können zwischen zumindest zwei Zustandsweisen, die jede für sich einen eigenen Stabilitätsbereich aufweist, „wählen“. Das Verhalten eines ultrastabilen Systems wird von einem Systemparameter λ bestimmt, der sich sprunghaft verändert, d. h. eine Stufenfunktion darstellt⁶. Bei stochastisch auftretenden Störungen kann das System durch die „Trial-and-Error-Methode“ zum Gleichgewichtszustand finden. Ultrastabilität wird in Anlehnung an die in der Biologie anzutreffende Eigenschaft von Systemen, die mehrere Klassen von Störungen auszugleichen vermögen, auch als *Homöostase* bezeichnet⁷.

Besteht ein System aus mehreren relativ selbständigen, ultrastabilen Teilsystemen, wird es als *multistabil* bezeichnet. Multistabile Systeme bestehen aus ultrastabilen Teilsystemen, die miteinander durch sogenannte Teilfunktionen verbunden sind⁸. Sie können sich einem weiten Störungsbereich durch Neuordnung der Kopplungsstruktur der Teilsysteme anpassen. Diese Eigenschaft wird als *Dispersionsverhalten* des Systems bezeichnet. Zusammenfassend können wir feststellen: Stabile Systeme gleichen nur eine Klasse von Störungen aus; ultrastabile kompensieren mehrere Klassen von Störungen. Multistabile Systeme passen sich noch größeren Störungsbereichen an.

Dynamische Systeme, die in der Lage sind, Störungen zu kompensieren und stets zu einem dynamischen Gleichgewicht hintendieren, heißen *ergodisch*; die von ihnen realisierten Prozesse werden als *ergodische Prozesse* bezeichnet. Sie werden durch drei Kenngrößen charakterisiert: durch

- den Ergodizitätsbereich
- die Ergodizitätsdauer
- die Ergodizitätsgeschwindigkeit.

Ist der Bereich, innerhalb dessen sich das System selbst stabilisieren kann, über die Zeit konstant, dann sprechen wir vom *Stabilitätsbereich*. Verändert hingegen das System im Verlaufe der Anpassung z. B. durch eine lernbedingte Umstrukturierung den Stabilitätsbereich, dann bewegt es sich im *Ergodizitätsbereich*. Dieser kann je nach dem „Alter“ des Systems variieren. Junge Systeme vermögen, ebenso wie alte, Störungen nur innerhalb kleiner Ergodizitätsbereiche aufzufangen. Zeitvariante Systeme weisen eine endliche *Ergodizitätsdauer* auf, d. h. sie unterliegen

⁶ Vgl. A. Adam, E. Helten, F. Schöll, *Kybernetische Modelle und Methoden*, Köln und Opladen 1970, S. 106 ff., sowie S. v. Kaenel, *Einführung in die Kybernetik für Ökonomen*, S. 211.

⁷ Vgl. W. R. Ashby, *An Introduction to Cybernetics*, London 1963.

⁸ Vgl. A. Adam u. a., S. 106 sowie S. v. Kaenel, S. 217.

— wie z. B. biologische Systeme — einem Entwicklungsprozeß, der durch die Phasen „Aufbau“, „Vollentwicklung“ (= maximaler Ergodizitätsbereich) und „Zerfall“ charakterisiert ist. Die Geschwindigkeit, mit welcher ein System innerhalb des jeweiligen Ergodizitätsbereiches Störungen auffangen kann, wird als *Ergodizitätsgeschwindigkeit* bezeichnet. „Alte“ Systeme weisen geringe E-Bereiche auf und vermögen Störungen nur langsam zu kompensieren. Junge Systeme haben zwar ebenfalls geringe E-Bereiche, vermögen jedoch auf Störungen schneller zu reagieren.

Weitere Grundbegriffe wie Stabilität von komplexen Systemen, Organisiertheit und Lernverhalten von Systemen sowie den Begriff der Entropie in kybernetischer Formulierung werden weiter unten im Zusammenhang mit der Erörterung mehrstufiger, hierarchisch gegliederter Systeme erläutert.

1.3 Anwendungsbeispiele aus der Wirtschaftswissenschaft

Die beiden bekanntesten Anwendungsbeispiele für das Stabilitätsverhalten von ökonomischen Systemen sind:

- das Cobweb-Modell
- das Akzelerator-Multiplikator-Modell.

Die Interaktionen von Akzelerator und Multiplikator wurden bereits 1939 von Samuelson untersucht⁹. Fast alle Konjunkturmodelle weisen explizite oder implizite A-M-Interaktionen auf. Das Stabilitätsverhalten des reinen A-M-Systems ist für die einzelnen Parameterkonstellationen vollständig abgeklärt¹⁰. In kybernetischer Sprache ausgedrückt stellt das A-M-System einen Regelkreis mit positiver Rückkopplung eines Proportionalreglers mit Totzeit und eines Differentialreglers dar. Die kybernetische Bestimmung der Stabilitätsbedingungen hat u. a. Geyer gegeben¹¹.

Im allgemeinen werden A-M-Oszillationsmodelle durch Differenzgleichungen der folgenden Art dargestellt: Es sei z. B. eine geschlossene Wirtschaft mit staatlichem Konsum und staatlicher Investition angenommen: α = marginale Konsumquote der Privaten, ϱ = marginale Konsumquote des Staates, τ = Steuersatz und β = Akzelerator; $Y^t =$

⁹ Vgl. P. A. Samuelson, Interactions between the Multiplier Analysis and the Principle of Acceleration, in: Review of Economic Statistics, Vol. 21, No. 2, S. 75 - 78.

¹⁰ Wir verzichten auf die explizite Darstellung des A-M-Modells, weil es inzwischen in fast alle Lehrbücher Eingang gefunden hat.

¹¹ Vgl. H. Geyer, Einfache Modelle des volkswirtschaftlichen Prozesses als Regelkreise, in: Volkswirtschaftliche Regelungsvorgänge (Herausgeber: H. Geyer und W. Oppelt), München 1957, S. 43 ff.

verfügbares Einkommen, $Y_t =$ Einkommen der laufenden Periode, $T =$ Steuern.

Es gelten sodann folgende Beziehungen:

$$Y_t = \alpha Y_{t-1}^v + \varrho T_t + \beta (Y_{t-1} - Y_{t-2})$$

$$Y_{t-1}^v = Y_{t-1} - \tau Y_{t-2}$$

$$Y_t = \alpha Y_{t-1} - \alpha \tau Y_{t-2} + \varrho \tau Y_{t-1} + \beta Y_{t-1} - \beta Y_{t-2}$$

$$Y_t = (\alpha + \varrho \tau + \beta) Y_{t-1} - (\alpha \tau + \beta) Y_{t-2}$$

Setzt man für $\alpha + \varrho \tau + \beta = \gamma$ und für $\alpha \tau + \beta = \delta$, dann geht die letzte Gleichung für die Gleichgewichtsbestimmung in die Form

$$Y_{t-2} - \gamma Y_{t+1} + \delta Y_t = 0 \quad \text{über,}$$

woraus die allgemeine Form

$$\lambda^2 - \gamma \lambda + \delta = 0 \quad \text{sowie die Lösung}$$

$$\lambda_{1,2} = \frac{\gamma \pm \sqrt{\gamma^2 - 4\delta}}{2}$$

folgt. Das Stabilitätsverhalten des Systems hängt für nicht konjugiert-komplexe Wurzeln von λ_1 und λ_2 ab.

Der Vorteil dieses Modellansatzes besteht darin, daß man das Modell mit beliebig vielen weiteren volkswirtschaftlich und besonders konjunkturtheoretisch wichtigen Variablen „anreichern“ sowie auf beliebige Wachstumspfade „aufpfropfen“ kann. Dies ist in den verschiedensten Varianten geschehen. Stellvertretend für eine inzwischen sehr angewachsene Literatur sei an dieser Stelle auf die Arbeiten von Kromphardt hingewiesen¹². Besonders ergiebig erwies sich in diesem Kontext das Hickssche Modell und dessen „extensions“¹³.

Je komplizierter die Wachstums- und Oszillationsmodelle werden, um so schwieriger wird es freilich, das Stabilitätsverhalten mit den Mitteln der Theorie der dynamischen Systeme mathematisch rigoros abzuklären. Hicks' Einführung einer Ober- und Untergrenze für den Oszillationsbereich kommt systemtheoretisch der ökonomisch interpretierten Be-

¹² Vgl. *J. Kromphardt*, Wachstum und Konjunktur, Göttingen 1972, insbesondere: S. 171 ff. Vgl. ferner: *P. Clever* und *J. Kromphardt*, Zur Zeitdauer gleichgewichtiger Anpassungsprozesse in neoklassischen Wachstumsmodellen, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 184, H. 6, 1970.

¹³ Vgl. *J. R. Hicks*, Contribution to the Theory of the Trade Cycle, Oxford 1950.

stimmung eines Ergodizitätsbereiches für das System gleich. Wie Simulationsexperimente, die an unserem Institut mit A-M-Systemen durchgeführt worden sind, gezeigt haben, gibt es Parameterkonstellationen, die auch ohne die Einführung von Ober- und Untergrenzen einen zyklischen Ergodizitätsbereich „erzeugen“. Interessant sind in diesem Zusammenhang auch die Arbeiten von Krupp über die Implikationen des dynamischen Verhaltens von ökonomischen Systemen¹⁴. Krupp kommt für die von ihm untersuchten ökonomischen Modelle (Krelle Modell 1, Krelle Modell 4 und Uebe Modell — alle für die BRD) zum Ergebnis, daß die Systeme gegenüber exogenen „Schocks“ über ein „beachtliches Dämpfungsvermögen“ (op. cit. S. 115) verfügen. Krupp hat außerdem untersucht, ob und wie weit stochastische Einflüsse als Zyklererzeuger wirken. Die Stochastisierungsversuche bezogen sich auf die Wiesbaden-Version des Bonner Modells. Es wurden Stochastisierungen von Residuen, Koeffizienten sowie Stochastisierungen von Koeffizienten und Residuen vorgenommen. Die tabellierten Resultate zeigen deutlich, daß erhebliche Schwankungen besonders bei der Stochastisierung von Koeffizienten und bei der Stochastisierung von Koeffizienten und Residuen auftreten. Daraus darf gefolgert werden, daß zumindest eine bestimmte Klasse von ökonomischen Modellen gegenüber stochastischen Anstößen sehr sensitiv reagiert und in gewissen Fällen sogar instabil wird¹⁵. Für dynamische Input-Output-Modelle wurden Stabilitätsuntersuchungen von Schumann¹⁶ durchgeführt. Als Stabilität der Lösung wird die Existenz „einer langfristigen Tendenz zu positivem proportionalem Wachstum der Produktionsmengen mit konstanter Rate“¹⁷ definiert. Stabilitätsuntersuchungen an Programmierungsmodellen werden mit Hilfe von Sensitivitätsanalysen durchgeführt. Adam u. a.¹⁸ weisen in diesem Zusammenhang auf drei Arten von Sensitivitätsanalysen hin:

- Sensitivitätsanalyse mittels Variation von Konstanten und Koeffizienten (Sensitivitätsanalyse im engeren Sinne);
- parametrische Sensitivitätsanalyse; hierbei werden ein Teil oder alle Koeffizienten eines Entscheidungsmodells als miteinander verbunden betrachtet, so daß sie als Funktion eines Parameters dargestellt werden können. Die Sensitivitätsanalyse mittels Variation von Konstanten und Koeffizienten ist ein Spezialfall der parametrischen Sensitivitätsanalyse;

¹⁴ Vgl. H.-J. Krupp, Die Implikationen des dynamischen Verhaltens ökonomischer Systeme für die Konjunkturtheorie, Sozialpolitische Forschungsgruppe Johann Wolfgang Goethe-Universität (SPES), Frankfurt/Main, Nachdruck aus: Wachstumszyklen; über die neue Form der Konjunkturschwankungen. Theoretische und Empirische Beiträge, herausgegeben von Alfred E. Ott, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 71, Berlin 1973.

¹⁵ Vgl. H.-J. Krupp, S. 121 f.

¹⁶ Vgl. J. Schumann, Input-Output-Analyse, Berlin, Heidelberg, New York 1968.

¹⁷ J. Schumann, S. 186.

¹⁸ A. Adam u. a., Kybernetische Modelle und Methoden, S. 108.

- zietfunktionale Sensitivitätsanalysen werden dazu benützt, bei Entscheidungsmodellen mit mehrfacher Zielsetzung die gegenseitige Abhängigkeit der Zielfunktionen zu untersuchen.

Auf die Interdependenz von Optimierung, Stabilität und Anpassungsvermögen dynamischer Programmierungsmodelle kann hier nicht näher eingegangen werden¹⁹.

1.4 Implikationen für die Stabilisierungspolitik

Es wird wohl immer strittig bleiben, in welchem Maße ökonometrische Modelle zur Erhöhung der Effizienz einer stabilitätsorientierten Wirtschaftspolitik beizutragen vermögen. Stabilisierungspolitische Ziele können z. B. formuliert werden als:

- Konstanz von *Niveaus* (ausgedrückt in monetären oder physischen Einheiten), z. B. Einkommensniveau, Beschäftigte in Millionen bzw. in Prozenten der verfügbaren Arbeitskräfte etc.)
- Konstanz von *Quoten* (z. B. Lohnquote, Außenhandelsquote etc.)
- Konstanz von *Wachstumsraten* (z. B. des Einkommens, der Produktivität etc.)
- Konstanz einer bestimmten *Struktur*, d. h. eines bestimmten Verhältnisses von Variablen und ihrer Zustandsweisen. Diese Zielsetzung schließt die vorangehenden als Sonderfälle ein.

Kombinierte Stabilitätsziele werden in der deutschsprachigen Literatur häufig in Form „magischer Vielecke“ ausgedrückt. So können z. B. simultan Preisstabilität, Vollbeschäftigung, ausgeglichene Zahlungsbilanz und positives Wachstum als Stabilitätsziel postuliert werden:

$$\begin{array}{ll}
 P_t - P_{t-1} = 0 & \text{(Preisstabilität)} \\
 N_A = A_A & \text{(Nachfrage = Angebote an Arbeitskräften = verfügbare Arbeitskräfte)} \\
 Z = 0 & \text{(Saldo der Zahlungsbilanz = 0)} \\
 r > 0 & \text{(positives Wachstum in \% p. a.)}
 \end{array}$$

Bleiben diese Werte, Niveaus, Bilanzsummen und Wachstumsraten in der angegebenen Form über eine gewisse Zeitspanne konstant, bezeichnet man eine solche Wirtschaft in der wirtschaftspolitischen Umgangssprache als gleichgewichtig und stabil. Eine Politik, die auf einen solchen Zustand hinwirkt, wird gemeinhin als Stabilisierungspolitik qualifiziert.

¹⁹ Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß zwischen der Kapitaltheorie und der Theorie optimaler Steuerung Beziehungen bestehen, die für die Bedingungen optimaler Wachstumspfade und damit für das Stabilitätsverhalten eines ökonomischen Systems relevant sind. Vgl. dazu R. Dorfman, An Economic Interpretation of Optimal Control Theory, in: American Economic Review, Vol. LIX, No. 5, Dezember 1969, S. 817 - 831.

Doch hinter diesen verschiedenen Zielen (Niveaus, Raten, Bilanzen etc.) verbergen sich in der Regel komplexe Probleme, die nach außen oft in Form von Zielkonflikten zum Ausdruck gelangen.

Zielkonflikte können logisch oder sachlich, d. h. in der institutionellen Struktur der Wirtschaft bzw. in einander widersprechenden Interessen der Wirtschaftssubjekte begründet sein.

Beispiel für eine *logische Inkonsistenz*, die sich als Zielkonflikt manifestieren kann, wenn sie zum Gegenstand bewußter Politik wird: Die Wachstumsraten verhalten sich zueinander wie die Halbwertszeiten; „Aufholperioden“ können deshalb nicht unabhängig vom Verhältnis der Wachstumsraten als Ziel festgelegt werden²⁰.

Beispiel für eine *sachliche Inkonsistenz*, die in der institutionellen Struktur und in den Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte begründet ist: Bei einer Liquiditätspräferenz, die nicht Null beträgt, können Geldmenge und Zinssatz nicht unabhängig voneinander festgelegt werden.

Das heute bekannteste Beispiel für eine sachliche (nicht logische) Inkonsistenz von Zielsetzungen bezieht sich auf die ersten beiden Stabilitäts-Teilziele des von uns angeführten „magischen Vierecks“: Preisstabilität und Vollbeschäftigung. Die immer wieder totgesagte und immer noch nicht gestorbene Diskussion über die sog. Phillipskurve (die sich in der ursprünglichen Version auf das Verhältnis von Lohnänderungen und Unterbeschäftigung bezog)²¹ legt die Vermutung nahe, daß sich hinter diesem zunächst empirisch festgestellten Tatbestand der Unvereinbarkeit von Lohn/Preiskonstanz und Vollbeschäftigung mehr verbirgt, als es nach außen den Anschein hat. Beteiligt an diesem „trade-off“ sind die Kontrahenten am Arbeitsmarkt, die monetären Institutionen sowie eine Reihe von weiteren Faktoren des Wirtschaftsprozesses wie z. B. die Auslastung der Anlagen, Kapitalintensität, Produktivitätsentwicklung etc. Die Gegenüberstellung von zwei Prozentsätzen, wobei sich der eine auf die Veränderung in der Zeit und der andere auf eine Bestandsgröße bezieht, stellt eine unzulässige Reduktion des Stabilitätsverhaltens eines komplexen Systems dar. Eine auf diese Reduktion — im

²⁰ Von Weizsäcker spricht allerdings von einem „mathematischen Theorem“, das sich auf den Zusammenhang von „pressure groups“ und allgemeinem Gleichgewicht bezieht: „The following mathematical theorem remains to be proved: A general equilibrium in a pressure group economy exists only if effective pressure of sellers does not exceed a certain level“. Vgl. C. C. von Weizsäcker, *The Political Economy of Stability in Western Countries*, Wicksell Lectures 1972, Uppsala 1972, S. 18, Fußnote 9.

²¹ Vgl. A. W. Phillips, *The Relationship Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861 - 1957*, in: *Economica*, N. S., Vol. 25, 1958, S. 283 - 299.

Sinne des „trade-offs“ — bezogene Stabilisierungspolitik vergrößert mit hoher Wahrscheinlichkeit die Instabilität des Systems, statt sie zu verringern²².

Sachliche Inkonsistenzen können u. a. in Form von Zielkonflikten auftreten. Reflektieren einander ausschließende Zielfunktionen das Verhalten einzelner Entscheidungsgruppen, liegt eine spieltheoretische Situation vor, und das System kann instabil werden²³.

Als weitere Ursache für auftretende Instabilitäten kommen wirtschaftspolitische „time lags“ in Frage. Institutionell bedingte Verzögerungen sind selbst bei bester Organisation und bei bestem statistischen Apparat unvermeidlich. Krupp weist mit Recht darauf hin, daß verzögertes Reaktionsverhalten des Wirtschaftspolitikers — vielleicht wäre es angemessener, von wirtschaftspolitischen Institutionen zu sprechen — Schwingungen erzeugt²⁴.

Schließlich tritt heute ein *neues Stabilitätsproblem* durch die Interaktion des ökonomischen Teilsystems mit der die materiellen Umsätze ermöglichenden physikalischen Umwelt auf. Erschöpfung der nicht-regenerierbaren Ressourcen, Umweltbelastung durch Schadstoffe und Abwärme infolge zunehmenden Energieverbrauchs sind die Stichworte dieses Problems. Die Stabilisierung einer bestimmten Zustandsweise des Teilsystems Wirtschaft (z. B. stetiges Wachstum) kann sich als unvereinbar erweisen mit den Stabilitätsbedingungen anderer Teilsysteme der Umwelt, worin die ökonomischen Prozesse ablaufen. Instabilitäten ökologischer Teilsysteme (wie z. B. der Atmosphäre, der Ozeane, der Vegetation usw.) können die Stabilitätsbedingungen für das Teilsystem Wirtschaft, so wie wir diese Bedingungen heute kennen und in unseren stabilisierungspolitischen Maßnahmen zu berücksichtigen versuchen, völlig verändern. Zusammenfassend darf also festgestellt werden, daß durch die Einbeziehung der sich ändernden *Präferenzen*²⁵, des Verhaltens und Funktionierens von *Institutionen* sowie der Interaktion mit der

²² Wie sehr die Phillips-Kurven-Diskussion bis vor kurzem (und vielleicht noch heute) die wirtschaftspolitische Diskussion beherrscht, zeigt u. a. eine auf internationale Vergleiche bezogene Studie des „Economic Council of Canada“ (Price Stability and High Employment: The Options for Canadian Economic Policy, Ottawa 1967).

²³ Mit hoher Wahrscheinlichkeit dürfte es sich um ein Nicht-Nullsummenspiel handeln.

²⁴ Vgl. H.-J. Krupp, Die Implikationen des dynamischen Verhaltens ökonomischer Systeme für die Konjunkturtheorie, S. 128. Krupp beruft sich in diesem Zusammenhang auf A. W. Phillips, Stabilization Policy and the Time-Forms of Lagged Responses, in: The Economic Journal, Vol. 67, 1957.

²⁵ Auf die Bedeutung dieses Punktes für die Wachstumstheorie hat B. S. Frey zu Recht hingewiesen. Vgl. B. S. Frey, Optimales Wachstum: Übersicht und Kritik, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 184, H. 1, 1970, S. 29.

physikalischen *Umwelt* ein Stabilitätsproblem von neuer Qualität und anderer Größenordnung in praxi bereits entstanden ist.

1.5 Neuere Entwicklungen

Beginnen wir mit der Umwelt: Exponentielles Wachstum ($W_t = W_0 e^{rt}$; $r > 0$) ist in einem geschlossenen System auf die Dauer nicht möglich, sofern eine auf Umstrukturierung von Material gerichtete Aktivität als positiver Faktor in die Messung eingeht. Dies ist bei der heute gültigen Messung der Fall.

Begrenzungen treten von einem bestimmten Aktivitätsniveau an durch Erschöpfung von nichtregenerierbaren Ressourcen, durch Belastung der Umwelt mit toxischen Stoffen und schließlich — bei anhaltendem Bevölkerungswachstum — durch die Schrumpfung des Nahrungsmittelspielraums ein. Der Wachstumsspielraum kann vorübergehend ausgeweitet werden durch „recycling“ regenerierbarer Ressourcen, durch technische Maßnahmen des Umweltschutzes sowie durch synthetische Nahrungsmittel und neue Methoden der Proteinerzeugung. Jede der drei genannten Ausweitungsmöglichkeiten (recycling, technischer Umweltschutz und neue Methoden der Nahrungsmittelproduktion) erfordert zusätzlichen Energieverbrauch. Auch bei Null-Wachstum ($r = 0$) wird Energie verbraucht, wenn das Aktivitätsniveau positiv ist und Material umstrukturiert wird. Zur Ausweitung des Wachstumsspielraums und zur Korrektur gleichgewichtsstörender Auswirkungen des Wirtschaftswachstums auf die Umwelt ist jedoch *zusätzliche* Energie erforderlich. Die durch den exponentiell zunehmenden Energieverbrauch erzeugte Abwärme erreicht nach übereinstimmenden Berechnungen bereits in einer Zeitspanne von einem Jahrhundert global signifikante Werte. Die Auswirkungen auf das Fließgleichgewicht des Systems „Sonneneinstrahlung — Erde + Atmosphäre“ sind im einzelnen heute noch nicht absehbar; mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit dürften sie jedoch das sehr sensitive, durch viele kompensatorische Rückkopplungen aufrechterhaltene Gleichgewicht des Ökosystems stören, d. h. destabilisierend wirken²⁶. Damit wird deutlich, daß die Aufrechterhaltung der Stabilität eines Teilsystems (z. B. in Form des gleichgewichtigen Wachstums der Wirtschaft) unvereinbar sein kann mit der Aufrechterhaltung der Stabilität anderer Systeme.

Meadows hat in seiner Studie über die Grenzen des Wachstums die Teilsysteme „Bevölkerung“, „Ressourcen“, „Industrieproduktion“, „Agrarproduktion“ und „Umweltbelastung“ in einer Weise miteinander

²⁶ Die Größenordnungen der mit zunehmendem Verbrauch von Primärenergie erzeugten Abwärme sind im Anhang aufgeführt.

verkoppelt, die es gestattet, mit Hilfe von Simulationstechniken Abläufe von Interaktionen abzubilden.

Bekanntlich weisen viele Verlaufsvarianten unter „plausiblen“ Bedingungen Instabilitäten auf und führen zur Zusammenbruchsanpassung. Das Meadowssche Modell wurde von verschiedenen Seiten — von den Ökonomen ebenso wie von den Politologen — teilweise zu Recht heftig kritisiert. Wir wollen hier die bereits bekannten Argumente dieser Kontroverse nicht nochmals aufgreifen. Es sei lediglich darauf hingewiesen, daß Meadows sich in seiner Analyse nur auf die vier genannten Bereiche beschränkt und sowohl das Problem der Abwärme als auch die politischen und ökonomischen Anpassungsvorgänge vernachlässigt.

Wie immer man diesen Ansatz beurteilt, eines dürfte unbestritten sein: Die Aufnahmefähigkeit des Ökosystems gegenüber anthropogenen Störungen ist begrenzt. Geht man von dieser Tatsache aus, dann ist „Wachstum“ auf lange Sicht nur möglich im Sinne von „wachsender Fähigkeit“, das knappe Gut (= begrenzte Aufnahmefähigkeit des Ökosystems gegenüber Störungen) auf bestmögliche Weise zu nutzen. Als Optimierungsproblem formuliert: Man maximiere den materiellen Output zu minimalen Kosten (Inputs) unter Berücksichtigung aller einschränkenden Nebenbedingungen, die sich aus dieser limitierten Aufnahmefähigkeit des Ökosystems ergeben. Bezogen auf dieses knappe Gut „höherer Ordnung“ bleibt zwar die logische Struktur des ökonomischen Grundproblems erhalten, sie bezieht sich jedoch auf einen wesentlich erweiterten Interaktionsbereich, worin das Wirtschaftssystem als Teilsystem mit anderen Teilsystemen verkoppelt ist. Dies wirkt für das Stabilitätsproblem sowohl empirische als auch theoretische Probleme auf. Mit beiden Problembereichen haben sich Mesarović und Pestel im Rahmen ihrer Arbeiten an einem Weltmodell, das aus 8 Subsystemen (Straten) besteht und empirisch für 10 Weltregionen ausgelegt ist, auseinandergesetzt²⁷. Die 8 Straten sind in folgender Weise hierarchisch geordnet:

²⁷ Die Konzeption dieses Ansatzes haben die Autoren in folgendem Aufsatz dargelegt: *M. D. Mesarović* und *E. C. Pestel*, A Goal-Seeking and Regionalized Model for Analysis of Critical World Relationships — The Conceptual Foundation, in: *Kybernetes*, 1972, Vol. 1, S. 79 - 85. Vgl. ferner *M. D. Mesarović* und *E. C. Pestel*, *Menschheit und Wendepunkt. 2. Bericht an den Club of Rome*, Stuttgart 1974.

Normenschicht	{ Kulturelle Ebene (Normen des einzelnen) Humanbiologische Ebene (Existenzbedingungen des Individuums) }	} Individualbereich			
			Organisations- schicht	{ Soziopolitische Ebene (Funktion nichtformaler Organisationen) Institutionale Ebene (Funktion formaler Organisationen) }	} Sozialbereich
Kausalschicht	{ Ökonomische Ebene (Funktion wirtschaftlicher Systeme) Technologische Ebene (Beeinflussung der natürlichen Prozesse durch den Menschen) }	} Naturwiss. Bereich			

Im Rahmen dieses Ansatzes wurden bereits zahlreiche Teilmodelle (Energiemodelle, Bevölkerungsmodelle sowie ein Weltwirtschaftsmodell²⁸) konstruiert und empirisch geschätzt. Aus Raumgründen können wir auf diese bereits mehrere tausend Seiten umfassenden Zwischenergebnisse hier nicht näher eingehen. Der Stand des ganzen Projekts, das in Zusammenarbeit zwischen der Case Western Reserve University, Cleveland, Ohio (Mesarović) und der Technischen Universität Hannover (Leitung Professor E. C. Pestel) unter Beizug zahlreicher auswärtiger Wissenschaftler durchgeführt wird, wurde anfangs Mai 1974 an einer in Baden bei Wien veranstalteten internationalen Tagung einer Gruppe von Systemtheoretikern vorgestellt²⁹. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang die von Bossel durchgeführten Simulationsstudien im Bereich des Normstratums³⁰. Hier bieten sich in Zukunft bedeutende Beziehungen zu den Arbeiten von Gaefgen³¹ und Frey³² an.

²⁸ Vgl. M. Mesarović, L. Klein, A. Erdilek, E. C. Pestel, Theoretical Foundation for a Regionalized Multilevel Model of the World Economic System, Preliminary Draft, Juli 1973. — Auf der Grundlage dieses Konzepts wurde sodann in Baden bei Wien ein ausgereifteres und empirisch geschätztes Weltmodell vorgestellt.

²⁹ Eine kurze Charakterisierung dieses Projektes habe ich in meinem Buch „Wachstumsbegrenzung als Machtinstrument“, Stuttgart 1974 (S. 91 - 101) gegeben.

³⁰ Vgl. H. Bossel, Notes on Simulation of the Norms Stratum and Norms Adjustment for Multi-Eschelon Processes, Institut für Systemtechnik und Innovationsforschung (ISI), Karlsruhe, Februar 1973. — Ders., Simulation des Normenstratums und des Normenwandels am Beispiel des Verhältnisses zwischen Entwicklungsland und Industrieland, *ibid.*, März 1973.

Es unterliegt keinem Zweifel, daß die Schwerpunkte der künftigen wissenschaftlichen Arbeit auf dem Gebiet der Stabilitätsforschung sozialer Systeme im Bereich des Normenstratums — also der ganzen Wertproblematik — sowie im Bereich der Theorie lernfähiger Organisationen liegen werden³³, denn die von diesen Objektbereichen ausgehenden Wirkungen sind für die konkrete Funktionsweise der Verkopplungen hierarchisch gegliederter Systeme und damit für das Stabilitätsverhalten des Gesamtsystems von entscheidender Bedeutung.

Bis jetzt haben wir jedoch nur sehr unvollständige Kenntnisse über die konkrete Struktur und Größenordnung der Kopplungen der Teilsysteme. Man kann auf der einen Seite von der Hypothese ausgehen, daß jedes der Elementarsysteme unabhängig ist. Von dieser Annahme sind wir in der Wirtschaftswissenschaft lange Zeit implizite ausgegangen, indem wir die Existenz „freier Güter“ mit einem Preis von Null in die Modelle eingeführt haben. Wasser und Luft waren „frei“, sie gingen zwar als Input in ökonomische Prozesse ein, ihr Gesamtbestand (stock) wurde durch diese Prozesse jedoch nicht tangiert. Das andere Extrem besteht in der Annahme starrer Kopplungsbeziehungen ohne Freiheitsgrad. Solche Systeme sind, wie wir wissen, in höchstem Maße instabil. Von Interesse sind Systeme, die sich zwischen diesen beiden Extremen, also zwischen völliger Autonomie der Elemente und völliger Determiniertheit befinden³⁴. Es kommt nun nicht allein auf die Struktur der

³¹ Vgl. G. Gaefgen, Formale Theorie des politischen Handelns: wissenschaftliche Politik als rationale Wahl von Strategien, Sonderdruck aus: Politik und Wirtschaft, herausgegeben von H. Maier, K. Ritter und U. Matz, München, S. 209 - 257; besonders wichtig erscheinen uns in diesem Kontext die Ausführungen von Gaefgen im Abschnitt „Rationale Gestaltung von Organisationen“ (S. 253).

³² Vgl. B. S. Frey, The Politico-Economic System: A Simulation Model, in: Kyklos, Vol. XXVII, 1974, Fasc. 2, S. 227 - 254.

³³ Vgl. dazu die sehr relevanten Arbeiten von E. Jantsch, Technological Planning and Social Futures, London, New York 1972 sowie C. West Churchman, Challenge to Reason, New York 1968.

³⁴ In diesem Zusammenhang ist der in der Kybernetik entwickelte Begriff der Entropie eines Systems wichtig. Der Grad der Unbestimmtheit, in welchem sich ein System E_r befindet, bestimmt die Entropie $H(E_r)$ des Gesamtsystems.

Sie wird definiert als:

$$H(E_r) = - \sum_{k=1}^{n_r} p_k^{(r)} \log p_k^{(r)}$$

Ist die Wahrscheinlichkeit, daß sich ein System E_r im Zustand $d_k^{(r)}$ befindet, gleich 1 (d. h. $p_k^{(r)} = 1$), dann ist $H(E_r) = 0$. In allen anderen Fällen ist $H(E_r) > 0$. Der Grad der Unbestimmtheit für ein gegebenes System S ist gleich der Summe der Entropien $H(E_r)$ der einzelnen Elementarsysteme:

$$H_0(S) = \sum_{r=1}^n H(E_r)$$

Vgl. dazu S. v. Kaenel, Einführung in die Kybernetik für Ökonomen, S. 141.

Parameter eines einzelnen Systems an, sondern auf die Bestimmung des Kopplungsnetzes, d. h. die Organisationsstruktur der Systeme untereinander. Organisation heißt in diesem Kontext Verringerung der Entropie des Gesamtsystems. Nimmt die Zahl der zu beherrschenden Variablen zu, dann konvergiert die Stabilitätswahrscheinlichkeit des Gesamtsystems gegen Null:

$$p \approx \frac{1}{2^n}$$

Für die Zahl der zur Stabilisierung eines Systems erforderlichen Umschaltungen N (z. B. in Form einer Veränderung der Verhaltensweise durch Veränderung der Werte der Systemparameter) gilt die Relation

$$N = \frac{1}{p} \approx 2^n$$

Diese Zahl ist selbst für die heutigen Rechner schon bei 100 Variablen absolut prohibitiv. Deshalb ist die Stabilisierung komplexer Systeme in praxi nur durchführbar, wenn die Subsysteme einen gewissen Grad an Selbständigkeit aufweisen. Dadurch wird es möglich, die an einer Stelle auftretende Störung aufzufangen und andere Systemteile „abzuschirmen“. Dies erfordert folgende Eigenschaften:

- Die Teilsysteme müssen instande sein, Ultrastabilität zu erreichen, d. h. sie müssen über mehrere Möglichkeiten selbststabilisierenden Verhaltens verfügen.
- Die Teilsysteme müssen zeitweilig voneinander unabhängig sein, d. h. ihre Kopplungsfunktion ist nicht ständig als Vollfunktion, sondern zeitweise als Teilfunktion realisiert³⁵.

Ein System, das aus einer Anzahl relativ selbständiger, ultrastabiler Teilsysteme besteht, wird — wie wir eingangs ausgeführt haben — als multistabil bezeichnet. Durch hierarchische Strukturierung werden multistabile Systeme in die Lage versetzt, bestimmte Funktionen (wie z. B. Zielfindung) rational und flexibel auszuüben. Flexibel heißt, daß bei Ausfällen eines Teilsystems andere Teilsysteme die Funktion des ausgefallenen Teilsystems — innerhalb bestimmter Grenzen — übernehmen können. Das Gehirn liefert wohl das hervorragendste Beispiel für diese Fähigkeit³⁶. Redundanz impliziert Dezentralisation. Welche Bedeutung

³⁵ Vgl. *S. v. Kaenel*, Einführung in die Kybernetik für Ökonomen, S. 215 f. Unter „Teilfunktion“ versteht v. Kaenel eine Funktion, die z. B. für ein bestimmtes Zeitintervall konstante Werte aufweist.

³⁶ Zum Problem der hierarchischen Strukturen vgl. *M. D. Mesarović, D. Macko und Y. Takahara*, Theory of Hierarchical Multilevel Systems, New York und London 1970. Ferner: *J. A. Goguen*, Mathematical Representation

der Dezentralisation für die Theorie optimaler Organisationen in unserer gegenwärtigen Gesellschaftsstruktur zukommt, haben Deutsch und Kochen in verschiedenen Untersuchungen nachgewiesen³⁷.

Fassen wir zusammen: Das Wirtschaftssystem steht in Interaktion mit anderen Systemen, insbesondere mit demjenigen der physikalischen Umwelt. Es kann deshalb nicht mehr isoliert betrachtet werden. Seine Stabilitätsbedingungen sind vielmehr verknüpft mit denjenigen der anderen Systeme. Die Stabilisierungspolitik alten Stils sieht sich deshalb vor neue und schwierige Aufgaben gestellt: Sie kontrolliert die neuen Kontrollvariablen noch nicht, weil in diesen Bereichen noch zu wenig empirische Kenntnisse gesammelt werden konnten. Die neuen Kontrollvariablen gehören außerdem einem Objektbereich an, der außerhalb der traditionellen Stabilisierungspolitik liegt: optimale, lernfähige Institutionen, stabilitätsorientierte Normensetzung, optimaler Dezentralisationsgrad etc.³⁸.

Das Ziel einer auf diesen weiten Objektbereich bezogenen Stabilisierungspolitik muß darin bestehen, mittels Dezentralisation und Einflußnahme auf Normen (Präferenzen) ein homöostatisches System zu schaffen, in welchem die Teilsysteme ihre Autonomie in Übereinstimmung mit den Stabilitätsbedingungen des Gesamtsystems erhöhen oder einschränken. Diese neue Stabilisierungspolitik kann innerhalb der gegenwärtig als Systemeinheiten behandelten Bereiche, z. B. der Weltwirtschaft, sogar *Entkopplungen* erfordern, um die Flexibilität der Teilsysteme und die Stabilität des Gesamtsystems zu erhöhen. Die Stabilisierungspolitik kann in diesem hier dargelegten Sinne als ein sozialer

of Hierarchically Organized Systems, in: E. O. Attinger (Herausgeber), *Global Systems Dynamics*, S. 112 - 129.

³⁷ Vgl. *K. Deutsch* und *M. Kochen*, Towards a Rational Theory of Decentralization: Some Implications of a Mathematical Approach, in: *The American Political Science Review*, Vol. 63, 1969, S. 734 - 749. — *Dieselben*, Pluralization: A Mathematical Model, in: *Operations Research*, Vol. 20, No. 2, 1972, S. 276 - 292. — *Dieselben*, Decentralization and Uneven Service Loads, in: *Journal of Regional Science*, Vol. 10, No. 2, 1970, S. 153 - 173. — *Dieselben*, Decentralization by Function and Location, in: *Management Science*, Vol. 19, No. 8, 1973, S. 841 - 856. Vgl. ferner: *L. Hurwicz*, On the Concept and Possibility of Informational Decentralization, in: *American Economic Review*, Vol. LIX, 1969; *ders.*, Centralization and Decentralization in Economic Processes, in: *Comparison of Economic Systems: Theoretical and Methodological Approaches*, herausgegeben von A. Eckstein, 1971; *ders.*, On Informationally Decentralized Systems, in: *Decision and Organization*, herausgegeben von R. Radner and B. McGuire, 1971.

³⁸ Das schließt die Anwendung moderner Methoden der optimalen Planung nicht aus; im Gegenteil. Der z. B. von R. S. Pindyck entwickelte Ansatz zeigt, daß die logische Struktur des Optimierungsproblems auch für die hier erwähnten Objektbereiche — vielleicht mit geringfügigen Modifikationen — sehr wohl verwendet werden könnte. Vgl. *R. S. Pindyck*, *Optimal Planning for Economic Stabilization; Contributions to Economic Analysis*, Amsterdam, London 1973.

Lernprozeß verstanden werden, von dessen Geschwindigkeit nicht nur die Stabilität, sondern u. U. die Existenz des Teilsystems „Wirtschaft“ abhängen kann, um so mehr, als wir auf der Höhe des jetzt schon erreichten Aktivitätsniveaus immer häufiger Prozesse auslösen, die irreversibel sind³⁹.

2. Anhang

2.1 Energieverbrauch und Abwärme

Zusätzlicher Energieverbrauch⁴⁰ wirft zwei Fragen auf:

- (a) die Frage nach den vorhandenen *Energievorräten* sowie
- (b) die Frage nach den Grenzen der durch den Energieverbrauch verursachten *Umweltbelastungen*.

ad a: *Mittelfristig* kann es zu gravierenden Mißverhältnissen von Angebot und Nachfrage auf dem Energiemarkt kommen. Insbesondere ist beim Übergang von fossilen Energieträgern zur Nutzung von Kernenergie mit einem zeitweiligen Nachhinken des Energieangebots hinter der Energienachfrage zu rechnen. *Langfristig* dürfte das Problem der Begrenzung der Energievorräte dann nicht mehr auftreten, wenn die als Prototypen bereits existierenden *Brutreaktoren* die heute abbauwürdigen Uranreserven um mehrere Zehnerpotenzen erhöhen. Mit dem industriellen Einsatz dieses Reaktortyps wird bis zur Jahrhundertwende gerechnet.

ad b: Die ökologischen Grenzen des Energieverbrauchs sind durch drei Faktoren bestimmt⁴¹:

- Belastung des *Kohlendioxyds* aus der Verwertung fossiler Energieträger,
- *Aerosole* aus der Verwertung fossiler Energieträger,
- *direkte Wärmezufuhr* aus der Verwertung jeglicher Energieträger, also auch der Kernenergie (mit Ausnahme der Sonnenenergie).

Im folgenden wird nur auf die *Wärmebelastung* durch Abwärme eingegangen.

³⁹ Bereits 1949, also noch bevor uns die heutigen Methoden der Systemtheorie, vor allem in Bereich der Simulationsmethoden zur Verfügung standen, hat F. E. Dessauer in einem sehr lesenwerten Werk die Problematik der Stabilität in diesem weiten Kontext gesehen. Vgl. *F. E. Dessauer, Stability*, New York 1949, insbesondere Chapter VII: *Stabilization by Normative Systems*, S. 144 - 179.

⁴⁰ Gemeint ist hier der Primärenergieverbrauch, d. h. Nutzenergieverbrauch einschließlich aller Transformationsverluste exkl. direkter Verwertung der eingestrahlten Sonnenenergie.

⁴¹ Vgl. *K. M. Meyer-Abich, Die ökologische Grenze des Wirtschaftswachstums*, Manuskr. Mai 1972, Max-Planck-Institut, Starnberg.

Da die Gesamtenergie eines geschlossenen Systems konstant bleibt (Energieerhaltungssatz), kann Wärmeenergie aus mechanischer Arbeit erzeugt und in mechanische Arbeit umgewandelt werden (mechan. Wärmeäquivalent: $1 \text{ cal} = 0.427 \text{ mkp}$). Fast die gesamte gewonnene Energie (Primärenergie und Nutzenergie) geht letztlich durch „Gebrauch“ in Wärme über.

Die durch künstliche Energieproduktion und ihre Verwendung an die Umwelt abgegebene Abwärme kann die Temperaturverhältnisse der Erde erst dann beeinflussen, wenn sie im Vergleich zum natürlicherweise in der Atmosphäre stattfindenden Energieaustausch eine berechenbare und meßbare Größenordnung aufweist. Dazu folgende Kennziffern⁴²:

Gesamteinstrahlung durch die Sonne auf das System Erde + Atmosphäre = 10^{14} kW (= natürliche Energiezufuhr)⁴³. Ebensoviele wird vom System Erde + Atmosphäre wieder abgestrahlt. 33 Prozent werden sofort reflektiert, 22 Prozent von der Atmosphäre absorbiert und wieder abgestrahlt, 45 Prozent erreichen die Erdoberfläche. Davon wird wiederum $\frac{1}{3}$ abgestrahlt; $\frac{2}{3}$ werden durch Konvektion und Verdunstung an die Atmosphäre abgegeben und von dieser abgestrahlt.

Das natürliche Fließgleichgewicht von Sonneneinstrahlung und Abstrahlung im System Erde + Atmosphäre wird durch den Primärenergieverbrauch, der eng mit der wirtschaftlichen Aktivität (Umstrukturierung von Material) verbunden ist, gestört. Folgende Größenordnungen werden in diesem Zusammenhang angeführt:

— *Erdoberfläche*: $510 \cdot 10^6 \text{ km}^2$ (einschließlich Ozeane)

— *Primärenergieverbrauch 1970*: $55 \cdot 10^{12} \text{ kWh/Jahr}$.

Im Mittel $11 \text{ kW km}^{-2} = 0,022 \text{ ly d}^{-1}$
(d = Tag).

Dies entspricht $\frac{1}{220}$ Prozent der mittleren Sonnenenergiezufuhr des Systems Erde + Atmosphäre.

Man kann nun die Frage stellen, wann der Primärenergieverbrauch der Erde 1 Prozent oder 10 Prozent der mittleren Sonnenenergiezufuhr erreichen wird. Geht man von den UN-Schätzungen aus, die bis zum Jahr 2000 mit einer mittleren Wachstumsrate des Weltenergieverbrauchs

⁴² Vgl. W. H. Matthews, W. W. Kellogg und G. D. Robinson (Herausgeber), *Man's Impact on the Climate*, Cambridge 1971. Joel Damstadter, *Energy in the World Economy, Resources for the Future*, Washington, Baltimore, London 1971. K. M. Meyer-Abich, *Die ökologische Grenze des Wirtschaftswachstums*.

⁴³ Das entspricht $2 \text{ cal cm}^{-2} \text{ min}^{-1} = 2 \text{ ly min}^{-1} = 2880 \text{ ly d}^{-1}$; (d = Tag, $1 \text{ ly} = 1 \text{ cal cm}^{-2}$).

von 5,7 Prozent p. a. rechnen, und nimmt man an, daß sich diese Wachstumsrate nicht erhöhen wird (was eher optimistisch ist), dann würde dieser 1-Prozent-Wert in *95 Jahren* erreicht sein.

— Für das *Festland* allein gelangt man auf 1 Prozent der Sonnenenergiezufuhr bereits in *75 Jahren*.

Analog gelten folgende Werte, bezogen auf das Ausgangsjahr 1970:

— Für die USA: *60 Jahre*.

— Für die BRD: *7 Jahre*.

Rechnet man aus, wie lange es braucht, bis der durch menschliche Tätigkeiten bedingte Primärenergieverbrauch 10 Prozent der mittleren Sonnenenergiezufuhr erreichen wird, ergeben sich (nach Meyer-Abich) folgende Werte:

— *Erdoberfläche*: 140 Jahre (bei 5,7 Prozent p. a. Wachstum)

— *Festland*: 115 Jahre (bei 5,7 Prozent p. a. Wachstum)

— *USA*: 120 Jahre (bei 4,0 Prozent p. a. Wachstum)

— *Nordost USA*: 80 Jahre (bei 4,0 Prozent p. a. Wachstum)

— *BRD*: 67 Jahre (bei 4,0 Prozent p. a. Wachstum)

Beim gegenwärtigen Wissensstand rechnet man damit, daß je 1 Prozent Änderung der Energiezufuhr an das System Erde + Atmosphäre eine Temperaturänderung von 1 - 1,5° C zur Folge hat.

Bei den bestehenden Zuwachsraten des Primärenergieverbrauchs ist deshalb damit zu rechnen, daß in spätestens 150 Jahren das Fließgleichgewicht des Systems „Sonneneinstrahlung — Erde + Atmosphäre“ empfindlich gestört wird. Die durch die Erwärmung ausgelösten klimatischen Veränderungen des Systems Erde + Atmosphäre sind in ihren Folgen im einzelnen heute noch nicht absehbar.

Korreferat zu: Stabilität als systemares Problem

Von *Reimut Jochimsen*, Bonn/Kiel

Herr Fritsch hat das Thema unserer Tagung erfreulicherweise in einen in jedem Sinne weltumspannenden Kontext gestellt. Ich möchte zu seinem Referat einige ergänzende und weiterführende Bemerkungen machen.

1. Ausgehend von der These, daß die Stabilitätstheorie dynamischer Systeme die wissenschaftliche Grundlage für die Behandlung aller Systeme darstelle, hat Herr Kollege Fritsch den Begriffsapparat dieser Theorie in Kürze dargestellt. Ich möchte einen mir zentral erscheinenden Aspekt aufgreifen: Wir unterscheiden zwischen offenen und geschlossenen, d. h. feedback-Systemen, wobei die Zuordnung nicht zwingend mit einer bestimmten Anordnung von Systemelementen verbunden ist und nicht etwa empirisch eindeutig bestimmbar wäre, sondern vom Standpunkt des Betrachters sowie dem Erkenntnisziel (Beschreibung, Erklärung, Handlung) abhängt¹.

Im Kontext der Erörterung von Stabilitätsziel und Zielsystemen kann es nicht sinnvoll sein, den ökonomischen Bereich als geschlossenes, sich selbst regulierendes System oder Subsystem anzusehen; denn zumindest die Qualifizierung der Stabilitätszielsetzung, d. h. insbesondere die Gewichtung der einzelnen Zielkomponenten, findet im politischen Raum statt. Aber auch die Realisierung der Stabilitätszielsetzung setzt politische Aktivität voraus. Hinzu kommt, daß die Versorgung mit öffentlichen Gütern nicht marktwirtschaftlich reguliert werden kann. Ausgehend von der Klassik und der Gleichgewichtsökonomik hat die Fiktion von einem geschlossenen ökonomischen System dennoch die wirtschaftswissenschaftliche Perspektive bestimmt. Entstehung und Entwicklung der Nationalökonomie als Wissenschaft bestand ja geradezu darin, ein ökonomisches System von Bezügen und Relationen zu entdecken — heuristisch motiviert —, herauszudestillieren und zugleich gegen mögliche andere abzugrenzen. Dabei wurden die Aspekte der

¹ Vgl. zu einer anschaulichen Darstellung dieses Zusammenhangs: *J. W. Forrester, Principles of Systems, Second Preliminary Edition, Fifth Printing, Cambridge, Mass. 1971, S. 5 ff.*

Verflechtung stets eher vernachlässigt, die der Autonomie eher betont. Das Stichwort von der sogenannten Interdependenz der Systeme oder Ordnungen hat diese Tendenz eher noch verstärkt, weil sanktioniert. Die normativen Implikationen eines solchen wissenschaftspolitischen Vorgehens zeigen sich nach wie vor in Wirtschaftswissenschaft und -politik, zum einen in der mangelnden Integration der Nationalökonomie in den Gesamtbereich der Gesellschaftswissenschaften, zum anderen beispielsweise in den Maximen staatlicher Wirtschaftspolitik, wie dem Prinzip der Minimierung der Staatsinterventionen in den Wirtschaftsablauf.

Genausowenig sinnvoll ist es jedoch, offensichtlich Theorien und Modelle zugrundezulegen, die, ausgehend von totaler Zentralisierung und „planmäßiger“ ex-ante-Koordinierung der Entscheidungen, das — offene — ökonomische Teilsystem vollständig in ein Gesamtsystem gesellschaftlichen Handelns integriert sehen.

Die „mixed economies“, die in den westlichen Industrieländern durchgängig, wenn auch in graduell unterschiedlichen spezifischen Ausprägungen, entstanden sind², weisen eine weitgehende, aber keineswegs vollständige oder systematische Verschränkung zwischen dem ökonomischen und dem politischen System auf³. Die Grenzlinie zwischen dem Markt oder der Wahl als Entscheidungsmechanismen, die über Ziele und Mittel der Allokation, Akkumulation und Distribution privater oder öffentlicher Faktoren und Güter einschließlich der Geldmengenregulierung bestimmen, ist historisch und politisch gewachsen, vom Entwicklungsstand und gesellschaftlichen Bewußtsein abhängig, keinesfalls a priori gegeben. Dies zwingt uns dazu, sorgfältig zu analysieren, wo und in welcher Weise Verschränkungen oder Verflechtungen vorliegen und — für die Problematik von Zielen und Zielsystemen wohl noch wichtiger — wo sie sinnvoll herzustellen sind. Aus anderer Sicht ist dies die Frage nach der Existenz und Verfügbarkeit geeigneter Instrumente zur Erreichung formulierter Zielsetzungen, d. h. die Frage nach den Daten und strukturellen Relationen, über die die Regierung einschließlich der Notenbank usw. Verfügungsmacht hat⁴.

2. Die sinnvolle Formulierung und Verfolgung von Stabilitätszielen gleich welcher Art setzt voraus, daß die Kausalitäten und Wirkungs-

² Die spezifische Ausprägung ist wesentlich bestimmt durch das Ausmaß an Arbeitsteilung und Spezialisierung, die Wirtschaftsstruktur sowie durch Entwicklungsstand und Zielfunktion der Gesellschaft.

³ Dementsprechend übernimmt auch Frey die Bezeichnung „politico-economic system“. Vgl. B. S. Frey, *The Politico-Economic System: A Simulation Study*, in: *Kyklos*, Vol. XXVII, 1974, S. 227 - 254.

⁴ Vgl. J. Tinbergen, *Die Prognose als Basis der Wirtschaftspolitik*, in: H. Giersch und K. Borchardt (Herausgeber), *Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliche Methodenprobleme*, Berlin 1962, S. 437.

zusammenhänge, die zur Erreichung der Ziele innerhalb des „politico-economic system“ relevant sind, hinreichend bekannt sind, also ein Modell identifiziert, analysiert und in seinen Trends prognostiziert ist. Geschieht dies nicht, so werden leicht Himmelsziele politisch verkauft, für deren Erreichung nur Holzwege verfügbar sind. Nun leiden die Wirtschaftswissenschaften (bekanntlich) — wie auch andere Gesellschaftswissenschaften — nach wie vor unter einem erstaunlichen Mangel an echten, empirisch falsifizierbaren Theorien etwa zur Zeitvarianz von Systemen. Bei dem gerade im politischen Bereich großen Bedarf an direkt verwertbaren, quantifizierbaren Kausalbeziehungen, die zu Handlungsanweisungen verwendet werden können, entsteht eine Tendenz, beobachtete Invarianzen wie Theorien bzw. Gesetze oder Quasi-Gesetze oder Erklärungsskizzen zu behandeln und daraus — kurz geschlossen — Empfehlungen oder politische Maßnahmen abzuleiten.

Als Beispiel sei hier der Zusammenhang zwischen Inflation und Beschäftigung genannt, der in der Diskussion nach wie vor eine erhebliche Rolle spielt. Ich meine die Phillips-Relation etwa zwischen Lohnratenänderung und Beschäftigungsgrad, also die berühmte Antinomie, von der Herr Jöhr gestern sprach. Gleich von welcher Seite die Ziele gesetzt werden, die Möglichkeiten ihrer Erreichung werden stets im Rahmen dieser empirisch dargestellten, zumindest in der politischen Diskussion aber nicht mehr hinterfragten Phillips-Relation beurteilt⁵.

Eine Reihe insbesondere amerikanischer Theoretiker vertritt dagegen die Meinung, daß politisches Handeln innerhalb dieses oder eines solchen Rahmens gerade langfristig erhebliche Nachteile erzeugen kann, daß es vielmehr darauf ankommt, die Wirtschaftsstruktur und damit den Ablauf so zu verändern, daß sich der Trade-off zwischen Inflation und Unterbeschäftigung in der Weise ändert, daß z. B. bei gleichbleibendem Inflationssatz der Beschäftigungsgrad steigt, sich die Phillips-Kurve also verschiebt⁶ — besonders wenn aus der sogenannten offenen Volkswirtschaft international hochverflochtene Teile einer Weltwirtschaft geworden sind.

Neben der mangelhaften theoretischen Durchdringung empirisch fundierter Zusammenhänge zwischen den Zielvariablen des „magischen, des verhexten Vierecks“, die — wenn sie zu aussagekräftigen Ergebnissen führen soll — wesentlich stärker empirisch fundiert werden muß, stim-

⁵ Vgl. hierzu die Kritik bei *D. Robinson*, *Incomes Policy*, Enstose 1971, S. 11 ff. und S. 16 ff.

⁶ Vgl. z. B. *O. Eckstein*, *R. Brinner*, *The Inflation Process in the United States*, A Study prepared for the Use for the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Joint Committee, Print 1972. Diese Ansicht wird aber auch von anderen Autoren vertreten (z. B. *Samuelson*, *Solow*, *Okun*, *Perry*, *Machlup*).

men auch die Unvollständigkeit (Verteilung, Umwelt, offene Wirtschaft), die vollständig verschiedene Qualität und das damit zusammenhängende unterschiedliche politische Gewicht der Komponenten des Zielsystems nachdenklich. Es handelt sich zwar um quantifizierbare wirtschaftspolitische Ziele, die aber wegen der geringen Realisierungschancen, die ihnen bei gegebenen instrumentellen Möglichkeiten innerhalb des vorgegebenen Rahmens nur zuzumessen sind, eher den Charakter von Grundsätzen für das wirtschaftspolitische Handeln erhalten⁷. Damit ist jedoch das Problem der Unterscheidung zwischen (politischen) Zielen und (wertfreien) Mitteln, das die Anwendbarkeit und politische Verwertbarkeit solcher Modelle ja zentral berührt, wenn nicht gar erst definiert, noch gar nicht angesprochen. Und dieses Problem ist unlösbar. Zudem wird innerhalb des Zielsystems die sich hinter den öffentlichkeitswirksam formulierten, konjunkturellen Globalzielen verbergende strukturelle Dimension der Probleme und damit ihre politische Feinstruktur weitgehend außer Betracht gelassen. Die Herausforderung, einen hohen Beschäftigungsstand zu sichern, führt uns z. B. vor Augen, daß wir unsere Politik nicht einfach auf Ziele richten können, die auf globalen statistischen Durchschnittswerten basieren, sondern darauf, welche ausbildungsmäßigen, zeitlichen, sektoralen, regionalen, altersstrukturellen Faktoren dahinterstehen.

Eine solche Konkretisierung des stabilisierungspolitischen Ziel-Mittel-Systems setzt zwangsläufig eine Neuorientierung auch im instrumentellen und institutionellen Bereich voraus, d. h. wir müssen uns stärker als bisher in die Lage versetzen, auch die strukturellen Relationen unseres Systems gemäß den formulierten Zielen zu steuern.

3. Ein entscheidender Engpaß bei der Verbesserung der Steuerbarkeit des Systems liegt daher in einem Problembereich, dessen Relevanz nach meinen Erfahrungen meist unterschätzt wird, nämlich in den organisatorischen und informatorischen Voraussetzungen zur Steuerung von Systemen im weitesten Sinne. Systeme müssen also organisiert werden. Dieser Komplex, den Herr Fritsch mit dem Stichwort „lernfähige Organisationen“ anspricht, umfaßt Problemidentifikation und Problemlösung, also Zielfindung (demokratische Formulierung und Vermittlung von Zielen), Planung, Entscheidung, Durchführung und Kontrolle. Und die strukturell differenzierende Problemverarbeitungskapazität komplexer Organisationen ist m. E. der entscheidende Engpaß. Dabei müßten idealtypisch die organisatorischen Bezugsrahmen für Zielfindung, Planung, Partizipation usw. sowie für die relevanten tatsächlichen Entwicklungen einander entsprechen. Bei der bereits erheblichen, z. T.

⁷ Zu dieser Unterscheidung vgl. J. Werner, *The Goals of Economic Policy*, in: *Economics*, Nr. 4 (1971), S. 69.

weltweiten und in den meisten Bereichen zunehmenden Verflechtung der Abläufe im ökonomisch-politischen Bereich — Stichwort Erdölkrise — würde dies in Richtung auf eine stärkere Zentralisierung beispielsweise der Zielfindungsprozesse wirken müssen (Modell: Demokratie im Weltmaßstab). Es bedarf keiner weiteren Erläuterung, daß zur Zeit ein in sich kompatibles konkretes Ziel-Mittel-System in diesem Maßstab weder gewonnen werden kann, noch seine Durchführung mit irgendeiner Aussicht auf Erfolg in Angriff genommen werden könnte, auf Dauer werden wir es aber dennoch brauchen. Insofern sind Arbeiten wie die von Pestel und Mesarović nützlich, aber ihre Weltregionalisierung z. B. dient kaum mehr als heuristischen Zwecken.

Die ungeheure Vielzahl von Informationen sowie das Streben des einzelnen nach direkter Beteiligung erfordern auf der anderen Seite möglichst kleine und autonome Einheiten, so daß hier in einem Spannungsfeld zwischen dem Zwang zu größeren, der tatsächlichen Verflechtung angemessenen Bezugsrahmen und der Notwendigkeit kleinerer Einheiten zur Operationalisierung von Informationen und Normen ein „Grad der optimalen Dezentralisierung“ der Bezugsrahmen zu bestimmen ist, der ein hinreichend stabiles Gesamtsystem als Gefüge von Teilsystemen ermöglicht. Der Markt als Entscheidungsmechanismus und Transmissionsriemen zwischen solchen mehr oder weniger autonomen Einheiten produziert zwar stets auch räumlich einen Bezugsrahmen, doch werden seine Ergebnisse häufig politisch nicht mehr akzeptiert (Umweltproblem).

Instabilität droht nun dem System vor allem immer dann in besonderem Maße, wenn der Widerspruch, der zwischen der „Privatheit“ von Entscheidungen, Planungen und Verfügungsgewalt und der „Allgemeinheit“ der Wirkungen von „privaten“ Entscheidungen besteht und der prinzipiell zweifellos nicht völlig abzubauen ist, zu groß und in seinen Auswirkungen zu gravierend wird. Ordnungsrahmensetzung und Regelmechanismen sind hier die klassischen Stichworte der Wirtschaftswissenschaft, es fehlt aber dann die politische Bestimmung des Bezugsrahmens, der laufenden Steuerung ihrer Anwendung bzw. der Überprüfung ihrer Akzeptierbarkeit.

Diese Überlegungen gelten analog auch für vertikal ausgerichtete Strukturen, beispielsweise eine hierarchisch organisierte Verwaltung. Die Problematik der Kompetenzverteilung innerhalb der Europäischen Gemeinschaften wie auch die Schwierigkeiten von Zielfindung, Durchführung und Konsensus zur Beurteilung von Stabilisierungspolitik im föderativen System der BRD sind Beispiele, die zeigen, daß die Veränderung der Bezugsrahmen hier eher noch schwieriger ist. Die Selbstorganisation einer „lernfähigen“ Gesellschaft erweist sich als komplexes

und außerordentlich langwieriges Problem. Das Maß der Dezentralisierung muß also stets neu gesucht und festgelegt werden; dies aber involviert einen politischen Prozeß, der Kenntnis und Erklärung der geltenden strukturellen Relationen genauso einschließt wie ihre Bewertung und Modifikation durch Normen und Handlungen. Wegen der dabei fehlenden Zweck-Mittel-Rationalität — oder sagen wir besser: wegen der Unmöglichkeit der wertfreien Trennung zwischen Zielsetzung und Mittelbestimmung — fällt übrigens die Möglichkeit aus, wissenschaftliche Beratung der Politik als sog. unabhängige Sachverständigenfunktion im Max Weberschen Sinne zu organisieren.

4. Hier stellen sich den Wirtschaftswissenschaften in Kooperation mit den anderen Disziplinen der Gesellschaftswissenschaften für die Zukunft schwierige Aufgaben. Es kann einfach nicht darum gehen, wie seit langem, ein heuristisch motiviertes Erkenntnisinteresse innerhalb eines teilweise künstlich abgegrenzten Teilsystems zu pflegen. Die Grenzen und die Verflechtungen unseres „politico-economic system“ nach außen müssen analysiert und ebenso die *innerhalb* dieses Systems wirksamen strukturellen Relationen festgestellt werden. Ausgehend von dieser Grundlage ist zu prüfen, an welchen Stellen und in welcher Weise Veränderungen vorgenommen werden müssen, die eine zielgerichtete und effiziente Struktursteuerung ermöglichen oder erleichtern. Wir können nicht darauf hoffen, daß diese Entwicklung, gespeist aus der Selbsterneuerungskraft des Systems, ohne intensiven politischen Einsatz personeller und materieller Ressourcen in Forschung und Problemverarbeitung zur Innovationsfähigkeit führt. Dieser Vorgang besteht nicht einfach darin, wie Herr Kaltefleiter meint, daß eine personelle Alternative schon Innovationsfähigkeit garantiert. Ohne einen solchen Schub verstärkter Problemverarbeitungskapazität könnte nur allzu leicht aus einer Stabilitätskrise innerhalb unseres Systems eine echte Systemkrise werden, der eine Vertrauenskrise vorausgeht.

Diskussion

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Wenn ich recht sehe, zielt der Beitrag von Herrn Jochimsen mindestens in zwei Richtungen: Einmal geht es um die Öffnung des ökonomischen Systems — das als Subsystem entlarvt ist — zum politisch-ökonomischen Gesamtsystem. Das ist aber gleichzeitig stabilisierungspolitisch relevant, weil es dabei um die Realisierungsbedingungen von Stabilisierungspolitik geht und — nach dem, was Herr Fritsch gesagt hat — überhaupt um den Sinn von Zielsetzungen in der Stabilisierungspolitik, die nämlich dadurch eventuell wieder in Frage gestellt werden können. — Zum zweiten hat Herr Jochimsen den Aspekt der Systemanalyse im engeren Sinne hineingebracht, nämlich die Problemlösungsfragen, die dabei auftauchen. Die Terminologie ist ja auf dem Gebiet etwas schwierig; man weiß nie, wann deskriptiv von Systemen und wann von den Schritten der Systemanalyse gesprochen wird. Ich bitte darum, daß wir das im weiteren Verlauf der Diskussion möglichst auseinanderhalten.

Herbert Biermann (Münster):

Die interessanten Ausführungen von Herrn Fritsch geben meines Erachtens zu sehr vielen Überlegungen Anlaß. Herr Jochimsen hat schon einige vorgetragen, so daß ich mich auf ergänzende Bemerkungen beschränken kann.

Ich möchte aber noch eine Anmerkung voranschicken, da Herr Fritsch Island angesprochen hat: Ich war vor kurzem, nicht zuletzt aus Datenbeschaffungsgründen, in Island, wo derzeit eine Inflationsrate zwischen 40 und 60 % existiert, und konnte feststellen, daß das gesellschaftliche System nicht als instabil zu bezeichnen ist.

Meine erste Frage: Wie vom Referenten angedeutet, können hinsichtlich eines jeden Systems mehrere Gleichgewichte von Bedeutung sein. Dazu erübrigen sich weitere Bemerkungen. Aber die verschiedenen Gleichgewichte sind in der Regel nicht im gleichen Ausmaß als stabil anzusehen. Mit anderen Worten, jedes komplexe System besitzt, bezogen auf verschiedene Störungsarten, verschiedene (Multi-)Stabilitäts-, genauer: verschiedene Ergodizitätsbereiche und Ergodizitätsgeschwindigkeiten. Demgemäß gilt es hinsichtlich eines jeden Systems — und

hier spreche ich nur die Marktwirtschaft an — herauszufinden: Hinsichtlich welcher Störungsart ist bei dem System — also hier bei der Marktwirtschaft — die schwächste Ergodizität zu verzeichnen? Dazu soll vielleicht auch diese Tagung beitragen.

Die zweite Frage: Stabilität, Ultra- und Multistabilität zeigen immer — ich betone das — auf eine Systemerhaltung hin. Infragestellungen des Systems sollen demgemäß eliminiert werden. Man kann nun nicht nur alle Ziele nicht angeben, somit auch nicht alle Gleichgewichte, jedenfalls nicht bei komplexen Systemen, deren Elemente eigene, in der Regel verschiedene Ziele haben. Man kann auch nicht generell sagen — jedenfalls nicht als Außenstehender —, was wirklich ein stabiles System ausmacht. Der Hinweis auf eine zeitliche Konstanz von Variablen oder aber von Strukturen — um nur Beispiele zu nennen — genügt meines Erachtens nicht. Mich würde also interessieren, was die Stabilität eines sozio-ökonomischen Systems wirklich ausmacht. Als Antwort darauf könnte ich mir dessen Entwicklungsfähigkeit vorstellen, aber diese wäre wiederum zu präzisieren.

Die dritte Frage: Geht man von der These aus, daß jedes System in eine Umwelt eingebettet ist, so ist jedes System letztlich nur ein Teilsystem. Stabilität bedeutet weiter nichts anderes als die Existenz von Reserven, verschiedenster Art natürlich. Bei dem relativ abgeschlossenen Supersystem Weltwirtschaft kann dies heißen, daß Reserven einem Teilsystem vorenthalten sind bzw. entzogen wurden. Damit stellt sich die Frage, ob die Stabilisierung eines Teilsystems zu Lasten anderer Teilsysteme geht. Ich denke hierbei z. B. an die Teilsysteme Industrieländer und Entwicklungsländer. Beispielsweise können — ceteris paribus — die Entwicklungsländer am technischen Fortschritt nicht so teilhaben, wie es wünschenswert wäre. Erinnerung sei dazu etwa nur an Unternehmen, die Lohnzugeständnisse an die eigene Gewerkschaft machen auf Grund von Produktivitätssteigerungen. Aber das wäre auch noch im Detail auszuführen.

Die vierte Frage: Ursachen für Instabilitäten können durch die verschiedensten Relationen begründet sein oder darin liegen. Herr Fritsch hat einige in seinem Referat angegeben. Dabei hat sich bei mir der Eindruck festgesetzt, daß man Instabilitäten quasi als etwas Bedrohliches, als etwas Negatives sieht. Der Markt ist aber ein Beispiel für ein System, das Instabilitäten benötigt, um selbst stabil zu bleiben. Von daher möchte ich fragen, ob es nicht vielleicht nützlicher wäre, sich mit Instabilitäten und ihren vorteilhaften Wirkungen zu befassen. Nicht zuletzt rufen Instabilitäten Kritik hervor — oder stellen diese dar — und leiten damit Reformen ein, so daß es sogar angezeigt sein kann, ständig für Instabilitäten zu sorgen, damit bei den Wirtschaftssubjekten

keine Selbstzufriedenheit eintritt und die Politiker — ich erinnere hierzu z. B. an den Bericht des Club of Rome (Meadows-Studie) — aktiv bleiben. Mit anderen Worten, man sollte die Ambivalenz der Stabilisierungspolitik beachten, die meines Erachtens auch zur Trägheit verleitet.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Darf ich mir selbst eine kleine Bemerkung gestatten: Die Verwendung des Begriffs „System“ ist sehr ambivalent. Ich glaube nicht, daß, wenn hier von Stabilität gesprochen wird, irgendwo die Stabilisierung bestimmter gesellschaftlicher Verhältnisse intendiert ist. Denn — das hat Herr Jochimsen an sich sehr gut herausgebracht, aber ich habe den Eindruck, daß es nicht allgemein aufgefaßt worden ist — ein System ist ja schließlich ein geistiges Konstrukt, ist nicht die Realität also solche. Je nach dem, welchen Aspekt wir herausgreifen, ist das etwas völlig anderes. Wenn ich von der Gesamtheit aus social system und Ressourcen-system spreche, ist das etwas anderes, als wenn ich nur von einer Wirtschaftsordnung rede. (Herbert Biermann [Münster]: Deswegen meine eingangs gemachte Bemerkung; ich wollte das nicht nochmals wiederholen!) Wir sollten das vielleicht als nächstes klären.

Mir liegt im Moment keine andere Wortmeldung vor. Vielleicht wollen Sie, Herr Fritsch, auf die Bemerkungen der beiden Vorredner eingehen.

Bruno Fritsch (Zürich):

Ich bin sehr dankbar, Herr Jochimsen, für Ihre Ausführungen, die eigentlich den Bezug wiederhergestellt haben zu dieser Tagung und zu den Anstrengungen, die wir als Ökonomen im wirtschaftspolitischen Bereich, zumal im Bereich der politischen Ökonomie, zu unternehmen haben. Insofern nehme ich Ihre ergänzenden Ausführungen sehr gern und dankbar entgegen.

Ich war besonders glücklich über die Ausführungen von Herrn Biermann. Sie liegen mehr oder weniger auf meiner Wellenlänge, und zwar deshalb, weil er von der Stabilität als der Existenz von Reserven, genau gesagt von Anpassungsreserven sprach und darauf hinwies — das ist genau das, was wir heute erleben —, daß die Stabilität eines Systems auf Kosten der Stabilität eines anderen Systems gehen kann. Es geht im Grunde genommen darum, durch Einsicht in die Kopplungsstruktur die maximale Freiheit, d. h. Flexibilität und Variabilität von Subsystemen innerhalb eines Gesamtsystems, also ein homöostatisches Gesamtsystem zu schaffen, und das bedarf der Dezentralisation, bedarf

lernfähiger Institutionen und möglicherweise auch — als einer neuen Art von Metapolitik — des Einsatzes der Instabilitäten im Rahmen des Instrumentariums einer letzten Endes auf Flexibilität und damit auf Gesamtstabilität ausgerichteten Politik. Insofern bin ich hier ganz Ihrer Meinung, daß diese Dinge zusammengehören.

Je länger ich die auch mathematischen Ansätze studiere, die von daher kommen, um so klarer wird es mir — es ist ein gewisses Risiko dabei, wenn ich das jetzt so formuliere —, daß wir so etwas haben müssen wie Bio-Ökonomie, „bio-economics“. Warum nicht, frage ich mich. Es gibt eine ganze Reihe von Ansätzen, die die mathematische Biologie entwickelt hat — angefangen bei der sogenannten logistischen Kurve —, und wir beginnen jetzt langsam, das in unsere Modelle einzubauen. Wir fangen an zu erkennen, daß vieles, was sich in dem sozio-ökonomischen Prozeß abspielt, in Analogie zur Biologie zu fassen ist. Ich will damit jetzt nicht einer oberflächlichen Interdisziplinarität das Wort reden; aber hier gibt es ein sehr wichtiges, fruchtbares Arbeitsgebiet. Ich darf darauf hinweisen, daß die Literatur in dieser Richtung geht. Es gibt im angelsächsischen Sprachraum eine ganze Reihe nicht nur von Aufsätzen, sondern jetzt auch schon von Lehrbüchern über mathematische Ökologie, und wenn Sie sich die Algorithmen in diesem Bereich ansehen, werden Sie finden, daß hier, kombiniert mit der „control theory“, ein fruchtbares Gebiet auch für die mathematische Bearbeitung dieser zeitvarianten Systeme liegt. Hier kommen wir eben in diesen Bereich der Bio-Ökonomie hinein.

Wenn wir etwa vom Zyklus, vom Wirtschaftszyklus, reden, dann sprechen wir etwas an, was sich zwar äußerlich als ökonomisch ansieht, was aber — wie Herr Jöhr schon vor vielen Jahren durchaus richtig gesehen hat — im Grunde genommen sehr viel tiefere Ursachen hat, nicht nur rein mechanische Ursachen, wie wir sie in den bekannten Differenzgleichungssystemen zum Ausdruck bringen.

Das ist die neue Dimension, die sich uns hier eröffnet. Sie ist nicht sehr einfach, und als Nichtmathematiker, der man sich sozusagen immer die mathematischen Instrumente im nachhinein anzueignen versucht, ist man stets auf die Hilfe der Fachkollegen angewiesen. Aber bei denen sieht es ja schlimm aus, nicht wahr, Herr Biermann! Denn die Teildisziplinen der Mathematik haben sich so weit aufgegliedert, daß man, wenn man mit einem Detailproblem zu einem Kollegen der Mathematik kommt, gesagt bekommt: Wissen Sie, das ist nicht mein Fachgebiet, gehen Sie zu einem anderen Kollegen! Das ist also eine sehr schwierige Sache. Man muß sich sozusagen permanent Dinge aneignen, deren Stellenwert im mathematischen Gesamtsystem man als Nichtmathematiker nicht überblickt. Insofern ist man auf gewisse Improvisationen

angewiesen und möglicherweise auch dem Risiko ausgesetzt, gewisse Fehlritte zu tun. Ich persönlich bin durchaus bereit, dieses Risiko auf mich zu nehmen. Allen, die mir dabei helfen, dieses Risiko zu minimieren, danke ich bestens, und dazu gehören sicher die beiden Herren, die hier gesprochen haben.

Knut Borhardt (München):

Ich möchte gern ein kontradiktorisches Element in die Debatte hineinbringen.

Die große Schwierigkeit unseres Themas liegt darin, daß wir das erste Referat einer Gruppe von Referaten diskutieren, die sich sehr schwer gegenüber den Referaten der anderen Arbeitskreise abgrenzen lassen. Eine ganze Reihe von Spezialisten sitzen sicher in den anderen Arbeitskreisen.

Um nicht Gefahr zu laufen, in die Problematik der anderen Arbeitskreise hineinzugeraten, möchte ich mich möglichst eng an die Frage „Stabilität als systemares Problem“ halten. Zunächst möchte ich auf die Eigentümlichkeit aufmerksam machen, daß das Thema von Herrn Fritsch nicht lautet „Das *Stabilitätsziel* als systemares Problem“, sondern „*Stabilität* als systemares Problem“. Das Gesamtthema des Arbeitskreises lautet ja „*Stabilitätsziel* und Zielsysteme“. Herr Biermann hat schon darauf hingewiesen, und ich möchte es noch einmal unterstreichen: Wenn wir so tun, als wenn Stabilität als solche wirklich ein Ziel wäre, sind wir einfach einem allgemeinen politischen Slogan aufgesessen. Tatsächlich tut z. B. die ganze Entwicklungspolitik nichts anderes, als systematisch Instabilität zu erzeugen und alte Strukturen aufzubrechen. Ich brauche nicht einmal ins „Multisystem“ der gesellschaftlichen Dimensionen zu gehen. Wenn wir aber die sehr allgemeinen Aspekte diskutieren, die Herr Fritsch aufgeworfen hat, dann müssen wir fragen, ob wir Stabilität als ein empirisch-analytisches Phänomen meinen, so wie man davon sprechen kann, daß in einem Aquarium Stabilität herrscht. Dann weiß natürlich keiner der Beteiligten, daß das so ist und will es auch keiner, aber man kann das analysieren. Dann muß ich allerdings genau sagen, wie der Begriff definiert ist.

Ich möchte eine weitere kritische Bemerkung anfügen. So angenehm ich es finde, daß wir uns inzwischen, angeregt — aber vielleicht nicht inauguriert — durch die Studie des Club of Rome, nunmehr in der Biosphäre bewegen, so wenig sympathisch finde ich das für die gegenwärtigen Zwecke der Verhandlung. Ich teile auch nicht den impliziten Optimismus von Herrn Fritsch, der da sagt:

„Die Stabilisierungspolitik alten Stils sieht sich deshalb vor neue und schwierige Aufgaben gestellt: Sie kontrolliert die neuen Kontroll-

variablen noch nicht, weil in diesen Bereichen noch zuwenig empirische Kenntnisse gesammelt werden konnten.“

Nun, wir kontrollieren auch die alten Kontrollvariablen nicht, und zwar nicht nur deshalb nicht, weil in diesen Bereichen zuwenig empirische Kenntnisse gesammelt worden sind. Ich bin ein wenig irritiert, daß wir uns nun in ein universales System begeben sollen und daß uns ein schlechtes Gewissen beigebracht wird, das uns davon abhalten soll, uns über Stabilität in dem Wortsinne, den wir zunächst einmal alle mit uns herumtragen, zu unterhalten. Es wird gesagt, das alles genüge nicht, sei ganz töricht, abwegig und eigentlich unverantwortlich gegenüber dem universalen Ziel, das den Menschen vorschwebt.

Ich möchte den Vorschlag machen, daß wir, bevor wir uns über jene Dinge unterhalten, von denen Herr Fritsch sagte, daß wir in diesem Augenblick noch gar nicht sehr viel darüber wissen, unsere Aufgabe wieder etwas zurückschrauben — nicht deswegen, weil wir völlig unverantwortlich gegenüber der übrigen Welt wären, sondern weil wir in der Tat noch sehr viele Aufgaben auch in dem kleinen System zu lösen haben. Wir werden nicht zu einer Bewältigung universaler Probleme kommen, bevor wir nicht sehr viel genauer in dem kleinen System wissen, was wir unter Stabilität verstehen wollen oder sollen oder gar wie man sie herstellt.

Ich möchte davor warnen, daß wir wegen der Interdependenz aller Probleme so tun, als ob keine Lösungen in Subsystemen möglich wären, wenn wir nicht dauernd den ganzen Kosmos mit bewegen. Das ist ein wissenschaftstheoretisch sehr fragwürdiger Ansatz. Auf diese Weise immunisieren wir uns von vornherein gegen jeden Verdacht, irgendwann einmal zu Lösungen beitragen zu können. Das würde ich aber sehr unshön finden.

Die Problematik hängt natürlich damit zusammen, daß wir es auch in dieser Arbeitsgruppe, aber eigentlich nahezu in allen Arbeitsgruppen, mit Themen zu tun haben, in denen eine Kombination von „Unworten“ erscheint, von Worten, die jeder beliebig verwenden kann. Das Wort „System“, das Wort „Stabilität“: Wenn wir uns diese beiden Worte sozusagen als Mengen vorstellen, so kann daraus jeder jede beliebige Kombination herstellen, und infolgedessen läßt sich alles oder Beliebiges darüber sagen. Das ist eben die Schwierigkeit, wenn man Stabilität als systemares Problem am Beginn unserer Verhandlungen abhandelt. Noch niemand kann sagen, was Stabilität schlechthin ist. Es wäre Begriffsfetischismus, herzuzugehen und zu verlangen: Nun sagen Sie mir mal, was Stabilität ist. Niemand kann auch sagen, was ein System schlechthin ist — außer unter einem ganz, ganz formalen Aspekt, und der hilft uns nicht. Deswegen würde ich es schön finden, wenn wir uns nicht immuni-

sieren, indem wir erklären, daß man das bislang nicht definierte Ganze *nur* noch unter biosphärischen Aspekten diskutieren könne.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Herr Borchardt, Sie haben im wesentlichen die Fragen gestellt, ob Stabilität als Ziel überhaupt sinnvoll definierbar sei und ob der Systembegriff in dem Zusammenhang sinnvoll sei. Von den Vorrednern ist herausgestellt worden, daß die Zielsetzung der Stabilisierungspolitik im engeren Sinne fragwürdig sein kann, weil in einem übergeordneten Sinne im Rahmen eines größeren Systems vielleicht das Gegenteil erforderlich ist oder die Probleme sich ganz anders darstellen. Ich gebe zu, daß damit sehr große Schwierigkeiten verknüpft sind, weil einem bei der Lösung von partiellen Problemen immer entgegengehalten wird, man sei nicht systemrational. Das ist wohl das, was Herr Borchardt sagen will. Das ist ein Einwand, den man praktisch gegen jedes Problemlösungsverhalten vorbringen kann. Deswegen haben Sie nicht ganz zu Unrecht von „Immunisierung“ gesprochen.

Reinhard Blum (Augsburg):

Ich komme von einer Universität, die die sozialwissenschaftliche Integration vom Gründungskonzept her auf ihre Fahne geschrieben hat. Deswegen habe ich mit großer Aufmerksamkeit gehört, daß nun die Systemtheoretiker als neue Erkenntnis die notwendige Verkopplung der einzelnen Teilsysteme der Gesellschaft abgeleitet haben. Ich muß allerdings sagen, daß ich die Bedenken von Herrn Borchardt etwas teile, wenn wir nun an die wissenschaftliche Analyse dieser Verkopplung gehen — da könnte man aus den Erfahrungen von Augsburg durchaus schon etwas beitragen — und mit der Forderung konfrontiert werden, daß sich ein Konglomerat von Wissenschaftlern verschiedener Disziplinen zusammensetzen soll, um diese sozio-ökonomischen Systeme zu analysieren. Ich würde daher doch dafür plädieren, daß die wissenschaftliche Arbeitsteilung dabei nicht verlorengehen darf und die Ökonomen sich zunächst einmal auf das ökonomische Teilsystem beschränken sollten. Dabei scheint mir die entscheidende Frage zu sein, ob für die Stabilität des sozio-ökonomischen Systems die Stabilität bestimmter, meinerwegen strategischer Subsysteme eine notwendige Voraussetzung ist, z. B. die Stabilität des ökonomischen Subsystems.

Herrn Borchardt möchte ich nicht folgen hinsichtlich seiner Aussage — illustriert durch das Beispiel der Entwicklungspolitik —, gerade die Schaffung von Instabilitäten sei das, was wir erleben; das sei der Weg zu einer ständigen Garantie für die Stabilität dieses ökonomischen Subsystems. Ich will in der Kürze der Zeit, die zur Verfügung steht, einfach

nur die These in den Raum stellen: Ist das nicht nur eine Ausrede, die wir gebrauchen, weil wir eine gewisse Ratlosigkeit zeigen hinsichtlich des Status quo der Verhältnisse, die wir haben? Als Stichwort nur: Schumpeter hat auch versucht, Konjunkturen und Krisen nicht als den Makel des Wirtschaftssystems anzusehen, als den ihn uns Marx dargestellt hat, nämlich als Untergangsmechanismus. Machen wir es uns nicht vielleicht zu bequem, wenn wir diese Instabilitäten als den besten Weg zu und die beste Garantie für Stabilität eines Teilsystems, des ökonomischen Systems oder des gesamten sozio-ökonomischen Systems ansehen?

Darüber hinaus scheint mir die entscheidende Frage die zu sein — und das könnten die Diskussionen in den anderen Arbeitskreisen noch zeigen —, ob gerade dieses ökonomische Teilsystem ein sich selbst regulierendes System ist, wie es Herr Jochimsen schon angesprochen hat.

Wolfgang Michalski (Hamburg):

Mir scheint, daß bei der bisherigen Diskussion über „Systeme“ zwei verschiedene Begriffsinhalte nicht hinreichend getrennt worden sind. Dies betrifft einerseits das System als Denkkategorie. Hierbei handelt es sich um etwas rein Formales, und wir sollten uns hüten, dies für die Realität zu nehmen. Zum anderen bedeutet System eine mehr oder weniger komplexe Beziehung zwischen konkreten empirischen Daten und/oder Prozessen. System in diesem Sinne muß immer wieder neu problemorientiert formuliert werden. Das System an sich — unabhängig von einer spezifischen Fragestellung — gibt es hier nicht.

Bei aller Wertneutralität, die wir als Wissenschaftler anstreben, stellt sich allerdings für die zweite Variante das Problem des „richtigen“ Schnitts in bezug auf die komplexe Wirklichkeit. Dabei geht es nicht allein um die Technik der Abkopplung, sondern gleichzeitig auch immer um die Beurteilung von problembezogener Relevanz. Wenn es eines der wichtigsten Ziele der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften ist, politische operationale Entscheidungshilfen zu erarbeiten, ist die Beschäftigung mit konkreten Problemlösungen für Subsysteme aus meiner Sicht wichtiger als die Entwicklung einer allgemeinen Theorie universaler Systeme, die den Bezug zur Realität weitgehend aus den Augen verliert.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Herr Michalski, ich glaube, Sie haben zu Recht auf dieses Problem der Kongruenz zwischen realen Problembereichen und Systemen einerseits und den Abbildungen, die wir uns davon machen, andererseits hingewiesen. Aber das überschneidet sich zum Teil mit dem, was Herr Jochimsen gesagt hat, der nämlich auch die Inkongruenz von Kompetenzbereichen und Problembereichen betont hat.

Ich darf nun Herrn Fritsch das Schlußwort geben, das wohl nur ein vorläufiges sein kann, denn sicher kommen wir nachher noch auf einige Aspekte seines Referats zurück.

Bruno Fritsch (Zürich):

Herr Borchardt, es war eigentlich meine Absicht, von diesen zugegebenermaßen sehr unscharfen Begriffen „Stabilität“ und „System“ wegzukommen und durch eine etwas systematischere Darstellung des in der Zwischenzeit entwickelten Begriffsapparats, so wie er sich in der Systemtheorie darbietet, zu einer — zugegebenermaßen zunächst einmal definitorischen — Klärung der Begriffe zu gelangen. Wenn es mir nicht gelungen ist, bedaure ich das. Es war wohl auch in dem Kontext der Themenstellung intendiert, diese Art von Begriffsklärung an den Anfang zu setzen, so daß man später, wenn man von Systemen, Stabilität und Instabilität spricht, weiß, was gemeint ist.

Das darf nicht darüber hinwegtäuschen, daß es wirklich schwierig ist, die Kongruenz herzustellen zwischen dem, was realiter ein System ist, und dem, was es formal ist. Da kommt im gesellschaftlichen Bereich das hinein, was wir als Relevanz bezeichnen. Denn es mag Kopplungen geben, die relevant sind im subjektiven Verständnis der Entscheidungsträger und insofern innerhalb eines abstrakten Systems ein möglicherweise sehr reales Subsystem darstellen, die aber — aus welchen Gründen auch immer — real sehr schwer faßbar sind. Ich gebe ein Beispiel: Nehmen Sie eine ganz bestimmte X- oder J- oder Y-Sekte innerhalb des Christentums — es gibt da ja jede Menge von Sekten — als Subsystem; die Glieder einer solchen Sekte sind auf Grund subjektiven Relevanzempfindens außerordentlich stark miteinander verkoppelt, aber es ist sehr schwierig, sie zu identifizieren. Gut, sie melden sich irgendwo, sie haben ihre gatherings usw., aber das ganze Normenstratum faßbar zu machen, ist außerordentlich schwierig.

Ich würde also dem zustimmen, was Sie sagen, und einräumen: Gut, wir müssen uns noch eine ganze Weile auf den klassisch-ökonomischen Bereich konzentrieren, auf die dort noch ungelösten Probleme. Mein Punkt war folgender: Ich wollte verhindern, daß wir durch eine beständige Konzentration auf uns zur Gewohnheit gewordene Problembereiche relevante Bezüge, die auch im physikalischen Bereich relevant zu werden beginnen, vernachlässigen. Im Anhang meines Referats habe ich ja das Problem der Abwärme, das von einem bestimmten Punkt an relevant zu werden beginnt — ganz im physikalischen Sinne signifikant —, behandelt. Man sollte diese Sachen eben nicht ganz aus dem Auge verlieren. Im übrigen sehe ich hier doch jenes Problem, das zwar formal behandelt werden kann, das aber in dem empirischen Realitäts-

bezug möglicherweise sehr schwer faßbar ist. Das sehen wir in der empirischen Wirtschaftswissenschaft täglich.

Dadurch, daß man diese Dinge auf einen weiteren Problem- und Objektbereich ausdehnt — und hier möchte ich noch eine Klärung hinzufügen —, soll nicht intendiert sein eine Art von Escapismus, etwa dergestalt: Nun haben wir hier die Probleme in der Sphäre, in der wir zu Hause sind, nicht lösen können, also laßt uns in größere Bereiche entfliehen! Die Intention war genau umgekehrt: Ich glaube, daß ein guter Teil unserer traditionell ökonomischen Probleme klarer faßbar, besser lösbar wird, wenn wir auch diese anderen Bezüge zumindest einmal sehen und versuchen, sie dort zu berücksichtigen, wo man sie erfassen kann, beispielsweise im physikalischen Bereich.

Meine Absicht war also: eine Begriffsklärung einerseits und die Herstellung gewisser empirischer Relationen im vornehmlich physikalischen Bereich andererseits, weil sie da noch am ehesten faßbar sind. Wo wir noch vor völlig ungelösten Problemen stehen, das ist der Bereich des Normenstratums und der utility. Wenn Sie Anthropologen und Verhaltensforscher fragen, wie sie die Nutzenfunktion der Ökonomen bewerten, dann werden Sie Auskünfte bekommen, die nicht gerade sehr schmeichelhaft sind. Und wir operieren immer noch mit dieser Nutzenfunktion! Warum? Weil sie einfach sehr bequem ist. Es ist eben an uns, zu entscheiden: Wollen wir weiter damit arbeiten oder wollen wir uns der doch komplexeren Dinge bewußt werden? — Das lediglich als Anmerkung.

Ich würde Ihnen zum größten Teil zustimmen, daß es sich hier um eine ganze Reihe von Problemen handelt, die wir noch nicht gelöst haben. Aber ich möchte noch einmal ausdrücklich betonen: Meine Darlegungen sind nicht gedacht als ein Escapismus, sondern als ein Beitrag zur Lösung unserer ökonomischen Probleme.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Wir können das leider nicht völlig ausdiskutieren, meine Damen und Herren, denn hier sind z. B. Relevanzfragen aufgeworfen, die methodologisch sehr weit führen und deren Erörterung oft auch nicht sehr fruchtbar ist — außer in ganz bestimmten Auffassungen von Wissenschaftstheorie, auf die ich mich jetzt nicht einlassen möchte. Ich glaube, es ist zweckmäßig, daß wir Teilfragen, die hierzu auftauchen, zurückstellen und im Zusammenhang mit den Ausführungen von Herrn Neumann erneut diskutieren.

Das Stabilitätsziel innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme

Von *Lothar F. Neumann, Junkersdorf (Köln)**

1. Zur logischen Struktur von gesellschaftlichen Zielsystemen

1.1 Empirische Forschung versus sozialtechnologische Konstruktion

Gesellschaftliche Ziele lassen sich prinzipiell in der Weise ermitteln, daß man das Verhalten der Gesellschaftsmitglieder, das Verhalten der sie repräsentierenden Gruppen und Verbände, das Verhalten und die Programmatik der Regierung und der politischen Parteien empirisch untersucht. Aus den ermittelten Verhaltensmustern können Rückschlüsse auf die tatsächlich verfolgten Ziele gewonnen werden. Dieser empirische Ansatz der Gewinnung von Zielen wird praktiziert; und zwar in einer Fülle von Detailuntersuchungen, aber auch in Totalanalysen und auf der Grundlage einheitlicher und geschlossener Erklärungsansätze. Wir können hinweisen auf die marxistische und neomarxistische Kapitalismuskritik, auf den Sachverständigenrat mit seinen Jahresgutachten¹, auf einen Teil der empirischen Wahlforschung und der sozialökonomischen Verhaltensforschung², aber auch auf einzelne Autoren mit mehr oder minder originellen Erklärungsansätzen wie auf Downs' ökonomischer Theorie der Demokratie³.

* Geboren 1935. 1957/1958 - 1962 Studium der Sozial-, Wirtschafts- und Rechtswissenschaften, 1964 Promotion zum Dr. rer. pol. und 1970 Habilitation (im Fach Sozialpolitik) an der Universität Köln. 1971/1972 kommissarische Leitung der Abteilung Volkswirtschaft an der Sozialakademie Dortmund. 1971 - 1974 ordentliche Professur im Fach Wirtschaftswissenschaft und Didaktik der Wirtschaftslehre an der Pädagogischen Hochschule Westfalen-Lippe, Abteilung Siegerland (später Gesamthochschule Siegen). Ab 1974 Professur für Sozialpolitik und Sozialökonomik an der Ruhr-Universität Bochum. Hauptarbeitsgebiete: Steuerrecht, Sozialpolitik, Verbraucherpolitik, Sozialphilosophie und Wissenschaftstheorie.

¹ Vgl. hierzu Regina Molitor (Hrsg.), Zehn Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung — Eine kritische Bestandsaufnahme, Frankfurt/M. 1973.

² In der empirischen Wahlforschung und in der sozialökonomischen Verhaltensforschung spielen Probleme der politischen und wirtschaftlichen Stabilität eine wichtige Rolle. Besonders interessant sind in diesem Zusammenhang Untersuchungen über Einstellung und Verhalten der Wähler zum Geldwert.

³ *Anthony Downs*, Ökonomische Theorie der Demokratie, Tübingen 1968.

Dieser Beitrag setzt sich im Blick auf gesellschaftliche Zielsysteme nicht näher mit der empirisch orientierten Forschung dieses Typs auseinander⁴. Er konzentriert sich statt dessen auf den Aufbau der normativen Komponente einer wirtschaftswissenschaftlich und wirtschaftspolitisch relevanten Sozialtechnologie. Die Konstruktion einer solchen Sozialtechnologie ist nicht demoskopiefixiert, macht die Empirie aber keineswegs entbehrlich, sondern weist ihr im Forschungsprozeß einen anderen Standort und eine andere Rolle zu. In diesem Zusammenhang lassen sich ohne Willkür Verbindungen zu früheren Tagungen des Vereins für Socialpolitik ziehen⁵. Die Diskussion des Stabilitätsziels innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme und überhaupt die Diskussion des Aufbaus eines gesellschaftlichen Zielsystems stehen im Zentrum des wissenschaftlichen Interesses der verschiedenen Richtungen und Spielarten des Neo-Normativismus⁶.

⁴ Vgl. zum heuristischen Weg der Zielbestimmung in der Wirtschaftspolitik *Hans Karl Schneider*, Zielbestimmung für die Wirtschaftspolitik in der pluralistischen Gesellschaft, in: Hans Besters (Hrsg.), Theoretische und institutionelle Grundlagen der Wirtschaftspolitik, Berlin 1967, S. 37 ff.

⁵ Vgl. insbes. Probleme der normativen Ökonomik und der wirtschaftspolitischen Beratung, Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik in Bad Homburg 1962, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 29, Berlin 1963; Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung, Das Beispiel der Stabilisierungspolitik, Arbeitstagung des Vereins für Socialpolitik in Baden-Baden 1967, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 49, Berlin 1968.

⁶ *Hans Albert*, Konstruktion und Kritik, Hamburg 1972, S. 57, trägt in seiner Kritik an dem Neo-Normativismus regelmäßig vor, Systeme mit nomologischem Gehalt ließen sich ohne Verwendung zusätzlicher normativer Prämissen in praktisch verwendbare technologische Systeme transformieren, die keine Normen, Anweisungen oder Empfehlungen enthalten, sondern nur über menschliche Wirkungsmöglichkeiten informieren. Es läßt sich zeigen, daß technologische Systeme — auch naturwissenschaftliche Technologien — nicht ohne normative Prämissen auskommen. Vgl. hierzu *Lothar F. Neumann*, Im Sinne der „normalen Wissenschaft“ — Die technokratische Perspektive des Sachverständigenrats, in: Regina Molitor (Hrsg.), Zehn Jahre Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 21. Diesen Standpunkt vertritt eindeutig auch *Martin Irlé*, Macht und Entscheidungen in Organisationen, Frankfurt/M. 1971, S. 211: „Es muß hier daran erinnert werden, daß Forschung die Theorie wertfrei anwendet. Sie prüft unter beliebigen Anfangsbedingungen, ob die Theorie die auftretenden Effekte erklären kann. Technologie wendet die Theorie prinzipiell nicht wertfrei an; im Gegenteil, gemäß bestimmter Werte werden Ziele gesetzt, und die Theorie wird ausschließlich in solche Anwendungen = Techniken transformiert, die zur Erreichung dieser Ziele, gemäß der akzeptierten Werte, führen können.“ Ich verweise ferner auf *Lothar F. Neumann*, Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung: Das Beispiel der Stabilisierungspolitik, die Gewinnung der Ziele für die Beratung, in: Archiv für öffentliche und freigemeinnützige Unternehmen, Bd. 9, Heft 1, 1969, S. 25 ff. Vgl. zu den verschiedenen Richtungen des Neo-Normativismus *Werner W. Engelhardt*, Leitbilder und Zielsysteme in der Politik, in: Horst Sanmann (Hrsg.), Leitbilder und Zielsysteme der Sozialpolitik, Berlin 1973, S. 21 f.

1.2 Kritik und System

Jenseits der Metamorphosen der Werturteilsdebatte wird seit einiger Zeit in den Sozial- und Wirtschaftswissenschaften sowohl im Entstehungs- als auch im Begründungszusammenhang die Zielproblematik diskutiert. Der methodologische Streit darüber, ob Zielaussagen in den sozialwissenschaftlichen Aussagenzusammenhang aufgenommen werden können und sollen, wirkt heute fast anachronistisch. Die Wissenschaftspraxis hat sich über diesen Streit hinweggesetzt. Die Ziel- und Zielsystemdiskussion kennt Entwicklungen, die man in Anlehnung an Stegmüller als „rationale Nachkonstruktion“ älterer Philosopheme und Theoreme bezeichnen kann.

Mit Formen „rationaler Nachkonstruktion“ haben wir es meistens auch beim Aufbau von gesellschaftlichen Zielsystemen zu tun. Die Vorläufer finden sich bei den Versuchen zur Konstruktion praktischer Philosopheme wie anarchistischer und autoritärer Dogmatiken (z. B. Jurisprudenz und Theologie), bei der Willensmetaphysik, bei teleologischen und finalistischen Philosophemen und Theoremen, bei den Entwürfen zur deontischen Logik und nicht zuletzt bei der Behandlung des Normenproblems innerhalb der Werturteilsdebatte. Die normativ-analytisch verfahrenen Sozial- und Wirtschaftswissenschaften (mit Ein-schluß der Entscheidungslogik) behandeln die Zielproblematik nach dem Muster von Linear-Theoremen. Die hauptsächlich in der politischen Soziologie geführte Planungsdiskussion hat noch nicht zur Entwicklung einer Planungslogik geführt, die Aufbau und Analyse gesellschaftlicher Zielsysteme heuristisch leiten oder kontrollieren könnte⁷.

Will man die logische Struktur von gesellschaftlichen Zielsystemen durchleuchten, so erweist sich der bereits von Jakob Friedrich Fries praktizierte Grundsatz der Trennung von Kritik und System, der über David Hilberts Metamathematik auch in den logischen Empirismus gelangt ist⁸, als fruchtbare heuristische Konstruktionshilfe. Durch die Trennung von Kritik und System wird erreicht, ein System gegenüber kritischen Einwänden offen zu halten und z. B. ein gesellschaftliches Zielsystem vor Dogmatisierung zu bewahren. — Wir können uns im Blick auf die Diskussion des Stabilitätsziels innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme auf die folgenden erkenntniskritischen und methodologischen Bemerkungen zu den möglichen Inhalten der „Kritik“ beschränken.

⁷ Vgl. hierzu insbes. *Hans Lenk*, Prolegomena zur Wissenschaftstheorie der Planung und *ders.*, Bemerkungen zu einer ‚praktischen‘ Rehabilitierung der praktischen Philosophie aufgrund der Planungsdiskussion, in: *Hans Lenk* (Hrsg.), Erklärung, Prognose, Planung, Freiburg 1972.

⁸ Vgl. hierzu *Lothar F. Neumann*, Grundlagenprobleme der Sozialwissenschaften im Lichte der „kritischen Philosophie“, Habilitationsschrift Köln 1969, S. 99 f., und *Lothar F. Neumann*, Kritischer Rationalismus und anti-

1.2.1 Die Zielaussagen sollen nicht rein normativen (präskriptiven) Charakter haben

Zielaussagen haben — sogar auf hoher Abstraktionsstufe — nicht rein normativen Charakter. Sie entziehen sich einer Axiomatisierung im strengen Sinne der Axiomatik vor allem, weil sie keine formalen, sondern inhaltliche Aussagen sind. Ungeachtet der Gewichtung der Zielaussagen untereinander, enthalten wirtschaftspolitisch relevante Zielaussagen von ihrem Geltungsmodus her eine Kombination verschiedener Aussageelemente, die wir folgendermaßen klassifizieren können:

- Elemente von Imperativen (z. B. kategorisch und pragmatisch ausgezeichnete Ziele)
- Elemente von Idealen (erstrebenswerte Ziele)
- empirische Elemente.

Das Verhältnis von imperativen und idealen Elementen in einer Zielaussage beeinflusst den Grad der Verbindlichkeit der Zielaussage und wirkt sich später bei der Gewichtung der Ziele insgesamt aus. Beide Klassen von präskriptiven Elementen machen gewissermaßen den „Wertgehalt“ der Zielaussage aus⁹.

Zielaussagen weisen neben ihrem „Wertgehalt“ aber auch empirische Elemente auf. Ein gesellschaftliches Zielsystem ist ohne den Gebrauch empirischer Annahmen nicht konstruierbar¹⁰. Zielaussagen ohne empirische Bestandteile würden den Kompatibilitätstest des Zielsystems auf die Prüfung der bloßen Kontradiktion beschränken. Das, was z. B. Max Weber bei der Diskussion der Kategorien „Zweck“ und „Mittel“ als „technische Kritik“ bezeichnet, könnte nicht geleistet werden¹¹.

platonischer „Neo-Normativismus“ im Lichte der „kritischen Philosophie“, in: Archiv für Rechts- und Sozialphilosophie, Vol. 1969 LV/1, S. 82.

⁹ Wir nähern uns damit der Unterscheidung von Sachgehalt und Wertcharakter, die Victor Kraft bei der logischen Analyse der Wertbegriffe vornimmt. Vgl. *Victor Kraft*, *Die Grundlagen einer wissenschaftlichen Wertlehre*, 2. Aufl., Wien 1951, S. 12 ff.

¹⁰ Ähnlich argumentiert Feigl im Zusammenhang mit der Rekonstruktion der Ethik. Vgl. *Herbert Feigl*, *Validation and Vindication*, in: Hans Albert und Ernst Topitsch (Hrsg.), *Werturteilsstreit*, Darmstadt 1971, S. 435.

¹¹ *Max Weber*, *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis* (1904), in: *Max Weber*, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 4. Aufl., Tübingen 1973, S. 150 (Auszeichnung bei Weber): Diese „technische Kritik“ dient dazu, die Konsequenzen aufzuzeigen, die die Anwendung der erforderlichen Mittel *neben* der Erreichung des verfolgten Zieles infolge der Interdependenz aller sozialwissenschaftlichen und ökonomischen Prozesse haben würde. Damit wird dem Handelnden ermöglicht, die ungewollten gegen die gewollten Folgen seines Handelns abzuwägen und zur Besinnung über sein Ziel zu gelangen. Die Wissenschaft kann dem Handelnden zu dem „*Bewußtsein* verhelfen, daß *alles* Handeln, und natürlich

Die empirischen Bestandteile von wirtschaftspolitisch relevanten Zielaussagen entstammen in der Regel der wirtschaftlichen und wirtschaftswissenschaftlichen Erfahrung und begegnen uns in Begriffen wie „Verhaltensweisen der Wirtschaftsteilnehmer“, „Wettbewerb“, „Koordination“, „Markt“, „Kooperation“, „Konzentration“ usw. Hinzuweisen ist in diesem Zusammenhang auch auf den schlichten propädeutischen Tatbestand aus der Deontik, daß eine allgemeine Norm nur unter Heranziehung eines explikativen Satzes (deskriptiv oder kognitiv) auf einen singulären Sachverhalt bezogen werden kann. Dies ist bekanntlich die Voraussetzung für das Zustandekommen eines deduktiven Arguments und gilt natürlich auch für die Ableitung von Empfehlungen und Warnungen aus gesellschaftlichen Zielaussagen. Die empirischen Elemente einer Zielaussage schließen a priori das Gebot der Gleichförmigkeit der Realisierung des Ziels aus. Dieselbe Zielaussage kann je nach der empirischen Situation sehr unterschiedliche Formen ihrer Realisierung erfordern. Die meisten Zielaussagen zeichnen einzelne Handlungen nicht positiv aus, sondern haben nur beschränkenden Charakter. Man kann den Wechsel der empirischen Situation, der jeweils andere Formen der Zielrealisierung erfordert, auch mit der Formel „mutatis mutandis“ kennzeichnen. Es besteht bei dieser Formel allerdings ähnlich wie in kognitiven Zusammenhängen mit der „ceteris-paribus-Formel“ die Gefahr, daß Immunisierungsstrategien zur Stützung eines wenig operationalen Zielsystems verwendet werden. Es gibt dann keinen Zielkonflikt, sondern nur einen Konflikt der (empirischen) Situationen.

1.2.2 Die Zielaussagen sollen auf einer anwendungsrelevanten Abstraktionsstufe stehen und überprüfbar formuliert sein (Wirkungskategorien)

Die Ziel-, Normen- und Wertdiskussion wird nicht selten von der Vorstellung geleitet, auf der Basis letzter Grundwerte könne zwischen den konfigrierenden und kollidierenden Interessen Konsens gestiftet werden. In der politischen Praxis ist daher die Versuchung groß, Ziel-, Normen- und Wertsysteme zu wählen, die auf einem hohen Abstraktionsniveau stehen. Der um den Preis der Abstraktion erreichte Konsens verdeckt in Wirklichkeit die vorhandenen Kontradiktionen und Inkompatibilitäten. Für die soziale Praxis ergeben sich dann Probleme, wenn unmittelbar von abstrakten Normen konkrete Gestaltungs- und Mittelpfehlungen gegeben werden. So liefert der in der politischen Auseinandersetzung beliebte Rekurs auf die Grundnormen des Grundgesetzes

auch, je nach den Umständen, das Nicht-Handeln, in seinen Konsequenzen eine *Parteilnahme* zugunsten bestimmter Werte bedeutet, und damit — was heute so besonders gern verkannt wird — regelmäßig *gegen andere*“.

vorschnelle Konkretisierungen, die über einen „saltus in concludendo“ den Prämissenmangel kaschieren. In dieser Problematik liegt zugleich die Crux ethischer Systeme¹².

Verzichtet man auf Scheinkonsens und Scheindeduktion, dann müssen die Zielaussagen auf einer anwendungsrelevanten Abstraktionsstufe stehen und überprüfbar formuliert sein. Die Zielaussagen sollen so weit wie möglich die Konsequenzen der Realisierung der Ziele sichtbar werden lassen, d. h. also in Wirkungskategorien formuliert sein. In der Regel werden dann schnell Inkompatibilitäten auftauchen. Ein anwendungsrelevantes Zielsystem schränkt in jedem Falle den potentiellen Gestaltungsspielraum ein und wird natürlich auf den Widerstand derjenigen stoßen, deren Gestaltungsintentionen ausgeschlossen bleiben. Dies ist vielleicht auch ein Erklärungsgrund dafür, daß in der Literatur bisher kaum anwendungsrelevante gesellschaftliche Zielsysteme zur Diskussion gestellt wurden. Es herrscht entweder die falsche Konkretheit verengter Partialsysteme oder die Unverbindlichkeit platonischer Abstraktionen.

Unser Plädoyer für eine anwendungsrelevante Abstraktionsstufe der Zielaussagen darf nicht den Zusammenhang übersehen, der zwischen einem Zielsystem und den regulativen Prinzipien, den Werten, den Leitbildern, den Utopien usw. besteht¹³. Richtung und Charakter gesellschaftlicher Zielsysteme werden durchaus von diesen logisch vorgelagerten Orientierungskompassen beeinflusst. Es macht einen Unterschied, ob eine

¹² Diese Schwierigkeit haben wohl wenige Sozialphilosophen so klar erkannt wie Leonard Nelson. Mit seiner Formulierung des Sittengesetzes nach dem Abwägungsprinzip (Handle nie so, daß du nicht auch in deine Handlungsweise einwilligen könntest, wenn die Interessen der von ihr Betroffenen auch deine eigenen wären.) und nach dem Vergeltungsprinzip (Du sollst in eine gleiche Nichtachtung deiner Interessen einwilligen, wie du sie anderen gegenüber bewiesen hast.) will er nur ein Kriterium liefern, „dem wir erst a posteriori die besonderen Umstände subsumieren müssen, um zu erkennen, was unter diesen Umständen unsere Pflicht ist. Sollte das Sittengesetz in diesem Sinne formal sein, so würde das mit der Tatsache des Schwankens der einzelnen ethischen Urteile ganz im Einklang stehen; denn wenn das allgemeine Prinzip für sich noch nicht eindeutig bestimmt, was in einem gegebenen Falle Pflicht ist, wenn es noch einen Spielraum für verschiedene mögliche Entscheidungen dieser Frage offen läßt, so ist ohne weiteres begreiflich, daß man auf Grund dieses Prinzips zu verschiedenen Urteilen darüber kommt, was im einzelnen Falle Pflicht ist“. Vgl. *Leonard Nelson*, Kritik der praktischen Vernunft, 2. Aufl., Hamburg 1972, S. 117 f. Die Angriffsflächen der Nelson'schen Ethik liegen an anderer Stelle. Der Grundgedanke aber, daß aus einer formalen Norm kein konkreter Inhalt zu deduzieren ist, läßt sich z. B. gegen die paretianische Wohlfahrtsökonomik und die wirtschaftswissenschaftliche Entscheidungslogik wenden.

¹³ Vgl. zu diesen Fragen insbes. *Werner W. Engelhardt*, Leitbilder und Zielsysteme in der Politik, S. 9 ff. Zum Zusammenhang zwischen Wertekatalog und Zielkatalog vgl. *Carl Böhret*, Entscheidungshilfen für die Regierung, Opladen 1970, S. 84 ff.

offene oder eine geschlossene Gesellschaft, eine passive oder eine aktive Gesellschaft, eine an sozialer Gerechtigkeit oder eine sozialdarwinistisch orientierte Gesellschaft erstrebt wird. Das Stabilitätsideal teilt mit dem Fortschrittsideal inhaltliche Unbestimmtheit, wenn es nicht durch skizzierte Leitbilder verdeutlicht wird. Im Alltagssprachgebrauch steht das Stabilitätsideal oft genug im Geruch des Konservierenden, ja Reaktionsären und Totalitären. „Stabile politische Verhältnisse“ bedeutet dann: gesellschaftliche Verhältnisse ohne sozialen Wandel¹⁴. Dieser Sprachgebrauch ist semantisch und pragmatisch nicht zwingend. Das Stabilitätsideal im Leitbild einer geschlossenen, sozialdarwinistisch orientierten und innovationsfeindlichen Gesellschaft besitzt einen anderen Inhalt als in dem Leitbild einer offenen, an sozialer Gerechtigkeit orientierten, reformerischen Gesellschaft. Es bleibt aber die Frage, ob das Stabilitätsideal überhaupt Bestandteil eines Leitbildes der Gesellschaft sein muß. Wird die Skizze einer offenen, an sozialer Gerechtigkeit orientierten, reformerischen Gesellschaft durch die Hinzufügung des Stabilitätsideals schärfer? Die Antwort auf diese Frage fällt positiv aus, wenn man das Stabilitätsideal in dem Sinne interpretiert, daß eine solche Gesellschaft dann als stabil gelten kann, wenn die Durchsetzung des sozialen Wandels und die Austragung von Konflikten nach den Spielregeln der parlamentarischen Demokratie kontinuierlich verlaufen, die Virulenz gesellschaftlicher Prozesse transparent gehalten, Fehlentwicklungen gestoppt und rückgängig gemacht werden können. Im Gegensatz hierzu würde eine offene, aber instabile Gesellschaft ungesteuert driften und der latenten Gefahr ausgesetzt sein, in den Zustand einer geschlossenen und unfreien Gesellschaft zu verfallen. Das Stabilitätsideal kann — in dieser Weise interpretiert — das Leitbild einer freiheitlichen Gesellschaft verdeutlichen. Das auf einer mittleren Abstraktionsstufe stehende gesellschaftliche Zielsystem wird dann in Struktur und Gewichtung diesem stabilitätsorientierten Leitbild einer freiheitlichen Gesellschaft gerecht werden müssen, ohne daß das Stabilitätsziel unbedingt als ein eigenständiges Ziel in dem Zielsystem explizit enthalten sein muß.

1.2.3 Das Zielsystem soll flächendeckend sein

Eine immer wieder auftauchende Anforderung an Zielsysteme heißt Vollständigkeit. Das Postulat der Vollständigkeit wird unterschiedlich interpretiert und dargestellt. So kann Vollständigkeit im Sinne deduk-

¹⁴ Vgl. hierzu den Sammelband der Deutschen Vereinigung für Politische Wissenschaft: Gesellschaftlicher Wandel und politische Innovation, Politische Vierteljahresschrift, Sonderheft 4, 1972. Auch der Idealtypus des „organisierten Kapitalismus“ (Hilferding) enthält eine Reihe von Stabilitätsmerkmalen. Vgl. hierzu den von Heinrich August Winkler herausgegebenen instruktiven Sammelband: Organisierter Kapitalismus, Göttingen 1974.

tiver und axiomatischer Systeme verstanden werden. Dies würde auf Zielsysteme übertragen bedeuten, daß ein vollständiges System sämtliche normativen und empirischen Konsequenzen enthalten müßte. Daß dies faktisch nicht zu leisten ist, bedarf keines weiteren Nachweises. Die Frage bleibt, ob Vollständigkeit nicht wenigstens als ein erstrebenswertes Ideal gelten soll¹⁵. Dieses Ideal wird von Vertretern sehr unterschiedlicher Sozialphilosopheme verteidigt. Es taucht im Positivismus ebenso auf wie in den Vorstellungen über die Totalität der Gesellschaft im Gefolge der kritischen Theorie oder in den Ganzheitsvorstellungen phänomenologischer Observanz. Alchourrón und Bulgyn führen das Ideal der Vollständigkeit auf das Prinzip vom zureichenden Grunde (Leibniz) zurück¹⁶. Damit würde das Ideal der Vollständigkeit allen jenen Einwänden ausgesetzt sein, die Albert gegen das Prinzip der zureichenden Begründung als eines quasi-deduktiven oder quasi-induktiven Rechtfertigungsinstruments entwickelt hat¹⁷.

Die methodologische Beurteilung des Ideals der Vollständigkeit hängt weitgehend davon ab, mit welcher Rigidität es ausgezeichnet wird¹⁸. Die Vollständigkeit gesellschaftlicher Zielsysteme kann mit folgenden, meist nicht explizierten methodologischen Festsetzungen „erschlichen“ werden:

- Sofern Ziele nicht explizit ausgeschlossen sind, sind sie Bestandteil des Zielsystems.
- Sofern Ziele nicht explizit eingeführt werden, sind sie nicht Bestandteil des Zielsystems.

Beide Festsetzungen können prinzipiell zu geschlossenen, vollständigen Zielsystemen führen.

Verzichtet man auf puristische Ansprüche, läßt sich das Vollständigkeitsideal in der Weise formulieren, daß man sich damit bescheidet zu sagen, ein gesellschaftliches Zielsystem soll flächendeckend sein¹⁹. Dies

¹⁵ Vgl. zu dieser Frage *Carlos E. Alchourrón* und *Eugenio Bulgyn*, *Normative Systems*, Wien - New York 1971, S. 165 ff.

¹⁶ *Carlos E. Alchourrón* und *Eugenio Bulgyn*, *Normative Systems*, S. 172.

¹⁷ *Hans Albert*, *Traktat über kritische Vernunft*, Tübingen 1968, S. 164 ff., 11 ff. Eine große Reserve gegenüber dem Prinzip der Vollständigkeit in der Nationalökonomie entwickelt bereits *Morgenstern*. Vgl. *Oskar Morgenstern*, *Die Grenzen der Wirtschaftspolitik*, Wien 1934, S. 115 ff.

¹⁸ Dies gilt auch für den Satz vom zureichenden Grunde. *Ajdukiewicz* identifiziert ihn mit der Forderung des kritischen Denkens, daß man bei der Bildung seiner Ansichten nicht leichtsinnig vorgehen soll, während Albert diesen Satz mit hoher Rigidität als Postulat der klassischen Methodologie des rationalen Denkens auszeichnet. Vgl. *Kazimierz Ajdukiewicz*, *Abriß der Logik*, Berlin 1958, S. 72 ff.; *Hans Albert*, *Traktat über kritische Vernunft*, ebenda, S. 9 f.

¹⁹ Vgl. zur Regierungs- und Verwaltungspraxis von flächendeckenden Schwerpunktprogrammen in der bundesdeutschen Innenpolitik *Hartmut*

bedeutet, daß für beschreibbare Problembereiche möglichst vollständig die relevanten Ziele aufgestellt werden. Die Beschränkung auf ökonomische Ziele würde zu einer Problemverengung und daraus resultierend zu einer Fehlsteuerung führen. So läßt sich der Stabilitätsoptimismus der Keyneschen Theorie und der Neoklassik u. a. damit erklären, daß man über die Anzahl der wirtschaftspolitisch relevanten Ziele eine falsche Vorstellung hat.

Die Interdependenzen und Inkompatibilitäten gesellschaftlicher Zielsysteme geben kaum Anlaß für Stabilitätsoptimismus. Jochimsen bemerkt zur Philosophie staatlicher Planung, Planung könne in die staatlichen Entscheidungsprozesse lediglich „Schneisen höherer Rationalität“ schlagen, die Ziele der staatlichen Aktivitätsbereiche überprüfen und gegenüberstellen, um die Grundlagen für Prioritäten- und Posterioritätenentscheidungen zu schaffen²⁰. Analog zu stabilitätsorientierten Zielsystemen läßt sich sagen, daß sie allenfalls geeignet sind, „Schneisen größerer Stabilität“ zu schlagen und die Auswirkungen alternativer oder komplementärer stabilisierungspolitischer Konzeptionen aufzuzeigen.

1.2.4 Das Zielsystem soll Inkompatibilitäten sichtbar machen

Bekanntlich zeichnen sich Ideologien durch ein hohes Maß von Kohärenz und Geschlossenheit aus. Sie können ihre gesellschaftliche Funktion in der Regel nur dann erfüllen, wenn sie sich als relativ „stabil“ erweisen²¹. Diese Art von Stabilität wird vielfach auch von gesellschaftlichen Zielsystemen gefordert. Eine solche Forderung läßt den Verdacht aufkommen, daß gesellschaftliche Zielsysteme die gleichen oder ähnliche Funktionen erfüllen sollen wie Ideologien. Auf innere Kohärenz angewiesen sind schließlich auch die in der Nationalökonomie geläufigen Konzeptionen der Maximierung der sozialen Wohlfahrt.

Weisen wir im Prozeß der Entscheidungsfindung — besonders auch innerhalb der Stabilisierungspolitik — gesellschaftlichen Zielsystemen eine andere Aufgabe zu als gesellschaftlichen Ideologien und Wohlfahrtsmaximierungsmodellen, dann müssen wir von der Vorstellung der inneren Kohärenz und Geschlossenheit gesellschaftlicher Zielsysteme Abschied nehmen.

Bebermeyer, Regieren ohne Management? Planung als Führungsinstrument moderner Regierungsarbeit, Stuttgart 1974, S. 65 ff., S. 84 ff. Vgl. hierzu auch *Lothar F. Neumann*, Probleme der Politik innerer Reformen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Schweizerische Zeitschrift für Sozialversicherung, 17. Jg. 1973, Heft 4, S. 273 ff.

²⁰ *Reimut Jochimsen*, Zur Philosophie staatlicher Planung, Bulletin des Presse- und Informationsamts der Bundesregierung, Nr. 133, 1973, S. 1310.

²¹ Vgl. zu dieser Problematik insbes. *Eugen Lemberg*, Ideologie und Gesellschaft, Stuttgart-Berlin-Köln-Mainz 1971.

Immer wieder haben sich Nationalökonominnen mit den Problemen beschäftigt, die aus dem Sinnzusammenhang und Wirkungszusammenhang wirtschaftspolitischer Maßnahmen resultieren. Oskar Morgenstern hat den „Systemzusammenhang“, den es in jenem übertragenen Sinne gibt, „der in der sachlichen Interdependenz aller getroffenen wirtschaftspolitischen Maßnahmen besteht“, als „Prinzip der faktischen Verschmelzung der Wirtschaftspolitik“ apostrophiert²². Man verhält sich seiner Auffassung nach nur problemadäquat, wenn man die Wirtschaftspolitik *widerspruchsfrei* hält. „Geschähe dies nämlich nicht, so würden sich die Wirkungen der einzelnen Maßnahmen durchkreuzen, was sich in unvorhergesehenen Preisbewegungen äußern müßte, die die Grundlagen einzelner Maßnahmen beseitigten“²³. Für Morgenstern ist „das ‚Prinzip der Widerspruchsfreiheit der Wirtschaftspolitik‘ das einzige wissenschaftlich-wirtschaftspolitische Prinzip, das sich ohne Fällung von Werturteilen aufstellen läßt. Ihm kommt Geltung zu, die von allem Inhalt der Maßnahmen unabhängig ist“²⁴. Unter Widerspruchsfreiheit versteht Morgenstern offensichtlich nicht nur die Widerspruchsfreiheit auf der Ebene der Logik, sondern weitergehend die Unverträglichkeit von wirtschaftspolitischen Maßnahmen.

Diese Unverträglichkeit hat Hans Albert unter der Bezeichnung „Kompatibilitätsproblematik“ mit der folgenden Differenzierung auf eine schulgerechte Form gebracht²⁵:

— logische Kompatibilität

(Die Aussagen, die die sozialen Tatbestände beschreiben, widersprechen sich nicht.)

— theoretische Kompatibilität

(Die Aussagen, die die sozialen Tatbestände beschreiben, stoßen nicht auf nomologische Hypothesen, die ihre gleichzeitige Realisierung ausschließen.)

— faktische Kompatibilität

(Die Aussagen, die die sozialen Tatbestände beschreiben, stoßen nicht auf situationsgebundene Bedingungen, die die Anwendung der Theorie nicht zulassen.)

²² Oskar Morgenstern, *Die Grenzen der Wirtschaftspolitik*, S. 47 f.

²³ Oskar Morgenstern, S. 49.

²⁴ Oskar Morgenstern, S. 50. Auch das Prinzip der Widerspruchsfreiheit ist ein Werturteil; einmal als normative Festlegung einer methodologischen Regel und in der Morgensternschen wirtschaftspolitischen Konzeption dadurch, daß sich durchkreuzende Maßnahmen eliminiert werden, die z. B. für eine Regierung im Blick auf verschiedene Wählerpotentiale durchaus „zweckmäßig“ sein können. — Max Weber spricht in dem umfassenderen Zusammenhang der wissenschaftlichen Behandlung von Werturteilen von der Prüfung der Ideale an dem *Postulat* der inneren Widerspruchslosigkeit des Gewollten. Max Weber, *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, S. 151.

²⁵ Hans Albert, *Wissenschaft und Politik*, in: Ernst Topitsch (Hrsg.), *Probleme der Wissenschaftstheorie*, Wien 1960, S. 223 f.

Faktische Kompatibilität impliziert sowohl theoretische als auch logische Kompatibilität; nicht umgekehrt. Logische Inkompatibilität impliziert theoretische und faktische Inkompatibilität²⁶. Die faktische Kompatibilität und die theoretische Kompatibilität kann man auch unter den Oberbegriff der „empirischen Kompatibilität“ bringen. Empirische Inkompatibilitäten werden in der Regel als Zielkonflikte beschrieben.

Wenn das Postulat der inneren Kohärenz und Geschlossenheit alle drei Ebenen der Kompatibilität umschließt, dann würde ein gesellschaftliches Zielsystem nicht konstruierbar sein. Der Nachweis der faktischen Kompatibilität erforderte eine detaillierte Gesellschaftsanalyse mit genauen Beschreibungen der relevanten Anwendungssituationen²⁷, der Nachweis der theoretischen Kompatibilität erforderte detailliertes nomologisches Wissen über alle gesellschaftlichen Zusammenhänge; beide Nachweise sind umfassend nicht zu leisten. Wir können daher von einem gesellschaftlichen Zielsystem nicht verlangen, daß es das Postulat der theoretischen und faktischen Kompatibilität erfüllt.

Zu erwägen bleibt, ob nicht wenigstens logische Kompatibilität der Ziele, also Ausschluß der Kontradiktion von Zielaussagen, gefordert werden kann. Hierbei stoßen wir auf die Verschränkung der empirischen mit der logischen Kompatibilität in einem Zielsystem.

Kontradiktorisch formulierte Zielaussagen, bei denen die eine das Negat der anderen ist, können zweifellos in einem Zielsystem nicht zugelassen werden. Dieser evidente Fall der Kontradiktion ist relativ unproblematisch. Die eigentliche Schwierigkeit beginnt erst dann, wenn gesellschaftliche Ziele nicht explizit kontradiktorisch formuliert sind. Ähnlich wie dies Ija Pawlowska für ethische Systeme gezeigt hat²⁸, gilt auch für gesellschaftliche Zielsysteme, daß sich aus nicht-kontradiktorischen Zielen oftmals kontradiktorisch abgeleitete Direktiven ergeben. Der inkompatible Charakter der Ziele wird erst sichtbar in bestimmten empirischen Anwendungssituationen. Diese Inkompatibilität macht die Ziele analytisch betrachtet nicht kontradiktorisch. Die Kontradiktion taucht erst auf der Stufe der von diesen Zielen abgeleiteten Zwischen- und Unterziele auf; d.h. die empirische Inkompatibilität von gesellschaftlichen Zielen führt zur Kontradiktion der abgeleiteten Ziele.

²⁶ Hans Albert, *Wissenschaft und Politik*, S. 225.

²⁷ Zur Schwierigkeit der Ermittlung der Anwendungsbedingungen vgl. T. W. Hutchinson, „Positive“ Economics and Policy Objectives, London 1964, S. 94. Beispiele für die rasche Änderung von Anwendungsbedingungen liefert die Konjunkturforschung.

²⁸ Ija Pawlowska, *Kontradiktion und Inkompatibilität in einem ethischen System*, in: Hans Albert und Ernst Topitsch (Hrsg.), *Werturteilsstreit*, Darmstadt 1971, S. 518 ff.

Wenn man die gesellschaftlichen Ziele in ihren Anwendungssituationen nicht bereits so beschränkt, daß empirische Inkompatibilitäten, d. h. also Zielkonflikte beseitigt werden, läßt sich die Kontradiktion der Zwischen- und Unterziele nicht vermeiden. Eine Beschränkung des Zielsystems auf a priori konfliktfreie Anwendungssituationen scheidet praktisch aus. Wir können daher von einem gesellschaftlichen Zielsystem nicht grundsätzlich logische Kompatibilität fordern.

Für die Stellung des Stabilitätsziels innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme bedeutet dies, daß das Stabilitätsziel im Verhältnis zu anderen Zielen zwar widerspruchsfrei formuliert werden könnte, empirische Inkompatibilitäten mit anderen Zielen des Systems aber unvermeidbar sind. Insgesamt läßt sich das Kompatibilitätsproblem auf die Formel bringen: Wenn ein gesellschaftliches Zielsystem kompatibel ist, ist es politisch irrelevant; wenn ein gesellschaftliches Zielsystem politisch relevant ist, ist es in Teilen inkompatibel.

Der Befund, daß Zielinkompatibilitäten in einem Zielsystem unvermeidbar sind, mag auf den ersten Blick agnostizistisch erscheinen. Bekanntlich haben hieraus eine Reihe von Autoren gefolgert, die Konstruktion eines gesellschaftlichen Zielsystems sei unmöglich und eine Politik, die sich an einem solchen mehr oder weniger umfassenden Zielsystem orientiere, abzulehnen. Eine andere Reaktion auf diesen Befund besteht darin, die Inkompatibilitäten des Zielsystems über eine Clearingstelle zu eliminieren²⁹. Beide Strategien erweisen sich in der Politikberatung als problematisch und scheinen auf eine Gesellschaftspolitik hinauszulaufen, die sich nicht nur radikalen Problemlösungen widersetzt, sondern auch komplexe Problemlösungen mit langen Ausreifungszeiten erschwert.

Die konkurrierende Strategie intendiert:

- die Konstruktion eines Zielsystems, um gesellschaftliche Ziele überhaupt sichtbar zu machen³⁰. Vulgarpragmatismus und technokratische Ideologien stehen im Dienste von Zielen, die sie verdecken. Zielsysteme haben dagegen prinzipiell einen aufklärerischen Impetus³¹.

²⁹ Vgl. zur Skizzierung dieser Vorstellung *Hans Karl Schneider*, Zielbestimmung für die Wirtschaftspolitik in der pluralistischen Gesellschaft, S. 51 f. Auch die Vorstellungen des Sachverständigenrats weisen in einigen Jahresgutachten in diese Richtung.

³⁰ Der Terminus *Zielsystem* deutet an, daß es sich um eine hinreichend große Anzahl von Zielen handeln muß. In der These vom Zielkonflikt des sog. magischen Dreiecks kann man höchstens eine abgekürzte verbale Symbolik sehen, die der weiteren analytischen Aufhellung bedarf. — Vgl. hierzu *Lothar F. Neumann*, Grundsatzprobleme wirtschaftspolitischer Beratung: Das Beispiel der Stabilisierungspolitik. Die Gewinnung der Ziele für die Beratung, S. 28.

— Die Aufdeckung von Zieltautologien und Zielinkompatibilitäten, um im Blick auf die betroffenen Gesellschaftsgruppen Risiken und Chancen politischen Handelns sichtbar zu machen³².

1.2.5 Das Zielsystem soll Kriterien für Rangordnungen, Zielschranken und Hilfsziele enthalten

Die Aufdeckung von Zielinkompatibilitäten ist die unentbehrliche Vorstufe für die Rangordnung oder Hierarchisierung von Zielsystemen. Wird diese Stufe übersprungen und zugleich eine bestimmte Rangordnung ausgezeichnet, besteht die Gefahr, daß andere mögliche Rangordnungen unterschlagen werden, die auch geeignet sind, Zielinkompatibilitäten durch Entscheidung zu lösen. Besonders rigide Formen dieser „Vorwärtsstrategie“ finden sich bei gesellschaftspolitischen Richtungen, die Alternativradikalismen behaupten³³.

Bei der Diskussion des Postulats, daß gesellschaftliche Zielsysteme Inkompatibilitäten sichtbar machen sollen, haben wir hauptsächlich aus praktischen Erwägungen bereits abgelehnt, Inkompatibilitäten in der Weise zu beseitigen, daß die Geltungsbereiche der Ziele eingeschränkt werden. Die Hierarchisierung eines Zielsystems ist nun zweifellos — wenn man von den erwähnten „Vorwärtsstrategien“ absieht — das wichtigste Verfahren, empirische Inkompatibilitäten zu beseitigen. Die Schwierigkeiten bei der Aufdeckung von empirischen Inkompatibilitäten lassen aber eine Totalhierarchisierung eines gesamten Zielsystems kaum

³¹ In diesem Zusammenhang würde ich unter ordnungspolitischen Aspekten die Konzertierte Aktion nicht zur Initiierung eines gesellschaftlichen Integrationsprozesses (Karl Schiller) einsetzen, sondern in ihr „nur“ eine „kanalisierte Konfliktpräsentation“ sehen. Ich verweise zu dieser Problematik auf *Lothar F. Neumann*, Referat auf dem 7. ordentlichen Gewerkschaftstag der Gewerkschaft Öffentliche Dienste, Transport und Verkehr, Berlin 1972, „Die Rolle der Gewerkschaften bei der Konzipierung und Durchsetzung gesellschaftspolitischer Reformen“, Protokoll, S. 223 f.

³² Eisermann hat in diesem Sinne eine stabilisierungspolitische Zielinkompatibilität herausgestellt und den Rahmen der politischen Handlungsmöglichkeiten abgesteckt. *Gottfried Eisermann*, Gesellschaftspolitische Aspekte der Geldentwertung, in: Die wirtschaftlichen und sozialen Folgen der Geldentwertung, Nürnberger Abhandlungen zu den Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, Berlin 1967, S. 54: „Es kann dabei keinem Zweifel unterliegen, daß eine soziale Ausgestaltung der Marktwirtschaft mit einer größeren Arbeitslosenziffer nicht kompatibel ist. Es gilt jedoch abzuwägen, ob die totale Vollbeschäftigung (und erst recht die Überbeschäftigung), erzeugt durch einen inflationistischen monetären Überdruck, nicht größere soziale Konflikte impliziert als eine leichte, fluktuierende Unterbeschäftigung. Denn die Erkenntnis, daß nicht beides gleichzeitig zu erreichen ist, stabiles Geld und totale Vollbeschäftigung (bzw. Überbeschäftigung), scheint sich heute in der Wirtschaftstheorie allgemein durchgesetzt zu haben“.

³³ Beispiele für Alternativradikalismen finden sich sowohl im dogmatisierten Liberalismus als auch im dogmatisierten Marxismus.

zu. Bei einer Totalhierarchisierung ist ferner die Dynamik der Gesellschaft und die Dynamik der Ziele selbst zu beachten³⁴, ein zusätzliches Problem, das vorerst nicht lösbar ist.

Wir haben uns daher mit Teilhierarchisierungen zu begnügen. Die hieraus gewonnenen Prioritäten und Posterioritäten (z. B. bei der Finanzplanung und beim Abbau von Subventionen) unterliegen zwar grundsätzlich auch der Dynamik, können aber für Teilbereiche durchaus eine hohe Konstanz aufweisen. Wichtig ist, daß für Teilhierarchisierungen eine Intensitätsregel mitentwickelt wird, die gewissermaßen die Funktion von Zielschranken hat. Sie würde z. B. den Spielraum für die Realisierung oder Nichtrealisierung des Ziels der Geldwertstabilität begrenzen und jenseits dieses Spielraums die Verletzung anderer prinzipiell gleichwertiger Ziele erfordern.

Bei einer Reihe von empirischen Zielinkompatibilitäten liefert auch die Rangordnung der Ziele keine Lösungshilfe, wenn Gleichrangigkeit der tangierten Ziele vorliegt. Für diese Fallgruppe gilt es, Hilfsziele einzuführen, die am Rande des Zielsystems stehen und aus den übrigen Zielen des Systems nicht oder wenigstens nicht ohne weiteres abgeleitet werden können³⁵.

Auch diese Hilfsziele enthalten neben ihren präskriptiven Bestandteilen empirische Elemente. Bei Gleichrangigkeit konkurrierender Ziele könnten Hilfsziele — im folgenden als Empfehlungen formuliert — z. B. lauten:

Begünstige bei Gleichrangigkeit konkurrierender Ziele, diejenige Lösung,

— die sich am günstigsten auf die Lebenslage sozial schwacher und gefährdeter Gruppen auswirkt!

Beispiel: Besteht eine Disjunktion zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität, gibt die Analyse der Wirkungen von Arbeitslosigkeit und Geldentwertung auf die Lebenslagen sozial schwacher und gefährdeter Gruppen den Ausschlag für die Realisierung eines der konkurrierenden Ziele.

— die geeignet ist, soziale Risiken zu beseitigen oder zu mildern!

Beispiel: Bei der Frage der Ausgestaltung der Produzentenhaftung würde bei diesem Hilfsziel das Prinzip der Gefährdungshaftung dem Verschuldensprinzip vorgezogen, weil es einen besseren Verbraucherschutz gewährleistet.

³⁴ Vgl. hierzu *Gérard Gäfgen*, Wissenschaftliche und ethische Methodenfragen des Zielkonflikts in der Wirtschaftspolitik, in: Katholisch-Soziales Institut der Erzdiözese Köln (Hrsg.), Wirtschaftspolitischer Zielkonflikt und katholische Soziallehre, Köln 1968, S. 17 f.

³⁵ Vgl. im Zusammenhang mit ethischen Systemen die Einführung einer Hilfsnorm bei *Ija Pawlowska*, Kontradiktion und Inkompatibilität in einem ethischen System, S. 529 ff.

- die das Entstehen von sozialen Randgruppen vermeidet!
Beispiel: Bei der Beschäftigung von ausländischen Arbeitnehmern ergeben sich ökonomische Vor- und Nachteile, die sich in etwa die Waage halten³⁶. Bei einer weiteren Zunahme der Beschäftigung von Ausländern besteht die Gefahr, daß diese nicht in die Gesellschaft integriert werden, sondern sich zu Randgruppen entwickeln.
- die zu einer Stärkung der Organisationsmacht unterrepräsentierter Gruppen in der Gesellschaft führt!
Beispiel: Bei der sozialorganisatorischen Reformierung der Ausnahmebereiche des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen sind Anhörungsverfahren unter Mitwirkung der Betroffenen vorgesehen. Hierbei ergibt sich die Möglichkeit, außer den Verbänden der anbietenden Wirtschaft auch den Verbraucherverbänden ein Mitwirkungsrecht einzuräumen.
- die geeignet ist, Anpassungszwänge, Disziplinierungen und Diskriminierungen zu beseitigen oder zu mildern!
Beispiel: Bei der Stadtentwicklungsplanung kann durch die Mischung von Wohn- und Gewerbegebieten der Entstehung sog. reiner Viertel, die zu Anpassungszwängen und Diskriminierungen beitragen können, entgegengewirkt werden.
- die die meisten Leistungsanreize schafft!
Beispiel: Bei der Finanzierung der Studienförderung können Anreize für eine möglichst kurze Studiendauer geschaffen werden.
- bei der die geringsten Chancen für Preisüberwälzungen bestehen!
Beispiel: Bei Steuererhöhungen sind die Steuern zu bevorzugen, die für die Überwälzung der höheren Steuerlast am wenigsten geeignet sind.
- bei der die geringsten Chancen für Konfliktverlagerungen bestehen!
Beispiel: Preiserhöhungen werden trotz sinkender Absatzmengen am Markte durchgesetzt, weil länger währende Beschäftigungsrisiken über sozialpolitische Maßnahmen (z. B. Kurzarbeitergeld) und durch eine expansive Konjunkturpolitik gemildert oder beseitigt werden. Diese Art der Verlagerung von Konflikten vom Markt auf Institutionen deroutiert den ursprünglichen Zweck sozialpolitischer und konjunkturpolitischer Instrumente.

Es hängt natürlich von Inhalt und Struktur des gesellschaftlichen Zielsystems ab, ob die an dieser Stelle nur illustrativ formulierten Hilfsziele nicht bereits von Zielen, Teilzielen, Zwischenzielen, Unterzielen abgedeckt werden. Hilfsziele scheinen aber grundsätzlich geeignet zu sein,

³⁶ Vgl. zu dieser Perspektive die Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Problem der Ausländerbeschäftigung, BMWI Studien-Reihe Nr. 6, Bonn 1974, Ziff. 9 ff.

ein Zielsystem anwendungsoffen zu halten, wenn aus dem Zielsystem selbst eine politische Entscheidung nicht „ableitbar“ ist. Sie dürfen allerdings nicht dazu mißbraucht werden, ein Zielsystem über ad-hoc-Regeln auszuhöhlen. Das Instrumentarium der Stabilisierungspolitik könnte über die Formulierung von Hilfszielen bereichert werden. Diese würden sich vermutlich überwiegend auf die Problembereiche richten, die durch das Versagen der Stabilisierungspolitik entstanden sind.

1.2.6 Das Zielsystem soll sich an dem Paradigma der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaften orientieren

Für die zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaften läßt sich durchaus unter Respektierung konkurrierender Theoreme und Konzeptionen ein gemeinsamer Fundus anerkannter Theorien, Techniken und Verfahren herausarbeiten, der es erlaubt, von einem gemeinsamen wissenschaftlichen Paradigma zu sprechen³⁷. Damit verbunden ist ein weitgehend einheitlicher Begriffsapparat. Das dominierende Paradigma und die Sprache der Ökonomie dürfen — sofern man die Wirtschaftswissenschaften fortentwickeln will — nicht sakrosankt sein. Die mit dem Stabilitätsziel verbundenen Probleme sind bekanntlich in der Soziologie und in der Politologie unter anderen Paradigmata und in ziemlich eigenständigen Terminologien untersucht worden. Herrschaft, sozialer Wandel, Handlung, Bezugsgruppe, gesellschaftliche Konflikte u. a. sind dort die gebräuchlichen Termini³⁸. Die Wissenschaft erzielte nicht selten dadurch Fortschritte, daß verschiedene Disziplinen mit unterschiedlichen Paradigmata gegenübergestellt oder verbunden wurden. Diese integrativ wirkende Organisation des Forschungsprozesses könnte auch im Zusammenhang mit der Klärung der Stabilisierungsproblematik zweckmäßig sein³⁹. Wir verzichten hauptsächlich aus zwei Gründen auf einen solchen Integrationsversuch:

- Die unterschiedlichen Begriffssysteme erfordern einen hohen Übersetzungsaufwand, der kurzfristig nicht zu leisten ist;
- die aus der Soziologie und Politologie für unsere Problematik relevanten Theorien sind nicht selten hoch formalisiert und realitätsfern

³⁷ Vgl. zu dieser Problematik *Lothar F. Neumann*, Im Sinne der „normalen Wissenschaft“ — Die technokratische Perspektive des Sachverständigenrats, S. 10.

³⁸ Vgl. die einschlägigen Arbeiten z. B. von Dahrendorf, Deutsch, Dror, Etzioni, Luhmann, Parsons.

³⁹ Dies dürfte z. B. für die Fortentwicklung der Verteilungstheorie gelten. Bisher scheint aber zwischen den ökonomischen und soziologischen Verteilungstheorien (vgl. z. B. *George C. Homans*, *Social Behavior; its Elementary Forms*, New York 1961; *W. G. Runciman*, *Relative Deprivation and Social Justice*, London 1966) noch keine Brücke geschlagen worden zu sein.

und entziehen sich weitgehend wie lange Zeit die „reine Ökonomie“ der Anwendung und empirischen Überprüfung⁴⁰.

Wenngleich das Paradigma der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaften Orientierungsbasis bleibt, können wir aber nicht an tradierten ökonomischen Theoremen unbesehen festhalten. So ist mit einem einigermäßen politikrelevanten gesellschaftlichen Zielsystem nicht mehr die theoretische und politische Perspektive vereinbar, daß staatliches wirtschaftliches Handeln im Verhältnis zum nichtstaatlichen Bereich der Wirtschaft nur als ein unvermeidlicher Störfaktor anzusehen ist und der Staat eigentlich Fremdkörper bleibt. Ein gesellschaftliches Zielsystem wird daher unvermeidlich die den staatlichen Aktivitäten zugrundeliegenden Ziele enthalten und deren Dynamik bei der Aufdeckung von Zielinkompatibilitäten zu berücksichtigen haben.

1.2.7 Das Zielsystem soll konkurrierende wirtschaftswissenschaftliche und wirtschaftspolitische Konzeptionen berücksichtigen

Innerhalb des gemeinsamen Paradigmas der zeitgenössischen Wirtschaftswissenschaften existieren konkurrierende theoretische Konzeptionen, die — würde man sie isoliert bearbeiten — je für sich typische Zielsysteme beanspruchen. Für diesen Zusammenhang lassen sich unschwer Beispiele finden. Ein Beispiel liefert das Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, dessen „Zielsystem“ die Herkunft von Keynescher Wirtschaftslehre und Neoklassik nicht leugnen kann⁴¹.

Ein gesellschaftspolitisch und wirtschaftspolitisch relevantes Zielsystem wird sich nicht allein an der einseitigen monetären Perspektive dieser beiden ökonomischen Theoreme orientieren können⁴². Die Verabsolutierung dieser Perspektive hat nicht selten fatale Konsequenzen für die soziale Praxis: Eine Reihe alternativer Problemlösungen bleibt ausgeschlossen. Die monetäre Perspektive ist daher zu ergänzen durch die

⁴⁰ Dies gilt z. B. für die funktionalistisch orientierte Handlungstheorie in der Soziologie. So erlaubt die folgende Aussage von Parsons wohl kaum die Ableitung einer wirtschaftspolitisch relevanten Prognose: „Um auf lange Sicht stabil zu sein, muß ein Handlungssystem zu seiner Umwelt eine allgemeine adaptive Beziehung herausbilden“. *Talcott Parsons, Pattern Variables Revisited: A Response to Robert Dubin*, in: *American Sociological Review* 1960, Bd. 25, S. 482).

⁴¹ Wie es im einzelnen zur Normierung des „wirtschaftswissenschaftlichen Allgemeinguts“ (Alex Möller) in dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz kam, könnte vermutlich nur eine subtile wissensoziologische Untersuchung beantworten.

⁴² In der Keyneschen Theorie findet die Mengenperspektive durchaus Beachtung, während man von der Neoklassik überpointiert behaupten kann, daß sie nur Preise kennt.

- „Natural“-Perspektive, wie sie besonders Otto Neurath in seinen Arbeiten zur Naturalrechnung entwickelt hat⁴³, und durch die
- arbeitswerttheoretische Perspektive, wie sie Karl Marx verfolgt hat.

Es versteht sich, daß weder Neuraths Konzeption einer Naturalrechnung noch Marxens Arbeitswertlehre in ihren ursprünglichen Versionen heute noch verwertbar sind. Beide würden die Volkswirtschaft in vergleichbare Steuerungsschwierigkeiten bringen wie die Verabsolutierung der monetären Perspektive⁴⁴. Sie liefern aber weiterhin Grundorientierungen und sind für rationale Fortentwicklungen offen. Die Grundgedanken der Naturalrechnung sind z. B. relevant für den großen Bereich von öffentlichen Gütern und Dienstleistungen, für die keine Marktpreise existieren. Wirtschaftspolitische und gesellschaftspolitische Ziele, die sich auf diese Bereiche erstrecken, sind nicht oder nur mit großen Vorbehalten in monetären Größen evaluierbar. Und die Idee der Marxschen Arbeitswertlehre erscheint weiterhin fruchtbar für die Formulierung der Vollzugsziele im Produktions- und Dienstleistungsprozeß und für die Würdigung des großen Teils an Arbeitsaufwand in jeder Volkswirtschaft, der ohne Entgelt geleistet wird (z. B. Hausfrauenarbeit, ehrenamtliche Tätigkeiten usw.).

2. Skizze eines gesellschaftlichen Zielsystems

Das, was innerhalb der „Kritik“ zur Konstruktion eines gesellschaftlichen Zielsystems auszuführen ist, bleibt methodologisches Programm, wenn nicht ein „System“ inhaltlich entwickelt wird. Im folgenden soll die *Skizze* eines solchen Systems zur Diskussion gestellt werden⁴⁵:

⁴³ Vgl. insbes. Otto Neurath, *Wirtschaftsplan und Naturalrechnung*, Berlin 1925, S. 55 ff. und Otto Neurath, *Was bedeutet rationale Wirtschaftsbetrachtung?*, Wien 1935, S. 42 ff.

⁴⁴ Zu den Problemen der Verhaltenssteuerung sozialistischer Systeme vgl. H. C. F. Mansilla, *Systembedürfnis und Anpassung*, Frankfurt/M. 1973.

⁴⁵ Anregungen für den Aufbau gesellschaftlicher Zielsysteme lassen sich aus dem Grundgesetz und der Rechtsprechung des Bundesverfassungsgerichts (z. B. Investitionshilfe-Urteil) gewinnen. Hinzuweisen ist ferner auf den Funktionenplan innerhalb der Haushaltsplanung, auf die sachgebietliche Gliederung (BGBl. III), auf die PPBS-Diskussion und auf die Planungsdiskussion. Vgl. zur PPBS-Diskussion vor allem Carl Böhrer, *Entscheidungshilfen für die Regierung*, Opladen 1970. Vgl. zur Planungsdiskussion Klaus Lompe, *Gesellschaftspolitik und Planung*, Freiburg 1971. In den politischen Wissenschaften werden gesellschaftliche Zielsysteme vor allem innerhalb der Systemforschung diskutiert. Vgl. hierzu Albrecht Nagel, *Leistungsfähige Entscheidungen in Politik und Verwaltung durch Systemanalyse*, Berlin 1971. Horst Schmelzer, *Systemstrukturforschung und Systemsteuerung*, in: *Die Verwaltung*, 7. Bd., Heft 2, S. 159 ff. Besondere Beachtung verdienen die Arbeiten im Zentrum Berlin für Zukunftsforschung. Hingewiesen sei z. B. auf die verschiedenen Projekte zur Zielforschung von H. H. Koelle, die seit 1970 in der Zeitschrift „analysen und prognosen“ diskutiert werden.

2.1 Produktions- und Dienstleistungsziele

- in bezug auf Höhe und Ausmaß der Produktions- und Dienstleistungen (und zwar in den marktwirtschaftlich organisierten, in den nur begrenzt marktwirtschaftlich organisierten Bereichen — z. B. Post, Bahn, Versicherungs- und Kreditwirtschaft — und in den nicht marktwirtschaftlich organisierten Bereichen — z. B. Agrarwirtschaft)⁴⁶
- in bezug auf die Zusammensetzung der Produktions- und Dienstleistungen⁴⁷
- in bezug auf das Tempo der Produktions- und Dienstleistungsprozesse
- wichtiges Unterziel: Sicherstellung eines ausreichenden Angebots an einfachen und preiswerten Gütern für sozial schwache und gefährdete Gruppen von Gesellschaftsmitgliedern

2.2 Vollzugsziele und Steuerungsziele im Produktions- und Dienstleistungsprozeß

- Verstetigung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung
- freie Investitionsentscheidungen
- zumutbares Maß an reglementierten und beschränkten Investitionsentscheidungen
- zumutbares Maß an Investitionsverboten
- freie Berufswahl
- zumutbares Maß an Arbeitsmühe (Arbeitsbedingungen)
- zumutbares Maß an disziplinären Abhängigkeiten
- angemessene Mitwirkung und Mitbestimmung
- zumutbares Maß an Arbeitszeit und Freizeit
- Vollbeschäftigung und Sicherheit der Arbeitsplätze
- Mobilität der Arbeitnehmer
- möglichst geringe Beeinträchtigung der Umwelt

⁴⁶ Nimmt man die marxistische Kapitalismuskritik auf, so sind an dieser Stelle Ziele zu formulieren, die gegen die behauptete Tendenz zur Überproduktion gerichtet sind.

⁴⁷ Diese Ziele implizieren also mehr als die Steuerung des Produktionsvolumens etwa im Sinne von Keynes. Sie würden insbesondere auch die als Strukturziel formulierbare Verschiebung des Sozialprodukts von den industriellen Leistungen zu den Dienstleistungen umfassen. Da im Dienstleistungssektor die Möglichkeiten der Produktivitätssteigerung kleiner sind, besteht hier ein stabilisierungspolitisch relevantes Einfallstor.

2.3 Verteilungsziele

- *überindividuell orientierte Verteilungsziele*
 - angemessenes Maß an kollektiver Umverteilung über die öffentlichen Haushalte
 - freier Zugang zu den volkswirtschaftlichen Kollektivgütern
 - offener Zugang zu dem System sozialer Sicherung
 - sozialer Ausgleich im System sozialer Sicherung
 - Schutz vor Überwälzungsvorgängen
 - angemessene Verteilung von Organisationsmacht auf die gesellschaftspolitisch relevanten Gruppen
- *individuell orientierte Verteilungsziele*
 - angemessene Versorgung der Gesellschaftsmitglieder, die noch nicht oder nicht mehr am Produktions- und Dienstleistungsprozeß teilnehmen
 - „gerechte“ Einkommens- und Vermögensverteilung
 - „gerechte“ Verteilung der ökonomischen Risiken
 - „gerechte“ Verteilung der Ausbildungs- und Erwerbchancen
 - „gerechte“ Verteilung von Leistungsanreizen
 - „gerechte“ Verteilung der ökonomischen Lasten

2.4 Einkommensverwendungsziele

- *freie Einkommensverwendung*
 - freie Konsumwahl
 - freies Sparen (also kein Zwangssparen)
 - freie Möglichkeiten zu investieren, und zwar sowohl in Geldvermögen als auch in Realvermögen⁴⁸
- *zumutbares Maß an reglementierter Einkommensverwendung*
 - reglementierte Konsumwahl (z. B. Wohngeld, Heizölkostenzuschuß)
 - reglementiertes Sparen (z. B. die einschlägigen Sparregelungen im Einkommensteuerrecht)
 - Zwangsbeiträge im System sozialer Sicherung
- *zumutbares Maß an beschränkter Einkommensverwendung*
 - beschränkte Konsumwahl (z. B. in Katastrophenfällen)

⁴⁸ Die Einkommensverwendung für Investitionen beschränkt sich an dieser Stelle auf die privaten Einkommensbezieher. Die übrigen Investitionen fallen unter die Vollzugsziele im Produktions- und Dienstleistungsprozeß.

- beschränktes Sparen (z. B. Grenzen der Sparbegünstigung im Einkommensteuerrecht)
- *zumutbares Maß an Einkommensverwendungsverboten*
 - Konsumverbote (z. B. Verbot des Genusses von Rauschgift)
 - Sparverbote (z. B. in ausländischen Devisen nach Devisenrecht)
- *Schutz der Einkommensverwendung*
 - Verbraucherschutz
 - Sparerenschutz (z. B. vor Geldentwertung)

2.5 Strukturziele

- Art und Ausmaß der Verflechtung mit anderen Volkswirtschaften
- Abbau von Wohlfahrtsunterschieden zu anderen Industrieländern und zu Entwicklungsländern
- Vielgestaltigkeit des sozialen und wirtschaftlichen Lebens
- Einheitlichkeit der Lebensverhältnisse
- adäquate Konfliktaustragungsmechanismen (marktwirtschaftlich und nichtmarktwirtschaftlich organisierte Teilordnungen)
- zumutbare Größe ökonomischer Handlungseinheiten
- Innovationsziele

3. Die Verknüpfung des Stabilitätsziels mit dem „Lebenslagen“-Theorem

Wenn Max Weber den undifferenzierten Gebrauch von Kollektivbegriffen kritisiert, der stets Deckmantel von Unklarheiten des Denkens oder Wollens, oft genug das Werkzeug bedenklicher Erschleichungen, immer aber ein Mittel sei, die Entwicklung der richtigen Problemstellung zu hemmen⁴⁹, so kann man ohne Zögern auf die Verwendung des Stabilitätsbegriffes verweisen. Mag der Begriff „Geldwertstabilität“ noch einigermaßen genau definierbar sein, mit den Termini „wirtschaftliche Stabilität“ und „politische Stabilität“ werden bereits sehr verschiedene Begriffe verbunden. Den gleichen Einwänden ist der Begriff „Stabilisierungspolitik“ ausgesetzt⁵⁰. In unserer Skizze für ein gesellschaftliches

⁴⁹ Max Weber, Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis, S. 212.

⁵⁰ So zeigt Gottfried Bombach, Taktik und Strategie in der Wirtschaftspolitik, in: *Kyklos*, Vol. 20, 1967, S. 108, daß mit dem Terminus „Stabilisierungspolitik“ seit den frühen zwanziger Jahren bis in die Gegenwart ganz

Zielsystem ist das Stabilitätsziel nicht explizit enthalten. Es ist im Blick auf die Entwicklung der Lebenslagen der Gesellschaftsmitglieder als ein typisches Querschnittsziel in dem skizzierten Zielsystem aufgelöst. Die Stabilisierungspolitik richtet sich daher auf alle stabilitätsrelevanten Unterziele der Produktions- und Dienstleistungsziele, der Vollzugs- und Steuerungsziele, der Verteilungsziele und der Strukturziele. Dies schließt zugleich aus, daß es wie bei dem Ziel der Geldwertstabilität einen einzigen Indikator für die Messung der Realisierung des Ziels geben kann. Für den Erfolg einer Stabilisierungspolitik existiert also keine unmittelbare Evidenz. Auf die hiermit verbundenen Probleme der Bildung des politischen Bewußtseins⁵¹ und der Erfolgsmessung⁵² sei verwiesen. Diese Probleme sind groß, aber prinzipiell lösbar. Wichtig erscheint uns die Verknüpfung des Stabilitätsziels mit dem „Lebenslagen“-Theorem. Dieses Theorem ist von Otto Neurath in Anknüpfung an den Begriff der „Lebenslage“ aus der Frühzeit des Marxismus entwickelt worden⁵³. Zur Feststellung von Lebenslagen genügen nicht Einkommensbeschreibungen⁵⁴; zur Lebenslage gehört ebenso die Vorstellung von der Knechtung und Abhängigkeit wie die schlechte Ernährung und Behausung und die Mitwirkung in der Gesellschaft⁵⁵. Man kann in Anlehnung an Weisser die Lebenslage formal definieren als den Spielraum für die Befriedigung von Bedürfnissen und Interessen, der in der Gesellschaft nachhaltig für einzelne und für Gruppen besteht⁵⁶. In Verbindung mit dem Stabilitäts-

verschiedene Begriffe bezeichnet werden. Die Vorstellungen reichen von „Überwindung der Hyperinflation“, „Aufrechterhaltung eines hohen Beschäftigungsgrades“, „Sicherung einmal erreichter Zuwachsraten“, „Wohlstandssicherung“, „schnelle Wohlstandsmehrung“ bis zum heutigen „Kampf gegen die schleichende Inflation“; und man kann aktualisieren: Kampf gegen die trabende Inflation und — als relativ neues Phänomen — Kampf gegen die Stagflation.

⁵¹ Vgl. hierzu insbes. die Apathie-Diskussion in den politischen Wissenschaften; z. B. *Fritz Scharpf*, *Demokratietheorie zwischen Utopie und Anpassung*, Konstanz 1970, S. 39 ff.

⁵² Vgl. hierzu insbes. *Heiner Flohr*, *Probleme der Ermittlung volkswirtschaftlicher Erfolge*, Göttingen 1964; *Stefan A. Musto*, *Analyse der Zielerreichung*, in: *Soziale Welt*, Jg. 21/22, 1970/71, Heft 3, S. 268 ff.; *Wolfgang Zapf*, *Zur Messung der Lebensqualität*, in: *Zeitschrift für Soziologie*, Jg. 1, Heft 4, 1972, S. 353 ff.

⁵³ Vgl. insbes. *Otto Neurath*, *Wirtschaftsplan und Naturalrechnung*, Berlin 1925, S. 17 ff.

⁵⁴ *Otto Neurath*, S. 26. Bereits in seinem Diskussionsbeitrag bei den Verhandlungen des Vereins für Socialpolitik in Wien 1909 (Die Produktivität der Volkswirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, 132. Bd., Leipzig 1910, S. 599 ff.) hat Neurath den Begriff der Lebenslage in großen Zügen skizziert. Er spricht dort noch von der Gesamtlage einer Menschengruppe. Neurath hält den mit der Vorstellung des monetären Gelderwerbs verbundenen Begriff des Einkommens für zu eng, was er an dem Beispiel der Berufswahl zu zeigen versucht, für die die Berufsehre oft eine entscheidendere Rolle spielt als die Höhe des Geldeinkommens.

⁵⁵ Vgl. *Otto Neurath*, S. 26.

ziel interessiert die Veränderung und Konsolidierung dieses Spielraums. Wir können fragen, wie hat sich im Blick auf das gesellschaftliche Zielsystem die Stabilisierungspolitik auf die Lebenslagenhöhen und Lebenslagenverteilungen ausgewirkt und wie kann Stabilisierungspolitik die Lebenslagen beeinflussen⁵⁷?

4. Folgerungen für die praktische Stabilisierungspolitik

Stabilisierungspolitik kann sich nicht mehr im Stile der Fiskalismus-Monetarismus-Kontroverse auf das rein monetäre Paradigma beschränken. Unabhängig davon, welche Position man in dieser Kontroverse bezieht oder ob man sich ihr überhaupt entzieht, bleiben natürlich sowohl die fiskalischen wie die geldpolitischen Instrumente für die praktische Stabilisierungspolitik unentbehrlich. Übrigens beeinflussen beide Instrumentarien die Geldmenge. Sie bleibt also in jedem Falle ein politikrelevanter Gegenstand.

Gelingt es, über eine Geld(mengen-)politik oder Fiskalpolitik die Inflationsraten zu bremsen oder sogar zurückzuschrauben, wird man innerhalb einer umfassenden stabilisierungspolitischen Konzeption zu fragen haben, welche negativen Auswirkungen auf die Lebenslagen eine in diesem Sinne partiell erfolgreiche Politik hat. Wir fragen: Welche sozialen Kosten verursacht die Preisstabilität, welche konkurrierenden gesellschaftlichen Ziele werden tangiert, welche neuen empirischen Inkompatibilitäten treten auf? Die Beantwortung dieser Fragen wirft so viele Probleme auf, daß der Staat notgedrungen jenseits der Setzung ökonomischer Rahmenbedingungen und der tradierten Globalsteuerung als wirtschaftspolitischer Akteur wird eingreifen müssen.

Gelingt es nicht, nach den Vorstellungen der Fiskalisten und Monetaristen die Inflationsraten auf einem gerade noch erträglichen Niveau zu stabilisieren oder zurückzuschrauben, gilt es, stabilisierungspolitische Konzeptionen zu entwickeln, die die negativen Auswirkungen einer in diesem Sinne erfolglosen Politik auf die Lebenslagen mildert oder be-

⁵⁶ Vgl. *Gerhard Weisser*, Sozialpolitik, in: Aufgaben Deutscher Forschung, Bd. I: Geisteswissenschaften, 2. Aufl., Köln u. Opladen 1956, S. 411, und *Gerhard Weisser*, Distribution, (II) Politik, in: HdSW, Bd. 2, 1959, S. 635.

⁵⁷ Die Fragestellungen des Lebenslagen-Theorems lauten bei *Otto Neurath*, Wirtschaftsplan und Naturalrechnung, S. 18 f., 25, 28, u. a.: Welche Aussagen sind über Lebenslagen und Lebenslagenverteilungen möglich? Welche empirischen Lebenslagen können wir zu bestimmten Zeiten, an bestimmten Orten, bei bestimmten Gruppen feststellen? Wie hängen Lebenslagenverteilungen und Lebenslagenhöhen von bestimmten Wirtschaftsordnungen ab? Welche geschichtlichen Umstände bedingen Entstehung und Untergang von Lebenslagen und Lebenslagenverteilungen? Wie können Lebenslagenverteilungen verändert werden?

seitigt⁵⁸. In einer solchen Situation würde die Fiskalismus-Monetarismus-Kontroverse für die praktische Stabilisierungspolitik vollends obsolet. Insbesondere die einigen monetaristischen Versionen nachgesagte Restauration des laissez-faire-Prinzips und die damit verbundene Beschneidung der Staatstätigkeit hat dann keine Chance der politischen Realisierung.

Es herrschte lange Zeit weitgehend Einigkeit darüber, daß sozial schwache und gefährdete Bevölkerungsgruppen von den Folgen der Inflation auf ihre Lebenslage am meisten beeinträchtigt werden⁵⁹. Dies galt besonders im Blick auf die Auswirkungen der Inflation auf die Beschäftigungslage. Die aus massenhafter Arbeitslosigkeit resultierende politische Radikalisierung gehört zu jenen Lehren der Geschichte, die auch heute noch der Vollbeschäftigungspolitik Vorrang einräumen. Stabilisierungspolitik richtet sich mit Priorität auf die Stabilisierung der Beschäftigung.

Sobald die Vollbeschäftigungspolitik die Geldwertstabilität und die außenwirtschaftliche Stabilität beeinträchtigt, entstehen Zielkonflikte. Sie sind rational nur dann entscheidbar, wenn alle Auswirkungen auf die Lebenslagen erfaßt und gegenübergestellt werden. Die Ergebnisse der einschlägigen Forschungen sprechen überwiegend für die Vermutung, daß ein bestimmtes Maß an Geldentwertung und an außenwirtschaftlicher Instabilität hingenommen werden muß, wenn das Ziel der Vollbeschäftigung Priorität besitzt. Die mit außenwirtschaftlicher Instabilität verbundenen internationalen Probleme sind im allgemeinen nicht von der innenpolitischen Brisanz wie die Probleme der Vollbeschäftigung und der Preisstabilität. Dieser Befund mag nur pragmatischen Rang haben. Er verdeutlicht aber die Notwendigkeit gesellschaftspolitischer und wirtschaftspolitischer Aufklärung: Sofern nicht krasse Wohlfahrtsunterschiede im Verhältnis sowohl zu einer Reihe von Industrieländern als auch zu den Entwicklungsländern abgebaut werden können, ist die außenpolitische Stabilität latent gefährdet. Die Nachteile, die aus dem Maß der unvermeidlichen Geldentwertung entstehen, sind bekannt und teilweise gemildert worden. Wir haben z. B. für das System der sozialen Sicherung — wenn auch ursprünglich mit anderer Absicht — Lebenslagen-Stabilisatoren in der Form von Dynamisierungen der Geldleistungen eingebaut. Die Zahlung des Wohngeldes und des einmaligen Heizölkostenzuschusses sind weitere Beispiele dafür, wie die staatliche

⁵⁸ Vgl. hierzu *Lothar F. Neumann*, Verbraucherpolitische Aspekte einer neuen Stabilitätspolitik, in: *agv - 1953 - 1973*, Bonn 1973, S. 23 ff.

⁵⁹ Vgl. hierzu bereits die grundlegende Arbeit von *Franz Eulenburg*, Die sozialen Wirkungen der Währungsverhältnisse, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 122. Bd., III. Folge 67. Bd., 1924, S. 748 ff. Vgl. ferner *Gottfried Eisermann*, Gesellschaftspolitische Aspekte der Geldentwertung, S. 58 ff.

Wirtschaftspolitik notgedrungen auf die Verschlechterung von Lebenslagen reagiert. Übrigens werden hierdurch auch die negativen Auswirkungen auf die funktionale Einkommensverteilung gemildert. Ein großer Teil dieser Maßnahmen beruht innerhalb eines mehr oder weniger systematischen Krisenmanagements auf ad-hoc-Entscheidungen. Was gegenwärtig unter sozialpolitischen Aspekten am meisten vermißt wird, ist der Schutz der Kleinsparer, die aus vielen Gründen keine Möglichkeiten der Inflationsausweichung wahrnehmen können. Wenn in jüngster Zeit zunehmend die Einkommenspolitik als Ersatz für die traditionellen Instrumente der Globalsteuerung diskutiert wird, so sind ihr über die Einkommensverwendungsseite eher politische Realisierungschancen einzuräumen als über eine produktivitätsorientierte Lohnpolitik, die die Tarifautonomie tangiert⁶⁰.

Man könnte die theoretische Wirtschaftspolitik kaum des Fatalismus und der Resignation zeihen, wenn sie unter der Prämisse permanenter Geldentwertungsraten an der Entwicklung stabilisierungspolitischer Konzeptionen arbeitete. Es geht hierbei um die Entwicklung von Anpassungsstrategien und Anpassungsformen an die säkulare Inflation. Dies schließt die Entwicklung neuer Steuerungsinstrumente für Verhaltensänderungen ein. Einstellung und Verhalten zum Geld werden sich säkular grundlegend wandeln. Eine weit verbreitete Geldillusion wird es dann nicht mehr geben. Die Konkurrenz zwischen den tradierten stabilisierungspolitischen Strategien und neuen Anpassungsstrategien würde die Aufdeckung neuer Zielinkompatibilitäten erforderlich machen und zugleich den Rahmen der Handlungsmöglichkeiten erweitern. Im aktuellen Streit über die vorübergehende und langfristige Wirkung von Indexklauseln zeichnen sich die Konturen der Diskussion über die Zieladäquanz von Anpassungsstrategien allmählich ab⁶¹.

⁶⁰ Vgl. hierzu *Lothar F. Neumann*, Verbraucherpolitische Aspekte einer neuen Stabilitätspolitik, in: agv - 1953 - 1973, Bonn 1973, S. 25.

⁶¹ Vielleicht beschert in diesem Zusammenhang der „ultra-neoklassische Ansatz“ sog. „kontingenter Märkte“ der neoklassischen Theorie eine weitere Restauration. Vgl. hierzu *Kenneth J. Arrow*, Limited Knowledge and Economic Analysis, in: *The American Economic Review*, Vol. LXIV, 1974, S. 9 f.

Korreferat zu:
Das Stabilitätsziel innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme

Von *Heinz Hauser*, St. Gallen

Die mir zugedachte Aufgabe verpflichtet mich zu einer kritischen Beurteilung, wobei ich allerdings vorweg bekennen möchte, daß die folgende, überwiegend skeptisch ausfallende Bewertung des Referates von Herrn Neumann nicht nur der spezifischen Rollenfunktion, sondern auch meiner persönlichen Stellungnahme entspringt. Dabei werde ich mich nicht auf eine vollständige, unmittelbare Auseinandersetzung mit den einzelnen Passagen des Referates einlassen. Ich möchte vielmehr einige m. E. nur ungenügend ausformulierte Grundfragen des gestellten Themas aufgreifen; innerhalb dieses mir selbst vorgegebenen Rahmens bleibt selbstverständlich Gelegenheit und Verpflichtung, auf das Referat von Herrn Neumann einzugehen.

Insbesondere scheint es mir notwendig zu klären, welche Funktion gesellschaftlichen Zielsystemen zugedacht wird. Die bisherige wissenschaftliche Diskussion zu theoretischen und angewandten wirtschaftspolitischen Fragestellungen behandelt Ziele und Zielsysteme eindeutig als notwendiges Element wirtschaftspolitischer Entscheidungen. Das Dreigestirn Lage — Ziele — Mittel könnte geradezu als standardisierte Disposition von Untersuchungen zu spezifischen wirtschaftspolitischen Problemen bezeichnet werden. Entscheidungslogisch genauer beruhen Entscheidungen immer auf Zielen und Kenntnissen (Kleinewefers) oder auf normativen und empirischen Entscheidungsprämissen (Kirsch).

Jede wirtschaftspolitische Entscheidung setzt also Ziele voraus und setzt sie übrigens in genügender qualitativer und quantitativer Spezifizierung (Forderung nach operationalen Zielen) voraus, damit eine intersubjektive Überprüfbarkeit und Erfolgskontrolle möglich ist. Wichtig erscheint mir nun, daß eine derartig konkretisierte *Zielvorgabe* nicht Gegenstand eines längerfristig angelegten, die allgemeinen gesellschaftlichen Wertungen wiedergebenden Zielsystems sein kann, sondern als Konkretisierung innerhalb eines Feldes möglicher Zielfixierungen den Besonderheiten der jeweiligen wirtschaftlichen Lage und der jeweils einsetzbaren Instrumente Rechnung tragen muß. Zielsysteme dürfen nicht als eindeutig bestimmte Zielvorgaben künftige Entscheide vorwegnehmen. Dies wäre sowohl hinsichtlich der außerordentlichen

Ungewißheit über künftige wirtschaftliche Entwicklungen als auch angesichts der dürftigen Kenntnisse über die Wirkungen alternativer Maßnahmen wenig zweckmäßig. Konkrete wirtschaftspolitische Ziele im Sinne angestrebter Zustände sind als Lernprozeß ständig an den Erfahrungen zu messen.

Mit dieser Abgrenzung soll nun aber nicht einer völlig un gelenkten Zielfindung das Wort geredet werden, die aufgrund wechselnder, meist problemspezifischer und subjektiver ad-hoc-Wertungen zu mehr oder weniger unzusammenhängenden, inkonsistenten Partialentscheiden führt. Gerade dies zu verhindern, ist Aufgabe gesellschaftlicher Zielsysteme, indem sie die Bedingungen der Zielfindung und Zielvorgabe für einzelne wirtschaftspolitische Entscheide festlegen. Die Formulierung eines gesellschaftlichen Zielsystems ist somit eine Entscheidung über Bedingungen künftiger wirtschaftspolitischer Entscheide im Sinne der von Luhmann herausgearbeiteten reflexiven Mechanismen.

Nach ihrem Inhalt lassen sich Aussagen über gesellschaftliche Zielsysteme zwei Klassen zuordnen: Zum einen sind es Aussagen darüber, nach welchen *Maßstäben* bzw. Verfahren alternative Zustände zu bewerten sind. Dies heißt, daß die Zielvariablen sowie die Indikatoren und die Richtung ihrer Bewertung angegeben sein müssen und daß Anleitungen für die Bewertung von Zuständen, die aufgrund konkurrierender Zielvariablen nicht einheitlich rangiert werden können, zur Verfügung stehen. Solche Anleitungen zur Lösung von Zielkonflikten können sein: Angabe eines gemeinsamen Nenners, aufgrund dessen die einzelnen Zielbereiche vergleichbar werden und damit im Sinne einer Wohlfahrtsfunktion optimiert werden können, Hierarchisierung der Zielvariablen und daraus abgeleitete Prioritätsangaben (allenfalls differenziert nach dem Ausmaß der Zielabweichung) oder Zuweisung der Entscheidungsbefugnis an bestimmte Entscheidungsträger. Zum andern muß ein gesellschaftliches Zielsystem den Raum zulässiger Zielvorgaben abstecken. Längerfristig angelegte, allgemeine gesellschaftliche Wertungen zeichnen — zumindest in ideologisch nicht dogmatisierten Wertsystemen — nicht *einen* Zustand als alleinig erstrebenswert aus, sondern stecken im Sinne von Grenzbereichen einen mehr oder weniger weiten *Zulässigkeitsraum* ab. Diesen Zulässigkeitsraum sollten gesellschaftliche Zielsysteme neben der Angabe von Bewertungsmaßstäben als zweite Hauptaussage umschreiben.

Die Abgrenzung zwischen konkretisierter Zielvorgabe in einzelnen wirtschaftspolitischen Entscheiden und der Formulierung von Zielsystemen als Bedingungen der Entscheidungsfindung mag etlichen unter Ihnen als gesucht oder als altbekannt vorkommen. Ich glaube jedoch — und das Referat von Herrn Neumann zeigt dies m. E. sehr deutlich —,

daß sowohl die Diskussion um die Anforderungen an Zielsysteme wie die inhaltliche Konkretisierung gesellschaftlicher Zielsysteme besser geleitet wären, wenn man deren spezifische Funktion innerhalb der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung explizit beachten würde.

Die von Herrn Neumann unter dem Kapitel „Kritik und System“ vorgetragenen Anforderungen an ein gesellschaftliches Zielsystem sind zum Teil von analogen Überlegungen geleitet, wobei allerdings deren systematische Stellung m. E. erst kenntlich wird, wenn man die Entscheidungsfunktion von Zielsystemen explizit formuliert. So möchte ich durchaus beipflichten, daß Zielaussagen auf einer anwendungsrelevanten Abstraktionsstufe stehen und überprüfbar formuliert sein sollen, daß Ziele unter Berücksichtigung der Wirkungen der Zielrealisierung formuliert werden, daß für beschreibbare Problembereiche die relevanten Ziele möglichst vollständig gestellt werden (flächendeckend sind), daß das Zielsystem Inkompatibilitäten sichtbar machen soll oder daß das Zielsystem Kriterien für Rangordnungen enthalten müsse. Allerdings sind diese Anliegen unter anderen Stichworten, wenn vielleicht auch nicht mit genau demselben Inhalt, bereits ausgiebig diskutiert. Es sei lediglich hingewiesen auf die Forderung nach operationalen Zielen, die Relativierung von Zweck-Mittel-Relationen, die Forderung nach vollständigen Zielsystemen — sei es hinsichtlich eines Problem- oder Fachbereichs — oder die ausgiebigen Diskussionen zur Wohlfahrtsökonomik oder zu Zielkonflikten. Daß im übrigen die Verknüpfung der bisherigen nationalökonomischen Diskussion mit den Ausführungen von Herrn Neumann ebenfalls einen „hohen Übersetzungsaufwand“ erfordert, sei nur am Rande vermerkt.

Herr Neumann stellt in einer umfangreichen Liste eine inhaltlich konkretisierte Skizze eines gesellschaftlichen Zielsystems zur Diskussion. Da es sich dabei mit wenigen Ausnahmen um ökonomische Problembereiche und Zielvariablen handelt, möchte ich zwar eher von einem wirtschaftspolitischen Zielsystem sprechen — außer wir bekennen uns offen zur Ansicht, daß Wirtschaftspolitik identisch ist mit Gesellschaftspolitik, womit wir allerdings bei Vertretern der übrigen Sozialwissenschaften kaum auf Gegenliebe stoßen dürften. Zu diesem inhaltlich skizzierten Zielsystem kann ich mich einer eindeutig ablehnenden Stellungnahme nicht entziehen. Es vermag die oben skizzierte Entscheidungshilfe im Sinne normativer Entscheidungsbedingungen nicht zu leisten, da es wesentlichen — und im übrigen im ersten Teil des Referates selbst erhobenen Anforderungen — nicht genügt. Es fällt mir schwer, Ausdrücken wie „Art und Ausmaß der Verflechtung mit andern Volkswirtschaften“, „Vielgestaltigkeit des sozialen und wirtschaftlichen Lebens“, „zumutbares Maß an Arbeitsmühe“, „gerechte Einkommens- und Vermögensverteilung“ u. a. eine anwendungsrelevante Abstraktionsstufe

zu attestieren. Gerade die ausgiebige finanzwissenschaftliche Diskussion um das letztgenannte Problemfeld hat gezeigt, wie wenig man aus der Forderung nach gerechter Einkommens- und Vermögensverteilung unmittelbar ableiten kann. Des weiteren sind aus der bloßen Aneinanderreihung von Zielvariablen die Zielbeziehungen nicht ersichtlich, sieht man von den einander schlicht ausschließenden Zielaussagen (freie Investitionsentscheidung — zumutbares Maß an Investitionsverboten, freie Konsumwahl — zumutbares Maß an Einkommensverwendungsverboten) ab, die vermutlich aber eher aus einer ungeschickten Formulierung als aus einer Fehlkonstruktion erwachsen. Schließlich enthält das formulierte Zielsystem auch keinerlei Hinweise für Rangordnungen und Prioritäten für den Fall konkurrierender Zielbeziehungen. Wenn Herr Neumann die Beschränkung auf ökonomische Ziele ablehnt, weil sie zu einer Problemverengung und daraus resultierend zu einer Fehlsteuerung führe, so möchte ich sagen, daß das von ihm formulierte Zielsystem den Wirtschaftspolitiker völlig führungslos auf den Weg schickt. Welches der beiden Übel gesellschaftlich verhängnisvoller ist, hängt von der konkreten weltwirtschaftlichen Entwicklung und vom intuitiven Geschick der Wirtschaftspolitiker ab; ich würde aber doch vermuten bzw. für unseren Berufsweig hoffen, daß eine auf ökonomische Variablen beschränkte Führung besser ist als gar keine Führung.

Ich habe bislang über das eigentlich gestellte Thema — Das Stabilitätsziel innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme — noch weniger gesagt als Herr Neumann. Da die Antwort auf diese Frage jedoch weitgehend davon abhängt, welche Funktion man gesellschaftlichen Zielsystemen innerhalb der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung zuspricht, wollte ich angesichts der mir nur knapp zugemessenen Zeit diese grundsätzliche Frage aufgreifen und muß das eigentliche Thema — wie es der guter Redner oder Autor zwar nicht sollte, der schlechte aber häufig tut — der Diskussion überlassen.

Diskussion

Theodor Pütz (Wien):

Ich habe mich durch das Referat von Herrn Neumann im Toynbee'schen Sinne herausgefordert gefühlt. Ich möchte deshalb nur ein paar Bemerkungen — im Sinne von challenge and response — machen. Diese paar Bemerkungen fallen schrecklich kritisch aus; aber nach dem Vorbild von Herrn Borchardt sei das vielleicht auch mir erlaubt.

Erkenntnistheoretisch gesehen halte ich es nicht für möglich, Normen- und Zielsysteme wissenschaftlich zu bestimmen und aufzubauen, weil über Normen, Werte, Ziele keine allgemeingültigen Aussagen gemacht werden können. Die allgemeine Geltung von Normen- und Zielsystemen kann weder logisch noch empirisch begründet werden. So beginne ich mit einem Bekenntnis, das ich als anti-neonormativistisch qualifizieren möchte.

Wenn ich von dieser Position ausgehe, so heißt das nicht, daß man nicht Normen- und Zielsysteme usw. zum Gegenstand wissenschaftlicher Betrachtung machen könnte; ganz im Gegenteil: Wir sind verpflichtet, faktische Normen, faktische Ziele, die wir beobachten können, empirisch zu untersuchen, zu erfassen, sie zu interpretieren, und wie das Max Weber gesagt hat, sie auf die innere Vereinbarkeit hin zu prüfen; festzustellen, wieweit bestimmte Ziele und Zielsysteme in einer bestimmten geschichtlichen Situation innerhalb einer Gesellschaft dominieren und wie diese Dominanz zustande kommt. Das ist sicher Aufgabe einer empirisch-wissenschaftlichen Betrachtung solcher Fragen.

In diesem Zusammenhang spricht der Referent, Herr Neumann, von „politischer Relevanz“. Im Ausdruck wechselt er dann und spricht davon, was praktisch zulässig oder nicht zulässig sei; ich nehme an, das ist etwas Ähnliches wie die politische Relevanz. Was ist denn das objektive Kriterium für politische Relevanz? Das habe ich im paper von Herrn Neumann nicht entdeckt. Was ist politische Relevanz, wenn wir nicht einfach subjektiv-ideologisch sagen: Ich halte das und das für politisch relevant!? Aber wenn wir diesen Begriff einführen, um irgendwelche Urteile zu fällen — wie es der Referent tut —, dann muß diese politische Relevanz erstens definiert und zweitens begründet werden. Ich glaube nicht, daß man das im Sinne einer objektiven Wissenschaft tun kann. Man kann natürlich in einer konkreten historischen und ge-

sellschaftlichen Situation feststellen, daß etwas dominierend ist und dann sagen: Das ist eben deshalb so, weil der größte Teil der Gesellschaft die Dinge als wichtig ansieht. Dann bezeichne ich es als dominant. Nun gut, aber das hat mit Objektivität nichts zu tun, das ist eine empirische Feststellung. So kann von Situation zu Situation immer etwas sehr Verschiedenes relevant sein. Ich kann auch das als politisch relevant bezeichnen, was die herrschende Regierung als solches bezeichnet. Aber damit haben wir kein Kriterium allgemeiner Natur, aufgrund dessen man objektive Urteile fällen könnte.

Herr Neumann erklärt es für unzulässig, Ziele so zu bestimmen — er sagt wörtlich: Ziele so zu „beschränken“ —, daß sie auch theoretisch, z. B. vom Standpunkt der ökonomischen Theorie, kompatibel sind, und er begründet das damit, daß solche Bestimmungen von Zielen, die vom Standpunkt des ökonomischen Theoretikers miteinander kompatibel erscheinen, praktisch nicht relevant seien. So kommt er zu der schönen Formulierung, daß ein kompatibles Zielsystem politisch irrelevant und ein politisch relevantes Zielsystem inkompatibel sei. Ich kann diese Urteile nicht akzeptieren, weil ich in den Ausführungen des Referenten kein objektives Kriterium für die politische Relevanz finde.

Herr Neumann, Sie haben des weiteren gesagt, wir könnten von einem gesellschaftlichen Zielsystem nicht grundsätzlich logische Kompatibilität verlangen, und haben das in einer gewissen Weise begründet. Selbst wenn wir — was selbstverständlich ist — von *in der Praxis* nicht kompatiblen Zielsetzungen sprechen können, selbst wenn wir etwas als wirtschaftstheoretisch nicht kompatibel bezeichnen können, so bleibt die logische Kompatibilität davon völlig unberührt. Logik ist Logik. Darum kommen Sie nicht herum, und Sie können nicht sozusagen von rückwärts her aufrollend sagen: Da in der Realität Zielsetzungen nicht kompatibel sind, können sie auch logisch nicht kompatibel sein.

Selbstverständlich können wir — da bin ich mit Ihnen einig — von den realen Zielsetzungen der Wirtschaftspolitik in der Regel nicht erwarten, daß sie kompatibel sind. Aber ich bin der Meinung, daß der Nationalökonom als Wissenschaftler zeigen kann, welchen Bedingungen ein Zielsystem genügen müßte, um kompatibel zu sein. Konkret gesprochen: Wie müßten wir Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität inhaltlich bestimmen und definieren, damit sie theoretisch kompatibel sind? Ob sie es praktisch sind, ist eine andere Frage. Ich glaube, daß die Beantwortung dieser Frage nach der theoretischen Kompatibilität möglich ist, und ich glaube, daß sie politisch relevant ist. Darin liegt unser ganz entscheidender Unterschied. Natürlich können Sie Vollbeschäftigung — via Überbeschäftigung — und Geldwertstabilität so definieren, daß beides auch theoretisch nicht kompatibel ist. Aber ich glaube, wir

als Wissenschaftler haben die Aufgabe, zu zeigen, welchen Bedingungen ein Zielsystem entsprechen müßte, damit es theoretisch kompatibel ist. Das ist meines Erachtens von höchster wirtschaftspolitischer, realer Relevanz — nicht weil ich glaubte, daß es realisierbar ist, sondern weil es ein Maßstab ist.

Hinter Ihrer Auffassung steckt meiner Ansicht nach eine weit verbreitete Grundhaltung zur ökonomischen Theorie, die darauf hinausgeht, daß bestimmte Ziele a priori nicht vereinbar sind, z. B. Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität. Manche Politiker sagen das, weil es Wasser auf ihre Mühle ist. Aber ich finde, das ist höchst kritikbedürftig, und wir müssen zeigen, daß das nicht so ist; daß die Phillips-Kurve nicht existiert. Es gibt in unserer Wissenschaft keinen Beweis für die Existenz der Phillips-Kurve. Ich kann Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität so definieren — und zwar politisch relevant definieren —, daß sie kompatibel sind. Ob es den Politikern gelingt, unter bestimmten Bedingungen und mit bestimmten Institutionen das zu realisieren, ist eine zweite Frage.

Ich will schließlich noch ein paar Worte sagen zu Ihrem Zielsystem, womit ich mich aber ziemlich an Herrn Hauser anschließe, der dazu schon sehr Wesentliches gesagt hat. Ich habe mir dieses Zielsystem angesehen. Sie nennen es ein gesellschaftliches Zielsystem. Nun, nach den Überschriften über den verschiedenen Gruppen von Zielen ist es für mich natürlich ein wirtschaftspolitisches; ich sehe gar nicht, was daran gesellschaftlich sein soll, außer daß jedes wirtschaftspolitische Zielsystem ein gesellschaftliches ist. Ich würde es also ein wirtschaftspolitisches Zielsystem nennen.

Ich habe nicht gezählt; aber Sie haben ein ungemein reiches Bukett von Zielvorstellungen, ungefähr 60 Ziele, angeführt. Das ist erstaunlich! Ich habe mich gefragt: Könnten wir nicht mit 10 oder 20 auskommen? Oder warum nicht 100? Sie haben bei 60 aufgehört. Wahrscheinlich haben Sie einen sehr wichtigen Grund, warum es gerade 60 sind und nicht 10 oder 20 oder 100. Ich habe ihn nicht entdecken können, aber ich wäre dankbar für eine Aufklärung, wie Sie dazu kommen.

Ich habe auch nicht entdeckt, nach welchen Kriterien Sie die „Stabilität“ definieren. Überhaupt, was z. B. den „System“-begriff angeht: Ich glaube, ich habe am Ende dieser Tagung nichts verstanden, wenn das so weitergeht. Herr Borchardt hat das auch schon gefragt: Was ist System, was ist Stabilität? Ich ziehe mich zurück auf meine hausbackene alte Nationalökonomie und definiere die Geldwertstabilität, und ich definiere meinewegen noch, wenn Sie wollen, Stabilität hinsichtlich der Konjunkturschwankungen und der Zahlungsbilanz. Das sind klare, operationale, qualitativ und quantitativ eindeutig definier-

bare Sachen. Sonst verstehe ich unter Stabilität bzw. Instabilität nichts, außer daß Sie sagen: Die Gesellschaft befindet sich ständig in Konflikten, die sie nicht zu bewältigen vermag.

Nun zurück zum Zielsystem! Was sind die dieses System bestimmenden Kriterien? Die habe ich nicht entdeckt. Dazu kommt nun weiter, daß das, was Sie hier als Ziele aufzählen, gar nicht einem bestimmten Zielbegriff entsprechen kann. Ich habe verschiedene Kategorien gefunden: Einmal Aussagen, die sich nicht auf Ziele beziehen, sondern auf Sachverhalte, die Gegenstand von Zielsetzungen werden können, z. B. die Höhe des Sozialprodukts. Das ist kein Ziel, sondern eine Variable, über die ich eine Zielvorstellung haben kann. Dann kommen auch Ziele; z. B. nennen Sie die Vollbeschäftigung. Gut, das ist ein Ziel. Dann kommen Sachen wie: freie Konsumwahl. Das würde ich nicht als Ziel bezeichnen, sondern als ordnungspolitisches Prinzip. So geht das durcheinander: Zielvariable, Ziele, ordnungspolitische Vorstellungen. Vielleicht subsummieren Sie das unter einem Dachbegriff von Zielen. Ich würde das lieber differenzieren.

Was mir die größten Schwierigkeiten macht — genauso wie Herrn Hauser —, ist, daß Sie am Anfang sehr beherzigenswerte Forderungen aufstellen, welchen Bedingungen ein Zielsystem entsprechen müßte: Operationalität und anderes mehr. Da muß ich sagen: Sie haben Ihren eigenen Forderungen nicht entsprochen. Denn da werden x Ziele genannt, die als „zumutbar“ bezeichnet werden. Was ist eine „zumutbare Reglementierung der freien Konsumwahl“? Was ist z. B. „gerechte Verteilung der ökonomischen Risiken“? Dies sind Ihren eigenen Forderungen völlig widersprechende Zielformulierungen, mit denen man wirtschaftspolitisch, wenn man in Entscheidungssituationen steht, überhaupt nichts machen kann. Das sind Leerbegriffe, die Sie beliebig ausfüllen können.

Zu der Frage: Wo bleibt Stabilität? Das ist so wie in der Physik oder in der Chemie: Wenn in eine Flüssigkeit ein Tropfen einer anderen Flüssigkeit hineinfällt, löst er sich auf und wird nicht mehr gesehen. So löst sich bei Ihnen das Stabilitätsproblem im „Querschnitt“ auf. Schön, wir haben das Problem hinausmanipuliert, wir sind von ihm frei geworden; Sie haben einen Trick angewandt, den Sie am Anfang im Zusammenhang mit den methodologischen Fragen als besonders gefährliches Verfahren gekennzeichnet haben, das viele Wissenschaftler benutzen, um Probleme aus der Welt zu schaffen. Sie haben das Problem wegmanipuliert, es ist nicht mehr da, Sie haben es „im Querschnitt aufgelöst“! Es ist eine ungemein interessante, herausfordernde These, zu sagen: Warum macht Ihr Euch auf der Tagung eigentlich Sorgen mit dem Stabilitätsproblem; bei mir verschwindet das Problem im Querschnitt!

Walter Adolf Jöhr (St. Gallen):

Ich wollte mich ursprünglich nur zu einem Spezialproblem aus dem Text von Herrn Neumann äußern. Nun möchte ich aber zunächst zwei Dinge vorausschicken.

Die eine Bemerkung betrifft den Begriff des Systems. Ich glaube, die Antwort auf die Frage, was ein System ist, ist das einfachste von der Welt. Viel schwieriger ist hingegen die Antwort auf die Frage, was *kein* System ist: Ich glaubte früher immer, ich hätte die Antwort gefunden: Das Elektron sei kein System; aber neuerdings habe ich darüber Dinge gelesen, die mich wieder an dieser Antwort zweifeln lassen. Nun die Frage: Was ist ein System? Wenn ich zwei Kreidestücke aufeinanderlege, so ist das bereits ein System, nämlich ein Komplex von Elementen, zwischen denen Beziehungen bestehen. Daraus folgt: Der Begriff „System“ läßt sich sozusagen auf alles anwenden. Das braucht einen aber nicht zu erschrecken; die Frage ist nur, ob man durch seine Anwendung weiterkommt. Aber auf der anderen Seite kann man sich auch fragen: Warum soll man jemandem das Recht streitig machen, mit diesem Begriff zu arbeiten!

Die zweite Vorbemerkung betrifft die politische Relevanz. Diese Konsequenz hat mich in keiner Weise beunruhigt. Natürlich ist Relevanz — es kam übrigens gestern schon in der „Ouvertüre“ zur Sprache — ein wertgeladener Ausdruck. Ohne Werte geht es nicht und ohne Ziele geht es auch nicht. Wir müssen uns allerdings darüber klar sein, daß sie subjektiven Charakter haben, wobei aber die Erfahrung zeigt, daß in wichtigen Wertfragen zahlreiche Subjekte übereinstimmen können. Würde z. B. hinsichtlich des Stabilitätszieles nicht ein bestimmter Konsens bestehen, so hätten wir diesen Arbeitskreis mit seinem Thema wohl gar nicht konstituieren können.

Nun möchte ich mich dem Spezialproblem zuwenden, nämlich der Zielhierarchie. Im Papier von Herrn Neumann ist das auf Seite 107 ff. behandelt. Wie kommen wir überhaupt zu einer Zielhierarchie? Schon Herr Hauser hat kritisiert, daß die entsprechenden Hinweise etwas knapp gehalten seien. Einen ersten Fall finden wir im paper von Herrn Werner, nämlich daß ein Ziel nur als Vorziel aufgefaßt wird: Geldwertstabilität im Dienst anderer Ziele, etwa der gerechten Einkommensverteilung — die wir so oder so definieren können — oder der gesellschaftlichen Stabilität. Eine zweite Möglichkeit wird von Herrn Neumann aufgezeigt, nämlich daß wir zwischen Hauptzielen und Hilfszielen unterscheiden können. Aber diese Unterscheidung möchte ich eigentlich nicht übernehmen. Ich glaube, sie wirft ein falsches Licht auf die Dinge. Wenn wir ein wirtschaftspolitisches Problem mathematisch lösen wollten, dann ginge das auf diese Weise nicht. Und wenn wir

sagen würden: Die Hilfsziele machen wir zu Nebenbedingungen, dann würden wir ja, wie gestern im einleitenden Referat gesagt wurde, die Hilfsziele über die anderen Ziele setzen.

Eine dritte Möglichkeit ist die Setzung von Prioritäten. „Selbstverständlich muß man Prioritäten setzen“, so lautet die *Communis opinio*. Und wenn der Staatshaushalt in finanzielle Schwierigkeiten kommt, dann erklingt fast im Chor der Ruf nach der Setzung von Prioritäten. Priorität kann zeitlich oder sachlich gemeint sein. Schon aus der Schule kennen wir den Spruch „*primum vivere, deinde philosophari*“. Brecht hat dafür die bekannte moderne Version geprägt: Zuerst kommt das Fressen und dann die Moral. Da ist das Problem sehr einfach: Das eine kommt zuerst, dann kommt das andere, und offenbar ist hier nicht nur eine zeitliche Priorität, sondern auch eine sachliche gemeint. Aber die Dinge verhalten sich eben in der Regel nicht so. Wir können nicht auf die Realisierung des zweiten Zieles verzichten, bis das erste verwirklicht ist, sondern wir müssen beide bis zu einem bestimmten Grad gleichzeitig realisieren.

Es ist also gar nicht so einfach, Prioritäten festzusetzen. Eine erste Möglichkeit besteht darin, daß wir uns der Indifferenzkurven bedienen. Wenn wir ein Koordinatensystem voraussetzen, wie es die viel kritisierte Phillips-Kurve einrahmt, dann ergeben sich Kurven gleichen Übels, wobei die beiden Komponenten des Übels in der Inflationsrate und der Arbeitslosenquote bestehen, und je nach den Prioritäten oder Präferenzen ergeben sich dann verschiedene Indifferenzkurven. Wenn wir etwa die heutige Situation zum Ausgangspunkt wählen, dann wird der Notenbankpräsident z. B. sagen: Eine Erhöhung der Inflationsrate um 1^o/_o nehme ich nur in Kauf, wenn die Arbeitslosenquote um 2^o/_o sinkt. Der Gewerkschaftsführer wird in der entgegengesetzten Art und Weise argumentieren, indem er sagt: Eine Erhöhung der Arbeitslosigkeit um 1^o/_o können wir nur in Kauf nehmen, wenn die Inflationsrate um 3^o/_o gesenkt wird. Die unterschiedlichen Prioritäten der beiden Wirtschaftspolitiker drücken sich also im Verlauf ihrer Indifferenzkurven aus. Das können wir für zwei Ziele leicht auf einem Blatt Papier darstellen, und für drei Ziele ließe sich das noch in einem dreidimensionalen Modell aufzeigen; für vier und mehr Ziele wäre es nur noch mathematisch lösbar; Henn hat einmal einen Ansatz dieser Art gemacht.

Wir könnten das Problem aber auch noch anders lösen. Wir müssen ja ohnehin die Ziele quantifizieren, sonst können wir sie nicht in dieser Weise vergleichen. Wir könnten bestimmte Zielniveaus fixieren, z. B. Vollerreichung des Ziels Preisstabilität, wenn wir eine Preissteigerungsrate von Null bis 2^o/_o haben. Dann müßten wir diesen Zielen eine bestimmte Punktzahl zuordnen, z. B. der Vollerreichung des Zieles der

Preisstabilität 10 Punkte, der Vollerreichung der Vollbeschäftigung — vielleicht 1 % Arbeitslosigkeit — 15 Punkte; denn das letztere Ziel scheint nach wie vor das Wichtigere zu sein. Sodann müßten wir die Zieleinbußen quantifizieren und dürften hier nicht linear verfahren. Ich glaube, in dieser Weise könnte das Problem der Prioritätensetzung ebenfalls bewältigt werden.

Ich wollte damit zeigen, daß wir hier in relativ komplizierte Fragen hineinkommen, die viele Entscheide erfordern, die ihrerseits Wertungen voraussetzen, etwa bei der Zuteilung der Gewichte oder der Bewertung der Einbußen. Aber wie gesagt, ohne Wertungen geht es leider nicht, obwohl wir die Werte wissenschaftlich nicht ableiten können. In diesem letzten Punkt gehe ich mit Theodor Pütz und Max Weber einig.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ich glaube, das war eine ausgezeichnete Übersicht über die formalen Möglichkeiten, wie man überhaupt Zielsysteme bilden und nicht nur Zielkataloge aufstellen kann.

Ich habe noch zwei weitere Wortmeldungen vorliegen, möchte aber vorschlagen, daß wir diese Beiträge in die Diskussion im Anschluß an das Referat von Herrn Werner einbeziehen. Entsprechendes gilt für das Schlußwort von Herrn Neumann.

Geldwertstabilität als materiales Stabilitätsziel

Von *Josua Werner*, Hohenheim*

1. Der formale und der materiale Aspekt der wirtschaftspolitischen Ziele

Jede Erörterung des Stabilitätszieles und dessen Stellung im Rahmen übergreifender wirtschaftspolitischer Zielsysteme wirft die Frage auf, wie *Ziele der Wirtschaftspolitik* begrifflich zu fassen sind. Nach Pütz sind Ziele der Wirtschaftspolitik zu verstehen als angestrebte Größen, Größenveränderungen und Größenrelationen, die sich auf gesamtwirtschaftlich relevante Sachverhalte beziehen¹.

Aus dieser wie auch aus ähnlich gehaltenen Umschreibungen gehen zwei unterschiedliche Aspekte des Zielbegriffs hervor. Die *materiale Betrachtung* der Ziele der Wirtschaftspolitik hat die gesamtwirtschaftlich relevanten Sachverhalte, die zum Gegenstand wirtschaftspolitischen Handelns gemacht werden sollen, konkret zu nennen und näher darzustellen. Die *formale Betrachtung* bezieht sich demgegenüber auf die Größen in ihrem spezifisch quantitativen Erscheinungsbild. Die Erörterung des Zielsachverhalts setzt also dort an, wo etwa Stetigkeit einer Größe im zeitlichen Ablauf als Ziel postuliert wird. Natürlich erweisen sich beide Aspekte als eng miteinander verknüpft. Gerade im Blick auf das hier speziell interessierende Stabilitätsziel erscheint jedoch das Auseinanderhalten von materialer und formaler Betrachtung in besonderem Maße angebracht.

Vorstellungen über im Bereich der Wirtschaft erwünschte Zustände und Entwicklungen, soweit solche Vorstellungen nicht spezifisch als

* Geboren am 15. Mai 1924 in St. Gallen. 1951 Promotion zum Dr. oec. und 1953/1954 Assistent an der Handels-Hochschule St. Gallen. 1954/1955 Rockefeller Fellow in USA. 1957 Habilitation an der Handels-Hochschule St. Gallen (Volkswirtschaftslehre). 1958 - 1963 Lehrtätigkeit an der Universität Zürich und wissenschaftlicher Mitarbeiter im Eidgenössischen Volkswirtschaftsdepartement in Bern. Seit 1963 ordentliche Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere für Wirtschaftspolitik an der Universität Hohenheim (Stuttgart). Hauptarbeitsgebiete: Theorie der Wirtschaftspolitik, Konjunktur- und Wachstumspolitik, Verteilungspolitik.

¹ *Theodor Pütz*, Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik, Wirtschaftspolitik — Grundlagen und Hauptgebiete, Bd. I, herausgegeben von Theodor Pütz, Stuttgart 1971, S. 17.

Grundsätze der Wirtschaftspolitik zu charakterisieren sind und damit einen vorwiegend qualitativen Gehalt aufweisen², erfordern eine *quantitative Festlegung*. Sie ist in der Weise zu verstehen, daß der anvisierte Realisierungsgrad eines Zieles entweder einen kardinalen oder einen ordinalen Ausdruck annimmt. Die kardinale Festlegung herrscht heute vor, d. h. das Maß der Verwirklichung eines Zieles wird in Zahlen ausgedrückt. Ein so numerisch festgelegter Zielsachverhalt wird auch *Zielvariable* genannt³.

Die *Quantifizierung* wirtschaftspolitischer Ziele tritt hauptsächlich in drei Varianten auf: Erstens kann die Zielvariable als Niveaugröße festgelegt werden (z. B. Vollbeschäftigung; in gleicher Weise ist das noch zu erläuternde Ziel der Geldwertstabilität als Niveau aufzufassen⁴). Zweitens kann die Zielvariable eine bestimmte Form einer auf den ökonomischen Prozeß bezogenen Änderungsrate beinhalten (z. B. 4% reales Wachstum des Bruttosozialprodukts). Drittens kann die Zielvariable eine bestimmte Relation zwischen gesamtwirtschaftlich bedeutsamen Größen numerisch fixieren (z. B. ein Verhältnis der Lohnquote zur Profitquote von 2 : 1). Offensichtlich werden die im Sinne von Zielen der Wirtschaftspolitik angestrebten Größen, Größenveränderungen und Größenrelationen zahlenmäßig genau festgelegt, wobei vom angestrebten Realisierungsgrad allenfalls zulässige Abweichungen zusätzlich in die Zielbestimmung eingebracht werden können.

Innerhalb der Quantifizierung wirtschaftspolitischer Ziele ist eine weitere Spielart der Zielbetrachtung bzw. der Zielfixierung möglich. *Zielvariable* können in ihrem zeitlichen Ablauf dargestellt werden, und in diesem Sinne lassen sich *bestimmte zeitliche Verlaufsformen* derartigen Zielvariablen postulieren. Bei einem als Niveau festgelegten wirtschaftspolitischen Ziel kann als zusätzliche Zielformulierung bestimmt werden, daß das angestrebte Niveau im zeitlichen Ablauf stets dasselbe bleiben soll. In ähnlicher Weise läßt sich die Forderung nach einer im Zeitablauf gleichbleibenden Änderungsrate bzw. nach einer

² Daß zwischen quantitativ und qualitativ formulierten Zielen der Wirtschaftspolitik fließende Übergänge bestehen, soll hier lediglich angedeutet, aber nicht weiter erörtert werden. Vgl. *Gérard Gäfgen*, Theorie der Wirtschaftspolitik, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 2, herausgegeben von Werner Ehrlicher u. a., 3. Aufl., Göttingen 1972, S. 13. Ferner *Hans Ohm*, Allgemeine Volkswirtschaftspolitik I, Sammlung Göschen, Bd. 1195, 3. Aufl., Berlin 1969, S. 64 ff.

³ Der Begriff der Zielvariablen geht auf Tinbergen zurück. Der Autor leitet den Zielbegriff aus der Darstellung des Wirtschaftsprozesses als eines in der Zeit sich vollziehenden Geschehens ab und bringt damit die Veränderlichkeit in Zielinhalten in besonderer Weise zum Ausdruck. *Jan Tinbergen*, Wirtschaftspolitik, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, herausgegeben von Egon Tuchtfeldt, Bd. 8, Freiburg i. Br. 1968, S. 41 ff.

⁴ Siehe Abschnitt 3: Der Inhalt der Geldwertstabilität.

gleichbleibenden Relation in die Zielformulierung einbeziehen. Der damit in Erscheinung tretende formale Aspekt wirtschaftspolitischer Ziele besteht bei allen drei Varianten darin, daß Stabilität des quantitativen Erscheinungsbildes postuliert wird.

2. Stabilitätsziel und Operationalität

Wird Stabilität im vorgenannten Sinne interpretiert, so weist der Begriff bzw. das Ziel der Stabilität eine umfassende Spannweite auf. Denn *alle Ziele* der Wirtschaftspolitik können in formaler Hinsicht, d. h. unter dem *Aspekt der Stabilität* betrachtet werden. Entsprechend der für die Ziele der Wirtschaftspolitik gewählten Umschreibung bietet sich alsdann nicht nur die bereits angedeutete Gliederung in *Niveaustabilität*, *Prozeßstabilität* und *Strukturstabilität* an. Niveau, Prozeß und Struktur können ihrerseits in einen systematischen Zusammenhang gebracht werden, so daß sich in der Folge auch die Frage nach der *Systemstabilität* ergibt⁵.

Hier ist zu prüfen, ob ein so umfassendes und zudem formal ausgerichtetes Stabilitätskonzept für die *operationale Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme* geeignet erscheint⁶. Einmal treten die, den konkreten Gegenstand des wirtschaftspolitischen Handelns bildenden gesamtwirtschaftlichen Sachverhalte bei einer, an einem derartigen Stabilitätskonzept orientierten Umschreibung wenig augenscheinlich zutage. Zudem wird mit einem globalen Stabilitätskonzept leicht die Vorstellung erweckt, Stabilität habe gleichzeitig Niveaustabilität, Prozeßstabilität und Strukturstabilität einzuschließen. Mit anderen Worten wäre alsdann die generelle Forderung nach Stabilität in der Weise zu interpretieren, daß gleichzeitig Vollbeschäftigung und stabiles Wachstum, Geldwertstabilität, stabile außenwirtschaftliche Beziehungen und stabile Verteilungsrelationen anzustreben seien⁷.

⁵ Vgl. das weitere Referat zu diesem Arbeitskreis von *Bruno Fritsch*, Stabilität als systemares Problem, ebenso die dort zitierte Literatur. Vgl. ferner die in diese Problemrichtung zielenden Ausführungen bei *Theodor Pütz*, Grundlagen der theoretischen Wirtschaftspolitik, S. 65 f.

⁶ Zur Operationalität wirtschaftspolitischer Ziele vgl. *Gérard Gäfgen*, Theorie der Wirtschaftspolitik, S. 12 f.; ferner *Renate Mayntz*, *Kurt Holm* und *Peter Hübner*, Einführung in die Methoden der empirischen Sozialforschung, Köln und Opladen 1969, S. 18 ff.

⁷ Bei einem umfassend verstandenen Stabilitätsziel könnte die Stabilität auch in Funktion des zeitlichen Verhaltens der Unterzielvariablen, also im Sinne eines Stabilitätsindex interpretiert werden. Ein in diese Richtung zielender Ansatz findet sich bei Hauser, wobei der Autor sich allerdings Rechenschaft darüber ablegt, daß ein derartiger Stabilitätsindex auf die Festlegung einer Wohlfahrtsfunktion hinauslaufen würde. *Gerold Hauser*, Das Budget als Stabilisierungsinstrument, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bern, 107. Jg. (1971), S. 242 f.

Folgt man dieser Interpretation, so sind zwei weitere Einwände anzudeuten. Ein derart umfassendes Stabilitätskonzept setzt feste Beziehungen zwischen den verschiedenen Zielen bzw. genaue Vorstellungen über den im Zeitablauf erforderlichen Beziehungswandel voraus. Jedoch ist etwa aus der Konjunktur- bzw. Wachstumstheorie bekannt, daß Wachstum nicht zwangsläufig mit Prozeßstabilität einhergeht, ja ein gewisses Auf und Ab des ökonomischen Prozesses allenfalls ein insgesamt höheres Wachstum bewirkt⁸. Und was beispielsweise die Struktur und ihre Stabilität anbelangt, hat Niehans die Formulierung geprägt, „... daß zwar Strukturwandlungen im allgemeinen als vorteilhaft nachgewiesen sind, daß wir aber nicht die geringsten Anhaltspunkte darüber besitzen, wie, nach welcher Richtung die Struktur sich in einem konkreten Fall umgestalten sollte“⁹. Da angenommen werden muß, daß ein *festes Beziehungssystem zwischen den hauptsächlichen Zielen nicht existiert*, erweist sich eine umfassende Stabilitätsvorstellung als wirtschaftspolitisch nicht operational.

Der zweite Einwand ist eng mit dem ersten verknüpft. Wird Stabilität in der vorgenannten Weise interpretiert, so läuft eine solche Interpretation letztlich auf die *Festlegung einer Wohlfahrtsfunktion* hinaus¹⁰. Damit wird gleichzeitig die mit der Konstruktion von Wohlfahrtsfunktionen verbundene Problematik ins Blickfeld gerückt. Während die Gewichtung der in eine solche Funktion eingehenden Zielgrößen noch die kleinere Schwierigkeit darstellen dürfte, läßt sich eine allenfalls darüber hinaus angestrebte Transformation der verschiedenen Ziele auf einen gemeinsamen objektiven Nenner nicht überzeugend bewerkstelligen. Jedenfalls wird deutlich, daß eine *Konkretisierung wirtschaftspolitischer bzw. stabilisierungspolitischer Ziele sich nicht umgehen läßt*. Sind die Zielvariablen erst einzeln präzisiert, dann ist

⁸ Vgl. *Nicholas Kaldor*, The Relation of Economic Growth and Cyclical Fluctuations, in: *The Economic Journal*, London, Vol. LXIV (1954), S. 53 ff. Kaldor weist seinerseits auf die in diesem Zusammenhang grundlegenden Untersuchungen von *Joseph A. Schumpeter* hin. Ferner: *Jürgen Kromphardt*, Wachstum und Konjunktur, Grundriß der Sozialwissenschaft, Bd. 26, Göttingen 1972, S. 217 ff.

⁹ *Jürg Niehans*, Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme, in: *Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft*, herausgegeben von *Fritz Neumark*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 30/I, Berlin 1964, S. 23.

¹⁰ Das Stabilitätsgesetz geht in Art. 1 von den Erfordernissen des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ aus und kommt in diesem Sinne dem Gedanken der Wohlfahrt nahe. Allerdings wird der allgemeine, a priori nur schwer faßbare Begriff des allgemeinen Gleichgewichts durch die anschließend genannten Teilziele — Stabilität des Preisniveaus, hoher Beschäftigungsstand, außenwirtschaftliches Gleichgewicht und stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum — konkretisiert. Vgl. *Klaus Stern*, *Paul Münch*, *Karl-Heinrich Hansmeyer*, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (Kommentar), 2. Aufl., Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1972, S. 120 f.

allerdings nicht einzusehen, warum sie unter größeren Informationsverlusten wiederum in global formulierte Wohlfahrtsfunktionen eingebaut werden sollen, deren Operationalität stark angezweifelt werden muß¹¹.

3. Der Inhalt der Geldwertstabilität

Die vorangegangenen Ausführungen legen nahe, *Stabilität* im engeren Sinne als Niveaustabilität zu interpretieren und *material als Geldwertstabilität* zu verstehen. Eine derart begrenzte und gleichzeitig konkretisierte Verwendung des Begriffes drängt sich um so mehr auf, als in der Tagesdiskussion Stabilität ohnehin meist mit Geldwertstabilität gleichgesetzt wird. Somit ist kurz auf die begriffliche Umschreibung einzugehen¹². In der Regel wird die Geldwertstabilität als reziproker Wert eines für die Kaufkraft-(Geldwert-)Messung als geeignet erscheinenden *Preisindex* verstanden. Üblicherweise wird auf einen Index abgestellt, welcher die Kosten der Lebenshaltung eines privaten Haushalts widerspiegelt.

Immerhin sei darauf hingewiesen, daß der *Preisindex der privaten Lebenshaltung* kein vollständiges Bild der Geldwertentwicklung abbildet. Denn er erfaßt lediglich einen Ausschnitt aus dem gesamten, zu Marktpreisen bewerteten Sozialprodukt, nämlich jenen, der durch den Konsum privater Güter seitens der Haushalte repräsentiert wird. Mit anderen Worten wird die Geldwertentwicklung auf der Ebene der Einkommensverwendung dargestellt, wobei der Index nur festhält, wie sich die Kaufkraft entwickelt, wenn Einkommen zu Konsumzwecken ausgegeben wird.

Am umfassendsten bringt der sogenannte *Deflator des Bruttosozialprodukts* die Kaufkraft des Geldes zum Ausdruck. Dieser Index enthält die Preisentwicklung nicht nur der privaten Konsumgüter, sondern schließt auch jene der öffentlichen Güter, insbesondere die Preis-(Gehalts-)entwicklung für die Leistung der Staatsbediensteten, jene der Investitionsgüter und der Ausfuhr Güter ein, d. h. die Preisentwicklung wird durchgängig, und zwar auf der Ebene der Sozialproduktserzeugung erfaßt¹³. Werden nun *einkommenspolitische Erwägungen*, wie dies heute weitgehend der Fall ist, eng mit Indexentwicklungen verknüpft,

¹¹ Vgl. die kritischen Ausführungen zur Konstruktion von Wohlfahrtsfunktionen bei *Herbert Giersch*, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Erster Band: Grundlagen, Reihe „Die Wirtschaftswissenschaften“, herausgegeben von Erich Gutenberg, Wiesbaden 1960, S. 97 ff.

¹² Da die Referate des Arbeitskreises Die „Messung der Stabilität und stabilisierungspolitische Programmgestaltung“ sich zentral mit Begriff und Messung der Stabilität auseinandersetzen, werden hier nur jene Probleme angesprochen, die einen näheren Bezug zur übergreifenden Zielproblematik aufweisen.

so müßte eigentlich vom Deflator des Bruttosozialprodukts als dem Preisindex aller in einer Periode erbrachten Produktionsleistungen ausgegangen werden¹⁴.

Die Erfahrung zeigt allerdings, daß sich die Stabilitätsvorstellungen im wesentlichen an den Konsumgüterpreisen orientieren; das Gleichbleiben bzw. die Veränderung des Geldwerts wird von den Wirtschaftssubjekten am stärksten beim Kauf von privaten Konsumgütern erlebt. Mithin steht der *Preisindex für die private Lebenshaltung* im Vordergrund. Auch der Sachverständigenrat hat sich dafür ausgesprochen, daß dieser Index als *konventioneller Maßstab* für die Geldwertentwicklung zu akzeptieren sei, um so mehr als die längerfristige Entwicklung eine weitgehende Parallelität der verschiedenen möglichen Indices erkennen lasse¹⁵.

Die Frage nach dem Inhalt der Geldwertstabilität weist einen weiteren Aspekt auf. Ist Geldwertstabilität nur gegeben, wenn der als Meßgröße einmal gewählte *Index überhaupt keine Veränderung* erfährt? Oder ist dem Ziel der Geldwertstabilität bereits Genüge getan, wenn der Preisindex für die Lebenshaltung wenigstens annähernd konstant bleibt¹⁶? Von der Definition her kann Geldwertstabilität nur bedeuten, daß der Preisindex für die Lebenshaltung sich nicht verändern, d. h. nicht steigen darf. Zieht man die *strukturellen Mengenveränderungen des Warenkorbs* mit in Betracht, so können diese Vorgänge allenfalls eine leichte, mit dem Ziel der Geldwertstabilität jedoch zu vereinbarende Preisniveauperänderung mit sich bringen. In dieser Sicht ist nichts dagegen einzuwenden, daß bis zu einer jährlichen Preisniveausteigerung von 1 Prozent das Ziel der Geldwertstabilität als voll erreicht

¹³ Vgl. Klaus Stern, Paul Münch, Karl-Heinrich Hansmeyer, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, S. 123 f. Ferner Gottfried Bombach, Ursachen der Nachkriegsinflation und Probleme der Inflationsbekämpfung, in: Stabile Preise in wachsender Wirtschaft, Erich Schneider zum 60. Geburtstag, Tübingen 1960, S. 188 ff.

¹⁴ So etwa Hans-Jürgen Vosgerau, Wachstum und Stabilisierung, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, herausgegeben von Alfred E. Ott, Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 3, Tübingen 1967, S. 3 f. Vgl. ferner Manfred O. E. Hennies, Das nicht so magische Polygon der Wirtschaftspolitik, Berlin 1971, S. 29 ff.

¹⁵ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964/65, Stuttgart und Mainz 1965, Ziff. 149; sodann Jahresgutachten 1969/70, Stuttgart und Mainz 1969, Ziff. 152 ff. Vgl. auch Hans-Jürgen Schmahl, Globalsteuerung der Wirtschaft, Veröffentlichungen des HWWA-Instituts für Wirtschaftsforschung, Hamburg 1970, S. 22 ff.

¹⁶ Eine Formulierung dieser Art findet sich etwa im Jahresgutachten 1964/65 des Sachverständigenrats, Ziff. 149. Dazu Karlheinz Kleps, Fragmentarisch und unausgewogen — Die Beurteilung des Inflationsproblems durch den Sachverständigenrat, in: Zehn Jahre Sachverständigenrat — eine kritische Bestandsaufnahme, herausgegeben von Regina Molitor, Reihe Wirtschaft Aktuell, Frankfurt/Main 1973, S. 102 ff.

gilt¹⁷. Wird dagegen die Frage gestellt, welcher Indexanstieg über diesen strukturell bedingten Preisniveaustieg hinaus mit Geldwertstabilität noch vereinbar ist, so verschiebt sich die Frage von der definitorischen Ebene auf jene der *Zielbestimmung*.

Die Festlegung, welcher Grad an Geldwertstabilität angestrebt werden soll, hängt von der Beziehung zwischen dem Ziel der Geldwertstabilität und weiteren Zielen der Wirtschaftspolitik ab. Strebt man eine Politik an, welche der Geldwertstabilität eine absolute Vorrangstellung, selbst um den Preis weitreichender Beschäftigungseinbrüche einräumt¹⁸, dann ist die dargelegte Indexstabilität als Zielforderung aufzustellen. Geht man jedoch, wie etwa auch der Sachverständigenrat, davon aus, daß „...Geldwertstabilität unter den politischen, soziologischen und institutionellen Bedingungen, die in der Bundesrepublik und im internationalen Wirtschaftsverkehr herrschen, — wenn überhaupt — nur mit unkonventionellen Mitteln erreichbar (ist) und nur unter Preisgabe anderer Werte, Ziele oder Interessen“¹⁹, so läuft die die Geldwertstabilität zum Tragen bringende Zielbestimmung auf die Frage hinaus, welcher Anstieg des Preisniveaus gerade noch toleriert werden kann.

Ergibt sich bei einer konsequenten Stabilisierungspolitik, daß die umfassende Realisierung der Geldwertstabilität andere wirtschaftspolitische Ziele tangiert, dann ist zu entscheiden, welche *Einbuße bei der Geldwertstabilität zugunsten anderer Ziele* allenfalls in Kauf genommen werden soll. Das so sich abzeichnende Problem aber ist gleichbedeutend mit der Frage nach der optimalen Bewältigung eines die Geldwertstabilität einschließenden „magischen Vielecks“²⁰; ihre Beantwortung läuft letztlich wiederum auf die Festlegung einer Wohlfahrtsfunktion hinaus.

4. Der Vorziel-Charakter der Geldwertstabilität

Warum kommt der Geldwertstabilität überhaupt eine so maßgebliche Stellung innerhalb des wirtschaftspolitischen Zielbündels zu? Die Frage ist eng verknüpft mit der Frage nach den Funktionen des Geldes. Die Geldtheorie umschreibt *Geld* als eine Institution, die im Rahmen des

¹⁷ Vgl. Jahresgutachten 1967/68 des Sachverständigenrats, Stuttgart und Mainz 1967, Ziff. 258. Ferner *Manfred O. E. Hennies*, Das nicht so magische Polygon der Wirtschaftspolitik, S. 31 ff.

¹⁸ Vgl. dazu die weitergehenden Erörterungen im Abschnitt 6: Die allokativen Wirkungen der Inflation.

¹⁹ So in seinem Jahresgutachten 1964/65, Ziff. 144.

²⁰ Vgl. insbesondere *Alfred E. Ott*, Magische Vielecke, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, S. 101 ff. Ferner *Gunther Tichy*, Das magische Fünfeck und die Trade-off Analyse, in: Kredit und Kapital, Berlin, 4. Jg. (1971), S. 1 ff.

gesamten ökonomischen Prozesses *bestimmte Funktionen* erbringt. Als wesentliche Funktionen werden genannt die abstrakte Funktion der Rechnungseinheit und die konkreten Funktionen des allgemeinen Tauschmittels und des Wertaufbewahrungs- bzw. Wertübertragungsmittels²¹.

Ist die Geldwertstabilität nicht voll realisiert, drängt sich im Prinzip die Argumentation auf, das Geld erfülle die von ihm getragenen *Funktionen nicht mehr in der ursprünglichen Weise*. Allerdings tritt diese von den Geldfunktionen ausgehende Betrachtungsweise bei der Erörterung der Inflationswirkungen meist zurück hinter eine Darstellung, welche vor allem die *Distributions- und Allokationseffekte der Nichtgeldwertstabilität* hervorhebt. Diese allokativen und distributiven Wirkungen lassen sich aber durchaus in einer Weise präsentieren, die insbesondere die Veränderung bzw. Störung der ursprünglichen Geldfunktionen aufzeigt²².

Würden bei Nichtgeldwertstabilität keine allokativen, d. h. auf Umfang und Struktur der Produktion sich erstreckenden, oder distributiven, d. h. die Verteilung von Einkommen und Vermögen betreffenden, Wirkungen resultieren²³, so wäre zu fragen, worin dann überhaupt der Sinn dieses Zieles liegen könnte. *Geldwertstabilität um ihrer selbst willen* vermag kaum ein tragbares Ziel wirtschaftspolitischen Handelns abzugeben, es sei denn, man würde der Geldwertstabilität eine formale, gewissermaßen „ästhetische“ Bedeutung zumessen. Da vielmehr davon auszugehen ist, daß die nicht volle Realisierung dieses Zieles Effekte bei der Realisierung anderer Ziele der Wirtschaftspolitik mit sich bringt, stellt das Ziel der *Geldwertstabilität* im Grunde genommen lediglich ein *Vorziel* dar.

Dennoch bleibt es *legitim*, das Ziel der *Geldwertstabilität in besonderer Weise kenntlich zu machen*. Einmal stellt es die entscheidende

²¹ Vgl. Werner Ehrlicher, Geldtheorie, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, herausgegeben von Werner Ehrlicher u. a., 3. Aufl., Göttingen 1972, S. 340 f. Ferner Hans Möller, Geld als wirtschaftliches Gut, in: Theorie und Praxis des finanzpolitischen Interventionismus, Fritz Neumark zum 70. Geburtstag, Tübingen 1970, S. 639 ff.

²² Ein Ansatz in dieser Richtung findet sich bei Giersch. Er weist darauf hin, daß vor allem bei sogenannten großen Inflationen das Geld mit zunehmender Dauer und Stärke einer ungedämpften Preisinflation schon vor Verlust seiner Tauschmitteleigenschaft allmählich seiner anderen Funktionen entkleidet wird. Herbert Giersch, Art. Inflation, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, 5. Bd. (1956), S. 283. Ferner Hans Möller, Geld als wirtschaftliches Gut, S. 650 ff.

²³ Zum Begriff der allokativen und distributiven Wirkungen bei Nichtgeldwertstabilität vgl. Klaus Mackscheidt, Zur Bewertung der Ziele „Preisniveaustabilität“ und „Vollbeschäftigung“ im Rahmen der Trade-Off-Analyse, in: Wirtschaftspolitische Chronik, herausgegeben vom Institut für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft 1/1972, S. 23 ff.

Orientierungs- und Zielgröße für einen gewichtigen Teilbereich der Wirtschaftspolitik dar, nämlich für die von der Notenbank getragene Währungspolitik. Zudem wird die operationale Behandlung wirtschaftspolitischer Probleme in der Darstellung deutlicher, wenn die Geldwertstabilität direkt als Zielvariable eingeführt wird²⁴. Angesichts einer oft zu isolierten Interpretation ist aber der Vorziel-Charakter der Geldwertstabilität deutlich zu unterstreichen²⁵. Ja, dieser Vorziel-Charakter bringt seinerseits ein formales Element zum Tragen; wird der Grad der Geldwertstabilität ermittelt, so steht hinter dem Messen stets der Gedanke an die, als solche nicht erwünschten allokativen und distributiven Wirkungen.

Auch die neuerdings häufig erörterte Forderung, es seien *Indexklauseln* zum Schutz gegen Inflationwirkungen einzuführen, ist von diesem Vorziel-Charakter der Geldwertstabilität her zu sehen. Grundsätzlich müßte ein System von Indexklauseln zum Ziele haben, alle auf Geld lautenden Einkommens- und Vermögensgrößen zu erfassen und diese Geldgrößen ohne Verzögerung den Veränderungen des Preisniveaus anzupassen. Vermöchte ein solches System perfekt zu funktionieren, so würde sich die *Inflation in ihren Wirkungen wiederum aufheben*. Das Geld in seiner ursprünglichen Form erfüllt nunmehr nicht länger die Funktion der Rechnungseinheit; an die auf dem Geld basierenden ökonomischen Größen wird jetzt ein System von Indexklauseln angehängt, mit dessen Hilfe durchgängig gerechnet wird²⁶.

Könnte ein solches System von Indexklauseln umfassend in die Tat umgesetzt werden, so würden auch bei einem äußerlichen Weitergehen

²⁴ Zu dem in diesem Zusammenhang sich stellenden Problem, inwieweit die Geldwertstabilität selbst als Zielindikator verwendet werden kann bzw. durch weitere Indikatoren zu ergänzen ist, vgl. *Gunther Tichy*, Das magische Fünfeck und die Trade-off Analyse, S. 12 f.

²⁵ Vgl. dazu die vom Verfasser bereits an anderer Stelle entwickelten Darlegungen: *Josua Werner*, Über wirtschaftspolitische Ziele, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bern, 107. Jg. (1971), S. 373 f. Eine im Prinzip gleiche Position vertritt auch Tichy: „... Noch häretischer und vielleicht auch etwas weniger eindeutig zu beantworten ist die Frage nach der Eigenständigkeit des Stabilitätszieles. Üblicherweise wird die Gefahr der Inflation in ihrer Selbstverstärkung, in der Fehlallokation von Produktionsfaktoren und in der Verschiebung der Einkommensverteilung zu Lasten der Bezieher kontraktbestimmter Einkommen gesehen. Die Gefahr der Selbstverstärkung einer schleichenden zu einer galoppierenden Inflation dürfte stark überschätzt werden, sie konnte bisher noch nie beobachtet werden. Die anderen beiden Einwände aber betreffen Wachstum und Einkommensverteilung, zwei der andern Ziele des Fünfecks, und müssen dort berücksichtigt werden.“ *Gunther Tichy*, Das magische Fünfeck und die Trade-off Analyse, S. 9.

²⁶ Vgl. *Otmar Issing*, Indexklauseln und Inflation, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze 40, Tübingen 1973. Die Untersuchung von Issing enthält zahlreiche Literaturhinweise zum Problem der Indexklauseln.

des Inflationsprozesses direkt keine distributiven oder allokativen Wirkungen resultieren. Ja, es stellt sich weiter die Frage, ob der *Inflationsprozeß selbst* nicht auch zum Stillstand kommen würde. Da alle Wirtschaftssubjekte in der gleichen Weise durch Indexklauseln abgesichert sind, vermag ihnen der Inflationsprozeß realwirtschaftlich gar nichts anzutun. Wenn aber aus der Geldentwertung materiell weder positive noch negative Effekte resultieren, es weder Inflationsgewinner noch Gruppen mit inflationistisch bedingtem Nachholbedarf mehr gibt, stellt sich die Frage nach einer eigenständig vor sich gehenden Rückbildung des Inflationsprozesses²⁷. Insbesondere müßte die Rationalität des Indexsystems letztlich für eine Inflationsrate Null sprechen, da sie aus rechnerischen Gründen am leichtesten zu handhaben ist, mit anderen Worten ein kostspieliges administratives System zur Handhabung von Indexklauseln überhaupt entbehrlich macht²⁸.

Ein ideal funktionierendes System von Indexklauseln ist offensichtlich nicht realisierbar. In dem Ausmaße aber, in welchem es nicht voll verwirklicht werden kann, bleiben Inflationswirkungen bestehen. Diese Wirkungen, die abzuwenden, die Tragweite des Stabilitätszieles abgeben, sind nunmehr in den Grundzügen darzulegen.

5. Die distributiven Wirkungen der Inflation

5.1 Die Veränderung der Verteilungsstrukturen

Die distributiven Wirkungen der Inflation — sie stehen im Vordergrund der Diskussion — resultieren daraus, daß die in der Verteilungspolitik sowohl in bezug auf Einkommen als auch Vermögen angestrebten *Verteilungsstrukturen nicht in der ursprünglichen Form* realisiert werden. Durch die Inflation wird die Verteilungssituation einzelner Wirtschaftssubjekte bzw. Gruppen von Wirtschaftssubjekten zu deren Ungunsten verändert. Allerdings stehen den geschädigten Wirtschaftssubjekten stets solche gegenüber, die Nutznießer der Inflation sind²⁹.

²⁷ Pfeleiderer erwartet mit einer an Sicherheit grenzenden Wahrscheinlichkeit bereits von einem partiellen Indexsystem deutliche antiinflationistische Wirkungen. Otto Pfeleiderer, Indexklauseln als Mittel der Inflationsbekämpfung, Manuskript für die Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses des Vereins für Socialpolitik in Salzburg, April 1973, S. 7 f.; sodann vom gleichen Verfasser: Indexklauseln im langfristigen Kapitalverkehr als Hilfsmittel der Inflationsbekämpfung, in: Probleme der Indexbindung, Beihefte zu Kredit und Kapital, Heft 2, Berlin 1974, S. 41 ff. Vgl. auch Herbert Timm, Der Einfluß von Geldwertsicherungsklauseln auf Geldkapitalangebot und -nachfrage und auf die schleichende Inflation, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Stuttgart, Bd. 180 (1967), S. 325 ff.

²⁸ Zu den Kosten eines solchen Systems vgl. Friedrich A. Lutz, Gefahren und Vorteile einer leichten Inflation, in: Das Problem der Geldwertstabilität, Beihefte der Konjunkturpolitik, Heft 4, Berlin 1959, S. 18.

Dennoch bleibt der Tatbestand, daß jeder inflatorische Prozeß, und sei er auch nur leichter Natur, zwangsläufig störend auf die ursprünglichen Intentionen der Verteilungspolitik einwirkt. Zwar ließe sich eine Kompensation dieser *unerwünschten Verteilungswirkungen* auch dergestalt anstreben, daß die Effekte der Inflation von vorneherein in das *verteilungspolitische Kalkül einbezogen* werden. Da die weitere Entwicklung der Inflation jedoch nie genau prognostiziert werden kann, ergeben sich Unsicherheitsmomente, so daß eine umfassende Kompensation nicht realisierbar erscheint.

Innerhalb des sowohl durch den Arbeitskreis als auch durch das Thema gesetzten Rahmens lassen sich die Verteilungswirkungen der Inflation nur andeuten. Im wesentlichen sind es *drei, insbesondere von Ziercke herausgestellte Hypothesen*, welche hinsichtlich der distributiven Effekte der Inflation vorgetragen werden³⁰:

1. Die aus dem aktiven Produktionsprozeß ausgeschiedenen Rentner müssen eine inflationsbedingte Minderung des Realwerts ihrer durch frühere Leistung erworbenen Einkommensansprüche hinnehmen.

2. Betroffen werden ebenfalls die im Produktionsprozeß tätigen Arbeitnehmer, und zwar deshalb, weil der Realwert der Löhne und Gehälter nicht in gleichem Tempo ansteigt wie jener anderer Einkommensarten (sogenannte wage-lag-Hypothese).

3. Besitzer von Realvermögen sind gegenüber Besitzern von Nominalvermögen im Falle der Inflation begünstigt. Gleichzeitig erzielen Geldschuldner Inflationsgewinne, da sich die reale Last der nominal fixierten Schulden verringert (sogenannte Gläubiger-Schuldner-Hypothese).

²⁹ Vgl. etwa *Albert Jeck*, *Wer gewinnt, wer verliert bei einer Inflation?*, in: *Enteignung durch Inflation?*, herausgegeben von Johannes Schlemmer, Serie Piper, München 1972, S. 90 ff. Ferner *Richard Hauser*, *Vermögensverteilung bei schleichender Inflation*, Münchener Universitäts-Schriften, Reihe der Staatswirtschaftlichen Fakultät, Bd. 2, Kallmünz 1969, S. 54 ff.

³⁰ *Manfred Ziercke*, *Die redistributiven Wirkungen von Inflationen*, Wirtschaftspolitische Studien 19, herausgegeben von Harald Jürgensen, Göttingen 1970, S. 38 ff. Von den zahlreichen Veröffentlichungen zum Problem der Verteilungswirkungen der Inflation — im angelsächsischen Sprachbereich haben sie einen besonders großen Umfang angenommen — seien weiter erwähnt *Harald Scherf*, *Inflation und Einkommensverteilung*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Hamburg, Bd. 100 (1968/1), S. 158 ff.; *Richard Hauser*, *Vermögensverteilung bei schleichender Inflation*, sodann die diesbezüglichen Ausführungen bei *Knut Borhardt*, *Strukturwirkungen des Inflationsprozesses*, Sonderschrift des Ifo-Instituts für Wirtschaftsforschung, Nr. 38, Berlin - München 1972, S. 11 ff.

5.2 Die passive Stellung der Rentner

Im Vordergrund der Argumentation steht zunächst die Aussage, daß die Rentner durch die Inflation besonders getroffen werden. Aufgrund ihrer bei der *Einkommensbeschaffung passiven Stellung* sind sie den Preissteigerungen weitgehend widerstandslos ausgesetzt. Die fehlende Reaktionsmöglichkeit trifft nicht nur für jene Rentner zu, deren Renten auf Sozialversicherungsleistungen beruhen, sondern es lassen sich auch jene anderen „Rentner“ in die Aussage einbeziehen, deren Einkommen vorwiegend in Erträgen aus früher erworbenem Nominalvermögen besteht. Da sie die einmal gewählte Anlageform des Vermögens nur schrittweise wieder ändern können, gelangen sie erst mit zeitlicher Verzögerung in den Genuß von die Geldentwertung tendenziell kompensierenden höheren Nominalzinsen³¹.

Dieser auf beide Rentnergruppen zutreffende Sachverhalt der begrenzten Reaktionsmöglichkeit ist von Nyblén schon vor mehr als 20 Jahren einer spieltheoretischen Deutung unterzogen worden; er hat die Gruppe der Rentner bzw. Sparer treffend als „excluded player“ charakterisiert³². In diesem Sinne stellen die heutigen *Gruppenkampf- bzw. Machttheorien der Inflation*³³ eine Weiterführung der von Nyblén und auch von anderen Autoren bereits früher entwickelten Ansätze dar. Dabei kehrt fast durchwegs die Aussage wieder, daß die Rentner am Verteilungskampf nicht direkt beteiligt sind und daher nicht unmittelbar auf Preiserhöhungen reagieren können.

Wohl treten in der Wirklichkeit mit der Zeit gewisse Korrekturen ein, vor allem für Rentenbezieher aus Sozialversicherungen, bei denen

³¹ So weisen z. B. die Anleihezinsen seit etwa einem Jahrzehnt eine steigende Tendenz auf. Mit zunehmenden Inflationsraten erwarten die Sparer einen Inflationsausgleich und dürften zu einer entsprechenden Bereitstellung von Kapital nur geneigt sein, wenn sie auch höhere Zinsen erhalten. Allerdings dürfen die ohnehin auf weitere Faktoren zurückgehenden Nominalzinssteigerungen nicht darüber hinwegtäuschen, daß es als Folge der Inflation bzw. der verzögerten Anpassung zu einer Senkung der Realverzinsung gekommen ist. Vgl. Jürgen Siebke und Manfred Willems, Zinsniveau, Geldpolitik und Inflation, in: Kredit und Kapital, Berlin, 5. Jg. (1972), S. 187 ff.

³² Göran Nyblén, The Problem of Summation in Economic Science, A Methodological Study with Applications to Interest, Money and Cycles, Lund 1951, S. 164 f. Ganz allgemein geht aus der von Nyblén bevorzugten spieltheoretischen Deutung hervor, daß in verteilungsmäßiger Sicht die Inflation als Null-Summen-Spiel betrachtet werden kann.

³³ Vgl. Hans Würigler, Inflation und Machtproblem, in: Macht und ökonomisches Gesetz, herausgegeben von Hans K. Schneider und Christian Watrin, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/I, Berlin 1973, S. 697 ff. Ferner Silvio Borner, Lohn/Preisstop kein Tabu, in: Wirtschaftswoche, Frankfurt/Main, 27. Jg. (1973), Nr. 25, S. 61 ff., und Norbert Engler, Das Inflationsproblem aus konflikttheoretischer Sicht, in: Konjunkturpolitik, Berlin, 20. Jg. (1974), S. 20 ff.

die Festsetzung der Rentenhöhe auf einem politischen Entscheidungsprozeß beruht³⁴. Da jedoch solche Korrekturen in der Regel verzögert und nicht immer in vollem Umfange eintreten, läßt sich in bezug auf die Rentner durchaus von einer verschlechterten Verteilungssituation sprechen. Der Sachverhalt kann auch als *Renten-lag* charakterisiert werden.

5.3 Die wage-lag-Hypothese

Die wage-lag-Hypothese ist in ihrer Aussage nicht so eindeutig. Sieht man ab von der früheren Version, wonach aufgrund einer anhaltenden Erhöhung des Preisniveaus eine eigentliche Minderung der Realeinkommen der Arbeitnehmer resultiere³⁵, so tritt die Hypothese vor allem in der folgenden Argumentation in Erscheinung: Löhne sind für die Vertragsdauer von Tarifverträgen eingefroren, während die Flexibilität der Preise in dieser Zeit bestehen bleibt. Da Korrekturen in der Regel erst bei neuen Tarifverhandlungen vorgenommen werden können, resultiert zwar nicht ein eigentlicher Rückgang, aber doch ein *zeitliches Nachhinken der Löhne*³⁶.

Ruft man sich dagegen die jüngste Praxis der Tarifverhandlungen in Erinnerung, so zeigt sich, daß neuerdings die für die Dauer einer Tarifperiode erwarteten Preissteigerungen von Gewerkschaftsseite geradezu antizipiert werden, von einem wage-lag also nicht mehr die Rede sein kann. Ohnehin drängt sich die grundsätzliche Feststellung auf, daß eine inflatorisch bewirkte Verschlechterung der Einkommenssituation der Arbeitnehmer ihren *Niederschlag in der Lohnquote* finden müßte. Bei allen Vorbehalten gegenüber den Aussagefähigkeiten selbst einer strukturbereinigten Lohnquote³⁷ deutet jedoch nichts darauf hin, daß seit den sechziger Jahren, also seit Beginn eines stärker ausgepräg-

³⁴ Die Bundesrepublik Deutschland hat 1958 im Rahmen der gesetzlichen Rentenversicherung die „dynamische Rente“ eingeführt, die — wenn auch mit Verzögerung — der Entwicklung der Lohneinkommen folgt. In der schweizerischen Gesetzgebung über die Alters- und Hinterbliebenenversicherung ist der Grundsatz verankert, daß die Renten an die Geldwertentwicklung anzupassen sind. Zur Zeit wird darüber diskutiert, ob die bloße Indexierung zu einer Dynamisierung hin erweitert werden soll.

³⁵ Diese frühere Auffassung wurde etwa vertreten von *Alwin A. Hansen*, *Factors Affecting the Trend of Real Wages*, in: *American Economic Review*, Vol. XV (1925), S. 39 f.

³⁶ Ziercke spricht hier von einem institutionellen Erklärungssatz innerhalb der wage-lag-Hypothese und nennt als Vertreter Jevons, Fisher und Bresciani-Turroni. *Manfred Ziercke*, *Die redistributiven Wirkungen von Inflationen*, S. 46.

³⁷ Vgl. *Manfred Borchert*, *Zur Problematik der Lohnquote*, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, München und Frankfurt, 2. Jg. (1973), S. 549 ff.

ten Inflationsprozesses, die Lohnquote einen Rückgang erfahren hat. Im Gegenteil wurde ab diesem Zeitraum „... trotz der hohen Inflationsraten im wesentlichen eine Erhöhung der tatsächlichen und der verschiedenen rechnerischen Lohnquoten beobachtet“³⁸.

So scheint die in den allerletzten Jahren stärker um sich greifende *Hereinnahme der erwarteten Preissteigerungen* in die Tarifverhandlungen bei den unselbständig Erwerbenden geradezu „Inflationsgewinne“ herbeigeführt zu haben³⁹. Selbst wenn solche Gewinne nur von vorübergehender Natur sein mögen, erweist sich diese Entwicklung auf der anderen Seite als recht problematisch. Denn es wird bei inflationstheoretischen Erörterungen immer wieder darauf hingewiesen, daß über den Produktivitätslohn hinausgehende Lohnerhöhungen bei elastischem Geldangebot inflatorisch wirken⁴⁰.

5.4 Die Benachteiligung der Nominalvermögen

Daß die Besitzer von Nominalvermögen benachteiligt und damit verbunden die Nominalschuldner bevorzugt sind, ist angesichts der inflatorischen Entwicklung der allerletzten Jahre offensichtlich Wirklichkeit. Will man die im Vergleich zur Einkommensverteilung viel stärkeren Inflationswirkungen auf die Vermögensverteilung erklären, so kann davon ausgegangen werden, daß alle *Einkommensarten Stromgrößen* darstellen, d. h. die Dimension „Geldeinheiten je Zeitraum“ aufweisen⁴¹. Bläht sich im Zuge einer inflatorischen Entwicklung die umfassende Stromgröße, nämlich das Volkseinkommen auf, so wird eine entsprechende Anpassung der einzelnen Teilströme an die ausgeweitete umfassende Stromgröße früher oder später Platz greifen; die Benachteiligung einzelner Gruppen von Einkommensbeziehern läßt sich in diesem Sinne auf ein lag-Problem reduzieren.

³⁸ *Manfred Ziercke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, S. 94.

³⁹ So läßt sich für die Bundesrepublik anhand des neuesten Zahlenmaterials für das Jahr 1973 erstmals eine tatsächliche Lohnquote von 69,9 % errechnen, nachdem sie 1972 69,2 %, 1971 nur 68,5 % und 1970 gar nur 66,7 % betragen hatte (Statistische Quelle: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 26. Jg., Mai 1974, S. 64 f.). Auch wenn man die strukturellen Effekte, insbesondere die Verschiebungen zwischen selbständig und unselbständig erwerbenden Arbeitskräften in Betracht zieht, deuten diese Zahlen darauf hin, daß sich beim Einkommensanteil der abhängig Erwerbstätigen ein gewisser „Inflationsgewinn“ abzuzeichnen beginnt.

⁴⁰ Vgl. etwa *Herbert Giersch*, Lohnpolitik und Geldwertstabilität, Kieler Vorträge, N. F. 50, Kiel 1967. Ferner Skiba, der in ähnlichem Zusammenhang von einem „potentiellen preissteigernden Impuls“ spricht. *Rainer Skiba*, Die gewerkschaftliche Lohnpolitik und die Entwicklung der Reallohne, Köln 1968, S. 74.

⁴¹ Vgl. *Alfred Stobbe*, Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, Heidelberger Taschenbücher, Berlin - Heidelberg - New York, 3. Aufl. 1972, S. 36.

Anders liegen die Verhältnisse bei der Vermögensverteilung. *Vermögen sind Bestandsgrößen*, sie haben die Dimension „Geldeinheiten je Stichtag“. Ein Teil dieser Bestandsgrößen besteht in realen Vermögenswerten, wie z. B. Haus- und Grundvermögen oder auch Produktivvermögen. Zu ihnen gesellen sich, insbesondere auf der Ebene der privaten Haushalte, nominale Vermögenswerte, etwa Sparguthaben, Anleihenstiel und Versicherungsansprüche. Während aber die realen Vermögenswerte die inflatorisch bedingte Aufblähung der Bestandsgrößen voll zum Tragen bringen — bei einer Veräußerung treten ohnehin die Marktwerte in Erscheinung⁴² —, haben die *nominalen Vermögenswerte* eine Festlegung in *Geldeinheiten zu früheren Stichtagen* erfahren. Das diesen Vermögenswerten zugrunde liegende Nominalprinzip setzt eben voraus, daß „Mark = Mark“ bleibt, d. h. die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes keinen Veränderungen unterliegt⁴³.

Entfällt diese grundlegende Voraussetzung des Nominalprinzips, hält man jedoch formal daran fest, ergeben sich mannigfache Verzerrungen im ökonomischen Geschehen. Insbesondere bewirken sie eine *veränderte*, d. h. die Besitzer von Realvermögen begünstigende und die Besitzer von Nominalvermögen benachteiligende *Verteilungsstruktur*⁴⁴. Einiges deutet darauf hin, daß gerade die *unteren und mittleren Einkommensgruppen, die vorwiegend nominale Vermögenswerte erwerben*, in verteilungsmäßiger Hinsicht besonders betroffen werden. Im Gegensatz zu den Besitzern größerer Vermögen sind diese Gruppen nicht so sehr imstande, die Anlageformen laufend den veränderten Bedingungen anzupassen und ihre Vermögen ohne größere Substanzverluste auf Realwerte umzuschichten⁴⁵.

⁴² Auf das Problem, wie nichtveräußerte reale Vermögenswerte in „Geldeinheiten je Stichtag“ umzurechnen sind, kann hier nicht eingegangen werden. Vgl. *Richard Hauser*, Vermögensumverteilung bei schleichender Inflation, S. 46 ff. Ferner *Alfred Stobbe*, Volkswirtschaftliches Rechnungswesen, S. 39 ff.

⁴³ Zum Nominalprinzip vgl. *Otto Pfeleiderer*, Indexklauseln im langfristigen Kapitalverkehr als Hilfsmittel der Inflationsbekämpfung, S. 48 ff. Ferner Jahresgutachten 1972/73 des Sachverständigenrats, Stuttgart und Mainz 1972, Ziff. 342.

⁴⁴ Für die Bundesrepublik ist die Deutsche Bundesbank zum Ergebnis gelangt, daß bei einem geschätzten Sachvermögen von rd. 2500 Mrd. DM und einer Preissteigerungsrate von 5 Prozent ein inflationsbedingter Anstieg des Sachvermögens von nicht weniger als 125 Mrd. DM resultiere. Demgegenüber hätten die Besitzer von Geldvermögen ihren Bestand wohl um 60 Mrd. DM erhöhen können, doch hätte der von ihnen vorgenommene Konsumverzicht nicht einmal dazu ausgereicht, den Anteil des Geldvermögens am gesamten Volksvermögen aufrechtzuerhalten. Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1971, S. 27 f.

⁴⁵ Vgl. *Manfred Ziercke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, S. 151 ff. In dieser Hinsicht eher zurückhaltend äußert sich *Klaus Mackscheidt*, Zur Bewertung der Ziele „Preisniveaustabilität“ und „Vollbeschäftigung“ im Rahmen der Trade-off-Analyse, S. 35.

Der so im Gefolge der Inflation vor sich gehende *Umschichtungsprozeß bei den Vermögen* führt zu *weiteren Inflationseffekten*. Da die Vermögensbesitzer die realen Vermögenswerte mehr und mehr bevorzugen, resultiert eine spezifisch inflationsinduzierte Nachfrage nach solchen Vermögensstücken, was wiederum deren Preise in die Höhe treibt. Insbesondere bei den Grundstücken löst die Spekulation über das inflationsbedingte weitere Ansteigen der Grundstückspreise und das gleichzeitige Leichterwerden der Hypothekenschulden Wirkungen aus, die nicht nur in verteilungsmäßiger Hinsicht schwer wiegen, sondern auch an den Grundlagen einer leistungsfähigen Produktionsstruktur zu rütteln beginnen⁴⁶.

6. Die allokativen Wirkungen der Inflation

Inflatorische Entwicklungen schlagen sich sowohl in einem Anstieg der absoluten Preise als auch in einer Veränderung der relativen Preise nieder. Die Vorgänge auf beiden Preisebenen beeinflussen die ökonomischen Aktivitäten, insbesondere die unternehmerischen Investitionen, und es resultieren spezifische Effekte auch im Bereich der Produktion. Der *Allokationsprozeß* vollzieht sich *in veränderter Weise*; nicht nur in bezug auf die Zusammensetzung des Sozialprodukts, sondern auch in bezug auf dessen Umfang sind entsprechende Auswirkungen zu erwarten. Zwar dürfte der exakte Nachweis solch produktionsbeeinflussender Effekte auf der Ebene einer einzelnen Unternehmung eher schwer zu führen sein. In gesamtwirtschaftlicher Sicht wird die angeschnittene Problematik plastischer; sie präsentiert sich hier als die vieldiskutierte Frage, *ob Inflation wachstumsfördernd oder wachstumshemmend wirke*.

Weder theoretische Ansätze noch empirisch orientierte Untersuchungen vermögen auf diese Frage eine von vorneherein eindeutige Antwort abzugeben. Die Annahme, daß eine Inflation sowohl wachstumsfördernde als auch wachstumshemmende Impulse auslöst, ist vorerst durchaus zulässig. Für eine *Wachstumsstimulierung* sprechen etwa die inflationsbedingt erleichterte Investitionsfinanzierung, eine generell gesteigerte Kauffreudigkeit und, damit verbunden, absolut und relativ ansteigende Gewinne. Kommen diese Faktoren zum Tragen, so kann eine Inflation, zumindest solange sie sich in gewissen Grenzen hält, als eine für das Wirtschaftswachstum günstige Bedingungskonstellation

⁴⁶ Vgl. die Feststellung des Sachverständigenrats: „Müssen die Menschen anfangen, sich Häuser bauen zu lassen, um ihr Vermögen auch nur aufzubewahren, geschweige denn es rentierlich anzulegen, so wird ein elementares Bedürfnis, daß sich bei stabilem Geldwert volkswirtschaftlich außerordentlich billig befriedigen läßt, ebenso außerordentlich teuer befriedigt“; Jahresgutachten 1972/73, Ziff. 342.

interpretiert werden⁴⁷. Im Prinzip liegt diese Annahme auch der *Phillips-Kurve* zugrunde, die in der am weitesten entwickelten Fassung als Transformationskurve zwischen Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum dargestellt wird und dabei zwischen beiden Zielen eine anti-nomische Beziehung anzeigt⁴⁸.

Indessen erscheinen die zugunsten des wachstumsfördernden Charakters der Inflation ins Feld geführten Argumente nicht voll überzeugend. Auf der Ebene der theoretischen Beweisführung — so etwa die Aussage von Ott⁴⁹ — erfordern keinerlei Überlegungen den zwingenden Schluß, wonach Geldwertstabilität und selbst kräftiges Wirtschaftswachstum sich letztlich doch nicht vereinen lassen. Andererseits ergibt sich aus neueren empirischen Untersuchungen, daß von einem spezifischen Wachstumseffekt inflatorischer Entwicklungen nicht gesprochen werden kann⁵⁰.

Deutlich zeichnet sich dagegen die Parallelität zwischen der bei erleichterter Kreditfinanzierung meist intensivierten Investitionstätigkeit und der andererseits vor sich gehenden Geldentwertung ab. Zwar vermögen die so finanzierten Investitionen kurzfristig verstärktes Wachstum auszulösen. Aber abgesehen davon, daß die damit induzierten *Inflationsimpulse Stabilisierungsmaßnahmen erfordern*, welche die Wachstumsvorteile mit großer Wahrscheinlichkeit wieder kompensieren⁵¹, ist an dieser Stelle die *Sparminderungsthese* als ins Gewicht fallende Gegenthese zum Wachstumsargument anzuführen. Sie besagt in ihrem Kern, daß, wenn die Inflationsrate einen gewissen Schwellenwert übersteigt, die Wirtschaftssubjekte zunehmend das Vertrauen in die Kaufkraft der Währung verlieren und deshalb insgesamt weniger sparen. Eine Beeinträchtigung des Sparpotentials wird jedoch zumindest

⁴⁷ Vgl. die Gegenüberstellung der für Wachstumshemmung und Wachstumsförderung sprechenden Argumente bei *Rudolf Schilcher*, *Inflation und Wirtschaftswachstum*, in: Beiträge zur ökonomischen Theorie und Politik, herausgegeben von Rudolf Schilcher, Berlin 1964, S. 92 ff.

⁴⁸ Auf die breite Diskussion, die um die Phillips-Kurve und ihre Weiterentwicklung stattgefunden hat, kann hier nicht eingetreten werden. Vgl. etwa *Helmut Maneval*, *Die Phillips-Kurve*, Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 15, Tübingen 1973.

⁴⁹ *Alfred E. Ott*, *Magische Vielecke*, S. 106.

⁵⁰ Vgl. *Hans Josef Barth*, *Zum Einfluß der schleichenden Inflation auf das wirtschaftliche Wachstum*, Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Bd. 7, Tübingen 1969, insbes. S. 197 ff. Ferner der Hinweis von *Wallich* auf eigene weitergehende Untersuchungen; *Henry C. Wallich*, *Inflation und Wirtschaftswachstum*, in: *Wirtschaftswachstum und Geldwertschwund?*, *Schriftenreihe Steuerrecht und Steuerpolitik*, Frankfurt a. M. 1971, S. 16 ff. Im übrigen sei hingewiesen auf die Referate des Arbeitskreises C „Empirische Untersuchungen zu Zielkonflikten“.

⁵¹ Vgl. *Herbert Giersch*, *Wachstumsförderung durch Geldwertschwund?*, in: *Wachstumsförderung durch Geldwertschwund?*, S. 71.

langfristig die Investitionen negativ beeinflussen und dadurch auch das *Wirtschaftswachstum bremsen*⁵².

Während die Sparminderungsthese vorwiegend quantitative Auswirkungen der Inflation auf die Investitionen in Betracht zieht, knüpft das Argument der inflationsinduzierten Fehlinvestitionen am qualitativen Charakter der Investitionsentscheidungen an. Das optimale Funktionieren des *marktwirtschaftlichen Allokationsmechanismus* setzt voraus, daß die Preise die gesamtwirtschaftlichen Knappheiten richtig anzeigen. Aufgrund der unterschiedlichen Inflationsreagibilität der Preise wird jedoch die ihnen innewohnende *Lenkungsfunktion gestört*⁵³. Insbesondere zieht das auf dem Nominalwertprinzip basierende betriebliche Rechnungswesen bei einer inflatorischen Entwicklung den *Ausweis von Scheingewinnen* nach sich⁵⁴. Dadurch können sich u. a. Grenzbetriebe zu lange halten und knappe Ressourcen absorbieren, die an anderer Stelle produktiver hätten eingesetzt werden können. Wohl ließen sich derartige Scheingewinne rechentechnisch durchaus eliminieren. Dies würde allerdings erhebliche Umstellungen im betrieblichen Rechnungswesen erfordern, so daß durch eine derartige Umstellung ein spezieller, ausschließlich der Inflation anzulastender Kostenfaktor zutage treten müßte⁵⁵.

Die Feststellung, daß aus der inflationsbedingten Fehlallokation von Ressourcen Wachstumsverluste resultieren, leitet über zu der in diesem Zusammenhang häufig geäußerten Befürchtung, durch eine anhaltende Inflation würden letztlich die *Grundlagen einer marktwirtschaftlichen Ordnung erschüttert*⁵⁶. Vor allem die für das Funktionieren einer Marktwirtschaft grundlegenden und besonders empfindlichen Zukunftsdispositionen des Sparens und Investierens könnten bei einem allgemeinen Vertrauensschwund versagen und den gesamten Allokationsprozeß empfindlich stören. Damit zeichnet sich die Gefahr ab, daß die Bevölkerung

⁵² Vgl. *Rudolf Schilcher*, Inflation und Wirtschaftswachstum, S. 91 ff.

⁵³ Vgl. *Friedrich A. Lutz*, Inflationsgefahr und Konjunkturpolitik, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bern, 93. Jg. (1957), S. 200 f.

⁵⁴ Diese Problematik hat schon früher Gegenstand einer Diskussion gebildet, wenngleich unter einem etwas anderen Vorzeichen. Vgl. *Fritz Schmidt*, Die Industriekonjunktur — ein Rechenfehler?, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, Wiesbaden, 2. Sonderheft 1927.

⁵⁵ Vgl. *Manfred O. E. Hennies*, Das nicht so magische Polygon der Wirtschaftspolitik, S. 24 ff. Ferner *Klaus Mackscheidt*, Zur Bewertung der Ziele „Preisniveaustabilität“ und „Vollbeschäftigung“ im Rahmen der Trade-off-Analyse, S. 37 f., der besonders auch auf die Informationskosten zur Vermeidung von Inflationsverlusten hinweist.

⁵⁶ So etwa die lapidare Feststellung: „Die Inflation untergräbt das Fundament einer freien Wirtschafts- und Gesellschaftsordnung“. *Ernst Dürr, Herbert Giersch u. a.*, Konzept zur Rückgewinnung der Stabilität, Bonn 1974, S. 3.

die als Folge der Inflation sich häufenden Unzulänglichkeiten als Versagen der Marktwirtschaft schlechthin auffaßt. In diesem Sinne führt ein anhaltender Geldwertschwund alsdann zu wachsenden sozialen Spannungen, die bei genügender Stärke eine Ablösung des Wirtschaftssystems herbeizuführen vermögen.

Für den Ökonomen ist es allerdings schwierig, verbindliche Aussagen darüber zu machen, wann und wo im Zuge einer inflatorischen Entwicklung diese *kritische Grenze* erreicht ist. Die Argumentation vollzieht sich auf einer Ebene, auf welcher die ökonomisch-theoretische Betrachtung wohl noch Beiträge liefern, jedoch keine abschließenden Feststellungen mehr treffen kann. Jedenfalls läßt die Frage nach einer derartigen kritischen Grenze — hier ausgelöst durch die Auswirkungen einer anhaltenden Geldentwertung — die Vorstellung einer *Stabilität des gesamten marktwirtschaftlichen Systems* sichtbar werden.

Zweifellos gibt es gewisse Bedingungen, welche die Stabilität eines umfassend verstandenen polit-ökonomischen Systems sicherstellen und in welche insbesondere die richtige Zuordnung von wirtschaftlicher und politischer Stabilität einzugehen hat⁵⁷. Diese auch den Ökonomen berührende Problematik läßt sich gedanklich aber besser bewältigen, wenn bei der Erörterung der wirtschaftspolitischen Ziele Stabilität vorerst als Geldwertstabilität verstanden wird. Geht man in der Folge näher auf die bei Nichtgeldwertstabilität resultierenden allokativen, aber auch distributiven Wirkungen ein, so werden diese weiterreichenden Bezüge des Stabilitätsziels ohnehin deutlich.

⁵⁷ Vgl. etwa den Hinweis von Bruno S. Frey auf Gleichgewichtsmodelle polit-ökonomischer Systeme. Bruno S. Frey, Die ökonomische Theorie der Politik oder die neue politische Ökonomie, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Tübingen, 126. Bd. (1970), S. 17 ff.

Korreferat zu: Geldwertstabilität als materiales Stabilitätsziel

Von *Gerold Blümle*, Freiburg i. Br.

1. Zum Begriff der Geldwertstabilität

Wenn man wie Werner Stabilität im engeren Sinne als Niveaustabilität und material als Geldwertstabilität begreift, so umreißt man damit sicher das zur Diskussion stehende wirtschaftspolitische Ziel richtig. Für eine exakte Analyse der Wirkungen der Inflation ist jedoch darüber hinaus die Unterscheidung zwischen den Einflüssen alternativer, im Zeitablauf konstanter Inflationsraten und Änderungen der Inflationsrate selbst von entscheidender Bedeutung.

Bei andauernd gleichbleibenden Preissteigerungen ist nämlich zu erwarten, daß sich die Wirtschaft allgemein so an die schleichende Inflation angepaßt hat, daß die Frage, welche Variablen vorausseilen und welche hinterherhinken, nicht mehr zu beantworten ist. Unter diesem Gesichtspunkt wundert es nicht, daß Nachweise einer Benachteiligung der Unselbständigen durch die schleichende Inflation bislang mißlungen sind und bei der theoretischen Begründung einer solchen Benachteiligung, beispielsweise durch die wage-lag-Hypothese, in der Argumentation meist nicht ausreichend zwischen der Inflationsrate und ihrer Änderung unterschieden wird. Dies mag zum Teil auch darin begründet sein, daß die „säkulare Inflation“ nicht als eigentlich säkulares Geschehen verstanden, sondern als bei nach unten starren Preisen stetes Aufeinanderfolgen konjunktureller Preiserhöhungen aufgefaßt wird, bei deren Ausbleiben mit den Änderungen der Preissteigerungsrate auch die Rate selbst verschwinden würde.

Die Wichtigkeit dieses Unterschiedes zwischen dem Betrag der Preissteigerungsrate und ihrer Änderung läßt sich zum Beispiel auch im Hinblick auf die Funktionen des Geldes erläutern. Unterschiedliche Höhen gleichbleibender Inflationsraten bedingen, ebenso wie unterschiedliche Zinsniveaus, lediglich Unterschiede in den Alternativkosten der Kassenhaltung, müssen aber nicht, im Gegensatz zu dauernden Änderungen der Inflationsrate, die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes gefährden.

Von entscheidender Bedeutung wird schließlich die angesprochene Unterscheidung auch im Hinblick auf die Beurteilung der Verteilungswirkungen der Inflation.

2. Die Verteilungswirkungen der Inflation

Wenn die schleichende Inflation, was wohl allgemein anerkannt wird, Symptom eines Verteilungskampfes ist, so ist eine Bekämpfung dieses Symptomes mittelbar auch nicht ohne Einfluß auf eine irgendwie definierte langfristige gleichgewichtige Einkommensverteilung. Obwohl „eine exakte Trennung inflationsinduzierter und nicht inflationsinduzierter Änderungen der Einkommensverteilung“¹ nicht möglich erscheint, versucht man als Verteilungswirkungen der Inflation meist die unmittelbaren, durch die unterschiedlichen Reaktionsmöglichkeiten einzelner Gruppen bedingten Einflüsse abzugrenzen.

Daß Einkommen, welche in Geldeinheiten festgelegt sind, bei gleichbleibender Inflationsrate real abnehmen, ist selbstverständlich. Mehr oder weniger werden indessen die meisten Einkommen dynamisch angepaßt. Die Inflation führt dann bei Tariflöhnen, Gehältern und Renten nur zu Abnahmen des Realeinkommens von einer Erhöhung bis zur nächsten. Daß solche Schwankungen in den Realeinkommen, vor allem, wenn die Anpassungen nicht automatisch erfolgen, Unsicherheit und Unruhe erzeugen, ist verständlich, zumal die verzögerte Anpassung meist bei Unterprivilegierten (z. B. den Kriegsoptionen in der BRD) erfolgt. Geradezu als beängstigend werden solche Abnahmen der Realeinkommen zu Zeiten empfunden, da die Preise mit zunehmenden Raten steigen.

Eine langfristig konstante Preissteigerungsrate erscheint also meines Erachtens insofern problematisch, als sie je nach Schnelligkeit der Anpassung von Nominaleinkommen Schwankungen der Realeinkommen bedingt. Auf lange Zeit gesehen scheinen weder bei Lohnempfängern² noch bei Rentnern³ Benachteiligungen zwingend.

Ergänzend muß hier noch auf die gerade in jüngster Zeit in der BRD stark diskutierten Verteilungswirkungen der Inflation bei progressiver Besteuerung eingegangen werden. Zum einen steigt der Staatsanteil durch die Progression, wobei die Frage, ob der Staat letztlich an der Inflation gewinnt, erst zu beantworten ist, wenn man deren Einfluß auf die Entwicklung der Kosten staatlicher Leistungen berücksichtigt. Zum anderen wird bei steigenden Nominaleinkommen die Progression

¹ *Manfred Zierke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, Göttingen 1970, S. 86.

² Hierzu siehe *Manfred Zierke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, sowie *Hans-Jürgen Ramser* und *Manfred Timmermann*, Relative oder absolute Preisstabilität? — Ein Beitrag zu den Kosten der Inflationsbekämpfung —, in: *Der Volks- und Betriebswirt*, Nr. 7/8, 1971, S. 1 f.

³ Hierzu siehe *Otto Roloff*, Die gesetzlichen Rentenversicherungen in der Bundesrepublik — Analyse und Prognose —, Basel 1970, S. 6.

schließlich in Bereichen von Realeinkommen wirksam, für die sie ursprünglich nicht konzipiert war. Auf die Frage allerdings, wer letztendlich die progressive Steuer trägt, läßt sich so einfach keine Antwort geben. Es ist durchaus denkbar, daß bei Lohnverhandlungen auf die Nettoeinkommen abgestellt und somit ein Teil der Steuerprogression überwältigt wird. Im Extremfall ließe die Progression die Verteilungsproportionen der Nettoeinkommen unberührt und würde nur zu einer entsprechenden Transformation der Bruttoverteilung führen.

3. Die Wirkungen der Inflation auf die Allokation

In diesem Zusammenhang wäre ergänzend zur Darstellung der allokativen Wirkungen der Inflation zu erwähnen, daß eine bei Inflation wegen der Steuerprogression ungleichmäßiger werdende Bruttoverteilung durch eine Änderung der Faktorpreisverhältnisse die Faktorallokation beeinflussen müßte. Das würde bedeuten, daß tendenziell die Nachfrage nach teureren, weil qualifizierteren Arbeitskräften im Vergleich zu denjenigen nach weniger qualifizierten Arbeitskräften abnimmt, was wiederum auf eine Nivellierung der Verteilung der Bruttoeinkommen hinwirken dürfte.

Insgesamt wird keiner der Extremfälle zutreffen und die Inflation zugleich über die progressive Besteuerung die niedrigen Einkommen stärker belasten sowie bei teilweise erfolgreichem Versuch der Überwälzung die Faktorpreisverhältnisse und damit die Allokation ändern.

4. Die Benachteiligung der Nominalvermögen

Dem Begriff Nominalvermögen in diesem Zusammenhang den des Sachvermögens gegenüberzustellen, scheint mir deshalb sinnvoller, weil mit dem Begriff Realvermögen eine durch einen Index ausdrückbare Beziehung zum Nominalvermögen angedeutet wird.

Hier halte ich zwei Gesichtspunkte zusätzlich für erwähnenswert. Selbst wenn man davon ausgeht, daß, wie eingangs bemerkt, eine konstante Inflationsrate die Wertaufbewahrungsfunktion des Geldes und damit die von Nominalvermögen nicht zerstört und außerdem, was wohl zu bezweifeln ist, die Anlagemöglichkeiten in alternative Vermögensobjekte unabhängig vom sozialen Status sind, so muß doch beachtet werden, daß die Anlageabsichten verschiedener sozioökonomischer Gruppen differieren. Das Sparen in den unteren Einkommensklassen dürfte im wesentlichen der Bereitstellung einer Sicherheitsreserve und der Anschaffung von dauerhaften Konsumgütern dienen, Sparvorgänge, die in wachsenden Volkswirtschaften wesentlich zur gesamtwirtschaft-

lichen Sparquote beitragen⁴. Trotz der oft angenommenen Chancengleichheit hinsichtlich der Anlageform⁵ führt die Sparabsicht dazu, daß in unteren Einkommensklassen die Mittel liquider gehalten werden und damit von der Inflation stärker betroffen sind.

Des weiteren muß man beachten, daß von der Benachteiligung der Nominalvermögen verschiedene Altersklassen wohl unterschiedlich betroffen sind. Jüngere Arbeitnehmer und Rentner⁶ halten wahrscheinlich ihre Mittel weitgehend liquide. Die mittlere Generation, sowie sie als Bausparer gebaut hat, profitiert von der Inflation, im Gegensatz zur jüngeren, die noch anspart.

5. Die Kosten der Preisstabilität

Wenn man vom Vorzielcharakter der Geldwertstabilität spricht, so zwingt es sich meines Erachtens geradezu auf, auch von deren Kosten zu sprechen. Dieser Problemkreis, der im Referat von Werner kaum angesprochen wurde, kann in meinem Korreferat nur angedeutet werden. Eine genauere Aussage über die Kosten der Inflationsbekämpfung durch Arbeitslosigkeit, Zahlungsbilanzungleichgewichte bei starren Wechselkursen oder auch aufgegebene Wachstumschancen⁷ setzt eine umfassendere Analyse des Inflationsproblems sowie die konkrete Darstellung einer langfristig erfolgreichen Antiinflationpolitik voraus.

⁴ Hierzu siehe *Simon Kuznets*, *Capital in the American Economy, Its Formation and Financing*, Princeton 1961, S. 91 f., sowie *Gerold Blümle*, *Zur Theorie des Sparens in einer wachsenden Wirtschaft*, in: *Kredit und Kapital*, 7. Jg. (1974), S. 192 f.

⁵ *Hans-Jürgen Ramser* und *Manfred Timmermann*, *Relative oder absolute Preisstabilität*, S. 5.

⁶ *Hans-Jürgen Ramser* und *Manfred Timmermann*, S. 5.

⁷ *Hans-Jürgen Ramser* und *Manfred Timmermann*, S. 1 f.

Diskussion

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Wir sind jetzt sehr stark auf Probleme der Evaluierung des Zieles Geldwertstabilität gekommen. Das ist aber vielleicht nicht so schlimm, weil das in der Tat nachher etwas zu der Frage der Stellung dieses Ziels im Rahmen von Zielsystemen beitragen könnte.

Wir würden jetzt den Diskussionsrest zu dem Referat von Herrn Neumann hier mit einzubringen haben.

Bodo B. Gemper (Köln):

Herr Kollege Neumann, mein Beitrag zur Skizze Ihres Zielsystems geht in eine ganz andere Richtung als die bisherigen Bemerkungen zu Ihrem Referat und ist mehr von praktischer Bedeutung. Herr Neumann, Sie weisen in Ihrer zur Diskussion gestellten Skizze eines realitätsorientierten gesellschaftlichen Zielsystems den *Strukturzielen* allein dadurch eine bemerkenswerte Position zu, daß Sie den Blick unmittelbar über die Grenzen einer einzelnen Volkswirtschaft hinaus auf internationale Ebene richten. Unausgesprochen bringen Sie dadurch den zukunftsprägenden Charakter Ihrer Zielvorstellung zum Ausdruck, weil mit Sicherheit die Gestalt der Welt von morgen davon abhängen wird, in welchem Maße wir es verstehen, den Abbau von Wohlfahrtsunterschieden zu anderen Industrieländern und zu Entwicklungsländern zu erreichen und die wirtschaftliche und politische Integration voranzutreiben.

Die *Kommunikation* und *Zusammenarbeit* mit anderen Volkswirtschaften kann sich vollziehen

1. zwischen Volkswirtschaften gleicher oder stark verwandter Wirtschaftsordnungen, d. h. praktisch zur Integration bzw. Verschmelzung in einer politischen Union führen, und zwar entweder zwischen Volkswirtschaften mit vergleichbarem oder zwischen Volkswirtschaften mit unterschiedlichem Entwicklungsniveau,
2. aber auch zwischen Volkswirtschaften gegensätzlicher Wirtschaftsordnung, und zwar wiederum entweder zwischen Volkswirtschaften vergleichbaren oder zwischen Volkswirtschaften unterschiedlichen Entwicklungsniveaus.

Somit stellt sich folgende Frage: Reichen unsere bislang akzeptierten, mehr oder weniger klassisch-marktwirtschaftlichen Integrationsvorstellungen aus, um auch die *interkommunikative, systemüberschreitende Zusammenarbeit* im Zielsystem sachgerecht zum Ausdruck zu bringen, mit anderen Worten: Wurde nicht bisher zu einseitig das Augenmerk auf Integration zwischen Volkswirtschaften auf vergleichbarem Entwicklungsniveau und mit gleicher Wirtschaftsordnung gerichtet und dabei weitgehend beiseite gelassen die Problematik der Integration zum einen zwischen Volkswirtschaften unterschiedlichen Entwicklungsniveaus und zum anderen auch zwischen Volkswirtschaften sowohl unterschiedlichen Entwicklungsniveaus als auch gegensätzlicher Wirtschaftsordnung?

W. W. Engelhardt (Köln):

Es ist ein bißchen schwierig, jetzt wieder an den Vortrag von Herrn Neumann anzuknüpfen, weil ich zu einigen ganz konkreten Punkten seines Referats Stellung nehmen wollte. Inzwischen haben wir das Referat von Herrn Werner gehört, und ich denke, es gibt zwischen beiden Vorträgen durchaus Brücken. Deshalb will ich jetzt stichwortartig eine solche Brücke aufzeigen.

Es ist in der Diskussion zum Referat von Herrn Neumann kritisiert worden, daß er einen Zielekatalog auf bekenntnismäßiger Grundlage mit einem ziemlichen Allgemeinheitsanspruch vertreten habe. Ich meine nun, daß — was die bekenntnismäßige Position betrifft — der Unterschied zwischen den Ausführungen von Herrn Neumann und den Darlegungen von Herrn Werner hauptsächlich darin besteht, daß Herr Neumann die Skizze eines — wohlgemerkt: eines unter mehreren möglichen — gesellschaftlichen Zielsystems auf bekenntnismäßiger Grundlage dargestellt hat, während Herr Werner ein einziges, relativ apodiktisch formuliertes Ziel, nämlich Geldwertstabilität, vertreten hat. Und auch Herr Pütz hat als Wissenschaftler durchaus bekenntnishafte Äußerungen getan, hier und in seinen Schriften. Von daher sehe ich in diesem Punkt eigentlich keinen grundsätzlichen Unterschied zwischen den Ausführungen der beiden Referenten und denjenigen des ersten Diskussionsredners.

Ich möchte auch noch einmal anknüpfen an die These von Herrn Neumann, die Zielaussagen sollten auf einer anwendungsrelevanten Abstraktionsstufe stehen. In diesem Zusammenhang ist schon von Herrn Jöhr die vertiefende Frage gestellt worden: Wie kommt man zu Zielsystemen? Ich finde, das ist durchaus eine Frage, die noch weiterer Behandlung bedarf. Ich muß sagen, daß ich hier den Ausführungen von Herrn Neumann weithin zustimme, wenn er das Problem der Zielsysteme in Verbindung bringt mit der Frage nach der Relevanz von

Leitbildern — die bekanntlich auch Herr Pütz sehr ausführlich behandelt hat — und darüber hinaus mit der Frage nach der Bedeutung anderer Utopien, die man hier nicht ausklammern sollte.

Allerdings kann ich Herrn Neumann nicht folgen, wenn er darlegt, es gehe dabei hauptsächlich um ein logisches Problem, nämlich um die logisch vorgelagerten Orientierungskompassse der Zielsysteme. Ich würde meinen, in erster Linie müßte uns in diesem Zusammenhange ein genetisch-psychologisches Problem beschäftigen, das freilich auch eine bestimmte logische Seite hat. Ich möchte die Fragestellung an dieser Stelle nicht vertiefen, zumal ich sie an anderer Stelle erörtert habe. Ich wollte diesen Punkt nur kurz angesprochen haben.

Im Zusammenhang der behandelten Bestandteile von Leitbildern kommt nun Herr Neumann in seinem Referat auch auf die Frage des Stabilitätsideals zurück. Ich würde hier dem Vorsitzenden unseres Arbeitskreises darin zustimmen, daß man den Eindruck gewinnen kann, Stabilität sei bei Herrn Neumann kein Ziel. Wenn dieser Eindruck stimmen würde, sähe auch ich allerdings eine Gefahr, nämlich jene, die Herr Jöhr in seinem gestrigen Eingangsreferat bereits herausgearbeitet hat: daß Stabilität dann den Rang einer Bedingung bekäme und von daher als einziges absolutes Ziel Eingang in ein Zielsystem fände, wenn auch mehr durch den Hintereingang. Von daher stellt sich in der Tat die Frage, ob man nicht, anknüpfend an das Stabilitätsideal, eben doch Stabilität auch in einem gesellschaftlichen Zielsystem als Ziel konkret formulieren sollte, etwa in der Art, wie es Herr Werner von seinem Bekenntnis für Geldwertstabilität her formuliert hat.

Herr Neumann hat m. E. in durchaus interessanter Weise — interessant besonders für den Sozialpolitiker — das Stabilitätsziel mit dem Lebenslagenaxiom im Sinne von Neurath und Weisser verknüpft. Ich möchte allerdings zu bedenken geben, daß von daher vielleicht eine unbewußte Einengung des Problems resultieren kann, indem man nämlich die Erhaltung oder Verbesserung von Lebenslagen lediglich als eine Art mikroökonomisches Gruppenziel einführt und die Makrozusammenhänge grundsätzlich unberücksichtigt bleiben. Lebenslagen sollten indessen in der Forschung über Zielsysteme sowohl als individuelle Situationen einzelner interessieren, als auch als Gruppenlebenslagen Berücksichtigung finden, schließlich aber auch in ihrer Relevanz für Makrozusammenhänge ausgelotet werden.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Herr Neumann, ich glaube, Sie können nicht auf alles erwidern, aber Sie sollten wenigstens Gelegenheit haben, auf einiges einzugehen.

Lothar F. Neumann (Junkersdorf b. Köln):

Herr Vorsitzender, ich will versuchen, mich kurz zu fassen.

Zu Herrn Hauser: „*Funktion* gesellschaftlicher Zielsysteme“ war nicht mein Thema. Ich darf auf die Literatur hinweisen: Habermas, Schelsky, Dror, Lompe, Flohr. Das müßte genügen. Natürlich muß ich, wenn ich über Zielsysteme ein Buch schreibe, die Funktion von Zielsystemen in der Politik behandeln. Außerdem war auch von der wissenschaftlichen Kommission dieser Tagung vorgegeben, dies nicht zu behandeln. Ebenso sollte auch der Zielfindungsprozeß nicht behandelt werden. — Das nur zur Erläuterung.

Sodann machen Sie mir einen Vorwurf wegen meiner Terminologie. Da bin ich ein bißchen enttäuscht; denn diese Terminologie ist mindestens seit Albert gebräuchlich. Ich finde, die Terminologie der Systemanalyse, wie sie uns Herr Fritsch heute teilweise geboten hat, ist etwas schwerer zugänglich als „Kompatibilität“ und „Inkompatibilität“.

In einem muß ich Ihnen recht geben — auch Herrn Pütz —: Was ich nicht getan habe, ist, meine methodologischen Ansprüche oder, wenn Sie so wollen, meinen methodologischen Agnostizismus in bezug auf Zielsysteme bei meinem eigenen Zielsystem einzuhalten. Aber bitte, wenn Sie das Wort „Skizze“ so, wie es in der erkenntnistheoretischen Literatur heute verwandt wird, verstehen, müssen Sie zugeben, daß ich diesen Anspruch auch gar nicht erhoben habe. Ich habe also kein Zielsystem entwickelt. Das kann man gar nicht in einem solchen Arbeitspapier. Es ist, Herr Gäfgen, vielleicht ein Katalog. Aber ich frage Sie: Wer in der Wirtschaftswissenschaft hat einen solchen Katalog schon einmal aufgestellt? Den ganzen Morgen wird darüber geredet, daß wir mit dem ökonomischen Subsystem nicht auskommen — und was hört man? Man hört „Geldwertstabilität“ — Schluß, basta! Ich lade Sie ein, sich einmal mit diesem Katalog zu beschäftigen und zu sehen, was an diesem Katalog denn falsch ist. Ich bin mir darüber im klaren, daß er nicht operational ist, aber —

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Entschuldigen Sie, es stehen schon manche Kataloge in manchen Lehrbüchern!

Lothar F. Neumann (Junkersdorf b. Köln):

Wer hat beispielsweise die Vollzugsziele einmal explizit formuliert? Wer spricht aus, daß wir Einkommensreglementierung haben? Wer spricht aus, daß wir Einkommensverwendungsverbote haben? Wer

spricht aus, daß das auch Ziele sein können, die aus sozialpolitischen und gesellschaftspolitischen Gründen angestrebt werden? Denken Sie etwa nur an die Bekämpfung von Suchtgefahren usw. Darüber besteht höchstwahrscheinlich zwischen uns Wertkonsens, es wird nur nicht explizit formuliert. Ich kann natürlich in einer Systemanalyse herrlich über Ziele diskutieren; nur, wenn ich einmal *inhaltliche* Ziele formuliere, muß ich auch Angriffsflächen bieten — darüber bin ich mir im klaren. Ich bin der Meinung, man sollte sehr viel mehr solcher Angriffsflächen bieten.

Herr Pütz, ich bin Ihnen sehr dankbar für Ihren Beitrag. Ich glaube, was die Kritik des Ansatzes betrifft, beruht sie zu einem Teil auf einem Mißverständnis. Ich habe mich überhaupt nicht geäußert zu den Fragen der Begründung von Zielen, von Normen, von Zielsystemen. Ich bin mit Ihnen höchstwahrscheinlich darin einig, daß es da keine kognitive Dimension gibt — obwohl das ja in letzter Zeit wiederum sehr strittig ist; man hat ja eine gewisse Renaissance etwa der praktischen Philosophie zu erwarten.

Herr Engelhardt, ich habe diese Ziele auch nicht einmal bekenntnismäßig eingeführt; ich habe gar nicht gesagt, daß es meine Ziele sind. Ich habe sie nur einmal zur Diskussion gestellt.

W. W. Engelhardt (Köln):

Sie haben von einem nicht rein normativen Charakter der Zielaussagen gesprochen. Das heißt doch, daß sie mindestens teilweise normativ sind.

Lothar F. Neumann (Junkersdorf b. Köln):

Teilweise sind sie normativ. Nur bedeutet das ja nicht, daß es meine sind. Ich will hier gar nicht den Streit mit Herrn Albert ausfechten; ob Herr Albert das in die Wenn-Komponente packt oder ob das von mir bekenntnismäßig aufgeführt wird, ist eigentlich irrelevant für den hier zu diskutierenden wissenschaftlichen Zusammenhang.

Übrigens zur Klarstellung: Wenn ich das Wort Neo-Normativismus gebrauche — auf jeden Fall wäre mein Neo-Normativismus antiplatonisch. Vielleicht sind Sie auch in diesem Sinne Antiplatoniker, Herr Pütz, gerade weil Sie Max Weber erwähnten. Nur, bei Max Weber ist ja die große Gefahr, daß er manchmal in der Nähe von Carl Schmitt steht.

(*Theodor Pütz* [Wien]: Nein, weder noch!)

— Politische Relevanz: Da kann man sich schnell einigen. Die praktische Tagespolitik wird ergeben, was politisch relevant ist; da wird sich

zeigen, was an Problemen auf den Tisch kommt. Ich nehme das gar nicht so ernst. Ich suche dafür kein objektives Kriterium. Dafür gibt es auch kein objektives Kriterium. Was ich als politisch relevant empfinde, hängt letztlich auch von meinem Wertehimmel ab. Andere mögen nicht als politisch relevant ansehen, was ich als Sozialpolitiker durchaus als politisch relevant empfinde. Das kann kontrovers sein, obwohl über viele Dinge in einer Gesellschaft ja auch Konsens besteht.

Ich kann mir natürlich lebhaft vorstellen, daß meine methodologische These, daß ein Zielsystem praktisch nicht kompatibel sein und auch nicht widerspruchsfrei formuliert werden kann, eine Provokation ist. Aber das habe ich ganz bewußt so formuliert, um zu helfen, endlich Abschied zu nehmen von jenen Harmonievorstellungen über Zielsysteme. Man kann den offenen logischen Widerspruch vermeiden, aber — und das hat eben Ija Pawlowska gezeigt — selbst wenn das System auf der Ebene der Ziele ohne solche Widersprüche formuliert ist, ergeben sich Widersprüche bei der Ableitung. Das kann ich vorher nicht wissen. Das hängt damit zusammen, daß die Frage der faktischen und der theoretischen Kompatibilität eine Rolle spielt. Jedenfalls ergeben sich dann Widersprüche in meinen Normen, die ich vorher gar nicht erkennen konnte. Es ist nur eine Frage des Realismus, wenn ich schlicht und ergreifend sage: Ich muß mir darüber im klaren sein, daß in meinem Zielsystem irgendwann einmal auch logische Widersprüche auftauchen, die ich bei der Formulierung überhaupt nicht entdeckt habe. Ich glaube, alles andere läuft hinaus — und, Herr Pütz, da wähne ich Sie ein bißchen in der Nähe von Herrn von Mises — auf einen ökonomischen Apriorismus.

(Theodor Pütz [Wien]: Danke schön!)

— Da muß ich Ihnen allerdings sagen, das ist eine Position, die ich ablehne, weil sie politisch nicht relevant ist.

Nun zu meinem Zielekatalog. Ich habe die Stabilität nicht hinausmanipuliert. Ich habe nur mit Max Weber die Kritik an Kollektivbegriffen — Herr Pütz, da werden Sie mir höchstwahrscheinlich folgen; Stabilität ist nach meiner Vorstellung ein Kollektivbegriff — ernstgenommen und jene Stabilitäts-Metaphysik aufgelöst. Mein Stabilitätsziel ist ein Querschnittsziel. Das, was heute morgen in der Diskussion zum Referat von Herrn Fritsch gesagt wurde, nämlich daß unter Umständen Geldwertstabilität ein Subsystem höchst unstabil machen kann — ich kann es auch in dieser Terminologie ausdrücken —, trifft ja zu, wenn ich das Stabilitätsziel als Querschnittsziel betrachte. Es kann also sein, daß die Einkommen stabil geblieben sind, daß Geldwertstabilität gegeben ist, daß sich aber insgesamt gesehen die Lebenslage verschlechtert hat. Dann ist diese Lebenslage für mich instabiler geworden. Ich

nehme also das Stabilitätsziel höchstwahrscheinlich sehr viel ernster als die Ökonomen; ich mache mit dem Stabilitätsziel ernst.

Herr Jöhr, Sie haben gesagt, Sie können sich nicht mit der Einführung von Hilfszielen befreunden. Der Vorschlag, in der Wirtschaftspolitik verstärkt mit Hilfszielen zu arbeiten und sie in bestimmten Entscheidungssituationen einzuführen — ich habe nur mal einige illustrativ formuliert —, muß ernstgenommen werden, wenn die Wirtschaftswissenschaft nicht darauf verzichten will, in bestimmten politischen Anwendungssituationen Empfehlungen oder Warnungen auszusprechen. Wenn Sie sagen — ich habe Sie jedenfalls so verstanden —, Sie könnten sich damit nicht befreunden, weil das mathematisch nicht darstellbar sei, dann kann ich Ihnen nur antworten, daß wir höchstwahrscheinlich eine ganz andere Wissenschaftsintention haben. Ich würde sagen: Gerade weil ich es mathematisch nicht darstellen kann, muß ich es wirtschaftspolitisch unbedingt machen. Ich habe auch heute morgen den Eindruck gehabt, daß die Formalisierung der eigentlichen Theoriebildung voranschreitet und daß die Theoriebildung erst später kommt. Das kann sehr fruchtbar sein. Es war früher nicht so. Denken Sie auch an die Naturwissenschaften: Die mathematische Formulierung der Relativitätstheorie durch Minkowski kam später. Heute haben wir oft den umgekehrten Prozeß. Ich meine also, wir sollten sehr wohl einmal untersuchen, ob wir nicht mit diesen Hilfszielen arbeiten können, obwohl ich die Gefahren, die damit verbunden sind, durchaus sehe.

Zu Herrn Gemper darf ich nur ganz kurz noch sagen: Natürlich sehe ich dieses Problem mit den Volkswirtschaften. Ich habe es nicht so betont formuliert, auch nicht explizit formuliert.

Ich würde mich nur freuen, Herr Vorsitzender und Herr Pütz, wenn dieser Beitrag im Sinne von Toynbee eine „response“ war.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Es wurde gefragt, was das ist: Da Herr Pütz sich als challenge bezeichnet hat, hat Herr Neumann sich jetzt als response verstanden.

Herbert Biermann (Münster):

Ich möchte nur noch eine Anmerkung vorbringen. In der Diskussion hat sich ergeben, daß man insbesondere hinsichtlich des Stabilitätsziels innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme noch einige Probleme hat. Ich möchte fragen — insbesondere Herrn Neumann —: Warum ist man bislang nicht bescheidener gewesen und hat sich auf eine Gruppe oder eine Kooperation beschränkt? Letztlich stellt ja eine Gemeinschaft wie der Staat auch eine Gruppe dar, wenngleich sie den Charakter einer großen Gruppe hat. Eine solche Kooperation kann man hinsichtlich ihres Leistungsergebnisses, der Beitragsverteilung und Nutzenverteilung ana-

lysieren. Entsprechende Begriffe sind Effektivität und Gleichgewichtsfähigkeit. Wenn ich dann noch einbeziehe, daß der einzelne innerhalb dieser Kooperation Kritik äußern kann, mit dem Ziel der Veränderung dieser Kooperation, andererseits aber auch abwandern, so könnte ich mir vorstellen — und da bin ich der Meinung von Herrn Pütz —, daß im Sinne der Zielfindung die Problematik geklärt werden kann: Was ist Stabilität, was ist das Stabilitätsziel innerhalb eines gesellschaftlichen Zielsystems? Dann habe ich gleichzeitig auch den Übergang zu dem Referat von Herrn Werner; denn die Verteilung ist ein wichtiges Problem dieser Gruppen oder dieser Kooperation. Meines Erachtens sollten also vom kleinen her diese Fragen angegangen werden.

Otto Pfeleiderer (Stuttgart):

Herr Werner hat in seinem Referat mit vollem Recht die Frage gestellt, welchen Wert die Zielfunktion der Geldwertstabilität an und für sich habe, und er hat die Frage dadurch beantwortet — wie mir scheint, ebenfalls mit vollem Recht —, daß er die Allokations- und Distributionseffekte der Instabilität des Geldwerts untersucht hat. Die Distributionseffekte sind nun — ich zitiere wieder Herrn Werner — Effekte teils auf die Einkommensverteilung, teils auf die Vermögensverteilung. Für die Effekte auf die Einkommensverteilung gilt weitgehend, was Herr Blümle gesagt hat: daß schon heute die Höhe der einzelnen Einkommen an den Inflationsprozeß angepaßt wird. Das gilt allerdings nicht für die Zinseinkommen, jedenfalls nicht für die Zinseinkommen aus sogenannten festverzinslichen Geldvermögensanlagen. Die Distributionseffekte auf die Vermögensverteilung könnten durch Indexklauseln, durch die Schaffung wertbeständiger Geldvermögensanlagen, die dann eben kein Nominalvermögen, sondern wertbeständiges Geldvermögen — im Sinne der Terminologie von Herrn Blümle — wären, durchaus vermieden werden. Ich habe mich an mehreren Stellen für eine derartige Korrektur der Distributionseffekte der Inflation auf die Vermögensverteilung ausgesprochen, zunächst aus gesellschaftspolitischen, nicht weniger aber auch aus stabilisierungspolitischen Gründen.

Herr Werner hat mir nun — und das ist der Grund, warum ich mich zum Wort gemeldet habe — die Ehre erwiesen, einen noch unveröffentlichten Vortrag von mir in seinem schriftlichen Referat zu zitieren. Er hat auf meine Erwartung einer substantiellen Verminderung der Inflationsrate durch die Einräumung solcher Möglichkeiten hingewiesen, und er hat dann die Frage gestellt, ob, wenn einmal die Anpassung von Kapitalschuldverhältnissen an die jeweilige Inflation durch Indexierung voll verwirklicht wäre, die Inflation überhaupt noch positive oder negative Effekte haben würde. Nun, für die Distributionseffekte würde ich

ihm zustimmen, daß durch Indexierung die bisher durch die Inflation bewirkte Umverteilung der bestehenden Vermögen entfallen würde. Allokationseffekte hätte die Inflation aber auf alle Fälle noch. Selbst wenn wir ein System totaler Indexierung hätten — was wir ja einmal supponieren können —, so würde immer noch bestehen bleiben, daß ein Staat, der — um es ganz brutal zu sagen — die Finanzierung eines Krieges (wie man zu sagen pflegt) „durch die Notenpresse“ vornehmen will, dazu die Möglichkeit hat, und er würde damit offenkundig einen ganz entscheidenden Allokationseffekt herbeiführen, nämlich den Effekt, daß ein erheblicher Teil der Ressourcen durch die Wirkung der „Notenpresse“ — statt durch die nichtinflationäre Wirkung etwa der Besteuerung — für die Zwecke der Kriegsführung in Anspruch genommen wird. Die Allokationseffekte würden also auch durch ein System totaler Anpassung an die Inflation, etwa durch ein System von umfassenden oder partiellen Indexklauseln, gewiß nicht beseitigt werden. Inflation wäre also selbstverständlich auch dann möglich, und sie hätte auch ihre Effekte, wahrscheinlich mehr negative als positive Effekte, aber auf jeden Fall eben Allokationseffekte.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Sind noch Wortmeldungen hierzu? — Das ist offenbar nicht der Fall. Ich finde das gar nicht so unglücklich, nicht nur wegen der fortgeschrittenen Zeit, sondern weil wir in der Tat mit den letzten Bemerkungen zu distributiven und allokativen Wirkungen der Inflation so etwas wie den Ansatz zu einer partiellen Hierarchisierung in einem Zielsystem bekommen haben — etwas, was Sie, Herr Werner, auch wohl beabsichtigten. Ich darf Ihnen das Schlußwort zu den Beiträgen geben, die sich auf Ihr Referat bezogen.

Josua Werner (Hohenheim):

Ich kann mich ganz kurz fassen; es besteht ja weitgehend Einigkeit. Über die distributiven Effekte brauchen wir keine weiteren Worte zu verlieren, lediglich zum Problem der allokativen Effekte noch eine Bemerkung. Sie, Herr Kollege Blümle, haben gesagt, man müßte auch die Kosten der Geldwertstabilität mit berücksichtigen. Nun, ich erachte die allokativen Effekte der Inflation eben als negativ. Inflation löst, wie ich dargestellt habe, in bezug auf den Allokations- und damit auf den Produktionsprozeß einen negativen, einen erschwerenden Effekt aus. Wäre es nämlich so, daß Inflation zu einer besseren Allokation führte, müßten wir alle für die Inflation sein, weil wir alsdann mehr Sozialprodukt erzielen könnten. So wären wir dann immer noch in der Lage, jenen, die bei der Verteilung zunächst zu kurz kommen, entsprechende

Kompensationen anzubieten, da wir ja mehr zu verteilen haben. Aber ich glaube, daß wir bei Inflation in der Gesamtwirkung weniger Sozialprodukt zu verteilen haben, zumindest auf längere Frist. Wenn somit bei Geldwertstabilität die Gesamtproduktion potentiell größer ist als bei Nicht-Geldwertstabilität und wenn eine intensive Stabilisierungspolitik einzelne Gruppen besonders trifft, dann steht ja genügend Sozialprodukt zur Verfügung, um diese Gruppen besonders zu entschädigen. In dieser Weise sehe ich den Wirkungszusammenhang.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Meine Damen und Herren, es ist nicht meine Aufgabe — leider nicht —, einen materiellen Beitrag zu dieser Diskussion zu geben. Ich hätte von mir aus den Aspekt etwas stärker betont: Welche Rolle spielt Stabilität im Rahmen anderer Ziele, in einem Zielgefüge?, und hätte persönlich einen gewissen Beitrag dadurch zu leisten versucht, daß ich den Aspekt der Sicherung anderer Ziele über die Zeit hin hervor gehoben hätte. Möglicherweise hätte es also noch gewisse andere Wege gegeben, Stabilität in einen weiteren Rahmen zu stellen. Aber da glücklicherweise eine weitgehende Überschneidung zwischen den Themen der einzelnen Arbeitskreise und zu manchen Plenarthemen — u. a. zu dem Thema der letzten Plenarveranstaltung über die Ordnungspolitik — existiert, brauche wir die Behandlung dieses Problems hier nicht anzuschneiden.

Arbeitskreis B
Motivationen für Geldwertstabilität

Leitung: Hans Möller, München

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Dienstag, 3. September 1974, 9.00 - 12.30 Uhr

Hans Möller (München):

Meine Damen und Herren, das Thema, das uns beschäftigt, ist so vielschichtig, daß man darüber als Tagungsleiter schon einleitend ein kleines Referat halten könnte. Ich will mich auf eine kleine Vorbemerkung beschränken und nur darauf hinweisen, daß dieses Thema, worüber Sie sich selbst wahrscheinlich auch schon klar geworden sind, sehr verschieden interpretiert werden kann. Interessanterweise haben die Referenten eine unterschiedliche Interpretation dieses Themas gewählt. Eine Interpretation zum Beispiel ist die Frage: Wie verhalten sich Einzelwirtschaften bei Geldwertinstabilität? Diese Frage liegt, wenn ich recht sehe, überwiegend dem Referat von Herrn Kollegen Rieter zugrunde. Eine zweite Frage lautet: Wie wirkt Geldwertinstabilität auf die Einzelwirtschaften, zumal wenn diese mehr oder weniger unter der Annahme der Geldwertstabilität geplant haben? Diese Frage liegt, wenn ich recht sehe, dem Referat von Herrn Kollegen Meier zugrunde. Dann kann man aber auch fragen, und das Thema hat das suggeriert: Können Einzelwirtschaften mit ihrem Verhalten dazu beitragen, daß Geldwertstabilität erhalten oder gefördert wird? Diese Frage liegt im Grunde genommen den beiden betriebswirtschaftlichen Referaten zugrunde, wobei Herr Kollege Szyperski diese Frage mehr allgemein erörtert, während Herr Hauschildt ganz konkret prüft, wie das Ziel der Geldwertstabilität in die Zielfunktion einer Unternehmung aufgenommen werden könnte. Sie sehen also, daß wir uns dem Thema vom Standpunkt der verschiedenen Einzelwirtschaften aus von ganz verschiedenen Seiten nähern, und das wird hoffentlich zu einer lebhaften Diskussion führen.

Geldwertstabilität aus der Sicht privater Haushalte

Von *Heinz Rieter*, Bochum*

1. Der Geldwert und die privaten Haushalte

Es ist üblich, von *Stabilität des Binnengeldwertes* zu sprechen, wenn eine Volkswirtschaft inflations- und deflationsfrei in dem Sinne ist, daß sich das Preisniveau nicht bzw. ganz geringfügig verändert. Meinungsverschiedenheiten bestehen darüber, welcher Preisindex der geeignete Maßstab ist. Diese wissenschaftliche Geldwertdefinition deckt sich freilich nur teilweise mit den Vorstellungen, welche die Bevölkerung mit „Geldwert“, „Inflation“, „Deflation“ und „Preisniveau“ verbindet. Darauf ist zurückzukommen.

Die Frage, welche Sicht *private Haushalte*¹ vom wirtschaftspolitischen Ziel der Geldwertstabilität haben, das heißt, was es ihnen bedeutet und warum sie seine Verwirklichung gegebenenfalls wünschen, ist besser zu beantworten, wenn man sagen kann, inwieweit auch ihr eigenes aktives und reaktives Handeln Höhe und Veränderung des Binnenwertes determiniert und wie sie seine faktische Labilität zu spüren bekommen.

Da sich die *Inflation* zu einem dauerhaften Problem praktisch aller Wirtschaftssysteme entwickelt hat, Wissenschaftler sich seit langem fast ausschließlich mit dieser Instabilität des Geldwertes befassen, ist das Thema in das Blickfeld der *Inflationstheorie* gerückt. Aber das Verhalten privater Haushalte unter den Gegebenheiten eines verfallenden Geldwertes liegt auch im Blickfeld der sozialökonomischen *Verhaltens-*

* Geboren am 9. September 1937 in Weimar. 1962 Diplom-Volkswirt. 1962 - 1965 Assistent am Institut für Sozialpolitische Forschung der Freien Universität Berlin. 1966 - 1972 Assistent am Seminar für Theoretische Wirtschaftslehre der Ruhr-Universität Bochum. 1969 Promotion zum Dr. rer. oec. Seit 1973 Habilitandenstipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft.

¹ Vor allem interessieren hier und im folgenden private Haushalte „im engeren Sinne“, also weniger private Organisationen ohne Erwerbscharakter. Zum Begriff des Haushalts überhaupt, zur Abgrenzung des Privathaushalts und zu den konzeptionellen wie statistischen Problemen der Erfassung seiner Funktionen und seines Gebarens vgl. *Rosmarie von Schweitzer*, Haushaltsanalyse und Haushaltsplanung, Versuch einer systematischen Darstellung des haushälterischen Handelns, Berlin 1968; *Günter Schmolders* in Zusammenarbeit mit *G. Scherhorn* und *G. Schmidtchen*, Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt, Berlin 1969, 1. Kap.

theorie. Beide Zugänge überschneiden sich. Zudem ist die besondere Perspektive zu beachten, die sich aus dem Generalthema dieses Arbeitskreises ergibt.

Täglich müssen Millionen Haushalte in aller Welt Entscheidungen unter Inflationsbedingungen treffen. Man sollte meinen, daß gerade dieser Tatbestand vielseitig erforscht ist. Das ist nicht der Fall. Die ökonomische Theorie arbeitet weithin mit Hypothesen über das Haushaltsverhalten, die keinerlei Inflationsbezug haben oder ihn im Wege aprioristischer Annahmen herstellen. Die mikroökonomischen Grundlagen der Inflations- wie der Spar- und Konsumtheorie sind empirisch unzulänglich gesichert. *Man hat kein vollständiges Bild von den Geldwert-Einstellungen der Privathaushalte, man weiß nur bruchstückhaft, inwiefern die Haushalte zur Geldentwertung beitragen, wie sie der fortschreitende Kaufkraftschwund trifft, wann und auf welche Weise sie darauf reagieren.* Mit offenen Fragen dieser Art beschäftigen sich die folgenden inflations- und verhaltenstheoretischen Betrachtungen.

2. Inflationstheoretische Betrachtungen

Jeder Streifzug durch die wissenschaftliche Inflationsdiskussion zeigt, wie sehr das Instrumentarium hochaggrierter Makrokonzepte bevorzugt wird. Mit diesem ist der Fragestellung meines Beitrages kaum gerecht zu werden. Soweit man sich vereinzelt Rechenschaft gegeben hat von „the psychology underlying“ (Bronfenbrenner), fanden naturgemäß auch die privaten Haushalte Beachtung, als Akteure und als Betroffene des Inflationsgeschehens.

2.1 Inflationsentstehung und private Haushalte

Die Theorie der letzten 25 Jahre hat sich weniger mit dem Inflationsprozeß beschäftigt, sondern war vorwiegend — und im Ergebnis nicht sehr erfolgreich — darum bemüht, *Ursachen* (Anstöße) der Inflation aufzudecken, um daraus eine wirtschaftspolitisch verwertbare Inflationstypologie zu gewinnen². Dabei konkurrierten — grob vereinfacht — verschiedene keynesianische Ansätze untereinander und neuerdings mit der „monetaristischen“ Position. Im keynesianischen Lager dominierte lange das *Konzept der Überschussnachfrageinflation*, bis diesem in einer ermüdenden Dichotomie-Debatte³ der Vorrang vom *Anbieterinflationskonzept* streitig gemacht wurde. Es entfaltete sich zunächst in verschie-

² Vgl. Heinz Rieter, Die gegenwärtige Inflationstheorie und ihre Ansätze im Werk von Thomas Tooke, Berlin—New York 1971, S. 26 ff.

³ Vgl. dazu etwa die Übersicht von Harald Scherf, Untersuchungen zur Theorie der Inflation, Tübingen 1967, Kap. I und II.

denen *Monopolmacht-Theorien*, wurde verbessert zur inzwischen weit akzeptierten *Verteilungskampf-Theorie* der Inflation und scheint neuerdings in einer umfassenden *Sozialkonflikt-Theorie* aufzugehen, welche die Inflation als spezifisch ökonomischen Ausdruck einer tiefgreifenden Desintegration sozialer Interessen deutet, die sich nicht nur in Verteilungs-, sondern auch in Generations-, Klassen- und Rassenkonflikten äußert.

In all diesen Theorien spielen die privaten Haushalte eine ziemlich unklare Rolle. Im Fall der Überschußnachfrageinflation ist der Beitrag „der“ privaten Haushalte zur Entstehung der Inflation ungenügend geklärt, weil beispielsweise fraglich geblieben ist, ob konsumbedingt makroökonomische Überschußnachfrage entstehen kann⁴, ob wachsende Konsumorientierung einen permanenten Inflationsdruck begründet⁵, ob Konsumentenkredite inflationswirksam sind und ob die privaten Haushalte der Geldillusion unterliegen⁶. In den Anbieterinflationstheorien konzentriert sich die Analyse auf das Gruppenhandeln. Auch hier sind wichtige Fragen offen geblieben, etwa ob Unternehmer- und Nichtunternehmerhaushalte ein symmetrisches Anspruchsverhalten zeigen und beide die gleichen Realisierungschancen haben, und wiederum, ob die beteiligten Gruppen geldillusionär handeln⁷.

Nach der *monetaristischen Inflationserklärung* sind die privaten Haushalte nicht primär an der Inflationsentstehung beteiligt, da man die Ursache aller Inflationen in Veränderungen des Geldangebots erblickt. Erst im Inflationsprozeß kommt Haushaltsreaktionen (via Preiserwartungen) besondere Bedeutung zu.

2.2 Inflationsprozeß und private Haushalte

Die Analyse von Geschwindigkeit, Dauer und Ausmaß der Inflation bietet in seltener Einmütigkeit Standardkataloge möglichen Verhaltens der Aggregate „Unternehmen“, „private Haushalte“, „Staat“ und „Aus-

⁴ Vgl. z. B. Willard L. Thorp und Richard E. Quandt, *The New Inflation*, New York 1959, S. 37 ff.

⁵ Siehe Erich und Monika Streißler, *Konsum und Nachfrage*, Köln—Berlin 1966, S. 92, 101, sowie dort nachgewiesene Literatur.

⁶ Vgl. z. B. Martin Bronfenbrenner, *Inflation and Deflation*, in: *International Encyclopedia of the Social Sciences*, Vol. 7, 1968; A. J. Hagger, *Some Gaps in the Theory of the Inflationary Process*, in: *The Economic Record*, Vol. 39, 1963, S. 167 ff., 181 f.; Franklyn D. Holzman, *Inflation: Cost-Push and Demand-Pull*, in: *The American Economic Review*, Vol. 50, 1960.

⁷ Auch mit dem Hinweis darauf, daß anbietertheoretische Ansätze Geldillusion voraussetzen müßten, um die Inflation zu erklären, lehnen die Monetaristen diese Theorien ab. So z. B. Harry G. Johnson, *Inflation and the Monetarist Controversy*, Amsterdam 1972, S. 12; kritisch z. B. Walter P. Egle, *Reflections on the Money Illusion*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Bd. 103, 1969 II, S. 153, 155.

land“⁸. Verlauf und Ende der Inflation hängen danach im Hinblick auf die privaten Haushalte davon ab, ob in der jeweiligen Inflation

1. *Geldillusion* vorherrscht und erhalten bleibt oder nicht;
2. die Haushalte elastische oder unelastische *Preiserwartungen* hegen und ihr Verhalten daran ausrichten;
3. die Einkommensverwendung durch Vermögens-Effekte, insbesondere *Realkassen-Effekte*, beeinflusst wird;
4. *zeitliche Verzögerungen* in der Bewegung der verschiedenen Einkommen auftreten;
5. die erzielten *Einkommen* und vorhandenen *Vermögen* inflationsbedingt *umverteilt* werden und sich dadurch Konsum und Sparen in ihren Gesamtgrößen verändern;
6. die Entwicklung bestimmter oder aller *Einkommensarten* durch institutionelle Regelungen (Indexklauseln) miteinander *verknüpft* ist;
7. *Einkommensforderungen* zurückgeschraubt, behauptet oder gesteigert werden und
8. die *Einkommensbesteuerung progressiv* ist und mit der Variation des verfügbaren Einkommens die Haushaltsdispositionen schwanken.

Welche Rolle die privaten Haushalte im Inflationsprozeß wirklich spielen, ist eine empirische Frage, worüber der Inflationsliteratur jedoch wenig zu entnehmen ist. Häufig beschränkt man sich auf die bloße Präzisierung mechanischer Inflationsverläufe⁹. Wie angebracht es ist, die *tatsächlichen* Reaktionen der privaten Haushalte auf den inflationären Preisanstieg zu erkunden, werde ich in diesem Abschnitt kurz anhand der Punkte 1 bis 3 illustrieren (auf die Punkte 4 und 5 komme ich in Abschnitt 2.3 zurück, die Punkte 6 bis 8 klammere ich aus¹⁰).

⁸ Vgl. u. a. *James Duesenberry*, The Mechanics of Inflation, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 32, 1950, S. 145 ff.; *Charles L. Schultz*, Recent Inflation in the United States, Washington 1959, S. 21 ff.; *Markus Clausen*, Die schleichende Inflation, Eine Kausalanalyse, Winterthur 1963, S. 112 ff.; *Martin Bronfenbrenner*, Inflation and Deflation, S. 296 ff.

⁹ Vgl. z. B. *J. D. Pitchford*, The Inflationary Effects of Excess Demand for Goods and Excessive Real Income Claims, in: Oxford Economic Papers, N. S., Vol. 13, 1961; oder: *Franklyn D. Holzman*, Inflation: Cost-Push and Demand-Pull; mit den kritischen Beiträgen von *John K. Gifford*, The Wage-Inflation Fallacy, An Examination of the Extreme Theory of „Automatic“ or „Natural“, Continous Wage Inflation, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 99, 1967 I; und *Walter P. Egle*, The Cost-Push Theory of Inflation and Tight-Money Policy, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 86, 1961 I. Siehe auch *Heinz Rieter*, Die gegenwärtige Inflationstheorie und ihre Ansätze im Werk von Thomas Tooke, S. 88 f., und die dort angegebene Literatur.

¹⁰ Zu Punkt 6 verweise ich auf das Referat von *Harald Scherf*, Indexierungen von Einkommenszahlungen als Mittel der Stabilisierungspolitik (Arbeits-

Soweit *Geldillusion* nicht von vornherein ausgeschlossen wird¹¹, rivalisieren zwei Hypothesen:

1. Geldillusion existiert, solange Preissteigerungen von ausreichenden Einkommenssteigerungen begleitet werden, also keine spürbaren Wohlstandseinbußen eintreten¹²; sie verschwindet erst bei hohen Inflationsraten.
2. „...die steigenden Preise [werden] die Geldillusion bald zerstreuen...“¹³, was den Monetaristen begründet erscheint, weil sich die Wirtschaftssubjekte letztlich doch rational verhalten und in realen Größen planen würden.

Bezüglich der *Preiserwartungen* im Inflationsprozeß treten in der Nachkriegsliteratur¹⁴ zwei polare Ansichten hervor:

1. Preiserwartungen begrenzen das Inflationstempo und ermöglichen dadurch permanente *schleichende* Inflationsprozesse.
2. Preiserwartungen beschleunigen die Geldentwertung, weshalb die schleichende zur *galoppierenden* Inflation führen muß.

Die erste Ansicht wurde besonders durch eine Studie von Mueller untermauert¹⁵. Ihre Resultate, die auf Bevölkerungsumfragen in den USA aus den Jahren 1951-1957 zurückgingen, prägten nachhaltig die herrschende Meinung über die Inflationsrolle der Preiserwartungen. Aus der Beobachtung, daß trotz Erwartung weiteren Preisanstiegs eine ungebrochene Präferenz für liquide Vermögensanlagen bestand und die Käufe dauerhafter Konsumgüter eher eingeschränkt und entsprechende

kreis J), und auf die konzise Zusammenfassung der Index-Problematik durch *Otmar Issing*, Indexklauseln und Inflation, Tübingen 1973.

¹¹ Auch Phelps' mikroökonomischer Arbeitsmarkt-Ansatz zur Begründung der Phillips-Kurve „... makes no appeal to faulty perceptions (money illusion)“ (*Edmund S. Phelps*, *The New Microeconomics in Inflation and Employment Theory*, in: *The American Economic Review, Papers and Proceedings*, Vol. 59, 1969, S. 147). Beachte *Otto Ecksteins* kritische Bemerkungen dazu, ebd., S. 163 f. — Siehe darüber hinaus unten Abschnitt 3.4.

¹² Siehe auch *Helmut Schneider*, Ursachen der Inflation, in: *Johannes Schlemmer* (Herausgeber), *Enteignung durch Inflation? Fragen der Geldwertstabilität*, München 1972, S. 47.

¹³ *Markus Clausen*, Die schleichende Inflation, S. 113; siehe auch *Gordon Tullock*, Inflation and Unemployment: The Discussion Continued, A Comment, in: *The Journal of Money, Credit and Banking*, Vol. 5, 1973.

¹⁴ Vgl. die Gegenüberstellung kontroverser Meinungen bei *Herbert Timm*, Bemerkungen zum inflationären Wachstum, in: *Harald Jürgensen* (Herausgeber), *Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft*, Göttingen 1964, S. 529 ff. — Siehe im übrigen auch unten Abschnitt 3.3.

¹⁵ *Eva Mueller*, Consumer Reactions to Inflation, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 73, 1959; siehe auch *George Katona*, Neue Kennzeichen der Inflation in den USA, in: *Hamburger Jb. für Wirtschafts- u. Gesellschaftspolitik*, 5. Jg., 1960, S. 71 ff.

Kaufvorhaben vertagt wurden, schloß man: Die privaten Haushalte passen sich schleichender Geldentwertung kaum an, ihr Verhalten stabilisiert den Inflationsprozeß¹⁶.

Nimmt man jene Aussage hinzu — sie stützt sich meist auf Cagans Studium sieben historischer Hyperinflationen¹⁷ —, daß erst im Endstadium galoppierender Inflationen den Entwertungsprozeß verstärkende und Geldflucht bewirkende Preiserwartungen auftreten, so ergibt sich das weit verbreitete Bild harmloser Preiserwartungseffekte bei schleichender Geldentwertung.

Diese Verallgemeinerung ist bedenklich¹⁸. Sie beruft sich schließlich auf Haushaltsreaktionen, die unter den Bedingungen ausgesprochen schleichender (Mueller/Katona: 2 - 3 Prozent pro Jahr) und extrem galoppierender Inflation (Cagan: etwa 50 Prozent pro Monat) registriert wurden¹⁹. Es ist weder klar, welchen Verhaltenseinfluß die Preiserwartungen in einer trabenden Inflation mit jährlichen Preiserhöhungsraten von um 5 Prozent bis vielleicht 10 Prozent ausüben, noch ist genauer bekannt, unter welchen Umständen (gegebenenfalls bei welcher Inflationsrate) stabilisierende in destabilisierende Preiserwartungen umschlagen.

Der monetaristische Zugang zum Inflationsproblem scheint den keynesianischen Inflationsansätzen insoweit überlegen zu sein, als er Einkommens- und Preiserwartungen und deren Änderungen durchweg als Verhaltensdeterminanten berücksichtigt und damit von vornherein die Möglichkeit bietet — im Rahmen seines konjunkturtheoretischen Gesamtmodells —, Inflationsprozesse zu erklären. Doch im konkreten Fall gilt auch hier: „Welche Wirkungen eintreten, ist eine Frage der Empirie.

¹⁶ Demoskopische Untersuchungen in anderen Ländern führten zu ähnlichen Ergebnissen und gleichen Schlüssen. Vgl. für die Bundesrepublik Deutschland *Günter Schmolders u. a.*, Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt; *Dieter Fricke*, Das Sparverhalten der privaten Haushalte in der Bundesrepublik Deutschland: Eine empirische Überprüfung der Sparfunktion, Berlin 1972 (beide Schriften verarbeiten im wesentlichen Befragungsergebnisse vom Herbst 1959). Siehe ergänzend Abschnitt 3.2.

¹⁷ *Philip Cagan*, The Monetary Dynamics of Hyperinflation, in: Milton Friedman (Herausgeber), *Studies in the Quantity Theory of Money*, Chicago 1956.

¹⁸ Vgl. auch die skeptischen Äußerungen von *Martin Bronfenbrenner* und *Franklyn D. Holzman*, Survey of Inflation Theory, in: *The American Economic Review*, Vol. 53, 1963, S. 645; *Joseph W. Conard*, The Causes and Consequences of Inflation, in: *Inflation, Growth, and Employment*, Englewood Cliffs, N. J. 1964, S. 82; *Erich Streißler*, Das Konsumentenverhalten als Inflationsursache, in: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. 26, 1966, S. 332, 347 f.

¹⁹ Außerdem ist Cagans Schlußfolgerung nicht unabhängig von dem gewählten Schätzverfahren zur Bestimmung der Erwartungselastizität. Vgl. *Vincenz Timmermann*, Inflation und wirtschaftliches Wachstum, in: *Kredit und Kapital*, 6. Jg., 1973, S. 40.

Die Antwort hängt entscheidend von den jeweiligen ökonomischen Ausgangsbedingungen und Erwartungen ab²⁰. Bezieht man den *Realkassen-Effekt* als weiteres monetaristisches Verhaltenspostulat mit ein, stellt sich nochmals zusammenhängend die Frage nach der mikroökonomischen Relevanz der behaupteten Beziehungen²¹: Wirken Realkassen-Effekte auf das Konsum- und Sparverhalten der privaten Haushalte ein? Sind die privaten Haushalte frei von Geldillusion? Handeln sie rational und antizipieren in ihrem Verhalten korrekt die Inflation? Bilden sich Erwartungen nur oder vorwiegend aufgrund tatsächlicher Veränderungen wirtschaftlicher Größen, Preiserwartungen etwa nur auf der Basis zurückliegender Preisbewegungen? Die Antworten darauf interessieren freilich nicht allein im Hinblick auf den monetaristischen Erklärungsansatz. Sie sind nötig, um das Verhalten der privaten Haushalte im Inflationsprozeß entziffern zu können. Die vorhandenen Informationen stellen nicht zufrieden.

2.3 Inflationswirkungen und private Haushalte

Aus der Sicht privater Haushalte ist u. a. wichtig, ob und wie die Inflation die *Einkommen* und *Vermögen* umverteilt. Durch solche Inflationseffekte — aus Platzgründen können nur diese erörtert werden — eventuell induzierte Verhaltensweisen dürften andererseits wieder Rückwirkungen auf den Inflationsprozeß haben, doch fehlt bislang eine geschlossene Theorie, welche Verteilung und Inflation interdependent erklärt²². Das rührt nicht zuletzt daher, „... daß die Verteilungswirkungen der Inflation noch erstaunlich wenig erforscht sind“²³, obwohl durchaus Untersuchungen über die redistributiven Wirkungen galoppierender wie schleichender Inflationen vorliegen. Die Mehrzahl dieser Untersuchungen behandelt jedoch — genau genommen — gar nicht die Frage, wie die Inflation im ökonomischen Prozeß auf die Verteilung *wirkt*, sondern versucht rückblickend zu ermitteln, ob und wie sich die Inflation in vorgefundenen Verteilungen *ausgewirkt* hat. Es ist mit

²⁰ *Manfred Willms*, Zinstheoretische Grundlagen der Geldpolitik, Berlin 1971, S. 32.

²¹ Vgl. u. a. *Andrew F. Brimmer*, The Political Economy of Money: Evolution and Impact of Monetarism in the Federal Reserve System, in: The American Economic Review, Vol. 62, 1972, S. 351; *R. W. Clower*, Theoretical Foundations of Monetary Policy, in: G. Clayton, J. C. Gilbert und R. Sedgwick (Herausgeber), Monetary Theory and Monetary Policy in the 1970s, London 1971, S. 27 f.; *Peter Kalmbach* (Herausgeber), Der neue Monetarismus, München 1973, S. 32; *A. L. Marty*, Inside Money, Outside Money, and the Wealth Effect, in: The Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 1, 1969.

²² Vgl. *Horst Georg Koblitz*, Einkommensverteilung und Inflation in kurzfristiger Analyse, Berlin—New York 1971, S. 14 ff. und passim.

²³ *Gottfried Bombach*, Trend, Zyklus und Entwicklung des Preisniveaus, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 105, 1970 II, S 275.

anderen Worten die Suche nach Spuren, die die Inflation in der *faktischen* Verteilung hinterlassen haben könnte. Damit sind aber keine Hypothesen über inflationsbedingte Änderungen verteilungsrelevanter Verhaltensweisen zu bestätigen. Vielmehr bedarf es der Erklärung des Inflationseinflusses auf die Variablen, die Verteilungsniveau und -struktur bestimmen: vor allem das Preissetzungs- und Investitionsverhalten der Unternehmer und das Ausgabenverhalten der Haushalte. Gerade hieran hapert es auch in der Verteilungstheorie²⁴.

In der Beurteilung der Inflationswirkungen auf die faktische Einkommensverteilung gibt es hingegen den gängigen Satz von Hypothesen, der sich schon bei Wicksell in der Form findet²⁵, die noch heute das Forschungsfeld absteckt: bezüglich der Einkommensumverteilung *Lohn-Lag* und *Fixeinkommen-Lag*; hinsichtlich der Vermögensumverteilung *Gläubiger-Schuldner-Transfer* und *Geldvermögenserrosion*. Die reichhaltige Literatur dazu — mit ausgedehntem Raum-Zeit-Bezug — ist mehrfach bestens resümiert worden. Ich kann mich auf eine verkürzte Wiedergabe und kurze Kommentierung dieser kritischen Bestandsaufnahmen beschränken²⁶.

Die statistische Überprüfung der *Lohn-Lag-Hypothese* ergab das einhellige Ergebnis, daß weder für die Vergangenheit noch für die Gegenwart, weder für galoppierende noch für schleichende Inflationen eine systematisch inflationsbedingte verzögerte Anpassung der Löhne an steigende Gewinne feststellbar ist. Dies wird vor allem damit belegt, daß die Reallöhne und/oder die Lohnquote entweder nicht gefallen sind oder ihr Fall nicht inflationsverursacht war. Neuerdings mehren sich die Stimmen, die aus den Statistiken der jüngeren Vergangenheit eher einen Lohn-Lead herauslesen²⁷. Als theoretische Erklärung dieser empi-

²⁴ Vgl. dazu *Horst Georg Koblitz*, Einkommensverteilung und Inflation in kurzfristiger Analyse, bes. S. 149 ff. und 174 ff.; *Jürgen Kromphardt*, Kosten- und Preisanpassungsverhalten der Unternehmer und Einkommensverteilung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 124. Bd., 1968.

²⁵ *Knut Wicksell*, Geldzins und Güterpreise, Jena 1898, S. 1 f.

²⁶ Ich stütze mich auf *Armen Alchian*, Inflation and Distribution of Income and Wealth, in: J. Marchal und B. Ducros (Herausgeber), The Distribution of National Income, London 1968; *G. L. Bach*, The New Inflation. Causes, Effects, Cures, Providence 1973, S. 19 ff.; *Knut Borchardt*, Strukturwirkungen des Inflationsprozesses, Berlin—München 1972, S. 10 ff.; *Martin Bronfenbrenner*, Inflation and Deflation, S. 298 ff.; *Albert Jeck*, Wer gewinnt, wer verliert bei einer Inflation?, in: Johannes Schlemmer (Herausgeber), Enteignung durch Inflation? Fragen der Geldwertstabilität, München 1972; *Horst Georg Koblitz*, Einkommensverteilung und Inflation in kurzfristiger Analyse, S. 18 ff.; *Harald Scherf*, Inflation und Einkommensverteilung, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 100, 1968 I; *Manfred Ziercke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, Göttingen 1970.

²⁷ Siehe *Manfred Ziercke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, S. 79. In der neuesten mir bekannt gewordenen Untersuchung (*G. L. Bach*

rischen Befunde dient meist die Vermutung, daß eine für die Lohnempfänger nachteilige Redistribution unterblieben ist, weil schon die gewerkschaftliche Lohnpolitik mindestens dafür Sorge, daß der Preisanstieg in den Löhnen antizipiert ist. Neben vielen methodischen Bedenken²⁸ bleibt zu betonen, daß aus den regressionsanalytischen Untersuchungen keine Kausalschlüsse zu ziehen sind. Zudem sollte das grobe Zwei-Klassen-Schema von Gewinn- und Lohnempfängern aufgegeben werden, ebenso wie die Verteilungswirkungen der Inflation innerhalb der beiden Gruppen zusätzlich zu untersuchen sind. Doch auch das reicht nicht aus. Man muß sich mehr als bisher um eine Analyse der einkommensredistributiven Inflationseffekte quer zur Funktionalverteilung kümmern²⁹, wobei die wenigen einschlägigen Untersuchungen³⁰ zu erkennen geben, daß bei einer entsprechend disaggregierten Betrachtung auch mit den herkömmlichen Methoden ein genaueres Bild darüber erhältlich ist, inwieweit das Einkommen der privaten Haushalte insgesamt und gruppiert von der Inflation betroffen worden ist.

In der Verteilungsdiskussion über die Lage der Empfänger von in Geldgrößen *fixierten Einkommen* erweist es sich als zweckmäßig, die Gruppe der Transferzahlungsempfänger von der Gruppe jener Kapitalrentner, deren Zinseinkommen in nominalen Größen festgelegt ist, zu trennen. Bei letzteren sind die Verteilungswirkungen noch schwerer zu beurteilen, da einmal die Zusammensetzung dieser Gruppe nicht ohne weiteres erkennbar und statistisch erfaßbar ist, zum anderen Inflationsantizipationen im Zins nicht auszuschließen sind. Man ist auf Vermutungen angewiesen. Es ist nur global zu beobachten, daß Inflation den „sanften Tod“ dieser Rentiers bislang nicht herbeigeführt hat. Vollständiger sind die empirischen Unterlagen über das Inflationslos der Sozialrentner. In der Mehrzahl meint man, trotz Rentendynamik eine „spürbare“ Redistributionswirkung bestätigen zu können, vor allem dann, wenn die Sozialleistungen einzige Einkommensquelle sind. Dieser Inflationsverlust kann sich wieder ausgleichen, sofern die Transferzahlungen steuerfrei sind und die Leistungseinkommen zunehmend in

und James B. Stephenson, *Inflation and the Redistribution of Wealth*, in: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 56, 1974) wird für die USA eine substantielle Einkommensumverteilung von den Gewinnen zu den Löhnen konstatiert.

²⁸ Vgl. dazu die gründliche Kritik der verschiedenen Untersuchungsmethoden bei *Manfred Ziercke*, *Die redistributiven Wirkungen von Inflationen*, S. 21 ff., 49 ff., 101 ff., 123 ff.

²⁹ *Oskar Morgenstern* (*Thirteen Critical Points in Contemporary Economic Theory*, in: *The Journal of Economic Literature*, Vol. 10, 1972, S. 1186) fordert dies generell mit dem Hinweis: „Consumers are individuals and households and not factors . . .“.

³⁰ Vgl. z. B. *Andrew F. Brimmer*, *Inflation and Income Distribution in the United States*, in: *The Review of Economics and Statistics*, Vol. 53, 1971.

die Steuerprogression geraten. Disaggregierte länderspezifische Untersuchungen wären nötig, um vermutete Kaufkraftverschiebungen innerhalb dieser Bevölkerungsgruppe, etwa zwischen Altersrentnern, Beziehern von Arbeitslosengeld, Versorgungsempfängern oder pensionierten Beamten, aufdecken zu können.

Der *Kaufkraft-Transfer vom Gläubiger zum Schuldner* ist meist damit begründet worden, daß die Inflation in der Zins- und Tilgungsvereinbarung entweder nicht antizipiert wird (weil die Gläubiger der Geldillusion unterliegen) oder nicht antizipiert werden kann (etwa aus konventionalen oder rechtlichen Gründen)³¹. Neuere regressionsanalytische Studien gestehen der Inflation einen verzögerten, jedoch wesentlichen Einfluß auf die Zinshöhe zu³². Zur ökonomischen Erklärung dient vielfach Fishers Realzins-Hypothese, deren erwartungstheoretische Grundlagen jedoch umstritten sind³³.

Andere Untersuchungen machen auf die fehlerhaften Inflationsprognosen der Fachleute sowie darauf aufmerksam, wie falsch die Vorstellungen oft sind, die sich die Menschen von der künftigen Geldwertentwicklung machen³⁴. Zudem scheinen Schuldner und Gläubiger in Zeiten mäßiger Inflation wenig oder gar nicht an den Geldwertschwund zu denken³⁵. Danach kann der Parallellauf von Preisen und Zinsen schwerlich als Folge antizipativen Verhaltens erklärt werden.

³¹ Unter Berücksichtigung der Antizipationskosten kann zudem im Modell gezeigt werden, daß auch bei korrekt antizipierter Inflation Umverteilungseffekte auftreten können. Siehe zusammenfassend *Manfred Ziercke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, S. 96 ff.

³² Vgl. z. B. *W. P. Yohe* und *D. S. Karnosky*, Interest Rates and Price Level Changes, 1952 - 1969, in: Review of the Federal Reserve Bank of St. Louis, Vol. 51, 1969; *Jack Carr* und *Lawrence B. Smith*, Money Supply, Interest Rates and the Yield Curve, in: The Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 4, 1972; *Jürgen Siebke* und *Manfred Willms*, Zinsniveau, Geldpolitik und Inflation, in: Kredit und Kapital, 5. Jg., 1972, S. 187 ff.; *William E. Gibson*, Price Expectations Effects on Interest Rates, in: The Journal of Finance, Vol. 25, 1970; ders., Interest Rates and Inflationary Expectations: New Evidence, in: The American Economic Review, Vol. 62, 1972.

³³ Vgl. *Thomas J. Sargent*, Interest Rates and Prices in the Long Run, in: The Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 5, 1973; sowie *Friedrich A. Lutz*, Zins und Inflation, Tübingen 1973, S. 10 ff.; siehe zudem unten Abschnitt 3.3.

³⁴ Siehe dazu *Roman L. Weil*, Realized Interest Rates and Bondholders' Returns, in: The American Economic Review, Vol. 60, 1970; *Stephen J. Turnovsky*, Empirical Evidence on the Formation of Price Expectations, in: Journal of the American Statistical Association, Vol. 65, 1970; *William E. Gibson*, Interest Rates and Inflationary Expectations: New Evidence; *Stephen J. Turnovsky* und *Michael L. Wachter*, A Test of the „Expectations Hypothesis“ Using Directly Observed Wage and Price Expectations, in: The Review of Economics and Statistics, Vol. 54, 1972; vgl. auch *Knut Borchardt*, Strukturwirkungen des Inflationsprozesses, S. 7.

³⁵ *Walter P. Egle*, Reflections on the Money Illusion, S. 155 ff.

Solange man nicht genauer weiß, wie die privaten Haushalte zu Preis-erwartungen kommen, wie diese auf ihre Vermögensdispositionen einwirken und dadurch vielleicht die Zinsbildung beeinflusst wird, solange ist es nicht möglich, die privaten Haushalte insgesamt deshalb als den eindeutigen Inflationsverlierer zu identifizieren, weil dieser Sektor überragender Nettogläubiger einer Volkswirtschaft ist³⁶. Auch in disaggregierter Betrachtung sind höchstens Tendenzen erkennbar. Da ältere Haushalte in der Regel Nettogläubiger, jüngere eher Nettoschuldner sind, scheint es wieder so zu sein, daß die Alten zugunsten der Jungen in der Inflation verlieren. Um diese Hypothese zu erhärten, benötigte man quer zur Altersschichtung Aufschluß u. a. über die Anzahl der Einkommensquellen, die Zusammensetzung des Vermögens, die Struktur der Kredite und Zinssätze, die Anlagepräferenzen und auch darüber, in welchem Umfang Vermögensbegünstigungen wie Sparprämien oder Steuernachlässe genutzt werden.

Ein einhelliges *Gesamturteil* über die Verteilungswirkungen der schleichenden Inflation gibt es bislang nicht. Es finden sich drei Auffassungen:

1. Verteilungsoffer der Inflation sind jedenfalls die alten Menschen.
2. Die redistributiven Wirkungen sind „... in der Sozialstruktur so diffus, daß sie überhaupt erst einmal durch längere wissenschaftliche Forschungen ans Licht gebracht werden müssen“³⁷.
3. Es gibt im großen und ganzen keine redistributiven Wirkungen; die tatsächliche Einkommensverteilung sähe ohne Inflation kaum anders aus; vermögensumverteilende Kaufkrafttransfers waren im Zeitablauf gering, gemessen an der Entwicklung des Sozialprodukts oder der Arbeitnehmereinkommen.

Um diesen Dissens zu überwinden, ist eine stark disaggregierte Analyse nötig. Es reicht nicht, mehr statistisches Material zu erheben und das greifbare mit besseren Methoden aufzuschließen. Weitere Kriterien der Gruppenbildung müssen herangezogen werden. Um homogene

³⁶ Vgl. zur Diskussion um die Bestimmung der inflationsbedingten Gläubigerverluste des Sektors „Private Haushalte“ *Manfred Ziercke*, Die redistributiven Wirkungen von Inflationen, S. 101 ff. (Darstellung und Kritik älterer Untersuchungen) sowie S. 127 ff., wo Ziercke mit besseren Methoden selbst versucht, den Gläubiger-Schuldner-Transfer empirisch abzuschätzen, womit sich wiederum *Lutz Wicke* (Schuldnergewinne und Gläubigerverluste während einer schleichenden Inflation, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 92. Jg., 1972; bezüglich der privaten Haushalte: S. 580 ff.) kritisch auseinandergesetzt hat.

³⁷ *Knut Borchardt*, Strukturwirkungen des Inflationsprozesses, S. 15, siehe auch S. 13; vgl. außerdem *William D. Nordhaus*, The Effects of Inflation on the Distribution of Economic Welfare, in: The Journal of Money, Credit and Banking, Vol. 5, 1973.

Gruppen von Haushalten bilden zu können, gilt es, deren Gewohnheiten und ihr Reaktionsvermögen auf wirtschaftliche Impulse (also auch auf die Geldentwertung), kurz ihre Motive, Einstellungen und Verhaltensmöglichkeiten zu unterscheiden. Das spricht sicher für einen radikalen mikroökonomischen Ansatz. Wie mühsam, aber auch erfolgversprechend dieser Weg ist, zeigen die gründliche Abhandlung von Hauser³⁸, der modellmäßig die Vermögensumverteilung bei schleichender Inflation anhand ausgewählter Haushaltstypen analysiert, sowie der Beitrag von Budd und Seiders³⁹, die in ihrem Simulationsmodell inflatorischer Verteilungseffekte ein breites Spektrum an Vermögens- und Einkommensarten berücksichtigen. Diese Forschungsrichtung bietet m. E. am ehesten die Gewähr, das Geflecht denkbarer Redistributionen im Inflationsprozeß zu durchleuchten und damit eine gesellschaftspolitisch wichtige Frage zu beantworten. Die Erklärungskraft solcher Ansätze hängt wiederum wesentlich vom Ertrag der Verhaltensforschung ab.

3. Verhaltenstheoretische Betrachtungen

3.1 Verschiedene Ansätze

Zunächst: Ich grenze jene mikroökonomischen Theorien aus, die ein bestimmtes Haushaltsverhalten postulieren (wie die neoklassische Rationaltheorie). An zwei Punkte sei aber erinnert. *Geldillusion* wird auch diesen Theorien zum Problem. Es mißfällt zunehmend, daß individuelle Nachfragefunktionen verwendet und getestet werden, die homogen vom Grade Null in den Preisen, den Einkommen und gegebenenfalls in den Vermögensvariablen sind, wodurch Struktureffekte per Annahme ausgeschaltet werden⁴⁰. Seit der Patinkin-Kontroverse um die monetären Prämissen des klassischen und des neoklassischen Systems ist die Geldillusion unter diesem Blickwinkel ebenfalls ein ständiges Thema⁴¹. Zum anderen ist seit Patinkin der *Realkassen-Effekt* auch in der Präferenztheorie des Haushaltsgleichgewichts anzutreffen.

³⁸ *Richard Hauser*, Vermögensumverteilung bei schleichender Inflation, Eine mikroökonomische Analyse der Umverteilung zwischen Wachstumstypen von Haushalten unter Berücksichtigung der Vermögensdispositionen bei schleichender Inflation, Kallmünz 1969.

³⁹ *Edward C. Budd* und *David F. Seiders*, The Impact of Inflation on the Distribution of Income and Wealth, in: *The American Economic Review*, Papers and Proceedings, Vol. 61, 1971.

⁴⁰ *Alan Brown* und *Angus Deaton*, Surveys in Applied Economics: Models of Consumer Behaviour, in: *The Economic Journal*, Vol. 82, 1972, S. 1152: „... absence of money illusion is an attractive property for demand functions to possess; nevertheless it may not be true. Consumers *may* suffer from money illusion and it could be argued that it is part of the task of demand analysis to discover whether or not it exists rather than to use as a starting point a model which precludes it“. Beachte auch S. 1155 und 1193.

Er schließt geldillusionäres Verhalten aus und bezieht die Geldwertänderung auch insoweit ein, als das Preisniveau als Anpassungsvariable fungiert. Mit diesem theoretischen Rüstzeug ist besonders von skandinavischen Autoren untersucht worden, wie unter verschiedenen Modellannahmen die privaten Haushalte auf inflationsbedingte Variationen ihres Realeinkommens und/oder des Realwertes ihrer Geldvermögen reagieren⁴².

Alle weiteren Überlegungen gelten den sog. *verhaltenswissenschaftlichen Ansätzen*. Übereinstimmend suchen sie, in interdisziplinärer Orientierung wirtschaftliches Handeln zu erklären. Soweit sie sich dem Haushaltsverhalten zuwandten, sind diese Ansätze teils in der Volkswirtschaftslehre (meist etikettiert als „Consumer Economics“), teils in der Betriebswirtschaftslehre angesiedelt. Letztere gehen in der Rezeption von Methoden und Erkenntnissen anderer Verhaltenswissenschaften recht weit, seitdem das Studium des Käuferverhaltens von der Marketing-Idee beflügelt wird⁴³. Obwohl sich die Grenzen mittlerweile verwischen, ist bedauerlicherweise in Geldwertfragen recht einseitig auf den volkswirtschaftlichen Zweig Bezug zu nehmen. Er entwickelt sich in Richtung auf eine umfassende „empirische Verhaltenstheorie des Privathaushalts“⁴⁴, die neben der Einkommensverwendung auch das Bildungs- und Erwerbsverhalten erfassen will. Aber nicht einmal das bescheidenere Ziel einer allgemeinen Theorie des Konsumverhaltens ist bislang erreicht⁴⁵.

⁴¹ Der neueste Beitrag dazu: *Richard Dusansky* und *Peter J. Kalman*, *The Foundation of Money Illusion in a Neoclassical Micro-Monetary Model*, in: *The American Economic Review*, Vol. 64, 1974.

⁴² *Assar Lindbeck*, *A Study in Monetary Analysis*, Stockholm 1963, S. 19 ff.; *Sten Thore*, *Household Saving and the Price Level*, Stockholm 1961; vgl. auch *Ilari Tyrni*, *The Effect of Changes in the Value of Money on Consumers' Saving, on Firms' Investment and on the Equilibrium of a Two-Sector Macromodel*, Tampere 1966, der zwar nicht den Realkassen-Effekt, sondern Fishers Realzins-Hypothese verwendet, dessen Modell jedoch ebenfalls Geldillusion ausschließt und Nutzenmaximierung unterstellt.

⁴³ Siehe vor allem *James F. Engel*, *David T. Kollat* und *Roger D. Blackwell*, *Consumer Behavior*, New York 1968; Ben M. Enis und Keith K. Cox (Herausgeber), *Marketing Classics, A Selection of Influential Articles*, Boston 1969; *John A. Howard* und *Jagdish N. Sheth*, *The Theory of Buyer Behavior*, New York 1969.

⁴⁴ So lautet der Titel eines Beitrages von *Burkhard Strümpel*, in: *wisu* (das Wirtschaftsstudium), 1. Jg., Heft 8, 1972.

⁴⁵ Was *Hellmuth Stefan Seidenfus* (Verhaltensforschung, sozialökonomische, in: *HdSW*, Bd. 11, 1961, S. 99) 1961 konstatierte — „Eine allgemeine Theorie des Konsumverhaltens gibt es noch nicht“ —, beklagt *Robert Ferber* (*Consumer Economics, A Survey*, in: *The Journal of Economic Literature*, Vol. 11, 1973, S. 1332) noch 1973: „Yet, a major consequence of this great amount of work has been the growing realization of how little is known about consumer behavior and of the need for much more work to fill the many gaps in present knowledge.“

Das Verdienst dieser Schule ist es, wichtige Brücken zur Psychologie und Soziologie geschlagen zu haben, doch steht eine wirklich integrierte Forschung noch aus. Mit der Inflationstheorie ist es — wie wir schon sahen — nicht viel anders. Die oft beschworene psychologische Dimension des Inflationsphänomens zeigt sich meist nur im entlehnten Vokabular (Inflationsangst, -mentalität, -psychose, -panik usw.). Freilich müßten auch die Kooperationstendenzen in den benachbarten „Wissenschaften vom Menschen“ entschiedener sein. So befaßt sich die Psychologie zu wenig mit dem wirtschaftenden Menschen⁴⁶, und Soziologie wie Politologie sind noch dabei, sich mit der Nationalökonomie zu arrangieren⁴⁷. Daher wundert es nicht, wenn Ferber in den sozioökonomischen Variablen nach wie vor die Stiefkinder der „Consumer Economics“ erblickt⁴⁸. Die Geldentwertung gehört ohne weiteres dazu⁴⁹.

3.2 Geldwert-Einstellungen der privaten Haushalte

Vor allem Katona und Schmölders haben sich nach dem zweiten Weltkrieg zusammen mit Mitarbeitern und Schülern der empirischen Erforschung von *Einstellungen (Attitüden)* — verstanden als „intervenierende Variablen“ im psychologischen „Reiz-Reaktions-Schema“ — gewidmet. Auf der Basis repräsentativer Bevölkerungsumfragen hat man versucht, Einstellungen zu messen und ihre Entstehung und Änderung systematisch zu erklären. Die Wissenschaftler beider Zentren haben ihre Ergebnisse wiederholt publiziert, die Sekundärliteratur hat sie verschiedentlich zusammengefaßt und gewürdigt⁵⁰. Den gegenwärtigen Forschungsstand reflektiert wohl am besten das Buch von Katona, Strümpel und Zahn „Aspirations and Affluence“⁵¹. Mit ihm wird zudem der Versuch unternommen, aus dem internationalen Vergleich von Ein-

⁴⁶ Vgl. nur *Hans Thomae* und *H. Feger*, Hauptströmungen der neueren Psychologie, Frankfurt/M. 1969; Klaus E. Rogge (Herausgeber), Steckbrief der Psychologie, 2. Aufl., Heidelberg 1974.

⁴⁷ Darüber z. B. *Klaus Heinemann*, Zum Verhältnis von Volkswirtschaftslehre, Wirtschaftssoziologie und politischer Ökonomie, in: *Jb. für Sozialwissenschaft*, Bd. 23, 1972.

⁴⁸ *Robert Ferber*, *Consumer Economics*, S. 1332.

⁴⁹ In der Bibliographie zum Ferberschen „Survey“ fällt auf, wie wenig zu diesem Thema in einem Jahrzehnt geschrieben worden ist. Siehe als neuere Veröffentlichung mit absatztheoretischer Blickrichtung *Günter Wiswede*, Motivation und Verbraucherverhalten, Grundlagen der Motivforschung, 2. Aufl., München/Basel 1973, wo wohl nur einmal (S. 76) das Stichwort „Inflation“ fällt, nämlich als mögliche Ursache von Verbraucherangst.

⁵⁰ Siehe u. a. *Christa Plassmann*, Bestimmungsgründe der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, Berlin 1964, bes. Teil III; *Peter Bohn*, Konsumenten- und Sparerverhalten, Ihre Bedeutung für Finanz- und Konjunkturpolitik, Stuttgart 1969.

⁵¹ In deutscher Übersetzung: Zwei Wege zur Prosperität, Konsumverhalten, Leistungsmentalität und Bildungsbereitschaft in Amerika und Europa, Düsseldorf—Wien 1971.

stellungen⁵², „nationale Profile wirtschaftlichen Verhaltens“ abzuleiten und als Erklärungsansatz zu verwenden. Unter dem Geldwertaspekt, der hier allein interessiert, kommen die Autoren zu dem Ergebnis, „daß die Unterschiede in der Einstellungsstruktur zwischen Westeuropa und den USA nur zum kleinen Teil auf verschiedenartige psychologische Reaktionen auf die säkulare Geldentwertung zurückzuführen sind“⁵³. Die mitgeteilten Erkenntnisse über Haushaltsreaktionen auf die Geldentwertung fügen sich wiederum weitgehend ein in das von Mueller 1959 erstmals skizzierte und seitdem mehrfach nachgezeichnete Bild eines *inflationstabilisierenden Konsumentenverhaltens*⁵⁴. Dies scheint beiderseits des Atlantiks zu gelten, obwohl sich amerikanische und westeuropäische Haushalte in gewissen Inflationseinstellungen beträchtlich unterscheiden. In Übersicht:

1. Mit wachsender Selbstverständlichkeit wird in allen betrachteten Ländern mit weiteren Preissteigerungen gerechnet.
2. Die Westeuropäer aber sind viel besorgter über die Geldentwertung als die Amerikaner. Dies gilt in besonderem Maße für die Deutschen. „Im Brennpunkt der deutschen Sorgen steht die Angst um den Geldwert. Er rangiert in der Skala der Befürchtungen und Ängste noch vor Umweltproblemen, wie Verbrechen, Luft- und Wasserverschmutzung“⁵⁵.
3. Auch die Amerikaner beurteilen die Inflation als ungerecht und unfair. Diese Begründung geben selbst jene, deren Realeinkommen

⁵² Das Buch basiert hauptsächlich auf einer 1968 durchgeführten Repräsentativbefragung von jeweils rd. 1500 Personen in den USA, den Niederlanden, der Bundesrepublik Deutschland und Großbritannien. Auf die englischen und holländischen Daten wird jedoch weniger Bezug genommen.

⁵³ *George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, Zwei Wege zur Prosperität*, S. 73.

⁵⁴ *George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, Zwei Wege zur Prosperität*, S. 70 ff., 115 ff., 215 ff., 235 ff.; und in früheren Veröffentlichungen: *George Katona, Consumer Behavior and Monetary Policy*, in: Clemens August Andreae u. a. (Herausgeber), *Geldtheorie und Geldpolitik*, Günter Schmolders zum 65. Geburtstag, Berlin 1968, S. 125 ff.; *George Katona, Die Macht des Verbrauchers*, Düsseldorf—Wien 1962, S. 264 ff.; *Peter Bohn, Konsumenten- und Sparerverhalten*, S. 63 ff.; *Günter Schmolders u. a., Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt; Günter Schmolders, Psychologie des Geldes*, Reinbek bei Hamburg 1966, bes. Kap. III bis VI; *Heiner Boehme, Geldwertbewußtsein und Sparerverhalten*, Köln und Opladen 1960. Siehe zudem oben Abschnitt 2.2.

⁵⁵ *George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, Zwei Wege zur Prosperität*, S. 215. Dies bestätigen auch andere Umfragen älteren wie neueren Datums. Vgl. z. B. *Elisabeth Noelle-Neumann, Geldwert und öffentliche Meinung, Anmerkungen zur „Psychologie der Inflation“*, in: Clemens August Andreae u. a. (Herausgeber), *Geldtheorie und Geldpolitik*, und — gerade herausgekommen — *Elisabeth Noelle und Erich Peter Neumann (Herausgeber), Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968 - 1973*, Allensbach und Bonn 1974, S. 132, 139 f., 282, 322 f., 349 f., 505.

trotz Inflation gestiegen ist. Nominale Einkommenserhöhungen werden überwiegend als Lohn eigener Arbeitsanstrengungen und persönlicher Leistungen angesehen und selten als Inflationsausgleich. „Preissteigerungen und Einkommenssteigerungen gehören psychologisch in zwei ganz verschiedene Kategorien und haben kaum etwas miteinander zu tun“⁵⁶. Dies spricht für starke Geldillusion⁵⁷. Die Mehrheit der westeuropäischen Konsumenten hingegen sieht in erzielten Lohn- und Gehaltssteigerungen lediglich einen Teuerungsausgleich.

4. Preissteigerungen erzeugen Kaufunlust. Trotz zunehmender Erwartung steigender Preise werden diskretionäre Ausgabenentscheidungen nach wie vor gern vertagt⁵⁸.
5. Trotz wahrgenommener Preiserhöhungen und der Erwartung, daß sich diese fortsetzen werden, wird unvermindert gespart. Der Unterschied zwischen den hohen Sparquoten in Westeuropa und der niedrigen in den USA rührt bei gleicher Definition des Sparens daher, daß gewohnheitsmäßig hier „an“gespart, dort „ab“gespart wird.
6. Nach wie vor werden liquide Sparformen bevorzugt. Geldwertbewußter sparen Besitzer größerer Vermögen und/oder mit wirtschaftlichen Fragen vertrautere Personen.

⁵⁶ *George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, Zwei Wege zur Prosperität, S. 80.*

⁵⁷ Das unterstreichen für die USA auch die empirischen Studien von *W. H. Branson* und *A. K. Klevorick*, Money Illusion and the Aggregate Consumption Function, in: *The American Economic Review*, Vol. 59, 1969 (sich darauf beziehend: *Alex Cukierman*, Money Illusion and the Aggregate Consumption Function: Comment, in: *The American Economic Review*, Vol. 62, 1972; *George D. Craig*, Money Illusion and the Aggregate Consumption Function: Note, in: *The American Economic Review*, Vol. 64, 1974) und *F. T. Juster* und *P. Wachtel*, Inflation and the Consumer, *Brookings Papers on Economic Activity*, No. 1, 1972; dies.: A Note on Inflation and the Saving Rate, *Brookings Papers on Economic Activity*, No. 3, 1972 (die beiden letztgenannten Beiträge zitiert nach: *Robert Ferber*, *Consumer Economics*, S. 1314 f.).

⁵⁸ Etwas unklar ist, bei welchem Ausmaß der Geldentwertung dieses Verhalten festgestellt wurde. Vgl. *George Katona*, *Consumer Behavior and Monetary Policy*, S. 126 mit *George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn*, *Zwei Wege zur Prosperität*, S. 72. Siehe außerdem *Christa Plassmann* (Bestimmungsgründe der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern, S. 76), die auf ältere Untersuchungen verweist, welche die Kaufantizipationsthese nicht zu bestätigen vermochten. Zudem ist es überhaupt fraglich, ob intertemporale Substitutionseffekte im Inflationsprozeß eine große Rolle spielen, solange nicht andere Faktoren hinzutreten, da sie als dauerhafte Erscheinungen sonst kaum zu begründen sind (vgl. *Martin Bronfenbrenner*, *Inflation and Deflation*, S. 298, und *John H. Power*, *Price Expectations, Money Illusion and the Real-Balance Effect*, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 67, 1959, S. 134 f.; siehe auch *Erich* und *Monika Streissler*, *Konsum und Nachfrage*, S. 65-91, 100).

Bei der Erklärung dieser Befunde ergeben sich insoweit neue Gesichtspunkte, als Katona, Strümpel und Zahn Unterschiede in den Einstellungen zur Inflation und zur Einkommensentwicklung auch aus den nicht nur ökonomisch begründeten nationalen Verhaltensprofilen herleiten (Optimismus, Leistungsdrang, Konsumdynamik usw. bei den Amerikanern; Vorsichtdenken, Zweckpessimismus, Selbstzufriedenheit z. B. bei den Deutschen)⁵⁹. Daneben bestehen die wohlbekannten Vermutungen fort: Das Ausbleiben von Kaufantizipationen erklärt sich aus den stabilen Preiserwartungen und dem starken Groll gegenüber Preissteigerungen („Käuferstreik“). Der ungebrochene Sparwille und die Präferenz auch für geldwertempfindliche Sparformen sind auf die Dominanz nicht-rationaler Sparmotive, die (kulturell bedingt) notorisch positive Einstellung zum Sparen, die Kontraktgebundenheit mancher Sparformen, auf die Geldillusion und viele andere Faktoren zurückzuführen.

Äußerst wissenswert ist nun, ob sich die Einstellungen und Verhaltensweisen der Haushalte angesichts der *erhöhten* Preissteigerungsraten in den letzten Jahren geändert haben. Meines Wissens liegt darüber noch keine systematische Untersuchung vor. Das erreichbare Material läßt höchstens vague Mutmaßungen zu.

Für die Bundesrepublik Deutschland ergibt sich beispielsweise aus Umfragen des Instituts für Demoskopie Allensbach, die bis in das Jahr 1973 reichen⁶⁰: Die Zahl der Bürger, die die Preisniveaustabilisierung für das dringlichste Ziel halten, ist weiterhin gestiegen (1969: 70 Prozent; 1972: bei 80 Prozent). Fast die gesamte Bevölkerung scheint inzwischen davon überzeugt zu sein, daß die Preise weiter steigen werden (im Jahresdurchschnitt 1972 und 1973: 93 Prozent der Befragten), wobei die Gruppe derer, die mit einem starken Preisanstieg rechnen, besonders zugenommen hat (seit 1971 von 29 Prozent bis auf 46 Prozent Ende 1973). Im Oktober 1973 traten 52 Prozent des befragten Bevölkerungsquerschnitts für einen Lohn- und Preisstopp ein. Dieser Geldwertpessimismus hat jedoch die günstige Beurteilung des erreichten Lebensstandards nicht beeinträchtigt: 81 Prozent der Befragten gaben 1970 an, sich mehr leisten zu können als vor ein paar Jahren; im November 1973 meinten lediglich 22 Prozent, daß es ihnen wirtschaftlich schlechter gehe als im Vorjahr.

⁵⁹ George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, *Zwei Wege zur Prosperität*, S. 109 ff., 207 ff. und passim.

⁶⁰ Zitiert nach Dieter Feuser, *Wandlungen der Wirtschaftsmentalität unter dem Einfluß der Geldentwertung*, Vortrag vor der Evangelischen Akademie Kurhessen-Waldeck in Hofgeismar am 14. 2. 1974, Institut für Demoskopie, Allensbach 1974. — Für die Schweiz zeigt eine gerade veröffentlichte Meinungsumfrage der ISO-Public, Zürich (Die Schweizer und die Inflation, in: „bulletin“ der Schweizerischen Kreditanstalt, 80. Jg., Juli 1974), z. T. ähnliche Ergebnisse.

Berichte der Deutschen Bundesbank und anderer Geld- und Kreditinstitute belegen zudem gewisse Veränderungen im Konsum- und Sparverhalten der Bundesbürger⁶¹:

1. Die gesamte Geldvermögensbildung der privaten Haushalte war 1973 geringer als 1972. Die Zunahme der Geldvermögen außerhalb des Bankensystems glich die verminderten Geldanlagen im Bankensystem nicht aus. Dennoch erhöhte sich die Nettoersparnis, da die Verschuldung stark zurückging (wegen extrem hoher Sollzinsen und geringer Kaufneigung für langlebige Gebrauchsgüter).
2. Die Struktur der Vermögensbildung veränderte sich 1973 erheblich. Erstmals seit 1964 ging die beliebteste Sparform, das Kontensparen, zurück. Die Sparer schichteten ihr Geldvermögen um zugunsten höher verzinsten Anlagen (vornehmlich Termineinlagen und festverzinsliche Wertpapiere). Die Sparer wechselten öfters als früher die Sparformen, um Zinsvorteile zu nutzen. Die Bereitschaft, sich länger zu binden, hat abgenommen.

Aus diesen Beobachtungen wird verschiedentlich gefolgert, daß die Sparer „erstmalig deutliche Reaktionen auf die schleichende Inflation“⁶² zeigen und daher mit inflationsverstärkenden Verhaltensweisen zu rechnen ist. Ob ein dauerhafter Verhaltensumschwung eingetreten ist und die festgestellten Einstellungsänderungen inflationsbedingt sind, ist mit dem vorliegenden Material *nicht* zu beweisen. Andere Deutungen sind ebenso möglich. Das geschärfte Zinsbewußtsein kann mit der Einlagenkonkurrenz der Kreditinstitute zusammenhängen. Vielleicht ist es auch darauf zurückzuführen, daß viele Haushalte in den letzten Jahren wie nie zuvor mit Angeboten für die Geldanlage und Ratschlägen zur Vermögensverwaltung überschüttet worden sind⁶³. Andererseits ist schwer abzuschätzen, wie stark die intensive Berichterstattung der Massenmedien über den allgemeinen Preisanstieg und über andere angeblich alarmierende Inflationsanzeichen zur Meinungsbildung beigetragen hat. Schließlich könnten andere Faktoren (z. B. befürchtete Rohstoffkrisen oder politische Wechsellagen) die Erwartungsbildung nachhaltiger geprägt und bestimmte Verhaltensreaktionen ausgelöst haben; für die Verschiebung von Autokäufen ist das wohl sicher anzunehmen.

⁶¹ Vgl. dazu: Deutsche Bundesbank, Die Finanzierungsströme im Jahre 1973 sowie der Gesamtbestand an Geldvermögen und Schulden, in: Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, 26. Jg., Nr. 5, Mai 1974; Deutsche Bank AG, Entwicklung im Jahre 1973, Ein Kurzbericht, Frankfurt/M. 1974; Deutscher Sparkassen- und Giroverband e. V., Jahresbericht 1973, Bonn 1974.

⁶² Deutsche Bank AG, Entwicklung im Jahre 1973, S. 10.

⁶³ In der BRD sind in den letzten drei Jahren nicht weniger als 5000 Finanzberatungsunternehmen in die Handelsregister eingetragen worden, die mehr als 100 000 Anlageberater beschäftigen (Jahrbuch der deutschen Anlageberatung, 1973/74, Köln 1974, S. 10).

Die Diskussion dieser aktuellen Ereignisse muß auch deshalb unscharf bleiben, weil die Verhaltenstheorie nach meinem Eindruck bislang nicht zuverlässig erklären kann, wie sich Einstellungen und Verhaltensweisen unter dem Eindruck allgemeiner Geldentwertung bilden und verändern. Das soll an drei Problemen verdeutlicht werden: Preiserwartungen, Geldillusion, ökonomische Reizschwellen.

3.3 Zum Problem der Preiserwartungen

Preiserwartungen finden in der Geldtheorie neuerdings wieder großes Interesse, wie bereits erwähnt, insbesondere bei der Erklärung der Zinshöhe und der Inflation. Wenig und dazu Widersprüchliches erfährt man jedoch darüber, *wie diese Erwartungen zustande kommen und sich wandeln.*

Die Verhaltenstheorie sieht in Erwartungen — im psychologischen Sinne — *erlernte* Einstellungen gegenüber zukünftigen Ereignissen. Deshalb wendet sie auch auf die Erwartungsbildung die Psychologie des Lernens an. In der verhaltenstheoretischen Analyse der *Preis- und Inflationserwartungen* dominiert die Erwartungstheorie von Katona. Er hat diese mehrfach dargelegt⁶⁴. So kann auf Einzelheiten hier verzichtet werden.

Katona ist Gestaltpsychologe. Er gibt der gestaltpsychologischen Lerntheorie den Vorzug gegenüber behavioristischen oder assoziationspsychologischen Lerntheorien (Lernen am Erfolg, Lernen durch Wiederholung), weil sie besser geeignet sei zu erklären, wie sich kollektive wirtschaftliche Erwartungen formen. Gestaltpsychologisch stellen sich Erwartungen durch „einsichtsvolles Lernen“, d. h. durch den Versuch her, eine Situation zu verstehen. Daher ändern sie sich auch nur, wenn die Situation sich so ändert, daß sie den Lernenden vor ein neues Problem stellt. Daraus folgt direkt die Hypothese von der relativen *Stabilität* wirtschaftlicher Erwartungen. Sie werden sich nur dann in einem sozialen Lernprozeß ändern, wenn sich bei vielen Menschen das „psychische Feld“ (im Sinne Lewins) konform verändert. Das wiederum wird abrupt und total nur dann geschehen, wenn alle Beteiligten von mindestens einer einschneidenden Umweltveränderung betroffen sind (Krieg als meist zitiertes Beispiel). Gleichsam durch den Versuch, dieses Ereignis zu verstehen, formt sich das neue Einstellungsbild.

⁶⁴ Zusammenhängende Darstellungen in *George Katona*, Das Verhalten der Verbraucher und Unternehmer, Tübingen 1960, S. 61 ff.; *George Katona*, Die Macht des Verbrauchers, S. 80 ff.; die neueste und ausführlichste Darstellung: *George Katona*, Theory of Expectations, in: B. Strümpel, J. N. Morgan und E. Zahn (Herausgeber), Human Behavior in Economic Affairs, Essays in Honor of George Katona with Concluding Comments by George Katona, Amsterdam—London—New York 1972.

Diese kognitive Theorie intelligenten Lernens basiert auf bestimmten Prämissen der Gestalttheorie⁶⁵. Insbesondere unterstellt sie die Existenz von „Organisationsgesetzen der Wahrnehmung“, welche dem Subjekt erlauben, Probleme ohne blindes Probieren zu lösen, indem es Beziehungen, auch zwischen Teilen und dem Ganzen, „organisch“ erfäßt. Von zentraler Bedeutung für den Lernprozeß ist das „Prägnanzgesetz“, welches die Wahrnehmung von Ereignissen in Richtung auf die „gute Gestalt“ lenkt, definiert u. a. durch Regelmäßigkeit, Einfachheit, aber auch *Stabilität*. Das Gesetz ist in der Psychologie sehr umstritten, die jedoch keineswegs diese Lerntheorie im ganzen verwirft. „Sehr viel spricht für die gestaltpsychologische Auffassung, wonach blindes Lernen nicht die Grundform jeglichen Lernens ist“⁶⁶, doch sprechen Lernexperimente auch für assoziationstheoretische Ansätze. Diese Erkenntnis hilft uns aber wenig, denn meines Wissens haben sich — abgesehen von Katona — die Lernpsychologen selbst in ihren empirischen Tests nicht systematisch mit wirtschaftlichen Einstellungen menschlicher Lebewesen und schon gar nicht mit ihren monetären Nöten befaßt.

Gerade im Hinblick auf Preis- und Inflationserwartungen ist es bedenklich, durchweg der gestaltpsychologischen Erwartungstheorie zu folgen. Sie gibt bestimmten Faktoren wenig oder gar keinen Raum, etwa der „Panikanfälligkeit der Bevölkerung“, der „Inflationsmentalität“ oder der „Verteilung der Persönlichkeitstypen“, die Lauterbach ausdrücklich zu den Bestimmungsgründen der Erwartungen zählt⁶⁷. Katona widerspricht entschieden der „Annahme, daß Einstellungen und Erwartungen gefühlsmäßigen oder impulsiven Faktoren entspringen“⁶⁸. Stimmungsmache, Gerüchte, suggestive und manipulative Propaganda u. ä. wären also, soweit sie nur Emotionen hervorbringen, kaum in der Lage, die Preiserwartungen nachhaltig zu korrigieren⁶⁹, da das Subjekt solchen Impulsen nicht spontan folgen, sondern sie wie alle Störungen des Feldes nach den Gesetzen „einsichtigen Lernens“ abwägend beurteilen wird⁷⁰. Hier sind starke Vorbehalte angezeigt⁷¹.

⁶⁵ Vgl. dazu und zum folgenden *Ernest R. Hilgard* und *Gordon H. Bower*, Theorien des Lernens, Stuttgart 1971/73, Kap. 8 und 9.

⁶⁶ *Ernest R. Hilgard* und *Gordon H. Bower*, Theorien des Lernens, S. 294.

⁶⁷ *Albert Lauterbach*, Psychologie des Wirtschaftslebens, Reinbek bei Hamburg 1962, S. 23.

⁶⁸ *George Katona*, Die Macht des Verbrauchers, S. 95.

⁶⁹ Siehe auch *Peter Bohn*, Konsumenten- und Sparerverhalten, S. 63 f.

⁷⁰ Zur Bestätigung ist in diesem Zusammenhang auch anzuführen, daß *George Katona*, *Burkhard Strümpel* und *Ernest Zahn* (Zwei Wege zur Prosperität, S. 146 u. S. 303, Fußn. 41) mit dieser Lerntheorie sowohl die Konsumentensouveränitäts-These wie die Konsumentenmanipulations-These als einseitig zurückweisen.

⁷¹ Siehe auch *Vincenz Timmermann*, Inflation und wirtschaftliches Wachstum, S. 40, Fußn. 22, der an „ein wiederholtes Umschlagen der Erwartungen durch Gerüchte über eine bevorstehende Währungsreform“ erinnert.

Katona, Strümpel und Zahn erwähnen als Beispiel einer radikalen Erwartungsänderung, die „nur durch gänzlich unerwartete und einschneidende Ereignisse“⁷² hervorgerufen werden kann, den „Verfall des Einstellungsbildes der deutschen Konsumenten“, angezeigt durch den Rückgang optimistischer Antworten um 40 Prozent, in der Rezessionsphase 1966/67⁷³. Die dafür gegebene Begründung (plötzliches Ende einer langen konjunkturellen Aufstiegsphase, NPD-Wahlerfolge, Regierungsschwäche) klingt plausibel, doch auf der anderen Seite finden sich leicht damit vergleichbare Streßsituationen, etwa die weltweiten währungspolitischen Unruhen 1967/68, in denen — wie Meisel für Österreich zeigt⁷⁴ — das Geldwertvertrauen unangetastet blieb. Ob nur und immer eine völlige Reorganisation des „psychischen Feldes“ eine klare Tendenzwende in den Preiserwartungen bewirkt, ist zu bezweifeln.

Gestalttheoretiker fassen „psychologische Prozesse als Funktion des aktuellen Feldes“⁷⁵ auf und gestehen der Erfahrung wie der Ereigniswiederholung nur einen begrenzten Einfluß auf den Lernvorgang zu. So begreift man, warum Katona immer wieder und mit besonderer Schärfe die „Proxy-Theorie“ der Erwartung⁷⁶ — in der modernen Geldtheorie sehr gebräuchlich — als allgemeine Erwartungstheorie zurückweist. Nach Katona ergaben die Umfragen seines Instituts, „daß gelegentlich, unter bestimmten Voraussetzungen, Erwartungen ihren Ursprung in früheren Entwicklungen haben und eine Fortsetzung der entsprechenden Trends anzeigen. Das läßt sich aber nicht verallgemeinern“⁷⁷. Andererseits korrelieren die Preiserwartungen signifikant mit den Veränderungen des Preisniveaus⁷⁸. Damit ist freilich noch kein Kausalnexus erwiesen, doch der Sachverhalt verträgt sich auffällig mit Theorien, die das Lernen aus Versuch und Irrtum oder durch Wieder-

⁷² George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, *Zwei Wege zur Prosperität*, S. 99.

⁷³ George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, *Zwei Wege zur Prosperität*, S. 104 ff.

⁷⁴ Ernst Meisel, *Das Sparverhalten der österreichischen Bevölkerung als eine Determinante der Geldwertstabilität*, in: Wolfgang Schmitz (Herausgeber), *Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum, Währungspolitik im Spannungsfeld des Konjunkturverlaufs*, Wien, New York 1971, S. 74 ff.

⁷⁵ Ernest R. Hilgard und Gordon H. Bower, *Theorien des Lernens*, S. 268 (Hervorhebung von mir).

⁷⁶ George Katona, *Theory of Expectations*, S. 552: „In this theory expectations are made an endogenous variable by postulating that they can be modified *only* by past changes of the same variable coupled with a consideration of past forecasting errors“.

⁷⁷ George Katona, *Die Macht des Verbrauchers*, S. 96.

⁷⁸ Siehe für die BRD u. a. Adalbert Knöbl, *Price Expectations and Actual Price Behavior in Germany*, in: IMF Staff Papers, Vol. 21, 1974; Dieter Feuser, *Wandlungen der Wirtschaftsmentalität unter dem Einfluß der Geldentwertung*, S. 12.

holung erklären⁷⁹. Bedenkt man zudem die ungenauen, widersprüchlichen oder ignoranten Antworten, die teilweise in demoskopischen Erhebungen auf Fragen zum Verständnis des Geldentwertungsprozesses und seiner Ursachen gegeben werden⁸⁰, ist schwer vorstellbar, daß sich Preiserwartungen vornehmlich im Zuge eines problemorientierten, um das Erfassen der Situation bemühten Lernvorgangs bilden. Einschlägige neuere Untersuchungen zeigen außerdem⁸¹, wie Privathaushalte zwar Informationen suchen, um Risiko und Unsicherheit zu eliminieren, sich der Entscheidungsprozeß jedoch nach wie vor ziemlich unrationale (ohne genaue Einkommensverwendungspläne, ohne exakte Ziele) und höchst einfach (impulsiv und gewohnheitsmäßig) vollzieht. Wie sich unter diesen Bedingungen Preis- und Inflationserwartungen formen, ist alles in allem nicht klar auszumachen.

Die exakte Messung der Preiserwartungen und ihrer Bestimmungsgründe erfordert wahrscheinlich wesentlich differenziertere Befragungen, möglichst kombiniert mit psychologischen Methoden, welche auch Motive offenlegen, da Diskrepanzen zwischen bekundeter und wahrer Meinung nicht auszuschließen sind. Es wäre einerseits genauer zu ermitteln, welche Inflationsimpulse überhaupt wahrgenommen, wie sie interpretiert und in die Erwartungsbildung einbezogen werden, und andererseits, welche sonstigen Informationen eine Rolle spielen.

Endlich ist an jenen schon von Plassmann geäußerten Verdacht zu erinnern, daß es möglicherweise „... nicht die Preiserwartungen an sich sind, die den Einfluß auf die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern ausüben, sondern daß es vielmehr die Bedeutung ist, die die Konsumenten Preisänderungen beimessen, die diesen Einfluß hat“⁸². Verallgemeinert könnte man sagen, daß verhaltensmotivierend die Bewußtseins-

⁷⁹ So liest man bei *Günter Schmolders* u. a., *Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt*, S. 171: „Vertrauen und Mißtrauen in die Stabilität des Geldwerts sind Ergebnisse von Lernprozessen ... Was hier stattfindet, ist ein ‚Lernen am Erfolg‘.“ Auch das Marketing-Konzept bedient sich eher solcher lerntheoretischer Ansätze.

⁸⁰ Vgl. vor allem *Elisabeth Noelle-Neumanns* (*Geldwert und öffentliche Meinung*, S. 36) Bericht über englische Umfrageergebnisse. Während nach älteren Umfragen den Deutschen ein relativ hoher Informationsstand in Inflationsfragen attestiert werden konnte (vgl. *Elisabeth Noelle* und *Erich Peter Neumann* [Herausgeber], *Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1958 - 1964*, Allensbach und Bonn 1965, S. 390 ff.), zeigen neuere Untersuchungen wieder größere Verständnislücken (vgl. *Dieter Feuser*, *Wandlungen der Wirtschaftsmentalität unter dem Einfluß der Geldentwertung*). Siehe aber auch *George Katona* (*Das Verhalten der Verbraucher*, S. 197), der unmittelbar nach dem Krieg registrierte, daß die vorherrschenden Preiserwartungen einen „unpersönlichen und etwas oberflächlichen Charakter“ hatten.

⁸¹ Vgl. dazu *Robert Ferber*, *Consumer Economics*, S. 1326 ff.

⁸² *Christa Plassmann*, *Bestimmungsgründe der Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern*, S. 76.

inhalte sind, welche die Menschen mit Dingen wie „Preisänderung“, „Inflation“ und „Geldentwertung“ verbinden. Die mit den Instabilitäten des Geldes verknüpften Einstellungen scheinen jedenfalls komplexer zu sein, als sie in Indices kurz- und langfristiger Preiserwartungen quantitativ einzufangen sind. Mit dieser Frage beschäftigt sich der nächste Abschnitt.

3.4 Zum Problem der Geldillusion

Obwohl seit Fisher „*Geldillusion*“ auf verschiedene Weise beschrieben worden ist⁸³, scheint der Grundgedanke seiner originären Definition erhalten geblieben zu sein: „Diese Illusion besteht in der Anschauung, daß die Geldeinheit sich immer gleich bleibt, so daß sie als Wertmaßstab für andere Dinge dienen kann und daß sie selbst nicht gemessen zu werden braucht“⁸⁴. Schwankungen der Güterspeise werden daher gar nicht oder nicht in vollem Umfang als Geldwertveränderungen empfunden.

Bislang hat sich vornehmlich die sozialökonomische Verhaltenstheorie — vor allem Schmölders⁸⁵ — mit dem Phänomen der Geldillusion direkt auseinandergesetzt. Sie klassifiziert diese Erscheinung psychologisch als eine *Attitüde*, welche laufende Preisbewegung und Geldwertentwicklung bewußtseinsmäßig trennt und die — soweit sie sich mit der festen Erwartung eines zukünftig stabilen Geldwertes verbindet — auch als „*Geldwarterwartung*“ zu bezeichnen ist. Für den Inflationsfall wird nun behauptet⁸⁶, daß diese Einstellung aufgegeben wird, wenn die Raten der tatsächlichen und/oder erwarteten Preissteigerungen eine *Reizschwelle* erreichen, bei der das Wirtschaftssubjekt die eingetretene bzw. zu er-

⁸³ Günter Schmölders, „Geldillusion“ oder „Angst vor Geldentwertung“?, in: Johannes Schlemmer (Herausgeber), *Enteignung durch Inflation? Fragen der Geldwertstabilität*, München 1972, S. 78; oder ders., *Psychologie des Geldes*, S. 145; Erich und Monika Streißler, *Konsum und Nachfrage*, S. 78, Fußnote 30; W. H. Branson und A. K. Klevorick, *Money Illusion and the Aggregate Consumption Function*, S. 832; John H. Power, *Price Expectations, Money Illusion and the Real-Balance Effect*; Richard Dusansky und Peter J. Kalman, *The Foundations of Money Illusion in a Neoclassical Micro-Monetary Model*, S. 116.

⁸⁴ Irving Fisher, *Feste Währung, Illusion und Wirklichkeit*, Heidelberg 1948, S. 8, siehe auch S. 19; ebenso ders., *Von der Illusion des Geldes zur wahrhaft festen Währung*, Weimar/Leipzig 1938, S. 5; ders., *The Illusion of Money*, New York 1928.

⁸⁵ Vgl. u. a. Günter Schmölders, *Psychologie des Geldes*, S. 144 ff., 166 ff.; ders., *Gutes und schlechtes Geld. Geld, Geldwert und Geldentwertung*, Frankfurt/M. 1968, S. 76 ff.; ders., *Geldpolitik*, 2. Aufl., Tübingen und Zürich 1968, S. 363 ff.; ders. u. a., *Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt*, S. 173 ff.; ders., „Geldillusion“ oder „Angst vor Geldentwertung“?, S. 79 ff.

⁸⁶ Vgl. z. B. Heiner Boehme, *Geldwertbewußtsein und Sparerverhalten*, S. 88 ff.; Günter Schmölders, „Geldillusion“ oder „Angst vor Geldentwertung“?, S. 79 ff.; Ernst Meisel, *Das Sparverhalten der österreichischen Bevölkerung als eine Determinante der Geldwertstabilität*, S. 71 ff.

wartende Geldentwertung erkennt, also ein Akt der Desillusionierung erfolgt, welcher die Bewußtseinspaltung aufhebt. Es wäre nun mit Verhaltensreaktionen auf den veränderten Geldwert — bis hin zur Reputation des Geldes — zu rechnen.

Schmölders und seine Mitarbeiter haben versucht, die Geldillusion mittels Bevölkerungsumfragen zu messen, was jedoch kaum brauchbare Ergebnisse erbrachte⁸⁷. Zweifel bestehen, ob es allein mit dieser Methode der Einstellungsmessung möglich sein wird, zum Erfolg zu kommen, denn die Interviewantworten werden offensichtlich von der Frageformulierung stark beeinflusst. Fragen nach der „Preiserwartung“ und der „Kaufkrafterwartung“ rufen bei den Befragten die unterschiedlichsten Vorstellungen von „Geldwert“, „Geldwertstabilität“ und „Geldentwertung“ hervor, je nachdem ob sie im Augenblick der Frage etwa an ihr Sparkonto, an eine erwartete Erbschaft, eine vor langer Zeit abgeschlossene Lebensversicherung oder den Fünfundzwanzigmarschein in ihrer Brieftasche erinnert werden. Will man auf diesem Wege weiterkommen, die Geldillusion zu quantifizieren, so erfordert dies m. E. zunächst, Konglomerate wie „Geldwerteinstellung“, „Geldwerterwartung“ und dergleichen aufzuspalten. Als Elemente, die von Individuen „normalerweise“ (folgt man Schmölders), jedenfalls aber unter bestimmten Umständen, bewußtseinsmäßig getrennt werden, kommen in Frage etwa Meinungen über „Preise“, „Kaufkraft“, „Kaufmacht“, „Währung“. Es wäre zu ermitteln, welche Bewußtseinsinhalte aufgrund welcher Wahrnehmungen sich darin jeweils artikulieren und wann sich diese Inhalte verschieben, gegebenenfalls so, daß sie zur Deckung kommen. Da die bekundeten Meinungen nicht mit den tatsächlichen Ansichten und Vorstellungen übereinstimmen müssen, auch Emotionen vermutlich durch Rationalisierungen kaschiert werden, müßten die herkömmlichen Befragungsmethoden zur Einstellungsmessung ergänzt werden durch Methoden der Motivforschung (es wäre z. B. zu denken an Polaritätsprofile bei der Analyse des Geld- und Währungs-Image oder an mehrstufige Interviews mit kontrastierenden Testgruppen, um den Wahrnehmungsgrad von Kaufkraftverlusten festzustellen).

Schmölders hat sich auch bemüht zu erklären, *warum* Menschen in der Regel nicht frei von Geldillusion handeln. Läßt man einige terminologische Differenzen außer acht⁸⁸, sind nach seinen Worten „Entstehung

⁸⁷ Günter Schmölders u. a., Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt, S. 174 ff. Die Autoren schreiben abschließend (S. 183): „Um . . . die Geldillusion zu erheben, reicht eine einzige Frage keineswegs aus; dieser Sachverhalt kann nur im Vergleich zweier Fragen ermittelt werden, von denen die eine die Preiserwartungen, die andere die Kaufkrafterwartungen erhebt; eine derartige Doppelerhebung ist bisher leider noch nicht durchgeführt worden“.

⁸⁸ Vgl. Günter Schmölders, Psychologie des Geldes, S. 176 f.; ders. u. a., Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt, S. 173 f.

und Bestand der Geldillusion“ Ausdruck eines „Währungsvertrauens“. Als dessen hauptsächliche Determinanten nennt er⁸⁹: Geltung des Nominalprinzips, Vertrauen in die Staatsautorität, staatsbürgerliche Loyalität, individuelle psychische Konstitution, einzelmenschlicher Charakter, persönliches Temperament, Bildungsgrad, insbesondere „ökonomische Bildung“.

Im Rückgriff auf Schmölders, aber auch auf Autoren, die dieser bereits herangezogen hat, besonders Simmel⁹⁰ und Wilken⁹¹, versucht der Soziologe Heinemann⁹², mit Hilfe der sozialpsychologischen Hypothesen vom „Bedürfnis nach sozialer bzw. subjektiver Gewißheit“ (Hofstätter bzw. Simon⁹³) eine generelle Erklärung des Phänomens der Geldillusion zu geben⁹⁴.

Komplexe Gesellschaftswirtschaften mit ihren komplizierten Funktionsabläufen — auch und gerade in ihrem Geldsystem — sind für die meisten Menschen kaum zu durchschauen und daher schwer zu verstehen; der einzelne muß seine Eingriffschancen als gering erachten. „Gesellschaftliches Handeln müßte demnach stets Handeln in Ungewißheit über die Ereignisabläufe und Entscheidungsalternativen sein, wenn nicht jene auf persönlichen Erfahrungen über die Stetigkeit der Ereignisabläufe, nicht auf beweisbaren Tatbeständen und Sachverhalten beruhende ‚soziale Gewißheit‘ einer Konstanz und Stabilität bestehender gesellschaftlicher Beziehungen und Verhaltensweisen ein planvolles und antizipierbares Handeln sichern würde. Diese soziale Gewißheit ist z. B. auch Ausdruck dafür, daß man in vielfältiger Weise auf das Funktionieren der Organisation, auf die Sinnhaftigkeit der Ordnungen vertraut, ohne die Zusammenhänge überblicken, ohne in die Abläufe eingreifen zu können“⁹⁵. In diesem Bedürfnis nach sozialer Gewißheit, das „nicht zwingend ein Bedürfnis nach objektiv prüfbarem Wissen“⁹⁶

⁸⁹ Günter Schmölders, Gutes und schlechtes Geld, S. 77 ff.

⁹⁰ Georg Simmel, Philosophie des Geldes, 5. Aufl., Berlin 1930.

⁹¹ Folkert Wilken, Die Phänomenologie des Geldwertbewußtseins, in: Archiv für Sozialwissenschaft und Sozialpolitik, 56. Band, 1926.

⁹² Klaus Heinemann, Grundzüge einer Soziologie des Geldes, Stuttgart 1969, S. 128 ff.

⁹³ Peter R. Hofstätter, Gruppendynamik. Kritik der Massenpsychologie (1957), 2. Aufl., Hamburg 1971, S. 84 ff.; Walter B. Simon, Das Bedürfnis nach subjektiver Gewißheit, Motiv zum Haß, in: Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie, 15. Jg., 1963.

⁹⁴ Klaus Heinemann (Grundzüge einer Soziologie des Geldes, S. 131) geht davon aus, daß die Geldillusion „bereits empirisch nachgewiesen worden [ist]“, beruft sich dabei jedoch auf ein offenbar falsch interpretiertes Umfrageergebnis des DIVO-Instituts aus dem Jahre 1957. Siehe dazu auch Günter Schmölders u. a., Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt, S. 174 f.

⁹⁵ Klaus Heinemann, Grundzüge einer Soziologie des Geldes, S. 85.

⁹⁶ Klaus Heinemann, Grundzüge einer Soziologie des Geldes, S. 133.

sei, sondern nur nach „subjektiver Gewißheit“, zeige sich ein „*Bedürfnis nach Sicherheit*“, welches „bereits durch realitätsverzerrende Bilder befriedigt werden (kann), die dem Wunsch nach Einfachheit und Klarheit der Situation entgegenkommen“⁹⁷. Geldillusion wäre dadurch erklärlich⁹⁸; sie kann „... als subjektive Gewißheit über die Stabilität des Geldes als ein Gegengewicht und eine Ausweichmöglichkeit einer komplexen und nur mit mangelnder Eindeutigkeit und geringer Sicherheit aus der Unzahl empirischer Einzelfälle und eines heterogenen Erfahrungsmaterials der Marktrealität bildbaren Kaufkraftvorstellung des Geldes angesehen werden“⁹⁹. Auf diese Weise ist Geldillusion dann — so ließe sich der Gedankengang fortführen — Ausdruck „rationalen“ Verhaltens und ein gewichtiges Indiz dafür, daß private Haushalte Geldwertstabilität wünschen!

Heinemann gelangt mit seinem Ansatz über Schmölders und Wilken, aber auch über andere von ihm nicht herangezogene Autoren hinaus, doch nur insoweit, als er die Entstehung von Geldillusion aus einem einheitlichen Prinzip, einem den Menschen unterstellten allgemeinen „*Bedürfnis nach subjektiver Gewißheit*“ erklärt. Ungesagt bleibt, inwiefern Unterschiede in der Intensität dieses Bedürfnisses (möglicherweise bedingt durch charakterliche Veranlagung, Bildungsgrad usw.) unterschiedliche Grade von Geldillusion erzeugen. In der Frage nach dem Bestand (der Stabilität) der Geldillusion folgt Heinemann ganz der üblichen Annahme, wiederum z. B. bei Schmölders und Wilken, daß die Geldillusion nämlich zusammenbricht, wenn die Inflation einen bestimmten Schwellenwert überschreitet, der u. a. von den Kauf- und Zahlungsgewohnheiten, dem Ausmaß des Vertrauens gegenüber Regierung und Notenbank und der subjektiven Bedeutung der verteuerten Güter bestimmt wird¹⁰⁰. Da jedoch die Geldillusion aus dem Bedürfnis nach sozialer Gewißheit resultieren soll, müßte Heinemann zeigen, wie das Verhältnis zwischen den eben genannten Determinanten und diesem Bedürfnis ist.

Andere als die mitgeteilten Geldillusions-Hypothesen hat die sozialökonomische Theorie nicht entwickelt. Ob die in den Marketing-Kon-

⁹⁷ Klaus Heinemann, *Grundzüge einer Soziologie des Geldes*, S. 134.

⁹⁸ Diese Ansicht ist nicht ganz neu, sie findet sich schon länger in der Geldtheorie; so Rudolf Schilcher, *Geldfunktionen und Buchgeldschöpfung*, Berlin 1958, S. 75 f. (Hervorhebung von mir): „Schließlich ist es ... erforderlich, ... jene grundsätzlich dem Risiko wie der Chance abgeneigte Geisteshaltung in Rechnung zu stellen, welche sich nach *Sicherheit* sehnt und diese angesichts des Schwankens und der Ungewißheit aller Kurse und Preise in der ganz gewissen Konstanz des Geldpreises zu finden glaubt, eine Form der Geldillusion, die in einer der Wirklichkeit angenäherten Analyse nicht übersehen werden darf“.

⁹⁹ Klaus Heinemann, *Grundzüge einer Soziologie des Geldes*, S. 134 f.

¹⁰⁰ Klaus Heinemann, *Grundzüge einer Soziologie des Geldes*, S. 137.

zepten des Konsumentenverhaltens inzwischen stark verbreitete *Theorie der kognitiven Dissonanz* (Festinger, Lawrence) auch geeignet ist, Geldillusion als eine Form der Dissonanzreduktion zu deuten, muß dahingestellt bleiben. Es muß sich erst erweisen, ob sie überhaupt auf das Verhalten vor einer Entscheidung angewandt werden kann, wie dies Wiswede¹⁰¹ durch Postulierung einer „Dissonanzerwartung“ erreichen will. Nur dann wäre die Hypothese möglich, daß die Attitüde der Geldillusion eine infolge der täglichen Preiserfahrungen ausgelöste Dissonanzerwartung schwindender Kaufkraft reduziert und gegebenenfalls aufhebt — bis zur Schwelle unerträglicher Dissonanz. Damit ließe sich dann auch begründen, daß es nicht paradox ist, wenn Menschen gleichzeitig extreme Inflationsfurcht und sehr geringe Inflationserwartungen haben¹⁰².

3.5 Zum Problem der Reizschwellen

Das mehrfach erwähnte Schwellen-Konzept stammt bekanntlich aus der klassischen Psychophysik; grob gesprochen besagt es, daß ein Reiz eine bestimmte Intensität erreichen muß, um wahrgenommen zu werden. Als *Wahrnehmungs- und/oder Reaktionsschwelle* verstanden, ist dieser Sachverhalt in die Wirtschaftslehre eingegangen. Katona rechtfertigt diese Übernahme mit der Behauptung: „Im wirtschaftlichen Verhalten gibt es, wie in anderen Verhaltensarten eine ‚Schwelle‘, das heißt einen Punkt, von dem aus ein Effekt seinen Ausgang nimmt“¹⁰³. Soweit sich diese Behauptung allein auf die Erkenntnisse der Psychologie beruft, steht sie inzwischen auf wackligen Füßen, da in der neueren Wahrnehmungspsychologie die „Vorstellung eines deutlichen Sprunges, die zum Konzept der Schwelle gehört“, aufgegeben wird „zugunsten einer Vorstellung, die an die Stelle der Schwellen kontinuierliche Übergänge setzt“¹⁰⁴.

Nun könnte das Schwellen-Konzept aber auch „entpsychologisiert“ der Wirtschaftswissenschaft dienen¹⁰⁵. Manches spricht dafür, daß es

¹⁰¹ Günter Wiswede, Bedürfnismatrix und kognitive Dissonanz, in: Jb. der Absatz- und Verbrauchsforschung, 19. Jg., 1973.

¹⁰² Vgl. George Katona, Burkhard Strümpel und Ernest Zahn, Zwei Wege zur Prosperität, S. 73.

¹⁰³ George Katona, Die Macht des Verbrauchers, S. 267.

¹⁰⁴ Hans Thomae und H. Feger, Hauptströmungen der neueren Psychologie, S. 31. Zur Begründung siehe vor allem: John A. Swets, Is There a Sensory Threshold?, in: Science, Vol. 134, 1961; John A. Swets, Wilson P. Tanner Jr. und Theodore G. Birdsall, Decision Process in Perception, in: Psychological Review, Vol. 68, 1961; John F. Corso, A Theoretico-Historical Review of the Threshold Concept, in: Psychological Bulletin, Vol. 60, 1963, bes. S. 368.

¹⁰⁵ Günter Schmölders (Psychologie des Geldes, S. 13) sieht es so, daß „... die den Nationalökonomern interessierenden Schwellenphänomene in der Regel gar nicht zu den psychischen Problemen im engeren Sinne gehören, sondern zu jenen Massenerscheinungen, bei denen es sich zwar nicht selten

gerade im ökonomischen „Reiz-Reaktions-Schema“ jene klaren Schwellen gibt, die im Bereich der sinnlichen Wahrnehmung anscheinend nicht nachweisbar sind. Für viele Verhaltenstheoretiker steht dies — besonders im Inflationszusammenhang — außer Frage¹⁰⁶.

Ein kaum beachtetes Indiz für das Schwellen-Phänomen dürfte auch der „Fetischcharakter der runden Zahl“ sein¹⁰⁷, der öfters in ökonomischen Zusammenhängen zu spüren ist. So wäre beispielsweise die Frage eine psychologische Studie wert, ob das Überschreiten der 10-Prozent-Marke etwa beim jährlichen Preisanstieg oder das Erreichen einer Arbeitslosenquote von 5 Prozent die Haushalte zu destabilisierenden Reaktionen reizt. Politiker und Journalisten entscheiden dies je nach Interessenlage¹⁰⁸, und sie können das tun, weil es die Wissenschaft eben nicht weiß. Da sich die Psychologie auch mit der irrationalen Bedeutung „magischer Zahlen“ befaßt, könnte sie hier weiterhelfen.

Weil, wie sehr betont wird, wirtschaftliche Schwellen selten konstant seien und vielerlei Einflüssen unterlägen¹⁰⁹, erscheint ihre Messung ausgesprochen schwierig. Hinsichtlich der Inflation ist vor allem jener Schwellenwert bedeutungsvoll, bei dem die Geldillusion zerstört wird. Systematische Erhebungen darüber gibt es bislang nicht¹¹⁰. Das Schwellen-Konzept ist aber nur dann operational, wenn es gelingt, diese Grenze wenigstens annähernd zu bestimmen. Von den üblicherweise genannten Bestimmungsgründen dieses Schwellenwertes¹¹¹ sind einige durchaus

um Schwellenphänomene handelt, aber eher um bestimmte statistische als um psychische oder ‚Reiz‘-Schwellen“. In einer neueren Veröffentlichung schreibt *Schmölders* hingegen (Gutes und schlechtes Geld, S. 80, Hervorhebungen von mir), daß „alle sozialpsychologischen Phänomene ... nicht linearen quantitativen Gesetzmäßigkeiten, sondern den *biologischen* Gesetzen der ‚Reizschwelle‘ (unterliegen)“.

¹⁰⁶ Man spricht von den „... Schwellenphänomenen der Geldentwertung, des Geldwertbewußtseins und der ‚Geldillusion‘ ...“ (*Günter Schmölders*, *Psychologie des Geldes*, S. 319), von der Geldentwertungs-„Reizschwelle“, an der die ersten Zweifel an der Währung auftauchen“ (*Günter Schmölders*, „Geldillusion“ oder „Angst vor Geldentwertung“, S. 86); siehe in diesem Sinne z. B. auch *Peter Bohn*, *Das Konsumenten- und Sparerverhalten*, S. 64.

¹⁰⁷ Vgl. *Günter Wiswede*, *Motivation und Verbraucherverhalten*, S. 39.

¹⁰⁸ Vgl. z. B. *Diether Stolze*, *Willy Brandt und die Inflation*, in: *Die Zeit*, Nr. 8, 15. Febr. 1974, S. 25; oder: „Inflation bald 10 0/0: Retten Sie Ihr Geld“ lautete die Titelgeschichte, in: *Capital*, *Das deutsche Wirtschaftsmagazin*, Nr. 5, Mai 1974.

¹⁰⁹ *George Katona*, *Die Macht des Verbrauchers*, S. 267 f.; *Günter Schmölders*, *Geldpolitik*, S. 363, siehe auch S. 54, Fußn. 26.

¹¹⁰ „Erhebungen über die Reizschwelle der Inflation, d. h. über die Bedingungen, unter denen eine bestimmte jährliche Geldentwertungsrate größere Kreise der Sparer mißtrauisch werden läßt, liegen bisher aus keinem Lande vor“ (*Günter Schmölders*, *Der sanfte Tod des Rentners, Schicksale einer Prognose*, Mainz—Wiesbaden 1969, S. 23). — *Schmölders* hat selbst einige Schwellen-Hypothesen aufgestellt (siehe ebd., S. 23 f., und: *Geldpolitik*, S. 73 ff.).

quantifizierbar. Einzelergebnisse liegen auch schon vor: So läßt sich die „subjektive Bedeutung der von den Preisänderungen betroffenen Waren“ ziemlich genau feststellen. Man kennt die „Schlüsselgüter“, an deren Preisentwicklung die Individuen in erster Linie die Teuerung ablesen, registriert die preisunterschiedlichen Reaktionen (auch im haushälterischen Gebaren) und anderes mehr¹¹². Ebenso ist „der Umfang habitualisierter und traditionaler Verhaltensweisen beim Kauf und im Zahlungsverkehr“ bereits intensiver analysiert worden¹¹³. Der Zusammenhang zwischen diesen Verhaltensweisen und dem Wahrnehmungsgrad der Geldentwertung in verschiedenen Bevölkerungsgruppen müßte jedoch weiter aufgehellert werden. Schließlich wird „der Grad des Vertrauens in Regierung, Notenbank und technisch-organisatorischen Rahmen der Geldverfassung“ auch unter dem Geldwertaspekt demoskopisch untersucht. Man erfragt u. a., wie die Stabilisierungspolitik der Regierung eingeschätzt wird, inwieweit Geldwertstabilisierung als Beleg für eine „gute“ Politik der Regierung gilt, und versucht festzustellen, ob das Urteil über die Geldwertstabilität davon beeinflußt wird, wer regiert, so daß möglicherweise auch aus diesem Grund unterschiedliche Verhaltensreaktionen eintreten können¹¹⁴.

Um zuverlässiger zu bestimmen, bei welcher Reizschwelle sich in einem konkreten Inflationsprozeß das Verhalten der Haushalte plötzlich ändert, sind breiter angelegte Untersuchungen nötig, die sich jedoch nicht nur der üblichen Umfragetechnik, sondern auch Methoden der *Motiv- und Kommunikationsforschung* bedienen müßten, wie sie die Marketing-Theorien bei der Analyse des Käuferverhaltens schon längst benutzen¹¹⁵. Vor allem müßte man mehr über das auf den „Geldwert“ und seine Instabilität gerichtete Informationsverhalten der Haushalte wissen, um dann genauer beurteilen zu können, wie diese „Geldwert-Informationen“ in den Entscheidungsprozeß eingehen.

¹¹¹ Vgl. z. B. Klaus Heinemann (Grundzüge einer Soziologie des Geldes, S. 137), aus dessen Liste die im weiteren Text zitierten Bestimmungsgründe stammen.

¹¹² Vgl. u. a. George Katona, *Consumer Behavior and Monetary Policy*, S. 125 f.; Erich und Monika Streissler, *Konsum und Nachfrage*, S. 47, 63 ff. und 82, Fußn. 119; Günter Schmölders u. a., *Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt*, S. 171 f., 187 f.; zahlreiche Beiträge in: Bernhard Taylor und Gordon Wills (Herausgeber), *Pricing Strategy Reconciling Customer Needs and Company Objectives*, London 1969.

¹¹³ Vgl. z. B. Günter Schmölders u. a., *Der Umgang mit Geld im privaten Haushalt*.

¹¹⁴ Dazu neuere Umfrageergebnisse des Instituts für Demoskopie Allensbach in dessen Jahrbuch der öffentlichen Meinung 1968 - 1973, S. 266, 282 f., 302 f., 323, 325, 332.

¹¹⁵ Vgl. z. B. Günter Wiswede, *Motivation und Verbraucherverhalten*; Eberhard Kuhlmann, *Das Informationsverhalten der Konsumenten*, Freiburg 1970.

Wenn sich die sozialökonomische Verhaltenstheorie in diesen Bahnen mit dem Geldwertaspekt beschäftigt, vermag sie sicher besser als bisher zu erklären, wie sich die privaten Haushalte unter dem Einfluß ständiger Geldentwertung verhalten und was Geldwertstabilität ihnen bedeutet.

Korreferat zu:
Geldwertstabilität aus der Sicht privater Haushalte

Von *Vincenz Timmermann*, Hamburg

1. Ich halte Herrn Rieters Hinwendung zur Verhaltenstheorie für nützlich. Insbesondere sein Hinweis auf die Bedeutung der „runden Zahl“ für Verhaltensänderungen privater Haushalte erscheint mir brauchbar und einer genaueren Untersuchung wert.

Herr Rieter hebt hervor, daß die Verhaltensforschung bisher weder die Bildung noch die Änderung der Einstellungen und Verhaltensweisen privater Haushalte zum Geldwert erklären könne. M. E. dürfen wir von den Verhaltensforschern nicht erwarten, daß sie uns in dieser Frage weiterhelfen, wenn *wir* es nicht einmal fertigbringen zu sagen, was denn Geldwertstabilität überhaupt ist, wann und wie lange eine Inflation z. B. eine „schleichende“ zu nennen sei und wie die analytischen Konzepte „Geldillusion“ und „Preiserwartungen“ zu fassen und voneinander abzugrenzen seien.

Ich kann leider auch Herrn Rieter nicht ausnehmen, wenn ich sage, daß zentrale Begriffe wie „Geldillusion“, „Preiserwartungen“ und „schleichende Inflation“ m. E. noch zu unscharf gefaßt sind.

2. Aus der Sicht privater Haushalte ist nach meinem Urteil die Sorge um den Arbeitsplatz für die Einstellung zur Geldwertstabilität bzw. zur Inflation entscheidend. Es hat mich daher überrascht, daß Herr Rieter diesen Zusammenhang mit keinem Wort erwähnt hat, obwohl auch die von ihm angeführten Verhaltensweisen auf den Güter- und Kreditmärkten davon beeinflußt werden.

Kaufzurückhaltung, unvermindert anhaltendes Sparen, geringere Verschuldungsbereitschaft, der Wunsch nach liquiden Sparformen deuten m. E. weniger auf eine geringe Elastizität der Preiserwartung und ungetrübte Geldillusion hin; ich sehe darin vor allem Reaktionen der Vorsorge in einer wirtschaftlich unsicheren Situation.

3. Herr Rieter vertraut nach meinem Eindruck zu sehr auf die Hilfe der Empiriker.

M. E. sind bisher gerade in bezug auf unser Thema weder die Begriffe scharf genug herausgearbeitet, noch die Fragestellungen klar genug formuliert.

Das möchte ich kurz illustrieren: Ich stimme mit Herrn Rieter voll darin überein, daß wir von den großen Aggregaten abkommen und uns kleineren, in bezug auf die wahrscheinlichen Reaktionen homogeneren und stabileren Gesamtheiten zuwenden müssen.

In bezug auf das Kreditverhalten, das Sparverhalten, das Verhalten am Arbeitsplatz, in bezug auf die Einkommensforderungen, die Kaufentscheidungen, auch in bezug auf mögliche Steuerausweichungen werden Unternehmerhaushalte anders reagieren als Arbeitnehmerhaushalte, städtische Haushalte anders als ländliche, jüngere anders als ältere, Beschäftigte im öffentlichen Dienst anders als Beschäftigte in der privaten Wirtschaft.

Aber ohne Aggregation können wir in den Sozialwissenschaften überhaupt nicht arbeiten, wenn wir verstehen und nicht nur beschreiben wollen.

Die Probleme der Aggregation sind m. W. aber noch weitgehend ungelöst. Und solange das so ist, sind die Gedankenentwürfe und Ansätze, die wir der empirischen Forschung zur Prüfung übergeben können, noch unvollständig.

Das gilt auch in bezug auf die Preiserwartungen. Wir unterstellen in unseren Ansätzen beispielsweise immer noch, die Preiserwartungen seien einheitlich. Natürlich ist das nicht so. Käufer und Verkäufer haben unterschiedliche Preiserwartungen, und innerhalb dieser Gruppen sind die Erwartungen auch wieder verschieden.

Bei unseren Schätzungen gehen wir davon aus, daß die Preise zum gegenwärtigen Zeitpunkt gegeben und allgemein bekannt sind. Aber wer unter uns kennt denn die *heutigen* Preise? Wir alle, die Käufer und die Verkäufer kennen überhaupt nur Preise für einen mehr oder weniger, also unterschiedlich, lange zurückliegenden Zeitpunkt.

Wir unterstellen auch, der Lernprozeß und die Anpassung der Erwartungen seien einheitlich. Aber wie schon die Informationen über die tatsächliche Preisentwicklung die Haushalte unterschiedlich erreichen, so werden diese Informationen auch unterschiedlich verarbeitet.

Das ist im einzelnen alles bekannt; es ist bei der Analyse des Arbeitsmarktes in Ansätzen auch bereits berücksichtigt worden, vor allem von Lipsey, von Dicks-Mireaux, von Phelps und kürzlich von Mortensen¹.

¹ Vgl. *Richard G. Lipsey*, The Relation between Unemployment and the Rate of Change in Money Wage Rates in the U. K., 1862 - 1957: A Further Analysis, in: *Economica*, Vol. 27 (1960), S. 1 ff.; *L. A. Dicks-Mireaux*, The Interrelationship Between Cost and Price Changes, 1946 - 1959, in: *Oxford Economic Papers*, Vol. 13 (1961), S. 267 ff.; *Edmund S. Phelps*, Money-Wage Dynamics and Labour-Market Equilibrium, in: *Journal of Political Economy*,

Allerdings sind die Probleme dort ein wenig einfacher als bei der Analyse des Inflationsprozesses im ganzen: Die am Arbeitsmarkt agierenden Gruppen sind in sich homogener; die Preiserwartungen, die wir zur Erklärung des Inflationsprozesses benötigen, sind *weiter* gefaßt, allgemeiner. Und mit der Notwendigkeit, von den *individuellen* zu allgemeineren Preiserwartungen und Anpassungen zu gelangen, kommen wieder die bereits erwähnten, schwierigen Probleme der Aggregation in den Blick².

Professor Pigou hat im Jahre 1935 in einer Vorlesung gesagt, entscheidend bei einer Inflation sei immer die Frage, ob das Publikum unruhig werde, dem Geld eines Tages mißtraue oder ob es das Steigen der Preise nur für eine vorübergehende Erscheinung halte³.

Herr Rieter wird mir gewiß darin zustimmen, daß wir über diese entscheidenden Fragen — streng genommen — auch heute noch wenig wissen.

Vol. 76 (1968), S. 678 ff.; Dale T. Mortensen, A Theory of Wage and Employment Dynamics, in: Edmund S. Phelps et al., Microeconomic Foundations of Employment and Inflation Theory, New York 1970, S. 167 ff.

² Einen schönen Versuch in dieser Richtung hat Gideon Rosenbluth unternommen, dessen Vortragsmanuskript „The Role of Inflationary Expectations“ (Mai 1974) ich lesen konnte.

³ Arthur C. Pigou, Praktische Fragen der Volkswirtschaft, Jena 1937, S. 60.

Diskussion

Wolfgang Stützel (Saarbrücken):

Einer muß ja den Anfang machen. Lassen Sie mich zu diesem Zwecke drei Fragen aufgreifen. 1. Was heißt eigentlich „Geldwertillusion“? 2. Welcher Methoden kann man sich bedienen, um festzustellen, ob und inwieweit in einer Bevölkerung „Geldwertillusion“ herrscht? 3. Wie steht es mit dem tatsächlichen Befunde zur Zeit in der Bundesrepublik?

Zunächst zur Definitionsfrage. Herr Timmermann meinte ja, daß wir schon dem begrifflichen Ansatz nach hier bislang zu wenig getan hätten und unsere Bemühungen verstärken sollten, das Phänomen wenigstens begrifflich zu klären. Ich glaube demgegenüber nicht, daß gerade hier der Schwerpunkt unserer Bemühungen liegen müßte. Ich habe vielmehr den Eindruck, daß weithin Einigkeit darüber besteht, was unter „Geldwertillusion“ verstanden werden soll. Wer von Geldwertillusion spricht, meint doch damit regelmäßig schlicht den mehr oder weniger häufig auftretenden Sachverhalt, daß sich einerseits Wirtschaftssubjekte bei ihren Entscheidungen von bestimmten Erwartungen hinsichtlich der Geldwertentwicklung leiten lassen, daß sich aber ex post herausstellt, daß der Geldwert tatsächlich geringer wurde als die Wirtschaftssubjekte im Entscheidungszeitpunkt erwartet hatten. „Geldwertillusion“ ist demnach definiert als „Unterschätzung des Risikos der Geldentwertung“. Und „Geldwertillusion“ liegt für den Analytiker eines abgeschlossenen Ablaufs im Zeitraum Z dann vor, wenn er Indizien dafür hat, daß etliche im Ablauf seinerzeit Mitwirkende den Geldentwertungsgrad unterschätzt haben, wenn z. B. aus ihrem Verhalten hervorgeht, daß sie den Inflationsgrad für niedriger eingeschätzt haben, als er sich inzwischen tatsächlich herausgestellt hat. So kann man dann dieser Definition folgend auch vom Vorliegen einer „negativen Geldwertillusion“ sprechen, wenn man ex post sieht, daß das Ausmaß der bevorstehenden Geldentwertung nicht unter-, sondern überschätzt wurde. Soviel zu der von Herrn Timmermann aufgeworfenen Definitionsfrage.

Und nun zu den Methoden, die man verwenden kann, um herauszufinden, ob und inwieweit in bestimmten Zeiträumen bestimmte Bevölkerungsteile in „Geldwertillusion“ leben. Welche Methoden wurden denn von Herrn Rieter und den von ihm herangezogenen Autoren benutzt? Ausschließlich die heute modisch gewordene Methode, die Leute

irgendwie direkt zu befragen. Das muß stutzig machen. Zumal das Referat keine Reflexionen darüber enthält, ob es nicht daneben auch noch andere Methoden gibt. Mir gibt das Anlaß dazu einzuladen, daß wir in der Bundesrepublik vielleicht uns doch ein wenig mehr auch um die Geschichte unseres eigenen Fachs kümmern sollten, uns vielleicht ein wenig mehr bewußt machen sollten, welcher Methoden man sich in solchen Fällen früher bedient hatte. Was war denn in solchen Fällen die „gut klassische Methode“? Den schlichten Hinweis darauf und die Mittelung von Ergebnissen, die man mit diesen schlicht klassischen Methoden erlangt, habe ich etwas vermißt.

Wie hat man derlei früher untersucht, ehe die Mode der interdisziplinären Zusammenarbeit mit motiv-befragenden Psychologen aufkam? Man fragte nach sichtbaren Ausflüssen der Handlungsentscheidungen. Man fragte z. B. ganz behaviouristisch: Wie haben sich die Leute denn tatsächlich verhalten? Was haben sie als Sparer oder Investor tatsächlich getan? Im Rahmen dieser allgemeinen Frage ergeben sich allemal *drei* Möglichkeiten, nun speziell zu fragen:

Erstens kann man fragen: Wie verlief, äußerlich sichtbar, der ganze Prozeß der einzelnen „Verhandlungsentscheidungen“, also z. B. die „Verhandlung“ zwischen einem potentiellen Sparer und seinem potentiellen Partner, etwa einem Sparkassendirektor? Derlei ist natürlich recht schwierig „testmäßig“ zu erheben. Auf derlei sei auch jetzt hier nicht weiter eingegangen.

Zweitens kann man fragen, ob und wieviel die Leute tatsächlich sparen, also weniger als ihr Einkommen konsumiert haben, gleichgültig, in welcher Form sie den Mehrbetrag ihres laufenden Einkommens gegenüber ihrem laufenden Konsum dann gehalten haben. Dazu hat Herr Timmermann dankenswerterweise bereits das Nötige gesagt: Derartige ganz allgemeine Spar-Statistiken für sich lassen keinen direkten Rückschluß darauf zu, welche Erwartungen enttäuscht wurden, sich also als „Illusion“ erwiesen.

Nun kommt aber drittens die große Klasse der „Portfolio-Entscheidungen“. Man kann fragen: Gegeben die Beobachtung, daß die Leute sparen, sei es bald mehr, bald weniger: Sparen sie nun eher in dieser oder eher in jener Form? Eher in Formen, die von der Geldentwertung betroffen werden, oder eher in anderen Formen? Angenommen, an einem freien Markte für Anlagemöglichkeiten begegnete man gleichzeitig beiden Arten von Titeln, reinen Nominaltiteln (wie z. B. Festbetragsanleihen) und geldentwertungsgesicherten (wie z. B. Anleihen mit indexierten Rückzahlungs- und Zinsbeträgen). Würden die ersteren bei einer Effektivverzinsung von 10 % vom Markte aufgenommen, die anderen gleichzeitig bereits bei 3 % Nominalverzinsung, so ließe das

den Schluß zu, daß „man“ am Markte im fraglichen Zeitraum mit einer Geldentwertung von 7% rechnete, eine „beobachtete“ Geldentwertungserwartung, die man ex post mit der tatsächlich während der Restlaufzeit zu verzeichnenden Inflationsrate vergleichen kann. Mit dieser Überlegung wird auf eine ganze Fundgrube von Indikatoren verwiesen, Indikatoren der Geldentwertungserwartung, die das Publikum in bestimmten Zeiten hegt. Nun haben wir bei uns in der BRD zur Zeit zwar kaum indexierte Anlagetitel, aber wir haben z. B. Betongold, Mieten und alle möglichen ähnlichen Indikatoren. Warum nicht einfach die nominelle Effektivverzinsung verschiedener Objekte miteinander vergleichen? Wenn ich hier das Betongold erwähne, dann ist dort die effektive Verzinsung zur Zeit nominell negativ. Die Leute scheinen mit einer ganz enormen Geldentwertungsrate zu rechnen. Sonst hätten wir nicht diese horrenden Grundstückspreise bekommen. Und die zahlreichen sich abzeichnenden Insolvenzen deuten darauf hin, daß der Inflationsgrad im Bereich der Wohnungswirtschaft — gemessen an der jetzigen Entwicklung und heutigen Erwartung — seinerzeit wohl eher über- als unterschätzt worden war.

Otto Pfeiderer (Stuttgart):

Herr Rieter hat ausgeführt, nach seinem Material sei die Reaktion des Publikums auf die Inflation im Sparverhalten privater Haushalte nicht beweisbar. Dies scheint mir nach dem gegenwärtigen Stand der Dinge in der Bundesrepublik nicht mehr gesagt werden zu können. Zunächst ist darauf hinzuweisen, daß hier meist mit einem Ersparnisbegriff gearbeitet wird, wie er in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung verwendet wird. Dieser Begriff ist aber ein *mixtum compositum*. Er enthält nicht nur Geldvermögensbildung, sondern, was ziemlich wenig beachtet wird, auch Teile der Sachvermögensbildung, nämlich die Verwendung eigener Mittel zum Wohnungsbau, zum Beispiel die Auszahlung von Bausparguthaben. Das sind natürlich Beträge, die gar nicht zur Geldvermögensbildung dienen, die vielmehr gerade dadurch, daß sie in dieser Form verausgabt werden, sogar weitgehend ein Beweis dafür sind, daß keine Geldillusion herrscht und daß eben weitgehend kein Vertrauen in den Geldwert besteht.

Wenn wir die Zahlen von diesen Beträgen, die in Wirklichkeit Sachvermögensbildung darstellen, bereinigen, so zeigt sich für das Jahr 1973 bei Beschränkung auf längerfristige Geldvermögensbildung (einschließlich Spareinlagen aller Art), daß die längerfristige Geldvermögensbildung in der Bundesrepublik durch private Haushalte, über die wir hier ja sprechen, im Jahre 1973 selbst nominal um 15% geringer war als im Jahre 1972, real natürlich noch mehr, nämlich rund 20% geringer. Das ist eine überaus deutliche Reaktion auf die Inflation von seiten der

privaten Haushalte, nicht durch Meinungsumfrage, sondern durch das faktische Verhalten, worauf Herr Stützel bereits hinwies. Mir scheint, da kann jedenfalls von Geldillusion keine Rede mehr sein.

Wir müssen uns auch noch darüber klar werden, daß ein großer Teil dieser Geldvermögensbildung, wie sie ja immer noch in sehr beachtlicher Höhe stattfindet, durch bestimmte steuerliche Vorteile begünstigt ist, die natürlich in der Höhe, in der sie zur Zeit noch gewährt werden, geeignet sind, auch negative Geldwerterwartungen zu überspielen. Ich erinnere nur an die großen steuerlichen Vorteile aus dem § 10 Einkommensteuergesetz oder an die Wohnungs- und Bausparprämien, die Anrechnung der Einzahlungen auf Lebensversicherungs- und Bausparverträge als „Sonderausgaben“, was jetzt allerdings durch die Steuerreform mindestens sehr stark eingeschränkt werden wird. Auch diese Beträge sind kein Beweis für das Bestehen von Geldillusion, sondern eben für das Bedürfnis, steuerliche Vorteile wahrzunehmen.

Außerdem haben wir — hier knüpfe ich an das an, was Herr Stützel gesagt hat — keine Information darüber, wie sich die Ersparnisbildung verändern würde, wenn wir heute dazu übergängen, etwa wertbeständige Geldvermögensanlagen zur Verfügung zu stellen. In dieser Beziehung sind wir auf Spekulationen angewiesen. Aber es gehört nicht viel Phantasie dazu, angesichts der schlechten Erfahrungen, die die Bevölkerung sowohl was Kaufkraft wie Kursentwicklung betrifft, mit den bisherigen Formen der Geldvermögensbildung gemacht hat, zu erwarten, daß wertbeständige Geldvermögensanlagen voraussichtlich sehr deutliche positive Reaktionen im Sparverhalten der privaten Haushalte hervorrufen würden.

Fritz Neumark (Frankfurt):

Ich habe, wie ich gestehen muß, ein nicht geringes Mißtrauen gegen die Verhaltensforschung. Aber das will ich jetzt nicht näher begründen oder doch nur mit einem Hinweis: Wenn man den Verhaltensforschern glauben könnte oder müßte, dann wäre eine Geldillusion schon seit langem nicht mehr vorhanden, während ich zutiefst davon überzeugt bin, daß sie zumindest bei nicht gewerkschaftlich organisierten Individuen in geradezu verblüffend hohem Maße noch besteht. Der beliebte Hinweis, den auch mein Freund, Otto Pfeleiderer, soeben gegeben hat, daß nämlich im letzten Jahr — noch mehr real — die Haushaltsersparnisse zurückgegangen seien, müßte m. E. ergänzt werden durch die Hervorhebung der Tatsache, daß in der ersten Hälfte des Jahres 1974 trotz gestiegener Inflationsrate die zeitweilig selbst nominal negative Sparrate sich wieder ins Gegenteil verkehrt hat. Ich wäre begierig zu erfahren, wie man das erklären will.

Mir scheint, daß die Geldillusion zwar gelegentlich von Gewerkschaftsführern bei den Lohnkämpfen eine Rolle spielt, daneben sogar erstaunlicherweise hier und da schon die Einwirkung der Inflation auf den „kalten“ Progressionseffekt der Einkommensbesteuerung, daß aber, wie gesagt, die Individuen eine ganze Fülle von Sparmotiven haben, die auch bei einer Minderung der Geldillusion wirksam sind und sich übrigens nicht nur auf den Umfang, sondern auch auf die Form der Ersparnisse beziehen; dies wurde bereits angedeutet.

In diesem Zusammenhange noch ein kleiner Hinweis aufgrund einer privaten Umfrage: In neuerer Zeit mehren sich seit dem „Fall Herstatt“ bei privaten Unternehmungen wie auch Haushalten die Tendenzen zu einer Umwandlung von Ersparnissen in Horte im engeren Sinn. Nun will ich natürlich nicht bestreiten, daß auch Horte Ersparnisse sind, aber sie sind doch aus tausend Gründen gänzlich anders zu beurteilen als diejenigen Ersparnisse, die eine der üblichen Geldanlageformen annehmen.

Abschließend: Es wäre sehr dankenswert, nicht nur den Begriff der Geldillusion immer wieder in den Vordergrund der Betrachtungen zu rücken, sondern auch einmal danach zu fragen, welche temporal unterschiedlichen Konsequenzen sich aus dem Bestehen einer innerhalb einer Periode — eines Konjunktur- oder Wachstumszyklus — als konstant angenommener Geldillusion ergeben. Dies näher auszuführen, fehlt mir hier die Zeit.

Herbert Geyer (New York):

Ich habe zwei kurze Bemerkungen: Ich war ein wenig erstaunt, daß im ersten Referat kein Versuch unternommen worden ist, ein intertemporales Nutzenmaximierungsmodell zu entwickeln, welches Preisveränderungen einschließt. Dies würde man wohl in einem mikroökonomischen Versuch der Haushaltstheorie zumindest nicht auslassen dürfen.

Zweitens, und da beziehe ich mich auf Ihren Satz von Pigou: „Wann wird das Publikum unruhig?“ Ich glaube, das kann man heute beantworten, und zwar sehr analog zur Frage der Liquiditätspräferenz. Während die spekulative Liquiditätspräferenz, also der Übergang von Bonds in Geld, sich dann vollzieht, wenn die Erwartungen von relativen Zinsveränderungen den gegenwärtigen Zinssatz übersteigen, d. h. wenn $\frac{di}{dt} \frac{1}{i(t)} > i(t)$ ist, so gilt das gleiche für eine Schuldenpräferenz, wenn die erwarteten relativen Preisveränderungen $\frac{dp}{dt} \frac{1}{p(t)}$ den Betrag $\frac{Z(t)}{M(t) + B(t)}$ übersteigen, wobei $Z(t)$ die Gesamtsumme aller Zinszahlungen ist, die

kontrahiert ist innerhalb einer Volkswirtschaft, $M(t)$ der Bestand an nichtzinstragenden Papieren, $B(t)$ der Bestand an zinstragenden Papieren. Wenn die erwarteten relativen Preisveränderungen fluktuieren, worauf die Herren Neumark und Pfeleiderer hingewiesen haben, dann ergeben sich diese Schwankungen auch in den Ersparnissen, wie wir beobachtet haben, denn auch dann entsteht die Schuldenpräferenz. Wenn sie verschwindet, ist man wieder willens zu sparen und zu relativ dauerhaften Geldanlagen überzugehen. Andernfalls ist dies nicht der Fall. Ich glaube, darauf hätte man im Zusammenhang mit der Frage der Geldillusion hinweisen sollen.

Gerd Aberle (Gießen):

Ich möchte die Frage der Beziehungen zwischen Arbeitsplatzsicherung und Sparquote aufgreifen, die vorhin von Herrn Timmermann erwähnt wurde. Wir kommen jetzt überhaupt mehr auf die Frage der Motivation der Sparquote zu sprechen als auf andere im Referat Rieter vorgetragene Thesen. Es ist doch interessant, daß mit zunehmender Verbesserung der Existenzsicherung durch den exorbitanten Ausbau der Sozialversicherung, wie etwa in der Bundesrepublik Deutschland, sich die Sparquote anscheinend doch als außerordentlich stabil erwiesen hat; ich meine die statistische Sparquote mit den von den Herren Stützel und Pfeleiderer genannten Verzerrungen. Interessant erscheint mir aber noch ein anderer Tatbestand, ein Ländervergleich. Es sind im Papier von Herrn Rieter die USA und die Bundesrepublik erwähnt worden, wir könnten aber auch einmal nach Frankreich und Italien blicken. Wir haben dort eine völlig andere Sparquote, die erheblich niedriger liegt. Die Deutschen mit ihrer sehr stabilen Sparquote von stets zwischen 12,9 und 14% werden ja in dieser Hinsicht als sehr eigenartige Zeitgenossen betrachtet, weil sie, angeblich typisch deutsch, so außerordentlich intensiv sparen. Es wäre einmal interessant, die Frage zu analysieren, ob nicht die vergleichsweise wesentlich schlechtere Existenzsicherung, wie wir sie durch eine sehr viel ungünstigere Sozialversicherung in Frankreich und in Italien haben, in Beziehung gesetzt werden kann zur Sparquote. Eine niedrigere Sparquote bei sehr schwacher Existenzsicherung stimmt ja nicht so ganz mit dem überein, was wir uns üblicherweise vorstellen. Vielleicht auch noch ein Hinweis auf die Schweiz!

Das Habenzinsniveau in der Schweiz liegt bei einer immerhin beachtlichen Inflationsrate außerordentlich niedrig. Bausparkassen existieren in unserem Sinne nicht. Die starke Verzerrung in der Bundesrepublik entsteht ja nicht nur durch die staatliche Sparförderung, sondern auch durch das Bausparkassenwesen. Trotzdem wird auch in der Schweiz

gespart. So erscheint mir also die Motivationsuche für das Sparen vor allem in einem Ländervergleich sehr interessant zu sein. Hier spielen Verhaltensmuster, gewisse Mentalitätsfragen, so ungern man dieses allgemeine Wort hier anbringt, doch eine nicht zu unterschätzende Rolle.

Es ist von Herrn Neumark gefragt worden, wie denn die ansteigende statistische Sparquote im ersten Halbjahr 1974 zu erklären sei. Man könnte jetzt die Hypothese aufstellen — aber es ist eine völlig in der Luft hängende Hypothese —, daß der Gewöhnungseffekt an die Inflationsrate und die Hoffnung Bedeutung haben, daß eine Inflationsrate von 8% im Jahre 1974 doch nicht überschritten wird, obwohl man glaubte, es würden 10%. Dies sieht man als eine sehr günstige Entwicklung an. Ferner ist die öffentliche Meinungsbildung zur sog. Inflationsschlange, in der die Bundesrepublik sich am Ende bewegt, schließlich doch mit einem gewissen Beruhigungseffekt verbunden, so daß sich die Sparintensität wieder auf dem Niveau stabilisiert, das man von früher her kannte und gewohnt war. Dies ist aber eine völlig freitragende und nicht gestützte Hypothese, aber immerhin eine vielleicht mögliche.

Wolfgang Stützel (Saarbrücken):

In der Schweiz sparen so viele Ausländer!

Heinz-Günter Geis (Berlin):

Nur noch zwei kurze Bemerkungen: Ich habe etwas vermißt, was das Verhalten der privaten Unternehmen betrifft: Es wird nicht unterschieden, wie beispielsweise Shaw es in einem neuen Buch von 1973 gemacht hat, nämlich zwischen Verhaltensweisen bei ständig einigermaßen gleichbleibenden Inflationsraten, gleichgültig ob sie hoch oder niedrig sind, und sich schnell ändernden Inflationsraten. Ich glaube, dies ist noch ein ganz wichtiger Punkt, den man untersuchen mußte.

Eine zweite Bemerkung: Es hat wohl niemand bestritten, daß auf diesem Gebiet empirischen Verhaltens von Haushalten bei Inflation auf unserer nationalökonomischen Landkarte noch ein weißer Fleck ist. Aber es hat hier fast einen kleinen Methodenstreit gegeben über die Methoden, wie man vielleicht diese Lücke ausfüllt. Ich glaube, daß die genannten Methoden alle gemeinsam behandelt werden müssen, daß zusammengearbeitet werden muß. Man kommt wohl nicht ohne disaggregierte Erfassungen von Portfolioentscheidungen aus, wie es Herr Stützel vorgeschlagen hat, um das tatsächliche Entscheidungsverhalten — das Konsumverhalten ist vielleicht in dem Bereich schwerer zu erfassen als das Sparverhalten, das Sparverhalten in allen Formen (Sach- und

Geldvermögen) — zu erforschen. Zweitens kommt man nicht umhin, gleichzeitig Meinungsforschung über die Erwartungen zu betreiben, um das tatsächliche Entscheidungsverhalten zu konfrontieren mit der Einschätzung der Erwartungen. Und diese Konfrontation wiederum kann nicht erfolgen ohne Überlegungen der Verhaltensforschung, die von Herrn Neumark etwas angegriffen wurden, sicherlich zu Recht, wenn es nur um die Bildung von Theoremen geht, sicherlich zu Unrecht, wenn es darum geht, Interpretationen von tatsächlichen Entscheidungsverhalten oder der Einschätzung von zukünftigen Entwicklungen im Geldwert durchzuführen.

Hans Möller (München):

Ich möchte jetzt Herrn Rieter noch Gelegenheit zu ganz kurzen Schlußbemerkungen geben und dann zum zweiten Referat von Herrn Kollegen Meier übergehen.

Heinz Rieter (Bochum):

Meine Damen und Herren, dazu angehalten, mich kurz zu fassen, will ich nur auf zwei Punkte eingehen, in denen ich befürchte, durch den verkürzten Vortrag vielleicht mißverstanden worden zu sein. Der eine Punkt betrifft die empirische Fundierung der Aussagen und — damit zusammenhängend — das Problem, ob man in dieser Beziehung zu sehr den Empirikern vertraut. Zwar bin ich von der dringenden Notwendigkeit einer *disaggregierten* empirischen Analyse überzeugt, doch habe ich andererseits in meinem Beitrag mehrmals kritisiert (in der referierten Übersicht klang dies nur an), wie gerade dieser Bereich der Ökonomie durch weitreichende Theorielosigkeit auffällt. Wissenschaftliche Fortschritte sind hier nur zu erwarten, wenn die Geldwertstellungen privater Haushalte *theoretisch* schärfer erfaßt werden. Dazu bedarf es verbesserter Konzepte (wovon ich einige darlegte) und eindeutiger terminologischer Werkzeuge. Man verfügt über viele Detailkenntnisse, die aber insoweit fruchtlos bleiben, als es meistens an der theoretischen Verknüpfung all dieser Einzelheiten mangelt.

Zweitens möchte ich dem möglicherweise entstandenen Eindruck ganz entschieden entgegentreten, ich verspräche mir allein von der sog. Verhaltensforschung Erfolg bei der Lösung der skizzierten Probleme. Ich wollte lediglich sagen: Bis ich mich mit diesem Thema näher beschäftigte, wußte ich nicht genau, welche Anstrengungen die Betriebswirte inzwischen auf diesem Feld unternommen haben. Nachdem ich eine Menge betriebswirtschaftlicher Literatur darüber gelesen hatte, verdichtete sich die Auffassung, daß durch die Übertragung bestimmter

verhaltenstheoretischer Methoden auch in der Frage des Geldwertverhaltens privater Haushalte voranzukommen ist. Dabei möchte ich ausdrücklich betonen, daß die Übernahme soziologischer und psychologischer Erkenntnisse und ihre Anwendung auf Geldwertprobleme bislang unvollkommen ist. Das gilt in besonderem Maße für die Einstellungs- und Wahrnehmungspsychologie, wie sie vorwiegend noch betrieben wird, nämlich mittels repräsentativer Bevölkerungsumfragen. Nach meinen Feststellungen lassen sich viele Beispiele dazu anführen, und in der Langfassung des Beitrags habe ich erwähnt, wie durch diese Technik der Erforschung von Verhaltensweisen oft unsinnige und abwegige Ergebnisse erzielt werden. Man kann dies an der Unvereinbarkeit von Aussagen demonstrieren, wobei gerade im Zusammenhang mit Geldentwertungsfragen im Ländervergleich allein durch verschiedene Frageformulierungen Widersprüche auftreten. Ich habe dies im Referat u. a. an den Schwierigkeiten veranschaulicht, denen insbesondere Schmölders und seine Mitarbeiter bei ihren Forschungen begegnet sind.

Als Ergebnis meiner Untersuchung halte ich jedoch fest: Einige psychologische und soziologische Ansätze, die in der Marketing-Theorie des Verbraucherverhaltens verwendet werden, sind nützlich, um Geldwerteinstellungen privater Haushalte zu erklären. Auch die von Herrn Aberle erwähnten Mentalitätsfragen, die etwas am Rande stehen, lassen sich damit besser beleuchten. Vor allem scheint mir die Motivforschung geeignet zu sein, auf die Bildung von Preiserwartungen, das Entstehen von Geldillusion und die Desillusionierung des Geldes angewandt zu werden. Wichtig sind ferner Informationstheorie und Kommunikationsforschung, da bisher gänzlich unklar ist, ob „Geldwertinformationen“ überhaupt im Haushaltsbereich gesammelt werden und wie die Privaten diese im Entscheidungsprozeß verarbeiten.

Geldwertstabilität aus der Sicht des öffentlichen Sektors

Von *Alfred Meier**, St. Gallen**

1. Einleitung

In der vorliegenden Arbeit wird der öffentliche Sektor primär als *Opfer* der Inflation betrachtet, d. h. es wird berechnet, welche Inflationsgewinne und -verluste die öffentlichen Haushalte (allgemeine Haushalte, öffentliche Betriebe, Sozialversicherungen) auf ihren Einnahmen, Ausgaben und Bilanzpositionen zu verzeichnen haben. Aufgrund der Resultate sollte sich dann abschätzen lassen, inwieweit der öffentliche Sektor überhaupt ein Interesse an der Geldwertstabilität hat. Nicht berücksichtigt wird also die Tatsache, daß die öffentlichen Gemeinwesen — insbesondere der Zentralstaat — als verantwortliche Organe für die Wirtschaftspolitik aus gesamtwirtschaftlichen Überlegungen heraus das Ziel der Geldwertstabilität verfolgen.

Die Berechnungen werden ausschließlich für die Schweiz und hier insbesondere für das Jahr 1971 vorgenommen. Die Berechnungen erfolgen schrittweise und teilweise aufgrund grober Methoden, so daß insgesamt lediglich Größenordnungen, nicht jedoch genaue Resultate ermittelt werden. Im Rahmen der abschließenden Bemerkungen werden einige Hinweise auf die Situation in anderen Ländern gegeben.

* Meinem Assistenten, lic. oec. F. Federle, danke ich für die Durchführung der umfangreichen Berechnungen. Wir bedanken uns dabei unter anderem auch einer unveröffentlichten Diplomarbeit (K. Schmid, Inwiefern wird die öffentliche Hand durch die Inflation benachteiligt?), die im Frühjahr 1974 an der Hochschule St. Gallen eingereicht wurde.

** Geboren am 12. April 1937 in Winterthur (Schweiz). 1965 Promotion zum Dr. oec. an der Hochschule St. Gallen für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften (HSG). 1961 - 1963 Tätigkeit bei einer Zürcher Bank. 1964/65 Mitarbeiter der Abteilung Unternehmungsberatung des Instituts für Betriebswirtschaft an der HSG. 1966/67 zusätzliche Studien an den Universitäten Harvard und Stanford. 1968 vollamtlicher Dozent für Volkswirtschaftslehre und Leiter der Volkswirtschaftlichen Abteilung des Instituts für Finanzwirtschaft und Finanzrecht der HSG, seit 1971 als Direktor. 1972 außerordentlicher, 1974 ordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre mit besonderer Berücksichtigung der Finanzwissenschaft an der HSG. Hauptarbeitsgebiete: Finanzwissenschaft und Wirtschaftspolitik.

Tabelle 1
Anteil der Einnahmetypen an den Gesamteinnahmen (1971)¹

	Proportionale Abgaben auf Mengen- einheiten	Proportionale Abgaben auf Wertbeträgen	Progressive Abgaben auf Wertbeträgen
<i>— Bund</i>			
— Wehrsteuer für natürliche Personen..			8,0 %
— Wehrsteuer für juristische Personen..		5,0 %	
— Verrechnungssteuer.....		10,0 %	
— Eidg. Stempelabgabe		4,6 %	
— Zölle.....	29,2 %		
— Warenumsatzsteuer.....		22,2 %	
— spezielle Verbrauchssteuern	10,3 %		
— übrige Einnahmen		10,7 %	
Einnahmen Bund total	39,5 %	52,5 %	8,0 %
<i>— Kantone</i>			
— Einkommenssteuer			42,2 %
— Vermögenssteuer			5,4 %
— Ertrags- u. Kapitalsteuer		13,3 %	
— Liegenschaftssteuer.....		0,5 %	
— Vermögensgewinnsteuer		2,5 %	
— Erbschaftssteuer		2,7 %	
— Handänderungssteuer....		1,5 %	
— Motorfahrzeugsteuer	5,7 %		
— übrige Aufwandsteuern..	1,1 %		
— Entgelte	17,0 %		
— übrige Einnahmen		8,1 %	
Einnahmen Kantone total.....	23,8 %	28,6 %	47,6 %
<i>— Gemeinden</i>			
— Einkommenssteuer			46,3 %
— Vermögenssteuer			5,7 %
— Ertrags- u. Kapitalsteuer		10,9 %	
— Liegenschaftssteuer.....		1,6 %	
— Vermögensgewinnsteuer		4,2 %	
— Erbschaftssteuer		0,3 %	
— Handänderungssteuer....		1,0 %	
— Aufwandsteuer.....	0,4 %		
— Entgelte	19,5 %		
— übrige Einnahmen		10,1 %	
Einnahmen Gemeinden total ..	19,9 %	28,1 %	52,0 %

¹ Finanzen und Steuern 1971, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 527, S. 16.

2. Unterschiedlicher Inflationseinfluß auf die Einnahmen nach Einnahmetypen und staatlichen Ebenen

Bemessungsgrundlage der Abgaben können Wertbeträge oder Mengeneinheiten sein, und für die Tarifgestaltung kommt Proportionalität oder Progressivität in Frage. Bei Inflation ist für den öffentlichen Haushalt eine proportionale Abgabe auf Mengeneinheiten (z. B. Gewichtszölle) besonders ungünstig, eine progressive Abgabe auf Wertbeträgen (z. B. Einkommenssteuer) besonders günstig. Proportionale Abgaben auf Wertbeträgen sind einigermassen „inflationneutral“, und die vierte an sich denkbare Kombination (progressive Abgabe auf Mengeneinheiten) ist ohne praktische Bedeutung.

Insgesamt ergibt sich bei den wichtigsten Einnahmequellen von Bund, Kantonen und Gemeinden das in den Tabellen 1 und 2 gezeigte Bild:

Tabelle 2
Anteil der Einnahmetypen insgesamt (1971)²

	Proportionale Abgaben auf Mengen- einheiten (Typ 1)	Proportionale Abgaben auf Wertbeträgen (Typ 2)	Progressive Abgaben auf Wertbeträgen (Typ 3)
— Wehrsteuer für natürliche Personen ...			3 %
— Wehrsteuer für juristische Personen ...		2 %	
— Einkommenssteuer			27,9 %
— Vermögenssteuer		3,9 %	3,6 %
— Verrechnungssteuer		4,5 %	
— Liegenschaftssteuer			
— Vermögensgewinnsteuer ...		1,7 %	
— Erbschaftssteuer		8,5 %	
— Handänderungssteuer			
— Stempelabgabe		1,7 %	
— Warenumsatzsteuer		8,5 %	
— Spezielle			
— Verbrauchsabgaben	4,0 %		
— Zölle	11,2 %		
— Aufwandsteuern	2,3 %		
— Entgelte	12,6 %		
— übrige Einnahmen		14,8 %	
(Monopole, Regalien, Patente, Erträge, Ver- äußerung von Finanz- vermögen)			
Einnahmen total	30,1 %	35,4 %	34,5 %

² Finanzen und Steuern 1971, S. 16.

Der Bund erzielt seine anteilmäßig wichtigsten Einnahmen mit dem Typ 1 und dem Typ 2. Durch die inflationäre Entwicklung werden seine realen Einnahmen tendenziell verkleinert. Die Kantone und Gemeinden erzielen ihre Haupteinnahmen vor allem mit dem Typ 3, den progressiven Abgaben auf Wertbeträgen. Sie werden daher durch die Inflation tendenziell begünstigt. Insgesamt setzen sich die Einnahmen von Bund, Kantonen und Gemeinden ungefähr zu gleichen Anteilen aus den drei Einnahmetypen zusammen. Unterstellt man für die Einnahmen- und Ausgabenentwicklung gleich hohe Inflationsraten, so läßt sich sagen, daß die öffentliche Hand insgesamt auf den laufenden Einnahmen und Ausgaben Inflationsverluste erleidet. Das wäre nur dann nicht der Fall, wenn sich die Einnahmetypen 1 und 3 gegenseitig kompensieren würden. Die entsprechende Elastizität des progressiven Steueraufkommens von mindestens 2 wird aber in Wirklichkeit nicht erreicht.

3. Auswirkungen einer hypothetischen Änderung der Inflationsrate bei grundsätzlich gleicher Inflationierung von Einnahmen und Ausgaben

Die folgenden Überlegungen beschränken sich auf das *inflationäre* Einkommens- bzw. Ausgabenwachstum, d. h. sie haben unabhängig von der Entwicklung der *realen* Einnahmen und Ausgaben Gültigkeit. Der öffentliche Haushalt wird durch die Inflation betroffen, wenn sich die nominellen Einnahmen und Ausgaben im Zeitablauf unterschiedlich entwickeln, obwohl die Wertbeträge, die als Bemessungsgrundlage der Einnahmen dienen, mit gleicher Inflationsrate zunehmen wie die Ausgaben.

- a) Wachsen die öffentlichen Einnahmen inflationär langsamer als die öffentlichen Ausgaben, so tritt ein Inflationsverlust ein. Das gilt vor allem für den Fall *ansteigender* Inflationsraten, wenn beim progressiven Steueraufkommen der Verlust (bedingt durch das Auseinanderfallen von Bemessungs- und Fälligkeitsperiode) nicht mehr kompensiert wird: Die öffentliche Hand erhält Steuern auf Einkommen, die zwei bis drei Jahre vorher erzielt worden sind, während bei den Ausgaben heutige Preise und Löhne bezahlt werden müssen.
- b) Entwickeln sich die öffentlichen Einnahmen inflationär schneller als die öffentlichen Ausgaben, so wird der öffentliche Sektor begünstigt. Das gilt vor allem für den Fall sinkender Inflationsraten, da die Steuerbemessungsgrundlagen aufgrund des Auseinanderfallens von Bemessungs- und Fälligkeitsperiode noch mit größerer Inflationsrate wachsen als die gegenwärtigen Ausgaben.

- c) Entwickeln sich die öffentlichen Einnahmen inflationär parallel mit den Ausgaben, so entstehen für die öffentliche Hand keine inflationsbedingten Vor- bzw. Nachteile.

Im folgenden Abschnitt sind konkrete Berechnungen für das Jahr 1971 für drei verschiedene hypothetische Inflationsratenentwicklungen durchgeführt worden:

- für eine gleichbleibende Inflationsrate von jährlich 10 Prozent
- für eine um jährlich 10 Prozent steigende Inflationsrate
- für eine um jährlich 10 Prozent fallende Inflationsrate.

In einem weiteren Abschnitt soll dann versucht werden, den *effektiven* Inflationsraten Rechnung zu tragen.

3.1. Proportionale Abgaben auf Mengeneinheiten

Die proportionalen Abgaben auf Mengeneinheiten ergeben trotz Inflation gleichbleibende nominelle Erträge.

Der prozentuale jährliche Inflationsverlust entspricht somit der jährlichen Teuerungsrate der Ausgaben:

$$I_t = E_t \cdot i_{a_t}$$

I_t	Inflationsverlust im Jahr t
E_t	Einnahmen
i_{a_t}	jährliche Teuerungsrate der öffentlichen Ausgaben

Bei den Berechnungen blieb die Tatsache vorerst unberücksichtigt, daß die Abgabesätze laufend der inflationären Entwicklung angepaßt werden könnten.

3.2. Proportionale Abgaben auf Wertbeträgen

Diesem Einnahmetyp ist eigen, daß die nominellen Erträge mit der Inflationsrate der Bemessungsgrundlage zunehmen. Unter der Annahme einer für alle Werte gleichbleibenden Inflationsrate würde der reale Ertrag aus solchen Quellen gleich bleiben. Bei sinkenden bzw. ansteigenden Inflationsraten hat das Auseinanderfallen von Bemessungs- und Fälligkeitsperiode (bei der Wehrsteuer juristischer Personen und bei der Ertrags- und Kapitalsteuer) Inflationsgewinne bzw. -verluste zur Folge. Der prozentuale Wertverlust bzw. Gewinn entspricht somit der positiven bzw. negativen Differenz der Wachstumsraten von Einnahmen und Ausgaben:

$$I_t = E_t (i_{e_t-n} - i_{a_t})$$

I_t	Inflationsverlust bzw. -gewinn der Periode t
-------	--

E_t	:	Steuereinnahmen
$i_{e_{t-n}}$:	nominelle Wachstumsrate der Einnahmen der Periode $t - n$ (Wehrsteuer $n = 3$; Ertrags- und Kapitalsteuer $n = 2$)
i_{a_t}	:	nominelle Wachstumsrate der Ausgaben der Periode t .

3.3. Progressive Abgaben auf Wertbeträgen

Bei diesem Einnahmetyp wachsen die nominellen Erträge stärker als die Inflationsrate. Das gilt nur unter der Bedingung, daß der inflationsbedingte Verlust wegen des Auseinanderfallens von Bemessungs- und Fälligkeitsperiode die nominellen Mehreinnahmen aus der *progressiven* Besteuerung nicht überkompensiert.

Bei der Wehrsteuer juristischer Personen beträgt die Aufkommens-Elastizität im Durchschnitt 2,03, d. h. bei einer 10prozentigen Erhöhung des nominellen Einkommens erhöht sich das Wehrsteueraufkommen um 20,3 Prozent. Für die Einkommenssteuer wurde eine Elastizität von durchschnittlich 1,62 und für die Vermögenssteuer eine Elastizität von 1,15 ermittelt³.

Der prozentuale Inflationsgewinn bzw. -verlust auf den progressiven Abgaben auf Wertbeträgen errechnet sich aus dem Produkt, gebildet aus der Inflationsrate der Einnahme und der Aufkommens-Elastizität, vermindert um die Teuerungsrate der Ausgaben:

$$I_t = E_t (e \cdot i_{e_{t-n}} - i_{a_t}) I_t$$

I_t	:	Inflationsverlust bzw. -gewinn
E_t	:	Steuerertrag
e	:	Elastizität
$i_{e_{t-n}}$:	Inflationsrate der Einnahmen ($n = 3$ Wehrsteuer $n = 2$ Einkommensteuer, Vermögenssteuer)
i_{a_t}	:	Inflationsrate der Ausgaben

Ein Inflationsverlust stellt sich dann ein, wenn die Teuerungsrate der Ausgaben größer ist als das Produkt gebildet aus der Inflationsrate der Einnahmen und der Elastizität $i_{a_t} > e \cdot i_{e_{t-n}}$ oder solange der Quotient $i_{a_t}/i_{e_{t-n}}$ größer ist als die Elastizität des Steueraufkommens. Bei den vorliegenden Berechnungen wurde vorausgesetzt, daß sämtliche Einnahme- und Ausgabearten der gleichen Inflationierung unterworfen sind, was in Wirklichkeit nicht zutrifft.

³ Aus Platzgründen werden die Berechnungen der Elastizitäten nicht im Detail erläutert. Im Prinzip wurden die Elastizitäten in den Stufenmitten mit dem Prozentanteil der Stufen am Gesamtertrag der Steuer gewichtet, um die durchschnittliche Elastizität der Steuer zu erhalten.

3.4. Ergebnisse

Tabelle 3

Zusammenfassung der Inflationsgewinne bzw. -verluste auf den laufenden Einnahmen und Ausgaben des Jahres 1971 (Berechnung siehe Anhang)

	Hypothetische Inflationsraten		
	gleichbleibend (10 %)	ansteigend (um 10 % jährlich)	sinkend (um 10 % jährlich)
<i>Bund</i>	Mio. Fr. (in Klammern Änderungsraten)		
— Zölle	- 255,6 (10 %)	- 255,6 (10 %)	- 255,6 (10 %)
— spezielle Verbrauchssteuern	- 89,7 (10 %)	- 89,7 (10 %)	- 89,7 (10 %)
— Entgelte	- 34,4 (10 %)	- 34,4 (10 %)	- 34,4 (10 %)
— Wehrsteuer jur. Personen		- 10,8 (2,5 %)	+ 10,8 (2,5 %)
— Wehrsteuer nat. Personen	+ 66,0 (10,3 %)	+ 33,6 (5,3 %)	+ 81,9 (12,8 %)
Inflationsverlust des Bundes	- 313,7	- 357,9	- 287,0
in Prozenten der Gesamteinnahmen	3,6 %	4,1 %	3,3 %
<i>Kantone</i>			
— Entgelte	- 128,7 (10 %)	- 128,7 (10 %)	- 128,7 (10 %)
— Motorfahrzeugsteuer	- 42,8 (10 %)	- 42,8 (10 %)	- 42,8 (10 %)
— Ertrags- und Kapitalsteuer ..		- 17,2 (1,7 %)	+ 17,2 (1,7 %)
— Einkommenssteuer	+ 195,6 (6,2 %)	+ 106,6 (3,4 %)	+ 250,4 (7,9 %)
— Vermögenssteuer ..	+ 6,1 (1,5 %)	- 2,0 (-0,5 %)	+ 13,3 (3,2 %)
Inflationsverlust bzw. -gewinn der Kantone ..	+ 30,2	- 84,1	+ 109,4
in Prozenten der Gesamteinnahmen ohne Einbezug der Entgelte	0,3 %	0,8 %	1,0 %
	+ 158,9	+ 44,6	+ 238,1
<i>Gemeinden</i>			
— Entgelte	- 118,0 (10 %)	- 118,0 (10 %)	- 118,0 (10 %)
— Ertrags- und Kapitalsteuer ..		- 12,5	+ 12,5
— Einkommenssteuer	+ 188,8 (6,2 %)	+ 103,4 (3,4 %)	+ 241,9 (7,9 %)
— Vermögenssteuer ..	+ 5,7 (1,5 %)	- 1,9 (-0,5 %)	+ 12,4 (3,2 %)
Inflationsgewinn der Gemeinden	+ 76,5	- 29,0	+ 148,8
in Prozenten der Gesamteinnahmen ohne Einbezug der Entgelte	1,0 %	0,4 %	2,0 %
	+ 194,5	+ 89,0	+ 226,8
Total: öffentliche Hand ohne Einbezug der Entgelte....	- 207,0	- 471,0	+ 28,8
	+ 74,1	- 189,9	+ 107,9

Tabelle 3 zeigt folgendes Bild:

- Der *Bund* erleidet in allen drei Fällen Inflationsverluste in der Größenordnung von 300 Mio. Franken. Dieses „negative“ Ergebnis ist vor allem auf den prozentual hohen Anteil der Zolleinnahmen zurückzuführen, deren Bemessungsgrundlagen mengenabhängig sind.
- Die *Kantone* und *Gemeinden* haben nur bei ansteigenden Inflationsraten Inflationsverluste zu tragen; aber auch dies nur dann, wenn die Entgelte der Inflationsentwicklung nicht in genügendem Maße angepaßt werden.
- Insgesamt resultieren für den öffentlichen Sektor im Falle gleichbleibender und ansteigender Inflationsraten auf den laufenden Einnahmen und Ausgaben Inflationsverluste. Das ist aber vor allem deshalb kein abschließendes Ergebnis, weil die möglichen Inflationsgewinne auf der öffentlichen Schuld noch nicht berücksichtigt sind.

4. Auswirkung der effektiven, unterschiedlichen Inflationsraten

4.1. Statistische Angaben

Der Hauptanteil der staatlichen Ausgaben gemäß volkswirtschaftlicher Gliederung entfiel 1971 auf Besoldungen (27 %), Konsum von Gütern und Dienstleistungen (25 %) und Investitionen (23 %). Die Ausgaben der öffentlichen Hand werden bei Inflation generell stärker betroffen als die Ausgaben des privaten Konsums, was nachstehende Tabelle zeigt:

Tabelle 4

Preissteigerung und Preisindices⁴

Jahr	Laufende Käufe des Staates von Gütern und Dienstleistungen		Bruttosozialprodukt zu Marktpreisen		Landesindex der Konsumentenpreise	
	Preis-index	Preis-steigerung in %	Preis-index	Preis-steigerung in %	Preis-index	Preis-steigerung in %
1958	100		100		100	
1968	180	5,2	147	3,5	132	2,4
1969	191	5,2	151	2,9	135	2,5
1970	204	6,1	159	5,0	140	3,6
1971	233	9,0	173	9,1	150	6,6

⁴ Die Volkswirtschaft 1973, wirtschaftliche und sozialstatistische Mitteilungen, S. 365; Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1973, S. 361.

Die laufenden Käufe des Staates von Gütern und Dienstleistungen verteuerten sich seit 1958 stärker als die Konsumentenpreise oder das Bruttosozialprodukt, was auf die erhebliche Bedeutung der Dienstleistungen zurückzuführen sein mag oder auch darauf, daß die öffentliche Hand gerade solche Leistungen nachfrägt, nach denen auch eine besonders starke Nachfrage des privaten Sektors besteht.

4.2 Die Berechnung des inflationären Verlustes bzw. Gewinnes unter Verwendung der effektiven Preisindexraten

Als Teuerungsindex der öffentlichen Ausgaben wird ein Index verwendet, der sich zu 70 Prozent aus dem Index der laufenden Käufe des Staates von Gütern und Dienstleistungen und zu 30 Prozent aus dem Zürcher Baukostenindex (als Ersatz für einen Index der Investitionsteuerung) zusammensetzt. Die übrigen Ausgabearten werden aus Gründen der Vereinfachung ebenfalls den gleichen Teuerungsraten unterworfen.

Tabelle 5

Prozentuale Preissteigerung gegenüber dem Vorjahr

Jahr	Laufende Käufe des Staates von Gütern und Dienstleistungen ⁵		Baukostenindex ⁶		Teuerungsindex der öffentlichen Ausgaben
		gewichtet 0,7		gewichtet 0,3	
1968	5,2 ‰	3,6 ‰	1,2 ‰	0,36 ‰	4,0 ‰
1969	5,2 ‰	3,6 ‰	6,3 ‰	1,89 ‰	5,5 ‰
1970	6,1 ‰	4,3 ‰	11,5 ‰	3,45 ‰	7,8 ‰
1971	9,0 ‰	6,3 ‰	11,2 ‰	3,36 ‰	9,7 ‰

Bei den Einnahmen wird die Inflation gemäß folgenden Annahmen berücksichtigt:

- a) Die proportionalen Abgaben auf Mengeneinheiten unterliegen gemäß der Berechnung des Teuerungsindex im Jahre 1971 einem Kaufkraftverlust von 9,7 Prozent.
- b) Dem Wehrsteueraufkommen für juristische Personen legen wir den Preisindex des Bruttosozialprodukts zugrunde, da die Entwicklung der Berechnungsgrundlagen (Gewinn und Kapital) am ehesten mit dem nominellen Wachstum des Bruttosozialprodukts variieren dürfte.
- c) Der Warenumsatzsteuer wird am zweckmäßigsten der Index der Großhandelspreise zugrunde gelegt. Dieser Index repräsentiert die

⁵ Die Volkswirtschaft 1973, S. 365.

⁶ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1973, S. 19.

durchschnittliche Preisbewegung aller Inlandwaren und der Importwaren.

Jahr	Großhandelspreisindex ⁷	Teuerungsindex der öffentlichen Hand
1968	0 %	4,0 %
1969	3 %	5,5 %
1970	5 %	7,8 %
1971	2,2 %	9,7 %

Aus der Gegenüberstellung ist ersichtlich, daß die Teuerungsrate der öffentlichen Hand in den letzten Jahren stärker angewachsen ist als die Teuerungsrate der Berechnungsgrundlagen der Warenumsatzsteuer.

- d) Die Erträge der Verrechnungs- und Stempelsteuer werden mangels eines besseren Indexes dem Preisindex des Bruttosozialprodukts unterworfen.
- e) Die jährliche Einkommenserhöhung setzt sich sowohl aus der nominalen wie auch aus der realen Einkommenserhöhung zusammen. Unsere Berechnungen berücksichtigen nur die nominelle Einkommenserhöhung, die ungefähr dem Anstieg des Konsumentenpreisindex entsprechen dürfte.

Alle drei staatlichen Ebenen haben unter Berücksichtigung der effektiven Inflationsraten auf den laufenden Einnahmen und Ausgaben Inflationsverluste zu tragen (vgl. Tab. 6). Dieses Resultat ergibt sich aus dem *Anstieg* der Inflationsraten, bei dem die Einnahmen, die sich noch auf Berechnungsgrundlagen früherer Jahre stützen, der heutigen inflationären Ausgabenentwicklung nicht mehr zu folgen vermögen.

5. Inflationsgewinne im Zusammenhang mit der Verschuldung

Sowohl wegen mangelhafter statistischer Unterlagen als auch weil keineswegs feststeht, was nun als Gewinn zu betrachten sei, ist die Ermittlung der inflatorischen Auswirkungen im Zusammenhang mit der Verschuldung nicht leicht durchführbar. Im folgenden werden lediglich einige überschlagsmäßige Berechnungen vorgenommen. Zunächst wird angenommen, es sei lediglich die Nettosition (Überschuß der Passiven bzw. Überschuß der Passivzinsen über die Aktivzinsen) von Bedeutung, im übrigen würden sich Gewinne und Verluste gerade kompensieren.

Sofern wir weiter annehmen, daß zwar die Einnahmen inflationsbedingt ansteigen, nicht jedoch die Zinsen, so wird der Zinsendienst

⁷ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1973, S. 364.

Tabelle 6

**Berechnung des inflationären Verlustes bzw. Gewinnes
unter Berücksichtigung der effektiven Inflationsraten (1971)⁸**

	Absoluter Betrag in Mio. Fr. 1	Inflationsrate 2	Gewinn (+), Verlust (-) in Mio. Fr. 3 = (1 · 2)
— Bund			
— Zölle	2555,7	9,7 ‰ ⁹	-247,9
— Spezielle Verbrauchsabgaben	897,1	9,7 ‰	- 87,0
— Entgelte	344,2	9,7 ‰ ⁹	- 33,4
— Wehrsteuer jur. Personen....	434,3	6,2 ‰ ¹⁰	- 26,9
— Warenumsatzsteuer.....	1944,5	7,5 ‰ ¹¹	-145,8
— Verrechnungssteuer.....	873,8	0,6 ‰ ¹²	- 5,2
— Stempelsteuer	402,3	0,6 ‰ ¹²	- 2,4
— Wehrsteuer nat. Personen....	640,8	4,83 ‰ ¹³	- 30,9
Inflationsverlust des Bundes			-579,5
— Kantone			
— Entgelte	1287,3	9,7 ‰ ⁹	-124,8
— Motorfahrzeugsteuer	427,6	9,7 ‰ ⁹	- 41,5
— Ertrags- und Kapitalsteuer ..	988,8	6,8 ‰ ¹⁴	- 67,2
— Einkommenssteuer	3154,3	5,6 ‰ ¹⁵	-178,2
— Vermögenssteuer	409,4	6,8 ‰ ¹⁶	- 27,8
Inflationsverlust der Kantone			-439,5
— Gemeinden			
— Entgelte	1180,3	9,7 ‰ ⁹	-114,5
— Ertrags- und Kapitalsteuer ..	722,2	6,8 ‰ ¹⁴	- 49,1
— Einkommenssteuer	3045,6	5,6 ‰ ¹⁵	-172,1
— Vermögenssteuer	382,8	6,8 ‰ ¹⁶	- 26,0
Inflationsverlust der Gemeinden ..			-361,7

⁸ Finanzen und Steuern 1971, S. 18 f.

⁹ Teuerungsindex der öffentlichen Hand (9,7 ‰), S. 220.

¹⁰ Differenz zwischen Teuerungsrate des BSP (1968) und Teuerungsindex der öffentlichen Hand (3,5 ‰ - 9,7 ‰ = -6,2 ‰).

¹¹ Differenz zwischen Großhandelspreisindex (1971) und Teuerungsindex der öffentlichen Hand (2,2 ‰ - 9,7 ‰ = -7,5 ‰).

¹² Differenz zwischen Teuerungsrate des BSP (1971) und Teuerungsrate der öffentlichen Hand (9,1 ‰ - 9,7 ‰ = -0,6 ‰).

¹³ Elastizität der Wehrsteuer mal Teuerungsrate des Landesindex der Konsumentenpreise (1968) minus Teuerungsrate der öffentlichen Hand (2,03 · 2,4 ‰ - 9,7 ‰ = -4,83 ‰).

¹⁴ Differenz zwischen Teuerungsrate des BSP (1969) und Teuerungsrate der öffentlichen Hand (2,9 ‰ - 9,7 ‰ = -6,8 ‰).

¹⁵ Elastizität der Einkommenssteuer mal Teuerungsrate des Landesindex der Konsumentenpreise (1969) minus Teuerungsrate der öffentlichen Hand (1,62 · 2,5 ‰ - 9,7 ‰ = -5,65 ‰).

¹⁶ Elastizität der Vermögenssteuer mal Teuerungsrate des Landesindex der Konsumentenpreise (1968) minus Teuerungsrate der öffentlichen Hand (1,15 · 2,5 ‰ - 9,7 ‰ = -6,8 ‰).

erleichtert, d. h. es stehen nicht nur absolut, sondern auch relativ mehr Einnahmen für Sach- und Personalausgaben zur Verfügung. Als Inflationsgewinn wäre dann das Produkt aus Einnahmenwachstumsrate und Passivzinsüberschuß zu betrachten. Es handelt sich dabei um vergleichsweise geringe Beträge.

Würde die öffentliche Hand die durch Verschuldung aufgenommenen Gelder in vollem Umfange zum Erwerb von Sachwertanlagen benützen, so könnte sie theoretisch einen Gewinn im Ausmaß der inflationsbedingten Wertsteigerung dieser Anlagen erzielen. Aus den Bilanzen sowie aus der verhältnismäßig großen Bedeutung der Aktivzinsen ist nun aber ersichtlich, daß ein erheblicher Teil der Fremdgelder zum Erwerb nominell fixierter Aktiven verwendet wird. Zur Errechnung eines „Inflationsgewinnes I“ werden deshalb fiktive Guthaben (Annahme: Verhältnis Passivzinsen/Schulden = Verhältnis Aktivzinsen/Guthaben) von den Schulden subtrahiert. Auf der Nettoverschuldung wird dann ein Inflationsgewinn berechnet, der gerade der prozentualen Zunahme des Konsumentenpreisindex entsprechen würde.

Bisher gingen wir stillschweigend davon aus, daß die Inflation das Ausmaß der Verschuldung nicht verändert habe. Alternativ könnte nun aber argumentiert werden, die Verschuldung sei weitgehend eine Folge der Inflation; sie sei nötig geworden, weil die Ausgaben stärker aufgebläht worden seien als die Einnahmen. In diesem Falle müßten vom Inflationsgewinn I mindestens die (zusätzlichen) Passivzinsen subtrahiert werden, um den Nettoeffekt zu ermitteln (Inflationsgewinn II).

Insgesamt läßt sich sagen, daß bei inflationierten Einnahmen und gleichbleibenden Zinssätzen — was für den betrachteten Zeitpunkt zutrifft — eine verhältnismäßig geringfügige Erleichterung des Zinsendienstes eintritt und daß darüber hinaus ein je nach Betrachtungsweise und Verwendung der Fremdgelder unterschiedlicher Inflationsgewinn resultiert (vgl. Tab. 7).

6. Mittelfristige Korrektur der Inflationsgewinne und -verluste

Die bisher errechneten Inflationsgewinne und -verluste bezogen sich lediglich auf ein bestimmtes Jahr. Als hauptsächliche Ursachen der Verluste erwiesen sich Mengen als Bemessungsgrundlage von Abgaben (Zölle, Entgelte) und die Differenz zwischen Bemessungs- und Fälligkeitsperiode bei den direkten Steuern. Gewinne dagegen resultierten einerseits aus der *progressiven* Ausgestaltung wichtiger Steuern und andererseits aus der auf nominelle Beträge lautenden Schuld. Die errechneten Inflationsauswirkungen sind nun deshalb mindestens teilweise fiktiv, weil mittelfristig mit Reaktionen zu rechnen ist, welche die Gewinne oder Verluste ganz oder teilweise beseitigen.

Tabelle 7

**Überschlagsmäßige Berechnung des Inflationsgewinns
auf der öffentlichen Schuld im Jahre 1971¹⁷ (In Mio. Fr.)**

	<i>Bund</i>	<i>Kantone</i>	<i>Gemeinden</i>
– Stand der Schulden	6880,6	12602,5	20152,0 ¹⁸
– Passivzinsen	268,2	422,5	675,6
– Aktivzinsen	223,8	229,7	268,2
– Stand der Guthaben ¹⁹	5741,5	6851,6	7999,9
– Nettoschuld	1139,1	5750,9	12152,1
– Nettoüberschuß der Passivzinsen	44,4	192,8	407,4
– Inflationsgewinn I			
6,6 % der Nettoschuld ²⁰	75,1	379,6	802,0
– Inflationsgewinn II			
6,6 % der Nettoschuld minus Nettoüberschuß der Passivzinsen	30,7	186,8	394,6

So können bei Einnahmen mit mengenmäßiger Bemessungsgrundlage grundsätzlich die Abgabesätze oder Preise im Ausmaß der Inflation erhöht werden. Das geschieht jedoch meist über den langwierigen parlamentarischen Weg oder über die Volksabstimmung, so daß Anpassungen nicht schnell genug durchgeführt werden können; zum andern ist es aus verschiedenen Gründen der parlamentarischen Interessenpolitik, der internationalen Verflechtung oder aus sozialpolitischen Gründen nicht immer möglich, alle Sätze im notwendigen Umfang anzuheben. Bisher dürften deshalb die entsprechenden Inflationsverluste nur teilweise kompensiert worden sein, doch ist nicht auszuschließen, daß bei weiterhin andauernder, relativ hoher Inflationsrate oder bei einer Verschärfung der Inflation eine raschere Anpassung erfolgen würde.

Wenn man die aus der Differenz von Bemessungs- und Fälligkeitsperiode bei den direkten Steuern resultierenden Verluste berechnet, unterstellt man, daß es ohne weiteres möglich sei, die geltenden Tarife und Steuerfüße auf die gegenwärtigen Einkommen anzuwenden und damit die Verluste zu vermeiden. Soweit die Tarife progressiv ausgestaltet sind, dürfte das aber kaum der Wirklichkeit entsprechen. Es ist vielmehr damit zu rechnen, daß ein Übergang zu irgendeiner Form der „Gegenwartsbesteuerung“ mit einer Reduktion der Tarife und/oder

¹⁷ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1973, S. 422; Finanzhaushalt der Kantone 1930 - 1971, Statistische Quellenwerke der Schweiz, Heft 520, S. 28.

¹⁸ Es wird angenommen, daß die Schulden der Gemeinden mit gleichem Prozentsatz verzinst werden wie jene der Kantone und sich somit aus der allein bekannten Passivzinssumme ermitteln lassen.

¹⁹ Es wird angenommen, daß das Verhältnis Schulden/Passivzinsen gleich jenem von Guthaben/Aktivzinsen ist.

²⁰ Prozentualer Anstieg des Landesindex der Konsumentenpreise im Jahre 1971.

der Steuerfüße erkaufte werden müßte. Damit würde dann nur ein Teil der errechneten Verluste bzw. ein Teil der Inflationsgewinne wegen der „kalten Progression“ beseitigt. Schon bisher war es ja so, daß im Zuge zahlreicher eidgenössischer und kantonaler Steuergesetzesrevisionen die Auswirkungen der kalten Progression teilweise eliminiert wurden.

Schließlich haben wir die Verluste errechnet, indem wir die inflatorisch bedingte Aufblähung der Einnahmen mit Ausgaben verglichen, deren inflatorisches Wachstum größer war als die Teuerungsrate bei den Konsumentenpreisen oder beim Bruttosozialprodukt. Es ist nun keineswegs gesagt, daß ein derartiges Verhältnis auf die Dauer hingenommen wird, sondern es ist durchaus möglich, daß Maßnahmen ergriffen werden, welche die übermäßige Teuerung bei den öffentlichen Ausgaben reduzieren. Im weiteren kann bei andauernder Inflation eine Erhöhung des Zinsniveaus eintreten, welche die Inflationsgewinne des Nettoschuldners ganz oder teilweise beseitigt. Insgesamt ist deshalb festzuhalten, daß die für das Jahr 1971 errechneten Auswirkungen der Inflation größer ausgefallen sein dürften als das bei der nicht ohne weiteres durchführbaren Betrachtung einer mehrjährigen Periode der Fall gewesen wäre.

7. Inflatorische Auswirkungen auf öffentliche Betriebe und Personalversicherungen

Aus einem Vergleich der Einnahmenindizes der öffentlichen Betriebe mit den staatlichen Ausgabenindizes geht hervor, daß die Einnahmesteigerung der Ausgabenentwicklung nachhinkt, wobei allerdings das schubweise Anheben der Preise zu berücksichtigen ist (vgl. Tab. 8). Die relativ verzögerten Tarifierpassungen haben in den Jahren vor 1971 für die öffentlichen Betriebe zu finanziellen Nachteilen geführt.

Tabelle 8

Vergleich des staatlichen Ausgabenindex mit den Einnahmenindizes von Eisenbahn (SBB), Straßenbahn und Post²¹

Jahr	Staatlicher Ausgabenindex	Einnahmenindex (1966 = 100)		
		Eisenbahn	Straßenbahn	Post, Telephon
1968	108	106	114	120
1969	114	116	119	121
1970	123	116	120	121
1971	135	119	122	122

²¹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz, S. 363.

Tabelle 9

Schätzung der Inflationsverluste der wichtigsten Betriebe und der Personalversicherungen des Bundes, der Kantone und der Gemeinden²²

Betriebe des Bundes (ohne Alters- und Hinterlassenenversicherung AHV)	absolute Einnahmen in Mio. Fr.	Netto- Inflationsrate in %	Inflations- verlust in Mio. Fr.
— Schweizerische Bundesbahnen	1954,0	7,1 % ²³	— 138,7
— Post, Telephon- und Telegr.-Betrieb (PTT)	2642,2	8,9 % ²⁴	— 235,1
— Alkoholverwaltung	251,7	9,7 %	— 24,4
Inflationsverlust der Bundesbetriebe			— 398,2
Betriebe der Kantone	absoluter Betrag in Mio. Fr.	Netto- Inflationsrate in %	Inflations- verlust in Mio. Fr.
— Personalversicherung	6628,9 ²⁵	6,6 % ²⁶	— 441,0
— Deckungskapital	274,0	6,6 %	— 18,0
— Verkehrsbetriebe (Einnahmen)	51,8	8,03 % ²⁷	— 4,7
— Industrielle Betriebe (Einnahmen)	211,4	8,9 % ²⁸	— 18,8
Inflationsverlust der Kantonsbetriebe			— 482,5
Betriebe der Gemeinden	absoluter Betrag in Mio. Fr.	Netto- Inflationsrate in %	Inflations- verlust in Mio. Fr.
— Personalversicherung	2065,8	6,6 %	— 136,3
— Deckungskapital	84,7	6,6 %	— 5,6
— Verkehrsbetriebe (Einnahmen)	159,4	8,03 %	— 12,8
— Industrielle Betriebe (Einnahmen)	779,3	8,9 % ²⁴	— 69,3
Inflationsverlust der Gemeindebetriebe			— 224,0

²² Finanzen und Steuern 1971, S. 62 f.

²³ Preissteigerung Eisenbahn minus staatliche Ausgabenteuerung
(2,6 % - 9,7 % = -7,1 %).

²⁴ Preissteigerung Post, Telephon minus staatliche Ausgabensteigerung
(0,8 % - 9,7 % = -8,9 %).

²⁵ Statistisches Jahrbuch 1971, S. 314 (extrapoliert auf das Jahr 1971).

²⁶ Landesindex der Konsumentenpreise = 6,6 %.

²⁷ Preissteigerung Straßenbahn minus staatliche Ausgabensteigerung
(1,67 % - 9,7 % = -8,03 %).

²⁸ Es wurde angenommen, daß die industriellen Betriebe der gleichen Inflationsrate unterworfen sind wie die PTT-Betriebe.

Eine weitere Quelle von Inflationsverlusten liegt bei den Deckungskapitalien und Aktivzinsen der Personalversicherungen. Überschlagsmäßig ergeben sich die in Tabelle 9 ausgewiesenen Verluste.

8. Inflatorische Auswirkungen auf die Sozialversicherungen

Die Leistungen der Alters- und Hinterlassenen-Versicherung (AHV)²⁹ werden finanziert durch die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, durch die Beiträge der öffentlichen Hand und durch die Zinsen des Ausgleichsfonds, und zwar zu rund 90 Prozent nach dem Umlageverfahren:

1971	Beiträge der Versicherten	Beiträge Bund, Kantone	Nettoertrag der Anlagen (9091,8 Mio. Fr.)
in Mio. Fr.	2946,6	685,0	317,0
in %	75 %	17 %	8 %

Die Beiträge der Versicherten und der Arbeitgeber, die sich auf dem Arbeitseinkommen berechnen, haben die Tendenz, mit der Teuerung zu steigen, da angenommen werden kann, daß die Arbeitseinkommen laufend an die Lebenshaltungskosten angepaßt werden. Die Beiträge der öffentlichen Hand stehen in fester Relation zu den Aufwendungen der AHV und entwickeln sich somit parallel zur Rentenerhöhung. Diese Beiträge sind zu $\frac{3}{4}$ vom Bund und zu $\frac{1}{4}$ von den Kantonen aufzubringen. Dem Bund entstehen dabei Verluste, da die Beiträge aus der Belastung des Tabaks und des Alkohols finanziert werden und diese Erträge bei gleichbleibenden Abgabesätzen mit der Teuerung nicht Schritt halten. Dem wurde schon bei der Behandlung der Bundeseinnahmen Rechnung getragen. Die Kantone bezahlen ihre Beiträge hauptsächlich aus Steuereinnahmen, die sich im Durchschnitt proportional zur Teuerung entwickeln.

Als weiterer Einnahmeposten im Finanzhaushalt figuriert der Zinsertrag des AHV-Fonds. Die künftige Entwicklung dieser Erträge hängt vom Zinssatz und der Fondshöhe ab, welche mit der Teuerung nicht Schritt halten. Mit fortschreitender Teuerung sinkt das Verhältnis zwischen dem Fonds und der Summe der gewährten Jahresrenten. Gehen wir von der Annahme der Kaufkraftrehaltung der AHV-Renten aus, so entwickeln sich die Ausgaben der AHV mit dem Konsumentenpreisindex (6,6 % im Jahr 1971). Der Inflationsverlust entsteht zum einen auf dem Kapitalkonto der AHV, zum andern auf den nominell gleichbleibenden Zinserträgen. Die entsprechenden Berechnungen, ana-

²⁹ Statistisches Jahrbuch der Schweiz 1973, S. 312.

log auch für die übrigen Sozialversicherungszweige, die mit Ausnahme der obligatorischen Unfallversicherung ebenfalls auf dem Umlageverfahren mit Schwankungsfonds basieren, werden in Tabelle 10 dargestellt.

Tabelle 10

**Überschlagsmäßige Berechnung der Inflationsverluste
auf den Sozialversicherungen³⁰**

1. AHV			
— Inflationsverlust auf d. Fonds	6,6 % ³¹ v. 9092 Mio. Fr.	—	600 Mio. Fr.
— Inflationsverlust auf d. Zinsen	6,6 % v. 317 Mio. Fr.	—	20 Mio. Fr.
— Inflationsverlust auf der AHV			— 620 Mio. Fr.
2. Übrige Sozialversicherungszweige (Invaliden-, Kranken-, Unfall-, Erwerbsausfall- u. Krankenversicherung)			
— Inflationsverlust auf d. Fonds	6,6 % v. 5882,9 Mio. Fr.	—	388,2 Mio. Fr.
— Inflationsverlust auf d. Zinsen	6,6 % v. 247,0 Mio. Fr.	—	16,3 Mio. Fr.
— Inflationsverlust auf den übrigen Sozialversicherungszweigen			— 404,5 Mio. Fr.
Inflationsverlust auf den Sozialversicherungen			— 1024,5 Mio. Fr.

9. Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Tabelle 11 enthält eine Zusammenfassung der errechneten Inflationsgewinne und -verluste. Es sei nochmals darauf hingewiesen, daß diese Berechnungen nur für das Jahr 1971 vorgenommen wurden und deshalb mittelfristige Reaktionen nicht berücksichtigt sind. Außerdem fällt das Jahr 1971 in eine Periode *ansteigender* Inflationsraten und ist durch eine besonders hohe Verteuerung der öffentlichen Ausgaben charakterisiert. Die errechneten Inflationsauswirkungen dürften deshalb eher ausgeprägter ausgefallen sein, als dies bei Betrachtung einer mehrjährigen Periode der Fall wäre. Die Berechnungen ergeben für die drei staatlichen Ebenen ein unterschiedliches Bild:

- a) Der *Bund* erleidet aufgrund seines hohen Anteils an mengenabhängigen Abgaben in jedem Falle Inflationsverluste. Angesichts der vergleichsweise geringen Bedeutung der Nettoschuld verändert auch ein allfälliger Inflationsgewinn auf der Schuld das Resultat nicht wesentlich, ebensowenig ein teilweiser Ausgleich der kalten Progression. Dagegen wird der Inflationsverlust nahezu verdoppelt,

³⁰ Statistisches Jahrbuch 1973, S. 311 ff.

³¹ Landesindex der Konsumentenpreise, prozentuale Veränderung gegenüber dem Vorjahr, in: Volkswirtschaft 1972, S. 379.

Tabelle 11
Zusammenfassung der Resultate

Inflationsverluste bzw. -gewinne in Mio. Fr.	gleich- bleibende Inflations- rate 10 % in Mio. Fr.	an- steigende Inflations- rate 10 % in Mio. Fr.	sinkende Inflations- rate in Mio. Fr.	effektive Inflations- rate in Mio. Fr.
— Bund				
ohne Berücksichtigung der Schulden	- 313,7	- 357,9	- 287,0	- 579,5
mit Berücksichtigung der Schulden				
— nach Einbezug des Inflationsgewinnes auf dem Nettoüberschuß der Passivzinsen	- 309,3	- 353,5	- 282,6	- 575,2
— nach Einbezug des In- flationsgewinnes auf				
der öffentl. Netto- I	- 234,2	- 278,4	- 207,5	- 501,5
schuld mit 2 Extrem- II	- 278,6	- 322,8	- 251,9	- 545,9
werten I, II ³²				
— mit „Ausgleich der I	- 254,4	- 298,4	- 227,5	- 521,5
kalten Progression“ ³³ II	- 298,6	- 342,8	- 271,9	- 565,9
— mit Einschluß der I	- 652,4	- 696,6	- 625,7	- 919,7
Inflationsverluste der II	- 696,8	- 741,0	- 670,1	- 964,1
öffentl. Betriebe				
— Kantone				
ohne Berücksichtigung der Schulden	+ 30,2	- 84,1	+ 109,4	- 439,5
mit Berücksichtigung der Schulden				
— nach Einbezug des Inflationsgewinnes auf dem Nettoüberschuß der Passivzinsen	+ 49,5	- 64,8	+ 128,7	- 420,8
— nach Einbezug des In- flationsgewinnes auf				
der öffentl. Netto- I	+ 429,1	+ 314,8	+ 508,3	- 41,2
schuld mit 2 Extrem- II	+ 236,3	+ 122,0	+ 315,5	- 234,0
werten I, II				
— mit Ausgleich der I	+ 335,1	+ 220,8	+ 414,3	- 135,2
kalten Progression II	+ 142,3	+ 28,0	+ 221,5	- 328,0
— mit Einschluß der I	- 147,4	- 261,7	- 68,2	- 617,7
Inflationsverluste der II	- 340,2	- 454,5	- 261,0	- 810,5
öffentl. Betriebe				

³² Extremwert I: Inflationsgewinn auf den Nettoschulden *ohne* Abzug des Nettoüberschusses der Passivzinsen.

Extremwert II: Inflationsgewinn auf den Nettoschulden *unter* Abzug des Nettoüberschusses der Passivzinsen.

³³ 1971 wurde zum Ausgleich der „kalten Progression“ bei der Wehrsteuer des Bundes ein neuer Tarif eingeführt, der zu einem Ertragsausfall von ca. 3 % (20 Mio.) führte. Fiktiv wird für die Kantone und Gemeinden ein Ausfall von ebenfalls 3 % (Kantone 94 Mio.; Gemeinden 91 Mio.) angenommen.

Fortsetzung Tabelle 11

Inflationsverluste bzw. -gewinne in Mio. Fr.	gleichbleibende Inflationsrate 10 0/0 in Mio. Fr.	ansteigende Inflationsrate 10 0/0 in Mio. Fr.	sinkende Inflationsrate in Mio. Fr.	effektive Inflationsrate in Mio. Fr.
<i>— Gemeinden</i>				
ohne Berücksichtigung der Schulden	+ 76,5	— 29,0	+ 148,8	— 361,7
mit Berücksichtigung der Schulden				
— nach Einbezug des Inflationsgewinnes auf dem Nettoüberschuß der Passivzinsen	+ 117,2	+ 11,7	+ 189,5	— 321,0
— nach Einbezug des Inflationsgewinnes auf der öffentl. Nettoschuld mit 2 Extremwerten I, II	I + 919,2 II + 511,8	+ 813,7 + 406,3	+ 991,5 + 584,1	+ 481,0 + 73,0
— mit Ausgleich der kalten Progression	I + 828,2 II + 420,8	+ 722,7 + 315,3	+ 900,5 + 493,1	+ 390,0 — 18,0
— mit Einschluß der Inflationsverluste der öffentl. Betriebe	I + 604,2 II + 196,8	+ 498,7 + 91,3	+ 676,5 + 269,1	+ 166,0 — 242,0
Inflationsverlust bzw. -gewinn der öffentl. Hand exkl. Sozialversicherung	I — 195,6 II — 840,2	— 459,6 — 1104,2	— 17,4 — 662,0	— 1371,4 — 2016,6
Inflationsverluste auf der Sozialversicherung	— 1024,5	— 1024,5	— 1024,5	— 1024,5
Inflationsverlust der öffentl. Hand	I — 1220,1 II — 1864,7	— 1484,1 — 2128,7	— 1041,9 — 1686,5	— 2395,9 — 3041,1

wenn die Tarife bzw. Preise der Bundesbetriebe der Inflation nicht angepaßt werden.

- b) Die *Kantone* erleiden auf den laufenden Einnahmen und Ausgaben lediglich bei *ansteigenden* Inflationsraten Verluste wegen des Auseinanderklaffens von Bemessungs- und Fälligkeitsperiode bei ihren wichtigsten Einnahmen. Dieses Resultat wird durch einen teilweisen Ausgleich der kalten Progression etwas verschlechtert und durch allfällige Inflationsgewinne auf der Schuld sehr erheblich verbessert. Die Inflationsverluste bei Personalversicherung und kantonalen Betrieben können von gleicher Größenordnung sein wie diejenigen des allgemeinen Haushalts.
- c) Die *Gemeinden* erzielen bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben eher Inflationsgewinne und kaum Inflationsverluste. Lediglich

bei ausgeprägter Ausgabenteuerung, wie sie im betrachteten Jahr stattfand, tritt wegen des Auseinanderklaffens von Bemessungs- und Fälligkeitsperiode bei den wichtigsten Einnahmen ein Inflationsverlust ein. In Anbetracht der hohen Nettoverschuldung führt ein allfälliger Gewinn auf der Schuld zu einem Inflationsgewinn insgesamt. Dieser kann allerdings durch die Verluste von Personalversicherungen und kommunalen Betrieben wieder beseitigt werden.

- d) Für den *gesamten öffentlichen Sektor* resultiert auf den laufenden Einnahmen und Ausgaben in jedem Falle ein Inflationsverlust, insbesondere bei steigenden Inflationsraten. Für das Jahr 1971 wurde ein Verlust von mehr als einer Milliarde errechnet. In je ähnlicher Größenordnung liegen die Verluste, die bei den öffentlichen Betrieben und Personalversicherungen und bei den Sozialversicherungen eintreten. Andererseits könnte ein allfälliger Inflationsgewinn auf der Nettoverschuldung der allgemeinen Haushalte ebenfalls mehr als eine Milliarde betragen. Es ist aufgrund dieser Berechnungen sehr wahrscheinlich, daß der öffentliche Sektor insgesamt, vor allem bei steigenden Inflationsraten, einen Inflationsverlust in der Größenordnung von einer bis zu mehreren Milliarden erleidet.
- e) Deshalb müßte der öffentliche Sektor an der Geldwertstabilität interessiert sein, insbesondere der Bund. Da jedoch bei den Kantonen die inflatorische Auswirkung weniger eindeutig ausfällt, vor allem wenn man nur den allgemeinen Haushalt betrachtet, und da die Gemeinden eventuell von der Inflation profitieren, dürfte sich in unserem föderalistischen System unter den Vertretern der öffentlichen Haushalte nicht leicht ein Konsens bezüglich der Wünschbarkeit der Geldwertstabilität einstellen.
- f) Versucht man, die Überlegungen, die für die allgemeinen öffentlichen Haushalte in der Schweiz angestellt wurden, ohne eingehende Berechnung auf andere Länder zu übertragen, so lassen sich etwa die folgenden, allerdings sehr groben Hinweise geben:
- In der Bundesrepublik Deutschland dürften einerseits geringere Inflationsverluste eintreten als in der Schweiz, weil die proportionalen Abgaben auf Mengeneinheiten ein geringeres Gewicht haben und weil die Steuerprogression steiler verläuft und höher hinaufgeführt wird. Andererseits ist aber die Verschuldung sowohl des Bundes als insbesondere der nachgeordneten Körperschaften — ausgedrückt etwa als Prozentsatz der jährlichen Ausgaben — wesentlich geringer als in der Schweiz, so daß auch allfällige Gewinne auf der Schuld weniger ins Gewicht fallen. Die aus dem Einnahmensystem resultierenden Verluste dürften eher bei den

Gemeinden eintreten (geringe Bedeutung progressiver Abgaben auf Wertbeträgen).

- In Frankreich dürften sich das geringe Gewicht der mengenabhängigen Abgaben und der relativ steile Progressionsverlauf bis zu einem Höchstsatz von mehr als 60 Prozent im Sinne einer starken Beschränkung inflatorischer Verluste auswirken.

Anhang

Berechnung der Auswirkungen unterschiedlicher Inflationsraten bei gleicher Inflationierung von Einnahmen und Ausgaben

Einnahmequellen	Abs. Betrag in Mio. Fr. (1)	Inflationsrate		Inflationsverlust in Mio. Fr. $3 = (1 \cdot 2)$
		Berechnung	Ergebnis (2)	
— <i>Bund</i>				
— Zölle	2555,7		— 10,0 %	— 255,6
— Spezielle Verbrauchssteuern	897,1		— 10,0 %	— 89,7
— Entgelte	344,2		— 10,0 %	— 34,4
— Wehrsteuer jur. Personen				
— gleichbleibende Inflationsrate ³⁴	434,3		0 %	—
— ansteigende Inflationsrate ³⁵	434,3	(7,51 % — 10 %)	— 2,49%	— 10,8
— sinkende Inflationsrate ³⁶	434,3	(10 % — 7,51 %)	+ 2,49%	+ 10,8
— Wehrsteuer natürl. Personen				
— gleichbleibende Inflationsrate	640,8	(2,03 ³⁷ · 10 % — 10 %)	+ 10,3 %	+ 66,0
— ansteigende Inflationsrate	640,8	(2,03 · 7,51 % — 10 %)	+ 5,25%	+ 33,6
— sinkende Inflationsrate	640,8	(2,03 · 10 % — 7,51 %)	+ 12,79%	+ 81,9
— Passivzinsen	268,2		+ 10,0 %	+ 26,8

³⁴ Die gleichbleibende Inflationsrate wurde mit 10 % angenommen. (1968 = 10 %, 1969 = 10 %, 1970 = 10 %, 1971 = 10 %).

³⁵ Der ansteigenden Inflationsrate liegt eine Wachstumsrate von 10 % zugrunde. (1968 = 7,51 %, 1969 = 8,26 %, 1970 = 9,0 %, 1971 = 10 %).

³⁶ Der fallenden Inflationsrate liegt eine negative Wachstumsrate von 10 % zugrunde.

³⁷ Elastizität der Wehrsteuer.

Einnahmequellen	Abs. Betrag in Mio. Fr. (1)	Inflationsrate		Inflati- onsver- lust in Mio. Fr. 3 = (1 · 2)
		Berechnung	Ergebnis (2)	
— <i>Kantone</i>				
— Entgelte	1287,3		—10,0 %	—128,7
— Motorfahrzeug- steuer	427,6		—10,0 %	— 42,8
— Ertrags- und Kapitalsteuer				
— gleichbleibende Inflationsrate ..	988,8	—	0 %	—
— ansteigende Inflationsrate ..	988,8	(8,26 % — 10 %)	— 1,74%	— 17,2
— sinkende Inflationsrate ..	988,8	(10 % — 8,26 %)	+ 1,74%	+ 17,2
— Einkommenssteuer				
— gleichbleibende Inflationsrate ..	3154,3	(1,62 ⁸⁸ · 10 % — 10 %)	+ 6,2 %	+195,6
— ansteigende Inflationsrate ..	3154,3	(1,62 · 8,26 — 10 %)	+ 3,38%	+106,6
— sinkende Inflationsrate ..	3154,3	(1,62 · 10 % — 8,26 %)	+ 7,94%	+250,4
— Vermögenssteuer				
— gleichbleibende Inflationsrate ..	409,4	(1,15 ⁹⁰ · 10 % — 10 %)	+ 1,5 %	+ 6,1
— ansteigende Inflationsrate ..	409,4	(1,15 · 8,26 % — 10 %)	— 0,5 %	— 2,0
— sinkende Inflationsrate ..	409,4	(1,15 · 10 % — 8,26 %)	+ 3,24%	+ 13,3
— Passivzinsen	422,5		+10,0 %	+ 42,3
— <i>Gemeinden</i>				
— Entgelte	1180,3		—10,0 %	—118,0
— Ertrags- und Kapitalsteuer				
— gleichbleibende Inflationsrate ..	722,2		0,0 %	—
— ansteigende Inflationsrate ..	722,2	(8,26 % — 10 %)	— 1,74%	— 12,5
— sinkende Inflationsrate ..	722,2	(10 % — 8,26 %)	+ 1,74%	+ 12,5
— Einkommenssteuer				
— gleichbleibende Inflationsrate ..	3045,6	(1,62 · 10 % — 10 %)	+ 6,2 %	+188,8
— ansteigende Inflationsrate ..	3045,6	(1,62 · 8,26 % — 10 %)	+ 3,38%	+103,4
— sinkende Inflationsrate ..	3045,6	(1,62 · 10 % — 8,26 %)	+ 7,94%	+241,9
— Vermögenssteuer				
— gleichbleibende Inflationsrate ..	382,8	(1,15 · 10 % — 10 %)	+ 1,5 %	+ 5,7
— ansteigende Inflationsrate ..	382,8	(1,15 · 8,26 % — 10 %)	— 0,5 %	— 1,9
— sinkende Inflationsrate ..	382,8	(1,15 · 10 % — 8,26 %)	+ 3,24%	+ 12,4
— Passivzinsen	675,6		+10,0 %	+ 67,6

- Besonders günstig scheint die Lage des öffentlichen Sektors in Schweden und USA insofern zu sein, als die progressiven Abgaben auf Wertbeträgen ein bedeutendes Gewicht haben, die öffentliche Schuld — vor allem in den USA — hoch ist und die Einkommenssteuer international gesehen hohe Sätze aufweist.

Es versteht sich von selbst, daß eine detailliertere Beurteilung der Situation in diesen Ländern nur aufgrund eingehender Untersuchungen möglich ist.

³⁸ Elastizität der Einkommenssteuer.

³⁹ Elastizität der Vermögenssteuer.

Korreferat zu: Geldwertstabilität aus der Sicht des öffentlichen Sektors

Von *Helga Pollak*, Göttingen

1. Die Inflation kennt Gewinner und Verlierer. Wenn die öffentlichen Haushalte entgegen einer oft geäußerten, aber selten bewiesenen Behauptung zur Partei der Verlierer gehören, so verstärkt sich in der Tat die Hoffnung, der Staat werde die ihm zu Gebote stehenden wirtschafts- und finanzpolitischen Instrumente mit Nachdruck zur Erhaltung oder Wiedergewinnung der Preisniveaustabilität einsetzen. Einer sorgfältigen Analyse von Inflationswirkungen auf den öffentlichen Sektor kommt daher erhebliche strategische Bedeutung für die Inflationsbekämpfung zu. Aus diesem Grund ist insbesondere die methodische Seite der Untersuchung von Herrn Meier von allgemeinem Interesse.

Meine Bemerkungen möchte ich in zwei Schritte gliedern: In einem ersten Schritt werden einige Einzelaspekte der quantitativen Berechnung der als „Inflationsverlust“ bezeichneten Finanzierungslücke aufgegriffen, die schon innerhalb des von Herrn Meier gewählten Ansatzes eine Rolle spielen.

Der zweite darüber hinausgehende Schritt wirft die Frage nach den Vergleichssituationen bzw. Handlungsalternativen auf, an denen der Inflationsverlust des Staates zu messen ist; denn nur insoweit unter nicht-inflationären Bedingungen keine fiskalischen Nachteile entstehen, kann der Inflationsverlust überhaupt die Motivation zur Inflationsvermeidung fördern.

2. Aus dem ersten Komplex der verwendeten Berechnungsmethoden für den Inflationsverlust sollen wiederum zwei Aspekte herausgegriffen werden, von denen sich je einer auf die laufenden Einnahmen und Ausgaben sowie auf die öffentliche Verschuldung bezieht.

2.1 Der Inflationsverlust eines Rechnungsjahres bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben wird als das Finanzierungsdefizit definiert, das sich aus der Summe der bei den einzelnen Einnahmenarten auftretenden Kaufkraftänderungen bei voller Inflationsanpassung der nominellen Staatsausgaben ergibt. Die Berechnung des Inflationsverlustes bei einer einzelnen Einnahmenart erfolgt nach folgender Formel:

$$I_t = E_t (e \cdot i_{v,t-n} - i_a)$$

Ein Inflationsverlust in der Periode t — hier das Jahr 1971 — tritt ein, wenn I_t negativ ist; andernfalls handelt es sich um einen Inflationsgewinn. i_{a_t} stellt die Inflationsrate der öffentlichen Ausgaben dar. Bezüglich i_{e_t} sind die Ausführungen des Referenten nicht ganz eindeutig zu interpretieren. Diese Größe müßte die Inflationsrate des Bruttosozialprodukts repräsentieren, wenn e die üblicherweise auf das Bruttosozialprodukt bezogene Aufkommenselastizität einer Einnahmenart angeben soll; wird jedoch für i_{e_t} die inflationsbedingte Zuwachsrate der Einnahmen-, insbesondere der Steuerbemessungsgrundlagen eingesetzt, die keinesfalls immer mit der Inflationsrate des Bruttosozialprodukts übereinzustimmen braucht, so darf für e bei den Steuereinnahmen lediglich die Tarifelastizität herangezogen werden, die nur eine Teilkomponente der Aufkommenselastizität ist.

Erstaunlich ist, daß in die oben angeführte Berechnungsformel die nominellen Einnahmen E_t des Jahres 1971 eingehen, die ja bereits unter dem Einfluß der Inflationsrate dieses Jahres zustande gekommen sind. Inflationsraten, die üblicherweise vom Hundert berechnet werden, decken sich nicht völlig mit im Hundert zu berechnenden Deflationsraten. Die korrekte Ermittlung des Inflationsverlustes ergibt sich m. E. aus folgender Überlegung:

$$\begin{aligned} I_t &= \Delta E_t - \Delta A_t \\ &= E_t^0 (1 + e \cdot i_{e_{t-n}}) - A_t^0 (1 + i_{a_t}) \\ &= E_t^0 (e \cdot i_{e_{t-n}} - i_{a_t}) \\ &= \frac{E_t^0 (e \cdot i_{e_{t-n}} - i_{a_t})}{1 + e \cdot i_{e_{t-n}}} \end{aligned}$$

E_t^0 und A_t^0 symbolisieren die Einnahmen und die damit finanzierbaren Ausgaben der Periode t bei Konstanz aller Preise ($E_t^0 = A_t^0$). Ihre inflatorische Erhöhung und Saldierung ergibt dann die inflationsbedingte Finanzierungslücke oder den Inflationsverlust.

Wie der Vergleich mit der letzten Umformung zeigt, führt diese Berechnung zum gleichen Ergebnis wie bei Herrn Meier, wenn $e = 0$ (spezifische Zölle und Verbrauchsteuern, Entgelte) oder wenn $e = 1$ und $i_{e_{t-n}} = i_{a_t}$. In allen anderen Fällen ist bei positiver Aufkommenselastizität der Inflationsverlust bzw. Inflationsgewinn einer einzelnen Einnahmenart geringer. In dem durchgerechneten Anwendungsfall sind diese Differenzen zwar außerordentlich klein, da der Anteil der Steuereinnahmen mit einer Aufkommenselastizität von Null bzw. mit einer wegen der zeitlichen Verzögerung noch geringfügigen Inflationsrate

beträchtlich ist; unter anderen institutionellen und historischen Verhältnissen könnten sie jedoch auch quantitativ von größerer Bedeutung sein.

2.2 Neben den Konsequenzen der Inflation für die laufenden Einnahmen und Ausgaben des Staates sind diejenigen für die öffentliche Verschuldung zu beachten, und zwar sowohl für den Nettozinsendienst als auch für den Nettoschuldenbestand.

2.2.1 Nettopassivzinszahlungen stellen für den Staat Ausgaben dar, deren Nominalbetrag kurzfristig nicht mit der Inflation steigt. Eine Möglichkeit, den hier entstehenden Inflationsgewinn des Staates zu berücksichtigen, bestünde darin, diese Ausgabenart mit den übrigen öffentlichen Ausgaben zusammenzufassen, was *ceteris paribus* zu einer geringfügigen Senkung der für die öffentlichen Ausgaben in der vorstehenden Rechnung einzusetzenden Preissteigerungsrate und damit zu einer Verminderung des dort ermittelten Inflationsverlustes führen würde. Sollen die Zinsausgaben getrennt behandelt werden, so ist die Aussage Herrn Meiers, daß als Inflationsgewinn „das Produkt aus Einnahmewachstumsrate und Passivzinsüberschuß“ zu betrachten sei, als Ausgangsüberlegung zwar richtig, d. h.

$$I_{tZ} = Z_t \cdot e \cdot i_{e_t} \quad (Z_t: \text{Nettozinszahlungen}).$$

Dieser Ansatz folgt übrigens auch aus meiner oben angeführten allgemeinen Berechnungsformel für I_t , wobei in diesem Spezialfall $i_{at} = 0$ und $E_t^0 = Z_t$.

Zu präzisieren wäre jedoch, um welche „Einnahmewachstumsrate“ es sich handeln soll. M. E. kann dies sinnvollerweise nur die inflationsbedingte Zuwachsrate der Gesamteinnahmen sein, da die Bindung der Zinsausgaben an eine einzelne Einnahmenart nicht nur dem Nonaffektationsprinzip widerspräche, sondern je nach Einnahmenart einen unterschiedlichen Inflationsgewinn ergäbe. Weiterhin ist zu beachten, daß bei getrennter Behandlung der Zinszahlungen der Einnahmenbetrag, der auf E_t^0 umgerechnet gerade Z_t entspricht, aus der laufenden Berechnung des Inflationsverlustes auszunehmen ist, weil sonst eine Mehrfachrechnung stattfände. Geschieht dies nicht, was bei Herrn Meier offensichtlich der Fall ist, so ist der getrennt ermittelte Inflationsgewinn auf die Zinszahlungen um den bereits in der laufenden Rechnung enthaltenen Inflationseffekt zu korrigieren, damit das Gesamtergebnis beider Rechnungen stimmt:

$$I_{tZ}^+ = Z_t \cdot e \cdot i_{e_t} - Z_t (e \cdot i_{e_t} - i_{a_t}) = Z_t \cdot i_{a_t}.$$

2.2.2 Besonders problematisch ist die Berechnung des Inflationsgewinnes auf den Nettoschuldenbestand. Das von Herrn Meier ver-

anschlagte Produkt aus Nettoverschuldung und Inflationsrate der Konsumgüterpreise entspricht der Summe, die der Staat zusätzlich an seine als Konsumenten unterstellten Gläubiger zurückzahlen müßte, damit diese bei einer sofortigen Tilgung der Nettoschuld keine realen Verluste erleiden würden, die er jedoch wegen der nominalen Fixierung seiner Verbindlichkeiten nicht aufzuwenden braucht. Aus der Sicht des Staates könnte aber auch der Betrag als Inflationsgewinn bezeichnet werden, um den bei Inflation die fiktiven Tilgungszahlungen über den Nominalbetrag hinaus erhöht werden könnten, ohne daß der Staat durch diese Transaktion selbst reale Verluste erleidet. Es bleibt dann jedoch noch zu fragen, welche Größe an die Stelle der Konsumgüterpreisteigerungsrate zu setzen wäre. Die Wertsteigerungsrate öffentlicher Sachanlagen scheidet wegen der Bewertungs- und Zuordnungsschwierigkeiten aus. Ebenso wäre die Verwendung der Preissteigerungsraten spezieller laufender Ausgabenarten ein willkürliches Verfahren. In Frage kommt allein die schon oben verwendete durchschnittliche Inflationsrate der laufenden öffentlichen Ausgaben i_{at} . Bei dieser Methode ergäbe sich als Inflationsgewinn gerade die Summe, um die die fiktiven Tilgungszahlungen über den Nominalbetrag hinaus erhöht werden könnten, ohne daß die realen laufenden Ausgaben stärker gekürzt werden müßten als im Falle einer fiktiven Tilgung bei Preiskonstanz. Wenn i_{at} größer ist als die Zuwachsrate der Konsumgüterpreise, würde ein entsprechend höherer Inflationsgewinn ausgewiesen.

3. Unabhängig von berechnungstechnischen Problemen der eben geschilderten Art ist nun im zweiten Schritt die Frage zu stellen, ob und inwieweit es für die öffentliche Hand überhaupt Alternativen gibt, den errechneten fiskalischen Verlust ohne diskretionäre Einnahmenerhöhungen zu vermeiden.

Wird der von der Inflation verursachte Verlust in der von Herrn Meier dargestellten Weise ermittelt, so ist impliziert, daß als Alternative eine Situation erreichbar ist, in der bei Verminderung oder Beseitigung der Inflation die reale Entwicklung aller für die öffentlichen Einnahmen und Ausgaben relevanten Größen dieselbe ist wie im Inflationsfall. Um zu verdeutlichen, daß dies nicht unbedingt der Fall sein muß, möchte ich auf zwei Aspekte hinweisen:

3.1 Einmal zeigen die angestellten Berechnungen, daß ein erheblicher Teil des Inflationsverlustes auf die überdurchschnittliche Preissteigerungsrate der öffentlichen Ausgaben zurückzuführen ist. In Verbindung mit der Inflation tritt also eine Veränderung des Preisverhältnisses zwischen den vom Staat und von den Privaten nachgefragten Gütern auf, die jedoch deswegen nicht in allen Fällen von der Inflation verursacht sein muß. Ist die Änderung des Preisverhältnisses auf eine

durch unterschiedliche Produktivitätsfortschritte bewirkte Änderung der Transformationskurve zwischen den beiden Gütergruppen zurückzuführen, so würde dieser Effekt auch bei Konstanz des allgemeinen Preisniveaus auftreten. Die Alternative zur Inflation mit überdurchschnittlich steigenden Preisen bei den öffentlichen Ausgaben besteht dann nicht in konstanten Preisen im privaten und öffentlichen Bereich, sondern in relativen Preiserhöhungen im öffentlichen Bereich mit konstantem generellem Preisniveau. Soll der Inflationsverlust als quantitativer Maßstab für die Stärke des staatlichen Antiinflationismus dienen, so sind die in jedem Fall unvermeidlichen und nicht durch die Inflation verursachten relativen Preissteigerungen bei den öffentlichen Ausgaben bei der Berechnung des Inflationsverlustes zu eliminieren. Folglich dürfte für i_{at} nur die durchschnittliche Preissteigerungsrate eingesetzt werden mit der Konsequenz einer Verminderung des ausgewiesenen Inflationsverlustes.

Auch relative Preisänderungen, die auf Präferenzänderungen zurückzuführen sind (z. B. Verstärkung des Umwelt-, Gesundheits-, Bildungs- oder sozialen Bewußtseins, Änderungen der Bedürfnisstruktur bei wachsendem Realeinkommen), wären bei der Ermittlung des inflationsbedingten Verlustes der öffentlichen Haushalte außer Ansatz zu lassen. Lediglich solche Preisverzerrungen, die aufgrund verzögerter Anpassungsreaktionen, falscher Erwartungen, Handeln unter Geldillusion usw. erst durch die Inflation ausgelöst werden und folglich bei stabilem Preisniveau nicht auftreten würden, dürften auch in die Berechnung des Inflationsverlustes eingehen.

3.2 Auf der Einnahmenseite kann umgekehrt nicht ohne weiteres vorausgesetzt werden, daß die reale Entwicklung der Steuerbemessungsgrundlagen unabhängig vom gleichzeitigen Auftreten inflationärer Tendenzen ist. Sobald geringere Inflationsraten mit Unterbeschäftigung und vermindertem realem Wachstum erkauft werden müssen, wäre die inflationsbedingte Finanzierungslücke wie folgt zu berechnen:

$$I_t = E_t^0 [e(i_{e_{t-n}} + g_{e_{t-n}}^i) - i_{at}] .$$

g_e^i gibt dabei die Prozentpunkte an, um welche die reale Wachstumsrate bei Inflation von derjenigen bei konstantem Preisniveau abweicht.

Aus dieser Relation läßt sich berechnen, bei welcher Veränderung der realen Wachstumsrate im Falle der Preisniveaustabilität eine gleich hohe Finanzierungslücke einträte wie im Inflationsfall.

Nehmen wir der Einfachheit halber an, daß $i_{e_{t-n}} = i_{at}$, so ergibt sich:

$$e(\Delta i_{e_{t-n}} + \Delta g_{e_{t-n}}^i) - \Delta i_{e_{t-n}} = 0$$

$$\Delta g_{e,t-n}^i = \frac{1-e}{e} \Delta i_{e,t-n}.$$

Für einen Wert von $e = 0,8$, der ganz grob für das Gesamteinnahmensystem der Schweiz gelten könnte, folgt z. B., daß mit der Senkung der Inflationsrate um einen Prozentpunkt lediglich eine Verminderung des realen Wachstums um 0,25 Prozentpunkte einherzugehen bräuchte, um für den Staat die Inflationsbekämpfung fiskalisch völlig uninteressant zu machen. Im Fall von $e > 1$ müßten sinkende Inflationsraten sogar mit steigenden realen Wachstumsraten verbunden sein, um die Finanzierungslücke durch die Stabilisierung nicht noch zu vergrößern.

4. Fast alle von mir diskutierten Modifikationen laufen auf eine Verminderung des staatlichen Inflationsverlustes hinaus. Möglicherweise ist daher auf die rein fiskalische Antiinflationismotivierung der öffentlichen Hand doch nicht allzu viel Verlaß.

Außerdem muß zugegeben werden, daß die Berücksichtigung dieser Überlegungen die Berechnung eines Inflationsverlustes oder -gewinnes außerordentlich erschwert, wenn nicht gar unmöglich machen würde, da wegen der kausalen Aufspaltung einiger Tatbestände Werte in die Berechnung eingesetzt werden müßten, die nicht einfach aus der Statistik ablesbar sind. Im Grunde wäre es jedoch geradezu verblüffend, stieße man ausgerechnet bei der Analyse von Inflationswirkungen nicht auf die gleichen Schwierigkeiten, die auch auf anderen Gebieten beim empirischen Nachweis von Wirkungszusammenhängen auftreten.

Diskussion

Alois Oberhauser (Freiburg):

Obwohl mir Frau Pollak den Grundgedanken schon vorweggenommen hat, den ich eigentlich vortragen wollte, möchte ich trotzdem nochmals auf den Tatbestand zurückkommen, der mit den Preisänderungen der öffentlichen Ausgaben zusammenhängt. Ähnlich wie Herr Meier ist auch der Sachverständigenrat der Bundesrepublik in seinem Gutachten 1971 zu der These vom inflationsgeschädigten Staat gekommen, und er hat dabei genauso wie Herr Meier und wie Frau Pollak es schon betont haben, die unzulässige Voraussetzung gemacht, daß die Preissteigerungen bei den Staatsausgaben rein inflationsbedingt sind. Berücksichtigt man aber, daß auch bei stabilem Preisniveau ein großer Teil der Staatsausgaben steigen würde — vor allem die Staatsausgaben für Löhne und Gehälter und für Hochbaumaßnahmen —, so ergibt sich ein Preisstruktureffekt, den man auf jeden Fall herausrechnen muß. Tut man dies, so kommt man zu dem Ergebnis, daß von der Ausgabenseite her keine Inflationsschädigung mehr übrigbleibt. Es besteht ein negativer Preisstruktureffekt, aber darüber hinaus keine Inflationsschädigung. Berücksichtigt man des weiteren, daß, wenigstens in der Bundesrepublik, aber auch in anderen Steuersystemen die Aufkommenselastizität bei den Einnahmen zumindest bei 1 liegt, so ergibt sich, daß die traditionelle These, daß der Staat Inflationsgewinner sei, weiterhin Gültigkeit besitzt und daß die These von der Inflationsschädigung des Staates nicht zutrifft.

Fritz Neumark (Frankfurt):

Ich kann mich ebenfalls ganz kurz fassen. Ich stimme namentlich der letzten These von Herrn Oberhauser vollkommen zu — es wäre ja auch erstaunlich, wenn es anders wäre. Nur noch auf eines möchte ich kurz hinweisen: Bei Ihren Berechnungen, Herr Meier, sollte man die institutionell-rechtlichen Faktoren, wie Frau Pollak schon andeutend bemerkt hat, vielleicht stärker berücksichtigen, als das bei Ihnen der Fall ist. Insbesondere der inflationsbedingte Steuerverlust, vor allem der Verlust bei den „direkten“ Steuern, ist in Ländern wie der Bundesrepublik, aber auch in einigen anderen Staaten deswegen weit geringer als in der Schweiz, weil es bei uns, in England und in den USA den prompt wirkenden Lohnsteuerabzug gibt, den die Schweiz nicht vornimmt. Infolgedessen ergibt sich hier ein „time-lag“, dessen Bedeutung

für den Inflationsverlust um so größer ist, je stärker die Inflationsrate sich erhöht.

Punkt 2: Sie haben, Herr Meier, gegen Schluß Ihres Papieres darauf hingewiesen, daß in Frankreich vermutlich die Situation *ceteris paribus* deswegen günstiger sei als in der Schweiz, weil dort ein Steuersatz von marginal mehr als 60 % gilt. Ich glaube, man sollte doch einmal in dieser Beziehung die realen Verhältnisse von den legalen deutlich unterscheiden. Was Sätze von 60 und 65 % in Frankreich faktisch bedeuten, das wissen wir; sie sind wahrscheinlich allenfalls mit 30 % bei Ihnen oder uns identisch. Ich glaube, diese Andeutung genügt, um die Bedeutung solcher Vergleiche ins richtige Licht zu rücken.

Peter Lange (Saarbrücken):

Herr Meier hat in seinen Ausführungen mit Recht darauf hingewiesen, daß kaum Anhaltspunkte für eine Motivationserklärung des Staates zur Beschleunigung oder Verringerung der Inflation vorhanden sind. Ich glaube, er hätte noch zusätzliche Anhaltspunkte dafür finden können, wenn er seine Darstellung nicht im wesentlichen einmal auf die Einnahmenseite, zum andern auf die beschreibende Seite beschränkt hätte, sondern wenn er darüber hinaus einen finalen Ansatzpunkt gewählt hätte, final insofern, als er die Aufgabenstellung des Staates mitberücksichtigt hätte. Dann hätten sich nach meiner Auffassung drei zusätzliche Ansatzpunkte ergeben können: Der erste wäre: Ist durch Inflation eine Änderung der Ausgabenstruktur des Staates festzustellen? Der zweite: Wenn diese vorhanden ist, wie verschieben sich die Anteile zwischen Verwaltungsausgaben und Investitionsausgaben? Und der dritte, das wäre dann ein verhaltenstheoretischer Ansatz: Gibt es Möglichkeiten, Motivationen zu erklären aus der Notwendigkeit der Darstellung der mehr oder weniger erfolgreichen oder nicht erfolgreichen Aufgabenbewältigung hinsichtlich der veränderten Ausgabenstruktur nach den beiden eben genannten Gesichtspunkten der politisch Handelnden, die ja auf eine Wiederwahl reflektieren?

Herbert Geyer (New York):

Da wir gerade einen Katalog von echten Motivationsgründen gehört haben, möchte ich noch einen hinzufügen: Einer der wesentlichen Motivationsgründe, glaube ich, ist in dem Finanzierungsproblem zu sehen. Wenn man eine Defizitfinanzierung mit den beschriebenen Effekten in dem Ausgabenindex hat, dann wird es wahrscheinlich bald so sein, wie es seit 1968 in den Vereinigten Staaten war, daß man eben keine Defizitfinanzierung in Schulden placieren kann. Wenn sie nicht mehr placiert werden können, dann hat man notwendigerweise den Aufkauf durch

das Federal Reserve System oder sonst eine Zentralbank. Und wenn das geschieht, dann hat man notwendigerweise mehr Inflation. Wenn aber dies geschieht, dann hat man die Wahl einfach zwischen Preisstabilität oder einem Budgetdefizit.

Ich glaube, daß dann die Frage eine andere ist und hier wirklich ernsthafte Motivationsprobleme entstanden sind und entstehen können, wenn man einmal inflationäre Erwartungen in einem System hat.

Theo Thiemeyer (Bochum):

Herr Meier hat ganz am Rande die Sozialversicherung und die öffentlichen Betriebe erwähnt. Zu diesen Bereichen könnte man eventuell bei eingehender Analyse zu anderen Ergebnissen kommen. Ich denke zum Beispiel an die deutsche gesetzliche Krankenversicherung, wo die Ausgabenseite infolge rapiden Wachstums der Nachfrage sehr schnell steigt. Dennoch wäre es sehr interessant — ich bin der Frage noch nicht nachgegangen — zu klären, inwieweit hier über steigende Nachfrage nach Gesundheitsgütern und Verbesserung des Leistungsangebots der Krankenkassen hinaus inflationäre Phänomene eine Rolle spielen. Auch die Besonderheit der Aufbringungsseite ist zu beachten. Wir haben hier einen einkommens-proportionalen Beitrag, aber mit der Beschränkung auf das Einkommen bis zur Versicherungspflicht- und Beitragsbemessungsgrenze. Es wäre im einzelnen zu klären, wie der Inflationseffekt auf der Aufbringungsseite und auf der Ausgabenseite wirkt. Daß auf der Ausgabenseite neben dem typischen Wachsen der Nachfrage nach Gesundheitsgütern auch ein inflationärer Effekt wirksam wird, ist sicher. Dieser inflationäre Effekt ist beispielsweise beim Einkommen der Ärzte — was ich in diesem kurzen Diskussionsbeitrag nicht beweisen kann — institutionell im System der sozialen Sicherung eingebaut. Auch der inflationäre Effekt bei den Ausgaben für stationäre Behandlung und Medikamente müßte gesondert ermittelt werden. Auf die öffentlichen Betriebe, die von Herrn Meier auch angesprochen sind, kommen wir vielleicht gleich nach der Pause nochmals zu sprechen.

Hans Möller (München):

Meine Damen und Herren, wir haben die Zeit schon wesentlich überschritten. Ich wäre dankbar, wenn wir jetzt zunächst Herrn Meier noch das Wort für einige abschließende Bemerkungen geben würden und wenn Sie damit einverstanden wären, anschließend zehn Minuten Pause machen. Dann hätten wir die beiden Referate über die Geldwertstabilität aus der Sicht der Unternehmungen. Ich würde vorschlagen, daß jeweils Referate und Korreferate hintereinander abgewickelt wer-

den, und daß wir für beide Referate, die eng zusammenhängen, eine gemeinsame Diskussion veranstalten.

Alfred Meier (St. Gallen):

Meine Damen und Herren, ich habe zu Beginn meines Referates gesagt, daß ich auf eine relativ simple Frage eine vordergründige Antwort zu geben versuche. Das war vielleicht vor diesem erlauchten Gremium ein bißchen fahrlässig. Jedenfalls ist durch Frau Pollak und durch mehrere Teilnehmer in der Diskussion natürlich auf eine Vielfalt von Problemen hingewiesen worden. Ich befinde mich eigentlich mit niemandem grundsätzlich in Widerspruch. Wir versuchten einfach, möglichst ungeschoren zu einem einigermaßen haltbaren Resultat zu kommen, welches eine grobe Beurteilung zuläßt.

Es wurde verschiedentlich die Grundthese vertreten, daß der Staat trotz allem Inflationsgewinner sei, und für die Gemeinden und teilweise für die Kantone bin ich ja im wesentlichen zu demselben Resultat gekommen.

Der kritische Punkt scheint mir zu sein, abgesehen eben von Details der Berechnung, wie man die öffentlichen *Ausgaben* behandelt. Ich würde ohne weiteres akzeptieren, daß man den Struktureffekt berücksichtigt, daß man also die Teuerungseffekte bei den öffentlichen Ausgaben eliminieren muß, die auch bei gesamtwirtschaftlich konstanten Preisen stattfinden würden. Hingegen fehlt mir ein bißchen das Vertrauen von Herrn Oberhauser, daß dies so ohne weiteres möglich sei.

(Alois Oberhauser [Freiburg]: Ich habe es in einer Publikation, die demnächst erscheint, versucht!)

— Ich freue mich darauf.

Ich bin auch für die Ausführungen von Herrn Lange dankbar, welche auf eine ganze Reihe weiterer Ansätze hinwiesen, auf Motive, welche der öffentliche Sektor haben könnte, tatsächlich im Interesse der Geldwertstabilität etwas zu tun.

Ich möchte schließen, indem ich auf einen Punkt von Herrn Neumark Bezug nehme: die Behandlung von Frankreich in diesen ja sehr oberflächlichen Bemerkungen am Schluß. Wir haben in der Schweiz etwas gelernt, was als freundeidgenössische *Courtoisie* bezeichnet wird: daß man also die Mitglieder in diesem föderalistischen System eigentlich über ihrem Nominalwert einstuft. Übertragen auf die Situation der umliegenden Länder bedeutet das, daß man zunächst einmal gutgläubig annimmt, es erhalte sich so, wie es auf dem Papier steht, obwohl es ja genügend Publikationen gibt, die in andere Richtung weisen.

Nachschrift von *Alfred Meier* (St. Gallen)*:

Anschließend an die Tagung fand ein Briefwechsel zwischen mir und der Korreferentin, Frau Helga Pollak, statt, der folgendes Resultat ergab:

- Bei den Berechnungen wurde tatsächlich die *Tarifelastizität* der jeweiligen Einnahmenart verwendet. Unpräzise ist daher die im Referat mehrfach vorkommende Bezeichnung der Größe „e“ als „Elastizität“.
- Der Inflationsgewinn auf dem Nettoüberschuß der Passivzinsen wurde korrekt errechnet: Zunächst wurde der Inflationsgewinn bzw. -verlust auf den *vollen* Einnahmen ermittelt und nachträglich der Betrag $Z_t \cdot i_{a_t}$ subtrahiert (vgl. Tabelle 11, erste und zweite Zeile und Tabelle 7, sechste Zeile).

Nachträgliche Berechnungen unter Berücksichtigung einiger Einwände der Korreferentin ergaben:

- Ersetzt man E_t durch E_t^0 , so ergeben sich im konkreten Fall nur unbedeutende Veränderungen.
- Eliminiert man die strukturell bedingte Ausgabenteuerung schematisch, so reduzieren sich die Inflationsverluste bei den laufenden Einnahmen und Ausgaben aller drei Ebenen um einen Viertel bis knapp die Hälfte (je nach Annahme).
- Errechnet man den Gewinn auf dem Nettoschuldenstand nicht mithilfe der Inflationsrate der Konsumgüterpreise, sondern mithilfe der Teuerungsrate der öffentlichen Ausgaben, so resultieren eventuell höhere Inflationsgewinne auf der Verschuldung.
- Insgesamt ergeben sich für Bund und Kantone (unter Einbezug der öffentlichen Betriebe und der öffentlichen Versicherungen) deutliche, wenn auch reduzierte Inflationsverluste, für die Gemeinden deutliche Inflationsgewinne. Die öffentliche Hand insgesamt weist Inflationsverluste auf.

Wir treten nunmehr in den zweiten Teil unserer sehr stark kondensierten Verhandlungen ein. Nachdem wir im ersten Teil die privaten und öffentlichen Haushalte abgehandelt haben, werden wir jetzt zu den sehr interessanten Fragen der Geldwertstabilität aus der Sicht privater Unternehmungen übergehen. Zunächst wird Herr Szyperski sein Referat

* Anmerkung der Herausgeber:

Diese Nachschrift wird in den Tagungsband eingefügt, weil einerseits die Diskussion auf der Tagung vorzeitig abgebrochen werden mußte und andererseits es gerechtfertigt erscheint, dem Leser vom Ergebnis nachträglicher Berechnungen an dieser Stelle Kenntnis zu geben.

halten; hierzu wird Herr Kollege Heinen das Korreferat vortragen. Ich würde dann Herrn Hauschildt bitten, gleich mit seinem Referat fortzufahren, wozu Herr Hax aus Wien das Korreferat halten wird.

Geldwertstabilität aus der Sicht privater Unternehmungen — Situative und strukturelle Aspekte —

Von *Norbert Szyperski*, Köln*

Vorbemerkungen

Das Verständnis des vorliegenden Beitrags bedingt vorab einige Erläuterungen, die sich auf die Interpretation des gestellten Themas und den zentralen Begriff „Geldwertstabilität“ aus mikroökonomischer Sicht beziehen. Die Themenstellung ist auf die relative Autonomie und das frei übernommene Existenzrisiko privater Unternehmungen abgestellt. Der vorliegende Beitrag versucht, dieser Spezifizierung gerecht zu werden und unter diesem Aspekt eine der möglichen betriebswirtschaftlichen Perspektiven der Stabilisierungsproblematik des Geldwertes darzustellen. Es soll dabei allerdings davon abgesehen werden, Probleme aus der Blickrichtung der internen und externen Rechnungslegung oder der Investitions- und Finanzierungspolitik bei Geldentwertung zu erörtern, da seit geraumer Zeit schon eine rege Diskussion dieser Themenkreise in der betriebswirtschaftlichen Literatur stattfand und gerade jetzt wieder stattfindet.

Zur Abstimmung der unternehmensbezogenen Beiträge im Rahmen der Problematik „Motivationen für Geldwertstabilität“ wird folgende Übereinkunft über den Begriff „Geldwertstabilität“ zugrunde gelegt¹: Die definitorisch enge Abgrenzung der makroökonomischen Geldwertstabilität als absolute Preisniveaustabilität, bei der alle Preise für alle

* Geboren am 27. September 1931 in Berlin. 1961 Promotion an der FU Berlin. Von 1958 - 1965 Assistent am dortigen Institut für Industrieforschung. 1962 deutscher Eisenhower Exchange Fellow mit Forschungsauftrag in den USA. 1963 Visiting Assistant Professor of Management an der Universität von Florida, USA. 1969 Habilitation in Köln (Betriebswirtschaftslehre). 1970 Rufe nach Augsburg, St. Gallen und Köln; Ernennung zum ordentlichen Professor in Köln. Gegenwärtige Tätigkeit: Direktor des Seminars für Allg. Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Planung der Universität zu Köln und Direktor am Betriebswirtschaftlichen Institut für Organisation und Automation (BIFOA). Hauptarbeitsgebiete: Betriebswirtschaftliche Planung und Organisation, Computergestützte Informations- und Entscheidungssysteme, Theorie der Unternehmung, Wissenschaftslehre.

¹ Vgl. dazu den Beitrag im Rahmen dieses Arbeitskreises von *Jürgen Hauschildt*, Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung?, S. 277 - 297 dieses Bandes.

Güter in der Zeit stabil sind, erweist sich als unbrauchbar und unzulässig, da sie eine „statische Welt“ voraussetzt. Konsequenterweise sind individuelle Preisbewegungen im Sinne der makroökonomischen Betrachtung denkbar, ohne daß die binnenwirtschaftliche Geldwertstabilität betroffen werden muß. Es ist nach dem zulässigen Ausmaß der individuellen Preisbewegungen zu fragen. Geldwertstabilität liegt solange vor, wie sich das Preisniveau nicht nachhaltig, gesamtwirtschaftlich und in einer Richtung ändert. Werden diese Bedingungen nicht erfüllt und treten Preisbewegungen auf einzelnen Märkten in beiden Richtungen auf, so ist von mikroökonomischen Preisbewegungen bei makroökonomischer Geldwertstabilität zu sprechen. Die wahrgenommene Geldwertstabilität läßt zudem Schwankungen innerhalb von Toleranzgrenzen der Inflations- und Deflationsrate zu. Das Problem der Messung erschwert die Wahrnehmung und die Festlegung allgemein akzeptierter Toleranzgrenzen. Die Toleranzgrenzen werden zum Anspruchsniveau. Sie sind in der Zeit veränderlich².

1. Konkretisierung der Problemsicht und Gang der Untersuchung

Es ist kennzeichnend für das permanent existente Problem der Stabilisierung des Geldwertes, daß — zumindest wenn man den überall hörbaren Grundsatzklärungen Glauben schenken darf — fast ausnahmslos Einigkeit über die Notwendigkeit und Bedeutung eines stabilen Geldwertes als wesentliche Voraussetzung für das Funktionieren eines marktwirtschaftlichen Systems herrscht. Im Rahmen der Gesamtproblematik der Stabilität als Fließgleichgewicht einer Volkswirtschaft zieht sich diese Einschätzung des Teilproblems „Geldwertstabilität“ durch sämtliche Wirtschaftsbereiche, angefangen bei den Entscheidungsträgern der öffentlichen Hand, über die Verbandsorganisationen, die Unternehmungen bis zu den privaten Haushaltungen. Die Schlußfolgerung wäre, daß gemäß dem fast einmütigen Bekenntnis zur Stabilität des Geldwertes die Marktpartner stabilitätsorientiert motiviert und ihre Entscheidungen und Aktionen in diesem Sinne geprägt und ausgerichtet sein müßten. Daß dennoch eine dauerhafte Instabilität des Geldwertes beobachtet werden muß, kann

(1) einerseits darin begründet sein, daß die oben aufgestellte Vermutung stabilitätsorientierten Handelns aufgegeben werden muß, so daß auf eine Diskrepanz zwischen stabilitätsorientierten Grundsatz-

² Vgl. auch *Hans E. Büschgen*, Investition und Finanzierung im Zeichen von Geldwertverschlechterung, in: Mitteilungen und Berichte des Instituts für Bankwirtschaft und Bankrecht an der Universität zu Köln, Abteilung Bankwirtschaft, hrsg. von Hans E. Büschgen, Jg. 4/1973, Nr. 12, S. 68 und *Albert Schnettler*, Ziele und Grenzen der betrieblichen Werterhaltung, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 7. Jg./1955, S. 251 ff.

erklärungen der Entscheidungsträger und ihren effektiven Entscheidungen und Handlungen zu schließen ist,

(2) andererseits darin begründet sein, daß trotz der aufrechtzuerhaltenden Vermutung stabilitätsorientierten Handelns instrumentelle Schwächen und/oder mangelnde Koordination der eingesetzten Mittel zu einer Diskrepanz zwischen dem angestrebten Ziel der Geldwertstabilität und dem Ergebnis einer dauerhaften Geldwertinstabilität führen.

Die Alternative (1) führt zu verschiedenen Annahmen, die sich mit der fehlenden Übereinstimmung zwischen Aussage und Handlung beschäftigen (Motivationsproblematik):

a) Das einzelne Wirtschaftssubjekt als Element oder Subsystem der Volkswirtschaft verstößt bewußt gegen Grundsätze stabilitätskonformen oder -produzierenden Verhaltens³. Dieses Verhalten kann durchaus rational begründet werden und ist insbesondere auf die jeweiligen individuellen Ziele, die häufig mit dem gesamtwirtschaftlichen Zielsystem nicht kompatibel sind, zurückzuführen. Dabei ist das Bekenntnis zur Geldwertstabilität nur ein Lippenbekenntnis, das unter dem Druck der Öffentlichkeit gesellschaftliches Verantwortungsbewußtsein dokumentieren soll, während die Entscheidungen und Aktionen losgelöst und unabhängig von gesamtwirtschaftlichen Zielen getroffen und durchgeführt werden, ohne auf ihre Verträglichkeit mit dem Ziel der Geldwertstabilität überprüft zu werden.

b) Wird dagegen mit dem Bekenntnis zur Geldwertstabilität ernst gemacht, ist damit auch die Einsicht in die Notwendigkeit stabilisierender, einzelwirtschaftlicher Maßnahmen verbunden. Dann kann stabilitätswidriges Verhalten nur aus einer höheren Präferenz der Individualziele über die gesamtwirtschaftlichen Ziele resultieren. Auf die Unternehmungen bezogen deutet sich hier ein Dilemma an, das zum Teil die Problematik der Geldwertstabilität aus betriebswirtschaftlicher Sicht ausmacht. Die für den Bestand der Unternehmung verantwortlichen Entscheidungsträger erheben das eigene Bestandsproblem über das der umfassenden Volkswirtschaft in der Hoffnung, es werde den dafür prädestinierten Institutionen gelingen, gesamtwirtschaftliche Stabilität, u. a. also auch die Stabilität des Geldwertes, permanent zu gewährleisten, da diese eine grundlegende Voraussetzung für das dauerhafte Bestehen einer Unternehmung ist, obschon mit der Stabilität des Geldwertes der Bestand der einzelnen Wirtschaftseinheit keinesfalls gesichert ist.

³ Vgl. *Michael Gal*, Liegt die Inflation im wohlverstandenen Interesse des Unternehmertums?, in: *Die Aussprache*, Heft 8, August 1970, S. 212.

c) Obwohl die Abgrenzung zu b) nur fließend sein dürfte, kann als dritte Annahme für stabilitätswidriges Handeln trotz positiver Einstellung zur Geldwertstabilität das Verhalten der sogenannten „free riders“⁴ herangezogen werden. Marktpartner, die sich nach diesem Muster verhalten, sind sich zwar der Vorteile eines stabilen Geldwertes bewußt und propagieren ihn auch, leisten jedoch keinen freiwilligen Beitrag zur Erhaltung oder Herbeiführung eines stabilen Geldwertes, obwohl sie um die Möglichkeiten eines eigenen Beitrages wissen.

Die Alternative (2) führt zu Annahmen, die zur Erklärung der Diskrepanz von zielgerichteter Handlung und Handlungsergebnis beitragen sollen (Beeinflussungsproblematik). Aus dieser Perspektive könnte Geldwertinstabilität aus folgenden Gründen entstehen:

a) Sie ist ein dem Wirtschaftssystem inhärentes Phänomen, das sich jedem Einfluß entzieht, d. h. es liegt eine objektive Unbeeinflussbarkeit des Geldwertes vor, so daß — in Unkenntnis dieser Tatsache — jeder Versuch zur Stabilisierung des Geldwertes zum Scheitern verurteilt ist.
 b) Die Geldwertstabilität ist eine gesamtwirtschaftlich und/oder einzelwirtschaftlich beeinflussbare Größe, aber Regierung und autonome Gruppen handeln trotz positiver Motivationen stabilitätswidrig, da ihren Entscheidungen fehlerhafte wirtschaftstheoretische Überlegungen zugrundeliegen⁵.

c) Schließlich könnte eine Instabilität des Geldwertes allein deshalb entstehen, weil trotz einer grundsätzlich positiven Einstellung und trotz Beherrschung der zur Steuerung einsetzbaren Instrumente durch die einzelnen Regierungen die autonomen Gruppen und die verschiedenen individuellen Entscheidungsträger nicht zu einem koordinierten Handeln finden. Mangelnde Koordination der Planungen und der daraus resultierenden Aktionen bedeuten aber ein mehr oder minder starkes Abweichen des Gesamtsystems vom Gleichgewichtspfad. Das allgemeine Preisniveau ist zwar eine grundsätzlich beeinflussbare Größe, jedoch nur unter der Bedingung gleichgerichteten Zusammenwirkens der Einzelentscheidungen. Einzelwirtschaftlich bleibt das Problem damit unlösbar. Den diffusen Aktionsträgern kann so keine Verantwortung für eine Geldwertinstabilität angelastet werden⁶.

⁴ Als „free riders“ werden Arbeiter bezeichnet, die die Vorteile einer Gewerkschaft genießen, ihr jedoch nicht angehören; vgl. *Mancur Olson, Jr.*, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968, S. 75; siehe auch *James M. Buchanan*, Public Finance, in: *Democratic Process, Fiscal Institutions and Individual Choice*, Chapel Hill, 1967, S. 114.

⁵ Es sei in diesem Zusammenhang exemplarisch auf das von Forrester als „counterintuitive“ bezeichnete Verhalten sozialökonomischer Systeme hingewiesen, vgl. *Jay W. Forrester*, Counterintuitive Behavior of Social Systems, in: *Theory and Decision* 2, 1971, S. 109 - 140.

Als Resümee sei festgehalten, daß eine Diskrepanz zwischen allgemeiner Einschätzung der Bedeutung eines stabilen Geldwertes, der beobachtbaren Instabilität des Geldes und den diese Instabilität produzierenden Verhaltensweisen besteht. Die skizzierten Problemfelder zeigen, daß die gesamtwirtschaftliche Geldwertproblematik keiner Lösung zugeführt werden kann, bevor Fragen im Zwischenbereich der Mikro-Makroebene und der eigenständigen Mikroebene bzw. der rein betriebswirtschaftlichen Ebene geklärt sind. Es ist selbstverständlich, daß nicht sämtliche betriebswirtschaftlich bedeutsamen Fragestellungen zum Problem der Geldwertstabilität Gegenstand des vorliegenden Beitrags sein können. Wird der Bezug zur gesamtwirtschaftlichen Problematik aufrechterhalten, so erscheinen insbesondere drei Fragen einer eingehenderen Behandlung würdig: (1) Können Unternehmungen unter der Prämisse einer vorhandenen positiven Motivation einen eigenständigen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Geldwertstabilität leisten und unter welchen Bedingungen sind sie dazu in der Lage? (2) In welche Interessenkonflikte und Koordinationsprobleme werden Unternehmungen bei grundsätzlich positiver Einstellung zur Geldwertstabilität verwickelt? Welche Implikationen ergeben sich für die Entscheidungen der Unternehmung? (3) Sind Unternehmungen überhaupt an Geldwertstabilität interessiert? Im folgenden wird der Versuch gemacht, diese Fragen oder zumindest einige ihrer Teilaspekte zu diskutieren. Während Frage (3) isoliert auf der betriebswirtschaftlichen Ebene behandelt werden kann, müssen Fragen (1) und (2) akzentuiert im Zwischenbereich gesamtwirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Sicht angesiedelt werden.

Ausgangspunkt für das weitere Vorgehen ist das permanente Bestandsproblem der Unternehmung, das nicht losgelöst von Zustand und Verhalten der übergeordneten Referenzsysteme gesehen werden darf. Die problembezogene Analyse des Bestandsproblems im gesamtwirtschaftlichen Systemzusammenhang soll helfen, die Möglichkeiten und Grenzen eines einzelwirtschaftlichen Beitrags einer Unternehmung zur Stabilisierung des Geldwertes aufzuzeigen. Im Anschluß werden die Interessenkonflikte und Koordinationsproblematik der zweiten angeschnittenen Frage als Extremfall am Paradigma des „Gefangenendilemmas“⁷ dargelegt. Die Diskussion der dritten, rein mikroökonomi-

⁶ Vgl. dazu auch die Ausführungen zur Theorie einer „natürlichen Inflationsrate“ bei *Hans Würigler*, *Inflation als Machtproblem*, in: *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. 74/I, Berlin 1973, S. 697 ff.

⁷ Siehe dazu *Anatol Rapoport*, *Albert M. Chammah*, *Prisoner's Dilemma, A Study in Conflict and Cooperation*, Ann Arbor 1965 und *Martin Shubik*, *Spieltheorie und die Untersuchung des sozialen Verhaltens: Eine einführende Darstellung*, in: *Martin Shubik* (Hrsg.), *Spieltheorie und Sozialwissenschaften*, Hamburg 1965, S. 13 ff.

schen Fragestellung unterstellt einen direkten Zusammenhang zwischen dem Nutzen, den eine Unternehmung aus einer Stabilität des Geldwertes ableitet, und der daraus resultierenden Ausprägung ihres individuellen Interesses an gesamtwirtschaftlicher Geldwertstabilität. Weiterhin setzt sie die Ableitung der Nutzenschätzung aus den jeweiligen konkreten Konsequenzen der Geldwertstabilität bzw. — zur Erleichterung der Analyse — den Konsequenzen einer Instabilität des Geldwertes voraus. Es müssen folglich die Variablen und ihre möglichen Ausprägungen und Konstellationen herausgearbeitet werden, die diese Konsequenzen determinieren. Da diese Konsequenzenanalyse weder „die Unternehmung“ schlechthin als Untersuchungsgegenstand haben noch für sämtliche Klassen von Unternehmungen unter spezifischen Umweltzuständen und unter der Annahme unterschiedlicher Verhaltensweisen durchgeführt werden kann, sollen zumindest einige wichtige situative und strukturelle Rahmenbedingungen der Geldwertstabilität aus betriebswirtschaftlicher Sicht aufgezeigt werden. Prozessuale Komponenten der diskutierten Problematik, wie z. B. die Berücksichtigung der Geldwertstabilität bei der Zielfindung der Unternehmung, werden nicht erörtert; sie sind vornehmlich Gegenstand eines weiteren Beitrags im Rahmen des Gesamtthemas „Motivationen für Geldwertstabilität“⁸.

2. Das Problem der Geldwertstabilität im Spannungsfeld gesamtwirtschaftlicher und einzelwirtschaftlicher Betrachtungen

2.1 Das Bestandsproblem der Unternehmung

Wenn im Rahmen dieser Tagung von Stabilität, Stabilisierungspolitik, Stabilisierungszielen oder von der Geldwertstabilität gesprochen wird, so reserviert man den Begriff „Stabilität“ vornehmlich für die makroökonomische Betrachtungsebene. Es wird also der Versuch gemacht, die Problematik der Stabilisierung des Gesamtsystems „Volkswirtschaft“ — teilweise sogar über die Grenzen der Volkswirtschaft hinausgehend — aus verschiedenen Perspektiven zu beleuchten. So wie sich das Problem der Stabilisierung im weiten Sinne⁹ für das Gesamtsystem stellt, besteht es in ähnlicher Weise für die zugehörigen Subsysteme, in diesem Fall die Unternehmungen. Diese agieren als zweckgerichtete produktiv-wirtschaftliche Gebilde¹⁰ in einer sich laufend

⁸ Vgl. dazu den Beitrag im Rahmen dieses Arbeitskreises von *Jürgen Hauschildt*, Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung?, S. 277 - 297 dieses Bandes.

⁹ Stabilisierung im weiten Sinne soll heißen: Steuerung des Systems im Hinblick auf die Erreichung des jeweils gesetzten Zielbündels bei Beachtung systemrelevanter Bedingungen.

¹⁰ Vgl. *Hans Ulrich*, Die Unternehmung als produktives soziales System, Bern/Stuttgart 1968, S. 170.

verändernden Umwelt, d. h. in einer vom Stabilitätszustand oder -pfad¹¹ mehr oder minder abweichenden Umwelt. Sie versuchen laufend, ihrer produktiv-wirtschaftlichen Funktion nachzukommen, und sind gezwungen, ihr Gleichgewicht in bezug auf das konkrete Zielsystem in jedem Augenblick ihrer Existenz zu halten oder zu erreichen; anders ausgedrückt, eine auf Dauer angelegte Unternehmung ist ein organisatorisches Gebilde, das auf Systemstabilität im Zeitablauf angewiesen ist. Eine schwerwiegende Instabilität kann existenzbedrohend sein, da diese die Fähigkeit der Unternehmung zur Anpassung an Außeneinflüsse, etwa durch adaptive Veränderung der Ziele und seiner Struktur, überschreitet. Sie ist Ausdruck für unerwünschte Zustände innerhalb der Systemhierarchie: So kann sie Anzeichen für eine gravierende Instabilität des übergeordneten Systems sein, von der auch das Subsystem erfaßt wird; in diesem Fall liegen die Ursachen nicht primär innerhalb des Subsystems, und nur sekundäre Effekte über eine Reihe von Rückkopplungen können zu einer Verstärkung der Instabilität führen. In einem zweiten Fall kann die instabile Situation der Unternehmung auf fehlerhafte passive oder aktive Anpassung an eine veränderte Umweltsituation zurückzuführen sein; dann liegen die Ursachen ganz im Kompetenzbereich der Unternehmung. Als Beispiel zur Illustration bzw. Unterscheidung dieser beiden Fälle einer gekoppelten Gleichgewichtsproblematik sei das Beispiel eines schwankenden Mannes erlaubt, von dem man annehmen muß, daß sein „Gleichgewichtsproblem“ auf übermäßigen Alkoholgenuß und damit sein interngestörtes Gleichgewichtsorgan zurückzuführen ist. Diese Annahme kann dann falsch sein, wenn die Bewegung des Bodens unter ihm, etwa ein schwankendes Schiffsdeck, für sein Schwanken verantwortlich ist, also die Ursache nicht systemimmanent ist, sondern im Verhalten des Umsystems liegt.

Das Bestandsproblem der Unternehmung präzisiert sich somit vornehmlich darin, in einer mehr oder minder veränderlichen und vom Stabilitätszustand entfernten Umwelt die „richtigen“ Planungs- und Steuerungsentscheidungen zu treffen. Dabei verringert sich die Anpassungsproblematik mit zunehmender Stabilisierung der betrieblichen Umwelt. Jede Unternehmung kann bei den Lösungsversuchen bezüglich ihres eigenen individuellen Bestandsproblems sowohl zur Stabilität wie zur Instabilität des Umsystems beitragen. Beide Wirkungen schlagen mehr oder weniger intensiv wieder auf sie zurück. Die Berücksichtigung des möglichen Ziels „Beitrag zur Geldwertstabilität“ und damit zur ge-

¹¹ Stabilität ist nicht mit Stagnation des Systems, also Festschreiben eines Systemzustandes gleichzusetzen; eine gleichgewichtige Entwicklung im Hinblick auf ein übergeordnetes Ziel kann ebenfalls in einem Fließgleichgewicht stabil verlaufen. Zur Stabilisierung des Systems „Volkswirtschaft“ im regelungstheoretischen Sinne vgl. z. B. *Alexander Haidekker*, Beeinflussung der Nachfrage durch kybernetische Modelle, Neuwied und Berlin 1970, S. 80.

samtwirtschaftlichen Stabilität überhaupt im Rahmen der Unternehmungspolitik wäre somit nicht nur — wie so oft zu hören — ein Opfer aus gesellschaftlicher Verantwortung an diese Gesellschaft, sondern kann langfristig auch als ein Faktor der eigenen, unternehmerischen Existenzsicherung angesehen werden. Auf der anderen Seite muß die Unternehmung als relativ autonomes Gebilde jedoch eine Reihe von Entscheidungskriterien beachten, die geldwertstabilisierendes Handeln — sei es aus gesellschaftlicher Verantwortung oder sei es aus Eigennutz — zweifelhaft erscheinen lassen. Diesen für die Themenstellung bedeutenden Konflikt für die Unternehmungsführung gilt es, klar herauszuarbeiten.

2.2 Aktions- und Koordinationsmöglichkeiten der Unternehmung zur Stabilisierung des Geldwertes

Die oben aufgestellte Behauptung, daß jede Unternehmung zur Stabilität bzw. Geldwertstabilität des Referenzsystems beitragen kann, bedarf einer näheren Erläuterung, da zunächst — auch ohne daß der empirische Nachweis erbracht wird — von der These ausgegangen werden kann, daß ein Element oder Subsystem einer abgegrenzten Volkswirtschaft nicht das kompensieren kann, was der überwiegende Teil der Elemente an Fehlleistungen erbracht hat. Die These kann noch erweitert werden; denn um ein System im Stabilitätszustand zu halten, müssen in der Regel strengere Bedingungen erfüllt werden als bei dem Versuch, das System aus dem Gleichgewicht zu bringen. Bezogen auf die Geldwertproblematik reichen daher relativ wenige Unternehmungen aus, um eine Instabilität des Geldwertes zu produzieren, wenn in den übrigen Wirtschaftsbereichen zumindest eine ähnliche Konstellation anzutreffen ist. Als einzelnes Element des Wirtschaftsprozesses steht eine Unternehmung also auf verlorenem Posten, wenn sie Geldwertstabilität produzieren wollte.

Ein Ausweg ist in einer wirksamen Koordination der einzelwirtschaftlichen Entscheidungen und Aktionen zu sehen. Kann eine solche Koordination gewährleistet werden, so ist damit auch die Bedingung erfüllt, unter der eine einzelne Unternehmung zur Zielerreichung der gesamtwirtschaftlichen Geldwertstabilität beitragen kann und bei der eine aktive Mitarbeit eine fast unabdingbare Voraussetzung für Geldwertstabilität darstellt. Um den generellen Bedingungsrahmen für einen einzelwirtschaftlichen Beitrag zur Geldwertstabilität zu skizzieren, wird von einer dreistufigen Referenzschaltung vom einzel- zum gesamtwirtschaftlichen Bereich ausgegangen¹².

¹² Siehe dazu Abb. 1 des Anhangs.

Wenn sich das wirtschaftliche Handeln auch überwiegend im Mikrobereich, also auf der Ebene der Unternehmungen und Haushaltungen vollzieht, so sind diese beiden Gruppen in den meisten Fällen zu diffus, als daß Auswirkungen ihrer einzelwirtschaftlichen Aktionen unmittelbar meßbar wären. Dennoch müßte angenommen werden, daß eine Kumulation einzelwirtschaftlicher, auf Stabilisierung des Geldwertes abgestellter Handlungen zum Erfolg führt. Wie im folgenden Abschnitt noch zu zeigen sein wird, verhindern eine Reihe von Faktoren eine individuelle, auf Eigeninitiative beruhende Ausrichtung des Handelns auf eine Stabilisierung des Geldwertes. Eine zur Erreichung eines stabilen Geldwertes notwendige Koordination einzelwirtschaftlicher Handlungen muß somit auf einer höheren Systemstufe angesiedelt werden, so daß von hier aus die Sachzwänge, die einzelwirtschaftlich stabilisierungsorientiertes Handeln verhindern, ausgeschaltet werden.

Wie aus Abb. 1 hervorgeht, scheinen dazu die autonomen Verbandsorganisationen geradezu prädestiniert zu sein, da sie konkrete Einzelinteressen aggregiert vertreten und einer einheitlichen Entscheidungsfindung unterwerfen. Hier interessieren vor allem die Unternehmerverbände und Gewerkschaften, die beide in Unternehmungen anzutreffende Gruppeninteressen vertreten¹³. Diese autonomen Gruppen besitzen ausreichende ökonomische und politische Macht, um einen merklichen Einfluß auf die Wirtschaftsprozesse auszuüben, also auch um zur Stabilisierung des Geldwertes beizutragen oder Instabilität zu fördern.

Leider zeigen sich in der Realität oft Erscheinungen, etwa in Form der Tarifverhandlungen, die nicht die Vorteile dieser Machtkonzentration erkennen lassen, sondern auf einen Verdacht des Mißbrauchs hindeuten. Die Wissenschaft sieht sich veranlaßt, Theorien zu entwickeln, „... denen gemeinsam ist, daß sie die Inflationsentstehung durch das Verhalten und den ökonomischen Machtspielraum von Unternehmern und Gewerkschaften bzw. der jeweiligen privaten Verbandsorganisationen erklären wollen“¹⁴. Die Durchsetzung der Eigeninteressen dieser Gruppen steht zumeist im Vordergrund, so daß zwecks Ausrichtung der Handlungen auf die volkswirtschaftlichen Gesamtziele, also auf die Stabilisierung des Geldwertes, wiederum eine übergeordnete Verhaltensabstimmung zwischen Regierung und Verbänden notwendig wird.

¹³ Die Gewerkschaften werden hier als Interessenvertreter des Faktors Arbeit innerhalb der Unternehmungen angesehen; sie vertreten primär Aspekte der Einkommenserzielung und nicht solche der Einkommensverwendung.

¹⁴ *Christian Watrin*, Geldwertstabilität, Konzertierte Aktion und autonome Gruppen, in: *Erich Hoppmann* (Hrsg.), *Konzertierte Aktion*, Frankfurt/Main 1971, S. 204.

Die Bemühungen im Rahmen der konzertierten Aktion können hierfür als charakteristisch angesehen werden¹⁵.

Ohne die Frage zu beantworten, inwieweit die instrumentellen Voraussetzungen der Unternehmungen für einen Beitrag zur Stabilisierung des Geldwertes gegeben wären, kann zusammenfassend gesagt werden, daß allein aufgrund der Diffusion der einzelnen Wirtschaftseinheiten¹⁶ die einzelne Unternehmung nicht in der Lage ist, eine Politik zur Stabilisierung des Geldwertes zu betreiben. Die Lösung des Problems über eine erzwungene Koordination der Einzelmaßnahmen erscheint zweifelhaft; es sei denn, es ergäbe sich eine zufällige Koordination dadurch, daß sämtliche Unternehmungen aufgrund einer positiven Motivation aus eigenem Antrieb geldwertstabilisierend entscheiden und handeln und somit eine konforme Koalition bilden würden.

2.3 Das Stabilisierungsproblem des Preisniveaus als „Gefangenen-Dilemma“ für die Unternehmung

Unter der Voraussetzung, daß der Extremfall unterstellt wird, läßt sich das einzelwirtschaftliche Interessenproblem bei nicht vorhandener Kommunikation und/oder unzureichender Koordination am Paradigma des Gefangenen-Dilemmas von Tucker¹⁷ herausarbeiten. Um die Modellanalyse durchführen zu können, müssen zunächst einige Annahmen getroffen werden:

- (1) Ein gemeinsames Streben aller Unternehmungen nach gesamtwirtschaftlicher Geldwertstabilität führt über die koordinierten Stabilisierungsmaßnahmen zu eben der gewünschten Stabilität.
- (2) Unter geldwertstabilisierendem Handeln werden diejenigen Strategien einer Unternehmung subsumiert, die mit dem Ziel „Geldwertstabilität“ verträglich, diesem Ziel also förderlich oder zumindest nicht abträglich sind. In der Hauptsache dürften davon preis- und mengenpolitische Entscheidungen im Beschaffungs- und Absatzbereich, aber auch das Investitions- und Finanzierungsgebaren einer Unternehmung betroffen sein. Stabilitätsorientierte Entscheidungen könnten somit z. B. einen Verzicht auf kurz- und langfristig mögliche Expansions- und Gewinnchancen zur Folge haben.
- (3) Gesamtwirtschaftliche Geldwertstabilität wird von allen Unternehmungen als erstrebenswerter Zustand zur Sicherung der eigenen Existenz angesehen.

¹⁵ Vgl. *Christian Watrin*, Geldwertstabilität, konzertierte Aktion und autonome Gruppen, S. 204 ff.

¹⁶ Inwieweit diese Aussage durch die zunehmende Konzentration im privatwirtschaftlichen Bereich in Frage zu stellen ist, sei offen gelassen.

¹⁷ Siehe dazu *Anatol Rapaport*, *Albert M. Chammah*, Prisoner's Dilemma, und *Martin Shubik*, Spieltheorie, S. 13 ff.

(4) Die Unternehmungen auf sämtlichen Einzelmärkten werden zum Zwecke der Modellbildung in zwei disjunkte Gruppen A und B unterteilt.

(5) Es werden nur zwei Typen von Marktstrategien zugelassen, und zwar solche, die die bestehende gesamtwirtschaftliche Stabilität aufrechterhalten oder Stabilität produzieren (I) und solche, die die Instabilität aufrechterhalten oder produzieren (II).

Die Beziehungen zwischen den Unternehmungen der Gruppen A und B und den alternativ möglichen Strategien vom Typ I und II lassen sich bei diesen Annahmen durch eine Konsequenzenmatrix darstellen¹⁸.

Verbal läßt sich diese Entscheidungssituation eines n-Personen-Gefangenen-Dilemmas, durch Gruppenbildung auf ein Zweipersonen-Nichtnullsummenspiel heruntergeführt, in einfacher Weise beschreiben und interpretieren: Aus den Kombinationen der Gruppen A und B von Unternehmungen mit den alternativ möglichen Marktstrategien vom Typ I und II resultieren vier mögliche Situationen, die die Konsequenzen sowohl für die Gesamtwirtschaft als auch für die Unternehmungen wiedergeben.

Feld 11: Das gemeinsame stabilitätsbewußte Streben der Unternehmungen von A und B führt zur gewünschten Geldwertstabilität. Ist die Qualität der Strategien von A und B bezogen auf den Markt und die konkurrierenden Unternehmungen ungefähr gleich einzuschätzen, so wird sich die zukünftige Position einer Unternehmung auf dem Markt verglichen mit der Ausgangsposition kaum ändern. A und B konnten die Umweltsituation und ihre eigene Position stabilisieren.

Feld 22: Die Unternehmungen präferieren Marktstrategien vom Typ II und rufen somit Instabilität der gesamtwirtschaftlichen Lage hervor. Ist der Qualitätsgrad der Marktstrategien auch in diesem Fall ungefähr gleich, so verändert sich die Lage von A und B zueinander *ceteris paribus* nicht; für beide ist jedoch aufgrund der in Schwankungen geratenen Umweltverhältnisse die zukünftige Existenzsicherung in Frage gestellt.

Feld 12: In diesem Fall werden sowohl Strategien vom Typ I als auch vom Typ II durchgesetzt. Die Unternehmungen der Kategorie B richten also ihre Strategien (II) ausschließlich nach ihren unternehmungsindividuellen Zielen aus und nutzen rücksichtslos jede sich bietende Gewinn- und Expansionschance. Sie versuchen z. B., unbedenklich inflatorische Tendenzen zu antizipieren, akzeptieren weitgehend Preissteigerungen auf der Beschaffungsseite, geben ohne Verzögerung Kostensteigerungen

¹⁸ Vgl. Abb. 2 des Anhangs.

weiter und investieren zwecks weiterer Expandierung und Angebotsausweitung. Die Unternehmungen der Kategorie A hingegen beziehen gesamtwirtschaftliche Kriterien in ihr Entscheidungskalkül mit ein, d. h. sie unterlassen unter Umständen Maßnahmen, die im direkten Wettbewerb konkurrierender Unternehmungen notwendig wären, um die gesamtwirtschaftliche Geldwertstabilität nicht zu gefährden. Unter dieser Konstellation werden die Unternehmungen der Kategorie B einen bedeutsamen Vorteil erzielen und sich selbst in die Lage versetzen, langfristig Unternehmungen der Kategorie A vom Markt zu verdrängen. Das Bestandsproblem von A ist gegenüber Situation 22 noch gravierender geworden. Für B dominieren die zu erwartenden Vorteile die zu erwartenden Nachteile aufgrund einer nicht mehr gesicherten Gesamtstabilität. Das gilt insbesondere dann, wenn diese Unternehmungen auf die stabilisierenden Maßnahmen des Staates vertrauen, vielleicht auch die Position der sog. „free riders“ einnehmen und ansonsten davon ausgehen, daß ihr stabilitätswidriges Verhalten nicht zum Zusammenbruch des Gesamtsystems führt.

Feld 21: Mit vertauschten Rollen ist diese Situation mit Alternative 12 identisch.

Die Analyse der Situationen 12 und 21 zeigt deutlich, daß aus der Sicht einer Unternehmung die Strategie II die Strategie I dominiert, gleichgültig auf welche Strategie die Wahl der konkurrierenden Unternehmungen fällt. Bei egozentrisch rationalem Verhalten und einmaligem Durchspielen dieser Entscheidungssituation werden sowohl A als auch B die Strategien des Typs II wählen, da diese, jeweils verbunden mit den Strategien des Gegners, in beiden möglichen Fällen zu besseren individuellen Ergebnissen führen. Als Lösung des Spiels wird sich also die Situation 22 herauskristallisieren, eine für beide unbefriedigende Lage. Ließe man nun unter konsequentem Weiterführen spieltheoretischer Gedanken bei mehrmaliger Spieldurchführung stillschweigende Abmachungen oder explizite Verhandlungen zwischen den Parteien A und B zu, so müßte sich auf die Dauer aufgrund der Informationsbeziehungen eine Einigung über die von beiden zu wählende Strategie einstellen (Kommunikationseffekt). So könnte sich als neues Quasigleichgewicht Situation 11 ergeben. Die gleiche Wirkung wäre erzielbar, wenn die Unternehmungen zwar ohne Kommunikation, aber im klaren Bewußtsein zu erwartender Sanktionen bei strikt individualistischem Entscheidungsverhalten agieren würden (Maffiaeffekt). Die Realität belehrt uns jedoch eines anderen. Ohne damit gleich die Konsistenz des Modells und der Prämissen anzuzweifeln, läßt sich ein erklärender Hinweis darin finden, daß in dem hier skizzierten Anwendungsfall des Gefangenen-Dilemmas auch bei längerfristiger Betrachtung nicht diese möglichen Effekte auftreten: Bei der großen Anzahl

der einzubeziehenden Unternehmungen werden die Informationsbeziehungen so komplex, daß Verhandlungen unter den Konkurrenten über die einzuschlagenden Strategien nicht mehr durchführbar werden. Die Auswirkungen stabilitätsbewußter Entscheidungen sind in der Regel mittel- bis langfristiger Natur, nicht unmittelbar spürbar und damit auch schlecht meßbar und schließlich nicht direkt zurechenbar, so daß individuelle Sanktionen für „nichtkonformes“ Verhalten ausbleiben.

Obwohl die Situation der Unternehmungen dem Gefangenen-Dilemma sehr nahe kommt, können die dort beobachtbaren Effekte, die zu einer Dominanz der Gruppen- über die Individualrationalität führen, nicht eintreten. Zwecks Reduktion der Komplexität sind die Unternehmungen gezwungen, sich auf den direkt zu verfolgenden Unternehmungszweck zu konzentrieren und gesamtwirtschaftliche Problemkreise, die aus ihrer Sicht nur äußerst schlecht kontrollierbar erscheinen, außer acht zu lassen. Daran ändert möglicherweise auch das Bewußtsein, daß die negativen Auswirkungen dieser Verhaltensweisen über Umwege und Rückkopplungen auf sie zurückkommen, wenig. Die Gefahr, daß Konkurrenten aus dem eigenen stabilitätsbewußten Handeln Kapital schlagen werden, ist zu groß. Als Resümee sei daher festgehalten, daß eine Solidarisierung der Unternehmungen als notwendige Voraussetzung für die Realisierung der an sich gewünschten gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung des Geldwertes nicht ohne weiteres erwartet werden kann. Das gilt deshalb, weil dieser eine Teilbereich des Bestandsproblems der Unternehmungen nur im Zusammenhang mit sämtlichen übrigen Teilproblemen der Zukunftssicherung — abzulesen aus dem Zielsystem der Unternehmung — gesehen werden kann.

3. Determinierende Variablen für den Stellenwert der Geldwertstabilität für die Unternehmung

Ohne die grundlegende Bedeutung gesamtwirtschaftlicher Stabilität und damit auch der Geldwertstabilität anzuzweifeln, muß zur Beurteilung der zur Diskussion stehenden dritten Frage von der Problematik der Unternehmungsführung ausgegangen werden. Die Unternehmung als selbständige und selbstverantwortliche Wirtschaftseinheit muß alle ihr gestellten und ihr entstehenden Führungsprobleme und -aufgaben selbst lösen und bewältigen¹⁹. Zur Erfüllung ihres produktiv-wirtschaftlichen Zwecks muß sie demnach Entscheidungs- und Handlungsfreiheit besitzen, und diese besitzt sie auch in den institutionell bedingten

¹⁹ Vgl. zu der hier zugrundegelegten Führungsproblematik: *Norbert Szy-perski*, Unternehmungsführung als Objekt und Adressat der Betriebswirtschaftslehre, in: Jürgen Wild (Hrsg.), *Unternehmungsführung*, Festschrift für Erich Kosiol, Berlin 1974, S. 13 ff.

Grenzen und Verantwortlichkeiten. Innerhalb der gesetzten Rahmenbedingungen ist sie deshalb legitimiert, die von ihr gewählten Unternehmungsziele mit den von ihr als optimal erachteten Strategien zu erreichen. Dies trifft auch für die subjektive Einschätzung und Behandlung der Geldwertstabilität im Hinblick auf die unternehmungsindividuellen Ziele zu. Wie die Berücksichtigung der gesamtwirtschaftlichen Zielsetzung „Geldwertstabilität“ letzten Endes aussieht, liegt also im Kompetenzbereich der Unternehmung. Die bisher in diesem Beitrag geltende Annahme einer grundsätzlichen positiven Einschätzung der Geldwertstabilität aus betrieblicher Sicht soll daher aufgegeben werden. Folglich soll die Stabilität des Geldwertes weder a priori als wirtschaftliche oder nicht-wirtschaftliche Zielvariable noch von vornherein als eine Umweltkomponente aus dem Datenkranz der Unternehmung²⁰ angesehen werden. Es wird vielmehr davon ausgegangen, daß das Wirtschaftssubjekt seine jeweilige Einstellung zur Geldwertstabilität gemäß der Maxime wirtschaftlichen Handelns so in unternehmerische Entscheidungen und praktisches Handeln umsetzt, wie es glaubt, dadurch seine jeweiligen Zielsetzungen optimal erreichen zu können²¹.

Unter der Bedingung systemrationalen Verhaltens kann angenommen werden, daß der Stellenwert der Geldwertstabilität im Planungs- und Entscheidungsprozeß der Unternehmung primär von zwei Bestimmungsfaktoren abhängt:

- (1) von der spezifischen, objektiven unternehmungsindividuellen Situation, beschrieben durch die Variablen (a) Eigenart der Unternehmung und (b) Beschaffenheit der relevanten Umwelt, und
- (2) von der subjektabhängigen Einschätzung dieser Situation durch die Entscheidungsträger im Rahmen der Unternehmungsführung. Diese Einstellung wiederum resultiert aus drei Faktoren:
 - (a) der Grundeinstellung zum einzel- und gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungsproblem; basierend auf dem jeweiligen Normensystem der

²⁰ In der Regel wird von der Vermutung ausgegangen, daß der „Geldwert“ ein Parameter aus dem Datenkranz für die Unternehmungsführung ist; vgl. hierzu *Hans E. Büschgen*, Investition und Finanzierung im Zeichen von Geldwertverschlechterung, S. 67.

²¹ „Maxime wirtschaftlichen Handelns“ kann nicht bedeuten, daß dem unternehmerischen Handeln eine objektive Rationalität zugeordnet wird, vielmehr muß davon ausgegangen werden, daß die jeweiligen sog. „inneren Modelle“ der Entscheidungsträger Grundlage für ihre Entscheidungen und Aktionen sind, d. h. es ist lediglich von einer „subjektiven Rationalität“ zu sprechen, die im vorliegenden Zusammenhang dementsprechend unterschiedliche Einstellungen zur Geldwertstabilität verursacht. Zur „subjektiven Rationalität“ vgl. insbes. *Harry Arthur Simon*, Administrative Behavior, New York und London 1957; *Günter Schmölders*, Die Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft, Essen 1973, S. 15 ff

Unternehmensphilosophie und -politik beziehen die Entscheidungsträger z. B. gegenüber gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Größen eine unterschiedliche Stellung;

(b) der subjektiven Wahrnehmung der eigenen Situation der Unternehmung in der Gesamtwirtschaft; fußend auf Informationen aus dem internen und externen Bereich, also auf Analysen und Prognosen, aber auch auf Vermutungen und Annahmen, die in den Planungs- und Steuerungsprozeß eingehen, d. h. also der Informationsbasis, wird die eigene Situation konzeptualisiert;

(c) den tatsächlichen Marktstrategien als Ausdruck der Unternehmungspolitik²².

Solange eine Unternehmung unter der Bedingung eines konstanten Geldwertes agieren kann, taucht für die Unternehmungsführung nicht das Problem auf, der Stabilität des Geldwertes einen bestimmten Stellenwert im Rahmen ihres Entscheidungskalküls beizumessen. Die Situation ändert sich mit einer einsetzenden Instabilität des Geldwertes. Entsprechend diesen Konsequenzen werden die Entscheidungsträger der Geldwertstabilität einen bestimmten Stellenwert beimessen, d. h. die determinierenden Variablen werden in der oben angedeuteten Weise wirksam. Bei dynamischer Betrachtung wird man leicht erkennen, daß dieser Stellenwert — auch bei einer gleichbleibenden Betrachtung — permanenten Änderungen unterworfen sein kann, da der vermutete wechselseitige Zusammenhang zwischen den Größen dazu führen muß, daß sich die Unternehmungsführung bei andauernder Instabilität des Geldwertes auf die veränderte Variablenkonstellation neu einstellt, sei es beispielsweise über veränderte Marktstrategien, geändertes Finanzgebaren oder etwa eine Änderung des Zielsystems. Nach erfolgter Anpassung kann demnach der Stellenwert der Geldwertstabilität ebenfalls eine Änderung erfahren haben.

4. Die Konsequenzen einer Instabilität des Geldwertes für die Unternehmung

Nach der Festlegung der determinierenden Variablen sind die situativen und strukturellen Rahmenbedingungen möglicher Ausprägungen und Konstellationen dieser Variablen und damit der Konsequenzen der Geldwertstabilität für eine Unternehmung zu charakterisieren. Um die Analyse zu erleichtern, ist die Fragestellung umzukehren und nach den Konsequenzen eines instabilen Geldwertes für die Unternehmung zu suchen.

²² Diese Abhängigkeiten lassen sich auch vereinfacht in einem Schaubild ausdrücken; vgl. Abb. 3 des Anhangs.

4.1. Die Konsequenzen einer Instabilität des Geldwertes in Abhängigkeit von der Unternehmungssituation

Warum die unternehmungsindividuelle Situation zu einer differierenden Meinungsbildung über den Problembereich der Stabilisierung des Geldwertes führen kann, sei an einem Beispiel erläutert. Beschreibt man inflationäre Tendenzen, d. h. also Geldwertstabilität in Richtung auf eine allgemeine Preisniveausteigerung, als Begleiterscheinungen eines Verteilungskampfes, durch den eine gegebene Einkommens- oder Vermögensverteilung verschoben wird²³, so ist trivialerweise zu folgern, daß es im Verlaufe des Verteilungskampfes neben den Verlierern auch Nutznießer einer Instabilität des Geldwertes geben muß. Unter der Prämisse, daß die Gewinner nicht den Zusammenbruch des Wirtschaftsgeschehens wegen eines zunehmenden Ungleichgewichts befürchten, dürften diese wohl keine Mitstreiter im Kampf gegen eine Inflation darstellen; im Gegenteil, wer seinen persönlichen Vorteil aus dieser Situation ziehen kann, wird sich unter Umständen nicht nur neutral verhalten, sondern im stillen eine fortschreitende Preisniveausteigerung wünschen. Auf die Unternehmungen bezogen gilt es nun zu fragen: Verlieren oder gewinnen sie durch Geldwertstabilität?

Den Unternehmungen einseitig die Verliererposition zuordnen zu wollen (z. B. wegen möglicher Verschlechterung der Liquiditätslage, wachsendem Kostendruck oder etwa wegen insgesamt erhöhter Unsicherheit der Erwartungen), ist genauso zu verwerfen wie die Zuweisung einer grundsätzlichen Gewinnerposition (z. B. aufgrund einer möglichen Netto-Nominal-Schuldnerposition verbunden mit einem Anstieg des Reinvermögenswertes über die Preisniveausteigerung). Es ist vielmehr anzunehmen, daß eine Instabilität des Geldwertes unterschiedliche Auswirkungen auf die am Wirtschaftsprozess beteiligten Unternehmungen haben kann²⁴. Die jeweilige Ausprägung der positiv wie negativ bewertbaren Auswirkungen (mit sämtlichen Abstufungen) hängt zunächst von einer Reihe von Faktoren ab, die ihrerseits unterschiedlich durch eine Instabilität des Preisniveaus beeinflußt werden. So werden z. B. Unternehmungen verschiedener Wirtschaftszweige in verschiedenen Phasen der Inflation mit einer unterschiedlichen Verknüpfung in den Marktprozeß in differenzierter Weise bevorzugt oder benachteiligt, ohne daß die innerbetriebliche Situation in bezug auf

²³ Vgl. etwa *Erich Streissler*, Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie, Zürich 1973, S. 7.

²⁴ Vgl. dazu *Hans E. Büschgen*, Investition und Finanzierung im Zeichen von Geldwertverschlechterung, S. 67, und *Heinz-Dietrich Ortlieb, Hans-Jürgen Schmahl*, Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung als Entscheidungshilfe für die Unternehmung, in: Schriften zur Unternehmungsführung, Bd. 2, Aktive Konjunkturpolitik der Unternehmung, hrsg. von H. Jacob, Wiesbaden o. J., S. 25 ff.

die Qualität der Planungs- und Steuerungssysteme und der verfolgten Marktstrategien berücksichtigt würde. Je nach konkreter Sachlage dürfte also mit einem inflationsfreundlichen Verhalten zu rechnen sein oder eine wirksame Stabilisierungspolitik unterstützt werden, wenn die Unternehmungsführung in der Lage ist, die objektive Bevorzugung oder Benachteiligung aufgrund ihrer Situation zu erkennen.

Es sollen nun alternativ mögliche Situationen einer Unternehmung, die im Zusammenhang bedeutsam erscheinen, nach Maßgabe relevanter Kriterien aufgezeigt werden. Hierbei können mit Hilfe der ausgewählten Kriterien nicht sämtliche Dimensionen, die eine spezifische, unternehmungsindividuelle Situation ausmachen, erfaßt werden. Die angestrebte Gesamtschau wird demnach auch nur typische Ausgangslagen umreißen, aus denen sich besonders relevante Beziehungen zwischen Situation und Bedeutung einer Instabilität des Geldwertes ermitteln lassen. Es handelt sich um ein mehrdimensionales Beziehungsgefüge, das sukzessive aufgeschlüsselt werden muß. Als Ansatz für die Analyse wird wiederum von der Kennzeichnung der Unternehmung als offenes sozioökonomisches System ausgegangen, das über den Austausch von Materie und Informationen in ständiger Interaktion mit seiner Umwelt steht. Die Situationsbeschreibung muß deshalb nicht nur die Unternehmung selbst, sondern auch die zuzuordnende Umwelt einschließlich der Beziehungen umschließen.

4.1.1 Organisatorische Einheit und innerer Aufbau der Unternehmung

Bei der Typisierung der Unternehmungen können Kriterien, die nicht vollkommen disjunkt sein müssen, herangezogen werden. Sie betreffen einerseits die Unternehmung als Ganzes und andererseits die Struktur der Unternehmung. Zur ersten Gruppe sind die Merkmale (1) Entwicklungsphase, (2) Unternehmungsform und (3) Unternehmungsgröße zu rechnen.

Das Merkmal „Entwicklungsphase“²⁵, d. h. die Unterteilung des Lebenszyklus einer Unternehmung von der Gründungsphase über die Expansions-, die Ausreifungs- bis zur Stagnations- und schließlich zur Liquidationsphase wurde gewählt, weil die Vermutung naheliegt, daß mit dem sukzessiven Durchlaufen der Phasen und den damit verbundenen unterschiedlichen Strategien der Unternehmung auch differenzierte Auswirkungen eines instabilen Geldwertes verbunden sind. Annahmen über Richtung und Ausmaß der Auswirkungen anzustellen, muß empirischen Untersuchungen überlassen bleiben, obwohl mit einer

²⁵ Das üblicherweise auf einen Markt bezogene Phasenschema wird in abgeänderter Form auf die Unternehmung selbst übertragen, da notwendigerweise auch eine Unternehmung einen Lebenszyklus zu verzeichnen hat.

tendenziellen Abnahme des Stabilisierungsrisikos beim Durchlaufen der Phasen zu rechnen ist, da in der Experimentier- und vor allem in der Expansionsphase Investitions- und Finanzierungsentscheidungen im Vordergrund stehen und gerade ihr Risiko durch eine Instabilität des Geldwertes noch erhöht wird. Das schließt jedoch nicht aus, daß „richtig angelegte“ Investitions- und Finanzierungsentscheidungen von einer Instabilität des Geldwertes profitieren können — wenn auch mit erhöhtem Risiko. Es ist allerdings für die spezielle Situation zu prüfen, ob man statt von „richtig angelegten“ nicht besser von „spekulativen“ Investitions- und Finanzierungsentscheidungen sprechen sollte, d. h. von Maßnahmen, die nicht zu einem Gewinn als „legitime Prämie für echte wirtschaftliche Leistung und Risikoübernahme“²⁶, sondern zu einer inflationsbedingten Bereicherung führen. Als Ergänzung des zugrundegelegten Kriteriums käme noch die Klassenbildung nach Wirtschaftszweigen und nach konjunkturabhängigen und -unabhängigen Unternehmungen in Frage²⁷; diese Typisierungsmöglichkeiten könnten nur innerhalb eines weiter abgesteckten Rahmens berücksichtigt werden.

Das zweite Merkmal „Unternehmungsform“ bezieht sich sowohl auf die Rechtsform als auch auf die wirtschaftliche Organisationsform. Die erste Interpretationsmöglichkeit dürfte wohl nur im geringeren Maße Gelegenheit bieten, über unterschiedliche Konsequenzen einer Instabilität des Geldwertes nachzudenken. Das Kriterium der wirtschaftlichen Organisationsform bietet hingegen ausreichend Raum für Spekulationen über mutmaßliche Konsequenzen einer Geldwertinstabilität. Dabei wird ein Akzent auf die großdimensionierten Verbundunternehmungen, insbesondere auf die konglomeraten und stärker noch auf die multinationalen Konzerne zu setzen sein, da diese vornehmlich in der Lage sind, Nutzen aus einer Preisniveausteigerung zu ziehen. Es sei nur daran erinnert, daß es wesentlich von der Marktmacht bzw. der Marktposition abhängt, inwieweit Kostensteigerungen über eine Erhöhung der Absatzpreise abgefangen werden können; Marktmacht korreliert wiederum signifikant mit der relativen Größe einer Unternehmung. Da sich die Parallelen zwischen Unternehmungsform und Unternehmungsgröße aufdrängen, erscheint es sinnvoll, die beiden Kriterien zusammenzuziehen, so daß sich die Analyse der Unternehmung als Ganzheit auf ein zweidimensionales Schema reduzieren läßt²⁸. Ohne daß die Zusammenhänge unbedingt signifikant sein müssen, ist anzunehmen, daß die

²⁶ Joachim Zahn, Finanzierungsproblematik bei sich verändernden Geldwerten, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 26. Jg. (1974), S. 187.

²⁷ Siehe dazu u. a. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hans-Jürgen Schmahl, Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung als Entscheidungshilfe für die Unternehmung, S. 26.

²⁸ Vgl. dazu Abb. 4 des Anhangs.

Schwierigkeiten, mit einer gleichbleibenden oder wachsenden Instabilität des Geldwertes fertig zu werden, von Feld 11 ausgehend sukzessive bis Feld 35, also in Richtung der eingezeichneten Pfeile in Abb. 4, abnehmen werden.

Wird in einer systemorientierten Betrachtungsweise zunächst die Unternehmungsführung ausgeklammert, so läßt sich der Beziehungszusammenhang der Unternehmung gemäß dem Austausch von Materie und Information in die informationelle und die Basis-Dimension aufspalten (siehe Abb. 5 des Anhangs).

Innerhalb der informationellen Dimension treten die Konsequenzen einer Instabilität des Geldwertes für jeden sichtbar zu Tage, und zwar für jede Unternehmung in mehr oder minder negativer Weise.

Die fehlende meßtechnische Neutralität des Geldes führt dazu, daß zusätzliche Informationen für Planungs- und Entscheidungsprozesse im Rahmen der Unternehmungsführung bereitgestellt werden müssen; das gilt sowohl für den Rückgriff auf unternehmensinterne wie -externe Quellen:

Unternehmensintern ist einmal auf die zusätzlich entstehenden Probleme der betriebswirtschaftlichen Auswertungs-, Kontroll- und Planungsrechnung hinzuweisen, zum anderen auf die Erschwerung der Rechnungslegung, wie die harten Auseinandersetzungen über das adäquate „inflation accounting“ zeigen. Unternehmensextern kann auch das gesamtwirtschaftliche „Frühwarnsystem aus der Arbeitslosen- und Konkursstatistik, den Frühindikatoren der Geldpolitik (Notenbank, Kreditaufsicht, Geldmarktstatistik) und der Wirtschafts- und Konjunkturinstitute (Sachverständigenrat, Arbeitsgemeinschaft wirtschaftswissenschaftlicher Forschungsinstitute, Bundeswirtschaftsministerium, Bundesbank)“²⁹ nur gesamtwirtschaftliche Prognosen bzw. Projektionen bereitstellen, die zu aggregiert sind, als daß sie der Unternehmungsführung eine konkrete Entscheidungshilfe wären. Die Gewinnung besser geeigneter Prognosen über die Preisentwicklung in einzelnen Branchen oder etwa für konkrete Produktgruppen stößt sowohl auf technische wie auf kostenmäßige Schwierigkeiten³⁰.

Trotz der Informationsbeschränkungen und begrenzter Informationsverbreitungskapazitäten sind die Konsequenzen von Handlungsalter-

²⁹ Günter Schmolders, *Die Unternehmer in Wirtschaft und Gesellschaft*, S. 31.

³⁰ Vgl. Heinz-Dietrich Ortlieb, Hans-Jürgen Schmahl, *Prognose der wirtschaftlichen Entwicklung als Entscheidungshilfe für die Unternehmung*, S. 29 ff., und Wilhelm Krelle, *Möglichkeiten und Grenzen der Konjunkturdiagnose*, in: H. Giersch, K. C. Borchardt (Hrsg.), *Diagnose und Prognose als wirtschaftswissenschaftliches Methodenproblem*, Berlin 1962, S. 30 ff.

nativen zu ermitteln, d. h. bezüglich der Auswirkungen der Variablen Geldwertinstabilität sind die Entscheidungsträger teilweise auf Vermutungen angewiesen und sie müssen häufig die Konsequenzen eines veränderten Geldwertes ignorieren. Die Prognose der Konsequenzen von Handlungsalternativen wird also mit zusätzlicher Unsicherheit belastet. Im Rahmen der informationellen Dimension liegen eindeutig negative Auswirkungen einer Geldwertinstabilität vor.

Innerhalb der Basis-Dimensionen³¹ läßt sich eine literarische Behandlung möglicher Konsequenzen einer Instabilität des Geldwertes nur akzentuiert für die Bereiche der Anlagenwirtschaft und der Finanz- und Kapitalprozesse feststellen. Inwieweit eine permanente Variabilität des Geldwertes Konsequenzen für die übrigen Bereiche der Prozeßebene erzeugt, entzieht sich bisher einer ausgedehnten Diskussion, wenn man von Analysen konjunkturell induzierter Veränderungen der allgemeinen Wirtschaftslage absieht. Ohne die Bereiche im einzelnen zu durchleuchten, muß auf die Konsequenzen zirkulärer und wechselseitiger Beziehungen innerhalb der Unternehmung eingegangen werden. Neben den Interdependenzproblemen bereiten vor allem die zeitlichen Verzögerungen der Auswirkungen, die überwiegend langfristiger Natur sind, große Schwierigkeiten. Das zeigt sich auf der Realgüterseite vor allem im Bereich der Anlagenwirtschaft. Investitionsrechnungen müssen den vermutlichen Verlauf der Instabilität des Geldwertes in langfristiger Perspektive miteinbeziehen. Obwohl die formalen Optimierungsbedingungen gleich bleiben, ist das Augenmerk verstärkt auf periodisierte Modelle und die damit verbundenen Probleme der Informationsbeschaffung zu legen, da man nicht von einer konstanten oder sich stetig entwickelnden Geldentwertungsrates ausgehen kann.

Der Faktor Zeit spielt im Zusammenhang mit einer Geldwertverschlechterung auch für den Bereich der Lagerhaltung und Produktion eine wichtige Rolle; denn sobald Preissteigerungen von Roh-, Hilfs- und Betriebsstoffen oder Halb- und Fertigfabrikaten durch eine ausgedehnte Lagerhaltung, d. h. Hortung der benötigten Stoffe, antizipiert oder durch mögliche Substitutionen in der Produktion berücksichtigt werden sollen, müssen Lagerhaltung und Produktion langfristiger als bisher geplant werden. Negative Auswirkungen einer Instabilität des Geldwertes können so unter Umständen von einer umsichtigen Unternehmensführung gegenüber direkten Konkurrenten neutralisiert oder in einen Wettbewerbsvorteil umgemünzt werden. Die Konsequenzen einer Geldverschlechterung werden insbesondere auch bei den marktbezogenen Funktionen Beschaffung und Absatz sowie bei den immateriellen Austauschprozessen deutlich (siehe Abb. 5). Es empfiehlt sich, diese

³¹ Vgl. Abb. 5 des Anhangs.

zusammen mit den Beziehungen der Unternehmung zur Umwelt zu behandeln (vgl. Abschn. 4.1.2).

Ein weiteres Beispiel für nicht klar abgrenzbare Auswirkungen der Preisniveaustabilität sei dem Bereich der Finanz- und Kapitalprozesse entnommen (siehe Abb.5). Inflationen bewirken unter Umständen Änderungen in der Spartätigkeit; Sparer können entmutigt werden, so daß eine deutliche Diskrepanz zwischen Kapitalangebot und -nachfrage entstehen kann. Folglich gewinnen Machtpositionen eine zunehmende Bedeutung dafür, welcher Unternehmung neue Kreditquellen erschlossen, bestehende Kredite nicht gekündigt oder Konsolidierungen kurzfristiger Kredite ermöglicht werden. Schwankungen des Geldwertes benachteiligen auch hier kleine und mittlere Unternehmungen tendenziell stärker. Die Folgen sind strukturverändernde Wirkungen, da der Drang zur Konzentration gefördert wird und der Einfluß der Kapitalgeber auf die Unternehmungspolitik verstärkt zur Geltung kommt. Der langfristig zu erwartende Verlust an Autonomie der Unternehmungen dürfte nicht nur aus betriebswirtschaftlicher Sicht als eine negative Konsequenz der Geldentwertung gesehen werden.

Schließlich sei eine letzte Perspektive angesprochen. Bei simultaner Betrachtung des Realgüter- und des Nominalgüterbereichs tritt die Problematik der Erhaltung des Gesamtgleichgewichts der Unternehmung in den Vordergrund³². Da die Prozesse des Realbereichs mit entsprechenden Vorgängen des Nominalbereichs verbunden sind, ist unter der Prämisse, daß kein Wachstum der Unternehmung unterstellt und außerdem Erhaltung der realen Umlaufstärke angestrebt wird, ein konstanter Geldwert die erste Gleichgewichtsbedingung; es sei denn, daß sowohl auf der Beschaffungs- wie auf der Absatzseite ein gleicher relativer Preisanstieg angesetzt werden kann³³. Damit wird das rein rechnungstechnische Problem für die marktlichen Beziehungen zwischen Unternehmung und Umwelt wirksam. So sprach Fritz Schmidt von der Konjunktur als dem Ergebnis von Rechenfehlern.

4.1.2 Die Beziehungszusammenhänge zwischen Unternehmung und Umwelt

In einer Gesamtschau sollen typische Ausgangslagen wesentlicher Umweltbeziehungen erfaßt und schematisch dargestellt werden (siehe Abb.6 des Anhangs). Trotz der hoch aggregierten Betrachtungsebene zeigt sich schon eine nur schwerlich durchschaubare Komplexität des

³² Vgl. dazu *Erich Kosiol*, Einführung in die Betriebswirtschaftslehre — die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum, Wiesbaden 1968, S. 174 ff.

³³ Vgl. *Erich Kosiol*, S. 178 ff.

Beziehungszusammenhangs. Konkrete Aussagen über das Unternehmungsverhalten bei Geldwertinstabilität können nur bezüglich der Konstellation einzelner Variablen gemacht werden. Werden zunächst keine konjunkturpolitischen Aktivitäten des Staates und der Verbände im Inland wie im Ausland unterstellt, so ist das Hauptaugenmerk auf die Marktformen und die Stellung der Unternehmung auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten zu legen. Auswirkungen der jeweiligen Marktformen sind im Zielsystem der Unternehmen spürbar; so ist eine Unternehmung unter vollständiger Konkurrenz a priori gezwungen, primär Gewinnziele anzustreben, da sie sonst in ihrer Existenz gefährdet ist³⁴. Folglich kann sie in ihren Entscheidungen und Aktionen gesamtwirtschaftliche Größen wie die Stabilität des Geldwertes nur auf untergeordneter Ebene beachten. Schwerwiegender sind die Einwirkungen der spezifischen Marktform auf die Unternehmungspolitik, speziell die Beschaffungs- und Absatzpolitik bei Geldwertinstabilität: Die jeweilige Marktform determiniert die potentielle Weitergabe von Kostensteigerungen, ohne daß die wirksame Nachfrage in ihren Rückwirkungen auf Umsatz und Betriebsbeschäftigung merklich zurückgeht. Dies kann nur für Güter mit relativ unelastischer Nachfrage oder bei hoher Nachfrageelastizität nur in Verbindung mit einer hohen Einkommenselastizität der Fall sein³⁵. Im übrigen treffen hinsichtlich der Auswirkungen einer Instabilität des Geldwertes auf das absatzpolitische Wagnis sämtliche preispolitischen Überlegungen zu. Jedoch muß die Preispolitik bei Geldwertinstabilität noch intensiver überdacht werden, als das ohne den Schleier der Inflation notwendig wäre, um das Absatzwagnis, charakterisiert durch einen Nachfragerückgang, so gering wie möglich zu halten.

Zusätzlich tritt der lange Zeit vernachlässigte beschaffungspolitische Bereich, in dem die Kostensteigerungen in direkter Weise auftreten, verstärkt in den Vordergrund.

Unterstellt man als Folge einer gravierenden Instabilität des Geldwertes stabilisierungspolitische Maßnahmen des Staates, die einen Teil der wirksamen Nachfrage ableiten, so kumulieren sich die oben angedeuteten negativen Konsequenzen. Die zusätzlich auftretenden Probleme für die Bestandssicherung der Unternehmung können nur gelöst oder zumindest vermindert werden, wenn es der Unternehmungsführung gelingt, eine wirksame Marktstreuung und Diversifikation durchzusetzen³⁶.

³⁴ Vgl. hierzu *Horst Albach*, Wirtschaftlichkeitsrechnung bei unsicheren Erwartungen, Köln und Opladen 1959, S. 17.

³⁵ Vgl. *Herbert Jacob*, Preis- und Produktionsprogramm als Mittel betrieblicher Konjunkturpolitik, Schriften zur Unternehmungsführung, Bd. 2, Aktive Konjunkturpolitik der Unternehmung, hrsg. von Herbert Jacob, Wiesbaden o. J., S. 42.

4.2 Die Konsequenzen einer Instabilität des Geldwertes in Abhängigkeit von der Einschätzung der Unternehmungssituation

Die subjektive Einschätzung der Unternehmungssituation wird als abhängige Größe der drei genannten Faktoren „Grundeinstellung“, „subjektive Wahrnehmung“ und „Marktstrategien“ angesehen.

Die erste Variable soll dazu beitragen, das grundsätzliche Verständnis, das die kompetenten Entscheidungsträger einer Unternehmung der Geldwertproblematik entgegenbringen und das letzten Endes als allgemeines Ziel oder als Bedingung bzw. Verhaltensnorm in der Unternehmensphilosophie wiederkehrt, aufzuzeigen. Die Reihe der Beispiele für verschiedene Grundeinstellungen zur Notwendigkeit eines stabilen Geldwertes ist vielfältig; sie beginnt bei einer energischen Bekämpfung wirksamer staatlicher Stabilisierungsmaßnahmen, über die Einschätzung des Inflationsprozesses als permanente, unvermeidbare Erscheinung, eine vielleicht unbewußte Inflationsgewöhnung³⁷ bis hin zum Engagement für eine durchgreifende Stabilisierungspolitik zur Wahrung des gesamtwirtschaftlichen und -gesellschaftlichen Interesses. Die jeweilige Grundeinstellung ist ein Ausdruck der Wert- bzw. Präferenzenordnung des Entscheidungsträgers³⁸. Sie wird für sehr bedeutsam gehalten: Jeweils einer der ersten Schritte staatlicher Inflationsbekämpfung appelliert an die Vernunft der Marktpartner.

Die zweite Variable — subjektive Wahrnehmung — soll die Komponenten im Stellenwert der Geldwertstabilität erfassen, die durch Abweichungen von der objektiven Situation hervorgerufen werden. Von maßgebendem Einfluß dürften hier unterschiedlich gestaltete Informationssysteme sein; sie liefern qualitativ unterschiedliche Informationen über die Auswirkungen einer Instabilität des Geldwertes und bewirken damit differierende Einschätzungen der Lage durch die Akteure.

Den dritten entscheidungsträgerabhängigen Faktor stellen die Entwicklungsstrategien einer Unternehmung dar. Eine von den situativen Gegebenheiten isolierte Analyse verschieden möglicher Strategien dürfte zu erkennen geben, daß unterschiedliche Strategien oder Strategiebündel in unterschiedlicher Weise durch eine Instabilität des Geldwertes betroffen werden. Ob strategische Entscheidungen beispielsweise zu vertikaler bzw. horizontaler Expansion oder zu Marktstreuung und Diversifikation führen sollen, ist demnach für das Maß an Durch-

³⁶ Vgl. *H. Igor Ansoff*, *Corporate Strategy*, New York, San Francisco, Toronto, London, Sydney 1965, S. 122 ff., und *Herbert Jacob*, *Preis- und Produktionsprogramm als Mittel betrieblicher Konjunkturpolitik*, S. 56 ff.

³⁷ Vgl. dazu *Hans E. Büschgen*, *Investition und Finanzierung im Zeichen von Geldwertverschlechterung*, S. 86.

³⁸ Vgl. *Norbert Szyperski*, *Udo Wienand*, *Entscheidungstheorie*, Stuttgart 1974, S. 47 ff.

setzungsschwierigkeiten, mit denen die Unternehmungsführung als Folge einer Geldwertinstabilität rechnen muß, von erheblicher Bedeutung.

Anhang

Abb. 1: Referenzschaltung vom einzel- zum gesamtwirtschaftlichen Bereich

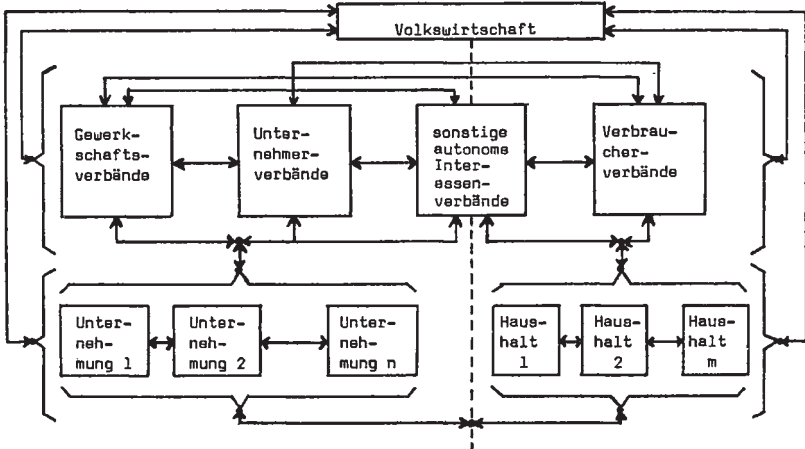


Abb. 2: Der Extremfall des Stabilisierungsproblems des Geldwertes als "Gefangenendilemma"

Unternehmungen der Kategorie A \ B	Strategie I (Stabilität produzierende Marktstrategien)	Strategie II (Instabilität produzierende Marktstrategien)
Strategie I (Stabilität produzierende Marktstrategien)	<p>11</p> <ul style="list-style-type: none"> - gemeinsames Streben nach Stabilität produziert Stabilität - A u. B sichern c.p. langfristig den bestehenden Zustand 	<p>12</p> <ul style="list-style-type: none"> - gesamtwirtschaftliche Stabilität ist nicht mehr gesichert; Tendenz zur Instabilität - B erzielt marktbezogene Vorteile gegenüber A; existenzielle Bedrohung für A.
Strategie II (Instabilität produzierende Marktstrategien)	<p>21</p> <ul style="list-style-type: none"> - die gesamtwirtschaftliche Stabilität ist nicht mehr gesichert; Tendenz zur Instabilität - A erzielt marktbezogene Vorteile gegenüber B; existenzielle Bedrohung für B. 	<p>22</p> <ul style="list-style-type: none"> - es wird eine schwerwiegende Instabilität produziert. - die instabile Gesamtsituation führt zu einer Bedrohung für A und B

Abb. 3: Determinierende Variable für den unternehmensbezogenen Stellenwert der Geldwertstabilität

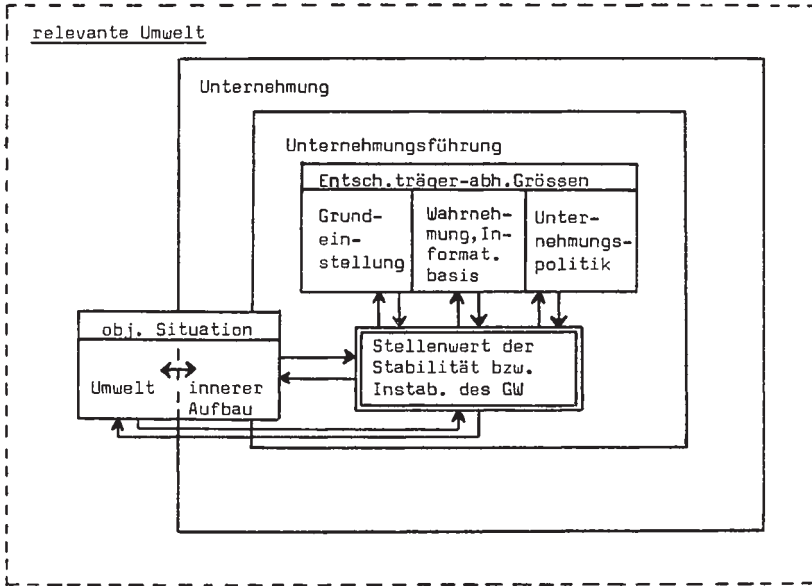


Abb. 4: Organisatorische Ganzheit der Unternehmung und Konsequenzen einer Geldwertinstabilität

Unternehmensgrösse \ Entwicklungsphase		Gründungsphase	Expansionsphase	Ausreifungsphase	Stagnationsphase	Liquidationsphase
(Einzelunternehmung)	klein	11	--	--	--	15
	mittel	!				!
(Konzern)	gross	31	--	--	--	35

Arrows in the table indicate a downward trend in stability value as company size increases and a rightward trend as the development phase progresses.

Abb. 5: Innerer Aufbau und Konsequenzen einer Geldwertinstabilität

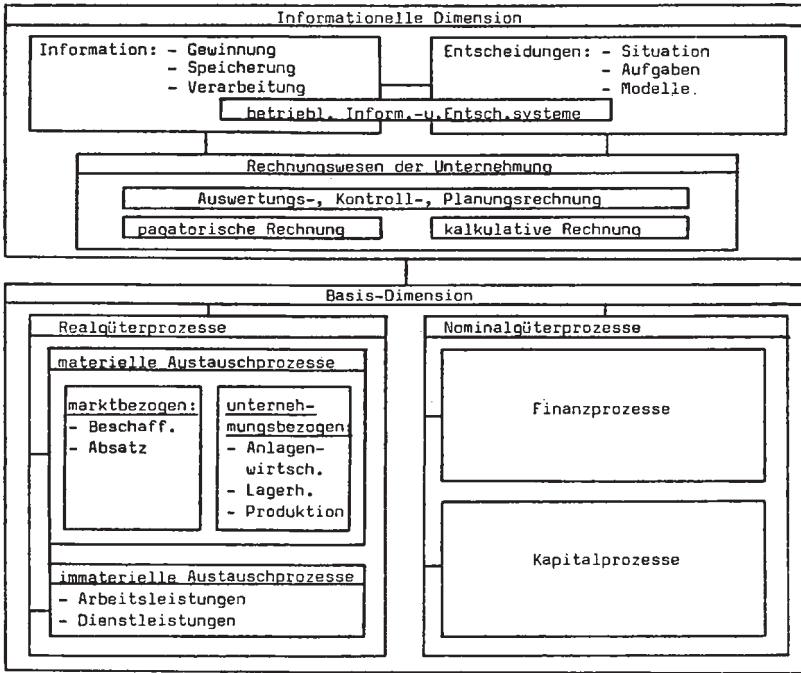


Abb. 6: Die Umwelt der Unternehmung und Konsequenzen einer Geldwertinstabilität

		Inland				Ausland
		Staat		autonome Verbände		
		wirksame Stab.pol.	keine Stab.pol.	wirksame Stab.pol.	keine Stab.pol.	
Inland	Beschaffungsmärkte					
	Absatzmärkte					
	Kapitalmärkte					
Ausland	Beschaffungsmärkte					
	Absatzmärkte					
	Kapitalmärkte					

Korreferat zu: Geldwertstabilität aus der Sicht privater Unternehmungen

Von *Edmund Heinen*, München

Zur Frage nach der Motivation einzelwirtschaftlicher Entscheidungsträger, durch das eigene unternehmerische Entscheidungsverhalten die Geldwertstabilität positiv oder negativ zu beeinflussen, möchte ich im Anschluß an das Referat Szyperskis einige ergänzende Aspekte aufzeigen. In marktwirtschaftlichen Systemen ist das unternehmerische Interesse primär auf eine bestmögliche Verwirklichung der privatwirtschaftlichen Zielsetzungen ausgerichtet. Die Geldwertentwicklung bildet hierbei eine gesamtwirtschaftliche Rahmenbedingung. Eine Veränderung dieser Rahmenbedingungen beeinflußt die unternehmerische Entscheidungssituation. Wird dadurch die Verwirklichung der eigenen Zielsetzungen beeinträchtigt, so sind zwei grundsätzliche Reaktionen möglich: Anpassung oder aktive Gestaltung der Rahmenbedingungen. Zur Beantwortung der Frage, wie sich der einzelwirtschaftliche Entscheidungsträger verhält, ist zu überlegen, welche Konsequenzen instabile Geldwerte für die unternehmerische Entscheidungssituation nach sich ziehen.

Entscheidungssituationen lassen sich allgemein nach dem Grad der Informiertheit des Entscheidungsträgers beschreiben. Im günstigsten Fall liegen einer unternehmerischen Wahlhandlung annähernd sichere Erwartungen über die zukünftigen Entwicklungen zugrunde. Derartige Entscheidungssituationen sind allerdings idealtypisch, selbst für Zeiten mit stabilem Geldwert; denn Nachfrageverschiebungen, technischer Fortschritt und konjunkturelle Einflüsse sind nicht exakt prognostizierbar; d. h. unternehmerische Entscheidungen sind stets mit einem gewissen Maß an Risiko behaftet.

Ungeachtet aller sonstigen Einflußfaktoren, die das unternehmerische Risiko begründen, läßt sich die These formulieren, daß Geldwertschwankungen die Güte betrieblicher Informationen in erheblichem Maße beeinträchtigen. Diese unmittelbare Einwirkung von Geldwertveränderungen auf die unternehmerische Entscheidungssituation läßt sich insbesondere für Entscheidungsprobleme verdeutlichen, die zukünftige Perioden betreffen und die notwendigerweise auf Prognoseinformationen basieren (Planungsentscheidungen).

Für die Gewinnung von Prognoseinformationen als Grundlage kurz-, mittel- und langfristiger Planung ist das betriebliche Rechnungswesen von zentraler Bedeutung. Der Einfluß von Geldwertschwankungen besteht darin, daß die Mehrzahl der Rechnungsgrößen eine verstärkte Tendenz zur Mehrwertigkeit aufweist, d. h. an Informationsgehalt einbüßt. Dies ist dadurch bedingt, daß inflationäre Entwicklungen selten die Tendenz zu konstanten Inflationsraten im Zeitablauf aufweisen. Die Prognosen der letzten Jahre über die Geldwertentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland, verglichen mit den tatsächlich eingetretenen Inflationsraten, sind ein Beispiel dafür.

Das Problem der Gewinnung von Prognoseinformationen sei an einigen Beispielen verdeutlicht. Informationen über die Rentabilitätsentwicklung einer Unternehmung sind unerläßliche Basisinformationen für die Investitionsplanung; die Finanzplanung basiert auf Informationen über die Liquiditätsentwicklung; die unternehmerische Preispolitik setzt Informationen über die Kostenentwicklung voraus. Die Verlässlichkeit dieser Prognosen wird aber durch inflationäre Geldentwicklungen stark vermindert.

Über die Probleme der Bilanzierung und damit letztlich auch der Gewinnermittlung bei Geldwertschwankungen haben in den zwanziger Jahren und auch in jüngster Zeit lebhafte Diskussionen stattgefunden, deren Inhalt hier nicht im einzelnen dargelegt werden soll. Es soll nur ein Gedanke beispielhaft aufgegriffen werden: Das Nominalwertprinzip der handels- und steuerrechtlichen Bilanzierungsvorschriften führt — im Lichte der organischen Bilanzauffassung analysiert — bei steigenden Preisen zu Substanzverlusten, wenn der ausgewiesene Gewinn („Scheingewinne“) der Besteuerung unterliegt und/oder zur Ausschüttung gelangt.

Will sich ein Disponent als Grundlage der Investitionsplanung ausagefähige Informationen über die Rentabilitätslage der Betriebswirtschaft verschaffen, so müssen Nebenrechnungen zur handels- oder steuerrechtlichen Bilanz aufgestellt werden, in denen man versucht, Scheingewinne wie Scheinverluste zu eliminieren. Dabei wird von Wertansätzen ausgegangen, die am Prinzip der Substanzerhaltung ausgerichtet sind.

Die einzelnen Bilanzpositionen werden von Geldwertschwankungen unterschiedlich betroffen. Soll die Unternehmung nicht einen Teil ihrer Produktivkraft einbüßen, so muß bei der Bewertung des Sachanlagevermögens das Problem des Wiederbeschaffungszeitpunktes und des Wiederbeschaffungspreises Berücksichtigung finden, da nur Abschreibungen vom Wiederbeschaffungspreis die Erhaltung der Unternehmenssubstanz gewährleisten. Je langfristiger derartige Prognosen über Investitionsgüterpreise sind, desto mehr müssen sie den Charakter will-

kürlicher Schätzungen annehmen. Beim Umlaufvermögen ist das Prognoseproblem leichter zu lösen, da es in relativ kurzen Zeitabständen wiederbeschafft wird.

Die Nominalwerte wie Bargeld, Bankeinlagen und Forderungen verlieren als Liquiditätsreserven einen Teil ihrer Substanz, wenn die Kaufkraft des Geldes sinkt. Die Möglichkeit, diese Aktivposten durch Fremdkapital zu finanzieren, vermindert zwar den (eigenen) realen Verlust der Unternehmung, da das Fremdkapital demselben Wertverlust unterliegt wie die Finanzguthaben der Unternehmung, doch das Liquiditätsproblem läßt sich auf diese Weise nicht lösen. Die hinzukommenden Zinszahlungen könnten es eher noch verschärfen.

Ähnliche Problemstellungen treten auch in der betrieblichen Preispolitik auf. Langfristig würde die Unternehmenssubstanz aufgezehrt, wenn sich in der Inflation die Preiskalkulation ausschließlich an den Kosten vergangener Perioden orientierte. Um sich gegenüber dem Inflationsrisiko abzusichern, muß die Preiskalkulation daher auf Plankosten basieren, die eine vermutete Preisentwicklung in die einzelnen Kostenarten einbezieht.

Ungeachtet der individuellen Risikoeinstellung privatwirtschaftlicher Entscheidungsträger läßt sich auf der Grundlage dieser beispielhaften Ausführungen verdeutlichen, daß instabile Geldwertentwicklungen die unternehmerische Entscheidungssituation objektiv verschlechtern. Sieht man von der Gruppe extrem risikofreudiger Unternehmer ab (z. B. Spekulanten, die eine allgemeine Erhöhung des Entscheidungsrisikos positiv beurteilen), so liegt die Annahme nahe, daß der privatwirtschaftliche Entscheidungsträger ein starkes Interesse an der Geldwertstabilität besitzen müßte, weil sie ihn tendenziell in eine günstigere Entscheidungssituation versetzt. Dieses privatwirtschaftliche Interesse an Geldwertstabilität ist zwar geeignet, den Entscheidungsträger zu stabilitätskonformem Handeln zu motivieren. Es stellt sich jedoch die Frage, ob die Unternehmung trotz dieser Einsicht nicht doch zu gegenteiligem Verhalten veranlaßt wird, sofern eine mögliche Realisierung ihres Zielsystems durch Anpassungsverhalten erfolgen kann. Je stärker der unternehmerische Entscheidungsträger das Inflationsrisiko negativ gewichtet, um so mehr wird er versuchen, die Informationsgewinnung aus dem betrieblichen Rechnungswesen zu verbessern und durch Planungsrechnungen mit antizipierten Inflationsraten zu ergänzen. Die geschätzten Inflationsraten werden damit zur Grundlage von Entscheidungen und tragen in ihrer Gesamtheit zu einer Verschärfung der inflationären Entwicklung bei.

Geht man von ansonsten gegebenen Rahmenbedingungen aus (z. B. konstante Verteilung), so lassen sich nachfolgende Thesen aufstellen:

1. Inflationäre Entwicklungen beeinträchtigen die unternehmerische Erwartungsbildung. In der Unternehmensrechnung müssen daher mehrere stark voneinander abweichende Wertansätze für möglich gehalten werden. Alle aus dem betrieblichen Rechnungswesen gewonnenen Ergebnisgrößen sind infolgedessen mit Unsicherheit behaftet. Die Wertansätze sind das Ergebnis subjektiver Schätzungen. Subjektive Schätzungen sind aber stark von der Risikoeinstellung der Entscheidungsträger abhängig.
2. Je stärker man den Risikoaspekt in der Unternehmensrechnung berücksichtigt, um so sensibler wird die Reaktion auf Preisentwicklungen der Beschaffungs- und Absatzgüter in der Planungsrechnung ausfallen. Ein solches Verhalten tendiert zu einer Überschätzung der Inflationsraten.
3. Unternehmen, die mit Planungsrechnungen reagieren, welche die Geldwertentwicklung antizipieren, wirken durch ihr Sicherheitsstreben der Stabilität entgegen, weil sie faktisch Geldwertverschlechterungen als unbeeinflussbare Entwicklungen akzeptieren.
4. Aus den unterstellten Verhaltensweisen der Wirtschaftssubjekte läßt sich in gewissem Umfang ein Akzelerationsprinzip der Inflation ableiten, das auf zunehmender Einschätzung des Risikos und wachsendem Sicherheitsstreben beruht.

Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung?

Von Jürgen Hauschildt, Saarbrücken*

1. Das Stabilitätsproblem aus betriebswirtschaftlicher Perspektive

Die Ausführungen Szyperskis haben die Stabilitäts-Problematik aus einer funktionalistisch-systemtheoretischen Perspektive beleuchtet. Meine Aufgabe sehe ich darin, unser konkretes empirisches Wissen über die Ziele von Unternehmen und ihrer Entscheidungsinstanzen daraufhin zu überprüfen, ob das makroökonomische Ziel einer Verhinderung der Geldwertverschlechterung in mikroökonomische Zielkonzepte handlungslenkend eingebaut werden kann. Die „betriebswirtschaftlichen Sünden“ gegen das volkswirtschaftliche Ziel der Geldwertstabilität¹ sind letztlich: passive Hinnahme steigender Beschaffungspreise und aktives Durchsetzen steigender Absatzpreise. Unsere Problemstellung lautet: Geben unsere Kenntnisse über die Ziele von Unternehmen Anlaß zur Hoffnung und mehr noch: Ansatz zur Handhabe, diese betriebswirtschaftlichen Sünden gegen ein Ziel der Volkswirtschaft zugleich auch als Sünde gegen die Ziele der Unternehmung zu kennzeichnen und zu brandmarken?

Der Begriff der „Stabilität“ ist so vieldeutig, daß er den Betriebswirt zu einer operationalen Festlegung zwingt, auch wenn durch eine derartige Begriffsbestimmung eine Fülle reizvoller Problemaspekte im

* Geboren am 27. Mai 1936 in Hamburg. Studium in Hamburg, Berlin und Mannheim. Assistent an der Akademie für Wirtschaft und Politik in Hamburg und am Lehrstuhl für Organisation in Mannheim. 1964 Promotion in Mannheim. Zur Zeit ordentlicher Professor für das Fach „Finanzen und Banken“ im Fachbereich Wirtschaftswissenschaften der Universität des Saarlandes. Hauptarbeitsgebiete: Zieltheorie, Organisationstheorie, betriebliche Finanzwirtschaft, Bankbetriebslehre, öffentliche Unternehmen.

¹ Zum Stabilitätsbegriff siehe u. a.: E. S. Kirschen, u. a., Ziele der praktischen Wirtschaftspolitik, in: Grundlagen der Wirtschaftspolitik, hrsg. von G. Gäfgen, Köln/Berlin 1966, S. 255. Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft vom 8. Juni 1967, in: Bundesgesetzblatt I 1967, S. 582. H.-J. Vosgerau, Wachstum und Stabilisierung, in: Fragen der wirtschaftlichen Stabilisierung, hrsg. von A. E. Ott, Tübingen 1967, S. 3 ff. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung: Stabilität und Wachstum, Jahresgutachten 1967/68, Stuttgart/Mainz 1968, S. 133 ff. P. Baumgarten, W. Mückl, Wirtschaftspolitische Zielkonflikte in der Bundesrepublik Deutschland, Tübingen 1969, S. 59, 68 ff. K. Stern/P. Münch/K.-H. Hansmeyer, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, 2. Aufl., Stuttgart/Berlin/Köln/Mainz 1972, S. 122 ff.

Interesse einer zweifelsfreien Verständigung verdrängt wird. Es sei das Ergebnis unserer Abgrenzung vorweggenommen: Betriebliche Absatzpreis-Stabilität liegt dann vor, wenn die gewogenen und aggregierten Mittelwerte der Preise für Produkte einer Unternehmung innerhalb eines Jahres nicht über ein subjektiv bestimmtes Toleranzintervall gestiegen sind. Der doppelte Ansatzpunkt betrieblicher Stabilisierungspolitik — auf Absatz- und Beschaffungsmärkten — legt nahe, diese absatzbezogene Definition durch eine beschaffungsbezogene Version zu ergänzen: Betriebliche Beschaffungspreis-Stabilität ist dann gegeben, wenn die gewogenen und aggregierten Mittelwerte der Preise für Produktionsfaktoren einer Unternehmung innerhalb eines Jahres nicht über ein subjektiv bestimmtes Toleranzintervall gestiegen sind.

Wir konzentrieren uns also aus aktuellem Anlaß auf die asymmetrische Version der Stabilitätsanalyse in der Situation steigender Preise. *Stabilitätskonformes Verhalten* der Unternehmung liegt dann vor, wenn sie der Forderung nach steigenden Beschaffungspreisen entgegentritt und die Chance steigender Absatzpreise nicht realisiert.

Mit diesen Definitionen sind einige Implikationen verbunden, die kurz erläutert werden sollen:

- Die Betrachtung wird auf *Geldwert-* bzw. *Preisstabilität* konzentriert, andere Bezugsobjekte des Attributs „stabil“ sollen vernachlässigt werden.
- Geldwertstabilität wird mit Blick auf die *absolute Höhe* des Preisniveaus und nicht unter Bezug auf Veränderungen definiert.
- Geldwertstabilität wird auf die *Messperiode eines Jahres* bezogen, um wenigstens die saisonal bedingten Preisschwankungen zu eliminieren und mehr als einen Güterumschlag zu erfassen. Zugleich soll eine Kontrollperiode gewählt werden, die kürzer ist als die „*Amtsfrist*“ der verantwortlichen Entscheidungsträger.
- Geldwertstabilität wird bezogen auf das *gewogene und aggregierte Preisniveau* aller für die Unternehmung bedeutsamen Produkt- und Faktorpreise und nicht auf jeden einzelnen Preis. Das Schwanken *einzelner* Preise, die sich *gegenseitig kompensierenden* Veränderungen der Preise, *Substitutionsvorgänge* in der Mengen- und Qualitätsstruktur werden als Ausdruck einer als „normal“ erachteten mikroökonomischen Dynamik angesehen.
- Aufgrund dieser mikroökonomischen Dynamik erscheint es vernünftig, zunächst eine *meßtheoretisch bedingte Toleranzgrenze* festzulegen, die der Index überschreiten muß, damit von Geldwert-Instabilität gesprochen werden kann.

— Erst wenn die Preisveränderungen überdies eine *verhaltenstheoretisch bedingte Toleranzgrenze* überschreiten, dann wird Instabilität subjektiv empfunden. Diese Toleranzgrenzen sind als Individual- und als Gruppenphänomene nicht unveränderlich und damit auch beeinflussbar.

Ein solchermaßen umrissener Stabilitätsbegriff schließt — abgesehen von der nicht unproblematischen Bemessung des Toleranzintervalls — immerhin eine Reihe von Interpretationen aus, die sich in dem weiten „*semantischen Hof*“ eines nicht definierten Stabilitätsbegriffs tummeln²: Stabilität der Gesamtunternehmung, der Organisation, der Arbeitsplätze...; Stabilität als Vorstellung des Beständigen und Unveränderlichen, als Glaube an das Solide und Sichere, als Mutmaßung des Gleichgewichtigen und Ausgewogenen, als Element des Konservativen. Der Hinweis auf diesen weiten semantischen Hof des Stabilitätsbegriffes ist nicht entbehrlich, ist er es doch, der der Stabilität Eingang in die deklarierten und proklamierten Zielkonzeptionen der Unternehmen verschafft und zugleich die Frage der Maßgeblichkeit der Stabilität für konkretes Handeln in Unternehmen provoziert.

Damit ist die Frage nach den *tatsächlich angestrebten Zielen* von Unternehmen aufgeworfen. Wir wollen fragen: Welches Verhältnis hat der Stabilitätsgesichtspunkt zu empirisch belegbaren Zielen der Unternehmung? Ist er nur unter Konflikten in das Zielkonzept einzubeziehen oder wird er unter der gleichen positiven Motivation angestrebt wie die übrigen unternehmenspolitischen Ziele?

Die Diskussion dieser Frage soll aber noch ein wenig weiter ausholen: Ziele als Aussagen normativen Charakters, die einen von einem Entscheidungsträger gewünschten Zustand der Realität beschreiben, sind das Ergebnis eines „*Zielbildungsprozesses*“³ oder auch „*Zielsuchprozesses*“⁴. Wer prüfen will, ob Stabilität zu einem Element der Zielkonzeption eines Unternehmens werden kann, hat zweckmäßigerweise zunächst zu fragen, ob es überhaupt charakteristische „*Einstiege*“ in diesen Zielbildungsprozeß gibt, durch die ein bestimmtes Element zur Berücksichtigung gelangen kann.

² W. Kroeber-Riel, Wissenschaftstheoretische Sprachkritik in der Betriebswirtschaftslehre — Semantische und pragmatische Untersuchungen betriebswirtschaftlicher Sprachen, Berlin 1969, S. 58 f.

³ E. Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, Grundlagen betriebswirtschaftlicher Entscheidungen, Wiesbaden 1966, S. 200 ff. J. Bidlingmaier, Zur Zielbildung in Unternehmungsorganisationen, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 19 (1967), S. 246 ff. W. Kirsch, Die Unternehmungsziele in organisationstheoretischer Sicht, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 21 (1969), S. 674 ff.

⁴ E. Witte, Entscheidungsprozesse, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. von E. Grochla, Stuttgart 1969, Sp. 502.

Eine weitere Betrachtung ist anzuschließen: Mag auch der Zielbildungsprozeß zu einer „autorisierten“ Zielproklamation⁵ führen, über die Konsens besteht und die dem Anspruch der Operationalität gerecht wird, maßgeblich für die stabilisierungspolitische Diskussion sind die *tatsächlich verfolgten Ziele*. Konsequenterweise ist nach den Mechanismen zu fragen, die proklamierte von handlungsrelevanten Zielen scheiden oder sogar nicht proklamierte Ziele zu handlungsrelevanten werden lassen. Nur so läßt sich ein Urteil begründen, ob und inwieweit das Stabilitätsziel eine Chance hat, ein tatsächlich gelebtes Ziel zu sein.

2. Die formale Stellung der Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung — eine Möglichkeitsanalyse

2.1 Die wissenschaftliche Diskussion hat gezeigt, daß es zweckmäßig ist, betriebswirtschaftliche Analysen zu Zielsetzungen an einem *Zielmodell*⁶ zu orientieren, das wenigstens aus den folgenden Elementen besteht:

- (1) *Zielobjekt*: Das ist der Gegenstand oder Sachbereich, auf den sich das Streben des Entscheidungsträgers richtet.
- (2) *Zieleigenschaft*: Das ist das Attribut oder das Kriterium, unter dem das Zielobjekt beurteilt wird.
- (3) *Zielmaßstab*: Das ist die Meßvorschrift, durch die die Zieleigenschaft operationalisiert wird. Sie schließt eine Angabe über die zeitliche Reichweite des Ziels ein.
- (4) *Zielfunktion*: Sie nennt das angestrebte Ausmaß der Zieleigenschaft.

Die folgende Möglichkeitsanalyse unterstellt zunächst, daß Stabilität ein Element der Zielkonzeption⁷ einer Unternehmung *sein soll*. Ausgehend

⁵ W. Kirsch, Entscheidungsprozesse, Bd. III: Entscheidungen in Organisationen, Wiesbaden 1971, S. 132 f.

⁶ Zum Zielmodell siehe: E. Kosiol, Die Unternehmung als wirtschaftliches Aktionszentrum — Einführung in die Betriebswirtschaftslehre, Reinbek bei Hamburg 1966, S. 202. E. Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, S. 45, 59 ff., 82 ff., 115 ff. E. Johnsen, Studies in Multiobjective Decision Models, Lund 1968, S. 152. J. Hauschildt, Zur Artikulation von Unternehmenszielen, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 22 (1970), S. 545 - 559. K. Chmielewicz, Die Formalstruktur der Entscheidung, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 22 (1970), S. 239 - 268. W. Kirsch, Entscheidungsprozesse, Bd. II: Informationsverarbeitungstheorie des Entscheidungsverhaltens, Wiesbaden 1970, S. 126 ff. W. Hamel, Zur Zielvariation in Entscheidungsprozessen, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 25 (1973), S. 748 ff. J. Hauschildt, Zielhierarchien in innovativen Entscheidungsprozessen, in: Unternehmensplanung, hrsg. von H. Ulrich, Wiesbaden 1975, S. 103 ff. W. Hamel, Zieländerungen in Entscheidungsprozessen, Tübingen 1974.

von dieser Forderung ist zu fragen, *wie* ein solches Element in die Zielkonzeption einzubeziehen wäre.

2.2 *Stabilität ist eine Zieleigenschaft*, die sich auf unterschiedliche Zielobjekte richten kann. In makroökonomischen Diskussionen ist ihr Zielobjekt die nationale, die übernationale oder eine noch weiter definierte Wirtschaftseinheit. Aus betriebswirtschaftlicher Sicht ist das Zielobjekt zunächst die Gesamtunternehmung. Zielsetzungen eines solchen Objektbezuges nennen wir „*Unternehmensziele*“.

Die eingangs vollzogene Trennung der Absatz-Preisstabilität von der Beschaffungs-Preisstabilität liefert die Begründung, auch noch engere Zielobjekte in die Analyse einzubeziehen. Eine Unternehmung läßt sich als ein Geflecht vieler, in der unterschiedlichsten Weise miteinander verknüpfter Entscheidungsprozesse begreifen. Jeder dieser Entscheidungsprozesse ist durch ein spezielles Objekt — den Gegenstand der Entscheidung — von anderen abgegrenzt. Sofern sich die Zielsetzung speziell auf das Objekt dieser Entscheidung richtet, sprechen wir von „*Entscheidungszielen*“. Wenn Stabilität z. B. als Zieleigenschaft in einer Beschaffungsentscheidung, in einem speziellen Investitionsprogramm, in einer Tarifrunde, in einem einzelnen Verkaufsabschluß, in einem Finanzierungsakt postuliert wird, hat sie den Rang eines Entscheidungsziels.

Die *Operationalisierung* des Stabilitätsziels kann sich der eingangs verwendeten Meßtechnik bedienen.

Die *Zielfunktion* richtet sich beim Stabilitätsziel auf die Bestimmung des Toleranzintervalls. In der hier analysierten asymmetrischen Version heißt das konkret: Der Entscheidungsträger hat festzulegen, welches Ausmaß an Preissteigerung er im Beschaffungssektor hinnehmen bzw. welches Ausmaß er im Absatzsektor ausschließen will.

2.3 Wenn in einer Unternehmung *mehr als ein Ziel* (genauer: mehr als eine Zieleigenschaft) angestrebt wird, bedarf es eines Konzeptes, um diese „mehrfache“ oder „multiple“ Zielsetzung zu ordnen⁸. Wir unter-

⁷ Zum Begriff der Zielkonzeption siehe: C. Sandig, Die Führung des Betriebes — Betriebswirtschaftspolitik, Stuttgart 1953, S. 22. E. Witte unter Mitwirkung von J. Hauschildt, Die öffentliche Unternehmung im Interessenkonflikt — Betriebswirtschaftliche Studie zu einer Zielkonzeption der öffentlichen Unternehmung, Berlin 1966, S. 81.

⁸ Zum Problem der „mehrfachen“ Zielsetzung siehe: C. M. White, Multiple Goals in the Theory of the Firm, in: Linear Programming and the Theory of the Firm, hrsg. von K. E. Boulding/W. A. Spivey, New York 1960, S. 181 ff. W. Dinkelbach, Unternehmerische Entscheidungen bei mehrfacher Zielsetzung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 32 (1962), S. 739 - 747. E. Johnsen, Studies in Multiobjective Decision Models, S. 75 ff. W. Dinkelbach, Sensitivitätsanalysen und parametrische Programmierung, Berlin/Heidelberg/New York 1969, S. 150 ff. W. Dinkelbach, Zur Frage unternehmerischer Zielsetzun-

stellen in dieser Möglichkeitsanalyse, daß Stabilität eines unter mehreren Zielen sei. Nach den Ausführungen Szyperskis wollen wir annehmen, daß sich das Stabilitätsziel partiell konfliktär zu anderen Zielen des handelnden Systems verhält. Für diesen Konfliktfall wird eine *Ordnungsregel* benötigt, die angibt, welches der konkurrierenden Ziele Priorität genießen soll.

Formal hätte das Stabilitätsziel den Rang einer *Nebenbedingung*, die nur der Tatsache nach erfüllt sein muß, ohne darüber hinaus die Erfüllung anderer, insbesondere zu optimierender Zielvariablen zu beeinträchtigen. Mit dieser formalen Fassung ist indessen das Problem nur verschoben, gilt es doch festzulegen, ob die Stabilitätsbedingung eine strenge oder eine nachgiebige ist. Der Ansatz zu einer Formalisierung läßt zumindest zwei Probleme offen:

- (1) Aufgrund der Schwierigkeiten der Meßtechnik und der intersubjektiv vagen Vorstellungen über die Angemessenheit der Stabilitätsziffer ist es sinnvoll, die stabilitätskonformen Restriktionen nicht scharf, sondern vielmehr unscharf zu begrenzen. Für eine derartige Formulierung kämen die in der modernen mathematischen Zieltheorie verwendeten unscharfen Mengen, die sogenannten „fuzzy sets“, in Frage⁹.
- (2) Falls das Toleranzintervall durch die zur Verfügung stehenden Alternativen nicht oder nur zu Lasten anderer Zielvariablen eingehalten werden kann, muß angegeben werden, in welcher Weise eine Verletzung gestattet ist, d. h. es müssen entweder Anpassungsregeln oder ein zu optimierendes Distanzmaß vorgegeben oder interaktiv ermittelt werden¹⁰.

Die Behandlung dieser Fragen in Algorithmen soll hier nicht weiter vertieft werden. Vielmehr sind konkret einige Fragen zur Einbeziehung

gen bei Entscheidungen unter Risiko, in: Zur Theorie des Absatzes, Festschrift zum 75. Geburtstag von Prof. Dr. Erich Gutenberg, hrsg. von H. Koch, Wiesbaden 1973, S. 37 - 59, S. 39 ff. *J. L. Cochrane/M. Zeleny*, Multiple Criteria Decision Making, South Carolina 1973, sowie die dort angegebene Literatur.

⁹ Vgl. die zahlreichen Beiträge bei: *J. L. Cochrane/M. Zeleny* sowie den zusammenfassenden Artikel von *B. Roy*, Problems and Methods with Multiple Objective Functions, in: *Mathematical Programming* (1971), S. 239 - 266. Zu den „fuzzy sets“ vgl. z. B. *R. E. Bellman/L. A. Zadeh*, Decision Making in a Fuzzy Environment, in: *Management Science, Applications*, 17 (1970), S. B 147 ff.

¹⁰ *R. Benayoun/J. Tergny/D. Keuneman*, Mathematical Programming with Multi-Objective Functions: A Solution by P. O. P. (Progressive Orientation Procedure), in: *Metra*, 9 (1970), S. 279 - 299. *R. Benayoun/J. Montgolfier/J. Tergny/O. Laritchev*, Linear Programming with Multiple Objective Functions: Step Method (STEM), in: *Mathematical Programming*, 1 (1971), S. 366 - 375. *G. Fandel*, Optimale Entscheidung bei mehrfacher Zielsetzung, Berlin 1972.

der Stabilität in ein mikroökonomisches Zielkonzept zu stellen: Ist es *überhaupt* erlaubt, bei Verfolgung anderer, „originärer“ Zielsetzungen die Stabilitätsbedingung zu verletzen? Oder: Ist vielleicht eine *punktuell*e, *kurzfristige* oder *geringfügige* „Überziehung“ der festgelegten Toleranzgrenze gestattet? Oder: Lassen sich *Situationen*, Grenzlagen definieren, in denen die Strenge der Stabilitätsbedingung aufzuheben ist? Von einer sachdienlichen Stabilitätskonzeption der Unternehmung ist zu verlangen, daß sie auf diese Fragen eine Antwort bereithält. Die bisherigen Leistungen der Wirtschaftswissenschaft berechtigen zur Aussage, daß der Einbeziehung der Stabilität in die Zielkonzeption der Unternehmung „technisch“ nichts im Wege steht.

3. Einbringung des Stabilitätsgesichtspunktes in den Zielbildungsprozeß

3.1 Die verhaltensorientierte Zielforschung¹¹ ist sich einig darin, daß Ziele zu *Beginn von Entscheidungsprozessen nicht so präzisiert* sind, daß

¹¹ Zum Stand der Diskussion über den Zielbildungsprozeß siehe vor allem: F. Hoppe, Erfolg und Mißerfolg, in: Psychologische Forschung, 14 (1930), S. 1 - 62. M. Hertzman/L. Festinger, Shifts in Explicit Goals in a Level of Aspiration Experiment, in: Journal of Experimental Psychology, 27 (1940), S. 439 - 452. K. Lewin/R. Dembo/L. Festinger/P. S. Sears, Level of Aspiration, in: Personality and the Behavior Disorders, hrsg. von J. M. Hunt, New York 1944, S. 333 - 378. J. D. Thompson/W. J. McEwen, Organizational Goals and Environment: Goal-Setting as an Interaction Process, in: American Sociological Review (1958), S. 23 - 31. D. L. Sills, The Succession of Goals, in: A Sociological Reader on Complex Organizations, hrsg. von A. Etzioni, London/New York/Sydney/Toronto 1970, S. 176 ff. (Erstveröffentlichung 1958). R. M. Cyert/J. G. March, A Behavioral Theory of Organizational Objectives, in: Modern Organization Theory, hrsg. von M. Haire, New York/London 1959, S. 79 ff. C. E. Lindblom, The Science of „Muddling Through“, in: Readings in Managerial Psychology, hrsg. von H. J. Leavitt/L. R. Pondy, Chicago 1964, S. 64 ff. (Erstveröffentlichung 1959). K. Hess, „Befriedigender“ Gewinn und betriebswirtschaftliche Preistheorie, Diss. Köln 1961. H. Sauermann/R. Selten, Anspruchsanpassungstheorie der Unternehmung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, 118 (1962), S. 577 - 597. E. Heinen, Die Zielfunktion der Unternehmung, in: Festschrift für Erich Gutenberg, hrsg. von H. Koch, Wiesbaden 1962, S. 66 f. J. G. March, The Business Firm as a Political Coalition, in: Journal of Politics, 24 (1962), S. 662 - 678. R. M. Cyert/J. G. March, A Behavioral Theory of the Firm, Englewood Cliffs 1963, S. 29 ff. P. M. Blau, The Dynamics of Bureaucracy — A Study of Interpersonal Relations in two Government Agencies, Rev. Edition Chicago 1963, S. 237 ff., 241 ff. R. M. Cyert/J. G. March, The Behavioral Theory of the Firm: A Behavioral Science-Economics Amalgam, in: New Perspectives in Organization Research, hrsg. von W. W. Cooper/H. J. Leavitt/ M. W. Shelly II, New York/London/Sydney 1964, S. 289 - 304. S. Siegel, Level of Aspiration and Decision Making, in: Decision and Choice, hrsg. von S. Messick/A. Brayfield, New York/San Francisco/London/Toronto 1964, S. 111 - 126. H. Strasser, Zielbildung und Steuerung der Unternehmung, Wiesbaden 1966, S. 24 ff. U. Schmidt-Sudhoff, Unternehmerrziele und unternehmerisches Zielsystem, Wiesbaden 1967, S. 66 ff. J. Bidlingmaier, Zur Zielbildung in Unternehmungsorganisationen, S. 249 ff. W. K. Warner/A. E. Havens, Goal Displacement and the Intangibility of Organizational Goals, in: Administrative Science Quarterly, 12 (1967), S. 539 - 555. J. Bidlingmaier, Zielkonflikte und Zielkompromisse im unternehmerischen Entscheidungsprozeß, Wiesbaden 1968, S. 19 f. E. Johnsen, Studies in

sie bereits zur Entschlußfindung herangezogen werden können. Diese Zielunklarheit findet sich vorzugsweise in innovativen, komplexen Entscheidungsprozessen von hoher unternehmenspolitischer Relevanz. Umgekehrt spricht viel für die Hypothese, daß die Zielsetzung von stärker routinehaften Entscheidungsprozessen bereits zu Beginn des Entscheidungsverlaufes fixiert ist — das heißt nun aber auch wiederum nicht, daß eine solche Zielklarheit identisch sein muß mit Zielformulierungen, die dem im Sinne der Wissenschaft „rational“ handelnden Unternehmer zugeschrieben oder die von noch so hoch stehenden Unternehmensinstanzen feierlich proklamiert werden. Vielmehr ist zu vermuten, daß solche Ziele verfolgt werden, für deren Erfüllung das geltende betriebliche Sanktionssystem Belohnungen verteilt, bzw. bei dessen Nicht-Erfüllung Strafen verhängt werden. Dieser Effekt wird vermutlich bei Routine-Entscheidungen häufig auftreten, da für sie die Kontroll- und Sanktionssysteme weiter ausgebaut sind.

Stabilitätsprobleme stellen sich sowohl im täglichen Vollzug von Routine-Entscheidungen als auch bei Bewältigung exzeptioneller Innovationen. Wenn wir zunächst den Ablauf von Zielbildungsprozessen betrachten, dann vornehmlich in der Absicht, die Stabilitätsproblematik in innovativen Entscheidungen zu untersuchen. Das Pendant ist später die Analyse betrieblicher Sanktionsmechanismen, die zeigen soll, wie der Stabilitätsgesichtspunkt in stärker routinehaften Handlungsprozessen gewahrt werden kann.

Multiobjective Decision Models. W. Kirsch, Die Unternehmungsziele in organisationstheoretischer Sicht, S. 669 ff. E. Witte, Entscheidungsprozesse, Sp. 502. H. Theiss, Zur Bildung und Variation des Zielausmaßes der Unternehmung, Diss. München 1969. E. Witte, Organisatorische Barrieren im Entscheidungsprozeß zu Infrastrukturobjekten, in: Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, Verhandlungen auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik, Innsbruck 1970, Berlin 1971, S. 385 ff. G. Zepf, Der Prozeß der Zielbildung in Unternehmungen aus verhaltenstheoretischer Sicht, in: Zeitschrift für Organisation, 39 (1970), S. 72 ff. D. J. G. Schneider, Kritische Anmerkungen zu den Anspruchsanpassungstheorien, in: Zeitschrift für Organisation, 40 (1971), S. 351 - 358. E. Frese, Heuristische Entscheidungsstrategien der Unternehmungsführung, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 23 (1971), S. 283 - 307, S. 291 ff. E. E. Carter, The Behavioral Theory of Top-Level Corporate Decisions, in: Administrative Science Quarterly, 16 (1971), S. 423. N. Szyperski, Das Setzen von Zielen — Primäre Aufgabe der Unternehmungsleitung, in: Zeitschrift für Betriebswirtschaft, 41 (1971), S. 645 ff. W. Kirsch, Entscheidungsprozesse, Bd. III, 1971, S. 136 ff. R. H. Hall, Organizations — Structure and Process, Englewood Cliffs, N. J. 1972, S. 87 ff. E. Kappler, Systementwicklung, Wiesbaden 1972, S. 122 ff. St. J. Carroll/H. L. Tosi, Management by Objectives: Applications and Research, New York 1973. R. Bronner, Entscheidung unter Zeitdruck — eine Experimentaluntersuchung zur empirischen Theorie der Unternehmung, Tübingen 1973, S. 36 f. W. Hamel, Zur Zielvariation in Entscheidungsprozessen, S. 739 ff. W. Hamel, Zieländerungen in Entscheidungsprozessen. O. Grün, Prozesse der Zielbildung, in: Handwörterbuch der Betriebswirtschaft, 4. Aufl., hrsg. von E. Grochla und W. Wittmann (zur Zeit in Druck).

3.2 *Zielbildungsprozesse sind Meta-Entscheidungsprozesse.* Ihre Aufgabe ist es, für einzelne oder für Gruppen gleichartiger Entscheidungen die Ziele inhaltlich, zeitlich und meßtechnisch zuzuschneiden, auftretende Konflikte zwischen divergenten Teilzielen auszutragen und die beschlossenen Ziele auf Instanzen zuzuordnen. Als Entscheidungsprozesse haben Zielbildungsprozesse wenigstens folgende Eigenschaften:

- (1) Sie bestehen aus mehreren und unterschiedlichen *Aktivitäten*, wenigstens aus Informations- und Bewertungsaktivitäten, zumeist auch aus Dekompositionsaktivitäten. Sie stellen damit ein Reihenfolge- und ein Koordinationsproblem.
- (2) Sie sind *zeitaufwendig* und stellen ein Ablaufproblem.
- (3) Sie erfordern in den meisten Fällen Mitwirkung mehrerer *Personen* mit unterschiedlicher individueller, zusätzlich oft gruppengeprägter Eingangsmotivation. Zielbildungsprozesse sind Verhandlungsprozesse. Sie stellen ein Konfliktproblem.
- (4) Sie binden *Kapazität* und stellen damit ein Allokationsproblem.
- (5) Zeitverbrauch, Aktivitätenfülle, Personenvielfalt, Ressourcenzuteilung und Konfliktgehalt erfordern *Lenkungsinstanzen* und *Prozedurregelungen*. Zielbildungsprozesse stellen damit ein Organisationsproblem.
- (6) Der Zielbildungsprozeß muß spätestens dann abgeschlossen sein, wenn die konkrete Sachentscheidung gefällt werden soll. Damit erhebt sich oft das Problem des *Zeitdrucks* und ein Fertigstellungsproblem.

Diese Kennzeichnung macht deutlich, daß die Zielbildung für eine Fülle von Einflüssen offen ist. Die Vorstellung, es gäbe eine für alle betrieblichen Entscheidungen in allen Situationen gleichartige, gleichbleibende und gleich verstandene Zielsetzung, ist empirisch nicht haltbar¹². Für die Berücksichtigung der Stabilität in Zielkonzeptionen bedeutet das: Die Möglichkeit, den Stabilitätsgesichtspunkt in die Zielbildung einzubringen, kann nicht ausgeschlossen werden. Wenn es gelingt, die Stabilität einmal in einer Zielkonzeption zu verankern, ist indessen auch nicht ausgeschlossen, daß sie wieder herausgedrängt wird.

3.3 *Welchen Einflüssen unterliegen Zielbildungsprozesse?* Da die Zielbildung ein argumentativer, informationsverarbeitender Prozeß ist, erfolgt die Einwirkung auf sie vornehmlich über *Informationsaktivitäten*. Die Befunde Hamels¹³ deuten darauf hin, daß die Entscheidungsträger tatsächlich ihre Zielsetzungen unter dem Einfluß von Informationen über

¹² E. Witte, Organisatorische Barrieren im Entscheidungsprozeß zu Infrastrukturobjekten, S. 385 ff.

¹³ W. Hamel, Zur Zielvariation in Entscheidungsprozessen, S. 753 ff.

die Alternativen variieren; sei es, daß sie unter dem Eindruck des „Machbaren“ zusätzliche Zieleigenschaften fordern und/oder ihre Ansprüche erhöhen, sei es, daß sie sie in Erkenntnis des Unmöglichen auf das Wünschenswerte reduzieren.

Hinter dieser Informationsaktivität ist der Einfluß von *Bezugsgruppen der System-Umwelt* sowie von *Interaktionspartnern der System-Inwelt* wirksam. Letztlich ist dieser Einfluß wohl nur macht- oder konflikt-theoretisch zu erklären. Lawrence und Lorsch kennzeichnen diese Einflußnahme in einer „contingency theory of organization“¹⁴, in der die Zielbildung des Gesamtsystems, aber auch die von Sub-Systemen¹⁵ durch individuelle und gruppengeprägte Primär-Motivationen der am Zielbildungsprozeß mitwirkenden Personen maßgeblich überformt sind. Die Befunde Dents¹⁶ lassen den Schluß zu, daß die Zielsetzungen funktional bedeutsamer und gut organisierter Gruppen auf die Unternehmungsziele durchschlagen — zumindest auf diejenigen, die gegenüber dem wissenschaftlichen Erheber deklariert wurden. Die Untersuchungen Perrows¹⁷ bestätigen dieses Bild auch für operative, nicht nur für offiziell deklarierte Ziele und bestärken uns, diese Art der Zielprägung macht-theoretisch zu erklären. Die Erhebungen Englands¹⁸ zeigen den Einfluß individueller Eigenschaften auf Zielinhalte und Zielgewichtung. Die von Thompson und McEwen¹⁹ geäußerte Hypothese, das Ergebnis von Entscheidungsprozessen werde um so stärker beeinflusst, je früher und je nachhaltiger eine bestimmte Person in den Ablauf eingeschaltet ist, wird durch empirische Befunde von Grün²⁰ gestützt²¹.

¹⁴ P. R. Lawrence/J. W. Lorsch, *Organization and Environment — Managing Differentiation and Integration*, Homewood Ill. 1969, S. 209 ff.

¹⁵ P. R. Lawrence/ J. W. Lorsch, *Differentiation and Integration in Complex Organizations*, in: *Administrative Science Quarterly*, 12 (1967/68), S. 8.

¹⁶ J. K. Dent, *Organizational Correlates of the Goals of Business Managements*, in: *Organizations II*, hrsg. von J. Litterer, 2. Aufl., New York/London/Sydney/Toronto 1969, S. 153 (Erstveröffentlichung 1959).

¹⁷ C. Perrow, *The Analysis of Goals in Complex Organizations*, in: *American Sociological Review*, 26 (1961), S. 855.

¹⁸ G. W. England, *Managerial Value Systems: A Research Approach*, in: *Emerging Concepts in Management — Process, Behavioral, Quantitative, and Systems*, hrsg. von M. S. Wortman/F. Luthans, Jr., London 1969, S. 50 - 66 (Erstveröffentlichung 1966). G. W. England, *Organizational Goals and Expected Behavior of American Managers*, in: *Academy of Management Journal*, 10 (1967), S. 112 ff.

¹⁹ J. D. Thompson/W. J. McEwen, *Organizational Goals and Environment*, S. 25 ff.

²⁰ O. Grün, *Das Lernverhalten in Entscheidungsprozessen der Unternehmung*, Tübingen 1973, S. 141 f., 202 f.

²¹ Zum Zusammenhang zwischen Einschaltung, Prozeßdauer und Prozeßaufwand vgl.: H. Klein, *Die Konsultation externer Berater*, in: H. Klein/J. Knorpp, *Entscheidung unter Außeneinfluß*, Tübingen 1974, S. 92 ff. Zum Zusammenhang zwischen Einschaltung und Beeinflussungserfolg vgl.: J. Knorpp, *Einflüsse in verbundenen Unternehmen*, ebenda, S. 176.

Diese Erkenntnisse geben einige Hinweise, über welchen Transfer der Stabilitätsgesichtspunkt in den Zielbildungsprozeß eingebracht werden kann: Er muß einen funktional bedeutsamen, individuell motivierten, einen Gruppeneinfluß kanalisierenden Repräsentanten finden, der früh und nachhaltig im Zielbildungsprozeß tätig wird. Informationen über Alternativen und Situationen sollten zumindest den Stabilitätsaspekt reflektieren. Sie unterstützen die Durchsetzung des Stabilitätsgesichtspunktes, wenn sie Stabilitätskonformität bestimmter Verhaltensweisen zeigen oder umgekehrt: den Verstoß gegen die Preisstabilität signalisieren und bewußt machen.

3.4 Daß die Zielbildung durch Herstellung von *Zweck-/Mittel-Verknüpfungen* erfolgt, ist ein Gedanke mit ehrwürdiger wirtschaftswissenschaftlicher Tradition²². Aber auch die Einseitigkeit dieses Gedankens hat Tradition: daß die konkreten Handlungsziele aus „obersten“ oder „letzten“ Zielen im Vorgang des „working forwards“ abgeleitet werden²³. Die *Zielhierarchie* wird danach „von oben“ dekretiert. Dieser Zielhierarchie als dem System der mehrstufigen und verzweigten *Zweck-/Mittel-Verknüpfungen* entspricht die *Organisationshierarchie* in Rängen und Abteilungen²⁴. Zielhierarchie und Organisationshierarchie sind durch die Kompetenzregeln verknüpft, die den Inhabern bestimmter Stellen in der Organisationshierarchie die Verantwortung für die Erfüllung bestimmter Ziele zuweisen²⁵. Inhaber hoher Ränge vertreten danach allgemeinere, weniger konkrete Ziele, umgekehrt sind den Stelleninhabern geringerer Prominenz detailliertere, konkretere, operationale Ziele zugeordnet²⁶. Ziele dieser niedrigeren Rangstufe haben ohne Zweifel hohe Bedeutung für den täglichen Handlungsvollzug. Ziele höheren Ranges haben eher den Charakter von allgemeinen Richtungs-

²² G. Myrdal, Das Zweck-Mittel-Denken in der Nationalökonomie, in: Zeitschrift für Nationalökonomie, 4 (1933), S. 305 - 329.

²³ J. G. March/H. A. Simon, Organizations, New York/London/Sydney 1958, S. 191. Ch. H. Granger, The Hierarchy of Objectives, in: Harvard Business Review, 42 (1964), S. 66. E. Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, S. 104. H. Strasser, Zielbildung und Steuerung der Unternehmung, S. 13 f. H. Ulrich, Die Unternehmung als produktives soziales System, Bern 1968, S. 221 f. N. Luhman, Zweckbegriff und Systemrationalität — über die Funktion von Zwecken in sozialen Systemen, Tübingen 1958, S. 13 ff.

²⁴ Siehe insbes. J. G. March/H. A. Simon, Organizations, S. 31. H. Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, S. 215. J. Bidlingmaier, Zielkonflikte und Zielkompromisse im unternehmerischen Entscheidungsprozeß, S. 38. J. Berthel, Zielorientierte Unternehmungssteuerung — die Formulierung operativer Zielsysteme, Stuttgart 1973, S. 80 f.

²⁵ J. Hauschildt, Verantwortung, in: Handwörterbuch der Organisation, hrsg. von E. Grochla, Stuttgart 1969, Sp. 1693 - 1702 (1698). R. Mayntz, Thesen zur Steuerungsfunktion von Zielstrukturen, in: Planungsorganisation, Die Diskussion um die Reform von Regierung und Verwaltung des Bundes, hrsg. von R. Mayntz/F. Scharpf, München 1973, S. 91 ff.

weisern. Wenn der bürokratische Gedanke der „Delegation von oben“ akzeptiert wird, wenn also dem Vorgesetzten das Recht eingeräumt (und die Pflicht auferlegt) wird, aus Zielen höherer Ordnung die Ziele „seiner“ Untergebenen abzuleiten, dann sind die hierarchisch hochrangigen, vielleicht aber wenig handlungsbezogenen Ziele auch konsistent mit den hierarchisch niedrigeren, aber stark handlungsbezogenen Zielen verknüpft.

Nun zeigen aber modelltheoretische Studien über heuristisches Problemlösungsverhalten, daß die Idee des „working forwards“ bzw. der „Delegation von oben“ einseitig, zumindest nicht generell sinnvoll ist²⁷. Meine eigenen Untersuchungen²⁸ stützen diese These auch empirisch und geben vielfache Hinweise, daß die Zielbildungsprozesse in einem iterativ verknüpften „working forwards“ und „working backwards“, also in einem Auf und Ab in der Zweck-/Mittel-Pyramide verlaufen. Unsere Befunde bestätigen die These Lindbloms, daß das „working backwards“ insbesondere dann auftritt, wenn die untergeordneten Teilziele konfliktär sind²⁹. Konkret: Bei Auftreten divergenter Teilziele wird nach einer übergeordneten, möglicherweise diffusen und vagen, auf jeden Fall konsens-versprechenden Zieleigenschaft gesucht. Die Konsequenz ist für einen normativen, an ein eng verstandenes Rationalitätsaxiom fixierten Wissenschaftler sicherlich bedenklich, denn der Konflikt der Teilziele wird nicht ausgetragen, sondern nur verbal übertüncht. Es ist nicht auszuschließen, daß alle Mitspieler weiterhin beharrlich „ihre“ Teilziele verfolgen, möglicherweise zum Schaden des Gesamtsystems.

Die Stabilität ist kein konkretes, problemgerecht operationalisiertes Ziel. Stabilität ist vielmehr ein Top-Management-Ziel. Ihr weiter semantischer Hof, ihre problematische Operationalisierung prädestinieren sie als konfliktüberspielende Leerformel. Die Berufung auf Stabilität gibt Konsensgarantie. Wir erwarten, daß der Proklamation der Stabilität als hochrangiges unternehmenspolitisches Ziel wenig entgegensteht. Ob der Stabilität damit auch eine konkrete handlungsbezogene Relevanz zukommt, ist damit indessen nicht garantiert und wird weiter zu unter-

²⁶ S. A. Allen III, *Corporate-Divisional Relationships in Highly Diversified Firms*, in: *Studies in Organization Design*, hrsg. von J. W. Lorsch und P. A. Lawrence, Homewood Ill. 1970, S. 23.

²⁷ A. Newell/A. C. Shaw/H. A. Simon, *Empirical Explorations with the Logic Theory Machine: A Case Study in Heuristic*, in: *Computers and Thought*, Collection of Articles, hrsg. von E. A. Feigenbaum und J. Feldman, New York/San Francisco u. a. 1963, S. 117 f. (Erstveröffentlichung 1957). H.-K. Klein, *Heuristische Entscheidungsmodelle — neue Techniken des Programmierens und des Entscheidens für das Management*, Wiesbaden 1971, S. 115 ff. E. Frese, *Heuristische Entscheidungsstrategien der Unternehmensführung*, S. 291.

²⁸ J. Hauschildt, *Zielhierarchien in innovativen Entscheidungsprozessen*.

²⁹ C. E. Lindblom, *The Science of „Muddling Through“*, S. 62, 66.

suchen sein. Ist Stabilität vielleicht letztlich nur eine elegante Worthülse im Zielkonzept der Unternehmung?

4. Im Lichte empirischer Befunde: der Stabilitätsgesichtspunkt in Unternehmungszielen und Entscheidungszielen

4.1 Wenn soeben festzustellen war, daß die Ziele der Unternehmen keinesfalls feststehende Größen sind, dann erscheint es zunächst unverständlich, wenn jetzt gefragt wird, ob sich bestimmte Ziele in empirischen Untersuchungen als weitgehend invariant bestätigen. Dieser Widerspruch löst sich indessen auf, wenn wir uns bewußt machen, daß die im folgenden dargelegten Zielsetzungen nicht für sich beanspruchen, „die“ Ziele „der“ Unternehmung vollständig und überschneidungsfrei wiederzugeben, einander invariant zugeordnet und stets auf die gleiche Zielfunktion — sei es das Optimum oder ein Anspruchsniveau — gerichtet zu sein.

Die im folgenden zitierten empirischen Untersuchungen sind nur mit vielen Vorbehalten vergleichbar, sind sie doch mit unterschiedlichen Methoden, zu unterschiedlichen Zeitpunkten, in der wirtschafts-historisch wohl als „wachstumsfixiert“ zu kennzeichnenden Zeit der sechziger Jahre, an unterschiedlichen Orten und vornehmlich in Industriebetrieben gewonnen worden. Die folgende Verdichtung erforderte einige Rigorosität. Immerhin ist deutlich zu erkennen, daß für das Zielobjekt Gesamtunternehmung wenigstens die folgenden Kern-Zieleigenschaften angestrebt werden. Unsere Reihenfolge ist durch die Häufigkeit der Nennungen in den empirischen Befunden bestimmt:

1. *Gewinn*³⁰: Dabei bleibt weitgehend offen, wie dieser Gewinn definiert ist. Man kann sicherlich Johnsen folgen, wenn er diesen Gewinn folgendermaßen charakterisiert: „Although many of the firms measure their

³⁰ C. G. Browne, Study of Executive Leadership in Business, III. Goal and Achievement Index, in: Journal of Applied Psychology, 34 (1950), S. 83. E. Lorenz, Die Bindung des Unternehmers an sein Produktionsprogramm — eine empirische Untersuchung in pfälzischen Unternehmen, Diss. Mannheim 1965, S. 65 ff. J. K. Dent, Organizational Correlates of the Goals of Business Managements, S. 148. A. P. Raia, Goal-Setting and Self-Control, in: The Journal of Management Studies (1965), S. 51 ff. E. Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, S. 39 ff. G. W. England, Managerial Value Systems: A Research Approach, S. 59. E. Johnsen, Studies in Multiobjective Decision Models, S. 56, 138 ff. B. Czeranowsky/H. Strutz, Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Unternehmensziele, in: Schriften zur Unternehmensführung, Bd. 11, Wiesbaden 1970, S. 122 ff. K. Marquardt, Einige Zusammenhänge zwischen Unternehmensziel und Organisationsform (aufgezeigt am Beispiel der ARAL AG), in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, Sonderheft I (1972), S. 12. H.-J. Drumm, Theorie und Praxis der Lenkung durch Preise, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 24 (1972), S. 260. W. J. Bilkey, Empirical Evidence Regarding Business Goals, in: Multiple Criteria Decision Making, hrsg. von J. L. Cochrane/M. Zeleny, South Carolina 1973, S. 623 f.

performance in terms of money, stating that their goals are based on profit making, profit maximization in a theoretical economic sense apparently constitutes an objective in none of them³¹.“

2. *Größe, Wachstum*³²: Diese Zielgröße wird zumeist anhand des Umsatzes und seiner Veränderung gemessen. Die Relativierung erfolgt mit Blick auf unmittelbar konkurrierende Branchengruppen.

3. *Leistungsprofil, Leistungsprogramm*³³: Damit ist die eigenständige Bindung der Unternehmung an bestimmte Produkte oder Produktgruppen gemeint, die durch technische und andere qualitative Merkmale bestimmt sind.

4. *Konsonanz mit Bezugsgruppen der System-Umwelt und Interaktionspartnern der System-Inwelt*³⁴: Durch diese abstrakte Formulierung sollen alle Ziele zusammengefaßt werden, die sich darauf richten, das Unternehmen möglichst konfliktfrei mit seinen Bezugsgruppen und Interaktionspartnern (Kunden, Lieferanten, Banken, Aktionäre, Staat, Gemeinden, Tarifpartner, Öffentlichkeit, Belegschaft) zu verknüpfen und

³¹ E. Johnsen, *Studies in Multiobjective Decision Models*, S. 59.

³² C. G. Browne, *Study of Executive Leadership in Business*, III. Goal and Achievement Index, S. 83. J. K. Dent, *Organizational Correlates of the Goals of Business Managements*, S. 148. A. P. Raia, *Goal-Setting and Self-Control*, S. 51 ff. E. Heinen, *Das Zielsystem der Unternehmung*, S. 39 ff. G. W. England, *Managerial Value Systems: A Research Approach*, S. 59. E. Johnsen, *Studies in Multiobjective Decision Models*, S. 56. B. Czeranowsky/H. Strutz, *Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Unternehmensziele*, S. 122 f. K. Marquardt, *Einige Zusammenhänge zwischen Unternehmensziel und Organisationsform*, S. 12. K. Brockhoff, *Die Realisierung eines Zielsystems — dargestellt anhand eines Falles*, in: *Zeitschrift für Organisation*, 42 (1973), S. 319 - 324. W. J. Bilkey, *Empirical Evidence Regarding Business Goals*, S. 624.

³³ C. G. Browne, *Study of Executive Leadership in Business*, III. Goal and Achievement Index, S. 83. J. K. Dent, *Organizational Correlates of the Goals of Business Managements*, S. 148. J. Hauschildt, *Die Absatzpolitik der Energieversorgungsunternehmen im Spannungsfeld von Gewinnstreben und öffentlichen Leistungsansprüchen*, Tübingen 1964, S. 21 ff. E. Lorenz, *Die Bindung des Unternehmers an sein Produktionsprogramm — eine empirische Untersuchung in pfälzischen Unternehmen*, S. 80 ff. A. P. Raia, *Goal-Setting and Self-Control*, S. 51 ff. E. Johnsen, *Studies in Multiobjective Decision Models*, S. 56. K. Marquardt, *Einige Zusammenhänge zwischen Unternehmensziel und Organisationsform*, S. 15. H.-J. Drumm, *Theorie und Praxis der Lenkung durch Preise*, S. 260. K. Brockhoff, *Die Realisierung eines Zielsystems — dargestellt anhand eines Falles*, S. 321.

³⁴ C. G. Browne, *Study of Executive Leadership in Business*, III. Goal and Achievement Index, S. 83. J. K. Dent, *Organizational Correlates of the Goals of Business Managements*, S. 148. A. P. Raia, *Goal-Setting and Self-Control*, S. 51 ff. G. W. England, *Managerial Value Systems: A Research Approach*, S. 59. E. Johnsen, *Studies in Multiobjective Decision Models*, S. 56. B. Czeranowsky/H. Strutz, *Ergebnisse einer empirischen Untersuchung über Unternehmensziele*, S. 122 f. K. Brockhoff, *Die Realisierung eines Zielsystems — dargestellt anhand eines Falles*, S. 321. W. J. Bilkey, *Empirical Evidence Regarding Business Goals*, S. 624.

so die stetige Bereitstellung der benötigten Ressourcen, den störungsfreien Ablauf der Produktion und den reibungslosen Absatzprozeß sicherzustellen.

4.2 Nach der theoretischen Idee der Zweck-/Mittel-Verknüpfung sind die Ziele einzelner Entscheidungsprozesse oder Ziele einzelner Abteilungen aus der obersten, der Unternehmungszielsetzung, abgeleitet. Da es Gründe für die Annahme gibt, daß die Verknüpfung derartiger Entscheidungsziele mit Unternehmungszielen weit weniger stringent ist, als die Theorie annimmt, seien noch zwei Entscheidungsziele näher analysiert, zu denen empirische Untersuchungen vorliegen: Absatzziele und Investitionsziele. Zur vollständigen Beurteilung wären überdies wenigstens noch Beschaffungsziele und Finanzierungsziele zu betrachten, zu ihnen fehlen indessen bislang noch mehrfach bewährte betriebswirtschaftliche Untersuchungen.

4.2.1 Die folgenden Ergebnisse zu den *Absatzzielen* zeigen noch eine weitgehende Übereinstimmung mit den Unternehmungszielen, wenngleich die Reihenfolge ihrer Nennungen bereits eine Akzentverschiebung signalisiert:

1. *Marktanteilswahrung und -ausweitung*³⁵: Dieses Ziel wird durch die Relation des Unternehmensumsatzes zum Branchenumsatz operationalisiert.
2. *Gewinn, Umsatzrendite*³⁶: Zumeist wird der erwünschte Gewinn durch eine Zeitangabe („möglichst langfristig“) und durch die Nennung eines Grades der Erwartungssicherheit („möglichst sicher“) zwar in seinen Dimensionen erweitert, damit aber nicht zwingend auch gleichzeitig präzisiert.
3. *Leistungsprofil, Leistungsprogramm*³⁷: Diese „product differentiation“ ist Ausdruck einer technisch begründeten Monopolisierung der eigenen Marktposition.

³⁵ K.-E. Wärneryd, Motiv Och Beslut I, Företagsledningens Marknadspolitik, Stockholm 1957, S. 55, 89, 127, 156, 178, 199. A. D. H. Kaplan/J. B. Dirlam/R. F. Lanzillotti, Pricing in Big Business — A Case Approach, The Brookings Institution, Menasha/Wisconsin 1958, S. 128 ff. B. Fog, Industrial Pricing Policies — An Analysis of Pricing Policies of Danish Manufacturers, Amsterdam 1960, S. 33 ff. E. Lorenz, Die Bindung des Unternehmers an sein Produktionsprogramm, S. 72. E. Heinen, Das Zielsystem der Unternehmung, S. 39 ff.

³⁶ A. D. H. Kaplan/J. B. Dirlam/R. F. Lanzillotti, Pricing in Big Business — A Case Approach, S. 128 ff. B. Fog, Industrial Pricing Policies — An Analysis of Pricing Policies of Danish Manufacturers, S. 28 f. E. Lorenz, Die Bindung des Unternehmers an sein Produktionsprogramm — eine empirische Untersuchung in pfälzischen Unternehmen, S. 74 f.

³⁷ A. D. H. Kaplan/J. B. Dirlam/R. F. Lanzillotti, Pricing in Big Business — A Case Approach, S. 128 ff.

4.2.2 Zu den *Investitionszielen* wurden empirische Befunde vorgelegt, die sich bereits stärker von den Unternehmungszielen lösen:

1. *Technologische Orientierung*³⁸: Damit sind alle Ziele erfaßt, die sich auf die gelegentlich geradezu enthusiastische Anwendung des technischen Fortschritts in Verfahren und Produkten richten.
2. *Erfolgswirtschaftliche Effizienz*³⁹: Diese bewußt sehr allgemein gehaltene Zielformulierung bezieht sich auf alle kostensenkenden und/oder ertragssteigernden Investitionseffekte, wie immer sie auch gemessen werden.
3. *Größe/Wachstum*⁴⁰: In Investitionsentscheidungen ist damit vornehmlich eine technische Größe, in der Regel Ausweitung der Produktionskapazität, gemeint.
4. *Reduzierung von Zwang*⁴¹: Unter dieser Zielsetzung sollen diejenigen empirischen Befunde zusammengefaßt werden, die sich auf die Abwehr eines von außen auferlegten Handlungsdrucks (in der Regel Abwehr des Wettbewerbsdrucks) oder auf die Aufhebung einer betriebsinternen Restriktion (in der Regel technische oder faktorielle Engpässe) richten.

Die empirischen Arbeiten haben eine Fülle weiterer Zielsetzungen ans Licht gefördert, die noch einer theoretisch fundierten Bündelung harren. Für uns ist hier zunächst nur die folgende Einsicht bedeutsam: Weder ungerichtete Fragen nach den Zielen noch Bewertungen von vorgelegten

³⁸ E. Gutenberg, Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, Köln/Opladen 1959. E. Kuh, Theory and Institutions in the Study of Investment Behavior, in: The American Economic Review, 53 (1963), S. 260 - 268. A.-W. Scheer, Die industrielle Investitionsentscheidung — Eine theoretische und empirische Untersuchung zum Investitionsverhalten in Industrieunternehmen, Wiesbaden 1969. J. Hauschildt, Die Struktur von Zielen in Entscheidungsprozessen — Bericht aus einem empirischen Forschungsprojekt, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 25 (1973), S. 709 - 738.

³⁹ G. Katona/J. N. Morgan, The Quantitative Study of Factors Determining Business Decisions, in: The Quarterly Journal of Economics, 56 (1952), S. 67 - 90. E. Gutenberg, Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, S. 223 ff. E. Kuh, Theory and Institutions in the Study of Investment Behavior, S. 264. J. Hauschildt, Die Struktur von Zielen in Entscheidungsprozessen — Bericht aus einem empirischen Forschungsprojekt, S. 725.

⁴⁰ G. Katona/J. N. Morgan, The Quantitative Study of Factors Determining Business Decisions, S. 84. E. Gutenberg, Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, S. 223 ff. A.-W. Scheer, Die industrielle Investitionsentscheidung — Eine theoretische und empirische Untersuchung zum Investitionsverhalten in Industrieunternehmen, S. 118 ff.

⁴¹ G. Katona/J. N. Morgan, The Quantitative Study of Factors Determining Business Decisions, S. 84. E. Gutenberg, Untersuchungen über die Investitionsentscheidungen industrieller Unternehmen, S. 219, 223. A.-W. Scheer, Die industrielle Investitionsentscheidung — Eine theoretische und empirische Untersuchung zum Investitionsverhalten in Industrieunternehmen, S. 118 ff.

Zielkatalogen, weder projektive Tests noch wissenschaftlich anspruchsvolle Publikationen von Zielsystemen enthalten Hinweise darauf, daß Unternehmer und Manager industrieller Unternehmen ein wie auch immer verschlüsseltes Element Preisstabilität in ihr Zielkonzept aufnehmen.

4.3 Bleibt zu fragen, ob die vielfach genannten Kernziele durch eine makroökonomische Geldwertverschlechterung gefährdet werden, so daß ein sekundäres Interesse an der Preisstabilität wenigstens abgeleitet werden kann.

In der Situation der Geldwertverschlechterung fordert eine generalisierende betriebswirtschaftliche Betrachtung unter dem *Kriterium des Gewinns* Stabilität für Beschaffungspreise, hingegen Wahrnehmung aller Preissteigerungsmöglichkeiten im Absatzbereich. Es kommt unter Gewinnspekten nicht zu einem Zielkonflikt zwischen Einkaufs- und Verkaufsinstanzen. Unter dem überbetrieblichen Stabilitätsgesichtspunkt erscheint ein solches Handeln indessen in sich widersprüchlich — es zeigt sich eine charakteristische *Stabilitäts-Ambivalenz*.

Ob das Gewinnziel tatsächlich berührt wird, hängt von den *Preiskonditionen* auf den betrieblichen Absatz- und Beschaffungsmärkten ab. Gelänge es den Unternehmen, Preisgleitklauseln für die Absatzpreise in Abhängigkeit von den Beschaffungspreisen vertraglich zu fixieren, so reduzierte sich das Stabilitätsproblem auf einen — möglicherweise recht komplexen — Rechenvorgang. Gegenüber der Stabilität würde sich eine solche Unternehmung indessen indifferent verhalten.

Mag auch die rechnerische, mehr noch die rechtliche Handhabung von Preisgleitklauseln unternehmungspolitische Probleme aufwerfen, die Einstellung der Unternehmung gegenüber dem Stabilitätsziel ist von ihrer *Marktposition*⁴² abhängig. Wenn die Unternehmung in einer schwachen Marktposition steht, also steigende Beschaffungspreise nicht auf die Absatzpreise überwälzen kann, dann wird das Gewinnziel berührt. Eine solche Unternehmung ist sowohl an Absatzpreis-Stabilität als auch an Beschaffungspreis-Stabilität interessiert. Hingegen hat eine Unternehmung mit starker Absatzposition *und* starker Beschaffungsposition die genannte Stabilitäts-Ambivalenz, bietet sich ihr doch die Chance, unter Berufung auf die allgemeine Verteuerung die eigenen Preise zu erhöhen, gleichzeitig aber mit dem Argument des Stabilitätsstrebens die Preissteigerungsversuche der Lieferanten abzuwehren oder zu verzögern. Bei einer Unternehmung mit starker Absatzposition und schwacher Beschaffungsstellung wirkt der Kostendruck im Zweifel noch

⁴² Es soll hier nicht weiter untersucht werden, auf welche Ursachen sich die Marktmacht gründet.

stärker darauf ein, das Ziel der Absatzpreis-Stabilität zu vernachlässigen, dafür aber eine Beschaffungspreis-Stabilität zu fordern. Die typologische Analyse Szyperskis kann auch angesichts der konkreten Zielinhalte ihre Geltung erweisen.

Lediglich bei Rationalisierungsinvestitionen liefert das Gewinnziel eine Unterstützung für den Stabilitätsgesichtspunkt. Die erfolgswirtschaftliche Effizienz der Rationalisierungsinvestition wird durch die Kostensenkung aufgrund der Faktorsubstitution begründet. Die Suche nach preisgünstigen beschaffbaren Produktionsfaktoren dient unmittelbar dem Stabilitätsstreben.

Nun zum Verhältnis des *Größen- oder Wachstumsziels* zum Stabilitätsgesichtspunkt: Wenn sich — wie vielfach zu beobachten — das Größen- oder Wachstumsstreben an nominal bestimmten Wertmaßen, wie: Umsatz, Bilanzsummen, Investitionsvolumina o. ä., orientiert, dann steht dem das Stabilitätsstreben entgegen. Zwar ließe sich dieser Zielkonflikt leicht neutralisieren, der Zielkonflikt in eine Zielindifferenz überführen, wenn es gelänge, die Größe oder das Wachstum real und nicht nominal zu bestimmen — aber wer bewältigt diese sophistische Leistung? Und wer akzeptiert diese Meßergebnisse?

Das Streben nach Gewinnung oder Erhaltung eines technologisch definierten *Leistungsprofils* wird zunächst von Preisveränderungen auf den Beschaffungs- und Absatzmärkten berührt. Hier gilt analog die typologische Situationscharakterisierung Szyperskis: Aus technologischen Motiven ist Interesse an stabilen Beschaffungspreisen und ansteigenden Absatzpreisen dann zu erwarten, wenn der Qualitätsstandard und die Programmbreite aufgrund einer schwachen Marktposition gefährdet sind. Wenn diese Schwäche aber daraus resultiert, daß das Unternehmen an einer überholten Qualitäts- und Produktkonzeption starr festhält, ist zu fragen, ob ein überbetriebliches Interesse an dieser technischen Orientierung besteht und daher eine administrierte Preisstabilität befürwortet wird — auf jeden Fall präsentieren Unternehmen dieser Art einen makroökonomischen Zielkonflikt, nicht einen mikroökonomischen.

Wenn *technologische Ziele* in Verbindung mit einer Preissteigerungserwartung die *Investitionsentscheidung* lenken, dürfte die Durchsetzung des Stabilitätsgesichtspunktes nicht einfach sein. Bestenfalls könnte er sich über begrenzte Möglichkeiten der Investitionsfinanzierung Geltung verschaffen — er geriete aber damit in den Ruch eines notwendigen Übels, nicht hingegen in den Rang eines positiv bejahten Ziels.

Die Zielsetzung, *Zwangslagen zu reduzieren*, wird sich im Zweifel ebenfalls gegen die Stabilitätserwägungen durchsetzen.

Bleibt schließlich zu fragen, ob das Streben nach *Konsonanz mit der System-Umwelt* der Hebel ist, durch den dem Stabilitäts Gesichtspunkt Geltung verschafft werden könnte.

In der Tat spricht einiges für diesen Gedanken. Die ständige Adjustierung der gesamten Unternehmungspolitik und Unternehmungsrechnung an Preisänderungen erfolgt je nach Marktposition über ständige Konfliktaustragungen. Diese Prozesse der Konfliktbewältigung binden in beachtlichem Maße Management-Kapazität. Der dadurch ausgelöste Streß und die allgegenwärtige Konfliktscheu könnten dazu beitragen, den Prozeß der Geldwertverschlechterung zu verlangsamen. Bei dieser Überlegung ist indessen auch abzuwägen, welche Konflikte durch ein ständiges Inflationserlebnis verhindert oder vermindert werden.

Die empirischen Befunde wecken Zweifel, ob Stabilität zu einem tragenden Bestandteil der Zielkonzeption von Unternehmen werden kann. Zunächst müssen Zweifel angemeldet werden, ob es unter der ständigen Dynamik der Zielbildungsprozesse überhaupt zu „der“ Zielkonzeption „der“ Unternehmung kommt, die überdies Zielklarheit, Zielsystematik, Zieloperationalität und Zielverbindlichkeit für sich beanspruchen kann. Zwar eröffnet die Vagheit und Offenheit dieser Zielkomplexität dem Stabilitätsstreben überhaupt eine Chance, einen Repräsentanten im Zielbildungsprozeß zu finden; den Einkäufer, den Planer von Rationalisierungsinvestitionen, möglicherweise den Finanzleiter, sicherlich auch den Vertreter des Rechnungswesens, auf jeden Fall alle diejenigen, die den inflationsbedingten Konfliktstreß scheuen. Sie haben sich gegen die Absatz- und Verkaufsinstanzen durchzusetzen, denen eine makroökonomische Geldwertverschlechterung zu einleuchtenden Gründen für betriebliche Preissteigerungen verhilft und sie damit in die Lage versetzt, auf ihren positiven Beitrag zum Gewinnziel, zum Größen- und Wachstumsziel und vielleicht sogar zum qualitätsorientierten Leistungsziel zu verweisen. In diesem Positionenkonflikt hat derjenige die Chance sich durchzusetzen, der innerbetrieblich die stärkste Machtposition hat, d. h. zu einer möglichst großen Zahl von Zielen einen möglichst großen Beitrag liefert. Unter dieser Beleuchtung mag das Stabilitätsziel vielleicht noch proklamiert werden, im täglichen Vollzug wird man es im Zweifel vernachlässigen.

Fassen wir zusammen: Die Unternehmung hat weder hinreichend Informationen, noch Kompetenz, noch Macht, das makroökonomische Ziel der Stabilität in ihrem mikroökonomischen Dispositionsbereich durchzusetzen. Sie ist überdies dazu auch nicht originär motiviert.

5. Zur Rolle von betrieblichen Sanktionsmechanismen für die Erhaltung der Preisstabilität

Die abschließende Betrachtung soll sich der Frage zuwenden, welche Sanktionsmechanismen geeignet sind, bestimmten Zielsetzungen über die bloße Zielproklamation hinaus tatsächlich handlungslenkende Geltung vornehmlich in Routine-Handlungen zu verschaffen. Der stabilisierungspolitische Bezug liegt auf der Hand: Wenn es gelingt, die betrieblichen Instanzen für die eingangs genannten betriebswirtschaftlichen Sünden gegen die Preisstabilität wenigstens nicht noch zu honorieren, dann besteht eine Chance, den Preissteigerungsprozeß nicht weiter zu beschleunigen, ja ihn vielleicht zu verlangsamen.

Die Analyse löst sich zugleich von der empirischen Basis. Denn hinreichend bewährte Befunde⁴³ über den Zusammenhang zwischen Eingangsmotivation, Zielbildung, Zielproklamation einerseits und den tatsächlich verfolgten Zielen andererseits liegen noch nicht vor. Die folgenden Überlegungen haben daher notgedrungen eher hypothetischen Charakter:

Nach rollentheoretischen Überlegungen⁴⁴ reagiert der Rollenanpasser nach dem Ausmaß der von seinen Bezugspersonen verhängten oder zu erwartenden Sanktionen. Angewendet auf den täglichen Handlungsvollzug heißt das: Die fokale Instanz versucht möglichst, den Zielen ihrer Bezugspersonen zu entsprechen. Die Beurteilung der Zielerfüllung nimmt den Umweg über ein Meßinstrumentarium und über bestimmte Meßwerte. Diese Meßwerte bestimmen den Handlungsvollzug, nicht die deklarierten Ziele. Die Qualität der Unternehmensleitungen ist danach zu bestimmen, inwieweit es ihnen gelingt, die Kontrollwerte mit den Zielgrößen kompatibel zu gestalten und zu halten.

Der Versuch, die gesamte Unternehmung in allen Rängen und Geschäftsbereichen nach Gewinngrößen zu steuern, entspricht weder der empirisch belegten Zielvielfalt noch kann der Versuch als gelungen bezeichnet werden, den Gesamtgewinn auf alle ihn verursachenden Instanzen zuzurechnen⁴⁵. Mag in einzelnen Fällen eine Steuerung über den

⁴³ Erste Hinweise geben die Arbeiten von C. G. Browne (*Study of Executive Leadership in Business*, III. Goal and Achievement Index, S. 82 ff.) und W. J. Bilkey (*Empirical Evidence Regarding Business Goals*, S. 628).

⁴⁴ Vgl. u. a. die zusammenfassenden Darstellungen von F. H. Tenbruck, *Zur deutschen Rezeption der Rollentheorie*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, 13 (1963), S. 1 f. R. Dahrendorf, *Homo Sociologicus*, 6. Aufl., Köln und Opladen 1967, S. 28 ff. H. Popitz, *Der Begriff der sozialen Rolle als Element der soziologischen Theorie*, 2. Aufl., Tübingen 1968. Zur Verknüpfung von Rolle und Zielsetzung vgl.: H. A. Simon, *On the Concept of Organizational Goal*, in: *Administrative Science Quarterly*, 9 (1964), S. 1 - 22.

Gewinn zielentsprechend sein und verursachungsgerecht gelingen, im Normalfall werden andere Führungsgrößen benötigt⁴⁶. Die betriebliche Praxis richtet sich nach drei Gruppen derartiger Führungsgrößen: nach Planansätzen, Lenkungspreisen und betrieblichen Kennzahlen (efficiency indicators). Diese Arten von Führungsgrößen tragen den tatsächlichen Gegebenheiten Rechnung: Sie erlauben, auch andere Ziele als den Gewinn einzubeziehen und das Verursachungsproblem der Gewinnzurechnung zu vernachlässigen.

Um die Signalwirkung für einen Zielbildungsprozeß zu garantieren, die das Stabilitätsproblem zumindest bewußt macht, bedürfen Planansätze, Lenkungspreise und Effizienzindikatoren einer sorgsam *Ausgliederung der Preisveränderungseffekte*. Techniken der Zerlegung einer Planabweichung in preisbedingte und andere Abweichungsursachen sind aus der Plankostenrechnung wohl vertraut⁴⁷. Wenn es gelingt, derartige Zergliederungen von Planabweichungen nicht nur für die ex-post-Kontroll-Rechnungen, sondern auch für Absatzpläne, Beschaffungsprogramme, Lohnplanungen und für Investitionsbudgets, also ex-ante-Rechnungen, nutzbar zu machen, dann ist wenigstens das Instabilitäts-Signal programmierbar und die Verantwortung für den Instabilitätseffekt einem konkreten Stelleninhaber persönlich zuzuordnen. Dann hat der Vergleich von Führungsgrößen und realisierten Werten konfliktproduzierende Funktion. Die dem Menschen immanente Konfliktscheu könnte so zur Stabilitäts-erhaltung beitragen. Hier könnten betriebliche Prämien- und Sanktionssysteme ansetzen und dadurch einen kleinen Beitrag zur Stabilisierung leisten, daß wenigstens verhindert würde, auf stabilitätsgefährdende Aktionen noch betriebliche Prämien zu zahlen.

⁴⁵ Vgl. O. H. Poensgen, *Geschäftsbereichsorganisation*, Köln/Opladen 1973, S. 480 ff.

⁴⁶ Vgl. H.-J. Drumm, *Theorie und Praxis der Lenkung durch Preise*, S. 260 ff.

⁴⁷ W. Kilger, *Flexible Plankostenrechnung. Einführung in die Theorie und Praxis moderner Kostenrechnung*, Köln/Opladen 1961, S. 160 ff.

**Korreferat zu:
Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung?**

Von *Herbert Hax*, Wien

1. Empirische Zielforschung und ihre Bedeutung für die Probleme der Stabilisierungspolitik

„Welches Verhältnis hat der Stabilitäts Gesichtspunkt zu empirisch belegbaren Zielen der Unternehmung?“ So lautet die von Hauschildt umrissene Problemstellung seines Referats. Diese Fragestellung berührt zwei Aspekte des Problems. Die Beziehung zwischen Geldwertstabilität und Zielen der Unternehmung kann zum einen unmittelbarer Art sein, in dem Sinn, daß Erhaltung der Stabilität eines der bei den Dispositionen in der Unternehmung angestrebten Ziele sei. Hauschildt hat das Problem in erster Linie unter diesem Gesichtspunkt gesehen. Es gibt aber noch einen zweiten Aspekt, der für die Wirtschaftspolitik mindestens ebenso wichtig ist. Auch wenn Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung direkt keine Rolle spielt, ist wesentlich, welche anderen Ziele verfolgt werden; denn davon hängt ab, inwieweit das Verhalten der Unternehmungen dem Ziel der Stabilisierungspolitik konform ist oder nicht. Die zweite Frage lautet also: Inwieweit ergeben sich aus dem vorhandenen empirisch gesicherten Wissen über Ziele in Unternehmungen Konsequenzen für Ansatzpunkte und Erfolgsaussichten der Stabilisierungspolitik? Die empirische Zielforschung ist unter dem Aspekt beider Teilfragen relevant für die Erklärung bestimmter Verhaltensweisen und die daraus zu ziehenden wirtschaftspolitischen Folgerungen. Auch wenn die erste Frage im wesentlichen negativ zu beantworten ist, worauf die von Hauschildt vorgetragene Befunde hindeuten, können die Ergebnisse der Zielforschung unter dem zweiten Aspekt zur Beurteilung wirtschaftspolitischer Probleme wichtige Erkenntnisse beitragen.

2. Zur ersten Teilfrage: Stabilität als Ziel der Unternehmung

Der von Hauschildt vorgetragene Befund ist eindeutig: Erhaltung der Geldwertstabilität konnte bisher in keinem Fall als wesentliches Element der Zielkonzeption von Unternehmungen empirisch nachgewiesen werden. Hauschildt hat als mögliche Ursache dafür genannt, daß in der Unternehmung und ihrer Umwelt Sanktionsmechanismen fehlen, die ein stabilitätskonformes Verhalten bewirken könnten.

Es dürfte allerdings noch ein weiterer Grund hinzukommen: Die Erhaltung der Geldwertstabilität im gesamtwirtschaftlichen Bereich mag für die verantwortlichen Entscheidungsträger in den Unternehmungen durchaus wünschenswert erscheinen; die einzelne Unternehmung hat auf die Erreichung dieses Ziels aber kaum Einfluß. Wenn eine Unternehmung aus Stabilitätserwägungen mögliche Erhöhungen der Absatzpreise unterläßt, verzichtet sie auf Gewinne, ohne damit einen wesentlichen Beitrag zur Erreichung des gesamtwirtschaftlichen Ziels leisten zu können. Wenn nämlich alle anderen Unternehmungen nicht stabilitätskonform handeln, kann eine einzelne Unternehmung durch stabilitätskonformes Verhalten nur Gewinneinbußen erleiden, ohne die Stabilität zu retten. Wenn aber in allen Unternehmungen derartige Überlegungen angestellt werden, wird es keine von ihnen für sinnvoll halten, die Absatzpolitik am Stabilitätsziel zu orientieren. Hier liegt die aus der Spieltheorie bekannte Situation des „Prisoners' Dilemma“ vor; bestimmte Erwartungen über das Verhalten der anderen veranlassen jeden der Beteiligten zu einem Verhalten, das gerade diese Erwartungen bestätigt.

Diesem Dilemma können sich auch solche Unternehmungen nicht entziehen, in denen grundsätzlich Bereitschaft besteht, die Gewinnerzielung hinter dem gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkt der Geldwertstabilität zurückzustellen. Auch derartige „gemeinwirtschaftlich“ handelnde Unternehmungen stehen vor dem Problem, daß stabilitätsorientiertes Verhalten in einer Umgebung, die sich nicht nach diesem Ziel richtet, nur mit Verzicht hinsichtlich anderer Ziele verbunden ist, hinsichtlich des Stabilitätsziels hingegen wenig Erfolg verspricht. Voraussetzung für eine stabilitätsorientierte Unternehmenspolitik ist nicht nur die grundsätzliche Bereitschaft, andere Interessen diesem Ziel unterzuordnen, sondern auch die Fähigkeit, in nennenswertem Maße zur Erreichung dieses Zieles beizutragen. Diese Voraussetzung kann allenfalls bei großen und marktbeherrschenden Unternehmungen und Unternehmungsgruppen erfüllt sein; bei der Mehrzahl der Unternehmungen ist sie nicht gegeben. Hierin dürfte ein maßgeblicher Grund für den von Hauschildt konstatierten negativen Befund liegen.

Aus dieser Erkenntnis folgt, daß es wenig erfolgversprechend ist, „betriebswirtschaftliche Sünden“ zu verurteilen und die Unternehmungen zur gesamtwirtschaftlichen Tugend anzuhalten. Man muß vielmehr als gegeben hinnehmen, daß gesamtwirtschaftliche Ziele in der Zielkonzeption der einzelnen Unternehmung selten mehr als untergeordnete Bedeutung haben werden. Es kommt nur darauf an, Rahmenbedingungen zu schaffen, die das durch individuelle Ziele bestimmte Verhalten der Unternehmungen im Interesse gesamtwirtschaftlicher Ziele in bestimmte Bahnen lenken.

3. Zur zweiten Teilfrage: Empirisch belegte Zielkonzeptionen und ihre Relevanz für die Stabilisierungspolitik

Welche Schlüsse lassen sich aus den bisherigen Erkenntnissen der empirischen Zielforschung hinsichtlich des Verhaltens von Unternehmungen bei steigenden Preisen ziehen? So lautet die zweite im vorliegenden Zusammenhang relevant erscheinende Teilfrage.

Die empirische Zielforschung hat bisher weitgehend die Hypothese bestätigt, daß das Verhalten der Unternehmungen nicht durch das Ziel der Gewinnmaximierung bestimmt wird, sondern durch das Bestreben, hinsichtlich des Gewinns und anderer Zielgrößen ein bestimmtes Anspruchsniveau zu erreichen¹. Ist dieses Anspruchsniveau erreicht, so werden keine besonderen Bemühungen mehr unternommen, höhere Gewinne bzw. bessere Werte hinsichtlich anderer Zielgrößen zu erreichen; die Suche nach besseren Strategien, in der Regel unerläßliche Voraussetzung einer Positionsverbesserung, wird eingestellt. Diese Erkenntnis ist von erheblicher Bedeutung für die Erklärung des für eine Kosteninflation typischen Vorgangs der Überwälzung von Kostensteigerungen auf die Absatzpreise.

Geht man von dem Modell einer gewinnmaximierenden Unternehmung aus, deren Marktposition durch eine gegebene Preis-Absatz-Funktion gekennzeichnet ist, so kann man feststellen, daß sich der gewinnmaximale Preis bei Kostensteigerungen zwar nach oben verschiebt, daß er jedoch nicht in gleichem Maße steigt wie die Kosten. (Sind z. B. Kostenfunktion und Preis-Absatz-Funktion linear, so steigt der Cournotsche Preis nur um die Hälfte des Betrags, um den die Grenzkosten steigen.) Eine volle Kostenüberwälzung würde in diesem Fall also nicht eintreten, es sei denn, die inflationäre Entwicklung wäre gleichzeitig mit einem Nachfragezuwachs verbunden, der eine Verschiebung der Preis-Absatz-Funktion bewirkt.

Es ergibt sich also: Die ungemilderte Überwälzung von Kostensteigerungen auf die Absatzpreise kann bei gewinnmaximierenden Unternehmungen nicht allein mit dem Kostendruck erklärt werden; weitere notwendige Voraussetzung ist das Bestehen eines Nachfragesogs. Fehlt dieser Nachfragesog oder tritt er mit Verzögerung ein, so wird die volle Überwälzung von Kostensteigerungen auf die Preise verhindert.

Wenn eine Unternehmung ihren Gewinn nicht maximieren, sondern lediglich ein bestimmtes Anspruchsniveau erreichen will, liegen die Dinge jedoch anders. Der Absatzpreis wird im Ausgangspunkt in der

¹ „Die Annahme der überwiegenden Geltung des Strebens nach Extremwerten ist falsifiziert“ (Jürgen Hauschildt, Die Struktur von Zielen in Entscheidungsprozessen — Bericht aus einem empirischen Forschungsprojekt, in: Zeitschrift für betriebswirtschaftliche Forschung, 25 Jg. [1973], S. 734).

Regel niedriger sein als der Cournotsche Preis; es besteht also die Möglichkeit, den Gewinn zu erhöhen. Allerdings besteht hierüber Ungewißheit, da man den genauen Verlauf der Preis-Absatz-Funktion nicht kennt. Solange das Anspruchsniveau hinsichtlich des Gewinns erreicht wird, besteht keine Veranlassung, auf der Preis-Absatz-Funktion nach einer besseren Position zu suchen.

Steigen nun die Faktorpreise und damit die Kosten, so sinkt der Gewinn unter das Anspruchsniveau. Dies löst nun zunächst einen Suchprozeß aus; erst wenn die Suche nach einer Strategie, die einen auf das Anspruchsniveau zurückführt, erfolglos bleibt, kann es auch zu einer Senkung des Anspruchsniveaus kommen. Zunächst ist naheliegend, daß man versucht, mit einer Preiserhöhung den ursprünglichen Status wieder zu erreichen. Hierbei wird möglicherweise nicht nur die eingetretene Erhöhung der Stückkosten einkalkuliert, sondern zusätzlich noch die weitere Stückkostenerhöhung infolge eines Mengenrückgangs, den man bei der Preiserhöhung erwartet. Der Erfolg dieser Politik hängt davon ab, ob man den Verlauf der Preis-Absatz-Funktion richtig eingeschätzt hat. Unter der Voraussetzung, daß im Ausgangszustand der Preis kleiner war als der Cournotsche Preis, ist es jedenfalls möglich, durch Preiserhöhungen in der beschriebenen Weise das ursprüngliche Gewinnniveau wieder zu erreichen. Dies gilt auch bei unverändert bleibender Preis-Absatz-Funktion.

Im Gegensatz zum Fall der gewinnmaximierenden Unternehmung kommt es also hier zu einer die Kostensteigerung möglicherweise noch übersteigenden Erhöhung des Absatzpreises, ohne daß ein Nachfragesog besteht. Auf die Dauer kann sich dieser Prozeß zwar nicht ohne Rücksicht auf die Nachfrage fortsetzen, weil bei ständigen Kostensteigerungen der Spielraum für Überwälzungen immer kleiner wird und schließlich verschwindet. Wesentlich ist aber, daß der Prozeß sich kurzfristig unabhängig von der Nachfrage vollzieht. Die Überwälzung kann also auch nicht dadurch gehemmt werden, daß die Nachfragerhöhung erst mit einer zeitlichen Verzögerung wirksam wird. Weiter folgt daraus, daß eine Nachfragedämpfung kurzfristig ohne Einfluß auf den Überwälzungsprozeß bleiben kann; sie kann sich erst auswirken, wenn der ursprünglich gegebene preispolitische Spielraum der Unternehmungen aufgebraucht ist. Denkbar ist schließlich auch, daß der beschriebene Suchprozeß anläuft, obwohl eine Kostenerhöhung noch gar nicht eingetreten ist, sondern erst erwartet wird; bereits die Befürchtung eines Absinkens des Gewinns unter das Anspruchsniveau kann Reaktionen auslösen, die dieses unerwünschte Ereignis verhindern

² Auf die Tatsache, daß die Überwälzung von Kostensteigerungen auf den Preis bei nicht voll ausgenutzten Monopolpositionen möglich ist, hat neuerdings Streißler hingewiesen (*Erich Streißler*, Die schleichende Inflation als

sollen; so kommt es dazu, daß erwartete, aber noch nicht eingetretene Kostenerhöhungen überwältigt werden².

Ein besonders deutlicher Beleg für die beschriebene Preispolitik, die sich scheinbar nur an den Kosten und überhaupt nicht an der Nachfrage orientiert, ist die häufig zu beobachtende Übung, den Preis als Reaktion auf einen Nachfragerückgang zu erhöhen, mit der Begründung, die Kosten seien infolge des Mengenrückgangs gestiegen. Für ein gewinnmaximierendes Unternehmen wäre diese Preispolitik offenbar nicht sinnvoll; der Cournotsche Preis kann bei einer Verschiebung der Preis-Absatz-Funktion nach unten nur sinken. Liegt aber im Ausgangspunkt der Absatzpreis unter dem Cournotschen Preis, so ist die beschriebene Verhaltensweise durchaus sinnvoll zu erklären. Die mit dem Mengenrückgang verbundene Gewinneinbuße löst einen Suchprozeß aus; es liegt auch hier wieder nahe, es mit einer Preiserhöhung zu versuchen. Die Preiserhöhung bei Nachfragerückgang kann bewirken, daß das ursprüngliche Gewinnniveau wieder erreicht wird. Erst wenn sich diese Politik als erfolglos erweist, wird man andere Auswege suchen und vielleicht schließlich das Anspruchsniveau senken.

Die empirische Zielforschung liefert also eine Erklärung dafür, daß die Preispolitik der Unternehmungen sich viel stärker an den Kosten als an der Nachfrage orientiert und daß die Überwälzung von Kostensteigerungen auf die Absatzpreise oft ganz unabhängig von der Nachfragesituation stattzufinden scheint. Für die Stabilisierungspolitik ergibt sich daraus, daß die Nachfragedämpfung zur Abschwächung des Preisauftriebs zwar keineswegs überflüssig ist, daß davon aber nicht immer kurzfristige Erfolge zu erwarten sind.

Phänomen der politischen Ökonomie, Basler Wirtschaftswissenschaftliche Vorträge, Bd. 8, Zürich 1973, S. 39 f.). Die von Streifler entwickelten Thesen über die Motivation der Wirtschaftssubjekte im inflationären Prozeß (S. 17 bis 23), werden hinsichtlich der Unternehmungen durch die empirische Zielforschung bestätigt.

Diskussion

Hans Möller (München):

Wir treten nunmehr in die freie Diskussion beider Referate ein, und ich bitte um Wortmeldungen.

Theo Thiemeyer (Bochum):

Meine Damen und Herren, ich möchte nur auf ein Problem hinweisen: Es gibt natürlich Unternehmungen, bei denen das Stabilitätspostulat in der Zielfunktion enthalten ist. Das sind die öffentlichen Unternehmungen. Herr Hauschildt, Sie haben die öffentlichen Unternehmen mit drei oder vier Sätzen erwähnt. Leider haben Sie auch wieder das gemacht, was ich unserer Betriebswirtschaftslehre glaube vorwerfen zu müssen: Sie beschäftigt sich nur mit den privaten Unternehmungen. Die öffentlichen Unternehmungen spielen aber eine große Rolle im Rahmen der Stabilisierungspolitik. Ob das wirtschaftspolitisch zweckmäßig ist oder nicht, müßten Betriebswirte und Volkswirte gemeinsam diskutieren. Faktisch müssen öffentliche Betriebe stabilisierungspolitisch wirksam werden. Sie werden dazu politisch veranlaßt, zum Teil aber auch durch das Gesetz (u. a. Stabilitätsgesetz). Vor allem auf die Preispolitik wird unter stabilisierungspolitischem Aspekt Einfluß genommen. Da werden wahrscheinlich die Betriebswirte sehr schnell zu bestimmten Empfehlungen kommen können, wie diese Preispolitik zu sein hat; die Politiker kommen möglicherweise zu anderen Ergebnissen. Umstritten sind vor allem die Grenzen und Möglichkeiten einer stabilisierungspolitisch orientierten betrieblichen Investitionspolitik. Denken Sie an die Diskussion um die antizyklische Investitionspolitik, denken Sie an die Diskussion um die Möglichkeiten einer stabilisierungspolitisch ausgerichteten Finanzierung mit Rücksicht auf den Kapitalmarkt. Denken Sie an das Problem, daß öffentliche Unternehmungen auf langfristiges Fremdkapital angewiesen sind, inflationsbewußtes Publikum aber die langfristige Anlage scheut: ein Problem, vor dem wir im Moment stehen. Ich glaube tatsächlich, daß es notwendig ist zu sehen, daß das Stabilitätsziel für einen weiten und wichtigen Bereich unserer Wirtschaft, nämlich die öffentlichen Betriebe, Teil der Zielfunktion ist und daß sich daraus ganz bestimmte betriebswirtschaftliche und volkswirtschaftliche Pro-

bleme ergeben; übrigens ein ideales Gebiet, wo Volks- und Betriebswirte kooperieren können.

Roland Schönfeld (Regensburg):

Meine Damen und Herren! Ich bin seit einer Reihe von Jahren in der Praxis eines privaten Unternehmens tätig und habe mich ganz besonders für das Thema interessiert, das heute zur Sprache gekommen ist. Ich habe dieses Dilemma, in dem sich die private Unternehmung bei gesamtwirtschaftlicher Instabilität befindet, wovon besonders in dem paper von Herrn Szyperski die Rede war, das ich mit sehr großem Interesse gelesen habe, immer wieder am eigenen Leibe in den letzten Jahren verspüren können. Es ist auch darauf hingewiesen worden, daß der Zwang zur Existenzsicherung vom Unternehmer verlangt, daß er in sein Verhalten, in seine Kalkulation, immer wieder die auf ihn zukommenden Preissteigerungen mit einbezieht. Herr Heinen hat darauf hingewiesen, daß er nicht nur auf die Preissteigerungen, die sich im Moment ihm bieten, also nicht nur auf die aus vorangegangenen Perioden stammenden Preissteigerungen Rücksicht nehmen muß, sondern auch auf die Preissteigerungen, die er in der Zukunft mehr oder weniger blind erwarten kann oder mit denen zu rechnen er gezwungen ist.

Ich muß sagen — ich hoffe, Sie nehmen es mir nicht übel —, daß wir eigentlich in unsere Überlegungen nie eingeschlossen haben, was wir selbst als Unternehmer dazu beitragen können, um die gesamtwirtschaftliche Stabilität wiederherzustellen oder sie zu erhalten. Wir haben uns eigentlich immer nur — ich weiß nicht, ob das eine Sünde ist — darüber Gedanken gemacht — ich sage es ganz banal, verstehen Sie es nicht falsch —, wie wir Kostensteigerungen, die auf uns zugekommen sind, etwa von der Seite des Einkaufs her oder von seiten der Produktionsfaktoren, so reibungslos wie möglich auf die Verkaufspreise überwälzen können. Ich glaube, daß es nicht nur uns so geht, sondern vielleicht abgesehen von einigen ganz Großen, die Marktmacht ausüben und ein anderes Verhalten in einer solchen Situation an den Tag legen können, überhaupt die Masse der Unternehmen zu einem solchen Verhalten gezwungen ist. Ich glaube, man muß in diesem Sinne, wenn ich beim Beispiel von Herrn Szyperski bleiben darf, mit der Unterlage schwanken. Man muß nicht betrunken sein, um auf einer schwankenden Unterlage zu schwanken, man wird einfach zum Mitschwanken gezwungen, um das Gleichgewicht zu halten. Wir müssen aber nicht nur versuchen, die Kosten zu überwälzen, sondern zugleich auch selbst wieder diese Kosten von uns aus, soweit wir dazu in der Lage sind, herunter

drücken, indem wir zum Beispiel im Einkauf auf andere Artikel ausweichen, also substituieren auch unter Einbeziehung der uns angebotenen Importe, oder indem wir versuchen, Einfluß auf die Preisbildung der Produktionsfaktoren zu nehmen. Das ist ja bekanntlich bei den Löhnen nicht oder kaum der Fall, aber unter Umständen einmal bei Bankkonditionen, so daß wir in dieser Hinsicht wieder gegen die Unterlage schwanken. Wir sind deshalb dazu gezwungen, weil unsere Kunden — in diesem speziellen Fall Unternehmungen — auch versuchen, an unseren Lieferungen zu sparen und uns gegen die Konkurrenz auszuspielen oder uns in den Konditionen herunterzuhandeln. Das ist jedenfalls, was man aus der Praxis zu diesem Problem sagen kann.

Edmund Heinen (München):

Meine Damen und Herren, ich darf kurz zu zwei Punkten Stellung nehmen; zunächst zu dem Punkt Ziel- und Interessenkonflikt. Wenn man die Betriebswirtschaft als ein zielgerichtetes Sozialsystem versteht, als eine Organisation, in der Menschen arbeitsteilig und kooperativ zusammenarbeiten, die Tag für Tag Entscheidungsprozesse zu vollziehen haben, dann doch an Hand von Kriterien, die das Ergebnis von permanent verdeckt oder offenen stattfindenden Verhandlungsprozessen bilden. Die Verhandlungspartner sind die verschiedenen Gruppeninteressen in und außerhalb der Betriebswirtschaft. Das sind Arbeitnehmer, das sind Kapitaleigner, Banken, Kunden und Lieferanten, das sind die öffentliche Hand und die Gewerkschaften, so daß ein Ziel immer einen Kompromiß darstellt und nicht ein Maximalziel sein kann, sondern ein Ziel mit einem befriedigenden Niveau. Ich will damit zum Ausdruck bringen, daß hier das Machtproblem hereinspielt und daß z. B. auch das Machtproblem auf seiten der Arbeitnehmer bei solchen Verhandlungsprozessen eine Rolle spielt.

Zum zweiten möchte ich ausführen, daß die Mitglieder einer Betriebswirtschaft nicht isoliert leben, sondern als Mitglieder von anderen Gruppen, Organisationen und von der Gesellschaft unterschiedlichen verhaltensbildenden Normen und Sanktionen unterworfen sind, die sie dann wieder rückkoppelnd in diese permanenten Verhandlungsprozesse einbringen. Wenn nun etwa Zielentscheidungen und Mittelentscheidungen anstehen, dann auch das Überwälzen gestiegener Kostengüterpreise in die steigenden Preise; das kann man wiederum im Lichte dieser Verhandlungsprozesse sehen.

Noch eine letzte Bemerkung! Es betrübt mich etwas, wenn ausgeführt wird, daß sich die Betriebswirte nur mit privatwirtschaftlichen Unternehmungen befassen würden. Wir haben eine ganz breite Palette. Wir beschäftigen uns z. B. mit der erwerbswirtschaftlichen Unternehmung,

mit dem Kostendeckung anstrebenden Verkehrsbetrieb und mit dem subventionierten Krankenhausbetrieb. Wir stehen nicht isoliert, sondern arbeiten kooperativ mit allen Disziplinen zusammen. Ich möchte sogar ausdrücklich vor diesem Forum zum Ausdruck bringen, daß die betriebswirtschaftlich relevanten Erkenntnisse der Soziologie, der Politikwissenschaft, der Volkswirtschaftslehre, der Mathematik in unsere Überlegungen einfließen. Wir gehen keine Einbahnstraße, sondern sind interdisziplinär aufgeschlossen. Wir beschäftigen uns nicht nur mit privatwirtschaftlichen Unternehmungen, sondern mit allen Formen betrieblicher Organisationen.

Wolfgang Stützel (Saarbrücken):

Meine Damen und Herren! Beide Referenten und auch die beiden ersten Diskussionsredner kamen auf das vermeintlich merkwürdige Phänomen zu sprechen, daß Unternehmer sonntags von Stabilität reden und sich am Montag ihren eigenen Preisen widmen und sie heraufsetzen. Sie bezeichnen dies als schizophren, als merkwürdig. Ich möchte ein paar Bemerkungen hierzu machen betreffend die systematische Stellung gerade dieses Befundes innerhalb des Gesamtgebäudes unserer Volkswirtschaftslehre, der Wirtschaftswissenschaft und der Sozialwissenschaften überhaupt. Denn es kann aus den Referaten leicht der Eindruck entstehen, als sei diese scheinbare Zwiespältigkeit ein Thema, das gerade anlässlich der besonderen Behandlung des Themas „Inflation und Unternehmen“ einmal auftritt. Und es könnte auch der Eindruck entstehen, es genüge, gewissermaßen mit einer Fußnote auf dieses Sonderthema mal zu sprechen zu kommen. Auch entstand der Eindruck, es sei erst in unseren heutigen Zeiten aufgekommen. Nein, dieses Thema ist seit alters ein wichtiges Grundthema der gesamten Wirtschaftswissenschaft. Es ist doch nicht ein Thema, das wir aus Anlaß der Inflationsdebatte zufällig auch einmal zu behandeln hätten. Worum geht es denn?

Wo auch immer Wettbewerb ist und sich die Hühner zum Troge drängen, ist folgendes Verhalten rational: zu verlangen, es dränge sich keiner vor, sich aber selber vorzudrängeln. Das ist das ganz normale Verhalten. Sie stellten es so dar, als erwarteten Sie es als normal, daß der Unternehmer, der Stabilität sagt, sich womöglich selbst stabil verhält. Ich halte das für eine völlige Verdrehung der Situation. Das Normale ist, daß ein Unternehmer stabilen Geldwert verlangt und selber in der Hoffnung auf hohe Gewinne darauf hofft, daß es ihm möglich sei, seine eigenen Erzeugnisse möglichst zu steigenden Absatzpreisen verkaufen zu können. Ich plädiere dafür, sich einmal zu überlegen, ob nicht die Relation zwischen Regel und Ausnahme, zwischen Normalität und Anomalie gerade umgekehrt ist, als es hier in den Referaten angenommen wurde.

Herr Hax hat dankenswerterweise schon darauf hingewiesen, daß sich der einzelne diesem Prozeß nicht entziehen kann. Ich möchte nur noch diese These von Herrn Hax unterstreichen und sagen: Das ist doch keineswegs erstaunlich, daß jemand reines Wasser für seine Getränkeproduktion verlangt und selber bei der Gewinnmaximierung den Fluß verschmutzt. Das ist normal. Denn das Wasser, das er verlangt, ist ja nicht das gleiche Wasser, das er verschmutzt. Es ist normal, daß der einzelne Unternehmer Geldwertstabilität verlangt und seine Preise selbst heraufsetzt. Denn durch sein bißchen Preisheranhebung bringt er doch nicht jene Geldwertstabilität in Gefahr, die er verlangt. Wer als Konsument das „öffentliche Gut“ Geldwertstabilität verlangt, ist damit doch noch nicht im geringsten motiviert, selbst Geldwertstabilität zu produzieren.

Im Grunde genommen haben wir es doch beim Thema „Absatzpreisverhalten der Unternehmer“ vs. „Stabilitätswünsche der Unternehmer“ nur mit einem weiteren Anwendungsfall jenes bekannten „Einer-Alle-Problems“ zu tun, wie es Erich Schneider zur Abwehr häufig auftretender „fallacies of composition“ an seinem berühmten Beispiel vom Versammlungssaal demonstriert hat, in dem jeder sein Gesichtsfeld verbessern möchte, aufsteht und schließlich auf den Stuhl steigt. Selbst wenn alle im Vorhinein wissen, daß sie schließlich, wenn alle auf den Stühlen stehen werden, nicht mehr, sondern eher weniger sehen, als wenn alle brav sitzen blieben, also „alle“ wünschen, daß „alle“ sitzenbleiben, so bleibt dennoch für jeden einzelnen richtig (und gültige Richtschnur gerade auch des rationalen Verhaltens): Jeder sieht nach dem Aufstehen in jedem Falle mehr, als er sehen würde, wenn er (und auch nur er) nicht aufstehen würde.

Die Einsicht in die Existenz solcher Konkurrenz-Paradoxien begleitet — beginnend mit Mandevilles „private vices — public benefits“ über Adam Smiths „unsichtbare Hand“ und Bert Brechts „Der gute Mensch von Sezuan“ bis hin zur Paradoxie aller militärischen Abrüstungsverhandlungen (jeder wünscht mehr Abrüstung, jeder betreibt Aufrüstung) — das gesamte Denken und Schreiben über die Sozialdynamik eines jeden Wettbewerbs, also praktisch die gesamte Sozialökonomik.

Ich wollte dazu einladen zu überprüfen, daß vermutlich unser Thema nicht ein Sonderkapitel anläßlich der Inflationsdebatte darstellt, sondern daß es sich um das Grundproblem aller Wettbewerbsverhältnisse und damit auch aller kapitalistischen Wirtschaftsordnungen handelt. Es ist, so meine ich, in den Grundzügen der allgemeinen Volkswirtschaftslehre, 1. Stunde, abzuhandeln.

Hans Biersack (Garmisch-Partenkirchen):

Meine Damen und Herren, ich bin ebenfalls selbständiger Unternehmer und habe mein wirtschaftswissenschaftliches Studium im Jahre 1928 in München abgeschlossen. Es scheint etwas veraltet, aber in dieser langen Zeit habe ich eine lange Reihe von Veränderungen am eigenen Leibe verspüren müssen, so daß ein gewisser Überblick in der Praxis entstanden ist.

Wo die Sache kritisch geworden wäre, nämlich bei den Preisen, ist leider aufgehört worden. Es ist davon gesprochen worden, daß der Unternehmer in der Lage sei, die Belastungen, die er durch die Inflation hat, voll auf die Preise weiterzugeben, so daß ihn die Folgen mit Ausnahme der Investitionen, also der Eigenkapitalminderung, eigentlich gar nicht sonderlich berühren. Jetzt aber lautet die Frage so: Es ist nicht betont worden, daß die Betriebe, die nicht nur unsere Arbeitsplätze sind, sondern die auch für unsere Angestellten und die Öffentlichkeit gewisse Versorgungsaufgaben haben, nämlich die Marktversorgung, auch Fixkostenbetriebe sind. Wir sind alle davon ausgegangen, ein Betrieb sei variabel, wenn die Nachfrage zurückgeht, wird er eben kleiner. Das geht aber eben nicht in jedem Fall. Hier beginnt eine Scherenwirkung. Wenn die ganzen Belastungen steigen, sind sie auf die Summe des geschätzten Umsatzes zu verteilen. Geht aber der Umsatz zurück, ist die Gesamtkostensumme auf weniger Umsatz zu verteilen, und das heißt, der Kostenanteil pro verkauftem Gegenstand erhöht sich. Der Preis müßte nicht nur um die Kostenerhöhung steigen, sondern auch um die geringere Kapazitätsauslastung. Diese doppelte Schere stößt am Markte auf ein Ausweichen des Verbrauchers, indem er zu sparen beginnt. Das heißt also, die Abwälzung, die von uns aus glatt und elegant über die Bühne gegangen wäre, differenziert sich jetzt auf die einzelnen Wirtschaftszweige, die der Verbraucher normalerweise zuvörderst für entbehrlich hält, wenn sein Einkommen nicht in gleicher Weise steigt. Mein Betrieb z. B. ist eine Kohlen- und Baustoffhandlung. Ich führe glücklicherweise Artikel, die auch in einer nachlassenden Konjunktur gebraucht werden. Welche Betriebe werden jetzt Umsatzeinbußen zu verzeichnen haben? Es könnten Krawattenhersteller sein, es könnte sein, daß der Reiseverkehr darunter leidet oder daß man im Zuge der Einsparung von Geld auf den Besuch bestimmter Veranstaltungen verzichtet.

Politisch heißt das, die Unternehmer sind an den hohen Preisen schuld. Die Unternehmer sagen, die Arbeitnehmer sind an den hohen Löhnen schuld. Es wurde schon davon gesprochen, daß es sich hier um Machtfragen handelt. Herr Klunker zum Beispiel fragt nicht danach, ob es tragbar ist. Als Herr Brenner noch lebte, hat man ihm einmal

vorgehalten, daß durch die Erhöhung der Stahlarbeiterlöhne der Eisenpreis steige. Herr Brenner sagte ganz kühl: Meine Arbeiter essen kein Eisen. Das heißt also, daß diejenigen, die Macht haben, ihre Ansprüche, die sie nicht selber zu tragen brauchen, durchsetzen. Man müßte dafür sorgen, daß die Tarifverträge alle zum 31. Dezember eines Jahres auslaufen, und dann streiken wir alle zusammen. Dann wird der streikende Postbeamte auch merken, daß er nichts einkaufen kann und daß es sinnlos ist, diese Strategie weiterzuführen. Jeder würde dann merken, daß er einen höheren Anteil am Produkt praktisch nicht bekommen kann, sondern daß er die Bürde über höhere Preise wieder selber trägt.

Es wurde heute und gestern schon davon gesprochen, die Ertragskraft der einzelnen Sparten etwas transparenter zu machen. Es laufen Versuche, die Wissenschaft der Praxis durch Betriebsvergleiche etwas anzunähern. Für Brennstoffe wurde dies an der Universität Köln gemacht, für den Baustoffzweig in Berlin. Die Universität Köln hat in bezug auf Brennstoffe ermittelt, daß wenn sich der Unternehmer einen Arbeitslohn gewährt und die Verzinsung des Eigenkapitals berechnet, dann ein betriebswirtschaftliches Ergebnis von minus 0,5 % übrigbleibt. Wenn ich als Unternehmer einen Beitrag zur Stabilität leisten möchte, würde ich voraussetzen, daß ich wenigstens *plus* 0,5 % habe, und wenn ich dann sage, das opfere ich der Stabilität, und für den Zentner Kohlen zahlen Sie statt 10 DM nur 9,95 DM, dann werde ich vom Verbraucher ausgelacht, und er sagt, die 5 Pfennig kannst Du behalten.

Ich muß mich nur noch dafür bedanken, daß Sie mir so lange zugehört haben und dafür was ich an neuen Erkenntnissen hinzugewonnen habe.

Hans Möller (München):

Weitere Wortmeldungen? — Das scheint nicht der Fall zu sein. Ich selbst habe noch eine Frage an die beiden Referenten. Sie haben dargelegt, daß möglicherweise die Unternehmer eine Stabilisierungspolitik in dem Sinne betreiben können, daß sie die Stabilität unterstützen, indem sie, wie Herr Hauschildt ganz klar formuliert hat, die Absatzpreise nicht erhöhen oder die Beschaffungspreise niedrig zu halten versuchen und Erhöhungen Widerstand leisten. Aber wir wissen — Herr Hauschildt hat eingangs darauf hingewiesen und auch Herr Szyperski —, daß die Einzelpreise alle variabel sind und daß sich auch die Preisrelationen ständig ändern. Wir haben das Problem veränderlicher Preisrelationen auch im Anschluß an das Referat von Herrn Meier diskutiert. Woher soll nun der einzelne Unternehmer wissen, ob die Preiserhöhung, auf die er möglicherweise verzichtet, letztlich zu einer Verschärfung von

Fehl-Allokationen führt, ob diese Preiserhöhung eigentlich nicht sehr nötig wäre im Gesamtsystem und er sich vollkommen systemwidrig verhält, wenn er diese Preiserhöhung im scheinbaren Interesse der Stabilität unterläßt.

Ich darf den beiden Referenten in vielleicht umgekehrter Reihenfolge, das Schlußwort erteilen.

Jürgen Hauschildt (Saarbrücken):

Die Fragen zielen eigentlich, wenn ich zusammenfassen darf, in eine Richtung: Ich glaube, Herr Stützel hat sie am schärfsten zum Ausdruck gebracht: Ist unser Thema nicht einfach künstlich hochstilisiert? Wenn der Eindruck entstanden sein sollte, daß die allgemeine „Heterogenie der Zwecke“, wie es Wilhelm Wundt sagte, für unsere Wirtschaftsordnung nicht ein Grundprinzip wäre, dann wäre dieser Eindruck falsch.

Andererseits glaube ich, daß die Beschäftigung mit diesem Thema doch einige Einstiege gezeigt hat, die in der Diskussion und vielleicht auch in der eigenen Darstellung ein bißchen zu kurz gekommen sind: nämlich daß es sich lohnt, das Instrumentarium der Stabilisierung von seiten der Betriebswirtschaftslehre zu überdenken. Wie kann man solche Informationseffekte, auf die auch Herr Heinen hinwies, sichtbar machen? Wie kann man über unsere klassische Substanzerhaltungstheorie hinausgehen und auch für einzelne Entscheidungen, für Belohnungs- und Bestrafungssysteme sichtbar machen, wo die Ansatzpunkte für eine Stabilisierungspolitik liegen?

Daß damit, Herr Möller, endgültig die Frage beantwortet ist, woher der einzelne Unternehmer wissen soll, ob er sich richtig verhält, ist allerdings nicht gesagt. Aber für den Fall, daß es einen Konsens über die Notwendigkeit der Stabilität und der Stabilitätserhaltung gibt (und ich vermute, es wird in zunehmendem Maße einen solchen Konsens geben, da die Instabilitätseffekte immer spürbarer ins Bewußtsein dringen), sollten wir, wenn wir schon monomanisch auf ein solches Ziel fixiert sind, uns doch überlegen, ob nicht auch betriebliche Instrumente bereitliegen. Ein Punkt, der mich an diesem Vortrag interessiert hat, war es, einmal darüber nachzudenken, ob überhaupt solche betrieblichen Instrumente existieren. Zwar haben die Unternehmen weder die Kompetenz noch die Information, noch die Macht, um Preisstabilität einer Volkswirtschaft zu bewirken — ich habe es deutlich gesagt. Ich stimme auch darin überein, daß dies sicherlich in der ersten Stunde der Volkswirtschaftslehre, aber auch der Betriebswirtschaftslehre gesagt

werden muß. Diese Einsicht schließt aber die Frage nach den Instrumenten einer betrieblichen Unterstützung einer staatlichen Stabilisierungspolitik nicht aus.

Sie haben völlig recht, Herr Hax, das Streben nach Anspruchsniveaus hebt die Überwälzungseffekte nicht auf.

— Es kommt darauf an. Ich meine, ein Überwälzungseffekt kann auch bei einem Anspruchsniveaustreben durchaus gegeben sein.

(Wolfgang Stützel [Saarbrücken]: Ich behaupte das Gegenteil, es kann stärker sein!)

— Dieses hängt davon ab, wie starr die Anspruchsniveaus fixiert sind. Darin liegt das Problem. Wie starr sind sie gebunden? Wenn wir in unserer Argumentation immer von Zielfunktionen und von Nebenbedingungen sprechen, so sind diese Nebenbedingungen im Grunde ganz starr fixierte Ansprüche, die wir in jedem Fall durchsetzen wollen. Wenn solche Anspruchsniveaus starr fixiert sind, dann hat Herr Hax sicherlich recht. Ich würde allgemein formulieren, daß ein instabilitätsverstärkender Effekt durch das Streben nach Anspruchsniveaus zumindest nicht ausgeschlossen wird.

Zum Problem der öffentlichen Unternehmungen, Herr Thiemeyer: Sie wissen, daß ich versucht habe, mich mit dieser Problematik zu beschäftigen. Ich habe es daher in meiner Argumentation ein bißchen zurückgestellt. Ob es grundsätzlich stimmt, daß wir uns mit öffentlichen Unternehmen zuwenig beschäftigen — Sie deuteten es ja auch in Ihrer jüngst erschienenen kleinen Schrift an —, wage ich nicht recht zu beurteilen, weil das Problem unsere fachliche Gliederung völlig durchschneidet. Es ist auch kein Problem, das wir heute diskutieren sollten. Es ist sicherlich richtig, darin stimme ich mit Ihnen überein, daß diese Stabilitätsdiskussion in öffentlichen Unternehmen besonders scharf ausbricht, weil dort die Repräsentanten des Stabilitätsdenkens mit einer ganz anderen Machtposition auftreten und auftreten können.

Im übrigen danke ich den anderen Gesprächsteilnehmern, daß sie uns die Sachzwänge vom Standpunkt der Unternehmung klargemacht haben. Es ist eben so, daß wir als Wissenschaftler vielleicht nur etwas in dürren Worten sagen, was Sie im täglichen Kampf erleiden müssen. Es ist gut, wenn Sie es uns auch an dieser Stelle nochmals — sozusagen personalisiert — klarmachen.

Norbert Szyperski (Köln):

Das Ausklammern der öffentlichen Unternehmung war ein Wunsch des wissenschaftlichen Vorbereiters. Ich habe mich dem unterworfen; ich weiß nicht, welche Intention er damit verfolgte.

Ich glaube, daß wir in der Diskussion sehr deutlich machen konnten, daß gerade auch die Prognoseproblematik, auf die Herr Heinen hingewiesen hatte und auf die Herr Schönfeld nochmals hinwies, von ganz gravierender Bedeutung ist. Das Problem der sich selbst bestätigenden Prognosen ist natürlich auch alt. Aber es ist ein Problem, das nicht dadurch vom Tische ist, daß wir es vielleicht einmal benannt haben.

Herr Stützel, Ihre Frage bewegt mich natürlich in der Tat. Ist es das Wissen der ersten Stunde oder bleibt es im Problemverständnis der Disziplin leider nur bei dieser ersten Stunde? Ich kann mich des Eindrucks nicht erwehren, daß die geringe Differenzierung des Problems gerade eine Kernproblematik unserer gesamten Globalsteuerung ist. Ich kann mich auch des Eindrucks nicht erwehren, daß es bei vielen volkswirtschaftlichen Diskussionen leider nur bei dem Unternehmungsbild der ersten Stunde bleibt. Denn gerade das Bild, das Sie, Herr Stützel, sehr anschaulich brachten, regt ja zu der Überlegung an, ob wir nicht schon bei den Hühnern eine stärkere Differenzierung erkennen, als wir sie den Unternehmungen zuschreiben. Sie sagten, die Hühner drängen zum Trog. Ich meine nur, selbst diese haben eine sehr differenzierte Hackordnung. Das Studieren der Hackordnung und der Differenzierung im Rahmen von Unternehmungen erscheint mir gerade im Hinblick auf diese kollektive Problematik von Bedeutung. Nicht das Grundproblem, daß es kollektive und individuelle Probleme gibt, ist heute entdeckt worden, sondern wir haben eigentlich nur versucht, einige Aspekte herauszuarbeiten, die es in der weiteren Betrachtung möglich machen könnten, differenzierter über die Unternehmung im Blick auf die Probleme der Geldwertstabilitätssituation zu diskutieren. Gerade die Strukturen und die Aspekte der einzelnen Unternehmungen, ihre speziellen Situationen lassen nicht so eindeutig die Frage beantworten, ob die einzelnen Unternehmungen zu den stabilitätsfördernden oder stabilitätsneutralen Kräften gehören oder ob sie gar betonte Stabilitätsgegner sind. Ich meine einfach, daß die immer wieder aufgezeigten Verbindungen zwischen Geldwertstabilität und den vielen anderen Problemen, die immer wieder im Vordergrund stehen, wie z. B. Verteilungsmacht und Verteilungskämpfe, differenzierter behandelt werden müßten und nicht unter der globalen Fiktion „die Unternehmung“ diskutierbar sind. Nehmen Sie etwa das Problem der multinationalen Unternehmung als einen Extremfall und eine rein binnenwirtschaftlich orientierte Einzelhandels-Unternehmung auf der anderen Seite. Wenn Sie von der Globalsteuerung der binnenwertorientierten Geldstabilität ausgehen, dann differenzieren wir eben nicht genug. Wenn wir junggegründete Entwicklungsländer mit ihren Problemen der dortigen jungen Unternehmungen betrachten, so ist das Steuerungsproblem im Hinblick auf die Geldwertstabilität ein völlig anderes als in Ländern,

wo konsolidierte, großstrukturierte Unternehmungen den Ton und die Struktur bestimmen. Ich glaube, diese Aspekte sollten in den Vordergrund gerückt werden. Wenn das alles schon in den ersten Stunden gebracht würde, würden sich die Wirtschaftspolitiker freuen, die immer wieder zu bestimmten Verhaltensänderungen aufrufen, denn dann hätten sie ein besseres Ausgangsbild von der Welt, über die sie später sehr wichtige und uns alle betreffende Entscheidungen zu treffen haben.

Hans Möller (München):

Wir haben unseren Zeitplan erstaunlich exakt eingehalten. Die Diskussion war vielleicht unter dem Druck der Kürze der Zeit etwas unbefriedigend. Es sind eine Reihe wichtiger Fragen nur angeschnitten worden, zum Schluß etwa die Frage, die uns vielleicht noch am letzten Sitzungstag beschäftigen wird, der Wirtschaftsordnung und des individuellen ordnungskonformen Verhaltens; denn das ist ja das Kernproblem, das Herr Stützel aufgeworfen hat. Ich selbst bedauere, daß für die beiden betriebswirtschaftlichen Referate nur eine so kurze Zeit zur Verfügung stand. Ich hatte noch andere Fragen, die Sie, Herr Szyperski, in den letzten Bemerkungen kurz angeschnitten haben, etwa die Frage, wie Geldwertinstabilität die Zielfunktion beeinflusst beispielsweise bei einer multinationalen Unternehmung, die verschiedene Realwerte in verschiedenen Ländern hat und wie sich dann die Inflation bzw. die Stabilisierungspolitik einer Regierung auswirkt. Ich glaube, es gäbe eine Fülle weiterer Probleme, die wir hier nicht einmal registrieren konnten.

Arbeitskreis C
Empirische Untersuchungen zu Zielkonflikten

Leitung: Artur Woll, Siegen

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Dienstag, 3. September 1974, 9.00 - 12.50 Uhr

Eine ökonometrische Untersuchung über die Bestimmungsgründe der kurzfristigen Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1963 bis 1973

Von *Rainer Schmidt** und *Torsten Tewes***, Kiel

1. Einleitung

Die Entwicklung von Löhnen und Preisen einerseits und die Höhe der Arbeitslosigkeit andererseits sind seit Jahrzehnten eine Frage von großer politischer Bedeutung. In der Wirtschaftspraxis läßt sich häufig zwischen beiden Größen ein gewisser Zusammenhang beobachten, dergestalt, daß in einem bestimmten Land auf kurze Sicht verstärkte Arbeitslosigkeit sowie verringerte Lohn- und Preissteigerungen und umgekehrt miteinander einhergehen. Somit scheint unter gewissen Umständen kurzfristig eine Konkurrenz zwischen den gesamtwirtschaftlichen Zielen hoher Beschäftigungsstand und Stabilität des Preisniveaus zu bestehen. Dieses Phänomen hat auch die Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland vielfach beschäftigt¹. In der wissenschaftlichen Diskussion hat sich mit der Zeit deutlich erwiesen, daß das Problem nicht derart isoliert gesehen werden kann, wie es noch in den ökonometrischen Untersuchungen geschah, die aus einem Zweigleichungssystem — bestehend aus einer erweiterten Phillipskurve und einer einfachen Preisgleichung — wirtschaftspolitische Schlußfolgerungen über die Wechselwirkungen zwischen Preisniveau und Arbeits-

* Geboren am 25. April 1939 in Berlin-Charlottenburg. 1969 Promotion zum Dr. sc. pol. und seit 1965 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Mitarbeiter der Forschungsgruppe Ökonometrie (ökonometrische Konjunkturmodelle, ökonometrische Analysen der internationalen Märkte für agrarische Rohstoffe).

** Geboren am 22. Juni 1934 in Kiel. 1962 Promotion zum Dr. sc. pol., 1962 - 1964 wissenschaftlicher Assistent bei Prof. R. Richter und seit 1964 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel. Wissenschaftlicher Direktor am Institut für Weltwirtschaft und Leiter der Forschungsgruppe Ökonometrie.

¹ Vgl. z. B. Grundfragen der Stabilitätspolitik, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Presse- und Informationsamt der Bundesregierung, Bulletin No. 44 vom 13. 4. 1973, S. 399 ff.

losenquote ziehen². Man sollte dem Phänomen stets in einem ökonomischen Totalmodell nachgehen, um es in seiner ganzen Komplexität zu erfassen.

Im folgenden Beitrag soll zwar kein weiteres ökonomisches Totalmodell für die Bundesrepublik Deutschland vorgelegt werden; aber es soll ein Teilmodell zur simultanen Bestimmung der Tarif- und Effektivlöhne, der Beschäftigten- und Arbeitslosenzahl sowie der Erzeuger- und Verbraucherpreise — aufgespalten nach den wichtigsten Gütergruppen im Lebenshaltungskostenindex — dargestellt werden, das sich ohne Schwierigkeiten in ein gesamtwirtschaftliches Totalmodell einfügen ließe. Bei der Erstellung unseres Teilmodells wurde großer Wert darauf gelegt, den Einfluß der internationalen Rohstoffpreise und vor allem der Preise konkurrierender Auslandsgüter auf die inländische Preisentwicklung zu erfassen.

Schätzzeitraum ist die Periode von 1963 bis 1973, weil dieses die längste Periode ist, für die der Preisindex für die Lebenshaltung mit einheitlicher Gewichtung vorliegt. Alle Gleichungen beziehen sich auf Vierteljahreswerte, weil bei einer derart kurzen Einheitsperiode der zeitlichen Abfolge in den Reaktionen der Wirtschaftssubjekte sehr viel genauer nachgegangen werden kann als bei einer Einheitsperiode von einem Halbjahr oder einem Jahr. Außerdem wird man in einem Vierteljahresmodell für den Lohn-Konsumentenpreis-Sektor ohne gravierende Einschränkungen ein rekursives System unterstellen können, wie es im folgenden getan wird, weil ein solches System in vieler Hinsicht einfacher zu handhaben ist als ein interdependentes System.

Die von uns geschätzten Gleichungen beziehen sich im allgemeinen auf Änderungsraten gegenüber dem gleichen Vorjahrsquartal. Ein solcher Ansatz ist bei Lohngleichungen allgemein üblich³, weil er dem praktischen Denken entspricht. Er wurde hier aber auch für die Preisgleichungen gewählt, weil sich die Preisgleichungen dann im Modell einfacher mit den Lohngleichungen verbinden lassen. Hinzu kommt, daß bei einem solchen Ansatz das Problem der Korrelation zwischen den einzelnen erklärenden Zeitreihen erheblich abgeschwächt wird und daher vielfach der Einfluß von mehr Faktoren aufgezeigt werden kann als bei Schätzungen für das Preisniveau, daß ein solcher Ansatz das Augenmerk viel stärker auf die Wendepunkte lenkt als eine Gleichung für das Preisniveau und daß er gleichzeitig ein sehr flexibles Saison-

² Vgl. z. B. *Remi Boelaert*, Unemployment-Inflation Trade-offs in EEC-Countries, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Tübingen, Bd. 109 (1973), Heft 3, S. 418 ff.

³ Vgl. z. B. *Michael K. Evans*, *Macroeconomic Activity. Theory, Forecasting, and Control, An Econometric Approach*, New York / Evanston / London 1969, S. 266 f.

bereinigungsverfahren beinhaltet, so daß das Problem der geeigneten Saisonbereinigung der Ausgangsdaten bzw. einer geeigneten Berücksichtigung der nicht erklärten Saisonbewegungen in den Schätzgleichungen, das bei allen Schätzungen mit Vierteljahresdaten sonst auftritt, auf einfache Weise gelöst ist⁴.

Alle Gleichungen wurden aus praktischen Gründen bisher nur nach der einfachen Methode der kleinsten Quadrate geschätzt. Diese Schätzmethode ließe sich angesichts der Rekursivität des Systems zwar auch schätztheoretisch gut vertreten. Aber man sollte die Rekursivität des Modells in diesem Zusammenhang nicht überbewerten, da immer daran gedacht werden sollte, daß das vorliegende Modell tatsächlich nur einen Ausschnitt aus einem Totalmodell darstellt. Und man kann mit ziemlicher Sicherheit davon ausgehen, daß die hier vorgelegten Gleichungen in einem Totalmodell keineswegs alle in einem rekursiven Block stehen werden, sondern daß manche von ihnen in einem simultanen Block zu finden sein werden. Denn manche der in dem vorliegenden Teilsystem als exogen angenommenen Variablen sind nur hier exogen, aber endogen im Rahmen des Totalmodells.

Das folgende Modell umfaßt 27 Gleichungen⁵, die größtenteils stochastischen Charakter haben. Gemessen an anderen ökonomischen Systemen über den Lohn-Konsumentenpreis-Sektor ist es damit ungewöhnlich umfangreich. Dieser Umfang erklärt sich u. a. daraus, daß in den Verhaltensgleichungen im allgemeinen eine größere Anzahl von erklärenden Variablen auftritt. Um bei Simulationen mit dem Modell möglichst wenige Variable als exogen ansehen zu müssen, die im gedachten Totalmodell endogen sind, wurde auch für manche der erklärenden Variablen eine Schätzgleichung geliefert und das Modell so abgerundet.

2. Erklärung der Löhne

2.1 Tariflöhne

Die Tariflohngleichung basiert auf dem Konzept der erweiterten Phillipskurve⁶. Von den in ökonomischer Hinsicht operationalen theo-

⁴ Dabei wurde mit der unterstellten multiplikativen Verknüpfung der Variablen bewußt ein anderes preis- und schätztheoretisches Modell gewählt als vielfach üblich. — Allerdings konnten wir uns nicht entschließen, auf Änderungsraten gegenüber dem Vorquartal zurückzugehen, die in der praktischen Konjunkturdiagnose eine dominierende Rolle spielen, weil bei diesen Änderungsraten die unerklärten Reste ein sehr hohes Gewicht erhalten.

⁵ Ohne die in den Submodellen zur Erklärung des Angebots und der Erzeugerpreise von Nahrungsmitteln enthaltenen Gleichungen.

⁶ *Alban W. Phillips, The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861 - 1957, in: Economica, London, N. S., Vol. 25 (1958), S. 283 ff.*

retischen Begründungen für die Phillipskurve sind vor allem die von Lipsey⁷ entwickelte Nachfrageüberschußtheorie und die Verhandlungstheorien⁸ des Lohnes hervorzuheben. Die Nachfrageüberschußtheorie des Lohnes geht davon aus, daß es sich bei dem Arbeitsmarkt um einen vollkommenen Markt handelt, auf dem der Preis für Arbeit aus der Nachfrage nach und dem Angebot von Arbeit abgeleitet werden kann. Insbesondere diese Annahme sowie die sich daraus im Hinblick auf die Auswahl der erklärenden Variablen ergebenden Restriktionen lassen die ausschließliche Verwendung der Nachfrageüberschußtheorie bei der Tariflohnbestimmung als wenig geeignet erscheinen. Es dürften kaum Zweifel daran bestehen, daß — wie in praktisch allen anderen westlichen Industrieländern — der Arbeitsmarkt in der Bundesrepublik Deutschland ein in hohem Grade unvollkommener Markt ist. Insofern wäre der Verhandlungstheorie des Lohnes der Vorzug zu geben, die einen unvollkommenen Arbeitsmarkt unterstellt, wobei die Lohnänderungen als das Resultat einer Art Machtkampf zwischen Gewerkschaften und Arbeitgebervertretern aufgefaßt werden. Entsprechend können zur Erklärung des Tariflohnes alle diejenigen ökonomischen Variablen herangezogen werden, von denen angenommen werden darf, daß sie für die Verhandlungsmacht der Gewerkschaften bzw. der Arbeitgeber von Wichtigkeit sind. Daß hierzu in erster Linie diejenigen Variablen zählen, die etwas über die Situation auf dem Arbeitsmarkt und damit über ein sehr bedeutendes Element der Verhandlungsstärke der Tarifkontrahenten aussagen, bedarf wohl keiner besonderen Begründung. Ein unvollkommener Markt schließt das Wirksamwerden von Marktkräften innerhalb gewisser Grenzen keineswegs aus. So gesehen könnte man fast sagen, daß die Verhandlungstheorie des Lohnes im Prinzip eine Erweiterung der Nachfrageüberschußtheorie in Richtung auf eine Anpassung an die Verhältnisse in der realen Welt darstellt⁹.

Folgt man den obigen Ausführungen, so besteht die Aufgabe der Tariflohnbestimmung darin, den zwischen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden erzielten *Tarifkompromiß* zu erklären. Variable, die einseitig wichtige Elemente in der Kalkulation der Gewerkschafts*forderungen* repräsentieren, haben dabei nur dann eine Daseinsberechtigung, wenn diesem Teil der Lohnforderung — aus welchen Gründen

⁷ *Richard G. Lipsey*, *The Relation between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1861 - 1957: A Further Analysis*, in: *Economica*, London, N. S., Vol. 27 (1960), S. 1 ff.

⁸ Siehe besonders *Otto Eckstein* und *Thomas A. Wilson*, *The Determination of Money Wages in American Industry*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Cambridge (Mass.), Vol. 76 (1962), S. 379 ff.

⁹ In ähnlichem Sinne äußert sich *Helmut Maneval*, *Die Phillips-Kurve, Empirische, theoretische und wirtschaftspolitische Aspekte*, Tübinger Wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen, Band 15, Tübingen 1973, S. 104 f.

auch immer — von der Unternehmerseite normalerweise stattgegeben wird bzw. wenn im Regelfall das Unternehmerangebot diesen Teil der Lohnforderung bereits mit abdeckt. Letzteres dürfte im Hinblick auf die Berücksichtigung der allgemeinen Inflationserwartungen in den Tariflöhnen der Fall sein. Der Ausgleich der erwarteten Geldentwertung¹⁰ über die Tariflöhne — d. h. die Bewahrung der Reallohnposition — ist offensichtlich so etwas wie ein von vornherein in die Tariflohnverhandlungen eingebautes Resultat¹¹. Zur Charakterisierung der Erwartungen der Tarifpartner bezüglich der Geldentwertung soll aus modelltechnischen Gründen der Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte herangezogen werden. Da der Preisindex für die Lebenshaltung ausdrücklich als Erwartungsgröße in die Tariflohngleichung eingeführt werden soll, ist zu fordern, daß der Regressionskoeffizient dieser Variablen „genügend nahe“ bei 1 liegt¹².

Wie schon oben angedeutet, ist für die Verhandlungsstärke der Tarifparteien die Lage auf dem Arbeitsmarkt von größter Bedeutung — und zwar für die Gewerkschaften im Hinblick auf das Beschäftigungsrisiko¹³ und für die Arbeitgeber u. a. hinsichtlich der Konkurrenzverhältnisse bei der Arbeitskräftebeschaffung. Ein wichtiger Indikator für die Arbeitsmarktlage ist in der Zahl der registrierten Arbeitslosen zu sehen. Insbesondere für die Gewerkschaften stellt die Arbeitslosenzahl bzw. -quote in den Tarifverhandlungen einen beachtlichen psychologischen Einflußfaktor dar. In bestimmten Konjunkturphasen sind indessen die registrierten Arbeitslosen *allein* ein zu wenig reagibler Indikator für die Arbeitsmarktlage — nämlich dann, wenn sich die Unternehmen primär durch eine wechselnde Auslastung ihres Arbeitskräftebestandes an konjunkturelle Schwankungen anpassen¹⁴. Aus diesem Grund erscheint es angebracht, zusätzlich zu den registrierten Arbeitslosen auch eine Schätzung der in den Unternehmen gehorteten Arbeitskräfte mit einzubeziehen. Dabei stützen wir uns auf ein von Taylor¹⁵ entwickeltes

¹⁰ Diese muß nicht notwendig der dann tatsächlich während der Laufzeit der Tarifverträge eingetretenen Geldentwertung gleich sein, da die Erwartungen falsch sein können.

¹¹ Dies entspricht dem Reallohnargument von Friedman (vgl. *Milton Friedman, The Role of Monetary Policy*, in: *American Economic Review*, Menasha (Wisc.), Vol. 58 [1968], S. 1 ff.).

¹² Im Idealfall müßte er genau gleich 1 sein, weil zur Erhaltung der Reallohnposition nicht weniger, aber auch nicht mehr als der Inflationsausgleich vonnöten ist.

¹³ Für die überwältigende Mehrheit der Arbeitnehmer dürfte das Ziel der Vollbeschäftigung vor dem verteilungspolitischen Ziel rangieren.

¹⁴ Über Veränderungen der Arbeitszeit, d. h. besonders der Zahl der Überstunden. Ein augenfälliges Beispiel hierfür liefern die Jahre 1962 - 1966.

¹⁵ *Jim Taylor, Hidden Unemployment, Hoarded Labour, and the Phillips Curve*, in: *The Southern Economic Journal*, Chapel Hill, Vol. 37, July 1970, S. 1 ff.

Konzept. Der Grundgedanke ist der, daß jede Abweichung der tatsächlichen Arbeitsproduktivität von einer geschätzten langfristigen Entwicklung bei ständiger Vollaustattung der Arbeitskräfte ein Maß für den Umfang der Arbeitskräftehortung darstellt („peak-to-peak“-Methode). Im vorliegenden Fall wurde eine exponentielle Entwicklung dieser langfristigen Arbeitsproduktivität unterstellt, und als „peaks“ wurden das 4. Quartal 1960 ($t = 1$) und das 4. Quartal 1969 ($t = 37$) gewählt. Demnach ergibt sich folgende Maximalschätzung für die langfristige Arbeitsproduktivität:

$$(1) \quad \log P \left(\frac{BIP\ 62}{EWA} \right)_t = + 3,6327 + 0,0042 t$$

BIP 62: Bruttoinlandsprodukt zu den Preisen von 1962

EWA: abhängig Erwerbstätige (Inlandskonzept) (1 000)

$P \left(\frac{BIP\ 62}{EWA} \right)$: geschätzte Werte von $\left(\frac{BIP\ 62}{EWA} \right)$ bei Vollaustattung der Arbeitskräfte.

Um die Schätzung der gehorteten Arbeitskräfte etwas flexibler zu gestalten, wurde — in Abweichung von dem Konzept von Taylor — ein besonderer Niveaueffizient α eingeführt. Durch α soll berücksichtigt werden, daß möglicherweise erst ein sehr starkes Absinken der tatsächlichen Auslastung der vorhandenen Arbeitskräfte unter die angenommene Maximalauslastung dazu führen kann, daß das Ausmaß der Arbeitskräftehortung in den Tarifverhandlungen einen spürbaren Einfluß ausübt¹⁶. Da wir a priori über die Höhe von α innerhalb der unten aufgeführten Schranken kaum Aussagen machen können, muß α (auf iterativem Wege) simultan mit den übrigen Parametern der Tariflohn-gleichung geschätzt werden.

$$(2) \quad AG_t = EWA_t \cdot \alpha \left[1 - \frac{\left(\frac{BIP\ 62}{EWA} \right)_t}{P \left(\frac{BIP\ 62}{EWA} \right)_t} \right] \quad 0 < \alpha < 1$$

AG: geschätzte Zahl der gehorteten Arbeitskräfte (1 000).

Die Variable *AG* kann als ein sehr konjunkturrempfindlicher Indikator betrachtet werden, der dementsprechend auch den Einfluß der allgemeinen konjunkturellen Entwicklung auf die Lohnverhandlungen zu repräsentieren vermag. Hierbei ist auf Gewerkschaftsseite auf die je

¹⁶ Praktisch können hierzu beispielsweise Berichte der örtlichen Betriebsräte an die Gewerkschaftsleitungen über die mögliche Gefährdung bestimmter Arbeitsplätze bei zu starken Tarifierhebungen beitragen.

nach Konjunktursituation unterschiedliche Durchsetzbarkeit verteilungspolitischer Ziele und auf Unternehmerseite z. B. an die Einschätzung der Überwälzungsmöglichkeiten von vorgesehenen Lohn-erhöhungen auf die Preise zu denken. Macht man eine solche Annahme, so kann man sich Betrachtungen über die mögliche Einführung einer Gewinnvariablen (Unternehmergewinne) in die Tariflohn-gleichung von vornherein ersparen¹⁷.

Besondere Beachtung verdient das Phänomen des sogenannten Lohnlags, d. h. das mehr oder weniger starke Zurückbleiben der Lohnentwicklung hinter der allgemeinen Konjunktorentwicklung (charakterisiert z. B. durch das BIP oder die Beschäftigung). Die Ursachen des Lohnlags sind sowohl im institutionellen Bereich — die Dauer der Tarifverträge streut um einen Mittelwert von einem Jahr — als auch im Verhalten der Tarifpartner zu suchen (Überwiegen der Orientierung an der wirtschaftlichen Entwicklung in der Vergangenheit). Erhebliche Probleme bei der Spezifizierung der Tariflohn-gleichung bereitet in diesem Zusammenhang die Tatsache, daß die Länge des Lohnlags im Ablauf der einzelnen Konjunkturzyklen beträchtlichen Veränderungen unterliegt (in der Literatur als das sogenannte Schleifenphänomen des Lohnes¹⁸ bekannt geworden). Auf die Analyse der möglichen Ursachen sowie deren Implikationen für die Tariflohnbestimmung kann hier aus Platzgründen nicht eingegangen werden, zumal wir dies bereits ausführlich an anderer Stelle getan haben¹⁹. Es soll lediglich erwähnt werden, daß der primär aus dem Verhalten der Tarifpartner resultierenden Komponente des Lohnlags durch die Einführung eines speziellen Anpassungsprozesses in die Tariflohn-gleichung Rechnung getragen wird. Im Hinblick auf die zyklische Variabilität dieser Lohnlagkomponente wird damit über alle Schleifenbildungen der Schätzperiode gemittelt — allerdings mit der Einschränkung, daß die jeweiligen Schleifenbildungen ein gewisses Ausmaß nicht überschreiten dürfen. In diesem Sinne erwies sich eine Ausnahme als unumgänglich: Die außergewöhnlich starke tarifpolitische Zurückhaltung der Gewerkschaften nach der Rezession von 1967 sowie deren abrupte Aufhebung durch die wilden Streiks vom Herbst 1969 (und die sich daran anschließende, sehr lange Phase der Fixierung der Gewerkschaften auf die Geltendmachung eines „Nachholbedarfs“) wurden durch zwei besondere Dummies von den übrigen Perioden abgehoben.

¹⁷ Ähnlich argumentiert *Michael K. Evans*, *Macroeconomic Activity*, S. 270.

¹⁸ Vgl. *Knut Schloenbach*, *Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1957 - 1968*, Meisenheim am Glan 1972, S. 117.

¹⁹ *Rainer Schmidt*, *Kurzfristige Prognosefunktionen für die Tarif- und Effektivlohnentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Die Weltwirtschaft*, Tübingen, Heft 2, 1971, S. 241 ff.

Der institutionell bedingten Lohnlag-Komponente wird vorwiegend dadurch Rechnung getragen, daß z. B. die Veränderungen der registrierten Arbeitslosen oder der gehorteten Arbeitskräfte nicht unverzögert, sondern mit einem Lag in die Tariflohngleichung eingehen²⁰.

Die statistische Überprüfung einer nach den obigen Kriterien spezifizierten Tariflohngleichung erbrachte als relativ bestes Resultat:

$$(3) \quad \overline{TL}_t = + 2,8763 + 0,61359 \overline{P}_{t-1} - 0,01948 \left[\frac{1}{2} \sum_{j=2}^3 \overline{(AL + 0,1 AG)}_{t-j} \right] \\ \quad \quad \quad (4,8) \quad \quad \quad (5,9) \\ \quad \quad \quad + 0,93798 D_t^{AS} + 2,3453 D_t^{NB} + 0,34068 \overline{TL}_{t-1} \\ \quad \quad \quad (2,0) \quad \quad \quad (7,4) \quad \quad \quad (3,9) \\ \quad \quad \quad 1963_{II} - 1973_{IV} \quad \quad \quad R^2 = 0,957 \quad \quad \quad DW = 1,30$$

TL: Tariflohn- und Gehaltsniveau auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft (1962 = 100)

P: Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1962 = 100)

AL: registrierte Arbeitslose (1 000)

D^{AS}: Dummy „Arbeitsplatzsicherung“ (1968_{IV} - 1969_{III} : - 1; sonst: 0)

D^{NB}: Dummy „Nachholbedarf“ (1970_I - 1970_{III} : + 1; 1970_{IV} und 1971_{III} : + 2; 1971_I - 1971_{II} : + 2½; sonst: 0)

— : ein Strich und ein Punkt über einer Variablen beinhalten, daß es sich um relative Änderungen (in Prozenten) gegenüber dem Vorjahr handelt.

Die Vorzeichen sowie die absolute Größe der Regressionskoeffizienten in (3) stehen im Einklang mit den theoretischen Erwartungen. Für den Niveaueffizienten α der gehorteten Arbeitskräfte erhielten wir einen Schätzwert von 0,1 — d. h. nur sehr starke Unterschreitungen der Maximalauslastung der Arbeitskräfte würden demnach eine tarifpolitisch relevante Arbeitskräftehortung darstellen. Ein solches Resultat erscheint angesichts der im langfristigen Trend in der Schätzperiode starken Anspannung auf dem Arbeitsmarkt der Bundesrepublik Deutschland plausibel. Bedingt durch den für den Tariflohn unterstellten Anpassungsprozeß geben die Regressionskoeffizienten des Preisindex für die Lebenshaltung und der kombinierten Arbeitsmarktvariablen nur die kurzfristigen Reaktionen wieder. Die langfristigen Reaktionen²¹ erhält man, indem man die kurzfristigen Koeffizienten durch den geschätzten Anpassungskoeffizienten für den Tariflohn divi-

²⁰ Damit soll jedoch nicht die Aussage verbunden sein, daß auf diesem Wege eine eindeutige Trennung zwischen institutionellem und Verhaltenslag in der ökonomischen Analyse möglich wäre.

²¹ D. h. die Reaktionen nach *vollständiger* Anpassung.

diert. Demnach ergibt sich für die Preisvariable ein langfristiger Reaktionskoeffizient von + 0,93, für die Arbeitsmarktvariable von — 0,03 und für die Konstante von + 4,36. Der Reaktionskoeffizient der Preisvariablen liegt so — wie gefordert — noch nahe genug bei 1. Um eine zusätzliche Erhöhung des Tariflohniveaus um einen Prozentpunkt zu bewirken, müßte die Zahl der registrierten und der gehorteten Arbeitskräfte um mehr als 30 Prozent abnehmen — auch dies erscheint in Anbetracht der sehr starken konjunkturellen Schwankungen dieser Größe als akzeptabel. Der langfristige Schätzwert für die Konstante gibt einen Hinweis auf die im langfristigen Trend von den Gewerkschaften aufgrund ihrer Verhandlungsmacht durchgesetzten *Reallohnerhöhung*.

2.2 Effektivlöhne

Aus rein modelltechnischen Gründen wird der Effektivlohn in unserer Untersuchung als die Bruttolohn- und -gehaltssumme je abhängig im Inland Beschäftigten — EL — definiert. Damit schließen die Effektivlohnänderungen implizit auch die Variationen der Arbeitszeit mit ein. Die Effektivlohnbestimmung folgt dem Konzept der zweistufigen Lohnermittlung — d. h. der Effektivlohn wird durch den als *Mindestlohn* aufzufassenden Tariflohn sowie durch einen Indikator für die Lohndrift erklärt. Streng genommen müßte zusätzlich noch ein Indikator für die Arbeitszeit mit einbezogen werden, da der Tariflohn auf Stundenbasis berechnet ist, während dies beim Effektivlohn nicht der Fall ist (siehe oben). Wie sich jedoch bei der ökonometrischen Analyse gezeigt hat, ist ein wie auch immer gewählter Indikator für die Arbeitszeit stets sehr eng mit dem Indikator für die Lohndrift korreliert, so daß der letztere den ersteren gut miterklären kann. Als Lohndriftindikator haben wir eine durchschnittliche gewogene Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts herangezogen. Dies entspricht der Annahme, daß die Lohndrift im wesentlichen von der allgemeinen Konjunktorentwicklung abhängt:

$$(4) \quad \begin{aligned} \dot{\overline{EL}}_t &= + 0,13261 + 0,80192 \dot{\overline{TL}}_t + 0,49022 \dot{\overline{BIP}} 62_t ; \\ &\quad (15,4) \qquad (7,4) \\ 1963_{\text{I}} - 1973_{\text{II}} \quad R^2 &= 0,891 \quad DW = 1,64 \\ \dot{\overline{BIP}} 62_t &= 0,6 \dot{\overline{BIP}} 62_t + 0,3 \dot{\overline{BIP}} 62_{t-1} + 0,1 \dot{\overline{BIP}} 62_{t-2} \end{aligned}$$

3. Erklärung von Beschäftigung und Arbeitslosigkeit

3.1 Abhängig Erwerbstätige

Die Gleichung für die Zahl der abhängig Erwerbstätigen (Inlands-konzept) wurde nicht wie üblich aus einem formalen Modell abgeleitet²², sondern es wurde in Anlehnung an diese formalen Modelle davon ausgegangen, daß die Zahl der Erwerbstätigen vor allem von der längerfristigen und der kurzfristigen Entwicklung des realen Bruttoinlandsprodukts abhängt. Dabei ist zu erwarten, daß nach Berücksichtigung der langfristigen Entwicklung der Arbeitsproduktivität eine dauernde Änderung der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts um 1 Prozent eine etwa ebenso große Änderung der Zuwachsrate der abhängig Erwerbstätigen nach sich ziehen wird (totale Anpassung), während auf kurze Sicht die Änderung der Zuwachsrate der abhängig Erwerbstätigen erheblich unter der Änderung der Zuwachsrate des realen Bruttoinlandsprodukts bleiben wird (teilweise Anpassung), weil nur die langfristige Anpassung voll über die Zahl der Erwerbstätigen stattfinden wird, die kurzfristige Anpassung daneben jedoch teilweise auch über die Arbeitszeit geschieht und teilweise über die Arbeitsintensität.

Bei den Schätzungen zeigte sich sehr deutlich, daß etwa von der Mitte der sechziger Jahre an die Zahl der Erwerbstätigen in sehr viel stärkerem Maße als zuvor auf die Konjunkturschwankungen reagierte. Deshalb wird im folgenden nur eine Beschäftigungsfunktion für den Zeitraum von 1966_I bis 1973_{II} aufgeführt. Die Periode von 1963_I bis 1965_{IV} erschien zu kurz, um eine getrennte Funktion zu schätzen, zumal aus diesem Zeitraum die Quartale 1963_I und 1963_{II} sowie 1964_I und 1964_{II} wegen außergewöhnlicher saisonaler Einflüsse ausgeklammert werden müßten.

$$(5) \quad \overline{EWA} = -6,6479 + 0,63679 \frac{1}{2} \sum_{j=1}^1 \overline{BIP} 62_{t-j} + 0,92557 \frac{1}{16} \sum_{j=0}^{15} \overline{BIP} 62_{t-j}$$

(22,51) (8,07)

1966_I – 1973_{II} $R^2 = 0,961$ $DW = 1,70$

3.2 Registrierte Arbeitslose

Bei der Erklärung der Arbeitslosen wird von vornherein keine „sophisticated solution“ angestrebt, da dies mit einem hohen Grad an Wahrscheinlichkeit die Belastung des Modells mit zusätzlichen endo-

²² Vgl. z. B. *Torsten Tewes*, Kurzfristige Prognosefunktionen für die Zahl der Beschäftigten in der Verarbeitenden Industrie und die Zahl der abhängig Erwerbstätigen in der Wirtschaft insgesamt, in: *Die Weltwirtschaft*, Tübingen, 1971, Heft 2, S. 203 ff. und die dort angegebene Literatur.

genen Variablen, die zudem noch von sehr komplizierter Natur sein müßten, bedeuten würde. Faßt man die Bestimmungsgleichung für die registrierten Arbeitslosen im Prinzip als eine Art Spiegelbild der Beschäftigungsfunktion auf, so bietet sich als Erklärungsgröße einfach das reale Bruttoinlandsprodukt an. In der Tat besitzt die bereits als Lohndriftindikator herangezogene Größe BIP_{62}^* auch für die registrierten Arbeitslosen in den meisten Perioden einen hohen Erklärungswert. Lediglich für die Rezession von 1967 mußte aus BIP_{62}^* eine besondere Dummy-Variable (D^{RZ}) konstruiert werden. Die Mehrzahl der Unternehmen tendierte in den Jahren 1962-1966 sehr stark zur Arbeitskräftehortung. Zu Beginn der Rezession von 1967 war entsprechend ein hoher Bestand an gehorteten Arbeitskräften vorhanden. Während der Rezession gaben die Unternehmen dann ihre bisherige Arbeitskräftehortungspolitik fast schlagartig auf, so daß es vom ersten bis zum dritten Quartal 1967 zu einem weit überproportionalen Anstieg der Arbeitslosenzahl kam. Dadurch gelang es, die Arbeitskräftehortung im Rezessionsjahr 1967 noch beträchtlich unterhalb derjenigen des nur leichten Abschwunges von 1963 zu halten.

Konstruktion von DRZ :

$$\overline{BIP}_{62}^* \geq 0, \text{ dann } DRZ = 0$$

$$\overline{BIP}_{62}^* < 0, \text{ dann } DRZ = - \left[\overline{BIP}_{62}^* + (-a) \right]^b \quad a, b > 0$$

Auf iterativem Weg wurde für a und b ein Schätzwert von $+2,0$ ermittelt.

$$(6) \quad \overline{AL}_t = + 62,424 - \underset{(9,3)}{12,622 \overline{BIP}_{62}^*} - \underset{(12,9)}{15,893 D_t^{RZ}}$$

1962_I - 1973_{II} $R^2 = 0,937$ $DW = 1,49$

4. Preisindex für die Lebenshaltung²³

Hier wurden die Preise für die vier Hauptgruppen: gewerbliche Verbrauchs- und Gebrauchsgüter (einschließlich Genußmittel), Dienstleistungen und Reparaturen (einschließlich Verzehr in Gaststätten), Wohnungs- und Garagennutzung sowie Nahrungsmittel (ohne Genußmittel und Verzehr in Gaststätten) getrennt analysiert. Wo es unbedingt notwendig erschien, wurden die Preisindizes in einer noch tieferen Gliederung untersucht.

²³ Alle privaten Haushalte.

4.1 Gewerbliche Verbrauchs- und Gebrauchsgüter (einschließlich Genußmittel)

Bei den Preisen für gewerbliche Verbrauchs- und Gebrauchsgüter wurde davon ausgegangen, daß die Unternehmen die Preise festsetzen. Um den Prozeß der Preisfixierung besser verfolgen zu können, wurde des weiteren zwischen Preisen auf der Einzelhandelsstufe, die im Preisindex für die Lebenshaltung erscheinen, und Preisen auf der Erzeugerstufe unterschieden, in der Annahme, daß die Preisbewegungen im allgemeinen von den Unternehmerentscheidungen auf der Erzeugerstufe ausgehen und dann auf die Einzelhandelsstufe durchschlagen, wobei auf dieser Stufe noch über die Höhe der Handelsspanne entschieden wird.

Die Preisgleichungen wurden nicht durch eine Ableitung aus einem formalen Modell gewonnen, sondern sie wurden — wie in vielen ökonomischen Untersuchungen über Preisverhalten üblich²⁴ — entsprechend ziemlich allgemein gehegten Vorstellungen über praktisches Unternehmerverhalten angesetzt. Als preisbestimmende Faktoren wurden grundsätzlich berücksichtigt²⁵:

- die allgemeine Entwicklung der Tariflöhne bzw. der Effektivlöhne,
- die Entwicklung der Arbeitsproduktivität in der Verbrauchsgüterindustrie,
- die Entwicklung der Rohstoffkosten, allerdings nur von solchen Rohstoffen und Halbwaren, die auch aus dem Ausland bezogen werden,
- die Entwicklung des realen privaten Verbrauchs sowie
- die Entwicklung vergleichbarer Preise im Ausland relativ zur Entwicklung der Inlandspreise.

²⁴ Vgl. dazu z. B. viele Beiträge in dem Band über „The Econometrics of Price Determination“-Conference, 30./31. Oktober 1970, Washington D. C., Sponsored by the Board of Governors of the Federal Reserve System and Social Science Research Council, sowie *Otto Eckstein, Roger Brinner, The Inflation Process in the United States, A Study Prepared for the Use of the Joint Economic Committee, Congress of the United States, Washington 1972.*

²⁵ Bei den benutzten Daten mußten naturgemäß einige Inkompatibilitäten in Kauf genommen werden, von denen jedoch angenommen wird, daß sie die Schätzergebnisse nicht erheblich beeinträchtigen. So ist die Produktauswahl im Erzeugerpreisindex für Verbrauchsgüter anders als im Index für Verbrauchs- und Gebrauchsgüter im Rahmen des Lebenshaltungskostenindex. Als Arbeitsproduktivität stand nur die Arbeitsproduktivität in der Verbrauchsgüterindustrie zur unmittelbaren Verfügung. Als vergleichbare Preise im Ausland mußten Großhandelspreise in den zehn wichtigsten Außenhandelspartnerländern der Bundesrepublik Deutschland (Belgien, Frankreich, Großbritannien, Italien, Japan, Niederlande, Österreich, Schweden, Schweiz, Vereinigte Staaten) benutzt werden, die von der Produktabgrenzung weder im Vergleich untereinander noch im Vergleich mit dem Erzeugerpreisindex in der Bundesrepublik voll übereinstimmen.

Mit Hilfe dieser Faktoren wurde versucht, den folgenden möglichen Bestimmungsgründen für die kurzfristige Preisentwicklung Rechnung zu tragen:

- den Lohnkosten,
- der Inlandsnachfrage,
- den internationalen Rohstoffpreisen und
- dem Wettbewerb mit ausländischen Anbietern auf den Märkten im In- und Ausland.

Im einzelnen wurde nicht — wie vielfach üblich — von den Lohnkosten je Produkteinheit ausgegangen, sondern die Löhne und die Arbeitsproduktivität wurden als getrennte Variable aufgefaßt. Damit soll der Anschauung Rechnung getragen werden, daß die Unternehmen in ihren Kalkulationen in erster Linie von den Standardlohnkosten auszugehen scheinen, d. h. von der laufenden Lohnentwicklung, korrigiert um eine als konstant angenommene längerfristige Entwicklung der Arbeitsproduktivität, und darüber hinaus die kurzfristigen Produktivitätsschwankungen nur teilweise berücksichtigen.

Der Einfluß des internationalen Wettbewerbs auf die Preisgestaltung im Inland wurde folgendermaßen in die Rechnungen aufgenommen: Die Großhandelspreisentwicklung in den zehn wichtigsten Handelspartnerländern der Bundesrepublik Deutschland wurde auf DM-Basis umgerechnet, und zwar bis September 1969 unter Verwendung der Paritätskurse und ab Oktober 1969 unter Verwendung der Kassakurse. Dabei wurde die „Ersatzaufwertung“ vom November 1968 wie eine Paritätsänderung um 4 Prozent behandelt. Die derart umgerechneten Preisindizes wurden dann zu einem Auslandspreisindex zusammengewogen, wobei als Gewicht der Außenhandelsumsatz (Ausfuhr plus Einfuhr) dieser Länder mit der Bundesrepublik Deutschland im Durchschnitt der Jahre 1966 bis 1968 gewählt wurde. Ausgehend von der Annahme, daß die Auslandspreise und die Inlandspreise im zweiten Quartal 1961 — also nach der Aufwertung vom März 1961 — die gleiche absolute Höhe aufwiesen, wurde dann ermittelt, um wieviel Prozent die Großhandelspreise im Ausland im laufenden Quartal über bzw. unter den Erzeugerpreisen im Inland im gleichen Quartal des Vorjahrs lagen, wobei Preissprünge infolge des Übergangs zur Mehrwertsteuer ausgeglichen wurden²⁶. Dieser Prozentsatz wurde als Maß für einen Preiserhöhungs-

²⁶ An sich läßt sich aus zwei Preisindexreihen die Relation zwischen den absoluten Preisen im In- und Ausland nur bis auf eine unbekannt additive Konstante errechnen. Deren Wert wurde hier durch die obige Annahme über das Niveau der Preise in 1961_{II} willkürlich fixiert, um überhaupt rechnen zu können. Aus der Methode der kleinsten Quadrate folgt aber, daß diese unbekannt Konstante den Schätzwert für den Parameter vor dem Auslands-

spielraum bzw. Preissenkungsdruck für die inländischen Anbieter in die Preisgleichung eingeführt.

Schließlich wurde davon ausgegangen, daß die Entwicklung der Einzelhandelspreise sich aus der Entwicklung der Erzeugerpreise und einer autonomen Lohnkomponente zusammensetzt.

Bei den Schätzungen zeigte sich, daß sich für die gesamte Periode von 1963_I bis 1973_{IV} keine befriedigenden einheitlichen Preisgleichungen finden ließen, sondern daß sich die Preisgleichungen in den letzten Jahren, etwa ab 1970, offenbar erheblich von den Preisgleichungen in den vorangegangenen Jahren unterschieden. Deshalb wurden getrennte Gleichungen für die Perioden 1963_I - 1969_{IV} und 1970_I - 1973_{IV} geschätzt. Hierbei wurde das Ende des Jahres 1969 vor allem aus externen Überlegungen als Einschnitt gewählt, da

- vom Jahre 1970 an die Preissteigerungsraten erheblich höher als je zuvor ausfielen,
- die neue Regierung dem Ziel der Vollbeschäftigung offenbar größere Prioritäten einzuräumen bereit war als die vorangegangenen Regierungen und
- sich auf dem Gebiete der Wechselkurspolitik offenbar ein Wandel zu einer größeren Flexibilität des Wechselkurses vollzog.

Die Schätzgleichungen sind:

Erzeugerpreise — Verbrauchsgüter (PEV)

$$(7) \quad \overline{PEV} = -1,6841 + 0,29758 \frac{1}{2} \sum_{j=1}^2 \overline{TL}_{-j} + 0,19296 \left(\frac{AUSLP_{-1}}{PEV_{-5}} - 1 \right) \cdot 100$$

$$- 0,04442 \frac{1}{2} \sum_{j=1}^2 \overline{PROD}_{-j} + 0,17566 \frac{1}{2} \sum_{j=0}^1 \overline{CPR}_{62-j}$$

$$1963_I - 1969_{IV} \quad R^2 = 0,883 \quad DW = 1,52$$

$$(8) \quad \overline{PEV} = 1,2687 + 0,26730 \frac{1}{2} \sum_{j=1}^2 \overline{EL}_{-j} + 0,12372 \overline{EINKP}$$

$$+ 0,08667 \left(\frac{AUSLP_{-1}}{PEV_{-5}} - 1 \right) \cdot 100 + 3,3564 D_{1972_{II-IV}}$$

$$1970_I - 1973_{IV} \quad R^2 = 0,968 \quad DW = 2,82$$

preis unberührt läßt. Sie beeinflusst nur die Höhe des absoluten Gliedes in der Schätzgleichung. Deshalb kann man aus den folgenden Preisgleichungen ohne weiteres ablesen, wie sich eine Änderung der Auslandspreisentwicklung auf die Entwicklung der Inlandspreise auswirkt. Nicht möglich ist jedoch eine Aussage, in welchem Ausmaß die inländische Preisentwicklung von der ausländischen Preisentwicklung bestimmt wurde.

Verbrauchs- und Gebrauchsgüter im Lebenshaltungskostenindex (PVG)

$$(9) \quad \overline{PVG} = -0,00088 + 0,29687 \overline{PEV}_{-2} + 0,18412 \overline{PEV}_{-3}$$

(3,1) (2,2)

$$+ 0,08349 \frac{1}{2} \sum_{j=0}^1 \overline{TL}_{-j} + 0,37790 D_{MWST}$$

(2,5) (3,1)

$$1963_I - 1969_{IV} \quad R^2 = 0,893 \quad DW = 1,80$$

$$(10) \quad \overline{PVG} = 0,03539 + 0,54674 \overline{PEV} + 0,50304 \overline{PEV}_{-1}$$

(2,3) (1,9)

$$1970_I - 1973_{IV} \quad R^2 = 0,748 \quad DW = 0,25$$

Dabei bedeuten:

- PROD:** Arbeitsproduktivität in der Verbrauchsgüterindustrie,
AUSLP: Großhandelspreise für Verbrauchsgüter im Ausland (1961_{II} = 100),
CPR 62: Privater Verbrauch zu Preisen des Jahres 1962,
EINKP: Einkaufspreise aus dem Ausland von Rohstoffen und Halbwaren,
D_{1972_{II-IV}}: Dummy-Variable mit den Werten 0,3 für 1972_{II}, 0,35 für 1972_{III}, 0,35 für 1972_{IV} sowie 0 für alle übrigen Quartale,
D_{MWST}: Mehrwertsteuerdummy mit den Werten 1 für 1968_I – 1968_{IV} und 0 für alle übrigen Quartale.

Ein Vergleich von (7) und (8) zeigt sehr deutliche Unterschiede im Erzeugerpreisverhalten in den beiden Teilperioden.

So gab in der ersten Teilperiode der Tariflohn und in der zweiten Teilperiode der Effektivlohn eine bessere Anpassung, was wahrscheinlich damit im Zusammenhang steht, daß 1970/71 die Effektivlohnsteigerung der Tariflohnsteigerung sehr viel stärker als sonst vorauseilte. Die Regressionskoeffizienten vor der Lohnvariablen weichen allerdings nicht sehr voneinander ab.

Für die Variable, die den Einfluß des Preiswettbewerbs mit den ausländischen Anbietern erfassen soll, fielen die Regressionskoeffizienten in beiden Teilperioden recht unterschiedlich aus: In der ersten Teilperiode war der Koeffizient mehr als doppelt so hoch wie in der zweiten. Angesichts der Tatsache, daß — unter der Annahme eines gleichen Preisniveaus in In- und Ausland in 1961_{II} — in der ersten Teilperiode die Preise im Ausland höher als im Inland waren, im Inland also ein Preiserhöhungsspielraum bestand, und daß in der zweiten Teilperiode die Preise im Ausland im allgemeinen unter denen im Inland lagen, im Inland also ein Preisdruck herrschte, könnte diese Relation einen

Hinweis darauf geben, daß die Unternehmen auf Preiserhöhungsspielräume in stärkerem Maße mit Preiserhöhungen reagieren als auf Preissenkungsdruck mit Preissenkungen.

Auffallend ist, daß nur in der ersten Teilperiode das absolute Glied in der Preisgleichung, in dem sich vor allem der Einfluß der langfristigen Produktivitätsentwicklung niederschlägt, das erwartete Vorzeichen aufweist. Dagegen ist es in der zweiten Teilperiode entgegen der allgemeinen Erwartung positiv. Dies könnte auf das Vorhandensein zunehmender Inflationserwartungen, eine gestiegene Unternehmermacht infolge einer verstärkten Konzentration und einen erheblichen Rückgang des erwarteten langfristigen Produktivitätszuwachses hindeuten.

Außerdem ließ sich nur in der ersten Teilperiode ein Einfluß der kurzfristigen Produktivitätsentwicklung und der Inlandsnachfrageentwicklung auf die Preise in der erwarteten Weise ermitteln. Dafür spielten hier die Schwankungen der internationalen Rohstoffpreise für das Preisverhalten keine besondere Rolle, wahrscheinlich deshalb, weil die Rohstoffpreisschwankungen im Durchschnitt gering waren. Demgegenüber war in der zweiten Teilperiode angesichts der starken internationalen Rohstoffpreissteigerungen vom vierten Quartal 1972 an ein starker Einfluß der internationalen Rohstoffpreisentwicklung auf die Erzeugerpreise in der Bundesrepublik Deutschland zu erkennen.

Ein Einfluß der kurzfristigen Produktivitätsentwicklung und der Inlandsnachfrageentwicklung ließ sich jetzt nicht aufzeigen. Allerdings mußte die Dummy-Variable $D_{1972\text{III-IV}}$ eingeführt werden, weil die tatsächliche Entwicklung der Erzeugerpreise in diesen Quartalen erheblich vom erwarteten Verlauf abwich, diese Abweichung jedoch bisher mit keinen zusätzlichen Variablen einigermaßen befriedigend erklärt werden konnte.

Entsprechend dem recht unterschiedlichen Verhalten der Erzeugerpreise ergaben sich in den beiden Teilperioden auch recht unterschiedliche Gleichungen für die Einzelhandelspreise. Während sich für die erste Teilperiode die Preisgleichung in der erwarteten Form präsentierte, mit einer verzögerten Anpassung der Einzelhandelspreise an die Erzeugerpreise und einer autonomen Lohnkomponente, ließ sich für die zweite Teilperiode keine derartige Gleichung ermitteln. Die vorgelegte Gleichung (10) deutet darauf hin, daß hier eine sehr rasche Anpassung der Einzelhandelspreise an die Erzeugerpreise erfolgte. Allerdings ist die Qualität dieser Gleichung noch sehr unbefriedigend. Doch konnte bisher durch die Einführung von weiteren Variablen, wie z. B. der Lohnentwicklung oder der Heizölpreisentwicklung, keine befriedigendere Erklärung gefunden werden.

4.2 Dienstleistungen und Reparaturen (einschließlich Verzehr in Gaststätten)

Dieses Aggregat ist sehr heterogen. Zwar kann man davon ausgehen, daß die meisten Dienstleistungsunternehmen sehr arbeitsintensiv sind und daß die Produktivitätszuwächse bei ihnen sehr gering sind. Daher müßte an sich die Tendenz bestehen, daß im Dienstleistungsbereich Lohnerhöhungen rasch und nahezu vollständig in den Preisen weitergegeben werden. Aber bei den Dienstleistungen, die von öffentlichen Unternehmen angeboten werden, werden die Preise aus politischen Gründen häufig erst mit erheblichen Verzögerungen von unterschiedlicher Länge an die Kostenentwicklung angepaßt, oder es wird eine Preiserhöhung durch Subventionen zu vermeiden gesucht. Dieses gilt insbesondere im Bereich der öffentlichen Verkehrsmittel (Bundesbahn) und der Nachrichtenübermittlung (Bundespost) sowie bei Versorgungsunternehmen.

Weil viele Dienstleistungspreise administriert sind, kann hier eigentlich keine gute Schätzfunktion erwartet werden, auch wenn für die nicht administrierten Preise ein enger Zusammenhang mit der kurzfristigen Lohnentwicklung besteht. Um die nicht mit der kurzfristigen Lohnentwicklung korrespondierende Entwicklung der Verkehrstarife einigermaßen zu berücksichtigen und damit die Schätzung insgesamt zu verbessern, wurde eine Verkehrstarifdummy eingeführt, die sich sowohl in zeitlicher Hinsicht als auch in ihrem jeweiligen Ausmaß an den Personenverkehrstarifen der Bundesbahn orientiert.

Die Schätzungen ergaben nur eine plausible Gleichung für die Periode von 1963_I bis 1970_{IV}:

$$(11) \quad \begin{aligned} \overline{PD} = & 0,68876 + 0,34998 \overline{TL}_{-2} + 0,09793 \overline{TL}_{-3} \\ & (2,9) \qquad\qquad\qquad (0,7) \\ & + 3,0365 D_{MNST} + 1,8333 D_{DBB} \\ & (6,1) \qquad\qquad\qquad (5,3) \\ & 1963_I - 1970_{IV} \qquad R^2 = 0,740 \qquad DW = 0,72 \end{aligned}$$

PD: Preisindex für Dienstleistungen und Reparaturen (einschließlich Verzehr in Gaststätten),

D_{DBB}: Dummy-Variable für die Entwicklung der öffentlichen Verkehrstarife mit den Werten 1 für 1963_I - 1963_{IV}, 1966_{II} - 1966_{IV}; 0,33 für 1965_{IV}; 0,67 für 1967_I; 0 für alle übrigen Quartale.

Für die volle Periode bzw. für die letzten drei Jahre von 1971 bis 1973 konnte bisher keine befriedigende Gleichung gefunden werden.

4.3 Wohnungs- und Garagennutzung

Hier wurde entsprechend der Untergliederung im Lebenshaltungskostenindex die Entwicklung der Mieten für Altbauwohnungen (aus der Zeit bis zum 20. 6. 1948), für Neubauwohnungen im sozialen Wohnungsbau und für frei finanzierte Neubauwohnungen getrennt analysiert, weil diese Entwicklungen teilweise auf recht unterschiedliche Bestimmungsgründe zurückzuführen sind²⁷.

So darf bei öffentlich geförderten Wohnungen die Miete nicht höher sein, als zur Deckung der laufenden Aufwendungen erforderlich ist. Daher beeinflussen die kurzfristigen Lohnerhöhungen sicher nur die Entwicklung eines geringen Teils der Kostenmiete, nämlich die Entwicklung der Betriebskosten und der Instandhaltungskosten aller Wohnungen und über die Baukosten die Abschreibungen der gerade neu errichteten Wohnungen, so daß auf kurze Sicht kein sehr ausgeprägter Zusammenhang zwischen der allgemeinen Lohnentwicklung und den Änderungen der Mieten im sozialen Wohnungsbau erwartet werden kann. Dies kommt auch in den Daten sehr deutlich zum Ausdruck.

Die Entwicklung der Mieten für Altbauwohnungen wurde im Untersuchungszeitraum vor allem durch die schrittweise Aufhebung der Mietpreisbindung für Altbauwohnungen seit 1963 bestimmt. Nach Aufhebung der Mietpreisbindung konnte die Miete einseitig vom Vermieter sofort nur in beschränktem Umfang angehoben werden. Konnten sich Mieter und Vermieter über eine darüber hinaus gehende Mieterhöhung nicht einigen, konnte der Vermieter unter Einhaltung der Kündigungsfrist kündigen und erst bei erneuter Vermietung seine Mietvorstellungen zu realisieren versuchen. Daher wurden bei Altbauten zu all den Zeitpunkten, zu denen Kreise zu „weißen“ Kreisen wurden, Mieterhöhungswellen ausgelöst, die einzeln gesehen allmählich abebbten, sich jedoch im Zeitablauf überlagerten. Aus der Aufhebung der Mietpreisbindung bei Altbauten resultierte somit eine Entwicklung der Altbaukosten, die einen überaus komplizierten Anpassungsprozeß von unten an die Mietentwicklung auf einem freien Wohnungsmarkt darstellt. Ein Zusammenhang mit der kurzfristigen allgemeinen Lohnentwicklung wird hier sicher nicht bestehen.

Nur die Mieten für frei finanzierte Wohnungen waren im ganzen Untersuchungszeitraum freie Marktmieten. Doch auch in ihrer Entwicklung läßt sich grundsätzlich kein Einfluß der kurzfristigen allgemeinen Lohnentwicklung erkennen. Dies mag damit zusammenhängen, daß bei

²⁷ Vgl. dazu insbesondere: *Dieter Duwendag*, Methoden und Determinanten einer Wohnungsbedarfs-, Kosten- und Mietprognose für die Bundesrepublik Deutschland bis 1975, Münster (Westfalen) 1970, S. 185 ff.

der Mietpreisbildung neben der Lohnkostenentwicklung auch die Entwicklung der Zinskosten und der Nachfrage nach Wohnraum eine entscheidende Rolle spielen. Außerdem dürfte, wenn die Wohnungen langfristig vermietet werden sollen, wohl vielfach darauf geachtet werden, daß die laufenden Mieterhöhungen von den Mietern nicht als unangemessen stark empfunden werden, was die Tendenz zu einer Verstetigung der Mietpreiserhöhungen mit sich bringen dürfte. Diese Tendenz zu stetigen Mietpreiserhöhungen könnte auch daher rühren, daß für die Rendite vielfach außer den Mieteinnahmen steuerliche Gesichtspunkte eine entscheidende Rolle spielen und daß in manchen Fällen der Gesichtspunkt der Sachwertsteigerung über den einer ständig angemessenen laufenden Rendite gestellt wird.

Wegen des im allgemeinen fehlenden Zusammenhangs zwischen der Entwicklung der Mieten und der kurzfristigen allgemeinen Lohnentwicklung wurden die Mieten von uns als exogen betrachtet. Allerdings könnte man aus den Daten der letzten drei Jahre einen gewissen Zusammenhang herauslesen, doch erschien uns der Zeitraum zu kurz für eine einigermaßen verlässliche Analyse.

4.4 Nahrungsmittel (ohne Genußmittel und Verzehr in Gaststätten)

Der Preisindex für Nahrungsmittel wird im Rahmen von Analysen des Preisindex für die Lebenshaltung meist recht stiefmütterlich behandelt. Entweder beschränkt man sich von vornherein darauf, diesen Teilindex als exogen anzunehmen, oder der Preisindex für Nahrungsmittel wird einfach durch den Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise „erklärt“, wobei dann die landwirtschaftlichen Erzeugerpreise als exogen aufgefaßt werden. Das zuletzt genannte Verfahren führt zwar rein statistisch gesehen zu scheinbar akzeptablen Resultaten, ist aber vom methodischen Standpunkt her gesehen aus einer Reihe von Gründen sehr angreifbar. So besitzen z. B. die einzelnen Produkte im Preisindex für Nahrungsmittel meist ein ganz anderes Gewicht als im Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise²⁸, da beide Indizes zu offensichtlich ganz unterschiedlichen Zwecken konstruiert sind. Außerdem sind etliche Erzeugnisse, die im Preisindex für Nahrungsmittel eine mehr oder weniger bedeutende Rolle spielen, im Index der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise gar nicht erfaßt (beispielsweise Südfrüchte, Kakaoyerzeugnisse, bestimmte pflanzliche Öle). Noch schwerer aber wiegt die Tatsache, daß bei einer Vielzahl von Produkten, die im Preisindex für Nahrungsmittel ein großes Gewicht besitzen, die ein-

²⁸ Vgl. Dirk Manegold, Zum Vergleich von Erzeugerpreisen landwirtschaftlicher Produkte und Verbraucherpreisen mit Hilfe von Indexzahlen, in: Agrarwirtschaft, Jg. 17, Heft 1, Hannover, Januar 1968, S. 1 ff.

heimischen Erzeuger mit den Auslandsanbietern konkurrieren müssen. Dies beinhaltet, daß bei derartigen Produkten die inländischen Erzeugerpreise *allein* noch nicht repräsentativ sein müssen; vorangehen sollte in diesen Fällen eine Analyse der Natur der Beziehungen zwischen den inländischen Erzeugerpreisen und dem Importangebot bzw. den Einfuhrpreisen²⁹.

Abgesehen von diesen methodischen Bedenken gegen die eingangs erwähnte „Pauschalerklärung“ des Preisindex für Nahrungsmittel gestattet ein solches Vorgehen noch keine Beurteilung der komplizierten Kausalbeziehungen z. B. zwischen den Preis- und Angebotszyklen bei landwirtschaftlichen Produkten, zwischen den politischen EG-Agrarpreisen und den nationalen Erzeugerpreisen sowie zwischen den *einzelnen* Erzeugerpreisen und den Einzelhandelspreisen (hier wäre vor allem die Lohnabhängigkeit der Handelsspanne zu untersuchen). Besonders aus diesen Gründen haben wir uns dazu veranlaßt gesehen, den Preisindex für Nahrungsmittel auf einem stark disaggregierten Niveau zu analysieren. Wegen des damit verbundenen sehr umfangreichen Arbeitsaufwands erwies es sich als notwendig, die Untersuchung auf einige unter ökonomischen Aspekten besonders interessante Produktgruppen zu limitieren. Dies sind an erster Stelle Fleisch und Fleischwaren sowie Milch und Milcherzeugnisse. Die vorgenannten Erzeugnisgruppen haben nicht nur innerhalb des Preisindex für Nahrungsmittel ein relativ großes Gewicht (nach dem Wägungsschema von 1962 rund 47 Prozent), sondern sie prägen auch die zyklischen Bewegungen des Preisindex für Nahrungsmittel entscheidend mit. Darüber hinaus wurden noch der Teilindex für Brot und Backwaren sowie — als Beispiel für ein Erzeugnis, bei dem der wichtigste Rohstoff zu 100 Prozent importiert werden muß — der Preis für Markenschokolade analysiert. Das Gewicht aller vorgenannten Produkte innerhalb des Gesamtnahrungsmittelindex beläuft sich damit auf 60,2 Prozent.

Eine detaillierte Beschreibung der in diesem Zusammenhang konstruierten Erklärungsmodelle ist aus Platzgründen unmöglich. So enthält bereits das Modell zur simultanen Bestimmung der Fleisch- und Milchproduktion 22 Gleichungen, von denen 11 Verhaltensgleichungen sind. Mit Hilfe dieses Modells können im einzelnen die Schlachtungen von weiblichen und männlichen Kälbern, von Mastfärsen und -bullen, von Ochsen und von Milchkühen, der Milchkuhbestand und die Milch-

²⁹ Im letzten Jahresgutachten des Sachverständigenrates wurde das Schaubild, das über die Preisentwicklung bei Nahrungsmitteln unterrichtet, zwar auch durch Kurven über die Preise importierter Nahrungsmittel angereichert; eine Analyse der Beziehungen zwischen einheimischen Erzeugerpreisen und Einfuhrpreisen wurde aber — verständlicherweise — nicht vorgenommen (Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, S. 41).

leistung je Kuh, die Milchproduktion, die Milchablieferungen und die Butterherstellung in den Molkereien sowie der Zuchtsauenbestand und der Schlachtschweineauftrieb erklärt werden. Das Angebotsmodell bildet eine wesentliche Voraussetzung für die Bestimmung der Erzeugerpreise für Schlachtrinder (Marktpreise für Bullen und Färsen der Klasse A), Schlachtschweine (Marktpreise für Schlachtschweine im Durchschnitt aller Klassen) und für Milch (Auszahlungspreis frei Molkerei) sowie für die Bestimmung der Marktpreise von Markenbutter (Kölner Notierung) und Käse (Kemptener Emmentalernotierung). So wird beispielsweise der Marktpreis für Bullen A durch die Bullen- und Schweineschlachtungen, durch den auf Deutsche Mark umgerechneten, gelagten Marktpreis für argentinische Export-Mastochsen sowie durch den EG-Orientierungspreis für Rinder erklärt. Dabei wird durch die Berücksichtigung der Bullen- und Schweineschlachtungen der starken Interdependenz zwischen den einzelnen Schlachtviehmärkten Rechnung getragen. Der argentinische Preis soll den Einfluß des Importangebots, der EG-Orientierungspreis die Auswirkungen der EG-Agrarpolitik auf den inländischen Bullenpreis erfassen.

Die individuellen Einzelhandelspreise wurden sodann mit Hilfe der jeweiligen Erzeugerpreise, des Tariflohns und einer Reihe von produktspezifischen Variablen bestimmt³⁰. Die ausgewählten Teilindizes des Preisindex für Nahrungsmittel wurden schließlich aus dem Zusammenwiegen der individuellen Einzelhandelspreise gewonnen³¹.

Damit findet das Modell zur Bestimmung der Nahrungsmittelpreise erst auf der Einzelhandelsstufe (über den Tariflohn) Anschluß an das übrige Modell. Dieses Resultat war zwar erwartet worden; es bedurfte aber auch erst der Absicherung durch die detaillierte Analyse der Erzeugerpreise und des Angebots.

Das gesamte Submodell für den Ernährungssektor ist im übrigen so konstruiert, daß es viele Ansatzpunkte für die Durchführung von aus wirtschaftspolitischer oder allgemein ökonomischer Sicht interessierenden Simulationsexperimenten bietet. Von der großen Zahl der möglichen Simulationsexperimente können hier nur einige herausgegriffen werden:

³⁰ Die Bestimmungsgleichungen für die Einzelhandelspreise konnten hier — wiederum aus Platzgründen — nicht aufgeführt und diskutiert werden; es sei aber auf die Zusammenstellung der Modellgleichungen im Anhang verwiesen.

³¹ Wurden alle in einem Teilindex enthaltenen Einzelhandelspreise erklärt, so geschah das direkt (einfache gewogene Zuwachsrates). War dies nicht der Fall, dann wurde der Teilindex mittels einer besonderen Regressionsgleichung aus den wichtigsten Einzelhandelspreisen ermittelt.

1. Auswirkungen von angenommenen Witterungsänderungen, die für den Verlauf der Preis- und Angebotszyklen bei Fleisch und Milch relevant sind, auf Preise und Löhne.
2. Auswirkungen einer unterstellten Veränderung der politischen EG-Agrarpreise (Orientierungspreis für Rinder, Grundpreis für Schweine, Richtpreis für Milch, Interventionspreis für Butter) auf Preise und Löhne.
3. Auswirkungen von angenommenen Veränderungen der Weltmarktpreise für Nahrungsmittel (argentinisches Rindfleisch, ghanesischer Kakao) sowie wichtiger Marktpreise in anderen EG-Ländern, die den Markt der Bundesrepublik Deutschland beliefern (niederländischer Käse) auf Preise und Löhne.

5. Simulationen

In der wirtschaftspolitischen Diskussion wird vielfach davon gesprochen, daß eine Trade-off-Funktion zwischen Arbeitslosigkeit und der Stabilität des Preisniveaus besteht. Daher läge es nahe, eine solche Funktion aus dem vorliegenden Gleichungssystem ableiten zu wollen. Dies läßt sich jedoch nur unter sehr fragwürdigen Einschränkungen tun³². Im vorliegenden Modell sind sowohl die Höhe der Arbeitslosigkeit als auch die Lohn- und Preisentwicklung endogen bestimmt. Für einen Satz von vorherbestimmten (exogenen und verzögert endogenen) Variablen existiert nur eine einzige Lösung für die Variablen Arbeitslosenzahl, Lohn- und Verbraucherpreisentwicklung. Weitere Lösungen ergeben sich nur, wenn man den vorherbestimmten Variablen — insbesondere den exogenen Variablen — andere Werte beimißt. In einem Diagramm, in das verschiedene Kombinationen von Arbeitslosenquote und Preisentwicklung eingetragen sind, gehören zu jedem Punkt also andere Werte der vorherbestimmten Variablen. Dadurch büßt die durch diese Punkte angezeigte Trade-off-Funktion jedoch ihre Aussagekraft weitgehend ein. Können die exogenen Variablen in ziemlich weiten Grenzen frei gewählt werden, so erscheint es keineswegs notwendig, daß je zwei Punkte im Diagramm immer so zueinander liegen, daß niedrigere Arbeitslosenzahlen mit stärkeren Preissteigerungen einhergehen. Das heißt, es muß kurzfristig nicht unbedingt eine Konkurrenz zwischen Arbeitslosigkeit und Preisentwicklung bestehen.

Wie es im vorliegenden Modell im Prinzip mit dieser Beziehung bestellt ist, wird man nur entscheiden können, wenn man die Prognose-

³² Vgl. zum folgenden auch *S. F. Kaliski*, *The Trade-off between Inflation and Unemployment: Some Explorations of the Recent Evidence for Canada*. Prepared for the Economic Council of Canada, Ottawa, November 1972.

ergebnisse für viele Sätze von vorherbestimmten Variablen kennt. Wir haben diese Rechnungen bisher nicht durchgeführt, einmal aus Zeitmangel, zum anderen erschienen sie uns für unser Teilmodell wenig sinnvoll, da ein einwandfreies Ergebnis nur durch Simulationen mit einem Totalmodell erwartet werden kann.

Statt dessen haben wir uns auf zwei einfache Simulationen beschränkt, die erkennen lassen, erstens, wie sich eine Aufwertung der Deutschen Mark um 10 Prozent am 1. Januar 1965 auf die Entwicklung von Verbraucherpreisen und Tariflöhnen ausgewirkt hätte, und zweitens, wie die Entwicklung von Verbraucherpreisen und Tariflöhnen durch eine zusätzliche Erhöhung der Preise für einige EG-Marktordnungsgüter im Wirtschaftsjahr 1971/72 um 10 Prozent beeinflußt worden wäre. Bei diesen Simulationen mußten allerdings — weil das Modell nur ein Partialmodell darstellt — alle Lohn- und Preiswirkungen, die von einer Veränderung von angebotenen und nachgefragten Mengen ausgehen könnten, vernachlässigt werden, so daß die Ergebnisse nur mit dieser Einschränkung zu sehen sind.

Die Rechnungen ergaben, daß sich eine Aufwertung der Mark um 10 Prozent am 1. Januar 1965 erst im letzten Quartal 1965 in den Verbraucherpreisen und im ersten Quartal 1966 in den Tariflöhnen bemerkbar macht und daß sie die Verbraucherpreis- und die Tariflohnsteigerungen um höchstens 0,5 Prozentpunkte verringert (Tabelle 1).

Tabelle 1

Lohn- und Preiswirkungen einer Aufwertung der Deutschen Mark um 10 Prozent am 1. 1. 1965

Periode	$\Delta \left(\frac{AUSLP_{-1}}{PEV_{-5}} - 1 \right) \cdot 100$	$\Delta \dot{PEV}$	$\Delta \dot{PVG}$	$\Delta \dot{P}$	$\Delta \dot{TL}$
1965 I	- 10	—	—	—	—
II	- 10	- 1,93	—	—	—
III	- 10	- 1,93	—	—	—
IV	- 10	- 1,93	- 0,57	- 0,24	—
1966 I	- 10	- 1,93	- 0,94	- 0,40	- 0,15
II	.	.	- 0,96	- 0,40	- 0,31
III			- 0,96	- 0,43	- 0,38
IV			.	.	- 0,43

Tabelle 2

Lohn- und Preiswirkungen einer zusätzlichen Erhöhung einiger wichtiger EG-Agrarpreise im Wirtschaftsjahr 1971/72 um 10 Prozent

Periode	$\Delta \dot{PN}$	$\Delta \dot{P}$	$\Delta \dot{TL}$	$\Delta \dot{PEV}$	$\Delta \dot{PVG}$	$\Delta \dot{PD}$
1	+ 0,53	+ 0,15	—	—	—	—
2	+ 0,53	+ 0,16	+ 0,09	—	+ 0,004	—
3	+ 0,53	+ 0,16	+ 0,14	+ 0,01	+ 0,01	—
4	+ 0,53	+ 0,16	+ 0,16	+ 0,03	+ 0,01	+ 0,03
5	± 0	.	+ 0,17	.	.	.

PN: Preisindex für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel und Verzehr in Gaststätten).

Im Wirtschaftsjahr 1971/72 wurden der Orientierungspreis für Rinder um 5,9 Prozent, der Richtpreis für Milch um 5,8 Prozent, der Grundpreis für Schweine um 3,5 Prozent und der Interventionspreis für Butter um 2,5 Prozent angehoben³³. In Tabelle 2 wurde angenommen, daß die EG-Preise für Rinder, Milch und Schweine nicht, wie es tatsächlich geschehen ist, um durchschnittlich 5 Prozent, sondern um jeweils 15 Prozent erhöht worden sind³⁴. Die Auswirkungen dieser hypothetischen Erzeugerpreiserhöhungen (einschließlich der Rückkoppelungseffekte über die produzierten Mengen) wurden mit Hilfe der unter 4.4 erwähnten Modelle für die Zeit vom 1. Quartal 1971 bis zum 4. Quartal 1972 geschätzt. Bedingt durch die voneinander abweichenden Wirtschaftsjahre³⁵ sowie durch unterschiedliche Lag-Strukturen in den einzelnen Modellgleichungen sind die Wirkungen der unterstellten Preiserhöhungen auf die Erzeugerpreiskomponente der jeweiligen Einzelhandelspreise ($P \dots_{AUT}$) recht ungleichmäßig über die oben angegebene Zeitspanne verteilt. Dem wurde dadurch begegnet, daß zunächst — unabhängig von der Zeit — das jeweilige Maximum von $P \dots_{AUT}$ herausgesucht wurde. Diese Maxima wurden dann alle auf eine gedachte Periode 1 bezogen. Unter dieser Voraussetzung ergibt sich für die Periode 1 ein Wert für

³³ Die Erhöhung des Interventionspreises für Butter um nur 2,5 Prozent ist im Zusammenhang mit einer wesentlich stärkeren Heraufsetzung des Interventionspreises für Magermilchpulver im Rahmen einer angestrebten MilCHFett-Milcheiweiß-Umbewertung zu sehen.

³⁴ Um die angestrebte Fett-Eiweiß-Umbewertung bei Milch nicht zu verändern, wurde für den Interventionspreis von Butter ein Anstieg von nur $\left(\frac{2,5}{5,8}\right) \cdot 15,0 = 6,5$ Prozent unterstellt.

³⁵ Rinder und Milch: April - März; Schweine: November - Oktober.

$\Delta \dot{PN}$ von + 0,53 Prozentpunkten (lohnunabhängige Erzeugerpreiskomponente in PN), der zudem einheitlich für vier Perioden³⁶ angenommen werden konnte, da sich die feed-backs des Tariflohns auf den Preisindex für Nahrungsmittel als vernachlässigbar klein herausstellten³⁷. Wie sich aus Tabelle 2 ersehen läßt, würde der allgemeine Lohn- und Preiseffekt einer zusätzlichen Anhebung der genannten EG-Agrarpreise um 10 Prozent *maximal* knapp 0,2 Prozentpunkte betragen.

Anhang

$$(A1) \quad \dot{EWA} = -6,6479 + 0,63879 \frac{1}{2} \sum_{j=0}^1 \dot{BIP} 62_{-j} \\ + 0,92557 \frac{1}{16} \sum_{j=0}^{15} \dot{BIP} 62_{-j} (66_I - 73_{II})$$

$$(A2) \quad AG = 0,1 EWA \left[1 - \frac{\frac{BIP 62}{EWA}}{P \left(\frac{BIP 62}{EWA} \right)} \right]$$

$$(A3) \quad \log P \left(\frac{BIP 62}{EWA} \right) = 3,6327 + 0,0042 t \quad (t = 1 \text{ für } 1960_{IV})$$

$$(A4) \quad \dot{AL} = 62,424 - 12,622 (0,6 \dot{BIP} 62 + 0,3 \dot{BIP} 62_{-1} + 0,1 \dot{BIP} 62_{-2}) \\ - 15,893 D_{RZ}$$

$$(A5) \quad \dot{TL} = 2,8763 + 0,61359 \dot{P}_{-1} - 0,61948 \frac{1}{2} \sum_{j=2}^3 \dot{AL} + 0,1 \dot{AG}_{-j} \\ + 0,93798 D_{AS} + 2,3453 D_{NB} + 0,34068 \dot{TL}_{-1}$$

$$(A6) \quad \dot{EL} = 0,13261 + 0,80192 \dot{TL} + 0,49022 (0,6 \dot{BIP} 62 + 0,3 \dot{BIP} 62_{-1} \\ + 0,1 \dot{BIP} 62_{-2})$$

$$(A7a) \quad PEV = -1,6841 + 0,29758 \frac{1}{2} \sum_{j=1}^2 \dot{TL}_{-j} + 0,19296 \left(\frac{AUSLP_{-1}}{PEV_{-5}} - 1 \right) \cdot 100 \\ - 0,04442 \frac{1}{2} \sum_{j=1}^2 PROD_{-j} + 0,17566 \frac{1}{2} \sum_{j=0}^1 CPR 62_{-j} \\ (63_I - 69_{IV})$$

³⁶ Diese vier Perioden sollen den vier Quartalen des „Einheits-Wirtschaftsjahres“ entsprechen.

³⁷ Diese Aussage gilt natürlich nicht generell, sondern lediglich im Rahmen des in Tabelle 2 durchgeführten Simulationsexperiments.

$$(A7b) \quad \begin{aligned} \dot{\overline{PEV}} = & 1,2687 + 0,26730 \frac{1}{2} \sum_{j=1}^2 \dot{\overline{EL}}_{-j} + 0,12372 \overline{EINKP} \\ & + 0,08667 \left(\frac{AUSLP_{-1}}{OEV_{-5}} - 1 \right) \cdot 100 + 3,2567 D_{72II-IV} \end{aligned} \quad (70_I - 73_{IV})$$

$$(A8a) \quad \begin{aligned} \dot{\overline{PVG}} = & -0,00088 + 0,29687 \dot{\overline{PEV}}_{-2} + 0,18412 \dot{\overline{PEV}}_{-3} \\ & + 0,08349 \frac{1}{2} \sum_{j=0}^1 \dot{\overline{TL}}_{-j} + 0,37790 D_{MWST} \end{aligned} \quad (63_I - 69_{IV})$$

$$(A8b) \quad \dot{\overline{PVG}} = 0,03539 + 0,54674 \dot{\overline{PEV}} + 0,50304 \dot{\overline{PEV}}_{-1} \quad (70_I - 73_{IV})$$

$$(A9) \quad \begin{aligned} \dot{\overline{PD}} = & 0,68876 + 0,34998 \dot{\overline{TL}}_{-2} + 0,09793 \dot{\overline{TL}}_{-3} + 3,0365 D_{MWST} \\ & + 1,8333 D_{DBB} \end{aligned}$$

$$(A10) \quad \dot{\overline{PR}} = -0,65669 + 0,36078 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^3 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PR}}_{AUT}$$

$$(A11) \quad \dot{\overline{PS}} = -0,79374 + 0,37156 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^3 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PS}}_{AUT}$$

$$(A12) \quad \dot{\overline{PFF}} = -0,23958 + 0,94032 (0,434 \dot{\overline{PR}} + 0,566 \dot{\overline{PS}})$$

$$(A13) \quad \dot{\overline{PJ}} = +1,4315 + 0,27895 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^3 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PJ}}_{AUT}$$

$$(A14) \quad \dot{\overline{PL}} = -0,25515 + 0,35083 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^3 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PL}}_{AUT}$$

$$(A15) \quad \dot{\overline{PFW}} = -0,15670 + 0,97504 (0,606 \dot{\overline{PJ}} + 0,394 \dot{\overline{PL}})$$

$$(A16) \quad \dot{\overline{PF}} = 0,586 \dot{\overline{PFF}} + 0,414 \dot{\overline{PFW}}$$

$$(A17) \quad \dot{\overline{PB}} = 0,08055 + 0,12575 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^3 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PB}}_{AUT}$$

$$(A18) \quad \dot{\overline{PE}} = 1,8137 + 0,20975 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^3 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PE}}_{AUT}$$

$$(A19) \quad \dot{\overline{PK}} = 0,38273 + 0,97140 \dot{\overline{PE}}$$

$$(A20) \quad \dot{\overline{PT}} = -0,28908 + \dot{\overline{PT}}_{AUT}$$

$$(A21) \quad \dot{\overline{PM}} = 0,30671 + 0,84115 \dot{\overline{PT}}$$

$$(A22) \quad \dot{\overline{PME}} = 0,410 \dot{\overline{PM}} + 0,413 \dot{\overline{PB}} + 0,177 \dot{\overline{PK}}$$

$$(A23) \quad \dot{\overline{PMB}} = 0,01270 + 0,72674 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^4 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PMB}}_{AUT}$$

$$(A24) \quad \dot{\overline{PBW}} = 0,25534 + 0,75554 \dot{\overline{PMB}}$$

$$(A25) \quad \dot{\overline{PSC}} = -7,2356 + 0,81901 \frac{1}{4} \sum_{j=0}^4 \dot{\overline{TL}}_{-j} + \dot{\overline{PSC}}_{AUT}$$

$$(A26) \quad \dot{\overline{PN}} = 0,312 \dot{\overline{PF}} + 0,161 \dot{\overline{PME}} + 0,122 \dot{\overline{PBW}} + 0,08 \dot{\overline{PSC}} + 0,397 \dot{\overline{PN}}_{AUT}$$

$$(A27) \quad \dot{\overline{P}} = 0,426 \dot{\overline{PVG}} + 0,170 \dot{\overline{PD}} + 0,111 \dot{\overline{PW}} + 0,293 \dot{\overline{PN}}$$

Exogene Variable:

BIP62, CPR62, AUSLP, EINKP, PW sowie sämtliche Dummies.

Autonome Variable:

Erzeugerpreiskomponente und sonstige Elemente (außer Tariflohn) in den Preisgleichungen für Nahrungsmittel. Diese können im Rahmen des Hauptmodells wie exogene Variable behandelt werden. Sie werden jedoch größtenteils in hier nicht dargestellten Untermodellen erklärt.

Liste der Variablen:

AG	=	Gehortete Arbeitskräfte (1000),
AL	=	Registrierte Arbeitslose (1000),
AUSLP	=	Großhandelspreise für Verbrauchsgüter im Ausland (1961 _{II} = 100),
BIP62	=	Bruttoinlandsprodukt zu Preisen des Jahres 1962,
CPR62	=	Privater Verbrauch zu Preisen des Jahres 1962,
EINKP	=	Einkaufspreise aus dem Ausland von Rohstoffen und Halbwaren,
EL	=	Bruttolohn und Gehaltssumme je abhängig im Inland Beschäftigten,
EWA	=	Abhängig Beschäftigte (Inlandskonzept) (1000),
P	=	Preisindex für die Lebenshaltung aller privaten Haushalte (1962 = 100),

PB	= Einzelhandelspreis für Markenbutter,
PBW	= Preisindex für Brot- und Backwaren,
PD	= Preisindex für Dienstleistungen und Reparaturen (einschließlich Verzehrer in Gaststätten),
PE	= Einzelhandelspreis für Emmentaler Käse,
PEV	= Erzeugerpreisindex für Verbrauchsgüter,
PF	= Preisindex für Fleisch und Fleischwaren,
PFF	= Preisindex für frisches Fleisch,
PFW	= Preisindex für Fleischwaren,
PJ	= Einzelhandelspreis für Jagdwurst,
PK	= Preisindex für Käse,
PL	= Einzelhandelspreis für Leberwurst,
PM	= Preisindex für Milch,
PMB	= Einzelhandelspreis für Mischbrot,
PME	= Preisindex für Milch, Käse, Butter,
PN	= Preisindex für Nahrungsmittel (ohne Genußmittel und Verzehrer in Gaststätten),
PR	= Einzelhandelspreis für Schmorbraten,
PROD	= Arbeitsproduktivität in der Verbrauchsgüterindustrie,
PS	= Einzelhandelspreis für Kotelett,
PSC	= Einzelhandelspreis für Markenvollmilchschokolade,
PT	= Einzelhandelspreis für Trinkmilch,
PVG	= Preisindex für Verbrauchs- und Gebrauchsgüter (einschließlich Genußmittel),
PW	= Preisindex für Wohnungs- und Garagennutzung,
TL	= Tariflohn- und -gehaltsniveau auf Stundenbasis in der Gesamtwirtschaft (1962 = 100).

Korreferat zu: Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen

Von *Frank E. Münnich*, Innsbruck

Ich möchte meine Anmerkungen zu dem vorliegenden Referat in drei Teile gliedern: An den Anfang stelle ich einige grundsätzliche Bemerkungen, sodann gehe ich auf einige theoretische Grundhypothesen ein, die mir der Diskussion wert erscheinen, und im dritten Teil schließlich werde ich auf einige Schätzprobleme hinweisen.

Die allgemeine Thematik, unter der das Referat einzuordnen ist, ist die dieses Arbeitskreises: Empirische Untersuchungen zu Zielkonflikten. Nun setzt die empirische Untersuchung von Zielkonflikten die simultane Behandlung mehrerer Ziele voraus. Ein Zielkonflikt liegt vor, wenn bei gegebenen „target values“ für verschiedene Ziele entweder die faktische Entwicklung oder aber die durch den Einsatz wirtschaftspolitischer Instrumente bedingte Entwicklung bei einem Ziel zu einer Konvergenz, bei einem anderen zur Divergenz von den „target values“ führt. In der Arbeit von Schmidt/Tewes werden zwar mehrere Ziele behandelt: das Einkommen der abhängig Beschäftigten, das Preisniveau gemessen durch den Preisindex für die Lebenshaltung und die Beschäftigung bzw. die Zahl der registrierten Arbeitslosen. „Target values“ für diese Ziele werden jedoch an keiner Stelle explizit behandelt. Unzureichend ist auch die Simultanität dieser Zielvariablen in dem vorgelegten Modell. Diese könnte generell auf zwei verschiedene Weisen erreicht werden: einmal durch die Aufstellung eines interdependenten simultanen Gleichungssystems und zum andern durch eine gemeinsame Regression der independenten endogenen Zielvariablen auf dieselben Regressoren. Eine interdependentente Behandlung gibt es im Modellansatz von Schmidt/Tewes aber nur für die Zielgrößen Einkommen und Preisniveau, während die Mengenvariablen des Arbeitsmarktes nur aus dem Wachstum des realen Bruttoinlandsprodukts erklärt werden. Da diese Größe aber als exogene (!) Variable behandelt wird, können durch den Ansatz von Schmidt/Tewes Zielkonflikte zwischen Vollbeschäftigung und anderen Zielen nur unvollkommen behandelt werden.

Bezüglich des Konflikts zwischen Wachstum des Einkommens und Stabilität des Preisniveaus möchte ich auf die (im Referat nur teilweise angegebene) Stärke der „feed backs“ hinweisen. Eine Erhöhung der

Wachstumsrate des Preisniveaus führt nach vollständiger Anpassung zu einer Erhöhung der Wachstumsrate der Tariflöhne um das 1,07fache, während die Effektivlöhne um ein Siebentel weniger steigen als die Preise. Eine um einen Punkt höhere Wachstumsrate der Tariflöhne hätte dagegen eine Erhöhung der Wachstumsrate der Preise von 0.27 Punkten zur Folge. Möglicherweise kann man dieses Ergebnis dahingehend interpretieren, daß der vermutete Zielkonflikt praktisch nicht existiert. Diese Berechnung setzt jedoch die Stabilität des Differenzengleichungssystems voraus. Da die vorgelegten Gleichungen zumeist in Wachstumsraten definiert sind und zum Teil beachtlich große absolute Glieder enthalten, kann man Stabilität jedoch nicht einfach unterstellen. Für eine Klärung der empirischen Bedeutung von Zielkonflikten ist eine genaue Stabilitätsuntersuchung aber unabdingbar.

Beurteilt man die vorgelegten Ergebnisse von der bescheideneren Zielsetzung her, die Determinanten der Zielgrößen Einkommen, Preisniveau und Beschäftigung empirisch nachzuweisen (wie es auch im Untertitel des Referates heißt), so kommt man nicht umhin zu beobachten, daß die Auswahl der schließlich veröffentlichten Gleichungen weniger unter dem Gesichtspunkt einer Überprüfung aller theoretisch sinnvollen Einflußfaktoren erfolgt ist als vielmehr unter dem Gesichtspunkt einer möglichst genauen Prediktion, d. h. eines möglichst hohen Determinationskoeffizienten. Nun müssen sich natürlich die Zielsetzungen einer theoretisch befriedigenden Erklärung und einer möglichst guten Prognose nicht notwendigerweise widersprechen. Vielfach geben jedoch bestimmte Variable, deren Erklärungswert aus theoretischer Sicht keineswegs überzeugend ist, durch die Zufälligkeit des Datenmaterials oder durch dessen Manipulation ein höheres Bestimmtheitsmaß und damit auch eine scheinbar bessere Vorhersagefähigkeit. Dies ist das alte Problem der Konjunkturbarometer. Meines Erachtens haben die Autoren in einer Reihe von Fällen (z. B. Gleichungen A1 und A4, Bestimmung von AG bzw. α in Gleichung (2), Bestimmung von BIP62* und der Dummies D_{NB} und D_{1972}) die bei empirischem Arbeiten unvermeidlichen Kompromisse zu einseitig zugunsten eines hohen Erklärungswertes geschlossen. Ich finde die beiden früheren Veröffentlichungen der beiden Autoren, die offenbar dem vorliegenden Manuskript zugrundeliegen, in ihrer theoretischen Fundierung wesentlich befriedigender und frage mich, aus welchen Gründen von der dort eingeschlagenen Linie abgewichen worden ist.

Und nun zu den Gleichungen und Hypothesen im einzelnen. Die Wachstumsrate des Tariflohnes (Gleichung [3]) wird u. a. durch die Dummy-Variable D_{NB} erklärt, die in bestimmten Teilperioden einen großen Teil der Variabilität des Tariflohnes erklärt. Die Werte der Variablen D_{NB} sind jedoch offensichtlich so gewählt, daß ihre analytische

Bedeutung sehr fragwürdig ist: Die Gleichung bringt im Grunde eine rein historische und nicht eine systematische Begründung der Tariflohnentwicklung in den betreffenden Quartalen. Die Verwendung der Wachstumsrate des Preisniveaus unterstellt konstante Inflationserwartungen, was sicherlich nicht für den gesamten Schätzzeitraum zutreffend sein dürfte. Gleichung (4) erklärt die Entwicklung der Effektivverdienste aus der Entwicklung der Tariflöhne und der Lohndrift. Man könnte jedoch auch die Effektivverdienste, analog zu den Tariflöhnen, direkt durch die Arbeitsmarktvariablen erklären. Dies hätte meines Erachtens eine Reihe von Vorteilen. Zum einen sind es eher die Effektivverdienste als die Tariflöhne, die den Dispositionen der Unternehmer und Haushalte zugrunde liegen. Einer solchen Effektivlohnleichung käme daher ein größeres Maß struktureller Autonomie zu als der vorgelegten. Dies gilt um so mehr, als die Einflußrichtung zwischen Tariflöhnen und Effektivverdiensten durchaus nicht so eindeutig ist, wie dies in Gleichung (4) unterstellt wird: Es hat Zeiten gegeben, in denen in den Tarifverträgen die Effektivlohnklausel fehlte und die Tariflohnerhöhung somit nur eine Anhebung des Mindestlohnes an die vorausgeeilten Effektivverdienste brachte. Sodann bieten sich für ein mit Quartalsdaten geschätztes Modell, das der Erklärung der kurzfristigen Schwankungen dient, die Effektivlöhne deswegen an, weil sie eine schnellere Anpassung an sich ändernde Konjunkturlagen aufweisen als die eine institutionell bedingte größere Starrheit zeigenden Tariflöhne. Und schließlich dürften die Effektivverdienste für eine Komplettierung des Modells größere Dienste leisten als die Tariflöhne. Es wäre interessant zu erfahren, weshalb trotz der von Schmidt früher erzielten Erfolge dieser Weg nicht begangen wurde.

Wichtig erscheint der Versuch, für die Beschreibung der Arbeitsmarktlage auch die gehorteten Arbeitskräfte heranzuziehen. Da hierfür keine Daten vorliegen, wird mit Gleichung (2) hierfür eine virtuelle Variable konstruiert. Diese Konstruktion hat jedoch schwerwiegende, aber leider nicht ausgelotete produktionstheoretische Implikationen und widerspricht in der vorliegenden Form auch der im Text auf Seite 322 unterstellten Nichtlinearität (Unstetigkeit ?) im Einfluß der Zahl der gehorteten Arbeitskräfte auf die Lohnverhandlungen.

Auch die Gleichungen für die beiden anderen Arbeitsmarktvariablen sind produktionstheoretisch unbefriedigend, weil sowohl Beschäftigte als auch Arbeitslose ausschließlich durch die Wachstumsraten des Sozialproduktes erklärt werden, alle anderen Determinanten somit im absoluten Glied enthalten sind. Ferner möchte ich anregen, die Beschäftigung in drei Segmente zu zerlegen. Zum einen könnte man die bei der öffentlichen Hand Beschäftigten gesondert behandeln: Sie können als exogen bestimmt betrachtet werden. Möglicherweise folgt ihre Zahl

einem Exponentialtrend. Entsprechend wäre zur Erklärung der in der Privatwirtschaft Beschäftigten das private Inlandsprodukt zu verwenden. Ferner schiene mir, besonders für eine Analyse der Auswirkungen des Arbeitsmarktes auf die Preis- und Lohnbildung, eine gesonderte Behandlung der Gastarbeiter erwägenswert, was aber möglicherweise eine erhebliche Desaggregation erforderlich macht.

Problematisch erscheint mir die Beschreibung des Arbeitsmarktes in Wachstumsraten, weil den kurzfristigen Dispositionen der Unternehmer zweifellos absolute Zahlen zugrunde liegen. Die in der Produktions- theorie abgeleiteten Beziehungen zwischen Wachstumsraten der Faktoren, des technischen Fortschritts und des Realprodukts dürften sich eher für die Analyse langfristiger durchschnittlicher Entwicklungen anbieten.

Bei der Erklärung des Preisindex für die Lebenshaltung — der implizit ständig verwandte Deflator für das Sozialprodukt erscheint nicht als Variable — wird das bereits bei den Effektivlöhnen verwandte Erklärungsschema mehrstufig verwendet: Der Preisindex wird als gewichtetes Mittel aus mehreren Indizes zusammengesetzt, die ihrerseits entweder direkt oder über weitere Zwischenstufen auf Erzeugerpreise zurückgeführt werden. Grundidee ist dabei eine Art Zuschlagsschema (mark-ups), wobei jedoch die Zuschläge wegen des Auftretens absoluter Glieder in den mit Wachstumsraten angesetzten Gleichungen nicht konstant sind. Auffällig ist auch, daß die Koeffizienten mehrerer Erzeugerpreise einen Wert von exakt 1 aufweisen. Ein ausführliches Preisbestimmungsmodell wird nur der Erklärung der Preise der Verbrauchs- und Gebrauchsgüter zugrunde gelegt, ansonsten erscheinen neben den Erzeugerpreisen nur die Tariflöhne (in der Form gleitender Schnitte) in den Schätzgleichungen. Der politisch besonders interessante Index für Mieten ergibt sich sogar als exogene Größe, ein zweifellos völlig unbefriedigendes Ergebnis. Die starke Desaggregation bei den Preisgleichungen läßt es wünschenswert erscheinen, auch bei den Regressoren in entsprechender Weise zu desaggregieren, insbesondere auch bei den Löhnen.

Und nun zur schätztechnischen Seite. Eine Beurteilung der Ergebnisse wäre leichter, wenn man einen Blick auf die den Berechnungen zugrunde liegenden Daten hätte werfen können. Angesichts der besonderen Bedeutung, die dem absoluten Glied in vielen Gleichungen zukommt, wäre die Angabe der t-Werte auch für die absoluten Glieder wünschenswert. Die Verwendung unterschiedlicher Stützbereiche für die verschiedenen Gleichungen erscheint problematisch, wenn ein konsistentes Gesamtmodell angestrebt wird. Andererseits legen die Ergebnisse nahe, daß die Rezession 1967 zu einem Strukturbruch geführt hat, der bei der Modellkonzeption grundsätzlich zu berücksichtigen wäre.

Im Zusammenhang mit der ausgedehnten Verwendung von Dummies bzw. Regressoren, die aus den Wachstumsraten verschiedener Perioden zusammengewichtet werden, sind zwei weitere Anmerkungen erforderlich. Zum einen ist bei ausschließlicher Kenntnis des vorliegenden Manuskriptes nicht auszuschließen, daß eine dieser Variablen einen beachtlichen Teil der Variabilität der endogenen Variablen „erklärt“. Es wäre angesichts der Problematik dieser Variablen wünschenswert, auch die sog. normierten β -Koeffizienten zu kennen, die sich bei Durchführung der Regressionsanalyse mittels standardisierter Regressoren ergeben hätten und die die Anteile jedes Regressors an der erklärten Varianz des Regressanden aufzeigen. Zum anderen liegt der Verdacht nahe, daß die Werte dieser Variablen (bzw. die ihnen zugrundeliegenden Gewichtungen) in einem „trial and error“-Verfahren anhand der jeweils berechneten Residuen derart bestimmt worden sind, daß der Determinationskoeffizient möglichst groß wird. Sollte dies in der Tat zutreffen, so wären die Werte dieser Regressoren nicht mehr stochastisch unabhängig von den gleichzeitigen Werten der Störvariablen. In diesem Falle sind die Schätzwerte nicht mehr erwartungstreu und ist bei der Interpretation der t-Werte große Vorsicht geboten. Insgesamt ergibt die Arbeit von Schmidt/Tewes eine im wesentlichen historisch-beschreibende Darstellung der Entwicklung der endogenen Variablen, nicht jedoch eine kausale Erklärung ihrer Wirkungszusammenhänge.

Diskussion

Winfried Stier (Bochum):

Eine Frage zu Ihrer Schätztechnik! Habe ich Sie richtig verstanden, daß Sie Ihre 27 Gleichungen als interdependentes System auffassen, trotzdem aber Gleichung für Gleichung nach OLS schätzen. Habe ich das richtig verstanden?

(Frank E. Münnich [Innsbruck]: Ja!)

Torsten Tewes (Kiel):

Zu diesem Punkt haben wir ja doch auf Seite 319 unseres schriftlichen Referats durchaus Ausführungen gemacht, nämlich daß das ganze System, so wie wir es hier vorgelegt haben, überhaupt nicht interdependent ist. Insofern würden wir sagen, daß man dieses System, wenn man es isoliert sieht, wohl ohne weiteres nach der OLS-Methode schätzen kann. Selbst für einen Schätztheoretiker wäre das noch befriedigend.

Darüber hinaus sind wir der Meinung, daß dann, wenn man das vorliegende System nur als Teil eines größeren Modells sieht, die 27 Gleichungen wahrscheinlich keineswegs mehr ein Block sein werden. Dann würde möglicherweise die OLS-Schätzmethode nicht mehr so ganz das Richtige sein.

Winfried Stier (Bochum):

Meine Frage muß nicht unbedingt bedeuten, daß ich einen Nachteil darin sehe. Denn man kann ja zeigen, daß dann, wenn in einem interdependenten System der Grad der Interdependenz relativ gering ist, die numerischen Abweichungen zwischen einer geeigneten Schätzmethode und OLS oft sehr gering sind. Aber das hängt vom Grad der Interdependenz ab.

Die Frage wäre nun, ob man einmal versucht hat — etwa mit einer anderen Schätztechnik —, vergleichend herauszufinden, ob hier wirklich gravierende numerische Unterschiede in den Koeffizienten herauskommen.

Torsten Tewes (Kiel):

Nein, geschätzt ist es nur nach der OLS-Methode. Bei der vorliegenden Form halten wir das auch für das einzig Richtige.

Kurt Rothschild (Linz):

Ich möchte erst eine Frage stellen und dann zwei Bemerkungen machen.

Die Frage — wahrscheinlich ist das ein Mißverständnis bei mir —: Auf Seite 326 sagen Sie, daß längerfristig die Elastizität der Erwerbstätigen in bezug auf das reale Bruttonationalprodukt nahezu 1 ist. Gibt es keinen Produktivitätsfortschritt? Wenn ich das richtig verstanden habe, heißt das, daß die Zahl der Erwerbstätigen längerfristig im gleichen Maße schwankt wie das Inlandsprodukt.

Frank E. Münnich (Innsbruck):

Das impliziert, daß die Wachstumsrate der Erwerbstätigen gleich der Wachstumsrate des realen Bruttosozialproduktes ist.

Torsten Tewes (Kiel):

Es ist meines Erachtens durchaus plausibel, daß Sie einen Koeffizienten von nahezu 1 bekommen müssen. Das, was Sie erwarten, ist vorne durch das absolute Glied abgezogen worden. Als absolutes Glied werden Sie immer so etwas bei — 4, — 5 bekommen, aber hinten meines Erachtens eine 1.

Kurt Rothschild (Linz):

Das ist nicht ganz plausibel, würde ich sagen; aber es ist sicher diskutabel.

Lassen Sie mich jetzt noch folgendes bemerken. Ihr Ergebnis bedeutet zwar keinen Widerspruch, aber es kommt überraschenderweise doch anders heraus als in den meisten anderen Ländern für *diese* Periode; heute dürfte es auch dort anders sein.

Sie sagen, daß Sie mehr oder weniger volles Reallohnbewußtsein in den Lohnverhandlungen haben. Dann nämlich ist der Parameter der Preisbewegung gleich 1. In den meisten Studien der 60er Jahre war der Parameter für fast alle Länder signifikant unter 1. Das ist wirtschaftspolitisch eine sehr entscheidende Frage. Es würde mich interessieren, inwieweit da die Erfahrungen der Bundesrepublik wirklich anders waren als in anderen Ländern oder inwieweit es sich um eine Eigenschaft des Modells oder der Struktur Ihrer Gleichungen handelt.

Rainer Schmidt (Kiel):

Absolut kann man darauf, glaube ich, keine Antwort geben; denn diese Preisvariable ist ja als eine Erwartungsgröße eingeführt, und die Erwartungen können falsch sein.

Daß hier gerade die um ein Quartal verzögerte Änderung des Preisindex der Lebenshaltung verwendet wurde, haben wir einfach empirisch ermittelt. Wir sind a priori nicht davon ausgegangen, daß es unbedingt die um ein Quartal verzögerte Preisänderung sein muß. Denn in einer Periode steigender Preisänderungsraten wäre das ja eine antizipierte Preisänderungsrate, die, gemessen an der nachher tatsächlich eingetretenen Preisänderungsrate, zu niedrig ist.

Wenn man dieses Problem noch mit hereinnimmt, wird natürlich die Aussage, was letztlich an Preisänderungen im Lohn eingefangen wird, schwierig. Hier ging es nur darum, daß die Preisänderungsrate, die man zur Zeit der Lohnverhandlungen erwartet, voll eingefangen wird. Deshalb sollte der langfristige Regressionskoeffizient der Preisvariablen nicht unter 1 liegen.

Nach allem, was man als Außenstehender über Lohnverhandlungen erfährt, ist es doch so, daß man in jedem Fall versuchen wird, nicht unter der erwarteten Preisänderungsrate zu bleiben. Mich würde es also wundern, wenn — unter der Voraussetzung, daß man die Erwartung immer genau kennt — ein langfristiger Regressionskoeffizient von unter 1 herauskommen würde, für welches Land auch immer.

(Kurt Rothschild [Linz]: Das Problem ist natürlich, daß man die Erwartungen nicht kennt und immer eine Ersatzgröße nehmen muß!)

— Das ist eine reine Ersatzgröße, von der wir nicht wissen, in welchem Verhältnis sie zur Wirklichkeit steht.

Kurt Rothschild (Linz):

Alle anderen Studien haben natürlich auch Ersatzgrößen genommen. Zum Teil waren sie ähnlich wie bei Ihnen, zum Teil wurden sie auf andere Art gewonnen; aber es ergaben sich Preiskoeffizienten, die unter 1 lagen. Überraschend oder nicht überraschend, das hat sich herausgestellt. Darauf beruhten ja auch lange Zeit die Hoffnungen, wie bei Solow und anderen nachzulesen, daß es zu keiner akzelerierten, sondern einer gedämpften Inflation kommen wird.

Aber ich akzeptiere selbstverständlich, daß das eben bei Ihnen als Resultat herauskommt. Es ist durchaus plausibel von dem her, was

Gewerkschaften sagen; aber was Gewerkschaften sagen, ist nicht immer das, was Gewerkschaften tun.

Rainer Schmidt (Kiel):

Man kann sich hier nur an das halten, was die Gewerkschaften nach den Verhandlungen sagen. Das heißt, man sollte nur auf den Versuch abstellen, für die Preiserwartungen eine in etwa vernünftige Größe zu finden, von der man sagen kann, daß sie nicht a priori unsinnig ist. Ich glaube, da ist die Grenze erreicht.

Kurt Rothschild (Linz):

Unsinnig ist es keineswegs. Das wollte ich auch keineswegs implizieren. Ich wollte nur sagen, daß Ihr Resultat von dem abweicht, was in manchen anderen Ländern festgestellt worden ist. Das mag im internationalen Vergleich interessant sein. Aber schauen Sie sich die Literatur für England, für Amerika, für Österreich bis in die jüngste Zeit an! Die Verhältnisse haben sich erst jetzt mit der akzelerierenden Inflation geändert. Auch in den 60er Jahren gab es natürlich stets die Reallohnerhöhungen unabhängig vom Ausmaß der Preiserhöhung. Insgesamt bekommen Sie also natürlich immer eine stärkere Erhöhung der Löhne als der Preise. Das ist sowieso klar. Aber der Preisparameter war in den einzelnen Ländern kleiner als 1.

Darf ich noch ganz kurz einen weiteren Punkt ansprechen. Mir scheint ein Argument von Herrn Münnich sehr entscheidend zu sein. Die Art, wie die Dummies hier verwendet werden, macht das Modell — aber das ist nicht Ihre Schuld; das ist die Schwierigkeit der Zeit, in der wir leben — wirklich zu einem historischen Modell. Das heißt: Sie beschreiben, was geschehen ist. Ich würde glauben, daß das Modell prognostisch doch sehr, sehr vorsichtig zu verwenden wäre.

Man kann natürlich immer mit Dummies die Schwierigkeiten, die man hat, ausräumen, um eine schöne Gleichung zu bekommen. Wir dürfen aber nicht vergessen, daß hinter Ihren Dummies Lern- und Erfahrungsprozesse stehen. Das, was sich 1967 ereignet hat, was sich 1970 bis 1972 ereignet hat und was Sie mit einem Dummy herausnehmen, müßte, wie Herr Münnich richtig gesagt hat, in das Modell hineingehen, weil das ja die Zukunft beeinflußt. Man kann nicht einfach annehmen, daß wir diese Gleichungen heute noch für Prognosen verwenden können.

Wilhelm Krelle (Bonn):

Zunächst möchte ich sagen, daß ich den generellen Ansatz, das Lohn-Preis-Beschäftigungs-Verhältnis in einem Submodell und nicht nur in zwei oder drei Gleichungen zu erfassen, für einen Fortschritt halte.

Auf der anderen Seite muß man fragen, ob uns das Modell so, wie es steht, tatsächlich eine Hilfe für Vorausschätzungen sein kann. Das Modell ist nämlich ein rein empirisches, und der theoretische Hintergrund des Modells ist nicht einsichtig. Er müßte ausgearbeitet werden, wenn man dem Modell Vertrauen schenken soll.

Die Autoren arbeiten mit Änderungsraten gegenüber den entsprechenden Vorjahresquartalen als Variablen. Wenn man nun ein Modell überhaupt verstehen will, muß man es ja aus irgendwelchen generellen Prinzipien ableiten. Zum Beispiel muß man die Preisbestimmung aus dem Preisverhalten von Unternehmen ableiten, die Arbeitsproduktivitätsänderungen aus Vorstellungen etwa über Produktionsfunktionen oder über eine „technical progress function“ o. ä. Das ist hier nicht geschehen. Daß man aber, wenn man das tut, zu Änderungsraten gegenüber dem Vorjahresquartal kommt, ist sehr unwahrscheinlich. Diese Quartale haben ja kausal nur sehr indirekt etwas miteinander zu tun; insofern nämlich, als z. B. die jetzigen Preise zwar mit Preisen im vergangenen Vierteljahr, auch mit denen des vorvergangenen Vierteljahres etwas zu tun haben usw. Bei exponentieller Gewichtung dieses Einflusses kommt man aber bald in die Nähe von Null.

Sie haben aus der ganzen Reihe gerade *ein* Vierteljahr herausgegriffen und die Änderungsraten zu ihm bestimmt. Theoretisch kommt man da zu einer Fülle von Schwierigkeiten.

Nun zu einem zweiten Punkt. Vergleichen Sie Ihre Gleichung (1), in der die Arbeitsproduktivität als Funktion der Zeit aufgefaßt wird, mit Ihrer Gleichung (5)! Beide Gleichungen stellen eine Beziehung zwischen den Erwerbstätigen im Inland und dem Bruttoinlandsprodukt her, aber auf verschiedene und wahrscheinlich inkonsistente Weise. Sicher sind sie nicht mit einer Produktionsfunktion vereinbar, weil ja z. B. in (1) der Kapitalbestand fehlt.

Nach Gleichung (1) ist ja die Arbeitsproduktivität allein eine Funktion der Zeit.

Ich meine, man sollte Modelle aus konsistenten Vorstellungen darüber, wie unsere wirkliche Welt konstruiert ist, ableiten, damit man Vertrauen in die einzelnen Gleichungen hat und auch weiß, was impliziert ist.

Ein rein empirisches Vorgehen bedeutet ein für ernsthafte Prognosen schwer tragbares Risiko.

Kurz noch einige Bemerkungen zu anderen Punkten.

Um einen Nachfrage- oder Angebotsüberhang auf dem Arbeitsmarkt zu erfassen, könnte man das durchschnittliche Arbeitsangebot aus der

Normalarbeitszeit und der Zahl der Erwerbspersonen ableiten und dann der Arbeitsnachfrage gegenüberstellen. Daraus ließe sich ein Index für die Anpassung auf dem Arbeitsmarkt gewinnen. Diesen Ansatz kann man auch nutzen theoretisch und produktionstheoretisch ableiten.

Ich weiß nicht, was man dadurch gewinnt, daß man Tariflöhne und Effektivlöhne zweistufig schätzt. Sie sagten, Sie hätten keinen Trade-off zwischen Preisniveau und Beschäftigung herausbekommen.

In dieser Hinsicht haben Sie sich selbst etwas unterinterpretiert. Ihr Modell liefert das schon, allerdings hängen natürlich Preisniveau und Beschäftigung von den Steuergrößen ab, z. B. vom Wechselkurs oder den Steuersätzen.

Das sollte man untersuchen, wenn man dieses Modell wirklich zur Reife bringen wollte. Aber ich würde doch vorschlagen, sich vorher erst einmal die theoretischen Konzepte genau zu überlegen, d. h. die wichtigsten Verhaltensgleichungen aus konsistenten theoretischen Grundprinzipien abzuleiten. Dann bekommt man ein Modell, bei dem man genau weiß, was man macht und was impliziert ist.

Man muß sein Modell vorher fertig haben und dann schätzen und kann nicht einfach empirisch angleichen.

Frank E. Münnich (Innsbruck):

Ich möchte noch auf eines hinweisen. Wenn man den Arbeitsmarkt genauer beschreiben will, dann würde sich zumindest der Versuch empfehlen, die Arbeitskräfte der öffentlichen Hand, die mit der Produktion von Kollektivgütern befaßt sind, herauszunehmen und den privaten Sektor getrennt zu betrachten, weil sicherlich in beiden Sektoren unterschiedliche Determinanten für die Beschäftigung — weniger für die Lohnhöhe, aber für die Beschäftigung — eine Rolle spielen. Außerdem wäre zu untersuchen, welche Rolle die unterschiedliche Höhe der Importe von Arbeitskräften aus dem Ausland auf den Arbeitsmärkten spielt.

Hans-Jürgen Krupp (Frankfurt):

Ich möchte an den Beitrag von Herrn Krelle anschließen. Im Prinzip möchte ich ihn weitgehend unterstützen. Ich meine aber, daß die Konsistenzprobleme an Bedeutung gewinnen werden, wenn sich das Verfahren, Teilmodelle zunächst zu entwickeln und sie dann später zusammenzufügen, weiter durchsetzt. Wir arbeiten ja heute schon praktisch mit Hilfe dieses Prinzips, indem wir Modelle von unterschiedlichem Typ

zusammenfügen. In diesem Falle ist es nicht die Schuld der Autoren, wenn sie nicht auf die Konsistenz geachtet haben, sondern unsere Schuld, wenn wir versuchen, Modelle jenseits der ursprünglichen Konsistenzbedingungen zusammenzufügen.

Es gibt freilich Möglichkeiten, die auch in diesem Falle gangbar sind und für deren Grundprinzip ich mich auf einen bekannten Autor berufen kann. Es ist ja möglich, auch durch iterative Verfahren nachträglich die Konsistenzbedingungen zu erfüllen. Wer Ihr erstes Modell, Herr Krelle, kennt, weiß, daß dieses ein durchaus sinnvolles und bewährtes Prinzip sein kann.

Grundsätzlich erscheint mir daher die vorgetragene Kritik berechtigt zu sein. Eine Konkretisierung scheint mir jedoch erst dann möglich zu sein, wenn Vorstellungen über die logische Struktur des Totalmodells vorliegen. Die hier angeschnittenen Gesichtspunkte beziehen sich im wesentlichen auf die Diskussion des Totalmodells. Damit stellt sich aber das alte Problem, wie ein differenziertes Gesamtmodell entwickelt werden kann, wenn nicht dadurch, daß man zunächst mit Teilmodellen beginnt. Insofern erscheint es mir für die praktische Forschungsarbeit sinnvoll, die vorgetragene Kritik zu relativieren.

Eine weitere Frage richtet sich an die Autoren. Ich habe mich darüber gewundert, daß hier Aussagen über Arbeitslose gemacht werden, ja sogar die gehorteten Arbeitskräfte gesondert ausgewiesen werden, während die wesentlichen Posten bei der Veränderung der Erwerbstätigen, nämlich die Wanderungsbewegungen über die Grenzen, nicht berücksichtigt werden. Welche Gründe hat es eigentlich dafür gegeben, die Ausländerbeschäftigung nicht gesondert zu erfassen?

Helmut Frisch (Wien):

Ich glaube, daß die beiden Autoren versucht haben, bei der Phillipskurve doch irgendwie das Konzept zu erweitern. Es ist jedoch sehr wichtig, daß man hier neue Ansätze sucht.

Es gibt derzeit eine gigantische Literatur über das Problem der erweiterten Phillipskurve, und zum Teil — das bezieht sich nicht auf Ihr Papier — ist es fast schon fad. Es sind immer ähnliche Gleichungen. Die Rohstoffe, die sie einführen, die hat Dicks-Mireaux vor zehn Jahren in England gehabt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es seit mehreren Jahren Versuche skandinavischer Ökonomen gibt, einfache Modelle zu formulieren, indem man die Wirtschaft in zwei Sektoren zerlegt. Das gilt, glaube ich, für die Bundesrepublik, für Österreich, für die Schweiz — für Länder,

die stark außenhandelsorientiert sind. Man sagt dort, man habe einen exponierten Sektor in der Wirtschaft — das sind die Exportindustrie und jene Industrie, die der Importsubstitutionskonkurrenz unterliegt — und einen geschützten Sektor, der nicht unmittelbar mit ausländischer Konkurrenz konfrontiert ist, wie der Bausektor und große Teile des Dienstleistungsgewerbes. Dann untersuchen wir Lohn- und Preis-Verhaltensgleichungen für den exponierten Sektor und für den geschützten Sektor.

Nehmen Sie an, Sie haben eine internationale Preisentwicklung in einer Branchenart. Dann ist es sehr wahrscheinlich, daß sich auch in der Bundesrepublik die Firmen an diesen internationalen Preistrend entweder als Exporteure oder als Importeure anpassen. Damit haben Sie den Preistrend im exponierten Sektor der Wirtschaft. Wenn Sie auch noch die Produktivitätsentwicklung in diesem Sektor dazunehmen, können Sie sicher sinnvolle Aussagen über die Geld-Lohn-Entwicklung in diesem Sektor machen. Nun haben Sie wahrscheinlich einen Ansteckungseffekt auf den geschützten Sektor, weil sich die Geldlöhne nicht unabhängig entwickeln.

Ich glaube also, diese ganze simple Aufspaltung in der Untersuchung von Lohn- und Preisverhaltensgleichungen in diese zwei Sektoren gibt uns vielleicht mehr Information, als wenn wir immer wieder den Phillipskurven-approach mit dem Ein-Sektor-Modell weiter ausführen oder noch einen Dummy dazugeben, noch einmal die Arbeitsproduktivität verzögern usw.

Josef Gruber (Kiel):

Die beiden Autoren beschreiben auf Seite 319 des Bandes, daß sie die Parameter aus praktischen Gründen bisher nur nach der einstufigen Methode der kleinsten Quadrate geschätzt haben. Ich finde, sie sind hier etwas zu bescheiden, denn ihr Modell ist bezüglich der strukturellen Koeffizienten der gemeinsam abhängigen Variablen rekursiv. Es ist nicht interdependent, sondern rekursiv, wie ein von mir angefertigtes Strukturdiagramm zeigt, und hier ist die einstufige Methode der kleinsten Quadrate eine auch von der Schätztheorie her vertretbare Methode. In dieser Hinsicht brauchen die Autoren also nicht so bescheiden zu sein.

Was ich gut finde, ist u. a., daß die Autoren anscheinend sehr stark darauf geachtet haben, daß die Durbin-Watson-Testwerte in Ordnung sind, daß also bei der gewählten Spezifikation vermutlich keine starke Autokorrelation der Störvariablen in den Gleichungen vorliegt. Gerade in neueren ökonometrischen Veröffentlichungen wird wieder dargelegt, wie wichtig es ist, eine Modellspezifikation anzustreben, in der die Störvariablen in den Gleichungen frei von Autokorrelation sind.

Die nächste Bemerkung bezieht sich auf die Scheinvariable „Nachholbedarf“ in der Tariflohngleichung. Könnte man diese Scheinvariable nicht als Funktion einiger anderer Variablen erklären?

Jürgen Heubes (Münster):

Ich halte die Arbeit vom methodologischen Standpunkt aus für sehr unbefriedigend. Und zwar liegt, wie schon mehrfach angeklungen ist, der Arbeit kein geschlossenes Modell zugrunde. Die Folge ist, daß dann auch keine Hypothesen ernsthaft getestet werden können, sondern daß nur versucht wird, irgendwelche guten Regressionsgleichungen zu erhalten, wobei sich „gut“ z. B. auf R^2 oder auf den Durbin-Watson bezieht.

Das Ergebnis ist nun, daß wir eine historische Beschreibung haben, die mir persönlich wegen der vielen Dummies aber auch nur sehr unbefriedigend erscheint. Ich kann immer nur feststellen: Da und da treten Strukturbrüche auf. Von diesem Gesichtspunkt her halte ich die Arbeit für problematisch.

Franz-Ulrich Willeke (Heidelberg):

Ich habe noch eine Bemerkung, und zwar gerade zu dem theoretischen Konzept, das auch Herr Krelle schon angesprochen hat.

Sie haben auf Seite 329 den Wettbewerb mit ausländischen Anbietern auf in- und ausländischen Märkten einbezogen. Wenn man weiterliest, kommt auf Seite 330 die Einteilung in zwei Perioden; Herr Münnich hat ja auch schon von einem Strukturbruch gesprochen. Auf Seite 332 kommen Sie zum Ergebnis, daß für die zweite Periode als Preisbestimmungsgrund verschiedene Dinge, unter anderem auch die verstärkte Unternehmensmacht infolge verstärkter Konzentration, eine Rolle gespielt haben könnten. Ich vermute nun, daß Sie mit „verstärkter Konzentration“ eine Abnahme der Wettbewerbsintensität implizierten, obwohl das nicht zwingend ist. Dann frage ich mich: Müßte man nicht die Analyse des Wettbewerbs der inländischen Unternehmen untereinander auch mit einbeziehen? Sie haben das *expressis verbis* für die ausländischen Anbieter getan. Insofern könnte man sich überlegen, ob nicht in der Tat, was Herr Münnich schon ansprach, im Ansatzpunkt diese zwei Perioden auch unter diesem Gesichtspunkt unterschiedlich zu behandeln sind.

Artur Woll (Siegen):

Ich darf Ihnen nun noch drei Minuten Zeit für ein Schlußwort geben, was natürlich ausschließt, daß man auf Fragen im einzelnen eingeht.

Torsten Tewes (Kiel):

Es ist natürlich für mich sehr schwierig, in diesen drei Minuten noch auf vieles zu antworten. Aber durch die ganze Diskussion zog sich ja eigentlich ein Faden: Nahezu alle vermißten etwas mehr theoretische Absicherung.

Zu diesem Punkt möchte ich folgendes sagen: Wenn wir uns die Lehrbücher über Theorie ansehen, dann kann man daraus Modelle konstruieren, die so zwischen 6 und 10 Gleichungen und auch nicht mehr Variable haben. Die ökonometrischen Modelle sind aber doch sehr viel weiter gegangen, indem sie sehr viel mehr Variable und sehr viel mehr Gleichungen haben. Ich bin also nicht sicher, ob man überhaupt in irgendeinem ökonometrischen Modell anders als partiell vorgegangen ist.

Sicherlich gibt es Theorien über eine Beschäftigungsfunktion, Theorien, die im einzelnen sehr sophisticated sein können. Wenn man dann aber schätzt, kommt heraus, daß nur eine oder zwei Variable bestimmend sind, während man alle anderen, die man der Theorie entsprechend eingeführt hat, nicht mehr als Einflußfaktor feststellen kann. Bei der Beschäftigungsfunktion bin ich selbst einmal so vorgegangen: Ich habe vieles von dem, was in der Literatur angeboten wird, auch einmal gemacht. Was ich hier am Ende eines längeren Lernprozesses nun dargelegt habe, schaut sehr empirisch aus, bringt aber im Ergebnis genau das, was Leute mit sophisticated Theorien hingeschrieben und dann geschätzt haben. Ich bin sogar der Meinung, daß eine solche mehr pragmatische Lösung Elemente von sehr viel mehr Theorien umfaßt, als sie im allgemeinen einer einzelnen Schätzung zugrundegelegt werden.

Das gilt auch für sehr viele andere der von uns vorgelegten Gleichungen. Wenn Sie eine Preisgleichung aufstellen wollen, dann sagt mancher: Ja, da müssen wir uns die Verhältnisse an einem Diagramm klar machen. Dann zeichnet er noch eine Kurve daneben und berücksichtigt so zwei Einflußgrößen. Wenn aber mit fünf Einflußgrößen gerechnet werden soll, dann hört dieses Verfahren auf. Es wird dann einfach nur noch hingeschrieben: ist eine Funktion von, von, von ... Warum soll ich da nicht so vorgehen, wie ich vorgegangen bin: ist eine Funktion von, von, von ...?

Nun noch ein kurzes Wort zur Konsistenz der Annahmen über die Produktivitätsentwicklung in den einzelnen Gleichungen. Wir sind der Meinung, daß wir einheitlich in allen Gleichungen eine langfristige Produktivitätsentwicklung unterstellt haben, die im Trend konstant ist. Ich glaube nicht, daß selbst dann, wenn man der Theorie gemäß von komplizierteren Verhältnissen ausgeht, im Endeffekt eine sehr viel andere Entwicklung gefunden wird — auch nicht bei sauberster Theorie.

Hier ist also meines Erachtens durchaus etwas Konsistentes unterstellt; überall ein konstanter Trend.

Rainer Schmidt (Kiel):

Nur noch kurz zu einigen Punkten; ich kann leider auch nicht mehr alles ansprechen.

Einmal wurde gesagt, daß man über den Proportionalfaktor a bei den gehorteten Arbeitskräften vorher gar nichts aussagen könne. Das ist nicht der Fall. Taylor, der dieses Konzept auf die US-amerikanische Wirtschaft angewendet hatte, hat sich darüber durchaus Gedanken gemacht und gesagt, daß dieser Proportionalfaktor nahe bei 1 sein müßte, weil wir in den USA keinen stark angespannten Arbeitsmarkt haben. Daraus haben wir geschlossen — zumindest haben wir das erwartet —, daß dieser Faktor a für die Bundesrepublik, wo ja in den letzten Jahren langfristig eine sehr viel stärkere Anspannung des Arbeitsmarktes als in den USA festzustellen war, wesentlich unter 1 liegen müßte. Wo genau, darüber haben wir — das ist klar — vorher auch keine Vorstellungen gehabt.

Zum Problem der Prognosequalität bei einer zweistufigen Lohnbestimmung: Es ist klar, daß dann, wenn man auf die Prognosequalität abstellt, mit einem zweistufigen Ansatz wahrscheinlich kein Vorteil, sondern sogar eher ein Nachteil verbunden ist. Auf der anderen Seite darf man aber nicht verkennen, daß allein mit einer Effektivlohngleichung über den Tariflohn, den man in manchen Preisgleichungen auch benötigt, keine direkte Aussage gemacht werden kann.

Was die Ausländerbeschäftigung angeht, so sind ja, da wir die insgesamt im Inland abhängig Erwerbstätigen in irgendeiner Form in den Gleichungen verarbeitet haben, auch die Ausländer mit enthalten. Wenn man aber die Ausländerbeschäftigung getrennt erfaßt, dann hätte das möglicherweise erfordert, daß wir, wie bei der Unterscheidung zwischen gehorteten Arbeitskräften und registrierten Arbeitslosen, noch einen weiteren Proportionalitätsfaktor — beispielsweise erhalten ausländische Beschäftigte ein Gewicht von unter 1 und inländische Erwerbstätige eines gleich 1 — hätten einführen müssen, und das hätte die Sache weiter kompliziert. Deswegen haben wir es erst einmal bei diesem einfachen Ansatz belassen.

Ein letzter Punkt noch. Es schien mir ein sehr interessanter Hinweis zu sein, daß man einzelne Sektoren der Wirtschaft im Hinblick auf das Lohn-Preis-Verhalten getrennt untersuchen soll. Dazu möchte ich sagen, daß wir das für einen speziellen Sektor gemacht haben, nämlich für die Nahrungsmittelpreise. Die Landwirtschaft würde nach dieser

Einteilung zu den geschützten Sektoren gehören. Deswegen haben wir sie auch ganz getrennt, mit einem völlig anderen Ansatz untersucht, den wir aus Platzgründen hier leider nicht präsentieren konnten.

Empirische Untersuchungen über die Bestimmungsgründe des Preisniveaus

Von Jürgen Kromphardt, Gießen*

1. Im Rahmen der Thematik dieses Arbeitskreises — nämlich: Empirische Untersuchungen zu Zielkonflikten — habe ich zu berichten über Probleme und Ergebnisse der empirischen Untersuchungen über die Bestimmungsgründe des Preisniveaus. Diese Untersuchungen beziehen sich nur auf *einen* der vielen möglichen Zielkonflikte, nämlich jenen zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung, und dies auch nur dann, wenn untersucht wird, ob und inwieweit der Vollbeschäftigungsgrad als Bestimmungsfaktor der Preisentwicklung angesehen werden muß.
2. Ich spreche nicht als Produzent solcher empirischen Untersuchungen, sondern als Konsument, der aus den ökonometrischen Arbeiten Antworten auf wirtschaftspolitisch aktuelle Fragen gewinnen möchte. Diesem Referat liegt eine wirtschaftspolitische Fragestellung zugrunde, die in zwei Fragen ausgedrückt werden kann. *Erstens*: Mit welcher zusätzlichen Preissteigerung ist nach den Erfahrungen der Vergangenheit eine Senkung der Arbeitslosenquote um 1 Prozent verbunden? *Zweitens*: Gibt es andere wichtige Bestimmungsfaktoren des Preisniveaus, durch deren Beeinflussung die — im allgemeinen unerwünschte — Beschleunigung der Inflation aufgrund einer Senkung der Arbeitslosenquote vermieden werden kann?
3. Wenn ein Wirtschaftspolitiker diese Fragen stellt, setzt er implizit die Existenz des Zielkonflikts zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung bereits voraus. Um sie zu beantworten, muß man die wichtigsten Bestimmungsfaktoren der Preisentwicklung kennen sowie das quantitative Ausmaß ihres Einflusses. Quelle solcher Preisbestimmungsgleichungen können ökonometrische Arbeiten verschiedener Art sein, nämlich *erstens* ökonometrische Untersuchungen, die sich explizit und direkt mit dem Zielkonflikt befassen, und *zweitens* ökonometrische Ge-

* Geboren am 25. November 1933 in Kiel. 1957 Promotion in Kiel. 1958 - 1965 Tätigkeit bei der EWG-Kommission in Brüssel. 1967 Habilitation in Münster (Struktur und Einkommensverteilung). Seit 1968 Lehrstuhl (jetzt Professur) für Volkswirtschaftslehre (Wachstum und Konjunktur sowie Theorie und Vergleich der Wirtschaftssysteme) an der Universität Gießen. Hauptforschungsgebiete: Konjunktur- und Verteilungstheorie.

samtmodelle, die üblicherweise bzw. notwendigerweise Preisbestimmungsgleichungen enthalten.

4. Bei den ökonometrischen Untersuchungen, die sich *direkt* mit dem Zielkonflikt befassen, lassen sich in Anlehnung an Maneval¹ drei Gruppen unterscheiden:

- a) Die Berechnung einer modifizierten, erweiterten Phillips-Relation durch *direkte Regression* zwischen der Preisänderungsrate, der Arbeitslosenquote und anderen Bestimmungsfaktoren.
- b) Die Korrektur einer Lohnbestimmungsgleichung, in der die Arbeitslosenquote als erklärende Variable auftritt, um die Arbeitsproduktivitätsentwicklung aufgrund des definitorischen Zusammenhangs zwischen den Änderungsraten des Preisniveaus, der Arbeitsproduktivität, des Lohnniveaus und der Lohnquote.
- c) Ableitung aus einem Zweigleichungssystem: Es werden eine Lohngleichung und eine Preisgleichung bestimmt, wobei die Lohnentwicklung unter anderem durch die Arbeitslosenquote und die Preisentwicklung unter anderem durch die Lohnentwicklung erklärt werden. Durch Einsetzen der Lohngleichung in der Preisgleichung erhält man als reduzierte Form eine Gleichung, in der die Preisentwicklung u. a. von der Arbeitslosenquote abhängt. Es handelt sich also um eine indirekte Berechnung einer modifizierten Phillips-Relation.

Maneval kritisiert die Methode der direkten Regression, weil durch sie „... die Kausalkette $u \rightarrow \dot{w} \rightarrow \dot{p}$ durchschnitten und auf die Kurzform $u \rightarrow \dot{p}$ reduziert wird. Das stellt gegenüber dem tatsächlich bestehenden Kosten-Preis-Zusammenhang eine bedenkliche Vereinfachung dar“². Er hält deshalb eine Ableitung des trade-off zwischen Preisstabilität und Vollbeschäftigung aus einem Mehrgleichungssystem (mindestens *zwei* Gleichungen) für theoretisch befriedigender. Die Kritik an der direkten Regression ist jedoch dann nicht berechtigt, wenn man die Arbeitslosenquote gleichzeitig als einen Indikator der Anspannung auf den Gütermärkten ansieht, die auf den Arbeitsmarkt zurückwirkt.

Die Korrektur einer ursprünglichen Phillips-Relation um die Arbeitsproduktivitätsentwicklung ist dasjenige Verfahren, mit dem — von Samuelson und Solow³ — zum erstenmal das Phillips-Theorem auf das

¹ Helmut Maneval, Die Phillips-Kurve, Tübingen 1973.

² Helmut Maneval, Die Phillips-Kurve, S. 198.

³ Paul Samuelson und Robert Solow, Analytical Aspects of Anti-Inflation-Policy, in: American Economic Review, Vol. 50 (1960).

Trade-off-Problem angewandt wurde. Maneval wendet gegen dieses Verfahren ein, daß es implizit die sehr einfache Preisbildungshypothese eines konstanten Gewinnzuschlags auf die Lohnkosten enthält⁴. Auch Nowotny, Rothschild, Schwödiauer sprechen sich gegen dieses Verfahren aus, jedoch zugunsten der direkten Regression: „Der Umweg über die Lohnsteigerungsrate . . . erscheint dabei für die wirtschaftspolitische Diskussion als nicht unbedingt günstig. Denn an sich könnte dieser Zielkonflikt auch durch eine direkte Regression . . . zwischen Arbeitslosigkeit und Preisentwicklung sichtbar gemacht werden. Die auf diese Weise ermittelten Zusammenhänge böten dann einen viel weiteren Raum für die theoretische Fundierung als die Schätzung der Preisentwicklung über Löhne und Produktivität“⁵.

5. Bei den ökonometrischen Gesamtmodellen ist eine Aussage zum Zielkonflikt zwischen Vollbeschäftigung und Preisstabilität nur ein Nebenprodukt des Gesamtwerkes. Es kann dagegen bei Autoren, die eine direkte Untersuchung zu diesem Zielkonflikt vornehmen, der Zusammenhang zwischen Preissteigerung und Arbeitslosigkeit so im Vordergrund stehen, daß andere, vielleicht wesentlichere Faktoren nur am Rande oder gar nicht beachtet werden. Daher habe ich zunächst die wichtigsten der großen ökonometrischen Gesamtmodelle daraufhin untersucht, welche Bestimmungsfaktoren in ihren Preisbestimmungsgleichungen enthalten sind. Diesem Zweck dient Übersicht 1 in Anhang A. Dort zeigt sich in der dritten Spalte, daß in allen Modellen die Lohnkosten oder die Löhne als Bestimmungsfaktoren berücksichtigt sind und in den Modellen für die europäischen Länder — mit Ausnahme des Krelle-Modells — *stets die Importpreise*.

Darüber hinaus zeigt die Übersicht, daß nur sehr wenige Modelle die Preisentwicklung des Bruttosozialprodukts oder des Outputs des privaten Sektors global bestimmen; in den meisten Modellen werden die Preise für mehrere Sektoren getrennt bestimmt und in einem zweiten Schritt zu einem Gesamtpreisindex zusammengefaßt.

Importpreise und Lohnkosten bzw. Löhne spiegeln Preisbestimmungsfaktoren auf der Kosten-, d. h. Angebotsseite wider. Nachfragefaktoren wie Auslastungsgrad des Kapitals oder der Arbeit, Auftragsbestände oder Lagerbestände sind in vielen Modellen gar nicht vertreten.

6. Dieser Überblick über die Preisbestimmungsgleichungen sagt uns zu unserer Fragestellung nur folgendes: Von den USA abgesehen sind die Importpreise als Bestimmungsgröße der Preisentwicklung auf jeden

⁴ Helmut Maneval, Die Phillips-Kurve, S. 201.

⁵ Ewald Nowotny, Kurt Rothschild, Gerhardt Schwödiauer, Bestimmungsgründe der Lohnbewegung, Wien - New York 1972.

Fall zu berücksichtigen. Über den Einfluß des Beschäftigungsgrades sagen sie noch nichts. Um zu Aussagen über diesen Punkt zu gelangen, müssen auch die Lohngleichungen der Modelle betrachtet werden, um zu sehen a), ob in ihnen der Vollbeschäftigungsgrad auftritt und b), welche andere Faktoren als wichtig angesehen werden. Dazu habe ich die Übersicht 2 in Anhang A zusammengestellt. Man findet zwar in dem neuen Buch von Schloenbach⁶, in dem das Prognosemodell von Krelle um den Arbeitsmarkt und die Lohnbildung erweitert wird, ebenfalls eine synoptische Zusammenstellung über die Lohnfunktionen in wichtigen ökonomischen Makromodellen; diese bezieht sich jedoch zum Teil auf andere Modelle und enthält nicht die hier erforderlichen Angaben.

Es zeigt sich, daß zwar in den meisten, aber nicht in allen Modellen die Zahl der Arbeitslosen oder die Arbeitslosenquote zur Erklärung der Entwicklung des Lohnniveaus herangezogen wird. Diese erklärende Variable fehlt z. B. bei Schloenbach, der zu dieser Frage feststellt, „... daß der Nachfrageüberhang [auf dem Arbeitsmarkt] das Wachstum des nominellen Stundenlohnsatzes im privaten Bereich besser als die einfache und die erweiterte Phillips-Relation zu erklären vermag“⁷. Ebenso verzichten zwei der drei niederländischen Modelle auf diese Variable und ebenso das Modell für Großbritannien, das die Kapazitätsauslastung vorzieht.

Wir erhalten damit aus den ökonomischen Gesamtmodellen kein einheitliches Bild: Zwar besteht in allen Modellen eine Wechselwirkung zwischen Preisentwicklung und Lohnentwicklung, aber die Arbeitslosenquote wird nicht in allen Modellen als Erklärungsgröße für die Preis- und Lohnentwicklung herangezogen.

7. Für die erste eingangs gestellte Frage muß nun auch der Einfluß der Arbeitslosigkeit quantifiziert werden können. Eine korrekte Antwort erfordert jedoch mehr als die Angabe der Koeffizienten der reduzierten Form der Preisbestimmungsgleichungen, die nur den *durchschnittlichen* Einfluß der Arbeitslosenquote auf die Preisentwicklung angeben, nicht aber die Schwankungsbreite dieses Einflusses. Eine vollständige Antwort erfordert also die Kenntnis der Koeffizienten der reduzierten Form und ihrer Standardfehler. Der Benutzer der ökonomischen Modelle findet jedoch weder diese Koeffizienten noch deren Fehler. Die einzige Ausnahme, die ich ermitteln konnte, bildet die Berechnung von Impakt-Multiplikatoren für das Klein-Goldberger-Modell

⁶ Kurt Schloenbach, *Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1957 - 1968*, Meisenheim am Glan 1972.

⁷ Kurt Schloenbach, S. 265.

durch Goldberger⁸. Standardfehler dieser Multiplikatoren findet man dort allerdings auch nicht.

Für die Frage nach den kompensierenden Faktoren möge der Hinweis auf die Bestimmungsfaktoren der Preisentwicklung in den Modellen genügen; sie geben mögliche Ansatzpunkte für eine kompensierende Inflationsbekämpfung.

8. Wenden wir uns nun den Untersuchungen zu, die sich direkt und explizit mit dem Zielkonflikt beschäftigen. Dabei beschäftige ich mich nicht mit empirischen Berechnungen von ursprünglichen Phillips-Relationen, in denen die Lohnentwicklung erklärt wird und deren Korrektur um die Arbeitsproduktivitätsentwicklung vorgenommen wurde oder möglich wäre. Derartige Berechnungen sind in zwei neuen Monographien⁹ übersichtlich dargestellt und kommentiert.

In den jetzt zu behandelnden Untersuchungen tritt die Arbeitslosigkeit notwendigerweise stets als Bestimmungsgröße des Preisniveaus auf; ihr Auftreten in der Preisbestimmungsgleichung ist daher kein Kriterium ihrer Relevanz für diesen Zusammenhang. Das entscheidende Kriterium ist die Signifikanz bzw. Nichtsignifikanz der Parameter für diese Einflußgröße.

Faßt man es als Aufgabe der Ökonometrie auf, Hypothesen zu widerlegen, so ist eine Untersuchung um so aussagefähiger, je leichter sie scheitern kann, in diesem Fall also: je leichter sie zu nichtsignifikanten Parametern führen kann. Diese Gefahr ist z. B. dann besonders groß, wenn man den gleichen Regressionsansatz für mehrere Länder wählt. Dies hat z. B. Boelaert im Rahmen seiner Schätzung eines *Zwei-Gleichungssystems* getan (vgl. Anhang B). Seine Berechnungen umfassen fünf EWG-Staaten im Zeitraum 1955 - 1969. Die Entwicklung des Lohnniveaus wird aus der Arbeitslosenquote der jeweiligen Periode und der Vorperiode, der Konsumgüterpreisentwicklung und dem Anstieg der Arbeitsproduktivität erklärt (Ausnahme für Frankreich), die Entwicklung der Preise aus Lohnentwicklung, Importpreisen und Arbeitsproduktivität. Die Regressionsparameter der Arbeitslosenquote sind beachtenswerterweise in allen Ländern signifikant. Leider hat es auch Boelaert verabsäumt, für die reduzierte Form seines Gleichungssystems die Standardfehler der abgeleiteten Koeffizienten zu berechnen. Auch hier wird der Benutzer im Stich gelassen, wenn er die eingangs gestellte Frage beantworten will.

⁸ Arthur Goldberger, *Impact Multipliers and Dynamic Properties of the Klein-Goldberger Model*, Amsterdam 1970.

⁹ Kurt Schloenbach, *Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1957 - 1968*, und Peter Zahn, *Die Phillips-Relation für Deutschland*, Berlin - New York 1973.

9. So bleibt als letzte Informationsquelle die direkte Regression der Preisänderungsrate auf die erklärenden Variablen, die sich nach den bisher behandelten Untersuchungen als relevant erweisen, nämlich die Arbeitslosenquote, die Importpreise und die Arbeitsproduktivität. Eine solche Regression habe ich nach einem einheitlichen Regressionsansatz für zehn wichtige Industriestaaten von 1955 - 1971 auf der Basis relativ leicht zugänglicher Jahresdaten vorgenommen. Das Ergebnis ist in Anhang C zusammengestellt. Es handelt sich dabei um vier Varianten des gleichen Ansatzes; sie ergeben sich, da bei zwei Varianten die Änderungsraten des Preisniveaus erklärt werden, bei den beiden anderen seine absoluten Änderungen. Zweitens wird einmal die Arbeitslosenquote als erklärende Variable benutzt, einmal ihr Kehrwert. Diese Berechnung erfolgt in voller Kenntnis ihrer Problematik. Sie zeigt vor allem, daß auch die Aufnahme zusätzlicher erklärender Variabler die Ergebnisse der Berechnung von modifizierten Phillips-Relationen nicht entscheidend verbessert. Damit bleibt die eingangs gestellte Frage auch weiterhin ohne Antwort; denn aus dieser Berechnung erhält man nun zwar die Standardfehler der Regressionskoeffizienten und damit ihre Konfidenzintervalle, aber auf der anderen Seite sind die Koeffizienten in zwei Dritteln der Fälle nicht gegen Null gesichert. Besonders selten ist der Koeffizient der Arbeitsproduktivität signifikant. Der Koeffizient der Arbeitslosenquote, der uns besonders interessiert, ist in allen vier Varianten nur in Belgien und Dänemark gegen Null gesichert. Für Italien ist dies bei drei Varianten der Fall, in Großbritannien und der BRD bei einer Variante.

Darüber hinaus weisen die ungesicherten Koeffizienten häufig das falsche Vorzeichen auf, mit Ausnahme der Koeffizienten der Importpreise, bei denen dies nur für die BRD gilt. Die ungesicherten Koeffizienten der Arbeitsproduktivität und der Arbeitslosenquote weisen dagegen in einem Drittel bzw. knapp der Hälfte der Fälle das falsche Vorzeichen auf. Schließlich haben sogar zwei der gesicherten Koeffizienten nicht das richtige (d. h. das erwartete) Vorzeichen.

Die Berechnungen bestätigen somit am wenigsten schlecht („am besten“ zu sagen, wäre Euphemismus) die Bedeutung der Importpreise für die Entwicklung des Preisniveaus. Dagegen kann ein harmonisierender Zusammenhang zwischen den Zielen Preisstabilität und Vollbeschäftigung nicht ausgeschlossen werden.

10. Ich habe bei diesen Ausführungen *ein* Problem ganz vernachlässigt, nämlich die Frage der zeitlichen Konstanz der Parameter. Bei genügend langem Beobachtungszeitraum ließe sich dieser Aspekt mit den Methoden der gleitenden Schätzperiode überprüfen, jedoch sind wir — das wäre das Fazit aus meiner Untersuchung — noch nicht einmal so weit,

daß wir eine eindeutige Antwort auf die eingangs gestellte erste Frage für den Durchschnitt *einer* Schätzperiode geben können. Es sollte Aufgabe der jetzt folgenden Diskussion sein, hier Hinweise zu geben für Wege zu einer befriedigenden Antwort.

Anhang A
Übersicht 1: Preisbestimmungsgleichungen in wichtigen ökonomischen Konjunkturmodellen

Land	Kurzbezeichnung des Modells	Wichtigste erklärende Variable	Zahl der stochastischen Preisbestimmungsgleichungen für das BIP für Sektoren		Form der Variablen	Art der Daten und Berechnungsperiode	Berechnungsmethode
			1	3			
I. BRD	W. Krelle	Lohnkosten (für die Prognose auch Kapazitätsauslastung)	1	1 (Exportpreise in Abhängigkeit vom allg. Preisniveau)	Indizes	Jahreszahlen 1957—1965	KQ
			—	3	Indizes	Jahreszahlen 1951—1964	KQ
			—	5	Indizes	Vierteljahreszahlen 1952—1960 und 1960—1964	ZSKQ
			—	4	Wachstumsraten	Jahreszahlen 1953—1967	KQ
II. Frankreich	M. Evans	Lohnkosten, Importpreise	—	8	Wachstumsraten	Jahreszahlen 1962—1965	KQ
III. Italien	Banca d'Italia	Lohnkosten, Importpreise, Kapitalauslastung	1	—	Indizes	Jahreszahlen 1951—1968	KQ

IV. Niederlande										
1)	Centraal Plan Bureau: CS-Modell	Lohnkosten, Importpreise, Verhältnis zwischen Lagerbeständen und Umsatz bei den Konsumgüterpreisen bzw. Kapitalauslastung bei den Investitionsgüterpreisen	—	2	Wachstumsraten	Jahreszahlen	KQ			
2)	Centraal Plan Bureau: Modell 65 D	Lohnkosten, Importpreise	—	3	Wachstumsraten	1923—1938 und 1949—1960	ZSKQ und LML			
3)	W. Driehuis	Löhne, Lohnkosten, Importpreise, Arbeitsproduktivität, Auslastung der Arbeit	—	5	Wachstumsraten	Vierteljahreszahlen 1951—1965	KQ			
V. Großbritannien	M. Surrey	Lohnkosten, Lohnquote, Importpreise	—	1 (C ^{Pr}) + 3 (Teile von C ^{Pr})	Indizes	Vierteljahreszahlen	—			
VI. USA										
1)	OBE	Auftragsbestände, Löhne, Lohnquote	1 (für X ^{Pr})	3 (für Konsum) + 3 (für Investitionen)	Indizes	Vierteljahreszahlen	KQ und ZSKQ			
2)	Wharton-EFU	Lohnkosten und Kapazitätsauslastung in der Industrie	—	1 (für die Industrie) + 6 (für Sektoren)	Indizes	Vierteljahreszahlen	KQ und ZSKQ			
3)	Brookings	Differenz zwischen den tatsächlichen und „normalen“ Lohnkosten im jeweiligen Sektor	—	8 (für 8 Sektoren)	Indizes	Vierteljahreszahlen 1954—1965	KQ			
4)	FRB/MIT/Penn	Löhne in der Industrie, Auftragsbestände (bezogen auf die Lieferungen) bei den Herstellern von Maschinen und Ausrüstungen, Entwicklung des Bruttoertrags des privaten Sektors, geleistete Arbeitsstunden, Preisindex der importierten und der landwirtschaftlichen Rohstoffe	1 (für X ^{Pr})	—	Indizes	Vierteljahreszahlen	KQ und ZSKQ			

Übersicht 2: Lohnbestimmungsgleichungen in wichtigen ökonomischen Konjunkturmodellen

Land	Kurzbezeichnung des Modells	Erklärte Variable	Wichtigste erklärende Variable	Zahl der stochastischen Lohnbestimmungsgleichungen
I. BRD				
1)	W. Krelle	—	—	—
1 a)	K. Schloenbach	effektiver nomineller Stundenlohnsatz	Abweichungen zwischen tatsächlicher und gemischter Arbeitszeit, privates BIP	2 (priv. Sektor, staatl. Sektor in Abhängigkeit vom priv. Sektor)
2)	G. Hansen	Tariflohniveau	Konsumgüterpreise, Arbeitsproduktivität (Kehrwert der Lohnkosten in der Vorvorperiode), Arbeitslose	1
3)	R. Lüdecke	Lohn drift	Lohneinkommen (real Beschäftigte, Arbeitslose)	1
4)	D. Van der Werf	Tariflohniveau	—	—
		Effektivlohniveau	Konsumgüterpreise, Arbeitsproduktivität, Arbeitslosenquote	1
			Konsumgüterpreise, Arbeitsproduktivität, Tariflohn, Lohnbelastung	1
II. Frankreich	M. Evans	Jahresverdienstniveau	Konsumgüterpreise, Arbeitslose abzüglich offene Stellen	1
III. Italien	Banca d'Italia	Effektivverdienste	Konsumgüterpreise, Arbeitslose	2 (für 2 Sektoren)

IV. Niederlande	Centraal Plan Bureau: CS-Modell Centraal Plan Bureau: Modell 63 D W. Driehuis	Effektivlohnniveau	Konsumgüterpreise, Arbeitslose, Arbeitsproduktivität Konsumgüterpreise, Kapazitätsauslastung, Arbeitsproduktivität Konsumgüterpreise, Arbeitsproduktivität	1 (für das produzierende Gewerbe) 1 1
		Effektivlohnniveau		
		Effektivlohnniveau		
V. Großbritannien	M. Surrey	Tariflicher Wochenlohn	Einzelhandelspreise, Normalarbeitszeit, Kapazitätsauslastung	1
		Effektivlohnniveau	Tariflohniveau, Kapazitätsauslastung	1
VI. USA	OBE Wharton-EFU Brookings FRB/MIT/Penn	Effektivlohnniveau	Konsumgüterpreise, Arbeitslosenquote, wöchentliche Arbeitszeit	1
		Effektives Jahreslohniveau	Konsumgüterpreise, Arbeitslosenquote	2 (für 2 Sektoren)
		Effektivstundenlohniveau	Konsumgüterpreise, Arbeitslosenquote	6 (für 6 Sektoren)
		Effektivstundenlohniveau	Arbeitslosenquote, Cash-Flow (netto) der Kapitalgesellschaften	1

Land	Kurzbezeichnung des Modells	Fundstelle
I. BRD		
1)	W. Krelle	W. Krelle, D. Beckerhoff, H. G. Langer, H. Fuß (Hrsg.), Ein Prognosesystem für die wirtschaftliche Entwicklung der Bundesrepublik Deutschland, Meisenheim am Glan 1969
1 a)	K. Schloenbach	K. Schloenbach, Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland 1957—1966, Meisenheim am Glan 1972
2)	G. Hansen	G. Hansen, Ein ökonomisches Modell für die BRD 1951—1964, Versuch der Erklärung von Wachstum und Konjunktur, Göttingen 1967
3)	R. Lüdecke	D. Lüdecke, Ein ökonomisches Vierteljahresmodell für die BRD, Tübingen 1969
4)	D. Van der Werf	D. Van der Werf, Die Wirtschaft der Bundesrepublik Deutschland in fünfzehn Gleichungen, Kieler Studien, Band 121, Tübingen 1972
II. Frankreich	M. Evans	Michael K. Evans, An Econometric Model of the French Economy, A Shortterm Forecasting Model, OECD-Economic Studies Series, Paris 1969
III. Italien	Banca d'Italia	Unveröffentlichtes Manuskript
IV. Niederlande		
1)	Centraal Plan Bureau: CS-Modell	C. A. van den Beld — OECD-Dokument DES/WPZ/68.1 vom 9. 5. 1968
2)	Centraal Plan Bureau: Modell 63 D	Unveröffentlichtes Manuskript
3)	W. Driehuis	W. Driehuis, Fluctuations and Growth in a Near Full Employment Economy, A Quarterly Econometric Analysis of the Netherlands, Rotterdam 1972
V. Großbritannien	M. Surrey	M. J. C. Surrey, The Analysis and Forecasting of the British Economy, Cambridge 1971
VI. USA		
1)	OBE	B. Hickman (Hrsg.), Econometric Models of Cyclical Behavior, Vol. 1, New York, London 1972
2)	Wharton-EFU	M. K. Evans, Macroeconomic Activity, Theory, Policy and Control, New York, Evanston, London 1969, S. 433 ff.
3)	Brookings	B. Hickman (Hrsg.), Econometric Models of Cyclical Behavior, Vol. 1, New York, London 1972
4)	FRE/MIT/Penn	B. Hickman (Hrsg.), Econometric Models of Cyclical Behavior, Vol. 1, New York, London 1972

Anhang B

**Die Berechnungen von R. Boelaert für fünf EG-Staaten
(Deutschland, Frankreich, Italien, Niederlande, Belgien)¹⁰**

1. *Datenmaterial*: Jahreszahlen und Vierteljahreszahlen 1955 - 1969.
2. *Regressionsansatz*: Boelaerts *Regressionsansatz* lautet¹¹:

$$(1) \quad \dot{w} = a_0 + a_1 \frac{1}{u} + a_2 \frac{1}{u_{-1}} + a_3 \dot{p} + a_4 \dot{A}$$

$$(2) \quad \dot{p} = b_0 + b_1 \dot{w} + b_2 \dot{A} + b_3 \dot{p}_M$$

Als Trade-off wird also jener zwischen dem Anstieg des Verbraucherpreisindex und der Arbeitslosenquote berechnet.

3. *Berechnungsverfahren*: Methode der kleinsten Quadrate (KQ). Es wurden auch Schätzungen nach der zweistufigen KQ-Methode (ZSKQ) berechnet, jedoch in dem oben angeführten Aufsatz nicht verwendet, da die Ergebnisse im allgemeinen nur wenig voneinander abweichen.
4. *Ergebnisse*:

a) *Lohngleichungen*:

BRD

$$\dot{w} = 5,89 + 4,1 \frac{1}{u} - 3,7 \frac{1}{u_{-1}} + 0,5 \dot{p} + 0,02 \dot{A}$$

(1,5) (1,2) (0,53) (0,19)

$$R^2 = 0,64 \quad DW = 1,90$$

Frankreich

$$\dot{w} = 4,9 + 2,5 \Delta \left(\frac{1}{u} \right) + 0,36 \dot{p} + 0,22 \dot{A}$$

(1,2) (0,07) (0,10)

$$R^2 = 0,80 \quad DW = 1,97$$

¹⁰ Remi Boelaert, Unemployment-Inflation Trade-Offs in EEC-Countries, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 109 (1973), Heft 3, S. 418.

¹¹ Symboldeutung:

- \dot{w} = prozentuale Lohnänderungen
- a, b = Regressionskoeffizienten
- u = Arbeitslosigkeit
- u_{-1} = Arbeitslosigkeit der Vorperiode
- \dot{p} = prozentuale Verbraucherpreisänderungen
- \dot{A} = prozentuale Änderung der Arbeitsproduktivität
- \dot{p}_M = prozentuale Änderung der Importpreise

Italien

$$\dot{w} = -0,69 + 44,0 \frac{1}{u} - 38,2 \frac{1}{u_{-1}} + 1,55 \dot{p} + 0,14 \dot{A}$$

(17,1) (15,4) (0,42) (0,17)

$$R^2 = 0,78 \quad DW = 1,65$$

Niederlande

$$\dot{w} = -0,13 + 5,0 \frac{1}{u} + 0,59 \dot{p} + 0,13 \dot{A}$$

(1,4) (0,2) (0,15)

$$R^2 = 0,77 \quad DW = 3,13$$

Belgien

$$\dot{w} = 1,89 + 14,5 \frac{1}{u} - 12,6 \frac{1}{u_{-1}} + 1,68 \dot{p}$$

(2,9) (2,3) (0,24)

$$R^2 = 0,95 \quad DW = 2,29$$

b) *Preisgleichungen:**BRD*

$$\dot{p} = 2,66 + 0,1 \dot{w} - 0,17 \dot{A} + 0,16 \dot{p}_M$$

(0,05) (0,04) (0,04)

$$R^2 = 0,79 \quad DW = 2,34$$

Frankreich

$$\dot{p} = -3,7 + 1,02 \dot{w} - 0,2 \dot{A} + 0,58 \dot{p}_M - \frac{1}{2}$$

(0,24) (0,18) (0,13)

$$R^2 = 0,78 \quad DW = 2,25$$

Italien

$$\dot{p} = 0,85 + 0,32 \dot{w} + 0,20 \dot{p}_M - \frac{3}{4}$$

(0,06) (0,07)

$$R^2 = 0,77 \quad DW = 1,28$$

Niederlande

$$\dot{p} = -0,16 + 0,45 \dot{w} + 0,25 \dot{p}_M - \frac{1}{2}$$

(0,19) (0,21)

$$R^2 = 0,57 \quad DW = 1,46$$

Belgien

$$\dot{p} = -0,44 + 0,43 \dot{w} - 0,03 \dot{A}$$

(0,06) (0,05)

$$R^2 = 0,79 \quad DW = 0,81$$

Boelaert hat in seinen Schätzungen diejenigen erklärenden Variablen weggelassen, die in den ersten Berechnungen das falsche Vorzeichen aufwiesen.

c) Aus a) und b) gewonnene *direkte Beziehungen* zwischen \dot{p} , \dot{A} , u und \dot{p}_M .

BRD

$$\dot{p} = 3,49 + 0,46 \frac{1}{u} - 0,41 \frac{1}{u_{-1}} - 0,18 \dot{A} + 0,17 \dot{p}_M$$

Frankreich

$$\dot{p} = 2,06 + 4,05 \left(\frac{1}{u} - \frac{1}{u_{-1}} \right) + 0,03 \dot{A} + 0,92 \dot{p}_M - \frac{1}{2}$$

Italien

$$\dot{p} = 1,27 + 29,0 \frac{1}{u} - 25,1 \frac{1}{u_{-1}} + 0,1 \dot{A} + 0,41 \dot{p}_M - \frac{3}{4}$$

Niederlande

$$\dot{p} = 0,18 + 2,98 \frac{1}{u} + 0,08 \dot{A} + 0,35 \dot{p}_M - \frac{1}{2}$$

Belgien

$$\dot{p} = 1,29 + 21,7 \frac{1}{u} - 18,8 \frac{1}{u_{-1}} - 0,13 \dot{A}$$

Anhang C

Berechnung einer Direktregression der Preisentwicklung auf die Entwicklung der Arbeitsproduktivität, die Importpreisentwicklung und die Arbeitslosenquote

1. *Datenmaterial*: BRD: Jahreszahlen 1952 - 1972. Übrige Länder: Jahreszahlen 1955 - 1971.

2. *Regressionsansätze* (linear):

I. und II.: Änderungsrate des Preisindex des Bruttosozialprodukts (\dot{p}) erklärt durch die Wachstumsrate der Arbeitsproduktivität (\dot{A}), die Wachstumsrate der Importpreise (\dot{p}_M) sowie in Fall I durch die Arbeitslosenquote (u), in Fall II durch den Kehrwert der Arbeitslosenquote $\left(\frac{1}{u} \right)$.

III. und IV.: Absolute Änderung des Preisindex des BSP (Δp) erklärt durch die Änderung der Arbeitsproduktivität (ΔA), die Änderung der Importpreise

($\Delta \dot{p}_M$) sowie in Fall III durch die Arbeitslosenquote (w), in Fall IV durch den Kehrwert der Arbeitslosenquote $\left(\frac{1}{u}\right)$.

3. Berechnungsmethoden

- a) Preisindex des BSP, berechnet durch Division der BSP-Werte in jeweiligen Preisen (in nationaler Währung) durch die BSP-Werte in festen Preisen.
- b) Index der Arbeitsproduktivität, berechnet durch Division der BSP-Werte in festen Preisen durch die Zahl der Erwerbstätigen.
- c) Index der Importpreise, berechnet durch Division der Einfuhrwerte in jeweiligen Preisen durch Einfuhrwerte zu festen Preisen.
- d) Arbeitslosenquote: Direkt den statistischen Quellen entnommen.

4. Quellen des Datenmaterials

BRD: Jahresgutachten des Sachverständigenrats.

übrige Länder: Statistisches Amt der Europäischen Gemeinschaften, Volkswirtschaftliche Gesamtrechnungen 1961 - 1971, Jahrbuch 1972, Abschnitt I, Tabelle K und Abschnitt III, Tabelle 3, sowie United Nations, Statistical Yearbook 1972.

Bestimmungsgleichungen für die Preisentwicklung

I. Erklärte Variable: \dot{p}

Land	Autonomes Glied	Regressionskoeffizienten der erklärenden Variablen ¹²			R ²	DW
		\dot{A}	\dot{p}_M	u		
BRD	<u>5,5890</u> (1,3941)	- 0,3041 (0,2867)	- 0,0186 (0,1768)	- 0,3229 (0,2622)	0,256	1,06
Frankreich ..	6,7819 (3,8251)	- 0,5102 (0,6237)	- <u>0,3833</u> (0,1651)	- 0,2481 (1,6557)	0,663	2,24
Italien	<u>8,6934</u> (2,6673)	- 0,4054 (0,3481)	0,1667 (0,1274)	- 0,6475 (0,3194)	0,463	1,45
Niederlande	<u>3,8886</u> (1,2027)	0,1381 (0,1916)	<u>0,3994</u> (0,1358)	- 0,1383 (0,8953)	0,551	1,29
Belgien	<u>7,2112</u> (1,5123)	- 0,1662 (0,1601)	0,0622 (0,0825)	- <u>0,9258</u> (0,3212)	0,843	0,35 ¹³
Vereinigtes Königreich	2,5869 (1,4914)	- <u>1,2187</u> (0,3717)	0,3025 (0,1406)	<u>2,0685</u> (0,8008)	0,582	1,37
Dänemark ..	<u>7,5736</u> (1,0831)	- 0,2093 (0,1952)	0,0408 (0,0973)	- <u>1,2442</u> (0,4083)	0,498	1,73
Irland	1,0901 (7,3565)	- 0,6391 (0,5196)	0,5755 (0,3623)	1,6882 (2,2246)	0,322	1,61
USA	<u>4,5552</u> (1,3872)	- 0,3296 (0,1612)	0,2517 (0,1136)	- 0,3032 (0,2605)	0,655	1,21
Japan	<u>6,3355</u> (1,9402)	- 0,05488 (0,1227)	<u>0,3714</u> (0,1036)	1,2375 (1,3535)	0,616	1,99

¹² In Klammern stehen die Standardfehler der Regressionskoeffizienten. Die bei 5 Prozent und die bei 1 Prozent Irrtumswahrscheinlichkeit signifikanten Koeffizienten sind einmal bzw. zweimal unterstrichen. Die R²-Werte sind nicht um die Zahl der Freiheitsgrade korrigiert.

Bestimmungsgleichungen für die Preisentwicklung

II. Erklärte Variable: \dot{p}

Land	Autonomes Glied	Regressionskoeffizienten der erklärenden Variablen ¹²			R ²	DW
		\dot{A}	\dot{p}_M	$\frac{1}{u}$		
BRD	2,9556 (1,7541)	- 0,2821 (0,2576)	- 0,0302 (1,3924)	+ <u>2,1349</u> (1,0023)	0,366	1,02
Frankreich ..	6,1330 (3,5229)	- 0,5153 (0,6262)	<u>0,3737</u> (0,1675)	0,3491 (1,0752)	0,44	2,24
Italien	1,0559 (2,0190)	- 0,4268 (0,2835)	0,0999 (0,1086)	<u>18,6631</u> (5,537)	0,637	1,52
Niederlande	<u>3,2955</u> (1,2360)	0,1426 (0,1898)	<u>0,3979</u> (0,1249)	0,3623 (0,7467)	0,559	1,32
Belgien	0,9336 (1,3961)	- 0,2403 (0,1365)	0,0865 (0,0656)	<u>11,1529</u> (2,9809)	0,880	0,27 ¹³
Vereinigtes Königreich	9,2321 (2,5739)	<u>1,1714</u> (0,4441)	0,3436 (0,1611)	- 5,0889 (3,4220)	0,441	1,17
Dänemark ..	2,3362 (1,1052)	- 0,1648 (0,1821)	0,0553 (0,0923)	<u>3,8231</u> (1,0978)	0,559	1,88
Irland	11,1308 (7,0897)	- 0,6601 (0,5183)	0,5952 (0,3537)	- 14,4538 (21,1436)	0,316	1,60
USA	1,3446 (1,2040)	- 0,3196 (0,1557)	<u>0,2553</u> (0,1062)	7,9639 (5,2988)	0,678	1,20
Japan	3,7113 (1,8561)	- 0,0461 (0,1135)	<u>0,3751</u> (0,1050)	1,2354 (1,6861)	0,606	2,01

¹³ Wegen Vorliegens von Autokorrelation ist diese Regressionsfunktion nach dem Aitken-Verfahren in der Variante des zweiphasigen Schätzverfahrens berechnet worden, das in H. Schneeweiß, *Ökonometrie*, Würzburg-Wien 1971, S. 181 - 183 beschrieben ist.

Bestimmungsgleichungen für die Preisentwicklung

III. Erklärte Variable: Δp

Land	Auto- nomes Glied	Regressionskoeffizienten der erklärenden Variablen ¹²			R ²	DW
		ΔA	Δp_M	u		
BRD						
Frankreich ..	0,8434 (1,8701)	0,0121 (0,0231)	<u>0,3956</u> (0,1455)	2,166 (1,8776)	0,713	2,30
Italien	<u>11,4743</u> (2,8930)	- 0,0366 (0,0209)	<u>0,2120</u> (0,0977)	- <u>1,1097</u> (0,3602)	0,612	1,90
Niederlande	2,4191 (1,5276)	3,1446 (1,9834)	<u>0,4799</u> (0,1878)	0,6515 (0,1878)	0,581	1,39
Belgien	<u>8,4393</u> (2,8132)	0,1035 (0,0980)	0,0434 (0,0918)	- <u>0,9538</u> (0,3729)	0,780	0,16 ¹³
Vereinigtes Königreich	- 1,0092 (2,5422)	2,1939 (14,7313)	0,1915 (0,1970)	2,5028 (1,2826)	0,412	1,14
Dänemark ..	<u>8,0859</u> (1,4930)	- 0,2916 (0,9526)	0,1618 (0,1246)	- <u>1,6932</u> (0,5632)	0,537	1,20
Irland	- 2,9923 (10,8674)	- 0,0592 (0,1035)	0,9756 (0,5400)	2,6607 (3,3355)	0,374	1,63
USA	<u>3,9575</u> (1,7133)	- 3,0696 (2,3126)	<u>0,4015</u> (0,1254)	- 0,2338 (0,3219)	0,656	1,19
Japan	<u>5,5877</u> (1,8629)	0,0123 (0,0153)	<u>0,3147</u> (0,1361)	- 1,4255 (1,4127)	0,669	1,83

Bestimmungsgleichungen für die Preisentwicklung

IV. Erklärte Variable: Δp

Land	Auto- nomes Glied	Regressionskoeffizienten der erklärenden Variablen ¹²			R ²	DW
		ΔA	Δp_M	$\frac{1}{u}$		
BRD						
Frankreich ..	3,4864 (4,1767)	0,0166 (0,0241)	<u>0,4208</u> (0,1480)	- 1,0124 (1,3508)	0,475	2,24
Italien	- 0,3438 (1,6150)	- 0,0327 (0,0164)	0,1513 (0,0858)	<u>25,3300</u> (6,0261)	0,723	1,85
Niederlande	3,3466 (1,8397)	3,2875 (1,9906)	<u>0,4455</u> (0,1730)	- 0,2615 (1,0763)	0,755	1,42
Belgien	1,8739 (2,9863)	- 0,1449 (0,0861)	0,0631 (0,0757)	<u>11,8120</u> (3,5814)	0,887	0,12 ¹³
Vereinigtes Königreich	6,6726 (3,0957)	0,6066 (16,2554)	0,2733 (0,2115)	- 5,2793 (5,0216)	0,282	2,82
Dänemark ..	1,1796 (1,4959)	- 0,0041 (0,9298)	0,1824 (0,1224)	<u>4,8566</u> (1,5823)	0,546	1,26
Irland	13,0386 (10,7208)	- 0,0578 (0,1031)	1,0070 (0,5319)	- 23,4043 (31,6021)	0,369	1,62
USA	1,1756 (1,4762)	- 3,0213 (2,2329)	<u>0,3958</u> (0,1178)	7,6387 (6,5753)	0,679	1,20
Japan	2,6927 (1,9001)	0,0141 (0,0155)	<u>0,3169</u> (0,1069)	1,2819 (1,7830)	0,655	1,87

Korreferat zu:
Bestimmungsgründe des Preisniveaus

Von *Angelo A. Rossi*, Zürich

1. In seinem Referat sucht Herr Kromphardt ohne Erfolg eine Antwort auf die Frage: Mit welcher zusätzlichen Preissteigerung ist eine Senkung der Arbeitslosenquote um 1 Prozent verbunden? Die heutige Diskussion sollte nach den Schlußworten des Referenten Hinweise geben, wie man einer befriedigenden Antwort näher kommen könnte. Nach Kromphardt kann die Beziehung zwischen der Arbeitslosenquote und der Preisentwicklung sowohl durch die reduzierte Form eines Modells — mit zwei oder mehreren Gleichungen — als auch durch eine einzelne Gleichung empirisch bestimmt werden. Nach seinen Ausführungen sind diese beiden Spezifikationsmöglichkeiten untereinander völlig substituierbar. Ich bin jedoch der Ansicht, daß dies nicht zutrifft, weil bereits theoretische und empirische Vorkenntnisse über den beobachteten wirtschaftlichen Prozeß zu einer Wahl zwischen der einen oder andern Spezifikation der Beziehungen zwingen.

Schon Johnston zeigte, daß die Spezifikation dieser Beziehungen nur aufgrund eines Modells erfolgen kann, denn nur ein Modell ermöglicht eine ausreichende Darstellung der Wechselwirkungen zwischen den zahlreichen wirtschaftlichen Variablen, welche einen Einfluß auf die Preisentwicklung haben können¹. Ein solches Modell braucht mindestens eine Gleichung für die Preis- und eine Gleichung für die Lohnentwicklung. Die Arbeitslosenquote wird in der Gleichung für die Lohnentwicklung als unabhängige Variable erscheinen, während die Löhne als bestimmender Faktor in die Preisgleichung eingehen werden. Falls die Arbeitslosenquote exogen bestimmt ist, wird die reduzierte Form des Modells alle Informationen bieten, welche wir brauchen, um die zu Beginn meiner Ausführungen aufgeworfene wirtschaftspolitische Frage zu beantworten. Nach Kromphardt sollten erstens die Koeffizienten der reduzierten Form des Modells berechnet und zweitens die entsprechenden Standardfehler bestimmt werden, damit die gestellte Frage eine befriedigende Antwort finden kann. Nach seinen Beobachtungen werden allerdings in den meisten empirischen Untersuchungen die Stan-

¹ Vgl. *J. Johnston*, *Price-level under Full-Employment*, in: *Price Formation in Various Economies*, New York 1967, S. 97.

Standardfehler der Koeffizienten der reduzierten Form nicht angegeben. Das heißt aber nicht, daß die Berechnung solcher Variationsmasse unmöglich ist. Die Berechnung der Standardfehler der reduzierten Form eines Modells wird in jedem guten Einführungstext zur Ökonometrie erklärt².

2. Zweitens möchte ich auf das Problem der Spezifikation der Gleichung für die Preisentwicklung hinweisen. In seinem Referat hat Herr Kromphardt eine Gleichung für den Preiszuwachs formuliert, in der der Zuwachs der Arbeitsproduktivität, der Zuwachs der Importpreise und die Arbeitslosenquote als erklärende Variablen erscheinen. In dieser Gleichung spielt die Arbeitslosenquote die Rolle eines Indikators für die Übernachfrage nach Gütern. Der Referent hat deshalb versucht, in seiner Gleichung für den Preiszuwachs Elemente sowohl der „Cost-Push“- als auch der „Demand-Pull“-Theorie einzubauen. Die Regressionsresultate lassen jedoch zu wünschen übrig: Die meisten Koeffizienten sind nicht statistisch gegen Null gesichert, die Werte des Bestimmtheitskoeffizienten sind relativ niedrig, und in einzelnen Gleichungen tritt sogar positive Autokorrelation in Erscheinung. Hätte der Referent nach möglichen Gründen seines Schätzungsmißerfolgs gesucht, wäre er darauf aufmerksam geworden, daß die schlechten Ergebnisse auf die vor ihm verwendeten ungeeigneten Daten und auf die unvollständige Spezifikation seiner Gleichung zurückzuführen sind.

Für die meisten seiner Regressionen (mit Ausnahme derjenigen für die BRD) hat Herr Kromphardt die vom Statistischen Amt der Europäischen Gemeinschaften veröffentlichten Daten über die volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen benützt. Ich bezweifle, ob die aus den volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen abgeleiteten Indikatoren für die Preise und vor allem für die Arbeitsproduktivität geeignet sind, um eine ökonometrische Untersuchung der Preisentwicklung durchzuführen. Man müßte deshalb prüfen, ob nicht die von Boelaert verwendeten Indikatoren — nämlich Konsumentenpreisindex, Importpreisindex und Arbeitsproduktivität pro Stunde — auch in unserem Fall zu besseren Resultaten führen würden³.

Zum Spezifikationsproblem dieser Gleichung möchte ich einige Bemerkungen hinzufügen: Die Arbeitslosenquote als Indikator des Nachfragedruckes auf den Gütermärkten gibt die Beziehung zwischen der Übernachfrage nach Gütern und der Preisentwicklung wieder und nicht, wie der Referent scheinbar angenommen hat, diejenige zwischen der

² Vgl. z. B. A. S. Goldberger, *Econometric Theory*, New York 1964, S. 369 - 370.

³ Vgl. R. Boelaert, *Unemployment-Inflation Trade-Offs in EEC-Countries*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, Heft 3, 1973, S. 418 - 451.

Übernachfrage nach Arbeitskräften und der Preisentwicklung. Zudem möchte ich die Güte dieses Indikators für die Übernachfrage nach Gütern in Frage stellen. Wie Dow und Dicks-Mireaux richtig bemerkt haben, wird die Nachfrage nach Arbeitskräften durch die Vermittlung der Unternehmer an die Nachfrage nach Gütern angepaßt. Deshalb ist es möglich, daß sich diese beiden Nachfragekomponenten unterschiedlich entwickeln. So behaupten die beiden Autoren, daß eine Übernachfrage nach Arbeitskräften beträchtlich gedämpft wird⁴. Daraus geht hervor, daß sich die Arbeitslosenquote kaum als Indikator für die Übernachfrage nach Gütern eignet.

Weiter möchte ich bemerken, daß die Größe der konstanten Glieder sowie die niedrigen Werte des Durbin-Watson-Koeffizienten bei den meisten Regressionen des Referenten auf fehlende Variablen in der Gleichung der Preisentwicklung hinweisen. Folglich würde die Einführung der Lohnzuwachsrate als zusätzliche erklärende Variable in der Gleichung die Ergebnisse der Regressionen verbessern.

3. Abschließend möchte ich folgende Grundsatzüberlegung anstellen: Will man die Inflationsursachen in einer bestimmten Volkswirtschaft analysieren, ist es unerläßlich, sich vorher ein genaues Bild über die konjunkturelle Lage und die strukturellen Besonderheiten dieser Volkswirtschaft zu machen. Dies trifft insbesondere für die Arbeits- und Gütermärkte zu. Im Falle einer überbeschäftigten Volkswirtschaft erübrigt sich eine Analyse der Beziehung zwischen Arbeitslosigkeit und Preisentwicklung; dies gilt sicher für die Situation der Schweiz.

⁴ Vgl. J. C. R. Dow and L. A. Dicks-Mireaux, *The Excess Demand for Labour, A Study of Conditions in Great Britain, 1946 - 56*, in: *Oxford Economic Papers (New Series)*, 1958, S. 1 - 33, und ebenfalls B. Hansen, *A Study in the Theory of Inflation*, London 1950.

Diskussion

Wilhelm Krelle (Bonn):

Herr Kollege Kromphardt hat dankenswerterweise auch ein ökonomisches Modell der deutschen Volkswirtschaft, das ich mit einigen Mitarbeitern in Bonn entwickelt habe, mit untersucht. Leider hat er aber nur die allererste Version dieses Modells zugrunde gelegt, bei der die Importpreise noch nicht explizit berücksichtigt waren, und nicht die späteren Versionen, wie sie z. B. in dem Buch von Kurt Schloenbach, *Ökonometrische Analyse der Lohn- und Arbeitsmarktentwicklung in der BRD 1957-1968*, Meisenheim 1971, oder Krelle, *Erfahrungen mit einem ökonometrischen Prognosemodell für die BRD*, Meisenheim 1974, veröffentlicht sind. In diesem Modell, das wir allein ernsthaft benutzen, wird das Inlandspreisniveau durch die Importpreise genauso wie durch andere Größen, z. B. den Monopolgrad, den Satz der indirekten Steuern, die Abschreibungsrate, den Lohnsatz und die Arbeitsproduktivität, bestimmt. Es sind also sehr viel mehr Faktoren, die das Preisniveau bestimmen.

Sie sagten weiter, die Multiplikatoren oder Elastizitäten seien nicht bestimmt. Das stimmt jedenfalls für das Modell, das wir in Bonn haben, nicht. Die entsprechenden Zahlen sind in meinem Buch „Erfahrungen mit einem ökonometrischen Prognosesystem...“ nachzulesen. Sie sind auch vorher schon in Diskussionspapieren und Referaten veröffentlicht worden.

Als Beispiel möchte ich hier eine der Elastizitäten herausgreifen, nämlich die Elastizität des Preisniveaus mit Bezug auf eine Änderung der Ausgaben des Staates für Güter und Leistungen. Da es sich um ein dynamisches Modell handelt, sind die Elastizitäten von Periode zu Periode verschieden. In der ersten Periode ergibt sich in der erwähnten Version des Bonner Modells eine Elastizität des Preisniveaus mit Bezug auf die Ausgaben des Staates von rund 0,13. Für die nächste Periode ist die Elastizität 0,21, dann sinkt sie wieder. Fünf Perioden später ist sie auf 0,07 abgesunken.

Die Elastizität des Preisniveaus ist natürlich anders für andere Größen. Mit Bezug auf Transferzahlungen des Staates ist sie z. B. für die eine Periode nur 0,10, in der nächsten Periode ebenso groß, um dann langsam abzusinken.

Die Fragestellung von Herrn Kollegen Kromphardt ist, glaube ich, zu generell, und daher bekommt man auch so schlechte Antworten. Das ist zum Teil auch schon von Herrn Rossi angesprochen worden. Man darf, glaube ich, nicht fragen, welche Preissteigerung notwendig ist, um eine Senkung der Arbeitslosigkeit um 1 Prozent herbeizuführen. Es gibt nicht *einen* trade-off zwischen beiden Größen, sondern *viele*. Es kommt nämlich ganz darauf an, welche wirtschaftspolitischen Instrumente man anwendet, um das Ergebnis zu erhalten. Wenn man etwa den Wechselkurs ändert — nämlich abwertet —, ist der trade-off anders als wenn man z. B. die Ausgaben des Staates für Güter und Leistungen vergrößert.

Man sollte die Volkswirtschaft als ein Gesamtsystem mit gewissen Eingriffsmöglichkeiten betrachten. Dann sollte man fragen: Wie würde sich eine Änderung, z. B. eines Steuersatzes, auf Preisniveau und auf Beschäftigung auswirken? Dann hätte man meines Erachtens eine Fragestellung, die zwar in den verschiedenen Modellen sicher zu verschiedenen Ergebnissen führt, aber doch innerhalb der Modelle jedenfalls eindeutig zu beantworten wäre.

Peter Schaal (Düsseldorf):

Ich habe zu dem Referat von Herrn Kromphardt drei Punkte anzumerken. Zunächst einmal fände ich sehr interessant, wenn Sie, Herr Kromphardt, nachdem Sie die vorhandenen Modelle mehr oder weniger objektiv vorgestellt und erläutert haben, eine subjektive Meinung zu den einzelnen Modellen äußern würden, also eine Meinung darüber abgeben würden, welche nach Ihrer Auffassung den Realitäten in der Bundesrepublik am besten entsprechen und nahekommen.

Zum zweiten glaube ich, daß der Ansatz, ein Modell zu basteln und dieses Modell auf die verschiedenen Länder gleichermaßen anzuwenden und dabei natürlich pro Land unterschiedliche Koeffizienten herausrechnen zu können, eine Methode ist, die nicht unbedingt zulässig sein sollte. Ich meine, daß es doch sinnvoll erscheint, für jedes Land die landspezifischen Einflußfaktoren, die auf das Preisniveau wirken, gesondert zu erfassen, zu isolieren und zu quantifizieren. Ich darf daran erinnern, daß z. B. das Dicks-Mireaux-Modell zunächst einmal eine relativ einfache Grundlage darstellte, nämlich eine Konstante plus Lohnkosten plus Importgüterpreise plus Arbeitsproduktivität, also praktisch vier einzelne Größen erfaßte, und daß man dann versuchte, davon ausgehend für die einzelnen Länder unterschiedliche Modelle zu entwickeln.

Zum Beispiel entwickelte die Federal Reserve Bank of St. Louis, ich glaube 1968, ein monetaristisches Modell für die USA, und einige Jahre

später, 1972, modifizierte die Banque de France dieses Modell und berechnete es speziell für Frankreich. Dabei versuchte sie, in diesen Modellen die landspezifischen Impulse und Faktoren, die auf das Preisniveau wirkten, besonders zu erfassen.

Ich darf daran erinnern, daß gerade in Frankreich verbrauchsstrukturspezifische Faktoren sicherlich anders wirken als in der Bundesrepublik, daß dort z. B. die Nahrungsmittelpreise sicherlich eine stärkere Gewichtung haben als in der Bundesrepublik.

Als dritten Punkt möchte ich anmerken, daß in dieser Trade-off-Untersuchung zwischen Lohnniveau und Preisniveau in erster Linie Cost-push-Elemente zum Tragen kommen und berücksichtigt werden. Herr Rossi hat bereits anklingen lassen, daß man auch Nachfragefaktoren berücksichtigen sollte. Solche Nachfragefaktoren sind z. B. in dem erwähnten Modell der Banque de France erfaßt worden, und zwar wieder landspezifisch.

Es bleibt zu fragen, ob es nicht möglich ist, gewisse Faktoren zu quantifizieren und zu erfassen, die von der Nachfrageseite her auf das Preisniveau wirken. Dabei ist vielleicht daran zu denken, die beiden in erster Linie in der Bundesrepublik wirkenden Nachfragefaktoren zu erfassen. Das sind die Staatsausgaben oder — besser gesagt: — die Varianz der Staatsausgaben über den mittelfristigen Trend, wie er vielleicht in der mittelfristigen Finanzplanung projiziert ist, und zum zweiten die Auslandsnachfrage.

Manfred Hieber (Bonn):

Wie Herr Krelle, so möchte auch ich auf die Einseitigkeit des theoretischen Ansatzes hinweisen, der Ihrer empirischen Analyse zugrundeliegt. In allen Schätzungen wird die Veränderung des Preisniveaus bzw. die Inflationsrate als endogene, die Arbeitslosenquote als exogene Variable angesehen. Folgt man jedoch den theoretischen Überlegungen, wie sie beispielsweise von Friedman und Phelps vorgetragen wurden, und nimmt an, daß von der Änderung der Inflationsrate über eine Änderung der Inflationserwartungen Rückwirkungen auf die Arbeitslosenquote ausgehen, so läßt sich die Unterstellung eines stabilen Phillips-Kurven-Zusammenhanges nicht aufrechterhalten, und Schätzungen auf der Grundlage dieser Unterstellung können unter diesen Bedingungen nicht als effiziente Schätzungen angesehen werden. Daran ändert sich im Prinzip nichts, wenn man die Arbeitslosenquote als Zielvariable der Wirtschaftspolitik betrachtet und annimmt, die wirtschaftspolitischen Instanzen seien in der Lage, die Arbeitslosenquote effizient zu kontrollieren.

Manfred Borchert (Münster):

Ich möchte zunächst auch auf den gleichen Einwand, der von meinem Vorredner kam, eingehen. Hier wird immer postuliert: Das Preisniveau ist die erklärte Variable, abhängig vom Lohnniveau. Das ist zunächst eine Hypothese! Man könnte es jedoch genauso gut umgekehrt ausdrücken. Zum anderen — das ist sehr wichtig und betrifft gerade die heutige Zeit — spielen Stagflationstendenzen hinein. Das kommt auch in Ihren Zahlen zum Ausdruck.

Sie haben beispielsweise beim Beschäftigungsniveau in Ihrer Zusammenstellung einmal positive Abhängigkeiten und zum anderen negative Abhängigkeiten zum Preisniveau. Dies beinhaltet — rein theoretisch — eine ganz neue Qualität. Herr Rothschild hat dazu vor einiger Zeit in einem Aufsatz den Einfluß makroökonomischer Lernprozesse auf die Stagflation beschrieben. Man konnte ja bisher immer damit rechnen, daß bei steigender Beschäftigung das Preisniveau steigt. Dies gilt heute aber — zumindest in einem Teil der Länder — nicht mehr.

Das bedeutet auf der anderen Seite, daß die Abhängigkeit, wie sie in diesen Aufstellungen benutzt ist, so nicht vorausgesetzt werden kann, wie dies getan wurde, weil — wie gesagt — die anderen Dinge dazukommen.

Noch eine letzte Bemerkung zum Preisniveau und Lohnniveau. Ist es nicht eher so, daß diese beiden Größen zwar parallel zueinander laufen, daß diese beiden Größen aber von einer anderen Größe, beispielsweise der Geldmenge oder auch irgendeiner anderen Menge, abhängig sind? Dann würde diese Beziehung so, wie sie hier postuliert ist, gar nicht zutreffen, so daß ich auch gar nicht sagen kann: Lohnniveau erklärt das Preisniveau, sondern es ist eine dritte Größe, die beide — Lohn- und Preisniveau —, meinetwegen auch in ihrem Verhältnis zueinander, erklärt.

Hans-Jürgen Krupp (Frankfurt):

Meine Bemerkung knüpft an etwas an, was ich vorhin sagte, wo ich mit der gegebenen Antwort nicht ganz einverstanden bin. In vielen Ländern ist die statistisch erfaßte Arbeitslosenzahl eine problematische Größe. Die Ausländerbeschäftigung, die wir in der Bundesrepublik innerhalb der letzten 10 Jahre gehabt haben, hat eine erheblich größere Varianz als die Arbeitslosenzahl. Es ist mir unklar, wie man dann Aussagen auf der Basis einer unkorrigierten Arbeitslosenzahl machen will, die dieses Faktum nicht einbezieht.

Wenn man in dieser Stelle überhaupt weiterkommen will und wenn man die hier zur Diskussion stehende Grundthese weiter untersuchen

will, muß man überlegen, wie man die Arbeitslosenzahl korrigieren kann. Im weiteren Forschungsprozeß sollte geklärt werden, ob man dabei eine neue Größe bildet oder andere Korrekturmöglichkeiten wählt. Mit der beobachteten Arbeitslosenquote kann man aber meines Erachtens nicht den Typ der hier vorliegenden Untersuchung machen. Das leistet die Arbeitslosenquote statistisch nicht.

Artur Woll (Siegen):

Ich darf Herrn Kromphardt Gelegenheit zu einem Schlußwort geben.

Jürgen Kromphardt (Gießen):

Die wichtigste Feststellung, die von mehreren Diskussionsteilnehmern getroffen wurde, besagt, daß man die Arbeitslosenquote eigentlich nicht als exogene Größe betrachten darf und daß es nicht möglich ist, einfach zu sagen: Die Preisentwicklung soll erklärt werden, und die Arbeitslosenquote nehmen wir als vorgegebene exogene Größe. Vielmehr sind beide im Grunde gleich endogen.

In diesem Zusammenhang vielleicht noch ein Hinweis zu den Multiplikatoren, die Herr Krelle vorlas. Meine Fragestellung bzw. die Fragestellung, die ich sozusagen als wirtschaftspolitische Fragestellung übernommen habe — denn diese Frage wird ja gestellt —, muß natürlich, wenn man dafür Multiplikatoren angeben will, so verstanden werden, daß gefragt wird: Was geschieht, wenn die Arbeitslosenquote sich ändert, *ceteris paribus*, d. h., ohne daß andere Größen, z. B. Steuerungsgrößen, geändert werden?

Wenn ich Sie, Herr Krelle, richtig verstanden habe, sagen Sie: Das ist an sich eine unsinnige Fragestellung. Man dürfte statt dessen eigentlich nur Steuergrößen, wirtschaftspolitisch direkt beeinflussbare Größen exogen und alle anderen Größen endogen setzen. Dann kann man gar nicht fragen: Was passiert, wenn die Arbeitslosenquote um 1 Prozent gesenkt wird? Denn man kann eben wirtschaftspolitisch die Arbeitslosenquote nicht direkt senken, sondern man setzt mit verschiedenen Steuergrößen an und hofft, daß dann die Arbeitslosenquote um 1 Prozent sinkt. Folglich hätte man die Fragestellung richtig formuliert, wenn man fragt: Was geschieht, wenn ich abwerte, gleichzeitig die direkten Steuern senke und verschiedene andere Maßnahmen ergreife? Das Ergebnis mag sein, daß die Arbeitslosenquote sinkt und die Preisentwicklung sich beschleunigt. Das wäre also die richtige Fragestellung. Dem stimme ich zu.

Nun stellt sich mir aber die Frage: Warum werden dann von verschiedensten Seiten nach wie vor so einfache Berechnungen vorgenommen

wie direkte Regressionen oder das, was Samuelson und Solow gemacht haben (die Korrektur einer einfachen Lohngleichung um die Arbeitsproduktivität), oder das, was ich als Beispiel gerechnet habe? Ist das nicht darauf zurückzuführen, daß zwar die ökonometrischen Gesamtmodelle vorliegen, daß aber die speziellen Angaben, die man braucht, nicht vorliegen?

Die ganzen Berechnungen und Bemühungen verschiedener Autoren würden sich ja erübrigen, wenn man tatsächlich aus den ökonometrischen Gesamtmodellen die gesuchten Angaben hätte. Dann könnte man sagen: Hier, so ist die Antwort.

Hier besteht eine Informationslücke, die damit zusammenhängt, daß es gewaltige Tabellenwerke erfordert, wenn man für jede mögliche Fragestellung, für jede mögliche Änderung einer Steuergröße die Multiplikatoren haben möchte, und zwar korrekterweise auch für jede Zeitperiode getrennt, also nicht nur die Gesamtwirkung, sondern auch die Wirkung in der ersten Periode, in der zweiten, in der dritten usw.

Ich sehe jetzt allerdings, daß Ihr Modell eine Ausnahme bildet. Ich hatte das Klein-Goldberger-Modell als die zweite Ausnahme bereits genannt.

Ich würde daher die Meinung der Diskussionsteilnehmer und auch des Korreferenten so interpretieren, daß man versuchen sollte, diese Informationen aus den ökonometrischen Gesamtmodellen zugänglicher zu machen, statt sich zu bemühen, hilfswise Zweigleichungssysteme zu berechnen oder gar mit einfacher Regression zu arbeiten.

Zu der Frage von Herrn Schaal nach meiner subjektiven Wertung verschiedener Modelle: Hier würde ich zum einen vorsichtig sein. Zum anderen würde ich fragen, zu welchem Zweck man diese Modelle verwenden will. Mir scheint, daß die entscheidende Fragestellung sein sollte: Was leisten diese Modelle für die Prognose? Ich hatte in meinem Referat gesagt, daß diese ökonometrischen Arbeiten immer nur Angaben darüber machen, was in der Vergangenheit, in der Schätzperiode geschehen ist. Das ist aber eigentlich nicht die wirtschaftspolitische Fragestellung; diese ist vielmehr: Was ist für die kommende Periode zu erwarten?

Insofern möchte ich Ihre Frage so beantworten, daß ich mir die Prognosefähigkeit der Modelle ansehe und von da aus dann versuche, diese Modelle zu beurteilen.

Herr Schaal, Sie hatten auch noch darauf hingewiesen, daß man natürlich, wenn man den gleichen Regressionsansatz für mehrere Länder verwendet, verschiedene Koeffizienten bekommt. Das war nicht mein

Kriterium der Widerlegung der Hypothese, sondern das Kriterium ist nur: Bekommt man signifikante Parameter oder nicht? Daß die Parameter unterschiedlich sind, ist sowieso klar.

In diesen Zusammenhang paßt auch die Bemerkung von Herrn Krupp, daß die Arbeitslosenzahl selbst schon eine fragwürdige Größe ist. Für die Bundesrepublik hätte ich deswegen die Berechnungen am liebsten ganz weggelassen. Wenn man die Verhältnisse in den anderen Ländern so gut wie die in der Bundesrepublik kennt, ließe man die anderen Länder dann wahrscheinlich auch weg. Es ist meistens nur eine Folge der Unkenntnis der spezifischen Situation, daß man sich sagt: Die haben nicht unsere Probleme. Dafür haben sie aber sicherlich andere Probleme.

Dann noch ein letzter Punkt, nämlich der Hinweis darauf, daß ich gesagt habe: Wenn man in die Preisbestimmungsgleichung die Arbeitslosenquote hineinnimmt, behauptet man damit implizit, daß die Arbeitslosenquote auch ein Indikator für die Übernachfrage nach Gütern ist. Wenn diese Arbeitslosenquote, wie Herr Rossi betont hat, jedoch kein geeigneter Indikator dafür ist, aber andererseits die Übernachfrage nach Gütern für die Preisentwicklung entscheidend ist, dann ist das auch schon eine negative Antwort auf die Frage nach dem Trade-off und auf die Frage, ob man angeben kann, wie groß dieser Trade-off ist.

Vielleicht darf ich ganz zum Schluß noch betonen, daß ich auch von vornherein Zweifel an dem Sinn der Bemühungen hatte, nicht mit einem Gesamtmodell zu operieren, sondern mit Zweigleichungssystemen oder Einzelgleichungen. Aber, wie gesagt, solche Berechnungen werden gemacht. Deshalb ist die Aufforderung an die Erbauer und Berechner ökonomischer Gesamtmodelle zu richten, alle Informationen denen zur Verfügung zu stellen, die sonst in der Suche nach der Antwort auf eine Frage, die uns ständig gestellt wird, in ihrer Verzweiflung anfangen, selber etwas zu rechnen.

Zahlungsbilanzgleichgewicht versus innere Stabilität

Von *Helge Majer*, Tübingen*

1. Einführung

Zahlungsbilanzgleichgewicht, Preisniveaustabilität und hoher Beschäftigungsstand können als die drei Stabilitätsziele der Konjunkturpolitik bezeichnet werden. Mit der Verwirklichung dieser Stabilitätsziele sind drei Probleme verbunden: 1. Die innere Stabilität muß mit den — wie immer definierten — Zielen Preisniveaustabilität und hoher Beschäftigungsstand hergestellt werden; 2. die außenwirtschaftliche Stabilität ist zu realisieren; 3. innere und äußere Stabilität sollen zu einem gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht abgestimmt werden. Das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht entspricht dann einer Zielkonstellation, bei der alle drei Stabilitätsziele quantitativ befriedigend verwirklicht sind.

Die Problematik dieser Verwirklichung ist bekannt. Das Problem der inneren Stabilität wird unter der Überschrift des Phillips-Zusammenhangs schon lange diskutiert; im allgemeinen wird von einem Konflikt der Ziele Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung ausgegangen¹. Das zweite Problem des Zahlungsbilanzgleichgewichts (bzw. einer sinnvollen Abstimmung der Teilbilanzen) ist nicht weniger schwer zu lösen. Und das gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht schließlich unterliegt wegen der Interdependenzen zwischen innerer und äußerer Stabilität besonderen Schwierigkeiten der Realisierung. Denn die Lösung hängt nicht nur von einem adäquaten Instrumenteinsatz ab, sondern auch von der gesamtwirtschaftlichen Lage. Diese läßt sich mit vier Fällen charakterisieren:

* Geboren am 13. August 1941 in Isny/Allgäu. 1970 Examen zum Diplom-Volkswirt und ab 1970 wissenschaftlicher Referent am Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung in Tübingen. 1971/72 Forschungssemester an der Harvard University in Cambridge, Mass. 1972 Promotion zum Dr. rer. pol. in Tübingen. Im Wintersemester 1973/74 Lehrauftrag für Mikroökonomie an der Eberhard-Karls-Universität in Tübingen sowie seit Wintersemester 1974/75 an der Fachhochschule Reutlingen. Fachreferent für Wirtschaftspolitik bei der Länderzentrale für Politische Bildung, Baden-Württemberg.

¹ Vgl. z. B. *Helmut Maneval*, Die Phillips-Kurve, Empirische, theoretische und wirtschaftspolitische Aspekte, Tübinger wirtschaftswissenschaftliche Abhandlungen Bd. 15, Tübingen 1973.

- (1) Zahlungsbilanzdefizit / Hochkonjunktur
- (2) Zahlungsbilanzüberschuß / Depression
- (3) Zahlungsbilanzdefizit / Depression
- (4) Zahlungsbilanzüberschuß / Hochkonjunktur².

Es läßt sich nun leicht zeigen, daß die wirtschaftspolitische Lösung der inneren und äußeren Stabilität in den beiden ersten Fällen ohne Zielkonflikte möglich ist — jedenfalls von der Theorie der Wirtschaftspolitik her gesehen³. Konflikte zwischen den binnen- und außenwirtschaftlichen Zielen treten jedoch in den Fällen (3) und (4) auf, wenn nicht die richtige Instrumentkombination („policy mix“) eingesetzt wird⁴.

Das Ziel des vorliegenden Referates ist es festzustellen, ob und in welcher Form Zielkonflikte empirisch bestehen. Diese Konflikte lassen sich in Zwei- und Dreiecken darstellen⁵. Zweiecke wären somit die Ziele Preisniveaustabilität (P) und hoher Beschäftigungsstand (u) einerseits sowie P und Zahlungsbilanzgleichgewicht (Z) andererseits. Das Zieldreieck besteht dann aus P, u und Z. Da ein Zahlungsbilanzgleichgewicht auf die Teilbilanzen zurückzuführen ist, lassen sich weitere Zwei- und Dreiecke bilden.

Die Zielgrößen können sich nun auf einzelne Länder beziehen und betreffen damit die Untersuchung nationaler Zielkonflikte. Hier sind alle Variablen für *ein* Land spezifiziert. Sollen dagegen Konflikte zwischen den wirtschaftspolitischen Zielen verschiedener Länder untersucht werden, dann kann man von internationalen Zielkonflikten sprechen⁶.

Bei der empirischen Untersuchung von Zielkonflikten sind nun zwei Fragestellungen streng zu trennen: 1. Das Aufdecken und Darstellen von Zielkonflikten, 2. die Analyse der Gründe für die aufgetretenen Zielkonflikte. Die Ansatzpunkte für die Untersuchung dieser beiden Fragestellungen unterscheiden sich wesentlich. Einmal geht es um die Darstellung und Analyse theoretischer Zielkonflikte, zum anderen um das Aufdecken von sogenannten empirischen Zielkonflikten.

² Vgl. *Emil-Maria Claassen*, Probleme der Geldtheorie, Berlin - Heidelberg - New York 1970, S. 288 ff.

³ *Emil-Maria Claassen*, Probleme der Geldtheorie.

⁴ *Emil-Maria Claassen*, Probleme der Geldtheorie. Vgl. auch *Werner Ehrlicher*, Die außenwirtschaftliche Komponente der Geldversorgung, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 14 (1963), S. 598.

⁵ Vgl. *Alfred E. Ott*, Magic Polygons in Economic Policy, A Theoretical Analysis of Conflicts of Economic Targets, in: The German Economic Review, Vol. 9 (1971), S. 11 ff.

⁶ Vgl. *Helge Majer* und *Adolf Wagner*, Der internationale Konjunkturzusammenhang, Gutachten im Auftrag des Bundesministers für Wirtschaft, Schriftenreihe des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, Bd. 26, Tübingen 1974, S. 151 ff.

2. Die empirische Untersuchung von Zielkonflikten

2.1 Theoretische und empirische Zielkonflikte

Die wirtschaftspolitischen Zielsetzungen in den einzelnen Ländern hängen von den wirtschaftlichen, gesellschaftlichen und politischen Systemen und Strukturen, von außenwirtschaftlichen Faktoren (z. B. internationale Handelsverträge, EWG-Vertrag), von der Wirtschaftspolitik (Rationalität, Instrumente, Institutionen) und von der wirtschaftlichen Lage (Konjunktur) ab. Daran anknüpfend kann man nun bei der Darstellung und Analyse von Zielkonflikten zwei Ansätze unterscheiden, die von theoretischen und die von empirischen Zielkonflikten.

Theoretische Zielkonflikte werden in einem wirtschaftstheoretischen Modell untersucht. Das Modell unterliegt natürlich bestimmten Prämissen, die die Ergebnisse der Untersuchung entscheidend beeinflussen. Wird z. B. rationales Verhalten unterstellt, dann hängen die nachgewiesenen Zielkonflikte von dieser Annahme ab. Die Analyse theoretischer Zielkonflikte hat somit „normativen“ Charakter.

Dagegen ist der zweite Ansatz zur Untersuchung von Zielkonflikten rein beschreibend. Wir können zwei Methoden der Untersuchung unterscheiden: Einmal wird ein ökonometrisches Modell zugrunde gelegt. Die einzelnen Modellvariablen sind aufgrund empirischer Daten in Gleichungen spezifiziert. Insofern können mit diesem Modell empirische Zielkonflikte dargestellt werden. Liegen auch die Grenzen dieses Modells in den gesetzten Prämissen, so ist doch ein entscheidender Vorteil darin zu sehen, daß durch Veränderung, Endogenisierung und Exogenisierung der Zielvariablen auch eine Kausalanalyse möglich wird. Ebenso können realistische Alternativen aufgezeigt werden, verbunden mit der Angabe von quantitativen Zielintervallen. Ein ökonometrisches Modell ist daher der angemessene Ansatz. Für unsere weite Fragestellung (vor allem internationaler Aspekt) können die vorliegenden Modelle jedoch nicht zufriedenstellen.

Zum anderen können empirische Zielkonflikte — in einem pragmatischen Ansatz — aus dem realisierten wirtschaftlichen Geschehen aufgedeckt werden. Es handelt sich dabei im Grunde um eine vergleichende Zeitreihenanalyse, mit der die Zielgrößen der Wirtschaftspolitik einander gegenübergestellt werden. Die „Variablen“ sind durch die komplexe wirtschaftliche Wirklichkeit gegeben, durch das Verhalten der Wirtschaftssubjekte, die Handlungen und Nichthandlungen der Wirtschaftspolitiker, die Wirtschaftsstruktur usw. Diese Variablen sind nicht spezifizierbar und daher auch nicht exakt bekannt. Daher ist keine Kausalanalyse möglich. Die zu beschreibenden Zielkonflikte sind dabei wie folgt definiert: Es liegt ein (kein) empirischer Zielkonflikt vor, wenn die Zeit-

reihen von zwei wirtschaftspolitischen Zielgrößen für ein Land oder mehrere Länder bei gegebenem Instrumenteinsatz, gegebener Wirtschaftsstruktur und Wirtschaftslage keinen (einen) ähnlichen Verlauf aufweisen. Im Falle gleicher Ziele mehrerer Länder besteht ein (internationaler) Zielkonflikt auch bei gleichem Verlauf, wenn die Niveauunterschiede ein bestimmtes Maß überschreiten.

Für die vorliegende Untersuchung bedienen wir uns des zweiten Ansatzes mit Hilfe der Regressionsanalyse. Dabei kann — wie erwähnt — keine Kausalanalyse vorgenommen werden. Mit Hilfe des intertemporalen und internationalen Vergleichs versuchen wir jedoch folgendes: Unsere Analyse wird für verschiedene Perioden und (15) Länder durchgeführt. Wir können aus den Ergebnissen dann feststellen, ob bestimmte Zielbeziehungen trotz der vielfältigen Unterschiede zwischen den Ländern (Größe, Bevölkerungsdichte, Wirtschaftssystem und -struktur, Industrialisierungsgrad, Wirtschaftspolitik usw.) gehäuft auftreten.

Nach diesen methodologischen Vorbemerkungen können wir nun zur Beschreibung des Untersuchungsganges übergehen.

2.2 Gang der empirischen Untersuchung

Als erstes ist das Problem der Zieldefinition zu lösen. Verwendet man die offizielle Zieldefinition, dann stehen die einzelnen Ziele zunächst recht beziehungslos nebeneinander. Die Frage der Zieldefinitionen kann hier jedoch nicht geklärt werden. Daher legen wir die Definitionen des Bundeswirtschaftsministeriums so weitgehend wie möglich zugrunde, soweit dies nicht durch das Fehlen international vergleichbarer Statistiken unmöglich ist. Die Zielgrößen der verwendeten „Grundreihen“ sind wie folgt definiert:

- P — Wachstumsrate der Konsumgüterpreise in Prozenten
- u — Arbeitslose je Beschäftigte in Prozenten
- A — Außenbeitrag je Bruttosozialprodukt in Prozenten
- B — Bilanz der laufenden Posten je Bruttosozialprodukt in Prozenten
- G — Gold- und Devisenbestand in US-Dollars

Da es sich bei allen Zahlen um Vierteljahreswerte handelt, für BSP und Beschäftigte aber nicht für alle Länder Angaben vorliegen, sind diese beiden Reihen durch lineare Interpolation geschätzt. Um den Einfluß der dann gebildeten Quotienten auf die Ergebnisse abzuschätzen, wurden auch die Arbeitslosen, der Außenbeitrag und die Bilanz der laufenden Posten herangezogen. Die Abweichungen waren in der überwiegenden Zahl der Fälle minimal. Ferner wurde für P alternativ die Wachstumsrate der Großhandels- und Erzeugerpreise verwendet. All diese Variablen wurden für die Perioden 1960 - 1972, 1960 - 1966 und

1967 - 1972 mit und ohne Lag von vier Quartalen für 15 Länder, einmal als Abhängige, einmal als Unabhängige, in Einfach- und Mehrfachregressionen in Gleichungen geschätzt. Aus diesem umfangreichen Regressionsprogramm wurden dann die besten Schätzungen ausgewählt, auch wenn viele Kombinationen ein bestimmtes Ergebnis sicherten.

Der Zweck des Regressionsprogramms lag darin, den „Vorzeichen-test“ für die Zielgrößen durchzuführen, der darüber entscheidet, ob die geschätzte Beziehung zwischen den Zielen als komplementär (die Ziele sind miteinander vereinbar) oder als substitutiv (es bestehen Zielkonflikte) bezeichnet werden kann⁷. Einzelheiten der möglichen Beziehungen gehen aus folgender Übersicht hervor:

Übersicht 1

Vorzeichen der Regressionskoeffizienten bei komplementärer (substitutiver) Zielbeziehung, 1960 - 72

Ziele		Preisniv.-stabilität	Vollbeschäft.	Zahlungsbilanzgleichgewicht	
				Außenbeitrag Bil. d. lfd. Post.	Gold- und Dev.-Bestand
Ziele	Preisniv.-stabilität	+ (-)	+ (-)	für - A, B > 0: (+) für + A, B < 0: (-)	- (+)
	Vollbeschäft.	+ (-)	+ (-)	↓ dto.	- (+)
Zahlungsbilanzgleichgewicht	Gold- und Dev.-Bestand	- (+)	- (+)	für + A, B > 0: (-) für - A, B < 0: (+)	+ (-)
	Außenbeitrag Bil. d. lfd. Post.	für - A, B > 0: (+) für + A, B < 0: (-)	→ dto.	+ (-)*	für + A, B > 0: (-) für - A, B < 0: (+)

* Nur bei gleicher außenwirtschaftlicher Lage im Falle von zwei Ländern (Überschuß oder Defizit). Ist im Land 1 A, B > 0 und im Land 2 A, B < 0 (oder vice versa), dann gilt (+).

⁷ Vgl. Peter Baumgarten und Wolfgang Mückl, Wirtschaftspolitische Zielkonflikte in der Bundesrepublik Deutschland, Schriftenreihe des Instituts für Angewandte Wirtschaftsforschung, Bd. 12, Tübingen 1969, S. 95 ff.

Man kann nun mit Baumgarten/Mückl die wirtschaftspolitischen Ziele einteilen in solche, bei denen es erstrebenswert ist, sie so niedrig wie möglich zu halten, und in solche, die so hoch sein sollen wie möglich⁸. Diese Einteilung spielt bei der Entscheidung, in Übersicht 1 ein Plus oder Minus für Komplementarität oder Substitutionalität anzunehmen, eine wichtige Rolle. Verdeutlichen wir Übersicht 1 mit einem Beispiel: Wir betrachten die beiden Ziele Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung. Für den Wirtschaftspolitiker sollen beide Werte quantitativ so niedrig wie möglich sein. Wenn die Zeitreihen der Zielgrößen ähnlichen Verlauf haben, wenn der Regressionskoeffizient also positiv ist, dann wird davon ausgegangen, daß die Ziele kompatibel sind. Nehmen wir aber z. B. Vollbeschäftigung und Gold- und Devisenbestand, wobei es erstrebenswert ist, einen (optimal) hohen Bestand an Gold und Devisen zu halten, dann sind die Zielgrößen kompatibel für einen negativen Regressionskoeffizienten.

Abschließend sei noch auf einige Grenzen unserer Analyse hingewiesen. Die verwendeten Statistiken wurden durchweg OECD-Veröffentlichungen entnommen. Obwohl diese Daten einen hohen Grad an internationaler Vergleichbarkeit besitzen, muß dennoch davon ausgegangen werden, daß volle Vergleichbarkeit nicht in allen Fällen gewährleistet ist, zumal die Definitionen manchmal nicht ganz übereinstimmen. Ferner ist darauf zu verweisen, daß die verwendeten Zielgrößen nur approximative Indikatoren für die offiziellen Zielgrößen der inneren und äußeren Stabilität sind.

3. Empirische Zielkonflikte

3.1 Nationale Zielkonflikte

Die ausgewählten Schätzungen der Zielbeziehungen sind in den Anhangtabellen dieses Referates aufgeführt. Die verschiedenen Zweiecke dürften die Problematik Zahlungsbilanzgleichgewicht versus innere Stabilität ausreichend erfassen. Im einzelnen handelt es sich um

- Preissteigerungsrate (P) und hoher Beschäftigungsstand (u),
- Preissteigerungsrate (P) und Außenbeitrag (A),
- Preissteigerungsrate (P) und Bilanz der laufenden Posten (B),
- Preissteigerungsrate (P) und Gold- und Devisenbestand (G),
- hoher Beschäftigungsstand (u) und Außenbeitrag (A),
- hoher Beschäftigungsstand (u) und Bilanz der laufenden Posten (B),
- hoher Beschäftigungsstand (u) und Gold- und Devisenbestand (G).

⁸ Vgl. *Peter Baumgarten* und *Wolfgang Mückl*, Wirtschaftspolitische Zielkonflikte in der Bundesrepublik Deutschland, S. 95 ff.

Das Problem der inneren Stabilität wird durch das Zweieck Pu wiedergegeben. Aus Platzmangel werden wir alle Zielbeziehungen zusammenfassend diskutieren. Wir legen dabei die Übersicht 2 zugrunde. Dar- aus wird auch deutlich, daß wir uns auf die Ergebnisse der beiden Teil- perioden 1960 - 1966 und 1967 - 1972 konzentrieren, obwohl auch die Schätzungen für die Gesamtperiode in den Anhangtabellen aufgeführt sind.

Übersicht 2

Beziehungen wirtschaftspolitischer Ziele in 15 westlichen Industrieländern, 1960 - 1966 und 1967 - 1972

Land \ Zielbeziehung	Substitutive Zielbeziehungen (Zielkonflikte)							Komplementäre Zielbeziehungen						
	Pu	PA	PB	PG	uA	uB	uG	Pu	PA	PB	PG	uA	uB	uG
Belgien	<input type="checkbox"/>	x	-	<input checked="" type="checkbox"/>	x	-			<input type="checkbox"/>	-			-	<input type="checkbox"/>
BRD	<input checked="" type="checkbox"/>	x		x	x	x			<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>			-	
Dänemark		<input type="checkbox"/>	-			-			x	-		<input checked="" type="checkbox"/>	-	<input checked="" type="checkbox"/>
Frankreich		x	-			-	x	x		-		x	-	
Großbritannien			<input checked="" type="checkbox"/>			<input type="checkbox"/>		x	x			<input checked="" type="checkbox"/>		
Irland		<input checked="" type="checkbox"/>	-			-		x		-			-	
Italien	<input type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	<input checked="" type="checkbox"/>	x		x	<input type="checkbox"/>					<input checked="" type="checkbox"/>		
Niederlande	x	<input type="checkbox"/>	-			-	x		x	-		x	-	
Norwegen			-	x		-	x			-		x	-	
Österreich	<input checked="" type="checkbox"/>	x	x	x					<input type="checkbox"/>			<input checked="" type="checkbox"/>		x
Schweden		<input type="checkbox"/>	-	<input type="checkbox"/>		-		<input checked="" type="checkbox"/>		-			-	
Schweiz	-	<input checked="" type="checkbox"/>	-			-		-		-			-	
Japan			x	x				x	x				<input type="checkbox"/>	<input type="checkbox"/>
Kanada			<input checked="" type="checkbox"/>		x		<input checked="" type="checkbox"/>	x					x	
USA	<input checked="" type="checkbox"/>		x				x							

Abkürzungen vgl. Seite 398.

Quelle: Tabellen im Anhang.

Bevor wir zur Gesamtbetrachtung übergehen, diskutieren wir zunächst kurz die einzelnen Zielbeziehungen. Das Verhältnis der beiden Ziele Preisniveaustabilität und Vollbeschäftigung, die innere Stabilität also, war Gegenstand unserer ersten Schätzungen. Die nachgewiesenen

Relationen sind in Übersicht 2 aufgeführt. Dabei liegt ein Zielkonflikt dann vor, wenn sich die Zeitreihen der Wachstumsraten der Verbraucherpreise und der Arbeitslosenquote gegenläufig entwickeln. Lesen wir die Spalten in Übersicht 2, die mit Pu gekennzeichnet sind, von oben nach unten, dann nehmen wir gleichzeitig einen intertemporalen Vergleich vor. Es wird aus den Quadraten (1960 - 1966) und Kreuzen (1967 bis 1972) sofort deutlich, für welche Länder der einzelnen Perioden ein Zielkonflikt vorlag. Zu den Ländern mit ausgesprochen „hartnäckigen“ Zielkonflikten zwischen P und u gehören die Bundesrepublik, Österreich und die USA, denn dieser tritt für beide Perioden auf. Bei der Suche nach den Gründen für diesen Zielkonflikt in den Ländern stoßen wir auf folgendes: Alle Länder sind dezentral organisiert (was allerdings für unser Problem ohne Bedeutung sein kann), und sie lassen (oder ließen sich) ferner zu den stabilitätsbewußten Ländern zählen (letzteres gilt auch für Belgien und die Niederlande)⁹. Dagegen können alle Länder (außer Italien, dessen t-Wert nur mit 95 Prozent gesichert ist), für die eine komplementäre Beziehung zwischen P und u nachgewiesen werden konnte, zu den wachstumsbewußten gezählt werden. Da bei diesen Ländern die Niveaus von Preisentwicklung und Arbeitslosenquote erheblich höher liegen als bei den obengenannten Ländern (vor allem BRD, Österreich und USA), liegt die Vermutung nahe, daß sich hier die Transformationskurve im P/u-Koordinationssystem so verschoben hat, daß sich der Konflikt auf diesem Niveau aufhebt. Solange dieses Niveau von den Wirtschaftspolitikern akzeptiert werden kann und keine entsprechenden Maßnahmen ergriffen werden, erscheinen beide Ziele kompatibel¹⁰. Das heißt aber, daß der theoretische Zielkonflikt Pu empirisch in einigen Ländern wohl vor allem deshalb nicht nachgewiesen werden kann, weil in diesen Ländern keine konsequente Stabilisierungspolitik betrieben wird.

Betrachten wir als nächstes Zweieck die Beziehung zwischen Preisniveaustabilität und dem Außenbeitrag, P und A, unsere erste Relation zwischen einer binnen- und außenwirtschaftlichen Größe. Ein Zielkonflikt liegt bei dieser Beziehung vor, wenn sich die Verbraucherpreisraten und der Außenbeitrag nicht gleichläufig entwickeln. Ver-

⁹ Danach sind preisbewußte Länder: Belgien, BRD, Niederlande, Österreich, Schweiz und USA; wobei Dänemark noch hinzuzuzählen ist, das sich auch intensiv um außenwirtschaftliches Gleichgewicht bemüht (mit wenig Erfolg, wie man weiß). Wachstumsbewußte Länder wären dann Frankreich, Irland, Italien, Japan, Norwegen; verbunden mit Vollbeschäftigungspolitik noch Schweden, Kanada und, kombiniert mit außenwirtschaftlicher Stabilisierung (seit Selwyn Lloyd) Großbritannien.

¹⁰ Diese These wird gestützt dadurch, daß sich für die zur Diskussion stehenden Länder ein Zielkonflikt unter Verwendung der Wachstumsrate der Großhandels- und Erzeugerpreise nachweisen läßt. Diese Rate liegt außerdem im allgemeinen erheblich unter derjenigen der Konsumgüterpreise.

einfachend ausgedrückt: Bei Ländern mit passiver (aktiver) Handelsbilanz verschlechtert (verbessert) sich diese bei sinkenden (steigenden) Preisen. Dabei wollen wir zunächst feststellen, ob sich mit Hilfe statistischer Schätzverfahren überhaupt eine Beziehung zwischen Preisentwicklung und Außenbeitrag nachweisen läßt, und dann prüfen, ob diese Beziehung positiv oder negativ ist. Dies gibt uns dann mit Übersicht 1 Aufschluß darüber, ob die Ziele komplementär oder substitutiv sind. Das Ergebnis unserer Schätzungen für PA ist heterogen: Die Anzahl der Länder mit Zielkonflikten ist nur wenig höher als die mit komplementären Zielbeziehungen. Ein zweites Kennzeichen unserer Schätzungen ist die relativ große Anzahl von Ländern, die im Periodenvergleich von einer substitutiven zu einer komplementären Beziehung wechselten und vice versa. Die Währungsunruhen der letzten Jahre sind bestimmt ein wichtiger Erklärungsgrund dafür; man wird sogar davon ausgehen können, daß eine qualitative Änderung der Welthandelsszene stattgefunden hat. Unter diesem Aspekt wird man folgendes sagen können: Die Zielbeziehung Preisentwicklung/Außenhandel ist wenig stabil. Diese Instabilität liegt auch darin begründet, daß die Wirtschaftspolitiker in der Regel die Instrumente zur Beeinflussung der binnen- und außenwirtschaftlichen Stabilität nicht rigoros genug eingesetzt haben (z. B. Stabilisierungspolitik, Wechselkurspolitik). Wenn ein stabilitätsbewußtes Land (wie etwa die BRD) in einer inflationären Umwelt Stabilisierungspolitik betreibt, dann muß u. a. wegen der Preisabhängigkeit des Außenhandels für dieses Land ein Zielkonflikt mit den anderen Ländern auftreten. Wenn nun die Preisabhängigkeit des Außenhandels der BRD mit den vorliegenden Daten nachgewiesen werden könnte, dann wäre ein wichtiges Argument für die obige These der instabilen Beziehung zwischen P und A gegeben, solange keine internationale Institution die Wirtschaftspolitik der Länder koordiniert.

Wir führten daher folgende Tests durch: Der Außenbeitrag der BRD wurde jeweils mit den Differenzen der deutschen und der ausländischen Verbraucherpreisen korreliert. Es zeigte sich, daß $\Delta p = p^{BRD} - p^{Land i}$ einen negativen Einfluß auf den deutschen Außenhandel hatte, eine Bestätigung unserer These. Denn ein negativer Einfluß von Δp heißt ja, daß der Außenbeitrag der BRD um so höher ist, je höher die ausländischen Preise im Vergleich zu den deutschen liegen. Für 1967-1972 handelt es sich um die Länder Belgien, Dänemark, Frankreich, Japan, Kanada, Österreich und USA.

Die Ergebnisse unserer Schätzungen des Zusammenhangs zwischen Preisentwicklung und Bilanz der laufenden Posten weichen von den oben diskutierten (PA) erheblich ab. Sie sind aber in sich konsistent, denn für alle Länder (außer der BRD) liegt ein Zielkonflikt vor. Preise und Zahlungsbilanz (hier: Bilanz der laufenden Posten) entwickelten sich also

nicht im gewünschten Gleichlauf (sinkende Preise bei Verbesserung der Bilanz). Dieser Zielkonflikt zwischen Preisentwicklung und Zahlungsbilanz liegt für eine weitere Teilbilanz, den Gold- und Devisenbestand, ebenso vor, und zwar ohne Ausnahme. Hier bedeutet der Zielkonflikt, daß mit steigenden Preisen der Gold- und Devisenbestand steigt, ein Zusammenhang, der in der Entwicklung der anderen Teilbilanzen seinen Grund findet.

Diskutieren wir schließlich noch kurz die Ergebnisse unserer Tests der Beziehung Arbeitslosigkeit und Zahlungsbilanz. Wenn ein Zielkonflikt vorliegt, dann heißt das: Eine Verbesserung der Handelsbilanz ist mit steigender Arbeitslosigkeit verbunden. Aus Übersicht 2 geht hervor, daß diese Zielrelation eindeutige Ergebnisse aufzeigt: Zielkonflikte treten nur 1967 - 1972 auf und betreffen die Länder Belgien, die BRD und Kanada. Diese Konflikte können dadurch erklärt werden, daß in der betrachteten Periode die Jahre schwacher Wirtschaftsentwicklung besonders stark durchschlugen (hohe Arbeitslosenquote), wobei die Konjunktur vor allem durch den Export gestützt wurde (hohes A). Bei Belgien spielen noch strukturelle Probleme eine Rolle; die Konstellation für Kanada ist ohne detaillierte Analyse, die unseren gegebenen Rahmen sprengen müßte, nicht zu erklären. Für die übrigen Länder scheint die Zielkonstellation uA keine Probleme aufzuwerfen: Verbesserung der Handelsbilanz ist mit sinkenden Arbeitslosenquoten verbunden.

Ziehen wir die Bilanz der laufenden Posten zur Beurteilung unseres Problems Zahlungsbilanzgleichgewicht versus innere Stabilität (hier: Vollbeschäftigung) heran, dann zeigt sich ein sehr heterogenes Bild (vgl. Übersicht 2), das auf eine ganze Reihe von Ursachen schließen läßt. Neben den obengenannten Gründen dürften vor allem strukturelle Schwierigkeiten eine Rolle spielen (Großbritannien und Italien). Die Entwicklung des Gold- und Devisenbestandes zeigt im (statistischen) Vergleich zur Arbeitslosenquote wenig Konsistenz (vgl. Übersicht 2); ein typisches Ländermuster mit gemeinsamen Kriterien ist nicht sichtbar. Wir können daher sofort zu einer Gesamtbetrachtung übergehen.

Fragen wir zunächst, ob sich eine Häufung von substitutiven oder komplementären Zielbeziehungen bei bestimmten Ländern ergibt¹¹. Dazu werten wir die Übersicht 2 nach der Anzahl der Zielbeziehungen aus, die sich für ein bestimmtes Land nachweisen lassen. Das Ergebnis ist in der Übersicht auf S. 403 zusammengestellt.

Ist die Verteilung der Länder auf die einzelnen Klassen für 1960 - 1966 recht heterogen, so zeigt sich für 1967 - 1972 doch folgendes deutlich:

¹¹ Dabei werden die Kombinationen mit B nicht berücksichtigt, da diese Variable nur für 7 Länder vorliegt und damit Vergleichbarkeit nicht gewährleistet ist.

Anzahl der Beziehungen	Substitutive Zielbeziehungen (Zielkonflikte)		Komplementäre Zielbeziehungen	
	1960 - 66	1967 - 72	1960 - 66	1967 - 72
0	GB	D, GB, S		B, BRD, SZ, USA
1	BRD, D, Ö, Ir, NL, K, SZ, USA	Ir, SZ, J	BRD, GB, J, It, S	Ir, It, N, S, K
2	B, S	F, It, NL, N, K	B, D, Ö	F, NL, Ö, J
3	It	B, Ö, USA		
4		BRD		D, GB

Die stabilitätsbewußten Länder Belgien, BRD, Niederlande, Österreich und USA liegen in der Häufigkeitsverteilung durchweg in den höchsten Klassen¹². Diese Länder treten zum Teil bei den komplementären Beziehungen in der Klasse 0 auf.

Zur Beurteilung des Problems Zahlungsbilanzgleichgewicht versus innere Stabilität ergibt sich dann¹³: Die Länder mit Zielkonflikten in bezug auf die innere Stabilität haben auch solche mit der äußeren; sie liegen in der Häufigkeit der Konflikte oben (Belgien, BRD, Niederlande, Österreich, USA). Die konfliktarmen Länder sind in der Rangordnung der Fälle gestreut; das heißt, binnen- und außenwirtschaftliche Ziele sind (auf einem bestimmten Niveau) gleichzeitig erreichbar. Daß dieses Niveau meist völlig unbefriedigend ist, zeigt das Beispiel der Länder Großbritannien und Dänemark; diese Länder haben nämlich die meisten komplementären Zielbeziehungen, aber auch die größten binnen- und außenwirtschaftlichen Probleme bei den betrachteten Ländern. Von einem binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewicht wird man in diesem Fall bestimmt nicht sprechen, auch wenn keine Zielkonflikte vorliegen.

Abschließend sei noch darauf verwiesen, daß — freilich ohne Ergebnis — versucht wurde, das Auftreten von substitutiven und komplementären Zielbeziehungen auf Wirtschaftslage und Ungleichgewichtssituation (vgl. S. 393 f.) zurückzuführen. Es lassen sich keine signifikanten Ergebnisse finden¹⁴.

¹² Länder mit dem binnenwirtschaftlichen Zielkonflikt Pu sind in der Übersicht hervorgehoben.

¹³ Wir beschränken uns auf 1967 - 72.

¹⁴ Das Problem bestand freilich auch darin, die Länder und Perioden so abzugrenzen, daß die gewünschten Kombinationen entstanden.

3.2 Internationale Zielkonflikte

Internationale Zielkonflikte entstehen durch die Übertragungen von Konjunkturschwankungen von Land zu Land. Mit unseren statistischen Tests haben wir versucht, dem Einfluß einiger Länder auf alle anderen nachzugehen. Dabei haben wir zunächst Einzelregressionen einzelner Länder und dann Mehrfachregressionen mit bestimmten Ländergruppen geschätzt¹⁵.

Welche Aussage hat nun ein Ergebnis, daß z. B. ein Zielkonflikt zwischen der BRD und den USA besteht? Für diesen Fall entwickelt sich der deutsche Außenbeitrag gegenläufig zu dem der USA; steigt z. B. der deutsche Außenbeitrag, dann sinkt der amerikanische und vice versa.

Ziel unserer Tests ist es herauszufinden, ob ein internationaler Zusammenhang des Außenhandels verschiedener Länder besteht und ob dieser Zusammenhang spezifisch für bestimmte Länder ist. Dabei sind die Länder, deren Außenbeitrag als abhängige Variable genommen wurde, die BRD (großes Land mit hohem Außenhandel), Frankreich (großes Land mit relativ kleinem Außenhandel), die Niederlande (kleines Land mit sehr hohem Außenhandel) und die USA (sehr großes Land mit sehr kleinem Außenhandel). Die Ergebnisse der Einfachregressionen sind in der folgenden Übersicht enthalten. Bei den eingeklammerten Angaben ist nicht eindeutig zu sagen, ob die Zuordnung der Zielbeziehung komplementär oder substitutiv sein soll, da die Länder der betreffenden Periode nicht eindeutig zu Defizit- oder Überschußländern gezählt werden können.

Zunächst läßt sich aus der Übersicht auf S. 405 feststellen, daß sich die nachweisbaren Zielbeziehungen 1967 - 1972 im Vergleich zu 1960 - 1966 deutlich vermehrt haben. Es wurden allerdings nur Einfachregressionen geschätzt. Deutlich vermehrt haben sich auch die Zielkonflikte 1967 - 1972, allerdings signifikant nur für zwei Länder (Niederlande und USA). Bei den Niederlanden handelt es sich dabei — außer Belgien — um zwei Wechsler (Österreich und Schweden), um Länder also, die 1960 - 1966 eine komplementäre Zielbeziehung aufwiesen. Ferner ergibt ein großer Anteil der nachgewiesenen Beziehungen nur mit Verzögerung der unabhängigen Variablen einen signifikanten Zusammenhang, wobei hier die kleinen Länder im Vergleich zu den mittleren und großen deutlich führen. Man wird jedoch davon ausgehen können, daß das Auftreten von Lagstrukturen beim Nachweis internationaler Zielbeziehungen plausibel ist.

¹⁵ Die exakten Spezifikationen sind in Tabelle 5, Anhang, aufgeführt. Die Ergebnisse der Mehrfachregressionen sind in diesem Papier nicht ausgewertet, da sich keine relevanten Erkenntnisse daraus gewinnen ließen.

Abhängige Variable	Unabhängige Variable A für die Länder . . .			
	1960 - 1966		1967 - 1972	
	Substitutive Zielbeziehung	Komplementäre Zielbeziehung	Substitutive Zielbeziehung	Komplementäre Zielbeziehung
A^{BR}	S	J, It, B, US	(US)	(B), J, S, N_{t-4} , (SZ), K_{t-4} , \dot{O}_{t-4}
A^F			US	K_{t-4} , SZ_{t-4} , N_{t-4} , \dot{O} , S
A^{NL}	Ir	N_{t-4} , \dot{O}_{t-4} , S_{t-4} , F_{t-4} , (K)	(B_{t-4}), \dot{O}_{t-4} , S_{t-4}	D, K, F_{t-4} , It, N
$A^{(US)}$		It_{t-4} , (K), GB, B, SZ, J	J, N_{t-4} , S, BRD	

Fassen wir zusammen, dann ergibt sich für die eben diskutierten Schätzungen, daß als relevantes Ergebnis die nachweisbaren Zielbeziehungen deutlich zugenommen haben (1967 - 1972 gegenüber 1960 - 1966). Für unsere Themenstellung hat dies zur Folge, daß die möglichen binnen- und außenwirtschaftlichen Konflikte zunehmen können. Mit zunehmender Abhängigkeit des Außenhandels der Länder voneinander wächst auch die Notwendigkeit einer international koordinierten Wirtschaftspolitik. Die nationale Gleichgewichtspolitik stößt hier an ihre Grenzen.

Anhang

Erläuterungen zu den Tabellen

Einige Überschriften und Symbole nachfolgender Tabellen sind zu erläutern. Das Vorzeichen bezieht sich auf den Regressionskoeffizienten der geschätzten Gleichung. k und s bedeuten komplementäre und substitutive Zielbeziehung (vgl. Übersicht 1). t der t-Verteilung ist mit * und ** gekennzeichnet und damit mit einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 1 und 5 Prozent signifikant von Null verschieden. DW ist der Durbin-Watson-Koeffizient; er ist ebenso gekennzeichnet. Ist der Stern geklammert, dann ist der DW-Koeffizient im Unbestimmtheitsbereich. δ_u/y ist der Variationskoeffizient der Restglieder, N die Anzahl der unabhängigen Variablen. Erscheint in der Spalte subst./kompl. ein Fragezeichen, dann bedeutet dies, daß aus dem Vorzeichen die Frage der Zielbeziehung nicht geklärt werden kann.

Tabelle 1: Nationale Zielkonflikte zwischen den Zielen Preisentwicklung und Vollbeschäftigung und zwischen denen der Preisentwicklung und dem Gold- und Devisenbestand in 15 westlichen Industrieländern

Land	Pe- riode)	Preisentwicklung/Arbeitslosigkeit				Preisentwicklung/Gold- und Devisenbestand							
		Vor- zeichen	Kmpl. Subst.	Statistische Kennziffern		Vor- zeichen	Kmpl. Subst.	Statistische Kennziffern					
				t	DW			$\hat{\sigma}_{u/y}$	N	t	DW	$\hat{\sigma}_{u/y}$	N
Belgien	I	-	s	4,13*	1,16	0,314	3	+	s	7,11*	1,16	0,314	3
	II	-	s	6,22*	0,75	0,481	3	+	s	7,84*	1,38*	0,416	1
	III	-	s	3,48*	1,27(*)	0,231	4	+	s	5,55*	1,26*	0,218	1
BRD	I	-	s	3,40*	1,63*	0,253	2	+	s	10,70*	1,17	0,236	2
	II	-	s	4,24*	1,20(*)	0,284	4	+	s	6,10*	1,18(*)	0,164	4
	III	-	s	3,48*	1,27(*)	0,231	4	+	s	10,70*	1,17	0,236	2
Dänemark	I	-	s	3,40*	1,63*	0,253	2	+	s	10,70*	1,17	0,236	2
	II	-	s	4,24*	1,20(*)	0,284	4	+	s	6,10*	1,18(*)	0,164	4
	III	-	s	3,48*	1,27(*)	0,231	4	+	s	10,70*	1,17	0,236	2
Groß- britannien	I	-	s	6,34*	1,15(*)	0,131	2	+	s	7,11*	1,16	0,314	3
	II	+	k	4,18*	0,90	0,226	2	+	s	7,84*	1,38*	0,416	1
	III	+	k	5,65*	0,39	0,244	3	+	s	5,55*	1,26*	0,218	1
Frankreich	I	+	k	8,50*	0,74	0,138	3	+	s	7,11*	1,16	0,314	3
	II	+	k	4,03*	0,98	0,353	3	+	s	7,84*	1,38*	0,416	1
	III	+	k	4,19*	1,60*	0,204	3	+	s	5,55*	1,26*	0,218	1
Irland	I	-	s	3,21*	1,64*	0,213	1	+	s	10,70*	1,17	0,236	2
	II	-	s	2,98*	1,84*	0,268	1	+	s	6,10*	1,18(*)	0,164	4
	III	-	s	2,25**	1,84*	0,091	3	+	s	7,36*	1,78*	0,229	3
Niederlande	I	-	s	3,17*	1,53*	0,165	3	-	s	7,11*	1,16	0,314	3
	II	-	s	3,17*	1,53*	0,165	3	-	s	7,11*	1,16	0,314	3
	III	-	s	3,17*	1,53*	0,165	3	-	s	7,11*	1,16	0,314	3

Norwegen	I	-	1,98**	0,72	0,677	2 ²⁾	+	S	5,20*	0,95	?	1
	II		2,16**	0,85	0,491	2	+	S	4,44*	1,51*	0,277	3
	III											
Österreich	I	-	4,00*	1,20(*)	0,299	3	+	S	2,21**	1,10	0,299	2
	II	-	2,54*	1,36*	0,080	2 ²⁾	+	S	7,89*	1,46*	0,205	1
	III	-	2,70*	1,34*	0,065	2	+	S				
Schweden	I	+	2,53*	1,11(*)	0,315	2	+	S	2,22**	1,02(*)	0,30	2
	II	+	2,07**	1,04(*)	0,184	2						
Schweiz	I											
	II											
	III											
Japan	I	+	2,59*	1,14	0,152	2 ²⁾						
	II	-	2,49*	1,18(*)	0,084	4						
	III	+	1,87**	2,12*	0,125	2	+	S	5,92*	1,07(*)	0,169	4
Kanada	I	-	4,86*	1,01(*)	0,122	2 ²⁾						
	II	+	7,96*	2,20*	0,102	2						
	III											
USA	I	-	3,38*	1,28*	0,247	1						
	II	-	3,28*	1,32*	0,246	2						
	III											

1) Periode I: 1960 - 1972; Periode II: 1960 - 1966; Periode III: 1967 - 1972. — 2) Eine unabhängige Variable ist mit 4 Quartalen verzögert.

Quelle: Eigene Berechnungen aus OECD-Statistiken.

Tabelle 2: Nationale Zielkonflikte zwischen den Zielen Preisniveaustabilität und außenwirtschaftliches Gleichgewicht in 15 westlichen Industrieländern

Land	Pe-riode ¹⁾	Arbeitslosigkeit/Außenbeitrag						Arbeitslosigkeit/Bilanz d. lfd. Posten						
		Vor-zeichen	Kompl. Subst.	Statistische Kennziffern			Vor-zeichen	Kompl. Subst.	Statistische Kennziffern					
				t	DW	$\hat{\sigma}_{ul/y}$			t	DW	$\hat{\sigma}_{ul/y}$	N		
Belgien	I	+	?	3,92*	1,43*	- 5,070	-							
	II	+	k	2,17**	2,08*	- 1,090								
	III	+	s	4,36*	1,58*	0,244								
BRD	I	-	k	2,34**	1,44*	0,223								
	II	-	k	2,53*	1,56*	0,245								
	III	+	s	3,96*	1,04(*)	0,314								
Dänemark	I	-	s	1,84**	1,20(*)	- 0,324								
	II	-	s	2,50*	0,82	0,497								
	III	+	k	1,93**	1,53*	- 0,264								
Groß-britannien	I	+	k	2,54*	1,12	0,374	+							
	II	+	k	3,34*	1,68*	- 0,344	+							
	III	+	k				+							
Frankreich	I	-	s	2,92*	0,74	- 0,138								
	II	-	s	9,16*	1,14	0,336								
	III	-	s	4,55*	1,32*	0,487								
Irland	I	-	s	5,25*	1,65*	0,184								
	II	-	s											
	III	-	s											
Italien	I	-	s	2,64*	1,35*	0,303	-							
	II	-	s	6,83*	1,78*	0,229	-							
	III	-	s	4,01*	1,66*	- 0,226	-							
Niederlande	I	-	s	2,47*	1,49*	- 0,203	-							
	II	+	k	1,78*	2,24*	- 0,205	-							
	III	+	k				-							

Norwegen	I	-		1,45*	-0,267	3							
	II III	-	S	3,65* 3,06*	- -0,261	1							
Österreich	I	-	S	3,83*	-0,262	3 ²⁾							
	II III	+	K S	2,97* 5,59*	0,379 0,231	1 1		+	S	2,18**	1,17(*)	0,257	2
Schweden	I	+	K	4,10*	0,150	2							
	II III	+	S ?	1,94** 2,01**	- 0,113	1 2							
Schweiz	I	-	S	4,01*	0,315	1 ²⁾							
	II III	-	S	12,64*	0,315	1 ²⁾							
Japan	I	-	k	17,83*	0,270	1 ²⁾		+	S	3,05*	1,45*	-3,750	1
	II III	-	k					+	S	5,10*	1,02	0,191	1
Kanada	I	-	k	2,59*	1,31	1 ²⁾		-	S	2,70*	1,04(*)	0,275	3
	II III	-	k	2,98*	0,471	2		-	S	5,15*	1,55*	-3,130	2
USA	I	-	S					-	S	3,16*	1,37*	0,174	1
	II III	-	S					-	S				

1) Periode I: 1960 - 1972; Periode II: 1960 - 1966; Periode III: 1967 - 1972. — 2) Eine unabhängige Variable ist mit 4 Quartalen verzögert.

Quelle: Eigene Berechnungen aus OECD-Statistiken.

Tabelle 3: Nationale Zielkonflikte zwischen den Zielen Vollbeschäftigung und außenwirtschaftliches Gleichgewicht in 15 westlichen Industrieländern

Land	Periode)	Preisentwicklung/Außenbeitrag				Preisentwicklung/Bilanz d. lfd. Posten									
		Vorzeichen	Kompl. Subst.	Statistische Kennziffern		Vorzeichen	Kompl. Subst.	Statistische Kennziffern							
				t	DW			$\hat{\sigma}_{t/y}$	N	t	DW	$\hat{\sigma}_{t/y}$	N		
Belgien	I	+	?	2,77*	1,43(*)	- 5,100	2								
	II	+	S	3,90*	2,12*	6,620	3								
	III														
BRD	I	+	S	2,25**	2,54*	0,191	3					1,38*	0,752	1	
	II	+	K	4,96*	2,02*	0,367	3								
	III	+	K	4,39*	1,42*	0,205	1								
Dänemark	I	+	K	3,46*	1,04(*)	0,199	3								
	II	+	K	2,48*	1,15(*)	0,131	2								
	III	+	K	4,37*	2,54*	- 0,201	3					1,35(*)	1,26(*)	1,570	3
Großbritannien	I	+	K	5,79*	0,97(*)	0,096	3								
	II	+	K	2,93*	0,69	0,110	3								
	III														
Frankreich	I	+	?												
	II	+	K												
	III														
Irland	I	+	K	3,06*	1,61*	0,734	1								
	II	+	K	2,42**	1,69*	0,281	1								
	III	+	K	2,34**	1,70*	0,091	3								
Niederlande	I	+	K	5,22*	1,66*	- 0,226	2								
	II	+	K	5,00*	1,53*	0,165	3								
	III														
Italien	I	+	K												
	II	+	K												
	III	+	K												
Niederlande	I	+	K												
	II	+	K												
	III	+	K												

Norwegen	I II III	+	k	3,10*	1,36(*)	- 0,248	1							
Österreich	I	+	k	3,50*	1,28*	0,152	1							
	II	+	s	6,25*	1,24(*)	0,078	2							
	III	+	s	3,63*	1,31*	0,079	1 ²⁾							
Schweden	I	+	s	3,27*	1,84*	- 0,193	3							
	II III	+	s	8,82*	1,24(*)	1,613	1							
Schweiz	I	+	?	6,70*	1,51*	0,120	1							
	II													
	III													
Japan	I	+	?	4,28*	1,00	1,700	1							
	II													
	III													
Kanada	I	+	s	5,40*	1,91*	0,062	3							
	II													
	III													
USA	I	+	?	1,84**	1,62*	0,160	2							
	II													
	III													

1) Periode I: 1960 - 1972; Periode II: 1960 - 1966; Periode III: 1967 - 1972. — 2) Eine unabhängige Variable ist mit 4 Quartalen verzögert.
Quelle: Eigene Berechnungen aus OECD-Statistiken.

Tabelle 4

**Nationale Zielkonflikte zwischen den Zielen Vollbeschäftigung und
außenwirtschaftliches Gleichgewicht in 15 westlichen Industrieländern**

Land	Pe- riode ¹⁾	Arbeitslosigkeit/Gold- und Devisenbestand					
		Vor- zeichen	Kompl. Subst.	Statistische Kennziffern			
				t	DW	$\hat{\sigma}_{u/y}$	N
Belgien	I	-	k	6,10*	1,10(*)	0,051	2
	II						
	III						
BRD	I	+	s	4,31*	1,05	0,272	2
	II						
	III						
Dänemark	I	-	k	6,35*	1,28*	0,179	1
	II						
	III						
Groß- britannien	I	-	k	2,70*	1,04(*)	0,199	3
	II						
	III						
Frankreich	I	+	s	5,37*	0,69	0,110	3
	II						
	III						
Irland	I	+	s	10,12*	1,07	0,084	3
	II						
	III						
Italien	I	+	s	4,76*	0,97(*)	0,096	3
	II						
	III						
Niederlande	I	+	s	5,75*	1,53*	0,165	3
	II						
	III						
Norwegen	I	+	s	2,81*	0,83	0,158	3
	II						
	III						
Österreich	I	-	k	5,48*	0,95	0,082	2
	II						
	III						
Schweden	I	-	k	4,76*	1,02(*)	0,085	3
	II						
	III						
Schweiz	I	-	k	2,72*	1,04	0,145	2
	II						
	III						
Japan	I	-	k	4,42*	1,07(*)	0,091	4
	II						
	III						
Kanada	I	+	s	2,30**	1,04(*)	0,275	3
	II						
	III						
USA	I	+	s	11,05*	1,91*	0,063	3
	II						
	III						

¹⁾ Periode I: 1960 - 1972; Periode II: 1960 - 1966; Periode III: 1967 - 1972.

Quelle: Eigene Berechnungen aus OECD-Statistiken.

Tabelle 5: Internationale Zielkonflikte wirtschaftspolitischer Ziele ausgewählter Länder mit 15 westlichen Industrieländern

Abhängige Variable		Unabhängige Variable															
		1960 - 1972						1967 - 1972									
		Var.	Ld.	t	DW	$\hat{\sigma}_{uly}$	Var.	Ld.	t	DW	σ_{uly}						
A	BR	A	- US	4,28*	0,92	0,286	A	- J - It - B + S + US	4,17* 4,20* 3,07* 2,37** 2,46**	1,10(*) 1,02 1,18(*) 1,04 1,03	0,365 0,395 0,403 0,428 0,468	A	- US - Q _{t-4} + B - SZ _{t-4} + J + S _{t-4} + S - N _{t-4} - SZ - J _{t-4} + K _{t-4}	3,84* 3,54* 3,38* 3,36* 3,35* 3,32* 3,27* 3,10* 2,96* 2,80* 2,41*	2,23* 2,05* 1,69* 2,01* 1,85* 1,95* 2,17* 2,23* 1,75* 1,81* 1,80*	$\hat{\sigma}_{uly}$	0,194 0,189 0,202 0,203 0,203 0,204 0,207 0,210 0,212 0,219
A	J	A	- US - O + K _{t-4} - N _{t-4}	6,96* 5,29* 4,15* 3,88*	0,84 0,95 0,90 0,98	2,853 - 3,041 3,112 4,194						A	- US - K _{t-4} - SZ _{t-4} + S - N _{t-4}	9,09* 8,64* 7,82* 7,33* 5,61* 4,16*	1,07(*) 1,29* 0,83 0,99 1,12(*) 0,99	0,782 0,812 0,873 0,913 1,075 1,260	
A	NL	A	+ F - K + D + Ir _{t-1} - B _{t-4} + Ir	4,82* 4,50* 4,35* 3,70* 3,61* 3,46*	1,22 1,17 1,13 1,02 1,01 1,10	- 0,286 - 0,292 - 0,294 - 0,306 - 0,307 - 0,309	A	+ N _{t-4} + O _{t-4} - K _{t-4} + S _{t-4} + F _{t-4} - K _{t-4} + Ir	5,04* 4,73* 4,03* 3,89* 3,37* 2,86*	1,47* 1,30* 1,08(*) 0,97 0,90 0,90	- 0,247 - 0,255 - 0,273 - 0,277 - 0,290 - 0,293 - 0,303	A	+ D - K - B _{t-4} + F _{t-4} + O + Ir _{t-4} + S _{t-4} + N	4,15* 3,57* 3,37* 3,32* 3,30* 3,20* 2,81* 2,67*	2,03* 1,80* 1,69* 1,58* 1,81* 1,53* 1,69* 1,11(*)	- 0,251 - 0,265 - 0,270 - 0,271 - 0,272 - 0,274 - 0,284 - 0,287	

Abhängige Variable		Unabhängige Variable														
		1960 - 1970					1960 - 1972					1967 - 1972				
		Varia- ble	Ld.	Var.	Ld.	t	DW	$\hat{\sigma}_{u/y}$	Var.	Ld.	t	DW	$\hat{\sigma}_{u/y}$	Var.	Ld.	t
A	US	A	- J + N - S	13,03* 11,34* 8,01*	0,86 1,19 0,93	0,551 0,588 0,734	A	- It _{t-4} + K - GB - B - SZ - J	2,43** 2,19** 2,13** 1,98** 1,97** 1,91**	1,97* 1,53* 1,58* 1,36* 1,50* 1,40*	0,167 0,170 0,171 0,173 0,172 0,173	A	- J + N - S - S - BR	9,09* 7,89* 6,04* 5,59* 3,84*	1,08(*) 1,33* 1,20(*) 1,56* 1,16*	2,100 2,350 2,768 2,892 3,429
A	BR	AE _G	+ NL - F - I	3,40* 3,40* 2,21*	1,00 1,00 1,00	0,430 0,430 0,430	AE _G	- B - It - D	2,12** 3,85* 2,50*	1,67* 1,67* 1,67*	0,335 0,335 0,335	AE _G	+ B	2,70*	1,84*	0,191
A	F	AE _G	+ S + SZ - J - US	3,46* 2,60* 2,59* 5,29*	1,00 1,00 1,40* 1,40*	0,430 0,430 0,360 0,360	AE _{UR} AE _{REST}	+ S - J	2,46** 2,59*	1,02 1,09(*)	0,439 0,414	AE _G	- D	2,13**	1,99*	0,84
A	F	AE _G					AE _G	+ GB + Ir + It + NL	3,40* 4,81* 4,47* 3,37*	1,17(*) 1,17(*) 1,17(*) 1,17(*)	1,16 1,16 1,16 1,16	AE _G	+ D - It	2,32** 1,96**	1,51* 1,51*	0,490 0,490
A	F	AE _{UR}	+ S	2,13**	1,16	0,284	AE _{UR}	+ S	3,41* 6,07*	1,29* 1,29*	1,52 1,52	AE _{UR}	+ N	2,61*	1,43*	0,251
A	F	AE _{REST}	- K	6,03*	1,58*	0,261	AE _{REST}	- K	5,94* 3,37*	1,31* 1,02	1,83 0,219	AE _{REST}	+ K	2,89*	1,41*	0,493
A	NL	AE _G	+ BR + D + Ir + It	2,10** 2,85* 2,00** 2,38**	1,49* 1,49* 1,49* 1,49*	0,262 0,262 0,262 0,262	AE _G	+ F	3,37*	1,02	0,219	AE _G	+ D	2,84*	2,41*	0,218
A	NL	AE _{UR}	+ N + S	2,13** 2,87*	1,16 1,16	0,284 0,284	AE _{UR}	+ S	4,54* 3,63*	1,49* 1,49*	0,205 0,205	AE _{UR}	+ N	2,61*	1,43*	0,251
A	NL	AE _{REST}	- K	6,03*	1,58*	0,261	AE _{REST}	- K	2,93*	0,98	0,287	AE _{REST}	- K - US	4,33* 1,86**	2,79* 2,79*	0,218 0,218

Quelle: Eigene Berechnungen aus OECD-Statistiken.

Korreferat zu:
Zahlungsbilanzgleichgewicht versus innere Stabilität

Von *Helmut Frisch*, Wien

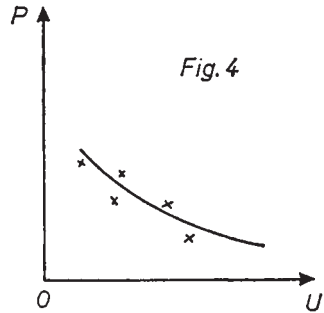
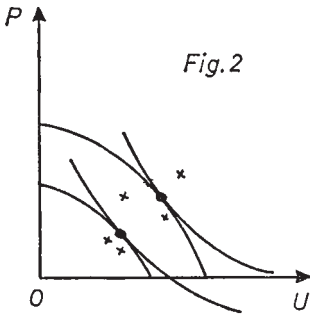
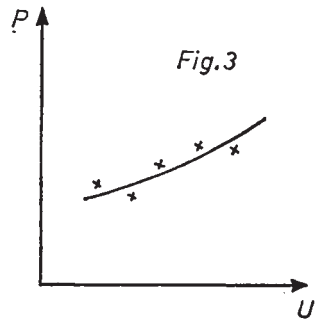
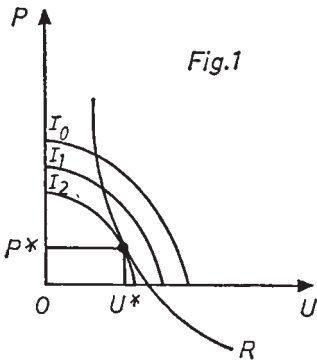
Herr Majer versuchte in seinem Referat aus den empirischen Daten auf Ziele und Zielkonflikte in der Wirtschaftspolitik zu schließen. Ich möchte am Beispiel seiner Phillips-Kurven-Analyse zeigen, daß dies nicht möglich ist und er mit seiner Fragestellung am Identifikationsproblem scheitert. Herrn Majers Definition von empirischen Zielkonflikten ist einfach (leider zu einfach): Ein Zielkonflikt zweier Zielgrößen liegt vor, wenn die entsprechenden Zeitreihen „*keinen* ähnlichen Verlauf“ aufweisen, anderenfalls liegt *kein* Zielkonflikt vor.

Der Zusammenhang zwischen Inflationsrate p und Arbeitslosenrate u ist das Ergebnis der Lohnbildung am Arbeitsmarkt und der staatlichen Wirtschaftspolitik. In Fig. 1 repräsentieren die konkaven Funktionen (soziale) Indifferenzkurven; der Bewertungsindex nimmt in Richtung zum Ursprung zu. Die Neigung der Indifferenzkurve zeigt das „Austauschverhältnis“ zwischen Inflationsrate und Arbeitslosigkeit, bei welchem die soziale Wohlfahrt unverändert bleibt. Die konvexe Kurve R stellt eine Phillips-Kurve dar. Der Punkt (p^*, u^*) gibt eine Realisierung einer bestimmten Arbeitslosenrate und Inflationsrate als Ergebnis der Wirtschaftspolitik und Lohnpolitik an. Bei Verschiebungen der Phillips-Kurve im Zeitablauf (Fig. 2) können sich nun statistisch sowohl Regressionsfunktionen mit positivem Anstieg (Fig. 3) oder negativem Anstieg (Fig. 4) ergeben.

Im Falle 3 gibt es nach Majer keinen Zielkonflikt zwischen Inflationsrate und Arbeitslosigkeit, da sich beide Zeitreihen gleichsinnig verändern — im Falle 4 bestünde ein solcher. Empirisch findet Majer teilweise den Fall 3 und teilweise den Fall 4 und schließt entsprechend seiner Definition auf Zielkonflikte bzw. Vereinbarkeit von Zielen.

In Wirklichkeit liegt in beiden Fällen ein Zielkonflikt vor, nur ist das Modell nicht richtig identifiziert. Herr Majer schätzt mit seinen Regressionsanalysen die Geschichte der Berührung von Phillips-Kurve und Bewertungsfunktionen und nicht die Bewertungsfunktion der Regierungen. Es gibt *keinen* naiven Zugang zu den Daten, nach dem Motto: „Greift nur hinein in's volle Menschenleben — und wo Ihr's packt, dort ist es interessant.“

Würde Herr Majer in seinem Papier die ersten fünf Seiten weglassen und die Variablen nicht als Ziele bezeichnen, sondern fragen: Wie verhalten sich Realisierungen von Inflationsraten, Arbeitslosenraten, Zahlungsbilanzdefiziten und -überschüssen in 15 Ländern, würde ich dies für legitim halten. Das gäbe auch eine Information. Da er aber die Variablen als Ziele interpretiert, so impliziert er den Apparat der ökonomischen Theorie, und ich wollte zeigen, daß es nicht einfach ist, mit diesem Apparat sein Konzept zu interpretieren.



Diskussion

Wilhelm Krelle (Bonn):

Ich kann auch nur im gleichen Sinn fortfahren. Auch ich sehe keine Beziehung zwischen der gegenläufigen Entwicklung tatsächlicher Größen und einem Zielkonflikt. Ich möchte das einmal kurz anhand zweier Beispiele illustrieren.

Betrachten wir zunächst ein Konjunkturmodell ähnlich dem, das wir alle kennen, nämlich dem Modell von Samuelson. Wir haben da z. B. als Verhaltensgleichung die Konsumfunktion

$$C_t = c \cdot Y_t .$$

Außerdem soll es eine sehr einfache Investitionsfunktion geben, die die Investitionen exogen bestimmt:

$$I_t = b \sin \varphi t .$$

Schließlich haben wir die Definitionsgleichung

$$C_t + I_t = Y_t .$$

Offensichtlich besteht ein Zielkonflikt, ob man das Sozialprodukt für den Konsum verwendet oder für Investitionen. Das gerade besagt diese Definitionsgleichung.

Die Lösung dieses Modells ist offensichtlich

$$Y_t = \frac{b}{1-c} \sin \varphi t, C_t = \frac{cb}{1-c} \sin \varphi t,$$

$$I_t = b \sin \varphi t .$$

Das heißt, C und I schwingen proportional zu Y .

Nach Ihrer Definition haben wir also keinen Zielkonflikt. Trotzdem haben wir natürlich einen, weil der Konflikt zwischen konsumtiver und investiver Verwendung des Sozialprodukts sicher einen Zielkonflikt darstellt.

Nehmen Sie ein anderes Beispiel, etwa das Konjunkturmodell von Kalecki. Kalecki erklärt die Konjunkturschwankung im wesentlichen aus der Verzögerung zwischen Produktion, Fertigstellung und Auslieferung von Gütern.

Die Lösung dieses Konjunkturmodells sieht im wesentlichen so aus (s. Fig. 1). x sind die Netto-Investitionsgüteraufträge, y der Kapitalbestand (in geeignetem Maßstab).

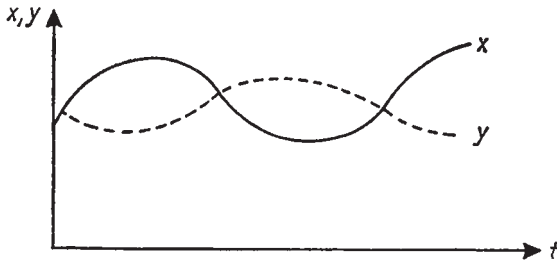


Fig. 1

Das heißt also, wenn die Investitionsgüteraufträge schon heruntergehen, dann geht der Kapitalbestand noch nach oben (wegen der verzögerten Auslieferung) — offensichtlich eine fast vollkommen gegenlaufende Schwingung. Trotzdem besteht kein Zielkonflikt. Vielmehr ist eher das Umgekehrte der Fall: Wenn man mehr Investitionsgüteraufträge gibt, kann man auch einen höheren Kapitalbestand haben.

Zwischen gleich- oder gegenlaufenden Schwingungen und möglichen Zielen besteht überhaupt keine Relation. Betrachten wir allgemein etwa ein Differenzgleichungssystem

$$x_t = A x_{t-1} + b,$$

x, b Vektoren, A eine Matrix, $x_t = (x_{1t}, \dots, x_{nt})$.

Die Lösung ist

$$x_{it} = c_{i1} \lambda_1 t + \dots + c_{in} \lambda_n t + \bar{x}_i, \quad i = 1, \dots, n.$$

\bar{x}_i ist dabei eine Lösung des inhomogenen Systems, die λ_i sind möglicherweise konjugiert komplexe Zahlen, die c_{ik} , die von den Anfangsbedingungen abhängen, entsprechend. Man kann hier offensichtlich verschiedene Formen von Verzögerungen, also auch Gegenläufigkeiten, mit dem gleichen System allein durch Variation der Anfangsbedingungen konstruieren. Daher haben Sie auch am Ende herausbekommen, daß es gar keine Beziehung zwischen Gegenläufigkeit und Zielkonflikten gibt. Das kann man aber schon vorher sehen, ohne die Ökonometrie dafür zu bemühen.

Helge Majer (Tübingen):

Darf ich darauf gleich antworten? — Bei dem ersten Fall, den Sie angesprochen haben, bei der Definitionsgleichung des Einkommens,

reden wir von verschiedenen Dingen. Sie reden von definitiven Zielkonflikten; ich rede von empirischen Zielkonflikten.

(Wilhelm Krelle [Bonn]: Das war nur ein Beispiel; nehmen Sie das zweite Beispiel!)

— Nehmen wir das zweite Beispiel!

Was ist denn das, was ich tue? Im Grunde genommen nehme ich wirtschaftspolitische Zielgrößen, die von den verschiedenen Regierungen als solche angesehen werden. Ich bekomme aber nicht immer die Werte oder die Zeitreihen, die diese Regierungen zugrunde legen, z. B. die Wachstumsrate des Preisindex der Lebenshaltung usw., daher nehme ich als Approximation eben andere.

Diese Reihen sind Ausdruck des gesamten wirtschaftlichen Geschehens in dem einen oder anderen Land. Wenn Sie mir den Ausdruck gestatten, steht dahinter im Grunde genommen ein Modell der Wirklichkeit, das absolut Wirklichkeit ist. Ein Modell ist natürlich eine Abbildung der Wirklichkeit. Wenn ich aber das „Modell“ einmal zwischen Gänsefüßchen schreibe, dann ist dies ein totales, komplexes System mit vielen Relationen, die irgendwie zusammenhängen, die aber nicht *genau* beschrieben werden können, weil sie nicht bekannt sind, weil diese komplexe Wirklichkeit eben nur in der Realität erfaßt werden kann und nicht in der Wirklichkeit des Modells. Im Grunde weiß ich nicht genau, was in der Wirklichkeit passiert.

Wenn ich nun aus diesem „Modell“ nur einige Zeitreihen herausnehme, dann sehe ich mir die Ausprägungen an, die die Variablen des „Modells“ auf meine Zeitreihenwerte haben; das Modell selbst kenne ich aber nicht und ich habe auch nicht versucht, es zu spezifizieren. Daher kann ich auch keine Kausalanalyse betreiben. Nun stelle ich diese verschiedenen Zeitreihen einander gegenüber und vergleiche somit die *Wirkungen* der unbekanntesten Einflußgrößen auf meine Zeitreihenwerte. Diese Gegenüberstellung ist ein Verfahren, das ich absolut legal finde. Denn Sie können durch eine Aufzeichnung der Kurven der Inflationsraten und der Arbeitslosenquoten in einem Koordinatensystem zum Beispiel für die Jahre 1966 bis 1968 jedem den binnenwirtschaftlichen Zielkonflikt klarmachen.

Auf dieser Grundlage kann ich nun Zielkonflikte definieren, und ich gebe zu, daß es sich um eine ganz pragmatische Definition handelt. Für Sie ist der Zielkonflikt durch den Phillips-Zusammenhang gegeben. Sie sagen: Um wieviel muß das eine steigen, wenn das andere sinkt? Diese Frage ist für mich gar nicht relevant. Mich interessiert lediglich, *empirische* Zielkonflikte aufzuzeigen, wie sie sich aus dem Verlauf von Zeitreihen ergeben. Die Ökonometrie wollte ich dabei gar nicht bemühen; vielmehr habe ich statistische Methoden für die Analyse meiner Zeit-

reihen angewendet, um eine exakte Angabe über Gleichlauf oder Gegenlauf zu erhalten.

(Wilhelm Krelle [Bonn]: Gut, das ist etwas anderes; aber das hat mit Zielkonflikten überhaupt nichts zu tun!)

— Aber doch! Ich kann Zielkonflikte so definieren. Das habe ich getan —

(Wilhelm Krelle [Bonn]: Wenn Sie das als Zielkonflikt definieren, dann hat das aber mit dem normalen Wort „Zielkonflikt“, das wir alle benutzen, nichts zu tun!)

— Doch!

Artur Woll (Siegen):

Es scheint eine terminologische Kontroverse vorzuliegen.

Ulrich Koester (Göttingen):

Herr Majer hat wohl das von Herrn Frisch angeschnittene Problem der Identifikation vernachlässigt. Bei den in der Studie vorliegenden Gleichungen muß berücksichtigt werden, daß keine unilateralen Beziehungen vorliegen.

Ich möchte das durch ein historisches Beispiel belegen. Als man in den 20er Jahren in den Vereinigten Staaten Nachfragekurven schätzte, also eine Beziehung zwischen Preisen und Mengen ermitteln wollte, ergaben sich positiv geneigte Nachfragekurven, weil einfach das Problem der Identifikation nicht gelöst war.

Hier trifft natürlich das gleiche zu. Man kann nicht einfach Beobachtungspunkte, die sich aus dem Schnittpunkt zweier Funktionen ergeben, für eine Korrelation verwenden, um eine funktionale Beziehung, ein Trade-off, zwischen zwei Zielen zu ermitteln. Das geht auf keinen Fall.

Ich stimme den beiden Diskussionsrednern voll zu und meine, Herr Majer: Der pragmatische Ansatz genügt nicht. Wenn man ökonometrisch arbeiten will, dann muß man in der Tat erst das ökonomische Erklärungsmodell vorausschicken, wie das Herr Frisch vollkommen richtig gesagt hat.

Helge Majer (Tübingen):

Sie dürfen mir glauben, daß ich so pragmatisch auch wieder nicht vorgegangen bin. Ich habe mir auch meine Gedanken über theoretische Zusammenhänge gemacht.

Wenn ich z. B. eine Kurve schätze, kann man das ja als Transformationskurve interpretieren, wie Herr Frisch das getan hat; aber nur mit

einigen Einschränkungen. Wenn ich z. B. eine Beziehung habe, die, in Gleichungsform ausgedrückt, eine negativ geneigte Funktion in diesem P-u-Koordinatensystem ist, dann ist das ja eine Transformationskurve, die aber — das dürfen Sie nicht vergessen — zeitabhängig ist. Sie gilt im Grunde nicht für einen Zeitpunkt, sondern nur für eine Periode. Ich habe ja für meine Teilzeiträume 1960/66 und 1967/72 28 Werte oder Kombinationen, die ich in diesem P-u-Koordinatensystem abtragen kann.

Sie haben insofern keine Konsistenz in dieser Darstellung, weil Ihr Modell oder das Modell, das Sie zugrunde legen, immer variiert; es variiert von Jahr zu Jahr. Das ist 1960 anders als 1965 und 1966. Deshalb können Sie eigentlich von einem stabilen und zeitunabhängigen Phillips-Zusammenhang nicht reden. Es ist eine „dynamische Phillips-Funktion“.

Auch diese Probleme haben mich dazu gebracht, meine Untersuchung von Zielkonflikten — pragmatisch — an einer Zeitreihenanalyse mit regressionsanalytischen Methoden zu orientieren, eine Möglichkeit, die übrigens von Samuelson angedeutet wird. Interpretiere ich aber meine Analyse als Schätzung von Transformationskurven, dann sind diese — wie man auch an der Zeichnung von Herrn Frisch zeigen kann — für jedes Land verschieden, und zwar sowohl im Verlauf als auch im Niveau. Der Verlauf der Kurven kann nun, je nach den wirtschaftspolitischen und sonstigen Umständen in einem Land oder in einer Periode, so extrem sein, daß Sie Kurven erhalten, die entweder zur P- oder zur u-Achse parallel verlaufen, oder beides in einem Linienzug, der für einen bestimmten Bereich nicht definiert ist. Und wenn Sie im P-u-Koordinatensystem das Niveau zu hohen P- und u-Werten hin verschieben, dann erhalten Sie vielleicht gerade dort eine Kurve, die mit der Phillips-Relation nichts mehr gemein hat. Meine These heißt dann, daß für die innere Stabilität auf einem bestimmten Niveau dieser „Transformationskurve“ die Ziele kompatibel werden, ob man die Zielwerte wirtschaftspolitisch akzeptieren kann oder nicht. Warum soll ich also a priori von einem Kurvenverlauf ausgehen, der wohl von vielen Leuten als mehr oder weniger gleichartig beschrieben worden ist, der aber ganz anders sein kann, wenn ich andere Daten, Perioden und Länder zugrunde lege?

Wie wurde denn die Cobb-Douglas-Funktion gefunden? Wie wurde die CES-Funktion gefunden? Da haben ein paar Leute einmal mit empirischen Daten herumprobiert — wenn Sie das so salopp gesagt akzeptieren — und haben dann eine Funktion spezifiziert. Ich meine, bei mir kam etwas so Schönes leider nicht heraus; aber man kann es ja einmal probieren. Ich finde, das, was herauskam, ist wohl nicht überwältigend, es trägt aber doch, glaube ich, zu dem bei, was bisher schon vorliegt.

Manfred Hieber (Bonn):

Lassen Sie mich zu Ihren Ausführungen folgendes anmerken: Sie versuchen der Kritik von Herrn Frisch an Ihren Ausführungen mit pragmatischen Argumenten zu begegnen. Aber die Interpretation Ihrer Ergebnisse, wie Sie sie hier vorgetragen haben, wirft ein logisches Problem auf, dem man mit diesen Argumenten nicht gerecht werden kann.

Sie vergleichen die Entwicklung von Variablen, die Sie als Zielvariable der Wirtschaftspolitik ansehen, und postulieren dann bestimmte Zielbeziehungen, vor welche sich die wirtschaftspolitischen Instanzen angeblich gestellt sehen. Zugleich räumen Sie ein, die Entwicklung dieser Variablen sei das Ergebnis ökonomischer Prozesse, die ihrerseits durch wirtschaftspolitische Maßnahmen beeinflußt würden. Wenn wir nun — um das Argument ganz klar zu machen — soweit gehen würden anzunehmen, die wirtschaftspolitischen Maßnahmen dominierten andere exogene Variable und bestimmten damit die Entwicklung der Werte der Zielvariablen, dann können Veränderungen der Werte der verschiedenen Zielvariablen deshalb nicht zur Kennzeichnung bestimmter Zielverhältnisse in Ihrem Sinne herangezogen werden, weil es immerhin möglich ist, daß die beobachteten Veränderungen der Zielvariablen mit den von den wirtschaftspolitischen Instanzen angestrebten übereinstimmen, also das Ergebnis einer erfolgreichen Politik sind. Um Aussagen über mögliche Zielkonflikte machen zu können, müßte man daher die Veränderungen der Zielvariablen vor dem Hintergrund einer explizit zu formulierenden Zielfunktion der wirtschaftspolitischen Instanzen danach beurteilen, ob sie von diesen intendiert waren oder nicht. Erst in einem zweiten Schritt könnte im Falle von Mißerfolgen der Wirtschaftspolitik die weitere Frage nach den Gründen für diese Mißerfolge gestellt und als *eine* mögliche Ursache die Existenz von Zielkonflikten identifiziert werden.

Die Inkonsistenz Ihrer Argumentation beruht demnach auf dem Umstand, daß Sie in Ihrer Interpretation den Einfluß zielgerichteter wirtschaftspolitischer Maßnahmen auf die Zielvariablen negieren und Aussagen über Zielverhältnisse auf der Grundlage von Beobachtungswerten treffen, die auch Ihren Vorstellungen zufolge dem Einfluß dieser Maßnahmen unterliegen.

Helge Majer (Tübingen):

Zu dieser Zielfunktion muß ich doch noch einmal kommen. Aber zunächst die direkte Antwort.

Die Kausalanalyse ist der zweite Schritt der Analyse. Ich habe zwar versucht, sie durch die vielen Länder, die ich untersucht habe, und durch die zeitliche Variation einzubeziehen; aber das ist das Stückwerk einer Kausalanalyse, was ich versucht habe.

Man kann auch einen Katalog mit Ursachen von Zielkonflikten aufstellen. Ich habe auch eine Ländersystematisierung nach bestimmten Kriterien versucht, und ich habe auch versucht, empirische Werte zu finden, die etwas über bestimmte Ursachen aussagen, z. B. Außenhandelsintensitäten, Wirtschaftsstruktur oder Zentralisierungsgrad der Wirtschaft usw. Aber das war zu spekulativ; das habe ich dann wieder hinausgeworfen.

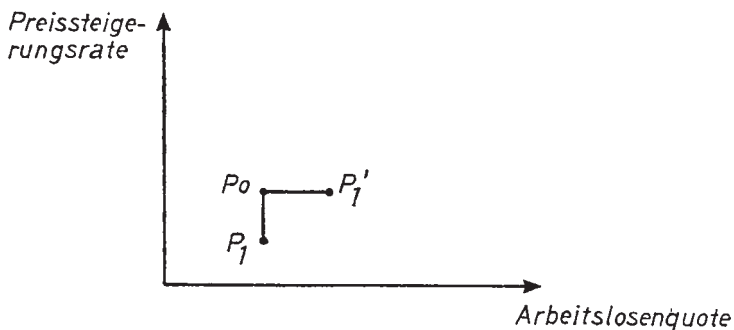
Mehr kann ich kausalanalytisch jedoch nicht tun. Hier liegt die Grenze meines Ansatzes. Und das, was Sie fordern, ist eine Kausalanalyse. Es kann zweifelsohne sein — bestimmt ist es auch so —, daß der Instrumenteneinsatz eine wichtige Ursache für die auftretenden Zielkonflikte ist. Das ist ja auch die These einer inzwischen sehr ernst zu nehmenden Richtung der Monetaristen.

Dann noch ganz kurz zur Zielfunktion. Wenn Sie eine Zielerfolgskontrolle machen wollen, dann brauchen Sie eine Zielfunktion. Wenn Sie Zielkonflikte, und zwar empirische Zielkonflikte, aufzeigen wollen, brauchen Sie keine Zielfunktion.

Jürgen Kromphardt (Gießen):

Ich habe auf Seite 400 des Referats einen sehr interessanten Hinweis auf den Zusammenhang zwischen dem Zielkonflikt Preisstabilität/Vollbeschäftigung und dem Erfolg der Stabilisierungspolitik in den einzelnen Ländern gefunden. Sie schreiben, „daß der theoretische Zielkonflikt... empirisch in einigen Ländern wohl vor allem deshalb nicht nachgewiesen werden kann, weil in diesen Ländern keine erfolgreiche Stabilisierungspolitik betrieben wird“.

Ich glaube, dieser Zusammenhang ist wichtig. Nur scheint er mir etwas vielschichtiger zu sein. Dies möchte ich an folgender Zeichnung zeigen:



Wir haben für Preisentwicklung und Arbeitslosigkeit eine bestimmte Ausgangssituation (P_0). Der Regierung ist die Preissteigerungsrate zu hoch, und sie betreibt eine erforderliche Preisdämpfungspolitik. Wenn sie völlig erfolgreich ist, dann bleibt die Arbeitslosenquote so klein, wie sie vorher war, aber wir haben in der nächsten Periode eine niedrigere Preissteigerungsrate (P_1).

Das Gegenstück wäre eine erfolglose Stabilisierungspolitik. Der „Erfolg“ der restriktiven Politik bestünde dann nur darin, daß die Arbeitslosigkeit steigt, daß sich aber die Preissteigerung nicht ändert (P_1').

Wir hätten also diese beiden Extremfälle einer erfolgreichen und einer erfolglosen Stabilisierungspolitik. In keinem der beiden Fälle würden wir einen Phillips-Zusammenhang finden. Einen Phillips-Zusammenhang gibt es also nur dann, wenn die Stabilisierungspolitik nur zum Teil erfolgreich ist.

Hans-Jürgen Krupp (Frankfurt):

Das Argument, das Sie, Herr Majer, eben vorgetragen haben, unterstützt für mich eigentlich die Richtigkeit der These von Herrn Frisch. Es ist notwendig, zwischen Transformations- oder Möglichkeitskurven einerseits und den Realisierungen von Bewertungen anhand der Zielfunktion andererseits zu unterscheiden.

Ihre Arbeit, Herr Majer, kann man nun so interpretieren, daß man behauptet, tatsächlich die Transformationskurven erfaßt zu haben. Hieran hat Herr Frisch einiges auszusetzen, was ich im wesentlichen für richtig halte. Eine derartige Interpretation würde aber außerdem eigentlich die Konstanz der Transformationskurve implizieren. Sie selber aber weisen darauf hin, daß diese Kurven nicht konstant sind. Damit läßt sich meines Erachtens das, was Sie beobachtet haben, nur im Sinne von Herrn Frisch interpretieren. Es werden da nicht die Transformationskurven erfaßt, sondern die bewerteten Realisierungen, die sich jeweils aus Transformationskurven und Zielfunktion ergeben. Dann kann man meines Erachtens gegen den Einwand von Herrn Frisch nicht viel sagen.

An dieser Stelle habe ich aber eine Frage an Herrn Frisch. Völlig zutreffend ist auf das hier liegende Identifikationsproblem hingewiesen worden. Vermutlich hat Herr Frisch hierüber schon nachgedacht. Ich möchte ihn fragen, ob er meint, daß dieses Identifikationsproblem überhaupt logisch lösbar ist.

Helge Majer (Tübingen):

Erlauben Sie mir in einer Art Zusammenfassung noch ein paar Worte. Ich hatte ja gleich eingangs gesagt, daß mir ein ökonometrisches Modell

zur Untersuchung dieser Frage lieber wäre und daß ich nicht aus Begeisterung zum Pragmatiker geworden bin, sondern weil ich eben die ökonomischen Modelle, die im Moment vorliegen, nicht für ausreichend halte, um die Frage, die mir gestellt wurde, zu untersuchen.

Das zweite ist dann, daß ich von *Zielbeziehungen* ausgehe, was Herr Frisch gerade moniert hat. Nun sind aber zufälligerweise diese Zielbeziehungen, die die Bundesregierung und auch andere Regierungen quantitativ unterstellen, also die Wachstumsrate der Verbraucherpreise, die Arbeitslosenquote und so weiter, eben das, was ich mit meinen Regressionen berechnet habe. Warum soll ich das nicht „Ziele“ nennen, wenn die Bundesregierung und viele andere Leute das tun? Diesen Vorwurf finde ich also nicht ganz plausibel.

Mein Untersuchungsziel war lediglich — auch dem Ansatz angemessen —, Zielkonflikte *aufzudecken*. Die Ursachen der Zielkonflikte zu untersuchen, ist eine Angelegenheit, die meiner Ansicht nach ein eigenes Referat rechtfertigen würde.

Artur Woll (Siegen):

Meine Aufgabe verstehe ich so, daß ich die Diskussion dieser Arbeitsgemeinschaft leite, aber kein Resümee ziehe. Das schließt weder aus, daß ich mir eigene Gedanken zu den Referaten und der Diskussion mache, noch, daß ich sie jenen weitergebe, die die Plenumsdiskussion vorbereiten.

Arbeitskreis D

Messung der Stabilität und stabilisierungs- politische Programmgestaltung

Leitung: Olaf Sievert, Saarbrücken

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Dienstag, 3. September 1974, 9.00 - 12.50 Uhr

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Meine Damen und Herren, ich möchte die Verhandlungen des Arbeitskreises D über Fragen zur „Messung der Stabilität und stabilisierungspolitische Programmgestaltung“ eröffnen. Nach der neuen Tagungsregelung sind wir sehr frei, uns in diesem Thema zu bewegen. Wir können in sehr engem Zusammenhang mit den Ihnen zugegangenen Referaten diskutieren, wir können uns aber auch davon lösen.

Das Thema lädt natürlich dazu ein, den Gegenstand unserer Verhandlungen sehr weit zu spannen: von der Frage nach dem, was stabilisiert werden soll, über die Frage nach der Messung dessen, was an Fehlentwicklungen zu konstatieren ist, bis hin zur Frage nach der Art der politischen Antwort. Damit hätten wir dann das ganze Programm dieser Tagung auf unserem Tisch. Das ist sicherlich nicht beabsichtigt.

Unsere Idee war, daß sich dieser Arbeitskreis insbesondere befassen sollte mit den Fragen nach den Wechselbeziehungen zwischen den Informationsproblemen, unseren Erkenntnismöglichkeiten in bezug auf den Gegenstand der Stabilisierungspolitik, einerseits und der Art der stabilisierungspolitischen Antwort andererseits — und zwar durchaus in doppeltem Sinne und von beiden Seiten her gesehen: Inwieweit bestimmen unsere Erkenntnismöglichkeiten die Möglichkeiten der Politik, bestimmte Konzeptionen mit Aussicht auf Erfolg zu realisieren. Und umgekehrt: Inwieweit bestimmen anderweitig determinierte wirtschaftspolitische Konzeptionen unsere besonderen Wünsche nach empirischen Erkenntnissen.

Dazu sind Ihnen drei Referate als Grundlage unserer Verhandlungen zugegangen. Das erste kommt von den Informationsproblemen her, von der Frage nach der rechtzeitigen und adäquaten Indikation der stabilisierungspolitischen Probleme. Das zweite hat die Frage nach einer maßorientierten Konzeption im Vordergrund. Das dritte Referat geht dann noch einmal aufs Ganze. Es kommt von der Seite derer, die in der konkreten stabilisierungspolitischen Situation Lösungen zu finden und zu verantworten haben. Wie sich für sie als Praktiker die Probleme auf dem Wege von der Diagnose zum Programm darstellen, das wäre Gegenstand des dritten Teils unserer Verhandlungen.

Indikatoren für die Stabilisierungspolitik*

Von *Paul Klemmer*, Bochum**

1. Das Grundanliegen der ökonomischen Stabilisierungspolitik

1.1 Die Stabilisierung der Wirtschaftsentwicklung als Steuerungsaufgabe

Die ökonomische Stabilisierungspolitik kann als eine wirtschaftliche Ablaufsteuerung verstanden werden, die das zeitliche Verlaufsbild bestimmter makroökonomischer Größen mit einem a priori festgelegten Ablaufmuster in Übereinstimmung bringen will. Sie strebt die Heranführung eines zu beeinflussenden Tatbestandes an eine Führungsgröße an, d. h. den Abbau auftretender Divergenzen zwischen Soll- und Ist-Verläufen. Gelingt es, die zu regelnden Größen an die Führungsgröße heranzuführen, ist das Stabilitätsziel erreicht.

Gemäß dem klassischen Zeitreihenmodell kann man im Bereich der Wirtschaftspolitik zwischen drei Stabilisierungsproblemen unterscheiden: einem kurz-, mittel- und langfristigen¹. Ersteres hat es mit den saisonalen Schwankungen der wirtschaftlichen Entwicklung zu tun, das zweite mit den konjunkturellen und das dritte mit der mangelnden Übereinstimmung von effektiven und gewünschten Wachstumsraten. Die beiden letzteren Problembereiche sind eng miteinander verknüpft, da eine Verringerung der mittelfristigen Schwankungen den Trend beeinflussen kann, wie auch eine Veränderung des Trends die Sensibilität des Systems erhöht oder vermindert. Läßt man einmal die saisonalen Schwankungen außer acht, so umfaßt der zweite Problembereich der Stabilisierungspolitik das klassische Feld der Konjunktur-

* Ich danke Herrn Dr. H. Albuschkat für die kritische Durchsicht dieses Manuskripts und Herrn B. Bremicker für die Hilfe bei den spektralanalytischen Untersuchungen.

** Geboren am 30. Dezember 1935 in Freiburg. 1960 Diplom-Volkswirt an der Universität Freiburg. 1960 - 1964 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung und 1964 - 1966 Assistent im Institut für Regionalpolitik und Verkehrswissenschaft der Universität Freiburg. 1966 Promotion zum Dr. rer. pol. und 1970 Habilitation an der Universität Freiburg. 1970 Berufung als ordentlicher Professor für „Wirtschaftslehre, insbesondere Wirtschaftspolitik“ an die Ruhr-Universität in Bochum. 1974 Ordentliches Mitglied der Akademie für Raumforschung und Landesplanung.

¹ Die zyklischen Schwankungen mit einer Periodenlänge von 40 bis 60 Monaten seien hier als Konjunktur definiert.

politik, während die Gestaltung des Trends zum Aufgabengebiet der Wachstumspolitik zählt².

In Ermangelung einer befriedigenden Beschreibung und Festlegung des anzustrebenden (angemessenen) langfristigen Wachstumstrends³ wird das allgemeine Anliegen der Stabilisierungspolitik jedoch in der Regel auf die „Verstetigung“ des Wirtschaftsablaufs verkürzt und die Beseitigung der Krisen- und Boomerscheinungen zum eigentlichen Ziel erklärt. Der effektiv zu beobachtende Wachstumstrend erhält damit stillschweigend den Charakter einer autonomen Normgröße und wird zumeist als Expansionspfad des Produktionspotentials einer Volkswirtschaft interpretiert⁴. Konjunkturschwankungen sind dann periodische Über- und Unterauslastungen dieser Produktionskapazitäten, die nicht nur temporäre Wachstumsunterschiede mit sich bringen, sondern auch unerwünschte Nebeneffekte auf andere (mittelfristige) wirtschaftspolitische Zielgrößen (z. B. Geldwert oder Beschäftigungsniveau) ausüben.

Der Problembereich der Stabilisierungspolitik wird im folgenden auf die mittelfristigen Schwankungen eingengt. Aufgabe dieser Politik ist es, Schwankungen um einen längerfristigen Trend zu verhindern bzw. zu verlangsamen und auf eine Verstetigung des Wirtschaftsablaufs hinzuwirken, die gleichzeitig unerwünschte Nebeneffekte auf Beschäftigung, Preise und außenwirtschaftliche Ströme mindern soll. Die Stabilisierungspolitik erhält somit einen starken konjunkturpolitischen Akzent und wird als eine Politik der antizyklischen Ablaufsteuerung verstanden.

1.2 Der Informationsbedarf der ökonomischen Stabilisierungspolitik

1.2.1 Die Abhängigkeit des Informationsbedarfs von der Regelungstechnik

Bei der Diskussion dieser so verstandenen Stabilisierungspolitik ist zwischen einem Regelungs- und einem Informationsaspekt zu unter-

² Dies folgt aus der definitorischen Festlegung der mittelfristigen Zyklen als Konjunkturphänomen. Diese kann man als Schwankungen im Auslastungsgrad des expandierenden Produktionspotentials der Volkswirtschaft interpretieren. Vgl. H. Kiesow, Theoretische Aspekte einer wachstumsorientierten Konjunkturpolitik, Tübingen 1970, S. 3 f.

³ Angesichts der ungelösten Bewertungsprobleme im Rahmen der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (z. B. Bewertung staatlicher Leistungen oder Berücksichtigung der externen Effekte) und der Pronosenproblematik ist eine allgemein akzeptierte Definition der langfristigen Stabilität gegenwärtig wohl kaum erreichbar.

⁴ Der Begriff der „Verstetigung“ wird dann als totale Anpassung an den Trend verstanden. Sieht man gewisse Schwankungen im Wirtschaftsablauf als wachstumsfördernd an, ist eine derartige Einengung nicht unproblematisch.

scheiden. Ersterer beschäftigt sich mit der Frage, mittels welcher Instrumente und Verfahren ein System an das gewünschte Ablaufmuster herangeführt werden kann, letzterer hingegen mit den für einen solchen Steuerungsprozeß relevanten Informationen. Die einzelnen Stabilisierungsstrategien besitzen hierbei einen unterschiedlichen Informationsbedarf, so daß Informationslücken auch die Handlungsmöglichkeiten der Wirtschaftspolitiker einschränken können.

Diese Information zu liefern, ist Aufgabe der hier angesprochenen Indikatoren der Stabilisierungspolitik. Sie sind der für die Durchführung der Steuerungsaufgabe benötigte Informationsinput und haben angesichts der oben vorgenommenen Einschränkung der Stabilisierungspolitik weitgehend den Charakter von Konjunkturindikatoren. In Abhängigkeit von der jeweils angewendeten Regelungstechnik werden unterschiedliche Anforderungen an sie gestellt.

Zumeist unterscheidet man im Rahmen der Lösung des Stabilisierungsproblems zwei grundsätzliche Arten von Steuerungstechniken, nämlich die diskretionäre und die regelgebundene Einflußnahme auf den Wirtschaftsablauf. Erstere versucht den Abweichungen vom zur Norm erklärten Entwicklungspfad durch eine fallbezogene Konjunkturpolitik zu begegnen. Eine derartige Steuerungstechnik benötigt für die laufenden Kurskorrekturen Informationen über das Ausmaß der jeweiligen Soll-Ist-Divergenzen. Ohne diesen Informationsinput fehlen die für ein Reagieren notwendigen Vorstellungen vom Ausmaß und der Richtung der Kursabweichungen und erschweren damit die Auswahl und Dosierung des Mitteleinsatzes. Lassen sich diese Soll-Ist-Divergenzen zudem auf mehrere Ursachenbereiche zurückführen, benötigt man außerdem Auskünfte über die relevanten Einflußkomponenten, um eine ursachenadäquate Therapie einleiten zu können.

Die Effizienz der diskretionären Konjunkturpolitik hängt auf entscheidende Weise davon ab, inwieweit die benötigten diagnostischen oder prognostischen Informationen vorliegen, die politischen Entscheidungsträger entschlossen sind, schnell und konsequent ihre Steuerungsmöglichkeiten auszuschöpfen bzw. ob angesichts der Wirkungsverzögerungen überhaupt noch von einem kontrollierbaren Einsatz gesprochen werden kann.

Der große Zeitbedarf konjunkturpolitischer Entscheidungen und die langen (und streuenden) Wirkungsverzögerungen vieler Instrumente haben vielfach eine Präferenz für eine regelgebundene Stabilisierungspolitik aufkommen lassen. Hierbei unterscheidet man zwischen einer zyklus- und einer trendorientierten Handlungsstrategie der regelgebundenen Ablaufsteuerung. Erstere reagiert auf diagnostizierte bzw. prognostizierte Soll-Ist-Divergenzen der Zielvariablen, letztere hin-

gegen orientiert sich in ihrem Mitteleinsatz an dem zur Norm erklärten Trend der wirtschaftlichen Entwicklung und hofft auf diese Weise, mögliche Trendabweichungen von vornherein zu unterbinden bzw. einzuengen.

Die zyklusorientierte Regelbindung läßt sich noch in weitere Unterformen aufgliedern. Eine erste Ausgestaltungsmöglichkeit liegt z. B. vor, wenn aus bestimmten Indikatorenkonstellationen nur ein Handlungszwang abgeleitet wird, die Dosierung und Strukturierung des Instrumentariums jedoch den politischen Entscheidungsträgern verbleibt. Eine solche Regelungstechnik erscheint vor allem dann angebracht, wenn außerökonomische und nicht kontrollierbare Einflüsse eine große Rolle spielen und der jeweilige Mitteleinsatz diesen wechselnden Ursachen gerecht werden muß. Dominieren jedoch die Regelmäßigkeiten bei diesen zyklischen Abweichungen vom längerfristigen Entwicklungspfad, kann man die politischen Einzelentscheidungen auch weitgehend ausfallen lassen und von bestimmten Indikatorenkonstellationen direkt auf spezifische Handlungsstrategien schließen.

Analog zur diskretionären Konjunkturpolitik benötigt man jedoch bei dieser zyklusorientierten Regelbindung laufende Informationen über die Soll-Ist-Divergenzen bei den einzelnen Zielvariablen. Diese Informationen müssen zuverlässig sein und die effektive Abweichung des Systems vom Ablaufmuster widerspiegeln. Angesichts des Informationslags und der Wirkungsverzögerungen vieler Maßnahmen reicht jedoch eine qualifizierte Diagnose in der Regel nicht aus. Die Anwendung dieser zyklusorientierten und reagierenden Steuerungstechnik setzt vielmehr Frühindikatoren voraus, die Richtung und Intensität künftiger Auf- und Abwungstendenzen zutreffend anzeigen und gleichzeitig Informationen über die Ursachen der zu erwartenden Abweichungsvorgänge liefern.

Eine trendorientierte Regelbindung bietet sich hingegen an, wenn eine kurzfristige Gegensteuerungspolitik entweder am mangelnden Entscheidungswillen der Politiker oder an der mangelnden Kontrollierbarkeit der Instrumentalwirkungen scheitert und die Bindung weniger Instrumente an den längerfristigen Trend ausreicht, um eine automatische Kurskorrektur zu erzwingen. Dann übernimmt der längerfristige Trend eine Art Indikatorenrolle, aus der die zulässige Veränderung bestimmter Variablen abgeleitet wird. In einem solchen Fall wird jedoch die Frage nach vor-, gleich- oder nachlaufenden Indikatoren bzw. nach den Ursachen für die Schwankungen um den Trend irrelevant und entfällt somit. Insofern ist es berechtigt, im nachfolgenden Teil vor allem die diskretionäre bzw. zyklusorientierte Konjunkturpolitik in den Vordergrund zu stellen.

1.2.2 Die grundlegenden Anforderungen an Indikatoren für eine Stabilisierungspolitik

Aus dem vorherigen Abschnitt wurde deutlich, daß die Frage nach Indikatoren für die Stabilisierungspolitik nicht nur ein statistisches Problem darstellt, sondern auch Konsequenzen für die Art der betriebenen Stabilisierungspolitik hat. Aus diesem Grunde sollen im folgenden die wichtigsten Anforderungen zusammengestellt werden, die von den relevanten Konjunkturindikatoren erfüllt sein müssen, damit sie den notwendigen Informationsbedarf für eine diskretionäre Konjunkturpolitik oder eine zyklusorientierte Regelbindung zu liefern vermögen⁵.

Erstens sollen die Indikatoren in ihrem zeitlichen Verlaufsbild gewisse Regelmäßigkeiten aufzeigen, wobei in der Regel zyklische Grundstrukturen erwartet werden. Es wird somit von der Annahme ausgegangen, daß die Konjunktur ein zyklisches Phänomen mit einer ganz bestimmten Periodizität darstellt. Fehlt diese Periodizität und sind andere Regelmäßigkeiten nicht zu erkennen, so kann unterstellt werden, daß exogene Störeinflüsse vorherrschen. Letztere entziehen sich jedoch weitgehend der wirtschaftswissenschaftlichen Erklärung und erschweren damit die Konstruktion von Konjunkturindikatoren bzw. die instrumentale Beherrschung der Schwankungen im Wirtschaftsablauf.

Um eine echte prognostische Information zu liefern, muß der Indikator vorlaufen und zum nachfolgenden Schwankungsphänomen in einem ursächlichen Zusammenhang stehen; zumindest muß er die späteren Auf- und Abschwungstendenzen statistisch erklären. Wenn das zu bewältigende Stabilisierungsproblem hingegen primär das Produkt exogener Störeinflüsse ist, müßte der Konjunkturindikator auch die aus diesen Störungen sich ergebenden Wirkungen anzeigen, d. h. auch Informationen über regelmäßig und mit gleicher Intensität auftretende exogene Faktoren liefern. Der Vorlauf sollte im Zeitablauf stabil sein und eine gewisse Mindestgröße nicht unterschreiten. Geht man davon aus, daß der Informationslag der meisten statistischen Zeitreihen bereits 6 - 8 Wochen beträgt, kann man von einem Mindestvorlauf von 3 Monaten ausgehen.

⁵ Vgl. auch *W. C. Mitchell* und *F. A. Burns*, *Statistical Indicators of Cyclical Revivals*, National Bureau of Economic Research, Bulletin 69, New York 1938, abgedruckt in: *Business Cycle Indicators*, Vol. I, S. 162 ff. bzw. *G. H. Moore*, *Statistical Indicators of Cyclical Revivals and Recessions*, Occasional Paper, 31, National Bureau of Economic Research, New York 1950, abgedruckt in: *Business Cycle Indicators*, Vol. I, S. 184 ff. Besonderes Gewicht wird auf die Konformitäts- und Timing-Kriterien gelegt.

2. Kritische Überprüfung der Voraussetzungen zur Konstruktion von Indikatoren für die Stabilisierungspolitik

2.1 Die zyklische Grundstruktur des Konjunkturphänomens

2.1.1 Aufgliederung des Konjunkturphänomens in Teilkomponenten

Das hier zu diagnostizierende Konjunkturphänomen wurde oben mit den mittelfristigen Schwankungen des Wirtschaftsablaufs gleichgesetzt. Ganz grob wurde der Rahmen für diese Schwankungen mit einer Periodenlänge von etwa 40 - 60 Monaten abgesteckt. Ausgehend von der klassischen Konjunkturtheorie kann man diese zyklischen Bewegungen anhand mehrerer Beobachtungsmerkmale verfolgen und analysieren, wobei die einzelnen Komponenten keineswegs synchron verlaufen müssen, sondern Phasendivergenzen⁶ oder Zyklen mit unterschiedlicher Periodizität aufweisen können. Im letzteren Fall wird es jedoch kaum möglich sein, das gesamte Konjunkturphänomen mittels eines einzigen Indikators zu erfassen; vielmehr muß man die komplexe Stabilisierungsaufgabe in Teilbereiche auflösen, die durch spezifische Regelmäßigkeiten (etwa eine bestimmte Periodizität) gekennzeichnet sind. Erst auf der Basis einer derartigen Disaggregation kann man prüfen, ob es Indikatoren gibt, die mit dem Verlaufsbild einzelner Teilkomponenten übereinstimmen.

Darüber hinaus kann es notwendig sein, die einzelnen Variablen auf ihre interne Struktur hin zu untersuchen. Dies ist etwa der Fall, wenn die Produktions-, Beschäftigungs- oder Preisschwankungen in den einzelnen Sektoren und/oder Regionen phasenverschoben verlaufen oder Zyklen mit unterschiedlicher Periodizität aufzeigen. Will man diesen sektoralen und/oder regionalen Divergenzen im Rahmen einer strukturell differenzierten Konjunkturpolitik Rechnung tragen, muß man sektor- und/oder regionsspezifische Indikatoren entwickeln. Darum ist die Frage nach der adäquaten Aufgliederung des Konjunkturphänomens von großer Bedeutung.

Erstaunlicherweise wird jedoch die Konkretisierung des Konjunkturphänomens durch Festlegung bestimmter Referenzgrößen in der Literatur selten weiter verfolgt⁷. So fragt man sich bei manchen Kon-

⁶ Im nachfolgenden Teil werden die Begriffe Phasendivergenz, -differenz oder Phasenverschobenheit synonym gebraucht, und zwar als Hinweis auf einen zeitverschobenen Verlauf von Zyklen gleicher Grundstruktur.

⁷ Diesen Vorwurf muß sich auch der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung gefallen lassen. Vgl. Jahrgutachten 1970/71, Ziffern 142 ff. und Anhang VIII; Jahrgutachten 1971/72, Ziffern 192 ff. und Anhang VI. Siehe auch K. H. Ketterer, Ein neues Frühwarnsystem, in: Wirtschaftswoche, Nr. 7, 1971, S. 4 f. bzw. N. Klotten und K. H. Ketterer, Der

junkturindikatoren, was denn eigentlich diagnostiziert oder prognostiziert werden soll: die Schwankungen der Produktion, der Beschäftigung, der Preise oder eines Konglomerats dieser drei Komponenten? Meistens bleibt eine klare Antwort aus, oder es wird allgemein von der Konjunktur gesprochen. Damit wird jedoch auch die Kontrolle der Aussagekraft von Konjunkturindikatoren erschwert, da bei phasenverschobener Konjunkturreaktion der Teilkomponenten nie recht deutlich wird, welche Auf- oder Abschwingtendenzen angesprochen sind.

Auch die in neuerer Zeit wieder stärker in den Vordergrund tretenden Diffusionsindizes helfen nicht unbedingt weiter⁸. Sie gehen wohl von der richtigen Vorstellung aus, daß die Konjunktur eine Erscheinung ist, die sich analog zu einem Diffusionsprozeß allmählich über die gesamte Volkswirtschaft ausbreitet, und tragen damit dem Gedanken der Phasendifferenz Rechnung⁹. Sie unterstellen jedoch in der Regel, daß die zyklische Grundstruktur dieser Schwankungen überall der Tendenz nach die gleiche ist, d. h. unabhängig von der Phasenverschiebung des Schwankungsablaufs eine gewisse Bewegungsparallelität vorherrscht. Eine solche Annahme trifft jedoch, wie noch gezeigt wird, nicht für alle Teilbereiche der Volkswirtschaft zu.

Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose des Sachverständigenrats — ein neues konjunkturanalytisches Instrument, in: *WiSt*, Heft 5, 1972, S. 192 ff. Auch beim WSI-Indikator bleibt die Referenzgröße recht unklar. Vgl. *H. Pütz* und *D. B. Simmert*, Ein Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose: der WSI-Indikator, in: *WSI-Mitteilungen*, Heft 1, 1972, S. 17 ff. oder *H. Pütz* und *D. B. Simmert*, Ansätze zur Weiterentwicklung des Gesamtindikators zur Konjunkturdiagnose: der WSI-Konjunkturindikator, in: *WiSt*, Heft 6, 1972, S. 270 ff.

⁸ Einen guten Überblick über die Diffusionsindizes bis Mitte der fünfziger Jahre bietet *J. Leiner*, Die Bedeutung der Diffusionsindizes für die Konjunkturdiagnose und die Konjunkturprognose, Diss., Hamburg 1959. In neueren Ansätzen vgl. neben dem SVR- und WSI-Indikator auch *S. Lörcher*, Konjunktur-Indikatoren in Japan, in: *Konjunkturpolitik*, Heft 2, 1972, S. 105 ff.

⁹ Die Diffusionsindizes lassen sich in zwei Kategorien gliedern: in homogene und heterogene Indikatoren. Erstere umfassen den sektoralen oder regionalen „Ausbreitungsgrad“ des gesamtwirtschaftlichen Expansions- oder Kontraktionsprozesses in bezug auf ein homogenes Beobachtungsmerkmal (z. B. Index der industriellen Nettoproduktion oder Beschäftigung), letztere hingegen berücksichtigen gleichzeitig Merkmale mit unterschiedlicher inhaltlicher Ausrichtung. Läßt man einmal die in der Regel ungelöste Gewichtungfrage außer acht, so erscheinen vor allem die heterogenen Diffusionsindizes äußerst problematisch. Es fehlt nämlich eine klare Aussage über die bei der Variablenauswahl zugrunde gelegten Kriterien, so daß man in der Regel ein Konglomerat von vor- und nachlaufenden Größen bzw. von Ursachen- und Wirkungsendikatoren findet. Damit wird die inhaltliche Interpretation dieser komplexen Indikatoren derartig unklar, daß sich aus ihnen auch keine prognostischen und diagnostischen (etwa über Ursachenbereiche) Informationen ableiten lassen.

Vgl. zum Gewichtungsproblem: *P. Klemmer* und *H. Schaefer* und Mitarbeiter, Frühindikatoren für die Konjunkturpolitik, vervielfältigtes Manuskript, Bochum 1973, bzw. *M. Sturm*, Ein Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose: Alternativvorschlag zum Sachverständigen-Indikator, Berichte des Deutschen Industrieinstituts, 5. Jg., Nr. 9, 1971.

Diese Hinweise machen bereits deutlich, daß die Bedeutung von Indikatoren für die Stabilisierungspolitik in starkem Maße davon abhängig ist, inwieweit das zu diagnostizierende und prognostizierende Stabilisierungsproblem durch übereinstimmende Regelmäßigkeiten geprägt wird. Weisen die Zielkomponenten divergierende zyklische Strukturen und/oder Phasenunterschiede auf, muß jeweils ausdrücklich gesagt werden, auf welche Referenzgröße sich die Indikatoren beziehen sollen. Die Bildung komplexer Indikatoren ist darum nur dann sinnvoll, wenn die in sie eingehenden Beobachtungsmerkmale dieselbe Referenzgröße zum Gegenstand haben, der Phasendifferenz Rechnung getragen wird und das Aggregations- und Gewichtungsproblem gelöst wird¹⁰.

2.1.2 Methoden zur Bestimmung zyklischer Bewegungskomponenten

Die klassische empirische Konjunkturforschung geht, wie bereits erwähnt wurde, von der Vorstellung aus, daß die Elemente wirtschaftlicher Zeitreihen als Resultat mehrerer Komponenten aufgefaßt werden können. Man unterscheidet insbesondere zwischen einem langfristigen Entwicklungstrend (als Ausdruck einer säkularen Wachstumstendenz), einer zyklischen, mittelfristigen Bewegungskomponente (als Ausdruck der Konjunktur), einer kurzfristigen (saisonalen) Schwankungsgröße sowie einer Restkomponente, die als irreguläres Element angesehen wird. Bei der Isolation der konjunkturellen Komponente behilft man sich in der Regel damit, diese als Residualgröße aufzufassen, die nach Elimination der Trend- und Saisonkomponenten übrigbleibt. Bei dieser Vorgehensweise weiß man jedoch nie genau, ob die hypothetisch unterstellten Bewegungskomponenten auch tatsächlich vorhanden sind, und läuft darum stets Gefahr, eine Postulation nicht existenter Tatbestände vorzunehmen.

In neuerer Zeit rückt darum die Spektralanalyse als Instrument der Zeitreihenanalyse stärker in den Vordergrund¹¹. Hierzu bedient man sich für die Autokovarianz bzw. Autokorrelationsfunktion einer alternativen Darstellungsweise, die grundsätzlich darin besteht, daß man mittels der sog. Fourier-Transformation diesen im Zeitbereich definierten Funktionen im Frequenzbereich Spektralfunktionen zuordnet, so daß die in einem stochastischen Prozeß enthaltenen Schwingungen durch „Spektren“ charakterisiert werden können. Auf diese Weise

¹⁰ Zum Aggregationsproblem vgl. P. Klemmer, Konjunkturindikatoren, in: WISU, Heft 11, 1973, S. 520 ff.

¹¹ Vgl. zur Methode: C. W. J. Granger und M. Hatanaka, *Spectral Analysis of Economic Time Series*, Princeton 1964; J. N. Rayner, *An Introduction to Spectral Analysis*, London 1971, oder H. König und J. Wolters, *Einführung in die Spektralanalyse ökonomischer Zeitreihen*, Meisenheim/Glan 1972.

kann man die mit den einzelnen Periodizitäten gegebenen Beiträge von Frequenzbändern zur Gesamtvarianz feststellen und hiermit ihre relative Bedeutung für den Prozeß abschätzen. Die Spektralanalyse gibt somit eine Antwort auf die Frage, inwieweit bestimmte systematische Komponenten (als zyklische Bewegungen) einer Zeitreihe innewohnen. Der entscheidende Vorteil ist, daß hierbei keine Elimination der übrigen Bewegungskomponenten (mit Ausnahme des Trends) notwendig wird und man keine Ex-ante-Dekomposition vornimmt.

Die mittels der Spektralanalyse errechneten Bedeutungsanteile einzelner Frequenzbänder an der Gesamtvarianz einer Zeitreihe stellen Durchschnittswerte dar. Mit Hilfe des Verfahrens der komplexen Demodulation kann man prüfen, wie sich die spektrale Masse in den einzelnen Frequenzbändern im Zeitablauf verändert¹². Hierdurch lassen sich Aussagen über die Stabilität zyklischer Strukturen gewinnen.

2.1.3 Zur Frage der Periodizität konjunktureller Erscheinungen

Läßt man einmal die Rezessionserscheinungen Anfang des Jahres 1967 außer acht, präsentieren sich die Konjunkturabläufe in der Bundesrepublik Deutschland primär in Form von Wachstumszyklen¹³. Zahlreiche Studien kommen hierbei zum Ergebnis, daß diese Schwankungen durch zyklische Regelmäßigkeiten gekennzeichnet sind. Was die Periodenlängen der Zyklen betrifft, so werden diese auf etwa 50 - 60 Monate geschätzt¹⁴. Bei näherer Betrachtung zeigt sich jedoch, daß man mit der generellen Unterstellung eines derartigen zeitlichen Bewegungsablaufes großer Regelmäßigkeiten vorsichtig sein muß.

So ist zunächst einmal zu prüfen, inwieweit diese Zyklen für alle Teilkomponenten des Konjunkturphänomens zutreffen. Zur Erfassung

¹² Zur komplexen Demodulation vgl. C. W. J. Granger und M. Hatanaka, *Spectral Analysis of Economic Time Series*, und V. Bingham, M. D. Godfrey und J. W. Tukey, *Modern Techniques of Power Spectrum Estimation*, JEEE Transactions on Audio and Electroacoustics, Vol. AU — 15, No. 2, 1967.

¹³ Vgl. z. B. W. Weber und H. Neiss, *Entwicklung und Probleme der Konjunkturtheorie*, in: W. Weber und H. Neiss (Hrsg.), *Konjunktur- und Beschäftigungstheorie*, Köln - Berlin 1967, S. 13 f.

¹⁴ Vgl. z. B. A. E. Ott und A. Wagner, *Materialien zu den Wachstumszyklen in der Bundesrepublik Deutschland*, in: *Wachstumszyklen*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 71, Berlin 1973, S. 157 ff.; B. Schips, *Ergebnisse einer Analyse der wirtschaftlichen Entwicklung in der BRD von 1950 - 1971*, in: *Wachstumszyklen*, S. 183 ff., oder H. Abels, *Analyse der Lag-Beziehungen zwischen konjunkturrelevanten, makroökonomischen Zeitreihen für die Bundesrepublik Deutschland*, Meisenheim a. Glan 1974.

Schips kommt auf einen mittelfristigen Konjunktur- und Wachstumszyklus von ungefähr 54 - 60 Monaten. Abels auf etwa 60 Monate, eigene spektralanalytische Untersuchungen des Verfassers auf 51 - 52 Monate. Die Unterschiede ergeben sich teilweise aus den divergierenden Beobachtungszeiträumen bzw. den verwendeten Rechenprogrammen.

der Produktionsschwankungen kann man hierbei in Anlehnung an andere Untersuchungen mit dem Index der industriellen Nettoproduktion arbeiten¹⁵. Die Spektralanalyse bestätigt hier eindeutig das Vorherrschen eines Zyklus mit einer durchschnittlichen Periodenlänge von knapp 52 Monaten¹⁶. Gliedert man jedoch den Index der industriellen Nettoproduktion in einzelne Teilbereiche auf, gelangt man zur folgenden Feststellung: Während die verarbeitende Industrie als Gesamtheit, die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrien sowie die Investitionsgüterindustrien weitgehend dem Zyklus mit einer Periodizität von 52 Monaten entsprechen, scheinen in anderen Sektoren andere Zyklen eine Rolle zu spielen. Hierzu zählen etwa die Nahrungs- und Genußmittelindustrie sowie die Bauindustrie. Erstere wird vor allem durch kurzfristigere Schwankungen beherrscht, zumindest zeigt das Spektrum dieser Reihe eine maximale Power bei 2,2 Monaten mit weiteren Gipfeln bei 2,5 und 3,6 Monaten. Das Spektrum der Wachstumsraten des Index der industriellen Nettoproduktion für die Bauindustrie kennt ebenfalls mehrere Wellenbereiche mit hohen Powerwerten. Ein Maximum der Power liegt z. B. bei 28,2 Monaten, weitere Nebengipfel finden sich im Bereich zwischen 10 und 7 Monaten, bei 5, 3,6 und 2,7 Monaten.

Daneben zeigen Stabilitätsuntersuchungen, daß die Periodenlänge des dominierenden Zyklus von 52 Monaten im Zeitablauf keineswegs konstant ist, sondern Schwankungen um diesen Durchschnittswert aufweist sowie in den letzten Jahren tendenziell kürzer wird¹⁷. Die Konjunktur kennt somit für einen großen Teil des Produktionsbereiches eine bevorzugte Durchschnittsfrequenz von rd. 52 Monaten, die jedoch nicht überall gleiche Gültigkeit besitzt und im Zeitablauf gewissen Schwankungen unterliegt.

Eine Analyse der Volumen- und Wertindizes der Umsätze führt zu ähnlichen Ergebnissen, insbesondere wenn man die Inlandsumsätze betrachtet. Die Auslandsumsätze hingegen folgen anderen Bewegungsgesetzen, zumindest zeigen die Spektren keine eindeutige Konzentration spektraler Massen in bestimmten Frequenzbändern. Wenn man berücksichtigt, daß die Konjunktur der wichtigsten Handelspartner der

¹⁵ Es handelt sich hier um den Index der industriellen Nettoproduktion für die gesamte Industrie (einschl. öffentliche Energiewirtschaft und Bauindustrie), und zwar in Form von Wachstumsraten im Vorjahresvergleich (Zeitraum: Januar 1962 - Juni 1973).

¹⁶ Soweit kein anderer Hinweis erfolgt, handelt es sich um eigene Berechnungen.

¹⁷ Die Untersuchungen mittels des Verfahrens der komplexen Demodulation sind noch nicht abgeschlossen. Es handelt sich hier um erste Ergebnisse. Wenn hier von Durchschnittsfrequenz die Rede ist, handelt es sich um einen intertemporalen Wert (über die verschiedenen Konjunkturzyklen hinweg).

Bundesrepublik keineswegs parallel zur bundesrepublikanischen Bewegung verlaufen muß, erscheint ein derartiges Ergebnis auch plausibel. Eigene Vorarbeiten im Hinblick auf eine ausführlichere Analyse des internationalen Konjunkturverbands lassen z. B. erkennen, daß die Konjunkturzyklen der Handelspartner nicht nur phasenverschoben verlaufen, sondern teilweise auch andere Periodizitäten aufweisen.

Die sektoralen Beschäftigungsschwankungen entsprechen erwartungsgemäß in ihrer zyklischen Struktur weitgehend den Produktionsschwankungen der jeweils zugrunde gelegten Wirtschaftsbereiche, reagieren jedoch phasenverschoben¹⁸. Bei den industriellen Erzeugerpreisen ist die zyklische Bewegungskomponente im konjunkturrelevanten Frequenzbereich zwar noch deutlich zu sehen, besitzt jedoch nicht mehr die überragende Bedeutung wie im Produktions- und Beschäftigungsbereich. Der Preisindex für die Lebenshaltung bzw. seine Teilindizes zeigen Spektren mit teilweise breiten Gipfeln, die keine eindeutige Interpretation zulassen¹⁹.

Aus diesen bereits vorliegenden empirischen Untersuchungsergebnissen läßt sich der Schluß ziehen, daß die Konjunkturschwankungen in der Bundesrepublik zwar durch zyklische Regelmäßigkeiten gekennzeichnet sind, die im Zeitablauf jedoch weder stabil sind noch bei allen Konjunkturmerkmalen die gleiche Rolle spielen. Es besteht die berechtigte Vermutung, daß es branchenspezifische Schwankungen gibt, die sich nicht mittels eines einzigen gesamtwirtschaftlichen Indikators erfassen lassen, sondern die Formulierung sektoral orientierter Indikatoren erfordern. Manche Größen (z. B. Auslandsumsätze) weisen überhaupt keine zyklische Grundstruktur auf und müssen zur Bestimmung von Regelmäßigkeiten noch weiter aufgliedert werden.

Man muß somit von gesamtwirtschaftlichen Indikatoren abgehen und sich stärker auf homogene (in bezug auf einen bestimmten Zyklus) Teilbereiche der Wirtschaft konzentrieren. Gleichzeitig wird deutlich, daß nicht alle konjunkturrelevanten Tatbestände mittels eines einzigen Indikators diagnostiziert werden können. Die Aussagekraft bestimmter Indikatoren ist vielmehr stets an einzelne Teilkomponenten des Konjunkturphänomens (z. B. Produktion, Beschäftigung oder Preise) gebunden und kann nicht auf andere Bereiche ausgedehnt werden. Für eine erfolgreiche Stabilisierungspolitik müßte daher ein differenziertes Indikatorensystem entwickelt werden.

¹⁸ Die Phasenstruktur wird im Abschnitt 2.2 näher dargelegt.

¹⁹ Die Analyse von Preisreihen ist noch nicht abgeschlossen.

2.2 Die Phasenstruktur des Konjunkturphänomens

2.2.1 Aufgliederung des Konjunkturphänomens in phasenverschobene Zyklen

Die Frage nach der Phasenstruktur interessiert vor allem unter zwei Aspekten. Die Frage kann sich einmal auf volkswirtschaftliche Aggregate richten, die aufgrund der Phasenverschiebung der internen Teilkomponenten keine eindeutige zyklische Bewegung aufweisen. Durch eine dieser „lead-lag“-Struktur Rechnung tragende Aufgliederung dieser Aggregate (etwa Produktion, Beschäftigung oder Preisniveau) könnte man dann unter Umständen auf Regelmäßigkeiten stoßen, die in der Globalgröße nicht zum Ausdruck kommen. Zum anderen ist die Frage nach der Phasenstruktur auch für die Formulierung von Frühindikatoren von Bedeutung, da ohne derartige prognostische Informationen eine mit Handlungs- und Wirkungsverzögerungen arbeitende Stabilisierungspolitik überfordert ist. Gesucht sind somit Indikatoren, die eine enge Beziehung zu wichtigen Referenzgrößen aufweisen und diesen deutlich vorauslaufen. Sie schaffen den Spielraum für konjunkturpolitische Entscheidungen und ermöglichen den Einsatz von Instrumenten mit größerem Wirkungslag.

Die erste Teilfrage berührt somit den sektoralen und regionalen Diffusionsprozeß der Konjunktur und kann, falls große interregionale oder intersektorale Phasenverschiebungen beobachtet werden können, Anhaltspunkte für eine branchenmäßig oder räumlich differenzierte Stabilisierungspolitik liefern. Sollten sich diese Phasenverschiebungen jedoch in engen Grenzen halten, besteht bei gleicher Periodizität der Zyklen kein Anlaß, von einer Niveaupolitik abzugehen. Die zweite Teilfrage konzentriert sich auf den prognostischen Informationsgehalt der Frühindikatoren als Voraussetzung für eine diskretionäre bzw. (zyklusorientierte) regelgebundene Konjunkturpolitik.

2.2.2 Methoden zur Bestimmung der Phasendivergenzen

Zur Herausarbeitung der zwischen den einzelnen Beobachtungsmerkmalen der Konjunktur bestehenden „lead-lag“-Strukturen muß man die zwischen den verwendeten Zeitreihen vorliegenden Interdependenzen aufdecken. In Ermangelung eines besseren Analyseinstruments wurde im Rahmen der traditionellen Konjunkturforschung eine Korrelationsanalyse der Zeitreihen vorgenommen, wobei jedoch nicht ausgeschlossen werden konnte, daß sich unter gewissen Umständen „nonsense“-Korrelationen ergaben.

Einen methodischen Fortschritt gegenüber diesem traditionellen Ansatzpunkt bietet die Kreuzspektralanalyse. Läßt sich die eindimensio-

nale Ausprägung der Spektralanalyse als moderne Variante der traditionellen Varianzanalyse ansehen, kann die Kreuzspektralanalyse als eine moderne Version der Korrelations- bzw. Regressionsanalyse betrachtet werden, bei der ebenfalls eine Transformation der Analyseebene vom Zeit- in den Frequenzbereich stattfindet. Man nimmt hierzu — im Gegensatz zur üblichen Korrelationsanalyse — eine Aufspaltung der zwischen den beiden betrachteten zeitverschobenen Prozessen bestehenden Kovarianz in die einzelnen Frequenzen korrespondierenden Komponenten vor²⁰. Als Maß der Bindung zwischen je zwei entsprechenden zyklischen Komponenten dient der sog. Kohärenzkoeffizient, der etwa dem Determinationskoeffizienten im Zeitbereich entspricht.

Sofern die Maxima und Minima korrespondierender Schwingungen zu unterschiedlichen Zeitpunkten erreicht werden, liegt eine Phasenverschiebung vor. Die Kohärenzanalyse ist somit durch eine Phasenanalyse zu vervollständigen, welche die zeitlichen Vor- und Nachlaufbeziehungen zwischen den einzelnen Frequenzkomponenten bestimmt²¹. Ziel der Phasenanalyse ist es somit, einen quantitativen Ausdruck für die zeitliche Verschiebung korrespondierender Frequenzkomponenten zu geben.

2.2.3 Die Phasenstruktur konjunkturelevanter Beobachtungsmerkmale

Prüft man die interne Phasenstruktur wichtiger konjunkturelevanter Tatbestände, stößt man auf die von Gröhn bereits aufgezeigten Phasenverschiebungen der sektoralen Produktionsindizes²². Sie werden durch eigene Untersuchungen bestätigt, die bereits zwischen den großen industriellen Bereichen Phasenverschiebungen bis zu 8 Monaten ergeben²³. Die Ergebnisse zeigen somit, daß noch beachtliche Zeitunterschiede zwischen den gleichen Frequenzkomponenten von Zeitreihen bestehen.

Im Vergleich zur Sektoralanalyse wird der regionalen Streuung bis jetzt noch wenig Aufmerksamkeit zugewendet. Eine noch nicht veröffentlichte Analyse der Indizes der industriellen Nettoproduktion der verschiedenen Bundesländer zeigt jedoch, daß die Periodenlänge der Produktionsschwankungen in allen Bundesländern (Ausnahme: Bremen) etwa gleich lang ist²⁴. Interessant ist jedoch, daß die Phasen-

²⁰ Vgl. C. W. J. Granger und M. Hatanaka, *Spectral Analysis of Economic Time Series*, S. 95.

²¹ Diese Informationen lassen sich aus dem Phasenspektrum ableiten.

²² Vgl. E. Gröhn, *Spektralanalytische Untersuchungen zum zyklischen Wachstum der Industrieproduktion in der BRD 1950 - 1967*, Tübingen 1970.

²³ Hier sollen nur Beispiele für die interne Phasenstruktur der industriellen Produktion untersucht werden. Die Arbeiten an einer entsprechenden Analyse der Beschäftigung bzw. der Preise sind noch nicht abgeschlossen.

verschiebungen zwischen dem Gesamtindex und den Indizes in den einzelnen Ländern sehr gering ausfallen, so daß sie auf diesem Niveau räumlicher Disaggregation im Grunde genommen vernachlässigt werden können. Von da aus gesehen scheint sich auf Länderebene noch nicht die Notwendigkeit einer räumlich differenzierten Konjunkturpolitik zu ergeben²⁵. Die unterschiedlichen Amplituden legen aber den Schluß nahe, daß bei der Dosierung der Maßnahmen Differenzierungen erforderlich sind. Diese Unterschiede in der Amplitudenbewegung lassen sich vor allem auf die Bedeutung der einzelnen Sektoren in den verschiedenen Ländern zurückführen. In Ländern, in denen die Grundstoff- und Produktionsgüterindustrie, die Investitionsgüterindustrie und die Verbrauchsgüterindustrie vorherrschen, ist der Konjunkturzyklus besonders stark ausgeprägt.

Zwischen industrieller Produktion und Beschäftigung bestehen ebenfalls Phasendivergenzen. Die Kreuzspektralanalyse kommt für die einzelnen Industriesektoren im Vergleich zum Index der industriellen Nettoproduktion zu einem Nachlauf zwischen 2,5 und 11 Monaten. Der entsprechende Nachlauf der Preisreihen beträgt bei jedoch teilweise geringen Kohärenzwerten bis zu 24 Monaten.

Zeitreihen, deren zyklische Bewegungskomponente gegenüber der entsprechenden Komponente einer Referenzreihe (etwa Index der industriellen Nettoproduktion) einen Vorlauf aufweisen, können als Frühindikatoren Verwendung finden. Empirische Untersuchungen machen deutlich, daß es einige Beobachtungsmerkmale gibt, die die erforderliche Bedingung eines ausreichenden Vorlaufs (mehr als 3 Monate) und einer hohen Kohärenz erfüllen²⁶. Zu diesen Indikatoren zählen vor allem die meisten Indizes des Auftragseingangs (durchschnittlicher Vorlauf bis zu 5 Monaten) und die Relationen des Auftragseingangs zum Umsatz (teilweise Vorlauf bis zu 12 Monaten)²⁷. Der vielfach als Frühindikator bezeichnete Konjunkturindikator des Sachverständigenrats scheidet hingegen aus, da er bis zu 2 Monaten hinter der hier gewählten Referenzreihe einherläuft, wie auch die Ifo-

²⁴ Vgl. *H. Hoffmann*, Die Bedeutung und Erklärung des Konjunkturphänomens in den Bundesländern der Bundesrepublik Deutschland, unveröffentl. Manuskript, Bochum 1974.

²⁵ Es ist jedoch zu erwarten, daß bei weiterer räumlicher Disaggregation (z. B. etwa auf der Basis regionaler Arbeitsmärkte) größere Phasenverschiebungen auftreten.

²⁶ Jeweils in bezug auf den Index der industriellen Nettoproduktion. Die folgende Betrachtung beschränkt sich außerdem auf Zeitreihen mit Monatswerten.

²⁷ Zu ähnlichen Ergebnissen kommt *Abels*. Vgl. *H. Abels*, Frühindikatoren der Konjunkturentwicklung, unveröffentl. Manuskript, S. 16. Dort weist *Abels* außerdem auf das Produktionsergebnis je Arbeiterstunde (Vorlauf 10 Monate) und den Aktienindex des Statistischen Bundesamtes (Vorlauf 9 Monate) hin.

Beurteilung der Geschäftslage in der verarbeitenden Industrie bzw. in den Investitionsgüterindustrien durchschnittlich 3 bis 5 Monate verspätet auf die industriellen Produktionsschwankungen reagiert²⁸.

Stabilitätsuntersuchungen zeigen, daß die oben erwähnten „Leads“ im Zeitablauf jedoch nicht konstant bleiben, sondern teilweise beachtlichen Schwankungen unterliegen²⁹. Vor allem in nicht durch eine eindeutige Tendenz gekennzeichneten Konjunkturphasen (etwa 1956/66) geht der Vorlauf der meisten Frühindikatoren zurück, während in ausgesprochenen Auf- und Abschwungsphasen der Lead ansteigt. Der Vorlauf der meisten Frühindikatoren scheint somit auch von der Intensität der konjunkturellen Schwankungen abzuhängen. Insofern ist es verfehlt, von einem systematischen oder konstanten Vorlauf der Frühindikatoren zu sprechen.

Damit wird die wirtschaftspolitische Verwertbarkeit der meisten Frühindikatoren stark eingeschränkt. Sie geben zwar wertvolle Hinweise auf mögliche konjunkturelle Entwicklungstendenzen, die Instabilität der Verlaufsbeziehungen und die nicht immer überzeugenden Kohärenzen erschweren es jedoch, auf der Basis dieser Frühindikatoren eine quantitative und zeitliche Dosierung der Stabilisierungsmaßnahmen vorzunehmen. Der Spielraum für Überraschungseffekte ist derartig groß, daß man keine Bindung von Maßnahmen an die gegebenen Frühindikatoren wagen kann. Hinzu kommt, daß die oben genannten Frühindikatoren nur Veränderungen der Nachfrage zum Ausdruck bringen bzw. indirekt (bei Bezugnahme auf die Umsätze) die Lagerbestände berücksichtigen. Auf die Frage, welche Ursachen für die Veränderung der sich in den Auftragseingängen widerspiegelnden Nachfrage verantwortlich zeigen, geben sie keine Auskunft. Damit wird es schwer, die Frühindikatoren als ausreichende Informationsbasis für eine ursachenadäquate Stabilisierungspolitik anzusehen.

3. Zusammenfassung

Faßt man nochmals die wichtigsten Ergebnisse zusammen, so lassen sich folgende Schlußfolgerungen für eine Stabilisierungspolitik ableiten.

²⁸ Für die Ifo-Erwartungen über die Geschäftslage für die nächsten Monate in der verarbeitenden Industrie wurde hingegen ein Vorlauf von 4 bis 5 Monaten ermittelt.

²⁹ Abels errechnet z. B. für die Lead-Beziehung zwischen dem Anteil des Auftragseingangs am Umsatz der Verbrauchsgüterindustrien“ und dem „Index der industriellen Nettoproduktion“ eine Streuung von 5,21 bei einem Kohärenzmaß von 0,778. Vgl. H. Abels, Frühindikatoren für die Konjunktur-entwicklung, S. 7.

1. Die gegenwärtig bekannten Konjunkturindikatoren reichen nicht aus, um eine zyklusorientierte Regelbindung vorzunehmen. Dies würde einen straffen Zusammenhang zwischen den Frühindikatoren und den zu beeinflussenden Referenzgrößen sowie eine Konstanz des Verlaufs über die Konjunkturzyklen hinweg voraussetzen. Beide Bedingungen können gegenwärtig als noch nicht erfüllt angesehen werden.
2. Die statistischen Untersuchungen zeigen aber, daß das Konjunkturphänomen durch zyklische Regelmäßigkeiten gekennzeichnet ist. Das bedeutet, daß die Konjunkturindikatoren Informationen liefern, die eine diskretionäre Konjunkturpolitik erleichtern können. Hierzu ist es jedoch notwendig, das Indikatorensystem zu verbessern, und zwar in folgender Hinsicht:
 - 2.1. durch eine sektorale und regionale Aufgliederung des Konjunkturphänomens in Bereiche mit gleicher zyklischer Grundstruktur,
 - 2.2. durch eine klare Festlegung jener Konjunkturtatbestände, die mittels der Konjunkturindikatoren diagnostiziert und prognostiziert werden sollen (z. B. Produktions-, Beschäftigungs- oder Preisindikatoren),
 - 2.3. durch eine bessere Berücksichtigung der Phasendivergenzen, die zwischen den einzelnen Konjunkturkomponenten herrschen und schließlich
 - 2.4. durch eine Ausdehnung der statistischen Erhebungen auf bisher vernachlässigte konjunkturrelevante Ursachenbereiche (z. B. Gewinne, Produktivität³⁰ oder Investitionstätigkeit).

³⁰ Zumindest zeigen statistische Untersuchungen einen Vorlauf der Produktivität vor der Referenzgröße „Index der industriellen Nettoproduktion“.

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Wir lassen uns die Diskussion durch das Korreferat von Herrn Schmidt einleiten. Ein Vorschlag zum weiteren Verlauf der Diskussion: Ich glaube, wir sollten den Teil der Thesen von Herrn Klemmer, der sich schon auf die Frage nach der zu unseren Informationsmöglichkeiten passenden politischen Konzeption bezieht, erst im Zusammenhang mit den Thesen von Herrn Rose diskutieren.

Korreferat zu: Indikatoren für die Stabilisierungspolitik

Von Klaus-Dieter Schmidt, Kiel

1. Der Begriff der Stabilisierungspolitik hat in der öffentlichen Diskussion eine doppelte Bedeutung: Im weiteren Sinne versteht man darunter alle wirtschaftspolitischen Maßnahmen, die auf eine Verstetigung des Wirtschaftsablaufs hinzielen; im engeren Sinne wird der Begriff häufig auch nur in bezug auf die Inflationsbekämpfung verwendet¹.

Herr Klemmer legt seinem Referat die umfassendere Definition zugrunde. Danach ist es das Ziel der Stabilisierungspolitik, die Nachfrage so zu steuern, daß Schwankungen im Auslastungsgrad des Produktionspotentials vermieden werden. Bei einer Verstetigung der Nachfrageexpansion auf einem angemessenen Niveau, so wird offenbar unterstellt, könnten auf längere Sicht keine Zielkonflikte auftreten, wie sie etwa in der Phillips-Kurve zwischen Preisniveaustabilität und hohem Beschäftigungsgrad zum Ausdruck kommen. Preissteigerungen oder Arbeitslosigkeit wären dann ein eindeutiges Indiz für das Versagen der Nachfragesteuerung.

Eine Verstetigung der Nachfrage ist zwar eine notwendige, keineswegs aber hinreichende Bedingung dafür, Zielkonflikte zu vermeiden. So machen gegenwärtig viele Länder (darunter auch die Bundesrepublik Deutschland) die Erfahrung, daß — entgegen der Lehrbuchweis-

¹ So auch das Gutachten des wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft vom 9./10. 3. 1973. Vgl. Grundfragen der Stabilisierungspolitik, Bulletin des Presse- und Informationsamtes der Bundesregierung vom 13. 4. 1973, S. 399.

heit — Inflation und Arbeitslosigkeit auch bei normal ausgelasteten Kapazitäten möglich sind. In diesem Zusammenhang sei auf das deutsche Stabilitäts- und Wachstumsgesetz von 1967 hingewiesen, das sich nicht damit begnügt, das Stabilisierungsziel mit der Erreichung des „gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts“ zu identifizieren (obwohl es mitunter die Vorstellung nährt, es gäbe solch einen konfliktfreien Zustand, bei dem alle Ziele gleichzeitig realisierbar sind), sondern es für richtiger hält, die Einzelziele gesondert aufzuführen. Das Gesetz gebietet, einer Zielverfehlung auch dann entgegenzutreten, wenn sie nicht aus einer Über- oder Unterbeanspruchung der Ressourcen resultiert.

2. Die Existenz von Zielkonflikten kompliziert das Indikatorproblem. Zielkonflikte erfordern wertende Entscheidungen über den Rang der einzelnen Ziele und den Grad der Zielverletzung. Dies zeigt sich deutlich bei der Inflationsbekämpfung, also der Stabilisierungspolitik im engeren Sinne. Seit sich die Preisentwicklung weitgehend von der Mengenkonjunktur gelöst hat, können Preissteigerungen nicht mehr (nur) als Indiz konjunktureller Überauslastung des Produktionspotentials angesehen werden. Sie lassen sich somit auch nicht durch eine Verstetigung des Konjunkturverlaufs hinreichend bekämpfen. In diesem Fall wird man die Politik der Nachfragedämpfung möglicherweise auch dann noch fortsetzen müssen, wenn dies zu einer spürbaren Unterauslastung des Produktionspotentials führt.

Daß dies in der Öffentlichkeit nicht immer verstanden wird, dafür liefert die konjunkturpolitische Diskussion in der Bundesrepublik Deutschland anschauliche Beispiele: Im Herbst 1971 wurde den verantwortlichen Instanzen vorgeworfen, sie hätten den Restriktionskurs mit Rücksicht auf die steigenden Preise zu lange durchzuhalten versucht, obwohl die Konjunkturindikatoren seit längerem eine anhaltende Nachfrageabschwächung und zunehmende Arbeitslosigkeit signalisierten. Ganz ähnlich wird auch gegenwärtig, im Herbst 1974, wieder argumentiert, wobei insbesondere auf die negativen Begleiterscheinungen der Stabilisierungspolitik, die exzessive Steigerung des Exports und die Beschäftigungsschwierigkeiten in vielen binnenmarktorientierten Bereichen, verwiesen wird. Die Preisentwicklung, so hört man es immer wieder, sei nun einmal ein Spätindikator; konjunkturpolitische Maßnahmen an ihr auszurichten hieße, zu spät einzugreifen und zyklische Schwankungen der Nachfrage eher zu verstärken als zu verringern, was längerfristig die Chancen für eine gleichzeitige Zielerreichung mindere.

3. Dieses Dilemma macht deutlich, daß die Ziele Preisniveaustabilität und hoher Beschäftigungsstand unter den gegenwärtigen gesellschaft-

lichen Bedingungen (die insbesondere durch das Fehlen einer funktionierenden Einkommenspolitik gekennzeichnet sind) wohl nur partiell verwirklicht werden können. Das bedeutet, daß die politischen Instanzen im Falle von Zielkonflikten ihre Maßnahmen schwerlich nur an Indikatoren ausrichten können, die die Abweichung von einer Zielgröße signalisieren. Dazu bedarf es vielmehr eines ganzen Indikatorenbündels oder auch komplexer Zielindikatoren, wenn eine falsche Diagnose vermieden werden soll.

Ein treffliches Beispiel für eine solche Fehldiagnose lieferte im Herbst 1971 der Gesamtindikator des Sachverständigenrates, bei dem es sich seiner Konstruktion nach um eine Art Diffusionsindex handelt, der sich sowohl aus Mengengrößen (Produktion, Beschäftigte usw.) wie auch Wertgrößen (Preise, Kosten usw.) zusammensetzt, die sich im Gewichtungsschema ungefähr die Waage halten. Als damals erstmals niedrige Wachstumsraten und hohe Inflationsraten in Kombination auftraten, verharrte der Indikator außerhalb des sogenannten Warnbereichs. Er zeigte also keine Gefährdung der gesamtwirtschaftlichen Ziele an, obwohl gleich mehrere Ziele verletzt oder gefährdet waren.

4. Um Mißverständnissen in der Diskussion vorzubeugen, ist vielleicht der Hinweis wichtig, daß Herr Klemmer seine Analyse auf einen bestimmten Aspekt des Indikatorproblems beschränkt. In ihrem Kern laufen seine Ausführungen auf die von der empirischen Konjunkturforschung seit längerem aufgeworfene Frage hinaus, ob es statistische Variable mit Prognoseeigenschaften gibt, die zyklische Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität frühzeitig und möglichst treffsicher anzeigen.

Für eine erfolgversprechende Stabilisierungspolitik bedarf es indes nicht nur eines Systems von Indikatoren, die eine Zielabweichung signalisieren und damit konkrete konjunkturpolitische Maßnahmen auslösen. Dazu benötigen die Verantwortlichen auch Informationen über deren Stärke und Wirkungsrichtung: Jede Maßnahme (ja selbst die Entscheidung, nichts zu tun) kann, je nach der Ausgangslage, expansiv oder kontraktiv wirken. Dem werden die von Klemmer behandelten Konjunkturindikatoren nur zum Teil gerecht. Ein Indikator, der diesen Ansprüchen genügt, sollte nur den Impuls konjunkturpolitischer Eingriffe widerspiegeln und nicht auch die Rückwirkungen des ganzen Systems.

Worum es geht, sei an einem einfachen Beispiel demonstriert: Stellt man sich auf den Boden der monetaristischen Theorie, dann ist die Entwicklung der Geldmenge ein guter Indikator für die künftige Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Aktivität; sie ist es aber nicht auch im Hinblick auf die Beurteilung der Geldpolitik, es sei denn,

man verträte die Auffassung, daß die Zentralbank die Geldmenge vollständig kontrollieren kann, was selbst unter Monetaristen strittig ist.

5. Breiten Raum widmet der Referent den formalen Anforderungen, die an ein Indikatorsystem, das der Konjunktursteuerung dienen kann, gestellt werden müssen. Die geforderten Eigenschaften — die Indikatoren müssen regelmäßige zyklische Schwankungen aufweisen, sie müssen in einem ursächlichen Zusammenhang mit der Referenzreihe stehen und sie müssen gegenüber dieser einen möglichst stabilen Verlauf besitzen — sind nicht strittig. Das Problem besteht freilich darin (und dies beschäftigt die empirische Konjunkturforschung nun seit mehr als einem halben Jahrhundert), daß die verfügbaren statistischen Reihen diesen Bedingungen in der Regel nicht genügen. Es ist hier nicht der Ort, von den großen und kleinen Schwierigkeiten zu sprechen, mit denen sich Konjunkturforscher bei der Zeitreihenanalyse herumschlagen müssen. Es genügt vielleicht der Hinweis, daß es — trotz der imponierenden Fortschritte auf statistisch-methodischem Gebiet — noch immer nicht gelungen ist, das Problem der Saisonbereinigung in den Griff zu bekommen, von dem Problem der Trendeliminierung ganz zu schweigen. Insofern muß man selbst die vorsichtigen Hoffnungen des Referenten dämpfen, die er an die analytischen Möglichkeiten der Spektralanalyse knüpft². Konjunkturschwankungen laufen nun einmal nicht mit der schönen Regelmäßigkeit von Sinusschwingungen ab. Daher ist die mancherorts gehegte Hoffnung, daß Konjunkturindikatoren es künftig möglich machen könnten, rein mechanische Änderungen im Konjunkturverlauf vorherzusagen, trügerisch. Dies schränkt die wirtschaftspolitische Verwertbarkeit dieser Indikatoren stark ein, insbesondere für eine Stabilisierungspolitik im Sinne einer Regelbindung.

6. Unbestritten ist, daß Konjunkturindikatoren die diskretionäre Konjunktursteuerung erleichtern und daß daher die Bemühungen fortgesetzt werden müssen, das Indikatorensystem zu verbessern. Entscheidende Fortschritte sind dabei allerdings nur zu erwarten, wenn es gelingt, diesen Bemühungen eine allgemein akzeptierte Erklärungshypothese für das zyklische Auf und Ab der wirtschaftlichen Aktivität zugrunde zu legen, was bei dem desolaten Zustand, in dem sich die Konjunkturtheorie noch immer befindet, vorerst nicht zu erwarten ist. Mit Recht ist der empirischen Konjunkturforschung der Vorwurf gemacht worden, ihre Indikatorenmethode verleite zu einer symptomatologischen Betrachtungsweise, die auf die ursächlichen Wirkungszusammenhänge nicht hinreichend Rücksicht nähme³.

² Vor einer allzu unkritischen Übernahme spektralanalytischer Methoden in der Konjunkturforschung muß sogar nachdrücklich gewarnt werden. Was soll man davon halten, wenn Klemmer für die Bauindustrie „Zyklen“ von 3,6 Monaten, 2,5 Monaten und 2,2 Monaten entdeckt haben will?

7. Mögliche Fortschritte sieht Herr Klemmer in einer stärkeren „sektoralen und regionalen Aufgliederung des Konjunkturphänomens in Bereiche mit gleicher zyklischer Grundstruktur“ (S. 444). Was damit gemeint ist, wird allerdings nicht recht klar. Herr Klemmer begründet dies an einer Stelle mit der Notwendigkeit einer räumlich und branchenmäßig differenzierten Konjunkturpolitik⁴, worüber man allerdings unterschiedlicher Auffassung sein kann: Es hieße die Stabilisierungspolitik überfordern, wollte man von ihr verlangen, auf alle friktionellen und strukturellen Besonderheiten in den Problemgebieten Rücksicht zu nehmen.

Richtig dagegen ist der Hinweis, daß es im Konjunkturbild branchenmäßige und regionale Besonderheiten gibt, die sich sowohl in Phasenverschiebungen als auch in Unterschieden in den Amplituden zeigen und die bei Verwendung hochaggregierter Indikatoren der „Durchschnittsbildung“ zum Opfer fallen. Schon Mitchell⁵ hatte nachgewiesen, daß — gemessen an den Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität — die von ihm untersuchten statistischen Reihen zu keinem Zeitpunkt ausnahmslos eine expansive oder kontraktive Bewegung aufwiesen. Im Ablauf eines Konjunkturzyklus kam es vielmehr zu einer fortwährenden Veränderung des Verhältnisses zwischen Reihen mit expansiver und kontraktiver Tendenz, was oftmals Ausdruck von Phasendifferenzen, teils freilich auch nur das Ergebnis akzidenteller Störungen war.

8. Ungeklärt ist bislang, inwieweit sich anhand von Frühindikatoren nicht nur konjunkturelle Wendepunkte und damit die Bewegungsrichtung, sondern auch die Stärke der zyklischen Ausschläge prognostizieren lassen — eine Frage, zu der sich Herr Klemmer nicht äußert, die jedoch für eine diskretionäre Konjunktursteuerung von großer Bedeutung ist. Das gilt vor allem in bezug auf die Konstruktion von „Gesamtindikatoren“, etwa nach der Art von Diffusionsindizes, bei denen die

³ Demgegenüber vertritt z. B. Milton Friedman die Auffassung, daß es nur auf den stochastischen Zusammenhang ankomme. Danach sei die Geldmenge auch dann ein guter Konjunkturindikator, wenn man mit ihrer Hilfe die Schwankungen der wirtschaftlichen Aktivität zuverlässig prognostizieren könne, auch wenn man sich über die kausalen Beziehungen nicht völlig im klaren sei.

⁴ An anderer Stelle heißt es dann allerdings, daß auf Länderebene keine Notwendigkeit einer räumlich differenzierten Konjunkturpolitik bestehe. Es sei jedoch zu erwarten, daß bei einer weitgehenden räumlichen Disaggregation größere Phasenverschiebungen in der Konjunkturentwicklung auftreten.

⁵ Vgl. *Wesley Clair Mitchell*, *What Happens During Business Cycles*, A Progress Report, National Bureau of Economic Research, Studies in Business Cycles No. 5, New York 1951. — *Arthur F. Burns* und *Wesley Clair Mitchell*, *Measuring Business Cycles*. National Bureau of Economic Research, Studies in Business Cycles No. 2, New York 1947.

Transformation von quantitativen in qualitative Informationen mit einem Verlust an Varianz verbunden ist. Zwar sind „Gesamtindikatoren“ (auch der des Sachverständigenrates) bei Anwendung entsprechender Konstruktionsprinzipien durchaus in der Lage, die Intensität zyklischer Ausschläge nachzuzeichnen, doch braucht es meistens längere Zeit, bis sich die Stärke eines Auf- oder Abschwungs sicher erkennen läßt.

9. Um das Indikatorensystem zu verbessern, schlägt Herr Klemmer schließlich eine „Ausdehnung der statistischen Erhebungen auf bisher vernachlässigte konjunkturrelevante Ursachenbereiche“ (S. 444) vor. Dem ist grundsätzlich nichts hinzuzufügen; die empirische Wirtschaftsforschung hat noch nie über ein Zuviel an statistischen Informationen geklagt. Allerdings wird man auch hier die Erwartungen dämpfen müssen. Bereits jetzt zeichnen sich deutlich die Grenzen ab, die einem weiteren Ausbau des konjunkturstatistischen Instrumentariums im Wege stehen. Damit soll zugleich angedeutet werden, daß das Problem der richtigen Konjunkturdiagnose auch künftig recht viel mit „trial and error“ zu tun haben und nicht so sehr eine Frage der Informations- und Analysetechnik sein wird.

Diskussion

Dieter Biehl (Kiel):

Ich möchte zwei Bemerkungen in Form von Fragen anbringen. Die erste bezieht sich darauf, daß Herr Klemmer den Nettoproduktionsindex der Industrie und seine Teilkomponenten als geeignete Indikatoren für die Stabilisierungspolitik zu betrachten scheint. Meine Frage lautet: Wie steht es mit den Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft? Das generelle Bild ist ja bekannt: Entwickeltere Volkswirtschaften weisen einen anteilmäßig zurückgehenden Industriesektor und einen anteilmäßig steigenden Dienstleistungssektor auf. Auch wenn mit dem Strukturwandel eine langfristige Entwicklung angesprochen wird, muß diese Entwicklung mindestens über einen Konjunkturzyklus hinweg berücksichtigt werden. Von daher wäre dann — im Sinne wohl auch von Herrn Rose — der Versuch, einen solchen Indikator über geeignete Instrumente auf einem konstanten Entwicklungspfad zu halten, eine mittel- und langfristig wahrscheinlich falsche Strategie.

Meine zweite Frage schließt sich an die Ausführungen von Herrn Klemmer und Herrn Schmidt zur sektoralen und regionalen Differenzierung der Stabilisierungspolitik an. Entgegen den Hinweisen insbesondere von Herrn Klemmer, konjunkturelle Phänomene möglichst sektoral und regional nicht nur zu analysieren, sondern via Konjunkturpolitik auch zu steuern, möchte ich fragen, ob wir diesen Problembereich nicht zweckmäßigerweise unter dem Stichwort „Struktur- und Regionalpolitik“ oder „Struktur- und Regionalanalyse“ aus der konjunkturpolitischen Diskussion ausklammern sollten, um uns stärker auf die konjunkturellen Probleme konzentrieren zu können. Wenn wir das nicht tun, geraten wir in die Gefahr, die Konjunkturpolitik zur „Politik aller Politiken“ zu machen und sie mit einem Großteil aller Aufgaben zu belasten, die Wirtschaftspolitik allgemein ausmachen. Mit einer solchen Beschränkung vereinfachen wir sicherlich teilweise unsere Aufgabe. Man würde dann leicht abgewandelt die bekannte Zuordnung des Musgraveschen Modells vornehmen: Unter der Voraussetzung, die Struktur- und Regionalpolitik habe alles richtig gemacht und ihre Ziele erfüllt, was bleibt dann für die Konjunkturpolitik an gesamtwirtschaftlicher Nachfragesteuerung? Ich betrachte jedenfalls die Regionalpolitik und die Strukturpolitik als trendorientierte längerfristige Politiken, die grundsätzlich nicht aus konjunkturpolitischen Gründen

modifiziert werden sollten. Wenn Regionen sich in ihrer konjunkturellen Entwicklung unterscheiden, dann im wesentlichen aus zwei Gründen: einmal wegen langfristig wirkender regionsspezifischer Faktoren, die *jede* Wirtschaftstätigkeit in der gleichen Region in gleicher Weise beeinflussen (wie z. B. periphere Lage und Verdichtung), und zum anderen wegen der Unterschiede in der regionalen Wirtschaftsstruktur.

Schließlich ein letzter Aspekt, der mir nicht nur in Ihrem Referat, sondern auch bei anderen zu fehlen scheint, was natürlich auch mit der Beschränkung und Abgrenzung der Themen zusammenhängen kann: Die Frage der Zielkonflikte beispielsweise innerhalb der Haushaltspolitik; die Haushaltspolitik ist ja schließlich nicht in erster Linie Konjunktur- und Globalsteuerungspolitik, sondern eher Allokations- und Distributionspolitik.

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Ich möchte noch ein Wort zum Procedere hinsichtlich der Abgrenzung unserer Verhandlungen von denen des Arbeitskreises K sagen, zur Frage also, inwieweit Probleme der Strukturpolitik in ihrer Beziehung zur Stabilisierungspolitik abgeschichtet werden sollen. Sicherlich können wir nicht die ganze Problematik des Arbeitskreises K hier auf den Tisch bringen. Doch wir brauchen uns auch nicht zu viel Disziplin aufzuerlegen. Schon aus den Gründen, die Herr Klemmer in seiner empirischen Analyse dargelegt hat, kommen wir gar nicht darum herum, eine regionale oder sektorale Disaggregation der Konjunkturpolitik zur Diskussion zu bringen.

Paul Klemmer (Bochum):

Vielleicht kann ich schon auf einige Fragen, insbesondere auf den von Herrn Biehl vorgebrachten Einwand, eingehen. Ich möchte zunächst festhalten, daß ich keine regionale Wirtschaftspolitik betreiben will; es geht mir vielmehr darum, die bisher raumlos definierten konjunkturpolitischen Zielsetzungen um eine regionale Komponente zu erweitern. Sieht man die Konjunktur als ein periodisches Phänomen der Über- und Unterauslastung von Produktionskapazitäten an, kann man nachweisen, daß diese Schwankungen im Auslastungsgrad regional divergieren. In einem solchen Fall kann es verfehlt sein, von einer raumlosen bzw. globalen Zieldefinition auszugehen. Auf Länderebene sind, wie mein Beitrag gezeigt hat, die Divergenzen zwar noch zu gering, um sich für eine räumlich differenzierte Konjunkturpolitik auszusprechen. Ich gehe aber von der Annahme aus, daß die Situation sich ändert, sobald man der Analyse regionale Arbeitsmärkte zugrundelegt.

Eine derartige Betrachtungsweise ist somit nicht regionalpolitisch bestimmt, sondern eine Erweiterung des konjunkturpolitischen Blickwinkels. Es geht um die Erklärung und Beeinflussung der divergierenden Konjunkturreaktivität von Teilgebieten der Volkswirtschaft.

Eine weitere Frage bezog sich auf die Berücksichtigung von Zielkonflikten im Rahmen der Indikatoren für die Stabilisierungspolitik. Was die Zielbeziehungen angeht, lassen sich grob zwei unterschiedliche Auffassungen vertreten. Man kann einmal von einer längerfristigen Zielharmonie ausgehen oder Inkompatibilität unterstellen. Übernimmt man die Harmoniehypothese, kann man sich auf eine Zielgröße zurückziehen, vertritt man die Vorstellung eines nicht zu lösenden Zielkonflikts, bleibt zu fragen, ob es überhaupt sinnvoll ist, einen komplexen Zielindikator zu konstruieren. Unabhängig von der Lösung des Gewichtungproblems bedarf in diesem letzteren Fall die Konjunkturpolitik der Informationen über den Realisierungsgrad der Einzelziele. Mittels eines komplexen Indikators und dem damit verbundenen Nivellierungseffekt würden hingegen viele Probleme automatisch verdeckt. Hinzu kommt, daß unser Hypothesenvorrat über die bestehenden Zielkonflikte nicht ausreicht, um komplexe Indikatoren für die Bundesrepublik zu konstruieren.

Ich habe darum die Frage der komplexen Zielindikatoren als gegenwärtig noch nicht lösbar zurückgestellt und stärker die Beziehungen zwischen unserer Erkenntnismöglichkeit und der Art der stabilisierungspolitischen Antworten analysiert. Es wurde somit geprüft, inwieweit die Stabilisierungspolitik auf einer ausreichenden prognostischen Basis aufbaut. Zu diesem Zwecke wurden die vorliegenden Konjunkturindikatoren gewissen Anforderungen unterworfen, insbesondere der Bedingung eines systematischen Vorlaufs. Als Untersuchungsinstrument zur Bestimmung der Phasenverschiebung wurde auf die Spektralanalyse zurückgegriffen, die sich auf besondere Weise eignet, zyklische Phänomene zu analysieren. Während man mit der Spektralanalyse eine Vorstellung von der durchschnittlichen Periodenlänge bzw. der durchschnittlichen Phasendivergenz erhält, kann man anhand der komplexen Demodulation überprüfen, ob sich dieses Beziehungssystem im Zeitablauf als stabil erweist.

Heinz Müller (Freiburg):

Herr Klemmer, wenn ich Sie recht verstanden habe, versuchen Sie, über eine sektorale und regionale Differenzierung in der Auslastung der Kapazitäten weiterzukommen. Ich habe große Bedenken, ob das nicht zu einer Art Restrechnung führt. Sie wissen doch, daß das, was die Statistik als Sektoren ansieht, immer ein Gemisch ist. Nehmen Sie die

Textilindustrie. Sie sieht in Südbaden ganz anders aus als in Teilen von Nordrhein-Westfalen. Was ist daran sektoral und was ist regional? Sie können genauso gut umgekehrt rechnen. Wenn Sie das Regionale primär nehmen — denken Sie etwa an die Abgrenzung nach Regierungsbezirken —, dann haben Sie wieder die Überschneidungen und Sie rechnen die Reste gewissermaßen in die Sektoren als Restgrößen hinein. Ich glaube, Sie kommen zu keiner klaren Trennung. Sonst würde ich Ihrem Verfahren eine Erfolgchance geben.

Hildegard Bartels (Wiesbaden):

Ich möchte noch einiges zum statistischen Instrumentarium sagen. Herr Tietmeyer hat in seinem Referat schon hervorgehoben, daß wir in der BRD ein sehr gut ausgebautes System kurzfristiger statistischer Indikatoren haben. Alle Diskussionen im Bereich der Europäischen Gemeinschaft und der Wirtschaftskommission für Europa beweisen das. Trotzdem gibt es natürlich noch erhebliche Lücken. Aber es ist nicht so, wie es eben gesagt worden ist, daß wir uns nur auf Indikatoren für die Industrie verlassen müssen, sondern daß wir mindestens auch für den Handelsbereich, für den Verkehrsbereich, für einige Dienstleistungsbereiche und im gewissen Maße auch für die Landwirtschaft kurzfristige Indikatoren haben. Wir haben daneben auch noch halb-jährliche amtliche Sozialproduktzahlen und von den Instituten auch vierteljährliche Sozialproduktzahlen in einer gewissen branchenmäßigen Aufgliederung, die uns die Gesamtzusammenhänge zeigen und ein globales Bild geben. Trotzdem gibt es noch eine ganze Reihe von Lücken. Als gravierendste Lücke ist eigentlich immer die Gewinnstatistik genannt worden, oder wie die „Wirtschaftswoche“ es formuliert hat: Warum wissen wir alles über die Schweine und nichts über die Gewinne? Aber das liegt daran, daß man die Schweine relativ einfach regelmäßig zählen kann, bei den Gewinnen dagegen ist das nicht ganz so einfach. Ich glaube, der Ehrgeiz geht wohl kaum dahin, etwa monatliche oder vierteljährliche Gewinnstatistiken zu haben; wir wären schon froh, wenn wir jährliche hätten. Dabei spielt natürlich etwas die Frage hinein, in welchem Stadium des Einkommenskreislaufes wir die Gewinne erfassen wollen. Das ist wiederum für verschiedene Problemstellungen durchaus verschieden. Wenn wir an die Aufteilung des Betriebs- oder Unternehmensergebnisses auf die Produktionsfaktoren denken, dann geht es in erster Linie um die Erfassung der Betriebs- und Unternehmensgewinne, während bei Einkommensverteilungsproblemen mehr der letzte Empfänger der Gewinne interessiert. Es sind für alle Stadien schon gewisse Versuche der Erfassung gemacht worden. Wir haben in der Kostenstrukturstatistik, die wir bisher für alle Wirtschaftsbereiche in einem vierjährigen Rhyth-

mus durchführen, zumindest Annäherungen an das Betriebsergebnis. Diese Richtung wird verstärkt werden, weil wir jetzt gerade vor ein paar Tagen grünes Licht für eine Reform der Statistik im produzierenden Gewerbe bekommen haben. Bei dieser Reform soll auch auf Wunsch der Europäischen Gemeinschaft eine jährliche Kostenstrukturstatistik im produzierenden Gewerbe durchgeführt werden. Wieweit das klappt, ist eine andere Frage, aber wir haben immerhin die Hoffnung, daß wir jährlich etwas besser angenäherte Daten über die Betriebsgewinne bekommen werden.

Es ist verschiedentlich versucht worden, Daten über Unternehmensgewinne zu bekommen. Die Bundesbank hat eine ziemlich ausführliche Bilanzstatistik aufgrund von Kreditanträgen, aus der eine ganze Menge zu entnehmen ist. Wir haben bisher nur eine Bilanzstatistik für Aktiengesellschaften. Diese könnte jetzt aufgrund der neuen Publikationsvorschriften auf die Gesellschaften mit beschränkter Haftung ausgedehnt werden. Herr Tietmeyer, ein Appell an Sie — wir haben das mit Herrn Raabe schon mehrfach diskutiert —: Auch wenn diese Statistik, die auf veröffentlichten Unterlagen beruht, etwas Geld kostet, könnte Sie nicht dennoch in die Wege geleitet werden? Der Herr Finanzminister war in dieser Beziehung bis jetzt zurückhaltend. Besseres Material bekämen wir wahrscheinlich — das ging auch aus der damaligen Antwort auf den Appell der Tarifpartner hervor —, wenn wir an die Steuerbilanzen herankommen könnten. Aber offenbar ist die Steuerbilanz bei uns tabu. Es wird immer das Steuergeheimnis ins Feld geführt und die Tatsache, daß das Schema der Steuerbilanzen nicht einheitlich sei. Das ist natürlich ein Handikap, aber man kann so etwas auch beseitigen. Jedenfalls beneide ich immer die Franzosen, die für ihre Sozialproduktsberechnungen und andere Zwecke eine auf Steuerbilanzen gegründete Gewinn- und Verluststatistik haben und eine entsprechende Bilanzstatistik.

Ebenfalls versucht worden ist, die Einkommen beim letzten Empfänger durch eine Statistik aufgrund der Einkommensteuererklärungen zu erfassen. Das Gesetz, das vom Sachverständigenrat initiiert worden war, ist damals im Bundestag nicht durchgekommen. Dafür hat die Finanzverwaltung aber aufgrund der Unterlagen der Finanzämter eine Einkommenssteueranlagungsstatistik in die Wege geleitet. Diese Statistik hat wegen der langen Veranlagungsfristen bzw. Abgabefristen für die Steuererklärungen vieler Großfirmen den Nachteil, daß die Ergebnisse immer recht spät kommen.

Einiges ist also schon getan worden, aber trotzdem ist vieles noch recht unzureichend. Ich wollte nur auf die Schwierigkeiten aufmerksam machen, aber auch auf die vorhandenen Möglichkeiten hinweisen, die noch nicht voll ausgeschöpft sind.

Sodann, Herr Klemmer, haben Sie die Produktivitätsstatistiken erwähnt. Damit steht es, glaube ich, nicht ganz so schlecht; denn wir haben eine Statistik der Arbeitsproduktivität in der Industrie, und zwar kurzfristig, die Nettoproduktion bezogen auf Beschäftigte und Beschäftigtenstunden.

Statistiken der Investitionstätigkeit sind auch noch etwas mager, da haben Sie völlig recht, vor allem, wenn man an die Erfassung der Investitionen beim Investor denkt, also in den investierenden Bereichen. Für die Produktion von Investitionsgütern und die Einfuhr und Ausfuhr von Investitionsgütern haben wir sehr detaillierte Unterlagen, mit denen kann man schon eine ganze Menge machen. Außerdem haben wir noch jährliche Investitionsstatistiken für die Industrie.

Dann ist hier auch die Forderung nach laufenden Beschäftigtenstatistiken angeklungen. Ich empfinde es als einen der größten Mängel für die Konjunkturbeobachtung, daß wir keine kurzfristigen Beschäftigtenstatistiken für die Gesamtzahl der Beschäftigten haben. Aber auch da bahnt sich einiges an, denn die Bundesanstalt für Arbeit bekommt in Zukunft die automatisierten Unterlagen der Sozialversicherung und damit ein Material, das einen ziemlich vollständigen Überblick über die abhängig Beschäftigten und ihre Entgelte gibt. Die Bundesanstalt für Arbeit, das Arbeitsministerium und wir werden zusammen dieses Material aufbereiten. Die Bundesanstalt für Arbeit wird in erster Linie die kurzfristigen Zahlen bringen, zum Beispiel vierteljährliche Zahlen. Dazu müssen noch ergänzende Meldungen eingeführt werden. Diese Dinge sind im Gange, so daß wir in absehbarer Zeit mit einer fachlich und regional sehr fein gegliederten laufenden Beschäftigtenstatistik für alle Arbeitnehmer rechnen können. Diese Zahlen können durch unsere Statistiken aus dem Mikrozensus, aus der Volkszählung, aus dem öffentlichen Dienst und so weiter ergänzt werden für die Teile, die in der Statistik fehlen.

Dann ist die Frage der sektoralen und regionalen Untergliederung angeschnitten worden. Sektoral liegen immerhin doch relativ fein gegliederte Daten aus verschiedenen kurzfristigen Statistiken vor. Sie könnten natürlich noch feiner sein, Sie haben völlig recht, aber es ist schon eine Menge da. Die Gewinnung von regionalen Daten bringt technische und organisatorische Schwierigkeiten mit sich. Konjunkturindikatoren müssen schnell da sein. Das bedeutet, daß man sie eigentlich nur auf repräsentativer Basis erheben kann, während man regional fein gegliederte Daten total erheben muß. Nun kann man auch mit repräsentativen Statistiken schon einiges machen. Herr Müller hat bereits angedeutet, daß ein Teil der regionalen Konjunkturabweichungen

auf Besonderheiten der Branchenstruktur in den einzelnen Regionen beruht. Man kann für kleine Regionen schon etwas machen, ohne nochmals besondere Erhebungen anzustellen, indem man die vorhandenen Meßreihen auf die besondere Branchenstruktur dieser Regionen abstellt. Die echten regionalen Einflüsse sind damit nicht zu erfassen; wobei man sich manchmal fragt, ob die regionale Konjunktur immer eine echte regionale Konjunktur ist. Zum Teil ist sie auch „ferngesteuert“, soweit es sich nämlich um Zweigbetriebe von Großunternehmen handelt. Hiermit möchte ich nur einige Fragen und Möglichkeiten andeuten. In regionaler Hinsicht ist kurzfristig noch einiges an Lücken festzustellen, und es ist auch nicht so bald etwas daran zu ändern, es sei denn, wir bekommen derartige Verwaltungsunterlagen wie bei der Sozialversicherung, die ein totales Bild geben und auch eine regionale Untergliederung ermöglichen.

Hans-Joachim Rüstow (Allmannshausen a. Starnberger See):

Ich möchte schon jetzt hinweisen auf gewisse grundsätzliche Schwierigkeiten hinsichtlich der Indikatoren, die uns bei sämtlichen Referaten beschäftigen werden. Es scheint mir so zu sein, daß auch die besten, vollständigsten und rechtzeitig gelieferten Indikatoren unter Umständen nicht die richtige Signalwirkung geben können für die erforderlichen global steuernden Maßnahmen. Man könnte dafür die heutige wirtschaftliche Situation als Beispiel nennen. Wenn in der augenblicklichen Situation alle Indikatoren rechtzeitig anzeigen würden, daß im gesamten wirtschaftlichen Bereich die Kapazitäten ungenügend ausgelastet sind, daß bereits Arbeitslosigkeit besteht mit der Tendenz, sich zu verstärken, wenn alle Indikatoren eine Abschwächung der Investitionstätigkeit anzeigen, fragt es sich doch, welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen daraus zu ziehen, welche Daten zu setzen sind. Es ist nämlich zu berücksichtigen, daß im Durchschnitt der letzten 10 Jahre die deutschen Arbeitsfähigen um jährlich 190 000 geschrumpft sind. Trotzdem haben wir noch im Jahre 1973 für über 200 Mrd. DM investiert und mit einem Kapitalaufwand von mehr als 100 Mrd. DM neue Arbeitsplätze geschaffen, für die es — infolge der Schrumpfung der eigenen Arbeitsfähigen — keine Arbeitskräfte gab. Deswegen ist im Augenblick ein Nachlassen der gesamtwirtschaftlichen Investitionstätigkeit und eine entsprechend geringere Schaffung von neuen Arbeitsplätzen gar nicht ungünstig zu beurteilen. Eine solche Entwicklung erfordert keineswegs die Setzung globaler wirtschaftspolitischer Daten, durch die die allgemeine privatwirtschaftliche Investition wieder gestärkt wird. Sie bietet vielmehr die Möglichkeit, die schrumpfenden privatwirtschaftlichen Investitionen, aus denen neue Arbeitsplätze hervorgehen würden, für die wir keine Arbeitskräfte haben, durch

öffentliche Investitionen zu ersetzen. Öffentliche Investitionen für Infrastruktur, Umweltschutz und Reformen erzeugen in weit geringerem Ausmaß neue Arbeitsplätze — vielleicht geht aus ihnen noch nicht einmal $\frac{1}{3}$ der Arbeitsplätze hervor, die durch entsprechende private Investitionen entstanden wären. Unter solchen Umständen würden auch die besten und rechtzeitigen Indikatoren, die anzeigen, daß die privatwirtschaftliche Investitionstätigkeit nachläßt, nicht zu den wirtschaftspolitischen Konsequenzen Veranlassung geben, die an sich nahe liegen. Es sollte in diesem Falle nämlich gar nicht die private Investitionstätigkeit durch kreditpolitische Maßnahmen wieder angeregt werden; vielmehr sollte man die Schrumpfung der privatwirtschaftlichen Investitionen als erwünscht ansehen und an deren Stelle die viel nützlicheren staatlichen Investitionen setzen. Unter Umständen zeigen also auch die besten, durch Weiterentwicklung noch verbesserten Indikatoren nicht an, welche wirtschaftspolitischen Konsequenzen in einer bestimmten Situation zu ziehen sind.

Manfred Feldsieper (Köln):

Ich habe zwei Bemerkungen zu machen, deren zweite aus der ersten folgt. Sie schlagen vor, die Indikatoren stärker zu untergliedern in sektorale und regionale, um einen besseren Informationsstand zu gewinnen. Ich habe zwei Bedenken dazu, die sich auf Punkte beziehen, die meines Wissens heute noch nicht angesprochen worden sind, daß nämlich dann möglicherweise der Konsens der Konjunkturforscher hinsichtlich der Diagnose wesentlich schwieriger wird, als er gegenwärtig ist, wenn wir uns nicht auf Globalzahlen auf Bundesebene zurückziehen. Das ist auch der zweite Punkt, der daraus folgt, daß ich Ihre Kritik an den Konjunkturindikatoren als Gesamtindikatoren, die bei Ihnen etwas schlecht wegkommen, nicht ganz teilen kann. Es ist ja nicht die Aufgabe der Gesamtindikatoren, vor allem nicht desjenigen des Sachverständigenrats, daß damit der Konjunkturforscher ein komplettes Bild über die Konjunktur liefern will. Der Konjunkturforscher, der mit vielen Indikatoren umgeht und sie entsprechend zu gewichten versteht, braucht einen solchen Gesamtindikator, selbst wenn er recht früh die Konjunkturentwicklung anzeigt, eigentlich nicht, da er ja die Einzelindikatoren zur Verfügung hat. Der Gesamtindikator, der recht früh die Konjunkturentwicklung anzeigt, ist aber meines Erachtens recht wichtig für die öffentliche Meinung, für die Öffentlichkeit und ihr konjunkturpolitisches Bewußtsein und seine Formung, damit sie sich auf veränderte konjunkturelle Entwicklungen einstellen kann. Diese veränderte Einstellung in der Öffentlichkeit ist ja doch mit Voraussetzung, daß wir aufgrund der Informationen, die wir haben, an die praktische Wirtschaftspolitik herangehen können, beziehungsweise jene

Wirtschaftspolitik betreiben können, die dieser konjunkturellen Entwicklung Rechnung trägt. Infolgedessen scheinen mir solche Indikatoren nicht überflüssig zu sein — nicht so bedeutsam für den Konjunkturforscher, der sich als Experte damit beschäftigt, sondern für die Öffentlichkeit, die das Konjunkturphänomen gar nicht anders in den Griff bekommen kann; jedenfalls nicht, wenn wir noch weiter differenzieren. Denn dies würde die Fähigkeit der Öffentlichkeit überschreiten, konjunkturelle Dinge aufzunehmen, was ja auch eine Voraussetzung ist für eine erfolgreiche Konjunkturpolitik.

Dieter Cassel (Wuppertal):

Herr Klemmer, soweit ich aus Ihren bisherigen Einlassungen sehe, untersuchen Sie im wesentlichen Aktualindikatoren und wollen aus diesen den Stand der konjunkturellen Entwicklung ablesen, um möglicherweise daraus auch eine Prognose für die zukünftige Entwicklung abzuleiten. Die Frage ist natürlich, ob man das in dieser Weise tun kann oder ob man nicht vielmehr diese ganzen Fragen auch theoretisch fundieren muß, nämlich im Hinblick darauf, daß eine konjunkturelle Entwicklung durch irgend etwas verursacht sein muß. Meine Frage an Sie wäre: Welche Verursachungstheorie liegt Ihren Überlegungen zugrunde? Es könnte nämlich gut sein, daß eine andere Verursachungstheorie, die einer Betrachtung zugrunde gelegt wird, dazu führt, daß gar nicht so sehr Ihre Indikatoren wichtig sind, sondern solche Indikatoren, die zeitlich noch sehr viel früher liegen, weil sie die jeweils vorliegenden Ursachen zukünftiger konjunktureller Entwicklungen anzeigen. Ich würde vorschlagen, ein wenig wissenschaftliche Akribie auch auf diese Frage zu verwenden.

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Ich möchte jetzt vorschlagen, daß wir die Spezialdiskussion zu Herrn Klemmers Thesen abschließen und ihm Gelegenheit geben, zu den aufgeworfenen Fragen Stellung zu nehmen, dann aber den Übergang finden zu den Thesen von Herrn Rose.

Paul Klemmer (Bochum):

Ich weiß nicht, ob ich jetzt allen Einwendungen und Fragen Rechnung tragen werde, aber ich hoffe, die wichtigsten Aspekte herauszugreifen. Falls sich jemand noch nicht ganz durch meine Antwort befriedigt fühlt, bitte ich ihn, sich zu melden.

Es sind eine Reihe von Fragen gestellt worden. Lassen Sie mich zuerst auf den letzten Einwand eingehen. Er greift den klassischen

Vorwurf auf, daß das Arbeiten mit Konjunkturindikatoren einer mechanistischen Betrachtungsweise gleichkommt. Eine derartige Vorgehensweise liegt hier jedoch nicht vor. Es wird vielmehr versucht, solche Indikatoren auszuwählen, die auch theoretisch fundiert sind. In der Regel konzentriert man sich hierbei auf Beobachtungsmerkmale, die die Entwicklung der Konsumgüter- und Investitionsgüternachfrage zum Ausdruck bringen. Wenn Sie mir hier noch Indikatoren nennen können, die auf andere Erklärungstatbestände Bezug nehmen, bin ich gerne bereit, diese zu berücksichtigen.

Als nächstes möchte ich zur Frage Stellung nehmen, warum ich mich primär auf die Industrie konzentriert habe. Dies läßt sich wie folgt begründen: Die von mir gewünschten Monatsdaten stehen primär nur für den Industriebereich zur Verfügung, insbesondere kann man hier die die Konjunktur repräsentierenden Produktionsschwankungen besser erfassen. Die Dienstleistungen lassen sich viel weniger gut quantifizieren und kennen in vielen Teilbereichen nur schwach ausgeprägte Konjunkturbewegungen. Der Agrarsektor ist externen Einflüssen ausgeliefert und in seiner wirtschaftlichen Entwicklung stark politisch determiniert. Insofern eignet sich primär die Industrie als Untersuchungsobjekt der Konjunkturforschung.

Andere Fragen wenden sich dem Problem zu, wie ein regional ausgerichtetes Stabilisierungsanliegen charakterisiert werden könnte. M. E. könnte man das Vollbeschäftigungsziel wie folgt interpretieren:

Dieses Ziel ist dann erreicht, wenn — bei aller Problematik der Aussagekraft der Arbeitslosenquote — diese Kennziffer in keinem Teilgebiet einen vorgegebenen Grenzwert (z. B. 1 Prozent oder 1,5 Prozent) überschreitet. Sobald also — das ist meine Behauptung — gravierende regionale Unterschiede in bezug auf eine bestimmte stabilisierungspolitische Zielsetzung auftreten und als Konjunkturphänomene lokalisiert werden können, muß die Konjunkturpolitik handeln.

(Dieter Biehl [Kiel]: Wieso muß denn das konjunkturell sein?)

Sobald es sich um zyklische Phänomene handelt, kann man die Schwankungen als konjunkturelle Erscheinungen interpretieren, selbst dann, wenn die Unterschiede in der Schwankungsintensität auf strukturelle Tatbestände, etwa die Betriebsgrößenstruktur, zurückgeführt werden können. Die Betriebsgrößenstruktur zu ändern, da haben Sie recht, Herr Biehl, ist Anliegen der regionalen Strukturpolitik, auf die Schwankungen Einfluß zu nehmen, hingegen ist Ziel der Konjunkturpolitik. Die Ursachen für eine besonders hohe Konjunkturreaktivität eines Teilgebietes können auch in der sektoralen Struktur liegen. So ist es durchaus denkbar, daß aufgrund einer starken Außenabhängigkeit

der Sektoren eines Teilgebietes die dort auftretenden Produktionsschwankungen Konjunkturbewegungen des Auslandes widerspiegeln. Unter regionalpolitischen Überlegungen kann ich dann versuchen, eine sektorale Diversifikation herbeizuführen, unter konjunkturpolitischen Aspekten werde ich hingegen eine regionale Differenzierung des konjunkturpolitischen Instrumentariums anstreben müssen. Wir beobachten doch gegenwärtig den Tatbestand der „gespaltenen Konjunktur“. Viele Sektoren, die exportorientiert sind, florieren, binnenwirtschaftlich ausgerichtete Bereiche weisen Rezessionsmerkmale auf. In einer solchen Situation muß man einfach mit der Anwendung eines global wirkenden Instrumentariums zurückhaltend sein, vor allem, wenn sich diese Gespaltenheit in einer divergierenden Konjunkturbewegung der einzelnen Teilgebiete einer Volkswirtschaft niederschlägt.

(Dieter Biehl [Kiel]: Falls es nur ein strukturelles Phänomen ist, haben wir völlig andere Ursachen!)

— In der Tat, aber ich meine, wir können nicht davon ausgehen, daß regionale Wirtschaftspolitik und Konjunkturpolitik zwei völlig getrennte Handlungsbereiche sind. Hier gibt es die berühmten Überschneidungen.

(Dieter Biehl [Kiel]: Prima!)

Man muß aber sehen, daß es auch ein konjunkturpolitisches Problem ist, dessen Bewältigung man nicht allein dem regionalen Wirtschaftspolitiker überlassen kann.

Dieter Biehl (Kiel):

Ich will versuchen, unseren Dissens noch mit einem anderen Begriffspaar zu verdeutlichen. Wenn wir einmal vereinfachend Konjunkturpolitik als Nachfragepolitik bezeichnen und Regional- und Strukturpolitik als Angebotspolitik, dann würde die Grundthese, von der aus ich argumentiere, lauten: Die Phänomene, die Sie beschrieben haben und die Sie eventuell veranlassen würden, eine gesamtwirtschaftlich intendierte Konjunkturpolitik regional und sektoral zu differenzieren, sind für mich Probleme der *Angebotsseite*. Es muß daher versucht werden, auf die Angebotsseite — und das heißt beispielsweise auf die periphere Lage und auf die Wirtschaftsstruktur einer Region — einzuwirken; und zwar durch geeignete „überkonjunkturelle“, also konjunkturell invariable Maßnahmen. Das setzt voraus, daß ich weiß, in welchem Umfang die tatsächlich beobachteten Phänomene längerfristig und strukturwandlungsbedingter und damit nicht-konjunktureller Natur sind. Das ist

ein Problem der Analyse, das gebe ich zu. Aber Sie verdrängen das Angebotsproblem aus Ihrem Blickfeld, wenn Sie von vornherein davon ausgehen, alle die Unterschiede, die Sie jetzt etwa in der Arbeitslosenzahl zwischen den Regionen feststellen, seien konjunkturelle Phänomene. Damit implizieren Sie, die besonders schlechte konjunkturelle Situation der Region X hänge damit zusammen, daß die *Nachfrage* nach Erzeugnissen dieser Region unzureichend sei. Bei gegebenem Wettbewerbsnachteil einer Region würde aber eine Nachfragesteigerung überwiegend den leistungsfähigeren Regionen zugute kommen und daher tendenziell inflationär wirken. Die Gegenthese heißt: Ich muß das *Angebot* in dieser Region so wettbewerbsfähig machen, daß auch bei gegebener gesamtwirtschaftlicher Nachfrage sich ein besserer Auslastungsgrad der regionalen Kapazitäten ergibt. Das aber erfordert struktur- und regionalpolitische Maßnahmen, das heißt: eine Politik, die auf der Angebotsseite und längerfristig operiert.

Paul Klemmer (Bochum):

Wenn aber umgekehrt die Nachfrage der entscheidende Ansatzpunkt der Konjunkturpolitik ist und der Staat im Rahmen einer Restriktionspolitik bestimmte Sektoren stärker trifft als andere, wird durch die staatliche Konjunkturpolitik automatisch ein sektoral oder regional differenzierter Nebeneffekt auftreten. So stellt man zumeist fest, daß eine global orientierte Konjunkturpolitik vor allem den Baubereich trifft oder bei einer außenwirtschaftlichen Absicherungsmaßnahme insbesondere die exportabhängigen Sektoren berührt werden. Die regionale Wirtschaftspolitik kann sich dann darum bemühen, diese in einzelnen Teilgebieten unterschiedlich auftretenden Nebeneffekte durch Änderung der räumlichen Ausgangsbedingungen zu verringern, die Konjunkturpolitik hat aber auch die Möglichkeit, über eine entsprechende Differenzierung des Instrumentariums das Ausmaß dieser unerwünschten Nebeneffekte in Grenzen zu halten.

Noch eine kurze Bemerkung zu den Ausführungen von Herrn Rüstow. Mit dem Inhalt Ihrer Bemerkung stimme ich voll überein. Meine Aufgabe war es nur zu prüfen, inwieweit wir Indikatoren haben, die als Basis für eine bestimmte Stabilisierungspolitik dienen können. Hätten wir diese von Ihnen angesprochenen Idealindikatoren, könnten wir sogar u. U. zu einer zyklusorientierten Regelbindung übergehen.

Lassen Sie mich noch kurz zur Frage der Konstruktion von Gesamtindikatoren eine Antwort geben. Die bis jetzt vorliegenden Gesamtindikatoren — z. B. den Indikator des Sachverständigenrats — halte ich für sehr problematisch, vor allem, weil sie nicht vor-, sondern ten-

denziell um ca. 2 Monate nachlaufen. Darüber hinaus ist die Auswahl der in diesen komplexen Indikator eingegangenen Beobachtungsmerkmale relativ willkürlich. Vor- und nachlaufende Größen werden miteinander kombiniert, wichtige Konjunkturreihen, für die die amtliche Statistik ausreichend Material liefert, finden hingegen keinen Eingang.

Maßorientierte Stabilisierungspolitik über finanzwirtschaftliche Staatsaktivitäten

Von *Manfred Rose*, Heidelberg*

Die sich nun schon seit geraumer Zeit im wissenschaftlichen wie auch politischen Raum ausbreitende pessimistische Beurteilung der finanz- und geldpolitischen Globalsteuerung zur Sicherung eines stabilen Wirtschaftsablaufs hat zwei bedeutsame Konsequenzen induziert. Auf der einen Seite fordern zunehmend auch Nichtmonetaristen eine Befreiung der Geld- und Fiskalpolitik von dem Zwang ständiger Instrumentenvariationen zur Korrektur von Fehlentwicklungen im Stabilisierungsbereich. Und dies nicht zuletzt mit dem Argument, daß in der konjunkturpolitischen Aktivität der wirtschaftspolitischen Entscheidungszentren ein primärer Instabilitätsfaktor zu sehen ist. Andererseits werden vor allem zur Inflationsbekämpfung zunehmend dirigistische Eingriffe z. B. in Form des Preis- und Lohnstopps propagiert und praktiziert. Demgegenüber werde ich mich bemühen, einige Argumente vorzutragen, die sich gegen eine voreilige Abwendung von den Prinzipien der zielorientierten Gesamtnachfrager Regulierung z. B. durch Steuern und/oder Staatsausgaben wenden.

Ausgangspunkt dieser Position ist meine Überzeugung, daß die Möglichkeiten einer globalorientierten Stabilisierungspolitik unter theoretischen, empirischen und auch praktisch-politischen Aspekten noch gar nicht ausgeschöpft wurden. Die Gründe dafür liegen auf verschiedenen Ebenen:

- (1) Es ist festzustellen, daß es keinen allgemeinen Konsens darüber gibt, was unter dem Stabilisierungsziel und dem damit verbundenen Stabilisierungsfehler zu verstehen ist.

* Geboren am 17. Juli 1938 in Rüdersdorf bei Berlin. 1967 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Freien Universität Berlin. Assistent am Institut für Konzentrationsforschung und am Institut für Finanzpolitische Forschung in Berlin sowie am Institut für Finanzwissenschaft in Hamburg. 1969 - 1971 wissenschaftlicher Rat an der Universität Hamburg und 1971 Habilitation und Erteilung der *venia legendi* an derselben Universität. Ab Winter 1971 Professur für Volkswirtschaftslehre, insbesondere Finanzwissenschaft an der Universität Heidelberg.

- (2) Zur Ableitung praktikabler Entscheidungsregeln vermißt man eine eindeutige Konvention diagnostischer und prognostischer Fehlermessung und Fehlerbewertung.
- (3) Die dominierende und theoretisch nicht zu rechtfertigende Tendenz, zwischen diskretionären Aktivitäten einerseits und regelgebundenem Verhalten andererseits zu unterscheiden, hat zu einer Einengung möglicher Stabilisierungsstrategien geführt.
- (4) Bestehende Restriktionen im politischen Raum sind wohl dafür verantwortlich, daß die Suche nach eindeutigen Normen operativer Stabilisierungspolitik teilweise vorschnell aufgegeben wurde.
- (5) Schließlich fehlen, insbesondere auf die Bundesrepublik bezogen, empirische Informationen über die Effizienz zeitkonstanter Entscheidungsregeln, die an quantitativ fixierte Fehler gebunden sind.

In positiver Interpretation enthalten diese fünf Behauptungen eine gleiche Zahl von Forderungen an eine rationale Stabilisierungspolitik. Hierzu werden wir im folgenden einige Lösungsansätze diskutieren.

Wichtig ist an dieser Stelle noch der Hinweis auf das dieser Arbeit zugrunde liegende Verständnis *finanzwirtschaftlicher Instrumente*. Diese sollen sich auf alle öffentlichen Aktivitäten beziehen, die mit den Zahlungsströmen zwischen Staat und Privatwirtschaft verbunden sind. Unter rein monetären Aspekten sind die Wirkungen eines veränderten Geldvolumens einzubeziehen. Auf eine kurze Formel gebracht werden die Ausgaben und Einnahmen der öffentlichen Haushalte einschließlich ihrer realen, d. h. gütermäßigen Implemente sowie die gesamtwirtschaftliche Geldmenge als die entscheidenden Indikatoren finanzwirtschaftlicher Staatsaktivitäten betrachtet.

1. Begriffliche Abgrenzung von Stabilisierungswirkungen und Stabilisierungszielen

1.1 Stabilisierung und Stabilität

Stabilisierung wird in der ursprünglichen Bedeutung als Maßnahme zur Gewinnung der *Stabilität* verstanden. Zur begrifflichen Abgrenzung sollte man von den gemeinsamen Grundlagen aller Stabilitätsdefinitionen ausgehen¹, denen wir sogleich eine ökonomische Interpretation geben wollen:

(A) Festlegung eines „ungestörten“ Zustandes (z. B. des Gleichgewichtszustandes der endogenen Variablen eines ökonomischen Systems), dessen Stabilitätsverhalten geprüft werden soll;

¹ Vgl. H. Leipholz, *Stabilitätstheorie*, Stuttgart 1968, S. 13.

(B) Annahme einer Störung (z. B. Veränderung der autonomen Nachfragekomponenten, marginalen Ausgabenneigungen usw.), die den „gestörten“ Zustand (z. B. den Ungleichgewichtszustand der ökonomischen Variablen) aus dem ungestörten Zustand hervorgehen läßt;

(C) Festlegung von Normen (z. B. die Euklidische Norm der Differenz zwischen aktuellem und Vollbeschäftigungsniveau des Sozialproduktes) zur Kennzeichnung der Zustände;

(D) Festlegung eines Maßes für die Norm der Störung und für die Norm der daraus resultierenden Zustände zur Beurteilung des Normverhaltens.

Definition: Sollten die Norm der Störung und Folgezustände die ihnen zugeordneten Maße (nicht) überschreiten, so wäre der Ausgangszustand als (stabil) instabil zu bezeichnen.

In der Möglichkeit, Störungen, ungestörte Zustände, Norm und Maße frei wählen zu können, liegt die außerordentliche *Relativität des Stabilitätsbegriffs*. Damit muß das folgende Demonstrationsbeispiel als völlig willkürlich charakterisiert werden. Definiert sei der auf eine Variable V bezogene *Stabilisierungsfehler* in einer Periode t durch $V[F]_t = V_t^u - V_t^s$, mit V_t^s als gestörtem und V_t^u als ungestörtem Zustand. Wir untersuchen die Stabilität von V_t^u innerhalb eines bestimmten Zeitabschnitts in bezug auf zwei in der Periode t_0 einsetzende Störungskomplexe, wobei der erste seine Ursache im Nichtstaatsbereich hat und der zweite wirtschaftspolitische Staatsaktivitäten einschließt. Somit sind die Fehler $V[F_i]_t := V_t^u - V_t^{si}$, $i = 1, 2$, zu berücksichtigen. V_t^u sei dann in bezug auf die erste Störung *stabil*, wenn für die vorgegebenen Maße, ε und δ , $|V[F_1]_t| \leq \varepsilon$ und $|V[F_1]_0^t| \leq \delta$ bei $t_0 \leq t \leq t_p$ gilt. Gibt es in dem angegebenen Zeitabschnitt auch nur ein t mit $|V[F_1]_t| > \varepsilon$, so liege Instabilität vor. Ist das der Fall, und führt eine wirtschaftspolitische Aktivität des Staates zu $|V[F_2]_t| \leq \varepsilon$ bei $|V[F_2]_0^t| \leq \varepsilon$ und $t_0 \leq t \leq t_p$, so wäre als Stabilisierungsergebnis hierdurch die Stabilität gewonnen.

Größere wirtschaftspolitische Relevanz hat häufig eine Stabilisierungsintention, die stabilitätsunabhängig sein kann. So läßt sich z. B. das Stabilisierungsziel als erreicht betrachten, wenn $|V[F_2]_t| < \eta_t$ mit $\eta_t \leq |V[F_1]_t|$ für alle t von t_0 bis zur Endperiode t_p des Planungszeitraumes gilt. Dieser Fall ist auch denkbar, wenn V_t^u für beide Störungen instabil wäre. Vor allem ist zu beachten, daß ein Stabilisierungserfolg im Sinne der Stabilitätserrreichung nicht mit einem positiven Stabilisierungsergebnis nach der zuletzt beschriebenen Konzeption verbunden sein muß.

Häufig wird aber nicht die Verringerung von $|V[F]_t|$ in jeder Periode angestrebt, sondern die Reduzierung der Summe der Stabilisierungsfehler verlangt. Die Realisierung eines Stabilisierungsgewinns impliziert in diesem Fall z. B.

$$\sum_0^p |V[F_2]_t| < \eta \quad \text{mit} \quad \eta \leq \sum_0^p |V[F_1]_t|, \quad \text{wobei} \quad |V[F_1]_{t_k}| < |V[F_2]_{t_k}|$$

in einer Periode t_k sein kann.

Zwar wurden stets *Stabilisierungseffekte* in dem Sinne angenommen, daß wirtschaftspolitische Staatsaktivitäten den Stabilisierungsfehler verändern; jedoch zeigen die drei beschriebenen Konzeptionen, daß eine weitere Qualifizierung von Stabilisierungsaussagen nur auf der Grundlage einer bestimmten Norm und eines fixierten Stabilisierungsmaßes erfolgen kann. Von *Stabilisierungsgewinnen* bzw. *Stabilisierungsverlusten* ist zu sprechen je nachdem, ob die auf $\{V_t^s, V_t^u\}$ angelegte Norm oder eine monotone Transformation davon das festgelegte Maß unter- bzw. überschreitet.

1.2 Konzeptionen zur Abgrenzung ungestörter Zustände

Bisher haben wir es unterlassen, den Stabilisierungsfehler inhaltlich zu präzisieren. Hierbei ist es zunächst erforderlich, den *ungestörten Zustand* festzulegen.

In der Literatur zur Stabilisierungstheorie und Stabilisierungspolitik dominieren diesbezüglich drei verschiedene Konzeptionen. In wohl größtem Umfang wird das Stabilisierungsziel in der Erreichung des *ökonomischen Gleichgewichts* gesehen. Wird dieser Zustand als jene Konstellation definiert, wo alle Wirtschaftssubjekte ihre Pläne erfüllen konnten, so stehen wir vor einem unlösbaren Meßproblem; denn die Realität ist durch permanente Ungleichgewichte auf allen Ebenen charakterisiert. Man behilft sich in der Regel mit der Einbeziehung einiger Indikatoren, wozu vornehmlich der Beschäftigungsgrad, der Kapazitätsauslastungsgrad, die Veränderung des Devisenbestandes der Zentralbanken und die Veränderung bestimmter Preisniveaus gehören. Damit wird schon deutlich, daß die Messung von Stabilisierungseffekten nicht eindimensional erfolgen kann. Weiterhin muß natürlich geprüft werden, ob mit diesen Indikatoren tatsächlich eine widerspruchsfreie Beurteilung der Entfernung vom Systemgleichgewicht möglich ist. Das Beispiel von Lieferfristen bei konstantem Preisniveau zeigt uns, daß Ungleichgewichte unter Umständen den Stabilisierungsfehler gar nicht tangieren. Damit ist die Identifizierung des Gleichgewichts bzw. Ungleichgewichts durch die genannten Indikatoren in Frage gestellt. Eine weitere Relativität von Stabilisierungsaussagen, die auf

dem Gleichgewichtskonzept basieren, folgt aus dem Umstand, daß dem Analytiker zwei Gleichgewichtszustände zur Auswahl stehen können. Dieser Fall tritt immer dann auf, wenn die Störung selbst eine neue Ruhelage des Systems bedingt.

In beträchtlichem Maße wird der ungestörte Zustand vielleicht gerade wegen der Unmöglichkeit, die ökonomischen Gleichgewichtslagen quantitativ zu erfassen, in einer *stetigen Entwicklung des Wirtschaftsablaufs* gesehen. Dieses Konzept ist z. B. im Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft enthalten, wenn im § 1 von einem stetigen Wirtschaftswachstum gesprochen wird. Stetigkeit, Gleichmäßigkeit usw. sind aber mannigfaltig interpretierbare Phänomene.

Schließlich wird das Bezugssystem von Stabilisierungsaussagen auch in einer *wirtschaftspolitischen Zielsituation* gesehen, die nicht unbedingt durch Gleichgewicht oder Stetigkeit ausgezeichnet ist. Wenn etwa die „Stabilität des Preisniveaus“ verlangt wird, so geschieht dies u. a. aus der Vermutung, daß Inflation zu einer nicht gewünschten Diskriminierung bestimmter Gruppen in der Einkommenshierarchie führt. Für unser Meßproblem ist es jedoch erforderlich, ein einheitliches Schema zur Erfassung der Stabilisierungsphänomene zu gewinnen.

Berücksichtigt man die Tatsache, daß die Aufgabe der Realisierung von Stabilisierungsgewinnen in das wirtschaftspolitische Zielsystem gehört, so ist zu fragen, wie sich dieses in seiner Grundstruktur zusammensetzt. Geht man davon aus, daß sich nationalökonomische Probleme als Fragen nach der Höhe, Verteilung und Zusammensetzung des Sozialproduktes gruppieren lassen, so bieten sich die Kategorien Niveaupolitik, Distributionspolitik und Kompositions politik zur Unterscheidung an. In jedem dieser drei Aktivitätsbereiche lassen sich aus den Zielvorstellungen Wohlstand, Gerechtigkeit, Frieden, Freiheit und Sicherheit Maximierungs- und Stabilisierungsziele ableiten. Unter dem Aspekt dieser Zweiteilung kommen für die zuletzt genannte Zielkategorie nur noch Gleichgewicht und/oder Stetigkeit als Bezugsgrundlage in Frage.

Die sich an der Höhe des Sozialproduktes orientierenden Stabilisierungsziele betreffen vor allem eine dem Gleichgewichtskonzept entsprechende Normalauslastung der Produktionsfaktoren. *Niveaustabilisierung* umfaßt jedoch auch die Sicherung einer stetigen Entwicklung des Produktionspotentials, wobei die Wachstumsrate z. B. dem historischen Trend entsprechen kann. Auch die *Distributionspolitik hat eine Stabilisierungskomponente*, wenn es z. B. darum geht, Schwankungen der Lohnquote u. ä. zu glätten. Das Maximierungsziel betrifft dann z. B. die Verwirklichung eines niedrigeren Sozialproduktanteils der Unternehmer. Hinzuweisen ist noch auf die Unterscheidung zwischen exter-

nen und internen Distributionszielen. Letzteres erstreckt sich auf die Verteilung des Sozialproduktes unter die inländischen Wirtschaftseinheiten. Das externe Distributionsziel betrifft z. B. die Aufteilung der Verfügungsgewalt über das Sozialprodukt zwischen Inländern und Ausländern. Der Ausgleich von Schwankungen des Verhältnisses von Leistungsbilanzsaldo zum Sozialprodukt wäre dann z. B. als Stabilisierungsziel zu interpretieren.

Schließlich müssen wir uns auch mit der Lösung eines *Stabilisierungsproblems im Kompositionsbereich* beschäftigen. Hier gilt es u. a., zyklische Veränderungen des Verhältnisses von privater zu öffentlicher Güterbereitstellung zu verstetigen. Vorstellbar ist weiterhin der Ausgleich von Störungen, die zu einer veränderten Zusammensetzung des privaten Gütervolumens führen und die der Marktmechanismus nicht ohne Kosten in bezug auf das gesamte Zielsystem verarbeitet. Das Beispiel der Erdölkrise in den letzten Monaten dokumentiert diese Problematik. Selbstverständlich bestehen zwischen allen sechs Partialzielkomplexen Interdependenzen komplementärer und substitutiver Art, bezogen auf Störung und Korrekturmaßnahmen.

Mit diesem umfassend angelegten Stabilisierungskonzept sind vor allem wegen der Heterogenität der verschiedenen Stabilisierungsfehler spezifische Meßprobleme verbunden, denen wir uns jetzt zuwenden wollen.

2. Messung von Stabilisierungswirkungen

2.1 Konkretisierung denkbarer Stabilisierungsfehler

Ausgegangen wird von der auf das Niveau des Indikators V_t bezogenen Fehlerformel $V[F]_t = V_t^u - V_t$, worin V_t jetzt den gestörten Zustand repräsentiert. Vorstellbar ist aber auch eine Fehlermessung mit V_t^u bzw. V_{t-1} als Gewichtungsfaktoren, was zu den Wachstumsratenvarianten $\nu^*[F]_t := V[F]_t/V_t^u$ bzw. $\nu[F]_t := V[F]_t/V_{t-1}$ führt.

Bei Orientierung an den sich auf die Höhe, Verteilung und Zusammensetzung der gesamtwirtschaftlichen Produktwertschöpfung erstreckenden wirtschaftspolitischen Zielen läßt sich beispielhaft der folgende Stabilisierungsfehlerkatalog formulieren:

Stabilisierungsfehler im Niveaubereich

A. Gleichgewichtskonzeption:

$$X[F]_t = X[n]_t - X_t$$

X_t (Bruttosozialprodukt)

$X[n]$ (X_t bei „normalausgelasteten“ Kapazitäten)

$B [F 1]_t = B [n]_t - B_t$ B_t (Zahl der Beschäftigten bzw. der von ihnen geleisteten Arbeitsstunden)

$B [n]_t$ (B_t bei Vollbeschäftigung)

$P [F 1]_t = P [n]_t - P_t$ P_t (Preisindex des Sozialproduktes)

$P [n]_t$ („konjunkturneutrales“ Preisniveau)

$W [F 1]_t = W [n]_t - W_t$ W_t (Wechselkurs)

$W [n]$ („Normalwert“ von W_t)

oder

$D [F 1]_t = D [n]_t - D_t$ D_t (Devisenbestand der Zentralbank)

$D [n]_t$ („Normalhöhe“ von D_t)

B. Stetigkeitskonzeption:

$V [F 2]_t = \bar{V} [n]_t - V [n]_t$ $\bar{V} [n]$ (Trendwert von $V [n]$) und/oder

$V [F 3]_t = \bar{V}_t - V_t$ \bar{V}_t (Trendwert von V_t)

Die größten Schwierigkeiten dieser Fehlermessung liegen in der Bestimmung von Normal- bzw. Gleichgewichtswerten der relevanten Variablen. Hingewiesen sei an dieser Stelle nur auf die Überlegungen des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft zur Ermittlung eines Indexes der konjunkturellen Beschäftigung².

Daß alle drei der auf eine Variable V bezogenen Fehler beurteilungsrelevant sein können, wollen wir mit $X[F]_t$ demonstrieren. Angenommen, ein Stabilisierungsziel verlange eine stetige Entwicklung des Produktionspotentials, eine Beseitigung oder zumindest eine Dämpfung von Auslastungsschwankungen und eine möglichst gleichmäßige Veränderung des Sozialproduktes. Erwartet werde $X [F 1]_t > 0$, $X [F 2]_t > 0$ sowie $X [F 3]_t > 0$ bei $X [F 1]_t > X [F 3]_t$. Damit gibt es Konkurrenzbeziehungen zwischen den Gleichgewichts- und den Stetigkeitsforderungen.

Stabilisierungsfehler im Distributionsbereich

A. Interner Verteilungsfehler

$$\tilde{X} [F]_t = \tilde{X} [L + Tr]_{t-1} (1 + \tilde{x}_t) - \tilde{X} [L + Tr]_t$$

$\tilde{X} [L + Tr]$ (Sozialprodukt in der Verfügungsgewalt und pro Kopf der Lohn- und Transfereinkommensbezieher³)

² Vgl. hierzu Grundfragen der Stabilitätspolitik, Stellungnahme des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Bulletin der Bundesregierung Nr. 44 vom 13. April 1973, S. 407 ff.

³ Diese sozioökonomische Gruppe kann im wesentlichen nur über Konsumgüter disponieren.

\tilde{x}_t (Wachstumsrate des den Inländern verfügbaren Sozialproduktes⁴ pro Kopf aller Einkommensempfänger)

B. Externer Verteilungsfehler

$$LB [F]_t := (X [Ex]_{t-1} - X [Im]_{t-1}) (1 + x_t) - (X [Ex]_t - X [Im]_t)$$

$X [Ex]_t$ (reales Exportvolumen), $X [Im]_t$ (reales Importvolumen), x_t (Wachstumsrate des Sozialproduktes)

Die Möglichkeiten, Stabilisierungsfehler im Distributionsbereich zu wählen, sind damit natürlich nicht ausgeschöpft. Eine weitere Differenzierung nach sozioökonomischen Gruppen und/oder der Einkommenshöhe führt zu einem wesentlich umfangreicheren Fehlerkomplex.

Stabilisierungsfehler im Kompositionsbereich

$$C [F]_t = X [C]_{t-1} (1 + x_t) - X [C]_t$$

$X [C]$ (reales Konsumgütervolumen)

Der beispielhaft aufgeführte Fehlerkatalog hat gezeigt, daß das Problem der Messung von Stabilisierungswirkungen weit umfangreichere Fehlerermittlungen und dann auch Fehlerbeurteilungen erfordert, als es herkömmlicherweise angenommen wird. *Kriterien der Operationalität* ermöglichen jedoch schon auf dieser Ebene einige Vereinfachungen: Zu verlangen sind eine möglichst einfache Fehlerkonzeption zur Orientierung für den Instrumentaleinsatz, eine Eindeutigkeit der Fehlerinterpretation und schließlich die Durchsichtigkeit von Informationen für diesbezügliche Entscheidungen im politischen Raum. Aus dem Eindeutigkeitspostulat folgt die Notwendigkeit, allgemein anerkannte Konventionen — beispielsweise zur Festlegung der Vollbeschäftigung — für die Identifizierung von Gleichgewichtswerten und stetigen Entwicklungen zu etablieren. Da jedenfalls zur Zeit keine objektiven Kriterien zur Festlegung der gleichmäßigen Entwicklung als ungestörten Zustand verfügbar sind, wird das Stetigkeitsargument wenig Bedeutung haben.

2.2 Zur Wahl eines Stabilisierungsmaßes

Unter Einschluß aller noch weiterhin denkbaren Einschränkungen verbleiben zur Bewertung auf jeden Fall mehrere Stabilisierungsfehler. Bei der Suche nach einem zweckentsprechenden Maß führte die Tatsache der Interdependenz zwischen den n relevanten Fehlern zum naheliegen-

⁴ Dieses Gütervolumen umfaßt vor allem das Sozialprodukt abzüglich des Leistungsbilanzsaldos und der staatlichen Investitionen.

den Vorschlag einer *Gesamtverlustfunktion* $L(|V_1[F]_t|, \dots, |V_n[F]_t|)$, deren Ableitungen nach den einzelnen Argumenten positiv sind. Auf eine einzelne Periode bezogen, zeigen diejenigen Aktivitäten des Staates, die $L_1(|V_1[F]_t|, \dots, |V_n[F]_t|)$ zu $L_2(|V_1[F]_t|, \dots, |V_n[F]_t|)$ mit $L_2 < L_1$ verändern, einen Stabilisierungserfolg an. Dabei kann $|V_1[F]_t| > |V_1[F]_t|$ mit $|V_2[F]_t| < |V_2[F]_t|$ etc. verbunden sein. Was ist hieraus zu folgern? Es kann nicht erwartet werden, daß die Politiker in der Lage sind, eine komplexe Bewertungsfunktion der oben beschriebenen Art anzugeben. Weiterhin führt die Forderung nach Durchsichtigkeit des Stabilisierungsmaßes zur *Ablehnung einer Gesamtfehlerbeurteilung*; denn was könnten wohl Parlamentarier mit der Information anfangen, daß bei einem Stabilisierungsprogramm L um 10 Einheiten sinkt? Desssenungeachtet muß es natürlich möglich sein, die Menge denkbarer Kombinationen von Instrumentvariablen so weit einzuengen, daß die Politiker aus einer kleinen Zahl von Programmen eine Auswahl treffen können. Erfolge sollte also grundsätzlich eine gesonderte Feststellung von Stabilisierungswirkungen für jeden Fehler nach einem einheitlichen Maß. Weiterhin sind Konventionen zu erarbeiten und zu vereinbaren, die zu einer begrenzten Entscheidungstabelle führen. Hierzu gehört z. B. die Fixierung des Variationsspielraumes der einzelnen Instrumente. Außerdem dürfte nur eine diskrete Veränderung in nicht zu kleinen Schritten zulässig sein. Ferner könnte man sich vorstellen, daß Stabilisierungsprogramme, die in einzelnen Bereichen Stabilisierungsverluste über dem historisch gegebenen Durchschnitt implizieren, von vornherein ausscheiden. Weitere noch denkbare Möglichkeiten der Mittelbegrenzung werden hier nicht verfolgt. Auf jeden Fall ist zu erwarten, daß sich eine überschaubare Programmengruppe aussondern läßt. Für diese sind dann alle Konsequenzen auf der Grundlage eines ebenfalls vereinbarten Stabilisierungsmaßes anzugeben.

Die Entscheidung für eine partielle Fehlermessung löst noch nicht das Maßproblem. Hiermit sind nämlich noch drei wichtige Fragen verbunden: Welche Form hat die Verlustfunktion $L(|V[F]_t|)$ mit $L'(|V[F]_t|) > 0$, auf welchen Zeitraum t_0 bis t_p ist die Messung der Stabilisierungswirkung zu beziehen und inwieweit wird dem Unsicherheitsmoment bei einer zukunftsgerichteten Analyse Rechnung getragen? Auch hier müssen wir uns größtenteils auf Konventionen zurückziehen. In der Literatur hat sich m. E. das *quadratische Gütekriterium* durchgesetzt. Hiernach würde sich ein Stabilisierungsgewinn — beispielsweise aus dem Einsatz des finanzwirtschaftlichen Instrumentariums — ergeben, wenn $\sum_{t_0}^{t_p} V[F]_t^2 < \eta$ mit $0 \leq \eta \leq \sum_{t_0}^{t_p} V[F]_t^2$, wobei $V[F]_t$ den Ursprungsfehler und $V[F]_t$ den korrigierten Fehler einer Zielgröße V darstellen. Nützlich ist ferner die Definition eines Maßes der Form: $\gamma = 1 - \frac{\sum V[F]_t^2}{\eta}$, wenn $\sum V[F]_t^2 \leq \eta$ und $\gamma^* = 1 - \eta / \sum V[F]_t^2$, wenn

$\sum V [F_2]_t^2 \geq \eta$. Hiernach ist von Stabilisierungsgewinnen bei $0 < \gamma \leq 1$ und von Stabilisierungsverlusten bei $0 < \gamma^* \leq 1$ zu sprechen. Die Vorzüge der quadratischen Fehlerbeurteilung sind bekannt. Sie liegen z. B. in der Möglichkeit, bei linearen Systemen lineare Entscheidungsregeln abzuleiten. Trotz allem muß die Wahl der hier skizzierten Stabilisierungsmaße als äußerst willkürlich bezeichnet werden. Die Forderung, man solle ein Maß nach der Präferenzfunktion der Politiker wählen, ist bei dem gegenwärtigen Stand der Nutzentheorie nicht operational. Um nicht vor dem sich ausbreitenden, unüberschaubaren Maßspektrum zu kapitulieren, empfiehlt sich zumindest im wissenschaftlichen Bereich der Wirkungsanalyse wirtschaftspolitischer Entscheidungen eine einheitliche Konvention. Die zunehmende Anwendung der quadratischen Fehlerkriterien legt es nahe, sich hierauf zu einigen. Den am politischen Entscheidungsprozeß Beteiligten sollte man „mit allem gebotenen Nachdruck“ die Vorteile des quadratischen Maßes bewußt machen. Somit könnte die bisher bestehende außerordentliche Relativität von Stabilisierungsaussagen erheblich reduziert werden. Auch wäre dann erst ein Ergebnisvergleich verschiedener theoretischer Ansätze möglich.

Zum Problem des *relevanten Untersuchungszeitraumes* bietet sich keine überzeugende Konvention an. Zu fordern ist lediglich, daß die zeitliche Entwicklung der Stabilisierungseffekte jeweils über den gesamten Analysezeitraum dokumentiert wird. Aus einigen Faktoren kann man jedoch für eine Beurteilung zukünftiger Stabilisierungsfehler Zeitraumgrenzen erkennen. So lassen es bei finanzwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik die durch die jährliche Haushaltsplanung des Staates gesteckten Restriktionen kaum zu, wesentlich über die Jahresperiode hinauszugehen. Weiterhin führen die Unsicherheiten über zukünftige Störungen des Wirtschaftsablaufs eventuell zur Wahl noch kürzerer Planungshorizonte.

Von großer Bedeutung ist vor allem bei Prognoseanalysen neben der *Unsicherheit* über Art und Ausmaß der Störung die Unsicherheit über die Struktur des ökonomischen Systems. Sicherlich wird das von Theil⁵ postulierte „certainty equivalence theorem“ nur ersten Ansprüchen genügen können. Hier werden zukünftige Stabilisierungsfehler so beurteilt, als wenn die „bestmögliche“ Prognose eine absolut sichere wäre und der Prognosefehler nicht von den gewählten Instrumenten abhinge. Dieses Stabilisierungskonzept wollen wir mit folgendem Beispiel demonstrieren und gleichzeitig seine Problematik dokumentieren. Gegeben sei die lineare Beziehung $V [F]_t = \alpha + \beta S$, wobei α und β Zufallsvaria-

⁵ Vgl. H. Theil, *Economic Forecasts and Policy*, Amsterdam 1958, S. 411 - 431.

blen mit bekannten Eigenschaften wie Erwartungswert (E) und Varianz (σ^2) sind. S sei eine vom Staat kontrollierbare Variable, z. B. die staatlichen Investitionsausgaben. Die Frage, zu welchem Stabilisierungseffekt eine Änderung der Variablen S von S_a auf S_b führt, kann man z. B. über $E(V[F_b]_t^2) \cong E(V[F_a]_t^2)$ bzw. $\hat{V}[F_b]_t^2 - \hat{V}[F_a]_t^2 \cong \sigma_\beta^2(S_a^2 - S_b^2) + 2\sigma_{\alpha,\beta}(S_a - S_b)$ prüfen, worin die „besten Schätzwerte“ durch „ $\hat{}$ “ gekennzeichnet werden. Nach dem „certainty equivalence theorem“ liegt unter der Annahme von $\sigma_\beta = 0$ bei $\hat{V}[F_b]_t^2 < \hat{V}[F_a]_t^2$ ein Stabilisierungsgewinn vor. Demgegenüber zeigt die allgemeine Formel, daß bei $\sigma_\beta, \sigma_{\alpha,\beta} \neq 0$ die mit S_a und S_b multiplikativ verknüpften Varianzen zu einer Stabilisierungsverlustprognose führen können.

Für welches Kriterium sollen wir uns unter Berücksichtigung dieser möglichen Konsequenzen entscheiden? Diese Frage läßt sich derzeit wohl nur pragmatisch lösen, wobei es gilt, die Operationalität auf der einen Seite und die theoretische Exaktheit auf der anderen Seite gegeneinander abzuwägen.

Zum Problem des Stabilisierungsmaßes bleibt abschließend noch zu prüfen, ob $V[F] > 0$ anders als $V[F] < 0$ zu beurteilen ist. Nach der bisher entwickelten Stabilisierungskonzeption ergibt sich, daß positive und negative Stabilisierungsfehler unterschiedslos zu behandeln sind. Anders verhält es sich jedoch bei den Maximierungszielen. Eine kurzfristige Überbeanspruchung der gesamtwirtschaftlichen Ressourcen kann z. B. durchaus mit dem Ziel höchstmöglichen Wachstums in Einklang stehen.

2.3 Zur Methode der Analyse von Stabilisierungswirkungen finanzwirtschaftlicher Staatsaktivitäten

Nach dieser kurzen Skizzierung denkbarer Stabilisierungsfehler und möglicher Stabilisierungsmaße wollen wir uns jetzt ebenfalls unter dem Meßaspekt der Frage zuwenden, nach welchem Verfahren man Stabilisierungseffekte vor allem finanzwirtschaftlicher Staatsaktivitäten diagnostizieren und prognostizieren sollte. Die Stichworte Vollbeschäftigungsüberschuß, konjunkturneutraler Haushalt, Fiskalstimulus, finanzpolitischer Hebel, Wirkungen automatischer Stabilisatoren bzw. diskretionärer Maßnahmen usw. verdeutlichen das zu lösende Problem. Es wird nicht intendiert, alle diese Konzepte zur Messung der konjunkturellen Wirkungen der Haushaltspolitik einer spezifischen kritischen Prüfung zu unterziehen. Vielmehr wollen wir von der Grundfragestellung her versuchen, Kriterien für eine zweckmäßige Methode zu erarbeiten. Eine erste Forderung ist, daß die Ermittlung der Stabilisierungseffekte unter Einbeziehung aller in Frage kommenden Stabilisierungsfehler auf der Grundlage eines einheitlichen Maßes zu erfolgen

hat. Schon diesem Kriterium genügt keine der bisher vorliegenden Analysen zu diesem Problemkreis.

Zur Formulierung des wohl wichtigsten Kriteriums sei $V[F_a]_t$ der aktuelle Fehlervektor aufgrund der aktuellen Staatstätigkeit und $V[F_p]_t$ der potentielle Fehlervektor bei einem Bezugssystem, das durch eine alternative Mittelkombination charakterisiert ist. Gefordert wird dann, daß das Bezugssystem den Operationalitätskriterien genügt. Konkret bedeutet dies, daß man den Stabilisierungsfehler $V[F_p]_t$ auf der Grundlage einer hinlänglich bekannten Struktur des ökonomischen Gesamtsystems ermitteln kann. Hiernach läßt sich z. B. die Frage, ob die Stabilisierungswirkung des gesamten Staatshaushalts bestimmbar ist, sofort verneinen. Denn es ist nicht möglich, von der Realität mit fiskalischer Staatsaktivität auf eine ökonomische Systemstruktur ohne diese zu schließen. Für die diagnostische Messung der Stabilisierungswirkung der Besteuerung hat dies z. B. die Konsequenz, daß eine erforderliche fiktive Zurücknahme dieser finanzwirtschaftlichen Staatsaktivität nur insoweit erfolgen kann, als entweder die Struktur der ökonomischen Relationen (Konsumfunktion, Importneigung usw.) unverändert bleibt oder man gesicherte Information über ihre Veränderung hat.

Aus vergleichbaren Gründen ist es lediglich möglich, die Stabilisierungswirkung einer Änderung der öffentlichen Haushalte in einem begrenzten Zeitraum zu ermitteln, für den die *Strukturstabilität* gewährleistet erscheint. Aber auch die Bestimmung von Stabilisierungseffekten einer jährlichen Budgetexpansion — wie z. B. von Snyder versucht⁶ — muß dem Operationalitätskriterium genügen. Bei einigen Staatsaktivitäten wird sich herausstellen, daß sie sich nicht auf das Vorjahresniveau zurücknehmen lassen. Wird somit für einige Budgetkategorien die *Irreversibilität* ihrer zeitlichen Entwicklung festgestellt, so erhält man ein vollständig offenes Bezugssystem. Ist z. B. die periodische Erhöhung der Transferzahlungen oder eine bestimmte staatliche Investition zur Erhaltung einer funktionstüchtigen Infrastruktur nicht zurücknehmbar, weil sonst die Struktur des ökonomischen Systems in einer unbekanntem Weise verändert wird, so müssen wir Annahmen über die Finanzierung dieser Staatsausgabenerhöhung treffen. Hier besteht die Wahl zwischen Geldschöpfung, Kreditaufnahme bei den Privaten und den Einnahmen aus jeder etablierten Steuer. Zulässig ist auch jedes Mixtum dieser Staatseinnahmen mit jeweils ganz anderen Stabilisierungseffekten. Nicht nur aus diesem Grunde stellt sich die berechnete Frage nach dem Informationsgehalt der darauf zurückgehenden Stabilisierungsaussagen. Wofür kann man grundsätzlich etwa die Information

⁶ Vgl. W. W. Snyder, Measuring the Effects of German Budget Policies, 1955 - 65, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 104 (1970 I), S. 302 ff.

verwerten, die Haushaltsveränderung 1960 gegenüber 1961 wirkte expansiv und hatte Stabilisierungsfehler dieser oder jener Höhe zur Folge? Niemand wird ernsthaft in der Stagnation finanzwirtschaftlicher Staatsaktivitäten ein Alternativprogramm sehen. Damit erheben wir die Forderung, daß die Haushaltspolitik der Gebietskörperschaften und die Geldmengenpolitik der Bundesbank hinsichtlich ihrer Stabilisierungswirkung stets an einem operationalen Alternativprogramm zu beurteilen sind. Diesem Gesichtspunkt trägt keines der bisher entwickelten Budgetkonzepte zur Ermittlung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte unter dem Stabilisierungsaspekt in erforderlichem Maße Rechnung. Denkbar ist allerdings, daß man die Stabilisierungseffekte der aktuellen Budgetänderung gegenüber denen aus einem Alternativhaushalt durch jeweilige Konfrontation mit jenen Ergebnissen beurteilt, die sich bei einer bestimmten realisierbaren Stagnation der finanzwirtschaftlichen Staatsaktivitäten einstellen würden.

Aber die Wahl eines derartigen Basissystems ist äußerst willkürlich und deshalb lediglich als eine mögliche Konvention zu begreifen.

3. Typen von Stabilisierungsstrategien und damit verbundene Meßprobleme

Es wird der Versuch unternommen, einen Katalog denkbarer Prinzipien der Programmgestaltung im Stabilisierungsbereich der Wirtschaftspolitik zu entwickeln. Auch zur Aktualisierung der qualitativen und quantitativen Meßprobleme gehen wir dialektisch in dem Sinne vor, daß jeweils vermeintliche Alternativstrategien gegenübergestellt werden. Die Synthese zu einem optimalen Stabilisierungsprogramm ist jedoch nicht beabsichtigt.

3.1 Direkt oder indirekt ausgelöst bzw. einwirkender Instrumentaleinsatz

Hinsichtlich des Auslösungsmoments besteht die direkte Methode darin, daß die Stabilisierungsfehler sowohl *ex post* (Diagnose) als auch *ex ante* (Prognose) gemessen werden. Eine Reaktion der Entscheidungszentren erfolgt grundsätzlich nach dem gewählten Stabilisierungsmaß. Beim indirekten Verfahren löst ein Indikator oder eine Störung, d. h. eine den Fehler indizierende Größe, die entsprechenden Aktivitäten aus. Vom Einwirkungsmoment her nimmt man beim direkten Prinzip die unmittelbare — z. B. ökonomisch determinierte — Abhängigkeit der Fehler von den Instrumenten auf und reagiert im Sinne der Erzielung von Stabilisierungsgewinnen. Bei der indirekten Methode geht man von der theoretisch abgeleiteten Vermutung aus,

daß die Beeinflussung einer bestimmten Variablen des ökonomischen Systems in eine bestimmte Richtung zur Fehlermaßminimierung beiträgt. Zu dieser Kategorie gehören beispielsweise die Sicherung einer stetigen Geldmengenexpansion nach dem Vorschlag von Friedman, die Steuerprogression unter kurzfristigen Aspekten sowie eine produktionspotentialorientierte Finanzpolitik in mittelfristiger Sicht. Hiermit wird das neuerdings so heftig diskutierte Indikatorproblem im gesamten finanzwirtschaftlichen Bereich angesprochen. Festzuhalten ist, daß die oben konkretisierten Stabilisierungsfehler im Grunde genommen auch Indikatoren darstellen. Soll doch hierüber u. a. das makroökonomische Gleichgewicht bzw. Ungleichgewicht erfaßt werden. Jedoch liegt der strittige Punkt bei der Indikatordiskussion nicht auf dieser Ebene. Vielmehr besteht wohl Einigkeit etwa über die Stabilisierung der Preise und Beschäftigung als wirtschaftspolitische Aufgabe. Die Vertreter der insbesondere von den Monetaristen propagierten Indikatororientierung sind nur der Überzeugung, daß beim gegenwärtigen Stand der empirisch gesicherten Theorie eine Verwirklichung abgeleiteter Ziele (targets) am erfolgversprechendsten ist. Die Rechtfertigung dieser Vorgehensweise — d. h. beispielsweise die Annahme einer Beziehung $p_t(y[M]_t)$ mit $p_t'(y[M]_t) > 0$ zwischen der Wachstumsrate des Preisniveaus p_t und der Wachstumsrate der Geldmenge $y[M]_t$, die hier den Indikator darstellt — ist nur auf empirischem Wege zu klären.

Kennen wir die reale ökonomische Struktur, so gibt es in diesem Sinne kein Indikatorproblem. Was folgt nun hieraus zum gegenwärtigen Zeitpunkt für ein operationales Stabilisierungsprogramm? Tatbestand ist, daß wir für die Bundesrepublik Deutschland kein wirtschaftspolitisches Entscheidungsmodell besitzen. Ferner gibt es einen gewissen Konsens über die Wirksamkeit der Geldmenge $Y[M]_t$, der Steuern $Y[T]_t$ und Staatsausgaben $Y[A]_t$. Weiterhin müßte es möglich sein, einen konjunkturellen Frühindikator zu entwickeln, der zumindest auf die Richtung der Stabilisierungsfehleränderung in der Zukunft hinweisen könnte. Als zweckmäßig ergibt sich damit die Kombination einer direkten diagnostischen Fehlermessung mit indirekter Fehlerprognose und Einwirkungsart über die Veränderung der „Instrument-Indikatoren“ $y[M]_t$, $y[T]_t$ und $y[A]_t$. Diese Wachstumsraten sind insbesondere hinsichtlich der Steuern und Staatsausgaben unter Berücksichtigung ihrer Struktur zu gestalten. Erfolgsgarantien für eine durch derartige Merkmale ausgezeichnete Stabilisierungspolitik gibt es in keiner Weise, weil über die Wirkung der finanzwirtschaftlichen Indikatoren auf die Stabilisierungsfehler nach der Art und vor allem nach dem Umfang nur wenige gesicherte Informationen verfügbar sind. Noch riskanter dürfte wohl das Einfrieren der Variablen $y[M]_t$, $y[T]_t$,

und $y[A]_t$ auf einen langfristigen Trend sein. Die Fehlermessung wäre dann — grob skizziert — auf die Ermittlung der Differenz zwischen der Wachstumsrate des Produktionspotentials und den Wachstumsraten der Geldmenge, Steuern und Staatsausgaben zu reduzieren. Der mit diesem u. a. von Friedman propagierten Konzept verbundene Verzicht, das finanzwirtschaftliche Instrumentarium zur „direkten“ Stabilisierungspolitik einzusetzen, hieße, an das Märchen vom Selbstregelungs- bzw. Eigenstabilisierungsvermögen des marktwirtschaftlichen Systems zu glauben.

3.2 Automatisierter (regelgebundener) und/oder diskretionärer Instrumentaleinsatz

Zu diesem äußerst wichtigen und aktuellen Problemkreis bleibt hier nur Raum für einige Marginalien. Einem automatischen Stabilisator müssen zwei Eigenschaften inhärent sein. Die Einwirkung des Staates auf den Wirtschaftsablauf muß über eine bestimmte Zeit hinweg immer in der gleichen, genau spezifizierten Art und Weise vorgenommen werden, was der Zeitkonstanz wirtschaftspolitischer Entscheidungsverfahren entspricht. Erforderlich ist zweitens die Realisierung von Stabilisierungsgewinnen gegenüber einem wohlspezifizierten Alternativsystem finanzwirtschaftlicher Stabilisierungsaktivitäten. Das Steuersystem ist zwar in bezug auf das Sozialprodukt automatisch flexibel; die Fähigkeit zur automatischen Stabilisierung gilt es jedoch erst noch zu beweisen. Brauchbare Informationen hierüber kann man nur über ein funktionstüchtiges ökonometrisches Modell gewinnen. Das Bezugssystem, d. h. insbesondere diejenige Konstellation der fiskalischen Instrumente, bei der man die automatischen Stabilisatoren als neutralisiert betrachtet, muß dann vor allem den Kriterien der Operationalität genügen. Zu verlangen ist hauptsächlich Strukturstabilität und Realisierbarkeit in dem Sinne, daß es sich z. B. bei der potentiellen Entwicklung des Steueraufkommens um eine „politisch machbare“ Alternative handeln muß. Völlig abwegige Bezugssysteme — und hierzu gehört bereits die Annahme eines konstanten Gesamtsteueraufkommens über mehrere Jahre — führen im übrigen zu einer erheblichen Überschätzung der Stabilisierungseffekte eines einkommensflexiblen Steuersystems.

Will man die Stabilisierungswirkung unseres progressiven Einkommensteuersystems ermitteln, so sollte deshalb die zur Bildung des fiktiven Bezugssystems notwendige Neutralisierung der aktuellen Steuerprogression nicht weiter als bis zur Proportionalität erfolgen. Schon hiermit sind Implikationen verbunden, deren aktuelle Verwirklichung man sich nur schwer vorstellen kann. Nicht akzeptabel erscheint uns

die Vorgehensweise von Smyth⁷, der mit einem ökonomischen Modell die Stabilisierungswirkung der Steuerflexibilität an einem System mißt, in dem das aktuell realisierte Steueraufkommen eine exogene Größe ist. Damit wird quasi unterstellt, daß der Fiskus diese Einnahmen vollständig autonom gestalten kann, was praktisch nur über eine Kopfsteuer denkbar ist. Eher vorstellbar wäre dann schon der von Ruggeri⁸ beschrittene Weg einer Bindung des Steueraufkommens an die Entwicklung der Staatsausgaben. Diese Art von Neutralisierung der Flexibilität würde ständige Änderungen des Steuertarifs implizieren, die wegen der genauen Verfahrensvorschrift einem Automatismus entsprechen. Aber auch gegen ein derartiges Bezugsprogramm ließen sich erhebliche Bedenken im Hinblick auf seine Praktikabilität eruieren.

Hinter dem Vorhaben, den Stabilisierungseffekt der „built-in flexibility“ zu ermitteln, steckt vielfach die Intention, den noch durch eine diskretionäre Staatsaktivität zu beseitigenden Restfehler zu bestimmen. Auch wird teilweise versucht, die Stabilisierungswirkung automatischer und diskretionärer Entscheidungsmechanismen theoretisch und empirisch zu trennen. Diese Vorgehensweise erscheint uns jedoch aus folgenden Gründen verfehlt. In einer ersten Interpretation seien diskretionäre Maßnahmen als Neufestsetzung des Entscheidungsverfahrens definiert. Sie können notwendig werden, weil sich die Beurteilung der Stabilisierungsfehler geändert hat oder die vorherige Verhaltensweise mangels ausreichender Informationen über die ökonomische Basisstruktur nicht effizient war. Eine maßorientierte Stabilisierungspolitik ist also so lange automatisch, als die Zielstruktur und die theoretischen Annahmen über das ökonomische System unverändert bleiben. Es gibt also auf der rationalen Ebene keine Wahl zwischen determinierten Aktivitäten einerseits und diskretionärer Politik andererseits, sondern nur eine solche zwischen verschiedenen Automatismen. Auch für die Situation unvollkommener Information, bei der auf der Basis theoretischer Vermutungen entschieden wird, ist eine zeitweise Konstanz des Eingriffsmodus erforderlich. Wie sollte man denn sonst die Effizienz finanzwirtschaftlicher Fehlerkorrekturmaßnahmen auf diagnostischer und prognostischer Ebene feststellen können. Daß die aktuelle Stabilisierungspolitik der Entscheidungszentren nicht nur in der Bundesrepublik Deutschland nur wenig Bindungen dieser Art erkennen läßt, sollte keineswegs zu der nicht realisierbaren Forderung führen, eine Theorie fallweiser und regelloser Beeinflussung des Wirtschaftsablaufs zu entwickeln. Hierin könnte man eine zweite Inter-

⁷ Vgl. D. J. Smyth, Built-in Flexibility of Taxation and Automatic Stabilization, in: *Journal of Political Economy*, Vol. 74 (1966), S. 396 ff.

⁸ G. C. Ruggeri, Automatic Stabilizers, Business Cycles and Economic Growth, in: *Kyklos* (1973), S. 288 ff.

pretation diskretionärer Staatsaktivitäten sehen. Zum Zwecke der Diagnose erscheint es zunächst notwendig, zwischen der eingebauten Flexibilität und den sonstigen Aktivitäten im Stabilisierungsbereich zu trennen. Für beide Arten diskretionärer Maßnahmen gilt, insbesondere im Hinblick auf die Besteuerung, daß sich ihre Stabilisierungswirkungen kaum von denen aus der automatischen Bindung über den Tarif trennen lassen⁹. Für die Beurteilung einer diskretionären Neugestaltung des Steuertarifs sind nämlich die sich mit dem Wirtschaftsablauf dann automatisch einstellenden Steuerzahlungen voll einzubeziehen. Es gilt damit, sowohl unter diagnostischen als auch unter prognostischen Gesichtspunkten, lediglich verschiedene Stabilisierungspolitiken gegeneinander abzuwägen, wobei einige mehr, die anderen weniger diskretionäre Elemente enthalten.

Nach diesen Überlegungen ist es uns auch möglich, das *Prinzip der Regelbindung* zu beurteilen. Gemeint ist hiermit eine maßorientierte Stabilisierungspolitik automatischen Typs. Erfolgen kann die Bindung hierbei nach der direkten Methode an die Stabilisierungsfehler oder — wie bei dem potentialorientierten Konzept — in indirekter Weise an mittelbare Fehler. Aus den vorhergehenden Überlegungen ergibt sich eindeutig, daß regelgebundene und diskretionäre Politik keine echten Alternativen darstellen. Regel-, d. h. auch maßorientierte Stabilisierungspolitik impliziert andererseits keinesfalls die Forderung, daß der einmal etablierte Einwirkungsmechanismus nicht nach einer gewissen Zeit über eine diskretionäre Aktivität ersetzt werden könnte. Vorstellbar ist, daß die Institutionalisierung neuer Regelmechanismen ebenfalls nach einer bestimmten Regel erfolgen muß.

Wichtig erscheint es mir, abschließend noch gegen die Meinung zu votieren, die Restriktionen im politischen Raum erlaubten keine einengende Regelbindung. Die Praxis sieht doch so aus, daß bisher jede Regierung mit ihrem Stabilisierungsprogramm im Kreuzfeuer der öffentlichen Meinung stand und unter wahltaktischen Gesichtspunkten oft auf die zweckmäßigsten Maßnahmen verzichten mußte. Eine gesetzlich vorgeschriebene Verfahrensregel würde es den wirtschaftspolitischen Entscheidungseinheiten demgegenüber viel leichter machen, einen wirksamen Instrumentaleinsatz durchzusetzen. Die Verantwortung für die jeweilige Politik läßt sich nämlich dann unter Umständen in die Anonymität eines Stabilisierungsgesetzes verlagern. Die letzten, zumindestens den Inflationsprozeß fortführenden Tariflohnerhöhungen wären beträchtlich kleiner ausgefallen, wenn es eine gesetzliche Vorschrift gäbe, nach der die Regierung bei exzessiven, den Produkti-

⁹ Vgl. hierzu *D. A. L. Auld*, *Automatic Fiscal Stabilizers: Problems of Identification and Measurement*, in: *Public Finance*, Bd. 26 (1972), S. 513 f.

vitätsfortschritt überschreitenden Lohnsteigerungen eine spürbare Lohnsteuererhöhung vorzunehmen hätte.

3.3 Ex-ante- und/oder ex-post-orientierte Programme

Regelmechanismen werden teilweise mit dem Argument gefordert, die bisherige Stabilisierungspolitik habe versagt, weil es noch nicht gelungen sei, „die wirtschaftliche Entwicklung und die Wirkungsweise der Instrumente nach Zeitpunkt und Ausmaß hinlänglich zu prognostizieren“¹⁰. Diesem Begründungszusammenhang kann man nicht zustimmen. Es sollte vielmehr Klarheit darüber bestehen, daß sowohl zyklusorientierte als auch mittelfristig angelegte Verfahrensregeln weder allein auf bereits diagnostizierte noch ausschließlich auf prognostizierte Fehler festgelegt sind. Die von Phillips¹¹ aus der Regelungstheorie entlehnten Konzepte proportionaler, derivativer und integraler Stabilisierungspolitik lassen sich z. B., falls es zweckmäßig erscheint, auf die Vergangenheit und/oder die Zukunft hin konkretisieren. So kann man sich z. B. vorstellen, daß die Wachstumsrate der Staatsausgaben $y [A]_t$ innerhalb des zulässigen Bereichs nach dem integralen Prinzip in der Periode t gemäß $y [A]_t = k_i \{V [F]_{t-1} + \hat{V} [F]_t + \hat{V} [F]_{t+1}\}$ mit $k_i > 0$ festgelegt wird. Bei dem proportionalen Typ ist z. B. andererseits die Regel $y [A]_t = k_p \hat{V} [F]_t$ mit $k_p > 0$ denkbar. Schließlich kann eine derivative Strategie entsprechend $y [A]_t = k_d (V [F]_{t-1} - V [F]_{t-2})$ vollständig ex-post-orientiert sein. Zweifelsohne dürfte eine zukunftsorientierte Regelbindung größere Stabilisierungsgewinne zeitigen als eine vergangenheitsdeterminierte, denn zwischen heutigen und morgigen Störungen bestehen vielfach kaum Zusammenhänge. Da die Prognoseverfahren jedoch noch höchst ineffizient sind, wird man sich wohl zunächst noch auf die weniger leistungsfähigen, an bereits diagnostizierte Fehler gebundenen Regeln beschränken müssen. Dennoch bleibt zu prüfen, ob ein zukunftsorientierter Regelmechanismus trotz schlechter Prognosegrundlage nicht bessere Stabilisierungsergebnisse zeitigen kann.

3.4 Dämpfungs- oder Minimierungskonzeptionen

Strategien, mit denen lediglich eine Reduzierung von Stabilisierungsverlusten beabsichtigt wird, sind immer dann angezeigt, wenn Bestimmungsfaktoren für die Stabilisierungsfehler, insbesondere in quantitativer Hinsicht, nicht ausreichend bekannt sind. Auf jeden Fall

¹⁰ Regelmechanismen in der Wirtschaftspolitik, Stellungnahme des Wirtschaftswissenschaftlichen Beirates beim Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen, Bulletin der Bundesregierung Nr. 36 vom 10. 3. 1972, S. 579.

¹¹ A. W. Phillips, Stabilization Policy in a Closed Economy, in: Economic Journal, Bd. 64 (1954), S. 290 ff.

sollte auch bei unvollkommener Information über die ökonomische Systemstruktur und zu erwartende Störungen eine Fehlerorientierung erfolgen. Riskant ist es demgegenüber, auf die Wirksamkeit von Mechanismen, wie es die Steuerprogression oder eine Geldmengenerweiterung mit konstanter Rate darstellen, zu vertrauen, weil hier jegliche direkte Fehlerbindung fehlt. Andererseits wird wohl eine Politik, die darauf gerichtet ist, die relevanten Stabilisierungsfehler zu eliminieren, erst auf der Grundlage eines funktionsfähigen ökonomischen Modells Erfolg haben. Ist ein solches verfügbar, so dürfte dieses Verfahren die optimalste Lösung des Stabilisierungsproblems ermöglichen.

3.5 Mono- oder Multifehler(-mittel)programme

Die Ein-Fehler-Orientierung kann man sich als Reaktion auf den politisch spürbarsten Fehler vorstellen. Durch die Fixierung von Toleranzgrenzen ist der Fall, daß mehrere Stabilisierungsfehler gleichzeitig verletzt sind, wohl möglich, aber nicht die Regel. Monofehlerprogramme erfordern jedoch stets eine Multifehlermessung mit einer entsprechenden maßgerechten Beurteilung. Die Konzentration auf die Beseitigung möglichst weniger Stabilisierungsfehler wird auch hinsichtlich der Realisationschancen als günstig zu betrachten sein. Allerdings muß die betroffene Entscheidungseinheit auch auf die Situation vorbereitet sein, ein Multifehlerprogramm parat zu haben.

Notwendige Voraussetzung für die zielgerichtete Veränderung eines beliebigen Stabilisierungsfehlers ist ohne weitere Restriktionen mindestens ein Instrument. Schon die zu berücksichtigenden Grenzen der Variationsmöglichkeiten einzelner Mittel erfordern zur Realisierung eines bestmöglichen Stabilisierungsgewinns den Einsatz einer Kombination von Instrumenten. Für Entscheidungen unter Unsicherheitsbedingungen haben Brainard¹² und Poole¹³ gezeigt, daß sich diese Strategie unter Umständen auch grundsätzlich empfiehlt, denn eine kleine Veränderung mehrerer Instrumente wirke sich im allgemeinen auf die erwartete Streuung der Stabilisierungsfehler weniger ungünstig aus als die wesentlich größere Variation einer einzelnen — z. B. finanzwirtschaftlichen — Staatsaktivität.

¹² Vgl. *W. Brainard*, *Uncertainty and Effectiveness of Policy*, in: *American Economic Review*, Papers and Proceedings, Vol. 57 (1967), S. 411 ff.

¹³ *W. Poole*, *Optimal Choice of Monetary Policy Instruments in a Simple Stochastic Macro-Model*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Vol. 84 (1970), S. 197 ff.

3.6 Systemextern- und/oder systeminternorientierte Reaktionen

Als systemextern ist eine Strategie zu charakterisieren, wenn versucht wird, die von außen in das ökonomische System einwirkenden Störungen direkt zu eliminieren bzw. zu neutralisieren. Systeminterne Konzeptionen zeichnen sich demgegenüber durch eine Orientierung an realisierten bzw. erwarteten Fehlern innerhalb des Systems aus. Es wird also auf die Störung kein direkter Bezug genommen. Über die Vorteilhaftigkeit dieser beiden Prinzipien kann nur auf der Grundlage einer konkreten Fallanalyse entschieden werden.

3.7 Modellorientierter und/oder indikatororientierter Instrumentaleinsatz

Eine modellorientierte Stabilisierungspolitik, die ein ökonometrisches Modell als Entscheidungsgrundlage verwendet, gilt es, zumindest als Fernziel anzusteuern. Wie bereits unter 3.1 erläutert, ist zur Zeit nur eine indikatorgebundene Stabilisierungskonzeption praktikabel. Auf Grund einer numerisch nicht quantifizierten Theorie veranlaßt die Veränderung bestimmter Indikatoren den Einsatz des wirtschaftspolitischen Instrumentariums. Hierbei stellen die Staatsausgaben, das Steueraufkommen und die Geldmenge quasi Instrumentalindikatoren dar, von deren Änderung in eine bestimmte Richtung man sich Stabilisierungsgewinne verspricht.

Die vorgenommene Typisierung möglicher Stabilisierungsprinzipien konnte an dieser Stelle nicht mit der Intensität diskutiert werden, die es erlaubt hätte, den Versuch zu unternehmen, eine effiziente und dabei gleichzeitig operationale Stabilisierungsgesamtkonzeption zu formulieren. Im folgenden werden wir jedoch einige auch aus den bisherigen Überlegungen resultierende Kriterien spezifizieren, die zu einer Operationalisierung regelgebundener finanzwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik beitragen könnten.

4. Zur Operationalisierung einer regelgebundenen Stabilisierungspolitik

Die Diskussion zur Regelbindung in der Stabilisierungspolitik scheint sich im finanzwirtschaftlichen Bereich auf eine produktionspotentialorientierte Stabilisierungsstrategie zu konzentrieren. Dieser Vorschlag setzt die nicht bewiesene Annahme voraus, die staatlichen Aktivitäten stellten bisher den eigentlichen Verursacher der vergangenen Fehlentwicklungen im Stabilisierungsbereich dar, und impliziert den riskanten Verzicht auf eine antizyklische Konjunktursteuerung. Sicherlich ist dieser indirekte und mittelfristig angelegte Regelmechanismus eher praktikabel als der zyklusorientierte Typ. Auf diese direkt auf die

Stabilisierungsfehler bezogene Variante sollten wir dennoch unsere Anstrengungen zur Operationalisierung einer maßorientierten Stabilisierungspolitik konzentrieren. Hierzu gilt es als erstes, eine *Operationalisierung der Stabilisierungsfehlermessung* zu bewirken, das bedeutet vornehmlich eine quantitative Konkretisierung aller $V[F]_t$ in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Unzureichend ist bislang im besonderen Maße die Erfassung der Stabilisierungsziele im Distributions- und Kompositionssektor. Erforderlich ist ferner die klare Abgrenzung der Maximierungsziele von den Stabilisierungszielen im Sinne der Unterscheidung verschiedener Fehlerarten. Selbstverständlich hat die Bewertung auf der Grundlage eines einheitlichen Stabilisierungsmaßes zu erfolgen. Neben dem Versuch, ein Entscheidungsmodell auf ökonomischer Grundlage zu erstellen, ist — wie immer wieder verlangt wird — an eine Konstruktion von Frühindikatoren zu denken, mit denen man abschätzen kann, in welche Richtung sich die relevanten Fehler in der nahen Zukunft entwickeln.

Eine *Operationalisierung der verfügbaren Instrumente* impliziert u. a. den Verzicht auf jene Maßnahmen, deren Wirkung nur schwer abzuschätzen ist. So sollte man beispielsweise keine konjunkturpolitisch orientierte Variation der steuerlichen Abschreibungssätze vornehmen. Um eine wahrscheinlich nachteilige, zu starke — und nach dem Stabilitätsgesetz auch nicht mögliche — Variation der Instrumente zu vermeiden, sind für die Realisation eines bestimmten Stabilisierungsgewinns stets wohlgedachte Mittelpakete einzusetzen. Hierfür benötigt man jedoch eine leistungsfähige Entscheidungsgrundlage, deren Aufbauprinzip sich nicht nach den tagespolitischen Zufälligkeiten richten sollte. Vorstellbar wäre, daß man für die verfügbaren Instrumente Regelbindungen einführt, die für eine gewisse Zeit (z. B. für eine Legislaturperiode) festlegen, welche Veränderung der finanzwirtschaftlichen Aktivitäten zu erfolgen hat, wenn eine bestimmte Fehlentwicklung beobachtet wurde und gleichzeitig Informationen über ihre erwartete Veränderung verfügbar sind. In bezug auf jeden relevanten Fehler muß jedem Instrument ein z. B. nach dem proportionalen Verfahren bestimmter Wert zugewiesen werden. Auf Grund konkretisierter Maximierungsziele ist weiterhin der Handlungsspielraum für die Stabilisierungspolitik, das sind z. B. die Grenzen für eine Senkung der Staatsausgaben, zu fixieren. Auf diese Weise wird bereits die Menge der wählbaren Instrumente eingeschränkt. Festzulegen sind auf jeden Fall Toleranzgrenzen für die Reaktion auf Fehlerveränderungen. Diese werden nicht zuletzt auch durch die von den politischen Entscheidungszentren vorgegebenen „Normalkonstellationen“ der Zielvariablen determiniert. Hiernach müßte es dann möglich sein, eine begrenzte Entscheidungstabelle zu konstruieren, aus der die für die Stabilisierungspolitik

Verantwortlichen die ihnen vorteilhaft erscheinende Alternative auswählen können. Damit bleibt ein sicherlich notwendiger Freiheitsspielraum für die den aktuellen Erfordernissen Rechnung tragende politische Entscheidung erhalten, aber die Entscheidungsgrundlage ist quasi regelgebunden konstant strukturiert. Vor einer Institutionalisierung eines derartigen Mechanismus sollte man versuchen, für die Vergangenheit im Sinne einer *ex-post*-Prognose mit den schon vorhandenen ökonomischen Modellen zu simulieren, welche Erfolgchancen dieses Konzept versprechen kann.

**Korreferat zu:
Maßorientierte Stabilisierungspolitik über finanzwirtschaftliche
Staatsaktivitäten**

Von *Hans J. Barth*, Wiesbaden

1. Herr Rose plädiert in seinem Referat dafür, die an konkreten Fehlentwicklungen orientierte Stabilisierungspolitik nicht vorschnell zugunsten ausschließlich trendorientierter Politik oder gar dirigistischer Eingriffe aufzugeben. Dem schließe ich mich an: Denn wer einer trendorientierten Politik das Wort reden will, muß entweder den Beweis dafür antreten, daß der private Sektor stabil ist, oder er muß zumindest nachweisen können, daß die Orientierung am Trend zu geringeren Stabilisierungsfehlern führt als die Orientierung an den jeweiligen Fehlentwicklungen — etwa wegen der bestehenden diagnostischen und prognostischen Unsicherheiten und der mangelhaften Kenntnisse bezüglich des Wirkungs-lags finanz- und geldpolitischer Instrumente. Diese Beweise halte ich, wie Herr Rose, bislang für nicht erbracht.

2. Worum es geht, ist also, die herkömmliche, an den jeweiligen Fehlentwicklungen orientierte Stabilisierungspolitik zu verbessern. Herrn Roses Vorschlag einer Maßorientierung läuft darauf hinaus, über klare Stabilisierungsziele, eindeutige Normen für tolerierbare Abweichungen und einheitliche Maße für Fehlentwicklungen den wirtschaftspolitischen Instanzen nicht nur eine Meßlatte für Stabilisierungswirkungen in die Hand zu geben, sondern sie zugleich auch Handlungszwängen zu unterwerfen.

Nun stellt sicherlich die konjunkturelle Entwicklung der bisherigen Stabilisierungspolitik nicht zuletzt deswegen ein so schlechtes Zeugnis aus, weil die Notwendigkeit antizyklischer Maßnahmen oft zu spät erkannt wurde oder, war sie erkannt, die Maßnahmen aus Gründen politischer Opportunität hinausgezögert wurden. Dennoch erhebt sich meiner Meinung nach die Frage, ob die Maßorientierung, wie sie Herr Rose vorschlägt, dem einen verläßlichen Riegel vorschieben würde.

3. Eine weitere Frage, die ich vorab, wenn auch nur am Rande aufwerfen möchte, weil sie andere Arbeitskreise dieser Tagung ausführlicher beschäftigt, ist die, ob sich Herr Rose nicht den Blick für kaum minder bedeutsame Gründe stabilisierungspolitischer Fehlentwicklungen

gen verstellt hat, indem er seinen Vorschlag in erster Linie antithetisch zu trendorientierten Regelbindungen entwickelt. Denn auf diese Weise geraten Probleme aus dem Bild, die den Erfolg der Stabilisierungspolitik wesentlich mitbestimmen, gleichgültig, ob sich diese an den jeweils gegebenen Fehlentwicklungen oder am Trend orientiert.

4. Ich meine hier einmal das Problem der Verteilung der stabilisierungspolitischen Rollen. Zu prüfen wäre etwa, ob die Finanzpolitik nicht überfordert ist, wenn sie Fehlentwicklungen in der Beanspruchung des Produktionspotentials, in der Preisentwicklung und im Devisenbestand (oder was sonst eine außenwirtschaftliche Störung indizieren möge) entgegenwirken soll, ohne zugleich all ihre anderen Aufgaben oder auch nur einzelne davon zu vernachlässigen. Könnte oder müßte die Geldpolitik sie entlasten, und wie ist umgekehrt Sorge dafür zu tragen, daß die Finanzpolitik der Geldpolitik nicht ins Handwerk pfuscht, etwa durch Art und Umfang der Verschuldung?

Ein weiteres Problem in diesem Zusammenhang ist das Verhalten der Tarifpartner. Verfolgen diese Verteilungsziele, die nicht mit den Zielen der Stabilisierungspolitik in Einklang stehen, so sind in jedem Fall Stabilisierungsverluste unvermeidlich, entweder bei den Preisen oder bei der Beschäftigung oder auch bei beiden zusammen, es sei denn, man relativiert die stabilisierungspolitischen Ziele.

Zu Stabilisierungsverlusten kann es schließlich auch kommen, wenn ein Land internationale Bindungen eingeht, die seine stabilisierungspolitische Souveränität de jure oder de facto einengen. Auch dann liegt als Ausweg eine Relativierung der Ziele nahe.

5. Dies führt mich zu meiner ersten Frage und dem Referat von Herrn Rose zurück. Soll die Maßorientierung ihren Zweck als Meßlatte und als Auslöser von Handlungszwängen erfüllen, so darf sie nicht manipulierbar sein.

Damit möchte ich nicht der Feststellung von Herrn Rose widersprechen, daß Stabilität ein relativer Begriff ist, weil die Norm der Störung und die ihr zugeordneten Maße frei wählbar sind. Gerade weil das so ist, spielt m. E. für den Erfolg der Maßorientierung aber eine ganz entscheidende Rolle, wer die Normen setzt und die Fehlermaße bestimmt. Herr Rose nennt hier nur etwas vage die „politischen Entscheidungszentren“. Ist damit der Gesetzgeber gemeint, oder soll es der Regierung überlassen sein, darüber zu befinden, was als Stabilisierungserfolg zu bewerten ist? Mit dem Handlungszwang wäre es wohl kaum weit her, wenn die Regierung hier freie Hand hätte. Denn nichts läge dann für sie näher, als sich diesem Zwang zu entziehen, indem sie die Norm der Störung, d. h. das, was als Fehlentwicklung anzu-

sehen ist, neu definiert, wobei ihr nach aller Erfahrung genug Phantasie zuzutrauen ist, die Notwendigkeit dazu plausibel zu begründen, etwa mit widrigen Umständen in der Welt, auf die sie keinen Einfluß hat. Die ständige Relativierung des Preisstabilitätsziels im Verlauf der letzten Jahre mag hierfür als Beispiel dienen.

6. Gewiß können sich die Bedingungen, die einmal ausschlaggebend für die Festlegung dessen waren, was als Fehlentwicklung gelten soll, im Laufe der Zeit so ändern, daß ein Festhalten an den ursprünglichen Normen für ein bestimmtes Ziel zu erhöhten Stabilisierungsfehlern bei anderen Zielen führen würde. In solchen Fällen muß es natürlich erlaubt sein, die Normen zu ändern. Dasselbe gilt, wenn sich herausstellen sollte, daß die Annahmen hinsichtlich der Struktur des ökonomischen Gesamtsystems, auf denen die Normen für die einzelnen Ziele basierten, der Wirklichkeit nicht entsprechen.

7. Solche zu respektierenden Gründe lassen sich von vorgeschobenen nur trennen, wenn das gesamte stabilisierungspolitische Zielssystem explizit dargelegt wird. Ich stimme Herrn Rose daher zu, daß das Problem der Messung von Stabilisierungswirkungen im Grunde auch die ausdrückliche Berücksichtigung von Kompositions- und Distributionszielen im stabilisierungspolitischen Zielkatalog erfordert. Ich bezweifle allerdings, ob damit nur Probleme der Fehlermessung aufgeworfen sind. Um nur eines der von Herrn Rose in diesem Zusammenhang erwähnten Ziele, das interne Verteilungsziel, herauszugreifen: Schon die Konkretisierung des diesbezüglichen Stabilisierungsfehlers, sei es als Abweichung in der Zuwachsrate der Lohn- und Transfereinkommen pro Kopf von der Zuwachsrate des Durchschnittseinkommens der Inländer — wie bei Herrn Rose —, sei es auf irgendeine andere Weise, impliziert Konflikte mit dem Prinzip der Tarifautonomie oder, falls nur an die sekundäre Einkommensverteilung gedacht ist, eine so weitgehende Absorption der finanzpolitischen Instrumente, daß Rückwirkungen auf die Erreichbarkeit anderer Ziele unvermeidlich sind. Im übrigen gilt wohl die Feststellung von Herrn Rose, daß die größte Schwierigkeit bei der Konkretisierung der Stabilisierungsfehler in der Bestimmung der Normalwerte liege, gerade für Distributions- und Kompositionsziele in besonderem Maße.

8. Je mehr Stabilisierungsziele explizit verfolgt werden, um so wichtiger wird zugleich die Beantwortung der Frage, wie die Stabilisierungswirkungen alternativer Strategien zu bewerten sind, weil unterschiedliche Strategien notwendigerweise zu unterschiedlich großen Stabilisierungsfehlern bei den einzelnen Zielen führen.

Eine Gesamtverlustfunktion lehnt Herr Rose als Bewertungsmaßstab ab, weil erstens nicht erwartet werden könne, daß die Politiker in der

Lage sind, eine solche komplexe Bewertungsfunktion anzugeben, und weil zweitens eine solche Funktion nicht durchsichtig genug sei. Diese Begründung vermag mich nicht voll zu überzeugen, und zwar nicht nur, weil es einen deutschen Wirtschafts- und Finanzminister gab, der zumindest ansatzweise die von Herrn Rose bezweifelte Fähigkeit besessen haben muß, als er kundtat, 5 Prozent Preissteigerung seien weniger schlimm als 5 Prozent Arbeitslose. Vor allem das Argument der Undurchsichtigkeit einer Gesamtverlustfunktion halte ich nicht für durchschlagend, solange bei einer Einzelfehlerbewertung nach einem einheitlichen Fehlermaß, wie Herr Rose vorschlägt, der Wert η , d. h. die Toleranzgrenze für die Abweichung von einem Ziel, nicht näher spezifiziert ist. Denn was in einer Gesamtverlustfunktion als Gewicht eines Ziels im Zielbündel explizit gemacht wird, geht bei der getrennten Fehlerbewertung möglicherweise in unterschiedlich weiten Toleranzgrenzen für die einzelnen Ziele unter. An Durchsichtigkeit wäre dann wenig gewonnen. Für einer Diskussion würdig halte ich auch, ob sich neben formalen auch ökonomische Gründe dafür finden, positive und negative Stabilisierungsfehler gleich zu bewerten. Wenn bei zunehmenden Inflationsraten beispielsweise mit einem Verlust der Geldillusion und allen daraus folgenden Konsequenzen zu rechnen ist, spräche gewiß einiges dafür, ein Zurückbleiben der Preissteigerungsrate hinter dem Normwert nicht als ebenso schlimm zu bewerten wie eine gleich große Abweichung nach oben. Solche ungleichen Bewertungen würden das Fehlermaß möglicherweise undurchsichtiger, vielleicht aber einsichtiger machen.

9. Selbst wenn die mit der Definition der Ziele und mit der Fehlermessung verbundenen Probleme gelöst, Handlungszwänge also zuverlässig installiert sind, bleibt immer noch die Frage, nach welchen Prinzipien diese in konkretes stabilisierungspolitisches Handeln umzusetzen sind. Herr Rose hat dazu einen Katalog denkbarer Prinzipien entwickelt, dem ich weitgehend zustimme, ohne damit jedoch die Folgerung zu teilen, künftige Fehlentwicklungen seien besser indirekt über Veränderungen eines noch zu entwickelnden Frühindikators zu ermitteln als direkt über die Prognose der relevanten Zielvariablen, solange ein verlässliches ökonometrisches Gesamtmodell fehle. Gewiß wird niemand, dem einmal die Aufgabe gestellt war, die Ergebnisse der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung auf ein Jahr vorauszusagen, die Unzulänglichkeit der sogenannten intuitiven, auf der Erfahrung mit konjunkturellen Abläufen basierenden Methode bestreiten wollen; doch muß sie deshalb nicht gänzlich verworfen werden. Immerhin liefert sie über die zu erwartenden Stabilisierungsfehler bei den Einzelzielen detailliertere Informationen als ein Gesamtindikator und, durch ökonometrische Teilmodelle für einzelne Aggregate ergänzt, wahrscheinlich

auch hinlänglich treffsichere. Unabhängig davon, ob künftige Stabilisierungsfehler direkt oder indirekt gemessen werden, müßte aber vor allem dafür Sorge getragen werden, daß sich die wirtschaftspolitischen Instanzen nicht durch Verweis auf konkurrierende Prognosen dem mit der Maßorientierung beabsichtigten Handlungszwang entziehen können. Kriterien dafür zu finden, wessen Prognose als die „wahre“ gelten soll, wenn, wie in der Bundesrepublik Deutschland, nicht nur die wirtschaftspolitischen Instanzen, sondern auch die Tarifpartner, die Wirtschaftsforschungsinstitute und der Sachverständigenrat solche aufstellen, dürfte allerdings nicht leicht fallen.

Diskussion

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Der Korreferent hat die Frage der Handlungszwänge für die Politik in den Vordergrund seiner Ausführungen gestellt. Meine Anregung geht dahin, sie zum Ansatzpunkt der weiteren Diskussion zu nehmen und dabei den einen oder anderen der von Herrn Rose vorgeschlagenen Diskussionspunkte noch aufzunehmen, so daß wir in absehbarer Zeit dazu kommen, die Thesen von Herrn Rose durch die Thesen von Herrn Tietmeyer zu flankieren.

Manfred Willms (Kiel):

Ich habe eine grundsätzliche Frage zu dem vorgetragenen Papier, die sich auf die Rolle bezieht, die generell dem Staatshaushalt und den Staatsausgaben zukommt. Ich meine, daß man auch hier einen gewissen theoretischen Untergrund in das Gesamtkonzept einbauen muß; denn ich bin, wie Herr Kollege Cassel das schon sagte, an einem makroökonomischen Gesamtmodell interessiert, auf dessen Grundlage überhaupt erst die Rolle der Fiskalpolitik skizziert werden kann. Das vermisste ich hier. Es handelt sich um eine grundsätzliche Frage, die geklärt werden müßte, bevor wir zum Konzept des Fiskalindikators Stellung nehmen können. Ich habe hierbei die Vorstellung, daß man von einem makroökonomischen Modellansatz ausgehen muß, bei dem der Staatshaushalt nicht nur gesehen wird unter dem Blickwinkel der Einnahmen- und Ausgabenseite ohne Berücksichtigung des Finanzierungsaspektes. Die Finanzierungsseite sollte in einem makroökonomischen Modell nicht übersehen werden. Ich hätte hierzu noch gern die Auffassung des Referenten gehört.

Dieter Biehl (Kiel):

Ich möchte gern, obwohl das nicht unmittelbar mit dem Punkt zusammenhängt, den Sie gern zu Beginn diskutiert gesehen hätten, Herr Sievert, auf die These vom mangelnden Eigenstabilisierungsvermögen des marktwirtschaftlichen Systems und auf die Fragen eingehen, die Herr Rose im Hinblick auf die Rolle der Budgetkonzepte gestellt hat.

Ich habe in dem Papier von Herrn Rose den schönen Satz gefunden, der u. a. mit dem von Milton Friedman propagierten Konzept verbun-

dene Verzicht, das finanzwirtschaftliche Instrumentarium zur direkten Stabilisierungspolitik einzusetzen, „hieße an das Märchen vom Selbstregelungs- bzw. Eigenstabilisierungsvermögen des marktwirtschaftlichen Systems zu glauben“¹. Der Satz hat mich persönlich erstens in einem sonst analytischen Papier gestört, und zweitens enthält er, meine ich, ganz fundamentale Werturteilsimplikationen. Ich gehe davon aus, daß ein konkretes marktwirtschaftliches System wenigstens in dem generellen Sinn ein selbststabilisierendes System ist, wie es uns etwa gestern in dem Vortrag von Herrn Kaltefleiter dargestellt worden ist: nämlich ein „lernendes System“, das aufgrund eingebauter Institutionen und Verfahrensregeln sich grundsätzlich selbst regulieren kann — mit welcher Bandbreite von zyklischen Schwankungen um die „Normallage“, ist dann allerdings eine zweite Frage. In unserer Diskussion ist wohl mehr auf das stabilisierungsrelevante Verhalten des Systems abzustellen. Dann würde die These lauten, dieses marktwirtschaftliche System, zumindest wie wir es in den entwickelten Industriestaaten kennen, ist ein *Mischsystem*, das neben dem „Marktteil“ durch einen im Zeitablauf vergrößerten „Staats(an)teil“ gekennzeichnet ist. Das einzige, was wir also tatsächlich beobachten können, ist die Entwicklung des gesamten Mischsystems, die durch interdependente Prozesse sowohl im Markt- oder Privatbereich als auch im öffentlichen Bereich charakterisiert ist. Von daher gesehen erscheint es einerseits wissenschaftlich wenig fruchtbar, eine alte Diskussion weiterzuführen, die den privaten Sektor vom staatlichen isoliert und diesem Sektor irgendeine essentielle „Eigentendenz“ zuspricht. Andererseits setzt eine erfolgreiche Politik der trendorientierten Verstetigung keineswegs notwendigerweise ein spezifisches Eigenstabilisierungsvermögen des privaten Sektors voraus — es genügt schon, daß wenigstens diejenigen Störungsfaktoren ausgeschaltet oder in ihrer Bedeutung vermindert werden, die wegen zeitlicher Verzögerungen eine diskretionäre, antizyklisch intendierte Stabilisierungspolitik häufig tatsächlich prozyklisch wirken lassen. Jedenfalls finde ich, daß wir, wenn wir uns vorvoreingenommen an die Frage herangehen wollen, nur davon ausgehen können, daß es Schwankungen des Gesamtsystems gibt — wie immer man sie definiert —, daß dieses Gesamtsystem auch schon Katastrophenfälle produziert hat, aber daß es andererseits auch genügend Beispiele dafür gegeben hat, daß das System grundsätzlich Selbstregelungs- und Eigenstabilisierungsvermögen besitzt. Ob beispielsweise eine trendorientierte Haushaltspolitik konjunkturelle Schwankungen tatsächlich vermindern oder verstärken würde, können wir im übrigen nur dadurch beweiskräftig prüfen, daß der Versuch einer solchen trendorientierten Politik

¹ *Manfred Rose*, Maßorientierte Stabilisierungspolitik über finanzwirtschaftliche Staatsaktivitäten, S. 479 dieses Bandes.

tatsächlich gemacht würde. Das wäre nichts anderes als ein (neues) sozialwissenschaftliches Experiment im großen Maßstab. Solche Experimente betreiben wir zwar laufend in Form der antizyklischen Fiskalpolitik — aber anscheinend nach der alten Canardschen Steuerregel: Was alt ist (die antizyklische Fiskalpolitik), ist gut, was neu ist, ist schlecht. Nur sehr wenige Leute sehen allerdings die sozialen Kosten dieses immer wiederholten Experiments. Wird jedoch der Vorschlag gemacht, eine trendorientierte Haushaltspolitik in einem Gesamtstabilisierungsrahmen, der die Geldpolitik umfassen muß, zu betreiben, kommt sofort der Einwand, das sei aber mit ganz erheblichen sozialen Kosten verbunden. Zusammengefaßt: Dies ist ein Plädoyer für eine unvoreingenommene und weniger werturteilsbeladene Diskussion alternativer stabilisierungspolitischer Konzepte.

Nun zur Frage der Rolle von Budgetkonzepten. Wenn ich versuche — obwohl mir das gewisse Schwierigkeiten bereitet —, Budgetkonzepte in das System von Herrn Rose einzuordnen, so würde ich sagen, Budgetkonzepte können als ein Beispiel für eine eindimensionale Zielfunktion im Sinne von Herrn Rose mit mehr oder weniger zahlreichen Nebenbedingungen betrachtet werden. Die Zielfunktion stellt dabei meist auf die Gesamtnachfrage ab. Budgetkonzepte können von daher auch als ein Versuch aufgefaßt werden, einen Fehlerindikator zu ermitteln und die Abweichung etwa zwischen der als Nachfrage gemessenen Sozialproduktgröße und der als Angebot gemessenen Produktionspotentialgröße als Indikatoren für solche Fehlentwicklungen zu betrachten. Es ist richtig, daß diese Konzepte — wenn auch in unterschiedlichem Maße — Partialcharakter haben; eine Reihe von wichtigen Bezügen, wie etwa die Frage der multidimensionalen Zielfunktion der Haushaltspolitik und die Zielfunktion für Allokation, Distribution und Stabilisierung werden vernachlässigt oder — wie beim „konjunkturgerechten Haushalt“ — mit Hilfe bestimmter Annahmen gelöst.

Solche Überlegungen haben eine alte Tradition. Das Saldenkonzept ist wohl das älteste dieser Budgetkonzepte, das sehr bald in Form der Forderung nach einem ausgeglichenen Haushalt auftrat, das sehr viele Varianten erlebte, und dann Mitte der vierziger Jahre eine wesentliche Weiterentwicklung durch das amerikanische Vollbeschäftigungsbudget erfuhr, das im Grunde genommen ein Saldenkonzept mit einem fixierten Auslastungsgrad für die (Voll-)Beschäftigung ist. Anfang der sechziger Jahre wurde das niederländische Konzept des „fiscal impact“ präsentiert; schließlich kam als jüngstes Konzept das für die Bundesrepublik vom Sachverständigenrat entwickelte Budgetkonzept des konjunkturneutralen Haushalts hinzu, das weiterentwickelt wurde zum Konzept des konjunkturgerechten Haushalts. Trotz aller Beschränkungen — und das scheint mir wesentlich zu sein — eröffnen diese neueren

Konzepte die Möglichkeit, bisher in der praktischen Politik angewendete Leitregeln (wie die berühmte These von der „Neutralität“ eines ausgeglichenen Haushalts und vom Haushaltssaldo als Indikator konjunktureller Wirkungen oder von der Konjunkturgerechtigkeit von mit dem Sozialprodukt wachsenden Haushaltsausgaben) zu ersetzen durch ein verbessertes System, das nachweisbar einige der Fehler, die bei Anwendung der älteren Konzepte eintreten konnten, vermeiden hilft. Damit ist nicht gesagt und kann auch nicht behauptet werden, daß etwa der konjunkturgerechte Haushalt ein „ideales“ Konzept sei, das allen Ansprüchen genügt. Er muß deshalb sowohl von den theoretisch möglichen Anforderungen eines gedachten idealen vollständigen Systems her beurteilt werden wie auch unter dem Gesichtspunkt der derzeitig geübten Haushaltspraxis. Von der derzeit geübten Praxis her wird ein solches Budgetkonzept meines Erachtens die Qualifizierung als „besser“ erhalten können; gemessen an dem, was wir gern alle wissen möchten und besser machen müßten, wird es sicherlich nur als ein Schritt in diese richtige Richtung betrachtet werden können.

Hans-Joachim Rüstow (Allmannshausen a. Starnberger See):

Ich möchte zu zwei Punkten Stellung nehmen.

Zunächst: Wer eine möglichst gleichmäßige Einkommensverteilung zu den konjunkturpolitischen Zielsetzungen rechnet, muß sich dessen bewußt sein, daß die Zahl der Arbeitgeber nur noch etwa 2 % von der Zahl der Arbeitnehmer ausmacht, wenn man zu den Arbeitgebern alle Unternehmer rechnet, die auch nur eine einzige fremde — nichtfamilienangehörige — Arbeitskraft beschäftigen. Die Zahlen sind leider vom statistischen Bundesamt nicht veröffentlicht; sie gehen aus internen Spezialtabellen hervor. Aus der geringen Zahl der Arbeitgeber folgt, daß ihr Verbrauch gesamtwirtschaftlich minimal ist. Ihr Einkommen besteht zum größten Teil nicht aus Verbrauchseinkommen, sondern aus Investiveinkommen. Daher ist das Unternehmereinkommen starken Schwankungen unterworfen, je nachdem, ob die Investitionsquote groß oder gering ist. Nun kann aber die Zahl der Arbeitskräfte, für die neue Arbeitsplätze geschaffen werden müssen, in den einzelnen Jahren sehr verschieden sein. Ich erinnere daran, daß ihre Zahl 1950 ungefähr 1 Million betrug, daß also in jenem Jahr 1 Million neue Arbeitsplätze — durch Investitionen — geschaffen werden mußten, während jetzt, wie ich vorhin schon sagte, seit 10 Jahren die Zahl der deutschen Arbeitskräfte um jährlich 190 000 schrumpft. Da die konjunkturpolitisch richtige Investitionsquote sich dieser Entwicklung anpassen muß, weist sie nicht unerhebliche Schwankungen auf. Dement-

sprechend muß auch das Unternehmereinkommen, das zum größten Teil aus Investiveinkommen besteht, entsprechend stark schwanken. Es ist also sehr zweifelhaft, ob man eine möglichst gleichmäßige Einkommensverteilung zu den konjunkturpolitischen Zielen rechnen kann.

Der zweite Punkt ist folgender: Wenn von dem Herrn Vorredner gesagt wurde, je mehr man auf fiskalpolitische Steuerung verzichtet — bzw. keinen großen Wert auf sie legt —, desto mehr müßte man überzeugt sein, daß die Marktkräfte ausreichen, das System richtig zu steuern, so daß es der fiskalpolitischen Steuerung kaum bedarf. Mir scheint diese Folgerung nicht überzeugend; denn wir müssen uns darüber klar sein, daß nicht nur die Marktkräfte im engeren Sinn die Wirtschaft steuern. In unserem System wird diese Steuerung ja weitgehend von einer autonomen, außerhalb des Marktes liegenden Instanz durchgeführt, nämlich von der Zentralbank. Sie ist ein inhärenter Bestandteil unseres Wirtschaftssystems, obwohl sie eine autonome Instanz außerhalb des Marktes ist. Nun kann aber die kreditpolitische Steuerungsfunktion der Zentralbank matt gesetzt sein — wie es in den letzten 15 Jahren bei uns der Fall war — dadurch, daß die Unternehmer es gar nicht nötig haben, Kredite bei der Notenbank in Anspruch zu nehmen, weil sie durch den Umtausch von Devisen in DM reichlich mit Bargeld versorgt werden. Die Notenbank kann aber diskontpolitisch gar nicht wirksam sein, wenn bei ihr keine Kredite in Anspruch genommen, also keine Wechsel rediskontiert werden. Unter diesen Umständen kann es zu einer chronischen Überbeschäftigung kommen, wie wir sie seit 15 Jahren bei uns — mit ganz geringen Unterbrechungen in einigen Phasen — erlebt haben.

In einer chronischen Überbeschäftigungssituation scheint es mir bedenklich zu sein, regelgesteuerte Mechanismen, die einen Handlungszwang der wirtschaftlichen Instanzen nach sich ziehen, zu fordern (so erwünscht solche Mechanismen an sich sein mögen). Denn in einer chronischen Überbeschäftigungssituation dürfte man solche Regelmechanismen gar nicht anwenden. Zum Beispiel war unser Stabilitätsgesetz, das ich übrigens — nach wie vor — für ausgezeichnet halte, lediglich darauf abgestellt, konjunkturelle Schwankungen um einen richtigen Trend herum zu nivellieren: In Boomzeiten, in denen die Konjunktorentwicklung über den Trend hinausgeht, sollte Kaufkraft abgeschöpft und sollten restriktive Maßnahmen durchgeführt werden. In der nachfolgenden depressiven Phase sollten dann diese Mittel freigegeben und expansive kreditpolitische Maßnahmen ergriffen werden. Wenn es sich aber um das Versagen der Steuerungsfunktion der Zentralbank handelt, infolge dessen wir in einer chronischen Überbeschäftigung leben, dann sind Maßnahmen, die konjunkturelle Schwankungen um einen richtigen Trend herum nivellieren sollen, nicht geeignet, einen zu

steilen Entwicklungstrend, der sich aus der Überbeschäftigung ergibt (die ihrerseits wieder auf einem Nichtfunktionieren der Zentralbanksteuerung beruht), herabzudrücken. Dazu sind die Mittel des Stabilitätsgesetzes völlig ungeeignet, und es würde verhängnisvoll sein, ihren Einsatz durch einen Regelmechanismus zu erzwingen.

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Nun muß ich aber ganz stark drängen und Herrn Rose das Wort zu seiner Antwort geben. Wir wollen dann sogleich Herrn Tietmeyer hören, damit auch seine Thesen noch diskutiert werden können. Wir können nach den Thesen von Herrn Tietmeyer selbstverständlich zurückkommen auf die Ausführungen von Herrn Rose.

Manfred Rose (Heidelberg):

Lassen Sie mich zuerst auf die Ausführungen von Herrn Barth eingehen, und zwar möchte ich zu zwei verschiedenen kritischen Äußerungen Stellung beziehen. Herr Barth hat auf einige Probleme hingewiesen, die ich in meinem Papier nicht behandeln konnte. Sie müssen mir abnehmen, daß ich diese Probleme natürlich auch gesehen habe. Es sind sehr wichtige Probleme, das liegt auf der Hand. Aber in dem beschränkten Referatsumfang konnte man aus dem sehr großen Problembereich „Messung der Stabilität und stabilisierungspolitische Programmgestaltung“ nur eine begrenzte Zahl von Teilfragen untersuchen. Natürlich ist es ein Werturteil gewesen, welche Teilprobleme ich angesprochen habe; aber ich wollte keinesfalls damit zum Ausdruck bringen, daß in diesem Papier alle wichtigen Fragen aus dem ganzen Problemkreis erfaßt wurden. Ich kann also in diesem Sinne Herrn Barth nur zustimmen, daß es eine Reihe von Problemen gibt, die wir noch diskutieren könnten, weil sie in meinem Papier nicht angesprochen sind.

Was das Verteilungsziel anbelangt, so möchte ich ganz klar sagen, daß die Konkretisierung, die ich vorgenommen habe, auch nur beispielhaft gemeint war. Man kann sich ganz andere mögliche Konkretisierungen vorstellen.

Ich darf in diesem Zusammenhang gleich auf eine Frage, die Herr Rüstow in bezug auf die Verteilung gestellt hat, eingehen. Sie haben natürlich völlig recht, daß unter Umständen das Verteilungsziel unter Berücksichtigung der Gruppierung Arbeitnehmer auf der einen Seite und Unternehmer auf der anderen Seite in bezug auf die Einkommensposition nicht mehr so brisant ist. Das mag man zugestehen. Auch hier

gilt wiederum, daß ich mich der traditionellen Verteilungstheorie, die sehr häufig auf diese Gruppierung Bezug nimmt, angeschlossen habe. Andererseits ist darauf hinzuweisen, daß, wenn auch die Unterschiede in bezug auf die Verteilung der Einkommen nicht mehr so groß sein mögen, sie doch noch als ganz erheblich in bezug auf das Sozialprodukt unter dem Güteraspekt zu betrachten sind. Wenn Sie nämlich die Verteilungsfrage in diesem Sinne formulieren und ein Verteilungsziel in diesem Sinne konkretisieren, müssen Sie beispielsweise neben der Verfügungsgewalt über private Konsumgüter und öffentliche Konsumgüter auch die Verfügungsgewalt über die privaten Investitionen einbeziehen. Vor allem diese ist doch heute noch in erheblichem Maße auf die Unternehmergruppe konzentriert, so daß andere Verteilungsergebnisse herauskommen. So viel zum Verteilungsziel.

Sicherlich ist es mir klar — und damit komme ich zu einem weiteren Kritikpunkt von Herrn Barth —, daß man unterschiedliche Auffassungen haben kann zur Relevanz einer Gesamtverlustfunktion. Hiermit ist ja praktisch die Methode gegeben — wenn ich das recht sehe —, um Ziele dahingehend gegeneinander abwägen zu können, daß man zu einer einheitlichen Aussage kommt. Ein Programm wirkt danach destabilisierend oder stabilisierend oder irgendwie dazwischen. Nur meine ich, daß man auch hier abzuwägen hat zwischen der Operationalität auf der einen Seite und dem Anspruch theoretischer Exaktheit auf der anderen Seite. Von der theoretischen Notwendigkeit her würde ich immer für eine einheitliche Bewertung auf der Grundlage einer einheitlichen Präferenzfunktion plädieren, ganz bestimmt. Aber ich meine, daß sich ein derartiges Konzept zur Zeit auf der Basis der vorliegenden Nutzentheorie noch nicht realisieren läßt. Wir müssen uns natürlich einen Weg ausdenken, wie wir den Politikern unter diesen Konstellationen ein Bewertungsschema sozusagen offerieren. Da scheint mir aber der Weg über die Gesamtverlustfunktion im Augenblick noch nicht der sinnvollste zu sein.

Was die Gleichbehandlung positiver und negativer Fehler anbetrifft, gibt es dazu, wenn ich es recht sehe, sehr divergierende Auffassungen. Ich habe die Anwendung des Prinzips der Unterschiedslosigkeit in der Fehlerbewertung nur für das Stabilisierungsziel gefordert und will nicht absprechen, daß dies in anderen Fällen sicherlich nicht notwendig ist. Im Rahmen der von mir bezeichneten Maximierungsziele kann man z. B. eine unterschiedliche Bewertung der positiven und negativen Abweichungen vornehmen. Aber es müssen meines Erachtens hierbei Operationalitätsgesichtspunkte beachtet werden. Wenn man schon sehr viele Fehler hat und dann noch unterscheiden muß zwischen positiver und negativer Bewertung, so breitet sich ein Spektrum von Bewertungsnotwendigkeiten aus, das man nach meiner An-

sicht nicht mehr in den Griff bekommt. Auch hier dürften praktische Gesichtspunkte also eher für meine Analyse sprechen.

Ich komme jetzt zu den Bemerkungen von Herrn Willms hinsichtlich der Rolle, die die Staatsausgaben im Rahmen eines Gesamtmodells hätten, und darf hierzu folgendes bemerken: Parallel zur Analyse der Grundfragen der Stabilisierungsmaßnahmen — die man zuerst vornehmen muß — habe ich auch eine Untersuchung auf der Grundlage eines ökonometrischen Modells für die Bundesrepublik Deutschland durchgeführt. Das ist sicher ein abenteuerliches Vorhaben, wie es sich bei der Analyse nachher auch gezeigt hat. Es stellten sich mir jedoch einige technische Probleme entgegen, die es leider verhindert haben, daß ich Ihnen die Ergebnisse noch vorlegen konnte. Zum anderen war aber auch schon abzusehen, daß die Präsentation des Modells und der Ergebnisse mindestens doppelt so viele Seiten in Anspruch genommen hätte wie das Papier, das ich Ihnen vorlegte. Wahrscheinlich hätte ich mein Referat auf 60 oder 70 Seiten ausdehnen müssen; denn ich halte es für notwendig, daß man, wenn man eine solche Analyse vornimmt, auch dem Kriterium der Nachprüfbarkeit gerecht wird. Die einfache Mitteilung von Rechenergebnissen scheint mir nicht der sinnvollste Weg zu sein. Es waren auch Widerstände seitens der Tagungsleitung zu bedenken, die mir das sicherlich nicht erlaubt hätte. Meine Analysen hoffe ich jedoch in absehbarer Zeit vorlegen zu können. Herr Willms, man sollte in der Tat die Auswirkungen verschiedener Politikprogramme anhand eines ökonometrischen Modells im Rahmen der Simulation in bezug auf die von mir konkretisierten Fehler durchprüfen. Das ist sicher ein nicht zu kleines weißes Feld, das es noch zu füllen gilt.

Nun zu den Bemerkungen von Herrn Biehl: Selbstverständlich ist der Beweis zu erbringen für die Nichtexistenz des Selbststabilisierungsvermögens unserer Volkswirtschaft. Nur ist es so, daß mir auf der Grundlage der historischen Entwicklung eher Argumente dafür zu sprechen scheinen, daß unser System von allein nicht dazu in der Lage ist, alle die Fehler, die ich beispielhaft aufgeführt habe, zu eliminieren. Daran habe ich doch ganz erhebliche Zweifel, Herr Biehl. Aber ich gebe zu, daß das natürlich mehr oder weniger auch eine etwas provokativ gemeinte These war, die erst im Rahmen einer ökonometrischen Analyse überprüft werden muß. Das ist ganz klar; das würde ich nie in Abrede stellen.

Damit komme ich zu den Budgetkonzepten. Sie sind auch in meiner Sicht in der Tat ein immens wichtiges Problem. Da Sie selbst dazu Stellung genommen haben und morgen Ihr Referat darüber halten, möchte ich nur ganz kurz auf meine Position zurückkommen. Ich will

auf eine vereinfachte Formel bringen, was mir daran falsch erscheint. Im wesentlichen sind das natürlich Wiederholungen. Wenn wir uns einmal auf die Finanzpolitik beschränken, so geht es doch darum, finanzwirtschaftliche Aktivitäten in bezug auf ihre konjunkturellen und stabilitätsmäßigen Wirkungen beurteilen zu können. Die Notwendigkeit ist also vorhanden, daß man eine bestimmte Aktivität, die empirisch vorliegt, in irgendeiner Weise neutralisieren muß. Das Verfahren, das mit den verschiedenen Budgetkonzepten eingeschlagen wird, geht davon aus, daß ein bestimmter Nullpunkt gewählt wird. Das ist das eine. Zum anderen stellt sich die Frage, warum man so etwas machen sollte. Doch nur, um bessere Einblicke zu gewinnen in die Möglichkeit anderer Alternativen, die man hätte wählen können und die ein besseres Ergebnis zum Beispiel in bezug auf die Produktionsauslastung gebracht hätten. Es geht also darum, wirtschaftspolitische Alternativen gegeneinander abzuwägen. Angenommen, es gäbe zwei Alternativen: ein Alternativprogramm A_1 und ein Alternativprogramm A_2 . Nun möchte ich gern wissen, welches Alternativprogramm in bezug auf das Stabilisierungsziel besser ist. Was machen nun diejenigen, die den Weg über Budgetkonzepte wählen? Sie wählen eine andere, eine dritte Alternative A_0 . Das kann zum Beispiel der vorjährige Haushalt sein oder der fortgeschriebene Haushalt irgendeines Basisjahres. Man entwickelt also hier die entsprechenden Ausgaben und Steuern für A_0 , A_1 und A_2 und untersucht die Wirkung der Alternativen A_1 und A_2 , auf bestimmte Stabilisierungsziele durch die Gegenüberstellungen $A_1 \rightleftharpoons A_0$ und $A_2 \rightleftharpoons A_0$. Es ist aber nicht notwendig, A_1 im Verhältnis zu A_0 oder A_2 gegen A_0 zu beurteilen, denn A_0 ist ja gar keine echte Alternative. Das wird auch von den Vertretern dieser Theorie behauptet, da es doch letztlich darum ginge, A_1 und A_2 gegeneinander abzuwägen. Man fragt sich also, warum man eine Alternative wählen soll, die in keiner Weise realisierbar ist. Nicht einmal der vorjährige Haushalt könnte als eine echte Alternative für die neue Situation gelten.

(Dieter Biehl [Kiel]: Da wurde ich mißverstanden!)

— Man braucht nur in die einzelnen Budgetkategorien einzusteigen, um nachzuweisen, daß der gestrige Haushalt in keiner Weise auch nur irgendwie eine echte Alternative zum heutigen darstellt. Das heißt, die Beurteilung A_1 gegenüber A_0 führt dazu, daß Stabilisierungswirkungen entweder völlig überschätzt oder ganz falsch gesehen werden. Das heißt weiterhin: Ich brauche zur Beurteilung von A_1 und A_2 keinen nichtrealisierbaren Bezugspunkt, sondern muß die Auswirkungen zweier tatsächlicher Alternativprogramme gegeneinander abwägen.

Hinsichtlich der Produktionsumwege, die damit eingeschlagen werden, haben Sie dies, Herr Biehl, in Ihrem Referat sehr schön angedeutet. Ich meine nur, daß man sich, wenn man die Stabilisierungswirkung des Budgets mißt, Gedanken machen sollte, inwieweit alternative Programme bestimmte Wirkungen auf die Stabilisierungsfehler haben. Man sollte sich jedoch nicht irgendwelche Alternativen ausdenken, die in keiner Hinsicht operational sind. Der Weg wird in der Tat aber — wenn ich recht sehe — beschritten. Das scheint der Fehler zu sein, der sowohl der Konzeption etwa des „pure cycle“ als auch der Konzeption des Sachverständigenrates zugrunde liegt. Ich meine, daß dies auch für das Full-employment-Konzept gilt. Diese Frage werden wir, glaube ich, auch noch in einem anderen Arbeitskreis diskutieren. Ich wollte hier nur noch einmal meine Position klarstellen, nach der ich größte Bedenken anmelden muß, ob dieser Weg überhaupt zu einer sinnvollen Beurteilung von Stabilisierungswirkungen führt.

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Herr Biehl, ich kann mir vorstellen, daß Sie jetzt etwas unter Überdruck sind.

(Dieter Biehl [Kiel]: Ich möchte nur Mißverständnisse klarstellen!)

— Bei richtiger Selbsteinschätzung der beiden Kombattanten können Sie sagen: Das kriegen wir in absehbarer Zeit nicht hin. Deshalb würde ich vorschlagen, machen Sie in diesem Punkt morgen weiter, Sie sind ja weiterhin beide in einem Arbeitskreis.

(Manfred Rose [Heidelberg]: Ich wollte damit nur folgendes ausdrücken . . .)

— Entschuldigen Sie, Herr Rose, ich habe Herrn Biehl das Wort nicht gegeben, jetzt kann ich es Ihnen natürlich auch nicht mehr geben. Ich rege an, daß dieses Spezialthema morgen weiterverfolgt wird und daß diejenigen, die daran interessiert sind, morgen in den entsprechenden Arbeitskreis gehen. Denn wir haben ja nun einmal die Pflicht, auch das dritte Referat noch zu hören und angemessen zu diskutieren. Ich bitte Herrn Rose, sich ganz kurz zu fassen bei der Behandlung der übrigen an ihn gestellten Fragen.

(Manfred Rose [Heidelberg]: Ich glaube, daß ich alle wesentlichen Punkte, die als Kritik zu meinem Referat vorgetragen wurden, behandelt habe.)

Stabilisierungspolitik: von der Diagnose zum Programm*

Von *Hans Tietmeyer*, Bonn**

1. Die folgenden Ausführungen wollen weder als Beitrag zur stabilisierungspolitischen Theoriediskussion noch zur Entwicklung neuer Politikansätze verstanden werden. Sie zielen vielmehr primär auf eine Analyse der „handwerklichen“ Schwierigkeiten bei der Diagnose und Prognose sowie auf eine Darlegung der politischen Limitationen bei der Realisierung stabilisierungspolitischer Konzeptionen ab. Zur Charakterisierung des tatsächlichen Zielhorizontes und des Aktionsfeldes der Stabilisierungspolitik wird dabei einleitend auf die veränderten Akzentsetzungen in der deutschen Wirtschaftspolitik hingewiesen.

Zum Zielhorizont und Aktionsfeld der deutschen Stabilisierungspolitik

2. Die im internationalen Vergleich zwar respektablen, am Anspruch des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes gemessen aber zweifellos enttäuschenden Stabilisierungsergebnisse der letzten Jahre sind an der praktischen Wirtschaftspolitik und ihren Gestaltern ebenso wenig spurlos vorübergegangen wie die intensive wissenschaftliche Diskussion über die Grenzen einer diskretionären Globalsteuerung. Vor allem die in den frühen sechziger Jahren von weiten Teilen der Wirtschaftswissenschaft geförderte Vorstellung von einer weitgehenden Steuerbarkeit und Machbarkeit gesamtwirtschaftlicher Prozesse durch antizyklische Beeinflussung der globalen Aggregate hat inzwischen einer — vielleicht schon zu weitgehenden — Skepsis Platz gemacht. Neben den wenigstens teilweise änderbaren Unvollkommenheiten des Instru-

* Herrn Dr. Hartmut Fest, Bonn, bin ich für kritische Durchsicht des Manuskripts und zahlreiche Anregungen dankbar.

** Geboren am 18. August 1931 in Metelen (Westfalen). 1958 Diplom-Volkswirt an der Universität Münster, 1961 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität zu Köln. 1959 - 1962 Geschäftsführer der Bischöflichen Studienförderung Cusanuswerk. Ab 1962 Bundesministerium für Wirtschaft, 1967 Leitung des Grundsatzreferates, 1970 Leitung der Unterabteilung Europäischer Gemeinsamer Markt und Verhältnis zu Drittländern, 1972 Leitung der Unterabteilung Grundsatzfragen der Wirtschaftspolitik, Konjunktur- und Wachstumspolitik, 1973 Leitung der Abteilung Wirtschaftspolitik. 1968 - 1973 Lehrbeauftragter der Universitäten Bochum und Köln (Europäische Wirtschaftspolitik).

mentariums sowie den politischen Hindernissen und Schwächen bei der Anwendung, auf die besonders Schlecht¹ hingewiesen hat, werden dabei zunehmend auch die vor allem von Tuchtfeldt² aufgezeigten tieferliegenden sozialphilosophischen Ursachen eines zu hoch angesetzten Anspruchsniveaus für die kurzfristige Globalsteuerung anerkannt. So gewinnt insbesondere die Erkenntnis Raum, daß Mikrogrößen zwar relativ leicht für statistische und diagnostische Zwecke aggregiert werden können, eine präzise und kurzfristige Steuerung der aggregierten Makrogrößen im marktwirtschaftlichen System aber nur in Grenzen möglich ist.

Der stabilisierungspolitische Zielhorizont wird deswegen in jüngster Zeit auch zunehmend von mittelfristigen Perspektiven und weniger von kurzfristigen antizyklischen Vorstellungen bestimmt. Vor allem die Gestaltung der gesamtwirtschaftlichen Rahmenbedingungen und damit die ordnungs- und strukturpolitischen Fragen rücken dadurch wieder stärker in den Blickpunkt.

3. Die deutsche Wirtschaftspolitik hat damit zwar bisher im Streit um Regelmechanismen bzw. regelgebundene Politik versus diskretionäre Politik keinen generellen Frontwechsel vollzogen; sie hat aber über die in den monetären Außenrelationen erreichte größere Wechselkursflexibilität hinaus auch in der Binnenwirtschaftspolitik einige neue Akzente gesetzt:

- In der Geldpolitik verfolgt die Bundesbank seit mehr als einem Jahr eine Politik, die sich primär an einer relativ konstanten Zunahme der Zentralbankgeldmenge und weniger an einer antizyklischen Steuerung der Bankenliquidität orientiert.
- In der Finanzpolitik wird aufgrund der Erfahrung weitgehender kurzfristiger Invariabilität der Ausgaben die Steuerpolitik in stärkerem Maße für die Konjunktursteuerung eingesetzt, wobei die built-in-stabilizer-Effekte der Progression genutzt werden.
- Die Beratungen der „Konzertierten Aktion“ tragen heute mehr als früher dem Umstand Rechnung, daß eine ex-ante-Koordination der Verhaltensweisen autonomer Gruppen anhand von quantifizierten Orientierungsdaten im System freier Preisbildung und Tarifautonomie nur begrenzt möglich ist.

4. Mindestens ebenso wichtig wie diese Verschiebungen in den Zielhorizonten und Aktionsbereichen der Globalsteuerung ist die stärkere

¹ Otto Schlecht, *Erfahrungen und Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus*, Tübingen 1972.

² Egon Tuchtfeldt, *Soziale Marktwirtschaft und Globalsteuerung*, in: Egon Tuchtfeldt (Hrsg.), *Soziale Marktwirtschaft im Wandel*, Freiburg 1973.

Betonung der Wettbewerbs- und Strukturkomponente für die Stabilisierungspolitik.

Angesichts der in einer Reihe von Teilmärkten entstandenen Verkrustung von Marktstrukturen sowie der vielfältigen staatlichen Interventionen und Auflagen ist vor allem die Erhaltung und Stärkung des Wettbewerbs für die Stabilisierungspolitik von zunehmender Bedeutung. Die mit der Kartellnovelle 1973 eingeleitete Renaissance der internen Wettbewerbspolitik sowie das deutsche Bemühen um weitere außenwirtschaftliche Öffnung der Märkte zielen auf eine Mobilisierung marktimmeranter Stabilisierungskräfte.

Stabilisierungspolitik kann im marktwirtschaftlichen System ja nicht nur, vielleicht nicht einmal primär, in der Ausarbeitung und Realisierung von Globalsteuerungsprogrammen — seien sie nun kurzfristig oder mittelfristig angelegt — bestehen. Auch und gerade in der wirtschaftspolitischen Alltags- und Kleinarbeit der konkreten Gestaltung der Handels- und Rohstoffpolitik, der Sozial- und Umweltschutzpolitik, der Wohnungs- und Verkehrspolitik, der Agrar-, Energie- und Industriepolitik, der Mittelstands-, Berufsordnungs- und spezifischen Gebührenpolitik fallen stabilisierungspolitische Entscheidungen. Sie bestimmen weitgehend den Wettbewerbs- und Strukturrahmen und damit auch Handlungsraum und Effizienzgrad der Globalsteuerung.

Probleme der Konjunkturdiagnose und -prognose

5. Auch in dieser breiteren Sicht des stabilisierungspolitischen Ansatzes bleibt der diskretionären Globalsteuerung eine zentrale Rolle. Für die wirtschaftspolitischen Instanzen bedeutet das permanenten Diagnose- und Prognosezwang. Der Qualität der Indikatoren sowie der diagnostischen und prognostischen Methoden kommt dabei eine eigene kritische Bedeutung zu; denn deren Mängel und Schwächen strahlen auf die gesamte Stabilisierungspolitik aus. Vor allem in der politischen Auseinandersetzung, aber auch in der Theoriediskussion, werden diagnostische und erst recht prognostische Schwierigkeiten und Unsicherheitsgrade zumeist unterschätzt. Einerseits wird das diagnostische und prognostische Instrumentarium durch die Politik nicht selten überfordert. Sowohl für die eigene Entscheidung als insbesondere auch für deren Begründung in der Öffentlichkeit gibt sich der Politiker nur schwerlich mit qualitativen und hypothetischen Aussagen zufrieden. Er sucht zumeist — und braucht das in einer so weitgehend „zahlengläubigen“ Umwelt wohl auch — möglichst eindeutige und quantifizierte Angaben und Alternativen. Die Diagnose- und Prognosestätigkeit amtlicher Stellen ist deswegen in besonderer Weise der Gefahr der Scheingenauigkeit und Scheinrationalität bei der Interpretation ihrer Ergeb-

nisse ausgesetzt. Andererseits bieten die meisten wissenschaftlichen Expertisen zur Stabilisierungspolitik, so konsistent sie für sich genommen auch sein mögen, dem Praktiker deshalb so wenig Handgreifliches, weil sie zumeist die vielfältigen „handwerklichen“ Probleme, die mit den gegenwärtig vorhandenen Konjunkturindikatoren verbunden sind, als gelöst unterstellen. So bleibt der praktische Bezug manch einer Konzeption fragwürdig.

6. Die Kernprobleme der Konjunkturdiagnose und -prognose ergeben sich einmal aus der Komplexität und der schnellen Veränderlichkeit des Wirtschaftsprozesses, zum anderen aus der Schwierigkeit, den Wirtschaftsablauf zeitnah und mit hinlänglicher Treffsicherheit zu beschreiben, und schließlich auch aus dem Mangel an hinreichend gesicherten zeitinvarianten Kriterien, auf die eine aussagefähige Lagebeurteilung sowie eine verlässliche Zukunftseinschätzung fußen könnten.

Zwar kann die Bundesrepublik für sich in Anspruch nehmen, insgesamt eine relativ gut ausgebaute Konjunkturstatistik zu besitzen; aber mit steigendem diagnostischen und prognostischen Anspruchsniveau wird deren unterschiedliche Tiefengliederung und Disaggregation zunehmend als Mangel empfunden. Außerdem bleibt ein konjunkturdiagnostisch so wichtiges Element wie die Lagerhaltung der Unternehmen in Industrie und Handel noch immer ausgespart, wenn auch aus gewichtigen Gründen. Die hierfür benötigten Informationen — die Mengen- und Preis-(Bewertungs)Komponente — sind nur in wenigen Unternehmen verfügbar. Ebenso fehlt es an einer aussagefähigen Gewinnstatistik, sei es auf Basis von Unternehmensmeldungen, sei es auf Basis einer Einkommensteuererklärungsstatistik; die öffentliche Finanzstatistik hat gleichfalls noch große blinde Flecken, vor allem auf der Ebene der Gemeinden.

7. Während der letzten Jahre sind allerdings bedeutende Lücken bereits geschlossen worden. So wurden neu eingeführt: die Auftrags-eingangstatistik für das Bauhauptgewerbe (März 1971), die Auftragsbestandsstatistik für ausgewählte Industriezweige (Januar 1970) und für den Bau (März 1971). Die Finanzstatistik des Bundes erfaßt seit Januar 1973 die Auftragsvergabe und Verpflichtungen sowie die im Haushaltsplan ausgewiesenen Verpflichtungsermächtigungen für die konjunkturpolitisch bedeutsamen Ansätze, und die Länder haben sich diesem Verfahren seit Beginn dieses Jahres angeschlossen. Eine durchgreifende Verbesserung der Diagnosemöglichkeiten konnte dadurch bisher jedoch noch nicht eintreten. Die Kürze der neuen Reihen läßt nämlich bislang noch keinen ausreichenden Zeitvergleich zu; außerdem stehen keine preisbereinigten Werte zur Verfügung.

8. Insgesamt lassen sich die hauptsächlichen Mängel der Konjunkturstatistik in vier Gruppen einordnen.

Es gibt *erstens* in wichtigen Bereichen statistische Lücken, sei es, weil bestimmte Sachverhalte den zu Befragenden selbst nicht bekannt sind, sei es, weil die Sachverhalte kaum auf vergleichbarer Basis erfaßbar sind. Daneben gibt es zeitweilige Lücken, zum Beispiel, weil methodische oder technische Umstellungen eine Unterbrechung der statistischen Erfassung bedingen, wie derzeit bei der Statistik der Ausländerbeschäftigung oder wie bei der Gemeindefinanzstatistik, die nach der Gebiets- und Verwaltungsreform vorerst nur noch bedingt verwendungsfähig ist.

Zweitens sind trotz aller Sorgfalt bei der Definition der Erhebungstatbestände Ungenauigkeiten bei der Erhebung selbst nicht auszuschließen. Der Ungenauigkeitsgrad unterscheidet sich natürlich je nach dem Kreis der Befragten, dem Erhebungsverfahren und der Aggregation der Ergebnisse. Für die Auswertung der Ergebnisse ist deshalb die Kenntnis der „Untiefen“ beim Zustandekommen der Zahlen unerlässlich. Trotzdem bleibt aber auch für den Experten gelegentlich ein unerklärbarer Rest, der dann die Frage nach der ökonomischen Aussagefähigkeit der betreffenden Statistik aufwirft. Hierfür ein Beispiel: Die Zuwachsraten der Auftragsvergaben der öffentlichen Hand (rund 85 Prozent aller Tiefbauaufträge) betragen, der forcierten Auftragsvergabe entsprechend, im 3. und 4. Quartal 1972 gegenüber dem Vorjahr 36 Prozent bzw. 41 Prozent, während sich die Veränderungsraten der Auftragsgänge im Tiefbau für den gleichen Zeitraum auf 2 Prozent bzw. 5¹/₂ Prozent belaufen.

Drittens werden in der Regel wegen der notwendigen Aktualität *vorläufige* Werte verwendet, die sich nicht selten als stark korrekturanfällig erweisen. Die Konsequenzen aus dem Zielkonflikt zwischen Schnelligkeit und Genauigkeit — *endgültige* Ergebnisse der wichtigsten Indikatoren liegen zumeist erst einen Monat nach den vorläufigen Werten vor — können bei einzelnen Indikatoren je nach Tiefengliederung und Konjunkturphase ganz erheblich sein. So erweist sich neben dem Auftragsingang der Investitionsgüterindustrie der ausländische Ordereingang als besonders „revisionsanfällig“. Dies kann kritisch werden, wenn z. B. im November das Niveau des 4. Quartals anhand von Oktoberzahlen geschätzt werden muß, um eine Ausgangsbasis für die Prognose des folgenden Jahres zu gewinnen.

Schließlich kann *viertens* die Auswertung der ermittelten Daten durch Schwierigkeiten bei der Aufbereitung und Weiterverarbeitung erheblich beeinträchtigt werden. Mit den Stichworten Ausschaltung von Kalenderunregelmäßigkeiten, von Saisonschwankungen und von Zufalls-

schwankungen sind die noch immer nicht voll befriedigend gelösten Probleme der Zeitreihenanalyse angesprochen. Als Ideal einer Zeitreihenbereinigung wäre zu fordern, daß die konjunkturelle Komponente bis zum aktuellen Rand deutlich erkennbar wird. Leider gelingt dies nur selten, so daß der Diagnostiker zumeist gut beraten ist, sein konjunkturelles Urteil nicht zu stark von „letzten verfügbaren Werten“ beeinflussen zu lassen, wodurch der Aktualitätsgrad der Diagnose natürlich leidet.

Insbesondere bei den in der Bundesrepublik angewandten Saisonbereinigungsverfahren hat sich gezeigt, daß — jedenfalls vom empirischen Befund her — bisher kein eindeutiger Nachweis für die Überlegenheit eines Verfahrens zu erbringen war³. Ein eindeutig überlegenes Verfahren hätte, abgesehen vom Rationalisierungseffekt, den großen Vorteil einer einheitlicheren Ausgangsbasis für die Konjunkturanalyse gebracht. Wenn nicht alles täuscht, wird es aber auch auf absehbare Zeit hin kaum ein für alle Zeitreihen und unter allen Zielsetzungen optimales Saisonbereinigungsverfahren geben. Der Methodenpluralismus ist deshalb — zumindest vorerst — der Sache wohl förderlicher, und für den Zielkonflikt zwischen Sensibilität und Revisionsanfälligkeit am aktuellen Rand der Zeitreihe wird es keine Patent-, sondern nur Kompromißlösungen geben.

9. Allen vier Problembereichen ist gemeinsam, daß die statistischen und methodischen Handikaps dann besonders schwer wiegen, wenn es gilt, Wendepunkte des Konjunkturzyklus zu diagnostizieren, vor allem die Phase zwischen dem Ende des Abschwungs und dem neuen Aufschwung bei zwiespältigem Konjunkturbild. Mit anderen Worten, gerade wenn es für die Belange der Konjunkturpolitik auf eine möglichst geringe Unsicherheit in der Interpretation von Konjunkturindikatoren ankommt, vergrößern sich die statistischen und diagnostischen Probleme.

10. Neben diesen konjunkturstatistischen Handikaps steht für die Diagnose und Prognose vor allem die Frage nach der Profilidentität oder -parallelität der Konjunkturzyklen und nach dem Niederschlag dessen in den verschiedenen Indikatoren im Vordergrund der Fragestellung. Um das Fazit vorwegzunehmen: Die Vorstellung weitgehend profilgleicher Konjunkturzyklen, deren Ablauf an bestimmten Frühindikatoren exakt identifizierbar und damit prognostizierbar sei, wird nach unserer Beobachtung der Realität nicht gerecht. Das Konjunkturphä-

³ Im Bundeswirtschaftsministerium wird mit den Saisonbereinigungsverfahren ASA II, ASA III und Census X-11 in der Version der Bundesbank gearbeitet; zu Census X-11 siehe Monatsbericht der Bundesbank, März 1970, zu ASA II siehe Ifo-Sonderdruck, Juli 1970, sowie Ifo-Wirtschaftskonjunktur, 1973, Heft 4, siehe ASA III siehe den DIW-Wochenbericht 34/70.

nomen ist vielmehr allenfalls durch bestimmte zyklische Regelmäßigkeiten gekennzeichnet, deren Erfassung und Messung durch Indikatoren zwar für diagnostische und prognostische Schlußfolgerungen bedeutsam ist; der Konjunkturverlauf ist aber nicht als einfaches Rechenergebnis aufgrund bestimmter Indikatoren diagnostizier- und prognostizierbar. Vor allem die Zusammensetzung der Nachfrage war in den meisten Zyklen in Zeitverlauf und Intensität recht unterschiedlich. Ein absolut verlässlicher oder konstanter Vorlauf von Frühindikatoren ist in den bisherigen Konjunkturzyklen jedenfalls nicht nachweisbar.

11. Dennoch bleibt die Frage nach der Aussagefähigkeit konjunktureller Frühindikatoren ein lohnendes und unausweichliches Thema. Aus dem eigenen Erfahrungsbereich sei darauf hingewiesen, daß Auftragseingang und das Verhältnis Auftragseingang zum Umsatz noch die verlässlichsten Frühindikatoren zu sein scheinen. Allerdings erweist sich der Zusammenhang des Auftragseingang-Umsatz-Verhältnisses mit der zukünftigen Produktion zumeist dann als wenig stabil, wenn die Auftragseingänge eine unstete Entwicklung zu verzeichnen hatten. Die Intensität des Zusammenhangs scheint sich auch mit der Höhe der Auftragsbestände zu verändern; außerdem spielen hier die unterschiedlichen Saisonkomponenten und das Preisproblem hinein. Deshalb dürfte Vorsicht angebracht sein bei einem zu kurz geschlossenen Bezug von „realem“ Auftragseingang zur Produktion. Zumindest ist eine systematische Prüfung notwendig, ob die formelle Einbeziehung der Auftragbestände eventuell einen besseren Indikator abgeben könnte.

12. Gesamtindikatoren sind zwar in der Bundesrepublik seit einiger Zeit wieder in Mode gekommen. Die bisherige Erfahrung zeigt jedoch, daß sie vor allem für die Prognose recht wenig hergeben, weil sie die Unterschiedlichkeit der Konjunkturprofile verschiedener Zyklen eher ver- als aufdecken. Auf die zusätzlichen Probleme, die sich für Gesamtindikatoren ergeben, wenn monetäre und reale Größen spürbar auf längere Dauer auseinanderlaufen, sei nur hingewiesen.

Klemmers⁴ Schlußfolgerung verdient aus dem Erfahrungsbereich des Bundeswirtschaftsministeriums volle Zustimmung: Die Aussagekraft bestimmter Indikatoren muß stets an einzelne Teilkomponenten des Konjunkturphänomens anknüpfen, und von daher spricht manches für eine weitere Differenzierung des Indikatorensystems. Die zusätzlichen Schwierigkeiten, vor die sich eine tiefer gegliederte regionale und/oder sektorale Statistik konjunkturrelevanter Indikatoren gestellt sähe, sollten allerdings nicht übersehen werden. Insbesondere dürfte die

⁴ Paul Klemmer, Indikatoren für die Stabilisierungspolitik, s. S. 444 dieses Bandes.

Zuordnung der erfaßten Einheiten nach Produktionsschwerpunkten bei zunehmend größerer Disaggregation immer problematischer werden.

Eine weitergehende regionale und sektorale Differenzierung des Indikatorsystems darf allerdings nicht ohne weiteres gleichgesetzt werden mit einer entsprechenden Differenzierung der Politik. Abgesehen von der im konkreten Einzelfall zumeist außerordentlich schwierigen Unterscheidung zwischen konjunkturellen und strukturellen Ursachen und Erscheinungsformen gerät die Politik hier sehr rasch in den ordnungspolitisch problematischen Grenzbereich zur Mikrosteuerung.

13. Für die amtliche Diagnose und Prognose in der Bundesrepublik gibt es keinen Methodenmonismus. Die externen Erkenntnisquellen wie Gutachten der Institute, des Sachverständigenrates, der EG und der OECD werden sorgfältig analysiert und der eigenen Analyse gegenübergestellt. Bei der eigenen Diagnose und Prognose ist man jedenfalls im Bundeswirtschaftsministerium stets offen für Anregungen, was nicht mit Theorielosigkeit verwechselt werden sollte. Dabei ist es ein bewußt gesuchter Vorteil, daß die Mitarbeiter aus verschiedenen Schulen stammen. Diese Pluralität der Ausbildung der Mitarbeiter und ihre Offenheit gegenüber anderen Denkansätzen hat eine Erstarrung der Analyse- und Prognoseverfahren bisher verhindert und die selbstkritische interne Kontrolle gefördert.

14. Methodenpluralismus herrscht insbesondere auch im Prognosebereich, wo sich die Probleme wegen der Zeitdimension potenzieren. In den letzten Jahren haben sich gewisse Mischformen in der praktischen Anwendung als besonders geeignet herausgestellt. Bestimmte Teile des Prognoseschemas wie die Importfunktion, der Lohnkosten/Preis-Zusammenhang u. ä. werden durch ökonometrische Partialmodelle oder einzelne Funktionen geschätzt. Die Zusammenfassung der Komponenten zum Gesamtschema wird auf dem Wege der sukzessiven Annäherung durchgeführt⁵.

Auf die Anwendung eines ökonometrischen Totalmodells ist bisher jedoch verzichtet worden. Maßgebend dafür war, daß den unbestreitbaren Vorteilen derartiger Modelle, vor allem

— die Möglichkeit, eine größere Anzahl von Varianten mit unterschiedlichen Prämissen ohne großen zusätzlichen Arbeitsaufwand durchzurechnen,

⁵ *Karl Heinz Raabe, Gesamtwirtschaftliche Prognosen und Projektionen als Hilfsmittel der Wirtschaftspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, Vortrag vor der Deutschen Statistischen Gesellschaft am 20. August 1973, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 58 (1974), Heft 1, S. 1 - 31.*

- die intersubjektive Kontrollierbarkeit des Prognoseansatzes und
- die Möglichkeit, im Nachhinein Prognosefehler genauer zu lokalisieren,

auf der anderen Seite erhebliche Nachteile gegenüberstehen. Vor allem erweist sich die für derartige Vorteile notwendige a priori Trennung zwischen endogenen und exogenen Variablen angesichts wechselnder wirtschaftspolitischer Fragestellungen als Hemmschuh. Auch die Festlegung auf eine bestimmte Periodizität des Modells schränkt die Möglichkeit ein, die jüngsten statistischen Daten in die Prognose eingehen zu lassen, selbst wenn die Aggregate explizit berücksichtigt sind. Außerdem können Informationen, die nicht im Modell enthaltene Aggregate betreffen, überhaupt nicht in die Prognose eingearbeitet werden. Würde in einem solchen Fall ein geeigneter Parameter als Korrektiv angepaßt werden, ginge dadurch ein Teil der formal höheren „Rationalität“ eines ökonometrischen Totalmodells verloren. Hinzu kommt die geringe Anpassungsfähigkeit von Totalmodellen an plötzliche strukturelle Änderungen, ein Punkt, der gerade im Zusammenhang mit der Ölkrise erneut deutlich geworden ist. Von zentraler Bedeutung ist aber vor allem, daß die Prognosemethoden im Regierungsbereich relativ offen sein müssen, damit die Prognosen und Projektionen der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung mit den Ergebnissen von Projektionen und Planungen anderer Teilbereiche der Exekutive verzahnt werden können.

Insgesamt spricht vieles dafür, daß ein ökonometrisches Totalmodell als reines Prognosemodell — jedenfalls für die Zwecke der Regierungsarbeit — der praktizierten „eklektischen“ Prognosemethode (mit Abstützung auf Teilmodelle für Importfunktion, Lohnkosten/Preis-Zusammenhang usw.) eher unterlegen ist. Damit wird zugleich eingeräumt, daß ökonometrische Totalmodelle als Entscheidungsmodelle durchaus eine andere Wertung erfahren können. Ihre Vorzüge kommen jedenfalls mehr zur Geltung, wenn es gilt, relative Unterschiede verschiedener Strategien darzustellen. Ganz am Rande sei bemerkt, daß bisher weder für die eine noch für die andere Methode eine größere Prognosegenauigkeit nachgewiesen werden konnte⁶.

15. Die bisherigen Erfahrungen, daß mit einer Mischform zwischen einem rein ökonometrischen Totalmodell und der empirischen Analyse mit iterativer Annäherung dem breiten Bedarfspektrum des Bundeswirtschaftsministeriums am besten entsprochen werden kann, sind auch

⁶ *Helmut Schlesinger*, Wert und Grenzen gesamtwirtschaftlicher Voraussetzungen, in: Allgemeines Statistisches Archiv, Bd. 53, 1969, und *Hermann Albeck*, Ein Vergleich der Treffsicherheit deutscher und niederländischer Konjunkturprognosen, in: Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik, Bd. 184, 1971, Heft 1.

maßgebend bei den derzeitigen Vorbereitungen für den Aufbau einer ökonometrischen Methodenbank. Die von Zyklus zu Zyklus, von Phase zu Phase, von Wendepunkt zu Wendepunkt — bei aller Parallelität des konjunkturellen Grundmusters — unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Rahmenbedingungen und spezifischen „Klimafaktoren“ müssen mit ausreichender Flexibilität berücksichtigt werden können. Der geplanten Methodenbank wird deswegen ein Modellrahmen zugrundegelegt, der auf das bisherige Schätzschema des Bundeswirtschaftsministeriums abgestellt ist. Endziel ist auch hier kein starres Totalmodell mit der Zwangsjacke eines starren Gleichungsschemas, sondern eine Anzahl ökonometrischer Partialmodelle und Funktionen, die rasch und flexibel auf die jeweilige Problemlage abgestellt und zusammengefaßt werden können.

Diagnose und Prognose im wirtschaftspolitischen Entscheidungsprozeß

16. Gesamtwirtschaftliche Diagnose und Prognose vollzieht sich in der Praxis als kontinuierlicher Prozeß. Zwar müssen in gewissen Zeitabständen in Publikationen (Monatsberichte, Jahreswirtschaftsberichte usw.) immer wieder zusammenfassende Zwischenbilanzen erstellt werden, das Diagnose- und Prognosebild wird jedoch durch das Eintreffen jeder neuen Zahl und Information beeinflusst; es verfestigt oder ändert sich von daher fast täglich. Dieses sich verändernde Bild der politischen Leitung des Ministeriums und der Regierung, den parlamentarischen Instanzen und der Öffentlichkeit in geeigneter Weise darzulegen, verlangt von den regierungsamtlichen Diagnostikern und Prognostikern ein hohes Maß an Sensibilität für mögliche Reaktionen oder Fehlreaktionen der jeweiligen Adressaten. Das gilt vor allem für solche Informationen, die der Öffentlichkeit direkt oder indirekt zugänglich gemacht werden. Konjunkturdiagnosen und -prognosen regierungsamtlicher Stellen lösen — ob gewollt oder nicht — allzu leicht Ankündigungseffekte und einen politischen Handlungszwang aus. Ihre Publikation — auf welchem Weg auch immer — ist deshalb in vielen Fällen schon ein erster und oft kaum widerrufbarer Schritt auf dem Wege des Entscheidungsprozesses. Aus diesem Spannungsfeld heraus zwischen fachlichen und politischen Ansprüchen an den Apparat erklärt sich zu einem Gutteil die Lücke zwischen dem tatsächlichen internen Erkenntnisstand und dem, was darüber nach außen erkennbar wird. Deswegen ist die Unterscheidung zwischen internen Analysen und für die Publikation geeigneter Formulierungen zumindest in kritischen Phasen von Bedeutung. Neben der internen ständigen Fortschreibung des Diagnosebildes sind z. B. von Frühjahr 1973 bis Ende Januar 1974 im

Bundeswirtschaftsministerium insgesamt 24 Prognosevarianten für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung 1974 durchgerechnet worden.

17. Selbst wenn die interne Diagnose die Gefährdung von gesamtwirtschaftlichen Zielen recht klar indiziert und die Status-quo-Prognosen bestätigen, daß in Zukunft daraus eine akute Verletzung eines Zieles werden könnte, so ist es dennoch von der Erkenntnis des „Etwas-Tun-Müssens“ bis zur politischen Entscheidung über ein konkretes Programm zumeist noch ein langer und schwieriger Weg. Zwar haben regierungsinterne Stellen gegenüber den Instituten und auch dem Sachverständigenrat einen gewissen Informationsvorsprung für die Status-quo-Prognosen, weil sie die Auswirkungen bereits fest geplanter, in der Öffentlichkeit aber noch nicht bekannter Maßnahmen anderer Teilbereiche der Exekutive besser berücksichtigen können. Aber erst dann, wenn für das jeweils nächste Jahr greifbare Vorstellungen über die öffentlichen Haushaltsplanungen vorliegen, können die Prognosen konkreter werden. Bis zu diesem Zeitpunkt können nur Varianten mit unterschiedlichen Arbeitshypothesen durchgerechnet werden (bedingte Prognosen).

18. Einzelne Phasen des konjunkturpolitischen Entscheidungsprozesses sollen am Beispiel des Stabilitätsprogramms vom Mai 1973 beleuchtet werden. Im Rahmen der Vorbereitung des Jahreswirtschaftsberichtes 1973 wurde im November 1972 die gesamtwirtschaftliche Vorausschätzung für 1973 überprüft und aktualisiert; das Ergebnis entsprach weitgehend den Prognosen des Sachverständigenrates und der Forschungsinstitute. Die wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen der Bundesregierung (1. Stabilitätsprogramm im Dezember/Januar) blieben allerdings schon zu diesem Zeitpunkt hinter den internen Überlegungen zurück. Im Januar und besonders im Februar 1973 war dann noch deutlicher erkennbar geworden, daß zumindest zwei Voraussetzungen für die Realisierung der Jahresprojektion des Jahreswirtschaftsberichtes für 1973 nicht mehr erfüllbar sein würden. Die unterstellten Eckwerte der Lohnentwicklung und des Ausgabenanstiegs der Gebietskörperschaften waren durch die Ereignisse obsolet geworden. In einer internen Status-quo-Prognose wurde die politische Leitung Mitte Februar 1973 auf die Konsequenzen für die weitere Wirtschaftsentwicklung, insbesondere im Jahre 1974, aufmerksam gemacht. Diese Prognose wurde im März aktualisiert, und Anfang April 1973, als die von Oktober 1972 an überaus rasche Expansion der Nachfrage vollends erkennbar wurde, wurden zwei Grundalternativen stabilisierungspolitischer Strategien konzipiert. Beide gingen von baldigen zusätzlichen konjunkturpolitischen Restriktionsmaßnahmen und der Fortführung der monetären Restriktionspolitik aus und sahen eine Beschneidung der Gesamtnachfrage in der Größenordnung von etwa 30 bzw. 15 Mrd. Mark vor.

Um nicht unter Handlungszwang zu geraten und die Wirkungskette von Ankündigungseffekten, Selffullfillment und Abwehrreaktionen nicht zu verstärken, hielt sich das Bundeswirtschaftsministerium in der Öffentlichkeit zunächst mit akzentuierten Beurteilungen der Wirtschaftslage zurück. Die öffentliche Diskussion über das inzwischen vorgelegte Sondergutachten des Sachverständigenrates, über die Frühjahrsdiagnose der Institute sowie über Analysen und Verlautbarungen der OECD spielten dann später eine nicht unerwünschte stimulierende Rolle; sie halfen, das notwendige, bereits vorbereitete Programm in der Öffentlichkeit und insbesondere im politischen Bereich atmosphärisch vorzubereiten.

19. Die Bedeutung von Alternativrechnungen für den politischen Entscheidungsprozeß selbst liegt vor allem darin, daß sie die Bereitschaft der politischen Leitung zu Programmentscheidungen testen und fördern können. Die Alternativrechnungen verdeutlichen die Konsequenzen unterschiedlicher politischer Entscheidungen. Sie geben dem Politiker zugleich Anstoß, die vorgelegten Strategien gedanklich in politische Konsequenzen umzusetzen, um von daher ein Urteil über den politischen Spielraum zu gewinnen, den sie für einzelne, alternativen Strategien zugeordnete Instrumente sehen. Die Entscheidung über die Auswahl der für die Alternativrechnungen „kritischen“ Hypothesen fällt gewöhnlich in engem Kontakt mit der politischen Leitung. Dabei wird die Auswahl der Strategien durchaus auch von den Instrumenten her bestimmt. erinnert sei hier an die politische Diskussion darüber, ob ein eventueller Konjunkturzuschlag auf bestimmte Einkommensgruppen begrenzt werden sollte oder nicht. Mit der Entscheidung gegen einen unbegrenzten Stabilitätzuschlag wurde eine Gruppe von Stabilisierungsstrategien ausgeschlossen, die mit Schwerpunkt beim privaten Konsum angesetzt hätte.

20. Die damalige Schwerpunkt-Entscheidung für direkte investitions-hemmende Maßnahmen erhöhte das Prognoserisiko nicht unbeträchtlich, da dadurch das Investitionsverhalten — anders als bei der konsumorientierten Strategie — zur zentralen Größe der Wirkungsanalyse des *Gesamtbündels* wurde, zumal zur Investitionssteuer die Auswirkungen der Aussetzung der degressiven Abschreibung und die der Stabilitätsabgabe hinzukamen.

Zur Bestimmung der Höhe des Investitionssteuersatzes sowie des Steueraufkommens wurden Verlaufsprofile der Investitionstätigkeit unter alternativen Hypothesen iterativ geschätzt. Dabei war zu berücksichtigen, daß der Auftragsbestand nicht unter die Investitionssteuer fiel, sondern nur die neuen Aufträge nach dem Stichtag. Der Einfluß des Stabilitätzuschlages auf die Investitionsneigung wurde dabei über

den Liquiditätsentzugseffekt durch Schätzung der Veränderung der Selbstfinanzierungsquote, für die es gewisse Erfahrungsregeln über die Mindestquoten im Unternehmenssektor gibt, indirekt geschätzt. Dies lief im Grunde auf einen Plausibilitätstest für die jeweils resultierende Selbstfinanzierungsquote hinaus.

Zusätzlich war der Einfluß der Aussetzung der degressiven Abschreibung für den Unternehmenssektor abzuschätzen. Dem wurde dadurch Rechnung getragen, daß die Selbstfinanzierungsquote nach der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung (VGR) tendenziell höher angesetzt wurde. Spätestens bei der Umsetzung der Steuereffekte in das Bezugssystem der VGR gerät man in die Nähe der reinen Spekulation. Gleichwohl trafen die Ansätze des Investitionssteueraufkommens für die Monate Oktober, November und Dezember 1973 die Größenordnung richtig.

21. Als Resümee soll festgehalten werden, daß lediglich die Primäreffekte eines Stabilisierungsprogramms quantitativ mit hinreichender Genauigkeit berechnet werden können. Die Sekundäreffekte können de facto nur noch sehr grob abgeschätzt werden. Ökonometrische Entscheidungsmodelle bieten zwar formal präzisere Resultate; ihre Realitätsbezogenheit ist damit allerdings — auch nach den ausländischen Erfahrungen — keineswegs gesichert und bedarf gesonderter Überlegungen. In der Praxis des Bundeswirtschaftsministeriums werden die Sekundäreffekte deswegen bisher nur zusammengefaßt in einem Zuschlagsfaktor berücksichtigt. Die Fernwirkungen schließlich, ob psychologischer und sonstiger Art, können nur in Tendenzaussagen gefaßt werden.

Bedenkt man diesen „state of the art“, dann wird deutlich, wie groß der Bedarf an wissenschaftlichem Fortschritt auf diesem Gebiet noch ist, wengleich die Erwartungshorizonte nicht zu hoch gesteckt werden sollten. Es ist daher nicht allzu verwunderlich, daß die Politik, oft in Unkenntnis des fachlichen Leistungsvermögens und der spezifischen Grenzen, nicht nur Diagnose- und Prognosemethoden, sondern auch die konjunkturpolitischen Instrumente selbst überfordert. Auf so „simple“ Fragen des Politikers: „Um wieviel Prozentpunkte erhöht sich die Preissteigerungsrate, wenn das Finanzierungsdefizit im öffentlichen Haushalt um 1 Milliarde zunimmt?“, wie sie vor kurzem im Finanzplanungsrat auftauchte, gibt es keine Antwort, die sich bündig mit dem Elastizitätsbegriff fassen ließe.

Gestaltung der Programme und ihre politische Realisierung

22. Auch ein theoretisch schlüssiges Programm bedarf der politischen Umsetzung, soll die Initiative nicht versanden. Schon bei der internen

Vorbereitung möglicher Programm- und Instrumentalternativen sind daher die politischen Eckwerte der Regierung oder der die Regierung tragenden Parteien zu berücksichtigen. So können bestimmte Aktionsbereiche durch politische Programme in eine Tabuzone gerückt sein; institutionelle Regelungen wie die erforderliche Zustimmung des Bundestages oder Bundesrates können den Einsatz gewisser Instrumente blockieren oder beschränken und internationale Verpflichtungen den Kreis der theoretisch möglichen Instrumentvariablen erheblich eingengen. Aber auch Wahltermine und bereits publizierte Oppositionsvorschläge stellen manchmal harte „constraints“ dar, die bei der Programmgestaltung ins Gewicht fallen können. Nicht zu vergessen sind einflußreiche Interessentengruppen, die durch ihren politischen Einfluß sowohl bei der Grundsatzentscheidung als insbesondere auch bei der Ausgestaltung der Instrumente den Hebel ansetzen können.

Gegen die Erwähnung derartiger „constraints“ wird von Kritikern aus dem Bereich der Wissenschaft bisweilen eingewandt, die Praktiker neigten aus einer Art von Betriebsblindheit oder gar zur Verdeckung anderer Präferenzen vielfach zu deren Überschätzung, wie insbesondere das Beispiel der Diskussion um die Wechselkursflexibilität deutlich bewiesen habe. Wenngleich dieser Vorwurf in Einzelfällen nicht grundlos sein mag, so darf doch gerade bei der Beurteilung des politisch Möglichen und Unmöglichen der Zeitfaktor nicht unterschätzt werden. Was nach dem heutigen Stand der politischen Diskussion absolut nicht realisierbar sein kann, mag in einigen Jahren durchaus im Bereich des politisch Möglichen liegen. Konjunkturpolitische Entscheidungen sind aber notwendigerweise augenblicksbezogen.

23. Im politischen Raum muß ein Klima vorhanden sein oder erreicht werden, in dem das Programm auch tatsächlich durchgesetzt werden kann. Unerlässlich ist dabei vor allem eine rechtzeitige Abstimmung mit den politischen Führungskräften; die übrigen Mitglieder der Bundesregierung und die Arbeitskreise der Fraktionen müssen auf die neue wirtschaftspolitische Linie vorbereitet und die wichtigsten anderen politischen Gremien entsprechend motiviert werden. Dabei können externe Gutachten und Stellungnahmen und deren Diskussion in der Öffentlichkeit häufig hilfreich sein. Koordinierungsgremien wie die Konzertierte Aktion oder der Konjunkturrat für die öffentliche Hand bieten außerdem gute Testmöglichkeiten für die konjunkturpolitische Großwetterlage.

24. Eine solche, dem demokratischen Entscheidungsprozeß adäquate politische Vorbereitung wirft allerdings in zweifacher Hinsicht schwerwiegende Probleme auf. Einerseits führen die damit verbundene Verzögerung sowie die zur Durchsetzung zumeist notwendigen Kom-

promise leicht dazu, daß das tatsächlich realisierte Programm nicht mehr dem — inzwischen auch veränderten — Konjunkturbild entspricht. Andererseits bewirkt die öffentliche politische Diskussion nicht selten Ankündigungseffekte, welche die Effizienz stabilisierungspolitischer Maßnahmen erheblich mindern können. Hier sei nur erinnert an Antizipationshandlungen wie das Vorziehen von Investitionsgüterbestellungen oder das Einsteigen der Spekulation in bestimmte Valuta als Reaktion auf die Veröffentlichung währungspolitisch relevanter Fakten oder politischer Statements, welche die Entscheidungsinstanzen in Zugzwang setzen oder die infolge Überreaktion und wegen überzogener Erwartungen der Öffentlichkeit unerwünschte Nebenwirkungen zeitigen können.

Für beide Probleme gibt es trotz aller Bemühungen um rasche Entscheidung und Einschränkung der vorherigen Publikation im Regierungs- und Parlamentsbereich bis heute keine überzeugenden Lösungen und kann es in einer parlamentarischen Demokratie letztlich wohl kaum geben. Demgegenüber ist die Bundesbank, zumindest auf der Entscheidungsebene des Zentralbankrates, in einer günstigeren Position, sowohl was die interne Vorbereitung als auch was das Entscheidungsverfahren selbst anbelangt.

25. Nach der Programmentscheidung im Regierungsbereich haben andere politische Gremien das Sagen über das Maßnahmenpaket, sei es im formellen Gesetzgebungsverfahren der Bundestag, der Bundesrat und die Ausschüsse, seien es zuvor die Regierungsfraktionen, wenn das Konjunkturprogramm via Initiativantrag eingebracht wird. Durch Druck einzelner Flügelgruppen oder wegen der Koalitionsarithmetik kann das Programm mit sachfremden Maßnahmen befrachtet werden. Kompromißnotwendigkeiten können im Extremfall den Programmnotwendigkeiten diametral entgegenstehen.

26. Ist das Programm tatsächlich beschlossen und in Kraft gesetzt, beginnt bereits eine neue Schwierigkeit. Öffentlichkeit und politische Gruppen sind erfahrungsgemäß voller Ungeduld; sie erwarten zumeist rasche Ergebnisse. Für die Regierung ergibt sich dann nicht selten eine eigenartige Zwiespältigkeit in ihrer Haltung. Welchen Erwartungshorizont soll die Regierung hinsichtlich der ersten Auswirkungen der Maßnahmen für die Öffentlichkeit ansteuern? Ein zu langer Zeitraum bis zum Eintritt der erwarteten Stabilisierungswirkungen kann das Durchhalten des Kurses erschweren und Zusatzprogramme notwendig werden lassen. Läßt es die Regierung hingegen zu oder unterstützt es gar noch, daß sich die Öffentlichkeit auf einen zu kurzen Zeithorizont einstellt, so riskiert sie ihre Glaubwürdigkeit. Denn auch infolge überzogener Erwartungen, die in einem schiefen Verhältnis zu dem den

Instrumenten inhärenten Wirkungslag stehen, kann die Regierung in Zugzwang geraten.

Zusammenfassung und Schlußfolgerung

27. Zusammenfassend zeigt sich, daß die diskretionäre Stabilisierungspolitik mit einer Vielfalt von bisher nicht oder nur unvollkommen gelösten Problemen der Diagnose und Prognose, der Programmauswahl sowie der rechtzeitigen und richtig dosierten Programmrealisierung zu tun hat.

- Das beginnt schon bei der Definition der Sollwerte des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes. Weder das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“ noch die einzelnen Zielwerte sind konkret definierbar. Wenn konjunkturelle Fehlentwicklungen zu registrieren sind, hat die Politik unter Berücksichtigung der aktuellen Ausgangslage jeweils erneut wertend über den Rang der einzelnen Ziele zu entscheiden. Der gefundene Zielkompromiß beinhaltet dann auch eine Zeitspanne, in der die Annäherung an die gewünschte konjunkturelle Entwicklung zu vollziehen ist.
- Die aktuellen Ist-Werte der Konjunkturstatistik sind in wichtigen Punkten lückenhaft, ihr Genauigkeitsgrad ist begrenzt, und für die Saisonbereinigung gibt es bisher keine optimale Lösung. Das Diagnoseergebnis läßt sich nicht in eine einzige zusammenfassende Bewertungsziffer komprimieren. Die bisherigen Gesamtindikatoren sind jedenfalls nicht überzeugend; sie können zwar Problemlagen indizieren, aber nicht Aufschluß über das tatsächliche Ausmaß an Fehlentwicklungen geben und erst recht nicht darüber, wo konjunkturpolitisch anzusetzen ist.
- In den Prognosewerten kumulieren statistisch-methodische Mängel, Informationslücken und subjektive Schätzfehler. Selbst wenn die Quanten mit einiger Sicherheit zu ermitteln sind, gibt es weitere Fehlerquellen bei der Schätzung der time-lags und des Verlaufsprofils.

28. Für die Programmgestaltung und insbesondere für die politische Realisierung der Stabilisierungspolitik sind diese Grenzen der Diagnose- und Prognosemöglichkeiten ein großes Handikap. Denn die politische Diskussion verlangt eine möglichst weitgehende Quantifizierung von sich abzeichnenden Fehlentwicklungen und auch der Programmwirkungen. Daraus resultiert die permanente Gefahr, daß Zahlen in der politischen Arena überinterpretiert werden und dabei eine Scheingenauigkeit vorgetäuscht wird. Durch Weglassen von Hypothesen und einschränkenden Bedingungen werden hypothetische Mo-

dellaussagen nicht selten — wenn auch zumeist unbewußt — verfälscht. Die vergrößernde öffentliche Diskussion kann damit nicht nur in Widerspruch zur tatsächlichen Lage geraten; dadurch können auch falsche Erwartungshorizonte erweckt und Überreaktionen provoziert werden. Dies schmälert nicht zuletzt die Glaubwürdigkeit der Prognostiker und Programmgestalter und mindert damit auf Dauer auch die politische Bereitschaft zur Stabilisierungspolitik überhaupt.

29. Die Indikator- und Maßstabsproblematik gilt allerdings nicht nur für diskretionäre Stabilisierungspolitik, sondern erst recht für Regelmechanismen, aber auch für enge Regelbindungen. Zwar kommen partielle Regelmechanismen wie die built-in-stabilizer der Steuerprogression und der Arbeitslosenversicherung sowie die flexiblen Wechselkurse ohne neue Maßstäbe und Indikatoren aus. Für weitergehende Mechanismen und Regelbindungen wie die Geldmengensteuerung im monetaristischen Konzept oder für die vielen Varianten der Einkommenspolitik gilt dies allerdings nicht mehr. Hier werden z. B. Probleme der Produktivitätsmessung und der Definition „unvermeidbarer Preissteigerungen“ zu zentralen wirtschaftspolitischen Fragen. Neben den definitorischen Problemen im engeren Sinne spielen dabei sehr häufig auch fundamentale konzeptionelle Aspekte eine wichtige Rolle, so z. B. in der monetären Politik, wenn für die Geldmengenpolitik zu entscheiden ist, was als Steuergröße der monetären Politik und was als Indikator der Politikwirkungen gelten soll. Am Rande sei nur bemerkt, daß auch manche Vorschläge, die in letzter Zeit in die Indexierungsdiskussion eingebracht wurden, mit erstaunlicher Nonchalance über diese, vermeintlich auf einem rein technischen Niveau zu lösenden Probleme hinwegsehen.

Unabhängig von den Maßstabs- und Indikatorproblemen bleibt bei Regelmechanismen und Regelbindungen ohnedies die politische Frage der Einengung des Entscheidungsspielraums der politischen Gremien. Zwar ist Rose darin zuzustimmen, daß — wird der von ihm angelegte hohe Abstraktionsgrad akzeptiert — regelgebundene und diskretionäre Politik in der Sache keine echten Alternativen darstellen. Doch gilt das keineswegs im politisch-praktischen Raum. Vor allem die Hoffnung, daß eine Regierung unter einer einmal etablierten Regelbindung den Sachzwängen wider den Druck der Öffentlichkeit wesentlich leichter entsprechen könnte, dürfte trügerisch sein, von der mangelnden Bereitschaft zur Einführung derartiger Selbstbindungen ganz zu schweigen. Die Lehren aus dem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz weisen in eine andere Richtung. Schon die jeweilige Opposition würde es nach aller Erfahrung kaum zulassen, daß „die Verantwortung für die jeweilige Politik dann in die Anonymität eines Stabilisierungsgesetzes“ verlagert wird⁷.

Nicht zuletzt stellt sich auch die gesellschaftspolitische Frage, ob die Sozialpartner auf die Tarifautonomie verzichten sollten, oder wenn nicht, wie ihre Mitwirkung in die Regelbindung der Lohnpolitik eingepaßt werden könnte. Es wäre wohl Utopie anzunehmen, die Spitze der jeweiligen Organisationen würde diesen Funktionsverzicht freiwillig hinnehmen. Die Erwartungen an derartige Stabilisierungshilfen sollten nicht zu hoch angesetzt werden.

30. Es bleibt der Stabilisierungspolitik bei vorurteilsfreier Einschätzung der heute vorhandenen handwerklichen und politischen Voraussetzungen — zumindest vorerst — kein anderer erfolgversprechender Weg als die Fortsetzung des bisherigen Konzeptes der diskretionären Globalsteuerungspolitik, wenn auch mit erweitertem Zielhorizont und veränderter Akzentsetzung. Unter Berücksichtigung der weiteren Theoriediskussion und unter Auswertung der Methoden von „trial and error“ müssen dabei natürlich mögliche Fortschritte in den Details der Diagnose und Prognose und vor allem in der politischen Durchsetzung von Programmen gesucht werden. Die Bereitschaft der Verantwortlichen in Regierung und Bundesbank zu Lernfortschritten ist durch die einleitend dargelegten, neuen Akzente belegt.

⁷ *Manfred Rose*, Maßorientierte Stabilisierungspolitik über finanzwirtschaftliche Staatsaktivitäten, siehe Seite 481 dieses Bandes.

Korreferat zu:
Stabilisierungspolitik: von der Diagnose zum Programm

Von *Helmut Schlesinger*, Frankfurt a. M.

Es war sehr nützlich, daß Herr Tietmeyer es in diesem Kreise unternommen hat, einmal „aus dem Nähkästchen zu plaudern“ und auf die in der Tat recht beträchtlichen praktischen Probleme hinzuweisen, denen sich ein Konjunkturdiagnostiker und wohl noch mehr der Prognostiker im Rahmen der Stabilisierungspolitik gegenüber sieht. Es ist sicher richtig, daß sich manche dieser Schwierigkeiten um so stärker kumulieren, je geringer der Abstand zwischen Analyse und Programm, zwischen Diagnose und Therapie wird; und die Kluft zwischen dem, was die Konjunkturdiagnose zu leisten vermag, nämlich Orientierung zu vermitteln, und dem, was der Konjunkturpolitiker für seine Entscheidungen braucht, erscheint aufs erste sehr groß. Gerade deshalb sollte man aber das, was die Konjunkturdiagnose tatsächlich bietet, doch nicht zu niedrig hängen. Wenn man die in der Natur der Sache liegenden Grenzen der konjunkturdiagnostischen Arbeit akzeptiert, kann man m. E. das verfügbare konjunkturstatistische Instrumentarium in der Bundesrepublik doch in einem etwas günstigeren Licht sehen, als dies der Referent tat. Es versteht sich — und ist wohl auch vom Veranstalter so beabsichtigt —, daß ich hierüber insbesondere aus der Praxis der Arbeit in der Deutschen Bundesbank spreche.

Wie Sie wissen, wird auch in der Bundesbank die Konjunkturdiagnose intensiv betrieben, und der Verbund zwischen Diagnose und Politik ist gewiß nicht weniger eng als bei anderen Stellen. Allerdings ist die Geldpolitik in ihrem Wirkungsradius natürlich bescheidener und mit weniger Instrumenten zu handhaben als die Konjunkturpolitik des Staates im allgemeinen; sie ist nur ein Teil davon. Auch das Problem der konkreten Quantifizierung politischer Maßnahmen stellt sich in der Geldpolitik etwas einfacher. Hier geht es kaum ohne Veränderungen der Quantitäten, insbesondere nicht ohne Veränderung der Menge an Zentralbankgeld ab, und die Wirkungszusammenhänge — Übertragungsmechanismen der Veränderungen der Zentralbankgeldmenge auf Kreditgewährung, Geldmenge, Zinsen — sind im monetären Bereich m. E. doch eher besser, wenn auch sicher nicht hinreichend erforscht. Die Konjunkturdiagnose ist für die Geldpolitik überdies nur eine unter

mehreren Determinanten geld- und kreditpolitischer Aktionen. Je mehr „Verstetigung“ in der Geldpolitik angestrebt wird — daß dies der Fall ist, hat Herr Tietmeyer schon gesagt —, um so weniger kann sie auf kurzfristige Veränderungen im Wirtschaftsablauf reagieren, um so mehr muß sie m. a. W. bereit sein, gewisse „Durststrecken“ der wirtschaftlichen Entwicklung hinzunehmen.

Die Aufgabe der Bundesbank, den Geldwert mit ihren Mitteln sichern zu helfen, aber auch die Grundlinie der Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen, läßt es angezeigt erscheinen, daß die Bank ihre Konjunkturdiagnose nicht nur für den Hausgebrauch betreibt, sondern sich aktiv an der Meinungsbildung über Konjunkturfragen — in der Öffentlichkeit wie bei den amtlichen Stellen — beteiligt, und zwar mit ziemlich gleicher Offenheit und ohne Ankündigungseffekte. Ein Medium hierfür ist der Monatsbericht der Bank, in dem in regelmäßigen Abständen ein ausführliches Bild von der jeweiligen Konjunktursituation vorgelegt wird. Ein weiteres Hilfsmittel in diesem Zusammenhang ist unser Statistisches Beiheft über saisonbereinigte Wirtschaftszahlen; die weite Verbreitung dieser Publikationen ist ein breites Informationspotential, das zur Vereinheitlichung der Meinungsbildung beitragen dürfte. Das erwähnte Beiheft enthält auch trendbereinigte Indikatoren und hilft viele Fragen beantworten, die Herr Klemmer aufgeworfen hat. Auf Grund dieser und ähnlicher Publikationen (z. B. des Sachverständigenrats und der wirtschaftswissenschaftlichen Forschungsinstitute) ist in der Bundesrepublik ein ziemlich weitgehender Konsensus — jedenfalls in der Analyse der Lage — erreicht. Viele der von Herrn Tietmeyer genannten praktischen Probleme sind uns von dieser Arbeit her nur zu gut bekannt. Sie verlieren m. E. etwas an Schärfe, wenn man weniger den einzelnen Indikator mit seinen Unzulänglichkeiten betrachtet, als vielmehr den einzelnen Indikator im Zusammenhang des gesamten Indikatorenmodells sieht. Selbst die nachträgliche, zuweilen recht erhebliche Korrektur vorläufiger Werte vermag dann manchmal noch zur Abstützung einer Erkenntnis beizutragen, denn nicht selten deuten solche Korrekturen (die oft auf fehlerhafte Ergänzungsschätzungen der Statistiker zurückgehen) die Richtung an, in die die konjunkturelle Reise geht.

Vielleicht sind, wenn Sie mir diese Anmerkung gestatten, manche Konsumenten bereitstehender Statistiken auch hinsichtlich der Anforderungen an die Qualität diagnostischer Verfahren etwas zu unbescheiden. Ich denke da vor allem an die seit Jahren in Gang befindliche Diskussion um die Saisonbereinigung. Es ist sicher wichtig, daß man gerade hier allen methodischen Fortschritten gegenüber aufgeschlossen sein muß, weil keines der bisher bekannten Verfahren in allen Punkten befriedigt, wie Herr Tietmeyer sagte. Es wäre vermessen zu

behaupten, das Census-X-11-Verfahren, für das die Bundesbank ihr eigenes Verfahren aufgab, löse alle Probleme. Aber dieses Verfahren hat sich für die praktische Arbeit doch als sehr leistungsfähig erwiesen; es stellt gerade in dem Zielkonflikt zwischen hoher Sensibilität der Zeitreihen am aktuellen Ende und Kontinuität der Ergebnisse einen durchaus brauchbaren Kompromiß dar. Für einen geübten Analysten ist es jedenfalls möglich, mit diesem Verfahren zu arbeiten, die Primitiv-Saisonbereinigung des Vorjahresvergleichs ad acta zu legen und im übrigen die Zuverlässigkeit der Saisonbereinigung einigermaßen richtig einzuschätzen. Eine Konjunkturdiagnose ist freilich mehr als ein allein mechanisches Zusammentragen „objektiver“ Tatbestände. Sie geht nicht ohne persönliche Einschätzung der einzelnen Fakten und ihre Einfügung in ein Gesamtbild der Konjunktur; es wäre m. E. hierbei schon eine Hilfe, wenn für ein und denselben Tatbestand, nämlich die Ausschaltung des Saisoneinflusses, im Indikatorenmodell gleiche Methoden angewendet würden. Das erlaubt natürlich noch nicht, Diagnosen fertig aus dem Computer zu ziehen; nur das Vorstadium der Analyse wird dadurch erleichtert.

Die Probleme, denen sich die Wirtschaftspolitik heute gegenüber sieht, rühren, um das einmal deutlich zu sagen, natürlich nur in zweiter Linie aus den Unzulänglichkeiten der Diagnostik oder unzureichenden Informationen her, sondern sie liegen auf dem Weg der Ummünzung von Analyse und Prognose in Politik. Herr Tietmeyer hat in eindrucksvoller Weise dargelegt, wie schwierig es ist, Erkenntnisse in konjunkturpolitische Aktion umzusetzen. Nicht wenige der heute zu verzeichnenden kurz- und langfristigen Probleme haben ihre Ursache darin, daß es nicht oder lange nicht gelungen ist, die politischen Entscheidungen unter genügender Würdigung der diagnostischen Erkenntnisse zu fällen. Ich erinnere daran, wie lange es beispielsweise gedauert hat, um die „ehrgeizigen“ Ziele in früheren mittelfristigen Projektionen den engeren Grenzen, die in Wirklichkeit gesetzt und aus den Diagnosen erkenntlich sind, anzupassen, also die Meßlatte zu ändern, von der Herr Tietmeyer sprach. Erst als sich gravierende Fehlentwicklungen einstellten, kam es im Frühjahr 1973 zu den damals dringend gebotenen konjunkturellen Bremsmaßnahmen und im Zusammenhang damit auch zu einer Korrektur allzu optimistischer längerfristiger Zielvorstellungen. Ein markantes Beispiel der Schwierigkeiten, politisch notwendige Entscheidungen auf der Basis von gründlichen Analysen zu treffen, bildete m. E. die u. a. auf steuerliche Begünstigungen, zu niedrige Zinskosten durch staatliche Förderungsmaßnahmen zurückzuführende Kapitalfehlleitung in den Wohnungsbau. Der derzeitige Rückschlag in der Bauwirtschaft wäre mit Sicherheit weit weniger dramatisch verlaufen, wenn die Politik früher die Konsequenzen

aus den vorliegenden Analysen gezogen hätte. Ein weiteres, geradezu klassisches Beispiel bietet die Lohnpolitik des Jahres 1974. Wenn wir heute in der Bundesrepublik bei einer Arbeitslosenquote von saisonbereinigt fast 3 Prozent angelangt sind, so ist dies zwar nicht allein, aber doch wohl zu einem guten Teil mit darauf zurückzuführen, daß sich die Sozialpartner zu Beginn dieses Jahres über den Hinweis auf den nach der Ölkrise und der Rohstoffhaussse erforderlichen Anpassungsprozeß der Verminderung des Realeinkommens durch die Verschlechterung der terms of trade hinweggesetzt und überzogene Lohnerhöhungen vereinbart haben.

Mit den Schwierigkeiten, aus Ergebnissen der Konjunkturdiagnose praktische politische Konsequenzen zu ziehen, stehen wir in der Bundesrepublik natürlich nicht allein. Nicht wenige gravierende Fehlentwicklungen der letzten Jahre haben ihre Ursache darin, daß auch in unseren Partnerländern der Weg von der Erkenntnis dessen, was ist und was geschehen sollte, zu dem, was die Wirtschaftspolitik dann tatsächlich tut oder unterläßt, schwierig und langwierig ist und deshalb manchmal überhaupt nicht eingeschlagen wird. Es scheint, daß angesichts der beschleunigten Inflation die Notwendigkeit einer konsequenten Stabilisierungspolitik auch im Ausland in letzter Zeit nun deutlicher als zuvor erkannt worden ist, und es hat nicht an Ansätzen gefehlt, eine Korrektur erkannter Fehlentwicklungen einzuleiten. Es gibt nun in der EG ganz ähnliche Instrumente für diesen Zweck wie bei uns: Jahreswirtschaftsbericht und Zielkatalog gemäß unserem Stabilitäts- und Wachstumsgesetz. Der Erfolg dieser Versuche hängt freilich weitgehend davon ab, ob es gelingt, bei allen am wirtschaftspolitischen Geschehen maßgeblich Beteiligten die erforderliche Einsicht und Unterstützung zu bekommen, wenn es z. B. darum geht, unvermeidlich schmerzhaft Anpassungsprozesse durchzusetzen. Welch harte „constraints“ dabei unter Umständen in Rechnung zu stellen sind, hat Herr Tietmeyer eindrucksvoll dargelegt. Um so dringender stellt sich die Aufgabe der Öffentlichkeitsarbeit für diejenigen, die mit ihren Konjunkturdiagnosen zur Meinungsbildung beitragen wollen. Es geht darum, wie ich schon andeutete, einen gesellschaftlichen Konsens über wichtige ökonomische Grundtatsachen herzustellen und damit der wirtschaftspolitischen Diskussion die sichere Ausgangsbasis zu schaffen und zu erhalten, deren sie bedarf, wenn sie sich nicht im leeren Raum bewegen soll. Dazu gehört auch, daß die Ergebnisse wissenschaftlicher Arbeit in ein Vokabular gebracht werden, daß geeignet ist, wirtschaftspolitischen Sachverstand — etwa unter Einschaltung der Massenmedien — ins Land zu tragen. Hier liegt m. E. eine große Aufgabe. Vielleicht ist da in den letzten Jahren nicht jede Chance genutzt worden. Ich möchte dazu in Abweichung vom engeren Thema doch noch ein paar Worte

sagen dürfen, da mich meine tägliche Arbeit ständig mit diesen Problemen konfrontiert. Die Sprache der Wirtschaftswissenschaften darf nicht zu einer Art Sondersprache werden. Nichts wäre verhängnisvoller, als daß in einer Zeit, in der die Wirtschaftswissenschaften und die berufsmäßigen Volkswirte einen erheblichen Einfluß auf die Entwicklung unserer Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik gewonnen haben — und alte, jahrzehntelange Berufsmonopole anderer Art überwunden sind —, sie ihre Wirksamkeit dadurch einbüßten, daß sie aufhören würden, ihre Erkenntnisse in die Sprache des Alltags zu übersetzen und damit den ersten Schritt zu tun, ihre Erkenntnis in Politik umzumünzen.

Diskussion

Hans-Joachim Rüstow (Allmannshausen a. Starnberger See):

Herr Tietmeyer hat sehr zurecht darauf hingewiesen, daß heutige Konjunkturpolitik weniger in einer antizyklischen Politik bestehe als in dem Versuch nach Trendsteuerung. Das gilt so lange, wie die Konjunktur (was Herr Tietmeyer darzulegen versuchte) gar nicht mehr gekennzeichnet ist — bzw. in den letzten 15 Jahren gekennzeichnet war — durch starke zyklische Schwankungen, wie wir sie vor dem 1. Weltkrieg und danach bis zum 2. Weltkrieg hatten, sondern durch eine lang anhaltende chronische Überbeschäftigung. Dann tritt tatsächlich die Trendsteuerung in den Vordergrund, wobei das antizyklische, auf den Ausgleich konjunktureller Schwankungen abgestellte Stabilitätsgesetz gar nicht anwendbar ist. Wo das Stabilitätsgesetz angewendet wurde, hat es versagt, weil es auf die neue Situation nicht abgestellt war. Herr Tietmeyer hat auch recht, daß es bei einer Trendsteuerung — im Gegensatz zu einer antizyklischen Politik — gar nicht so sehr auf die Genauigkeit und das rechtzeitige Eintreffen der statistischen Daten ankommt. Wichtiger ist die Überwindung von Tabus und von internationalen Verpflichtungen, die uns oft zu einer der richtigen Trendsteuerung entgegengesetzten Politik zwingen. Ich kann auch sehr nachdrücklich dem zustimmen, was Herr Schlesinger sagte, daß es nämlich zur Überwindung dieser Tabus auf währungspolitischen, lohnpolitischen und sonstigen Gebieten zunächst notwendig ist, daß die öffentliche Meinung aufgeklärt wird. Die Politiker sind sonst gar nicht in der Lage, ganz bestimmte Maßnahmen offiziell zu ergreifen; sie müssen sich manchmal bemühen, ihre Durchführung zu kaschieren. Denn durch einen Widerspruch zur öffentlichen Meinung setzt sich die Regierung den Angriffen einerseits von seiten der Gewerkschaften und andererseits von seiten politischer Parteien aus. Ich kann Herrn Schlesinger auch darin beipflichten, daß zur Überwindung solcher Tabus — um den Weg für eine richtige Trendsteuerung zu öffnen — nicht nur eine Aufklärung der öffentlichen Meinung notwendig ist, sondern auch eine bessere theoretische und analytische Erfassung der Zusammenhänge. Hierzu ist der komplizierte mathematische Apparat, der heute überwiegend angewendet wird, meistens gar nicht notwendig. Oft könnte man andere wissenschaftliche Methoden zur Erfassung von Zusammenhängen weit fruchtbarer anwenden, vor allem auch, um die

Erkenntnisse in die öffentliche Meinung zu übertragen. Denn erst durch eine allgemeine wirtschaftspolitische Aufklärung ist die Basis zu gewinnen, auf der die Regierung eine richtige Trendsteuerung durchführen kann. Ich kann Herrn Schlesinger also in seiner Forderung zustimmen, daß die Wissenschaft schon zur Gewinnung ihrer Erkenntnisse sich nicht nur der vielfach unverständlichen mathematischen Methoden bedienen sollte, vor allem aber darin, daß sie zum Zwecke der Aufklärung der öffentlichen Meinung völlig andere didaktische Methoden anwenden müßte. Nur so kann das Ziel erreicht werden, daß die Regierung sich zu einer richtigen Trendsteuerung in der Lage sieht.

Werner Steuer (Bonn):

Ich möchte zu drei Punkten Stellung nehmen. Herr Tietmeyer sprach davon, daß die Zeitreihenanalyse die konjunkturpolitische Steuerung wesentlich erschwere. Ich würde auch zugeben, daß die Ergebnisse der Statistik trotz aller Fortschritte noch nicht so rasch greifbar sind, daß sie schnell und zuverlässig in Politik umgesetzt werden könnten. Andererseits sind die statistischen Grundlagen so schlecht aber auch wieder nicht wie ihr Ruf. Ich glaube, diesen Vorwurf machten Sie, als Sie sagten, die Zeitreihen seien so schlecht, daß sie keine verlässliche Analyse ermöglichten. Das Problem der Wirtschaftspolitik in den letzten 20, 25 Jahren — darüber, glaube ich, gibt es keine Uneinigkeit — war ein Problem der Politik und nicht ein Problem der Analyse und der Diagnose; wenn Sie wollen, war es vielleicht ein Problem auch der Prognose, aber wichtiger als die Prognose ist doch das Problem der Analyse.

Ein zweiter Punkt betrifft die Ankündigungseffekte, von denen Sie sprachen, als Sie sagten, man müsse auch bei der Veröffentlichung von statistischen Ergebnissen dafür sorgen, daß nicht falsche Ankündigungseffekte durch bestimmte Erwartungen in die Welt gesetzt würden. Ich würde demgegenüber der Meinung von Herrn Schlesinger zuneigen, der sagte, man fahre auf lange Sicht doch besser, wenn man der Öffentlichkeit die Wahrheit sagt, weil man sich mit der Wahrheit als verantwortlicher Wirtschaftspolitiker auch auseinandersetzen muß. Man verliert an Glaubwürdigkeit, wenn es sich auf lange Sicht erweist, daß vielleicht nicht gerade die Unwahrheit gesagt wurde, aber doch eine gewisse Manipulation der Daten erfolgte. Wenn ich ein Beispiel dafür geben darf: Ich verstehe gar nicht — und ich ärgere mich immer wieder —, warum die Zahlen über die Auftragseingänge, die ja ohnehin immer 4 bis 6 Wochen alt sind, bis sie veröffentlicht werden, nicht das Licht der Öffentlichkeit erblicken können, ohne erst vom Wirtschaftsministerium mit einem Kommentar eingeseget worden zu sein. Wäre

es nicht möglich, den Zugriff wenigstens um einige Tage zu beschleunigen, damit zumindest die Fachleute die Daten eher zur Verfügung haben?

(Hans Tietmeyer [Bonn]: Höchstens aber um einen halben Tag!)
— Gut, dann wäre dieser Punkt ausgeräumt.

Mein letzter Punkt betrifft die Scheu der Politiker, sich Sollzahlen zu setzen. Sie, Herr Tietmeyer, sagten sicherlich mit Recht — das ist verständlich —, daß diese Scheu damit zu erklären ist, daß sich die Politiker ungern an Maßstäben messen lassen, die sie selbst gesetzt haben, weil in der Zwischenzeit Konstellationen eintreten könnten, auf die der Politiker überhaupt keinen Einfluß hätte. Ich hätte gerne gewußt, an welche Einflüsse Sie dabei denken. Ich meine, der wichtigste „Einfluß“ ist der, daß die Wirtschaftspolitik versagt hat. Und natürlich läßt sich niemand gern nachträglich vorhalten, wegen dieses wirtschaftspolitischen Versagens das selbstgesetzte Ziel nicht erreicht zu haben.

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Herr Tietmeyer, wollen Sie darauf im Zusammenhang mit Ihren Thesen eingehen?

Hans Tietmeyer (Bonn):

Aus Gründen der Zeitersparnis bin ich auch bereit, darauf zu verzichten, weil ich den Eindruck habe, daß das Auditorium gerne eine Mittagspause hätte. Aber wenn Sie meinen, Herr Vorsitzender, nehme ich natürlich gerne kurz zu einigen Punkten Stellung.

Olaf Sievert (Saarbrücken):

Ich nehme da nicht soviel Rücksicht.

Hans Tietmeyer (Bonn):

Ich würde gern etwas sagen zu der Unterscheidung zwischen der internen Information und der Publikation, da ich von zwei Seiten hier attackiert worden bin. Ich wäre falsch verstanden worden, wenn meine Bemerkungen als ein Plädoyer für eine unwahre Analyse interpretiert würden. Dies ist natürlich nicht meine Meinung. Worum es mir nur geht ist, zu verdeutlichen, daß aus einer bestimmten Diagnose und Prognose dann schon ein politischer Handlungszwang abgeleitet wird, wenn diese Diagnose und Prognose mit dem amtlichen Siegel versehen publiziert wird. Bevor eine politische Entscheidungswilligkeit abzusehen ist, ist es außerordentlich problematisch, einen solchen Prozeß

in Gang zu setzen, weil er Ankündigungseffekte und problemverstärkende Reaktionen hervorrufen kann. Eine amtliche Analyse muß deshalb bisweilen — Sie haben das angedeutet, Herr Schlesinger — in der Wortwahl beispielsweise durchaus ein gewisses Maß an Vorsicht walten lassen. Das muß ja selbst die Bundesbank tun, obgleich die Bundesbank in einer besseren Position ist als etwa ein Ministerium, denn das Direktorium der Bundesbank hat auf die interne Politik der Bundesbank einen größeren Einfluß als beispielsweise der Apparat eines Ministeriums auf die sehr breit gelagerten politischen Entscheidungen, die für bestimmte Aktionen notwendig sind.

Eine zweite Bemerkung zum Saisonbereinigungsverfahren. Ich kann jetzt nicht die Vor- und Nachteile der verschiedenen Saisonbereinigungsverfahren aufzeigen, sondern nur auf Erfahrungswerte des letzten Frühjahres hinweisen. Im letzten Frühjahr sind beispielsweise die Ergebnisse der beiden Verfahren ASA II einerseits und Bundesbankverfahren andererseits einige Monate hindurch deutlich auseinandergefallen. In einer solchen Lage entsteht dann eine besondere Problematik für die Diagnose. Diese Schwierigkeiten zeigen sich in den unterschiedlichen Akzenten im Diagnosebild, wie es die Bundesbank in den Monaten April und Mai gebracht hat, und in dem Diagnosebild, das die Mehrzahl der Institute und das Bundeswirtschaftsministerium gebracht hat. Man sah einerseits eine starke Orientierung der Bundesbank am eigenen Saisonbereinigungsverfahren, während wir uns stärker am ASA-II-Verfahren orientiert hatten. Ich gebe zu, daß im Augenblick Herr Schlesinger sagen kann: Meine Diagnose vom April/Mai war die richtigere, während ich darauf hinweisen kann, daß wir im Februar/März wohl etwas richtiger gelegen haben. Wir werden das aber vielleicht am Ende des Jahres etwas deutlicher sehen, denn wir können im Augenblick den gesamten konjunkturellen Trend in diesen Sommermonaten sehr schwer erkennen, weil er von einer Reihe von Besonderheiten überlagert ist. Ich erinnere nur an die Veränderung der Ferientermine.

Meine dritte Bemerkung bezieht sich auf die Scheu der Politiker, sich ex ante quantitative Maßstäbe zu setzen, und auf die Frage von Herrn Steuer, welche Einflüsse es geben könnte, die man nicht absehen könnte. Ich meine, dafür hat uns gerade die Praxis der letzten Jahre, ich erinnere nur an den Vorgang der Ölpreiserhöhung, genügend Beispiele geliefert. Es gibt eine Fülle von nicht exakt vorhersehbaren Faktoren, die von extern kommen, aber auch internen, von der Politik nur begrenzt beeinflussbaren Entscheidungen herrühren, zum Beispiel die Lohnentscheidungen des Jahres 1974. Ob diese Lohnentscheidungen vorher absehbar waren, wage ich zu bezweifeln. Oder ein anderes Beispiel: Ob die Agrarpreisentwicklung in dem Maß absehbar war, so wie sie tat-

sächlich gekommen ist, scheint mir mehr als zweifelhaft. Hier ist doch ein großes Maß von Verständnis für die Politiker notwendig, die sich angesichts dieser Unsicherheiten der prognostischen Aussagen möglichst nicht an einen festen Sollwert am Anfang des Jahres binden wollen, an dem sie am Schluß des Jahres exakt gemessen werden. Wenn der Politiker 2 Prozent gesagt hat und das Ergebnis beträgt 3 Prozent, dann ist er halt um 50 Prozent — so vergrößert doch die politische Diskussion — vom Sollwert abgewichen. Genau dies ist die Problematik, mit der es die Politiker zu tun haben und für die ich ein wenig um Verständnis bitte, wenn sie so zögerlich mit Sollwerten umgehen.

Herr Rüstow, es würde angesichts der fortgeschrittenen Zeit zu weit gehen, im einzelnen auf Ihre Bemerkungen einzugehen. Ich möchte nur darauf hinweisen, daß ich mich nicht für eine vollständige Absage an die antizyklische Steuerung ausgesprochen habe und für eine abschließliche Hinwendung zur Trendsteuerung, sondern daß ich gesagt habe, daß gewisse Akzentsetzungen vorgenommen worden sind, von der alleinigen antizyklischen Politik hin in Richtung auf eine stärkere Berücksichtigung des Trends und daß die Diskussion dieser Frage nach meiner Meinung einer der zentralen Punkte der konjunkturpolitischen und stabilisierungspolitischen Debatte der nächsten Jahre sein wird.

Arbeitskreis E

**Politische Prozesse zur
stabilisierungspolitischen Zielfindung**

Leitung: Erich Streißler, Wien

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich
Dienstag, 3. September 1974, 9.00 - 12.30 Uhr

Erich Streißler (Wien):

Ich beabsichtige, folgende Disposition einzuhalten. Wir werden als erstes uns mit dem Referat von Herrn Zohlhöfer beschäftigen, das in seiner Thematik von großer Bedeutung ist — „Eine politische Theorie der schleichenden Inflation“ — und mir darüber hinaus besonders ergänzungsbedürftig erscheint. Daher werden wir dieses Referat etwa eineinhalb Stunden diskutieren.

Nach einer Pause von etwa zehn Minuten werden wir dann mit dem Referat von Herrn Starbatty — „Stabilisierungspolitik im Wechselspiel zwischen Exekutive, Legislative und organisierten Gruppen“ — fortfahren. In meiner naiv-unkritischen Art finde ich das Referat von Herrn Starbatty vollkommen und für sich selbst sprechend. Ich habe ihn daher aus Zeitgründen gebeten, das Referat nicht vorzutragen. Ich werde es ganz kurz zusammenfassen. Es wird dann Herr Widmaier sein Korreferat halten. Ich beabsichtige, diesem Thema, weil es meines Erachtens so gut gelungen ist, nur etwa 35 Minuten zu widmen. Freilich, ich habe auch einige kritische Stimmen gehört, so daß es an einer Diskussion nicht fehlen wird. Und wo bliebe denn — um einen wienerischen Ausdruck zu gebrauchen — „die Hetz“ am Verein für Socialpolitik, wenn wir uns nicht gründlich ausdärmen könnten? Am Schluß werden wir uns eine knappe halbe Stunde mit dem Referat von Herrn Lachs beschäftigen. Damit sind meine Einführungsworte zur Disposition beendet.

Eine politische Theorie der schleichenden Inflation*

Von *Werner Zohlnhöfer*, Dortmund**

1. Zum Stand der Theorie: Die Verteilungskampf-Hypothese der Inflation

Der bewußte und gezielte Einsatz geld- und finanzpolitischer Instrumente zur dauerhaften Verwirklichung von Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität ist in der Nachkriegszeit in praktisch allen westlichen Industrieländern zu einem festen Bestandteil staatlicher Wirtschaftspolitik geworden. Die dabei erzielten Erfolge freilich halten sich in Grenzen. Zwar ist es gelungen, Massenarbeitslosigkeit, wie sie zu Beginn der dreißiger Jahre herrschte, praktisch ausnahmslos zu vermeiden. Vollbeschäftigung jedoch konnte nicht überall verwirklicht werden. Vor allem aber waren die begrenzten Erfolge in der Beschäftigungspolitik bislang mit erheblichen Zieleinbußen im Bereich der Geldwertstabilisierung verbunden. So hat das Problem der schleichenden Inflation in der Nachkriegszeit zunehmend die Aufmerksamkeit der Wirtschaftspolitiker beansprucht. Dies gilt ganz besonders für die letzten Jahre, in denen sich deutliche Anzeichen dafür häuften, daß die

* Dieser Beitrag wurde ursprünglich unter dem Titel: „Schleichende Inflation — ein Strukturproblem der repräsentativen Demokratie?“ vorgelegt. Vgl. zu den hier vorgetragenen Überlegungen auch die Diskussion in: „Wirtschaftsdienst“, November-Heft 1974, wo eine kurzgefaßte Version dieses Referats unter dem ursprünglichen Titel erschien.

** Geboren am 19. November 1934 in Lichtenau (Mittelfranken). Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten München, Erlangen, Berlin und Freiburg i. Br. 1958 Diplom-Volkswirt an der Universität Freiburg i. Br. Studium der politischen Wissenschaften an der Universität Freiburg i. Br., der John Hopkins School of Advanced International Studies in Bologna und der University of North Carolina. 1963 M. A. in Political Science an der University of North Carolina. 1965 Promotion zum Dr. rer. pol. und bis 1972 wissenschaftlicher Assistent an der Universität Freiburg i. Br. 1972 Habilitation, danach Lehrstuhlvertretung und Dozentur an derselben Universität. 1973 Übernahme des Lehrstuhls für Wirtschaftspolitik, insbesondere Markt- und Wettbewerbsordnung an der Universität Dortmund. Hauptarbeitsgebiete: Ordnungspolitik, insbesondere Theorie und Praxis der Politik gegen Wettbewerbsbeschränkungen; wirtschaftspolitische Willens- und Entscheidungsbildung in der repräsentativen Demokratie, insbesondere unter Verwendung des begrifflich-analytischen Instrumentariums der sog. Neuen Politischen Ökonomie; internationale Wirtschaftsbeziehungen, insbesondere Probleme der Integration Westeuropas.

bei leichtem, aber dauerhaftem Geldwertschwund mittelfristig drohenden Gefahren für das wirtschaftliche und das politische System kaum geringer sein dürften als diejenigen, die — freilich erheblich kurzfristiger — mit hoher Arbeitslosigkeit verbunden sind.

So ist es nicht verwunderlich, daß das Problem der schleichenden Inflation auch die Wirtschaftswissenschaft in zunehmendem Maße beschäftigt. Gemeint ist damit das Phänomen einer allgemeinen und fortgesetzten, aber pro Periode relativ eng begrenzten Verteuerung von Gütern und Dienstleistungen in einer Volkswirtschaft¹. Da eine zutreffende Diagnose die unabdingbare Voraussetzung für eine wirksame Therapie ist, kam und kommt der Frage nach den Ursachen eine zentrale Rolle zu. Die Vielfalt der Erklärungsansätze läßt sich — unter diesem Gesichtspunkt — auf drei Hauptkategorien reduzieren, je nachdem, ob Nachfragesog, Kostendruck oder Geldvermehrung als (dominierende) Inflationsursache betrachtet wird². Freilich besteht weitgehend Konsens darüber, daß schleichende Inflation ein äußerst komplexes Phänomen darstellt und daher monokausale Erklärungsversuche von vornherein zum Scheitern verurteilt sind.

Darüber hinaus — und in engem Zusammenhang damit — drängte sich schon früh die Frage nach tieferliegenden Ursachen auf. Greifen Erklärungsversuche mit Hilfe rein ökonomischer Konzepte nicht zu kurz? Gibt es nicht vielleicht einen Ursachenkomplex, der seinerseits die genannten Inflationsimpulse weitgehend bedingt und ihnen insofern gleichsam vorgelagert ist?

Die Antworten auf diese Frage, die sich in der Literatur finden³, erscheinen auf den ersten Blick recht uneinheitlich. So werden einerseits Inflationen allgemein als „Zeichen für ein Versagen der Wirtschaftspolitik“⁴ gedeutet und „die Regierungen“ als „Hauptursache der Geldentwertung“ gebrandmarkt⁵. Andererseits wird im Gruppenkampf um die Verteilung des Wohlstands die entscheidende Ursache für die schleichende Inflation gesehen, wobei nur die Auffassungen darüber ausein-

¹ In Anlehnung an die Definition bei *Hans Würgler*, Inflation als Machtproblem, in: Hans Karl Schneider und Christian Watrin (Hg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F., Bd. 74/I, Berlin 1973, S. 698.

² *Hans Würgler*, S. 707 f.

³ Vgl. den kurzen Überblick in: *Hans Würgler*, S. 703. Er dient hier als Materialbasis; die einzelnen Auffassungen werden jedoch in einer etwas anderen Perspektive präsentiert und interpretiert.

⁴ *Hans Scherf*, Wer ist für die Inflation verantwortlich?, in: *Evangelische Kommentare*, 1971, S. 696 (zitiert nach *Hans Würgler*, Inflation als Machtproblem, S. 704).

⁵ *Friedrich August von Hayek*, *Die Verfassung der Freiheit*, Tübingen 1971, S. 413.

andergehen, ob der aus Gruppenkonflikten resultierende Geldwertchwund von den Gruppen, die sich davon Vorteile versprechen, bewußt herbeigeführt bzw. wenigstens bewußt in Kauf genommen wird oder als Resultante von Gruppenkämpfen ohne Wissen und Wollen der Beteiligten gleichsam anfällt. Schließlich geht man in der Verursachungskette noch einen Schritt weiter zurück und sieht den schleichenden Geldwertchwund darin begründet, daß die Bildung mächtiger Gruppen überhaupt zugelassen und bei der Gestaltung der Geldverfassung Fehler gemacht wurden, die inflationäre Entwicklungen ermöglichen⁶.

Gemeinsam ist all diesen Auffassungen die Vorstellung, daß die Wurzeln der Wirkungszusammenhänge, die inflationäre Prozesse hervorbringen, „may go deep into . . . the social and political structures of the communities concerned“⁷. Bei aller Verschiedenheit der konkreten Ansatzpunkte stellen diese Erklärungsversuche somit sämtlich auf den einen oder anderen Aspekt politischer Willens- und Entscheidungsbildung in der repräsentativen Demokratie ab. Sie betrachten mit anderen Worten schleichende Inflation als Ergebnis des Kampfes der verschiedenen sozialen Gruppen um die Verteilung des Sozialprodukts und damit als ein Problem, das letztlich (zumindest auch) in Struktur und Funktionsweise repräsentativer Demokratien angelegt ist⁸.

Nun ist nicht zu leugnen, daß allein schon die Verbreitung und Hartnäckigkeit, mit der die schleichende Inflation in demokratisch organisierten Gesellschaften auftritt, eine solche Vermutung nahelegt. Gleichzeitig ist jedoch nicht zu übersehen, daß die durchschnittlichen Inflationsraten verschiedener Länder einerseits und verschiedener Regierungsperioden innerhalb desselben Landes andererseits erhebliche Unterschiede aufweisen, die auch nicht das Ergebnis bloßer Zufälligkeiten sein dürften. Deshalb müssen, sofern die schleichende Inflation überhaupt eine Resultante politischer Prozesse ist, ausgeprägte Unterschiede in den Inflationsraten zwischen verschiedenen Ländern und Regierungen als Ergebnis entsprechender Merkmalsunterschiede in der Struktur und Funktionsweise gesamtgesellschaftlicher Willens- und Entscheidungsbildung plausibel erklärbar sein.

⁶ Vgl. *Hans Würgler*, *Inflation als Machtproblem*, S. 706 f.

⁷ *Arthur Joseph Brown*, *The Great Inflation, 1939 - 1951*, London 1955, S. 17.

⁸ Am weitesten geht dabei *Erich Streißler*, *Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie*, Basler Wirtschaftswissenschaftliche Vorträge, Heft 8, Zürich 1973. Er betrachtet als „die zentrale, weltweite heutige Inflationsursache“ den allenthalben beobachtbaren Versuch, „Einkommensdifferenziale rascher zu beseitigen, als sie ökonomisch von selbst dahinschmelzen“ (S. 21), und interpretiert die drei — auch hier im Text unterschiedenen — Kategorien von „ökonomischen“ Theorien der Inflation im Lichte dieser Verteilungskampf-Hypothese (vgl. insbesondere S. 17 ff.).

Diesem Erklärungsanspruch freilich vermögen die vorliegenden Hypothesen noch nicht zu genügen. Dafür sind sie noch zu amorph und zu fragmentarisch. Sie bedürfen daher erheblicher Präzisierung, wenn ihr Erklärungspotential entfaltet, überprüfbare Hypothesen formuliert und deren Erklärungswert getestet werden soll.

Die folgenden Überlegungen verstehen sich als ein Schritt in diese Richtung. Sie zielen mit anderen Worten darauf ab, erste Ansätze einer empirisch gehaltvollen politischen Theorie der Inflation zu skizzieren. Konkreter gesprochen stellen sie einen Versuch dar, Hypothesen über Zusammenhänge zwischen verschiedenen Strukturmerkmalen repräsentativer Demokratien einerseits und der Wahrscheinlichkeit und dem Ausmaß inflationärer Tendenzen andererseits zu formulieren und zu begründen⁹. Die erforderliche Präzisierung soll dadurch erreicht werden, daß auf zwei für die politische Willens- und Entscheidungsbildung in der Demokratie wesentliche Teilprozesse abgestellt wird: den Parteienwettbewerb und das Verbändehandeln. Um darüber hinaus zu einer ersten Differenzierung zu kommen, wird in zwei Stufen vorgegangen: Jeder dieser Teilaspekte demokratischer Systeme wird zunächst daraufhin untersucht, inwieweit ihn Wirkungszusammenhänge kennzeichnen, denen inflationäre Tendenzen innewohnen. Im Anschluß daran soll dann jeweils der Frage nachgegangen werden, wie Unterschiede in der strukturellen Ausgestaltung dieser Teilprozesse politischer Willensbildung die möglicherweise vorhandenen Inflationstendenzen modifizieren, d. h. verstärken oder abschwächen.

Die hier angestrebte Ableitung von Hypothesen über Zusammenhänge zwischen Strukturmerkmalen der Demokratie und inflationären Tendenzen bedient sich des analytischen Instrumentariums der sog. Neuen Politischen Ökonomie¹⁰. Es wird mit anderen Worten unterstellt, daß sich Individuen in ihrem Verhalten nicht nur als Wirtschaftssubjekte, sondern auch als Wähler, Politiker, Verbandsführer und Verbandsmitglieder primär von ihren privaten Interessen und Zwecken leiten lassen. Entsprechend leisten sie Beiträge zur Verwirklichung überindividueller Zwecke oder Aufgaben nur in dem Maße, wie dies zur Realisierung ihrer eigenen, individuellen Ziele erforderlich ist.

⁹ Damit knüpft diese Arbeit unmittelbar an die Diskussion über den bereits in Fußnote 1 erwähnten Beitrag von Hans Würigler auf der Tagung des Vereins für Socialpolitik 1972 in Bonn. Dort ergab sich Konsens darüber, daß die vom Referenten favorisierte sog. Verteilungskampf-Hypothese als Inflationserklärung zwar plausibel erscheine, in der vorliegenden pauschalen Form aber wissenschaftlich wenig überzeuge und daher „noch genauer untersucht werden muß“, wie Hans Würigler es in seinen Schlußbemerkungen formulierte (Inflation als Machtproblem, S. 734).

¹⁰ Vgl. als Überblick: *William Mitchell*, *The New Political Economy*, in: *Social Research*, Bd. 35 (1968), S. 76 - 110.

Das hier verfolgte Untersuchungsziel läßt sich somit in die Frage kleiden: Inwieweit bedingen die Wirkungszusammenhänge, die aus den für repräsentative Demokratien typischen Strukturformen unter den eben gekennzeichneten Verhaltensprämissen resultieren, im Zuge der Transformation individueller Interessen in gesellschaftlich verbindliche Entscheidungen monetäre Ansprüche an das Sozialprodukt (einer Periode), die dessen reale Größe übersteigen und damit inflationäre Entwicklungen begünstigen? Dieser Frage soll im folgenden zunächst für den Parteienwettbewerb nachgegangen werden, der die Grobsteuerung staatlicher Wirtschaftspolitik bewirkt. Als Instrument der Feinsteuerung soll im Anschluß daran das Verbändesystem einer entsprechenden Betrachtung unterzogen werden¹¹.

2. Parteienwettbewerb und Inflation

2.1 Die „inflationsträchtige“ Funktionsweise des Parteienwettbewerbs im allgemeinen

Die hier interessierenden politischen Systeme sind wesentlich dadurch gekennzeichnet, daß sich zwei oder mehr voneinander unabhängige Parteien um die Übernahme der Regierungsmacht auf Zeit bewerben. Voraussetzung für die Übernahme der Regierung ist die mehrheitliche Zustimmung der Wählerschaft. Deshalb wird hier — im Anschluß an das Modell von Downs¹² — unterstellt, daß die um die Gunst der Wähler miteinander konkurrierenden Parteien Stimmenmaximierung anstreben, während sich die Wähler bei Abgabe ihrer Stimme vom Ziel einer Maximierung ihres Nutzeneinkommens leiten lassen. Entsprechend wird jeder Wähler sich für diejenige Partei entscheiden, von der er sich im Sinne dieser Zielsetzung am meisten verspricht. Die Parteien werden daher bemüht sein, politische Programme anzubieten, die möglichst vielen Wählern attraktiv erscheinen.

Für die Analyse des hier interessierenden Problems ist es von grundlegender Bedeutung, daß sich der damit angesprochene Teilprozeß politischer Willensbildung unter den Bedingungen höchst unvollständiger Information vollzieht. Das gilt prinzipiell für beide Seiten. Während die zu Parteien zusammengeschlossenen Politiker jedoch im Sinne einer Verfolgung ihrer (privaten) Ziele nach dem Rationalitätsprinzip gute Gründe besitzen, sich aktiv um die bestmöglichen Informationen über

¹¹ Vgl. zu dieser Unterscheidung *Werner Zohlnhöfer*, Die wirtschaftspolitische Willens- und Entscheidungsbildung in der Demokratie: Ansätze einer Theorie, Habilitationsschrift, Freiburg i. Br. 1972; erscheint in Kürze.

¹² *Anthony Downs*, Ökonomische Theorie der Demokratie (deutsche Übersetzung), Tübingen 1968.

die Wählerpräferenzen, soweit sie überhaupt bestimmbar sind, zu bemühen, fehlt für die Wähler ein solcher (ökonomischer) Anreiz weitestgehend¹³. Sie sind daher im allgemeinen nur über Geschehnisse und Tatbestände informiert, die sich — ohne viel eigenes Zutun — selbst zur Kenntnis bringen. Damit ist der Informationsstand der meisten Wähler nicht nur recht begrenzt, er ist auch systematisch verzerrt.

Was dies für die Einstellung der Wähler zur Gestaltung des öffentlichen Haushalts impliziert, ist erst voll zu erfassen, wenn man gleichzeitig die Tatsache in Betracht zieht, daß die Bereitstellung von Leistungen durch die öffentliche Hand — im Gegensatz zum privaten Sektor — nicht nach dem Prinzip des *quid pro quo* erfolgt. „Taxes are not allocated to individuals on the basis of government benefits received but on some other basis, usually ability to pay. Thus receipt of a given benefit may have no connection whatever with payment for it . . . This divorce of benefits from payment for them makes it difficult to weigh the costs and benefits of a given act and decide whether or not it is worthwhile, as can be done regarding almost every private transaction“¹⁴.

Diese Unmöglichkeit eines direkten Vergleichs von Kosten und Nutzen öffentlicher Leistungen aus der Sicht des einzelnen Wählers bedingt eine generelle Unterschätzung sowohl des Nutzens als auch der Kosten öffentlicher im Vergleich zu privaten Gütern und Leistungen. Gleichzeitig bringen sich aufgrund der erwähnten „rationalen Ignoranz“ der Wähler Kosten (wie z. B. direkte Steuern) nachhaltiger ins Gedächtnis der Betroffenen als die Nutzenaspekte der damit finanzierten öffentlichen Leistungen. Dabei haben kurzfristig und direkt wirkende Vorteile öffentlicher Betätigung noch eine größere Chance wahrgenommen zu werden als die — in jedem Sinne des Wortes — entfernteren Leistungen der öffentlichen Hand. Als Resultante dieser Verzerrungen in der Perception und Bewertung öffentlicher im Vergleich zu privaten Leistungen folgt unmittelbar eine Einstellung zur Regierungsarbeit, die tatsächlich weithin beobachtbar ist: „(E)very citizen believes that the actual government budget is too large in relation to the benefits he himself is deriving from it“¹⁵. Jeder fordert daher wenigstens eine Senkung seiner Steuerlast oder eine Erhöhung der ihm zugute kommenden Staatsleistungen. Nicht selten werden beide Forderungen von ein und demselben Wähler oder Verband gleichzeitig erhoben.

¹³ Vgl. dazu *Anthony Downs*, S. 202 ff. (Teil III).

¹⁴ *Anthony Downs*, *Why the Government Budget is Too Small in a Democracy*, in: *World Politics*, Bd. 12 (1960), S. 547.

¹⁵ *Anthony Downs*, *Why the Government Budget is Too Small in a Democracy*, S. 550.

Die Konsequenzen dieses Erwartungsmusters auf seiten der Wähler für die programmatische Orientierung der um Zustimmung konkurrierenden Parteien liegen auf der Hand: Die Politiker werden bestrebt sein, diesen Erwartungen Rechnung zu tragen, und — zumindest finanzwirtschaftlich — nach der *Maxime* handeln: Geben ist wählerwirksamer als Nehmen! So werden sie stets bemüht sein, möglichst viele Wähler möglichst spürbar zu begünstigen, gleichzeitig aber auch möglichst wenige Wähler möglichst unmerklich zu belasten. Der Wettbewerb um Stimmen zwingt die Parteien dazu, sich in diesen ihren Bemühungen um Wählergunst ständig zu überbieten. Es besteht daher stets die Gefahr, daß ausgabenwirksame Beschlüsse gefaßt werden, die den verfügbaren Bestand an öffentlichen Mitteln überschreiten, ohne daß es zu den erforderlichen steuerpolitischen Entscheidungen kommt. Die skizzierten Verhaltensmuster politischer Parteien legen somit die Vermutung nahe, daß der finanzpolitischen Willens- und Entscheidungs-bildung in der Demokratie eine Tendenz zur schleichenden Inflation immanent ist.

Wenn diese Tendenz im Zeitalter der Globalsteuerung nicht bloß entfernte Möglichkeit, sondern eine akute Gefahr für die Stabilität des Geldwerts darstellt, so liegt das vor allem daran, daß die moderne Stabilisierungspolitik eine antizyklische Gestaltung der öffentlichen Haushalte fordert. Damit nämlich bricht sie nicht nur mit dem herkömmlich allgemein akzeptierten Grundsatz eines jährlich in Einnahmen und Ausgaben ausgeglichenen Haushalts. Sie reißt damit auch und vor allem den wohl wirksamsten Damm gegen die drohende Überforderung der öffentlichen Haushalte in der Demokratie nieder. Das Postulat schließlich, zur Überwindung einer Rezession ein spürbares Haushaltsdefizit anzustreben, kommt der eben abgeleiteten Neigung demokratischer Regierungen, mehr auszugeben als einzunehmen, vollends entgegen.

Es ist daher nicht verwunderlich, daß diese Empfehlung der Ökonomen relativ rasch von allen Regierungen und Parteien aufgegriffen und verwirklicht wurde. Aus dem gleichen Grunde war auch von vornherein zu erwarten, daß der zweite integrale Bestandteil antizyklischer Fiskalpolitik, nämlich die Eindämmung einer Hochkonjunktur durch einen Haushaltsüberschuß, kaum irgendwo konsequent praktiziert wurde; denn dieses stabilisierungspolitische Postulat ist der oben begründeten und skizzierten Verhaltensmaxime von Politikern unter den Bedingungen wirksamer Parteienkonkurrenz diametral entgegengesetzt.

Demgegenüber kommt dem Mangel an geeigneten Instrumenten und dem hohen Zeitbedarf parlamentarischer Entscheidungsprozesse als Ursachen für die weitgehende Unbrauchbarkeit der Finanzpolitik zur

Kontrolle eines Aufschwungs kaum jene Bedeutung zu, die ihnen lange Zeit — nicht nur von der wirtschaftspolitischen Praxis — beigemessen wurde. Das bestätigt die inzwischen gemachte Erfahrung, daß die allenthalben erfolgte Bereitstellung geeigneter Instrumente und die Vergrößerung der (zeitlich begrenzten) konjunkturpolitischen Autonomie der Exekutive gegenüber der Legislative den Einsatz wirksamer finanzpolitischer Instrumente zur Kontrolle eines Booms kaum zu fördern vermochten.

Gleichzeitig läßt sich mit den hier vorgetragenen Überlegungen die einseitige Bevorzugung der Geldpolitik im Aufschwung auch positiv begründen: Danach wird die Aufgabe der Drosselung einer Hochkonjunktur nicht nur deswegen einseitig der Geldpolitik aufgebürdet, weil die Zentralbank relativ autonom und damit in höherem Maße als gewählte Parteienvertreter „unpopuläre“ Entscheidungen zu treffen vermag; dagegen spricht allein schon die Tatsache, daß diese Autonomie der Zentralbank keineswegs in allen Ländern gegeben ist, die diese einseitige Aufgabenverteilung zwischen Geld- und Finanzpolitik praktizieren. Vielmehr dürfte sich, wie Buchanan¹⁶ betont, die in Frage stehende Bevorzugung geldpolitischer Instrumente daraus ergeben, daß die Wirkungsweise der Geldpolitik in weit höherem Maße als die der Finanzpolitik dem Bestreben der politischen Entscheidungsträger entspricht, die mit der Stabilisierung eines hohen Beschäftigungsgrades für die Wähler verbundenen Einschränkungen und Belastungen, und d. h. letztlich die davon ausgehenden Risiken einer (spürbaren) Einbuße an Wählergunst, zu minimieren.

Tatsächlich ist nicht nur die Eingriffsintensität zumindest der „klassischen“ Instrumente der Geldpolitik, die ja auch am häufigsten eingesetzt werden, erheblich geringer als diejenige finanzpolitischer Maßnahmen mit vergleichbarem Wirkungsgrad. Auch die Belastungen der relevanten Wählerschaft scheinen insgesamt geringer, da z. B. die Reduzierung der Liquidität durch Ausgabe von Offen-Markt-Papieren, um ein extremes Beispiel zu wählen, die Wählerschaft schwerpunktmäßig überhaupt erst in künftigen Perioden (mit Zinszahlungen) belastet. Daß damit — den geringen Belastungen entsprechend — auch der Stabilisierungseffekt gering bleibt, liegt auf der Hand und fördert schließlich die inflationäre Tendenz zutage, die der Asymmetrie des in Frage stehenden Mitteleinsatzes im Konjunkturverlauf und damit letztlich der Funktionsweise des Parteienwettbewerbs immanent ist.

Somit brachte die Lockerung des selbstaufgelegten gesetzlichen Zwangs zum jährlich ausgeglichenen Staatsbudget im Interesse einer

¹⁶ Vgl. *James M. Buchanan*, *Easy Budgets and Tight Money*, in: *James M. Buchanan und Robert D. Tollison* (Hg.): *Theory of Public Choice*, Ann Arbor 1972, S. 62 - 84, insbes. S. 66 ff.

Politik der Vollbeschäftigung nicht nur einen Damm gegen die öffentliche Finanzwirtschaft als Inflationsquelle zum Einsturz. Sie setzte auch zusätzliche Inflationsimpulse frei. Um so mehr stellt sich die Frage, inwieweit der Parteienwettbewerb selbst wirksame Gegenkräfte mobilisiert.

Bei der Beantwortung dieser Frage ist prinzipiell wohl davon auszugehen, daß die Erhaltung des Geldwerts von der Wählerschaft generell als ein Leistungskriterium der Regierungspolitik betrachtet wird. Deshalb gibt es auch für gewählte Regierungen gute Gründe, inflationäre Entwicklungen unter Kontrolle zu halten. Da ein kontinuierlicher Geldwertschwund größeren Ausmaßes aber nicht nur die Wiederwahl der amtierenden Regierung, sondern auch den Bestand des wirtschaftlichen und des politischen Systems zu gefährden droht, liegt es darüber hinaus im Interesse aller Marktwirtschaft und Demokratie bejahenden Parteien, zumindest eine solche Entwicklung zu verhindern.

Wie hoch das Aspirationsniveau der Regierung im Hinblick auf die Vermeidung möglichst jedes Geldwertschwundes jedoch liegt, wird von Faktoren bestimmt, die von Land zu Land sehr verschieden sein können, so daß sie gerade die länderspezifische Differenzierung mitbestimmen, die im folgenden zu behandeln sein wird. Generell wird man jedoch sagen können, daß die der politischen Willens- und Entscheidungsbildung immanenten Inflationstendenzen stärker sind als der vom Parteienwettbewerb ausgehende Leistungsdruck im Hinblick auf die Stabilerhaltung des Geldwertes. Dafür spricht — abgesehen von den bereits skizzierten und den in den nächsten Abschnitten noch zu behandelnden Wirkungszusammenhängen — vor allem die Vermutung, daß die Opposition aus systemimmanenten Gründen an einem vollen Erfolg der Regierungspolitik im Bereich der Geldwertstabilisierung nicht wirklich interessiert sein kann. Diese Vermutung ist die Folge dessen, was ich als *Dilemma der Opposition in der Demokratie* bezeichnen möchte¹⁷.

Die damit angesprochene Funktionsschwäche des Parteienwettbewerbs ist vor allem eine weitere Folge des eng begrenzten und systematisch verzerrten Informationshorizonts der Wähler. Dieser nämlich bewirkt, daß eine Regierungspartei im allgemeinen wiedergewählt wird, so lange sie die in sie gesetzten Erwartungen einigermaßen erfüllt. Entsprechend bilden eklatante Fehlleistungen der Regierung die besten Voraussetzungen für einen Sieg der Oppositionspartei(en) bei der nächsten Wahl. Je mehr daher Geldwertstabilität als Leistungskriterium der Regierungspolitik zählt, desto weniger kann eine Oppositionspartei ein

¹⁷ Zur eingehenderen Begründung und generellen Bedeutung dieses „Dilemmas der Opposition“ vgl. *Werner Zohlnhöfer, Die wirtschaftspolitische Willens- und Entscheidungsbildung in der Demokratie, Teil II, Kap. I.*

Interesse daran haben, die Regierung in ihren Bemühungen um die volle Realisierung dieses Ziels wirklich zu unterstützen — vorausgesetzt, sie versteht sich als Koalition von Politikern, die das Ziel verbindet, die amtierende Regierung bei den nächsten Wahlen abzulösen.

Sie wird diese ihre Interessenlage freilich niemals direkt und offen zum Ausdruck bringen; denn damit würde sie ihre Glaubwürdigkeit bei den Wählern verlieren. Sie wird sie jedoch zur Maxime ihres Handelns machen, wenngleich sie bestrebt sein wird, dies so gut wie eben möglich zu verschleiern. So wird sie sich stets entschieden zum Ziel der Geldwertstabilität bekennen, Fehlleistungen der Regierung auf diesem Gebiet konsequent anprangern und im Falle ihres Wahlsieges auch nach Kräften versuchen, die geweckten Erwartungen zu erfüllen. In ihrer Rolle als Oppositionspartei jedoch beschränkt sich ihr Beitrag zur Geldwertstabilisierung — von systemgefährdenden Entwicklungen abgesehen — auf Lippenbekenntnisse. Alles andere wäre aus ihrer Sicht als Opposition irrational.

Entsprechend werden ihre konkreten Maßnahmenvorschläge nicht nur primär von dem Bestreben bestimmt sein, bestimmte Wählergruppierungen, die für ihre Wahlchancen von strategischer Bedeutung sind, gezielt zu begünstigen. Sie werden infolgedessen auch so geartet sein, daß sie die Aufgabe der Regierung, den Geldwert zu stabilisieren, nicht eben erleichtern. Vor allem wird die Opposition — abgesehen von Krisensituationen, die den Bestand des gesamten politischen Systems gefährden — kaum jemals das geschlossene Konzept eines konsistenten und für die Regierung wirklich nützlichen Stabilisierungsprogramms vorlegen, das diese regelmäßig von ihr fordert. Täte sie es, würde sie den Fortbestand der Regierung sichern helfen und damit gleichzeitig durch eigenes Zutun die Chancen vermindern, baldmöglichst an die Macht zu kommen — Auswirkungen, die ihrem Primärziel diametral entgegengesetzt sind.

Die Opposition in einem System repräsentativer Demokratie steht damit vor einem Dilemma: Je mehr sie einen substantiellen Beitrag zur Geldwertstabilisierung leistet, desto geringer werden ihre Chancen, die Regierung bald abzulösen. Man wird nicht umhin können, hierin eine Funktionsschwäche des Parteienwettbewerbs von erheblicher Tragweite zu sehen; denn es liegt in der Logik der Parteienkonkurrenz als eines Nullsummenspiels, daß die Opposition dazu neigt, die Regierungspolitik gerade in denjenigen Bereichen — vorsichtig ausgedrückt — zu erschweren, wo Fehlleistungen kritische Wählerbewegungen hervorrufen können. Wie weit sie dabei geht, hängt von ihrem eigenen Selbstverständnis und damit weitgehend von der Ausprägung des Parteiensystems selbst ab. Einige grundlegende Differenzierungen, die sich dar-

aus für die dem Parteienwettbewerb immanente Tendenz zur schleichenden Inflation ergeben, sollen im folgenden versucht werden.

2.2 Zur Differenzierung nach Kategorien von Parteien und Parteiensystemen

Es gehört zu den kaum mehr bestrittenen Einsichten der Nationalökonomie, daß die Funktionsfähigkeit des wirtschaftlichen Wettbewerbs — unabhängig davon, wie sie definiert wird — wesentlich davon abhängt, unter welchen Bedingungen Unternehmen um die Gunst der Haushalte miteinander konkurrieren. Ähnliches dürfte entsprechend auch für den politischen Wettbewerb und sein Steuerungspotential gelten. Im Hinblick auf die hier interessierende Steuerungsleistung scheint vor allem die Unterscheidung zwischen Zwei- und Vielparteiensystemen einerseits und die zwischen konservativen und progressiven Parteien andererseits relevant zu sein.

Was zunächst die Differenzierung nach Parteiensystemen¹⁸ angeht, so ist zu erwarten, daß die der wirtschaftspolitischen Willens- und Entscheidungsbildung in der Demokratie immanente Tendenz zur schleichenden Inflation bei Vielparteiensystemen ausgeprägter in Erscheinung tritt als bei Zweiparteiensystemen.

Dafür sprechen zumindest drei Überlegungen. Einmal dürfte die Chance, die öffentlichen Finanzen gegenüber den vielfältigen Forderungen und Versuchungen unter Kontrolle zu halten, für eine Einparteienregierung signifikant höher sein als für eine Mehrparteienregierung, in der das spezifische Profilierungsbedürfnis der einzelnen Koalitionspartner die Ausgabenfreudigkeit in aller Regel erhöht. Sodann fällt in Zweiparteiensystemen die Verantwortung für die Regierungspolitik eindeutig einer Partei zu, die daher auch nicht umhin kann, sich darauf einzustellen, sie zu übernehmen. Demgegenüber fühlt sich in Koalitionsregierungen keine der Regierungsparteien voll für die gesamte Regierungspolitik verantwortlich: Für Fehlleistungen macht jede Regierungspartei ihre(n) Koalitionspartner verantwortlich, während man Erfolge selbstverständlich vor allem für sich selbst in Anspruch nimmt — eine Haltung, die Diskrepanzen zwischen öffentlichen Ausgaben und Einnahmen offensichtlich begünstigt. Dies ist um so mehr

¹⁸ Zur Abgrenzung zwischen Zwei- und Vielparteiensystemen im allgemeinen und zur Bedeutung des Wahlsystems für das Parteiensystem im besonderen vgl. *Rudolf Wildenmann, Werner Kaltefleiter und Uwe Schleth*, Auswirkungen verschiedener Wahlsysteme auf das Parteien- und Regierungssystem der Bundesrepublik, in: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Hg.), *Zur Soziologie der Wahl*, in: *Kölner Zeitschrift für Soziologie und Sozialpsychologie*, Sonderheft 9, Köln und Opladen 1965, S. 74 - 112.

zu erwarten, je intensiver Interessenverbände mit Regierungsparteien personell, finanziell und/oder ideologisch verflochten sind. Da die Parteien eines Vielparteiensystems in der Regel allein zur Sicherung ihrer Existenz in höherem Maße als die Parteien eines Zweiparteiensystems relativ eng begrenzten gesellschaftlichen (Interessen-)Gruppierungen verpflichtet sind, die ex definitione partikularistische Ziele verfolgen, ergibt sich hieraus ein dritter Grund für die Vermutung stärkerer Inflationstendenzen in Vielparteiensystemen.

Als zweiter Ansatz einer Differenzierung wurde die Unterscheidung zwischen konservativen und progressiven Parteien eingeführt, die sich — bei aller Anerkennung der Einwände gegen dieses Begriffspaar — in jeder der hier interessierenden Länder recht eindeutig treffen läßt¹⁹. Unter diesem Gesichtspunkt ist zu erwarten, daß die der gesamtgesellschaftlichen Willensbildung in der Demokratie immanenten Inflationstendenzen stärker zum Zuge kommen, wenn sich die Regierung eines Landes aus Politikern progressiver Parteien rekrutiert als wenn sie von konservativen Parteien gestellt wird. Diese Hypothese legt vor allem ein Blick auf die ideologische Orientierung und die gesellschaftliche Basis der Parteien nahe.

So ist ein hervorstechendes und besonders kennzeichnendes Merkmal progressiver Parteien die redistributive Orientierung ihrer Programmatik. Sie artikulieren (zum Teil und besonders in der Opposition sehr scharfe) Kritik an der herrschenden Einkommens- und Vermögensverteilung und fordern eine (mehr oder weniger weitgehende) Korrektur. Entsprechend stützen sie sich schwerpunktmäßig auf Wählergruppen, die mit ihrer wirtschaftlich-sozialen Situation unzufrieden sind und eine Umverteilung zu ihren Gunsten erwarten. Selbst in die Regierungsverantwortung genommen, haben progressive Parteien dann in der Regel beträchtliche Schwierigkeiten, den von ihnen selbst geweckten Erwartungen auch nur einigermaßen gerecht zu werden: Die finanzielle Manövriermasse reicht dafür nämlich bei weitem nicht aus, weder die bereits vorhandene noch die (durch vertretbare Steuererhöhungen) mobilisierbare. Denn einerseits kann man den dichtbesetzten Gruppen von Beziehern kleiner und mittlerer Einkommen, die von den in Aussicht gestellten verteilungspolitischen Korrekturen persönliche Vorteile erwarten, zusätzliche Belastungen kaum zumuten. Andererseits schreckt man vor einer sprunghaften, fünfzig Prozent wesentlich überschreitenden Steuerprogression zu Lasten der höheren Einkommen meist schon

¹⁹ Zur Erläuterung der Unterscheidung zwischen konservativen und progressiven Parteien vgl. *Werner Zohlnhöfer*, Parteiidentifizierung in der BRD und den USA, in: Erwin K. Scheuch und Rudolf Wildenmann (Hg.), *Zur Soziologie der Wahl*, S. 150 ff.

deswegen zurück, weil man die damit möglicherweise verbundenen Wachstums- und Beschäftigungseinbußen fürchtet — abgesehen davon, daß selbst mit den durch sehr hohe Progressionssätze zu gewinnenden Mitteln auch im besten aller Fälle eine Redistributionspolitik großen Stils nicht zu finanzieren ist.

Deshalb sieht sich eine progressive Partei in der Regierungsverantwortung regelmäßig mit der Notwendigkeit konfrontiert, im Interesse einer Sicherung ihrer Glaubwürdigkeit Ausgaben zu tätigen, die sie mit den vorhandenen Mitteln nicht mehr finanzieren kann. Vor die Wahl gestellt, diese Ausgaben entweder durch Steuererhöhungen oder inflationär zu finanzieren, wird sie typischerweise den letztgenannten Weg gehen. Diese Entscheidung erscheint aus ihrer Sicht durchaus rational im Sinne zweckmäßiger Mittelwahl. Denn einerseits vermeidet sie mit der Finanzierung über eine „begrenzte“ Inflation jene Gefahren, die eine Steuererhöhung für ihre Popularität, für Beschäftigung und Wachstum mit sich bringt. Andererseits kann sie hoffen, daß sich die Geldentwertung — zumindest für ihre Wähler — unterhalb der Reaktionsschwelle hält, zumal wenn sich der Inflationsimpuls wenigstens kurzfristig wachstumsfördernd auswirkt.

Daß diese „Kosten-Nutzen-Analyse“ einer begrenzten Inflationierung grundsätzlich allen (gewählten) Regierungen attraktiv erscheinen muß, liegt auf der Hand. Es gibt jedoch einige gute Gründe für die Annahme, daß von konservativen Parteien gestellte Regierungen weniger geneigt sind, sich dieser Finanzierungsmethode zu bedienen. Da ist zunächst die Tatsache, daß konservative Parteien — gleichsam *ex definitione* — sich schwerpunktmäßig auf Wähler stützen, welche die gegebene Einkommens- und Vermögensverteilung im großen ganzen akzeptieren, was nicht ausschließt, daß sie gezielte, fallweise Korrekturen anstreben.

Konservative Parteien können es sich daher leisten, weniger redistributiv orientiert zu sein. Sie stehen damit weniger als progressive Parteien unter redistributiv bedingtem Ausgabenzwang. Gleichzeitig haben sie aber auch mehr Anlaß, sich aktiv um Geldwertstabilität zu bemühen. Das liegt einmal vor allem daran, daß sie in der Regel in erheblichem Maße ihre Regierungsfähigkeit Wählern verdanken, die als (typische) Geldvermögensbesitzer (wie z. B. Handwerker und andere Angehörige des sog. Mittelstands) und/oder Bezieher von Kontrakteinkommen, die einer inflationären Entwicklung nur erheblich verzögert oder überhaupt nicht angepaßt werden (wie z. B. Rentner), von einem Geldwertschwund besonders stark getroffen werden. Schließlich neigen konservative Parteien aber auch deswegen dazu, der Stabilität des Geldwerts einen höheren Rang zuzuordnen, weil sie sich ideologisch stärker als progressive Parteien mit dem System der Marktwirtschaft identifizieren und

einer stabilen Währung daher nicht nur verteilungspolitisch, sondern auch als einer Grundvoraussetzung für die Funktionsfähigkeit marktwirtschaftlicher Steuerung hohen Wert beimessen.

Als Zwischenbilanz ist somit festzuhalten: Es gibt gute Gründe für die Vermutung, daß dem vom Parteienwettbewerb vermittelten Teilprozeß der politischen Grobsteuerung des wirtschaftlichen Geschehens eine inflationäre Tendenz immanent ist. Außerdem lassen sich einige Hypothesen darüber formulieren, unter welchen Bedingungen diese systemimmanente Tendenz mehr oder weniger zum Tragen kommt.

3. Verbändesystem und Inflation

3.1 Die „inflationsträchtige“ Struktur und Funktionsweise des Verbändesystems im allgemeinen

Neben den politischen Parteien sind vor allem die Verbände Träger der politischen Willensbildung in der Demokratie. Als freiwillige, organisatorische Zusammenschlüsse von Wählern, die gruppenspezifische Interessen verbinden, verfolgen sie das Ziel, politische Entscheidungen im Sinne der ihren Mitgliedern gemeinsamen, materiellen Interessen zu beeinflussen, ohne selbst Regierungsverantwortung zu übernehmen. Es stellt sich daher die schon oben berührte Frage, wie sich Existenz und Verhalten dieser Organisationen gruppenspezifischer Interessen auf die bislang abgeleitete systemimmanente Tendenz der Demokratie zur schleichenden Inflation auswirken.

Um die zur Beantwortung dieser Frage relevanten Wirkungszusammenhänge erfassen zu können, unterstellen wir in Anlehnung an die eingangs formulierten Prämissen, daß die Mitglieder von Verbänden kurzfristige Einkommensmaximierung anstreben, während sich die Verbandsführung jeweils von der Maxime leiten läßt, unter Sicherung ihrer eigenen Position und Wahrung des Bestands der Organisation die Zahl der Mitglieder zu maximieren. Geht man weiterhin davon aus, daß der Informationsstand von Verbandsmitgliedern im wesentlichen dem entspricht, den sie als Wähler besitzen, so drängt sich eine erste relevante Schlußfolgerung unmittelbar auf: Das Streben jeder Verbandsführung, den Bestand ihrer Organisation zu sichern und die Zahl der Mitglieder möglichst zu vergrößern, führt unter den hier gemachten Annahmen über Information und Motivation der Mitglieder zu einer Artikulation von Verbandsinteressen und zu einer Formulierung von Verbandsforderungen, die auf eine einseitige Begünstigung der (eingeschriebenen und beitriffsverdächtigen) Mitglieder hinauslaufen.

Nun wäre mit dieser Einsicht, die einer verbreiteten Auffassung entspricht und allgemein beobachtet werden kann, ein zusätzlicher Inflationsverdacht gegen das Verbändesystem kaum stichhaltig zu begründen, wenn die Vorstellungen der traditionellen Pluralismus-Theorie der Demokratie zuträfen²⁰. Danach nämlich sind politische Entscheidungen als Resultante eines gesellschaftlichen Kräfteparallelogramms zu betrachten, das bei Koalitionsfreiheit gewährleistet, daß alle Interessen im großen und ganzen, wenn auch nicht in jeder Einzelentscheidung, annähernd gleichmäßig Berücksichtigung finden. Dabei wird unterstellt, daß prinzipiell alle Interessen in gleicher Weise organisierbar sind.

Demgegenüber gilt heute als gesichert, daß es erhebliche Unterschiede in der Organisierbarkeit von Interessen gibt. Wie Olson²¹ überzeugend darlegt, sind Interessen um so leichter organisierbar — und entsprechend realiter auch um so vollständiger organisiert —, je kleiner die Zahl der potentiell profitierenden Gruppenmitglieder, je höher deren Einkommensniveau und je wirksamer der Zugang zu den Ergebnissen der angestrebten Interessenwahrnehmung auf die (zahlenden) Mitglieder zu beschränken ist. Entsprechend lassen sich Wähler im Hinblick auf ihre Interessen als Einkommensbezieher erheblich leichter organisieren als in ihrer Rolle als Einkommensverwender. Das Interesse aller Konsumenten an stabilen Preisen ist daher z. B. praktisch kaum wirksam zu organisieren. Dagegen sind, um zwei andere Beispiele zu nennen, die Interessen der wenigen Anbieter einer hochkonzentrierten Branche vergleichsweise leicht zu organisieren, und selbst eine Organisation der Interessen der gesamten Ärzteschaft eines Landes stößt auf keine unüberwindlichen Schwierigkeiten. Gleichzeitig stehen Verbandführungen in der Regel unter dem ständigen Druck, ihre Existenzberechtigung in Form kurzfristig spürbarer Verbesserungen der Einkommensverhältnisse ihrer Mitglieder unter Beweis zu stellen. Dieser Leistungsdruck begünstigt die Formulierung von Maximalforderungen und Militanz bei deren Propagierung und Durchsetzung im politischen Prozeß. Deshalb ist zu vermuten, was zahlreiche Beobachtungen belegen: Der Einseitigkeit in der Artikulation von Gruppeninteressen durch das Verbändesystem entspricht eine nicht unerhebliche Einseitigkeit auch in der Interessenberücksichtigung durch gewählte Regierungen. Generell wird man deshalb davon ausgehen können, daß die Interessen der verschiedenen Gruppen von Einkommensbezieher mehr Gehör finden als die Interessen der Gesamtheit aller Einkommensverwender²².

²⁰ Vgl. insbes. *David B. Truman, The Governmental Process, Political Interests and Public Opinion*, New York 1962.

²¹ *Mancur Olson, Die Logik des kollektiven Handelns* (deutsche Übersetzung), Tübingen 1968.

Damit kann von einer ausgewogenen Struktur des Verbändesystems, die eine gleichmäßige Artikulation als Voraussetzung einer angemessenen Berücksichtigung aller Interessen im politischen Entscheidungsprozeß gewährleistet, offenbar nicht gesprochen werden.

Vielmehr potenziert das Verbändesystem die Einseitigkeiten gesamtgesellschaftlicher Willensbildung, die im Prinzip schon der Parteienwettbewerb bewirkt. Denn einerseits begünstigt es die Verfolgung partikularistischer Interessen im Sinne gezielter Begünstigungen für bestimmte Gruppen. Andererseits kann es als Träger und Promoter gesamtgesellschaftlicher Belange im Sinne eines wirksamen Gegengewichts — von ausgeprägten Krisensituationen abgesehen — praktisch vernachlässigt werden.

Somit verstärkt das Verbändesystem das bereits dem Parteienwettbewerb immanente tendenzielle Übergewicht der zentrifugalen über die zentripetalen politischen Kräfte und damit die dem Parteienwettbewerb immanente Tendenz zur schleichenden Inflation. Je mehr daher das Verbändesystem erstarkt und das Parteiensystem dominiert, um so ausgeprägter wird diese inflationäre Tendenz in Erscheinung treten. Bezeichnet man als Macht der Verbände ihre Fähigkeit, den Entscheidungsspielraum der Parteien, insbesondere der Regierung, im Sinne einer (einseitigen) Berücksichtigung der von ihnen vertretenen und artikulierten Gruppeninteressen zu beschränken, so wird deutlich, daß diese Macht vor allem auf einem Abhängigkeitsverhältnis (der Parteien von den Verbänden) basiert. Die Macht eines Verbandes über eine Regierung(-spartei) ist entsprechend um so größer, je mehr diese Partei zur Sicherung ihres nächsten Wahlerfolges auf Wählerwerbung, Finanzmittel und/oder Informationen von seiten dieses Verbandes angewiesen ist bzw. zu sein glaubt.

Damit sind auch bereits Möglichkeiten einer Differenzierung der in Frage stehenden Zusammenhänge angedeutet. Sie sollen hier am Beispiel der Gewerkschaften in ihrer Funktion als Sozialpartner aufgezeigt werden. Dieses Vorgehen empfiehlt sich aus zwei Gründen: Es hilft nicht nur, Wiederholungen zu vermeiden; es erlaubt auch eine Konzentration dieses Versuchs einer differenzierenden Betrachtung auf Zusammenhänge, die unter dem hier interessierenden Aspekt praktisch von vorrangiger Bedeutung sind.

²² Ähnlich auch *Anthony Downs*, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 291: „Demokratische Regierungen neigen dazu, in ihren Maßnahmen die Produzenten gegenüber den Konsumenten zu begünstigen.“ Dabei steht nämlich „Produzenten“ für Einkommensbezieher, wie sich aus S. 242 ff. ergibt.

3.2 Zur Differenzierung nach Verbandsmerkmalen am Beispiel der Gewerkschaften als Tarifpartner

Gewerkschaften nehmen als Arbeitnehmerverbände die Interessen ihrer Mitglieder an verschiedenen Fronten der politischen Auseinandersetzung wahr. Hier interessiert primär die Rolle als Tarifpartner im allgemeinen und ihr Verhalten bei der Lohnfindung als möglicher Inflationsquelle im besonderen. Die (im engeren Sinne) ökonomischen Aspekte der Zusammenhänge, unter denen ihre Lohnpolitik inflationäre Impulse auslöst, brauchen hier nicht erläutert zu werden; es genügt, auf das einschlägige Schrifttum, insbesondere das zum Problem der Kosteninflation, hinzuweisen. Hier soll — ähnlich wie bei der Betrachtung des Parteienwettbewerbs — versucht werden, Aussagen darüber zu gewinnen, von welchen Merkmalen der Gewerkschaftsbewegungen selbst es vermutlich abhängt, inwieweit von der Lohnpolitik Gefahren für die Geldwertstabilität ausgehen. Dabei soll allerdings auch der Frage nachgegangen werden, inwieweit von Fall zu Fall eine Wirtschaftspolitik der Regierung zu erwarten ist, die eine solche Lohnpolitik ermöglicht bzw. toleriert.

Wie alle organisierten Interessenvertretungen stehen auch die Gewerkschaften unter ständigem Leistungszwang. Gerade als Organisation einer Großgruppe vermag eine Gewerkschaft nur zu überleben, wenn sie regelmäßig spürbare Einkommensverbesserungen für ihre Mitglieder durchsetzt. Angesichts der Höhe der Lohnquote und deren Bedeutung für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage liegt hierin der Keim zur sog. Lohninflation. Es ist bekannt, daß die darin angelegte Inflationsgefahr vor allem dann akut wird, wenn Voll- oder sogar Überbeschäftigung herrscht, das Wirtschaftswachstum bei „dynamisierten“ Einkommenserwartungen der Arbeitnehmer stagniert, eine Gefährdung des (realen) sozialen Besitzstandes droht, Preissteigerungen das erwartete Niveau übersteigen und/oder überdurchschnittliche Unternehmergewinne anfallen.

Unter der hier interessierenden Perspektive ist die von der Lohnpolitik ausgehende Gefahr für die Geldwertstabilität — generell gesprochen — um so größer, je intensiver die Leistungskonkurrenz zwischen den verschiedenen organisatorischen Einheiten der Gewerkschaftsbewegung eines Landes ist²³. Faßt man diese Intensität der Kon-

²³ Vgl. dazu *Erich Streißler*, Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie, S. 41: „Gewerkschaftskonkurrenz heizt den relativen Verteilungskampf an und wirkt inflationär.“ Streißler empfiehlt daher eine Förderung der Einheit der Gewerkschaften als Mittel der Inflationsbekämpfung. Dabei übersieht er jedoch, daß eine Stärkung der Einheit der Gewerkschaftsbewegung(en) eines Landes genau die entgegengesetzte Wirkung zeitigt, wenn die Gewerkschaftsführung das politische System der repräsentativen Demokratie ablehnt. Ein anschauliches Beispiel dafür bietet die gegenwärtige Situation in Italien.

kurrenzbeziehungen als die Geschwindigkeit auf, mit der Vorsprungserfolge einer Einzelgewerkschaft von anderen aufgeholt werden²⁴, so hängt sie vor allem von zwei Merkmalen einer Gewerkschaftsbewegung ab: von einem ideologischen und einem strukturellen, die in ihren hier relevanten Auswirkungen begrenzt substituierbar sind.

Was zunächst die ideologische Komponente angeht, so ist die dem Prozeß der kollektiven Lohnbildung immanente Gefahr für die Stabilität der Währung eines Landes vermutlich um so größer, je mehr sich eine Gewerkschaftsbewegung vom Gleichheitsprinzip leiten läßt. Die Befolgung dieses Grundsatzes nämlich macht die vom Lohnführer in Branchen überdurchschnittlicher Produktivitätszuwächse erreichten Raten der Einkommenserhöhung zum Maßstab auch für Wirtschaftszweige mit geringer oder sogar stagnierender Produktivität. Die dadurch bedingte inflationäre Entwicklung ist um so ausgeprägter, je vollständiger der Lohnführer den branchenspezifischen Produktivitätszuwachs ausschöpft, so daß Preissenkungen auch in Bereichen mit überdurchschnittlichen Produktivitätszuwächsen schon aus diesem Grunde nicht mehr zu erwarten sind. Ähnliche Effekte dürften alle Versuche haben, Lohndifferenzierungen ohne Rücksicht auf die Produktivitätsentwicklung zu nivellieren.

Die Bedeutung dieser ideologischen Komponente als Inflationsquelle ist vor allem abhängig von den in einer Gesellschaft dominierenden verteilungspolitischen Vorstellungen. Je verbreiteter das Streben nach Egalisierung der Einkommen ist, um so ausgeprägter dürfte die inflationäre Tendenz sein: „Such a society, for social and political rather than for economic reasons, will have an inflationary bias. Both inflation and full employment spring from the same basic cause—the assertion in the economic field of rights in the political arena... Even without trade unions, therefore, it is possible that modern society might have an inflationary bias. The presence of trade unions accentuates that bias“²⁵.

Diese akzentuierende Wirkung durch Gewerkschaften ist somit prinzipiell auch dann zu erwarten, wenn eine unmittelbare Konkurrenz zweier oder mehrerer Einzelgewerkschaften um dieselben Arbeitnehmer nicht stattfindet — wie etwa annähernd im Falle der deutschen Einheits-

²⁴ In Anlehnung an die Definition der Wettbewerbsintensität bei *Jörg Niehans*, Das ökonomische Problem des technischen Fortschritts, in: *Schweizer Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 20. Jg. (1954), S. 156.

²⁵ *Aubrey Jones*, *The New Inflation, The Politics of Prices and Incomes*, London 1973, S. 25. Vgl. dazu auch *Erich Streißler*, Die schleichende Inflation als Phänomen der politischen Ökonomie, S. 17 ff. Nach seiner Auffassung ist „der Kernprozeß der (modernen) Inflation... der Versuch der relativen Angleichung der Konsummöglichkeiten im Wege der Einkommenssteigerung“ (S. 27).

gewerkschaften. Ist eine solche direkte Konkurrenzbeziehung jedoch vorhanden — und damit ist die Differenzierung nach Strukturmerkmalen angesprochen —, so wird das Streben der verschiedenen Einzelgewerkschaften, möglichst viele Arbeitnehmer an sich zu binden, die in Frage stehende Tendenz zur schleichenden Inflation verstärken.

Das dürfte insbesondere dann der Fall sein, wenn auch nur eine dieser direkt miteinander konkurrierenden (Einzel-)Gewerkschaften eine radikale Veränderung des politischen Systems der repräsentativen Demokratie anstrebt. Frei von den Restriktionen, die eine ernstzunehmende Identifikation mit einem solchen System mit sich bringt, wird eine radikale Gewerkschaft erheblich höhere Lohnforderungen stellen, zumal ihr eine inflationäre Entwicklung nicht ungelegen kommt. Dieser Herausforderung werden sich auch nicht-radikale Gewerkschaften kaum voll entziehen können, wenn sie sich nicht dem Vorwurf aussetzen wollen, die „Interessen der Arbeiterklasse“ zu vernachlässigen und damit ihre Glaubwürdigkeit zu verlieren. Sie können daher nicht umhin, sich wenigstens teilweise den Forderungen ihrer radikalen Konkurrenten anzuschließen.

Ähnlich wie die Konkurrenz zwischen Einzelgewerkschaften dürften sich schließlich auch Rivalitäten innerhalb dieser Organisationen auswirken: Je ausgeprägter und dauerhafter die organisationsinterne Willensbildung von der Konkurrenz rivalisierender Gruppen um Führungspositionen getragen wird, um so höher ist die Wahrscheinlichkeit, daß die resultierenden Forderungen inflationäre Entwicklungen auslösen bzw. verstärken.

Versucht man die verschiedenen Strukturmerkmale der Gewerkschaftsbewegung, denen hier eine Lohninflation begünstigende Wirkungen zugeschrieben werden, auf einen Nenner zu bringen, so könnte man sagen: Je größer — aufgrund verschiedener Konkurrenzbeziehungen — die Gefahren für den Bestand der einzelnen Gewerkschaften im allgemeinen und für das politische Überleben der amtierenden Gewerkschaftsführer im besonderen sind, um so stärker dürften in einem Lande auch die von der Lohnpolitik ausgehenden Inflationsimpulse sein.

Dabei wird stets unterstellt, daß Regierung und Notenbank nicht bereit und/oder in der Lage sind, die von der Lohnpolitik ausgehenden Inflationsimpulse wirksam zu bekämpfen. Diese Prämisse läßt sich gerade aus den oben vorgetragenen Überlegungen zum Parteienwettbewerb plausibel begründen. Wie sich im ersten Hauptteil zeigte, fällt es gewählten Regierungen schwer, eine antiinflationäre Finanzpolitik durchzusetzen. Dies liegt nicht nur am Mangel geeigneter Frühindikatoren. Es ist vor allem auf die dem Parteienwettbewerb immanenten Widerstände gegen eine (auch nur kurzfristige) Verringerung des Wachs-

tums der öffentlichen Ausgaben zurückzuführen. Darüber hinaus fürchten gewählte Regierungen die mit einer wirksamen Inflationsbekämpfung verbundenen Risiken einer Zunahme der Arbeitslosigkeit, die eine kritische Schwelle  berschreiten und damit als w hlerwirksame Fehlleistung ihren Bestand ernsthaft gefährden könnte.

Hierin liegen auch die Grenzen der Autonomie von Notenbanken begründet: Notenbanken können die Verantwortung für drohende Arbeitslosigkeit, die die Regierung nicht zu tragen bereit ist, nicht übernehmen. Deshalb ist die Elastizität der Geldversorgung, die eine inflationäre Lohnpolitik erst ermöglicht, als gegeben zu betrachten, soweit die politisch verantwortliche Regierung eine wirksame Bekämpfung inflationärer Tendenzen nicht in Angriff nimmt. Wie bereits begründet wurde, ist die Neigung zu einer solchen Politik bei progressiven Parteien geringer als bei konservativen — eine These, die durch die politische Affinität zwischen Gewerkschaften und progressiven Parteien noch erhärtet wird.

Unabhängig davon ist jedoch zu erwarten, daß im Vergleich verschiedener Länder die Bereitschaft einer Regierung, inflationäre Entwicklungen zu dulden, um so größer ist, je höher der von radikalen Gewerkschaften vertretene Anteil der Beschäftigten ist.

4. Schlußfolgerungen

Wenn die hier vorgetragenen Überlegungen zutreffen, so ist den Wirkungszusammenhängen, die die Artikulation, Aggregation und Transformation von Einzelinteressen in gesamtgesellschaftlich verbindliche Entscheidungen durch Parteien und Verbände in der repräsentativen Demokratie bewerkstelligen, eine Tendenz zur schleichenden Inflation immanent. Das Ausmaß, in dem sich diese Tendenz im Einzelfall manifestiert, hängt danach von bestimmten Merkmalen der Parteien- und Verb ndesysteme ab.

Die hier vorgetragenen Ansätze einer politischen Theorie der Inflation lassen sich unschwer erweitern. Es gibt offenbar weitere Teilbereiche des politischen Prozesses, die insbesondere im Rahmen einer repräsentativen Demokratie ein Finanzgebaren der öffentlichen Haushalte begünstigen, das inflationäre Impulse auslöst. Erwähnt seien hier vor allem zwei Aspekte, die die Organisation der Wahrnehmung öffentlicher Aufgaben betreffen: der föderative Aufbau eines Staates einerseits und die Gliederung der Exekutive nach dem sog. Ressortprinzip andererseits. Aus Raummangel kann hier darauf nicht mehr näher eingegangen werden. Es liegt jedoch auf der Hand, daß in beiden Fällen die im Interesse einer effizienten Aufgabenwahrnehmung wünschenswerte Arbeits-

teilung Verteilungskonflikte mit sich bringt, die tendenziell zu einer Überforderung der öffentlichen Finanzmittel führen.

Somit sind offenbar den wesentlichen Teilprozessen gesamtgesellschaftlicher Willens- und Entscheidungsbildung in der repräsentativen Demokratie inflationäre Tendenzen immanent: Zwar ergeben sich aufgrund bestimmter Merkmale der verschiedenen Teilprozesse nicht unerhebliche Unterschiede in dem Ausmaß, in dem sich diese Tendenzen durchsetzen. Im ganzen sind Struktur und Funktionsweise der diskutierten Teilprozesse jedoch offenbar dadurch gekennzeichnet, daß die inflationsfördernden Kräfte in jedem Falle ein wenigstens leichtes Übergewicht über die Inflationswiderstände besitzen. Da diese „Netto-Effekte“ gleichgerichtet sind und sich entsprechend kumulieren, bewirken sie insgesamt jene Tendenz zur schleichenden Inflation, die daher wohl in der Tat ein Strukturproblem der repräsentativen Demokratie darstellt.

Wenn diese politische Theorie der Inflation wesentliche Aspekte der Realität erfaßt, können daraus unmittelbar zumindest zwei Folgerungen abgeleitet werden: Zum einen folgt daraus, daß die schleichende Inflation die Tendenz zur Selbstverstärkung in sich trägt, weil sie nämlich neue Verteilungskonflikte schafft und alte Verteilungskonflikte verschärft. Zum andern ist daraus zu folgern, daß alle Bemühungen um Geldwertstabilität nur begrenzt erfolgreich sein können, solange nicht auch an der Organisation der politischen Willens- und Entscheidungsbildung angesetzt wird, um das hier aufgezeigte Übergewicht inflationsbegünstigender Strukturen und Verhaltensmuster zu korrigieren.

Erich Streißler (Wien):

Wenn wir uns das Gesamtthema „Politische Prozesse zur stabilisierungspolitischen Zielfindung“ vor Augen führen, so hat, so meine ich, Herr Zohlnhöfer im Rahmen dieses Themas vornehmlich darzustellen versucht, wie die Zielfindung im politischen Prozeß zur geldwertmäßigen Destabilisierung führt; in gewissem Sinne also eine Umkehr der Themenbehauptung.

**Korreferat zu:
Eine politische Theorie der schleichenden Inflation**

Von *Christian Watrin*, Köln

Der soeben vorgetragene Entwurf einer politischen Theorie der Inflation will nicht nur — wie bisher — politikwissenschaftliche Erklärungsansätze dadurch in Frage stellen, daß politische Phänomene mit Hilfe des ökonomischen Paradigmas gedeutet werden; er hat sich vielmehr das weiter reichende Ziel gesetzt, die bestehenden Inflationserklärungen durch die Einbeziehung politischer Handlungszusammenhänge zu ergänzen, um so gleichzeitig auch die tieferen Ursachen unzureichender Stabilisierungspolitik aufzudecken. Eine so verstandene Politische Ökonomie darf des allgemeinen Beifalls sicher sein, empfindet doch jeder, der sich mit diesen Fragen beschäftigt, wie unzulänglich die verfügbaren monetären und realen Modelle zur Erklärung wirtschaftlicher Schwankungen sind. Und angesichts des Gesamtthemas unserer Tagung „Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft“ erwarten möglicherweise auch zahlreiche Personen, die in der öffentlichen Verantwortung stehen, eine Auskunft darüber, wie es denn gelingen könnte, die vielen guten stabilisierungspolitischen Vorschläge, die sicher auch dieses Treffen auszeichnen werden, in politisches Handeln umzusetzen.

Wenn man von der prinzipiellen Nützlichkeit einer *politischen* Theorie der Inflation überzeugt ist, dann ist zunächst zu fragen, inwieweit diese im Vergleich zu anderen Erklärungsansätzen von Vorteil sein könnte. Sicherlich stellt sie im Vergleich zu jener Form wirtschaftlicher Bericht-

erstattung, die dazu neigt, Probleme zu „personalisieren“, indem jeweils Entscheidungen und Handlungen mit einzelnen Personen in Verbindung gebracht werden, einen großen Fortschritt dar; denn sie suggeriert nicht, daß alle Arten von erwünschten — oder im Fall schleichender Inflationen — von sozial unerwünschten Ereignissen *absichtlich* durch genau bezeichnbare Personen herbeigeführt würden. Statt dessen eröffnet sie Raum für den Gedanken, daß die Institutionen des politischen oder ökonomischen Zusammenlebens unter dem Gesichtspunkt geprüft werden müssen, ob und inwieweit ihre Konstruktion unerwünschte Resultate zutage fördert. Aber auch gegenüber jenen neueren Ansätzen, die die marxistische Lehre vom Staat als Erfüllungshelfen der herrschenden Klasse wiederaufnehmen, stellt die hier vorgelegte Politische Ökonomie einen erheblichen Fortschritt dar; denn die traditionelle Politökonomie kann sich dem Inflationsphänomen nur dadurch nähern, daß sie zu zeigen versucht, Geldwertminderungen seien im Interesse der herrschenden Klasse und von dieser in der Verfolgung ihrer Ziele *absichtlich* erzeugt. Ein solcher Erklärungsansatz führt jedoch sofort in die bekannte Schwierigkeit, Klassenlage, Klasseninteresse und Klassenbewußtsein und ein daraus ableitbares kollektives Handeln operational zu definieren. Die von den Verfechtern des neo-marxistischen Denkansatzes angebotenen Wesenseinsichten in die Struktur sog. kapitalistischer Wirtschaftsprozesse sind überdies kaum eine befriedigende Antwort auf unser Problem.

Trotz des Applauses, dessen eine politische Theorie der Inflation sicher sein kann, die die Interdependenzen zwischen dem politischen und dem ökonomischen Markt in den Mittelpunkt ihrer Analyse stellt und die nach den Rückwirkungen fragt, die politische Aktivitäten auf ökonomische Prozesse haben, ist natürlich zu prüfen, ob und inwieweit bereits brauchbare und vielleicht sogar praktisch verwertbare Erklärungsansätze vorliegen. Dabei ist zunächst der Kreis der Phänomene in Augenschein zu nehmen, die in eine Analyse einzubeziehen wären. Da das Inflationsproblem nur einen Aspekt des *allgemeineren* Problems des Auftretens von Instabilitäten in Marktwirtschaften darstellt, bedeutet die in der Themenstellung vorgenommene Begrenzung auf den für unsere Tage gewiß wichtigen Unterfall der „schleichenden Inflation“ eine nachhaltige Einschränkung im theoretischen Ansatz. Angesichts der vorgetragenen Antwort, daß der „Demokratie eine Tendenz zur schleichenden Inflation immanent“ sei, führt die Einengung der Fragestellung sofort in die Schwierigkeit hinein, wie denn die Existenz von längeren oder kürzeren Zeiträumen der Preisniveaustabilität mit der politischen Theorie der Inflation überhaupt in Einklang gebracht werden kann. Daß es sich hier nicht um irrealer Wunschzustände handelt, zeigt ein Blick auf die Phase der Preisniveaustabilität in unserem Gast-

land von 1958 - 1961 oder auf die Vereinigten Staaten zwischen 1958 und 1965, wo der Preisniveaustieg sich bei durchschnittlich 1 Prozent pro Jahr bewegte, oder auf Deutschland, für das im Zeitraum 1952 - 1955 und 1958 - 1962 ähnliches gilt. Wenn man die These aufstellt, die Inflation sei der Demokratie *immanent*, dann kann die Geldwertentwicklung in den genannten Zeiträumen nur aus der Verkettung *zufälliger* Ereignisse, eben aus einem zeitweiligen Fehlen der behaupteten immanenten Tendenzen erklärt werden.

Eine solche Argumentation ist jedoch unbefriedigend, denn wie läßt sich erkennen, daß eine behauptete Tendenz gerade einmal nicht am Werk ist? Dieses Ergebnis wäre vermeidbar, wenn man — was ja schon verschiedentlich versucht wurde — die Bemühungen politischer Organe zur Beeinflussung des gesamten konjunkturellen Ablaufes in den Erklärungsansatz einbezöge, also *auch* fragte, wieso es beispielsweise zu verspäteten Reaktionen der staatlichen Stabilisierungspolitik und anschließenden Stabilisierungskrisen oder zu prozyklischem Verhalten öffentlicher Haushalte, die ja gerade durch politische Entscheidungen gesteuert werden, kommen kann. Welche Antwort die hier präsentierte Theorie auf diese Fragen geben will, scheint mir vorerst noch offen. Zwar könnte man sich darauf berufen, daß ja nur ein einziger Aspekt des Problems der staatlichen Beeinflussung des konjunkturellen Prozesses überhaupt behandelt werde, da ja nur die These von einer *immanenten* Tendenz zur *schleichenden* Inflation bei demokratischer Regierungsweise aufgestellt werde. Aber die Formel von der Immanenz der Tendenz hätte dann die problematische Folge, das ganze Aussagensystem seines empirischen Gehaltes zu berauben, da dann Stabilitätsperioden — d. h. methodologisch gesprochen, potentielle Falsifikatoren der Hauptaussage — durch eine semantische Wendung, die Berufung auf deren bloß immanenten und tendenziellen Charakter, ausgeschlossen wären.

Aber auch in einer anderen Hinsicht ist der Kreis der zu erklärenden Phänomene im vorgelegten Text sehr eng gezogen. Das wichtigste Beispiel einer erfolgreichen Stabilisierungspolitik in einer deutschen Demokratie, die Einführung der Rentenmark im Jahre 1923, die von der damaligen Reichsregierung trotz fehlender parlamentarischer Mehrheit durchgesetzt wurde, fällt durch die Beschränkung der Analyse auf die Phänomene der *schleichenden* Inflation aus der Erklärung heraus, und man muß fragen, wie man die vorgelegte Theorie eventuell ergänzen müßte, um mit diesem, für ihre Gültigkeit *prima facie* kritischen Ereignis fertig zu werden. — Schließlich aber ist auch der Ausdruck „schleichende Inflation“ wie so vieles in unserem Fach nur unzureichend definiert, und es bleibt offen, ob man jene Formen, die man, um im Bilde zu bleiben, als „trabende Inflation“ bezeichnen könnte, etwa

Inflationsraten zwischen 10 Prozent und 20 Prozent, wie gegenwärtig in Großbritannien und in anderen europäischen Ländern, überhaupt noch mit dem Erklärungsansatz abdecken kann. Mit anderen Worten, sind die Aussagen der Theorie auf jene Fälle beschränkt, in denen der Geldwert sich nur um 3 bis 5 Prozent verschlechtert?

Der besondere Reiz der Politischen Ökonomie und damit aller Entwürfe, die sich dieses Ansatzes bedienen, besteht darin, daß weder das geläufige Argument von der Irrationalität der Politik — irrational meist in dem einseitigen Sinne, daß der Adressat der Mittelempfehlung nicht die vom Emittenden gewünschte Politik verfolgt — im Erklärungszusammenhang auftaucht noch daß Zuflucht zu schwer überprüfbareren ad-hoc-Hypothesen und angeblich speziellen Informationen gesucht wird, wovon die Gazetten leben. Statt dessen wird davon ausgegangen, daß Politiker rational ihre individuellen Ziele verfolgen, wobei der Handlungsrahmen durch die speziellen Regeln der demokratischen Parteienkonkurrenz beschrieben wird. Wenn damit der allgemeine Mechanismus zur Produktion sozialer Güter gekennzeichnet ist und wenn man gleichzeitig meint, daß Wettbewerb Anstrengungen zur Produktverbesserung erzeugt, also im Parteienwettbewerb zu Alternativen führt, dann fällt es schwer, einzusehen, warum dieser soziale Steuerungsmechanismus bei einem der wichtigsten sozialen Güter, der Geldwertstabilität, ein Gut, das zudem, wie alle Befragungen zeigen, obenan in den Bewertungsskalen der Mehrzahl der Wirtschaftsbürger rangiert, so schlechte Ergebnisse produzieren soll, wie im Referat vermutet. Diese Frage muß man zumindest so lange stellen, wie die Analyse in der dünnen Luft der Modelle bleibt und von konkreten historischen, ökonomischen und institutionellen Gegebenheiten abstrahiert.

Wenn man nicht sagen will, daß die repräsentative Demokratie aufs Ganze gesehen überhaupt ein nahezu unbrauchbarer Mechanismus ist, um Probleme der Kollektivgüterproduktion zu lösen, dann ist es zumindest nötig, Randbedingungen dafür zu formulieren, wann das Produkt brauchbar und wann es eine falsche Münze ist. Der Referent versucht eine Antwort zu geben, indem er in erster Linie auf die Hypothese der verzerrten Informationswahrnehmung der Wähler/Konsumenten zurückgreift. Gerade diese Vermutung ist jedoch schwer einsehbar; denn es läßt sich nicht leugnen, daß gerade Preisniveausteigerungen deswegen schneller wahrgenommen werden als etwa politische oder gesellschaftliche Ereignisse, weil sie tagtäglich die Käuferwartungen der Konsumenten enttäuschen und permanente Revisionen der Verbrauchs- und Sparpläne erzwingen. Wenn dem aber so ist, dann muß man fragen, warum der Wettbewerb um Geldwertstabilität nicht Gegenstand des Parteienwettbewerbs werden kann und warum demokratische Politiker in allen Lagern prinzipiell der Meinung sein sollten, daß eine

laxe Geldpolitik der einzig erfolgreiche Weg ist, um ihren individuellen Interessen zu dienen?

Die vorgetragene Theorie der Bestechung durch Wahlgeschenke und durch Subventionen, die ebenfalls nicht zwingend aus den Prämissen folgt, wirkt ebenfalls eher als Generalisierung einiger Beobachtungen denn als Element der strukturellen Analyse. Sie hat zumindest Schwierigkeiten, mit jenen Lernvorgängen fertig zu werden, die aus dem Widerruf von Wahlgeschenken durch ein Haushaltssicherungs-Gesetz zu Beginn der 5. Legislaturperiode des Deutschen Bundestages oder aus enttäuschten Erwartungen nach Wahlsiegen resultieren. Die Glaubwürdigkeit von Wahlversprechen ist daher auch im Wahlkampf eher gering, und es wäre zu prüfen, ob sie überhaupt das Entscheidungsverhalten in der jeweils gewünschten Weise beeinflussen.

Wenn es schließlich richtig ist, was Werner Kaltefleiter gestern ausführte, daß allgemein anerkannte wirtschaftspolitische Leistungen die Position der jeweiligen Regierungsparteien in der Wahl festigen, ja sogar nahezu unangreifbar machen, dann entfallen vom *institutionellen* Arrangement her die Gründe für jene Form der Falschmünzerei, die man schleichende Inflation nennt.

Wenn man — anders als der Referent — meint, in der Konstruktion demokratischer Verfassungen keine institutionellen Gründe für die Begünstigung einer geldwertdestabilisierenden Politik zu finden, so schließt diese Feststellung natürlich nicht aus, daß die besonderen Umstände von Raum und Zeit so sind, daß Parteien im Wahlkampf obsiegen, die sich als unfähig erweisen, Stabilisierungspolitik zu betreiben. Das Versprechen eines Maßes an Überbeschäftigung, das mit Geldwertstabilität inkompatibel ist, oder — wie lange Zeit in der Bundesrepublik üblich — eine unzureichende Absicherung der außenwirtschaftlichen Flanke oder das Nachgeben monetärer Instanzen gegenüber stabilitätsgefährdenden staatlichen Ausgabenwünschen sind natürlich durch eine repräsentative Demokratie nicht vermeidbar, aber auch nicht ihr zwangsläufiges Ergebnis. Es handelt sich hier vielmehr um *Bedienungsfehler* der politischen Maschinerie, für die einzelne oder Gremien verantwortlich sind. Aber vielleicht wäre es sowieso besser, im Detail zu überlegen, wie man Ausgabegelüste einzelner Abgeordneter, mit denen sich diese wiederum politisch profilieren wollen, durch geeignete Maßnahmen an die Beachtung des Zieles Geldwertstabilität und an längerfristige Stabilitätsgesichtspunkte bindet. Die Behandlung dieser Thematik wird jedoch erschwert, wenn man sich auf immanente Tendenzen beruft; denn welche Maßnahmen soll man ergreifen, um sich gegen sie zu schützen? Muß man von dieser Position aus nicht vielmehr argumentieren, daß es allenfalls gelingen kann, Tendenzen zeitweilig zu unterbrechen,

aber kaum sie grundlegend zu ändern? Der hier vorgelegte Ansatz behindert daher möglicherweise die theoretische Spekulation darüber, wie man den Geldwert besser sichern kann.

Eine repräsentative Demokratie ist keine Versicherung gegen inkompetente Regierungen; sie bietet aber eine relativ gute Chance, jene durch den Wahlakt wieder loszuwerden. Sie ist weder ein prinzipielles noch ein institutionelles Hindernis, um Stabilisierungspolitik zu betreiben.

Diskussion

Werner Kaltefleiter (Kiel):

In Ihren Ausführungen scheint eine gewisse Inkonsistenz zu liegen. Sie haben anfangs selbst darauf hingewiesen, daß wir bei gleichen politischen Systemen — auch die Differenzierung nach Parteiensystemen, der ich übrigens zustimmen würde, ändert das nicht — Perioden mit sehr unterschiedlichem Erfolg in der Wirtschaftspolitik haben. Wenn Ihr Modell aber in der Form, wie Sie es vorgetragen haben, gelten würde, ist dieser Erklärungsansatz nicht möglich. Ihre Argumentation bedarf zusätzlicher Variablen, um das erklären zu können.

Sie haben in Ihren Prämissen Bezug genommen auf Downs und zum Teil auf den älteren Schumpeter. Bei Downs als auch beim älteren Schumpeter ist aber ein Politikverständnis oder ein Verständnis von Staatsaufgaben implizit enthalten, das dort undiskutiert bleibt und auch bei Ihnen nicht diskutiert wird, das aber durchaus diskutabel ist und das man vielleicht mit dem Schlagwort des Wohlfahrtsstaates oder des Postkeynesianismus bezeichnen kann: Danach bleibt es unbestritten, daß die öffentliche Hand alle möglichen Ausgaben zu leisten hat, wobei wir dann in empirischen Untersuchungen feststellen, daß das zum großen Teil Leistungen sind, von denen der Wähler nichts weiß, die er kaum will, die er auch nicht braucht und die zum Teil der Selbstbefriedigung von politischen Kleingruppen dienen. Wenn aber das die unausgesprochene Ideologie ist, die insbesondere politischen Akteuren einschließlich der Massenmedien und was dazugehört zugrundeliegt, dann kann ich mir sehr gut vorstellen, daß Prozesse, wie Sie sie beschrieben haben, eintreten. Aber das muß nicht zu allen Zeiten und allen Perioden immer der Fall sein, und das ist dann kein Strukturproblem repräsentativer Demokratie, sondern der Wohlfahrtsstaatsideologie.

Wenn dagegen ein Verständnis von Staatsaufgaben, z. B. eine einseitige Überbewertung der Geldmengendeckung, vorherrscht, das andere Prioritäten setzt, bietet das gleiche Modell, das Sie skizziert haben, möglicherweise einen Erklärungsansatz für Brüning'sche Politik. Anders formuliert: Die politisch normativen Einstellungen, Annahmen und Grundpositionen, die das politische Verhalten betreffen, sind nicht das Ergebnis des vereinfachten Downsschen Modells, sondern gehen in dieses Modell ein, ihre Entstehung ist viel komplizierter, und sie stehen stets in Konkurrenz zu anderen.

Das zentrale Problem der gegenwärtigen Periode ist, dafür zu sorgen, daß ein Verständnis der politischen Aufgaben erreicht wird, das eine andere Art der Politik möglich macht. Wir haben heute in der Bundesrepublik die — auf der Basis Ihrer Theorie seltsame — Situation, daß sich Regierungsparteien und Oppositionsparteien darin überbieten, wieviel Stabilisierungspolitik man glaubt durchhalten zu können. Das ist eine Situation, die Sie übrigens auch in anderen Ländern im Ansatz beobachten können, in der dieses wohlfahrtsstaatliche Verständnis von Staatsaufgaben, das ja erst im Gefolge der Weltwirtschaftskrise entstanden ist und vorher nicht da war, einem Wandel unterworfen sein kann. Wenn das gelingt, ergeben sich bei konstanter Struktur der repräsentativen Demokratie neue Optionen der Stabilisierungspolitik.

Joachim Starbatty (Köln):

Ich habe die These von Herrn Zohnhöfer, daß die Opposition daran interessiert sein muß, daß die Regierung in der Stabilisierungspolitik versagt, einmal empirisch überprüft und habe an Hand der Referenzperiode in der Bundesrepublik Deutschland von 1968 - 1972 festgestellt, daß diese Hypothese nicht bestätigt wird. Ich bin zu der Auffassung gelangt, daß die Opposition die Stabilisierungspolitik lautstark kritisiert, andererseits aber nicht den Mut hat, entsprechende konkrete Alternativen vorzulegen.

Ich habe daraufhin die Literatur allgemein überprüft und festgestellt, daß hier bezüglich der Parteienkonkurrenz unterschiedliche Auffassungen vertreten werden. So zitiert Hermens zustimmend einen Satz von Vittorio Alfieri: „Der Konflikt zwischen den Klassen hat die Macht Roms geschwächt; der Konflikt zwischen Parteien nährt Englands Stärke“. Löwenstein, der auch die englische Parlamentspraxis untersucht hat, hat festgestellt, daß die öffentliche Kontroverse zwischen den Parteien dazu führte, daß die Gesetze auf einen Consensus hinausliefen, der eine sehr breite Zustimmung fand. Dies läßt sich insofern erklären, als die öffentliche Diskussion und die Pflicht der Opposition, der Regierung Fehler nachzuweisen, die Regierung selbst dazu veranlassen, Gesetze vorzulegen, die auf einen möglichst breiten Consensus stoßen.

Wir hätten also hier sozusagen den Bruch, daß in der Stabilisierungspolitik diese bisher an sich allgemein zutreffende Hypothese nicht gilt, vielleicht aus dem Grunde, weil in der Stabilisierungspolitik keine Gesetze gemacht werden, sondern im allgemeinen Maßnahmen, die auf Grund eines Gesetzeskatalogs schon vorgegeben sind, erlassen werden.

Nun ist es aber für jede Opposition wichtig, daß sie in den Augen der Wähler selbst glaubwürdig ist. Ihre These, Herr Zohnhöfer, liefe

darauf hinaus, daß die Opposition die Regierung zu hindern sucht, stabilisierungspolitisch etwas Vernünftiges zu tun, um das einmal grob zu formulieren. Diese Hypothese ist insofern angreifbar, als ja die Opposition der Öffentlichkeit deutlich machen muß, daß sie selbst im Falle der Wahl in der Lage ist, die entsprechende Stabilisierungspolitik, die von der jetzigen Regierung nicht betrieben wird, zu ergreifen. Infolgedessen muß die Opposition stabilisierungspolitische Fehler der Regierung anprangern, um das Versagen der Regierung deutlich zu machen, muß aber selbst in den Augen der Öffentlichkeit den Eindruck der Glaubwürdigkeit erwecken. Sie muß in den Augen der Öffentlichkeit den Eindruck erwecken, daß sie selbst, wenn sie an die Regierung kommt, eine bessere Alternative darstellt. Wir haben gestern auch von Herrn Kaltefleiter gehört, daß z. B. bei der jüngsten Wahl in Großbritannien die Opposition gescheitert ist, weil sie in den Augen der Öffentlichkeit diesen Eindruck nicht vermitteln konnte. Infolgedessen würde ich auch vom theoretischen Rahmen her sagen, daß die Parteienkonkurrenz nicht die Immanenz der schleichenden Inflation verstärkt, sondern daß die Opposition lautstark kritisiert und, wenn sie selbst gefragt wird, die Konkretion schuldig bleibt.

Erich Streißler (Wien):

Ich möchte einige Ergänzungen andeuten, die, obwohl fast selbstverständlich, doch ausgesprochen werden sollten.

Herr Kaltefleiter hat uns gestern klargemacht: Es muß sich in dem Modell von Herrn Zohlnhöfer um soweit entideologisierte Parteien handeln, daß sie vorwiegend um materielle Vorteile zentriert sind. Das ist natürlich nicht immer der Fall.

Zweitens nimmt Herr Zohlnhöfer einen großen öffentlichen Sektor an, der der Umverteilung dienen kann. Hier sehe ich einen entscheidenden Unterschied zu den Verhältnissen im 19. Jahrhundert oder auch noch in der Zwischenkriegszeit.

Herr Zohlnhöfer nahm weiters nur repräsentative Demokratie, Parteienwettbewerb und Verbändehandeln an. Notwendige Voraussetzung seines Denkansatzes ist aber natürlich auch ein allgemeines gleiches Wahlrecht. Wir könnten ja andernfalls eine repräsentative Demokratie vor uns haben, in der nur sehr kleine Gruppen wahlberechtigt sind.

Schließlich würde ich persönlich meinen — ich weiß nicht, ob Sie da zustimmen —: Ihre Hypothese wird zwingender, wenn wir es mit zwei annähernd gleich starken Großparteien und einer sehr labilen Mehrheit zu tun haben. Wir erleben gerade um 1970 die merkwürdige Situation, daß in fast allen Ländern zwei Parteien sich fast die Waage halten.

In dieser Situation gewinnen natürlich die Grenzwählerschichten an Bedeutung.

Ich wäre dankbar, wenn wir in der Diskussion die Frage des Verbändehandeln, die wahrscheinlich vielen von uns besonders erörterenswert erscheint, auf die Diskussion des Referates von Herrn Lachs verschieben.

Gibt es zu den Annahmen über die politische Struktur bei Herrn Zohlnhöfer noch weitere Diskussionsbeiträge?

Stephan Bieri (Aarau):

Ich weiß nicht, ob das ganz genau in Ihre Struktur hier hineinpaßt. Aber ich möchte es trotzdem sagen. Für mich stellt sich nämlich die Grundfrage, wieweit der politische Wettbewerb isoliert betrachtet werden darf. Es sollte nämlich untersucht werden, ob er nicht auch im Zusammenhang mit dem Wettbewerb der Verbände, dem föderativen Wettbewerb und allenfalls dem Wettbewerb in der Bürokratie gesehen werden muß, und ob nicht die Gesamtheit dieser Faktoren zu einem inflationsfördernden Verhalten führen kann. Wenn dem so ist, kann eine einzelne Inflationsthese überhaupt nicht ausformuliert werden. Ich würde meinen, daß der Interdependenzbegriff, wie ihn vielleicht Eucken einmal gebraucht hat, in dieser Richtung neu überdacht und präzisiert werden muß.

Hubert Voigtländer (Bonn):

Ich glaube, daß die These von Herrn Zohlnhöfer betreffend die Immanenz von Inflationstendenzen, insbesondere die Aufteilung zwischen konservativen und progressiven Parteien, zumindest in den letzten fünf bzw. zehn Jahren nicht mehr haltbar ist. Hier geht es doch wohl querbeet. Wir haben heute die Situation, daß wir in Ländern mit konservativen Regierungen weitgehend höhere Verluste an Stabilität zu verzeichnen haben als in Ländern, wo progressive Parteien, sagen wir, sozialliberale oder sozialdemokratische Parteien, an der Regierung sind.

(Erich Streißler [Wien]: Sie verweisen jetzt auf Frankreich?)

— Nicht nur Frankreich, auch Italien und andere Länder, die, glaube ich, gerade das Gegenteil beweisen.

Josef Wysocki (Stuttgart):

Ich möchte gern auf eine unzulässige Begrenzung in unserer Argumentation hinweisen, und zwar darauf, daß wir diese Tendenzen, diese

Teilprozesse, als ausschließliche Bestandteile der repräsentativen Demokratie ansehen. Es läßt sich nämlich historisch nachweisen, daß wesentliche Bestandteile dieser Teilprozesse, teilweise auch diese Teilprozesse selbst, in totalitären Systemen vorkommen. Ich habe einmal versucht, diese Frage an Hand von zwei Fallbeispielen zu klären, die untereinander sehr verschieden sind. Einmal war das der Neoabsolutismus in Österreich, das ist die Zeit von 1850 - 1867, und zum andern ein völlig verschiedenes, aber erst recht totalitäres, nichtparlamentarisches System, nämlich das nationalsozialistische. Die Prozesse, die in dem Referat von Herrn Zohlhörer als Bestandteil des demokratischen Systems nachgewiesen sind, lassen sich ebenso in totalitären Systemen nachweisen:

Da ist einerseits die breiteste Dispersion öffentlicher Leistungen nachzuweisen. Es ist nämlich ein sehr schwerwiegender Irrtum, zu glauben, daß totalitäre Systeme darauf verzichten können, den Konsens der Massen zu maximieren. Was wir sowohl über das österreichische System als auch über den Nationalsozialismus wissen, beweist deutlich das Gegenteil.

Zum andern möchte ich auf die Wirksamkeit der organisierten Gruppen hinweisen. Auch in totalitären Systemen kennen wir natürlich die Wirksamkeit organisierter Gruppen, wenn es auch in den historischen Fallbeispielen gerade nicht die Gewerkschaften sind, die Herr Zohlhörer aber wohl auch nur beispielsweise herangezogen hat. Wohl aber kennen wir die Wirkung organisierter Unternehmervertreter, und ihre Aktivität zeigt dieselben Effekte, die Herr Zohlhörer für die parlamentarische Demokratie nachgewiesen hat.

Erich Streißler (Wien):

Wenn wir schon beim Historischen sind: Ganz Europa erlebte bekanntlich eine erhebliche Inflation während etwa 130 Jahren im 16. und frühen 17. Jahrhundert, obwohl diese Zeit sehr weit entfernt war von repräsentativer Demokratie. Es gibt solche Phänomene immer wieder in der Geschichte.

Wolfgang Baumann (Köln):

Herr Zohlhörer, Ihr Denkansatz scheint mir sehr wertvoll zu sein. Mir haben Ihre Gedanken sehr gefallen. Aber da ich selbst aus der wirtschaftspolitischen Praxis komme, scheinen mir die rein ökonomischen Argumente entweder in monokausale Erklärungen zu münden — nur die Löhne sind schuld, nur der Mangel an Wettbewerbsintensität ist schuld —, oder es wird die ökonomische Programmatik, die wirtschaftspolitische Programmatik so weit ausgereizt, daß sie nicht mehr glaubwürdig ist.

Nur, bei der Lektüre Ihres Vortrags kam mir der Gedanke: Irgendwie identifizieren Sie Inflation und repräsentative Demokratie. Das ist eine fürchterliche Güterabwägung, vor die Sie uns da stellen.

Eine andere, ebenso fürchterliche Güterabwägung ist die — wenn ich Sie richtig interpretiere —: Je mehr Gruppen, je mehr Parteien, je mehr Verbände, je mehr Gewerkschaften und Arbeitgeberverbände, desto größer ist die Gefahr einer inflationären Entwicklung, einer sich beschleunigenden Inflation, und um so schwieriger ist es, Stabilitätsprogramme durchzusetzen. Daraus würde ja auch folgen, die Zahl der Gruppen einzuschränken. Dann kommen wir zu dem berühmten labilen Gleichgewicht großer Konkurrenten. Das kann man auch ins Politische übertragen. Ich will hier zwar keine Ratlosigkeit vermitteln. Aber das sind Denkansätze, denen man auch Rechnung tragen muß.

Übrigens zu meinem Herrn Vorredner noch: Inflationen sind ja nun Gott sei Dank nicht identisch mit repräsentativer Demokratie. Das neueste Beispiel: Sie haben sicher Ota Siks „Thesen zum dritten Weg“ gelesen. Er weist nach, daß die Inflation auch in parteibürokratischen, staatsbürokratischen Systemen sozialistischer Länder eine gewohnte Erscheinung ist. Hier aber wiederum die Schlußfolgerung: Auch dort liegt ein Wettbewerb zugrunde, nämlich der Tonnenwettbewerb zwischen den Unternehmen im Planungssystem.

Herr Watrin, Sie sagten, daß in einer repräsentativen Demokratie auch Phasen der Stabilität nicht nur möglich, sondern wirklich sind, und Sie haben es bewiesen. Ich würde sogar sagen, in der Bundesrepublik war Stabilität von 1948 bis weit in die 60er Jahre hinein, verglichen mit der Periode von 1969 an. Wenn aber etwas sowohl möglich als auch nicht möglich ist, wenn in dem gleichen System Inflation möglich und Stabilität möglich ist, dann ist das, was eintritt, immer Zufall.

Thomas G. Lachs (Wien):

Ich hätte noch einen Einwand gegen die These, daß es die fortschrittlichen Parteien sind, die ihrem Wesen nach inflationistische Tendenzen auslösen. Gerade wenn man von dem Gedanken ausgeht, daß man zwei etwa gleich große Parteien hat, die um sehr kleine Schichten buhlen, muß man doch annehmen — und einige Erfahrungen, die ich selber gesammelt habe, verleiten mich sehr stark zu dieser Annahme —, daß konservative Parteien es viel notwendiger haben, zu beweisen, daß sie auch bereit sind, öffentliche Leistungen zu bieten, das Sozialsystem auszubauen und ähnliches, weil sie dauernd in dem Verdacht stehen, dies nicht tun zu wollen. Es kann ihnen bei dieser Notwendigkeit des Beweistritts also passieren, daß sie wesentlich mehr versprechen und

auch durchführen, als es vielleicht eine Partei tun würde, der man sowieso ihr soziales Image abnimmt, und die daher nicht unter diesem Zwang steht. Ich könnte Beispiele dafür aus meinem eigenen Land sehr konkret belegen.

Erich Streißler (Wien):

Man könnte noch hinzufügen, daß unter Umständen die radikaleren Parteien in stärkerem Maße ideologische Parteien sind, die daher gar nicht so sehr auf das Materielle Bedacht nehmen müssen.

Harald Scherf (Hamburg):

Es ist natürlich historisch so, daß die wirklichen Reformen von den konservativen Parteien gemacht worden sind. Aber das wollte ich nur am Rande erwähnen.

Ein ökonomisches Moment kommt hier etwas zu kurz oder sollte jedenfalls betrachtet werden. Die Tatsache, daß Geben wählerwirksamer ist als Nehmen, kann ja akzeptiert werden, kann aber in einer wachsenden Wirtschaft auch erfüllt werden. Der ökonomische Part, der dann erklärt werden muß, ist, daß es zu mehr Geben kommt, als es in einer wachsenden Wirtschaft möglich ist. Sie müssen also den quantitativen Aspekt des mehr Gebens als Nehmens erklären. Darin liegt meines Erachtens auch etwa ein Unterschied zu der Situation vor dem Zweiten Weltkrieg. Wir haben jetzt den Inflationsprozeß bei wachsender Wirtschaft und bei überall wirklich wachsenden Staatsleistungen, die durch das System auch materiell ermöglicht werden. Wenn man also die politische Konkurrenz zur Erklärung dieses Inflationsprozesses benutzen will, dann muß man diesen quantitativen Aspekt mit erklären. Ich wollte nur darauf hinweisen, daß das hier noch nicht geleistet ist. Warum sollte es nicht möglich sein, innerhalb des wachsenden Potentials mehr Staatsleistungen zur Verfügung zu stellen? Warum drängt das politische System dazu, noch mehr leisten zu wollen, als die ohnehin wachsende Leistungsfähigkeit erlaubt?

Erich Streißler (Wien):

Wir haben uns nunmehr sehr intensiv und auch sehr differenziert mit zahlreichen Fragen beschäftigt. Ich bitte Herrn Zohlhörer um eine Zwischenantwort.

Werner Zohlhörer (Dortmund):

Ich darf anfangen mit den Äußerungen unseres Herrn Vorsitzenden. Da es sich hierbei, wie Herr Streißler selbst schon sagte, nur um Ergän-

zungen handelt, fühle ich mich eigentlich ganz glücklich über das, was ich gehört habe. Ich glaube in der Tat, daß das von Herrn Streißler Gesagte nicht an die Fundamente dessen, was ich vorgetragen habe, rührt, sondern daß es sich dabei größtenteils um Differenzierungen handelt, für die ich sehr dankbar bin.

Was diese Ergänzungen im einzelnen anlangt, so kann ich sofort alles unterschreiben, was Herr Streißler gesagt hat: Ich unterstelle in der Tat — das kommt in meiner Parteiendefinition zum Ausdruck — entideologisierte Parteien, also in der Negativform: keine Weltanschauungsparteien. Der öffentliche Sektor ist relativ groß. Allgemeines gleiches Wahlrecht wird selbstverständlich vorausgesetzt. Beim Zweiparteiensystem ist die Konkurrenz, wenn Sie so wollen, besonders intensiv, so daß die Tendenz der beiden Parteien, sich programmatisch zu überbieten, um möglichst viele der parteipolitisch nicht festgelegten Wechselwähler für sich zu gewinnen, besonders ausgeprägt ist. Soweit zu den Ergänzungen.

Dann möchte ich kurz auf einiges von dem eingehen, was Herr Watrin vorgebracht hat. Er sagte zunächst, ich beschränkte mich auf die schleichende Inflation. Das ist richtig. Er sagte weiter, es gäbe auch galoppierende Inflationen. Auch das ist richtig. Er hat dann Beispiele gebracht, wie etwa die galoppierende Inflation nach dem Ersten Weltkrieg und die Währungsreform von 1948. Hierzu muß ich zunächst betonen, daß eine Theorie bekanntlich ex definitione von der isolierenden Abstraktion lebt und daher natürlich einmalige historische Ereignisse niemals voll zu erklären vermag. Insofern verlangt Herr Watrin Unmögliches. Andererseits sind jedoch galoppierende Inflationen, soweit ich das sehen kann, insofern auch mit erfaßt, als sie in aller Regel auf zurückgestauten schleichenden Inflationen beruhen. Das gilt auch für die hier genannten großen historischen Inflationen. Sie sind daher nur insoweit mit meinem Ansatz nicht mehr zu erklären, wie sie das Ergebnis ganz außergewöhnlicher politischer Krisensituationen sind und insofern ein spezifisches Phänomen darstellen.

Ähnliches gilt auch für das Verhältnis meines Erklärungsansatzes zu inflationären Entwicklungen in anderen politischen Systemen und historischen Epochen. Ich habe zu Beginn ausdrücklich darauf hingewiesen, daß es mir darum geht, die Frage zu beantworten, ob der repräsentativen Demokratie Tendenzen zur schleichenden Inflation immanent sind. Daß auch in anderen politischen Systemen inflationäre Entwicklungen zu beobachten sind, wollte ich damit keineswegs bezweifeln. Und wenn schon in vergangenen Jahrhunderten jahrzehntelang Inflation bestand, so sagt das auch nichts gegen meine Theorie. Denn: Natürlich gibt es unterschiedliche Ursachen für Inflationen. Mir ging es einzig und allein

um jene ganz spezifische Konstellation, welche die heutige Situation in den sogenannten repräsentativen Demokratien des Westens weitgehend übereinstimmend kennzeichnet. Die Tatsache, daß es etwa auch in totalitären Systemen Inflationen gibt, wird damit überhaupt nicht bestritten. Nur ist die relevante Konstellation in totalitären Systemen eine ganz andere, und zwar mindestens in zweifacher Hinsicht: Einmal sind solche Systeme gekennzeichnet durch eine viel stärkere Konzentration der Macht. Damit hat die politische Führung potentiell eine weit bessere Möglichkeit, inflationäre Prozesse wirksam zu kontrollieren, wenn sie das will. Sie hat damit gleichzeitig aber auch die Macht, sich zur Verwirklichung ihrer Regierungsziele der Finanzierung über eine Inflation zu bedienen und dies der Bevölkerung gegenüber zu verschleiern. Vom „Dritten Reich“ bis zu den Ostblockstaaten von heute können Sie das sehr gut beobachten. Aber das ist eine ganz andere Fragestellung und eine ganz andere Situation.

Lassen Sie mich das noch etwas vertiefen: Natürlich gibt es auch im totalitären System politische Konkurrenz. Aber es gibt sie nur in sehr begrenzten Formen, und sie läuft unter grundlegend anderen strukturellen Bedingungen ab. Das aber ist das Entscheidende. Deswegen habe ich in meinem Beitrag ganz wesentlich auf zwei Formen politischer Konkurrenz abgestellt, die totalitären Systemen aus guten Gründen fehlen: Sie haben keinen Parteienwettbewerb, sie haben höchstens innerparteiliche Konkurrenz um Führungspositionen, was etwas ganz anderes ist. Sie haben aber auch kein Verbändesystem im Sinne freier Zusammenschlüsse von Angehörigen mit gemeinsamen gruppenspezifischen Interessen. Ich habe darüber hinaus am Schluß meines Referates angedeutet, daß auch noch andere Teilprozesse, die in der politischen Willensbildung eine Rolle spielen, inflationäre Tendenzen begünstigen dürften: der föderative Staatsaufbau und das Ressortprinzip. Für totalitäre Staaten ist auch davon bloß das Ressortprinzip überhaupt relevant. Doch wird selbst hier, glaube ich, ein Unterschied zu machen sein zwischen repräsentativen Demokratien und totalitären Regimen; denn die Konkurrenz um den Wähler in Demokratien wird natürlich auch auf die Kabinettsmitglieder als Angehörige von Parteien durchschlagen — eine Entscheidungsprämisse, die zumindest in dieser Form für Ressortchefs in totalitären Systemen keine Rolle spielt.

Diese Betrachtung des Wettbewerbs als Steuerungsinstrument sozialer Prozesse muß ich noch ein bißchen erweitern, um einem Einwand von Herrn Watrin zu begegnen. Er wies verschiedentlich darauf hin, daß die Implikation meiner Theorie darauf hinausläuft, daß repräsentative Demokratie, ja überhaupt der Wettbewerb eigentlich eine sehr zweifelhafte Angelegenheit sei, während wir doch generell davon ausgehen, daß Wettbewerb positive Ergebnisse liefert. Dieser scheinbare Wider-

spruch ist leicht aufzulösen. Spätestens seit den Erkenntnissen des Ordoliberalismus, oder eigentlich schon vorher, ist doch wohl unzweideutig klargestellt, daß Wettbewerb nicht gleich Wettbewerb ist, sondern daß es sehr auf die Bedingungen ankommt, unter denen Wettbewerb stattfindet, und zwar sowohl wirtschaftlicher Wettbewerb zwischen Unternehmen als auch politischer Wettbewerb zwischen Parteien.

Es war eines meiner wesentlichen Anliegen, Ansätze für eine relevante Differenzierung zwischen den verschiedenen Bedingungen zu finden, unter denen Parteienwettbewerb stattfindet. Dabei stößt man freilich zunächst auf eine starke Beschränkung der Differenzierungsmöglichkeiten im Vergleich zu dem Wettbewerb, den wir von der Ökonomie her kennen, weil beim Parteienwettbewerb praktisch nur das Oligopol relevant erscheint. Davon abgesehen aber gibt es Differenzierungen, die durchaus bedeutsam sind für die Funktionsfähigkeit der Demokratie im Sinne stabilisierungspolitischer, hier speziell geldwertstabilisierungspolitischer Ziele. Ich habe das im einzelnen in meinem Beitrag herauszuarbeiten versucht.

Durch diese differenzierende Betrachtung habe ich gleichzeitig genau dem Rechnung zu tragen versucht, was Herr Watrin als den meines Erachtens stärksten Einwand vorgebracht hat. Dieser Einwand besagt, daß ich Schwankungen in der Höhe der inflationären Tendenz verschiedener Regierungsperioden innerhalb eines Landes oder im Vergleich verschiedener Länder nicht erklären kann. Das muß ich entschieden bestreiten. Gerade die in Frage stehende Differenzierung gibt die Möglichkeit dazu. Ich bin bisher nur noch nicht in der Lage gewesen, einen wenigstens groben empirischen Test dieser differenzierenden Hypothesen vorzulegen. Aber ein solcher Test ist möglich. Dabei müssen natürlich alle von mir genannten Differenzierungen simultan Berücksichtigung finden; denn eine Tendenz, die der Parteienwettbewerb mit sich bringt, kann z. B. modifiziert werden durch eine Tendenz, die das Verbändesystem eines Landes bedingt, oder umgekehrt, so daß das Ergebnis in jedem Falle die Resultante eines politischen Kräfteparallelogramms ist. Nur sieht dieses Kräfteparallelogramm — das wäre meine These — nicht notwendig so aus, wie es die Pluralismustheorie der Politikwissenschaft erwartet: Das heißt die Ergebnisse werden kaum voll ausgewogen sein im Sinne einer angemessenen Berücksichtigung aller Interessen. Vielmehr ist zu vermuten, daß dieser politische Verteilungsprozeß auf Grund der aufgezeigten Einseitigkeiten des Parteienwettbewerbs und des Verbändesystems zu einer mehr oder weniger ausgeprägten inflationären Entwicklung führt.

Vor diesem Hintergrund kann ich in aller Kürze noch auf zwei Einwände eingehen. Man kann natürlich die Gegenthese vertreten, Herr

Lachs: Es ist letztlich eine Frage des empirischen Tests, ob konservative Parteien mehr als progressive dazu tendieren, den Geldwert zu verschlechtern. Mein Hauptargument stellt auf die progressive Parteien in besonderer Weise kennzeichnende redistributive Orientierung ab. Es geht also nicht nur um die Bereitstellung öffentlicher Leistungen, es geht um diesen redistributiven Aspekt, der finanziert werden muß. Hieraus ergeben sich meines Erachtens die Finanzierungslücken, die schwerer als andere zu schließen sind.

Ähnlich kurz kann ich auf eine andere Frage antworten. Was Sie, Herr Scherf, angesprochen haben, läßt sich durchaus auch mit meinem Ansatz erfassen, obwohl dies nicht explizit geschehen ist. Daß noch mehr ausgegeben wird, als selbst in einer wachsenden Wirtschaft möglich ist, wo wir reale Zuwachsraten haben, ist meines Erachtens damit zu erklären, daß sich die Erwartungsmuster der sozialen Gruppen selbst dynamisieren. Auf diese Weise überholen die Erwartungen das realiter Mögliche, so daß selbst ein wachsendes Sozialprodukt nicht mehr ausreicht, um diese dynamisierten Erwartungen zu befriedigen.

Erich Streißler (Wien):

Der wichtige Gedanke, daß politische Prozesse entscheidend zur Inflation beitragen, scheint mir genügend herausgestrichen. Ich möchte jetzt versuchen, der Diskussion eine neue Richtung zu geben. Zu diesem Zweck überspitze ich bewußt: Die Zohnlhöfersche These war insofern monokausal, als sie letztlich den Staat oder gar das Budget als alleinige Inflationsursache sah. Versuche ich diesen Ansatz in klassische inflationspolitische Vorstellungen rückzuübersetzen, so habe ich gewisse Schwierigkeiten bezüglich der Größenordnungen.

Erstens: Ist es richtig, daß wir zunehmende Budgetdefizite haben? Ich kann das nicht überall feststellen. In Österreich haben wir etwa etliche Jahre hindurch Budgetüberschüsse gehabt, ohne daß sich das auf die Inflationsrate erheblich auswirkte.

Zweitens: Wie steht es mit der Größenordnung der Budgetdefizite im Verhältnis zur Inflationsrate? Starke Budgetdefizite sind in der Größenordnung von vielleicht 1% oder 2% des Sozialprodukts, und unsere Inflationsraten sind in der Größenordnung von 10% des Sozialprodukts. Wir haben es somit nicht nur mit einer staatsinduzierten Nachfrageinflation zu tun.

Als Differenzierung des Referates von Hern Zohnlhöfer drängt sich mir die Frage auf: Ist es so, daß der inflationäre Antrieb in repräsentativen Demokratien dadurch zustande kommt, daß über das Budget eine Nachfrageexpansion erzeugt wird, oder scheuen sich nicht viel-

mehr umgekehrt bei labilem politischem Gleichgewicht repräsentative Demokratien, anders entstandene Inflationen zu bremsen. Dann würden repräsentative Demokratien also nicht so sehr selbst Inflation erzeugen, als vielmehr diese nicht zu verhindern wagen, wenn sie entsteht.

Schließlich klang gestern schon die These an, daß unsere gegenwärtige starke Inflation zum guten Teil verursacht sei durch eine amerikanische Kriegsfinanzierung. Infolge der wirtschaftlichen Verflechtung erleben alle Industrieländer diese Kriegsfinanzierung mittels Budgetdefizit gewissermaßen als ein einziges Welt-Land. Regierungen haben sich aber immer schon gescheut, unpopuläre Kriege allein durch Steuern zu finanzieren. Sie haben stets versucht, diese Kriege inflatorisch zu finanzieren. Hier tritt ein klassischer politischer Mechanismus auf, der in einer klassischen Inflationserklärung gewürdigt wird: Inflatorische Kriegsfinanzierungen unpopulärer Kriege führen zu politischen bedingten Inflationen ganz unabhängig von der momentanen Staatsform einer repräsentativen Wohlfahrtsdemokratie.

Christian Watrin (Köln):

Ich möchte eine Formulierung von Herrn Zohnhöfer aufgreifen, in der er — wenn ich das akustisch richtig verstanden habe — gesagt hat, daß seine Theorie keine historischen Ereignisse erklären kann.

Christiane Busch-Lüty (München):

Ich wollte einige Bemerkungen zu dem machen, was Sie sagten, Herr Streißler. Zum einen würde ich nicht meinen, daß Herr Zohnhöfer die Alleinverantwortlichkeit von Budgetdefiziten für die Inflation so betont hat, wie Sie es jetzt tun. Es liegt vielmehr an dem methodischen Kniff, den Sie als Vorsitzender verwendet haben: daß Sie die Verbände-konkurrenz ausgeklammert haben, die Zohnhöfer als zweites Bein seiner Argumentation benutzt hat.

Ihre zweite Bemerkung, das Problem liege eher darin, daß die Demokratie nicht in der Lage sei, eine eventuell anderweitig induzierte Inflation zu stoppen, scheint mir ebenfalls nicht in Widerspruch zu der Zohnhöferschen These zu stehen. Denn das heißt eben, daß das eigentlich Erforderliche nicht getan wird aus Gründen, die er abgeleitet hat. Ich meine nicht, daß es einen Unterschied macht, ob hier originär Inflation geschaffen wird oder ob Maßnahmen unterbleiben, anderweitig importierte oder induzierte Inflation zu stoppen. Ich glaube, das ist nur eine kleine Variante.

Eine dritte Bemerkung möchte ich machen, die daran anknüpft, was Herr Kaltefleiter vorhin in der Diskussion angeführt hat. Er sagte: Zur

repräsentativen Demokratie gehört eigentlich die Bedingung, daß wir die wohlfahrtsstaatliche Ideologie dazunehmen. Ich meine auch, daß das für unser Problem notwendig ist. Ich möchte hier die Parallele zu einer Theorie ziehen, die Frey einmal im Zusammenhang mit Wachstumsprozessen der Infrastruktur entwickelt hat. Dort heißt es: Irgendwann wird im Bewußtsein der Wählerschaft der Mangel an Infrastruktur zu einem so beherrschenden Problem, daß die Werteskala sich entsprechend verändert und damit auch politische Präferenzen sich anders auswirken können als zuvor. Auf das Inflationsproblem angewandt heißt das: Wenn allgemein im politischen Bewußtsein das Problem der Stabilität den Wählern vorrangig auf den Nägeln brennt, dann wird wohlfahrtsstaatliche Ideologie nicht mehr „in“ sein, d. h. es werden eben Parteien dann reüssieren, wenn sie sogar mit Blut-Schweiß-und-Tränen-Ideologien ihre Wahlkämpfe bestreiten. Ich glaube, daß wir auch in der Historie Beweise dafür finden, daß Wählerschaften geradezu danach lechzen, von ihren Regierungen gefordert zu werden, d. h. Anstrengungen zu machen, den Gürtel enger zu schnallen. Ich glaube, daß unsere Zeit gar nicht abgeneigt ist, im Zeichen von Wachstumsgrenzen, die sich am Horizont abzeichnen, auch einmal in Askese zu machen. — Deswegen gehört die vorherrschende politische Ideologie noch als weitere Bedingung in Ihr Modell hinein.

Werner Kaltefleiter (Kiel):

Herr Zohnhöfer, Sie haben darauf hingewiesen, daß Ihnen die Differenzierung des Parteienwettbewerbs der entscheidende Ansatz war. Das bedeutet, daß die Prozesse, die Sie skizziert haben, keine Strukturelemente repräsentativer Demokratie sind, sondern Strukturelemente einer ganz spezifischen Form von Parteienwettbewerb. Jetzt möchte ich Sie fragen: Welche Art von Parteienwettbewerb meinen Sie? Sie haben in Ihren Ausführungen nur die Dichotomie von Zwei- und Vielparteiensystemen und vielleicht noch von progressiven und konservativen Parteytypen gemacht. Nun gibt es ein Zweiparteiensystem in den USA und in England. Trotzdem kann man sich lange damit beschäftigen, die Unterschiede des Parteienwettbewerbs in diesen Ländern aufzuzeigen. Welche Strukturelemente im spezifischen Parteienwettbewerb sind es denn nun, welche Ihrer Ansicht nach so spezifisch inflationsfördernd sind? Sind es nur die, welche die Parteien in einigen historischen Perioden gemeinsam akzeptiert haben, z. B. die Ideologie des „mehr Staat, mehr Steuern, mehr Inflation?“, die man auch Wohlfahrtsstaat nennt. Oder meinen Sie andere Strukturelemente des spezifischen Parteienwettbewerbs, die inflationsfördernd sind. Nur wenn Sie die nennen, können Sie die Forderung von Herrn Watrin aufgreifen und sie ändern.

Holger Bonus (Dortmund):

Ich möchte Herrn Zohlnhöfer in Schutz nehmen. Er hat präzise abgeleitet: Es gibt *Tendenzen*, die dem System der parlamentarischen Demokratie immanent sind. Er hat aber zu keinem Zeitpunkt gesagt, daß in einer Demokratie eine Inflation *zwangsläufig* auftreten müsse. Denn es gibt auch noch andere Tendenzen.

Ich sehe die Gefahr, daß wir hier, nachdem wir seine Aussagen überdehnen, dann diese überdehnten Aussagen angreifen. Herr Zohlnhöfer sagt im Grunde genommen: Es gibt bestimmte Tendenzen, die man in der Wirtschaftspolitik berücksichtigen muß. Viele der Vorwürfe, die ich hier höre, scheinen mir auf etwas Weitergehendes zu zielen, das er aber nicht gesagt hat. Übrigens hat er auch genau spezifiziert, welche Form von Demokratie er bei seinen Überlegungen zugrunde legt.

Ulrich van Lith (Köln):

Durch die Antwort des Referenten auf die ersten Diskussionsvoten ist eine Unklarheit beseitigt worden, die im Referat durch den Ausdruck „immanent“ entstanden ist: Mit dem Satz „Der repräsentativen Demokratie ist eine inflationäre Tendenz immanent“ ist offensichtlich nicht gemeint: Dann und nur dann wenn repräsentative Demokratie, dann inflationäre Tendenz. Vielmehr ist die übliche Nomologisierung gemeint: Wenn repräsentative Demokratie, dann inflationäre Tendenz.

Daraus folgt, daß die Ansprüche, die auf den ersten Seiten des Referats formuliert werden, etwas zu hoch gegriffen sind, wenn gesagt wird, daß schleichende Inflation ein Problem sei, daß *letztlich* — dieses „letztlich“ wird im mündlichen Vortrag gemildert durch „zumindest auch“ — in der Struktur und Funktionsweise repräsentativer Demokratien angelegt ist. Denn der Referent schließt — wenn man nach seinem Diskussionsbeitrag urteilt — nicht aus, daß inflationäre Tendenzen auch in anderen Staatsformen auftreten, sie also unabhängig von repräsentativen Demokratien gleichfalls beobachtet werden.

Daraus folgt ferner, daß die politische Theorie der Inflation nicht „tiefer zu greifen“ vermag als die ökonomischen Erklärungsansätze. Das Gegenteil ist der Fall. Die ökonomischen Interpretationen der schleichenden Inflation haben einen größeren Geltungsbereich. Sie können unabhängig von der Staatsform zur Erklärung inflationärer Tendenzen herangezogen werden und sind folglich in höherem Grade falsifizierbar. Die vorgetragene Theorie der Inflation greift somit nicht tiefer und steht auch nicht in Konkurrenz zu den ökonomischen Erklärungsversuchen. Sehr wohl aber kann sie als theoretische Ergänzung der ökonomischen Interpretationen betrachtet werden, da sie eine ganze

Reihe von Hypothesen enthält, die Verstärkungs- und Dämpfungseffekte der Inflation zu erklären vermögen, die durch den institutionellen Rahmen, speziell durch die Staatsform hervorgerufen werden, in der sich die individuellen Ansprüche an das Sozialprodukt artikulieren. Da, meine ich, vermag sie einiges zu leisten.

Wolfgang Baumann (Köln):

Sie haben auf etwas sehr Wichtiges hingewiesen. In der Präferenz der Wähler könnte eines Tages der Wunsch nach Stabilität so groß sein, daß gewissermaßen ein Verzicht auf Wohlfahrt dabei herauskommt. Unmittelbar — man könnte fast sagen: aktuell — scheint sich aber eine andere Erfahrung zu zeigen. In der Bundesrepublik haben wir seit einigen Jahren einen realen Rückgang der öffentlichen Investitionen, d. h. der Versorgung mit Gütern des öffentlichen Bedarfs, und zwar als Folge der Inflation. Es könnte also sein, daß hier ein innerer Widerspruch sich artikuliert, daß man Stabilität will und Wohlfahrtsstaat oder Versorgung mit öffentlichen Gütern wollen muß, daß also beides zu gleicher Zeit kommt.

Erich Streißler (Wien):

Ich glaube, die Bedeutung der Geldwertstabilität innerhalb der Rangordnung politischer Wertungen wird aufgrund von Äußerungen in der Öffentlichkeit oft überbewertet. Hierauf verwies auch Herr Kaltefleiter in seinem Referat.

Joachim Starbatty (Köln):

Ich möchte noch den Aspekt ansprechen, daß in der repräsentativen Demokratie vielleicht die Tendenz zur schleichenden Inflation verstärkt wird, wenn bestimmte konjunkturpolitische Konzepte en vogue sind. Wir kennen alle den berühmten Satz von Keynes, daß eine Theorie ungefähr eine Generation braucht, bis sie sich politisch durchgesetzt hat. Wir können auch feststellen, daß die „Neue Ökonomie“, die „New Economics“, Anfang der 60er Jahre in den USA politisch praktiziert wurde und sich weiter ausbreitete. Wenn wir uns die Keynesische Konzeption vor Augen führen, so ist folgendes Merkwürdige festzustellen. Keynes selbst war ein sehr politischer Schriftsteller, der die politischen Prozesse und der die Politiker aus eigener Anschauung kannte. Er hat in seinen politischen Biographien die Fehler der Politiker sehr scharf, sehr deutlich herausgearbeitet, besonders in seinen „Economic Consequences of the Peace“. Der Bruch bei Keynes liegt darin, daß er in seiner „General Theory“ die Politiker als die Verkörperung des Allgemeinwohls ansieht. Er sagt in seinem Schlußkapitel ganz deutlich:

das allgemeine Wohl, verkörpert in der Politik des Staates. Er hat also sein Konzept aufgebaut auf einem politischen Bild, das den Politiker sozusagen als den Vollstrecker des Allgemeinwohls ansieht, und er hat eine Fülle von Instrumenten bereitzustellen gesucht, um dieses allgemeine Wohl zu realisieren.

Nun wissen wir aber sowohl aus der Geschichte als auch aus der politikwissenschaftlichen Literatur, daß der Staat überfordert ist, sobald sein Verantwortungsbereich umfassend ist. Das können Sie bei Böhm und bei Schumpeter nachlesen — für Eucken war es ein ganz zentraler Punkt —, daß der Staat überfordert ist, wenn sein Verantwortungsbereich zu weit geht, weil dann die einzelnen Gruppen ein Interesse daran haben müssen, auf den Staat einzuwirken, in ihrem Sinne tätig zu werden. Wir haben seit Mitte der 60er Jahre überall ausgesprochen und unausgesprochen die Vollbeschäftigungsgarantie, einen Erfolgswang, unter dem der Politiker steht. Die Verantwortlichkeit autonomer Gruppen, für bestimmte Erfolge zu sorgen, etwa der Gewerkschaften, durch entsprechende Lohnpolitik für Vollbeschäftigung zu sorgen, ist auf den Staat verlagert worden, der durch seine entsprechende Nachfragepolitik die Bedingungen herstellen muß, damit die Handlungen der Gewerkschaften oder auch der Unternehmensverbände abgesichert sind.

Ich glaube, daß das konjunkturpolitische Konzept ein wichtiger Punkt ist, um zu erklären, warum sich seit Mitte der 60er Jahre die Inflationsrate stark beschleunigt hat. Als konzeptionelle Schlußfolgerung würde ich sagen: Es ist nicht so sehr an die repräsentative Demokratie heranzugehen, um das zu ändern, sondern es ist ein Konzept zu entwickeln, das auf spezifische Schwächen der repräsentativen Demokratie Rücksicht nimmt, etwa dem Politiker nicht soviel Verantwortung zu überlassen oder etwa die zum Teil illusionären Vorschriften des deutschen Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes auf den Politiker zurechtzuschneiden, der tatsächlich existiert.

Wim Kösters (Köln):

Ich möchte zwei Punkte ansprechen, die sich zum Teil mit vorhergehenden Beiträgen überschneiden. Zum einen kann die These so global, wie sie jetzt formuliert ist, wohl kaum stehenbleiben: wenn repräsentative Demokratie, dann Tendenz zur Inflation. Man müßte sie vielmehr konkretisieren. Dazu eine Anregung. Abgesehen davon, daß die Wissenschaft den Politikern gegenwärtig keine Rezepte für die Inflationsbekämpfung an die Hand geben kann, muß man darauf hinweisen, daß Politiker oder Parteien nicht notwendigerweise immer das tun, was ökonomisch sinnvoll ist, sondern nur das, was politisch durchsetzbar ist

und in der Auffassung der Wähler — Herr Kaltefleiter hat von der Perzeption gesprochen — dazu dient, für die Mehrzahl der Wähler die wichtigsten Kosten der Inflation zu reduzieren oder zu beseitigen. Mit der Perzeption ist aber auch das Informationsproblem angesprochen, und zwar die Information sowohl der Wähler als auch der Politiker und damit die Möglichkeiten der Manipulation dieser Information.

Zum zweiten möchte ich anmerken, daß diese These in Beziehung gesetzt werden muß zu den ökonomischen Erklärungen der Inflation und daß die Interdependenzen genau spezifiziert werden müssen. Vor allem muß gesagt werden, welchen Teil der Inflation diese Hypothese erklären soll und wie sie operationalisiert werden kann, damit nicht — ähnlich wie der technische Fortschritt in der Wachstumstheorie — die repräsentative Demokratie zu einer unspezifizierten Restgröße in der Inflationstheorie wird.

Werner Zohlnhöfer (Dortmund):

Es gibt sehr viele Äußerungen, zu denen ich gern etwas sagen würde. Daher bedauere ich sehr, daß wir nicht mehr viel Zeit haben. Lassen Sie es mich deshalb kurz machen und schwerpunktmäßig vor allem auf Herrn Watrins Frage eingehen.

Zunächst aber herzlichen Dank für die „Schützenhilfe“ von Frau Busch-Lüty und Herrn Bonus! Ich kann das von beiden Gesagte nur bekräftigen, weil in der Tat meine Absicht nur die ist, allgemeine Tendenzen aufzuzeigen. Ich habe nicht von einer absoluten Notwendigkeit gesprochen. Deshalb sind auch, wie Frau Busch-Lüty bereits andeutete, alle hier genannten spezifischen Bedingungen, die für eine etwas stärkere oder etwas schwächere Inflationstendenz sprechen mögen, in meinen Theorieansatz durchaus einbaubar. Ich habe dies in meinem Referat — wenn Sie genau hinsehen — an Hand eines Beispiels durchgespielt, und zwar am Fall des Übergangs zur Globalsteuerung. Das ist der typische Fall einer Bedingung, die zu dem generellen Inflationspotential des Parteienwettbewerbs hinzukommt und dieses Potential dann aktualisiert. Ähnlich mag es mit anderen Bedingungen sein. Damit ist auch bereits das, was Herr Kösters vorgebracht hat, wenigstens kurz behandelt.

Auch Ihre Frage, Herr van Lith, kann ich sehr kurz beantworten. Sicher versteht sich mein Theorieentwurf als eine Ergänzung zu den bisherigen Inflationstheorien. Ich will damit also nicht alle bisherigen Inflationstheorien sozusagen vom Tische wischen, sondern ich will sie auf diese Weise durch eine politische Perspektive — wenn Sie so wollen — vertiefen.

Einen anderen Einwand hat Frau Busch-Lütjens praktisch bereits widerlegt. Ich will nur nochmals unterstreichen: Es sind nicht nur die Defizite der öffentlichen Haushalte, in denen die in Frage stehende Inflationstendenz demokratischer Willensbildung ihren Ausdruck findet; es sind auch die Überschüsse, die nicht zustande kommen, obgleich sie zur Stabilisierung des Geldwertes erforderlich wären. Und es ist das Verbändesystem, das bei der Suche nach den Widerständen gegen Haushaltsüberschüsse besondere Aufmerksamkeit verdient.

Damit komme ich zu Ihnen, Herr Kaltefleiter. Ich bin nicht ganz sicher, ob ich Sie richtig verstanden habe. Aber ich gehe doch wohl nicht fehl in der Annahme, es bestehe zwischen uns Konsens darüber, daß der Wettbewerb zwischen mindestens zwei Parteien um die Gunst der Wähler zu den wirklich zentralen und spezifischen Strukturmerkmalen einer repräsentativen Demokratie mit allgemeinem Wahlrecht — das haben wir schon geklärt — gehört. Damit ist ein Steuerungsmechanismus von fundamentaler Bedeutung gegeben, der zu ganz bestimmten Konsequenzen führt, je nachdem unter welchen Bedingungen er sich entfaltet. Das scheint mir ein ganz wichtiger Punkt zu sein. Trotzdem wurde die Funktionsweise dieses Wirkungszusammenhanges, soweit ich die Literatur kenne, vor Downs, abgesehen von den ersten Ansätzen bei Schumpeter, eigentlich nie wirklich konsequent durchdacht und analysiert. Das gilt insbesondere für die Konsequenzen, die der Parteienwettbewerb für das Verhalten der Politiker unter den Bedingungen der Realität mit sich bringt. Ein wesentlicher Aspekt dieser Realität ist der Informationsstand der Beteiligten. Das zeigen beispielhaft meine Überlegungen, die eine sehr begrenzte und systematisch verzerrte Information und Perzeption auf Seiten der Wähler unterstellen, was ja wohl den von Ihnen vorgetragenen empirischen Befunden entspricht. Wenn diese Bedingung sich ändert — was im Zeitalter der Massenmedien keineswegs ausgeschlossen ist —, dann kann sich durchaus damit auch die Funktionsweise und, wenn Sie so wollen, die Funktionsfähigkeit demokratischer Willensbildung im Sinne bestimmter wirtschaftspolitischer Ziele ändern. In dieser Hinsicht ist mein Theorieentwurf prinzipiell offen.

In diesem Zusammenhang möchte ich auch noch einige ergänzende Bemerkungen zu den wiederholt angesprochenen Wählerpräferenzen machen. Das Problem, vor dem wir im Falle der schleichenden Inflation stehen, besteht meines Erachtens vor allem darin, daß das gegebene System demokratischer Willens- und Entscheidungsbildung hier zu Ergebnissen führt, die den Wünschen der breiten Mehrheit der Wähler widersprechen. Diese tendenzielle Fehlsteuerung aber liegt nicht an einzelnen Personen und ihren Fehlleistungen. Solche kommen freilich auch vor. So war beispielsweise das Regierungsverhalten im Jahre 1965

schlicht eine Fehlleistung, die man dann durch das Haushaltssicherungsgesetz zu korrigieren versuchte. Die hier vorgelegte Theorie aber geht davon aus, daß Politiker unter den Gesetzen, unter denen sie antreten, rational im üblichen Sinne der Ökonomie handeln. Trotzdem aber kommt es zu der in Frage stehenden Fehlsteuerung. Davon zu unterscheiden ist die Beobachtung, daß die programmatische Orientierung der Parteien, d. h. das, was im Wettbewerb um Wähler zentral ist, sich im Zeitablauf durchaus ändern kann. Ich persönlich neige zu der Ansicht, daß dieses Parteienverhalten im Sinne der Maslowschen Hierarchie der Bedürfnisse zu interpretieren ist: Wenn wirtschaftliche Sicherheit im Sinne von Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität lange Zeit gegeben ist und damit zur Selbstverständlichkeit wird, dann werden es, wie Herr Kaltefleiter vortrefflich herausgearbeitet hat, andere Ziele sein, vor allem verteilungspolitische Anliegen, um die der Parteienwettbewerb vorrangig geht. Ist aber diese wirtschaftliche Stabilität wieder gefährdet, dann springt sozusagen das die politische Diskussion primär bestimmende Element wieder zurück auf die Sicherung stabilisierungspolitischer Ziele.

Herr Watrin, Sie haben meine Theorie in zwei Sujets einzuordnen versucht, die beide nicht passen. Sie ist weder so konkret und will es auch nicht sein, daß sie einmalige Ereignisse vollständig erklären und daher prognostizieren könnte. Die Luft von der und in der sie lebt, ist aber auch nicht so dünn, daß sie nichts mehr mit der realen Welt gemein hat. Mein Ansatz liegt vielmehr — das war zumindest meine Intention — genau dazwischen. Deshalb glaube ich konsequenterweise auch, aus der hier vorgelegten Analyse sogar ex tempore einige, sicherlich vorläufige sozial-technologische Konsequenzen ableiten zu können. Lassen Sie mich das ganz konkret an einigen Beispielen illustrieren.

Zunächst einmal wäre sicherlich nicht wenig erreicht, wenn den Politikern allgemein ins Bewußtsein träte, daß demokratische Willensbildung in der hier aufgezeigten Weise Gefahr läuft, zu Ergebnissen zu führen, die mehrheitlich unerwünscht sind. Denn dann könnte möglicherweise die nächste Generation der Politiker den Fehlschluß vermeiden, daß Nichtbekämpfung von Inflation populär sei, d. h., anders ausgedrückt, daß Regierungen an Popularität verlieren, wenn sie konsequente Stabilisierungspolitik treiben.

Zweitens würde ich die Konsequenz daraus ziehen, daß Konsumenteninteressen nur schwer oder überhaupt kaum organisierbar sind. Daraus leite ich die Notwendigkeit ab, die Artikulation von Konsumenteninteressen in der regierungsinternen Willensbildung zu institutionalisieren. Konkreter gesprochen: Wir haben ein Ministerium für Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. Dieses Ministerium müßte

schon in der Bezeichnung auf das reduziert werden, was es faktisch ist, nämlich ein Ministerium für Landwirtschaft und Forsten. Die Abteilung „Ernährung“ müßte herausgenommen und zusammen mit relevanten Teilen anderer Ministerien zu einem selbständigen Ressort für Konsumentenfragen erweitert werden.

Meine dritte Schlußfolgerung geht bereits wesentlich weiter. Wie gezeigt wurde, spricht vieles dafür, daß ein Zweiparteiensystem im Sinne der Geldwertstabilisierung funktionsfähiger ist als ein Mehrparteiensystem. Nun ist ein Zweiparteiensystem freilich nicht beliebig machbar. Vom Wahlsystem her aber ist das Parteiensystem durchaus in gewissen Grenzen beeinflusßbar. Es ist ja nicht nur in einem Land bisher eine Diskussion darüber geführt worden, ob man im Interesse größerer politischer Stabilität nicht ein proportionales Wahlrecht in ein Mehrheitswahlrecht umwandeln sollte. Die von mir vorgetragenen Überlegungen liefern ein zusätzliches Argument für die Einführung des Mehrheitswahlrechts, das bekanntlich die Herausbildung eines Zweiparteiensystems begünstigt.

Die letzte sozial-technologische Schlußfolgerung, die ich hier nennen möchte, ist sicherlich die radikalste und auch die noch am wenigsten durchdachte. Trotzdem will ich sie kurz vortragen: Es ist zugegebenermaßen bisher kaum stichhaltig aufgezeigt worden, was eigentlich den Einfluß der Verbände auf die wirtschaftspolitische Entscheidungsbildung wirklich begründet. Ich jedenfalls kenne keine Analyse, die das überzeugend darlegt. Vieles spricht jedoch dafür, daß es die sehr starke personelle Verflechtung der Verbände mit den Parteien, insbesondere mit dem Parlament ist. Wenn dem so ist, erscheint es mir zumindest einer ernsthaften und gründlichen Prüfung wert, ob es zur Verbesserung der wirtschaftspolitischen Entscheidungsbildung nicht sinnvoll wäre, das Parlament von Verbandsvertretern freizuhalten. Ich will die Verbandsvertreter damit keineswegs von der wirtschaftspolitischen Willensbildung ausschließen. Aber ich könnte mir vorstellen, daß es sehr viel sinnvoller wäre, ihre Mitwirkung in einem eigenen Organ zu institutionalisieren, wie etwa in Form des Wirtschafts- und Sozialbeirats bei der EG-Kommission oder, noch besser, in Form etwa des Sozialökonomischen Rats in den Niederlanden. Im Rahmen eines solchen Organs sollten die Verbände jederzeit die Möglichkeit haben, zu allen sie interessierenden Vorlagen Stellung zu nehmen. Es könnte aber verhindert werden, daß sie den Entscheidungsprozeß im Parlament im Sinne ihrer ex definitione partikularistischen Interessen dominieren.

Stabilisierungspolitik im Wechselspiel zwischen Exekutive, Legislative und organisierten Gruppen

Von Joachim Starbatty, Köln*

„Logische Fehler aber sind unvermeidlich, wenn die ökonomische Theorie das Kunststück versucht, politische Folgerungen ohne politische Prämissen zu gewinnen.“

Gunnar Myrdal¹

1. Politische Implikationen der Makroökonomik

In der Makroökonomik ist der Staat Objekt, nicht Subjekt. Staatliche Tätigkeit wird zu einem Aggregat „S“ verdichtet, das ein *deus ex machina* je nach ökonomischer Notwendigkeit in expansiver oder kontraktiver Richtung steuert. Die auf der Makroökonomik aufbauenden Konzepte übernehmen die in den Modellen implizierte Norm, daß sich Politiker in ihren Aktionen an einem irgendwie definierten gesamtwirtschaftlichen Gleichgewicht orientieren: Entweder sind sie ausführendes Organ ökonomisch-technischer Expertenteams, oder sie verfügen über ein hohes Maß an ökonomischem Sachverstand und machen auch kompromißlos davon Gebrauch. Diese Annahmen sind unpolitisch.

Lag das Schwergewicht der Forschung bisher auf der Komplettierung der *box of tools*, so sollte es stärker auf das Verhalten derjenigen verlagert werden, die damit umgehen. Deswegen könnte man sagen: „Globalsteuerung bedarf der Ergänzung durch eine politische Theorie“². Diese Aufgabe kann hier nicht bewältigt werden. Es soll versucht werden, einige *Bausteine* dazu in Form empirisch erfahrbarer Sätze über

* Geboren am 9. Mai 1940 in Düsseldorf. 1967 Promotion zum Dr. rer. pol. und von 1965 - 1969 wissenschaftlicher Assistent an der Universität zu Köln. 1969 - 1972 wissenschaftlicher Fraktions-Assistent beim Deutschen Bundestag für nationale und internationale Konjunktur- und Währungspolitik; danach wissenschaftlicher Assistent am Seminar für Wirtschaftspolitik der Universität zu Köln und Stipendiat der Deutschen Forschungsgemeinschaft; Habilitation Juni 1975. Hauptarbeitsgebiete: Konjunkturtheorie und -politik, Ordnungspolitik, Grundsatzfragen der Wirtschaftstheorie und -politik.

¹ Gunnar Myrdal, *Das politische Element in der nationalökonomischen Doktrinbildung*, 2. Aufl., Hannover 1963, S. 12.

² Bergedorfer Gesprächskreis, *Globalsteuerung der Wirtschaft — Illusion oder Realität?* Protokoll Nr. 39 (1971), These 17 der Zusammenfassung.

politisches Verhalten zu liefern. Wir prüfen, wovon wir ausgehen müssen, um politisches Verhalten erklären zu können, und versuchen für die an stabilisierungspolitischen Entscheidungsprozessen Beteiligten typische Verhaltensannahmen abzuleiten und exemplarisch mit empirischem Material zu konfrontieren.

2. Ableitung politischer Verhaltensweisen

2.1 Verhaltens- und institutionell orientierter Ansatz

Der zur Zeit von der Neuen Politischen Ökonomie präferierte Ansatz von Downs erweckt die Erwartung, mit der Tradition der Fremdbestimmung des Politikers zu brechen³. Der Downssche Ansatz — die Übertragung des Aufwand und Ertrag rational abwägenden homo oeconomicus aus der Mikroökonomik in die Sphäre der Politik, wobei statt Geldeinheiten Wählerstimmen maximiert werden und die politische Tätigkeit, Programmkonzeption und Verwirklichung, als Nebenprodukt der privaten Motivation anfällt⁴ — blieb nicht ohne Widerspruch⁵. Die Metapher von Boulding, Downs' ökonomisches Modell der Demokratie als „Imperialismus der Wirtschaftswissenschaft“ zu charakterisieren⁶, fängt glänzend das Unbehagen ein, widerlegt aber nicht, ob sich so nicht brauchbare Informationen über politische Entscheidungsprozesse gewinnen ließen. Man könnte — Albert folgend⁷ — den Downsschen Ansatz als den Versuch deuten, eine zumindest teilweise erfolgreiche Forschungsstrategie auf andere soziale Milieus zu übertragen, indem die dem ökonomischen Ansatz zugrunde liegende Verhaltensannahme,

³ *Anthony Downs*, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, Tübingen 1968.

⁴ Die private Motivation ist durch das Eigennutz-Axiom determiniert. Eigennutz heißt in der Politik: Maximierung von Einkommen, Macht und Prestige (vgl. *Anthony Downs*, S. 27).

⁵ Kurt W. Rothschild: „Wir erleben heute die seltsame Tatsache, daß gerade in einem Zeitpunkt, wo einige Ökonomen die Ergänzung der Theorie durch weniger exakt faßbare, aber revelante soziologische und politische Elemente als notwendig erachten, manche Soziologen und Politologen ihre theoretischen Überlegungen zu ‚ökonomisieren‘ suchen, das heißt die ‚exakten‘ Methoden der ökonomischen Theorie mit viel Mühe für ihre Zwecke zu adaptieren trachten“ (*Kurt W. Rothschild*, *Macht: Die Lücke in der Preistheorie*, in: *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 74 II, Berlin 1973, S. 1107 f.). — In diesem Sinne auch *Karl-Heinrich Hansmeyer*, *Nicht-marktwirtschaftliche Allokationsmechanismen und die Rolle politischer und wirtschaftlicher Macht*, in: *Macht und ökonomisches Gesetz*, Bd. II, S. 1295.

⁶ *Kenneth E. Boulding*, *Economics as a Moral Science*, in: *American Economic Review*, Bd. 69 (1969), S. 1 ff. Zitiert nach: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 16. Jg. (1971), S. 21.

⁷ *Hans Albert*, *Der Gesetzesbegriff im ökonomischen Denken*, in: *Macht und ökonomisches Gesetz*, Bd. I, S. 154 ff.

das Eigennutz-Axiom, auf andere, mehr oder weniger komplexe Bedingungskonstellationen angewendet wird. Dabei wird das Eigennutz-Axiom als eine prinzipiell empirisch überprüfbare Aussage aufgefaßt, um das ein durchweg idealtypisches institutionelles Arrangement gruppiert wird.

Es läßt sich aber leicht nachweisen, daß sich das Eigennutz-Axiom im politischen Umfeld, so wie es Downs verwendet, nicht falsifizieren läßt und damit inhaltsleer ist⁸. Weiter hat Downs — dem Denkstil der Makroökonomik folgend, eine Vielzahl von Entscheidungsorten zu einem Entscheidungszentrum zu aggregieren — eine Parteiendefinition eingeführt, die jede Partei so handeln läßt, „als ob sie eine Einzelperson wäre“⁹. Mit diesem Parteienkonstrukt verschüttet Downs aber die Analyse interner Willensbildungsprozesse, einmal, was die Parlamentsfraktionen, die Exekutive und, zum anderen, was das Zusammenspiel von Kabinett und Regierungfraktionen angeht.

Da sich der Downssche Politikertypus bei seinem Handeln ausschließlich daran orientiert, was Expertenteams anhand politischer Marginalkalküle als rational ausweisen, sollte man ihn, wie Machlup dies analog für den Unternehmertypus der Mikroökonomik, den *homo oeconomicus*, vorgeschlagen hat¹⁰, nicht *homo politicus*, sondern *homunculus politicus* nennen, um ihn nicht mit dem Politiker der politischen Wirklichkeit zu verwechseln. Der Downssche Politikertypus ist ebenso fremdbestimmt wie der der Makroökonomik, wenn auch auf andere Art und Weise.

Da nach Einführung der parteilichen „Einzelperson“ Kämpfe um Führung und Programmatik innerhalb der Parteien, Fraktionen, Exekutive nicht mehr existent sind, kennt Downs folgerichtig Führer nur noch als Kollektive¹¹. Für Schumpeter sind dagegen Kollektive ohne Führung nicht entscheidungsfähig¹². Er schildert plastisch die Anstren-

⁸ Der Begriff „Eigennutz“ ist dermaßen verschwommen, daß damit die unterschiedlichsten Handlungen abgedeckt werden können. Nach Downs selbst kann der Egoismus sogar „unter Umständen große Selbstaufopferung verlangen“ (S. 85, 36). Damit ist das Eigennutz-Axiom zur Leerformel geworden: Es umschließt sogar seine Negation. Es ist unwiderlegbar, aber auch inhaltsleer geworden. Empirisch überprüfbare Sätze lassen sich nicht mehr ableiten. — Vgl. hierzu *Joachim Starbatty*, Zum Ricardianischen Denkstil der ökonomischen Theorie der Politik: der Downs'sche Ansatz, in: Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln, Heft 3, 1974.

⁹ *Anthony Downs*, Ökonomische Theorie der Demokratie, S. 25.

¹⁰ *Fritz Machlup*, Der Wettstreit zwischen Mikro- und Makrotheorien in der Nationalökonomie, Tübingen 1960, S. 42.

¹¹ Vgl. *Anthony Downs*, Ökonomische Theorie der Demokratie, S. 84 ff. — Als „politischer Führer“ bezeichnet Downs Parteien, Interessengruppen, Gefälligkeitskäufer.

¹² *Joseph Alois Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 2. Aufl., Bern 1950, S. 429.

gungen der Parteiführer oder Kabinettschefs, sich an der Macht zu halten. Sie gleichen bisweilen nach seinen Worten einem „General“, „der so vollauf damit beschäftigt ist, sich zu vergewissern, daß seine Armee seinen Befehlen gehorcht, daß er die Strategie sich selbst überlassen muß“¹³.

Schumpeter kümmert nicht die Motivation, die sich hinter politischen Antrieben verbergen mag. Ob der Altruist die Welt menschlicher machen oder der reine Techniker der Macht den Genuß der Macht auskosten will, Herrschaft auf Zeit gibt es nur, wenn sich beide den Spielregeln des demokratischen Konkurrenzkampfes unterwerfen. Die parlamentarische Regierungsweise kann daher unterschiedliche Handlungsantriebe zu einem ähnlichen politischen Verhalten kanalisieren. Daß der Kampf um die Macht für die Allgemeinheit vorteilhafte Nebenwirkungen haben kann, ist eine Konsequenz der institutionellen Regeln, nach denen die Macht erworben wird¹⁴. Die politische Form ist die unabhängige, politisches Verhalten die abhängige Variable, während bei Downs das Eigennutz-Axiom die unabhängige Variable ist, um die ein modellgerechtes institutionelles Arrangement gruppiert wird.

Kontinuität und Geschlossenheit der Regierungstätigkeit hängen nach Schumpeter davon ab, daß institutionelle Vorkehrungen vor allem die Regierungschefs davor schützen, stets mit Amtsenthebung rechnen zu müssen, und daß die Kompetenzen klar umrissen sind¹⁵. Wir kommen daher zu dem Schluß, daß sich am ehesten politische Prämissen für die Stabilisierungspolitik gewinnen lassen, wenn wir politische Entscheidungsprozesse als wesentlich abhängig von dem institutionellen Arrangement betrachten.

2.2 Das institutionelle Arrangement als Kanalisation politischen Handelns

Unsere These soll Wegweiser zur Auffindung empirisch überprüfbarer Sätze sein. Es soll nicht gesagt sein, daß die Motivation oder die Informiertheit der Handelnden nichts zu bedeuten hätten. Ob eine

¹³ *Joseph Alois Schumpeter*, *Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie*, S. 457.

¹⁴ So muß die Opposition in einem Regierungssystem, in dem sie die Macht nur übernehmen kann, wenn sie sich der Öffentlichkeit als die bessere Alternative präsentiert, Kontroversen und Programmpunkte suchen, mittels derer sie ihre Überlegenheit in offener „Feldschlacht“ beweisen kann. Die Nebenwirkungen des Konkurrenzkampfes sind gänzlich anders, wenn etwa in einem Einparteiensystem bei von der Exekutive abhängiger richterlicher Gewalt und gefügigem Geheimdienst um die Führung gerungen wird oder wenn die Stärke der Bataillone hierüber entscheidet. Daraus müssen wir folgern, daß politisches Verhalten abhängig ist von der Form, in welcher ein Gemeinwesen über seine Führung entscheidet.

¹⁵ *Joseph Alois Schumpeter*, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 433 f.

erfolgreiche Stabilisierungspolitik betrieben wird, hängt weiter davon ab, daß die Wissenschaft brauchbare Informationen über die theoretischen Zusammenhänge liefert und daß sich die Politiker hiervon beeindruckt lassen. Ob aber ökonomisch rationale Konzepte in konkrete Politik umgesetzt werden, ist wesentlich abhängig von dem institutionellen Arrangement. Die folgenden aus dieser Basisannahme abgeleiteten Sätze muten holzschnittartig an. Dies hat den Nachteil, daß sie der Komplexität der stabilisierungspolitischen Willensbildung nicht immer gerecht werden, den Vorteil, daß sie die Konturen deutlicher heraustreten lassen. Unseren Überlegungen liegt das institutionelle Arrangement zugrunde, das in der Bundesrepublik Deutschland durch die Verfassung und das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz (StabWG) vorgegeben ist.

2.2.1 *Phasen des stabilisierungspolitischen Wechselspiels*

Es ist eine politische Binsenwahrheit, daß Exekutive und Legislative mit der Ankerbelung der Konjunktur schnell bei der Hand sind, während sie die Stabilisierungspolitik als ein „heißes Eisen“ betrachten, „das man am besten mit fremden Händen anrührt“¹⁶. Daher sind die während der Zielfindungsprozesse auftretenden Erkennungsverzögerungen in der Regel nicht durch das Fehlen geeigneter Konjunkturindikatoren, sondern politisch bedingt. Wer aus Gründen politischer Opportunität vor dem Handeln zurückschreckt, der wird auch keinen Grund zum Handeln sehen wollen.

Der für ein parlamentarisches Regierungssystem typische Entscheidungsprozeß dürfte sich wie folgt abspielen: Die Bürokratie in dem für die Stabilisierung zuständigen Ressort weist den Minister in einer Situationsanalyse auf mögliche Gefahren für die Geldwertstabilität hin. Läßt sich dieser überzeugen, so wird er sich, bevor er einen Kabinettsbeschluß herbeizuführen sucht, nach möglichen Bundesgenossen umsehen. Vor dem förmlichen Kabinettsbeschluß werden die Vorsitzenden und die Experten der Regierungsfractionen ins Benehmen gesetzt, um sie in die Entscheidungen einzubinden, um die Stimmung unter den Parlamentariern zu erkunden oder um sie lediglich vorab zu informieren. Der Kabinettsbeschluß wird dem Parlament als Gesetzesentwurf zugeleitet. Das parlamentarische Procedere umfaßt die Lesungen im Plenum und die Ausschußberatungen, wobei auch Verbände und Sachverständige gehört werden können. Während des Beratungsprozesses kann die Bürokratie die Vorarbeiten zu den vorgesehenen Maß-

¹⁶ Hans J. Mast, Geldpolitik und Schweizer Banken, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, 107. Jg. (1971), S. 292.

nahmen in die Wege leiten, damit diese unverzüglich nach Vollendung des institutionellen *Procedere* greifen können.

Im allgemeinen werden Entscheidungsverzögerungen dem parlamentarischen Beratungsgang angelastet. So unterstellen Vertreter der *fiscal policy*, daß eine handlungsbereite Exekutive von einem zögernden Parlament hingehalten werde. Diese Sicht mag für die Praxis der *fiscal policy* in den Vereinigten Staaten gelten, wo sich der Präsident wegen der dualistischen Willensbildung einem handlungsunwilligen Kongreß konfrontiert sehen kann. Geht aber die Regierung aus der Mitte des Parlamentes hervor, dann ist im parlamentarischen Wechselspiel nicht die Legislative in ihrer Gesamtheit der Gegenspieler der Exekutive, sondern nur die Parteien, die nicht die Regierung tragen, also die Opposition.

Der Entscheidungsprozeß, dessen Dauer im Rahmen der konjunkturellen Wirkungsverzögerungen *inside lag* genannt wird, wird im allgemeinen in *recognition* und *institution lag* unterteilt. Eine solche Einteilung ist deswegen ungenau, weil aus ihr nicht abgelesen werden kann, ob die Verzögerung in der Entscheidungsfindung der Exekutive oder im institutionellen *Procedere* zu suchen ist. Oft werden Verzögerungen pauschal dem parlamentarischen *Procedere* angelastet, obwohl das Parlament selbst als gesetzgebende Körperschaft nur kurze Zeit mit der Materie befaßt war. Die Dauer der Entscheidungsfindung innerhalb der Exekutive und der Abstimmung mit den Regierungsfractionen sollte daher als *decision lag*, der Zeitraum, der von der Einbringung des Kabinettsbeschlusses ins Parlament bis zur Verabschiedung verstreicht, als *institution lag* und der Zeitraum von der Verabschiedung bis zum Einsatz der Maßnahme als *administrative lag* bezeichnet werden.

Diesem Ablauf entsprechend wollen wir zunächst den Entscheidungsprozeß innerhalb der Exekutive und die Abstimmung mit den Regierungsfractionen, sodann die Auseinandersetzung mit der Legislative und schließlich den Einfluß der organisierten Gruppen untersuchen.

2.2.2 Entscheidungsfindung innerhalb der Exekutive und Abstimmung mit den Regierungsfractionen

Im StabWG ist als Adressat die Bundesregierung in ihrer Gesamtheit angesprochen. Damit fällt die entscheidende stabilisierungspolitische Option in den Verantwortungsbereich des Regierungschefs. Aufgrund der ihm im Bonner Grundgesetz eingeräumten Richtlinienkompetenz könnte er die ihre Ressorts in eigener Verantwortung führenden Minister auf einen Stabilisierungskurs einschwören. Dies ist jedoch zweifel-

haft, wenn er sich nicht auf eine solide parlamentarische Mehrheit stützen kann oder wenn er als ein Mann des Vertrauens seiner Minister oder der „Parteiherzöge“ zu gelten hat, anstatt daß die Minister Männer seines Vertrauens sind. Dem Schumpeterschen „General“ gleichend kann er so mit seinem politischen Überleben beschäftigt sein, daß er wirtschaftspolitisch nur zwischen den verschiedenen politischen Strömungen lavieren kann, anstatt ein auf mittel- und langfristige Sicht erfolgreiches Stabilisierungskonzept, das zunächst jedoch allen Beteiligten unbequem ist, zu entwerfen und durchzusetzen. Koalitionsregierungen und in sich zerstrittene Regierungsparteien sind im allgemeinen keine solide Basis für Stabilisierungskonzepte¹⁷.

Um einer effizienten Konjunktursteuerung willen ist im Rahmen des StabWG das parlamentarische *Procedere* umgeformt worden. Es sind nicht nur mögliche *instiution lags* verkürzt, sondern die Machtbalance ist weiter zugunsten der Exekutive verschoben worden; denn die Legislative ist nicht mehr an der Entstehung konjunkturpolitischer Initiativen beteiligt, sondern die Exekutive kann sie mit Ermächtigungen und Rechtsverordnungen konfrontieren, die sie ablehnen oder annehmen, aber nicht modifizieren kann¹⁸. In der Regel dürfte sich die Exekutive der Parlamentsmehrheit sicher sein, da die Regierungsfractionen sich scheuen dürften, gemeinsam mit der Opposition Regierungsvorhaben zu Fall zu bringen.

Beruhet jedoch die Regierung auf einem Fraktionsbündnis zweier oder mehrerer Parteien, dann ist die Loyalität längst nicht so ausgeprägt, und das Verhalten einzelner Abgeordneter reicht manchmal bis zur offenen Ablehnung. Bei solchen Konstellationen kann die Regierung nicht das Risiko eingehen, die Legislative vor vollendete Tatsachen zu stellen, sondern die Fraktionsführer und einzelne dissidente Abgeordnete der Regierungsfractionen werden in den Entscheidungsprozeß einbezogen. Dadurch kann die Stabilisierungspolitik hinausgezögert und stark verwässert werden. Unmittelbar vor wichtigen Wahlterminen gehen die Koalitionsparteien oft eigene Wege. Der Zwang, *Profil* zu zeigen, macht Illoyalität dem Partner gegenüber beinahe zur Parteipflicht.

Schwerpunkt moderner Stabilisierungspolitik ist die konjunkturgerechte Variation der Haushaltsausgaben. Die auf den Überlegungen der *fiscal policy* beruhenden Konzepte unterstellen, daß die Exekutive

¹⁷ In diesem Sinne auch: Werner Kaltefleiter, *Wirtschaft und Politik in Deutschland*, Köln und Opladen 1966, S. 157.

¹⁸ Dies gilt sogar für das parlamentarische Budgetrecht bei der Ausführung des Haushaltsplanes (StabWG, § 6 Abs. 1). Fritz Neumark spricht deshalb sogar von der „Selbstentmannung des Parlaments“ (Fiskalpolitik und Wachstumsschwankungen, 2. Aufl., Tübingen 1969, S. 94).

insgesamt zu stabilisierungspolitischer Verantwortung bereit sei (Harmoniehypothese). Da sie bei Konjunkturabschwüngen ihre Ausgaben entsprechend stärker ausdehnen könne, lasse sich eine gesamtwirtschaftliche Besserstellung (mehr Stabilität) erreichen, ohne daß — auf längere Sicht zumindest — die Ressortminister schlechter gestellt seien. Die Konflikthypothese wird plastisch in einem sowohl Spiethoff als auch Schumpeter zugeschriebenen Aperçu artikuliert: „Eher wird sich ein Mops einen Vorrat an Würsten zulegen, als daß Politiker Haushaltsmittel stilllegen“. Diese Auffassung haben kürzlich Hansmeyer und Mackscheidt im Anschluß an Olson vertreten und als „free-rider-Position der Finanzpolitik“ charakterisiert¹⁹: Politiker verhalten sich nicht anders als andere Wirtschaftssubjekte, die auch nicht wegen möglicher Stabilisierungserfolge ihre Ausgaben einschränken und die auf entsprechende Aktionen anderer rechnen. Wegen der wachsenden Verschleierungsmöglichkeiten, die mit einem größer und komplizierter gewordenen Budget einhergingen, falle es der Exekutive leichter, „jederzeit das Alibi konjunkturgerechten Verhaltens zu erbringen“²⁰.

Olson macht jedoch offenbar einen Unterschied zwischen der Verhaltensweise des Staates und der von Privatleuten²¹. Folgende Gründe könnten hierfür sprechen:

- Der Staat beeinflusst als Auftrag- und Arbeitgeber merklich die Konjunkturentwicklung. Er kann sich nicht mit dem Hinweis, die Konjunkturentwicklung als einzelner nicht beeinflussen zu können, aus der Verantwortung stehlen.
- Der Staat müßte ein höheres Eigeninteresse an der Geldwertstabilität als die meisten privaten Wirtschaftssubjekte haben, da sich die Preisstruktur bei inflatorischen Prozessen zuungunsten des Staates zu entwickeln scheint²².

¹⁹ Karl-Heinrich Hansmeyer und Klaus Mackscheidt, Die Free-Rider-Position der Finanzpolitik, Notenbankpolitik und Staatsaktivität, in: Dieter Duwendag (Hrsg.), Macht und Ohnmacht der Bundesbank, Frankfurt a. M. 1973, S. 132 ff.

²⁰ Karl-Heinrich Hansmeyer und Klaus Mackscheidt, S. 137.

²¹ So zitiert Olson zustimmend eine längere Passage von *David Hume*, wo es u. a. heißt: „Die Obrigkeiten haben ein unmittelbares Interesse an dem Vorteil der größeren Menge ihrer Untertanen“ (*Mancur Olson jr.*, Die Logik des kollektiven Handelns, Tübingen 1968, S. 32, Anm. 53).

²² Dies gilt laut unterschiedlichen Berechnungen für die Bundesrepublik Deutschland. Vgl.: Deutscher Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1971/72, Ziffer 188 ff.; Deutsche Bundesregierung, Jahreswirtschaftsbericht 1972, Ziffer 4; Deutsche Bundesbank, Geschäftsbericht für das Jahr 1971, S. 81 f.; Ifo-Institut für Wirtschaftsforschung, Ifo-Schnelldienst, Nr. 29 vom 29. 8. 1973. Die These von der Nachteiligkeit der Inflation läßt sich jedoch nicht verallgemeinern:

— Die empirische Basis ist zu schmal (ein relativ begrenzter Zeitraum — 1962 bzw. 1966 bis 1971/73 — nur eines Landes);

— Die Inflationsrate ist ein wichtiger Maßstab zur Beurteilung der Regierungstätigkeit.

Deswegen ist für den Staat das Ziel der *Geldwertstabilität* mehr als ein Kollektivgut. Je größer aber das Interesse eines Mitgliedes einer Gemeinschaft am Kollektivgut, um so eher wird es bereit sein, die Kosten für die Bereitstellung zu tragen²³. Daher könnten wir mit Olson auch die Harmoniehypothese vertreten. Empirische Tests sind auf jeden Fall erwünscht.

2.2.3 Auseinandersetzung mit der parlamentarischen Opposition und der Länderkammer

Bei der Analyse des Wechselspiels zwischen Exekutive und Legislative dürfen wir nicht — dem Montesquieuschen Gewaltenteilungsprinzip verhaftet — die Legislative in ihrer Gesamtheit, sondern nur die Opposition als die parlamentarische Minderheit, als den Gegenspieler der Exekutive ansehen — Minderheitenkabinette natürlich ausgenommen. Da nach Verabschiedung des StabWG institutionell bedingte Verzögerungen als weitgehend ausgeschaltet gelten müssen — die parlamentarische Behandlung ist nach internationaler Auffassung im StabWG vorbildlich geregelt²⁴ —, bleibt nur zu prüfen, ob und in welcher Richtung die Opposition die Entscheidungen der Exekutive beeinflussen kann. Das Verhalten der Opposition ist nicht determiniert. Denkbar sind folgende Verhaltensannahmen:

- Die Opposition wird der Regierung bei stabilitätswidriger Ausgaben-gebarung und bei sonstigen stabilisierungspolitischen Unterlassungs-sünden mit massiver Kritik begegnen. Unsere erste Hypothese lautet: Die Kontrollfunktion der Opposition läßt die Exekutive nicht allzu weit vom Wege der stabilisierungspolitischen „Tugend“ abweichen.
 - Nehmen wir aber an, daß die Informationen über ökonomische und politische Rationalität gleich verteilt sind, so könnte die Opposition,
-
- auch bei Preisstabilität verschiebt sich die Preisstruktur wegen des hohen Anteils öffentlicher Dienstleistungen zuungunsten des Staates. Es müßte nachgewiesen werden, daß sich die Preisdifferenz bei Inflation verschärft;
 - die Elastizität des Steueraufkommens und mögliche Tarifänderungen, um das Ausmaß heimlicher Steuererhöhungen zu mildern, müßten berücksichtigt werden;
 - ebenso die Geldvermögensposition des Staates, ob Nettogläubiger oder Nettoschuldner.

²³ Mancur Olson, *Die Logik des kollektiven Handelns*, S. 33.

²⁴ Walter Heller u. a., *Finanzpolitik im Dienste des wirtschaftlichen Gleichgewichts*, hrsg. von der OECD, Dezember 1968, S. 232: „In Deutschland kann die Bundesregierung bestimmte befristete Änderungsvorschläge in einem parlamentarischen Schnellverfahren durchbringen. Die übrigen Länder würden gut daran tun, diesen Beispielen zu folgen.“

da sie ebenfalls die vermutete Unpopularität scheuen dürfte, kritisieren, ohne allzu konkret zu werden. Eine zweite Hypothese lautet: Die Opposition kommentiert wie ein antiker Chor den Gang des stabilisierungspolitischen Dramas (oder Tragödie), ohne in den Gang der Handlung eingreifen zu wollen.

- Aus der antagonistischen Beziehung zur Exekutive ergibt sich eine dritte Hypothese: Da nichts die Opposition besser aussehen läßt als eine schlechte Regierung, müßte eine machiavellistische Oppositionsstrategie darauf hinwirken, daß die Exekutive eine rechtzeitige Stabilisierungspolitik unterläßt. Diese Hypothese läßt sich variieren, indem man nicht bewußte Strategie, sondern begrenzten Informationshorizont als Ursache der Warnungen gegen die Stabilisierungspolitik ansieht.

Bei einem föderativ gegliederten Staatsgebiet sind auch die Gliedstaaten in den stabilisierungspolitischen Entscheidungsprozeß miteinzubeziehen. Da die nachgeordneten Körperschaften in ihren Finanzentscheidungen weniger im Lichte öffentlicher Kritik stehen, daher leichter der stabilisierungspolitischen Verantwortung ausweichen können und da sie weniger an der Realisierung des Kollektivgutes *Stabilität* interessiert sind — eine niedrigere Inflationsrate nützt dem Aussehen der Exekutive der zentralen Körperschaft, der nichtgebaute Kindergarten beispielsweise schadet dem Ansehen des Landes- oder Kommunalpolitikers —, dürfte die Konflikthypothese die Finanzgebarung der nachgeordneten Körperschaften zutreffend beschreiben.

In der Gesetzgebung kann die Länderkammer — „als ein Element... der vertikalen Gewaltentrennung“²⁵ — den eigentlichen Widerpart zur Exekutive spielen. Bei unterschiedlichen politischen Mehrheiten in Parlament und Länderkammer könnte die Form der dualistischen Willensbildung in das stabilisierungspolitische Wechselspiel hineingebracht werden. Die Konsequenz könnte eine stabilisierungspolitische Paralyse sein.

2.2.4 *Einfluß organisierter Gruppen und Informationsvorsprung*

Unbestreitbar nehmen organisierte Gruppen auf die Prozesse zur stabilisierungspolitischen Zielfindung Einfluß, möglichst schon während des Stadiums der internen Willensbildung der Exekutive. Dies ist effektiver und weniger anrühlich, da es sich unter Ausschluß der Öffentlichkeit vollzieht. Worauf beruht nun dieser Einfluß oder worauf beruht

²⁵ Klaus Stern, in: Klaus Stern, Paul Münch und Karl-Heinrich Hansmeyer, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Kommentar, 2. Aufl., Stuttgart 1972, S. 73.

er nicht? Downs liefert dazu eine handfeste und auch empirisch überprüfbare Hypothese: Es ist der Informationsvorsprung der Produzenten²⁶, die den Kontakt mit den Regierungsstellen an ihre Verbände delegiert haben. Zunächst ist aber festzuhalten, daß es ein einheitliches Produzenteninteresse nicht gibt, noch nicht einmal bei den einzelnen Branchen²⁷. Hinzu kommt die unterschiedliche parteipolitische Affinität der organisierten Gruppen, etwa Arbeitgeberverbände versus Gewerkschaften. Der „Wettbewerb“ der organisierten Gruppen untereinander schränkt interessengebundene Informationspolitik zumindest ein. Diese Erkenntnis versperrt man sich, wenn man, makroökonomischem Denkstil folgend, die organisierten Gruppen als einen monolithischen Block auffaßt, der eine eindeutige Zielfunktion zu maximieren trachtet. Wichtiger ist jedoch noch, daß auf dem Informationsmarkt noch andere Informationslieferanten (Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank, Sachverständigenrat, wissenschaftliche Institute) auftreten, deren Analysen als fundierter gelten. Ein verbandliches Informationsmonopol gibt es nicht, zumal die Exekutive gerade auf konjunkturpolitischem Felde über einen umfangreichen Stab meist hochqualifizierter Mitarbeiter verfügt. Die These der Beeinflussung durch den vermuteten Informationsvorsprung der organisierten Gruppen erscheint daher — zumindest bei stabilisierungspolitischen Zielfindungsprozessen — als abwegig.

3. Prüfung der abgeleiteten Hypothesen anhand der Stabilisierungspolitik von 1969 - 1972

Die Diagnose derzeitiger stabilisierungspolitischer Praxis lautet häufig: Das stabilisierungspolitische Konzept ist brauchbar, das Versagen liegt in der Umsetzungsphase begründet, die politischen Akteure haben aus Unwissenheit oder aus Furcht vor vermutterter Unpopularität stabilisierungspolitische Aktionen verzögert oder überhaupt unterlassen, beziehungsweise die organisierten Gruppen haben in ihrem verbandlichen Interesse Einfluß genommen. Dieses Urteil wird meist auch über die deutsche Stabilisierungspolitik gefällt²⁸. Wir wollen an exempla-

²⁶ *Anthony Downs*, *Ökonomische Theorie der Demokratie*, S. 249.

²⁷ Vgl. zum „Unsegen“, den „die der Sprache des Lebens entnommenen Kollektivbegriffe ... stiften“: *Max Weber*, *Die „Objektivität“ sozialwissenschaftlicher und sozialpolitischer Erkenntnis*, abgedruckt in: *Max Weber*, *Gesammelte Aufsätze zur Wissenschaftslehre*, 2. Aufl., Tübingen 1951, S. 210. — *Max Weber* stellt dies am Beispiel „Interessen der Landwirtschaft“ dar.

²⁸ So kommt *Fritz Neumark* zu dem Schluß: „Die zum Teil unbefriedigenden Erfahrungen mit dem StabWG sind weniger auf Schwächen oder Lücken des Gesetzes selbst, als vielmehr politisch bedingte Unzulänglichkeiten seiner Handhabung zurückzuführen“ (*Fünf Jahre Stabilitäts- und Wachstumsgesetz — Erwartungen und Ergebnisse*, in: *Volkswirtschaftliche Korrespondenz der Adolf-Weber-Stiftung*, 11. Jg. (1972), S. 4).

rischen Fällen demonstrieren, welcher Art die *politisch bedingten Unzulänglichkeiten* sind. Dies ist zugleich ein empirischer Test für unsere abgeleiteten Verhaltensannahmen. Wir untersuchen, ob für den stabilisierungspolitischen Einsatz des Staatshaushaltes die Harmonie- oder Konfliktthese zutrifft, ob Handlungsverzögerungen der Legislative als gesetzgebender Körperschaft angelastet werden können, ob und weswegen die organisierten Gruppen Stabilisierungspolitik verhindern konnten.

3.1 Stabilisierung über den Haushalt und „free-rider“-Attitüde

Bei der Analyse des öffentlichen Gesamthaushalts ist zu beachten, daß um der Preisstabilität willen die Haushalte hätten restriktiv „gefahren“ werden müssen und daß von der konjunkturellen Entwicklung her gesehen — die Phase der Konjunkturberuhigung setzte Mitte 1971 ein — bei der staatlichen Investitionstätigkeit ab Mitte 1971 ein vorsichtiges Gegensteuern vertretbar gewesen wäre.

Der Haushaltsvollzug war im Zeitraum 1969 - 1972 wesentlich expansiver als im Zeitraum 1966 - 1968, obwohl es von der Auslastung des gesamtwirtschaftlichen Produktionspotentials her gesehen genau umgekehrt hätte sein müssen²⁹. Der Vorwurf konjunkturwidrigen Verhaltens trifft vor allem Länder und Gemeinden, wie die Verschiebung der Anteile der Gebietskörperschaften an den öffentlichen Gesamtausgaben zuungunsten des Bundes zeigt³⁰. Dem Vorwurf konjunkturwidrigen Verhaltens ließe sich entgegenhalten, daß Bund und Länder in den Jahren 1970/71 immerhin 3,77 Mrd. DM einer Konjunkturausgleichsrücklage zugeführt hätten (Bund 1,5 Mrd. DM im Jahre 1970 und 1,0 Mrd. DM im Jahre 1971, Länder 1,0 Mrd. im Jahre 1970 und — freiwillig — 0,27 Mrd. DM im Jahre 1971). Jedoch gilt allein für den Bund,

²⁹ Die Zuwachsraten der Ausgaben des öffentlichen Gesamthaushalts (nach der Abgrenzung der Finanzstatistik) betragen für diesen Zeitraum in Prozenten:

1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
+ 4,2	+ 6,0	+ 3,2	+ 9,8	+ 12,5	+ 15,7	+ 11,3

Quelle: Bundesminister für Finanzen, Finanzbericht 1974, S. 32.

Alle folgenden Zahlenangaben sind offiziellen Statistiken (Bundesregierung, Statistisches Bundesamt, Deutsche Bundesbank) entnommen.

³⁰ Im Jahre 1968 machten die Anteile von Bund (einschließlich Zahlungen an die Europäische Gemeinschaft), Ländern, Gemeinden und Sonderhaushalten 47,4, 31,4, 18,8 und 2,4 Prozent aus, im Jahre 1971 43,7, 33,0, 21,8 und 1,5 Prozent. — Das Bild sieht für Länder und Gemeinden günstiger aus, wenn die Personalkosten, für deren Entwicklung der Bund die Hauptverantwortung trägt, ausgeklammert werden.

daß er sein geplantes Ausgabevolumen entsprechend gedrosselt hat, während die Länder ihre Einstellungen in die Konjunkturausgleichsrücklage aus Krediten finanzierten und ihr Haushaltsoll sogar merklich überschritten. Die Rückstellungen der Länder hätten nur konjunkturdämpfend gewirkt, wenn dadurch die Beanspruchung des Produktionspotentials seitens der privaten Wirtschaft entsprechend hätte zurückgedrängt werden können. Dies konnte aber nicht der Fall sein, da die deutsche Notenbank den Geldschöpfungsprozeß nicht unter Kontrolle hatte.

Da vornehmlich die Ausgaben für Investitionen zur konjunkturpolitischen Manövriermasse gehören — ca. 90 Prozent des öffentlichen Gesamthaushalts sind gesetzlich festgelegt —, ist die Entwicklung der staatlichen Investitionstätigkeit ein besonders geeigneter Indikator zur Prüfung der Hypothesen über die Haushaltsgebarung. Ein Vergleich von Kapazitätsauslastung (ab Mitte 1968 lag sie über und ab Mitte 1971 unter dem langfristigen Mittel bei einer maximalen Auslastung von 100 Prozent im Jahre 1970) und staatlicher Investitionstätigkeit ergibt eine geradezu abenteuerliche Prozyklik³¹, wobei sich die zentrale Körperschaft allein im Jahre 1970 zurückgehalten hat.

Der Haushaltsvollzug während der Hochkonjunktur bestätigt die Hypothese von Hansmeyer und Mackscheidt, daß Politiker die *free-rider-Position* einzunehmen versuchen. Doch ist eine differenzierte Wertung nötig. Entsprechend unserer theoretisch abgeleiteten Annahme scheint sie uneingeschränkt nur für Länder und Gemeinden zu gelten. Selbst da muß dem Verhalten der nachgeordneten Gebietskörperschaften zugute gehalten werden, daß sie in ihren Ausgabenentschlüssen nicht gänzlich frei sind. So verschieben Reformankündigungen seitens der zentralen Körperschaft den Erwartungshorizont bezüglich des Mach- und Finanzierbaren derart in die expansive Richtung, daß die Länderfinanzminister gegen ihre Kabinettskollegen eine sparsame Haushaltsführung immer weniger durchsetzen können³².

³¹ Anstieg der staatlichen Anlageinvestitionen in Prozenten (in jeweiligen Preisen):

1967		1968		1969		1970		1971		1972	
1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.	1. Hj.	2. Hj.
-14,6	-10,2	8,7	14,3	10,0	16,2	22,2	29,2	17,4	-1,4	-2,0	-2,7

³² Auch legt der zunehmende Ausbau der „Mischfinanzierung“ zwischen Bund und Ländern — d. h., Bund und Länder teilen sich die Finanzierung, wobei sich in der Regel der Bund nur an den Investitionskosten beteiligt, während die Länder (in bedingtem Maße auch Gemeinden) zusätzlich die für Personal- und Sachaufwand jährlich anfallenden Folgekosten übernehmen — den Ausgabenzuwachs für die kommenden Haushaltsjahre in einem immer stärkeren Maße fest.

Die Ausgabenzuwächse des Bundes in den Jahren 1969 - 1971 lagen zwar merklich über denen früherer Jahre, doch war es immerhin möglich, das Haushaltssoll während des Vollzuges zurückzuführen. Gälte uneingeschränkt die *free-rider-Hypothese*, so hätte es solche Aktionen nicht geben können. Es sind daher die stabilisierungspolitischen Willensbildungsprozesse zum Haushaltsvollzug des Bundes näher zu analysieren. Bei der Planung des Haushaltsvollzugs für die Jahre 1969 - 1971 ging die Exekutive jeweils davon aus, daß ein expansiver Vollzug konjunkturell vertretbar sei, entweder weil eine Konjunkturabschwächung zu erwarten oder der öffentliche Infrastrukturausbau nicht länger aufschiebbar sei. Als sich die konjunkturellen Erwartungen nicht bestätigten, konnten die für die Stabilisierung verantwortlichen Minister im Verlaufe des Haushaltsjahres einen etwas weniger expansiven Vollzug sicherstellen. Dies mußte in der Regel dem Kabinett abgetrotzt werden. Die Spannung innerhalb des Kabinetts hat der seinerzeitige Regierungschef treffend charakterisiert: „Es gibt eben einen eingebauten Konflikt zwischen dem Finanzminister und den Ressortministern... Die Ressortchefs sagen sich: Nur die Lumpen sind bescheiden; wer nicht gleich richtig rangeht, der kommt nachher zu kurz“³³. Wir wollen die Gültigkeit der Konflikthypothese an dem Beschluß über den Haushaltsplan 1971 demonstrieren.

Zu einem Zeitpunkt (Juli 1971), als das Kabinett ein nach damaliger Einschätzung durchgreifendes Stabilisierungsprogramm (u. a. einen rückzahlbaren Konjunkturzuschlag in Höhe von 10 Prozent und die Aussetzung der degressiven Abschreibung) beschloß, verabschiedete es den Entwurf eines Haushaltsplanes mit einem Gesamtvolumen³⁴, das damals als ein Signal für eine staatlicherseits gewollte Expansion gelten mußte. Weil das Kabinett hätte einkalkulieren müssen, daß dies die Verhaltensweisen der privaten Wirtschaftssubjekte und der organisierten Gruppen nicht in Richtung *Maßhalten* programmierte, und weil der Erfolg des Stabilisierungsprogrammes ungewiß war, hätte der Haushalt in einen stabilitätsgerechten Kernhaushalt und in einen expansionsgerechten Eventualhaushalt gegliedert werden müssen. Der Wirtschaftsminister plädierte bei der Beratung des Haushaltsplanes im Kabinett folgerichtig für eine Aufspaltung des Gesamthaushaltes. Die übrigen Kabinettsmitglieder haben dies abgelehnt:

— Das Kabinett müsse endlich *innere Reformen* nicht nur ankündigen, sondern ein sichtbares Zeichen setzen, daß nun zur Tat geschritten werde;

³³ Bundeskanzler *Willy Brandt*, Interview in: *Die Zeit*, Nr. 22 vom 2. Juli 1972.

³⁴ Das Volumen des Haushaltsentwurfs 1971 machte 100,1 Mrd. DM aus und lag damit um 12,1 Prozent über dem Haushalts-Soll 1970.

— es wollte sich für seine Vorhaben nicht auf einen Eventualfall ver-
trösten lassen, über dessen Eintreten in erster Linie der für die Kon-
junkturpolitik verantwortliche Minister zu entscheiden hätte.

Statt dessen verwies das Kabinett darauf, daß der expansive Gesamt-
haushalt im Eventualfall (keine erfolgreiche Stabilisierung) auch res-
trikktiv gefahren werden könne. Die Entscheidung des Kabinetts verrät,
daß die Minister nicht die Kosten der Stabilisierungspolitik tragen
wollten: Die Ausgabenwünsche der Ressorts machten vor stabilisie-
rungspolitischen Erfordernissen nicht Halt.

Als der Finanzminister seine Kabinettskollegen nicht überzeugen
konnte, daß es auf mittlere und längere Sicht keinen Konflikt zwischen
stabilitätsgerechter Finanzpolitik und der Realisierung von Reform-
vorhaben gebe³⁵, trat er im Mai 1971 zurück. Sein Nachfolger wurde
der Wirtschaftsminister, der damit alle für die Stabilisierungspolitik
notwendigen Kompetenzen in seiner Hand vereinigte. Die Ressortfusio-
nierung war zugleich ein Test für die Hypothese, daß eine Konjunktur-
politik aus einem Guß bei Konzentration der Kompetenzen eher möglich
sei, weil Koordinierungsschwierigkeiten entfielen und weil der zustän-
dige Minister im Kabinett über eine stärkere Stellung verfüge. Diese
Auffassung muß als erschüttert gelten, da sich der „Doppelminister“,
ohne auf einen Verbündeten rechnen zu können, allein dem Ansturm
des Kabinetts auf die Ausgabenmittel ausgesetzt sah. Als in den ersten
Monaten des Jahres 1972 die Haushaltsausgaben deutlich schneller
expandierten, als mit der Rückkehr zur Stabilität vereinbar schien,
erstellte er, ohne vom Kabinett beauftragt zu sein, eine schonungslose
Analyse der Haushaltssituation, um seine Kabinettskollegen zu einer
stabilisierungskonformen Haushaltsführung zu zwingen³⁶. Diesen Angriff
auf ihre Ausgabenmittel konnten diese jedoch per Saldo erfolgreich
abwehren. Die Niederlagen des Wirtschafts- und Finanzministers auf
dem Gebiete der Haushaltspolitik waren der eigentliche Grund für
seinen Rücktritt³⁷. Nichts kann die Gültigkeit der Konflikthypothese
nachdrücklicher dokumentieren als diese Rücktritte.

³⁵ Finanzminister *Alex Möller* wollte mit seinem Rücktritt „darauf auf-
merksam machen, daß man keine Ausgabenflut zulassen darf, wenn die
Preisstabilität den Vorrang hat . . . Eine solide Regierungspolitik läßt sich nur
betreiben auf der Basis der Preisstabilität“ (Interview in: *Bild* am Sonntag
vom 31. Januar 1972).

³⁶ Diese Kabinettsvorlage vom 18. Mai 1972 ging in Form eines Schnell-
briefes („Verschlussache — Nur für den Dienstgebrauch“) in der vorgeschrie-
benen Anzahl von Abdrucken an den üblichen Verteilerkreis und fand dann
auch relativ rasch den Weg in die Öffentlichkeit.

³⁷ Die Desavouierung durch das gesamte Kabinett bei der Auseinander-
setzung um die außenwirtschaftliche Absicherung (Ende Juni 1972) gab den
letzten Anstoß: „Die Position, einer gegen alle oder alle gegen einen, habe
ich bei anderen Gelegenheiten auch ohne formelle Abstimmung erlebt“

Die *free-rider-Hypothese* gilt nicht generell: Die für die Stabilisierung zuständigen Minister fühlen sich in der Regel ihrer stabilisierungspolitischen Verantwortung gegenüber in der Pflicht. Sie können sich aber auf die Dauer nicht gegen ihre auf die Realisierung ihrer Programme drängenden Kollegen behaupten, wenn sie im Kabinett keinen starken Verbündeten haben. Daraus schließen wir: Über das Verhalten der Exekutive entscheidet in erster Linie die stabilisierungspolitische Einstellung des Regierungschefs. Erst wenn er unmißverständlich zugunsten einer konsequenten Stabilisierungspolitik optiert, verfügen die für die Konjunktursteuerung zuständigen Minister über genügend Rückendeckung, um dem Zugriff ihrer Kollegen auf die Haushaltsmittel zu wehren³⁸.

Bei der Abstimmung der Haushaltspolitik mit den Regierungsfractionen fanden in der Regel in den zuständigen Arbeitskreisen oder Plenarsitzungen die auf Ausgaben drängenden Ressortminister parlamentarische Schützenhilfe. Dies erklärt sich aus dem Selbstverständnis der Abgeordneten, deren Aufstellung als Kandidat davon abhängt, daß sie den Wahlkreisdelegierten gegenüber nachweisen können, etwas für den Wahlkreis getan zu haben, eine bessere Anbindung an die Autobahn oder eine bessere Unterstützung der landwirtschaftlichen Bevölkerung zum Beispiel. Etwas in dieser Richtung bewerkstelligt zu haben, gilt verständlicherweise mehr, als etwas in dieser Richtung um der erhofften gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung willen verhindert zu haben.

3.2 Handlungsverzögerungen und parlamentarischer Beratungsgang

Wir nehmen das Ergebnis vorweg: Handlungsverzögerungen hat es während des parlamentarischen Beratungsganges nicht gegeben. Das war das Ziel der institutionellen Änderungen im Rahmen des StabWG. Es muß aber überraschen, daß die Bundesregierung in einem entscheidenden Fall von der Ermächtigung des StabWG keinen Gebrauch machte und daß trotz vollständigen Beratungsganges die parlamentarischen Hürden sehr rasch passiert wurden. Da dies der gängigen Auffassung widerspricht und daraus bezüglich der vermuteten Notwendigkeit institutioneller Änderungen wichtige Konsequenzen gezogen werden müssen, führen wir diejenige Prozedur vor, die statt des

(Rücktrittsschreiben von Wirtschafts- und Finanzminister *Karl Schiller*, abgedruckt in: *Die Welt* vom 18. Juli 1972).

³⁸ Nicht zuletzt deswegen gibt es in der geltenden deutschen Haushaltsordnung den Paragraphen 21, nach dem der Finanzminister in Fragen seines Ressorts nicht überstimmt werden kann, solange der Kanzler auf seiner Seite steht. Vgl. hierzu: *Günter Schmolders*, Finanzpolitik, 2. Aufl., Berlin 1965, S. 111.

im StabWG vorgesehenen Schnellverfahrens der vollen parlamentarischen Beratung bedurfte.

Zu Beginn des Jahres 1970 war die Voraussetzung des Paragraphen 26 Ziffer 3 des StabWG zur Abschöpfung privater Kaufkraft („...eine Störung des gesamtwirtschaftlichen Gleichgewichts, die erhebliche Preissteigerungen mit sich gebracht hat oder erwarten läßt...“) gegeben. Der Antrag des Wirtschaftsministers, einen zeitlich befristeten Zuschlag zur Einkommens- und Körperschaftsteuer von 5 Prozent nach Paragraph 26 des StabWG oder einen von 10 Prozent, dafür aber rückzahlbar, zu erheben, wurde vom Kabinett und den Koalitionsfraktionen nicht gebilligt³⁹. Der Wirtschaftsminister versuchte daraufhin, die Öffentlichkeit an der Willensbildung zu beteiligen, die Regierung wurde unsicher, der kleinere Koalitionspartner änderte seine Auffassung. Diesen Schwebezustand beendete Ende Februar 1970 das „Nein“ der größeren Koalitionsfraktion. Die konjunkturelle Entwicklung zeigte jedoch die Richtigkeit der Einstellung des Wirtschaftsministers. Die Regierung versuchte mit exkulpativen Erklärungen die Zeit bis zu einigen Landtagswahlen zu überbrücken. Diese endeten mit Stimmenverlusten für die regierenden Koalitionsfraktionen. Daraufhin konnte der Wirtschaftsminister das Kabinett und die Koalitionsfraktionen zwar nicht zur Anwendung des Paragraphen 26 des StabWG, sondern nur zu einem — wie sich in der Folgezeit herausstellte — minderwertigen Surrogat, dem rückzahlbaren Konjunkturzuschlag, gewinnen. Diese Maßnahme war nicht im StabWG vorgesehen und verlangte deswegen den vollen parlamentarischen Beratungseingang unter Einschluß der Zustimmung der Länderkammer.

Es ist geradezu frappierend, mit welcher Geschwindigkeit diese Maßnahme die parlamentarischen Hürden passierte: Das Parlament, das bereits in die Sommerferien entlassen war, wurde zu einer Sondersitzung zurückgerufen; der von den Koalitionsfraktionen eingebrachte Gesetzentwurf wurde vom Parlament am 10. Juli in erster Lesung behandelt, am gleichen Tag an die entsprechenden Ausschüsse überwiesen, dort sogleich Punkt für Punkt durchberaten; die Ausschlußberichte wurden in der Nacht vom 10. auf den 11. Juli fertiggestellt und dem Parlament zugeleitet; am 11. Juli wurde der Gesetzentwurf in zweiter und dritter Lesung beraten und — bei überwiegender Stimmenthaltung der Opposition — verabschiedet; die Länderkammer stimmte dem Gesetzentwurf am 15. Juli zu.

Dieser Vorgang zeigt, daß die Gesetzgebungsmaschine, auf „Touren“ gebracht, nicht als Hemmnis für eine zeitgerechte Stabilisierungspolitik

³⁹ Vgl. hierzu *Otto Schlecht*, *Erfahrungen und Lehren aus dem jüngsten Konjunkturzyklus*, Tübingen 1972, S. 24 f.

anzusehen ist⁴⁰, und vermittelt zugleich wichtige Aufschlüsse für die stabilisierungspolitische Praxis:

- Das der Exekutive durch das StabWG verliehene Übergewicht kann nur eine politisch entschlossene Regierung nutzen, anderenfalls werden ihr die Entscheidungen aufgedrängt. Das „Nein“ der größeren Koalitionsfraktion widerlegt nicht die Hypothese von der Präponderanz der Exekutive, sondern bestätigt die Hypothese, daß stabilisierungspolitisches Handeln der Führungskraft des Regierungschefs bedarf;
- vermutete politische Opportunität kann für die stabilisierungspolitische Praxis wesentlicher sein als ökonomische Notwendigkeit. Es mag überraschen, daß sich eine solche Haltung politisch nicht auszahlen braucht⁴¹;
- die Opposition hat den Kurs der Exekutive zwar massiv kritisiert, hat aber selbst lediglich Maßnahmen vorgeschlagen, die darauf abgestellt waren, dem Adressaten nicht weh zu tun⁴². Die Stimmenthaltung ist eine klare Bestätigung unserer Hypothese, daß die Opposition — unter dem Druck vermeintlicher Unpopularität — kommentiert, ohne auf die Stabilisierungspolitik Einfluß zu nehmen;
- die Länderkammer hat sich nicht als verlängerten Arm der Opposition betrachtet, sondern den Gesetzentwurf auf einem außerordentlich hohen intellektuellen Niveau beraten⁴³.

Bei nicht dualistischer Willensbildung und sicheren parlamentarischen Mehrheitsverhältnissen ist der institutionelle Beratungsgang für eine entschlossene Exekutive kein Hindernis. Sind die Mehrheitsverhältnisse unsicher und die Exekutive schwankend, nützt die Verkürzung

⁴⁰ Dies gilt auch für andere eilige Fälle, die den vollständigen parlamentarischen Beratungsgang erforderten: für die steuerpolitische Ersatzaufwertung (Entlastung der Importe und Belastung der Exporte in Höhe von 4 Prozent) — Einbringung des Gesetzentwurfes am 26. November 1968 mit gleichzeitiger erster Lesung und Überweisung an die Ausschüsse, zweite und dritte parlamentarische Lesung am 28. November, Zustimmung des Bundesrates am 29. November — und auch für das „Gesetz zur Änderung des Außenwirtschaftsgesetzes“ (Bardepot), das am 21. Oktober 1971 in erster Lesung beraten und am 10. Dezember 1971 vom Parlament gebilligt wurde.

⁴¹ Die Landtagswahlen (Niedersachsen, Saarland, Nordrhein-Westfalen) endeten mit Stimmengewinnen für die Partei, die im Bundestag in der Opposition stand.

⁴² So empfahl das Präsidium der in der Opposition stehenden Partei zur Abschöpfung privater Kaufkraft, „allen Steuerpflichtigen attraktiv ausgestattete Steuergutscheine zur freiwilligen Zeichnung anzubieten, deren Gegenwert bei der Bundesbank stillgelegt wird“ (CDU-Pressemitteilung vom 8. Mai 1970).

⁴³ Vgl. den stenographischen Bericht des Deutschen Bundesrates über die 355. Sitzung vom 15. Juli 1970.

des parlamentarischen *Procedere* nichts. Das schwächste Glied einer in sich geschlossenen Stabilisierungspolitik ist beim Wechselspiel zwischen Exekutive und Legislative nicht im *institution lag*, sondern in der Entschlußkraft und -fähigkeit der Exekutive zu suchen.

3.3 Einfluß der organisierten Gruppen und öffentliche Investitionen

Je reichhaltiger das konjunkturpolitische Arsenal und je größer die politische Verantwortung für den Konjunkturverlauf, desto wichtiger muß es den organisierten Gruppen erscheinen, über die Pläne der Exekutive informiert zu sein, um rechtzeitig im verbandlichen Sinne auf die stabilisierungspolitische Zielfindung einzuwirken. Am stabilisierungspolitischen Einsatz des Staatshaushaltes wollen wir zu zeigen versuchen, daß ihr Einfluß jedoch nicht auf dem vermuteten Informationsvorsprung beruhen dürfte.

Die Kürzungen staatlicher Investitionen betreffen eine Reihe von Unternehmen, vor allem aus der Bauindustrie, unmittelbar. Diese lehnen eine Stabilisierungspolitik zwar nicht ab, wollen aber den Investitionshaushalt ausgenommen wissen. Sie argumentieren, auf lange Sicht werde die gesamte Volkswirtschaft empfindlich getroffen, wenn der allgemein als vorrangig betrachtete Infrastrukturausbau aus konjunkturellen Gründen zurückgestellt werde. So soll der Eindruck erweckt werden, daß noch freie Kapazitäten verfügbar seien, die zum geltenden Preis in Anspruch genommen werden könnten. Sie suchen nachzuweisen, daß Branchenindikatoren einen ernsten Rückschlag erwarten ließen, wenn die Konjunkturbremsen nicht gelockert würden. So geschehen im Jahre 1970⁴⁴, als überaus hohe Preissteigerungen die Diskrepanz zwischen dem Wunsch, Kapazitäten in Anspruch zu nehmen, und den tatsächlich verfügbaren Kapazitäten signalisierten.

Politische Entscheidungen sollten also mit gefärbten Informationen beeinflußt werden. Es scheint auch so, als ob sich die Politiker hätten beeinflussen lassen: Die Bauinvestitionen der öffentlichen Hände lagen im ersten Halbjahr 1970 um 21,1 Prozent und im zweiten Halbjahr um 28,9 Prozent über den Vorjahreswerten. Es ist jedoch zu prüfen, ob solche Informationen nicht auf ihre Zuverlässigkeit hin kontrolliert werden können:

— Die branchenspezifischen Informationen können mit gesamtwirtschaftlichen Tableaus konfrontiert werden;

⁴⁴ Vgl. die Konjunkturanalyse des Hauptverbandes der Deutschen Bauindustrie (Baukonjunktur Spiegel vom 19. Mai 1970) und seine Stellungnahme (Ende September 1970) zur Notwendigkeit der Lockerung konjunktureller Dämpfungsmaßnahmen.

— die Ministerien, die Aufträge ausschreiben, müßten anhand von Kontrollziffern feststellen können, ob die Brancheninformationen sachlich fundiert oder auf Sand gebaut sind.

Ließe sich innerhalb der Exekutive der Informationsfluß von oben nach unten und umgekehrt, interministeriell und zwischen den Gebietskörperschaften einigermaßen friktionsfrei organisieren, so könnten Unterlagen für stabilisierungspolitisch konforme Entscheidungen aufbereitet werden. Die Schwierigkeit besteht jedoch darin, daß es sich hier nicht so sehr um ein technisches wie um ein politisches Informationsproblem handelt, da wir bei Gültigkeit der Konflikthypothese unterstellen müssen, daß Informationen, die eine restriktive Haushaltsführung geraten sein lassen, eben nicht weitergeleitet würden. Daraus folgern wir, daß gefärbte Informationen stabilisierungspolitische Aktionen nur dann torpedieren könnten, wenn die Fachminister die Rolle des Komplizen übernehmen.

Wenn wir jedoch annehmen, daß sich die öffentlichen Ausschreiber tatsächlich hätten täuschen lassen, so ist doch zu bezweifeln, ob dies für die Industrie vorteilhaft war. So hat das prozyklische Verhalten der öffentlichen Hand die Übernachfrage im Bausektor forciert: Sogar während stärkster Kapazitätsanspannung wurden die Ansprüche seitens der privaten Wirtschaftssubjekte zurückgedrängt⁴⁵. In einer solchen Situation sind die Unternehmen geneigt, auf Zuwachs zu investieren und sich wegen vermuteter Absatz- und Gewinnchancen auf riskante Finanzierungsmanöver einzulassen. Läßt bei Konjunkturberuhigung der Auftragseingang nach und schlägt die restriktive Geldpolitik durch, so kommt es unweigerlich zum Schumpeterschen Gesundheitschumpungsprozeß. Genauso war es in der Bauindustrie — abzulesen an der steigenden Konkursquote. Diesen Abwärtsprozeß hat die öffentliche Hand noch verstärkt, weil sie sich zuvor finanziell verausgabte und deswegen bei zurückgehender Konjunktur ihre Investitionstätigkeit einschränken mußte⁴⁶. Zweifellos wäre für die Bauindustrie bezüglich ihrer Investitionstätigkeit und Kapazitätsauslastung eine antizyklische Auftragsvergabe seitens der öffentlichen Hand günstiger gewesen.

Diese Analyse bestätigt nicht nur, daß beim Wechselspiel zwischen politischen Akteuren und organisierten Gruppen die Einflußnahme nicht auf dem vermuteten Informationsvorsprung beruhen dürfte, sondern stützt eher die Annahme, daß sich die organisierten Gruppen, verfügten sie über den vermuteten Informationsvorsprung, für anstatt gegen eine

⁴⁵ In konstanten Preisen (Basis 1962) stiegen im Jahre 1970 die öffentlichen Bauinvestitionen um 8,7 Prozent, die privaten um 5,9 Prozent.

⁴⁶ In konstanten Preisen gingen die öffentlichen Bauinvestitionen wie folgt zurück: 1971 um 4,3 Prozent, 1972 um 6,1 Prozent und 1973 um 2,6 Prozent.

rechtzeitige Stabilisierungspolitik einsetzen würden. Die Analyse der Einflußnahme auf andere stabilisierungspolitische Bemühungen der Exekutive widerspricht dieser These nicht.

4. Schlußbemerkung

Die Prüfung der Verhaltensannahmen beschränkte sich auf exemplarische Fälle. Der vom institutionellen Arrangement ausgehende Ansatz hat sich jedoch insgesamt bewährt, da die hier abgeleiteten Hypothesen auch einer umfassenderen empirischen Konfrontation standgehalten haben⁴⁷. Die Verhaltensannahmen mögen im einzelnen noch „unbehauen“ wirken. Es dürfte aber einleuchten, daß die Feststellung, bei einer Stabilisierung über den Haushalt treffe für das Verhalten der Mehrheit der Minister die Konflikthypothese zu, zu einer Umorientierung der *fiscal policy* führen muß und daß die Erkenntnis, das schwächste Glied im stabilisierungspolitischen Wechselspiel nicht in institutionell bedingten Verzögerungen, sondern vornehmlich in der Entschlußkraft der Exekutive zu sehen, weitreichende Konsequenzen für die institutionelle Ausgestaltung der Stabilisierungspolitik hat. Erst wenn solche politischen Verhaltensannahmen berücksichtigt werden, haben wir die Gewißheit, daß — um ein vielzitiertes Wort zur Entstehung des StabWG abzuwandeln⁴⁸ — stabilisierungspolitische Konzepte nicht ständig ihre Regierungen suchen müssen.

⁴⁷ Joachim Starbatty, *Theorie und Praxis der Globalsteuerung. Konjunkturpolitische Konzepte unter dem Einfluß der politischen Willensbildung*, noch unveröffentlichte Habilitationsschrift, Köln 1974, passim.

⁴⁸ Karl Schiller (Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft, Tübingen 1966, S. 21): „Es wäre dann ein Gesetz entstanden, das sich seine Regierung sucht“.

Korreferat zu:
Stabilisierungspolitik im Wechselspiel zwischen
Exekutive, Legislative und organisierten Gruppen

Von *Hans Peter Widmaier*, Regensburg

In der Tat möchte ich nicht, wie der Vorsitzende selbst zu Beginn sagte „naiv-kritisch“ — Sie erinnern sich — an dieses Referat herangehen, sondern eher mit einem kritischen Ton und dabei versuchen, an die Diskussion anzuknüpfen, die wir heute morgen vor dem Kaffee geführt haben, weil ich glaube, daß in dieser Diskussion sehr viele Mißverständnisse aufgetaucht sind oder ungeklärt geblieben sind. Mißverständnisse, die meines Erachtens daher rühren, daß, wie Herr Starbatty sagte, Keynes zitierend, die Rezeption von Theorien 30 Jahre benötigt. Die Neue Politische Ökonomie ist halt erst zehn Jahre alt in ihrer neueren Variante, und wir brauchen vielleicht noch 20 Jahre, bis wir in der Bundesrepublik so weit sind, daß wir auf einer gemeinsamen Basis diskutieren.

Meine eigene Position diesbezüglich ist die der Rezeption der angelsächsischen Neuen Politischen Ökonomie im Sinne von Downs, Olson, Buchanan, Tullock und ihre Fermentierung mit europäischem Gedankengut sowohl der klassischen Nationalökonomie als auch anderem Gedankengut vor allem neuerer kritischer Provenienz. Das würde bedeuten, daß hier nicht einfach das angelsächsische System, wie der Vorsitzende eben sagte, in seiner eigenen Interpretation kritiklos übernommen wird, sondern versucht wird, die europäischen Realitäten in Rechnung zu ziehen.

Im Zusammenhang mit dem Referat von Herrn Starbatty ist es wichtig, daß er zu Beginn seines Referates in meines Erachtens sehr grober Weise mit einigen Grundannahmen der Neuen Politischen Ökonomie verfährt, deren Bedeutung aber gerade im Zusammenhang unserer hier zu führenden Diskussion entscheidend ist, und die ich deshalb in meiner Diskussion noch einmal aufgreifen werde, ohne — da Ihnen ja das Referat vorliegt — auf die inhaltlichen Untersuchungen Starbattys einzugehen, weil ich meine, daß wir, da er von den falschen Prämissen, von einer falschen Rezeption oder Verwerfung der Neuen

Politischen Ökonomie ausgeht, diese Prämissen erst einmal deutlicher diskutieren sollten.

Ich habe die Kritik in vier Punkten zusammengefaßt: einmal, daß die theoretische Reflexion, die hier versucht wird in Richtung eines Versuchs einer ökonomischen Erklärung von Staatstätigkeit, hinter einen Erkenntnisstand zurückfällt, wie er bereits in der englischen Klassik erreicht worden ist, wie etwa Lord Robbins in seiner Vorlesung über die Funktion des Staates in der klassischen englischen Ökonomie sehr deutlich zeigen konnte¹. Die sogenannte „Nachwächterrolle“ des Staates wird dort ja schon in sehr viel präziserer, konkreterer Art und Weise dargestellt: der Staat nicht als Nachwächter, sondern als sehr aktive, eingrenzende und Restriktionen setzende Kraft. Auch, meine ich, wird der Erkenntnisstand Schumpeters, etwa in seiner Arbeit zur Demokratieproblematik, meines Erachtens nicht rezipiert, sondern im Gegenteil zerstückelt, und das Referat wird Schumpeters umfassender Sicht nicht gerecht. Ich möchte dies auch mit einem Zitat belegen.

Schließlich basiert der Text auf einer Fehlinterpretation der Neuen Politischen Ökonomie als einer — das scheint mir ganz wichtig auch für die Diskussion, die wir bisher geführt haben — Kombination aus verhaltensspezifischen, verhaltenstheoretischen Annahmen über das Verhalten von Stimmbürgern, von Politikern, von Bürokraten, von Verbandsmitgliedern einerseits und den zugehörigen institutionellen Arrangements andererseits, d. h. konkret den Prozessen und Institutionen, wie Demokratie, Macht, Bürokratie und kollektivem Handeln als den vier großen Säulen, die hier eigentlich immer im Kontext gesehen und diskutiert werden sollten, wenn von Neuer Politischer Ökonomie gesprochen wird. Diese Sicht wird durchbrochen, wieder aufgegeben bei der Rezeption durch eine, wie ich meine, Dichotomisierung des verhaltensspezifischen Ansatzes einerseits und des institutionsspezifischen Ansatzes andererseits.

Das ist meines Erachtens der größte Mangel des vorliegenden Textes. Deshalb sind auch die Resultate entsprechend Mißdeutungen unterworfen. Ich möchte das an einigen Punkten konkretisieren, die der Autor selbst einleitend in einer kritischen Auseinandersetzung mit der politischen Ökonomie angeführt hat.

Einmal sein Verwerfen der Verhaltensannahme des homo oeconomicus, unserer klassischen Verhaltensannahme in der Ökonomie. Zu Beginn seiner Diskussion des Modells verwirft Starbatty dieses Modell auf der Suche nach einer politischen Theorie. Nun ist aber gerade die

¹ *Lionel Robbins*, *The Theory of Economic Policy*, in: *English Classical Political Economy*, London 1952, besonders Lecture II, *The Economic Functions of the State*, S. 34 ff.

Neue Politische Ökonomie eine ökonomische Theorie der Politik, d. h. ein Versuch, mit ökonomischen Phänomen politisches Verhalten zu erklären. Konkret: Dieses Modell hat sich in der Übertragung auf positivistische Erklärungsmodelle politischen Verhaltens, wie etwa bei Downs, Olson, Tullock, Buchanan, neuerdings bereits bewährt, freilich nicht zum Lobe der Politiker oder etwa eines Politikerbildes, wie es eben zitiert wurde und Keynes unterstellt wurde, nicht zum Lobe der Verhaltensweise der Politiker, aber auch nicht zum Lobe der Wähler.

Schließlich wird aber — das ist das Argument, das ich hier einbringen möchte — dieses Menschenbild nicht vom Theoretiker geprägt. Mit anderen Worten, wir können uns dieses Menschenbild, das in unseren gesellschaftlichen Institutionen geformt wird, nicht aussuchen. Das heißt, in der Neuen Politischen Ökonomie — das sollte man immer wieder heranziehen — ist bei allen Verhaltensweisen der verschiedensten Akteure — Politiker, Wähler, Stimmbürger und auch Bürokraten — ökonomisches, rechenhaftes, privatistisches Handeln unterstellt, als dominierend unterstellt. Politisch-soziales Handeln, das, was man sich normativ unter politischem Handeln vorstellen könnte, erscheint, wenn überhaupt, könnte man sagen, als eine Art Residualkategorie.

Ein kurzer Blick auf die Dogmengeschichte unseres Faches und die Dogmengeschichte des homo oeconomicus ist sehr interessant. Für Adam Smith beispielsweise ist dieses Menschenbild noch natürlich: Egoismus, Erwerbsstreben, der Hang zum Tausch sind für ihn natürliche Anlagen des Menschen. Es gibt daran nichts weiter auszusetzen, sie werden als gegeben hingenommen, wie später auch in der Axiomatik der Neoklassik, wenn auch nicht mehr als natürliche Anlagen des Menschen. Doch schon für John Stuart Mill ist die Formung der Motivationsstrukturen und Verhaltensweisen der Menschen das Resultat gesellschaftlicher Verhältnisse, des Zusammenspiels menschlichen Verhaltens auf der einen Seite und der institutionellen Bedingungen innerhalb der Machtprozesse, wie z. B. der Demokratieprozesse, der Bürokratieprozesse, des kollektiven Handelns und der Arbeitsprozesse. Die verschiedenen Sozialisationsprozesse in unserer Gesellschaft in Arbeit, Familie, Beruf und politischem Leben bedingen also diese menschlichen Verhaltensstrukturen und ihre Motivationsstrukturen wesentlich. In der Neoklassik gerinnt diese Einsicht zur Axiomatik des homo oeconomicus. Die Erkenntnis der Interdependenz der Ordnungssysteme durch Sozialisationsprozesse wird aufgegeben oder geht verloren.

Heute gewinnt die klassische Einsicht wieder an Aktualität, wenn man sie gleichsam der Neuen Politischen Ökonomie als eine Grund-

annahme unterlegt. Hier und jetzt ist die Handlungsweise der politischen Akteure weder natürlich noch kann sie axiomatisch vorausgesetzt werden. Sie ist vielmehr Resultat eines sich tendenziell verstärkenden, säkularen ökonomischen Lernprozesses oder Konditionierungsprozesses der Individuen im Rahmen der gesellschaftlichen Bedingungen. Ich kann in der Diskussion gern auf diese Frage noch eingehen.

Wichtig ist es hier, festzuhalten, daß diese Verhaltensstrukturen im ökonomischen Sektor geprägt werden und sich im politischen Sektor weiter fortsetzen, so daß die Produktion privater Güter ähnlichen Bedingungen von der Verhaltensstruktur der jeweiligen sich Verhaltenden unterworfen ist wie im politischen Sektor. Die Produktion von Waren ist vergleichbaren Bedingungen unterworfen wie die Produktion politischer Güter, wie ich es nennen möchte, die Produktion von Politik; immer jedoch abhängig von der Organisation des spezifischen Wirtschaftsablaufs. Das ist die erste grundlegende Annahme der Neuen Politischen Ökonomie.

Die zweite Annahme, die daraus folgt, ist die des Ausschaltens des innerparteilichen Konflikts, also des Intraparteienkonflikts. Auch hier geht Herr Starbatty davon aus, daß die Annahme falsch ist.

In der Neuen Politischen Ökonomie wird die Homogenitätshypothese unterlegt, etwa bei Downs. Der Intraparteienkonflikt wird ausgeschaltet. Das ist nichts anderes als eine Neuformulierung der alten Erkenntnis, die Robert Michels in den 20er Jahren in seiner Soziologie des Parteiwesens in der These der Oligarchisierung der großen Parteien, seinerzeit dargestellt an der Sozialdemokratischen Partei Deutschlands, dargelegt hat. Wir sehen diese Entwicklung heute bestätigt, etwa im Problem der Judos und Jusos.

Schließlich meint der Autor: Schumpeter kümmere sich nicht um die Motivation, die hinter politischen Antrieben sich verbergen mag. Genau das Gegenteil ist der Fall. Sie können es bei Schumpeter selbst nachlesen und sich noch einmal verdeutlichen. Das ist genau das, was etwa im homo-oeconomicus-Modell angesprochen wird.

Ein drittes Element ist das hier wieder hervorgeholte Argument der oligopolistischen Struktur des Parteienmarktes, die Herr Zohlhöfer deutlich herausgearbeitet hat und wo in Anknüpfung an die bisherige Diskussion sehr deutlich werden muß, daß mit dieser Oligopolisierung, dieser Tendenz zum Zweiparteiensystem, sich auch eine Konvergenz der Ideologien angedeutet hat, die genau dem Verhalten der Stimmbürger entgegenkommt mit all den entsprechenden Folgen, wie sie heute in der Diskussion um die Produktion politischer Güter angedeutet wurden.

Das als eine Gegenposition zu der von Herrn Starbatty vorgetragenen Position: eine andere Form des Verständnisses der Neuen Politischen Ökonomie, ein anderer Weg des Verständnisses des Zusammenhangs zwischen politischen Prozessen und ökonomischen Prozessen und ihrer Interdependenz in den vier Teilbereichen, wie ich sie Ihnen als Grund-säulen unseres parlamentarisch-demokratischen Systems dargestellt habe.

Diskussion

Werner Zohlhöfer (Dortmund):

Ich möchte einen Einwand, den Herr Widmaier schon angesprochen hat, kräftig unterstreichen. Auch mir scheint, daß Herr Starbatty sich keinen guten Dienst damit erwiesen hat, daß er am Anfang seines Referats die Neue Politische onomie ad acta legte. Ich will die Konsequenzen für sein Referat an einem Beispiel verdeutlichen: Starbatty zeigt sich überrascht, daß der Finanzminister im Gegensatz zu den anderen Ministern nicht die sogenannte „free-rider-position“ einnimmt. Hätte Starbatty in den Kategorien der Neuen Politischen onomie gedacht, statt sie zu verwerfen, hätte er das Verhalten des Finanzministers zutreffend prognostiziert, und zwar aus folgenden Gründen: Die fundamentale Prämisse der Neuen Politischen onomie besagt, daß auch das Verhalten politischer Entscheidungsträger primär durch deren private Ziele motiviert ist. Ein ehrgeiziger Politiker wird als Kabinettsmitglied daher bestrebt sein, die ihm übersetzte Aufgabe möglichst gut zu erfüllen, um sich auf diese Weise politisch zu profilieren. Die Aufgabe des Finanzministers aber ist es nun einmal, die öffentlichen Finanzen in Ordnung zu halten. Die anderen Minister sind dagegen aus der gleichen Motivation heraus in aller Regel bestrebt, im Interesse einer wirksamen Erfüllung der ihnen übersetzten Aufgaben einen möglichst großen Teil der verfügbaren Finanzmasse an sich zu ziehen. So läßt sich der allgemein beobachtbare built-in-Konflikt im Kabinett durchaus plausibel erklären. Was Starbatty überrascht, und er letztlich auch nicht zu erklären vermag, ist aus der Sicht der Neuen Politischen onomie von vornherein zu erwarten. Aus institutionellen Gesichtspunkten allein läßt sich eben keine brauchbare Theorie konstruieren. Was demgegenüber das Erklärungspotential der Neuen Politischen onomie im wesentlichen ausmacht und begründet, ist meines Erachtens gerade die Tatsache, daß sie in Analogie zur bisherigen Theoriebildung in der onomie vorgeht: Das heißt, sie setzt Verhaltenspramissen und unterstellt dann Bedingungen, unter denen sich der einzelne rational im Sinne seiner Motivation verhält, um daraus dann die Funktionsweise politischer Prozesse zu erklären.

Hubert Voigtländer (Bonn):

Ich möchte einerseits einige Anmerkungen zu den Ausführungen machen, die Herr Starbatty zum Thema „Willensbildung und Entschei-

dungsprozeß innerhalb der Exekutive, also der Bundesregierung, und in der Abstimmung zu der Regierungskoalition bzw. den Fraktionen“ gemacht hat, und andererseits zum Willensbildungs- und Entscheidungsprozeß im Parlament, d. h. innerhalb der Fraktionen. Ich glaube, daß Herr Starbatty es sich, was den ersten Gesichtspunkt angeht, etwas zu leicht macht, wenn er meint, mit der Anwendung der Richtlinienkompetenz des Regierungschefs sei das Problem gelöst. Denn gerade diese Richtlinienkompetenz, die das Grundgesetz der Bundesrepublik vorsieht, ist ja problematisch und ist deshalb auch nie in dieser Form, wie Herr Starbatty es aufzeigt, angewandt worden, und zwar von keinem Bundeskanzler, selbst nicht von dem Bundeskanzler, als die jetzige Opposition die absolute Mehrheit im Parlament hatte. Die Ursache dürfte meines Erachtens darin zu sehen sein, daß jeder Bundeskanzler, ganz gleich welcher Couleur, in ein sehr vielfältiges Meinungs- und Willensbildungsspektrum bzw. -gefüge eingebunden ist und sehr schwer in der Lage ist, von der Richtlinienkompetenz, ich will einmal sagen: in reiner Form, Gebrauch zu machen. Es wird immer ein sehr schwerfälliger Prozeß sein.

Was die zweite Frage angeht, so möchte ich darauf hinweisen, daß die Behauptung, daß das Parlament Regierungsvorschläge auf Grund des Stabilisierungsgesetzes nicht blockiert habe, nicht zutreffend ist. Denn sehr viele Vorschläge der Regierung „sterben“ ja schon im Vorfeld der Formulierung eines Gesetzentwurfes bzw. einer Verordnung. Das heißt, nicht erst in dem Moment, wenn die Regierung einen Gesetzentwurf oder eine Rechtsverordnung einbringt, vollzieht sich ein Willensbildungsprozeß im Parlament, sondern schon auf dem Vorwege. Die Regierung muß deshalb bemüht sein, sich auf diesem Vorweg eine Mehrheit zu sichern, sonst läuft sie Gefahr, selbst bei den eigenen Fraktionen blockiert zu werden. Nicht nur die Opposition ist, wenn man so will, der Gegenspieler der Regierung, sondern auch die Regierungsfaktionen selbst, zwar in unterschiedlichem Umfang, aber immerhin ist diese Tendenz vorhanden.

Was den Willensbildungsprozeß innerhalb der Fraktionen angeht, so ist die Annahme unrealistisch, daß sich durch den Beratungsgang im Parlament keine Handlungsverzögerungen ergeben bzw. ergeben haben. Man kann das Beispiel, das Sie hinsichtlich des rückzahlbaren Konjunkturzuschlags geben, sogar als ein typisches Beispiel dafür nennen, das die These bestätigt, daß Verzögerungen gerade von dort ausgehen. Denn nicht die Präponderanz der Regierung ist hier das Dominierende gewesen, sondern hier hat sich gerade gezeigt, daß die Regierungsfaktionen, hierbei insbesondere die stärkste Fraktion, nicht bereit war, den Zielvorstellungen der Bundesregierung zu folgen. Sie haben gesagt: Überlegt euch das noch einmal, dann wollen wir darüber entscheiden.

Das heißt, es kam dadurch eine Verzögerung zustande. Ich meine, das widerlegt die Hypothese von der stetigen Präponderanz der Exekutive. Das Parlament und insbesondere die Regierungsfractionen haben dies auch in den verschiedenen Koalitionen seit 1949 in der Bundesrepublik bewiesen. Nicht zuletzt ist als ein Beispiel hierfür der Sturz Ludwig Erhards in den 60er Jahren zu nennen. Denn dieser wurde nicht von „außen“ oder seitens der damaligen Opposition, sondern innerparteilich, d. h. innerhalb der damaligen Regierungskoalition vollzogen.

Erich Streißler (Wien):

Institutionelle Verzögerungen können natürlich sehr verschiedener Art sein. Sie müssen nicht der klassischen parlamentarischen Handlungsverzögerung entsprechen. Die österreichische Erfahrung zeigt, daß dort die zentrale Verzögerung etwa in den Begutachtungsrechten der Kammern und Verbände liegt. Vielleicht können wir uns darauf einigen: Herr Starbatty hat uns gezeigt, daß es in notverordnungsreifen Situationen zu einer Ausschaltung solcher Verzögerungen der Gesetzwerdung kommen kann.

Emil Küng (St. Gallen):

Meine Damen und Herren, ich muß mich dafür entschuldigen, daß ich die Papiere nicht gelesen habe. Ich hatte mich bei einer anderen Arbeitsgruppe angemeldet, aber gefunden, daß die dort vorgelegten Papiere so langweilig sind, daß ich mich besser hier aufhalte.

Ich möchte aber die Diskussion insofern auf ein anderes Geleise lenken, als mir scheint, daß diese Lags, über die hier diskutiert wird, wenig bedeutungsvoll sind in einer Zeit, da wir es bei der Inflationsproblematik mit einer Dauererscheinung zu tun haben. Inflation als Dauererscheinung, die eine dauernde Bekämpfung erfordert, ist nicht davon abhängig, daß kurzfristig reagiert wird, sondern davon, daß langfristig und auf die Dauer reagiert wird. Dann spielen die Lags keine Rolle. Sind unsere Organisationen, unsere Institutionen, unsere Verbände, unsere Parteien, ist unser gesamtes sozio-politisches System imstande, erstens das Problem in seiner ganzen Komplexität zu erfassen, ist z.B. die Wissenschaft weit genug fortgeschritten, um die neue Natur des Inflationsproblems richtig zu diagnostizieren? Ich behaupte, wir sind nicht so weit. Zweitens, ist unsere politische Organisation imstande, genügend Innovationsfähigkeit aufzubringen, um diesen neuen Problemen gerecht zu werden? Es geht um die Lernfähigkeit und Anpassungsfähigkeit unseres ganzen Systems. Wenn sie nicht gegeben sein sollte, würde ich für die Zukunft ziemlich schwarz sehen,

wenn wir davon ausgehen müßten, daß die Inflation sich noch beschleunigen sollte.

Erich Streißler (Wien):

Ich habe das Referat von Herrn Starbatty etwas anders aufgefaßt. Unser Arbeitskreis heißt „Politische Prozesse zur stabilisierungspolitischen Zielfindung“. Ich dachte, Herr Zohlhöfer sollte über die schleichende Inflation sprechen und Herr Starbatty über die konjunkturelle Stabilisierung. Er sollte also vornehmlich kurzfristige Aufgabestellungen behandeln.

Unsere heutige Inflation ist sozusagen ein Wachstumsphänomen, ein langfristiges Phänomen, kein konjunkturelles Problem. Das Wort „Stabilisierung“, wie schon angedeutet, schillert so, daß wir einerseits eine kurzfristige wirtschaftspolitische Aufgabe darunter subsumieren wollen, andererseits den Versuch, den langfristigen Anstieg des Preisniveaus unter eine gewisse Schranke zu drücken. Um diesen unterschiedlichen Aufgaben gerecht zu werden, bedarf es sicherlich vollkommen verschiedener Prozesse.

Werner Zohlhöfer (Dortmund):

Herr Küng, vielleicht ist das alles gar nicht so weit voneinander entfernt, weil natürlich diese anhaltende Inflation letztlich auch durch den gleichen politischen Prozeß bewältigt werden muß, der durch Strukturen und Verhaltensmuster gekennzeichnet ist, die auch im Referat von Herrn Starbatty angesprochen werden. Ich persönlich würde das Referat — mit der Einschränkung, die ich schon gemacht habe — so interpretieren, daß es weitgehend verschiedene allgemeine Tendenzen, die ich herauszuarbeiten versuchte, bestätigt. Ich habe das Referat nicht gekannt, und Herr Starbatty hat meines nicht gekannt. Sie sind völlig unabhängig voneinander entstanden. Trotzdem weisen sie auf die großenteils gleichen politischen Schwierigkeiten der Inflationsbekämpfung. Insofern sind wir immer noch auf der gleichen Fährte. Ich weiß nicht, wann Sie gekommen sind. Aber wir haben schon vorhin in den ersten eineinhalb Stunden versucht, diese grundlegenden Fragen zu behandeln.

Wolfgang Baumann (Köln):

Zu Herrn Küng: Sie sagten, daß man bei diesem Phänomen „Inflation“, mit dem wir es zu tun haben, langfristig angelegt handeln muß und daß kurzfristiges Handeln nicht geeignet sei. Ich möchte hier einen Einwand machen. Wenn wir diese Inflation, von der wir in der Bundes-

republik sprechen, datieren wollen, kann man sagen: Ausbruch ungefähr 1969. Es fing zwar mit der Lohnexplosion an, aber es gingen auch Versäumnisse voraus. Genau auf diese Versäumnisse will ich abstellen und fragen: Wäre es damals nicht nützlich gewesen, kurzfristig zu handeln, wenn es z. B. Revisionsklauseln in Tarifverträgen gegeben hätte, die man schnell hätte in Aktionen umsetzen können? Die Frage ist berechtigt: Liegt der Inflation wesentlich — es gibt einige Gründe für die Annahme dieser Hypothese — ein verschärfter Verteilungskampf zugrunde, der nützlich auch unter andere Bedingungen gestellt ist, bestimmte Bedingungen, unter denen er sich verwirklichen kann? Aber wenn diese Hypothese stimmt, dann hätte man mit derartigen Mitteln auch kurzfristig handeln können.

Die ganzen Annahmen der Neuen Politischen Ökonomie sind neues Gedankengut, mit dem man sich auseinandersetzen muß. „Institutional lags“ reichen sicher nicht als Begründung für diese Inflation aus. Wenn aber diese „institutional lags“ von einer Quantität — einer bestimmten Anhäufung solcher Lags — zu einer Qualität werden, ändert sich das Bild. Ist dann nicht der „institutional lag“ so systemimmanent, daß er doch ein bestimmendes Element sein kann?

Erich Streißler (Wien):

Ich habe einer langfristigen Antiinflationpolitik schon lange das Wort geredet. Im Hinblick auf die Aspekte, die die Neue Politische Ökonomie betont, ist eine solche freilich besonders schwer durchsetzbar. Die österreichische Situation — die Bundesrepublik und die Schweiz haben ähnliche Situationen — ist die, daß die stärkste Geldschöpfung durch Zahlungsbilanzüberschüsse in der Rezession entsteht. Daher müßte langfristige Antiinflationpolitik bedeuten: präventive Geldabschöpfung in der Rezession. Wie bringen Sie das aber als Politiker an den Mann?

Harald Scherf (Hamburg):

Ich wollte eine Frage an Herrn Widmaier stellen, damit er seine These noch etwas klarer macht. Wir werden nicht leugnen, daß es die Phänomene, die Herr Starbatty erwähnt hat, gibt. Es gibt mangelnde Entschlußkraft, und wir wissen alle, daß unsere politische Struktur sich nicht gerade dadurch auszeichnet, daß sie an die Spitze der Parteien und an die Entscheidungsinstitutionen der Parteien besonders entscheidungskräftige Menschen stellt, nicht einmal besonders qualifizierte. Das Auswahlssystem ist weniger qualifiziert als das Auswahlssystem, das sonst in der Wirtschaft üblich ist. Wenn Sie aber von der Dominanz der wirtschaftlichen Verhältnisse sprechen im Sinne der Neuen Politi-

schen Ökonomie — oligopolistische Struktur —, dann möchte ich doch verstehen, warum es ganz unmöglich ist, Verfahrensweisen etwa der Prüfung der Qualifikation von Menschen, wie sie in der Wirtschaft überall üblich sind, in den politischen Bereich zu übernehmen. Es ist doch gar keine Frage, daß auch bei oligopolistischer Konkurrenz, gerade bei oligopolistischer Konkurrenz in sehr großen Unternehmungen sehr weitreichende, wirklich radikale Entscheidungen fallen und schnell fallen. Das Management etwa von General Motors ist eine einzige Geschichte, die das belegt.

Ich möchte gern noch eine Erklärung haben, wie die Phänomene, die Herr Starbatty aufgezeigt hat, die nicht bezweifelbar sind und die man noch weiter vertiefen kann, im Sinne der Neuen Politischen Ökonomie erklärt werden können. Ich würde meinen, wenn diese Dominanz der ökonomischen Strukturen, wie sie vorgestellt wird, gilt, dann müßte man solche Konkurrenzmechanismen, solche Auswahlmechanismen, solche Leistungsmechanismen auch auf die Parteien übertragen können. Dann könnte es nicht zu diesem massiven Leistungsversagen der Politiker kommen. Die gibt es, die lassen sich nicht wegdiskutieren.

Hans Peter Widmaier (Regensburg):

Ich bin Ihnen sehr dankbar, Herr Scherf, daß Sie um eine Konkretisierung gebeten haben. Ich glaube, daß die Konkretisierung darin liegen kann — wie das Herr Zohlhörer sehr deutlich gemacht hat —, daß sich im politischen Bereich ähnliche Konzentrationsprozesse vollziehen — wie Tendenz zum Zweiparteiensystem, Konvergenz der Ideologien der großen Massenparteien, Volksparteien, wie sie sich heute darstellen —, wie wir das auch im ökonomischen Bereich kennen, bis hin zum Monopol. Wir finden hier also sozusagen eine Fortsetzung der ökonomischen Phänomene im politischen Bereich, durchaus auch im negativen Sinne.

Was die einzelnen Parteien betrifft, so habe ich das innerparteiliche Problem zusammenzufassen versucht — konnte es aber nicht ausführen — in der Formel Robert Michels' von der Oligarchisierung der Parteien. Das heißt konkret eben nicht Leistungswettbewerb, nicht Transparenz, sondern Dezisionismus an der Spitze und Verzerrung von Informationen von oben nach unten, mangelnde innerparteiliche Demokratie usw. Das sind negative Tendenzen innerhalb der Parteien, die genau das verhindern, von dem Sie meinen, daß es auftreten müßte, wenn eine Ökonomisierung des politischen Lebens eintritt. Das ist das, was Herr Zohlhörer in der Tendenz zu fassen versucht. Er sagt — wenn ich ihn recht verstanden habe —: Hier setzen sich im verbandspolitischen Bereich, also im kollektiven Handeln, aber auch im demokratischen Be-

reich und im bürokratischen Bereich die negativen Tendenzen fort, wie wir sie auch auf dem ökonomischen Sektor gesehen haben, so daß der Kompensationseffekt, den wir uns von dem politischen System immer erwartet haben, zur Korrektur von Marktineffizienzen etwa, gar nicht stattfindet, sondern eher ein kumulativer Prozeß oder, wie es Herr Zohlnhöfer ausgedrückt hat, ein zentrifugaler Prozeß abläuft, wobei ich nicht genau weiß — vielleicht kann das Herr Zohlnhöfer noch kurz sagen —, wohin die Fuge geht, wohin die Tendenz der zentrifugalen Kräfte gehen wird.

Werner Zohlnhöfer (Dortmund):

Ich würde nur gern in Ergänzung dessen, was Herr Widmaier zu Herrn Scherf gesagt hat, etwas bemerken. Herr Scherf, ich glaube, Sie haben eines der grundlegendsten Probleme überhaupt angesprochen, nämlich die Rekrutierung politischer Führungspersönlichkeiten. Die Politikwissenschaft hat die besondere Bedeutung dieses Problems längst erkannt, und aus der Sicht der Neuen Politischen Ökonomie kann ich das nur bestätigen. Die Bedingungen, unter denen bei General Motors als Beispiel für das Großunternehmen, vor allem die Publikumsgesellschaft, einerseits und im politischen Prozeß andererseits Führungspersonal rekrutiert wird, sind fundamental verschieden. Während ein relativ sehr kleines Aufsichtsorgan für General Motors oder andere Publikumsgesellschaften einen Vorstand praktisch autonom bestimmen kann, ist es bei der Wahl der politischen Führung gleichsam umgekehrt: Sie muß einer Vielzahl von Wählern akzeptabel erscheinen und daher zahlreichen Restriktionen genügen, um den nötigen Konsens hinter sich zu bringen. Deshalb besteht in diesem Rekrutierungssystem die Gefahr, daß besonders kompromißbereite und möglicherweise führungsschwache Persönlichkeiten vorrangig zum Zuge kommen. Dabei gibt es natürlich auch Ausnahmen. Aber ich glaube, aufs ganze gesehen liegt hier ein fundamentaler Unterschied vor.

Joachim Starbatty (Köln):

Ich möchte zu zwei Diskussionsbeiträgen Stellung nehmen, und zwar zu Herrn Widmaier und zu Herrn Voigtländer. Ich habe mich gegen Herrn Widmaier zu wehren und Herrn Voigtländer zu ergänzen. Herr Widmaier, ich fühle mich durch ihren Beitrag nicht widerlegt. Wahrscheinlich liegt das daran, daß Sie Ihre Thesen nur abrißartig vortragen konnten, ohne den entsprechenden Beweis zu liefern. Vielleicht können wir darüber in eine schriftliche Diskussion eintreten. Ich habe Schumpeter sehr sorgfältig analysiert, allein weil ich wußte, daß Sie auf Schumpeter in mehreren Veröffentlichungen Bezug genommen haben,

und insofern wußte, woher Ihr Angriff kam. Ich habe daraufhin die Belegstellen noch einmal geprüft und nicht festgestellt, daß ich widerlegt wurde. Aber vielleicht können wir das schriftlich machen.

In der Tat halte ich den Downsschen Ansatz für einen Holzweg. Ich meine das nicht negativ, sondern ich beziehe mich hier auf Heidegger, der Holzwege als Wege bezeichnet, auf denen Waldarbeiter ihr Holz abtransportieren. Wenn man diesen Wegen folgt, lernt man die Struktur und das Gelände eines Waldes sehr gut kennen. Nur zu dem Ziel, das man sich gesetzt hat, kommt man nicht, nämlich zur Erklärung politischer Wirklichkeit. Das ist genauso, als wenn Sie einem Studenten der Wirtschaftswissenschaft den Henderson-Quandt in die Hand drücken und sagen: Damit kannst du betriebliche Prozesse erklären und damit kannst du auch betriebliche Politik machen. Wir müssen hier genau unterscheiden zwischen Mikroökonomik und angewandter Betriebswirtschaftslehre. Insofern würde ich auch unterscheiden zwischen Mikroökonomik, der politischen Theorie und angewandter Politikwissenschaft. Ich halte es bei der Analyse realer politischer Prozesse für günstiger, sozusagen den angewandten Weg zu beschreiten.

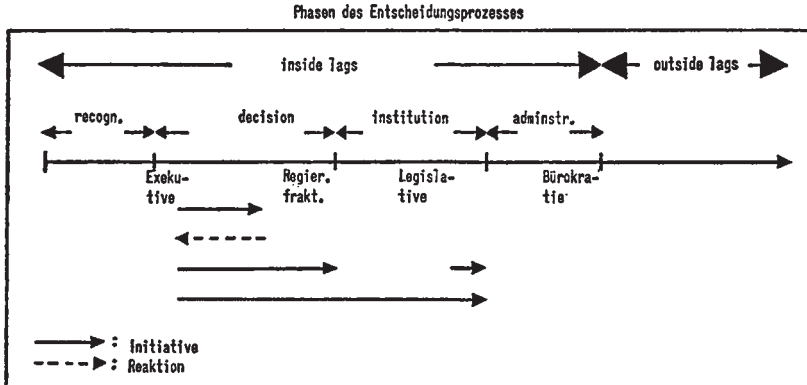
Nun haben Sie besonders auf den homo oeconomicus abgestellt. Dazu habe ich natürlich auch Verhaltensforscher gelesen. Als Repräsentanten darf man wohl Herbert Simon heranziehen. Er hat ganz klar herausgearbeitet, daß die Wissenschaft die Annahme des Gewinn maximierenden Unternehmers als ziemlich verfehlt ansieht. Wir können den homo oeconomicus ja etwas weiter fassen und sagen: Es ist nicht nur die Geldeinheit, es ist nicht nur das Prestige, es ist vielleicht auch die Freude an der persönlichen Bestätigung, die Freude an der Leistung, die es zu maximieren gilt. Aber wenn wir den Begriff so weit fassen, dann wird er zur Leerformel, weil man dann auch Politiker einbezieht, die auf die Wiederwahl verzichten, um bestimmte, sagen wir: Blut-und-Tränen-Programme durchzusetzen, einfach aus der Genugtuung heraus, eine bestimmte politische Leistung erbracht zu haben. Downs leugnet das auch nicht. Er sagt: Das Eigennutz-Axiom umfaßt auch den altruistischen Politiker, der auf die Realisierung seines „Eigennutzes“ verzichtet. Wenn ich die Formel so weit fasse, ist sie natürlich zur Erklärung politischer Prozesse wertlos geworden. Aber vielleicht interpretiere ich Downs etwas überspitzt, und ich bin gern bereit, mich da belehren zu lassen.

Dann zu Ihnen, Herr Zohnhöfer, da Sie in die gleiche Kerbe geschlagen haben. Downs kennt als Parteien nur Parteikonstrukte, die wie eine „Einzelperson“ handeln. Er kennt also nicht die Konflikte, die innerhalb von Fraktionen und innerhalb von Parteien auftreten können. Genau darum geht es mir: die innerparteilichen Kämpfe zu erklären.

Nicht ich war überrascht, sondern Herr Downs müßte überrascht sein, daß der Finanzminister sich gegen seine Kabinettskollegen stellt.

Herr Voigtländer, ich teile weitgehend das, was Sie gesagt haben. Ich habe nur gemeint: Der Bundeskanzler hat es leichter, wenn er sich auf seine Richtlinienkompetenz stützen und damit auch die stabilisierungspolitische Option in eine bestimmte Richtung lenken kann. Daß das kein Allheilmittel ist, ist mir klar. Die Richtlinienkompetenz gibt ihm nur die Möglichkeit, etwas zu verwirklichen. Ob das in die Tat umgesetzt wird, hängt von der Kraft des jeweiligen Politikers und von der Zusammensetzung des Kabinetts ab. Aber aus institutioneller Sicht kann man nur so den Rücken des verantwortlichen Regierungschefs stärken.

Dann zu der kleinen Kontroverse hinsichtlich des „institution lag“. Normalerweise klassifiziert man Handlungs- und Wirkungsverzögerungen wie folgt: „recognition lag“, „institution lag“, „outside lags“. Das ist die übliche Klassifizierung. Mir schien es wichtig, innerhalb des „institution lag“ zu differenzieren, nämlich einmal zwischen dem „decision lag“, also der Zeitspanne, die vergeht, bis man zu bestimmten Initiativen gekommen ist, und dem „lag“, der vergeht, bis man einen Entschluß, eine Initiative durch das Parlament gebracht hat.



Meine Auffassung war: Wenn ein Entschluß einmal im Parlament eingebracht ist, dann kann das sehr schnell ablaufen. Das ist bei allen Gesetzesinitiativen oder Verordnungen, die während meiner Referenzperiode (1968 - 1973) im Parlament eingebracht wurden, bestätigt worden. Es ist in aller kürzester Zeit, manchmal sogar in drei Tagen, über die Bühne gegangen, nicht nur einmal, sondern mehrmals. Der „decision lag“ umfaßt sowohl die Entscheidungsfindung des Kabinetts wie auch die Abstimmung mit den Regierungsfractionen. Das ist das entschei-

dende Stadium. Hier kann es natürlich Verzögerungen geben. Aber diese Verzögerungen sind nicht dem parlamentarischen Beratungsgang anzulasten. Sie rühren daher, daß die Exekutive sich mit den Regierungsfractionen über bestimmte Maßnahmen nicht schlüssig geworden ist.

Der Fall, auf den Sie anspielten, nämlich der Konjunkturzuschlag Anfang des Jahres 1970, lief ja so, daß das Kabinett als solches sich nicht einig war. Der Wirtschaftsminister hat durch öffentliche Erklärungen das Kabinett festzulegen versucht. Das Kabinett hat unentschieden, hinhaltend reagiert. Daraufhin hat der Vorsitzende der größeren Koalitionsfraction die Situation der Führungslosigkeit beendet, indem er kategorisch sein Nein erklärt hat. Ich will nicht bestreiten, daß im „decision lag“ die entscheidenden Handlungsverzögerungen liegen. Mir ging es nur darum zu zeigen, daß das Vor-Urteil in der wissenschaftlichen Literatur, daß die Handlungsverzögerung im „institution lag“ zu suchen sei, nicht korrekt ist.

Erich Streißler (Wien):

Wir kommen zum letzten Referat. Ich möchte diesem ein kurzes Vorwort vorausschicken, da es zumal einem Deutschen schwerfällt, das österreichische Staatsverständnis zu begreifen. Was ist Staat? Unsere deutschen Kollegen geben gerne eine Antwort, die die Verbände dem Staat kontradiktorisch gegenüberstellt. In Österreich ist das weitgehend nicht der Fall. Um ein berühmtes Wort zu plagiiieren —: In Österreich erscheint der Staat als das Exekutivkomitee der herrschenden Verbände.

Dem entspricht auch die Soziologie der österreichischen Bürokratie. Inzwischen ist die Verbändebürokratie soziologisch zur Spitze der Gesamtbürokratie Österreichs geworden (was die Verbändebürokraten vielleicht noch nicht so sehr sehen wie die Außenstehenden), so daß also auch die staatstragende Rolle einer Staatsbürokratie nicht mehr im früheren Maße vorhanden ist.

Stabilisierungspolitik und Wirtschaftspartnerschaft am Beispiel Österreichs

Von *Thomas G. Lachs*, Wien*

1. Die stabilisierungspolitischen Erfolge Österreichs

1.1 Der Erfolg oder Mißerfolg jeder Stabilisierungspolitik hängt auch weitgehend vom autonomen Verhalten der Arbeitgeber und Arbeitnehmer ab. Dabei wird es immer schwieriger, ein bestimmtes Verhalten der Wirtschaftspartner durch staatliche Normgebung gegen den Willen der Betroffenen zu erzwingen. Um so wichtiger ist es daher, eine freiwillige Mitarbeit der Wirtschaftspartner bei jedweden Stabilisierungsbemühungen zu erlangen. In Österreich gibt es ein gut ausgebautes System der Zusammenarbeit zwischen den Wirtschaftspartnern und ihrer Integration in die gesamte staatliche Wirtschaftspolitik. Aus diesem Grunde gilt Österreich als interessanter Modellfall für ein System der wirtschaftspolitischen Entscheidungsfindung unter Einschluß der Wirtschaftspartner.

1.2 Auf dem Gebiet der Konjunkturpolitik ist Österreich in den letzten Jahren, im internationalen Vergleich gesehen, relativ erfolgreich gewesen. Seit Anfang der sechziger Jahre waren die Konjunkturschwankungen deutlich weniger stark ausgeprägt als in den meisten anderen westeuropäischen Industriestaaten; seit 1969 ist eine ununterbrochene Periode der Hochkonjunktur mit voller Auslastung der Kapazitäten der österreichischen Volkswirtschaft zu verzeichnen. Im Durchschnitt der gesamten Periode konnte ein Wirtschaftswachstum erreicht werden, das in Europa zur absoluten Spitze zählt.

1.3 Dennoch ist es gelungen, gerade in diesem Zeitraum auf dem Gebiet der Preissteigerungen deutlich unter dem europäischen Durchschnitt zu liegen; in den letzten Jahren gehörte Österreich gemeinsam mit der Bundesrepublik Deutschland und Belgien zu den Staaten mit

* Geboren am 22. Juli 1938 in Wien. Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Wien und Princeton. 1961 Promotion zum Dr. jur. der Universität Wien. 1961 - 1965 Mitglied der kommerziellen Direktion der Oesterreichisch-Alpinen Montangesellschaft AG. Seit 1965 Mitarbeiter im wirtschaftspolitischen Referat des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, ab 1969 als Abteilungsleiter.

dem geringsten Preisauftrieb. Dieser Erfolg ist um so höher zu bewerten, wenn man bedenkt, daß Österreich ein stark außenhandelsabhängiges Land ist und daß gerade in diesem Zeitabschnitt (nämlich am 1. Januar 1973) die Mehrwertsteuer in Österreich eingeführt und dabei die indirekte Steuerbelastung vielleicht sogar geringfügig erhöht wurde.

1.4 Neutrale Beobachter kommen immer wieder zu dem Schluß, daß das in Österreich praktizierte System der Wirtschaftspartnerschaft eine der wesentlichen Ursachen dieser günstigen Entwicklung darstellt¹. Dementsprechend ist auch das internationale Interesse an Konstruktion und Funktionsweise dieser Wirtschaftspartnerschaft deutlich angestiegen. In diesem Beitrag soll nun versucht werden, das System der österreichischen Wirtschaftspartnerschaft darzustellen und seinen Beitrag zur Stabilisierungspolitik des Landes zu analysieren. Dabei muß von vornherein einem weitverbreitetem Mißverständnis entgegengetreten werden: Die Wirtschaftspartner in Österreich sind zwar auch auf dem Gebiet der Einkommenspolitik tätig, ihre Aktivitäten gehen aber über diesen engen Bereich weit hinaus und erfassen die gesamte Wirtschaftspolitik.

2. Die Organisationen der Wirtschaftspartner²

2.1 Um dieses System zu verstehen, muß man vorerst einen groben Überblick über die Bedeutung und Organisationsform jener Organisationen gewinnen, die auf seiten der Arbeitnehmer und der Arbeitgeber am System der Wirtschaftspartnerschaft beteiligt sind. Auf Unternehmerseite sind dies die Kammern der gewerblichen Wirtschaft und bis zu einem gewissen Grad die Industriellenvereinigung sowie die Landwirtschaftskammern; auf Arbeitnehmerseite der Österreichische Gewerkschaftsbund und die Arbeiterkammern.

2.2 Die Kammern der gewerblichen Wirtschaft.

2.2.1 Die Kammern der gewerblichen Wirtschaft sind in Österreich Körperschaften des öffentlichen Rechtes. Mitgliedschaft und Beitragszahlung sind gesetzlich verpflichtend vorgeschrieben. Die Kammern der gewerblichen Wirtschaft sind sowohl regional als auch funktionell gegliedert. Regional gibt es in jedem der neun Bundesländer Österreichs eine Kammer der gewerblichen Wirtschaft und als Dachorganisation die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Funktionell ist jede der Kammern in Sektionen geteilt, und zwar jeweils in eine

¹ Vgl. *Hannes Suppanz* und *Derek Robinson*, *Prices and Incomes Policy, The Austrian Experience*, OECD, Paris 1972.

² Vgl. *Theodor Pütz*, *Verbände und Wirtschaftspolitik in Österreich*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Band 39, Berlin 1966.

Sektion für Industrie, Gewerbe, Handel, Fremdenverkehr sowie Geld- und Kreditwesen. Jede der Sektionen ist ihrerseits noch vielfach untergliedert.

2.2.2 Die Organe der Kammern der gewerblichen Wirtschaft werden durch direkte Wahlen auf unterster Ebene der jeweiligen Untergliederungen bestellt. Von dieser untersten Ebene erfolgt die Wahl der Funktionäre der größten Gliederungen in Form indirekter Wahlen bis zur Spitze, dem Präsidium der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft. Bei den Wahlen auf unterster Ebene gilt ein Listenwahlrecht, wobei die Listen in der Regel von den politischen Parteien gestellt werden.

2.2.3 Die überwältigende Mehrheit aller Mandate in den Kammern der gewerblichen Wirtschaft wird von der großen bürgerlichen Partei Österreichs, der Österreichischen Volkspartei, bzw. deren Unternehmerorganisation, dem Österreichischen Wirtschaftsbund, gestellt. Daneben kommt dem Sozialistischen Freien Wirtschaftsverband lediglich untergeordnete Bedeutung zu. Die Spitzenfunktionäre der Bundeskammer und der neun Landeskammern sind fast ohne Ausnahme gleichzeitig politische Funktionäre der Österreichischen Volkspartei. Auch die Spitzenvertreter des Sozialistischen Freien Wirtschaftsverbandes in den Kammern der gewerblichen Wirtschaft bekleiden innerhalb ihrer Partei verschiedene Funktionen.

2.2.4 Die Kammern der gewerblichen Wirtschaft führen in Österreich alle jene Aufgaben durch, die ähnliche Institutionen (wenn auch meist ohne gesetzliche Zwangsmitgliedschaft) in anderen Ländern ausüben. Ebenso wie die anderen Interessenvertretungen des öffentlichen Rechtes haben sie kraft Gesetzes das Recht, zu sämtlichen Regierungsvorlagen, die dem Parlament zugeleitet werden, vorher ein Gutachten abzugeben. Darüber hinaus steht ihnen kraft Gesetzes die Kollektivvertragsfähigkeit (das Recht, Tarifverträge abzuschließen) ebenso zu wie der im folgenden noch zu schildernende Einfluß auf zahlreiche für das einzelne Unternehmen wichtige Bereiche der Wirtschaftspolitik. Dementsprechend ist der Einfluß der Kammern der gewerblichen Wirtschaft auf ihre Mitglieder verhältnismäßig groß, weil wichtige Entscheidungen für fast jedes österreichische Unternehmen von ihren Funktionären maßgeblich beeinflußt werden.

2.2.5 Da die gesamte Wirtschaftspolitik in Österreich verhältnismäßig zentralistisch gehandhabt wird, kommt der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft und ihrem Präsidium überragende Bedeutung zu. Insgesamt ist die Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft als eine verhältnismäßig zentralistisch organisierte Körperschaft mit überragendem Einfluß der Organisationsspitze anzusehen.

2.2.6 Neben den Kammern konnten freiwillige Zusammenschlüsse von Unternehmern kaum größere Bedeutung erlangen. Lediglich für den Bereich der Industrie gibt es eine einflußreichere derartige Organisation, und zwar die Vereinigung Österreichischer Industrieller. Auch die Industriellenvereinigung ist verhältnismäßig zentralistisch organisiert, wobei es keine politischen Wahlen gibt. Es bestehen besonders enge Beziehungen zur Österreichischen Volkspartei und gute Kontakte zur Freiheitlichen Partei Österreichs.

2.2.7 In der Regel wirkt die Industriellenvereinigung im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaft vor allem über die Sektion Industrie der Bundeswirtschaftskammer, deren Funktionäre zum Teil mit jenen der Industriellenvereinigung identisch sind.

2.3 Die Landwirtschaftskammern

2.3.1 Als Organisationen der Bauern bestehen in allen neun Bundesländern Landwirtschaftskammern, die als Körperschaften öffentlichen Rechtes Zwangscharakter aufweisen. Die Präsidenten der neun Landwirtschaftskammern haben sich zu der Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern Österreichs zusammengeschlossen, die formaljuristisch lediglich ein Verein ist, in der Praxis aber als Bundeslandwirtschaftskammer behandelt wird.

2.3.2 Der ganzen Konstruktion entsprechend sind die Landwirtschaftskammern am ehesten dezentralistisch organisiert, und die Präsidentenkonferenz ist in ihren Entscheidungen gegenüber den einzelnen Landwirtschaftskammern weit weniger autonom, als dies bei sämtlichen anderen Wirtschaftspartnerorganisationen der Fall ist.

2.3.3 Die Funktionäre der Landwirtschaftskammern werden durch direkte Wahlen der Bauern in den Bundesländern bestellt. Dabei kommt dem Österreichischen Bauernbund, einer Teilorganisation der Österreichischen Volkspartei, in sämtlichen Landesammern überragende Bedeutung zu. Neben ihm spielen der sozialistische Arbeitsbauernbund und die Freiheitliche Bauernschaft eine völlig untergeordnete Rolle. Entsprechend seiner Stärke innerhalb der Bauernschaft hat der Österreichische Bauernbund großen Einfluß innerhalb der Österreichischen Volkspartei.

2.4 Der Österreichische Gewerkschaftsbund

2.4.1 Die wichtigste Organisation auf Arbeitnehmerseite ist der Österreichische Gewerkschaftsbund. Er ist eine überparteiliche, auf freiwilliger Mitgliedschaft beruhende Organisation aller Arbeitnehmer. Seine 16 Gewerkschaften sind grundsätzlich nach dem Industriegruppenprinzip organisiert, wobei jedoch die Angestellten in der Privatwirtschaft eine

eigene Gewerkschaft innerhalb des Österreichischen Gewerkschaftsbundes haben. Von den etwa 2,6 Millionen österreichischen Arbeitnehmern gehören knapp 1,6 Millionen dem Österreichischen Gewerkschaftsbund an. Er hat als freiwillige Organisation der Arbeitnehmerschaft praktisch keine Konkurrenz.

2.4.2 Der Österreichische Gewerkschaftsbund ist besonders zentralistisch organisiert. Rechtspersönlichkeit kommt nur dem Gewerkschaftsbund als Ganzes zu. Die Zentrale hat sowohl die Finanzhoheit als auch die Personalhoheit.

2.4.3 Die Wahlen im Österreichischen Gewerkschaftsbund erfolgen nach einem indirekten System. Grundlage sind die Betriebsratswahlen in den einzelnen Betrieben. Nach dem Statut des Österreichischen Gewerkschaftsbundes bilden die gewählten Betriebsräte jedes Betriebes, sofern sie dem Österreichischen Gewerkschaftsbund angehören (was fast immer der Fall ist), die Leitung der Betriebsgruppe des Gewerkschaftsbundes. Innerhalb des Gewerkschaftsbundes gibt es verschiedene politische Fraktionen. Es sind dies die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter, die Fraktion christlicher Gewerkschafter, zwei kommunistische Fraktionen und eine Reihe kleinerer Gruppen. Bei den Betriebsratswahlen kandidieren entweder die Fraktionen innerhalb des Gewerkschaftsbundes mit eigenen Listen, oder die gewählten Betriebsräte geben nach ihrer Wahl an, zu welcher Fraktion sie sich bekennen.

2.4.4 Die Wahlen in die höheren Organe des Gewerkschaftsbundes erfolgen dann nach dem Verhältnis, das die einzelnen Fraktionen bei den verschiedenen Betriebsratswahlen erreichen konnten. Die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter stellt bei weitem die meisten Funktionäre des Gewerkschaftsbundes. Größere Bedeutung hat daneben noch die Fraktion christlicher Gewerkschafter; sie arbeitet eng mit der Österreichischen Volkspartei zusammen. Die kommunistischen Gewerkschafter haben lediglich in einzelnen Betrieben noch größere Bedeutung.

2.4.5 Die Fraktion sozialistischer Gewerkschafter ist eine Unterorganisation der Sozialistischen Partei Österreichs und hat innerhalb der Partei sehr großen Einfluß. Die meisten Spitzenfunktionäre der Gewerkschaften haben auch politische Funktionen innerhalb der Partei und der gesetzgebenden Körperschaften sowie der Bundesregierung inne. Auch die Spitzenfunktionäre der christlichen Gewerkschafter sind als Abgeordnete der Österreichischen Volkspartei in den gesetzgebenden Körperschaften stark vertreten.

2.5 Die Arbeiterkammern

2.5.1 Die zweite Organisation der Arbeitnehmer innerhalb der Wirtschaftspartnerschaft ist der Österreichische Arbeiterkammertag. In

allen neun Bundesländern bestehen Kammern für Arbeiter und Angestellte, die als Körperschaften öffentlichen Rechtes mit Zwangscharakter ausgestattet sind. Ihnen gehören alle Arbeitnehmer mit Ausnahme der öffentlichen Beamten an. Als starke Zentrale besteht der Österreichische Arbeiterkammertag. Die Funktionäre der Arbeiterkammern werden aufgrund direkter Wahlen in den neun Bundesländern gewählt, wobei die stärkste Liste in allen neun Bundesländern jene der sozialistischen Gewerkschafter im Österreichischen Gewerkschaftsbund ist. Größere Bedeutung haben noch die christlichen Gewerkschafter; die freiheitlichen und kommunistischen Gewerkschafter spielen nur eine untergeordnete Rolle.

2.5.2 Obwohl den österreichischen Arbeiterkammern als Körperschaften öffentlichen Rechtes das Recht zustehen würde, Kollektivverträge abzuschließen, wird dieses Recht von ihnen zugunsten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes nicht ausgeübt. Die Arbeiterkammern verfügen vor allem über den wissenschaftlichen Apparat, der einerseits die Gewerkschaften bei ihrer Arbeit unterstützt und andererseits direkt den einzelnen Arbeitnehmern als Servicestelle zur Verfügung steht. Auch auf dem Gebiet der Gesetzesbegutachtung sind die Arbeiterkammern als Körperschaften des öffentlichen Rechtes für die Arbeitnehmer federführend.

2.5.3 Diese Organisationen arbeiten seit Jahren im Rahmen der Wirtschaftspartnerschaft auf allen Gebieten der Wirtschaftspolitik zusammen. Diese Zusammenarbeit hatte ihren Ursprung in den Jahren der großen Koalition in Österreich, als die Österreichische Volkspartei und die Sozialistische Partei Österreichs von 1945 bis 1966 gemeinsam die Bundesregierung bildeten. Angesichts der engen Verfilzung der Verbände und ihrer Funktionäre mit den politischen Parteien war es naheliegend, daß die Zusammenarbeit auch auf der Ebene der Verbände erfolgen sollte.

2.5.4 Von verschiedener Seite war befürchtet worden, daß die Wirtschaftspartnerschaft die Ära der großen Koalition nicht überleben würde. Aber gerade in den Zeiten der Alleinregierung einer großen Partei (von 1966 bis 1970 der Österreichischen Volkspartei und seither der Sozialistischen Partei Österreichs) hat sich die Zusammenarbeit der Wirtschaftspartner sogar noch intensiviert. Kritiker des ganzen Systems behaupten sogar, daß die offene Koalition im Parlament nunmehr einer stillen Koalition auf der Ebene der Wirtschaftspartner gewichen sei.

2.6 Der Konsens über Grundsätze

2.6.1 Es ist wohl einleuchtend, daß eine Zusammenarbeit der Organisationen von Arbeitgebern und Arbeitnehmern auf die Dauer nur

möglich ist, wenn zumindest ein gewisser Konsens über einige grundlegende Fragen der Wirtschaftspolitik besteht. Dabei ist es natürlich nicht notwendig, diesen Konsens schriftlich zu fixieren; es genügt, wenn er de facto stillschweigend von allen Seiten anerkannt wird. Für die österreichische Wirtschaftspartnerschaft scheinen folgende Punkte außer Streit gestellt zu sein:

2.6.2 Die Beibehaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung in jenem Sinne, wie sie in den westeuropäischen Industriestaaten heute verstanden wird, ist von keiner Seite umstritten. Innerhalb dieser marktwirtschaftlichen Ordnung gibt es in Österreich jedoch einen verhältnismäßig großen gemeinwirtschaftlichen Sektor, der auch die wichtigsten Unternehmungen der Grundstoffindustrie sowie die größten Banken umfaßt. Den großen verstaatlichten Banken ist zudem noch ein relativ bedeutender Industriekonzern angegliedert. Diese Verstaatlichung wird von den Unternehmerorganisationen heute nicht mehr bestritten.

2.6.3 Innerhalb der verschiedenen wirtschaftspolitischen Ziele wird in Österreich allgemein der Erhaltung der Vollbeschäftigung der Vorrang eingeräumt. Für die Gewerkschaftsseite mag dies eine Selbstverständlichkeit sein, aber auch die Unternehmerorganisationen zeigen durchaus Verständnis für die Bedeutung der Vollbeschäftigungspolitik.

2.6.4 Auf dem Gebiet der Verteilungspolitik hat man sich auf den Grundsatz der Verteilungskonstanz geeinigt. Darunter wird in Österreich verstanden, daß mittelfristig gesehen die Pro-Kopf-Einkommen der Arbeitnehmer etwa gleich stark steigen sollen wie das Volkseinkommen pro Kopf.

2.6.4.1 Allerdings ist es in den Jahren seit 1969 — also in der Periode der andauernden Hochkonjunktur — zu einer Verschiebung im Volkseinkommen zugunsten der Unternehmergewinne gekommen. Dieser Umstand könnte zu einer Gefährdung der gesamten Wirtschaftspartnerschaft führen, obwohl er von Gewerkschaftsseite noch nicht in den Mittelpunkt der Diskussion gerückt wurde. Denn einerseits waren die Unternehmer bereit, gerade in dieser Periode eine ganze Reihe von Sozialmaßnahmen zugunsten der Arbeitnehmer zuzugestehen, und andererseits wollten die sozialistisch geführten Gewerkschaften gerade in der Amtszeit einer sozialistischen Regierung, die ihnen auf vielen anderen Gebieten entgegenkommt, bewußt davon Abstand nehmen, eine vermutlich inflationistische Austragung des Verteilungskampfes anzustreben.

2.6.5 Schließlich ist es noch das Ziel aller wirtschaftspolitisch Tätigen, den Rückstand Österreichs gegenüber den weiter entwickelten europäischen Industriestaaten sowohl auf dem Gebiet der Wirtschaftskraft

als auch auf dem Gebiet der Einkommen aufzuholen. Österreich ist gerade in der Erreichung dieses Zieles verhältnismäßig erfolgreich gewesen.

3. Die Organe des Systems der Wirtschaftspartnerschaft³

3.1 Die Paritätische Kommission

3.1.1 An der Spitze der Organe des Systems der Wirtschaftspartnerschaft steht die Paritätische Kommission für Lohn- und Preisfragen. Sie wurde im Jahre 1957 geschaffen und beruht auf Vereinbarungen zwischen der Bundeskammer und dem Österreichischen Gewerkschaftsbund. Der Paritätischen Kommission mangelt jede Rechtspersönlichkeit, und sie wird in keinem Gesetz erwähnt.

3.1.2 Gemäß den Vereinbarungen führt der Bundeskanzler den Vorsitz der Paritätischen Kommission. An ihren Sitzungen nehmen weiter die für Wirtschaftsfragen zuständigen Bundesminister teil. Mitglieder der Paritätischen Kommission mit Stimmrecht sind die vier großen Interessenvertretungen, also die Bundeswirtschaftskammer, die Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, der Österreichische Gewerkschaftsbund und der Österreichische Arbeiterkammertag. Diese Organisationen werden in der Paritätischen Kommission durch ihre Präsidenten und Generalsekretäre vertreten.

3.1.3 In der Paritätischen Kommission herrscht der Grundsatz der Einstimmigkeit. Das hat den Vorteil, daß keine Seite die andere überstimmen kann. Es hat den Nachteil, daß jede Seite die Verantwortung für jeden Beschluß innerhalb der Paritätischen Kommission voll zu tragen hat.

3.1.4 Angesichts des völligen Fehlens eines Rechtscharakters beruht die gesamte Zusammenarbeit in der Paritätischen Kommission auf dem Grundsatz der Freiwilligkeit. Es sind zwar in der Vergangenheit immer wieder Versuche unternommen worden, jene Unternehmungen mit gesetzlichen Sanktionen zu bedrohen, die das Preisverfahren der Paritätischen Kommission mißachten. Diese Versuche schlugen aber bisher stets fehl und wurden in der Praxis niemals angewendet.

3.1.5 Formal fungiert die Paritätische Kommission als zweite Instanz für ihre Lohnunterkommission und ihren Preisunterausschuß. Wenn sich diese Untergremien nicht einigen können, wird die Angelegenheit der Paritätischen Kommission zur Entscheidung vorgelegt. In der Praxis

³ Materialien zur Sozial- und Wirtschaftspolitik, Heft 2, Zur Paritätischen Kommission, Institut für angewandte Sozial- und Wirtschaftsforschung, Wien 1966.

werden die wichtigeren Lohnbewegungen und die größeren Preisbewegungen auf diese Art von den Spitzen der Interessenvertretungen im Rahmen der Paritätischen Kommission und in Gegenwart der Bundesregierung diskutiert.

3.1.6 Darüber hinaus ist aber die Paritätische Kommission, die monatlich zu einer Sitzung zusammentritt, ein außerordentlich wichtiges Kontakt- und Diskussionsorgan für alle Bereiche der Wirtschaftspolitik. Am Beginn der Tagesordnung ist stets ein Bericht des Bundeskanzlers über die Wirtschaftslage vorgesehen. Dieser Tagesordnungspunkt gibt jedem Anwesenden die Möglichkeit, wichtig scheinende wirtschaftspolitische Fragen zur Diskussion zu stellen. Solche Diskussionen im Rahmen der Paritätischen Kommission haben immer wieder spürbare Auswirkungen auf die österreichische Wirtschaftspolitik gehabt.

3.1.7 Gerade angesichts der Bedeutung dieses Gesprächsforums hat sich seit Ende der sechziger Jahre eine zusätzliche Einrichtung eingebürgert. Einmal im Quartal tritt die Paritätische Kommission zu einer Wirtschaftspolitischen Aussprache zusammen. Bei dieser Gelegenheit werden die Berichte des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, des Finanzministers und der Oesterreichischen Nationalbank über die Wirtschaftslage und die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen vorgelegt und durchdiskutiert. Immer dann, wenn besonders wichtige wirtschaftspolitische Entscheidungen zu fällen sind, kann der Bundeskanzler eine außerordentliche Wirtschaftspolitische Aussprache einberufen. Im Rahmen solcher Aussprachen wird dann der Versuch unternommen, einen Konsens über die notwendigen wirtschaftspolitischen Maßnahmen zu erreichen.

3.1.8 Obwohl die Preis- und Lohnpolitik das eigentliche Diskussions-thema der Paritätischen Kommission darstellt, gibt es kaum ein wirtschaftspolitisches Problem, das in diesem Rahmen noch nicht beraten worden wäre. Es ist für die österreichische Bundesregierung außerordentlich schwer — vielleicht sogar politisch unmöglich —, gegen den einhelligen Willen der Wirtschaftspartner in der Paritätischen Kommission wirtschaftspolitische Maßnahmen zu ergreifen.

3.1.9 Allerdings soll man dabei die enge Verflechtung zwischen Parteien und Verbänden nicht übersehen. Die Spitzen der Verbände werden verständlicherweise auf die Interessen ihrer Parteien Rücksicht nehmen. Dennoch lassen sich immer wieder Fälle nachweisen, in denen es der Regierung gelungen ist, alle Verbände im Rahmen der Paritätischen Kommission für eine Maßnahme zu gewinnen. Damit war ein eventueller Widerspruch der Oppositionsparteien von vornherein weit weniger wirkungsvoll und ist in den meisten Fällen unterblieben.

3.1.10 Die Paritätische Kommission hat drei Untergremien: die Lohnunterkommission, den Preisunterausschuß und den Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen.

3.2 Die Lohnunterkommission

3.2.1 Die Lohnunterkommission besteht aus Vertretern des Gewerkschaftsbundes, der Bundeswirtschaftskammer und der Landwirtschaftskammer. Ihre eigentliche Aufgabe besteht darin, Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Arbeitgeberorganisationen „freizugeben“: Will eine Gewerkschaft Verhandlungen mit der Arbeitgeberseite führen, so muß sie aufgrund der bestehenden Vereinbarungen den Österreichischen Gewerkschaftsbund ersuchen, die Freigabe dieser Verhandlungen in der Lohnunterkommission zu beantragen. Vorher darf nicht verhandelt werden. Damit wird die Zentralgewalt des Österreichischen Gewerkschaftsbundes in der Lohnpolitik, die nach den Statuten des Österreichischen Gewerkschaftsbundes autonome Angelegenheit der einzelnen Gewerkschaften bleibt, weitgehend gestärkt.

3.2.2 Aufgrund der eingereichten Anträge beschließt nun die Lohnunterkommission, ob verhandelt werden darf. Damit hätte die Arbeitgeberseite angesichts des Grundsatzes der Einstimmigkeit natürlich die Möglichkeit, jedwede Lohnverhandlung zu verhindern. In der Praxis werden Lohnverhandlungen dann freigegeben, wenn der betreffende Kollektivvertrag (Tarifvertrag) eine angemessene Laufzeit aufzuweisen hat. Gegenwärtig sind Laufzeiten zwischen 12 und 15 Monaten üblich, wobei es zu den Aufgaben der Lohnunterkommission gehört, durch eine gewisse Steuerung der Laufzeiten eine konjunkturgerechte Lohnpolitik zu erleichtern.

3.2.3 Die eigentlichen Lohnverhandlungen finden nicht in der Lohnunterkommission statt. Die Verhandlungen selbst werden außerhalb der Paritätischen Kommission von den zuständigen Organen der Arbeitgeber und der Gewerkschaften geführt. Das Verfahren vor der Lohnunterkommission gibt den Zentralen der Verbände einerseits die Möglichkeit, die Laufzeiten der Kollektivverträge zu beeinflussen. Darüber hinaus können sie aber, da sie vor Beginn der Verhandlungen von jeder beabsichtigten Verhandlungsrunde in Kenntnis gesetzt werden müssen, auch die Gelegenheit wahrnehmen, auf die Verhandlungsführer einen gewissen Einfluß zu nehmen.

3.2.4 Die Ergebnisse solcher verbandsinternen Diskussionen werden auch deshalb von den jeweiligen Verhandlungsführern in der Regel beachtet, weil es sich in der Praxis herausgebildet hat, daß die Verbandsspitzen zur Vermittlung angerufen werden, wenn im Rahmen der Verhandlungen keine Einigung erzielt werden kann. Diese Tätigkeit

der Verbandsspitzen als Schlichtungsstelle ist allerdings nirgends festgelegt, und eine solche Festlegung wird auch vom Gewerkschaftsbund grundsätzlich abgelehnt. Das ganze System führt dazu, daß Kollektivvertragsverhandlungen in Österreich in der Regel relativ rasch zu einem Ergebnis führen und daß es fast nie zu gewerkschaftlichen Kampfmaßnahmen kommt.

3.3 Der Preisunterausschuß

3.3.1 Für die Fragen der Preispolitik ist der Preisunterausschuß der Paritätischen Kommission zuständig. Ihm gehören Vertreter der vier Interessenorganisationen sowie zweier Bundesministerien an. Innerhalb des Preisunterausschusses kommt vor allem den Vertretern der Arbeitnehmerorganisationen die Aufgabe zu, die Konsumenteninteressen zu vertreten.

3.3.2 Der Preisunterausschuß wird über Antrag eines Unternehmens oder einer Unternehmensgruppe tätig, welche Preiserhöhungen durchführen wollen. Gemäß den Verfahrensregeln hat sich die Bundeswirtschaftskammer verpflichtet, dafür zu sorgen, daß Preiserhöhungen nur im Einvernehmen mit der Paritätischen Kommission vorgenommen werden. Die Paritätische Kommission ist nach ihren Grundsätzen überall dort zuständig, wo keine amtliche Preisfestsetzung aufgrund irgendwelcher gesetzlicher Bestimmungen erfolgt. Obwohl das Verfahren vollkommen freiwillig ist, unterwerfen sich fast alle Industrieunternehmen und ein Teil des Dienstleistungsbereiches den Verfahrensregeln. Allerdings ist auch im Bereich der Industrie festzuhalten, daß jene Zweige, die modische Produkte herstellen, wegen der Unmöglichkeit einer Preiskontrolle durch die Arbeitnehmervertreter an dem Verfahren nicht teilnehmen.

3.3.3 Zur Begründung ihrer Preisanträge legen die Antragsteller Unterlagen vor, wobei lediglich Kostensteigerungen anerkannt werden, die für den Antragsteller unvermeidlich waren. Dies sind im wesentlichen Kollektivvertragserhöhungen auf der Lohnseite und von der Paritätischen Kommission anerkannte Preiserhöhungen bei den übrigen Kosten. Buchsicht bei den Antragstellern steht den Mitgliedern des Preisunterausschusses nicht zu. Die Konsumentenvertreter versuchen nun, Abstriche von den Preisforderungen der Antragsteller zu erreichen. Das Verfahren beruht weniger auf exakten Berechnungen als auf dem Erfahrungsschatz aller Beteiligten.

3.3.4 Dieses System weist sicherlich viele Schwächen auf und gleicht in manchen Phasen eher einer „Preisfeilscherei“ als einer seriösen Preispolitik. Dennoch hat es den Vorzug, daß es die notwendige Flexibilität sicherstellt und auch Spielraum für wirtschaftspolitische Über-

legungen läßt. Dabei gelingt es den Konsumentenvertretern immer wieder, Preiserhöhungen doch etwas unter dem marktmöglichen Niveau zu halten (besonders bei den in Österreich zahlreichen Fällen einer geringen Wettbewerbsintensität und der damit verbundenen Vermachtung der Märkte) und vor allem eine etwas gleichmäßigere Verteilung des Preisauftriebes zu erreichen, so daß es nicht zu plötzlichen stoßartigen Preisbewegungen kommt.

3.3.5 Unter diesen Umständen fragt es sich allerdings, warum die Unternehmer sich diesem freiwilligen aber unangenehmen Verfahren unterwerfen. Dafür sind eine Reihe von Gründen ausschlaggebend: Es ist schon darauf hingewiesen worden, daß die Unternehmer die Unterstützung ihrer eigenen Organisation im praktischen Wirtschaftsleben brauchen, und die Wirtschaftskammern erwarten, daß die Firmen das Verfahren vor der Paritätischen Kommission einhalten. Zudem sitzen Vertreter der Arbeitnehmerorganisationen in vielen Gremien, in denen für das einzelne Unternehmen wichtige Entscheidungen gefällt werden, weshalb die Unternehmer interessiert sind, Konflikte mit diesen Organisationen zu vermeiden. Außerdem bekommt eine Preiserhöhung, die von der Paritätischen Kommission genehmigt wurde, einen gewissen offiziellen Anstrich und wird in der Öffentlichkeit kaum mehr als ungerechtfertigt bezeichnet. Für viele Unternehmer ist auch entscheidend, daß öffentliche Dienststellen angewiesen sind, bei ihren Wareneinkäufen ausschließlich solche Preiserhöhungen anzuerkennen, die von der Paritätischen Kommission genehmigt worden sind. Und letzten Endes kennt die Arbeitnehmerseite bei den Verhandlungen durchaus ihre Grenzen. Denn wenn sie allzu hart verhandelt, riskiert sie, daß die Antragsteller aus dem Verfahren ausspringen.

3.3.6 Ausschlaggebend dürfte aber ein anderer Umstand sein: Die österreichischen Unternehmer bejahen in ihrer überwältigenden Mehrheit das System der Wirtschaftspartnerschaft. Sie sehen darin einen wesentlichen Garanten für den sozialen Frieden in unserem Lande, und sie vertreten die Meinung, daß dieser soziale Friede auch für das einzelne Unternehmen außerordentlich wertvoll ist. Die Funktionstüchtigkeit der Paritätischen Kommission ist aber eine der Grundvoraussetzungen für dieses System der Wirtschaftspartnerschaft.

3.3.7 Die tatsächliche Wirksamkeit des gesamten Preisverfahrens ist umstritten. Die Anträge ganzer Branchen haben sicher einen gewissen Kartelleffekt, lassen sich aber angesichts der begrenzten personellen Möglichkeiten der beteiligten Verbände nicht ganz vermeiden. Immerhin sprechen die langjährigen Erfahrungen doch für die These, daß durch die Paritätische Kommission die Preisentwicklungen in Österreich eher gleichmäßiger verlaufen, als dies ohne ein solches Gremium

der Fall wäre. Jedenfalls ist es Österreich mit diesem System gelungen, in einer sehr lange dauernden Periode der Hochkonjunktur ein eher günstiges Ergebnis in der Preisentwicklung aufzuweisen.

3.4 Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen

3.4.1 Der dritte Ausschuß der Paritätischen Kommission ist der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen. Er besteht aus Wirtschaftsexperten der vier großen Interessenvertretungen. Zu den Sitzungen wird außerdem regelmäßig ein Vertreter des Österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung zugezogen. Aufgabe des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen ist es, Gutachten und Empfehlungen zu konkreten wirtschaftspolitischen Problemen zu erstellen. Er soll damit wirtschaftspolitisch umstrittene Themenbereiche einer sachlichen Diskussion zuführen.

3.4.2 Im Gegensatz zu ähnlichen Sachverständigengremien in anderen Ländern hat der österreichische Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen den Nachteil, daß die in ihm mitarbeitenden Experten nicht unabhängig sind; sie vertreten, wenn auch mit einer gewissen Toleranz, die Interessen der sie entsendenden Organisationen. Er hat aber dafür den Vorteil, daß seine Studien und die darin enthaltenen Empfehlungen ein entsprechend größeres Gewicht in der wirtschaftspolitischen Öffentlichkeit haben. Die Chancen der Durchsetzung von Empfehlungen des Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen dürften wesentlich größer sein als bei unabhängigen Experten.

3.4.3 Durch die Arbeiten im Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen konnten eine ganze Reihe wichtiger wirtschaftspolitischer Fragen vorberaten und die Entscheidung weitgehend vorweggenommen werden. Dazu gehören die Gesetze zur Stärkung des österreichischen Kapitalmarktes ebenso wie die Einführung der 40-Stunden-Woche. Der Beirat hat mehrmals mittelfristige Budgetprognosen für das Finanzministerium erstellt, er hat einige Male Stabilisierungskonzepte entwickelt und ist zum Beispiel derzeit mit einer Studie über die Gastarbeiterproblematik und mit Vorschlägen für die Entwicklung eines Systems von Sozialindikatoren befaßt.

3.5.1 Neben der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen und deren Unterausschüssen bestehen aber zahlreiche andere Gremien, in denen die Wirtschaftspartner gemeinsam mit den Organen der staatlichen Wirtschaftspolitik Detailprobleme beraten. In diesen Gremien haben die Wirtschaftspartner zum Teil nur eine beratende Funktion, zum Teil wirken sie aber mit vollem Stimmrecht an Entscheidungen mit.

3.5.2 Es mag in diesem Zusammenhang genügen, einige Beispiele dafür anzuführen: Die Verwaltung der Agrarmarktordnungen ist einzelnen Fonds übertragen, in denen die Vertreter der Wirtschaftspartner mit Beslußkraft mitwirken. Bei der Vergabe staatlicher Ausfuhrförderungskredite, bei der Verhängung von Antidumpingmaßnahmen und bei internationalen Wirtschaftsverhandlungen werden jeweils Vertreter der Wirtschaftspartner zugezogen. Sowohl im Generalrat der Oesterreichischen Nationalbank als auch im Verwaltungsrat der Österreichischen Postsparkasse sind Vertreter der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen tätig. Sehr groß ist auch der Einfluß dieser Organisationen in allen Bereichen der Arbeitsmarktförderung ebenso wie in den ihnen völlig überlassenen Organen der Sozialversicherungsträger. Beratend wirken die Wirtschaftspartner im Rahmen der staatlichen Preisregelung und in den verschiedenen Gremien zur Vorbereitung von Steuergesetzen. Bei den meisten Gremien, in denen staatliche Wirtschaftshilfe an einzelne Unternehmungen vergeben wird, haben die Vertreter der Wirtschaftspartner Sitz und Stimme. Das gilt ebenso für staatliche Kleinkreditaktionen wie für staatliche Bürgschaftsübernahmen oder die Vergabe großer Investitionskredite aus den ehemaligen European-Recovery-Program-Geldern. Diese Liste ließe sich noch beliebig erweitern.

4. Informelle Kontakte

4.1. Noch wichtiger als die formale Einschaltung der Wirtschaftspartner sind aber die informellen Gespräche, die immer wieder besonders auf Präsidentenebene zwischen Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen stattfinden. Solche Präsidentengespräche finden jedenfalls regelmäßig vor den Sitzungen der Paritätischen Kommission statt, wobei die Präsidenten einen Konsens über die Tagesordnungspunkte zu erreichen trachten. Daneben kommen die Präsidenten aber auch immer dann zusammen, wenn es die Situation erfordert.

4.2 Auf die informelle Funktion als Schlichtungsstelle in Lohnkonflikten ist bereits hingewiesen worden. Die wenigen ernstesten Streiks der letzten Jahre konnten jeweils durch Vermittlung der Präsidenten von Bundeswirtschaftskammer und Gewerkschaftsbund bereinigt werden.

4.3 Eine besondere Bedeutung hat die Zusammenarbeit der Präsidenten der Interessenorganisationen in der Vorbereitung von Sozial- und Wirtschaftsgesetzen erlangt. Auf das gesetzliche Begutachtungsrecht der Körperschaften öffentlichen Rechtes bei Gesetzesvorlagen wurde bereits hingewiesen. Darüber hinaus werden in der Praxis wichtige Gesetze in direkten Kontakten zwischen Bundeswirtschaftskammer und Gewerk-

schaftsbund weitgehend ausgehandelt. In der letzten Zeit war dies zum Beispiel beim Arbeitsverfassungsgesetz, das eine Ausweitung der betrieblichen Mitbestimmung brachte, dem Gesetz über die Lohnfortzahlung für Arbeiter im Krankheitsfall, beim Gastarbeitergesetz und bei den Preisgesetzen der Fall.

4.4 Gerade diese weitgehende Vorbereitung von Wirtschaftsgesetzen durch die Wirtschaftspartner hat ihnen von ihren Kritikern den Vorwurf eingetragen, eine Art Nebenregierung in Österreich darzustellen. Dabei muß man bedenken, daß angesichts der wichtigen Funktionen, die die Präsidenten der Wirtschaftspartner in ihren eigenen Parteien bekleiden, jede Vereinbarung der Präsidenten über Sozial- und Wirtschaftsgesetze die politischen Parteien sehr weitgehend bindet.

4.5 Auch die Durchführung von Wirtschaftsgesetzen wird von der Regierung vielfach den Wirtschaftspartnern überlassen. So war dem Handelsminister anlässlich des Übergangs zur Mehrwertsteuer aufgetragen worden, für alle Waren und Leistungen durch Verordnung festzulegen, welche Beträge an bisheriger Umsatzsteuer von den Preisen abgezogen werden mußten, bevor die neue Mehrwertsteuer aufgeschlagen werden konnte. Der Handelsminister ersuchte die Wirtschaftspartner, diesen sogenannten Entlastungskatalog zu erstellen, was den Experten der Verbände schließlich unter Einschaltung der Präsidenten als Vermittlungsinstanz gelang; der Handelsminister hat sich dann vollkommen an den ihm unterbreiteten Vorschlag gehalten.

5. Gastarbeiterpolitik

5.1 Ein besonders interessantes Beispiel über den weiten Bereich, der in Österreich den Wirtschaftspartnern überlassen bleibt, mag die Gastarbeiterpolitik darstellen. In den letzten Jahren hat die Zahl der Gastarbeiter in Österreich angesichts des inländischen Arbeitskräftemangels rapid zugenommen und liegt derzeit bei etwa 10 Prozent der Gesamtbeschäftigten. Allerdings fehlt jedwede gesetzliche Grundlage für die Gastarbeiterbeschäftigung — ein neues Gastarbeitergesetz ist derzeit erst in Ausarbeitung.

5.2 In der Praxis wird daher zu Beginn jedes Jahres zwischen den Wirtschaftspartnern eine Kontingentsvereinbarung über die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte abgeschlossen. Diese Vereinbarung legt die Zahl der Arbeitskräfte insgesamt sowie nach Branchen und Regionen unterteilt fest. Darüber hinaus enthält die Vereinbarung auch Bestimmungen über Gesundheitsuntersuchungen, die betriebliche Vertretung der Gastarbeiter und das Verhalten ausländischer Arbeitskräfte im Streikfall.

5.3 Die Vereinbarung sieht neben der Möglichkeit der Kontingentsaufstockung im Laufe des Jahres auch Überziehungsmöglichkeiten im Einzelfall vor. Diese müssen jedoch vom Arbeitsamt genehmigt werden, wozu wieder jeweils die Zustimmung der Arbeitgeber- und Arbeitnehmerseite erforderlich ist. Die Anwerbung ausländischer Arbeitskräfte in ihrem Ursprungsland ist der Bundeskammer der gewerblichen Wirtschaft übertragen. Auch die Betreuung in Österreich erfolgte lange Zeit ausschließlich durch Arbeitgeber- und Arbeitnehmerorganisationen. Erst in letzter Zeit haben sich neben freiwilligen Verbänden auch die Behörden hier stärker eingeschaltet.

5.4 Schließlich wäre noch festzuhalten, daß angesichts der Bedeutung, die dieses Problem für die österreichische Wirtschaft gewonnen hat, der Beirat für Wirtschafts- und Sozialfragen bereits eine größere Studie über die Einstellung der Österreicher zu den Gastarbeitern durchgeführt hat und nunmehr an einer volkswirtschaftlich orientierten Studie des gesamten Problems arbeitet.

5.5 In der Praxis bedeutet dies, daß die wirtschaftspolitischen Entscheidungen über die Zulassung ausländischer Arbeitskräfte weitgehend den Wirtschaftspartnern überlassen wurden und lediglich die administrative Ausführung durch die staatliche Organisation der Arbeitsämter erfolgte. Auch das in Beratung stehende künftige Gesetz über die Gastarbeiterbeschäftigung wird den Wirtschaftspartnern erhebliche Einflußmöglichkeiten einräumen.

6. Wechselkurspolitik

6.1 Für das Ausland noch bemerkenswerter mag der Umstand sein, daß die Wirtschaftspartner auch bei der Wechselkurspolitik Österreichs weitgehend eingeschaltet worden sind. Die formale Zuständigkeit für diese Politik liegt bei der Bundesregierung und der Oesterreichischen Nationalbank. Als das Problem einer Schillingaufwertung anläßlich der Aufwertung der Deutschen Mark im Jahre 1969 akut wurde, berief jedoch die damalige Regierung sofort eine Sondersitzung der Paritätischen Kommission ein.

6.2 Zwar waren bei dieser Sitzung ein Teil der Arbeitnehmervertreter und sogar manche Regierungspolitiker für eine Aufwertung eingetreten, doch einigte man sich schließlich darauf, den Wechselkurs unverändert zu belassen. Die Aufwertungsbefürworter honorierten den Umstand, daß man sie vorher konsultiert hatte, indem sie keine öffentliche Kritik an der Wechselkurspolitik übten.

6.3 Auch in der Folge wurden Wechselkursfragen stets im Rahmen von Sondersitzungen der Paritätischen Kommission behandelt. Dies

hatte zur Folge, daß es in Österreich zu keiner öffentlichen Diskussion der wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger über die Wechselkurspolitik kam. Erst im Sommer 1973 traten Schwierigkeiten auf. Die damals vorgenommene Aufwertung erschien den Unternehmervertretern ein wenig überhöht; entgegen der bisherigen Praxis trugen sie diesen Konflikt in die Öffentlichkeit.

6.4 Die Folgen dieser öffentlichen Auseinandersetzung waren, daß anlässlich der Aufwertung vom Frühjahr 1974 keine Besprechungen im Rahmen der Paritätischen Kommission erfolgten. Interessanterweise entzündete sich die der Aufwertung dann folgende Kritik der Unternehmerorganisationen weniger an der Maßnahme selbst, sondern vielmehr an dem Umstand, daß sie nicht innerhalb der Paritätischen Kommission besprochen worden war. Vieles spricht dafür, daß man in Österreich in Zukunft in der Wechselkurspolitik wieder zum System der engen Konsultation zwischen Regierung und Wirtschaftspartner zurückkehren wird.

7. Schlußfolgerungen

7.1 In dieser Arbeit konnte nicht auf alle Aspekte und Details der Wirtschaftspartnerschaft in Österreich eingegangen werden. Es war aber die Absicht klarzulegen, daß dieses System alle Bereiche der Wirtschaftspolitik umfaßt und damit den Wirtschaftspartnern ein in anderen Ländern nicht üblicher Einfluß eingeräumt worden ist. Dieses System hat wesentlich zum sozialen Frieden in Österreich beigetragen; dies ist insofern keine Selbstverständlichkeit, als in Österreich noch in diesem Jahrhundert der Klassenkampf in sehr heftigen Formen ausgetragen wurde — nicht zuletzt in einem Bürgerkrieg im Jahre 1934 kulminierend.

7.2 Dieser soziale Frieden und die aktive Mitarbeit der Wirtschaftspartner hat es der österreichischen Wirtschaftspolitik ermöglicht, auf dem Gebiet der Konjunktur- und Stabilisierungspolitik mit erheblichen Erfolgen aufzuwarten. Allerdings wird das österreichische Modell sich nicht leicht auf andere Länder übertragen lassen, weil gewisse Vorbedingungen in anderen Staaten nicht gegeben sind. Hier wäre besonders auf die enge Verfilzung zwischen Parteien und Verbänden in einem Kleinstaat hinzuweisen, wobei beachtet werden muß, daß die Zahl der wirtschaftspolitisch Agierenden verhältnismäßig gering ist; dies erleichtert die persönlichen Kontakte. Dazu kommt noch der Umstand, daß in Österreich die Verbände relativ zentralistisch organisiert sind und eine sehr große Organisationsdichte aufweisen. Erwähnenswert ist sicherlich auch der Umstand, daß durch das große Ausmaß der Verstaatlichung die private Unternehmerschaft gerade in jenen Wirtschafts-

zweigen, auf die sich ihre politische Macht in anderen Staaten stützt, weitgehend ausgeschaltet ist.

7.3 Durchaus übertragen ließen sich aber vielleicht zwei andere Faktoren: Einerseits die allgemeine Anerkennung der wichtigen Funktion der Gewerkschaftsbewegung und damit verbunden die Heranziehung der Gewerkschaftsbewegung zur Mitbestimmung in allen Bereichen der Wirtschaftspolitik. Dabei ist besonders hervorzuheben, daß alle Kreise in Österreich davon Abstand nehmen, die Gewerkschaften zum Sündenbock für wirtschaftspolitische Mißerfolge zu machen.

7.4 Weiter wäre aber anzuführen, daß es selbst den verantwortungsbewußtesten Gewerkschaftern nicht möglich wäre, ausschließlich auf dem Gebiet der Einkommenspolitik mit der Regierung und den Arbeitgebern zu kooperieren. Nur der Umstand, daß die Kooperation alle Bereiche der Wirtschaftspolitik umfaßt, ermöglicht es den Gewerkschaften, an ihr teilzunehmen. Denn mit dieser allumfassenden Kooperation wird den Gewerkschaften die Möglichkeit eingeräumt, auch außerhalb des Bereiches der Lohnpolitik die Interessen ihrer Mitglieder wirkungsvoll zu vertreten.

7.5 Es ist schon öfters auf die Kritik, die an der Wirtschaftspartnerschaft in Österreich geübt wird, hingewiesen worden. Diese Kritik kommt vor allem von zwei Seiten: Einerseits von der äußersten Linken und andererseits von manchen Vertretern der Rechtswissenschaft. Die äußerste Linke wirft der Gewerkschaftsbewegung vor, daß mit der Politik der Wirtschaftspartnerschaft die Klasseninteressen der Arbeiter verraten und damit das bestehende kapitalistische System gestützt wird. Die juristische Kritik richtet sich vor allem dagegen, daß der große faktische Einfluß der Verbände in keiner Weise in der Verfassung verankert ist und daß die Verbände zu wenig demokratisch organisiert sind und einer zu geringen öffentlichen Kontrolle unterliegen. Hinter dieser Kritik verbirgt sich vor allem die Unzufriedenheit konservativer Kreise mit dem großen Einfluß, der in Österreich den Gewerkschaften eingeräumt wird.

7.6 Die für die Wirtschaftspolitik verantwortlichen Instanzen und vor allem die Funktionäre der großen Verbände selbst bejahen aber weiterhin das System der Wirtschaftspartnerschaft. Bei allem gegensätzlichen Interesse sind sie doch der Meinung, daß insgesamt dieses System einen wesentlichen Anteil am österreichischen Wirtschaftsaufschwung gehabt hat und damit allen Beteiligten zugute gekommen ist. Solange es daher nicht zu sehr großen Umwälzungen im politischen Denken der Österreicher kommt, dürfte das System der Wirtschaftspartnerschaft — wenn auch sicher immer wieder mit Modifikationen — in Österreich Bestand haben.

Korreferat zu:
Stabilisierungspolitik und Wirtschaftspartnerschaft
am Beispiel Österreichs

Von *Leo Schürmann*, Zürich

1. Allgemeines

Im Referat wird eindrucksvoll die sowohl in institutioneller als auch in praktischer Hinsicht einzigartige Methode der einvernehmlichen Regelung wirtschaftspolitischer Aufgaben in Österreich dargestellt. Das österreichische System ruht offensichtlich auf sozialen und historischen Gegebenheiten, die in andern Ländern nicht ohne weiteres vorhanden oder mit ihnen nicht vergleichbar sind. Es scheint, daß sich darin in etwa das Zweiparteien-Prinzip widerspiegelt, das seinerseits, wie etwa behauptet wird, Anklänge an den Regierungsstil in der alten Doppelmonarchie aufweisen soll. In der Art und Weise, wie solche letztlich politischen Probleme bewältigt werden, sind ja stets Herkommen und Gepflogenheiten, eben das, was man als Stil bezeichnet, von langanhaltender Wirkung.

Eine zweite Erklärung mag in der wirtschaftlichen Ausgangslage zu finden sein. Österreich hat in der Nachkriegszeit von einer wirtschaftlich ungünstigeren Lage aus begonnen als andere westliche Länder. Sich zu verständigen, war unter diesen Umständen dringender, als das vielleicht sonst der Fall gewesen wäre. Immerhin haben auch andere Länder, wie die Schweiz, den Grundsatz der Einvernehmlichkeit unter wesentlich anderen Verhältnissen befolgt, allerdings keines auf so ingeniose und lückenlose Weise wie Österreich.

In theoretisch-dogmatischer Hinsicht frappiert die Großzügigkeit, mit welcher man Bedenken grundsätzlicher Art behandelt. Während anderswo bei allem Pragmatismus doch die Frage entscheidend bleibt, wo die Grenzen zwischen privater Autonomie und staatlicher Einflußnahme verlaufen sollen — was man als das staats- und gesellschaftspolitische Problem des Interventionismus bezeichnet —, praktiziert man in Österreich eine faktische Verflechtung zwischen Staat und Wirtschaft sowohl bei der Beurteilung als auch in der Entscheidungsphase wirtschaftlicher Fragen, die sonst gemeinhin als bedenklich empfunden würde, weil die

Verantwortlichkeiten verwischt und die persönliche und unternehmerische Freiheit in Frage gestellt werden. Der Referent betont mit guten Gründen die enorme Verfilzung zwischen Parteien und Verbänden und damit auch zwischen diesen gesellschaftlichen Mächten und dem Staat. Das System ist in keiner Weise doktrinrein. Es ist kaum möglich, es in einem Konzept einzufangen, verständlich zu gliedern und transparent zu machen. Auf die rechtsstaatliche Fragwürdigkeit weist der Referent mit guten Gründen hin. Man könnte boshaft sagen, hier liege ein „government of social groups“ — die schwer zu personifizieren sind — und keinesfalls ein „government of laws“ vor.

Ein letztes auffälliges Charakteristikum: Die Integration von privaten Organisationen in den staatlichen Apparat durch Zusprechung öffentlichrechtlicher Funktionen. Zwar ist auch diese Seite des Phänomens andern Ländern nicht unbekannt, indem überall Vollzugsmaßnahmen in größerem oder kleinerem Umfange den Direktbeteiligten überlassen werden, aber doch kaum sonstwo mit so großer Kompetenzfülle und so unbestimmter Grenzziehung wie in Österreich. Die strenge Begrenzung solcher Vollzugskompetenzen ist sonst die Regel.

2. Voraussetzung für die Funktionsfähigkeit des Modells

Das Referat legt dar, in wie großem Umfange Konsens unter den Sozialpartnern und sonstigen Beteiligten im Grundsätzlichen besteht. Das ist fundamental. Die Beibehaltung der marktwirtschaftlichen Ordnung, die Anerkennung durchgeführter Verstaatlichungen, der Vorrang der Vollbeschäftigung und der Grundsatz der Verteilungskonstanz sind die gemeinsame Basis und garantieren und ermöglichen die Praktikabilität des Systems der Wirtschaftspartnerschaft. Es finden öffentlich kaum ideologische Auseinandersetzungen über diese Grundsatzfragen statt — im Unterschied zu andern Ländern, wo, keineswegs nur von extremer Seite, die Neuverteilung des Sozialproduktes wenigstens verbal immer wieder aufgegriffen wird. Auch der Vorrang der Vollbeschäftigung ist in andern westlichen Ländern nicht so selbstverständlich wie in Österreich; beispielsweise unterstreicht man in Deutschland eben jetzt unmißverständlich das Erstgeburtsrecht der Preisstabilität, während man in der Schweiz — ebenfalls kennzeichnend für unsere Haltung! — beide Zielsetzungen gleich hoch einstuft. Es bestätigt sich in dieser unterschiedlichen Akzentuierung die Tatsache: Je mehr die Bedürfnisdeckung in den Hintergrund tritt, desto mehr wird die Verteilung des Bruttosozialproduktes betont.

3. Die einkommenspolitischen Regelungen

Einrichtung und Funktion der Paritätischen Kommission für Lohn- und Preisfragen sind in jeder Hinsicht bemerkenswert. Es ist einzigartig, wie durch Vereinbarung der vier großen wirtschaftlichen Gruppierungen (Bundswirtschaftskammer, Präsidentenkonferenz der Landwirtschaftskammern, Gewerkschaftsbund und Arbeiterkammertag) eine Kommission besteht, die mit außerordentlichen Kompetenzen, zudem unter dem Vorsitz des Bundeskanzlers, auf einem Gebiete agiert, nämlich der Einkommenspolitik, das auch in Österreich notwendigerweise heikel und konfliktgeladen ist. Und dies alles auf der Grundlage völliger Freiwilligkeit und mit nicht zu bezweifelndem Erfolg.

Die Regelung berührt ein Grundproblem der westlichen konjunkturpolitischen Situation: die Stellung der Spitzenverbände der Arbeitgeber und Arbeitnehmer und die Frage, ob Orientierungs- oder Eckwerte, also Vorgaben, durch diese Verbände gesetzt werden sollen.

Die Zuständigkeiten der österreichischen Paritätischen Kommission in bezug auf Lohnfragen gehen insofern erstaunlich weit, als die Lohnunterkommission zuständig ist, Lohnverhandlungen zwischen den Gewerkschaften und den Unternehmerorganisationen frei zu geben; „vorher darf nicht verhandelt werden“ heißt es im Referat. In der Tat wird damit die Zentralgewalt des Gewerkschaftsbundes in der Lohnpolitik — die nach den Statuten an sich autonome Angelegenheit der einzelnen Gewerkschaften bleibt — maßgeblich gestärkt; insbesondere wird die Laufzeit der Verträge gesteuert und damit, wie dem Referenten beizupflichten ist, eine konjunkturgerechte Lohnpolitik erleichtert. Die Brauchbarkeit der Regelung wird durch den Umstand untermauert, daß die Verbandspitzen zur Vermittlung angerufen werden können, wenn die Branchenverhandlungen zu keiner Einigung führen. Eine solche Kombination — offenbar recht diskreter Art — von Zuständigkeiten eines Zentralorgans und der Branchenverbände könnte ein Modell sein. Die sonst übliche strikte Trennung von Vertragspolitik durch Branchenverbände und Wirtschaftspolitik durch Spitzenverbände ist kaum fruchtbar, wenig schöpferisch und nicht weiterführend. Man ist in der Schweiz aufgrund der Erfahrungen der letzten zwei Jahre behördlicherseits zur Auffassung gelangt, daß die Sozialpartnergespräche auf einer breiteren Basis stattfinden sollten als nur mit den Spitzenverbänden; zukünftig will man die hauptsächlichlichen Branchenorganisationen der Arbeitgeber und Arbeitnehmer einbeziehen. Dabei sollen Gegenstand der Gespräche — was in Österreich nach dem Referat verwirklicht ist — Fragen der allgemeinen Wirtschaftspolitik sein. Die wirtschaftspolitischen Aussprachen, die nach dem Referat vierteljährlich und sonst nach Bedürfnis im Schoße der Paritätischen Kommission

stattfinden, entsprechen einem Bedürfnis, das sich überall manifestiert hat. Die dauernde gegenseitige Information, die gemeinsame Beurteilung der Wirtschafts- und Konjunkturlage, die Schaffung eines Klimas gegenseitigen Vertrauens sind nicht nur nützlich, sondern für die Führung der Wirtschafts- und Konjunkturpolitik unerlässlich. Die österreichischen Erfahrungen bestätigen das.

4. Preisfragen

Von nicht geringerem Interesse sind Einrichtungen und Funktion des Preisunterausschusses. Es ist ebenso verwunderlich wie erstaunlich, daß es im Verfahren vollkommener Freiwilligkeit gelungen ist, die Unternehmer dazu zu bringen, Preiserhöhungen nur im Einvernehmen mit der Paritätischen Kommission vorzunehmen. Was in andern Ländern mit Hilfe komplizierter Unterscheidungen zwischen wettbewerbspolitischen und spezifisch preisüberwachungsmäßigen Einrichtungen und Kompetenzen mit geringem Erfolg versucht wird, nämlich sog. ungerechtfertigte Preiserhöhungen — seien sie wettbewerbspolitisch oder verteilungspolitisch motiviert — zu verhindern oder hintanzuhalten, geschieht in Österreich gewissermaßen *al fresco* und in einem Zuge. Daß auf vermachteten Märkten, wo durchwegs geringe Wettbewerbsintensität herrscht, eine irgendwie geartete Preiskontrolle stattfinden muß, kann ernsthaft nicht bestritten werden. Entweder geschieht das über die Wettbewerbspolitik, was, wie das deutsche Beispiel zeigt, anspruchsvoll sowohl in bezug auf Organisation als auch auf Doktrin und Gesetzgebung ist, oder man tut es so wie in Österreich, wo das Verfahren, was der Referent nicht verschweigt, weniger auf exakten Berechnungen beruht als auf dem Erfahrungsschatz aller Beteiligten. Daß die Wirksamkeit des Preisverfahrens umstritten ist, gilt auch anderswo. Aus Erfahrung kann bestätigt werden, daß allein schon, um mit dem Referat zu reden, „eine etwas gleichmäßigere Verteilung des Preisauftriebes“ konjunkturpolitisch überaus relevant sein kann. Nur konterkariert diese Methode in etwa den Automatismus der Indexierung. Jedenfalls möchten wir der These des Referats beipflichten, daß durch Preisüberwachung die Preisentwicklung gleichmäßiger verläuft.

5. Der Beitrag der Wissenschaft

Die Einrichtung eines Beirates für Wirtschafts- und Sozialfragen und die Art und Weise seiner Mitwirkung im System der partnerschaftlichen Ordnung stellen wiederum eine ansprechende Lösung eines schwierigen Problems dar. Die Organisation des wissenschaftlichen Beitrages an die konjunkturpolitische Diskussion gehört zur Grundsatzproblematik unseres Themas.

6. Zusammenfassung

Das österreichische Beispiel bietet nach unserem Dafürhalten in folgender Richtung grundsätzliches Interesse:

6.1 Wirtschaftspolitik im allgemeinen und Konjunkturpolitik im besonderen, verstanden als staatliche Einflußnahme auf wirtschaftliche Vorgänge, lassen sich ohne Beizug der Sozialpartner wirkungsvoll nicht bewerkstelligen. Es bestätigt sich die Theorie, daß Inflation auf alle Fälle auch ein machtpolitisches Phänomen ist. In einem Ausmaß, das von Land zu Land festzulegen ist, sind die Sozialpartner an den wirtschafts- und konjunkturpolitischen Diskussionen, Willensbildungs- und Entscheidungsprozessen zu beteiligen. Lösungen und Maßnahmen finden nur auf diese Weise jene breite Basis, deren sie zu ihrer Wirksamkeit bedürfen. Ohne Rücksicht darauf, mit welchen Mitteln Konjunkturpolitik betrieben wird, ist die Mitwirkung der Sozialpartner bei der Zielfindung und der Abstimmung der Maßnahmen im Gesamtrahmen unerläßlich, nicht aber, etwa bei den monetären Vorkehren, auch bei der Durchführung.

6.2 Diese Mitwirkung der Sozialpartner erstreckt sich primär auf das gesamte Feld der Wirtschaftspolitik. Sie ist keineswegs nur einkommenspolitischer Natur oder einzig auf dieses Gebiet beschränkt. Weil das Verhalten der Sozialpartner im allgemeinen und das Vertragssystem im besonderen für den optimalen Einsatz der Produktionsfaktoren entscheidend wichtig sind, sind die Sozialpartner umfassend zuständig. Sozialpartnergespräche müssen, wofür Österreich ein gutes Beispiel ist, in die Wirtschafts- und Konjunkturpolitik integriert werden.

6.3 Der Grundsatz der Freiwilligkeit und Einvernehmlichkeit ist ganz allgemein billigenswert. Wo es, wie in Österreich, gelingt, Lohn- und Preisfragen auf diese Weise zumindest der Mitwirkung Außenstehender zugänglich zu machen, ist beträchtliche Gewähr geboten, daß allgemeine Interessen wahrgenommen werden. Die Gefahr, daß man sich auf Kosten Dritter, besonders des Konsumenten, oder zum Nachteil der Wettbewerbsfähigkeit der Wirtschaft verständigt, ist bei vorausgesetzter Transparenz des Geschehens in höherem Maße vermeidbar, als wenn der Staat direkt eingreift.

Diskussion

Erich Streißler (Wien):

Ich möchte selbst mit zwei Fragen die Diskussion einleiten.

Ist es ganz ungewöhnlich, daß die Wirtschaftspolitik weitgehend aus der Kompetenz der Regierung ausgeklammert wird? Vergessen Sie nicht, das war schon einmal weitgehend der Fall im 19. Jahrhundert, als wirtschaftspolitische Zentralinstanz die Notenbank war. Die Paritätische Kommission in Österreich entspricht in anderer Form dem Gedanken der Notenbankdominanz in der Wirtschaftspolitik, also der Wirtschaftspolitik, die in die Hände langfristig tätig bleibender Experten gelegt ist. Interessanterweise ist in Österreich die Notenbank selbst vielfach personell mit den (ehemaligen) Experten der Paritätischen Kommission verflochten.

Die Paritätische Kommission ist zweitens hervorgegangen aus einem Machtkampf der Zentralverbände gegen ihre untergeordneten Verbände. Die Zentralverbände koalitierten mit den Gegenverbänden, um machtmäßig ihre eigenen Unterverbände auszuschalten. Sie geht also auf einen zentralen Machtkampf innerverbändischer Art zurück. Die deutsche Diskussion, die in den Verbänden eine Inflationsquelle sieht, geht immer vom Konkurrenzverhalten der Einzelverbände aus. Die österreichische Dominanz der Zentralverbände bedeutet aber so hohe gesamtpolitische Verantwortung, daß es eher zu einer inflationsdämpfenden Wirkung der Verbände kommt. Man darf den Erfolg der Verbändestaatlichkeit Österreichs freilich nicht an der Inflationsdämpfung messen, sondern vielmehr an der Rückführung der Inflation auf ein erträgliches Maß, so daß durch die Inflation die zentralen wirtschaftspolitischen Anliegen, Wachstum und hohe Investitionsquoten, nicht gestört werden.

Manfred Gömmel (Düsseldorf):

Ich darf den Ausführungen des Referenten und des Korreferenten einige Bemerkungen anfügen, die vielleicht noch stärker deutlich machen, wie wenig das österreichische Modell z. B. auf die Bundesrepublik oder auf ein anderes Land übertragen werden kann. Ich habe mir zusammen mit Professor Klaus vor zwei oder drei Jahren einmal

Gedanken gemacht, wieso eigentlich die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik, die ja von ihrer Idee her ähnlich liegt wie die Paritätische Kommission, so wenig Ansehen und so wenig Erfolg hat, während die Paritätische Kommission in Österreich, vor allem in Österreich selbst — die Kritiker kommen meistens aus dem Ausland — Ansehen hat und man ihr Erfolge zuweist. Wir haben diese Gedanken in der Festschrift für Frau Liefmann-Keil niedergelegt.

Ich möchte vielleicht ganz kurz die Ergebnisse erläutern, zu denen es damals gekommen ist. Wir haben damals vier wesentliche Punkte herausgearbeitet:

1. Der bessere Erfolg und das höhere Ansehen, das die Paritätische Kommission im Vergleich zur Konzertierten Aktion aufweist, ist nur zu einem ganz geringen Teil auf eine zielgerichtete institutionelle Ausgestaltung zurückzuführen. Es ist also nicht so, daß die Institution auf das Ziel Preisstabilität ausgerichtet ist, sondern sie ist aus der sozialen und politischen Wirklichkeit heraus gewachsen. Die Paritätische Kommission ist praktisch durch Selbsteinsetzung ins Leben gerufen und nicht, wie die Konzertierte Aktion, durch einen gesetzgeberischen Akt geschaffen worden, der dann durch den entsprechenden Wirtschaftsminister nach seinem Gutdünken ausgeformt wurde. Das ist einer der wesentlichsten Punkte, dieses Entstehen aus der Umwelt heraus und nicht das Oktroyieren einer Institution, die dann von den Betroffenen nicht anerkannt wird.

2. Der zweite wichtige Punkt ist, daß die abweichenden ordnungspolitischen Grundvorstellungen in Österreich und in der Bundesrepublik der Paritätischen Kommission einen viel weiteren Handlungsspielraum geben, als es für die Konzertierte Aktion der Fall ist. Die Konzertierte Aktion ist sofort nach ihrer gesetzlichen Einsetzung von den Staatsrechtlern sehr scharf angegriffen worden. Sie erinnern sich, vor allem Biedenkopf war es damals, der im Zusammenhang mit der Tarifautonomie die Konzertierte Aktion sehr stark in Frage gestellt hat, während man in Österreich rein pragmatisch verfährt und diese ordnungspolitischen Bedenken überhaupt zurückstellt. Wenn sie vorgetragen werden, werden sie wieder von deutschen Staatsrechtlern vorgetragen, weniger von den Österreichern.

3. Ein dritter Punkt ist, daß die Gesinnung und die Mentalität, auch der Betroffenen, die Durchschlagskraft der Paritätischen Kommission begünstigen, während sie sich im Falle der Konzertierten Aktion gerade negativ auswirken. Der Referent hat auch die besondere Bedeutung der informellen Kontakte zwischen den einzelnen Führern der Gremien herausgehoben. Vielleicht ist einer der Unterschiede zwischen Österreich und Deutschland, daß es diese Treffen in den Kaffeehäusern in der Bun-

desrepublik nicht gibt, vielleicht weil es Kaffeehäuser nicht gibt. Das könnte sein.

4. Wir haben viertens noch einen Punkt herausgearbeitet, der auch hier schon angesprochen worden ist. Die wirtschaftlichen und gesellschaftlichen Strukturen in Österreich bieten die Voraussetzungen für das Gelingen der Paritätischen Kommission, während die Konzertierte Aktion bei den in der Bundesrepublik vorliegenden Strukturen kaum Erfolgsaussichten haben kann. Ich verweise hier nur auf die sehr stark zentralisierten Gewerkschaften in Österreich und die Macht der Industriegewerkschaften und die Ohnmacht eines DGB in der Bundesrepublik. Ich verweise auf die ebenfalls ziemlich straff organisierten Arbeitgeberverbände in Österreich und auf das Organisationschaos der Bundesvereinigung der deutschen Arbeitgeberverbände, welches auch zur Folge hat, daß sie in keiner Form zu bindenden Vereinbarungen in einem zentralen Gremium berechtigt ist.

Ich glaube, diese Punkte machen deutlich, wie wenig es von der speziellen Form der Paritätischen Kommission abhängt, daß in Österreich dieser relative Erfolg feststellbar ist. Es hängt wohl mehr von den Rahmenbedingungen ab, und die sind kurzfristig nicht so beeinflussbar. Wer kann schon die Sozialstruktur, die informellen Informationsmöglichkeiten oder gar die Mentalität kurzfristig ändern?

Christian Watrin (Köln):

Ich knüpfe an den letzten Diskussionsbeitrag an und weise darauf hin, daß die Wirtschaftspartnerschaft tatsächlich ein Exportartikel Österreichs gewesen ist, und zwar im § 3 des bundesdeutschen Stabilitätsgesetzes. Es gibt eine vielzitierte Behauptung des damaligen Wirtschaftsministers Karl Schiller, der sinngemäß gesagt hat: Durch die Konzertierte Aktion wird den Verbänden die Vorformung der Wirtschaftspolitik ermöglicht — eine Formulierung, die im mündlichen Vortrag von Herrn Lachs ebenfalls anklang. Im Hinblick auf die Zustimmung, die die Konzertierte Aktion in der Bundesrepublik gefunden hat, bin ich allerdings anderer Meinung als mein Vorredner. Lange Zeit wußte in der Öffentlichkeit niemand genau, was sich unter dem Namen „Konzertierte Aktion“ verbirgt; trotzdem — oder gerade deswegen — war deutlich feststellbar, daß dieser Begriff im allgemeinen politischen Sprachgebrauch großen Anklang fand und von jedermann mit positiven Wertakzenten verwendet wurde. Ich stimme deswegen der Kennzeichnung, die eben vorgetragen wurde, nicht unbedingt zu. Aber das ist nur eine Marginalie.

Wichtiger ist die Frage, ob dieses System — wenn ich es einmal überspitzt ausdrücken darf — der Privatisierung der Wirtschaftspolitik

durch Beteiligung privatautonomer Verbände an der wirtschaftspolitischen Willensbildung tatsächlich auf Dauer stabilisierbar ist.

Nach meiner Ansicht hat es nur unter einer Allparteienregierung, so wie sie in Österreich lange Zeit bestand und wie sie übrigens bei Verabschiedung des deutschen Stabilitätsgesetzes auch in der Bundesrepublik existierte, längerfristige Erfolgsaussichten. Läßt man aber die Annahme fallen, daß zwei dominante Parteien, wenn auch mit leichten Verschiebungen in der Verteilung der Kabinetts- und Staatssekretärs-posten, in der Regierung sitzen, und kommt es zu einer Einparteienregierung, dann möchte ich gern Herrn Lachs die Frage vorlegen, ob damit nicht der Anfang vom Ende vorgezeichnet ist. In dieser Situation ist es natürlich notwendig, daß ein echter Wahlkampf geführt wird, daß politische Alternativen angeboten und daß die „Klingen“ gekreuzt werden. Es ist dann zumindest aus der bundesdeutschen Perspektive schwer zu verstehen, wie dann die Wirtschaftspartnerschaft auf Dauer aufrechterhalten werden soll. Folgt nicht aus der inneren Dynamik des Machtkampfes und der Durchsetzung einer Partei schließlich eine Situation, die zur Auflösung dieser Institution führt?

Thomas G. Lachs (Wien):

Ich muß gleich eine Illusion zerstreuen, Herr Schürmann. Daß es nie zu Vereinbarungen auf Kosten Dritter kommt, soweit funktioniert die Sache bei uns nicht. Es werden also doch immer wieder, obwohl das von den Zentralverbänden bekämpft wird und wir auch bei diesem Kampf manchmal Erfolge haben, von Einzelverbänden auf beiden Seiten Abkommen zu Lasten Dritter getroffen. Besonders zeichnet sich hier die Verarbeitung landwirtschaftlicher Produkte aus, wo sich drei auf Kosten aller anderen arrangieren: die Bauern, der entsprechende Industriezweig und der entsprechende Gewerkschaftsverband, obwohl dessen Obmann (immerhin unser Handels- und Wirtschaftsminister) das in der Öffentlichkeit ablehnet.

Ich bin also sicher, daß das kein Exportartikel ist. Das habe ich schon betont. Ich glaube aber von außen — so wie Sie von außen manches bei uns vielleicht eher kritisieren können, weil Sie nicht so darin stecken — einiges zur Konzertierte Aktion sagen zu dürfen. Ich habe immer das Gefühl gehabt — aus allem, was ich gelesen habe und was ich mit meinen deutschen Kollegen besprochen habe, ist dieses Gefühl eher verstärkt worden —, daß die Konzertierte Aktion von Anfang an vom damaligen Wirtschaftsminister als ein Gremium aufgefaßt wurde, in dem er den Verbänden sagt, was sie zu machen haben. Das ist natürlich vollkommen hoffnungslos. So hat unsere Paritätische Kommission nie funktioniert. Boshafte Leute sagen: Die Regierung ist schon froh,

wenn dort die Verbände nicht ihr vorschreiben, was sie zu machen hat. Ich will mich darüber nicht auslassen. Aber jedenfalls die Haltung eines Karl Schiller — die er dann in der Folge noch akzentuiert hat bis zum Parteiaustritt — gegenüber den Gewerkschaften und ihrer Rolle in der Konzertierten Aktion war sicherlich nicht dazu angetan, ihnen mehr Freude an diesem Gremium zu geben und sie zur Zusammenarbeit zu veranlassen.

Eine Kleinigkeit noch: Alles spielt sich bei uns sicher nicht im Kaffeehaus ab. Persönlich pflege ich höchstens zwei- bis dreimal im Jahr eine solche Institution zu betreten. Ich kann Ihnen versichern, daß eine der größten Sorgen der Sektion Fremdenverkehr unserer Unternehmerorganisation das Wiener Kaffeehaus-Sterben ist.

Zur Macht der Zentrale in Österreich auch noch ein Wort. Sie ist auch deswegen so stark, und zwar in beiden Gremien, weil wir viel mehr Parteidisziplin haben als die deutschen politischen Parteien. Im Parlament gegen die Partei stimmen, ist bei uns undenkbar und wird mit sofortigem Parteiausschluß bestraft, meistens mit dem Entzug des Mandats. Es ist bei uns üblich, daß Kandidaten selbst für die lächerlichsten politischen Funktionen zum Zeitpunkt ihrer Nominierung Blankorücktrittserklärungen ihrer Partei abgeben. Diese haben zwar keine verfassungsrechtliche Wirkung, man kann sie jederzeit widerrufen. Aber das zeigt ungefähr die Mentalität auf. Innerhalb der Verbände ist die Loyalität zur Partei und damit die Loyalität zur Verbandsspitze, die ja mit der Partei enorm verfilzt ist, außerordentlich groß. Das gilt sowohl für die Unternehmerverbände als auch für die Gewerkschaften. Ich glaube, das ist ein weiterer Pluspunkt für die Stärke dieser Zentralverbände, da sie immer wieder an die Parteidisziplin der Funktionäre der Mitgliedsverbände appellieren können.

Zur letzten Frage: Wie geht das in einer Einparteienregierung? Wir haben ja in Österreich seit 1966 Einparteienregierungen. Das sind immerhin schon acht Jahre. Wir hatten größte Sorge, daß mit dem Entstehen der ersten Einparteienregierung der Österreichischen Volkspartei im Jahre 1966 die Paritätische Kommission und die ganzen Institutionen der Wirtschaftspartnerschaft aufhören könnten zu existieren. Die damalige Regierung hat das als Gefahr betrachtet und außerordentliche Anstrengungen unternommen, um hier ja nicht anzuecken. Mit diesem Datum verschwand das Stimmrecht der Regierungsmitglieder in der Paritätischen Kommission, immerhin ein Akt der Selbstbeschneidung, den man nicht unterschätzen sollte. Erst seit der Einparteienregierung gibt es die vierteljährliche wirtschaftspolitische Aussprache. Ich glaube, kein Kanzler der Republik Österreich hat sich so um die Gewerkschaften bemüht wie der damalige Bundeskanzler Klaus der Österreichische-

Volkspartei-Alleinregierung, um dieses System zu erhalten. Es ist ihm gelungen, das so gut zu verankern, daß es auch den Wechsel der Alleinregierung und sogar eine Minderheitenregierung, die es dazwischen ein Jahr lang gab, überstanden hat. Soviel ich das beurteilen kann, ist das Interesse der Verbände an dem System heute so groß, daß sie alles tun, um es zu erhalten. Die Verbandsobmänner und -funktionäre sind in ihren Parteien wieder so mächtig, daß sie ihren Willen, das System aufrechtzuerhalten, auch den politischen Parteien aufzwingen können, mit dem Resultat, daß die einzige Partei, die dauernd dagegen ankämpft, die Freiheitliche Partei ist, weil sie in den Verbänden nicht oder kaum verankert ist. Nur ist die Bedeutung der Freiheitlichen Partei in Österreich rein zahlenmäßig etwas schwächer als, glaube ich, die der Freien Demokratischen Partei in Deutschland, und politisch noch viel, viel schwächer, weil sie nicht Zünglein an der Waage spielen kann, solange es parlamentarische Mehrheiten gibt. Ich glaube also nicht, daß das System von dieser Seite her gefährdet ist.

Selbstverständlich besteht immer die Möglichkeit, daß die Verbände von sich aus das System über Bord werfen oder daß eine Seite es über Bord wirft, und sicher ist diese Möglichkeit besonders aktuell, wenn es Änderungen der Personen innerhalb der Verbände gibt. Ich könnte mir also vorstellen, daß eine neue Generation von Präsidenten der Verbände hier nicht mehr mittun will. Aber im Augenblick sind dafür keine Anzeichen vorhanden.

Erich Streißler (Wien):

Wir kommen zum Schluß unserer Veranstaltung. Im Grunde war das Referat von Herrn Lachs komplementär zum Referat von Herrn Zohlhöfer. Wie Parteienwettbewerb zu einer die Geldwertstabilität belastenden Wirtschaftskonkurrenz führen kann, so kann man als Konsequenz auch die gesamte Wirtschaftspolitik aus den Staatsfunktionen ausklammern. Das ist in Österreich geschehen. Die Regierung hat im wesentlichen Gesellschaftspolitik zu betreiben und nur sehr teilweise wirtschaftspolitische Verantwortung. Die hauptsächliche wirtschaftspolitische Verantwortung ist auf ein Dauergremium übertragen, das dem Parteienwettbewerb nicht ausgesetzt ist. Eine solche Konstruktion bedarf eines gewandelten Staatsverständnisses, das nur aus jahrzehntelanger historischer Erfahrung entstehen kann. Aber sie ist eine mögliche Konsequenz aus der von Zohlhöfer geschilderten Konkurrenzsituation.

Wir sind einigen, freilich wenigen Problemen unseres Arbeitskreises nähergekommen. Entgegen dem Wortlaut des Themas unserer Veran-

staltung haben wir vielleicht jedoch hauptsächlich darüber gesprochen, wie die Stabilitätsziele die anderen wirtschaftspolitischen Zielfindungen und Zielverwirklichungen mit beeinflussen.

Plenum

Gesamtkonzepte der Stabilisierungspolitik

Leitung: Waldemar Wittmann, Frankfurt

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Dienstag, 3. September 1974, 15.00—17.45 Uhr

Stabilisierung in einer offenen Volkswirtschaft

Von *Jürg Niehans*, Baltimore*

Ich habe mir für diese Ausführungen ein wesentlich praktisches und konstruktives Ziel vorgenommen. Ich werde nämlich versuchen, aus der wissenschaftlichen Arbeit der letzten anderthalb Jahrzehnte positive Schlußfolgerungen zu ziehen, die heute für die wirtschaftliche Stabilisierung als Wegleitung dienen können. Dabei auferlegt mir mein Thema die Konzentration auf jene Gesichtspunkte, die sich aus der Offenheit einer Volkswirtschaft ergeben, womit das Gewicht zwangsläufig auf der Geldpolitik liegt.

Bei der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung geht es vor allem um zwei Dinge, nämlich einerseits um die Stabilisierung von *Produktion* und *Beschäftigung*, andererseits um die Stabilisierung des *Preisniveaus*. Das fundamentale Problem liegt darin, daß bisher noch keine Mittel und Wege gefunden wurden, die erlauben würden, die Beschäftigung global anzuregen, ohne auch die Preise nach oben zu drücken, oder die Preise am Steigen zu hindern, ohne auch Produktion und Beschäftigung zu hemmen¹.

In dieser Schwierigkeit zeigt ein Blick auf die *zeitliche Dimension* unserer Zielsetzungen und Instrumente einen Ausweg. Beim Preisniveau geht es nämlich um die langfristige Stabilisierung. Mit kurz- und mittelfristigen Schwankungen der Preise um einen horizontalen Trend wird die Wirtschaft relativ leicht fertig; sie verlangen keine besondere Aufmerksamkeit. Was wir verhindern wollen, ist das langfristige Steigen der Preise im Vergleich zwischen Jahrfünften und Jahrzehnten, ist die

* Geboren am 8. November 1919 in Bern. 1945 Promotion zum Dr. oec. publ. in Zürich. 1945 - 1949 Attaché bei der schweiz. Gesandtschaft in Washington. Von 1950 - 1966 Lehrtätigkeit an der Universität Zürich, ab 1956 als ordentlicher Professor. Ab 1966 Abram G. Hutzler Professor an der Johns Hopkins Universität, Baltimore, Hauptforschungsgebiet: Geldtheorie.

¹ Technisch ausgedrückt: Mundells Prinzip, wonach jedem Ziel jenes Instrument zuzuordnen sei, das für dieses Ziel einen komparativen Vorteil besitzt, läßt sich nicht anwenden, da sich in bezug auf Preise und Beschäftigung keine zuverlässigen komparativen Vorteile feststellen lassen. Vgl. *Robert A. Mundell*, *The Monetary Dynamics of International Adjustment Under Fixed and Flexible Exchange Rates*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Mai 1960, und *Robert A. Mundell*, *The Appropriate Use of Monetary and Fiscal Policy for Internal and External Stability*, in: *IMF Staff Papers*, März 1962.

säkulare Inflation. Bei Produktion und Beschäftigung hingegen geht es um die kurz- bis mittelfristigen Konjunkturschwankungen, während wir über die Beeinflussung des langfristigen realen Wachstums zwar mathematische Modelle bauen können, für praktische Zwecke aber noch so gut wie nichts wissen.

Dieser zeitlichen Staffelung der Zielsetzungen entspricht, wie man schon zur Zeit Ricardos wußte, eine Staffelung der Wirkungen geldpolitischer Maßnahmen. *Kurzfristig* reagieren sich diese Wirkungen nämlich auf den *Finanzmärkten* ab und beeinflussen hier die Zinssätze und Bilanzstrukturen. *Mittelfristig*, über 6 bis 24 Monate, wirkt die Geldpolitik vor allem auf die *reale Seite* der Volkswirtschaft, auf Produktion und Beschäftigung, während Preise und Löhne als träge erscheinen. *Langfristig* hingegen, über mehrere Jahre und Jahrzehnte, bestimmt die Geldpolitik in erster Linie das *Preisniveau*, während das Wachstum von Produktion und Beschäftigung und selbst das Niveau der Beschäftigung praktisch unberührt bleiben.

Diese zeitliche Staffelung der Ziele und Wirkungen gibt dem Wirtschaftspolitiker seine große Chance. Sie erlaubt ihm nämlich letzten Endes doch, für verschiedene Ziele in gewissem Sinne verschiedene Mittel einzusetzen: Durch den langfristigen Trend der Geldpolitik kann er den langfristigen Trend der Preise stabilisieren, während er gleichzeitig durch kurz- und mittelfristige Variationen der Geldpolitik die Konjunkturschwankungen dämpft. Damit stellt sich die Frage, wie die Geldpolitik im einzelnen geführt werden kann, damit sie diesem doppelten Ziel befriedigend gerecht zu werden verspricht. Dies ist die Frage, von der diese Ausführungen handeln werden.

1. Vergangenheit: Stabilisierung unter der Golddevisenwährung

Es ist zweckmäßig, zunächst einen kurzen Blick auf die Vergangenheit, auf das Stabilisierungsproblem der Golddevisenwährung zu werfen. Das Währungssystem, das anfangs der siebziger Jahre zusammengebrochen ist, hatte sein Fundament im An- und Verkauf von Gold durch die Zentralbanken zu praktisch festen Preisen. Auf diesem Fundament entwickelte die Praxis einen komplizierten Überbau, indem neben Gold auch Devisen, die direkt oder indirekt in Gold einlösbar waren, von den Notenbanken gehandelt und gehalten wurden. Das Wesentliche aber war das Warengeldelement, das durch die Goldparitäten ins System eingebaut war — der „Dollarstandard“ ohne Gold war immer nur ein amerikanischer Traum, der Traum des bankrottbedrohten Bankiers. Für eine Welt ohne säkulare Inflation war dies ein durchaus lebensfähiges, ja ausgezeichnetes System, denn ohne säku-

lare Inflation können die Goldreserven mit dem Wachstum der Wirtschaft ungefähr Schritt halten, und der Auf- und Abbau von Währungsreserven und Verschiebungen in ihrer Zusammensetzung geben jedem Land ein ansehnliches Maß von Autonomie für seine Konjunkturpolitik. In Wirklichkeit aber entwickelte das System eine Dynamik, die zu seinem Zusammenbruch führte. Welche Kräfte bestimmten diese Dynamik? Ich sehe von allen deren drei:

Ein erster Faktor lag in einem Mangel des wirtschaftswissenschaftlichen Weltbildes der spätkeynesianischen Generation. Ich nenne diesen Mangel die „*Phillips-Illusion*“. Deren Kernpunkt war der Glaube, daß auf Grund der Phillips-Kurve um den Preis einer mäßigen und jedenfalls nicht zunehmenden Inflation eine befriedigende Stabilisierung der Beschäftigung auf hohem Niveau erreicht werden könne. Diese Vorstellung beherrschte vor allem, wenn auch nicht allein, die amerikanische Wirtschaftspolitik seit dem Beginn der sechziger Jahre. Sie führte dazu, daß sich die monetäre Expansion, gemessen am Inlandportefeuille des Bundesreservesystems, mit Beginn der sechziger Jahre ruckartig vervielfachte. Nichtsdestoweniger war sie eine Illusion, entsprungen aus unvollkommenem Wissen. Heute wissen wir (oder glauben wir zu wissen), daß eine Erhöhung der Beschäftigung nur um den Preis *unerwarteter* Inflation erkaufte werden kann. Die stimulierende Wirkung der Inflation schwindet, sobald sie erwartet wird, und zunehmend größere Inflationsdosen sind nötig, um den gleichen Beschäftigungsstand zu erhalten². Heute ist die Inflation denn auch nicht mehr die Folge der Übernachfrage nach Gütern; vielmehr schreitet sie fort ohne Übernachfrage, ja selbst bei Überangebot, einfach weil sie allgemein erwartet wird.

Der zweite Faktor war währungspolitischer Natur und bestand in der *Internationalisierung der Geldversorgung*. Bei festen Wechselkursen wird die Geldversorgung jedes einzelnen Landes nicht durch seine eigene Geldpolitik bestimmt, sondern durch die Geldpolitik aller Länder³. In den Vereinigten Staaten mit ihrer relativ expansiven Politik blieben Geldmenge und Preisniveau deshalb hinter der Kreditexpansion zurück. In relativ restriktiven Ländern hingegen, wie in Deutschland und der Schweiz, geschah das Gegenteil. Durch die festen Wechselkurse wurde die amerikanische Expansion zur Weltinflation.

² Die Alternative lautet deshalb nicht „ein Prozent Arbeitslosigkeit oder ein Prozent Inflation“, sondern „ein Prozent Arbeitslosigkeit vorübergehend für nächstes Jahr oder ein Prozent Inflation für immer“.

³ Eine ausgezeichnete Übersicht über diesen Problemkreis bietet: *Alexander K. Swoboda*, *Monetary Policy under Fixed Exchange Rates — Effectiveness, the Speed of Adjustment, and Proper Use*, in: *Economica*, Mai 1973.

Damit stellt sich die Frage, weshalb die übrige Welt die Dollarschwemme akzeptierte, ohne frühzeitig auf Goldeinlösung zu bestehen und damit den spezifischen Feind des Golddevisenstandards mit der spezifischen und dafür vorgesehenen Waffe zu schlagen. Die Antwort sehe ich in einem dritten Faktor, nämlich der *historischen Ausgangslage*. Nach dem Ende des zweiten Weltkriegs fanden sich die Vereinigten Staaten mit ungewöhnlich hohen Goldreserven, während die übrige Welt, global gesehen, an Dollarknappheit litt. Das System von Bretton Woods begann deshalb seinen Lebenslauf in einer Ungleichgewichtssituation, mit einem Dollarschaffungspotential von gigantischen Ausmaßen. Diese Asymmetrie der historischen Ausgangslage war es, und nicht die Satzungen des Internationalen Währungsfonds, die dem Dollar seine Sonderstellung gab. Durch die amerikanischen Defizite wurde jenes Potential fortschreitend aktualisiert. Beide Seiten gewöhnten sich ganz gern an eine ungleichgewichtige Struktur des Welthandels mit amerikanischen Defiziten. So erfolgte denn die Reaktion erst spät — zu spät für die Lebensfähigkeit des Systems. Diese drei Kräfte scheinen mir die Dynamik des Systems im wesentlichen bestimmt zu haben. Keine von ihnen wäre für sich allein zu einer ernststen Gefahr geworden. Zusammengenommen erzeugten sie jene Weltinflation, die zum Zusammenbruch des Systems führen mußte.

Welche Lehren ergeben sich aus dieser Erfahrung für die nationale Stabilisierung? Vor allem vier Punkte scheinen mir heute von Bedeutung. *Erstens* gibt es bei festen Wechselkursen keine Isolierung der langfristigen nationalen Preisentwicklung vom internationalen Trend. Nur die Notenbanken und Regierungen der größten Länder haben auf die Dauer einen nennenswerten Einfluß auf ihre nationalen Inflationsraten. Bei den übrigen sind alle Bemühungen um Inflationsbekämpfung, um konjunkturgerechte Geld- und Fiskalpolitik, um Einkommenspolitik, um ein besseres konjunkturpolitisches „Instrumentarium“ etc. zum Mißerfolg verurteilt. *Zweitens* hat die Erfahrung bestätigt, was die Überlegung als wahrscheinlich erscheinen läßt, nämlich daß die Phillips-Illusion zu einer sich beschleunigenden Inflation ohne nachhaltige Vorteile für Produktion und Beschäftigung führt. Stabilisierung des langfristigen Preistrends verlangt Befreiung von der Phillips-Illusion, und diese Befreiung ist möglich ohne nachhaltige Opfer an Produktion und Beschäftigung. *Drittens* hat die Erfahrung jenen — nicht zuletzt Zentralbankleitern — Recht gegeben, die schon früh eine zunehmende Überliquidität des Systems diagnostizierten, die dann in traditionell quantitativstheoretischer Weise zur Inflation führen müsse. Alles spielte sich nach dem Lehrbuch ab. In der Tat ist die gegenwärtige Inflation wohl das eindrucklichste Schulbeispiel eines klassischen, monetären Inflationsprozesses in Friedenszeiten, das die neuere Wirtschaftsge-

schichte kennt. Der *vierte* Punkt betrifft die mittelfristige Konjunktur-
stabilisierung. Die theoretischen Untersuchungen von Mundell⁴ und
Fleming⁵, aufbauend auf Meade und Tinbergen, ließen vermuten, daß
die Geldpolitik bei festen Kursen, insbesondere bei hohen Zinselastiziti-
täten der internationalen Kapitalbewegungen, durch die Aufgabe der
Zahlungsbilanzstabilisierung absorbiert werde, und daß die Last der
Konjunkturstabilisierung der Fiskalpolitik zugewiesen werden sollte.
Die enttäuschenden Erfahrungen mit der monetären Konjunkturpolitik
haben diese Vermutungen bestätigt⁶.

2. Gegenwart: Stabilisierung bei manipulierter Flexibilität der Wechselkurse

Mit dem Übergang zur manipulierten Flexibilität der Wechselkurse
haben sich die internationalen Rahmenbedingungen der Stabilisierungs-
politik verändert. Im Hauptteil meiner Ausführungen werde ich zu zei-
gen versuchen, wie diese Veränderung der Rahmenbedingungen auf
die Geldpolitik zurückwirkt.

2.1 Der Einfluß flexibler Wechselkurse auf Preistrends und Konjunkturschwankungen

Zunächst stellt sich die Frage, wie der internationale Szenenwechsel
den Preistrend und die Konjunkturschwankungen in den nationalen
Volkswirtschaften modifiziert. Wird der Übergang zu flexiblen Wechsel-
kursen den Inflationsdruck und die Beschäftigungsschwankungen in den
nationalen Volkswirtschaften verstärken oder dämpfen, wird er der
Wirtschaftspolitik ihre Stabilisierungsaufgabe erschweren oder erleich-
tern? Die Antwort fällt für den Preistrend und die Konjunkturschwan-
kungen verschieden aus.

Der *Preistrend* war bisher in jeder Volkswirtschaft mit festen Pari-
täten durch die globale Geldexpansion bestimmt. In Zukunft wird er
durch die nationale Geldexpansion bestimmt sein. Die Außenwirtschaft
wird keinen wesentlichen langfristigen Einfluß auf den nationalen Geld-
wert mehr haben⁷. Die Rückwirkungen auf die Stabilisierungsaufgabe

⁴ Robert A. Mundell, *The Appropriate Use of Monetary and Fiscal Policy for Internal and External Stability*.

⁵ J. Marcus Fleming, *Domestic Financial Policies under Fixed and Under Floating Exchange Rates*; in: IMF Staff Papers, November 1962.

⁶ Zum gleichen Ergebnis kommt für die Vereinigten Staaten die Simulationsstudie von Kenen (*Peter B. Kenen, The Balance of Payments and Policy Mix: Simulations Based on a U.S. Model*, in: *Journal of Finance*, Mai 1974).

⁷ Wie die Ölkrise zeigt, kann zwar die Erhöhung gewisser Einfuhrpreise das Preisniveau der Importländer kurzfristig steigen lassen. Die Entwertung

sind verschieden, je nachdem, ob die interne Kreditschöpfung eines Landes bisher über oder unter der globalen Kreditschöpfung lag. Für Länder wie die Vereinigten Staaten, deren Kreditexpansion bisher relativ hoch war, wird die Preisstabilisierung durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen deshalb erschwert. Sie genossen bisher den Vorzug, einen Teil der Inflation, die sie produzierten, auf andere Länder überwälzen zu können. Dieser Vorzug fällt nun weg. Für Länder wie die Schweiz und Deutschland, deren Kreditexpansion bisher relativ niedrig war, gilt das Gegenteil. Ihre Stabilisierungsaufgabe wird deshalb in Zukunft leichter sein.

Oft wurde allerdings argumentiert, daß der Übergang zu flexiblen Kursen allgemein inflatorisch wirken werde, da die „Zahlungsbilanzdisziplin“ nun wegfalle. Dies kann in der Tat so sein, aber notwendig ist dies nicht, und im allgemeinen überwiegt wohl eher die entgegengesetzte Wirkung. Externe Kosten sind dafür bekannt, daß sie zu einer Schwächung der Kostendisziplin führen. Bei festen Kursen gehört Inflation zum guten Teil zu den externen Kosten der eigenen Wirtschaftspolitik, zu jenen Kosten, die man anderen auferlegt. Durch flexible Wechselkurse werden diese Kosten „internalisiert“, und die Inflationsdisziplin sollte dadurch eher besser als schlechter werden.

Über den Einfluß der flexiblen Kurse auf die nationalen *Konjunkturschwankungen* ist das Bild weniger klar. Bei festen Kursen übertragen sich Konjunkturschwankungen in der Regel gleichsinnig, so daß die Konjunktur, jedenfalls der Tendenz nach, international synchronisiert wird. Wir wissen, daß bei flexiblen Kursen die Übertragung im Gegensinne erfolgen kann, so daß ein Aufschwung im einen Land einen Rückgang in einem andern Land hervorruft⁸. Wenn die Quelle der Störung im Inland liegt, ist anzunehmen, daß monetäre Störungen die eigene

ihrer Währungen überträgt diese Preiserhöhung auf andere Importwaren, das Geld wird knapper, die Zinssätze steigen, der Export wird anregt. Gleichzeitig beginnen aber die Preise der heimischen Produktion zu fallen, und wenn die Zentralbank die Geldversorgung nicht ausweitet, kann sich auf die Dauer das inländische Preisniveau insgesamt nicht nennenswert verändern. (Der Zusatz „nennenswert“ ist nötig, weil bei einer Veränderung der relativen Preise die Bewegung des Preisniveaus von der gewählten Indexformel abhängt.) Was bleibt, ist eine Erhöhung der Import- im Vergleich zu den Exportpreisen.

⁸ Laursen und Metzler haben gezeigt, wie sich eine solche Gegenläufigkeit aus einer Verschiebung der relativen Preise ergeben kann (aber nicht ergeben muß). Vgl. *Sven Laursen* und *Lloyd A. Metzler*, *Flexible Exchange Rates and the Theory of Employment*, in: *The Review of Economics and Statistics*, November 1950. *Ann Krueger* und *Mundell* haben hinzugefügt, daß auch die internationalen Kapitalbewegungen solche Effekte haben können. Vgl. *Ann O. Krueger*, *The Impact of Alternative Government Policies under Varying Exchange Rate Systems*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Mai 1965, und *Robert A. Mundell*, *A Reply: Capital Mobility and Size*, in: *The Canadian Journal of Economics and Political Science*, August 1964.

Volkswirtschaft meist stärker treffen als bei festen Wechselkursen, da die internationale Dämpfungswirkung verlorengelht⁹. Bei Fluktuationen der Konsum- und Investitionsnachfrage verhält es sich ähnlich, jedenfalls wenn die Zinselastizität der internationalen Kapitalbewegungen hoch ist. Gewiß ist dies alles zwar nicht¹⁰. Im großen Ganzen haben wir aber doch darauf gefaßt zu sein, daß die Konjunktorempfindlichkeit der nationalen Volkswirtschaften kaum kleiner und wahrscheinlich eher größer wird und daß die internationalen Divergenzen zunehmen werden¹¹.

Diese Schlußfolgerungen beruhen allerdings auf Modellen, die gerade den beunruhigendsten internationalen Störungsherd außer acht lassen. Ich meine die Gefahr einer krisenhaften Kontraktion des internationalen Kreditsystems. Bei der Nennung dieser Gefahr pflegt man heute in erster Linie an den Eurogeldmarkt zu denken. Ich glaube, daß der eigentliche Eurogeldmarkt in Wirklichkeit ein relativ widerstandsfähiger Markt ist. Der Euromarkt ist eben im wesentlichen nicht ein Kreditschaffungssystem, in dem man kurzfristig borgt, um langfristig zu leihen, sondern ein Kreditvermittlungssystem, das Kreditnehmer und Kreditgeber mit kleinsten Kosten zusammenbringt. Sein Kreditschaffungspotential ist deshalb sehr viel niedriger als Beobachter wie Friedman, in falscher Analogie zu den nationalen Kreditsystemen, glaubten. Infolgedessen ist auch die Gefahr einer krisenhaften Kontraktion wohl nicht allzu groß. Mit einer strafferen Regulierung des Euromarktes wäre

⁹ Dies stützt sich insbesondere auf die Untersuchungen von Mundell, Fleming und Sohmen. Vgl. *Robert A. Mundell, The Monetary Dynamics of International Adjustment under Fixed and Flexible Exchange Rates; Robert A. Mundell, The Appropriate Use of Monetary and Fiscal Policy for Internal and External Stability; J. Marcus Fleming, Domestic Financial Policies under Fixed and under Floating Exchange Rates; Egon Sohmen, Fiscal and Monetary Policies under Alternative Exchange Rate Systems*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, August 1967.

¹⁰ Zusätzliche Qualifikationen sind im übernächsten Abschnitt über die Wirksamkeit der Geldpolitik impliziert. Je schwächer die Wirksamkeit der Geldpolitik, um so geringer ist auch die Empfindlichkeit einer Volkswirtschaft für monetäre Störungen.

¹¹ Wer an konvexe nationale Phillips-Kurven glaubt, mag versucht sein, gerade aus der größeren Divergenz der nationalen Beschäftigungsniveaus auf eine Erhöhung des globalen Inflationsdruckes zu schließen, denn wenn sich zwei Länder in verschiedenen Punkten einer konvexen Phillips-Kurve befinden, liegt ihre durchschnittliche Inflationsrate höher als sie beim gleichen durchschnittlichen Beschäftigungsstand, aber für beide Länder gleichem Beschäftigungsniveau wäre (vgl. *Richard G. Lipsey, The Relation Between Unemployment and the Rate of Change of Money Wage Rates in the United Kingdom, 1862 - 1957 — A Further Analysis*, in: *Economica*, Februar 1960, und *G. Christopher Archibald, The Phillips Curve and the Distribution of Unemployment*, in: *The American Economic Review*, Mai 1969). Wir wissen aber über die Krümmung der Phillips-Kurve sehr wenig Zuverlässiges, und die langfristigen Phillips-Kurven, die für den Preistrend maßgebend wären, sind wohl ohnehin der Vertikalen nahe.

deshalb kaum allzu viel gewonnen. Mit oder ohne Eurogeldmarkt können aber Banken ihre Risiken im internationalen Geschäft falsch einschätzen. Verluste an irgendeiner Stelle können sich dann, sich selbst verstärkend, durch das internationale Kreditsystem fortpflanzen. Grundsätzlich ist dies bei flexiblen nicht anders als bei festen Wechselkursen, doch mußten auch die Banken eben erst lernen, ihre veränderten Risiken auf den Devisenterminmärkten richtig einzuschätzen. Hier liegt wohl die unmittelbarste Gefahr, die heute der nationalen Konjunktur in einer offenen Volkswirtschaft von außen droht. Ihr notfalls als „lender of last resort“ entgegenzuwirken, ist die klassische Funktion der Notenbank. Soviel zur *Aufgabe* der Stabilisierung unter den heutigen Verhältnissen.

2.2 Rückwirkungen auf den Güter- und Kapitalverkehr

Die Wirksamkeit der Instrumente, die zur Lösung dieser Aufgabe zur Verfügung stehen, hängt von den Verhaltensweisen der Wirtschaft ab. Wir haben uns deshalb ein Urteil darüber zu bilden, wie der Übergang zu flexiblen Kursen dieses Verhalten beeinflussen wird. Sichere Kenntnisse liegen darüber naturgemäß noch nicht vor. Man ist deshalb, wie fast immer bei praktischen Entscheidungen, auf Vermutungen angewiesen.

Es scheint mir fruchtbar, bei diesen Vermutungen vom Begriff des „permanenten Wechselkurses“ auszugehen. Der permanente Wechselkurs läßt sich, in Anlehnung an Friedmans „permanentes Einkommen“, als der Trend des Wechselkurses definieren, der über einen Zeitraum von fünf bis zehn Jahren erwartet wird. Diese Erwartung beruht auf der Erfahrung während einer längeren vergangenen Zeitperiode. Wenn der tatsächliche Wechselkurs fluktuiert, reagiert der permanente Wechselkurs deshalb meist nur langsam und bei kürzeren Oszillationen fast gar nicht. Ein System fester Wechselkurse ist dann funktionsfähig, wenn die tatsächlich vorkommenden Auf- und Abwertungen so selten sind, daß sie jedesmal als praktisch „einmalig“ betrachtet werden. Wenn ich im folgenden von festen Wechselkursen spreche, meine ich immer ein System, in dem jedes Land seine nationale Geldpolitik so gestaltet, daß diese Bedingung erfüllt ist¹². In einem funktionsfähigen Festkurssystem pflegt der permanente Wechselkurs, abgesehen von relativ seltenen, krisenhaften Übergangsphasen, nahe beim tatsächlichen Wechselkurs zu liegen. Bei flexiblen Wechselkursen können die beiden jedoch dauernd

¹² Gegen Ende der sechziger Jahre war diese Bedingung offenbar nicht mehr erfüllt, und das System wurde deshalb funktionsunfähig. Der bekannte Vorwurf, das System von Bretton Woods habe den Paritätsänderungen zu große Hindernisse in den Weg gelegt, ist deshalb verfehlt. Das gleiche gilt meines Erachtens für die Reformvorschläge, die auf eine Erleichterung der Paritätsänderungen bei grundsätzlich festen Paritäten abzielen.

auseinanderfallen. Bald liegt der tatsächliche Kurs über dem permanenten, bald liegt er darunter, und jedenfalls schwankt der permanente Kurs sehr viel weniger als der tatsächliche. In diesen Diskrepanzen sehe ich den hauptsächlichsten Grund für ein verändertes Verhalten der Wirtschaft.

Eine erste Überlegung betrifft den *Güterverkehr*. Für die Dynamik der Stabilisierungspolitik ist es von hoher Bedeutung, mit welchen Preiselastizitäten die Nachfrage nach Einfuhrgütern und das Angebot an Exportgütern auf Kursänderungen reagieren¹³. Es besteht heute ein hohes Maß von Einigkeit darüber, daß diese Elastizitäten auf lange Frist unter normalen Umständen ansehnlich hoch liegen¹⁴. Es hat sich aber auch gezeigt, daß bis zur vollen Anpassung der Produzenten, Händler und Konsumenten an neue Kursrelationen viele Monate und oft mehrere Jahre vergehen. In der Zwischenzeit können die Elastizitäten sehr niedrig liegen, und die Handelsbilanz kann sich nach einer Abwertung zunächst sogar verschlechtern. Meine These — oder genauer: Vermutung — geht dahin, daß sich diese Reaktionen bei flexiblen Kursen weiter verlangsamen werden, und daß kurzfristige Kursausschläge, selbst wenn sie recht heftig sind, den Güterverkehr mengenmäßig überhaupt kaum berühren werden. Was für die Produktions- und Investitionsentscheidungen maßgebend ist, ist eben nicht der tatsächliche Tageskurs, sondern der permanente Kurs, und wegen eines Ausschlages, der nicht als langfristig betrachtet wird, wird ein Produzent seine Investitionen, ein Händler seine Bezugsquellen und Absatzmärkte kaum ändern.

Eine zweite Vermutung betrifft die *kurzfristigen Kapitalbewegungen*. Bei flexiblen Wechselkursen werden sie in hohem Maße bestimmt von den erwarteten Kursänderungen. Steht der tatsächliche Kurs einer Währung unter dem permanenten Kurs, erwartet man also einen Kursanstieg, kommt es zur Kapitaleinfuhr. Steht der tatsächliche Kurs über dem permanenten Kurs, stimuliert dies die Kapitalausfuhr. Im Normalfall, in dem der permanente Kurs nur langsam und unvollständig dem tatsächlichen folgt, resultiert aus der Entwertung der eigenen Währung also Kapitaleinfuhr, aus der Aufwertung Kapitalausfuhr¹⁵.

Die dritte Vermutung betrifft das Netz der *internationalen Kapitalanlagen*. Sie geht dahin, daß die Kursrisiken bei flexiblen Wechsel-

¹³ Für eine statische Gleichgewichtsbetrachtung spielen diese Elastizitäten, wie die „Monetaristen“ neuerdings hervorgehoben haben, zwar keine Rolle. Für Anpassungsprozesse sind sie aber von wesentlicher Bedeutung.

¹⁴ Die „Bickerdike-Robinson-Metzler-Bedingung“ ist in der Regel auf lange Sicht erfüllt.

¹⁵ In unstabilen Situationen kann natürlich das Umgekehrte geschehen: Das Fallen des tatsächlichen Kurses erzeugt dann die Erwartung auf einen weiteren Kursfall, der permanente Kurs bewegt sich stärker als der tatsächliche und die Entwertung resultiert in Kapitalausfuhr.

kursen zu einer verstärkten internationalen Diversifizierung der Kapitalanlagen zum Zwecke des Risikoausgleichs führen werden. Die Besitzer von kurzfristigen Kassenmitteln werden einen höheren Teil ihrer Mittel in ausländischen Währungen halten. (Viele von ihnen scheinen einen Teil dieser Mittel auch in Gold anzulegen. Damit steigt die private Goldnachfrage, vielleicht sogar um mehr, als die der Zentralbanken zurückgeht, und die Einsparung von Produktionsfaktoren in den Goldminen, die man sich von der Demonetisierung des Goldes erhoffte, wird möglicherweise ausbleiben.) Die Wertschriftenkäufer werden ihre Portefeuilles vermehrt diversifizieren¹⁶, und die Produzenten erreichen den Risikoausgleich, indem sie Produktionsstätten in die Absatzländer verlegen — multinationale Unternehmungen sind eben nicht zuletzt Kinder des Kursrisikos. Damit aber sinkt der Grad der internationalen Arbeitsteilung und der Wohlstandsgewinn, der aus ihr entspringt.

2.3 Die Wirksamkeit der Stabilisierungsinstrumente

Damit komme ich zur Kernfrage nach der Wirksamkeit der Stabilisierungsinstrumente unter den veränderten Bedingungen flexibler Wechselkurse. Ich beginne mit der *mittelfristigen Konjunkturstabilisierung*. Die Untersuchungen von Meade, Tinbergen und Mundell ergaben bekanntlich, daß sich mit dem Übergang von festen zu flexiblen Kursen die komparativen Vorteile der Geld- und der Fiskalpolitik umkehren. Der Geldpolitik sollte nun die Aufgabe der Konjunkturstabilisierung zugewiesen werden, während die Fiskalpolitik nötigenfalls zur Beeinflussung der Zahlungsbilanz eingesetzt werden kann. Es ist hier weder nötig noch möglich, auf die Qualifikationen zu dieser Faustregel einzugehen. Die Hauptsache ist, daß die Flexibilität der Wechselkurse die konjunkturpolitische Wirksamkeit der Geldpolitik kräftig zu erhöhen versprach. So konnte denn Sohmen erklären, diese Hoffnung sei das hauptsächliche Motiv für den Übergang zu flexiblen Kursen¹⁷.

Diese Hoffnung stützte sich vor allem auf zwei Überlegungen. Auf kurze Frist würde eine expansive Geldpolitik über eine Zinssenkung einen Kapitalabfluß auslösen, der seinerseits durch die resultierende Entwertung der eigenen Währung zu einer verbesserten Leistungsbilanz und damit zu einem zusätzlichen Impuls auf Produktion und Beschäfti-

¹⁶ Über die Diversifikation der Anlagen bei Wechselkursrisiko vgl. *Donald Heckerman*, On the Effects of Exchange Risk, in: *The Journal of International Economics*, November 1973, und *Ronald I. McKinnon*, Private and Official International Money — the Case for the Dollar, International Finance Section, Princeton University, April 1969.

¹⁷ Vgl. *Egon Sohmen*, Wechselkurs und Währungsordnung, Tübingen 1973, S. XIII. Zu den folgenden Ausführungen vgl. *Jürg Niehans*, Some Doubts About the Efficacy of Monetary Policy under Flexible Exchange Rates, in: *Journal of International Economics*, Mai 1975.

gung führen werde. Auf lange Frist würde die Neutralisierung der expansiven oder restriktiven Geldpolitik durch den Ab- oder Zufluß von Währungsreserven wegfallen. Von diesen Überlegungen halte ich die zweite für stichhaltig, aber angesichts ihres langfristigen Charakters für die Konjunkturpolitik auch weniger wichtig. Bei der wichtigeren ersten Überlegung scheint es mir jedoch zweifelhaft, ob die Hoffnung in Erfüllung gehen werde. Meine Zweifel entspringen den Veränderungen im Verhalten der Exporteure, Importeure und Kapitalanleger, die bei flexiblen Kursen zu vermuten sind. Je geringer nämlich die Preiselastizitäten der Exporte und Importe, um so geringer wird der geldpolitische Vorteil der Kursflexibilität. In jenem Punkt, an dem der Saldo der Leistungsbilanz auf Kursänderungen überhaupt nicht reagiert, fällt der Vorteil auf Null. Wenn die Leistungsbilanz, was auf einige Zeit durchaus möglich ist, pervers reagiert, geht der Vorteil sogar zu den festen Kursen über¹⁸. Je weniger aber der Güterverkehr in der erhofften Weise reagiert, um so stärker wird andererseits der Druck der Geldpolitik auf die Wechselkurse und um so eher wird sich die Zentralbank gedrängt sehen, durch Devisenoperationen stabilisierend einzugreifen¹⁹.

Suchen wir uns diesen Zusammenhang anschaulich zu machen, indem wir die Konsequenzen einer expansiven Geldpolitik verfolgen. Die Zinssätze fallen. Kapital hätte an sich die Neigung, ins Ausland abzufließen. Die eigene Währung fällt im Kurs. Die Leistungsbilanz reagiert darauf, wie wir annehmen wollen, zunächst nicht mit einer Verbesserung, sondern einer Verschlechterung. In Tat und Wahrheit kann deshalb kein Kapital abfließen, sondern vielmehr muß Kapital einströmen. Dieser Kapitalzustrom kommt dadurch zustande, daß die Wechselkurse so weit fallen, daß die Hoffnung auf den künftigen Kursgewinn die niedrigeren Zinssätze überwiegt²⁰. Die Passivierung der Leistungsbilanz aber hemmt die expansive Wirkung der Geldpolitik. Umgekehrt würde eine restriktive Geldpolitik den Kurs der eigenen Währung so weit steigen lassen, daß ungeachtet der höheren Zinssätze Kapital abfließt; Hand in Hand damit entsteht ein Ausfuhrüberschuß, der die restriktive Wirkung der Geldpolitik neutralisiert — eine Konstruktion, die heute in Deutschland kaum weltfern wirkt.

¹⁸ Wenn eine Entwertung der eigenen Währung einen spekulativen Kapitalzustrom auslöst, läßt sich eine „perverse“ Reaktion der Handelsbilanz nicht mehr durch Stabilitätsbedingungen ausschließen. Die perverse Reaktion wird jedoch nicht ewig dauern, da eine bleibende Änderung des Wechselkurses ja nur eine zeitweilige Wirkung auf die Kapitalströme haben kann.

¹⁹ Oft wurde den flexiblen Wechselkursen der Nachteil zugeschrieben, daß dem Güterverkehr allzu häufige und heftige Anpassungen an die spekulativen Kapitalströme aufgezwungen werden. Die vorstehenden Ausführungen lokalisieren das Problem im Gegenteil bei der Trägheit der Güterströme.

²⁰ Dieser Mechanismus ist aus der kursgesicherten Zinsarbitrage bekannt.

Ich vermute deshalb, daß die Wirksamkeit der Geldpolitik für die kurz- und mittelfristige Stabilisierung von Produktion und Beschäftigung nach wie vor recht beschränkt und mitunter enttäuschend sein wird. Nicht daß ich deswegen Friedmans Maxime befürworten würde, wonach die Geldpolitik für die Konjunktur Stabilisierung überhaupt nicht eingesetzt werden solle. Sie soll eingesetzt werden, und kann gute Dienste leisten, jedenfalls wenn scharfe Richtungsänderungen vermieden werden²¹. Nach wie vor wird aber die Fiskalpolitik in der Konjunktur Stabilisierung eine wichtige Rolle spielen. (Dabei wollen wir unter Fiskalpolitik, im Interesse einer sauberen terminologischen Trennung, alle jene budgetären Maßnahmen verstehen, welche die Geldmenge und die Währungsreserven nicht direkt verändern, also Veränderungen der Staatsausgaben, der Steuern, der Transfers und der nichtmonetären Schulden.) Die makroökonomische Wirkung solcher Fiskalmaßnahmen erscheint heute allerdings als weniger durchsichtig, als man zur Zeit des Keynesianismus glaubte annehmen zu können. Manche Anzeichen deuten darauf hin, daß es konjunkturpolitisch nicht entscheidend darauf ankommt, ob Ausgaben durch Steuern oder Anleihen finanziert werden, ob also das Budget ausgeglichen ist oder nicht, daß es aber stark darauf ankommt, *wofür* die Ausgaben aufgewendet werden.

Die hauptsächliche Funktion der Fiskalpolitik liegt wohl überhaupt nicht in der Globalsteuerung der Gesamtnachfrage — dazu haben wir die Geldpolitik. Sie liegt vielmehr darin, daß sie erlaubt, durch gezielte Ausgaben und Steueränderungen die Last der Konjunkturpolitik gerechter auf die verschiedenen Wirtschaftszweige und Bevölkerungsgruppen zu verteilen. Unter diesem Gesichtspunkt könnten zum Beispiel öffentliche Bauten, finanziert durch höhere Steuern oder Anleihen, im Rahmen einer antiinflationären Geldpolitik eine wichtige Rolle spielen. Insgesamt liegt also der konjunkturpolitische Vorzug flexibler Wechselkurse nicht darin, daß sie der Geldpolitik eine höhere Wirksamkeit geben, sondern vielmehr darin, daß jetzt Geld- und Fiskalpolitik gemeinsam, ohne Rücksicht auf die Zahlungsbilanz, für die Konjunkturpolitik eingesetzt werden können.

Anders steht es mit der *langfristigen Stabilisierung der Preise*. Langfristig gilt nämlich die Quantitätstheorie, der gemäß das Preisniveau, wenn die Währung vom Gold gelöst ist, von der Geldversorgung bestimmt wird. Die Geldversorgung aber wird bei flexiblen Wechselkursen von der nationalen Geldpolitik beherrscht²². Der Preistrend über 5, 10

²¹ Friedman kam übrigens zu seiner Maxime, nicht weil er die Geldpolitik für unwirksam, sondern gerade weil er sie für sehr wirksam, aber gleichzeitig auch schwer dosierbar hält.

²² Die bekannten Qualifikationen, die sich aus dem Bestehen einer nichtmonetären Staatsschuld ergeben, werden hier übergangen.

und 20 Jahre hinweg wird damit praktisch allein eine Frage der nationalen Geldpolitik. Langfristige Inflation und Deflation können vermieden werden, wenn man Geldmenge und Staatsschuld ungefähr im Ausmaß des realen Wachstums zunehmen läßt, zwar, wie gesagt, nicht nach Friedmans Maxime von Jahr zu Jahr, wohl aber langfristig, etwa von Jahrfünft zu Jahrfünft.

Wir wissen auch recht gut, wie die wirtschaftlichen Weichen vom Inflationsgeleise auf das Geleise langfristiger Preisstabilität umgestellt werden können. Dazu sind keine ausgeklügelten Maßnahmenpakete, keine „konzertierten Aktionen“, keine „Einkommenspolitik“ und keine besonderen Instrumentarien nötig — all dies dient bestenfalls der politischen Orchestrierung und ist wirtschaftlich erfahrungsgemäß wirkungslos. Nötig ist auch keine internationale „Harmonisierung“ der Wirtschaftspolitik. Die „Harmonisierung“ ist das Schicksalsproblem eines vom Gold gelösten Systems fester Wechselkurse; sowohl unter der Goldwährung wie auch bei flexiblen Wechselkursen stellt sich dieses Problem nicht²³. Kein Land braucht sich heute durch vermeintliche Rücksicht auf ein anderes von der Preisstabilisierung abhalten zu lassen. Glücklicherweise brauchen wir auch nicht auf neue wissenschaftliche Forschungsergebnisse zu warten; das verfügbare Wissen ist ausreichend. Ja, nicht einmal „entschlossenes Handeln“ ist erforderlich; die Strategie des Fabius Cunctator oder des Kutusow genügt. Was es braucht, ist ein allmählicher Rückzug auf jenes Maß der monetären Expansion, das dem realen Wachstum entspricht. Dies wird vorübergehend von einer gewissen Arbeitslosigkeit begleitet sein, aber mit einiger Umsicht können deren Kosten, wie ich glaube, in erträglichen Grenzen gehalten werden, und die Fehler der späten zwanziger Jahre sollten sich vermeiden lassen.

Die Weichenstellung wird allerdings verschiedenen Ländern ungleich leicht oder schwer fallen. Am schwersten ist sie für jene, deren expansive Geldpolitik bisher zu den Motoren der säkularen Inflation gehörten. Hier ist eine grundlegende Umorientierung der Geldpolitik nötig. Am leichtesten ist sie andererseits für jene, die bisher gar keine aktive Geldpolitik hatten. Die Schweiz ist dafür ein gutes Beispiel. Bisher pflegte sie praktisch alles Geld durch den Ankauf von Devisen zu schaffen und verfügte nicht über die Fazilitäten zu umfangreicher interner Krediterschöpfung. Passives Verhalten bei gleichzeitig wachsender Wirtschaft und vorläufig noch steigenden Preisen führt in dieser Lage ganz automatisch zur zunehmenden Verknappung der liquiden Mittel, zu den

²³ Die Harmonisierung ist deshalb auch ein Problem für den europäischen Rumpf-Währungsblock. Bei einem eigentlichen Ziehungsrechtstandard oder bei uneinlösbaren Währungen mit stabilen Warenpreisen würde sie ebenso entfallen wie unter der Goldwährung.

erforderlichen höheren Zinssätzen und damit im Verlauf weniger Jahre auch zur Selbstbremsung der Inflation. Die Gefahr einer kritischen Geldverknappung ist in einem solchen Fall kaum kleiner als die der fortgesetzten Inflation.

Einem Land wie Deutschland wird der Verzicht auf monetäre Expansion nicht ganz so leicht fallen, da die Bundesbank über ein einsatzbereites Instrumentarium zur monetären Expansion verfügt und dieses zwischen 1968 und 1972 auch in der Tat dazu benützt hat, um zur importierten Inflation durch die Monetisierung von Budgetdefiziten eine Komponente der internen Kreditschaffung hinzuzufügen. Außerdem schleppt Deutschland auch den Rest des europäischen Währungsblocks noch hinter sich her. Immerhin blieb auch hier die interne Kreditexpansion hinter der importierten Inflation weit zurück. Der wesentliche Punkt ist, daß Länder wie Deutschland oder die Schweiz der Preisstabilisierung mit einem gewissen Optimismus entgegenblicken dürfen. Ihrer nationalen Geldpolitik diese Chance zur langfristigen Stabilisierung der Preise zu geben, war wohl der wesentliche Sinn des Übergangs zu flexiblen Wechselkursen.

Im Laufe der Jahre könnte allerdings die internationale Diversifizierung der Kassenmittel der langfristigen nationalen Preisautonomie wieder Beschränkungen auferlegen und gleichzeitig auch die konjunkturpolitische Wirksamkeit der Geldpolitik weiter herabsetzen. Wenn nämlich die liquiden Mittel von Unternehmungen, Banken und Haushalten in hohem Maße international diversifiziert sind, hängt die Liquidität einer einzelnen Volkswirtschaft, sagen wir der Schweiz, nicht nur von der Versorgung mit ihrem eigenen Geld, sondern auch von der Versorgung der Welt mit allen übrigen Zahlungsmitteln, mit Dollars, Mark und Sterling, ab. Macht die Schweizerische Nationalbank die Franken knapper, hat dies auf die schweizerische Volkswirtschaft dann nur eine relativ geringe Wirkung; die Gesamtwirkung verteilt sich erneut auf alle Volkswirtschaften, die Franken halten. Wiederum wird die Geldversorgung internationalisiert, nunmehr aber selbst bei flexiblen Kursen²⁴. Eine solche Entwicklung, wenn sie überhaupt eintritt, wird aber viele Jahre brauchen, um sich voll durchzusetzen. Vorläufig hat die Diversifizierung der Kassenhaltung noch nicht jenen Grad erreicht, der die nationale Geldautonomie entscheidend schwächen würde. Diese Autonomie muß genutzt werden, um aus der säkularen Inflation herauszukommen.

²⁴ Zur Wirkung der Geldpolitik bei diversifizierter Kassenhaltung vgl. *Chau-Nan Chen*, *Diversified Currency Holdings and Flexible Exchange Rates*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Februar 1973.

2.4 Die Art der Geldversorgung

Wenn bisher von Geldpolitik die Rede war, war damit die gesamte Versorgung der Volkswirtschaft mit Zentralbankgeld gemeint. Ein weiteres Problem der Stabilisierungspolitik ist die Art und Weise, wie dieses Zentralbankgeld geschaffen werden soll. Unter flexiblen Wechselkursen, wenn jede Zentralbank völlig autonom über ihre Geldschaffung bestimmen kann, erhält dieses Problem zusätzliche Bedeutung. Zentralbankgeld kann im wesentlichen auf vier Arten geschaffen werden, nämlich

1. durch den Ankauf von ausländischen Zahlungsmitteln (im folgenden Auslandskasse genannt),
2. durch den Ankauf von ausländischen Wertpapieren oder Zeiteinlagen (z. B. Eurodollaranlagen), d. h. zinstragenden Auslandsanlagen, die nicht Zahlungsmittel sind (im folgenden Auslandsanlagen genannt),
3. durch Ankauf von inländischen Wertpapieren, d. h. durch Offenmarktoperationen,
4. durch Ankauf von Gold (oder anderen Sachgütern).

Es stellt sich die Frage, in welchem Maße und für welche Zwecke diese vier Verfahren der Geldschaffung unter einem Regime flexibler Wechselkurse benützt werden sollen. Ich stelle dafür drei Leitregeln zur Diskussion.

Die erste Regel betrifft die Wahl zwischen den beiden ersten Verfahren, die zusammen als *externe Geldschaffung* bezeichnet werden können. Die Regel besagt, daß die Zentralbank für die externe Geldschöpfung grundsätzlich nicht Auslandskasse, sondern zinstragende Auslandsanlagen benützen soll. Mit jeder Erhöhung oder Verminderung ihrer Bestände an ausländischen Kassenmitteln greift nämlich die Zentralbank direkt in die Geldversorgung ausländischer Volkswirtschaften ein. Wenn sie z. B. Auslandskasse zum Ankauf von Auslandsanlagen benützt, betreibt sie einfach Offenmarktpolitik mit ausländischem Geld²⁵. Die Wahrung der nationalen Geldautonomie, die wir von flexiblen Wechselkursen erhoffen, erfordert, daß solche Eingriffe der einen Notenbank in die Geldpolitik einer andern Notenbank unterbleiben. Dies kann eben dadurch erreicht werden, daß die Notenbanken Auslandskasse nur zur

²⁵ Dies geschah in bedeutendem Umfang am Ende der sechziger Jahre, als die Zentralbanken Dollarmittel am Eurodollarmarkt anlegten und damit das Dollarangebot erhöhten. Bei festen Wechselkursen mußte sich die inflatorische Wirkung dieser Operationen über das ganze System ausbreiten. Dieser inflatorische Effekt beruhte also nicht, wie oft argumentiert wurde, auf der (angeblichen) Geldschaffungskapazität des Eurodollarmarktes, sondern auf den expansiven Operationen der Notenbanken.

Abwicklung laufender Geschäfte benützen und nicht in wesentlichem Umfang Bestände an ausländischen Kassenmitteln auf- und abbauen.

Die zweite Regel betrifft die Wahl zwischen Gold und Wertschriften als Mittel der *internen Geldschaffung*²⁶, natürlich beide gegen eigene Zahlungsmittel zu laufenden Marktpreisen. Wenn es gewiß wäre, daß das Währungssystem auf alle Zeiten im Zeichen flexibler Wechselkurse stehen wird, könnte diese Wahl den Praktikern und Technikern der Zentralbank überlassen werden. Sie wäre dann, ähnlich wie die Wahl zwischen verschiedenen Papieren bei Offenmarktoperationen, von sekundärer, mehr technischer Bedeutung. Wenn jedoch die Möglichkeit offen bleiben soll, in einigen Jahren oder Jahrzehnten zu festen Goldparitäten zurückzukehren, verhält sich dies anders. Bei festen Wechselkursen ist nämlich ein Land gegen Zahlungsbilanzkrisen um so besser gesichert, je größer der Anteil der Währungsreserven und je kleiner der Anteil des Inlandportefeuilles an den gesamten Aktiven der Zentralbank ist²⁷.

Denken wir uns ein Land ganz ohne Inlandportefeuille mit Goldwährung. Im Falle eines Zahlungsbilanzdefizits schrumpft die Versorgung mit Zentralbankgeld um gleich viel Prozent wie die Goldreserven, das Geldangebot verknappt sich, und dies sorgt für die automatische Selbstbremsung des Defizits. Die Schweiz, die diesem Grenzfall in der Vergangenheit nahe kam, war deshalb gegen Zahlungsbilanzkrisen praktisch vollständig immun. Denken wir uns demgegenüber ein anderes Land, in dem, wie in den Vereinigten Staaten, die Währungsreserven sehr viel kleiner sind als das Inlandportefeuille. Bei einem Zahlungsbilanzdefizit schrumpft dann das Angebot an Zentralbankgeld um sehr viel weniger Prozent als die Währungsreserven. Die monetäre Selbstkorrektur der Zahlungsbilanz ist deshalb schwach und langsam, und die Währungsreserven können aufgebraucht sein, bevor die Selbstkorrektur richtig wirksam geworden ist.

Die Robustheit eines Goldwährungssystems hängt deshalb wesentlich vom Verhältnis zwischen Goldreserven und Inlandportefeuille ab. Wenn je wieder ein solches System heranwachsen sollte, wird es um so stabiler sein, je höher dieses Verhältnis ist. Länder, in denen dieses Verhältnis sehr klein ist, werden es möglicherweise schwierig finden, sich dem System überhaupt anzuschließen. Die zweite Regel besagt deshalb, daß Länder, die sich die Beteiligung an einem möglichen künftigen Gold-

²⁶ Die Rede ist hier vom Ankauf von Gold auf dem heimischen Markt gegen eigene Zahlungsmittel. Der Ankauf von Gold gegen ausländische Zahlungsmittel wäre zu interpretieren als ein Ankauf von Gold gegen heimische Zahlungsmittel kombiniert mit einem Verkauf von Devisen gegen heimische Zahlungsmittel.

²⁷ Tibor Scitovsky und Harry G. Johnson haben dies hervorgehoben.

devisenwährungssystem offenhalten wollen, den Anteil ihrer Goldbestände an den Aktiven der Zentralbank langfristig nicht sinken lassen sollten.

Die dritte Regel endlich betrifft die *Wahl zwischen der internen Geldschaffung* — wir nehmen an durch Ankauf von Wertschriften — *und der externen Geldschaffung* — wir nehmen an durch Ankauf von Auslandsanlagen. Diese Wahl ist vor allem für die kurz- und mittelfristige Stabilisierung von Bedeutung. Die Zentralbank sieht sich vor zwei Aufgaben, nämlich der Stabilisierung der Inlandskonjunktur und der Stabilisierung von Wechselkursschwankungen. Von diesen ist die zweite allerdings von relativ untergeordneter Bedeutung. In Frage kommt ja ohnehin nur die Milderung kurzfristiger Kursausschläge. Da die Aus- und Einfuhr auf solche Schwankungen, wie gesagt, nur wenig zu reagieren pflegt, besteht aus Beschäftigungsgründen wenig Anlaß, gegen sie etwas vorzukehren. Was heute gelernt sein muß, ist nicht so sehr das Eingreifen in den Devisenmarkt, als vielmehr das Nichteingreifen. Wenn es allerdings einer Zentralbank gelingt, durch kurzfristige Devisenoperationen die Wechselkursschwankungen zu mildern, kann sie dadurch immerhin die Risiken im internationalen Güter- und Kapitalverkehr und erratische Kursgewinne und -verluste verringern. Es ist deshalb damit zu rechnen, daß die Devisenkurse auch in Zukunft nicht frei schwanken, sondern manipuliert sein werden. Ob die Zentralbank in diesen Manipulationsversuchen volkswirtschaftlich erfolgreich ist, wird sich in erster Linie daran ablesen lassen, ob sie selbst auf ihren Devisenbeständen Kursgewinne erzielt.

Zur Erfüllung ihrer beiden ungleichen Aufgaben verfügt die Zentralbank über die zwei Instrumente, die hier zur Diskussion stehen, eben die interne und die externe Geldschaffung. Die Frage ist, für welche Aufgabe jedes Mittel eingesetzt werden soll. Die Wirkungsweise von Offenmarktkäufen ist ziemlich eindeutig: In der Regel werden sie die Inlandskonjunktur anregen und die eigene Währung im Kurs sinken lassen. Die Wirkung der externen Geldschaffung ist weniger durchsichtig. Dies liegt daran, daß die Notenbank gemäß der ersten Regel für die externe Geldschaffung nicht Auslandskasse, sondern zinstragende Auslandsanlagen verwenden soll. Die Undurchsichtigkeit der Wirkungen ist somit der Preis, den wir für die Autonomie der Geldpolitik zu bezahlen haben²⁸.

²⁸ Insbesondere ist es nicht völlig sicher, daß der Ankauf ausländischer Aktiva unter gleichzeitiger Schaffung von Inlandsgeld die Produktion anregt und den Kurs der eigenen Währung sinken läßt, da der Ankauf ausländischer Wertpapiere den Zinssatz im Ausland sinken läßt und dadurch ausländisches Kapital anzieht, was bei flexiblen Wechselkursen ein Handelsbilanzdefizit erzeugen und damit der Beschäftigungsstimulierung entgegenwirken kann.

Immerhin ist zu vermuten, daß inländische Offenmarktoperationen in den meisten Fällen relativ stärker auf die Inlandskonjunktur, Operationen mit Auslandsanlagen relativ stärker auf den Devisenmarkt wirken werden. Soweit dies zutrifft, läßt sich Mundells Zuordnungsprinzip verwenden, wonach jedes Instrument für jene Aufgabe einzusetzen sei, für die es einen komparativen Vorteil besitzt. Die dritte Regel lautet deshalb — unter den genannten Vorbehalten —, daß zur Stabilisierung der Inlandskonjunktur grundsätzlich die interne, für die Intervention in den Devisenmarkt die externe Geldschaffung einzusetzen sei.

Diese drei Regeln werden hier zur Diskussion gestellt im vollen Bewußtsein, daß sie sich bei weiterer Prüfung als modifikationsbedürftig erweisen mögen. Die Hauptsache ist, daß eine wissenschaftliche Diskussion über die Geldschaffung bei manipulierter Flexibilität der Wechselkurse in Gang gebracht werden sollte.

3. Zukunft: Die offene Volkswirtschaft bei stabilen Preisen

Der Hauptteil meiner Ausführungen galt der Stabilisierungspolitik unter den gegenwärtigen Bedingungen, also bei flexiblen Wechselkursen. Zum Schluß möchte ich einen kurzen Blick in die Zukunft, auf die mutmaßliche Entwicklung der Stabilisierungspolitik und des Währungssystems werfen. Ich unterstreiche „mutmaßlich“, denn Gewißheit gibt es über solche Dinge nicht; ich überschreite die Grenzen der Wissenschaft und begeben mich auf ein Gebiet, in dem sich Professoren mindestens ebenso häufig irren wie andere Leute.

Zunächst scheint es mir wahrscheinlich, daß manchen Ländern, unter ihnen Deutschland und die Schweiz, die Stabilisierung des langfristigen Preistrends gelingen wird. Natürlich dürfen wir Stabilität nicht kleinlich definieren. Wesentlich ist, daß die Erwartungen, die für langfristige Entscheidungen maßgebend sind, keine wesentliche Geldentwertung einschließen. Selbst wenn die Geschichte später zeigen sollte, daß sich die Preise über 70 Jahre hinweg verdoppelt oder halbiert haben, würde dies der Stabilität in diesem Sinne wenig Abbruch tun. Mit so viel langfristiger Inflation oder Deflation wird die Wirtschaft fertig, fast ohne es zu merken, und zwar um so leichter, je stärker die Preise kurzfristig fluktuieren.

Dieser gemäßigte Optimismus stützt sich auf folgende Überlegungen. Erstens wird die Einsicht in die Vorteile einer stabilen Recheneinheit zunehmen. In einer kapitalistischen, d. h. in Geld rechnenden Wirtschaft führt das Fehlen einer stabilen Recheneinheit zu Wohlstandsverlusten. Das Rechnen in Einheiten mit schwankendem Wert führt, wie die Buchhalter in der deutschen Hochinflation gelernt haben, zu Fehl-

entscheidungen im Einsatz der Produktionsfaktoren. Solche Verzerrungen lassen sich zwar durch Umrechnung der Geldwerte auf konstante Kaufkraft und Indexklauseln verringern, aber ihre Ausschaltung gelingt häufig nur unvollkommen, und zudem zeigen sich dann die Wohlstandsverluste eben an den Kosten all dieser Umrechnungen. Soweit ich sehen kann, sind dies die einzigen Inflationskosten, die wirklich unvermeidlich sind, die sich also auch durch völlige Anpassung aller Zinssätze nicht ausschalten lassen. Es ist vor allem die zunehmende Sichtbarkeit dieser Kosten, die das Bedürfnis nach einer stabilen Recheneinheit stärker macht²⁹. Regierungen, die zu schwach sind, dieses Bedürfnis zu erfüllen, werden fallen, und Verfassungen, die nur solche schwache Regierungen hervorbringen, werden nicht überdauern.

Dazu kommt zweitens, daß die spätkeynesianischen Vorstellungen über die Kosten der Preisstabilität in rascher Revision begriffen sind. Sowohl die Theorie wie die Erfahrung demonstrieren, daß durch eine höhere Inflationsrate auf die Dauer keine höhere Beschäftigung, kein rascheres Wachstum zu kaufen ist. Die Überwindung der Phillips-Illusion kann deshalb nur eine Frage der Zeit sein. Ich glaube auch, daß die vorübergehenden Kosten der Preisstabilisierung mit einiger Umsicht in erträglichen Grenzen gehalten werden können und daß zwischen Inflation und eigentlicher Depression ein ausreichendes Manövriertfeld bleibt. Wenn in den Vereinigten Staaten die Inflation um ein Prozent im Jahr beschleunigt werden konnte ohne sehr hohe Beschäftigungsgewinne, so kann sie auch um ein Prozent im Jahr verzögert werden ohne sehr hohe Beschäftigungsverluste. In zwei Jahren können wir so weit sein, daß die Inflation fortan selbst bei guter Beschäftigung weiter zurückgeht. In den letzten Jahren haben die meisten Regierungen, Süchtigen zu vergleichen, fortgesetzt eine Wirtschaftspolitik betrieben, die sie jeweils bereits ein Jahr später bedauerten. Es fällt mir schwer, zu glauben, daß wir aus dieser Erfahrung auf alle Zeiten nicht lernen können³⁰.

Drittens zeigt uns die Geschichte, daß scheinbar unaufhaltsame Inflationsprozesse in Tat und Wahrheit ein relativ rasches Ende zu finden pflegen. Brasilien hat seine Inflation von etwa 100 Prozent im Jahr

²⁹ Während die Theorie des Geldes als Zahlungsmittel in den letzten Jahren rasche Fortschritte gemacht hat, hat die Wirtschaftswissenschaft über die ökonomische Bedeutung des Geldes als Recheneinheit noch kaum etwas zu sagen. Hier liegt ein fruchtbares Gebiet für die künftige Forschung.

³⁰ Wie aus dieser Formulierung hervorgeht, halte ich die zeitweilige Erhöhung der Beschäftigung um den Preis einer dauernden Erhöhung der Inflationsrate nicht so sehr für den Ausdruck einer hohen Zeitpräferenz, also einer starken Höherwertung der Gegenwart gegenüber der Zukunft, als vielmehr für den Ausdruck *inkonsistenter* Zeitpräferenzen, bei denen man stets morgen bedauert, was man heute getan hat. Das erste ist eine Frage der Werturteile, das zweite eine Frage der Vernunft.

innert weniger Jahre auf rund 15 Prozent gebracht und erst noch sein Wachstum beschleunigt. Nach einem Jahrzehnt der Kriegsinflation waren die späten fünfziger Jahre eine Zeit praktisch stabiler Preise, und zwar ohne ernsthafte Depression. Die Inflation des letzten Jahrzehnts war nicht das Ergebnis eherner Gesetze. Sie war die langsam heranwachsende Frucht der besonderen amerikanischen Wirtschaftspolitik der frühen sechziger Jahre. So wie damals innerhalb von etwa zwei Jahren die Weichen auf Inflation gestellt wurden, so können sie innerhalb von zwei Jahren, wenn auch ebenfalls mit verzögerter Wirkung, zurückgestellt werden.

Wenn es einer Gruppe westlicher Industrieländer in der Tat gelingt, den langfristigen Preistrend zu stabilisieren, welche Wirkung wird dies wiederum auf das Währungssystem haben? Zunächst werden innerhalb dieser Gruppe die langfristigen Verschiebungen der Wechselkurse abnehmen. Übrig bleiben kurzfristige Oszillationen je nach den Divergenzen der Konjunktur und anderen Störungen. Durch eine geeignete Devisenpolitik können solche Schwankungen möglicherweise weiter eingeeignet und auf das Maß einer reichlich bemessenen „Bandbreite“ gebracht werden. Hand in Hand damit werden auch die langfristigen Schwankungen des Goldpreises kleiner werden. Andererseits kann die Bereitstellung einer stabilen Recheneinheit privatwirtschaftlich rentabel werden. Die frühen Goldschmiedebankiers fanden es gewinnbringend, Goldforderungen auszugeben, die als einlösliche Zahlungsmittel zirkulieren konnten. Das Privileg, Noten zu emittieren, pflegte im 19. Jahrhundert für die Bankiers gewinnbringend zu sein, selbst wenn sie die Einlösbarkeit ihrer Noten jederzeit sicherstellten. Ähnlich mögen jene, die heute über große private Goldbestände verfügen, diese dazu benützen, auf privater Grundlage einlösbare Zahlungsmittel zu schaffen und damit einen Teil jener „seigniorage“ an sich zu ziehen, die in den letzten Jahrzehnten dem Staat zuzufießen pflegte. Die Ausgabe eines wertbeständigen Geldes kann selbst für ganze Länder profitabel sein. In gleicher Richtung wirken Kontrakte mit Gold- oder Kaufkraftklauseln. So können aus dem privaten Verkehr, über die Jahre hinweg, Elemente heranwachsen, aus denen sich in der Folge, wenn die Preisstabilisierung Fortschritte macht, ein neues System fester Paritäten, möglicherweise sogar von Goldparitäten, bildet.

Damit sollte hinreichend deutlich geworden sein, daß ich in der Rückkehr zu festen Wechselkursen nicht eine unmittlere Aufgabe sehe. Die unmittlere Aufgabe besteht vielmehr darin, die potentiellen Vorteile der flexiblen Kurse zu realisieren. Dazu gehört, daß auch in bezug auf das Gold die marktwidrig gewordenen Überreste der früheren Ordnung beseitigt werden; das ist der gute ökonomische Sinn der „Demonetisierung“ des Goldes. Ich halte es insbesondere für fruchtlos, zu festen

Paritäten zurückkehren zu wollen, solange eine Volkswirtschaft noch im Banne der Phillips-Illusion und damit der säkularen Inflation steht. Der Sinn der flexiblen Wechselkurse ist es ja gerade, durch Internalisierung der Inflationsraten die Überwindung der Phillips-Illusion und damit die Stabilisierung des langfristigen Preistrends zu erleichtern. Feste Wechselkurse werden nur dann Bestand haben, wenn die beteiligten Länder ihre mittelfristige Konjunkturpolitik mit langfristiger Preisstabilität zu verbinden wissen. Schließlich glaube ich auch nicht, daß die Rückkehr zu einem funktionsfähigen System fester Wechselkurse von den gegenwärtigen Reformbestrebungen des Internationalen Währungsfonds zu erwarten ist. Der Goldstandard wuchs aus dem spontanen Verhalten der Zentralbanken heraus. Die Satzungen von Bretton Woods haben den Golddevisenstandard nicht geschaffen; sie haben kodifiziert und durch ein zusätzliches Kreditinstitut unterbaut, was bereits herangewachsen war. So wird auch in der Gegenwart der Währungsfonds nur sanktionieren können, was bereits spontan herangewachsen ist. Eben die spontanen Entwicklungstendenzen des internationalen Finanzsystems sind es, die, verbunden mit der fortschreitenden Stabilisierung der Preise, auf die Dauer zu stabilen Wechselkursen zurückführen könnten.

Damit bin ich am Ende. Die Flexibilität der Wechselkurse hat zwar, wie mir scheint, die Aufgabe der mittelfristigen Konjunktur Stabilisierung nicht erleichtert und vielleicht sogar erschwert. Sie bietet aber die große Chance einer Stabilisierung der langfristigen nationalen Preistrends. Flexible Wechselkurse sind ein zweitbestes System für eine Welt, in der die Phillips-Illusion ein besseres nicht zuläßt. Sicher sind sie besser als ein funktionsunfähiger Golddevisenstandard. Wir sollten aber weiter in die Zukunft blicken und unsere Geldpolitik darauf ausrichten, daß wir dereinst ein Währungssystem besitzen, das besser ist als das zweitbeste. Manche NationalökonomInnen geben dem Wirtschaftspolitiker immer wieder zu verstehen, die Welt sei viel komplizierter, als er sich träumen lasse. Ich glaube, in bezug auf die heutigen Stabilisierungsprobleme ist vielleicht ausnahmsweise das Gegenteil wahr. Durch den Übergang zu flexiblen Wechselkursen ist die Welt zwar nicht unbedingt besser, aber sie ist einfacher geworden. Ich glaube, sie ist heute einfacher, als manche Politiker, die vor dem Inflationsproblem die Hände ringen, sich träumen lassen. Wir wissen, was wir tun können. Wir brauchen es nur zu tun.

Sonderprobleme einer Stabilisierung in der Europäischen Gemeinschaft

Von *Hermann Albeck*, Tübingen*

Wären die Mitgliedstaaten der Europäischen Gemeinschaft (EG)¹ schon ein einheitlicher Wirtschafts- und Währungsraum, entsprächen die Stabilisierungsprobleme der Gemeinschaft denen einer großen offenen Volkswirtschaft. Die Sonderprobleme einer Stabilisierung in der EG erwachsen im wesentlichen daraus, daß dieser einheitliche Wirtschafts- und Währungsraum zwar erstrebt, aber nicht erreicht ist, daß also ein Bedarf an wirtschafts- und währungspolitischer Integration besteht, und zwar auch und gerade im Bereich der Stabilisierungspolitik. Ich möchte diesen Sachverhalt zu Beginn deutlich konturieren, weil er das stabilisierungspolitische Grundproblem darstellt.

1. Das stabilisierungspolitische Grundproblem

1.1 Das Ziel: Stabilität in der Wirtschafts- und Währungsunion

Als im März 1957 der Vertrag zur Gründung der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft in Rom unterzeichnet wurde, gingen die Signatarstaaten von der leitbildhaften Vorstellung aus, „durch die Errichtung eines gemeinsamen Marktes und die schrittweise Annäherung der Wirtschaftspolitik der Mitgliedstaaten eine harmonische Entwicklung des Wirtschaftslebens innerhalb der Gemeinschaft, eine beständige und ausgewogene Wirtschaftsausweitung, eine größere Stabilität“ und „eine beschleunigte Hebung der Lebenshaltung... zu fördern“². Angestrebt war ein einheitliches europäisches Wirtschaftsgebiet, in dem die stabilisierungspolitischen Ziele eines hohen Beschäftigungsstands, eines sta-

* Geboren am 7. Februar 1935 in Stuttgart. 1967 Promotion zum Dr. rer. pol., 1973 Habilitation an der Universität Tübingen. Zur Zeit vertretungsweise Wahrnehmung eines Ordinariats für wirtschaftliche Staatswissenschaften und Sozialpolitik an der Universität Köln. Hauptforschungsgebiete: Sozialpolitik, insbesondere Theorie und Politik der Einkommensverteilung, Struktur und Funktionsweise von Arbeitsmärkten, Vermögens- und Bildungspolitik, Mitbestimmungsfragen, Theorie der Wirtschaftspolitik, Stabilisierungspolitik.

¹ Die Begriffe Europäische Gemeinschaft und Europäische Wirtschaftsgemeinschaft werden synonym gebraucht.

² Art. 2 EWGV.

bilen Preisniveaus und eines Gleichgewichts der Zahlungsbilanz realisiert sein sollten³.

Ziemlich genau vierzehn Jahre später hat man diese Vorstellung ergänzt durch das Votum für eine Wirtschafts- und Währungsunion⁴, also einen einheitlich gestalteten Wirtschaftsraum, in dem die nationalen Währungen entweder völlig unbeschränkt konvertierbar und durch unveränderliche Wechselkurse verknüpft oder durch eine europäische Einheitswährung ersetzt sind. Geld- und Kreditpolitik eines gemeinschaftlichen Zentralbanksystems, koordinierte Finanzpolitik der Mitgliedländer und Konsultationen mit den Sozialpartnern sollten dazu beitragen, innerhalb der Gemeinschaft ein befriedigendes Wirtschaftswachstum, Vollbeschäftigung und Stabilität des Preisniveaus gleichzeitig und gleichrangig zu verwirklichen; eine gemeinschaftliche Währungspolitik gegenüber der Außenwelt sollte die Gesamtzahlungsbilanz der Gemeinschaft im Gleichgewicht halten und dadurch das interne Gleichgewicht außenwirtschaftlich absichern⁵.

1.2 Die Lage: Instabilität bei ungedecktem Koordinationsbedarf

Daß die stabilisierungspolitische Lage von dieser Wunschvorstellung weit entfernt ist, braucht hier nicht im einzelnen belegt zu werden. Hervorzuheben sind drei Sachverhalte:

Erstens der besondere Charakter der herrschenden Instabilität. In allen Ländern gab es zyklische Schwankungen von Produktion, Beschäftigung und Preisen; sie vollzogen sich aber nicht um ein trendmäßig konstantes, sondern steigendes Preisniveau, und zwar derart, daß der Inflationstrend praktisch von Zyklus zu Zyklus steiler wurde. Offenbar ist es immer weniger gelungen, die monetäre Expansion auf einen Umfang zu begrenzen, der mit Preisniveaustabilität vereinbar gewesen wäre.

Zweitens der veränderte stabilisierungspolitische Gestaltungsspielraum der einzelnen Mitgliedstaaten. Die Fortschritte auf dem Weg zum gemeinsamen Markt haben den Verflechtungsgrad der europäischen Märkte und damit auch den Konjunktur- und Preisverbund der Volkswirtschaften erhöht; für das einzelne Land ist es damit schwerer gewor-

³ Art. 104 EWGV.

⁴ Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 22. März 1971 über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion in der Gemeinschaft, ABl. Nr. C 28 vom 27. 3. 1971.

⁵ Die Forderung nach Zahlungsbilanzgleichgewicht und außenwirtschaftlicher Absicherung fehlt in der Entschließung vom 22. März 1971; sie läßt sich aber ableiten aus Art. 104 EWGV in Verbindung mit dem sog. Werner-Bericht, auf den sich die Entschließung stützte.

den, seine Produktions-, Beschäftigungs- und Preisentwicklung nach eigenem Gutdünken zu gestalten, wenn es den erreichten Stand der marktmäßigen Integration und das Wechselkurssystem respektieren will. Der Spielraum für wirksames nationalstaatliches Handeln ist kleiner, der Bedarf an gemeinsamem Handeln größer geworden.

Es ist deshalb — drittens — bemerkenswert, daß die stabilisierungspolitische Willensbildung in der Gemeinschaft nach wie vor nationalstaatlich geprägt ist. Im Gegensatz etwa zur Handels-, Agrar- oder Wettbewerbspolitik sind die Mitgliedstaaten in ihrer Wirtschafts-, Konjunktur- und Währungspolitik praktisch souverän geblieben. Sie werden durch den Vertrag zwar verpflichtet, ihre Maßnahmen am gemeinsamen Interesse auszurichten bzw. zu koordinieren⁶; wie das gemeinsame Interesse im konkreten Fall aussieht, wie also etwa die Optimalwerte der stabilisierungspolitischen Zielgrößen beschaffen und dementsprechend die Handlungen der verschiedenen politischen Instanzen gegenseitig abzustimmen sind, bleibt aber der Entscheidung des Ministerrats vorbehalten, der in konjunkturpolitischen Angelegenheiten nur einstimmig beschließen darf⁷ und dort, wo er nach dem Vertrag mit Mehrheit beschließen könnte, seit dem „agreement to disagree“ vom Januar 1966 praktisch nur noch einstimmig beschließt⁸. Trotz der zahlreichen koordinierenden Vorarbeiten der Kommission und einer Reihe von Ausschüssen waren verbindliche Entscheidungen bis heute selten; was die Szene beherrschte, waren unverbindliche Formen der Willensäußerung, die die Stabilisierungspolitik der Mitgliedstaaten zumindest nicht entscheidend prägten. Aufs Ganze gesehen hat das angewandte Koordinationsverfahren die Stabilisierungspolitik der Mitgliedstaaten nur wenig angenähert; der gestiegene Bedarf an gemeinsamem Handeln blieb im wesentlichen ungedeckt.

Die allgemeine Problemstellung dürfte damit deutlich geworden sein: Es geht darum, eine Strategie des gemeinsamen Handelns zu finden, die es erstens erlaubt, den Inflationstrend in der Gemeinschaft umzukehren, ohne das Produktions- und Beschäftigungsziel hintanzustellen, und die es zweitens ermöglicht, die Wachstumsvorteile eines freien Güter- und Faktorverkehrs zu nutzen, also auf dem Weg zur Wirtschafts- und Währungsunion voranzuschreiten.

⁶ Vgl. Art. 6 und Art. 103 ff. EWGV.

⁷ Vgl. Art. 103 Abs. 2 EWGV.

⁸ Zu Text und Vorgeschichte des Agreements vgl. *Andreas Sattler*, Die Europäischen Gemeinschaften an der Schwelle zur Wirtschafts- und Währungsunion, Tübingen 1972, S. 132 f.

2. Die Lösungsversuche

2.1 Das Experiment einer währungspolitischen Vorgabe

Es ist zweckmäßig, die weiteren Erörterungen mit einer kurzen Analyse der bisherigen Lösungsversuche einzuleiten. In konzeptioneller Hinsicht gehen diese Versuche zurück auf eine Kontroverse, die vor allem in den Jahren 1969 und 1970 über die zweckmäßige Strategie der wirtschafts- und währungspolitischen Einigung geführt wurde. Mit Differenzierungen im einzelnen standen sich damals — und stehen sich möglicherweise auch noch heute — zwei Ansichten gegenüber⁹: Nach der einen sollten die Schritte zur Währungsunion Vorrang haben, die Schwankungsbreiten der Wechselkurse also rasch und unwiderruflich beseitigt und zur Absicherung dieses Festkurssystems ein Mechanismus gegenseitigen Währungsbeistands geschaffen werden; ihre Vertreter waren der Ansicht, eine derartige währungspolitische Vorgabe beschleunige den Integrationsprozeß, weil sie für die übrige Wirtschaftspolitik Koordinationszwänge schaffe. Nach der anderen Ansicht sollte die Währungsunion erst am Ende einer schrittweisen Harmonisierung von Zielvorstellungen, Mitteln und Methoden der mitgliedstaatlichen Politik stehen, also aus einem Prozeß sich verstärkender marktmäßiger Integration und stabilisierungspolitischer Koordination herauswachsen, in dessen Endphase dann nationale Befugnisse auf Gemeinschaftsinstanzen zu übertragen wären; ihre Vertreter halten den Übergang zu festen Wechselkursen oder zu einer Gemeinschaftswährung nur in dem Maße für akzeptabel und möglich, in dem die wirtschaftlichen und wirtschaftspolitischen Verhältnisse in den einzelnen Mitgliedstaaten einander angenähert sind.

Zwischen beiden Ansichten hat der Ministerrat einen Kompromiß gesucht. In der Entschließung über die stufenweise Verwirklichung der Wirtschafts- und Währungsunion sind für die erste Stufe sowohl wirtschafts- als auch währungspolitische Maßnahmen vorgesehen, gleichzeitig wird der Grundsatz formuliert, daß „die Schaffung der Währungsunion . . . sich insbesondere auf parallele Fortschritte in der Konvergenz und später der Vereinheitlichung der Wirtschaftspolitik stützen“ müsse¹⁰. Die ersten konkreten und bedeutsamen Schritte erfolgten aller-

⁹ Vgl. dazu die Darstellung und kritische Würdigung der sog. Stufenpläne bei *Hans Willgerodt*, u. a., *Wege und Irrwege zur Europäischen Währungsunion*, Freiburg i. Brsg. 1972. Vgl. auch die Diskussion der Einigungsstrategien durch den deutschen Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in den Jahresgutachten 1971, Ziffern 287 f., und 1972, Ziffern 24 ff.

¹⁰ Entschließung des Rates und der Vertreter der Regierungen der Mitgliedstaaten vom 22. März 1971, Abschnitt II, Abs. 2.

dings in Richtung Währungsunion: In einer EntschlieÙung vom März 1972 ersuchten Ministerrat und Regierungsvertreter nämlich die Zentralbanken, ab 1. Juli 1972 die Kursschwankungen der Mitgliedswährungen auf eine Bandbreite von 2,25 Prozenten zu beschränken, innerhalb dieser Bandbreite mit Gemeinschaftswährungen zu intervenieren und die Salden binnen eines Monats entsprechend der Struktur der Währungsreserven des Schuldnerlandes auszugleichen; bereits 1970 und 1971 waren Systeme des kurz- und mittelfristigen Währungsbestands errichtet worden, um Zahlungsbilanzschwierigkeiten einzelner Mitgliedstaaten überbrücken zu können. De facto war damit zunächst einmal die Entscheidung zugunsten einer währungspolitischen Vorgabe gefallen. Meine erste Frage lautet deshalb: Kann die Strategie einer währungspolitischen Vorgabe, bestehend aus einer Verringerung der Bandbreiten und einem System gegenseitigen Währungsbestands, das eingangs formulierte Problem lösen bzw. unter welchen Bedingungen kann sie es?

Für die Beantwortung dieser Frage halte ich die historische Perspektive für nützlich. Indem man die Bandbreiten verengte, näherte man die Funktionsbedingungen des Leistungs- und Kapitalverkehrs zwischen den Mitgliedstaaten jenen eines Goldwährungssystems an. Bekanntlich sorgen in einem derartigen System die Einkommenseffekte von Leistungs- und die Liquiditätseffekte von Devisenbilanzsalden dafür, daß über die sog. Ausgleichsmechanismen der Zahlungsbilanz der Konjunktur-, Preis- und Zinsverbund zwischen den Außenwirtschaftspartnern hergestellt wird; wie wir heute wissen, kann der direkte internationale Preiszusammenhang den Inflationsverbund aber auch dann herstellen, wenn der traditionelle Saldenmechanismus entfällt, sei es, weil die Leistungsbilanz anomal reagiert, sei es, weil inflatorische Entwicklungen mit einer veränderten Preisstruktur einhergehen, also beispielsweise die Auslandspreise der heimischen Importgüter stärker steigen als die der heimischen Exportgüter. Die synchronisierten Marktentwicklungen erzwingen ihrerseits eine synchronisierte Stabilisierungspolitik: Steuert ein Land einen schärferen geldpolitischen Restriktionskurs als die Partner, so zieht es wegen des geldwirtschaftlichen Verbunds das Kapital der Gemeinschaft auf sich und muß unter dem Druck der Liquidität seinen Kurs aufgeben; umgekehrt verliert ein Land mit stärkerer monetärer Expansion als die anderen seine Währungsreserven und muß aus diesem Grunde auf den allgemeinen Kurs der Geld- und Kreditpolitik einschwenken. Auch eine isolierte Konjunktursteuerung mit den Mitteln der Fiskalpolitik ist wegen des güterwirtschaftlichen Verbunds letztlich zum Scheitern verurteilt, weil sie, wenn restriktiv, im Zweifel die gesamte Nachfrage der Partnerstaaten gegen sich hat oder, wenn expansiv, mit dem Problem des Nachfrageverlusts an die Partnerstaaten kon-

frontiert ist. Die währungspolitische Vorgabe war insoweit durchaus geeignet, die Lösung des stabilisierungspolitischen Grundproblems zu erzwingen; sie hatte aber zwei entscheidende Konstruktionsmängel:

Erstens war es möglich, den Anpassungszwang hinauszuschieben. Im Rahmen des kurzfristigen Währungsbeistands können Halbjahreskredite bis zu zwei Milliarden Rechnungseinheiten ohne und bis zu weiteren zwei Milliarden Rechnungseinheiten mit Auflagen gewährt werden; im Rahmen des mittelfristigen Währungsbeistands sind mehrjährige Kredite möglich, die zwar mit Auflagen versehen werden können, bei denen aber der Ministerrat über die Qualität der Auflagen entscheidet. Im übrigen bleibt der Zugang zu anderen Formen des internationalen Kredits grundsätzlich offen. Die Schuldnerländer sind durch das System des mittelfristigen Währungsbeistands nur verpflichtet, Kommission und Partner im Währungsausschuß zu konsultieren, ehe sie mittelfristige Kredite außerhalb der Gemeinschaft aufnehmen. Da die Kredite in der Regel durch Nettogeldschöpfung finanziert werden, kann ein Land über einen längeren Zeitraum hinweg eine höhere Inflationsrate durchhalten und über die beschriebenen Einkommens-, Liquiditäts- und direkten Preiseffekte auch die zunächst relativ geldwertstabilen Partner inflatorisch infizieren. Sind die Kreditmöglichkeiten ausgeschöpft, bleibt immer noch der Ausweg der Paritätsanpassung. Insofern gleicht die währungspolitische Vorgabe dem Schauspiel von Bretton Woods, neu inszeniert auf der kleineren europäischen Bühne.

Der zweite Konstruktionsmangel bestand in der fehlenden außenwirtschaftlichen Absicherung. Nach dem Smithsonian-Agreement vom Dezember 1971 glaubte man, die Nabelschnur zum Dollar beibehalten zu können; bei festen Kursen nach außen wird aber die Marktentwicklung in den Mitgliedstaaten nicht nur untereinander, sondern auch mit der in den Drittländern, insbesondere mit jener in den USA synchronisiert. Eine eigenständige europäische Stabilisierungspolitik ist damit natürlich unmöglich. Schon aus diesem Grund bot die währungspolitische Vorgabe keinerlei Gewähr für eine Umkehr des Inflationstrends in der Gemeinschaft.

2.2 Einige allgemeine Lösungsbedingungen

Zur Lösung des Problems müssen deshalb andere Wege beschritten werden. Hält man am Kern der Vorgabe — der Bandbreitenverengung — fest, dann ist die theoretische „first best“-Lösung klar: Alle Mitgliedstaaten sind — z. B. über „härtere“ Zahlungsbilanzkredite — auf eine Strategie zu verpflichten, die die Inflationsraten bei akzeptabler Produktions- und Beschäftigungsentwicklung aus Löhnen, Zinsen und Gewin-

nen eliminiert. Eine derartige Strategie unterscheidet sich nicht grundsätzlich von der Stabilisierungsstrategie für *eine* offene Volkswirtschaft; ich beschränke mich deshalb darauf, ihre wichtigsten Elemente zu nennen.

Ein erstes Element besteht darin, daß jeder Partnerstaat die gesamtwirtschaftliche Nachfrageexpansion an seinem realen Angebotsspielraum, mittelfristig also am Wachstum seines Produktionspotentials ausrichtet. Weil im Ausgangszustand ein inflatorisches Klima herrscht und die Inflationserwartungen ohne Produktions- und Beschäftigungseinbrüche kurzfristig wahrscheinlich nicht zu beseitigen sind, muß der reale Angebotsspielraum inflationiert werden mit einer akzeptablen oder — wie die Kommission es nennt — normativen Preissteigerungsrate, die schrittweise an das längerfristig angestrebte Maß an Preisniveaustabilität heranzuführen wäre. Auf diese Weise eine stabilisierungskonforme Nachfrageexpansion für die Mitgliedstaaten vorzuzeichnen, setzt wiederum zwei Dinge voraus: zum ersten eine konsistente mittelfristige Planung auf Gemeinschaftsebene, die die realen Angebotsspielräume der einzelnen Volkswirtschaften und die vermutlich realisierbaren Kombinationen der Zielgrößenwerte aufzeigt; zum zweiten gemeinsame Beschlüsse über die akzeptable Zielwertkombination, mit denen die zunächst rein formale Forderung nach gleichzeitiger und gleichrangiger Verwirklichung der stabilisierungspolitischen Ziele inhaltlich präzisiert wird.

Auf der Ebene der Mittel ist das wichtigste Strategieelement eine Geldpolitik der Mitgliedstaaten, die den Spielraum für die monetäre Expansion so begrenzt, daß das zur Finanzierung der Nachfrageexpansion erforderliche Zahlungsmittelvolumen gerade verfügbar ist. Ansatzpunkt und Erfolgsbedingung dieser Politik ist eine wirksame Steuerung der Zentralbankgeldmenge; neben einem ausreichenden Instrumentarium in den Mitgliedstaaten setzt sie stabilitätskonforme Methoden der zwischenstaatlichen Saldenfinanzierung und vor allem eine Absicherung gegen Liquiditätszuflüsse aus Drittländern voraus, wie sie — verspätet — im März 1973 mit dem Übergang zum Blockfloating erfolgte.

Als drittes Element sehe ich eine ergänzende fiskalpolitische Konjunktursteuerung an. Sie ist hilfreich, um die Schwankungen der Geldnachfrage zu glätten, welche die Effizienz einer rein geldpolitischen Konjunktursteuerung mindern können; sie wird unverzichtbar, wenn die Leistungsbilanz der Gemeinschaft kurzfristig ebenso anomal reagiert, wie das in der Bundesrepublik 1973 höchstwahrscheinlich der Fall war¹¹. Denn dann führt der Versuch, sich mit geldpolitischen Restrik-

¹¹ Vgl. dazu die Analyse der Handelsbilanzentwicklung durch den Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1973/74, Ziffer 151 ff., insbes. Ziffer 156.

tionen von der Weltinflation abzuhängen, über steigende Zinssätze zwar zu einer Höherbewertung der Gemeinschaftswährungen; diese Höherbewertung produziert aber keine Passivierung, sondern eine Aktivierung der Leistungsbilanz, so daß die kontraktiven monetären Impulse nicht durch kontraktive Einkommenseffekte unterstützt, sondern durch expansive Einkommenseffekte konterkariert werden. Trotz steigender Ausgaben- und Verschuldungsbereitschaft der Privaten kann die Geldpolitik natürlich auch jetzt den Boom bremsen, aber möglicherweise nur um den Preis eines Kreditkollapses; das kann vermieden werden, wenn die expansiven Einkommenseffekte seitens der Leistungsbilanz durch kontraktive Einkommenseffekte seitens der Fiskalpolitik kompensiert werden.

Viertes und letztes Element einer gemeinsamen Stabilisierungsstrategie ist eine Wettbewerbs- und Lohnpolitik, die die Preise und Löhne so flexibel hält, daß der monetäre Restriktionsdruck möglichst wenig mengenwirksam wird. Das ist vor allem deshalb wichtig, weil der internationale Preiszusammenhang auch bei flexiblen Außenkursen inflatorische Impulse im Bereich der Außenhandelsgüter bescheren kann¹², so daß ein bestimmtes Maß an Preisniveaustabilität möglicherweise nur durch deflatorische Entwicklungen an anderer Stelle erreichbar wird. Wie solche Entwicklungen lohnpolitisch überhaupt ermöglicht werden können und inwieweit hier Indexklauseln eine Hilfe zu bieten vermögen, ist eine zentrale, aber nicht generell zu beantwortende Frage¹³.

3. Die Schwierigkeiten

Die Anforderungen an eine „first best“-Lösung aufzuzeigen, ist das eine; das andere ist zu prüfen, ob und inwieweit eine derartige Ex-ante-Koordination mitgliedstaatlicher Stabilisierungspolitik überhaupt möglich ist. Bekanntlich haben die Partner ja schon die Anforderungen, welche die währungspolitische Vorgabe an sie stellte, als nicht tragbar empfunden: Italien führte wegen fortgesetzter Devisenknappheit Konvertibilitätsbeschränkungen und Kapitalverkehrskontrollen ein, schloß

¹² Vgl. dazu *Egon Sohmen*, Die importierte Inflation bei festem und flexiblem Wechselkurs, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 182, 1968, S. 552 ff.; *Klaus Rose* und *Dieter Bender*, Flexible Wechselkurse und Inflationsimport, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 187, 1973, S. 481 ff.

¹³ Das zeigt die modellmäßige Behandlung des Indexlohnproblems durch *H. den Hartog* und *J. Weitenberg*, *Some Experiments with a Wage System Containing Price Adjustment Clauses*, Central Planning Bureau, The Hague, September 1970 (vervielfältigt). Die Simulationsstudie fußt auf dem ausgereiften ökonomischen Konjunkturmodell des niederländischen Zentralplanbüros, dessen Koeffizientenwerte in regelmäßigen Abständen neu geschätzt werden.

sich im März 1973 nicht den im Block floatenden Mitgliedstaaten an, d. h. es gab — ebenso wie Großbritannien — den Kurs seiner Währung gegenüber den anderen Mitgliedstaaten frei; 1974 griff man sogar zu Beschränkungen des Handelsverkehrs. Die Bundesrepublik wertete die Mark im März 1973 um 3 Prozente und im Juni 1973 noch einmal um 5,5 Prozente auf; daneben wurden — wie in den übrigen Mitgliedstaaten — Kapitalverkehrskontrollen gehandhabt. Frankreich schließlich sah sich trotz Kapitalverkehrskontrollen im Januar 1974 genötigt, den Kurs des Franc freizugeben. Offenbar waren die Interessen der einzelnen Nationen so verschieden, daß diese eher zu Rückschritten auf dem Gebiet des gemeinsamen Marktes geneigt waren, als daß sie sich dem Koordinationszwang der verengten Bandbreiten gebeugt hätten. Eine brauchbare Strategie der wirtschafts- und währungspolitischen Integration muß diese Koordinationshemmnisse berücksichtigen; meine zweite Frage lautet deshalb: Worin bestehen die Schwierigkeiten, die den Erfolg der bisherigen Koordinationsversuche vereitelt haben?

Einen systematischen Ausgangspunkt für die Antwort liefert folgende Überlegung: Was einzelne Staaten als optimalen stabilisierungspolitischen Kurs ansehen, hängt ab

- von ihren Präferenzen gegenüber den stabilisierungspolitischen Zielen, also von den Zielgewichten oder Zielprioritäten oder — genauer — Zielfunktionen;
- von ihren stabilisierungspolitischen Möglichkeiten, die ihrerseits wiederum bestimmt werden von den verfügbaren Instrumenten und den Methoden ihres Einsatzes sowie von der Reaktionsweise der betreffenden Volkswirtschaft, also insbesondere von der regionalen und sektoralen Wirtschaftsstruktur samt ihren Bestimmungsgründen und den Verhaltensweisen der großen sozialen Gruppen.

3.1 Unterschiedliche stabilisierungspolitische Konzeptionen

Betrachten wir zunächst den spezifisch politischen Bereich. Interessenkonflikte ergeben sich hier, wenn die Zielprioritäten, Mittel und Handlungsmethoden, also die stabilisierungspolitischen Konzeptionen der einzelnen Mitgliedstaaten auseinanderlaufen. Bei den Zielprioritäten ist das unmittelbar klar; Wachstumsfetischisten und Geldwertverteidiger kommen sich bei geld- und güterwirtschaftlichem Verbund allemal in die Quere. Konflikte entstehen aber auch, wenn mehrere Länder zwar die gleichen Prioritäten, aber unterschiedliche Mittel und Handlungsmethoden haben: Bremst etwa ein Land A die Nachfrageexpansion mit fiskalpolitischen, ein Land B dagegen mit geldpolitischen Maßnahmen, so können in A Investitionsneigung und Zinssätze sinken, während in B

die Zinssätze tendenziell steigen. Die resultierenden Geldbewegungen von A nach B stellen den Erfolg der restriktiven Geldpolitik in B in Frage; aber auch A leidet unter der mangelnden Abstimmung der Mittel, wenn es mit der Politik niedriger Zinsen Nebenziele — z. B. eine Verbesserung der Regionalstruktur — verfolgt¹⁴. Daß Konfliktquellen dieser Art in der Gemeinschaft vorhanden sind, ist bekannt. Greift man etwa die Zielprioritäten an Hand offizieller Zieldeklarationen, tatsächlich unternommener stabilisierungspolitischer Anstrengungen und erreichter Zielrealisierungen ab, so zeigt sich, daß Frankreich dem Wachstumsziel ein erheblich höheres Gewicht beimißt als die Bundesrepublik, in der zumindest bis Ende der sechziger Jahre das Ziel der Preisniveaustabilität einen deutlich höheren Rang einnahm¹⁵. Mit den Prioritätsunterschieden korrespondieren Unterschiede in den Mitteln und Methoden der Stabilisierungspolitik; sie zeigen sich vielleicht am deutlichsten in dem unterschiedlichen Verhältnis zwischen Notenbank und Regierung und im wirtschaftspolitischen Stil, der auf der einen Seite durch die grundsätzliche Abstinenz von Kontrollen zugunsten der Globalsteuerung geprägt ist, während auf der anderen Seite zumindest in der Vergangenheit eine weitgehend historisch zu erklärende Neigung zu direkten Markteingriffen und einer merkantilistischen Außenwirtschaftspolitik herrschte.

3.2 Unterschiedliche ökonomische und soziale Bedingungen

All das ist als Koordinationshemmnis sicherlich von Belang und wird wohl auch noch eine Weile den Fortgang der Integration behindern; entscheidend ist es in meinen Augen aber nicht. Wichtiger sind die unterschiedlichen ökonomischen und sozialen Bedingungen, unter denen die Mitgliedstaaten Stabilisierungspolitik treiben, weil sie den tatsächlichen und — zusammen mit den theoretischen Vorstellungen — den gedachten stabilisierungspolitischen Möglichkeitsbereich prägen und damit auch die Konzeptionen mitbestimmen.

Diese Unterschiede manifestieren sich vor allem in einem unterschiedlichen Ausmaß der strukturellen Arbeitslosigkeit und — damit zusammenhängend — in einer unterschiedlichen Ausgewogenheit der regionalen und sektoralen Produktivitätsstruktur. Zum Teil sind diese Unterschiede verursacht durch bestimmte Standortnachteile der peripheren Regionen wie Marktferne, mangelhafte Infrastruktur und unzureichende

¹⁴ Zu den Interessenkonflikten in einem Integrationsraum vgl. *Hans Willgerodt* u. a., *Wege und Irrwege zur Europäischen Währungsunion*, S. 36 ff.

¹⁵ Vgl. dazu die Analyse von *Fritz Franzmeyer* und *Bernhard Seidel*, *Wirtschaftspolitische Prioritätsunterschiede in der EG als Hindernisse für die Errichtung der Wirtschafts- und Währungsunion und Instrumente zu ihrer Überwindung*, DIW-Sonderheft 96, Berlin 1973.

Qualifikation der Arbeitskräfte; zu einem erheblichen Teil sind sie aber auch die Folge einer Lohnbewegung, die mehr an dem Prinzip „gleicher Lohn für gleiche Arbeit“ als an den unterschiedlichen Beschäftigungsbedingungen orientiert ist. Wie Giersch¹⁶ in einem allgemeineren Zusammenhang bemerkt hat, ist dann das Reallohngefälle kleiner als das Produktivitätsgefälle, und die „zu hohen“ Reallöhne in den produktivitätsschwachen Branchen und Regionen schrecken die privaten Investoren ab, dort Arbeitsplätze zu schaffen; die ohnehin vorhandenen regionalen Beschäftigungsprobleme werden durch eine Mindestlohn-Arbeitslosigkeit verschärft. Sind die Arbeitskräfte mobil, begünstigt dies zwar Wanderungen in die produktivitätsstarken Branchen und Regionen; die Kehrseite einer derartigen Faktorallokation ist aber eine Entleerung der wirtschaftsschwachen und eine verstärkte Ballung in den wirtschaftsstarken Regionen, also eine Verschärfung der regionalen Ungleichgewichte. Weder die Wanderungen noch die großen regionalen Unterschiede in der Arbeitslosigkeit sind akzeptabel, denn zu den erklärten Zielen der Gemeinschaft und der einzelnen Länder gehört eine größere Ausgewogenheit der regionalen Wirtschaftsstruktur. Vor allem Italien, Großbritannien und Irland stehen deshalb sehr viel stärker als beispielsweise die Bundesrepublik vor dem Problem, die regionale und sektorale Produktivitäts- und Beschäftigungsstruktur durch Erweiterungs- und Rationalisierungsinvestitionen zu verbessern. Weil der höhere Investitionsbedarf aber die freiwilligen Ersparnisse der Bevölkerung in der Regel erheblich überschreitet, neigen die Regierungen dazu, sich die erforderlichen Finanzierungsmittel in hohem Maße durch eine kurzfristige Verschuldung zu beschaffen, obwohl sie dadurch wegen der sektoralen und regionalen Enge der Inlandsmärkte nachfragebedingte Inflationsimpulse auslösen. Diese Verhaltensweise wird weithin gestützt von der Vorstellung eines stabilisierungspolitischen Möglichkeitsbereichs, der in der Phillips-Kurve zum Ausdruck kommt. Es ist in der Diskussion um die Theorie der Phillips-Kurve jedoch umstritten, ob und inwieweit ein Mehr an Beschäftigung durch ein Weniger an Preisniveaustabilität erkauft werden kann¹⁷; manches spricht für den Einwand von Friedman und Phelps¹⁸, daß ein positiver Beschäftigungseffekt nur so lange er-

¹⁶ Vgl. *Herbert Giersch*, Beschäftigungspolitik ohne Geldillusion, in: *Die Weltwirtschaft, Halbjahresschrift des Instituts für Weltwirtschaft an der Universität Kiel*, 1972, Heft 2, S. 127 ff.

¹⁷ Vgl. dazu den Überblick bei *Ewald Nowotny*, *Kurt W. Rothschild* und *Gerhardt Schwödiauer*, Bestimmungsgründe der Lohnbewegung, Linzer Hochschulschriften, Bd. 5, Wien - New York 1972.

¹⁸ *Milton Friedman*, What Price Guideposts?, in: *George P. Schultz* und *Robert Z. Aliber* (Herausgeber), *Guidelines, Informal Controls, and the Market Place*, Chicago - London 1966, S. 17 ff., S. 55 ff.; *Edmund S. Phelps*, Phillips Curves, Expectations of Inflation and Optimal Unemployment over Time, in: *Economica*, Vol. 34, 1967, S. 254 - 281.

zielbar ist, wie die Preissteigerungen die Reallöhne senken, seitens der Gewerkschaften also Geldillusion vorliegt. Unter den heutigen Bedingungen ist diese Voraussetzung aber kaum erfüllt; viel eher ist damit zu rechnen, daß die Gewerkschaften nach einer Phase enttäuschter verteilungspolitischer Erwartungen die Preissteigerungen nicht nur nachträglich kompensieren, sondern in ihren Lohnforderungen antizipieren, so daß längerfristig zwar eine höhere Inflationsrate, aber keine durchgreifende Verbesserung der Realeinkommens- und Beschäftigungslage erzielt wird; die Phillips-Kurve nähert sich der Vertikalen¹⁹. Die Strukturprobleme könnten nur insoweit entschärft werden, als die strukturschwachen Länder sich durch eine höhere Inflationsrate und nachfolgende Zahlungsbilanzdefizite einen Zugang zu ausländischen Ressourcen verschaffen und den so erweiterten realen Investitionsspielraum für die Lösung ihrer Strukturprobleme nutzen; ich halte diese Nutzung aber bei einer derartigen Form der Ressourcenbeschaffung für unwahrscheinlich. Insgesamt haben wir also damit zu rechnen, daß die unterschiedliche Größe der regionalen und sektoralen Strukturprobleme dazu führt, daß die Mitgliedstaaten eine unterschiedliche Neigung zur Inflation aufweisen.

Verschärft wird diese Situation durch unterschiedliche Verhaltensweisen der Sozialpartner, insbesondere durch eine unterschiedliche lohnpolitische Aggressivität der Gewerkschaften. In der Vergangenheit haben sowohl die italienischen als auch die britischen Arbeitnehmervertreter das Potential für Realloohnerhöhungen sehr viel stärker ausgeschöpft als etwa die deutschen; aber auch die französische Gewerkschaftsbewegung war zumindest bis zu den Mai-Unruhen des Jahres 1968 in der Durchsetzung von Lohnforderungen weniger zurückhaltend als ihre Schwesterbewegung im Osten. Zum Teil liegt das an der unterschiedlichen politischen Grundausrichtung der einzelnen Gewerkschaften; in den romanischen Ländern beispielsweise spielt die politische Komponente eine erhebliche Rolle, und nicht selten werden Lohnauseinandersetzungen als Hebel benutzt, um bestimmte politische Ziele zu erreichen, so daß die Gefahr eines „wage push“ steigt. Zum Teil ist das aber auch die Folge unterschiedlicher Organisationsstrukturen; so sind in Großbritannien die lohnpolitischen Befugnisse auf viele kleine Gewerkschaften verteilt, gleichzeitig werden die Lohnverhandlungen auf

¹⁹ Beschleunigt sich auf diese Weise die Inflationsrate, wird die Regierung früher oder später eine Anti-Inflationspolitik betreiben müssen; weil die Inflationserwartungen kurzfristig aber nach wie vor das Preis- und Lohnsetzungsverhalten prägen, kommt es zu starken Produktions- und Beschäftigungsausfällen, ohne daß die Inflationsrate zunächst merklich sinkt. Glaubt die Regierung in dieser Situation, ihren restriktiven Kurs nicht durchhalten zu können, bewegt man sich praktisch auf einer weiter rechts liegenden Phillips-Kurve; das Problem der Stagflation hat sich verschärft.

zwei Ebenen geführt, nämlich zwischen Gewerkschaften und Unternehmensverbänden und — danach — zwischen den einzelnen Unternehmen und den sogenannten „shop-stewards“, wobei die letzteren praktisch weitgehend autonom sind. Eine derartig extreme Dezentralisierung begünstigt nicht nur eine relativ unproduktive Allokation von Arbeitskräften, sondern liefert auch einen ungleich besseren Nährboden für Lohnkostenstöße via Lohn-Lohn-Spirale als in anderen Ländern. Bei unterschiedlichen Neigungen zum „wage push“ haben die Mitgliedstaaten aber auch unterschiedliche Chancen, die Inflationsrate mit den klassischen Mitteln der Nachfragesteuerung ohne starke Produktions- und Beschäftigungseinbrüche zurückzuführen.

Die wenigen Hinweise dürften genügen, um die fundamentalen Schwierigkeiten einer gemeinsamen europäischen Stabilisierungspolitik ins Bild zu rücken. Manches bleibt dabei offen; insbesondere wäre zu prüfen, ob die Einkommenselastizitäten der Import- und Exportnachfrage in den einzelnen Mitgliedstaaten gegenwärtig derart verschieden sind, daß daraus unterschiedliche Trends in der Leistungsbilanzentwicklung resultieren. Wäre das der Fall — und ich halte den Gedanken nicht für abwegig²⁰ —, stünden die Mitgliedstaaten selbst bei gleichgerichteter Stabilisierungspolitik zumindest vorübergehend vor dem Problem fundamentaler Ungleichgewichte in ihren Zahlungsbilanzen.

4. Auf der Suche nach gangbaren Wegen

Welche Konsequenzen ergeben sich nun aus alledem für die Wahl einer optimalen Handlungsstrategie? Ich will dieser dritten und letzten Frage nicht ausweichen, obwohl sie hier natürlich keinesfalls erschöpfend zu beantworten ist. Drei Schritte scheinen mir wesentlich zu sein: erstens eine stärkere Betonung der Strukturpolitik, zweitens eine größere Beweglichkeit der Wechselkurse und drittens ein erleichterter Koordinationsmodus auf der ökonomischen und politischen Ebene.

4.1 Stärkere Betonung der Strukturpolitik

Eine stärkere Integration von Strukturpolitik und Globalsteuerung ist nötig, um die stabilisierungspolitischen Startbedingungen der Mitgliedstaaten einander anzunähern. Allgemeines Mittel dieser Struktur-

²⁰ Italien hat nach einer Untersuchung von Kreinin die höchste Einkommenselastizität der Importnachfrage aller sechs europäischen Kernstaaten (vgl. *Mordechai E. Kreinin*, *Trade Creation and Diversion by the EEC and EFTA*, in: *Economia Internazionale*, Vol. 22, 1969, S. 276). Für die Bundesrepublik hat der deutsche Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung in seinem Jahresgutachten 1964/65 eine vergleichsweise hohe Einkommenselastizität der Exportnachfrage vermutet.

politik ist ein Transfer von Ersparnissen aus den strukturstarke in die strukturschwachen Länder, also ein Realtransfer, der bisher auch schon teilweise geleistet wurde, allerdings in der strukturpolitisch ineffizienten Form von Zahlungsbilanzüberschüssen. Ansätze zu derartigen Übertragungen gibt es bereits: Der Ausrichtungs- und Garantiefonds für die Landwirtschaft, der Sozialfonds, die Anpassungs- und Umstellungshilfen im Montanbereich und die europäische Investitionsbank sind mit strukturpolitisch orientierten Finanzausgleichsaufgaben betraut; allerdings wurden sie bislang entweder nur sehr am Rande wahrgenommen oder die angewandten Mittel und Methoden waren der strukturpolitischen Aufgabe nicht adäquat. Die Kommission hat inzwischen Vorschläge für die Errichtung eines Regionalfonds und eines Ausschusses für Regionalpolitik unterbreitet, über die der zwischenstaatliche Finanzausgleich verstärkt und die regionalpolitischen Konzepte in den Mitgliedstaaten abgestimmt werden sollen²¹. Die damit in Angriff genommene gemeinsame Regionalpolitik müßte allerdings an präzisen Kriterien orientiert sein, die die Verwendung der Mittel für wachstumsfördernde Interventionen sichern: Sie müßte geführt werden nach dem Prinzip der *zweckgebundenen* Strukturhilfen auf der Basis einer mittelfristigen Planung, abgestimmt zwischen den Mitgliedländern der Gemeinschaft. Die Gemeinschaft sollte daher in die Planung der konkreten Projekte eingeschaltet, über die Projektdurchführung informiert und mit der Kompetenz ausgestattet sein, korrigierend wirksam zu werden. In jedem Fall sollte der Fonds so strukturiert sein, daß die gebenden Mitgliedstaaten Existenz und Umfang ihrer Hilfen von stabilisierungspolitischen Zugeständnissen der Gegenseite abhängig machen können.

4.2 Größere Beweglichkeit der Wechselkurse

Auch eine wirksame Strukturpolitik kann die Startbedingungen nur längerfristig annähern; deshalb bedarf es bis auf weiteres einer größeren Beweglichkeit der Wechselkurse, um die Spannungen zu mildern zwischen dem, was ein gemeinsamer Stabilisierungskurs fordert, und dem, was die strukturschwachen Länder an stabilisierungspolitischer Disziplin aufzubringen bereit sind. Ich gebe zu, daß diese Forderung nicht unproblematisch ist; denn Wechselkursänderungen können, auch wenn sie zunächst Folge anderer destabilisierender Ursachenfaktoren sind, auf diese Faktoren doch verstärkend zurückwirken. Wenn beispielsweise der Kurs der Lira, des Pfunds oder auch des französischen Frankens sinkt, weil die dortigen Preis- und Kostenniveaus schneller steigen als in der Bundesrepublik, so verteuern sich die Importe, und

²¹ Vgl. Bulletin der Europäischen Gemeinschaften, 1973, Nr. 8, S. 9 f., Nr. 10, S. 15 ff.

der Importkostenstoß beschleunigt in aller Regel den internen Kosten- und Preisauftrieb, so daß die Inflationsraten und wahrscheinlich auch die Inflationserwartungen noch stärker auseinanderlaufen und so die gemeinsame Umkehr der Inflationstrends erschwert wird. Die realisierbaren Alternativen zur Wechselkursanpassung sind aber noch weniger verlockend: Sie heißen Angleichung der Inflationstrends auf einem Niveau, das die Rückkehr zu einem Mehr an Preisniveaustabilität für *alle* fraglich macht, oder Kapitalverkehrskontrollen, die das ursprüngliche Anpassungsproblem zwar möglicherweise²² nicht verschärfen, aber praktisch auch nicht entschärfen, zudem den Nachteil der größeren Integrationsfeindlichkeit gegen sich haben. Der Vorteil liegt um so eher bei den flexibleren Kursen, je mehr es gelingt, Gegengewichte gegen ein Auseinanderlaufen der Inflationsraten zu schaffen, etwa dadurch, daß man die Vorzüge einer völlig freien Kursgestaltung — geldpolitische Autonomie — mit den Vorzügen des Festkurssystems — Koordinationszwang und größere Wechselkursicherheit — kombiniert; das ist wohl auch die Grundidee der zunächst paradox anmutenden Formel „feste, aber anpassungsfähige Paritäten“, die nach den negativen Erfahrungen mit der währungspolitischen Vorgabe geprägt worden ist. Ob man die Kombination der reinen Wechselkurssysteme in der Stufenflexibilität oder in einem System garantierter Paritätsänderungen sucht²³, ist eine mehr technische Frage; wichtig ist, daß erstens die Änderungsraten der Wechselkurse nicht größer werden, sondern möglichst nach und nach gegen Null konvergieren, also wie in einem Trichter zusammenlaufen, und daß zweitens wirksame und zugleich zumutbare Sanktionsmechanismen gelten, die den Ländern ein Ausbrechen aus dem so fixierten „Kursband“²⁴ unmöglich machen.

4.3 Erleichterter Koordinationsmodus

Die Strategie einer größeren Beweglichkeit der Wechselkurse führt nur zum Erfolg, wenn sich die Mitgliedstaaten dem abgeschwächten Koordinationszwang beugen; entscheidend bleibt also nach wie vor,

²² Soweit Kapitalverkehrskontrollen den geldwirtschaftlichen Verbund lockern, lockern sie auch den Koordinationszwang fester Kurse, erlauben also eine geringere monetäre Disziplin.

²³ Grundlegende Ausführungen zu den Kombinationen der reinen Kurssysteme enthalten die Jahresgutachten (JG) des deutschen Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, insbesondere JG 1966, Ziffern 268 ff.; JG 1969, Ziffern 285 ff.; JG 1971, Ziffern 249 ff.; in bezug auf die möglichen Kombinationen für die Europäische Gemeinschaft vgl. JG 1973, Ziffern 418 ff.

²⁴ „Kursband“ im Sinne von jeweiligem Maximalabstand zwischen den Wechselkursen (bildlich: jeweils erreichter Trichterdurchmesser), also unter Einschluß von Paritätsänderungen.

daß das Koordinationsproblem gelöst wird. Zwei Erleichterungen bieten sich hier an:

Auf der ökonomischen Ebene eine grundsätzlich mittelfristige Ausrichtung der Globalsteuerung. Das gilt vor allem für die Haushaltspolitik, deren antizyklische Gestaltung ja schon in einem föderativen Staatswesen wie der Bundesrepublik praktisch unlösbare Koordinationsprobleme aufwirft; das gilt aber auch für die Geldpolitik, die die Grenzen des wechselkurspolitischen Autonomiebereichs um so eher respektieren kann, je mehr sie am mittelfristigen realen Expansionspfad der betreffenden Volkswirtschaft orientiert ist. Haben staatliche Ausgabenexpansion und monetäre Expansion eine mittelfristige Bezugsgröße — nämlich das Produktionspotential —, wird der Bedarf an gegenseitiger Abstimmung auf ein Minimum reduziert, ohne daß dadurch die Effizienz der Globalsteuerung beeinträchtigt würde²⁵.

Wichtiger sind Erleichterungen des Koordinationsverfahrens auf der politischen Ebene. Im Prinzip geht es darum, die Entscheidungsfähigkeit der stabilisierungspolitisch bedeutsamen Instanzen zu verbessern. Die Palette von Möglichkeiten reicht hier von dem seitens des EWG-Vertrags längst geforderten Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat über die allmähliche Übertragung nationalstaatlicher Befugnisse auf Gemeinschaftsinstanzen bis hin zur Errichtung einer gemeinsamen Zentralbank und eines wirtschaftspolitischen Entscheidungsgremiums, wie es beispielsweise von der Groeben in einer Studie Anfang der siebziger Jahre skizziert hat²⁶. Jede dieser Lösungsvarianten bedeutet für die Mitgliedstaaten einen Autonomieverzicht; jede von ihnen setzt deshalb den Willen voraus, die politischen Konsequenzen des proklamierten Wegs zu einer Gemeinschaft der Stabilität zu tragen. Heute schon für den Sprung in ein europäisches Zentralbanksystem zu plädieren, hieße diesen Willen überschätzen, ganz abgesehen davon, daß eine derartige Delegation von Souveränitätsrechten grundsätzliche Fragen sowohl der politischen Legitimation und des Kräftegleichgewichts als auch der Regeln aufwirft, nach denen eine derartige Zentralinstanz handeln kann und soll. Eine teilweise Übertragung von geld- und währungspolitischen Befugnissen, etwa auf den Fonds für währungspolitische Zusammenarbeit, wirft artgleiche Probleme auf, wenn auch in abgeschwächtem Maße. Am ehesten möglich müßte der Abschied vom

²⁵ Eher ist das Gegenteil der Fall: Läßt man etwa die Staatsausgaben mit der Rate des Produktionspotentials ansteigen und gleichzeitig die eingebauten Stabilisatoren auf der Einnahmenseite wirken, vermeidet man weitgehend die Gefahren eines prozyklischen Handelns, die mit der prognostischen Unsicherheit und den lags im politischen Entscheidungsprozeß verbunden sind.

²⁶ Vgl. *Hans v. d. Groeben* und *Ernst-Joachim Mestmäcker* (Herausgeber), *Ziele und Methoden der europäischen Integration*, Frankfurt 1972, S. 145 ff.

bisher angewandten Grundsatz der Einstimmigkeit sein; er wäre wohl zunächst auch ausreichend, da es bei Mehrheitsentscheidungen praktisch möglich wird, Beschlüsse über stabilisierungspolitische Handlungsregeln verbindlich und so präzise zu fassen, daß sie justitiabel sind.

Der skizzierte dreifache Ansatz ist sicherlich kein Patentrezept; das gibt es auch nicht. Er ist ein Versuch, das stabilisierungspolitische Grundproblem dadurch zu lösen, daß

- erstens der Koordinationszwang fester Kurse zwar grundsätzlich beibehalten, aber abgeschwächt wird durch eine Wechselkursgestaltung, die unterschiedliche Inflationsraten zuläßt und damit der unterschiedlichen Inflationsneigung der Mitgliedstaaten Rechnung trägt,
- zweitens die höhere Inflationsneigung der strukturschwachen Länder vermindert wird durch Strukturhilfen, die zugleich als Hebel benutzt werden können, um stabilisierungspolitisches Wohlergehen zu fördern,
- drittens schließlich das Koordinationsproblem entschärft wird durch eine an mittelfristigen Bezugsgrößen orientierte Globalsteuerung und — „last but not least“ — durch den längst fälligen Übergang zu Mehrheitsentscheidungen im Ministerrat.

Andere, teilweise ergänzende Versuche sind denkbar, etwa die Einführung einer europäischen Parallelwährung²⁷, deren Möglichkeiten und Probleme hier nicht angesprochen werden konnten. Ob die Versuche gelingen, hängt auch unter den erleichterten Koordinationsanforderungen letztlich davon ab, ob die Regierungen der Partnerstaaten den politischen Willen aufbringen, die notwendigen stabilisierungspolitischen Regeln zu setzen und einzuhalten, und ob sie politisch in der Lage sind, regelkonforme Restriktionen auch dann durchzuführen, wenn wegen zu hoher Reallohne die Arbeitslosenquoten steigen. Die Chancen dafür sind in den strukturschwachen Ländern auch bei wirksamen Strukturhilfen geringer; denn gerade dort ist die Tendenz zum „wage push“ besonders groß. Es ist deshalb nicht ausgeschlossen, ja sogar wahrscheinlich, daß es eine Lösung des eingangs formulierten Problems zwar für einige, nicht aber für alle Partnerstaaten gibt.

²⁷ Roland Vaubel, Die Pläne für eine europäische Parallelwährung — Ein Überblick, in: Die Weltwirtschaft, 1972, Heft 2, S. 136 ff.; Norbert Walter, Europäische Währungsintegration und die Reform des Weltwährungssystems, in: Zur Neuordnung des internationalen Währungssystems, Beihefte der Konjunkturpolitik, H. 20, Berlin 1973, S. 115 ff.; Study Group on Economic and Monetary Union, European Economic Integration and Monetary Unification, Brüssel, Oktober 1973, Kapitel II. Ein Problem der Einführung liegt darin, daß bei einer Stabilitätsgarantie für die Parallelwährung die Emissionsinstanz zwar mit Einlegern, nicht aber mit Kreditnehmern rechnen kann, wenn diese die Kosten der Stabilitätsgarantie tragen sollen und gleichzeitig Zugang zum normalen (und billigeren) Bankenkredit haben.

Schriften des Vereins für Socialpolitik
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 85/II

SCHRIFTEN DES VEREINS FÜR SOCIALPOLITIK

Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
Neue Folge Band 85/II

Verhandlungen auf der Tagung der
Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften
- Verein für Socialpolitik -
in Zürich

vom 2. - 5. September 1974

Herausgegeben von

Hans K. Schneider,
Waldemar Wittmann, Hans Würgler

unter Mitarbeit von

Monique Dubois und Heinz-Dieter Haas

Zweiter Halbband



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

Verhandlungen auf der Tagung des
Vereins für Socialpolitik, Gesellschaft für Wirtschafts-
und Sozialwissenschaften, in Zürich 1974

Stabilisierungspolitik in der Marktwirtschaft

Zweiter Halbband



DUNCKER & HUMBLLOT / BERLIN

**Alle Rechte, auch die des auszugsweisen Nachdrucks, der photomechanischen
Wiedergabe und der Übersetzung für sämtliche Beiträge vorbehalten**

© 1975 Duncker & Humblot, Berlin 41

Gedruckt 1975 bei Berliner Buchdruckerei Union GmbH., Berlin 61

Printed in Germany

ISBN 3 428 03558 5

Inhaltsverzeichnis

ERSTER HALBBAND

Eröffnungsveranstaltung	1
Begrüßungsansprache des stellvertretenden Vorsitzenden, Professor Dr. <i>Waldemar Wittmann</i> , Frankfurt am Main	3
Ansprache des schweizerischen Bundespräsidenten, <i>Ernst Brugger</i> , Bern	7

Plenum

Stabilität als wirtschaftspolitische Zielsetzung

Leitung: <i>Fritz Neumark</i> , Frankfurt am Main	
<i>Walter Adolf Jöhr</i> , St. Gallen	
Das Stabilitätsziel im Widerstreit der Meinungen	15
<i>Werner Kaltefleiter</i> , Kiel:	
Beziehungen zwischen wirtschaftlicher und politischer Stabilität	43

Arbeitskreis A

Stabilitätsziel und Zielsysteme

Leitung: <i>Gérard Gäfgen</i> , Konstanz	
<i>Bruno Fritsch</i> , Zürich:	
Stabilität als systemares Problem	61
Korreferat: <i>Reimut Jochimsen</i> , Bonn	79
Diskussion	85
<i>Lothar F. Neumann</i> , Siegen:	
Das Stabilitätsziel innerhalb gesellschaftlicher Zielsysteme	95
Korreferat: <i>Heinz Hauser</i> , St. Gallen	121
Diskussion	125
<i>Josua Werner</i> , Hohenheim:	
Geldwertstabilität als materiales Stabilitätsziel	133
Korreferat: <i>Gerold Blümle</i> , Freiburg i. Br.	153
Diskussion	157

Arbeitskreis B
Motivationen für Geldwertstabilität

Leitung: *Hans Möller*, München

Heinz Rieter, Bochum:

Geldwertstabilität aus der Sicht privater Haushalte	169
Korreferat: <i>Vincenz Timmermann</i> , Hamburg	199
Diskussion	202

Alfred Meier, St. Gallen:

Geldwertstabilität aus der Sicht des öffentlichen Sektors	211
Korreferat: <i>Helga Pollak</i> , Göttingen	235
Diskussion	241

Norbert Szyperski, Köln:

Geldwertstabilität aus der Sicht privater Unternehmungen — Situative und strukturelle Aspekte	247
Korreferat: <i>Edmund Heinen</i> , München	273

Jürgen Hauschildt, Saarbrücken:

Stabilität in der Zielkonzeption der Unternehmung	277
Korreferat: <i>Herbert Hax</i> , Wien	299
Diskussion	304

Arbeitskreis C

Empirische Untersuchungen zu Zielkonflikten

Leitung: *Artur Woll*, Siegen

Rainer Schmidt und *Torsten Tewes*, Kiel:

Eine ökonomische Untersuchung über die Bestimmungsgründe der kurzfristigen Entwicklung von Löhnen und Verbraucherpreisen in der Bundesrepublik Deutschland für die Jahre 1963 bis 1973	317
Korreferat: <i>Frank E. Münnich</i> , Innsbruck	345
Diskussion	350

Jürgen Kromphardt, Gießen:

Empirische Untersuchungen über die Bestimmungsgründe des Preisniveaus	363
Korreferat: <i>Angelo A. Rossi</i> , Zürich	383
Diskussion	386

Helge Majer, Tübingen:

Zahlungsbilanzgleichgewicht versus innere Stabilität	393
Korreferat: <i>Helmut Frisch</i> , Wien	415
Diskussion	417

Arbeitskreis D

Messung der Stabilität und stabilisierungspolitische Programmgestaltung

Leitung: *Olaf Sievert*, Saarbrücken

Paul Klemmer, Bochum:

Indikatoren für die Stabilisierungspolitik	429
Korreferat: <i>Klaus-Dieter Schmidt</i> , Kiel	445
Diskussion	451

Manfred Rose, Heidelberg:

Maßorientierte Stabilisierungspolitik über finanzwirtschaftliche Staatsaktivitäten	465
Korreferat: <i>Hans J. Barth</i> , Wiesbaden	487
Diskussion	492

Hans Tietmeyer, Bonn:

Stabilisierungspolitik: von der Diagnose zum Programm	503
Korreferat: <i>Helmut Schlesinger</i> , Frankfurt am Main	521
Diskussion	526

Arbeitskreis E

Politische Prozesse zur stabilisierungspolitischen Zielfindung

Leitung: *Erich Streißler*, Wien

Werner Zohlnhöfer, Dortmund:

Eine politische Theorie der schleichenden Inflation	533
Korreferat: <i>Christian Watrin</i> , Köln	555
Diskussion	561

Joachim Starbatty, Köln:

Stabilisierungspolitik im Wechsel zwischen Exekutive, Legislative und organisierten Gruppen	581
Korreferat: <i>Hans Peter Widmaier</i> , Regensburg	603
Diskussion	608

Thomas G. Lachs, Wien:

Stabilisierungspolitik und Wirtschaftspartnerschaft am Beispiel Österreichs	619
Korreferat: <i>Leo Schürmann, Zürich</i>	637
Diskussion	642

Plenum

Gesamtkonzepte der Stabilisierungspolitik

Leitung: *Waldemar Wittmann, Frankfurt am Main*

Jürg Niehans, Baltimore:

Stabilisierung in einer offenen Volkswirtschaft	651
---	-----

Hermann Albeck, Tübingen:

Sonderprobleme einer Stabilisierung in der Europäischen Gemeinschaft	673
--	-----

ZWEITER HALBBAND

Arbeitskreis F

Außenwirtschaftliche Aspekte der Stabilisierungspolitik

Leitung: *Otmar Issing, Nürnberg*

Heiko Körner, Hamburg:

Außenwirtschaftliche Ansatzpunkte für die Stabilisierungspolitik	693
Diskussion	712
Korreferat: <i>Manfred Borchert, Münster</i>	713
Diskussion	717

Emil Küng, St. Gallen:

Die Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik	731
Korreferat: <i>Wolfgang Stützel, Saarbrücken</i>	753
Diskussion	767

Emil-Maria Claassen, Gießen:

Stabilisierungspolitik in interdependenten Wirtschaften: Die monetäre Hypothese der Weltinflation	775
Korreferat: <i>Manfred Neumann, Nürnberg</i>	791
Diskussion	795

Inhaltsverzeichnis

IX

Michael Schmid, Mannheim:

Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts als multiples Rechnungsproblem	805
Korreferat: <i>Erich Spörndli</i>	842
Diskussion	847

Arbeitskreis G

Geld- und Finanzpolitik zur Stabilisierung

Leitung: *Werner Ehrlicher, Freiburg i. Br.*

Dieter Biehl, Kiel:

Budgetkonzepte als Ziel- und Meßgrößen für die finanzpolitische Konjunktursteuerung: Der konjunkturneutrale und der konjunkturge-rechte Haushalt	853
Korreferat: <i>Werner Noll, Würzburg</i>	881
Diskussion	884

Walter Wittmann, Freiburg i. Br.:

Öffentliche Einnahmepolitik im Dienste der Stabilisierung	907
Korreferat: <i>Otto Gandenberger, Mainz</i>	925
Diskussion	932

Dieter Duwendag, Speyer:

Geldpolitische Konzeptionen zwischen Keynes und Friedman	937
Korreferat: <i>Franz Ritzmann, Zürich</i>	965

Manfred J. M. Neumann, Berlin:

Fiskalisch oder monetär ausgerichtete Stabilisierungspolitik	971
Korreferat: <i>Reinhard Pohl, Berlin</i>	997
Diskussion	1002

Arbeitskreis H

Wettbewerb und Stabilisierungspolitik

Leitung: *Erich Hoppmann, Freiburg i. Br.*

Reinhard Blum, Augsburg:

Administrierte Preise als Problem der Stabilisierungspolitik	1021
Korreferat: <i>Christian Marfels, Halifax</i>	1037
Diskussion	1040

Bernhard Külp, Freiburg i. Br.

Die Bedeutung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten für die Stabilisierung des Preisniveaus der Güter	1069
Korreferat: <i>Werner Glastetter, Düsseldorf</i>	1087
Diskussion	1094

Burkhardt Röper, Aachen:

Stabilisierungspolitische Aspekte der Wettbewerbsordnung im Bankensystem	1111
Korreferat: <i>Wolfram Engels, Frankfurt a. M.</i>	1140
Diskussion	1146

Arbeitskreis J

Einkommenspolitik zur Stabilisierung

Leitung: *Kurt Rothschild, Linz*

Silvio Borner, St. Gallen:

Versuch einer theoretischen und politischen Neuinterpretation der Einkommenspolitik	1163
Korreferat: <i>Horst Zimmermann, Marburg</i>	1191

Ulrich Teichmann, Frankfurt a. M.:

Das Lohnfondskonzept als Mittel zur rationalen Lohnpolitik	1145
Korreferat: <i>Erwin Weissel, Wien</i>	1213
Diskussion	1218

Harald Scherf, Hamburg:

Indexierung von Einkommenszahlungen als Mittel der Stabilisierungspolitik	1239
Korreferat: <i>Alois Oberhauser, Freiburg i. Br.</i>	1251
Diskussion	1255

Werner Meißner, Frankfurt a. M.:

Möglichkeiten der Messung und Kontrolle von Gewinnen	1267
Korreferat: <i>Klaus von Wysocki, München</i>	1285
Diskussion	1291

Arbeitskreis K**Stabilisierungspolitik und sektorale sowie regionale Strukturpolitik**Leitung: *Knut Borchardt*, München*Ulrich Koester*, Göttingen:

Geldwertneutrale Entwicklung sektoraler Preise als Problem gesamtwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik	1303
Korreferat: <i>Hellmuth Seidenfus</i> , Münster	1323
Diskussion	1326

Hans-Rudolf Peters:

Stabilisierungspolitische Gefahren protektionistischer sektoraler Strukturpolitik	1341
Korreferat: <i>Horst Siebert</i> , Mannheim	1365
Diskussion	1371

Ewald Nowotny, Linz:

Formen, Ursachen und wirtschaftspolitische Relevanz regional unterschiedlicher Konjunkturreakibilität	1391
Korreferat: <i>Georges Fischer</i> , St. Gallen	1415
Diskussion	1420

Plenum**Ordnungspolitische Probleme der Stabilisierung**Leitung: *Heinz Haller*, Zürich*Hans Willgerodt*, Köln:

Stabilitätsförderung durch marktwirtschaftliche Ordnungspolitik — Notwendigkeit und Grenzen	1443
--	------

Carl Christian von Weizsäcker, Bonn:

Politische Grenzen der Globalsteuerung und ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen	1469
--	------

Podium

Stabilisierungspolitik in Gegenwart und Zukunft	1481
--	-------------

Leitung: *Gérard Gäfgen*, Konstanz

Schlußwort	1513
Verzeichnis der Referenten	1515
Verzeichnis der Mitarbeiter	1519

Zeitplan der Jahrestagung Zürich 1974

Montag 2. 9. 74	9.30 - 13.00	Kongreßhaus	Mitgliederversammlung				
	14.30 - 17.45	Kongreßhaus	Eröffnungsveranstaltung Plenum: Jöhr, Kaltefleiter				
	18.00 - 19.00	Kongreßhaus	Empfang				
Dienstag 3. 9. 74	9.30 - 12.30	Eidgenössische Technische Hochschule	Arbeits- kreis A Fritsch Neumann Werner	Arbeits- kreis B Rieter Meier Szyperski Hauschildt	Arbeits- kreis C Schmidt/ Tewes Kromp- hardt Majer	Arbeits- kreis D Klemmer Rose Tietmeyer	Arbeits- kreis E Zohlnhöfer Starbatty Lachs
	15.00 - 17.45	Eidgenössische Technische Hochschule	Plenum: Niehans, Albeck				
Mittwoch 4. 9. 74	9.00 - 11.30 und 14.00 - 16.00	Eidgenössische Technische Hochschule	Arbeits- kreis F Körner Küng Claassen Schmid	Arbeits- kreis G Biehl Wittmann Duwendag Neumann	Arbeits- kreis H Blum Külp Röper	Arbeits- kreis J Borner Scherf Meißner Teichmann	Arbeits- kreis K Koester Peters Nowotny
Donnerstag 5. 9. 74	9.00 - 13.00	Eidgenössische Technische Hochschule	Plenum: Willgerodt, v. Weizsäcker Podium				

Arbeitskreis F
Außenwirtschaftliche Aspekte der Stabilisierungspolitik

Leitung: Otmar Issing, Nürnberg

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Mittwoch, 4. September 1974, 9.00—11.30 und 14.00—16.00 Uhr

Otmar Issing (Nürnberg):

Die zentrale Rolle der Außenwirtschaft für die Stabilisierungspolitik erhellt nicht nur daraus, daß sie in allen Referaten vorkommt, u. a. auch da, wo man es vom Thema her gar nicht vermutet, sondern ebenso aus Ihrer doppelten Rolle. So stellt einmal der außenwirtschaftliche Sektor ein mögliches Interventionsfeld für wirtschaftspolitische Maßnahmen unter dem Stabilitätsziel dar. Insofern wäre die Außenwirtschaftspolitik Teil der Stabilisierungspolitik, so wie das für andere wirtschaftspolitische Instrumente auch gilt.

Zum anderen sind aber die Art der Regelung der außenwirtschaftlichen Beziehungen, der ganze internationale Rahmen, die Rahmenbedingungen entscheidend für den Erfolg oder Mißerfolg anderer stabilitätsorientierter Maßnahmen, wie das im Ausdruck „außenwirtschaftliche Absicherung“ auch deutlich zum Ausdruck kommt. Man will nicht die Außenwirtschaft direkt zum Bestandteil der Stabilisierungspolitik erheben, sondern man will den Erfolg anderer Maßnahmen gegen mögliche Auswirkungen aus dem Ausland abschirmen.

Diese Doppelrolle der Außenwirtschaft für die Stabilisierungspolitik hat zu der vielleicht etwas vage anmutenden Wahl des Themas für diesen Arbeitskreis — „Außenwirtschaftliche Aspekte der Stabilisierungspolitik“ — geführt. Die Außenwirtschaftspolitik ist eben nicht nur selbst Stabilisierungspolitik, sondern gehört auch in dieser anderen Rolle zum Bedingungsrahmen für die übrigen stabilisierungspolitischen Maßnahmen.

Diese Doppelrolle zieht sich, wie im folgenden leicht festzustellen sein wird und wie Sie aus den Referaten teilweise auch sehen, durch den ganzen Themenkreis, der hier zu behandeln ist.

Das weite Gebiet der Außenwirtschaft macht es nun fast zwangsläufig unmöglich, daß alle relevanten Aspekte zur Sprache kommen konnten. Ich darf nur daran erinnern — wenn Sie sich die Referate ansehen, werden Sie das feststellen —, daß beispielsweise die Handelspolitik mehr oder weniger ganz ausscheidet, was nicht heißen soll, daß ich dafür plädiere, mit handelspolitischen Maßnahmen Stabilisierungspolitik zu betreiben. Das ist aber immerhin eine Frage, die zu diskutieren wäre.

Der internationale Kapitalverkehr steht auch, soweit ich das beurteilen kann, nur bedingt im Mittelpunkt der heutigen Darstellungen der Referenten. Ich hoffe und bin ganz sicher, daß dieser Aspekt in der Diskussion noch näher behandelt wird — möglicherweise — auch das Thema der multinationalen Unternehmen.

Wenn ich diese kleine Aufzählung der Dinge, die wir nicht behandeln, voranstelle, dann vielleicht als Absicherung dagegen, daß Sie mir oder jemand anderem vorwerfen, wir hätten nicht gesehen, was alles zu diesem Thema gehört.

Außenwirtschaftliche Ansatzpunkte für die Stabilisierungspolitik

Von *Heiko Körner*, Hamburg*

1. Einleitung

Außenwirtschaftliche Beziehungen stellen für die Stabilisierungspolitik der Industrieländer nur dann ein Problem dar, wenn die Tendenz, der die Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität folgt, in den durch Außenhandelsbeziehungen miteinander verbundenen Ländern überwiegend gleichgerichtet ist: Da unter den Bedingungen einer solchermaßen generalisierten „Weltkonjunktur“ im allgemeinen nur symmetrische binnenwirtschaftliche Ungleichgewichte auftreten, kann kein Land hoffen, daß durch „asymmetrische Konjunkturlagen“ induzierte Außenwirtschaftstransaktionen die eigene binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik unterstützen. Im Gegenteil — je erfolgreicher die auf binnenwirtschaftliche Stabilitätsziele gerichtete Politik eines Landes im Verhältnis zu derjenigen anderer Länder ist, desto mehr Instabilität wird dieses Land automatisch importieren. Insofern ergeben sich zwangsläufig Situationen, in denen die externen Beziehungen wirtschaftspolitisch beeinflußt werden müssen, um die binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik „abzusichern“, es sei denn, es würde auf die Realisierung binnenwirtschaftlicher Stabilitätsziele in dem Maße verzichtet, wie dies über die in anderen Ländern verwirklichte Stabilität hinausgeht¹.

* Geboren am 11. August 1932 in Königsberg. 1954-1958 Studium der Wirtschaftswissenschaften an den Universitäten Tübingen, Frankfurt und Hamburg; 1958 Diplom-Volkswirt in Hamburg. 1959/1960 Tutor und wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Stiftung Europa-Kolleg in Hamburg. 1960 bis 1969 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft der Universität Hamburg. 1965 Promotion zum Dr. rer. pol. 1969 wissenschaftlicher Rat am erwähnten Institut. 1970 Habilitation und 1972 Ernennung zum wissenschaftlichen Rat und Professor an der Universität Hamburg. Zur Zeit geschäftsführender Direktor des Instituts für Außenhandel und Überseewirtschaft. Hauptarbeitsgebiete: Allgemeine Wirtschaftspolitik, Außenwirtschaftstheorie und -politik, Theorie und Politik der wirtschaftlichen Entwicklung.

¹ Zur Definition und Begründung des Begriffs „außenwirtschaftliche Absicherung“ im Rahmen der westdeutschen Stabilisierungspolitik vgl. erstmals: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1965/66, Stabilisierung ohne Stagnation, Stuttgart 1965, S. 105 ff., insbes. S. 111. Entsprechend auch *K. Schiller*, Preisstabilität

Eine Politik der *Anpassung* der internen wirtschaftlichen Aktivität an eine Veränderung der externen Relationen ist in politischen Organisationssystemen nicht möglich, in denen jedes Land seine eigenen Stabilitätsziele aufgrund der allgemeinen wohlfahrtsstaatlichen Zielsetzungen und im Hinblick auf das gegebene innenpolitisch-parlamentarische Kräftespiel möglichst maximal zu realisieren sucht². Wenn nun jedes einzelne Land die außenwirtschaftlichen Beziehungen im binnenwirtschaftspolitisch erwünschten Sinn beeinflussen will, treten insgesamt gesehen *inkonsistente Situationen*³ auf: Alle Länder suchen entweder Unterbeschäftigung zu exportieren oder Preisniveaustabilität zu importieren. Dies ist aber innerhalb des geschlossenen weltwirtschaftlichen Rechnungszusammenhangs nicht möglich. Deshalb strebt jedes Land danach, mehr außenwirtschaftspolitische Instrumente effektiver einzusetzen, um so andere Länder zur Anpassung, d. h. zum Verzicht auf Verwirklichung ihrer eigenen Stabilitätsnorm zu zwingen.

Unter den gegenwärtigen Umständen entbehren derartige Probleme nicht des realistischen Hintergrundes: Inflationäre Spannungen, aber auch — insbesondere in der Folge der „Ölkrise“ — deflatorische Tendenzen in den Industrieländern haben allenthalben zur Zunahme des handelspolitischen Interventionismus geführt, der sich oft nur noch formal im Rahmen des nach der geltenden internationalen Handelsordnung Erlaubten hält. Es hat den Anschein, als ob diese neue Außenwirtschaftspolitik des multilateralen „squeeze your neighbour“⁴ den Beginn jener instabilen weltwirtschaftlichen Epoche einleitet, die Joan Robinson in ihrer Cambridge Antrittsvorlesung als den „New Mercantilism“ kennzeichnete⁵.

Daß diese Proliferation handelspolitischer Eingriffe zu globalen Wohlfahrtsverlusten (bei gegebener Weltwirtschaftsstruktur) führt, liegt auf der Hand. Diese statische Wohlfahrtsproblematik⁶ ist bekannt. Ihre Diskussion würde zu keinen wesentlich neuen Ergebnissen führen.

durch globale Steuerung der Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, 15, Tübingen o. J. (1966), S. 11 und 19.

² Vgl. die ausführliche Darstellung bei G. Myrdal, *Jenseits des Wohlfahrtsstaates*, Stuttgart 1961, S. 108 ff. Die spezifischen Implikationen für den hier zu diskutierenden Problemkreis legt dar: G. Ohlin, *Trade in a Non-Laissez-Faire World*, in: P. A. Samuelson (Hrsg.), *International Economic Relations*, London 1969, S. 157 ff., insbes. S. 165 ff.

³ Vgl. die Übersicht zu diesem Problemkomplex bei M. E. Kreinin, *International Economics: A Policy Approach*, New York 1971, S. 83 ff.

⁴ So in: *Economist*, June 1st, 1974, S. 71 f.

⁵ J. Robinson, *The New Mercantilism, An Inaugural Lecture*, Cambridge 1966.

⁶ Vgl. die zusammenfassende Diskussion der durch Handelsrestriktionen verursachten internationalen Wohlfahrtsverluste bei J. M. Fleming, *Essays in International Economics*, London 1971, S. 76 ff.

Zudem erscheinen solche Verluste vom Standpunkt der Industrieländer aus oft genug als *quantité négligeable*, weil hohe nationale Wohlfahrtsniveaus hierdurch kaum merkbar herabgemindert werden. Betroffen werden hiervon viel eher Länder, die in der Rangfolge der nationalen Wohlfahrtsniveaus ohnehin am Ende rangieren. Es sind dies primär die weltwirtschaftlich peripheren Länder. Aber die Problematik, die sich aus der Tatsache ergibt, daß deren Entwicklung durch den handelspolitischen Protektionismus und Interventionismus der Industrieländer empfindlich behindert wird, steht auf einem anderen Blatt⁷.

Als kaum weniger gravierend müssen allerdings die dynamischen Konsequenzen des außenwirtschaftspolitischen Interventionismus beurteilt werden, zumal diese nun auch die Gruppe der Industrieländer selbst betreffen: Die handelspolitische Intervention eines Landes bewirkt längerfristig eine Verlagerung der monetären und realen Leistungsströme zwischen einzelnen Ländern. Dies wiederum führt zu einer Veränderung der weltwirtschaftlichen Allokationsstruktur, wodurch dann schließlich das Entwicklungspotential der beteiligten Länder selbst betroffen wird.

Die strukturelle Position und damit die Rangfolge der nationalen Wohlfahrtsniveaus auch der Industrieländer können sich deshalb derart tiefgreifend ändern, daß langfristig sogar die Desintegration des heute noch engen Verbundes der Industrieländer droht. Spätestens dann werden auch die — gemessen an Wachstum und Leistungsbilanzüberschüssen — derzeit noch „starken“ Länder in Mitleidenschaft gezogen werden.

Da solche Tendenzen nicht nur aus wirtschaftlichen Gründen wenig erwünscht sein können, gilt es im Sinne einer Ursachentherapie, den Ansatz einer alternativen außenwirtschaftspolitischen Strategie zu entwickeln, der durchaus realistisch vom Primat der nationalen Stabilisierungspolitik ausgeht, jedoch die Struktureffekte der handelspolitischen Interventionen bewußt impliziert, so daß Verzerrungen in der weltwirtschaftlichen Struktur nicht entstehen. Da dies quasi nur im Widerspruch zur herkömmlichen Strategiekonzeption geschehen kann, sollen einige Überlegungen zur Gestaltbarkeit des weltwirtschaftlichen Zusammenhangs und zum Auftreten nichtgesteuerter Struktureffekte im Rahmen konventioneller außenwirtschaftspolitischer Strategien zur Darstellung der Grundzüge einer entsprechend strukturorientierten Strategie überleiten.

⁷ Vgl. hierzu die einschlägigen Beiträge in H. Giersch (Hrsg.), *The International Division of Labour, Prospects and Perspectives*, International Symposium, Tübingen 1974.

2. Die Gestaltbarkeit des weltwirtschaftlichen Zusammenhangs

In Zeiten zunehmenden handelspolitischen Interventionismus geht oft der Blick für die triviale Tatsache verloren, daß jedes Außenhandeltreibende Land in den weltwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang eingebunden ist und nationale Wirtschaftspolitik nur in dem von diesem Beziehungsgefüge gesteckten Rahmen möglich ist. Es mag daher in der gegenwärtigen Situation angemessen sein, sich an eine bereits 1943 publizierte Arbeit von Zeuthen⁸ zu erinnern, die genau diese fundamentale Problemstellung erläuterte: Der weltwirtschaftliche Zusammenhang sei im Prinzip als Netz von interdependenten Teilzusammenhängen zu interpretieren, innerhalb dessen jede Veränderung partieller Marktrelationen zu entsprechenden partiellen Anpassungsreaktionen auf allen anderen Märkten führe.

Diese Aussage ist nun nicht nur dogmengeschichtlich als Generalisierung des Walrasianischen Interdependenzsystems unter Bezug auf Ohlins Theorie der internationalen Arbeitsteilung interessant. Sie ist (und war) auch als eine Warnung vor punktuellen außenwirtschaftspolitischen Interventionismus zu verstehen, weil jeder Eingriff auf einzelnen Märkten demnach notwendig Rückwirkungen nach sich zieht, die durch den allgemeinen Marktzusammenhang vermittelt werden. Diese Rückwirkungen bedingen ihrerseits wiederum neue, korrigierende Aktionen, die dann zugleich neue Anpassungsvorgänge auf anderen Märkten implizieren. Prinzipiell gilt also die *ceteris-paribus*-Klausel weder für einzelwirtschaftliche Aktivitäten noch für die staatliche Wirtschaftspolitik.

Die allgemeine Interdependenz im weltwirtschaftlichen Zusammenhang bedeutet ferner, daß Einzelwirtschaften wie auch einzelne Länder nur so lange und insoweit Einnahme-Ausgabe-Überschüsse (oder positive Zahlungsbilanzsalden) erzielen können, als andere Wirtschaftseinheiten oder Länder entsprechende Defizite zu tragen bereit und fähig sind. Der weltwirtschaftliche Rechnungszusammenhang konstituiert sich damit als umfassender Wirkungsmechanismus, der nicht nur die Aktivitäten einzelner Anbieter und Nachfrager koordiniert, sondern auch die nationale Wirtschaftspolitik einbindet in den Bedingungsrahmen der (ex definitione geschlossenen) Weltwirtschaft.

Der Aktionsbereich der staatlichen Wirtschaftspolitik erscheint hierdurch abgesteckt: Auch die auf binnenwirtschaftliche Stabilitätsziele gerichtete Politik muß sich innerhalb des durch den weltwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang gegebenen Rahmens bewegen. Jedoch

⁸ F. Zeuthen, Der wirtschaftliche Zusammenhang — ein Netz von Teilzusammenhängen, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 58 (1943/II), S. 175 ff.

— und dies kompliziert das Problem — läßt sich aus dieser strengen Logik keine Norm hinsichtlich der Grenzen ableiten, die der nationalen Wirtschaftspolitik gesteckt sind, weil gerade die Politik selbst die Struktur des Rechnungszusammenhangs verändert. Insofern ist der weltwirtschaftliche Zusammenhang, der zunächst als ein von den Prinzipien der Saldenmechanik geprägter Koordinationsmechanismus fungiert, zugleich auch wesentlich Träger der sozio-politischen Beziehungen zwischen Staaten und damit dem gestaltenden Einfluß der Politik, speziell der Außenwirtschaftspolitik, unterworfen⁹.

Die Beziehungen zwischen Staaten lassen sich unter wirtschaftlichen Aspekten zwar als Summe der wirtschaftlichen Transaktionen aller einem Lande zugehörigen Wirtschaftseinheiten interpretieren, so daß sich rein rechnerisch die Zahlungsbilanzsalden einzelner Länder als konsolidierte Gesamtheit der Salden aller individuellen Wirtschaftseinheiten der betreffenden Länder ergeben. Die Zahlungsbilanzsalden und die globalen Leistungsströme, die in ihnen zum Ausdruck kommen, sind jedoch auch ein Ergebnis der nationalen Makrosteuerung insofern, als viele einzelne Wirtschaftseinheiten in gleicher Weise auf wirtschaftspolitische Impulse reagieren. Die nationale Wirtschaftspolitik (und damit auch die Außenwirtschaftspolitik) konkretisiert sich folglich in der Form von „Makrodektionen“¹⁰, die durchaus ganze Segmente des weltwirtschaftlichen Rechnungszusammenhangs umfassen, manipulieren und in seiner Qualität verändern können.

Staatliche Makrodektionen bewirken bei den angesprochenen Wirtschaftseinheiten die intendierte Veränderung der wirtschaftlichen Dispositionen, ohne daß zunächst hierdurch die Zielsetzung und die Handlungsmaximen verändert würden. Sofern von dieser Seite keine Gegenstrategien kompensierend wirken¹¹, kann davon ausgegangen werden, daß dann auch die wirtschaftspolitisch erwünschten Verlagerungen der Leistungsströme (Geld, Güter, Ressourcen) stattfinden. Zugleich aber induzieren Makrodektionen gerade über die gleichartige und gleichgerichtete Anpassung der Dispositionen einer Vielzahl von Wirtschaftseinheiten längerfristig auch eine Veränderung der entsprechenden Zielsetzungen oder auch der Handlungsmaximen, so daß die entsprechenden Dispositionen nicht nur zeitweilig geändert, sondern auf Dauer *umgebogen* werden. Hierdurch wird die eingetretene Verlagerung der

⁹ Vgl. zu diesem Aspekt die grundlegenden Ausführungen von P. Bernholz, Außenpolitik und internationale Wirtschaftsbeziehungen, Frankfurt a. M. 1966.

¹⁰ F. Perroux, *L'économie du XX^e siècle*, Paris 1961, S. 245 ff.

¹¹ In der Regel dürften allerdings Abwehrstrategien von Seiten der Betroffenen heute keine Seltenheit sein. Vgl. zu dieser Problematik H. Körner, Die gesellschaftliche Dimension der Wirtschaftspolitik, in: *Jahrbuch für Sozialwirtschaft*, Bd. 22 (1971), S. 1 ff.

Leistungsströme irreversibel, und dies wiederum bewirkt über die mit solchen Veränderungen verbundenen Produktivitätseffekte schließlich auch eine neue Verteilung der materiellen und immateriellen Ressourcen auf die einzelnen Länder¹².

Die durch nationale Makrodektionen verursachten Veränderungen der Struktur des Weltwirtschaftssystems werden heute wohl in den seltensten Fällen bewußt antizipiert — schon deshalb nicht, weil die Stabilisierungspolitik und die sie ergänzende Außenwirtschaftspolitik in der Regel auf kurze Sicht, von Regierungswechsel zu Regierungswechsel, angelegt sind¹³. Sie können daher durchaus als ungewollte Nebenwirkungen der auf binnenwirtschaftliche Stabilitätsziele orientierten Außenwirtschaftspolitik klassifiziert werden, verändern jedoch immer innerhalb des weltwirtschaftlichen Zusammenhangs das Gewicht eines Landes im Vergleich zu anderen Ländern¹⁴.

Die Plastizität des weltwirtschaftlichen Zusammenhangs impliziert zudem für die Länder, die ihre Nutznießer sind, wegen der damit verbundenen feedbacks einen vielfachen Vorteil. Denn mit zunehmendem Gewicht eines Landes innerhalb der Struktur der Weltwirtschaft werden positive zirkulare Prozesse wirksam, die sein außenwirtschaftspolitisches Durchsetzungsvermögen verstärken. Dies bedeutet aber wiederum, daß die Fähigkeit dieses Landes wächst, binnenwirtschaftliche Stabilitätsprobleme dadurch zu lösen, daß *die Umwelt in den Dienst der nationalen Wirtschaftspolitik gestellt* wird.

Die sich selbst verstärkende Natur der Struktureffekte wird deutlich, wenn beachtet wird, daß das *Durchsetzungsvermögen* einzelner Länder¹⁵ nicht als stationäre Größe interpretiert werden darf, etwa in Abhängigkeit von der Zahl der verfügbaren wirtschaftspolitischen Instrumente, wie dies die an formalen Politikmodellen à la Tinbergen orientierte Instrumentenanalyse¹⁶ nahelegt. Denn diese stehen (anders als natür-

¹² Entsprechende Effekte werden generell begründet in: *H. Körner, Sozio-ökonomischer Dualismus als Herausforderung für die Infrastrukturpolitik*, in: H. Arndt, D. Swatek (Hrsg.), *Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften*, Berlin 1971, S. 201 ff.

¹³ Vgl etwa die Argumentation bei *B. S. Frey, The Politico-Economic System: A Simulation Model*, in: *Kyklos*, Vol. 27 (1974), S. 227 ff.

¹⁴ Vgl. hierzu die Analyse der westdeutschen Stabilisierungspolitik in: *H. Körner, Dynamische Aspekte der außenwirtschaftlichen Stabilisierung*, Göttingen 1970, insbes. S. 57 ff.

¹⁵ Vgl. *D. J. Singer, The Capacity to Influence*, in: F. A. Sondermann u. a. (Hrsg.), *The Theory and Practice of International Relations*, 3. Aufl., Englewood Cliffs N. J. 1970, S. 218 ff.

¹⁶ Vgl. den Überblick bei *M. Burchardt, Die geld-fiskalpolitische Kombination und der Zielkonflikt zwischen interner und externer Stabilität im System fester Wechselkurse*, in: *Konjunkturpolitik*, 19. Jg. (1973), S. 257 ff.

liche Ressourcen) sicherlich jedem Land prinzipiell in gleichem Ausmaß zur Verfügung. Die Möglichkeit eines — gemessen an Zielverwirklichung und Grad der Umweltbeeinflussung — erfolgreichen Einsatzes außenwirtschaftlicher Instrumente ist vielmehr nicht nur durch die Entschlossenheit bestimmt, mit der solche Ziele verfolgt werden, sondern auch wesentlich von dem dynamischen Potential, über das ein Land im Verhältnis zu anderen Ländern verfügt¹⁷.

Zu den wichtigen Komponenten dieses Potentials zählen insbesondere ein verhältnismäßig großer Bestand an technischem und organisatorischem Wissen, der zusammen mit der Verfügbarkeit von knappen, materiellen Ressourcen die Grundlage international unterschiedlicher Produktivitätsfortschritte darstellt. Nicht unabhängig hiervon dürfen auch jene Vorteile gesehen werden, die aus der Flexibilität der sozialen und ökonomischen Struktur entspringen¹⁸, und die wiederum sowohl die Lösung der binnenwirtschaftlichen Stabilitätsproblematik, die Absorption exogener Störungen wie auch den effektiven und raschen Einsatz außenwirtschaftspolitischer Instrumente erleichtern.

Wenn nun die Wissens- und Ressourcenkomponente des dynamischen Potentials eines Landes sein außenwirtschaftspolitisches Durchsetzungsvermögen vergrößert, dieses vergrößerte Durchsetzungsvermögen dann weltwirtschaftliche Strukturveränderungen bewirkt, welche letztlich wiederum das dynamische Potential des betreffenden Landes verstärken, ergibt sich eine positive Rückkoppelung zwischen außenwirtschaftspolitischem Durchsetzungsvermögen und weltwirtschaftlichen Struktureffekten: Das Land, das aufgrund seines dynamischen Potentials in der Lage ist, die Struktur der Weltwirtschaft in seinem Sinne zu beeinflussen, kann gerade auf diesem Wege wieder sein Potential und damit sein Durchsetzungsvermögen verstärken.

Werden solche sich selbst verstärkenden zirkularen Prozesse voll wirksam, so läßt sich als extreme Konsequenz das Phänomen der „dominierenden Wirtschaft“¹⁹ denken, die jederzeit fähig ist, mittels materieller und immaterieller Polarisierungseffekte ihre Umgebung zu beherrschen und für ihre Zwecke zu manipulieren. Allerdings dürfte sich dieses Phänomen nie in reiner Form verwirklichen. Da zumindest gegenwärtig als Folge der europäischen Wirtschaftsintegration und der Aktivität der multinationalen Unternehmungen Technologie und Wissen als

¹⁷ Vgl. K. W. Deutsch, On the Concepts of Politics and Power, in: F. A. Sondernann u. a. (Hrsg.), *The Theory and Practice of International Relations*, S. 81 ff., insbes. S. 87 f.

¹⁸ Vgl. Ch. P. Kindleberger, *Foreign Trade and the National Economy*, New Haven 1962, S. 99 ff.; ausführlicher auch Ch. P. Kindleberger, *Power and Money*, London 1970, S. 55 ff.

¹⁹ Vgl. F. Perroux, *L'économie du XX^e siècle*, S. 25 ff.

Globalfaktoren (freilich nicht im Hinblick auf einzelne Märkte) im Prinzip auf alle Industrieländer gleich verteilt sind und auch in allen Ländern wenigstens im Grundsatz ähnliche strukturelle Flexibilität gegeben ist, scheinen Unterschiede im außenwirtschaftspolitischen Durchsetzungsvermögen eher von naturgegebenen Strukturfaktoren herzurühren oder durch unterschiedliche wirtschaftspolitische Prioritäten in den einzelnen Ländern bedingt zu sein. Die Größe des Binnenmarktes im Verhältnis zum Außenhandelsvolumen, die Sensitivität des Binnenkreislaufs im Hinblick auf externe Störungsimpulse²⁰ wie auch die gütermäßige und geographische Konzentration des Außenhandels²¹ sind Faktoren, die den Grad der strukturellen Flexibilität durchaus erhöhen können. Auch vermögen ausgeprägte regional- oder sektoralpolitische Ambitionen, die auf die Konservierung von unterproduktiven Wirtschaftszweigen hinauslaufen, die Nutzbarmachung technischen und organisatorischen Wissens zu verhindern und die strukturelle Flexibilität herabzumindern.

Entsprechende Unterschiede im außenwirtschaftspolitischen Durchsetzungsvermögen bei allgemein ähnlicher Ausgangsposition können im Sinne des Prinzips von „Macht und Gegenmacht“ durchaus positiv bewertet werden: Ließe sich doch hieraus ein annähernder Gleichgewichtszustand ableiten, innerhalb dessen sich auch die durch die Außenwirtschaftspolitik der einzelnen Länder hervorgerufenen Struktureffekte kompensieren.

Bei der Beurteilung einer solchen Schlußfolgerung erscheint jedoch Vorsicht angebracht: Bereits ein zwischen einzelnen Ländern längerfristig anhaltendes Gefälle im Durchsetzungsvermögen²² wird zu nachhaltigen Verlagerungen der Leistungsströme führen. Versuchen andere Industrieländer — etwa in Form einer Koalition — solche zu ihren Ungunsten wirkenden Strukturwandlungen zu konterkarieren, so ergibt sich hieraus eine zunehmende Labilität in den Beziehungen zwischen den Industrieländern²³, die sich sowohl für die Stabilisierungspolitik in

²⁰ Vgl. den empirischen Nachweis bei *W. Heller* u. a., *Fiscal Policy for a Balanced Economy*, Paris 1968, S. 25 ff.

²¹ Vgl. hierzu die grundlegende Analyse von *M. Michaely*, *Concentration in International Trade*, Amsterdam 1962. Neuere Daten finden sich in: *OECD, Trade Measures and Adjustment of the Balance of Payments*, Paris 1971, insbes. S. 78 ff.

²² Dies betrifft vor allem die Situation Westdeutschlands gegenüber den übrigen OECD-Ländern. Vgl. hierzu *Ch. P. Kindleberger*, *Germany's Persistent Balance-of-Payments Disequilibrium*, in: *R. E. Baldwin* u. a. (Hrsg.), *Trade, Growth, and the Balance of Payments*, Chicago 1965, S. 230 ff.

²³ Vgl. die allgemeine Begründung bei *M. A. Kaplan*, *The International System*, in: *E.-O. Czempel* (Hrsg.), *Die Lehre von den internationalen Beziehungen*, Darmstadt 1969, S. 132 ff., insbes. S. 139 f.

den Industrieländern als auch für die Entwicklung des Welthandels insgesamt als problematisch erweisen dürfte.

3. Kompensatorische Strategien der Außenwirtschaftspolitik

Das prägende Charakteristikum der konventionellen, primär auf die Verwirklichung von binnenwirtschaftlichen Stabilitätszielen abzielenden, außenwirtschaftspolitischen Strategien kommt in der Nachfragebezogenheit des verwendeten Instrumentariums zum Ausdruck. Dabei ist es die Aufgabe der Außenwirtschaftspolitik, die Effekte der auf binnenwirtschaftliche Kreislaufkomponenten gerichteten Instrumente zu verstärken und zu ergänzen. Ferner soll der Einsatz außenwirtschaftspolitischer Instrumente autonome externe Störimpulse wie auch (über den Kreislaufzusammenhang oder als wirtschaftspolitische Gegenaktionen anderer Länder) induzierte externe Störungen kompensieren.

Im Unterschied zu der auf binnenwirtschaftliche Nachfragegrößen bezogenen Stabilisierungspolitik, die in der Regel das Niveau der Nachfragekomponenten zu beeinflussen sucht und damit als *expenditure reducing or increasing* zu bezeichnen wäre, kann die Außenwirtschaftspolitik die Determinanten der wirksamen Nachfrage außerhalb des Einflusbereichs der nationalen Wirtschaftspolitik naturgemäß nicht direkt bestimmen. Variiert werden kann nur die Richtung der Leistungsströme, und zwar mittels Preis- oder Mengeneffekten, die sich aus dem Einsatz der außenwirtschaftspolitischen Instrumente ergeben. So zielt die auf binnenwirtschaftliche wie auch auf externe Störungen bezogene Außenwirtschaftspolitik auf eine Verlagerung der grenzüberschreitenden Nachfrageströme, also auf *expenditure switching*, ab²⁴. Sie soll entweder — zur Herstellung von Vollbeschäftigung — fehlende wirksame Nachfrage auf binnenwirtschaftliche Kapazitäten lenken oder — zur Herstellung von Preisniveaustabilität — unerwünschte Nachfrage auf im Ausland vermutete unausgelastete Kapazitäten orientieren.

Das Instrumentarium, das hierfür zur Verfügung steht, und — abgesehen von der Variation des Außenwertes der nationalen Währung — stets über die quantitative Beschränkung und wertmäßige Be- oder Entlastung des Leistungs-, Geld- und Kapitalverkehrs wirkt, ist von Machlup im Gegensatz zu der von ihm bevorzugten Politik der Zahlungsbilanzanpassung unter dem Begriff der *kompensatorischen Zahlungsbilanzpolitik* beschrieben worden²⁵. Dieser Begriff bezeichnet die Ziel-

²⁴ Vgl. B. J. Cohen, *Balance-of-Payments Policy*, Harmondsworth 1969, S. 104.

²⁵ F. Machlup, *Adjustment, Compensatory Correction, and Financing of Imbalances in International Payments*, in: R. E. Baldwin u. a. (Hrsg.), *Trade, Growth, and the Balance of Payments*, S. 185 ff.; Fellner u. a. subsumieren

richtung, in der dieses Instrumentarium eingesetzt wird, zutreffend, wenn auch die Kritik, die Machlup an solcher Politik übt, im Interesse einer realistischen Außenwirtschaftspolitikkonzeption nicht akzeptiert werden kann.

Denn wenn man davon ausgehen muß, daß binnenwirtschaftliche Stabilitätsziele höchste Priorität genießen, außenwirtschaftliches Gleichgewicht hingegen nur ein Nebenziel darstellt, das sich aus der Existenz der vom weltwirtschaftlichen Rechnungszusammenhang bedingten (und bei nicht unendlichen nationalen Reserven an internationalen Zahlungsmitteln wirksamen) Restriktionen ergibt, kann eine Politik der Zahlungsbilanzanpassung durch Variation der binnenwirtschaftlich wirksamen Nachfrage nicht sinnvoll sein. Die außenwirtschaftlichen Probleme erscheinen hingegen unter dem Primat der binnenwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik als aus der binnenwirtschaftlichen Stabilitätsproblematik abgeleitet. Und der Außenwirtschaftspolitik kann infolgedessen nur die Aufgabe gestellt sein, stabilisierungspolitisch unerwünschte Preis- und Einkommenseffekte zu kompensieren und daher die Zahlungsbilanz oder einzelne Teilbilanzen so einzustellen, wie dies im Hinblick auf die binnenwirtschaftlichen Stabilitätsziele erwünscht ist.

Der Einsatz kompensatorisch wirkender außenwirtschaftspolitischer Instrumente erscheint unter technischen Gesichtspunkten zunächst sogar als durchaus attraktiv. Denn Störungen der Zahlungsbilanz, die von der Binnenwirtschaftspolitik ausgehen, sofern diese die weltwirtschaftliche Restriktion verletzt, können leichter bei einzelnen Teilbilanzen lokalisiert werden als dies bei exogen verursachten Zahlungsbilanzstörungen gewöhnlich der Fall ist²⁶.

Daher läßt sich das Problem der Allokation außenwirtschaftspolitischer Instrumente im Rahmen einer kompensatorischen Strategie im Prinzip zufriedenstellend lösen: Unerwünschte, im Rahmen der Verwirklichung binnenwirtschaftlicher Stabilitätsziele auftretende Zahlungsbilanzeffekte können durch den Einsatz bestimmter, wohl definierter Instrumente kompensiert, erwünschte Zahlungsbilanzeffekte hingegen induziert werden.

Dies erlaubt — vom nationalen Interesse her gesehen — eine beträchtliche Rationalisierung der Außenwirtschaftspolitik: Einzelne Teilbilanzen können durch den Einsatz entsprechend partiell wirkender Instrumente manipuliert werden, ohne daß etwa sogleich zum schweren Geschütz

diese Instrumentengruppe unter der Kategorie „Korrektive“. Vgl. *W. Fellner* u. a., *Maintaining and Restoring Balance in International Payments*, Princeton N. J. 1966, S. 246 ff.

²⁶ Vgl. die Diskussion der Schwierigkeiten des Allokationsproblems und der Zahlungsbilanzpolitik etwa bei *F. Machlup*, *In Search of Guides for Policy*, in: *W. Fellner* u. a., *Maintaining and Restoring Balance in International Payments*, S. 33 ff.

allgemeiner Restriktionen, Zollsatz- oder Wechselkursvariationen ge-
griffen werden müßte, die internationale Aufmerksamkeit hervorrufen,
nach den noch immer (formal) geltenden Prinzipien der Welthandels-
ordnung verpönt sind und zur Vergeltung von seiten anderer Länder
Anlaß geben. Da außerdem partiell wirkende Instrumente im Hinblick
auf die angestrebten Zwecke besser dosierbar sind, sinkt auch aus diesem
Grunde die Schwelle der Fühlbarkeit und damit die Wahrscheinlichkeit
von Gegenreaktionen. Das wiederum ermöglicht geringere Eingriffsinten-
sitäten im Mitteleinsatz.

Der Einsatz partiell wirkender Instrumente fördert zudem die Flexi-
bilität der jeweiligen außenwirtschaftspolitischen Eingriffe. Denn wenn
Intensität und Zeitpunkt auf den Einsatz entsprechender binnenwirt-
schaftspolitischer Instrumente und deren Beitrag zur Zielerfüllung
bezogen werden, ist eine genaue Bestimmung nicht nur des spezifischen
Eingriffsbereiches, sondern auch des Zeithorizonts der einzelnen außen-
wirtschaftspolitischen Mittel möglich²⁷. Überflüssige Eingriffe können
nach Herstellung einer gewünschten Situation abgebaut werden, über-
schüssige Intensitäten reduziert werden, so daß insgesamt gesehen vom
Einsatz kompensatorischer, partiell wirkender Instrumente eine Ver-
größerung der Effektivität der gesamten Stabilisierungspolitik erwartet
werden kann.

Jedoch macht genau diese Stärke auch die Schwäche der kompensato-
rischen außenwirtschaftspolitischen Strategie aus! Zum einen tritt beim
Einsatz partiell wirkender Mittel das *Proliferationsproblem* auf: Neben
partiellen Veränderungen der Währungsparität finden sich spezifische
steuerliche Auf- und Abwertungen; konventionelle Zollsatzvariationen
für einzelne Güter- oder Ländergruppen werden durch fiskalpolitische
Anreize und nicht-tarifäre Handelshemmnisse ergänzt; partielle Restrik-
tionen des Geld- und Kapitalverkehrs im Hinblick auf einzelne Länder
oder Transaktionen treten hilfsweise hinzu²⁸.

Dabei besteht immer die Gefahr, daß sich die Wirkungen der einzel-
nen Instrumente nicht nur einfach addieren, sondern potenzieren, wor-

²⁷ Innerhalb eines insgesamt auf Kompensation ausgelegten policy-mix
können dann auch partiell auf konstatierende „Zahlungsbilanzanpassung“
abzielende Instrumente (meist der Geldpolitik) mit kompensatorisch wirken-
den Instrumenten (meist der Fiskalpolitik) kombiniert werden, wenn dies
den Erfordernissen der binnenwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik ent-
spricht. Beispiele hierzu referiert *M. Michaely*, *Balance-of-Payments Adjust-
ment Policies: Japan, Germany, and the Netherlands*, New York 1968. Vgl.
hier insbes. die Fallstudien über Japan und die Niederlande, S. 34 ff. und 85 ff.

²⁸ Vgl. hierzu OECD, *Trade Measures and Adjustment of the Balance of
Payments*, S. 13 ff. Das zunehmende Gewicht von fiskalischen und anderen
nicht-tarifären Handelshemmnissen auch im Falle Westdeutschlands disku-
tieren *J. B. Donges* u. a., *Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen
Wirtschaft*, Tübingen 1973.

aus sich wiederum ein übermäßiger Druck auf die betroffenen Wirtschaftseinheiten ergibt.

In dieselbe Richtung wirkt das *Überlastungsphänomen*. Denn gerade dann, wenn nur ein einziges partiell wirkendes Instrument eingesetzt wird, muß in Fällen, in denen die stabilisierungspolitische Zielnorm nicht hinreichend verwirklicht wird, die Eingriffsintensität ständig verschärft werden. Beide Male werden hierdurch bei den Adressaten der Wirtschaftspolitik alle Komponenten der Entscheidungsprozesse betroffen, insbesondere aber deren Zielsetzung und Handlungsmaximen, wodurch sich dann die bereits besprochenen Struktureffekte ergeben.

Entsprechende Probleme können im Rahmen der auf endogene Störungen bezogenen Politik etwa dann relevant werden, wenn über den Marktzusammenhang vermittelte Reperkussionseffekte den Wirkungsgrad der kompensatorischen Politik verringern. Sie werden mit Sicherheit zu erwarten sein, wenn wirtschaftspolitische Gegenreaktionen anderer Länder in die Betrachtung einbezogen werden. Diese sind, wenn jedes Land kompensatorische außenwirtschaftspolitische Strategien verfolgt, eine natürliche Verhaltensweise aller Länder. Denn jedes Land versucht zunächst, die über den Marktzusammenhang übertragenen Einkommens- und Preiseffekte zu kompensieren, sofern diese seine eigene, auf binnenwirtschaftliche Stabilitätsziele gerichtete Politik gefährden. Damit aber stellt die kompensatorische Strategie der einen Länder ein gewichtiges Störungspotential für die anderen Länder dar, die nun im Gegenzug den Einsatz ihres eigenen kompensatorischen Instrumentariums weiter intensivieren und ausweiten werden, um die eigene Stabilisierungspolitik abzusichern. Auf solche Weise kann schließlich eine Interventionsschaukel in Gang gesetzt werden, die zur kumulativen Vermehrung und Verstärkung der kompensatorischen Eingriffe in allen beteiligten Ländern führt.

Im Zuge solcher Entwicklungen wird jedoch die Außenwirtschaftspolitik aller beteiligten Länder immer stärker ineffektiv: Die Anpassungsperioden und damit die Eingriffszeiträume werden länger, die Eingriffsintensitäten größer. Damit steigen die binnenwirtschaftlichen Alternativkosten der Verwirklichung der gegebenen stabilisierungspolitischen Zielnormen. Wenn dann noch in Betracht gezogen wird, daß sich im Verlaufe der geschilderten Prozesse auch die weltwirtschaftliche Versorgung global verschlechtern kann, dann wird letzten Endes mit einer Beeinträchtigung der Position aller Länder (gemessen am Ausgangsniveau der kompensatorischen Intervention) gerechnet werden müssen²⁹.

²⁹ Vgl. *H. G. Johnson, The Objectives of Economic Policy and the Mix of Fiscal and Monetary Policy under Fixed Exchange Rates*, in: *W. Fellner u. a., Maintaining and Restoring Balance in International Payments*, S. 145 ff.

Dennoch entbehren vom nationalen Standpunkt aus die *Interventionschaukel* und der damit verbundene außenwirtschaftspolitische Wettlauf im Hinblick auf das von Mundell sogenannte „*redundancy problem*“³⁰ nicht einer gewissen Rationalität: Im Rahmen des weltwirtschaftlichen Rechnungszusammenhangs ergibt sich für die Wirtschaftspolitik der durch Austauschbeziehungen miteinander verbundenen Länder bei fixen Wechselkursen die Situation, daß rein rechnerisch die Zahlungsbilanzpositionen von $n-1$ Ländern die Zahlungsbilanz des n -ten Landes bestimmen. Hieraus folgt, daß nur dann keine außenwirtschaftspolitische Konfliktsituation besteht, wenn sich dieses letzte Land passiv verhält und seine Stabilisierungspolitik den außenwirtschaftspolitischen Gegebenheiten anpaßt. Sofern aber jedes Land der Verwirklichung binnenwirtschaftlicher Stabilitätsziele die höchste Priorität einräumt, kann eine solche Situation für kein Land erträglich sein. Insofern wird dann jedes Land danach streben, nicht in die Lage des „letzten Landes“ zu kommen. Deshalb werden alle Länder versuchen, die verfügbaren Instrumente der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik rasch und intensiv „auszuspielen“ oder — als ultima ratio — sich aus dem Verbund fester Wechselkurse zu lösen, was unter bestimmten Bedingungen die Stabilisierungsproblematik anderer Länder noch verschärfen kann³¹.

Da nun erfahrungsgemäß kein Land im Hinblick auf mögliche Gegenreaktionen von seiten anderer Länder die mit einem solchen „Wettrennen“ verbundenen Risiken mit Sicherheit kalkulieren kann, werden oft präventive Handlungsalternativen bevorzugt: Anstatt in die Eskalation der kompensatorischen Politik tatsächlich einzutreten, kann versucht werden, durch Übereinkunftsangebot oder Drohung die Stabilisierungspolitik anderer Länder mit dem Ziel zu beeinflussen, von dieser Seite mögliche exogene Störungen zu minimieren. Solche Aktionen, die eine Koordinierung des Instrumenteneinsatzes oder die Harmonisierung im Zielbereich³² bewirken sollen, zielen auf Unterlassen wirtschaftspolitischer Aktivitäten oder auch auf die Durchführung komplementärer Eingriffe durch ausländische Regierungen ab. Sie laufen im Unterschied zur „normalen“ Außenwirtschaftspolitik letztlich darauf hinaus, daß hierdurch das Niveau der wirksamen Nachfrage in anderen Ländern direkt (und nicht erst indirekt als Folge von Verlagerungen der Lei-

³⁰ Vgl. die ursprüngliche Formulierung bei R. A. Mundell, *International Economics*, New York 1968, S. 195 ff. und die dem Sachverhalt im Text entsprechende Interpretation von B. J. Cohen, *Balance-of-Payments Policy*, S. 127 f.

³¹ Vgl. hierzu insbes. E. Sohmen, *Wechselkurs und Währungsordnung*, Tübingen 1973, S. 134 ff.

³² Vgl. R. N. Cooper, *Macroeconomic Policy Adjustment in Interdependent Economies*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Vol. 83 (1969), S. 1 ff.

stungsströme) so eingestellt wird, daß die eigene Binnenwirtschaftspolitik zumindest keine zusätzlichen Komplikationen erfährt.

Zweifellos wird der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik hierdurch die „Spitze genommen“, weil im Fall der Verhandlung das Durchsetzungsvermögen als Potential, nicht aber der tatsächliche Einsatz der verfügbaren Instrumente relevant ist. Gewöhnlich beziehen sich aber Verhandlungen nur auf sachlich eng umrissene Komplexe — etwa zollpolitische Probleme im Rahmen des GATT —, so daß der stabilisierungspolitische und damit auch der außenwirtschaftspolitische Konflikt nur von einem Bereich der Außenwirtschaftspolitik auf einen anderen und — wenn dies möglich ist — auf die allgemein politische Ebene verlagert werden.

Vielfach wird jedoch im Rahmen solcher Verhandlungen die außenwirtschaftspolitische Auseinandersetzung nur vertagt, da keine grundlegende Abstimmung der Interessen möglich ist³³. Aber auch dann, wenn Verhandlungen im Hinblick auf Koordinierung und Harmonisierung tatsächlich erfolgreich sein sollten, bewirken die hierdurch initiierten Variationen der wirtschaftspolitischen Aktivität der einzelnen Länder entsprechende Änderungen der Weltwirtschaftsstruktur. Zwar kann die friedliche Beilegung von Konflikten, die sonst mit den Mitteln der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik ausgetragen worden wären, allgemein positiv beurteilt werden. Im Ergebnis müssen aber solche Aktionen des *economic peacekeeping*³⁴ unter dem Aspekt unerwünschter, wenn auch *gewaltlos* durchgesetzter Strukturwandlungen ähnlich kritisch betrachtet werden wie die *gewaltsamen* Aktionen der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik.

4. Strukturorientierte Strategien der Außenwirtschaftspolitik

Alternative Außenwirtschaftsstrategien müssen — wenn sie realistisch sein sollen — davon ausgehen, daß die Industrieländer jeweils ihren eigenen binnenwirtschaftlichen Stabilitätsnormen höchste Priorität einräumen und daß deshalb die Außenwirtschaftspolitik gegenüber der binnenwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik meistens die Position des *Erfüllungsgehilfen* einnimmt³⁵. Alternative Strategien können auch

³³ Zur entsprechenden Problematik des GATT vgl. J. W. Evans, *The Kennedy Round in American Trade Policy, the Twilight of the GATT?*, Cambridge, Mass. 1971, insbes. S. 299 ff. Ähnliche Schwierigkeiten bei der Koordinierung der nationalen Wirtschaftspolitiken im Rahmen der Europäischen Gemeinschaft analysiert H. Berg, *Zur Funktionsfähigkeit der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaft*, Göttingen 1972, S. 50 ff.

³⁴ G. M. Meier, *Problems of Trade Policy*, o. O. 1973, S. 3 ff.

³⁵ Vgl. H. G. Johnson, *An Economic Theory of Protectionism, Tariff Bargaining, and the Formation of Customs Unions*, in: *The Journal of Political Economy*, Vol. 73 (1965), S. 256 ff.

sicherlich nicht aufgrund der Wunschvorstellung konzipiert werden, daß sich die als unabdingbare Konsequenz der kompensatorischen Politik eintretenden weltwirtschaftlichen Strukturwandlungen durch eine Art internationaler Goodwill-Aktion einfach rückgängig machen ließen, sofern die Gefährdung der Wohlfahrt auch nur der Industrieländer hinreichend deutlich würde. Alternativen müssen vielmehr diesen Bedingungsrahmen berücksichtigen, wobei freilich Zielsetzung und Handlungsmaxime verändert werden sollten.

Struktureffekte, die bislang nur als — mehr oder weniger ungewollte — Nebenwirkungen der auf die Steuerung der Leistungsströme auf kurze Sicht abzielenden kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik relevant waren, müssen nun explizit in den Rang einer Zielsetzung erhoben werden: Weltwirtschaftliche Strukturwandlungen sind, soweit sie durch die nationale Außenwirtschaftspolitik verursacht werden, durch diese zu antizipieren und nach Möglichkeit zu steuern.

Die *Maxime* einer solcherart strukturorientierten Außenwirtschaftsstrategie kann dann in dem Imperativ zusammengefaßt werden, daß *alle Struktureffekte, die sich aus dem Einsatz des außenwirtschaftspolitischen Instrumentariums ergeben, nach Möglichkeit minimiert werden, im Zweifel aber so zu gestalten sind, daß durch sie die Tendenz, in der sich die Position anderer Länder in bezug auf Richtung, Art und Umfang der Leistungsströme, wie auch auf die Verteilung der Ressourcen autonom modifiziert, nicht „festgeschrieben“ wird.* Im Zweifel entscheide die eigenständige Entfaltung der Ressourcen über die Position der einzelnen Industrieländer im Welthandel!

Diesen Forderungen kann sowohl durch eine adäquate Ausgestaltung des vorhandenen außenwirtschaftlichen Instrumentariums als auch — und vor allem — durch eine Erweiterung des Instrumentariums Genüge getan werden. Die eine Möglichkeit eröffnet sich, wenn die Wirkungsweise der Instrumente der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik unter Beachtung der gesetzten Nebenbedingung überprüft wird. Die andere Möglichkeit ergibt sich durch Einbeziehung strukturpolitischer Instrumente in eine Stabilisierungspolitik, die selbst langfristig angelegt ist.

Die Betrachtung des konventionellen außenwirtschaftspolitischen Instrumentariums zeigt, daß quantitativ wirkende Instrumente ex definitione und alle selektiv ausgestalteten fiskalpolitischen Instrumente in der Regel starke Struktureffekte nach sich ziehen. Daher sind sie wohl aus dem Bereich der erlaubten Mittel auszuschließen.

Generell wirkende Instrumente, besonders diejenigen der Preis- und Geldpolitik, müssen in dieser Hinsicht vorgezogen werden, wenn auch

Zweifel hinsichtlich der Vermeidbarkeit der oben dargestellten Folgen von übermäßigen Eingriffsintensitäten oder einer Eskalation währungs-politischer Maßnahmen angebracht sind.

Im Rahmen dieses Instrumentariums sollte deshalb die Möglichkeit von Liquiditätsübertragungen durch Überschußländer zur Erleichterung von Zahlungsbilanzanpassungsprozessen bei Defizitländern stärker berücksichtigt werden. Denn wenn man davon ausgeht, daß die binnen-wirtschaftliche Stabilisierungspolitik eines Landes unter dem Primat des (wie auch immer definierten) nationalen Eigeninteresses steht, müssen die Zahlungsbilanzeffekte, die im Verlaufe dieser Stabilisie-rungspolitik auftreten, von anderen Ländern als Datum akzeptiert werden. Die oft zur Lösung des Anpassungsfinanzierungsproblems pro-ponierte Regel, daß das Defizitland in jedem Fall auch die Kosten seiner Wirtschaftspolitik tragen müsse³⁶, erweist sich insofern als nicht durchsetzbar. Wird sie dennoch angewandt, so begünstigt dies sicherlich defensive Abwertungswettläufe und handelspolitische Dirigismen, die aus den dargelegten Gründen nicht erwünscht sein können. Die Teilung der finanziellen Anpassungslasten durch Übertragungen von seiten der Überschußländer verleiht hingegen den Defizitländern die Möglichkeit, ihre wirtschaftspolitischen Anstrengungen auf die Verbesserung der eigenen strukturellen Lage zu konzentrieren, so daß „Finanzierung“ und „Anpassung“ in dieser Hinsicht tatsächlich als Komplemente³⁷ betrachtet werden können. Aber auch Überschußländer werden durch die Finan-zierung von Defiziten anderer Länder in die Lage versetzt, Stabilisie-rungspolitik im eigenen Interesse zu verfolgen, ohne daß durch ent-sprechende Absicherungsmaßnahmen die strukturelle Position anderer Länder geschädigt wird.

Ergänzung und Erweiterung des konventionellen Instrumentariums beziehen sich auf die Allokation der Ressourcen insofern, als die Außen-wirtschaftspolitik bewußt die eigene und die auswärtige produktive Kapazität in ihr Kalkül einsetzt. Sie gewinnt — rein technisch gesehen — hierdurch einen längeren Zeithorizont und damit mehr Freiheitsgrade³⁸. Sie kann zudem zugleich mit der Gestaltung der internationalen Struktur-elemente den autonomen weltwirtschaftlichen Strukturwandel fördern

³⁶ Vgl. die kritische Diskussion des Anpassungsfinanzierungsproblems bei *B. J. Cohen*, *Adjustment Costs and the Distribution of New Reserves*, Prince-ton 1966.

³⁷ Vgl. hierzu *P. B. Kenen*, *Financing and Adjustment: The Carrot and the Stick*, in: *W. Fellner* u. a., *Maintaining and Restoring Balance in International Payments*, S. 151 ff., insbes. S. 153.

³⁸ Vgl. *S. W. Arndt*, *Macroeconomic Policy Planning in an Open Economy*, in: *E. Claassen, P. Salin* (Hrsg.), *Stabilization Policies in Interdependent Eco-nomies*, Amsterdam 1972, S. 202 ff.

und damit sowohl nationalen als auch internationalen Interessen gerecht werden.

Eine solche Politik setzt allerdings voraus, daß auch die binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik nicht nur auf die Steuerung des Niveaus der wirksamen Nachfrage im Inland abzielt, sondern als supply-management die gesetzten Stabilitätsnormen durch eine entsprechende Variation der gesamtwirtschaftlichen Kapazität zu erreichen sucht: Die Ausweitung des Produktionspotentials, begleitet von mäßigen Einkommenseffekten, kann generell zur Verringerung eines gegebenen inflatorischen Drucks und damit zur Verwirklichung des Ziels Preisniveaustabilität auf lange Sicht führen. Die Verlangsamung des Potentialwachstums bei gleichzeitiger Ausdehnung der wirksamen Nachfrage wird allgemein längerfristig zur Bewältigung von Beschäftigungsproblemen beitragen.

Besonders in der heute vorherrschenden stagflatorischen Situation kann eine binnenwirtschaftliche Strategie, die die direkte oder indirekte Ausdehnung des Produktionspotentials durch Investitions- und Strukturpolitik fördert, auf mittlere Sicht zur Annäherung an beide Stabilitätsziele führen: Die Verteilungsinflation wird durch eine richtig dosierte Ausweitung des verfügbaren realen Produkts entschärft; zugleich läßt sich auch die Nachfragestagnation durch entsprechende, der jeweiligen Lage angemessene Einkommenseffekte beheben.

Sicherlich wird die Lösung dieser Aufgabe in jenen Ländern schwieriger sein, in denen die Stagnationskomponente überwiegt und die Verwirklichung von Vollbeschäftigung daher erste Priorität genießt. In solchen Fällen wären Eingriffe zu empfehlen, die bewirken, daß *überschüssige Kapazitäten exportiert* werden. Dies kann in erster Linie durch die währungspolitische Akzentuierung internationaler Differenzen in der Faktorentlohnung und komplementär hierzu durch die Förderung der internationalen Mobilität von Arbeit und Kapital geschehen³⁹. Der Abbau von verwaltungsmäßigen Restriktionen und nationalen Branchenschutzvorkehrungen kann hierbei hilfreich sein.

Soweit dann Faktoren abwandern, die — gemessen am nationalen Durchschnitt — unterdurchschnittlich produktiv sind, steigt im Verlaufe

³⁹ Zum Komplex der ökonomischen Effekte der Faktormobilität auf „Geber-“ und „Nehmerländer“ vgl. allgemein R. E. Baldwin, *International Trade in Inputs and Outputs*, in: D. M. Lambertson (Hrsg.), *Economics of Information and Knowledge*, Harmondsworth 1971, S. 289 ff.; G. A. D. MacDougall, *The Benefits and Costs of Private Investment from Abroad: A Theoretical Approach*, in: J. Bhagwati (Hrsg.), *International Trade*, Harmondsworth 1969, S. 341 ff.; P. B. Kenen, *Migration, the Terms of Trade, and Economic Welfare in the Source Country*, in: J. Bhagwati u. a. (Hrsg.), *Trade, Balance of Payments and Growth*, Amsterdam 1971, S. 238 ff.

dessen sicherlich die Produktivität des verbleibenden Potentials. Dies dürfte für die langfristige Strukturentwicklung nicht unwichtig sein. Von mehr kurzfristigem Interesse ist allerdings die Abwanderung von Faktoren, deren Qualität dem Durchschnitt aller Industrieländer entspricht. Denn hierdurch fällt der Beschäftigungsdruck im exportierenden Land ohne positiven Potentialeffekt direkt, und die deflatorische Lücke schrumpft infolgedessen von der Angebotsseite her.

Wenn ferner unterstellt wird, daß Kapitalexporte in Form von Direktinvestitionen der Tendenz nach den Export von Gütern und Leistungen des Ursprungslandes anregen⁴⁰, die Wanderung von Arbeitskräften zudem unter bestimmten Umständen auch die Handels- und Übertragungsbilanz des Ursprungslandes aktiviert⁴¹, so kann hierdurch insgesamt ein positiver Zahlungsbilanzeffekt eintreten und dies, ohne daß mit Hilfe von kompensatorischen preis- oder mengenmäßigen Interventionen die heimische Depression exportiert worden wäre.

Einfacher ist die Problemstellung in jenen Ländern, in denen die inflatorische Komponente sich als die gewichtigere darstellt. Hier ist grundsätzlich jede Bereicherung der Faktorausstattung willkommen, besonders wenn hierdurch die Produktivität des vorhandenen Potentials erhöht wird. Dies trifft auch in Fällen zu, in denen — gemessen am nationalen Durchschnitt — verhältnismäßig inferiore Ressourcen importiert werden, sofern binnenwirtschaftliche Mobilität die Wanderung heimischer Arbeit und heimischen Kapitals in superiore Verwendungszwecke ermöglicht. Allerdings müssen zur Minimierung von stabilisierungspolitisch unerwünschten Einkommenseffekten möglichst weitgehend Anreize für die zugewanderten Faktoren wie auch für die übrigen ausländischen Wirtschaftseinheiten beseitigt werden, zusätzliche Teile des binnenwirtschaftlichen Produkts zu absorbieren. Dazu kann die Förderung von Einkommensübertragungen und die Ermutigung der Einfuhr von zum Faktorimport komplementären Ausrüstungsgütern dienen.

Schließlich wird es für Länder, in denen die Stabilisierungspolitik in erster Linie Preisniveaustabilität verwirklichen soll, geboten erscheinen, daß im Verlaufe einer Politik der indirekten Ausweitung der gesamtwirtschaftlichen Kapazität durch Produktivitätssteigerung auch inferiore Kapitalbestandteile exportiert werden. Diese Lage ist besonders dann gegeben, wenn der kritische Engpaß im Bereich der Arbeitskräfte liegt,

⁴⁰ Vgl. die zusammenfassenden Darlegungen von *I. v. Jacobi*, Direktinvestitionen und Export, Hamburg 1971, insbes. S. 84 ff.

⁴¹ Vgl. *W. R. Böhning*, *The Migration of Workers in the United Kingdom and the European Community*, London 1972, insbes. S. 88 ff.; *B. Thomas*, *Migration and Economic Growth. A Study of Great Britain and the Atlantic Community*, 2nd ed., Cambridge 1973.

so daß der zur Kapazitätsausweitung tatsächlich notwendige Arbeitsbedarf als Nettogröße nach Abwanderung von — am nationalen Durchschnitt gemessen — unproduktiven Industrien zu verstehen ist. Der Import qualifizierter Arbeitskräfte und der Export unterdurchschnittlich produktiven Kapitals werden auf solche Weise zur Einengung der binnenwirtschaftlichen Faktorlücke beitragen, weshalb schließlich auch die inflatorische Lücke durch Potentialzuwachs geschlossen werden kann.

Wenn die Außenwirtschaftspolitik als Teil einer auch die internationale Umwelt mit einbeziehenden potentialorientierten Stabilisierungspolitik verstanden wird, dann zielt sie auf die Aktivierung der weltwirtschaftlichen Umwelt ab und nicht auf deren Ausschaltung als Ursache möglicher Störungen. Sie muß daher zunächst Freizügigkeit von Kapital und Arbeit herstellen. Die solchermaßen auf die Förderung von Ressourcentransfers abzielenden Vorkehrungen, die möglichst viele Länder umfassen sollten, um bilaterale Abhängigkeiten zu vermeiden, müssen ergänzt werden durch eine adäquate Steuerung der entsprechenden realen und monetären Transfers.

Im Rahmen einer strukturorientierten außenwirtschaftspolitischen Strategie kann daher nicht auf den Einsatz von währungs- und handelspolitischen Instrumenten verzichtet werden⁴². Diese Eingriffe sind dann allerdings kein Selbstzweck. Sie müssen stets auf den Strukturaspekt bezogen sein, erwünschte Allokationseffekte durch die währungspolitische Akzentuierung nationaler Zins- und Geldlohnendisparitäten unterstützen und im übrigen bestimmte komplementäre Absorptionseffekte hervorrufen oder begünstigen. Der wesentliche Unterschied zur kompensatorischen Strategie besteht also darin, daß diese auf Einkommenseffekte bezogenen Instrumente stets nur im langfristigen Zusammenhang einer allgemeinen Stabilisierungsstrategie eingesetzt werden dürfen. Denn die strukturorientierte Außenwirtschaftspolitik ist nur als Teil einer auf langfristige Gestaltung angelegten, potentialorientierten binnenwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik zu begreifen, in deren Rahmen situationsabhängige ad-hoc-Interventionen zur Erhaltung bestimmter binnenwirtschaftlicher Stabilitätszustände auf „Rechnung und Gefahr“ anderer Länder ausgeschlossen sind.

⁴² Entsprechend kann natürlich auch die struktur- oder potentialorientierte binnenwirtschaftliche Stabilisierungspolitik nicht auf den Einsatz von Instrumenten verzichten, die kurzfristige Einkommens- oder Preiseffekte bewirken und insofern die längerfristig orientierte Politik absichern. Vgl. etwa die Darlegungen von *St. Heckhausen*, Ausgaben- oder einnahmenorientierte Finanzpolitik als Konzept der Konjunktursteuerung?, in: *Konjunkturpolitik*, 20. Jg. (1974), S. 139 ff.

Diskussion

Otmar Issing (Nürnberg):

Für die Diskussion sollten wir uns auf drei Punkte konzentrieren, die ich so allgemein gefaßt habe, daß jedes Votum auf jeden Fall darunter paßt, um möglichen Besorgnissen zuvorzukommen.

Herr Körner hat einmal die Interdependenz der nationalen und der internationalen Wirtschaft hervorgehoben, wobei hier „Interdependenz“ einerseits die Berücksichtigung der internationalen Rahmenbedingungen durch das einzelne Land, aber gleichzeitig auch die Beeinflussung der Weltwirtschaft durch Aktionen einzelner Länder bedeutet. Sie haben dabei — weniger in Ihrem mündlichen Vortrag als vor allem in Ihrem schriftlichen Beitrag — das Problem der Macht eines Landes diskutiert, und es wäre wohl von Interesse, diesem Punkt möglicherweise nachzugehen, inwieweit ein Land Macht hat, was das überhaupt in diesem Zusammenhang heißt und von welchen Rahmenbedingungen derartige Machtausübung abhängt.

Der zweite zentrale Aspekt war dann die Diskussion der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik. Ich habe mich dabei, offen gestanden, gefragt, warum Sie den Machtaspekt nicht auch bei diesem Punkt herangezogen haben; denn die Möglichkeit zur kompensatorischen Politik hängt ja vor allem von dem ab, was Macht in diesem Zusammenhang beinhaltet. Dabei wäre im Zusammenhang mit dem ersten Punkt zu fragen, inwiefern es eine strikt kompensatorische Politik bei der allgemeinen Interdependenz überhaupt geben kann.

Schließlich der dritte Punkt: die strukturorientierten Strategien der Außenwirtschaftspolitik. Ich bin zwar noch nicht so lange Mitglied des Vereins, weiß aber aus der Literatur, daß hier in der Schweiz schon einmal eine Tagung zum Strukturproblem stattgefunden hat. Ich möchte nun nicht unbedingt die terminologische Auseinandersetzung heraufbeschwören, wenn ich die Frage stelle, was „Struktur“ im Rahmen dieses Referates und dieser Politik bedeutet. Aber das ist ein Aspekt, auf den Herr Borchert in seinem Korreferat wohl näher eingehen wird.

Ich darf die drei Punkte wiederholen, die ich für die Diskussion in dieser Reihenfolge vorschlagen möchte: einmal das Interdependenzproblem der Stabilisierungspolitik, zweitens die Problematik der kompensatorischen Stabilisierungspolitik und schließlich die strukturorientierten Außenwirtschaftsstrategien.

Korreferat zu:
Außenwirtschaftliche Ansatzpunkte für die Stabilisierungspolitik

Von *Manfred Borchert*, Münster

Ansatzpunkt des Referates von Herrn Körner ist die Strukturwirkung außenwirtschaftlicher Maßnahmen, die auch als dynamische — oder besser: evolutorische — Konsequenz herkömmlicher wirtschaftspolitischer Mittel bezeichnet wird. Dies ist ein sehr wichtiger Aspekt, nur, wie ich meine, sind die gezogenen Schlußfolgerungen angreifbar.

Die Außenwirtschaftstheorie beschäftigt sich schon seit langem mit dem „internationalen Rechnungszusammenhang“, also der Rückwirkung irgendwelcher Maßnahmen oder Änderungen von Ausgangsbedingungen auf die Produktions- und Handelsstruktur aller am Außenhandel beteiligten Länder, und zwar in Form des Walrasianischen Systems. Ich gebe zu, das geschieht vorwiegend in der reinen Theorie, jedoch ist dies auch auf den monetären Bereich ausgedehnt worden. Dabei werden in der Regel die Annahmen der vollkommenen Konkurrenz vorausgesetzt, also ganz bestimmte Verhaltensweisen unterstellt. Inwieweit die theoretische Konzeption dabei auf die Realität übertragbar ist, ist in diesem Zusammenhang unbedeutend. Wichtig aber ist, inwieweit Änderungen hinsichtlich der außenwirtschaftlichen Konstellation zu Änderungen von Handlungsmaximen und Zielsetzungen, damit schließlich zu einer „Gestaltbarkeit des weltwirtschaftlichen Zusammenhanges“ führen: Dies läßt sich durch eine iterative Folge, durch einen Lernprozeß erklären, der aber nicht irreversibel sein kann, sondern umkehrbar ist, gerade weil ein Lernprozeß zu Grunde liegt. Insofern wäre der Struktureffekt nicht gar so gravierend, wie es unterstellt wurde. — Etwas anders stellt sich das Problem, wenn die Außenwirtschaftspolitik auf allgemein-politische Faktoren abstellen muß. Dann aber ergibt sich die Frage, ob man überhaupt rein ökonomische Außenwirtschaftspolitik betreiben kann, wie es ja hier vorgeschlagen wurde.

Ein zweiter Einwand richtet sich an den Begriff „Stabilisierung“. Denn „Stabilisierung“ wurde sowohl als relativ kurzfristiges Problem wie auch als langfristige Forderung verstanden; dies führt dann schließlich zu den angreifbaren Hypothesen der strukturorientierten Strategien. Darauf komme ich noch zu sprechen.

Zunächst wird Stabilisierung so verstanden, wie man es traditionell bei konjunkturellen Erscheinungen in der Regel unterstellt; Herr Körner führt bei der Behandlung der kompensatorischen Strategien auch ausdrücklich Machlup an. Aber kurzfristig spielen die Struktureffekte eine untergeordnete Rolle, sie werden bei den stets als fix unterstellten Wechselkursen ja auch angestrebt, um ein Zahlungsbilanz-Ungleichgewicht zu bereinigen. In einem solchen Falle können Strukturänderungen nicht unerwünscht sein, sondern sind notwendig, um eine ehemals „nichtgleichgewichtige“ (unerwünschte) Situation auszugleichen. Anders sieht die Beurteilung einer aktiven Zahlungsbilanzpolitik aus, bei der bewußt unter binnenländischen Stabilisierungsbemühungen Zahlungsbilanzungleichgewichte angestrebt werden könnten. Herr Küng wird nachher noch darüber zu uns sprechen. Und nur eine solche Politik aber ist es, die zu Retorsionsmaßnahmen und schließlich zu einer möglichen Desintegration führt. Ich gehe mit Herrn Körner einig, daß keine partiell wirkenden Instrumente von der Wirtschaftspolitik eingesetzt werden sollten, wenn man Makropolitik, wie etwa eine Stabilisierungspolitik betreibt. Ich bin aber nicht der Meinung, daß unbedingt alle Struktureffekte nach Möglichkeit zu minimieren seien, wenn die bestehende Struktur durch Zahlungsbilanzungleichgewichte bewirkt wurde.

Deshalb kann auch eine internationale Finanzierung von Zahlungsbilanzdefiziten — durch Schaffung neuer Liquidität, etwa durch Sonderziehungsrechte — zwar für das betreffende Land unter konjunkturellen bzw. beschäftigungspolitischen Gesichtspunkten günstig erscheinen (aus diesem Argument ergibt sich auch, daß „Stabilisierung“ sowohl auf das Preisniveau wie auf die Beschäftigung bezogen ist). Dafür gilt Körners Argument, daß mit einer solchen zusätzlichen Liquidität der Spielraum für eigene Anstrengungen zur Verbesserung der strukturellen Lage ausgedehnt wird. Nur kann dies doch allein bedeuten, daß die Last einer solchen Strukturpolitik von anderen Ländern getragen werden muß und verewigt werden soll.

Die andere Variante der Stabilisierungspolitik bezieht sich — und das ist der Kern des Referates von Herrn Körner — auf den langfristigen Aspekt. Damit wird nicht nur ein verlängerter Zeithorizont anvisiert, sondern auch auf die Beeinflussung des Angebotes, d. h. auf eine Stabilisierung über eine Variation der gesamtwirtschaftlichen Kapazität abgestellt. Dies ist Wachstumspolitik, die eine Verstetigung der volkswirtschaftlichen Produktion anstrebt. Aber wie sollte das geschehen? Ich glaube nicht, daß damit gemeint ist, wir sollten mit einer Wachstumspolitik Konjunkturpolitik betreiben und darauf vertrauen, daß eine solche Verstetigung der volkswirtschaftlichen Produktion dann schon eintreten werde.

Zur Verdeutlichung dieses Aspektes sollen die Ausführungen zur Stagflation herangezogen werden. Zur Behebung dieses Phänomens wird eine Ausdehnung des Produktionspotentials bei Überwiegen der Inflationskomponente und ein Export überschüssiger Kapazitäten (etwa von Arbeitskräften) bei Überwiegen der Stagnationskomponente empfohlen. Nun ist es aber gerade das Eigenartige der Stagflation, daß auch in Boomphasen mit relativ hohen Preissteigerungsraten die Beschäftigung in einigen Ländern stark zurückgeht (England, Schweden, Dänemark, Schweiz), und zwar vor allem dann, wenn die Lohnforderungen über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen. Wie soll in einer solchen Situation die Produktion ausgedehnt werden, wenn Unternehmer die dann notwendigen zusätzlichen Lohnzahlungen nicht vornehmen können oder wollen? Und ist auf der anderen Seite ein Export von Arbeitskräften gerade in dieser Situation sinnvoll? — Die Einfuhr von Arbeitskräften in Inflationsländern ohne Stagnationskomponente ist auch nur in gewissem Umfang preisniveaustabilisierend, da schließlich noch die komplementäre Kapitalseite berücksichtigt werden muß. Ganz abgesehen davon, daß internationale Wanderungen von Arbeitskräften nicht unter konjunkturellen Gesichtspunkten erfolgen werden. Hier geht es doch vor allem darum, die binnenländische Stabilisierungspolitik außenwirtschaftlich abzusichern, also allein darum, die Binnenpolitik konterkarierende Wirkungen abzubauen bzw. zu neutralisieren.

Mit einer „Beeinflussung“ der Exporte und Importe von Kapitalgütern und Arbeitskräften, aus welchen Gründen auch immer, ist das auch so eine Sache. Der Außenhandel vollzieht sich doch auf Grund bestimmter subjektiver Einstellungen der Nachfragenden in den einzelnen Ländern. Und diesen kann man nicht einfach kapitalintensive, weniger kapitalintensive, produktive oder weniger produktive (inferiore) Güter anpreisen, um irgendwo eine Lücke auszubügeln. Das wird nicht abgenommen!

Eine langfristige, außenwirtschaftliche Absicherung der Stabilisierungspolitik kann nun dadurch erfolgen, daß man eben langfristig, oder aber auch mittelfristig, auf einen Ausgleich der Zahlungsbilanz abstellt. Aber das ist hier mit der potentialorientierten Stabilisierungspolitik nicht gemeint, denn mit ihr soll aktiv Strukturpolitik betrieben werden. Etwas Ähnliches hinsichtlich der zeitlichen Ausrichtung des Mitteleinsatzes wird von den Monetaristen für die Geldpolitik gefordert; eine langfristig verstetigte Geldmengenpolitik. Jedoch ist die potentialorientierte Stabilisierungspolitik nicht mit den spezifischen Auffassungen eben jener Monetaristen begründet, sondern mit außenwirtschaftlichen Strukturkriterien. Dies aber kann nur bedeuten, daß die binnenländische Konjunkturentwicklung als gegeben, d. h. in ihrer Existenz als nicht beeinflussbar angesehen wird und von der außenwirtschaftlichen

Flanke her gesehen der Struktureffekt, nicht aber eine Unterstützung binnenländischer Stabilisierungsbemühungen im Vordergrund steht. Dann aber sehe ich nicht mehr den Zusammenhang zum gestellten Problem.

Es ist die Frage, ob bei fixen Wechselkursen überhaupt adäquat eine binnenländische Stabilisierungspolitik unterstützt werden kann. Gegen flexible Wechselkurse wird ja immer angeführt, daß bei ihnen jedes Land für seine binnenländische Konjunkturpolitik allein verantwortlich sei. Und es kann uns ja schließlich in der Bundesrepublik oder einem anderen Land nicht gleichgültig sein, was in unseren Nachbarländern passiert. Wirtschaftliche Krisen werden immer auch politische Konsequenzen haben. Aber eine allseits befriedigende Regelung — hinsichtlich einer gemeinsamen Konjunkturpolitik oder auch Währungspolitik — gibt es nicht. Als letzte Instanz wird immer der Internationale Währungsfonds angeführt, etwa dann, wenn zusätzliche internationale Liquidität zum Zahlungsbilanzausgleich zur Verfügung gestellt werden soll. Bei ihm nun hat man den „Eindruck, daß mit der Feuerwehr des IMF eher Mißbrauch getrieben wurde, indem sie Feuer zu löschen hatte, bei denen grobe Fahrlässigkeit, wenn nicht gar Brandstiftung vorlag“¹. Bei den zur Anwendung binnenländischer Krisen getroffenen Maßnahmen konnte man bisher stets mit einer gewissen internationalen Solidarität rechnen. Aber nicht die Solidarisierung einer freiwilligen Feuerwehr schafft den Brand aus der Welt, wie etwa auch der jetzige Kredit von 2 Mrd. Dollar der Bundesrepublik an Italien. Dieser kann nur durch monetäre Disziplin in den einzelnen Ländern vermieden werden. Und solange man sich hier nicht besinnt, wird man immer wieder vergeblich darüber nachsinnen, wie man einen Flächenbrand lokal abschirmen kann.

¹ E. Heuss, Fiktive und wirkliche Probleme der internationalen Währungsordnung, in: Außenwirtschaft, Bd. III/IV 1965, S. 14.

Diskussion

Otmar Issing (Nürnberg):

Darf ich gleich um Diskussionsmeldungen bitten und an die Punkte erinnern. Erster Punkt: Frage der Interdependenzen. Irgendwelche Bemerkungen, Einwände, Vorschläge?

Christian Uhlig (Bochum):

Direkt zu dem Punkt Macht im Rahmen der außenwirtschaftlichen Beziehungen zwischen den verschiedenen Ländern der Weltwirtschaft möchte ich nicht Stellung nehmen, ich möchte das vielmehr mit dem zweiten Punkt, der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik, verbinden.

Ich glaube, daß eine problematische Äußerung meines Kollegen Körner, die vielleicht unbewußt geschah, darin liegt — da hat er den Machtaspekt genau angesprochen —, daß er festgestellt hat, daß die Abstimmung von außenwirtschaftlich orientierter Stabilisierungspolitik und binnenwirtschaftlich orientierter Stabilisierungspolitik meistens nicht klappt und daß man dann eine auf die binnenwirtschaftliche Lage ausgerichtete Politik betreibt und annimmt, daß die Wohlfahrtsverluste für die Drittländer relativ gering sind. Dort liegt meiner Ansicht nach gerade ein typischer Aspekt der Machtpolitik, daß nämlich die reichen Industrieländer der Meinung sind, daß die Einbußen auf Grund der auf ihre Situation bezogenen stabilisierungspolitischen Maßnahmen für die Entwicklungsländer relativ geringfügig sind. Global gesehen mag das stimmen; im Einzelfall kann das jedoch zu desaströsen Folgen führen, wie wir alle wissen.

Hier liegt ein ganz wesentlicher Punkt, den wir meiner Ansicht nach sehen müssen und der uns, den Industrieländern, auch ständig vorgeworfen wird, daß es nämlich bisher nicht gelungen ist, eine Stabilisierungspolitik im globalen Rahmen so zu betreiben, daß die Wohlfahrtsverluste eben auch für die schwachen Länder weitgehend begrenzt werden.

Wenn wir uns unsere Tagung hier ansehen, so müssen wir vielleicht etwas selbstkritisch erkennen, daß wir hier wieder einmal Bauchnabelschau aus der Sicht der Industrieländer betreiben. Über die Konsequenzen für die Entwicklungsländer wird kaum geredet. Auch das viel-

leicht ein Machtaspekt! Wir fühlen uns im Augenblick einmal bedroht, reden nur von uns und vergessen leicht, daß wir in Wirklichkeit durch auf uns bezogene Maßnahmen automatisch auch viele Dinge auf die Entwicklungsländer abwälzen.

Aber ich glaube, daß eine kompensatorische Außenwirtschaftspolitik gerade auch in gewisser Abstimmung mit den Bedürfnissen der Entwicklungsländer bzw. der strukturschwachen Länder durchaus möglich erscheint. Ich erinnere nur daran — das sind ja Binsenwahrheiten —, daß es notwendig ist, diese Länder strukturell etwas besser auszustatten und sie in die Lage zu setzen, nicht nur als Rohstoffproduzenten zu agieren — das hilft ihnen zwar bei ansteigender Konjunktur auf Grund der besseren Absatzchancen für ihre Rohstoffe immer —, sondern eben auch in der Verarbeitungsproduktion tätig zu werden. Diese Strukturänderung könnte nachher auch gerade zu einem stabilisierenden Effekt innerhalb der Weltkonjunktur führen, wenn nämlich die Möglichkeit besteht, in Zeiten der Hochkonjunktur auf die Einfuhr aus diesen Bereichen zurückzugreifen und damit die binnenwirtschaftliche Entwicklung entsprechend dämpfen und das Gleichgewicht im Welthandel verbessern zu können.

Wir wissen, daß die Erfahrungen und Ergebnisse auf diesem Gebiete bisher recht minimal sind, und ich möchte doch darauf hinweisen, daß eine global orientierte Strukturpolitik dahin gehen müßte, hier Änderungen vorzunehmen. In Wirklichkeit ist aber unsere Entwicklungspolitik, wie wir in der letzten Zeit gerade wieder gesehen haben, nur ein Anhängsel, eine „quantité négligeable“, die von uns auch weiterhin so eingeschätzt wird. In dem Augenblick, wo es uns national schlechter geht, wird auch sofort dieser Sektor gekappt. Darüber stürzen sogar Minister.

Dabei liegt hier meiner Ansicht nach gerade einer der Ansatzpunkte, langfristig wirkende strukturelle Veränderungen einzuleiten; denn in einer Situation des Abschwungs ist die Möglichkeit gegeben — und sie wird auch ausgenutzt —, verstärkte Ausfuhren, insbesondere von Investitionsgütern, in die Entwicklungsländer zu betreiben. Wir wissen, daß in Abschwunghasen regelmäßig die Exportkreditvolumen enorm ansteigen. Wenn Sie die Zeit von 1966/67 beobachten, ist das einwandfrei nachweisbar. Interessant ist zudem, daß dann teilweise auch die Kapitalbewegungen in Richtung auf diese Länder zunehmen, weil die Anlage interessanter erscheint als in den im Augenblick konjunkturell schwächeren Industrieländern.

Hier scheint mir nun eine Möglichkeit zu bestehen, die langfristige Strukturpolitik gezielt und kombiniert mit der Entwicklungspolitik zu betreiben und gerade in diesen Phasen die Verbindung zum Kapital-

export bzw. den kreditierten Export in strukturschwache Länder herzustellen, um diese für die spätere Phase des Exportes von Industrie- und verarbeiteten Gütern vorzubereiten und damit einen Ausgleich durch Importe in die sich wieder in der Aufschwungsphase befindlichen Länder zu organisieren.

Ich wollte auf diesen Aspekt im Rahmen unserer Diskussion hinweisen und dafür plädieren, daß gerade die Auswirkungen auf die Entwicklungsländer im Auge behalten werden. Denn für diese Länder bringen, wie gesagt, unsere Stabilisierungsbemühungen, die für uns vielleicht von Nutzen sein werden, möglicherweise erhebliche Wohlfahrtsverluste, die keine „quantité négligeable“ darstellen.

Deshalb unterstreiche ich noch einmal die Notwendigkeit, in den Industrieländern eine organisierte Abstimmung von Außenwirtschaftspolitik, Stabilisierungspolitik und Entwicklungspolitik zustande zu bringen.

Otmar Issing (Nürnberg):

Damit ist, wie Sie gemerkt haben, auch die Diskussion zu Punkt 2 bereits eröffnet.

Karl Wolfgang Menck (Hamburg):

Herr Vorsitzender, meine Damen und Herren! Sie selbst und der Referent haben darauf hingewiesen, daß Außenwirtschaftspolitik Durchsetzungsvermögen im Rahmen der außenwirtschaftlichen Verflechtung voraussetzt. Die Determinanten und Merkmale dieses Durchsetzungsvermögens hat Herr Körner in seinem Referat herausgearbeitet. In dieser Darstellung wird jedoch nicht ganz deutlich, daß die physische Verfügbarkeit von Bodenschätzen nicht immer den Spielraum einer nationalen Außenwirtschaftspolitik festlegt. Sie wird vor allem dann erschwert, wenn die Nutzung und der Verkauf von Rohstoffen nach der Maßgabe von Unternehmen aus anderen Ländern mit anderen wirtschaftspolitischen Zielen erfolgen. Um die Problematik zu verdeutlichen, sollte man sich an die Kontrolle der Energielieferungen durch internationale Unternehmen erinnern. Sie können die Fördermengen festsetzen und damit die Inanspruchnahme der Rohstoffe in den Förderländern regulieren. In den Abnahmeländern bestimmen die Unternehmen die Verkaufspreise und damit schließlich auch zumindest teilweise über den Erfolg von preisstabilisierenden Maßnahmen in den Käuferländern. Dieser Vorwurf an multinationale Gesellschaften mag in Einzelfällen nicht zutreffen. Dies zu klären, ist hier nicht wichtig. Bedeutsamer scheint mir vielmehr die Frage, die ich hier anscheiden möchte, wieweit die in den Referaten beschriebenen Strategien der Außenwirt-

schaftspolitik möglich sind und unter welchen Bedingungen sie zum Erfolg führen, wenn man die Wirksamkeit übernationaler Einrichtungen wie internationaler Unternehmen auf den für die Preisstabilisierungs- und Strukturpolitik wichtigen Energiemärkten berücksichtigen muß.

Hans Willgerodt (Köln):

Ich glaube, wir müssen zwischen dem Streit um Beschäftigung à la Keynes und dem Streit um Güter unterscheiden. Mir scheint, daß diese beiden Gesichtspunkte in der Diskussion nicht voneinander getrennt sind.

Wenn es um die internationale Verteilung von Beschäftigung geht, dann ist die Inflation der Industrieländer kein Nachteil für die Entwicklungsländer. Diejenigen, die für die Entwicklungsländer Keynesianische Rezepte empfehlen, sollten froh sein, daß die Industrieländer eine solche Inflation inszeniert haben. Sie sind dann bereit, sehr viel mehr Güter — auch aus Entwicklungsländern — aufzunehmen, als das sonst der Fall wäre, z. B. Mineralölprodukte usw.

Wenn es aber darum geht — die Entwicklung scheint in diese Richtung zu laufen —, daß sich der Streit in Zukunft mehr um reale Ressourcen abspielt, dann ist eine ganz andere Betrachtungsweise notwendig. Hier wird die Verfügbarkeit über Güter zu einem internationalen Streitgegenstand, von dem auch das Wachstum abhängt.

Im Zusammenhang mit den Entwicklungsländern liegt nun die besondere Situation vor, daß man einerseits dort neue Kapazitäten aus Ersparnissen der Industrieländer entwickeln will mit der Folge, daß sich für die Periode des Transfers zwangsläufig ein Passivum in den Handelsbilanzen der Entwicklungsländer herausbilden muß. Ist dann nicht die protektionistische Einfuhrpolitik der Industrieländer ein Mittel, um diesen Passivsaldo zu fördern?

Auf der anderen Seite steht die These, daß man in diesen Entwicklungsländern Kapazitäten zu dem Zweck entwickeln soll, in den Industrieländern Absatzmärkte zu erringen. Hier ist also das Strukturproblem innerhalb der Außenwirtschaft angesprochen.

Wenn man langfristig das Prinzip der Barzahlung im Verkehr mit Entwicklungsländern erreichen will, muß man natürlich die Märkte der Industrieländer öffnen. Wenn man aber der Meinung ist, daß das bisher die Entwicklungspolitik beherrschende Prinzip der Dauergeschenke weiter fortgesetzt werden soll, dann ist durchaus die Sperre gegenüber Einfuhren aus Entwicklungsländern sinnvoll. Man überläßt es dann den Entwicklungsländern, die nicht in die Industrieländer exportierten Produkte selbst zu verbrauchen oder innerhalb ihres Reiches anderweitig zu verwenden.

Nun noch eine Frage, die in den Bereich 2 oder in welche Kategorie auch immer fällt: die Frage der flexiblen Wechselkurse, die ich doch nicht so gern ausklammern möchte. Ich glaube, daß der Übergang zu flexiblen Wechselkursen ein Entmachtungsinstrument ersten Ranges darstellt. Denn auch wenn gilt, was Herr Borchert gesagt hat, daß man ein Land in Schwierigkeiten nicht gern allein läßt, so ist doch immer ein politischer Akt notwendig, um wie im Falle Italiens Hilfe zu leisten. Es ist also nicht eine Automatik eingebaut, und man muß nach Verdienst beurteilen, ob ein solches Land aus politischen Gründen Unterstützung verdient.

Der Übergang zu flexiblen Wechselkursen erlaubt es insbesondere ärmeren Ländern, sich gegen die importierte Inflation und damit gegen das unbezahlte oder nur teilweise bezahlte Exportieren von Gütern zu schützen. Ich glaube also, daß der Übergang zu flexiblen Wechselkursen das Machtproblem sehr wesentlich entschärft.

Hans-Rimbert Hemmer (Gießen):

Wenn ich die Ausführungen von Herrn Körner auf der einen Seite und von Herrn Uhlig auf der anderen Seite gegenüberstelle, habe ich das Gefühl, daß hier völlig unterschiedliche Stabilitätsbegriffe vorliegen. Einmal kann man Stabilität auf die Vermeidung konjunktureller Zyklen beziehen, wie das beispielsweise auch in den schriftlichen Ausführungen von Herrn Körner zum Ausdruck kommt: Bevorzugte Steuerung der Nachfrageentwicklung. Dazu gehört eben das Instrument außenwirtschaftspolitischer Maßnahmen.

Dann haben wir im Vortrag von Herrn Körner gehört, daß es nicht nur ein Nachfrageproblem, sondern zum Teil auch ein langfristiges Wachstumsproblem ist, möglicherweise durch eine bestimmte, gezielte Strukturpolitik ein Wachstum von Produktionskapazitäten herbeizuführen, welches im Optimalfall das Entstehen solcher Zyklen verhindert.

Schließlich haben wir als dritte Variante der Stabilität gehört, daß man versuchen sollte, die Entwicklungsländer selbst in eine stabilere Position zu bringen. Ich glaube, daß gerade hinsichtlich der letzten Ausführungen von Herrn Uhlig gewisse Probleme entstehen; denn es kann durchaus der Fall vorliegen, daß eine Stabilisierungspolitik in bezug auf die Entwicklungsländer nur durchführbar ist, wenn bei uns bewußt eine Instabilität in Kauf genommen wird und umgekehrt.

Ich weiß jetzt nicht, was die relevante Zielfunktion ist, die wir zu diskutieren haben. Ist es die Zielsetzung, daß wir bei uns bestimmte konjunkturelle oder Wachstumszyklen stabilisieren wollen, oder wollen wir die Situation in den Entwicklungsländern stabilisieren?

(Christian Uhlig [Bochum]: Beides!)

— Ja, können wir beides gleichzeitig? Da habe ich eben meine Bedenken.

Ich habe auch den Verdacht, daß ein gewisser Widerspruch in Ihren Ausführungen enthalten ist, Herr Uhlig. Auf der einen Seite sagen Sie, wir sollen versuchen, die Stabilität in den Entwicklungsländern selbst zu fördern, und auf der anderen Seite sagen Sie, in den Entwicklungsländern sollen beispielsweise Kapazitäten errichtet werden, die dann zur Regulierung der Zyklen der Industrieländer eingesetzt werden sollen.

Aber damit exportieren Sie letzten Endes die Instabilität der Industrieländer in die Entwicklungsländer. Sie verfolgen nämlich das Ziel, die Kapazitäten der Entwicklungsländer invers zu unserem Konjunkturverlauf auszulasten mit dem Ergebnis, daß möglicherweise bei uns eine gewisse Stabilisierung erreicht wird, aber dafür die Instabilität, die Sie an und für sich vermeiden wollen, in die Entwicklungsländer übertragen wird.

Otmar Issing (Nürnberg):

Ich habe die unangenehme Rolle, die Diskussion schon fast abschneiden zu müssen, bevor sie richtig beginnt. Ich habe noch zwei Wortmeldungen vorliegen. Ich schlage vor, daß wir mit diesen beiden Wortmeldungen und dem Schlußwort des Referenten zum Ende des ersten Teiles kommen.

Bruno Fritsch (Zürich):

Nur eine kleine Anmerkung zu den Stichworten Stabilität, Struktur und Macht. Ich meine, daß man — diese Erfahrung konnte ich sammeln — in den Industrieländern nicht etwa die Frage danach stellt, ob die Wohlfahrtsverluste der ärmeren und kleineren Länder als Folge beispielsweise einer internen Stabilisierungspolitik gering seien, sondern man kümmert sich darum überhaupt nicht. Man fragt allenfalls nach dem Retaliationspotential, d. h. danach, wie stark ein Land ist, um irgendwelche Gegenmaßnahmen zu treffen. Das ist das eine.

Zum anderen Stabilisierung in einer Welt, die aus folgenden Akteuren besteht: aus etwa 800 multinational corporations, etwa 140 Nationalstaaten, etwa 150 — je nachdem, wie man es definiert — internationalen government organizations oder nongovernment organizations usw.; alles zusammen aus etwa 10 000 Akteuren, die an diesem Machtgleich teilhaben.

Da vollziehen sich nun Prozesse, die zwar in der Sprache der Ökonomie faßbar sind, wobei aber ein Problem auftritt. Wenn ich Ihr Refe-

rat, Herr Körner, und auch die anderen lese, dann frage ich mich: Was davon wird in diesen Ländern überhaupt so verstanden, und wie kann dieses Konzept, das Sie entwickeln, überhaupt verbindlich in die Politik dieser Länder eingehen? Es sind in diesen Ländern zwar einige MIT- und Harvard- und Princeton-Kollegen da, die das als unsere Gesprächspartner so auffassen und so mit uns sprechen; aber die haben absolut oder höchstens am Rande etwas zu sagen. Die de-facto-Entscheidungen werden ganz woanders getroffen. Das müssen wir immerhin sehen, wenn wir von Implimentationen theoretischer Konzepte sprechen und wenn wir hier nicht einen elfenbeinernen Turm aufbauen wollen, der für die Politik wirklich irrelevant ist.

Die Größenordnungen sind formidabel; Sie wissen das. Die Weltbevölkerung nimmt pro Jahr um rund 80 Millionen Menschen zu. Davon suchen rund 40 Millionen mehr Arbeit. Wir schaffen nicht 40 Millionen Arbeitsplätze mehr pro Jahr; das wissen wir. Wir wissen auch, daß die Auslandsverschuldung etwa dreimal stärker wächst als das Sozialprodukt dieser Länder. Das sind alles bekannte Tatsachen. Ein Aufholen dieser Länder auf das Niveau der Industrieländer ist völlig ausgeschlossen. Das wurde in der Zwischenzeit auch bereits bestätigt.

Konsequenz: Man versucht, einen eigenen, eigenständigen, autochthonen Entwicklungsprozeß irgendwie in die Wege zu leiten. Niemand weiß so recht, was das eigentlich ist; denn mit einem Auge schießt man natürlich immer noch auf das materielle Aufholen. Aber das geht nicht aus vielen Gründen, auf die ich hier nicht eingehen kann.

Deshalb stellt sich die Problematik der Stabilität nun nicht nur rein im ökonomischen Raum — das ist mein Punkt —, sondern sie stellt sich ganz eindeutig auch im machtpolitischen Raum. Da können wir zwar argumentieren, diese Länder haben gar keine Macht; sie haben aber — leider Gottes, muß man sagen — ein Potential an Irrationalität, ein Potential an Verzweiflungsakten, und das wird zunehmen. In dem Maße, in dem unsere Strukturen gegenüber solchen Störungen empfindlicher werden, werden wir mehr unserer Ressourcen für und zum Schutze unserer Anlagen allozieren müssen.

Ich würde also meinen, daß, kombiniert mit dem sich abzeichnenden und bevorstehenden Schwarzhandel mit Plutonium, das black-mail potential dieser „desperate governments“ enorm zunimmt.

So sehen wir uns in einer Situation, in der zwar die ökonomischen Anpassungsprozesse alle irgendwie gleichgewichtsorientiert formuliert werden können und zu irgendeinem Stabilitätszustand unter gewissen plausiblen Nebenbedingungen führen, in der aber die politisch-militärische Situation fundamental instabil ist. Ich frage mich — ich habe

selber keine Antwort darauf —, wie diese beiden Stabilitätzustände, also einmal der stabilitätsorientierte Anpassungsprozeß innerhalb der ökonomischen Sphäre, über die wir hier diskutieren, und zum anderen der fundamental instabile Prozeß des Machtpotentials, zusammenspielen in einer Welt des zunehmenden Globalismus und der zunehmenden Interdependenz.

Vincenz Timmermann (Hamburg):

Ich habe eine Frage an Herrn Kollegen Körner. Wenn ich Sie in Ihrem Referat richtig verstanden habe, unterscheiden Sie dort zwischen künstlich herbeigeführten strukturellen Veränderungen und autonomen strukturellen Veränderungen.

Mein Problem ist vor allem praktischer Art, ähnlich dem, das Herr Kollege Fritsch eben andeutete.

Auch bei den autonomen strukturellen Veränderungen kann ja sicher von außenwirtschaftlichen Beziehungen nicht abgesehen werden. Daraus ergibt sich meine Frage: Haben Sie eine Vorstellung, wie man dann die unerwünschten Veränderungen von diesen autonomen Veränderungen unterscheiden könnte?

Heiko Körner (Hamburg):

Aus der Diskussion hat sich ein dankenswert großer Strauß an Einwänden, an Kritik und an neuen Gesichtspunkten ergeben, und ich muß mir alle Mühe geben, meine Antwort zusammenzufassen. Ich will deshalb nicht persönliche Antworten erteilen, was keineswegs besagt, daß ich nicht für jeden der Diskussionsbeiträge und besonders für das Korreferat dankbar wäre, sondern ich möchte mich in das Raster, das uns von Herrn Issing vorgegeben worden ist, einfügen und zunächst mit einigen Bemerkungen zur kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik an sich beginnen und dann zur Diskussion ihres Zusammenhanges mit dem Machtkomplex übergehen.

Man muß erstens von der selbstverständlichen Tatsache ausgehen, daß die kompensatorische Außenwirtschaftspolitik auf eine bestimmte Zielvorstellung bezogen ist. Die erste Frage, die hier gestellt werden muß, ist also, was diese Politik bewirken soll. Dies wäre im Kontext dieser Veranstaltungen sicherlich Stabilisierung. Dies kann auch gar nicht anders sein, da sich die moderne Außenwirtschaftspolitik auf nichts anderes beziehen kann, als auf binnenwirtschaftliche Stabilitätsziele.

Nun sollten wir aber, glaube ich, nicht in die terminologische Debatte, was hier eigentlich Stabilisierung bedeute, zurückfallen, auch wenn dies

sehr nahe liegt. Wir würden dann nur Dinge repetieren, die gestern schon im Arbeitskreis A gesagt worden sind, und ich selbst könnte dies sicherlich mit geringerer Aussicht auf Erfolg tun als die meisten Redner des gestrigen Tages. Dennoch muß noch einmal geklärt werden: Was soll denn in unserem Kontext stabilisiert werden? Das Preisniveau, die Konjunktur, das Wachstum?

Hierzu ist folgendes zu sagen: In meinen Augen ist es sehr schwierig, wahrscheinlich überhaupt unmöglich, zwischen dem Phänomen Konjunktur — also zyklischen Schwankungen der Beschäftigung, der gesamtwirtschaftlichen Aktivität — und der Stabilisierung des Wachstums an sich, also der langfristigen oder längerfristigen Entwicklung der wirtschaftlichen Aktivität von der Ressourcenseite her, zu unterscheiden.

Ich gehe nun von der Hypothese aus — und ich muß zugeben, daß ich das vielleicht in der Kürze meines zusammenfassenden Vortrages nicht hinreichend deutlich gemacht habe —, daß sich zyklische Schwankungen der gesamtwirtschaftlichen Aktivität letzten Endes als Wachstumsschwankungen erklären lassen und daß von dieser Seite her, Herr Borchert, eben zyklische Schwankungen, das Konjunkturproblem, als Wachstumsphänomen begriffen und auch wachstumspolitisch angegangen werden müssen.

Es ist demgegenüber das alte Problem, gerade in der wirtschaftspolitischen Praxis, daß wir dieses kurzfristige „trouble shooting“ von Regierungen haben, die bei uns einen Zeithorizont von vier Jahren haben, der oft ziemlich genau mit dem Zyklus der gesamtwirtschaftlichen Aktivität übereinstimmt. Man sagt sich in solchen Fällen wohl: Nun ja, wir wollten den nächsten Zyklus überstehen; dann wird sich alles andere schon zeigen. Gerade dieser kurze Zeithorizont und diese Attitüde sind aber meiner Ansicht nach mit eine der Ursachen dafür, daß die Stabilisierungspolitik so wenig effektiv gewesen ist, abgesehen von „spätkeynesianischen Irrtümern“, von denen wir gestern im Referat von Niehans gehört haben.

Daraus folgt dann meine Empfehlung — ich kann es nicht nachdrücklich genug sagen —, die Konjunkturpolitik in den langfristigen Horizont hineinzustellen, indem man sie als Wachstumspolitik begreift. Das läßt sich übrigens auch theoretisch recht gut begründen.

Zweitens wäre zum von Herrn Issing angesprochenen Zusammenhang zwischen Macht und kompensatorischer Außenwirtschaftspolitik das Folgende anzumerken: Sicherlich kann Außenwirtschaftspolitik wie jede Politik nur getrieben werden, wenn man Macht hat. Nur glaube ich, sollte man auch hier nicht das repetieren, was vor zwei Jahren in Bonn gesagt worden ist.

Ich muß aber feststellen, daß man bei der Betrachtung des Phänomens Macht nicht nur auf die bloße Verfügbarkeit von Ressourcen abstellen darf, sondern, hier von Kindleberger lernend, die Mobilisierungsfähigkeit mit in die Betrachtung einbeziehen sollte. So wächst etwa beim Ölproblem nicht etwa nur dem die Macht zu, der die natürlichen Vorräte hat, sondern auch dem, der die Tanklager und die Tankerflotte besitzt. Dieses dynamische Potential muß man mit einbeziehen.

Die Mobilisierungsfähigkeit ist offensichtlich sehr stark vom technischen Fortschritt wie auch dem gesamten Komplex, den ich einmal unter „Entwicklungspotential“ zusammengefaßt habe, bestimmt. Das Vorhandensein entsprechender Faktoren verstärkt wiederum das Durchsetzungsvermögen der nationalen Wirtschaftspolitik, so daß wir hier durchaus von einem multikausalen Zusammenhang sprechen können, in dem sich die Verfügbarkeit von Ressourcen, die Mobilisierungsfähigkeit und das wirtschaftspolitische Durchsetzungsvermögen gegenseitig bedingen und verstärken. Eine effektive Außenwirtschaftspolitik kann zweifelsohne nicht ohne Macht getrieben werden. Aber gerade die „Erfolge“ der kompensatorischen Außenwirtschaftspolitik in struktureller Hinsicht verstärken das statische und dynamische Machtpotential und damit wiederum auch die Erfolgsaussichten der Außenwirtschaftspolitik.

Der dritte Komplex, der in den Diskussionsbeiträgen angesprochen wurde, war: Wenn man akzeptieren will, daß die kompensatorische Außenwirtschaftspolitik um so effektiver wird, je stärker das Machtgefälle zwischen dem Land, das diese Politik treibt, und anderen Industrieländern ist, wie kann dann der Zusammenhang zwischen wirtschaftspolitischer Aktivität und weltwirtschaftlicher Struktur gesehen werden?

Die kompensatorische Außenwirtschaftspolitik bezieht sich ja, wie wir alle wissen, zunächst nur auf die Einkommensseite, keineswegs aber auf die Allokationsseite. Im Außenwirtschaftsbereich handelt es sich sogar in der Regel — vom Nationalstaat her gesehen — nur darum, daß die Außenwirtschaftspolitik Einkommensströme umlenken soll. Sie kann nicht direkt auf die Höhe der wirtschaftlichen Aktivität in anderen Ländern Einfluß nehmen.

Wie kommt es dann zu diesem eigenartigen „Sprung über den Rubikon“ derart, daß man plötzlich bei der weltwirtschaftlichen Struktur landet? Meine These — vielleicht ist sie in der kurzen Zusammenfassung auch nicht stark genug hervorgekommen — ist nun die, daß die Richtung und der Umfang der Aktivität, disaggregiert in einzelne Ströme von Gütern und sonstigen Leistungen, nicht ohne Einfluß auf die

Rahmenbedingungen, auf die Struktur bleiben, innerhalb derer sich die Strombeziehungen abspielen.

Diese Struktur nun — und da sollte man auch die alte Machlup-Debatte nicht wieder eröffnen — kann sicherlich, ohne der Gefahr der verbalen Scharlatanerie zu erliegen, als Allokationsmuster beschrieben werden, als die Art und Weise, in der die wirtschaftlichen Ressourcen auf einzelne Länder verteilt werden. Hierbei handelt es sich nicht nur um natürliche Ressourcen, sondern auch um „Ressourcen der zweiten Schöpfung“, wenn Sie so wollen, nämlich besonders um technischen Fortschritt, der wiederum die Voraussetzung für die Mobilisierung der verfügbaren natürlichen Ressourcen schafft.

Wenn Wirtschaftspolitik solche mehr langfristige Aspekte berücksichtigen soll auf Grund der Vorschläge, die ich gemacht habe, daß man also einerseits Konjunkturpolitik auch als Wachstumspolitik begreifen muß, daß man andererseits dann auch wissen muß, daß jede Beeinflussung heutiger Einkommensströme à la longue Strukturveränderungen im nationalen und internationalen Bereich nach sich ziehen wird, dann muß man eben diese Struktureffekte explizit machen und in der Wirtschaftspolitik antizipieren.

Bis jetzt treten Struktureffekte ja vielfach als ungewollte Nebenwirkungen auf. Wir wissen etwa, daß die Fiskalpolitik nicht nur Einkommenseffekte hat, sondern daß hier durchaus Allokationseffekte auftreten, die dann manche politischen Parteien vielleicht so unter der Hand — das wird ihnen nachgesagt — nutzen wollen, um ihre langfristigen Vorstellungen durchzusetzen. Aber in der Regel nehmen wir bei der Besprechung der Fiskalpolitik davon relativ wenig Kenntnis, gerade infolge des zwangsläufig kurzen Zeithorizonts, den die praktische Wirtschaftspolitik hat.

Daher eben meine These, daß der Wirtschaftspolitiker diese im internationalen Kontext auftretenden Struktureffekte explizit mit einbeziehen soll in die Wirtschaftspolitik.

Drückt man sich dabei um die Therapie kurzfristiger Ursachen, wie dies Herr Borchert andeutete? Sicherlich nicht! Ich meine — deshalb habe ich mit gutem Grund das Übertragungsproblem in mein Papier eingeführt —, es hat gar keinen Sinn, nun etwa zu sagen: Defizitländer kommen zu ihren Defiziten im Verbund fester Wechselkurse nur, weil ihre aktuelle Wirtschaftspolitik in dem Sinne schlecht ist, daß hier über die eigenen Ressourcen hinaus wirksame Nachfrage geschaffen worden und dadurch die inflatorische Lücke zu groß geworden ist. Die sollen erst mal Ordnung im eigenen Haus schaffen; dann bekommen sie schon das, was sie brauchen!

Das ist zwar auch eine pädagogische Devise; aber wie in der Medizin gibt es auch in der Wirtschaftspolitik Kuren, die darauf hinauslaufen, daß der Patient gesundet, aber zugleich tot ist. Entsprechendes gilt in unserem Falle: Sofern nicht erkannt wird, daß Zahlungsbilanzdefizite auch strukturelle Ursachen haben, schaden wir den Ländern, denen wir helfen wollen, unter Umständen beträchtlich. Strukturwandlungen, die erst einmal durch Übertragungen von internationaler Liquidität „vorfinanziert“ werden müssen, sind damit eine wesentliche Voraussetzung für den Zahlungsbilanzausgleich.

Ich würde deshalb gerade im Interesse — nun nicht mehr ökonomisch, sondern politisch argumentierend — eines lebensfähigen Verbundes auch nur der Industrieländer für eine Politik der Zahlungsbilanzanpassungsfinanzierung plädieren. Denn es hat keinen Sinn, vom weltpolitischen Kontext in einem lebensfähigen Verbund der Industrieländer als einem vielleicht außerökonomischen Ziel zu abstrahieren.

Aber ob unter rein ökonomischen oder mehr politischen Gesichtspunkten: Ich halte diese nur auf einen kurzen Zeitraum, nämlich auf den eigentlichen konjunkturpolitischen Aspekt, bezogene Therapie für falsch und die entsprechende Attitüde diesen Ländern gegenüber für — milde gesagt — nicht redlich.

Dies betrifft natürlich nicht nur die Industrieländer, sondern ganz besonders die Entwicklungsländer und deren Zahlungsbilanzproblematik. Man muß diesen Ländern — deren Schwierigkeiten ich nur im vorgegebenen Rahmen nicht behandeln konnte, nicht etwa, weil ich diese Fragen als unwichtig einschätzte —, man muß also diesen Ländern die Möglichkeit geben, die Ressourcen, über die alle Industrieländer verfügen, besser mobilisieren zu können durch verstärkte Anwendung technischen Fortschritts, durch Einsatz von know how usw. Hierzu aber bedarf es längerer Anpassungsfristen. Die Finanzierung der strukturellen Modernisierung kann nicht ohne Übertragung internationaler Liquidität geschehen. Dies muß aber nun nicht unbedingt von seiten der Weltbank durch Geldschöpfung geschehen, wie unterstellt wurde — in meinem Papier findet sich in dieser Beziehung ganz bewußt kein Hinweis —, sondern die Anpassungshilfe soll von seiten der Länder kommen, die, wie man so schön sagt, chronische Handelsbilanzüberschüsse haben und damit über sehr gut gepolsterte Währungsreserven verfügen. Es handelt sich also um keine Unterlassung von meiner Seite, sondern ich habe mit vollem Bewußtsein diese Therapiefrage nicht in der Form behandelt, wie das der Korreferent sehen wollte.

Zuletzt noch eine Frage, die mit Recht gestellt worden ist: Wie unterscheidet man denn — und das ist das Problem der normativen Aus-

sage in meinem Referat — exogene, d. h. wirtschaftlich herbeigeführte, von endogenen, quasi „natürlichen“ Strukturveränderungen?

Konkrete Angaben hierzu sind außerordentlich schwierig zu fixieren. Man könnte jetzt in die große Frage der strukturellen Dynamik der Weltwirtschaft eintreten. Aber läßt sich denn exakt vorhersagen — Herr Fritsch, Sie wissen da besser Bescheid als ich —, wie die Weltwirtschaft in zehn Jahren aussehen wird? Das ist eine Frage.

Man muß sicherlich — ich würde sagen, auch hier wissen wir empirisch zu wenig — die Wirtschaftspolitik in dieser Hinsicht durch Ratschläge von kompetenter Seite bereichern. Aber selbst wenn wir nicht genau wissen, wie in 10, 20 oder 30 Jahren die endogene Allokationsstruktur in der Weltwirtschaft aussehen wird, wissen wir doch eines, nämlich daß gerade große und in dem von mir definierten Sinne mächtige Länder mit starkem wirtschaftspolitischem Durchsetzungsvermögen die Wirtschaftspolitik, die sie treiben, benützen können, um die Strukturwandlung in ihrem Sinn zu beeinflussen. Insofern ergibt sich grundsätzlich eine mehr negative Abgrenzung: Als endogene Strukturveränderung ist die gesamte, empirisch festgestellte Strukturveränderung zu bezeichnen, abzüglich derjenigen, die durch die jeweils beobachtete wirtschaftspolitische Aktivität der mächtigen Länder hervorgerufen ist.

Wenn ich nun — damit darf ich noch einmal zum Kern meines Referates zurückkehren — sage, daß diese politisch verursachten Struktureffekte explizit gemacht und möglichst empirisch verifiziert werden müssen, damit sie in die Außenwirtschaftspolitik internalisiert und damit berücksichtigt werden können, dann dürften sich nur noch endogene Struktureffekte zeigen. Die entsprechende außenwirtschaftspolitische Norm wäre dann zwar negativ formuliert, würde sich aber, wenn auch als eine second-best-Devisen, vielleicht doch als ein praktikables Gebot erweisen.

Otmar Issing (Nürnberg):

Im Lauf der Diskussion hat sich vor allem mit der sicher zu bedenkenden Ausweitung des Stabilitätsbegriffes Sprengstoff angesammelt, und ich bin für die automatische Stabilisierung der Auseinandersetzung durch das Ende der Diskussion nicht ganz undankbar.

Aber wenn ich das recht sehe, dann droht mit der Wechselkursfrage bereits neue Gefahr oder auch eine neue Möglichkeit und Hoffnung auf Auseinandersetzung.

Die Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik

Von *Emil Küng*, St. Gallen*

1. Entpolitisierung des Wechselkurses?

Noch in den vergangenen dreißiger Jahren wurde in manchen Kreisen allen Ernstes die Auffassung vertreten, der Wechselkurs sei eine gleichsam mystische Erscheinung, an der man niemals rühren dürfe. Wenn auch alle anderen wirtschaftlichen Größen sich im Zeitablauf veränderten — bei ihm handle es sich gleichsam um einen archimedischen Punkt, der außerhalb jeglicher Veränderung zu stehen und zu bleiben habe. Denn auf etwas müsse sich der Mensch doch verlassen können: auf die Wechselkursstabilität.

Diese Ansicht entstammt unzweifelhaft dem Gedankengebäude der klassischen Goldwährung von vor dem ersten Weltkrieg, in welchem zusammen mit der *pax britannica* die Unverrückbarkeit der Devisenpreise zu einem obersten Ziel erklärt worden war, dem sich Wachstum und Beschäftigungslage, Preis- und Kostenniveau der einzelnen Länder unterzuordnen hatten. Im Einklang damit hatte ein Land mit Zahlungsbilanzdefizit eine Deflationspolitik in Kauf zu nehmen, ganz gleichgültig welches die Folgen für seine Binnenwirtschaft sein mochten. Gleichzeitig war jedoch auch einem anderen Land mit Überschüssen vorgeschrieben, Inflationspolitik zu betreiben, und zwar nicht nur in dem Ausmaße, in dem die Vermehrung seiner Devisenbestände Anlaß gab zu einer Vergrößerung der Notenbankgeldmenge, sondern unter Umständen (gestützt auf den Kreditschöpfungsmultiplikator) darüber hinaus. Derart drakonische Spielregeln galten selbst für den Fall, daß die Zahlungsbilanzfehlbeträge und -überschüsse zurückzuführen waren auf

* Geboren am 20. Juli 1914 in Kaltenbach (Thurgau, Schweiz). 1939 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Bern. 1940 - 1942 Mitarbeit am Institut für Wirtschaftsforschung der Eidgenössischen Technischen Hochschule Zürich. 1942 - 1944 praktische Tätigkeit in einem Großbetrieb des Detailhandels. 1944 Habilitation an der Handels-Hochschule St. Gallen. 1944 - 1952 Mitarbeiter am Schweizerischen Institut für Außenwirtschafts- und Marktforschung der Handels-Hochschule St. Gallen. 1944 - 1950 Privatdozent, 1950 außerordentlicher Professor und ab 1952 ordentlicher Professor an der erwähnten Hochschule. Hauptarbeitsgebiete: Außenwirtschaftspolitik; Geld-, Kredit- und Währungspolitik, Entwicklungsländerprobleme, Sozialphilosophie.

internationale Kapitalbewegungen und nicht auf die Transaktionen der Leistungsbilanz.

So sehr man sich heute wundern mag, daß eine solche Ordnung anerkannt und eingehalten wurde (obwohl sie gar nicht auf völkerrechtlichen Verträgen beruhte), so haben wir uns doch auch darüber Rechenschaft abzulegen, daß sie unverkennbar Elemente der Solidarität in sich schloß. Die Inflationspolitik des Überschußlandes bedeutete nämlich eine künstliche Steigerung des Volkseinkommens, die vermittels der Importfunktion dazu beitrug, die Bezüge aus dem Defizitland zu erhöhen und so den „Goldstrom“ dorthin zurückzulenken. Gleichzeitig brauchte die Notenbank im Defizitland lediglich das herrschende Zinsniveau anzuheben, um sicher zu sein, daß gestützt auf das Ertragsmotiv fremde Kapitalien zuflossen und die Lage erleichterten. Schließlich verdient, erwähnt zu werden, daß das ganze System gekennzeichnet war durch eine gegenseitige Austauschbarkeit der Währungen untereinander, die ebensowenig in Frage gestellt wurde wie die Stabilität der Wechselkurse. Infolgedessen fehlten auch jene destabilisierenden kurzfristigen internationalen Kapitalwanderungen, die ihre Ursache bloß in erwarteten Kursverschiebungen haben.

Derartige Schilderungen mögen heutzutage antiquiert anmuten. In Wirklichkeit ist jedoch ihr Erkenntniswert nicht zu unterschätzen für ein Gebilde wie die Europäische Gemeinschaft, die eine Währungsunion auf dem Programm hat. Denn bedeutet dies nicht, daß früher oder später absolut starre Wechselkurse zwischen den angeschlossenen Währungen hergestellt werden sollen? Ist es nicht identisch mit dem ausdrücklichen Verzicht auf jegliche Wechselkurspolitik im Innern der angestrebten Wirtschaftsunion? Scheidet damit die Wechselkurspolitik als Instrumentvariable im Dienste der Stabilisierungspolitik nicht erneut völlig aus? Müssen dann nicht Regeln gefunden und eingehalten werden, die diesen Zustand ermöglichen und gewährleisten? Und sind es nicht zwangsläufig Normen von einer ähnlichen Art, wie sie vor 1914 nicht nur hingenommen, sondern auch bejaht wurden?

Gewiß, wir haben uns in der Zwischenzeit daran gewöhnt, daß die Kursstabilität nicht mehr einen obersten Wert verkörpern soll; aus einem Zweck wurde ein Mittel, das wie andere Werkzeuge eingesetzt zu werden pflegt zur Sicherung von Vollbeschäftigung und Wachstum, von Preisstabilität und Zahlungsbilanzausgleich. Warum soll eine Größe wie der Wechselkurs um jeden Preis stabil gehalten werden, während andere, die mindestens ebenso bedeutungsvoll sind wie das Zinsniveau oder der Beschäftigungsgrad, die Kaufkraft des Geldes oder die Wachstumsrate variieren dürfen? Kein Zweifel: Das Tabu von früher ist gebrochen. Wechselkursänderungen werden zunächst mehr oder minder

bedenkenlos in den Dienst des Zahlungsbilanzausgleichs gestellt — mit der einleuchtenden Begründung, beim Wechselkurs handle es sich letztlich um einen Preis, der ungefähr auf der Höhe seines Gleichgewichtsniveaus zu halten sei, wenn nicht Störungen auftreten sollen.

Schon früher wurde sodann die Wechselkurspolitik in den Dienst von Vollbeschäftigung und Wachstum gestellt, zum Export von Arbeitslosigkeit mißbraucht und als „beggar-my neighbour-policy“ Gegenstand nationalistischer Auswüchse. Dies hatte zur Folge, daß kompetitive Abwertungen durch die Währungsordnung von Bretton Woods in Acht und Bann getan wurden und daß man erklärte, Vollbeschäftigung stelle ein Ziel dar, das ausschließlich mit binnenwirtschaftlichen Mitteln erreicht werden müsse.

Neu ist nun jene Betrachtungsweise, die es zulassen möchte, die Wechselkurspolitik als Hilfsmittel der Stabilisierungspolitik zu verwenden. Diese jüngste Wendung der Dinge erklärt sich unschwer daraus, daß die Inflation zum drohendsten Gespenst der Nachkriegszeit geworden ist und daß deshalb die Wirtschaftspolitiker, die die Aufgabe der Inflationsbekämpfung übertragen erhielten, sich nach allen geeignet erscheinenden Maßnahmen umsahen. Hinzuzufügen ist natürlich, daß das allzu lange Festhalten an unterbewerteten Kursen da und dort dazu beitrug, die importierte Inflation zu fördern. Es erhebt sich jedoch sogleich der Verdacht, ob damit die Wechselkurspolitik nicht in analoger Weise zweckentfremdet werde wie seinerzeit in den dreißiger Jahren, nur daß es diesmal nicht darum geht, die Unterbeschäftigung zu überwinden, sondern die Inflation fernzuhalten. Ist eine solche Politik ferner vereinbar mit dem Ziel des Zahlungsbilanzausgleichs, dem der Wechselkurs doch wohl in erster Linie zu dienen hätte?

Wenn von einer „Entpolitisierung des Wechselkurses“ gesprochen wird, lassen sich demnach zweierlei Dinge darunter verstehen. Erstens mag damit das „Einfrieren“ des Wechselkurses auf einem bestimmten Stand gemeint sein, wie es in der klassischen Goldwährung praktiziert wurde und möglicherweise in einer kommenden Währungsunion erneut notwendig sein wird. In diesem Falle wird das Werkzeug bewußt aus der Verwendung gezogen. Zweitens bestünde eine sinnvolle Interpretation dieses Ausdruckes aber auch darin, daß die Wechselkurspolitik ausschließlich für den Zahlungsbilanzausgleich eingesetzt würde; andere Aufgaben wären ihr deshalb nicht zugewiesen, weil dies mit einer akuten Mißbrauchsgefahr verbunden erscheint. Im Einklang damit würden in einer künftigen Währungsordnung vielleicht nicht bloß die Abwertungswettläufe untersagt, sondern auch die gegenseitige Überbietung mit Aufwertungen bzw. ein entsprechendes „verschmutztes Floating“. Angesichts dieser Problematik rechtfertigt es sich, vorerst

einmal die Frage aufzuwerfen, wie denn ein entpolitisierter Wechselkurs auszusehen hätte, der dem zweiten Typus entsprechen würde.

2. Der Gleichgewichtswechselkurs

In den vierziger und fünfziger Jahren fand eine lebhaftere Diskussion darüber statt, welches die Kriterien seien, denen der Gleichgewichtswechselkurs zu genügen habe. Hierbei wurde eine gewisse Einigung insofern erzielt, als es ein Trendwert sein müsse, der unabhängig sei von den jahreszeitlichen Schwankungen, aber sogar von den konjunkturellen Ausschlägen. Der Wechselkurs, der in einer Aufschwungsperiode die Zahlungsbilanz tatsächlich ausgleiche, brauche demzufolge nicht übereinzustimmen mit jenem, der dies während einer Niedergangphase besorge; der Gleichgewichtskurs hingegen sei auf jener Höhe anzunehmen, die den Ausgleich im Durchschnitt des ganzen Zyklus garantiere. Eine Wechselkurspolitik, die darauf abziele, den Zahlungsbilanzausgleich in den Mittelpunkt zu stellen, müsse im Einklang damit vorübergehende Defizite und Überschüsse in Kauf nehmen und könne durchaus auf eine längerfristige Stabilität ausgerichtet sein; für die Bewältigung der temporären Salden seien ja die Währungsreserven da.

Dieses Resultat der geführten Debatte ist in verschiedener Hinsicht der Kritik ausgesetzt. Erstens unterstellt es implizite, die Konjunkturschwankungen verliefen ungefähr in der Form einer Sinuskurve, weil nur dann auf längere Frist eine Kompensation von Überschüssen und Defiziten zu erwarten ist. Die Forschung hat nun aber eindeutig dargetan, daß diese Hypothese längst nicht immer zutrifft.

Zweitens wurde dem Phänomen des Wirtschaftswachstums und insbesondere der länderweise unterschiedlichen Wachstumsraten nicht Rechnung getragen. Daß also beispielsweise die Entwicklungsländer während vielen Jahrzehnten fast notwendigerweise Tendenzen zu Zahlungsbilanzfehlbeträgen und in Verbindung damit einen Kapitalimportbedarf aufweisen, der den Begriff des Gleichgewichtskurses problematisch erscheinen läßt, blieb damals unerörtert. Daß als Gegenstück dazu die alten Industrieländer Überschüsse in ihren Leistungsbilanzen zu erzielen haben, um einseitige Übertragungen vornehmen zu können, liegt nahe. Immerhin läßt sich dies einbauen, indem nicht ein Ausgleich der Leistungsbilanz, sondern der Bilanz der laufenden Transaktionen gefordert wird, in die dann auch die einseitigen Übertragungen einbezogen werden.

Damit ist freilich drittens bereits ein politisches Element in die Betrachtungen geraten. Wieviel Kapitalexport von der erwähnten oder

vielleicht auch einer sonstigen Art angestrebt wird, ist nicht einfach eine Angelegenheit des Marktes, sondern auch der behördlichen Instanzen. Werden außerdem die langfristigen produktiven Kapitalbewegungen ausdrücklich einbezogen, die durch die Privatwirtschaft ausgelöst werden, so gelangen wir bekanntlich zur Grundbilanz, und das Ausgleichspostulat erstreckt sich dann auf diesen Begriff.

Ein normatives Vorurteil liegt den Ableitungen viertens auch insofern zugrunde, als ein längerfristiger Ausgleich der Grundbilanz bei ganz verschiedenen Beschäftigungs- und Einkommensniveaus möglich ist. Nun wird man aber in wirtschaftspolitischer Hinsicht kaum einen „Gleichgewichtswchselkurs“ akzeptieren, der zwar den Zahlungsbilanzausgleich herstellt, aber nur um den Preis einer mehr oder minder dauernden Unterbeschäftigung. Als zusätzliche Bedingung wird daher von ihm verlangt, daß er mindestens keine außenwirtschaftlich induzierte Unterbeschäftigung hervorrufe.

Doch damit stoßen wir bereits wieder auf die vorhin angeschnittene Frage der Vereinbarkeit einer Wechselkurspolitik mit dem Zweck des bloßen Zahlungsbilanzausgleichs und einer anderen, der auch die Aufgabe einer gewissen Beschäftigungspolitik übertragen wird. Das Problem stellt sich etwa dann in konkreter Form, wenn die weltwirtschaftliche Umwelt gekennzeichnet ist durch Arbeitslosigkeit, während das Inland Vollbeschäftigung nicht nur anstrebt, sondern auch herstellt. In diesem Falle wird seine Importgüternachfrage außergewöhnlich intensiv sein, die Absatzmöglichkeiten für die Exportwirtschaft dagegen werden zu wünschen übrig lassen, und die Zahlungsbilanz neigt zum Defizit. Soll dies vermieden werden, so ist die eigene Währung abzuwerten oder ein entsprechendes verschmutztes Floating zu betreiben. Das werden jedoch die ausländischen Handelspartner als künstliche Exportförderung und als Export von Arbeitslosigkeit betrachten und allenfalls Retorsionsmaßnahmen dagegen ergreifen. Das Problem ist deswegen in unserem Zusammenhang von Interesse, weil es mit umgekehrten Vorzeichen wieder auftaucht, wenn der Vorwurf des Exportes von Inflation erhoben wird, sobald die Wechselkurspolitik in den Dienst der Stabilisierungspolitik gestellt wird.

3. Das „Valutadumping“

Verbleiben wir darum noch etwas bei dem Tatbestand, der gelegentlich auch als „Valutadumping“ umschrieben wird. Natürlich handelt es sich streng genommen nicht um Dumping im Sinne einer internationalen Preisdifferenzierung zwischen Exportland und Importland, eines Angebotes unter Selbstkosten (einschließlich Transportspesen und

Zölle) oder eines Verkaufes unter jenen Preisen, die in einem Drittland verlangt werden. Infolgedessen sind auch nicht ohne weiteres jene autonomen Gegenmaßnahmen erlaubt, die das Völkerrecht dem vom Dumping betroffenen Lande zugesteht. Nichtsdestoweniger muß betont werden, daß die Wirkungen sehr wohl ebenso verheerend sein können wie bei einem Dumping im üblichen Sinne: Marktzerüttung, Entlassungen, kleinere Gewinne und größere Verluste, Preisdruck und Konkurse usw. Worauf es jedoch in erster Linie ankommt, sind offenkundig diese Effekte. Das ist denn auch der Grund, warum kompetitive Abwertungen verfeht wurden.

Auf der anderen Seite stellten wir indessen fest, daß sich unser Land bei seiner Wechselkurspolitik durchaus am Ziel des Zahlungsbilanzausgleichs orientierte — allerdings mit einem Schuß Beschäftigungspolitik, wobei aber über den Grad dieses Zusatzes endlose und unfruchtbare Auseinandersetzungen möglich sind, die sich wissenschaftlich nicht schlichten lassen, weil normative Elemente eine Rolle spielen. Um aus dieser Sackgasse herauszukommen, drängt sich die Frage auf, ob das Problem nicht anders anzupacken sei, ob man also nicht ausgehen sollte von der Zielvorstellung, der Wechselkurs und die Wechselkurspolitik hätten sich wettbewerbsneutral zu verhalten. Auf diese Weise ließe sich das Valutadumping möglicherweise in den Griff bekommen, und es wären Grundsätze anzuwenden, die auf anderen Gebieten entwickelt wurden.

4. Wettbewerbsneutralität des Wechselkurses?

Leider erweist sich auch dieser Ausweg nicht als gangbar. Gewiß kennt man etwa das Verbot der Exportsubventionen, wobei als Begründung angegeben wird, sie führten zu einer Wettbewerbsverzerrung, zu einer Konkurrenz mit ungleich langen Spießen, da die einen Anbieter durch staatliche Zuschüsse begünstigt würden, die anderen dagegen nicht. Allein, Wettbewerbsverfälschungen ähnlicher Art gibt es auch ohne derartige Subsidien. Wir brauchen lediglich den Fall einer unterbewerteten Währung etwas näher zu analysieren.

Hier profitiert die Exportwirtschaft offenkundig davon, daß Sozialkosten auflaufen, die sie nicht internalisiert. Worin bestehen sie? Sie kommen zum Ausdruck in Importgüterpreisen, die höher sind, als sie zu sein brauchten. Träger der entsprechenden Lasten sind jene, die einen Abzug ihres Realeinkommens hinzunehmen haben. Nutznießer ist die Exportwirtschaft und jener Teil der Binnenwirtschaft, der mit den Importgütern im Wettbewerb steht. Beiden Gruppen werden Konkurrenzvorteile zugeschanzt, die auf Kosten anderer gehen. Beide haben Gelegenheit, ihre Kapazitäten zu vergrößern und ihre Markt-

anteile auszudehnen, ohne daß sie selbst eine spezifische Überlegenheit demonstrieren müßten. Im Vergleich zu den ausländischen Konkurrenten könnte man von einer Diskriminierung, d. h. von einer Verletzung des Gleichbehandlungsprinzips sprechen, obwohl in formalrechtlicher Beziehung kein derartiger Tatbestand vorliegt. Dennoch: Der Wettbewerb vollzieht sich nicht neutral, sondern gleichsam mit gezinkten Karten.

Wenn wir uns freilich danach erkundigen, worauf denn nun die Begünstigung beruht, stoßen wir sogleich wieder auf die Unterbewertung der Währung und damit erneut auf den Gleichgewichtswechselkurs als Vergleichsmaßstab. Gewonnen ist mithin nichts. Auch der Vorwurf der fehlenden Wettbewerbsneutralität gründet letzten Endes darauf, daß der tatsächliche Wechselkurs nicht übereinstimme mit dem hypothetischen Gleichgewichtskurs und daß dieser realisiert werden sollte.

Selbst wenn wir uns indessen darauf einigen würden, als Gleichgewichtskurs habe jener zu gelten, der „auf längere Frist“ die Grundbilanz ausgleiche, so daß per Saldo weder Reservenverluste noch -vermehrungen zu verzeichnen seien, bleibt zum mindesten die Frage der empirischen Ermittlung offen. Konkret geht es darum, etwa den Satz einer unter diesem Gesichtspunkt erforderlichen Aufwertung oder Abwertung zu bestimmen. Wer je mit derartigen Dingen zu tun hatte, weiß indessen zur Genüge, daß weder die Ermittlung einer Kaufkraftdisparität noch einer Kostendisparität oder einer Einkommensdisparität schlüssige Resultate zutage zu fördern vermag. Stets ist vielmehr die Frage der Basisperiode zu entscheiden, und dieser Entscheid ist unweigerlich Anfechtungen ausgesetzt. Auch die Wahl der Vergleichsländer und der Indizes für die Preise und die Kosten ist notwendigerweise dem subjektiven Urteil dessen überlassen, der die Berechnungen durchführt. Die erzielbaren Ergebnisse sind daher bestenfalls mit größter Vorsicht zu genießen und mit erheblichen Fehlergrenzen belastet.

5. Kreislaufneutralität des Wechselkurses

In Anbetracht dieser enttäuschenden Schlußfolgerungen taucht die Frage auf, ob vielleicht ein anderer „approach“ zum gewünschten Ziele führe, nämlich die Randbedingung, der Wechselkurs solle jene Höhe aufweisen, bei der sich für die einheimische Wirtschaft weder expansive noch restriktive Einflüsse geltend machten. Dieses Erfordernis ist offenbar bei längerfristiger Betrachtungsweise am ehesten dann erfüllt, wenn die Grundbilanz ohne Saldo abschließt. Es scheint, daß ein derartiges Kriterium nicht nur den nationalen Wünschen Rechnung trägt, sondern auch den übernationalen Gesichtspunkten, die darauf hinaus-

laufen, daß der Wechselkurs eines Landes nicht nur seine eigene Angelegenheit sei, sondern ebenso eine Frage, die die Handelspartner aufs unmittelbarste interessiere. Stellten sich nun für die betreffende Volkswirtschaft keine extern bedingten Veränderungen der makroökonomischen Größen ein, so sei dies auch für die Umwelt der Fall, und es fehlten also unerwünschte Störungseinflüsse.

Dem ist jedoch gegenüberzuhalten, daß der Welthandel normalerweise wächst, daß dies üblicherweise auch für den internationalen Zahlungs- und Kapitalverkehr unseres Landes zutrifft und daß daraus ein zunehmender Bedarf an Währungsreserven resultiert, weil anzunehmen ist, daß in der Regel auch die Ausschläge der Zahlungsbilanz größer werden. Zusätzliche Reserven vermag man sich aber nur durch Überschüsse der Grundbilanz zu erwerben. Ihnen hätten dann Defizite z. B. der Entwicklungsländer, der Leitwährungsländer oder Goldlieferungen der Goldproduktionsländer gegenüberzustehen. Eine elegantere Lösung ergäbe sich, falls die gewünschten zusätzlichen Reserven nicht erworben zu werden brauchten, sondern in Form von „geborgten Reserven“ (Ziehungsrechte des Internationalen Währungsfonds) zur Verfügung gestellt würden. Am reibungslosesten ließe sich das Problem lösen durch Zuteilung von „geschenkten Reserven“, d. h. von Sonderziehungsrechten des Fonds.

Abgesehen von diesem Aspekt muß vor allen Dingen darauf aufmerksam gemacht werden, daß das Prinzip, der Wechselkurs solle sich in jener Höhe einspielen oder gehalten werden, in der keine Kreislaufwirkungen stattfinden, im Grunde identisch ist mit einem Verzicht auf aktive Wechselkurspolitik. Das Begehren wird unzweifelhaft am ehesten erfüllt bei reinem Floating, bei dem sich die Notenbank von jeglicher Intervention am Devisenmarkt distanziert. Es wird aber annäherungsweise auch dort verwirklicht, wo die Zentralbank bestrebt ist, zufällige, jahreszeitliche oder konjunkturelle Einflüsse zu kompensieren, im übrigen aber die Trendentwicklung sich voll auswirken zu lassen. In diesen Rahmen gehört weiter eine kurzfristig-treppenförmige Kurskorrektur in Gestalt von Abwertungen, wie sie etwa Brasilien praktiziert oder wie sie im Vorschlag eines mittelfristig garantierten Paritätsanstiegs des Sachverständigenrates der Bundesrepublik enthalten war.

Diese passive Politik läßt sich in aufschlußreicher Weise vergleichen mit der sogenannten konstatierenden Diskontpolitik. In beiden Fällen geht es darum, den Markt zum Zuge kommen zu lassen und hinterher das zu sanktionieren, was er zustande gebracht hat. Von einer aktiven Einwirkung, von einem bewußten Setzen neuer Daten, an die sich die Wirtschaft anzupassen hätte, kann nicht die Rede sein. Die Notenbank

ist gleichsam Optionsempfänger, nicht aber Optionsfixierer. Sie konstatiert, aber sie diktiert nicht. Infolgedessen steht aber auch außer Frage, daß die Wechselkurspolitik aktiv in den Dienst der Stabilisierungspolitik gestellt würde. Sie vermag günstigenfalls Störungen von außen aufzufangen und eine importierte Expansion des Binnenkreislaufes zu verhindern — aber nicht mehr.

Dieses Modell entspricht weitgehend dem, was aus der Reform der Währungsordnung von Bretton Woods zu werden scheint. Darin hat man sich bereits auf stabile, aber kurzfristig anpassungsfähige Kurse festgelegt. Kurzfristige Anpassung bedeutet, daß man offenbar nicht mehr bereit ist, so lange mit Kursberichtigungen zu warten, bis ein fundamentales Ungleichgewicht nach Jahren der Beobachtung statistisch eindeutig festgestellt werden kann. Vielmehr geht die Absicht dahin, schon bei geringfügigen Anzeichen eines Ungleichgewichtes der Grundbilanz zur Variation des Wechselkurses zu greifen.

Die Rechtfertigung für eine solche prompte Anpassung wird zur Hauptsache darin erblickt, daß nur auf diese Weise den destabilisierenden privaten Kapitalbewegungen zuvorzukommen sei, die heutzutage schon überaus früh einsetzen und auf dem Euromarkt, bei den multinationalen Unternehmungen, bei den Banken und den Ölscheichs riesige Mittel zu mobilisieren vermöchten. Von den Verwaltern dieser flüssigen Mittel werde die Zahlungsbilanzentwicklung aufs genaueste verfolgt, und es seien Wanderungen weg von abwertungsverdächtigen Währungen und hin zu aufwertungsverdächtigen Währungen in Rechnung zu stellen, sobald die Indikatoren auch nur den Anschein einer Unterbewertung bzw. Überbewertung erwecken.

6. Aktive Wechselkurspolitik?

Die soeben umrissene Einstellung erinnert in fataler Weise an die klassische Goldwährung, als die nationale Wirtschaftspolitik ebenfalls mehr oder minder sklavisch den Erfordernissen der Zahlungsbilanz untergeordnet wurde, gleichgültig welche Konsequenzen dies für Beschäftigung und Volkseinkommen haben mochte. Ist die konstatierende Wechselkurspolitik nicht diesem Verfahren in höchstem Maße ähnlich — nur daß hier der Wechselkurs als *die* zentrale Variable und nicht als eine Gegebenheit aufgefaßt wird? Tritt damit nicht die passive Wechselkurspolitik in einem gewissen Sinne an die Stelle der Diskontpolitik, die der Notenbank ebenfalls einigermaßen vorgeschrieben war? Läßt sich unter solchen Umständen überhaupt noch von einer autonomen Wechselkurspolitik reden? Und ist damit nicht insbesondere jeder positive Beitrag zur Stabilisierungspolitik ausgeschlossen?

Es ist an der Zeit, daß wir die Frage aufwerfen, wie denn die Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik wirklich im einzelnen auszusehen hätte. Offenbar dürfte sie sich nicht damit begnügen, lediglich kreislaufneutral zu wirken, sondern hätte darüber hinaus einen Beitrag zur Inflationsbekämpfung zu leisten. Sie müßte mit anderen Worten Deflation importieren oder, umgekehrt formuliert, Inflation exportieren. Genau im Gegensatz zum Fall der dreißiger Jahre bestünde ihre Aufgabe nicht darin, Arbeitslosigkeit zu exportieren, sondern Überbeschäftigung. Zu diesem Zweck wäre nicht einfach die Grundbilanz auszugleichen, sondern ein Defizit anzustreben. Ja, es ginge nicht nur darum, den Gleichgewichtswechsellkurs herzustellen, sondern bewußt eine Überbewertung der eigenen Währung zu schaffen. Nicht ein Wettbewerbsvorteil auf den Außenmärkten sollte postuliert werden, sondern im Gegenteil so etwas wie ein „negatives Valutadumping“.

Das sind höchst ungewohnte Formulierungen. Dennoch: Wenn die Wechselkurspolitik tatsächlich nicht nur eine importierte Inflation verhindern soll, sondern die Aufgabe übertragen erhält, die Stabilisierungspolitik von der außenwirtschaftlichen Flanke her zu unterstützen und zu verstärken, erscheint die Problemstellung durchaus sinnvoll. Hinzugefügt werden muß lediglich, daß sie recht nationalistisch klingt und wenig von jenem Geist der Solidarität enthält, der bereits der Goldwährung inhärent war und der auch der Währungsunion wieder eigen sein soll.

Abgesehen davon ist einiges zugunsten solcher Währungspolitik ins Feld zu führen. Vorerst gilt es vor allen Dingen zu beachten, daß die Inflation nach dem zweiten Weltkrieg fast zu einem säkularen Phänomen geworden ist. Angesichts ihrer chronischen Natur und im Hinblick auf die offenbar äußerst kräftigen Auftriebendenzen lohnt es sich, auch von unkonventionellen Mitteln Gebrauch zu machen. Es ist kein Zufall, daß die Stabilisierungspolitik in den vordersten Rang gerückt ist und die Ziele von Wachstum und Vollbeschäftigung daraus verdrängt hat. Ist es unter solchen Umständen nicht ähnlich wie in den dreißiger Jahren vertretbar, der Wechselkurspolitik zusätzliche Pflichten aufzubürden, selbst wenn dies gemäß der bloß passiven oder adaptiven Variante einer Zweckentfremdung gleichkommt? Werden nicht auch den Steuern noch ordnungspolitische Funktionen überbunden und nicht bloß jene der Einnahmenbeschaffung?

Der konstatierenden Wechselkurspolitik könnte man sodann vorwerfen, bei ihr handle es sich gar nicht um eine echte Politik in dem Sinne, daß der Wirtschaft neue Daten gesetzt würden, an die sie sich anzupassen hätte. Statt dessen beobachte man mit Argusaugen die Entwicklung der sich selbst überlassenen Märkte, um von Zeit zu Zeit

jene Wechselkurskorrekturen vorzunehmen, die sich zur Sicherung des Zahlungsbilanzausgleichs aufdrängten. Ja, im Extremfall überlasse man das Feld sogar gänzlich den Marktkräften — selbst am Devisenmarkt. Dieses reine Floating stelle indessen in wirtschaftspolitischer Betrachtungsweise so etwas wie eine Kapitulation dar. Wozu verfüge man denn über Währungsreserven, wenn man nicht gedenkt, sie einzusetzen? Werden sie dann nicht im Prinzip völlig überflüssig?

Nein: Eine ihrer Macht bewußte Wirtschaftspolitik sollte nicht einfach hinter den Ereignissen herlaufen und sie nachträglich sanktionieren. Gerade dann, wenn die Binnenwirtschaftspolitik allergrößte Mühe habe, mit dem Problem der fortschreitenden Geldentwertung fertigzuwerden, benötige sie Unterstützung von außen — und zwar ganz gleichgültig, was die anderen Regierungen und Notenbanken dazu sagen. Im eigenen Hause Ordnung zu schaffen, sei die primäre Aufgabe der stabilisierungspolitischen Organe, selbst wenn die gesamte weltwirtschaftliche Umwelt in der schleichenden oder trabenden Inflation versinke.

7. Autonome Stabilisierungspolitik

So tritt denn in dieser Denkweise die autonome Stabilisierungspolitik an die Stelle der autonomen Konjunkturpolitik der dreißiger Jahre. Die Frage lautet alsdann, in welcher Weise die Wechselkurspolitik in ihren Dienst zu stellen sei. Die Antwort fällt leicht: Herbeiführen eines Kursniveaus für die eigene Währung, das über dem Niveau des Gleichgewichtskurses liegt, oder im Falle der schwankenden Kurse ein verschmutztes Floating, bei welchem fortgesetzt Währungsreserven abgegeben werden, um den Kurs der eigenen Währung höher zu halten, als er sich sonst eingespielt hätte. Es ist nicht nötig, diese beiden Vorgehensweisen scharf auseinanderzuhalten; sie stimmen insofern überein, als beide absichtlich ein Defizit der Grundbilanz und vielleicht sogar der Leistungsbilanz herbeizuführen bestrebt sind.

Das ist nun freilich eine ziemlich ungewohnte Zielsetzung. Sie erscheint jedoch vorerst recht plausibel, wenn wir uns vergegenwärtigen, daß die importierte Inflation sich auf dem Wege einer unterbewerteten Währung, eines Überschusses der Grundbilanz und allenfalls eines Kapitalzustromes durchsetzte. Sorgen wir dafür, daß entgegengesetzte Vorzeichen zustande kommen, und wir werden so etwas wie eine importierte Deflation erhalten — also genau das, was unter kreislauftechnischen Gesichtspunkten wünschenswert erscheint. Bedeutet nicht ein Fehlbetrag der Leistungsbilanz, daß wir wertmäßig mehr Güter einführen als ausführen und daß sich daraus ein von außen stammender Angebotsüberschuß auf den einheimischen Warenmärkten einstellt,

der preisdrückend wirken sollte? Ist dieselbe Situation, von der Geldseite her betrachtet, nicht dadurch charakterisiert, daß wir mehr Kaufkraft ans Ausland abtreten, als wir von ihm empfangen, und daß auf diese Weise unser eigener Geldstrom schmaler wird?

Gewiß, die direkte Übertragung steigender Auslandspreise auf das einheimische Preisniveau ist damit nicht restlos aus der Welt geschafft. Immerhin: Verglichen mit der passiven Wechselkurspolitik ist die Sachlage selbst in dieser Hinsicht günstiger. Um den Prozentsatz, um den der Dollarkurs tiefer gehalten wird, als er sonst zu liegen käme, verbilligen sich auch die Importgüter. Das mag bei Preishaussen von der Dimension des Erdöls nur verhältnismäßig wenig sein — aber wenig ist besser als nichts. Zum mindesten ist man nicht bereit, diese Ereignisse einfach tatenlos hinzunehmen, sondern es wird etwas dagegen vorgekehrt.

Gerät man auf die gekennzeichnete Weise in die Situation eines Defizitlandes, so wird man auch der Vorteile teilhaftig, die für solche „Notlagen“ in Aussicht genommen sind. Man kann — endlich — eine eventuelle „Supergoldtranche“ beim Internationalen Währungsfonds abbauen, die in früheren Überschußzeiten entstand. Man erhält Gelegenheit, die Goldtranche zu benützen und insbesondere mit Hilfe der zugewiesenen „normalen Ziehungsrechte“ fremde Währungen zu beziehen, d. h. die Kredittranche in Anspruch zu nehmen. Allerdings sind diese Darlehen verzinslich. Aber was bedeutet das schon in einer Periode, in der sich die Inflationsrate in der Gegend dieses Zinsniveaus bewegt und vielleicht sogar darüber liegt. Muß man da nicht ein eminentes Interesse daran entwickeln, jene Nominalwerte im Rahmen des eigenen Volksvermögens loszuwerden, die außenwirtschaftlich liquidierbar sind, und dafür Sachwerte (nämlich Importgüter) einzutauschen? Zu diesen Nominalwerten zählen selbstverständlich auch die Sonderziehungsrechte, die der Internationale Währungsfonds gratis verteilt hat und die bei einer bloß 70prozentigen Beanspruchung nicht zurückgekauft werden müssen.

Kurz: Wir sehen, daß ein bewußt hervorgerufenes Zahlungsbilanzdefizit in einer Epoche der chronischen Inflation eine Reihe von Pluspunkten für sich buchen kann — genau wie das mikroökonomische Verhalten dessen, der über Sachwerte verfügt und dem es gelingt, Schulden zu machen. Es ist z. B. auch möglich, auszuscheren aus dem Kreis jener Volkswirtschaften, die mit Dollars oder mit Sonderziehungsrechten überschwemmt werden. Man ist in der Tat immun gegen die inflatorischen Folgen von Zahlungsbilanzfehlbeträgen eines Leitwährungslandes, weil man ja dessen Zahlungsmittel nicht aufnimmt, sondern sie eher abgibt. Daß keine Sonderziehungsrechte anfallen, resultiert

daraus, daß die Entwicklungsländer, die sie meistens benützen, davor zurückschrecken werden, die Währung des Defizitlandes zu beziehen, sind doch die Exportgüter, die diese Volkswirtschaft anzubieten hat, relativ teuer. Außerdem wird auch der Währungsfonds, dem die Sonderziehungsrechte angeboten werden, nicht gerade die Zahlungsmittel eines Defizitlandes „designieren“. Etwas überspitzt ausgedrückt ist man so imstande, sich um Entwicklungshilfe herumzudrücken.

An dieser Stelle könnte aus den abgeleiteten Vorzügen einer überwerteten eigenen Währung der Verdacht wach werden, jene zahlreichen Entwicklungsländer, die dieses System anwenden, täten es aus den vorhin genannten Gründen. Billige Importe, teure Exporte — verschafft das nicht ein relativ günstiges Realaustauschverhältnis? Defizite der Zahlungsbilanz — tragen sie nicht zur Bekämpfung der notorischen eigenen Inflation bei? Schulden gegenüber den Industrieländern — entwerten sie sich nicht nach Maßgabe der Inflation? Allerdings muß hinzugefügt werden, daß von konvertiblen Währungen dort gewöhnlich nicht die Rede sein kann. Vielmehr herrschen Devisenkontrollen, um die Zahlungsbilanz zwangsweise so gut als möglich auszugleichen — genau wie seinerzeit bei der autonomen Konjunkturpolitik, die hinter dem Schutzschild der Devisenzwangswirtschaft Vollbeschäftigung im Inneren anstrebte, obwohl in der weltwirtschaftlichen Umgebung Unterbeschäftigung an der Tagesordnung war. Hier soll jedoch dieser Vergleich nicht weiter vertieft und auch nicht darauf eingegangen werden, ob in einer allfälligen späteren Phase ebenfalls zur Waffe der Devisenbewirtschaftung gegriffen werden soll.

8. Die Devisengrenze

Der naheliegende Einwand gegen die vorgetragene aktive Wechselkurspolitik besteht natürlich darin, daß es sich um eine Methode handle, die früher oder später auf nicht übersteigbare Schranken stoße, falls an der Währungskonvertibilität festgehalten werden soll. In der Tat handelt es sich bei den eigenen Währungsreserven und bei den Verschuldungsreserven um „erschöpfbare Ressourcen“. Je stärker die Kredittranche beim Internationalen Währungsfonds mobilisiert wird, desto deutlicher werden die Empfehlungen und Mahnungen zum Zahlungsbilanzpolitischen Wohlverhalten, die von Washington an das Schuldnerland gerichtet werden. Daraus geht hervor, daß der eingeschlagene Kurs nicht beliebig lange fortgesetzt werden kann. Die Inflation dagegen ist offenbar eine bleibende Erscheinung.

Diese Gegenüberstellung läßt erkennen, daß die aktive Wechselkurspolitik bestenfalls nur einen zeitweiligen Beitrag zur Inflations-

bekämpfung zu leisten vermag — sofern, wie gesagt, der Ausweg in die Devisenbewirtschaftung verschlossen bleibt. Dann aber taucht die grundsätzliche Frage auf, ob das gewollte Defizit der Grundbilanz heute, morgen oder übermorgen herbeizuführen sei. Entschließt man sich zum gegenwärtigen Einsatz, dann ist das Mittel morgen nicht mehr verfügbar — obwohl es dann vielleicht noch dringender erforderlich wäre. Eine Abschwächung dieses Satzes ergibt sich freilich dann, wenn die Währungsreserven nur in ganz bescheidener Dosierung „verplempert“ werden. In diesem Falle ist aber auch ihr Dienst an der Stabilisierungspolitik entsprechend gering.

Überhaupt wird man sich davor hüten müssen, diesen Beitrag zu überwerten. Wollten beispielsweise die Vereinigten Staaten den angedeuteten Weg einschlagen (den sie übrigens mit der Dollarschwemme in einer etwas anderen Weise tatsächlich beschritten), so dürften sie sich höchstens eine marginale Unterstützung im Krieg gegen die Geldentwertung versprechen, weil auch der Anteil der Exporte und Importe am gesamten Bruttosozialprodukt nur gering ist. Es kommt mit anderen Worten auf die Größe dieser Relationen an, wobei in kleinen Ländern üblicherweise der Einfluß der Außenwirtschaft auf die Binnenkonjunktur besonders ins Gewicht fällt.

Von Bedeutung ist sodann der Umfang der einsetzbaren Reserven aller Art. Hält man sich vor Augen, daß die eigenen oder erworbenen Reserven häufig in Beziehung gesetzt werden zu den Importwerten und daß sich dann in der Regel Größenordnungen von etlichen Monaten bis vielleicht über einem Jahr ergeben, die durch die Reserven allein überbrückt werden könnten, so wird auch daraus deutlich, daß die aktive Wechselkurspolitik sich zu begnügen hätte mit geringfügigen Abweichungen des tatsächlichen Wechselkurses vom Gleichgewichtskurs oder daß sich (bei größeren Differenzen) das Verfahren nicht längere Zeit durchhalten ließe. Die Devisengrenze macht sich eben trotz allem früher oder später als unübersteigbares Hindernis bemerkbar.

Schließlich gilt es auch, darauf aufmerksam zu machen, daß die Lage eines Landes recht prekär werden kann, das sich annähernd vollständig von seinen Reserven entblößt hat. Die Hauptfunktion dieser Reserven ist bekanntlich darin zu erblicken, daß sie mithelfen, vorübergehende Zahlungsbilanzfehlbeträge mehr oder minder störungsfrei zu überbrücken. Wenn durch Mißernten oder Streiks, durch Elementarkatastrophen oder Kriege der Importbedarf anschwillt, während gleichzeitig die Lieferungsmöglichkeiten im Export beeinträchtigt sind, gestattet es der Rückgriff auf außenwirtschaftlich liquide Teile des Volksvermögens, die Notzeit einigermaßen glimpflich zu überstehen, ohne daß allzu starke Einschränkungen der realen Absorption auferlegt zu wer-

den brauchen. Fehlen hingegen solche Puffer, so ist eine radikale Reduktion des Konsums und der Investitionen nicht zu umgehen. Daraus geht hervor, daß ein weitblickender Wirtschaftspolitiker darauf Bedacht nehmen wird, stets eine angemessene „eiserne Reserve“ übrig zu behalten.

Damit ist freilich nicht gesagt, daß „übergroße“ Reservebestände, die sich im Zuge einer importierten Inflation angesammelt haben, nicht preisgegeben werden dürften. Was als übergroß zu gelten habe, ist hierbei selbstverständlich eine umstrittene Ermessensfrage, die mit dem Bedarf zusammenhängt — ein Begriff, der in diesem Zusammenhang ebenso schwierig zu quantifizieren ist. Nichtsdestoweniger wird sich in bestimmten Situationen eine Einigung dahingehend erzielen lassen, daß die Reserven den notwendigen Umfang überschritten haben und daher abgebaut werden dürfen. Dies wird sich oft nicht zuletzt deshalb rechtfertigen, weil durch den Akkumulationsprozeß anderen Volkswirtschaften diese Reserven entzogen wurden und sie damit knapp an Manövriervonds geworden sind.

9. Export von Inflation

Damit sind wir zugleich auf einen neuen Beurteilungsgesichtspunkt für die autonome Wechselkurspolitik gestoßen: das Interesse der übrigen Weltwirtschaft. In dieser Hinsicht präsentieren sich die Dinge ziemlich eindeutig. Abgesehen von dem soeben erörterten Fall der Korrektur überhöhter Reservebestände muß die beschriebene Politik als krasse Äußerung des Nationalegoismus bezeichnet und deshalb abgelehnt werden, weil sie den sonstigen Mitgliedern der weltwirtschaftlichen Gemeinschaft Schaden zufügt. Zwar handelt es sich nicht darum, daß Arbeitslosigkeit auf fremde Schultern abgewälzt würde. Wohl aber ist festzuhalten, daß den anderen Ländern die Bekämpfung der Inflation erschwert wird.

Dies kommt zunächst in den Preisen zum Ausdruck. Das aufwertende Land wird seine Exportgüter, in fremden Währungen gerechnet, teurer anbieten. Ob die Heraufsetzung dabei den vollen Aufwertungsbetrag erreicht oder nicht, ist im wesentlichen eine Funktion der Marktlage und der Qualitätsüberlegenheit. Wenn die Marktlage durch fort-dauernde Inflationstendenzen gekennzeichnet ist und der Export vornehmlich Spezialitäten umfaßt, wird die Überwälzung auf die Abnehmer verhältnismäßig wenig Mühe bereiten. Damit ist für diese ein neues Element jener Erscheinungsform der importierten Inflation entstanden, gegen das sich besonders wenig ausrichten läßt.

In kreislaufmäßiger Beziehung ist sodann lediglich zu rekapitulieren, was bereits vom Standpunkt des Aufwertungslandes dargelegt wurde

und was sich nun in den Partnerländern mit umgekehrten Vorzeichen bemerkbar macht: Leistungsbilanzüberschüsse, geringerer Güterzu-
strom und größerer Kaufkraftzufluß, also alles Tendenzen, die dazu
angetan sind, das Verhältnis von Geld- und Güterkreislauf im Sinne
eines Anheizens der Inflation zu verschlechtern. Insofern trifft es tat-
sächlich zu, daß ein Aufwertungsland sich die Lösung seiner Inflations-
probleme erleichtert auf Kosten der anderen. Die „beggar-my-neigh-
bour-policy“ findet sich also auch hier vor. Glücklicherweise ist ihr
Einfluß immerhin begrenzt durch die nur in knappen Mengen verfüg-
baren Reserven.

Mit diesen Feststellungen ist nun freilich nicht die geringste Behaup-
tung darüber verknüpft, ob ein einzelnes Land nicht imstande sei, sich
gegenüber einer in der weltwirtschaftlichen Umgebung grassierenden
Inflation zu isolieren. Nehmen wir, um diese Problematik zu illustrieren,
einmal an, es gelinge dem Inland, seine hausgemachte Preissteigerung
vollständig unter Kontrolle zu bringen, und es sei im Gefolge davon
bestrebt, auch die importierte Komponente auszuschalten oder zu neu-
tralisieren. Soweit die direkte Preisübertragung am Werke ist, wird
dies freilich nur zufälligerweise gelingen, wenn die herbeigeführte
Preisreduktion bei den Devisen genau der durchschnittlichen Preis-
steigerung bei den Importgütern entspricht.

Wichtiger ist jedoch die Frage nach der Kreislaufneutralität. Wird ein
reines Floating praktiziert oder besteht das Ziel eines „mittelfristig
garantierten Paritätsanstieges“ lediglich darin, den Gleichgewichtskurs
so gut als möglich sicherzustellen, so wird selbstverständlich auch die
Grundbilanz im großen und ganzen ausgeglichen sein und bleiben, und
es machen sich von dieser Seite her für das Inland keine kreislauf-
expansiven Effekte geltend. Ebenso wenig sind sie für das Ausland zu
registrieren, so daß auch ein Vorwurf mangelnder weltwirtschaftlicher
Solidarität fehl am Platze wäre. Entscheidend ist für unser Problem die
Erkenntnis, daß es tatsächlich eine Möglichkeit gibt, sich den inflato-
rischen außenwirtschaftlichen Einflüssen auf den Binnenkreislauf zu
entziehen, also eine Stabilisierungspolitik auf eigene Faust zu betreiben,
soweit sie nicht durch die direkte Übertragung haussierender Import-
güterpreise gestört wird.

Allerdings ist damit auch kein ins Gewicht fallender aktiver Beitrag
der Wechselkurspolitik zur Stabilisierung geleistet. Was wir vor uns
haben, ist ja nichts anderes als die früher erwähnte adaptive oder
passive Wechselkurspolitik. Gerade sie ist es freilich, die sich wenig-
stens nicht den Vorwurf eines rücksichtslosen Nationalegoismus ge-
fallen lassen muß. Halten wir mithin fest, daß es innerhalb gewisser
Schranken möglich ist, in einem bestimmten Land eine Inflationsrate

von gegen Null zu realisieren, während die weltwirtschaftliche Umgebung ungleich höhere Geldentwertungssätze aufweist.

10. Die Rücksichtnahme auf die eigene Wirtschaft

Nachdem der Beurteilungsstandpunkt der übrigen Welt klargestellt wurde, gilt es nunmehr, noch einmal zurückzukehren zur Wirtschaft des Aufwertungslandes. Es wurde mit großer Kühnheit unterstrichen, eine aktive Wechselkurspolitik habe neue Daten zu setzen, und die makroökonomischen Größen hätten sich ihnen anzupassen — statt umgekehrt. Das klingt recht selbstbewußt. Stellen wir das Problem jedoch in den Rahmen, in dem es in Wirklichkeit gelöst werden muß, nämlich in den des Gruppenkapitalismus und der Verbandswirtschaft, der Parteien und der „pressure groups“, des Strebens der Politiker nach Popularität und Wiederwahl, der Beschäftigungsempfindlichkeit und der Abneigung gegen jegliche Deflation, so erhält es etwas andere Konturen.

Gewiß läßt sich einiges dafür ins Feld führen, daß eine bis anhin unterbewertete Währung aufgewertet wird und daß an die Stelle bisheriger Zahlungsbilanzüberschüsse und allzu umfangreicher Währungsreserven zeitweilige Defizite treten. Dabei handelt es sich indessen bloß um die Berichtigung früherer Fehler; wenn auf diese Weise eine „übertriebene Exportlastigkeit“ abgelöst wird durch einen „normalen“ Anteil der Exportwirtschaft innerhalb der Gesamtwirtschaft, mag dies zwar schmerzhaft sein für jene, die ihre Kapazitäten gutgläubig ausbauten aufgrund eines zu tiefen Wechselkurses. Tragisch ist eine solche Strukturbereinigung aber noch nicht, und sie wird bei einer weiterhin wachsenden Weltwirtschaft auch fast nur die marginalen Exportbetriebe ernsthaft treffen.

Etwas ganz anderes wäre jedoch eine aktive Wechselkurspolitik, die im Dienste der Preisstabilität darüber hinaus ginge. Gegen einen absichtlich überhöhten eigenen Wechselkurs würde nun von allen Seiten Sperrfeuer geschossen. Die Argumente, die dabei vorgebracht würden, müssen auch bei objektiver Betrachtung als durchaus gewichtig anerkannt werden. Zunächst: Es entstünde gewollte Unterbeschäftigung, d. h. ein Zustand, bei dem arbeitswillige Hände zur Untätigkeit verurteilt wären und das effektive Sozialprodukt unter dem erreichbaren läge. Derartige reale Wohlstandseinbußen werden von vielen als bedeutungsvoller angesehen als alles das, was im Bereich der Nominalgrößen vor sich geht.

Weiter: Die Exportwirtschaft zeichnet sich dadurch aus, daß die Arbeitsproduktivität in ihrem Bereich besonders hoch zu liegen pflegt. Der Grund hierfür ist ganz einfach der, daß Betriebe, die nicht nur in der Binnenwirtschaft wettbewerbsfähig sind, sondern außerdem höhere

Transportkosten und zumeist auch Zölle zu überwinden vermögen und trotzdem die Konkurrenz fremder Anbieter erfolgreich zu bestehen vermögen, überdurchschnittlich leistungsfähig sein müssen. Werden gerade sie durch die Wechselkurspolitik zum Schrumpfen und womöglich zum Untergang verdammt, schädigt sich die Volkswirtschaft in ihrer ergiebigsten Sparte. Unterbunden wird damit auch jener Struktureffekt, durch den bisher die Arbeitskräfte und Kapitalien zum „besseren Wirt“ wanderten und so zur Vergrößerung des Sozialproduktes beitrugen.

Getroffen wird aber auch jener Teil der Binnenproduktion, der in Substitutionskonkurrenz steht mit den Importen. Beide Gruppen zusammen stellen erfahrungsgemäß eine ziemlich lautstarke „lobby“, und es ist kaum anzunehmen, daß ihren Vorstellungen ein kategorisches Nein entgegengesetzt werden wird — namentlich dann nicht, wenn auch die Gewerkschaften in den Chor der Klagelieder einstimmen. Kurz: Wer die wirtschaftspolitischen Gruppenauseinandersetzungen und Machtkämpfe auch nur einigermaßen kennt, wird zur Überzeugung gelangen, daß eine aktive Wechselkurspolitik selbst dann zum Scheitern verurteilt sein wird, wenn die Notenbank über einen erheblichen Autonomiebereich verfügt. Er wird überdies in Betracht ziehen, daß Notenbankleiter nur höchst ungern Währungsreserven preisgeben, die sie früher mühsam angesammelt hatten.

11. Die Quintessenz

Kehren wir an den Ausgangspunkt unserer Betrachtungen zurück. Dort wurde die Frage aufgeworfen, ob es zweckmäßig sei, den Wechselkurs zu entpolitisieren. Als Entpolitisierung könnte man entweder das unveränderte Festhalten an einmal gegebenen Relationen verstehen oder aber die passive Wechselkurspolitik, die sich darauf konzentriert, diesen Kurs stets möglichst in der Nähe des Gleichgewichtskurses zu halten. Die erstgenannte Art, den zuständigen Organen möglichst wenig Entscheidungskompetenzen zuzugestehen, findet sich in der klassischen Goldwährung und in der Währungsunion, niedergelegt in Spielregeln oder Verträgen. Charakteristisch für sie ist ein überaus hohes Maß an Willen zur Solidarität — so sehr, daß die Überschußländer bereit sind, Inflationstendenzen hinzunehmen, die von anderen ausgehen.

Das hat nun in einer geschichtlichen Phase der chronisch gewordenen Inflation ungemein ernsthafte Konsequenzen. Von einer außenwirtschaftlichen Absicherung kann in diesem System nicht die Rede sein. Wohl aber entwickelt sich die Währungsunion zwangsläufig zur Inflationgemeinschaft. Stabilisierungspolitik läßt sich nur noch mit jenen Werkzeugen betreiben, die entweder der Gemeinschaft als Ganzes oder jedem Mitgliedsland in seinem internen Bereich zur Verfügung stehen.

Sollte es einem Mitgliedsland auf diese Weise gelingen, eine niedrigere Inflationsrate zustande zu bringen, als sie in der Umwelt üblich ist, so erweisen sich seine Anstrengungen dennoch als erfolglos, weil es alsbald wehrlos einem Prozeß der Anpassungsinflation ausgesetzt ist. Kurz: Die Inflation wird zum Schicksal, das man mit Rücksicht auf die übrigen Gemeinschaftsmitglieder zu tragen hat.

Wenden wir uns der Entpolitisierung in ihrer zweiten Bedeutung zu. Hier wird der Wechselkurs zwar nicht als Tabu betrachtet, an das sich alle übrigen Makrogrößen anzupassen haben, aber seine Bedeutung als Instrumentvariable ist doch sehr beschränkt. Sozusagen ausschließliches Ziel der Wechselkurspolitik ist es, den Ausgleich der Zahlungsbilanz sicherzustellen und zu diesem Zweck entweder die Marktkräfte völlig frei spielen zu lassen oder aber den langfristigen Gleichgewichtskurs zu realisieren. Die Erfassung dieses Gleichgewichtskurses bereitet nun allerdings begriffliche und statistische Schwierigkeiten. Das Konzept ist wertgeladen, da es je nach dem angestrebten Beschäftigungsgrad verschiedene derartige Kurse gibt. Es hilft auch nicht viel weiter, einen wettbewerbsneutralen Wechselkurs zu fordern oder Valutadumping vermeiden zu wollen. Einzig die Kreislaufneutralität vermag eine gewisse Präzisierung zu bieten, doch auch sie ist in manchen Fällen ein problematisches Kriterium.

Immerhin: Für die Frage der Stabilitätswirkungen erscheint diese Art der Konkretisierung einigermaßen brauchbar, wobei der Ausgleich der Grundbilanz als statistisches Äquivalent und die Konstanz der Währungsreserven als Symptom dienen mögen. Diese „konstatierende“, passive oder adaptive Wechselkurspolitik leistet nun zwar keinen positiven Beitrag zu einer vermehrten internen Kaufkraftstabilität. Hingegen ist sie geeignet, dem Umstand Rechnung zu tragen, daß der Wechselkurs nicht nur eine nationale, sondern in hohem Maße auch eine internationale Angelegenheit ist, die auch die anderen Länder interessieren muß: Sie minimiert die Störungswirkungen für die übrigen Volkswirtschaften. Der Einsatz der Währungsreserven (sowohl der eigenen wie der geborgten und geschenkten) dient lediglich dazu, vorübergehende Defizite überbrücken zu helfen. Es scheint, daß die bevorstehende Währungsordnung diesem Modell sehr nahe kommen wird.

Völlig anders präsentiert sich demgegenüber die aktive Wechselkurspolitik, bei der versucht wird, nicht nur eine außenwirtschaftliche Absicherung gegen jene Erscheinungsform der importierten Inflation zu erreichen, die sich über die Kreislaufgröße durchsetzt, sondern darüber hinaus Deflation zu importieren — mit der Nebenwirkung, daß natürlich Inflation exportiert wird. An diesem Punkte setzt denn auch die Kritik von außen an, die unter dem Stichwort „negatives Valuta-

dumping“ zusammengefaßt werden könnte. In der Tat existiert eine erstaunliche Analogie zwischen der autonomen Konjunkturpolitik der dreißiger Jahre, die die Arbeitslosigkeit auf andere abwälzen wollte, und der hier ins Auge gefaßten nationalistischen Vorgehensweise, die die Überbeschäftigung auf die Umwelt abzuschieben trachtet. Von Solidaritätswillen ist hier nichts zu verspüren, geht es doch um das bewußte „Abhängen vom Inflationszug“. Die Wirtschaftspolitik soll Daten setzen und sich nicht den Daten anpassen. Die Währungsreserven werden für die Inflationsbekämpfung eingesetzt, und es wird absichtlich ein Zahlungsbilanzdefizit geschaffen.

Gerade an dieser Stelle machen sich freilich auch die Schranken bemerkbar, die jeder derartigen Abkapselung im Wege stehen. Die Reserven sind begrenzt, so daß die Unterstützung der Stabilisierungspolitik nur zeitweilig möglich erscheint — obgleich mit der Inflation als einer Dauererscheinung zu rechnen ist. Gewiß könnte man sich eine „Flucht in die Devisenzwangswirtschaft“ vorstellen, doch wurde diese Lösung ausgeklammert. Nichts ist hingegen einzuwenden gegen den bloßen Abbau von Reservebeständen, die als überhöht zu gelten haben. Ist schon eine solche gezielte Überbewertung der eigenen Währung schmerzhaft für die Exportwirtschaft, die vorher gleichsam subventioniert worden war und die sich nun zurückzubilden hat, so ist die „Deflationskur“, die ihr zugemutet wird, falls die autonome Wechselkurspolitik einen Schritt weiter geht, natürlich noch einschneidender. Daraus resultiert denn auch begründete Opposition, und es ist bei einer realistischen Beurteilung des politischen Kräftespiels anzunehmen, daß sie Erfolg haben wird. Hinzu kommt selbstverständlich, daß die anderen Länder über die ihnen zgedachten Lasten alles andere als erbaut sein werden.

Trotzdem scheint es nicht erforderlich, einen Kodex in Kraft zu setzen, der sich gegen kompetitive Aufwertungen zu wenden hätte. Auch das verschmutzte Floating mit derselben Wirkungsweise ist weit weniger gefährlich als die absichtliche Unterbewertung. Denn auch das Land, das diese Verfahren praktiziert, hat mit unangenehmen Nebenwirkungen in bezug auf Vollbeschäftigung und Wachstum, Ausnützung des Leistungspotentials und Struktureffekt zu rechnen. Insbesondere bringt es auch die Erschöpfung seiner Reserven in eine höchst störungsanfällige Lage.

Diskussion

Otmar Issing (Nürnberg):

In den Auf- und Abwertungen der letzten Jahre, dem sauberen und verschmutzten Floating ist die Wechselkurspolitik etwas ins Zwielficht geraten, und es wird ja allenthalben schon der Vergleich mit den 30er Jahren gezogen.

In dieser Situation erscheint es mir dringend erforderlich, einmal eine Art Standortbestimmung dieser Wechselkursfrage zu versuchen.

Ich gehe mit Ihnen entsprechend Ihrer Kurzfassung davon aus, daß jeder Teilnehmer das Papier zumindest bekommen hat. Ich darf mich deswegen auch ganz kurz fassen und die beiden zentralen Punkte noch einmal hervorheben, die wohl vor allem das Anliegen von Herrn Küng waren: die Trennung nach aktiver und passiver Wechselkurspolitik.

Dabei haben Sie konsequenterweise ausschließlich auf das Herunterstabilisieren abgestellt, wobei man in der Diskussion sicher auch die Frage anschneiden muß, wie dieser Aspekt in den Konjunkturverlauf hineinpaßt. Denn es stellt sich ja dann, wenn man die Wechselkurspolitik so sieht, auch die Frage, ab wann „umgeschaltet“ werden muß, zumindest dann, wenn man eine aktive Politik betreiben möchte.

Ich darf darauf verweisen, daß sich Herr Stützel die Mühe gemacht hat — dafür möchte ich ihm jetzt schon danken —, seine Gedanken in einem eigenen „Korreferat“ — so wage ich es schon kaum mehr zu bezeichnen — auszuarbeiten. Er hat seine Gedanken im Koffer mitgebracht — ich meine das nur im übertragenen Sinne. Das Referat liegt hier abgedruckt vor.

Für die anschließende Diskussion bleibt angesichts der Fülle der Aspekte gar nichts anderes übrig, als die beiden zentralen Punkte zugrunde zu legen, nämlich zum einen die Frage der passiven Wechselkurspolitik: Was heißt das überhaupt? Gibt es das überhaupt? Ist das nicht auch Politik? — Sie haben das ja zu Recht so bezeichnet. Zum anderen bleibt das Problem, was sich an Möglichkeiten der aktiven Wechselkurspolitik anbietet, aber wohlgemerkt immer unter dem stabilisierungspolitischen Gedanken.

Sofern wir die Zeit dazu haben und das mit einzubeziehen ist, sollte man einen Punkt, den Sie auch angeschnitten haben, nicht außer acht lassen, nämlich die Frage der Reform des internationalen Währungssystems, die ja mit diesen beiden Eckpfeilern Ihres Referates eng verbunden ist.

Korreferat zu: Die Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik

Von *Wolfgang Stützel*, Saarbrücken

Herr Küng hat uns interessante Gedanken präsentiert. Sie fügen sich aneinander und ineinander zu einem Gedankengebäude, das mir persönlich vor allem durch seine Geschlossenheit imponiert. Gerade dieser Geschlossenheit wegen wäre es aber kaum sinnvoll, würde man nun einfach die Schlußthesen aufgreifen, um nur zu ihnen Stellung zu nehmen. Sie folgen so bündig aus allem Vorangehenden, daß man sie nicht sinnvoll diskutieren kann, ohne ihre Herleitung zu erörtern. Lassen Sie mich deshalb versuchen, die tragenden Bau-Elemente des Küngschen Gedankengebäudes herauszuarbeiten. Wir können sie dann einzeln Revue passieren lassen. Und wir können dann die Küngschen Ergebnisse zusammen mit ihrer Herleitung diskutieren.

1. Vier Bau-Elemente des Küng-Modells

1.1 Das ganze Referat basiert wechselkurs-theoretisch auf einer besonderen Vorstellung. Das ist die Vorstellung, es komme im Außenverkehr eines Landes, wenn sich die Notenbank dem Devisenmarkt völlig fernhält, nicht nur zum Marktgleichgewicht in dem altbekannten Sinne, daß täglich die beim jeweiligen Kurs bestehenden Devisenkauf- und Verkaufswünsche der Marktteilnehmer gerade voll befriedigt werden und nichts repartiert werden muß. Es komme dort vielmehr auch stets noch zur leidlichen Größengleichheit just jener Waren-, Kapital- und Übertragungsströme, die man zur Zeit in der Zahlungsbilanzstatistik als „Grundbilanz“ einander gegenüberzustellen pflegt. Das wäre gewissermaßen tragendes *Bau-Element Nr. 1*. Man kann für all das auch kürzer sagen: *Herr Küng unterstellt durchgängig, ein „reines Floating“ bewirke von sich aus außer Devisenmarkt-Gleichgewicht auch noch Grundbilanz-Ausgleich.*

1.2 Sodann wird im Referat angenommen, ein derartiges Zusammen-treffen von Markt-Gleichgewicht und Saldenlosigkeit der Grundbilanz sei außerdem noch gerade jene Konstellation, bei der keinerlei besondere „Tendenz“ vom Ausland ins Inland übertragen werde, weder eine expansive noch eine kontraktive. Das wäre *Bau-Element Nr. 2*. Im

Referat ist in diesem Zusammenhang von „Kreislaufeinwirkungen“ die Rede, die vom Ausland oder auch vom Wechselkurs auf das Inland ausgehen. Gedacht ist dabei an die Frage, inwieweit gewisse Druckverhältnisse im ausländischen Konjunkturklima auf das Inland übertragen werden, inwieweit z. B. ein im Ausland aufkommender Sog zusätzlicher Nachfrage und zunehmender Umsätze die Umsätze der Inländer mit hochzieht, oder ein im Ausland aufkommender Nachfrage- und Umsatzrückgang auch auf die Umsätze der Inländer drückt. Und hier unterstellt nun Herr Küng — das ist dieses tragende *Bau-Element Nr. 2* —: *Kein Sog- oder Druckeffekt auf das Inland ohne Saldo der Grundbilanz.*

Da gemäß diesem Element Nr. 2 ein Einfluß der Außenwirtschaft auf die Umsatzentwicklung im Inland stets des Vehikels eines Saldos der Grundbilanz bedarf, ist auch schon entschieden, daß es innerhalb dieses Gedankengebäudes nur einen einzigen Weg geben kann, auf dem die Wechselkurspolitik — dem Thema entsprechend — zum Instrument der Stabilisierungspolitik werden kann, und der läuft über ein Defizit in der Grundbilanz. So kommt es zu der ganz besonderen Vorstellung, die Wechselkurspolitik habe nur insoweit einen positiven Stabilisierungseffekt, als es ihr gelingt, ein Defizit der Grundbilanz herbeizuführen.

1.3 Um nun dieses Defizit der Grundbilanz herbeizuführen, ist es nach Küng notwendig und hinreichend, daß die heimische Notenbank den Wechselkurs Richtung *Aufwertung* beeinflusst. Das heißt, und das führt auf das dritte Bau-Element: Herr Küng setzt bei Formulierung seines Konzepts einer aktiv stabilisierenden Wechselkurspolitik darauf, daß die Bestimmungsgründe des Saldos der Grundbilanz durch den sog. Elastizitäts-Approach angemessen erfaßt werden und daß dieser Saldo der Grundbilanz auf Wechselkursänderungen dann auch „normal“ reagiert. In Kurzform *Element Nr. 3: Herr Küng unterstellt, die Salden der Grundbilanz seien schlicht devisenkurs-determiniert.*

1.4 Um schließlich den Wechselkurs in der stabilisierungspolitisch gebotenen Weise in Richtung *Aufwertung* zu beeinflussen, muß seiner Auffassung nach unsere Notenbank laufend Devisen gegen eigene Währung abgeben, und zwar — so seine Vorstellung — um so mehr pro Tag, je höher sie durch solchen Aufkauf ihrer eigenen Währung deren Kurs, ausgedrückt in Fremdwährung, bringen will. Das ist Bau-Element Nr. 4: Im Referat wird unterstellt, es ergebe sich ein Bedarf an Interventions-Devisen, der gerade dem Produkt aus Kurserhöhung und Zeit proportional ist. Man sieht im Geiste geradezu das berühmte Lehrbuchbild aus der statischen Preistheorie: Hier die normal gelagerten zwei Kurven für Angebot und Nachfrage. Dazu eine Preis-Waagrechte über deren Schnittpunkt und schließlich jenen berühmten Abschnitt

auf dieser Waagrechten zwischen geringer Markt-Nachfragemenge und hoher Markt-Angebotsmenge, der die erforderliche Interventions-Nachfragemenge charakterisiert. So kann man für dieses Bau-Element Nr. 4 auch sagen: Das Referat unterstellt, der Zusammenhang zwischen Kurs-höhe und Bedarf an Interventionsdevisen am Devisenmarkt werde durch die statische Preistheorie angemessen abgebildet. Das Referat stützt sich insoweit gewissermaßen als *Element Nr. 4 auf eine „statische Interventions-Materialbedarfs-Rechnung“*.

Damit sind wir am Ende der Kette von Bauelementen, am eigentlichen Handgriff des Künschen Hebelwerks, angelangt. Denn der im Referat unterstellte Transmissionsmechanismus von der Wechselkurspolitik am einen bis zur Preisniveau-Dämpfung am anderen Ende soll ja offensichtlich so laufen:

- Devisenabgabe der Notenbank produziert Kurserhöhung.
- Kurserhöhung produziert Defizit der Grundbilanz.
- Defizit der Grundbilanz bewirkt für das Inland eine Angebotssteigerung und einen Nachfragerückgang — also eine Dämpfung eines etwaigen Preisaufliebes, eine Preisniveau-Stabilisierung.

Insgesamt wird diese Gliederkette im Referat so dargestellt, als sei es ganz selbstverständlich, daß die unterstellten Wirkungszusammenhänge auch tatsächlich so bestehen. Außerdem erweckt das Referat den Eindruck, als sei die genannte Kette „Kurspflege Richtung Aufwertung“, „Defizit der Grundbilanz“, „Dämpfung inländischer Auftriebendenzen“ der einzige Transmissionsmechanismus, der in Betracht komme, wenn man Wechselkurspolitik aktiv zur Stabilisierung des Binnenpreisniveaus einsetzen will.

Beides scheint mir nicht ganz gerechtfertigt zu sein.

Insbesondere scheint mir jedes der herausgearbeiteten vier Elemente in sich fragwürdig, diskussionsbedürftig zu sein, entsprechend auch der im Referat unterstellte Wirkungszusammenhang.

2. Die vier Bau-Elemente — kritisch betrachtet

2.1 Beginnen wir mit Nr. 1, der These vom Grundbilanz-Ausgleich. Viele Lehrbücher stellen bis heute die Sache so dar, als träfen sich am Devisenmarkt Devisenangebot und -nachfrage genau wegen all jener Transaktionen, die man dann in der Grundbilanz verzeichnet, wie: Handel, Dienstleistungen, Kapitalverkehr und Übertragungen. Daher stammt dann wohl auch die das Referat beherrschende Vorstellung, der Marktausgleich sei auch schon der Grundbilanz-Ausgleich. Das ist aber eine unzutreffende Darstellung. In Wahrheit werden am Markt Devisen

keineswegs nur jener Transaktionen wegen nachgefragt und angeboten, die die Statistik dann in der Grundbilanz verzeichnet. In der Praxis des täglichen Marktgeschehens spielen derartige Kauf- und Verkaufsanlässe sogar eine nur ganz untergeordnete Rolle; denn was das Publikum wegen derartiger Grundbilanz-Transaktionen an Devisen braucht oder erhält, wird von den Banken gewöhnlich aus ihren eigenen Devisenbeständen abgegeben und in diese Eigenbestände hereingenommen und nicht etwa eigens am Markte beschafft oder eigens in den Markt gegeben. Im Vordergrund des Marktgeschehens, an dem sich der freie Kurs bildet, stehen vielmehr ganz andere Transaktionen, nämlich gerade jene, die man *nicht* in der Grundbilanz verzeichnet, die Transaktionen des kurzfristigen Einlagen- und Kreditverkehrs, die Transaktionen des Geldmarktverkehrs. Nur wenn es diesen ganzen kurzfristigen Bereich überhaupt nicht gäbe oder wenn die Leute wenigstens planten, ihre Valutaguthaben und -verbindlichkeiten in diesem Bereich netto gerade konstant zu halten, käme es zu dem, was im Referat unterstellt wird, nämlich: daß ein reines Floaten auch schon den Ausgleich der Grundbilanz herbeiführt. Man kann nun aber schwerlich, wie es im Referat durchgängig geschah, derlei Positionen und geplante Positionsänderungen im kurzfristigen Bereich einfach ausklammern. Die aus der Devisenbewirtschaftungszeit stammende Vorstellung, derlei hielte sich im Rahmen kleiner Beträge oder gliche sich doch stets innerhalb Kürze allemal aus, so daß man es vernachlässigen könnte, ist empirisch einfach längst nicht mehr gerechtfertigt. So hat etwa im Jahrzehnt 1964 bis 1973 die Deutsche Bundesbank zusätzliche Reserven im Gegenwert von rund 78 Mrd. DM erworben. Aber nur 41 Mrd. davon erwarb sie durch Überschüsse in der Grundbilanz. Fast ebensoviel, nämlich 37 Mrd., erwarb sie aus verhältnismäßig dauerhaften Verlagerungen revolvierender Positionen im Bereich des kurzfristigen Kreditverkehrs. Man sagt zu diesem Bereich zwar „kurzfristiger“ Verkehr. Das bedeutet aber lediglich, daß die Einzelposition, der Einzelkredit, die einzelne Bankeinlage, in diesem Bereich des Verkehrs juristisch eine kurze Laufzeit hat. Es bedeutet aber keineswegs, wie im Referat anscheinend angenommen wird, daß sich ein Hin und Her in diesem Bereich stets innerhalb kurzer oder auch nur mittlerer Fristen ausgliche.

So ist es mir z. B. auch nur schwer verständlich, wenn im Referat (Seite 742) davon ausgegangen und sogar noch betont wird, eine Notenbank könne sich zusätzliche Reserven letztlich immer nur durch Überschüsse in der Grundbilanz erwerben. Die genannten Zahlen zeigen, daß eine Notenbank Reserven auch durch langfristige Verlagerungen im kurzfristigen Bereich erlangen kann, also allein durch eine starke Stellung im internationalen Geldmarkt (so auch z. B. die Bank of England in der Blütezeit des Sterling-Raumes). Es gibt ihn halt einmal, diesen viel-

verfemten internationalen Geldmarkt, und wir können ihn weiß Gott nicht noch weiterhin ignorieren.

Und in dieser Welt mit all diesen seltsamen Dingen wie Eurodollar-Markt, Spekulation und sonstigen Positionswanderungen im internationalen Geldmarktverkehr bewirkt nun eben einmal ein reines Floating keineswegs, wie im Referat angenommen, daß der Saldo der Grundbilanz gegen Null, sondern ausschließlich, daß die Differenz zwischen dem geplanten Saldo der Grundbilanz und dem des kurzfristigen Kreditverkehrs gegen Null geht¹. Anders ausgedrückt: Nicht daß die Grundbilanz sich ausgleicht, hat man vom reinen Floaten zu erwarten, sondern lediglich daß der Saldo dieser Grundbilanz *ebenso wird wie der des gesamten freiwilligen (spekulativen und sonstigen) Geldmarktverkehrs, ebenso klein, ebenso mittelgroß oder auch ebenso riesengroß*.

2.2 Ähnlich problematisch scheint mir Bau-Element Nr.2 zu sein, wonach es zur Sog- und Druckübertragung stets eines Grundbilanz-Saldos bedarf. Warum soll das nicht auch bei ausgeglichener Bilanz gehen, also z. B. einer synchronen Änderung von Exporten und Importen? Man braucht wohl gar nicht erst Havelmoo-Theoreme vom Ursprungsfall einer synchronen Änderung beider Seiten des Staatsbudgets auf unseren Fall einer synchronen Änderung beider Seiten der Außenbilanz umzutrimmen. Man kann sich auch ohne das plausibel machen, daß eine auslandssog-bedingte Exportsteigerung nicht nur dann im Inland expansiv wirken und Preise und Löhne hochziehen kann, wenn darüber die Importe unverändert bleiben, sondern auch dann, wenn im betreffenden Lande wegen Vollauslastung aller Kapazitäten und großer Abneigung gegen die Bildung von Netto-Geldersparnissen die Einfuhren mit dem auslösenden Exportsog wertmäßig synchron zunehmen. Umgekehrt bei starkem Druck auf die Exporte, also etwa einem Rückgang des Gesamtbetrags der Exporterlöse. Der kann auch *dann* kontraktiv wirken, also Preis- und Lohnauftrieb dämpfen, wenn es im Zuge dieser ganzen Entwicklung zu einem synchronen Rückgang des Werts der Einfuhren kommt. Es gibt eben außer Grundbilanzsalden wahrlich noch andere Übertragungsvehikel. Da brauche ich noch nicht einmal den inzwischen vielzitierten direkten Preiszusammenhang zu bemühen. Es genügt im Hinblick auf die anstehende Frage unter Umständen bereits die Synchron-Expansion oder Synchron-Kontraktion der Stromstärken auf beiden Seiten des Außenwirtschaftsverkehrs.

¹ Zum ersten Glied dieses Wirkungszusammenhangs, der Wirkung auftretender Zahlungsbilanzsalden auf die Wechselkurse, siehe W. Stützel, Zum Zusammenhang zwischen Zahlungsbilanzsalden und Wechselkursänderungen, in: W. Stützel, Währung in weltöffener Wirtschaft, Frankfurt 1973, S. 228 ff. Zum zweiten Glied, der Rückwirkung von Wechselkursänderungen auf Leistungsbilanz, Kapitalverkehrsbilanz und die weiteren Teile von Zahlungsbilanzen siehe W. Stützel, S. 231 (wegen Leistungsbilanz), S. 17 (wegen Kapitalverkehrsbilanz u. ä.).

2.3 Was nun das dritte Bau-Element anbetrifft, die Annahme, man könne für einen stabilisierungspolitischen Einsatz der Wechselkurspolitik auf eine normal-elastizitätstheorie-konforme Reaktion der gesamten Grundbilanz setzen, so kann ich meine Skepsis hier nur andeuten. Es wimmelt in der Welt an Beispielen dafür, daß auf Abwertungen hin nur vergrößerte Defizite der Grundbilanz folgten und auf Aufwertungen hin, wie nun immer wieder in der Bundesrepublik, nur verstärkte Überschüsse. Mikro-absorptionstheoretisch sind derlei Entwicklungen verhältnismäßig mühelos zu erklären. Der Elastizitäts-Approach aber hat meiner Meinung nach zur Prognose und Erklärung von Außensalden inzwischen so häufig so kräftig versagt, daß es wirklich an der Zeit ist, ihn völlig neu zu überprüfen.

2.4 Ähnliches gilt für die Vorstellung, man könne den Interventions-Material-Bedarf, der auf eine Notenbank zukommt, die ihren Wechselkurs hochpflegen möchte, mit dem Instrumentarium der statischen Preistheorie prognostizieren. Der Materialbedarf für derlei Interventionen hängt an Märkten für *Vermögensgüter* wie Aktien, Anleihen oder Devisen, anders als bei *Verbrauchsgütern*, nicht von der Höhe jener aktuellen Preise ab, die die statische Preistheorie erfaßt, sondern ausschließlich von den jeweils noch bestehenden Preis-Änderungserwartungen, die diese Theorie gerade *nicht* erfaßt. Das führt häufig portfolio-theoretisch zu „Ecklösungen“: Löst z. B. eine Notenbank, die mit Devisenabgaben den Kurs ihrer eigenen Währung hochpflegt, damit die Erwartung aus, daß sie das nicht völlig werde durchhalten können, daß es vielmehr später wieder zur Abwertung komme, so kann der Devisenbedarf für Kurspflege darüber leicht weit über alles statisch Abschätzbare hinaus ins Unermeßliche ansteigen. Jeder Positionshalter sagt sich da doch: So viel Devisen je Einheit heimischer Währung werde ich später nie mehr bekommen. Also laßt uns heimische Währung geben und dafür Devisen holen, soviel wir nur immer können.

Oder aber es löst umgekehrt die Intervention Richtung Aufwertung, siehe sechziger Jahre in der Bundesrepublik, die Erwartung aus, daß demnächst noch weiter aufgewertet werde. Dann entsteht per Saldo überhaupt kein Devisenbedarf. Vielmehr bekommt die so überzeugend Richtung Aufwertung operierende Notenbank womöglich noch Milliarden an Reservezugängen. Jeder sagt sich nun doch: Laßt uns schnell diese teurerer gewordene Währung kaufen, ehe sie noch teurerer wird.

Das Referat kam zur Schlußthese, eine *beggar-my-neighbour-policy* Richtung Aufwertung mit wechselseitiger Hochsteigerung der Preisniveaus könne nie so gravierend werden wie die alte *beggar-my-neighbour-policy* in Richtung Abwertung mit ihrer wechselseitigen Verschärfung der Arbeitslosigkeit. Dieser Schlußrost beruhte im wesentlichen

auf der eben genannten Vorstellung, die aufwertende Kurspflege koste laufend Devisen — siehe statische Interventions-Material-Bedarfs-Rechnung —, zehre also zwangsläufig an einem notwendigerweise nur endlichen Kontingent. Fällt nun aber, wie dargetan, die Berechtigung dieser Art von Bedarfsrechnung weg, bedenkt man realistisch, daß gerade der stabilisierungspolitisch erfolgreich aufwertende Staat per Saldo eher noch Devisen dazubekommt, so fällt auch diese Quelle des Trostes weg: Auch die beggar-my-neighbour-policy Richtung Aufwertung stößt danach auf keine feste Grenze.

3. Konkurrierende Lehrmeinungen

Waren hier zunächst einige Zweifel anzumelden, ob der Künigsche Transmissionsmechanismus via Aufwertung und Grundbilanzdefizit im Ernstfall tatsächlich so funktioniert, wie es im Referat als selbstverständlich unterstellt worden war, so ist nun außerdem noch festzustellen, daß für den das Thema dieser Stunde bildenden Einsatz der Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik von Theorie und Praxis ja bislang auch schon andere Transmissionswege in Betracht gezogen wurden.

Man denke etwa an die von Sohmen hierfür wiederholt herausgestellte Funktions-Glieder-Kette. Er empfiehlt für den Einsatz der Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierung hauptsächlich dieses Rezept: Man Sorge dafür, daß eine inländische Zinserhöhung via Attraktion von Auslandskapital möglichst sofort zu einer gewissen Aufwertung führt, damit preisdrückende Billig-Importe ins Land strömen². Auch hier kommt wie im Referat der Hebel einer gewissen Aufwertung vor. Geschaltet aber wird im Sohmen-Modell dieser wechselkurspolitische Hebel (anders als im Referat) nicht durch Intervention beim Devisenkurs, dem einfachen Kaufpreis der heimischen Währung, sondern durch Intervention beim Zins, also beim Bestandshaltepreis dieser eigenen Währung. Deshalb braucht man zum Einschalten des Inflations-Bremshelms, anders als bei Küng, keine Interventions-Material-Reserven. Auch nach Sohmens Vorstellung kommt der eigentlich preis-dämpfende Effekt wie im Referats-Modell hauptsächlich dadurch zustande, daß verbilligte Einfuhren zunehmen und die Ausfuhren zurückgehen. Aber anders als im Referat setzt Sohmen dabei keineswegs darauf, daß die *Grundbilanz* ins Defizit gerät. Im Gegenteil. Es genügt

² Vgl. z. B. Friedrich A. Lutz und Egon Sohmen, Wie kann sich ein Land der importierten Inflation entziehen?, in: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964/65, Stuttgart/Mainz 1965, S. 162, oder auch, analog für den Fall einer inländischen Zinssenkung: Egon Sohmen, Flexible Exchange Rates, 2. Aufl., Chicago 1969, S. 113.

dem Sohmen-Modell zufolge, wenn auch nur ein Teil des starken zins-induzierten Kapitalimports einen Realtransfer, also entsprechende Leistungsbilanzdefizite, im Gefolge hat, damit auch schon der erstrebte Dämpfungseffekt auftritt. Dann verbliebe ein Überschuß des Kapitalimports über das Leistungsbilanzdefizit, also ein Überschuß in der Grundbilanz. Soviel zu Sohmens Vorstellungen über die Form des Einsatzes der Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik.

Schließlich meine ich, es wäre nur billig, wenn wir auf dieser Tagung zum Stichwort Wechselkurspolitik und Stabilisierung auch das Eigenkonzept des deutschen Sachverständigenrates in Vergleich zögen; denn mir ist keine Stelle in der Welt bekannt, die sich so umfassend und intensiv dafür eingesetzt hätte, die Wechselkurspolitik wirklich entschieden und kraftvoll in den Dienst der Stabilisierungspolitik zu stellen wie dieser Rat in den ersten sechs Jahren seines Bestehens.

Bei ihm findet sich, soweit zu sehen, erstmals die auch im Referat getroffene Unterscheidung zwischen der eher passiven und aktiven einschlägigen Politik. Auf der einen Seite die Wechselkurspolitik, die einem stabilisierungspolitisch voranpreschenden Lande zwar Inflationsimport erspart, aber doch allenfalls einen Flankenschutz und kein Substitut anderweitiger stabilisierungspolitischer Maßnahmen darstellt. Auf der anderen Seite die aktive Wechselkurspolitik, die mit kräftigen Aufwertungsraten eine Art Deflationsimport einleitet und in dem Sinne eigenständig preisdrückend wirkt, daß von ihr Stabilisierungseffekte im Grenzfall selbst dann noch ausgehen, wenn gar keine anderen stabilisierungspolitischen Maßnahmen getroffen werden. Und zwar unterschied der Rat seinerzeit terminologisch zwischen außenwirtschaftlicher *Absicherung* und außenwirtschaftlicher *Abstützung*, wobei er unter *Absicherung* die schwächere und unter *Abstützung* die kräftigere Form verstand, also das, was im Referat (ab Seite 743) als aktive Wechselkurspolitik hervorgehoben wurde: eine Politik des bewußten Deflationsimports, des bewußten negativen Valuta-Dumpings.

Die Parallele zwischen den Vorstellungen des Sachverständigenrates und der des Referates endet wohl erst bei der Frage, auf welchem Wege es von einer aufwertenden Wechselkurspolitik zu einer Dämpfung der heimischen Preise kommt. Herr Küng meint, es bedürfe dazu stets eines Defizits der Grundbilanz. Der direkte Preiszusammenhang kommt bei ihm nur als Nebensache, nur am Rande vor. Der Sachverständigenrat aber setzte in erster Linie auf den direkten Preiszusammenhang: Durch Aufwertung werden Einfuhren billiger, bringen Ausfuhren je Stück weniger Inlandswährung, ergo drückt das in jedem Falle die heimischen Preise, auch wenn sich darüber irgendwelche Außenüberschüsse gar nicht verringern, sondern sogar vergrößern sollten. Bei ihm kommen die Außensalden gewissermaßen nur am Rande vor.

4. Unterschiedliche Auffassungen über Transmissionswege

Die Frage, auf welchen dieser Transmissionswege man nun wirklich in der Realität setzen kann, ist keineswegs unwichtig.

Unterschiedliche Auffassungen über den tatsächlichen Transmissionsweg haben merkwürdige Konsequenzen.

4.1 Man denke etwa an die Lage kurz nach der Aufwertung im Jahre 1961. In der Forderung, die Wechselkurspolitik in den Dienst der Stabilisierungspolitik zu stellen, also aufzuwerten, hatten sich viele Leute als Aufwertungsfreunde zusammengefunden. Aber was nun? Was nun, *nach* der Aufwertung? Die Runde zerfiel in zwei Lager. Die einen sagten: Nun ist mit der Aufwertung genug gegen den inflationierenden *Außensaldo* getan, nun kann die Notenbank getrost mit Hochzinspolitik den Preisauftrieb bekämpfen, ohne Gefahr zu laufen, daß das weiterhin durch inflationierende Außenüberschüsse konterkariert wird. Also *Zins herauf*. Die anderen sagten: Nun ist mit der Aufwertung genug gegen den *Inflationsimport via Direkt-Preiszusammenhang* getan, nun kann die Notenbank getrost den Zins senken, damit die Inlandsabsorption zunimmt und die lästigen Überschüsse im Kapital- und Handelsverkehr verschwinden, ohne daß es darüber erneut zu Preissteigerungen kommt. Also *Zins hinunter*. Man sieht: Es ist wirklich nicht unwichtig, genau zu prüfen, auf welchem Transmissionsweg eine zur Preisniveau-Stabilisierung betriebene Wechselkurspolitik wirklich setzen kann.

4.2 Oder denke man an unsere Gesprächssituation hier heute in diesem Kreise. Wer da so konsequent, wie das im Referat geschehen, davon ausgeht, daß es auf dieses berühmte Defizit in der Grundbilanz ankomme, für den wird offensichtlich auch für seine Analyse der Wirtschaftsgeschichte das Grundbilanzdefizit zum Leitfossil: Nur von jenen Epochen und Ländern kann er wirklich sagen, sie hätten die Wechselkurspolitik in den Dienst der Stabilisierungspolitik gestellt, in denen Defizite der Grundbilanz zu verzeichnen waren. So kommt es zu diesem ganz besonderen Gesprächsstand hier: Seit Mitte der fünfziger Jahre, nach damals bereits jahrelang hohen Außenüberschüssen und einsetzenden Preisniveausteigerungen gibt es in der Bundesrepublik kaum ein wirtschaftspolitisches Thema, über das mehr diskutiert worden wäre als über die Frage, ob, inwieweit und wie im einzelnen man die Wechselkurspolitik — mit den Worten unseres Themas — in den Dienst der Stabilisierungspolitik stellen solle. Die Diskussion darüber begann in Seminaren und Gazetten 1953, schwoll dann enorm an und fand im deutschen Bundestagswahlkampf 1969 einen vorläufigen Höhepunkt. Außerdem ist nun ja mittlerweile, seit die Deutsche Bundesbank mit der berühmten 5-Prozent-Aufwertung vom 6. März 1961 gewisser-

maßen den Startschuß gab, auch tatsächlich wiederholt von manchen Ländern aufgewertet worden. Vor allem ist mir kein Fall bekannt, daß mit einer derartigen Wechselkurspolitik im Sinne einer Aufwertung von irgendeinem Lande je ein anderes Ziel verfolgt worden wäre, als eben — mit den Worten unseres Themas —, der Stabilisierungspolitik zu dienen. Also Beispiele, Erfahrungen in großer Zahl, eine ganze stattliche Fallsammlung.

Und nun hörten wir hier im Referat den Gedanken einer „Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik“ so dargestellt, als ginge es dabei um reine Zukunftsmusik, um Pläne für etwas, was noch nicht einmal in Null-Serie erprobt wurde. Das ist kein Wunder: Dem Referat zufolge beginnt Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierung eben erst, wenn via Aufwertung bewußt ein Grundbilanzdefizit produziert wird. So kommt es denn auch zu der Besonderheit, daß im Referat als einzige empirische Beispielfälle einer derartigen Politik gewisse Defizit-Länder, wie z. B. gewisse unterentwickelte Länder, angezogen werden, freilich auf dem Umweg, die Unterlassung einer an sich fälligen Abwertung als Substitut einer stabilisierungspolitisch motivierten Aufwertung anzusehen.

Von all den tatsächlichen Aufwertungsvorgängen aber, von all den Fällen, in denen wie bei uns die Wechselkurspolitik in den Dienst der Stabilisierungspolitik gestellt worden war, ist als Erfahrungsquelle im Referat gar nicht die Rede. Das ist konsequent: Hier kam es ja noch nie zum bewußt durch Aufwertung herbeigeführten größeren Defizit. So sind Pläne für eine derartige Politik in der Tat Reißbrett-Skizzen zur Orientierung in noch nie betretenem Gelände.

Wie erwähnt: Es kommt eben doch sehr auf unsere Einstellung über den Lauf des Transmissionsweges an. Anerkennt man als möglichen Weg wie im Referat nur den über das Grundbilanzdefizit, so ist, praktische Erfahrungen betreffend, das Buch „Wechselkurspolitik im Dienste der Stabilisierungspolitik“ ein Band noch unbeschriebener Blätter. Anerkennt man aber auch noch andere denkbare Transmissionswege, so ist es eine mittlerweile schon recht lange Geschichte und überdies, wie ich persönlich meine, wirklich keine besonders erfreuliche.

5. Wechselkurspolitik zur Dämpfung der Weltinflation?

Man denke an die Inflationsraten in den einzelnen Ländern und bilde, gewogen mit dem Gewicht des Landes, eine Art Weltdurchschnitt. Wie hat sich diese weltdurchschnittliche Inflationsrate in den letzten Jahrzehnten geändert? Das Ziel ist ja, sie endlich zu verringern. Was kann eine *Änderung* der Kurse zwischen zwei Währungen hierzu wohl bei-

tragen? Das ist doch wohl das wichtigste Thema der Stunde: Ist das ganze, wie *prima facie* anzunehmen, überhaupt eine Art Null-Summen-Spiel? Also ein Spiel, in dem dem Weniger an Inflation, das der eine, aufwertende Teil der Welt verzeichnet, ein entsprechendes Mehr an Inflation bei den anderen gegenübersteht? Oder haben Friedman und Haberler recht, die meinen, durch Floating werde der durchschnittliche Inflationsgrad prinzipiell eher verringert? Oder ist eher Mundell zuzustimmen, wonach via Floating der durchschnittliche Inflationsgrad sich wahrscheinlich erhöht, eine These, der ich mich persönlich, gestützt auf gewisse Überlegungen betreffend Torsions- und Ratchet-Effekte, im wesentlichen anschließe? Das wäre doch die eigentlich wichtige, gewissermaßen kosmopolitische Fassung unseres Themas: Was taugt Wechselkurspolitik zur Dämpfung der Weltinflation?

6. Sankt-Florians-Politik

Für das bleibend Wichtigste am Referat von Herrn Küng halte ich die Art, wie der Referent immer wieder darauf hinweist, daß in einer Welt, in der die Bürger aller Staaten am Übel der Inflation leiden (und nicht etwa hier lästige Preissteigerung, dort lästiger Preisverfall herrscht), *jeder* Einsatz der Wechselkurspolitik zur Stabilisierung auf eine recht unfreundliche beggar-my-neighbour-policy hinausläuft, auf eine Wiederholung unseliger Vorgänge der dreißiger Jahre, *nur* mit anderem Vorzeichen.

Dabei verschlägt es nicht viel, wie das Vehikel heißt, in dem dann der Schwarze Peter hockt, den sich die Staaten im Kreis wechselseitig zukarren — ob Saldeneffekt oder direkter Preis-Inkubationseffekt. Flott weiter drehen kann sich das Karussell, wie bereits angedeutet, *in jedem Fall*. Sankt-Florians-Politik sagen die Bayern: „Heiliger Sankt Florian, verschon' mein Haus, zünd' andere an“.

Das Bedenken, die Verwendung der Wechselkurspolitik als Instrument der Stabilisierungspolitik sei nur eine Neuauflage der alten Sankt-Florians-Politik der dreißiger Jahre mit umgekehrtem Vorzeichen, begleitet die Aufwertungsdebatte von Anfang an. So in Deutschland schon 1960, schon vor der allerersten Aufwertung³. Und wenn unser Referent am Anfang seines Referats schon von früheren Tabus sprach, so kann man vielleicht hier die Tabu-Geschichte ergänzen: Auch in den sechziger Jahren scheint es in der wissenschaftlichen Welt zumindest im deutschsprachigen Raum so etwas wie einschlägige Tabus gegeben

³ Jetzt wieder abgedruckt in: *Wolfgang Stützel*, Währung in weltoffener Wirtschaft, Lehrstücke der Währungspolitik unter der Herausforderung des Tages, Frankfurt 1973, S. 94 wie auch S. 99 und 243.

zu haben. Tabuisiert waren freilich längst nicht mehr feste Wechselkurse. Es war eher umgekehrt. Im weiten Kollegenkreise glaubte alle Welt fest daran, daß man selbstverständlich die Wechselkurspolitik in den Dienst der Stabilisierung stellen, sprich heftig und stark aufwerten oder Richtung Aufwertung floaten müsse. Und *diese Idee* war nun geraume Zeitlang praktisch tabu. Es war damals geradezu gefährlich, im Verstoß gegen dieses Tabu die schöne Idee mit dem häßlichen Etikett „rücksichtsloser Inflationsexport“ oder „Sankt-Florians-Politik“ oder „beggar-my-neighbour-policy“ zu versehen⁴. Es konnte einen den Posten kosten. Ich nehme heute die Unbekümmertheit, mit der unser Referent solche Qualifikation vornimmt, als ein erfreuliches Zeichen dafür, daß auch dieses Zwischen-Tabu vollends beseitigt ist und man heute wirklich nüchtern und emotionslos alle diese Fragen diskutieren kann.

7. Inflationsexport — ein Bumerang?

Bei aller Freude über das gemeinsame Stichwort „beggar-my-neighbour-policy“ möchte ich nun aber zum Schluß doch noch auf einen weiteren, letzten Punkt kommen, in dem möglicherweise zwischen Referat und Korreferat wieder etwas unterschiedliche Auffassungen bestehen. Ich meine die Art der Gesamtwertung. Wie ist es in einer Welt, in der allenthalben Inflation herrscht, zu beurteilen, wenn in einem Währungsraum von der Größe unserer Bundesrepublik oder des verbliebenen Fixkurs-Blocks oder der Europäischen Gemeinschaft Wirtschaftspolitiker meinen, zur Stabilisierung ihres inneren Preisniveaus zu einer aktiv abstützenden aufwertenden Wechselkurspolitik greifen zu sollen?

Im Referat war derlei hauptsächlich unter dem Aspekt geprüft worden, ob es gegebenenfalls „vertretbar“ sei. Entsprechend wurde im Referat, das kennzeichnet seine Methode, viel erörtert, ob jeweils in bestimmten Epochen bestimmte Maßnahmen als „verfemt“, als „unüblich“ oder als „zulässig“ angesehen wurden und was als „eigentliche“, als wirklich „aktive“ Politik anzusehen wäre. Berichtet wird also genau genommen über den Wandel bestimmter Konventionen, Verhaltenskonventionen, Sprachkonventionen. Gesucht wird, unter welche Rubrik im wirtschaftspolitischen Verhaltenskodex die aktiv auf autonome Stabilisierung abzielende Wechselkurspolitik zu subsumieren sei. Und das Ergebnis ist eben: Sie ist nur schwerlich vertretbar; sie ist aber nicht ganz so gemeinschädlich wie die Sankt-Florians Politik der dreißiger Jahre, da sie des Referenten Meinung sah — siehe Devisenverbrauch

⁴ So in dem Text, der 1968 ein Minderheitsvotum werden sollte, aber nicht einmal das wurde. Vgl. *Wolfgang Stützel*, Währung in weltoffener Wirtschaft, S. 242 - 244.

zur Intervention — nur in beschränktem Rahmen betrieben werden kann.

Ich meine, man müßte derlei Politik auch noch unter einem anderen Aspekt prüfen. Man müßte nicht nur fragen: Ist sie vertretbar? Man müßte vielmehr auch fragen: Ist sie überhaupt effizient? Führt sie überhaupt zu ihrem Ziel? Haben uns denn unsere Aufwertungen z. B. wirklich einen Stabilitätsgewinn gebracht? Pfeifen es nicht inzwischen die Spatzen vom Dache, daß wir mit jeder Aufwertung die Inflation in unseren Nachbarländern recht kräftig angeheizt haben? Theoretisch ist nicht auszuschließen, daß ein Währungsraum mit Aufwertungen das ganze Inflationstempo in seiner Umgebung so beschleunigt, daß er später von außen an zusätzlicher Inflation außer dem Grad, der dort ohnedies herrschte, auch noch importiert, was er vorher an Inflationsgrad dorthin exportierte. Es gibt, das zeigt das Studium etwa des inner-europäischen Handels der letzten Jahre, nicht nur *Export* von Inflation, sondern auch so etwas wie *Re-Import* von Inflation. Etwas rüde gesprochen: Den Mist, den wir heute hinauskehren, bekommen wir möglicherweise morgen doppelt ins Haus zurück. Dann wird zwar immer noch richtig bleiben, daß man *wegen* der Aufwertungen eine geringere Preisniveau-Steigerungsrate hat *als die übrigen Länder*. Aber man hat *wegen* der Aufwertungen höhere Preisniveau-Steigerungen *als vorher* und möglicherweise auch höhere, als man sie hätte, wenn man überhaupt nie aufgewertet hätte.

Ich kann mich bis heute nicht des Eindrucks erwehren, daß derlei im Gange ist, seit das Karussell der Wechselkurs-Änderungen begonnen hat, sich zu drehen.

So komme ich, etwas zugespitzt und frei nach Talleyrand, zu folgendem Ergebnis: Wechselkursänderungen bei lästiger Inflation in allen beteiligten Ländern aktiv als Instrument der Stabilisierungspolitik einzusetzen, ist nicht nur — wie der Referent meint — unfair oder schwerlich vertretbar. Es ist schlimmer als ein Verstoß gegen die internationale Moral. Es ist schlimmer als ein Verbrechen. Es ist ein *Fehler*. Die Erfahrungen lehren: Man wird das erstrebte Ziel auf diesem Wege gar nicht erreichen.

P. S.:

Oder hier in Zürich, dem Lokalkolorit angepaßt, nicht weit vom Bodensee mit seinen moorigen Ufern, an denen die sieben Schwaben einst dem Ungeheuer nachstellten: Als sie sich eigentlich schon zurückziehen wollten, gerieten sie alle sieben zusammen ins tiefe, tiefe Moor, in den tiefen Sumpf der Inflation. Ihren starren, langen Spieß hatten sie längst weggeworfen. Verängstet scharten sie sich zum Kreis, hielten einander ein wenig. Aber sie sanken und sanken. Nun steckten sie schon

drin bis zum Knie. Sagte der Nestle-Schwab': „Seid doch nicht so blöd, habt keine Angst! Es kann sich doch jeder mit den Händen auf die Schultern von seinen zwei Nachbarn stützen und sich dann mit seinen Armen aus dem Sumpf herausdrücken.“ Sagte der Spiegel-Schwab', er stammte aus der Ostalb: „O hätten wir nur unseren festen Spieß behalten.“

Diskussion

Otmar Issing (Nürnberg):

Meine Damen und Herren, Sie sind sicher mit mir einer Meinung, daß es nicht richtig gewesen wäre, dieses Zwiegespräch durch Zeitbegrenzungen zu beschränken.

Herr Stützel, als ich Ihr Referat gestern abend noch gelesen habe, habe ich das schon befürchtet. Ich meine das „Zeitliche“, daß Sie nicht zu stoppen sein werden. Ich bin mir dann darüber klar geworden, daß Ihre Frage an mich, ich sollte Ihnen heute sagen, wie lange Sie sprechen dürften, eine rein rhetorische Frage war.

Nun zur Diskussion. Es wäre natürlich interessant, jetzt wirklich ein Zwiegespräch — wir befinden uns hier für dieses Verfahren auf historischem Boden — über Wechselkursfragen zu beginnen. Aber Herr Jöhr hat in seinem einleitenden Referat gesagt, diese Veranstaltung ist bzw. gleicht einer Oper. Und in einer Oper mag ein Duett einmal vorkommen, aber ein Duett macht noch keine Oper aus; auch kein Terzett. Deswegen möchte ich meinen Beitrag, auch wenn es mir schwer fällt, unterdrücken.

Werner Flandorffer (Bonn):

Nur ein paar kurze Bemerkungen zu der Feststellung von Herrn Küng, daß eine aktive Wechselkurspolitik wenig wahrscheinlich sei. Ich möchte das nicht sagen; denn die Tatsachen beweisen etwas anderes. Was anderes ist die italienische Wechselkurspolitik in der gegenwärtigen Situation als eine aktive Wechselkurspolitik zur Stabilisierung? Es ist eine sehr kostspielige Politik, hat aber sicherlich in der aktuellen italienischen Preissituation eine gewisse Folgerichtigkeit.

Damit komme ich schon zu meinem zweiten Punkt. Man muß, glaube ich, bei der Wechselkurspolitik den gesamten Zusammenhang mit der jeweiligen wirtschaftlichen Situation und der Wirtschaftspolitik sehen. Man kann nicht isoliert ein Modell errichten, wie wir es in diesem Referat gesehen haben. Vielmehr erweist sich in bestimmten Situationen — meines Erachtens auch nach den Worten von Herrn Stützel — eine aktive Wechselkurspolitik als notwendig und zweckmäßig, in anderen Situationen nicht.

Wenn z. B. in einem Land eine Überbeschäftigung bei aktiver Handelsbilanz herrscht, dann scheint mir eine aktive Wechselkurspolitik — auch im internationalen Sinn — richtig zu sein.

Ich möchte weiter bezweifeln, ob eine Stabilisierungspolitik mit Hilfe des Wechselkurses immer eine *beggar-my-neighbour-policy* ist. Es kann sehr wohl sein, daß sich eine solche Politik zugunsten anderer Länder und deren internationaler Situation auswirkt, nämlich dann, wenn die Nachfrageelastizitäten nach Gütern dieses Landes relativ groß sind.

Gut, der gegenwärtige Fall der Bundesrepublik scheint zu zeigen, daß die Elastizitäten sehr gering sind. Unsere eigene außenwirtschaftliche Situation ist ja ein ganz klassisches Beispiel dafür. Aber das hängt wohl mehr mit der internationalen Konjunktursituation, mit der internationalen Nachfragesituation in unseren wichtigsten Partnerländern zusammen. Ich glaube, man muß diese Aspekte mit betrachten.

Natürlich gehört zu diesem ganzen Kontext auch das, was Herr Stützel erwähnte, und worauf er ja traditionellerweise sehr viel Wert legt, nämlich die Zinspolitik. Eine Hochzinspolitik inhibiert natürlich eine aktive Wechselkurspolitik; das ist ganz klar. Aber in einer Situation, wo relativ niedrige Zinsen angebracht sind, kann eine aktive Interventionspolitik sehr wohl gelingen.

Noch ein letztes Wort; ein Dank des Praktikers an Herrn Küng für die klare Verständlichkeit seines Referats, was man leider nicht von allen Referaten dieses Arbeitskreises sagen kann.

Franz-Josef Trouvain (Frankfurt):

Ich komme nicht aus der Wissenschaft, sondern ich bin in einer Bank tätig und möchte aus dieser Sicht ein paar Ergänzungen zu dem machen, was Herr Stützel dargelegt hat.

Ich teile seine Verwunderung darüber, daß man an den Erfahrungen der letzten vier bis fünf Jahre anscheinend so spurlos vorübergeht. Ich glaube, daß diese Jahre sehr deutlich gemacht haben, daß Veränderungen in den relativen Austauschverhältnissen nicht immer und überall jene Wirkungen haben, die ihnen in der Regel und vor allem in der Theorie zumeist zugeordnet werden.

Das gilt sicherlich auch für das Floating, und es liegt nicht nur, wie oft behauptet wird, daran, daß dieses Floating eben nicht sauber oder nicht sauber genug gewesen sei. In der Tat haben wir hier verschiedene Grade von Verschmutzungen.

Die Engländer z. B. haben sich die Aufrechterhaltung des derzeitigen Kurses im Verlaufe dieses Jahres rund 4½ Milliarden Dollar kosten

lassen. In diesem Maße nämlich ist ihre Auslandsverschuldung gestiegen, ohne daß die Währungsreserven gewachsen sind. Man hat also den Ausgleich des Zahlungsbilanzdefizits nicht über eine weitere Reduzierung des Pfund-Kurses gesucht, sondern eben über ausländische Kredite bewerkstelligt. Warum hat man das getan? Weil man die Grenzen der Abwertungspolitik, der Wechselkurspolitik sehr deutlich gesehen hat. Der Hauptgrund war wohl, daß man die zunächst offenbar inflationsstimulierenden Effekte einer weiteren Abwertung vermeiden wollte, zumal man fürchten mußte, daß diese Stimulierung der Inflation nicht durch eine ausreichend restriktive Stabilisierungspolitik ausgeglichen werden konnte, sondern im Gegenteil über ihre lohnpolitischen Auswirkungen perpetuiert werden würde. Hier haben Sie ein Beispiel für die Grenzen der Wechselkurspolitik in einem Defizitland.

Aber auch bei den Überschußländern haben sich deutlich inverse Reaktionen oder Resultate eingestellt, selbst bei Ländern wie z. B. der Bundesrepublik, die sich ein relativ sauberes Floating geleistet hat.

Sicher hat dieses Floating in der Bundesrepublik — für die Schweiz gilt, glaube ich, ähnliches — *eine* Inflationskomponente gestoppt, nämlich den Zufluß ausländischer Liquidität, oder diesen Einfluß jedenfalls erheblich reduziert, steuerbar gemacht. Es hat vielleicht auch — ich möchte sagen, das gilt bei einer statischen Betrachtung; bei einer dynamischen würde ich die These anders setzen — ein gewisses Abhängen oder eine Verringerung des internationalen Preiszusammenhangs bewirkt. Es hat aber jedenfalls nicht die Überschüsse in der Handels- und in der Leistungsbilanz verringert.

Dafür gibt es nun eine ganze Reihe von Erklärungen; nicht nur den zunächst positiven terms-of-trade-Effekt der Aufwertung, auch nicht nur die Tatsache, daß Veränderungen in den Handels- und Leistungsbilanzen Zeit brauchen.

Ich glaube — hier komme ich zu dem, was auch Herr Stützel schon angedeutet hat —, daß das Floating, international gesehen, die Inflation eher erleichtert. Hierfür spielt eine Rolle, daß die Aufwertung einer wichtigen Währung und insbesondere die Aufwertung verschiedener wichtiger Währungen zusammen den Inflationsauftrieb in den Defizitländern de facto via Importverteuerung erhöht, daß mit anderen Worten günstige Voraussetzungen für die Fortwälzung der Aufwertungskosten seitens der revaluierten Währungen bestehen. So jedenfalls erklärt sich ein Teil der Wirkungsreduzierungen von Aufwertungen.

Ein weiteres läßt sich hierfür anführen: daß die relativen Preisunterschiede nicht jene zentrale Bedeutung für die Veränderung der Außenhandelsströme haben, wie gelegentlich angedeutet. Hier spielen das

internationale Aktivitätsgefälle und die ungleiche Verteilung unausgenutzter Ressourcen in der Welt eine Rolle, und hier sind von erheblicher Bedeutung — vor allen Dingen dann, wenn, wie in der Bundesrepublik, 50 Prozent des Exportes aus Investitionsgütern bestritten werden — qualitative Dinge wie z. B. die Zuverlässigkeit der Einhaltung der Lieferfristen. Manche Länder könnten noch weit mehr abwerten, als sie getan haben; wenn sie nicht ihre Streikbilanz verbessern, wird ihnen das wenig helfen.

Das alles heißt natürlich nicht, daß Paritätsänderungen irrelevant sind. Aber es zeigt meines Erachtens, daß man von Wechselkurskorrekturen allein keineswegs automatisch die Wiederherstellung eines zufriedenstellenden internationalen Gleichgewichts erwarten darf. Wie immer man Wechselkurspolitik als aktiv oder passiv definiert, sie kann meines Erachtens immer nur akzessorische Bedeutung haben, kann immer nur Absicherung, nie aber Kernpunkt einer Stabilisierungspolitik sein.

Hans Willgerodt (Köln):

Meine Damen und Herren, es ist immer charmant, Herrn Stützel seine bekannten Thesen erneut vortragen zu sehen, aber jedesmal in noch charmanterer Verpackung. Gleichwohl, um die Balance ein wenig wiederherzustellen, einige Bemerkungen.

Zunächst aber zu Herrn Küng. Ich möchte Herrn Stützel ausdrücklich darin zustimmen, daß man es nicht zu einer permanenten Politik machen kann, etwa Sonderziehungsrechte im System flexibler Wechselkurse zu schaffen und diese Sonderziehungsrechte zum Zwecke einer Stabilisierungspolitik auf nationaler Basis zu verwenden. Ich glaube, daß sich dieses Rezept auch herumspricht und infolgedessen hinterher die Sonderziehungsrechte praktisch nicht mehr absetzbar sein werden. Wahrscheinlich werden dann die Länder, die auf Grund der Statuten des Währungsfonds verpflichtet sind, die Sonderziehungsrechte anzunehmen, irgendwann die Annahme verweigern. Ich glaube also, in diesem Punkt ist Herrn Stützel zuzustimmen.

Unfair wäre es allerdings, die seit Jahren angesammelten Devisenreserven in bestimmten Stabilitätsländern nun einzufrieren. Sie sind ohnehin durch die permanente Inflation der anderen Länder dauernd entwertet worden. Soll man jetzt auch noch ein Gebot befolgen, diese Devisenreserven niemals zu verwenden? Ich glaube, gerade für die Bundesrepublik und auch für die Schweiz wäre es legitim, die ohnehin entwerteten Devisenreserven auch einmal für Stabilisierungszwecke

einzusetzen. Aber die Schaffung zusätzlicher Liquidität für diesen Zweck im System des Floating halte ich für unsinnig.

Nun einige Bemerkungen zu Herrn Stützel. Sie haben gesagt, daß die Grundbilanz — ich glaube, da haben Sie völlig recht — nicht das Entscheidende sei. Aber ich glaube, für diese Frage ist die Grundbilanz überhaupt nicht so wichtig.

Sie haben gesagt, wenn die Devisenreserven von der Notenbank eingesetzt werden, dann macht sich vielleicht eine Aufwertungstendenz bemerkbar. Werden aber die ausländischen Zahlungsmittel teurer, dann werden die Geschäftsbanken aus ihren Beständen diese fehlenden Devisen zur Verfügung stellen. Aber die Geschäftsbanken müssen dazu ein Motiv haben, und man fragt sich, welches. Wenn sie weitere Aufwertungen erwarten, werden sie die wertvollen Devisen noch zurückhalten. Sie werden sie nur dann freiwillig auf den Markt geben, wenn sie keine weitere Intervention durch die Notenbank erwarten.

Nun hängt das Maß dieser Interventionen von den Beständen ab, die die Notenbank hat, also von der Munition, die sie verschießen kann; das Verschießen kann je nach Dosierung und Umständen recht lange dauern. Vor allen Dingen dann, wenn die Notenbank diese Devisen gegen deflatorisch aus dem Kreislauf herausgezogenes inländisches Zentralbankgeld verkauft. Dann kann man recht sparsam mit diesen Devisen umgehen, und es kann ziemlich lange dauern, bis der Vorrat der Notenbank aufgebraucht ist. Wenn man allerdings keine innere Stabilisierungspolitik damit verbindet, dann ist die Munition bald verschossen.

Wie dem auch sei, auch die Geschäftsbanken verkaufen ihre Devisen; an wen? Nur an Kapitalexpoteure. Das ist offenbar Ihre Vorstellung. Aber ich würde meinen, auch an Importeure. Und wenn an Importeure, dann kann sehr wohl ein realer Stabilisierungseffekt zustande kommen.

Was das Elastizitätsproblem betrifft, das auch Herr Niehans gestern angesprochen hat, so sind wir hier, glaube ich, doch etwas zu pessimistisch, weil wir nicht zwischen dem System der Stufenflexibilität und dem System flexibler Wechselkurse unterscheiden gelernt haben, wie sie jetzt existieren. Im System flexibler Wechselkurse *müssen* die Elastizitäten früher oder später ausreichend werden. Es wird eben dann so lange der Wechselkurs geändert, bis die Leistungsbilanz entsprechend nachgibt. Ob das politisch tragbar ist, ist allerdings eine andere Frage. Daß das Elastizitätsproblem technisch unlösbar sei, sehe ich jedenfalls nicht.

Die Erfahrungen mit lang andauerndem Floating, etwa während der ersten deutschen Inflation von 1919 bis 1923, zeigen eindeutig, daß es

sehr wohl möglich ist, sogar zu einem, wie man damals gesagt hat, Ausverkauf der Mark zu kommen, das heißt: zu einer starken Tendenz zum Export.

Was die Havelmoo-These angeht — Vergleich der Verlängerung der Handelsbilanz oder der Leistungsbilanz mit der Verlängerung des Budgets —, so ist diese These, glaube ich, für praktische Zwecke nicht überzubewerten. Die Havelmoo-Theorie hängt von zahlreichen Bedingungen ab, die meist nicht erfüllt sind. Eine für die praktische Anwendung gültige Regel, daß wir hier einen Multiplikator von 1 hätten, ist inzwischen längst widerlegt.

Wir haben es immer mit Alternativen zu tun. Natürlich hat, Herr Stützel, das System der flexiblen Wechselkurse seine Unvollkommenheiten, und niemand hat sie klarer herausgestellt als Sie. Aber man muß es auch mit einem System stabiler Wechselkurse vergleichen. Sie wohnen in Saarbrücken und können sicher vergleichen — die Grenze ist sehr nahe —, wo man sein Benzin oder seine Automobile billiger hat kaufen können oder auch wo man gut essen konnte usw. Vielleicht können Sie uns alle einmal beraten, wie das war in der Zeit, als die Kurse noch stabil waren, und dann in der Zeit, als die Kurse beweglich geworden sind.

Gerade der Reiseverkehr ist übrigens ein Faktor, der dazu beiträgt, die Preistendenzen, die nach der Lehrbuchtheorie durch Wechselkursbewegungen angezeigt werden sollen, ganz deutlich zu machen. Wer heute als Deutscher ins Ausland reist, merkt trotz der deutschen Inlandsinflation sehr wohl, daß das Floating dazu führt, die Mark sehr stark im Wert zu erhöhen.

Ich denke deswegen daran, daß man dieses Gleichnis von den sieben Schwaben etwas modifizieren sollte, nämlich in der Weise, daß man sich auch einmal fragt: Kann nicht einer von denen, vielleicht der letzte, am noch stabilen Ufer stehenbleiben und die anderen sechs mit oder ohne Spieß in den Sumpf marschieren lassen? Dann kann wenigstens dieser eine vielleicht doch zu einer stabilen Währung kommen.

Denn die Möglichkeit etwa — und das wäre ja die einzige Alternative —, zu einer internationalen Abstimmung der Konjunkturpolitik zu gelangen, hat sich doch wohl als schöner Traum erwiesen. Das heißt, darauf, daß sich alle sieben Schwaben gleichzeitig entschließen, den Sumpf überhaupt nicht zu betreten, müssen wir noch eine Weile warten. In der Theorie ist natürlich alles möglich, bei Schwaben sogar in der Praxis; aber ich weiß nicht, ob wir uns in der jetzigen internationalen Situation darauf verlassen können.

Emil Küng (St. Gallen):

Ich freue mich stets, wenn in einer Debatte die Funken stieben. Dies gilt selbst dann, wenn sich die Kritik in aller Schärfe gegen mich richtet — wie das im Falle des Feuerwerks von Herrn Stützel zutraf. Ich werde mich freilich nur mit einem Bruchteil jenes Aufwandes in die Auseinandersetzung stürzen, den Herr Stützel mobilisierte, weil ich der Ansicht bin, daß wir hier ein klassisches Beispiel vor uns haben, wie man aneinander vorbei reden kann. Ich möchte daher weit eher Mißverständnisse klären als etwas anderes.

Die fundamentalen Meinungsverschiedenheiten haben nach meiner Überzeugung ihre Ursache in einem unterschiedlichen Ansatzpunkt. Ich selber argumentiere durchwegs langfristig, Herr Stützel dagegen wendet seine Aufmerksamkeit ausschließlich der kurzfristigen Anpassung zu. Infolgedessen darf man sich aber auch nicht wundern, wenn völlig ungleiche Schlußfolgerungen zutage treten. Diese Abweichungen mögen insofern auf mein Schuldkonto zu buchen sein, als ich nicht ausdrücklich davon sprach, meine Betrachtungsweise sei langfristiger Natur; höchstens aus der durchgängigen Verwendung des Begriffes der Grundbilanz hätte eigentlich bereits hervorgehen müssen, daß dies der Fall sei, schließt doch diese Bilanz die regulären, langfristigen Kapitalbewegungen ein, nicht aber die kurzfristigen und als reversibel angesehenen Übertragungen.

Nun bin ich durchaus bereit, zuzugeben, daß auf kurze Frist niedrige Preiselastizitäten sowohl des Angebotes wie der Nachfrage die Regel bilden, ja, daß sogar anomale Reaktionen vorkommen können, gestützt auf „perverse Elastizitäten“. Die daraus resultierenden kumulativen Prozesse, die vom Gleichgewicht wegführen, habe ich in aller Ausführlichkeit geschildert in einem dicken Buch über „Zahlungsbilanzpolitik“, in dem nicht weniger als 200 Seiten der Wechselkurspolitik gewidmet sind. Dort wird auch anhand einer Graphik gezeigt, wie die Kursausschläge sich unter der Einwirkung der destabilisierenden Spekulation verschärfen können.

Trotz allen diesen Hinweisen möchte ich jedoch nach wie vor daran festhalten, daß auf längere Frist die Ergebnisse andere sind, weil bekanntlich die Preiselastizitäten dann unvergleichlich größer ausfallen. Die abschließenden Untersuchungen von Harberger und Machlup, die vor vielen Jahren eine lange Debatte über diese Frage beendeten, haben mit aller Deutlichkeit erwiesen, daß kein Grund zu einem „Elastizitätspessimismus“ besteht, sondern daß man sich auf die Wirksamkeit dieser Faktoren verlassen kann. Allerdings zeigt die Erfahrung auch, daß vorübergehend der Einfluß der Einkommenselastizitäten (z. B. im Zusam-

menhang mit weltweiten Konjunkturaufschwüngen) sehr viel stärker sein kann als derjenige eventueller Preis- und Kostendisparitäten, hervorgerufen durch Wechselkursänderungen. Das ist indessen nichts Neues und bedeutet nur ein Störungselement für die Durchsetzung der längerfristig wirksamen Kräfte.

So sehr daher einzuräumen ist, die Geldmarkttransaktionen über die Grenze hinweg bestimmten die tägliche Gestaltung der Wechselkurse, so nachdrücklich ist darauf aufmerksam zu machen, daß diese Geldbewegungen nicht in völliger Autonomie stattfinden. Gerade mir als Vertreter eines besonders außenhandelsintensiven Kleinstaates und am Sitz eines wichtigen Finanzzentrums ist es natürlich hinreichend bekannt, welchen übergroßen Anteil diese Transfers im Rahmen des gesamten Devisenmarktes inne haben. Allein: Auch sie sind zinsinduziert, sicherheitsorientiert und insbesondere abhängig von Erwartungen über die künftige Höhe des Wechselkurses.

Greifen wir diesen letztgenannten Bestimmungsfaktor heraus, so gelangen wir unweigerlich zu einem Vergleich zwischen dem herrschenden Wechselkurs und demjenigen, der auf längere Frist erwartet wird, also zum „permanenten“ Kurs von Niehans oder auch zum Gleichgewichtswechselkurs. Beides sind jedoch erneut langfristige Begriffe. Sie stehen in engstem Zusammenhang mit der Grundbilanz. Je mehr der effektive Wechselkurs in einem bestimmten Zeitpunkt nach dem Urteil der Beteiligten von dieser Vergleichsgröße abweicht, desto stärker machen sich Tendenzen bemerkbar, die eine Korrektur in der Richtung des Trendwertes mit sich bringen. Die destabilisierende Spekulation kann daher zwar vorübergehend Fluktuationen hervorrufen; früher oder später wird man sich indessen wieder an den Grunddaten orientieren.

Halten wir uns diesen Tatbestand vor Augen, so sehe ich keinen grundsätzlichen Widerspruch zwischen den Thesen von Herrn Stützel und meinen eigenen. Es erübrigt sich daher auch, näher auf die Einzelheiten einzutreten. Zu bedauern ist lediglich, daß Herr Stützel so viel Energie für seine Attacke aufgewendet hat, handelt es sich doch um einen Kampf gegen Windmühlen.

Stabilisierungspolitik in interdependenten Wirtschaften: Die monetäre Hypothese der Weltinflation

Von *Emil-Maria Claassen*, Paris und Gießen*

1. Die Weltwirtschaft als einzig relevante Makroökonomie

Zwei Mängel weisen im allgemeinen die Makromodelle *offener* Wirtschaften auf.

1.1 Erstens vernachlässigen sie die Wirkungen von internen Störungen bzw. von wirtschaftspolitischen Maßnahmen auf die „restliche Welt“ und die damit einhergehenden Rückwirkungen auf das eigene Land. Diese Vernachlässigung geschieht sozusagen absichtlich, da man nach altem wissenschaftlichen Brauch nur schrittweise die Komplexität wirtschaftlicher Phänomene in den Griff bekommt, so daß man sich zunächst — aus der Sicht der Weltwirtschaft gesehen — mit einer „Partialanalyse“ begnügen muß, ehe man den weiteren Schritt in Richtung eines „Zwei-Länder-Modells“ unternimmt. Zudem ist eine solche Partialanalyse dann gerechtfertigt, wenn es sich um relativ geschlossene Wirtschaften handelt, die demzufolge durch einen hohen Grad der „Unabhängigkeit“ von der Weltwirtschaft gekennzeichnet sind. Im gegenwärtigen Kontext der Weltwirtschaft trifft dieser Zustand wohl nur auf die Vereinigten Staaten zu, und zwar einmal auf Grund ihrer Größe und zum anderen auf Grund ihrer besonderen Stellung im Weltwährungssystem. Für alle anderen westlichen Industrienationen gilt der Tatbestand, daß sie entweder „klein“ und damit von der Weltwirtschaft „abhängig“ sind oder daß sie „groß“ sind (im Gegensatz zur „super-großen“ US-Wirtschaft) und demnach untereinander in einem „Zwischenabhängigkeitsverhältnis“ stehen. Hieraus folgt, daß die Makromodelle und die sich aus ihnen ergebenden Implikationen für

* Geboren am 23. November 1934 in Mönchengladbach. Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Köln, London und Paris. Promotion an den Universitäten Köln und Paris. 1968 Habilitation an der Universität Paris. 1969 Umhabilitation an der Universität Köln. Professur an den Universitäten Chicago und Pittsburgh. Bis 1973 Professur für Volkswirtschaftslehre und Dogmengeschichte an der Universität Gießen. Ab 1973 Professur für Geldtheorie und Makroökonomie an der Universität Paris und Leitung des Institut Economique de Paris. Hauptarbeitsgebiete: Geldtheorie und Geldpolitik, Makroökonomie und internationale Wirtschaftsbeziehungen.

die Stabilisierungspolitiken unterschiedlich zu formulieren sind, je nach dem vorliegenden Grad an Dependenz oder Interdependenz¹.

Die in der Literatur existierenden Zwei-Länder-Modelle, die analytisch die Weltwirtschaft repräsentieren, sind nun durchaus geeignet, dem Tatbestand der Dependenz oder Interdependenz Rechnung zu tragen. Diese sind fast alle keynesianischer Provenienz, wobei einmal jene von Metzler und Machlup zu nennen sind², die die Bestimmung der Einkommen und der Zahlungsbilanz von zwei Ländern zum Gegenstand haben, und zum anderen die erweiterten SI-LM-Modelle zur Bestimmung der Einkommen, der Zahlungsbilanz *und* der Zinssätze von ebenfalls zwei Ländern, wie sie von Cooper, Swoboda, Roper und Dornbusch entwickelt worden sind³, und die übrigens alle von dem fundamentalen Mundellschen Beitrag ausgehen⁴.

Diese letzteren Modelle, konstruiert für ein System fester Wechselkurse, haben ein Charakteristikum gemeinsam. Die Wirksamkeit der Stabilisierungspolitik und vor allem der Geldpolitik eines Landes, sein Volkseinkommen zu beeinflussen, steht in direkter Proportionalität zu seiner relativen Größe in bezug auf die „restliche Welt“; oder noch genereller formuliert: Eine expansive Geldpolitik bewirkt im System fester Wechselkurse ein höheres Welteinkommen, dessen Verteilung auf die einzelnen Länder von ihrer jeweiligen relativen Größe abhängt — gleichgültig in welchem Land die Expansionspolitik stattfindet; die Lokalisierung dieser Politik hat lediglich einen Einfluß auf die Verteilung der Währungsreserven in der Welt. Wie wir später sehen werden, gilt diese fundamentale Aussage ebenfalls für jene Zwei-Länder-Modelle, in denen „quantitätstheoretisch“ das Preisniveau bzw. Veränderungen des Preisniveaus bestimmt werden: Gleichgültig in wel-

¹ Vgl. hierzu *Emil-Maria Claassen*, *Dépendance et interdépendance des politiques macro-économiques dans l'économie internationale*, Bericht für die Kommission der Europäischen Wirtschaftsgemeinschaften, Brüssel 1971.

² *Lloyd A. Metzler*, *The Transfer Problem Reconsidered*, in: *Journal of Political Economy*, Juni 1942. *Fritz Machlup*, *International Trade and the National Income Multiplier*, Philadelphia 1943.

³ *Richard N. Cooper*, *Macroeconomic Policy Adjustment in Interdependent Economies*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Februar 1969. *Alexander K. Swoboda*, *Reserve Policies, Currency Preferences, and International Adjustment*, in: *Yale Economic Essays*, 1970, und: *Monetary Policy and Fixed Exchange Rates: Effectiveness, the Speed of Adjustment and Proper Use*, in: H. G. Johnson und A. R. Nobay (Hrsg.), *Issues in Monetary Economics*, London 1974. *Don E. Roper*, *Macroeconomic Policies and the Distribution of the World Money Supply*, in: *Quarterly Journal of Economics*, Februar 1971. *Alexander K. Swoboda* und *Rüdiger Dornbusch*, *Adjustment Policy and Monetary Equilibrium in a Two-Country-Model*, in: A. K. Swoboda und M. B. Connolly (Hrsg.), *International Trade and Money*, London 1973.

⁴ *Robert A. Mundell*, *International Economics*, New York 1968, Anhang zu Kap. 18.

chem Lande eine Geldmengenausdehnung vorgenommen wird, erhöht diese in einer Situation der Vollbeschäftigung das Weltpreisniveau, da sie die Weltgeldmenge vergrößert; die Verteilung der Zunahme dieser Weltgeldmenge auf die einzelnen Länder hängt wiederum von ihrer jeweiligen relativen Größe ab (in Analogie zu der Bestimmung der Zunahme des Welteinkommens, dessen Verteilung auf die einzelnen Länder ebenfalls von ihrer relativen Größe abhing); ferner spielt die Frage, in welchem Land die expansive Geldpolitik betrieben wird, nur eine Rolle für die Höhe seiner Devisenbestände und damit nur eine Rolle für die Verteilung der Reserven in der Welt.

1.2 Ein zweiter Mangel, der sowohl den Modellen offener Wirtschaften als auch den obengenannten Zwei-Länder-Modellen anhaftet, bezieht sich auf eine andere Vernachlässigung, und zwar die des internationalen Preis- und Zinszusammenhangs. Unter komparativ-statischen Gesichtspunkten ist dies kein gravierender Mangel, da der Endgleichgewichtszustand einer monetären Störung derselbe ist, gleichgültig ob der Anpassungsprozeß über einen relativen Preiseffekt (wie er seit Hume bis zu den jüngsten Zwei-Länder-Modellen unterstellt wird) oder im Falle integrierter Güter- und Kapitalmärkte über den Bestandsanpassungsmechanismus in den nationalen Geldmärkten (monetärer Ansatz) erfolgt⁵. Unter dem Aspekt des Transmissionsmechanismus von monetären Störungen kann die Nichtberücksichtigung integrierter Güter- und Kapitalmärkte zu irrtümlichen Resultaten führen.

Im folgenden werden wir uns drei Problemkreisen zuwenden. Wir beginnen mit der Konstruktion eines quantitativ-theoretischen Modells der Weltwirtschaft, die durch drei Charakteristika gekennzeichnet ist: Vollbeschäftigung, feste Wechselkurse und integrierte Märkte für die international austauschbaren Güter und Wertpapiere. In der Literatur ist dieses Modell unter dem Namen des „monetären Ansatzes der Zahlungsbilanztheorie“ bekannt, und es wurde von Johnson, Mundell und ihren Schülern entwickelt⁶.

Eines unserer Anliegen ist, den Transmissionsmechanismus einer Geldmengenexpansion, die in irgendeinem Land stattfindet, auf die restliche Welt zu analysieren. Dieser kann analytisch in zwei Etappen

⁵ Es muß jedoch erwähnt werden, daß jene Zwei-Länder-Modelle, die mit der Hypothese einer perfekten Kapitalmobilität operieren, implizite integrierte Kapitalmärkte annehmen.

⁶ *Harry G. Johnson*, *The Balance of Payments*, in: *Pakistan Economic Journal*, Juni 1958 und wiederabgedruckt in: *H. G. Johnson, Money, Trade and Economic Growth*, Cambridge (Mass.) 1962; *Harry G. Johnson*, *Inflation, Theorie und Politik*, München 1974, Kap. 3 - 4. *Robert A. Mundell*, *Monetary Theory: Inflation, Interest and Growth in the World Economy*, Pacific Palisades (Kalifornien) 1971.

zerlegt werden. Einerseits ergibt sich zunächst auf Grund der preis- bzw. konkurrenztheoretischen Hypothese integrierter Güter- und Wertpapiermärkte eine Erhöhung des Weltpreinsniveaus, da die Erhöhung der nationalen Geldmenge die Weltgeldmenge ausdehnt. Andererseits sind durch die Geldmengenexpansion eines bestimmten Landes und der ihr folgenden Erhöhung des Weltpreinsniveaus die nationalen Geldmärkte im Ungleichgewicht, wodurch Zahlungsbilanzungleichgewichte so lange ausgelöst werden, bis die Geldmärkte wieder ihr sogenanntes Bestandsgleichgewicht erreicht haben (Abschnitt 3).

Ein weiteres Ziel unserer Studie ist die Bestimmung des Weltpreinsniveaus und seiner Veränderung unter dem speziellen Aspekt, inwieweit die Geldpolitik eines bestimmten Landes „mitverantwortlich“ für die Variation des Weltpreinsniveaus — und damit seines eigenen Preisniveaus — ist. Eines unserer (schon oben erwähnten) Resultate ist, daß die Wirksamkeit eines Landes, das Weltpreinsniveau zu beeinflussen, in proportionaler Abhängigkeit zu seiner relativen Größe innerhalb der Weltwirtschaft steht. Demzufolge ist die Inflation für kleine („abhängige“) Länder vornehmlich die der importierten Art, während sie für sehr große („unabhängige“) Länder hauptsächlich auf die inländische Geldpolitik zurückzuführen ist; hieraus folgt, daß sie für große („zwischenabhängige“) Länder sowohl vom importierten Typ als auch vom „hausgemachten“ Typ sein kann (Abschnitt 4).

Das dritte Anliegen unserer Arbeit ist die Klärung des in dieser Studie oft benutzten Begriffs der relativen Größe eines Landes, da diese eine kapitale Rolle bei der Transmission monetärer Störungen auf die „restliche Weltwirtschaft“ und bei der Bestimmung des Weltpreinsniveaus und seiner Veränderung spielt. Die Definition des Konzepts der relativen Größe eines Landes innerhalb der Weltwirtschaft bildet den Gegenstand des nun folgenden Abschnitts.

2. Dependenz, Independenzen und Interdependenzen in der Weltwirtschaft

Verschiedene Maßzahlen bzw. Relationen können verwandt werden, um den Unterschied zwischen „großen“ und „kleinen“ Volkswirtschaften zu kennzeichnen. Eine sehr oft benutzte Relation ist die Beziehung zwischen Importen (oder Importen plus Exporten) und Sozialprodukt. Eine Wirtschaft, die durch eine hohe Importneigung charakterisiert ist, wird als sehr offen bezeichnet, da sich Fluktuationen des Volkseinkommens in hohen Zahlungsbilanzungleichgewichten niederschlagen (zumindest in keynesianischer Vorstellung, während nach dem monetären Ansatz Einkommensveränderungen die Zahlungsbilanz nur über ein

Ungleichgewicht im Geldmarkt beeinflussen), so daß interne Störungen in starkem Maße vom Ausland absorbiert werden bzw. Einkommensstabilisierungsmaßnahmen aufgrund der Rückwirkung auf die Zahlungsbilanz (und damit auf das eigene Volkseinkommen) äußerst begrenzt wirksam sind. Dieser durch die Importneigung definierte Öffnungsgrad einer Wirtschaft umfaßt jedoch nur die relative Bedeutung der Außenhandelsströme (an Gütern und Dienstleistungen).

In ähnlicher Weise kann die Anfälligkeit der Wirtschaft auf internationale Kapitalbewegungen durch den Quotienten zwischen Kapitalimporten (oder Kapitalimporten plus Kapitalexporten und diese zusätzlich klassifiziert nach ihrer Fälligkeit) und Sozialprodukt beschrieben werden, wie er von Whitman vorgeschlagen wird⁷. Ist dieser Quotient sehr groß — was einem hohen Öffnungsgrad der Wirtschaft in bezug auf ihre Kapitalbilanz entsprechen würde —, dann lösen interne Zinsveränderungen massive Kapitalbewegungen aus, so daß auch hier einer Stabilisierungspolitik, die u. a. den Zinssatz berührt, aufgrund ihrer sofortigen Beeinflussung der Kapitalbilanz enge Grenzen gesetzt sind; (massive Kapitalbewegungen bedeuten in diesem Zusammenhang, daß ein im Vergleich zum Sozialprodukt hoher Netto-Kapitalexport oder -import stattfindet, wobei zusätzlich eine hohe Zinselastizität unterstellt wird).

Statt dieser ziemlich heterogenen Maßzahlen werden wir uns für den Öffnungsgrad einer Wirtschaft anderer Koeffizienten bedienen. Da sich unsere Studie mit dem Problem von Preisniveauerhöhungen und nicht mit dem von Einkommensveränderungen befaßt, werden wir für den Außenhandels-Öffnungsgrad nicht die Importneigung, sondern die Beziehung zwischen handelsfähigen (oder präziser: international austauschbaren) Gütern und Dienstleistungen und nicht-handelsfähigen Gütern und Dienstleistungen benutzen⁸. Die handelsfähigen Güter sind dem internationalen Preiszusammenhang ausgesetzt, während dieser für die nicht-handelsfähigen Güter nur indirekt über den Substitutionseffekt gilt. Ein hoher Quotient von handelsfähigen zu nicht-handelsfähigen Gütern beinhaltet, daß die betreffende Wirtschaft sehr offen ist, und zwar in dem Sinne, daß ihr Preisniveau unmittelbar vom internationalen Preisniveau dominiert wird. Eine analoge Relation läßt sich für den finanziellen Öffnungsgrad der Wirtschaft konstruieren, indem das Verhältnis zwischen den handelsfähigen und nicht-handelsfähigen Wertpapieren aufgestellt wird. Auch hier bedeutet ein hoher Quotient,

⁷ *Marina von Neumann Whitman*, *Economic Openness and International Financial Flows*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, November 1969.

⁸ Diese Unterscheidung wurde übrigens von Autoren der vorkeynesianischen Zeit geprägt, siehe u. a. *James W. Angell*, *The Theory of International Prices*, Cambridge (Mass.) 1920, Kap. 15.

daß die Wirtschaft sehr offen ist, was die internationalen Kapitalbewegungen anbelangt, da die interne Zinsbildung hauptsächlich dem internationalen Zinszusammenhang untergeordnet ist.

In der Literatur werden im allgemeinen sehr offene Wirtschaften mit „kleinen“ Ländern identifiziert und relativ geschlossene Wirtschaften mit „großen“ Ländern. „Klein“ ist hier äquivalent mit dem Begriff der Abhängigkeit und „groß“ mit dem Begriff der Unabhängigkeit (was in unserem Kontext die Abhängigkeit bzw. Unabhängigkeit der Preis- und Zinsbestimmung betrifft). Der Begriff der Zwischenabhängigkeit läßt sich jedoch mit den Quotienten des Öffnungsgrades einer Wirtschaft nicht spezifizieren. Hierfür ist neben dem Öffnungsgrad noch ein anderes Kriterium erforderlich, nämlich das der relativen Größe einer bestimmten Wirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft. Eine relevante Maßzahl für diese relative Größe bildet das Verhältnis zwischen nationalem Sozialprodukt und Weltsozialprodukt; ein anderer Koeffizient, und zwar die Relation zwischen der nationalen Geldmenge und der Weltgeldmenge, kann ebenfalls verwandt werden (bei gleichen Umlaufgeschwindigkeiten des Geldes ist dieser sogar identisch mit der Einkommensrelation), und wie wir sehen werden, stellt sie den adäquaten Verteilungsschlüssel einer höheren Weltgeldmenge auf die einzelnen Länder dar.

Je nach der Kombination zwischen „relativer Größe“ und „Öffnungsgrad“ ergibt sich nun der exakte Begriffsinhalt von „Dependenz“, „Independenz“ und „Interdependenz“. Dabei muß nochmals betont werden, daß das mit diesen Begriffen verbundene Definitionsziel das des preis- oder konkurrenztheoretischen Einflusses eines jeweiliges Landes auf das Weltpreinsniveau (bzw. Weltzinsniveau) ist. In Analogie zu simplen (morphologischen) Marktformenschemata bedeutet dann Dependenz „atomistische“ Dependenz (das abhängige Land ist ein price taker), und Independenz bedeutet entweder „atomistische“ Independenz (das unabhängige Land ist zwar price taker für gewisse Güter und Wertpapiere, es ist jedoch relativ geschlossen, da es sich nur geringfügig in Güter- und Kapitaltransaktionen engagiert) oder „monopolistische“ Independenz (das unabhängige Land bestimmt die Preise); schließlich muß Interdependenz als „oligopolistische“ Interdependenz interpretiert werden (eine geringe Zahl von zwischenabhängigen Ländern bestimmt gemeinsam die Preise).

Die nachstehende synoptische Tabelle von dependenten, independenten und interdependenten Wirtschaften gibt zur Illustration einige konkrete Beispiele an. Ferner muß noch auf eine weitere mögliche Nuancierung hingewiesen werden. Die Dependenz und Independenz eines Landes bezog sich auf seine Dependenz bzw. Independenz in bezug

Koeffizient des Öffnungsgrades Koeffizient der relativen Größe	$= \frac{\text{handelsfähige Güter}}{\text{nicht-handelsfähige Güter}}$ bzw. $= \frac{\text{handelsfähige Wertpapiere}}{\text{nicht-handelsfähige Wertpapiere}}$	
	klein	groß
$= \frac{\text{nationales Sozialprodukt}}{\text{Weltsozialprodukt}}$ oder $= \frac{\text{nationale Geldmenge}}{\text{Weltgeldmenge}}$	klein groß	(1) „Atomistische“ Independenz (Jugoslawien — „Rest der Welt“) (2) „Atomistische“ Dependenz (Schweiz — „Rest der Welt“) (3) „Monopoli- stische“ Inde- pendenz (Vereinigte Staaten — „Rest der Welt“) (4) „Oligopoli- stische“ Inter- dependenz (Deutschland — Frankreich)

auf die „restliche Welt“, während die Interdependenz eine Welt mit einer begrenzten Zahl relativ großer Wirtschaften unterstellt. In der Wirklichkeit sehen diese Beziehungen bei weitem komplexer aus. Die schweizerische Wirtschaft ist sowohl im allgemeinen abhängig von der „restlichen Weltwirtschaft“ als auch im besonderen abhängig von der deutschen Wirtschaft; demzufolge besitzt die deutsche Wirtschaft eine independente Stellung gegenüber der schweizerischen Wirtschaft (nicht jedoch gegenüber der „restlichen Welt“). In analoger Weise stehen zwar die deutsche und französische Wirtschaft in einem Zwischenabhängigkeitsverhältnis, sie sind jedoch beide abhängig von der amerikanischen Wirtschaft. Diese zusätzliche Unterscheidung ist vor allem für die Übertragung von Konjunkturschwankungen wichtig. In unserem Zusammenhang der Weltpreisniveaubestimmung ist sie jedoch von geringerer Relevanz, da in allen Ländern entsprechend dem internationalen Preis- und Zinszusammenhang ein gleich hohes Preis- und Zinsniveau herrschen muß (zumindest unmittelbar für die Preise der handelsfähigen Güter und für die Zinssätze der handelsfähigen Wertpapiere). Wahrscheinlich ist in diesem spezifischen Zusammenhang die Weltpreisniveaubildung und die Zinsniveaubildung in Analogie zur „dominierenden Preisführerschaft“ zu konzipieren, was die großen Länder angeht (Fälle 3 und 4 in der obigen Tabelle), während die kleinen Länder (Fall 1 und vor allem Fall 2) weiterhin price takers gegenüber dem Block dieser großen Länder bleiben.

3. Der monetäre Ansatz der Bestimmung des Weltpreinsniveaus und des Transmissionsmechanismus monetärer Störungen

Wenden wir uns nun der Bestimmung des Weltpreinsniveaus und damit auch der Bestimmung des nationalen Preisniveaus zu. In der Ausgangssituation möge ein Gleichgewicht im Weltgeldmarkt (bei Vollbeschäftigung) vorliegen, wobei der Weltgeldmarkt als die Summe der nationalen Geldangebote und der nationalen Geldnachfragekonstellationen definiert ist; diese werden in einer bestimmten Währungseinheit ausgedrückt, z. B. D-Mark oder Dollars, indem die verschiedenen nationalen Geldmengen mittels der (festen) Wechselkurse in die als numéraire dienende Währungseinheit umgerechnet werden. Das Ausgangsgleichgewicht im Weltgeldmarkt muß nicht unbedingt mit einem Gleichgewicht in den einzelnen nationalen Geldmärkten zusammenfallen. Was es jedoch zumindest impliziert, ist — vereinfacht für den Zwei-Länder-Fall — die Gleichheit zwischen einem Nachfrageüberschuß an Geld in dem einen Land und einem Angebotsüberschuß an Geld in dem anderen Land. Für diesen speziellen Fall würde sich entsprechend dem monetären Ansatz des Zahlungsbilanzausgleichs im ersten Land ein Zahlungsbilanzüberschuß einstellen und im zweiten Land ein äquivalentes Zahlungsbilanzdefizit; da der Gleichgewichtsprozeß in den nationalen Geldmärkten als ein Anpassungsprozeß der effektiven an die gewünschten *Kassenbestände* interpretiert werden muß, handelt es sich hier notwendigerweise um einen mehrperiodischen Gleichgewichts-anpassungsprozeß. Denkbar ist natürlich auch, daß die Geldpolitik im ersten Land eine heimische Kreditexpansion in Höhe des Geldnachfrageüberschusses betreibt und die Geldpolitik im zweiten Land eine heimische Kreditkontraktion in Höhe des Geldangebotsüberschusses durchführt, wodurch dann die Zahlungsbilanzen überhaupt nicht berührt werden; (das Weltangebot an Geld bleibt ebenfalls konstant, da der Kreditexpansion in dem einen Land eine entsprechende Kreditkontraktion im anderen Land gegenübersteht).

Die Ausgangssituation möge durch ein simultanes Gleichgewicht (im Sinne eines Bestandesgleichgewichts) im Weltgeldmarkt und in den nationalen Geldmärkten gekennzeichnet sein. Mehrere denkbare Fälle einer Weltpreinsniveauerhöhung — stets im vereinfachten Rahmen eines Zwei-Länder-Modells — werden im folgenden erörtert, wobei jedoch alle eine Erhöhung des Weltangebots an Geld unterstellen⁹.

Das erste Land — genannt Inland — möge eine expansive Geldpolitik betreiben — aus welchen Gründen auch immer. Entsprechend unserer

⁹ Eine Weltpreinsniveauerhöhung kann natürlich auch aus einer Verringerung der Weltnachfrage nach Geld resultieren.

Ausgangssituation kann diese nur mittels einer internen Kreditexpansion bewerkstelligt werden. Der sich hieraus ergebende Geldangebotsüberschuß im Inland löst einen Nachfrageüberschuß nach Gütern aus. Da laut Annahme Vollbeschäftigung herrscht, kann die Mehrnachfrage nach Gütern nur von den Auslandsmärkten befriedigt werden. Sofern jedoch das Ausland ebenfalls eine Vollbeschäftigung aufweist — eine Situation, die wir bekanntlich von Anfang an unterstellt haben —, wird eine Preissteigerung sowohl im Inland als auch im Ausland eintreten. Da laut Annahme die Gütermärkte stark integriert sind, verhindert die Güterarbitrage (d. h. die Arbitrage der Preise handelsfähiger Güter) eine unterschiedliche Entwicklung der Preise zwischen Inland und Ausland. Trotz dieser gleich hohen Preisniveauerhöhung im In- und Ausland findet ein (zusätzlicher) Gütertausch zwischen beiden Ländern statt, und zwar vom Ausland an das Inland mit der Konsequenz eines Leistungsbilanzüberschusses im Ausland und eines entsprechenden Leistungsbilanzdefizits im Inland. Der Grund hierfür ergibt sich aus der infolge gestiegener Preise erhöhten ausländischen Geldnachfrage, die bei unveränderter ausländischer Geldpolitik nur mittels eines Zahlungsbilanzüberschusses befriedigt werden kann. Die Erhöhung des Weltpreinsniveaus (bzw. die des inländischen und ausländischen Preisniveaus) wird sich in der Regel über mehrere Perioden erstrecken, jedoch mit abnehmenden Raten, und das Preisniveau wird in jenem Augenblick seinen Endgleichgewichtszustand erreicht haben, in dem das volle Bestandsgleichgewicht in den nationalen Geldmärkten wiederhergestellt ist.

Der Anpassungsprozeß kann nun — und wird wahrscheinlich — noch komplizierter verlaufen. In der Ausgangssituation hatten wir aufgrund der inländischen Kreditexpansion einen Angebotsüberschuß im inländischen Geldmarkt, der sich über zwei Mechanismen verringerte, einmal eine Steigerung der inländischen Geldnachfrage als Folge der Preisniveauerhöhung und zum anderen eine Verringerung der inländischen Geldbasis in Höhe des durch das Leistungsbilanzdefizit bedingten Devisenabflusses (und damit eine multiplikative Verringerung des heimischen Geldangebotes); im Ausland stellte sich als Folge der Preissteigerung ein Geldnachfrageüberschuß ein, der über ein erhöhtes Geldangebot via Zahlungsbilanz (und via Geldschaffungsmultiplikator) reduziert wurde. Ein dritter, zusätzlich möglicher Mechanismus besteht aus dem Anpassungsprozeß der nationalen Geldmärkte mittels internationaler Kapitalbewegungen. Entsprechend dem (in Stromgrößen ausgedrückten) Walrasianischen Gesetz ist der inländische Geldangebotsüberschuß gleich dem inländischen Nachfrageüberschuß nach Gütern und Wertpapieren (hier im Sinne von Aktien, d. h. im Sinne von realwertgesicherten Finanzaktiva); in ähnlicher Weise ist der ausländische Geldnachfrageüberschuß gleich dem ausländischen Angebotsüberschuß

an Gütern und Wertpapieren. Für den Fall, daß der Nachfrageüberschuß auf dem inländischen Wertpapiermarkt gleich dem Angebotsüberschuß auf dem ausländischen Wertpapiermarkt ist, findet ohne Preisveränderung der Wertpapiere, d. h. ohne irgendeine Zinsänderung, ein Netto-Kapitalexport des Inlands an das Ausland statt, so daß sich die Zahlungsbilanz nicht nur allein wegen des Leistungsbilanzdefizits, sondern auch wegen des Kapitalbilanzdefizits verschlechtert; folglich nimmt der inländische Geldangebotsüberschuß noch stärker ab. Im ausländischen Geldmarkt vollzieht sich der gleiche Anpassungsprozeß, nur mit umgekehrten Vorzeichen. Da jedoch im Laufe des (längerfristigen) Gleichgewichtsprozesses im in- und ausländischen Geldmarkt — durch die über den Zahlungsbilanzmechanismus bewirkte Umverteilung der nominalen Geldmenge (bzw. der Reserven) vom Inland an das Ausland — die effektive Realkasse an jene gewünschte Realkasse angepaßt wird, die in beiden Ländern im Ausgangsgleichgewicht herrschte, tendieren beide Wirtschaften zu den gleichen realwirtschaftlichen Ausgangswerten zurück. Demzufolge wird sich nach kurzer Zeit eine Gegentendenz im gewünschten Wertpapierbestand beider Länder einstellen. Das Inland besitzt im Vergleich zu seiner reduzierten Realkasse einen zu großen Wertpapierbestand und das Ausland im Vergleich zu seiner erhöhten Realkasse einen zu geringen Wertpapierbestand. Dadurch wird eine Kehrtwendung in den internationalen Kapitalbewegungen in Gang gesetzt. Im Endgleichgewichtszustand müssen die Realwerte (Realkasse, Wertpapierbestand) wieder ihr ursprüngliches Niveau erreicht haben — das Theorem der Geldneutralität für offene Wirtschaften bzw. für die Weltwirtschaft (welche die einzig geschlossene Wirtschaft ist) — mit Ausnahme der Reservebestände, die eine Umverteilung zugunsten des Auslands und zu Lasten des Inlands erfahren haben.

4. Die Rolle der relativen Größe eines Landes bei der Bestimmung der Weltinflation

Diese Neutralitätsbedingung unseres quantitätstheoretischen Zweiländer-Modells kann wie folgt zusammengefaßt werden: Die Zunahme der inländischen Geldmenge ist identisch mit der Zunahme der Weltgeldmenge, und diese letztere bestimmt das Ausmaß der Weltpreinsniveauerhöhung. Sofern in der Weltwirtschaft Vollbeschäftigung herrscht, ist (in einer stationären Weltwirtschaft) die prozentuale Steigerung des Weltpreinsniveaus gleich der prozentualen Steigerung der Weltgeldmenge. Die nominale Weltgeldnachfrage erhöht sich im gleichen Rhythmus wie das Weltpreinsniveau. Derselbe lineare Zusammenhang gilt zwischen der jeweiligen nationalen Geldnachfrage und dem jeweiligen nationalen Preisniveau, das aufgrund des konkurrenztheo-

retischen internationalen Preiszusammenhangs an das Weltpreinsniveau gekoppelt ist. Diese nationale Geldnachfrage bestimmt gleichzeitig, wieviel von der existierenden nationalen Geldmenge im Inland verbleibt und wieviel von ihr über den Mechanismus des monetären Zahlungsbilanzansatzes an das Ausland transferiert wird. Demzufolge vollzieht sich die Verteilung der erhöhten Weltgeldmenge auf das In- und Ausland nach der Relation von inländischer zu ausländischer Geldnachfrage, bzw. der Anteil des Zuwachses der inländischen Geldmenge an der gesamten Weltgeldmengenerhöhung ist gleich der Beziehung von inländischer Geldnachfrage zur Weltgeldnachfrage. Im Endgleichgewichtszustand sind Angebot und Nachfrage ausgeglichen, so daß der Verteilungsschlüssel auch durch die Relation inländische Geldmenge zu ausländischer Geldmenge bzw. durch das Verhältnis inländische Geldmenge zur Weltgeldmenge ausgedrückt werden kann. Dieses letztere Verhältnis stellt die relative Größe eines Landes — hier des Inlands — dar (gemessen durch die Beziehung zwischen Inlandseinkommen und Welt-einkommen), sofern die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes (bzw. der Kassenhaltungskoeffizient) in den einzelnen Ländern gleich groß ist¹⁰.

¹⁰ Die Weltgeldnachfrage (M_w^d), ausgedrückt in heimischer Währung, lautet:

$$M_w^d = M_I^d + M_{II}^d = k_I P_I y_I + e k_{II} P_{II} y_{II} ,$$

wobei M_I^d (M_{II}^d) die Geldnachfrage des Landes I (II) darstellt; k ist der Kassenhaltungskoeffizient, P das Preisniveau und y das Realeinkommen; der Ausdruck e beinhaltet den Wechselkurs.

Ein Gleichgewicht im Weltgeldmarkt herrscht dann, wenn das Weltgeldangebot (M_w) gleich der Weltgeldnachfrage ist

$$M_w = k_I P_I y_I + e k_{II} P_{II} y_{II} .$$

Da der Wechselkurs gleich dem Verhältnis

$$e = \frac{P_I}{P_{II}}$$

ist, kann die Gleichgewichtsbedingung mittels des inländischen Preisniveaus wie folgt ausgedrückt werden:

$$M_w = k_I P_I y_I + k_{II} P_I y_{II} = (k_I y_I + k_{II} y_{II}) P_I .$$

Differenzieren wir diesen Ausdruck für einen gegebenen Wert von k_I , k_{II} , y_I und y_{II} , so erhalten wir

$$dM_w = (k_I y_I + k_{II} y_{II}) dP_I .$$

Ein vollständiges monetäres Bestandesgleichgewicht in der Weltwirtschaft impliziert, daß auch die nationalen Geldmärkte im Gleichgewicht sind, daß also z. B.

$$M_I = k_I P_I y_I .$$

Differenzieren wir diesen Ausdruck ebenfalls

$$dM_I = k_I y_I dP_I ,$$

Noch allgemeiner formuliert, ist das Ursprungsland der Geldmengenerhöhung sowohl für die endgültige Preiserhöhung als auch für die Verteilung der Weltgeldmengenerhöhung völlig irrelevant¹¹. Da unter dem Gesichtspunkt der „internationalen Quantitätstheorie“ die einzig analytisch relevante Wirtschaft die (ex definitione *geschlossene*) Weltwirtschaft ist, ist für die Preiserhöhung — auf nationaler oder internationaler Ebene — lediglich die Weltgeldmengenerhöhung von Wichtigkeit. Zur Illustration möge folgendes Beispiel dienen. Das Land I hat einen Geldbestand von 100 Mrd. DM und das Land II einen Geldbestand von 900 Mrd. DM; Land I ist also ein kleines Land und Land II ein großes Land.

(a) Land I betreibt eine zehnprozentige Geldmengenerhöhung. Die Weltgeldmenge vergrößert sich dementsprechend von 1000 Mrd. DM auf 1010 Mrd. DM, d. h. um 1 Prozent, so daß komparativ-statisch das Weltpreinsniveau (und damit auch die jeweiligen nationalen Preisniveaus) um 1 Prozent steigt. Demzufolge hat im Endgleichgewichtszustand die Geldmenge des Landes I nur um 1 Prozent = 1 Mrd. DM zugenommen, während der restliche Teil von 9 Mrd. DM an Land II „exportiert“ worden ist. Trotz der ursprünglichen Erhöhung seiner Geldmenge um 10 Prozent tritt im Land I — ein kleines Land — nur eine Preiserhöhung von 1 Prozent auf.

(b) Es sei nun angenommen, daß nicht Land I, sondern Land II eine zehnprozentige Geldmengenausdehnung durchführt. Die Weltgeldmenge erhöht sich also von 1000 Mrd. DM auf 1090 Mrd. DM, d. h. um 9 Prozent, und um denselben Prozentsatz werden auch das Weltpreinsniveau und damit die nationalen Preisniveaus steigen. Für eine gegebene expansive Geldpolitik (sei es im Land I oder im Land II) dominiert also das große Land II in der Preisniveaubestimmung *beider* Länder. Wir haben folglich hier den Beweis der weiter oben erwähnten These, wonach Preisniveauerhöhungen in kleinen Ländern hauptsächlich der

dann lautet das Verhältnis dM_I / dM_w

$$\frac{dM_I}{dM_w} = \frac{k_I y_I}{k_I y_I + k_{II} y_{II}}$$

Ist die Umlaufgeschwindigkeit in beiden Ländern gleich groß, dann ist $k_I = k_{II}$, so daß

$$\frac{dM_I}{dM_w} = \frac{y_I}{y_I + y_{II}} = \frac{y_I}{y_w}$$

Die Geldmenge des Landes I erhöht sich also nach Maßgabe seiner relativen Größe (in bezug auf die Weltwirtschaft).

¹¹ Vgl. hierzu *Alexander K. Swoboda*, *Monetary Policy and Fixed Exchange Rates: Effectiveness, the Speed of Adjustment and Proper Use*.

importierten Art sind, während Preisniveauerhöhungen in großen Ländern vornehmlich internen Ursachen zuzuschreiben sind.

(c) Unser Ausgangsbeispiel soll nun in der Weise modifiziert werden, daß beide Länder gleich groß sind — jedes Land besitzt einen Geldbestand von 500 Mrd. DM —, um nicht nur die Rolle von kleinen, abhängigen und von großen, unabhängigen Wirtschaften bei der Bestimmung des Weltpreisniveaus zu beschreiben, sondern auch die von großen, zwischenabhängigen Ländern. Eine zehnprozentige Geldmengenausdehnung, gleichgültig ob sie im Land I oder im Land II vorgenommen wird, führt in beiden Ländern zu einer fünfprozentigen Preissteigerung. Beide Länder besitzen also die gleiche „Macht“ über das Weltpreisniveau. Würden z.B. beide Länder eine Geldmengenerweiterung von 5 Prozent betreiben, dann würde sich ein „hausgemachter“ Preisniveaustieg von 5 Prozent einstellen (und zwar ohne jegliche temporäre Wirkungen auf die Zahlungsbilanz; dieser spezielle Fall ist identisch mit dem traditionellen Schulbeispiel der klassischen Geldtheorie einer „über Nacht anfallenden“ Geldmengenerhöhung in der Wirtschaft — hier in der Weltwirtschaft —, die eine entsprechende Preiserhöhung „über Nacht“ ohne jegliche Gütertransaktionen auslöst). Findet dagegen im Land I eine zehnprozentige und im Land II eine fünfprozentige Geldmengenzunahme statt, dann beträgt die hieraus resultierende Preissteigerung 7,5 Prozent, und ein Teil des „Inflationsimpulses“ wird von Land I auf das Land II übertragen, so daß Land II einen „hausgemachten“ Preisanstieg von 5 Prozent und einen „importierten“ Preisanstieg von 2,5 Prozent erfährt.

Die Wirksamkeit einer bestimmten Geldpolitik eines Landes, das Weltpreisniveau und damit sein eigenes Preisniveau zu beeinflussen, steht also in direkter Proportionalität zu seiner relativen Größe. Stillschweigend wurde bisher unterstellt, daß ein Land eine geldpolitische Expansionspolitik *wie intensiv auch immer* praktizieren kann und daß die hieraus resultierende Zunahme des Preisniveaus von seiner relativen Größe innerhalb der Weltwirtschaft abhängt; im Endgleichgewichtszustand haben alle Wirtschaften ihre ursprünglichen realen Variablen (Realkasse, realer Wertpapierbestand, Zinssatz) wieder erreicht — jedoch mit einer Ausnahme, auf die nun hingewiesen werden muß. Der Weltreservebestand hat sich zu Lasten des geldpolitisch expansiven Landes und dementsprechend zugunsten der anderen Länder verändert, da das erste Land eine Phase temporärer Zahlungsbilanzdefizite durchlaufen hat, während die anderen Länder entsprechende temporäre Zahlungsbilanzüberschüsse erwirtschaftet haben. Dieser letzte Gesichtspunkt ruft nun eine Reihe von qualitativen Einschränkungen unserer bisherigen Resultate auf den Plan.

Ein Land, und vor allem ein kleines Land, kann nicht eine beliebige expansive Geldpolitik betreiben, da der Grad der Expansionspolitik von seinem jeweiligen Reservebestand abhängt.

Selbst wenn sein Reservebestand ausreichend ist, hat nicht nur eine Umverteilung des nominalen Weltreservebestandes vom geldpolitisch expansiven Land zu den anderen Ländern stattgefunden, sondern im Endgleichgewicht hat sich — als einzige Veränderung von *realen Variablen* in einem System des Devisenstandards — eine Verringerung des *Realwertes* der Weltreserven eingestellt, die von dem geldpolitisch expansiven Land getragen wird; (die anderen, geldpolitisch neutralen Länder haben einen nominalen Zuwachs an Reserven erfahren, der prozentual der Preissteigerung entspricht, so daß der Realwert ihrer Reserven unverändert bleibt).

Das einzige Land, das diesen Dilemmata in einem Devisenstandard nicht ausgesetzt ist, ist das Leitwährungsland — im Dollar-Standard also die Vereinigten Staaten, da ihr nationales Geld gleichzeitig das internationale Geld der Weltwirtschaft darstellt. Dieser Tatbestand *und* zusätzlich der Tatbestand der enormen „relativen Größe“ der US-Wirtschaft innerhalb der Weltwirtschaft liefern demnach die Gründe, weshalb die Vereinigten Staaten die dominierende Rolle bei der Bildung des Weltpreinsniveaus — und dementsprechend bei der Bildung der nationalen Preinsniveaus — einnehmen bzw. im System fester Wechselkurse eingenommen hatten.

Otmar Issing (Nürnberg):

Herr Claassen, haben Sie besten Dank für diesen — ich muß wohl sagen — Schnellkurs in internationaler Quantitätstheorie oder präziser in der internationalen monetaristischen Theorie.

Sie haben die Irrelevanz der Keyneschen Multiplikatortheorie für die Welt der Vollbeschäftigung betont und den Ansatz der Quantitätstheorie dagegen gestellt. Es wäre natürlich zu fragen, was beide Theorien für eine Welt leisten, die möglicherweise — hin und wieder wenigstens — dazwischen liegt oder rasch wechselnden Beschäftigungsgrad kennt.

Die Schlußfolgerung Ihrer Überlegung für das Tagungsthema ist natürlich insofern nicht überraschend, als es eine nationale Stabilisierungspolitik bei festen Wechselkursen nicht geben kann. Wenn ich es etwas gehässig formulieren würde, würde ich sagen: Das wußte man auch vor dem Auftritt des Monetarismus auf der internationalen Ebene; aber ich persönlich wenigstens bin dankbar dafür, daß diese Vermutung oder These durch ihn eminent erhärtet wird.

Von der Seite der Theorie her hat möglicherweise in erster Linie die Geschlossenheit einer Gegenposition zur keynesianistischen Auffassung gerade auf dem internationalen Sektor gefehlt. Der von Ihnen skizzierte Versuch erscheint daher besonders unter diesem Aspekt äußerst interessant.

Die Frage wäre natürlich, welche Konsequenzen sich aus Ihrer Sicht für eine Welt flexibler Wechselkurse ergeben — eine Frage, die natürlich von besonderem Interesse vor dem Hintergrund der Debatte am Vormittag ist.

Sie haben die monetaristische Theorie als long-run-Theorie vorgestellt. Das erinnert natürlich gleich an den Einwand von Keynes gegenüber der klassischen Theorie. Gegen diesen Einwand haben Sie sich insofern abgesichert, als Sie gesagt haben, long run ist ein Jahr. Damit ist die Wahrscheinlichkeit gegeben, daß wir dieses Jahr, diese Periode also erleben und insofern nicht auf die Ewigkeit vertröstet werden.

Aber die Frage der Anpassungsprozesse ist damit natürlich noch nicht ausgeklammert. Denn selbst wenn es im streng komparativ statischen Vergleich stimmt, daß die Realwerte in der Welt, die Sie beschrieben haben, nicht beeinflußt werden, so gilt das eben für diese Zwischenperiode — das haben Sie auch nicht behauptet — nicht. Und in einer Welt, in der immer wieder Inflationsschübe und Ungleichgewichte eintreten, leben wir ja immer in der Welt dazwischen — ein Punkt, den wir in der Diskussion ansprechen sollten.

Um es kurz zu machen: Ich möchte Ihnen für die Diskussion, nicht zuletzt unter dem Gesamthema der Tagung, drei Problemkreise besonders ans Herz legen. Das ist einmal die Frage des Transmissionsmechanismus, eine Frage, die Herr Claassen in seinem Papier sehr ausführlich behandelt hat. Dabei wären die eben erwähnte Problematik der Periodenlänge und auch das Problem des Öffnungs- und Abhängigkeitsgrades zu diskutieren.

Der zweite Aspekt — ein Punkt, der auch gestern schon angeschnitten wurde — ist dann die Frage, welche Konsequenzen das Ganze für eine Neuordnung der Weltwirtschaft und der Währungsordnung hat. Das ist eine eminent wichtige Frage; denn die Konsequenzen fester Wechselkurse für eine Welt stabiler Währungen und fester Wechselkurse liegen auf der Hand.

Ein dritter Aspekt sind die stabilisierungspolitischen Konsequenzen. Immerhin ist eine Jahresperiode im Konjunkturverlauf und von der Konjunkturpolitik her gesehen, auch politisch gesehen, eine lange Zeit. Man wird sicher darüber streiten können, ob man sich diese Frist im Einzelfall „erlauben“ kann. Aber bitte, ich will das nur als Frage hinstellen. In der Diskussion werden wir möglicherweise zu diesem Punkt das eine oder andere hören.

Dazu wird zunächst Herr Neumann in seinem Korreferat in einigen Punkten schon eingehen.

Korreferat zu:
Stabilisierungspolitik in interdependenten Wirtschaften

Von *Manfred Neumann*, Nürnberg

Ich möchte nur auf einige Punkte dieses sehr interessanten Ansatzes der Übertragung der monetaristischen Position auf die internationale Wirtschaft eingehen, und zwar unter drei Gesichtspunkten: einmal hinsichtlich der Frage „long run versus short run“, zweitens bezüglich der Bedeutung der Größe eines Landes für die Autonomie der Geldpolitik. Zum dritten möchte ich abschließend zu der Frage des Monetarismus als wirtschaftspolitischem Standpunkt Stellung nehmen.

Lassen Sie mich zunächst unter dem Gesichtspunkt „long run versus short run“ die Darlegungen des Referats von Herrn Claassen, wie ich sie sehe, noch einmal ganz prägnant zusammenfassen. Soweit ich das verstanden habe, ist die Grundlage der monetären Hypothese die Dichotomie zwischen dem realen Sektor und dem monetären Sektor der Weltwirtschaft.

Das impliziert einmal, was Herr Claassen ausführlich in seinem Referat dargelegt hat, Neutralität des Geldes, und das bedeutet, daß die relativen Preise im realen Sektor bestimmt werden, während die absoluten Preise im monetären Sektor bestimmt werden.

Interessant ist dabei, daß zu den relativen Preisen einmal der Zins gehört, zweitens aber auch das reale Austauschverhältnis, die terms of trade, so daß auf Grund dieser Überlegung durch Änderungen monetärer Größen auf die Leistungsbilanz, soweit sie in einer vollbeschäftigten Wirtschaft von den terms of trade abhängt, kein Einfluß ausgeübt werden kann. Soweit man also diese Dichotomie im long run unterstellen kann, hat beispielsweise eine Änderung des Wechselkurses keinen Einfluß auf die Leistungsbilanz.

Das ist meines Erachtens eine sehr interessante Konsequenz dieser Überlegung. Die Frage ist natürlich die, wie es im short run, in der kurzen Periode aussieht, wobei ich glaube, daß vom Standpunkt der Dichotomie aus die Fixierung der langen Periode auf ein Jahr etwas zweifelhaft sein dürfte. Ich bin auch nicht ganz sicher, ob man überhaupt die lange Periode mit einer bestimmten Zeiteinheit verbinden kann. Über die kurzfristigen Fragen können wir, soweit ich das sehe

ziemlich wenig sagen, weil es zur Zeit nur Modelle gibt, die entweder Unterbeschäftigung voraussetzen — das sind die bekannten Modelle Keynescher Herkunft, etwa auch das von Mundell — oder es gibt Vollbeschäftigungsmodelle, in denen keinerlei Mengenanpassungen vorkommen. Nun wissen wir allerdings, daß in der Realität sowohl das eine als auch das andere auftaucht, so daß alle Aussagen, die hier getroffen werden, mit gewissen Vorbehalten aufzunehmen sind, denn wir sind leider über die wirklichen Zusammenhänge nicht ausreichend unterrichtet.

Damit komme ich zu der Frage, woran sich nun die Wirtschaftspolitik orientieren sollte. Soll sie sich auf long-run-Überlegungen und -Aussagen stützen oder sollte sie auch kurzfristige Überlegungen in Betracht ziehen? Ich würde meinen, daß von zwei Gesichtspunkten aus die langfristige Orientierung der Wirtschaftspolitik angebracht ist; einmal deswegen, weil bekannterweise Maßnahmen wirtschaftspolitischer Art, insbesondere geldpolitischer Art, mit ziemlichen Wirkungsverzögerungen arbeiten und wir recht wenig darüber aussagen können, was in der Zwischenzeit geschieht. Der zweite Grund ist die theoretische Überlegung, daß wir de facto über den Transmissionsmechanismus so gut wie gar nichts wissen. Das sollte man sich, glaube ich, bei allen vorliegenden Modellen theoretischer Art über den Transmissionsmechanismus vor Augen führen. Was wir über Transmissionsmechanismen wissen, beruht immer auf ganz bestimmten Annahmen, die sehr stark simplifizieren. Man muß sich doch klar machen, daß die Realität ein simultanes System interdependenter Zusammenhänge darstellt, das in einem dynamischen Prozeß in einer Weise abläuft, die man verbal nicht genau nachvollziehen kann. Demgegenüber wissen wir wohl etwas über langfristige Zusammenhänge. Hier kann man einigermaßen plausible Thesen aufstellen, weil wir bestimmte Sätze über Gleichgewichte des Portfolios ableiten können. Sobald man jedoch in den kurzfristigen Bereich hineinkommt, muß man Annahmen über die Bildung von Erwartungen über ungleichgewichtige Prozesse des *Tâtonnement*- und Nicht-*Tâtonnement*-Prozesses anstellen, die mehr oder weniger willkürlicher Natur sind und in denen nichts Zwingendes steckt.

Wenn man diese beiden Gesichtspunkte zusammennimmt und sich überlegt, daß wir auf Grund dieses Sachverhaltes eigentlich nur etwas über die Wirkungsrichtung geldpolitischer Maßnahmen aussagen können, wenig über die Quantitäten, die dabei eine Rolle spielen, also wenig quantifizieren können, dann ist es nach meinem Gefühl sicherlich richtig, die langfristige Orientierung für die Wirtschaftspolitik zugrunde zu legen.

Die Frage der Bedeutung der Größe eines Landes erscheint bei Herrn Claassen in einem engen Zusammenhang mit der Frage, ob das Welt-

preisniveau oder die Weltgeldmenge die exogene Variable ist und welches von den beiden die endogene Variable ist. Betrachtet man nur ein einzelnes Land, wie das vielfach in Ein-Land-Modellen der Außenwirtschaftstheorie geschieht, dann erscheint das Preisniveau als eine exogene Variable. Man könnte dann leicht geneigt sein anzunehmen, die Geldmenge müsse demzufolge passiv angepaßt werden, sei also endogen. Man muß sich dabei jedoch vor Augen führen, daß eine solche Betrachtungsweise irreführend ist, wenn man etwas über die Bestimmung der Weltinflation sagen will. Genauso wenig, wie man in dem bekannten Modell der Mikroökonomie für die Preisbildung auf einem Markte und der Analyse der Produktionsentscheidungen einer Firma in vollständiger Konkurrenz etwas über die Preisbildung sagen kann, genauso wenig kann man durch die Betrachtung eines Ein-Land-Modells etwas über die Bildung des Weltpreisniveaus sagen. Wenn wir etwas über das Weltpreisniveau aussagen wollen, dann müssen wir einen Zusammenhang betrachten, der mehrere Länder, wenn wir modellmäßig operieren, also mindestens zwei Länder umfaßt. Dann erscheint natürlich das Weltpreisniveau als die endogene Variable und die Geldmenge als exogene Variable, was im späteren Teil des Referats von Herrn Claassen ja auch so dargestellt wird.

Die Frage ist dann, wie weit die Weltgeldmenge von den einzelnen Ländern bestimmt werden kann. Darüber aber kann man nach meinem Gefühl durch die Betrachtung eines einzelnen Landes fast gar nichts aussagen. Was wir dazu brauchen, ist eine Berücksichtigung der herrschenden Weltwährungsordnung. Jedenfalls ist es meines Erachtens nicht haltbar, zu behaupten, daß in einem System fester Wechselkurse das einzelne Land keinerlei Einfluß auf die Geldmenge hat. Das bedarf meines Erachtens sehr starker Qualifizierungen hinsichtlich der herrschenden Weltwährungsordnung. Wenn wir einen Gold-Devisen-Standard haben, ist zwar die Geldmenge in einem Lande nicht völlig autonom zu bestimmen; sie hat aber ganz sicher eine autonome Komponente, deren Wirkung nur durch die Übertragungsmechanismen gedämpft wird. Anders liegen die Dinge in einem System, wie wir es unter der Herrschaft des Dollar-Standards hatten. Dort gab es abhängige Länder, die effektiv keinen Einfluß auf ihre heimische Geldversorgung besaßen. Die Größe eines Landes an sich besagt also überhaupt nichts über die Autonomie der Geldversorgung. Dabei ist es allerdings nicht ganz unwahrscheinlich, daß eine Leitwährungsfunktion eher von einem großen Land als von einem kleinen Land übernommen werden kann.

Wenn wir uns aber über diese Probleme unterhalten, dann sollte man auch fragen, wie relevant Modelle sind, in denen ein kleines, ein winziges Land vorkommt. Ich denke, daß wir im allgemeinen nicht über

Länder wie Luxemburg sprechen, sondern über Länder von der Größe der Bundesrepublik, und ich würde behaupten, daß die Bundesrepublik groß genug ist, daß sie in einem Gold-Devisen-Standard durchaus nennenswerte Einflüsse auf das heimische Geldniveau haben kann.

Ganz anders liegen die Verhältnisse natürlich bei flexiblen Wechselkursen, worüber ich aber nicht sprechen möchte, da auch im Referat darauf nicht näher eingegangen worden ist.

Nun zum letzten Punkt, zum Monetarismus als wirtschaftspolitischem Standpunkt. Herr Claassen hat in den Eingangspassagen seines Referates ganz dezidiert den Standpunkt vertreten, daß die eigentliche Ursache, der eigentliche Kern der Weltinflation, die Vermehrung der Weltgeldmenge sei und daß alle sogenannten soziologischen und sonstigen Erklärungen der Inflation nicht tragbar seien. Ich möchte zur Beurteilung dieses Standpunktes eine Metapher verwenden, die den Sachverhalt meines Erachtens schön klar macht. Es war sicherlich eine epochale Entdeckung des Chemikers Lavoisier, als er feststellte, daß bei jedem Feuer Sauerstoff im Spiel ist, daß es also kein Feuer geben kann, ohne daß Sauerstoff vorhanden ist. Tatsächlich arbeitet ja die Feuerwehr — so kann man es im nachhinein interpretieren — nach dem Prinzip, daß man die Sauerstoffzufuhr zu dem brennenden Objekt abschneidet. Es wäre allerdings völlig irreführend, wenn man die Ursache von Bränden von Häusern oder Städte auf die Sauerstoffzufuhr zurückführte; sie haben sicherlich sehr vielfältige Ursachen dieser und jener Art.

Nun setzen Sie bitte für „Sauerstoff“ immer „Geld“! Dann ist es sicherlich richtig, daß es keine Inflation gegeben hat — jedenfalls auf längere Sicht —, ohne daß auch eine Geldvermehrung stattgefunden hat. Über die Ursachen der Inflation sagt das aber so gut wie gar nichts aus. Sicherlich gibt die Kenntnis des Zusammenhanges zwischen Inflation und Geldvermehrung ein Rezept ab, um eine Inflation zu bekämpfen; aber ob dieses Rezept befolgt werden kann, ist eine ganz andere Frage.

Natürlich kann man sich auf den Standpunkt stellen, die Verantwortung für die Inflation liege bei den Ländern, bei den Zentralbanken und bei den Regierungen. Ob diese Verantwortung allerdings erfüllt werden kann, ob man die Inflation wirklich nach der Feuerwehrmethode bekämpfen kann, ist eine Frage, die man nach meinem Gefühl nicht durch einen einfachen Appell an die Disziplin und die Vernunft der Regierungen oder Zentralbanken lösen kann, sondern für die man sich doch etwas eingehendere Gedanken über die eigentlichen Ursachen machen sollte, die zum Teil institutioneller Natur und in einzelnen Ländern verschieden sind und die man nicht durch einen bloßen Appell beseitigen kann.

Diskussion

Otmar Issing (Nürnberg):

Meine Damen und Herren, wenn die Beiträge nicht vorbereitet wären, würde ich vermuten, daß der Saal zu Metaphern reizt. Vielleicht bestätigt der eine oder andere der Diskutanten diese Vermutung.

Manfred Willms (Kiel):

Ich habe einige Fragen zu dem sehr interessanten Paper von Herrn Claassen. Zunächst einmal leuchtet es ein, daß die Weltgeldmenge langfristig das Preisniveau bestimmt. Wenn ich den Ansatz richtig verstanden habe, ist der Anpassungsmechanismus, den Herr Issing ja angesprochen hat, dergestalt, daß er überwiegend über Zahlungsbilanzdefizite und Zahlungsbilanzüberschüsse läuft, und zwar über Zahlungsbilanzdefizite und -überschüsse, die entsprechende Veränderungen in den nationalen Geldmengen auslösen.

Gleichzeitig erscheint in diesem Ansatz aber auch das Konzept des direkten internationalen Preiszusammenhangs. Es ergibt sich daher die Frage: Welche relative Bedeutung hat das Konzept des indirekten internationalen Preiszusammenhangs über die Geldmenge und des direkten internationalen Preiszusammenhangs in Form von Veränderungen der Preise für tradable goods, also für die international gehandelten Güter.

Im Anschluß hieran stellt sich die Frage, wie der Transmissionsmechanismus der Inflation zwischen den traded goods und den non traded goods läuft. Was ist hier das theoretische Verbindungselement der Preisniveauübertragung zwischen den international gehandelten Gütern und den international nicht gehandelten Gütern? Das wäre eine zweite Frage in diesem Zusammenhang, auf die ich gern eine Antwort hätte.

Dann — das hängt jetzt auch wieder mit dem Ansatz des direkten internationalen Preiszusammenhangs zusammen — taucht das Problem auf, wie sich die Weltinflationsrate in einem System flexibler Wechselkurse überträgt. Denn wenn man der Argumentation des Johnson-Mundell-approaches folgt, dürfte es bei flexiblen Wechselkursen nur eine hausgemachte Inflation und keine importierte Inflation im strengeren Sinne geben.

Hans-Rimbert Hemmer (Gießen):

Herr Claassen, ich habe noch ein paar Verständnisschwierigkeiten und wäre Ihnen dankbar, wenn Sie darauf vielleicht kurz antworten könnten.

Sie sagten einmal, der Anteil eines Landes an der Weltinflation hänge von seiner relativen Größe ab, und in Ihrem Paper haben Sie auf Seite 788 ff. den Begriff der relativen Größe näher ausgeführt. Nun muß man hier aber doch zusätzlich berücksichtigen, daß neben der relativen Größe die Preiselastizität der Angebotsstrukturen bei verschiedenen Gütern von erheblicher Bedeutung ist.

So kann doch durchaus der Fall eintreten, daß ein Land trotz eines hohen Außenhandelsanteils einen relativ geringen Anteil an der Weltinflation hat, weil seine Außenhandelsstruktur schwerpunktmäßig bei solchen Gütern liegt, die besonders stark über die Menge auf Geldmengenänderungen reagieren und nicht über die Preise. Muß man also nicht zusätzlich die Preiselastizität des Angebots bei verschiedenen Güterarten mit hinzunehmen, oder gibt es auch da einen Mechanismus, der — das wäre ein ähnlicher Mechanismus wie der von Herrn Willms angesprochene — nicht nur national und international gehandelte Güter einander anpaßt, sondern der auch für eine Parallelentwicklung in den Preisen innerhalb der Gruppe der international gehandelten Güter sorgt? Oder muß man den Preiszusammenhang auch noch so weit sehen, das man sagt: Letzten Endes gibt es nicht nur einen internationalen Preiszusammenhang bei Gütern auf Absatzmärkten, sondern auch einen internationalen Lohnzusammenhang, einen internationalen Zinszusammenhang usw.?

Wenn es den gibt, dann die Frage: Wie kann man ihn präziser definieren? Bei der Export-Import-Quote habe ich nämlich den Verdacht, daß relativ leicht tautologische Schlüsse hineininterpretiert werden. Man sagt: Von Bedeutung ist die Export-Import-Quote. Dann besteht die Gefahr, daß man die Export-Import-Quote, die man ja weiter definieren muß — man muß die gesamten pekuniären externen Effekte, die von solchen Import- oder Exportgütern ausgehen, hinzunehmen —, dadurch mißt, daß man die Inflationsrate des betreffenden Landes in Beziehung zur Weltinflationsrate setzt und das Ergebnis als Export-Import-Quote definiert. Dann würde also das, was von vornherein benötigt wird, ex post hineindefiniert, und dadurch müßte das Rezept natürlich immer aufgehen.

Heiko Körner (Hamburg):

Herr Claassen, Sie haben praktisch bekenntnismäßig vorausgesetzt, daß es im Grunde gut ist, die Weltinflation zu bekämpfen, und haben

nun versucht, einzelne Mechanismen zu zeigen, über die die Weltinflation läuft und weiter verbreitet wird. Wir haben nun natürlich alle die Möglichkeit, daraus Schlüsse zu ziehen, wie diese Inflation zu bekämpfen sei.

Meine Frage ist nun die: Ist es denn tatsächlich so, daß wir allgemein ein Interesse unterstellen können, demzufolge diese Weltinflation, von der Sie sprachen, eliminiert werden soll? Im nationalen Rahmen gibt es bekanntlich bestimmte soziale Interessen, die dahin führen, daß schon hier die Inflationsbekämpfung außerordentlich schwierig wird. Oft wird sogar gesagt: Man kann etwa Verteilungskonflikte durch eine hausgemachte Inflation zumindest überspielen, wenn nicht kurieren.

So könnte ich mir vorstellen, daß es entsprechende inflationsfördernde Interessen auch im internationalen Rahmen gibt. Gerade dadurch, daß die einzelnen nationalen Inflationsraten um die Rate der Weltinflation, von der Sie sprachen, streuen, ergeben sich Verteilungseffekte zugunsten einzelner Länder, etwa Verteilungseffekte der Art, daß die Empfänger fixer Einkommen wie die Benefizienten internationaler Rohstoffabkommen ohne Indexierung hierdurch geschädigt werden, aber auch Verteilungseffekte, die sich daraus ergeben — diese Hypothese wäre auch noch genauer zu überprüfen —, daß die Vernichtung von überschüssiger Geldkapitalhaltung in den Industrieländern durch nationale Inflationen zu Lasten der Entwicklungsländer geht, die ja gerade auf das Geldkapital, das in den Industrieländern angesammelt wird, angewiesen sind.

Die Existenz solcher Effekte und das Interesse, das hinter ihnen steckt, sollte man bei der Debatte um die internationale Inflation zumindest in Zukunft noch stärker untersuchen. Erst dann lassen sich daraus bestimmte Schlüsse über den Willen zur Inflationsbekämpfung auch im internationalen Rahmen ziehen.

Wolfgang Stützel (Saarbrücken):

Ich wollte nicht voll in die Debatte einsteigen, sondern nur eine kleine Frage stellen, damit ich hier folgen kann. Ich weiß, was ein Anteil an einem Kuchen ist: Ein zehntel Anteil z. B. ist ein zehntel Kuchen. Aber was ist ein „Anteil an der Weltinflation“? Sie sei gemessen in Prozent Preissteigerung pro Jahr, sagen wir 4 %. Ein Land habe ein Zehntel. Wie habe ich das zu verstehen? Ist das dann ein Zehntel von 4 %, also 0,4 %?

Oder ist die Inflation hier etwas, was nicht in Prozenten pro Jahr, sondern in Milliarden Dollar gemessen wird? Wenn ja, wie werden diese Milliarden gezählt? Als Strom, als Bestand, als Stromstärke-Erhöhung, als Bestandserhöhung? Was für ein Strom? Was für ein Bestand? Ich hätte also gerne von Ihnen: Meßvorschriften für „Inflations-Anteile“.

Werner Flandorffer (Bonn):

Gestatten Sie mir nur von der Sicht des Praktikers aus ein paar konkrete Fragen im Hinblick auf die Relevanz Ihres Modells. Sie haben einmal die Möglichkeit der Anpassung des Wechselkurses ausgeklammert; Sie gehen also von ganz festen Wechselkursen aus. Ich glaube, selbst das System fester, aber anpassungsfähiger Paritäten ist nicht mehr ein System, das nach Ihrem Modell laufen könnte.

Ein zweiter Punkt: Sie haben die Notwendigkeit völlig außer acht gelassen, sich in der Zahlungsbilanzpolitik nach den Währungsreserven zu richten. Wenn man Defizite hat, muß man die ja mit Reserven finanzieren.

Wenn Sie nun sagen, daß das keine Rolle spielt — gehen wir davon einmal aus —, dann wäre es doch so, daß ein Land seine Geldmenge unendlich ausweiten und die sich dann ohne weiteres auf die Welt ausdehnen könnte. Es wäre also so, daß ein Land ohne weitere Rücksichten weltweit inflationieren könnte, und dann würde der Anteil kaum noch eine Rolle spielen.

Bei den Amerikanern war es sicher so. Sie konnten ihre eigene Geldmenge ausdehnen und auf die Welt übertragen, ohne daß sie Zahlungsbilanzrücksichten nehmen mußten. Aber das sollte es ja eigentlich in einem funktionierenden Währungssystem nicht geben. Daher sehe ich nicht ganz, was Ihr System eigentlich noch leisten kann.

Vincenz Timmermann (Hamburg):

Ich habe bisher unsere Bemühungen im Zusammenhang mit der Inflationstheorie so verstanden, daß es uns zunächst darum geht, die Zusammenhänge der nationalen Inflationen zu verstehen, damit wir, ausgestattet mit diesem Wissen, auch entsprechende Möglichkeiten einer Inflationsbekämpfung finden; vorausgesetzt, daß wir die Inflation überhaupt bekämpfen wollen; davon gehe ich hier einmal aus.

Nun haben Sie, Herr Kollege Claassen, uns — wenn ich Sie richtig verstanden habe — vorgetragen, daß wir uns um die nationalen Inflationen eigentlich gar nicht sonderlich zu kümmern brauchen; daß es vielmehr darum gehe bzw. ausreiche, die Weltinflation zu erklären und dann zu wissen, welcher Beitrag an diesem Gesamtphänomen auf die einzelnen Nationen entfällt.

Ich möchte nun nicht auf das eingehen, was Herr Kollege Stützel soeben gesagt hat, nämlich auf die praktische Möglichkeit einer solchen Zurechnung; meine Frage ist vielmehr, was denn nun im Sinne des

Themas unserer Tagung, also aus der Sicht der Stabilisierungspolitik, die *einzelnen Nationen* nach Ihrer Meinung tun sollen, um evtl. über ihren Beitrag (wie auch immer gemessen) gegen dieses — im übrigen nach meiner Meinung von Ihnen zu einfach dargestellte — Phänomen der Weltinflation anzugehen.

Emil-Maria Claassen (Gießen):

Ich habe gewisse Attacken erwartet. Ich gerate öfter in Rage, natürlich in Rage von wissenschaftlichem Typ, wenn ich Inflationserklärungen soziologischer Art höre, in der Inflationen etwa durch Einkommensverteilungskämpfe erklärt werden. Viele Ökonomen schreiten zu dieser These von Einkommensverteilungskämpfen, weil die vorherrschenden Inflationstheorien — ich glaube, die vorherrschenden Inflationstheorien à la Kosteninflation, Nachfrageinflation sind keynesianischer Art — versagt haben. Ergo springt man zu anderen Inflationserklärungen wie der der soziologischen oder sozialpsychologischen Art via Einkommensverteilungskämpfe. Und wie erklärt man das Phänomen der Weltinflation? Wiederum mit Einkommensverteilungskämpfen, indem man, wie der jüngste Bericht der OECD zeigt, mit Demonstrationseffekten operiert und sagt: Die einzelnen nationalen Sozialgruppen sehen über die Grenzen hinweg, was im Ausland geschieht, und versuchen, das Anspruchsniveau ihrer Einkommen über die Grenzen hinweg anzugleichen. Wenn Sie sich mit einer solchen Inflationserklärung zufrieden geben, brauche ich natürlich nicht mehr meine Theorie der Weltinflation, die übrigens nicht meine Theorie ist, vorzutragen.

Ich bin mir bewußt, daß ich äußerst restriktive Annahmen eingeführt habe wie etwa die der Vollbeschäftigung. Ich bin aber überzeugt, daß selbst mit Hilfe der monetaristischen Theorie sowohl Preisniveauschwankungen wie Produktionsschwankungen erklärt werden können. Aber im Sinne meines Papers glaube ich — das ist öfter von Herrn Issing und von Herrn Neumann angeklungen —, daß das Modell der Beschäftigungsschwankungen oder die simultane Bestimmung von Preisniveau und Beschäftigungsschwankungen ebenfalls nur auf Weltenebene zu analysieren ist oder als ein möglicher und notwendiger Versuch anzusehen ist, von den nationalen Modellen wegzukommen, weil die eigentliche Makroökonomie, zumindest im System der festen Wechselkurse — in diesem Sinn ist das Paper ein historisches Paper —, die Weltwirtschaft ist. Und wir wissen — wiederum aus OECD-Berichten —, daß die Konjunkturschwankungen zwischen den OECD-Ländern in den letzten Jahren äußerst harmonisch oder kongruent in der Zeit verlaufen sind, so daß wahrscheinlich auch Beschäftigungsschwankungen nur auf der Basis eines Modells der Weltwirtschaft erklärt werden können.

Nun einige Anmerkungen zu den verschiedenen Kritikpunkten. Viel ist vom Transmissionsmechanismus gesprochen worden. Wahrscheinlich ist es am besten, drei mögliche Arten oder drei verschiedene Typen des Transmissionsmechanismus klar auseinander zu halten.

Die erste Art, von der ich nicht spreche, ist jener übliche Transmissionsmechanismus, der noch weiter im Dunklen bleibt: erhöhte Geldmenge einerseits, erhöhtes Preisniveau andererseits in einer vollbeschäftigten Wirtschaft. Oder, übertragen auf Weltebene, erhöhte Weltgeldmenge, erhöhtes Weltpreisniveau. Davon spreche ich in meinem Paper nicht, und in diesem Sinne beginne ich mit der langen Periode, die wahrscheinlich länger als ein Jahr ist.

Der zweite Typ von Transmissionsmechanismus bezieht sich auf die Übertragung erhöhter Weltpreise auf die einzelnen Länder, was handelsfähige Güter angeht. Unter dem Aspekt des internationalen Preiszusammenhangs wissen wir, daß dieser Anpassungsmechanismus äußerst schnell ist; er hängt natürlich von dem Vollkommenheitsgrad der Märkte ab.

Der dritte Transmissionsmechanismus, von dem ich hauptsächlich in meinem Paper gesprochen habe, ist, daß Zahlungsbilanzungleichgewichte nicht durch relative Preiseffekte, sondern durch Preisniveauveränderungen, d. h. Weltpreisniveauveränderungen, den nationalen Geldmarkt, z. B. die Geldnachfrage beeinflussen, und erst die Geldnachfrage beeinflußt die Zahlungsbilanz.

Nehmen Sie beispielsweise den Fall höherer auswärtiger, ausländischer Preise an — der Fall der sogenannten importierten Inflation. Durch den internationalen Preiszusammenhang — der zweite Typ des Transmissionsmechanismus — erhöhen sich die inländischen Preise, zumindest für handelsfähige Güter; *ceteris paribus* liegt eine höhere Geldnachfrage bei unverändertem Geldangebot vor und damit ein Geldnachfrageüberschuß. Wo holen sich nun die einzelnen Leute die gewünschte Kasse her, die sie nicht haben? Aus dem Außenhandelssektor. Dadurch kommt es zu einem Zahlungsbilanzüberschuß, und zwar ohne jeglichen relativen Preiseffekt. Diesen Transmissionsmechanismus, d. h. den allmählichen Abbau des Geldnachfrageüberschusses, habe ich in meinem Paper behandelt. Er dauert wahrscheinlich nicht länger als ein Jahr, und er ist ein Resultat von den üblichen Bestandsanpassungsprozessen, wie wir sie aus der Investitionstheorie für den gewünschten Kapitalstock, aus der Spartheorie für die Realisierung des gewünschten Vermögensbestandes oder hier aus der Geldnachfragetheorie zur Herstellung des gewünschten Geldbestandes kennen.

Ein völlig anderer Punkt, den Herr Neumann angeschnitten hat und den ich jetzt auch etwas extrem akzentuiere, ist, zu sagen: Im System

fester Wechselkurse ist der Wechselkurs ein rein nominales Phänomen à la Gustav Cassel. Da die einzig relevante Geldwirtschaft die Weltgeldwirtschaft ist und sich die einzelnen Länder wie Regionen verhalten, kann ich sogar so weit gehen und behaupten, daß der Wechselkurs schließlich nur eine Art von Numéraire und kein realwirtschaftliches Phänomen ist. Der Wechselkurs ist die Relation zwischen zwei verschiedenen Preisniveaus, und das Preisniveau selbst ist eine nominale Größe.

Die Sache ist ein wenig extrem dargestellt; aber sie müßte, so glaube ich, soll man an diesem Problem weiterarbeiten, zu diesem Resultat führen.

(Manfred Neumann [Nürnberg]: Völlig d'accord!)

— Bravo! Weil sie sagten: terms of trade!

(Manfred Neumann [Nürnberg]: Nein, ich sprach vom realen Austausch! Terms of trade ist ja nicht Wechselkurs!)

— Ach so; dann habe ich Sie mißverstanden. Aber es ist natürlich eine sehr weitgehende Folge, zu sagen, der Wechselkurs ist ein rein nominales Phänomen.

(Manfred Neumann [Nürnberg]: Aber da bin ich völlig d'accord mit Ihnen!)

— Wunderbar.

Ich kann wegen der verbleibenden Zeit nicht alle Fragen behandeln. Aber ein Kollege aus Bonn sagte mir, ich hätte die Reserven nicht berücksichtigt. Nun, er hat mein Paper nicht gelesen. Das konnte er auch nicht lesen, weil es zu spät ankam. Es ist natürlich völlig klar, daß ein Land nicht gleichgültig welche expansive Geldpolitik betreiben kann, da es externe Liquiditätsschranken hat. Das einzige Land, das das kann — da haben Sie vollkommen recht — sind die Vereinigten Staaten. In meinem Paper komme ich einmal aufgrund der Position der Vereinigten Staaten im Weltwährungssystem und zum anderen aufgrund der relativen Größe der Vereinigten Staaten zu dem Schluß — den wir auch schon seit fünf oder zehn Jahren im Dollar-Standard kennen —, daß die Vereinigten Staaten das Tempo der Weltinflation bestimmen, und zwar einerseits aufgrund der Inexistenz jeglicher Reservebeschränkungen und zum anderen aufgrund ihrer relativen Größe. Und damit greife ich das Zurechnungsproblem von Herrn Stützel auf.

Die Größe eines Landes spielt insofern eine Rolle, als nach der Definition der relativen Größe der Anteil an der Weltgeldmenge wächst, je größer das Land ist. Ich sehe da kein Problem der Zurechnung. Oder

das Zurechnungsproblem ist aufgrund des Begriffs der relativen Größe gelöst. Je größer das Land ist, desto größer ist sein Einfluß auf das Weltpreisniveau und damit auf sein eigenes Preisniveau.

Nun zu Herrn Hemmer. Ich spreche in meinem Paper nicht von Exportquote und Importquote; ich spreche von der Relation zwischen handelsfähigen und nicht-handelsfähigen Gütern, die von der Importquote und Exportquote völlig unterschiedlich sein kann. Die Vereinigten Staaten haben beispielsweise eine sehr geringe Importquote und eine sehr geringe Exportquote; aber sie haben eine relativ hohe Relation zwischen handelsfähigen Gütern und nicht-handelsfähigen Gütern.

In diesem Zusammenhang komme ich auf eine Fragestellung von Herrn Willms. Das ist natürlich ein äußerst interessanter Aspekt. Sofern der Unterschied zwischen handelsfähigen und nicht-handelsfähigen Gütern gemacht wird, können wir theoretisch erklären, weshalb Inflationsraten zwischen Ländern divergieren, was wir ja auch in der Realität beobachten. Das hängt eben von dem Tatbestand ab, daß der Preisindex sowohl handelsfähige wie nicht-handelsfähige Güter enthält. Der internationale Preiszusammenhang bezieht sich aber nur auf handelsfähige Güter.

Nun kann natürlich gesagt werden, daß nicht nur temporäre, sondern auch permanente Unterschiede in den Inflationsraten zwischen Ländern existieren können. Zur Begründung nehme ich ein Beispiel, ein sehr bekanntes Beispiel. Betrachten Sie etwa schnell wachsende Wirtschaften.

Von schnell wachsenden Wirtschaften ist bekannt, daß sich der Produktionssektor der nicht-handelsfähigen Güter, z. B. der Dienstleistungssektor — damit spreche ich ein wenig auch die Fragestellung von Herrn Hemmer an —, nicht so schnell ausweitet wie der Produktionssektor der handelsfähigen Güter. Das Angebot an nicht-handelsfähigen Gütern wächst also aufgrund von Produktivitätsunterschieden zwischen beiden Sektoren weniger schnell als das Angebot an tradable goods. Zusätzlich können Sie verschiedene Einkommenselastizitäten haben, was auch in schnell wachsenden Wirtschaften vorliegt. Bekanntlich setzt eine größere Nachfrage nach Dienstleistungen in schnell wachsenden Wirtschaften ein, und zwar größer als die Nachfrage nach Industrieprodukten. Diese beiden Faktoren erklären, warum es zu einer permanenten Verschiebung der relativen Preise zwischen nicht-handelsfähigen und handelsfähigen Gütern in dem Sinne kommt, daß die Preise der nicht-handelsfähigen Güter stärker steigen als die Preise der handelsfähigen Güter, wodurch sich dann ein Preisindex herausstellt, wonach das betreffende schnell wachsende Land eine höhere Inflationsrate aufweist als andere, langsam wachsende Wirtschaften.

Ich will zum Schluß kommen. Herr Körner und Herr Issing sagten: Was kann man nun gegen diese Weltinflation tun? Ich habe hier natürlich nur eine Erklärung der Weltinflation im System fester Wechselkurse beschrieben. Bin ich für das System fester Wechselkurse und bleibe ich weiter im System des Dollar-Standards, dann ergeben sich zwei Möglichkeiten, wiederum völlig simpler Art, wie überhaupt die grundsätzliche Ökonomie simpel ist.

Die erste Möglichkeit ist — da wir wissen, daß die Vereinigten Staaten die hauptsächliche Ursache der Weltinflation in den 60er Jahren darstellten, also in jenen Jahren, wo feste Wechselkurse herrschten —, zu versuchen, ein Mitspracherecht in der amerikanischen Geldpolitik zu erhalten. Das ist natürlich utopisch.

Eine andere Möglichkeit wäre dann — und die amerikanische Inflation war ja auch zu Anfang der 70er Jahre die eigentliche Ursache —, Währungsunionen zu schaffen. Statt direkt zu flexiblen Wechselkursen aller Länder überzugehen, sollte zunächst einmal der Versuch mit Währungsunionen unternommen werden, da im System flexibler Wechselkurse die Frage der Inflationsabschirmung zumindest für kleine Länder völlig offen ist; denn hier taucht das von Mundell formulierte Theorem auf, wonach flexible Wechselkurse Länder nur von einer gewissen Größe an effizient von der Weltinflation isolieren können.

Otmar Issing (Nürnberg):

Wenn ich es recht sehe, dann ist das der Nachmittag der Emanzipation. Wir haben zunächst die Emanzipation des Monetarismus auf der internationalen Ebene verfolgt, und wir erleben im nächsten Referat die Emanzipation der Regeltheorie im Bereich der Außenwirtschaft.

Wer das Fehlen an Mathematik in den bisherigen Referaten als Mangel empfunden hat, der wird nun ganz auf seine Kosten kommen, und es tritt die bei allen Ökonomen so beliebte Gleichgewichtssituation ein.

Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts als multiples Regelungsproblem*

Von *Michael Schmid*, Mannheim**

1. Das Modell einer multiplen dynamischen Regelung

Obwohl den Anhängern einer quantitativen Theorie der Wirtschaftspolitik vor allem durch die Arbeiten von Allen¹ und Fox-Thorbecke-Sengupta² die Nützlichkeit einer regelungstheoretischen Analyse bekannt wurde, wird von Ökonomen relativ wenig von diesem Ansatz Gebrauch gemacht. Gerade die moderne Theorie der Beschreibung und Kontrolle mehrdimensionaler Systeme³ vermag jedoch einige wichtige Ansätze in der Theorie der Wirtschaftspolitik zwanglos miteinander zu verbinden. Wir vertreten und belegen in dieser Arbeit in einem methodischen ersten Teil die These, daß sich sowohl die komparativ-statische Theorie der Wirtschaftspolitik nach Tinbergen als auch der dynamische Stabilisierungsansatz Mundells mit geringem Aufwand als Sonderfälle der modernen Theorie der dynamischen Regelung mehrdimensionaler Systeme entwickeln lassen. Gleichzeitig legen wir großen Wert auf die Konstruktion eines relativ einfachen graphischen Apparates, mit dessen Hilfe eine gewisse Anschaulichkeit für das komplexe Geschehen bei einer multiplen Regelung erreicht werden soll.

Im zweiten Teil dieser Arbeit geben wir eine konkrete ökonomische Anwendung des allgemeinen regelungstheoretischen Ansatzes, indem

* Die vorliegende Arbeit basiert auf einem Teil meiner Dissertation: *Stabilität und Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts*, Mannheim 1973 (unveröffentlicht).

** Geboren am 3. April 1940 in Breslau. 1968 Diplom-Volkswirt und 1969 Assistent am Institut für Theorie der Wirtschaftspolitik der Freien Universität Berlin. 1970 - 1973 Assistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre I der Universität Mannheim. 1973 Promotion zum Dr. rer. pol. und ab 1973 Assistent am Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Statistik der Universität Mannheim. 1974/1975 Habilitationsstipendium der Deutschen Forschungsgemeinschaft an der University of Chicago, USA.

¹ R. G. D. Allen, *Mathematical Economics*, 2. Aufl., London 1964. R. G. D. Allen, *Macroeconomic Theory*, London 1967.

² K. A. Fox, J. K. Sengupta und E. Thorbecke, *The Theory of Quantitative Economic Policy: With Applications to Economic Growth and Stabilization*, Amsterdam 1966.

³ L. K. Timothy und B. E. Bona, *State Space Analysis: An Introduction*, New York 1968.

wir das alte Problem binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts analysieren. Im Unterschied zur früheren Literatur⁴ wollen wir jedoch eine Mundellsche stock-flow-Ökonomie kontrollieren. In einem solchen System muß „außenwirtschaftliches Gleichgewicht“ als ein gewünschter Bestand an Währungsreserven definiert werden. Da wir „binnenwirtschaftliches Gleichgewicht“ in der kurzfristigen Analyse als ein bestimmtes reales Volkseinkommen auffassen, bei dem gerade die Vollbeschäftigung des Faktors Arbeit gegeben ist, stabilisieren wir simultan die Stromgröße Volkseinkommen und die Bestandsgröße Währungsreserven. Weil in einem stock-flow-Modell der Saldo der Zahlungsbilanz als *Änderungsrate* der Zielvariablen „Währungsreserven“ erscheint, zeigen wir am Schluß dieser Arbeit, daß sich die ältere Theorie der Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts vom regelungstheoretischen Standpunkt völlig zwanglos als eine „Mischung“ von integraler und proportionaler Regelung eines stock-flow-Modells auffassen läßt.

1.1 Regelkreisgleichung eines multiplen Regelungsproblems

Fig. 1 zeigt das Grundschema einer mehrdimensionalen Regelung. Im oberen Teil der Figur wirken in Pfeilrichtung „exogene Variable“, die sich in den Vektor der Instrumentvariablen $X = [X_1 \dots X_r \dots X_n]$ und den Vektor der Störvariablen $Z = [Z_1 \dots Z_l \dots Z_k]$ aufspalten lassen, auf eine „Strecke“⁵ ein. Dieser Einfluß erzeugt aufgrund bestimmter Gesetzmäßigkeiten bestimmte Werte für die „endogenen Variablen“. Die Menge der endogenen Variablen wird unterteilt in den Vektor der irrelevanten Variablen $R = [R_1 \dots R_u]$ und den Vektor der Zielvariablen $Y = [Y_1 \dots Y_i \dots Y_m]$. Die relevanten Werte der Zielvariablen werden am Ausgang der Strecke „abgefühlt“ und in einem „Regler“ im unteren Teil der Figur zunächst mit gewünschten Werten der Zielvariablen Y^* verglichen. Werden infolge des Einflusses der Störvariablen Abweichungen registriert, so erzeugt der Regler aufgrund bestimmter Konstruktionsmerkmale bestimmte Werte für die Instrumentvariablen X , die

⁴ C. Föhl, Außenwirtschaftliches und binnenwirtschaftliches Gleichgewicht, in: H. Jürgensen (Hrsg.), Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Göttingen 1964. H. G. Jarchow, Der kombinierte Einsatz budget- und zinspolitischer Maßnahmen zur gleichzeitigen Erreichung binnen- und außenwirtschaftlicher Ziele, in: G. Bombach (Hrsg.), Beiträge zur Theorie der Außenwirtschaft, Berlin 1970, S. 35 ff. H. G. Johnson, Some Aspects of the Theory of Economic Policy in a World of Capital Mobility, wieder abgedruckt in: H. G. Johnson, Further Essays in Monetary Economics, London 1972. A. K. Swoboda, On Limited Information and the Assignment Problem, in: E. Claassen und P. Salin (Hrsg.), Stabilization Policies in Interdependent Economies, London 1972.

⁵ Mit „Strecke“ wird in der Regelungstechnik manchmal das zu kontrollierende System bezeichnet. Vgl. G. Pressler, Regelungstechnik, B. I. Hochschultaschenbücher, Mannheim 1967, S. 17.

eine Anpassung der Zielvariablen an die gewünschten Sollwerte Y^* erzwingen.

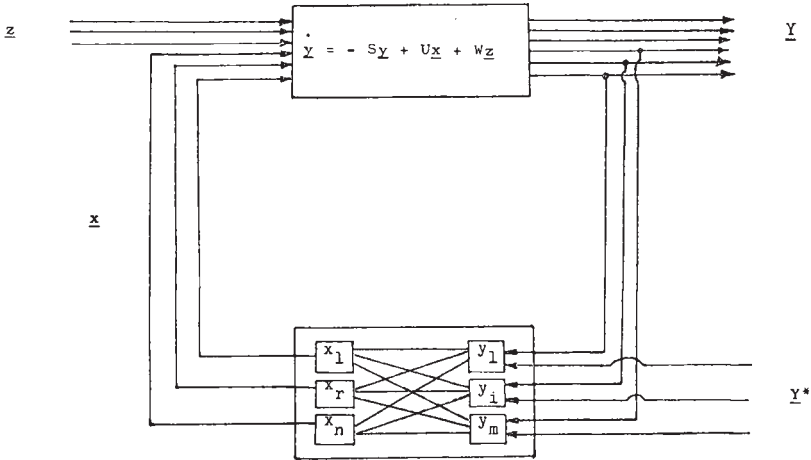


Fig. 1

1.1.1 Beschreibung der „Strecke“

Die Gesetzmäßigkeiten der *Strecke* lassen sich im einfachsten Fall durch eine lineare Vektordifferentialgleichung angeben

$$(1) \quad \dot{Y} + SY = UX + WZ .$$

In (1) haben wir irrelevante Variable unterdrückt. S, U, W sind Matrizen geeigneten Formats, in welchen die „inneren“ Systemeigenschaften der *Strecke* und ihre Beeinflussungsmöglichkeiten durch Instrument- bzw. Störvariable erfaßt werden. Auf die *Strecke* wirken in (1) Störvariable und Instrumentvariable durch gegebene Störfunktionen $X(t)$ bzw. $Z(t)$. Als „Antwort“ auf diese Erregung liefert die *Strecke* ein bestimmtes Zeitverhalten der Zielvariablen $Y(t)$.

1.1.2 Beschreibung des Reglers

Der *Regler* besteht aus einer Vorschrift, bestimmte Instrumentvariable nach wohlbestimmten Regeln in Abhängigkeit von einem bestimmten Zustand des Systems zu verändern. Der *Regler* enthält also zwei elementare Bestandteile:

— Die Form der Reaktion auf die Abweichung y der realisierten Werte der Zielvariablen $Y(t)$ von ihren Sollwerten Y^*

$$(2) \quad y(t) = Y^* - Y(t) .$$

Wir unterstellen hier, daß die Sollwerte Y^* zeitlich konstant sind (Festwertregelung). In diesem Zusammenhang spielt die P-I-D-Regelung eine wichtige Rolle. Wenn wir weiter den Spezialfall eines verzögerungsfrei arbeitenden Reglers betrachten⁶, dann bestehen folgende Beziehungen zwischen der Abweichung der i -ten Zielvariablen von ihrem Sollwert und der r -ten Instrumentvariablen:

$$(P) \text{ proportionale Regelung} \quad X_r = k_{ri}^p y_i(t) \quad k_{ri}^p \begin{matrix} \geq \\ \leq \end{matrix} 0$$

$$(I) \text{ integrale Regelung} \quad X_r = k_{ri}^i \int_0^t y_i(\tau) d\tau \quad k_{ri}^i \begin{matrix} \geq \\ \leq \end{matrix} 0$$

$$(D) \text{ differentiale Regelung} \quad X_r = k_{ri}^d \dot{y}_i(t) \quad k_{ri}^d \begin{matrix} \geq \\ \leq \end{matrix} 0 .$$

— Die Koordination von Zielen und Instrumenten. Wir erreichen die Verknüpfung von Zielen und Instrumenten durch die Einführung von Koordinationsmatrizen K_p, K_d, K_i für jede Art der Regelung.

Die Gleichung des verzögerungsfreien P-I-D-Reglers läßt sich jetzt angeben

$$(3) \quad X = K_p y + K_d \dot{y} + K_i \int_0^t y d\tau .$$

1.1.3 Gleichung des geschlossenen Regelkreises

Die folgende Regelkreisgleichung soll mit Hilfe von transformierten Variablen formuliert werden. Der Koordinatentransformation liegt folgende Überlegung zugrunde: Wir unterstellen, daß in einem sogenannten Ausgangszustand bei gegebenem Vektor der Störvariablen $Z = Z^0$ der Vektor der Instrumentvariablen gerade auf einen solchen Wert $X = X^0$ fixiert wird, daß der Vektor der Zielvariablen die gewünschte Wertekombination $Y = Y^*$ erreicht. Weicht jetzt der Störvektor von seinem Ausgangswert Z^0 ab, so interessieren wir uns für die notwendig werdende Abweichung des Instrumentvektors x von seiner Ausgangslage X^0 , wenn eine Abweichung des Vektors der Zielvariablen y von seinem Sollwert verhindert werden soll.

⁶ Zum Begriff eines verzögerungsfreien Reglers vgl. G. Pressler, Regelungstechnik, S. 41. Zur P-I-D-Regelung vgl. G. Pressler, S. 40 - 46, R. G. D. Allen, Macroeconomic Theory, S. 351 und K. A. Fox, J. K. Sengupta und E. Thorbecke, The Theory of Quantitative Economic Policy: With Applications to Economic Growth and Stabilization.

Wir führen deshalb die folgenden transformierten Variablen ein

$$(4) \quad y = Y^* - Y; \quad x = X^0 - X; \quad z = Z^0 - Z .$$

Mit (4) läßt sich die Vektordifferentialgleichung der Strecke (1) neu schreiben

$$(5) \quad \dot{y} = -Sy + Ux + Wz .$$

Die Gleichung des Reglers (3) wird mit (4)

$$(6) \quad \dot{x} = - (K_p \dot{y} + K_d \ddot{y} + K_i y) .$$

Mit (5) folgt aus (6), wobei I die Einheitsmatrix symbolisiert und $\dot{z} = 0$ unterstellt ist,

$$(7) \quad \dot{x} = [I + K_d U]^{-1} [(K_d S - K_p) \dot{y} - K_i y] .$$

Setzen wir folgende Abkürzungen

$$\Omega = (I + K_d U)^{-1} ; \quad \Pi = (K_d S - K_p) ,$$

so folgt für (7)

$$(8) \quad \dot{x} = - \Omega (\Pi S + K_i) y + \Omega \Pi Ux + \Omega \Pi Wz .$$

In kompakter Matrix Notation lassen sich die Gleichungen (5) und (8) in übersichtlicher Weise miteinander verknüpfen

$$(9) \quad \begin{bmatrix} \dot{y} \\ \dot{x} \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} -S & U \\ -\Omega (\Pi S + K_i) & \Omega \Pi U \end{bmatrix} \begin{bmatrix} y \\ x \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} W \\ \Omega \Pi W \end{bmatrix} z .$$

Wir bezeichnen (9) als die Regelkreisgleichung eines *multiplen* linearen Regelungsproblems⁷.

In (9) wird trotz einschränkender Annahmen⁸ ein sehr komplexes Geschehen beschrieben. Wir wollen in den folgenden Abschnitten versuchen, durch konsequente Anwendung einer graphischen Technik sowohl die isolierte Funktionsweise von Strecke und Regler als auch die Interaktion beider Teile des Regelkreises transparenter zu machen. Dies erreichen wir durch eine kurze Beschreibung der komparativ-statischen Theorie der Wirtschaftspolitik Tinbergens und der dynamischen Theorie

⁷ Siehe K. A. Fox, J. K. Sengupta und E. Thorbecke, *The Theory of Quantitative Economic Policy*, S. 216, zur Matrizendarstellung eines *einfachen* Regelkreises. Ein *multipl*es Regelungsproblem wird auf S. 373 ff. beschrieben.

⁸ Die Strecke ist nur erster Ordnung. Der Regler arbeitet verzögerungsfrei. Strecke und Regler sind linear.

der Wirtschaftspolitik Mundells mit Hilfe unseres graphischen Apparates. Der graphischen Interpretation wegen beschränken wir uns im folgenden auf eine Kontrolle von zwei Zielvariablen durch zwei Instrumentvariable ($m = n = 2$). Die Matrizen S, U haben also ein 2×2 -Format, während W ein $2 \times k$ -Format hat. Außerdem unterstellen wir nicht verschwindende Determinanten für S und U .

1.2 Komparativ-statische Theorie der Stabilisierung (Tinbergen-Stabilisierung)

In der komparativ-statischen Theorie der Wirtschaftspolitik reagieren Strecke und Regler mit unendlich großer Anpassungsgeschwindigkeit. Unter dieser Annahme beschreiben wir das Verhalten der Strecke durch die Einführung von „Zielkonfliktkurven“ bzw. „Störkurven“ und das Verhalten des Reglers durch die Einführung von „Instrument-Möglichkeit-Kurven“.

1.2.1 Zielkonfliktkurven (ZKK) und Kontrollpfad, Störkurven und Störpfad

Bei unendlich großer Anpassungsgeschwindigkeit der Strecke müssen wir uns nur mit stationären Lösungen von (1) befassen. Die stationäre Lösung von (1) läßt sich leicht angeben: Für $\dot{Y} = 0$ erhalten wir

$$(10) \quad SY = UX + WZ .$$

Die Auflösung von (10) nach Y durch Multiplikation mit S^{-1} gibt

$$(11) \quad Y = S^{-1}(UX + WZ) .$$

Gleichung (11) wird als *reduzierte Form* bezeichnet und ist offensichtlich eine lineare 2×2 -Abbildung, die bei gegebenem Vektor $Z^0 = (Z_1^0, Z_2^0)$ jedem Punkt des Instrumentraumes $X = (X_1, X_2)$ eindeutig einen Punkt des Zielraumes $Y = (Y_1, Y_2)$ zuordnet. Wir unterstellen, daß im Ausgangszustand bei willkürlich gegebenem Wert des Störvektors $Z = Z^0$ der Instrumentvektor gerade einen solchen Wert $X = X^0$ annimmt, daß der Vektor der Zielvariablen die gewünschte Wertekombination $Y = Y^*$ zeigt. Dieser Ausgangszustand wurde in Fig. 2 dargestellt, indem wir im Zielraum (Fig. 2 a), im Instrumentraum (Fig. 2 b) und im Störraum (Fig. 2 c) Punkte Y^*, X^0, Z^0 markiert haben, die durch die lineare Abbildung (11) miteinander verknüpft sind. Punkt Y^* ist leicht mit Hilfe von (10) zu bestimmen, wenn man auf der rechten Seite X^0 und Z^0 einsetzt und das entstandene simultane Gleichungssystem für Y_1 und Y_2 löst.

Variieren wir nun in Fig. 2 b von X^0 aus isoliert den Einsatz des ersten Instrumentes, d. h. bei konstantem Einsatz X_2^0 des zweiten In-

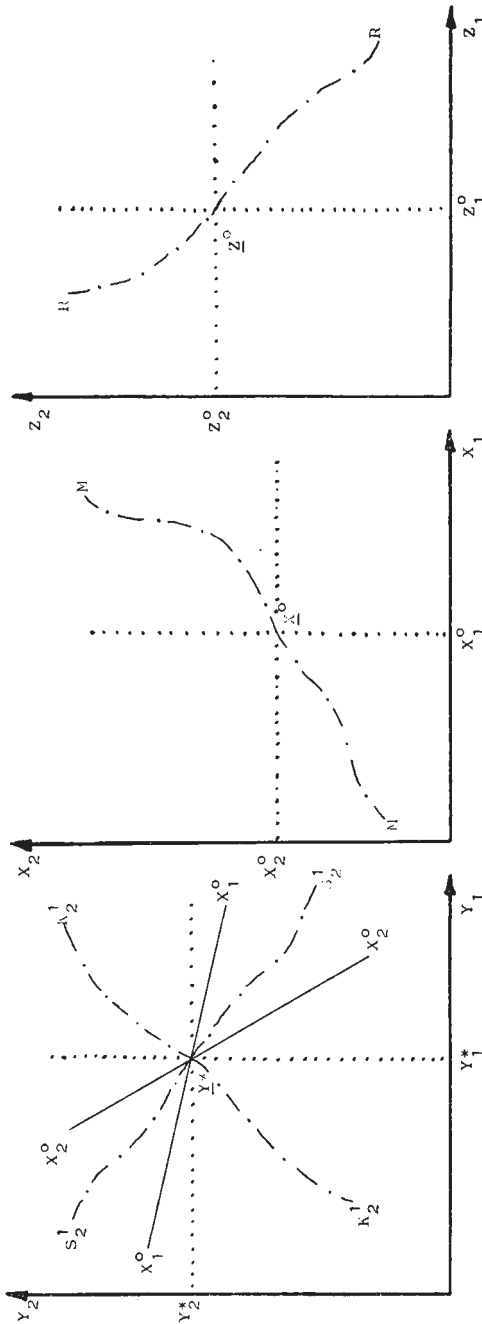


Fig. 2c

Fig. 2b

Fig. 2a

struments, bewegen wir uns entlang der horizontalen gepunkteten Linie, so erzeugen wir in Fig. 2 a die Linie $X_1^0 X_2^0$. Diese Linie bezeichnen wir als *Zielkonfliktkurve* (ZKK) bei Variation des ersten Instruments und konstantem Einsatz des zweiten Instruments in Höhe von X_2^0 . Man muß also beachten, daß sich die Bezeichnung einer ZKK nicht an dem Instrument orientiert, durch dessen Variation sie entsteht, sondern am konstanten Wert des anderen Instruments für den sie Gültigkeit hat. Entsprechend läßt sich in Fig. 2 a die Linie $X_1^0 X_2^0$ als ZKK des zweiten Instrumentes bei konstantem Einsatz X_1^0 des ersten Instruments ableiten, wenn wir in Fig. 2 b von X^0 aus entlang der gepunkteten Linie eine vertikale Bewegung durchführen. Die durch Variation des r -ten Instruments entstehende ZKK trennt somit im Instrumentraum den Bereich aller Zielkombinationen, die sich nur mit einem größeren Einsatz des s -ten Instruments ($r \neq s$) erreichen lassen, vom Bereich aller derjenigen Zielkombinationen, welche nur mit einem geringeren Einsatz des s -ten Instruments erreichbar sind. Anders ausgedrückt: Die ZKK des r -ten Instruments verschiebt sich für jeden Parameterwert des s -ten Instruments. Eine Berechnung der ZKK ist leicht möglich durch die Angabe der sogenannten *inversen reduzierten Form*

$$(12) \quad X = U^{-1}SY - U^{-1}WZ .$$

Fixieren wir in (12) den Vektor der Störvariablen und den Vektor der Instrumentvariablen, so erhalten wir ein simultanes Gleichungssystem in Y_1 und Y_2

$$(13) \quad X^0 + U^{-1}WZ^0 = U^{-1}SY .$$

Die in (13) rechtsseitig auftretenden Gleichungen in Y_1 und Y_2 sind die gesuchten ZKK.

Mischen wir in Fig. 2 b den Einsatz beider Instrumente entlang der Kurve MM , so erhalten wir in Fig. 2 a das Abbildung von $M_2^1 M_2^1$ als willkürlich gezeichneten Pfad $K_2^1 K_2^1$. Wir bezeichnen diesen Pfad als *Kontrollpfad*.

Da sowohl Instrument- als auch Störvariable für die Strecke Eingangsgrößen darstellen, läßt sich in Fig. 2 a und 2 c analog der Einfluß einer Variation von Störvariablen auf die Zielvariablen analysieren, wenn wir den Vektor der Instrumentvariablen konstant lassen. Wir erhalten für jede isolierte Variation einer Störvariablen eine weitere Kurve im Zielraum (nicht gezeichnet). Wir wollen diese Kurven als *Störkurven* bezeichnen. Wirken mehrere Störvariable gleichzeitig auf das System ein, so ergibt sich in Fig. 2 a analog zum Kontrollpfad ein

willkürlich gezeichneter Störpfad $S_2^1 S_2^1$. Befand sich das System am Anfang in einem gewünschten Zustand, so liefert der Störpfad die Bewegung des Systems weg vom Punkt der vollständigen Zielerreichung Y^* . Die Richtung dieser Bewegung wird durch die Art der Mischung der Störeinflüsse bestimmt. Die Bewegung des Systems entlang eines Störpfades liefert Informationen über das Fehlverhalten des Systems und gibt Anlaß zu der im Abschnitt 1.2.3 beschriebenen Stabilisierungsaktion.

1.2.2 Instrument-Möglichkeit-Kurven (IMK)

Wir kehren jetzt unsere Betrachtungsweise um und fragen, ob ausgehend von einer vollständigen Zielerfüllung der Zielerreichungsgrad der ersten Zielvariablen bei gegebener Zielerfüllung der zweiten Zielvariablen variiert werden kann. Bewegen wir uns in Fig. 3 a vom Punkt Y^* aus in korizontaler Richtung, so liefert uns die Linie $Y_2^* Y_2^*$ in Fig. 3 b die erforderliche Mischung der Instrumentvariablen. Wir bezeichnen eine solche Kurve als *Instrument-Möglichkeit-Kurve* (IMK)⁹. Die durch Variation der i -ten Zielvariablen entstehende IMK zeigt alle Instrumentkombinationen, die eine konstante vollständige Zielerreichung der j -ten Zielvariablen erlauben ($i \neq j$). Es existiert somit in Fig. 3 b eine zweite IMK, die alle Instrumentkombinationen enthält, für welche eine vollständige Zielerreichung der ersten Zielvariablen möglich ist. Die Linie wird als $Y_1^* Y_1^*$ -Kurve bezeichnet. Durch eine IMK wird der Instrumentraum geteilt in Bereiche der Über- bzw. Untererfüllung eines bestimmten Zieles.

Die Gleichungen der IMK lassen sich leicht mit Hilfe der reduzierten Form (11) angeben, wenn wir in (11) feste Werte für den Vektor der Ziel- bzw. Störvariablen einführen.

$$(14) \quad Y^* - S^{-1} WZ^0 = S^{-1} U X .$$

Die in (14) rechtseitig auftretenden Gleichungen in X_1 und X_2 beschreiben die IMK. Wollen wir jedoch eine bestimmte *Zielkombination* z. B. entlang dem Kontrollpfad $K_2^1 K_2^1$ in Fig. 3 a realisieren, so existiert in Fig. 3 b im Instrumentraum der Pfad $M_2^1 M_2^1$ der dafür erforderlichen Instrumentmischung.

⁹ Instrument-Möglichkeit-Kurven wurden von R. A. Mundell, International Economics, New York 1968, Kap. 16, sehr erfolgreich für die ökonomische Analyse benutzt. Sie finden sich auch bei A. K. Swoboda, On Limited Information and the Assignment Problem.

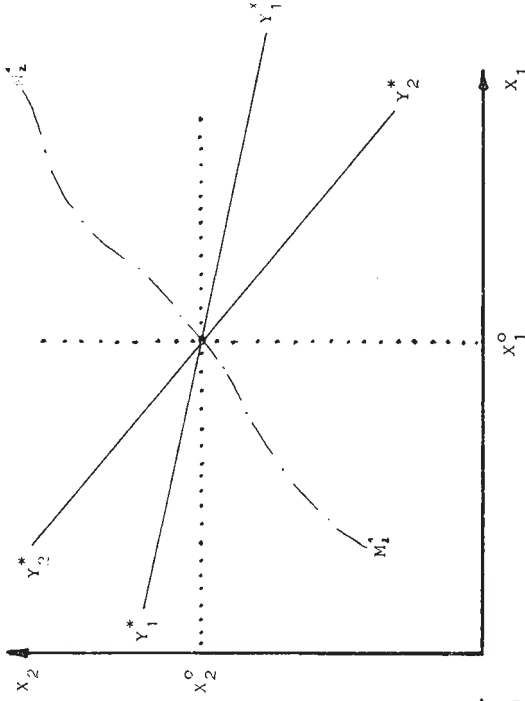


Fig. 3a

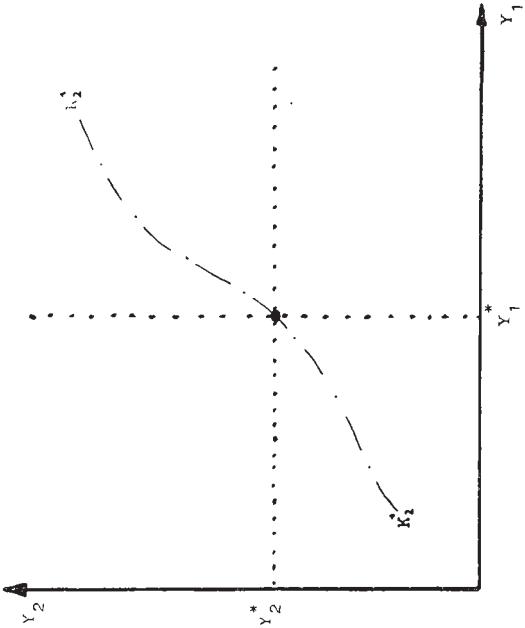


Fig. 3b

1.2.3 Das komparativ-statische Stabilisierungsproblem

Mit dem entwickelten Instrumentarium können wir jetzt die Grundidee einer Stabilisierungsaktion erklären: Unterstellen wir, ein System befinde sich im Ausgangszustand in einem Punkt vollständiger Zielerfüllung. Eine nicht näher spezifizierte komplexe Störung wirke nun

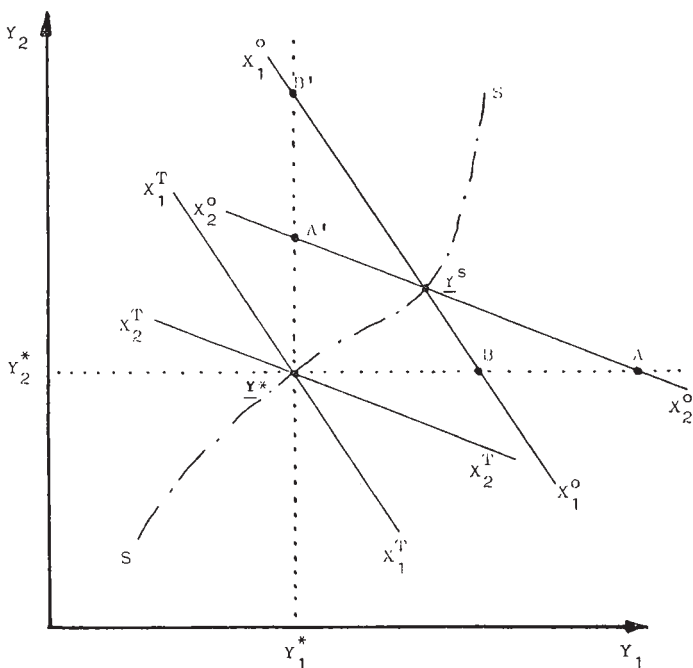


Fig. 4a

so auf das System, daß in Fig. 4 a auf dem Störpfad SS eine Übererfüllung beider Ziele im Punkt Y^s eintritt¹⁰. Da nach (13) auch der Vektor der Störvariablen ein Parameter für das System der ZKK ist, erfassen wir eine Störung in unserem geometrischen Apparat, indem wir in Fig. 4 a das System der ZKK in den Punkt Y^s verschieben. Die Bezeichnung Zielkonflikt-Kurve wird verständlich, wenn wir argumentieren, daß z. B. durch Einsatz des ersten Instruments die Kurve $X_1^0 X_1^0$ parallel verschoben wird (nicht gezeichnet), bis in Punkt A bzw. A' ein Schnittpunkt mit der $X_2^0 X_2^0$ -Kurve gegeben ist, in welchem jeweils nur

¹⁰ Y^s symbolisiert eine Wertekombination der Zielvariablen, die sich infolge einer Störung einstellt.

ein Ziel wieder erreicht ist. Wir erhalten einen ähnlichen Zielkonflikt bei einem isolierten Einsatz des zweiten Instrumentes, da wir in diesem Fall Punkt B bzw. B' erreichen. Nur durch Mischung der Instrumente, d. h. durch eine Änderung des Wertes des Instrumentenvektors X von X^0 , z. B. auf X^T , erhalten wir die Ausgangslage wieder zurück¹¹. Die Berechnung von X^T zur Erhaltung des Punktes Y^* gegenüber bestimmten Störeinflüssen ist das Problem der Tinbergen-Stabilisierung. Seine technische Lösung erfährt dieses Problem durch die Berechnung der inversen reduzierten Form (12)

$$X = U^{-1}SY - U^{-1}WZ .$$

Es ist zu bemerken, daß im Rahmen der Tinbergen-Stabilisierung dem Zeitfaktor keinerlei Bedeutung zukommt, so daß die Störung in Fig. 4 a als ein zeitloser Sprung von Y^* nach Y^s zu interpretieren ist, während

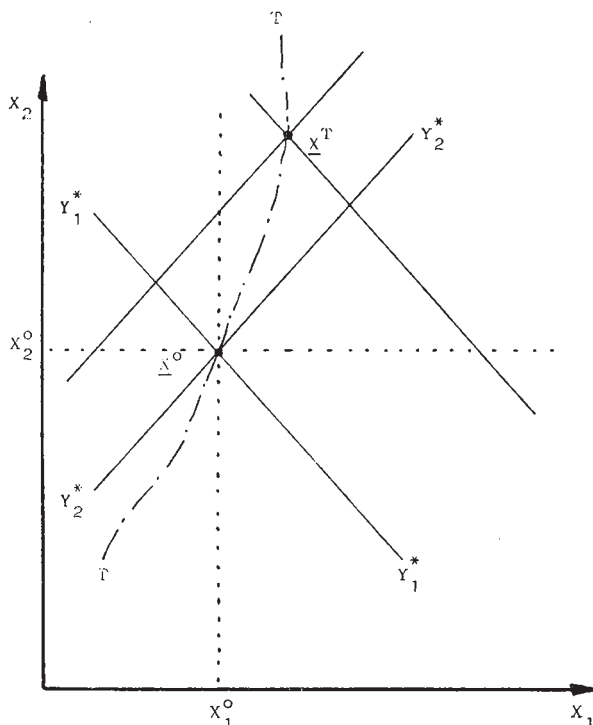


Fig. 4b

¹¹ Diese Aussage gilt nur im allgemeinen Fall. Es gibt jeweils zu analysierende Spezialfälle, in welchen Störungen das System der ZKK so verschieben, daß mit *einem* Instrument beide Ziele wieder erreichbar sind.

die Stabilisierung einen zeitlosen Rücksprung von Y^s auf Y^* zur Folge hat. In der Regelungstechnik spricht man in diesem Zusammenhang von einer *idealen* Strecke bzw. einem *idealen* Regler.

In Fig. 4 b zeigen wir die geometrische Lösung des Tinbergen-Problems im Instrumentraum. Da nach (14) auch der Vektor der Störvariablen ein Parameter für das System der IMK ist, verschiebt sich in Fig. 4 b das System der IMK nach einer Störung in einer bestimmten Weise, z. B. von X^0 nach X^T . Punkt X^T repräsentiert die Tinbergen-Lösung. Nach der Störung würde eine Beibehaltung des Punktes X^0 eine Verletzung beider Zielwerte zur Folge haben, da X^0 nicht mehr Schnittpunkt des Systems der neuen IMK ist. Durch einen zeitlos erfolgenden Sprung von X^0 nach X^T erhalten wir eine Anpassung der Instrumentvariablen, so daß trotz der Störung wieder die gewünschten Zielwerte erreicht werden.

1.3 Dynamische Theorie der Stabilisierung (Mundell-Stabilisierung)

1.3.1 Formalisierung des Mundell-Ansatzes

Unterstellen wir wieder die Ausgangslage, in welcher bei gegebenem Störvektor Z^0 der Instrumentvektor X^0 gerade den Vektor der Zielvariablen Y^* erzeugt. Unterstellen wir außerdem wieder eine unendlich schnelle Anpassung der Strecke an jede Änderung des Vektors der Störvariablen. Berücksichtigen wir schließlich in (1) die transformierten Variablen (4), so läßt sich die Gleichung der Strecke (1) wie folgt schreiben

$$(15) \quad S y = U x + W z .$$

Die reduzierte Form (11) wird in transformierten Variablen

$$(16) \quad y = S^{-1} (U x + W z) .$$

Gleichung (16) liefert die Abweichungen des Systems vom gewünschten Zustand für bestimmte Abweichungen der Stör- bzw. Instrumentvektoren von ihren Ausgangswerten.

Nach den Vorstellungen Mundells¹² sind nun, in Abhängigkeit von Zielverletzungen, Änderungen des Instrumentvektors vorzunehmen

$$(17) \quad \dot{X} = K y .$$

¹² Vgl. R. A. Mundell, *International Economics*, Kap. 16. Eine mathematische Formulierung wird nachgeholt in Kap. 14. Eine sehr klare mathematische Formulierung der Assignment-Problematik findet sich bei J. Patrick, *The Optimum Policy Mix: Convergence and Consistence*, in: P. B. Kenen und R. Lawrence, *The Open Economy*, New York 1968.

Will man den ursprünglich nicht formalisierten Mundellschen Gedanken gerecht werden, so muß die in (17) erscheinende Matrix K als Diagonalmatrix interpretiert werden, d. h. wir unterstellen eine ein-eindeutige Ziel-Mittel-Zuordnung.

Berücksichtigen wir in (17), daß es sich auch für den Vektor der Instrumentvariablen nur um eine Änderung der Ausgangslage X^0 handelt, so läßt sich (17) schreiben

$$(18) \quad \dot{x} = -Ky .$$

Mit Hilfe von (16) und (18) erhalten wir aber eine lineare Vektordifferentialgleichung im Vektor der transformierten Instrumentvariablen x

$$(19) \quad \dot{x} = -KS^{-1}(Ux + Wz) .$$

Es ist zunächst wichtig zu erkennen, daß die komparativ-statische Tinbergen-Stabilisierung die stationäre Lösung einer Mundell-Stabilisierung ist. Berechnen wir die stationäre Lösung für x nach einer Sprungänderung von z , so erhalten wir

$$(20) \quad x = -U^{-1}Wz .$$

Gleichung (20) ist aber die Tinbergen-Lösung, wie man komparativ-statisch aus (16) für $y = 0$ ableiten kann. Mundells Ansatz enthält somit erstmals den Zeitfaktor und liefert in der Theorie der Wirtschaftspolitik für komplexe Systeme im Fall der Stabilität von (19) eine zeitliche Entwicklung, welche die Tinbergen-Lösung als Ruhelage besitzt.

1.3.2 Das Assignment-Problem

Durch seine dynamische Analyse macht Mundell gleichzeitig auf einen wichtigen Sachverhalt aufmerksam, durch welchen die *Stabilität* der Stabilisierungsaktion beeinflusst wird: Für gegebene Matrizen S und U und bei ein-eindeutiger Verknüpfung von Instrumenten und Zielen muß eine ganz bestimmte *Zuordnung* von Instrumenten und Zielen erfolgen (Assignment-Problem). Die Lösung des Assignment-Problems besteht in folgendem Satz, der sich formal durch Anwendung bekannter Stabilitätskriterien auf das System (19) beweisen läßt: Die Ziel-Mittel-Allokation muß immer so erfolgen, daß jedes Instrument auf dasjenige Ziel angesetzt wird, auf welches es den relativ größten Einfluß ausübt, d. h. wo sein Einsatz am „effizientesten“ ist. Hierbei ist „effizient“ definiert: Instrument X_r ist effizienter als Instrument X_s bezüglich des Zieles Y_i im Vergleich zum Ziel Y_j , wenn

$$(21) \quad \left| \frac{\frac{\partial Y_i}{\partial X_r}}{\frac{\partial Y_j}{\partial X_r}} \right| > \left| \frac{\frac{\partial Y_i}{\partial X_s}}{\frac{\partial Y_j}{\partial X_s}} \right|$$

Mit Hilfe unserer graphischen Technik fällt es nicht schwer, die Assignment-Problematik in Fig. 5 sowohl im Zielraum als auch im Instrumentraum zu veranschaulichen.

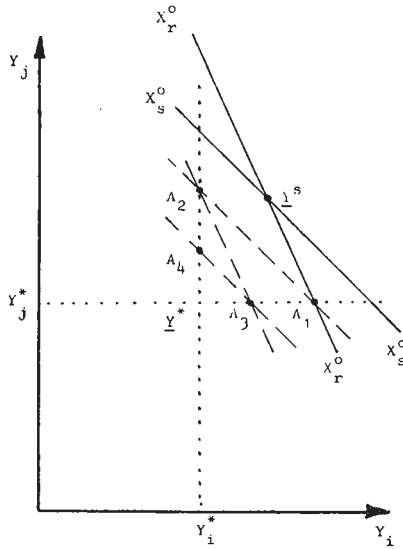


Fig. 5a

In Fig. 5 a ist die Bedingung (21) dadurch realisiert, daß wir der Zielkonfliktkurve X_r, X_r absolut eine größere Steigung erteilen als der Zielkonfliktkurve X_s, X_s . Nach der Assignment-Regel muß dann das $r(s)$ -te Instrument zur Verfolgung des $i(j)$ -ten Ziels eingesetzt werden. Unterstellen wir eine Zug-um-Zug-Politik, so läßt sich die Stabilität dieser Zuordnung leicht einsehen, wenn man mit dem s -ten Instrument beginnend den Zick-Zack-Pfad $A_1, A_2, A_3, A_4, \dots$ verfolgt. Eine Vertauschung der Zuordnung würde einen instabilen Zick-Zack-Pfad erzeugen.

In Fig. 5 b kennzeichnen wir die stabile Ziel-Mittel-Zuordnung im Instrumentraum durch Angabe von Richtungspfeilen. Diese Form der Darstellung ist durch Mundell¹³ bekannt geworden, und wird hier nicht näher erklärt.

¹³ Vgl. Anm. 12.

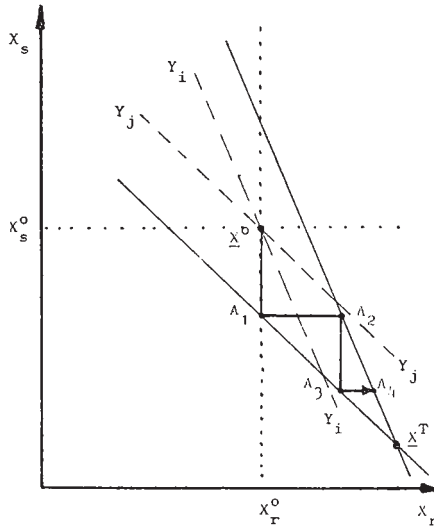


Fig. 5b

In Fig. 6 haben wir schließlich den Fall einer zyklischen Stabilisierung der Zielvariablen beschrieben. Dieser Ablauf kann nur eintreten, wenn bei einer 2×2 -Stabilisierung eine der beiden ZKK eine positive Steigung besitzt. Die Berücksichtigung der Assignment-Regel führt dann zu einem *zyklisch stabilen* Prozeß.

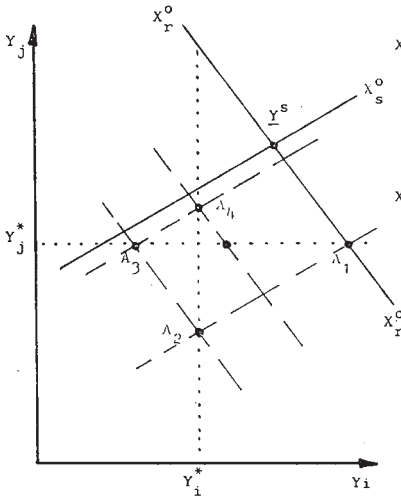


Fig. 6a

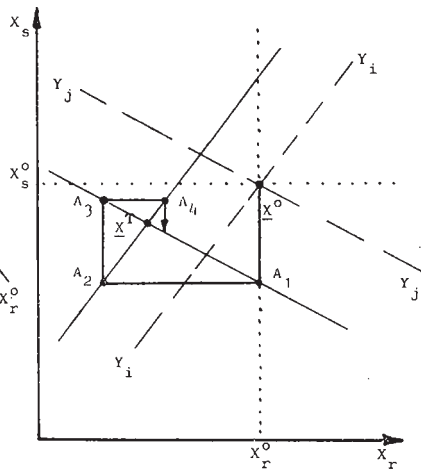


Fig. 6b

1.4 Die Beziehungen der Tinbergen- bzw. Mundell-Stabilisierung zum allgemeinen regelungstheoretischen Ansatz

Nach der Beschreibung von zwei bedeutenden Stabilisierungskonzepten der Theorie der Wirtschaftspolitik sind wir in der Lage, das zentrale Anliegen des methodischen Teils dieser Arbeit zu entwickeln. Tinbergen und besonders Mundell entwickelten ihre Ansätze zur Behandlung ökonomischer Probleme im Rahmen formaler ökonomischer Modelle. Beide Ansätze lassen sich kritisieren vom Standpunkt der Theorie der dynamischen Regelung mehrdimensionaler Systeme. Die außerhalb der Ökonomie entwickelte Theorie der dynamischen Kontrolle von Systemen muß also die Tinbergen- und Mundell-Stabilisierung als Spezialfälle enthalten und erweist sich somit als ein auch für ökonomische Probleme adäquateres Instrumentarium.

1.4.1 Kritik der Tinbergen-Mundell-Stabilisierung

Tinbergens Ansatz läßt sich, abgesehen von der Vernachlässigung der Zeit, kritisieren als ein Stabilisierungskonzept mit hohem Informationsbedarf. Es müssen nicht nur die Matrizen S, U, W numerisch bekannt sein, sondern insbesondere muß bezüglich des Störvektors vollständige Information vorliegen, wenn die notwendige Instrumentmischung kalkulierbar sein soll. Für eine Mundell-Stabilisierung genügen Informationen über die *Richtung* des Einflusses der Instrumente auf die Zielvariablen und über die *relative Effizienz* der Instrumente bei der Beeinflussung verschiedener Zielvariablen. Durch eine Anwendung der Assignment-Regel und durch die Angabe der Richtung der Instrumentvariation bei vorgegebener Zielverletzung steuert sich das System auch ohne eine Kenntnis des Störvektors selbsttätig wieder in die Ausgangslage zurück.

Der Mundellsche Ansatz ist zu kritisieren, weil er die Dynamik der Strecke („Eigendynamik“) unterdrückt, d. h. die Strecke reagiert auf Instrumentvariationen mit unendlich großer Reaktionsgeschwindigkeit. Mit dieser völlig unrealistischen Verhaltensannahme gelingt Mundell andererseits aber der Nachweis, daß allein aufgrund des Versuchs, ein *mehrdimensionales System* zu stabilisieren, eine instabile Entwicklung der Zielvariablen erzeugt werden kann. Diese Instabilität eines Systems ist somit nicht Ursache einer instabilen (Eigen-)Dynamik der Strecke, sondern wird allein durch eine „falsche“ Politik verursacht.

Wir werden in Abschnitt 1.4.3 die Dynamik der Strecke explizit berücksichtigen, wie es der regelungstechnische Ansatz verlangt. Die restriktiven Annahmen der Tinbergen-Mundell-Ansätze werden jedoch sofort offenkundig, wenn wir zuerst formal den Nachweis führen, daß

das Modell der dynamischen Regelung eines mehrdimensionalen Systems beide Ansätze als Spezialfälle enthält.

1.4.2 Einbettung der Tinbergen-Mundell-Stabilisierung
in das Modell einer multiplen dynamischen Regelung

Wir führen den Nachweis der vollständigen Einbettung, indem wir zwei Sätze formulieren, die wir mit Hilfe der in 1.1.3 entwickelten Regelkreisgleichung eines multiplen Regelungsproblems beweisen.

Satz 1: Die komparativ-statische Stabilisierungstheorie nach Tinbergen ergibt sich als stationäre Lösung eines dynamischen multiplen Regelungsproblems.

Beweis: Berechnen wir aus (9) die stationäre Lösung des Regelkreises durch Nullsetzung der Ableitung nach der Zeit, so erhalten wir für eine dauerhafte Störung ($z \neq 0, \dot{z} = 0$) folgende Lösungen¹⁴.

$$(22) \quad y = 0; \quad x = -U^{-1}Wz.$$

Gleichung (22) liefert uns die Tinbergen-Lösung des Stabilisierungsproblems. Dies wird offensichtlich, wenn wir mit (20) vergleichen.

Satz 2: Die dynamische Stabilisierungstheorie nach Mundell ist im Rahmen einer allgemeinen multiplen P-I-D-Regelung als der Sonderfall einer integralen Politik mit idealer Strecke aufzufassen.

Beweis: Für eine reine integrale Politik müssen die Koordinationsmatrizen K_p und K_d in (9) verschwinden. Daraus folgt

$$\Omega = I, \quad \Pi = 0.$$

System (9) läßt sich dann stark vereinfachen

$$(23) \quad \begin{bmatrix} \dot{y} \\ \dot{x} \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} -S & U \\ -K_i & 0 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} y \\ x \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} W \\ 0 \end{bmatrix} z.$$

¹⁴ Die Matrix des Regelkreises in (9) ist eine quadratische $m+n$ -Matrix und zerfällt für $m=n$ in vier quadratische Untermatrizen. Die Inverse dieser partitionierten Matrix ist (vgl. G. Hadley, Linear Algebra, London 1961, S. 107-111).

$$\begin{bmatrix} -K_i^{-1}\Pi & K_i^{-1} \\ -U^{-1}[SK_i^{-1}\Pi + I] & U^{-1}SK_i^{-1} \end{bmatrix}$$

Gleichung (23) ist die Gleichung eines geschlossenen Regelkreises mit integraler Politik. Unterstellen wir jedoch eine unendlich schnelle Anpassung der Strecke an exogene Variable, so müssen wir die Dynamik der Strecke unterdrücken, indem wir in (23) in der ersten Zeile $\dot{y} = 0$ setzen. Wir erhalten dann eine Gleichung für y

$$(24) \quad y = S^{-1}(Ux + Wz) .$$

Berücksichtigen wir (24) in der zweiten Zeile von (23), so erhalten wir

$$(25) \quad \dot{x} = -K_i S^{-1}(Ux + Wz) .$$

Gleichung (25) ist aber identisch mit der in (19) formalisierten Mundell-Stabilisierung.

1.4.3 Interpretation der Dynamik eines Regelkreises

Die folgenden Ausführungen stellen einen Versuch dar, mit Hilfe unserer graphischen Technik das dynamische Geschehen innerhalb eines vollständigen Regelkreises zu beschreiben.

Dynamik der Strecke

Berücksichtigen wir explizit das zeitliche Anpassungsverhalten der Strecke, so müssen wir im Zielraum zunächst ein Phasendiagramm der Strecke einführen. In Fig. 7 haben wir dieses Phasendiagramm als gestrichelt gezeichnetes Kurvensystem $\dot{y}_1 = 0$ bzw. $\dot{y}_2 = 0$ berücksichtigt. Punkt Y^* ist sowohl Koordinatenursprung als auch die einzige vollständige Ruhelage der Strecke. Die eingezeichneten Pfeile kennzeichnen die Bewegungsrichtung der Trajektorien in den einzelnen Bereichen. Die Steigungen der einzelnen Kurven des Phasendiagramms und die Orientierung der Pfeile werden durch die Eigenschaften der Systemmatrix S bestimmt. Eine *isolierte* Störung bzw. eine *isolierte* Instrumentvariation verschiebt das Phasendiagramm „entlang“ einer Störkurve bzw. einer Zielkonfliktkurve. In Fig. 7 a wurde eine Störkurve $Z_k Z_k$ eingezeichnet, auf welcher der Punkt Y^s als neue Ruhelage zu finden ist. Die Strecke muß sich jetzt *zeitlich* an Y^s anpassen¹⁵. Wir haben in Fig. 7 a die Trajektorie $\tilde{T}\tilde{T}$ als Beispiel für einen zyklisch stabilen Anpassungsprozeß eingezeichnet. Aufgrund einer *komplexen* Störung würde sich das Phasendiagramm der Strecke in Fig. 7 b entlang dem Störpfad SS verschieben. Die neue Ruhelage Y^s wird jedoch nur erreicht, wenn die Strecke eine stabile (Eigen-)Dynamik besitzt. Die gezeigte Trajektorie $\tilde{T}\tilde{T}$ ist wieder nur ein Beispiel für einen zyklisch stabilen Anpassungsprozeß.

¹⁵ Diese Anpassung der Ökonomie in der Zeit fehlt sowohl im Tinbergen- wie auch im Mundell-Ansatz.

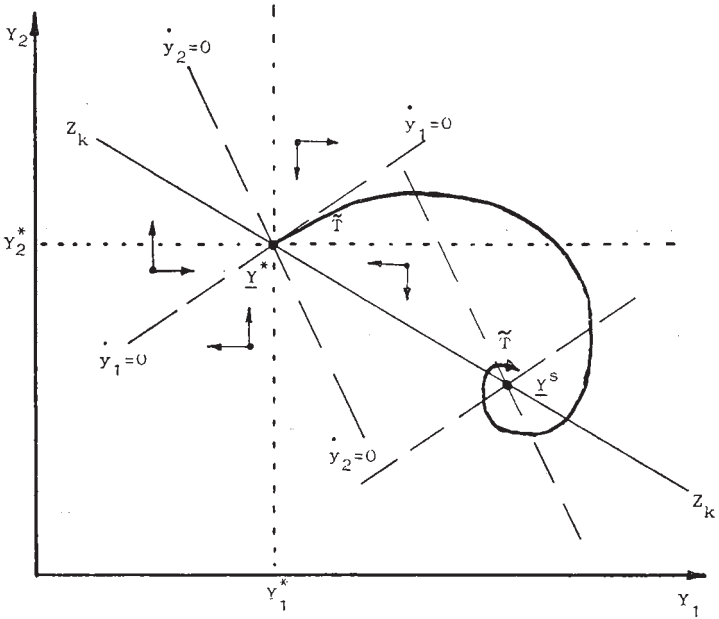


Fig. 7a

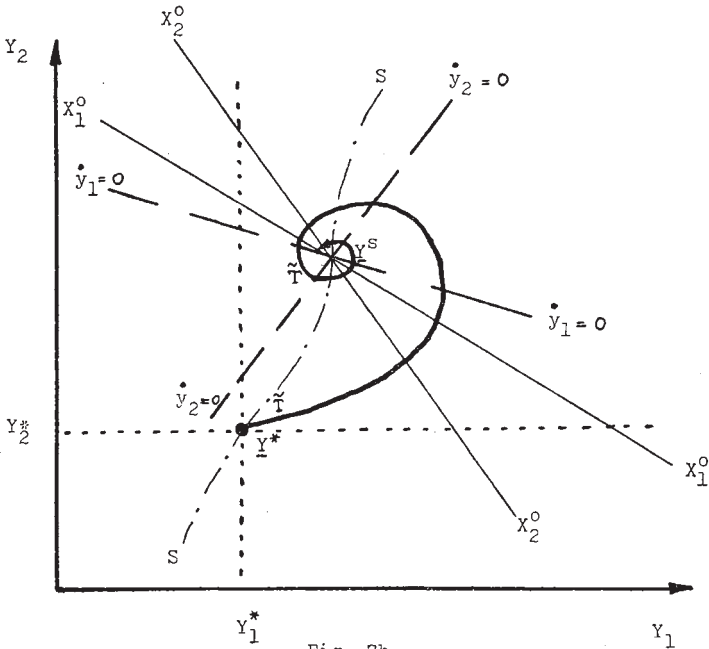


Fig. 7b

Interaktion der Dynamik von Strecke und Regler

Da Punkt Y^s in Fig. 7 b einer stabilen Strecke als „Attraktionspunkt“ dient, führt die zeitliche Anpassung an Y^s zu unerwünschten Systemzuständen entlang der Trajektorie \tilde{T} in einer Zone der Zielüberschreitung für beide Zielvariablen. Dieser Umstand „aktiviert“ den Regler,

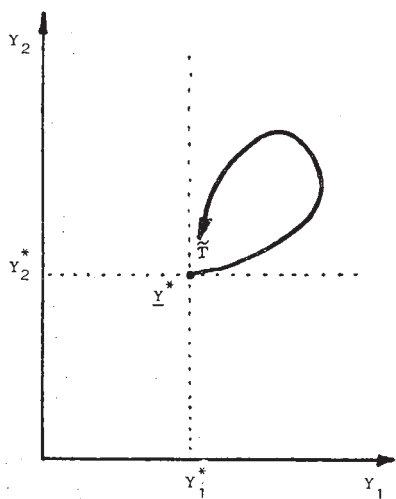


Fig. 8a

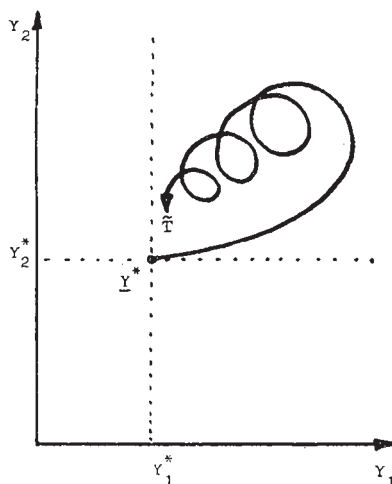


Fig. 8b

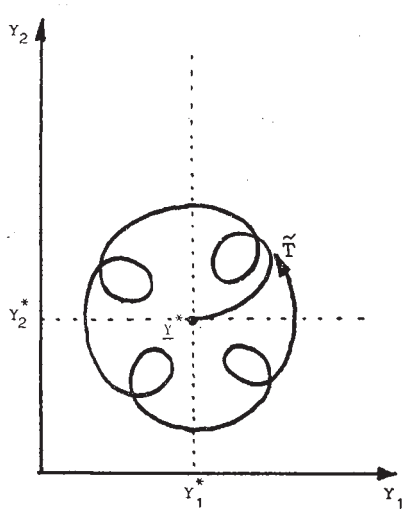


Fig. 8c

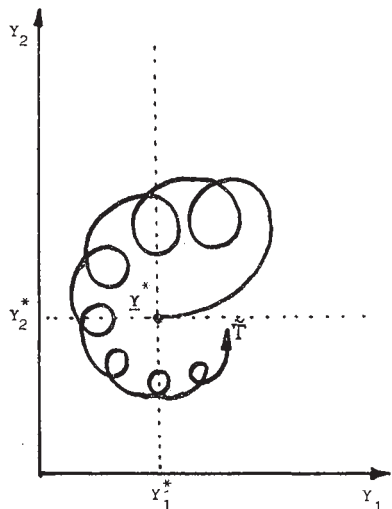


Fig. 8d

welcher gemäß der Reglerdynamik den „Zielpunkt“ der Strecke Y^s auf einen bestimmten Kontrollpfad KK zwingt (nicht gezeichnet). Das realisierte Verhalten des geregelten Systems ist also einerseits determiniert durch den Versuch der Strecke, sich an Ruhelagen anzupassen, die durch den Reglermechanismus ständig örtlich bewegt werden. Andererseits wird aber der Kontrollpfad der „Zielpunkte“ der Strecke durch die realisierten Zustände der Strecke determiniert. Man kann sich vorstellen, daß diese Interaktion von Strecke und Regler zu komplexen zeitlichen Abläufen führen kann (vgl. Fig. 8), deren Gesetzmäßigkeiten zu untersuchen, sehr interessant sein könnte. So könnte es z. B. lohnend sein, durch einen besonderen Entwurf des Reglers die in Fig. 8 c gezeichnete „Systemfalle“ zu vermeiden.

2. Stabilisierung „binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts“

Im Anwendungsteil analysieren wir zunächst die Dynamik einer kleinen offenen Wirtschaft mit festem Wechselkurs und Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz. Wir unterstellen dabei das Modell einer einfachen keynesianischen Ökonomie, in der bei konstantem Preisniveau Zinssatz und Volkseinkommen über Güter- und Geldmarktgleichgewicht bestimmt werden. Ein solches IS-LM-Gleichgewicht kann jedoch keine Ruhelage eines stock-flow-Systems sein, solange bei konstantem Wechselkurs über positive oder negative Zahlungsbilanzsalden die inländische Geldmenge variiert. Wir kombinieren diesen Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz mit der dynamischen Multiplikatortheorie und beweisen zunächst die Existenz zyklischer Schwankungen des Volkseinkommens und des Bestandes an Währungsreserven.

2.1 Modell einer small-country-Ökonomie bei festem Wechselkurs mit Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz

2.1.1 Die dynamischen Grundgleichungen

Wir legen unseren Erläuterungen das folgende Mundellsche stock-flow-System zugrunde¹⁶:

$$\begin{aligned}
 (26) \quad & (a) \quad Y = A(Y, r) + M^*(w) - wM(w, Y) + G^0 \\
 & (b) \quad L(Y, r) = D^0 + R(t) \\
 & (c) \quad Z = M^*(w) - wM(w, Y) - \tilde{K}(Y, r) \\
 & (d) \quad R(t) = R^0 + \int_0^t Z(\tau) d\tau.
 \end{aligned}$$

¹⁶ Vgl. Symbolliste im Anhang.

Die Gleichungen (a) und (b) beschreiben Güter- bzw. Geldmarktgleichgewicht. In (b) zerfällt das Geldangebot¹⁷ in eine durch die Zentralbank kontrollierbare heimische „aktive“ Komponente D und in die „passive“ Komponente $R(t)$, den Bestand an Währungsreserven zu einem bestimmten Zeitpunkt. In Gleichung (c) wird der Saldo der Zahlungsbilanz zusammengesetzt aus einer Leistungsbilanz- und einer Kapitalbilanzkomponente. Wir interpretieren also \tilde{K} als Nettokapitalexport und unterstellen Johnson¹⁸ folgend sowohl eine Zins- als auch eine Volkseinkommensabhängigkeit des Saldos der Kapitalverkehrsbilanz. In (d) wird der aktuelle Bestand an Währungsreserven erklärt durch einen Anfangsbestand R^0 und durch die Akkumulation aller Zahlungsbilanzüberschüsse laufender Perioden bis zum Zeitpunkt t .

Gleichung (26d) enthält unsere stock-flow-Dynamik, wie wir leicht durch Differentiation nach der Zeit erkennen

$$(27) \quad \dot{R}(\tau) = Z(\tau).$$

Um unsere Modellökonomie mit einem etwas interessanteren „Innenleben“ auszustatten, unterstellen wir außerdem eine endliche Anpassungsgeschwindigkeit des Angebots auf dem Gütermarkt an Änderungen der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage N . Wir verstehen diese Anpassung als eine Mengenanpassung bei konstanten Preisen. Wir wollen uns hier nicht zu sehr in die Problematik ungleichgewichtiger Anpassungsprozesse verwickeln und unterstellen deshalb im Fall einer Überschußnachfrage eine Realisierung der Nachfrage des Auslandes auf Kosten der inländischen Nachfrage.

$$(28) \quad \dot{Y}(\tau) = \lambda [N(\tau) - Y(\tau)], \lambda > 0.$$

Wir unterstellen weiter eine unendlich große Anpassungsgeschwindigkeit des Zinssatzes bei Geldmarktungleichgewicht. Da der Wechselkurs konstant ist, wird er im folgenden unterdrückt.

Unter diesen Annahmen erhalten wir bei struktureller Betrachtung das folgende System aus (26) - (28)

$$(29) \quad \begin{aligned} \dot{Y} &= f_1(Y, r; G^0; Z_1^0) \\ 0 &= f_2(Y, r, R; D^0; Z_2^0) \\ \dot{R} &= f_3(Y, r; Z_3^0). \end{aligned}$$

¹⁷ Wir machen hier keinen Unterschied zwischen Geldmenge und monetärer Basis.

¹⁸ H. G. Johnson, *Some Aspects of the Theory of Economic Policy in a World of Capital Mobility*.

Die in (29) auftretenden Variablen Z_l ($l = 1, 2, 3$) symbolisieren auf dem Güter-Geld- und Devisenmarkt spezifisch auftretende Störvariable, z. B. autonome Konsum-Investitionsausgaben, autonome Geldnachfrage, autonome Exporte, Importe, Nettokapitalexporte.

Eliminieren wir nun den Zinssatz mit Hilfe der zweiten Gleichung in der ersten und dritten Gleichung, so erhalten wir das folgende System

$$(30) \quad \begin{aligned} \dot{Y} &= g_1(Y, R; G^0, D^0, Z_1^0, Z_2^0) \\ \dot{R} &= g_2(Y, R; D^0, Z_3^0, Z_2^0). \end{aligned}$$

In konkreten Parametern läßt sich die Dynamik einer keynesianischen Ökonomie mit Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz durch folgende Vektordifferentialgleichung angeben.

$$(31) \quad \begin{bmatrix} \frac{l_2}{\lambda} \dot{Y} \\ l_2 \dot{R} \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} -[(s+m)l_2 + i_2 l_1] & i_2 \\ -(m - k_1)l_2 - k_2 l_1 & -k_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} Y \\ R \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} l_2 & i_2 \\ 0 & -k_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} G^0 \\ D^0 \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} l_2 & -i_2 & l_2 & 0 \\ 0 & k_2 & l_2 & l_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} A^0 \\ L^0 \\ X^0 \\ K^0 \end{bmatrix}.$$

Da wir hier nur eine lineare Theorie entwickeln können, sind die Matrizenkoeffizienten¹⁹ in (31) als konstante partielle Ableitungen der in (26) auftretenden Verhaltensfunktionen anzusehen. Außerdem haben wir das Vorzeichen dieser Ableitungen direkt verarbeitet, so daß alle Koeffizienten in (31) positive Werte haben.

In Fig. 9 ist zunächst als Kurvensystem $\dot{Y} = 0$ und $\dot{R} = 0$ das Phasendiagramm für (31) eingezeichnet. Es gilt in einem Y, R -Diagramm

$$(32) \quad \begin{aligned} \frac{dY}{dR} \Big|_{\dot{Y} = 0} &= \frac{i_2}{(s+m)l_1 + i_2 l_1} > 0 \\ \frac{dY}{dR} \Big|_{\dot{R} = 0} &= \frac{-k_2}{(m - k_1)l_2 - k_2 l_1} \leq 0. \end{aligned}$$

Nach (32) besitzt die Gleichgewichtskurve für den Gütermarkt immer eine positive Steigung. Die Gleichgewichtskurve für den „Devisenmarkt“ (Markt für Währungsreserven) kann jedoch eine positive

¹⁹ Zur Bedeutung der Koeffizienten und zur Bedeutung der Symbole des Störvektors vergleiche die Symbolliste am Ende der Arbeit.

(Fig. 9 a) oder negative (Fig. 9 b) Steigung haben in Abhängigkeit von der Zinsempfindlichkeit des internationalen Kapitalverkehrs.

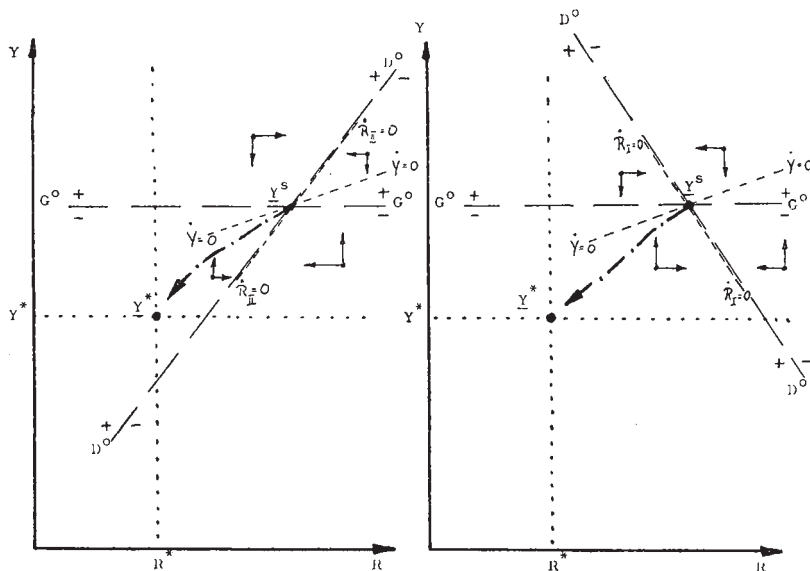


Fig. 9a : $\phi < 0$

Fig. 9b : $\phi > 0$

2.1.2 Stabilitätsdiskussion²⁰

Bezeichnen wir die Determinante der Systemmatrix von (31) mit S und wenden wir die üblichen Stabilitätsbedingungen für ein 2×2 -System an, so erhalten wir

$$(33) \quad \det S = \frac{\lambda}{l_2} [(s + m) k_2 + (m - k_1) i_2] > 0$$

$$\text{tr } S = - \left[\frac{\lambda}{l_2} ((s + m) l_2 + i_2 l_1) + \frac{k_2}{l_2} \right] < 0.$$

Wegen $\lambda > 0$ ist die zweite Bedingung von (33) offensichtlich immer erfüllt. Die erste Bedingung läßt sich mit

$$\Theta = (s + m) l_2 + i_2 l_1 \quad \text{und} \quad \Phi = (m - k_1) l_2 - k_2 l_1.$$

²⁰ Eine notwendige Stabilitätsbedingung für einen Mundellschen Geldmengenmechanismus mit einer Mengenanpassung auf dem Gütermarkt und Zinsdynamik für Geldmarktgleichgewichte für den Fall eines kleinen Landes wurde von Swoboda angegeben (A. K. Swoboda, On Limited Information and the Assignment Problem).

auch schreiben

$$(33') \quad k_2 \Theta + i_2 \Phi > 0 .$$

Aus (33') folgt aber

$$(34) \quad \text{Fall I: } \Phi > 0 \Rightarrow \frac{i_2}{\Phi} > -\frac{k_2}{\Phi}$$

$$\text{Fall II: } \Phi < 0 \Rightarrow \frac{i_2}{\Theta} < -\frac{k_2}{\Phi}$$

Benützen wir (32), so können wir schließen, daß das System (31) stabil ist, wenn die folgenden Beziehungen zwischen den Steigungen der Kurven des Phasendiagramms gelten

$$(35) \quad \begin{aligned} &\text{für } \Phi < 0 \left. \frac{dY}{dR} \right|_{\dot{Y}=0} < \left. \frac{dY}{dR} \right|_{\dot{R}=0} \\ &\text{für } \Phi > 0 \left. \frac{dY}{dR} \right|_{\dot{Y}=0} > \left. \frac{dY}{dR} \right|_{\dot{R}=0} . \end{aligned}$$

Man erkennt aus (35), daß die Stabilitätsbedingung *nur* für $k_1 > 0$ verletzt werden kann, d. h. das System ist immer stabil, es sei denn, der Johnson-Effekt ist wirksam. Der Effekt ist jedoch nur eine notwendige Bedingung für Instabilität.

Wir haben bei der Stabilitätsdiskussion gesehen, daß wir den Fall I: $\Phi > 0$ (geringe Zinselastizität des Nettokapitalexports), d. h. eine negative Steigung der $\dot{R} = 0$ Kurve von Fall II: $\Phi < 0$ (große Zinselastizität des Nettokapitalexports), d. h. eine positive Steigung der $\dot{R} = 0$ Kurve trennen müssen. Analysiert man für beide Fälle das Phasendiagramm etwas genauer, so erhält man die in Fig. 9 eingezeichneten Richtungspfeile für die zeitliche Bewegung der Systemvariablen. Man erkennt jetzt sofort, daß in Fig. 9 a Ruhelagen des Systems immer „stabile Knoten“ sein müssen, während Ruhelagen des Systems in Fig. 9 b „stabile Brennpunkte“ sein können. Somit haben wir die Möglichkeit eines zyklisch stabilen Zeitverlaufs der Systemvariablen. Zusammenfassend läßt sich festhalten: Kombinieren wir die Theorie des dynamischen Multiplikators mit dem Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz einer offenen Volkswirtschaft, so erhalten wir ein alternatives einfaches Modell zur Erklärung von Konjunkturschwankungen. Die Bedingungen für einen stabilen zyklischen Ablauf sind: $\Phi > 0$ und $k_2 \Theta + i_2 \Phi > \frac{1}{4} (\Theta \lambda^{1/a} + k_2 \lambda^{1/a})$.

2.1.3 Wirkungsanalyse für Instrumente und Störungen

Wir interessieren uns zunächst für die stationären Wirkungen einer reinen Staatsausgabenpolitik und einer Geldmengenpolitik. Durch die Berechnung der reduzierten Form von (31) reproduzieren wir in (36) die Sohmen-Schneeweiß-Ergebnisse²¹. Multiplizieren wir die invertierte Systemmatrix mit der Störmatrix, so erhalten wir in (36) u. a. Störwirkungen für einen autonomen Güterexport (X) und einen autonomen Kapitalimport (K)

$$(36) \quad \begin{bmatrix} Y \\ R \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} \frac{k_2}{|S|} & 0 \\ -\Phi & |S| \end{bmatrix} \begin{bmatrix} G \\ D \end{bmatrix}$$

$$+ \begin{bmatrix} \frac{k_2}{|S|} & 0 & \frac{i_2 + k_2}{|S|} & \frac{i_2}{|S|} \\ \frac{k_2 l_1 - (m - k_1) l_2}{|S|} & 1 & \frac{(i_2 + k_2) l_1 + (s + k_1) l_2}{|S|} & \frac{i_2 l_1 + (s + m) l_2}{|S|} \end{bmatrix} \begin{bmatrix} A \\ L \\ X \\ K \end{bmatrix}$$

$$|S| = (s + m) k_2 + (m - k_1) i_2 > 0.$$

Berücksichtigen wir die Stabilitätsbedingungen (33) in (36), so hat die Determinante der Systemmatrix ein positives Vorzeichen. Man erkennt in (36) die eindeutig positive Wirkung einer expansiven *Fiskalpolitik* auf das Volkseinkommen und ihre unbestimmte Wirkung auf den Bestand an Währungsreserven. Gewinn oder Verlust an Währungsreserven wird über die Bedingung $\Phi \leq 0$ gesteuert, d. h. eine große Zinsempfindlichkeit des Kapitalverkehrs vermindert den Nettokapitalexport um mehr als sich die Leistungsbilanz verschlechtert, so daß sich die Zahlungsbilanz verbessert.

Die expansive *Geldpolitik* führt zu einem Verlust an Währungsreserven im Umfang der Geldmengenvergrößerung. Die Geldpolitik verändert in der offenen Wirtschaft nur die Zusammensetzung der monetären Basis, nicht ihr Volumen, und kann daher das Volkseinkommen via Zinsvariation *langfristig* nicht beeinflussen. Diese Wirkungslosigkeit ist unabhängig von der Zinsempfindlichkeit des Kapitalverkehrs. Der Parameter k_2 beeinflusst nur die Geschwindigkeit des Ausgleichsmechanismus. Andererseits wächst jedoch die Wirksamkeit der *Fiskalpolitik* mit zunehmender Zinsempfindlichkeit. Für $k_2 = \infty$ ergibt sich der einfache Multiplikator einer offenen Volkswirtschaft ohne Geldmarkt.

²¹ Vgl. E. Sohmen und H. Schneeweiß, Fiscal and Monetary Policies under Alternative Exchange Rate Systems: A Correction, in: Quarterly Journal of Economics, Bd. XXXIII, 1969, S. 338.

Wir können jetzt (36) benützen, um in Fig. 9 Steigungen der ZKK für Fiskal- und Geldpolitik zu finden. Für konstante Geldmenge bzw. konstante Staatsausgaben erhalten wir zwei Vektorfunktionen aus dem ersten Teil von (36)

$$(37) \quad \begin{bmatrix} Y \\ R \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} k_2 \\ |S| \\ -\theta \\ |S| \end{bmatrix} \begin{bmatrix} G \end{bmatrix}; \quad \begin{bmatrix} Y \\ R \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} 0 \\ -1 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} D \end{bmatrix}.$$

Eliminieren wir G bzw. D aus der ersten bzw. zweiten Vektorfunktion, so erhalten wir die ZKK. Wir ermitteln die Steigung einer ZKK für

$$(38) \quad \begin{array}{l} \text{Fiskalpolitik} \\ (DD\text{-Kurve}) \end{array} \quad \left. \frac{dY}{dR} \right|_{D = \text{konst}} = \frac{-k_2}{(m - k_1) l_2 - k_2 l_1}$$

$$(39) \quad \begin{array}{l} \text{Geldpolitik} \\ (GG\text{-Kurve}) \end{array} \quad \left. \frac{dY}{dR} \right|_{G = \text{konst}} = 0$$

Auf die gleiche Art erhalten wir im Zielraum die Steigungen der Störkurven (nicht gezeichnet) für

$$(40) \quad \begin{array}{l} \text{Exporterhöhung} \\ (KK\text{-Kurve}) \end{array} \quad \left. \frac{dY}{dR} \right|_{K = \text{konst}} = \frac{i_2 + k_2}{(i_2 + k_2) l_1 + (s + k_1) l_2}$$

$$(41) \quad \begin{array}{l} \text{Kapitalimport} \\ (XX\text{-Kurve}) \end{array} \quad \left. \frac{dY}{dR} \right|_{X = \text{konst}} = \frac{i_2}{i_2 l_1 + (s + m) l_2}.$$

Durch Störungen und Instrumentvariationen können wir also die Ausgangslage unserer Modellökonomie beliebig beeinflussen. Wir haben in Fig. 9 unterstellt, daß für gegebenen Störvektor $Z^0 = [A^0, L^0, X^0, K^0]$ die Instrumentvariablen gerade solche Ausgangswerte $X^0 = [G^0, D^0]$ annehmen können, daß der Vektor der Zielvariablen den Wert $Y^* = [Y^*, R^*]$ erreicht. Dieses Zielbündel haben wir in Fig. 9 durch das gepunktete „Fadenkreuz“ markiert.

Das Phasendiagramm der Ökonomie erfährt dann infolge z. B. einer autonomen Exporterhöhung eine Translation entlang einer Störkurve (nicht gezeichnet) mit der durch (40) angegebenen Steigung aus der Ausgangslage Y^* in den Punkt Y^s . Die angenommene Störung „treibt“ die Modellökonomie somit entlang einer Trajektorie (nicht gezeichnet) in eine bestimmte Zone „wirtschaftlichen Unglücks“. In der neuen Ruhelage Y^s haben wir Währungsüberschüsse und Überbeschäftigung.

Da das System der ZKK (gestrichelt gezeichnet) durch Störvariable ebenfalls parametrisch beeinflusst wird, müssen wir jetzt nach der Störung den Schnittpunkt des Systems der ZKK ebenfalls in den Punkt Y^s

verlegen. Ein Vergleich von (38) und (32) zeigt dann, daß die ZKK für eine Fiskalpolitik (D^0D^0 -Kurve) identisch sein muß mit der $\dot{R} = 0$ Kurve des Phasendiagramms, während die ZKK einer Geldpolitik (G^0G^0 -Kurve) wegen (39) parallel zur Abszisse verlaufen muß. Schließlich haben wir durch Vorzeichen die Richtungen markiert, in welche sich die ZKK bei einer bestimmten Instrumentvariation verschieben müssen.

2.2 Stabilisierung einer small-country-Ökonomie durch Geld- und Fiskalpolitik bei festem Wechselkurs

2.2.1 Tinbergen-Stabilisierung

Das policy-mix zur Stabilisierung eines bestimmten Volkseinkommens und eines bestimmten Bestandes an Währungsreserven gegenüber einer autonomen Exporterhöhung (X) und gegenüber einem autonomen Kapitalimport (K) erhalten wir aus (31) durch Berechnung der inversen reduzierten Form.

$$(42) \quad \begin{bmatrix} G \\ D \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} \frac{(s+m)k_2 + (m-k_1)i_2}{k_2} & 0 \\ \frac{k_2l_1 - (m-k_1)l_2}{k_2} & -1 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} Y \\ R \end{bmatrix}$$

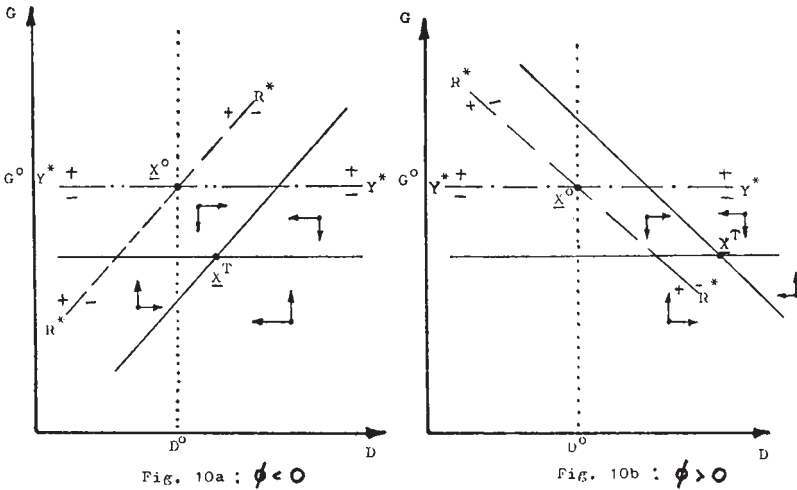
$$\begin{bmatrix} -1 & 0 & -\frac{i_2 + k_2}{k_2} & -\frac{i_2}{k_2} \\ 0 & 1 & \frac{l_2}{k_2} & \frac{l_2}{k_2} \end{bmatrix} \begin{bmatrix} A \\ L \\ X \\ K \end{bmatrix}$$

In Fig. 10 haben wir den policy mix X^T zur Stabilisierung nach einer Exporterhöhung gezeichnet.

2.2.2 Regelkreisgleichung einer dynamischen Stabilisierung mit „integraler Politik“

Da wir im folgenden die Ausgangslage Y^* stabilisieren wollen, verschieben wir den Koordinatenursprung des Systems (31) in die Ausgangslage und betrachten nur noch die folgenden transformierten Variablen

$$(43) \quad \begin{aligned} y &= Y^* - Y; \quad \varrho = R^* - R; \\ g &= G^0 - G; \quad d = D^0 - D; \\ a_0 &= A^0 - A; \quad l_0 = L^0 - L; \quad x_0 = X^0 - X; \quad k_0 = K^0 - K. \end{aligned}$$



$R^* = R^0$ entspricht einem gewünschten Bestand an Währungsreserven in der Ausgangslage. Unter Berücksichtigung von (43) läßt sich die Gleichung (27) jetzt schreiben

$$(44) \quad \dot{R}(\tau) = -\dot{\varrho}(\tau) = Z(\tau).$$

Mit (43) und (44) wird (31) folgendermaßen verändert:

$$(45) \quad \begin{bmatrix} \frac{l_2}{\lambda} \dot{y} \\ l_2 \dot{\varrho} \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} -\Theta & i_2 \\ -\Phi & -k_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} y \\ \varrho \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} l_2 & i_2 \\ 0 & -k_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} g \\ d \end{bmatrix} + \begin{bmatrix} l_2 & -i_2 & l_2 & 0 \\ 0 & k_2 & l_2 & l_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} a_0 \\ l_0 \\ x_0 \\ k_0 \end{bmatrix}.$$

Wir formulieren jetzt eine *reine* integrale Politik in transformierten Variablen

$$(46) \quad \begin{bmatrix} \dot{g} \\ \dot{d} \end{bmatrix} = - \begin{bmatrix} k_{11} & k_{12} \\ k_{21} & k_{22} \end{bmatrix} \begin{bmatrix} y \\ \varrho \end{bmatrix}$$

In (46) wurden die folgenden „Anweisungen“ eingeführt: Einer Unterbeschäftigung ($y > 0$) soll durch eine Erhöhung der Staatsausgaben ($k_{11} > 0$) und/oder Erhöhung der Geldmenge ($k_{21} > 0$) begegnet werden. Ein Bestand an Währungsreserven, der das Sollniveau nicht erreicht ($\varrho > 0$), führt zu einer Erhöhung ($k_{12} > 0$) oder Senkung ($k_{12} < 0$) der Staatsausgaben, wenn $\Phi \leq 0$. Bei einem Einsatz der Geldpolitik muß in diesem Fall die autonome Komponente der inländischen Geldversorgung gesenkt werden ($k_{22} < 0$).

Kombinieren wir (45) und (46), so erhalten wir die Gleichung der integral geregelten Ökonomie. Die Regelkreisgleichung hat dann genau die Struktur (23)

$$(47) \quad \begin{bmatrix} \dot{y} \\ \dot{\varrho} \\ \dot{g} \\ \dot{d} \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} -\frac{\lambda}{l_2} \Theta & \frac{\lambda}{l_2} i_2 & \lambda & \frac{\lambda}{l_2} i_2 \\ -\frac{\Phi}{l_2} & -\frac{k_2}{l_2} & 0 & -\frac{k_2}{l_2} \\ -k_{11} & -k_{12} & 0 & 0 \\ -k_{21} & -k_{22} & 0 & 0 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} y \\ \varrho \\ g \\ d \end{bmatrix}$$

$$+ \begin{bmatrix} \lambda & -\lambda \frac{i_2}{l_2} & \lambda & 0 \\ 0 & \frac{k_2}{l_2} & 1 & 1 \\ 0 & 0 & 0 & 0 \\ 0 & 0 & 0 & 0 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} a_0 \\ l_0 \\ x_0 \\ k_0 \end{bmatrix}.$$

Die stationäre Lösung von (47) gibt uns die komparativ-statische Stabilisierungspolitik (42). Das Zeitverhalten der geregelten Ökonomie wird durch eine vollständige Lösung des Systems (47) angegeben. Wir verzichten auf eine exakte Lösung und begnügen uns hier mit Vermutungen, welche Zeitverläufe zu erwarten sind, wenn wir die Assignment-Regel für eine stabilisierende Wirtschaftspolitik anwenden.

Da die Geldpolitik keine Wirkung auf das Volkseinkommen hat, realisieren wir eine stabile Ziel-Mittel-Zuordnung, wenn wir die Geldpolitik am Bestand an Währungsreserven und die Fiskalpolitik an der Beschäftigungslage orientieren. Dies bedeutet für (47)

$$(48) \quad k_{12} = k_{21} = 0 ; k_{11} > 0 ; k_{22} < 0.$$

Die Zuordnung (48) haben wir zunächst in Fig. 10 durch die Angabe von Richtungspfeilen charakterisiert. Offensichtlich bestätigt dieses Phasendiagramm für die Dynamik des Reglers die Stabilität der Zuordnung (48). Es bleibt die Frage offen, wie sich die Ökonomie an den stabilen Kontrollpfad anpaßt. In Fig. 9 haben wir den Kontrollpfad als strich-punktierte Linie mit Pfeil eingezeichnet. Wie wir aus Abschnitt 2.1.2 wissen, enthält der Kontrollpfad im Fall $\Phi < 0$ nur Ruhelagen, die „stabile Knoten“ sind. Das heißt, die Ökonomie paßt sich monoton an, so daß der in Fig. 8 (a) gezeigte Zeitverlauf für die Zielvariablen der geregelten Ökonomie wahrscheinlich ist. Für den Fall $\Phi > 0$ haben wir die Möglichkeit einer zyklischen Anpassung. Man kann dann den in Fig. 8 (b) gezeigten Zeitverlauf erwarten.

2.2.3 Regelkreisgleichung einer dynamischen Stabilisierung mit proportionaler Politik

Nach der von uns in (6) gegebenen Interpretation einer proportionalen Politik werden Instrumentänderungen nicht in Abhängigkeit von Abweichungen der Zielvariablen von ihren Sollwerten, sondern in Abhängigkeit von Änderungsraten dieser Abweichungen vorgenommen. Wir erhalten für eine proportionale Politik

$$(49) \quad \begin{bmatrix} \dot{q} \\ \dot{d} \end{bmatrix} = - \begin{bmatrix} k_{11}^p & k_{12}^p \\ k_{21}^p & k_{22}^p \end{bmatrix} \begin{bmatrix} \dot{y} \\ \dot{q} \end{bmatrix} .$$

Unterstellen wir einen Sonderfall von (49)

$$(50) \quad k_{11}^p = k_{12}^p = k_{21}^p = 0; k_{22}^p = 1 .$$

Durch (50) wird in (49) verlangt, daß Zahlungsbilanzsalden ($\dot{q} > 0$ ist ein Defizit der Zahlungsbilanz) durch eine Geldmengenpolitik vollständig „sterilisiert“ werden. Integrieren wir (49) unter Berücksichtigung von (50), so erhalten wir:

$$(51) \quad \dot{d} = - \dot{q} .$$

Berücksichtigen wir (51) in (45), so entartet das Differentialgleichungssystem insofern, als der Koeffizientenvektor von \dot{q} zum Nullvektor wird. Wir können jedoch trotzdem eine „stationäre Lösung“ für $\dot{y} = 0$ angeben. Wir erhalten dann folgendes System:

$$(52) \quad \begin{bmatrix} \Theta & 0 \\ \Phi & l_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} y \\ \dot{c} \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} l_2 \\ 0 \end{bmatrix} g + \begin{bmatrix} l_2 - i_2 & l_2 & 0 \\ 0 & k_2 & l_2 & l_2 \end{bmatrix} \begin{bmatrix} a_0 \\ l_0 \\ x_0 \\ k_0 \end{bmatrix}.$$

System (52) findet sich bei allen Autoren, die entweder dem Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz überhaupt keine Beachtung schenken oder explizit annehmen, daß Zahlungsbilanzsalden durch eine Geldmengenpolitik der Zentralbank vollständig und unmittelbar sterilisiert werden. Man versteht, daß eine Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts, verstanden als die Stabilisierung eines Saldos der Zahlungsbilanz und des Volkseinkommens bei Vollbeschäftigung durch Geld- und Fiskalpolitik nur möglich ist, wenn eine Geldmengenpolitik über das zur Sterilisierung erforderliche Ausmaß hinaus betrieben wird. Die Schranken einer solchen Politik der Ausschaltung des Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz sind gegeben durch den ständig wachsenden oder sinkenden Bestand an Währungsreserven. Wir haben dieses „quasi-equilibrium“ in Fig. 11 dargestellt²². Durch eine Staatsausgabenpolitik in (52) wird eine Asymptote G^*G^* festgelegt, an welche sich die Trajektorie des Systems anpaßt. Wir erhalten für $\Phi < 0$ ($\Phi > 0$) permanente Zuflüsse (Abflüsse) von Währungsreserven, die jedoch infolge der Sterilisierung nicht wirksam werden. Daher hat die Fiskalpolitik für $\Phi < 0$ ($\Phi > 0$) im Modell eines Geldmengenmechanismus der Zahlungsbilanz eine größere (kleinere) Wirkung auf das Volkseinkommen als bei Ausschaltung dieses Mechanismus. Wir haben daher zum Vergleich in Fig. 11 die Punkte Y^1 auf der ZKK für eine Fiskalpolitik gleichen Volumens im stock-flow-Modell eingezeichnet.

Wenn wir die Geldmengenpolitik für Zwecke der Sterilisierung von der Geldmengenpolitik zu „anderen Zwecken“ trennen

$$(53) \quad D = D^s + D^a,$$

läßt sich (52) sofort im Sinne der älteren Literatur zur Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts benutzen, wobei jetzt ein bestimmter Zahlungsbilanzsaldo als außenwirtschaftliches Gleichgewicht definiert werden muß. Wir berechnen aus (52) die inverse reduzierte Form für eine Geld- und Fiskalpolitik

²² Eine ausführliche Beschreibung eines „quasi-equilibrium“ gibt A. K. Swoboda, *Equilibrium, Quasi-Equilibrium and Macroeconomic Policy under Fixed Exchange Rates*, in: *Quarterly Journal of Economics*, 1972.

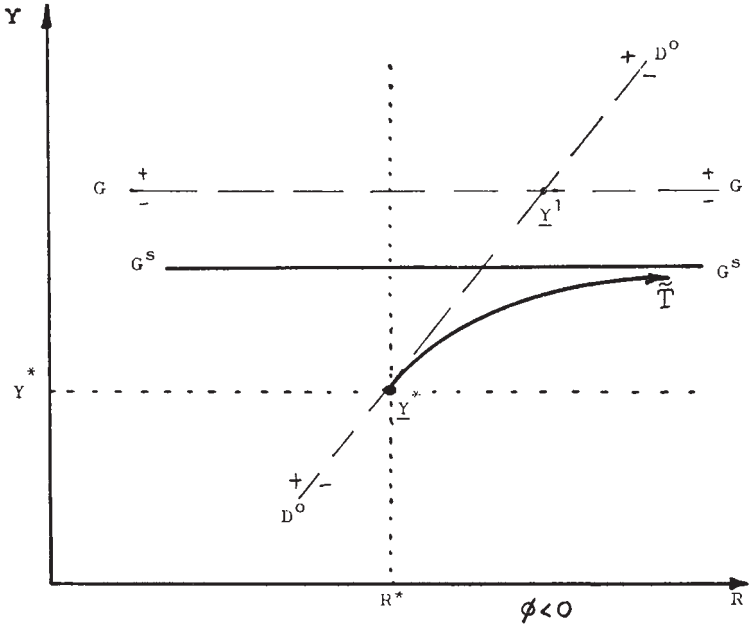


Fig. 11a

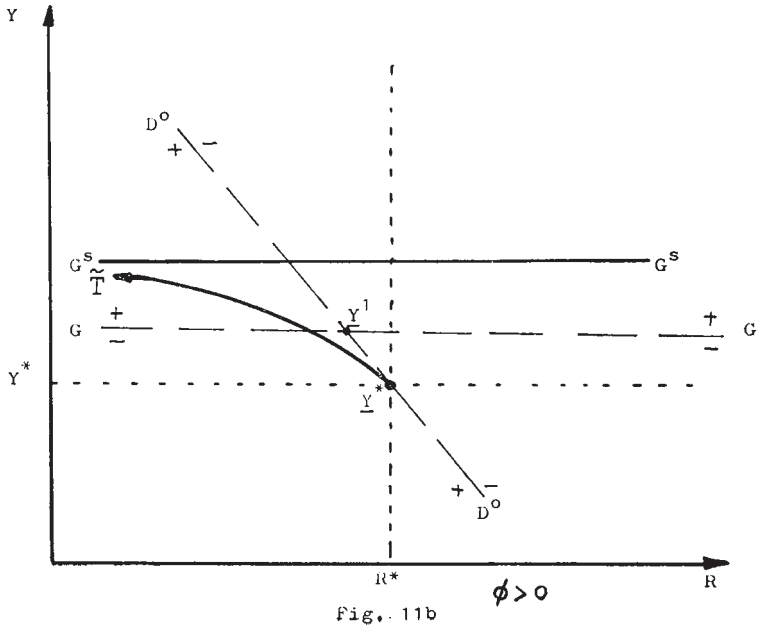


Fig. 11b

$$(54) \quad \begin{bmatrix} g \\ d^a \end{bmatrix} = \begin{bmatrix} -\frac{(s+m)k_2 + (m-k_1)i_2}{k_2} & -\frac{i_2}{k_2} \\ \frac{(m-k_1)l_2 - k_2l_1}{k_2} & \frac{l_2}{k_2} \end{bmatrix} \begin{bmatrix} y \\ \dot{q} \end{bmatrix}$$

$$\begin{bmatrix} 1 & \frac{i_2 + k_2}{k_2} & \frac{i_2}{k_2} \\ 0 & -\frac{l_2}{k_2} & \frac{l_2}{k_2} \end{bmatrix} \begin{bmatrix} a_0 \\ x_0 \\ k_0 \end{bmatrix}$$

Die Formeln (54) wurden erstmals von Johnson²³, aber auch von Jones²⁴ abgeleitet. Vom Standpunkt des allgemeinen regelungstheoretischen Modells (9) ergibt sich (54) aber als stationäre Lösung eines Regelkreises mit einer ganz speziellen Mischung von proportionaler und integraler Politik²⁵.

Mit dieser letzten regelungstheoretischen Interpretation glauben wir gezeigt zu haben, daß sich das Modell einer multiplen Regelung als hybride Theorie für scheinbar sehr unterschiedliche ökonomische Probleme etablieren läßt.

Anhang

Symbolliste für Teil 2:

Y	Volkseinkommen
N	gesamtwirtschaftliche Nachfrage
A	inländische private Absorption
M*	Exportwert in inländischen Währungseinheiten
M	Importwert in ausländischen Währungseinheiten
w	Wechselkurs (Dollarkurs)
G	Staatsausgaben
L	Geldnachfrage
r	Zinssatz
D	inländische Aktiva der Zentralbank
R	Bestand an Währungsreserven

²³ H. G. Johnson, Some Aspects of the Theory of Economic Policy in a World of Capital Mobility.

²⁴ R. W. Jones, Monetary and Fiscal Policy for an Economy with Fixed Exchange Rates, in: Journal of Political Economy, Bd. LXXVI, 1968.

²⁵ Diese Mischung darf nicht verwechselt werden mit der von R. A. Mundell (International Economics, Kap. 11, Anhang) behandelten Mischung, welche den Bestand und die Änderungsrate der Währungsreserven benützt. Unser Ansatz (9) läßt jedoch auch diesen Fall zu.

Z	Zahlungsbilanzsaldo
\tilde{K}	Nettokapitalexport

Kleine Buchstaben kennzeichnen konstante Verhaltensparameter. Diese Parameter haben alle ein positives Vorzeichen, weil die Vorzeichen in den Gleichungen berücksichtigt sind.

i_2	Zinsabhängigkeit der Investitionen
k_2	Zinsabhängigkeit des Nettokapitalexports
l_2	Zinsabhängigkeit der Geldnachfrage
l_1	Einkommensabhängigkeit der Geldnachfrage
k_1	Einkommensabhängigkeit des Nettokapitalexports
s	Sparneigung der Haushalte
m	Importneigung
λ	Koeffizient für die Anpassungsgeschwindigkeit des Güterangebots
A	autonome private inländische Absorption
L	autonome Geldnachfrage
X	autonomer Güterexport
K	autonomer Kapitalimport

Otmar Issing (Nürnberg):

Ganz gleich, ob Sie den von mir so beschriebenen, apostrophierten Emanzipationsversuch der Regeltheorie auf dem Gebiet der Außenwirtschaft mit Skepsis oder Zustimmung verfolgt haben, wir sind Herrn Schmid auf jeden Fall für seinen interessanten Ansatz zu Dank verpflichtet.

Wenn ich es recht sehe, verfolgen Sie zwei Anliegen. Einmal stellen Sie Ihren Ansatz als allgemeines Theorem dar, das die beiden Theorien von Tinbergen und Mundell als Spezialfälle enthält. Dabei taucht natürlich dann gleich die Frage auf, ob Ihr allgemeiner Ansatz all die Schwächen auch enthält, die man den beiden anderen Modellen in der Literatur nachsagt. Herr Claassen hat hinsichtlich des Mundell-Ansatzes in seinem Papier diese Problempunkte in aller Kürze und Schärfe hervorgehoben.

Ihr zweites Anliegen ist die wirtschaftspolitische, genauer gesagt eigentliche stabilisierungspolitische Anwendung. Ich habe mir notiert: Sie werfen vor allem dem Tinbergen-Konzept hohen Informationsbedarf und unrealistische Verhaltensannahmen vor. Es wäre unter diesem Aspekt interessant zu untersuchen, was der regeltheoretische Ansatz hier als Alternative für die Wirtschaftspolitik anbietet.

Vor allem auf den ersten Punkt geht Herr Spörndli in seinem Papier näher ein. Ich darf ihm zunächst herzlich dafür danken, daß er uns aus einer großen Verlegenheit befreit hat und kurzfristig — sozusagen über Nacht — als Korreferent eingesprungen ist.

Korreferat zu:
**Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts
als multiples Regelungsproblem**

Von *Erich Spörndli*, Zürich

Wie Herr Schmid in seinen einleitenden Bemerkungen selbst ausgeführt hat, ist die regelungstheoretische Betrachtungsweise — obwohl schon seit längerer Zeit auch auf die Ökonomie angewandt — in wirtschaftstheoretischen und -politischen Arbeiten noch recht selten anzutreffen. Mit dem Verfasser unseres Referats betrachte ich diesen Sachverhalt als nachteilig. Ich sehe deshalb das eigentliche Verdienst der Arbeit darin, daß in ihr sehr eingehend demonstriert wird, wie sich wirtschaftspolitische Probleme auf elegante und klare Art systematisieren lassen, wenn man vom Instrumentarium der dynamischen Regelung mehrdimensionaler Systeme Gebrauch macht.

Der Anspruch des Verfassers, das Modell einer multiplen Regelung lasse sich als *Theorie* für ökonomische Probleme etablieren¹, scheint allerdings zu umfassend. Wie seine Beispiele zeigen, werden durch die regelungstechnische Darstellung lediglich bestehende oder zu schaffende theoretische Ansätze nach einheitlichem und übersichtlichem Schema *beschrieben*. Die ökonomischen Hypothesen dagegen müssen wir schon selbst liefern.

Es ist einzuräumen, daß die Regelungstheorie über ein speziell auf die Regelkreisdarstellung zugeschnittenes, hochentwickeltes Instrumentarium verfügt, welches sich bei der Modellierung ökonomischer Sachverhalte am zweckmäßigsten dadurch nutzbar machen läßt, daß die entsprechenden Systeme eben als Regelkreise dargestellt werden. So sind etwa bei der Stabilitätsanalyse in der Regelungstechnik Verfahren üblich, welche es ermöglichen, Systemeigenschaften zu berücksichtigen, die bei Verwendung der in der Ökonomie vorherrschenden reinen Differentialgleichungssysteme vernachlässigt werden müssen. Gerade diesen wichtigen Vorteil kann allerdings Herrn Schmid's Arbeit nicht aufzeigen, da sie nur Anwendungen des regelungstechnischen Apparats auf Fälle enthält, die zu linearen autonomen Differentialgleichungssystemen führen. Deren Stabilitätsbedingungen — die Routh-Hurwitz-

¹ *Michael Schmid*, Stabilisierung binnen- und außenwirtschaftlichen Gleichgewichts als multiples Regelungsproblem, S. 843 dieses Bandes.

Kriterien — gehören aber mittlerweile zum Standardinstrumentarium der modelltheoretisch tätigen Ökonomen.

Ich kann hier nicht auf Einzelheiten eintreten, merke aber an, daß gerade im Bereich der wirtschaftspolitischen Regelung Begriffe wie Ansprechempfindlichkeiten (der Regler), Totzeiten, Verzögerungen, diskrete Stellgrößen u. a. m. für eine sachgerechte Beschreibung der realen Vorgänge von Nutzen sein könnten. Ich frage mich deshalb, ob es nicht interessanter gewesen wäre, im zweiten Teil etwas über die Konsequenzen einzelner Nichtlinearitäten oder Verzögerungen z. B. für die behandelte Mundell-Stabilisierung zu erfahren, statt die Herleitung *bekannt*er Formeln — umgesetzt auf den Regelungsansatz — nochmals im Detail präsentiert zu erhalten.

Das Hauptziel des Verfassers, verschiedene gebräuchliche Stabilisierungsmodelle als Spezialfälle des P-I-D-Regelungsansatzes nachzuweisen, wird ja im wesentlichen mit dem sehr ausführlichen ersten Teil erreicht. Es ist einzuräumen, daß die Berücksichtigung von Nichtlinearitäten vermutlich Simulationen erfordert hätte, wie sie auf einem Analogrechner bereits 1957 von A. W. Phillips für die Stabilitätsuntersuchung einfacher Multiplikatormodelle bei Verwendung unterschiedlicher time-lag-Strukturen durchgeführt wurden² — und solche Experimente hätten wohl den Rahmen der Arbeit gesprengt. Dagegen wäre mit dem Einbau spezieller linearer Regelkreisglieder die Möglichkeit gegeben gewesen, die Stabilitätsanalyse mittels der Ortskurve des Kreisfrequenzgangs vorzuführen³.

Das zuletzt Gesagte ändert allerdings nichts daran, daß in den durch Herrn Schmid behandelten Fällen der erwähnte Systemisierungseffekt auf die Darstellung der Modelle deutlich zutage tritt. Um das zu sehen, braucht man nur die Anwendungsbeispiele mit den zitierten Originalaufsätzen zu vergleichen. Berücksichtigt man diesen Zwang zu übersichtlicher Darstellung, der vom Regelungsansatz ausgeht, so kann man nur die Hoffnung äußern, er möge vor allem auch in der Lehrbuchliteratur eine breitere Anwendung finden. Die didaktischen Möglichkeiten, die im regelungstechnischen Vorgehen stecken, ergänzt Herr Schmid in seinem Aufsatz in lobenswerter Weise durch seinen graphischen Apparat. Die im Zusammenhang damit gewählte Terminologie ließe sich aber vermutlich verbessern. Die Erklärung etwa der Instrument-Möglichkeit-Kurven (IMK) auf Seite 817 würde wohl weniger verständlich ausfallen, wenn die IMK der *i*-ten Zielvariable nicht *j*-Indizes trüge.

² A. W. Phillips, *Stabilization Policy and the Time-Forms of Lagged Responses*, in: *Economic Journal*, Vol. LXVII, 1957. Wieder abgedruckt in: R. A. Gordon, L. R. Klein, *Readings in Business Cycles*, London 1966.

³ Vgl. etwa E. Kiener, *Kybernetik und Oekonomie*, Bern 1973.

Ich wende mich dem Anwendungsbeispiel zu, daß Herr Schmid im zweiten Teil seiner Arbeit präsentiert. Auf die grundsätzliche Frage, ob sich rudimentäre keynesianische Modelle als Basis für verwertbare Aussagen zur Wirtschaftspolitik eignen, gehe ich dabei nicht ein. Die einzelnen Modellannahmen liegen im Rahmen des vor allem in der Diskussion um die „Assignment-Regel“ Üblichen und wurden daher andernorts schon oft diskutiert. Es sei lediglich angemerkt, daß der eingebaute „Johnson-Effekt“⁴ des Volkseinkommens auf den Kapitalverkehr theoretisch wie empirisch auf besonders schwachen Füßen zu stehen scheint und daß die Verwendung des Bestandes an Währungsreserven als Zielgröße sowie der inländischen Aktiven der Zentralbank als Instrument bereits im durch den Referenten zitierten Aufsatz von Swoboda⁵ angeregt wird.

Was mich im Zusammenhang mit dem Anwendungsbeispiel erstaunt und zum Hauptpunkt meiner Kritik geführt hat, ist der Umstand, daß Herr Schmid seine Analyse des Modells genau dort abbricht, wo die Sache interessant zu werden verspricht. Zunächst führt er — noch im allgemeinen Teil — nämlich aus: „Wir werden in Abschnitt 1.4.3 die Dynamik der Strecke explizit berücksichtigen, wie es der regelungstheoretische Ansatz verlangt“⁶. Im betreffenden Abschnitt wird zwar die *isolierte* Dynamik der Strecke recht ausführlich kommentiert, bei der Behandlung der Interaktion von Strecke und Regler beschränkt sich Herr Schmid jedoch im wesentlichen auf die Feststellung, die Untersuchung der entsprechenden Abläufe könnte „sehr interessant“ sein. So begnügt er sich dann beim konkreten Beispiel⁷ mit *Vermutungen* über das Zeitverhalten der Modell-Ökonomie, wenn sie unter dem Einfluß einer nach der „assignment-rule“ konstruierten Politik steht.

Wie aus seinen Ausführungen und aus Figur 8 zu schließen ist, hegt Herr Schmid die irrige Auffassung, die Interaktion des — bei „idealer“ Strecke stabilen — Reglers gemäß Formeln (46) und (48) mit der *nicht* idealen Strecke (45) führe stets zu einem stabilen *Gesamtverlauf* — Fälle instabiler Eigendynamik der Strecke selbstverständlich ausgeschlossen. Nachdem im ersten Teil der Mundell-Ansatz deswegen kritisiert worden war, „weil er die Dynamik der Strecke unterdrückt“⁸, hätte man eigentlich erwartet, das System (47) werde mindestens für die Mundell-Zuordnung (48) auf seine Stabilität hin untersucht. In der Zeit, die mir zur Verfügung stand, konnte ich diese Untersuchung nicht

⁴ Seite 831 dieses Bandes.

⁵ Vgl. Literaturverzeichnis von Herrn Schmid, Anm. 4.

⁶ Seite 825 dieses Bandes.

⁷ Seite 839 dieses Bandes.

⁸ Seite 825 dieses Bandes.

im einzelnen durchführen; nach Anschreiben der Routh-Hurwitz-Bedingungen wurde mir aber rasch klar, daß sich Parameterkonstellationen finden müßten, die sowohl die Voraussetzungen Herrn Schmid's erfüllen als auch zu instabilem Zeitverhalten des geregelten Systems führen würden. Ich kann hier nicht auf dieses Resultat eingehen; im Anhang wird anhand von Beispielen gezeigt, daß meine Behauptung richtig ist.

Das bedeutet also, daß der Informationsbedarf über die Struktur des zu regelnden Systems auch für die Assignment-Regel im allgemeinen höher ist, als ihn etwa Swoboda im erwähnten Artikel „On Limited Information and the Assignment Problem“⁹ einschätzt: Swoboda weist dort für seine Modell-Ökonomie — bei Unterdrückung der Eigendynamik des Systems — Stabilität der Assignment-Regelung nach und hält als „strong result“ fest: „given stability... [des unregulierten Systems]... , the limited information problem can always be solved by proper assignment of instruments to targets“. Unser Beispiel dagegen zeigt, daß die Angabe der Vorzeichen der Konstanten des integralen Reglers nicht unbedingt für eine stabile Entwicklung des Gesamtsystems ausreicht: Die Höhe der Konstanten, d. h. die Reaktionsgeschwindigkeit der Instrumentänderungen bezüglich der Zielgrößen, kann mindestens im Schmid'schen Modell nicht völlig frei gewählt werden. Die entsprechenden Stabilitätsgrenzen hängen von der Struktur des Grundmodells ab und erfordern beträchtlich mehr Information als die einfache Assignment-Regel, die auf idealen Strecken so nett funktioniert.

Lassen Sie mich zum Abschluß einige weitere Bemerkungen zu den Möglichkeiten des Regelungsansatzes für die Stabilisierungspolitik anfügen: Wie bekannt, beruhen die üblichen analytischen Untersuchungen auf linearisierten Systemen mit autonomen Koeffizienten. Wenn die Theorie wirtschaftspolitischer Eingriffe aber nicht einfach als *art pour l'art* betrieben werden soll, drängen sich meines Erachtens Untersuchungen darüber auf, welche Konsequenzen die Einführung komplexerer Systemeigenschaften für das Verhalten unserer Modelle mit sich bringt. Dafür nun eignen sich wie erwähnt regelungstheoretische Analysen und Simulationen in besonderem Maße. Ob weitergehende Anwendungen beim Stand unserer Kenntnisse über das zu regelnde System „Volkswirtschaft“ sinnvoll wären, scheint dagegen fraglich: So stößt etwa die Entwicklung in bestimmter Hinsicht „optimaler“ Regler im Vergleich zu technischen Systemen aus mancherlei Gründen auf größere Hindernisse. Es sei hier nur auf die — von manchen Ökonomen allerdings konsequent verdrängte — Tatsache hingewiesen, daß die Elemente unserer Systeme teilweise *Menschen* sind, daß wir es also mit

⁹ Vgl. Literaturverzeichnis von Herrn Schmid, Anm. 4.

— hoffentlich — lernfähigen Systemen zu tun haben, über deren Lernprozesse wiederum recht große Ungewißheit herrscht.

Anhang

Für das System (47) ergibt sich das charakteristische Polynom:

$$\gamma^4 + a_1 \gamma^3 + a_2 \gamma^2 + a_3 \gamma + a_4 = 0$$

mit

$$a_1 = -\operatorname{tr} S, \quad a_2 = \det S + k_{11} \lambda - k_{22} \frac{k_2}{l_2},$$

$$a_3 = -k_{22} \det S + \lambda k_{11} \frac{k_2}{l_2}; \quad a_4 = -\lambda \frac{k_2}{l_2} k_{11} k_{22}.$$

$\det S$, $\operatorname{tr} S$: Determinante und Spur des unregulierten Systems (S. 833).

Es ist leicht zu sehen, daß unter den Voraussetzungen von Herrn Schmid $a_i > 0$, $i = 1, 2, 3, 4$ immer erfüllt sind, wenn das unregulierte System stabil ist.

Stabilität erfordert jedoch weiter: $a_1 a_2 > a_3$ und $a_1 a_2 a_3 > a_1^2 a_4 + a_3^2$. Setzt man die obigen Ausdrücke in diese Bedingungen ein, so drängt sich die Vermutung auf, es gebe Parameterkonstellationen des Grundsystems, für die k_{11} und k_{22} so gewählt werden können, daß Instabilität entsteht.

Beispiel 1: (Ruhelage des Grundsystems — stabiler Knoten)

$$\begin{aligned} i_2 = 1,0 \quad k_1 = 0 \quad k_2 = 0,1 \quad l_1 = 0,1 \quad l_2 = 10,0 \quad \lambda = 10,0 \\ m = 0,1 \quad s = 0,1 \quad k_{11} = 0,1 \quad k_{22} = 30,0 \end{aligned}$$

Daraus:

$$\begin{aligned} \Theta = 2,1 \quad \phi = 0,99 \quad \det S = 0,12 \quad \operatorname{tr} S = -2,11 \\ a_1 = 2,11 \quad a_2 = 1,42 \quad a_3 = 3,61 \quad a_4 = 0,3 \end{aligned}$$

$a_1 a_2$ ist kleiner als a_3 .

Beispiel 2: (Ruhelage des Grundsystems — stabiler Fokus)

$$\begin{aligned} i_2 = 0,1 \quad k_1 = 0 \quad k_2 = 0,1 \quad l_1 = 2,0 \quad l_2 = 1,0 \quad \lambda = 0,1 \\ m = 0,3 \quad s = 0,2 \quad k_{11} = 30,0 \quad k_{22} = -30,0 \end{aligned}$$

Damit:

$$\begin{aligned} \Theta = 0,7 \quad \phi = 0,1 \quad \det S = 0,008 \quad \operatorname{tr} S = -0,17 \\ a_1 = 0,17 \quad a_2 = 6,008 \quad a_3 = 0,54 \quad a_4 = 9,0 \quad a_1 a_2 a_3 < a_1^2 a_4 + a_3^2. \end{aligned}$$

Die Beispiele ließen sich natürlich beliebig vermehren.

Diskussion

Otmar Issing (Nürnberg):

Ich schlage vor, daß wir dem Referenten nicht die Zeit für eine ausführliche Antwort auf den Korreferenten nehmen, bin aber natürlich gerne bereit, die Sitzung auch auszudehnen, wenn Sie den Wunsch haben, ein Diskussionsvotum anzubringen.

(*Wolfgang Stützel* [Saarbrücken]: Sehr freundlich!)

— Ich war offensichtlich gerade abschreckend genug.

Wolfgang Stützel (Saarbrücken):

Ein Zuruf nur: Ich meine, bereits vor 20 Jahren habe Carl Föhl im Theoretischen Ausschuß unseres Vereins über Beschäftigungs- und Zahlungsbilanzprobleme ein recht interessantes Regelkreismodell aufgestellt.

Otmar Issing (Nürnberg):

Herr Stützel, ich bin Ihnen besonders dankbar. Wir werden im geschriebenen Papier dann wenigstens einen Diskussionsbeitrag haben. Und man wird rückblickend nicht sagen können, ich hätte die Diskussion völlig abgeschnitten.

Michael Schmid (Mannheim):

Ich möchte sehr kurz nur zwei Bemerkungen machen: Ich stimme dem Korreferenten zu, daß durch die Einbeziehung von Totzeiten, Nichtlinearitäten u. ä. eine bessere Beschreibung realer ökonomischer Vorgänge erreicht werden könnte. Ich habe jedoch eingangs erwähnt, daß ich selbst kein Regelungsingenieur und auch kein Mathematiker bin. Daher verschließen sich mir manche fortgeschrittenen und besseren Verfahren zum Teil aufgrund mangelnder Kenntnisse.

Zum Hauptpunkt der Kritik von Herrn Spörndli, ich erwecke den Eindruck, daß ich glaubte, die Stabilität des Gesamtsystems wäre immer dann garantiert, wenn einerseits die Strecke für sich stabil ist und ande-

rerseits diese Strecke mit einer stabilen Ziel-Mittel-Zuordnung geregelt wird, möchte ich bemerken: Ich habe zwar an keiner Stelle explizit diese Behauptung aufgestellt, aber ich gebe zu, daß ich bei der Abfassung des Referats dieser Auffassung war. Ich habe versäumt, die Stabilität des Gesamtsystems im Hinblick auf diese Frage zu untersuchen, und ich möchte Herrn Spörndli für diese von ihm geleistete Arbeit danken. Ich finde die von Herrn Spörndli aufgestellte These vom „höheren Informationsbedarf“, wenn wir es mit der Regelung nicht idealer Strecken zu tun haben, sehr diskussionswürdig, und ich würde gerne mit Ihnen, Herr Spörndli, Kontakt aufnehmen, um die Arbeit in Richtung auf einen allgemeinen Beweis dieser These weiterzuführen.

Arbeitskreis G

Geld- und Finanzpolitik zur Stabilisierung

Leitung: Werner Ehrlicher, Freiburg i. Br.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Mittwoch, 4. September 1974, 9.00—11.30 und 14.00—16.00 Uhr

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Da die Referate jeweils spezielle Probleme aus den beiden Bereichen behandeln, möchte ich einige grundsätzliche Bemerkungen über die jüngere Entwicklung des Verhältnisses von Geld- und Finanzpolitik vorausschicken. Diese Einführung soll eine Orientierungshilfe für diejenigen bieten, die sich mit der theoretischen Entwicklung auf den beiden Gebieten nicht intensiver beschäftigt haben. Wenn ich zur Kennzeichnung der Entwicklung drei Phasen unterscheide, so ist das nicht nur im Sinne historischer Abschnitte, sondern auch im Sinne einer systematischen Unterscheidung gedacht.

Die erste Phase, die in der unmittelbaren Nachkriegszeit das Bild bestimmt, läßt sich zunächst dahingehend kennzeichnen, daß der Finanzpolitik die ablaufpolitisch dominierende Rolle zugeschrieben wird. Das ist darin begründet, daß der Keynesche Ausgaben/Einnahmen-Ansatz fast uneingeschränkt anerkannt wird. Unter den finanzpolitischen Instrumenten wird die Ausgabenpolitik als das wirksamste Mittel angesehen, da sie die monetäre Nachfrage unmittelbar beeinflusse. Die Wirkung der geldpolitischen Instrumente wird in der Beeinflussung der Rentabilität gesehen, wobei meist angenommen wird, daß Veränderungen der Rentabilität die monetäre Nachfrage jedoch nur bedingt beeinflussen. Eine erste Aufwertung erfährt die Geldpolitik mit der sich verbreitenden Skepsis gegen die Durchsetzbarkeit finanzpolitischer Maßnahmen, insbesondere in der Hochkonjunktur, da eine Reduktion der Ausgaben in dieser Situation politisch schwer zu erreichen sei. In der Diskussion über die Übertragungsmechanik geldpolitischer Instrumente erfährt gleichzeitig der Liquiditätseffekt eine stärkere Betonung. So wird die ursprüngliche Dominanz der Finanzpolitik gegen Ende dieser ersten Periode dahingehend relativiert, daß der Finanzpolitik für die Rezessionsbekämpfung, der Geldpolitik für die Boombekämpfung die größere Wirksamkeit zugeschrieben wird.

Die zweite Phase ist durch eine sehr enge Integration der geld- und finanzpolitischen Aspekte der Ablaufpolitik geprägt. Die Entwicklung wird durch die sog. Wiederentdeckung der Geldpolitik eingeleitet, in deren Verlauf die monetären Effekte finanzpolitischer Maßnahmen so stark betont werden, daß die Unterscheidung zwischen monetären und fiskalischen Maßnahmen weitgehend fließend wird und — ich denke an die Diskussion um das Debt Management — gelegentlich die Auffassung vertreten wird, man könne kaum zwischen spezifisch fiskalischen und

spezifisch monetären Impulsen unterscheiden. Auch für die Analyse der Wirkungen wird hervorgehoben, daß geld- und finanzpolitische Impulse — soweit sie sich von ihrem primären Ansatz her überhaupt trennen lassen — sowohl fiskalische als auch monetäre Wirkungen haben. Der Hintergrund dieser starken Integration der geld- und finanzpolitischen Wirkungszusammenhänge liegt in der Entdeckung der liquiditätspolitischen Dimension der finanzpolitischen Instrumente durch die Portfolio-Theorie: Wenn einerseits das Geld als Staatstitel aufgefaßt wird und andererseits eine Geldnähe sonstiger kurzfristiger Staatstitel behauptet wird, dann wird der monetäre Bereich in den finanzwirtschaftlichen Raum hinein ausgedehnt und die Abgrenzung des Geldbegriffs wird unbestimmt.

Die dritte Phase schließlich wird damit eingeleitet, daß der allokativenpolitische Effekt der Finanzpolitik — nach seiner völligen Zurückdrängung im Rahmen der Functional Finance — wiederentdeckt wird. Das bedeutet gleichzeitig für die Finanzpolitik, daß die Ausgabenpolitik als konjunkturpolitisches Instrument zurückgedrängt wird und die mittel- bis langfristige Orientierung an Gewicht gewinnt. Der zweite Anstoß geht von der zunehmenden Verbreitung der monetaristischen Lehre mit ihrer gänzlich neuen Interpretation des Transmissionsprozesses von monetären und fiskalischen Impulsen aus.

Die Folge dieser jüngsten Entwicklung ist, daß Fiskalisten und Monetaristen soweit auseinandergerückt sind, wie es einst in der Zeit des Streites zwischen den Currency- und den Banking-Theoretikern der Fall war: Von der einen Seite wird die Auffassung vertreten, daß die Geldmenge die Preise bestimmt, während die andere Seite die konträre Position einnimmt und behauptet, daß die Entwicklung der Preise, die als exogen bestimmt angesehen wird, die Geldmenge determiniert. Die Situation ist ja keineswegs so, daß die gestern von Herrn Niehans vertretene Auffassung, der Inflationsprozeß sei durch die grandiose Vermehrung der Geldmenge bedingt, einhelliges Gedankengut wäre; dieser Position steht vielmehr die andere Auffassung gegenüber, daß diese Vermehrung der Geldmenge eine Folge des Inflationsprozesses sei, der seinerseits aus anderen Ursachen erklärt wird.

So sind wir heute in der Situation, daß auf der einen Seite die Monetaristen aus ihren Klöstern Missionare ausschicken, die — wenn auch nicht mit Feuer und Schwert, so doch mit um so schärferer Zunge — ihr Dogma verbreiten. Auf der anderen Seite sitzen in ihren alten Burgen — sprich: Lehrstühlen und Wirtschaftsforschungsinstituten — die Keynesianer und verbreiten ihre alte Lehre. Sie sind dabei etwas ins Hintertreffen geraten, weil sie den frischen Wein der Monetaristen lange Zeit für Traubensaft hielten und sich seiner berauschten Wir-

kung nicht so recht bewußt wurden. Während dieser Kampf zwischen den Generalstäblern tobt, sind die Generalquartiermeister — um im militärischen Bild zu bleiben — in Gestalt der Zentralbanken in einer etwas verzweifelten Situation: Sie wissen nicht so recht, mit welcher Munition sie nun ihre Kanonen laden sollen. Sie suchen — wie das Herr Duwendag heute Nachmittag darstellen wird — in der Weise einen Ausweg, daß sie die monetaristische Munition rot einfärben und die rote Munition der Fiskalisten schwarz umfärben. Mit diesen verfärbten Geschossen schießen sie nun, und der Erfolg ist die Explosion, die wir in Gestalt der Inflation überall erleben.

Der Unterschied der Meinungen geht dabei weit über das Instrumentale und auch über die unmittelbar betroffenen monetären und fiskalischen Zusammenhänge hinaus. Das wird heute Nachmittag in dem Referat von Herrn Neumann und sicher auch in der anschließenden Diskussion deutlich werden. Im Hintergrund der divergierenden Transmissionstheorien stehen grundsätzlich verschiedene Vorstellungen darüber, wie der Wirtschaftsprozess ohne wirtschaftspolitische Eingriffe ablaufen würde: Die Monetaristen sind der Meinung, daß wahrscheinlich keine oder jedenfalls sehr viel schwächere konjunkturelle Ausschläge aufträten, wenn nicht so viel Geld- und Finanzpolitik betrieben würde; deshalb fordern sie auch, daß nicht nur die Geldpolitik, sondern auch die Fiskalpolitik stärker an mittelfristigen Zielen orientiert werden sollen. Demgegenüber sind die Fiskalisten der Auffassung, daß der Wirtschaftsprozess zu starken Schwankungen neigt; sie versuchen deshalb, wie es heute vormittag in den Referaten von Herrn Biehl und Herrn Wittmann dargestellt wird, ihre Instrumente zur besseren Steuerung dieses Prozesses zu verfeinern.

Damit möchte ich meine einführenden Bemerkungen abschließen. Ich bitte mir nachzusehen, daß ich als Diskussionsleiter vorweg gesprochen habe. Angesichts der stark divergierenden Positionen, die sich in den Referaten und sicher auch in der Diskussion gegenüberstehen werden, kann ich die neutrale Position des Diskussionsleiters nur dadurch wahren, daß ich mich selbst in der Sache zurückhalte. Ich konnte mir deshalb nicht versagen, wenigstens einige Gedanken vorweg vorzutragen.

Budgetkonzepte als Meß- und Planungskonzepte für die finanzpolitische Konjunktursteuerung: Der konjunkturneutrale und der konjunkturgerechte Haushalt*

Von *Dieter Biehl*, Kiel**

1. Vorbemerkung

Konjunkturpolitisch orientierte Budgetkonzepte verdanken ihre Entstehung dem Bemühen, auf die Frage nach den konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte eine Antwort zu geben. Das älteste dieser Konzepte, das traditionelle Saldenkonzept, gibt diese Antwort aus der Sicht eines rudimentären quantitätstheoretischen Ansatzes: Wenn die öffentlichen Haushalte durch Besteuerung dem volkswirtschaftlichen Kreislauf ebensoviel Liquidität entziehen, als sie ihm durch Ausgaben wieder injizieren, müßte logischerweise — so jedenfalls scheint es sich dem unvoreingenommenen Urteil aufzudrängen — ein solcher „ausgeglicher“ Haushalt „(konjunktur)neutral“ sein. Seit Anfang der vierziger Jahre sind eine Reihe neuer Konzepte entwickelt worden, die diese Frage differenzierter zu beantworten und die größten Mängel des Saldenkonzepts zu vermeiden suchen.

In diesem Beitrag wird zunächst der Frage nachgegangen, welchen Platz im Rahmen eines stabilisierungspolitischen Gesamtansatzes

* Dieser Beitrag stützt sich weitgehend auf *Dieter Biehl*, Budget und Konjunktur — Zur Analyse der Wirkungen öffentlicher Haushalte, Gesellschaft zur Förderung des Instituts für Weltwirtschaft, Kiel 1971, auf den Zwischenbericht (September 1971) und den Endbericht (November 1973) zu einem Forschungsauftrag des Bundesministers der Finanzen (*Dieter Biehl*, *Günter Hagemann*, *Karl-Heinz Jüttemeier*, *Harald Legler*, Schätzung konjunktureller Wirkungen öffentlicher Haushalte) sowie auf Einzelveröffentlichungen der gleichen Autoren (vgl. z. B. Zu den konjunkturellen Wirkungen der Haushaltspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1970, in: Die Weltwirtschaft, Nr. 2/1971, S. 128 - 148, sowie: Measuring the Demand Effects of Fiscal Policy, in Herbert Giersch (Hrsg.), Fiscal Policy and Demand Management, Kiel 1973, S. 223 - 241).

** Geboren am 10. Januar 1931 in Neufechingen (Saar). 1960 - 1968 Verwalter und wissenschaftlicher Assistent am Institut für Finanzwissenschaft und 1967 Promotion zum Dr. rer. pol. der Universität Saarbrücken. 1968/1969 Leiter der Planungsgruppe beim Ministerpräsidenten des Saarlandes (Erarbeitung des Saar-Strukturprogramms). 1970 Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel; ab 1971 als Abteilungsleiter (Forschung III). Gleichzeitig geschäftsführender Herausgeber der Zeitschrift „Public Finance / Finances Publiques“.

Budgetkonzepte einnehmen können und welche Beziehungen zwischen Budgetkonzepten und Simulationen mit Hilfe ökonomischer Modelle bestehen. Anschließend werden einige ausgewählte Budgetkonzepte (darunter vor allem der „konjunkturneutrale Haushalt“ des Sachverständigenrats und der daraus entwickelte „konjunkturgerechte Haushalt“) mit den Anforderungen konfrontiert, die sich aus einer stabilisierungspolitischen Gesamtstrategie ableiten lassen. Die untersuchten Konzepte werden dann benutzt, um die konjunkturellen Wirkungen des konsolidierten öffentlichen Gesamthaushalts in der Bundesrepublik für die Jahre 1960-1972 zu analysieren. Der Beitrag schließt mit Schlußfolgerungen für eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik.

2. Der stabilisierungspolitische Rahmen und die Rolle der Zentralbank- und Haushaltspolitik¹

Der öffentliche Sektor stellt in einem marktwirtschaftlich orientierten Mischsystem einen Teilbereich dar, der in ein interdependentes System eingeordnet ist und dieses einerseits bestimmt als auch andererseits von ihm beeinflusst wird. Das interdependente Gesamtsystem schließt dabei auch die weltwirtschaftlichen Verflechtungen ein. Damit ergeben sich zum einen Beziehungen, bei denen politisch gesetzte Rahmenbedingungen und Entscheidungen die Handlungen und Verhaltensweisen privater Wirtschaftssubjekte mehr oder weniger stark dominieren, und zum anderen solche, bei denen der öffentliche Sektor die Wirkungen privater Entscheidungen mehr oder weniger „hinnehmen“ muß.

Diesem Sachverhalt wird üblicherweise dadurch Rechnung zu tragen gesucht, daß unter dem Blickwinkel der jeweils interessierenden Fragestellung zwischen „exogenen“ und „endogenen“ Größen oder Variablen unterschieden wird. So werden etwa öffentliche Ausgaben meist als exogen, die Steuereinnahmen bei gegebenem Abgabenrecht als endogen aufgefaßt, da Ausgaben auf politischen Entscheidungen beruhen, Steuereinnahmen bei gegebenem Recht dagegen in erster Linie Reflex der privaten Wirtschaftstätigkeit sind. Andere konjunkturpolitisch relevante Aggregatgrößen wie z. B. die Geldmenge (oder das Liquiditäts-

¹ An Stelle von „Geldpolitik“ und „Fiskalpolitik“ wird hier in voller Absicht von „Zentralbankpolitik“ und „Haushaltspolitik“ gesprochen. Der Grund dafür ist, daß von Vertretern einseitig monetaristischer Thesen allzu häufig implizit oder explizit die Begriffe „Geldpolitik“ und „Fiskalpolitik“ in einem *funktionalen* und nicht *institutionalen* Sinne verwendet werden. Das erleichtert dann zwar die Formulierung der Grundthese, die „Geldpolitik“ sei effizienter, weil alle staatlichen Maßnahmen, die die Geldmenge beeinflussen, als Maßnahmen der Geldpolitik beansprucht werden, verschleiert damit aber die Tatsache, daß dabei die Geldmengeneffekte haushaltspolitischer Maßnahmen nicht mehr der Fiskalpolitik gutgeschrieben werden.

volumen) setzen sich dagegen simultan sowohl aus endogenen als auch aus exogenen Komponenten zusammen, da die Geldversorgung sowohl von der Nachfrageseite (den Geldschöpfungsmechanismen des Waren- und Kreditgeldsystems) als auch von der Angebotsseite (der Geldschöpfungspolitik des interventionistischen Geldsystems) bestimmt wird (Ehrlicher). Dabei kann die durch den Defizitfinanzierungsbedarf der öffentlichen Hand bestimmte „fiskalische Komponente“ beispielsweise zwar als „exogen“ qualifiziert werden, aber dann aus der Sicht der Haushaltspolitik und nicht so sehr der Zentralbankpolitik. Der teilweisen Endogenität der Geldmenge wird meist dadurch Rechnung getragen, daß das Geldangebot als (mehr oder weniger) „elastisch“ bezeichnet wird².

Geht man davon aus, daß der öffentliche Sektor in einem marktwirtschaftlichen Mischsystem mittel- und langfristig solche Güter und Leistungen erbringen soll, die vom privaten Sektor überhaupt nicht oder nicht in dem gewünschten Umfang, in der gewünschten Qualität und Struktur sowie in der gewünschten Verteilung bereitgestellt werden, dann wären auch die dadurch verursachten Änderungen beispielsweise des gesamtwirtschaftlichen Auslastungs- und Beschäftigungsgrades, des Preisniveaus und der Zahlungsbilanz zunächst als Nebenwirkungen der staatlichen Allokations- und Redistribuitionstätigkeit zu akzeptieren. Diese Nebenwirkungen öffentlicher Tätigkeit können aber ebenfalls als unerwünscht empfunden werden, so daß Allokations- und Verteilungszielsetzung nicht nur untereinander, sondern auch mit dem Stabilitätsziel in Konflikt geraten können.

Dieser Konflikt entsteht daraus, daß von der mittel- und langfristig konzipierten Allokations- und Verteilungszielsetzung her gesehen keine Veranlassung besteht, den Umfang der öffentlich angebotenen Güter und Leistungen je nach Konjunkturlage kurzfristig zu variieren. Von daher gesehen dürfte der Staat also auch keine „Lückenbüßerfunktion“ in dem Sinne übernehmen, daß die Staatstätigkeit in Perioden mit zu geringer privater und ausländischer Nachfrage ausgedehnt und in Perioden mit zu hoher eingeschränkt wird. Dieser Konflikt wird bei trendmäßig zunehmender inflatorischer Entwicklung verschärft, da dann das Stabilitätsziel für sich genommen einen trendmäßig sinkenden Staatsanteil erfordern würde.

² Diese Elastizität resultiert bei festen Kursen auch aus der außenwirtschaftlichen Komponente. Sie dürfte durch den Übergang zu flexiblen Kursen nur dann vollständig beseitigt (die Kontrolle der Zentralbank nur dann vollständig gewährleistet) werden, wenn Zentralbankgeld nur noch auf dem Wege einer mengenbestimmten Offen-Markt-Politik in den Kreislauf gelangt („versteigert“ wird) und das Entstehen privater Geldsurrogate verhindert wird. Dennoch erhöhen zweifellos flexible Kurse die Effizienz der Zentralbankpolitik.

Wird davon ausgegangen, daß die mittel- und langfristigen Grundentscheidungen für das Angebot öffentlicher Güter und Leistungen möglichst nicht durch die kurzfristigen Schwankungen der Nachfrage nach privaten Gütern und Diensten beeinflußt werden sollen, müßte die Stabilisierungspolitik insbesondere zwei Anforderungen genügen: Sie müßte einerseits dafür sorgen, daß die öffentlichen Ausgaben nach Volumen, Struktur und Qualität sich auch kurzfristig stetig entsprechend dem Allokations- und Verteilungsziel entwickeln (also wirklich „exogen“ bleiben und nicht etwa prozyklisch mit den konjunkturellen Schwankungen des Steueraufkommens variieren); und sie müßte andererseits die private Nachfrage durch geeignete Maßnahmen auf einem mit optimaler Auslastung der volkswirtschaftlichen Ressourcen vereinbarten Wachstumspfad zu halten versuchen. Stabilisierungspolitik bedeutet dann nicht antizyklische Variation der Staatstätigkeit, sondern antizyklische Verstärkung (Dämpfung) der privaten Wirtschaftstätigkeit bei stetigem Angebot öffentlicher Güter und Leistungen³.

Eine solche Abstimmung zwischen Allokations- und Verteilungszielen einerseits und dem Stabilisierungsziel andererseits erfordert eine entsprechende Koordination der beiden für die Konjunktursteuerung wichtigsten Bereichspolitiken, der Zentralbankpolitik und der Haushaltspolitik. Dies wird deutlich, wenn man von zwei extremen Kombinationen beider Politiken ausgeht und sie auf ihre Konsequenzen für das Stabilitätsziel untersucht:

(a) Die öffentlichen Haushalte genießen keinerlei Vorrechte vor privaten Unternehmen und Haushalten in bezug auf die Versorgung mit Zentralbankliquidität; die öffentlichen Ausgaben müssen über Steuern sowie über Verschuldung auf dem privaten Geld- und Kapitalmarkt gedeckt werden (keine zentralbankfinanzierte Defizitdeckung). Die autonome Zentralbank bestimmt ausschließlich über eine mengenorientierte und außenwirtschaftlich effizient abgesicherte Offen-Markt-Politik die Geldversorgung.

(b) Die gesamtwirtschaftliche Geldversorgung wird in vollem Umfange von den öffentlichen Haushalten gewährleistet, die dazu wachstumsadäquate Defizite aufweisen müssen. Die Zentralbank tätigt keinerlei direkte Transaktionen mit Geschäftsbanken und anderen privaten Wirtschaftssubjekten; sie hat lediglich die Aufgabe, die zur Defizitfinanzierung der öffentlichen Haushalte erforderliche Liquidität zur Verfügung zu stellen und die erforderliche außenwirtschaftliche Absicherung zu gewährleisten.

³ Dies entspricht im Grundsatz sowohl dem Gedanken der „Economics of Control („Functional Finance“) *Abba F. Lerner*s als auch den (älteren) Vorstellungen *Milton Friedmans*.

Würde die Beurteilung nur auf den Liquiditätsaspekt abgestellt, dann müßte im Falle (a) die Zentralbankpolitik und im Falle (b) die Haushaltspolitik die stabilisierungspolitische Gesamtverantwortung tragen. Wollte man unter diesen Umständen die konjunkturellen Effekte öffentlicher Haushalte mit Hilfe eines an der Veränderung von Budgetgrößen ansetzenden Meßkonzepts bestimmen, würde man im Falle (a) offensichtlich — was immer dabei herauskäme — der Haushaltspolitik Wirkungen zurechnen, die nicht sie, sondern die Zentralbankpolitik verursacht hat. Im Falle (b) dagegen würde der Versuch, mit Hilfe monetärer Indikatoren die Effizienz der Zentralbankpolitik zu ermitteln, darauf hinauslaufen, budgetäre Effekte falsch zuzurechnen.

In der Realität ist nun aber keiner dieser beiden Fälle rein, sondern immer nur eine Kombination von ihnen verwirklicht⁴. Diese Kombination kann dabei je nach der historischen Entwicklung und den sich dadurch herausgebildeten Strukturen einer Volkswirtschaft von Land zu Land variieren. Außerdem haben neben Liquiditätseffekten zentralbankpolitische und haushaltspolitische Maßnahmen auch noch Rentabilitätseffekte, die über eine Änderung relativer Preise zustandekommen. Gerade wenn man monetaristischen Erklärungen des Transmissionsmechanismus folgt und die unterstellte erweiterte Portfolio-Theorie akzeptiert, gibt es keinen Grund, solche Portfolio-Effekte bei haushaltspolitischen Maßnahmen auszuschließen. Sie gehören zudem in Form von Änderungen in der Struktur öffentlicher Ausgaben und Einnahmen (z.B. Investitions-Eventualhaushalte versus Transferzahlungen) und insbesondere von Abschreibungsvariationen schon seit langem zum bekannten Instrumentarium einer stabilisierungspolitisch ausgerichteten Haushaltspolitik. Auch insoweit können sich also zentralbankpolitische und haushaltspolitische Maßnahmen sowohl gegenseitig konterkarieren als auch verstärken.

Eine Entscheidung über die optimale Kombination von Zentralbank- und Haushaltspolitik müßte unter stabilisierungspolitischen Effizienzgesichtspunkten getroffen werden. Effizienzkriterien könnten dabei sein: die Größenordnung und Varianz der durchschnittlichen zeitlichen Verzögerungen der Wirkungen beider Instrumente; das Verhältnis von Liquiditätseffekten (Geldmengeneffekten) zu Rentabilitätseffekten (Veränderungen der relativen Preise); die unterschiedliche Relevanz struktureller Tatbestände für die Nachfragesteuerung (z.B. Bedeutung der Ausgaben- und Einnahmenstruktur öffentlicher Haushalte); die Ab-

⁴ So ist z.B. die Deutsche Bundesbank verpflichtet, einerseits „die Währung zu sichern“ (§ 3 Bundesbankgesetz), andererseits „die allgemeine Wirtschaftspolitik der Bundesregierung zu unterstützen“ (§ 12); Bund und (eingeschränkt) die Länder müssen ihre Kassenmittel bei der Bundesbank halten (§ 17), dürfen aber auch Buch- und Kassenkredite beanspruchen (§ 20).

hängigkeit der Effizienz der jeweiligen Instrumente vom gegebenen Wechselkurssystem; die Unterschiede in der Höhe der Opportunitätskosten für die Beschaffung der erforderlichen Informationen einerseits und für den spezifischen Entscheidungsprozeß andererseits.

In bezug auf alle diese (und weitere) Punkte bestehen auch gegenwärtig immer noch erhebliche Meinungsunterschiede zwischen extremen „Monetaristen“ und „Fiskalisten“; ihnen kann hier jedoch nicht weiter nachgegangen werden, zumal sie auch Gegenstand anderer Referate sind.

Wird das stabilisierungspolitische Problem der Zuordnung von Zielen und Instrumenten in der Weise gelöst, daß das Zahlungsbilanzziel vorrangig einem marktwirtschaftlichen Regelmechanismus (Devisenmarkt) und das Preisniveaueziel einer diskretionären oder regelgebundenen Zentralbankpolitik übertragen wird, kann sich die Haushaltspolitik stärker auf das Auslastungs- und Beschäftigungsziel konzentrieren⁵. Die Einordnung der (kurzfristigen) stabilisierungspolitischen Ziel-Instrumente-Kombination in den (langfristigen) wachstumspolitischen Zusammenhang erfordert dann die simultane Wahl der langfristig optimalen Liquiditätszuwachsrate und der optimalen Struktur der Ausgaben- und Einnahmenseite der öffentlichen Haushalte. Konflikte zwischen den wachstumspolitischen und den stabilisierungspolitischen Anforderungen an die Haushaltspolitik können dabei im eingangs erläuterten Sinne dadurch minimiert werden, daß die öffentlichen Ausgaben potentialorientiert den mittel- und langfristigen allokativen und redistributiven Vorstellungen folgen und grundsätzlich nicht aus konjunkturpolitischen Gründen variiert werden, während gleichzeitig das Verhältnis zwischen Steueraufkommen und Verschuldung in Abhängigkeit von der jeweiligen konjunkturellen Situation (automatisch und/oder diskretionär) gestaltet wird. Soweit Verteilungspolitik mit Hilfe der Besteuerung betrieben wird, darf sie dann nicht so sehr auf das steuerlich bewirkte Umverteilungsvolumen abstellen, als vielmehr die *relative Position* der Wirtschaftssubjekte zu verändern suchen.

Die bisher angestellten Überlegungen ermöglichen es, auch die Frage zu beantworten, inwieweit ein in vollem Umfang durch Steuern zu deckender Haushalt („ausgeglichener Haushalt“)⁶ zu den stabilisierungspolitischen Erfordernissen gehört. Diese Frage kann nur empirisch und

⁵ „Stärker konzentrieren“ heißt nicht, daß die de-facto-Mitverantwortung der Tarifpartner für Beschäftigung und Preisniveau aufgehoben wäre.

⁶ Die Beziehungen zwischen Haushaltsüberschüssen und -defiziten sowie zum „Haushaltsausgleich“ aus der Sicht des deutschen Haushaltsrechts und seiner ökonomischen Implikationen ist sehr instruktiv von Senf dargestellt worden (vgl. P. Senf, Budgetüberschüsse und Budgetdefizite, in: Horst Jecht (Hrsg.), Probleme des öffentlichen Budgets, Berlin 1964, S. 11 - 35).

unter Bezug auf die gegebene Struktur einer Volkswirtschaft beantwortet werden. Produziert beispielsweise ein progressives Steuersystem bei unverändertem Steuerrecht und nur wenig steigenden Ausgaben Einnahmenüberschüsse, die bei der Zentralbank stillgelegt werden, muß offensichtlich die Zentralbank die Liquidität im privaten Sektor stärker vermehren⁷, als wenn das Steuersystem bei stark zunehmenden Ausgaben eher proportional ist und die dadurch entstehenden Defizite durch Notenbankkredit finanziert werden. Ist aber dieses Zusammenspiel von Zentralbank- und Haushaltspolitik gewährleistet, besteht kein Anlaß, aus stabilisierungspolitischer Sicht einen ausgeglichenen Haushalt zu fordern.

3. Budgetkonzepte und Modellsimulationen als alternative oder kombinierbare Strategien

Ein Budgetkonzept läßt sich als eine Kombination aus normativen und positiven Elementen auffassen. Die normativen Elemente bestehen darin, daß aus einer Menge möglicher Ursachen-Wirkungszusammenhänge zwischen Zielgrößen (z. B. Auslastungsgrad, Gesamtnachfrage, Preisniveau) und erklärenden exogenen Variablen (z. B. Staatsausgaben, Geldmenge) eine Auswahl getroffen und damit eine Kausalstruktur („Referenzmodell“) festgelegt wird; die positiven Elemente bestehen aus den ausreichend statistisch gesicherten quantitativen Zusammenhängen. Oder anders formuliert: Ein Budgetkonzept ist eine Handlungsanweisung für die Messung oder die Planung bestimmter Wirkungen öffentlicher Haushalte, die normativ gesetzte Regeln (Normen) und empirisch ermittelte Relationen (Meßvorschriften) enthält; sowohl Normen als auch Meßvorschriften beruhen dabei auf expliziten oder impliziten Vermutungen über theoretisch begründbare Ursachen-Wirkungszusammenhänge. Das traditionelle Saldenkonzept besteht aus dieser Sicht aus überwiegend impliziten Annahmen über solche Ursachen-Wirkungszusammenhänge; ein „positiver“ Teil ist praktisch nicht vorhanden. Demgegenüber umfaßt etwa das „pure cycle concept“ von Hansen-Snyder⁸ sowohl einen expliziten normativen als auch positiven Teil; letzterer umfaßt ein kleines ökonometrisches Modell zur Ermittlung der benötigten Multiplikatoren.

⁷ Dies entsprach z. B. der Situation in den USA bis Ende der sechziger Jahre. Es erklärt, warum einmal in den USA lange Zeit Themen wie die Umverteilung der „Fiscal Dividend“ oder des mittelfristigen „Fiscal Drag“ in der öffentlichen Meinung eine so große Rolle gespielt haben und warum zum anderen das „Full Employment Budget Concept“ meist in Form der „Surplus“-Variante diskutiert wird.

⁸ Vgl. B. Hansen unter Mitarbeit von W. W. Snyder, *Fiscal Policies in Seven Countries 1955 - 1965*, Paris 1969.

Ein Budgetkonzept kann sowohl als Meßkonzept als auch als Planungskonzept benutzt werden. Als Meßkonzept dient es dazu, die ex-ante-Wirkungen eines geplanten oder die ex-post-Wirkungen eines vollzogenen Budgets zu bestimmen; bei der Verwendung als Planungskonzept wird ein Haushalt von vornherein unter Berücksichtigung seiner voraussichtlichen ex-ante-Effekte aufgestellt.

Auch ein Budgetkonzept ist im methodologischen Sinne ein „Modell“. Verglichen mit ökonomischen Modellen einer konkreten Volkswirtschaft unterscheidet es sich dadurch, daß jene im allgemeinen größer und differenzierter sind und der Anteil normativer Setzungen so weit als möglich zugunsten empirisch quantifizierter Zusammenhänge reduziert ist.

Auf den ersten Blick könnte es scheinen, daß Simulationen mit (möglichst großen) ökonomischen Modellen a priori besser geeignet seien, etwa die Frage nach den konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte zu beantworten, als ein Budgetkonzept. Dagegen sprechen jedoch insbesondere folgende Argumente:

- Ein ökonomisches Großmodell ist keineswegs notwendigerweise leistungsfähiger als ein kleineres Modell; mit dem Grad der Differenzierung steigen einmal die Fehlermöglichkeiten und zum anderen die Kosten der gewünschten Information.
- Politiker haben meist ein ausgeprägtes Mißtrauen gegenüber möglichen „Manipulationen“ durch eine „technokratische Elite“. Sie ziehen daher oft einfache, für sie noch überschaubare „Faustregeln“ Informationsmöglichkeiten vor, die kompliziertere Verfahren und große Expertenstäbe erfordern. Das gleiche gilt für die öffentliche Verwaltung, die zudem befürchten muß, daß ihr spezifisches Informationsmonopol durch „Außenseiter“ gebrochen werden kann.

Unter den gegebenen Bedingungen scheint es daher zweckmäßig, wirtschaftspolitische Beratung auch in der Weise zu betreiben, Politiker und Verwaltungen davon abzubringen, eindeutig als fehlerhaft erwiesene Faustregeln und wirtschaftspolitische Leitideen weiter anzuwenden, und dafür verbesserte, wenn auch immer noch nicht allen Anforderungen genügende neue Faustregeln zu vermitteln⁹. Im Zeitablauf

⁹ Um Mißverständnissen vorzubeugen: Damit soll nicht für Faustregeln und gegen ökonomische Theorie und ökonomische Modelle argumentiert werden. Es soll lediglich der Tatsache Rechnung getragen werden, daß einerseits bestimmte Risiken und andererseits bestimmte „Bedürfnisstrukturen“ auf Seiten der Nachfrager nach wirtschaftspolitischer Beratung existieren — es ist schließlich kein Zufall, daß die Anstöße zur Entwicklung von Budgetkonzepten meist aus der finanzpolitischen Praxis gekommen sind und daß zahlreiche der zur Zeit bekannten Budgetkonzepte nicht so sehr von Wissenschaftlern, sondern von in der Finanzverwaltung oder in der wirtschafts-

kann auch auf diesem Gebiet mit einem wissenschaftlichen Fortschritt gerechnet werden, sofern sich auch Wissenschaftler bereit finden, sich an der kritischen Analyse und Weiterentwicklung solcher Konzepte zu beteiligen. Mit größer werdendem Erfahrungsschatz hinsichtlich der Güte von Budgetkonzepten und insbesondere der ihnen zugrundeliegenden quantitativen Modelle sollte es möglich sein, in Zukunft Vorurteile gegen die Verwendung theoretisch besser fundierter und differenzierterer ökonomischer Modelle abzubauen. Von den bestehenden einfachen Konzepten auszugehen und dann schrittweise zu komplizierteren überzugehen, ist daher auch ein pädagogisches Gebot. Dies schließt ein, deutlich zu machen, daß es nicht darum gehen kann, das ein für allemal „beste“ Konzept zu finden, sondern darum, bereit zu sein, ständig neu zu lernen und alte Konzepte durch neue zu ersetzen, wenn dies als vorteilhaft nachgewiesen werden kann. Dies schließt eine „Erfolgskontrolle“ nicht nur der Haushaltspolitik, sondern auch der verwendeten Budgetkonzepte und sonstigen haushaltspolitischen Maximen ein.

4. Impulsanalyse (Multiplikandenanalyse)¹⁰ und Multiplikatoranalyse

Da der Sektor Staat ein interdependenter Teilbereich der Gesamtwirtschaft ist und da auch innerhalb des privaten Sektors interdependente Beziehungen zwischen den einzelnen Entscheidungseinheiten bestehen, gehen die konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte über den Primäreffekt („Impuls“) hinaus und umfassen auch die Folgewirkungen (Sekundäreffekte) in den übrigen Sektoren einschließlich des Auslandes und ihre Rückwirkungen auf den öffentlichen Sektor. Ein solcher Prozeß wird üblicherweise als „Multiplikatorprozeß“ bezeichnet. Er beschreibt die Gesamtänderung einer abhängigen (endogenen) Größe als Ergebnis des sie auslösenden (exogenen) Impulses. Das Verhältnis zwischen Impuls und Gesamteffekt läßt sich dabei als „Multiplikator“, der Gesamteffekt als Summe aus Impuls und Sekundäreffekten als „Multiplikatoreffekt“ oder „effektive Inzidenz“ bezeichnen¹¹.

Der Versuch, die konjunkturellen Gesamtwirkungen öffentlicher Haushalte mit Hilfe von Budgetkonzepten zu ermitteln, erfordert also,

politischen Beratung tätigen Ökonomen entwickelt worden sind. Es genüge, hier auf das jüngste Beispiel hinzuweisen: nämlich auf den Sachverständigenrat, der das Konzept des „konjunkturneutralen Haushalts“ entwickelt hat und sich dabei auf Elemente anderer Budgetkonzepte stützte.

¹⁰ Die „Impulsanalyse“ ist in früheren Veröffentlichungen auch als „Multiplikandenanalyse“ bezeichnet worden.

¹¹ Diese Art der Klassifikation von Steuer- und Ausgabenwirkungen hat unabhängig von dem formalen Multiplikatorbegriff nach Kahn/Keynes eine lange finanzwissenschaftliche Tradition. Sinngemäß findet sie sich z. B. schon bei A. Wagner, Finanzwissenschaft, II. Teil, 2. Auflage, Leipzig 1890, S. 332 ff.

daß sowohl eine Impulsanalyse als auch eine Multiplikatoranalyse durchgeführt werden. Die Impulsanalyse ist dabei ein notwendiger Bestandteil der Multiplikatoranalyse, da die Sekundäreffekte nur zutreffend gemessen werden können, wenn die sie auslösenden Impulse bekannt sind. Wären allerdings die Multiplikatoren kurzfristig (d. h. in dem für die Stabilisierungspolitik relevanten Zeitraum) nicht wesentlich von 1 verschieden und/oder gäbe es keine unterschiedlichen zeitlichen Wirkungsverzögerungen, könnten auch die Veränderungen der Impulse als Indikatoren für die gesuchten konjunkturellen Effekte verwendet werden. Ob eine Multiplikatoranalyse erforderlich ist oder ob eine Impulsanalyse bereits ausreicht, kann also nicht allein aufgrund theoretischer Überlegungen entschieden werden, sondern bedarf empirischer Untersuchungen.

Beide Arten der Analyse haben ihre besonderen Probleme. Die Multiplikatoranalyse weist dabei die größeren Schwierigkeiten auf, da sie eine Vielzahl von Folgewirkungen im privaten Sektor und im Ausland sowie die Rückwirkungen auf den öffentlichen Sektor erfassen, also grundsätzlich allen relevanten Interdependenzen eines marktwirtschaftlich orientierten Mischsystems Rechnung tragen müßte. Es ist zwar möglich — und so wird auch bei den empirischen Schätzungen von Multiplikatoreffekten meist verfahren —, diese Schwierigkeiten dadurch zu reduzieren, daß nur bestimmte, für die jeweilige Fragestellung als wichtig betrachtete Zusammenhänge bei der Analyse berücksichtigt werden. Das bedeutet aber, daß die Ergebnisse einer solchen Analyse neben der zutreffenden Bestimmung der Impulse auch von der angenommenen Kausalstruktur des Schätzmodells abhängen, mit dessen Hilfe die Multiplikatoreffekte ermittelt werden¹².

5. Anforderungen an stabilisierungspolitische Budgetkonzepte

Ausgehend von den in den vorhergehenden Abschnitten angestellten Überlegungen müßte ein stabilisierungspolitisches Budgetkonzept insbesondere folgenden Anforderungen genügen:

(1) Ein Budgetkonzept sollte einen Bezug zu den übrigen Determinanten des stabilisierungspolitischen Gesamtrahmens herstellen, insbesondere zum Allokations- und Verteilungsziel. Es sollte außerdem

¹² Daß dabei Modelle mit unterschiedlichen Kausalstrukturen — insbesondere solche mit Anlehnung an monetaristische oder fiskalistische Grundpositionen — auch unterschiedliche Ergebnisse bringen, ist verschiedentlich gezeigt worden (vgl. *M. K. Evans*, *Macroeconomic Activity — Theory Forecasting and Control*, New York 1969 und *G. Fromm* und *L. K. Klein*, *Econometric Models — A Comparison of Eleven Econometric Models of the United States*, in: *American Economic Review*, Vol. 63 [1973], No. 2, S. 385 - 393).

dem Koordinierungserfordernis mit der Zentralbankpolitik unter den Bedingungen der jeweils untersuchten Volkswirtschaft Rechnung tragen. Seine einzelnen Normen und Meßvorschriften müßten sich, um dem „Faustregelcharakter“ Rechnung zu tragen, so zusammenfassen lassen, daß der für die betreffende Volkswirtschaft charakteristische Budgetsaldo bestimmt werden kann.

(2) Ein Budgetkonzept soll eine Norm und eine Meßvorschrift für die Bestimmung derjenigen Effekte enthalten, die „konjunkturneutral“ sind, um von dieser „Nulllinie“ aus Abweichungen messen zu können. Diese Effekte sollten dabei gleichzeitig möglichst den mittelfristigen Wachstumsanforderungen entsprechen. Geht man davon aus, daß die gesamtwirtschaftliche Nachfrage ein bei kurzfristiger Betrachtung gegebenes Produktionspotential „auslastet“, sollte ein Budgetkonzept zwischen Angebot und Nachfrage unterscheiden und Auslastungsgradschwankungen als Indikatoren für konjunkturelle Effekte benutzen. Als konjunkturneutral kann dann in erster Annäherung diejenige Kombination aus Ausgabeneffekten und Steuereinnahmeneffekten und damit derjenige Wirkungssaldo eines Haushalts aufgefaßt werden, der unabhängig von der Entwicklung der Nachfrage in den anderen Sektoren einen dem Allokations- und Verteilungsziel entsprechenden Grad der staatlichen Beanspruchung volkswirtschaftlicher Ressourcen (anteilige Auslastung) aufrechterhält. Um aber dabei zu vermeiden, daß ein an der mittelfristigen Entwicklung gemessen zu hoher oder zu niedriger Auslastungsgrad zur Norm erhoben wird, sollte ein „optimaler“ Auslastungsgrad in bezug auf einen mittelfristigen Gleichgewichtspfad, der mit Vollbeschäftigung vereinbar ist, bestimmt werden.

(3) Dieser Auslastungsgrad sollte mit einem von den politischen Interessen gesetzten tolerierbaren Preisanstieg einhergehen; ein Budgetkonzept braucht also auch eine Norm und Meßvorschrift für die Formulierung der preispolitischen Nebenbedingung¹³.

(4) Expansive und kontraktive Effekte sollten als Abweichungen vom konjunkturneutralen Auslastungsgrad bei der gesetzten Preisniveau-nebenbedingung definiert und gemessen werden.

(5) Es sollte eine Norm und eine Meßvorschrift gegeben werden, die es erlaubt, die festgestellten expansiven und kontraktiven Effekte daraufhin zu prüfen, inwieweit sie „konjunkturgerecht“ oder „konjunkturadäquat“ sind.

(6) Da Impulsanalysen nicht für die Prüfung auf Konjunkturgerechtigkeit ausreichen und sich bei sich ändernder Struktur der öffentlichen

¹³ Dabei sind — wie auch bei den anderen Anforderungen — Konsistenz- und Kompatibilitätsprobleme zu lösen.

Haushalte auch bei gleichen Gesamtimpulsen unterschiedliche Multiplikatoreffekte ergeben können, sollte ein Budgetkonzept auch Multiplikatoren aufweisen.

6. Vergleichende Analyse ausgewählter Budgetkonzepte¹⁴

Das *traditionelle Saldenkonzept* (SK) kann die aufgestellten Anforderungen in praktisch allen wesentlichen Punkten nicht erfüllen:

- Es fehlt ein Bezug auf die Allokations- und Verteilungsziele und damit eine Regel für die Einfügung in einen stabilisierungspolitischen Rahmen.
- Die dem SK in Gestalt der Haushaltsausgleichs-Variante inhärente Neutralitätsnorm geht davon aus, daß nur bei voller Steuerdeckung der Ausgaben ein Haushalt „neutral“ sei; damit aber wird eine ganz bestimmte Form der Geldversorgung einer Volkswirtschaft unabhängig von der für diese Volkswirtschaft charakteristischen Struktur willkürlich vorgegeben.
- Weil auch kein Zusammenhang mit dem konjunkturell wechselnden Auslastungsgrad hergestellt wird, verliert auch diejenige Variante des SK, die nur noch Veränderungen gegenüber dem Vorjahr als Indikatoren gelten läßt, ihren Aussagewert: Ein zunehmender Überschuß der Ausgaben über die Steuereinnahmen, der nach diesem Konzept „expansiv“ wirkt, kann z. B. gerade dadurch zustande gekommen sein, daß der Staat sowohl seine Ausgaben gekürzt als auch gleichzeitig die Steuersätze so drastisch erhöht hat, daß die Steuereinnahmen bei rückläufiger privater Aktivität noch stärker sinken als die Ausgaben. Mangels einer Trennung insbesondere zwischen exogenen und endogenen Änderungen des Steueraufkommens werden angebotsbestimmte und nachfragebestimmte Effekte in unzulässiger Weise gleichgesetzt.
- Das SK ist ein reines Impulskonzept; Multiplikatoreffekte werden nicht berücksichtigt. Da ökonometrische Modelle (bei allen Unterschieden, die sie im Vergleich miteinander sonst aufweisen) meist höhere Multiplikatorwerte für Ausgaben als für Steuereinnahmen zeigen, werden damit die konjunkturelevanten Ausgabeneffekte unterschätzt und die Einnahmeneffekte überschätzt¹⁵.
- Preisniveauänderungen bleiben ebenfalls unberücksichtigt. Das SK gleicht damit einem schwimmenden Warnsystem für Ebbe und

¹⁴ Hier kann aus Raumgründen nur eine auf wesentliche Elemente beschränkte Kurzübersicht gegeben werden.

¹⁵ Dies gilt allerdings nicht nur für das SK allein, sondern für alle Impulskonzepte.

Flut, dessen Meßwerte keinerlei Bezug auf „Normal-Null“ aufweisen und das wegen mangelnder Berücksichtigung anderer relevanter Faktoren nur zufällig zuverlässige Informationen liefern kann.

Das *Vollbeschäftigungsbudget-Konzept* („full employment budget“ — VBK)¹⁶ vermeidet einen wesentlichen Fehler des SK, indem es einen Budgetsaldo bei Vollbeschäftigung zur Neutralitätsnorm erhebt. Es trennt außerdem zwischen den „exogenen“ und „endogenen“ Effekten, indem es bei tatsächlichen Ausgaben¹⁷ den Budgetsaldo mit Hilfe derjenigen Steuereinnahmen ermittelt, die bei gegebenem Steuerrecht bei Vollbeschäftigung anfallen würden. Das VBK stellt außerdem insofern einen Bezug zur gesamtwirtschaftlichen Geldversorgung her, als für die USA meist ein Budgetüberschuß mit der Begründung gefordert wurde, dieser sollte zur Schuldenrückzahlung verwendet werden. Aus der Tatsache, daß sich in den letzten Jahren der Überschuß (der mittelfristige „fiscal drag“) in ein Defizit („fiscal squeeze“) verwandelt hat¹⁸, ist jedoch, soweit ich sehe, noch nicht der Schluß gezogen worden, daß dies unter gleichen Bedingungen eine entsprechende Reduzierung der Geldversorgung über die nicht-fiskalischen Komponenten erfordern würde.

Bei der Interpretation des VBK wird zwar meist darauf hingewiesen, daß sich politische Allokations- und Verteilungsziele in der Höhe der Ausgaben niederschlagen; das Konzept selbst enthält jedoch keine Regel, die zu beurteilen erlaubt, inwieweit etwa sich an prozyklischen Einnahmenschwankungen orientierende Ausgabenentscheidungen destabilisierend wirken. Da dadurch auch der Vollbeschäftigungssaldo gleichsam von möglicherweise erratisch schwankenden Ausgabenvolumen aus berechnet wird, enthält das VBK streng genommen keine Norm und Meßvorschrift für einen mittelfristig konjunktturneutralen Saldo, der mit Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität vereinbar wäre. Das VBK gibt demnach im Grunde genommen im Vergleich zum SK als zusätzliche Regel lediglich die Anweisung, einen auf Vollbeschäftigung hoch- oder heruntergerechneten Saldo als Referenzgröße zu verwenden. Damit besteht aber die Gefahr, daß je nach Ausgangs-

¹⁶ Vgl. dazu z. B. Committee for Economic Development (CED), *Taxes and the Budget: A Program for Prosperity in a Free Economy*, New York 1947; *M. Friedman*, *A Monetary and Fiscal Framework for Economic Stability*, in: *American Economic Review*, Vol. 38 (1948), S. 245 - 264 und *A. M. Okun* und *N. H. Teeters*, *The Full Employment Surplus Revisited*, in: *Brookings Papers on Economic Activity*, No. 1 (1970), S. 77 - 110 sowie anschließende Diskussionen (S. 111 - 116).

¹⁷ Gewisse Korrekturen, wie z. B. um die als endogen betrachteten Arbeitslosenunterstützungen, werden allerdings vorgenommen.

¹⁸ Vgl. *C. L. Schultze* u. a., *Setting National Priorities — The 1973 Budget*, Washington 1972, S. 396 f.

lage auch ein mittelfristig zu kontraktives oder zu expansives Budget als Basis für die Fortschreibung verwendet wird.

Darüber hinaus kann dieses Konzept zwar in Gestalt der Differenz zwischen tatsächlichem und vollbeschäftigungsadäquatem Steueraufkommen den Umfang der „automatischen Stabilisierung“ ausweisen, jedoch keine Aussage darüber machen, in welchem Maße bei einer gegebenen Abweichung vom Zustand der Vollbeschäftigung zusätzlich diskretionäre Effekte erforderlich wären, um wieder zur Vollbeschäftigung zurückzukehren¹⁹. Dies spielt insbesondere im Zusammenhang mit dem Phänomen des „fiscal drag“ eine Rolle. Wenn beispielsweise mit Hilfe des VBK festgestellt wird, daß der relative Ausgabenüberschuß des laufenden Budgets im Vergleich zum Vorjahr gesunken ist, weil u. a. hohe progressionsbedingte Mehreinnahmen erzielt wurden, muß die Frage beantwortet werden, ob dies konjunkturgerecht ist oder nicht, und wenn es als nicht konjunkturgerecht betrachtet wird, in welcher Größenordnung kontraktive Effekte vermindert (z. B. über Steuerensenkungen) oder/und expansive Effekte erhöht (Ausgabenerhöhung) werden sollen. Diese Frage kann das VBK jedoch nicht beantworten.

In den Niederlanden wird seit etwa 1960 in Gestalt des „*structural budget margin*“ (SBMK) ein mittelfristiges und ressourcenorientiertes Budgetplanungskonzept und in Gestalt der „*impact analysis*“ (IK) ein stabilisierungspolitisch orientiertes Budgetkonzept angewendet²⁰. Nach dem SBMK ist ein Budget mittelfristig neutral, wenn es dazu beiträgt, die Gleichheit von gesamtwirtschaftlicher Ersparnis und Investition zu sichern. Das erfordert in den Niederlanden ein Budget mit einem Ausgabenüberschuß („Defizitbudget“). Ausgehend von einem Basisjahr, in dem die stabilisierungspolitischen Ziele als annähernd verwirklicht gelten, wird unter Annahme einer mittelfristigen Zuwachsrates des Produktionspotentials (z. B. 4,8 Prozent real für 1968/71) sowie der mittelfristigen Progression des Gesamtsteuersystems (Aufkommenselastizität 1,25) das mittelfristig verfügbare Steueraufkommen ermittelt. Dieses kann dann je nach politischen Prioritäten entweder zu Ausgabensteigerungen oder zu Steuerensenkungen genutzt werden. Über die so ermittelten Einnahmen hinausgehende Steuerbeträge sollen stillgelegt werden. Ist seit dem Basisjahr das Preisniveau gestiegen, wird das durch

¹⁹ Vgl. dazu z. B. F. W. Schiff, *Alternative Tax and Spending Policies 1971 - 1976*, in: Herbert Giersch (Hrsg.), *Fiscal Policy and Demand Management*, Tübingen 1973, S. 188 - 194, und die sich darauf beziehende Diskussion auf S. 80 ff.

²⁰ Vgl. dazu insbesondere H. Burger, *Possible Concepts for Better Planning and Evaluating Fiscal Policy — Experiences in the Netherlands*, in: H. Giersch (Hrsg.), *Fiscal Policy and Demand Management*, S. 210 - 222, und Ministry of Finance, *The Netherlands Budget Memorandum*, Den Haag 1970.

eine erhöhte Aufkommenselastizität zu berücksichtigen versucht; dabei wird jedoch nur die bis zum Vorjahr bereits eingetretene, nicht aber die für das laufende Jahr noch zu erwartende Preissteigerung angesetzt.

Das zur Beurteilung der konjunkturellen Effekte der Haushaltspolitik verwendete IK ist jedoch anscheinend kein integrierter Bestandteil des mittelfristigen SBMK; jedenfalls fehlen ihm einige seiner Merkmale. Die dem IK zugrundeliegende Neutralitätsvorstellung ist im wesentlichen dadurch gekennzeichnet, daß ein Budget im Vergleich zum Vorjahr als neutral gilt, wenn die Ausgaben und die über die proportionalen Einnahmen hinausgehenden progressiven Steuermehreinnahmen mit der gleichen Rate zunehmen wie mittelfristig das Sozialprodukt. Änderungen der Budgetgrößen werden dementsprechend in „automatische“ und „diskretionäre“ zerlegt; nur den „diskretionären“ wird Impulscharakter zugesprochen. Preisniveauveränderungen und Multiplikatoreffekte bleiben unberücksichtigt.

Unabhängig von der nicht eindeutigen Integration des IK in das SBMK entsprechen beide Konzepte zusammengenommen sowohl im Vergleich zum SK als auch zum VBK besser den oben aufgestellten Anforderungen:

- Die Wahl eines an den Stabilisierungszielen gemessen adäquaten Basisjahres zum Ausgangspunkt für die Anwendung von prozentualen Fortschreibungsregeln für die Ausgabenseite und die Einnahmenseite verhindert, daß in bezug auf die mittelfristige Entwicklung zu expansive oder zu kontraktive Haushalte extrapoliert werden.
- Nur Abweichungen von den proportionalen Mehreinnahmen (Aufkommenselastizität von 1) und Mehrausgaben werden als Indikatoren für expansive oder kontraktive Wirkungen betrachtet. Damit wird mit Hilfe einer einfachen Regel versucht, endogene und exogene Steuerwirkungen und Ausgabenwirkungen zu trennen und jeweils für sich auf Neutralität zu prüfen.
- Mangelhaft bleibt das IK insbesondere dadurch, daß es Multiplikatoreffekte und Preisniveauänderungen nicht berücksichtigt sowie keine Norm und keine Meßvorschriften für die Beurteilung der ermittelten expansiven und kontraktiven Effekte auf Konjunkturgerechtigkeit enthält.

Das Konzept des „*konjunkturneutralen Haushalts*“ (KNH) ist vom deutschen Sachverständigenrat (SR) in den ersten Ansätzen 1967/68 für die Beurteilung der Wirkungen öffentlicher Haushalte entwickelt worden, es hat seit dem Jahresgutachten von 1970/71 einen gewissen Abschluß gefunden²¹. Dieses Konzept vereinigt einerseits in sich Elemente

der drei behandelten Impulskonzepte und entwickelt diese andererseits systematisch weiter.

Zum Unterschied zu den bisher behandelten Konzepten, die die für sie konstitutive Neutralitätsdefinition meist nur mehr oder weniger implizit enthalten, hat der SR seine Referenznorm explizit formuliert: Konjunkturelle Effekte werden definiert als „Abweichungen von derjenigen Haushaltspolitik, die, wenn sie stetig betrieben wird, für sich genommen die Auslastung des Produktionspotentials nicht verändert“²¹. Damit wird konsequent zwischen gesamtwirtschaftlichem Angebot (dem Produktionspotential) und der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage (dem Bruttosozialprodukt) unterschieden und die Relation zwischen beiden als „Auslastungsgrad“ zum Indikator für Konjunkturschwankungen bestimmt.

Die Konstruktionselemente des KNH lassen sich leicht vereinfacht in folgenden Regeln zusammenfassen:

- *Ausgabenregel*: Die Ausgabenseite eines Haushalts ist konjunkturneutral, wenn sie von einem Basisjahr aus mit der Zuwachsrate des Produktionspotentials wächst, so daß die Ausgabenquote konstant bleibt. Die Ausgabenquote des Basisjahres wird dabei als diejenige Ausgabenquote betrachtet, die den allokativen und redistributiven Zielvorstellungen der politischen Instanzen entspricht.
- *Steuereinnahmenregel*: Diejenigen Steuereinnahmen, die von einem Basisjahr aus bei einer Zunahme des Sozialprodukts entsprechend dem Wachstum des Produktionspotentials sich proportional zum tatsächlichen Sozialprodukt entwickeln (Aufkommenselastizität von 1), gelten als konjunkturneutral. Damit bleibt bei gegebenem Auslastungsgrad die Steuerdeckungsquote der Ausgaben konstant. Ändert sich der Auslastungsgrad, kann trotz Konstanz der Steuerquote (Steueranteil am Sozialprodukt) die Steuerdeckungsquote

²¹ Vgl. dazu neben dem Gutachten des SR aus der umfangreichen Literatur z. B. N. Andel, Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts, in: Finanzarchiv, N. F. Bd. 32 (1973), S. 46 - 68; D. Biehl u. a., Schätzung konjunktureller Wirkungen öffentlicher Haushalte; M. Feldsieper, Der konjunkturneutrale Haushalt als neuer Maßstab zur Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte, in: Jahrbuch für Sozialwissenschaft, Bd. 21 (1970) S. 400 - 414; K.-P. Fox, Konzepte zur Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte, Saarbrücken 1974; O. Gandenberger, Zur Messung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte, Tübingen 1973; G. Krause-Junk, Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts, in: Finanzarchiv, N. F. Bd. 30 (1971), S. 212 - 223; B. Rahmann und B. Rürup, Der konjunkturneutrale Haushalt als Instrument der Regelbindung?, in: Konjunkturpolitik, Jg. 18 (1972), S. 261 - 273; H. Timm, Der konjunkturneutrale öffentliche Haushalt, in: H. Haller u. a. (Hrsg.), Theorie und Praxis des finanzpolitischen Interventionismus, Tübingen 1970, S. 383 - 405.

²² Vgl. SR-Jahresgutachten 1970/71, Ziff. 324.

variieren. Solche zum Sozialprodukt proportionalen Mehr- oder Mindereinnahmen bleiben also konjunkturneutral; sie werden nicht etwa wie beim SK und beim VBK, weil sie den Budgetsaldo verändern, als Anzeichen für Kontraktivität oder Expansivität betrachtet²³. Dahinter steht wie beim niederländischen Konzept die Auffassung, daß eine proportionale Aufkommensänderung zum Sozialprodukt als dem Indikator der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage zumindest bei gegebenem Steuerrecht kein exogener, sondern ein endogener Vorgang ist — die Aufkommensunterschiede sind Reflex der privaten Aktivität²⁴.

- *Kreditaufnahmeregel*: Konjunkturneutral ist eine längerfristige Kreditaufnahme, die von einem Basisjahr aus mit der gleichen Rate zunimmt wie das Sozialprodukt. Dahinter steht die Vorstellung, daß die Haushaltspolitik auch in bezug auf die Verschuldung zur Verstärkung beitragen kann, wenn sie einen konstanten Anteil der privaten Ersparnisse stetig in Anspruch nimmt²⁵.

²³ Dieser Unterschied in der Bewertung des traditionellen Haushaltsaldos, der konsequent aus der Wahl des Auslastungsgrads als Nulllinien-Norm folgt, hat einigen Autoren Schwierigkeiten bereitet (vgl. z. B. N. Andel, Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts; B. Rahmann und B. Rürup, Der konjunkturneutrale Haushalt als Instrument der Regelbindung?; G. Krause-Junk, Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts).

²⁴ H. Timm (Der konjunkturneutrale öffentliche Haushalt, S. 230) hat in bezug auf diesen Punkt die Auffassung vertreten, daß, wenn ein gegebenes Steuerrecht progressiv sei, sich die Wirtschaftssubjekte an diese Progressivität angepaßt hätten; daher müsse auch das progressionsbedingte Aufkommen als „konjunkturneutral“ aufgefaßt werden. Die Auffassungsunterschiede, die mit der stärker liquiditätstheoretischen Vorstellung des SR und der eher rentabilitätsorientierten von Timm zusammenhängen, können m. E. im Rahmen eines Impulskonzepts nicht geklärt werden. Eine Klärung ist jedoch eher möglich im Rahmen einer Multiplikator-Konzeption: Bei der Multiplikator-schätzung werden ja die Ausgabenmultiplikatoren um die „Leakages“ gekürzt, die u. a. durch die bei steigenden Einkommen, Umsätzen usw. anfallenden Steuereinnahmen verursacht werden. Damit sind automatisch die „endogenen“ Steuereinnahmen, soweit sie zu einer Verminderung des Ausgabenmultiplikators geführt haben, berücksichtigt — nur die über die endogenen hinausgehenden weiteren Einnahmen sind dann exogen und können zusätzliche Effekte auslösen. Durch die Spezifizierung des Modells kann allerdings die Aufteilung des Steueraufkommens in einen endogenen und einen exogenen Teil auch willkürlich vorgegeben werden; außerdem beziehen sich auch die so ermittelten Effekte immer noch überwiegend auf die Liquiditätsveränderung.

²⁵ Der SR argumentiert in diesem Zusammenhang nicht ganz widerspruchsfrei. Er führt einmal aus, daß bei sich trendmäßig ändernder Sparquote (und dies ist in der Bundesrepublik Deutschland der Fall) Steuern durch Ersparnisse ersetzt werden können oder umgekehrt und daß der Haushalt dabei konjunkturneutral bleibe (vgl. Jahresgutachten 1970/71, Ziff. 346). Zum anderen weist er darauf hin, daß es große Schwierigkeiten bereite, bei Abweichungen der tatsächlichen von der konjunkturneutralen Staatsverschuldung deren konjunkturelle Effekte zu ermitteln, so daß ein Vergleich mit den konjunkturellen Wirkungen der Steuereinnahmen „kaum möglich“ sei (Ziff. 349).

- *Basisjahrregel*: Sie besagt, daß nur diejenige Ausgabenquote und diejenige Steuereinnahmenquote konjunkturneutral sind, die in einem Basisjahr beobachtet werden, das annähernd den stabilisierungspolitischen Zielvorstellungen entspricht²⁶.
- *Preisniveauregel*: Ebenfalls dem SBMK folgend führt der SR den Begriff des „konjunkturneutralen Preisniveaustiegs“ ein. Dies kann als eine am Ziel der Preisniveaustabilität orientierte Nebenbedingung für die Messung der Nachfrageeffekte interpretiert werden: Steigt beispielsweise das Preisniveau und würde die Haushaltspolitik eine nur erwartete, aber noch nicht eingetretene Steigerung in Form entsprechend höherer Ausgabenansätze antizipieren, könnte sie gerade dazu beitragen, das nur Erwartete zu realisieren. Die Haushaltspolitik soll daher nur von dem zu Beginn des zu untersuchenden Haushaltsjahres bereits eingetretenen oder mit Sicherheit zu erwartenden („unvermeidbaren“) Preisanstieg ausgehen. Bei steigendem Preisniveau wird also das konjunkturneutrale Ausgabenvolumen auf diejenige Höhe beschränkt, die sich bei Anwendung der Regeln ergäbe, wenn die Preise im laufenden Jahr nicht weiter steigen würden — die Haushaltspolitik also „preisniveauneutral“ wäre²⁷.
- Die *marginale Haushaltsausgleichsregel* oder *Kompensationsregel*: Weichen die tatsächlichen Ausgaben und/oder die tatsächlichen Einnahmen von den mit Hilfe der genannten Regeln bestimmten konjunkturneutralen ab, soll das ursprüngliche konjunkturneutrale Haushaltsvolumen entsprechend modifiziert werden. Da ein über die konjunkturneutrale Einnahmenquote hinausgehendes Mehraufkommen als kontraktiv und ein das konjunkturneutrale Ausgaben-

²⁶ Die oben diskutierte Frage, ob ein Haushalt, um „neutral“ zu sein, ausgeglichen sein oder einen Überschuß oder Defizit aufweisen müsse, wird also richtigerweise empirisch beantwortet: Man sehe sich die Struktur der zu untersuchenden Volkswirtschaft an, wähle das geeignete Basisjahr und stelle dann fest, welches Verhältnis zwischen Ausgaben und Steuereinnahmen anscheinend mit den gewählten Zielkriterien kompatibel ist: Der SR ist jedoch m. E. in bezug auf die Wahl des Basisjahres nicht eindeutig. Die von ihm vorgebrachten Gründe für die Wahl von 1966 stellen auch auf andere Kriterien als die hier genannten stabilisierungspolitischen Zielvorstellungen ab. (Olaf Sievert hat mich allerdings darauf aufmerksam gemacht, daß der SR von einer „Gewöhnungshypothese“ ausgehe, die es erlaube, ohne die strenge Zuordnung zu den stabilisierungspolitischen Zielvorstellungen auszukommen.)

²⁷ N. Andel, Das Konzept des konjunkturneutralen Haushalts, S. 51 ff. und 61 f., hat darauf hingewiesen, daß dadurch ein kontraktiver Effekt eingebaut werde, der mit der Definition für Konjunkturneutralität (konstanter Auslastungsgrad) nicht vereinbar sei. Dabei wird jedoch der Charakter der Preisniveauneutralität als Nebenbedingung für die Nachfrageeffekte übersehen. Es impliziert auch keinen „Zirkelschluß“, wenn „konjunkturneutral“ in bezug auf das Preisziel als „bei unverändertem Preisniveau im Vergleich zum Periodenbeginn“ definiert wird.

volumen übersteigender Ausgabenbetrag als expansiv gilt, bleibt ein Haushalt insgesamt wirkungsneutral²⁸, wenn die zusätzlichen Effekte sich kompensieren. Mit Hilfe dieser marginalen Haushaltsausgleichsregel sichert der SR, daß der berechenbare konjunkturneutrale Saldo des Gesamthaushalts in Prozent des Produktionspotentials auch bei Existenz von nicht-neutralen konjunkturellen Effekten konstant gehalten wird²⁹.

Der KNH läßt sich zusammenfassend dahingehend charakterisieren, daß auf dem Hintergrund einer Art „mittelfristiger Strukturkonstanzhypothese“ die konjunkturellen Effekte (KE) bestimmt werden als Differenz zwischen dem tatsächlichen (S_t) und dem mit Hilfe der Regel ermittelten konjunkturneutralen Saldo (S_{kn}). KE läßt sich dabei in Prozenten des Produktionspotentials bei konjunkturneutralem Preisniveauanstieg im laufenden Jahr ($Y_p\pi$) definieren als

$$\frac{KE}{Y_p \pi} = \frac{S_t - Y_p (\pi a_0 - g_t e_0)^{30}}{Y_p \pi} .$$

Nur im Basisjahr, in dem ein konjunkturneutraler Haushalt gleichzeitig konjunkturgerecht ist, fallen S_t und S_{kn} zusammen. Der KNH läßt sich damit auch als ein „Saldenkonzept“ formulieren, aber eines, das zahlreiche — grobe — Mängel des traditionellen SK vermeidet³¹. Da S_{kn} durch Kreditaufnahme gedeckt werden muß, läßt sich das Kon-

²⁸ Der SR bezeichnet auch dieses modifizierte Haushaltsvolumen als „konjunkturneutral“. Damit wird dieser Begriff jedoch „überdefiniert“, da er einmal auf die Konstanz der Inanspruchnahme volkswirtschaftlicher Ressourcen durch den Staat, zum anderen auf die Konstanz des konjunkturneutralen Haushaltssaldos abstellt (vgl. dazu auch die Kritik von Krause-Junk, Zum Konzept des konjunkturneutralen Haushalts, S. 213 f.).

²⁹ Auch dies impliziert eine stillschweigende Annahme in bezug auf die Geldversorgung: Diese müßte einer Art Friedman-Regel folgen, wenn die Kompensationsregel sinnvoll sein soll. Obwohl der SR seine Formulierungen auf den Ausgleich gegenläufiger „Effekte“ abstellt, verfährt er im übrigen in seinen Rechnungen so, als hätten betragsgleiche Ausgaben und Einnahmen („Impulse“) auch gleiche Effekte. Das kann jedoch nur mit Hilfe einer Multiplikatoranalyse festgestellt werden. Hierauf wird im Zusammenhang mit dem „konjunkturgerechten Haushalt“ noch zurückzukommen sein.

³⁰ a_0 = Ausgabenquote im Basisjahr; e_0 = Einnahmenquote im Basisjahr;

g_t = Auslastungsgrad ($Y_t/Y_p \pi$); $\pi = \frac{P_{kn}}{P_t}$, d. h. Quotient aus dem Preisniveau-

index bei konjunkturneutraler Preisniveauerhöhung im laufenden Jahr zum tatsächlichen Preisniveauindex.

³¹ Auf zahlreiche weitere diskussionswürdige Punkte kann aus Raumgründen hier nicht eingegangen werden. Dafür wird insbesondere auf die diesem Beitrag zugrundeliegenden Forschungsberichte sowie auf O. Ganderberger, Zur Messung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte und K.-P. Fox, Konzepte zur Beurteilung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte, verwiesen.

zept auch zur Bestimmung der konjunkturneutralen Verschuldung verwenden.

Der KNH erfüllt damit im wesentlichen die oben aufgestellten Anforderungen bis auf zwei: Er berücksichtigt keine (unterschiedlichen) Multiplikatoren und gibt keine Antwort auf die Frage, wann festgestellte Abweichungen von Konjunkturneutralität „konjunkturgerecht“ sind. Beides hängt miteinander zusammen. Bleiben Multiplikatoren außer Betracht und soll die Haushaltspolitik zum Beispiel im Falle der Rezession von 1967 das gesamte Nachfragedefizit decken, würde dies Mehrausgaben und/oder Steuersenkungen in Höhe der Sozialproduktlücke erfordern — offensichtlich ein absurdes Ergebnis. Um diesen beiden Mängeln abzuhelfen, ist der KNH erweitert worden zum „*konjunkturgerechten Haushalt*“ (KGH). Auch diese Weiterentwicklung stützt sich auf bereits bekannte Elemente, insbesondere auf den erwähnten „pure cycle“-Ansatz von Hansen und Snyder und auf Musgraves Idee der „fiscal adequacy“³². Der „positive“ Teil in diesem Budgetkonzept wird so über den Rückgriff auf ein ökonometrisches Modell erweitert, das die benötigten Multiplikatoren liefert. Damit eröffnen sich hier beliebige Erweiterungsmöglichkeiten in dem eingangs erläuterten Sinne.

Die Grundidee der Erweiterung besteht darin, die gemäß dem KNH nach Einführung von Multiplikatoren ermittelten tatsächlichen expansiven oder kontraktiven Effekte mit denjenigen zu vergleichen, die erforderlich wären, wenn bei einer gegebenen Abweichung vom mittelfristigen Gleichgewichtspfad die Haushaltspolitik das Nachfragedefizit oder den Nachfrageüberschuß beseitigen wollte. Damit wird noch nicht unterstellt, daß die Haushaltspolitik *allein* und *in vollem Umfange* kompensatorisch wirken *solle*; es wird zunächst nur ein Konzept für die Ermittlung von Indikatoren angeboten, die die inflatorische und deflatorische Lücke in der Dimension „Budgeteffekte“ messen.

In Anlehnung an das „pure cycle“-Konzept werden die erforderlichen konjunkturellen Effekte (KE_t) definiert als Differenz zwischen der Gesamtnachfrage bei Vollbeschäftigungsauslastung ($g_v \cdot Y_p \pi$) und derjenigen gesamtwirtschaftlichen Nachfrage, die sich unter den in dem untersuchten Jahr gegebenen Bedingungen bei konjunkturneutraler Haushaltspolitik ergeben hätte (Y_{kn}). Als Substitut für das unbekannte Y_{kn} wird der Ausdruck ($Y_t - KE_t$) verwendet, d. h. es wird angenommen, daß Y_{kn} mit Y_t zusammenfällt, wenn die tatsächlichen konjunkturellen Effekte gleich Null sind. Damit ergibt sich

$$KE_t = g_v \cdot Y_p \pi - (Y_t - KE_t) .$$

³² Vgl. R. A. Musgrave, On Measuring Fiscal Performance, in: Review of Economics and Statistics, Bd. 46 (1964), S. 213 - 220.

KE_t ist dabei auf Multiplikatorbasis berechnet. Bei diesen Definitionen wird dann ΔKE als Differenz zwischen KE_f und KE_t gleich $(Y_t - g_r \cdot Y_p \pi)$, d. h. gleich der Nachfragerücke (Nachfragedefizit) bei konjunktur-neutralem Preisniveaustieg. Diese Größe kann, der üblichen Auffassung entsprechend, unmittelbar als Indikator für eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik verwendet werden. Einen weiteren Indikator für Konjunkturadäquanz, z_{ka} , gewinnt man, wenn man den Quotienten KE_t / KE_f bildet; dabei werden (mit 100 multipliziert) die tatsächlichen KE in Prozenten der erforderlichen ausgedrückt. Diese letztere Meßziffer ist allerdings nur unter Zuhilfenahme einer besonderen Interpretationsmatrix verwendbar, weil dabei sowohl das Vorzeichen von z_{ka} als auch der Umstand eine Rolle spielt, ob z_{ka} absolut zwischen 0 und 100 oder darüber liegt. Vollständige Konjunkturgerechtigkeit wird durch die Meßziffer + 100 angezeigt.

7. Die konjunkturellen Effekte der öffentlichen Haushalte in der Bundesrepublik 1960 - 1972 bei Verwendung alternativer Budgetkonzepte

Tabelle 1 sowie die Abbildungen 1 und 2 im Anhang zeigen, welche Ergebnisse erzielt werden, wenn die untersuchten Budgetkonzepte verwendet werden, um die konjunkturellen Wirkungen des konsolidierten öffentlichen Gesamthaushalts (einschließlich Sozialversicherung) in der Bundesrepublik von 1960 - 1972 zu ermitteln. Die Tabelle enthält dabei neben Angaben für die Impulsanalyse nach dem SK, dem VBK und dem IK sowie dem KNH die Werte für die Multiplikatoranalyse nach dem KGH, wobei für den KGH nur eine Variante auf der Basis einer 12-Perioden-Quartalsanalyse dargestellt wird. Für den KNH und den KGH werden dabei die Ergebnisse für das vom SR benutzte Basisjahr 1966 und für ein weiteres Basisjahr 1960 ausgewiesen³³. In den beiden Schaubildern sind nur die konjunkturellen Effekte (KE) auf der Basis 1960 und 1966 für die Impulsanalyse (Multiplikandenanalyse) und für einige Varianten der Multiplikatoranalyse nach dem KNH/KGH dargestellt.

Die für diese Berechnungen benötigten Multiplikatoren sind mit Hilfe eines einfachen Schätzmodells für die Wirtschaft der Bundesrepublik ermittelt worden. Dieses Modell umfaßt lineare Funktionen, die mit Hilfe der einfachen Methode der kleinsten Quadrate geschätzt wurden, und zwar für den privaten Konsum, die privaten Investitionen und die

³³ Beide Basisjahre unterscheiden sich dadurch, daß 1966 mit 93,4 einen unterdurchschnittlichen Auslastungsgrad bei einem BSP-Deflator von 3,6 Prozent aufweist, während der Auslastungsgrad 1960 mit 97,6 überdurchschnittlich ist bei einem BSP-Deflator von 2,4 Prozent.

Importe, sowie Funktionen für direkte Steuern der Haushalte, der Unternehmen, für indirekte Steuern sowie entsprechende Transferzahlungsfunktionen; die öffentlichen Ausgaben sind im übrigen exogen. Für die Steuerfunktionen wurden die Steuerquoten des jeweiligen Basisjahres vorgegeben, um das Konzept des KNH anwenden zu können; die „Endogenität“ des Steueraufkommens wird also beschränkt. Außerdem wurde mit Hilfe einer Konsumfunktion und einer Importfunktion für das Ausland der Außenbeitrag endogen bestimmt. Die Multiplikatorwerte für die exogenen Ausgaben und Einnahmen liegen zwischen rund + 2,0 für Personalausgaben und - 0,8 für indirekte Steuern³⁴. Um zu prüfen, wie sensitiv die Werte für die KE_i in bezug auf mögliche Wirkungslage sind, wurden neben den steady-state-Multiplikatoren mit Hilfe eines angenommenen Perioden-Lags von einem Quartal auch dynamisierte Multiplikatorwerte für eine Gesamtmultiplikatorperiode von alternativ 8 und 12 Quartalen sowie quartalsdurchschnittliche Multiplikatoren verwendet (vgl. Abbildungen).

Es muß aus Raumgründen darauf verzichtet werden, die Ergebnisse im einzelnen zu kommentieren. Es sollen jedoch in aller Kürze aus der Sicht des hier vertretenen Ansatzes einige Ergebnisse dargestellt werden, die auch Aufschluß über die unterschiedliche Leistungsfähigkeit der einzelnen Budgetkonzepte geben.

(1) Alle Budgetkonzepte weisen die öffentlichen Haushalte in der Untersuchungsperiode als tendenziell expansiv und als überwiegend prozyklisch aus. Die Unterschiede im Basisjahr beim KNH und KGH machen sich dabei darin bemerkbar, daß auf Basis 1966 gerechnet zunächst abnehmende kontraktive und dann zunehmende expansive Effekte auftreten.

(2) Von den teilweise erheblichen Veränderungen der Meßwerte für z_{ka} abgesehen, die mit der hohen Sensitivität dieses Maßes zusammenhängen, zeigen die Werte für den KNH und den KGH im Vorjahresvergleich trotz unterschiedlicher Multiplikatoren nach beiden Basisjahren relativ große Übereinstimmungen. Das hängt für den KGH allerdings damit zusammen, daß ΔKE auch bei unterschiedlichem Basisjahr gleich bleibt. Insbesondere werden die öffentlichen Haushalte nach dem KNH und dem KGH z. B. für 1960/61 und 1970 als eindeutig expansiv und für 1967 als kontraktiv ausgewiesen. Das letztere ist um so bemerkenswerter, als die gleichen Konzepte für das (wenn auch schwächere) Rezessionsjahr 1963 unterschiedliche Aussagen machen.

³⁴ Es ist klar, daß die so gewonnenen Multiplikatoren nur ganz grobe Größenordnungen vermitteln können. In Zusammenarbeit mit Herrn van der Werf, der sein nichtlineares Modell für die Bundesrepublik für die Zwecke dieser Überlegungen im Auftrag des Instituts für Weltwirtschaft erweiterte, wird versucht, dynamische Multiplikatoren für den KGH zu gewinnen.

(3) Am Beispiel des Jahres 1967 läßt sich demonstrieren, wie die Haushaltspolitik irreführend werden kann, wenn sie sich auf einen ungeeigneten Indikator für die Messung konjunktureller Effekte verläßt. Wie Tabelle 1 zeigt, hat die Haushaltspolitik gemessen am SK 1967 absolut und im Vorjahresvergleich expansiv gewirkt (+ 1,3 Prozent BSP). Der Vergleich mit der Höhe der KE_{1960} nach dem KNH (+ 1,3 Prozent $Y_{p\pi}$) weist zwar ebenfalls auf expansive Effekte hin. Das ist aber einmal auf dem Hintergrund des starken expansiven Trends der KE_{1960} zu beurteilen; zum anderen ist + 1,3 beim KNH auch im Vorjahresvergleich gegenüber dem SK kontraktiv ($1,3 - 2,3 = - 1,0$). Die übrigen Indikatoren zeigen dann auch mehr oder weniger starke kontraktive Effekte; am stärksten bei den Impulskonzepten IK (-4,5) und VBK (-1,6). Noch deutlicher wird die nicht konjunkturgerechte Haushaltspolitik am KGH-Konzept: Statt der erforderlichen Effekte von + 10,2 (+ 6,0) Prozent werden nur + 3,8 (- 0,4) erreicht, so daß sich ein Nachfragedefizit von - 6,4 Prozent ergibt. Die Werte für z_{ka} beschreiben das gleiche Bild: Die expansiven Effekte erreichen auf Basis 1960 etwas mehr als ein Drittel, auf Basis 1966 noch nicht einmal 10 Prozent der erforderlichen Effekte. Die Haushaltspolitik hat also gemessen an dem, was konjunkturgerecht gewesen wäre, sogar im Vorjahresvergleich kontraktiv gewirkt, obwohl das SK das Gegenteil ausweist.

(4) Der Fall 1967 macht aber noch ein weiteres deutlich: Die eingeleiteten expansiven Maßnahmen haben sich zu einem großen Teil erst 1969 und 1970 ausgewirkt und dadurch zu der Überhitzung in diesen Jahren erheblich beigetragen. Dies bestätigt die oft geäußerte Vermutung, daß diskretionäre antizyklische Maßnahmen wegen der großen zeitlichen Verzögerungen — vom Diagnose-Lag bis zum Multiplikatorwirkungs-Lag — eher destabilisierend wirken.

8. Schlußfolgerungen für eine konjunkturgerechte Haushaltspolitik

Wie eingangs ausgeführt, messen die benutzten Budgetkonzepte unter den in der Bundesrepublik von 1960 bis 1972, zumindest jedoch bis 1971 (Realignment) gegebenen Bedingungen nicht nur die Wirkungen der Haushaltspolitik, sondern auch die anderer damals vorhandener Wirkungsfaktoren, insbesondere der Zentralbankpolitik. Selbst wenn nach extremer monetaristischer Auffassung diese Effekte ausschließlich *Geldmengeneffekte* gewesen sein sollten, bedeutet das immer noch, daß die Haushaltspolitik insofern wirksam war, als sie solche Geldmengeneffekte mit ausgelöst hat. Solange aber die Haushaltspolitik „potent“ genug ist, solche Geldmengeneffekte auszulösen, muß sie in ein stabilisierungspolitisches Gesamtkonzept eingeordnet werden. Das aber erfordert Leitlinien für die konjunkturgerechte Haushaltsplanung

und den konjunkturgerechten Haushaltsvollzug und damit geeignete Budgetkonzepte, die sowohl Meß- als auch Planungsfunktionen erfüllen können.

Wie aber die hier dargestellten Ergebnisse zeigen, hat die Haushaltspolitik trotz ernster antizyklischer Bemühungen überwiegend prozyklisch gewirkt. Das Konzept des konjunkturgerechten Haushalts sollte daher nicht nur dazu benutzt werden, die diskretionäre antizyklische Politik zu verbessern. Vielmehr sollte im Sinne der eingangs angestellten Überlegungen das Schwergewicht darauf gelegt werden, die Entwicklung der öffentlichen Haushalte zu verstetigen. Das erfordert eine von den Allokations- und Verteilungszielen her bestimmte mittelfristige Finanzplanung, die auch kurzfristig unabhängig von den steuerlichen Finanzierungsmöglichkeiten die Ausgaben am Wachstum des Produktionspotentials orientiert und die Nachfragesteuerung stärker auf die Einnahmenseite verlagert³⁵. Damit aber über dem Auslastungs- und Beschäftigungsziel das Preisziel nicht zu kurz kommt, muß dabei der prozentuale konjunkturneutrale Saldo des konsolidierten Gesamthaushalts in Abstimmung mit einer ebenfalls potentialorientierten Zentralbankpolitik auf ein preisstabilitätsadäquates Niveau gebracht werden, damit die seit 1960 festgestellten trendmäßige expansiven Effekte reduziert werden.

Dies kann auch Änderungen sowohl des derzeitigen Haushaltsrechts als auch der Bestimmungen, die die Zusammenarbeit mit der Bundesbank regeln, mit dem Ziel einschließen, beide Instrumentenbündel effizienter zu machen. In jedem Falle gehörten dazu ausreichend flexible Wechselkurse, um ein „Abhängen“ vom internationalen Inflationstrend zu ermöglichen. Damit auch nachgeordneten Körperschaften, insbesondere den Gemeinden, eine solche verstetigte Ausgabenpolitik ermöglicht wird, müssen Bund und Länder vor allem ihre Zuweisungen verstetigen und für eine flexiblere antizyklische Finanzierung der kommunalen Investitionen sorgen.

Mit Hilfe eines für den KGH entwickelten Verfahrens, mit dem auch die Haushalte einzelner Ebenen (Bund, Länder, Gemeinden) auf Konjunkturgerechtigkeit geprüft werden können und das unter anderem eine alternative Zurechnung von Zuweisungseffekten vorsieht, kann gezeigt werden, daß zum Beispiel gerade der starke Rückgang der expansiven Effekte auf der Gemeindeebene (aber auch bei den Ländern) für die Rezession 1967 im Verhältnis zu 1963 in erheblichem Maße mit-

³⁵ Vgl. zum Gesamtkomplex *F. Neumark*, der in „Fiskalpolitik und Wachstumsschwankungen“ alle wesentlichen Aspekte des Themas diskutiert und insbesondere auf S. 91 und 96 ff. ebenfalls dafür plädiert, die Einnahmenseite stärker für die Konjunktursteuerung heranzuziehen.

verantwortlich war. Es sollte deshalb unter anderem geprüft werden, in allen Bundesländern Gemeindeinvestitionsfonds einzurichten, die die Zuweisungsströme verstetigen, indem sie in Boomjahren weniger und in Rezessionsjahren — gegebenenfalls durch Kredite verstärkt — mehr Mittel durchschleusen³⁶. Wenn Bedenken bestehen, daß auf diesem Wege unerwünschte Regelmechanismen geschaffen würden, kann die Verstetigung auch durch diskretionäre Maßnahmen zu bewirken versucht werden — entscheidend ist nicht, daß Regelmechanismen eingeführt werden, sondern daß eine Verstetigung tatsächlich erreicht wird. Allerdings sind die Chancen, eine Verstetigung zu erreichen, nach allen Erfahrungen der letzten Jahre über Regelbindungen größer als über diskretionäre Politik.

³⁶ Vgl. *D. Biehl, K.-H. Jüttemeier, H. Legler*, Zu den konjunkturellen Effekten der Länder- und Gemeindehaushalte in der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1972, in: *Die Weltwirtschaft*, Heft 1/1974, S. 47.

Tabelle 1
Konjunkturelle Effekte des konsolidierten Gesamthaushalts in der BRD 1960 bis 1972 nach verschiedenen Budgetkonzepten

	1980	1961	1962	1963	1964	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971	1972
I. Impulskonzepte													
Ausgabenüberschuß in Prozenten des BSP (SK)	- 3,3	- 3,0	- 1,6	- 1,1	- 1,1	+ 0,4	+ 0,1	+ 1,3	+ 0,9	- 1,2	- 0,5	-	0,4
"Vollbeschäftigungsüberschuß" in Prozenten des "Vollbeschäftigungseinkommens" (VBK)	- 2,0	- 2,3	- 1,4	- 1,9	- 1,1	+ 0,5	- 0,7	- 1,6	- 0,3	- 0,3	+ 0,9	+ 0,0	- 0,2
Nettoimpuls nach dem "impact concept" (IK) ^{a)}	- 2,0	+ 2,1	+ 4,2	- 0,6	+ 0,8	+ 5,4	- 3,1	- 4,5	- 1,1	- 3,0	+ 6,6	+ 2,8	+ 2,0
Konjunkturelle Effekte nach dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts (KNH) in Prozenten des Produktionspotentials	-	+ 0,4	+ 1,2	+ 0,9	+ 1,2	+ 3,0	+ 2,1	+ 1,3	+ 2,2	+ 1,9	+ 3,7	+ 3,6	+ 3,1
— Basisjahr 1960	- 1,8	- 1,3	- 0,5	- 0,9	- 0,5	+ 1,3	-	- 0,5	+ 0,4	+ 0,2	+ 1,9	+ 1,9	+ 1,3
— Basisjahr 1966	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-	-
II. Konzept des konjunkturgerechten Haushalts													
Basisjahr 1960													
KE _t : Tatsächliche konjunkturelle Effekte ^{b)}	-	+ 1,1	+ 2,3	+ 3,0	+ 2,8	+ 4,3	+ 4,7	+ 3,8	+ 4,3	+ 5,2	+ 6,6	+ 7,5	+ 7,3
KE _r : Erforderliche konjunkturelle Effekte ^{b)}	-	- 2,0	+ 1,0	+ 4,0	+ 2,8	+ 3,4	+ 5,6	+ 10,2	+ 7,0	+ 3,1	+ 1,1	+ 3,2	+ 6,1
AKE: Maß für Konjunkturgerechtigkeit		+ 3,1	+ 1,3	- 1,0	± 0	+ 0,9	- 0,9	- 6,4	- 2,7	+ 2,1	+ 5,5	+ 4,3	+ 1,2
Messziffer für Konjunkturadäquanz (Konjunkturrelle Effekte in Prozenten der erforderlichen Effekte)	-	- 55	+ 230	+ 75	+ 100	+ 126	+ 84	+ 37	+ 61	+ 168	+ 600	+ 234	+ 120
Basisjahr 1966													
KE _t : Tatsächliche konjunkturelle Effekte ^{b)}	- 3,3	- 2,9	- 1,8	- 1,2	- 1,3	+ 0,2	-	- 0,4	+ 0,1	+ 0,9	+ 2,3	+ 3,3	+ 3,0
KE _r : Erforderliche konjunkturelle Effekte ^{b)}	- 5,8	- 6,1	- 3,1	- 0,2	- 1,3	- 0,8	-	+ 6,0	+ 2,8	- 1,1	- 3,2	- 0,9	+ 1,8
AKE: Maß für Konjunkturgerechtigkeit	+ 2,5	+ 3,1	+ 1,3	- 1,0	± 0	+ 1,0	-	- 6,4	- 2,7	+ 2,0	+ 5,5	+ 4,2	+ 1,2
Messziffer für Konjunkturadäquanz (Konjunkturrelle Effekte in Prozenten der erforderlichen Effekte)	+ 57	+ 48	+ 58	+ 600	+ 100	+ 25	-	- 7	+ 4	- 82	- 72	- 367	+ 167
Nachrichtlich: Auslastungsgrad (Y _t /Y _{nr})	97,6	97,2	95,4	93,6	95,0	95,3	93,4	89,6	92,8	96,6	97,6	95,4	94,1

a) Bruttoimpuls abzüglich der mittelfristigen Zuwachsrate des nominalen Produktionspotentials. — b) Auf der Basis der 12-Perioden-Quartalsmultiplikatoren.
Quelle: D. Biehl, G. Hagemann, K.-H. Jüttemeyer, H. Legler, Schätzung konjunktureller Wirkungen öffentlicher Haushalte, Endbericht zu einem Forschungsauftrag des Bundesministeriums der Finanzen, Kiel, abgeschlossen November 1973 (noch unveröffentlicht).

Abb. 1:

TATSÄCHLICHE KONJUNKTURELLE EFFEKTE DES KONSOLIDierten
ÖFFENTLICHEN GESAMTHAUSHALTS NACH DEM KONJUNKTURNEUTRALEN (KNH)
UND DEM KONJUNKTURGERECHTEN HAUSHALT (KGGH)
IN DER BUNDESREPUBLIK 1960 - 1972

(in vH des Produktionspotentials)

Basisjahr 1960

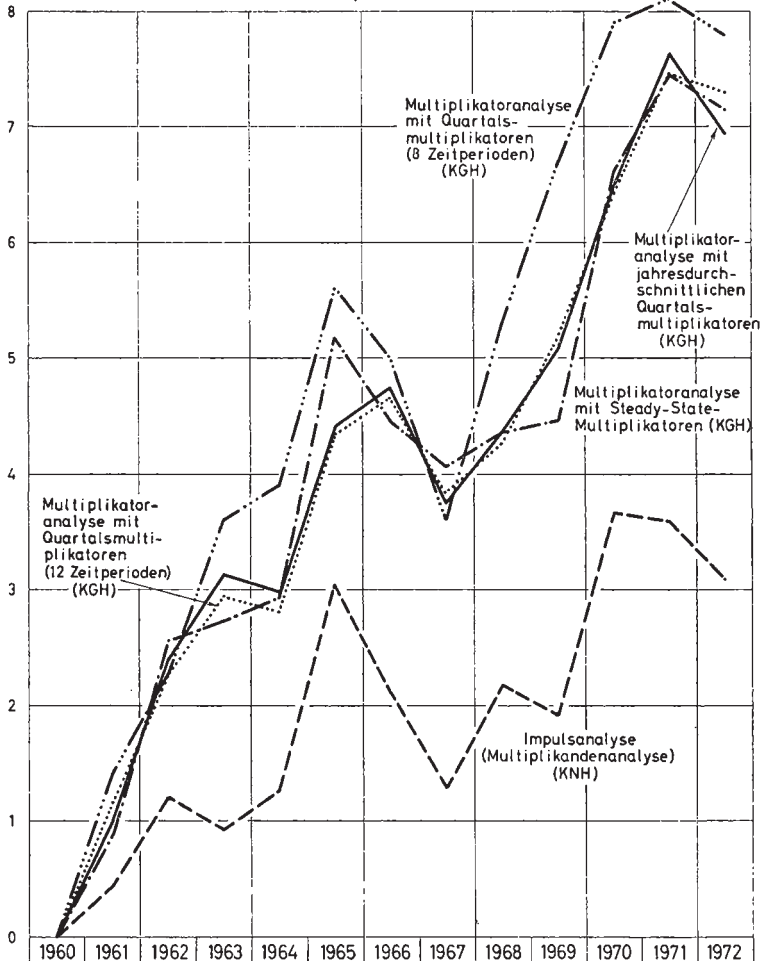
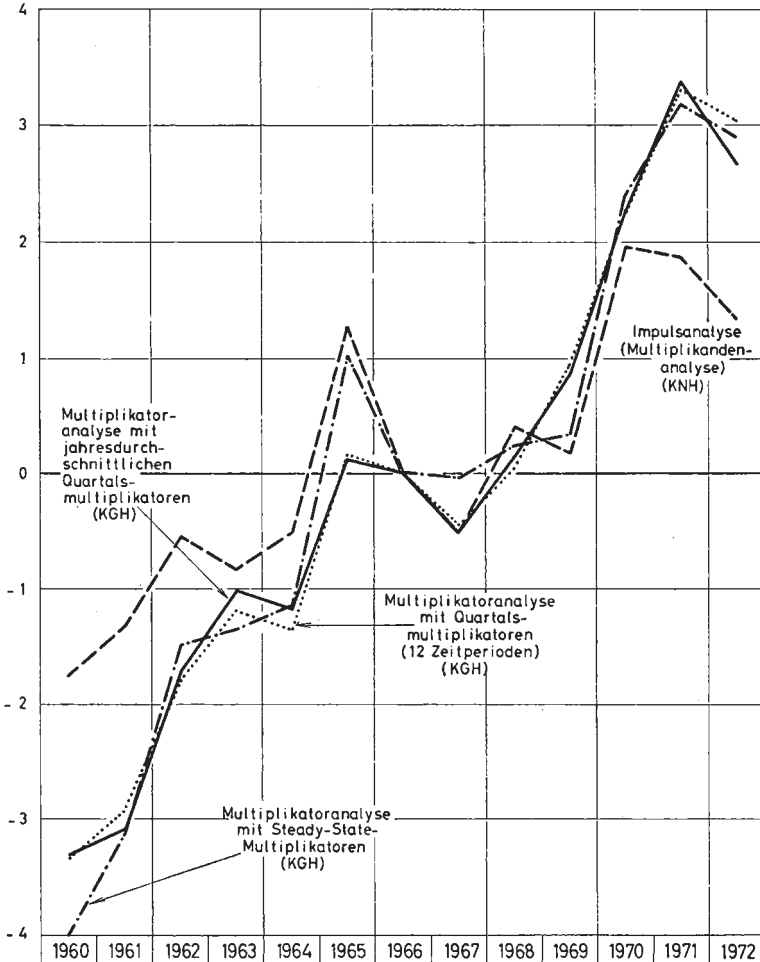


Abb. 2:

TATSÄCHLICHE KONJUNKTURELLE EFFEKTE DES KONSOLIDierten
ÖFFENTLICHEN GESAMTHAUSHALTS NACH DEM KONJUNKTURENEUTRALEN (KNH)
UND DEM KONJUNKTURGERECHTEN HAUSHALT (KGH)
IN DER BUNDESREPUBLIK 1960 - 1972

(in vH des Produktionspotentials)

Basisjahr 1966



Korreferat zu:
Budgetkonzepte als Meß- und Planungskonzepte

Von *Werner Noll*, Würzburg

Der im Titel gewählte Begriff des Budgetkonzepts befriedigt nicht ganz. Es ist ja im Referat nicht der Vorgang der Konzipierung eines Budgets gemeint, sondern die Konzipierung eines Modells zur Bestimmung und Planung von konjunkturellen Budgetwirkungen. Mit dem Stichwort Konzept wird ein Stadium der Überlegungen assoziiert, das die Veröffentlichungsreife noch nicht voll erlangt hat: Die dem Konzept des neutralen und konjunkturgerechten Haushalts zugrunde liegenden Überlegungen, mit denen der Referent sich vornehmlich beschäftigt hat, sind aber hinlänglich bekannt und diskutiert. Deshalb können die Ausführungen des Referenten die meines Erachtens zentralen Mängel nicht beheben.

1. Der erste Punkt meiner Kritik betrifft die Vorstellung, es gäbe im konjunkturellen Ablauf des Wirtschaftsgeschehens einen Zeitpunkt bzw. Zeitabschnitt, in dem die betrachtete Volkswirtschaft sich im Gleichgewicht befände. Diese Vorstellung führt dann zur Wahl eines Basisjahres in dem Sinne, daß die in diesem Zeitraum herrschenden Bedingungen, konjunkturrell gesehen, als optimal anzusehen seien und die Haushaltspolitik nur dafür Sorge tragen müsse, daß diese Bedingungen auch für die Zukunft aufrechterhalten bleiben.

In einem Modell, in dem die konjunkturellen Ursachen nicht als rein exogen, sondern als wenigstens zum Teil endogen erklärt werden, gibt es aber niemals einen Gleichgewichtszustand. Selbst die Nullphase eines Konjunkturzyklus beschreibt dann keinen Optimalzustand der Volkswirtschaft, da dieser Zustand immanente Kräfte der Veränderung dieser Konjunkturphase enthält; die Stoßrichtung geht entweder in Richtung Boom oder Rezession.

Deshalb sind nur solche Modelle zur Bestimmung einer konjunkturneutralen bzw. konjunkturgerechten Haushaltspolitik brauchbar, die nicht auf die willkürliche Festlegung eines optimalen Zustandes (Basisjahr) angewiesen sind, sondern jede beliebige Konjunkturphase als Ausgangszustand für die Konjunkturpolitik zulassen.

Eine weitere Mindestanforderung an das auch Konzepten zugrunde liegende Modell ist die explizite Erklärung der Ursachen der Konjunktur. Das häufig zitierte Samuelson-Hicks-Konjunkturmodell, das die Konjunkturschwankungen durch Schwankungen der privaten Investitionsgüternachfrage erklärt, entspricht zum Beispiel dieser Forderung.

2. Konjunkturpolitik verlangt wie jede rationale Wirtschaftspolitik eine Fixierung des ökonomischen Zieles durch den betreffenden Träger dieser Politik. Die vom Referenten erhobene Forderung nach einem „optimalen“ Auslastungsgrad in bezug auf einen mittelfristigen Gleichgewichtspfad ist dann inhaltsleer, wenn dieser Gleichgewichtspfad nicht exogen vorgegeben ist, sondern auch durch die zu optimierende Haushaltspolitik beeinflusst wird. Unter Berücksichtigung dieser Interdependenz zwischen den Bestandteilen der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage und der Entwicklung der Bestände an produktiven Ressourcen (Angebotspotential) wäre es für die Konjunkturpolitik sinnlos, einseitig die Gesamtnachfrage einem für die Konjunkturpolitik vorgegebenen Angebotspfad anzupassen.

Konjunkturpolitik heißt, die Prozeßbedingungen eines Gleichgewichtes herstellen. Das bedeutet, Gesamtnachfrage und Gesamtangebot bei Vollbeschäftigung sind idealiter stets in Übereinstimmung zu bringen. Gelingt diese ideale Angleichung nicht — was den Beobachtungen in der Realität eher Rechnung trägt —, so ist die konjunkturpolitische Zielsetzung allgemeiner zu formulieren, nämlich Minimierung der Abweichung von Angebot und Nachfrage auf die Dauer, d. h. Minimierung der Summe der Differenzen zwischen Angebot und Nachfrage zu allen Zeitpunkten, beginnend mit einem frei wählbaren Anfangszeitpunkt.

Auf welchem Pfad die langfristig maximale Übereinstimmung der beiden strategischen Makrogrößen erfolgen sollte, ergibt sich aus Zielvorstellungen, die außerhalb dieser so verstandenen Konjunkturpolitik liegen, nämlich aus wachstumspolitischen Zielsetzungen. Natürlich sollte eine rationale Wirtschaftspolitik und damit auch eine rationale Budgetpolitik beide Aspekte miteinander verknüpfen, um so allokatons- und wachstumspolitische Zielsetzungen gleichzeitig mit dem Stabilitätsziel zu erreichen.

Beide Aspekte werden im Referat angesprochen. Einmal führt der Referent den schon zitierten mittelfristigen Gleichgewichtspfad an; andererseits läßt die Position „nachrichtlich: Auslastungsgrad $\frac{Y_t}{Y_{p,t}}$ “ der Tabelle 1, aus der der Referent das definierte Angebotspotential $Y_p \cdot \pi$ gewonnen hat, vermuten, daß er das tatsächliche Angebotspotential, das sich unter anderem auch durch die konjunkturellen Zufälligkeiten ergeben hat,

für das mittelfristig zu verfolgende hält. Damit weiß man nicht mehr, welches der alternativen Produktionspotentiale einer konjunkturgerechten Budgetpolitik zugrunde gelegt werden soll.

Natürlich kann ein aus wachstumspolitischen Zielsetzungen gewonnener Pfad der Entwicklung des Angebotspotentials nicht als ein für allemal gültiger optimaler Pfad angesehen werden. Verläßt die tatsächliche Entwicklung des Produktionspotentials einen von historischen Ausgangsbedingungen vorgezeichneten optimalen Wachstumspfad, so verlangt diese beobachtete Realität nach einer Revision des ehemals gültigen Wachstumspfades dahingehend, daß ein neuer Wachstumspfad zu bestimmen ist, der als Ausgangspunkt das tatsächliche und nicht das konzipierte Produktionspotential hat.

3. Abschließend muß warnend darauf hingewiesen werden, daß alle wirtschaftspolitischen Entscheidungen nur unter Berücksichtigung von Unsicherheitsfaktoren getroffen werden können. Einmal ist nicht sicher, daß die geplanten Maßnahmen tatsächlich in der gewünschten Weise greifen, und zum anderen sind die einem Modell zugrunde gelegten Relationen zwischen den Modellgrößen mit Unsicherheit behaftet, d. h. die Relationen sind stochastischer Natur. Deshalb kann niemals aus der Abweichung der tatsächlichen von der geplanten Entwicklung streng geschlossen werden, daß die Politik, hier die Budgetpolitik, falsch war. Kurz gesagt: Eine gefahrene Haushaltspolitik kann sehr wohl konjunkturgerecht gewesen sein, obwohl sich Abweichungen der tatsächlichen von der geplanten Entwicklung ergeben haben.

Diskussion

Eva Lang (Würzburg):

Zu den Ausführungen des Referenten möchte ich insbesondere auf zwei Punkte eingehen, erstens auf die Norm bzw. die Meßvorschrift für Konjunkturneutralität und zweitens die Norm bzw. Meßvorschrift für Konjunkturgerechtigkeit.

Zum ersten: Es wird die Anforderung an ein Budgetkonzept aufgestellt, daß es eine Meßvorschrift bzw. eine Norm für Konjunkturneutralität enthalten soll. Ich meine, daß, bevor überlegt wird, wie eine solche Norm lauten soll, man zunächst prüfen sollte, was mit einer derartigen Neutralitätsnorm überhaupt ausgesagt werden kann. Es wird immer behauptet, daß mit der Neutralitätsnorm die Nulllinie konjunktureller Wirkungen des Budgets fixiert werden soll. Gleichzeitig wird aber keineswegs bestritten, daß es möglich ist, mittels budgetpolitischer Maßnahmen die konjunkturelle Entwicklung zu steuern. Diese beiden Standpunkte sind meines Erachtens nicht miteinander vereinbar. Entweder werden durch den Vollzug des Budgets die für die konjunkturelle Entwicklung relevanten Größen beeinflusst; dann kann eine konjunkturorientierte Budgetpolitik betrieben werden. Oder aber zwischen der staatlichen budgetpolitischen Aktivität und der Entwicklung der konjunkturrelevanten Größen besteht kein ins Gewicht fallender Beziehungszusammenhang. Dann hätte jedoch das Budget — ungeachtet seiner Struktur und seines Volumens — keine fühlbare Wirkung auf die konjunkturelle Entwicklung; es wäre also konjunkturneutral. Eine konjunkturorientierte Budgetpolitik könnte dann meines Erachtens nicht betrieben werden.

Offensichtlich wird der Begriff „konjunkturneutral“ in den Konzepten nicht in dem von mir eben genannten Sinne verwendet. Als konjunkturneutral wird ein solches Budget bezeichnet, das unabhängig von der konjunkturellen Entwicklung aufgestellt wird, konkret: bei dem bestimmte Quoten eines Basisjahres realisiert werden, und zwar die Quoten aus einzelnen Budgetkomponenten (z. B. Staatsausgaben) und dem Produktionspotential. Hier handelt es sich um eine rein definitorische Festsetzung, aus der sich keinerlei Aussagen über die konjunkturellen Wirkungen eines Budgets treffen lassen. Demgemäß kann ein auf dieser Neutralitätsnorm basierendes Konzept auch nicht eine Maßstabsfunktion in dem Sinne erfüllen, daß der konjunkturneutrale Haus-

halt den Nullpunkt konjunktureller Wirkung angibt. Das Ausmaß der konjunkturellen Wirkungen eines konjunkturneutralen Budgets im Sinne der z. B. im Konzept des Sachverständigenrates verwandten Definition ist nicht bekannt. So kann allenfalls gesagt werden: Alle diese Budgets, die als konjunkturneutral definiert sind, haben die gleichen konjunkturellen Wirkungen. Ob dies tatsächlich stimmt, wäre zu prüfen. Ich meine aber doch, daß es notwendig ist, die Begrenztheit dieser Messungen mit Hilfe einer derartigen Neutralitätsnorm zu sehen.

Ich komme zum zweiten Punkt, zum Begriff der Konjunkturgerechtigkeit. Als Konzeption für die Planung eines konjunkturorientierten Budgets verliert die Anforderung der Bestimmung einer Neutralitätsnorm jegliche Relevanz. Hier geht es um die Planung eines konjunkturgerechten Budgets. Wenn der Referent die Anforderung aufstellt, daß eine Norm oder Meßvorschrift aufgestellt werden muß, die eine Beurteilung erlaubt, inwieweit die Wirkungen des Budgets konjunkturgerecht sind, so kann dieser Norm doch nur die Zielsetzung der Stabilisierung der wirtschaftlichen Entwicklung, d. h. der Verstetigung des konjunkturellen Entwicklungsprozesses, entsprechen.

Wie in der gesamten die Budgetkonzepte behandelnden Literatur fiel mir bei den Ausführungen des Referenten auf, daß er seine Vorstellungen über die stabilisierungspolitische Zielsetzung nicht offenlegt. Implizit ist jedoch aus den angestellten Berechnungen über die Konjunkturgerechtigkeit des Budgets — und zwar für sämtliche Konzepte — unterstellt, daß das Ziel in der Schließung von Nachfragerücken bzw. Nachfrageüberschüssen liegt. Eine solche Zielformulierung und daraus resultierende Empfehlung für die Budgetplanung und Budgetkontrolle entspricht meiner Meinung nach keineswegs den Anforderungen, die an eine Konjunktursteuerungskonzeption zu stellen sind. Bei der Konjunktur geht es nicht um die Steuerung eines Zustandes, sondern um die Steuerung eines Entwicklungsprozesses. Diese Erkenntnis resultiert aus der elementaren Frage nach dem Erscheinungsbild von Konjunkturen. Sie sind nur aus der Beobachtung eines Entwicklungsprozesses erkennbar. Demgemäß muß die Kontrolle und Planung eines konjunkturgerechten Budgets sich nicht an der Frage orientieren, inwieweit das Eintreten eines erwarteten unerwünschten Zustandes verhindert werden kann bzw. konnte, sondern daran, inwieweit mit Hilfe der staatlichen budgetpolitischen Instrumente eine konjunkturelle Entwicklung geglättet werden kann. Es geht also bei der Konjunktursteuerung um die Beeinflussung eines zeitlichen Prozesses. Weder die vom Referenten vorgetragenen Bestimmungen der Konjunkturgerechtigkeit noch die bisher zur Konjunktursteuerung entwickelten Konzepte tragen dem Rechnung. Eine echte Konjunktursteuerungskonzeption existiert meines Erachtens daher überhaupt noch nicht.

Manfred J. M. Neumann (Berlin):

Ich wollte zu dem Konzept des konjunkturneutralen Haushalts etwas sagen. Das Hauptproblem ist natürlich die Normensetzung. Konjunkturneutral soll also ein Budget sein, das unabhängig von der Entwicklung der Nachfrage in den anderen Sektoren einen einmal durch die staatliche Nachfrage erreichten Grad der Beanspruchung volkswirtschaftlicher Ressourcen aufrechterhält. Hierbei ist zu beachten, daß zwischen dem ursprünglichen Konzept des Sachverständigenrates und dem Biehlschen Konzept im Zeitablauf ein vielleicht unmerklicher, aber, wenn man genau hinsieht, doch deutlicher Wandel eingetreten ist. Der Sachverständigenrat bezeichnete als konjunkturneutral jenen Auslastungsgrad, den die gesetzgebenden Körperschaften — ich zitiere — für die Situation der Vollbeschäftigung mittelfristig festlegen. Es kam ihm auf die politischen Vorstellungen von 1966 an. Der Sachverständigenrat ging also von einer politisch gesetzten Norm aus. Das ist etwas völlig anderes als das, was Herr Biehl tut. Ich sehe es so, Herr Biehl, daß Sie versuchen, die Norm in folgendem Sinne zu objektivieren. Sie sagen: Ich möchte wissen, welcher Haushalt konjunkturneutral in dem Sinne wäre, daß er faktisch nicht auf einen Boom oder auf eine Rezession hinwirkt, um es übertrieben auszudrücken. Das ist natürlich etwas völlig anderes als das, von dem die Politiker glauben, daß es in den nächsten Jahren mittelfristig angestrebt werden soll. Diese zwei Dinge muß man auseinanderhalten: 1. Was ist objektiv neutral, so wie es sich der „Wissenschaftler hinter dem Schreibtisch“ vorstellt, daß es neutral wirken würde? 2. Wovon glaubt der Politiker, daß es neutral wirken würde im Sinne seiner politischen Zielsetzung? Mir ist jedenfalls aufgefallen, daß das auch beim Sachverständigenrat und in der Diskussion dieses Konzepts nicht mehr deutlich herausgearbeitet worden ist. Es ist im Laufe der Jahre, soweit ich sehen konnte, in der Diskussion verschwunden.

Ich frage: Warum sollte ein konstanter Auslastungsgrad konjunkturneutral sein? Insofern stimme ich Herrn Noll zu, wenn er darauf hinweist, daß natürlich jeder Haushalt irgendeinen Wachstumsbeitrag, einen positiven oder einen negativen oder vielleicht auch einen neutralen, liefert und daß das dabei nicht berücksichtigt wird. Um feststellen zu können, welcher Auslastungsgrad neutral wirkt, müßte man zunächst einmal ein theoretisches Modell vorlegen. Darüber hinaus müßte dieses Modell im Grunde genommen der wahren Struktur der Wirtschaft entsprechen, dieser wahren Struktur, die wir bekanntlich nicht kennen. Solange das nicht geleistet wird, ist hier zwar ein interessanter Anspruch da, aber eben noch nicht sehr viel mehr. Es ist unmöglich, solange wir nicht die wahre Struktur annähernd kennen, zu

bestimmen, was die konjunkturellen Effekte sind. Wir können allenfalls Fiskalindikatoren im Sinne eines Größer oder Kleiner interpretieren. Ich glaube, daß die geldpolitische Indikatorendiskussion in dieser Hinsicht voll anwendbar ist auf Fiskalindikatoren. Ich würde keinen Grund sehen, warum man hier anders vorgehen sollte. Alle diese Probleme sind in der geldpolitischen Indikatordiskussion bereits behandelt worden. Dort ist gezeigt worden, daß man, solange man die wahre Struktur nicht kennt, nicht berechtigt ist, über die ordinale Interpretation hinauszugehen.

Ein zweiter Punkt: Ich finde, daß ein besonders schwacher Detailpunkt des Konzepts des konjunkturneutralen Haushalts das Rechnen mit sogenannten konjunkturneutralen Preissteigerungen ist. Steigt das Preisniveau — so sagt der Sachverständigenrat —, müssen auch die Staatsausgaben zunehmen, soll ein bestimmter Anteil am Produktionspotential in Anspruch genommen werden. Dies würde natürlich dafür sprechen, die antizipierte tatsächliche Inflationsrate — das, was man sich wahrhaft vorstellt, wie die Preise sich im nächsten Jahr entwickeln werden —, zu berücksichtigen. Das soll aber nicht sein. Der Sachverständigenrat sagt, wir sollen nur die Preissteigerungen berücksichtigen, die selbst bei konjunkturneutraler Haushaltsgebarung zu erwarten sind.

Dies führt zu einem analytischen Problem. Um Aussagen darüber machen zu können, welche Preissteigerungen bei konjunkturneutraler Haushaltsgebarung zu erwarten sind, müßten wir zuerst wissen, was eine konjunkturneutrale Haushaltsgebarung ist. Tatsächlich bestimmen aber der Sachverständigenrat und Herr Biehl erst in Abhängigkeit von ihren Vermutungen über eine konjunkturneutrale Preisniveausteigerung, was eine konjunkturneutrale Haushaltsgestaltung ist. Sie sehen, hier besteht ein analytischer Zirkel.

Weiter führt das Rechnen mit konjunkturneutralen Preissteigerungen zu einer mit dem Gesamtkonzept inkonsistenten Implikation. In all den Jahren, in denen man die neutrale Inflationsrate kleiner ansetzt als die faktische, errechnet man notwendig — bei konstanter neutraler Einnahmequote; die nehme ich im Moment mal an — eine als neutral behauptete Ausgabengestaltung, die eine geringere reale Inanspruchnahme des Produktionspotentials bedeutet als im Basisjahr. Je höher also die Inflationsrate ist, eine um so geringere Auslastung des Produktionspotentials wird vom Sachverständigenrat und von Herrn Biehl als konjunkturneutral empfohlen. Sie sehen die Konsequenzen. Wenn wir uns in den nächsten zehn, zwanzig Jahren in einem Inflationsprozeß befinden sollten — was ich nicht glaube —, würden wir damit erreichen, wenn wir uns immer nach dem Konzept richten, daß wir langfristig

die Staatsquote senken würden. Das finde ich eine interessante gesellschaftspolitische Implikation. Herr Biehl hat kürzlich in dem Aufsatz, der in „Demand Management“ publiziert wurde, diese Tatsache als einen klaren Vorteil des Konzepts bezeichnet. Denn, so sagte er, die Regierung erhält durch dieses Konzept immer dann keine guten Noten für ihre Stabilisierungspolitik, wenn sie, um Vollbeschäftigung zu garantieren, relativ hohe Inflationsraten akzeptiert. Mir scheint, dies ist ein pädagogischer Gedanke, ja, moralischer Gedanke. Es ist nur leider so, daß Moral und Wahrheit nicht unbedingt zusammengehen. Das sollte man unterscheiden.

(Dieter Biehl [Kiel]: Was ist Wahrheit?)

— Das ist das Problem. Sicherlich nicht unbedingt die Moral. Welche empirisch geprüfte Theorie wäre eigentlich in der Lage, zu zeigen, daß, was die Ausgabenseite angeht, im Zeichen mittlerer Inflationsraten eine konstante Auslastung des Produktionspotentials konjunkturneutral wirkt, in Zeiten hoher Inflationsraten eine geringere reale Auslastung und in Zeiten niedriger Inflationsraten eine höhere reale Auslastung?

Was schließlich die konkret angesetzten neutralen Preissteigerungsraten angeht, beruhen sie auf keiner Theorie, sondern auf der Intuition und dem Feeling der Experten und bleiben damit intersubjektiv nicht überprüfbar.

Ein dritter Punkt: Herr Biehl bezeichnet es als einen großen Fortschritt vom konjunkturneutralen Haushalt zu dem konjunkturgerechten Haushalt, daß wir nun Multiplikatoren haben. Die Multiplikatoren von Herrn Biehl beruhen auf einem kleinen ökonomischen Modell, und zwar einem Modell keynesianischer Textbuchnatur, in das z. B. nicht einmal — ganz entgegengesetzt dem normalen Keynesianismus — irgendein Preis eingeht. Nicht einmal der Zins hat Eingang gefunden, soweit mir das Modell bekannt ist, soweit es publiziert ist.

(Dieter Biehl [Kiel]: In der Investitionsfunktion!)

— Das müßte ich mir noch einmal ansehen. Danke!

Damit nicht genug, in dem Modell gibt es kein Geld. Natürlich beunruhigt mich das. Das werden Sie verstehen. Das heißt, daß von vornherein Geldpolitik als bedeutungslos veranschlagt wird. Ich würde sagen: Fiskalismus im Extrem. Wenn mir jemand sagte: Suchen Sie einen Fiskalisten, so würde ich ihn hier finden. Dies hat natürlich Konsequenzen für die Einschätzung der Konjunkturgerechtigkeit der Fiskalpolitik. Herrn Biehls Maß impliziert entweder die Aussage, daß die aggregative Wirkung der Geldpolitik Null ist, oder die Aussage, daß

sie stets als konjunkturgerecht anzusehen war. Wäre z. B. 1967 eine weitaus expansivere Geldpolitik betrieben worden, als es tatsächlich der Fall war, dann wäre bei gleichem Verhalten der Fiskalpolitik die Lücke zwischen tatsächlichem und Vollbeschäftigungs-Sozialprodukt kleiner gewesen, und folglich hätte Herr Biehl für 1967 eine relativ konjunkturgerechtere Finanzpolitik ausgewiesen. Das Konzept der Konjunkturgerechtigkeit wäre nur dann sinnvoll, wenn es auf die gesamte Stabilisierungspolitik angewendet werden könnte. Davon abgesehen ist es aber meines Erachtens wenig fundiert, solange nicht theoretisch gezeigt werden kann, was überhaupt eine konjunkturneutrale Finanzpolitik und was eine konjunkturneutrale Geldpolitik wäre.

Dieter Biehl (Kiel):

Wenn Sie mir eine Vorbemerkung gestatten, die ich aber nicht als Kritik an dem Korreferenten und den Diskutanten verstanden wissen will, sondern nur als eine Feststellung: Es gibt eine reichhaltige Literatur über Budgetkonzepte, insbesondere über die hier von mir behandelten. Viele der hier vorgetragenen Probleme sind dort, ich würde meinen, relativ weitgehend geklärt. Das gilt auch für viele der rein rechnerischen Punkte, was beispielsweise Produktionspotential ist und wie man es berechnen kann. Wenn man konjunkturpolitische Probleme diskutiert, glaubt man in der Regel von der Annahme ausgehen zu dürfen, daß Konjunkturpolitik Politik bei *gegebenem* Produktionspotential ist. Fragen, die damit zusammenhängen, kann man, glaube ich, unter Rückgriff auf eine Reihe von vorhandenen Konventionen und Übereinstimmungen schnell klären; es dürften teilweise auch Mißverständnisse sein. Ich will daher im einzelnen mehr auf diejenigen Punkte eingehen, die nach meiner Einschätzung des Konzepts seine Struktur und das theoretische Fundament betreffen.

Zunächst zu Herrn Noll, der aus der Verwendung des Wortes „Konzept“ geschlossen hat, es sei ein Konzept im üblichen Sprachsinne, nämlich etwas noch nicht Veröffentlichungsreifes. Ich gehe davon aus, daß der Begriff „Budgetkonzepte“ sich eingebürgert hat zur Bezeichnung von empirisch operationalen Meßsystemen.

Dann ist gesagt worden, im Zeitablauf gebe es kein Gleichgewicht. Deswegen könne man auch keine Situation finden, die man als eine annähernd Zielvorstellungen entsprechende Gleichgewichtssituation bezeichnen könne, und deswegen gebe es sozusagen im Fluß der Zeit überhaupt keinen festen Punkt, von dem man die Welt aus den Angeln heben könne. Das mag richtig sein. Nur frage ich mich, wie unter diesen Bedingungen überhaupt eine wirtschaftspolitische Aussage gemacht werden kann. Wenn man selbst eine wirtschaftspolitische Aussage

machen will oder wenn man jemanden, der gezwungen ist, Wirtschaftspolitik zu betreiben, beurteilen will, muß man doch zwischen systemimmanenter und systemtranszendenter Kritik unterscheiden. Man muß doch in der Lage sein, nachzuprüfen, inwieweit etwa ein Wirtschaftspolitiker unter selbst gesetzten oder gegebenen Bedingungen ein bestimmtes Ziel angestrebt hat und inwieweit seine Maßnahmen diese oder jene Wirkung haben oder nicht. Ich habe zu Beginn ausdrücklich betont, daß hier nicht ein theoretisches Modell vorgelegt wird, das allen denkbaren Ansprüchen genügen kann, sondern daß lediglich von der anderen Seite her das, was in der wirtschaftspolitischen Praxis bisher gemacht worden ist, schrittweise verbessert werden soll. Daß dabei zahlreiche Dinge nicht berücksichtigt sind, das Konzept also partialanalytischen Charakter hat, ist völlig klar. Mir ging es jedoch mehr um den Nachweis, daß einige der wesentlichen Nachteile bisher verwendeter Budgetkonzepte mit der dargestellten Weiterentwicklung beseitigt werden können.

Im Zusammenhang mit der These, im Zeitablauf gebe es kein Gleichgewicht, erscheinen mir die Bemerkungen von Herrn Noll widersprüchlich, da er einerseits sagt, ein Gleichgewicht gebe es nicht im Zeitablauf, andererseits aber sinngemäß postuliert, daß man Konjunkturpolitik als Prozeßpolitik auffassen solle, um Gleichgewicht zu realisieren.

Dann kommen die Stichworte Allokation, Redistribution und konjunkturpolitische Zielsetzungen. Damit greife ich gleichzeitig Kritikpunkte von Herrn Neumann auf. Ich habe im Papier deutlich zu machen versucht, daß gerade die Abstimmung zwischen diesen Zielen zu den stabilisierungspolitischen Rahmenbedingungen gehört. Ich habe auch darauf hingewiesen, daß Stabilisierung für die Haushaltspolitik zur Nebenbedingung wird, wenn ich davon ausgehe, daß die Zurverfügungstellung öffentlicher Güter und Leistungen und die redistributiven Zwecke Vorrang haben.

Daraus folgt für das Konzept, daß genau das vereinbar ist, was Herr Neumann bezweifelt. Hier gibt es meines Wissens auch keine Auffassungsunterschiede zwischen dem Sachverständigenrat und mir. Was die Politiker in einer gegebenen Situation auf der Ausgabenseite in Form eines chiffrierten politischen Programms niederlegen, sind eben die von der Stabilisierungszielsetzung her zunächst als gegeben zu betrachtenden allokativen und redistributiven Ziele. Diese müssen dann aber am Produktionspotential als dem Indikator für das volkswirtschaftliche Leistungsvermögen orientiert werden. Das ist eigentlich nur die Regel, die folgt. Der Wissenschaftler sagt hier nicht dem Politiker, was er gefälligst zu tun habe in bezug auf seine Zielsetzungen. Er sagt ihm — u. a. — nur: Für analytische Zwecke muß Du Dir gefallen lassen,

daß wir den Anteil der Ausgabenseite am Produktionspotential als Indikator für die konjunkturellen Wirkungen der Ausgabenseite nehmen.

Daß Unsicherheit berücksichtigt werden muß, ist völlig klar. Es wird hier nicht behauptet, daß mit dem Konzept auf eine Kommastelle genau Effekte berechnet werden können. Es wird nur gesagt, daß ein System von Indikatoren vorgelegt wird, das — über das hinaus, was Herr Neumann meinte — nicht nur ermöglichen soll, festzustellen, wann Effekte in expansiver und kontraktiver Richtung abweichen, sondern auch, inwieweit die Haushaltspolitik nach dem traditionellen Konzept der inflatorischen und deflatorischen Lücke bestimmte gesamtwirtschaftliche Nachfragemengen verringert oder vergrößert hat. Das Konzept schließt also auch nicht ein, daß der Haushaltspolitik auferlegt wird, sie müsse diese Lücke oder das, was in Form des Konjunkturadäquanzindex beziffert worden ist, zu 100 Prozent ausgleichen. Denn — das ist möglicherweise in dem hier vorgelegten Referattext wegen der auferlegten Beschränkungen hinsichtlich der Seitenzahl nicht ganz deutlich geworden, aber in den anderen publizierten Beiträgen ausdrücklich behandelt — wenn mit einem solchen Konzept gemessen wird, werden der Haushaltspolitik Wirkungen zugerechnet, die auch auf andere wirtschaftspolitische Instrumente zurückgehen, insbesondere damit auch Wirkungen der Geldpolitik. Es wäre eine Überforderung der Haushaltspolitik, wenn man sie zwingen wollte, die Gesamtwirkung aller anderen Instrumente dadurch zu kompensieren, daß sie genau auf die hier festgestellten Zahlen, wie sicher sie auch sein mögen, abstellt. Das muß man dabei sehen.

Im übrigen möchte ich, was das Problem Monetarismus/Fiskalismus anbetrifft, auf Herrn Neumann später noch einmal zurückkommen. Nur soviel vorweg: Das Etikett „Fiskalist“ möchte ich mir nicht gern umhängen lassen; ich betrachte mich vielmehr — wenn schon Etiketten erforderlich sind — als Vertreter einer zielorientierten, koordinierten Zentralbank- und Haushaltspolitik.

In bezug auf den Diskussionsbeitrag von Frau Lang habe ich einige Schwierigkeiten mit der dahinter stehenden Vorstellung. Sie haben einerseits gesagt, so etwas wie eine Null-Linie oder einen konjunkturneutralen Wert, von dem aus man Abweichungen messen könne, dürfte es eigentlich gar nicht geben. Sie haben dann aber immer von konjunkturellen Wirkungen gesprochen. Das Konzept, das ich hier vertrete, und auch das Konzept des Sachverständigenrates gehen davon aus, daß als Indikator und als Maß für die konjunkturellen Effekte die Veränderung des Auslastungsgrads genommen wird. Dahinter stehen einfache Wirkungsvorstellungen, die ich mit dem Begriff „Konjunkturkonstanzhypothese“ charakterisiert habe. Sie lassen sich vereinfachend dahingehend zusammenfassen, daß, wenn das Produktionspotential real

wächst, die Vermutung begründet erscheint, der Staat verhalte sich „neutral“ in bezug auf den Auslastungsgrad, wenn er ausgehend von einem adäquaten Basisjahr mittelfristig seinen Anteil am Produktionspotential aufrechterhält und so zusätzliche Ressourcen anteilig in Anspruch nimmt. Es geht dabei darum, eine Referenzlinie festzulegen, von der aus Abweichungen gemessen werden können.

Ein Basisjahr benutzen — um das noch nachzutragen — heißt dabei nicht, auch wenn ich den Begriff „optimal“ verwendet habe (ich habe ihn allerdings bewußt in Anführungszeichen gesetzt), daß damit die theoretisch streng gemessene optimale Kombination aller Ziele verwirklicht sei. Denn weil auf ein gegebenes konkretes Basisjahr zurückgegangen wird, kann es sich immer nur um eine Annäherung an die optimale Verwirklichung der Ziele handeln. Aber es muß doch wohl möglich sein — nur so kann der Wirtschaftspolitiker jedenfalls arbeiten —, eine einigermaßen seinen Vorstellungen entsprechende Kombination der Daten als Vergleichssystem für die Beurteilung der weitergehenden Politik zu nehmen. Sonst entziehen Sie ihm — und sich selbst als Analytiker — den Boden für eine Beurteilung. Im übrigen hat das Basisjahr die Funktion, gerade zu verhindern, daß über einen bloßen Vorjahresvergleich — etwa Haushaltsplan 1968 bezogen auf die Ausgangssituation 1967, wie es in der mittelfristigen Planung meistens geschieht — die Verhältnisse eines Rezessionsjahres fortgeschrieben werden und so getan wird, als ob, wenn man daraus irgendwelche Relationen ableitet, das dann auch mittelfristig konjunkturell richtig sei. Statt dessen hält man sich an eine Größe, die einigermaßen auf einer mittelfristigen Trendlinie liegt.

Ich räume gern ein, daß die Wirkungsvorstellungen erheblich stärker theoretischer und quantitativ-statistischer Untermauerung bedürfen und daß wir dazu ein sehr viel besseres ökonomisches Modell brauchten. Ich habe auch betont, daß der konjunkturgerechte Haushalt Multiplikatoren als positive Elemente aus solchen besseren Modellen herausnehmen und verwenden kann. Aber wir haben leider noch kein Modell, das allen Anforderungen genügen würde.

Darüber hinaus — das habe ich ebenfalls in meinem Referat betont — müssen wir aus dem Blickpunkt der Konsumenten und Anwender dieser Faustregeln berücksichtigen, daß dort auch ein erhebliches Maß an Mißtrauen besteht, sich Experten anzuliefern, die unter Umständen die Politiker durch komplizierte Modelle und undurchschaubare Rechnungen manipulieren könnten. Tatsache ist jedenfalls, daß man sich bis heute in der Bundesrepublik des Saldenkonzeptes oder einer seiner Varianten bedient hat. Man kann daher auch kaum erwarten, daß der Wirtschafts- und Haushaltspolitiker ein erheblich besseres, theoretisch

fundierteres Konzept in absehbarer Zeit tatsächlich übernehmen würde. Ich kann nur versuchen, ihm den Weg dorthin zu ebnet, indem ich die wesentlichen Mängel des alten Konzeptes aufzeige.

Dann noch einmal zur Kritik von Herrn Neumann. Ich glaube auch hier einige Mißverständnisse ausräumen zu müssen. Sicherlich gilt das, was Sie gesagt haben: Das Modell müsse der „wahren“ Struktur entsprechen. Sie haben dankenswerterweise auch gesagt, daß die Monetaristen offenbar auch nicht glauben, genau zu wissen, was die „wahre“ Struktur ist. Insoweit also kein Dissens. Die Frage ist auch wieder nur, wie weit man über die von Ihnen in den Vordergrund gestellten ordinalen Indikatoren hinausgehen kann. Ich meine, man kann es; denn die bekannten Konzepte der inflatorischen und deflatorischen Lücke lassen sich ja, mit welchen Konventionen auch immer, messen. Die Differenz zwischen potentiellm Sozialprodukt als Indikator für das gesamtwirtschaftliche Angebot und tatsächlichem Sozialprodukt als Indikator für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage kann durchaus als Indikator für eine konjunkturelle Fehlentwicklung interpretiert werden. An diese Größe anknüpfend kann man dann zeigen, was beispielsweise unter Verwendung bestimmter Multiplikatorvorstellungen die Haushaltspolitik hätte tun müssen, wenn sie diese Lücke hätte verringern wollen. Das behandelte Budgetkonzept bietet, wenn Sie wollen, im wesentlichen nur eine explizitere Offenlegung der „Werturteile“, mit deren Hilfe gemessen wurde. Ein ökonometrisches Modell ist von daher gesehen nichts anderes als eine erweiterte Sammlung von Annahmen, Prämissen und Definitionen in mathematisch-statistischem Gewande. Nicht zuletzt deswegen hängt auch jeder Multiplikator von der Kausalstruktur des benutzten Modell ab. Auffallend ist nun aber, daß viele Leute, die einfachere Konzepte (wie z. B. Veränderungen von Zuwachsraten) verwenden, sich offenbar wenig Gedanken darüber machen, wie viele Implikationen und verborgene Annahmen in diesen „einfachen“ Konzepten stecken. Wird dagegen ein Konzept vorgelegt, das seine Implikationen offenlegt, entdecken die Kritiker zahlreiche Ansatzpunkte für ihre — sicherlich nicht unberechtigte — Kritik.

Schließlich haben Sie gesagt, ich ginge von einer Welt aus, in der es gar kein Geld gebe. Das sind doch wohl Diskussionspunkte, die eigentlich nicht hierher gehören. Jeder Ökonometriker, der eine einfache Beziehung zwischen zwei Größen schätzt, beschreibt doch nie das ganze Universum; aber er bestreitet auch nicht, daß es existiert. Wenn ich ein Modell verwende, in dem in Geld existierende Größen vorkommen, kann man doch nicht behaupten, ich ginge von einer Welt aus, in der es kein Geld gebe. Ich rechne nur andere Wirkungszusammenhänge — eben wegen der andersartigen Kausalstruktur der Modelle — und rechne sie als Auslöser nicht der Geldpolitik zu, habe aber betont, daß

bei diesem Konzept der Haushaltspolitik Wirkungen angelastet werden, die andere Instrumente, insbesondere auch die Geldpolitik, verursacht haben. Ich bitte auch zu berücksichtigen, daß das Gesamtrahmenkonzept, das dazu gehört, ausdrücklich darauf abstellt, daß die Geldversorgung je nach der Struktur einer Volkswirtschaft und der Art der auftretenden Defizite oder Überschußfinanzierungen sowohl von der Zentralbank- als auch von der Haushaltspolitik beeinflußt werden kann.

Manfred Feldsieper (Köln):

Zu zwei Punkten wollte ich Stellung nehmen, und zwar zu dem, was Herr Neumann gesagt hat: Zur Preisniveausteigerung und zum Geld, das nicht im Konzept sein soll. Ich selbst bin einer, der über die konjunkturneutrale Preisniveaurate nicht gerade glücklich ist, und habe bereits vor Jahren dazu meine Bedenken geäußert. Trotzdem möchte ich sie gegen die Angriffe, die hier erhoben worden sind, doch verteidigen; denn die scheinen mir etwas zu pauschal zu sein.

Es ist nicht zu bezweifeln, daß es sich bei der konjunkturneutralen Preissteigerungsrate per Definition um einen Zirkelschluß handelt. Aber es ist ja nicht so, als ob die Elemente, die die konjunkturneutrale Preisniveausteigerungsrate ausmachen, nicht überprüfbar seien. Sie sind vielleicht nicht hundertprozentig überprüfbar oder eindeutig festlegbar, operationalisierbar also. Insofern bleibt ein gewisser Unschärfebereich. Aber es sind doch einige Teilkomponenten, die der Sachverständigenrat und die auch Herr Biehl in seinem Konzept aufgeführt hat, die durchaus eindeutig überprüfbar sind. Diese würden, so möchte ich annehmen, mindestens 80 bis 90 Prozent der zu erklärenden Rate abdecken. Insofern ist also die Verwendung der konjunkturneutralen Preissteigerungsrate eine Fortentwicklung gegenüber allen anderen Budgetkonzepten, die eine solche Preissteigerungsrate nicht berücksichtigen, vor allem gegenüber dem Full Employment Budget Surplus, wo es so aussieht: Wenn die Inflationsrate bei gegebenen Ausgaben größer wird, steigt der Full Employment Budget Surplus, und somit erhält die Konjunkturpolitik (Finanzpolitik) einen besseren Ausweis.

Zum zweiten Punkt: Geld sei nicht in dem Konzept. Das ist eine grobe Täuschung, möchte ich sagen. Gerade in diesem Konzept ist das Geld in noch besserer Weise erfaßt als in allen anderen Budgetkonzepten, nämlich durch die Tatsache, daß eine sogenannte potentialorientierte Kreditaufnahme in dieses Konzept aufgenommen und dazu eine Regel entwickelt worden ist. Wenn es natürlich bisher noch nicht gelungen ist, Abweichungen von dieser potentialorientierten Kreditaufnahme quantitativ zu gewichten, so liegt das daran, daß uns die Monetaristen und

die Geldtheoretiker noch nicht genügend Meßvorschriften entwickelt haben, wie wir solche Abweichungen, die sich hier ergeben, der Fiskalpolitik gewichtungsmäßig anlasten können, jedenfalls in vergleichbarer oder ähnlich exakter Weise, wie wir das etwa bei Steuereinnahmen tun können, wo wir zumindest bessere Anhaltspunkte haben, zu sagen: Elastizität über 1 ist — mittelfristig gesehen — kontraktiv, Elastizität unter 1 ist expansiv. Das ist uns hier noch nicht gelungen, und da sind die Geldtheoretiker aufgefordert, uns neue Maßstäbe zu liefern.

Otto Gandenberger (Mainz):

Zunächst möchte ich der Stellungnahme von Herrn Biehl ganz weitgehend zustimmen. Ich glaube, daß die meisten der Meinungsverschiedenheiten, die in der Diskussion zutage gekommen sind, darauf beruhen, daß man den Faustregelcharakter dieser Konzepte verkennt, daß man höhere Ansprüche an die Konzepte stellen möchte, als sie leisten können, während die Autoren des Konzepts des konjunkturneutralen Haushalts schon damit zufrieden sind, etwas wesentlich Besseres auf die Beine gestellt zu haben als die herkömmlichen Faustregeln, wie sie in der Tagesdiskussion hinsichtlich konjunktureller Wirkungen von Budgets verwendet werden.

Einen Gedanken, der mich beschäftigt, möchte ich vortragen, insbesondere zum Konzept des konjunkturneutralen Haushaltes und des Full Employment Budget Surplus. Ein gemeinsamer Kern dieser beiden Konzepte und vielleicht der Kernpunkt des Full Employment Budget Surplus überhaupt scheint mir zu sein, daß die Wirkungen der automatischen Flexibilität des Steuersystems nicht als Stabilitätsbeitrag einer Regierung angesehen werden. Wir haben die preisniveaubedingten und die auslastungsbedingten Schwankungen des Steueraufkommens, die man herauszurechnen versucht. Begründung dafür — wir haben es vom Referenten gehört —: Nur diskretionäre Maßnahmen, so hat er gesagt, haben Impulscharakter. Die Wirkung der „built-in flexibility“ ist endogen bestimmt, sie ist Reflex, nicht Komponente der konjunkturellen Entwicklung.

Im Ergebnis stimme ich dem zu. Ich frage mich nur, wie man eigentlich diesen Ansatz begründen kann. Kann man ihn rein ökonomisch begründen, oder liegt nicht da ein ganz zentrales politisch-normatives Problem, das vielleicht verdiente, noch deutlicher offengelegt zu werden? Der Referent hat verschiedentlich auf die normative Grundlage in Verbindung mit den positiven Elementen, die in das Konzept eingehen, hingewiesen. Mir scheint jedoch, als ob das Wort „endogen“ diesen normativen Zusammenhang verdeckt. Es geht, wie ich meine,

hier in Wirklichkeit nicht um die Endogenität der Aufkommensschwankungen als solcher, sondern darum, daß kraft endogener Zusammenhänge bewirkte Aufkommensschwankungen, selbst wenn sie stabilitätsfördernd wirken — ich brauche nicht auf die ganze Diskussion zur automatischen Flexibilität des Steuersystems hier einzugehen —, der Regierung nicht als Stabilitätsbeitrag gutgeschrieben werden sollten. Die Begründung hierfür muß man, wie ich meine, nicht in ökonomischen, sondern in politischen Zusammenhängen und Wertungen suchen. Die reine Passivität wird hier als geringere politische Leistung oder als keine Stabilisierungsleistung gewertet. Die Begründung dafür wäre in Downsschen Bahnen zu suchen. Diskretionäre Steueränderungen, so könnte man vielleicht vergrößernd sagen, kosten mehr Stimmen als das bloße Durchhalten des Wirkens der automatischen Flexibilität. Daß dieses Durchhalten aber, auch politisch, mit immer höheren Preisen verbunden ist im Zuge eines zunehmenden Lernprozesses bei wachsenden Inflationsraten, haben wir in den letzten Jahren erlebt, wo die Regierung ganz stark unter Druck geraten ist, ihre Steuerparameter zu ändern. Also passive Steueränderungen — das scheint mir hinter der Nichtanrechnung endogener Schwankungen zu stehen — werden von den Bürgern weniger stark wahrgenommen — deshalb weniger stark wahrgenommen, so muß man doch wohl sagen, weil sie weitgehend einer Illusion unterliegen. Diese Steuerillusion, dieses andersartige Reagieren der Bürger auf Aufkommensschwankungen bei diskretionären und bei passiven Schwankungen, scheint mir die Basis der Konzepte darzustellen. Ich möchte nur darauf hinweisen. Im Ergebnis bin ich einverstanden. Nur, das sollte vielleicht einmal deutlich gemacht werden.

Die Frage ist, welche Konsequenzen es hätte, wenn diese Belastungsillusion, die ohnehin im Schwinden begriffen ist — die immer noch da ist, aber wegen des Inflationsprozesses geringer wird —, einmal ganz verschwinden würde. Da frage ich, wenn sie vollständig schwände, ob wir dann nicht wieder da stünden, wo wir vorher standen, nämlich bei den unkorrigierten Saldenkonzepten.

Der andere Punkt ist nur eine Frage ganz konkret zum Full Employment Budget Surplus. Da sagten Sie, Herr Biehl, daß hier eine Verbindung mit der Geldversorgung geschaffen wird. Nun ist es aber beim Full Employment Budget Surplus doch so, daß die Essenz dieses Budgetkonzepts gerade darin besteht, daß der Budgetsaldo korrigiert wird um die automatischen Auslastungsschwankungen, daß wir also gar nicht den tatsächlichen Budgetsaldo haben, von dem aus die monetären Wirkungen ausgehen. Insofern verstehe ich nicht recht, wieso Sie sagen, daß hier monetäre Wirkungen fiskalischer Maßnahmen eingehen.

Manfred Rose (Heidelberg):

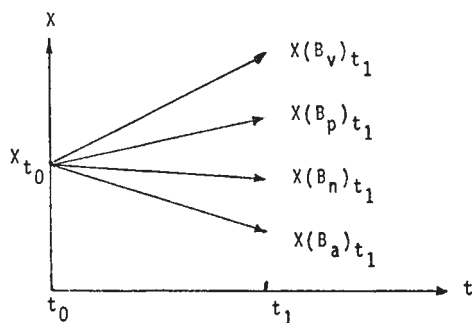
Ich möchte zu der Frage Stellung nehmen, ob die mit den Budgetkonzepten entwickelten Methoden grundsätzlich einen erfolgversprechenden Weg darstellen, die Stabilisierungswirkungen veränderter finanzwirtschaftlicher Staatsaktivitäten messen zu können. Bereits auf Seite 857, Herr Biehl, wird von Ihnen das meines Erachtens verfehltete Untersuchungsziel angesprochen, das man mit den Budgetkonzepten verfolgt, wenn Sie etwa von den Wirkungen öffentlicher Haushalte sprechen. Denn dieser Anspruch stellt sich als nicht realisierbar heraus. Wirkungen des Gesamthaushalts lassen sich kaum empirisch ermitteln. Hieße es dann nicht im Grunde genommen, die gesamte finanzwirtschaftliche Staatsaktivität zu neutralisieren?

Auf Seite 867 fordern Sie weiterhin eine Meßvorschrift zur Bestimmung derjenigen Effekte, die konjunkturneutral sind. Zunächst einmal müßte es wohl heißen: Bestimmung desjenigen Haushalts, oder besser: derjenigen Haushaltsänderungen, deren Wirkungen konjunkturneutral sind bzw. einen einmal erreichten staatlichen Auslastungsgrad des Produktionspotentials unverändert lassen.

Für welches Niveau und für welche Struktur finanzwirtschaftlicher Staatsaktivitäten gilt dies nun?, haben wir uns zu fragen. Wenn ich hierauf eine Antwort geben sollte, würde ich behaupten: Dieser Forderung genügt eine ziemlich große Menge öffentlicher Haushalte. Welchen gilt es dann auszuwählen? Sie haben in Ihrer Einführung heute früh darauf hingewiesen, es sei nicht daran gedacht, einen solchen konjunkturneutralen Haushalt zu fahren. Damit lehnen Sie meines Erachtens explizit das Bezugssystem, das Sie wählen, als eine mögliche haushaltspolitische Alternative ab. Ich meine, es müßte sich demgegenüber um einen Haushalt handeln, der für die relevante Untersuchungsperiode eine realisierbare Alternative für die wirtschaftspolitischen Entscheidungsträger darstellt. Dann ist es aber beispielsweise sinnlos, von einem konjunkturneutralen Haushalt zu sprechen.

Die mit den Budgetkonzepten bisher eingeschlagenen Methodenwege sind hingegen durch Produktionsumwege charakterisiert. Wir haben gestern schon einmal darüber gesprochen, Herr Biehl. Besonders deutlich wird das meines Erachtens — damit komme ich schon zum Abschluß meiner Stellungnahme — auf Seite 876 f. Ihres Papiers. Dort ermitteln Sie nach dem konjunkturellen Effekt KE den konjunkturell erforderlichen Effekt KE_f und stellen fest, daß sich die Differenz als Differenz zwischen Produktionspotential bei Normalauslastung und dem tatsächlichen Produktionsniveau repräsentiert. Das ist jedoch ex post bekannt und bedarf eigentlich nicht des von Ihnen eingeschlagenen Produktionsumweges.

Meine These lautet demgegenüber: Es geht primär um die Beurteilung verschiedener realisierbarer Budgetalternativen. Einen konjunkturneutralen Haushalt oder ähnliche — verzeihen Sie mir den Ausdruck — Mißgebilde benötigen wir hierzu nicht. Vielleicht darf ich das ganz kurz anhand einer Zeichnung demonstrieren.



Wenn Sie einmal in diesem Koordinatensystem mit der Zeitachse t und der Ordinate Y für das Sozialprodukt die Ergebnisse der Diagnose bzw. Prognose in t_0 für die Zeitperiode t_1 demonstrieren, dann haben Sie zunächst ein Sozialprodukt einzutragen, das abhängig ist vom aktuellen Budget B_a , d. h. $X(B_a)$. Ferner gibt es mit Sicherheit ein Sozialprodukt, wozu auch ein bestimmtes Budget B_v erforderlich ist, das die Vollausslastung der Produktionskapazitäten sicherstellt, d. h. $X(B_v)$. Dann haben Sie in der Regel, wenn Sie Alternativen bewerten, noch irgendeine andere Alternative B_p , die als potentiell Budget eine Alternative zu dem aktuellen Budget darstellt. Es geht meines Erachtens darum, diese drei Alternativen irgendwie als politisch machbare Alternativen zu überdenken. Jetzt legen Sie hier irgendwo noch einmal ein Budget B_n hinein, das Sie konjunkturneutral nennen. Ich meine, um die drei Alternativen B_a , B_v und B_p beurteilen zu können, brauchen Sie das Budget B_n nicht, und das hierzu gehörende Sozialprodukt $X(B_n)$ benötigen Sie auch nicht.

Erlauben Sie mir noch eine kleine Analogie aus dem betriebswirtschaftlichen Bereich. Wenn ich die Gewinneffekte des geltenden Lohnsatzes von 10 DM beurteilen will, so werde ich das eventuell gegenüber einem solchen von 9 oder 11 DM tun. Zur Beurteilung dieser Alternativen — 9 DM scheiden wahrscheinlich schon aus — benötige ich nicht die Kenntnis der Gewinnsituation eines Lohnsatzes von 2 DM als Nulllinie, bei dem der Betrieb wohl stillgelegt werden müßte. Das wäre dazu zu sagen.

Matthias Thoma (Würzburg):

Ich möchte eine Bemerkung zum Zusammenhang zwischen Staatsausgaben und Produktionspotential machen. Die Staatsausgaben dienen einmal der Nachfrage nach Gütern, darunter befinden sich auch im Sinne der VGR Vorleistungen. Außerdem dienen sie der Nachfrage nach Arbeitskräften und sie enthalten Übertragungen. Das Produktionspotential andererseits stellt eine Art maximal mögliches Brutto-sozialprodukt oder Bruttoinlandsprodukt dar; der Unterschied spielt keine Rolle. Das Bruttoinlandsprodukt ist wiederum definiert als eine Summe der produzierten Güter in der Volkswirtschaft, die auch in letzte Verwendung gelangen. Letztlich ist also das Bruttoinlandsprodukt der Produktionswert abzüglich der Vorleistungen.

Wird nun eine Quote „Staatsausgaben zu Produktionspotential“ gebildet, so stellt sich die Frage, ob diese Quote überhaupt sinnvoll sein kann. Denn es werden Güter einschließlich Vorleistungen plus Arbeitsentgelte plus Übertragungen in Relation gesetzt zu Gütern ohne Vorleistungen.

Die Frage nach einer sinnvollen Quote könnte eventuell in die Richtung gehen, Güter zu Gütern in Relation zu setzen. Dann käme man zu einem Ansatz, der das Angebot an staatlichen Gütern in Relation zu der Gesamtsumme der Güter in der Volkswirtschaft, also des Produktionspotentials setzt. Dies wäre der Punkt, in dem die Theorie öffentlicher Güter eine Rolle spielen würde, die besagt: Der Staat produziert kollektive Güter, Private fragen solche Güter als öffentliche Güter nach.

Welche Konsequenzen ergeben sich aus diesen Überlegungen für den Zusammenhang zwischen sogenannter konjunkturneutraler Ausgaben-gebarung und dem Konjunkturverlauf? Aus der Theorie der öffentlichen Güter kann man folgern: Bei einer Erhöhung des Angebots an staatlichen Gütern, z. B. auf Grund der Erhöhung der Staatsausgaben — daß hier in der VGR eine definitorische Gleichsetzung besteht, darauf kann ich jetzt nicht eingehen —, ergibt sich möglicherweise eine Veränderung des Nachfrageverhaltens nach privaten Gütern, z. B. als Folge von substitutionalen oder komplementären Beziehungen zwischen der Nachfrage nach öffentlichen und privaten Gütern. Das bedeutet einen möglichen Einfluß auf den Konjunkturverlauf im privaten Sektor. Wählt man nun die vom Referenten vorgetragenen Ansätze zur Budgetpolitik, so kann meiner Meinung nach diese Wirkung gar nicht gesehen werden, obwohl sie keinesfalls ausgeschlossen werden kann.

Manfred J. M. Neumann (Berlin):

Ich sprach über das Modell von Herrn Biehl. Mir ist nur ein Modell bekannt, das 1971 publiziert wurde: Dort bildet die Investition eine

Funktion des Volkseinkommens von einem Quartal oder vor einem Jahr¹. Auf jeden Fall ist der Zins nicht enthalten. Soviel zu den Fakten.

Und noch mehr zu den Fakten! Ich wurde hier so heftig angegriffen, weil ich gesagt habe: Das Geld ist nicht enthalten. Das kann man verschieden interpretieren. In diesem Modell, das zu studieren jedermann empfohlen wird, gibt es kein Geld. Zwar wird in nominellen Größen gerechnet. Deswegen ist aber noch nicht das Geld enthalten. Wenn ich sage: Es gibt kein Geld, dann meine ich: Geldpolitik spielt keine Rolle und hat keine Wirkung. In diesem Modell hat Geldpolitik keine Wirkung. Soviel zu den Fakten.

Dieter Biehl (Kiel):

Ich will versuchen, so gut es in der Kürze der Zeit geht, in der Reihenfolge der Wortmeldungen zu antworten. Zunächst die Fragen von Herrn Gandenberger in bezug auf die endogenen Aufkommensschwankungen und ihre konjunkturpolitische Bewertung. Ich muß gestehen, daß ich nicht alle Implikationen dieser Frage übersehe. Sie haben sicherlich recht — ich habe das auch mehrmals betont —, daß grundsätzlich in jedem dieser Aspekte normative Elemente stecken. Ich weiß allerdings nicht, ob ich in diesem speziellen Punkt Ihnen so weit folgen würde.

Nach dem Konzept des konjunkturneutralen und des konjunkturgerechten Haushalts werden solche Steueraufkommensänderungen, die bei gegebenem Steuerrecht proportional zu Änderungen des Sozialprodukts als dem Indikator für die gesamtwirtschaftliche Nachfrage sind, als konjunkturneutral bewertet, da sie lediglich Reflex der privaten Wirtschaftstätigkeit sind. Nur den sogenannten progressiven Mehr- oder Mindereinnahmen kommt also danach ein kontraktiver oder expansiver Effekt zu. Im Vergleich zum traditionellen Saldenkonzept wirkt sich dies dahin aus, daß beispielsweise bei gegebenen Ausgaben im Rezessionsfall eine proportional zum Sozialprodukt sinkende Steuerdeckungsquote (also ein absolut zunehmendes Defizit) nicht als expansiv, sondern als neutral gilt. Kriterium dafür ist wieder die Vermutung, daß der Staat bei unverändertem Ausgabenanteil am Produktionspotential den ihm zuzurechnenden Auslastungsgrad des Produktionspotentials konstant hält. Auch diese Bewertung folgt also aus der Wahl des Auslastungsgrades sowohl als Indikator für konjunkturelle Schwankungen als auch als Indikator für konjunkturelle Effekte haushaltspolitischer Maßnahmen. Beim Saldenkonzept wird dagegen dem Haushaltspolitiker

¹ Vgl. D. Biehl u. a., Zu den konjunkturellen Wirkungen der Haushaltspolitik in der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1970, in: Die Weltwirtschaft, 1971. H. 2, S. 134.

der Eindruck vermittelt, schon eine „passive“ Politik sei in vollem Umfang expansiv, weil sie im Rezessionsfall zu einem absolut steigenden Defizit führt. Die Bewertung der Haushaltspolitik als neutral an Stelle von expansiv bedeutet aber keineswegs eine schlechtere „Note“ für die Haushaltspolitik — sie verschiebt gleichsam nur das allgemeine Notenniveau so, daß bereits „neutral“ auch im Rezessionsfall eine positive Bewertung bedeutet. Aus diesem Blickwinkel betrachtet dürfte ein wesentlicher Teil Ihrer Bedenken meines Erachtens ausgeräumt werden können.

Dann zum Full-Employment-Budget-Surplus-Konzept und seiner Beziehung zur Geldversorgung. Ich habe mich darauf bezogen, daß das Full-Employment-Konzept in seiner Surplus-Variante einen Haushaltsüberschuß postuliert. Das hängt damit zusammen, daß in der Zeit, als dieses Konzept entwickelt wurde, die USA ein hochprogressives Steuersystem hatten, was bei den relativ geringen Ausgabensteigerungen zu Überschüssen führte. Die hat man praktisch zur Norm erhoben und damit implizit argumentiert, es entspräche der Struktur der US-Wirtschaft, wenn der Überschuß zur Schuldenzahlung verwendet würde. Damit sehe ich implizit die Verbindung zur Geldseite hergestellt. Umgekehrt läuft in einem Land, das überwiegend Haushaltsdefizite hat, offensichtlich ein Teil der Geldversorgung über diesen Kanal, falls diese Defizite zentralbankfinanziert werden.

Ich komme zu den Diskussionspunkten von Herrn Rose. Seine These lautet: Die Wirkungen des Gesamthaushalts sind nicht ermittelbar. Das ist zwar eine häufig vertretene These; es gibt aber auch gegensätzliche Auffassungen. Ich meine, das hier vorgetragene Konzept braucht nicht in diesem Streit zu stehen. Bei diesem Konzept wird bei Verwendung des Pure-Cycle-Ansatzes nichts anderes getan, als mit Hilfe des gesamten Mischsystems privater / öffentlicher Bereich — aus dem, wie ich bereits gestern betont habe, der Staat materiell nicht herausgelöst werden kann — Multiplikatoren zu schätzen. Entsprechen diese Multiplikatoren einigermaßen den „wahren“ Werten, dann kann rein rechnerisch ein Niveau der Effekte berechnet werden — eben der „pure cycle“ —, von dem aus Effekte berücksichtigt werden können. Es ist völlig klar, daß das nicht in irgendeiner Weise die Beschreibung einer Wirtschaft ohne Staat bedeutet. Es handelt sich lediglich um ein heuristisches Konzept zur Gewinnung einer rechnerischen Referenzgröße. Da immer nur die zu dieser rechnerischen Referenzgröße gemessenen Veränderungen der konjunkturneutralen Salden verglichen werden, braucht das Konzept nicht den Einwand gegen sich gelten zu lassen, daß es Gesamthaushaltswirkungen zu ermitteln versuche, die nicht ermittelbar seien.

Der nächste Punkt bezog sich auf Unterschiede der Haushaltsstruktur. Das ist eine reine Frage der Verwendung des Modells. Ich betone, daß dieses Konzept mit jedem beliebigen Modell, daß die positiven Multiplikatorinformationen liefert, verbunden werden kann. Es hängt dann auch nur von dem benutzten Modell und den ihm zugrunde liegenden statistisch überprüften Annahmen in bezug auf signifikante unterschiedliche Wirkungen ab, wie weit ich in bezug auf Ausgaben- und Einnahmenkategorien differenziere. Je stärker differenziert wird, desto mehr unterschiedliche Multiplikatoren fallen an. Wir haben einige Kategorien unterschieden (z. B. Personalausgaben, Investitionsausgaben, Käufe von Gütern und Diensten, direkte Steuern, indirekte Steuern, Transferzahlungen), weil sie relativ stark abweichende Multiplikatoren aufweisen. Unterschiedliche Multiplikatoren bedeuten, daß auch die Änderung der Haushaltsstruktur Effekte hat; diese werden automatisch entsprechend der tatsächlich im Haushalt gegebenen Anteile dieser Kategorien bei der Multiplikatorgesamtwirkung mit berücksichtigt und gehen damit in die Beurteilung ein. Aber auch hier gibt es noch viele Möglichkeiten für Verbesserungen und Erweiterungen.

In bezug auf einen weiteren Punkt hat es wahrscheinlich ein Mißverständnis gegeben. Ich habe nicht abgelehnt, daß ein konjunkturneutraler Haushalt gefahren werden solle. Ich habe nur erklärt, daß dieses Konzept nicht in dem Sinne normativ sei, daß der Haushaltspolitik jetzt immer vorgegeben werde, sich nur konjunkturneutral zu verhalten. Der konjunkturneutrale Haushalt ist einerseits ein Meßkonzept, um Abweichungen von Konjunkturneutralität messen zu können und sagen zu können, was expansiv oder kontraktiv ist. Das ist, wenn Sie wollen, eine „Meßkonvention“, aber in jedem Falle eine besser begründete als beim Saldenkonzept und anderen Konzepten. Andererseits ist natürlich ein konjunkturneutraler Haushalt immer dann auch als Planungskonzept und als Anweisung zum Handeln relevant, wenn es um die Festlegung der mittelfristigen Finanzplanung geht oder wenn in einem einzelnen Haushaltsjahr die gegebene konjunkturelle Situation der mittelfristig angestrebten entspricht, so daß die Haushaltspolitik weder expansiv noch kontraktiv wirken soll. Aber konjunkturneutral heißt dann immer noch: mit der aus der Strukturkonstanzhypothese via Basisjahr abgeleiteten Relation zwischen Ausgaben- und Einnahmenseite.

Herr Rose hat die These aufgestellt, der konjunkturneutrale Haushalt sei ein „Produktionsumweg“ zur Beurteilung verschiedener Haushalte. Das vermag ich nicht ganz einzusehen. Ohne ein Referenzsystem zur Beurteilung Ihrer Alternativen B_p und B_a auf Zieladäquanz haben Sie keine Möglichkeit, die beiden miteinander sinnvoll zu vergleichen. Sie können bestenfalls sagen: Im Vergleich zu B_a ist B_p in irgendeinem

Sinne expansiver oder kontraktiver, und B_p ist im Vergleich zu B_u wieder anders zu bewerten. Ein solcher *relativer* Vergleich von Alternativen bringt nicht viel mehr als der bekannte Vorjahresvergleich — die Aussage, der Haushalt 1968 sei im Vergleich zu 1967 „expansiver“, enthält wenig Informationen, wenn ich nicht weiß, ob der Haushalt 1967 selbst gerade neutral oder expansiv oder kontraktiv gewesen ist. Sie müßten eigentlich implizit eine weitere Norm haben, etwa die, die Sie mit B_v angeben. Ich könnte mir vorstellen, daß das, was Sie unter B_v verstehen, gerade dem entspricht: nämlich ein Haushalt, der sich unter der Strukturkonstanzhypothese für den Fall der Übereinstimmung von Vollbeschäftigungseinkommen mit tatsächlichem Sozialprodukt ergibt. Das ist insofern eine „Meßlatte“ mit hypothetischem Charakter als der tatsächliche Haushalt oder das tatsächliche Sozialprodukt anders aussehen kann, aber für den Fall, daß wir annäherungsweise tatsächlich zieladäquates Gleichgewicht haben, auch mit dem tatsächlichen Haushalt wieder zusammenfallen kann. Insofern sehe ich nicht, wie Sie zwei alternative Haushalte in bezug auf vorgegebene Ziele miteinander vergleichen wollen, ohne implizit oder explizit ein „tertium comparationis“ zu haben.

Dann zu Herrn Thoma. Sie haben Probleme angesprochen, die sicher wesentlich sind für die weitere Verbesserung des Konzepts. Wir haben bisher noch sehr grob gearbeitet; es kann aber von hier aus weitergegangen werden etwa in Richtung nur auf reine inlandswirksame Ausgaben. Es kann auch weitergegangen werden in Richtung einer stärkeren Abschtichtung etwa von Ausgaben, die in den Kreditsektor hineinreichen: Darlehen, Bürgschaften usw. Hier sind sicherlich die einzelnen Kategorien der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung darauf hin zu überprüfen, inwieweit sie dem Konzept entsprechend stärker differenziert werden müssen. In diesen Zusammenhang gehören auch Unterscheidungen etwa zwischen Rentabilitätseffekten und Liquiditätseffekten von Instrumenten. Es gibt ferner Probleme durch die „Vorleistungen“. Aber sie tauchen in sehr vielen anderen Fällen auch auf, wo man Komponenten der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in Beziehung zueinander setzt. Zusätzliche Probleme bestehen darin, wie weit das Sozialprodukt richtig gerechnet wird, wenn man an nicht berücksichtigte Inputs denkt (z. B. Verbrauch an „Umwelt“ usw.). Alle damit zusammenhängenden Einschränkungen der Aussagefähigkeit des Konzepts sind sicherlich wichtig und geben wesentliche Hinweise für die weitere Verbesserung des Konzepts. Trotz aller dieser Beschränkungen ist das Konzept aber meines Erachtens bereits in der vorgelegten Form in Anbetracht der sonst verfügbaren Informationen ein durchaus brauchbares Instrument zur Bewertung konjunktureller Wirkungen öffentlicher Haushalte.

Manfred Rose (Heidelberg):

Zunächst zur Feststellung der konjunkturellen Effekte des Gesamthaushalts. Sie werden mir doch zustimmen, daß in der Literatur und von Ihnen immer wieder vom konjunkturneutralen Budget, von dem Budgetkonzept usw. gesprochen wird. Wenn Sie das nicht meinen, dann sprechen Sie doch von konjunkturneutralen Budgetänderungen!

Wenn sie sagen, daß Sie im Sinne des Pure-Cycle-Konzepts vorgehen, werden Sie als Bezugssystem z. B. das Vorjahresbudget wählen. Halten Sie die Transferausgaben des Vorjahres für eine mögliche politische Alternative, so können Sie natürlich Ihre konjunkturellen Effekte aufrechnen. Ebenso natürlich müssen Sie dabei aber auch einkalkulieren, daß bei Realisation des Bezugssystems, d. h. nur die gestrigen Transfers werden auch heute geleistet, mit dem Hungertod von einigen der neuen potentiellen Transferempfänger zu rechnen ist.

Dann sagten Sie: Wenn das Sozialprodukt $X(B_n)$, das mit dem konjunkturneutralen Haushalt verbunden ist, wegfallen würde, hätten Sie keine Bezugsnorm mehr. In diesem Falle müßte ich eine Gegenbehauptung aufstellen: Dann gilt nämlich wirklich das, was vorhin schon einmal behauptet wurde: Sie wissen gar nicht, was Sie messen wollen. Es geht doch z. B. darum, daß, bezogen auf die Produktionsauslastung, im Sinne der Gleichgewichtstheorie eine normal ausgelastete Produktionskapazität erreicht werden soll. Weiter braucht man nichts als Bezugspunkt für die Beurteilung verschiedener Budgets (z. B. B_a und B_p). Dann benötige ich also nicht noch eine dritte Norm, um festzustellen, welches von diesen beiden Budgets das bessere wäre.

Dieter Biehl (Kiel):

Wenn Sie es nur in dem Sinne meinen, daß Sie zur Beurteilung der Frage, ob ein Haushalt konjunkturgerecht ist, nicht notwendigerweise ein Konzept des konjunkturneutralen Haushalts brauchen, stimme ich Ihnen zu. Ich habe dieses Konzept nur deswegen verwendet, weil es in der Abfolge der Entwicklung der Konzepte einen Markstein darstellt und weil man das, was dieses Konzept als Abweichung von Neutralität mißt, sofort wieder daraufhin beurteilen kann, inwieweit es auch konjunkturgerecht ist.

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Ich hoffe, das Auditorium hat Verständnis dafür, daß ich die Diskussion gerade über dieses Problem relativ laufen ließ. Wir haben mit dem

Problem der Budgetkonzepte einen Gegenstand behandelt, hinsichtlich dessen die Praxis in besonderem Maße auf eine Antwort oder zumindest auf Anregungen von unserer Seite wartet. Ich glaube, in dieser Richtung sind in reicher Fülle Gedanken geäußert worden.

Öffentliche Einnahmenpolitik im Dienste der Stabilisierung

Von Walter Wittmann, Freiburg (Schweiz)*

1. Einleitung

Oberstes Ziel der Stabilisierungspolitik ist das „gesamtwirtschaftliche Gleichgewicht“, das im Stabilitätsgesetz der Bundesrepublik Deutschland wie folgt spezifiziert wird: „Die Maßnahmen sind so zu treffen, daß sie im Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung gleichzeitig zur Stabilität des Preisniveaus, zu einem hohen Beschäftigungsgrad und außenwirtschaftlichem Gleichgewicht bei stetigem und angemessenen Wirtschaftswachstum beitragen“. Zu Recht und wiederholt hat der „Sachverständigenrat“ die Berücksichtigung des Verteilungsproblems gefordert. Zwar werden steuerliche Maßnahmen meist unter allokativen Aspekten ergriffen, die von den Steuern Betroffenen interessieren sich aber primär für die Verteilungswirkungen.

Bei den nachfolgenden Überlegungen konzentrieren wir uns auf die einnahmenpolitischen Möglichkeiten der Beeinflussung des *Beschäftigungs- und Preisniveaus*, und zwar unter Beachtung der *Distributionswirkungen*. Wir vernachlässigen das außenwirtschaftliche Gleichgewicht und nehmen gleichzeitig an, das wirtschaftliche Wachstum sei in Wirklichkeit weitgehend das Ergebnis der (kurzfristigen) Konjunkturpolitik, die die übrigen Wachstumsfaktoren unterstützt.

Innerhalb der öffentlichen Ausgaben weisen lediglich die *Infrastrukturinvestitionen* kurzfristig eine gewisse Flexibilität auf; dieser Spielraum reicht jedoch im allgemeinen nicht aus, um im Rahmen der Finanzpolitik Stabilisierungsziele ohne zusätzliche Maßnahmen zu verwirklichen. Auf die *öffentliche Einnahmenpolitik* kann daher nicht verzichtet werden. Es wird hier allerdings nicht untersucht, ob diese wirksamer ist als monetäre und andere finanzpolitische Eingriffe. Im weiteren ist es selbstverständlich, daß einnahmenpolitische und mone-

* Geboren am 20. Dezember 1935 in Disentis (Graubünden). 1956 - 1963 Studium der Wirtschaftswissenschaften in Freiburg (Schweiz), Münster und Louvain. 1960 Promotion zum Dr. rer. pol. und 1963 Habilitation (Volkswirtschaftslehre und Finanzwissenschaft) an der Universität Freiburg (Schweiz). Anschließend Privatdozent, von 1965 - 1967 Forschungsprofessor und ab 1967 ordentlicher Professor (Finanzwissenschaft und schweizerische Wirtschaftspolitik) an der genannten Universität.

täre Maßnahmen zusammen und aufeinander abgestimmt ergriffen werden müssen. Ferner dürfen zusätzliche Einnahmen dann nicht verausgabt werden, wenn eine expansive Wirkung (Havelmo-Effekt) unerwünscht ist. Im Rahmen der Einnahmenpolitik kann zumindest kurzfristig kein nennenswerter Einfluß auf das (Wachstum des) *Produktionspotential(s)* genommen werden; die Ausnahme bilden private Investitionen mit einer kurzen Ausreifungszeit bzw. einem (bereits) kurzfristig eintretenden Kapazitätseffekt. Deshalb und im Sinne einer Akzentsetzung verzichten wir auf die Berücksichtigung der Einnahmen- und besonders Steuerwirkungen auf den *Arbeitseinsatz*.

In den Mittelpunkt der Überlegungen rücken die *privaten Investitionen* und der *private Konsum* als wichtige Aggregate der *Gesamtnachfrage*. Die *built-in-flexibility* des Steuersystems wird hier nicht berücksichtigt, denn sie ist in Wirklichkeit keineswegs das einfache und wirksame Mittel der Stabilisierung des Wirtschaftsablaufs, das lange sozusagen als „Wunderwaffe“ angepriesen wurde. Mithin geht es im folgenden um *diskretionäre* steuerliche Maßnahmen, wobei die Bedeutung der *Formelflexibilität* durchaus nicht vernachlässigt werden soll. Auf die mögliche Rolle von *Stabilisierungsanleihen* können wir angesichts des vorgegebenen Rahmens des Beitrages nicht eingehen.

2. Die Einkommenssteuer

Veränderungen bei der Einkommenssteuer, insbesondere in Form von prozentualen Zuschlägen auf die Steuerschuld, sind nicht nur Instrumente mit kontraktiver bzw. expansiver Wirkung im Stabilitätsgesetz der Bundesrepublik Deutschland, sie erfreuen sich darüber hinaus einer erheblichen Beliebtheit in den westlichen Industriestaaten. Solche Maßnahmen bei der Einkommenssteuer zielen auf den privaten Konsum und damit auf die globale Nachfrage. Für die Erreichung dieses Zieles ist entscheidend, wie die Betroffenen bei der Aufteilung des verfügbaren Einkommens auf Konsum und Sparen reagieren; der Stabilisierungseffekt ist um so höher, je stärker die Maßnahmen bei der Einkommenssteuer den privaten Konsum beeinflussen. Die tatsächlichen Steuerwirkungen auf den privaten Konsum werden dabei entscheidend durch die Verfügbarkeit von *Konsumentenkrediten*, *durch Entsparen*, *die Verminderung des Sparens aus dem laufenden Einkommen* sowie *von der Durchsetzung zusätzlicher Einkommensforderungen* bestimmt.

Die stabilisatorische Wirksamkeit hängt nicht zuletzt von der *absoluten und relativen Höhe der Veränderung der individuellen steuerlichen Einkommensbelastung* ab, wobei deren Relation zu den eben angeführten Bestimmungsfaktoren von großer Bedeutung ist. Die Zuschläge zur Einkommenssteuer sollten jeweils so groß sein, daß sie

in den breiten Einkommensschichten zu einer hohen Veränderung des privaten Konsums führen. Da aber den Belastungserhöhungen aus psychologischen, steuertechnischen und politischen Gründen Grenzen gesetzt sind, sind flankierende Maßnahmen zur Verminderung der Ausweichmöglichkeiten unerlässlich. Im Mittelpunkt steht eine wirksame Einschränkung und noch besser ein Verbot von Konsumentenkrediten. Ob man die Einkommensforderungen der breiten Einkommensschichten (Arbeitnehmer) mit steuerlichen Maßnahmen dämpfen kann, wird später untersucht. Hier stehen weiterhin nur die Wirkungen der Einkommenssteuer auf den privaten Konsum und damit auch auf das Sparen, d. h. auf die *Einkommensaufteilung*, zur Diskussion.

Erfahrungsgemäß sind die Wirkungen einer Erhöhung oder Senkung der Einkommenssteuerbelastung je nach *Einkommensschicht* unterschiedlich. In den unteren und breiten Einkommensschichten, die entweder nicht oder nur in *vertraglicher Form* sparen, führt eine Erhöhung der Steuerbelastung im wesentlichen zu einer entsprechenden Einschränkung des privaten Konsums. Sobald jedoch nicht nur vertraglich, sondern auch freiwillig gespart wird — diese Sparneigung nimmt mit wachsendem Einkommen zu — und die Einkommensaussichten optimistisch beurteilt werden, führt die Erhöhung der Einkommenssteuerbelastung in diesen Einkommensschichten zu einer entsprechenden Senkung des freiwilligen Sparens. Es ist allerdings auch anzunehmen, daß Vermögen zu Konsumzwecken verwendet wird.

In welchem Ausmaß der Konsum jeweils eingeschränkt wird, hängt unter den geschilderten Verhältnissen entscheidend davon ab, wie das veränderte Aufkommen aus der Einkommenssteuer sich auf die Einkommensschichten verteilt, die ihren Konsum nicht variieren können. Ein erheblicher Prozentsatz der Einkommensbezieher verfügt lediglich über Einkommen, die unter der *Steuerfreigrenze* liegen. Gleichzeitig sind die hohen und langfristig meist proportional mit den Einkommen wachsenden *Frei- und Pauschalbeträge*, die die Bemessungsgrundlage und damit die Wirkungsmöglichkeiten der Einkommenssteuer beschränken, zu beachten. Aus verteilungspolitischen Gründen ist diese Entwicklung nicht zu vermeiden. Von der Erhöhung der Einkommenssteuer werden vor allem Einkommensbezieher mit relativ hohen und vertraglich bestimmten Sparbeträgen betroffen, deren Anteil an der Erhöhung der Konsumgüternachfrage relativ gering ist.

Weiter spielt auch die *Fristigkeit* von Veränderungen bei der Einkommenssteuer eine Rolle. Werden die Maßnahmen im voraus auf ein Jahr befristet, dann gehen sie vor allem zu Lasten der Ersparnisse, während bei im voraus zeitlich unbeschränkten Erhöhungen eher ein Anpassungsprozeß in Richtung einer Einschränkung des Konsums aus-

gelöst wird¹. Im allgemeinen haben z. B. Zuschläge zur Einkommenssteuer faktisch oder von der zeitlichen Erwartung her einen kurzfristigen Charakter, was ihre Wirksamkeit erheblich einschränkt.

Bei einer *Senkung der Einkommenssteuerbelastung* hängt die Wirkung auf den privaten Konsum entscheidend von den Einkommenserwartungen der privaten Haushalte ab. Bei unsicheren Einkommenserwartungen, wie sie in Rezessionen vorliegen, dürfte eine Erhöhung des verfügbaren Einkommens, die von einer Verminderung der Einkommenssteuerbelastung herrührt, vor allem eine erhöhte Abzahlung von Konsumentenkrediten und eine zusätzliche freiwillige Ersparnis als Rücklage für unsichere Zeiten zur Folge haben. Solange sich die Einkommenserwartungen nicht entscheidend verbessern, dürften Steuersenkungen den privaten Konsum kaum fühlbar erhöhen, so daß das Stabilisierungsziel verfehlt wird. Diese *psychologisch bedingte Haltung der Konsumenten* könnte durch geeignete Aufklärungsmaßnahmen verändert werden, um so die Wirksamkeit der Einkommenssteuer zu verbessern.

Inwieweit der Stabilisierungserfolg erreicht wird, hängt von den *zeitlichen Verzögerungen* (time lags) zwischen der Einkommensentstehung, der Steuerveranlagung und der Bezahlung der Steuerschuld ab. Je nach der Länge der Konjunkturzyklen sowie der Veranlagungs- und Erhebungs-lags hat die Veränderung der Einkommenssteuerbelastung einen *destabilisierenden Effekt* zur Folge. In diesem Fall kann die Einkommenssteuer auf den hohen Einkommen der Hochkonjunktur in der Rezession fällig werden und umgekehrt. Bei den *quellenabzugspflichtigen Einkommen* fallen der Zeitpunkt der Steuerentstehung und -zahlung beinahe zusammen. Diese stabilisierungspolitisch geradezu ideale Steuertechnik wird durch die Übernahme der entscheidenden steuertechnischen Funktion durch private Unternehmen ermöglicht.

Problematisch bleibt weiterhin die *veranlagte Einkommenssteuer*, die im Falle der Länder mit Quellenabzugsverfahren bei den Unselbständigen die gewerblichen und freiberuflichen Einkünfte betrifft. Bei überproportional wachsenden Einkommen hinken die Vorauszahlungen erheblich hinter den tatsächlichen geschuldeten Beträgen her, so daß *zinslose Steuervorteile* auftreten. Die Abschlußzahlungen können in einer Rezessionsphase fällig werden, so daß sie destabilisierend wirken. Die für die Veranlagung erforderliche Zeitdauer hängt von der *Kapazität der Veranlagungsbehörde* ab und kann selbst mit erheblichen Mehrkosten kaum entscheidend gekürzt werden. Es liegt daher nahe, die

¹ Siehe dazu beispielsweise A. M. Okun, *The Personal Tax Surcharge and Consumer Demand*, 1968 - 1970, Washington 1971.

Forderung nach einer Beschleunigung der *Abschlußzahlungen* zu wiederholen.

Die Diskriminierung der Quellenabzugspflichtigen gegenüber den Veranlagten wird dann abgebaut, wenn zum einen das Verfahren der *Selbstberechnung der Steuerschuld* eingeführt und zum anderen die Abweichungen (nachträglich) mit einem Zinssatz, der über dem Diskontsatz liegt, belastet werden. Schließlich sollen die Steuervorauszahlungen in einem rascheren Rhythmus als bisher erfolgen, um dadurch eine entstehungsnahe Abschöpfung von Einkommensteilen zu erreichen.

Besondere verwaltungstechnische Schwierigkeiten hat eine Steueratzänderung dann zur Folge, wenn sie vom *Kalenderjahr* abweicht. Werden die Steuersätze innerhalb des Steuerjahres variiert, dann müssen bei den Unternehmen Zwischenbilanzen erstellt werden. Beim Quellenabzugsverfahren bewirken in diesem Fall Veränderungen der Monatseinkommen während des Jahres einen erheblichen Mehraufwand für die Berechnung der Steuerschuld. Sofern sich andererseits Veränderungen der Einkommenssteuer an die Fristen des Kalenderjahres halten, können zeitliche Verzögerungen zwischen dem wünschenswerten und dem tatsächlichen stabilisierungspolitischen Einsatz der Einkommenssteuer nicht vermieden werden².

Bedeutende Hindernisse für Veränderungen bei der Einkommenssteuer treten nicht selten bei einem *föderalistischen Staatsaufbau* auf. Im Extremfall ist die Einkommenssteuer einem Konkurrenzsystem wie im Falle der Schweiz unterworfen, wo alle drei Gebietskörperschaften eine Einkommensbesteuerung vornehmen. Der Anteil des Bundes am Ertrag der Einkommenssteuer und am gesamten Steueraufkommen kann so gering sein, daß selbst bei einer außergewöhnlichen Veränderung der Belastung lediglich ein bescheidener Effekt auf die Gesamtnachfrage zustandekommt. In diesem Fall liegt es im Interesse der Stabilisierungspolitik, zu einem entsprechend verbesserten Steuersystem überzugehen, weil Kantone und Gemeinden in der Regel nicht dazu willens und in der Lage sind, einen verantwortlichen Beitrag zur gesamtwirtschaftlichen Stabilisierung zu leisten.

3. Die Verbrauchssteuern

Diese Abgaben haben das Ziel, über ihre Überwälzung bzw. über Preisveränderungen den privaten Konsum zu belasten. Im Rahmen einer solchen Umsatzbesteuerung werden die Investitionen nicht erfaßt. Gelingt die Überwälzung nicht vollständig, dann werden die Gewinne

² Siehe auch R. Ehmcke, Einkommensbesteuerung, Einkommensverteilung und Wirtschaftsablauf, Hamburg 1970, S. 202 ff.

vermindert, so daß die primäre Zielsetzung verfehlt wird. Im Falle einer teilweisen oder vollen Überwälzung interessiert die Frage, inwiefern der private Konsum von der *preistreibenden Wirkung* der Verbrauchssteuern beeinflusst wird. Beurteilungskriterien sind hier vor allem die *Preiselastizität* und die *Einkommenselastizität der Nachfrage*. Negative Preiswirkungen können durch ein Einkommenswachstum kompensiert werden. Die Güter des täglichen Bedarfs (inferiore Güter) haben eine niedrige Preiselastizität der Nachfrage und werden von Preisveränderungen mengenmäßig wenig beeinflusst. Eine stärkere Wirkung geht davon jedoch auf die mengenmäßige Nachfrage nach superioren Gütern aus.

In diesem Zusammenhang ist allerdings zu bedenken, daß gerade die mittleren und oberen Einkommenschichten ihre Verbrauchsgewohnheiten kurzfristig kaum verändern. Anpassungen des Konsumverhaltens an veränderte Preise (und Einkommen) werden im allgemeinen mittel- und langfristig erwartet. Da stabilisierungspolitische Veränderungen der Steuerbelastung meist kurzfristig angelegt werden, sind die Konsumveränderungen eher bescheiden.

Die Erhöhung der Belastung der Verbrauchssteuer hat den schwerwiegenden Nachteil, daß *Zielkonflikte mit der Preisstabilität und der gerechten Einkommensverteilung* auftreten. In Zeiten von Vollbeschäftigung ist eine für die Unternehmen fühlbare Erhöhung dieser Steuer mit einer unerwünschten Anhebung des Preisniveaus verbunden. Bei rückläufiger Konjunktur ist, sofern der Wettbewerb unzureichend ist, anzunehmen, daß Steuersenkungen nicht an die Konsumenten weitergegeben werden. Im übrigen sind sowohl bei Voll- als auch bei Unterbeschäftigung die verteilungspolitischen Widerstände so stark, daß die Verbrauchsbesteuerung meist nicht in den Dienst der Stabilisierungspolitik gestellt wird. Steuererhöhungen belasten (bei Überwälzung) die breiten Einkommenschichten, Steuersenkungen begünstigen nicht selten die Unternehmen, die mit mittleren und hohen Einkommen identifiziert werden können, was insgesamt im Gegensatz zu den herrschenden Gerechtigkeitsvorstellungen steht.

Stabilisierungspolitisch wesentlich besser schneiden *spezielle Verbrauchsabgaben* ab, bei denen die *dauerhaften Konsumgüter* im Mittelpunkt stehen. Zwar bleibt auch hier die preistreibende Wirkung von Steuererhöhungen nicht aus, im übrigen sind die *Vorteile* gegenüber einer allgemeinen Verbrauchsbesteuerung jedoch erheblich: Wegen der höheren Preisempfindlichkeit der Nachfrage haben Preiserhöhungen einen namhaften mengenmäßigen Effekt zur Folge. Besteht die Gefahr, daß bei rückläufiger Konjunktur Steuersenkungen nicht an die Konsumenten weitergegeben werden, so können *negative Steuern* (Preissub-

ventionen) eingesetzt werden, die direkt auf die mengenmäßige Nachfrage einwirken. Da die dauerhaften Konsumgüter nicht zum lebensnotwendigen Bedarf zählen, fallen die verteilungspolitischen Bedenken weitgehend dahin. Die *politischen Widerstände* gegen eine Erhöhung der Sätze der speziellen Verbrauchssteuern sind deshalb vergleichsweise gering.

Es ist empirisch erwiesen, daß die Nachfrage nach dauerhaften Konsumgütern einen erheblichen Einfluß auf den Konjunkturverlauf hat, weshalb diese Verbrauchssteuern ein wirksames Instrument der Stabilisierungspolitik darstellen. Bei Veränderungen der steuerlichen Belastung sollten diejenigen *dauerhaften Konsumgüter* im Mittelpunkt stehen, die eine hohe Preiselastizität der Nachfrage aufweisen, einen beträchtlichen Anteil am privaten Konsum (Breitenwirkung) aufweisen sowie steuertechnisch nicht schwierig und kostenaufwendig sind. Im allgemeinen wird unter diesem Aspekt eine Besteuerung auf der *Großhandelsstufe* in Frage kommen. Zudem müssen steuerliche Veränderungen nicht auf das Kalenderjahr Rücksicht nehmen, sie können kurzfristig erfolgen.

Die stabilisierungspolitische Wirksamkeit von speziellen Verbrauchssteuern ist von bestimmten Voraussetzungen abhängig. Sind die Einkommenserwartungen der Konsumenten optimistisch, dann kann der potentiell restriktive Effekt einer Steuererhöhung auf die mengenmäßige Nachfrage durch *Konsumentenkredite* und/oder eine *Senkung des freiwilligen Sparens* abgeschwächt oder gar aufgehoben werden. Deshalb empfiehlt es sich, die Aufnahme von Konsumentenkrediten nicht nur zu erschweren, sondern zu unterbinden oder sogar darüber hinaus die Rückzahlungsbedingungen zu verschärfen. Es ist wahrscheinlich, daß dann die Anschaffung von dauerhaften Konsumgütern und ihre Bezahlung aus einer Verminderung von freiwilligen Ersparnissen zurückgestellt wird. Dieses Verhalten kann auch dann zustandekommen, wenn die Steuererhöhungen und die restriktive Konsumentenkreditpolitik von vorübergehender Natur sind, wobei den Verbrauchern die Überzeugung nahegelegt wird, daß sie ihre Konsumwünsche in absehbarer Zeit befriedigen können.

4. Die Körperschaftssteuer

Zur Beeinflussung der Gewinne ist es üblich, die *Abschreibungssätze* in den Dienst der Stabilisierung zu stellen. In der Hochkonjunktur werden die steuerlich zulässigen Abschreibungssätze gesenkt, so daß der steuerbare Gewinn sich erhöht, während in Rezessionen erhöhte Abschreibungssätze den zu versteuernden Gewinn vermindern. Letztlich geht es dabei darum, über die Veränderung des steuerbaren Ge-

winns die privaten Investitionen zu beeinflussen. Die *Steuerersparnisse* von Abschreibungen sind positiv korreliert mit der Wachstumsrate der Brutto-Investitionen, dem Abschreibungssatz und der Lebensdauer der Anlagen. Am nachhaltigsten treffen die *Sofortabschreibungen* die Investitionstätigkeit. Je größer die (beschleunigte) Abschreibung, desto stärker können Netto-Investitionen aus Abschreibungen finanziert werden. Die (beschleunigten) Abschreibungen werden vor allem dann die Investitionen begünstigen, wenn der finanzielle Spielraum der Firmen bei hoher Investitionsneigung zu klein ist, um die geplanten Investitionen durchzuführen.

Im übrigen hat die Verminderung der Abschreibungsmöglichkeiten unter gleichen Voraussetzungen eine Senkung der Investitionstätigkeit zur Folge. Verantwortlich dafür ist allerdings nicht die Erhöhung des steuerbaren Gewinns, sondern die *Senkung der Liquidität* der Unternehmung. In bezug auf die Wirksamkeit einer Erhöhung der Abschreibungen in der *Rezession* ist man im allgemeinen sehr zurückhaltend³. Aufgrund der in dieser Situation geringen Investitionstätigkeit sind die potentiellen Steuerersparnisse äußerst klein. In der Rezession werden die Investitionen eher durch die Absatz- und Gewinnerwartungen bestimmt, worauf die Abschreibungen einen wohl unbedeutenden Einfluß haben.

Nicht selten kommen *Steuersatzveränderungen* oder *Zuschläge zur Körperschaftssteuer* mit dem Ziel zum Zuge, die Investitionen zu beeinflussen. Wirklichkeitsnahe Überlegungen sprechen dafür, daß die Investitionen in einer *Rezession* höchstens sehr beschränkt auf Erleichterungen bei der Körperschaftssteuer reagieren. So ist zu bedenken, daß die Gewinne entweder niedrig sind oder sogar Verluste vorliegen. Weiter ist auch hier zu beachten, daß die Investitionsneigung entscheidend von den *Gewinn- und Absatzerwartungen* geprägt ist. Ein Unternehmer wird, wenn er die Zukunft pessimistisch beurteilt, doch nicht deshalb investieren, weil die Belastung der Körperschaftssteuer gesenkt wurde. Sobald die Investitionsneigung zunimmt, dann stehen meist ausreichende Fremdmittel zur Finanzierung der Investitionen zur Verfügung. Die Zunahme der Liquidität aufgrund einer verminderten Belastung durch die Körperschaftssteuer verändert zwar das Verhältnis zwischen Eigen- und Fremdkapital, auf die Investitionen wird dies aber wohl keinen erheblichen Einfluß haben. Wenn überhaupt ein expansiver Effekt auf die Investitionen zustandekommt, dann wird dieser durch die *ungünstigen Überwälzungschancen* der Körperschaftssteuer in der Rezession bewirkt.

³ L. Weichsel, Beschleunigte Abschreibung, Wachstum und Konjunktur, Köln und Opladen 1964, S. 102.

Von einer Erhöhung der Belastung der Körperschaftssteuer wird allgemein angenommen, daß sie bei Vollbeschäftigung und optimistischen Erwartungen betreffend Umsatz und Gewinne sowie aufgrund der *weitgehenden Überwälzung* die Investitionen wenig beeinträchtigt. Es ist sogar wahrscheinlich, daß die Unternehmen in dieser Situation ihre Investitionen erhöhen, um dadurch den steuerbaren Gewinn der laufenden Periode zu vermindern. Die Erschwerung der privaten Investitionen fällt der *Geld- und Kreditpolitik* zu, die von der Nachfrage her die Überwälzungschancen verschlechtern kann. Reagieren die Unternehmen aber auf eine rückläufige mengenmäßige Nachfrage und sinkende Gewinnspannen mit Preiserhöhungen, wie man es vermehrt feststellen kann, dann wird die Überwälzung in Unabhängigkeit zur Nachfrage durchgesetzt.

Aufgrund langjähriger Erfahrungen ist anzunehmen, daß Veränderungen bei der Körperschaftssteuer einen relativ geringen Einfluß auf die privaten Investitionen ausüben. Deshalb stellt sich die Frage, ob andere steuerliche Maßnahmen stärker auf die privaten Investitionen einwirken können oder nicht. Angesichts der geringen Stabilisierungseffizienz der Körperschaftssteuer kann zur *Reform der Körperschaftssteuer* geschritten werden, ohne primär Rücksicht auf die Stabilisierungsziele zu nehmen. Dann können die ausgeschütteten Gewinne von der doppelten Belastung befreit und im Rahmen der Einkommenssteuer erfaßt werden. Die nichtausgeschütteten Gewinne sollen einer *Teilhabersteuer* unterworfen werden, die steuertechnisch und kostenmäßig zu befriedigen vermag.

5. Die Investitionsbesteuerung

Die Investitionen können entweder im Rahmen einer Umsatzsteuer (*Wertschöpfungssteuer*) oder durch eine eigenständige Steuer, d. h. von der *reinen Verbrauchssteuer* getrennt erfaßt werden. Der erste Typ wird unter konjunkturpolitischen Aspekten dem zweiten Typ vorgezogen; letzterer soll wachstumspolitisch effizienter sein⁴. Diese Trennung ist schon deshalb gerechtfertigt, weil es sich um grundlegend verschiedene Bemessungsgrundlagen handelt. Es kommt hinzu, daß der private Konsum und die privaten Investitionen sich im Konjunkturablauf meist unterschiedlich entwickeln, was eine *differenzierte steuerliche Behandlung* erfordert. So treten in Wirklichkeit Konstellationen auf, die es nahelegen, nur auf eines der beiden Aggregate durch Steueränderungen einzuwirken.

⁴ Wissenschaftlicher Beirat beim Bundesministerium für Finanzen, Probleme einer Netto-Umsatzbesteuerung, Schriftenreihe des Bundesministeriums der Finanzen, Heft 2, S. 25 ff.

Es stellt sich nun die Frage, ob die Brutto- oder die Netto-Investitionen besteuert werden sollen. Unter steuertechnischen Aspekten bieten sich die *Brutto-Investitionen* an, die leichter zu erfassen sind; dann muß auch nicht zwischen Ersatz- und Nettobedarf unterschieden werden. Ein anderer Vorteil ist darin zu erblicken, daß die Bemessungsgrundlage größer ist als bei den Netto-Investitionen (Breitenwirkung). Gegen die Besteuerung auch des Ersatzbedarfs ist allerdings einzuwenden, daß keine Rücksicht auf Investitionen genommen wird, die der *Rationalisierung* und dem *technischen Fortschritt* dienen. Die steuertechnischen Vorteile der Besteuerung der Brutto-Investitionen sind jedoch auch bei Berücksichtigung weiterer Faktoren so evident, daß der Entscheid zugunsten dieses Typs ausfällt⁵.

Dem Wachstumsaspekt kann man dadurch Rechnung tragen, daß die Sätze der Investitionssteuer entsprechend differenziert werden. Im weiteren ist zu überlegen, ob bei einer Investitionssteuer differenzierte Sätze für *Ausrüstungs-* und *Bau-Investitionen* einerseits und andererseits innerhalb der letzteren für den *Wohnungsbau* und den *gewerblichen* sowie *industriellen Bau* angewendet werden sollen. Die Differenzierung kann soweit erfolgen, daß bestimmte Investitionen von der Investitionssteuer verschont bleiben. Dies könnte dann zweckmäßig sein, wenn beispielsweise der soziale Wohnungsbau keine Rücksicht auf die Erfordernisse der Stabilisierungspolitik zu nehmen braucht.

Eine stabilisierungspolitisch differenzierte Besteuerung ist dann angemessen, wenn einzelne Investitionsarten einen unterschiedlichen Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Situation haben. In diesem Zusammenhang kommt auch eine steuerliche Differenzierung nach der Ausreifungszeit der Investitionen, d. h. nach dem zeitlichen Anfallen des *Kapazitätseffektes* in Frage. Bei voller Produktion werden Investitionen mit einer kurzen Ausreifungszeit auf Kosten von Investitionen mit einer langen Ausreifungszeit vermindert. In einer Rezession sollen umgekehrt (vor allem) die Investitionen mit einer langen Ausreifungszeit gefördert werden. Ferner können differenzierte Steuersätze auch in den Dienst der *Strukturpolitik* gestellt werden, wobei die Investitionssteuer mit differenzierten Sätzen auf die entsprechenden Branchen oder Wirtschaftssektoren einzuwirken versucht.

Die Investitionssteuer kann und soll also mit variierten *Bemessungsgrundlagen und Steuersätzen* zur Erreichung der Stabilisierungsziele eingesetzt werden. Wir halten sie für das *wirksamste steuerliche Instrument* der Beeinflussung der Höhe und Struktur der privaten Investitionen. Im allgemeinen dürfte diese Abgabe der Körperschafts-

⁵ Siehe K. Schmidt, *Steuerpolitik im Umbruch?*, in: H. Haller und H. C. Recktenwald (Hrsg.), *Finanz- und Geldpolitik im Umbruch*, Mainz 1969, S. 186.

steuer derart überlegen sein, daß auf die Erhebung der letzteren Steuer in der heutigen Ausgestaltung verzichtet werden kann. Die Investitionssteuer sollte in der Rezession oder strukturpolitisch durch *Investitionsprämien* zur Belebung privater Investitionen ergänzt werden, die aus dem Ertrag der Investitionssteuer finanziert werden können. Die Aufhebung, Einführung oder Veränderung der Investitionsprämien dürfte bei ausreichender Höhe einen fühlbaren Beitrag zur Realisierung der Stabilisierungsziele leisten; entscheidende Voraussetzung dazu ist aber der flankierende Einsatz geldpolitischer Maßnahmen.

6. Steuerliche Beeinflussung von Lohnforderungen

Solange die Tarifautonomie nicht beschränkt oder aufgehoben werden soll und die *Lohnkosten je Produktionseinheit* selbst im Rahmen einer restriktiven Wirtschaftspolitik zunehmen, zieht das Preisniveau an. Die Bemühungen, *Lohnleitlinien* und andere Orientierungshilfen auf freiwilliger Basis durchzusetzen (moral suasion), waren bisher beispielsweise bei der konzertierten Aktion in der Bundesrepublik Deutschland nicht erfolgreich. In der jüngsten Vergangenheit wurden steuerpolitische Vorschläge gemacht, die darauf abzielen, die Lohnsteigerungen innerhalb von stabilisierungspolitisch erwünschten Grenzen zu halten. Damit soll eine fundamentale Schwäche der Stabilisierungspolitik durch indirekt wirkende steuerliche Maßnahmen ausgemerzt oder wenigstens abgeschwächt werden.

So wurde eine *Gewinn-Zusatzsteuer*⁶ für den Fall vorgeschlagen, daß sich aus den Tarifverhandlungen Nominallohnsatzsteigerungen ergeben, die über die Lohnleitlinien hinausgehen. Die spezifischen Lohnkosten bleiben dann konstant, wenn die Nominallöhne im Gleichschritt zur Arbeitsproduktivität wachsen. Der Produktivitätslohn muß allerdings für die Lohnleitlinien nicht verbindlich sein. Die über die vorgegebene Lohnleitlinie (z. B. 5 Prozent) hinauschießende Lohnerhöhung (z. B. um zusätzliche 4 Prozent) stellt den Maßstab für die Veränderung des *Körperschaftssteuersatzes* dar. Dann werden die Gewinne der Unternehmen zusätzlich um so stärker belastet, je mehr die Lohnsatzsteigerungen die Lohnleitlinie übertreffen. Die Gewinn-Zusatzsteuer will den *Widerstand der Unternehmen gegen Lohnerhöhungen* stärken. Ist diese Strategie erfolgreich, dann sollen aus dem verminderten Wachstum der Nominallöhne entsprechend geringere Preiserhöhungen resultieren.

Im Gegensatz zu anderen steuerpolitischen Maßnahmen, die die Höhe und Verwendung des wie auch immer definierten verfügbaren Einkom-

⁶ H. C. Wallich und S. Weintraub, A Tax-Based Incomes Policy, in: Journal of Economic Issues, Bd. 5 (1971), Nr. 2.

mens treffen wollen, wird hier auf die Einkommensentstehung und -verteilung eingewirkt. Der Stabilisierungserfolg einer Gewinn-Zusatzsteuer hängt vor allem von den *Überwälzungschancen* dieser Steuer ab. Dabei ist es entscheidend, ob die Unternehmen imstande sind, die in der relevanten Steuerperiode auftretenden Lohnerhöhungen hinreichend exakt zu prognostizieren. Die Lohnleitlinien der Regierung werden jeweils im voraus bekannt gegeben. Die künftige Nominallohnentwicklung kann im allgemeinen relativ zuverlässig vorausgeschätzt werden. Um eine Unterschätzung zu vermeiden, werden die Unternehmen entsprechend hohe Lohnsteigerungen in ihre Berechnungen einbeziehen. Ist die Gewinn-Zusatzsteuer zu einem Kostenbestandteil geworden, so gelten für ihre Überwälzung die *üblichen Voraussetzungen*. Dazu zählt auch die Variante, daß die Unternehmen die Preise unabhängig von der Entwicklung der Nachfrage heraufsetzen können.

In dem Maße wie die Gewinn-Zusatzsteuer überwältzt werden kann, wird ihre Stabilisierungswirkung beeinträchtigt. Solange anzunehmen ist, daß diese Steuer bei Vollbeschäftigung im Durchschnitt weitgehend oder gar voll überwältzt werden kann, muß die Gewinn-Zusatzsteuer als *stumpfes Instrument zur Beeinflussung der Tarifverhandlungen* bezeichnet werden. Wenn der für die Überwälzung erforderliche Spielraum (Nachfrageüberhang) durch nachfragewirksame Stabilisierungsmaßnahmen eingeengt wird, ist die Gewinn-Zusatzsteuer ohnehin zumindest weitgehend überflüssig. Die Unternehmen werden dann deshalb gegen Lohnerhöhungen einen verstärkten Widerstand leisten, weil sie aus der Entwicklung der Nachfrage erfahren, daß die Überwälzungschancen sich verschlechtern.

Sollte bei Vollbeschäftigung der recht unrealistische Fall eintreten, daß die Zusatz-Gewinnsteuer nicht überwältzt werden kann, dann wird die Verhandlungsposition der Tarifpartner verändert, was zu einer Wettbewerbsverzerrung bei den Tarifverhandlungen führt. Es stellt sich dann die Frage, ob mit Steuern solche Ziele zu verfolgen sind oder nicht. Offenbar sollen hier mit steuerlichen Instrumenten die Tarifergebnisse erzielt werden, die an sich von der *Einkommenspolitik* durchzusetzen wären.

Wenn man die Unternehmen veranlassen will, bei den Tarifverhandlungen verstärkten Widerstand gegen hohe Lohnforderungen zu leisten, dann bietet sich die *Lohnsumme* als Steuerbemessungsgrundlage an. Der steuerlichen Belastung ist der Teil der Lohnsumme zu unterwerfen, der aus der Überschreitung einer jeweils *vorgegebenen Expansionsrate der Nominallöhne* (Lohnleitlinie) resultiert. Diese überschüssige Lohnsumme ist einfach zu ermitteln und kann nötigenfalls auch einer *progressiven Besteuerung* unterworfen werden; dann werden die überschüssigen Expansionsraten der Nominallöhne differenziert belastet.

Die Wirksamkeit einer derart ausgestalteten *Lohnsummensteuer* hängt selbstverständlich von den *Überwälzungsmöglichkeiten* ab, die grundsätzlich gleich wie bei anderen Steuern zu beurteilen sind. Die Überwälzungschancen können bekanntlich durch eine restriktive Geld- und Kreditpolitik verschlechtert werden. Die Unternehmen werden dann kurzfristig insbesondere wegen Liquiditätsschwierigkeiten gezwungen, bei Lohnverhandlungen härter zu sein. Je mehr aber die Preise von den Unternehmen *administriert* werden (können), desto schlechter ist es um die Wirksamkeit der Lohnsummensteuer bestellt. Da unter solchen Voraussetzungen die Preise (weitgehend) unabhängig von der Nachfrage bestimmt werden, haben sämtliche lediglich die Nachfrage treffenden Stabilisierungsmaßnahmen äußerst geringe Erfolgsaussichten. Dann wird man allerdings auf einkommenspolitische Maßnahmen, d. h. im konkreten Fall auf *verbindliche Lohnleitlinien* nicht verzichten können. Im übrigen wäre eine derartige Lohnsummensteuer dem Bund zu übertragen. Die Lohnsummensteuer kann auch durch *Prämien* für Unternehmen ergänzt werden, die Lohnsatzserhöhungen aufweisen, die gegenüber der vorgegebenen Expansionsrate zurückbleiben.

Es kann ferner versucht werden, auf die Entscheidungen der privaten Unternehmen dadurch einzuwirken, daß eine *Steuer auf die Lohnsumme und die Brutto-Investitionen*⁷ erhoben wird. Die Bemessungsgrundlage bezieht sich hier auf die beiden Produktionsfaktoren Arbeit und Kapital. In der einfachsten Variante werden dieser Steuer nur die Beträge unterworfen, die die Lohnsumme und die Brutto-Investitionen des Vorjahres (zuzüglich einer bestimmten staatlich fixierten Expansionsrate) übertreffen.

Der jeweils anzuwendende Steuersatz kann (progressiv) mit der Höhe der überschüssigen Expansionsrate von Löhnen und Brutto-Investitionen positiv korreliert werden. Ein solches Verfahren nimmt zwar keine Rücksicht auf das unterschiedliche Wachstum der einzelnen Branchen, es hat aber den großen Vorteil, in der Handhabung einfach zu sein. Je mehr die Ausgestaltung dieser Steuer verfeinert wird, desto größer werden die Ansprüche an die Reaktionsfähigkeit der Unternehmen und an die Steuerverwaltung.

Sowohl gegen die Gewinn-Zusatzsteuer als auch gegen eine Lohnsummensteuer, wobei diese selbständig oder unter Einschluß der Brutto-Investitionen erhoben werden kann, sind unabhängig vom reinen Stabilisierungsaspekt aber verteilungspolitische Bedenken anzumelden.

⁷ Diese Steuer hat *K. Schmidt* (Steuerpolitik im Umbruch?, S. 193 ff.) in einem anderen Zusammenhang vorgeschlagen.

Sollen die Lohnleitlinien, die für die Besteuerung maßgebend sind, „preisniveauneutral“ sein, dann werden der Produktivitätslohn und mit ihm die Konstanz der Lohnquote unausweichlich. Erfahrungsgemäß werden die Gewerkschaften damit nicht einverstanden sein, so daß die tarifpolitischen Auseinandersetzungen verschärft werden. Die sozialen Kosten einer solchen Entwicklung könnten die sozialen Gewinne von steuerlichen Maßnahmen zur Dämpfung der Nominallöhne rasch überreffen.

Darüber hinaus erscheint das Bestreben, die mangelnde Zielrealisierung, die aus einem Verzicht auf einkommenspolitische Eingriffe resultiert, mit fiskalischen Instrumenten wettzumachen, die lediglich die Nachfrage zu beeinflussen vermögen und gegen die Kosteninflation in Wirklichkeit machtlos sind, als äußerst problematisch; hier liegt wohl eine Überforderung steuerlicher Instrumente vor. Ferner ist es nicht ohne weiteres einzusehen, warum gerade die privaten Unternehmen die Rolle des Lückenbüßers für das Versagen der staatlichen Einkommenspolitik übernehmen sollen, indem die steuerlichen Maßnahmen bei ihnen angesetzt werden.

7. Voraussetzungen für die stabilisierungspolitische Effizienz der öffentlichen Einnahmenpolitik

Wie die Wirtschaftspolitik so ist selbstverständlich auch die Einnahmenpolitik der öffentlichen Hand auf rechtzeitige und zuverlässige *Diagnosen* und *Prognosen* der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung angewiesen. Da die einzelnen steuerlichen Instrumente sich für die Beeinflussung von *gesamtwirtschaftlichen Aggregaten* und ihren Komponenten sehr unterschiedlich eignen, sind Diagnosen und Prognosen beispielsweise nicht nur des privaten Konsums und der privaten Investitionen, sondern auch der Struktur dieser Aggregate erforderlich. Es müssen die Faktoren jeweils in Erfahrung gebracht werden können, die für eine Stabilisierungskonstellation insbesondere verantwortlich oder beeinflussbar sind. Im weiteren ist die genaue Abklärung der Zeitdauer erforderlich, die zwischen dem Erkennen der Notwendigkeit stabilisierungspolitischer Eingriffe und dem angestrebten Wirkungseffekt der eingesetzten Instrumente liegt. Es geht darum, die *Erkennungs-, Planungs-, Entscheidungs- und Durchführungs-lags* so zu beeinflussen, daß der Stabilisierungserfolg möglichst groß wird. Führen diese *time lags* zu einer unvermeidlichen Verspätung der Stabilisierungsmaßnahmen, dann sind diskretionäre Maßnahmen, die offenbar nicht mehr verbesserungsfähig sind, durch die *Formelflexibilität* abzulösen, die hier nur erwähnt werden kann. Dadurch können zeitliche Verzögerungen insbesondere in der finanzpolitischen Willensbildung

vermindert werden. Die Wirksamkeit der Formelflexibilität hängt allerdings in hohem Maße von der Verfügbarkeit von früh und zuverlässig reagierenden, repräsentativen Wirtschaftsindikatoren ab.

Eine anspruchsvolle Aufgabe ist auch die *Dosierung* der steuerlichen Maßnahmen. Da die Einnahmenpolitik nicht auf eine wirklichkeitsnahe und allgemein gültige Steuerwirkungslehre zurückgreifen kann, wird ihre Treffsicherheit zumindest erheblich beschränkt. Aufgrund dieses Sachverhalts bleibt nichts anderes übrig, als jeweils *situationsbezogen* und auf *empirische Untersuchungen* abgestützt die mutmaßlich wirksamsten Maßnahmen zu ergreifen. Mit dem wachsenden Gewicht des Einsatzes eines Instrumentes nimmt die Gefahr von *unerwünschten Nebenwirkungen* zu. Gleichzeitig ist zu bedenken, daß jede neue Maßnahme in der Ausgangslage auf das Gesamtergebnis aller früheren Eingriffe (Summationseffekt) trifft; die *Reaktionslage der Wirtschaft* in bezug auf steuerpolitische Maßnahmen verändert sich dauernd.

Wirklichkeitsnah muß gefordert werden, daß an Stelle eines forcierten Einsatzes nur eines einzelnen steuerlichen Instrumentes eine *Kombination* von schwächer und ausgewogen dosierten Maßnahmen realisiert wird. Ein Maßnahmenbündel drängt sich im allgemeinen auch deshalb auf, weil dann die Gewichte hinsichtlich der Belastung oder Entlastung einzelner Wirtschaftsgruppen so verteilt werden können, daß ein Konsens über stabilisierungspolitische Eingriffe möglich werden kann.

Unter den Fachvertretern herrscht weitgehende Übereinstimmung darüber, daß nur ein *gut koordiniertes Zusammenspiel der Geld- und Fiskalpolitik* den stabilisierungspolitischen Erfolg gewährleisten kann. Die Gewichtsverteilung auf die Geld- und Fiskalpolitik wird je nach der jeweiligen Konjunkturlage verschieden sein⁸. Die Stabilisierungswirkungen steuerlicher Eingriffe hängen stark von der *Überwälzung* ab. Sofern die Überwälzungschancen von der Entwicklung der Nachfrage bestimmt sind, kommt der Geldpolitik zentrale Bedeutung zu. Die gegenseitige Abstimmung von Steuer- und Geldpolitik ist daher unentbehrlich.

Für die quantitative Dosierung steuerlicher Instrumente spielen die *Steuermultiplikatoren* eine entscheidende Rolle. Hier ist zu beachten, daß die Multiplikatoren nicht nur je nach Steuer, sondern auch je nach Konjunkturlage von sehr unterschiedlicher Größe sind⁹. Es kommt hin-

⁸ Siehe dazu F. Neumark, Die komparative Bedeutung von Geld- und Fiskalpolitik für die Verwirklichung wirtschaftlicher Stabilität, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 41, Tübingen 1973.

⁹ Siehe beispielsweise M. K. Evans, *Macroeconomic Activity*, New York 1969, S. 570 ff.

zu, daß die berechneten Steuermultiplikatoren stark variieren, und zwar abhängig von der Zahl der Definitions- und Verhaltensgleichungen und der Variablen eines ökonomischen Modells oder von den Schätzungsverfahren. Sie sind auch unterschiedlich nach Ländern und Untersuchungsperioden. Von ökonomischen Untersuchungen weiß man, daß jeweils auch die *zeitliche Verteilung der Multiplikatorwirkung* nicht vernachlässigt werden darf. Dies ist vor allem deshalb wichtig, weil die Multiplikatoren über den Zeitpunkt hinaus wirken können, der im Rahmen der Stabilisierungspolitik dafür vorgesehen ist. Da ein hoher Prozentsatz des Multiplikators erst nach zwei bis drei Jahren erreicht ist¹⁰, kommt es unter Umständen auf die Multiplikatorwirkung im ersten Jahr an, ob die Stabilisierungsziele erreicht werden oder nicht. Der noch wenig erforschten zeitlichen Verteilung des Multiplikators muß künftig vermehrte Aufmerksamkeit geschenkt werden.

Aus dem in der Einleitung geforderten Verzicht auf die Vorausgabung von stabilisierungspolitisch bedingten zusätzlichen Steuereinnahmen geht das Problem von alternativen Verwendungsmöglichkeiten von *Haushaltsüberschüssen* hervor. Zur Vermeidung eines Expansions-effektes kommt einmal die Tilgung der inländischen Staatsschuld bei der Notenbank und/oder die Zurückzahlung von Auslandskrediten in Frage. Im weiteren können die Überschüsse im Ausland angelegt werden, um einen finanziellen Ertrag zu sichern.

Kommen alle diese Varianten, deren Zweckmäßigkeit jeweils situationsbezogen abzuklären ist, nicht in Frage, so kann als Ausweg die Stilllegung der überschüssigen Mittel, z. B. als *Konjunkturrücklage* zwecks Finanzierung von Staatsausgaben in einer späteren Rezession, vorgenommen werden. Diese Rücklagen sind für Regierung und Parlament insbesondere in Wahljahren eine permanente Versuchung; die Gefahr ist außerordentlich groß, daß die Rücklagen zu einem stabilisierungspolitisch unerwünschten Zeitpunkt aufgelöst werden. Dies kann dadurch verhindert werden, daß die Auflösungsbedingungen im voraus (Formelflexibilität) bestimmt werden und so einem anderen politischen Entscheid entzogen sind.

Wiederholt wurde der Vorschlag und auch der Versuch gemacht, lediglich *rückzahlbare Steuerzuschläge* auf die Einkommens- und/oder Körperschaftssteuer zu erheben. Der Einfluß solcher Zuschläge auf den privaten Konsum bzw. die privaten Investitionen ist um so geringer, je rascher die zusätzlichen Steuern voraussichtlich wieder zurückbezahlt werden. Da es sich nicht um einen endgültigen Kaufkraft-

¹⁰ P. Balestra und W. Wittmann, *Fonctions de consommation et multiplicateurs dynamiques: l'exemple de la Suisse 1949 - 1964*, in: Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik, Bd. 103 (1967), S. 78.

entzug handelt, haben die Betroffenen kaum eine Veranlassung, eine stabilisierungspolitisch ins Gewicht fallende Veränderung ihres Konsum- und Investitionsverhaltens vorzunehmen. Wenn man von den stark beschränkten Wirkungen von nicht zurückzahlbaren Steuerzuschlägen, wie dies oben erläutert wurde, überzeugt ist, dann liegt es nahe, rückzahlbare Steuerzuschläge als *stumpfes Instrument der Stabilisierungspolitik* zu bezeichnen.

Korreferat zu:
Öffentliche Einnahmenpolitik im Dienste der Stabilisierung

Von *Otto Gandenberger*, Mainz

1. Zum Ansatz: Allgemeine Bemerkungen

Das Referat von Herrn Wittmann zeigt, wie weitgehend sich die Diskussion zu unserem Thema in traditionellen, nachfrageorientierten Bahnen bewegt; ihr Gegenstand ist bis in die Lehrbuchliteratur hinein gleichsam kanonisiert. Dennoch ist die Skepsis gegenüber dem geschilderten Instrumentarium in den letzten Jahren rapide gewachsen. Die Gründe dafür sind bekannt. Einmal sind andere als nachfragebedingte Ursachen für mangelnde Stabilität, insbesondere für die drastische Zunahme der Inflationsrate in Gestalt der Anbieterinflation, und in manchen Ländern für einen unbefriedigenden Beschäftigungsstand (strukturelle Arbeitslosigkeit) hervorgetreten. Zum anderen hat sich gezeigt, daß das Instrumentarium einer diskretionären Steuerpolitik, jedenfalls bei expansiven Störungen des Stabilitätsziels, nur höchst unvollkommen angewandt wird — und bekanntlich haben expansive Störungen in den letzten Jahrzehnten bei weitem überwogen; das Interesse verschiebt sich insoweit von den Instrumenten auf die politischen Nebenbedingungen, die eine konsequente Anwendung der Instrumente verhindern¹. Man kann die geschilderten Zweifel vielleicht so zusammenfassen: Die traditionelle Fiskalpolitik erlaubt Bewegungen auf einer Phillipskurve, und auch das nur unter starken politischen Restriktionen; das Stabilitätsproblem hingegen hängt zunehmend mit der Lage der Phillipskurve und deren Verschiebungen zusammen, und bis vor kurzem galt, daß das finanzpolitische Instrumentarium in dieser Hinsicht nichts beitragen könne². Aus diesem Grunde verdient der im Hauptreferat erwähnte Vorschlag einer „tax-based incomes policy“ von Wallich, Weintraub und anderen, unabhängig von der Frage seiner Praktikabilität, schon aus grundsätzlichen Erwägungen Aufmerksam-

¹ Vgl. z.B. Gutachten des Wissenschaftlichen Beirats beim Bundesministerium für Wirtschaft, Grundfragen der Stabilitätspolitik, 10. März 1973.

² Vgl. z.B. *Richard A. Musgrave* und *Peggy B. Musgrave*, *Public Finance in Theory and Practice*, New York 1973, S. 526 f.; *Richard A. Musgrave*, *Tax Structure, Inflation and Growth*, erschienen in: *The Impact of Economic Growth on Taxation*, Barcelona 1975, S. 9 ff. Referat gehalten vor dem Institut International Des Finances Publiques in Barcelona, September 1973.

keit: Er rückt das Thema Steuerpolitik und Stabilisierung in einen neuen Zusammenhang (s. unten).

Herr Wittmann hat klargestellt, daß er sich die von ihm erörterten diskretionären Veränderungen des Steueraufkommens mit entsprechenden Variationen der Zentralbankschuldtilgung bzw. -verschuldung gekoppelt denkt und die Staatsausgaben als gegeben betrachtet. Es geht also um eine Kombination von Nachfrageeffekten, genauer: direkten Nachfrageeffekten und monetären Effekten (Differentialwirkungen von Steuervariationen und Geldvernichtung bzw. Geldschöpfung), wobei sich das Referat auf die (direkten) Nachfrageeffekte konzentriert. — Die unterstellte Kombination von Steuer- und Geldschöpfung ist nicht deskriptiv gemeint, engt aber im Ergebnis den Anwendungsbereich der Überlegungen auf den Zentralstaat ein. Denn für die nachgeordneten Gebietskörperschaften, durch deren Hände z. B. in der Bundesrepublik rund 50 Prozent der Staatsausgaben gehen, stützen die empirischen Befunde die Hypothese, daß Einnahmenänderungen annähernd gleich hohe Ausgabenänderungen induzieren³. Die automatische Flexibilität des Steuersystems dürfte deshalb der wichtigste Grund für die ausgeprägt prozyklische Ausgabebearbeitung der Länder und Gemeinden — insbesondere bei deren Investitionen — darstellen, die in allen Föderalstaaten zu beobachten ist. Geht man aber von der obigen Hypothese aus und hält man das zugrunde liegende Verhalten nur in Grenzen für beeinflussbar trotz einiger Versuche in der BRD, die Länder zur Geldstilllegung heranzuziehen, so kehren sich die im Referat gezogenen Schlußfolgerungen geradezu um. Antizyklische Einnahmenpolitik erfordert dann für diesen Bereich staatlicher Aktivität Verstärkung der Einnahmenströme mit dem Ziel eines Abbaus prozyklischer Ausgabenschwankungen. Stabilisierungs- und allokatonspolitische Erfordernisse stünden insofern in weitgehender Harmonie. Wegen dieser Zielharmonie, wegen des in der Realität zu beobachtenden Ausmaßes der Zielverletzung und wegen des Umfangs dieses Bereichs staatlicher Aktivität, dessen relatives Gewicht in der Bundesrepublik Deutschland seit Jahren ständig zunimmt, verdienen die Länder und die Gemeinden in der wissenschaftlichen wie in der politischen Stabilitätsdiskussion weit größere Aufmerksamkeit, als ihnen meist geschenkt wird. Hier liegt meiner Überzeugung nach eine der wichtigsten noch ungenutzten Möglichkeiten fiskalischer Stabilisierungspolitik⁴.

³ Vgl. für die Bundesrepublik z. B. *Dieter Biehl, Karl-Heinz Jüttemeier* und *Harald Legler*, Zu den konjunkturellen Effekten der Länder- und Gemeindehaushalte in der Bundesrepublik 1960 - 1974, in: *Die Weltwirtschaft*, Heft 1 (1974), S. 29 ff.; siehe ferner die Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1966/67, Ziff. 130 ff.; 1967/68, Ziff. 137, 167 ff.; Sondergutachten 1967, Ziff. 3.

⁴ Siehe hierzu den von *Dieter Biehl, Karl-Heinz Jüttemeier* und *Harald Legler* (Zu den konjunkturellen Effekten der Länder- und Gemeindehaus-

2. Zu einzelnen steuerpolitischen Maßnahmen

Im folgenden beschränke ich mich auf Einzelbemerkungen zu einer Reihe der im Referat behandelten Maßnahmen.

Die Erwägungen von Herrn Wittmann zur Einkommensteuer und zur allgemeinen Verbrauchsteuer (bzw. Mehrwertsteuer) sind hinreichend bekannt; die Reaktion des Konsums auf steuerbedingte Änderungen des verfügbaren Einkommens ist auch empirisch gut belegt. Mit wachsender Bedeutung der Anbieterinflation gewinnt allerdings neben dem Nachfragezusammenhang auch die Frage an Gewicht, wie weit steuerbedingte Veränderungen des verfügbaren Einkommens im Verteilungskampf hingenommen werden. In einigen Ländern — auch in den letzten Lohnrunden in der Bundesrepublik Deutschland —, vor allem aber in den skandinavischen Ländern gibt es Beispiele dafür, daß die Gewerkschaften insbesondere die sich aus der built-in flexibility der Einkommensteuer im Inflationsprozeß ergebenden verteilungspolitischen Folgen nicht hinzunehmen bereit sind und ihre Lohnforderungen am Nettorealeinkommen nach Steuern orientieren⁵.

Das Referat hebt unter Hinweis auf die empirischen Arbeiten von Okun (u. a.) hervor: Je kurzfristiger die Variation der Einkommensteuer im Zuge einer antizyklischen Politik ist und je mehr die Konsumenten die dadurch bewirkte Variation ihres verfügbaren Einkommens als temporär durchschauen, um so geringer ist der Effekt auf die privaten Konsumausgaben. Das ist eine die ursprüngliche Keynes-Hypothese modifizierende Ansicht, die heute wohl auch von der Mehrheit der Verfechter der permanent-income-Hypothese geteilt wird: An Stelle der „strict version“ (Moore), nach der die marginale Konsumquote aus transitorischen Einkommen bei Null liegt⁶, wird neuerdings allgemein die „loose version“ vertreten, und als Größenordnungen werden Werte um 0,85 für die marginale Konsumquote aus permanentem und um 0,35 für die aus transitorischem Einkommen genannt⁷,

halte in der Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1974, S. 47) gemachten Vorschlag. Weitere Vorschläge und zahlreiche Literaturangaben finden sich bei *Alois Oberhauser*, Die konjunkturpolitische Koordinierung der öffentlichen Finanzwirtschaft und ihre finanz- und haushaltsrechtlichen Voraussetzungen, in: Heinz Haller (Hrsg.), Probleme der Haushalts- und Finanzplanung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 52, Berlin 1969, S. 111.

⁵ *Richard A. Musgrave*, Tax Structure, Inflation and Growth, S. 16; *Leif Mutén*, Die schwedischen Finanzen, in: Finanzarchiv, N.F. Bd. 26 (1967), S. 294; *Assar Lindbeck*, Theories and Problems in Swedish Economic Policy in the Post-war Period, in: American Economic Review, Bd. 58, Part 2, Supplement (1968), S. 2 ff.

⁶ Vgl. *Robert Laurence Moore*, Further Test of the Permanent Income Hypothesis Using Post-war Time-Series Data, in: Southern Economic Journal, Bd. 40 (1973), S. 319 ff.

wobei zu beachten ist, daß sich Käufe bzw. Kaufverzicht aus temporärem Einkommen in weit überproportionalem Maße auf dauerhafte Konsumgüter richten. Die Erklärung für den Unterschied zwischen den Quoten ist darin zu sehen, daß das transitorische Einkommen überwiegend zur Variation von Vermögensanlagen in Form finanzieller Aktiva und langlebiger Konsumgüter („Konsuminvestitionen“) genutzt wird. (Umgekehrt dürften übrigens die Reaktionen auf Verbrauchssteuervariationen ausfallen: Je kurzfristiger hier die angekündigte Dauer einer Heraufsetzung ist, desto stärker ist vermutlich die — spekulative — Kaufzurückhaltung und umgekehrt. Allerdings muß man bei der Vorbereitung solcher Steuervariationen mit negativen Ankündigungseffekten rechnen, also z. B. mit Vorratskäufen.)

Die im Referat behandelte antizyklische Besteuerung bzw. Subventionierung von dauerhaften Konsumgütern ist ähnlich auch von McLure und Brancon gefordert worden⁸. Man mag hier eine Parallele zur Investitionssteuer sehen: Es geht um eine Belastung bzw. Entlastung der Bruttokonsuminvestitionen und damit um die Verstetigung eines ständig zunehmenden unstabilen Nachfrageaggregats. Abgesehen von den unerwünschten Ankündigungswirkungen erscheint mir der Vorschlag in ökonomischer Hinsicht zweckmäßig und auch technisch durchführbar. Mein Haupteinwand ist außer-ökonomischer Natur, ich kann ihn hier nur andeuten: Bei einem Instrument dieser Art dürfte der Druck auf die Politiker besonders groß sein, es je nach der Lage der einzelnen Branchen und der Macht der Interessenten mit Ausnahmeregelungen zu durchlöchern.

Nicht eingehen möchte ich auf die verschiedenen fiskalischen Maßnahmen zur Verstetigung des Aggregats der privaten Investitionen, weil hierzu die zu Gebote stehende Zeit nicht reicht. Im Ergebnis stimme ich mit Herrn Wittmann in seiner positiven Bewertung einer Besteuerung bzw. Subventionierung der Bruttoinvestition überein, auch darin, daß hier einer der wichtigsten Ansatzpunkte zu einem wirksameren Demand Management überhaupt liegt; zu beachten sind allerdings die störenden Ankündigungseffekte.

Zweifelloser neuartigste der von Herrn Wittmann angeführten Vorschläge ist das Wallich-Weintraub-Projekt einer „tax-based incomes

⁷ Vgl. *Michael R. Darby*, The Permanent Income Theory of Consumption — A Restatement, in: *Quarterly Journal of Economics*, Bd. LXXXVIII (1974), S. 228 ff., hier S. 240 f.

⁸ *Charles E. McLure, Jr.*, Fiscal Failures, Lessons of the Sixties, in: *William Fellner* (Hrsg.), *Economic Policy and Inflation in the Sixties*, Washington 1972, S. 83 ff.; *W. H. Brancon*, The Use of Variable Tax Rates for Stabilization Purposes (unveröffentlichte CED-Studie; zitiert nach Fritz Neumark, Die komparative Bedeutung von Geld und Fiskalpolitik für die Verwirklichung wirtschaftlicher Stabilität, Tübingen 1973, S. 32).

policy“, also einer Kombination von Lohnleitlinien und einer Strafsteuer für den Fall von deren Überschreitung. Ungeachtet von allen Fragen der Zweckmäßigkeit und Realisierbarkeit ist dieser Vorschlag von grundsätzlichem Interesse, weil er bei angebotsbedingten und nicht bei nachfragebedingten Inflationsursachen ansetzt, und damit auf ganz anderem theoretischem Boden steht als die übliche Diskussion zum Thema Besteuerung und Inflation. Da das Projekt zur Zeit in der englischsprachigen Literatur in vielfachen Modifikationen lebhaft erörtert wird⁹ und da es zumindest in England auch in einer breiteren Öffentlichkeit Beachtung gefunden hat, möchte ich einige ergänzende Worte zum Referat von Herrn Wittmann sagen¹⁰. Freilich muß ich mich hier auf Andeutungen beschränken, und ich muß die wirtschaftsordnungspolitischen Aspekte — die zuweilen etwas übertrieben dargestellt werden — vernachlässigen.

Die Grundidee besteht darin, den Widerstand der Unternehmer gegen überdurchschnittliche Lohnforderungen zu erhöhen. Da nach Wallich und Weintraub die Strafsteuer an das Unternehmensergebnis anknüpfen soll, bedroht sie nicht die Existenz der Unternehmen, im Gegensatz zu der von Herrn Wittmann genannten Lohnsummenbesteuerung. Ferner

⁹ *Yehuda Kotowitz* und *Richard Portes*, The „Tax on Wage Increases“, in: *Journal of Public Economics*, Bd. 3 (1974), S. 113 ff.; *Paul Isard*, The Effectiveness of Using the Tax System to Curb Inflationary Collective Bargains: Analysis of the Wallich-Weintraub Plan, in: *Journal of Political Economy*, Bd. 81 (1973), S. 729 ff.; *M. Fogarty*, Fiscal Measures and Wage Settlements, in: *British Journal of Industrial Relations*, Bd. 11 (1973), S. 29 ff.; *W. B. Reddaway u. a.*, The Effects of Selective Employment Tax, Cambridge 1973. — Die ursprünglichen Vorschläge: *Henry Christopher Wallich*, in: The 1970 Mid-year Review of the State of the Economy, Hearings before the Joint Economic Committee, 91. Kongreß, 2. Sitzung, Teil 3 (a); *Sidney Weintraub*, An Incomes Policy to Stop Inflation, in: *Lloyds Bank Review*, Bd. 99 (1971), S. 1 ff.; *Henry Christopher Wallich* und *Sidney Weintraub*, A Tax-based Incomes Policy, in: *Journal of Economic Issues*, Bd. 5 (1971), S. 1 ff. — Weitere reichhaltige Literaturangaben zu allen Varianten der „Tax on wage increases“ finden sich in dem zitierten Aufsatz von *Fogarty*.

¹⁰ Ein etwas vergrößertes aber im Grunde ganz ähnliches Verfahren wie das von Wallich und Weintraub vorgeschlagene wird übrigens seit einer Reihe von Jahren in Ungarn praktiziert; es ist 1968 im Zuge der allgemeinen Dezentralisierungs- und Liberalisierungsmaßnahmen eingeführt worden: Erhöht sich der Durchschnittslohn in einem Unternehmen stärker als in einer vorgegebenen Leitlinie angeben, so muß eine Zahlung von 50 Prozent und mehr dieser Lohnsumme aus dem Gewinnfonds an den Fiskus entrichtet werden: *Richard D. Portes*, Economic Reforms in Hungary, in: *American Economic Review*, Bd. 60, Papers and Proceedings (1970), S. 307 ff.; *Richard D. Portes*, Strategy and Tactics of Economic Decentralization, in: *Soviet Studies*, Bd. 23 (1972), S. 629 ff. — Wie im Referat erwähnt, hat Kurt Schmidt schon 1969 Maßnahmen nach Art der von Wallich und Weintraub vorgeschlagenen in mehreren Varianten erörtert, und zwar speziell als „Koordinationsbehelf“ für sozialistische Länder: *Kurt Schmidt*, Steuerpolitik im Umbruch?, in: *Heinz Haller* und *Horst Claus Recktenwald* (Hrsg.), Finanz- und Geldpolitik im Umbruch, Mainz 1969, S. 192 ff.

wird behauptet, daß die Wahrscheinlichkeit für eine Überwälzung der Ergebnisbesteuerung geringer sei als bei der Lohnsummenbesteuerung. Die Frage ist freilich, wie weit im Zuge eines oligopolistischen „mark-up-pricing“ auch eine zusätzliche Gewinnbesteuerung zu Preiserhöhungen führt.

Die Probleme einer solchen „Steuer auf überproportionale Lohn-erhöhungen“ springen ins Auge. Das Verfahren hat aneutrale Rückwirkungen auf die Lohn- und Gewinnstruktur. Es wirkt Verschiebungen der Lohnstruktur von Unternehmen zu Unternehmen und — da die Lohnleitlinien für alle Branchen gelten sollen — Lohnverschiebungen von Branche zu Branche entgegen; dies um so mehr als nach Weintraub und Wallich Lohnerhöhungen im Zuge der Lohndrift in gleicher Weise zu einer Strafbesteuerung führen sollen wie Tariflohnerhöhungen. Das Verfahren diskriminiert ferner kapitalintensive Unternehmen — und deren Arbeitnehmer —, da deren Gesamtgewinn bei Überschreitung der Lohnleitlinie in gleichem relativen Umfange, also mit einem größeren absoluten Betrag belastet wird als bei arbeitsintensiven Unternehmen.

Wird die Höhe der Lohnsteigerungen für ein Unternehmen — wie in Ungarn — global berechnet, unabhängig von Strukturverschiebungen zwischen den verschiedenen Arbeitsqualitäten, so beeinflußt dies den „skill mix“ in den Unternehmen und damit die Lohnstruktur zwischen den Arbeitskategorien. Die vermehrte Einstellung hochqualifizierter Arbeitskräfte wird bei Überschreiten des vorgegebenen Satzes steuerlich bestraft.

Aus diesem Grunde machen Weintraub und Wallich eine Konzession, die allein schon die Praktikabilität ihres Konzeptes in Frage stellt: Die Erhöhung des Durchschnittslohns soll für jede Arbeitskategorie getrennt bestimmt werden. Die sich damit eröffnenden Umgehungsmöglichkeiten sind kaum zu übersehen. Ähnliche Fragen wie bei der Behandlung der Arbeitsqualitäten ergeben sich bei den Überstundenzuschlägen, Leistungszulagen usw. Auch hier gilt, daß jede weitere Differenzierung des zugrunde liegenden Index neue loopholes öffnet. Weitere Umgehungsmöglichkeiten liegen darin, daß Durchschnittslöhne zum Schein niedrig gehalten werden können, indem den Arbeitern insgeheim mehr Freizeit gewährt wird.

Aus allen diesen Gründen dürfte der Vorschlag wegen seiner „formidable difficulties“ (Isard), von allen zu erwartenden politischen Widerständen abgesehen, entweder überhaupt nicht oder nur in sehr grober Form zu verwirklichen sein, dann aber um den Preis entsprechend starker, unerwünschter Nebenwirkungen auf Allokation und Verteilung. Wir wissen allerdings aus empirischen Untersuchungen, daß Veränderungen

der Lohnstruktur relativ geringe Allokationswirkungen auf die Arbeitsnachfrage haben.

Das im letzten Absatz des Referats erwähnte Instrument der Zwangsanleihe scheint mir durch das deutsche und das israelische Beispiel in jüngster Vergangenheit zu Unrecht in Mißkredit geraten zu sein. In einer anderen als der bisher praktizierten Form erscheint es mir durchaus einer näheren Diskussion würdig. Man bedenke eine Situation, wie sie in einigen Ländern in den letzten Jahren gegeben war: Steuererleichterungen im unteren Tarifbereich wären einerseits aus verteilungspolitischen Gründen wegen des Wirkens der inflationsbedingten „kalten“ Progression angezeigt, andererseits aber aus konjunkturpolitischen Gründen unerwünscht. In einer solchen Lage erscheint es einer ernsthaften Erwägung wert, ob ein Teil der Steuerbelastungen vor allem oder ausschließlich im unteren Tarifbereich in eine längerfristig (z. B. 8 - 12 Jahre) festgeschriebene Zwangsanleihe umgewandelt werden könnte. Dies würde die personelle Einkommensverteilung und zugleich die Vermögensbildung breiter Schichten positiv beeinflussen¹¹. Die unerwünschte Kreislaufwirkung einer Steuersenkung mit ihrem Effekt auf die institutionelle Einkommensverteilung würde vermieden. Wegen dieser Kombination verteilungs- und stabilisierungspolitischer Effekte, die zum Teil den in der Diskussion über den Investivlohn beschriebenen ähneln, scheint mir das letzte Wort über die Zwangsanleihe in der wirtschaftspolitischen Diskussion noch nicht gesprochen zu sein.

¹¹ Vgl. hierzu auch *Bruno Molitor*, Vermögensverteilung als wirtschaftspolitisches Problem, Tübingen 1965, S. 113 ff.; *Dieter Pohmer*, Die Staatsverschuldung als Instrument der Verteilungspolitik, in: Heinz Haller und Willi Albers (Hrsg.), Probleme der Staatsverschuldung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 61, Berlin 1972, S. 143 ff.

Diskussion

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Sie haben durch die beiden Referate, so glaube ich, einen guten Überblick über die Möglichkeiten der Fiskalpolitik im Rahmen der Einnahmenseite bekommen. Dabei kann man keineswegs sagen, daß die von Herrn Wittmann in den Vordergrund gestellten nachfragepolitischen Maßnahmen die traditionellen und die an die Angebotsseite anknüpfenden Mittel die modernen Instrumente sein müßten. Es ist ja so, daß nicht die Inflationstheorien neu und alt sind; das, was neu und alt ist, ist vielmehr die veränderte Situation. Im Zusammenspiel der beiden Referate scheint mir besonders schön herausgekommen zu sein, daß wir in anderen Situationen andere Instrumente brauchen.

In der gegenwärtigen Situation spricht manches dafür, daß die traditionelle Nachfrageerklärung der Inflation nicht ausreichend ist. Wir haben deshalb inzwischen theoretisch schon viel darüber nachgedacht, wie die Inflation von der Angebotsseite her entstehen kann; wir sind aber trotzdem, wie Herr Gandenberger sagte, in ziemlicher Verlegenheit, weil sich aus den gewonnenen Einsichten nicht ohne weiteres geeignete Steuerungsmittel ableiten lassen, die an die Angebotsseite anknüpfen. Das eine Instrument, das Herr Wittmann in seinem Referat schon erwähnte und das von Herrn Gandenberger weiter diskutiert wurde, ist ja in mancher Hinsicht problematisch. Über das von Herrn Gandenberger vorgeschlagene Instrument der Zwanganleihe ließe sich sicher noch manches sagen. Sie, Herr Gandenberger, möchten dieses Instrument, wenn ich Sie recht verstanden habe, ja nicht nur als nachfrageseitig wirksames Mittel aufgefaßt wissen, sondern sehen — etwa über die Vermeidung von Lohnsteigerungen — darin auch einen angebotsseitigen Anknüpfungspunkt.

Walter A. S. Koch (Brügge):

Ich habe nur wenige Bemerkungen anzufügen und möchte einige Fragen aufwerfen, deren Beantwortung möglicherweise den vorsichtigen Optimismus von Herrn Wittmann bezüglich der Möglichkeiten, auch mit einzelnen Steuern stabilisierungspolitische Erfolge zu erzielen, etwas dämpfen würde.

Sie haben in der Einleitung Steuerwirkungen auf den Arbeitseinsatz ausgeschlossen. Sie meinen offenbar den Arbeitskräfteeinsatz durch die Unternehmen. Das ist für Lohnsteueränderungen sicherlich eine plausible Abgrenzung. Fraglich ist die Nichtberücksichtigung der Steuerwirkungen auf den Arbeitseinsatz dagegen bei Einkommen- und Körperschaftsteuern, deren stabilisierungspolitisch motivierte Erhöhung bzw. Senkung bei einer Ankündigung durch die Regierung entsprechende Anpassungen in den Investitionskalküls der Unternehmen im Sinne von announcement effects hervorrufen kann. Je nach Stärke und erwarteter Dauer der Steueränderung können beträchtliche Auswirkungen von stabilisierungspolitischer Relevanz auf den Arbeitseinsatz erwartet werden.

Der zweite Gesichtspunkt betrifft das Problem der Steuerabwehr durch die Zensiten selbst, die auf steuerliche Belastungsänderungen nicht nur durch eine Revision ihrer Konsum- und Sparentscheidungen reagieren dürften. Ich meine, daß das Problem der Leistungsanreize eine so wichtige Rolle spielt, daß man es nicht ohne weiteres aus der Diskussion ausschalten darf, auch wenn umfassende Untersuchungen dazu noch nicht vorliegen. Letztlich wird bei den Zensiten mit einer Reaktion des Arbeitsangebots in qualitativer bzw. auch in quantitativer Richtung zu rechnen sein, die nicht ohne stabilisierungspolitische Bedeutung ist.

Dann eine kurze Bemerkung zur Besteuerung langlebiger Konsumgüter, die Sie stabilisierungspolitisch für durchaus effizient halten. Ich bin der Meinung, daß viele der dauerhaften Konsumgüter, die für eine steuerliche Belastung zum Zwecke der konjunkturellen Stabilisierung in Frage kommen, mittlerweile so sehr zum Lebensstandard gehören, daß man sie zum lebensnotwendigen Bedarf rechnen muß (Auto, Fernsehen, Wohnungseinrichtung usw.). Dann aber tauchen hier die von Ihnen erwähnten Probleme der negativen Verteilungswirkungen einer Erhöhung der allgemeinen Verbrauchsteuern wieder auf. Der Verteilungsaspekt bezieht sich nicht auf die Einkommensverteilung, sondern auf die Verteilung der Güter, die in zunehmendem Maße Berücksichtigung findet.

Sie haben nicht berücksichtigt — auch da wären einige Ergänzungen erhellend für die Möglichkeiten einer auf Stabilisierung gerichteten öffentlichen Einnahmenpolitik gewesen —, daß die stabilisierungspolitische Effizienz der Körperschaftsteuer und der Investitionssteuer insbesondere modifiziert werden muß unter Berücksichtigung unterschiedlicher Marktformen und angesichts zunehmender internationaler Konzernbildung. Das Instrumentarium der nationalen Steuerpolitik wird langsam, aber sicher immer stumpfer. Die gleichen Auswirkungen

ergeben sich als Folge der Steuerharmonisierung im Gemeinsamen Markt.

Eine letzte Bemerkung zu der von Ihnen angedeuteten Möglichkeit, die Formelflexibilität an die Stelle der einzeldiskretionären Maßnahmen zu setzen. Das setzt doch voraus — dies ist im Arbeitskreis D hinlänglich diskutiert worden —, daß man das Diagnose- und Prognoseproblem gelöst hat. Davon kann heute beim Einsatz diskretionärer Maßnahmen keinesfalls ausgegangen werden. Bei dem Ersatz diskretionärer Maßnahmen durch die Formelflexibilität im Sinne Musgraves müßte dieses Problem erst recht gelöst sein. Nach dem gegenwärtigen Stand unseres Wissens bietet die Formelflexibilität keinen operationalen Rahmen für konjunkturelle Stabilisierung, wenn man von dem bescheidenen Versuch im Stabilitätsgesetz, den administrativen lag zu verkürzen, einmal absieht.

Klaus Tiepelmann (Köln):

Herr Wittmann und Herr Gandenberger, ich bin gerade von einer fast dreijährigen Tätigkeit in einem Entwicklungsland zurückgekehrt und bin deshalb vielleicht um so mehr erstaunt darüber, welche einnahmenpolitischen Instrumente im Dienst der Stabilisierung sich meine Kollegen inzwischen haben einfallen lassen. Es kommt mir einfach etwas makaber vor, wenn vorgeschlagen und von Ihnen diskutiert wird, mangelnde Härte der Unternehmer in Lohnverhandlungen mit den Gewerkschaften durch eine Gewinn- oder Lohnsummen-Zusatzsteuer zu bestrafen. Das gleiche Gefühl beschleicht mich noch mehr, wenn von Staats wegen Prämien an Unternehmer für die erfolgreiche Abwehr von Lohnforderungen der Gewerkschaften gezahlt werden sollen. Solche Maßnahmen müssen doch das Verhältnis der Arbeitnehmer zum Staat weiter schwer belasten, abgesehen davon — das ist eine private Meinung —, daß mir nicht ganz wohl wäre bei einer Regierung, die sich solche Maßnahmen dennoch leisten könnte. Aber vielleicht könnte man zum Ausgleich den Arbeitnehmern Steuererleichterungen anbieten, wenn die Unternehmergewinne wieder einmal rascher expandieren als die Löhne und Gehälter. Selbst die Unternehmen wären meines Erachtens vor einer Gewinnzusatzsteuer in Schutz zu nehmen, wenn die Gewerkschaften mit härtesten Maßnahmen Lohnforderungen durchgesetzt haben, die die Lohnleitlinien übersteigen.

Walter Wittmann (Freiburg i. Ue.):

Zunächst einige Gedanken zu den Ausführungen von Herrn Koch. Sie haben gesagt, daß ich die Steuerwirkungen auf den Arbeitseinsatz vernachlässige. Ich habe dargelegt, weshalb.

Sie sprachen dann von der Körperschaftsteuer und auch von der Unternehmerseite. Die Bemessungsgrundlage, die betroffen wird, sind ja die Investitionen. Sie haben die Investitionen auch selbst genannt. Über die Investitionen habe ich mich relativ lange ausgelassen.

Ich möchte aber gleichzeitig noch sagen, daß man die Reaktionsmöglichkeiten der Arbeitnehmer sehen muß. Sie ersehen aus allen empirischen Untersuchungen, daß man meistens Steuerwirkungen auf den Arbeitseinsatz nur bei Freierwerbenden untersucht, also nicht bei den breiten Arbeitnehmerschichten, die in der Regel keine Möglichkeit haben, überhaupt darauf zu reagieren. Ich meine, wenn ich das jetzt in Proportionen sehe, daß das in der Praxis ein zu vernachlässigendes Problem ist. Das heißt nicht, daß man in der Theorie nicht irgendwelche Konstruktionen diskutieren könnte.

Dann sprachen Sie davon, daß die dauerhaften Konsumgüter heute vielleicht zum täglichen Bedarf geworden seien. Das kann durchaus sein. Ich möchte das nicht abschließend beantworten. Ich bin einfach davon ausgegangen: Wo die Einkommenselastizität größer als 1 ist, da würde ich einmal sehen, welche dauerhaften Konsumgüter in Anspruch genommen werden können. Hier ist die Bemessungsgrundlage auch relativ breit. Wenn man also hier steuerliche Maßnahmen trifft, dann kann man auch damit rechnen, daß man in einem relevanten Maße zusätzliche Einnahmen hat. Das Verteilungsproblem sehe ich wie folgt: Wenn es so ist, daß mit steigendem Einkommen oder in mittleren und hohen Einkommenschichten mehr dauerhafte Konsumgüter konsumiert werden, dann würde auch der Verteilungseinwand, den Sie hier vorgebracht haben, etwas abgeschwächt.

Dann wurde noch gesagt, man müsse auch internationale Verflechtungen berücksichtigen. Ich habe das ausdrücklich ausgeschaltet, indem ich nicht vom außenwirtschaftlichen Gleichgewicht gesprochen habe. Sonst hätte ich den ganzen Bereich der Steuerwirkungen im grenzüberschreitenden Verkehr diskutieren müssen, und das wäre innerhalb der 20 Seiten beileibe nicht möglich gewesen. Andererseits ist das Problem so kompliziert, daß ich mir nicht hätte erlauben können, es in zwei, drei Sätzen abzuurteilen oder eine Seite darüber zu schreiben.

Zu den Ausführungen von Herrn Gandenberger kann ich nur sagen: Ich empfinde sie als nützliche Erweiterungen. Ich möchte betonen, daß ich sehr darauf bestehen möchte oder sehr davon überzeugt bin, daß man mit Steuern in einem relevanten Maß, wenn überhaupt, nur die Gesamtnachfrage beeinflussen kann. Die ganzen Konstruktionen zur Beeinflussung der Lohnforderungen sind mir auch aus ordnungspolitischen Überlegungen nicht sehr sympathisch. Wenn man noch die

Schwierigkeiten sieht, die dabei politisch auftauchen, daß dann die sozialen Konflikte möglicherweise noch verstärkt werden, würde ich das nicht als positiv ansehen. Deshalb komme ich zu dem Ergebnis, daß man schwergewichtig im Bereich der Beeinflussung der Nachfrage, d. h. der Investitionen und des privaten Konsums, vorgeht, wobei es durchaus nützlich ist, daß man die Diskussion, die jetzt angelaufen ist, in den kommenden Jahren fortsetzt, bevor man ein endgültiges Urteil darüber abgeben kann.

Geldpolitische Konzeptionen zwischen Keynes und Friedman

Von Dieter Duwendag, Speyer*

1. Problemstellung

Geldpolitische Konzeptionen sind gedankliche Aufrisse für zentralbankpolitisches Handeln; sie bedürfen eines theoretischen Unterbaus. In der Realität nehmen die Zentralbanken indessen nur selten explizit Bezug auf bestimmte geldtheoretische Ansätze. Das erschwert den Versuch des Analytikers, den theoretischen Standort der jeweiligen nationalen Notenbanken zu evaluieren, macht ihn jedoch nicht unmöglich. Denn aus dem tatsächlichen Vollzug der Notenbankpolitik und der Betonung gewisser Schwerpunkte lassen sich — zumindest in groben Umrissen — bestimmte geldtheoretische Implikationen erkennen. Diese können, von der Spannweite der theoretischen Ansätze her gesehen, „zwischen“ Keynes und Friedman liegen.

Daraus folgt als erste Aufgabe dieses Beitrages, einen Überblick über die derzeitigen geldtheoretischen Hauptrichtungen zu geben. Der begrenzte Raum gestattet dabei lediglich, die Grundstruktur konkurrierender geldtheoretischer Hypothesen in verbaler Form herauszuarbeiten und diese in zweckmäßiger Weise zu systematisieren. Besonderer Wert wird in diesem Zusammenhang gelegt auf den Versuch, geldnachfrage- und transmissionstheoretische Ansätze mit geldangebots-theoretischen Hypothesen zu verknüpfen. Dieses Anliegen ist nicht nur von der Themenstellung her geboten, sondern soll auch auf gewisse Schwächen in der Entwicklung der Geldtheorie aufmerksam machen, ihnen entgegenwirken. Diese Entwicklung mußte häufig den Eindruck hervorrufen, als seien Theorien der Geldnachfrage, des monetären Transmissionsprozesses und des Geldangebots voneinander unabhängige

* Geboren am 28. Januar 1938 in Hamburg. 1962 Diplom-Kaufmann an der Universität Münster. 1963 - 1969 wissenschaftlicher Assistent am Institut für Siedlungs- und Wohnungswesen, 1965 Promotion zum Dr. rer. pol., 1970 Habilitation im Fach Volkswirtschaftslehre, 1970/1971 Dozent für Volkswirtschaftslehre an der erwähnten Universität. 1971/1972 wissenschaftlicher Rat und Professor an der Universität zu Köln. Seit 1972 Professor für allgemeine Volkswirtschaftslehre und Wirtschaftspolitik an der Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer. Hauptarbeitsgebiete: Wohnungs- und Bodenpolitik, Kapitalmarkt und Finanzierung, Geldtheorie und Geldpolitik, Konjunkturpolitik.

Problemkreise. Die Spaltung in verschiedene geldtheoretische „Lager“ hat diesem Eindruck ebenso Vorschub geleistet wie die überwiegend anzutreffende Darstellung einer von der Geldpolitik losgelösten Theorie der Geldnachfrage.

Zweitens zielt dieser Beitrag auf den Versuch, ausgewählte Beispiele der praktischen Zentralbankpolitik in die theoretische Systematik einzuordnen. Ein solches Vorhaben birgt stets die Gefahr einer Klischeierung und gewaltsamen Einengung der in der Realität auf eine möglichst „flexible“ Politik bedachten Notenbanken. Auch lassen sich die aus der reinen Textexegese offizieller Verlautbarungen der Zentralbankiers und aus Notenbankberichten ableitbaren Anhaltspunkte nur selten so verdichten, daß dabei eine eindeutige geldtheoretische Position resultiert. Vielmehr gewinnt man bei der Analyse der Zentralbankpolitik der meisten Länder den Eindruck, daß diese — „zwischen“ Keynes und Friedman — in mehr oder weniger starkem Maße Elemente aus unterschiedlichen Theorieansätzen in sich vereinigen. Der Versuch einer theoretischen Standortbestimmung beschränkt sich im folgenden auf solche Länder, in denen — tatsächlich oder vermeintlich — Konzeptionswechsel der Geldpolitik stattgefunden haben.

2. Hauptrichtungen der Geldtheorie — Überblick

Dreh- und Angelpunkt der Geldtheorie ist der Transmissionsprozeß von monetären Impulsen in den realwirtschaftlichen Bereich. Seitdem der monetären Politik mehr und mehr die Hauptlast der Konjunktur- stabilisierung aufgebürdet wurde und den Monetaristen der Nachweis der relativen Überlegenheit der Geldpolitik (über die Fiskalpolitik) gelungen scheint, müssen sich auch die Notenbankleiter stärker als bisher mit dem Transmissionsproblem der Geldpolitik auseinandersetzen. Solange man dem Geld eine genügsame, eher akkomodierende Rolle zugewiesen hatte, war diese Fragestellung von untergeordneter Bedeutung. Im Prozeß der monetären Konjunktursteuerung gewinnt das Transmissionsproblem jedoch zentrales Gewicht; es ist entscheidend für die Effizienz der Geldpolitik.

Wie und von wem werden Veränderungen monetärer Größen ausgelöst? Im Vordergrund stehen dabei die von der Zentralbank „emittierten“ monetären Impulse, die insoweit als exogen (im politischen Sinne) bezeichnet werden. Veränderungen monetärer Größen können jedoch auch (endogen) vom Verhalten der Banken, des Publikums, des Staates und des Auslandes bewirkt werden. Wie wirken monetäre Impulse auf die gesamtwirtschaftlichen Zielgrößen (Beschäftigung, Produktion, Preisniveau)? Alle Unterschiede in den geldtheoretischen Er-

klärungsansätzen kulminieren in der Auffassung von der Art dieses Transmissionsverlaufs. Er ist die zentrale Implikation jeder geldnachfragetheoretischen Hypothese, zugleich aber auch konstitutiv für die praktische Ausgestaltung zentralbankpolitischer (geldangebotspolitischer) Konzeptionen. Verfügten wir über empirisch hinreichend abgesicherte Kenntnisse des Geldnachfrageverhaltens der Wirtschaftssubjekte, ließen sich — auch prognostisch — fundierte Aussagen über den Transmissionsprozeß und über die adäquate Konzeption der Zentralbank-(Geldangebots-)Politik treffen.

Das ist indessen nicht der Fall. Wenn auch im Rahmen dieses Beitrages keine Auseinandersetzung mit den vorgelegten empirischen Arbeiten erfolgen kann und soll, lassen sich doch zumindest die folgenden Tendenzen erkennen: Empirische Tests geldnachfragetheoretischer Hypothesen, insbesondere der Zinselastizität der Geldnachfrage¹, haben ebensowenig zu eindeutigen Schlußfolgerungen geführt wie die bisher fast ausschließlich von seiten der „Monetaristen“ erstellten Geldangebotsanalysen². Separierungen von geldangebots- und geldnachfragetheoretischen Hypothesen (das sog. Identifikationsproblem) in empirischen Tests sind unseres Wissens bisher noch nicht befriedigend gelungen. Auch die vor allem für die USA erstellten ökonomischen Großmodelle einerseits und die Schätzungen der reduzierten Form andererseits haben zu kontroversen Beurteilungen geführt³, zum einen wegen der theoretischen Grundstruktur dieser Modelle — „keynesianisch“ versus „monetaristisch“ —, zum anderen wegen der verwendeten Testverfahren. Diese Arbeiten haben zweifellos dazu beigetragen, daß die verantwortlichen Politiker und Notenbankleiter sich stärker als bisher Klarheit verschaffen über die theoretischen Grundlagen ihrer Politik, insbesondere über das Problem der Verknüpfung von „monetärem“ und „realem“ Sektor der Volkswirtschaft. Diese Frage des adä-

¹ Stellvertretend für zahlreiche Literaturangaben sei verwiesen auf die zusammenfassende Übersicht mit Quellenangaben von The Bank of England, *The Importance of Money*, in: *Bank of England Quarterly Bulletin*, Bd. 10, Nr. 2, 1970, S. 188 - 197; ferner: *U. Westphal*, Theoretische und empirische Untersuchungen zur Geldnachfrage und zum Geldangebot, Kieler Studien, Bd. 110, Tübingen 1970.

² Herausgegriffen seien: *K. Brunner* und *A. H. Meltzer*, Some Further Investigations of Demand and Supply Functions for Money, in: *Journal of Finance*, Vol. 19, 1964, S. 240 ff., sowie *J. Siebke* und *M. Willms*, Das Geldangebot in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Heft 1, 1970, S. 55 ff.

³ Einen gerafften Überblick über Ergebnisse und Diskussion dieser Modelle geben *D. I. Fand*, Geldtheorie und ökonomische Großmodelle, in: *Kredit und Kapital*, Heft 2, 1972, S. 121 ff., und *H. G. Monissen*, Die relative Stabilität von Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes und Investitionsmultiplikator: Eine Zusammenfassung der Diskussion, in: *Jahrbuch für Sozialwissenschaft*, Bd. 24, Heft 3, S. 300 ff.

quaten Transmissionsansatzes kann jedoch letztlich nur empirisch entschieden werden, und insoweit beschränkt sich unser Wissensstand immer noch weitgehend auf Vermutungen, Überzeugungen oder Behauptungen, die auf einer Vielzahl transmissionstheoretischer Hypothesen basieren. Für die Zentralbanken stellt sich daraus das Problem, welche der konkurrierenden Hypothesen sie zur Grundlage ihrer Politik machen sollen. Angesichts der empirischen Unsicherheit über die ökonomischen Interdependenzen wäre es ihnen nicht zu verdenken (wenn auch theoretisch fragwürdig), würden sie — nach dem Prinzip „trial and error“ — gleichzeitig mehreren Hypothesen folgen, um das Risiko einer falschen Politik zu minimieren. Die Folge wäre ein geldpolitisches Mix, wie es tatsächlich ja auch überwiegend praktiziert wird.

Das Schema auf Seite 942 zeigt den Aufbau und die gewählten Kriterien für eine Systematisierung der derzeitigen geldtheoretischen Hauptrichtungen. Der Aufbau des Schemas folgt von „oben nach unten“ dem Verlauf eines geldpolitisch ausgelösten monetären Impulses durch das Gesamtsystem, ausgehend von den Aktivitäten der Zentralbank bis hin zu den Wirkungen auf wirtschaftspolitische Zielgrößen. Die analytische Aufbereitung der Systematik erfolgt dagegen von „unten nach oben“: Der von den drei geldtheoretischen Hauptrichtungen jeweils zugrundegelegte Typ der Geldnachfragefunktion determiniert den Transmissionsansatz, und dieser bestimmt wiederum die jeweilige geldangebotstheoretische Konzeption. Anders gewendet: Grundlegende Unterschiede in praktischen geldpolitischen Konzeptionen lassen auf differierende geldnachfrage- und transmissionstheoretische Hypothesen der Zentralbanken schließen.

Als die drei geldtheoretischen Hauptrichtungen werden angesehen: (1) der keynesianische, (2) der neoquantitätstheoretische, (3) der liquiditätstheoretische („Radcliffe“-)Ansatz. Ihnen entsprechen spezifische geldnachfrage- und transmissionstheoretische Ansätze, und diese implizieren wiederum spezifische geldangebotstheoretische Konzeptionen. Als Abgrenzungskriterien mit der größten Trennschärfe — andere Kriterien sind denkbar⁴ — wurden insbesondere der jeweils unterstellte Transmissionsmechanismus und die daraus resultierende geldpolitische Strategie gewählt. Wie jeder Systematisierungsversuch hat auch dieser

⁴ Zu Systematisierungen mit anderen Schwerpunkten vgl. insbesondere *H. G. Johnson*, Beiträge zur Geldtheorie und Geldpolitik, Berlin 1969, S. 23 bis 114; *D. I. Fand*, Monetarism and Fiscalism, in: Banca Nazionale Del Lavoro Quarterly Review, Bd. 23, 1970, S. 276 ff.; *W. Ehrlicher* unter Mitarbeit von *B. Großeschmidt*, Geldtheorie, in: Kompendium der Volkswirtschaftslehre, Bd. 1, hrsg. von *W. Ehrlicher* u. a., 4. Auflage, Göttingen 1973, S. 339 ff.; *D. Duwendag*, *K.-H. Ketterer*, *W. Kösters*, *R. Pohl*, *D. B. Simmert*, Geldtheorie und Geldpolitik; Eine problemorientierte Einführung, Köln 1974, insbesondere S. 136 - 208.

Schwächen (Vereinfachungen, eine gewisse Willkür in der Kriterienwahl, Nichtberücksichtigung zahlreicher — zumeist personengebundener — Varianten), so daß die Zusammenhänge letztlich nicht so stringent sind, wie sie eine idealtypische Systematik glauben machen könnte. Trotz mancherlei Gemeinsamkeiten und Überschneidungen zwischen den drei geldtheoretischen Hauptströmungen gibt es jedoch bestimmte Grundpositionen, die sie voneinander unterscheiden und deren Haupttendenzen im folgenden darzustellen sind.

Der (post-)keynesianischen Richtung werden alle jene Vertreter zugerechnet, deren analytische Basis das herkömmliche IS-LM-Modell ist, wie es von Hicks in Ausdeutung Keynescher Gedankengänge interpretiert wurde. Als Sammelbegriff hat sich für diese — unter den akademischen Ökonomen dominierende — Gruppe die Bezeichnung Einkommen-Ausgaben-Theoretiker resp. Fiskalisten eingebürgert. Trotz aller Differenzierungen im einzelnen wird man hierzu mit bezug auf das Abgrenzungskriterium der geldpolitischen Strategie (und nur insoweit!) auch die sog. Yale-Schule um Tobin zählen müssen. Unter den deutschen Geldtheoretikern keynesianischer Provenienz ist vor allem Köhler zu nennen. In methodologischer Hinsicht fällt auf, daß die Keynesianer mit dem IS-LM-Modell eine relativ simple bzw. vereinfachte Transmissionstheorie formulierten (z. B. den Kreditkostenmechanismus), während sie für empirische Tests umfassende Strukturmodelle entwickelten, um die Interdependenzen der Wirtschaft in den Griff zu bekommen. Die Fehlschläge dieser Modelle widerlegen nicht von vornherein die keynesianische Theorie, sondern lassen die Möglichkeit offen, daß die Verknüpfung der Variablen innerhalb des Gesamtmodells bisher nicht adäquat gelungen ist.

Keynes selbst ist dagegen — der weithin akzeptierten Interpretation Leijonhufvuds folgend — hinsichtlich seiner originären Gedankengänge eher der *neoquantitätstheoretischen* („monetaristischen“) Richtung zuzurechnen⁵. An ihrer Spitze stehen — freilich auch mit unterschiedlichen Akzenten im einzelnen — als theoretische Köpfe insbesondere Friedman („Chicago-Schule“) sowie Brunner und Meltzer. Der heutige Monetarismus wurzelt in einer langen Tradition, die jedoch erst mit der Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes durch Friedman Mitte der fünfziger Jahre wieder auflebte, rasch auf zahlreiche Ökonomen übergriff und zunehmend internationale Verbreitung fand — so auch in Deutschland (Willms, Siebke, Neumann, Monissen). Maßgeblich für die zunehmende, auch politische Attraktivität des Monetarismus ist seine Methode: In der transmissionstheoretischen Argumentation höchst anspruchsvoll, werden

⁵ So gesehen ist die Formulierung des Themas dieses Beitrages falsch. Wir folgen jedoch diesbezüglich herrschenden Konventionen.

Klassifikation geldtheoretischer Ansätze

Kriterien	I. Geldtheoretische Richtungen		
	Keynesianische Theorie	Neoquantitätstheorie	Liquiditätstheorie
	II. Geldangebotstheoretische Konzeptionen		Liquiditätskonzept
	Kreditkonzept	Geldmengenkonzept	Liquiditätskonzept
1. Indikator a) Allgemein b) Spezifiziert	Freie Liquiditätsreserven der Banken (Zinsniveau) Frei verfügbares aktuelles (+ potentielles) Zentralbankgeld der Banken	Geldbasis (bereinigt) Gesamtes aktuelles Zentralbankgeld der Banken und der privaten Nichtbanken Geldmengenpolitik	Niveau finanzieller Zinssätze Geld- und Kapitalmarktkonditionen
2. Instrumenteller Hauptansatzpunkt ..	Zins- und Liquiditätspolitik (bankenorientiert)	Geldvolumen (M_1)	Zinspolitik (Kreditkontrollen, moral suasion)
3. Zwischenziel- a) Variable b) Adressat	Kreditgewährung der Banken (Kreditkosten) Banken	Banken, private Nichtbanken	„Liquiditätsstatus der gesamten Wirtschaft“ Banken, Nichtbanken einschl. Finanzintermediäre
	III. Geldnachfrage-/Transmissionstheoretische Ansätze		
	Zinstheoretischer Ansatz	Vermögenstheoretischer Ansatz	Liquiditätstheoretischer Ansatz
1. Determinanten der Geldnachfrage	Volkseinkommen, finanzielle Zinssätze	Vermögen, Ertragsätze auf Finanz- und Sachaktiva, erwartete Preisänderungsrate	„Geldnähe“ von Finanz- und Sachaktiva, Alternativkosten der Geldhaltung
2. Transmissions- a) Mechanismus b) Variable	Substitution von Geld durch Finanzaktiva	Substitution von Geld durch Finanz- und Sachaktiva	Substitution zwischen „liquiden Mitteln“
3. Realwirtschaftlicher a) Primärimpuls b) Primärbereich ...	Kreditgewährung, Kreditkosten, Zinsstruktur von Finanzaktiva	Vermögensbestände, relative Preise bzw. Erträge	Liquiditäts- und Zinsstruktur der Aktiva, „finanzielle Bewegungsfreiheit“
	Zins- und kreditabhängige Ausgaben Unternehmen	„Vermögensabhängige“ Ausgaben Unternehmen, private Haushalte	„Liquiditätsabhängige“ Ausgaben Unternehmen, private Haushalte

in den empirischen Tests reduzierter Form die ökonomischen Interdependenzen rigoros vereinfacht. Hier dominieren zwei einfache Beziehungen: Die Geldbasis — exogen bestimmbar durch die Zentralbank — beherrscht die Geldmenge und diese wiederum die ökonomische Aktivität. Diese Relationen scheinen jenen Anforderungen zu genügen, die nach Johnson an eine „gute“ Theorie zu stellen sind, nämlich ihre Fähigkeit, „to predict something large from something small, by means of a simple and stable theoretical relationship“⁶. In dieser unterstellten Stabilität der Beziehungen liegt die Crux des monetaristischen Ansatzes, und hier bietet er Angriffsflächen, wenngleich nicht zu verkennen ist, daß bei den empirischen Arbeiten auch die vorerst größten Erfolge der Monetaristen liegen.

Unter der *liquiditätstheoretischen* Richtung werden hier alle Varianten zusammengefaßt, die theoretisch und konzeptionell den Grundgedanken des 1959 veröffentlichten Radcliffe-Reports⁷ nahestehen. Die Radcliffe-Konzeption ist breit angelegt und wegen ihrer mangelnden begrifflichen Schärfe nur schwer in bestimmte theoretische Kategorien einzuordnen. Sie vereinigt Elemente der keynesianischen und Neoklassischen Theorie in sich, geht jedoch über beide unter bestimmten Aspekten weit hinaus. Liquiditätstheoretiker sind insbesondere unter den englischen und deutschen Ökonomen (Veit, Stützel, Schmölders) anzutreffen. Empirische Arbeiten seitens der Liquiditätstheoretiker sind bisher noch nicht vorgelegt worden — zumindest, was die ganze Breite des Liquiditätskonzeptes betrifft. Das erscheint wenig verwunderlich, wenn man — wie z. B. Sayers⁸ — die Bankdepositen lediglich noch als das „Kleingeld des Systems“ begreift oder — wie Artis⁹ — auf eine Politik der monetären „Schockeffekte“ baut und damit die Wirkungen der Geldpolitik quasi in atmosphärischen Störungen der monetären Umweltbedingungen sieht. Hier versagt jeder empirische Test mit herkömmlichen Methoden.

Überhaupt mag gefragt werden, weshalb die Liquiditätstheorie des Geldes, die doch weitgehend aus dem akademischen Blickfeld geschwunden ist, auch als eine Hauptrichtung der gegenwärtigen Geldtheorie in die Systematik aufgenommen wurde: Kaum veröffentlicht, schien doch

⁶ H. G. Johnson, *Recent Developments in Monetary Theory — A Commentary*, in: D. R. Croome und H. G. Johnson (Hrsg.), *Money in Britain 1959 - 1969*, London 1970, S. 86.

⁷ Vgl. Committee on the Working of the Monetary System, *Report Command Paper Nr. 827*, London 1959 („Radcliffe-Report“).

⁸ R. S. Sayers, *Geldtheorie und Geldpolitik in England*, in: E. Dürr (Hrsg.), *Geld- und Bankpolitik*, Köln, Berlin 1969, S. 110.

⁹ M. J. Artis, *Liquidity and the Attack on Quantity Theory*, in: H. G. Johnson u. a. (Hrsg.), *Readings in British Monetary Economics*, London 1972 S. 344 ff.

der Radcliffe-Report schon wieder Makulatur! Trotzdem sind wir der Auffassung, daß der Radcliffe-Ansatz im Bewußtsein der Zentralbankiers nach wie vor eine große Rolle spielt, betont er doch die Transmission all jener Impulse, die von notenbankpolitischem moral suasion und von Ankündigungseffekten ausgehen, die quantitativ schwer faßbar sind und auf einer anderen (sozialpsychologischen) Ebene als der keynesianische und monetaristische Ansatz liegen. Auf jeden Fall ist es verfrüht und sogar leichtfertig, den Stab über eine Theorie zu brechen, nur weil sie herkömmlichen Quantifizierungsversuchen nicht oder nur schwer zugänglich ist. Wir mußten z. B. lernen, Friedman als Epigonen des originären Keynes zu interpretieren; warum sollte sich z. B. Schmolders nicht als Vorläufer eines „späten“ Brunner erweisen? (Was zugegebenermaßen heute noch schwer vorstellbar ist.) So könnte sich der primär sozialpsychologische Ansatz der Liquiditätstheorie einmal als sehr fruchtbar für die weitere geldtheoretische Forschung herausstellen. Denn dieser Ansatz weist in die Richtung der monetären Verhaltensforschung, von deren verstärktem Ausbau alle geldtheoretischen Richtungen profitieren könnten. Liegt das Kernproblem der Geldtheorie und Geldpolitik in der empirischen Unsicherheit über den Transmissionsprozeß, so bietet die monetäre Verhaltensforschung eine mögliche Alternative, diesen desolaten Zustand überwinden zu helfen: Die Abkehr von der hochaggregierten Analyse mit ihren kurzgeschlossenen Relationen und die Hinwendung zu kleineren Zielgruppen und -adressaten der Geldpolitik; empirische Untersuchungen ihrer spezifischen Reaktionen auf geld- und kreditpolitische Maßnahmen. Hinsichtlich dieser Perspektive sitzen alle Geldtheoretiker — gleich welcher Richtung — in einem Boot; hier müßte eine verstärkte Zusammenarbeit erfolgen.

3. Geldnachfragetheorien

Theorien der Geldnachfrage sind, wie bereits erwähnt, im Kern Transmissionstheorien und damit Geldwirkungslehren. Die privaten Wirtschaftssubjekte fragen — in Abhängigkeit von bestimmten Größen — eine bestimmte Geldmenge¹⁰ nach, streben eine bestimmte Höhe ihrer Kassenhaltung an. Das Volumen dieser gesamtwirtschaftlich gewünschten Kassenhaltung stimmt nur im Zustand des „monetären Gleichgewichts“ mit dem Geldangebot überein. Zwar befindet sich die gesamte Geldmenge stets in gleicher Höhe in den Kassen der privaten Wirtschaftseinheiten, hinter dieser rechnerischen Identität können sich jedoch Diskrepanzen verbergen. Die Aktivitäten, die gewünschte mit der tat-

¹⁰ Sofern nichts anderes gesagt ist, wird unter der Geldmenge bzw. unter „Geld“ im folgenden die Summe aus Bargeldumlauf und Sichtdepositen der inländischen privaten Nichtbanken bei den Kreditinstituten verstanden (M_1).

sächlichen Geldhaltung in Einklang zu bringen, lösen Anpassungsprozesse aus, die in ihrem Gefolge realwirtschaftliche Mengen- und Preisvariable berühren können. Für die Geldpolitik sind daher Informationen über das Geldnachfrageverhalten von größter Bedeutung, insbesondere hinsichtlich der Determinanten und der Stabilität der Geldnachfrage (Konstanz der Parameter und der Anzahl der Bestimmungsfaktoren der Geldnachfrage im Zeitablauf).

(1) Die *keynesianische* Theorie geht von einer einkommens- (Transaktions- einschließlich Vorsichtskasse) und einer zinsabhängigen (Spekulationskasse) Geldnachfrage aus. Letztere wird in der eigentlichen Liquiditätspräferenzfunktion abgebildet, wobei in der Regel auf einige wenige finanzielle Zinssätze als erklärende Variable abgestellt wird. Für die Überprüfung der Stabilität der Geldnachfragefunktion kommt es darauf an festzustellen, ob und inwieweit die Relation Volkseinkommen zu Geldmenge (Umlaufgeschwindigkeit) und die Zinselastizität der Geldnachfrage im Zeitablauf kurzfristigen Schwankungen unterliegen. Aus der transmissionstheoretischen Sicht der Keynesianer interessiert dabei insbesondere die Höhe der Zinselastizität: Ist sie gering oder vernachlässigbar klein, muß der Geld(mengen)politik eine starke Wirkung auf die wirtschaftliche Aktivität zugesprochen werden, ist sie hoch — das heißt sind Finanzaktiva gute Geldsubstitute — oder gar unendlich („Liquiditätsfalle“), eine geringe bzw. keine. Die empirischen Werte der Zinselastizität auf der Basis von US-, englischen und deutschen Daten schwanken zwischen $-0,03$ und $-1,8$ in Abhängigkeit von den jeweils zugrundegelegten Zins- und Geldmengenkonzepten¹¹. Die von den Fiskalisten behauptete relative Bedeutungslosigkeit der Geldpolitik kann aus diesen Ergebnissen ebensowenig abgeleitet werden wie die Existenz einer Liquiditätsfalle.

(2) In der *neoquantitätstheoretischen* Geldnachfragefunktion werden eine Reihe weiterer Argumente berücksichtigt. Neben den finanziellen Zinssätzen sind dies insbesondere die Ertragssätze für Sachvermögen, das Vermögen selbst und die erwartete Preisänderungsrate. Die gewünschte Höhe der realen Kassenhaltung wird als Ergebnis einer Vermögensentscheidung analysiert (wie übrigens auch in den Arbeiten der Portfoliotheoretiker um Tobin), die „Kosten“ der Geldhaltung umfassen durch die Berücksichtigung alternativer Zins- und Ertragssätze und der erwarteten Preisänderungsrate ein breites Spektrum. Auch wird die analytische Trennung der Geldnachfrage in bestimmte Einzelkassen aufgegeben. Die von den Neoquantitätstheoretikern einbezogenen Deter-

¹¹ Vgl. W. Kösters, *Theoretische und empirische Grundlagen der Geldnachfrage*, Göttingen 1974; A. Woll, *Die Theorie der Geldnachfrage: Analytische Ansätze und statistische Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland*, in: *Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft*, Bd. 125, 1969, S. 56 ff.

minanten der Geldnachfrage reflektieren ihre spezifische Sicht des Transmissionsprozesses, und aus der von ihnen postulierten Stabilität des Geldnachfrageverhaltens folgt als Konsequenz eine effiziente und verlässliche Wirkung der „monetären Globalsteuerung“¹².

(3) Von den *Liquiditätstheoretikern* ist bisher eine wohldefinierte oder gar testbare Geldnachfragefunktion noch nicht vorgelegt worden¹³. Das erschwert einen Vergleich mit den vorstehenden Ansätzen. Durch die Einbeziehung einer (unbestimmt) breiten Palette von „geldnahen“ Finanz- und Sachaktiva kommt jedoch immerhin zum Ausdruck, daß der Existenz solcher Geldsubstitute in ihrer Eigenschaft als Bestandteil der „Kassenhaltung“ und den Alternativkosten der Geldhaltung eine gewichtige Bedeutung für die Geldnachfrage beigemessen wird. Auch von „rein ideelle[n] Größe[n], des Finanzierungsspielraumes, mit dem die Wirtschaftssubjekte rechnen“¹⁴, ist die Rede. Dementsprechend diffus sind die transmissionstheoretischen Hypothesen und geldpolitischen Empfehlungen.

4. Transmissionsansätze — Stabilisierungsmechanismen

Transmissionsmechanismen der Geldpolitik können als Stabilisierungsmechanismen der Wirtschaftspolitik interpretiert werden: Stimmt die tatsächliche Kassenhaltung nicht mit der gewünschten überein, ist sie z. B. zu hoch, werden die Wirtschaftssubjekte versuchen, ihre Überschußkasse abzubauen, zu verausgaben. Der Weg, auf dem dies geschieht, ist die Substitution von Geld durch Termin- und Spareinlagen, durch Wertpapiere und sonstige Finanzaktiva, ferner durch Sachaktiva oder durch zusätzliche Konsum- und Investitionsausgaben. An dieser Stelle beginnt nun der Transmissionsprozeß von monetären Impulsen in den realwirtschaftlichen Bereich: Geldpolitische Maßnahmen der Zentralbank, die zu einer Diskrepanz zwischen Geldnachfrage und tatsächlicher Kassenhaltung der privaten Wirtschaftssubjekte geführt haben, lösen Anpassungs- bzw. Substitutionsprozesse aus. Es sind insbesondere die Art und das Ausmaß derartiger Substitutionsketten, die die verschiedenen transmissionstheoretischen Hypothesen voneinander unterscheiden.

(1) Der *keynesianische* Transmissionsansatz¹⁵ geht von einem engen Substitutionsprozeß aus (Geld und Finanzaktiva, insbesondere Wert-

¹² Vgl. M. Friedman, Die Geldnachfrage: Einige theoretische und empirische Ergebnisse, in: M. Friedman, Die optimale Geldmenge und andere Essays, München 1970, S. 157 ff.

¹³ Ein Versuch in dieser Richtung stammt von A. Glöggler, Die Liquiditätstheorie des Geldes, Freiburg 1972.

¹⁴ W. Stützel, Ist die schleichende Inflation mit monetären Maßnahmen zu bekämpfen?, in: Konjunkturpolitik, Heft 7, 1960, S. 20.

papiere). Wir bezeichnen ihn als zinstheoretischen Ansatz (vgl. die Systematik), weil die Marktzinssätze für Finanzaktiva und für Kredite das entscheidende Vehikel des Übertragungsprozesses darstellen. Zentralbankpolitisch bewirkte Änderungen der Geldmenge führen zu einem Überschuß (Defizit) der tatsächlichen Kassenhaltung im Vergleich zur gewünschten und induzieren gemäß Liquiditätspräferenzfunktion solange Substitutionen zwischen Geld und Finanzaktiva, bis im monetären Gleichgewicht bei gesunkenen (gestiegenen) Marktzinssätzen Geldangebot und Geldnachfrage wieder übereinstimmen. Die resultierenden Zins-effekte, insbesondere die Veränderungen der Kreditkosten, führen bei gegebenen internen Zinssätzen der marginalen Investition („Grenzleistungsfähigkeit des Kapitals“) zu einem Anstieg (Rückgang) der Kreditnachfrage und damit der investiven und sonstigen zins- sowie kreditabhängigen Ausgaben. Über Multiplikator- und andere induzierte Effekte werden schließlich auch solche Ausgaben betroffen, die weder zins- noch kreditabhängig sind. Varianten dieses Transmissionsprozesses, die die Kreditverfügbarkeit und die Beeinflussung der Zinsstruktur der Finanzaktiva betonen („availability doctrine“)¹⁵, verlaufen in ähnlicher Weise. Für die Zentralbankpolitik folgt aus der keynesianischen Sicht des Übertragungsprozesses, daß sie bei den Transmissionsvariablen — die zugleich Zwischenzielgrößen der Geldpolitik sind (vgl. den oberen Teil der Systematik) — anzusetzen hat, nämlich bei der Stromgröße Kreditgewährung und bei den Kreditkosten bzw. bei der Zinsstruktur.

(2) Der *neoquantitätstheoretische* Transmissionsansatz¹⁷ unterscheidet sich hiervon in mehrfacher Weise: (1) Die Substitutionsgrenzen für Geld sind weit gezogen und schließen neben finanziellen Vermögenstiteln

¹⁵ Ausgewählte Literaturangaben: The Bank of England, *The Importance of Money*, S. 159 ff. — W. L. Smith und R. L. Teigen (Hrsg.), *Readings in Money, National Income, and Stabilization Policy*, Homewood (Ill.) 1965. — K. Rose, Einkommens- und Beschäftigungstheorie, in: W. Ehrlicher u. a. (Hrsg.), *Kompendium der Volkswirtschaftslehre*, 2. Auflage, Göttingen 1969, S. 193 ff. — H.-J. Jarchow, *Theorie und Politik des Geldes*, I. Geldtheorie, Göttingen 1973, S. 197 ff.

¹⁶ Dazu vgl. W. Neubauer, *Strategien, Techniken und Wirkungen der Geld- und Kreditpolitik*, Göttingen 1972, S. 35 ff.

¹⁷ Grundlegend hierzu: M. Friedman, *The Quantity Theory of Money: A Restatement*, in: *Studies in the Quantity Theory of Money*, Chicago 1956 sowie M. Friedman, *A Monetary Theory of Nominal Income*, in: *Journal of Political Economy*, 1971, S. 323 ff.; K. Brunner, *Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes*, in: *Kredit und Kapital*, Heft 1, 1970, S. 1 ff., sowie K. Brunner und A. H. Meltzer, *Ein monetaristischer Rahmen für die aggregative Analyse*, in: K. Brunner, H. G. Monissen, M. J. M. Neumann (Hrsg.), *Geldtheorie*, Köln 1974, S. 235 ff. — Auch der Tobinsche Transmissionsansatz unterscheidet sich nur in Nuancen von der monetaristischen Position, trotzdem ist Tobin beileibe kein Geldmengenstrategie (vgl. J. Tobin, *A General Equilibrium Approach to Monetary Theory*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, Bd. 1, 1969).

insbesondere Sachaktiva ein (bis hin zum „human capital“). (2) Betont wird das Streben der privaten Wirtschaftssubjekte nach einer optimalen (gleichgewichtigen) Zusammensetzung ihres Vermögens (Ertragsmaximierung des Gesamtvermögens einschließlich der Geldhaltung). (3) Analytische Basis ist die Theorie der relativen Preise. Eine zentralbankpolitisch bewirkte Geldmengenerhöhung (Überschußkasse) führt zu einer Störung des (ursprünglich angenommenen) Vermögensgleichgewichts¹⁸: Die nichtpekuniären (marginalen) Erträge der Kassenhaltung sind relativ zu den Zins- bzw. Ertragsätzen der anderen Vermögensobjekte gesunken, die Renditestruktur hat sich verschoben. In dem Bestreben, die optimale Vermögensstruktur wieder herzustellen, folgen Anpassungsprozesse, in deren Verlauf Geld durch Finanz- und/oder Sachaktiva substituiert wird mit der Konsequenz, daß — bei gegebenem Angebot derartiger Vermögensobjekte — deren Kurse bzw. Preise steigen (Erträge sinken). Der Prozeß greift schließlich auf Substitute zum vorhandenen Realkapital über, das heißt auf eine verstärkte Nachfrage nach den von Preiserhöhungen noch nicht betroffenen und damit noch relativ billigen Nutzungen der vorhandenen Sachaktiva und nach neu produziertem Konsumenten- und Produzentenkapital (Investitions- und Konsumausgaben). Aus der monetaristischen Sicht des Durchwirkens von monetären Impulsen haben geldpolitische Maßnahmen demnach Vermögensstruktureffekte, verbunden mit Wirkungen aufgrund von Änderungen in der Höhe des Nettovermögens der privaten Wirtschaftssubjekte¹⁹. Transmissionsgrößen und damit zugleich Zwischenzielvariable der Geldpolitik sind die Vermögensbestände, hier speziell die Geldmenge. Ihre Variation löst über das Spiel der relativen Preise bzw. Erträge Interaktionen aus, an deren Ende je nach Ausgangslage der Wirtschaft Beschäftigungs- sowie Produktions- und/oder Preiseffekte stehen („vermögensabhängige“ Ausgaben; vgl. Systematik).

(3) Der Transmissionsansatz der *Liquiditätstheoretiker* fußt teils auf objektiv feststellbaren (Geldvolumen M_1), teils auf subjektiven Faktoren

¹⁸ Inflationäre Erwartungen, ein Argument in der neoquantitätstheoretischen Geldnachfragefunktion, können wegen der damit verbundenen Erhöhung der Kosten der Geldhaltung ebenfalls zu einer Störung des Vermögensgleichgewichts führen. Für den Verlauf des Substitutionsprozesses sind ferner die Informations- und Veränderungskosten der Alternativenanlagen zur Kassenhaltung wichtig.

¹⁹ Welcher Art diese die Ausgabenhöhe bestimmenden Vermögenseffekte sind, ist umstritten. Zum einen könnte es sich um die im Zuge des Substitutionsprozesses auftretenden Wertveränderungen der Finanz- und Sachaktiva handeln, zum anderen um den „Realkasseneffekt“ im Sinne Patinkins. Zur Diskussion vgl. D. Patinkin, *Money, Interest, and Prices*, New York 1965; J. G. Gurley und E. S. Shaw, *Money in a Theory of Finance*, Washington 1960; B. P. Pesek und T. R. Saving, *Money, Wealth, and Economic Theory*, New York 1967; E. M. Claassen, *Probleme der Geldtheorie*, Berlin, Heidelberg 1970.

(Einschätzungen und Erwartungen der Wirtschaftssubjekte hinsichtlich der „Liquidisierbarkeit“ ihrer Vermögenstitel und ihrer Kreditmöglichkeiten). Die Verfasser des Radcliffe-Reports sehen zwar „... das Geldangebot nicht als eine unwichtige Größe an...“, betrachten es jedoch „... nur als einen Teil des weiteren Gefüges der Liquidität in der Wirtschaft. Die gesamte Liquiditätslage ist für die Ausgabenentschlüsse entscheidend...“²⁰. Unterschieden wird zwischen (1) Liquidität als Eigenschaft von Wirtschaftssubjekten (ihre Zahlungsfähigkeit), (2) Liquidität als Eigenschaft von Vermögenobjekten (ihre Umwandelbarkeit in Geld)²¹. Maßnahmen der Zentralbank beeinflussen die Substitutionsmöglichkeiten zwischen Geld und Vermögenstiteln und damit die privaten Ausgabenentschlüsse: Betreibt sie eine restriktive (expansive) Politik, sinkt (steigt) der Substitutionsspielraum, wodurch es erforderlich wird, mehr (weniger) Kasse zu halten. Die Höhe der Konsum- und Investitionsausgaben hängt demnach ab von geldpolitisch bewirkten „Schwankungen im Grad der Mobilisierbarkeit der Liquiditätsreserven“ (sog. Liquiditätseffekte)²². Diese bestimmen die Zins- und Liquiditätsstruktur der Aktiva und das „Gefühl finanzieller Bewegungsfreiheit“²³ (Transmissionsgrößen; vgl. Systematik), und auf sie hat die Geldpolitik als Zwischenzielvariable („Liquiditätsstatus der Wirtschaft“) Einfluß zu nehmen.

5. Geldangebotstheoretische Konzeptionen

Unter geldangebotstheoretischen Konzeptionen wird der theoretische Unterbau der Zentralbankpolitik verstanden. Der Begriff „Geldangebot“ zielt dabei nicht nur auf die reine Geldmengenpolitik, sondern schließt alle Maßnahmen der Geld- und Kreditpolitik ein, die — früher oder später — zu Veränderungen des Geldangebots führen. Geldangebotshypothesen gründen im Kern auf einer Multiplikatorrelation, die einen — unterschiedlich breit definierten — Bestand an Zentralbankgeld mit der Geldmenge verknüpft. Wurde der „traditionelle“ Geldschöpfungsmultiplikator weitgehend als Konstante angesehen, so wird in den neueren Theorien der Geldangebotsmultiplikator als eine vom Portfoliokalkül der Banken und Nichtbanken abhängige Verhaltensrelation analysiert. Die wichtigsten Unterschiede geldangebotstheoretischer Konzeptionen werden wieder anhand der in der Systematik dargestellten Kriterien erörtert. Die Oberbegriffe Kredit- bzw. Geldmengen- bzw.

²⁰ Radcliffe-Report, § 389.

²¹ Vgl. W. Stützel, Liquidität, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. VI, Stuttgart, Tübingen, Göttingen 1959, S. 622 ff.

²² W. Stützel, Moderne Kreditpolitik, in: Konjunkturpolitik, 1959, S. 73.

²³ G. Schmolders, Von der „Quantitätstheorie“ zur „Liquiditätstheorie“ des Geldes, in: E. Dürr (Hrsg.), Geld- und Bankpolitik, Köln, Berlin 1969, S. 86.

Liquiditätskonzept richten sich dabei nach den jeweils anvisierten Zwischenzielen der Geldpolitik, die — wie im vorigen Abschnitt bereits erwähnt — den Transmissionsvariablen inhaltlich entsprechen. Einige begriffliche Erläuterungen sind vorzuschicken: Solange keine gesicherten Kenntnisse über die tatsächliche Struktur des Wirtschaftsablaufs vorliegen, wird es kontrovers bleiben, auf welchen Wegen und mit welcher Intensität die Zentralbankpolitik die „letzten“ (wirtschaftspolitischen) Ziele beeinflusst. Darüber existieren — wie gezeigt — unterschiedliche transmissionstheoretische Hypothesen. Trotz der Unsicherheit über die „wahren“ Strukturzusammenhänge des Wirtschaftsablaufs benötigen die Zentralbanken für ihre Entscheidungen Informationen über die Stärke und Wirkungsrichtung der von ihnen ausgelösten monetären Impulse. Dabei müssen sie sich mit solchen Variablen behelfen, die zwar im „Vorfeld“ der eigentlich angestrebten wirtschaftspolitischen Ziele liegen, die jedoch (a) einerseits die geldpolitischen Aktivitäten zuverlässig reflektieren und nach Möglichkeit ausschließlich von zentralbankpolitischen Maßnahmen abhängen, (b) andererseits relativ enge Beziehungen zu den „letzten“ Zielen aufweisen. Solche Variablen werden als Indikatoren (a) und Zwischenziele (b) der Geldpolitik bezeichnet²⁴. Es zeigt sich, daß diese Größen mit den jeweils zugrunde gelegten transmissionstheoretischen Hypothesen variieren.

(1) Im *keynesianischen* Ansatz stehen die Kreditgewährung und die Kreditkosten als Transmissionsvariable im Vordergrund. Ihnen wird zentrale Bedeutung bei der Beeinflussung der gesamtwirtschaftlichen Zielgrößen beigemessen, was sie zugleich als Zwischenzielvariable der Zentralbankpolitik prädestiniert. Die Höhe der Kreditgewährung (und der Kreditkosten) hängt nun aber nicht allein von notenbankpolitischen Maßnahmen ab, sondern wird — als endogene Variable — von zahlreichen weiteren Faktoren bestimmt (z. B. Verhalten der Geschäftsbanken und der Nichtbanken). Folglich kommt es darauf an, zusätzlich einen solchen monetären Indikator zu finden, der möglichst allein durch geldpolitische Maßnahmen beeinflusst wird und damit die Qualifizierung einer bestimmten monetären Politik als „restriktiv“ oder „expansiv“ erlaubt, der aber gleichzeitig in einer eindeutigen Beziehung zur Zwischenzielgröße „Kreditgewährung der Geschäftsbanken“ steht.

Ein monetärer Indikator, der diesen Anforderungen genügt, muß demnach erstens auf die Kreditinstitute ausgerichtet sein („Banken-

²⁴ Hierzu vgl. insbesondere: K. Brunner und A. H. Meltzer, *The Meaning of Monetary Indicators*, in: G. Horwich (Hrsg.), *Monetary Process and Policy, A Symposium*, Homewood (Ill.) 1967; K.-H. Ketterer, *Ein Indikator für die Stärke und Wirkungsrichtung monetärer Impulse*, in: *Konjunkturpolitik*, 1971, S. 349 ff.; M. J. M. Neumann, *Zwischenziele und Indikatoren der Geldpolitik*, in: K. Brunner, H. G. Monissen, M. J. M. Neumann (Hrsg.), *Geldtheorie*, S. 360 ff.

indikator“) und zweitens den Kreditschöpfungsspielraum bzw. das Kreditangebot determinieren. Als ein solcher Indikator bieten sich insbesondere die freien Liquiditätsreserven (FL) der Banken an. Sie umfassen ausschließlich das Medium, das unabdingbare Voraussetzung für die Kreditgewährung ist und das nur die Zentralbank bereitstellen kann, nämlich das frei verfügbare „aktuelle“ (Überschußreserven) und das „potentielle“ Zentralbankgeld (z. B. Offenmarkttitel, ausländische Geldmarktanlagen und offene Refinanzierungskontingente der Banken)²⁵. Als weiterer Indikator käme im Hinblick auf das Zwischenziel „Kreditgewährung“ ferner das Niveau der finanziellen Zinssätze in Frage²⁶. Als hauptsächliche Ansatzpunkte folgen aus einer derartigen Indikatorwahl eine auf die Banken gerichtete Zins- und Liquiditätspolitik. Die Wahl der FL bzw. der Liquiditätsquote (Quotient aus FL zu den gesamten Einlagen der Nichtbanken)²⁷ als monetären Indikator setzt voraus, daß eine stabile Nachfragefunktion der Banken in bezug auf die FL besteht. Das heißt eine restriktive Politik der Zentralbank müßte von einem Rückgang der FL (Anstieg des Zinsniveaus) und der Kreditgewährung begleitet sein (et vice versa). Andernfalls — bei einer Änderung des diesbezüglichen Bankenverhaltens — könnten die genannten Indikatoren die Intensität und Wirkungsrichtung der Zentralbankpolitik nicht mehr zuverlässig widerspiegeln²⁸.

(2) Transmissionsvariable des *neoquantitätstheoretischen* Ansatzes sind Veränderungen der Vermögenshöhe und der relativen Preise bzw. Erträge von Finanz- und Sachaktiva. Zu den Vermögensobjekten zählt die Geldmenge (M_1) bzw. — aus der Sicht des Publikums — die reale Kassenhaltung als nachfragedeterminierte endogene Größe. Die Entwicklung (der Wachstumsraten) des Geldvolumens ist aus monetaristischer Sicht eine maßgebliche Determinante des nominellen Volkseinkommens, so daß die Zentralbank das Geldvolumen als Zwischenzielgröße zu steuern hat. Obwohl M_1 auch vom Banken- und Nichtbankenverhalten abhängt, gibt es nach monetaristischer Auffassung einen monetären Indikator, der sowohl die Entwicklung der Geldmenge dominiert („er-

²⁵ Umfang und Abgrenzung des potentiellen Zentralbankgeldes hängen von den institutionellen Bedingungen in den verschiedenen Ländern und vom Wechselkurssystem ab.

²⁶ Die Zugrundelegung mehrerer Indikatoren wirft immer das Problem auf, daß diese unabhängig voneinander sind und daher widersprüchliche Informationen liefern können. Vgl. hierzu *J. Siebke* und *M. Willms*, Zinsniveau, Geldpolitik und Inflation, in: *Kredit und Kapital*, Heft 2, 1972, S. 172 ff.

²⁷ Auch das Konzept des sog. Liquiditätssaldos erfüllt Indikatorfunktionen; vgl. *C. Köhler*, *Geldwirtschaft*, Erster Band, Berlin 1970, S. 82 ff.

²⁸ Ist die Höhe des Nominalzinses gleichzeitig durch den Einkommens-, Liquiditäts- und Preiserwartungseffekt bestimmt, ist er als monetärer Indikator nur noch bedingt brauchbar. Vgl. dazu *J. Siebke* und *M. Willms*, Zinsniveau, Geldpolitik und Inflation, S. 172 ff.

klärt“) als auch von der Zentralbank als exogene Größe hinreichend kontrolliert wird: die Geldbasis, bestehend aus dem aktuellen Zentralbankgeld des Publikums (Bargeldumlauf) und den gesamten aktuellen Zentralbankgeldbeständen der Banken (Überschuß- plus Mindestreserveguthaben bei der Notenbank)²⁹.

Den theoretischen und empirischen Arbeiten der Monetaristen³⁰ zufolge besteht nicht nur zwischen der Geldmenge und der monetären Gesamtnachfrage eine stabile Beziehung, sondern auch zwischen der Entwicklung der Geldbasis und der der Geldmenge (Stabilität des Geldangebotsmultiplikators). Diese Aussage impliziert ein stabiles Verhalten der Banken und Nichtbanken in bezug auf die von ihnen beeinflussbaren Determinanten der Geldbasis und der Geldmenge³¹. Trifft dies zu, so folgt daraus für die Gestaltung der Geldpolitik, daß die Zentralbank mittels der Geldmengenpolitik (mit den Mengen operierende Offenmarktpolitik) die Entwicklung des Basisgeldes der Banken und Nichtbanken und damit das Geldvolumen kontrollieren kann. Aber auch für den Fall, daß die „Stabilitätsbedingung“ nicht erfüllt ist, müßten im Wege der Geldmengenpolitik konterkarierende Einflüsse des Banken- und Nichtbankenverhaltens kompensiert werden.

(3) Das *Liquiditätskonzept* des Radcliffe-Reports (der Liquiditätstheoretiker) basiert letztlich auf — unsicheren — Erwartungen und subjektiven Liquiditätserwägungen der Wirtschaftssubjekte. Dementsprechend vage ist die zentralbankpolitische Zwischenzielgröße: „... der Faktor, den die Geldpolitik ... zu kontrollieren versuchen sollte, ... ist nichts Geringeres als der Liquiditätsstatus der gesamten Wirtschaft“³². Anhaltspunkte über diesen Liquiditätsstatus lassen sich gewinnen aus Veränderungen verschiedener monetärer Aggregate und der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Aber diese meßbaren Anhaltspunkte bleiben allesamt ein Torso, wenn man die Auffassung eines der maßgeblichen Mitarbeiter des Radcliffe-Reports teilt, daß „in gewisser Hinsicht die Bankdepósitos bereits das Kleingeld des Systems geworden (sind)“³³.

²⁹ In empirischen Untersuchungen zum Geldangebot wird zumeist mit der um den Effekt von Mindestreservesatzänderungen bereinigten Geldbasis gearbeitet, um die Auswirkungen geldpolitischer Maßnahmen erkennen zu können („erweiterte Geldbasis“).

³⁰ Anstelle zahlreicher Quellenangaben wird verwiesen auf die Literaturnachweise in: K. Brunner, H. G. Monissen und M. J. M. Neumann (Hrsg.), *Geldtheorie*, Köln 1974.

³¹ So z. B. die Bargeldhaltungsgewohnheiten und das „Allokationsverhalten“ des Publikums (Aufteilung der Einlagen auf Sicht-, Termin- und Spardepósitos) sowie die Reservegewohnheiten der Banken (Relation der Bankreserven zu den Sichteinlagen).

³² Radcliffe-Report, § 981.

³³ R. S. Sayers, *Geldtheorie und Geldpolitik in England*, S. 110.

Für die Geldpolitik folgt daraus, daß sie „auf einer möglichst breiten Front arbeiten (muß)“³⁴. Die Vorschläge der Liquiditätstheoretiker reichen dabei von der moral suasion bis hin zu direkten Kreditkontrollen. Besonders betont wird die Rolle der Zinspolitik, die als der entscheidende Hebel zur Beeinflussung der Zinserwartungen der Wirtschaftssubjekte und der Liquiditätsstruktur der Aktiva angesehen wird³⁵. So führt z. B. eine restriktive Zinspolitik zu Kurs- bzw. Zinsverlusten bei den Gläubigern bestehender Forderungstitel (sofern keine Zinsgleitklauseln vereinbart sind); dadurch sinkt der Grad der „Geldnähe“ und der „shiftability“ dieser Titel; bestehende Kreditketten innerhalb der Banken, zwischen Banken und Nichtbanken und innerhalb der Nichtbanken (einschließlich der sog. Finanzintermediäre) werden hierdurch gestört bzw. unterbrochen; der Liquiditätsstatus verschlechtert sich (und die Ausgaben nehmen ab)³⁶. Die notenbankpolitisch direkt beeinflussbaren Zinssätze scheinen nach diesem Konzept als der adäquate monetäre Indikator zu gelten, der Stärke und Richtungsänderungen der Geldpolitik zutreffend signalisiert und darüber hinaus in einer eindeutigen Relation zur Zwischenzielgröße steht. Letzteres impliziert ein stabiles, zinspolitisch steuerbares „Liquiditätsverhalten“ der Wirtschaftssubjekte, insbesondere in bezug auf die Nachfrage nach Geldsubstituten.

6. Geldpolitik: Konzeptionswechsel versus „Theoriewechsel“

In diesem Abschnitt wird versucht, aus beobachteten Kurswechseln der Geldpolitik in der Bundesrepublik, in den USA und in England Rückschlüsse auf möglicherweise damit verbundene Änderungen der geldtheoretischen Hypothesen der jeweiligen Notenbanken zu ziehen. Dieses Vorhaben erfordert eine Konfrontation der in der Systematik abgeleiteten Kriterien mit der praktischen Zentralbankpolitik. Freilich sind die Statements der offiziellen Geldpolitiker alles andere als eindeutig, wenn es darum geht, aus ihnen den theoretischen Standort der jeweiligen Notenbankpolitik abzuleiten. Aber kann etwas anderes erwartet werden angesichts der rivalisierenden geldtheoretischen Hypothesen? Kein Zweifel, die Geldpolitiker sind exkulpiert, solange sich die Theoretiker in grundlegenden Fragen noch uneins sind.

³⁴ R. S. Sayers, S. 110.

³⁵ „Die Einwirkung auf das Angebot an Bankgeld muß als eine Maßnahme aufgefaßt werden, die zu einer positiven, angriffslustigen und weitreichenden Zinspolitik gehört“ (R. S. Sayers, Geldtheorie und Geldpolitik in England, S. 110).

³⁶ Vgl. dazu W. Stützel, *Moderne Kreditpolitik*, S. 193 ff. Der skizzierte Wirkungsmechanismus beruht offensichtlich z. T. auf dem „locking-in effect“. Artis qualifiziert die Radcliffe-Konzeption als eine Geldpolitik der „Schockeffekte“ (vgl. M. J. Artis, *Liquidity and the Attack on Quantity Theory*, S. 344 ff.).

Trotzdem ist zielgerichtete Notenbankpolitik ohne theoretischen Unterbau nicht möglich, auch wenn dieser nur implizit und sozusagen in den Hinterköpfen der Geldpolitiker existiert. Denn in der tatsächlichen Ausgestaltung der Geldpolitik — in der Wahl des monetären Indikators und Zwischenziels sowie in den hauptsächlich eingesetzten Instrumenten — offenbaren sich diese Implikationen oder lassen doch gewisse theoretische Rückschlüsse zu. Aber noch aus einem anderen Grunde ist praktische Notenbankpolitik theoretisch schwer zu deuten, ist sie doch eingebunden in das politische und ökonomische System des jeweiligen Landes und damit auch abhängig von institutionellen Gegebenheiten. Beide — institutionelle Erfordernisse und theoretische Einsichten — können miteinander kollidieren: Eine Politik der Zinsstabilisierung z. B., wie sie in den USA und England mit Rücksicht auf die Staatsverschuldung und in Deutschland primär aus außenwirtschaftlichen Gründen betrieben wurde, schließt eine Strategie der Geldmengensteuerung, also einer gleichmütigen Zinspolitik, weitgehend aus, obwohl sie aus Gründen der binnenwirtschaftlichen Stabilisierung durchaus geboten erscheinen mag. Institutionelle Gegebenheiten schaffen demnach Handlungszwänge für die Notenbankpolitik, wodurch der Versuch ihrer theoretischen Standortbestimmung (etwa im Sinne der drei in der Systematik dargestellten Hauptrichtungen der Geldtheorie) von vornherein zum Scheitern verurteilt sein kann. Konzeptionswechsel der Geldpolitik bieten nun dem Analytiker eventuell die Chance, nähere Aufschlüsse über damit möglicherweise einher- bzw. vorausgegangene Wandlungen in den theoretischen Grundlagen zu gewinnen. So haben alle drei im folgenden untersuchten Notenbanken in den letzten Jahren eine deutliche Hinwendung zur Steuerung monetärer Aggregate, insbesondere der Geldbasis oder der Bankreserven und der Geldmenge, vollzogen. Die Frage ist: Impliziert dieser Kurswechsel zugleich einen Theoriewechsel? Hat sich der Monetarismus in diesen Ländern notenbankpolitisch durchgesetzt? Der begrenzte Raum gestattet dabei keine ins Detail gehende Analyse, sondern nur eine Skizzierung der Grundlinien.

6.1 Deutsche Bundesbank

(1) Die Deutsche Bundesbank hat bis in die jüngste Vergangenheit hinein eine Politik betrieben, deren analytische Basis weitgehend als „keynesianisch“ (vgl. Systematik) bezeichnet werden kann. Betont wurden die „freien Liquiditätsreserven“ (FL, siehe oben) sowie gelegentlich das Zinsniveau als monetäre Indikatoren und die Kreditgewährung der Banken resp. die Kreditzinsen als Zwischenzielgrößen, ferner als hauptsächlich instrumentelle Ansatzpunkte die auf die Banken gerichtete Zins- und Liquiditätspolitik³⁷. Selten oder nur „zwischen den Zeilen“ der offiziellen Notenbankberichte sind Aussagen zu den theoretischen

Grundlagen der Bundesbankpolitik, speziell zu Hypothesen des Geldnachfrageverhaltens und des Transmissionsprozesses. Vor allem der Beitrag von Irmeler verdeutlicht jedoch, daß die Kreditgewährung und die Kreditkosten als die maßgeblichen Transmissionsvariablen angesehen wurden — eine Sicht, die mit der keynesianischen Hypothese einer einkommens- und zinsabhängigen Geldnachfrage vereinbar ist.

(2) Der Zeitpunkt des Kurswechsels der Bundesbankpolitik wird auf den 19. März 1973 datiert. Seit diesem Tage ist die Bundesbank von der Interventionspflicht zugunsten des US-Dollars befreit (Floating), seitdem werden ausländische Geldmarktanlagen der Banken nicht mehr zu den FL gerechnet und seitdem erreichten die FL — u. a. auch aufgrund scharfer liquiditätsabschöpfender Maßnahmen — einen Betrag nahe Null. Die Bundesbank betreibt nach ihren eigenen Worten nunmehr eine „wirksame Geldpolitik durch Zentralbankgeldsteuerung“ bzw. geht „neue Wege der Geldpolitik“³⁸. Der Sachverständigenrat attestiert der Bundesbank schlechthin eine „neue monetäre Politik“³⁹.

(3) Zweifellos wurde mit der Änderung der außenwirtschaftlichen Rahmenbedingungen (Floating) eine entscheidende Voraussetzung für den Kurswechsel geschaffen. Die im folgenden interessierende Frage ist jedoch, ob der Strategiewandel der Bundesbank gleichzeitig eine Änderung der zugrunde gelegten geldtheoretischen Hypothesen impliziert bzw. signalisiert. Seit 1971, konstatieren Bockelmann und Schlesinger⁴⁰ — die Theoretiker der Bundesbank —, konnte die deutsche Notenbank nicht mehr wie bis dahin auf einen relativ stabilen Zusammenhang zwischen der Höhe der FL und der Kreditgewährung bzw. der Einlagen der Banken vertrauen. Das Liquiditätsverhalten der Kreditinstitute änderte sich derart drastisch⁴¹, daß sich die Bundesbank zu einer Korrektur ihrer Geldangebotshypothese und zu einer Beseitigung der FL

³⁷ Vgl. dazu vor allem: *H. Irmeler*, The Deutsche Bundesbank's Concept of Monetary Theory and Monetary Policy, in: K. Brunner (Hrsg.), Proceedings of the First Konstanzer Seminar on Monetary Theory and Monetary Policy, Beiheft 1 zu Kredit und Kapital, Berlin 1972, S. 137 ff. — *H. Schlesinger* und *H. Bockelmann*, Monetary Policy in the Federal Republic of Germany, in: K. Holbik (Hrsg.), Monetary Policy in Twelve Industrial Countries, Boston 1973, S. 161 ff.

³⁸ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1973, S. 3/4.

³⁹ Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrats zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BR-Drucksache 740/73, Ziffer 292.

⁴⁰ Vgl. *H. Bockelmann*, Problems of Monetary Policy in Germany, hektograph. Manuskript für das Fifth Konstanz Seminar on Monetary Theory and Policy, Juni 1974, S. 4 (zitiert mit freundlicher Erlaubnis des Verfassers) sowie *H. Schlesinger*, Recent Experience of West German Monetary Policy, hektograph. Manuskript für die Surrey Conference on West German Monetary Developments, 10. - 12. Juli 1974, S. 3/4.

⁴¹ Zu den Gründen vgl. *H. Schlesinger*, S. 4/5.

der Banken gezwungen sah. Seit März 1973 trat als monetärer Indikator an die Stelle der FL die Kontrolle des Zentralbankgeldes im Sinne der bereinigten Geldbasis (siehe oben). Entsprach dieser Schritt — rein äußerlich — schon monetaristischen Geldangebotsmaximen, so galt Ähnliches für die 1973 erstmals in großem Stile praktizierte (restriktive) Offenmarktpolitik mit Nichtbanken, wodurch eine Ausweitung der bis dato fast nur auf die Banken als unmittelbare Adressaten gerichteten Geldpolitik erfolgte. Hierdurch konnte die Bundesbank versuchen, nicht nur die Entwicklung der Geldbasis, sondern direkt auch der Geldmenge zu beeinflussen — unter Umständen mit dem Ziel, Vermögensumschichtungen zu veranlassen —: Ein Steuerungsmechanismus, der mit dem vermögenstheoretischen Transmissionsprozeß gut verträglich ist.

(4) Trotz der formalen Übereinstimmung der neuen Strategie mit verschiedenen Kriterien des monetaristischen Ansatzes weisen die Interpretationen aus dem Hause der Bundesbank in eine andere Richtung⁴²: Die von den Monetaristen postulierte Stabilität des Geldangebotsmultiplikators wird skeptisch beurteilt, dagegen der Einfluß des Banken- und Nichtbankenverhaltens auf die Entwicklung von Geldmenge und Geldbasis betont. Mit der Beseitigung der FL der Banken werde die Bundesbank jedoch in die Lage versetzt, ihr Monopol der Zentralbankgeldschaffung konsequent auszunutzen: Erhöhten Bargeld- und Mindestreserveanforderungen aufgrund vorangegangener Expansionen des Geschäftsvolumens der Banken, erhöhten Devisenabflüssen und Mittelentzügen aufgrund öffentlicher Kassentransaktionen muß sie zwar passiv nachkommen — und kann sie auch nicht rückgängig machen —, soll ein „komplettes Chaos“ vermieden werden. Doch diktiert sie jetzt die Konditionen, zu denen sie zusätzliches Zentralbankgeld bereitstellt und an die sich die Banken anpassen müssen. Die Geldmarktsätze in Verbindung mit den daraus folgenden Akzelerationen oder Dezelerationen der Wachstumsrate der Geldbasis nehmen hiernach also die Funktion des monetären Indikators wahr. Schwankungen der Geldmarktsätze beeinflussen wiederum den Portfoliokalkül der Banken, und zwar erstens jene Konditionen, zu denen sie Kundeneinlagen hereinnehmen und im Aktiv- bzw. Kreditgeschäft anbieten, und zweitens die Entscheidungen über die weitere Expansion ihres Geschäftsvolumens (und damit die Entwicklung der Geldbasis). „In the final analysis it is the effect of interest rates on credit demand which matters“⁴³. Kreditgewährung und Kreditkosten scheinen demnach nach wie vor als Transmissions- bzw. Zwischenzielvariable einer zinstheoretisch orientierten

⁴² Vgl. *H. Bockelmann, Problems of Monetary Policy in Germany*, S. 13 ff. und *H. Schlesinger, Recent Experience of West German Monetary Policy*, S. 13 ff.

⁴³ *H. Bockelmann, S. 13.*

Bundesbankpolitik zu gelten, zumindest fehlt jeglicher Hinweis auf alternative vermögentheoretische Vorstellungen des Durchwirkens von monetären Impulsen. Gedankengänge der Liquiditätstheoretiker, insbesondere die Frage, ob Veränderungen des Liquiditätsstatus des Publikums dessen Ausgabeverhalten beeinflussen, werden dagegen vorsichtig angedeutet⁴⁴.

(5) Freilich kann man den Kurswechsel der Bundesbank auch etwas anders interpretieren, nämlich lediglich als das Zufallsprodukt einer institutionellen Änderung (Aufhebung der Interventionspflicht gegenüber dem US-Dollar). Mochte die Bundesbank zwar schon seit etwa 1971 nicht mehr wie bis dahin auf einen relativ stabilen Zusammenhang zwischen der Höhe der FL und der Kreditgewährung vertrauen, so konnte sie doch erst jetzt die Konsequenzen aus der drastischen Änderung des Liquiditätsverhaltens der Banken ziehen. Das Konterkariierungspotential war beseitigt, der binnenwirtschaftliche Handlungsspielraum insbesondere der Zinspolitik war erweitert, und neue Techniken der Feinsteuerung der Zentralbankgeldmenge konnten zum Zuge kommen. Der lediglich graduelle, das heißt ohne weitergehende theoretische Transmissionsimplikationen stattgefundenen Kurswechsel der Bundesbank bietet ein gutes Beispiel dafür, wie sehr Änderungen der Geldpolitik von gleichgerichteten Änderungen der institutionellen Rahmenbedingungen abhängen und von diesen verzögert werden können. Das Beispiel des Kurswechsels der Bundesbank zeigt weiter, daß praktische Notenbankpolitik theoretisch schwer zu deuten ist und sich nicht ohne weiteres in starre Schemata (z. B. unsere Systematik) „pressen“ läßt.

6.2 Federal Reserve System

(1) Von den zahlreichen institutionellen Besonderheiten des US-Notenbanksystems⁴⁵ seien lediglich die folgenden hervorgehoben:

— Die Federal Reserve (FED) ist weder zu Interventionen am Devisenmarkt noch zum Rückkauf inländischer Geldmarktpapiere noch zur Gewährung von „automatischen“ Refinanzierungskrediten verpflichtet. Die amerikanischen Banken verfügen daher über kein potentielles Zentralbankgeld; ihre FL bestehen ausschließlich aus aktuellem Zentralbankgeld, das heißt aus den „net free reserves“⁴⁶. Kredite an die Mitgliedsbanken gewährt die FED nur aufgrund spezieller Entscheidungen.

— Die mit den Mengen operierende Offenmarktpolitik ist das dominierende Notenbankinstrument in den USA. Der große und breit-

⁴⁴ So bei *H. Bockelmann*, *Problems of Monetary Policy*, S. 16/17.

⁴⁵ Vgl. *Th. Mayer*, *Monetary Policy in the United States*, New York 1968.

⁴⁶ Reserve-Ist ./ (Mindest-)Reserve-Soll ./ Kreditaufnahme bei der FED. „Potentielles“ Zentralbankgeld der US-Banken besteht nur insofern, als die FED bereit ist, bestimmte Arten und Mengen an Offenmarktitteln anzukaufen oder Refinanzierungskredite zu gewähren.

gestreute Bestand an Staatsschuldtiteln ermöglicht eine derartige Mengenpolitik, setzt ihr hinsichtlich des markträumenden Preises jedoch relativ enge Grenzen wegen der erforderlichen Rücksichtnahme auf Kursverfall, Vertrauensschwund und Neuemissionen. Wegen der überragenden Bedeutung der Offenmarktpolitik liegt der Schalthebel der US-Notenbankpolitik beim „Federal Open Market Committee“ (FOMC).

(2) Es kann nicht überraschen, daß in den USA als dem Land mit der bedeutendsten monetaristischen Tradition auch die Neuformulierung der Quantitätstheorie Mitte der fünfziger Jahre die Konzeption der geldpolitischen Autoritäten (FED und Treasury) maßgeblich beeinflusst hat. Unbestritten ist, daß unter dem Einfluß der monetaristischen Kritik die geldpolitische Strategie der FED in den letzten Jahren geändert wurde. Umstritten ist jedoch, ob damit auch Wandlungen in den theoretischen Grundlagen einher- bzw. vorausgegangen sind. Interpretationen seitens der „Sympathisanten“ des Monetarismus im Board of Governors of the Federal Reserve System lesen sich anders als solche seitens der „orthodoxen“ (keynesianischen) Vertreter, so daß ein — auch nur vorläufiges — Urteil über den gegenwärtigen theoretischen Standort der FED sehr problematisch ist. Der Eindruck erscheint nicht unbegründet, daß die FED insbesondere seit 1966 eine experimentelle Politik betrieben hat, schwankend und mit wechselndem Gewicht zwischen keynesianischen und monetaristischen Positionen. Symptomatisch dafür ist, daß als explizite geldpolitische Zielgrößen heute sowohl monetäre Aggregate, insbesondere das Geldangebot (M_1), als auch (nach wie vor) „die“ Zinssätze und Kreditmarktkonditionen betrachtet werden. Dementsprechend wird zwischen einer „stockist position“ (Monetaristen) und einer „ratist position“ (Keynesianer) unterschieden⁴⁷, obwohl eine derartige Identifikation keineswegs eindeutig ist (siehe unten).

(3) Noch 1968 qualifizierte Mayer⁴⁸ den „dominant view“ der Nachkriegspolitik der FED in Begriffen keynesianischer Transmissionsvariabler (Zinssätze, Kreditverfügbarkeit). Als Indikatoren⁴⁹ der Offenmarktpolitik diene ein breites Spektrum an Geldmarktkonditionen (Verschuldung der Banken bei der FED, Überschußreserven, Zinssätze für Schatzwechsel und Interbankforderungen), Zwischenziele waren entweder gar nicht expliziert⁵⁰ oder nur vage umschrieben (z. B. Zinsstruk-

⁴⁷ So *Th. Mayer*, *The Federal Reserve's Policy Procedures*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, 1972, S. 529 ff. Vgl. hierzu auch: Board of Governors, *Federal Reserve System* (Hrsg.), *Open Market Policies and Operating Procedures*, Staff Studies, Washington, D. C. 1971.

⁴⁸ Vgl. *Th. Mayer*, *Monetary Policy in the United States*, S. 192.

⁴⁹ In der angelsächsischen Literatur oft als „operating target“ bezeichnet.

⁵⁰ So *V. Argy*, *An Evaluation of Financial Targets in Six Countries*, in: *Banca Nazionale Del Lavoro Quarterly Review*, No. 108, 1974, S. 29.

tur). Monetären Aggregaten wie etwa Geldmenge und Kreditvolumen wurde eine „akkomodierende“ Rolle zugewiesen, deren Entwicklung dem Verhalten des privaten Sektors bei den jeweils herrschenden Zinssätzen überlassen war. Die Kritik der Monetaristen entzündete sich insbesondere an den geldpolitischen Indikatoren „free reserves plus ‚feel of the market“⁵¹, da sie weder die Wirkungen der Geldpolitik zuverlässig widerspiegeln noch in einer eindeutigen Beziehung zur — anzustrebenden — Zwischenzielgröße M_1 standen. Mit der Einführung der sog. „proviso clause“ durch das FOMC im Jahre 1966 wurde ein erster Schritt getan, der die Bedeutung monetärer Aggregate stärker hervorhob: Der Offenmarktmanager wurde angewiesen, von den anvisierten Geldmarktzielen (siehe oben) abzuweichen, sofern die Mindestreserven (und damit das Geld- bzw. Bankkreditvolumen) eine unerwartete, vom FOMC nicht projizierte Entwicklung aufwies. Der entscheidende Durchbruch gelang dagegen erst 1970 („highwater mark of Monetarism“⁵²): Das FOMC erkannte explizit die Geldmenge (M_1 , M_2) als Zwischenzielgröße der Offenmarktpolitik an und hat seither zumeist auch die Höhe der anzustrebenden Wachstumsraten des Geldvolumens (und der Bankkreditgewährung) fixiert. „This was ‚game plan‘ monetary policy“⁵³. Um die jeweils gewünschten Wachstumsraten des Geldvolumens zu erreichen, hat das FOMC mit verschiedenen monetären Indikatoren experimentiert⁵⁴, so z. B. mit der Steuerung der Geldbasis, der gesamten Bankreserven und — seit Anfang 1972 — der RPDs („reserves against private deposits“ einschließlich der Überschussreserven). Letztere scheinen die bislang stabilste und damit für Prognosezwecke geeignetste Beziehung zu M_1 aufzuweisen⁵⁵.

(4) Von den äußeren Bedingungen (den Kriterien unserer Systematik) her gesehen könnte auf einen politischen Durchbruch des Monetarismus im US-Notenbanksystem geschlossen werden. Andersen⁵⁶, prominenter Monetarist der Federal Reserve Bank of St. Louis, spricht z. B. von

⁵¹ Th. Mayer, *Monetary Policy in the United States*, S. 100.

⁵² A. F. Brimmer, *The Political Economy of Money: Evolution and Impact of Monetarism in the Federal Reserve System*, in: *The American Economic Review*, Bd. LXII, Nr. 2, S. 348.

⁵³ A. M. Okun, *Political Economy: Some Lessons of Recent Experience*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, 1972, S. 27.

⁵⁴ So R. G. Davis, *Implementing Open Market Policy with Monetary Aggregate Objectives*, in: *Monthly Review*, Federal Reserve Bank of New York, 1973, S. 182.

⁵⁵ Vgl. dazu den Sammelband: *Federal Reserve Bank of Boston (Hrsg.), Controlling Monetary Aggregates II: The Implementation*, 1973; ferner: Ch. E. Ruebling, *RPDs and other Reserve Operating Targets*, in: *Federal Reserve Bank of St. Louis, Review*, Bd. 54, No. 8, 1972, S. 2 ff.

⁵⁶ Vgl. L. C. Andersen, *A Comparison of Stabilization Policies, 1966 - 67 and 1969 - 70*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, Bd. V, No. 1, 1973, S. 36.

einem „change in stabilization views“, läßt dabei allerdings offen, inwieweit mit der Adaption an Geldangebotshypothesen der Monetaristen auch deren geldnachfrage- und transmissionstheoretische Vorstellungen von der FED übernommen wurden. Gleichwohl ist die von der FED zumindest teilweise praktizierte Geldmengenregel resp. Abkehr von der diskretionären Politik eine der wichtigsten Implikationen monetaristischer Hypothesen. Von „keynesianischen“ Vertretern wird demgegenüber darauf verwiesen, daß neben der Geldmenge auch noch die langfristigen Zinssätze bzw. die Kapitalmarktkonditionen als explizite Zwischenziele von der FED angesehen werden; beide müßten miteinander vereinbar sein. Außerdem sei die Steuerung der Geldmenge via bestimmter Reserveaggregate durchaus mit der keynesianischen Sicht des Transmissionsprozesses kompatibel⁵⁷, da Geldmengenveränderungen ja der entscheidende Hebel sind, um Zinsvariationen auszulösen mit nachfolgenden Effekten auf das Investitionsvolumen und die Höhe des Volkseinkommens. Zu beachten ist allerdings, daß bei dieser Betrachtungsweise ein Rollentausch vorgenommen wird: Die Geldmenge wird als Indikator, und die Zinssätze werden als Zwischenzielvariable der Geldpolitik interpretiert. Geldmengenänderungen werden ihre diesbezügliche Indikatorfunktion indessen nur bei stabilem Geldnachfrageverhalten zuverlässig erfüllen können, das heißt solange keine Verschiebungen der Liquiditätspräferenzfunktion (und der Investitions- bzw. Ausgabenfunktion) erfolgen.

6.3 Bank of England

(1) Mehr noch als vielleicht in anderen Ländern erschließt sich das Verständnis für die englische Notenbankpolitik erst bei Kenntnis der traditionellen und institutionellen Besonderheiten⁵⁸. Die wichtigsten seien angedeutet: die Weisungsbefugnis des Schatzkanzlers gegenüber der Bank of England (BoE); die Rolle des Pfund Sterling als Reservewährung und der Londoner City als Zentrum des Eurodollarmarktes; im Zusammenhang damit das ausgeprägte Wachstum der Finanzierungsinstitute außerhalb der Depositenbanken („clearing banks“); die chronische Defizitlage der englischen Handelsbilanz seit Anfang der sechziger Jahre; die traditionell große Bedeutung des Debt Management und der hohe Bestand an Staatsschuldtiteln im Besitz von Inländern und Ausländern. Für die auf die Steuerung der inländischen Wirtschaftsaktivität gerichtete Nachkriegspolitik der BoE blieb nur ein schmaler

⁵⁷ Vgl. etwa die Argumentation von R. G. Davis, *Implementing Open Market Policy with Monetary Aggregate Objectives*, S. 170/71.

⁵⁸ Im einzelnen vgl. dazu C. A. E. Goodhart, *Monetary Policy in the United Kingdom*, in: *Monetary Policy in Twelve Industrial Countries*, S. 465 ff.

Pfad: Um den außenwirtschaftlichen Bedingungen und den Erfordernissen des Debt Management ausreichend Rechnung zu tragen, richtete die BoE die Diskont-, Mindestreserve- und Offenmarktpolitik primär auf das Ziel der Zinsstabilisierung⁵⁹ aus. Flankierend dazu waren die Banken verpflichtet, bestimmte Quoten (bis zu 30 Prozent) ihrer Einlagen als Liquiditätsreserven, insbesondere in Staatsschuldtiteln, zu halten, darüber hinaus auch (seit 1960) „special deposits“ (verzinsliche —! — Mindestreserven) bei der BoE. Da die Zinspolitik zur inländischen Nachfragesteuerung weitgehend ausschied und andere „marktmäßige“ monetäre Instrumente wegen der Dominanz der Staatsverschuldung nicht zum Zuge kamen, griff die BoE seit Mitte der fünfziger Jahre zu diversen Kreditkontrollen, zunächst in Form genereller Empfehlungen, später zu quantitativen Limits der Kreditexpansion („credit ceilings“). Zwar lassen Interpretationen der BoE⁶⁰ bis dahin auf einen keynesianisch orientierten theoretischen Unterbau der englischen Geldpolitik schließen (Kreditabhängigkeit der Ausgaben); indessen liefert die tatsächliche Ausgestaltung der Geldpolitik nur spärliche Anhaltspunkte dafür. Auch die Ergebnisse des Radcliffe-Reports (1959) scheinen nur geringe Spuren in der britischen Geldpolitik hinterlassen zu haben. BoE und Treasury betonten zwar ihre Sympathie für den Radcliffe-Ansatz, hielten ihn jedoch nicht für realisierbar⁶¹, eine Auffassung, die im Einklang stand mit der relativ passiven Rolle, die der Geldpolitik zugewiesen wurde.

(2) Etwa zur gleichen Zeit wie in den USA kündigte sich ein Kurswechsel der englischen Geldpolitik an: Mitte 1971 veröffentlichte die BoE das Dokument „Competition and Credit Control“⁶² mit weitreichenden Reformplänen, die bereits im September 1971 in die Tat umgesetzt wurden⁶³. Trotz der bisher erst kurzen Erfahrungen liegen bereits — kontroverse — theoretische Deutungen dieses Kurswechsels vor. Johnson spricht von einem „switch of policy thinking to monetarism“⁶⁴, während Rowan meint, „it appears that Radcliffe Monetary Theory has been accepted ... as the basis for the authorities' new approach' some 12

⁵⁹ Unterstützt durch die Bindung der Kredit- und Einlagenzinsen an die offizielle „bank rate“ seitens der „clearing banks“ (sog. Zinskartell).

⁶⁰ Vgl. The Governor of the Bank of England, *Monetary Management in the United Kingdom*, in: *Readings in British Monetary Economics*, S. 575 ff., sowie C. A. E. Goodhart, *Monetary Policy in the United Kingdom*, insbesondere S. 506 - 511.

⁶¹ Vgl. The Bank of England in consultation with the Treasury, *The Operation of Monetary Policy since Radcliffe*, in: D. R. Croome und H. G. Johnson (Hrsg.), *Money in Britain 1959 - 1969*, London 1970, S. 216.

⁶² Veröffentlicht in: *Bank of England Quarterly Bulletin*, Juni 1971.

⁶³ Nr. 1/1973 von The Manchester School ist ausschließlich der Reform gewidmet.

⁶⁴ H. G. Johnson, *Inflation and the Monetarist Controversy*, Amsterdam - London 1972, S. 62/63.

years after the Report's publication"⁶⁵. In der Tat lassen offizielle Statements der BoE und die tatsächliche Praxis der „neuen“ Geldpolitik verschiedene Interpretationen zu. Übernommen wurden einerseits diverse Kreditkontrollen (z. B. bei Export- und Konsumentenkrediten). Die entscheidenden Merkmale des Kurswechsels waren dagegen: der Übergang zu einer flexiblen Zinspolitik, zu einer verstärkten Steuerung des Basisgeldes der Banken und zu „breiteren“ monetären Aggregaten (M_1 bis M_3 , gesamte inländische Kreditexpansion) als Zwischenzielgrößen (oder Indikatoren) der Geldpolitik. Allgemein erfolgte eine Hinwendung zu einem „marktorientierten“ Einsatz⁶⁶ der Notenbankinstrumente, um den — bislang in Kontrollen erstarrten — Wettbewerb im Finanzsektor zu beleben, das Zinskartell der „clearing banks“ (siehe oben) und Monopolgewinne zu beseitigen und eine effizientere Allokation der finanziellen Mittel zu gewährleisten. Ausgeweitet wurden das Liquiditätsreserveinstrument und die „special deposits“ (SD) auf sämtliche Banken und „finance houses“, wobei die SD jetzt jedoch variabel gestaltet wurden und sogar — zusätzlich seit Ende 1973 — unverzinslich bei der BoE zu halten waren, sofern bestimmte Expansionsraten der Bankeinlagen überschritten wurden. Aktiviert wurde ferner die Refinanzierungs- („Diskont“-) Politik der BoE mit den „discount houses“ (welche ihrerseits eine wichtige Refinanzierungsquelle für die übrigen Banken darstellen) und — soweit es die Erfordernisse des Debt Management zuließen — auch die Offenmarktpolitik.

(3) Ein eindeutiges Fazit zu den theoretischen Implikationen des Kurswechsels der BoE kann gegenwärtig ebensowenig gezogen werden wie bei der Bundesbank und der FED. Zwar betont der Governor der BoE die Beeinflussung der Zinsstruktur als den entscheidenden Ansatzpunkt der „neuen“ Geldpolitik: „The resulting changes in relative rates of return will then induce shifts in the asset portfolios of both the public and the banks“⁶⁷. Diese Sicht kann sowohl mit monetaristischen Transmissionsvorstellungen als auch mit der Tobinschen (keynesianischen) Portfoliotheorie harmonieren, je nachdem, wie weit der „asset“-Begriff und die Substitutionsbeziehungen interpretiert werden und welche monetäre Größe als strategische Variable der Geldpolitik angesehen wird. Andererseits wertet Griffiths⁶⁸ gerade die aktive Rolle der Zins-

⁶⁵ D. C. Rowan, *The Monetary System in the Fifties and Sixties*, in: *The Manchester School*, Nr. 1, 1973, S. 35.

⁶⁶ Dazu siehe D. B. Christelow, *Britain's New Monetary Control System*, in: *Monthly Review*, Federal Reserve Bank of New York, Bd. 56, Nr. 1, 1974, S. 12 ff.

⁶⁷ L. O'Brien, *Key Issues in Monetary and Credit Policy*, in: *Bank of England Quarterly Bulletin*, Bd. 11, Nr. 2, 1971, S. 168.

⁶⁸ B. Griffiths, *Resource Efficiency, Monetary Policy and the Reform of the U. K. Banking System*, in: *Journal of Money, Credit and Banking*, Bd. V, 1973, S. 68.

politik, die Beibehaltung von bestimmten Kreditkontrollen und die Vielzahl der in Frage kommenden monetären Indikatoren und Zwischenziele, auf die sich die BoE nicht eindeutig festlegt, als eine Bestätigung, daß „the present view is far from being a conversion to monetarism“. Ebenso pragmatisch wie sibyllinisch ist das Resümee des Governors der BoE: „It is seldom possible or desirable for the authorities to put all their eggs in one monetary basket“⁶⁹.

7. Zusammenfassung

(1) Ungeachtet aller Nuancen lassen sich die derzeitigen geldtheoretischen Hauptrichtungen auf den keynesianischen, den neoquantitätstheoretischen und den liquiditätstheoretischen Ansatz zurückführen. Ihnen entsprechen jeweils spezifische geldnachfrage-, transmissions- und geldangebotstheoretische Hypothesen. Es wurde versucht, die grundlegenden Unterschiede dieser theoretischen Richtungen anhand bestimmter Kriterien zu systematisieren und die Verbindungslinien zwischen den Geldnachfrage- und Transmissionstheorien einerseits und den Theorien des Geldangebots andererseits aufzuzeigen.

(2) Konnten in der „reinen“ Analyse noch relativ stringente Zusammenhänge zwischen den Geldnachfrage-/Transmissionstheorien und den Geldangebotshypothesen nachgewiesen werden, so sind derartige Stringenzen beim Vollzug der Zentralbankpolitik durchbrochen oder allenfalls noch in Umrissen erkennbar. Idealtypische Theoriegebäude und Konzeptionen der praktischen Geldpolitik liegen weit auseinander. Die heutige Notenbankpolitik in den USA, England und der Bundesrepublik vereinigt in sich Elemente aus unterschiedlichen Theorieansätzen; sie ist experimentell angelegt mit der Konsequenz eines geldpolitischen Mix. Dieses Verhalten ist symptomatisch für die empirische Unsicherheit über die „wahren“ Strukturzusammenhänge in der Wirtschaft, speziell bezüglich der Transmission von geldpolitischen Impulsen in den realwirtschaftlichen Bereich. Fragwürdig wird eine solche experimentelle Grundhaltung dann, wenn sie zu einer in sich widersprüchlichen Politik führt. Das kann insbesondere der Fall sein, wenn gleichzeitig mehrere Indikatoren der Geldpolitik zugrunde gelegt werden, die voneinander unabhängig sind — oder noch prekärer — sogar gegensätzliche Informationen liefern.

(3) Zentralbankpolitik ist nicht (oder besser: sollte nicht) an starre Dogmen gebunden (sein), wie einige bemerkenswerte Änderungen des geldpolitischen Kurses in der jüngsten Vergangenheit in den hier untersuchten Ländern nahelegen. Zwar lassen sich Elemente aus allen Haupt-

⁶⁹ L. O'Brien, *Key Issues in Monetary and Credit Policy*, S. 171.

richtungen der Geldtheorie nachweisen. Unverkennbar ist jedoch im Zuge der Konzeptionswechsel eine vorsichtige Öffnung zum Monetarismus hin eingetreten, zumindest eine gewisse Adaption an monetaristische Geldangebotshypothesen.

Korreferat zu:
Geldpolitische Konzeptionen zwischen Keynes und Friedman

Von *Franz Ritzmann*, Zürich

Herr Duwendag hat uns soeben in recht einleuchtender, wenn auch nicht gerade überraschender Weise die Diskrepanzen zwischen „idealtypischen Theoriegebäuden“ und den „Konzeptionen der praktischen Geldpolitik“ dargelegt. Das Aufspüren theoretischer Überlegungen hinter den Handlungen der Wirtschaftspolitiker sowie der Nachweis, daß die gefundenen Theoriefragmente verschiedenen Ursprungs sind und meist nur schlecht zueinander passen, scheint sich wachsender Beliebtheit — vor allem in geldpolitischen Seminarien — zu erfreuen. Auch wir in Zürich pflegen bisweilen diesen für Lehrer und Studenten gleichermaßen lehrreichen Denksport.

Die aus der Übung hervorgehende Kritik beruht dann im allgemeinen auf der Überzeugung, ein aufgeschlossener rationaler Wirtschaftspolitiker habe sich eigentlich für eine der gängigen Theorien zu entscheiden und seine praktischen Konzeptionen streng konsequent auf diese eine Basis abzustützen. Um nicht einem starren Dogmatismus zu verfallen, soll er zudem die theoretische Basis von Zeit zu Zeit überprüfen und gegebenenfalls durch eine andere ersetzen. Interpretiere ich den Referenten richtig, wenn ich aus seinem paper die implizite Forderung an eine ideale Zentralbankpolitik herauslese: „Theorien-Mix nein — Theorien-Wechsel ja!“? Also grundsätzlich Monogamie, aufgelockert durch zeitweiligen Wechsel des Ehepartners?

Die Forderung ist uns allen vertraut und erscheint auch prima vista durchaus vernünftig. Denn, so mag die Begründung lauten: Widersprüchliche Überlegungen führen zu widersprüchlichen Handlungen, zu irrationaler, mindestens aber ineffizienter Wirtschaftspolitik. Und ist es nicht die Aufgabe des Wissenschafters, solche Widersprüche aufzudecken, auf daß man sie beseitige? Ich verschließe mich solchen Überlegungen keineswegs, ich möchte sie im folgenden nur etwas differenzieren und relativieren. Bei der Lektüre des papers stellten sich mir insbesondere drei Fragen:

1. Inwiefern haben die in der Systematik des Referenten zusammengefaßten Geldtheorien tatsächlich Ausschließlichkeitscharakter? Han-

- delt es sich bei der Wahl einer Theorie — wie bei der Wahl des Ehepartners — um eine echte „entweder — oder“ Alternative, die einen widerspruchsfreien „Mix“ ausschließt?
2. Wie Herr Duwendag mit Recht hervorhob, besteht große Unsicherheit über den empirischen Wahrheitsgehalt der konkurrierenden Theorien und wird vermutlich auch noch lange bestehen bleiben. Ist unter solchen Umständen eine Mischung verschiedenartiger, ja sich logisch ausschließender Hypothesen als Basis praktischer Entscheidung wirklich abzulehnen?
 3. Besteht überhaupt eine eindeutige Zuordnung zwischen Theorie und Handlungsmaxime? Oder läßt sich vielleicht eine bestimmte Theorie mit verschiedenartigen Strategien bzw. eine bestimmte Strategie mit verschiedenartigen Theorien vereinbaren?

Die erste Frage also betrifft den Charakter der Ausschließlichkeit der vom Referenten diskutierten Geldtheorien. Lassen Sie mich dazu die im paper aufgeführte Klassifikation kurz kommentieren: Die Einteilung der heutigen geldtheoretischen Hauptrichtungen in eine „postkeynesianische“, eine „neoquantitätstheoretische“ und eine „liquiditätstheoretische“ Richtung folgt dem üblichen Lehrbuchschema und bringt uns nichts Neues. Sie weist zweifellos große didaktische Vorzüge auf. Diese Vorzüge werden aber bekanntlich erkauft durch eine mehr oder weniger willkürliche Abgrenzung, die notwendigerweise das Trennende der Richtungen betonen und das Gemeinsame der Richtungen unterdrücken muß. Das wirkt sich besonders dann peinlich aus — und Herr Duwendag ist sich dessen durchaus bewußt —, wenn Leute wie Tobin in eine der systematischen Schubladen einzuordnen sind. Unter dem Etikett „Keynesianer“ wird Tobin der ersten Kolonne zugeordnet und so von seinen eigenen vermögentheoretischen Arbeiten getrennt. Es ist eben nicht nur die praktische Notenbankpolitik, die sich nicht in das Schema pressen läßt; vielmehr zeigen auch manche Theoretiker — allen voran Keynes selbst — eine ähnliche Widerspenstigkeit. Vielleicht liegt das am Schema?

Nach Ansicht des Referenten ist „Dreh- und Angelpunkt der Geldtheorie“ der sogenannte Transmissionsprozeß. Begnügen wir uns deshalb mit einem Blick auf die unter „III. Geldnachfrage-/Transmissions-theoretische Ansätze“ des Schemas auf S. 946 aufgeführten Stichworte. Ohne kleinlich sein zu wollen, glaube ich doch, daß sich hier einige Korrekturen aufdrängen. Am meisten befremdet mich die Unterscheidung zwischen „Zinstheoretischem Ansatz“ der Keynesianer und „Vermögentheoretischem Ansatz“ der Neoquantitätstheorie. Ist denn nicht ein Kernstück der keynesianischen Theorie, nämlich die Theorie der Spekulationskasse, geradezu der Prototyp der modernen Vermögens-

theorie? Wie anders denn wäre die unter „Transmissionsmechanismus“ angeführte „Substitution von Geld durch Finanzaktiva“ zu verstehen, wenn nicht als Änderung der Vermögensstruktur, ausgelöst durch eine Verschiebung der Zinsstruktur und erwartete Preisänderungen der Finanzaktiva? Mir scheint, man könne so ziemlich alle Stichworte in jeder der drei Kolonnen aufführen. Und wenn man die auf Seite 950 ff. beschriebenen Transmissionsansätze der heutigen Keynesianer und Quantitätstheoretiker miteinander vergleicht, dann muß man sich doch ernsthaft fragen, worin sie sich eigentlich noch unterscheiden. Keynesianische und quantitätstheoretische Transmissionsansätze sind sich heute so ähnlich geworden, daß es dem Spezialisten immer schwerer fällt und dem Außenstehenden beinahe unmöglich ist, zwischen den feinen theoretischen Nuancen zu unterscheiden. Beide scheinen in der allgemeinen Portfoliotheorie aufgegangen zu sein; die trennenden Unterschiede bestehen wohl nur noch in empirischen Hypothesen über das numerische Ausmaß und die Stabilität der Preis- und Kreuzpreiselastizitäten, das heißt über die Nähe der Substituierbarkeit verschiedener Anlageformen. Das aber sind graduelle, nicht mehr prinzipielle Unterschiede. Die analytische Basis aller drei Richtungen (und nicht nur der Quantitätstheorie) ist aber — implizit oder explizit — die allgemeine Preistheorie, übertragen von den traditionellen Stromgrößen auf die Bestandesgrößen der Vermögensanlagen. Daran ändern auch die gewiß legitimen Bemühungen der einzelnen Autoren um Differenzierung ihres Produktes nichts.

Für die Beurteilung der Wirksamkeit geldpolitischer Maßnahmen, das heißt für den Praktiker, sind die soeben als bloß graduell bezeichneten Unterschiede allerdings höchst relevant. Eine Zinselastizität der Geldnachfrage von $-0,03$ ist für die Geldpolitik nicht dasselbe wie eine Elastizität von $-1,8$. Eine diesbezügliche Hypothesenänderung kann die Situationsbeurteilung drastisch ändern. Man könnte in einem solchen Fall selbstverständlich auch von „Theorie-Wechsel“ sprechen; doch ist das wohl nicht das, was man gemeinhin — und vermutlich auch Herr Duwendag — unter diesem Begriff versteht. Unsere „idealtypischen Theoriegebäude“ lassen in der Regel die Strukturparameter bis auf gewisse Grenzwerte quantitativ unbestimmt. Deren quantitative Festlegung, ja zumeist auch die Funktionsform selbst, wird großzügig dem Empiriker überlassen, der somit aufgrund derselben Theorie je nach Schätzmethode, Datenauswahl usw. zu recht verschiedenen Resultaten gelangen kann. Und diese Resultate sind, wir wissen es alle, mit großer Vorsicht entgegenzunehmen.

Das führt mich nun zum zweiten Problem, nämlich zur Frage, wie sich der Praktiker gegenüber unsicheren empirischen Hypothesen rational zu verhalten habe. Ist es abwegig, die Theorie der Entschei-

dung bei Risikosituationen auf die Verwendung dubioser wissenschaftlicher Forschungsergebnisse zu übertragen? Wenn man das tut, dann verliert der anscheinende Widerspruch gegensätzlicher Thesen einiges von seiner logischen Schärfe. Aus der Aussage „Wenn A Recht hat, hat B Unrecht“ folgt keineswegs, daß wir nicht beide Thesen von A und von B als möglicherweise wahr betrachten dürfen. Und solange wir keine Gewißheit darüber haben, wer von beiden tatsächlich recht hat, ist es vielleicht nicht unvernünftig, sich auf beide Eventualitäten einzustellen. Handelt denn der Mann irrational, der im Vertrauen auf die günstige Wetterprognose eine Wanderung unternimmt und dennoch einen Regenschutz im Rucksack trägt? So ähnlich mag der Wirtschaftspolitiker den wissenschaftlichen Thesen mit wohlwollender Skepsis begegnen und sich hüten, alles auf eine Karte zu setzen. In einer „Portfoliotheorie der für die Praxis relevanten Hypothesen“ könnte man die zugrunde liegende Stochastik vielleicht mit dem Popperschen Wahrheitsgrad operationalisieren. Es ist jedenfalls nicht recht einzusehen, weshalb das Prinzip der Risikominderung durch Diversifikation nur auf den Bereich der Vermögensanlagen und der Produktion beschränkt, im Bereich zweifelhafter Hypothesen dagegen verpönt sein sollte. Ob allerdings das aktuelle Hypothesen-Portfolio der Wirtschaftspolitiker unter diesen Gesichtspunkten auch optimal ist, wage ich nicht zu behaupten.

Zuletzt möchte ich noch das Problem der Zuordnung von Theorie und Handlungsmaxime kurz anschneiden. Es ist wohl eine Binsenwahrheit, daß aus einer Theorie, welche die Ereignisse erklärt und allenfalls prognostiziert, für sich allein noch keinerlei Richtlinien für praktische Entscheidungen folgen. Dazu bedarf es erst einer Zielsetzung. Und wir alle wissen: Es gibt viele Ziele und viele Zielkonflikte. Manches, was im geldpolitischen Alltag als inkonsequent und unlogisch erscheint, läßt sich durch unterschiedliche Zielsetzungen erklären. Die heutigen Aufgaben der Stabilisierung von Preisniveau und Beschäftigung sind für manche Zentralbanken noch neu und ungewohnt. Bis vor kurzem stand die Stabilisierung der Währung, das heißt der feste Wechselkurs und der dadurch erforderliche Ausgleich der Zahlungsbilanz, bei weitem im Vordergrund. Erst der totale Zusammenbruch des Bretton-Woods-Systems hat diese Prioritätsordnung erschüttern können. Nun fallen aber die von Herrn Duwendag diskutierten Änderungen der Zentralbankpolitik in diese Zeitperiode. Das erlaubt immerhin die Gegenhypothese zu formulieren: Die Änderungen der Praxis sind möglicherweise nicht auf einen Theoriwechsel, sondern auf einen Wechsel der Zielsetzungen (bei gleichbleibender theoretischer Basis) zurückzuführen. Eine Diskriminierung zwischen den Alternativ-Hypothesen müßte anhand empirischen Materials erfolgen.

Vergessen wir auch nicht, daß manche Zentralbanken sich früher in erster Linie als Bank des Staates und als Bank der Banken verstanden haben. Solche Aufgabenbereiche leben zum Teil noch heute in der Gesetzgebung, in Traditionen und institutionellen Bindungen weiter. Aus dieser Sicht mag sich zu einem guten Teil die Vorliebe der Notenbanken für die Zins- und Liquiditätspolitik erklären, und zwar ohne jeden Bezug zu keynesianischen Theorien. Als „letzte Quelle der Liquidität“ sind die Zentralbanken seit ihrer Gründungszeit zu Dienstleistungen gegenüber den Geschäftsbanken verpflichtet und haben für deren ausreichende Liquidität Sorge zu tragen. Kein Wunder also, daß diese Liquidität — wie auch immer definiert — zum Indikator par excellence der Notenbankpolitik wurde. Liquiditäts- und Konditionenpolitik brauchen keineswegs im Widerspruch zur Quantitätstheorie zu stehen, sofern sie einer Zielsetzung dienen, für welche die Quantitätstheorie weitgehend irrelevant ist.

Auch nach erfolgtem Wechsel der Prioritäten kann die alte Zielsetzung als Restriktion der neuen weiter bestehen bleiben, etwa nach der Devise: Stabilisierungspolitik ja, sofern sie nicht zu sogenannten „katastrophalen“ Liquiditätsengpässen führt. Der gelegentlich, z. B. in der Schweiz, auftretende Widerspruch zwischen restriktiver Geldmengen- und simultaner, expansiv wirkender Zinspolitik ließe sich vielleicht eher durch eine solche Zielkonstellation als durch einen Theorien-Mix erklären.

Lassen Sie mich zusammenfassen: Die Frage nach der theoretischen Basis wirtschaftspolitischen Handelns scheint mir notwendig und trägt — hoffentlich — auch zur Klärung wirtschaftspolitischer Diskussionen bei. Erweist sich dabei die theoretische Basis — wie wohl in den meisten Fällen — als uneinheitlich und widerspruchsvoll, so stellt sich das Problem der Erklärung dieses Phänomens. Als erstes scheint mir die Hypothese überprüfenswert, daß manche vermeintlichen Widersprüche durch unsere eigene Klassifikation produziert und in die Wirtschaftspolitik projiziert worden sind. Ich würde meinen, daß diese Hypothese im Falle des vorliegenden papers nicht a priori zu verwerfen ist, insbesondere bei der Klassifikation der Geldnachfrage- und Transmissions-theorien. Bleiben nach dieser ersten Bereinigung dennoch widersprüchliche Hypothesen in der theoretischen Basis bestehen, dann wäre allenfalls zu prüfen, inwieweit sich dies mit der Unsicherheit der Hypothesen und der Sicherheitsstrategie des Wirtschaftspolitikers erklären läßt. Zudem ist einige Vorsicht am Platz bei der Deduktion vermeintlicher Theorien aus Handlungen, die möglicherweise einer völlig anderen Zielsetzung dienen, als dem Untersuchenden vorschwebt.

Fiskalisch oder monetär ausgerichtete Stabilisierungspolitik?

Von *Manfred J. M. Neumann*, Berlin*

1. Grundlagen der Entscheidung über die Zuordnung der stabilisierungspolitischen Aufgabe

Nach dem herrschenden Paradigma unserer Zeit sind Geld- und Finanzpolitik gleichermaßen zur Stabilisierung der Wirtschaftsprozesse heranzuziehen. „Die überwiegende Mehrheit der Theoretiker (und vielleicht auch der Praktiker) dürfte der Ansicht zuneigen, daß grundsätzlich nur ein gut koordiniertes Zusammenspiel beider Politiken erfolgversprechend ist, wobei die Gewichtsverteilung je nach der konkreten konjunkturellen Lage, die es zu meistern gilt, verschieden sein kann bzw. muß“¹. So vertraut diese allgemeine programmatische Idee den meisten Ökonomen ist, so wenig beruht sie vorläufig auf einer empirisch fundierten Theorie: Nach welchen Kriterien kann eine konkrete Gewichtsverteilung verantwortlich entschieden werden, solange wir über nicht mehr als sehr allgemeine Vorstellungen hinsichtlich der relativen stabilisatorischen Effizienz der verschiedenen Instrumente verfügen?

Für die Entscheidung über die Zuweisung der stabilisierungspolitischen Aufgabe — unter der traditionellen Annahme eines instabilen privaten Sektors — ist zwar die Kenntnis der relativen stabilisatorischen Effizienz von Geld- und Finanzpolitik unabdingbar, sie sollte jedoch nicht isoliert, sondern im Gesamtzusammenhang mit den längerfristigen, allokativen politischen Aufgaben der Finanzpolitik bewertet werden. Die Finanzpolitik befindet sich stets in dem Doppelkonflikt, einerseits der kürzerfristigen Stabilisierungsaufgabe gerecht werden zu sollen und andererseits ihren längerfristigen struktur-, wachstums- und einkommenspolitischen Aufgaben. Aus tagespolitischer Sicht werden die

* Geboren am 15. Dezember 1940. Nach Studien in Göttingen und Nürnberg 1966 Promotion zum Dr. rer. pol. in Marburg. 1967 - 1969 wissenschaftlicher Mitarbeiter bei der Deutschen Bundesbank. 1970 - 1972 wissenschaftlicher Mitarbeiter an der Universität Konstanz. Seit 1973 Professor für Geldtheorie und -politik an der Freien Universität Berlin. Hauptarbeitsgebiete: Makroökonomie, Geldtheorie und -politik.

¹ *Fitz Neumark*, Die komparative Bedeutung von Geld- und Fiskalpolitik für die Verwirklichung wirtschaftlicher Stabilität, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 41, Tübingen 1973, S. 35.

längerfristigen Aufgaben der Finanzpolitik zugunsten der stabilisierungspolitischen Aufgaben in den Hintergrund gedrängt. Die Vernachlässigung der längerfristigen strukturpolitischen Aufgaben der Finanzpolitik verursacht soziale Kosten, an denen der politische Ökonom nicht vorbeisehen kann. Von besonderer Bedeutung in dieser Hinsicht ist die bekannte Tatsache, daß die antizyklisch intendierte, aber zumeist faktisch prozyklisch wirkende Variation der Staatsausgaben weniger zu Lasten der Personalausgaben als zu Lasten der Infrastrukturinvestitionen vorgenommen wird.

In welchem Maße die sozialen Kosten stabilisierungspolitischer Aktivitäten der Finanzpolitik in Kauf zu nehmen sind, ist eine politische Ermessensfrage, die aber zweifellos in erheblichem Maße durch die Vorstellungen konditioniert wird, die bei Politikern und ihren Ratgebern über die relative stabilisatorische Effizienz der Finanzpolitik bestehen. Je höher diese sozialen Kosten zu veranschlagen sind, um so weniger werden Politiker auf die Dauer bereit sein, sie in Kauf zu nehmen, weil dies ihre politische Existenz bedrohen kann. Zwar ist es schwierig, die absolute Höhe dieser sozialen Kosten zu bestimmen, es läßt sich aber zeigen, daß sie sich invers zu der stabilisatorischen Effizienz der Finanzpolitik verhalten. Je geringer diese ist, um so größeren Abweichungen von ihrem längerfristig wünschenswerten Entwicklungspfad muß die Finanzpolitik unterworfen werden, damit ein kurzfristig für notwendig erachteter Stabilisierungseffekt erreicht werden kann. Je größer die kürzerfristigen Abweichungen sind, um so höher sind die sozialen Kosten, wobei auch zu beachten ist, daß diese Abweichungen nach bisherigen Erfahrungen offenbar asymmetrisch gestaltet werden müssen².

Unter dem Eindruck, daß die relative stabilisatorische Effizienz der Finanzpolitik weit geringer zu veranschlagen ist, als dies innerhalb des traditionellen Rahmens keynesianischer Theorie zu vermuten war, haben in den letzten Jahren eine Reihe von Ökonomen begonnen, das herrschende Paradigma zu verlassen. Auch der Sachverständigenrat hat sich inzwischen dafür ausgesprochen, auf mittlere Sicht die stabilisierungspolitische Aufgabe von der Finanzpolitik auf die Geldpolitik zu verlagern, „da nur so die öffentlichen Haushalte aus dem unheilvollen Dauerkonflikt zu befreien wären, in den sie durch ihre stabilisierungspolitische Verantwortung einerseits und die Aufgabe einer sehr weitreichenden öffentlichen Daseinsversorgung andererseits gestellt sind, eine Rollenzuweisung, der sie nicht gewachsen sind und die vielleicht

² So stellte der Sachverständigenrat im Jahresgutachten 1972/73, Ziffer 352 fest: „Nicht einmal die Vorstellung, daß der Bedarf an expansiver und der Bedarf an kontraktiver Fiskalpolitik abwechselnd etwa gleich stark sein würden, eine Vorstellung, die noch das Stabilitäts- und Wachstumsgesetz bestimmte, hat sich als wirklichkeitsgerecht erwiesen.“

auch nur von den Erfahrungen einer Zeit her verständlich ist, die von der Gefahr einer Dauerarbeitslosigkeit geprägt war, nicht aber — wie die Gegenwart — von einem eindeutigen Hang zur Übernachfrage³.

Wenn die empirische Vermutung einer geringen aggregativen Effizienz der Finanzpolitik relativ zu der der Geldpolitik zutrifft, dann wird man sich für eine Verlagerung der stabilisierungspolitischen Aufgabe von der Finanz- auf die Geldpolitik um so eher entscheiden können, wenn außerdem sichergestellt ist, daß die Geldpolitik dieser Aufgabe voll genügen kann. Das setzt voraus, daß die Bundesbank die monetären Impulse in angemessenen Grenzen zu steuern in der Lage ist. Dementsprechend wird in den folgenden Abschnitten zuerst versucht, anhand einer empirischen Überprüfung der fiskalistischen und der monetaristischen Impulsdominanzhypothese Aufschluß über die relative aggregative Effizienz beider Politiken zu gewinnen. Danach wird untersucht, in welchem Ausmaß unter den bisherigen Rahmenbedingungen die Bundesbank in der Lage war, die Expansion des monetären Gesamtimpulses zu kontrollieren und durch welche Änderungen der Rahmenbedingungen diese Kontrolle verstärkt werden kann.

Schließlich sei betont, daß die vorstehenden Überlegungen auf der expliziten keynesianischen Annahme einer immanenten Instabilität des privaten Sektors aufbauen. Die Hypothese einer Instabilität des privaten Sektors ist empirisch nicht geprüft und theoretisch nicht unbestritten. Ginge man von der gegenteiligen monetaristischen Hypothese der Stabilität des privaten Sektors aus, so käme man automatisch zu der Empfehlung, die Finanzpolitik auf ihre längerfristigen Allokationsaufgaben zu konzentrieren. Denn die monetaristische Hypothese impliziert, daß die Variationen der monetären und der fiskalischen Impulse neben den Außenimpulsen hauptsächlich für die zu beobachtenden konjunkturellen Bewegungen der Wirtschaftsaktivität verantwortlich sind⁴.

2. Die relative aggregative Bedeutung fiskalischer und monetärer Impulse

2.1 Impulshypothesen

Jede quantitative Aussage über die relative aggregative Effizienz von Finanz- und Geldpolitik impliziert eine Entscheidung der bekannten

³ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1972/73, Ziffer 352.

⁴ Vgl. dazu *Karl Brunner*, The „Monetarist Revolution“ in Monetary Theory, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 105, 1970, und *Manfred J. M. Neumann*, Stabilisierungspolitik in monetaristischer Sicht, in: *Stabilisierungspolitik*, WSI-Studien Nr. 27, Köln 1974.

Kontroverse über die Dominanz fiskalischer oder monetärer Impulse. Fiskalisten und Monetaristen sind sich darin einig, daß fiskalische wie monetäre Impulse aggregative Wirkungen haben, sie unterscheiden sich aber diametral in ihren Aussagen über die relative Größe der Elastizitäten der privaten Gesamtnachfrage in bezug auf Variationen dieser Impulse. Die fiskalistische Impulsdominanzhypothese besagt, daß eine einprozentige Variation der fiskalischen Impulse eine absolut größere Variation der Gesamtnachfrage induziert als eine einprozentige Variation der monetären Impulse. Die monetaristische Impulsdominanzhypothese behauptet das Gegenteil.

Die fiskalistische Impulsdominanzhypothese, wonach die Gesamtnachfrage durch Veränderungen der Staatsausgaben und Variation der Besteuerung direkter, stärker und schneller beeinflußt werden kann als durch eine Variation monetärer Impulse, erklärt sich aus einer speziellen Interpretation des Keynesischen Transmissionsmechanismus des Zinses. Zum einen wird die Liquiditätsfalle verallgemeinert, so daß der Marktzins unter ein bestimmtes Niveau nicht abgesenkt werden kann. Zum anderen wird der Zins einseitig in Kreditkosten uminterpretiert, die offenbar einen zu vernachlässigenden Einfluß auf die Investitionsnachfrage ausüben. Die monetaristische Impulsdominanzhypothese beruht demgegenüber auf dem Transmissionsmechanismus der relativen Preise⁵. Innerhalb eines aggregativen monetaristischen Modells läßt sich zeigen, daß eine Akzeleration monetärer Impulse unabhängig von der Art ihrer Verursachung kurzfristig ein Sinken des Marktzinses und ein Ansteigen der Preise für vorhandenes Realkapital induziert; beides wirkt expansiv⁶. Die Effekte fiskalischer Impulse, die in monetaristischer Analyse in gleicher Weise transmittiert werden wie monetäre Impulse, sind demgegenüber teils einander entgegengerichtet, teils unbestimmt⁷. Zu beachten ist dabei, daß die fiskalischen Impulse, die aus der Variation von Staatsausgaben und Besteuerung resultieren, analytisch zu unterscheiden sind von Staatsverschuldungseffekten einerseits und monetären Effekten andererseits. Fiskalpolitisch verursachte mone-

⁵ Dieser Transmissionsmechanismus liegt auch den Portfolio-Analysen der Post-Keynesianer um Tobin zugrunde, jedoch bleibt er auf den Finanzsektor beschränkt, und das Preisniveau des Outputs wird als exogene Variable behandelt.

⁶ Vgl. Karl Brunner und Allan H. Meltzer, *Money, Debt, and Economic Activity*, in: *Journal of Political Economy*, 80, 1972, und Karl Brunner und Allan H. Meltzer, *Ein monetaristischer Rahmen für die aggregative Analyse*, in: Karl Brunner, Hans G. Monissen, Manfred J. M. Neumann (Hrsg.), *Geldtheorie*, Köln 1974.

⁷ Dies wird im Detail aufgezeigt bei Karl Brunner, *Eine Neuformulierung der Quantitätstheorie des Geldes — Die Theorie der relativen Preise, des Geldes, des Outputs und der Beschäftigung*, in: *Kredit und Kapital*, 3, 1970.

täre Impulse haben in monetaristischer Analyse die gleichen Wirkungen wie andere monetäre Impulse.

Bei der folgenden empirischen Überprüfung der alternativen Impulshypothesen werden als dritter Impulsfaktor die Außenimpulse berücksichtigt, die ihrerseits aus in anderen Ländern ausgelösten fiskalischen und monetären Impulsen resultieren. Während die monetäre Komponente dieser Impulse bereits im monetären Gesamtimpuls miteinfaßt wird, müssen die Nachfrage- und relativen Preiseffekte, die wir hier als Außenimpulse im engeren Sinne bezeichnen wollen, gesondert berücksichtigt werden.

2.2 Methodische Probleme

Es werden zuerst die im folgenden verwendeten Zeitreihen beschrieben. Danach wird auf das Problem der Suche nach diskriminierender Evidenz eingegangen.

Als Indikator des monetären Gesamtimpulses (M) wird die Geldmenge verwendet. Sie wird definiert als die Summe von Bargeldumlauf beim Publikum und mindestreservepflichtigen, heimischen Sichteinlagen beim Geschäftsbankensystem. Auf der Basis täglicher bzw. bankwöchentlicher Angaben wurden Quartalsdurchschnitte gebildet. Die Bewegungen der Zuwachsraten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahreszeitraum werden wie folgt interpretiert: Ein Ansteigen (Absinken) der Zuwachsraten indiziert eine Akzeleration (Dezeleration) des monetären Gesamtimpulses und damit eine expansive (restriktive) Wirkung auf die Entwicklung des Volkseinkommens und der privaten Absorption.

Zur Indizierung der Fiskalimpulse wurden zwei alternative Indikatoren konstruiert, die beide auf dem von Oakland entwickelten Konzept des fiskalischen Initialstimulus basieren⁸. Der Indikator des fiskalischen Initialstimulus stellt eine lineare Kombination der von Änderungen der Staatsausgaben sowie von den durch Änderungen der Steuertarife, Steuerbasen und Steuerzahlungsbedingungen bewirkten, anfänglichen diskretionären Änderungen des Steueraufkommens dar. Dementsprechend wurden auf der Grundlage vierteljährlicher Angaben die Kassenausgaben von Bund und Ländern unter Berücksichtigung der Transferzahlungen zwischen diesen Haushalten summiert; außerdem wurden die anfänglichen diskretionären Steueraufkommenseffekte geschätzt und für jedes Quartal über den Zeitraum seit 1958 kumuliert⁹. Die

⁸ Vgl. *William H. Oakland*, Budgetary Measures of Fiscal Performance, in: *Southern Economic Journal*, 35, 1969.

⁹ Zur Methode und der Problematik der Schätzung der diskretionären Steueraufkommenseffekte vgl. *Manfred J. M. Neumann*, The Monetary Fiscal Approach to Inflation: The German Case, Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz, Nr. 9 b, 1971.

kumulierten Aufkommenseffekte diskretionärer Steueränderungen wurden von den jeweiligen Gesamtausgaben von Bund und Ländern subtrahiert.

Wie erwähnt wurden zwei Indikatoren des Fiskalstimulus gebildet. Der erste Indikator (F_1) enthält neben den Steueraufkommenseffekten die gesamten Kassenausgaben von Bund und Ländern. Der zweite Indikator (F_2) ist das Ergebnis eines Versuches, die auslandswirksamen Ausgaben von Bund und Ländern aus den Gesamtausgaben zu eliminieren. Und zwar wurde versucht, anhand der Zahlungsbilanzstatistik die Summe der öffentlichen Ausgaben für Regierungskäufe im Ausland, für Vorauszahlungen auf solche Importe, für ausländische Dienstleistungen und für Wiedergutmachungsleistungen zu schätzen¹⁰. Welchen Grad an Zuverlässigkeit die errechnete Zeitreihe der auslandswirksamen Ausgaben und damit der Indikator F_2 aufweist, ist schwer zu beurteilen, weil, soweit mir bekannt ist, bisher niemand einen vergleichbaren Versuch unternommen hat. Dies ist eine sehr bemerkenswerte Situation, wenn man bedenkt, daß eine empirische Überprüfung der Wirksamkeit der Fiskalpolitik ein Inlandskonzept voraussetzt. Andererseits sei daran erinnert, daß auch das Bundesministerium der Finanzen, die Deutsche Bundesbank und der Sachverständigenrat auf der Grundlage der Gesamtausgaben zu argumentieren pflegen¹¹.

Die Bewegungen der Zuwachsraten der beiden Fiskalmaße werden wie folgt interpretiert: Ein Ansteigen (Absinken) der Zuwachsraten indiziert eine Akzeleration (Dezeleration) des fiskalischen Initialstimulus und damit eine expansive (restriktive) Wirkung auf die Entwicklung des Volkseinkommens und der privaten Absorption.

Den relativ geeignetsten, derzeit verfügbaren Indikator der Außenimpulse im engeren Sinne (A) stellt das Exportvolumen dar. Bei der Verwendung dieses Indikators sollte allerdings nicht übersehen werden, daß die Exporte sich nicht völlig unabhängig vom heimischen Wirtschaftsprozess entwickeln. Die Bewegungen der Zuwachsraten gegenüber dem vergleichbaren Vorjahresquartal werden wie folgt interpretiert: Ein Ansteigen (Absinken) der Zuwachsraten indiziert eine Akzeleration (Dezeleration) der Außenimpulse und damit eine expansive (restriktive) Wirkung auf die Entwicklung des Volkseinkommens und der privaten Absorption.

¹⁰ Leider gelang es dabei nicht, die an und für sich ebenfalls zu berücksichtigenden Nettozahlungen an die Europäische Gemeinschaft mit hinreichender Genauigkeit abzuschätzen.

¹¹ Es erscheint als dringend geboten, daß sich die zuständigen staatlichen Stellen dazu entschließen, vierteljährliche Angaben über die Höhe der auslandswirksamen Ausgaben von Bund und Ländern zu publizieren.

Schließlich ist die zu erklärende Variable festzulegen. Die formulierten Impulshypothesen legen es nahe, das Volkseinkommen zu verwenden. Um aber den bekannten Einwand einer Scheinkorrelation zwischen dem Volkseinkommen einerseits und den autonomen Staatsausgaben und Exporten andererseits zu vermeiden¹², wird hier statt dessen auf die private Absorption abgestellt. Die private Absorption ist definiert als die Summe des privaten Verbrauchs und der Bruttoinvestitionen der Unternehmen zu laufenden Preisen¹³.

Nachdem die zu untersuchenden Variablen empirisch abgegrenzt worden sind, ist das weitere methodische Vorgehen zu erläutern. Der schärfste empirische Test konkurrierender Hypothesen besteht darin, die Forschungsstrategie der Suche nach diskriminierender Evidenz anzuwenden. Für die zu untersuchenden Impulshypothesen, die beide einen gleichgerichteten, aber unterschiedlich starken Einfluß für die monetären und fiskalischen Impulse behaupten, bedeutet die Anwendung dieser Forschungsstrategie, daß solche Teilperioden auszuwählen sind, in denen sich diese Variablen in entgegengesetzter Richtung bewegt haben. Nur solche Perioden erlauben es, mit der wünschenswerten Schärfe zwischen den Impulshypothesen zu diskriminieren. Die Untersuchung der Teilperioden kann mit Hilfe des graphischen Zeitreihenvergleichs vorgenommen werden, wobei auf die großen Konturen der Bewegungen abgestellt wird, oder mit Hilfe der Regressionsanalyse. Allerdings erfordert die Regressionsanalyse eine hinreichend große Zahl von Freiheitsgraden und damit von Beobachtungen. Sie scheidet als Analyseinstrument für eine Diskriminierung im oben angedeuteten Sinne aus, weil die fraglichen Teilperioden in aller Regel zu kurz sind.

Im folgenden wird zuerst im Wege des graphischen Zeitreihenvergleichs die Periode 1967 bis 1970 untersucht. Sie stellt die einzige Teilperiode aus der gesamten Untersuchungsperiode 1959 - 1972 dar, die eine eindeutige Diskriminierung zwischen den Impulshypothesen ermöglicht. Anschließend werden ergänzend für die gesamte Untersuchungsperiode verschiedene Regressionsanalysen durchgeführt.

¹² In diesem Zusammenhang ist auf die berühmte Untersuchung von *Milton Friedman* und *David Meiselman* zu verweisen: *The Relative Stability of Monetary Velocity and the Investment Multiplier in the United States, 1897 - 1958*, in: E. C. Brown u. a. (Hrsg.), *Stabilization Policies*, Englewood Cliffs, N. J., 1963. Einen instruktiven Einblick in diese Untersuchung und die anschließende Debatte gibt *Hans G. Monissen*, *Die relative Stabilität von Kreislaufgeschwindigkeit des Geldes und Investitionsmultiplikator: Eine Zusammenfassung der Diskussion*, in: Karl Brunner u. a. (Hrsg.), *Geldtheorie*, Köln 1974.

¹³ Die Daten wurden entnommen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung (Berlin).

Der Analyse der Teilperiode 1967-1970 wird ein Interpretationsschema zugrunde gelegt, das in Tabelle 1 dargestellt ist. Unter Annahme der jeweils günstigsten durchschnittlichen Wirkungsverzögerungen für die Impulse sind im Prinzip vier verschiedene Konstellationen denkbar. Die ersten beiden Konstellationen liefern stark diskriminierende Evidenz zugunsten bzw. zuungunsten der monetären oder der fiskalischen Impulsdominanzhypothese. Die Konstellationen 3 und 4 dagegen liefern lediglich diskriminierende Evidenz zuungunsten der fiskalischen bzw.

Tabelle 1
Interpretationsschema

Konstellation	Impulse ^{a)}			Interpretation
	M	F	A	
1.	+	-	-	Stark diskriminierende Evidenz zugunsten von M zuungunsten von F
2.	-	+	-	Stark diskriminierende Evidenz zugunsten von F zuungunsten von M
3.	+	-	+	Diskriminierende Evidenz zuungunsten von F
4.	-	+	+	Diskriminierende Evidenz zuungunsten von M

a) + = Gleichgerichtete Impulsbewegung relativ zur privaten Absorption
- = Entgegengerichtete Impulsbewegung

der monetären Impulsdominanzhypothese. Im übrigen bestätigen sie die jeweils andere Impulshypothese.

2.3 Evidenz vom Konjunkturzyklus 1967 - 1971

Ein Vergleich der Bewegungen von monetärem Gesamtimpuls und Fiskalstimulus über die Periode 1959-1972 ergibt, daß sich beide Impulse mit Ausnahme der Jahre 1967-1970 parallel zueinander entwickelt haben¹⁴. Dieses Ergebnis gilt gleichermaßen, wenn der Fiskalstimulus durch den Indikator F_2 anstelle von F_1 repräsentiert wird. Diskriminierende Evidenz ist daher allein aufgrund dieser relativ kurzen Periode zu gewinnen.

In Abbildung 1 sind die Bewegungen der privaten Absorption und der verschiedenen Impulse für die Jahre 1966-1970 aufgezeichnet. Die

¹⁴ Vgl. Schaubild 4 auf S. 340 der Untersuchung von Karl Brunner, Michele Fratianni, Jerry L. Jordan, Allan H. Meltzer und Manfred J. M. Neumann, Fiscal and Monetary Policies in Moderate Inflation, in: Journal of Money, Credit and Banking, 5, 1973.

angegebenen Wachstumsraten wurden auf der Basis natürlicher Logarithmen aus geglätteten Ursprungswerten berechnet. Es fällt auf, daß die Verläufe der beiden Fiskalindikatoren F_1 und F_2 in den Jahren 1967 und 1968 deutlich divergieren¹⁵. Da nicht genügend Informationen vorliegen, um entscheiden zu können, welcher Indikator zuverlässiger ist, werden beide Indikatoren alternativ verwendet¹⁶.

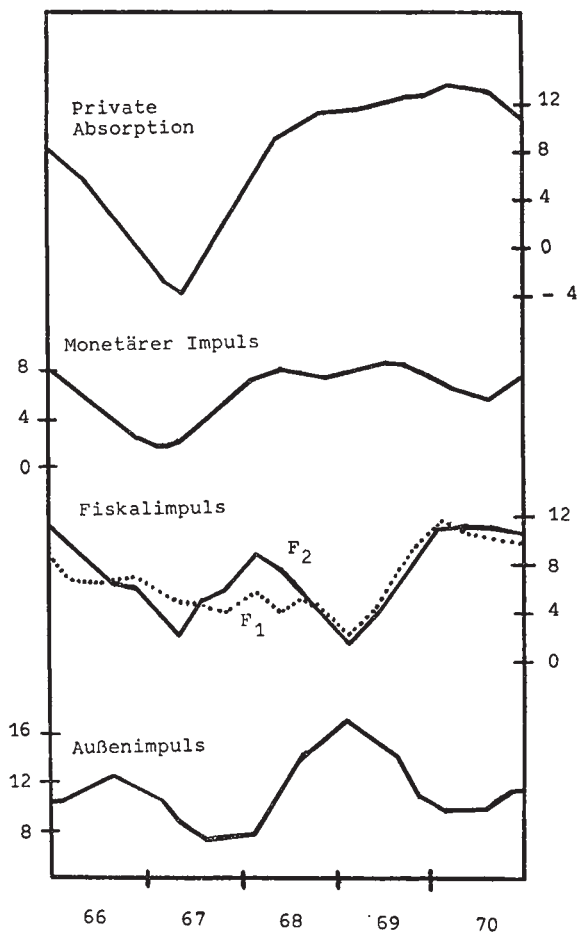


Abb. 1: Wachstumsraten gegenüber Vorjahresquartal

¹⁵ Dies ist die einzige größere Divergenz, die zwischen den Bewegungen der Indikatoren F_1 und F_2 über den Zeitraum 1959 - 1972 festgestellt werden konnte.

¹⁶ Bemerkenswerterweise hat die Bundesbank kürzlich (Monatsberichte, 25, 1973, Nr. 11, S. 21) einen neuen Fiskalindikator in Form bereinigter Finan-

In einem ersten Schritt der empirischen Analyse wird zunächst für jeden einzelnen Impuls geprüft, bei welcher durchschnittlichen Wirkungsverzögerung dieser Impuls für sich allein die Bewegung der privaten Absorption am besten erklären kann, und zwar gemessen an der Zahl der erklärbaren Quartale. Tabelle 2 läßt erkennen, daß die günstige Annahme über die Länge der durchschnittlichen Wirkungs-

Tabelle 2

Zahl der erklärbaren Quartale bei Annahme alternativer durchschnittlicher Wirkungsverzögerungen
Periode 1967—1970

Impuls	Durchschnittl. Lag in Quartalen	Zahl der erklärbaren Quartale	Zuverlässigkeitsquotient ^{a)}
M	1—2	16	1,00
F ₁	0	9	0,56
F ₂	0	12	0,75
A	0	8	0,50
M	1—2	16	1,00
F ₁	1	7	0,44
F ₂	1	10	0,63
A	1	7	0,44
M	1—2	16	1,00
F ₁	2	5	0,31
F ₂	2	8	0,50
A	2	7	0,44

a) Quotient aus Zahl der erklärbaren Quartale und Gesamtzahl der Quartale.

verzögerungen¹⁷ für die monetären Impulse einen Lag von 1 bis 2 Quartalen impliziert, für alle anderen Impulse dagegen einen Lag von 0 Quartalen. Unter diesen Annahmen kann durch die Bewegung des monetären Gesamtimpulses die gesamte Periode von 16 Quartalen erklärt werden, durch die Bewegung von F₂ können 12 Quartale erklärt werden, von F₁ 9 Quartale und von A 8 Quartale. In einem zweiten Schritt der Analyse wird unter diesen Annahmen die kritische Periode 1967 - 1970 in vier Unterperioden zerlegt, die in Tabelle 3 abgegrenzt

zierungssalden publiziert, dessen Konstruktion der des amerikanischen Full-Employment-Surplus-Budget verwandt ist. Dieser neue Indikator liefert die gleiche Interpretation wie F₁.

¹⁷ Im Falle arithmetischer Lags entspricht die durchschnittliche Zeitdauer der Wirkungsverzögerung, gemessen zwischen Umkehrpunkten, dem Eintritt von etwa 50 Prozent der Gesamtwirkung.

Tabelle 3
Zur Erklärung der Entwicklung der privaten Absorption
in den Jahren 1967—1970

Annahmen über die durchschnittlichen Wirkungsverzögerungen:
 für M: 1—2 Quartale, für F_1 , F_2 und A: 0 Quartale

	Periode			
	67,I—67,II	67,III—68,I	68,II—69,I	69,II—70,IV
M	+	+	+	+
F_1	+	-	-	+
A	+	-	+	-
M	+	+	+	+
F_2	+	+	-	+
A	+	-	+	-

sind. Die Unterperioden unterscheiden sich dadurch, daß die jeweilige Bewegung der privaten Absorption durch wechselnde Kombinationen von Impulsen erklärt werden kann.

Unter Zuhilfenahme des in Tabelle 1 dargestellten Interpretations-schemas lassen sich die Unterperioden wie folgt interpretieren: Die erste Unterperiode erbringt bestätigende Evidenz für beide Impulshypothesen, ohne daß diskriminiert werden kann. Die zweite Unterperiode (1967, III - 1968, I) liefert stark diskriminierende Evidenz zuungunsten der fiskalistischen und zugleich zugunsten der monetaristischen Impulsdominanzhypothese, sofern F_1 als Fiskalindikator gewählt wird¹⁸. Allein der monetäre Gesamtimpuls kann die überaus starke Akzeleration der privaten Absorption während dieser Periode erklären. Wird andererseits der Indikator F_2 gewählt, dann liefert auch diese Unterperiode wiederum nicht diskriminierende Evidenz zugunsten beider Impulshypothesen. Die dritte Unterperiode (1968, II - 1969, I) ermöglicht demgegenüber eindeutig diskriminierende Evidenz zuungunsten der fiskalistischen Impulshypothese, ob nun die Fiskalimpulse durch F_1 oder durch F_2 repräsentiert werden. Die vierte Unterperiode (1969, II - 1970, IV) schließlich liefert wiederum nur positive Evidenz für beide Hypothesen.

Die bisherigen Ergebnisse können wie folgt zusammengefaßt werden: Die monetaristische Impulsdominanzhypothese wird über den gesamten Zeitraum 1967-1970 bestätigt, die fiskalistische Impulsdominanz-

¹⁸ Ein von F_1 , etwas abweichender Fiskalindikator, der aber zu dem gleichen Schluß führte, wurde in meiner Untersuchung: Zur relativen Bedeutung fiskalischer und monetärer Impulse, WSI-Mitteilungen, 26, 1973, Heft 1, verwendet.

hypothese wird über 12 von 16 Quartalen konfirmiert, wenn als Indikator F_2 gewählt wird, über 9 von 16 Quartalen, wenn F_1 gewählt wird. Auf der Basis von F_1 kann für 7 aufeinanderfolgende Quartale diskriminierende Evidenz zuungunsten der fiskalistischen Impulshypothese erbracht werden, auf der Basis von F_2 kann diskriminierende, negative Evidenz für 4 Quartale erbracht werden. Insgesamt bewährt sich die monetaristische Impulshypothese weit besser als die fiskalistische.

Der eine oder andere Skeptiker mag die Kürze der Unterperioden bemängeln, während denen zwischen den Hypothesen diskriminiert werden kann. Doch hieße dies, die besondere evidentielle Bedeutung dieser Perioden zu unterschätzen, die aus der Möglichkeit zur Diskriminierung resultiert. Weiter ist zu beachten, daß bisher lediglich auf die Vorzeichen der Bewegungen der Impulse abgestellt wurde und nicht auf die relative Stärke der Akzelerationen und Dezelerationen. Berücksichtigt man auch dies, so gelangt man zu einem noch ungünstigeren Urteil über die relative aggregative Bedeutung fiskalischer Impulse. Beispielsweise war die Akzeleration von F_2 in 1969 mindestens ebenso stark wie in 1967, dennoch akzelerierte die nominelle private Absorption in 1969/70 kaum noch; auch die scharfe Dezeleration von F_2 in 1968, die der von 1966 vergleichbar ist, spiegelt sich in der Bewegung der privaten Absorption nicht wider. Vergleicht man demgegenüber die Gesamtverlaufsformen der privaten Absorption und des monetären Gesamtimpulses, so entsprechen sich diese in hohem Maße. Während der untersuchten Periode konnte aus Änderungen der Wachstumsrate des monetären Gesamtimpulses mit weitaus höherer Zuverlässigkeit auf verzögerte gleichgerichtete Änderungen des Wachstums der privaten Absorption geschlossen werden als aus Änderungen der Wachstumsraten der Fiskal- und der Außenimpulse¹⁹.

2.4 Regressionsuntersuchungen des Zeitraums 1961 - 1972

Als wegweisend für empirische Tests von Hypothesen über die relative aggregative Bedeutung von fiskalischen und monetären Impulsen hat sich die Studie von Andersen und Jordan erwiesen, die diese Ende 1968 vorlegten²⁰. Und zwar schätzten Andersen und Jordan unter Verwendung der bekannten Almon-Lag-Technik verschiedene Funktionen, in denen Veränderungen des nominellen Volkseinkommens durch gegenwärtige und vergangene Änderungen der Geldmenge bzw. der Geldbasis sowie durch entsprechende Veränderungen des Saldos des

¹⁹ Vgl. dazu die letzte Spalte der Tabelle 2.

²⁰ Vgl. Leonall C. Andersen und Jerry L. Jordan, Monetary and Fiscal Actions: A Test of Their Relative Importance in Economic Stabilization, in: Federal Reserve Bank of St. Louis, Review, November 1968.

Vollbeschäftigungsbudgets erklärt wurden. Ihre Regressionsergebnisse bestätigten für den Fall der USA die Hypothese, daß monetäre Impulse einen größeren und zuverlässigeren Einfluß auf das nominelle Volkseinkommen ausüben als fiskalische Impulse²¹ und daß die Wirkungen fiskalischer Impulse nicht schneller eintreten als die Wirkungen monetärer Impulse.

Die Untersuchung löste eine lebhafte Diskussion aus, in deren Verlauf die ökonomischen und ökonometrischen Grundlagen kritisiert wurden. Es kann diese Diskussion hier nicht im einzelnen gewürdigt werden. Es bleibt festzuhalten, daß die empirischen Hauptergebnisse von Andersen und Jordan bis heute nicht widerlegt werden konnten, sondern sich für den Bereich der USA, von geringfügigen Modifikationen abgesehen, immer wieder bestätigt haben²².

Ähnliche Regressionsergebnisse für die Bundesrepublik werden in den folgenden Tabellen 4 und 5 vorgelegt. Es handelt sich um Regressionen von relativen Änderungen der privaten Absorption auf relative Änderungen der Geldmenge (M) bzw. der erweiterten Geldbasis (B^e)²³, des Fiskalindikators F_2 sowie der Exporte als Indikator der Außenimpulse (A). Die vorgelegten Regressionen bilden einen kleinen Ausschnitt *vorläufiger* Ergebnisse aus einer größeren Untersuchung, an der ich zur Zeit gemeinsam mit Bernd Fritzsche (Berlin) arbeite.

Für die Interpretation der vorgelegten Ergebnisse ist zu beachten, daß sie — im Gegensatz zu den Ergebnissen von Andersen und Jordan — das Resultat einer einseitigen Forschungsstrategie sind, und zwar der Strategie, ein für die fiskalische Impulshypothese möglichst günstiges Ergebnis zu erzielen. Die Wahl einer solchen einseitigen Forschungsstrategie, die in der angekündigten Untersuchung mit anderen, ebenfalls einseitigen Forschungsstrategien kontrastiert werden wird, bietet meiner Ansicht nach den einzig erfolgversprechenden Ausweg aus dem evidentiellen Dilemma, in das unsere Profession durch die Verfügbarkeit der Almon-Technik²⁴ geraten ist. Das Dilemma besteht darin, daß,

²¹ Präziser: Andersen und Jordan falsifizierten die Hypothese, daß fiskalische Impulse eine größere und zuverlässigere Wirkung auf die Wirtschaftsaktivität ausüben als monetäre Impulse.

²² Wichtige Untersuchungen in diesem Zusammenhang sind: *E. Gerald Corrigan*, *The Measurement and Importance of Fiscal Policy Changes*, in: *Federal Reserve Bank of New York Review*, Juni 1970; *Peter Schmidt* und *Roger N. Waud*, *The Almon Lag Technique and the Monetary Versus Fiscal Policy Debate*, in: *Journal of the American Statistical Association*, 68, 1973, Nr. 341.

²³ Unter der erweiterten Geldbasis ist zu verstehen die Summe des umlaufenden Zentralbankgeldes, erweitert um die bei Geschäftsbanken aufgrund von Änderungen der Mindestreservpolitik freigesetzten bzw. eingeschlossenen Reserven.

²⁴ Was für die Almon-Technik gilt, gilt in ähnlicher Weise auch für einige andere ökonometrische Techniken.

je nach der an und für sich a priori zu entscheidenden Wahl von Laglängen, Polynomgraden und Endpunktrestriktionen, sehr verschiedene empirische Ergebnisse erzeugt werden können, deren Angemessenheit nur von wenigen Außenstehenden annähernd beurteilt werden kann.

Nun zu den Regressionsergebnissen. Für jede Funktion werden die Gesamtwirkung sowie die signifikanten Einzelwirkungen angegeben, die Signifikanz ist auf der Basis einer Irrtumswahrscheinlichkeit von 5 Prozent gemessen und wird durch ein Sternchen angezeigt. Die jeweilige Lage einer Einzelwirkung innerhalb des Gesamtlags wird hinter dem Parameter in Klammern bezeichnet.

Was zunächst die nicht restringierte Funktion 1 (Tabelle 4) angeht, in der ein Gesamtlag von vier Quartalen für alle drei Impulse gleichermaßen unterstellt wird, so ist sie für die fiskalische Impulshypothese nicht besonders günstig. Die ausgewiesene Gesamtwirkung der fiskalischen Impulse ist praktisch Null und Gesamt- wie Einzelwirkungen sind statistisch nicht gesichert. Werden die typischen Almon-Endpunktrestriktionen, die ökonomisch kaum zu begründen sind, eingeführt — bezeichnet durch den Zusatz AL —, dann ändert sich das Verhältnis der Gesamtwirkungen der Impulse nur wenig, während mehr Einzelwirkungen das Signifikanzniveau erreichen. Da die weiter verzögerten Einzelwirkungen der fiskalischen Impulse, beginnend mit einem Lag von -2 bis -3 durchweg negative Vorzeichen aufweisen, kann durch entsprechende Verkürzung der Laglänge für die Fiskalimpulse eine größere Gesamtwirkung ausgewiesen werden. Das Resultat dieser Überlegung war die Schätzung der Funktion 3, die bereits wesentlich günstiger ist für die fiskalische Impulshypothese. Schließlich konnten mit den Funktionen 4 und 5 weitere geringfügige Verbesserungen des Verhältnisses zwischen der Gesamtwirkung fiskalischer Impulse und der Gesamtwirkung monetärer Impulse dadurch erreicht werden, daß die Restriktion eines Polynoms 3. Grades für \hat{M} und für \hat{A} eingeführt wurde und schließlich außerdem Endpunktrestriktionen auferlegt wurden (Funktion 5).

Setzt man die in den Funktionen 3-5 ausgewiesenen, signifikanten Koeffizienten der Gesamtwirkung der monetären Impulse zu den entsprechenden nicht signifikanten Koeffizienten der Gesamtwirkung der fiskalischen Impulse in Beziehung, dann ergibt sich eine Relation von etwa 3 : 1. Das bedeutet, eine Änderung der Expansionsrate der Geldmenge um einen Prozentpunkt induzierte durchschnittlich etwa die dreifache Gesamtwirkung einer Änderung der Expansionsrate des Fiskalstimulus um einen Prozentpunkt. Allerdings mahnen die Durbin-Watson-Koeffizienten zur Vorsicht. Die vorhandene Autokorrelation ist im

wesentlichen die Folge einer Verwendung von Vorjahres- anstelle von Vorquartalszuwachsdaten.

Tabelle 4
Regressionen von Veränderungen der privaten Güterabsorption auf Veränderungen der Geldmenge, des Fiskalstimulus und der Außenimpulse^{a)}
 Periode 1961—1972

	Gesamt- wirkung	Einzel- wirkung	Zahl der Lags	Grad des Poly- noms	\bar{r}^2	σ	DW
1. \hat{M}	1,02*	1,21* (0)	4	4	0,56	2,85	0,86
\hat{F}	— 0,08	—	4	4			
\hat{A}	0,77*	0,33* (0)	4	4			
2. \hat{M}	1,04*	0,42* (— 1)	4	4 AL	0,56	2,85	1,04
\hat{F}	— 0,09	0,14* (— 1) — 0,17* (— 3) — 0,23* (— 4)	4	4 AL			
\hat{A}	0,72*	0,30* (0) 0,18* (— 1)	4	4 AL			
3. \hat{M}	0,79*	—	4	4	0,49	3,07	0,81
\hat{F}	0,27	—	1	1			
\hat{A}	0,99*	0,40* (0) 0,40* (— 4)	4	4			
4. \hat{M}	0,77*	—	4	3	0,47	3,14	0,87
\hat{F}	0,29	—	1	1			
\hat{A}	0,94*	0,33* (0) 0,30* (— 4)	4	3			
5. \hat{M}	0,83*	0,39* (0) 0,41* (— 1) 0,21* (— 2)	4	3 AL	0,44	3,21	0,62
\hat{F}	0,32	—	1	1			
\hat{A}	0,83*	0,15* (0) 0,21* (— 1) 0,21* (— 2) 0,17* (— 3)	4	3 AL			

a) Relative Änderungen gegenüber dem vergleichbaren Vorjahrsquartal, gemessen auf der Basis natürlicher Logarithmen.

Betrachtet man schließlich die adjustierten Determinationskoeffizienten, so sind nur die der Funktionen 1 und 2 größer als 0,5. Im allgemeinen gelten für Regressionen zwischen Veränderungsgrößen Deter-

minationskoeffizienten von mehr als 0,6 als gute, von mehr als 0,5 als annehmbare und von weniger als 0,5 als schlechte Erklärung. Zieht man unter dem a-priori-Kriterium, daß die Gesamtwirkung der fiskalischen Impulse nicht gleich Null sein kann, die Funktionen 3-5 den Funktionen 1 und 2 vor, dann muß man adjustierte Determinationskoeffizienten zwischen 0,4 und 0,5 in Kauf nehmen. Ist man bereit, den Standard noch weiter zu senken und auch Determinationskoeffizienten um 0,3 zu akzeptieren, dann kann man allerdings Regressionsfunktionen finden, die noch günstiger für die fiskalistische Impulshypothese aussehen. Solche Funktionen sind die Regressionsfunktionen 8-10, die

Tabelle 5

Regressionen von Veränderungen der privaten Güterabsorption auf Veränderungen der erweiterten Geldbasis, des Fiskalstimulus und der Außenimpulse^{a)}

Periode 1961—1972

	Gesamtwirkung	Einzelwirkung	Zahl der Lags	Grad des Polynoms	\bar{R}^2	σ	DW
6. \hat{B}^e	0,74	—	4	4	0,32	3,53	0,86
\hat{F}	0,13	0,34* (0)	4	4			
\hat{A}	0,55*	—	4	4			
7. \hat{B}^e	0,76*	0,73* (0)	4	4 AL	0,42	3,28	0,91
\hat{F}	0,11	0,34* (0)	4	4 AL			
		0,23* (-1)					
		-0,22* (-3)					
		-0,22* (-4)					
\hat{A}	0,50*	—	4	4 AL			
8. \hat{B}^e	0,36	—	4	4	0,27	3,67	0,68
\hat{F}	0,54*	0,31* (0)	1	1			
\hat{A}	0,79*	0,34* (-4)	4	4			
9. \hat{B}^e	0,38	—	4	3	0,29	3,62	0,70
\hat{F}	0,53*	0,31* (0)	1	1			
\hat{A}	0,75*	0,27* (-4)	4	3			
10. \hat{B}^e	0,31	0,40* (0)	4	3 AL	0,31	3,57	0,61
		0,36* (-1)					
		-0,31* (-4)					
\hat{F}	0,54*	0,31* (0)	1	1			
\hat{A}	0,64*	0,16* (-2)	4	3 AL			
		0,17* (-3)					

a) Vgl. die entsprechende Fußnote in Tabelle 4.

den Funktionen 3 - 5 in ihrem Aufbau korrespondieren, jedoch anstelle der Expansionsrate der Geldmenge die der erweiterten Geldbasis enthalten. Meiner Ansicht nach können diese Funktionen aber nicht als aussagefähig akzeptiert werden, weil sie zu sehr von den üblichen Gütekriterien abweichen.

Wählt man unter den Funktionen 1 - 5 die Funktion 5 als die für die fiskalistische Impulsdominanzhypothese günstigste Schätzung aus, so ist man immer noch gezwungen, diese Hypothese zu verwerfen. Dies gilt nicht nur in bezug auf die Frage nach der relativen Stärke der aggregativen Wirkungen fiskalischer und monetärer Impulse, sondern ebenso in bezug auf die Frage nach dem Grad der Zuverlässigkeit des zeitlichen Eintretens dieser Wirkungen. Dies läßt sich aus Tabelle 6 ablesen, in der die empirischen *t*-Werte der Koeffizienten der Funktion 5 ausgewiesen werden. Die *t*-Werte der Koeffizienten von \hat{M} sind weit höher als die der Koeffizienten von \hat{F} . Ausnahmen bilden die beiden negativen *t*-Werte bei einer Verzögerung von \hat{M} um *t* - 3 und *t* - 4. Der Umstand, daß diese beiden Werte negativ sind, deutet darauf hin, daß eine Verkürzung der Laglänge bei \hat{M} die relative Gesamtwirkung von \hat{F} weiter verringern würde.

Sofern man sich allein nach dem Kriterium des geringsten Standardfehlers der Regressionsschätzung richten würde, müßte man sich für Funktion 1 oder 2 entscheiden. In diesem Falle käme man zu dem Ergebnis, daß sich im Falle der Bundesrepublik für die fiskalischen Impulse keine dauerhaften aggregativen Wirkungen nachweisen lassen.

Tabelle 6
Empirische *t*-Werte der Regressionskoeffizienten der Funktion 5

Quartal	\hat{M}	\hat{F}	\hat{E}_x
<i>t</i>	4,02	1,45	2,33
<i>t</i> -1	4,51	1,45	3,33
<i>t</i> -2	3,44		4,69
<i>t</i> -3	- 0,26		3,13
<i>t</i> -4	- 1,50		1,63
Summe	3,44	1,98	4,72

3. Die Kontrollierbarkeit monetärer Impulse

Eine effiziente monetäre Stabilisierungspolitik setzt voraus, daß die Entwicklung der Gesamtgeldmenge, die außer von der Geldpolitik auch vom Verhalten des Publikums und der Banken beeinflusst wird,

kürzer- bis mittelfristig mit hinreichender Genauigkeit gesteuert werden kann. Das Fristigkeitsproblem stellt sich dabei so, daß die Geldpolitik zumindest über den Ablauf von zwei bis drei Quartalen in der Lage sein sollte, eine für wünschenswert erachtete Zuwachsrate der Geldmengenexpansion durchzusetzen. Ob und in welchem Maße die Geldpolitik dazu imstande ist, hängt von den monetären Rahmenbedingungen ab. Je nach der Gestaltung dieser Bedingungen wird der Einfluß des Verhaltens von Publikum und Banken auf die Geldmengenexpansion verstärkt oder verringert.

Unsere Profession ist sich heute weitgehend darin einig, daß die in der Bundesrepublik in der Vergangenheit vorherrschenden monetären Rahmenbedingungen einer effizienten Geldpolitik nicht gerade förderlich waren und daß andere Rahmenbedingungen vorstellbar sind, die die Effizienz der geldpolitischen Kontrolle vergrößern würden. Will man sich aber nicht allein auf hypothetische Erwägungen oder empirische ad-hoc-Urteile beschränken, so ist es notwendig, zuerst systematisch empirisch zu überprüfen, in welchem Ausmaß unter den bisherigen Rahmenbedingungen die Geldmengenexpansion kontrollierbar war.

Eine empirische Analyse von Quartalsdaten für den Zeitraum von 1959 - 1972 läßt zunächst erkennen, daß die Geldmengenexpansion stets von der Expansion der erweiterten Geldbasis dominiert worden ist. Wie Tabelle 7 ausweist, hat das Verhalten von Publikum und Banken, insofern es zu Veränderungen des Geldmultiplikators (m) führt, eine unbedeutende Rolle gespielt. Während der Gesamtperiode wie über die Teilperioden monetärer Akzeleration und Dezeleration oder steigender und sinkender Devisenreserven bei der Bundesbank blieb der durchschnittliche Wachstumsbeitrag des Multiplikators vernachlässigbar klein. Tatsächlich hat sich der erweiterte Geldmultiplikator als numerisch äußerst stabil erwiesen. Es dürfte kaum eine andere ökonomische Relation geben, die vergleichbar niedrige Variationskoeffizienten aufweist²⁵.

Damit wird die Frage nach der Kontrollierbarkeit der Geldmenge zur Frage nach der Kontrollierbarkeit der erweiterten Geldbasis. Wie die Geldmenge wird auch die erweiterte Geldbasis vom Portfolioverhalten des Auslands, der heimischen Banken und indirekt der heimischen Nichtbanken beeinflußt. Zu den Entstehungskomponenten der Geldbasis, deren Veränderungen unter den in der Vergangenheit vorherrschenden Rahmenbedingungen von der Bundesbank nur indirekt,

²⁵ Vgl. hierzu und zum folgenden *Manfred J. M. Neumann, A Theoretical and Empirical Analysis of the German Money Supply Process, 1958 - 1972, Diskussionsbeiträge des Instituts für Banken und Industrie, Geld und Kredit, Nr. 6, Berlin 1974.*

Tabelle 7

	M	B ^e	m	Geldmultiplikator	Variations-
	Durchschn.	Wachstumsraten		Durch-	koef-
				schn.	fi-
				Stand	zient
Periode 1959—1972	8,63	8,39	0,24	1,617 ^{a)}	0,016 ^{a)}
Perioden					
monetärer					
Akzeleration	9,55	8,94	0,61	1,621	0,016
monetärer					
Dezeleration	7,10	7,47	— 0,37	1,618	0,015
steigender					
Devisenreserven	8,34	8,54	— 0,20	1,615	0,017
sinkender					
Devisenreserven	9,15	8,12	1,03	1,628	0,012

a) Periode 1958—1972.

aber nicht direkt quantitativ kontrolliert werden konnten, gehören die Netto-Devisenreserven, das Volumen der Refinanzierungskredite an Banken und die Offenmarktgeschäfte mit Banken in Geldmarktstiteln.

Unter der vereinfachenden Annahme, daß die Bundesbank auf Vorzeichen und Höhe der Veränderungen dieser teils endogenen, teils exogenen Entstehungskomponenten keinen Einfluß hat, läßt sich empirisch untersuchen, ob und in welchem Ausmaß die Bank in der Vergangenheit über eine entsprechende Variation der restlichen, von ihr quantitativ kontrollierten Entstehungskomponenten — zu denen unter anderem die Mindestreservpolitik, die Bardepotpolitik und die Offenmarktpolitik in langfristigen Titel gehören — die Summe der Veränderungen der nicht kontrollierten Entstehungskomponenten kompensiert hat.

Diesem Zweck dienen Regressionen der Summe der Veränderungen der kontrollierten Entstehungskomponenten auf die Summe der Veränderungen der nicht kontrollierten Entstehungskomponenten der erweiterten Geldbasis²⁶.

Die in Tabelle 8 ausgewiesenen Ergebnisse zeigen auf, daß die Bundesbank in der Vergangenheit den Einfluß der von ihr nicht direkt kontrollierten Entstehungskomponenten auf die Basisgeldschöpfung in

²⁶ Eine ähnliche Untersuchung ist auch von Willms angestellt worden. Allerdings hat er übersehen, daß die gesamten Devisenreserven von der Bundesbank bei fixen Wechselkursen nicht direkt kontrolliert werden. Vgl. *Manfred Willms, Controlling Money in an Open Economy: The German Case*, in: Federal Reserve Bank of St. Louis, Review, April 1971, S. 23.

Tabelle 8

Koeffizienten der Kompensation von Änderungen des quantitativ nicht direkt kontrollierten Teils der Basisgeldschöpfung durch Änderungen des direkt kontrollierten Teils

	Kompensations- koeffizient	t-Wert	R ²
Periode 1959 - 1972	- 0,77	- 23,37	0,91
Perioden			
monetärer Akzeleration	- 0,75	- 24,13	0,89
monetärer Dezeleration	- 0,99	- 22,43	0,94
steigender Devisenreserven	- 0,72	- 15,89	0,88
sinkender Devisenreserven	- 0,90	- 10,91	0,86

hohem Maße durch entgegengesetzte Variation der direkt kontrollierten Komponenten kompensieren konnte²⁷. Der durchschnittliche Kompensationskoeffizient betrug, gemessen über die gesamte Untersuchungsperiode, -0,77 und hat während der untersuchten Teilperioden zwischen -0,72 und -0,99 variiert. Dabei fällt auf, daß der Kompensationskoeffizient während Perioden monetärer Akzeleration bzw. steigender Devisenreserven niedrigere Werte annimmt als während Perioden monetärer Dezeleration bzw. abnehmender Devisenreserven. Diese Asymmetrie kann sehr verschieden interpretiert werden. Geht man davon aus, daß die Bundesbank in der Vergangenheit stets alle Möglichkeiten zur Kompensation voll ausgeschöpft hat, dann kann man die beobachtete Asymmetrie als konfirmierende Evidenz für die These werten, daß die Geldpolitik in einer offenen Volkswirtschaft eher imstande ist, eine Deflation zu bekämpfen als eine Inflation. Geht man andererseits davon aus, daß die Obergrenze des Kompensationspotentials über den beobachteten Werten lag — wofür es empirische Anhaltspunkte gibt —, dann kommt man zu dem Schluß, daß die beobachteten Kompensationswerte und ihre Asymmetrie Ausdruck des bewußt zyklischen Verhaltens der deutschen Geldpolitik sind und einer Tendenz, kontraktive Entwicklungen der nicht direkt kontrollierten Entstehungskomponenten der Geldbasis entschiedener zu bekämpfen als inflationäre Entwicklungen.

Zusammenfassend sei festgehalten, daß selbst unter den stabilisierungspolitisch ungünstigen Rahmenbedingungen der Vergangenheit die

²⁷ Für eine konträre Interpretation vgl. *Pentti J. K. Kouri, Michael G. Porter*, International Capital Flows and Portfolio Equilibrium, in: *Journal of Political Economy*, 82, 1974; zu dieser Kontroverse vgl. auch *Michele Fratianni*, Domestic Bank Credit, Money and the Open Economy, Referat auf der Konferenz über Bank Credit, Money and Inflation in Open Economies, Katholische Universität Leuven, 1974.

Bundesbank entgegen landläufigen Vorstellungen in hohem Maße in der Lage war, die Expansion der erweiterten Geldbasis und damit der Geldmenge mittelfristig zu kontrollieren. Eine Reform der monetären Rahmenbedingungen, die darauf gerichtet wäre, den Einfluß der quantitativ nicht direkt kontrollierten Entstehungskomponenten auf die Geldschöpfung zu reduzieren oder gar zu beseitigen, würde automatisch die Effizienz der geldpolitischen Kontrolle weiter heben.

4. Stabilisierungspolitische Konsequenzen

Folgende empirische Ergebnisse sind festzuhalten: (1) Eine Analyse von Unterperioden ermöglicht es, die fiskalistische Impulsdomanzhypothese diskriminierend zu falsifizieren. (2) Vorläufige Regressionsuntersuchungen eines Gesamtzeitraums von 13 Jahren zeigen, daß die aggregativen Effekte monetärer Impulse stärker und zuverlässiger eintreten als die entsprechenden Effekte gleicher Fiskalimpulse. Eine Änderung der Expansionsrate des Fiskalstimulus oder der Staatsausgaben um 1 Prozent induziert *im günstigsten Falle* eine aggregative Wirkung, die etwa ein Drittel der Wirkung beträgt, die von einer gleichgerichteten Änderung der Expansionsrate des monetären Gesamtimpulses ausgelöst wird. (3) Unter der einer geldpolitischen Kontrolle ungünstigen Rahmenbedingung fixer Wechselkurse war die Bundesbank in der Vergangenheit in der Lage, unerwünschte Einflüsse auf die Basisgeldschöpfung in hohem Maße, nämlich durchschnittlich zu 77 Prozent, durch entgegengesetzte Variation der quantitativ direkt kontrollierten Entstehungskomponenten zu neutralisieren.

Das vorgelegte empirische Material läßt erkennen, daß die Finanzpolitik die Wachstumsrate der fiskalischen Impulse um ein Vielfaches der Variation der Wachstumsrate der Geldmenge variieren muß, wenn die gleichen aggregativen Wirkungen erzielt werden sollen wie über eine Geldmengensteuerung. Je stärker aber unter dem stabilisierungspolitischen Ziel die Fiskalimpulse variiert werden müssen, um so höher sind die sozialen Kosten, die dadurch entstehen, daß die längerfristigen Aufgaben der Finanzpolitik vernachlässigt werden müssen. An der traditionellen Rollenzuweisung festzuhalten, würde angesichts der festgestellten, relativ geringen und zudem relativ unzuverlässigen stabilisatorischen Effizienz der Finanzpolitik bedeuten, der Gesellschaft hohe Kosten aufzuerlegen, die vermieden werden könnten, wenn die stabilisierungspolitische Aufgabe allein auf die Geldpolitik konzentriert würde. Jeder Schritt in diese Richtung bedeutet einen Schritt vorwärts zu einer günstigeren kurz- und langfristigen Allokation der Ressourcen.

Die Geldpolitik erscheint als besser geeignet, die Aufgabe der Stabilisierung zu übernehmen. Schon in der Vergangenheit wurden die

großen Konturen der monetären Expansion von der Politik der Bundesbank bestimmt, ob das den Geldpolitikern immer bewußt war oder nicht; dafür gibt es umfangreiche empirische Evidenz. Unter veränderten monetären Rahmenbedingungen, vor allem nach der faktischen Einführung weitgehend flexibler Wechselkurse, wird der Grad der geldpolitischen Kontrolle weiter erhöht. Eine Straffung und Vereinfachung des geldpolitischen Instrumentariums, wie sie im Schlußkapitel vorgeschlagen wird, würde ebenfalls die Effizienz der geldpolitischen Kontrolle vergrößern.

Wir kommen also zu folgendem Schluß: Unter der hier ungeprüft unterstellten Arbeitshypothese, daß wir in einer keynesianischen Welt leben, die durch eine immanente Instabilität des privaten Sektors gekennzeichnet ist, empfiehlt es sich, die Aufgabe der Stabilisierung vollständig der Geldpolitik zu übertragen und die Finanzpolitik auf ihre längerfristigen, allokativen Aufgaben zu konzentrieren. Die vorgeschlagene Änderung der Rollenzuweisung beruht nicht auf der Vorstellung, daß die Geldpolitik in der Lage wäre, in jedem Augenblick eine angemessene, antizyklische Politik konkret zu formulieren und durchzusetzen, sondern allein auf dem Umstand, daß die Geldpolitik der stabilisierungspolitischen Aufgabe mittelfristig zu weit geringeren sozialen Kosten nachkommen kann als die Fiskalpolitik. In der Tat ist die kognitive Situation so, daß kurzfristig von beliebigen Änderungen monetärer Impulse nicht mit der wünschenswerten Präzision auf entsprechende Änderungen der Gesamtnachfrage, der Produktion, der Beschäftigung und der Preise geschlossen werden kann. Aus diesem Grunde ist der Geldpolitik in jedem Falle ein vorsichtiges, mittelfristig orientiertes Operieren zu empfehlen, das auf scharfe, kurzfristige Kursänderungen verzichtet.

Gelten diese Aussagen schon für eine keynesianische Welt, so gelten sie um so mehr, falls wir uns in Wirklichkeit in der monetaristischen Welt eines relativ stabilen privaten Sektors befinden sollten.

Ist der private Sektor ein stabilisierendes dynamisches System, dessen interne Dynamik nicht aus sich selbst heraus Konjunkturschwankungen verursacht, sondern externe Schocks in dämpfenden Bewegungen abbaut — wofür meiner Ansicht nach eine Reihe von Indizien sprechen —, dann ist unter Berücksichtigung der empirischen Größenordnungen der externen Schocks anzunehmen, daß die traditionelle Stabilisierungspolitik die konjunkturellen Schwankungen nicht dämpft, sondern teils verstärkt und teils selbst verursacht²⁸. In einer monetaristischen Welt wäre daher nicht nur die Konzentration der Finanzpolitik auf ihre

²⁸ Die Beobachtung einer überwiegend prozyklischen Geld- und Finanzpolitik spricht eine deutliche Sprache.

längerfristigen allokatonspolitischen Aufgaben zu empfehlen, sondern darüber hinaus eine konsequente Stabilisierung der monetären Stabilisierungspolitik. Zwar würde damit nicht jede Art von Wirtschaftsschwankungen beseitigt, die verbleibenden Schwingungen aufgrund anderer Schocks würden für sich allein jedoch weniger stark ausgeprägt sein und zudem durch das stabile Verhalten von Finanz- und Geldpolitik weiter abgeflacht werden.

5. Zur Reform der monetären Stabilisierungspolitik

Unabhängig davon, ob man sich für eine konsequente Stabilisierung der monetären Stabilisierungspolitik entscheidet oder an einer anti-zyklisch intendierten Steuerung festhält, erscheint es als sinnvoll, das strategische Konzept der Geldpolitik und ihr Instrumentarium zu reformieren, um die Wirksamkeit dieser Politik zu erhöhen.

In Übereinstimmung mit dem Sachverständigenrat hat die Deutsche Bundesbank um die Jahreswende 1972/73 eine „neue monetäre Politik“ eingeleitet²⁹. An die Stelle des potentiellen Zentralbankgeldes, in Gestalt der freien Liquiditätsreserven der Banken, wurde als neue zentrale Steuerungsgröße die erweiterte Geldbasis gesetzt, also die tatsächlich umlaufende Zentralbankgeldmenge, bereinigt um die aufgrund von Änderungen der Mindestreservepolitik freigesetzten bzw. eingeschlossenen Reserven. Mit der Einleitung der neuen monetären Politik ist dem Sachverhalt Rechnung getragen worden, daß die verschiedenen Versionen des Bankenliquiditätskonzepts³⁰ sich weder analytisch noch empirisch bewährt haben und daher bankenliquiditätsorientierte Strategien in kritischen Phasen der Konjunktur zu unerwünschten Resultaten führten.

Die Formulierung des Konzepts der neuen monetären Politik befindet sich, nach allen offiziellen Äußerungen der Bundesbank zu urteilen, noch in einem experimentierenden Anfangsstadium. Es erscheint als wünschenswert, daß im Rahmen der weiteren Ausformulierung die Expansionsrate der eng abgegrenzten Geldmenge explizit als dominierende Zwischenzielvariable gewählt wird.

Hat man sich politisch für einen bestimmten kürzer- oder längerfristigen Entwicklungspfad der Geldmenge entschieden, so sind störende

²⁹ Siehe dazu Jahresgutachten 1973/74 des Sachverständigenrats, Ziffern 170 - 185 und 292 - 301.

³⁰ Für eine eingehende Diskussion solcher Konzepte vgl. *Manfred J. M. Neumann*, Theoretisch wenig fundiert, empirisch nicht belegt — Die geldtheoretischen Leitvorstellungen des Sachverständigenrats, in: Regina Molitor (Hrsg.), *Zehn Jahre Sachverständigenrat*, Frankfurt 1973.

kürzerfristige Änderungen des erweiterten Geldmultiplikators durch eine entsprechende Variation der Expansionsrate der erweiterten Geldbasis auszusteuern. Im Rahmen eines solchen Konzeptes indizieren Änderungen der Expansionsrate der Geldmenge die Gesamtwirkung des monetären Sektors auf die Entwicklung der Inflationsrate und das Wachstum des nominellen Sozialprodukts, während Änderungen der Expansionsrate der erweiterten Geldbasis den Beitrag des Verhaltens der Geldpolitik indizieren.

Neben der Weiterentwicklung der geldpolitischen Konzeption sollte in den kommenden Jahren auch die Einleitung einer grundlegenden Reform des geldpolitischen Instrumentariums angestrebt werden³¹. Diesbezügliche Überlegungen können hier nur thesenartig vorgetragen werden³².

Kernstück jeder Reform sollte der Ausbau der Offenmarktpolitik zum beherrschenden Instrument der Geldpolitik sein. Eine flexible, mengenorientierte Offenmarktpolitik würde es erlauben, die Mindestreservepolitik und die Refinanzierungspolitik einzustellen. Viele Ökonomen sind sich heute darüber einig, daß die traditionelle Preis- oder Zinspolitik durch Mengenpolitik ersetzt und das Operationsfeld schwergewichtig vom Geld- auf den Kapitalmarkt verlagert werden sollte³³. Die dazu längerfristig erforderliche Verbreiterung des Rentenmarktes könnte durch eine gesetzliche Verpflichtung der großen öffentlichen Haushalte erreicht werden, sich künftig hauptsächlich über die Begebung marktgängiger Anleihen zu verschulden. Im Rahmen des Ausbaus der Offenmarktpolitik wäre im übrigen zu prüfen, ob nicht ein Großteil der Devisenreserven offenmarktpolitisch nutzbar gemacht werden sollte. Dies könnte so erfolgen, daß einem zu gründenden, profitmaximierend arbeitenden Investmentfonds Devisenreserven im Austausch gegen Zertifikate übereignet werden. Die Bundesbank würde diese Zertifikate wie andere Offenmarktstitel nach Bedarf verkaufen, um Basisgeld abzuschöpfen.

Der vorgeschlagene Ausbau der Offenmarktpolitik zum dominierenden Instrument der Geldpolitik würde es ermöglichen, auf die schwerfälligere Mindestreservepolitik zu verzichten und darüber hinaus die Mindestreservebindung aufzuheben. Die Banken würden nicht länger unproduktive Reserven zu halten haben, sondern könnten ihre unverzinsten Guthaben bei der Bundesbank auf einen Stand reduzieren, der

³¹ Vgl. meine in Fußnote 4 genannte Arbeit.

³² In die gleiche Richtung weisende Reformvorschläge sind im vergangenen Jahr von *Reinhard Pohl* und *Erik Svindland* vorgelegt worden; vgl. Bundesbankgesetz und aktuelle Geldpolitik, Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Wochenberichte 23/73.

³³ Vgl. z. B. Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1972/73, Ziffern 400 - 402.

zur Aufrechterhaltung des laufenden Zahlungsverkehrs erforderlich ist; eine durchschnittliche Reservehaltung in Höhe von etwa 3 Prozent der jeweiligen Nichtbankeneinlagen oder 1 Prozent der Bilanzsumme würde dafür ausreichen. Könnte man sich zu einer Aufhebung der Mindestreservepflicht nicht verstehen, so wäre in jedem Falle die Variation der Mindestreservesätze einzustellen, und es würde sich empfehlen, die Reservesätze zu vereinheitlichen.

Es liegt in der Logik der Vorschläge des Ausbaus der Offenmarktpolitik zum beherrschenden, mengenorientierten Instrument der Geldpolitik und einer systematischen Verbreiterung der Wertpapiermärkte, wenn die Banken dazu veranlaßt würden, sich künftig am offenen Markt statt bei der Bundesbank zu refinanzieren. Daher würde es sich empfehlen, die Refinanzierungsfazilitäten der Rediskontierung und Lombardierung abzuschaffen. Allerdings ist auch eine Alternative denkbar, die zwar zu dem gleichen Ergebnis für die Banken führt, aber als weniger rigide erscheinen mag: Diese bestände darin, den Banken weiterhin automatisch und sogar unbegrenzt Refinanzierungskredit zu gewähren, zugleich aber die Refinanzierungskosten über das Niveau des Kapitalmarktzinses anzuheben und mit der Entwicklung des Marktzinses fest zu verknüpfen. Konkret könnte das so aussehen, daß ein einheitlicher Refinanzierungszins eingeführt wird und dieser z. B. definiert wird als die Summe aus dem durchschnittlichen Stand der Umlaufrendite öffentlicher Anleihen während der vorangegangenen sieben Börsentage plus einem fixen Zuschlag. Eine solche marktmäßige Lösung des Refinanzierungsproblems würde die Banken dazu veranlassen, ihre Liquiditätsprobleme über den offenen Markt zu lösen, ihnen aber außerdem das Sicherheitsgefühl geben, jederzeit automatisch auf die Bundesbank zurückgreifen zu können.

Die wünschenswerte Abkehr der kurzfristigen Geldpolitik von ihrer traditionellen Geldmarktorientierung wäre um so eher möglich, wenn der Geldmarkt künftig weniger starken Schwankungen ausgesetzt würde als bisher. Im Rahmen der vorgeschlagenen Reform wäre dies zum ersten durch eine Aufhebung der Mindestreservepflicht zu erreichen und zum zweiten durch die Beseitigung jener institutionalisierten Destabilisierung dieses Marktes, die aus der Einlage der öffentlichen Kassenmittel bei der Bundesbank resultiert. Die Kassenbewegungen der öffentlichen Hand verursachen kürzerfristig stark fluktuierende Basisgeldbewegungen zwischen Bundesbank und Geschäftsbankensystem. Diese destabilisierenden Basisgeldbewegungen würden automatisch entfallen, wenn die Kassenmittel der öffentlichen Hand bei einer neu zu gründenden Staatsdepositenbank eingelegt würden statt bei der Bundesbank. Eine solche Bank wäre durch Statut dazu zu verpflichten, (1) allein die Einlagen öffentlicher Haushalte zu ver-

walten, (2) wie andere Banken Mindestreserven zu unterhalten, sofern die Mindestreservepflicht nicht generell aufgehoben würde, (3) keine Überschußreserven zu bilden und (4) im übrigen Aktiva allein in Form von Tagesgeld und täglichem Geld am inländischen Geldmarkt zu erwerben. Mit der Staatsdepositenbank würde ein Automatismus eingeführt, der in effizienter Weise wesentlich zu einer stabileren Entwicklung des Geldmarktes beitragen würde, weil die öffentlichen Kassenmittel das Geschäftsbankensystem nicht mehr verlassen würden. Zwar würden einzelne Kreditinstitute weiterhin Basisgeld verlieren, wenn z. B. ihre Kunden Steuerzahlungen vornehmen, sie könnten aber diese Mittel sofort zurückkaufen, und zwar zu einem niedrigeren Geldmarktsatz als bei Fortbestehen der derzeitigen Verhältnisse.

Was schließlich das Problem der außenwirtschaftlichen Absicherung angeht, so dürfte heute in unserer Profession weithin Konsens darüber bestehen, daß allein die Praktizierung flexibler Wechselkurse eine angemessene Lösung darstellt. Für flexible Wechselkurse einzutreten, impliziert dabei, daß die derzeitige Politik einiger Länder, wie z. B. Italiens oder Japans, unter dem Deckmantel offiziell flexibler Wechselkurse Kursrelationen zu stützen, die sich weit von den tatsächlichen Marktverhältnissen entfernt haben, nicht gefördert werden sollte. Der Weg zu einer monetären Union in Europa führt über flexible, nicht über interventionistische Wechselkurse.

Korreferat zu:
Fiskalisch oder monetär ausgerichtete Stabilisierungspolitik?

Von *Reinhard Pohl*, Berlin

Herrn Neumanns zentrale wirtschaftspolitische Thesen lauten:

1. Die optimale wirtschaftspolitische Strategie besteht in einer strikten Arbeitsteilung zwischen der Geldpolitik und der Finanzpolitik. Die Aufgabe, Konjunktur und Geldwert zu stabilisieren, müßte ausschließlich von der Notenbank übernommen werden, während dem Staat ausschließlich allokatons-, einkommens- und strukturpolitische Aufgaben zugewiesen werden sollten.
2. Die Stabilisierungspolitik selber sollte konsequent stabilisiert werden, wenn man davon überzeugt ist, daß der private Sektor „an sich“ stabil ist. Aber selbst dann, wenn man Instabilität des privaten Sektors voraussetzt, ist der Geldpolitik „ein vorsichtiges, mittelfristig orientiertes Operieren zu empfehlen, das auf scharfe, kurzfristige Kursänderungen verzichtet“ (S. 996).

Herr Neumann führt für seine erste These vor allem folgendes Argument ins Feld: Antizyklische Finanzpolitik verursacht soziale Kosten, zumal sie überwiegend zu Lasten der Infrastrukturinvestitionen geht. Diese sozialen Kosten sind um so größer, je weniger effizient die konjunkturpolitische Finanzpolitik im Vergleich zur Geldpolitik ist. Nach Herrn Neumanns Auffassung spricht vieles für die monetaristische Hypothese, daß die monetären Impulse die fiskalischen Impulse auf die Gesamtnachfrage dominieren. Zur Vermeidung sozialer Kosten sollte deshalb ausschließlich die Geldpolitik die stabilisierungspolitische Rolle übernehmen.

Für Herrn Neumann ist dieses Argument, die sogenannte monetaristische Impulsdominanzhypothese, eine wichtige Grundlage für die Entscheidung darüber, wem die stabilisierungspolitische Rolle zugewiesen werden sollte: der Notenbank oder dem Staat. Demgegenüber behaupte ich, daß diese Grundlage nicht tragfähig ist.

Eine diskretionäre Entscheidung zugunsten der Geldpolitik und zungunsten der Fiskalpolitik ist auf dieser Grundlage nur dann sinnvoll, wenn die fiskalischen Impulse annähernd Null sind. Dagegen sind jene

Fälle, in denen die fiskalischen Impulse größer sind oder sogar so groß wie die monetären Impulse, mit mehreren wirtschaftspolitischen Lösungen vereinbar: Sie sind mit verschiedenen Kombinationen einer antizyklischen Geldpolitik und einer mit ihr abgestimmten antizyklischen Finanzpolitik vereinbar; im Grenzfall sind sie auch mit einer antizyklischen Geldpolitik allein konsistent. Welche dieser Kombinationen gewählt würde, hinge davon ab, ob die mit einer antizyklischen Finanzpolitik verbundenen sozialen Kosten vertretbar sind oder nicht. Die Entscheidung hierüber kann aber a priori nicht gefällt werden.

Gegen eine antizyklisch ausgerichtete Finanzpolitik können meines Erachtens nur andere Gründe geltend gemacht werden:

1. Der Staat ist für eine antizyklische Finanzpolitik aus institutionellen Gründen zu schwerfällig. Geldpolitik ist dagegen technisch leichter zu handhaben.
2. Die sozialen Kosten einer antizyklischen Finanzpolitik sind auch dann zu hoch, wenn die monetären Impulse die fiskalischen Impulse nicht dominieren sollten. Die Geldpolitik müßte dann eben ihre Instrumente um so stärker einsetzen.

Der Streit über die Zuordnung der stabilisierungspolitischen Aufgaben ist immer dann relevant, wenn es um die Forderung nach einer antizyklischen Konjunkturpolitik geht. Der Streit wird aber meines Erachtens aufgehoben, wenn man — wie ich es tue — die zweite These Neumanns akzeptiert: Die Stabilisierungspolitik selbst sollte stabiler oder weniger instabil als bisher werden, da unsere Informationen für eine antizyklische Feinsteuerung nicht ausreichen. Die Forderung nach weitgehender Verstetigung, die von Herrn Neumann explizit auf die Geldpolitik bezogen wird, kann auch an den Staat gerichtet werden. Bisher wirkte die Finanzpolitik zumeist prozyklisch, da antizyklisch gemeinte Maßnahmen oft zu spät ergriffen wurden und da viele öffentliche Haushalte ihre Ausgaben nach den — prozyklisch verlaufenden — Einnahmen richteten. Mit einer weitgehenden Verstetigung der Ausgabenexpansion — eine zweifellos schwierige Aufgabe — gewönne der Staat viel: Er würde seine allokatons- und strukturpolitischen Aufgaben besser als bisher erfüllen, und der Verzicht auf prozyklisches Verhalten würde zugleich zur Stabilisierung der Konjunktur beitragen. Es gäbe dann also faktisch gar keinen Gegensatz mehr zwischen Struktur- und Stabilisierungspolitik des Staates.

Soviel zum grundsätzlichen wirtschaftspolitischen Programm Neumanns. Im folgenden werde ich auf ein Detailprogramm eingehen. Es handelt sich um Herrn Neumanns Versuch, die monetaristische Impulsdominanzhypothese zu stützen.

Im ersten Schritt vergleicht Herr Neumann die monetaristische Hypothese mit der sogenannten fiskalistischen Hypothese. Er kommt für den Zeitraum 1967 bis 1970 zum Ergebnis, daß in allen Quartalen die Richtung der monetären Impulse mit der Richtung der Expansion der privaten Ausgaben korrespondierte, während die fiskalischen Impulse eine sehr viel geringere Übereinstimmung zeigten. Ich glaube, daß ein Keynesianer, der sich davon angegriffen sähe, diese Attacke leicht abwehren könnte. Er würde sagen: Herr Neumann, Sie übersehen, daß Keynesianer gerade deshalb zu antizyklischer Fiskalpolitik raten, weil es Konjunkturzyklen gibt, die autonom sind, d. h. nicht von der Fiskalpolitik verursacht werden. Wenn Sie, Herr Neumann, in vielen Fällen Gegenläufigkeiten zwischen fiskalischen Impulsen und Konjunktur beobachten, dann heißt das nur: Die Fiskalpolitik hat zwar antizyklisch gehandelt, aber nicht den Zyklus verhindert; immerhin wäre ohne diese antizyklische Politik der Aufschwung oder Abschwung noch stärker gewesen. Nun — Herr Neumann würde darauf zu Recht erwidern: Dieses Argument ist solange empirisch leer und unwiderlegbar, wie es keine empirische Evidenz für diesen autonomen Zyklus gibt. Es stünde also danach im Scheingefecht Neumann gegen Keynesianer 1 : 1 oder, da gar keine wirklichen Tore gefallen wären, 0 : 0.

Mit diesem erfundenen Dialog will ich einmal unterstreichen, daß der ohnehin obsoletere Gegensatz zwischen den beiden wirtschaftspolitischen Extrempositionen des Monetarismus und Fiskalismus nicht identifiziert werden darf mit dem Gegensatz zwischen zwei Hypothesen zur Erklärung konjunktureller Verläufe. Bei diesem zweiten Gegensatzpaar ziehe ich es vor, von monetaristischen und nichtmonetaristischen Erklärungshypothesen zu sprechen. Zu den nichtmonetaristischen Hypothesen rechne ich auch solche, denen zufolge nicht nur Einkommenseffekte, also nichtmonetäre Effekte, sondern auch monetäre Effekte relevant sind.

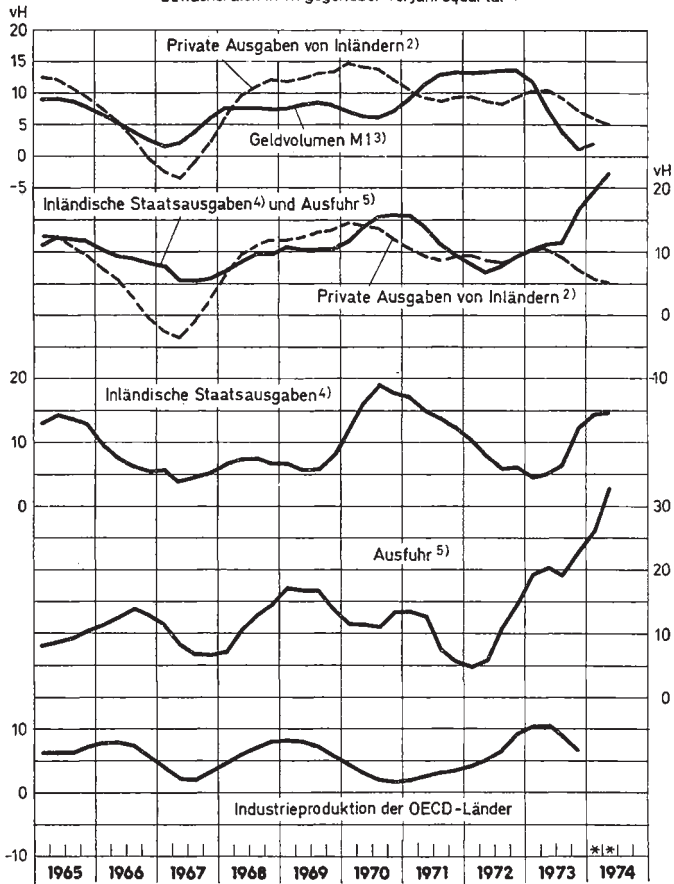
Ferner will ich mit dem fiktiven Dialog ausdrücken, daß ich den multi-kausalen Ansatz in den Regressionsanalysen Herrn Neumanns für fruchtbarer halte als seinen ersten mono-kausalen Schritt. Herr Neumann versucht, die monetären und fiskalischen Effekte in einem Rahmen zu schätzen, der nicht nur simultan die monetären und fiskalischen Impulse, sondern auch die außenwirtschaftlichen Einflüsse umfaßt. So gesehen sind seine hierauf basierenden Aussagen zuverlässiger: Die Variation des monetären Impulses um einen Prozentpunkt hat einen dreimal so großen Effekt auf die Expansionsrate der privaten Ausgaben wie eine Variation des fiskalischen Impulses um einen Prozentpunkt. Die Regressionsanalyse fördert aber auch ein für Monetaristen weniger erfreuliches Ergebnis zutage: Fiskalstimulus plus außenwirtschaftlicher Impuls, also nichtmonetäre Impulse zusammengenommen, sind stärker als monetäre Impulse.

Da ich zur Skepsis neige, habe ich in aller Eile selbst eine Regressionsanalyse für die Jahre 1965 bis 1973 durchgeführt. Denn der von Herrn Neumann verwendete Erklärungsansatz ist in einer Hinsicht zu eng. Da der Fiskalstimulus nur die von Bund und Ländern ausgehenden Einflüsse umfaßt, fehlen als relevante erklärende Größen die Ausgaben von Gemeinden und Sozialversicherung. Außerdem halte ich die von Herrn Neumann verwendeten Zahlen der Kassenrechnung für weniger gute Impulsindikatoren als die Zahlen der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung, die prinzipiell an den tatsächlich erbrachten Leistungen anknüpfen. Auf weitere methodische Differenzen kann ich hier leider nicht eingehen. Nur soviel möchte ich hier festhalten: Das Bestimmtheitsmaß beträgt 0,63 und um die Freiheitsgrade bereinigt 0,61, und die Koeffizienten für die — unverzögerten — Impulse sind mit T-Werten von über 4 bis fast 5 gesichert. Der Koeffizient für den monetären Impuls hat einen Wert von reichlich 0,7, während für den fiskalischen und den außenwirtschaftlichen Impuls jeweils 0,5 ausgewiesen werden. Diese Schätzungen sprechen also nur für eine leichte Dominanz des monetären über den fiskalischen Impuls und für eine Dominanz nichtmonetärer Impulse über den monetären Impuls. Ein Blick auf die Abbildung stützt die Vermutung, daß auch nichtmonetäre Impulse die Konjunktur geprägt haben: Von 1971 an scheint der kontraktive Impuls, der von der Summe der inländischen Staatsausgaben und der Ausfuhr auf die privaten Ausgaben ausging, den expansiven monetären Impuls kompensiert oder sogar überspielt zu haben. 1973 ist der kontraktive monetäre Impuls vermutlich zumindest zu einem großen Teil von den expansiven nichtmonetären Impulsen neutralisiert worden.

Ich komme zum Schluß. In dem gehaltvollen und anregenden Referat von Herrn Neumann gibt es noch einige Punkte, über die ich gerne streiten würde — so vor allem über die These, daß die Bundesbank auch vor der Einführung flexibler Wechselkurse die Zentralbankgeldmenge und die Geldmenge der Nichtbanken kontrollieren konnte. Doch gehört dieses Problem der Geschichte an. Wesentlicher ist die Zukunft: Unabhängig davon, ob die monetaristische Impulsdominanzhypothese zutrifft oder nicht, bin ich der Auffassung, daß die von Herrn Neumann empfohlene wirtschaftspolitische Strategie für absehbare Zeit optimal ist. Überdies kann ich die Vorschläge Herrn Neumanns zur Verbesserung des Instrumentariums und der Rahmenbedingungen der Geldpolitik weitgehend unterstützen.

**INDIKATOREN DER WESTDEUTSCHEN KONJUNKTURPOLITIK
1965 BIS 1974**

Zuwachsraten in vH gegenüber Vorjahrsquartal¹⁾



¹⁾ Gleitende 3-Quartalsdurchschnitte. — ²⁾ Privater Verbrauch und Bruttoinvestitionen der Unternehmen. — ³⁾ Bargeldumlauf und Sichteinlagen inländischer Nichtbanken. — ⁴⁾ Für Verbrauch, Investition und Übertragungen abzüglich jeweiliger Staatseinnahmen, soweit diese auf Steuerquotenänderung beruhen; der Konjunkturzuschlag und seine Rückzahlung wurden eliminiert. Staat: Gebietskörperschaften und Sozialversicherung. — ⁵⁾ Zu jeweiligen Preisen. — * Vorläufige Schätzung.

Quellen: Deutsches Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin, Deutsche Bundesbank und OECD.

DIW74

Diskussion

Dieter Duwendag (Speyer):

Sie haben drei Punkte kritisiert, Herr Ritzmann, wovon ich Ihrem letzten beipflichten könnte. Es ist möglicherweise eine Veränderung der Zielsetzung bei gleicher theoretischer Grundlage eingetreten, unter Umständen eine Veränderung, die in Verbindung mit einer Änderung der monetären Rahmenbedingungen einhergegangen ist. Ob das zu separieren ist, vermag ich nicht zu sagen; diese Frage ist schwer zu entscheiden. Ich bin sicher, daß Ihre Interpretation in Richtung einer Änderung der Zielsetzung ohne Theoriewechsel auch zutreffen kann.

Aber der im ersten Kritikpunkt ja sehr großzügigen Auslegung von Ihrer Seite, daß die relative Preistheorie streng genommen und bei Licht besehen als analytische Basis für alle hier skizzierten Ansätze gelten würde, vermag ich nun doch nicht zu folgen. Selbstverständlich haben Sie recht, wenn Sie sagen, daß Elemente der relativen Preistheorie in allen drei Ansätzen enthalten sind. Das ist schon bei der Substitution von Geld durch Finanzaktiva im keynesianischen Ansatz klar, wodurch sich deren relative Preise bzw. Erträge ändern. Dann ist aber auch dieser Substitutionsprozeß schon am Ende, wenn Sie nicht die Änderung der relativen Ertragsraten des Realkapitals oder von Neuinvestitionen im keynesianischen Ansatz unterstellen, was m. E. eine Überinterpretation dieses Ansatzes wäre.

Der keynesianische Ansatz stellt ab auf die Kreditfinanzierung von Ausgaben. Kreditkosten und Kreditfinanzierung sind dort die Bindeglieder zwischen monetärem und realem Sektor. Nehmen wir auf der anderen Seite etwa den neoquantitätstheoretischen Ansatz. Es beginnt mit der Geldmengensteuerung und es wird — so die Vorstellung in der Theorie — ein Substitutionsprozeß ausgelöst, der sich bis hin zur Produktion neuen Outputs, zur laufenden Produktion fortpflanzt. Es sind die relativen Preise bzw. Erträge von strenggenommen allen Aktiva, die im Verlaufe dieses Substitutionsprozesses in Bewegung geraten — ich glaube, darin liegt der entscheidende Unterschied im Vergleich zum keynesianischen Ansatz.

Nehmen Sie ein anderes Beispiel! Haben wir beispielsweise eine hohe Zinselastizität der Geldnachfrage, dann sind Geld und Finanzaktiva gute Substitute. Das heißt dann aber: Der Prozeß einer Fortpflanzung

der Wirkungen von geldpolitischen Maßnahmen wird weitgehend aufgefangen oder sogar gestoppt im Bereich der Finanzaktiva und kann nicht weiterlaufen, weil dann schon ganz geringe Zinsänderungen genügen, um diesen geldpolitischen Impuls im Finanzsektor auslaufen zu lassen. In diesem Fall wäre der Übertragungsweg praktisch abgeschlossen, ohne daß hierdurch die Investitionen berührt werden. Der Substitutionsprozeß wäre, sollte er weiter über relative Preise laufen, schon auf die neoquantitätstheoretische Hypothese angewiesen, daß über die Finanzaktiva hinaus eine Beeinflussung der Preise bzw. Erträge der Sachaktiva — vorhandenes Realkapital und auch laufende Produktion — stattfindet.

Sicher, auch beim liquiditätstheoretischen Ansatz gibt es solche Momente, wo Veränderungen der Ertragsraten von liquiden Aktiva allgemein — das wird ja dort sehr weit gefaßt — Substitutionen und Umschichtungen veranlassen, und dadurch sinkt auch — nehmen wir an, bei einer Zinssteigerung — die Geldnähe der vorhandenen Finanzaktiva. Der Liquiditätsstatus wird geschmälert, und am Anfang stand so etwas wie ein Prozeß von relativen Preisänderungen. Das ist aber wiederum nur die eine Seite.

Ganz andere Wirkungszusammenhänge können auftreten, wenn z. B. mit Begriffen wie etwa „Finanzierungsspielraum“ gearbeitet wird. Hier wird unterstellt, daß die Möglichkeit und die Fähigkeit von Wirtschaftssubjekten, sich neu zu verschulden, überhaupt ihr Status, wie sie ihn persönlich einschätzen — „fühlen“ sie sich liquide oder nicht? —, die Ausgaben determinieren.

Natürlich habe ich diese Impulse, die am Anfang stehen, ausgelöst durch irgendwelche geldpolitischen Maßnahmen, die über relative Preise laufen, gesehen und auch beschrieben. Sie enden jedoch früher oder später, und in diesem „früher oder später“ liegt meines Erachtens der entscheidende Unterschied. Ich habe in der kurzen Form, wie eine Systematik dies nur erlaubt, dies abgekürzt und schwerpunktartig bezeichnet als „kredit-“ bzw. „zinsabhängig“, auf der anderen Seite als „vermögensabhängig“ und drittens als „liquiditätsabhängig“. Das sind Kurzformen, mit deren Hilfe ich versucht habe, die entscheidenden Unterschiede für die drei Ansätze zu interpretieren.

Ihr zweiter Punkt war: Wie sollen sich Praktiker entscheiden bei unsicheren theoretischen Hypothesen? Oder anders gewendet: Handeln Politiker, etwa Zentralbankiers, Notenbankleiter, handeln Geldpolitiker irrational, wenn sie gleichzeitig, zum selben Zeitpunkt, unterschiedlichen Hypothesen folgen? Müssen nicht die Ergebnisse der praktischen Politik widersprüchlich ausfallen, wenn sie bei ihrer Politik diese experimentelle Grundhaltung, wie ich es nannte, anlegen? Das braucht

nicht zu sein. Das amerikanische Beispiel bietet da sehr guten Anschauungsunterricht. Geldmengensteuerung kann sowohl Keynesianer als auch Monetaristen gleichermaßen befriedigen; denn eine Geldmengensteuerung, eine Veränderung der Geldmenge, brauchen wir, um Zinsreaktionen auszulösen, etwa bei den Marktzinssätzen für Finanzaktiva, wodurch der Prozeß über eine Veränderung der Kreditkosten und Kreditaufnahme sowie der Investitionen seinen Lauf nimmt. Die Keynesianer sind zufrieden — die Geldmengensteuerung ist erfolgt —, die Monetaristen gleichermaßen, vorausgesetzt der Prozeß der relativen Preise läuft bis zum Ende, etwa bis zu den Investitions- und Konsumausgaben. Ein Beispiel, wo unterschiedliche Transmissionshypothesen mit ein und derselben Geldpolitik durchaus vereinbar sind, nämlich mit einer Geldmengensteuerung. Häufiger dürften dagegen Konfliktfälle sein.

Mir ging es darum, die Unterschiede herauszuholen, die bei den geldpolitischen Strategien liegen, und da wird die praktische Politik, so wie es im Seminar dann auch immer im Ergebnis herauskommt, als irrational eingestuft, wenn sie in sich widersprüchlich wird. Für dieses Beispiel bietet wohl auch die deutsche Notenbankpolitik recht gutes Anschauungsmaterial. Man folgt gleichzeitig mehreren, zumindest zwei Indikatoren, legt sie zugrunde, erwartet von ihnen, daß sie Informationen liefern über die einzuschlagende Richtung der zukünftigen Notenbankpolitik und Informationen, ob die bisherige Politik restriktiv oder expansiv war. Das ist das klassische Beispiel, häufig praktiziert: Zinssätze beinhalten eine Inflationskomponente, diese steigen mit zunehmender Inflationsrate. Die Information lautet scheinbar, daß eine restriktive Politik betrieben wurde, allerdings — das ist der andere Indikator — bei steigendem Geldvolumen: Das heißt aber expansive Geldpolitik. Es ist sicher ein großes Verdienst der Monetaristen, daß sie gerade darauf aufmerksam gemacht haben, daß die Inflationskomponente im Zins zu absolut irreführenden Aussagen führen kann.

Herr Ritzmann, zu diesem Zeitpunkt das Fazit: Wenn es keine Unterschiede gäbe und Sie sagen könnten, daß die relative Preistheorie im Grunde alle Geldtheorien beherrscht, und wenn das Verfolgen einer Politik mit unterschiedlichen theoretischen Hypothesen so problemlos wäre, weshalb, meinen Sie — ich möchte die Gegenfrage nur rein rhetorisch stellen —, ist die Kontroverse zwischen Monetaristen und Fiskalisten eigentlich aufgekommen? Es sind doch immer diese Fragen: Wie soll das Instrumentarium ausgestattet werden? Wo liegen die stabilen Zusammenhänge, die in der modernen Quantitätstheorie so stark betont, in anderen Geldtheorien dagegen fast vernachlässigt werden? Worauf ist Verlaß? Wie sind die wahren Strukturzusammenhänge? Unsere Kenntnisse der Interdependenzen zwischen dem monetären und realen Sektor

sind doch bisher noch weitgehend auf den Bereich der Überzeugungen beschränkt!

Brita Großes Schmidt (Freiburg i. Br.):

Was die sozialen Kosten antizyklischer Finanzpolitik im Hinblick auf die längerfristigen Zielsetzungen betrifft, möchte ich Herrn Neumann zustimmen. Die Trennung der monetären Effekte der Fiskalpolitik von den rein fiskalischen Effekten bei der Prüfung der relativen Effizienz der Geld- und Fiskalpolitik kann jedoch den Fiskalisten nicht ganz befriedigen. Denn selbst wenn man von einer gemeinsamen Position ausgeht und den monetären Effekten die dominante Rolle zuerkennt und die monetären Effekte der Fiskalpolitik für sich selbst genommen dem Geldmengeneffekt der Geldpolitik gleichsetzt, so bleibt doch die Frage offen, ob sich die Stabilitätseffekte einer Geldmengenvariation in Zusammenhang mit einer Offenmarktpolitik von denen einer Geldmengenvariation in Zusammenhang mit einer Budgetvariation in Tempo und Intensität unterscheiden. Damit ist das alte Problem der relativen Effizienz, insbesondere der relativen Schnelligkeit der Impulswirkungen, jetzt in umgekehrter Fassung von verschiedenen monetären Impulsen aus gesehen, wieder auf dem Tisch.

Sind die Stabilitätseffekte einer *mutatis-mutandis*-Fiskalpolitik — das wäre eine Fiskalpolitik bei verändertem Geldmengenangebot, also mit monetären Effekten — denen einer *ceteris-paribus*-Geldpolitik — das wäre eine Geldangebotspolitik ohne Budgetvariationen — gleich, so wäre es nicht schwierig, auf eine antizyklische Fiskalpolitik zu verzichten, zumal sie ja, wie jederman weiß, politisch nur schwer verfügbar ist. Solange aber die Vermutung der relativen Überlegenheit einer fiskalisch verstärkten Geldpolitik nicht widerlegt ist, wird die Hoffnung, durch Einsatz fiskalisch aufgeladener monetärer Effekte zu einer schnelleren Impulswirkung zu kommen, im Raum stehenbleiben und damit auch das Plädoyer für eine antizyklische Fiskalpolitik. Die zusammengefaßte Behandlung der monetären Impulse sowohl der Geld- wie der Fiskalpolitik als gemeinsame monetäre Impulse läßt diese Frage nach der relativen Effizienz fiskalisch aufgeladener oder nicht aufgeladener Impulse offen, wiewohl man zugeben muß, daß die Bearbeitung dieser Fragestellung eher im fiskalistischen als im monetaristischen Erkenntnisinteresse liegt.

Dieter Biehl (Kiel):

Ich möchte am Anfang zunächst einige Gemeinsamkeiten betonen, die am Schluß meines Referates vielleicht etwas zu kurz gekommen sind, auf die Herr Neumann aber hingewiesen hat. Aus den empirischen

Ergebnissen unserer Untersuchung der konjunkturellen Wirkungen öffentlicher Haushalte in der Bundesrepublik habe ich ja die Schlußfolgerung gezogen — und dies wird auch durch andere Untersuchungen gestützt —, daß eine antizyklisch gemeinte Politik prozyklisch gewirkt hat, so daß es zweckmäßig sei, die Haushaltspolitik zu verstetigen. Damit verschwindet auch der Zielkonflikt zwischen Allokation, Redistribution und Stabilisierung; er läßt sich zumindest erheblich verringern. Damit ergibt sich darüber hinaus die Möglichkeit, das in meinem Referat erwähnte, aber in der Diskussion nicht weiter behandelte Modell zu verwenden, das gleichzeitig die Geldmengenversorgung einer Verstetigungsregel unterwirft und die Fiskalpolitik entsprechend ihren Effekten im Rahmen der stabilisierungspolitischen Gesamtstrategie einsetzt. Um das nochmals zu unterstreichen: Ich habe über „Budgetkonzepte als Meß- und Planungskonzepte“ gesprochen. Es geht also zunächst einmal darum *zu messen*, was — unter bestimmten Annahmen über die Wirkungszusammenhänge — die Haushaltspolitik tatsächlich bewirkt hat, unabhängig davon, ob man nun meint, sie solle und müsse allein oder bevorzugt zur Stabilisierung eingesetzt werden oder nicht. Meine Grundposition — um das ganz klar zu machen — ist also die einer monetary-fiscal policy. Von daher gesehen dürften einige Streitpunkte vielleicht verschwinden oder Gemeinsamkeiten deutlicher werden, als das bisher der Fall war.

Trotzdem bleiben eine Reihe von Fragen an Herrn Neumann. Seine Grundthese ist zunächst, die sozialen Kosten der Fiskalpolitik seien zu hoch. Ich habe schon in meinem Referat darauf hingewiesen, daß wir zur Schätzung einer solchen sozialen Kosten-Nutzenrelation zahlreiche Informationen benötigen (wie z. B. Größenordnung und Varianz der durchschnittlichen zeitlichen Verzögerungen beider Politiken, das Verhältnis von Liquidität/Geldmenge-Effekten zu Rentabilitätseffekten, die unterschiedliche Relevanz struktureller Tatbestände für die Nachfragesteuerung, Bedeutung der Ausgaben-Einnahmen-Struktur (auch kurzfristig, nicht nur allokatons- und redistributionspolitisch), Abhängigkeit der Effizienz der jeweiligen Instrumente vom gegebenen Wechselkursystem — Herr Neumann hat das erwähnt unter Hinweis auf die geänderten Bedingungen — und schließlich auch Unterschiede in der Höhe der Kosten für Informationsbeschaffung, Entscheidung). Erst wenn diese Fragen beantwortet sind, kann man so etwas wie einen Vergleich der Gesamtkosten der unterschiedlichen Politiken haben. Aber auch das würde dann noch nicht notwendigerweise zum Ergebnis führen, daß, wenn sich die Haushaltspolitik dabei mit ihrem gewollten oder nicht gewollten konjunkturellen Effekt als „teurer“ erweisen würde, deswegen schon auf sie verzichtet werden müßte, weil zusätzlich noch politische Präferenzen für bestimmte Instrumente bestehen können.

Zum Stichwort „monetaristische Dominanzhypothese“: Obwohl ich kein Ökonometriker bin, habe ich erhebliche Zweifel, ob so weitgehende Folgerungen aus der von Herrn Neumann vorgenommenen Analyse gezogen werden können. Die Zweifel gründen sich darauf, daß die erste Schlußfolgerung aus der Beobachtung, daß *zwei* Erklärungshypothesen statistisch relevant sind — nämlich eine monetaristische und fiskalistische —, zunächst nur die sein kann, daß offenbar die Nullhypothese grundsätzlich mit zwei unterschiedlichen Arbeitshypothesen widerlegt werden kann. Die erste Vermutung ist also: *Beide* Hypothesen, mit denen die Nullhypothese widerlegt werden kann, sind auch politikrelevant. Die Entscheidung darüber, was „dominiert“, kann nach allgemein herrschender Meinung nicht auf die Unterschiede in statistischen Testwerten (wie z. B. R^2 -Werte) gegründet werden. Jedenfalls ist mir kein Verfahren bekannt, das allein aus dem Vergleich unterschiedlich hoher Regressionskoeffizienten so weitgehende Schlußfolgerungen erlauben würde, wie Herr Neumann sie gezogen hat. Ich darf an seine eigenen Bemerkungen zur Vorsicht in bezug auf ökonometrische Ergebnisse erinnern.

Der nächste Punkt bezieht sich auf die schon wiederholt angezogene Trennung zwischen funktionalen und institutionellen Effekten. Er ist von meiner Vorrednerin schon erwähnt worden. Ich kann es analytisch nicht richtig finden, daß man eine funktionale Zurechnung der Effekte vornimmt, obwohl von der Haushaltspolitik kombiniert monetäre und nicht-monetäre Effekte ausgehen und umgekehrt auch die Geldpolitik neben rein monetären Effekten über die relativen Preise auch andere Effekte auslöst. Wenn eine solche Analyse, wie sie Herr Neumann vortragen hat, mit dem Ziel angestellt wird, etwas über „Dominanz“ einer Politik oder eines Instrumentariums zu sagen, dann sollte also eine institutionelle Trennung vorgenommen werden und nicht die bei der funktionalen Trennung unvermeidbare falsche Zuordnung von Wirkungen zur Grundlage der Beurteilung gemacht werden, indem man die monetären Effekte nicht vollständig den sie institutionell verursachenden Instrumenten zurechnet. Überspitzt formuliert: Haushaltspolitische Instrumente können sich durchaus auch als effiziente Instrumente etwa zur Beeinflussung der von den Wirtschaftssubjekten *aktiv* verwendeten Geldmenge erweisen, zentralbankpolitische Instrumente auch als effiziente Instrumente etwa zur Finanzierung öffentlicher Investitionen.

Um an das Gleichnis unseres Vorsitzenden am Anfang anzuknüpfen: Ich habe deutlich machen wollen, daß wir den Gegensatz zwischen „Kloster“ und „Burg“ nicht überbewerten sollten. Ich bin sehr dankbar, daß auch Herr Ritzmann in seinem Vortrag darauf hingewiesen hat, daß wahrscheinlich viele Dinge viel vernünftiger und klarer diskutiert wer-

den können, wenn nicht so stark versucht würde, ein übervereinfachtes „Feindbild“ aufzubauen, um damit zu beweisen, daß man unwahrscheinlich weit auseinander sei und daß man schleunigst seinen „Glauben“ wechseln müsse, wenn man wirtschaftspolitisch Vernünftiges tun wolle.

Manfred Rose (Heidelberg):

Meine Fragen beziehen sich auf die empirische Bestimmung des Fiskalimpulses. Von Herrn Neumann werden einmal Änderungen der Kassenausgaben und zum anderen diskretionäre Steueraufkommensänderungen im kompensierenden Sinne berücksichtigt. Dabei erscheinen mir zwei Gesichtspunkte problematisch. Der eine betrifft die Möglichkeit, diskretionäre Steueraufkommensänderungen bestimmen zu können. Ich habe schon immer jene Ökonomen bewundert, die den Mut aufbrachten, hierzu empirisches Material anzubieten. Mir scheint die Trennung der Steueraufkommensänderungen in eine automatische und eine diskretionäre Komponente eigentlich nur für die Änderung einer Kopfsteuer möglich zu sein. Aber ein solcher Vorgang ist ja wohl sehr selten.

Warum nun weiterhin gerade die diskretionäre Steueränderung dezelerierend wirken soll und andere nicht, habe ich nicht so recht verstanden. Vielleicht liegt das aber auch daran, Herr Neumann, daß die Methode zur Abgrenzung des fiskalischen Initialstimulus von Ihnen meines Erachtens nur unzureichend charakterisiert wurde.

Weiterhin muß man zur Beurteilung der Nachfragewirksamkeit veränderter finanzwirtschaftlicher Staatsaktivitäten — ich glaube, daß ich hier einen Punkt anspreche, auf den auch Herr Biehl vorhin eingegangen ist — auch die hiermit verbundenen und vor allem empirisch gegebenen Geldmengeneffekte einbeziehen. Mit anderen Worten: Ihre fiskalpolitischen Effekte sind gegenüber den geldpolitischen Effekten von vornherein viel zu niedrig angesetzt worden. Ihr monetärer Impuls impliziert meines Erachtens die gleichzeitige Existenz eines bestimmten fiskalischen Impulses. Sie haben heute früh mit Recht Herrn Biehl vorgeworfen, daß er die Geldmenge bei der Beurteilung der Stabilisationswirkung einer Änderung des Budgets nicht berücksichtige. Ich glaube, diesen Vorwurf müssen Sie sich auch gefallen lassen.

Wenn Sie weiterhin — damit möchte ich auf einen dritten Punkt kommen — den statistisch wenig gesicherten Regressionskoeffizienten beim Fiskalimpuls feststellen, dann möchte ich mir die Frage erlauben, ob Sie hier nicht unter Umständen den falschen theoretischen Wirkungsansatz gewählt haben.

Wim Kösters (Köln):

Mein Diskussionsbeitrag überschneidet sich mit einigen Bemerkungen, die meine Vorredner schon gemacht haben. Ich möchte zunächst zu den

Tests mit Hilfe der reduzierten Form bezüglich der aggregativen Effizienz von fiskalischen und monetären Impulsen Stellung nehmen. Herr Neumann behauptet, ähnlich wie Jordan und Andersen vor ihm, eine eindeutige Dominanz der monetären Impulse. Nun hat es in der angelsächsischen Literatur eine Diskussion über diese Tests gegeben. Sie wissen, die Diskussion hat mit dem CMC Paper von Friedman und Meiselman begonnen. In der Folge hat es weitere Tests gegeben, die andere Daten und andere Methoden verwendet haben (z. B. Hester, Ando und Modigliani, de Prano und Mayer sowie de Leeuw und Kalchbrenner) und die zum Teil zu erheblich modifizierten Ergebnissen kamen. Ähnlich wie Herr Pohl das eben dargetan hat, kann man also mit einer Datenänderung bzw. mit einer Verfahrensänderung zu anderen Resultaten kommen. Deswegen meine Frage: Wie anfällig sind Ihre Testergebnisse bezüglich der Datenauswahl und der Testverfahren? Weiterhin: Kann man überhaupt mit der Regressions- und Korrelationsanalyse oder anderen statistischen Verfahren eine Dominanz monetärer Impulse beweisen?

Zum Schluß möchte ich noch sagen, daß durch diese Debatte das Verdienst der Diskussion der letzten Jahre insbesondere auch von monetaristischer Seite vielleicht ein bißchen unter den Tisch fällt. Dieses Verdienst besteht darin, daß die Orientierung weg von dem theoretisch sehr simplen und wohl auch empirisch nicht mehr zu stützenden einfachen keynesianischen Modell hin zu einer neuen preistheoretischen Fundierung makroökonomischer Zusammenhänge geführt hat. Das Brunner-Meltzer-Modell stellt einen ersten Versuch dar, den auch Herr Neumann nicht als endgültig und vollkommen ansieht, insbesondere, wenn man von der aggregativen Analyse zur strukturellen kommen will. Welche anregenden Schlußfolgerungen aus diesen neuen theoretischen Überlegungen gezogen werden können, hat das gestrige Referat von Herrn Niehans bewiesen.

Nikolaus K. A. Läufer (Wallhausen):

Ich möchte mich insbesondere zu den Regressionsuntersuchungen äußern. Die Zeit, die man mir gegeben hat, beträgt fünf Minuten. Ich habe eine ausführliche Kritik vorbereitet, die sich auf etwa 20 Seiten erstreckt. In fünf Minuten kann ich natürlich keine 20 Seiten vortragen. Sie sind also geschützt.

(Manfred J. M. Neumann [Berlin]: Publizieren Sie es doch!)

— Das habe ich nicht in der Hand. Ich wäre interessiert, wenn dieser kritische Beitrag seinen Niederschlag in der Publikation des Vereins finden könnte. Aber das ist keine Frage, über die wir jetzt diskutieren sollten.

Meine Kritik in fünf Minuten konzentriert sich auf die Regressionsuntersuchungen, die Herr Neumann uns vorstellt. Dem Verfahren von Andersen und Jordan grundsätzlich folgend propagiert er auf Seite 987 eine einseitige Forschungsstrategie, und zwar — ich zitiere wörtlich — „die Strategie, ein für die fiskalische Impulshypothese möglichst günstiges Ergebnis zu erzielen“. Herr Neumann glaubt zu dieser Strategie gezwungen zu sein angesichts eines angeblichen Dilemmas, in das „unsere Profession durch die Verfügbarkeit der Almon-Lag-Technik geraten sei“. Daß man zum Verständnis und zur Beurteilung von Regressionsergebnissen auch mit der Almon-Lag-Technik Sachkenntnis benötigt, um die Angemessenheit der Ausnutzung der Freiheitsgrade, deren Anzahl bei dieser Technik größer als üblich ist, zu beurteilen, scheint mir kein evidenzielles Dilemma zu sein. Die Gefahr, den Laien irrezuführen, ist hier sicher geringer als bei den graphischen Zeitreihenvergleichen, die Herr Neumann durchgeführt hat. Wie eine genauere Analyse zeigt, sind diese Vergleiche ohne Bedeutung für die Beurteilung der relativen stabilisatorischen Effizienz von Geld- und Fiskalpolitik.

Einer einseitigen Forschungsstrategie zugunsten der fiskalischen Impulstheorie wäre meiner Meinung nach eine Strategie vorzuziehen, bei der die Hypothesen von Andersen und Jordan, die im übrigen von Herrn Neumann nicht einmal korrekt wiedergegeben werden, überprüft werden auf der Grundlage einer korrekt spezifizierten und empirisch möglichst vielfach bestätigten Strukturhypothese, sei sie nun monetaristischer oder keynesianischer Ausprägung. Es gibt meines Erachtens zu denken, wenn man feststellen muß, daß die Monetaristen bisher noch nicht in der Lage waren, eine Strukturhypothese zu formulieren, aus der sich die Andersen-und-Jordan-Testgleichungen als reduzierte oder finale Formen ableiten lassen. Ich habe vorhin aufgehört, als Herr Neumann eine Ankündigung machte, daß diesem Mißstand in Kürze abgeholfen sein wird. Ohne Kenntnis einer empirisch erhärteten Struktur sind aber Spezifikationsfehler für die einschlägigen Testgleichungen höchstwahrscheinlich. Mit Sicherheit treten solche Spezifikationsfehler dann auf, wenn man der von Herrn Neumann propagierten einseitigen Forschungsstrategie folgt. Logisch zu Ende gedacht führt diese Forschungsstrategie dazu, daß man jenen Impulsfaktor, den man benachteiligen will, einfach von vornherein aus der Testgleichung eliminiert, dem zugehörigen Koeffizienten also a priori den Wert Null zuweist. Diese Konsequenz mag als absurde extreme Schlußfolgerung erscheinen. Aber sie illustriert die Bedeutung von Spezifikationsfehlern und betont die Notwendigkeit einer korrekten Spezifikation der Testgleichung. Spezifikationsfehler zählen zum Schlimmsten dessen, was man ökonomisch falsch machen kann. Sie führen zur Verzerrung, zur

Inkonsistenz und zur Ineffizienz von Schätzungen im ökonomischen Sinne. Daß solche Fehlspezifikationen vorliegen, zeigen die Werte für den Durbin-Watson-Test in den Tabellen 4 und 5 an, die von Herrn Neumann vollständig ignoriert werden.

Kritisch ist ferner zu bemerken, daß es eine offene Frage bleibt, welches die rechnerischen und spezifikatorischen Alternativen sind, aus denen Herr Neumann seine Resultate ausgewählt hat und zu den Tabellen 4 und 5 zusammengestellt hat. Es ist insbesondere eine unbeantwortete Frage, ob er die Lags überhaupt variiert hat, in welchem Bereich er sie variiert hat und ob er die Lags bei jeder Variablen unabhängig oder wie Andersen und Jordan voneinander abhängig variiert hat. Es ist schließlich auch eine offene Frage, nach welchen Kriterien er seine Auswahl getroffen hat, um die Gleichungen in den Tabellen 4 und 5 zusammenzustellen, falls eine solche Auswahl überhaupt stattgefunden hat. Ich für meinen Teil finde in Gleichung 8 der Tabelle 5 ein Ergebnis vor, das meinen eigenen Resultaten, allerdings ohne ungünstigen Durbin-Watson-Test, nahekommt, die ich bereits vor einiger Zeit ohne einseitige Forschungsstrategie nach dem Auswahlprinzip des kleinsten Standardfehlers der Regressionsgleichung gefunden habe¹.

Die Frage, wie die Wahl des Geldpolitikindikator unter den Alternativen Geldmenge und Geldbasis aus a-priori-Gründen auszugehen hat, ist von entscheidender Bedeutung. Diese Frage beantwortet Herr Neumann selbst auf Seite 994. Ich zitiere wörtlich, ohne den gesamten Zusammenhang zu erläutern:

„Im Rahmen eines solchen Konzeptes“

— von dem er auf dieser Seite spricht —

„indizieren Änderungen der Expansionsrate der Geldmenge die Gesamtwirkung des monetären Sektors auf die Entwicklung der Inflationsrate und das Wachstum des nominellen Sozialprodukts, während Änderungen der Expansionsrate der erweiterten Geldbasis den Beitrag des Verhaltens der Geldpolitik indizieren.“

Dieser Satz auf Seite 994 offenbart eine grundlegende Schwäche der Arbeit von Herrn Neumann. Bis zu dieser Stelle wird der Leser syste-

¹ Siehe *Nikolaus K. A. Läufer*, Fiskalpolitik versus Geldpolitik, Zur Frage ihrer relativen Bedeutung, Eine empirische Untersuchung für die BRD, Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz, Nr. 20, September 1973, sowie *ders.*, Further Evidence on The Relative Importance of Fiscal and Monetary Actions in Germany (FR), Diskussionsbeiträge des Fachbereichs Wirtschaftswissenschaften der Universität Konstanz, Nr. 51, Juli 1974 (erscheint in den Proceedings der Surrey Conference on West German Monetary Developments, Juli 1974, hrsg. von S. Frowen und M. Miller).

matisch dazu verleitet, monetäre Impulse mit geldpolitischen Impulsen gleichzusetzen, zumindest aber dazu verleitet, nicht zwischen den beiden zu unterscheiden. Erst viel später, nachdem bereits alle wichtigen Schlußfolgerungen aus der angeblich relativ stärkeren stabilisatorischen Effizienz der Geldpolitik gezogen worden sind, und zwar gezogen auf der Grundlage von Ergebnissen mit der Geldmenge, also eines falschen Geldpolitikindikator, erst so spät gibt er diesen Fingerzeig auf den korrekten Geldpolitikindikator. Diese Passage auf Seite 994 macht deutlich: Wenn man zwischen den Ergebnissen der Tabelle 4 und denen der Tabelle 5 zum Zwecke der Beurteilung der relativen stabilisatorischen Effizienz der Geldpolitik zu wählen hat, dann muß man sich für die Tabelle 5 mit den Ergebnissen für die Geldbasis entscheiden.

Nach meinen eigenen Erfahrungen ist ein Lag von vier Perioden bei der Fiskalpolitik falsch, weil zu lang. Korrekt ist ein Lag von höchstens einer Periode. Aus Gründen der Verwendung von besonderen Restriktionen, nämlich Polynomen dritten Grades, und wegen der negativen Geldbasiskoeffizienten scheiden die Regressionen 9 und 10 dieser Tabelle aus. Mit Gleichung 8 haben wir aber ein Ergebnis, wonach der Geldpolitikindikator keine signifikante oder statistisch gesicherte Einzel- oder Gesamtwirkung besitzt im Gegensatz zum Fiskalindikator, der eine signifikante Sofortwirkung als Einzelwirkung und eine signifikante Gesamtwirkung besitzt und bei dem sich außerdem die Wirkungen schneller einstellen. Damit werden auch durch die Resultate von Herrn Neumann die Hypothesen von Andersen und Jordan *nicht* bestätigt.

Jürgen Heubes (Münster):

Die Fiskalpolitik ist in der empirischen Untersuchung von Herrn Neumann sehr schlecht weggekommen. Hierzu nur zwei Anmerkungen. Nach Neumann wurde die Impulshypothese formuliert als Zusammenhang zwischen fiskalpolitischem oder monetärem Impuls und der privaten Nachfrage. Zur Beurteilung der Relevanz dieser Hypothese ist meines Erachtens auf das Ziel der Wirtschaftspolitik einzugehen, nämlich das Ziel, Angebot und Nachfrage miteinander auszugleichen, d. h. die gesamtwirtschaftliche Nachfrage, in die auch die staatliche Nachfrage eingeht. Wird also außer der privaten Nachfrage — Konsum und Investition — auch die staatliche Nachfrage in dieser Untersuchung berücksichtigt, so dürfte meines Erachtens die Überlegenheit der monetären Politik weniger deutlich sein.

Die Impulshypothese wurde an zwei Verfahren überprüft, und das Ergebnis war, daß die monetäre Politik sehr viel effizienter ist als die Fiskalpolitik. Bei beiden Verfahren ist jedoch zu berücksichtigen, daß diese Tests nicht ohne eine *ceteris-paribus*-Bedingung durchgeführt

werden können bzw., wie es der Vorredner ausgedrückt hat, daß hier die Gefahr einer Fehlspezifikation besteht. Die Ergebnisse lassen die Interpretation von Herrn Neumann verlockend erscheinen, sie schließen aber auch nicht das Gegenteil aus. Die Veränderung der privaten Nachfrage könnte in diesem Falle also genausogut durch eine Veränderung der fiskalpolitischen Impulse und der außenwirtschaftlichen Impulse und eventuell sonstiger Impulse, die überhaupt nicht berücksichtigt wurden, eingetreten sein.

Manfred J. M. Neumann (Berlin):

Es waren sehr viele Beiträge. Ich hoffe aber, auf die meisten eingehen zu können.

Zunächst einmal zur Frage der Fehlspezifikationen. Natürlich, wir unterliegen immer der Gefahr der Fehlspezifikation. Wer weiß schon, was richtig spezifiziert ist? In zwei Jahren sieht die Sache vielleicht anders aus. Ob man fehlspezifiziert oder nicht, kann einem nur ein theoretisches Modell angeben. Ich stimme völlig mit Ihnen überein: Wenn ich ein anderes theoretisches Modell habe, werde ich anders spezifizieren und dementsprechend mit Hilfe der statistischen Methoden, die uns zur Verfügung stehen, vielleicht andere Ergebnisse bekommen. Ich konzediere das vollkommen. Nur weiß ich nicht, ob uns das hier weiterbringt. Auf diese Art und Weise kann man jegliche Ergebnisse, die von irgend jemand zu irgendeinem Problem vorgelegt werden, anzweifeln. Aber anzweifeln, reiner Skeptizismus, reicht uns nicht. Das bringt uns nicht weiter.

Ich gehe vielleicht in umgekehrter Reihenfolge auf die Beiträge ein. Es ist nicht das erste Paper, das ich in diesem Jahr auf einer Konferenz gebe. Es ist ganz eigentümlich, es gibt manchmal Leute, die wie ein Schatten auftauchen und unbedingt ein Comment zu meinem Paper geben müssen. In diesem Sinne habe ich den Beitrag von Herrn Läufer verstanden. Ich hatte schon in England das Vergnügen, daß er dort als Kommentator erschien. Es verbietet sich einfach, auf ihn im einzelnen einzugehen, auch deshalb, weil das eine ökonometrische Auseinandersetzung bedeuten würde. Ich möchte nur auf ein oder zwei Dinge eingehen, die für Sie von Nutzen sein werden, einfach als Information.

Was die Wahl der einseitigen Forschungsstrategie angeht, so habe ich versucht, zu erläutern, warum ich das getan habe. Ich habe auch angedeutet, daß ich zusammen mit einem Mitarbeiter in Berlin nächstes Jahr eine größere Untersuchung vorlegen möchte. In dieser Untersuchung haben wir noch zwei weitere einseitige Forschungsstrategien, und zwar eine, um herauszufinden, welche Regressionen zu den besten

Ergebnissen für die monetaristische Impulshypothese führen würden, und eine weitere Strategie, um herauszufinden, welche Regressionen zu den besten Ergebnissen für die Hypothese führen würden, daß die Außenimpulse alle dominieren. Der Gedanke ist der: Wenn Sie drei verschiedene, einseitige Strategien haben und die jeweils besten Ergebnisse vergleichen, bekommen Sie aus verschiedenen Standpunkten vielleicht Annäherungen an das wahre Ergebnis, das irgendwo in der Mitte liegen wird. Insofern sind alle Regressionen, die ich Ihnen publiziert habe, sicherlich nicht die wahren Ergebnisse. Das würde ich auch nicht behaupten. Aber wir haben die Lags bereits sehr weit variiert. Im Grunde kann ich sagen: Je länger Sie die Lags machen, um so günstiger erscheint es für die monetären Impulse und damit die Geldpolitik. Das wirft methodische Probleme auf. Sie können sogar den Standardfehler der Regressionsschätzungen noch weiter absenken — viel weiter als es in den Regressionen, die ich Ihnen publiziert habe, der Fall ist —, wenn Sie sehr lange Lag-Strukturen wählen. Das wirft ein methodisches Problem auf, auf das uns wahrscheinlich die Ökonometrie heute noch keine Antwort geben kann. Da werden vermutlich neue Kriterien entwickelt werden müssen, die sozusagen auf verschiedenen methodischen Überlegungen beruhen. Dann muß man unter jedem methodischen Kriterium sehen, was man da als bestes Ergebnis ansehen würde, und dann muß man diese verschiedenen sozusagen relativ besten Ergebnisse vergleichen. Das wird uns dann etwas weiter voranbringen. Ich bin sicher nicht der Meinung, daß nur eine Methode das Beste ist. Weiteres möchte ich gar nicht zu diesem Kommentar sagen.

Herr Kösters, Sie haben ganz recht, wenn Sie sagen, es hat neben den Untersuchungen von Friedman-Meiselman und von Andersen-Jordan andere Arbeiten gegeben, die zu modifizierten Ergebnissen führten. Ich betone das Wort „modifiziert“. Denn es würde eine Verzerrung der Theoriegeschichte bedeuten, wenn man behaupten würde, daß die von Ihnen erwähnten Arbeiten eine schlüssige Falsifizierung der Hypothese von der Dominanz monetärer Impulse erbracht hätten. Harry G. Johnson beispielsweise wäre da sicherlich nicht mit Ihnen einverstanden.

Die Datenauswahl wird meine Ergebnisse beeinflusst haben. Das ist gar keine Frage. Da bin ich ganz sicher. Denn es spielt immer eine Rolle, was für Daten man wählt, nur kann die Datenauswahl niemals beliebig erfolgen, sondern sie muß theoriebezogen sein. Die Ergebnisse, die Herr Pohl uns interessanterweise in seinem Kommentar berichtet hat, weisen ja auch darauf hin, daß sich dann die Koeffizienten verändern. Ich werde nachher noch darauf eingehen wollen, um zu erklären, warum Herrn Pohls Ergebnisse von meinen abweichen. Ich glaube, ich kann das von der Konstruktion des Fiskalindikators her begründen.

Der zweite Punkt von Herrn Kösters war: Kann man mit empirischen Untersuchungen überhaupt etwas beweisen? Ich würde sagen, das hat noch niemals jemand behauptet, es sei denn, er würde die Induktionsschlüsse lieben. Man kann Monetaristen wohl nicht vorwerfen, daß sie induktiv vorgehen, sondern sie gehen so vor, daß sie zunächst eine Theorie formulieren, daraus empirische Implikationen ableiten und diese zu testen versuchen. Was sich daraus ergibt, das bestätigt oder falsifiziert. Beweisen tut es nichts.

Herr Biehl, ich freue mich auch, daß wir in unseren wirtschaftspolitischen Schlußfolgerungen so übereinstimmen, weil unsere Politiker immer nur auf die Schlußfolgerungen hören; ich habe ein gewisses Verständnis dafür. Aber in den Details unterscheiden wir uns sicherlich deutlich. Natürlich, die Struktureffekte haben sehr viel zu sagen in bezug auf die relative Effizienz von Geld- und Fiskalpolitik. Wie wir die Fiskalpolitik messen, das ist sehr grob. Wir wünschen, es könnte verfeinert werden. Nur, ich muß leider unseren Freunden von der Finanzwissenschaft den Vorwurf machen, daß hier relativ wenig in operationaler Weise entwickelt worden ist. Denn wenn es in operationaler Weise vorläge, würde z. B. ich es sehr gern verwenden. Ich stimme mit Ihnen vollständig überein, daß es eine Reihe von Kriterien gibt, die man beim Effizienzvergleich noch berücksichtigen müßte. Insofern ist das nur ein erster Schritt.

(Dieter Biehl [Kiel]: Das ist nicht unsere Aufgabe!

Sie behaupten ja die Dominanz!)

— Aber Ihre Aufgabe ist es, überhaupt einmal zu zeigen, was die Wirkungen sind. Für diese Aufgabe müssen Sie es sowieso lösen. Warum liefern Sie uns solche Meßzahlen nicht? Dann könnten wir die Dominanz prüfen.

(Dieter Biehl [Kiel]: Ich habe keine Dominanz behauptet!)

— Das habe ich nicht gesagt. Ein Mißverständnis! Im übrigen kann ich nur sagen: Ich habe kein großes Institut. Sonst könnte ich viele Leute daran setzen. Ich würde auch wünschen, daß man mir Mittel dafür gibt. Dann würde ich gern diese Sachen untersuchen.

Zur Nullhypothese: Sie haben recht, natürlich können alle Regressionskoeffizienten zunächst einmal gegen Null geprüft werden, darauf, ob sie von Null verschieden sind oder nicht. Aber da haben Sie meine Regression nicht richtig angesehen. Denn der Gesamtregressionskoeffizient für die Fiskalpolitik ist unter der 5-Prozent-Hypothese nicht verschieden von Null. Aber das nur am Rande.

(Dieter Biehl [Kiel]: Nullhypothese heißt:

Es besteht kein Zusammenhang! Sie haben mich mißverstanden!)

— Ich habe Sie so verstanden, daß Sie gesagt haben, ich könne die Regressionskoeffizienten nicht vergleichen, sondern wenn ich sie testete, testete ich sie nur gegen Null. Da stimme ich Ihnen vollständig bei.

(Dieter Biehl [Kiel]: Nullhypothese heißt:

Es besteht kein Zusammenhang! Das ist ein Mißverständnis!)

— Natürlich, es besteht kein Zusammenhang. Wenn ein Regressionskoeffizient nicht statistisch signifikant ist, dann heißt das: Es besteht kein Zusammenhang zwischen diesem Impulsfaktor und der Variablen, auf die ein Einfluß behauptet wird, jedenfalls nach diesen empirischen Ergebnissen. Da stimme ich Ihnen vollständig bei. Das ist klar. Aber ich glaube, man kann die relative Größe von Regressionskoeffizienten durchaus vergleichen. Das halte ich für eine legitime Methode.

Funktionelle Trennung und institutionelle Trennung: Monetaristen sind nicht daran interessiert, zu sagen: Die Fiskalpolitik kann nichts bewirken. Wenn Sie eine Fiskalpolitik durchführen, die — bezüglich ihrer Finanzeffekte — rein über die Geldmenge operiert, dann wird diese wirksamer sein als die Geldpolitik — das möchte ich ganz klar zum Ausdruck bringen, das ist jedenfalls unser Standpunkt —, und zwar deswegen, weil Sie erstens via monetären Effekt die gleichen Effekte haben wie bei der Geldpolitik und außerdem noch einen positiven Effekt der Staatsausgaben bzw. der Steuervariationen haben. Wenn Sie das tun würden, wenn Sie die Fiskalpolitik so umgestalten würden, z. B. im Sinne des alten Friedman-Vorschlags von 1948, dann würden Sie zu noch größeren Effekten kommen. Das scheint mir aber eine Fragestellung zu sein, die hier nicht ansteht.

Den Glauben wechseln: Entschuldigen Sie, diese Sprache ist manchmal doch sehr bedenklich. Denn ich würde das Wort „Glauben“ nicht verwenden. Insofern könnte ich auch niemanden dazu bringen, den Glauben zu wechseln. Ich würde es selbst auch nicht tun. Ich glaube, „Glauben“ sollten wir aus der wissenschaftlichen Diskussion heraushalten.

Ich fand Herrn Pohls Kommentar sehr instruktiv. Er hat mir sehr viel gebracht. Wir werden sicherlich weiter streiten. Es macht Spaß, mit Ihnen zu streiten. Zu Ihren Regressionsergebnissen möchte ich sagen: Sie haben einen anderen Fiskalindikator als ich. Das ist die Relevanz bei den Ergebnissen. Wenn wir den Fiskalindikator variieren, kriegen wir natürlich einen anderen Koeffizienten. Ich behaupte — das wird jetzt sicherlich sehr schwer zu überprüfen sein —, daß der Fiskal-

indikator von Herrn Pohl prozyklisch verzerrt ist. Er ist in dem Sinne verzerrt, daß er automatisch eine hohe Korrelation mit der Bewegung der Absorption aufweist. Sie haben ja die Konstruktion des Indikators schon publiziert.

Hierfür gibt es im wesentlichen zwei Gründe. Erstens: Wenn Sie die Gemeinden einbeziehen, dann ist für die Bundesrepublik festzustellen, daß im großen und ganzen die Gemeinden sich wie die Privaten verhalten, d. h., daß sie ihre Ausgaben nach den Einnahmen variieren. Wenn Sie die Gemeinden allein ansehen, dann werden Sie feststellen, daß sie sich völlig prozyklisch mit der Bewegung des Volkseinkommens verhalten. Was bedeutet das? In meinem Fiskalindikator sind die Gemeinden nicht enthalten. Wenn Sie die Gemeinden hineintun, kommt die diesbezügliche Wachstumsrate gewichtet hinzu. Automatisch muß dann natürlich der neue Fiskalindikator besser parallel laufen als der alte Fiskalindikator, und insofern müssen Sie einen höheren Koeffizienten bekommen.

Zweites Argument: Ihre Steuereinnahmen sind ebenso konstruiert. Sie vergleichen effektive Steuerquoten mit den Vorjahren und multiplizieren mit dem laufenden Einkommen. Wir haben folgenden Effekt: In einer Rezession steigt zunächst die Steuerquote an, weil das Einkommen schneller fällt als die Steuerzahlungen, weil die Steuerzahlungen erst noch angepaßt werden müssen. Umgekehrt im Aufschwung. Das hat folgenden Effekt: Wenn Sie mit den Steuerquoten arbeiten, zeigen diese zu Beginn der Rezession einen restriktiven Effekt an, der dann natürlich in Ihrem Indikator mit zur Verzerrung beiträgt. Im Aufschwung zeigt er entsprechend einen expansiven Effekt, der gar nicht vorhanden ist. Das ist das zweite Problem, das dazu führt, daß dieser Indikator prozyklisch verzerrt ist.

Im übrigen möchte ich sagen: Wenn wir diese Regressionsergebnisse interpretieren — das ist ein schwieriges Problem —, dann können wir nicht so vorgehen, daß wir sagen: Wir addieren Fiskalstimulus plus Außenimpulse, wir addieren diese Regressionskoeffizienten. Das können wir deswegen nicht tun, weil wir mit Wachstumsraten gearbeitet haben. Das wäre ein großer Fehler. Denn wenn wir Wachstumsraten haben, dann müssen wir zuerst gewichten, und Sie würden die Gewichte völlig außer acht lassen. Das möchte ich nur zu bedenken geben.

Kombination von Geld- und Fiskalpolitik: Ich finde es sehr wichtig, daß sich heute im Arbeitskreis gezeigt hat — das deutete sich eigentlich schon gestern in dem brillanten Referat von Herrn Niehans an, und auch Herr Albeck sagte es —, daß zur Zeit eigentlich die Vorstellung besteht, man sollte die Fiskalpolitik und die Geldpolitik möglichst stabil halten. In dem Referat von Herrn Tietmeyer wurde gesagt, daß die

neue monetäre Politik der Bundesbank — ich habe es niemals so deutlich irgendwo gelesen — darin bestehe, eine möglichst konstante Wachstumsrate der Geldbasis durchzusetzen. Ich finde das sehr instruktiv und sehr interessant. Insofern relativiert sich das Problem, ob wir Fiskalpolitik und Geldpolitik miteinander kombinieren sollten. Denn wenn wir beide tendenziell stabilisieren — was nicht bedeuten muß, daß wir konstante Wachstumsraten haben —, dann ist das Problem eigentlich in Zukunft vom Tisch.

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Ich habe einleitend angekündigt, daß ich über meine einführenden Worte hinaus zur Sache nichts sagen werde. Ich möchte mich auch jetzt daran halten, so sehr es mich reizen würde, noch den einen oder anderen Akzent zu setzen. Es wäre jedoch wohl auch etwas vermessen, wenn ich die Fülle der vorgetragenen Argumente in irgendeiner Weise zusammenfassen wollte; und ich würde manchen Beitrag entwerten, wenn ich einzelne Ergebnisse festhalten wollte. Ich möchte deshalb die Dinge, so wie sie uns hier vorgetragen wurden, in ihrer Gegenläufigkeit stehenlassen.

Ich möchte meiner Freude Ausdruck geben, daß die Referate und die Diskussion sich nicht in der uns oft nachgesagten Art des Streits *l'art pour l'art* bewegt haben, sondern daß wir uns im Sinne der Tradition und der Aufgabe unseres Vereins bemüht haben, Ergebnisse und Antworten auf Fragen zu geben, die heute im Vordergrund des öffentlichen Interesses stehen und die von hoher gesellschaftspolitischer Relevanz sind.

Arbeitskreis H

Wettbewerb und Stabilisierungspolitik

Leitung: Erich Hoppmann, Freiburg i. Br.

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Mittwoch, 4. September 1974, 9.00 - 11.30 und 14.00 - 16.00 Uhr

Administrierte Preise als Problem der Stabilisierungspolitik*

Von Reinhard Blum, Augsburg**

Das 1967 verabschiedete Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft hielten manche Wissenschaftler und Politiker für das beste Gesetzeswerk der Welt im Kampf um die Stabilisierung der Wirtschaft. Ein neues wirtschaftspolitisches Instrumentarium verschaffte der Keyneschen Theorie Eingang in die Wirtschaftspolitik. Sowohl Bundesregierung als auch Sachverständigenrat verbanden damit die Hoffnung, die zunehmenden Preissteigerungen zu stoppen oder zumindest auf eine Steigerungsrate von 1 Prozent jährlich zu reduzieren. Nach sieben Jahren gilt eine Inflationsrate unter 10 Prozent bereits als ein Erfolg der Wirtschaftspolitik. Vorübergehend hat sich insbesondere die Wissenschaft über den Mißerfolg der Stabilisierungspolitik damit getröstet, daß mangelnde außenwirtschaftliche Absicherung sowie Vollbeschäftigungsgarantie einer konsequenten Reduzierung der Nachfrage im Wege stehen. Die Phillips-Kurve gehört zur Standardausrüstung vieler wirtschaftspolitischer Berater¹. Nur zögernd drängen sich in der Bundesrepublik Deutschland Erfahrungen aus der amerikanischen Rezession der fünfziger Jahre ins Bewußtsein, daß selbst eine sinkende Nachfrage die Preissteigerung nicht zu bremsen vermag, sondern sie noch erhöht. Das soll mit der neuen Wortbildung „Stagflation“ ausgedrückt werden. Damit entsteht für die auf Nachfragesteuerung ba-

* Meinen Mitarbeitern in der Fachgruppe Makroökonomie an der Universität Augsburg, insbesondere Herrn Dipl.-Volkswirt Hans-Helmut Bünning, danke ich für ständige Diskussionsbereitschaft, wertvolle Hinweise und empirische Unterstützung.

** Geboren am 22. September 1933 in Gnewin (Pommern). 1954 - 1958 Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Köln und Kiel. 1958 bis 1960 Mitarbeiter des Instituts für Weltwirtschaft und 1960 Promotion zum Dr. sc. pol. der Universität Kiel. 1961 - 1963 wissenschaftlicher Mitarbeiter im Bundeswirtschaftsministerium in Bonn. 1963 - 1967 wissenschaftlicher Assistent und 1968 Habilitation an der Universität Münster. 1968 - 1970 Dozent bzw. wissenschaftlicher Rat und Professor für Volkswirtschaftslehre an der Universität Münster; Lehrstuhlvertretungen an den Universitäten Hamburg und Kiel. Seit 1971 Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre an der Universität Augsburg. Hauptarbeitsgebiete: Wirtschaftspolitik, insbesondere Wettbewerbs- und Entwicklungspolitik.

¹ Dem Träger des Nobelpreises für Wirtschaft, Paul Samuelson, wird die Einteilung der Ökonomen in zwei Gruppen zugeschrieben: Ökonomen, die die Existenz der Phillips-Kurve zu beweisen versuchen, und solche, die sie bezweifeln.

sierende Stabilisierungspolitik eine neue Lage. Sie könnte für die Wirtschaftswissenschaft, insbesondere für die Wirtschaftspolitik, einen neuen Wendepunkt signalisieren. Es ist kein Zufall, wenn sich in dieser Situation gerade angelsächsische Ökonomen wieder des alten Konzepts der administrierten Preise² erinnern.

Im folgenden soll die Rezeption des Konzepts der administrierten Preise in die deutsche Wirtschaftspolitik zunächst kurz skizziert werden (Teil I). Dann wird es nötig sein, den Begriff der administrierten Preise näher zu umreißen. Um nicht unnötig in „Begriffsrealismus“ zu verfallen, soll dies nur so weit geschehen, wie es für die theoretische Erklärung des empirischen und wirtschaftspolitischen Ausgangspunktes sowie für die stabilisierungspolitischen Konsequenzen erforderlich erscheint (Teil II). Es folgen Überlegungen zur empirischen Evidenz der theoretischen Ansätze (Teil III). Im IV. Teil werden schließlich mögliche und bereits erkennbare wirtschaftspolitische Konsequenzen aus den administrierten Preisen angedeutet.

I.

Bundesregierung und Sachverständigenrat berufen sich nach Überwindung der stärksten Nachkriegsrezession in der Bundesrepublik in den Jahren 1966 und 1967 und der erneut einsetzenden zunehmenden Erhöhung des Preisniveaus auf die Schlüsselrolle der Wettbewerbspolitik in einer marktwirtschaftlichen Ordnung³. Das Plädoyer für eine konsequente Wettbewerbspolitik steigert sich noch mit der zunehmenden Inflationierung. Im Jahresgutachten 1971/72 widmet der Sachverständigenrat einer „konsequenten Wettbewerbspolitik“ als Voraussetzung der erfolgreichen Globalsteuerung ein ganzes Kapitel (Ziffern 377 ff.).

Wettbewerbsbeschränkungen, so stellt der Sachverständigenrat fest (Ziffer 380), schaffen Preisspielräume. Sie werden in Perioden überhitzter Konjunktur größere Lohnzugeständnisse und deren Überwälzung auf die Preise erlauben. Andererseits scheinen im Abschwung die Preise in „vermachteten Bereichen“ starrer zu sein als in Bereichen mit einem höheren Wettbewerbsgrad: „Der Schluß liegt nahe, daß Preis-

² Siehe *Gardiner C. Means*, *Industrial Prices and their Relative Inflexibility*, Senate Document No. 13, 74th Congress of United States, 1st Session, Washington 1935, und zuletzt *Gardiner C. Means*, *The Administered-Price Thesis Confirmed*, in: *American Economic Review*, Bd. 62 (1972), S. 292 ff. Dazu *George J. Stigler* und *John K. Kindahl*, *Industrial Prices, as Administered by Dr. Means*, in: *American Economic Review*, Bd. 63 (1973), S. 717 ff.

³ Siehe Regierungserklärung 1969, Jahresgutachten des Sachverständigenrates 1969/70, Ziffer 224; Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1969, Bundestagsdrucksache 6/950, S. 14.

niveaustabilität ohne Gefährdung der Vollbeschäftigung um so schwächer erreicht werden kann, je höher der Grad der Vermachtung ist“. Dieses Preisverhalten liefert dem Sachverständigenrat ein Indiz für die „Existenz von Bereichen mit sogenannten privat-administrierten Preisen“⁴. Diese Hypothese betrachtet er zwar als durch Beobachtungen gestützt, jedoch noch nicht durch ökonometrische Berechnungen bestätigt.

Im Jahresgutachten 1972/73 verabschiedet sich der Sachverständigenrat dann endgültig von dem „lehrbuchmäßigen Idealmodell marktwirtschaftlicher Koordination“ (Ziffer 467) und folgert, daß selbst aktive Wettbewerbspolitik nicht ausreicht, um Stabilität herzustellen oder zu erhalten: „Auch eine noch so wirksame Wettbewerbspolitik kann auf den Gütermärkten nicht Bedingungen herstellen, die dem bezeichneten Idealmodell der Preisbildung nahekommen. Preisstarrheit und Marktmacht großer Anbieter ergeben sich vielfach durch die modernen Produktions- und Vertriebsbedingungen. Zudem kann Marktmacht politisch garantiert sein wie etwa die Koalitionsfreiheit der Tarifpartner“ (Ziffer 471).

Im Jahresgutachten 1973/74 scheint der Sachverständigenrat den empirischen Beweis für seine These über die „privat-administrierten Preise“ in der Bundesrepublik Deutschland zu erbringen. Was sich 1972 nur andeutete, wird 1973 zur Gewißheit: Die konjunkturelle Reagibilität der Kosten und Preise, die bis 1970 zwar „nicht sehr eng“, aber unverkennbar war, ist seit 1970 nicht mehr vorhanden⁵. Resigniert stellt der Sachverständigenrat 1973/74 fest: „Wir sehen auch keine Alternative zu dem Weg, der durch die Phase hindurch führt, in der die Unternehmen, sei es aus Mangel an Wettbewerb, sei es aus Mangel an Marktübersicht, auf die Restriktionspolitik zunächst vor allem mit Produktionseinschränkungen und noch kaum mit Verzicht auf Preiserhöhungen reagieren werden. Diese Phase muß wohl durchgestanden werden“ (Ziffer 320).

Damit wird die Wirksamkeit der Nachfragesteuerung in Frage gestellt, ohne daraus wirtschaftspolitische Konsequenzen zu ziehen. Der Wettbewerbspolitik wird lediglich bescheinigt, daß sie durch die Novellierung des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen erheblich an Potenz gewonnen hat und auch geeignet ist, Forderungen zu begegnen, die in Preiskontrollen und Investitionslenkung wirtschaftspolitische Alternativen anpreisen. Neben der Wettbewerbspolitik scheint

⁴ Siehe auch Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1972, Bundestagsdrucksache 7/986, S. 6.

⁵ Vgl. Jahresgutachten 1973/74 des Sachverständigenrates, Teil 5, S. 183, insbesondere Schaubild 36; siehe auch Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1969, S. 14.

der Sachverständigenrat nur noch auf die Vernunft der Tarifpartner zu bauen⁶.

II.

Folgt man dem Sprachgebrauch des Sachverständigenrates, so werden in Deutschland administrierte Preise zunächst als staatlich reglementierte Preise verstanden. Dies mag daran liegen, daß wir Verwaltung, Administration, fast ausschließlich mit dem Staat in Verbindung bringen. Es besteht deshalb immer die Gefahr, daß der englische Begriff „business administration“ mit „Wirtschaftsverwaltung“ übersetzt wird. Ein Kompromiß zwischen dem amerikanischen und deutschen Sprachgebrauch ergibt sich, wenn administrierte Preise sowohl die privat-administrierten als auch die staatlich gesetzten oder regulierten und kontrollierten Preise der öffentlichen Unternehmen und jener Wirtschaftszweige sind, deren Preisbildung nicht allein dem Wettbewerb überlassen ist. Darunter würden dann die Preise in all jenen Wirtschaftszweigen fallen, die zu den Ausnahmehereichen des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen zählen. Die Grenzen zu den „Wettbewerbspreisen“ in den anderen Bereichen wären fließend.

Versucht man aus den zitierten Äußerungen des Sachverständigenrates zusätzliche Kennzeichen für administrierte Preise zu gewinnen, so ergeben sich folgende Merkmale:

1. Es handelt sich um eine Preisbildung, die nicht dem Idealmodell der marktwirtschaftlichen Preisbildung entspricht.
2. Marktmacht — mit und ohne staatliche Sanktion — und Preisstarrheit sind charakteristisch. Es fehlt die „konjunkturelle Reagibilität“ der Preise auf die Nachfrage.
3. Ein Rückgang der Nachfrage führt zu Produktionseinschränkungen und nicht zu der üblicherweise erwarteten Preisdämpfung.

Der Begriff „administrierte Preise“ geht zurück auf einen Bericht von Means aus dem Jahre 1935 an das amerikanische Landwirtschaftsministerium. Gegenstand ist die von Means beobachtete relative Inflexibilität gewerblicher Preise während der großen Depression der Jahre 1929 - 1933⁷. Trotz des starken Rückgangs der Nachfrage reagieren in einigen Industriezweigen die Preise kaum darauf. In anderen Bereichen wiederum kommt es zu beträchtlichen Preisstürzen. Means erklärt dies durch unterschiedliche Methoden der Preisbildung: Die relativ unflexiblen Preise nennt er administriert, „durch eine administrative Handlung

⁶ Jahresgutachten 1973/74 des Sachverständigenrates, Bundestagsdrucksache 7/1273, Ziffern 359 f.

⁷ Vgl. Fußnote 2. Der Bericht ist enthalten in *Gardiner C. Means, The Corporate Revolution in America*, New York 1962, S. 77 f.

festgesetzt und für eine Zeitperiode konstant gehalten“. Die in bezug auf die Nachfrageveränderung flexiblen Preise nennt er Marktpreise; sie entstehen als Ergebnis der Interaktionen von Käufern und Verkäufern auf dem Markt.

Es verwundert nicht, daß die amerikanische Rezession der fünfziger Jahre, für die zum ersten Mal das Schlagwort Stagflation geprägt wird, die Diskussion um die administrierten Preise neu belebt — nicht ohne tatkräftige Teilnahme von Means. In den Jahren 1957 bis 1963 veranstaltet das Subcommittee on Antitrust and Monopoly des amerikanischen Senates Hearings zum Thema administrierte Preise. In den vier für jeweils einen Wirtschaftszweig erstellten Berichten über diese Hearings werden die zuständigen Behörden (unter anderem die Federal Trade Commission) aufgefordert, Untersuchungen durchzuführen und Verfahren gegen Unternehmen einzuleiten⁸. Die umfangreichen Diskussionen haben zu keinen einheitlichen Ergebnissen geführt, jedoch die weiteren theoretischen und empirischen Arbeiten, insbesondere der angelsächsischen Autoren, befruchtet.

Entstehungsgeschichte und deutscher Sprachgebrauch legen unter dem hier zu erörternden stabilisierungspolitischen Aspekt folgende Abgrenzung für administrierte Preise nahe: Administrierte Preise lassen eine geringe, keine oder anormale Reagibilität auf die konjunkturelle Entwicklung der Nachfrage erkennen. Sie sind Ergebnis von unternehmerischen Strategien, die mehr oder weniger unabhängig von der Nachfrageentwicklung auf dem Markt durchgesetzt werden. Dazu gehören auch staatlich gesetzte oder reglementierte Preise. Für die stabilisierungspolitische Problematik spielen letztere jedoch eine untergeordnete Rolle.

Es soll nicht unerwähnt bleiben, daß der Streit um die richtige Definition der administrierten Preise sich bis in die neue Literatur hinein fortsetzt. Means selbst werden im Laufe seiner empirischen Arbeiten wechselnde Definitionen nachgewiesen⁹. Nicht zu übersehen ist, daß die definitorische Problematik immer dann besonders herausgestellt wird, wenn die empirischen Ergebnisse den Vorstellungen der Autoren nicht entsprechen. Markham¹⁰ glaubt sogar feststellen zu können, daß es sich bei den administrierten Preisen mehr um eine Begriffsbildung mit Rücksicht auf Popularität, denn auf analytische Zweckmäßigkeit han-

⁸ Vgl. *Bernd-Peter Lange, Jürgen-Hinrich Mendner und Heinz Berzau*, Konzentrationspolitik in den USA, in: H. Arndt (Hrsg.), *Schriften zur Konzentrationsforschung*, Tübingen 1972, S. 315 f.

⁹ Siehe *George J. Stigler und John K. Kindahl*, *Industrial Prices, as Administered by Dr. Means*, S. 717 ff.

¹⁰ *Jesse Markham*, *Administered Prices and the Recent Inflation*, in: *Commission on Money and Credit, Inflation, Growth and Employment*, Englewood Cliffs 1964, S. 144 ff.

delt. Demgegenüber gesteht Scherer¹¹ zwar zu, daß die Debatte über die administrierten Preise eine weniger rühmliche Episode in der ökonomischen Ideengeschichte darstellt. Er hebt jedoch hervor, daß diese Diskussion Licht auf bedeutende Fragen geworfen hat, die die Beziehungen zwischen Marktstruktur, oligopolistischem Verhalten und gesamtwirtschaftlicher Effizienz betreffen. Viele Kritiker hätten sich nicht die Mühe gemacht, sorgfältig zu studieren, was sie angreifen. Nach eingehender Analyse der Auseinandersetzung um die administrierten Preise stellt Scherer fest¹², daß dieses Konzept aus der empirischen Beobachtung heraus entstanden ist und nicht aus einem Theoretisieren a priori. Nur den Rückgriff auf theoretische Überlegungen hält dagegen Hoppmann¹³ für möglich, weil es an einer operationalen Definition der administrierten Preise fehle und damit auch an empirischer Überprüfbarkeit.

Um diese theoretischen Überlegungen vorzunehmen, bedarf es zunächst noch keines neuen theoretischen Instrumentariums. Wir sind es nur nicht gewohnt, die dafür notwendigen Bedingungen als Normalfall zu betrachten. Es fehlt deshalb im Zusammenhang mit den administrierten Preisen auch nicht der Hinweis¹⁴, daß Keynes sich dieser Problematik bewußt war. Die neuere Keynes-Interpretation¹⁵ beweist, daß Keynes durchaus gesehen hat, daß die Unternehmer in der Wirklichkeit zunächst eher bereit sind, die angebotene Menge zu reduzieren und nicht den Preis — wie es auch der Sachverständigenrat für die Entwicklung der letzten Jahre der Bundesrepublik beklagt. Bei einem solchen Verhalten ist der Marktmechanismus nicht ausgeschaltet. Jedoch läßt sich bei gleichzeitiger Veränderung von gesamtwirtschaftlicher Nachfrage und gesamtwirtschaftlichem Angebot der Einfluß auf die Preise durch gesamtwirtschaftliche Steuerung der Nachfrage nicht mehr abschätzen.

Die Erklärung der inflatorischen Preissteigerung verlagert sich von der makroökonomischen Analyse der inflatorischen Lücke, des Nachfrageüberschusses auf die mikroökonomische Analyse der Unternehmensstrategien bei Bestimmung von Angebot und Preis sowie der Analyse der Macht, diese Strategien unabhängig von der Marktsituation

¹¹ *Frederic M. Scherer*, *Industrial Market Structure and Economic Performance*, in: Rand McNally Economics Series, Chicago 1970, 4. Auflage 1972, S. 284.

¹² *Frederic M. Scherer*, *Industrial Market Structures and Economic Performance*, S. 291.

¹³ *Erich Hoppmann*, *Konzertierte Aktion und der „Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“*, in: E. Hoppmann (Hrsg.), *Konzertierte Aktion, Kritische Beiträge zu einem Experiment*, Frankfurt a. M. 1971, S. 294.

¹⁴ *S. Peter Wiles*, *Cost Inflation and the State of Economic Theory*, in: *The Economic Journal*, Bd. 83 (1973), S. 382 f.

¹⁵ Siehe *Axel Leijonhufvud*, *Über Keynes und den Keynesianismus* (Übersetzung aus dem Englischen), Köln 1973, S. 50 ff.

durchzusetzen. Für die hier zu erörternde Stabilisierungspolitik reicht die nicht unplausible Unterstellung, daß bei der gegenwärtigen Struktur unserer Wirtschaft — entgegen der klassischen Preistheorie¹⁶ — Marktmacht nicht auszuschließen ist, die es zumindest kurzfristig erlaubt, eigene Strategien eines Unternehmens unabhängig von der Marktlage und den wirtschaftspolitischen Signalen durchzusetzen. Unterstellt man dies auch für die Investitionstätigkeit, so schaffen Unternehmen mit Marktmacht schließlich auch langfristig die Bedingungen für die Realisierung ihrer Strategien selber. Je mehr der, der in die Zukunft hinein plant, die Macht hat, seine Pläne durchzusetzen, desto treffsicherer sind die seinen eigenen Strategien zugrunde liegenden Prognosen über die zukünftige Entwicklung.

Die Literatur unterscheidet die Hypothesen zur Erklärung der Inflation danach, ob sie sich an der Nachfrage oder an den Anbietern orientieren. Allerdings ist in der neueren Literatur die traditionelle Unterscheidung zwischen nachfrage- oder (lohn-)kosteninduzierter Inflation erweitert worden. In die Kategorie der anbieterorientierten Hypothesen gehört zweifellos auch das Konzept der administrierten Preise.

Aufgrund der bereits unterstellten Marktmacht liegt es zunächst nahe, administrierte Preise lediglich als Synonym für Preisbildung auf monopolistischen oder oligopolistischen Märkten anzusehen. Die Marktstruktur wäre dann auch das Kriterium für administrierte Preise. Zunehmende Konzentration in der Wirtschaft ließe sich gleichzeitig als ein Merkmal für den Umfang der administrierten Preise ansehen. Demgegenüber hat gerade die Theorie des unvollkommenen Wettbewerbs, insbesondere die Oligopoltheorie, die klassische Verbindung zwischen einer bestimmten Struktur (vollkommener Markt) und einem bestimmten Verhalten (Mengenanpasser) aufgehoben. Das Verhalten der Anbieter ist bei der in den vorhergehenden Überlegungen erfolgten Abgrenzung der administrierten Preise von ausschlaggebender Bedeutung. Die heutigen Möglichkeiten, Informationen zu verbreiten, sind unabhängig von der Zahl der Marktteilnehmer. Deshalb ist davon auszugehen, daß auch auf polypolistischen Märkten die Preisbildung aufgrund großer Markttransparenz durch entsprechende Informationen administrativen Charakter erhalten kann. Als Beispiel mögen hier die Preisempfehlung, die Ankündigung von Kostensteigerungen durch Verbände und auf Messen, die Preisführerschaft und das Parallelverhalten genannt werden.

¹⁶ Vgl. Kurt W. Rothschild, Macht: Die Lücke in der Preistheorie, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), Macht und ökonomisches Gesetz, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 74 II, S. 1097 ff. Siehe aber auch im Gegensatz dazu Egon Sohmen, Machttheorie oder Preistheorie, in: Macht und ökonomisches Gesetz, S. 1137 ff.

Die entscheidende Frage unter stabilisierungspolitischem Aspekt ist zunächst, welche Verhaltensweisen der Anbieter Grundlage der administrierten Preise sind. Hier liefert die Theorie der Anbieter-Inflation im Grunde zwei Erklärungsansätze: die Hypothese des Kostendruckes und der autonomen Preispolitik.

Die Hypothese des Kostendruckes löst sich von der klassischen Unterstellung des Gewinnmaximierungsprinzips in der Preistheorie und geht davon aus, daß sich die Unternehmen bei ihrer Angebots- und Preisgestaltung in irgendeiner Form an den durchschnittlichen Kosten orientieren und dazu einen absoluten oder relativen Gewinnaufschlag kalkulieren. Es gibt zudem die empirisch zu belegende Vermutung¹⁷, daß mit zunehmender Konzentration, d. h. abnehmender Zahl der Konkurrenten, das Preis-Kosten-Verhältnis steigt.

Die kosteninduzierte Inflation ist zunächst von den Löhnen her erklärt worden. Hier handelt es sich ohne Zweifel um administrierte Preise. In einer Zeit, in der eine wachsende Nachfrage nach Gütern begleitet ist von knapper werdenden und nicht beliebig vermehrbaren Ressourcen (Boden, Rohstoffe, Energie) können auch die Preise solcher Engpaßfaktoren zu administrierten Preisen werden und einen inflationären Kostendruck auslösen. Würgler¹⁸ spricht von einer „natürlichen Inflationsrate“. In diesem Zusammenhang sei daran erinnert, daß die Klassiker der Wirtschaftswissenschaft zwischen der Preisbildung für beliebig reproduzierbare und nicht reproduzierbare Güter unterschieden und ihre Analyse auf die erste Gruppe beschränkt haben.

Schließlich sei noch ein bisher kaum beachteter Kostenfaktor als administrierter Preis erwähnt, der mit zunehmender Inflation und entsprechendem Einsatz des traditionellen geldpolitischen Instrumentariums die Preissteigerungen nicht zu dämpfen, sondern ständig weiter zu nähren droht, nämlich der Zins. Er ist — als wichtiges Instrument der Stabilisierungspolitik — weitgehend zu einem staatlich administrierten Preis geworden und erhöht als Kostenfaktor die Inflationsgefahr¹⁹. Deshalb ist es nicht abwegig, analog den nicht der Produktivität folgenden Löhnen auch von einer Zins-Preis-Spirale zu sprechen.

Die Hypothese der autonomen Preispolitik läßt sich etwa so charakterisieren: Die Unternehmen mit wirtschaftlicher Macht sind unabhän-

¹⁷ Siehe dazu *Neil P. Collins* und *Lee E. Preston*, *Concentration and Prices, Cost Margins in Manufacturing Industries*, Berkeley und Los Angeles 1968.

¹⁸ *Hans Würgler*, *Inflation als Machtproblem*, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*, S. 701 f.

¹⁹ Diese These wurde bereits mit gutem Erfolg bei konzentrierten Branchen getestet. Siehe *Otto Eckstein* und *David Wyss*, *Industry Price Equations*, in: *Otto Eckstein* (Hrsg.), *The Econometrics of Price Determination Conference*, Washington 1972, S. 138 f.

gig von der Kosten- und Nachfrageentwicklung in der Lage, sich für eine Strategie der Gewinnexpansion zu entscheiden (profit-push-inflation). Dahinter mag eine expansive Investitionspolitik stehen²⁰. Die Konzentration könnte so gesehen nur ein Mittel sein, um die wirtschaftliche Macht für solche Strategie zu sichern.

Für die Stabilisierungspolitik stellt sich abschließend die entscheidende Frage, ob kosteninduzierte oder autonome Preissteigerungen überhaupt ohne eine Überschußnachfrage durchsetzbar sind²¹. Problematisch wird die Stabilisierungspolitik über eine Nachfragesteuerung in jedem Falle dann, wenn die wirtschaftliche Macht der betroffenen Unternehmen es erlaubt, auf eine Bremsung der Nachfrage das Angebot zu reduzieren und die Preise zu halten oder gar entsprechend den gestiegenen Kosten noch zu erhöhen. In diesem Falle ist eine Stabilisierungspolitik über die Nachfrage sinnlos. Die theoretischen Überlegungen zu den administrierten Preisen erlauben somit mit Sicherheit die Aussage, daß die Wirksamkeit der Stabilisierungspolitik über eine globale Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage wegen der mangelnden Flexibilität der Preise wesentlich geschwächt werden kann.

Darüber hinaus schärft das Konzept der administrierten Preise den Blick für die Gefahr, daß die globale Nachfragesteuerung als stabilisierungspolitisches Instrument völlig versagt und, im Gegenteil, weitere Impulse zu Preissteigerungen gibt. Das wäre ein Fall der Stagflation. Diese theoretischen Überlegungen könnten bereits wirtschaftspolitische Konsequenzen nahelegen, auch wenn die statistische Evidenz der administrierten Preise nicht zuletzt wegen der Schwierigkeit einer operationalen Abgrenzung des Konzeptes noch fehlt.

III.

Ganz ohne empirische Anhaltspunkte ist die vorhandene Literatur jedoch nicht. Allerdings sind die Folgerungen aus den nicht einheitlichen Ergebnissen auch abhängig von der Bereitschaft der Autoren zu mehr oder weniger staatlicher Aktivität in der Wirtschaft. Zunächst

²⁰ Damit haben z. B. die multinationalen Ölkonzerne ihre hohen Gewinne während der Energiekrise begründet. Von einem prominenten Vertreter der deutschen Industrie stammt der Ausspruch: „Wachstum und technischer Fortschritt müssen durch Inflation finanziert werden“ (Feststellung des ehemaligen Präsidenten des Bundesverbandes der deutschen Industrie Fritz Berg am 24. 2. 1970 auf der Sitzung des Gemeinschaftsausschusses der deutschen Wirtschaft in Bonn, zitiert in der „Frankfurter Rundschau“ vom 26. 2. 1970, S. 2 unter „aufgespießt“).

²¹ Dazu ist in der Literatur ein theoretischer Ansatz entwickelt worden, der die Hypothesen der kosten- und nachfrageinduzierten Inflation kombiniert (demand shift inflation). Vgl. *Frederic M. Scherer*, *Industrial Market Structure and Economic Performance*, S. 290.

läßt sich — gerade nach den Erfahrungen auf dem Mineralölmarkt — nicht übersehen, daß, zumindest in einzelnen, stark konzentrierten Wirtschaftsbereichen²², die Preise nicht das Ergebnis des Marktes, sondern administrativer Akte in den Unternehmen sind. Dies ließe sich mit Beispielen aus den jüngsten Erfahrungen der Bundesrepublik belegen. Wenn bei stagnierender oder rückläufiger Nachfrage eine Preiserhöhung nicht realisierbar ist, bietet sich längerfristig der Ausweg über eine mit der Konkurrenz abgestimmte Investitionspolitik an. Auch dafür gibt es aus der letzten Zeit Beispiele²³. Das Bundeskartellamt²⁴ spricht von „Bestrebungen, das unternehmerische Investitionsrisiko durch eine kollektive Investitionsplanung zu sozialisieren“.

In letzter Zeit sind zum Teil auf das Bundeskartellamt zurückgehende Schätzungen durch die Presse gegangen, daß etwa 50 Prozent der Preise entweder privat oder vom Staat administriert werden. Allein 38 Prozent werden direkt oder indirekt vom Staat beeinflusst²⁵. Weiterhin ist zu beachten, daß es beim Staat in starkem Maß um Leistungen geht, bei denen Produktivitätsfortschritte nur in begrenztem Umfange zu erwarten sind. Diese Preissteigerungen müßten durch entsprechende zusätzliche Preisdämpfung in anderen Bereichen ausgeglichen werden. Bei diesen Größenordnungen sollte es also nicht überraschen, wenn die Preise auf Veränderungen der Nachfrage nicht sehr reagibel sind oder gar eine sinkende Nachfrage mit Preissteigerungen verbunden ist. Die genannten Beispiele sprechen dafür, daß der Preis nach unten wenig flexibel sein kann, dagegen nach oben schnell auf eine veränderte Nachfrage reagieren wird²⁶. Dies wird um so mehr gelten, je konzentrierter ein Wirtschaftsbereich ist. Dazu gibt es für die Vereinigten Staaten eine

²² Leider fehlen bis jetzt empirische Analysen des Konzentrationsprozesses in der Bundesrepublik. Das liegt — ähnlich wie bei der Verteilungsproblematik — nicht nur an den definitorischen Schwierigkeiten, sondern auch daran, daß die Erhebung von Konzentrationsdaten bereits ein Politikum darstellt. Eine erste systematische Darstellung der Grundbegriffe der Konzentrationsmessung mit entsprechenden empirischen Berechnungen legt *Rainer Feuerstack* vor: *Unternehmenskonzentration, Theoretische Grundbegriffe der Konzentrationsmessung und empirische Ergebnisse für die Bundesrepublik Deutschland 1960 - 1970*, Neuwied und Berlin. Zur Zeit im Druck.

²³ Siehe dazu *Reinhard Blum*, *Marktwirtschaftliche, private und staatliche Abstimmung der Investitionen*, in: *Wirtschaft und Wettbewerb*, Düsseldorf, Jg. 23 (1973), S. 13 ff.

²⁴ Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1972, S. 5.

²⁵ Siehe *Wirtschaft und Wettbewerb*, Jg. 23 (1973), S. 686 f. (Informationen). Inzwischen hat das Bundeskartellamt in seinem Jahresbericht für 1973 Grundlagen und Ergebnisse seiner empirischen Ermittlungen veröffentlicht, die sicher nicht unwidersprochen bleiben werden. Siehe Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1973, Bundestagsdrucksache 7/2250 vom 14. 6. 1974, S. 14 ff.

²⁶ Vgl. Interview mit *Karl Brunner*, *Überall droht Uruguay*, in: *Wirtschaftswoche*, Jg. 28 (1974), Nr. 20 vom 10. 5. 1974, S. 62.

Reihe von empirischen Untersuchungen für die Jahre vor und nach dem zweiten Weltkrieg²⁷. Der Einfluß der Konzentration wird teilweise bestätigt, teilweise widersprechen die empirischen Ergebnisse dem postulierten Zusammenhang.

Die Schlußfolgerungen bleiben jedoch vage, solange über die Entwicklung der durchschnittlichen Kosten im Laufe der Konzentration keine Aussagen gemacht werden können.

Scherer weist darauf hin, daß Means in allen Diskussionen um die administrierten Preise immer betont hat, daß die Argumente nur für bestimmte Unternehmen mit klar erkennbarer wirtschaftlicher Macht gelten und nicht für einen statistischen Durchschnitt der gesamten Wirtschaft. Aber auch hier bestätigen die empirischen Analysen nur teilweise, daß die Preise sich unabhängig von der Nachfrage entwickeln, z. B. bei Autos und Stahl²⁸. Aus den empirischen Ergebnissen folgert Scherer²⁹, daß die administrierten Preise sicher für die Inflation verantwortlich sind, aber sie erklären keinesfalls alles.

Empirische Berechnungen für Deutschland bestätigen, daß eine Unabhängigkeit des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus von Nachfrageveränderungen statistisch nicht gesichert ist³⁰. Für eine einzelne Branche, z. B. die Automobilindustrie, ergibt sich, daß in der Bundesrepublik in der Zeit von 1950 bis 1970 die Preisentwicklung unabhängig von der Nachfrageentwicklung gewesen ist.

IV.

Die bisherigen Überlegungen zwingen zumindest dazu, die Wirksamkeit der Stabilisierungspolitik über eine Steuerung der Nachfrage wegen der Existenz administrierter Preise anzuzweifeln. Es muß nicht nur damit gerechnet werden, daß die Wirkung stabilisierungspolitischer Maßnahmen nur verzögert wird oder erst nach erheblicher Verstärkung der Maßnahmen eintritt. Verhängnisvoller ist, daß die Nachfragesteuerung als Instrument der Stabilisierungspolitik neue Impulse zu Preissteigerungen geben kann, weil die Unternehmen steigende durchschnittliche Kosten aufgrund gedämpfter oder sinkender Nachfrage durch zusätzliche Preissteigerungen auszugleichen versuchen bzw. den geplan-

²⁷ Siehe dazu *Frederic M. Scherer*, *Industrial Market Structure and Economic Performance*, S. 294 ff.

²⁸ Vgl. *Jesse Markham*, *Administered Prices and the Recent Inflation*.

²⁹ *Frederic M. Scherer*, *Industrial Market Structure and Economic Performance*, S. 298.

³⁰ Siehe dazu *Hans-Helmut Büning*, *Bestimmungsgründe von Preisniveaüänderungen im Konjunkturablauf* (Unveröffentlichtes Manuskript), Institut für Volkswirtschaftslehre der Universität Augsburg.

ten (eventuell für geplante Investitionen notwendigen) Gewinn zu realisieren trachten. Für diesen Fall ergeben sich besondere Konsequenzen für die Wirtschaftspolitik und ihr traditionelles stabilisierungspolitisches Instrumentarium.

Wie bereits einleitend deutlich wurde, befindet sich die gegenwärtige Stabilisierungspolitik in einem Teufelskreis: Bessere Effizienz ist nur über größere Erfolge der Wettbewerbspolitik zu erwarten. Größere Erfolge der Wettbewerbspolitik erfordern ein schärferes wettbewerbspolitisches Instrumentarium. Diese Verschärfung, z. B. in Gestalt von Preiskontrollen bei marktbeherrschenden Unternehmen durch das Bundeskartellamt, stößt einmal an die Grenzen der marktwirtschaftlichen Ordnung; zum anderen scheint auch die wirtschaftliche Vernunft dagegen zu sprechen, weil mit Preiskontrollen nicht die Ursache, sondern nur die Symptome der Inflation kuriert werden.

Diese geläufige Gedankenkette ist jedoch nicht schlüssig, wenn von der Existenz administrierter Preise ausgegangen werden muß³¹. Die Argumentation basiert lediglich auf der traditionellen Nachfragetheorie der Inflation. Knüpft ihre Erklärung an die anbieterorientierten Hypothesen zur Erklärung der Inflation an, so muß die Preiskontrolle nicht notwendig ein Kurieren an Symptomen sein, sondern sie könnte einen Eingriff an den Wurzeln des Übels darstellen. Sie ist eine Konsequenz aus dem Beharren auf der Wettbewerbspolitik als entscheidendem Instrument der Stabilisierungspolitik sowie aus den Gefahren, die für unsere marktwirtschaftliche Ordnung aus der Existenz wirtschaftlicher Macht entstehen. Dagegen gibt es nur zwei Formen der Radikalität: Man kann „Monopolsituationen“ abschaffen³² oder „politische Ausnahmebereiche“ zugestehen, in denen der Wettbewerb durch andere Koordinationsprinzipien ersetzt wird³³. In der Praxis versagen beide Formen der Radikalität. Nicht alle wirtschaftliche Macht läßt sich beseitigen oder in Reservate mit nicht marktwirtschaftlichen Prinzipien verbannen. Zwar hätte dies den Vorteil, Wirtschaftspolitik, insbesondere Wettbewerbspolitik auf ordnungspolitische Akte zu beschränken

³¹ Entsprechendes gilt auch für ein gern empfohlenes Mittel gegen „Inflationsgewinne“, die Gewinnbesteuerung (siehe dazu *Dieter Cansier*, Steuerpolitische Ansatzpunkte der Anbieterinflationsbekämpfung, Volkswirtschaftliche Schriften, Bd. 157, Berlin 1971). Für marktbeherrschende Unternehmen wurde sie erst kürzlich von dem Wettbewerbsexperten des Bundeswirtschaftsministeriums, Kartte, gefordert (vgl. *Der Spiegel*, Nr. 22 vom 25. 7. 74, S. 34).

³² Siehe *Karl Brunner*, Überall droht Uruguay, S. 63. Brunner geht davon aus, daß diese Monopolsituationen „gewöhnlich durch Maßnahmen der staatlichen Wirtschaftspolitik gestützt sind“ (S. 63).

³³ Vgl. *Erich Hoppmann*, Zum Problem einer wirtschaftspolitisch praktikablen Definition des Wettbewerbs, in: Hans Karl Schneider (Hrsg.), Grundlagen der Wettbewerbspolitik, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge Bd. 48, Berlin 1968, S. 27.

und sich Eingriffe in den Wirtschaftsprozess zu ersparen. Trotz der Vorliebe der marktwirtschaftlichen Wirtschaftspolitik für Ordnungspolitik machen gerade die administrierten Preise erneut deutlich, daß es ohne Prozeßpolitik nicht geht. Das ist im Grundsatz auch nicht mehr umstritten. Zu klären wäre nur, ob auch noch Preiskontrollen in den Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung passen. Bei dieser Beurteilung sollte man aber vielleicht beachten, wie dehnbar dieser Rahmen ist. Vor zehn Jahren galt die Globalsteuerung noch als systemsprengend. Heute ist sie selbstverständlicher Bestandteil der Wirtschaftspolitik. Ähnlich haben sich die Maßstäbe für die Wettbewerbspolitik geändert. Die Eingriffe des Bundeskartellamtes haben nach Art und Zahl wesentlich zugenommen. In der zweiten Novelle zum Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen sieht die Bundesregierung die Grundlage dafür, daß die Mißbrauchskontrolle marktbeherrschender Unternehmen im Einzelfall auch Kontrolle der Preisgestaltung sein kann³⁴.

Die Väter des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen hatten — zumindest soweit sie zu den Ordoliberalen gehörten — noch radikalere Vorstellungen: Die Preise sollten entsprechend dem marktwirtschaftlichen Modell für alle Marktteilnehmer ein Datum sein. Wenn die Marktstruktur dafür nicht sorgt, sollte der Staat die Aufgabe erhalten, den Preis zu einem Datum zu machen, das heißt zu setzen³⁵. Bei der Festlegung des Rahmens der marktwirtschaftlichen Ordnung müßten allerdings die Väter unserer jetzigen Wirtschaftsordnung auch in den Passagen gelesen werden, in denen sie die Verantwortung des Staates herausstellen.

Aus der Existenz der administrierten Preise ergibt sich somit die Konsequenz, daß die „gleichgewichtige“ Entwicklung in einer marktwirtschaftlichen Ordnung heute offenbar nicht mehr allein durch staatliche Globalsteuerung von Angebot und Nachfrage gewährleistet werden kann. Die Ursachen der Inflation in den administrierten Preisen der Anbieter berühren den Mikrobereich und können nur hier „an den Wurzeln kuriert werden“. Für den, der sein Ordnungsdenken an dem traditionellen Liberalismus geschult hat, ist dies zunächst ein ungeheuerlicher Gedanke — um so mehr, da wir die Globalsteuerung damit entschuldigt haben, es handle sich nur um gesamtwirtschaftliche Daten, die die Selbststeuerung im Mikrobereich unberührt lassen.

³⁴ Siehe Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1972, S. II.

³⁵ Siehe dazu *Reinhard Blum, Soziale Marktwirtschaft, Wirtschaftspolitik zwischen Ordoliberalismus und Neoliberalismus, Schriften zur angewandten Wirtschaftspolitik, Bd. 18, Tübingen 1969, S. 64 f.*

Vielleicht ist es doch gerade im Zusammenhang mit den administrierten Preisen gut, sich zu verdeutlichen, welche Sonderstellung hiermit für den wirtschaftlichen Bereich geschaffen worden ist: Wenn im außerökonomischen Bereich das Verhalten der Individuen nicht den gesellschaftlich erwarteten Normen entspricht, tritt neben die Selbstkontrolle der Individuen untereinander richterliche oder gar polizeiliche Gewalt. Warum soll es zumindest Unternehmen mit wirtschaftlicher Macht, deren Verhalten nicht den Erwartungen entspricht, anders ergehen, als Individuen außerhalb der Wirtschaft³⁶? Dies ist allerdings eine ähnliche Herausforderung an die marktwirtschaftliche Wirtschaftspolitik, wie sie die Forderung von Keynes nach einer staatlichen Stabilisierungspolitik darstellte. Administrierte Preise verlangen nach Unterstützung des Marktmechanismus durch zusätzliche Sanktionsmechanismen³⁷. Der herkömmlichen Wettbewerbspolitik sind als Instrument der Stabilisierungspolitik Grenzen gesetzt³⁸.

Einer auf konsequente Inflationsbekämpfung ausgerichteten Wirtschaftspolitik wird kein guter Dienst erwiesen, wenn das Problem der administrierten Preise trotz der Betonung der Wettbewerbspolitik bagatellisiert oder durch definitorische Fragen überspielt wird. Seit der Entdeckung des unvollkommenen Wettbewerbs haben die Bemühungen um eine praktikable Wettbewerbsdefinition in der Wissenschaft auch kaum zu allgemein anerkannten Ergebnissen geführt. Wirtschaftspolitische Konsequenzen aus der erkannten Unvollkommenheit des Wettbewerbs sind dennoch nicht zu übersehen, nicht zuletzt in Gestalt einer konsequenten Wettbewerbspolitik. Es scheint so, als habe die Wirtschaftspolitik die Existenz „privat-administrierter Preise“ bereits zum Anlaß genommen, das wettbewerbspolitische Instrumentarium durch gezielte Preiskontrollen bei marktbeherrschenden Unternehmen zu erweitern.

Dabei muß für die Wirtschaftspolitik insgesamt nicht mehr Dirigismus herauskommen, wenn die neuen Normen für gesellschaftlich erwünschtes wirtschaftliches Verhalten als selbstverständlicher Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung anerkannt worden sind. Die Wett-

³⁶ Wir übersehen in unserem am marktwirtschaftlichen Modell geschulten ökonomischen Denken gern, daß es bereits eine Reihe preispolitischer Vorschriften des Gesetzgebers gibt. Siehe den knappen Überblick bei *Wilhelm Henke*, Preisvorschriften in der Marktwirtschaft, in: *Wirtschaftswissenschaftliches Studium*, Bd. 3 (1974), S. 345 - 347.

³⁷ Siehe dazu *Adolph Lowe*, Politische Ökonomie, in: *Politische Ökonomie, Geschichte und Kritik*, Frankfurt/Wien 1965 (engl. Titel: *On Economic Knowledge*). Zur Diskussion siehe Robert L. Heilbroner (Hrsg.), *Economic Means and Social Ends*, Englewood Cliffs 1969.

³⁸ Siehe dazu *Hans-Helmut Bünning*, Zum Zusammenhang zwischen Wettbewerbspolitik und Stabilisierungspolitik, in: *Konjunkturpolitik*, Berlin, Jg. 20 (1974), S. 96 ff.

bewerbspolitik beruht zu einem wesentlichen Teil lediglich auf der abschreckenden Wirkung ihrer Eingriffsmöglichkeit ohne den Anspruch, alle Verstöße zu ahnden. Das gilt auch für andere Bereiche unserer Rechtsordnung. Gesetze sind auch Normen zur Kanalisierung des sozialen Lebens. Das Phänomen der administrierten Preise zwingt dazu, die durch die Kontrolle über den Wettbewerb gerechtfertigte Sonderstellung des wirtschaftlichen Bereichs für marktbeherrschende Unternehmen zu korrigieren, um die marktwirtschaftliche Ordnung bzw. den Wettbewerb funktionsfähig zu erhalten. Das ist keine neue Herausforderung an die marktwirtschaftliche Ordnung, kein Ansatz zur „Systemüberwindung“, sondern die konsequente Ausgestaltung der sozialen Marktwirtschaft gemäß den ordoliberalen Prinzipien, auf die sie sich beruft.

Korreferat zu:
Administrierte Preise als Problem der Stabilisierungspolitik

Von *Christian Marfels*, Halifax, Kanada

Der Terminus „administered pricing“ gehört seit langem zum festen Bestandteil des Studiums der „industrial organization“ und dient gewissermaßen im weitesten Sinne als Umschreibung der Preispolitik auf Oligopolmärkten. Verfolgt man allerdings das Für und Wider der Gestaltung einer *Konzeption* administrierter Preise, so wird man Herrn Blum sicherlich für seinen Verzicht auf das Eingehen auf die „semantic battles“ über Definition und Abgrenzung derselben in der anglo-amerikanischen Literatur dankbar sein müssen. Wie anders ist es zu erklären, daß so diametrale Diskrepanzen etwa in den Feststellungen Means¹, des geistigen Vaters dieses Konzepts, und denen seiner Opponenten wie Backman² und Weston³ auftreten; Diskrepanzen, die im wesentlichen durch vage Definitionen und oft recht willkürliche Auswahl und Interpretation statistischen Materials hervorgerufen werden.

Aber wenn dem so wäre, daß administrierte Preise kein Problem darstellten, wie Backman und Weston behaupten, dann brauchten wir hier heute nicht zu diskutieren. Nun haben jedoch Herrn Blums Ausführungen deutlich gezeigt, daß administrierte Preise nicht nur ein *Problem*, sondern eine *Herausforderung* an eine in den größeren Rahmen der Stabilitätssicherung gebettete Wettbewerbspolitik stellen. Folgende Thesen kristallisieren sich heraus:

1. Marktmacht erlaubt es einem Unternehmen, autonome Strategien, insbesondere autonome Preispolitik, durchzusetzen; daher sind administrierte Preise als deren Folgeerscheinung in die Kategorie anti-bietororientierter Inflationshypothesen einzuordnen.

¹ G. C. Means, Pricing Power and the Public Interest, in: Administered Prices: A Compendium on Public Policy, U.S. Senate Subcommittee on Antitrust and Monopoly, Washington, D. C. 1966, S. 213 - 239; G. C. Means, The Administered-Price Thesis Reconfirmed, in: American Economic Review, Bd. 62 (1972), S. 292 - 306.

² J. Backman, Do Administered Prices Create a Problem?, in: Administered Prices: A Compendium on Public Policy, S. 25 - 43.

³ J. F. Weston, u. a., The Administered-Price Thesis Denied: Note, in: American Economic Review, Bd. 64 (1974), S. 232 - 234.

2. Administrierte Preise sind ein Indiz, vielleicht *das* Indiz, für das Versagen der globalen Nachfragesteuerung als stabilisierungspolitisches Instrument.
3. Durch den Charakter der administrierten Preise bedingt sind der herkömmlichen Wettbewerbspolitik als Instrument der Stabilisierungspolitik Grenzen gesetzt; es sind daher zusätzliche Sanktionsmechanismen notwendig.

Meine kurzen Bemerkungen ranken sich um diese Thesen.

Zweifellos wird man der Feststellung, daß administrierte Preise an das Kriterium der Marktmacht gebunden sind, folgen dürfen und müssen. Tut man dies, so möchte ich, allerdings in Abweichung von Herrn Blum, einer *marktstrukturbedingten* Erklärung administrierter Preise den Weg weisen. Ich will damit sagen, daß die Wahrscheinlichkeit des Auftretens administrierter Preise auf Oligopolmärkten sehr wohl größer sein wird als auf polypolistischen Märkten, wenn es sie dort überhaupt gibt. Auch das Bundeskartellamt scheint sich auf diesen Pfaden zu bewegen, wenn es in seiner — gegenwärtig noch in Arbeit befindlichen — Quantifizierung des Umfangs administrierter Preise denjenigen Märkten Priorität zuweist, auf denen der Wettbewerb aus *strukturellen* Gründen beschränkt ist⁴. Ohne hiermit weiter in die Kontroverse um die traditionelle Kausalkette zwischen Marktstruktur, Marktverhalten und Marktergebnis eintreten zu wollen, nehmen wir doch als *ein* Indiz das sogenannte „target pricing“, also die Kalkulation eines festen Gewinnaufschlags. Gegenwärtig man sich langfristige „target rates of return“ in Höhe von 20 Prozent für Unternehmen wie General Motors, DuPont und General Electric⁵, dann dürften allein schon aus diesen Dimensionen die engen Verbindungen zu administrierten Preisen unverkennbar sein. Gewiß werden kleinere und mittlere Unternehmen auch in gewissem Umfang ein „target pricing“ betreiben müssen, jedoch werden die Aufschläge sicherlich wesentlich flexibler gestaltet sein, sich also veränderten Marktbedingungen eher anpassen resp. anpassen *müssen*, als dies bei Großunternehmen der Fall sein wird.

Wenn, wie Herr Blum schlüssig behauptet, staatliche Globalsteuerung von Angebot und Nachfrage gerade wegen des Auftretens administrierter Preise nicht mehr realisierbar ist, dann müssen zwangsläufig flankierende Sanktionsmechanismen eingebaut werden, um die Wettbewerbspolitik operational im Sinne eines Instruments der Stabilisierungspolitik zu gestalten. Spricht man administrierten Preisen eine

⁴ Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1973, Bundestagsdrucksache 7/2250 vom 14. 6. 1974, S. 14 ff.

⁵ G. C. Means, Pricing Power and the Public Interest, S. 223.

inflationfördernde Tendenz zu, dann würden entsprechende Preiskontrollen ganz gewiß als vorrangige Maßnahmen in dieser Hinsicht anzusehen sein, die an die Wurzel des Inflationssyndroms gehen. Und hier wird man Herrn Blum voll und ganz zustimmen müssen, wenn eine solche Maßnahme als systemkonform, also im Rahmen der sozialen Marktwirtschaft stehend, klassifiziert wird. Warum aber nicht den Schritt weitergehen und eine, von Herrn Blum nur implizite angedeutete, allgemeine Kontrolle wirtschaftlicher Machtstellungen fordern? Damit bekäme man — allerdings wiederum unter Berufung auf das Marktstrukturkriterium — die Vorbedingung für das Auftreten administrierter Preise in den Griff. Als eine Hinwendung in diese Richtung könnten Vorschläge wie etwa derjenige der generellen Festlegung von Höchstwerten von Marktanteilen in den Empfehlungen der Neal Task Force interpretiert werden⁶. Ob derartige Maßnahmen praktikabel sind resp. die erwünschten Folgen, nämlich eine Einschränkung der Marktmacht nach sich ziehen, wird im Hinblick auf multinationale Unternehmen sicherlich nicht zuletzt wiederum von flankierenden Maßnahmen wie internationaler Harmonisierung von Steuer- und Bilanzierungsvorschriften abhängen, ein Tatbestand, den ich in den Ausführungen von Herrn Blum vermißt habe. Es ist kein Geheimnis, daß multinationale Unternehmen bequem Gewinne von Land zu Land verschieben können und, was im vorliegenden Zusammenhang wesentlich gravierender sein dürfte, ausländischen Tochtergesellschaften künstlich überhöhte Abnahmepreise in Rechnung stellen können. Unter diesen Aspekten werden nationalstaatlichen Preiskontrollen wenig Erfolge beschieden sein, wenn sie nicht durch die eben erwähnten flankierenden Maßnahmen ergänzt werden. Ein beredtes Zeugnis dazu dürften die vor kurzem veranstalteten Hearings des Bundeskartellamtes über die Preisgestaltung führender Mineralölunternehmen abgelegt haben. Grosso modo muß man jedoch trotz einiger abweichender Bemerkungen Herrn Blum das Verdienst zusprechen, ein in der deutschsprachigen Literatur bisher recht stiefmütterlich behandeltes Phänomen hervorragend dargestellt zu haben.

⁶ P. C. Neal, u. a., White House Task Force Report on Antitrust Policy, Antitrust & Trade Regulation Report, Nr. 41, Special Supplement, Teil II, 27. Mai 1969.

Diskussion

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Erlauben Sie bitte vor Eintritt in die Diskussion eine Bemerkung auf Veranlassung und im Einvernehmen mit dem wissenschaftlichen Leiter der Tagung, Herrn Kollegen Würgler. Er hatte die Korreferenten unter dem Gesichtspunkt und in der Hoffnung bestimmt, daß im Korreferat eine Gegenposition zum Referat dargestellt wird, damit eine Disputation angeregt wird. Es hat sich herausgestellt, daß sein Vorhaben in zwei oder drei Fällen nicht ganz geglückt ist, und dieses erste Themenpaket heute morgen gehört zu diesen wenigen Fällen. Herr Kollege Marfels als Korreferent hat — und das spricht vielleicht für die Überzeugungskraft des Referats von Herrn Kollegen Blum — im großen und ganzen dem Referenten akklamiert und nur einige Gedanken zusätzlich unterstrichen. Wenn also Herr Kollege Marfels kein Opponent, sondern ein Sekundant des Referenten ist, dann sollte der Leiter des Arbeitskreises versuchen, wenigstens noch eine Gegenposition zu formulieren. Deshalb bitte ich zu entschuldigen, wenn ich als Arbeitskreisleiter ein einziges Mal ein Votum zur Sache abgebe; wie gesagt, ich tue dies auf Wunsch des Leiters der wissenschaftlichen Vorbereitung dieser Tagung, Herrn Kollegen Würgler.

Folgende Gegenposition möchte ich also formulieren: Das Konzept der administrierten Preise war zunächst von Means in den dreißiger Jahren ohne jede Bezugnahme auf Wettbewerbspolitik und ohne jede Bezugnahme auf Marktmacht formuliert worden. Dieses Konzept erlangte dann eine Uminterpretation, als ein bestimmter Typ der Stabilisierungspolitik, den wir als demand management, incomes policy, oder in Deutschland als Globalsteuerung bezeichnen, immer deutlicher seine Unwirksamkeit erwies. Auf das Versagen dieser Art von Stabilisierungspolitik reagierten die Theoretiker der Stabilisierungspolitik unterschiedlich. Eine Gruppe — die ich hier einmal die „Skeptiker“ nennen möchte — stellte den theoretischen Ansatz, aus dem die Stabilisierungspolitik des demand management abgeleitet ist, als solchen generell in Frage und brachte Gründe vor, warum dieser Typ der diskretionären Globalsteuerung untauglich sei. Eine zweite Gruppe — Autoren, die ich hic et nunc

einmal die „Gläubigen“ nennen möchte — hielt diesen Approach der Globalsteuerung weiterhin für adäquat und unerschüttert und suchte deshalb nach Sündenböcken, die Sand in das Getriebe der Globalsteuerung streuen. So suchten und fanden sie die Unternehmer, die Preise „administrieren“, und forderten, daß in die Globalsteuerung jetzt als weiterer Bestandteil die Wettbewerbspolitik einbezogen werden sollte, um das zu leisten, was die Globalsteuerung traditionellen Typs nicht geschafft hatte.

Die Herren Kollegen Blum und Marfels gehören offenbar zur zweiten Gruppe, den sogenannten Gläubigen, und ihre Ausführungen galten demgemäß unter der stillschweigenden Prämisse, daß Stabilisierungspolitik gleich demand management ist und daß das Scheitern dieses Typs der Stabilisierungspolitik eben auf die Existenz administrierter Preise zurückzuführen sei. Ich möchte diese Prämisse, nämlich die Annahme „Administrierte Preise sind Hemmungsfaktor der Globalsteuerung“, als Hemmungsfaktorprämisse bezeichnen.

Diese Hemmungsfaktorprämisse würde ein Vertreter der ersten Gruppe, nämlich ein Vertreter der Skeptiker, sicherlich nicht unbesehen hingenommen haben, wenn er hier ein Referat zu halten gehabt hätte, und ein solcher „Skeptiker“ würde das Thema deshalb wohl völlig anders behandelt haben. Er würde nämlich die Frage gestellt haben, ob diese Prämisse denn eigentlich empirisch bestätigt sei. Dazu bedarf es einer empirisch gehaltvollen Hypothese, d. h. die Begriffe und Konzepte müssen einigermaßen operational formuliert sein, so daß man intersubjektiv überprüfen kann, ob bzw. inwieweit die Hemmungsfaktorprämisse überhaupt zutrifft.

Von dieser Position aus wäre deshalb ein „Skeptiker“ interessiert zu hören, wie die „Gläubigen“ ihre Prämisse empirisch fundieren. Dazu findet ein „Skeptiker“ in beiden Referaten jedoch praktisch nichts.

Der Referent beispielsweise verzichtet ausdrücklich auf die Darstellung der Abgrenzungs- und der Definitionsprobleme. Der Korreferent applaudiert ihm und sagt, das seien „semantic battles“ und glücklicherweise habe der Referent verzichtet, darauf einzugehen. Zu diesem Verzicht gehört es aber, daß Begriffe wie Macht, Marktmacht, Oligopol, Marktbeherrschung, Konzentration und viele andere bei beiden Referenten zwar eine zentrale Rolle spielen, daß sie uns aber nicht sagen, wie man empirisch feststellen kann, ob und in welchem Ausmaß derartige Phänomene tatsächlich vorliegen, und wie man denn eigentlich restriktive Macht, restriktive Oligopole, wettbewerbsbeschränkende Konzentration einerseits und kompetitive, innovative Macht, kompetitive Oligopole und kompetitive Konzentrationsprozesses andererseits empirisch-operational unterscheiden kann. Letzteres wäre auch deshalb

besonders naheliegend gewesen, weil Means in seinem 1962 erschienenem Werk „The Corporate Revolution in America“ auf den Seiten 78 f. ausdrücklich sagt: „The bulk of administered prices are in the competitive industries“, d. h., die Masse der administrierten Preise sind in den wettbewerblichen Wirtschaftszweigen!

Ein Skeptiker, d. h. ein Vertreter der ersten Gruppe, hätte dazu einiges in den Referaten erwartet. Der Referent sagte hierzu jedoch lediglich, daß „statistische Evidenz der administrierten Preise... wegen der Schwierigkeiten einer operationalen Abgrenzung noch fehlt“. Er sagte aber nichtsdestoweniger, daß wirtschaftspolitische Konsequenzen gezogen werden könnten, und zwar Konsequenzen, die beim Korreferenten bis zur Forderung auf staatliche Festlegung von Höchstwerten für Marktanteile reichen, eine Forderung, die bei jedem, der einmal versucht hat, empirisch einen relevanten Markt abzugrenzen, nur höchstes Erstaunen hervorrufen kann.

Kurz zusammengefaßt: Auf der einen Seite haben wir die Gläubigen, die der Meinung sind, statistische Evidenz fehle lediglich im Augenblick noch, sie werde aber sicherlich eines Tages noch nachzuweisen sein. Auf der anderen Seite haben wir die Skeptiker, die jeden bisherigen Versuch einer empirischen Bestätigung der administrierte-Preise-Hypothese als gescheitert ansehen. Die Position der Skeptiker scheint mir in beiden Referaten weder dargestellt noch berücksichtigt worden zu sein, und die Einwendungen der Skeptiker abwertend als „semantic battles“ zu bezeichnen, wie es der Korreferent tat, reicht nicht aus, um einen Skeptiker zu einem Gläubigen zu machen. Im Gegenteil wird ein Skeptiker sich darin bestätigt fühlen, daß die Gläubigen das Problem einfach definitorisch aus dem Wege räumen, indem sie nämlich dann, wenn die Globalsteuerung des demand management versagt hat, d. h. wenn strategische und spektakuläre Preise sich nicht nach den Wünschen der Globalsteuerer richten, diese Preise einfach als „administriert“ bezeichnen, um die betreffenden Unternehmen dann per definitionem als Inhaber von wettbewerbsbeschränkender Marktmacht zu klassifizieren. Deshalb werden Skeptiker sich bestätigt fühlen, wenn die Gläubigen den definitorischen Fragen ausweichen, weil dieses Ausweichen nur die skeptische Auffassung bekräftigt, daß die Gläubigen das Problem, ob die Hemmungsfaktorprämisse empirisch tatsächlich zutrifft, einfach per definitionem „beseitigt“ haben.

Ich hoffe, hiermit wenigstens noch eine Gegenposition dargelegt zu haben.

Arno Sölter (Köln):

Ich beginne mit der Kritik an einer „Wettbewerbsbeschränkung“, nämlich an der Kontingentierung meines Diskussionsbeitrages auf drei

Minuten. Es ist überdies bedauerlich, daß der Diskussionsleiter selbst die Gegenposition zum Referenten beziehen muß. Das liegt offenbar an der Struktur der Veranstaltung. Ich hatte mir schon bei der Tagung des Vereins für Socialpolitik vor zwei Jahren erlaubt, darauf hinzuweisen, daß es höchst problematisch ist, über Macht zu diskutieren, ohne diejenigen, welche angeblich die Macht besitzen, zu Gehör kommen zu lassen.

Ich kann angesichts der beschränkten Zeit nur Stichworte vortragen. Das soll in Gestalt von Fragen geschehen:

1. Was ist „ideale Preisbildung“, Herr Blum? Ich weiß nur, daß die Wettbewerbstheorie sich keineswegs darüber einig ist, was der ideale Preisbildungsprozeß ist.
2. Damit hängt diese Frage zusammen: Was ist der „ideale Markt“? Der Referent spricht mehrfach von unvollkommenen Märkten. Nach meiner Auffassung sind die sogenannten unvollkommenen Märkte heute die höchst effektiven Märkte der Realität.
3. Was ist Wettbewerb? Ich besitze eine ganze Sammlung von Definitionen. Sie kennen sicherlich die Aussage von Mason: „Es gibt so viele Definitionen des funktionsfähigen Wettbewerbs, wie es funktionsfähige Nationalökonomien gibt.“
4. Was ist Monopol? Sie wissen, daß es ein statisches und ein dynamisches Monopol gibt. Das statische Monopol gibt es heute praktisch nicht mehr. Ich kenne außer dem Diamanten-, dem Bergamotte- und dem Arbeitsmarktmonopol keine Monopole.
5. Damit im Zusammenhang steht die Frage: Was ist ein polypolistischer Markt? Nach meiner Erfahrung und Überzeugung — ich bin „Marktwirt“, d. h. ein Mann, der sich praktisch mit Marktproblemen zu befassen hat — sind polypolistische Märkte stets nur Übergangserscheinungen. Früher wurden sie durch Kartellierung oder Konzernierung „überwunden“; heute gehen sie wegen des Kartellverbots einerseits und des bedeutend intensiveren Wettbewerbs andererseits mit der Zeit in die oligopolistische Struktur über.
6. Der Referent hat gesagt, die Information im Markt führe zu administrierten Preisen. Ich entgegne ihm: Wettbewerb heißt in erster Linie, seine Leistung mit der des Konkurrenten vergleichen, d. h., ohne Information ist nach meiner Auffassung Leistungswettbewerb gar nicht vorstellbar.
7. Der Referent sagt, die Unternehmer betreiben durch administrierte Preise Strategien der Gewinnexpansion. Sie wissen, daß die Gewinnrate in der Bundesrepublik in einem erschreckenden Maße von Jahr zu Jahr rückläufig ist. Versagt da die Strategie oder die Theorie?

8. Der Referent führt das Beispiel der Mineralölpreise an, ohne zu sagen, daß seit einigen Wochen die Preise stark abbröckeln, und zwar trotz oligopolistischer Marktstruktur und trotz „Strategie der Gewinnexpansion“.
9. Der Referent sagt, der Staat biete Leistungen an, ohne Produktivitätsfortschritte realisieren zu können; darum müßten in den übrigen Bereichen preisdämpfende Maßnahmen Platz greifen. Meine Frage ist: Soll damit gesagt sein, daß sich der Wasserkopf des Staates, der jedem Bürger größte Sorgen bereitet, mit Hilfe der Produktivität der privaten Wirtschaft noch weiter aufblähen soll?
10. Es heißt immer wieder, administrierte Preise seien unelastischer als nicht administrierte. Hier eine Statistik — ich kann wegen der beschränkten Zeit nur ganz grobe Angaben vortragen: Von 1962 bis 1973 ist der Preisindex bei uns von 100 auf 123,8 gestiegen, bei Kali — also einem „administrierten“ Bereich — demgegenüber nur auf 110, bei Zement auf 100,3, bei Transformatoren ist er auf 97 gefallen, bei elektrischen Verbrauchsgütern ist er nach wie vor 100. Demgegenüber sind z. B. nicht administrierte Preise, wie z. B. Dienstleistungen, überproportional gestiegen!
11. Frage an den Referenten: Meint er, wenn er sagt, der Arbeitsmarkt unterliege ebenfalls der Administrierung, daß auch eine Kontrolle für den Arbeitsmarkt Platz greifen müßte?
Habe ich noch eine halbe Minute?

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Ich glaube, wir sollten hier eine Ausnahme zulassen, damit die, „die angeblich die Macht besitzen“, sich äußern können.

Arno Sölter (Köln):

Sie wissen, meine Damen und Herren, daß über den Begriff Macht heute immer noch lebhaft gestritten wird und daß es noch keine endgültige, absolute Definition gibt. Diejenige von Max Weber wird ja unter den heutigen Bedingungen weitgehend in Zweifel gestellt. Ich will nur stichwortartig unterscheiden:

Es gibt auf der einen Seite die Ohnmacht; keiner möchte, daß ein Unternehmer ohnmächtig ist. Es gibt ferner die Gestaltungs- oder Entfaltungsmacht; ein Unternehmer ohne diese Macht ist kein Unternehmer; er kann sich nicht am Markt entfalten und behaupten. Dennoch ist es diese Gestaltungs- und Entfaltungsmacht, die ihm heute vielfach zum Vorwurf gemacht wird. — Sodann gibt es die Übermacht; dieser

sollte möglichst durch Gegenmacht begegnet werden. Und schließlich gibt es den Machtmißbrauch, den der Staat bekämpfen muß.

Kein Wort ist in dem Referat über die Nachfrageseite geäußert worden. Es ist immer nur die Administrierung auf der Angebotsseite erwähnt worden. Auf der Nachfrageseite gibt es drei Verhaltensweisen: Erstens, die Nachfrage bewilligt jeden Preis, nämlich bei Überkonjunktur; zweitens erleben wir zunehmend die Nachfragemacht, die den Preis niedrig hält; drittens gibt es den „Nachfragestreik“: im Durchschnitt sind heute 50 Prozent unseres Einkommens „vagabundierend“, d. h. es kann, braucht aber keine wirksame Nachfrage im Markt aufzutreten. Eine hohe Nachfrageelastizität ist aber das wirksamste Wettbewerbsstimulans.

Ich habe 35 Wettbewerbsarten zusammengestellt, die höchst differenzierte Absatzpunkte und Wirkungen haben. Es wird heute immer nur vom Preiswettbewerb gesprochen, das ist das Mißliche an der Wettbewerbstheorie und auch Wettbewerbspolitik der Gegenwart.

Damit komme ich zu dem letzten, zum Bericht des Bundeskartellamtes. Die Aufstellung des Amtes über „privat-administrierte Preise“ ist selbst im Bundeskartellamt überaus umstritten. Wir in der Industrie halten sie für völlig ungerechtfertigt. Der § 22 GWB enthält nur Aufgreifkriterien. In der BKartA-Tabelle spricht man aber von einem „Verdacht“ oder gar von einer „Sündenliste“. Das ist die eine Seite. Die andere Seite ist, daß die Märkte in der Tabelle z. T. völlig willkürlich nach produktionsstatistischen, aber nicht nach marktrelevanten Abgrenzungskriterien zusammengewürfelt sind.

Jürgen Franke (Berlin):

Ich kann nicht direkt auf meinen Vorredner eingehen, sondern möchte nur bemerken: Ich habe den Eindruck, hier wird Politik ohne Theorie getrieben. Das ist für einen Nationalökonom natürlich relativ unbefriedigend. Ich möchte versuchen, etwas zu der Theorie beizutragen.

Ein Teil der Definition der administrierten Preise ist von Herrn Blum dahin gekennzeichnet worden, daß die Unternehmer die Preise ohne Rücksicht auf die Marktlage festsetzen könnten. Es ist aber schlicht nicht denkbar, daß die Unternehmer die Preise ohne irgendwelche Konsequenzen für Absatz und Gewinn festsetzen können. Das müssen wir berücksichtigen.

Dann ergibt sich die Frage: Wie ist das Phänomen der administrierten Preise — wenn man es einmal akzeptiert —, daß bei Nachfragedämpfung kein Preisrückgang auftritt, zu erklären? Selbst wenn wir den

theoretischen Fall des Monopols unterstellen und sich — das ist wohl auch verständlich, ohne daß man das an der Tafel anzeichnet — die Nachfragekurve nach links verschiebt, dann bedeutet das auch für das Monopol bei Gewinnmaximierung einen Rückgang des Preises. Das kann man theoretisch nachweisen. Wie stark der Rückgang sein müßte, hängt von den Elastizitäten usw. ab. Jedenfalls liegt auch dort bei Nachfragedämpfung ein Preisrückgang vor, so daß die Aussage, Marktmacht führe dazu, daß kein Preisrückgang eintritt, theoretisch gar nicht abgedeckt ist.

Wenn man das Phänomen aber als empirisches Phänomen akzeptiert, wie kann man es dann erklären? Es gibt die eine Erklärungsmöglichkeit, daß man nicht durchgehend Gewinnmaximierung annimmt, sondern in verschiedenen Phasen verschiedene Zielsetzungen unterstellt, also davon ausgeht, daß der Monopolist manchmal auf totale Gewinnmaximierung verzichtet. Mir scheint es aber nicht plausibel zu sein, anzunehmen, daß der Monopolist die Preise nicht senkt, um einen niedrigeren Gewinn zu haben. Ich persönlich neige zu der Auffassung, daß sich der Grad des Parallelverhaltens in dieser Situation verändert und sich damit auch die Marktmacht in dieser Situation verändert. Das heißt, wenn wir einen Nachfragerückgang haben, kommen tendenziell alle Unternehmen in eine schlechtere Situation; sie sind dann nicht mehr so wettbewerbsfreudig und können damit rechnen, daß die anderen Unternehmer auch nicht ihre Preise senken. Das bedeutet, das — wie auch immer zustande gekommene — Parallelverhalten ist in dieser Situation größer.

Franz-Ulrich Willeke (Heidelberg):

Es gibt natürlich zu dem Referat sehr viel zu sagen. Ich möchte mich zunächst auf zwei Punkte beschränken.

Sie hatten vorhin selbst gesagt, man sollte hier nicht in eine scholastische Diskussion darüber eintreten, was administrierte Preise seien. Ich glaube aber, daß die ganze Diskussion von Anfang an — und zwar schon durch Means 1935 selber — dadurch gelitten hat, daß in den Begriff der administrierten Preise sogleich das Kriterium der relativen Starrheit mit hineingenommen wurde. Denn dann kann man ex ante überhaupt nicht sagen, ob es sich auf einem konkreten Markt und in einer konkreten Situation um administrierte Preise handelt oder nicht; denn wir müssen erst abwarten, ob die Preise im Rahmen einer bestimmten Situation relativ starr sind oder nicht. Sie haben es in einem Punkt selbst angedeutet, ohne darauf näher einzugehen. Auf Seite 1027 sagen Sie meines Erachtens sehr richtig, es kommt prinzipiell darauf

an — und das ist wohl auch der Kern der ganzen Debatte über die administrierten Preise —, daß wir es hier mit Preissetzungen seitens der Unternehmer zu tun haben. Damit sind die administrierten Preise zunächst einmal grundsätzlich nur abgegrenzt gegenüber den in der amerikanischen Literatur als „marktdeterminiert“ bezeichneten Preisen, wobei man unterstellt, daß es sich im strengen Sinne um Polypolmärkte handelt, also um Märkte mit einer börsenmäßig organisierten Preisbestimmung. Das würde — und das haben Sie auch angedeutet, Herr Blum — der weiteste Begriff für administrierte Preise sein: eben gesetzte Preise. Deshalb hat auch Markham mit Recht gesagt, daß er diesen Ausdruck nur mit Rücksicht auf seine Popularität verwende und daß man ihn eigentlich ganz weglassen könnte.

Unterstellen wir einmal, es handele sich um Preissetzungen. Dann ist die nächste Frage: Wollen wir jetzt — und so habe ich Sie verstanden — nur die Oligopolpreise (und Monopolpreise) als administrierte verstehen? Oder sollen nicht auch, wie Sie es irgendwo einmal andeuteten, Polypolmärkte — und Sie meinten sicherlich heterogene Polypole; ich denke an Einzelhandelsmärkte, wo wir es nicht mit Mengenanpassern zu tun haben — mit hineingenommen werden? Markham hat sich in der Weise geholfen, daß er sagte: Ich begrenze das Problem auf Oligopolmärkte. Das scheint mir in der Tat eine sinnvolle Sache zu sein. Dann haben wir es bei den administrierten Preisen nur mit dem Problem zu tun: Wie verhalten sich Oligopolisten in bestimmten Situationen?

Mein zweiter Punkt: Sie sprechen auf Seite 1029 von autonomen Preisstrategien und dann sehr oft von dem Problem, wie Oligopolisten auf Nachfrageschwankungen reagieren. Ich glaube, ein Gesichtspunkt ist da etwas zu kurz gekommen: Man müßte schärfer die Situation herausarbeiten, in der ein Oligopolist oder die Oligopolisten eines Marktes bei gegebenen Nachfragefunktionen und gegebenen Kostenstrukturen — und zwar bei gegebenen Lohnsätzen und gegebener Arbeitsproduktivität — Preisspielräume haben, die sie tendenziell ausnutzen werden. Nur hier würde ich im strengsten Sinne von einer autonomen Preisstrategie, also von einer möglichen autonomen Ursache für die Inflation sprechen.

Davon ganz eindeutig zu unterscheiden ist die Frage, wie Oligopolisten auf autonome Nachfrageschwankungen reagieren, wobei wiederum zwischen Nachfragerückgang und Nachfrageerhöhung zu unterscheiden ist. Hier zeigt sich — und Means hat das später selbst gesagt —, daß die Oligopolisten bei Nachfrageerhöhungen unter Umständen relativ schnell mit Preiserhöhungen reagieren. Damit muß die Vorstellung von der relativen Preisinflexibilität der Oligopolisten stark relativiert werden.

Bei einem Nachfragerückgang muß man meiner Ansicht nach wieder unterscheiden, ob wir es mit einem absoluten Nachfragerückgang oder auf dynamischen Märkten mit einem relativen Nachfragerückgang zu tun haben, der entsteht, wenn der Nachfragezuwachs geringer ist als die gleichzeitig erfolgende Kapazitätsausdehnung. Wenn die Kapazitäten schneller wachsen als die Nachfrage, sieht es zunächst so aus, als ob ein preissteigernder Kostendruck entstehen würde. Die betreffenden Oligopolisten werden sich aber wahrscheinlich im Rahmen eines dynamischen Marktes ganz anders verhalten, eben weil sie mittelfristig eine weitere Nachfragesteigerung erwarten.

Wie gesagt, das sind nur zwei Punkte, und jetzt müßte ich eigentlich erst anfangen zu diskutieren.

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Der Kürze halber möchte ich mich auf einen Punkt beschränken, und zwar möchte ich die Frage stellen, ob die administrierten Preise bzw. — ich will es mal etwas neutraler bezeichnen — ob Preisrigidität ein Symptom für Marktmacht ist oder nicht. Herr Willeke hat eben schon angedeutet, daß auch auf oligopolistischen Märkten, auf konsumenten-nahen Dienstleistungsmärkten — wie Einzelhandel, der Friseurladen an der Ecke usw. — im Grunde administrierte Preise oder Preisrigidität in gewisser Form vorherrschen bzw. vorherrscht.

Ich möchte als Gegenthese eine Erklärung der Preisrigidität geben — ich werde das morgen auch in meinem Referat darlegen —, die nicht unmittelbar mit Marktmacht und auch nicht im traditionellen Sinne mit der Marktstruktur, so wie sie normalerweise in der industrial-organization-Literatur definiert ist, zu tun hat, sondern mit dem Faktum, daß auf Grund der Spezialisierung der Produktion die Zahl der Anbieter auf den meisten Märkten weit kleiner ist als die Zahl der Nachfrager. Das ist ein strukturelles Phänomen ganz genereller Art, das zu bekämpfen überhaupt keinen Sinn hat; denn dann müßte man die Arbeitsteilung aufheben.

Aus dieser Struktur folgt, daß die Routinisierung des Bargaining-Prozesses zwischen Käufer und Verkäufer in vielen Fällen ein sehr kostensparendes Instrument ist und daß diese Routinisierung wegen dieser Struktur der zahlreichen Käufer pro Verkäufer am besten die Form annimmt, daß der Verkäufer den Preis nennt und der Käufer sagt, ob bzw. wieviel er zu diesem Preis kaufen will. Das hat unmittelbar gar nichts mit Marktmacht zu tun, es sei denn, daß man einen alles völlig überschwemmenden Begriff von Marktmacht zugrunde legt. Diese Gegenthese bezüglich der Ursache der Preisrigidität würde dazu füh-

ren — das wäre eine empirische Frage —, daß die konsumentennahen Märkte, wo dieses Strukturelement besonders gegeben ist, diejenigen mit der höchsten Preisrigidität sind, womit auch empirisch erklärt wäre, weshalb der Konsumentenpreisindex konjunkturell immer erst so spät reagiert. Dafür gibt es nämlich sonst keine gute theoretische Erklärung; die Kostenüberwälzung ist keine gute Erklärung. Dies würde erklären, weshalb Märkte, die typischerweise oligopolistische Märkte sind — z. B. synthetische Fasern —, in bestimmten Situationen einen ungeheuren Preisverfall erkennen lassen, wenn sich eine Überkapazität entwickelt hat, während konsumentennahe Anbieter — etwa der Friseur an der Ecke, dem niemand Marktmacht unterstellen will — Preisrigidität aufweisen.

H. O. Lenel (Mainz):

Herrn von Weizsäckers Argument läßt sich — wenn es allgemeingültig sein soll — meiner Ansicht nach sehr rasch widerlegen, da die Preise auf den Konsumentenmärkten keineswegs, wie er annimmt, durchweg starr sind. Man begeben sich z. B. einmal auf den Wochenmarkt. Dort hat man das Gegenbeispiel.

Was er bezüglich der Wirkung der kleinen Zahl der Anbieter sagt, läßt sich unter Umständen leicht durch die damit verbundene Erleichterung von Absprachen erklären.

Gerd Aberle (Gießen):

Fünf Punkte sind mir als diskussionsnotwendig aufgefallen:

1. Mir erscheint die Ausweitung des Begriffs der administrierten Preise, die Sie, Herr Kollege Blum, vorgenommen haben, etwas problematisch. Sie beziehen die Löhne ohne näheren Kommentar mit ein, Sie beziehen ebenso die Zinsen mit ein. Man kann ferner unter dem Aspekt wirtschaftlicher Macht auch noch einen Teil der Rohstoffe mit hinzunehmen, deren Preise zu 60 bis 70 Prozent administriert sind. Soweit diese Rohstoffe als Inputs eine Rolle spielen, müssen dann ja auch die Preise der betreffenden Produkte faktisch administriert sein. Da frage ich mich, was dann eigentlich noch übrigbleibt.

2. Sie haben die staatlich administrierten Preise, denen ich doch eine gewisse Bedeutung zumessen würde, weitgehend außer acht gelassen. Ich glaube, daß gerade die staatlich administrierten Preise einer Wirkungsanalyse zu unterziehen sind und daß man aus dem Ergebnis einige ganz interesssante Schlußfolgerungen ziehen könnte.

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Darf ich dazu bemerken: Der Leiter der wissenschaftlichen Vorbereitung der Tagung hat ausdrücklich festgelegt, daß sie in dem Referat *nicht* behandelt werden sollten.

Gerd Aberle (Gießen):

Entschuldigen Sie, ich war vom Thema des Referates ausgegangen.

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Es war auch nur eine Information.

Gerd Aberle (Gießen):

3. Ich meine, Herr Kollege Blum, daß die Ursachen privat administrierter Preise etwas genauer zu untersuchen wären. Das ist in einigen vorhergehenden Diskussionsbeiträgen auch zum Ausdruck gekommen. Dann würde sich wahrscheinlich herausstellen — das betrifft auch das Korreferat von Herrn Kollegen Marfels —, daß die Annahme, ein einfaches Rezept wie die Intensivierung der Wettbewerbspolitik durch Vorgabe von Normen würde zu einem optimalen Ergebnis führen, nicht zutrifft. Die Ursachen dieser privat administrierten Preisen kommen meines Erachtens zu kurz.

4. Hier wird die Nachfrageseite stark heruntergespielt. Ich habe den Eindruck, es ist Mode geworden, quasi in einer Umkehrung für die Wirtschaftspolitik die Nachfrage weitgehend außer acht zu lassen. Beispiele der Vergangenheit zeigen, daß die Bedeutung der Nachfragebeeinflussung immer noch existiert. Genannt worden ist bereits der Mineralölmarkt; der Rückgang der Nachfrage auf dem Mineralölmarkt hat zweifellos bestimmte preispolitische Folgen. Bei Agrarprodukten können wir es auch feststellen. Ferner sollten kurz- und mittelfristige Wirkungen unterschieden werden. Wir müssen des weiteren berücksichtigen, daß eine Anpassungsstrategie oder ein Anpassungsfaktor auch der Marktaustritt sein kann; auch das Problem erleben wir im Augenblick auf zahlreichen Märkten.

5. Ich möchte darauf hinweisen, daß mir die Forderung, die von Ihnen, Herr Marfels, formuliert worden ist, man solle nicht so vorsichtig sein, sondern Normen vorgeben, die über Preiskontrollen hinausreichen,

als eine fragwürdige Argumentation erscheint, die auch von einem Vertreter des Bundeskartellamtes formuliert werden könnte. Wir haben — leider — keine bewährte Theorie über solche Normen, und mir erscheint eine solche Forderung, ohne daß man sich mit den theoretischen Grundlagen auseinandersetzt, in hohem Grade problematisch.

Bernhard Külp (Freiburg i. Br.):

Ich kann mich kurzfassen, da ein Teil meiner Kritik bereits von Herrn Willeke und von Ihnen, Herr Hoppmann, angesprochen wurde.

Ich habe zwei Kritikpunkte zur Definition. Erstens scheint es mir ganz generell unfruchtbar zu sein, wenn man in die Definition gewisse Wirkungen des zu definierenden Tatbestands hineinnimmt. In diesem Fall begibt man sich der Möglichkeit, Hypothesen über die Wirkungen aufzustellen. Denn diese Wirkungen sind dann *ex definitione* gegeben.

Die zweite Kritik: Ich bin der Meinung, daß bei dieser Art von Definition im Grunde genommen recht unterschiedliche Preisbildungsprozesse zusammengefaßt werden. Wenn ich es richtig sehe, würde unter diese Definition, die auf Seite 1025 gebracht wird, z. B. auch die Tariflohnfestsetzung fallen, d. h. also eine Preisfestsetzung, die aus einem Bargaining-Prozeß mit ganz bestimmten Spielregeln hervorgeht, darüber hinaus eine ganz andere Preisfestsetzung von seiten der Unternehmungen und drittens natürlich die Preisfestsetzung von seiten des Staates, die auf Grund des Votums des Leiters der wissenschaftlichen Vorbereitung von Ihnen ausgeklammert wurde.

Ich würde es für sehr viel fruchtbarer halten, wenn man von den Preisfestsetzungsmechanismen ausginge und danach unterscheidet.

Werner Glastetter (Düsseldorf):

Ganz kurz drei Bemerkungen zu der Frage der empirischen Verifizierung der administrierten Preise: Vielfach wird beklagt, daß eine solche Verifizierung oder ein solcher Nachweis fehlt.

1. Man kann ohne Zweifel feststellen — etwa gemessen an den gesamtwirtschaftlichen Konjunkturindikatoren und hier wiederum bezogen auf den Konjunkturzyklus in der Bundesrepublik von 1969 bis 1973 —, daß wir drei parallele Erscheinungen haben; nämlich erstens einen anhaltenden Anstieg der Preisindizes für industrielle Erzeugerpreise, zweitens eine relative Stagnation, fast sogar ein leichtes Absinken der realen Nachfrage nach industriellen Produkten und drittens einen tendenziell sinkenden Auslastungsgrad. Das heißt, wir beobachten

über vier Jahre hinweg ein Auseinanderklaffen von Phänomenen, die an sich in irgendeiner Form zusammenwirken müßten.

2. Man könnte natürlich argumentieren, das sei ein gesamtwirtschaftliches Phänomen; interessant seien aber die branchenspezifischen Probleme. Nun, da gibt es in der Tat erheblich größere Schwierigkeiten. Aber hier ist vielleicht ein Blick nicht in die Lehrbücher, sondern in die konkrete Tagespresse angebracht, und zwar in die Berichte der Unternehmensverbände und ihre Begründungen für Preiserhöhungen. Wir finden dort als Gründe: Die Preise müssen erhöht werden wegen der Stabilisierungspolitik der Bundesregierung; die Preise müssen erhöht werden wegen der Aufwertung der D-Mark; die Preise müssen erhöht werden wegen der Nachfragerückgänge auf den Märkten.

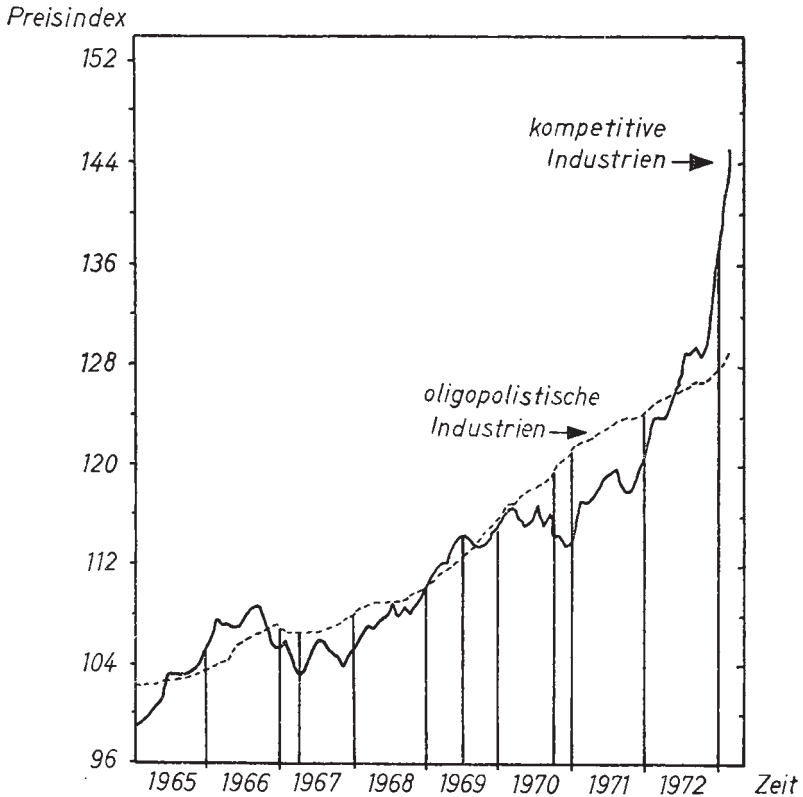
3. Man könnte argumentieren, die Begründungen der Verbände seien wissenschaftlich nicht tragfähig; man brauche eine echte, objektive Begründung der administrierten Preise. Da kommen dann natürlich die größten Schwierigkeiten. Denn dieser Nachweis ist in der Sache nur zu führen, wenn wir eine aussagefähige Kostenstrukturstatistik haben. Aber genau die haben wir nicht. Hier müße analysiert werden, welche Kostenbestandteile — ich nenne etwa: Lohnkosten, Zinskosten, Gewinnzuschlag — ganz konkret den Preis bestimmen. Vielleicht etwas provozierend formuliert: Es müßte doch nachdenklich stimmen, daß wir zwar eine sehr aussagefähige Statistik haben über die Zahl der Apfelbäume, aber keine aussagefähige Statistik über so elementare Sachverhalte wie Verteilungsfragen und Kostenstrukturfragen.

Jürgen Heinrich (Kiel):

Ich frage mich, ob Preiskontrollen einen Erfolg haben können im Hinblick auf mehr Preisstabilität. Ich denke etwa an die Entwicklung des Großhandelspreisindex in den USA von 1965 bis 1972. Bei kompetitiven Industrien — wer auch immer das sein mag — sieht die Entwicklung so aus, bei oligopolistischen Industrien so.

Welchen Erfolg für die Stabilisierungspolitik soll nun eine Preiskontrolle haben? Sie müßten doch sicherlich zubilligen, daß die oligopolistischen Unternehmen, wenn sie bei rückläufiger Nachfrage die Preise senken sollen, dann andererseits im Aufschwung die Preise über das Maß erhöhen können, das sich sonst ergeben würde.

**Großhandelspreise in oligopolistischen und kompetitiven Industrien
1965 - 1972**



Quelle: Alfred S. Eichner, A Theory of the Determination of the Mark-up Under Oligopoly, in: Economic Journal, Vol. 83 (1973), S. 1187.

Herbert Biermann (Münster):

Herr Blum hat in seinen meines Erachtens mutigen Ausführungen Preiskontrollen mit der marktwirtschaftlichen Ordnung in Einklang gesehen. Er stellt die Frage, ob der Staat die Aufgabe erhalten soll, den Preis zu einem Datum zu machen, und empfiehlt zur Sicherung desselben Sanktionsmechanismen. Dies wirft eine ganze Reihe von Fragen auf. Ich möchte hier, da Herr Marfels schon auf einige eingegangen ist sowie aus Zeitgründen nur eine Frage aufgreifen.

Versteht man die Preisdaten als einzuhaltende Schranken, so wird der Gesetzgeber theoretisch jedem Verstoß nachgehen müssen. Das heißt, der Staat wird Normbrüche mit strafenden Reaktionen zu be-

antworten haben. Dabei ist zu hoffen, daß über diese Strafen dann kollektive Einstellungen gegen die Normverletzer induziert werden. Die Solidarität erfährt insofern eine Stärkung. Kurz, Strafen schaffen einen Sicherheitsrahmen.

Dabei wird aber die Leistungsfähigkeit der negativen Sanktion übersehen. Vor allem ist unbeachtet, daß totale Verhaltensinformation vorausgesetzt ist. Man kann sogar nachweisen — und ich verweise in dem Zusammenhang auf Merton —, daß Verhaltenstransparenz nicht beliebig ausgedehnt werden kann, ohne andere Strukturen zu zerstören. Es existieren insofern Schwellen der Immunität.

Zudem dürfte die Aufdeckung aller Normbrüche die Normen selbst zu Fall bringen, d. h. der Staat würde seine Ohnmacht offenbaren. Es müßte also sogar vermieden werden, daß alle Normbrüche publik werden.

Damit stellt sich aber die Frage, wie hoch die sogenannte Dunkelziffer sein kann und wie hoch sie sein muß. Man schätzt etwa — ich beziehe mich in diesem Fall auf die Kriminalstatistik des Jahres 1962 —, daß die Dunkelziffer hinsichtlich Mord und Totschlag größer als 80 Prozent und hinsichtlich einfachem und schwerem Diebstahl größer als 90 Prozent ist. Auch die Dunkelziffer hinsichtlich anderer krimineller Delikte bewegt sich in dieser Größenordnung. Jetzt könnte man fragen, mit welchen Dunkelziffern im vorliegenden Fall zu rechnen ist. Das heißt, Herr Blum müßte eigentlich darlegen, mit welcher Dunkelziffer er rechnen kann und wie hoch sie seiner Meinung nach maximal sein darf.

J. Heinz Müller (Freiburg i. Br.):

Ich möchte anknüpfen an das, was Herr Aberle gefragt hat, möchte es aber mehr zuspitzen.

Herr Blum, Löhne sind administrierte Preise, wenn ich Ihr Referat richtig verstehe. Die Marktmacht der Unternehmen äußert sich unter anderem darin, daß sie höhere Löhne zahlen als die Tariflöhne. Wollen Sie nach Ihrem Konzept wirklich auch gegen höhere Löhne in irgendeiner Weise vorgehen, oder sollen die Löhne in diesem Falle tabu bleiben? Wenn sie tabu bleiben, haben Sie einen ganz entscheidenden Kostenfaktor, den Sie nicht angreifen. Wenn Sie sie einbeziehen, gehen Sie eindeutig über den bisherigen Bereich der Preispolitik hinaus.

Klaus Tiepelmann (Köln):

Ich möchte kurz auf einen Zusammenhang aufmerksam machen, der mir bereits gestern im Arbeitskreis B nach dem Referat über Geldwertstabilität aus der Sicht der Unternehmungen in den Sinn kam,

der mir aber besonders im Zusammenhang mit dem Themenkreis „Wettbewerb und Stabilisierungspolitik“ und vor allem im Anschluß an das Referat über administrierte Preise erwähnenswert zu sein scheint.

Herr Hauschildt hatte gestern definiert, daß stabilitätskonformes Verhalten der Unternehmung dann vorliege, wenn sie der Forderung nach steigenden Beschaffungspreisen entgegentritt und die Chance steigender Absatzpreise nicht realisiert. Man wird normalerweise erwarten können, daß die Unternehmung ein Interesse daran hat, sich auf der Beschaffungsseite stabilitätskonform zu verhalten, kaum aber auf der Absatzseite, was vor allem die Diskussionsredner gestern schon betont haben. Nun wächst die Chance, die Beschaffungspreise stabil zu halten, ebenso wie die, höhere Absatzpreise durchzusetzen, mit der Marktstellung bzw. der Marktmacht der Unternehmen; eine These allerdings, die auch kontrovers ist.

Meine These lautet: In Zeiten allgemeiner Preissteigerung — also Inflation — werden deshalb die marktstarken Unternehmen in besonderem Maße Inflationsgewinne erzielen können, wenn auch nicht verbuchen wollen. Im Strom der allgemeinen Inflation werden sie eine relative Besserstellung erringen und, weil andere im Inflationsprozeß auf der Strecke bleiben, auch ihr Expansionsziel besser verwirklichen können. Auf eine kurze Formel gebracht bedeutet das: Inflation ist das Vehikel, mit dem die Wettbewerbspolitik überfahren werden kann, und mit der Ausschaltung des Wettbewerbs ist dem Stabilitätsziel sicher nicht gedient.

Das nur zur Ergänzung des heutigen Themas.

Hans Jürgen Ewers (Münster):

Zur Analyse eine Bemerkung! Ich kann mich dabei kurzfassen, denn das meiste ist bereits gesagt.

Ich glaube, der entscheidende analytische Mangel des Referats liegt in der definitorischen Verkopplung von Marktmacht und Preisrigidität. Damit versperrt sich Herr Blum den Blick auf andere Ursachen von Preisrigidität; einige sind schon genannt worden. Mangelnde Kostenflexibilität könnte eine solche Ursache sein, aber auch mangelnde Elastizität der Nachfrage.

Ob nämlich bei rückläufiger Konjunktur Preiserhöhungen durchgesetzt oder doch Preissenkungen vermieden werden können oder nicht, hängt doch wohl auch von der Reaktion der Nachfrage ab. Es ist ja durchaus denkbar, daß die Nachfrage bei rückläufiger Konjunktur zunehmend unelastischer wird. Die Gesamtnachfrage kann nämlich nicht als ein homogener Block aufgefaßt werden. Vielmehr dürfte sie aus

verschiedenen, unterschiedlich preisreagiblen Gruppen bestehen. Wenn nun im konjunkturellen Rückgang die reagibelsten Nachfrager zuerst aus dem Markt ausscheiden, gewinnt die Vorstellung einer im Konjunkturrückgang sich abschwächenden Preisreagibilität der Nachfrage durchaus Realität. Soweit zur Analyse.

Zur Therapie: Es ist erstaunlich, daß das einzige Argument für eine direkte Preiskontrolle der Unternehmen in einer Analogie zum Strafrecht besteht, die meines Erachtens durch nichts begründet ist. Denn im Strafrecht weiß man, was Verbrechen ist und was nicht; hier weiß man es noch nicht. Sie haben gesagt, solche Normen müssen entwickelt werden, Herr Blum. Aber eine Frage hätten Sie meines Erachtens doch prüfen müssen: ob die Entwicklung solcher Normen in einem wettbewerblichen System denkmöglich ist, d. h. ob Sie nicht mit dem Versuch, solche Normen zu entwickeln, von vornherein die Basis jedes wettbewerblichen Systems verlassen. Diese Frage ist in der Literatur diskutiert worden.

Sie hätten zweitens wohl diskutieren müssen, welche Erfahrungen mit solchen Preiskontrollen in anderen Ländern gemacht worden sind.

(J. Heinz Müller [Freiburg i. Br.]: Seit dem alten Rom!)

— Es hat sich doch gezeigt, daß ein solches System dazu führt, Kosten zu produzieren, und daß die darauf aufbauenden Preise unter der staatlichen Preiskontrolle um so leichter durchgesetzt werden können, weil sie nun sozusagen hoheitlich legitimiert sind.

Drittens glaube ich, es stimmt nicht, wenn Sie sagen, daß, nehmen wir mal das Instrument der Preiskontrolle weg, der Ordnungspolitik jedes Mittel aus der Hand geschlagen sei. Das stimmt selbst dann nicht, wenn Ihre Analyse zutrifft, wenn also Marktmacht der einzige Grund ist. Herr Heuß hat vor einigen Monaten einen recht interessanten Vorschlag zur Diskussion gestellt, nämlich im Rahmen der Mißbrauchsaufsicht eine Art von gesetzlich vorgeschriebenen Zeitverzögerungen zwischen aufeinanderfolgenden Preiserhöhungen in jenen Oligopolen vorzusehen, die zu gleichförmigem Verhalten neigen. Diesen Vorschlag könnte man in dem vorliegenden Zusammenhang mit Nutzen diskutieren.

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Darf ich mir im Anschluß an den Zwischenruf von Herrn Müller auch meinerseits einen Zwischenruf erlauben: seit Hammurabi! Die Tempelmädchen hatten auch schon Preisfestsetzungen, aber für Wein, nicht für ihre Leistungen.

(J. Heinz Müller [Freiburg i. Br.]: Akzeptiert!)

Manfred Piel (Bonn):

Ich wollte auch noch auf einen Aspekt, der wirtschaftspolitisch interessant sein könnte, hinweisen. Mir ist nicht eingegangen, wieso die Preiskontrollen, wie von dem Referenten behauptet, systemkonform sein sollen. Bekanntlich sind ja die Preise auch Knappheitsindikatoren auf den Märkten, und deswegen müßte bei Preiskontrollen der Preiskontrolleur Vorstellungen darüber haben, wie der erwünschte Knappheitsgrad bei irgendeinem Gut sein soll. Wir wissen, daß sogenannte politische Preise, d. h. Preise, die — wie der Kohlepreis oder der Mineralölpreis — eine große wirtschaftspolitische Brisanz haben, in der Regel falsche Knappheitsgrade signalisieren, was dann zu stärkeren Ausschlägen bzw. direkt zu strukturellen Fehlentwicklungen führt. Das würde also bedeuten, daß, wenn eine Preiskontrolle stattfände, in der Tendenz diesen Entwicklungen Vorschub geleistet würde. Das heißt, es würde in den Marktmechanismus dergestalt eingegriffen, daß die Grundkonzeption der Marktwirtschaft in Frage gestellt wird.

Burkhardt Röper (Aachen):

Ich habe nur eine Frage: Was meinen Sie mit „administrierten Preisen“, die Preise, die in den Preislisten stehen, oder die effektiv gezahlten Preise?

Wilfried Schulz (Freiburg i. Br.):

Wir sollten etwas mehr differenzieren, und zwar sollten wir unterscheiden: erstens die staatlich verordneten administrierten Preise, zweitens — soweit es geht — die Preise, die durch Marktmacht der privaten Unternehmungen entstanden sind, und drittens — folgen wir Means — solche administrierten Preise, die allein dadurch entstehen, daß auf Wettbewerbsmärkten bestimmte Rigiditäten zustande kommen. Hier möchte ich in meiner Argumentation an die Begründung von Herrn von Weizsäcker anknüpfen.

Erstens könnte ich mir vorstellen, daß bestimmte psychologische Momente — denken wir an den Einzelhandel — einfach die Preise über bestimmte Zeiträume hinweg konstant halten. Es wird dann Sprünge geben — denken wir an die übliche Preisauszeichnungspolitik — etwa von 1,98 DM auf 2,48 DM. Dieses sind Rigiditäten, die auf die Psychologie des Käuferverhaltens abzielen.

Zweitens können wir uns vorstellen, daß in der Großindustrie bei der Massenproduktion Rigiditäten dadurch zustande kommen, daß — bei Gültigkeit des Bücherschen Gesetzes der Massenproduktion und

einer cost-mark-up-Kalkulation — bei konstanten durchschnittlichen variablen Kosten und einem gegebenen Fixkostensockel ein Rückgang der Nachfrage — und dies ist wohl die Lage in der amerikanischen Stahlkrise der 50er Jahre gewesen und derzeit in der Automobilindustrie der Fall — eine Preissteigerung einfach aus Kalkulationsgründen erfolgt: Bei der Kalkulationsweise „cost mark up“ — d. h. bei einer Kalkulation mit einem „angemessenen Gewinnaufschlag“, der, wie wir annehmen wollen, nicht verändert wird — muß ein Rückgang der Absatzmenge aus kostentechnischen Gründen zu Preissteigerungen führen.

Werner Zohlhöfer (Dortmund):

Ich möchte voll unterstützen, was Herr Schulz gesagt hat: Wir müssen wohl viel differenzierter argumentieren: Viel Zeit ist hier sicherlich damit vergeudet worden, offene Türen einzurennen. Ich kann Herrn Blum den Vorwurf nicht ersparen, daß er mit daran Schuld ist, weil er die administered prices, um die es ihm geht, nicht definiert hat, zumindest nicht klar definiert hat. Er meint sicherlich nicht administered prices im weitesten Sinne des Wortes, wie sie hier diskutiert worden sind. Auch Means hat von Anfang an — wenn ich es richtig im Kopfe habe — verschiedene Gruppen von administered prices unterschieden, und zwar unter marktstrukturellen Gesichtspunkten, wie Herr Marfels schon betont hat.

Selbstverständlich kann es in diesem Zusammenhang nur um Preise auf Märkten mit hochkonzentrierten Angebotsstrukturen in einer Phase der Marktsättigung gehen, wo eben auf einzelnen Märkten tatsächlich eine Marktmacht besteht, die es den wenigen Anbietern erlaubt, auch bei sinkender Nachfrage die Preise zu erhöhen, ohne daß sich das durch die Kostenentwicklung rechtfertigen ließe. Die Preisentwicklung in der amerikanischen Stahlindustrie in den 50er Jahren — Herr Schulz hat das bereits erwähnt — ist ein schlagendes Beispiel dafür: Wie Means meines Erachtens überzeugend nachgewiesen hat, konnten die amerikanischen Stahlproduzenten damals in relativ wenigen Jahren trotz eines Nachfrageruckgangs nicht nur die Preise erheblich erhöhen, sondern auch die Verzinsung des eingesetzten Eigenkapitals von 8 auf 16 Prozent steigern.

Das sind meines Erachtens die kritischen Fälle, um die es hier allein gehen kann. Es geht somit in diesem Zusammenhang bei den administered prices also nur um Preise, die im wahrsten Sinne des Wortes festgesetzt werden, und keineswegs um alle Preise, die sich nicht nach preistheoretischen Modellvorstellungen, wie etwa in Analogie zur Börse, bilden. Nur um diese enge Kategorie von Preisen geht es! Wenn es

aber nur um diese Fälle administrierter Preise geht, drängt sich unmittelbar die Frage auf, ob sie tatsächlich stabilisierungspolitisch von großer Bedeutung sind. Auf diese zentrale Frage sollten wir uns hier konzentrieren.

Niklaus Julier (Bern):

Ich möchte zunächst auf die von Herrn Blum vorgetragene anbieterorientierte Inflationshypothese zurückkommen. Sie ist meines Erachtens eine Fiktion. Die Grundzüge dieser Hypothese bestehen darin, daß es infolge sogenannter struktureller Unvollkommenheiten einzelnen Wirtschaftspruppen gelingt, die für sie einkommensrelevanten Preise unabhängig von den Marktbedingungen, d. h. autonom heraufzusetzen. Diese Heraufsetzung bestimmter Preise bzw. Preisgruppen wird dann indexmechanisch mit der Erhöhung des allgemeinen Preisniveaus in Verbindung gesetzt. Eine solche Erhöhung des Preisniveaus ist jedoch nur möglich, wenn das Geldangebot entsprechend erhöht wird.

Die Konfrontation aller dieser an sich plausiblen Erklärungen mit den bisherigen Inflationserfahrungen hat ausnahmslos zu schlechten Ergebnissen geführt. Es gibt Inflationen bei zu- und bei abnehmendem Konzentrationsgrad, wie es auch Inflationen gibt bei steigenden und bei fallenden Löhnen.

Die hier postulierte Maßnahme der Preiskontrolle verliert somit ihre Rechtfertigung. Preiskontrollen führen im allgemeinen zu einer Umlenkung der Nachfrageströme von bewirtschafteten auf freie Märkte. Sie tragen nicht nur nicht zur Stabilisierung des Preisniveaus bei; sie induzieren auch hohe private und soziale Kosten. Amerikanische Erfahrungen haben zudem gezeigt, daß die durch die Kontrolle erfaßten Produkte entweder im Ausland abgesetzt und/oder in kleineren Mengen und/oder schlechter produziert werden. Versorgungsengpässe, schwarze Märkte usw. sind die Folge.

Als weiteren Punkt hätte ich zu bemängeln, daß hier dem Preiswettbewerb eine Prärogative eingeräumt, ja Wettbewerb gleich Preiswettbewerb gesetzt wird. Der Preis ist aber nur einer von vielen Aktionsparametern.

(Reinhard Blum [Augsburg]: Das steht nirgendwo in meinem Referat!)

— Es geht aber meines Erachtens implizite daraus hervor, daß Sie unter Wettbewerb nur Preiswettbewerb verstehen.

Abschließend möchte ich noch ordnungspolitische Bedenken anmelden. Preiskontrolle ist nicht nur als stabilisierungspolitische Maßnahme ineffi-

zient; sie ist auch vom ordnungspolitischen Standpunkt aus abzulehnen. Sie läßt sich nämlich rechtsstaatlich nicht gestalten. Darum sollte man auch die ordoliberalen Väter mit ihrem Gedanken „Wettbewerb als Aufgabe“ an dieser Stelle nicht bemühen. Mir scheint dies eine Pervertierung des Gedankens; denn Preiskontrolle ist nicht Wettbewerbspolitik. Im marktwirtschaftlichen Sinne bedeutet Wettbewerbspolitik ausschließlich Ordnungspolitik und damit Rechtspolitik.

Siegfried L. Gabriel (Kiel):

Wenn ich mich nicht täusche, hat mir Herr Röper ein wenig die Schau gestohlen. Ich wollte nämlich auch bezweifeln, daß wir hier in der bisherigen Weise fortfahren können, über Preisrigidität zu sprechen. Ich möchte in der Tat gern wissen, auf welche statistischen Unterlagen sich die bisherigen Behauptungen stützen, daß in ganzen Branchen die Preise stabil geblieben sind. Jeder, der einmal den sehr mühsamen Versuch gemacht hat, auch nur *ein* Produkt wirklich auf die effektiv gezahlten Preise in einer rückläufigen Konjunktur zu untersuchen, weiß genau, daß das Ganze darauf hinausläuft, jeden einzelnen Großhändler, Einzelhändler und Zwischenhändler nach der Höhe der individuell gewährten Rabatte auszufragen. Wer das einmal erlebt hat, weiß ganz genau — ob das nun ein heterogenes Gut oder ein homogenes Gut ist —, daß da im Grunde genommen alles, was an Preisen publiziert wird, nur noch auf dem Papier steht, daß das Unterfangen, sich an diese Preise zu halten, Illusion ist.

Ich kenne Branchen, in denen es um die Anmeldung irgendeines Rabattkartells beim Bundeskartellamt ging und wo mir die Vertreter der betreffenden Industrie sagten: Wissen Sie, wir haben Schwierigkeiten; wir würden gern die Preise offiziell senken, aber der Handel verlangt von uns von vornherein 20 %; schon seit vielen Jahren sind unsere Listenpreise etwa um 20 % über den effektiv gezahlten Preisen! — Daran wollte man also nicht rütteln, weil sich alle Abnehmer auf diese Rabatte eingestellt hatten — und das nicht etwa in Zeiten rückläufiger Konjunktur.

Der nächste Punkt: Preissenkungen können doch offensichtlich dann kaum erwartet werden, wenn die Nachfrage insbesondere nach einem homogenen Produkt insgesamt unelastisch ist. Ich würde fast sagen, die Preissenkung ist in diesen Fällen funktionslos. Preissenkungen haben ja an sich die Funktion, die Erzeugung auf jenes Maß zu reduzieren, das . . . usw. Nun, wenn die Unternehmer in erster Linie mit der Produktion reagieren und nicht mit dem Preis, so mag es sein, daß sie gerade das tun, was an sich sonst ein anonymer Preismechanismus bewirken sollte.

Diese Bemerkung bezieht sich auf das, was Herr Blum in seinem Referat sagte. Dort ist eine gewisse Entwicklung zu beobachten: Auf

Seite 1023 des Manuskripts sind die betroffenen Unternehmer noch bezeichnet als solche Wirtschaftssubjekte, die a) am Wettbewerb festhalten und b) über Marktübersicht verfügen.

(Reinhard Blum [Augsburg]: Das ist ein Zitat!)

— Aber Sie haben das nicht kritisiert. Sie sprechen jedenfalls zunächst einmal von solchen Unternehmern. Dann geht es über Keynes — auf Seite 1026 — in die Richtung aller Unternehmer, die Preisstrategie betreiben können, und das sind alle, die in heterogener Konkurrenz bzw. unter monopolistischen oder oligopolistischen Bedingungen anbieten. Und dann — auf Seite 1031 — wird auf einmal von Unternehmen gesprochen, die wirtschaftliche Macht besitzen. Das ist nur ein gradueller Unterschied; der preisstrategische Spielraum ist da wie dort.

Die „Gläubigen“ und die „Skeptiker“ — nach Ihrer Terminologie, Herr Hoppmann — könnte man meines Erachtens insofern einigen, als man ja nicht generell Untersuchungen vornehmen müßte, um zu jener Therapie zu gelangen, die Herr Blum vorschlägt. Vielmehr könnte sich z. B. das Bundeskartellamt ad hoc eine Branche vornehmen und sich darum kümmern, ob die Preise elastisch sind bzw. wie die Situation in jener Branche ist. Dazu bedürfte es keiner großen statistischen Vorbereitungen, sondern eine ad-hoc-Untersuchung würde genügen.

Schließlich eine Bemerkung zum alten Freiburger Konzept. Erinnern Sie sich an den Gegensatz zwischen Miksch und Eucken! An dem Punkt stehen wir heute noch. Miksch hat für das Oligopol eine staatliche Preiskontrolle vorgesehen. Eucken war dagegen und meinte, es würde genügen, die Oligopolisten darauf aufmerksam zu machen, daß sie sonst in eine staatliche Kontrolle hineinlaufen. Also der Gegensatz ist dort, und Miksch, ein prominenter Freiburger, war damals eigentlich im Grunde genommen schon auf der Linie, die Herr Blum vertritt.

Wolfram Engels (Frankfurt a. M.):

Das Bemerkenswerte an den administrierten Preisen ist ja nicht nur die Tatsache, daß das Verhalten dieser Preise unserer normalen Wettbewerbstheorie widerspricht bzw. nicht mit den Wettbewerbspreisen in Einklang zu bringen ist, sondern vor allem, daß es gleichzeitig auch unserer traditionellen Oligopoltheorie widerspricht. Auch die würde ein anderes Preisverhalten erwarten lassen. Wenn die Preise nicht das tun, was unsere Theorien von ihnen verlangen, kann man zwei Folgerungen ziehen: Entweder versucht man — und das haben viele Autoren getan —, die Theorie so zu revidieren, daß sie das Verhalten dieser Preise erklärt. Oder aber man macht — und das ist die eigentliche Ent-

deckung von Herrn Blum — unsere positive ökonomische Theorie zu einer normativen und versucht, unsere ökonomischen Gesetze, statt sie zu erforschen, mit Polizeigewalt durchzusetzen. Ich sehe herrliche Zeiten für Ökonomen anbrechen, wenn wir nicht mehr der Mühe ausgesetzt sind, ökonomische Theorien zu entdecken und mit ökonometrischen Tests zu erhärten, sondern Gelegenheit bekommen, unsere ökonomischen Theorien mit Hilfe der Polizei wahrzumachen.

Reinhard Blum (Augsburg):

Nach dem Motto „je kürzer, desto oberflächlicher“ will ich versuchen, die vielen Fragen, die an mich gestellt worden sind, innerhalb angemessener Zeit zu beantworten.

Ich war mir selbstverständlich — nach Kenntnis der Literatur sowohl der Mächtigen als auch der Ohnmächtigen — der ordnungspolitischen Problematik bewußt, die in dem Arbeitskreis Wettbewerbspolitik das Aufgreifen eines solchen Problems mit sich bringt. Ich mußte aber nach der Konzipierung dieses Themas durch die wissenschaftliche Leitung dieser Tagung davon ausgehen, daß es auch in diesem Kreis für sinnvoll erachtet wird, sich über diese Fragen Gedanken zu machen. Die einzige Überraschung, die ich hier erlebt habe, war die, daß der Korreferent in die gleiche Kerbe geschlagen hat. Ich hatte in der Tat erwartet, daß mich schon der Korreferent zur Kasse bitten würde. Ich weiß nicht, ob es gut ist, ihm dafür zu danken. Es wäre vielleicht besser gewesen, der Korreferent hätte einen Teil der vielen Fragen, die hier gestellt worden sind, kurz zusammengefaßt vorgetragen. Dann wäre es mir eventuell erspart geblieben, jetzt auf alle diese einzelnen Fragen eingehen zu müssen. Aber das ist wahrscheinlich nicht die Schuld des Korreferenten.

Nun zu den einzelnen Fragen, die gestellt worden sind. Sie werden Verständnis haben, daß ich nicht alle beantworte. Ich muß also versuchen, jene Aspekte noch einmal zu beleuchten, auf die es mir besonders ankam.

Vielleicht darf ich vorweg sagen, daß ich von einer gewissen Position aus an eine wissenschaftliche Analyse herangehe — und man sollte das ruhig vorher sagen —, und zwar auf Grund der Erfahrungen, die ich selber gemacht habe, und das sind speziell meine wirtschaftspolitischen Erfahrungen im Bundeswirtschaftsministerium. Ich sträube mich auf Grund dieser Erfahrungen dagegen, Phänomene, die in den wirtschaftspolitischen Diskussionen eine Rolle spielen, nur deshalb nicht aufzugreifen bzw. sich ablehnend dagegen zu verhalten, weil man noch nicht weiß, wie man sie handhaben soll. Wenn Sie so vorgehen, werden

Sie nie zu praktischen Lösungen kommen. Ich halte es nicht für fruchtbar, an Problemlösungen erst dann heranzugehen, wenn man schon zu wissen glaubt, wie es geht. Wenn wir so argumentiert hätten, wie es ein Teil in dieser Diskussion tut, dann hätten wir auch kein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen machen können; denn da wußte auch noch niemand, wie es geht. Man wußte nicht einmal, was Wettbewerb ist, und trotzdem hat man dieses Gesetz gemacht. Es ist im übrigen richtig erkannt worden — Herr Ewers hat das scharfsinnig entdeckt, Herr Engels hat es in seiner bekannten brutal-charmanten Art angesprochen —: Dann muß in meiner Perspektive letztlich die Polizei eingreifen; das ist nicht die Aufgabe der Ökonomen, sondern die der Juristen. Da muß ich Ihnen nun sagen, daß ich insofern in guter Gesellschaft bin. Der Herr Vorsitzende selber — ich bitte ihn um Entschuldigung — hat in einem Aufsatz, an den ich mich noch gut erinnere, einmal festgestellt, solche unklaren Begriffe auszulegen, sollte man gerade den Juristen überlassen; denn sie sind gewohnt, mit solchen Begriffen umzugehen und die Normen im Laufe der Rechtsprechung zu entwickeln. Ich habe den Aufsatz im Augenblick nicht da, aber ich könnte die Fundstelle angeben. — Das also vorweg zu der Grundposition, von der aus ich an diese Überlegungen herangegangen bin.

Nun zu dem zweiten Punkt, der mir in dieser Diskussion auch eine wichtige Rolle zu spielen scheint. Ich bedaure hier etwas, Herr Vorsitzender, daß Sie die „Gläubigkeit“ in das Gespräch mit hineingebracht haben; denn genau dieser Glaube ist es, um den unfruchtbar diskutiert wird, wo dann scholastisch gefragt wird, ob das noch mit der Marktwirtschaft vereinbar sei oder nicht, obgleich niemand genau zu umreißen weiß — man verfolge die mehr als 20 Jahre der sozialen Marktwirtschaft —, was marktwirtschaftliche Ordnung ist und wo die Grenzen überschritten werden und wo nicht. Wir haben uns an einige Überschreitungen gewöhnt, die vor 20 Jahren noch nicht akzeptabel erschienen. Ich hatte mich nicht auf Gläubigkeit eingestellt, Herr Vorsitzender, sondern auf Ihre normativ-funktionale und interventionistische Einordnung der Diskutanten. Deshalb hat mich dieser „Glauben“ zunächst etwas verwirrt.

Das Fatale scheint mir zu sein — und jetzt komme ich auf die begriffliche Abgrenzung und die empirische Evidenz der Phänomene, die wir wissenschaftlich beackern —, daß die Position, die man am Anfang einnimmt, sowohl die begriffliche Fassung und Abgrenzung beeinflusst als auch die empirische Evidenz. Ich könnte Ihnen an vielen Stellen in der Literatur nachweisen, daß die Ausgangsposition des einzelnen Autors bewirkt, daß empirische Ergebnisse entweder überbetont oder herabgespielt werden. Das gleiche gilt für die begrifflichen

Definitionen. Ich habe schon angedeutet, daß es mir hier bei den administrierten Preisen ähnlich empfindliche Reaktionen zu geben scheint wie bei der Verteilungsproblematik, wo schon die Schaffung von Gesetzen, die nur die statistische Basis für die Ermittlung der tatsächlichen Verteilungssituation liefern sollen, auf Schwierigkeiten stößt. Etwas Ähnliches könnte uns hier vielleicht auch passieren.

Dieser geschilderte Sachverhalt bewirkt — und das macht es mir so schwer, auf alle einzelnen Beiträge einzugehen —, daß aufgrund der unterschiedlichen Positionen jeder von Ihnen, der das Referat gelesen hat, von anderen Aspekten ausgegangen ist und daß die Diskutanten dann diese einzelnen Aspekte in die Debatte geworfen haben. Auf diese Weise ist es auch zu erklären, daß einzelne Dinge in der Debatte angegriffen werden, die ich partout nicht behauptet habe. Ich habe z. B. an keiner Stelle davon gesprochen, ich ginge davon aus, daß Preiswettbewerb der vorherrschende Wettbewerb ist oder sein sollte. Ich war nur gezwungen, mich mit den Preisen zu beschäftigen, weil es um Stabilisierung und Inflation ging, und das hat nun einmal etwas mit den Preisen zu tun. An keiner Stelle meines Referats ist von einer besonderen Bedeutung des Preiswettbewerbs die Rede.

Herr von Weizsäcker, Sie haben meine Argumentation nur vertieft. Wenn ich den Begriff der Administrierung aufgreife, so tue ich es, weil er in den wirtschaftspolitischen Diskussionen jetzt eine Rolle spielt bei der Verschärfung der Wettbewerbspolitik — das war mein Ausgangspunkt. Ich habe im ersten Teil zu zeigen versucht, wie mit wachsender Inflationierung dieses Argument der administrierten Preise eine zunehmende Rolle spielt. Dann kann ich mich nicht darauf beschränken, nur auf die strukturellen Komponenten abzustellen, wie das auch in einigen Beiträgen in der Literatur zu finden ist. Vielmehr kann man die Administrierung auch erweitern — teilweise wird das auch getan — auf die verbesserte Information. Genau das ist jetzt in dem letzten Jahresbericht des Bundeskartellamts geschehen. Die Preismeldestellen können auch als Anzeichen für eine Administrierung der Preise angesehen werden. Dieser verbesserte Informationsfluß könnte — und das habe ich in meinem Referat deutlich gesagt — auch dazu führen, daß auf oligopolistischen Märkten eine Administrierung der Preise erfolgt. Soviel zu den Diskussionsbeiträgen, in denen mir unterstellt wurde, ich hätte im Referat etwas gesagt, was definitiv nicht gesagt worden ist.

Der nächste Punkt — und der hängt mit den anderen zusammen — betrifft die Grenzen der marktwirtschaftlichen Ordnung. Dazu hatte ich einleitend schon etwas gesagt. Lassen Sie mich hier auf etwas hinweisen — und das ist auch ein Ausgangspunkt für meine Überlegungen

gewesen —, was normalerweise übersehen wird: Bei uns basiert die marktwirtschaftliche Ordnung in Gestalt der sozialen Marktwirtschaft auf einem ordnungspolitischen Konzept, nämlich dem des Ordo-Liberalismus, in dem von Preiskontrollen ausdrücklich ausgegangen wird. Denn nach diesem Konzept ist es in den Bereichen, wo der Wettbewerb durch strukturelle Veränderungen — sprich Ordnungspolitik — nicht herstellbar ist, Aufgabe des Staates — und das ist der einzige Sinn dessen, was Eucken mit „vollständiger Konkurrenz“ meinte, was leider mißverstanden worden ist im Sinne des Modells der vollständigen Konkurrenz —, den Preis zu einem Datum zu machen. Das ist nichts anderes als Preiskontrolle. Wir haben uns auf diese Grundlagen unserer marktwirtschaftlichen Ordnung berufen und haben auch das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen gerade noch über die Bühne gekriegt, aber dann haben wir alle diese Prinzipien, zu denen wir uns bekennen, wieder vergessen. Soviel zu der Diskussion um die Grenzen der marktwirtschaftlichen Ordnung.

Man hat völlig richtig meine schwierige Situation bei der Behandlung dieses Themas deutlich gemacht, wenn in vielen Beiträgen darauf hingewiesen wird, daß ich ja den Begriff nicht abgegrenzt habe. Ja, deshalb nicht, weil mich alle die Aspekte, die ich im Referat angesprochen habe — Herr Gabriel hat das noch einmal nachvollzogen —, dazu verleiten, zu sagen, daß ich auf zweierlei Weise vorgehen kann: entweder eine Definition zu geben, die ganz breit ist und alles beinhaltet — dann kann ich kaum zu irgendwelchen konkreten Folgerungen kommen —, oder modelltheoretisch zu verfahren, mir eine schöne enge Definition zurechtzubasteln und dann mehr oder weniger kompliziert mit Hilfe von Algebra und Figuren Ableitungen zu machen, um am Schluß festzustellen, daß das wirtschaftspolitisch nicht relevant ist und daß ich die Probleme, die in der wirtschaftspolitischen Diskussion eine Rolle spielen, damit nicht handhaben kann.

Deshalb habe ich betont, daß es mir letztlich darauf ankommt zu erkennen, daß die administrierten Preise offensichtlich einen Wirkungszusammenhang manifestieren — nämlich trotz Dämpfung der Nachfrage steigende Preise —, der in das herkömmliche Schema unserer ökonomischen Überlegungen nicht paßt und der mit den theoretischen Grundlagen der Nachfragesteuerung nicht kompatibel ist. Das zumindest sollte uns zum Nachdenken veranlassen.

Sodann habe ich nichts weiter getan — insofern treffen Sie nicht mich, sondern die gesamte herrschende Literatur —, als in die Lehrbücher und Aufsätze zu schauen, um einmal festzustellen, was denn da an Inflationstheorie vorhanden ist. Ich habe festgestellt, es gibt zwei Gruppen, die nachfrageorientierte und die anbieterorientierte. Jetzt kommt es

wieder darauf an, welchen Glauben man hat. Die einen sagen: Das ist Unsinn, das ist eine Fiktion, eine Utopie, in der Wirklichkeit ist alles ganz anders. Die anderen sagen: Gerade in der Wirklichkeit sehen wir, daß sie anbieterorientiert ist. Ich habe lediglich festgestellt, daß wir, in der Literatur vorhanden — ohne mein Zutun, wie ich ausdrücklich betont habe —, zwei Erklärungsansätze haben. Der eine, der anbieterorientierte, ist aber bei den wirtschaftspolitischen Ansätzen leider offensichtlich verlorengegangen. Ich wollte nichts weiter, als darauf aufmerksam machen und vor allen Dingen auf ein Phänomen hinweisen, das sich jetzt herausstellt: daß wir bei der Stabilisierungspolitik auf Nachfragesteuerung bestehen, daß aber Nachfragesteuerung zumindest in dem Fall sinnlos ist, wo sich zeigt, daß sinkende Nachfrage mit steigenden Preisen verbunden ist. Das hat nichts mit Preiswettbewerb zu tun, sondern eigentlich mit dem statistischen Befund, daß bei sinkender Nachfrage die Preise steigen. In einem solchen Fall ist es sinnlos, die Nachfrage noch weiter zu dämpfen. Ich habe gebeten, das zum Anlaß zu nehmen, zu überlegen, ob nicht in unserem theoretischen Gebäude etwas revidiert werden muß.

Es ist keine plausible Einteilung, wenn man sagt, es gibt zwei Gruppen von Ökonomen: die einen, die versuchen, die Gesetze der Wirklichkeit zu erforschen, und die anderen, die laufen ständig mit Wertungen herum. Diese wissenschaftstheoretische Diskussion, Herr Engels, wäre notwendig, aber ich möchte sie nicht gerade hier mit Ihnen aufnehmen; das sage ich ganz ehrlich.

Das wären die Punkte, zu denen ich in ökonomischer Beziehung etwas zu sagen hätte. Nun lassen Sie mich zum Schluß noch auf etwas anderes eingehen.

Zunächst einmal habe ich nur sagen wollen, wir sollten nicht die Augen vor den wirklichen Entwicklungen verschließen und meinen, das gehe uns nichts an, das passe nicht in die marktwirtschaftliche Ordnung; so etwas werde niemand tun. Die Politiker werden sich — nicht ganz hochdeutsch ausgedrückt — einen Dreck darum kümmern, was wir als nicht machbar klassifizieren, sondern sie werden es tun, und die Preiskontrollen sind ja schon ein Teil unserer wirtschaftspolitischen Wirklichkeit. Ich habe nur die Frage gestellt, was das bedeutet, und habe versucht, das systemtheoretisch — wie wir es gestern diskutiert haben — zu interpretieren. Ich habe gesagt, das sei ein Ausdruck der Ankopplung des ökonomischen Subsystems an das gesellschaftliche System. Es zeigt sich offenbar, daß die Rechtsordnung in der Rechtsordnung — wie Eucken das einmal, ohne das systemtheoretische Instrumentarium zu haben, in bezug auf die Wirtschaftsordnung formuliert hatte — offensichtlich nicht mehr so funktioniert, wie wir es uns als Idealfall

vorgestellt haben, und daß jene Erscheinung als Ausdruck dieser Ankopplung an das sozio-ökonomische Gesamtsystem offensichtlich die Konsequenz ist. Das war im ordoliberalen Konzept schon enthalten: Ordnungspolitik und Prozeßpolitik. Auch im mikroökonomischen Bereich müssen wir in den Fällen, wo die von mir in den verschiedenen Varianten als administriert beschriebenen Preise eine bedeutsame Rolle spielen — und das ist offensichtlich untergegangen —, wirtschaftspolitische Konsequenzen ziehen. Wo der Umschlag von der Quantität in die Qualität, der zu einer Revision des wirtschaftspolitischen Instrumentariums führen muß, eintritt, konnte ich in der zur Verfügung stehenden Zeit natürlich nicht beschreiben. Mein Referat war auf 20 Seiten begrenzt worden, und ich mußte mich darauf beschränken, darin das zu sagen, was mein Hauptanliegen ist.

Was die strafrechtliche Seite angeht, so möchte ich nur bemerken: Wenn wir so argumentieren, Herr Biermann, wie Sie oder Herr Ewers es getan haben, dann ist das völlig sinnlos. Sie fragten mich nach der Dunkelziffer. Woher soll ich die wissen? Fragen Sie doch die Juristen, vielleicht wissen die es schon. Wenn wir das als Maßstab nehmen, dann hätten wir auch Diebstahl, Mord und Totschlag nicht verbieten können, weil wir von Anfang an davon ausgehen müssen, daß wir nicht alle Mörder und Diebe fassen können. Mein Anliegen war nur, anzuregen, daß man sich einmal darüber klar wird: Unvollkommene Konkurrenz als ein neues Phänomen, wie es in den administrierten Preisen zum Ausdruck kommt, fordert neue Überlegungen, und man sollte an diese Überlegungen nicht erst herangehen, wenn wir wissen, wie es geht. Das Wie folgt erst, wenn wir das Problem erkannt haben.

Christian Marfels (Halifax):

Ich bedaure es ein wenig, daß die kurzen Ausführungen meines Korreferats gewissermaßen nur als Vertiefung der Ausführungen von Herrn Blum gesehen worden sind. Ich hätte es sehr gern gesehen, wenn man hier in der Diskussion mehr auf das Problem der Konzentration eingegangen wäre. Als einziger hat Herr Kollege Zohlhöfer dankenswerterweise dieses Problem unterstrichen; nur in seinem Beitrag ist das Wort Konzentration gefallen. Hier hätte man sich einmal überlegen sollen, was marktstrukturbedingt, was marktverhaltensbedingt ist. All das ist hier nicht zur Sprache gekommen. Ich habe leider etwas das Gefühl, daß sich die Diskussion in dem verfangen hat, was ich eingangs die semantic battles nannte, in diesen Wortgefechten, die wir aus der amerikanischen Literatur gewöhnt sind, dort zwischen Means auf der einen Seite und Backman, Weston usw. auf der anderen Seite. Ich möchte hier nicht die Worte von Herrn Blum wiederholen; jeden-

falls hat er eingangs klar gesagt: Man sollte diesem Problem nicht deshalb ausweichen, weil man glaubt, man habe noch keine operationale Theorie an der Hand. Denn wir wissen ganz genau, was z. B. auf Oligopolmärkten vor sich geht.

Die Bedeutung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten für die Stabilisierung des Güterpreisniveaus

Von *Bernhard Külp*, Freiburg i. Br.*

1. Problemstellung

In diesem Referat soll der Frage nachgegangen werden, ob und gegebenenfalls auf welche Weise die Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten Einfluß auf das Güterpreisniveau haben. Ein solcher Einfluß setzt voraus, daß die Güterpreise von den Nominallohnsätzen und diese wiederum von den Wettbewerbsverhältnissen auf den Arbeitsmärkten abhängen. Dieses Referat möchte sich im wesentlichen auf den zweiten Teil dieser Hypothese beschränken. Es wird davon ausgegangen, daß der erste Teil dieser Hypothese (ein Einfluß der Lohnsätze auf das Güterpreisniveau) als gegeben unterstellt werden kann.

Wir müssen uns allerdings darüber im klaren sein, daß diese Frage kontrovers ist und je nach inflationstheoretischem Ansatz unterschiedlich beantwortet wird. So wird z. B. im Rahmen eines neoquantitätstheoretischen Ansatzes davon gesprochen, daß Lohnerhöhungen im wesentlichen lediglich inflatorische Impulse anderer Bereiche widerspiegeln und daß vom Lohnsektor her allenfalls Sekundär- oder sogar Tertiärimpulse auf das Güterpreisniveau ausgehen¹.

Einen besseren Zugang zu unserem Thema eröffnet uns die angebotsorientierte Inflationstheorie, da sie das Güterpreisniveau in unmittelbarer Abhängigkeit von den Lohnkosten sieht. Wie wir allerdings noch zeigen werden, gewinnen wir über die Zusammenhänge zwischen Löh-

* Geboren am 10. April 1933 in Freiburg i. Br. 1952 - 1955 Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 1955 - 1957 wissenschaftlicher Assistent und 1957 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Freiburg i. Br. 1961 - 1964 wissenschaftlicher Assistent am Sozialpolitischen Seminar der Universität zu Köln; 1964 Habilitation an der erwähnten Universität. 1965 bis 1973 ordentlicher Professor an der Ruhr-Universität Bochum für das Fach Sozialpolitik. Seit 1973 ordentlicher Professor an der Universität Freiburg i. Br. für das Fach Volkswirtschaftslehre mit Schwergewicht auf Wirtschaftspolitik. Hauptarbeitsgebiet: Wirtschaftspolitik, insbesondere Verteilungspolitik.

¹ Vgl. *Hans Besters*, Inflationbekämpfung in der BRD 1960 bis 1970, in: Die Inflationbekämpfung in den Niederlanden und der BRD, Eindhoven 1971, S. 69.

nen und Preisen erst dann ein vollständiges Bild, wenn wir zusätzlich die demand-shift-Inflationstheorie von Schultze hinzuziehen.

2. Charakterisierung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten

Bevor wir jedoch auf diese Zusammenhänge näher eingehen, wollen wir kurz erklären, wie sich die Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten charakterisieren und mit Hilfe eines operationalen Maßstabes messen lassen. Bei allen noch so großen und historisch bedingten Unterschieden von Land zu Land können wir davon ausgehen, daß die Lohnsätze einschließlich der sonstigen Arbeitsbedingungen in nahezu allen hochindustrialisierten Volkswirtschaften des Westens im Rahmen von Tarifverhandlungen vereinbart werden, die von den Gewerkschaften als Vertreter der Arbeitnehmer mit den Arbeitgeberverbänden geführt werden.

Es liegt deshalb nahe, von einem bilateralen Monopol auf den Arbeitsmärkten zu sprechen. Diese Bezeichnung gibt jedoch nur recht unvollkommen die Wettbewerbssituation auf den Arbeitsmärkten wieder. Wir müssen nämlich davon ausgehen, daß trotz dieses monopolistischen Zusammenschlusses der Arbeitgeber und der Arbeitnehmer ein gewisses Ausmaß an Konkurrenz bestehen bleibt.

So gilt es erstens zu berücksichtigen, daß sich nur ein Teil der Arbeitnehmer (in der BRD etwa 30 - 40 Prozent) in den Gewerkschaften organisiert. Die Gewerkschaften können sich somit nicht unbegrenzt monopolistischer Strategien bedienen, da sie hierzu der Kontrolle über die gesamte Arbeitnehmerschaft bedürften. Zweitens wenden sich auch die organisierten Arbeitnehmer bei ihrer Arbeitsplatzsuche unmittelbar an einen einzelnen Arbeitgeber und schließen mit diesem einen individuellen Arbeitsvertrag ab. Die Suche nach Arbeitsplätzen bzw. Arbeitskräften erfolgt somit auf dem Arbeitsmarkt, und es findet hierbei nach wie vor ein Wettbewerb zwischen den einzelnen Arbeitnehmern bzw. Arbeitgebern statt. Die Tarifabschlüsse wirken sich nur insofern auf die Wettbewerbssituation auf dem Arbeitsmarkt aus, als bestimmte Wettbewerbsmittel durch den Tarifvertrag ausgeschlossen werden. Der Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten wird somit durch die Tarifpraxis nicht aufgehoben, sondern modifiziert.

Eng damit zusammen hängt drittens die Tatsache, daß in den Tarifverhandlungen stets nur Mindestbedingungen festgelegt werden, die sehr wohl überschritten werden können und in der Regel auch überschritten werden. So gewähren die Arbeitgeber — je nach Konjunkturlage und Wettbewerbsverhältnissen — zu den tariflich vereinbarten

Löhnen zusätzlich übertarifliche Lohnzuschläge und freiwillige Sozialleistungen. Die Wettbewerbskräfte kommen somit voll zum Tragen, soweit sie eine Lohnsteigerung auslösen und eine Lohnhöhe induzieren, die über dem Tariflohn liegt. Nun wäre es jedoch falsch, aus diesen Überlegungen den Schluß zu ziehen, durch Tarifverhandlungen werde der Wettbewerb immerhin soweit ausgeschaltet, als dieser auf einem freien Markt zu Lohnsenkungen führen würde. Sofern die Effektivverdienste über den Tariflöhnen liegen, können die Effektivverdienste bei einer Zunahme des Wettbewerbs unter den Arbeitnehmern auch sinken, und zwar dadurch, daß die übertariflichen Lohnzuschläge abgebaut werden. Dieses Absinken der Effektivverdienste kann allerdings äußerstenfalls bis zur Tariflohnhöhe erfolgen. Wir wollen in diesem Zusammenhang von einem außerorganisatorischen Wettbewerb sprechen, dessen Ausmaß jedoch indirekt wiederum von der Machtposition der Gewerkschaften abhängen kann.

Wettbewerb findet viertens auch deshalb auf organisierten Arbeitsmärkten statt, weil innerhalb der Tariforganisationen Quasimärkte entstehen, auf denen die Gewerkschaftsfunktionäre um die Mitgliedschaft und Zustimmung der Arbeitnehmer in Wettbewerb treten. Dieser innerorganisatorische Wettbewerb kann einmal zwischen verschiedenen Gewerkschaftsorganisationen ausgetragen werden; in der Bundesrepublik Deutschland ist diese Art von Wettbewerb allerdings weitgehend aufgrund des Prinzips der Einheitsgewerkschaften ausgeschaltet. Ein Wettbewerb um Mitglieder und Zustimmung kann weiterhin dadurch zustande kommen, daß sich innerhalb ein und derselben Organisation mehrere Führungskräfte zur Wahl stellen und insofern um Mitgliederstimmen konkurrieren. Auch diese Art von Wettbewerb dürfte in praxi eher zu den Ausnahmen zählen.

Trotzdem darf aus diesen Überlegungen nicht der Schluß gezogen werden, als ob in der Bundesrepublik überhaupt kein innerorganisatorischer Wettbewerb um Mitglieder und Zustimmung stattfände. In Wirklichkeit gibt es nämlich gewisse Institutionen und Mechanismen, die die Funktionen des innerorganisatorischen Wettbewerbs teilweise übernehmen können. Hierzu zählt einmal das Prinzip der negativen Koalitionsfreiheit, also das Recht des einzelnen Arbeitnehmers, der Gewerkschaft fern zu bleiben, zum andern die Tatsache, daß sich eine Unzufriedenheit der Arbeitnehmer mit der bisherigen Gewerkschaftspolitik auch in Form von wilden Streiks entladen kann. Beide Ersatzmechanismen sind gerade in den letzten Jahren in der Bundesrepublik von größerer Bedeutung geworden. Sie setzen die Führungskräfte der Gewerkschaften unter Druck, vermehrt für die Arbeitnehmer tätig zu werden.

In empirischen Untersuchungen werden die Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten zumeist im Organisationsgrad der Gewerkschaften gemessen, wobei festgelegt wird, daß man von einem um so geringeren Wettbewerb auf den Arbeitsmärkten spricht, je größer der gewerkschaftliche Organisationsgrad (also der Anteil der organisierten Arbeitnehmer an der Gesamtzahl der unselbständig Beschäftigten) ist.

Im Vergleich zur Charakterisierung der Wettbewerbsverhältnisse als bilaterales Monopol weist der Maßstab des gewerkschaftlichen Organisationsgrades entscheidende Vorteile auf. Einmal liegt mit dem Organisationsgrad ein Maßstab vor, der im Gegensatz zu dem morphologischen Kriterium des bilateralen Monopols quantitative Abstufungen der gewerkschaftlichen Macht feststellen läßt. Zum andern steht der Organisationsgrad der Gewerkschaften in einem engen Verhältnis zu den einzelnen oben angeführten Wettbewerbsarten auf dem Arbeitsmarkt. Je größer der gewerkschaftliche Organisationsgrad ist, um so mehr können sich die Gewerkschaften ihrer monopolistischen Strategien bedienen. Die Machtposition der Gewerkschaften beeinflußt auch das Ausmaß der außerorganisatorischen Konkurrenz; je größer der Einfluß der Gewerkschaften ist, um so weniger können die Unternehmungen übertarifliche Lohnzuschläge abbauen. Schließlich hängt auch der innerorganisatorische Wettbewerb um die Mitglieder entscheidend vom Organisationsgrad der Gewerkschaften ab. So dürften z. B. die faktischen Möglichkeiten zum Gewerkschafts Austritt bei sehr hohem Organisationsgrad relativ gering sein, da die Gewerkschaften in diesem Falle über informelle Kontrollmöglichkeiten über das Verhalten der Arbeitnehmer verfügen.

Trotz dieser Vorteile befriedigt auch der gewerkschaftliche Organisationsgrad als Maßstab für die Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten nicht in vollem Maße. Als erstes muß darauf hingewiesen werden, daß das Ausmaß des Wettbewerbs auch davon abhängt, in welchem Maße die Arbeitgeber organisiert sind. Man könnte diesem Einwand dadurch Rechnung tragen, daß man den Organisationsgrad der Gewerkschaften zu dem der Arbeitgeber in Beziehung setzt und dann von einem relativen Organisationsgrad spricht. Zweitens lassen sich die Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten auch bei gleichbleibendem gewerkschaftlichen Organisationsgrad durch institutionelle Änderungen, wie zeitweise Aussetzung von Streiks, Zwangsschlichtung, Prinzip der negativen Koalitionsfreiheit usw., beeinflussen. Schließlich ist es drittens keinesfalls sicher, daß die Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer eindeutig am gewerkschaftlichen Organisationsgrad gemessen werden kann. Einzeluntersuchungen über Streiks haben gezeigt, daß sich auf der einen Seite auch nichtorganisierte Arbeitnehmer am Streik beteiligen, während auf der anderen Seite nicht alle organi-

sierten Arbeitnehmer jeden Streik unterstützen. Da die Machtposition der Gewerkschaften entscheidend von der Kampfbereitschaft der Arbeitnehmer abhängt, stellt somit der gewerkschaftliche Organisationsgrad einen nur unvollkommenen Maßstab der gewerkschaftlichen Macht und damit auch der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten dar. Trotz dieser Kritik im einzelnen wollen wir im folgenden die Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten allein am gewerkschaftlichen Organisationsgrad messen, da sich die vorliegenden empirischen Untersuchungen fast ausschließlich auf diesen Maßstab beschränken.

3. Zusammenhänge zwischen Organisationsgrad der Gewerkschaften und expansiver Lohnpolitik

Nachdem wir klargestellt haben, welche Formen von Wettbewerb wir auf den Arbeitsmärkten vorfinden und wie wir den Wettbewerb messen können, wollen wir uns der eigentlichen Frage dieses Referates (der Frage nach der Bedeutung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten für das Güterpreisniveau) zuwenden. Wir wollen mit einem angebotsorientierten Inflationsansatz beginnen, so wie er etwa von Weintraub² entwickelt wurde. Danach schlagen die einzelnen Unternehmer auf die Stückkosten, zu denen insbesondere die Lohnstückkosten zählen, einen über längere Zeit konstant bleibenden Gewinnzuschlag auf. Wenn man weiterhin unterstellt, daß kurzfristig auch die Branchenstruktur konstant bleibt, wird das Güterpreisniveau, also der Durchschnitt der einzelnen Güterpreise, in erster Linie von der Entwicklung der Stückkosten bestimmt. Für unsere Frage bedeutet dies, daß sich jede Erhöhung der Lohnstückkosten auf das Güterpreisniveau auswirkt, sofern die Lohnstückkostensteigerungen nicht durch Stückkostensenkungen bei den übrigen Kostenarten kompensiert werden. Die Lohnstückkosten sind nun ihrerseits definiert als Produkt aus Lohnsatz und reziprokem Wert der Arbeitsproduktivität, so daß die Lohnstückkosten und damit dieser Theorie entsprechend auch die Güterpreise in dem Maße ansteigen werden, wie die Nominallohnsätze stärker ansteigen als die Arbeitsproduktivität. In dem Ansteigen der Lohnstückkosten haben wir somit einen Maßstab für den expansiven Charakter der Lohnpolitik.

Nun ist zu vermuten, daß die Gewerkschaften eine um so expansivere Lohnpolitik betreiben, je größer ihre Monopolmacht auf den Arbeitsmärkten ist. Wir erhalten auf diese Weise folgende Hypothese: Je größer der Organisationsgrad der Gewerkschaften ist, um so mehr steigen die Lohnstückkosten und damit das Güterpreisniveau an. Wir hätten damit

² *Sidney Weintraub*, A Macro-Theory of Pricing, Income Distribution and Employment, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Heft 1, Bd. 102, 1969, S. 11 ff.

einen ersten unmittelbaren Zusammenhang zwischen den Wettbewerbsverhältnissen auf den Arbeitsmärkten und dem Güterpreisniveau aufgezeigt.

Wie steht es nun mit der Realistik dieser ersten Hypothese? Wir verfügen zwar — insbesondere für die USA — über eine Vielzahl von empirischen Untersuchungen über den Einfluß des Organisationsgrades der Gewerkschaften auf die realisierten Lohnsaterhöhungen. Vor allem Lewis³ hat in einer verdienstvollen Studie die meisten der in USA durchgeführten empirischen Untersuchungen zusammengefaßt; er kam zu dem Ergebnis, daß ein wesentlicher Einfluß des Organisationsgrades auf das Ausmaß der Lohnerhöhungen als empirisch bestätigt angesehen werden kann. Trotz allem können diese Untersuchungen nur sehr bedingt auf unsere hier angesprochene Frage angewandt werden, da diese Untersuchungen die Veränderungen der Arbeitsproduktivität nicht mitberücksichtigen. Die einzige größere Untersuchung über Lohndeterminanten, die *expressis verbis* auch die Entwicklung der Arbeitsproduktivität mit einbezieht, nämlich die Untersuchung von Kuh⁴, klammert selbst wiederum den Einfluß der Gewerkschaften auf das Lohnniveau aus und kann deshalb zur Beantwortung unserer Frage nicht herangezogen werden.

Unabhängig davon, daß unsere erste Hypothese nicht ausreichend empirisch abgestützt werden kann, zeigen die Erfahrungen der letzten Jahre vor allem in der Bundesrepublik Deutschland, daß bei unverändertem Organisationsgrad der Gewerkschaften die Nominallohnsätze insbesondere dann stärker angehoben werden als die Arbeitsproduktivität, wenn größere Steigerungen im Güterpreisniveau erwartet werden müssen. Sicherlich kann aus diesen Erfahrungen geschlossen werden, daß der Grad der Expansivität der gewerkschaftlichen Lohnpolitik nicht ausschließlich vom Organisationsgrad der Gewerkschaften abhängt. Weiterhin wollen wir im folgenden zeigen, daß unabhängig von dieser Frage die angebotsorientierte Inflationstheorie nicht in der Lage ist, den Gesamtzusammenhang zwischen Wettbewerbsverhältnissen auf den Arbeitsmärkten und Güterpreisniveau aufzuhellen. Wir wollen uns deshalb in den weiteren Ausführungen des von Schultze⁵ entwickelten demand-shift-Inflationsansatzes bedienen.

³ *H. Gregg Lewis*, *Unionism and Relative Wages in the United States*, An Empirical Inquiry, Chicago 1963.

⁴ *Edwin Kuh*, Produktivitätstheorie zur Bestimmung des Lohnniveaus — eine Alternative zur Phillips-Kurve, abgedruckt in: B. Külp und W. Schreiber (Hrsg.), *Arbeitsökonomik*, Köln 1972, S. 285 ff.

⁵ *Charles L. Schultze*, *Recent Inflation in the United States*, Study of Employment, Growth and Price Levels, Study Paper No. 1, Joint Economic Committee, 86th Congress, 2nd Session, Washington 1959.

4. Zusammenhänge zwischen dem Organisationsgrad der Gewerkschaften und der Lohninflexibilität in Zeiten der Rezession

Bekanntlich hat Schultze die These vertreten, daß Verschiebungen in der Nachfrage — und wir könnten hinzufügen: im Prinzip jede Datenänderung — Preisniveausteigerungen auslösen können, wenn die Preise infolge von Immobilitäten nach unten inflexibel sind. Wir haben davon auszugehen, daß Datenänderungen immer wieder vorübergehende Knappheitssituationen auf einzelnen Märkten auslösen werden, so daß in einer funktionierenden Marktwirtschaft stets mit partiellen Preissteigerungen zu rechnen sein wird. Diese partiellen Preissteigerungen werden jedoch dann nicht zu einer allgemeinen Steigerung des Güterpreisniveaus führen, wenn die Preissteigerungen auf einem Teil der Märkte durch Preissenkungen auf anderen Märkten kompensiert werden. Da Datenänderungen somit partielle Preissteigerungen notwendig machen, muß man für das Ansteigen des gesamten Güterpreisniveaus nicht nur die Märkte verantwortlich machen, auf denen Preissteigerungen eintreten, sondern vielmehr auch die Märkte, auf denen mögliche Preissenkungen unterbleiben. Übertragen auf den Arbeitsmarkt bedeutet dies, daß Preissteigerungstendenzen allgemeiner Art nicht nur dann zu erwarten sind, wenn die Gewerkschaften eine expansive Lohnpolitik im oben definierten Sinne (Ansteigen der Nominallohnsätze über die Arbeitsproduktivität der betroffenen Branchen hinaus) betreiben. Auch Lohnerhöhungen, die die Lohnstückkosten konstant halten, können unter gewissen Voraussetzungen als inflationär angesehen werden, dann nämlich, wenn sie die für die Preisstabilität notwendigen Lohnkostensenkungen verhindern.

Nun gibt es vor allem zwei Mechanismen, die Preissenkungsspielräume schaffen: einen kurzfristigen konjunkturellen und einen langfristigen säkularen Mechanismus. Legen wir die Schumpetersche Konjunkturtheorie zugrunde, so ist der Konjunkturaufschwung dadurch ausgezeichnet, daß Unternehmer Innovationen einleiten und damit vorübergehend Produktivkräfte von der Konsumgüterproduktion abziehen: Das Angebot an Konsumgütern wird verknappt und löst dadurch allgemeine Preissteigerungen aus, die in der Regel dadurch noch verstärkt werden, daß die Innovationen mit neu geschaffenen Geld finanziert werden. Dieser für den Wachstumsprozeß notwendige zeitweise Preisanstieg im Konjunkturaufschwung braucht nun in einer funktionierenden Marktwirtschaft nicht unbedingt zu einem langfristigen Preisanstieg zu führen. Wenn nämlich die Innovationen ausgereift sind, erhöht sich das Konsumgüterangebot, damit können die Preise wiederum sinken. Auch hier gilt, daß die eigentliche Verantwortung für langfristige Preissteigerungen weniger in den Preissteigerungen im Kon-

junkturaufschwung als vielmehr in den unterbliebenen Preissenkungen während der Rezession liegt.

Die für die Erhaltung der langfristigen Preisniveaustabilität notwendigen Preissenkungen in Zeiten der Rezession können nun unter Umständen dadurch verhindert werden, daß durch Nachfrageüberhänge bedingte Lohnsteigerungen in der Hochkonjunktur nun in Zeiten der Rezession nicht ausreichend abgebaut werden. In einer der wenigen empirischen Untersuchungen über den Gewerkschaftseinfluß, die zwischen verschiedenen konjunkturellen Phasen unterscheidet, hat Pierson⁶ nachgewiesen, daß die Gewerkschaftsstärke — ausgedrückt durch einen hohen Organisationsgrad der Arbeitnehmer — weniger in Zeiten der Hochkonjunktur als in Zeiten des Konjunkturabschwunges zum Tragen komme. Die Gewerkschaftsstärke drücke sich dadurch aus, daß eine Gewerkschaft mit hohem Organisationsgrad in Zeiten der Rezession ein Absinken der Nominallohne verhindern könne. Diese Untersuchung kann als empirischer Nachweis dafür angesehen werden, daß die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt Einfluß darauf nehmen, inwieweit in Zeiten der Rezession Lohnsteigerungen rückgängig gemacht werden können und insofern die für eine langfristige Preisniveaustabilität notwendigen Preissenkungen während der Rezession verhindert werden.

Nun hat Arndt⁷ vor einigen Jahren darauf aufmerksam gemacht, daß gerade in dieser Frage Unterschiede zwischen der Tarifsituation in den USA und in der Bundesrepublik Deutschland bestünden. Aufgrund des hohen Ausmaßes an übertariflichen Lohnzuschlägen in der Bundesrepublik (ausgelöst durch einen im Vergleich zu den USA höheren Konzentrationsgrad der Tarifverhandlungen) könne damit gerechnet werden, daß in Zeiten des Konjunkturabschwunges das Effektivlohnniveau zurückgehe, da die Unternehmungen in diesen Zeiten die übertariflichen Lohnzuschläge abbauen könnten. Nun haben die vergangenen Tarifrunden gezeigt, daß auch diese Möglichkeiten beschränkt sind und die Gewerkschaften ihre Macht dazu einsetzen können, durch sogenannte Vorweganhebungen der Tariflöhne ein Absinken der Effektivverdienste in Zeiten der Rezession zu verhindern. Auch in dieser Frage dürfte die Erwartung sehr hoher Preissteigerungsraten das Absinken der Effektivverdienste in Zeiten der Rezession illusorisch gemacht haben.

⁶ *Gail Pierson*, The Effect of Union Strength on the U.S. Phillips Curve, in: *American Economic Review*, Bd. 58 (1968), S. 457 ff.

⁷ *Helmut Arndt*, Stagflation, in: *Wirtschaftswoche*, 26. Jg. (1972), Nr. 1, S. 20 ff.

5. Die Dunlop-Hypothese

Wenden wir uns nun dem langfristigen Mechanismus der Schaffung von Preissenkungsspielräumen zu. Auf lange Sicht gesehen ist es vor allem der technische Fortschritt und damit die Steigerung der Arbeitsproduktivität, die die Möglichkeit eröffnet, die Preise zu senken und so Preissteigerungen auf Partialmärkten zu kompensieren. Soweit Preisenkungen durch Produktivitätssteigerungen gedeckt sind, können sie durchgeführt werden, ohne daß die Unternehmer und Arbeitnehmer dieser Branchen absolute Einkommensrückgänge in Kauf nehmen müssen.

Nun hat Dunlop⁸ die These aufgestellt, daß die Beantwortung der Frage, ob Produktivitätssteigerungen zu Preissenkungen ausgenutzt werden, insbesondere von den Wettbewerbsverhältnissen auf den Gütermärkten abhängen. Nur dann, wenn auf den Gütermärkten ein starker Wettbewerb herrsche, stünden die Unternehmer unter dem Druck, die Produktivitätsfortschritte in Preissenkungen an den Konsumenten weiterzugeben. Beständen jedoch auf den Gütermärkten Monopolverhältnisse, so würden die Produktivitätszuwächse zu gestiegenen Nominaleinkommen führen, an denen auch die Arbeitnehmer dieser Wirtschaftszweige beteiligt würden.

Dieser zweite Teil der Dunlop-These widerspricht nun den traditionellen Monopolgradthorien⁹. Nach der Monopolgradtheorie wird nämlich eine Monopolisierung auf den Gütermärkten aufgrund der damit verbundenen Verknappung des Güterangebotes auch zu einem Rückgang in der Nachfrage nach Arbeitskräften und damit ceteris paribus zu einem Rückgang im Lohneinkommen (in den Lohnsteigerungen) führen.

Eine empirische Überprüfung dieser Kontroverse wurde im Rahmen einer empirischen Untersuchung von Ross und Goldner für die USA durchgeführt. Diese Untersuchung diente allerdings einem etwas anderem Zweck. Ross¹⁰ hatte 1948 eine empirische Untersuchung vorgelegt, aus der hervorging, daß die Gewerkschaften in den Bereichen, in denen sie einen hohen Organisationsgrad aufwiesen, auch überdurchschnittlich hohe Lohnsteigerungen erzielen konnten. Diese Untersuchung war vor allem deshalb kritisiert worden, weil in dieser Untersuchung

⁸ *John T. Dunlop*, Productivity and the Wage Structure, in: *Income, Employment and Public Policy, Essays in Honour of A. H. Hansen*, New York 1948, S. 341 ff.

⁹ *Erich Schneider*, Einführung in die Wirtschaftstheorie, II. Teil, 3. Aufl. 1955, S. 175 ff.

¹⁰ *Arthur M. Ross*, The Influence of Unionism upon Earnings, in: *Quarterly Journal of Economics*, 1948. S. 263 ff.

zu wenig die recht unterschiedliche wirtschaftliche Situation auf den einzelnen Märkten und Branchen berücksichtigt wurde. Um dieser Kritik zu begegnen, legte Ross zusammen mit Goldner 1950 eine weitere empirische Untersuchung vor¹¹, in der unter anderem neben dem Organisationsgrad auch die Wettbewerbsverhältnisse auf den Gütermärkten (ausgedrückt im Konzentrationsgrad der Gütermärkte) Berücksichtigung fanden. Zwar konnte in dieser Untersuchung gezeigt werden, daß in der Tat überdurchschnittlich hohe Lohnsteigerungen in den stark konzentrierten Branchen erzielt werden konnten. Insofern schien diese Untersuchung die These von Dunlop zu bestätigen, diejenige der traditionellen Monopolgradtheorien hingegen zu widerlegen. Allerdings ist diese Schlußfolgerung insofern fragwürdig, als Ross und Goldner gleichzeitig eine hohe Korrelation zwischen Organisationsgrad und Lohnsteigerungen nachweisen konnten, so daß die überdurchschnittlichen Lohnsteigerungen auch auf einen hohen Organisationsgrad der Arbeitnehmer zurückgeführt werden können.

6. Die Zusammenhänge zwischen den Wettbewerbsverhältnissen auf den Güter- und Arbeitsmärkten

Unsere Frage nach dem Einfluß der Wettbewerbsverhältnisse auf die Stabilisierung des Preisniveaus ist somit weiterhin ungeklärt. Einen Schritt weiter führt uns eine empirische Untersuchung von Levinson¹². Dieser ging von der These aus, daß diese von Ross und Goldner aufgezeigte Korrelation zwischen dem Wettbewerbsgrad auf den Güter- und Arbeitsmärkten nicht zufälliger Natur sei, sondern daß vielmehr ein hoher Konzentrationsgrad auf den Gütermärkten überhaupt erst die Voraussetzung dafür schaffe, daß sich die Arbeitnehmer organisieren könnten. Eine Zunahme des Konzentrationsgrades auf den Gütermärkten führe somit zu einer Erhöhung des Organisationsgrades der Arbeitnehmer auf den Arbeitsmärkten. Und nur deshalb, weil über die Steigerung des Organisationsgrades der Gewerkschaften die Unternehmer unter Druck gesetzt würden, seien diese auch bereit, die Produktivitätsfortschritte den Arbeitnehmern in Form von gestiegenen Löhnen zugute kommen zu lassen. Die Ausschaltung des Wettbewerbes auf den Gütermärkten bringe zwar den Unternehmungen die Möglichkeit, den Arbeitnehmern im Ausmaße der Produktivitätssteigerungen höhere Löhne zu gewähren, da die Produktivitätsfortschritte nicht in Preissenkungen an die Konsumenten weitergegeben werden müßten;

¹¹ Arthur M. Ross und W. Goldner, Forces Affecting the Interindustry Wage Structure, in: Quarterly Journal of Economics, 1950, S. 254 ff.

¹² Harald M. Levinson, Determining Forces in Collective Wage Bargaining, New York 1966, insbes. Kapitel V.

die Unternehmer machten jedoch von diesen Möglichkeiten nur deshalb Gebrauch, weil sie von den Gewerkschaften auch dazu gezwungen würden.

Die empirische Untersuchung von Levinson kann insofern als empirischer Nachweis dieser Hypothese angesehen werden, als nicht nur eine hohe Korrelation zwischen den Wettbewerbsverhältnissen auf den Güter- und Arbeitsmärkten festgestellt werden konnte, sondern auch in den wenigen Wirtschaftszweigen, in denen ein hoher Organisationsgrad der Arbeitnehmer bei gleichzeitig starkem Wettbewerb auf den Gütermärkten nachgewiesen werden konnte, andere Faktoren (z. B. *räumliche* Konzentration der Betriebe) die Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmer begünstigt haben. Die Hypothese von Levinson kann also in der folgenden verallgemeinerten Form als realistisch bezeichnet werden: In welchem Ausmaße sich die Arbeitnehmer organisieren, hängt von der Organisationsfähigkeit der Arbeitnehmer ab, diese Organisationsfähigkeit ist in erster Linie (wenn auch nicht ausschließlich) in Großbetrieben gegeben. Großbetriebe sind vor allem in Wirtschaftszweigen mit hohem Konzentrationsgrad anzutreffen.

7. Die Dunlop-Ross-Kontroverse

Obwohl wir in der Überprüfung unserer Frage nach der Bedeutung der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten für das Güterpreisniveau ein gutes Stück weitergekommen sind, sind wir immer noch nicht zu einem voll befriedigenden Ergebnis gelangt. So hat Pierson¹³ vor kurzem eine empirische Untersuchung über den Einfluß der Lohnleitlinien auf die gewerkschaftliche Lohnpolitik in den USA vorgelegt, in der er unter anderem zu dem frappierenden und zu unseren bisherigen Ergebnissen widersprechenden Resultat gelangt, daß bei Bestehen der Lohnleitlinien gerade die stärksten Gewerkschaften geringere Lohnsteigerungen durchgesetzt haben als die schwächeren Gewerkschaften. Pierson begründete seine Ergebnisse damit, daß es sich nur die mitgliedstarken Gewerkschaften erlauben könnten, von einer reinen Interessenpolitik zugunsten der Mitglieder abzuweichen und gesamtwirtschaftliche Interessen zu berücksichtigen.

Wie läßt sich dieses Resultat mit unseren oben dargelegten Ergebnissen in Einklang bringen? Bei unseren bisherigen Überlegungen haben wir für die Unternehmer unterstellt, daß sie die Produktivitätsfortschritte nur dann an die Arbeitnehmer in Form von Nominallohnerhöhungen weitergeben, wenn sie erstens dazu die Möglichkeit haben

¹³ Gail Pierson, *The Effect of Union Strength on the U.S. Phillips Curve*, in: *American Economic Review*, Bd. 58 (1968), S. 457 ff.

und wenn sie zweitens unter Druck stehen, von dieser Möglichkeit Gebrauch zu machen. Für die Arbeitnehmerseite hingegen wurde stillschweigend unterstellt, daß bereits die Möglichkeit einer Organisation der Arbeitnehmer ausreiche, die Arbeitnehmer zu organisieren und Lohnsteigerungen zu erkämpfen. Im Verständnis der hier zugrundeliegenden Zusammenhänge kommen wir einen Schritt weiter, wenn wir auch für die Arbeitnehmerseite zwischen den Faktoren unterscheiden, die die Möglichkeit zur Organisation schaffen und den Faktoren, die die Gewerkschaftsfunktionäre unter Druck setzen, von diesen Möglichkeiten Gebrauch zu machen. Diese Betrachtungsweise berücksichtigt, daß man zwischen dem Verhalten der Arbeitnehmer und der sie vertretenden Gewerkschaftsfunktionäre unterscheiden muß. Bekanntlich war diese Frage im Rahmen der Dunlop-Ross-Kontroverse diskutiert worden. Während Dunlop¹⁴ die Gewerkschaften als eine Art Unternehmung verstand, die die Lohnsumme ihrer Mitglieder zu maximieren versucht, ging Ross¹⁵ von der Annahme aus, daß die Gewerkschaftsfunktionäre primär das organisationspolitische Ziel des Überlebens und des Ausbaus der Organisation verfolgen und nur insofern die materiellen Interessen der Mitglieder zu ihren eigenen Zielen machen, als hierdurch die organisationspolitischen Ziele realisiert werden. Eine empirische Untersuchung über diesen Fragenkomplex¹⁶, die innerhalb meines Institutes zur Zeit für die Bundesrepublik Deutschland durchgeführt wird, zeigt, daß auch innerhalb der Gewerkschaften der Bundesrepublik organisationspolitischen Fragen neben wirtschaftlichen eine starke Bedeutung zukommt, so daß dieser Rosssche Ansatz durchaus auch für die Bundesrepublik als realistisch bezeichnet werden muß.

8. Der Zusammenhang zwischen Organisationsgrad und lohnpolitischer Aktivität der Gewerkschaftsfunktionäre

Wir gehen also davon aus, daß die lohnpolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften in dem Ausmaße erfolgen, wie es im organisatorischen Interesse der Gewerkschaftsfunktionäre liegt und wie die Gewerkschaftsfunktionäre die Möglichkeit haben, diesem Interesse zu entsprechen. Diese Möglichkeiten werden einmal durch die Organisationsfähigkeit, zum andern durch das Ausmaß der Militanz bei den Arbeitnehmern begrenzt.

Wir wollen unterstellen, daß die Gewerkschaften lohnpolitische Aktivitäten immer dann entfalten, wenn ihre organisatorische Basis

¹⁴ John T. Dunlop, *Wage Determination under Trade Unions*, New York 1950.

¹⁵ Arthur M. Ross, *Trade Union Wage Policy*, 4. Aufl., Berkeley 1956.

¹⁶ Noch nicht veröffentlichte empirische Untersuchung über Determinanten des Tarifverhandlungsprozesses in der Bundesrepublik Deutschland.

bedroht ist. Aufgrund dieser lohnpolitischen Aktivitäten steigt auf der einen Seite der Organisationsgrad der Gewerkschaften, auf der anderen Seite erzielen die Gewerkschaften in den Verhandlungen mit den Arbeitgeberverbänden höhere Löhne. Die oftmals statistisch nachgewiesene Beziehung zwischen dem Organisationsgrad der Gewerkschaften und den Lohnerhöhungen ist somit indirekter Art; das auslösende Moment ist die organisatorische Bedrohung der Gewerkschaftsfunktionäre und ihre daraus abgeleitete lohnpolitische Aktivität, die dann sowohl ein Ansteigen des Organisationsgrades wie auch der Tariflöhne zur Folge hat. Genau diesen Ansatz wählte Hines¹⁷, um im Rahmen einer empirischen Untersuchung den Einfluß der Gewerkschaften auf die Lohnhöhe in Großbritannien zu testen. In der Tat konnte Hines eine hohe Korrelation zwischen Organisationsgrad und Lohnerhöhungen nachweisen.

Nun müssen wir berücksichtigen, daß die lohnpolitischen Aktivitäten der Gewerkschaftsfunktionäre nicht nur Einfluß auf den Organisationsgrad haben, sondern selbst wiederum vom Ausmaß der bereits realisierten Organisationsgradhöhe abhängen. Ist der Organisationsgrad der Arbeitnehmer gering (unter 30 Prozent), so können sich die Gewerkschaften im wesentlichen auf eine homogen zusammengesetzte Mitgliedschaft stützen, die mehr aus ideellen Gründen der Gewerkschaft angehört und die die Gewerkschaft auch dann nicht verläßt, wenn sich diese nicht für die materiellen Belange ihrer Mitglieder einsetzt. In einer solchen Situation hängt der Weiterbestand der Gewerkschaftsorganisation nicht von den lohnpolitischen Aktivitäten der Gewerkschaftsfunktionäre ab; der Mitgliederbestand bleibt auch dann erhalten, wenn die Gewerkschaften keine lohnpolitischen Aktivitäten entfalten. Die Gewerkschaften stehen somit in einer solchen Situation nicht unter dem Druck, lohnpolitische Aktivitäten zu entfalten. Ganz im Gegenteil wird es aufgrund der weltanschaulich homogenen Zusammensetzung der Mitgliedschaft für die Gewerkschaftsfunktionäre zweckmäßiger sein, ihre Mitglieder mit ideologischen Parolen an die Gewerkschaft zu binden.

Eine ähnliche Situation, wenn auch aus ganz anderen Gründen, finden wir vor, wenn die Gewerkschaften bereits einen sehr hohen Organisationsgrad erreicht haben (über 80 Prozent). Auch hier ist der organisatorische Bestand der Gewerkschaften nicht gefährdet, ein Austritt einzelner Gewerkschaftsmitglieder stellt hier nicht das Weiterbestehen des Verbandes in Frage, und was noch wichtiger ist: Gerade aufgrund des sehr hohen Organisationsgrades verfügen die Gewerkschaften in

¹⁷ A. G. Hines, *Trade Unions and Wage Inflation in the UK 1893 - 1961*, in: *Review of Economic Studies*, Bd. 31, 1964, S. 221 ff.

den einzelnen Betrieben über so starke informelle Kontrollen, daß sich die Mitglieder aus Furcht vor informellen Sanktionen auch bei Unzufriedenheit gar nicht getrauen, die Gewerkschaften zu verlassen. In einer solchen Situation stehen die Gewerkschaftsfunktionäre wiederum nicht unter dem Druck, lohnpolitische Aktivitäten zu entfalten; sie können, wie Pierson gezeigt hat, gesamtwirtschaftliche Ziele vertreten und die lohnpolitischen Aktivitäten gegebenenfalls einschränken.

Ganz anders ist die Situation der Gewerkschaften, die einen Organisationsgrad mittleren Ausmaßes (30 - 80 Prozent) aufweisen. Hier ist die Mitgliedschaft recht heterogen zusammengesetzt, die Gewerkschaften bestehen nicht mehr nur aus Stammitgliedern, die Gewerkschaften müssen für ihre Mitglieder aktiv werden, sie müssen damit rechnen, daß ein großer Teil der Mitglieder die Gewerkschaft verläßt, wenn die materiellen Interessen der Mitglieder nicht wirkungsvoll vertreten werden. So stehen die Gewerkschaftsfunktionäre in einer solchen Situation unter laufendem Druck, für ihre Mitglieder lohnpolitisch aktiv zu werden.

9. Die Determinanten der Konfliktbereitschaft der Arbeitnehmer

Lohnpolitische Aktivitäten können jedoch nur dann durchgeführt werden, wenn bereits ein beachtlicher Teil der Arbeitnehmerschaft organisiert und darüber hinaus bereit ist, einen Arbeitskampf mitzutragen. Bei einem niedrigen Organisationsgrad ist somit nicht nur deshalb mit einer geringen lohnpolitischen Aktivität zu rechnen, weil die Gewerkschaftsfunktionäre gar nicht dieser Aktivität bedürfen, um als Organisation überleben zu können, sondern auch deshalb, weil die Gewerkschaftsfunktionäre in einer solchen Situation gar nicht die Möglichkeiten besitzen, einen Lohnkampf zu inszenieren.

Fragen wir nun deshalb, von welchen Faktoren die Konfliktbereitschaft der Arbeitnehmer abhängt. Generell können wir davon ausgehen, daß die Konfliktbereitschaft der Arbeitnehmer dadurch bestimmt wird, in welchem Maße die Erwartungen der Arbeitnehmer erfüllt werden. Das Konfliktpotential steigt in dem Maße an, in dem die Erwartungen der Arbeitnehmer in den Tarifverhandlungen nicht realisiert werden. Die Lohnerwartungen selbst wiederum werden durch die Lohnabschlüsse der Vergangenheit bestimmt. Wenn die Arbeitnehmer Jahre hindurch eine stetige Zunahme ihres Lohneinkommens erzielen konnten, so haben sie sich auf eine stetige Lohnsteigerung eingestellt und ihre Erwartungen werden enttäuscht, wenn diese Steigerungen ausbleiben. Man wird deshalb damit rechnen können, daß das Konfliktpotential und mit ihm auch die lohnpolitische Aktivität der Gewerk-

schaften stark ansteigt, wenn die Wachstumsrate des Sozialproduktes lange Zeit sehr hoch war und dann, wie dies im Augenblick der Fall ist, fast auf Null absinkt.

Die These, daß die Konfliktbereitschaft davon abhängt, inwieweit die Lohnerwartungen der Arbeitnehmer erfüllt werden, und die weitere These, daß die Lohnerwartungen selbst wiederum von den in der unmittelbaren Vergangenheit erzielten Lohnabschlüssen geprägt werden, konnten von Ashenfelter und Johnson im Rahmen einer empirischen Untersuchung für die USA weitgehend bestätigt werden¹⁸.

Unsere Hypothese über die Bestimmungsgründe des Konfliktpotentials der Arbeitnehmer muß allerdings in zweifacher Weise modifiziert werden. Auf der einen Seite muß man davon ausgehen, daß die Erwartungen der Arbeitnehmer um so mehr enttäuscht werden, je größer die Kluft zwischen den geforderten bzw. realisierten Nominallohnsteigerungen und den schließlich erzielten realen Nettolohnzuwächsen ist. Eine reale Nettolohnsteigerung von 1 Prozent wird in geringerem Maße zu Enttäuschungen führen, wenn sie von einer Nominallohnsteigerung von 2 oder 3 Prozent begleitet wird, als wenn — wie dies heute der Fall ist — Lohnsteigerungen von 11-14 Prozent zur Diskussion stehen.

Eine zweite Korrektur ergibt sich daraus, daß die Arbeitnehmer ihre Lohnsteigerungen mit den Lohnsteigerungen in benachbarten Lohngruppen vergleichen. Die Unzufriedenheit mit den realisierten Löhnen ist vor allem dann groß, wenn eine Arbeitnehmergruppe ihren bisherigen Platz innerhalb der Lohnhierarchie einbüßt. Man wird damit rechnen müssen, daß diese Arbeitnehmergruppe in der nächsten Tarifrunde alles daran setzen wird, ihren bisherigen Platz wiederzuerlangen.

Diese These wird dadurch unterstützt, daß nahezu bei allen bisherigen empirischen Untersuchungen eine relative Konstanz der Lohnhierarchie nachgewiesen werden konnte¹⁹. Auf jeden Fall ist die Tariflohnstruktur (aber auch die Effektivverdienststruktur) im Zeitablauf bedeutend geringeren Schwankungen ausgesetzt als die entsprechende Struktur der Arbeitsproduktivitäten²⁰. Sofern unsere These über die Abhängigkeit des Konfliktpotentials von Lohnstrukturveränderungen richtig ist, wird eine starke Lohnexpansion — und damit ein vom Lohn-

¹⁸ *Orley Ashenfelter* und *G. E. Johnson*, *Bargaining Theory, Trade Unions and Industrial Strike Activity*, in: *American Economic Review*, Bd. 59 (1969), S. 35 ff.

¹⁹ *Harald Gerfin*, *Ausmaß und Wirkung der Lohndrift*, in: *Helmut Arndt* (Hrsg.), *Lohnpolitik und Einkommensverteilung*, Berlin 1969, S. 514.

²⁰ *Bernhard Pfister*, *Besitzen die Gewerkschaften Monopolmacht?*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, 1958, S. 147 f.

sektor her ausgelöster inflatorischer Druck — vor allem dann erwartet werden müssen, wenn sich starke Verschiebungen in den branchenwirtschaftlichen Arbeitsproduktivitäten ergeben. In den Wirtschaftszweigen, die eine überdurchschnittliche Produktivitätssteigerung aufweisen, werden die Löhne zunächst überproportional ansteigen. Die Kehrseite dieser Entwicklung besteht darin, daß andere Branchen innerhalb der Lohnhierarchie abzusinken drohen; um dies zu verhindern, werden die Gewerkschaften in diesen Bereichen ihre lohnpolitischen Aktivitäten erhöhen mit dem Ergebnis, daß nach Abschluß der Tarifrunde die bisherige Lohnstruktur wiederhergestellt und das gesamte nominelle Lohnniveau stark angestiegen ist.

10. Der Zusammenhang zwischen Mobilität, Organisationsgrad und Konfliktbereitschaft

Eine Zunahme des Konfliktpotentials führt nicht in jedem Falle zu einem Ansteigen der lohnpolitischen Aktivitäten. Wie vor allem Kerr²¹ gezeigt hat, hängt die Frage, in welchem Ausmaße angestaute Unzufriedenheit zu Konflikten führt, entscheidend davon ab, in welchem Maße die Arbeitnehmer die Möglichkeit haben, durch Arbeitsplatzwechsel die Ursache ihrer Unzufriedenheit abzubauen. Kerr erklärt die Tatsache, daß vor allem die Bergarbeiter im internationalen Vergleich eine sehr hohe Streikneigung aufweisen, vor allem damit, daß die Mobilität dieser Arbeitnehmergruppen besonders gering ist. Die Arbeitsmobilität hängt darüber hinaus auch von der jeweiligen konjunkturellen Situation ab. In Zeiten der Rezession sinken die Möglichkeiten, einen neuen Arbeitsplatz zu finden; aus diesen Gründen dürfte in einer solchen Situation die Konfliktbereitschaft ansteigen. Auch diese Hypothese konnte im Rahmen der oben angeführten Untersuchung von Ashenfelter und Johnson weitgehend empirisch bestätigt werden²².

Steigt die Unzufriedenheit der Arbeitnehmer und sind die Möglichkeiten der Mobilität verbaut, so werden die Arbeitnehmer verstärkt der Gewerkschaft beitreten und die Gewerkschaftsfunktionäre zu einem Arbeitskampf drängen. Das Ausmaß der Militanz der Arbeitnehmer spielt nun für das Ausmaß der lohnpolitischen Aktivitäten der Gewerkschaften eine zweifache Rolle. Auf der einen Seite können die Gewerkschaften nur bei einer ausreichenden Militanz der Mitglieder einen Lohnkampf beginnen. Auf der anderen Seite kann jedoch von der

²¹ *Clark Kerr* und *A. Siegel*, *The Interindustry Propensity to Strike — An International Comparison*, in: *Clark Kerr* (Hrsg.), *Labor and Management in Industrial Society*, New York 1964, S. 105 ff.

²² *Orley Ashenfelter* und *G. E. Johnson*, *Bargaining Theory, Trade Unions and Industrial Activity*, S. 35 ff.

Militanz der Mitglieder auch ein Druck auf die Gewerkschaftsfunktionäre ausgehen, lohnpolitisch aktiv zu werden. Das gilt auch für eine Gewerkschaft mit einem sehr hohen Organisationsgrad. Wie gezeigt, stehen die Gewerkschaftsfunktionäre hier zunächst nur unter geringem Druck, lohnpolitische Aktivitäten zu entfalten. Steigt nun jedoch die Militanz der Mitglieder, so kann sie ein so hohes Maß erreichen, daß die Mitglieder schließlich ihren Unmut — bei lohnpolitischer Inaktivität der Gewerkschaftsfunktionäre — in Form eines wilden Streiks bekunden. In einer solchen Situation können sich die Gewerkschaftsfunktionäre zu einer verstärkten Aktivität veranlaßt sehen, um so der Gefahr weiterer wilder Streiks und damit des Auseinanderfallens der gewerkschaftlichen Organisation entgegenzuwirken.

11. Zusammenfassung

In der öffentlichen Diskussion wird oftmals unterstellt, daß bei einer Reduzierung des Wettbewerbs auf den Arbeitsmärkten (ausgedrückt durch eine Zunahme des gewerkschaftlichen Organisationsgrades) die Löhne stärker steigen als die Arbeitsproduktivität und daß auf diesem Wege vom Lohnsektor her inflationäre Tendenzen ausgehen. Wir haben in diesem Referat zu zeigen versucht, daß zwar in der Tat Beziehungen zwischen den Wettbewerbsverhältnissen auf den Arbeitsmärkten und dem Güterpreisniveau bestehen, daß diese Beziehungen aber bedeutend komplizierter sind, als es diese These vermuten läßt. Wir haben insbesondere festgestellt,

- a) daß das Ausmaß des Wettbewerbs auf den Arbeitsmärkten nur sehr unvollkommen mit Hilfe des gewerkschaftlichen Organisationsgrades allein gemessen werden kann;
- b) daß die in den Tarifverhandlungen realisierte Lohnhöhe nicht nur vom gewerkschaftlichen Organisationsgrad abhängt, sondern daß der gewerkschaftliche Organisationsgrad selbst wiederum von der realisierten Lohnhöhe beeinflußt wird, daß also wechselseitige Beziehungen zwischen Organisationsgrad und Lohnhöhe bestehen;
- c) daß der Organisationsgrad auf zwei recht unterschiedlichen Wegen Einfluß auf die Lohnhöhe nimmt, einmal dadurch, daß mit zunehmendem Organisationsgrad die gewerkschaftlichen Voraussetzungen für eine lohnpolitische Aktivität verbessert werden, zum andern dadurch, daß je nach Ausmaß des Organisationsgrades ein recht unterschiedlicher Druck zur lohnpolitischen Aktivität auf die Gewerkschaftsfunktionäre ausgeht;
- d) daß es eine kritische Organisationsgrenze gibt, bei deren Überschreiten die lohnpolitische Aktivität wiederum zurückgeht, so daß also

nicht jede Steigerung des Organisationsgrades die lohnpolitische Aktivität vergrößert;

- e) daß die vom Arbeitsmarkt induzierten Güterpreissteigerungen nicht in jedem Falle durch ein Ansteigen der Lohnstückkosten ausgelöst werden, sondern daß auch dann unter Umständen Preissteigerungen eintreten können, wenn an und für sich notwendige Verringerungen der Lohnstückkosten unterbleiben.

Korreferat zu: Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten

Von *Werner Glastetter*, Düsseldorf

1. In der Diskussion um das Problem einer „richtigen“ Inflationstheorie bzw. einer adäquaten Stabilisierungspolitik setzt sich — und meines Erachtens dies zu Recht — verstärkt die Erkenntnis durch, daß das Inflationsproblem letztlich ein Konfliktproblem¹ ist, das sich unter anderem auch im Verteilungskonflikt, im Sinne der Auseinandersetzung sozialer Gruppen um die Anteile am verfügbaren realen Sozialprodukt, äußert. Dieser Konflikt wird heute schon zu den entscheidenden Quellen einer konjunkturellen Fehlentwicklung gezählt². Die Notwendigkeit, zu analysieren, wer die Macht hat, den Konflikt auf Kosten anderer zu lösen, ist eine logische Konsequenz. Insofern hat die hier zur Diskussion anstehende Thematik im Rahmen der gesamten Tagungsthematik einen bedeutenden Stellenwert. Dies gilt um so mehr, als bislang der Erkenntnisstand hinsichtlich der Relevanz solcher Konflikte hinter den Erkenntniserfordernissen zurückblieb und damit „Vereinfachungen“ Tür und Tor öffnete. Kennzeichnend hierfür seien zwei Stellungnahmen erwähnt, die der Sachverständigenrat in seinem letzten Jahresgutachten traf. Einmal stellte er fest, daß „über den Ausgang der Stabilitätspolitik im Jahre 1974 die Lohnpolitik entscheiden wird“³; zum anderen meint er, daß die „Lohnsätze der großen Tarifbereiche die mit Abstand wichtigsten“ unter den Marktpreisen sind, die „unter dem Einfluß von Marktmacht gebildet werden“⁴. Überzeichnet interpretiert hieße dies: Die Gewerkschaftsmacht ist die Wurzel des Inflationsübel. Ich meine, daß der Referent dankenswerterweise deutlich gemacht hat, daß die Beziehungen zwischen den Wettbewerbsverhältnissen auf dem Arbeitsmarkt und dem Güterpreisniveau — wie er sagt — „bedeutend komplizierter sind“.

¹ *Norbert Engler*, Das Inflationsproblem aus konflikttheoretischer Sicht, in: *Konjunkturpolitik, Zeitschrift für angewandte Konjunkturforschung*, 20. Jahrgang, 1974, S. 20.

² *Norbert Klotten*, Soll und Haben der Konjunkturpolitik, in: *ifo-Schnelldienst*, 21/1974, S. 13. — *Kurt W. Rothschild*, Hat die Konjunkturpolitik eine Zukunft?, in: *Wirtschaftsdienst*, IV/1974, S. 183.

³ Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Bundestagsdrucksache VII/1273, Ziffer 323.

⁴ Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates, Ziffer 325.

2. Dennoch muß einiges kritisch angemerkt werden. So ist zunächst von der Tatsache auszugehen, daß das Thema ein zweiseitiges Junktim unterstellt: daß nämlich — einmal — die Güterpreise von den Nominallohnsätzen und — zum zweiten — die Nominallohnsätze von den Wettbewerbsverhältnissen auf den Arbeitsmärkten abhängen. Daraus folgt, daß das erste Junktim erwiesen sein muß, damit die Relevanz der Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten für die Güterpreise gegeben ist. Ohne diesen Nachweis stellte das zweite Junktim zwar eine durchaus interessante Problemstellung dar — ginge aber am Thema vorbei. Man wird dem Referenten nicht unterstellen können, daß er die Zweiseitigkeit der Relevanz übersieht. Gleichwohl vermag schon die Behandlung des ersten Junktims nicht zu befriedigen. Wenn der Referent — zugegebenermaßen kritisch — den angebotsorientierten Inflationsansatz heranzieht, so ist nicht zu bestreiten, daß Löhne — sofern sie über den Produktivitätsanstieg hinausgehen — einen Kostenfaktor darstellen. Aber das ist kein Beweis für das erste Junktim. Dazu drei Bemerkungen.

3. Erstens prinzipiell: Der angebotsorientierte Inflationsansatz geht davon aus, daß die Unternehmer auf die Stückkosten einen konstant bleibenden Gewinnzuschlag aufschlagen. Dieses Verhalten führt unmittelbar zum Problem der sogenannten administrierten Preise (im Sinne einer autonomen Gewinnplanung). Damit entsteht die Gefahr, daß der „ratchet effect“ zunehmende Bedeutung gewinnt und die Inflationsbekämpfung durch eine globale Nachfragedrosselung immer schwieriger wird. Denn die dadurch provozierten Nachfragerückgänge werden durch Preissteigerungen kompensiert⁵. Dieses Verhalten ist aber nichts anderes als ein konkreter Verteilungsanspruch der Unternehmer. Es ist methodisch zulässig, diesen Verteilungsanspruch als „legitim“ zu bezeichnen, wenn die Einkommenspolitik ein „Reservat der gesellschaftlichen Gruppen“⁶ ist. Es ist aber methodisch unzulässig, den Preisanstieg in einer unmittelbaren Abhängigkeit zum Lohnstückkostenanstieg zu sehen, der einer Lohnerrhöhung über die Produktivität hinaus entspricht. Denn dieser impliziert nichts anderes als ebenfalls einen Verteilungsanspruch (jetzt als Umverteilungsanspruch einer anderen gesellschaftlichen Gruppe), der aber durch die Ausweichmöglichkeit in die Preise „erfolgreich“ konterkariert wird. Der berüchtigten Lohn-Preis-Spirale liegt insofern keine Sachgesetzlichkeit (im Sinne einer Zwangsläufigkeit), sondern eine bestimmte Form von Konfliktlösung zugrunde. Dabei gelingt es einer gesellschaftlichen Gruppe (den Unternehmern),

⁵ *Norbert Engler*, Das Inflationsproblem aus konflikttheoretischer Sicht, S. 33 ff.

⁶ *Norbert Klotten*, Soll und Haben der Konjunkturpolitik, S. 13.

ihren Verteilungsanspruch durchzusetzen bzw. andere Verteilungsansprüche abzuwehren⁷.

4. Zweitens aktuell: Dieser Sachverhalt verschärft sich noch, wenn man ihn vor dem Hintergrund konjunktureller Wechsellagen sieht. Denn dies modifiziert die Hypothese vom konstant gehaltenen Gewinnzuschlag. Konkret: Vielfach wird — auch vom Referenten — beklagt, daß der anhaltende Preisauftrieb darauf zurückzuführen sei, daß der „demand-pull-effect“ (im Konjunkturaufschwung) durch einen „cost-push-effect“ (im Konjunkturabschwung) abgelöst werde. Dies deshalb, weil die Lohnsteigerungen nicht ausreichend abgebaut würden. Abgesehen davon, daß diese Hypothese schon aus prinzipiellen Gründen fragwürdig ist, impliziert sie eine noch weitergehende Interpretation. So wird offen zugestanden — auch vom Referenten an anderer Stelle⁸ —, daß im Aufschwung der Nachfrageüberhang von den Anbietern zu Gewinnsteigerungsmöglichkeiten genutzt werde; eben dies führe ja zum Preisanstieg. Im Abschwung nun Lohnabbau zu fordern, impliziert, nicht nur einen konstanten, sondern sogar einen gestiegenen Gewinnanspruch zu tolerieren.

5. Drittens potentiell: Im vorangegangenen Referat war unter anderem vom Konfliktpotential die Rede, das stark von den Erwartungen der Arbeitnehmer geprägt sei, und das (a) durch die Abschlüsse der Vergangenheit, (b) durch die Diskrepanz zwischen Nominallohnsteigerungen und tatsächlich erzielten realen Nettolohnsteigerungen, schließlich (c) durch Gruppenegoismen innerhalb der Arbeitnehmerschaft (Aufrechterhaltung der Lohnstruktur) geprägt sei. Diese Faktoren mögen eine Rolle spielen. Sie gehen aber an den Tatsachen vorbei, die sich in den prinzipiellen wie aktuellen Überlegungen spiegeln. Das seit 1969 deutlicher gewordene Konfliktpotential muß auch darauf zurückgeführt werden, daß eine gesellschaftliche Gruppe (nämlich die Arbeitnehmer) erkennen mußte, daß ihr Verteilungsanspruch von dem gegenläufigen Verteilungsanspruch überkompensiert zu werden drohte; daß sie sich bei stabilitätsorientierten Abschlüssen „geprellt“ fühlen mußten⁹.

6. Erhebliche Probleme wirft aber auch das zweite Junktum — der Zusammenhang von Wettbewerbsverhältnissen auf den Arbeitsmärkten

⁷ Dabei kann nur bedingt der „Macht“-Begriff von Max Weber herangezogen werden (vgl. dazu *Werner Zöhlhörer*, Wettbewerb, Marktmacht und Marktbeherrschung, in: *Wirtschaftsdienst*, VIII/1974, S. 420 ff.). Es wird nicht unterstellt, daß die Unternehmer alleinige Macht haben, ihren Verteilungsanspruch durchzusetzen, d. h. anderen gesellschaftlichen Gruppen aufzuzwingen; wohl aber, daß hier der Versuch vorliegt, andere Verteilungsansprüche abzuwehren — m. a. W. eine „Patt“-Situation herbeizuführen.

⁸ *Bernhard Külpe*, Zwischen Stabilität und sozialem Frieden — Zur Tarifsituation in der BRD, in: *Wirtschaftsdienst*, I/1974, S. 23.

⁹ *Norbert Kloten*, Soll und Haben der Konjunkturpolitik, S. 14. — *Norbert Engler*, Das Inflationsproblem aus konflikttheoretischer Sicht, S. 24 f.

und der Lohnhöhe — auf. Unbestritten sei, daß das morphologische Kriterium des bilateralen Monopols unzulänglich ist, wegen (a) dem unvollständigen Organisationsgrad, (b) den individuellen Arbeitsverträgen und (c) der Möglichkeit, den Effektivlohn höher als den Tariflohn zu setzen bzw. auf (und sogar unter) diese Untergrenze abzubauen. Doch die Frage, wer mit welchen strategischen Möglichkeiten den Verteilungskonflikt zu seinen Gunsten gestalten kann, ist meines Erachtens auch nicht zu lösen, wenn man sie auf den Organisationsgrad der Arbeitnehmerschaft reduziert und diesen dem Organisationsgrad der Arbeitgeberschaft gegenüberstellt.

Gemeint ist dies: Ich würde das entscheidende Gewicht weder auf wechselnde lohnpolitische Aktivitätsnotwendigkeiten (je nach Höhe des Organisationsgrades) noch auf andersgelagerte Aktivitätsinteressen (organisationspolitische Überlebensmotive) legen. Sie mögen eine Rolle spielen. Natürlich verfolgen die Gewerkschaften auch Ziele, die nicht nur die Lohnhöhe betreffen: Mitbestimmung, verbesserte Arbeitsbedingungen etc. Dies hat aber mit dem hier anstehenden Problem nichts zu tun. Man könnte durchaus auch umgekehrt formulieren: nämlich daß die mangelnde Realisierung immaterieller Ziele sich in Lohnforderungen (als Sammelbecken des Konfliktpotentials) niederschlägt.

7. Als Gegenthese würde ich formulieren: Die Wettbewerbsverhältnisse müssen vielmehr in ihrer Totalität gesehen werden. Sie können gar nicht isoliert auf den Arbeitsmarkt bezogen werden, wenn es um die Relevanz für die Güterpreisentwicklung geht. Konkreter: Der Organisationsgrad (und damit die angesprochenen Wettbewerbsverhältnisse auf den Arbeitsmärkten) ist im Grunde irrelevant. Entscheidend für die Güterpreisbildung sind die Wettbewerbsverhältnisse auf den Gütermärkten selbst. Das heißt, selbst wenn höhere Nominallohnforderungen durchgesetzt werden könnten, bleibt die folgende Alternative: (a) Sind zwischen den Produzenten Wettbewerbsverhältnisse gegeben, und ist die Lohnforderung nicht überwältigbar, führt sie über kurzem zu Produktions- bzw. Beschäftigungseinbrüchen (sofern an der Gewinnzuschlagskalkulation festgehalten wird); (b) sind aber die Wettbewerbsverhältnisse zwischen den Produzenten eingeschränkt, wird die Lohnforderung überwältigt, und die Nachfrage nach Arbeit wird in bezug auf die Höhe der Lohnforderung zunehmend unelastischer¹⁰.

Entscheidend ist somit erneut die Möglichkeit einer gesellschaftlichen Gruppe, den Verteilungskonflikt zu ihren Gunsten zu lösen. Dabei liegen die strategischen Vorteile wegen der flexibleren Preispolitik (die den Konflikt auf Kosten der nichtorganisierten Konsumenten löst) auf

¹⁰ Norbert Engler, *Das Inflationsproblem aus konflikttheoretischer Sicht*, S. 29.

der Unternehmenseite¹¹. Dies relativiert die Relevanz des Organisationsgrades der Arbeitnehmerschaft.

Dies gilt auch dann, wenn man unterstellt — so auch der Referent —, daß der Konzentrationsgrad auf den Gütermärkten seinerseits den Organisationsgrad — und damit den Konzentrationsgrad — auf den Arbeitsmärkten begünstige; denn mit den dort erzielten — überdurchschnittlichen — Lohnsteigerungen sei damit letzten Endes doch das Junktim zwischen Organisationsgrad und Lohnhöhe „bewiesen“. Die Monopolgradtheorie habe schließlich gezeigt, daß bei entsprechender Konzentration auf den Gütermärkten die Lohnsumme schon deshalb fallen müsse, weil aufgrund der damit verbundenen Verknappung des Güterangebots dies auch zu einem Rückgang der Nachfrage nach Arbeitskräften führen müsse — damit zu einem Rückgang beim Lohn-einkommen.

8. Doch auch diese Hilfskonstruktion ist fragwürdig. Zunächst: Mir scheint, daß die Monopolgradtheorie zu formalistisch mit den Kriterien des Cournotschen Punktes operiert, der ja in der Tat — gegenüber der vollständigen Konkurrenz — einen (geringeren) Mengeneffekt mit einem (höheren) Preiseffekt verbindet. Es stellt sich aber vorab die Frage, ob man hieraus einen Nachfragerückgang nach Arbeitskräften unbedingt folgern kann oder ob man nicht eine Differenzierung durchführen muß: (a) Einmal wird das Angebotsverhalten auf den Gütermärkten relevant, wobei die Existenz von Inlands- und Auslandsmärkten zu beachten ist. Dann zeichnet sich die Möglichkeit ab, das Angebot auf dem Inlandsmarkt zu drosseln (um höhere Preise durchzusetzen), gleichzeitig mit der aufrechterhaltenen Produktion auf die Auslandsmärkte auszuweichen. (b) Daraus ergibt sich aber ein anderes Nachfrageverhalten nach Arbeitskräften auf dem Inlandsmarkt. Denn nur das (inländische) Güterangebot, nicht aber das gesamte Produktionsvolumen hat sich vermindert. Die Folge: Der für die Lohnsumme relevante Beschäftigungseffekt kann gar nicht eintreten.

Die Tatsache, daß die Lohnsumme nicht sinkt, hat nichts mit dem Organisationsgrad auf den Arbeitsmärkten zu tun, sondern mit dem Konzentrationsgrad auf den Gütermärkten, der dieses Verhalten ermöglicht. Der Existenz multinationaler Unternehmen dürfte in diesem Zusammenhang in Zukunft noch zunehmende Bedeutung beizumessen sein.

9. Ein ganz anderes Problem stellt folgende Frage dar: Wenn in hochkonzentrierten Branchen überdurchschnittliche Löhne bezahlt werden und in diesen Branchen auch ein hoher Organisationsgrad auf dem Ar-

¹¹ *Horst Friedrich*, Einkommenspolitik als Stabilisierungspolitik, in: *Wirtschaftsdienst*, IX/1973, S. 482.

beitsmarkt besteht, ist dann nicht eine Korrelation zwischen Organisationsgrad und Lohnhöhe herstellbar? Konkret: Kann man daraus folgern, daß die hier erzielten (in der Regel ebenfalls überdurchschnittlichen) Produktivitätssteigerungen nur unter dem „Druck“ der Gewerkschaften nicht in die Preise, sondern in die Löhne weitergegeben werden? Dazu zwei Bemerkungen:

- Erstens: Dieser Folgerung läge implizite zugrunde, daß durch Lohnforderungen nicht „ausgeschöpfte“ Produktivitätssteigerungen anderenfalls in die Preise weitergegeben würden. Diese Hypothese wird aber durch die Realität nicht abgedeckt. Faktisch würden diese Produktivitätssteigerungen zur Gewinnsteigerung genutzt. Werden nun Lohnzugeständnisse gemacht, so einfach deshalb, weil die Überwälzungsmöglichkeit in die Preise gegeben ist. Das heißt, über die Preissteigerung kann dem Verteilungskonflikt reibungsloser — und vor allem: erheblich schwerer kontrollierbar — ausgewichen werden.
- Zweitens: Es stellt sich die meines Erachtens nicht unbedeutende Frage, ob gerade in Branchen mit hohen Produktivitätsfortschritten die Lohnzugeständnisse nicht auch deshalb gemacht werden, um die strategische Position der Gewerkschaften zu unterlaufen. Schließlich richtet sich die gewerkschaftliche Tarifpolitik auf „Tarif“-Löhne. Mit einer freiwilligen Höherbezahlung kann man beim Arbeitnehmer nur allzu leicht den Verdacht gegen seine eigene Gewerkschaft mobilisieren, den möglichen Spielraum nicht ausgeschöpft, damit seine Interessen nicht korrekt vertreten zu haben.

10. Diese wenigen Überlegungen sollten deutlich machen, daß auch das weiterreichende Junktim, das die Wettbewerbsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt einbezieht, sehr problematisch ist. Denn es ist kaum zu bestreiten, daß der Organisationsgrad auf den Arbeitsmärkten durch den Konzentrationsgrad auf den Gütermärkten voll relativiert werden kann. Damit stellt sich abschließend die Frage nach den Schlußfolgerungen. Stabilisierungspolitik betreiben durch Erhöhung der Wettbewerbsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt, ginge nicht nur am Problem vorbei (weil das Güterpreinsniveau anders determiniert ist). Eine solche „Marktlösung“ bedeutete vor allem auch, daß sich die strategische Position der Arbeitnehmer noch mehr verschlechterte¹². Daraus folgt umgekehrt, daß die Stabilisierungspolitik sich dem Verteilungskonflikt stellen muß und ihn nicht ausklammern darf — daß sie in Zukunft noch mehr „Politik“ sein muß¹³.

Es ist durchaus denkbar, daß sich in Zukunft diese Politik darauf konzentrieren muß, unter Umständen „Erwartungen“ mehr als bisher auf

¹² *Bernhard Külp*, Zwischen Stabilität und sozialem Frieden, S. 25.

¹³ *Kurt W. Rothschild*, Hat die Konjunkturpolitik eine Zukunft?, S. 184.

das Maß ihrer Realisierbarkeit zurückzuschrauben. Dies gilt um so mehr, wenn diese Erwartungen die Geldillusion zerstören und damit zu einem eigenständigen Inflationsschwungrad werden. Eine solche Politik wird aber nur dann erfolgreich (und glaubwürdig) sein, wenn sie die Konfliktsituation sichtbar macht und in Rechnung stellt — nicht, wenn sie dem Konflikt ausweicht und glaubt, einer gesellschaftlichen Gruppe allein stabilisierungspolitische Verantwortung aufbürden zu können.

Diskussion

Franz-Ulrich Willeke (Heidelberg):

Ich will auf das Problem der kurzfristig konstanten Aufschläge eingehen. Hier besteht übrigens auch eine Verbindung zum Thema des Referats von Herrn Blum. Ich meine die Frage, ob die Unternehmer tatsächlich auf Grund ihrer Marktposition in der Lage sind, in dieser Weise zu reagieren. Herr Blum hatte ja die autonome Preispolitik gestreift und die Frage der Preisreaktion bei Nachfrageschwankungen ausführlicher behandelt, und jetzt kommt genau das dritte Problem, das in dem Referat von Herrn Blum gefehlt hat — insofern, Herr Hoppmann, hängen die beiden Themen doch eng zusammen —, nämlich die Frage: Kostenveränderungen und Preisreaktionen. Nun fragt man sich: Sind die Unternehmer tatsächlich in der Lage, einen konstanten Aufschlag — wahrscheinlich meinten Sie einen konstanten prozentualen Aufschlag — auf bestimmte Kosten bei gegebener Nachfrage durchzuhalten? Wir wissen ja aus der ganzen Debatte über das Vollkostenprinzip — grossmargin pricing usw. —, daß jeweils bestimmte Kosten als Basis solcher Aufschläge verwendet werden. In der Regel sind die Lohnkosten dabei. Und die Marge ist natürlich dafür gedacht, nicht nur einen bestimmten Gewinn zu realisieren, sondern auch die nicht als Basis berücksichtigten Kosten hereinzuholen.

Man kann nun sagen: Es hängt offensichtlich von der Position und auch vom Verlauf der Nachfragefunktion ab — auch wenn man sie nicht kennt —, ob die Unternehmer tatsächlich eine solche Strategie der Überwälzung steigender Kosten bei Festhalten an einem bestimmten Aufschlag ohne nennenswerten Rückgang des Absatzes betreiben können. Vielleicht wird aus technischen Gründen der Kalkulator zunächst so arbeiten; aber damit ist noch nicht gesagt, ob die faktischen Preise tatsächlich in dieser Weise reagieren oder ob nicht die Unternehmer gezwungen sind, *uno actu* mit der Veränderung der Listenpreise bei den Rabatten nachzugeben. Dieses Problem müßte man also vielleicht noch etwas näher untersuchen.

Interessant schien mir, daß Sie sich gerade der demand-shift-Hypothese bedienen. Wenn ich recht sehe, besagt die demand-shift-Hypothese von Schultze, daß bei einer gegebenen Gesamtnachfrage (etwa der Gesamtnachfrage nach Konsumgütern), bei gegebenem verfügbarem Einkommen und gegebener Konsumquote eine demand-shift in der Weise

eintritt, daß die Nachfragestruktur sich ändert. Haben Sie das so gemeint?

(*Bernhard Külp*: [Freiburg i. Br.]: Genau!)

— Dann bin ich aber der Ansicht, daß Ihr Ansatz zu eng ist. Aber ich muß gestehen, daß das für mich eigentlich mehr eine Frage ist, über die noch diskutiert werden müßte.

Werner Zohlhöfer (Dortmund):

Ich beziehe mich auf die Hypothesen 2 und 3 von Herrn Külp. Was ich zu sagen habe, widerspricht diesen Hypothesen nicht. Ich will nur versuchen, etwas griffiger zu machen, was Herr Külp in diesen Hypothesen über mögliche Determinanten des Gewerkschaftsverhaltens sagt. Hinsichtlich der Einzelheiten darf ich auf meinen Beitrag zum Arbeitskreis E hinweisen, wo wir das Problem im Rahmen einer politischen Theorie der Inflation behandelt haben.

Meines Erachtens sind die ganz auf amerikanisches Material gestützten Ansätze zu eng, weil sie praktisch nur auf den Organisationsgrad abstellen. Wenn man seinen Blick weitet und vor allem internationale Vergleiche anstellt, zeigt sich sehr deutlich, daß auch zahlreiche andere Zusammenhänge eine Rolle spielen, wenn es darum geht herauszufinden, unter welchen Bedingungen von der Lohnpolitik mehr oder weniger starke Inflationsimpulse zu erwarten sind.

Unter diesem Aspekt erscheinen mir vor allem zwei weithin vernachlässigte Merkmale von Gewerkschaften relevant zu sein, und zwar ein strukturelles und ein ideologisches Merkmal. Was zunächst die ideologische Komponente anlangt, so dürfte die von der Lohnpolitik ausgehende Gefahr für die Geldwertstabilität im internationalen Vergleich um so größer sein, je mehr sich eine Gewerkschaftsbewegung vom Ziel der Einkommensgleichheit leiten läßt und je weniger sich eine Gewerkschaft bzw. eine Gewerkschaftsbewegung mit dem System der repräsentativen Demokratie selbst identifiziert. Was andererseits die strukturelle Komponente anlangt, so scheint mir die in Frage stehende Inflationsquelle als um so bedeutsamer, je stärker die Konkurrenz der Einzelgewerkschaften untereinander um die gleichen Arbeitnehmer und je intensiver der Wettbewerb um Führungspositionen innerhalb der einzelnen Gewerkschaften ist.

Der diesen Überlegungen zugrunde liegende Ansatz spricht meines Erachtens auch sehr deutlich dafür, daß der Zusammenhang zwischen dem Organisationsgrad und der erreichten Lohnhöhe in der Tat der ist.

der empirisch gefunden wurde; denn je höher der Organisationsgrad ist, um so geringer ist im allgemeinen der Druck auf die einzelne Gewerkschaft bzw. die Gewerkschaftsbewegung, ihre Existenzberechtigung kurzfristig unter Beweis zu stellen.

H. O. Lenel (Mainz):

Herr Glastetter hat das Sachverständigengutachten zitiert, und ich schließe aus dem Zusammenhang, daß er die Thesen der Sachverständigen nicht für richtig hält. Er hat gemeint, es gehe nicht an, daß im Verteilungskonflikt eine der Gruppen die stabilisierungspolitische Last trage. Ich hatte bisher gedacht, es sei eine ziemlich gesicherte Erkenntnis, daß Umverteilung mit Nominallohnerhöhungen nicht möglich ist. Er hat dann als Beleg für seine These angeführt, daß die Arbeitnehmer enttäuscht werden können. Er dachte vermutlich an die Situation zu Beginn des letzten Aufschwungs. Die Ursache dafür war aber, daß falsche Prognosen vorlagen und daß man von Produktivitätssteigerungen ausging, die viel geringer waren als die, die Platz gegriffen haben. Bei der Situation von heute kann man aber von solchen Produktivitätssteigerungen nicht ausgehen.

Dann hat er gesagt, es sei falsch, zu behaupten, daß Nominallohnerhöhungen zu Preissteigerungen führen *müssen*. Natürlich ist es falsch; aber damit ist nicht das Gegenteil bewiesen. Wir wissen doch aus der Kreislauftheorie, daß Nominallohnerhöhungen einen Kosten- und einen Nachfrageeffekt haben. Der Nachfrageeffekt ist, wenn ich recht sehe, von Herrn Glastetter gar nicht behandelt worden. Also haben die Nominallohnerhöhungen von zwei Seiten her unter Umständen einen preissteigernden Effekt.

Wilfried Schulz (Freiburg i. Br.):

Mein Vorredner hat einen Teil meiner Argumente bereits vorweggenommen. Ich wollte ebenfalls auf das Janusgesicht der Lohnerhöhungen hinweisen, Kosteneffekt und Nachfrageeffekt.

Zum anderen möchte ich folgendes sagen: Herrn Glastetters Argumentation gründet sich darauf, daß in dem Maße, wie Lohnerhöhungen durchgeführt werden, die über den Produktivitätszuwachs hinausgehen, eine Umverteilung zugunsten der Arbeitnehmer stattfinden müsse oder solle. Nun ist es aber erstens so, daß, empirisch gesehen, die Lohnquote langfristig relativ konstant geblieben ist, berücksichtigen wir den Abgang an Selbständigen und den Zugang an Unselbständigen. Zum anderen hat auf der letzten Tagung des Vereins für Socialpolitik in Bonn 1972 Herr Krelle auf Grund empirischen Materials nachzuweisen ver-

sucht, daß, wenn wir zur Lohnquote der Unselbständigen die Quote der Selbständigen hinzuzählen, die so entlohnt werden, als wenn sie unselbständig tätig wären, nur noch ein kleiner Rest — wenn ich mich recht entsinne, von 15 bis 17 Prozent — des Sozialprodukts für die Verzinsung des volkswirtschaftlichen Gesamtkapitals übrigbleibt. In absoluten Größen ausgedrückt würde das bedeuten, daß dann nur noch eine Verzinsung von etwa 3 bis 4 Prozent — einige der Herren wissen es von der letzten Tagung her vielleicht noch besser — möglich wäre. Rühren wir an diese Nominalverzinsung des volkswirtschaftlichen Gesamtkapitals, nämlich via Umverteilung durch eine höhere Lohnquote, so würde das meiner Meinung nach zu einer Investitionssenkung, zur Desinvestition und zu einer Kapitalflucht führen können. Halb scherzhaft darf ich darauf hinweisen: Wir befinden uns hier in einem Land, das davon betroffen wäre.

(Zuruf: Begünstigt wäre!)

— Ja, begünstigt wäre. Wir hätten es dann mit sinkenden Zuwachsraten des Sozialprodukts, wenn nicht mit absoluter Abnahme des Sozialprodukts zu tun. Die Arbeitnehmer hätten den Verteilungskampf zwar insofern gewonnen, als sie eine höhere Lohnquote erhielten, aber die Lohnsumme wäre geringer.

Niklaus Julier (Bern):

Ich bin der Auffassung, daß die Frage der stabilisierungspolitischen Verantwortung in unserer Diskussion etwas im Hintergrund geblieben ist. Ich erinnere etwa an die Alibi-Theorie gewisser Politiker, die sagen, daß die Ursache der Inflation in den Lohnforderungen der Gewerkschaften zu suchen sei. Diese könnten Lohnforderungen durchsetzen, die größer seien als der Produktivitätszuwachs.

Es ist jedoch klar, daß ein inflationärer Prozeß nur möglich ist, wenn die Beschäftigungswirkungen einer derartigen Lohnpolitik durch ein flexibles Geldangebot verhindert werden. Gewerkschaftsmacht kann staats- und gesellschaftspolitisch problematisch sein; mit Inflation hat sie jedoch primär nichts zu tun. Verantwortlich sind immer die stabilisierungspolitischen Instanzen, die durch Enttabuierung des Vollbeschäftigungsziels eine Inflation verhindern könnten.

H. O. Lenel (Mainz):

Sind Sie der Meinung, daß in einer heutigen Demokratie eine Regierung die Vollbeschäftigung außer acht lassen kann? Nur dann wäre Ihre Kritik berechtigt.

Niklaus Julier (Bern):

Ich bin der Meinung, daß das Problem der Vollbeschäftigung von einer demokratischen Regierung nicht vernachlässigt werden darf. Es stellt sich jedoch die Frage, ob eine stabilitätsbewußte Regierung eine Vollbeschäftigungsgarantie abgeben darf. Sollen Marktwirtschaft und Freiheit erhalten bleiben, muß man endlich darauf verzichten — wie es von Hayek einmal gesagt hat —, Vollbeschäftigung um jeden Preis und für jeden Augenblick anzustreben.

Wolfram Engels (Frankfurt a. M.):

Wir hatten in letzter Zeit eine Reihe von Veröffentlichungen, die sich mit der Frage befassen, welcher Zusammenhang zwischen Gewerkschaftsmacht und Inflation besteht, mit dem zum Teil überraschenden Ergebnis — was Sie ja auch angeführt haben —, daß eine ganze Reihe von Autoren — Streißler war der letzte — der Meinung sind, daß starke Gewerkschaften weniger inflationsfördernd seien als schwache Gewerkschaften. Nun haben Sie die Stärke der Gewerkschaften am Organisationsgrad gemessen. Ich glaube nicht, daß das ein gutes Maß ist. Denken Sie an Deutschland: Die hochorganisierten Gewerkschaften — Metall, Chemie, Druck und Papier — sind relativ aggressiv, die weniger organisierten — Textil, Bau — sind nicht so sehr aggressiv.

Bernhard Külz (Freiburg i. Br.):

Die IG Metall hat nur etwa 40 Prozent Arbeitnehmer organisiert.

Wolfram Engels (Frankfurt a. M.):

Nein, die IG Metall hat sicherlich etwa 70 Prozent. Aber ich weiß es nicht genau.

(J. Heinz Müller [Freiburg i. Br.]: In Einzelbereichen hat sie soviel!)

— Ich würde sagen, daß es nicht so sehr auf den Organisationsgrad ankommt, sondern vielmehr auf die Struktur des Gewerkschaftswesens, insbesondere darauf, ob es eine Monopolverwerkschaft gibt oder nicht. In Deutschland können die Gewerkschaften des DGB praktisch als Monopolverwerkschaften handeln. Infolgedessen sind sie relativ stark, weil sie nicht der Konkurrenz anderer Gewerkschaften ausgesetzt sind. In anderen Ländern gibt es Systeme etwa weltanschaulich konkurrierender Gewerkschaften, die natürlich radikal sein müssen, um Mitglieder zu werben. Das schlimmste System ist meiner Meinung nach das

von berufsständisch organisierten Gewerkschaften wie in England, und zwar wegen des Komplementaritätseffekts. Ein solches System würde ich für noch mehr inflationsfördernd halten. Ich darf Sie fragen: Würden Sie Olsons These zustimmen, daß das beste System eigentlich ein zwangsmäßiges Einheitsgewerkschaftssystem wäre, analog etwa dem System der Handelskammern?

Eine zweite Bemerkung zum Gewinnanspruch der Unternehmer. Ich stimme Ihnen zu, daß hier sich zwei Ansprüche gegenüberstehen, der Lohnanspruch der Arbeitnehmer und der Gewinnanspruch. Nur ist es nicht der Gewinnanspruch der Unternehmer, sondern der Gewinnanspruch der Kapitalanleger. Die Unternehmen können, wenn die Kapitalanleger eine bestimmte Verzinsung verlangen — die sich etwa in den Aktienkursen ausdrückt —, nicht zu einem Zinssatz investieren, der ihren Aktionären Schaden zufügen würde; das dürfen sie sowohl aus gesetzlichen Gründen als auch aus tatsächlichen Gründen nicht. Es ist also so, daß die Vorstände der Unternehmen nicht einen Anspruch durchsetzen wollen, sondern daß sie sich nach dem richten müssen, was sie an Aktienpreisen am Markt vorfinden. Ich hatte die Bedeutung der Vermögenspolitik immer darin gesehen, daß die Kapitalkosten gedrückt werden, indem die Nachfrage nach Aktien gestärkt und infolgedessen das Niveau des Gewinnanspruchs heruntergeschraubt wird. Also die zweite These als Frage an Sie: Würden Sie die Ansicht teilen, daß es nicht die Unternehmer, sondern die Kapitalanleger, die Aktionäre sind, deren Anspruch hier zur Debatte steht?

Eine dritte und letzte Bemerkung. Die Überwälzung auf die Preise haben die Unternehmer über Jahre hinweg geübt, und sie ist ihnen immer wieder gelungen. In einem System fester Wechselkurse war das auch gar nicht schwierig. Nun sind wir erstmals in einem System flexibler Wechselkurse. Ich glaube, die Unternehmen haben sich zu Anfang dieses Jahres oder Ende letzten Jahres außerordentlich getäuscht hinsichtlich ihrer Möglichkeiten der Überwälzung, getäuscht auf Grund ihrer Erfahrungen in der Vergangenheit. Wir sehen jetzt die ungeheure Welle der Pleiten. Wir werden zweifellos in diesem Jahr die höchste Lohnquote haben, die es je in der Bundesrepublik gegeben hat. In diesem Jahr klappt es eben einfach nicht mehr mit der Überwälzung, und die tatsächlichen Preissteigerungen liegen vermutlich nicht unbeträchtlich unter den Preissteigerungen, die der Sachverständigenrat nach seiner Formel ausrechnen würde.

J. Heinz Müller (Freiburg i. Br.):

Ich will versuchen, etwas pointiert zu sprechen. Die beiden Referenten gehen mir für meinen Geschmack zu sehr von der Konflikttheorie

— dem Konflikt zwischen Unternehmern und Arbeitnehmern — aus. Meines Erachtens ändert sich im Zeitverlauf dieses Verhältnis nicht un- beträchtlich.

Lassen Sie mich das an einem mir bekannten empirischen Beispiel demonstrieren: Es gab einen Zeitraum von etwa 15 Jahren, wo der Interessengegensatz zwischen der IG Bau und dem entsprechenden Bereich der Industrie und des Handwerks gleich null war, wo man den Bauunternehmern sogar keinen größeren Gefallen tun konnte, als hohe Lohnforderungen zu stellen, die dann in die Preise durchschlugen. Meine These ist, daß dieses Verhältnis sich im Konjunkturverlauf verändert. So ist für das eben genannte Verhältnis das Baugewerbe jetzt ein sehr schlechtes Beispiel. Aber Industrien, die für das Inland produzieren, können sehr viel leichter Preissteigerungen durchsetzen — ich glaube, das hat auch Herr Glastetter gesagt — als Industrien, die einen erheblichen Export aufweisen. Aber das ändert sich im Zeitverlauf auch wieder.

Deshalb, Herr Külp, weiß ich nicht, ob der Organisationsgrad unbedingt ein Kriterium ist, das für die Untersuchung der Problematik genügt. Formal könnten Sie darauf erwidern, daß Ihr Thema enger gefaßt sei: Wettbewerbsverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt. In diesem Sinne ist mein Votum auch eine Kritik an dieser etwas zu engen Formulierung des Themas.

Herbert Biermann (Münster):

Herr Külp hat in seinem meines Erachtens fundierten Referat dargestellt, daß die Variablen Organisationsgrad und durchgesetzte Lohnsteigerung in verschiedener Weise in Verbindung miteinander zu sehen sind. Ich möchte hier nur zu der direkten Verknüpfung Organisationsgrad, Machtpotential, Macht, Konfliktbereitschaft, Lohnhöhe zwei Anmerkungen machen. Unberücksichtigt bleiben also bestehende Rückkopplungen usw.

Erstens: Wenn man berücksichtigt,

- a) Gewerkschaften stellen Kollektivgüter bereit, die nicht nur den Mitgliedern zugute kommen, sondern auch Außenseitern,
- b) Gewerkschaften müssen nicht um ihre Existenz besorgt sein, denn bei einem Organisationsgrad von kleiner als 30 Prozent können sie sich — nach Külp — auf treue Mitglieder stützen,

drängt sich die Vermutung auf, daß dem Organisationsgrad nicht die zentrale Bedeutung hinsichtlich der durchgesetzten Lohnhöhe zu-

kommt, wie es auf Grund des Referats erscheint. Es muß zwar zugestanden werden, daß das Machtpotential der Gewerkschaften eine Funktion des Organisationsgrades ist; die eigentliche Macht der Gewerkschaften sehe ich jedoch in der stummen Unterstützung der Nichtmitglieder und der allgemeinen Öffentlichkeit. Geht jene verloren — und das kann durch sogenannte wilde Streiks ebenso angezeigt sein wie durch öffentliche Kritik ihrer als „überzogen“ angesehenen Forderungen —, so kann das Machtpotential nicht in Macht und damit in Lohnsteigerungen umgesetzt werden.

Zweitens: Wenn man davon ausgehen kann, daß

- a) jede Organisation um Wachstum bemüht ist und
- b) mit dem Wachstum einer jeden Organisation ihre auf die Mitarbeiterzahl bezogene Effektivitätssteigerung exponentiell fällt,

so wird die Trägheit der Gewerkschaftsfunktionäre mit dem Organisationsgrad größer. Zudem ist es ihnen dann möglich, eigene Ziele, die sie unbestreitbar besitzen, mit der Zunahme des Organisationsgrades entsprechend bezugloser, ohne die Gefahr der außerorganisatorischen Kritik, zu verfolgen. Da diese Funktionäre weiter mit der Größe der Organisation gesamtwirtschaftliche Aufgaben zu erfüllen haben, möchte ich sogar vermuten, daß die Gewerkschaften mit zunehmendem Organisationsgrad den Charakter eines Marktteilnehmers verlieren.

Burkhardt Röper (Aachen):

Es war gesagt worden, die Unternehmen könnten sich durch Verbandsmitteilungen usw. dahingehend arrangieren, daß die Preiszugeständnisse, die im Ausland gemacht werden müssen, im Inland kompensiert werden sollten. Wenn das möglich wäre, würde unser Bundeskartellamt vollständig versagen, und das bezweifle ich.

Joachim Starbatty (Köln):

Zwei kurze Fragen zu der These, daß die Inflation durch Machtkonflikte verursacht wird:

Erstens sehe ich da immer das Problem, daß seit 1969/70 die Preise weltweit explodiert sind und daß ich nicht habe feststellen können, ob sich an der Austragung der Machtkonflikte irgend etwas geändert hat. Es ist also erstens zu fragen: Wie erklärt man die weltweite Preisexplosion seit etwa 1969?

Die andere Frage: Wie erklären wir, daß es Länder gibt, die in der jüngsten Zeit aus der Gruppe der Länder mit mittleren Preissteige-

rungsraten an die Spitze katapultiert worden sind, wie etwa Japan? Oder wie erklären wir, daß einige Länder aus der Mittelgruppe an das Ende der internationalen Inflationsskala gelangt sind?

Das sind Fragen, die meines Erachtens durch den Machtkonflikt-Ansatz nicht erklärt werden können; denn können wir davon ausgehen, daß sich die institutionelle Austragung von Machtkonflikten innerhalb so kurzer Zeit so sehr geändert hat, daß dies als Erklärung dienen könnte?

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Sollten wir die Tatsachenfrage bezüglich der Prozentsätze des Organisationsgrades bei den Gewerkschaften noch klären? Die Frage war vorhin etwas abgeschnitten worden.

Werner Glastetter (Düsseldorf):

Ich habe keine genauen Zahlen da.

Bernhard Külp (Freiburg i. Br.):

Wir müssen bei der IG Metall unterscheiden zwischen eisenschaffender und metallverarbeitender Industrie. Zwischen diesen beiden Bereichen gibt es wesentliche Unterschiede.

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Dann ist das Problem insoweit erledigt.

Da ich weitere Wortmeldungen nicht mehr vorliegen habe, kommen wir zu den Schlußworten der Referenten.

Bernhard Külp (Freiburg i. Br.):

Ich darf nach der Reihenfolge der Diskussionsbeiträge vorgehen.

Zunächst zu Herrn Glastetter. Vielleicht ist aus meinem kurzen Referat nicht klar genug hervorgegangen, daß ich persönlich nicht der Ansicht bin, man könne mit einem angebotstheoretischen Ansatz allein die Frage nach dem Einfluß der Wettbewerbsverhältnisse auf das Güterpreinsniveau klären. Insofern richten sich alle Voten, die diesen ersten Komplex betreffen, nicht gegen mich selbst, da ich gerade versucht habe, gewisse Zusammenhänge, die bisher in der Literatur weniger diskutiert wurden und stärker dem demand-shift-Ansatz entsprechen, in den Vordergrund rücken.

Herr Glastetter, natürlich bin ich der Meinung, daß die Monopolgradtheorie insofern das Problem nicht richtig dargestellt hat, als sie behauptet, daß eine Verstärkung des Konzentrationsgrades auf dem Gütermarkt zu einer Schwächung der gewerkschaftlichen Machtposition führt. Ich meine, daß sich diese These empirisch als nicht stichhaltig erwiesen hat. Meine These lautete: Aufgrund des hohen Konzentrationsgrades auf den Gütermärkten lassen sich die Arbeitnehmer besser organisieren und gerade auf diesem Wege können die Arbeitnehmer verhindern, daß die Produktivitätssteigerungen allein den Unternehmungen zugute kommen.

Ich meine, daß diese Deutung zumindest dem bisher vorliegenden empirischen Material nicht widerspricht. Daß es auch auf die Überwälzungsmöglichkeiten ankommt und daß auch davon die Machtposition der Unternehmer abhängt, ist unbestritten. Nur bin ich der Meinung, daß wir hier nicht primär verteilungspolitische, sondern stabilisierungspolitische Probleme diskutieren und daß deshalb in unserem Zusammenhange nicht die Reallöhne, sondern die Nominallöhne interessieren.

Im Hinblick auf die Frage nach der Konfliktbereitschaft der Arbeitnehmer meinten Sie, daß es im wesentlichen darauf ankomme, daß die Arbeitnehmer erkannt hätten, daß sie bei einem stabilitätskonformen Verhalten geprellt würden.

Ich habe Bedenken, wissenschaftliche Hypothesen auf diese Art von Zusammenhängen abzustellen. In diesem Punkt möchte ich im Sinne der Materialismusthese argumentieren und sagen: Die Erkenntnis der Arbeitnehmer ist selbst wiederum abhängig von der jeweiligen Situation. Ich meine, daß man mit Hilfe der von mir vorgetragenen Hypothesen durchaus das Ansteigen der Arbeitskonflikte in jüngster Zeit erklären kann. Im Gegensatz hierzu stehen Verlautbarungen von Kerr, immerhin einem führenden Vertreter der industrial relations economics, der die relativ geringe Streikhäufigkeit in der BRD auf die Mentalität der Deutschen zurückführt. Ich glaube, dies ist eine unbefriedigende Erklärung, da die Mentalität selbst wiederum durch die jeweilige Situation geprägt wird.

Nun zu Herrn Willeke. Auch hier muß ich wiederum daran erinnern, daß ich in meinem Referat gerade nicht den angebotstheoretischen Zusammenhang in den Vordergrund stellen wollte. Mir ist eine Untersuchung bekannt, in der für zahlreiche Länder die Frage überprüft wurde, inwieweit die These von der Konstanz der Gewinnaufschläge der Realität entspricht. Danach sind die Gewinnaufschläge im Zeitablauf durchaus Schwankungen unterworfen. Deshalb bin ich diesen

angebotstheoretischen Thesen gegenüber skeptisch. Insofern sind wir also nicht unterschiedlicher Meinung.

Im Hinblick auf den demand-shift-Ansatz ging ich zunächst von den Thesen von Schultze aus. Verschiebungen in der Nachfragestruktur führen zu Knappheitssituationen auf Partialmärkten; dort steigen die Preise; die Geldwertstabilität ist trotzdem nicht gefährdet, wenn gleichzeitig auf anderen Märkten Preissenkungen eintreten. Bleiben diese Preissenkungen aus, so kann man die Verschlechterung der Geldwertstabilität auch darauf zurückführen, daß bestimmte Preise nicht gesenkt wurden.

Nun komme ich zu dem Beitrag von Herrn Zohnhöfer. Natürlich befriedigt es auch mich nicht, wenn ich die von mir entwickelten Hypothesen nur auf empirisches Material aus den USA abstützen kann. Dies gilt vor allem deshalb, weil in den USA der Arbeitsmarkt andere Strukturmerkmale aufweist als in der BRD. Daraus sollte man allerdings nicht den Schluß ziehen, die empirischen Untersuchungen aus den USA hätten für die BRD überhaupt keine Bedeutung. Denn wir wissen genau, wo die strukturellen Unterschiede zwischen der Arbeitsmarktsituation in den USA und der BRD liegen. Der wichtigste Unterschied besteht wohl darin, daß in den USA in der Regel auf Betriebs-ebene, in der BRD auf bezirklicher Ebene Tarifverhandlungen geführt werden. Wenn man die strukturellen Unterschiede kennt, kann man auch überprüfen, welche Bedeutung diesen Faktoren in der Theorie des Arbeitsmarktes zukommt und welche unterschiedlichen Ergebnisse zu erwarten sind.

Die Beiträge von Herrn Lenel und Herrn Schulz bezogen sich auf das Referat von Herrn Glastetter, es erübrigt sich deshalb, hier auf diese Beiträge näher einzugehen.

Herr Julier war der Meinung, daß die stabilisierungspolitische Problematik etwas zu kurz gekommen sei. Ich hatte in meinem Referat kurz den Umstand angesprochen, daß bei Zugrundelegung des neoquantitätstheoretischen Ansatzes die Aktivitäten der Gewerkschaften allenfalls sekundäre Impulse auf das Güterpreisniveau auslösen. Nun muß man sich darüber im klaren sein, daß diese Thesen eine Geldverfassung unterstellen, innerhalb der die gesamte Geldmenge einschließlich der Geldsurrogate unter Kontrolle der Notenbank steht. Ich bin der Meinung, daß diese Kontrolle nicht einwandfrei funktioniert und daß gerade deshalb andere Bestimmungsgründe der Inflation berücksichtigt werden müssen.

Herr Engels hat eine konkrete Frage an mich gestellt: Wie steht es im Zusammenhang mit den angesprochenen Problemen mit der These von Olson? Hier muß ich etwas ausholen, da ich nicht weiß, ob allen

Teilnehmern die Olsonsche These bekannt ist. Olson hat folgende These vertreten: Die gewerkschaftlichen Aktivitäten haben für die Mitglieder den Charakter eines Kollektivgutes, Kollektivgüter werden jedoch in einer Marktwirtschaft suboptimal angeboten.

Ich habe mich an anderer Stelle einmal sehr kritisch mit den Thesen von Olson auseinandergesetzt und zu zeigen versucht, daß diese Thesen empirisch nicht voll abgesichert sind. Trotz allem weist der Beitrag Olsons auf ein Grundproblem der Gewerkschaften hin. So haben z. B. die Gewerkschaften der BRD nur einen Organisationsgrad von 30 - 40 Prozent erreicht, und sicherlich hängt dieser Tatbestand auch mit dem von Olson angesprochenen Problem zusammen. Nun wissen Sie, Herr Engels, daß Olson von zwei Möglichkeiten gesprochen hat, wie die Gewerkschaften aus diesem Dilemma herausfinden können bzw. herausgefunden haben; einmal dadurch, daß sie wie teilweise in den USA eine Zwangsmitgliedschaft eingeführt haben, zum andern dadurch, daß die Gewerkschaften einen Teil ihrer Aktivitäten nur ihren Mitgliedern zugute kommen lassen.

Ich bin der Meinung, daß in diesem Zusammenhang ein Zielkonflikt entsteht. Auf der einen Seite haben die Gewerkschaften ein berechtigtes Interesse daran, daß sich auch alle Arbeitnehmer, denen die gewerkschaftlichen Aktivitäten zugutekommen, an der Aufbringung der Kosten für diese Aktivitäten beteiligen. Auf der anderen Seite hat Lipsey gezeigt, daß die demokratischen Kontrollmechanismen innerhalb der Gewerkschaften nicht in gleicher Weise wie auf staatlicher Ebene funktionieren können; gerade deshalb bedarf es der Kontrolle durch die negative Koalitionsfreiheit, also des Rechtes des einzelnen Arbeitnehmers, der Gewerkschaft fern zu bleiben, wenn er mit der Gewerkschaftspolitik nicht einverstanden ist. Aus diesen ordnungspolitischen Gesichtspunkten heraus bedarf es der negativen Koalitionsfreiheit.

Mit Herrn Müller bin ich darin einverstanden, daß zwischen den Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden keinesfalls immer nur Interessenkonflikte bestehen. So kann es durchaus im Interesse beider Gruppen liegen, Kostensteigerungen auf Dritte abzuwälzen.

Sie rennen bei mir offene Türen ein mit dem, was Sie zur Frage des Organisationsgrades gesagt haben. Selbstverständlich ist der Organisationsgrad nur ein Faktor unter mehreren. Daß der Organisationsgrad in meinem Referat eine so große Rolle gespielt hat, liegt vor allem daran, daß die empirischen Untersuchungen, auf die ich zurückgreifen mußte, die Machtposition der Gewerkschaften — sicherlich zu Unrecht — fast nur am Organisationsgrad messen. Immerhin bin ich der Meinung, daß es u. a. auch vom Organisationsgrad abhängt, wie stark das Interessenclearing zwischen Arbeitgebern und Gewerkschaften ist.

Nun zu Herrn Biermann. Die Frage des Kollektivgutcharakters der gewerkschaftlichen Aktivität hatte ich bereits angesprochen. In einem weiteren Punkt bin ich wohl mißverstanden worden; ich wollte meine Thesen über den Zusammenhang zwischen Organisationsgrad und gewerkschaftlicher Aktivität eher so verstanden wissen, daß wir im internationalen Vergleich gewisse Zusammenhänge zwischen diesen beiden Variablen feststellen können. Wir haben einmal die Situation in den USA, wo die Gewerkschaften aufgrund eines closed shop einen hohen Organisationsgrad aufweisen und über so starke informelle Kontrollen verfügen, daß es sich die Arbeitnehmer gar nicht leisten können, aus der Gewerkschaft auszutreten; in einer solchen Situation haben die Gewerkschaften auch keine Existenzsorgen.

Zum anderen haben wir z. B. in den Benelux-Staaten weltanschaulich ausgerichtete Gewerkschaften mit geringem Organisationsgrad; eine solche Gewerkschaft steht nur unter geringem Zwang, für ihre Mitglieder materielle Vorteile zu erkämpfen, da ihre Mitglieder auch ideologisch gebunden sind. In der BRD schließlich weisen die Gewerkschaften einen mittleren Organisationsgrad auf, sie verfügen nicht nur über ideologisch ausgerichtete Stammitglieder und stehen gerade deshalb unter Druck, für ihre Mitglieder tätig zu werden.

Die Frage von Herrn Röper war an Herrn Glastetter gerichtet.

Herr Starbatty, ich glaube, daß keine der hier diskutierten Thesen in dem Sinne verstanden werden darf, daß die Preissteigerungstendenzen in den letzten Jahren ausschließlich oder auch nur überwiegend durch die Machtverhältnisse auf dem Arbeitsmarkt ausgelöst worden seien. Stets ist eine Vielzahl möglicher Bestimmungsgründe der Inflation zu berücksichtigen; die Aufgabe meines Referates bestand darin, lediglich die Rolle des Arbeitsmarktes für den Inflationsprozeß darzustellen.

Damit darf ich schließen und um Entschuldigung bitten, daß mein Schlußwort etwas lang geworden ist.

Werner Glastetter (Düsseldorf):

Herr Röper, Sie haben am Schluß der Diskussion Zweifel geäußert, ob es möglich ist, daß die Unternehmen in der angegebenen Weise verfahren. Nun, wenn man in den herkömmlichen Schemata denkt, muß man so etwas bezweifeln. Ich kann aber nicht umhin, konkrete Verbandsmeldungen zu registrieren, in denen es ganz nüchtern heißt: Wir müssen auf den Auslandsmärkten, um diese zu halten, Preiszugeständnisse machen, und unsere Gewinne müssen wir deshalb auf dem In-

landsmarkt holen. Das ist die Begründung für eine Preissteigerung im Inland! Ob so etwas möglich ist oder nicht — die Preissteigerung wird jedenfalls damit begründet.

Auch ich wollte — Herr Külp hat dazu schon Stellung genommen — keineswegs den konflikttheoretischen Ansatz überstrapazieren, sondern nur zum Ausdruck bringen, daß eben auch dieses Verteilungskonflikt-Element eine Rolle spielt. Die Preisexplosionen der letzten ein/zwei Jahre lassen sich mit diesem Ansatz mit Sicherheit nicht allein erklären, es sei denn, daß man den Konfliktbegriff erweitert und ihn auf den Verteilungskonflikt zwischen Rohstoff- bzw. Entwicklungsländern und Industrieländern ausdehnt. Aber hier spielen mit Sicherheit auch der Dollarüberhang und ähnliche Dinge eine Rolle.

Herr Engels, natürlich habe ich lediglich aus Gründen der verkürzten Darstellung nur von „Unternehmen“ gesprochen. Ob das nun ein Eigentümer-Unternehmer ist, der seinen Anspruch zu realisieren versucht, oder ein Manager, der, wenn er nicht gemäß den Interessen der Kapitaleigner handelt, von diesen nicht mehr als Manager eingesetzt wird, spielt meines Erachtens keine große Rolle. Deshalb habe ich versucht zu vereinfachen.

Herr Lenel, Sie haben mich gefragt, ob ich die Thesen des Sachverständigenrats nicht für richtig halte. Ich habe sie absichtlich vorweggezogen, um zu zeigen — journalistisch formuliert —: So einfach ist es nun einmal nicht, daß man einfach sagen kann, für einen stabilisierungspolitischen Erfolg kommt alles auf die Lohnpolitik an, und die Löhne sind die Preise, die entscheidend unter Machtgegebenheiten gebildet werden. — Ich wollte die Stringenz einer solchen Aussage, daß die Löhne unter dem Einfluß von Machtfaktoren gebildet werden und daß auf den Gütermärkten der reine Wettbewerb herrscht, etwas relativieren. Es ist nun einmal nicht nur ein rein wissenschaftliches Problem, sondern auch ein politisches Phänomen, wenn durch eine Institution wie dem Sachverständigenrat mit seiner Publizitätswirkung solche Formulierungen ein hohes Gewicht erhalten. Wie gesagt, es ging hier nicht um richtig oder falsch, sondern nur um die Frage, ob man es sich so einfach machen kann. Wenn Sie jetzt einen Schritt weitergehen und verlangen, daß ich Farbe bekennen soll, dann würde ich in der Tat sagen, daß ich hier anderer Meinung bin als der Sachverständigenrat.

Ein weiteres Problem — über das man endlos diskutieren könnte — betrifft die Frage der stabilisierungspolitischen Lastenverteilung: Ist die Umverteilung über Nominallohnpolitik überhaupt möglich? Es ist allseits bekannt, daß man hier jenes Ausweichmanöver praktiziert, indem man sagt: Über Nominallöhne geht es nicht, machen wir doch Vermögensbildung! — Ich habe dieses Argument eigentlich nie verstanden,

und zwar aus folgendem Grund. Es wird gesagt: Entweder haben die Löhne das Janusgesicht, d. h., sie sind kostenwirksam und nachfragewirksam; dann gehen Lohnerhöhungen sofort in die Preise. Oder die Löhne habe das Janusgesicht nicht, sie sind also nur kostenwirksam, aber nicht nachfragewirksam — etwa weil die Lohnerhöhungen, als theoretischer Grenzfall, gespart werden —, so daß eine Preisüberwälzung nicht möglich ist; dann würden Lohnerhöhungen die Gewinne tangieren, damit die Investitionsneigung beeinträchtigen. — Ich frage mich, wo der Unterschied zwischen einer Nominallohnpolitik-Argumentation und einer Vermögenspolitik-Argumentation liegt. Denn wir haben hier das gleiche Phänomen: daß bestimmte Teile aus dem jetzt registrierbaren Gewinn einer gesellschaftlichen Gruppe in andere Bereiche überführt werden und nach den verschiedenen Varianten der Vermögensbildungspläne, die ich hier nicht rekapitulieren will — mit Sperrfrist, ohne Sperrfrist, mit partieller Sperrfrist —, nicht nachfragewirksam werden und damit nur die Kostenwirkung haben. Es gibt ja auf Grund der Indiskretion irgendeines Verbandes die Meldung, wonach ein bestimmter Unternehmensverband eine Vereinbarung über vermögenswirksame Leistungen abgeschlossen und seine Mitglieder sofort im Anschluß daran informiert hat, diese vermögenswirksamen Leistungen aber bitte auch in die Preise einzurechnen. Das heißt, ob man das Vermögen oder Löhne nennt, es bleibt immer die Alternative bestehen: überwältigbar, nicht überwältigbar.

Herr Schulz, Sie haben die Frage aufgeworfen, was für die Umverteilung bleibt. Es sind zwei Probleme, die hierin stecken. Einmal ein rein materielles Problem: Was bleibt tatsächlich? Da möchte ich allerdings die Meinung vertreten, man sollte die reine Lohnquoten- und Gewinnquoten-Argumentation — und auf die Lohnquote pakt man dann noch einen Unternehmerlohn drauf, dann bleiben nur noch ominöse 2 Prozent — langsam beiseite lassen. Denn die Gesamtrechnung, die überhaupt verteilungsrelevant wird, erschöpft sich nun einmal nicht im Volkseinkommen. Bevor wir auf das Volkseinkommen stoßen, haben wir z. B. einen Komplex der Abschreibungen, die zunächst abgesetzt werden, aber dann doch in die Selbstfinanzierungsquote mit hineinfließen. Wir haben im Rahmen der Gesamtrechnung z. B. den Posten „laufende Vermögensübertragungen des Staates“. Wir haben den Posten „Subventionen“ usw. Wenn man sich die Mühe macht, die Volkswirtschaftliche Gesamtrechnung in der Entwicklung von 1950 bis 1972/73 einmal auf den Anteil der gesamten Selbstfinanzierungsmittel unter Berücksichtigung aller der Faktoren zu überprüfen, die in irgendeiner Form Eigentumstitel werden, dann gelangt man zu der überraschenden Feststellung, daß diese Entwicklung ganz anders aussieht als die, die sich ergibt, wenn man sich an dem Begriff der nichtentnom-

menen Gewinne orientiert. Hier ist in der Tat anteilmäßig eine Schrumpfung zu verzeichnen, eine Schrumpfung, die allerdings zum erheblichen Teil kompensiert wird durch die höheren Anteile der Abschreibungen und der laufenden Übertragungen des Staates im Rahmen der Gesamtrechnung, die aber ebenfalls Eigentumstitel werden. Dann relativiert sich die so schrecklich „gedrückte“ Gewinnmarge.

(Wolfram Engels [Frankfurt a. M.]: Halten Sie denn die Abschreibungen für Gewinne oder für Einkommen?)

— Die Abschreibungen halte ich für einen Teil der Selbstfinanzierungsquote.

(Wolfram Engels [Frankfurt a. M.]: Aber nicht für Einkommen!)

(J. Heinz Müller [Freiburg i. Br.]: Die sind doch Eigentum!)

— In der ganzen Diskussion über das Problem der Investitionen haben wir ja das Problem der Investitionsneigung in bezug auf Gewinnerwartungen, aber auch das Problem der Investitionsmöglichkeiten in bezug auf die Selbstfinanzierungsquote. Die Investitionsneigung konzentriert sich auf die Gewinnerwartungen, während die Selbstfinanzierungsquote, das, was eigentlich als Mittel im Eigentum verbleibt, auch aus anderen Quellen als aus Gewinnquellen stammt. Das müßte man hier etwas differenzierter sehen.

Als letztes die Frage der Rückwirkung in dem Fall, daß die Gewinnmarge eingeschränkt wird. Ich bin hier etwas hilflos. Man argumentiert immer ad hoc: Das drückt auf die Investitionsneigung, und dann kommt die große Katastrophe für die Volkswirtschaft. Ich kann hier nur sagen: Exakte Investitionsfunktionen haben wir ohnehin nicht, sondern die können nur hypothetisch aufgestellt werden. Ich erinnere an die Diskussionen um die 4prozentige Aufwertung der D-Mark 1961, von der man sagte, sie würde einen Zusammenbruch der Volkswirtschaft bedeuten. Ich erinnere an die Diskussion um die Aufwertung 1968, wo man auch den unmittelbaren Zusammenbruch vorhergesagt hat. Ich hätte Bedenken dagegen, hier ein Tabu aufzurichten, an das man nicht rühren dürfe.

Herr Külp, ich meine, wenn man über Stabilisierungspolitik diskutiert, kann man Verteilungsprobleme nicht eliminieren. Das ist eine Frage der Analyse im eingegrenzten Bereich. Man muß sich einfach diesen Fragen stellen, die auch allzu leicht als selbstverständlich in dem Sinne dargestellt werden: Wenn wir hier etwas ändern, dann kommt es zu Desinvestitionen und Kapitalflucht. Natürlich müssen unter Umständen andere Anspruchsniveaus diskutiert werden. Ob es deswegen zu einem Zusammenbruch kommen muß, sei dahingestellt. Natürlich gibt

es einen breaking point, von dem ab etwas nicht mehr zu machen ist. Aber zunächst ging es doch erst einmal um die Schaffung einer empirischen Transparenz, wie die Verteilung konkret aussieht. Es ist doch interessant, daß wir in diesen Fragen nichts Genaues wissen. Wir müssen uns mit Hilfskonstruktionen der Gesamtrechnung herumschlagen, die nachweislich über die Verteilungsfrage nichts aussagen. Hier wäre also ein größeres Maß an Transparenz zu schaffen, damit wir überhaupt erst mal einen empirischen Hintergrund haben, auf dem man sich mit solchen Fragen auseinandersetzen kann. Das scheint mir allerdings dringend geboten. Das bedeutet nicht eine Totalumverteilung, etwa in dem Glauben, man könnte ein Volk von Millionären schaffen. Ich glaube, so naiv ist niemand. Aber die Frage, ob man nicht von da her einen Teil des Konfliktpotentials abbauen könnte, müßte meines Erachtens doch gestellt werden.

Stabilisierungspolitische Aspekte der Wettbewerbsordnung im Bankensystem

Von Burkhardt Röper, Aachen*

1. Problemstellung

Die Frage, ob durch ein Mehr an Wettbewerb, ob durch eine verschärfte Wettbewerbspolitik die Stabilisierungspolitik gefördert werden kann, wird in der Regel nur allgemein oder nur für den Bereich der Güterproduktion untersucht. Der Präsident des Bundeskartellamtes, Eberhard Günther, stellte 1972 fest: „Damit dürfte unstrittig sein, auch in der Wissenschaft, daß konjunkturpolitische Instrumente generell um so besser greifen, je besser und je erfolgreicher die Wettbewerbspolitik ihre Aufgabe löst, d. h. je umfassender dem Wettbewerbsprinzip als volkswirtschaftlichem Lenkungs- und Steuerungsinstrument Geltung verschafft wird“¹.

Dies wird neuerdings von Bünning² bezweifelt, weil

1. der direkte Einfluß auf das Preisniveau gering sei,
2. weder ein positiver Einfluß auf die Preisflexibilität, der Produktions- und Beschäftigungsschwankungen mindere,

* Geboren am 13. April 1915 in Jena. 1946 Promotion zum Dr. rer. pol. der Universität Hamburg; Tätigkeit als Assistent und 1949 Habilitation an der erwähnten Universität. 1950/51 Lehrtätigkeit an der Universität Freiburg i. Br. 1952/53 Rockefeller Research Fellow in den USA. Seit 1954 ordentlicher Professor für Wirtschaftskunde und Unternehmungslehre an der Technischen Hochschule Aachen. Zur Zeit Direktor des Instituts für Wirtschaftswissenschaften der erwähnten Hochschule. Hauptarbeitsgebiete: Wettbewerbstheorie und -politik, ökonomische Probleme des technischen Fortschritts, Wirtschaftsberichterstattung.

¹ Eberhard Günther, Die Beziehungen zwischen Wettbewerbs- und Konjunkturpolitik, in: Wirtschaftsdienst, Bd. 52 (1972), S. 406. „Das Bundeskartellamt hat in seinem Tätigkeitsbericht für das Jahr 1969 auf den engen Zusammenhang zwischen Wettbewerbs- und Konjunkturpolitik hingewiesen“ (Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1972 . . . , Bundestagsdrucksache 7/986 vom 5. 9. 73, S. 5). Vgl. auch Jahresgutachten 1971 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache VI/2847, Ziffer 380, vom 22. 11. 1971.

² Hans-Helmut Bünning, Zum Zusammenhang zwischen Wettbewerbspolitik und Stabilisierungspolitik, in: Konjunkturpolitik, 20. Jg. (1974), S. 111. — Untersucht wird vornehmlich von Bünning der Zusammenhang bei „administrierten“ Preisen auf Warenmärkten.

3. noch ein konjunkturpolitisch bedeutsamer Einfluß auf die Stabilität der Investitionstätigkeit vorhanden sei.

Eine systematische Untersuchung darf sich jedoch nicht nur auf die Warenmärkte beschränken, sondern sollte auch die *Faktormärkte* erfassen. „Administrierte“ Preise im wahren Sinne des Wortes sind zudem auch in den *Dienstleistungsbereichen* anzutreffen, so die administrativen Preise für Staatsleistungen im allgemeinen — die Steuern — sowie die Tarife von Bahn, Post und Versorgungsunternehmen, nicht zuletzt aber auch im Versicherungs- und Kreditwesen³.

Problematisch ist die Frage, wie sich der *Wettbewerb im Bankensystem* auf die Stabilisierung auswirkt. Es wird schwer sein, eine eindeutige Antwort zu finden. Das hat zahlreiche Gründe, von denen zunächst ein Dutzend genannt seien:

1. Das Bankensystem umfaßt regelmäßig eine *Zentralbank* (im folgenden Zbk) — oder ein Zentralbanksystem — und zahlreiche mehr oder weniger miteinander im Wettbewerb stehende *Geschäftsbanken*, wobei wechselseitig auf die ordnungsgemäße Abwicklung von Geschäften vertraut wird.

2. Aufgabe der Zbk ist es unter anderem, „die *Währung zu sichern*“, das heißt für die Stabilität des Geldwertes, der Kaufkraft des Geldes zu sorgen. — Auf den Wettbewerb der Zbk am Weltmarkt und die zahlreichen globalen und regionalen Kooperationsabkommen gehen wir nicht ein.

3. Die Sicherung der Währung sucht die Zbk vor allem durch *Beeinflussung der Refinanzierungskosten* und des *Liquiditätsspielraumes* der Geschäftsbanken zu erreichen, wozu ihr ein umfangreiches, ständig verfeinertes Instrumentarium zur Verfügung steht. Die Geschäftsbanken können mehr oder weniger schnell auf Eingriffe reagieren, wobei oftmals versucht wird, kontraktive Maßnahmen durch Ausweichen auf andere Quellen abzuschwächen oder gar zu konterkarieren.

4. Die Zbk ist *Angebotsmonopolist* für das nationale Zentralbankgeld, soll nach traditioneller Auffassung grundsätzlich nicht mit den Geschäftsbanken im Wettbewerb stehen, sondern diese als Bank der Banken „global“ steuern. Tatsächlich steht sie jedoch gelegentlich im Wettbewerb, was nicht falsch zu sein braucht.

³ Beim ersten Versuch des Bundeskartellamtes „einer Quantifizierung des Umfangs privat-administrierter Preise“ und deren gesamtwirtschaftlicher Bedeutung beschränkte man sich auf Produktionsbereiche nach dem Statistischen Warenverzeichnis. Vgl. Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1973 . . . , BT-Drucksache 7/2250 vom 14. 6. 74, S. 14.

5. Das *Aktionsfeld* der Zbk, so ihre Möglichkeiten, Preis- und Mengenpolitik zu betreiben, wie auch Veränderungen der Währungsparität bestimmt die nationale Gesetzgebung bzw. Regierung, wobei recht unterschiedliche Lösungen von Land zu Land bestehen.

6. Das *Bankensystem* setzt sich aus erwerbswirtschaftlich und nicht primär gewinnorientierten Gruppen zusammen. Im Eigeninteresse sammelt und hält es *Einlagen* mit verschiedenen Fristen, gibt *Kredite* und verdient an der Spanne von Haben- und Sollzinsen. Einerseits scheinen diese Hauptprodukte — zumal im standardisierten Massengeschäft — homogen zu sein, andererseits können unterschiedliche Risiken und Verhaltensweisen diese Produkte durchaus heterogen werden lassen. Ferner spielen Dienstleistungsgeschäfte eine beachtliche Rolle, so die Abwicklung des Zahlungsverkehrs und des Wertpapiergeschäfts.

7. Die Geschäftsbanken bilden mit der Zbk ein System, das eine *Kreditschöpfung* ermöglicht, wobei die Zbk im Interesse der Sicherung der Währung das Kreditpotential der Geschäftsbanken zu reglementieren hat.

8. Die Geschäftsbanken stehen als das größte nationale Kaufkraftsammelbecken im Wettbewerb mit Versicherungen, Bausparkassen, Finanzierungsinstituten sonstiger Art wie auch privaten Kreditgebern. Die Banken nehmen die Transportfunktion über Zeit und Raum und die *Auslesefunktion* — *Qualitätsprüfung* — vor.

9. Geschäftsbanken sind die wichtigsten Vermittler von Liquidität und Kaufkraft, die entscheidenden Organisatoren für die *Fremdfinanzierung* der Volkswirtschaft, das heißt der Wirtschaftsunternehmen, privaten Haushalte und der öffentlichen Hände und weitgehend deren Kassenhalter⁴. Sie pflegen auch die Eigenfinanzierung von Aktiengesellschaften zu organisieren.

10. Die Zbk kann aus volkswirtschaftlichen Gründen, um im Wettbewerb Gewinne zu erzielen, *in Sekundenschnelle Milliardenwerte über Landesgrenzen* verschieben, insbesondere, wenn die Währungen voll konvertibel sind.

11. Diese im Vergleich zu allen anderen Märkten ungewöhnlich *hohe Reaktionsgeschwindigkeit* und das *Fehlen von Transportkosten* bei beschränkter Markttransparenz können die Stabilisierungspolitik und die Währung gefährden.

⁴ Durch ihre Einlagenpolitik kann die Zbk Teile der in der Regel bei ihr anzulegenden Kassenhaltung von Bund und Ländern zu den Geschäftsbanken verlagern.

12. Während an den Wertpapier- und Devisenbörsen, aber auch auf dem Geldmarkt zwischen Banken nach rein marktwirtschaftlichen Prinzipien gehandelt wird, werden zahlreiche Märkte für kurzfristiges Geld mehr oder weniger straff von der Zbk reglementiert, so daß dort das *Preisniveau* — der Zins — entscheidend von einer zentralen staatlichen Institution beeinflußt wird.

Es ist fraglich, ob auf den Kreditmärkten die Wirkungen des Wettbewerbs und die Eingriffe der Zbk zu einer fruchtbaren Synthese von zentralgeleiteten und verkehrswirtschaftlichen Elementen führen. Oder liegt in der *Ordnungspolitik, in der Geldverfassung* — eine einseitige Umschreibung des Bankensystems — ein *inflationrelevanter Systemfehler*⁵?

Wir brechen die Ausführungen an dieser Stelle ab. Sie sollten andeuten, warum es so schwierig ist, über die Effizienz des Wettbewerbes im Kreditgewerbe für die Stabilisierungspolitik zu urteilen. *Wir stellen fest:* Im Bankensystem sind im Zeitablauf unterschiedliche und von Land zu Land abweichende *Mischungen von zentralgeleiteten und verkehrswirtschaftlichen Elementen* anzutreffen, die zweckmäßig kombiniert zur Stabilisierungspolitik Erhebliches beitragen können, dies aber weltweit zur Zeit nicht erreichen: „Die wohl wichtigste Determinante für den anhaltenden und sich trendmäßig beschleunigenden Geldwertchwund ist in der übermäßigen monetären Expansion zu sehen“⁶.

Wir betonen: Es geht nicht um ein „entweder das eine oder das andere“, sondern um das rechte Maß für Freiheit und Bindung.

Nach den Erfahrungen der Weltwirtschaftskrise ist die Gewerbefreiheit für das Kreditgewerbe erheblich eingeschränkt worden. Es gibt keinen anderen Wirtschaftszweig, der derartig stark reglementiert und durchleuchtet wird, in dem der Einfluß der Institutionen stärker ist. Wir beschränken deshalb unsere Ausführungen auf das Bankensystem der Bundesrepublik Deutschland und überlassen es anderen, Vergleiche zu ziehen.

Von höchster Wichtigkeit sind die zwingenden *Ordnungsregeln* des Kreditwesengesetzes (KWG vom 10. Juli 1961)⁷, insbesondere die mehr-

⁵ Vgl. *Hans Würgler*, Inflation als Machtproblem, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Bd. 74/I., Berlin 1973, S. 707. Diese Frage sieht Würgler für die Schweiz indirekt bestätigt. Dort gab es noch Anfang 1974 eine Art Zinskartell.

⁶ Jahresgutachten 1973 des Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, BT-Drucksache 7/1273 vom 22. 11. 1973, Ziffer 4.

⁷ § 1 (1) KWG enthält die Legaldefinition der Kreditinstitute. Bauspar-kassen gelten seit dem 1. 1. 1973 ebenfalls als Kreditinstitute. Vgl. § 1 des Ge-

fach modifizierten *Grundsätze* über das Eigenkapital und die Liquidität der Kreditinstitute sowie die durch dieses Gesetz geschaffene Fachaufsicht, das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen⁸, die, primär um die Sicherheit der Einlagen besorgt, die Kreditinstitute in enger Zusammenarbeit mit der Bundesbank überwacht.

Die Politik der Zbk wie auch das Bankrecht beeinflussen die einzelnen Bankengruppen nicht gleichartig, sondern begünstigen die eine oder andere Gruppe von Kreditinstituten⁹. Desgleichen verhält sich auch die öffentliche Hand *nicht wettbewerbsneutral*. Vielmehr haben alle Bankengruppen Vor- und Nachteile im Wettbewerb, die sich im Zeitablauf, das heißt sowohl langfristig als auch in den verschiedenen Phasen des Konjunkturzyklus unterschiedlich auswirken können. Deshalb könnte man auch von einem Wettbewerb der Bankengruppen und ihrer Verbände um institutionelle Vorteile oder Behinderung anderer sprechen¹⁰.

Im folgenden geht es vor allem um den Wettbewerb und dessen Ordnung im *Geschäftsbankenbereich*, um die Einwirkungen der Zbk und anderer Stellen auf die Wettbewerbsbedingungen dieses Dienstleistungsbereiches der „Händler mit Schulden aller Art“ sowie um die Auswirkungen dieses Wettbewerbs auf die Stabilisierungspolitik¹¹. Banken bieten entweder ein vollständiges Sortiment einschließlich des Emissionsgeschäftes an (Universalbanken) oder sind auf einen eng begrenzten Bereich spezialisiert (Hypothekenbanken, Außenhandelsbanken).

Bei der Frage nach dem zweckmäßigen Maß an Wettbewerbsintensität sind nicht nur die kurz- und mittelfristigen Wirkungen — die Durchschlagskraft von Maßnahmen der Notenbank —, sondern auch die langfristigen Effekte, so die Frage nach der optimalen Allokation

setzes über Bausparkassen vom 16. 11. 72, BGBl. I, 2097. § 20 Abs. 5 dieses Gesetzes betrifft die zu ändernden Bestimmungen des KWG.

⁸ KWG § 6, 2: „Das Bundesaufsichtsamt hat Mißständen im Kreditwesen entgegenzuwirken, die die Sicherheit der den Kreditinstituten anvertrauten Vermögenswerte gefährden, die ordnungsgemäße Durchführung der Bankgeschäfte beeinträchtigen oder erhebliche Nachteile für die Gesamtwirtschaft herbeiführen können.“

⁹ Zum Beispiel erhöhte die Deutsche Bundesbank am 18. 7. 1974 die von ihr im Rahmen der Mengenregulierung ankaufbaren Privatdiskonte „um 200 Mio. DM mit der Maßgabe, daß diese zusätzliche Fazilität ausschließlich Privatbankiers und kleineren Regionalbanken zugute kommen soll“ (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, August 1974, S. 5).

¹⁰ Vgl. *Burkhardt Röper*, Die Wettbewerbsfunktion der deutschen Sparkassen und das Subsidiaritätsprinzip, Berlin 1973, S. 59.

¹¹ Unter Stabilisierungspolitik verstehen wir an dieser Stelle weniger das Bemühen um ein gesamtwirtschaftliches Gleichgewicht im Sinne von § 1, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft (1967), als das Bemühen um monetäre, um Preis-Stabilität.

der Investitionsmittel einer Volkswirtschaft, zu berücksichtigen. Es geht also sowohl um den Geld- als auch um den Kapitalmarkt, der allerdings durch zahllose institutionelle Eingriffe manipuliert wird.

Auf den ersten Blick ist es einleuchtend, daß eine unverzügliche Übertragung aller zinspolitischen Vorstellungen der Zbk auf die Zinspolitik der Geschäftsbanken für die Stabilisierungspolitik nur Vorteile schafft, falls die Zbk stets stabilitätskonform vorgeht. In der Wirklichkeit einer marktwirtschaftlich orientierten Bankenwelt hat es eine solche starre Übertragung nie gegeben (Transmissionsriemen-Theorem).

Diskontveränderungen haben Signal- und Kostenwirkungen, die sich in der Zeit der Zinsabkommen (in der Bundesrepublik Deutschland vor 1967) bei Erhöhungen alsbald auf die Sollzinsen und oft nur verzögert auf die Habenzinsen (umgekehrt bei Zinssenkungen) auswirkten¹². Dennoch bestand damals vermutlich eine schnellere Anpassung der Banken, als es sich aus der marktmäßigen Anpassung an die veränderten Daten ergibt.

Wir bewegen uns im Grenzbereich zwischen Makro- und Mikroökonomie, zwischen Geldpolitik und Bankbetriebslehre wie auch Wettbewerbspolitik. Zu untersuchen ist, ob der Wettbewerb der bessere Transmissionsriemen als Anordnungen von Behörden ist und, falls das zutrifft, worin die Vorteile und Schwächen für eine weltoffene, hochindustrialisierte Volkswirtschaft liegen.

2. Die Veränderungen der Wettbewerbsordnung im Bankensystem und ihre Auswirkungen

Versuche, den *Wettbewerb zwischen Banken einzuschränken*, gibt es seit langem. Sie fanden vor und nach dem ersten Weltkrieg zumeist die Sympathie der Reichsbank, weil diese den Banken die Verdienstmöglichkeiten erhalten wollte, um ein Abgleiten in allzu spekulative Geschäfte und eine unzureichende Liquidität zu vermeiden. In den zwanziger Jahren wurden mehrere Abkommen geschlossen, die jedoch nicht zu einer durchgehenden Reglementierung führten, da sich die Interessengegensätze der einzelnen Gruppen und Institute kaum überbrücken ließen.

In der Not der Weltwirtschaftskrise wurden im Zuge der Deflationspolitik Ende 1931 die Zinssätze auf dem Kapitalmarkt durch administrativen Eingriff gesenkt¹³. Wenig später — Mitte Januar 1932 — kam eine Vereinbarung der Spitzenverbände des Kreditgewerbes (private

¹² Vgl. S. 1122 ff.

¹³ Vierte Notverordnung des Reichspräsidenten vom 8. 12. 1931.

Banken, Sparkassen und Genossenschaften) zustande, die alsbald vom Reichskommissar für das Bankgewerbe für allgemeinverbindlich erklärt wurde. Dieses Zwangskartell bestand aus einem „Mantelvertrag“ sowie aus einem Haben- und einem Sollzinsabkommen. In veränderter Form hatte es bis Mitte der sechziger Jahre Gültigkeit. Während zuvor nur einzelne Gruppen von Kreditinstituten — so Sparkassen und Hypothekenbanken — einer speziellen Aufsicht unterstanden, wurde diese 1931 allgemein eingeführt und 1934 im Kreditwesengesetz verankert. Damit unterstand das Kreditgewerbe einer weitreichenden Überwachung und einem Genehmigungszwang. Der Wettbewerb der Banken war also weitgehend eingeschränkt worden, als 1936 Lutz¹⁴ besonders prägnant als das *Grundproblem der Geldverfassung* herausstellte, die Zbk habe die volkswirtschaftliche Geldversorgung zu übernehmen, während durch den *Wettbewerb der Banken* die qualitative Kreditkontrolle stattfinde.

Diese geniale, aber einseitige Schau, nach der für die Passivseite — die Schaffung von Geld — prinzipiell ein anderes Organisationsprinzip als für die Aktivseite eines Geschäftes — die Kreditgewährung — zweckentsprechend sei und daß darin das Dilemma der Geldverfassung läge, hat jahrelang das Ordnungsdenken liberaler Ökonomen im monetären Bereich maßgebend beeinflusst. Denn undenkbar ist eine Marktwirtschaft, in der die individuelle Kreditvergabe und -vermittlung durch zentrale Organe gesteuert wird.

Die an sich zutreffende Aussage, daß die Geldproduktion durch die Geld- und Währungspolitik zu erfolgen habe, wurde in der Nachkriegszeit gründlich mißverstanden, als diese zur Rechtfertigung für eine straffe Reglementierung der Geld- und Kapitalmärkte angesehen wurde. In der Diskussion um die Neuordnung des Kreditwesengesetzes brachte Gnam ein erstaunliches Zitat von Röpke¹⁵: „So ist man denn seit langem übereingekommen, im Kreditwesen einen Bereich zu sehen, der innerhalb der Marktwirtschaft nicht der Selbststeuerung durch Preismechanismus und Wettbewerb überlassen werden darf, sondern einer planmäßigen Außensteuerung durch ständige Aufsicht und Unterwerfung unter bestimmte gesetzliche Bedingungen bedarf. Es ist ein wesentlicher Teil der modernen und in bitteren Erfahrungen gereiften Theorie der Marktwirtschaft, das Bestehen solcher Bereiche anzuerkennen und im Kreditwesen einen ihrer wichtigsten zu erblicken. Wir wissen, daß wir

¹⁴ Friedrich A. Lutz, *Das Grundproblem der Geldverfassung*, Stuttgart und Berlin 1936, zitiert bei Friedrich A. Lutz, *Geld und Währung — Gesammelte Abhandlungen*, Tübingen 1962, S. 31.

¹⁵ Wilhelm Röpke in einem Gutachten, zitiert bei Arnulf Gnam, *Eine Lücke im Kreditwesen-Gesetzentwurf*, in: *Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen*, 1960, S. 375.

der Marktwirtschaft selber den schlechtesten Dienst leisten, wenn wir uns in doktrinärer Verallgemeinerung ihrer Idee gegen diese Einsicht sträuben. Der Bereich, innerhalb dessen wir den Wirtschaftsprozeß am besten der Selbststeuerung durch den Preismechanismus und dem Wettbewerb überlassen, setzt voraus, daß wir das in bestimmten anderen Bereichen nicht tun, und der Bereich des Kreditwesens ist der wichtigste unter ihnen.“

Trotz vieler Einwände räumte das *neue Kreditwesengesetz von 1961* dem Wettbewerb dennoch einen weitaus höheren Stellenwert als das alte ein¹⁶. Im Jahre 1965 erfolgten gegen den Willen der Spitzenverbände der Kreditwirtschaft und auch der Bundesbank erste Auflockerungen, z. B. die Freigabe des Zinssatzes für Einlagen mit einer Laufzeit von mehr als 2½ Jahren¹⁷, einem Bereich, in dem zuvor schon latent der Wettbewerb durch graue Habenzinssätze, Pensionsgeschäfte usw. wirksam war¹⁸.

Am 1. April 1967 wurden alle Soll- und Habenzinsen freigegeben. Wie kompliziert die *Zuständigkeiten* für die Aufhebung der Reglementierung nach 35 Jahren waren, ergibt sich aus der Tatsache, daß vier Entscheidungsträger mitwirkten. Das Bundesaufsichtsamt *ordnete an* auf *Anregung* des Bundesministers für Wirtschaft im *Einvernehmen* mit der Bundesbank nach *Anhörung* des Verbandes des Kreditgewerbes. Anlaß waren nach Ansicht der Bundesbank¹⁹:

1. Die Unmöglichkeit, die Einhaltung der bisherigen Zinsverordnung nach verschiedenen Teilliberalisierungen zu überprüfen und zu erzwingen.

2. Zahlreiche „legale“ Umgehungen ermöglichten größeren und geschäftsgewandteren Anlegern höhere Zinsen.

3. Die Entwicklung der freien Zinssätze offenbarte, daß sich die zuvor „zementierte“ Zinsstruktur erheblich ändern müßte (z. B. durch Aufächerung der Zinsen nach Fälligkeiten), ohne daß die Behörde feste Anhaltspunkte über das notwendige Ausmaß der Änderung hatte.

¹⁶ Vgl. Günther Dermitzel, Die Zinsabkommen und ihr Einfluß auf den Wettbewerb unter den Kreditinstituten, in: *Wirtschaft und Wettbewerb 1955*, S. 735, und L. Schork, Banken und Versicherungen im Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen, in: *Wirtschaft und Wettbewerb 1958*, S. 429. — In Österreich soll trotz weiterer Gültigkeit des deutschen Kreditwesengesetzes von 1934 der Wettbewerb der Kreditinstitute durchaus wirksam sein.

¹⁷ Erste Zinsverordnung des Bundesaufsichtsamtes für das Kreditwesen vom 5. 2. 1965.

¹⁸ Vgl. Werner Schultes, Die bisherigen Erfahrungen mit der kartellrechtlichen Mißbrauchsaufsicht über die Kredit- und Versicherungswirtschaft, in: *Wirtschaft und Wettbewerb 1966*, S. 305.

¹⁹ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966, S. 15 f.

4. „Echte, d. h. dem Markte voll adäquate Zinsen“ würden die Kreditmärkte effizienter steuern „als staatlich reglementierte Zinsen, deren Rechtfertigung doch mindestens teilweise darin lag, daß sie vom ‚Gleichgewichtszins‘ der einzelnen Einlagearten oft abwichen“.

Damit wurde eingeräumt, daß eine freie Zinsbildung zumindest langfristig vorteilhafter sein würde. Zur Frage der möglichen Effizienz-minderung der Diskontpolitik und somit Beeinträchtigung der Stabilisierungspolitik heißt es nach einem Hinweis auf die Einheit von Liquiditäts- und Zinspolitik: „Sie [die Bundesbank] ergreift zu diesem Zweck entweder aktiv Maßnahmen liquiditätspolitischer Art oder sie läßt einfach die Marktkräfte sich auswirken, wenn diese schon von selbst in die von ihr gewünschte Richtung tendieren. Je nach Lage ist daher die Diskontpolitik entweder determinierend oder konstatierend in den Rahmen der allgemeinen Liquiditätspolitik eingeordnet. Diskontsatzänderungen zeigen dann immer Änderungen in der Kreditmarktlage an, die sich, zumindest tendenziell, auch mit der Bewegung der freien Zinsen für Bankkredite und Einlagen decken dürften“²⁰.

Mißfallen hatte bei der Bundesbank schon vor der völligen Freigabe der Bankzinsen das rasche, zum Teil rein zinsinduzierte Ansteigen der *Termineinlagen* der Wirtschaft erregt, das bereits im zweiten Halbjahr 1966 nach einer weiteren Teilliberalisierung der Habenzinsen eingesetzt hatte. Diese ist für die Volkswirtschaft nur dann von Nutzen, wenn dadurch tatsächlich eine stärkere Bindung von Kassenreserven bewirkt wird und nicht lediglich eine „Ökonomisierung“ der Geldhaltung, die faktisch mit keinem nennenswerten zusätzlichen Liquiditätsverzicht erkaufte werden muß. „Soweit wegen der besonderen Attraktivität der im Wettbewerb hart umkämpften drei- bis sechsmonatigen Termineinlagen darüber hinaus die längerfristigen Termineinlagen... an Anziehungskraft verloren haben,... sind die Wirkungen der weiteren partiellen Zinsfreigabe sogar nachteilig.“²¹ Man hoffte, die Zinsstruktur würde nach der völligen Freigabe besser dem unterschiedlichen Maß an Liquiditätsverzicht Rechnung tragen²².

Hierin hatte sich die Bundesbank gründlich getäuscht! Denn vom Juni 1967 bis zum August 1971 stiegen die Zinssätze für Festgelder

²⁰ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966, S. 16.

²¹ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für das Jahr 1966, S. 53.

²² Diese Hoffnung deckt sich mit den Feststellungen von Wissler für die Zwischenkriegszeit. Vgl. *Albert Wissler, Die deutsche Zinsstruktur vor und nach dem Zweiten Weltkrieg*, in: A. Wissler, *Das Zinsproblem in theoretisch-empirischer Sicht, Sonderhefte des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung*, N. F. Nr. 32, Berlin 1955, S. 49 ff. Vgl. auch *Wolf-Dieter Becker, Reglementierte und freie Zinsen in Deutschland*, in: *Schriftenreihe des österreichischen Forschungsinstitutes für Sparkassenwesen, Die Problematik der Zinsfußliberalisierung*, 8. Jg. (1968), Heft 4, S. 17.

(unter 1 Mill. DM, Laufzeit drei Monate) um 120 Prozent, diejenigen für Spareinlagen jedoch nur um 40 Prozent. Insgesamt gesehen hatte sich die in Punkten der Zinssätze gemessene Spanne zwischen Soll- und Habenzinsen in doppelter Weise verändert: „Bei dem allgemeinen Zinsanstieg seit 1967 erweiterte sich die Spanne der kurzfristigen Sollzinsen zu den Sätzen für Spareinlagen, die Spanne zu den Termingeldsätzen verengte sich dagegen. In der Zeit der Zinsbindung, in der der Wettbewerb um Einlagen durch bessere Zinsgebote nicht erlaubt war, waren dagegen im Falle allgemeiner Zinserhöhungen nicht nur die Spareinlagenzinsen, sondern auch die Termineinlagenzinsen absolut weniger gestiegen als die Sollzinsen der Banken.

Die Beziehungen zwischen den Bankzinsen und dem Bundesbankdiskont erwiesen sich als ... nur wenig lockerer als zuvor.“²³ Die Verzinsung der Termingelder bewegt sich eher in Übereinstimmung mit dem Diskontsatz als früher, da sie vor 1967 am wenigsten marktkonform war. „Heute vollzieht sich diese Form der Geldaufnahme bei Nichtbanken weitgehend zu Sätzen, wie sie auch für die Mittelbeschaffung unter Banken gelten. Diese in Anpassungszeiten hohen ‚Grenzkosten‘, die früher nur für einen sehr kleinen Teil des Passivgeschäfts einzelner Banken aufzubringen waren, haben heute für die gesamten Zinskosten der Banken erheblich größere Bedeutung gewonnen; sie verminderten mit anderen Worten die Zinsspanne der Banken mehr, als das vor der Zinsfreigabe der Fall gewesen sein dürfte.“²⁴

Grundsätzlich hatten sich die *Zinssätze* in der Bundesrepublik nach der Freigabe bis 1971 *stärker als in früheren konjunkturellen Zyklen verändert*, wobei einzelne Zinssätze auf veränderte Marktbedingungen nicht im gleichen Maße reagierten. Während seit langem der Geldmarktzins — Handel von Geld zwischen Banken — und der Kapitalmarktzins frei waren, standen und stehen sie doch im Schatten institutioneller Faktoren und/oder der Festsetzung der wichtigsten Refinanzierungskosten (Diskont- und Lombardsatz, Abgabe- und Rücknahmesätze für Geldmarktpapiere) sowie der eingeräumten Refinanzierungsmöglichkeiten (Rediskont- und Lombardkontingente usw.) im Falle des Zentralbankgeldbedarfs. Der Diskontsatz hatte auch nach 1971 seine Bedeutung als Leitzins bewahrt. Er wurde bei der Verhandlung der Banken „mit der Kundschaft über Zinskosten lieber als Argument herangezogen als die Geldbeschaffungskosten ... oder gar die Berufung

²³ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Veränderungen der Zinsstruktur in der Bundesrepublik seit 1967, Oktober 1971, S. 39. Rückschauend zeigt sich hier vermutlich auch eine falsche Politik des Sparkassen-Giroverbandes.

²⁴ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Veränderungen der Zinsstruktur in der Bundesrepublik seit 1967, Oktober 1971, S. 40.

auf die schwer greifbare Marktlage²⁵. Der Effektivzins für Hypothekarkredite auf Wohngrundstücke hängt bekanntlich weitgehend von der Zinsentwicklung am Rentenmarkt ab, die für die Refinanzierungskosten der Darlehen von Hypothekenbanken maßgebend ist. Dieser Einfluß scheint nach den Feststellungen der Bundesbank den der Zinsen für Spareinlagen zu überragen, obgleich dieser für die von den Sparkassen vergebenen Hypotheken die Basis bildet²⁶.

Für die *Struktur der Zinssätze von Geld- und Kapitalmarktpapieren* sind die im Auf- und Abschwung unterschiedlichen Liquiditätspräferenzen der Marktteilnehmer entscheidend, wonach „Kurzläufer“ Liquiditätsvorteile gegenüber langlaufenden Papieren haben und deshalb niedriger zu verzinsen sind; dabei sind die kurzfristigen Papiere stärkeren Schwankungen ausgesetzt. Von hoher Bedeutung ist ferner, ob die Marktteilnehmer eine baldige Änderung der Zinsstruktur erwarten oder nicht. Falls ein Ansteigen der einzelnen Zinssätze erwartet wird, werden die Renditen für Kurzläufer niedriger sein, weil man diese bevorzugt, um weniger von einem erwarteten Kursverfall betroffen zu sein²⁷.

Welche Auswirkungen hat nun der verschärfte Wettbewerb auf die *Struktur des Kreditgewerbes*, auf die Entwicklung der einzelnen Bankengruppen für die Periode 1960-1970²⁸ sowie auf die andersgeartete Entwicklung in der Zeit von 1971-1973²⁹ gehabt?

Zunächst werden zwei Tendenzen für die erste Periode, dann zwei allgemeine und schließlich sechs für die letzten Jahre herausgestellt werden:

1. Das *langfristige* Geschäft hat zumindest in den sechziger Jahren überproportional an Bedeutung gewonnen und damit die dieses Geschäft betreibenden Gruppen.

2. Universalbanken, welche die gesamte Palette aller möglichen Bankdienste anbieten können, wurden bevorzugt. Deshalb suchten viele Banken ihr Sortiment an Bankleistungen zu vervollständigen und zu vergrößern, womit die Bedeutung des Kreditgewerbes und durch

²⁵ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Veränderungen der Zinsstruktur in der Bundesrepublik seit 1967, Oktober 1971, S. 37.

²⁶ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1971, Veränderungen der Zinsstruktur in der Bundesrepublik seit 1967, S. 39.

²⁷ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Oktober 1971, S. 40 - 42. Ferner Jürgen Siebke, Manfred Willms, Inflation und Zinsniveau, in: Wirtschaftsdienst, 52. Jg. (1972), S. 577.

²⁸ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Die Geschäftsentwicklung der Bankengruppen 1960 - 1970, April 1971, S. 30 - 36.

²⁹ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Neuere Geschäftsentwicklung der Bankengruppen, Mai 1974, S. 24 - 31.

weitere Überschneidungen der Marktbereiche der Wettbewerb an Intensität zunahm.

3. Die *Anzahl der Kreditinstitute* nahm rapide ab, die Anzahl der Zweigstellen jedoch erheblich zu³⁰.

4. Die ansteigenden Kosten der Geldbeschaffung, die nicht vollständig in erhöhten Sollzinsen weitergereicht werden konnten, führten dazu, einen *Ausgleich durch Ausweitung der Dienstleistungsgeschäfte*, der Emissionsgeschäfte, des Auslandszahlungsverkehrs und der Devisenspekulation zu suchen.

Die *veränderten Marktbedingungen* der Jahre 1971 - 1973³¹ führten zu anderen Wettbewerbsvor- und -nachteilen und anders gearteten strukturellen Auswirkungen bei den einzelnen Bankengruppen bei einer allgemeinen Expansion der Geschäftsvolumen um etwa 40 Prozent³².

1. Vornehmlich *Girozentralen* und *private Hypothekenbanken* expandierten überdurchschnittlich wegen ihres hohen Anteils an der *Wohnungsbaufinanzierung*, *Teilzahlungsbanken* expandierten wegen ihres hohen Anteils am Konsumentenkredit.

2. *Kreditgenossenschaften* und Institute der Post profitierten von ihrem weitverzweigten *Bankstellennetz*, das die Expansion des Einlagengeschäftes förderte.

3. *Sparkassen* hatten ein durchschnittliches Wachstum, weil sie im *Einlagengeschäft* weniger erfolgreich waren; unter anderem verlor das *Kontensparen* an Attraktivität.

4. Das *Geschäftsvolumen von Großbanken*, Privatbanken, öffentlich-rechtlichen Grundkreditanstalten (sowie von Kreditinstituten mit Sonderaufgaben) wuchs nur unterdurchschnittlich.

³⁰ Nach Aufhebung der Bedürfnisprüfung 1958 haben Bundesbank und Spitzenverbände dringend vor einer Ausdehnung und Verdichtung des Zweigstellennetzes gewarnt. Dennoch verdreifachte sich fast die Zahl der Zweigstellen in den Jahren 1957 - 1973 von 12 974 auf 36 393, während die Zahl der Kreditinstitute um fast die Hälfte von 12 359 auf 6 892 abnahm (davon 1957: 11 795 und 1973: 5 481 Kreditgenossenschaften oder ohne diese von 1 664 auf 1 411 Kreditinstitute). — Von 1969 - 1973 fanden nach den Ermittlungen des Bundeskartellamtes 45 große Zusammenschlüsse statt, wobei die anteilig erworbene Bilanzsumme 67 Mill. DM betrug. Vgl. Bericht des Bundeskartellamtes über seine Tätigkeit im Jahre 1973, S. 41.

³¹ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Neuere Geschäftsentwicklung der Bankengruppen, Mai 1974, S. 27.

³² Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Neuere Geschäftsentwicklung der Bankengruppen, Mai 1974, S. 24. Damit war das jahresdurchschnittliche Wachstum in Höhe von 12,5 Prozent ebenso stark wie im Durchschnitt der Jahre 1960 - 1970. Allerdings waren in diesen zehn Jahren das reale Wachstum der Volkswirtschaft und die inflatorischen Einwirkungen schwächer als im Zeitraum 1971 - 1973.

5. Aufgrund der Struktur ihrer Passivgeschäfte wurden vom verschärften Restriktionskurs vor allem diejenigen Banken betroffen, die sich vorwiegend im *Interbankgeschäft* refinanzierten, nämlich die Gruppe der Privatbankiers und einige übergeordnete Institute des Sparkassen- und Genossenschaftssektors.

6. „Demgegenüber haben die Banken, die sich im Einlagengeschäft gut behauptet haben, sei es, daß sie, z. B. wie die Regionalbanken und sonstigen Kreditbanken im Wettbewerb um Termingelder, besonders beweglich waren, sei es, daß sie, wie vermutlich die Kreditgenossenschaften an kleineren Plätzen, weniger dem Einlagenwettbewerb ausgesetzt waren, in ihrer Geschäftsentwicklung relativ gut abgeschnitten.“³³

Um die *Einbeziehung der Versicherungs- und Kreditwirtschaft* in das *Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen* (GWB) in den fünfziger Jahren wurde lebhaft diskutiert. Ministerialbeamte setzten sich z. B. für eine Beschränkung des Wettbewerbs der Kreditinstitute ein, weil sie „Teile des Währungsapparates“ sind³⁴. In einem führenden Kommentar heißt es: „Die Verbände aller Zweige des Kreditgewerbes waren dagegen für eine Aufrechterhaltung der Zinsregelung, obwohl auch bei ihnen starke Kräfte einer anderen Auffassung zuneigten. Für die Verbände als solche war maßgeblich, daß sich der Wettbewerb um die Einlagen in geregelten Bahnen vollziehen sollte. Die Bundesbank ging bei ihren Überlegungen mehr von der Notwendigkeit einer Sollzinsregelung aus, unter anderem, weil sie auf ein Durchschlagen ihrer Diskontpolitik — vornehmlich mit restriktiver Zielsetzung — auf die Kostenbelastungen der Wirtschaft Wert legen muß. Dabei wollte sie auf die Regelung der Habenzinsen aus verschiedenen Gründen nicht verzichten, weil die Sollzinsregelung mit der Bindung der Habenzinsen in engem Zusammenhang steht. Die Bundesbank war außerdem der Überzeugung, daß ein plötzliches Abgehen von der Bindung der Habenzinsen einen ungesunden Wettbewerb zwischen den einzelnen Instituten und Gruppen des Kreditgewerbes auslösen könnte.“³⁵

Mit anderen Worten war die Bundesbank auch noch 1965 davon überzeugt, daß ein Weniger an Wettbewerb günstiger für die Stabilisierungspolitik wegen der engeren Verbindung ihrer Zinspolitik mit der einzelwirtschaftlichen Betriebspolitik des Kreditgewerbes sei³⁶.

³³ Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Neuere Geschäftsentwicklung der Bankengruppen 1974, Mai 1974, S. 27.

³⁴ Arthur Gnam, Kreditinstitute im Wettbewerb, in: Wirtschaft und Wettbewerb 1956, S. 581 - 586.

³⁵ Joachim von Spindler, Willy Becker und O.-Ernst Starke, Die Deutsche Bundesbank, 4. Aufl., Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1973, S. 125.

Die Diskussion um die Wettbewerbsordnung im Kreditgewerbe drehte sich seit Aufhebung der Zinsverordnungen um die Rechtmäßigkeit von *Zinsempfehlungen* der Spitzenverbände nach Abstimmung im Zentralen Kreditausschuß, die nach deren Ansicht als Orientierungshilfen gedacht waren und nicht als ein Ersatz der Zinsverordnung durch eine privatwirtschaftliche Marktordnung. Diese von der Bundesbank wiederum wohlwollend angesehenen Empfehlungen wurden erst 1973 auf Betreiben des Bundeskartellamtes eingestellt³⁷.

Hierbei war es zu einem Konflikt zwischen Bundeskartellamt, das die Empfehlungspraxis als Mißbrauch ansah, und dem Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen gekommen, das sein erforderliches Einvernehmen für eine Untersagungsverfügung (§ 102, Abs. 2 GWB) verweigerte. Als daraufhin das Bundeskartellamt den Bundesminister für Wirtschaft um Ersetzung des Einvernehmens bat, entschlossen sich die Spitzenverbände der Sparkassen und Banken, ihre Zinsempfehlungen aufzuheben und weitere zu unterlassen³⁸.

Verständlich ist es, daß bei drohendem Einsatz von liquiditätsmindernden und kostenerhöhenden monetären Führungsinstrumenten das Kreditgewerbe dazu neigt, eine Einheitsfront³⁹ gegen die Notenbank zu bilden, um solche Maßnahmen zu verhindern, zu mildern oder zumindest aufzuschieben; es sucht mit anderen Worten stabilisierungspolitisch erwünschte Maßnahmen zu konterkarieren.

Falls — und das gilt für viele als höchstwahrscheinlich — die Zinsabkommen und -empfehlungen den *Preiswettbewerb* lange Zeit *denaturiert* hatten und sichere Zinsspannen garantierten, kann das zu einer „Verkrustung“ der Geschäftsbankenstruktur, zu einer Fülle von Nebenleistungen als Ersatz für den fehlenden Aktionsparameter Zins geführt haben, zu nicht kostengerechtem Denken, unteroptimalen Betriebs- (Zweigstellen) und Unternehmensgrößen, kurz, zu einer erheblichen Effizienzminderung.

³⁸ „Die Notenbank hat sich stets dafür ausgesprochen, die staatliche Zinsregelung beizubehalten, weil sie in ihr ein Mittel sieht, das zur Durchsetzung der währungspolitischen Absichten zwar nicht unentbehrlich, zu deren Unterstützung aber wichtig ist“ (Heinrich Schreihage, Wettbewerb und Wettbewerbsbeschränkungen im Kreditgewerbe, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1960, S. 17 f.). Sie wünschte auch eine Kopplungsautomatik zwischen Diskont- und Habenzinssätzen. Vgl. Albrecht Kaiser, Habenzinsbefehl statt Habenzinsabkommen, in: Zeitschrift für das gesamte Kreditwesen 1960, S. 317. Vgl. ferner Fritz Meyer, Weiterhin Zinsdirigismus, in: Ernst Dürr (Hrsg.), Geld- und Bankpolitik, Köln — Berlin 1969, S. 448 ff.

³⁷ Nicht kritisiert wurde hingegen bislang vom Bundeskartellamt der Zentrale Kapitalmarktausschuß, der Konditionen und timing von Industrie- und öffentlichen Einmal-Emissionen festlegt.

³⁸ Vgl. Tätigkeitsbericht des Bundeskartellamtes für 1973, S. 106 f.

³⁹ Vgl. Burkhardt Röper, Die Wettbewerbsfunktion der deutschen Sparkassen und das Subsidiaritätsprinzip, S. 87.

Das Problem der *Wettbewerbsverschiebungen* kraft Privilegien und anderer Präferenzen sowie der Einlagensicherung wurde mit zunehmender Wettbewerbsintensität dringender. Dieses „heiße Eisen“ zu untersuchen und darüber zu berichten, benötigte die Bundesregierung sieben Jahre Zeit⁴⁰, unter anderem wegen der Vielschichtigkeit der Problematik.

Anfang der siebziger Jahre wurde wie so oft die *Forderung nach Verstaatlichung* der Banken, insbesondere der Großbanken, gestellt, denen Machtmißbrauch unter anderem unter Hinweis auf ihre industrielle Verflechtung vorgeworfen wurde. Übersehen wurde dabei, daß — gemessen an der Bilanzsumme — rund 60 Prozent des Kreditmarktes nicht erwerbswirtschaftlichen Kreditinstituten zuzurechnen sind.

Ob die durch Abbau dirigistischer und wettbewerbshemmender Maßnahmen gewonnenen Spielräume für marktkonformes Verhalten der Stabilisierungspolitik von Vorteil waren, läßt sich trotz mancher angeführter positiver Seiten für die Bundesrepublik Deutschland kaum beurteilen, weil aus außenwirtschaftlichen Gründen zumeist der Diskontsatz so niedrig gehalten werden mußte, daß die Rediskontierung für die Geschäftsbanken sehr vorteilhaft wurde und die Bundesbank deshalb verschärft Liquiditätspolitik treiben mußte.

Andererseits gilt das Untersuchungsergebnis von Wallich für 43 Länder: „Je intensiver die Banken als Vermittler zwischen Kreditgebern und Kreditnehmern eingeschaltet sind — ganz grob gemessen durch das Verhältnis der Verbindlichkeiten des Bankensystems zum Brutto-sozialprodukt —, um so höher ist das Wirtschaftswachstum. Das hängt vermutlich unter anderem mit der besseren Kapitallenkung zusammen, die sich aus der Einschaltung der Banken als Kreditvermittler ergibt“⁴¹.

3. Auswirkungen der aufgaben- und marktbedingt unvollkommenen Wettbewerbsordnung auf die Stabilisierungspolitik

Der historische Überblick ergab: Die ambivalente Struktur des Bankensystems mit einerseits straff *zentralgeleiteter Notenbank*, die über die Liquidität und Refinanzierungskosten die Geschäftspolitik der einlagenabhängigen Kreditinstitute zu lenken sucht, und andererseits hiervon wie auch von den Kundenwünschen abhängigen *Geschäfts-*

⁴⁰ Bericht der Bundesregierung über die Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe und über eine Einlagensicherung, BT-Drucksache V/3500 vom 18. 11. 1968, S. II.

⁴¹ *Henry C. Wallich*, Geldwertstabilität und Wirtschaftswachstum, herausgegeben von der Gemeinschaft zum Schutz der deutschen Sparer, Bonn 1970, S. 12.

banken, die miteinander in einem sich in jüngster Zeit verschärfenden Wettbewerb stehen, führte zu mancherlei *Ungereimtheiten und Unvollkommenheiten der Wettbewerbsordnung*. In diesem Spannungsbereich des Bankensystems bestehen wechselseitige Abhängigkeiten zwischen Wettbewerbsordnung und Stabilisierungspolitik.

Bei der zentralen Bedeutung der Kreditmärkte und der Dienstleistungen des Bankensystems für die Finanzierung der Volkswirtschaft ist es verständlich, daß *ablaufpolitische Mißerfolge* alsbald ihre *ordnungspolitischen Konsequenzen* haben. Diese können sein:

1. Stärkung der Macht der Zbk bei Einschränkung des Aufgabenbereiches der Geschäftsbanken oder umgekehrt.
2. Erlaß neuer Ordnungsregeln, um frühzeitig Tendenzen zu Mißständen aufzudecken und zu verhindern.
3. Verschärfung oder Minderung der Wettbewerbsintensität im Geschäftsbankensektor.
4. Minderung der Möglichkeiten, auf Impulse der Notenbank ausweichend zu reagieren⁴².

Wir meinen, daß die Unvollkommenheit und bislang hohe Flexibilität der Wettbewerbsordnung stabilisierungspolitische Konsequenzen, und zwar zumeist nachteilige, hat. Diese These suchen wir im folgenden zu belegen:

1. Durch die *Zentralbankpolitik* kann und soll das *allgemeine Zinsniveau* der Volkswirtschaft angehoben oder gesenkt werden, um wirtschaftliche Aktivitäten zu dämpfen oder anzuregen. Angestrebt wird also ein anderes Zinsniveau, als es sich ohne diese Eingriffe am Markt einspielen würde; dabei ist es fraglich, ob dieses Ziel realisiert wird, ob die Politik der Zbk „durchschlägt“. Es können sich Verzerrungen zwischen den Produktionsfaktoren ergeben, die eine zuvor *optimale Allokation* beeinträchtigen und dadurch stabilitätsgefährdende Effekte auslösen. Solche Phänomene stehen jedoch weit zurück hinter den durch inflationären Preisauftrieb ausgelösten Gleichgewichtsstörungen.

Zu beachten bleibt jedoch, ob die Preisreagibilität der anderen Produktionsfaktoren höher oder niedriger als die von Geld und Kapital ist. Sicherlich ist eine niedrigere bei den Löhnen und wahrscheinlich auch bei den Warenpreisen zu vermuten.

⁴² Hierzu ein Beispiel für viele: Um der kostspieligen und liquiditätsmindernden Mindestreservspflicht auszuweichen, empfehlen Kreditinstitute den Kauf von Sparbriefen oder die Anlage auf Terminkonten mit einer vereinbarten Laufzeit von mehr als vier Jahren, die nicht reservspflichtig sind und deshalb besser verzinst werden können.

2. Die Steuerungseffekte der Geldversorgung einer Volkswirtschaft können infolge von *Verzögerungen* (im Erkennen der Lage, der Entscheidung, des Instrumenteneinsatzes, der Wirksamkeit und der eventuell notwendigen Kurskorrekturen) sowie *Vorgriffen* — lags and leads — zur Unzeit eintreten und die gewünschte Wirkung vereiteln. Manche Kritiker möchten deshalb die bislang diskretionäre Zentralbankpolitik durch Regelmechanismen ersetzen. Plötzlich können Engpässe entstehen, so durch das wechselseitige Überbieten der Geldmarktdisponenten in Erwartung einer übermäßigen Liquiditätsverknappung, die sich z. B. in extremen Ausschlägen beim Tagesgeld niederschlagen können (August 1973: 6¼ bis 40 Prozent). Ist nicht ein Teil dieser extremen Ausschläge Folge des erwerbswirtschaftlichen Strebens, Preiserhöhungen möglichst bald weiterzugeben und Kostensteigerungen tunlichst hinauszuschieben? Könnte das durch ein Mehr an Eingriffen vermieden werden?

3. Die Zbk gibt nicht nur sehr häufig im Rahmen ihrer Kompetenzen *Anordnungen* und verändert damit die Marktdaten des Kreditgewerbes, sondern sie gibt auch *Empfehlungen* und Weisungen über das wünschenswerte Verhalten der Geschäftsbanken, schließt mit ihnen gentlemen's agreements ab und versucht, durch moral suasion, Vorankündigungen oder gar Drohungen — z. B. über eine mögliche Erhöhung der Mindestreserven, falls die Kredite weiterhin einen hohen Zuwachs zu verzeichnen haben — das Verhalten der Marktbeteiligten zu beeinflussen. Dies widerspricht normalen Wettbewerbsbedingungen und kann Sondervorteile denjenigen verschaffen, welche die Empfehlungen nicht beachten. Mit anderen Worten muß das Kreditgewerbe damit rechnen, daß bei einem „Nicht-Mitziehen“ oder gar Konterkarieren verschärfte Maßnahmen erfolgen, und diese im voraus berücksichtigen. Falls keine klärenden Gespräche in den Verbänden erfolgen, kann sich dadurch die Unsicherheit verschärfen.

4. Die nationale Wettbewerbsordnung kann durch *außenwirtschaftliche Einflüsse* beeinträchtigt werden. Die Möglichkeiten der Geldbeschaffung im Ausland oder auf den Eurodollarmärkten für Banken und Wirtschaftsunternehmen wie für die öffentlichen Hände mindern die Machtstellung der Notenbank und haben oft zu verschärften Eingriffen des Staates und der Notenbank geführt. Die Durchlässigkeit der Grenzen ist durch das Eingehen von internationalen Bankvereinbarungen, durch die Bildung von Bankgruppen aus mehreren Ländern, durch finanzstarke Tochtergesellschaften im Ausland bzw. Filialen ausländischer Banken im Inland bei voller Konvertibilität erheblich gewachsen. Die Größenordnung der durch die Spekulation hin- und hergeschobenen Geldbeträge hat bislang ungeahnte Größen erreicht. Das alles gefährdet die nationale Wettbewerbsordnung⁴³.

5. Der *Staat* übt auf den Kreditmärkten eine ungewöhnliche, oft stabilitätsgefährdende und möglicherweise auch -mindernde *Doppel-funktion* aus: Er setzt die *Rahmenordnung* für den Kreditwettbewerb und verändert sie oftmals, läßt die Zbk aktiv in die Märkte eingreifen und tritt auf diesen Märkten gleichzeitig als *Großkunde* auf, der Präferenzen zu erlangen sucht. Er ist außerdem relativ zinsunempfindlich.

6. Der *Staat* kann durch *Subventionen* (unter anderem direkte Subventionen für einzelne Wirtschaftszweige, Zinsverbilligungen, Prämien, Bürgschaften, Sonderabschreibungen usw.)⁴⁴ sozial vielleicht wünschenswerte, aber stabilitätsgefährdende Entwicklungen in einzelnen Wirtschaftszweigen oder Regionen auslösen. Dadurch wird die Kosten- und indirekt auch Preisrelation zu anderen Gütern oder Regionen verzerrt, und es können Fehlentwicklungen entstehen (Beispiele: Landwirtschaft, Wohnungsbau, Immobilienfonds).

7. Je *mehr Eingriffe* im marktwirtschaftlichen Bereich des Kreditwesens erfolgen, um so wichtiger werden *Ausweichmöglichkeiten*, um so eher werden diese wahrgenommen. Im *Kleinstmaßstab* sind es z. B. die „*Kredithaie*“, die durch die Einhaltung der Empfehlung, keine Werbung zu treiben, aufkamen, und im *Weltmaßstab* der *Eurodollarmarkt*, der unter anderem Reglementierungen in den USA seine Existenz verdankt. Je mehr ausgewichen wird, um so unübersichtlicher werden die Geschäfte, um so größer werden die Risiken und um so mehr steigen die Kosten.

8. Der *Kreditbedarf der öffentlichen Hände* ist oft wenig zinsabhängig. Auch bei steigenden Finanzierungskosten kann die Nachfrage nur wenig zurückgehen, was als stabilisierungsgefährdend zu gelten hat.

9. *Nationale Grenzen* werden nicht nur von *Banken*, sondern auch von *Großkunden* mühelos *überspielt*, falls keine Sonderregelungen erfolgen. Damit würden Stabilisierungsbemühungen vereitelt. Die *Bardepotregelung* war ein Gegenmittel, das weniger als erwartet wirkte.

10. Im Kreditgewerbe gibt es bekanntlich *Gruppen*, deren Institute *untereinander nur wenig im Wettbewerb* stehen, wie die Genossenschaften und Sparkassen, und zum Teil im regen Wettbewerb stehende

⁴³ Bekanntlich dürfen einheimische Banken in den USA jeweils nur in einem Bundesstaat tätig sein. Dadurch wurde ein großer Teil ihrer Aktivitäten ins Ausland verlagert. Auslandsbanken können in den USA hingegen über die Grenzen hinweg operieren.

⁴⁴ Kritisch bemerkte die Bundesbank bereits im April 1966: „Je nachdem, wie solche Zuschüsse bemessen werden, machen sie die Kreditnachfrage mehr oder weniger zinsunempfindlich und schirmen damit wichtige Bereiche vor der Einwirkung der Kreditpolitik ab“ (Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, April 1966, S. 3).

Gruppen. Außerdem sind die Zielsetzungen unterschiedlich geartet. Sie können auf Erwerbsstreben (langfristige Gewinnerzielung unter bestimmten Randbedingungen), auf Aufgabenerfüllung oder Förderung der Mitglieder ausgerichtet sein. Das kann die Erwartungen über die Verhaltensweisen anderer Gruppen beeinträchtigen, gelegentlich auch Risiken mindern.

11. *Aktionsparameter* ist nicht nur der Preis, sondern sind auch zahlreiche andere qualitative Faktoren⁴⁵. Darüber hinaus setzt sich der Kreditmarkt aus zahlreichen mehr oder minder miteinander verbundenen Teilmärkten zusammen. Das erschwert die Markttransparenz, schafft geschützte Oasen und stürmische Seen. Hingewiesen sei in diesem Zusammenhang auf die Bindungen an Hausbanken, wodurch Sonder Vorteile und -nachteile entstehen können.

12. Stabilisierungspolitisch höchst bedenklich wäre ein *Abschmelzen des Blocks von 285 Mrd. DM Spareinlagen* (März 1974) infolge unzureichender, nicht einmal den Geldwertschwund deckender Zinsen⁴⁶.

Die Masse der Sparer zeigte sich jahrelang relativ *zinsunempfindlich*. Deshalb und wegen der damit verbundenen Kostenbelastungen im Aktivgeschäft, die sie nicht weitergeben zu können glaubten, schreckten die Banken lange Zeit vor marktgerechten Zinsen zurück. Darauf verloren Spareinlagen ihre Attraktivität, suchte der zinsbewußte Teil der Sparer Anlage in Termingeschäften und Sparbriefen oder ließ sich Boni bis 5,5 Prozent gewähren⁴⁷. Zu vergessen ist jedoch nicht, daß durch steuerliche Vergünstigungen manche Sparer höhere Vorteile, als die nominalen Zinsen es ausdrücken, erlangt hatten.

13. Geringe Markttransparenz und geringer Wettbewerb kennzeichnen den Markt für Konsumentenkredite, letzteres vor allem wegen der schwachen Marktposition der Ratenkreditnehmer⁴⁸, die sich im übrigen prozyklisch verhalten⁴⁹. Stabilisierungspolitisch erwünscht wäre hingegen ein Gegensteuern. Der Bankensektor trug im Frühjahr 1973 durch einen auf Grund einer Verbandsempfehlung zustande gekommenen Verzicht auf die *Werbung für Konsumentenkredite* dazu bei. Die Wirksamkeit dieser Maßnahme hing von der Solidarität aller Banken ab, die unter anderem durch die Terraingewinne der „Kredithaie“ ins

⁴⁵ Vgl. Burkhardt Röper, Die Wettbewerbsfunktion der deutschen Sparkassen und das Subsidiaritätsprinzip, S. 82 ff.

⁴⁶ Vgl. Bundesverband deutscher Banken, Jahresbericht 1972/73, S. 39.

⁴⁷ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Mai 1974, S. 26.

⁴⁸ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Januar 1969, S. 10. Die unterschiedlichen Zinskonditionen werden mit ebenfalls unterschiedlichen Refinanzierungskosten begründet.

⁴⁹ Vgl. Monatsberichte der Deutschen Bundesbank, Juni 1966, S. 16.

Wanken geriet, so daß im Juni 1974 einige Kreditinstitute die Werbung wieder aufnahmen⁵⁰.

14. Schließlich ist der Kreditmarkt durch *Besonderheiten* gekennzeichnet, welche die Preisbildung von der *Kostenseite* her wesentlich beeinflussen: Die Interdependenz zwischen den einzelnen, räumlich, sachlich und zeitlich oft schwer abzugrenzenden Teilmärkten kann ungewöhnlich groß sein; denn auf keinem anderen Markt sind die „*Transportkosten*“ derart gering wie im Kreditgewerbe, wenn wir von Versicherungen und ähnlichen Dienstleistungen absehen.

Im Gegensatz zum warenproduzierenden Gewerbe spielen die „*Verarbeitungs-Kosten*“ nur eine untergeordnete Rolle im Vergleich zu den *Beschaffungskosten*, die wiederum maßgeblich die Preise bestimmen (enge Interdependenz von Haben- und Sollzinsen).

Folgerung:

Bereits die hier aufgezählten Besonderheiten der Kreditmärkte zeigen, daß aus aufgaben- und marktbedingten Gründen die Wettbewerbsordnung trotz weiterer möglicher Verbesserungen stets unvollkommen bleiben muß, daß sich aus der unmittelbaren Konfrontation zweier gegenläufiger Prinzipien Nachteile für die Stabilisierungspolitik oder zumindest nicht die erwünschten Vorteile ergeben müssen, daß es aber auch unmöglich ist, sich nur auf ein Prinzip zu stützen.

4. Aktuelle Probleme der Wettbewerbsordnung im Bankensystem und sich daraus ergebende stabilisierungspolitische Konsequenzen

Das Dilemma von Verstärkung der marktwirtschaftlichen Aktivität im Kreditgewerbe und härteren stabilisierungspolitischen Eingriffen der Zbk bleibt noch weitgehend ungeklärt, da eine Fülle positiver und negativer Elemente miteinander in einem unüberschaubar verschlungenen Knoten zu entwirren wären.

Ihn zu durchschlagen, bieten sich zahlreiche Möglichkeiten, deren Effizienz jedoch noch zweifelhaft zu sein scheint. Dies soll durch zwei *kontroverse Standpunkte* erläutert werden:

Im Oktober 1972 betonte Schlecht⁵¹ (Bundesministerium für Wirtschaft und Finanzen), daß der *Geldpolitik* nach wie vor für die *Stabilitäts-*

⁵⁰ Außer dem 1936 abgeschlossenen Soll- und Habenzinsabkommen gab es noch einen Mantelvertrag zur Regelung von Grundsatzfragen, durch den u. a. die Werbung erheblich eingeschränkt wurde. Dieser Vertrag wurde durch rund 60 Anordnungen ergänzt und interpretiert, die bis 1967 gültig waren.

⁵¹ *Otto Schlecht*, Soziale Marktwirtschaft als permanente Herausforderung, Vortrag vor der Evangelischen Akademie Loccum am 8. 10. 1972, S. 11 f.

sicherung eine zentrale Rolle zukommt und daß „zwischen der überbordenden Kreditexpansion und den Preissteigerungen ein enger Zusammenhang besteht“. Als Überlegungen seines Hauses wie auch der Bundesbank zur Verbesserung des kreditpolitischen Instrumentariums nannte er trotz ordnungspolitischer Bedenken:

1. Eine *Mindestreservenregelung*, die auch die Aktivseite und damit die Interbankengeschäfte erfaßt,
2. einen Ausbau der *Offenmarktpolitik* mit Nichtbanken,
3. eine Verschärfung des Instruments der *Rediskontkontingente* und als „noch schärferes Geschütz“
4. die Einführung einer *Kreditplafondierung*, also einer mengenmäßigen Begrenzung der Ausweitung des Kreditvolumens⁵².

Er fuhr fort: „Ob es... dazu kommen wird, dürfte auch davon abhängen, ob sich die Banken selbst zu einer freiwilligen Einschränkung ihrer Kredit- und damit Geldmengenexpansion durchringen können. Hier ist ein Stück Glaubwürdigkeit gefordert.

Ich habe jedenfalls Verständnis dafür, wenn Wirtschaftspolitiker, in die Verteidigung gedrängt, die Doppelbödigkeit der Moral jener Bankiers anklagen, die einerseits mit viel Publizität die mangelnden Stabilitätserfolge anprangern, sich andererseits in ihrem eigenen Haus bei der Ausweitung des Kreditgeschäfts nicht den geringsten Zwang antun — was zunächst ganz legitim ist — und gleichzeitig gegen griffige Instrumente wettern, die im eigenen Laden weh tun könnten.“⁵³

Derartige Anschuldigungen weist im Jahresbericht 1972/73 der *Bundesverband deutscher Banken*⁵⁴ zurück. Bestritten wird, *wirtschaftliche Macht* zu besitzen, unter anderem weil jeder unzufriedene Kunde zum Konkurrenten überwechseln kann. „Da alle Geschäftsbanken grund-

⁵² *Karl Schiller*: „Es ist klar: Kreditplafondierung ist Dirigismus“ (V. Deutscher Bundestag, 55. Sitzung vom 14. 9. 1966, S. 2671).

⁵³ *Otto Schlecht*, Soziale Marktwirtschaft als permanente Herausforderung, S. 11 f. Ähnlich fragt Hans Würigler, „ob die Geldschöpfungspotenz des Systems von Banken und ‚financial intermediaries‘ nicht eine aktive Inflationsquelle darstellt, insoweit die Banken unter der Zielsetzung der Maximierung von Gewinn oder anderen Verhaltensweisen bestrebt sind, eine möglichst große Menge Kredit abzusetzen“ (*Hans Würigler*, Inflation als Machtproblem, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/I, Berlin 1973, S. 716). Wir betonen noch einmal, daß die Zinsspanne, genauer das Produkt aus Zinsspanne und Kreditabsatz, entscheidend ist.

⁵⁴ Bundesverband deutscher Banken, Jahresbericht 1972/73, Köln, Oktober 1973, S. 9 ff.

sätzlich gleiche ‚Produkte‘ — z. B. Kredite oder Einlagen — anbieten oder nachfragen, ist dieses Überwechseln für einen Bankkunden erheblich leichter als für die Kunden mancher anderer Branchen.⁵⁵ Banken könnten von sich aus eine Kreditexpansion nicht anhalten, weil der Wettbewerb untereinander jedes Unternehmen dazu zwingt, „im Rahmen seiner Möglichkeiten, der Nachfrage zu entsprechen, da anderenfalls die Konkurrenz die gleiche Leistung bereitstellt. Nur die Deutsche Bundesbank kann auf Grund ihrer hoheitlichen Funktionen bei gesicherter ‚außenwirtschaftlicher Flanke‘ eine Kreditexpansion stoppen, indem sie ihre kreditpolitischen Instrumente entsprechend einsetzt.“⁵⁶

Die deutschen Privatbanken hingegen weisen darauf hin, daß ein *Solidarisierungseffekt* — zumal bei einem Anteil der öffentlichen Hand an der Bilanzsumme des deutschen Kreditgewerbes von 60 Prozent — nicht erreicht werden könne. Sie seien machtlos⁵⁷.

Die Diskussion um die *Einführung neuer kreditpolitischer Instrumente* war zudem im Frühjahr 1973 dank des massiven Restriktionseffektes, des Floatings gegenüber dem US-Dollar, abgeflaut. Vor neuen Instrumenten warnt der Bankenverband: „Da das Wirkungsfeld der Kreditpolitik ohnehin weniger von ihrem Instrumentarium als von gesamtwirtschaftlichen Konstellationen begrenzt wird, wäre es praktisch nutzlos, die ‚Reichweite‘ der Instrumente über dieses eingegrenzte Feld hinaus zu erweitern“⁵⁸. Die Zbk könnte bei Überschreiten ihres eigenen politischen Kräftefeldes unter politischen Druck geraten und Schaden an ihrer Autonomie erleiden.

„Kreditpolitische Maßnahmen sollten auch nicht zu Wettbewerbsverzerrungen innerhalb und außerhalb der Kreditwirtschaft oder zu einer Diskriminierung der Kreditwirtschaft gegenüber anderen Bereichen führen. Die Wirkung der Kreditpolitik würde dadurch nur abgeschwächt. Wettbewerbsvorteile, die sich aus einem ungleichmäßigen Ansatz der kreditpolitischen Bremsen für Teile der Kreditwirtschaft ergeben können, beeinträchtigen das Durchschlagen der kreditpolitischen Maßnahmen auf die Nichtbanken, und eine scharfe Diskriminierung der Kreditwirtschaft gegenüber anderen Bereichen führt zu

⁵⁵ Bundesverband deutscher Banken, Jahresbericht 1972/73, Köln, Oktober 1973, S. 10.

⁵⁶ Bundesverband deutscher Banken, Jahresbericht 1972/73, Köln, Oktober 1973, S. 11.

⁵⁷ Hingegen schreibt *Hans Würgler* (Inflation als Machtproblem, S. 716): „In besonderer Weise wird die Macht der Banken sichtbar, wenn sie sich als geschlossene Gruppe Maßnahmen der Notenbank zur Bekämpfung der Inflation entgegenstellen ...“.

⁵⁸ Bundesverband deutscher Banken, Jahresbericht 1972/73, Köln, Oktober 1973, S. 16.

verstärkten Ausweichbewegungen der Nichtbanken auf Kreditquellen außerhalb der Kreditwirtschaft, die von der Bundesbank nicht erreicht werden können.“⁵⁹

Eine *Kreditplafondierung* würde den davon nicht erfaßten „*intermediären Bereichen*“ zugute kommen, den Wettbewerb im Kreditgewerbe weitgehend ausschalten, leistungsfähige Banken behindern und weniger aktiven Vorteile verschaffen sowie Wettbewerbsverzerrungen auf andere Bereiche der Wirtschaft — wir meinen mit kumulativem Effekt — übertragen; denn Großunternehmen können eher auf andere Finanzierungswege ausweichen (unter anderem auf das Industrie-Clearing) als kleine.

Eine *Aktivzuwachsreserve* würde die leistungsfähigsten Institute überdurchschnittlich treffen.

Ein wunder Punkt der bisherigen Wettbewerbsordnung scheinen uns die *Kreditzusagen* zu sein, ohne die kaum ein Unternehmen seinen Finanzplan über mittlere Fristen aufstellen kann, die aber andererseits die Banken im Rahmen dieser *Zusagen* binden. Falls solche *Zusagen* zu festen Konditionen gegeben worden sind, kann das für die Kreditnehmer besonders vorteilhaft sein, wenn sich die Marktbedingungen aufgrund von Eingriffen der Zbk zu ihren Ungunsten verändern. *Bereitstellungszinsen* sollen diese Risiken ausgleichen. Je mehr *Zusagen* gemacht werden, um so größer wird der Zwang für alle kreditabhängigen Unternehmen, sich mittelfristige Kreditlinien zu sichern, um so geringer wird der künftige Liquiditätsspielraum der Banken und um so länger werden die Bremswege beim Einsatz der kreditpolitischen Instrumente. Ähnliches gilt für *Kapitalmarktzusagen*, ohne die z. B. der Wohnungsbau nicht organisiert werden kann.

Zu prüfen ist unseres Erachtens, ob in diesem Bereich die ZbK über ausreichende Transparenz verfügt und wie sich eine derartige Statistik organisieren läßt. Dabei ist sicherlich das Problem der Stornierungen von der einen oder anderen Seite von besonderer Bedeutung. Wünschenswert wäre auch eine Statistik über die laufenden Neukredite und Rückzahlungen, weil eine Vergrößerung der Gesamtkreditsumme auch durch das Ausbleiben von Tilgungen möglich sein kann.

Seit Anfang 1973 gelang es der Bundesbank⁶⁰, durch ihre Restriktionspolitik die freien Liquiditätsreserven der Banken, das heißt die Summe der Überschußguthaben und derjenigen Aktiva, die sich jeder-

⁵⁹ Bundesverband deutscher Banken, Jahresbericht 1972/73, Köln, Oktober 1973, S. 16.

⁶⁰ Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für 1973, S. 3.

zeit in Zbk-Geld umwandeln lassen, drastisch auf annähernd Null herabzudrücken⁶¹. Mit der Kursfreigabe der DM gegenüber dem Dollar verloren auch die Auslandsguthaben und Geldmarktanlagen der Banken ihre Eigenschaft als potentielles Zbk-Geld.

Die Bundesbank hatte damit unter anderem auf einen *Wandel in der Verhaltensweise der Banken* reagiert. Diese hatten vor 1971, um einen Restbestand an freien Liquiditätsreserven zu halten, ihre Kreditexpansion eingeschränkt, hatten das aber danach aufgegeben, das heißt freie Liquiditätsreserven nicht mehr als notwendige Reserve, sondern als ungenutztes Expansionspotential angesehen und eingesetzt. Dennoch waren die Banken in der Lage, ihre betriebswirtschaftliche Liquidität ausreichend zu sichern.

Nun versuchte die Zbk mit ihrer „*neuen Geldpolitik*“, unmittelbar die Schaffung von Zbk-Geld zu steuern. „Das verschob die Angebots-Nachfrage-Relationen an allen Märkten, an denen sich die Banken Geld beschaffen“⁶², verschärfte den Wettbewerb um Einlagen aller Art.

„Dabei stiegen die Geldbeschaffungskosten der Banken erheblich an, insbesondere am Markt für Termingelder, der traditionell das Hauptfeld des Wettbewerbs der Banken im Passivgeschäft mit Nichtbanken ist, weil Termingelder den Banken weniger als Sicht- und Spareinlagen im Rahmen einer festen Kundenbeziehung zufließen.“⁶³ Als die Spitzensätze für Termingelder über den Vorzugskonditionen im Kreditgeschäft lagen, nutzten das potente Bankkunden dadurch aus, daß sie früher gegebene Kreditzusagen in Anspruch nahmen, um die aufgenommenen Gelder mit Zinsgewinn an eine andere Bank auszuleihen⁶⁴. In diesen Fällen der massiven Gegenmachtausübung lagen also für die betroffenen Banken die Grenzkosten über den Grenzerlösen.

Wettbewerbsnachteile hatten kleine Kreditinstitute, die sich traditionell bei anderen Banken refinanzierten. „Auslaufende Vereinbarungen wurden oft gar nicht oder nur zu stark gestiegenen Zinsen verlängert.“⁶⁵ Großbanken, aber auch ein Teil der Sparkassen und Kreditgenossenschaften holten hingegen Interbankausleihungen zurück und waren dadurch weniger zur Einschränkung des Kreditgeschäftes gezwungen.

⁶¹ Obsolet sind deshalb die Ausführungen von Gerhard Schmitt-Rink in seinem Aufsatz „Marktform und Geldschöpfungsmultiplikator“, weil er offensichtlich nur von der Überschußreserve ausgeht. Vgl. *Gerhard Schmitt-Rink, Marktform und Geldschöpfungsmultiplikator*, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Band 188, Heft 1, Dezember 1973, S. 1 ff.

⁶² Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für 1973, S. 8.

⁶³ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für 1973, S. 8.

⁶⁴ Vgl. Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für 1973, S. 8.

⁶⁵ Geschäftsbericht der Deutschen Bundesbank für 1973, S. 8.

Zusammenfassend ist zu sagen, daß die „neue Geldpolitik“ im Vergleich zu anderen Ländern stabilisierungspolitische Erfolge, nicht aber im Vergleich zur Preisauftriebsrate der Vorjahre in der Bundesrepublik Deutschland brachte. Im Sommer 1974 stabilisierte sich die Geldentwertungsrage auf dem Niveau von knapp 7 Prozent. Diese geringen Erfolge waren mit erheblichen Wettbewerbsverzerrungen bei den Kreditinstituten, vor allem aber auch mit Verzerrungen in der Einkommens- und Vermögenspolitik verbunden.

Die verminderten Transformationskosten für Kredite führten in die Nähe der „Schallgrenze“ des Zinswettbewerbs⁶⁶. Krümmel stellte Ende 1971 fest, daß die vom Kreditgewerbe übernommenen Risiken absolut und relativ steigende Tendenz hätten, was hauptsächlich auf den starken Wettbewerbsdruck zurückzuführen sei. Wir teilen dennoch Wilhelm Hankels polemische Ansicht⁶⁷ nicht: „Die moderne Kreditwirtschaft tendiert gegenüber dem Kreditnehmer — nicht dem Einleger oder Sparer — ‚marktgesetzlich‘ zum Überwettbewerb“. Gemeint ist ein übermäßiger Druck der Kreditanbieter, „wenn ein zu elastisches Angebot auf eine weitgehend unelastische Nachfrage trifft“. Unseres Erachtens widerlegt er sich in den weiteren Ausführungen über „Die Entdeckung des Wettbewerbs als Element des modernen Sparerschutzes“ selber durch sein Bekenntnis zur neuen „ordnenden“, den Wettbewerb freigebenden Sparerschutzpolitik. Dabei geht er allerdings nicht unmittelbar auf das Kreditangebot ein⁶⁸.

Liquiditätsschwierigkeiten und/oder Kostendruck führten 1973 und 1974 zu ruinösen spekulativen Exzessen und in einigen Branchen zu Zusammenbrüchen. Diese *Bremsspuren der Stabilisierungspolitik* bei gespaltener Konjunktur zeigten die Grenzen der globalen monetären Steuerung in einer Wettbewerbswirtschaft mit unterschiedlichen Risiken und Chancen.

Die Möglichkeit, sich durch Überbieten im Einlagengeschäft mehr Kreditspielraum zu verschaffen, hat offensichtlich zu überhöhten spekulativen Engagements geführt.

Solche Chancen zu hohen Gewinnen und vor allem Verlusten sollten nur im begrenzten, die Leistungsfähigkeit eines Kreditinstitutes nicht gefährdenden Ausmaß erlaubt sein. In diesem Bereich ist also sicherlich die Wettbewerbsordnung des Bankensystems zu ändern.

⁶⁶ Hans-Jacob Krümmel, Zur Rentabilitätspolitik der Kreditinstitute, in: Kredit und Kapital, 5. Jg. (1972), S. 18.

⁶⁷ Wilhelm Hankel, Währungspolitik, Stuttgart — Berlin — Köln — Mainz 1971, S. 218.

⁶⁸ Vgl. Wilhelm Hankel, S. 221 ff. Vgl. dazu auch Arnulf Gnam, Kreditinstitute im Wettbewerb, in: Ernst Dürr (Hrsg.), Geld- und Bankpolitik, S. 432 f.

Noch wichtiger ist jedoch, daß neben dem Wettbewerbsdenken auch ausreichend kooperative Kräfte zur Wirkung kommen, nämlich in der Verstärkung des „Gemeinschaftsfonds deutscher Banken“, dem „Feuerwehrfonds“ für notleidende Einlagen⁶⁹. Hier müssen die Erfolgreichen die von den Erfolglosen — sei es mangels „Fortune“, sei es wegen Managementfehlern — angerichteten Schäden so weit wiedergutmachen, daß die freiheitliche Bankwirtschaft weder politisch gefährdet wird noch im Ansehen des Auslandes an Kreditwürdigkeit einbüßt.

Zwei Dinge sind noch anzumerken:

1. Zu fragen ist, ob die Wettbewerbspolitik im Interesse der Einleger an sich wünschenswerte *Fusionen* von Banken verhindert. Hierfür gibt es noch keine Beispiele, jedoch besteht eine Konfliktmöglichkeit. Vielmehr wurden zahlreiche kleine Privatbanken an große private oder öffentliche Kreditinstitute angelehnt.

2. Kann die *Hausbankenfunktion* zu derartigen Wettbewerbsvorteilen führen, daß notwendige Sanierungen der „Stammkunden“ bevorzugt durchgeführt werden oder unwirtschaftliche Abhängigkeiten bestehen bleiben⁷⁰? Umgekehrt gefragt: Werden dadurch andere Kunden benachteiligt? Auch hier liegen bislang nur beschränkte, in zwei Sonderfällen für die Kunden positive Erfahrungen vor (Bau-Kredit-Bank und C. G. Trinkaus & Burkhardt, Co-op und Bank für Gemeinwirtschaft, wobei die Bank für Gemeinwirtschaft den Co-op-Anteil der Volksfürsorge in Höhe von 43 Prozent übernahm).

5. Zusammenfassung und Schlußfolgerung

Nur einige stabilisierungspolitische Aspekte der Wettbewerbsordnung im Bankensystem wurden dargestellt. Zu fragen war nicht nur, wie das Marktverhalten der Geschäftsbanken in vierfacher Weise die Stabilisierungspolitik beeinflußt, nämlich erstens die Entscheidungen ihrer Kreditnachfrager und Einleger, zweitens die Notenbankpolitik, drittens die Fiskalpolitik und viertens die Währungspolitik. Vielmehr wäre

⁶⁹ Um eine staatliche Einlagensicherung zu vermeiden, wie sie in dem „Bericht über die Untersuchung der Wettbewerbsverschiebungen im Kreditgewerbe und über eine Einlagensicherung“ angeregt worden war, wurde bereits 1966 freiwillig dieser Fonds gegründet, dann mehrfach aufgestockt und erfolgreich eingesetzt. Ein Problem ist es, daß bis Anfang 1974 oft kleinere Banken in Schwierigkeiten gerieten, die nicht Mitglied des Bundesverbandes deutscher Banken waren und keiner Einlagensicherung angehörten. Derartige Entscheidungen sind unvermeidlich, solange kein Zwangskartell besteht.

⁷⁰ *Hans Würigler* (Inflation als Machtproblem, S. 716) weist für die Schweiz auf den Tatbestand hin, „daß die Banken kapital- und führungsmäßig stark mit der Industrie verflochten sind, was etwa in der Kreditverteilung manifest wird“.

auch umgekehrt zu fragen gewesen, wie das Geschäftsbankensystem auf diese Impulse reagiert und welche stabilisierungspolitischen Auswirkungen das hat.

Unter Vorbehalt wagen wir einige Aussagen:

1. Vermutlich hat sich das Mehr an marktwirtschaftlichen Elementen im *Geschäftsbankensektor* im Sinne der *Rationalisierung* der Liquiditäts- und Investitionsgestaltung sowohl der *Geschäftsbanken* selber als auch — und das ist stabilisierungspolitisch entscheidend — in der *Bankenkundschaft* bewährt. Dabei ist der Einfluß bei Wirtschaftsunternehmen am stärksten, geringer bei privaten Haushalten und noch geringer bei öffentlichen Händen. Die *volkswirtschaftlichen Leistungen wurden erhöht* und die Kosten der Organisation der Geld- und Kapitalseite, anders ausgedrückt, die *Kosten der Kapitaltransformation* über den Bankenapparat *vermindert*, allerdings zu Lasten der Gewinne und der Sicherheit des Kreditgewerbes⁷¹.

2. Die Zbk hat sich in ihrem Verhalten auf die *größeren Entscheidungsspielräume der Geschäftsbanken* eingestellt. Sie forderte, weil sie sich nicht hinreichend in der Begrenzung des Kreditexpansionsspielraumes durchsetzen konnte, *neue Instrumente*, trat jedoch von diesem Wunsch zurück, als die Banken bei einem minimalen Liquiditätsspielraum stärker zu reagieren begannen und der Staat für ein Mehr an Instrumenten der Zbk eine Einschränkung ihrer Unabhängigkeit und eine ausdrückliche Ausrichtung auf die Ziele der Bundesregierung forderte.

3. Die *Knappheitsrelationen am Geldmarkt* im weiteren Sinne und am Markt für Termineinlagen kommen durch den Wettbewerb klarer zum Ausdruck. Bereits bei mittleren Fristen sind entscheidend die Erwartungen über die künftigen Inflationsraten. Dies kann einen stabilisierungspolitisch wünschenswerten Effekt auslösen.

4. *Preisdiskriminierungen auf Teilmärkten* — der Sparer im Passivgeschäft wie auch der Konsumentenkreditnehmer im Aktivgeschäft —, die zu Fehlallokationen führten, sind durch die Erosionswirkung des Wettbewerbs gemindert worden.

5. Auf die *Zinsen für lange Fristen*, das heißt auf die Geldkapitalbildung und die Investitionspolitik wirken zusätzlich derart viele fiskal- und unternehmenspolitische Überlegungen ein, daß diese den Effekt des verstärkten Wettbewerbs der Geschäftsbanken weitaus übertreffen.

⁷¹ Jede Verzögerung der Habenzinskorrektur nach Sollzinsverordnungen durch den Zentralen Kreditausschuß erhöhte gewinnbringend die Zinsspanne. Vorwände für das Hinausschieben der für die Beschlüsse notwendigen Sitzungen ließen sich leicht finden.

Erinnert sei an Überlegungen, ob Investitionen im In- oder Ausland durchgeführt werden sollen, welche Lohn-, Material- und Energiekosten, aber auch Preisentwicklungen und damit Renditen zu erwarten sind, wie sich die paritätische Mitbestimmung und eine Vermögenspolitik auswirken werden. — Zu beachten ist, ob Kredite zu festen oder variablen Bedingungen vergeben werden.

6. Zudem sind im *langfristigen Geschäft* auch lange Bremswege zu verzeichnen. Banken werden mit allen Mitteln versuchen, Kreditzusagen für „Stammkunden“ einzuhalten, die bekanntlich ihre begonnenen Investitionsvorhaben nicht ohne weiteres abbrechen, sondern höchstens hinauszögern können. Anders können noch nicht angelaufene Investitionen vertagt werden, was stabilisierungspolitisch wünschenswert ist.

7. Die *Liquiditätseinschränkung der Kreditbanken* wurde bei diesen unter anderem durch Abgabe von zuvor thesaurierten Wertpapieren zum Teil kompensiert. Das führte zu sehr hohen Kursrückgängen an den *Wertpapierbörsen*, die Wertberichtigungen erforderten. Auch das löste steigende Renditen der festverzinslichen Papiere aus.

8. Wie bei wachsenden Märkten üblich, erfanden nach der Zinsfreigabe die Geschäftsbanken, aber auch andere Kapitalsammelbecken *neue Möglichkeiten* der Einlagen und Ausleihen, wobei Bausparkassen, Lebensversicherungen, Immobilienfonds und Abschreibungsgesellschaften im langfristigen Geschäft wichtige Konkurrenten wurden. Diese *Diversifikation* macht den Markt flexibler, aber auch unübersichtlicher, insbesondere hinsichtlich der Risiken. In diesem Bereich sind noch manche ungelöste Probleme der Wettbewerbsordnung existent.

9. Das Kreditgewerbe ist ein äußerst *kapitalintensives Dienstleistungsgewerbe*. Die Kosten — so die Gehaltserhöhungen für die rund 300 000 Beschäftigten — lösten nach der wettbewerbsbedingten Zinsspannensenkung zwangsweise die Berechnung von Gebühren für Dienstleistungen, so im Zahlungsverkehr, aus, das heißt die *Kostenrechnung* bestimmte in stärkerem Maße als zuvor die Geschäftspolitik.

10. Die *freien Wechselkurse* haben den Geschäftsbanken neue Möglichkeiten und vor allem neue Risiken gebracht. Die erwarteten stabilisierungspolitischen Effekte sind zum größten Teil nicht eingetreten. Vielmehr hat ein Ereignis im Bereich der Warenmärkte — die plötzliche Verteuerung der Energie — eine weitaus größere Wirkung gehabt.

11. Das *Recycling der Ölmilliarden* bringt dem *weltweit verflochtenen Bankensystem* neue Aufgaben in zuvor nicht bekannten Dimensionen. Es wird vermutlich konzentrationsfördernd, aber auch weltweit stabilitätsfördernd wirken, jedoch mehr im Sinne eines kleineren Übels durch Überwindung eines sonst untragbaren Kaufkraftentzuges.

12. Wir stimmen deshalb der Ansicht Günthers auch für den Bereich der Geld- und Kreditmärkte zu, „daß konjunkturpolitische Instrumente generell um so besser greifen, je besser und erfolgreicher die Wettbewerbspolitik ihre Aufgaben löst“⁷². Dabei müssen die bereits stark spezifizierten *Rahmenbedingungen* für den Wettbewerb der Geschäftsbanken laufend überprüft und angepaßt werden. Hier liegt noch ein erheblicher Nachholbedarf vor.

⁷² Eberhard Günther, Die Beziehungen zwischen Wettbewerbs- und Konjunkturpolitik, S. 406.

Korreferat zu:
**Stabilisierungspolitische Aspekte der Wettbewerbsordnung
im Bankensystem**

Von *Wolfram Engels*, Frankfurt a. M.

Überall dort, wo Ingenieure und Ökonomen über Wirtschaftsfragen diskutieren, gibt es einen ganz typischen Gegensatz: Der Ökonom preist den Wettbewerb und seine wohltätigen Folgen, der Ingenieur meint, daß die glücklichste Welt die des Monopols sei. Die Finanztechnologie zählt nun seit alters zur Ökonomie und nicht zum Ingenieurwesen. Hier sind wir unsere eigenen Ingenieure. Hier wohnen zwei Seelen in unserer Brust. So hat es denn von Beginn der Geld- und Banktheorie an beide Ideale gegeben. In langen, etwa 100jährigen Zyklen hat einmal die eine, einmal die andere Meinung die Oberhand gewonnen, und da die Vorherrschaft der Monopolphilosophie im Geldwesen nun schon 100 Jahre anhält, darf man erwarten, daß demnächst die Wettbewerbsphilosophie im Geldwesen wieder an Boden gewinnt. Herr Röper hat sich mit der Entwicklung der jüngeren Vergangenheit beschäftigt; ich möchte seine Ausführungen durch eine langfristige Betrachtung ergänzen.

Der historische, wie der heutige Streit geht um die Frage, ob das Geld monopolistisch produziert und angeboten werden sollte und wie weit dieser Monopolbereich gezogen werden sollte, also wie viele Substitutionsgüter er noch umfassen müsse. Die radikalmonopolistische Position läuft darauf hinaus, das gesamte Bankwesen, also nicht nur das Zentralbankgeld, sondern auch alle seine potentiellen Substitutionsgüter monopolistisch anzubieten. Die radikal-liberale Position würde nicht nur für die Geschäftsbanken, sondern auch für die Notenbanken den Wettbewerb fordern. Gegenwärtig ist das Notenemissionsmonopol der Zentralbanken nicht umstritten, und es geht lediglich um die Frage, wieviel Wettbewerb im Geschäftsbankensektor zugelassen werden dürfe, wie stark also das Notenemissionsmonopol gegen Substitutionskonkurrenz abgeschirmt werden müsse.

Wer sich heute das Vergnügen macht, den Streit um die Peelsche Akte nachzulesen, der kann sich des Eindrucks nicht erwehren, als sei es hier um handfeste ökonomische Interessen gegangen, die man — wie bei heutigen Streiten dieser Art auch — mit Argumenten des allgemeinen Wohls geführt hat. Den Interessenvertretern des privaten

Bankgewerbes, Tooke und Fullarton, standen die Interessen des Staates zur Erleichterung der Staatsfinanzierung gegenüber. Sie wurden von Lord Overstone vertreten, der den angesehensten wissenschaftlichen Gutachter der damaligen Zeit, David Ricardo, für sich gewinnen konnte. Der politische Streit endete mit einem Sieg der Monopolisten, politisch aber in einem Kompromiß zwischen Staat und privatem Bankgewerbe. Dieser historische Kompromiß ist die Grundlage unseres heutigen Geldwesens. Zwar hielt die Bank von England das Monopol auf das lukrativste Bankgeschäft der damaligen Zeit, die Notenemission, aber sie mußte die Erträge dieses Monopols mit den privaten Banken teilen. Es kam zu einer Kartellabsprache dergestalt, daß die Notenemission gegen Staatspapiere und gegen Handelswechsel erfolgen sollte, wobei diese Handelswechsel ihrerseits von Banken eingereicht wurden (sog. Redis-kont). Hinzu kamen Regeln zur Solvenz-sicherung der Notenbank und — in der Form von Geschäftsbedingungen der Notenbank — Regeln zur Solvenz-sicherung der privaten Banken.

All das haben wir heute noch, nur beschreiben wir es mit einer anderen Sprache als der, die sonst in der Ökonomie üblich ist. Die Kartellabsprache nennen wir nicht mehr Kartellabsprache, sondern „Regelung des Geldwesens durch die Notenbank“. Die Zentralbank bezeichnen wir heute nicht mehr als Notenemissionsmonopolisten, sondern als „Hüterin der Währung“; den Konkurs einer Notenbank nennen wir heute „Abwertung einer Währung“; die Sanierungsaktion einer oder mehrerer Notenbanken zugunsten anderer nennen wir „Aufwertung“. Durch diese sprachliche Verfremdung ist es uns gelungen, den Bereich des Bank- und Geldwesens weitgehend gegen die normale ökonomische Theorie abzuschirmen. Die normative Kraft des Faktischen tut ein übriges: Die Vorstellungen, daß Wettbewerb für niedrige Preise und hohe Qualität der Güter sorgt, wurde aus der Geldtheorie immer mehr verdrängt.

Die Entwicklung verlief auch im folgenden nach den politischen Notwendigkeiten oder den politischen Kräftekonstellationen, nicht nach ökonomischen Überzeugungen. Die ökonomische Theorie folgte eher den Fakten und rechtfertigte sie. Als es sich vor dem ersten Weltkrieg zeigte, daß die Wünsche nach staatlicher Kriegsfinanzierung mit den Solvenzgeboten der Notenbank nicht in Einklang zu bringen waren oder, als es sich nach dem ersten Weltkrieg zeigte, daß Notenbanken bankrott waren, ließ man sie nicht etwa in Konkurs gehen, sondern entband sie von der Pflicht, ihre Schulden zu bedienen. Das hieß dann „Aufhebung der Goldeinlösungspflicht“.

Nach dem zweiten Weltkrieg hatten wir zunächst ein strikt durchkartelliertes Bankwesen, wobei diese Kartellierung nicht nur von den

Geschäftsbanken, sondern ebenso von der Bundesbank mit geldpolitischen Argumenten gerechtfertigt wurde. Dafür taucht dann ab 1958 ein Wettbewerb ganz anderer Art auf, nämlich der Wettbewerb zwischen Notenbanken. Wenn die eigene Notenbank zu teuer war, dann nahm man Schulden im Ausland auf. Die Notenbanken konnten sich an diesen neuen Wettbewerb schwer gewöhnen; sie benahmen sich nach wie vor als seien sie Monopolisten, und das mußte natürlich dazu führen, daß ein Teil der Notenbanken illiquide wurde, während andere vor Liquidität überflossen. Das hieß dann wiederum nicht „unsolide Geschäftspolitik“, sondern vielmehr „fundamentales Ungleichgewicht“. Wie nach dem ersten Weltkrieg kam es zum Bruch von Versprechungen, zur Nichtbedienung von Verbindlichkeiten, bis schließlich der unerfreuliche Wettbewerb der Notenbanken durch sogenannte flexible Wechselkurse aufgehoben wurde. Denn, wer nichts verspricht, der braucht nichts zu halten.

Unter dem Einfluß des Wettbewerbs der Notenbanken aber brachen auch die Geschäftsbankenkartelle. Wenn die inländischen Banken zu teuer waren, dann wandten sich die potenten Kapitalanleger oder die Kreditkunden unmittelbar an ausländische Banken. Es kam zu „grauen“ Zinsen. Die Aufhebung der Kartelle, genannt „Sollzinsabkommen“ und „Habenzinsabkommen“, hat dann nur noch konstatierenden Charakter. Die dramatische Verschlechterung der Ertragslage der Banken in der Bundesrepublik scheint mir eine Folge veränderter Wettbewerbsbedingungen zu sein. Das Kartell von Geschäftsbanken und Notenbank, das inzwischen nicht nur auf der Grundlage von Geschäftsbedingungen, sondern auch auf der Grundlage öffentlich-rechtlicher Regelungen (Mindestreserve) zementiert worden war, kann von der Notenbank — wenn auch unter gewissen Mühen — zu einer einheitlichen Preispolitik gezwungen werden. Das gilt aber nicht für ausländische Banken oder sonstige Kapitalgeber und gilt auch nicht für inländische Finanzintermediäre, die von der Notenbank und der Bankenaufsicht unabhängig sind. So konnten die Außenseiter des Kartells Marktanteile gewinnen. Das reicht von den Kreditthaien über die Lebensversicherungen, über die Direktfinanzierung ausländischer Filialen bis zu ausländischen Lieferantenkrediten oder ausländischen Kundenanzahlungen. Der dramatische Anstieg des Restpostens der Zahlungsbilanz zeigt einen Teil dieser Wettbewerbsverschiebungen an.

Die Kartellbildung im Kreditwesen fand später eine starke Stütze der Rechtfertigung durch die Notwendigkeit der Solvenzsicherung. Nachdem immer weitere Bevölkerungskreise „bankfähig“ geworden waren, nachdem man es also dem einzelnen Bankkunden nicht mehr zumuten konnte, die Solvenz einer Bank selbst zu beurteilen, erwies es sich nicht nur im Interesse der Bankkunden, sondern auch des Kredit-

wesens insgesamt als zweckmäßig, den Namen „Bank“ zu einem Gütestempel zu erheben und diesen Gütestempel nur zu vergeben an Institute, die sich gewissen Regeln unterwarfen. Eine solche Bankenaufsicht gibt es heute in allen Ländern; in Deutschland empfing sie ihren stärksten Impuls aus der Bankenkrise 1931. Die Aufsichtsämter haben nun stets dazu tendiert, die Solvenz der Banken dadurch zu sichern, daß sie ihnen eine „angemessene“ Gewinnspanne garantieren wollten. Als Mittel der Solvenzsicherung wurde also die Rentabilitätssicherung, als Mittel der Rentabilitätssicherung die Kartellbildung eingesetzt. Es ist gewiß anmerkwürdig, daß das Kreditgewerbe mit der Begründung vom Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ausgenommen wurde, daß für diesen Sektor ein eigenes Aufsichtsamt bestünde. Aber dieses Aufsichtsamt hat sich — ähnlich wie das Aufsichtsamt für Versicherungswesen — immer eher als Kartellbildungsbehörde verstanden, denn als Hüterin des Wettbewerbs. So drängen denn in der Neuzeit die vereinten Interessen des Bankgewerbes selbst, der Zentralbank und der Bankenaufsicht in Richtung auf eine Kartellierung. Die Kartelle sind weniger durch staatlichen Eingriff, als durch Markteinflüsse zusammengesunken. Nachdem diese Markteinflüsse nun durch flexible Wechselkurse abgeschirmt werden können und nachdem wir in jüngster Zeit wieder spektakuläre Bankpleiten erlebt haben, muß man damit rechnen, daß die Tendenz zur Kartellierung wieder stärker wird.

Soweit die historische Darstellung. Wie aber steht es mit der Rationalität dieser historischen Entwicklung? Mir erscheint bereits die argumentative Position zugunsten eines Banknotenmonopols in einer Goldwährung schwach zu sein. Bei Goldwährung hätte der Wert der Banknoten immer von den Produktionskosten des Goldes abgehungen. Private Notenemission wäre ein goldsparendes Instrument gewesen und hätte dadurch die Nachfrage nach Gold vermindert und über die Verminderung der Nachfrage die Produktionskosten des Goldes gesenkt. Das war der inflationäre Effekt, den man befürchtete. Die Erfahrung hat später allerdings gezeigt, daß der Einfluß des Staates auf die Monopolnotenbank und der Bedarf an staatlicher Kriegsfinanzierung sehr viel schärfer inflationistisch wirkte, als der erstgenannte Mechanismus. Hübner hatte schon vor dem Streit um die Peelsche Akte darauf hingewiesen, daß bei freier Wahl der Zahlungsmittel niemand ein Geld akzeptieren würde, das sich ständig entwertet. In der Tat glaube ich nicht, daß die Lira oder das Pfund, der Franken oder die Deutsche Mark heute vom privaten Publikum als Zahlungsmittel akzeptiert werden würden, wenn die Annahme nicht mit einem gesetzlichen Zwang verbunden wäre und wenn es Konkurrenzangebote zu diesen Währungen gäbe. Indes können wir diese Frage hier ruhig auf sich beruhen lassen. Selbst wenn man ein staatliches Emissionsmonopol befürwortet,

so folgt doch daraus keineswegs die Notwendigkeit einer Kartellierung des Bankwesens. Im Gegenteil. Die Technik der Kartellbildung auf dem Wege über die sogenannte Refinanzierung der Kreditbanken beraubte in Wirklichkeit die Notenbank jeglicher effektiven Steuerungsmöglichkeit des Geldwesens. Die Emission von Banknoten gegen Schuldtitel, die auf Einheiten eben dieser Banknoten lauten, macht in Wirklichkeit eine Steuerung des Geldwertes selbst fast unmöglich. Denn, wenn sich der Geldwert an einem Warenkorb orientieren soll, dann steigt oder sinkt der Wert des Geldes — ausgedrückt in diesem Warenkorb — genau dann, wenn auch der Wert eines Wechsels auf Einheiten dieser Banknoten steigt oder fällt. Hier hat man, regelungstechnisch ausgedrückt, den Soll-Wert mit der Ist-Größe rückgekoppelt und dadurch die Steuerungsmöglichkeit verloren. Das ist der Grund, warum heute die Bremswege so lang und — viel schlimmer — so wenig prognostizierbar sind.

Die Steuerungsmöglichkeit der Notenbank wäre ungleich besser gewesen, hätte sie auf jeglichen Kreditverkehr mit privaten Banken verzichtet und statt dessen Noten gegen den Ankauf von Waren emittiert. Die Steuerung der Versorgung mit Zentralbankgeld wäre in einem solchen System sehr viel exakter und einfacher möglich. Auch hätte die Notenbank die gesamte Geldversorgung kontrolliert, so lange die Substitutionsmöglichkeiten zwischen Zentralbankgeld und Bankengeld begrenzt sind, und das sind sie. Für die Steuerung des Geldwertes wäre es nicht einmal notwendig gewesen, daß die Notenbank diese Substitutionsverhältnisse, also den Geldschöpfungsmultiplikator des privaten Bankwesens, gekannt hätte. Der Wechsel der Begründungen im historischen Ablauf zeigt sich am reinsten bei den Mindestreserven. Ursprünglich wurden sie als Mittel der Solvenzsicherung der Bank eingeführt — nebenbei bemerkt in der irrigen Ansicht, daß die Liquidität einer Bank auch ihre Bonität verbürge. Aber, kaum eingeführt, wurden sie zum Mittel der Währungspolitik. Man hatte entdeckt, daß man hier ein Instrument in der Hand hatte, um die Kreditschöpfungsmöglichkeiten des privaten Bankgewerbes zu beschneiden. Die Mindestreserven reduzieren den Geldschöpfungsmultiplikator, der andernfalls lediglich von den Anforderungen des Publikums nach Bargeld abhinge. Da aber die Notenbank die Bargeldemission ohnehin in der Hand hatte, hätte es auch ausgereicht, die Buchgeldschöpfung auf dem Wege über die Bargeldemission zu steuern. Man hätte dann eben nur kleinere Mengen von Zentralbankgeld emittieren können. So betrachtet, erweisen sich die Mindestreserven als ein Mittel zur Sicherung der Rentabilität der Notenbank durch Abschirmung gegen die Substitutionskonkurrenz des privaten Bankgewerbes. Darüber hinaus verzerren die Mindestreserven heute sowohl den Wettbewerb zwischen verschiedenen Formen der Geldanlage,

zwischen verschiedenen Instituten des Bankgewerbes und schließlich zwischen dem Bankgewerbe und anderen Finanzintermediären.

Der Wettbewerb im Kreditwesen verbessert die Allokation der Ressourcen, erspart volkswirtschaftliche Kosten. Die Kartellierung im Kreditwesen unter Führung der Zentralbank beschleunigt das Durchgreifen der Maßnahmen der Notenbank auf den Endverbraucher. Die historisch-distanzierte Betrachtung sollte zeigen, daß dieser Gegensatz zwischen dem Wunsch nach Wettbewerb aus Allokationsgründen und dem Wunsch nach Kartellen aus Stabilitätsgründen nur in einem ganz bestimmten institutionellen Rahmen auftritt. Diese Diskussion ist nur verständlich im Rahmen eines Geldwesens, in dem die Notenemission monopolisiert und das Geld mit Annahmewang versehen ist, in dem die Notenemission gegen den Ankauf von Geldvermögenstiteln erfolgt und der Ankauf dieser Titel auf ganz bestimmte Geschäftspartner — Banken und Staat — begrenzt ist. Unter anderen institutionellen Rahmenbedingungen taucht dieses Problem erst gar nicht auf.

Diskussion

Reinhard Blum (Augsburg):

Ich habe mir während der Referate überlegt, wie das Thema eigentlich lautet: „Stabilisierungspolitische Aspekte der Wettbewerbsordnung im Bankensystem“, und habe mich gefragt, welche Schlußfolgerungen für die Stabilisierungspolitik ich nun aus den Darlegungen über die Wettbewerbsordnung bei den Banken erhalten habe. Ich muß feststellen: Ich weiß nicht, welche Schlußfolgerungen ich daraus ziehen soll. Wenn ich richtig sehe, ist das wichtigste Instrument der Stabilisierungspolitik die Geldmenge, und es hätte mich persönlich interessiert, wie dieses Instrument der Geldmenge durch die unterschiedlichen Wettbewerbsverhältnisse im Bankensystem beeinflusst wird. Herr Engels, Sie haben durch Ihren historischen Überblick sehr schöne neue Einblicke in die Geschichte gegeben; ich habe daraus eine Menge entnommen. Aber sie haben nur am Schluß angedeutet, daß es um die Allokationswirkungen und um das Monopol des Steuerungsinstrumentes geht, und gerade das schien mir persönlich bei diesem Thema am interessantesten zu sein.

Den Ausführungen von Herrn Röper glaube ich — zum Teil jedenfalls — entnehmen zu können, daß er gewisse Vorteile herausstellt, die eine wettbewerbliche Organisation des Bankensektors haben könnte. Herr Röper, Sie erwähnten z. B. den Zins als Knappheitsindikator. Aber gerade da tauchen bei mir die Zweifel auf. Wenn wir davon ausgehen müssen, daß die Steuerung über die Geldmenge das marktwirtschaftlich konformste Instrument einer Stabilisierungspolitik ist, dann ist es für mich eine entscheidende Frage, inwieweit ich unter solchen Umständen diesen Sektor — Banken oder Geldwirtschaft — wettbewerblich organisieren kann. Auch diese Frage scheint mir in den Referaten völlig offen zu bleiben. Dasselbe gilt auch für den Zins als Indikator für die Knappheitsrelationen. Wenn der Zins das wichtigste Instrument einer solchen Geldpolitik als Stabilisierungspolitik ist, taucht sicher die Frage auf, inwieweit er dann noch ein verlässlicher Indikator der Knappheitsverhältnisse sein könnte.

Ich wäre sehr dankbar, wenn aus der sicher sehr intensiven Forschungsarbeit des Referenten und des Korreferenten zu diesen Fragen noch etwas gesagt werden könnte.

Manfred Piel (Bonn):

Mein Vorredner hat mir einen Teil der Fragestellung abgenommen, so daß ich im Grunde nur noch eine Nebenfrage an Herrn Engels habe.

Herr Engels sprach in seinem Korreferat davon, daß die Solvenz-sicherung erfolgt sei und dies vor allen Dingen dadurch, daß eine sicherung erfolgt sei, und dies vor allen Dingen dadurch, daß eine Kartellbildung zugelassen werde. Ist es in diesem Zusammenhang nicht irgendwie seltsam, daß die Liquiditätssicherung in dem Augenblick zu mehr wettbewerblichen Ergebnissen geführt hat, als bestimmte Banken illiquide wurden? Da funktionierte dann diese „Kartellbildung“ nicht mehr, sondern die betreffenden Banken haben schlicht und einfach geschlossen, was ja eigentlich ein marktwirtschaftliches Ergebnis ist. In diesem Zusammenhang sollte auch daran erinnert werden, daß die Einrichtung des sogenannten Feuerwehrfonds auf freiwilliger Basis beruht und nicht gesetzlich oder vom Bundesaufsichtsamt verbindlich vorgeschrieben ist. Eine gesetzliche Einführung wird ja jetzt erst erwogen.

H. O. Lenel (Mainz):

Meine erste Frage richtet sich an Herrn Röper. Ich wollte zunächst nur fragen, warum eigentlich multinationale Banken für die Anlage der Erdöl-Milliarden nötig sind. Aber da Herr Blum mit Recht an das Thema erinnert hat, möchte ich die Frage hinzufügen: Wie würde es denn auf die Stabilität wirken, wenn wir für die Anlage der Erdölgelder die Konzentration der Banken multinational förderten und wenn wir dies nicht täten?

Dann einige Fragen an den Herrn Korreferenten: Sie haben gesagt, die Geldtheorie und die übrige Theorie seien voneinander getrennt. Vielleicht habe ich zu Recht daraus auf eine gewisse Mißbilligung geschlossen. Meine Frage ist: Könnte die Trennung daran liegen, daß der Wettbewerb zu einer reichlichen Güterversorgung führen soll, aber nicht zu einer reichlichen Geldversorgung? Daran schließt sich die Frage an, ob denn wirklich die Diskussion zwischen Banking- und Currency-Theorie rein interessenbedingt war oder ob Friedrich A. Lutz recht hatte, der sie für eine Diskussion über das Grundproblem der Geldverfassung hielt.

Drittens gestehe ich, daß ich nicht verstanden habe, welche Art Kartell zwischen der Zentralbank und den Geschäftsbanken besteht.

Heinz-Günter Geis (Berlin):

Das Dilemma, in dem wir uns bei diesem Thema befinden, kann nicht kürzer charakterisiert werden als mit dem Gegensatz von Zielen und Handlungen des Kartellamtes und des Bundesaufsichtsamtes für das

Kreditwesen. Ich selbst hatte im letzten Winter Gelegenheit, in einem Seminar von Herrn Kollegen Hein das Zusammenstoßen dieser beiden Meinungen an einem Platz zu erleben, und es ist etwa genauso verlaufen, wie es Herr Engels beschrieben hat.

Die Frage ist: Können wir dieses Dilemma auflösen? Ich glaube, so weit kommen wir heute nicht. Aber die Frage, die vorher zu stellen ist, lautet: Gibt es tatsächlich im Bankensystem vollen Wettbewerb oder „workable competition“ oder etwas Ähnliches, wie wir das für Warenmärkte eigentlich annehmen? Ist der Bankensektor ein Wettbewerbssektor in gleicher Weise wie der Industriesektor, wie Konsumgütermärkte usw.? Das bezweifle ich, und ich möchte da eigentlich auf Sie, Herr Engels, rekurrieren. In Ihrer Habilitationsschrift haben Sie sich ja mit dem Problem der Kreditbeschränkung, der Kreditrationierung, der Beleihungsgrenzen usw. beschäftigt. Sie haben — ohne daß ich das näher ausführen will — gemeint, Prozesse im Kreditwesen oder an den Finanzmärkten könnte man weniger gut mit der Preistheorie erklären, besser mit der Investitionstheorie. Hier wäre also ein fundamentaler Unterschied zwischen Warenmärkten, vor allem Konsumgütermärkten, und Märkten von „financial assets“, also von Finanzmärkten. Ich glaube, daß diese Meinung richtig ist. Es gibt inzwischen ja eine umfangreiche Literatur der Theory of Finance, die etwas stärker disaggregiert die Probleme der Finanzstruktur betrachtet, allerdings mehr in langfristiger Betrachtung. Die Autoren dieser Theory of Finance — Gurley, Shaw, Goldsmith — sind allerdings der Meinung, daß ein Preiswettbewerb, ein Zinswettbewerb funktionieren könnte. Sie beschäftigen sich vorwiegend mit Entwicklungsländern, und hier sind ja eigentlich viele Probleme, vor allem Zinsprobleme, besonders deutlich. Es gibt hier fast keine freien Zinssätze, es gibt fast nur Zinssätze bzw. Preise, wie sie Herr Blum heute vormittag beschrieben hat, nämlich administrierte, vor allem staatlich administrierte.

Ich bin aber der Meinung, daß man hier eben nicht davon ausgehen kann, daß ein Wettbewerb voll herzustellen ist. Denken Sie beispielsweise an das Problem der Solvenzsicherung, das ja seine bestimmten Ursachen hat, z. B. den sehr hohen Leverage-Effekt, die sehr seltsame Finanzierungsstruktur der Unternehmen, die Banken sind, und eine Reihe von sozialen und sozialpsychologischen Tatbeständen, die sich daraus ergeben, wenn Gefahren für Banken im Verzuge sind.

Die Frage ist: Müßte man, um überhaupt an das Problem heranzukommen, die Frage aufgeben, ob es Wettbewerb in allen Bereichen geben sollte; müßte man die Frage darauf beschränken, in welchen Bereichen des Kreditwesens man Wettbewerbsregeln überhaupt noch einsetzen kann und wo nicht? Wo kann man auch theoretisch den Pro-

blemen dieses Bereichs näherkommen, etwa mit Gedanken der Theorie der Infrastruktur? Ich glaube also, daß der Bankensektor spezifische Infrastruktureigenschaften hat, und bereits auf Grund dieser Tatsache ist die Frage der Wettbewerbsfähigkeit im Kreditwesen etwas anders zu stellen.

Eine Konsequenz dieser Fragestellung hat Herr Blum vorher auch schon angedeutet: Wenn der Preis im Bankwesen, der Zins, nicht diese Regelungsfunktion hat, wenn also mindestens noch andere Faktoren eine Rolle spielen — also z. B. im Bereich der Kreditwürdigkeit —, dann müßten wohl auch noch einige Geldtheorien neu überdacht werden. Dann sind nämlich jene Bremswege nicht mehr kalkulierbar. Dann wäre also der Übersetzungsmechanismus einer Stabilisierungspolitik im Bankwesen nicht mehr kalkulierbar.

Reinhold Stössel (Frankfurt a. M.):

Wenn es gestattet ist, will ich versuchen, den vorwiegend wissenschaftlichen Ausführungen ein paar Anmerkungen aus der praktischen Sicht einer Bank anzufügen. Das hier zur Diskussion stehende Thema ist ja durch die Ereignisse der letzten Wochen und Monate ungemein aktuell geworden, weit aktueller, als man es wohl bei der Erstellung des Programms für diese Tagung voraussehen konnte.

Wir haben es gegenwärtig in Deutschland — und, wie es scheint, neuerdings auch in einigen Nachbarländern — mit einer ganz typischen Erscheinungsform oder Auswirkung harten Wettbewerbs zu tun, nämlich mit einer Verdrängung von Grenzbetrieben im Bankgewerbe. Was wir größeren Banken in dieser Situation tun, ist etwas absolut Wettbewerbswidriges oder, wenn Sie wollen, Wettbewerbstheoriewidriges: Wir stützen diese Banken, zum Teil ohne daß die Öffentlichkeit überhaupt etwas davon erfährt. Das ist die beste Methodik, die in diesen schwierigen Fällen angewandt werden kann. Oder aber, wenn sich herausstellt, daß die eine oder andere Bank in Schwierigkeiten geraten ist, dann greifen die Banken über den schon erwähnten Feuerwehrfonds, über das Liquiditätskonsortium oder künftig vielleicht über die in Planung befindliche Liquiditätskonsortionalbank, die von der Bundesbank selbst angeregt worden ist, ein. Das ist, wie ich meine, etwas der Wettbewerbstheorie Entgegenstehendes. Und warum tun wir das? Weil wir es im Bankgewerbe eben doch mit einem Sonderfall zu tun haben, weil wir dort neben dem Wettbewerb auch die Solidarität sehen müssen, die erforderlich ist, um zu verhindern, daß es auf Grund der Verdrängung einzelner Betriebe zu einem Schneeballeffekt kommt. Ich glaube, mit diesem bescheidenen Ausdruck kann man den derzeitigen Sachverhalt umschreiben; ich will in diesem Augenblick nicht von der Möglichkeit von Lawinen sprechen.

Der Hintergrund für diese Entwicklung kann unterschiedlich gesehen werden. Wir empfinden es jedenfalls so, daß ein ganz wesentlicher Grund die im vorigen Jahr drastisch verschlechterte Ertragslage der Banken — darauf wurde von den beiden Referenten hingewiesen — ist, eine Folge fast totalen Wettbewerbs — „fast“ betone auch ich — und eine Folge der sehr harten Restriktionspolitik. Es ist nicht ganz so, wie Herr Röper gesagt hat, daß es für die Banken gleichgültig wäre, welche Zinshöhe von der Notenbank angestrebt wird. Denn die Spanne ist nicht garantiert, und es hat sich gezeigt, daß bei der Zinshöhe, die im vorigen Jahr erreicht wurde, die Spanne sehr stark geschrumpft ist und daß selbst bei steigenden Volumina des Geschäfts der Banken die absoluten Erträge zurückgegangen sind. Die Situation ist bei den einzelnen Instituten differenziert, aber generell ist die Bewegung gleichgerichtet.

Herr Röper, Sie haben gesagt, daß im Zuge dieser Restriktionsperiode — so habe ich es verstanden — der Diskontsatz von der Signalwirkung in die effektive Wirkung übergegangen sei. Ich glaube, das kann man ganz so nicht sehen. Was in erster Linie gewirkt hat, das ist die harte Liquiditätspolitik, während der Diskontsatz sich völlig außerhalb des Marktes bewegt hat. Sie sehen es an den Krücken, die man eingeführt hat: Sonderdiskontsatz, zeitlich begrenzt, Sonderlombardsatz, auch jetzt wieder. Den Diskontsatz sollten wir weder als Signal — oft vermutet für die Gewerkschaften — noch als effektive Größe in der Restriktionspolitik überbewerten.

Dieser harte Wettbewerb muß also als Hintergrund gesehen werden, und er hat leider manche Banken dazu verführt, Ertragsausgleichsmöglichkeiten zu suchen. Und da kam ihnen die neue Situation an den Devisenmärkten mit den in erheblichen Breiten schwankenden Devisenkursen entgegen. Hier haben nun einige Banken tatsächlich mit großem Erfolg sonstige Ertragsausfälle ausgleichen können. Andere haben weniger glücklich operiert und sind dann in die bekannten Schwierigkeiten hineingekommen. Dies alles können nur Andeutungen sein; Sie wissen, daß die vier Fälle, die wir in Deutschland haben, im einzelnen unterschiedlich gelagert sind. Aber all diese Dinge spielen da irgendwie mit hinein. Zum Teil handelte es sich auch um riskante Kreditgeschäfte, die sich nicht an den Devisenmärkten abspielten.

Das Ganze führt nun eindeutig zu einer Wettbewerbsverzerrung im deutschen Kreditwesen, zu einer weiteren Begünstigung — ich betone nochmals, ich spreche hier als Vertreter einer privaten Bank, wenn auch aus ganz persönlicher Sicht — in Richtung des öffentlichen Bankensektors. Das ist völlig eindeutig. Selbst wenn es nicht zu Abzügen bei den privaten Banken gekommen wäre oder nicht zu weiteren Ab-

zügen kommen wird, muß man in dieser Situation damit rechnen, daß das weitere Wachstum sich stärker als bisher auf den öffentlich-rechtlichen Bankensektor konzentrieren wird. Wie man dazu steht, ist beinahe eine Grundsatz- und Glaubensfrage. Man kann daraus die Konsequenz ziehen — und das wird sicher über kurz oder lang von der einen oder anderen Seite geschehen —, daß man das ganze Bankwesen verstaatlichen sollte. Oder aber man bemüht sich, andere Lösungen zu suchen. Ich meine, die Befürwortung einer generellen staatlichen Einlagensicherung, wie sie in Deutschland vor allem von Herrn von Bethmann vertreten worden ist, sollte man nicht von vornherein beiseite schieben. Ich halte das immerhin für eine erwägenswerte Überlegung.

Nun, was hat das alles mit der Stabilisierungspolitik zu tun? Ich habe diese Dinge ja nur als Hintergrund aufgeführt. Sarkastisch könnte man sagen: Es ist sicher ein Beitrag zur Stabilisierungspolitik, wenn Banken pleite gehen und die Einleger nicht entschädigt werden; denn dann geht ja die Geldmenge zurück bzw. es wird etwas korrigiert, was vorher zu stark aufgebläht war. Man muß aber auch daran denken, daß eine Häufung solcher Fälle möglicherweise dazu führen kann, daß eine monetäre Restriktionspolitik mit dem Blick auf diese Schwierigkeiten früher abgebrochen wird, als es gesamtwirtschaftlich angezeigt wäre.

Eine ganz kurze Bemerkung noch zu dem sehr interessanten Thema, das Herr Röper angeschnitten hat: das Recycling der Öl-Milliarden in der Auswirkung auf den Bankenwettbewerb, vor allem international gesehen. Es ist heute klar abzusehen, daß bei den Größenordnungen, mit denen wir es voraussichtlich zu tun haben werden, wenn sich in der Preisgestaltung an den Märkten nichts Entscheidendes ändert — man braucht ja eine Korrektur nach unten nicht völlig ausschließen —, diese Milliardenbeträge durch das internationale Bankensystem kaum einigermaßen sinnvoll gehandhabt werden können. Es sind bereits jetzt Fälle bekannt, in denen amerikanische Banken es abgelehnt haben, solche Ölgelder hereinzunehmen, weil das nicht mehr mit ihrer Eigenkapitalrelation, mit ihrer Geschäftspolitik und den sonstigen Relationen des Bilanzbildes in Einklang zu bringen war. Wir deutschen Banken sind gegenwärtig aus dem internationalen Wettbewerb hier ohnehin ferngehalten. Denn Sie wissen ja, daß wir in Deutschland ein Verzinsungsverbot haben, daß wir diese Gelder insofern überhaupt nicht hereinnehmen können.

Bei diesen Hinweisen möchte ich es bewenden lassen. Es ist hier eine große Aufgabe zu lösen. Internationale Stabilität kann nur erreicht werden, wenn auf diesem Gebiet vernünftige Lösungen gefunden werden. Wir wissen, daß internationale Institutionen — etwa die Bank für

Internationalen Zahlungsausgleich, die schon ihrem Namen nach dazu prädestiniert ist — hier einiges in die Wege geleitet haben. Aber es muß noch sehr viel mehr geschehen, und ich meine, gerade auch die Wissenschaft sollte sich diesem hier nur kurz angeschnittenen Problem intensiv widmen.

H. O. Lenel (Mainz):

Ich halte das für eine sehr interessante Analyse, aber ich meine, man kann die Dinge auch ganz anders sehen. Die Argumentationskette von Herrn Stössel war, wenn ich es recht verstanden habe: Wir haben härteren Wettbewerb bekommen, vermutlich vor allem wegen der Aufhebung der Zinsverordnung. Dadurch hat sich die Ertragslage verschlechtert, und dadurch scheiden Grenzbetriebe aus, zum Teil auch deshalb, weil sie auf Geschäftssparten übergangen, die gefährlich sind.

Ich glaube, daß zumindest ein Teil der Argumentation den Fakten widerspricht. Einer der spektakulärsten Fälle war der der Westdeutschen Landesbank. Deren Ertragslage war gut; sie war eindeutig kein Grenzbetrieb. Ob Herstatt ein Grenzbetrieb war, darüber bin ich nicht hinreichend informiert. Jedenfalls gehört das Devisengeschäft zum Geschäft jeder Bank. Wenn man das Devisengeschäft spekulativ betreibt, kann man viel Geld verlieren, unabhängig von der Ertragslage zuvor. Andere Banken sind, soviel ich weiß, durch Einlagenabzug in Schwierigkeiten gekommen. Das hat mit der Ertragslage höchstens mittelbar etwas zu tun.

Herr Stössel hat gesagt, die Einlagensicherung sei ein Ausfluß der Solidarität. Auch das kann man anders sehen. Man kann nämlich auf den Schneeball-Effekt verweisen — den auch Herr Stössel erwähnt hat — und kann sagen: Die Einlagensicherung liegt im Eigeninteresse; denn das Vertrauen auf das Geldsubstitut Giralgeld muß gestützt werden.

Werner Glastetter (Düsseldorf):

Ich habe eine relativ gezielte Frage an den Referenten. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, Herr Röper, dann sprechen Sie sich für einen verstärkten Wettbewerb im Bankensystem aus. Das impliziert eine Entscheidungsfreiheit der einzelnen Bankinstitute, sich im Markt frei zu bewegen. Sie haben dann — das ist ein zusätzlicher Aspekt — rekurriert auf die Öl-Milliarden und haben daraus gefolgert, daß wir internationale, multinationale Institute benötigen, um das Recycling dieser Öl-Milliarden bewältigen zu können. Wenn man beide Kriterien zusammenfügt, besagt das doch nichts anderes, als daß Sie die Öl-Milliarden in Händen von bestimmten Instituten halten wollen, die keiner Kontrolle unterstehen, sondern sich unkontrolliert im Markt

bewegen. Ich frage mich, ob sich das mit all den Problemen verträgt, die wir aus der Wechselkursentwicklung als Probleme empfinden. Denn Wechselkursflexibilität heißt doch heute im Klartext, daß die Wechselkurse nicht mehr von einem anonymen Markt — wie immer der auch aussehen mag — bestimmt werden, sondern daß diese Wechselkurse bestimmt werden — mit all den binnenwirtschaftlichen Rückwirkungen — von privatwirtschaftlichen, multinationalen Institutionen. Ich erinnere nur an die Situation vor mehr als einem Jahr mit der damaligen Währungskrise, als die Deutsche Bundesbank an einem Freitag 2,7 Milliarden aufnehmen mußte und als einzige Konsequenz dann die Devisenbörsen schlossen. Sie konnte nicht mehr anders. An den folgenden Tagen wurden dann Zahlen von einem amerikanischen Institut publik, die besagten, daß bei multinationalen Gesellschaften das Hundertfache, nämlich 270 Milliarden, stand-by-Mittel vorhanden seien, womit jederzeit die Wechselkurse und damit ein elementarer Bestandteil der Außenwirtschaftspolitik in Frage gestellt werden konnten.

Burkhardt Röper (Aachen):

Erlauben Sie mir eine kurze Bemerkung: Wir sollten das Thema nicht verschieben und nicht über multinationale Unternehmen sprechen. Ich hatte das nur angemerkt. Noch einmal sei hervorgehoben: Banken, auch wenn sie privatwirtschaftlich organisiert sind, unterstehen einer dreifachen Kontrolle, erstens der Kontrolle durch den Wettbewerb, zweitens der Kontrolle durch das Bundeskartellamt, drittens der Kontrolle durch das Bundesaufsichtsamt für das Kreditwesen.

Ich hatte die Vorstellung — und wir haben in der Arbeitsgruppe Wettbewerb über den Bankenwettbewerb heftig diskutiert —, daß beim Recycling der Ölmilliarden selbstverständlich auch andere Banken mitwirken können. Ich hatte an die Westdeutsche Landesbank gedacht, die in der Orion-Gruppe tätig ist. In ähnlichen Gruppen machen andere deutsche Banken mit. Ich hatte auch die Bank für Gemeinwirtschaft angesprochen; diese hat auch bestimmte Möglichkeiten. Man sollte den Problembereich nicht unbedingt mit privatkapitalistischen Aspekten identifizieren. Ich glaube, wir sollten das Thema ausklammern. Herr Stössel hat mit Recht betont, daß deutsche Banken im Augenblick noch nicht aktiv werden können. Ich meine, es fehlt teilweise auch die Größenordnung.

Reinhold Stössel (Frankfurt a. M.):

Herr Lenel hat zu zwei Punkten meiner kurzen Ausführungen gesagt, daß man das auch anders sehen könne. Das unterstreiche ich voll und ganz. Ich glaube, es ist innerhalb der Wissenschaft unstrittig, daß

man die Dinge auch anders sehen kann. Aber ich möchte noch einmal betonen und zu den Fakten sagen, daß sich diese Ursachenkette durchaus überzeugend nachweisen läßt. Das gilt für die Westdeutsche Landesbank nicht; sie ist kein Grenzbetrieb, ist auch nicht ausgeschieden. Das ist ein Sonderfall. Aber bei Herstatt erkennen Sie, wenn Sie die Bilanzziffern bzw. Ertragsziffern aus dem vorigen Jahr ansehen, daß diese Bank ertragsmäßig sehr stark angeschlagen war, sicher auch aus Gründen der eigenen Geschäftspolitik, vor allem aber — wie alle anderen Banken — aus den genannten generellen Gründen. Die anderen Schwierigkeiten waren dann mit eine Folge davon, aber eben nicht ohne diesen wesentlichen Hintergrund.

Zur Einlagensicherung: Es ist richtig, daß hier nicht Solidarität um des Prinzips willen betrieben wird, sondern im Interesse der Sache und auch der einzelnen Banken selbst, und das mit voller moralischer Unterstützung — zum Teil auch materieller Rückendeckung — durch die Bundesbank, im Interesse der Stabilität der Kreditversorgung. Der Unterstützung des Bundesaufsichtsamts sind wir da ohnehin sicher. Ich darf darauf hinweisen, daß wir in den letzten Tagen Briefe von Aktionären — deren Sachwalter wir ja sind — bekommen haben, die es absolut nicht verstehen wollen, daß wir aus dem eigentlich ihnen zustehenden Ertrag Gelder abzweigen, um andere Banken zu stützen. Im bisherigen Rahmen läßt sich das sicherlich auch den Aktionären gegenüber noch vertreten, aber hier liegt tatsächlich ein echtes Problem.

Burkhardt Röper (Aachen):

Das Thema „Stabilisierungspolitische Aspekte der Wettbewerbsordnung im Bankensystem“ habe ich so aufgefaßt, daß zunächst zu fragen ist: Was sind Wettbewerbselemente im Bankensystem? Danach habe ich dargestellt, wie die Wettbewerbsordnung im einzelnen aussieht. Der Wettbewerb im Bankensystem ist wirklich ein Sonderfall; denn wo gibt es sonst derart viele Verhaltensanweisungen wie im Kreditwesengesetz? Und wir wissen, daß dieses Gesetz noch verschärft werden muß. Wo gibt es den Fall, daß der Preis vom führenden Marktteilnehmer — der Notenbank — bestimmt und häufig verändert wird und die anderen diesen Preis weitgehend konstatieren und nur kleine Abweichungen in der einen oder anderen Richtung vornehmen? Wo gibt es sonst einen Markt mit derart minimalen Transportkosten wie im Bankgewerbe? Wo gibt es einen Markt, auf dem man so schnell gewinnen und verlieren kann? Ich frage mich: Beim Zusammenbruch der Herstatt-Bank sind vielleicht 400 bis 500 Millionen DM verlorengegangen; irgendjemand muß doch diese 400 bis 500 Millionen DM gewonnen haben?! Hierüber wird nicht geredet! Die Frage ist, ob man derartige Risiken und damit Gewinne und Verluste zulassen sollte.

Zum Thema Wettbewerb wiederhole ich, daß die Banken im Wettbewerb stehen und daß dieser Wettbewerb eine Fülle von spezifischen Eigenarten hat. Es ist hier in dieser Diskussion niemals auf die Marktform Oligopol hingewiesen worden, Herr Blum, weil die ganze Marktformenlehre für den Bankenwettbewerb meines Erachtens keine so große Rolle spielt. Es gibt bekanntlich vier Bankengruppen in der Bundesrepublik Deutschland. Die Sparkassen — das pflegen die Kreditbanken herauszustellen — stehen untereinander nur in Randzonen im Wettbewerb, aber manchmal auch schon mit ihren Girozentralen. Die Kreditbanken stehen untereinander offiziell im Wettbewerb, wobei bisweilen ein stillschweigendes Einverständnis für Teilbereiche nachweisbar ist. Die Genossenschaften argumentieren mit ganz anderen Gesichtspunkten. Universalbanken stehen mit Spezialinstituten im Wettbewerb. Wir haben in der Bundesrepublik Deutschland eine Vielförmigkeit von Unternehmungen, die mit verschiedenen Zielsetzungen die Kreditversorgung und das Einlagengeschäft betreiben, die durchaus im Wettbewerb — wenn auch *sui generis* — auf dem Geld- und Kreditmarkt stehen.

Ich bemerke, daß hier hauptsächlich über Geldangelegenheiten die Rede war. Investitionen hängen aber im wesentlichen mit Kapitalmarktproblemen zusammen. Darüber ist jedoch nichts gesagt worden. Auch in meinem Referat finden Sie zu dieser Problematik sehr wenig. Der Zentrale Kreditausschuß ist vom Bundeskartellamt angegriffen worden, der Zentrale Kapitalmarktausschuß hingegen noch nicht. Letzterer wirkt meines Erachtens wesentlich härter auf den Kapitalmarkt ein als der Zentrale Kreditausschuß auf den Geldmarkt. Aber die Notwendigkeit solcher Eingriffe wird wohl von der öffentlichen Hand im eigenen Interesse anerkannt.

Die Grundfrage, die mich bei der Abfassung des Referates bewegt hat, ist die hier aufgeworfene Frage, wie die Geldmengenregulierung erfolgt, was hierbei der Wettbewerb der Geschäftsbanken auslöst. Ich kann nur mit Herrn Stössel antworten: Im wesentlichen ist weniger über die Preise, d. h. über die Zinsregulierung, als über die Liquiditätspolitik der Notenbank gemacht worden. Die Banken haben versucht, auszuweichen, sich zusätzlich Liquidität zu verschaffen, während die Notenbank im Gegenzug einen Weg nach dem anderen abgesperrt hat. Hinzuweisen ist dabei auf die Abwertungen, von denen auch Herr Engels sprach. Einen direkten Zusammenhang zwischen Geldmenge und Wettbewerb im Geschäftsbankensektor sehe ich nicht.

Zu fragen sind die Monetaristen: Was ist denn eigentlich Geld? Hier kommt es nicht nur auf Geld im Sinne von M_1 und M_2 an, sondern auch auf alle für Investitionen zur Verfügung gestellten Mittel. Ich meine,

das marktwirtschaftliche System ist einem dirigistischen System in der Allokation der Kredite gegenüber den Nachfragern weitaus überlegen. Eine staatliche Stelle kann nur weniger erreichen. Andererseits könnten Sie die Sparkassen als verlängerten Arm der Kommunen bezeichnen. Nun, den Sparkassen hat man im Zeitablauf eine immer größere Selbständigkeit eingeräumt, weil sie als verlängerte Arme der Kommunen nicht hinreichend funktionsfähig waren.

Wie die Notenbank im einzelnen die Kreditinstitute in ihrer Wettbewerbslage beeinflusst, habe ich angedeutet.

Zu der Gewinnstatistik ist festzuhalten, daß etwa seit 1950 die Gewinne der Großbanken ständig rückläufig sind. Das ist nicht allein auf den Wettbewerb zurückzuführen.

Wolfram Engels (Frankfurt a. M.):

Herr Blum, vielen Dank für die zentrale Fragestellung. Ich hätte sagen sollen, an wen ich mich eigentlich wende. Ich habe mich gegen gewisse Auswüchse der Chicago-Schule gewendet, die darauf hinauslaufen, daß man den Banken 100 % Mindestreserven auferlegen müsse, damit das Geldwesen — und das heißt in diesem Falle: die Geldmenge — gesteuert werden kann. Mein Schlußvotum hätte sein sollen: Zur Steuerung des Geldvolumens ist es weder nötig noch vorteilhaft, ein monopolistisches Angebot nicht nur des Geldes, sondern auch aller seiner Surrogate einzuführen. Das wäre eigentlich meine Schlußfolgerung gewesen. Wie gesagt, das richtete sich speziell gegen die praktischen Ausflüsse der Chicago-Schule.

Herr Piel: Pleiten im Bankgewerbe, marktwirtschaftliches Ergebnis und Bankenaufsicht. Ich fürchte, daß einige Pleiten im Bankgewerbe nicht das Ergebnis eines marktwirtschaftlichen Prozesses sein könnten, nämlich genau dann, wenn die Leute das Geld abziehen, obwohl die Bank an sich solvent ist. Nun, da helfen jetzt sowohl die privaten Banken als auch die Notenbank. Aber wir haben hier einen Ausleseprozeß, der möglicherweise im Sinne eines gewünschten marktwirtschaftlichen Ergebnisses ganz irrational ist.

Die Bankenaufsicht hat, wie ich schon sagte, ihre Aufgabe der Solvenzsicherung der Banken auf dem Wege der Kartellbildung zu lösen versucht. Herr Geis hat das lediglich bestätigt. Ich glaube, daß das weder ein notwendiger noch ein vernünftiger Weg ist, sondern ich glaube, man kann die Solvenz der Banken besser sichern durch Diversifikationsangebote und durch Gebote zur Einschränkung der Risiken,

die die Banken übernehmen. Es gab ja bisher kein Gebot, das die Valuta-Risiken der Banken in irgendeiner Weise gebunden hätte. Ein solches Gebot wird allerdings technisch sehr schwer durchzuführen sein. Aber mir scheint dieses eigentlich der vernünftiger Weg als der Weg der Kartellbildung, der in der Vergangenheit wohl von allen Bankenaufsichtsamtern der Welt bevorzugt worden ist.

Herr Lenel, ich halte in der Tat die Trennung zwischen allgemeiner Ökonomie und Geldtheorie für einigermaßen grundlos. Ich will mich hier dazu nicht ausführlich äußern; ich will nur soviel sagen: Der Wettbewerb sorgt natürlich nicht nur für reichliche Versorgung mit Gütern, sondern auch für hohe Qualität der Güter. Ich deutete das auch schon an, indem ich sagte: Die D-Mark würde heute von einem privaten Publikum als Zahlungsmittel gar nicht akzeptiert werden, wenn das private Publikum irgendwelche Konkurrenzangebote hätte. Wenn Sie die Vorschläge aus Friedmans „Optimum Quantity of Money“ nehmen: In diesem System wären die Zinssätze niedrig, das Geld also billig.

Herr Geis, ich hatte selber gesagt — wie Sie richtig feststellen —, daß die Regelung über den Preis im Kreditwesen nicht vollständig klappt. Dies einfach deshalb, weil wir Beleihungsgrenzen haben. Außer dem Regulator Preis haben wir eine direkte Mengenerationierung. Ich hatte auch gesagt, dies kann nicht als Unvollkommenheit des Kapitalmarktes interpretiert werden; dann hätten wir keine direkte Mengenerationierung, hätten wir keine Beleihungsgrenzen, dann könnte sich ja jeder seinen Lebensunterhalt dadurch beschaffen, daß er sich Kredite besorgt, daß er sich, wenn diese Kredite zur Rückzahlung anstehen, wieder Kredite besorgt usw. bis an sein Lebensende. Infolgedessen sind diese Kreditgrenzen notwendig für die Existenz einer Marktwirtschaft. Ohne Kreditgrenzen würde jeder Anreiz zur Leistung verlorengehen, weil man einfach seinen Lebensunterhalt aus Krediten finanzieren könnte. Daher habe ich mich gegen die Auslegung gewandt, daß Kreditgrenzen eine Unvollkommenheit des Kapitalmarktes darstellen, und die Auffassung vertreten, daß sie eine notwendige Ergänzung des für den Gütermarkt geltenden Mechanismus darstellen. Das war eigentlich mein Einwand gegen den Preis als alleinigen Regulator. Das spielt natürlich zur Zeit eine ziemlich große Rolle, einfach deshalb, weil Restriktionen der Notenbank nicht nur über den Preis an die einzelnen weitergegeben werden, sondern auch über erhöhte Anforderungen an die Bonität der Unternehmen. Dieses führt heute dazu, daß im Konjunkturablauf keineswegs mehr ein Ausleseprozeß garantiert ist, bei dem die marginalen Betriebe ausscheiden, sondern in sehr vielen Fällen scheiden besonders dynamische, schnell gewachsene Firmen aus, weil vielfach bei diesen — oft noch sehr jungen — Firmen die Kapitaldecke

zu knapp geworden ist. Dieses ist meines Erachtens ein sehr gravierender Einwand gegen so heftige Kurswechsel und so heftige Ausschläge in der Restriktionspolitik, wie wir sie derzeit erleben.

Zu Herrn Stössel brauche ich gar nichts zu sagen. Das war mehr eine Ergänzung, keine Frage an mich.

Nur noch eine boshafte Bemerkung, Herr Glastetter. Man sagt: Da kamen die vielen Dollars auf die Bundesbank zu, die Bundesbank mußte die Tore schließen, denn sie ertrank im Geld; sie mußte die Devisenbörse schließen, es war ganz schrecklich! — Überhaupt nicht! Wieso hätte die Bundesbank das nicht über sich ergehen lassen sollen?! Kein Mensch ist gezwungen, etwas zu unternehmen, wenn ihm Liquidität zufließt. Man ist nur gezwungen, etwas zu unternehmen, wenn Liquidität abfließt. Meiner Ansicht nach wurde dies von der Bundesbank und dem damaligen Bundeswirtschaftsminister Schiller bewußt falsch dargestellt.

Arbeitskreis J

Einkommenspolitik zur Stabilisierung

Leitung: Kurt Rothschild, Linz

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Mittwoch, 4. September 1974, 9.00 - 11.30 und 14.00 - 16.00 Uhr

Silvio Borner (St. Gallen):

Meine Aufgabe der kritischen Befragung und Neuinterpretation der Inflationstheorie in bezug auf die Einkommenspolitik ist aufgrund des gestrigen brillanten und beeindruckenden Referates von Herrn Professor Niehans alles andere als leichter geworden. Immerhin glaube ich, daß meine Aufgabe dadurch nicht hinfällig geworden ist. Interpretieren Sie das bitte nicht als eine Vermessenheit meinerseits, sondern vielmehr als Ausdruck eines echten Bemühens, die Inflationsproblematik wieder in den Rahmen einer „Politischen Ökonomie“ zurückzuführen. Um die Notwendigkeit eines derartigen Ansatzes hervorstreichenden, bediene ich mich in meinem schriftlichen Referat ganz bewußt starker Worte, pointierter Formulierungen und wohl auch engagierter Stellungnahmen, die nicht in allen Fällen durch objektives Wissen gedeckt sind. Meine Arbeit ist also durchaus ein Positionspapier, das mit Absicht und in voller Kenntnis der daraus resultierenden Angreifbarkeit eine ganz klare Gegenposition gegenüber den traditionellen makroökonomischen Standpunkten aufzubauen versucht.

Das Ziel meines Referates besteht also darin, eine echte Diskussion zu entfachen, und ich kann Ihnen sagen, daß ich der erste wäre, der sich gern überzeugen ließe, daß 1. die Probleme wirklich viel einfacher sind, als ich sie darstelle, 2. daß wir wirklich wissen, was in der heutigen Inflation vor sich geht, und 3. daß wir auch wissen, wie wir uns wirtschaftspolitisch verhalten sollen und können. In dieser Beziehung bin ich also trotz aller Kritik sehr offen und wohl auch bescheiden. Denn trotz allem Engagement behaupte ich nicht, diese soeben aufgeworfenen Fragen mit Sicherheit beantworten zu können, sondern ich weise nur darauf hin, in welchen Richtungen m. E. die Lösungen gesucht werden müssen.

Mit der gestern skizzierten antiinflationistischen Strategie bin ich im Prinzip — und soweit sie ging — durchaus einverstanden. Aber ich befürchte nur, daß sie trotz ihrer überzeugenden Logik die Komplexität der ökonomischen und der politischen Problematik unterschätzt. So wurde uns gestern nicht gesagt, wer denn diese Strategie durchführen soll und wer sie langfristig — das muß ich betonen — politisch durchstehen und durchhalten kann. Es wurde uns nicht gesagt, wer ein Urteil darüber abgibt, ob die unvermeidlichen Anpassungslasten wirklich erträglich sind, und vor allem wurde mit keinem Worte erwähnt, wer diese Anpassungslasten tragen soll. Es wurde nicht gesagt, wie die Wohlstandsverluste der importierten Kosteninflation absorbiert werden sollen und

wie die primär monetäre Preisstabilisierung auf lange Sicht aus dem Wachstums- und Verteilungszusammenhang herausgerissen werden kann, ein Problem, auf das gestern auch schon Herr Streißler hingewiesen hat. Es wurde ebenfalls nicht gesagt, wie die Machtungleichgewichte, die die Inflation der letzten Jahre zumindest passiv gewähren ließen und z. T. beschleunigten bzw. perpetuierten, nun plötzlich durch rein globale Maßnahmen auf der Nachfrageseite zum Verschwinden gebracht werden sollen. Oder anders formuliert: Die Meinungsverschiedenheiten beruhen meines Erachtens nicht primär darauf, daß wir verschiedene Antworten auf dieselben Fragen geben, sondern liegen vielmehr darin, daß die Politische Ökonomie der Inflation sich andere Fragen zu stellen beginnt, Fragen, deren Beantwortung wichtige Rückwirkungen auf die traditionelle theoretische Problemstellung und auf die traditionellen Antworten und Lösungen haben kann. Oder, wie ich es in meinem Papier formuliert habe: Es genügt nicht, logisch notwendige und hinreichende Bedingungen für Preisstabilität zu formulieren. Denn immer kommt die Frage dazu: Wollen, können oder sollen wir diese Bedingungen in die Realität umsetzen? Dies ist eben der Hauptpunkt der Wirtschaftspolitik, und es gibt meines Erachtens einfach keine Wirtschaftspolitik ohne Politik. Damit bin ich bei meinem Referat angelangt.

Versuch einer theoretischen und politischen Neuinterpretation der Einkommenspolitik

Von *Silvio Borner*, St. Gallen*

Einleitung

Die folgenden Ausführungen sind nicht als apologetisches Plädoyer für die Einkommenspolitik *sui generis* noch viel weniger als eine Verteidigung bestimmter einkommenspolitischer Konzeptionen und am allerwenigsten als Rechtfertigung offensichtlich begangener Fehler in der Einkommenspolitik gedacht. Im Sinne von Solow handelt es sich vielmehr um „the case against the case against the guideposts“, das heißt um eine kritische Hinterfragung der Argumente, die sich zu einem immer noch massiven Bollwerk professioneller Ablehnung gegenüber der Einkommenspolitik formiert haben. Dabei möchte ich zeigen, (1) daß unsere westlichen Wirtschaftssysteme langfristig nicht ohne Einkommenspolitik auskommen werden, (2) daß die Position der Gegner und Kritiker jeglicher Einkommenspolitik sehr schwach ist und (3) daß die Hauptprobleme der Einkommenspolitik eigentlich nur noch in der instrumentellen Implementierung wurzeln. Es geht hier, in Anlehnung an Schumpeter¹, vor allem um die Analyse der Bedingungen, welche die Notwendigkeit einer Einkommenspolitik hervorgerufen haben, sowie um eine Suche nach besseren einkommenspolitischen Maßnahmen, die die Fehler der Vergangenheit und die befürchteten Systemrisiken für die Zukunft möglichst vermeiden.

Meine Überzeugung der zwangsläufigen Notwendigkeit, einkommenspolitische Instrumente in das traditionelle Konzept der Globalsteuerung zu integrieren, basiert auf der These, daß die Unlösbarkeit des Inflationsproblems im Rahmen der vorherrschenden Theorie eine wissen-

* Geboren am 24. April 1941 in Langenthal (Bern). Studium der Wirtschafts- und Sozialwissenschaften an der Hochschule St. Gallen; 1966 Lizentiatsprüfung, 1966 - 1969 Assistent in der Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie sowie Unterrichtsassistent, 1969 Promotion zum Dr. oec., anschließend vollamtlicher Dozent an der erwähnten Hochschule. 1970/1971 Studienaufenthalt an der Yale University, USA. 1973 Habilitation, 1974 außerordentlicher Professor für Volkswirtschaftslehre an der Hochschule St. Gallen. Hauptarbeitsgebiete: Umsetzung von Theorien in politische Entscheidungen, Konjunktur- und Wachstumstheorie.

¹ Vgl. *Joseph Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, Bern 1950, S. 105.

schaftliche Krise auslösen wird (und zum Teil schon ausgelöst hat), die nur mit einem neuen „World View“ der Stabilisierungsaufgabe überwunden werden kann². Gleichzeitig werden wir mit der Nicht-Lösung des Inflationsproblems auch nicht leben können, weil die sozialen und politischen Folgen des inflatorischen Prozesses — trotz allfälliger Neutralisierung der wirtschaftlichen Verzerrungen — unser System in einen Zusammenbruch hineinführen, wie dies Schumpeter schon vor 25 Jahren eindrücklich darlegte³.

Mit dieser Diagnose geraten wir jedoch in ein Dilemma: Sowohl das Fortdauern der Inflation wie auch deren rigorose Bekämpfung durch Globalmaßnahmen schaffen so schwere politische und soziale Konflikte, daß die Basis unseres Systems bedroht wird. Wir müssen daraus einen Ausweg finden, und wir werden ihn finden, wenn wir nur einmal die ganze Problematik richtig erkannt haben und die theoretischen Anstrengungen auf diese große Aufgabe ausrichten. Dazu einen Diskussionsbeitrag zu leisten, ist das Ziel der folgenden Ausführungen.

1. Der einkommenspolitische „World View“

Der eben gemachte Bezug auf Schumpeter war nicht zufällig, denn aus dem unermeßlichen Reichtum an Schumpeterschen Ideen ragen zwei heraus, die für unsere Problemstellung wegweisend sind, nämlich (1) die Analyse des Wirtschaftsprozesses in seiner ganzen Breite und in seiner realzeitlichen Dynamik und (2) die Erkenntnis, daß Vision und Theorie nicht dasselbe sind, das heißt, daß die Fähigkeit, die Dinge in der richtigen Perspektive zu sehen, sehr oft etwas ganz anderes ist, als modelltheoretisch konsistent zu argumentieren. Wer auf dem Boden dieser Prinzipien steht, verliert den Respekt vor intellektuell noch so brillanten Konstruktionen der Theorie, wenn diesen eine zu enge und ahistorische Perspektive und eine falsche Vision der Problematik zugrundeliegt. Mein einziger Einwand gegen den Monetarismus beispielsweise ist „bloß“ der, daß sich seine Modelle nicht auf den heute vorherrschenden Inflationstypus und damit auch nicht auf die heute existierende Struktur der Wirtschaft beziehen, obwohl ich nicht bestreite, daß eine permanente Kontrolle der „Geldmenge“ eine logisch hinreichende Bedingung für die In-

² Vgl. *Thomas Kuhn*, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, Frankfurt 1973; vgl. auch *Nicholas Kaldor*, Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, in: *W. Vogt* (Hrsg.), Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, Frankfurt 1973, S. 80 ff., oder *Joan Robinson*, Die zweite Krise der ökonomischen Theorie, in: *W. Vogt* (Hrsg.), Zur Kritik der herrschenden Nationalökonomie, S. 37 ff. — Zum Begriff des „World View“ in der Stabilisierungspolitik vgl. *Axel Leijonhufvud*, Effective Demand Failures, in: *Swedish Journal of Economics*, 1973, S. 27 ff.

³ Vgl. *Joseph Schumpeter*, The March into Socialism, in: *American Economic Review*, Vol. 40, 1950, S. 46 ff.

flationsvermeidung wäre. Denn es ist kaum anzunehmen, daß dieser logisch hinreichenden Bedingung auch eine instrumentell zuverlässige, sozial verkraftbare und politisch tragfähige Maßnahmenstrategie entspricht. Ebenso gut könnte jemand behaupten, daß die Abschaffung der Geldwirtschaft oder die Einführung einer totalen Planwirtschaft hinreichende Bedingungen für die Lösung des Inflationsproblems seien. Die wirklich relevante Frage ist in allen Fällen dieselbe: Wollen, sollen oder können wir diese Bedingung in die Realität umsetzen? Es bedarf keiner weiteren Erklärung, daß eine geldmengenorientierte Globalsteuerung eine unumgängliche Voraussetzung für eine ergänzende Einkommenspolitik darstellt. Doch nun zum einkommenspolitischen Weltbild: Dieser „World View“ basiert auf folgenden methodologischen und inhaltlichen Grundelementen:

1.1 Methodische Ebene

In Übereinstimmung mit Ökonomen wie Balogh, Wiles, Galbraith etc. möchte ich davon ausgehen, daß man gar keine generellen Theorien aufstellen kann⁴. Durch die unkritische Übernahme des naturwissenschaftlichen Paradigmas erhielt die Ökonomie einen deterministisch-dezisionistischen Kern, der eben nicht einfach abstrakt ist, sondern in diametralem Gegensatz zur Gestaltbarkeit, Planbarkeit und Veränderbarkeit der institutionellen und verhaltensmäßigen Grundlagen des Wirtschaftsprozesses steht. Die besondere Problematik der makroökonomischen Theorie wurzelt darin, daß sie als physikalisch-mechanistische Analogie deshalb viele Probleme gar nicht sieht. Die sog. „Ausgangsbedingungen“ sind stets das Endprodukt historischer Entscheidungen, und die „Verhaltensgesetze“ sind im besten Fall temporäre empirische Regelmäßigkeiten. Indem Tobin⁵ eingesteht, die moderne Makrotheorie basiere auf dem Glauben an die Existenz stabiler Bewegungsgesetze, die relativ unabhängig von der internen Struktur des Systems seien, legt er den Finger auf den wunden Punkt. Im Falle der Inflation scheint es mir, daß die Theorie nicht nur die „interne Struktur“ in Form von Verhaltensweisen, Erwartungen, institutionellen Rahmenbedingungen etc. so stark modifiziert hat, daß die „alten Gesetze“ plötzlich nicht mehr funktionieren. Vielmehr entstand das gegenwärtige Inflationsproblem erst gerade aus

⁴ Vgl. *Thomas Balogh*, Macht oder ökonomisches Gesetz innerhalb der internationalen Wirtschaftsbeziehungen, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F. Bd. 74/II, Berlin 1973, S. 399 ff.; *John Kenneth Galbraith*, *Economics and the Public Purpose*, New York 1973; *Peter Wiles*, *Cost Inflation and the State of Economics*, in: *Economic Journal* 1973. Vgl. auch: *Nicholas Kaldor*, Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, und *Axel Leijonhufvud*, *Effective Demand Failures*.

⁵ *James Tobin*, *Essays in Macroeconomics*, New York 1971 (Vorwort).

der Anwendung der Theorie von Keynes. Mit anderen Worten, erst die wirtschaftspolitische Fähigkeit der Krisenverhütung machte das Inflationsproblem zu dem, was es bis heute effektiv geworden ist. Bestehen für die Unternehmer Beschäftigungsrisiken nur noch bei Streiks der Arbeitnehmer, während für letztere überhaupt keine mehr vorhanden sind, wird der Lohn- und Preisbildungsprozeß radikal anders abzulaufen beginnen. Oder allgemein gesagt: Das Wissen um die Funktionsweise des Systems ermöglicht wohl einerseits dessen beschränkte oder vorübergehende Steuerung, ist aber andererseits die Hauptursache für dessen veränderte Funktionsweise und daher auch für das allmähliche Versagen der ursprünglich erfolgreichen Steuerung. "If one feature characterizes academic economics, and consequently its failure as a reliable guide in practical affairs, it lies in its persistent striving after determinacy where none exists"⁶. Jegliche Kritik am allgemeinen Gleichgewicht und seinen deterministischen Implikationen bewirkt in der Tat einen Widerstand, den ich andernorts als „professionellen Despotismus“⁷ bezeichnet habe⁸.

Unglücklicherweise ist nun dieser ganze ahistorische und apolitische Determinismus durch die einseitig formale Weiterentwicklung des Tinbergen-Ansatzes in die Wirtschaftspolitik übertragen worden. Gemäß diesem Paradigma besitzt die Gesellschaft ein unabhängiges Zielsystem, die Wissenschaft liefert naturgesetzähnliche Kausalzusammenhänge, und ein Expertenteam berechnet für das solcherart geschlossene Ziel-Mittel-System die optimale Lösung. Eine entweder aus einem gütigen Diktator oder weisen Philosophenkönig bestehende Regierung übernimmt unbeschoren dieses technokratische Diktat und verwirklicht es auch gleich noch friktions- und kostenlos. So sehr diese Charakterisierung überspitzt ist, so wenig ändern die üblichen Qualifikationen z. B. bezüglich der möglichen Zielkonflikte, der Ungewißheit der Funktionszusammenhänge oder der angeblichen Unberechenbarkeit der Politik etwas daran, daß es sich bei diesem Paradigma letztlich doch um ein mechanistisches und dezisionistisches Monstrum handelt. Weshalb? Weil es die tatsächlichen Variablen des Verhaltens in feste Gesetzmäßigkeiten preßt, die ungewisse Entscheidung in ein stochastisches Problem umfunktioniert und nicht zuletzt den gesamten strukturellen, institutionellen, sozialen

⁶ *Thomas Balogh*, *Fact and Fancy in International Economic Relations*, Oxford 1973, S. 49.

⁷ *Silvio Borner*, *Der professionelle Despotismus in der Nationalökonomie*, in: Silvio Borner, *Auf der Suche nach neuen Grundlagen der Wirtschaftspolitik*, Diessenhofen 1975.

⁸ Vgl. auch *Nicholas Kaldor*, *Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie*, *János Kornai*, *Anti-Equilibrium*, Amsterdam 1971, oder *Martin Shubik*, *Commodity Money, Oligopoly, Credit and Bankruptcy in a General Equilibrium Model*, in: *Western Economic Journal*, March 1973, sowie eine Reihe noch unveröffentlichter Cowles Foundation Discussion Papers, Yale University.

und politischen Rahmen der Wirtschaft als fest gegeben deklariert. Dieser letzte Punkt ist für mich der wichtigste; denn nicht nur der Wirtschaftsprozess selbst verändert diese institutionellen und verhaltensmäßigen Grundlagen laufend, sondern auch die Wirtschaftspolitik kreiert mit ihren Maßnahmen in erster Linie neue Institutionen, neue Strukturen und neue Funktionsmechanismen, die den wirtschaftspolitischen Entscheidungsapparat und damit den Entscheidungsprozeß umgestalten. Die übliche, globale Ziel-Mittel-Vision übersieht leider diese fundamentale Tatsache. Das geflügelte Wort von Marshall McLuhan „the medium is the message“ — gilt abgewandelt auch in der Politik: Der Mechanismus der Entscheidung *ist* die Entscheidung.

Eine „Politische Ökonomie“, die weder die effektive politische Maschinerie noch die Möglichkeiten politischer „Führungsentscheidungen“ (im Sinne von schöpferischen Neuentwicklungen im Hinblick auf Rahmenbedingungen und Systemstruktur) berücksichtigt, verdient diesen Namen nicht. Dies hat für die Einkommenspolitik wichtige Konsequenzen. Wer z. B. einmal erkannt hat, wie tief in der schweizerischen Politik die Konkordanzdemokratie, das gütliche Einvernehmen und die Abstützung der Entscheidungen auf eine möglichst breite Konsensusbasis verankert sind, muß sowohl die Grenzen einer strengen „monetaristischen Regel“ wie auch die Chancen einer Einkommenspolitik ganz anders sehen. Die erstere würde das „Gleichgewicht“ in einem institutionell fragmentierten Entscheidungsprozeß fundamental gefährden, während der zweite Weg von einer breiten Konkordanz getragen werden müßte, die relativ gut in die politische Landschaft der Schweiz hineinpaßt.

1.2 Die inhaltlich-theoretische Ebene

Der unbefriedigende Zustand der Inflationstheorie ist meines Erachtens in erster Linie die Folge davon, daß die Keynesische Revolution bestenfalls auf halbem Wege steckengeblieben ist. Die Vernachlässigung der Angebotsseite durch Keynes erfuhr leider durch die Post-Keynesianer keine brauchbare Vervollständigung, so daß die Anwendung der Keynesischen Theorie auf unsere inflationäre Problematik mit großen Schwierigkeiten verbunden ist (Problem der Asymmetrien). Die sog. neoklassische Synthese war in Tat und Wahrheit eine kalte Wiedereinführung der Neo-Klassik auf der gesamten mikroökonomischen Ebene, wodurch die Keynesischen Grundgedanken des Ungleichgewichts und der Dynamik wieder untergingen (Problem der Mikro-Makro-Dichotomie). Der Rückzug der Keynesianer auf die simplizistischen Verkürzungen von Lange, Klein etc. beraubte den Keynesianismus auch seiner politischen Dimension. Statt immer bloß auf abstrakte Aggregate zu blicken, sollten wir wieder Theorien entwickeln, die das Verhalten von Institutionen

und Machtgruppen aller Art zu erklären und prognostizieren vermögen. Weshalb ist diese Forderung keynesianisch? — Weil Keynes davon ausging, daß der Geldlohnsatz irrelevant für das Niveau der Beschäftigung sei, womit eben eine institutionelle, historische oder gesellschaftspolitische Erklärung der Einkommensentstehung impliziert wird. Weder der Rückfall auf die neo-klassische Faktorpreistheorie noch die Erfindung der Phillips-Kurve sind dafür ein hinlänglicher Ersatz (Problem der Politischen Ökonomie). Wir betrachten deshalb die Inflation in Übereinstimmung mit einer wachsenden Anzahl von Autoren als einen gesellschaftspolitischen Prozeß und eben nicht mehr als kurzfristiges, konjunkturelles und aggregatives Phänomen der Gesamtnachfrage- bzw. der Geldmengensteuerung. Obwohl die Inflation wesentlich mit der Natur der Geldwirtschaft und notwendigerweise mit dem Prozeß der Geldschöpfung verbunden ist, muß im Lichte einer tieferen Ursachenanalyse gesehen und eingesehen werden, daß die Inflation zugleich ein langfristiges, soziales und politisches Grundproblem unserer Zeit und unserer Wirtschaftsverfassung darstellt. Weder ihr wissenschaftliches Verständnis noch ihre wirtschaftspolitische Bekämpfung lassen sich infolgedessen mit Hilfe von ein paar simplen Gleichungen bzw. ein paar steuerungs-technischen Tricks oder Regeln bewältigen. Unsere Realität ist einfach unwiderruflich über jene enge Modellwelt der Neo-Klassik hinausgewachsen, in der unsere gängigen theoretischen und ideologischen Grundkonzepte verwurzelt sind. Dies beschert der Wissenschaft eine Krise, wie das stets der Fall ist, wenn Wirklichkeit und Theorie nicht mehr zueinander passen⁹. Soll man die Voraussetzungen der Theorie wieder in der Wirklichkeit zu verwirklichen suchen, oder soll man die Theorie der veränderten Wirklichkeit anpassen? Ich plädiere ganz offen für das zweite, und zwar aus dem folgenden Grund: Zur Lösung des Inflationsproblems brauchen wir ein Wissen darüber, „how the world works“. Alle normativen Empfehlungen der Wissenschaft auf der Basis rein axiomatischer Modelle sind meines Erachtens schlicht und einfach politisch unbrauchbar, solange der deskriptive und erklärende Realitätsgehalt dieser Modelle nicht geklärt ist. Was wissen wir beispielsweise darüber, wie Preise und Löhne in der modernen Unternehmung festgesetzt werden, wie Regierungsprogramme entstehen, wie die Bürokratie staatliche Aufgaben erfüllt, was wissenschaftliche Experten in der Verwaltung wirklich tun etc.? Insbesondere im Hinblick auf die Preistheorie hat die Neo-Klassik immer noch nicht überzeugend zu widerlegen vermocht, daß — wie die klassische Schule behauptet — die Produktionskosten den Preis bestimmen. “It is not the cost of the productive services that determines the selling price of the product, but rather

⁹ Vgl. *Thomas Kuhn*, Die Struktur wissenschaftlicher Revolutionen, und *Silvio Borner*, Theorie und Praxis — ein gestörtes Verhältnis?, in: Silvio Borner, Auf der Suche nach neuen Grundlagen der Wirtschaftspolitik, S. 7 ff.

the other way around¹⁰." Nun wissen wir doch heute genau, daß dieses walrasianische Imputationsprinzip für die Produktionskosten nur für den Fall gilt, in dem vollkommene Konkurrenz herrscht, die Produktionsfaktoren vorgegeben sind und die Nachfrage einer „Einkommensrestriktion“ unterworfen ist. Wir wissen aber auch, daß diese Bedingungen durch monopolioide Marktformen, durch das Wachstum (Vermehrung der Ressourcen) und die Geldschöpfung („Liquiditätsrestriktion“) verletzt werden. Die Identität von Kostendeckungs- und Allokationsfunktion bzw. der daraus resultierende Primat der Allokationsfunktion hat somit auf die Wirklichkeit bezogen keinen absoluten Gültigkeitsanspruch mehr. Die Frage, ob die Preise die Allokation optimal steuern oder die Produktionskosten einfach die Preise und damit die Allokation determinieren, ist keine logische, sondern eben eine faktische. Es wäre meines Erachtens an der Zeit, diese Frage vermehrt empirisch abzuklären; denn je nach der Antwort, die wir in der Wirklichkeit finden, sieht vieles ganz anders aus, als es in unseren Lehrbüchern steht.

Nehmen wir einmal an, die einzelnen Anbieter in einer Situation der monopolistischen Konkurrenz stünden einer von links oben nach rechts unten abfallenden Nachfragekurve gegenüber und hätten relativ großen Spielraum für die Ausdehnung der Produktionsfaktoren zu konstanten Kosten bei konstanten Skalenerträgen (horizontale Angebotskurve). Die optimale Faktorallokation ist für derartige Fälle jedoch gar nicht definierbar; das ganze Modell wird unbestimmt. Die gesamte Gleichgewichtsvorstellung wird unter diesen Voraussetzungen irrelevant. Trotzdem braucht die Situation nicht instabil zu sein, weil eben die „Willkür“ des waagrechten Kostenniveaus einen historischen Prozeß darstellt, der sich in der Regel recht gleichförmig vollzieht (säkularer Anstieg). Eine administrative Preis- bzw. Lohnfixierung würde in diesen Modellen lediglich *ein* willkürliches Kosten- und Preisniveau durch ein *anderes* ersetzen. Diese Überlegung ist natürlich von zentraler Bedeutung für die Beurteilung einkommenspolitischer Eingriffe in die Faktorpreise, da die daraus angeblich resultierende allokative Ineffizienz für viele den Haupteinwand gegen derartige Mittel abgibt. (Dazu mehr weiter hinten.) Das Magazin „Business Week“ kam im Rahmen einer ausgedehnten Analyse zum Schluß, daß wahrscheinlich seit dem 19. Jahrhundert kein einziger „klassischer Markt“ im Sinne von Marshalls Preisbildung mehr existiert habe: “While the central objective of pricing will always remain the same — to bring in more money than is spent — a growing number of companies are changing many of their basic strategies and tactics for achieving that objective¹¹.” Diese sehr simple Zielsetzung

¹⁰ *Léon Walras*, *Elements of Pure Economics*, herausgegeben von W. Jaffé, Homewood Ill. 1954.

¹¹ Pricing Strategy in an Inflation Economy, in: *Business Week*, 6. April 1974, S. 8 ff.

ist „dem Unternehmer auf der Straße“ auch nach hundert Jahren Marginalismus nicht als illusorisch plausibel zu machen. Wenn jedoch derartige auf der Kostendeckungsfunktion aufbauende Preisstrategien der Unternehmungen vorherrschend sind, dann sollen wir uns auch vermehrt über deren makroökonomische Allokations- und Inflationswirkungen Gedanken machen. Autoren wie Tobin, Ackley, Ball, Schultze, Weidenbaum haben zu diesem Problem wichtige Vorarbeiten geleistet. So bezeichnet Tobin die Preisinflation als neutrale Methode, um arbiträre Nominallohnpfade mit den relativen Lohnsätzen in Übereinstimmung zu bringen¹². Oder Ackley argumentiert: “My vision of the type of inflationary process which now concerns us sees it as essentially the by-product of a struggle over income distribution, occurring in a society in which most sellers of goods and services possess some degree of market power over their own wages and prices (in nominal terms)”¹³. Eine ähnliche Perspektive besitzt auch Ball¹⁴: “The long term rate of inflation is in part the mechanism by which efficiency gains are distributed between different groups of workers in a system in which money wages and prices are basically inflexible downwards”. Ball zieht daraus auch gleich (wie übrigens auch Ackley) explizit den Schluß, daß man dieses Problem mit einer Globalsteuerung im allgemeinen nicht zu lösen vermöge. Charles Schultze¹⁵ sah schon vor 15 Jahren den Zusammenhang zwischen Inflation, Lohn- und Preisbildungsprozeß und Ressourcenallokation sehr richtig, als er schrieb: “Mild inflation is in fact one of the ways in which an economy with downward rigidities in its cost and price structure allocates resources”.

Die motivierenden Kräfte hinter diesem starken Einkommensdruck auf der Entstehungsseite, der von immer mehr Gruppen ausgeübt wird, sind zunehmende Unzufriedenheit mit der Einkommensverteilung einerseits und die zunehmende Bereitschaft, dafür mit immer größerem Einsatz zu kämpfen andererseits. Die Beschleunigung der Wandlungen in den Einkommensstrukturen sowie die faktische Indexautomatik bei einer ständig wachsenden Zahl von Einkommensbezügern haben diesen Druck kontinuierlich erhöht. “The concern with income distribution can be a powerful mechanism for motivating greater use of potential influence over wage and price decisions”¹⁶. Preiserwartungen und relative

¹² James Tobin, Inflation and Unemployment, in: American Economic Review, März 1972, S. 1 ff.

¹³ Gardner Ackley, An Incomes Policy for the 1970's, in: Review of Economics and Statistics, August 1972, S. 218.

¹⁴ R. J. Ball, Inflation and the Theory of Money, Vorwort zur 2. Aufl., London 1973.

¹⁵ Charles Schultze, Recent Inflation in the United States, Study Paper No. 1, Study of Employment, Growth and Price-Levels, Washington 1959.

¹⁶ Murray Weidenbaum, New Initiatives in National Wage and Price Policy, in: Review of Economics and Statistics, August 1972, S. 213.

Unterschiede des Produktivitätsfortschrittes setzen dafür zusätzliche Energien frei. Bestritten wird von den Gegnern dieser Darstellung vor allem die Permanenz der inflationären Bias, indem mit dem — auf den ersten Blick — einleuchtenden Argument gefochten wird, daß Machtpositionen lediglich einen einmaligen Kostenstoß auslösen können. Sind die Machtspielräume einmal ausgeschöpft, dann droht aus dieser Ecke keine Gefahr mehr. Das ist meines Erachtens ein gravierender Trugschluß, der zweierlei übersieht: Einmal ist es nicht in erster Linie die Übermacht einer bestimmten Gruppe, welche die aggregativ inkonsistenten Einkommensansprüche hervorbringt, sondern erst das Zusammenspiel aller mehr oder weniger machtbewehrten Gruppen. Keine Gruppe ist mächtig genug, um die anderen endgültig zu dominieren, und keine ist so schwach, daß sie sich nicht wehren könnte. Es ist wie auf Orwells Farm: "All pigs are equal, but each pig wants to be more equal than the others". Aus dieser Konstellation erst resultiert eine dauernde Fortsetzung des allseitigen Kampfes um relative Anteile und einmal erungene Positionen. Zum zweiten übersieht die „one shot affair“-These auch, daß eben der einmal erkämpfte eigene Einfluß auf den Preis es ermöglicht, alle von außen herankommenden Kostenerhöhungen weiterzugeben. Ball erkennt die Sachlage durchaus adäquat, wenn er schreibt: "The problem of distributing the gains from increasing efficiency in the context of imperfect markets and price and wage rigidities still remains [im Falle der richtigen Dosierung der Gesamtnachfrage]. This distributional conflict will continue to create a lasting inflationary bias at full employment in the absence of specific policies to deal with it. It is this problem for which some form of incomes policy is relevant . . ."¹⁷. Es ist offensichtlich, daß die — wie auch immer geartete — Einkommenspolitik weder einen allfälligen Nachfrageüberhang beseitigen noch die steigenden Importpreise neutralisieren könnte, aber trotzdem auch in diesen Konstellationen nicht überflüssig wird. Ota Šik bereichert diesen macht- und verteilungspolitischen Ansatz noch um einen weiteren wichtigen Punkt. Bei der sog. Lohn-Preis-Spirale erscheint ihm am wichtigsten, daß der rasch anwachsende Verbrauch eine entsprechend schnell ansteigende Investitionsentwicklung erfordert, die nur durch eine dauernde Preissteigerung abgesichert werden kann. Die Inflation ist somit für Šik nicht bloß ein Ausdruck von Auseinandersetzungen im Bereich der personellen und funktionellen Verteilung, sondern ebenso sehr wenn nicht primär Ausdruck eines nicht zu überbrückenden Kampfes um die Aufteilung des Nationaleinkommens auf vorwiegend konsum-

¹⁷ R. J. Ball, *Inflation and the Theory of Money*, Vorwort zur 2. Aufl.; vgl. auch Hans Würzler, *Inflation als Machtproblem*, in: Hans K. Schneider und Christian Watrin (Hrsg.), *Macht und ökonomisches Gesetz*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 74/I, Berlin 1973, S. 697 ff.

gerichtete und vorwiegend investitionsgerichtete Einkommen zwischen gigantischen Interessengegnern¹⁸.

1.3 Zusammenfassung und Schlußfolgerungen

Der klassische Inflationstypus der Vergangenheit (vorsätzliche Geldvermehrung durch Regierungen) ist nicht das, was uns in der westlichen Welt heute primär bewegen sollte, weil dieser „World View“ als Inflationserklärung eigentlich nur noch Dummheit oder Bosheit der Notenbankbehörden offen läßt. In meiner Sicht ist die Inflation unserer Zeit ein grundlegendes soziales Problem, und zwar sowohl vom Blickwinkel der Verursachung wie auch der Folgen aus betrachtet. Dafür ist aber die Notenbank nicht verantwortlich; denn weder ist es ihre Schuld, daß die gegenwärtige Wirtschaft auch bei vernünftiger Auslastung einen strukturellen Inflationsbias aufweist, noch daß die Gesellschaft die Kosten einer Beseitigung dieses Bias in Form einer Deflationspolitik nicht zu übernehmen gewillt ist. Dabei — und das ist das Verhängnisvollste — verschränken sich diese gesellschaftlichen Ursachen und Wirkungen in einer Weise, die uns immer mehr dem Inflationsprozeß auszuliefern droht. Es scheint, daß wir einerseits den Fortgang der Inflation brauchen, um die sozialen Konflikte abzufedern, und andererseits diese Inflation selbst wieder zur Verschärfung oder zumindest zum ständigen Neuaufleben eben dieser Konflikte beiträgt. Unsere Gesellschaft gleicht einem unglücklichen Liebhaber, der weder mit noch ohne seine Geliebte zu leben vermag und — wie das in solchen Fällen oft vorkommt — beides zusammen versucht.

Die ökonomische Theorie gerät angesichts dieser Sachlage in arge Verlegenheit. Es braucht eine gewisse Unverfrorenheit, das Scheitern der traditionellen Diagnose und Therapie im Sektor Inflationsbekämpfung wegdiskutieren zu wollen, indem die Verantwortung für das Versagen allein der kurzsichtigen und unfähigen Politik zugeschant wird. Die Mitverantwortung der Wissenschaft gründet meines Erachtens darin, daß die vorherrschende Theorie in beinahe süchtiger Weise einem Glaubenssystem verfallen bleibt, das sehr oft die wirklichen Mißstände und Probleme der realen Welt kaschiert¹⁹. Daraus entsteht eine stark verfälschende Perspektive bzw. ein falsches Weltbild. Doch welches sind die zentralen, aber gleichzeitig fragwürdigsten Glaubenssätze der gegen-

¹⁸ Ota Šik, Hat die Inflation in der westlichen Marktwirtschaft und in der kommunistischen Planwirtschaft etwas Gemeinsames?, in: Argumente für den Dritten Weg, Hamburg 1973, S. 88 ff. Vgl. auch *Erich Streißler*, Die schleichende Inflation als Phänomen der Politischen Ökonomie, Basler Wirtschaftswissenschaftliche Vorträge, 1974.

¹⁹ Vgl. *John Kenneth Galbraith*, The Second Crisis of Economic Theory (Foreword), Morristown N.J. 1972.

wärtigen theoretischen Basis der Stabilisierungspolitik? An allererster Stelle zu nennen ist der tief zugrundeliegende Glaube der neo-klassischen Schule, „daß die Theorie des allgemeinen Gleichgewichts der einzige Ausgangspunkt für jede logisch konsistente Erklärung des Ablaufens dezentralisierter ökonomischer Systeme ist“²⁰. Obwohl die Axiome dieses Modells nicht im Einklang mit der Wirklichkeit stehen, beansprucht es Geltung als absolute Norm einerseits und als brauchbare deskriptive Annäherung der Wirklichkeit andererseits. Insbesondere sind es die Eigenschaften der „allokativen Effizienz“ und die „leistungsgerechte Verteilung“, welche die Hauptargumente gegen jegliche „direkten“ Eingriffe in den Preisbildungsprozeß abgeben. Zum zweiten hat das deskriptive Versagen der Theorie des allgemeinen Gleichgewichts eine Makroökonomie ins Leben gerufen, die auf dem Glauben an relativ invariante Bewegungsgesetze und Gesamtprozesse trotz fortwährender struktureller Umschichtungen in den Mikro-Systemen basiert. Wiles nennt diese Theorie einen „black box approach floating on a microvacuum“²¹. Diese keynesianischen oder monetaristischen schwarzen Kästen funktionieren manchmal recht gut (z. B. USA 1964), dann aber wieder nicht (z. B. USA 1968 - 1971); aber leider wird das entsprechende Resultat jeweils erst nachträglich transparent. Die traditionelle Makroökonomie bewährt sich vor allem bei der Krisenverhütung und Krisenbekämpfung und vielleicht auch bei relativ kleinen Störungen. Mit dem langfristigen Inflationsproblem kommt sie aber immer weniger zu Rande.

Drittens ist die wissenschaftliche Analyse der Wirtschaftspolitik leider noch nicht zur Erkenntnis vorgedrungen, daß auch die wirtschaftlichen Probleme „politischer“ Natur sind. Von Keynes haben wir den Glauben unkritisch übernommen, daß der Staat die privaten Interessen zu überspielen und das Nötige von oben anzuordnen in der Lage sei. „The state was strong, its power could be used, and if the frightful and unnecessary muddle of analysis were cleared away, would be used, to reduce the economic problem to a position of secondary importance“²². Dieser Glaube an den Willen und die Fähigkeit von Regierungen, die Erkenntnisse der Wissenschaft in die Tat umzusetzen, hat sich als auf Sand gebaut herausgestellt, weil die Zunahme des materiellen Wohlstandes im Zusammenhang mit dem Verschwinden des Krisen- und Beschäftigungsrisikos nicht die erhoffte soziale Ruhe und politische Stabilität gebracht hat. Im Gegenteil: Weil keine Dankbarkeit gegenüber der Vergangen-

²⁰ *Nicholas Kaldor*, Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, S. 62; vgl. dazu auch *Kenneth J. Arrow*, Limited Knowledge and Economic Analysis, und *T. C. Koopmans*, Is the Theory of Competitive Equilibrium with it?, in: *American Economic Review*, Mai 1974.

²¹ *Peter Wiles*, Cost Inflation and the State of Economics, S. 395.

²² *Michael V. Posner*, Making Economic Policy, in: *Economic Journal*, März 1973, S. 118.

heit feststellbar ist, das Wachstum die relativen Wohlstandsverbesserungen nicht erbringen kann und die Vollbeschäftigungsgarantie auch extreme Gruppenforderungen nicht mehr bestraft, haben die Spannungen und Konflikte eher zugenommen — vielleicht auch deshalb, weil der erhöhte Wohlstand mehr Zeit, Energien und Selbstbewußtsein freisetzt, um der Unzufriedenheit Ausdruck zu verleihen. Als unfruchtbar hat sich viertens und letztens auch der Glaube an den Ziel-Mittel-Ansatz der Wirtschaftspolitik erwiesen und damit auch die ganze Trennung von Wissenschaft und Politik. Die Einigung auf und gesetzliche Verankerung von abstrakten Zielen und die Suche nach dem optimalen Einsatz der Instrumente auf diese gegebenen Ziele charakterisieren die wirtschaftspolitische Strategie dieses Glaubenssystems, wobei die Wissenschaft sich exklusiv mit dem zweiten Aspekt befaßte. Leider existiert jedoch kein politischer Konsensus über gerechte Verteilungsanteile, über Art und Richtung des Wachstums und über die Existenz oder gar Vorherrschaft eines öffentlichen Interesses. Ziele und Mittel sind interdependent, und ein effektiver Konsens als Aktionsbasis entsteht nur auf der Grundlage konkreter Programme, deren distributive und strukturelle Auswirkungen einigermaßen überschaubar sind²³.

2. Theoretische Aspekte der Einkommenspolitik

2.1 Wider die Globalsteuerung

Konnte man noch vor wenigen Jahren auf die fehlende empirische Evidenz einer „Einkommens- und Kosteninflation“ und den mangelhaften Einsatz der Globalpolitik als Hauptursache für die Fortsetzung der „Nachfrageinflation“ hinweisen²⁴, so präsentieren sich die Fakten heute doch etwas anders: Wer beobachtet hat, wie die „Phillips-Kurven“ in den letzten Jahren zuerst wild „herumgeschiftet“ sind, wer den konsequenten, aber erfolglosen Einsatz der amerikanischen Geld- und Finanzpolitik von 1968 bis 1971 mitverfolgte²⁵ und wer heute miterlebt, wie unsere schweizerische Inflationsrate nach zweijähriger Konstanz der *nominellen* Geldbasis immer noch wächst (trotz Floating), der sollte doch einiges in seinen Heften zu revidieren beginnen. Das falsche Schlagwort der „Stagflation“ hat zumindest in der Sache eine tatbeständliche

²³ Vgl. *Silvio Borner*, *Wissenschaftliche Ökonomik und Politische Aktion*, Bern und Stuttgart 1975.

²⁴ Vgl. z. B. *Heidi Schelbert-Syfrig*, *Einige Gedanken zur Einkommenspolitik*, in: *Verstehen und Gestalten der Wirtschaft*, Festgabe für F. A. Lutz, Tübingen 1971, S. 85 ff. Vgl. auch *Bert Rürup* und *Axel Siedenberg*, *Das Stabilitätsgesetz im Spiegel der Kritik*, in: *Konjunkturpolitik*, Erstes Heft, 1974.

²⁵ Vgl. z. B. *Robert J. Gordon*, *Wage-Price Controls and the Shifting Phillips Curve*, *Brookings Papers on Economic Activity*, Nr. 2, 1972; vgl. auch: *Economic Report of the President*, January 1973 oder *Arnold R. Weber*, *In Pursuit of Price Stability*, Washington D.C. 1973.

Grundlage in Form des Zusammentreffens von Rezession und Inflation. Viele Faktoren haben zu diesem die traditionelle Makroökonomie herausfordernden Phänomen geführt, so z. B. die Verkürzung der rezessiven Phasen, die trendmäßige Verschiebung der Preisniveaueurve, deren partielle Verselbständigung vom Konjunkturprozeß durch Selbstbeschleunigung, Inflationserwartungen und Verteilungskampf, die eklatante Energie- und Rohstoffpreissteigerung etc. All diesen Phänomenen ist eines gemeinsam: Sie verringern die Wirksamkeit der traditionellen Globalsteuerung oder anders ausgedrückt: Sie zerstören die Grundlagen, auf denen die Globalsteuerung und insbesondere der Monetarismus fußen. Diese Erfahrungen haben die Voraussetzungen der Globalsteuerung immer mehr zu Fiktionen gemacht. In concreto handelt es sich dabei um die Annahmen, daß (1) in den Arbeits- und Gütermärkten genügend Konkurrenz herrscht, so daß die Nachfragedämpfung bzw. der Druck auf die Kapazitätsauslastung sich in eine Verlangsamung des Preis- und Kostenanstiegs umsetzt und nicht in einen Abfall des Outputs bei gleichzeitiger struktureller Spannungszunahme; (2) daß die globalen Maßnahmen keine namhaften Struktur- und Verteilungswirkungen nach sich ziehen, welche zu neuerlichen Einkommensansprüchen und zu einem Zerfall des politischen Konsens Anlaß geben; (3) daß sich die relativen Preise und Löhne unabhängig vom Niveau der Gesamtnachfrage einspielen, das heißt, daß die allokativen Funktionsweise der Märkte durch Globaleinflüsse nicht beeinträchtigt wird. Meines Erachtens handelt es sich bei diesen drei Voraussetzungen um ein modelltheoretisch oder interessenpolitisch motiviertes Wunsch- und Trugbild, das uns analog zum Laissez-faire vor 40 Jahren den Blick für die Realitäten verschließt. Die Annahme, daß konjunkturelle Prozesse — und die zu ihrer Kontrolle ergriffenen traditionellen Globalmaßnahmen — unabhängig von der strukturellen Gestalt der Wirtschaft, der sozialen Situation und den politischen Mechanismen sind, wird sich in Zukunft wohl endgültig als unhaltbar herausstellen. Erstaunlich daran ist eigentlich nur, daß wir nicht schon längst bei dieser Erkenntnis angelangt sind. So sagte Harrod bereits 1958 klipp und klar, daß die Vermeidung von Nachfrageüberhängen nur eine Ursache eines Lohnstoßes beseitige (but there may be others)²⁶. Was an andern Ursachen eben bleibt, ist vor allem die Tatsache, daß auch bei Vollbeschäftigung und gar bei Unterbeschäftigung der Verteilungskampf weitergeht, ja sich unter Umständen sogar verschärft. Wir stehen in der Tat wie in den dreißiger Jahren vor dem Problem, daß uns die Funktionsweise des wirklichen Systems in bezug auf seine Selbstregulierungsfähigkeit und Reaktionsweise unverständlich erscheint. "When the issues are put in this very general, diffuse way and with reference to real world systems rather than particular classes of models, modern economic theory can as yet provide no an-

²⁶ Roy F. Harrod, *Policy Against Inflation*, London 1958, S. 211.

swers²⁷. Die Globalsteuerung wird damit zu einer Art Roulette. So funktionierte die Steuersenkung der USA von 1964 genauso, wie die Theorie es prognostizierte; aber dieselbe Theorie versagte bei der Steuererhöhung von 1968 kläglich, weil die Wirtschaftssubjekte diesmal einfach ihre Sparneigung anpaßten. Diese Unvoraussehbarkeit der Wirkungen antiinflationärer Maßnahmen beruht — wie Šik richtig bemerkt — darauf, daß sie „ohne Kenntnis der benötigten Proportionen zwischen Verbrauchs- und Investitionsentwicklung, ohne Kenntnis der zu erwartenden Einkommensentwicklung und ihrer Aufteilung auf Konsum und Ersparnisse, ohne Kenntnis der Reaktionen verschiedener Interessengruppen . . . beschlossen“ werden²⁸. Die letzte Ursache dieser Unkenntnis ist immer wieder die Tatsache, daß Individuen und Gruppen ihre Verhaltensweisen aus freiem Entschluß zu ändern und durch Machtmittel durchzusetzen in der Lage sind. Wenn die Globalsteuerung immer mehr versagt, dann heißt das einfach, daß immer mehr Gruppen bzw. immer mehr Märkte sich von der Globalsteuerung zu isolieren vermögen²⁹. Dies erklärt gleichzeitig den effektiv immer selektiveren Charakter ebenso wie die zunehmende Länge der Wirkungslags globaler Maßnahmen. Je selektiver die Auswirkungen und je länger die Lags werden, desto lohnender und verständlicher wird jedoch der Gruppenwiderstand und desto größer die erforderliche restriktive Dosis zur Beseitigung eines Prozentpunktes Inflation. Je mehr dies von der Wirtschaft erkannt wird, desto mehr verhärtet sich die Erwartung, daß die Regierung nicht durchhalten werde — ein Grund mehr, sich noch hartnäckiger zur Wehr zu setzen. „Therefore they [die Gruppen] are bound to resist as long as they can; and it must be war, until those who are economically weakest are beaten to the ground“³⁰. Dieses bald fünfzigjährige Argument von Keynes ist meines Erachtens der Hauptgrund für die „liberale“ Begeisterungswelle bei Gewerkschaften und Unternehmensverbänden zugunsten der „marktkonformen“ Globalsteuerung; denn die eigenen Kreise werden dadurch in der Tat am wenigsten gestört. Die keynesianische Annahme der „Rigidität“ ist somit nicht bloß eine technische Marktunvollkommenheit, sondern eine Art „a priori Gesetz des sozialen Universums, das aus einem Verständnis der wahren Natur wirtschaftlicher Beziehungen abgeleitet ist“³¹. Es erscheint geradezu grotesk, daß

²⁷ Axel Leijonhufvud, *Effective Demand Failures*, S. 29.

²⁸ Ota Šik, *Hat die Inflation in der westlichen Marktwirtschaft und in der kommunistischen Planwirtschaft etwas Gemeinsames?*, S. 97.

²⁹ Vgl. Murray Weidenbaum, *New Initiatives in National Wage and Price Policy*; Gardner Ackley, *An Incomes Policy for the 1970's*, sowie Barry Bosworth, *The US Experiment with an Incomes Policy*, *Brookings Papers on Economic Activity*, Nr. 2, 1972.

³⁰ John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of Mr. Churchill*, in: *Essays in Persuasion*, London 1931, S. 248.

³¹ Vgl. Michael V. Posner, *Making Economic Policy*, S. 114.

Keynes heute als Erfinder der exklusiv globalen Inflationsbekämpfung erhalten muß, obwohl er diese Deflationspolitik unmißverständlich verdammt, und zwar durchaus nicht im Sinne einer deflatorischen Krisenbekämpfung. "The truth is that we stand mid way between two theories of economic society. The one theory maintains that wages should be fixed by reference to what is 'fair' and 'reasonable' as between classes. The other theory — the theory of the economic juggernaut — is that wages should be settled by economic pressure, . . . and that our vast machine should crash along, with regard only to its equilibrium as a whole and without attention to the chance consequences of the journey to individual groups." "I think that they [die Befürworter der zweiten Theorie] are immensely rash in their regardlessness, in their vague optimism and comfortable belief that nothing really serious ever happens. Nine times out of ten, nothing really serious does happen . . . But we run a risk of the tenth time . . . if we continue to apply the principles of an Economics which was worked out on the hypotheses of Laissez-faire and free competition to a society which is rapidly abandoning these hypotheses"³².

Keynes sah nicht nur die „haßschürenden“ und „verheerenden“ sozialen Ungerechtigkeiten einer monetären Deflationspolitik, sondern auch den einzigen Ausweg in Form eines einkommenspolitischen Reallohnkontraktes, abgesichert durch eine Indexklausel für einen effektiven ex post Teuerungsausgleich. Keynes erkannte überdies, daß das Preisniveau erst reagieren kann, *nachdem* die Nominallöhne gefallen sind. Dieser zentrale Punkt wird gerade heute wieder fast total vernachlässigt. „Die außergewöhnliche Beliebtheit eines so unplausiblen Arguments wie das der Quantitätstheorie . . . scheint auf der Ablehnung der Tatsache zu beruhen, daß der Haupteinfluß auf das allgemeine Preisniveau . . . das Niveau der Geldlohnsätze ist und daß das Niveau der Lohnsätze immer mehr oder weniger historischer Zufall ist“³³. Je mehr nun aber dieses historische Erbgut einer Inflationserfahrung entstammt, desto resistenter wird die zukünftige Inflationserwartung und desto stärker die Abneigung gegen die bestehenden Distributionsstrukturen; denn die Inflationserfahrung lehrt eindrücklich, welche Konsequenzen auf die Verteilung von Macht- und Ohnmachtspositionen ausgehen. Diese institutionellen Aspekte der von Tobin ins Zentrum gestellten willkürlichen Nominallohnpfade, die Imperfektionen und Rigiditäten der Märkte sowie die politischen und sozialen Kosten einer frontalen Attacke

³² John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of Mr. Churchill*, S. 268.

³³ Joan Robinson, *Die zweite Krise der ökonomischen Theorie*; vgl. auch Peter Wiles, *Cost Inflation and the State of Economics*, S. 46 f.

dieser Probleme durch die Kreditbremse können in einer letzten Analyse nicht einfach beiseite geschoben werden. Der Monetarismus schweigt sich wohl nicht zufällig über den „Transmissions-Mechanismus“ aus. Der dabei vorgeschobene Positivismus ist in meiner Beurteilung ein euphemistischer Vorwand, um den zentralen Problemen auszuweichen. “The theory is that . . . dear money and credit restrictions diffuse themselves evenly and fairly rapidly throughout the whole community. But the professors of this theory do not tell us in plain language how the diffusion takes place”³⁴. Die Zugeständnisse über die angebliche Verlängerung der Lags sind ein kleiner Trost für das Fehlen einer wirklichen Analyse der Wirkungsübertragung. Es gibt leider keine simplen Erklärungen für das komplexe wirtschaftliche Verhalten und demzufolge auch keine simplen Lösungen der Probleme, es sei denn, man betrachte die Herbeiführung einer Finanzkrise oder einer schweren Stabilisierungsrezession als eine solche Lösung. Daß die Wirtschaftspolitik traditionellen Zuschnitts diese beiden Resultate hervorbringen kann, ist unbestritten, hilft aber in der wirtschaftlichen Praxis nicht weiter. Es ist durchaus nicht ausgeschlossen, daß wir näher an diese Risiken herangekommen sind, als man allgemein annimmt.

Fassen wir das bisherige zusammen: Beim Vorliegen eines allseitigen Kampfes um Einkommensanteile können dessen inflationäre Konsequenzen nur durch ein System gezielter, aber direkter Eingriffe in den Prozeß der Einkommensentstehung, -verwendung und -verteilung unterbunden werden, wenn man gleichzeitig die Vollbeschäftigung und das gegenwärtige Wirtschafts- und Gesellschaftssystem aufrechterhalten will. Diese Maßnahmen lassen sich ohne weiteres in das traditionelle Globalsteuerungskonzept einbauen. Die Begründung der Notwendigkeit dieses Einbaus stützt sich auf drei Hauptargumente. (1) Die Inflation wird nicht verschwinden, selbst wenn es uns in Zukunft gelingen sollte, Fehler und Lücken in der Nachfragesteuerung zu vermeiden. (2) Einige Fehlerquellen der Globalsteuerung sind a priori nicht auszuschalten (Prognosefehler, spontane Verhaltensänderungen, psychologische Wirkungen etc.). (3) Es gibt viele mögliche strukturelle Veränderungen in unserer Wirtschaft, um deren inflationäre Bias abzuschwächen und die Lasten der unvermeidlichen Teuerung so zu verteilen, daß diese nicht zu permanenten Inflationsfaktoren werden. Die zentrale These ist somit die, daß bei relativ starren Lohn- und Preisstrukturen (1) die distributiven Konflikte über Einkommensanteile immer wieder inflatorische Wirkungen zeitigen, (2) daß unter diesen Prämissen die Aufteilung der Produktivitätsfortschritte inflatorisch sein muß, und (3) daß auch die Lastenverteilung der unvermeidlichen und importierten Inflation einer

³⁴ *John Maynard Keynes*, *The Economic Consequences of Mr. Churchill*, S. 251.

expliziten Lösung bedarf. Für diese Probleme brauchen wir eine Einkommenspolitik.

2.2 Wider die Fiktion der Effizienz des Marktes

Es ist offensichtlich, daß Eingriffe in den Lohn- und Preisbildungsprozeß notwendigerweise mit Ineffizienzen und Ungerechtigkeiten verbunden sind; aber diese dürfen bei der Beurteilung ihrer Schwere nicht mit dem Maßstab der vollkommenen Konkurrenz gemessen werden. Der richtige Vergleichsmaßstab ist natürlich der Grad an Ineffizienz und Ungerechtigkeit, der mit einer offenen Inflation oder einem alternativen Bekämpfungsweg einhergeht. Die allokative Effizienz des freien Wettbewerbs ist in der Tat eine schätzenswerte Einrichtung — wo sie noch existiert; aber in vielen realen Märkten ist die unsichtbare Hand sehr deutlich sichtbar, oft sogar samt des muskulösen Armes, der sie führt. So kehrt Galbraith das übliche Argument gerade auf den Kopf. Die These der allokativen Verzerrungen ist nach ihm „self-evident nonsense“; denn die Einkommenspolitik greift nur in Märkte ein, in denen Gewerkschaften, Verbände und marktmächtige Unternehmungen schon lange stark eingreifen. „It is relatively easy to fix prices that are already fixed“³⁵. Tobins Inflationsdefinition stellt klar, daß tatsächlich nur willkürliche Nominallohnpfade (bzw. Preispfade) in sozial sinnvollere Bahnen umgebogen werden. Insoweit dies nur dort geschieht, wo die Verzerrungen des relativen Lohn- und Preisgefüges offensichtlich sind und die inflatorischen Folgen auf der Hand liegen, spricht einiges für direkte Eingriffe in diese Bereiche. Es scheint, daß Preisstabilität nicht bloß ein Kollektivgut ist, sondern eben ein Merit-Gut, das uns bis zu einem gewissen Grad aufgezwungen werden muß. Selbst das Substitut in Form einer drastischen Wettbewerbspolitik, welche die Voraussetzungen der Grenzproduktivitätstheorie der Verteilung wieder herstellen würde (was jedoch utopisch ist), wäre nicht minder willkürlich, weil sie jeden in der Position gefangen halten würde, in der er zufällig war, als die Jagd nach relativen Gewinnen zum Stehen gebracht werden konnte³⁶.

Jegliche Diskussion der allokativen Ineffizienz einkommenspolitischer Eingriffe muß doch heute davon ausgehen, daß die Inflation den entscheidenden Fehlallokations-Mechanismus darstellt, insbesondere wenn wir nicht bloß die Preise der laufenden Produktion betrachten, sondern auch die Vermögenswirkungen mitberücksichtigen. Wer jegliche Eingriffe in die Lohn- und Preisbildung kategorisch ablehnt, unterschreibt damit primär die gerade bestehende Macht- und Vermögensverteilung

³⁵ John Kenneth Galbraith, *Theory of Price Control*, Cambridge Mass. 1952, S. 17.

³⁶ Joan Robinson, *Die zweite Krise der ökonomischen Theorie*, S. 55.

und eben nicht eine „perfekte“ Allokation bei freier Konkurrenz und „gerechter“ Verteilung. “It is clear that while any incomes policy must pay attention to the problem of resource allocation, the character of existing markets does not imply that some external intervention would be necessarily injurious”³⁷. Die wahre Bedeutung von Marktmacht wird normalerweise nicht erkannt, nämlich die Tatsache, daß irgendwelche isolierte Kostensteigerungen das gesamte Kostengefüge überlagern. Nur im Paradies der ökonomischen Theorie würde die Anpassung so erfolgen, daß andere Preis- und Kostenkomponenten sich kompensatorisch verringern würden. Dies ist vor allem für die Erkenntnis wichtig, daß auch rein mikroökonomisch bedingte Angebotsrückgänge oder Produktivitätsrückschläge (z. B. wegen Rohstoffmangel, Streiks, Abnahme der Arbeitsmotivation etc.) sich in eine allgemeine Preissteigerung umsetzen können. Man kann hier natürlich das Heil in einer scharfen Wettbewerbspolitik sehen, eine Strategie, die jedoch auch langfristig aus technologischen und strukturellen Gründen bestenfalls teilweise als gangbar taxiert werden muß. Auch politisch ist ein wettbewerbspolitischer Frontalangriff auf die grundlegenden institutionellen Machtbasen nicht unbedingt vielversprechend. Was notwendig und möglich zugleich erscheint, ist doch wohl eher eine gezielte Limitierung der Ausnützung dieser Machtpositionen in denjenigen Fällen, wo sie sich spezifisch inflationsfördernd auswirkt oder mit anderen wichtigen gesellschaftlichen Zielen kollidiert.

Es sei hier nur nochmals in Erinnerung gerufen, daß nebst den rein machtbedingten Marktunvollkommenheiten die Frage der allokativen Effizienz des Marktes selbst zu stellen ist. Ausgangspunkt dieser Infragestellung der Gleichgewichtstheorie ist die Forderung, Produktion und Absatz als einen historischen Prozeß zu betrachten, bei dem „jegliche Änderung in der Verwendung der Ressourcen . . . die Möglichkeit für weitere Veränderungen schafft, die sonst nicht existiert hätten“³⁸. Unter diesen Bedingungen wird der Begriff der optimalen Allokation bedeutungslos und widersprüchlich. Gleichzeitig wird es auch unmöglich, das Produkt auf die Beiträge der einzelnen Inputfaktoren aufzuspalten³⁹. Der Zeitpfad der Faktorpreise wird simultan durch die Veränderungen der Faktoreinsatz-Verhältnisse und den technischen Fortschritt bestimmt. Der Beitrag irgendeines Produktionsfaktors in einem beliebigen Jahr ist nicht unabhängig davon, was mit den anderen Faktoren in den Jahren zuvor geschah. “The contribution of, say, capital during that year is as large as it is because labor and technology had advanced during the

³⁷ R. J. Ball, *Inflation and the Theory of Money*, S. 296.

³⁸ Nicholas Kaldor, *Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie*, S. 92.

³⁹ Vgl. Richard R. Nelson, *Recent Exercises in Growth Accounting: New Understanding or Dead End?*, in: *American Economic Review*, Juni 1973, S. 462 ff.

prior periods as much as they did"⁴⁰. Die vergangenen Investitionsentscheidungen beispielsweise bestimmen weitgehend die heutige Produktivität der Arbeit und damit den „Grenzproduktivitäts-Lohn“. Die in der Vergangenheit herrschenden Löhne bzw. Lohn- und Preiserwartungen jedoch bestimmten infolgedessen wiederum die damals getätigten Investitionen; die heutigen Löhne und Preise determinieren damit aber die gegenwärtigen Investitionen und somit die zukünftigen Löhne und Preise. Die Kosten- und Preisniveaus der Vergangenheit sind somit die wichtigsten Ursachen für die heutigen Preis- und Kostenniveaus und diese wieder für die zukünftigen. Eine Unterscheidung in Kosten- und Nachfrageinflation ist für diese Betrachtungsweise unwesentlich, weil in beiden Fällen das Kostenniveau (Durchschnittskosten pro Einheit) ansteigt und die optimale Faktorallokation über die Preise im Sinne der „zeitlosen“ Gleichgewichtstheorie uninteressant wird. Auf einer ähnlichen Linie bewegt sich auch der Gedankengang von Balogh. „Wo Preise durch Preiserwartungen bestimmt werden — und letztere können Zugeständnisse an den Kostendruck (durch Löhne oder Gewinne) rechtfertigen —, ist das Optimum nicht nur durch Unkenntnis der Zukunft getrübt, sondern es ist unbestimmt“⁴¹. Auch Kaldor lehnt die Vorstellung einer „optimalen Verteilung“ der Arbeitskraft (Ausgleich der Grenzproduktivität) ab, weil die allgemeine Expansion bzw. die neuen Investitionen einen Transfer eines Teils der Arbeitskraft zu neuen Beschäftigungen bedeuten würde. Solange jedoch die Produzenten selbst einen mehr oder weniger großen Einfluß auf ihre Produktpreise ausüben, haben die Richtung dieser allgemeinen Expansion bzw. die dazu erforderlichen Investitionen nichts mit einem allokativen Optimum im Sinne der Gleichgewichtstheorie zu tun.

Diese Thesen können anhand des folgenden „Marktmodells“ noch verdeutlicht werden, wobei wir von untenstehenden Annahmen ausgehen:

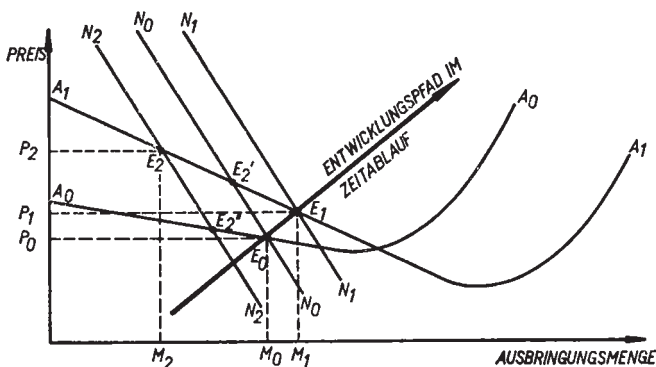
- Wir betrachten eine Branche des industriellen Sektors.
- Die Produktion erfolgt unter den Bedingungen hoher Fixkosten (inklusive Hauptteil der Arbeitskosten) und zunehmender Skalenerträge.
- Die Marktform entspricht der monopolistischen Konkurrenz.
- Die Angebotspreise berechnen sich als Summe von normalen Durchschnittskosten plus einem proportionalen „mark-up“ für den Gewinn.
- Die Neuinvestitionen werden durch zusätzliche Kredite (Geldschöpfung) finanziert.

⁴⁰ *Richard R. Nelson*, *Recent Exercises in Growth Accounting*, S. 466 f..

⁴¹ *Thomas Balogh*, *Macht oder ökonomisches Gesetz innerhalb der internationalen Wirtschaftsbeziehungen*, S. 924.

- Die einzelnen Unternehmungen verfolgen primär Wachstumsziele (Erhöhung des Outputs bzw. des Marktanteils) bei gleichzeitiger Sicherung der Zahlungsfähigkeit (via „mark-up“ auf den Durchschnittskosten).
- Die einzelnen Unternehmungen operieren somit nicht mit fix vorgegebenen Kapazitätsgrenzen. Diese resultieren jedoch indirekt durch Engpässe bzw. stark ansteigende Beschaffungskosten für produktive Ressourcen aller Art auf den vorgelagerten Märkten (z. B. Arbeitsmarkt, Rohstoffe etc.). Diese „Kapazitätsgrenzen“ sind somit rein makroökonomischer Natur und beruhen auf der nicht beliebigen Vermehrbarkeit der als Inputs erforderlichen Produktionsfaktoren bzw. Ressourcen.

Wie sich nun ein solches System verhält, wird auf der folgenden Grafik ersichtlich:



A_0A_0 : Durch historisch geerbtes Kostenniveau bestimmtes Preisniveau (Angebotspreise als Funktion der Menge im Zeitpunkt 0)

N_0N_0 : Nachfragefunktion im Zeitpunkt 0

E_0 : „Gleichgewicht“ im Zeitpunkt 0 bzw. effektive Produktion von M_0 zum Preise P_0

Es erfolgt nun im Zeitverlauf eine Verschiebung von $A_0 \rightarrow A_1$ und $N_0 \rightarrow N_1$, wobei (wie bereits oben angedeutet) die Unterscheidung in Kosten- bzw. Nachfrageinflation unerheblich ist, weil die beiden Verschiebungen interdependent sind und simultan erfolgen. Im Falle eines „demand pull“ erhöht sich das Kosten- und Preisniveau, weil die abgeleitete Nachfrage nach Inputs deren Preise erhöht bzw. deren Beschaffbarkeit in Frage stellt, so daß die Unternehmungen zu einer neuen Produktionstechnik (A_1) übergehen. Entsteht ein autonomer „cost-push“, so verteuern sich die Kosten der Faktoren direkt (bzw. die Gewinne),

was wiederum einen Sprung auf A_1 auslöst. Die damit verbundenen zusätzlichen Einkommen vergrößern jedoch simultan die monetäre Nachfrage (N_1). Der treibende Motor der Kostensteigerung im Sinne einer sukzessiven Erhöhung der Angebotskurve ist der Expansionsdrang oder Wachstumszwang der Unternehmungen in einer Umwelt intensiver technologischer Neuerungskonkurrenz, Verknappung von bestimmten Inputs (z. B. Arbeitskräfte) und eines umfassenden Verteilungskampfes um Marktanteile, Gewinndifferentiale und zeitliche Vorsprünge auf erwartete Kostensteigerungen. In dieser Konstellation innovieren und investieren die Betriebe mehr oder weniger dauernd, wodurch sich ihre Fix- und damit auch ihre Durchschnittskosten laufend erhöhen. Simultan steigt aber auch immer die Nachfrage. Das Modell bewegt sich demzufolge von E_0 nach E_1 , wobei sowohl das Preisniveau wie auch der Output wachsen, aber die Schaffung bzw. Beschaffung neuer Ressourcen ist mit der Allokation der Ressourcen untrennbar verquickt. Mit anderen Worten, es ist kein „stabiles“ Gleichgewicht im üblichen Sinne, sondern nur ein „Glied in der Kette einer unendlichen Folge“⁴². Punkte auf der zeitlichen Verbindungslinie $E_0 \rightarrow E_1$ markieren bloß flüchtige Zwischenschritte der permanenten, endogenen Eskalation des Kosten- und Preisniveaus im Zuge des systembedingten Expansionsdruckes und des dahinter stehenden allseitigen Kampfes um relative Positionen aller Art.

Was hätte in diesem Modell eine direkte Preisfixierung auf dem Niveau von P_0 zur Folge? Eine Verhinderung des Preisanstiegs ohne Rückstau eines imaginären Nachfrageüberhangs und ohne identifizierbare Verzerrung der Ressourcenallokation! Wie ist das möglich? Dieses Ergebnis beruht darauf, daß der Preisplafond primär das Umspringen von A_0 auf A_1 verhindert, indem (1) die Erwartung weiterhin steigender Preise zusammenbricht, (2) alle automatisch an die Preisentwicklung gebundenen Kostenelemente (z. B. Teuerungszulage) ebenfalls nicht mehr steigen und (3) ein trotzdem forciertes Umstieg auf A_1 der betreffenden Unternehmung eine „Kostenabsorption“ aufzwingen würde. Letztere würde aus Liquiditäts- oder Rentabilitätsgründen bald wieder zu einem Abstieg auf A_0 führen. Die Wirkung des Preisstopps beschränkt sich somit auf einen erzwungenen Marschhalt auf der E_0 -Sprosse der Preis-Kosten-Wachstumsleiter. Weil das System jedoch schon vorher in jener Lage war, hat sich an deren „Optimalität“ nichts geändert. Eine flexibel dosierte Preiserhöhung würde einen kontrollierten Weiteranstieg entlang dem Entwicklungspfad auslösen. Die Globalsteuerung würde durchaus ihren Sinn behalten oder besser gesagt ihren Hauptzweck erst richtig erfüllen, indem die Nachfrage wieder auf die Outputmenge und damit den erwünschten Beschäftigungsgrad hin orientiert werden könnte, ohne daß jede Verschiebung *uno actu* das gesamte Kostengefüge anhebt.

⁴² *Nicholas Kaldor*, Die Irrelevanz der Gleichgewichtsökonomie, S. 92.

Verläßt man sich jedoch exklusiv auf die Kreditbremse bzw. die Blockierung oder gar Linksverschiebung der Nachfragekurve (N_2), dann entsteht in jedem Fall eine „sogenannte Stagflation“, das heißt ein Zustand mit geringerem Output und höherem Preis (Punkte E_2 , E_2' und E_2''). Am wahrscheinlichsten ist dabei die Realisierung der ungünstigsten Konstellation E_2 , da bei Fortdauer der steigenden Kosten- und Preiserwartungen und infolge des Vertrauens in den „stop-go“-Charakter dieser Maßnahme die Produzenten den Sprung auf A_1 trotzdem riskieren. Der Zwang zu einer Kostenabsorption entsteht nicht, da der Preis P_2 alle Kosten plus den „mark-up“ abdeckt. Die primäre Konsequenz ist dabei eine Unterbeschäftigung, begleitet von einer Reduktion des absoluten Geldgewinns der gesamten Branche. Die finanziell, marktmäßig oder politisch stärksten Produzenten werden für den Fall, daß die restriktive Politik hart bleibt, durch eine freiwillige, temporäre Kostenabsorption (Reduktion des „mark-up“ oder Verlustabsatz) zu Lasten der Kleinen und Schwachen den Marktanteil so lange ausdehnen, bis genügend Mitkonkurrenten über die Klinge gesprungen sind. Die Verfolgung einer expansiven statt einer restriktiven Nachfragepolitik wäre natürlich ebenfalls wenig erfolgreich, weil die steigende Nachfrage bei Vollbeschäftigung angesichts der Eskomptierung der Ressourcenengpässe und Kostenvertuerungen (Aufbiegen der AA -Kurven) sofort auch wieder das gesamte Kosten- und Preisniveau nach oben ziehen würde (A_1). Der oben beschriebene Prozeß ist mit einer rein nachfrageseitig wirksamen Globalpolitik nur so aufzuhalten, daß er in eine Stagflation übergeht, die entweder durch eine Umkehr vom „stop“ zum „go“ oder durch eine zusätzliche Machtkonzentration bei den Produzenten überwunden werden kann. (Letztere wälzt die Anpassungslast auf die Schwächsten ab, wobei die Schwäche primär in einem „kurzen finanziellen Atem“ oder einem Mangel an politischer Erhaltungswürdigkeit besteht.) Eine Lohn-Preis-Spirale der beschriebenen Art kann nur gebremst werden, wenn die Unternehmer und/oder die Lohnempfänger eine „positive Kostenabsorption“ auf sich nehmen. Die Stärke der Einkommenspolitik liegt darin, daß sie versucht, diese Absorption möglichst „gerecht“, das heißt gleichmäßig durchzuführen. Die Arbeitnehmer erleiden eine positive Kostenabsorption, wenn die Lohnzunahme kleiner ist als die Summe von Produktivitäts- und Preissteigerung. Die Unternehmer absorbieren Kosten, wenn ihr „mark-up“ sinkt, das heißt, wenn die Preissteigerung kleiner ist als diejenige der durchschnittlichen Einheitskosten⁴³. Es ist klar, daß eine Einigung über den Grad der Kostenabsorption eine Verständigung über die Verteilungsposition mit einschließen muß. Das Modell zeigt meines Erachtens ebenfalls, daß man sich dabei durchaus auf wenige, strategisch entscheidende

⁴³ Vgl. dazu vor allem Gardner Ackley, *Observations on Phase II and Wage Controls*, Brookings Papers on Economic Activity, Nr. 1, 1972.

Produkt- und Einkommensgruppen beschränken kann, und zwar auf diejenigen, bei denen (1) eine positive Absorption makroökonomisch ins Gewicht fällt und (2) die dem Modell zugrunde liegende Marktkonstellation typisch ist (z. B. Grundstoff- und Investitionsgüterproduktion, industrielle Zwischenprodukte). Eine „Kontrolle“ von Detailhandelspreisen ist z. B. auch im Rahmen dieser Analyse bestenfalls zwecklos. Auch eine Lohnkontrolle könnte sich durchaus als überflüssig erweisen, wenn an ihrer Stelle eine möglichst nicht-kostenwirksame Vermögensbildung treten würde. Diese hätte zudem den Vorteil, den verteilungspolitisch motivierten Kostendruck permanent zu reduzieren, indem Veränderungen der Verteilungspositionen zum Teil via reine Vermögensumschichtungen realisiert werden könnten. Die Einkommenspolitik muß deshalb wieder unbedingt aus der engen Perspektive bloßer Preis- und Lohnkontrollen herausgeführt werden. Die große Chance der Einkommenspolitik liegt, abschließend betrachtet, darin, die Inflationsproblematik integral mit der Wachstums- und Verteilungsproblematik zu behandeln. Bezogen auf unsere Abbildung heißt das, den Entwicklungspfad des Systems auf dem Wege der Minimierung leistungsunabhängiger Kostenelemente so zu verflachen, daß sich ein maßvolles (durch Globalsteuerung dosierbares) Wachstum fortsetzen kann.

2.3 Wider die ordnungspolitische Verketzerung der Einkommenspolitik

Der Konformitätsbegriff ist meines Erachtens nur klar definiert, wenn er sich auf eine bestimmte Klasse von Modellen (insbesondere das Modell der vollkommenen Konkurrenz) bezieht. Ein ordnungspolitischer Vorentscheid zugunsten der Marktwirtschaft ist meines Erachtens deshalb nur insofern verbindlich, als einerseits die damit implizierten freien Marktverhältnisse bzw. Optimalitätsvoraussetzungen effektiv gegeben sind (oder zumindest wettbewerbspolitisch wieder bestellbar wären) und andererseits die alternativen Globalmaßnahmen auch in der Realität keine Verzerrungen aufweisen. Beides ist jedoch nicht der Fall. Deshalb müssen wir die Frage nach der Konformität anders stellen, nämlich etwa so: Sind es nicht in erster Linie Veränderungen der realen Marktwirtschaft selbst, die einen Systemwandel induzieren, dessen inflatorische oder soziale Folgen erst sog. direkte Präventiv- und Korrektionsmaßnahmen erfordern? Können wir es uns politisch leisten, einfach alle vorgefundenen Machtstrukturen, Wettbewerbsverhältnisse und Kampfmittel der rivalisierenden Gruppen als „systemkonform“ zu tabuisieren? Können und dürfen wir aus der bloßen Existenz bestimmter Konstellationen und Verhaltensweisen automatisch auf deren „Optimalität“ schließen, nur weil im neo-klassischen Referenzmodell andere Resultate gar nicht vorkommen? Könnten auf mittlere Frist ein paar gezielte, subsidiäre oder temporäre Abstriche von der Tarifautonomie oder der

Preisfestsetzungsfreiheit die Marktwirtschaft nicht in ihrem Bestand stärken, wenn dadurch die Inflation nachhaltig reduziert werden kann?

Die Ordnungspolitiker müssen sich diese Fragen stellen. Die Markt-konformität darf nicht zu einem Freipaß für jegliche Art von Praktiken bei der Durchsetzung von Verteilungsansprüchen oder von Expansionsstrategien werden. Die Form des marktwirtschaftlichen Entscheidungsprozesses darf nicht verabsolutiert werden, indem man seine tatsächlichen sozialen Endresultate gar nicht in die Kosten-Nutzen-Analyse miteinbezieht. Jeder wirtschaftspolitische Eingriff — ob als global bzw. selektiv oder indirekt bzw. direkt etikettiert — ist auf seine umfassenden Folgen hin zu überprüfen, das heißt die Art des Entscheidungsmechanismus, die Intensität des kollektiven Einflusses, die strukturellen und distributiven Auswirkungen, das Risiko von Fehlreaktionen, die politischen Kosten der Durchsetzung und die Rückwirkungen auf das Sozialklima sind alles Evaluationskriterien, die neben den traditionellen Kriterien (Zielwirksamkeit und Marktkonformität) endlich ihren gebührenden Platz einnehmen müssen. Oder anders ausgedrückt: Das Prinzip der „Marktkonformität“ als dominierende Leitidee ist zu öffnen und in eine „sozio-politische Kompatibilität“ zu transformieren. Das entscheidende Kriterium ist dann die gesellschaftliche Stabilität. Die Praxis ist hier der Theorie schon weit voraus. So ist beispielsweise in der Schweiz (fast) allen Verantwortlichen klar, daß „marktkonforme“ Zinssätze auf Hypotheken beispielsweise in Höhe von 12 - 15 Prozent das Land durchaus an den Rand einer Gesellschaftskrise bringen würden.

Es gibt eben leider keine Wirtschaftspolitik ohne Politik, und unsere Vorstellungen von ökonomischer „Rationalität“ und „Konformität“ können und dürfen nicht einfach darüber hinweggehen, daß es auch eine „politische Rationalität“ und „Konformität“ gibt. Es wird uns wohl nicht erspart bleiben, mit der Zeit gar die Priorität der letzteren anzuerkennen. „Economic rationality, however laudible in its own sphere, ought not swallow up political rationality“⁴⁴. Mit diesem Leitsatz dringen wir in ein neues Problemfeld ein, nämlich die politische Betrachtung der Einkommenspolitik.

3. Politische Aspekte der Einkommenspolitik

Die viel zitierte Renaissance der Politischen Ökonomie ist die Antwort auf die zu enge Problemperspektive der ökonomischen Vorstellungen von „Rationalität“ und „Effizienz“, welche auf den Einschluß der Konsequenzen bezüglich der Einkommensverteilung, der Sozialstruktur

⁴⁴ Aaron Wildavsky, *The Political Economy of Efficiency: Cost Benefit Analysis, Systems Analysis and Program-Budgeting*, in: *Public Administration Review*, Dezember 1966, S. 397.

oder des politischen Machtgleichgewichts verzichtet. Die angebliche Objektivität oder Neutralität des Ökonomen entpuppt sich dabei allzuoft als ein Vorurteil zugunsten des institutionellen und strukturellen status quo. Wenn aber die Hauptursachen der Inflation auf dieser Ebene liegen, dann muß sich auch die Stabilisierungspolitik mit den entsprechenden Fragen auseinandersetzen, wenn sie sich auf die Realität beziehen will. "Decentralized decisions must somehow be made compatible with central goals. And this in turn requires a system of organization structures, performance measures and penalties and rewards which induce the individual actors to act in ways consistent with overall national plans and objectives"⁴⁵. Dabei verstricken wir uns notwendigerweise in eine Vielzahl von Konflikten und Widersprüchen, die nicht einfach mit einem arbiträren Rationalitätskonzept wegdiskutiert werden können. "We cannot reason ourselves out of our basic irrationality. All we can do is to learn the art of being irrational in a reasonable way"⁴⁶. Eine kürzlich durchgeführte Umfrage des „Business Week“ bei den Großen unter den amerikanischen Ökonomen (Samuelson, Eckstein, Solow, Gordon, Tobin) ergab, daß wir im Moment mehr oder weniger unfähig sind, die Inflation mit unseren konventionellen Methoden zu erklären oder zu bekämpfen. Eckstein sprach davon, daß wir mit unseren Preisgleichungen immer um eine Inflation hintennachhinken, Samuelson skizzierte das Bild von einer tiefen Verwurzelung der Inflation in unserem Wohlfahrtsstaat, und auch nach Tobin ist kein neuer Keynes am Horizont sichtbar. Vielmehr ist damit zu rechnen, daß wir in eine lange Phase des ad hoc Durchbeißen durch äußerst komplexe Probleme eingetreten sind⁴⁷. Eine einigermaßen befriedigende Lösung dieser Probleme erfordert jedoch eine Verbreiterung der bisherigen Erklärungs- und Aktionsbasis⁴⁸.

3.1 Die Notwendigkeit einer breiten Konsensusbasis

Zusammen mit den Kritikern der Einkommenspolitik gehen wir davon aus, daß die Einkommenspolitik ein Eingeständnis des Versagens der traditionellen Politik darstellt. Nun hat aber auch die Einkommenspolitik weitgehend versagt. Ist das der „Beweis“ dafür, daß unsere Marktwirtschaft eben doch so funktioniert, wie es in den Lehrbüchern

⁴⁵ Charles Schultze, The Reviewers Reviewed, in: American Economic Review, May 1971, S. 47.

⁴⁶ Aldous Huxley, zit. aus Terence Wilmot Hutchinson, Positive Economics and Policy Objectives, London 1964, S. 158.

⁴⁷ Theory Deserts the Forecasters, Business Week, 29. Juni 1974. Vgl. auch James Tobin, The New Economics one Decade Older, 1974.

⁴⁸ Vgl. in diesem Sinne auch Werner Glatzetter, Die geldpolitische Diskussion, in: Claus Köhler (Hrsg.), Geldpolitik kontrovers, Köln 1973, S. 160: „Das Problem der konjunkturpolitischen Stabilisierungen ist nur noch zu lösen, wenn man die dahinter stehende gesellschaftspolitische Problematik erkennt“.

steht? Ich messe der Antwort Bombachs in bezug auf die Bundesrepublik Deutschland allgemeine Gültigkeit zu: „Die konzertierte Aktion der BRD war ein nicht gelungener Versuch, aber es besteht kein Grund, danach bereits zu resignieren... Es muß zu einem Konkordat kommen über die Aufteilung des Sozialproduktes auf die großen Aggregate... Sie [die Partner auf dem Arbeitsmarkt] müssen sich einigen über die großen Konzeptionen der Wirtschaftspolitik, über die Strategie und nicht nur die Taktik“⁴⁹. 1943 begründete Kalecki eine politische Theorie der Unterbeschäftigung zum Zwecke der Inflationsverhütung⁵⁰. Seine Fehlprognose beruht nicht darauf, daß der politische Erklärungsansatz an sich falsch war, sondern er täuschte sich bloß darüber, wessen politische Interessen überwiegen würden („Kapitalisten“ und „Rentner“). Die relativ milde Inflation bis etwa um die Mitte des letzten Jahrzehnts hat denn auch eine nützliche soziale und politische Funktion erfüllt, nämlich die relativ anonyme und schmerzlose Überbrückung der insgesamt inkonsistenten Verteilungsansprüche. „You can fool some of the people all of the time and you can fool all of the people some of the time, *but you cannot fool all of the people all of the time*“ (Abraham Lincoln). Die Stunde der Wahrheit ist bereits angebrochen. Die Inflation hat ihre Beruhigungswirkung sowie ihre virtuelle Konfliktlösungsfunktion praktisch ganz verloren. Ein breiter Konsensus über die Einkommens- und Vermögensverteilung muß jetzt erzielt werden⁵¹. Die Chancen dafür sind wahrscheinlich heute besser als noch vor kurzer Zeit; denn gerade die praktisch universelle, aktive Beteiligung aller Gruppen am Verteilungskampf Inflation reduziert ja den Nutzen der Kraftakte einzelner Gruppen bei gleichzeitiger Erhöhung der dafür notwendigen Kosten. Anders gesagt: Wenn so viele Segmente der Bevölkerung den Versuch machen, sich gegen den Wettbewerb, die Globalsteuerung und die Vorstöße rivalisierender Gruppen abzuschirmen, dann werden diese Anstrengungen für eine ständig wachsende Zahl von Gruppen illusorisch. Dies ist, nebenbei gesagt, ja auch die große Hoffnung einer allgemeinen Indexierung als Langfristlösung des Problems. Dieser Ausweg ist meines Erachtens jedoch bloß ein unnötiger und kostspieliger Holzweg, weil genau so wie vorher die Inflation selbst nach kurzem auch die Indexierung durchschaut würde, so daß sich der Kampf auf die Ebene zeitlicher Vorsprünge und/oder die Indexgestaltung verlagern würde. Kein noch so „genialer Trick“ enthebt uns von der Notwendigkeit, in unsere wirtschaftspolitische Menukarte der Ziele endlich auch das Hauptgericht, die Verteilung des Einkommens auf die wichtigsten Aggregate, aufzunehmen. Es war wohl die

⁴⁹ *Gottfried Bombach*, Inflation als wirtschafts- und gesellschaftspolitisches Problem, Rektoratsrede, Basler Universitätsreden, 67. Heft, Basel 1973.

⁵⁰ Vgl. *Michael Kalecki*, Political Aspects of Full Employment, in: Political Quarterly, Oktober/Dezember 1943.

⁵¹ In diesem Sinne *Kurt W. Rothschild*, Die Verteilungsprobleme müssen often gelegt werden, in: Wirtschaftswoche, Nr. 46, 1972.

schwerste Enttäuschung der Nachkriegszeit, daß wirtschaftliche Prosperität und Stabilität nicht automatisch soziale und politische Stabilität herbeigeführt haben. "Harmony cannot be achieved in a globally managed economic system"⁵². Mit dieser Erkenntnis haben wir uns abzufinden, ebenso mit ihrer wichtigsten Konsequenz, die darin besteht, daß dadurch der politische „Überbau“ gegenüber der ökonomischen „Basis“ immer mehr an Gewicht gewinnt.

3.2 Die Notwendigkeit der Konfliktmilderung und Konfliktaustragung

Die Einkommenspolitik ist deshalb nur *ein* — wenn auch sehr sichtbares — Beispiel dieser Neuorientierung der Wirtschaftspolitik. "In all its policies a government must struggle to create and preserve that most delicate of plants — a sense of common purpose, of social cohesion, of general will . . . I know of no form of society . . . in which social relationships will be so harmonious that economic problems can be left to the computer"⁵³. Aus diesem Grunde sind eben auch unter dem Aspekt der Stabilisierungspolitik gewisse Nebenmaßnahmen notwendig, die zugegebenermaßen keinen eigenständigen Beitrag zur makroökonomischen Balancierung leisten, aber eben gewisse Konflikte bzw. potentielle Spannungen aus der Welt schaffen. In diesem Sinne sind z. B. in der Schweiz das Abbruchverbot, das Verbot von Luxusbauten, privaten Schwimmbädern oder Verwaltungsbauten durchaus konsensusfördernd gewesen, indem diese die allgemeine Zustimmung zur Kreditbegrenzung erhöhten. Im weiteren müssen gewisse Konflikte auch wieder vermehrt realiter ausgetragen werden; das heißt, an die Seite von konfliktmildernden Maßnahmen müssen unter Umständen auch solche treten, die die Ausfechtung der Konflikte ermöglichen, ohne dabei jedoch die gesamtwirtschaftliche Stabilität zu gefährden. Ein Beispiel dafür wäre etwa eine globale Plafondierung der Verschuldung von Kantonen und Gemeinden durch den Bund. Ein unmittelbares Beispiel aus der Einkommenspolitik war das amerikanische TLP (Term-Limit-Pricing), das den großen Konzernen einen globalen Expansionspielraum für das Durchschnittspreisniveau vorgab, dabei jedoch die Aufteilung auf die einzelnen Produkte offen ließ. Analoge Mechanismen können auch für die Verhandlungen zwischen den Sozialpartnern vorgesehen werden. So gibt es Möglichkeiten, den unternehmerischen Widerstand gegenüber Lohnforderungen zu erhöhen, indem man bei der Preisüberwachung zu hohe Zugeständnisse nicht als Kostenelemente akzeptiert (und damit eine Kostenabsorption erzwingt) oder indem man die entsprechenden Unternehmungen

⁵² *Thomas Balogh*, *Fact and Fancy in International Economic Relations*, S. 140 ff.; vgl. auch *Robert L. Heilbroner*, *Hat der Kapitalismus eine Zukunft?*, in: *Qualität des Lebens*, Bd. 1, Frankfurt 1972.

⁵³ *Michael V. Posner*, *Making Economic Policy*, S. 118.

gen mit einem speziellen Steuerzuschlag belegt. In dieser Richtung könnte auch eine Indexierung der Löhne mit rückwirkenden Teuerungsnachzahlungen — zumindest vorübergehend, das heißt in einer Phase der globalen Herunterstabilisierung — etwas ausrichten, weil eine solche Regelung die nominellen Löhne selbst kurzfristig wieder nach unten flexibel macht und die Erwartungsmechanismen schwächt.

Korreferat zu:
Versuch einer theoretischen und politischen
Neuinterpretation der Einkommenspolitik

Von *Horst Zimmermann*, Marburg

Die Forderung nach einer neuen Bewertung der Einkommenspolitik wird im Referat vornehmlich aus der offenbaren Unfähigkeit der Wirtschaftspolitik abgeleitet, die säkulare Inflation zu beseitigen. In der Argumentation lassen sich drei Problemkreise unterscheiden:

- (1) Die als vorherrschend unterstellte nachfragebezogene Inflationstheorie wird angegriffen.
- (2) Die Unfähigkeit einer undifferenziert eingesetzten, vielleicht auch als undifferenzierbar angesehenen Globalsteuerung, die heutige Form der Inflation zu beseitigen, wird konstatiert.
- (3) Als Folgerung wird eine Einkommenspolitik in Form direkter Eingriffe in den Lohn- und Preisbildungsmechanismus vorgeschlagen.

Zur Kritik an der nachfragebezogenen Inflationstheorie und an einer völlig undifferenziert eingesetzten Globalsteuerung genügen wenige Anmerkungen, da hier weitgehende Übereinstimmung besteht. Die verbale Zusicherung und das weitgehende faktische Verfolgen der Vollbeschäftigung haben den Sanktionsmechanismus der Arbeitslosigkeit aus dem — früher wie heute üblichen — Verteilungskampf herausgenommen. Das hat diesem Kampf den Charakter eines Spiels gegeben, in dem ohne kurzfristige Verluste um kurzfristige Gewinne in Form nominaler Einkommensvorsprünge gespielt werden kann. Auf die Erklärung der Motive und Durchsetzungsstrategien in diesem Verteilungskampf konnte man früher verzichten. Lange Zeit setzte eine zyklisch auftretende, durch die damalige Wirtschaftspolitik nicht vermeidbare Arbeitslosigkeit einen engen Rahmen. Auch als die Arbeitslosigkeit mit Hilfe der monetary fiscal policy bekämpft werden konnte, blieb der Sanktionsmechanismus der Arbeitslosigkeit noch eine Zeitlang erhalten, da Arbeitslosigkeit das Ende des Booms markierte und sie in dieser zeitlichen Abfolge von Boom — ohne Arbeitslosigkeit — und darauffolgender Unterbeschäftigung — ohne Inflation — gewissermaßen als Strafe für zu hohe Lohnforderungen im Boom empfunden werden konnte. Mit dem zeitlichen Zusammentreffen von Inflation und Arbeitslosigkeit in vielen Ländern der westlichen Welt ist aber auch diese Drohwirkung verschwunden.

Die Frage lautet dann, welche neuen Restriktionen man dem Verteilungskampf setzen soll, wenn die Inflation als Nebenwirkung seines jetzigen weitgehend restriktionslosen Ablaufs nicht hingenommen werden soll. — Bis zu diesem Punkt ist weitgehende Zustimmung möglich. Sie ist allerdings auch wohl schon breiter, als das Referat mit seinem Angriff gegen diese Form der Inflationstheorie und gegen eine völlig undifferenzierte Globalsteuerung vermuten lassen würde.

Es ist jedoch zu fragen, ob diese Kritik, soweit man sie als berechtigt ansieht, die Folgerung zuläßt, „nur durch ein System gezielter, aber direkter Eingriffe in den Prozeß der Einkommensentstehung, -verwendung und -verteilung“ sei es möglich, die inflationären Konsequenzen des Verteilungskampfes zu unterbinden (S. 1178). Gemeint sind in diesem Zusammenhang offenbar vorwiegend Preis- und Lohnkontrollen. Um eine so gewichtige Ergänzung des wirtschaftspolitischen Instrumentariums zu rechtfertigen, müssen die möglichen Nebenwirkungen dieses Instruments mit dem Grad der Zielerreichung verglichen werden, den sein Einsatz verspricht.

Am Rande möchte ich vermerken, daß ich durchaus die Möglichkeit sehe, daß innerhalb der nächsten fünf Jahre in der BRD einmal Lohn-Preis-Kontrollen eingeführt werden. Wenn diese Maßnahme ergriffen wird, dann würde ich den Grund allerdings nicht im gelungenen Nachweis ihrer konjunkturpolitischen Effizienz sehen, sondern in der Lage der Regierung, die angesichts einer offenen Stagflation kein brauchbares Instrument in der Hand hält, aber dennoch den Zwang zum Handeln verspürt.

Betrachtet man nunmehr die Kosten i. w. S., die Lohn-Preis-Kontrollen mit sich bringen, so bilden den wichtigsten Posten auf der Kosten- seite wohl die Effizienzverluste bei der Allokation der Ressourcen. Hier wird im Referat auf die jetzt schon bestehenden Unvollkommenheiten des Allokationsmechanismus hingewiesen (S. 1179 ff.). Dieser Hinweis wäre aber nur relevant, wenn durch die Eingriffe eine bessere Allokation erfolgte oder wenn die jetzigen Allokationsmechanismen so schlecht funktionierten, daß man sie bedenkenlos fallenlassen könnte. Die Möglichkeit, daß die Allokation besser werden könnte, kann durch die bisherigen Erfahrungen mit diesem Instrument wohl ausgeschaltet werden. Jede Preisfestsetzung ist schematisch, muß jenseits einer kurzen Phase des totalen „Einfrierens“ Ausnahmen zulassen, z. B. bei geänderten Produkten, und stößt spätestens bei der Regelung dieser Ausnahmen auf die Schwierigkeit, die „Zulässigkeit“ einer Preiserhöhung an irgendeiner Norm überprüfen zu müssen. In diesem Augenblick stellt sich dann heraus, wie hoch der Beitrag des Preissystems zur Allokation auch auf weitgehend vermachteten Märkten ist. Die Höhe dieses Beitrags läßt sich nicht mit Hinweis auf Bereiche abschätzen, in denen der Preismechanismus

mus nicht dem des Konkurrenzmarktes entspricht; dann wäre ein befriedigend funktionierendes Preissystem wohl immer schon die Ausnahme gewesen. Besser wäre es, die Leistungsfähigkeit des Preissystems mit der Mühe zu vergleichen, die es z. B. bei der Durchführung der amerikanischen Preiskontrollen kostete, den zulässigen Preis eines neu eingeführten oder eines modifizierten Produktes aus einem Mehrproduktunternehmen zu ermitteln.

Mit dieser Schwierigkeit der Durchführung einer Preiskontrolle ist zugleich das verteilungspolitische Kostenargument angesprochen. Löhne sind einschließlich der fringe benefits besser zu kontrollieren als Preise und erst recht besser als die von Löhnen und Preisen abhängigen Gewinne. Da wohl mit Sicherheit weder Löhne noch Preise allein festgeschrieben werden können, besteht eine Tendenz zur Senkung der Lohnquote, was das Einführen bzw. Durchhalten einer solchen Strategie sehr erschwert.

Angesichts dieser Kosten der direkten Eingriffe in den Preis- und Lohnbildungsprozeß, zu denen noch das taktische Problem gehört, wie ein sanfter Übergang vom anfänglich erforderlichen „Einfrieren“ aller Preise und Löhne zu einer lockeren Form der Kontrolle gefunden werden soll, ist wohl doch erst einmal nach anderen Wegen zu suchen.

Ein Weg besteht darin, der Inflation ihren Lauf zu lassen. Die gelegentliche Existenz recht hoher Inflationsraten auch zu Zeiten eines befriedigenden Wachstums legt diesen Gedanken zumindest nahe. Sofern Wachstum stattfindet, könnte man auf ein Funktionieren der Allokation schließen, und die auftretenden Verteilungsprobleme könnte man zu kompensieren suchen, wofür genügend Vorschläge vorliegen. Da das Effizienzziel aber möglicherweise längerfristig doch gefährdet ist, wenn es nicht zumindest gelingt, die Inflationsrate auf der gleichen Höhe zu halten, scheidet diese Strategie als alleinige Vorgehensweise wohl aus.

Wahrscheinlich ist aber eine Kombination von Maßnahmen in vielen Fällen zumindest über einige Zeit geeignet, die Zielkonflikte erträglich zu halten. Zu denken ist an eine vorsichtige Steuerung mit aufeinander abgestimmter Geld- und Finanzpolitik. Dabei übernimmt die Geldpolitik den noch zu spielenden Part aus der Globalsteuerung, und die Finanzpolitik (sowie die Arbeitsmarktpolitik) geht mit sektoral und regional differenzierenden Maßnahmen gegen „Inseln“ von Arbeitslosigkeit einerseits und von Überbeschäftigung und besonders starker Inflations-tendenz andererseits vor.

Zur gleichen Zeit könnten die Ansätze zu einer Verständigung der Sozialpartner weitergetrieben werden, die z. B. in der Bundesrepublik Deutschland traditionell vorhanden sind. Wenn es im Laufe der Zeit eine erfolgreiche Einkommenspolitik geben wird, wird sie nicht auf län-

gerfristige Kontrollen gestützt sein, denn dazu wäre immer der Konsens aller Gruppen erforderlich, der außer in der Begeisterung des anfänglichen völligen Lohn- und Preisstops kaum zu erhalten sein wird. Insbesondere werden die Gewerkschaften wegen der besseren Kontrollierbarkeit der Löhne ihre Zustimmung auf die Dauer verweigern. Insofern kann man der Schlußthese des Referats, daß längerfristige Strategien eines Konsenses bedürfen, zwar zustimmen, doch ist zu bezweifeln, ob direkte Eingriffe einkommenspolitischer Art sich längerfristig auf den notwendigen Konsens stützen können.

Über die Form einer andersartigen Einkommenspolitik, die man vielleicht gegenüber der Politik direkter Eingriffe als „institutionelle Konjunkturpolitik“ bezeichnen könnte, lassen sich zur Zeit allerdings nur erste Überlegungen anstellen. Möglicherweise wird man die Tarifautonomie nicht auf die Dauer als unantastbar ansehen. Vielleicht wird sich dann sogar eine heute so schwache Institution wie die „konzertierte Aktion“, wenn sie nicht mehr so stark als Sprachrohr der öffentlichen Hand wirkt, einmal als Keimzelle oder doch Vorläufer einer solchen institutionellen Abstimmung über Verteilungspositionen erweisen.

Das Lohnfondskonzept als Mittel zur rationalen Lohnpolitik

Von *Ulrich Teichmann*, Frankfurt a. M.*

Der Verteilungskonflikt wird heute weithin als die wesentliche Ursache der Zyklen, vor allem aber der beschleunigten Inflation gesehen. Seiner Bedeutung gemäß zahlreich sind die Vorschläge, die auf eine Lösung des Verteilungskonfliktes zielen, die zumindest seine konjunkturelle, voran die preistreibende Wirkung begrenzen wollen. Sie werden im folgenden vorgestellt, auf ihre Durchsetzbarkeit hin überprüft und nach ihrer Verträglichkeit mit der parlamentarischen Demokratie und der Tarifautonomie in einer marktwirtschaftlichen Ordnung beurteilt. Danach wird das Lohnfondskonzept beschrieben und an den gleichen Kriterien gemessen.

1.1 Konfliktlösung durch Einkommenspolitik

Als rational wird allgemein eine Lohnpolitik bezeichnet, die auf der Grundlage einer außenwirtschaftlichen Absicherung in Abstimmung mit den Instrumenten der Geld- und Fiskalpolitik die wirtschaftspolitischen Ziele ihrem Gewicht entsprechend berücksichtigt. Neben den Zielen der Konjunkturpolitik und der Wachstumsbeschleunigung muß vor allem das häufig vernachlässigte Verteilungsziel einbezogen werden, das im Vordergrund gewerkschaftlichen Handelns steht. Die möglichen Zielkonflikte sollen nicht auf dem Markt über inflatorische Prozesse, sondern am runden Tisch durch den Austausch sachbezogener Argumente ausgetragen und ausgeglichen werden (im Rahmen der „konzertierten Aktion“). Diese inhaltliche Bestimmung rationaler Lohnpolitik ist kaum angreifbar. Sie erfüllt zwar — rein formal — alle Ansprüche, die an wirtschaftspolitisches Handeln gestellt werden. Solange deren Träger aber unterschiedlichen Zielen den Vorrang geben, ist sie nicht widerspruchsfrei durchführbar.

Forderungen, die an die Einkommenspolitik gestellt werden, zeigen den eindeutigen Vorrang, der dem Stabilitätsziel von ihren Vertretern gegeben wird. Larenz¹ verlangt von ihr, „die Gefahren, die für das öko-

* Geboren am 30. Oktober 1942 in Frankfurt a. M., 1967 Diplom-Volkswirt an der Universität Frankfurt; 1970 Promotion zum Dr. rer. pol., 1972 Dozent für Volkswirtschaftslehre, 1974 Habilitation an der erwähnten Universität.

¹ *Karl Friedrich Larenz*, Untersuchungen zur Einkommenspolitik, Tübingen 1968, S. 14.

nomische Gleichgewicht durch den Kampf um die Anteile am Sozialprodukt entstehen, auszuschalten“, mit anderen Worten, die eigenständig handelnden Tarifpartner sollen auf den Versuch verzichten, ihre verteilungspolitische Position ohne Zustimmung des Partners durch Lohndruck oder Preiserhöhungen zu verbessern. Sie sollen sich ungeachtet ihrer eigenen Zielrangfolgen und verbandlicher Zwänge der Dominanz der konjunkturpolitischen Ziele beugen.

Giersch² sieht Verteilungsneutralität als unabdingbare Voraussetzung für Geldwertstabilität bei gleichzeitiger Vollbeschäftigung an. Aber auch Meinhold und Bombach³, die ansonsten stets den verteilungspolitischen Aspekt innerhalb der Lohnpolitik betonen, befürworten für unausgeglichene Konjunkturphasen den vorübergehenden Vorrang der Stabilisierungspolitik. Gewerkschaftliche Chancen einer Verteilungskorrektur sehen sie nur dann, wenn Vollbeschäftigung gesichert ist und Überwältigungen durch eine straffe Geldpolitik begrenzt werden. Durch langsame, aber beharrliches tarifpolitisches Vorgehen wollen sie die Investoren an geringere Gewinnraten gewöhnen. Diese Strategie verspricht zwar Erfolg, aber in den gegenwärtigen kurzen, vier- bis fünfjährigen Zyklen, die kaum Phasen strukturell und quantitativ ausgeglichenen Wachstums kennen, ist sie infolge der Laufzeitbindung der Tarifpolitik kaum durchführbar. Bevor das Auslaufen in der Rezession geschlossener Tarifverträge verteilungspolitische Schritte erlaubt, dürfte in der Regel im Zuge des eingeleiteten, kaum bremsbaren Expansionsprozesses die Überwältigungssperre gefallen sein. Die Verteilungsaktivität bleibt deshalb auf die Unterstützung durch eine heute noch fehlende effiziente Konjunkturpolitik angewiesen, die Preissteigerungen begrenzt. Zusammengefaßt heißt das: Auch das Gleichgewichtskonzept drückt einen Vorrang der Stabilität aus. Es setzt die Realisierung ausgeglichener Phasen voraus, bevor eine verteilungsorientierte Lohnpolitik in Angriff genommen werden kann. Für die Zeit gefährdeter konjunkturpolitischer Ziele verlangt es ein Anpassen der laufzeitgebundenen Lohnpolitik an konjunkturelle Erfordernisse.

Die Gründe für den Vorrang der Stabilität sind unterschiedlich. Da gibt es einmal die These von der Konstanz der Lohnquote. Zeitreihenuntersuchungen hätten gezeigt, daß der Anteil der Löhne am Sozialpro-

² *Herbert Giersch*, Lohnpolitik und Geldwertstabilität, Kiel 1967, S. 3; eine kritische Darstellung der Einkommenspolitik geben *Bernhard Gahlen* und *Eduard Leifert*, Die Vorschläge des Sachverständigenrats zur Einkommenspolitik, in: *Bernhard Gahlen* (Hrsg.), Wachstumszyklen und Einkommensverteilung, Tübingen 1974, S. 79 - 120.

³ *Helmut Meinhold*, Löhne, Konjunktur und Inflation, in: *Industriekurier*, Nr. 202 vom 31. 12. 1968, S. 15, und *Gottfried Bombach*, Möglichkeiten und Grenzen einer Verteilungspolitik, in: *Helmut Arndt* (Hrsg.), Lohnpolitik und Einkommensverteilung, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N.F., Bd. 51, Berlin 1969, S. 832 f.

dukt ohnehin nicht gegen den Markt erhöht werden könne. Lohnsteigerungen, die über den Produktivitätsfortschritt hinausgehen, würden in den Preisen weitergegeben, verletzen lediglich das Stabilitätsgebot, ohne dem angestrebten Verteilungsziel zu dienen. Neben dem Wirken von Marktfaktoren, mit dem die Verteilungskonstanz der Vergangenheit überwiegend erklärt wird, werden auch machtbedingte unternehmerische Verhaltensweisen zur Begründung der Vergeblichkeit des tarifpolitischen Anrennens der Gewerkschaften angeführt. Die Unternehmen bestimmen die Preise durch gleichbleibenden Aufschlag auf die Kosten. Verteilungsorientierte Lohnsteigerungen bringen dann — unabhängig von dem Verlauf der Nachfrage und der Geldversorgung — Preisanpassungen, die unveränderte Gewinnraten sichern. Auch eine starre Bindung der Investitionen an die Erzielung bestimmter, für unverzichtbar gehaltener Gewinnraten hilft mittelbar, die gegenwärtige Verteilungsrelation fortzuschreiben. Auf gegenwärtig unüberwältzbare, deshalb gewinnkürzende Kostensteigerungen antworten die Unternehmen auf den vermachteten Märkten mit einem Aufschub geplanter Investitionen (Investitionsstreik genannt). Der Staat sieht sich in der Folge gezwungen, die durch den Nachfragemangel entstandene Arbeitslosigkeit, die das in der Wirtschaftspolitik heute dominierende Ziel der Vollbeschäftigung verletzt, durch expansive Maßnahmen zu überwinden, die eine nachträgliche verteilungskorrigierende Überwälzung erlauben. Die Unternehmen sehen dann ihre — vorübergehend zwar — marktwidrigen Verhaltensweisen durch den Anstieg der monetären Nachfrage nachträglich gerechtfertigt. Die unbedingte Sicherung der Vollbeschäftigung wird zur Überwälzungsgarantie, die tarifpolitische Erfolge „kassiert“.

Die produktivitätsorientierte Lohnpolitik wird auch — ungeachtet etwaiger distributiver Chancen — mit dem Vorrang der Geldwertstabilität begründet. Der Verzicht auf distributive Schritte gilt als Preis für Stabilität, denn verteilungsorientierte Lohnforderungen bergen den Kern von Preissteigerungen in sich. Selbst wenn heute die Marktbedingungen, etwa bei einer nahenden Rezession als Folge einer scharfen, restriktiven Konjunkturpolitik, Überwälzungen eine enge Grenze ziehen, steht doch zu erwarten, daß im nächsten Aufschwung die versäumten Preisanpassungen nachgeholt werden; daß sie sich als aufgeschoben, aber nicht als aufgehoben erweisen. Ein lohnfinanzierter Konsumstoß kann im ausklingenden Boom zwar den beginnenden Abschwung hinauszögern, die damit verbundenen gewinnsenkenden Kostensteigerungen lassen die Unternehmen aber in der nachfolgenden Rezession eine Verteilungskorrektur verlangen, bevor sie expansive Impulse der Geld- und Fiskalpolitik oder des steigenden Exportüberschusses aufgreifen und über Investitionen vervielfältigen. Das soll heißen: Die Preissteigerungen sind nicht allein als Folge des Expansionsprozesses zu verstehen. Sie können auch als Bedingung der späteren Erholung gesehen werden. Sie

zögern diese hinaus und verlängern damit die Zeit der Unterbeschäftigung, wenn keine Preisanpassungen in Sicht sind oder kein rezessionsbedingtes Nachgeben der Löhne erwartet werden kann.

Eine verteilungsorientierte Lohnpolitik wird noch aus einem weiteren Grund abgelehnt. Man hält die Tarifpolitik in der heute üblichen Vorgehensweise für untauglich. Solange die Lohnsteigerungen umgehend in den Konsum fließen und dadurch die Überwälzung erlauben, auf die die Unternehmen zugleich durch die steigenden Kosten hingewiesen werden, muß sie erfolglos bleiben. Investivlöhne sollen hier Abhilfe schaffen. Sie beschneiden den lohnfinanzierten Konsum und begrenzen damit die verteilungskorrigierenden Überwälzungen von der Nachfrageseite. Vollbeschäftigung bleibt aber nur dann gewahrt, wenn die Unternehmen die zusätzliche Ersparnis auch investiv nutzen. Im Boom wird dies als gesichert angesehen. Hier bringt uns die Investivlohnpolitik dem Stabilitäts- und Verteilungsziel gleichzeitig näher, verlangt aber von den Gewerkschaften, daß sie eine Bindung von Lohnanteilen hinnehmen.

Vorgeschlagen wird auch eine Mittelabsprache zwischen der Tarif- und Steuerpolitik. Steuerlich mögliche Differenzierungen (mit Hilfe der progressiven Einkommensteuer, der Vermögen- und Erbschaftsteuer) sollen genutzt werden, um dem Verteilungsziel näher zu kommen. Ihr Erfolg soll dann der Lohnpolitik die Unterordnung unter das Stabilitätsziel ermöglichen.

Den Theoretiker mag diese abgestimmte Tarif- und Steuerpolitik zwar überzeugen. Es darf aber nicht erwartet werden, daß sich dieses Konzept in die tarifpolitische Praxis umsetzen läßt, denn es läßt verbandspolitische Zwänge außer acht. Die Mitgliedschaft in den Gewerkschaften ist freiwillig. Manchmal wird zwar mit „sanftem Zwang“⁴ nachgeholfen, ansonsten müssen die Gewerkschaften aber durch mitgliederwerbende Durchsetzungsprozesse und tarifpolitische Erfolge die Belegschaften an sich zu binden suchen. Sie können es deshalb keinesfalls hinnehmen, in eine Anpasserrolle an konjunkturpolitische Erfordernisse gedrängt zu werden, ohne den Zusammenhalt des Verbandes zu gefährden. Eine Herauslösung der Lohnbestimmung aus ihrem Aufgabenkatalog würde die Anziehungskraft der Gewerkschaften mindern, ihr Durchsetzungsvermögen im Hinblick auf andere Ziele⁵ beeinträchtigen und schließlich nach anderen Organisationsformen der Arbeitnehmer auf dem Arbeitsmarkt rufen. Es sei in diesem Zusammenhang an die wilden Streiks er-

⁴ *Sidney* und *Beatrice Webb*, *Theorie und Praxis der englischen Gewerkschaften*, 1. Bd., Stuttgart 1898, S. 199. Zu den Beitrittsmotiven vgl. *Walter Nickel*, *Zum Verhältnis von Arbeiterschaft und Gewerkschaft*, Köln 1972, S. 147 ff.

⁵ Zum gewerkschaftlichen Zielkatalog vgl. *Ulrich Teichmann*, *Lohnpolitik*, Stuttgart - Berlin - Köln - Mainz 1974, S. 46 ff.

innert, die 1969 und 1973 Lohnerhöhungen „an den Gewerkschaften vorbei“ brachten.

1.2 Konfliktlösung durch Einflußnahme auf die Verhandlungsmacht

Eine Überwindung des Verteilungskonfliktes, die eine Anpassung der Lohnpolitik an die Erfordernisse der Konjunkturpolitik erlauben soll, wird auch durch Regelungen gesucht, die Grenzen in der wirtschaftspolitischen Verantwortung verschieben und Grundlagen der Marktwirtschaft, der parlamentarischen Demokratie und Inhalte der Tarifautonomie tangieren, die zu einer „Verflechtung der Verpflichtungen“ führen, wie Schiller⁶ die Intention der Konzertierten Aktion beschrieb.

Eine Abstimmung von autonomer Lohnpolitik und staatlicher Konjunkturpolitik verspricht lediglich in der Rezession Erfolg. Während der Suche nach einem Ausweg aus der Unterbeschäftigung liegen die Interessen beider Tarifpartner mit der staatlichen Konjunkturpolitik auf der gleichen Linie. Der Aufschwung bringt Vorteile, die Wähler wie Verbandsmitglieder überzeugen. Mit dem Erreichen der Vollbeschäftigung geht dieser Gleichklang wieder verloren. Quotale Aspekte innerhalb der Einkommenspolitik, die der Aufschwung zurücktreten ließ, drängen wieder nach vorne. Verteilungsorientierte Lohnpolitik und staatliches Streben nach stabilen Preisen konfigrieren.

Auch unter der Drohung von Preissteigerungen ist kein abgestimmtes Verhalten zur Abwendung der inflatorischen Gefahren zu erwarten. Preisniveaustabilität wird von den Gewerkschaften zwar geschätzt und zur preislichen Absicherung ihrer tarifpolitischen Erfolge stets gefordert; sie dürften aber kaum bereit sein, zu deren Gunsten ohne sichtbares Beschäftigungsrisiko durchsetzbare, den eigenen Bestand sichernde Nominallohnforderungen zurückzustellen und auf Verteilungsaktivitäten zu verzichten. In inflatorischen Zeiten auf eine „Bewährung“ der Konzertierten Aktion zu hoffen, hieße an den organisatorischen Realitäten und Handlungsmöglichkeiten der Gewerkschaften vorbeigehen. Als politischer Verband, der nicht den eigenen Bestand auf das Spiel setzen will, sehen sie sich gezwungen, im Rahmen des tarifpolitisch Erreichbaren, das durch die Lohndrift und die Entwicklung der Gewinne angedeutet wird, die Einkommensforderungen der Mitglieder zu vertreten.

Klaus⁷ will den Gewerkschaften als Ausgleich für den Verzicht auf eine verteilungsorientierte Lohnpolitik „ein kooperatives Mitsprache-

⁶ *Karl Schiller*, Reden zur Wirtschaftspolitik (BMWF-Texte), Bd. 1, 2. Aufl., Bonn 1970, S. 133.

⁷ *Joachim Klaus*, Einkommenspolitik — Die mißverstandene Tarifautonomie, in: *Wirtschaftswoche*, 27. Jg. (1973), Heft 1/2, S. 23 - 26, und *Joachim Klaus*,

recht bei der Festlegung des wirtschaftspolitischen Gesamtprogramms“ einräumen. Später schlägt er die Ausdehnung der Tarifautonomie auf die Bestimmung der Preise vor. Bleiben Preiskontrollen aus, dann will sie Kalecki⁸ durch Streiks erzwingen. Rothschild⁹ will die Preisregulierung, die in seinem Konzept nicht von den Tarifpartnern, sondern vom Staat vorgenommen werden soll, noch durch eine Investitionskontrolle ergänzen. Beide Vorschläge laufen auf eine Aufgabe der Allokationsfunktion des Marktes zugunsten planerischer Eingriffe hinaus. Sie wollen den Einflußbereich der Tarifpartner auf die gesamte Wirtschaftspolitik ausgedehnt sehen, gleichzeitig aber den Staat an der Lohnbestimmung teilhaben lassen.

Krelle¹⁰ sieht in der betrieblichen Mitbestimmung einen Ansatz zur Lösung des Verteilungskonfliktes. Dieser soll durch eine betriebliche Kooperation überwunden, die Lohnpolitik davon befreit, dann den gesamtwirtschaftlichen Erfordernissen untergeordnet werden. Alle diese Konzepte, die auf einen Ausgleich des Verteilungskonfliktes zielen, führen aber nicht zu einer endgültigen Lösung. Die Konflikte werden lediglich institutionell verlagert, bei Klaus und Rothschild in den staatlichen Entscheidungsbereich, bei Krelle auf die betriebliche Ebene übertragen; man könnte sagen: Die Gremien kommen und gehen, die Konflikte bleiben bestehen.

Die Allokationsfunktion bei verteilungsneutraler Lohnpolitik sieht Krelle durch folgendes Verfahren gesichert: Er will die Tarife unbegrenzt durch staatliche Sanktionen frei aushandeln, die Tarifpartner also die relativen Knappheiten des Arbeitsmarktes abtasten lassen. Das resultierende Lohnniveau soll dann aber nachträglich halbjährlich oder jährlich um einen einheitlichen Satz, der auf jeden Einzelvertrag angewandt wird, mit dem Ziel der Realisierung eines stabilisierungspolitisch vertretbaren Lohnniveaus gekürzt werden, während die strukturellen Differenzen erhalten bleiben sollen¹¹.

In einem Vorschlag wird die gewünschte gesamtwirtschaftliche Lohnsteigerungsrate im voraus festgelegt. Krelle nennt als Träger dieser Ent-

Eine neue Dimension, in: *Arbeitgeber*, 21. Jg. (1968), S. 471 - 473; vgl. auch *Joachim Klaus* und *Manfred Gömmel*, Realisierungsprobleme der Einkommenspolitik in der Bundesrepublik Deutschland, in: *Civitas*, 11. Bd. (1972), S. 80 - 99.

⁸ *Michal Kalecki*, Class Struggle and the Distribution of National Income, in: *Kyklos*, Bd. 24 (1971), S. 1 - 8.

⁹ *Kurt W. Rothschild*, Einkommenspolitik — Die Verteilungsprobleme müssen offengelegt werden, in: *Wirtschaftswoche*, 26. Jg. (1972), Heft 46, S. 65 f.

¹⁰ *Wilhelm Krelle*, Mitbestimmung und marktwirtschaftliche Ordnung, in: Kurt Nemitz u. a. (Hrsg.), *Mitbestimmung und Wirtschaftspolitik*, Köln 1967, S. 132.

¹¹ *Wilhelm Krelle*, Die Opfer für stabilitätskonforme Lohnpolitik, in: *Wirtschaftswoche*, 26. Jg. (1972), Heft 49, S. 22 - 24.

scheidung den Bundestag, er entzieht sie den Tarifpartnern. Der nachträgliche Kürzungssatz errechnet sich als Differenz zwischen dem konjunkturpolitisch Verlangten und dem aus Einzelverträgen resultierenden Lohnniveau. Es müssen also alle in die relevante Periode fallenden Abschlüsse abgewartet werden, bevor der generelle Abschlag ermittelt werden kann. Das heißt: Der Kürzungssatz und damit die Kostenbelastung des Industriezweiges, für den verhandelt wird, und die auszahlbare Lohnsteigerung für die Arbeitnehmer bleiben bis zum letzten Abschluß unbekannt.

Die verteilungspolitische Front wird durch Krelles Vorschlag verlagert. Gegenwärtig werden die Konflikte zwischen den Arbeitgebern und den jeweiligen Industriegewerkschaften ausgetragen. Nach der Realisierung von Krelles Konzept stehen sich zwar formal nach wie vor Arbeitgeber und Gewerkschaften gegenüber, Betroffene des Abschlusses via Einfluß auf den Kürzungssatz sind aber neben den vertragsschließenden Parteien unbeteiligte Dritte. Materiell gesehen streiten somit Gewerkschaften mit Gewerkschaften um die Anteile an der gleichbleibenden Lohnquote. Sie werden durch Krelles Konzept auf die innergewerkschaftliche Konkurrenz verwiesen.

Da Krelle aus konjunkturpolitischen Gründen die Zahlung von marktbestimmten Zuschlägen unterbinden will, verzichtet er auf die Integration eines funktionsfähigen Marktelementes in das Lohnfindungssystem. Individuell ausgehandelte Zuschläge vermögen zwar nicht die Intensität der Knappheiten auf dem Arbeitsmarkt auszudrücken, sie zeigen aber die Richtung auf und können einer strukturell differenzierenden Tarifpolitik marktgerechte Zeichen setzen und marktwidrige Abschlüsse tendenziell korrigieren.

Einen vergleichbaren Vorschlag unterbreitet Scheele¹². Die innergewerkschaftliche Konfrontation, die aus Krelles Konzept zwangsläufig folgt, wird von ihm von vornherein angesprochen. Die verteilbare Lohnsumme, man könnte auch sagen: der Lohnerhöhungsspielraum, soll nach gesamtwirtschaftlichen Kriterien bestimmt vorgegeben werden. Über die Aufteilung auf die einzelnen Industrien und Unternehmen, also die strukturelle Differenzierung, hätten dann die Gewerkschaften in Abstimmung mit den Arbeitgebervertretern in internen Verhandlungen zu entscheiden. Den tarifpolitischen Erfolg der einen muß konzeptgemäß die andere Gewerkschaft bezahlen. Die Fronten des Tarifkonflikts werden verkehrt. Die Arbeitgeber der angesprochenen Industrie werden stets zusammen mit den rivalisierenden Gewerkschaften Widerstand gegen Lohnerhöhungen leisten, da mit jedem Abschluß der verteilbare

¹² *Erwin Scheele*, Gesamtwirtschaftlich orientierte Lohnpolitik, Düsseldorf 1969, S. 126 f.

Spielraum, den sie zu ihren Gunsten ausschöpfen wollen, beschnitten wird.

Sowohl Krelles als auch Scheeles Konzept geht von einem gelösten Verteilungskonflikt aus. Auf der Suche nach der Sicherung der Allokationsfunktion auf dem Arbeitsmarkt schlagen sie aber einen Weg vor, der zum Zerfall der gewerkschaftlichen Solidarität führen kann, die gegenwärtig den Streit um die Anteile an der Lohnquote mit seinen inflatorischen Konsequenzen begrenzt.

Haberler, Meade, Weintraub¹³ u. a. suchen über eine Einflußnahme auf die Verhandlungsmacht der Tarifpartner nach einer stabilitätsgerechten Lohnpolitik. Während Weintraub mit Strafsteuern bei stabilitätswidrigen Abschlüssen droht, um die Unternehmen zum Widerstand gegen preistreibende Lohnforderungen anzuhalten, wollen Haberler und Meade die Macht der Gewerkschaften begrenzen, indem sie Mitglieder streikender Gewerkschaften von zukünftigen Arbeitslosenzahlungen ausschließen. Beide Ansätze verlangen zwar keine — auch keine vorübergehende — Aufgabe der Tarifautonomie, sie wollen aber deutliche Korrekturen anbringen, die mit Sicherheit den entschlossenen Widerstand der betroffenen Verbände finden werden. Kann sich der Staat durchsetzen, verweigert er die Arbeitslosenhilfe, dann müßten die Gewerkschaften in diese Aufgabe eintreten. Sie würden gleichsam zur Ausdehnung ihrer Macht, zur Monopolisierung des Arbeitsangebotes, gezwungen. Sie dominierten fortan den Arbeitsmarkt. Die Weintraubschen Strafsteuern sollen eine Lohnleitlinienpolitik absichern. Werden sie unüberwindbar hoch angesetzt, dann heben sie die Tarifautonomie auf. Geringe Sätze dürften aber im Zeichen des Booms von den Gewerkschaften übersprungen werden. Eine stabilisierende Wirkung ging dann nur noch vom steuerlichen Liquiditätsentzug aus. Beide Ansätze können also keine Lösung des Konflikts der verteilungsorientierten Lohnpolitik mit dem Stabilitätsziel bringen.

Mit der autonomen Bestimmung der Löhne rücken die Tarifpartner als eigenständige Träger der Wirtschaftspolitik an die Seite der staatlichen Organe. Mißerfolge in der Koordination der Aktivitäten lassen immer wieder die Frage nach der Vereinbarkeit der Tarifautonomie mit den Zielen der staatlichen Wirtschaftspolitik in der globalgesteuerten Marktwirtschaft aufkommen. Sie führen zum Ruf nach Begrenzung der Tarifautonomie oder gar zur Forderung nach Lohnstopp. Vernachlässigt wird regelmäßig, daß die Gewerkschaften im Rahmen der Tarifautono-

¹³ *Gottfried Haberler*, *Incomes Policies and Inflation*, Washington 1972, S. 31; *James E. Meade*, *Wages and Prices in a Mixed Economy*, London 1971, S. 19 ff.; *Sidney Weintraub*, *An Incomes Policy to Stop Inflation*, in: *Lloyds Bank Review*, Januar 1971, S. 1 - 12. Zur ausführlichen Darstellung und Kritik vgl. *Ulrich Teichmann*, *Lohnpolitik*, S. 40 ff. und 61 ff.

mie weitere Aufgaben wahrnehmen, die über die Lohnsetzung hinausgehen.

Die Tarifautonomie begrenzt die „Macht der Mächtigeren“¹⁴. Sie öffnet den Arbeitnehmern den Zugang zu betrieblichen Entscheidungen. Aus abhängiger Entgegennahme von Weisungen kann „eine selbsttätige Mitwirkung“¹⁵ werden. Das heißt, die Tarifautonomie ist nicht lediglich als Instrument zur Regulierung des Arbeitsmarktes zu sehen, sie leitet ihre Rechtfertigung also nicht lediglich aus der Erfüllung lohnpolitischer Funktionen ab, sondern ist gleichzeitig integraler Bestandteil einer demokratischen Gesellschaft.

Wird den Gewerkschaften aber die Durchführung werbewirksamer Tarifrunden verweigert, dann droht ihnen der Mitgliederschwund. Ohne Rückhalt seitens der Mitgliedschaft können sie aber ihren immateriellen Funktionen nicht länger nachkommen, oder sie müssen auf die betriebliche Aktivität ausweichen und hier durch mitgliederbindende Konfliktstrategien das nachzuholen versuchen, was ihnen auf überbetrieblicher Ebene versagt bleibt. Es zeigte sich dann, daß auch der Machtanspruch des Gesetzgebers den inflatorischen Verteilungskonflikt nicht überwinden kann, sondern ihn lediglich in die Betriebe zwingt. Dort kann er aber, ohne an die Grenzen des marktwirtschaftlichen Systems heranzugehen, durch gesetzgeberische Schritte (in Form von Lohn- und Preiskontrollen) nicht mehr erreicht werden.

Partielle Eingriffe in die Tarifautonomie können zwar einzelne Lücken schließen, sie bergen aber die Gefahr, daß an anderer Stelle Löcher auftreten werden. Dauerhafte Lösungen können deshalb nur von Konzepten erwartet werden, die nach einer Abstimmung der wirtschaftspolitischen Aktivitäten suchen, welche die politisch-organisatorischen Möglichkeiten ihrer Träger nicht überfordern und die internen Zwänge, denen sie unterliegen, berücksichtigen.

1.3 Konfliktlösung durch antizyklische Investivlohnpolitik

Auf der Suche nach einem Weg aus der Rezession liegen die Interessen aller Beteiligten auf der gleichen Linie. Der Aufschwung bringt den Unternehmen die verlangte Verteilungskorrektur, die Arbeitslosen werden wieder in den Produktionsprozeß eingegliedert, und die Gewerkschaften erhalten mit der Vollbeschäftigung ihre Handlungsfähigkeit zurück, die für die Zukunft lohnpolitische Erfolge verspricht. Nach dem gelungenen Aufschwung drängen dann aber quotale Aspekte innerhalb der Einkommenspolitik, die der gemeinsame Wunsch nach Vollbeschäftigung vor-

¹⁴ Claus Noé, *Gebändigter Klassenkampf*, Berlin - München 1970, S. 23.

¹⁵ Jan Tinbergen, *Vor- und Nachteile einer staatlichen Lohnpolitik*, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 6. Jahr (1961), S. 71.

übergehend zurücktreten ließ, mit der Sicherheit der Arbeitsplätze wieder nach vorn. Die Lohnpolitik will sich nicht länger den stabilisierungspolitischen Erfordernissen unterordnen. Aufkommende Verteilungsfragen trennen die Tarifpolitik von den konjunkturpolitischen Zielen.

Das Überleiten des Aufschwungs in eine ausgeglichene Entwicklung kann an der verteilungspolitischen Zielsetzung der Gewerkschaften scheitern. Einer „lohn- und preispolitischen Absicherung“ — das wäre die Zusage, die mit der schnellen Rückkehr zur Vollbeschäftigung entstehenden Engpässe nicht zur sofortigen Durchsetzung von Forderungen zu nutzen — könnte es zwar gelingen, den Konsumanstieg und die von ihm ausgehenden expansiven Impulse zurückzuhalten, damit den eingeleiteten Aufschwung zu dämpfen, ihn in einen stetigeren Pfad einmünden zu lassen und zugleich den Kostendruck zu mäßigen. Sie verlangt aber von den Gewerkschaften den Verzicht auf eine bestandssichernde aggressive Tarifpolitik in einer Zeit der Vollbeschäftigung, die der Verteilungsaktivität nach langem Warten im Schatten der Gewinnexpansion erfolversprechende Wege öffnet. Auch der Ausweg aus dem Boom, der über einen allmählichen und gleichmäßigen Abbau der Ansprüche aller Nachfragesektoren führt, verlangt eine verteilungsneutrale Lohnpolitik. Die Gewerkschaften hätten außerdem das Überwälzungsrisiko zu tragen, wenn die Unternehmen die Chance wahrnehmen, frühere Lohnsteigerungen in den Preisen weiterzugeben.

Empirische Beobachtungen bestätigen diese Gefahr. Während regierungsamtliche Leitlinien und Kontrollen in der Regel den Lohnanstieg dämpften, blieben sie meist ohne nennenswerte Wirkung auf die Preise, die trotz Lockerung des Kostendrucks unvermindert weiterstiegen¹⁶. Eine ungebrochen expansive Tarifpolitik könnte dagegen mit dem Greifen der Restriktionen die Investitionen und damit die Gewinne Zug um Zug zurückdrängen. Sie trüge allerdings die Gefahr eines konjunkturellen Rückschlages in sich. Zusammengefaßt heißt das: Die konventionelle Tarifpolitik wird immer im Widerstreit zwischen der Verteilungsorientierung und den Zielen der Konjunkturpolitik liegen. Deshalb wird es notwendig, sie im Blick auf diese beiden Aktivitäten aufzuspalten bzw. die konjunkturelle Komponente aus der Tarifpolitik herauszulösen, sie getrennt zu steuern und möglichst auch institutionell vom verteilungspolitischen Handeln abzubinden.

¹⁶ *Frank P. R. Brechling*, Some Empirical Evidence on the Effectiveness of Prices and Incomes Policies, in: Michael Parkin und Michael T. Sumner, *Incomes Policy and Inflation*, Manchester 1972, S. 30 - 47, hier S. 47. Vgl. auch *Robert J. Gordon*, Wage-Price Controls and the Shifting Phillips Curve, in: *Brookings Papers*, 2/1972, S. 385 - 421; *Gardner Ackley*, Observations on Phase II Price and Wage Controls, in: *Brookings Papers*, 1/1972, S. 173 - 190, insbes. S. 185 f.

Der Sachverständigenrat¹⁷ — vor ihm schon Bombach, Ehrenberg u. a.¹⁸ — schlägt eine solche Trennung vor. Er will die Tarifpolitik der konjunkturpolitischen Zielsetzung unterordnen und die verteilungspolitischen Intentionen durch parallel vereinbarte Investivlohnzuschläge verfolgen. Im Zyklus sollen antizyklisch variierbare Beträge dem Konsum entzogen und einem Investitionsfonds zugeführt werden. Der gebundene Lohnanteil soll aber in den normalen Tarifvertrag einbezogen bleiben.

Es fehlt damit die institutionelle Trennung, die eine separate Zielverfolgung erlaubt. In der konventionellen Tarifpolitik, die von verschiedenen Partnern zu unterschiedlichen Zeiten geschlossene Verträge kennt, ist die Zuständigkeit für das Kollektivgut Stabilität nicht eindeutig angesprochen. Jeder wird versuchen, sich der konjunkturpolitischen Verantwortung zu entziehen, und, da die Mitglieder nach Barlohnsteigerungen drängen, den gebundenen Anteil möglichst gering halten, solange kein gemeinsamer und verbindlicher Beschluß über eine Stilllegung herbeigeführt werden kann. Der Investivlohn wird dadurch immer ein umstrittener Verhandlungspunkt sein. Bei kritischen Auseinandersetzungen wird die endgültige Einigung zumeist auf dessen Kosten — und mit einem verschämten Blick zur Überwälzung als vorübergehendem „social mollifier“¹⁹ — zustandekommen. Die Konflikte bleiben bestehen. Sie werden lediglich auf die Zukunft übertragen und gehen dort mit unverminderter Schärfe auf der nächsthöheren Inflationsstufe weiter.

Der Einsatz der konjunkturellen Komponente bleibt zudem an das Auslaufen des alten Vertrages gebunden. Die Verzögerung in der konjunkturpolitischen Anwendung wird darüber hinaus noch durch den „Zwang zum Anschluß“ an vorangegangene Abschlüsse verlängert, dem Gewerkschaften unterliegen, die vor ihren Mitgliedern bestehen wollen.

¹⁷ Sachverständigenrat, Jahresgutachten 1972, Ziffer 516.

¹⁸ *Gottfried Bombach*, Was muß die Wirtschaftspolitik heute leisten?, in: Die Aussprache, 17. Jg. (1967), S. 197 - 213, hier S. 207. Angeschlossen hat sich eine EWG-Kommission, deren Hauptberichterstatte Bombach war: Grundkriterien für die Festsetzung der Löhne und damit zusammenhängender Probleme einer Lohn- und Einkommenspolitik, Brüssel 1967, S. 140; *Herbert Ehrenberg*, Gewerkschaftliche Einkommenspolitik in der sozialen Marktwirtschaft, in: Friedrich Lenz u. a. (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung, Berlin 1968, S. 333 - 350. Bombach will deshalb „bei exzessiven Boomperioden“ den Tarifpartnern die Entscheidung über den investiven Lohnanteil nehmen, also deren Autonomie im konjunkturpolitischen Interesse einschränken.

Föhl dagegen will die Tarifautonomie auf die Bestimmung des Investivanteils begrenzen, über die Barlohnerrhöhung soll die Regierung dann im konjunkturpolitischen Interesse entscheiden. *Carl Föhl*, Zur Problematik geldwertneutraler Lohnbildung, in: Friedrich Lenz u. a. (Hrsg.), Beiträge zur Wirtschafts- und Gesellschaftsgestaltung, Berlin 1968, S. 289 - 302, hier S. 299.

¹⁹ *Martin Bronfenbrenner* und *Franklyn D. Holzman*, Survey of Inflation Theory, in: American Economic Review, Bd. LIII (1963) S. 626.

Solange diese auf die tarifpolitischen Erfolge rivalisierender Gewerkschaften sehen, wird mit den vorangegangenen Verträgen das Maß gesetzt, an dem die Nachfolger gemessen werden. Entscheidende Phasen des Zyklus, in dem stabilisierende Maßnahmen eingeleitet werden müßten, bleiben somit frei von stabilisierungspolitischen Korrekturen, da sich die Gewerkschaften aus verbandspolitischen Gründen sperren werden.

Auch Dürr, Giersch u. a. wollen in einem „Konzept zur Rückgewinnung der Stabilität“²⁰ die Vermögenspolitik als stabilisierungspolitisches Instrument nutzen. Der Tarifvertrag soll Lohnerhöhungen entsprechend dem erwarteten Produktivitätszuwachs zuzüglich der für unvermeidbar gehaltenen Inflationsraten bringen. Verfehlt die Stabilisierungspolitik ihr Ziel, dann werden die laufenden Verträge kündbar. Anschließend durchgesetzte Lohnerhöhungen sollen aber ausschließlich einem Vermögenskonto, das nach vier bis fünf Jahren zu tilgen ist, gutgeschrieben werden, um eine erneute Beschleunigung des Preisauftriebs zu verhindern. Auch dieses Konzept begrenzt die Tarifautonomie. Es verlangt nicht nur im Erstabschluß die Verteilungsneutralität, es fordert darüber hinaus eine Vorwegnahme angestrebter Stabilisierungserfolge in den Tarifen. Nur dann, wenn das Stabilitätsziel verfehlt wird, erhalten die Gewerkschaften ihre Handlungsfreiheit zurück. Lohnzuschläge führen dann aber (aus der Sicht der Konjunkturpolitik *wegen*, nach Meinung der Gewerkschaften *trotz* anhaltender Inflation) nicht zu Barauszahlungen, sondern müssen stillgelegt werden. Sie können also keine — aus der Sicht der Gewerkschaften — nachträgliche Heilung des vorangegangenen tarifpolitischen Verzichts bringen. Deren Zustimmung wird deshalb kaum erreichbar sein²¹. Die IG Metall schloß sich zwar 1973 einem ähnlichen Vorgehen an. Sie verzichtete auf einen Verteilungszuschlag und antizipierte einen Stabilisierungserfolg, sah dann aber die von ihr „gesetzten Signale rücksichtslos überfahren“²². Wilde Streiks, die den Zusammenhalt der Gewerkschaften gefährdeten, und eine harte gewerkschaftliche Politik in der nächsten Tarifrunde, die die Mitglieder wieder fester an ihren Verband binden sollte, waren die Folge der unbegrenzten Situation.

Die Gewerkschaften lehnen Investivlohnkonzepte auch „aus grundsätzlichen Überlegungen“ ab, da sie sich in ihrer tarifpolitischen Hand-

²⁰ Veröffentlicht am 23. 4. 1974. Den gleichen Vorschlag machte Kurt Biedenkopf kurz zuvor: Mit Lohnformeln die Inflation bekämpfen (Interview), in: Frankfurter Rundschau, Nr. 87 vom 13. 4. 74, S. 5.

²¹ Die Gewerkschaften sehen in dem Konzept eine „unausgesprochene, offenbar aber gewollte ... Einschränkung, wenn nicht gar die Beseitigung der Tarifautonomie“ (Hans Mayr, Alte Ziele in neuem Gewande, in: Der Gewerkschafter, 22. Jg. (1974), Heft 6, S. 2 f.).

²² Eugen Loderer, Die IGM läßt sich auf keinen Fall überfahren, in: Metall, 26. Jg. (1974), Heft 1, S. 1.

lungsfreiheit eingeschränkt sehen²³. Verteilungsfragen würden ohne mitgliederbindenden Durchsetzungsprozeß nach gesamtwirtschaftlichen Gesichtspunkten geregelt, in der Konjunkturpolitik bekämen sie lediglich eine Anpasserrolle zugewiesen. Die Tarifautonomie wäre materiell gesehen zugunsten der konjunkturpolitischen Erfordernisse wesentlich eingeschränkt. Solange sie formal aber nicht begrenzt wird, können die Gewerkschaften parallel zur Vermögensbildungspolitik des Staates eine tarifvertragliche Verteilungsstrategie verfolgen, die der Investivlohnpolitik den Spielraum nimmt und letztlich ihre Aufgabe erzwingt, wenn nicht „doppelte“ Verteilungspolitik in die Rezession bei gleichzeitiger Inflation führen soll. Es muß deshalb nach Lösungen gesucht werden, die die Zustimmung der Tarifpartner finden oder bei denen sie zumindest die Mitarbeit nicht verweigern können.

2. Das Lohnfondskonzept

Die Tarifautonomie bleibt unangetastet, wenn die Tarifpartner ohne direkte staatliche Einflußnahme den Lohn bestimmen können. Seine Höhe kann, aber sie muß nicht das Ergebnis eines einzigen Beschlusses sein. Über seine Bestandteile kann separat verhandelt werden. Auch Zahlung (entspricht einer Gewinnkürzung) und Empfang (ihm folgt die Konsumnachfrage) können zeitlich getrennt werden. Die Lohnpolitik zeigt sich dann als Verbund, der sich in verschiedene, unabhängig voneinander steuerbare Mittel auflösen läßt, mit denen auseinanderstrebende Ziele auf unterschiedlichen Wegen neben- oder auch nacheinander verfolgt werden können.

Der erhöhte Lohn kürzt durch den Liquiditätsentzug die Investitionen und stützt durch die Auszahlungen den Konsum. Die beiden gegenläufigen Effekte sind in der traditionellen Tarifpolitik die gleichzeitige Wirkung eines Tarifabschlusses. Durch die Zwischenschaltung des Lohnfonds lassen sie sich zeitlich trennen. Die entzogene Liquidität wird in Zeiten eines Nachfrageüberschusses vorübergehend stillgelegt und kommt erst dann zur Auszahlung, wenn sich die konjunkturellen Vorzeichen geändert haben. Sie erfolgt, wenn nicht mehr nachfragebedingte Preissteigerungen drohen, sondern wenn eine Rezession nach einer Ex-

²³ Gegenwärtig befinden sich die Gegner des Investivlohns im Deutschen Gewerkschaftsbund zwar noch in der Minderzahl. Sie können aber schon entsprechende Programme blockieren. Es kann zudem erwartet werden, daß sich ihre verbandspolitische Argumentation in der Zeit durchsetzt, in der sich die Mitglieder mit ihren gegenwartsbezogenen Lohnforderungen zunehmend zu Wort melden. Vgl. *Heinz O. Vetter*, Bald neues DGB-Aktionsprogramm, in: *Welt der Arbeit*, Nr. 7 vom 18. 2. 72, S. 2. Wortführer der Gegner ist die IG Metall: *Wir warnen vor Fehlentscheidungen in der Vermögenspolitik*, in: *Der Gewerkschafter*, 21. Jg. (1973), S. 122 - 123; vgl. auch ihre „Leitsätze zur Vermögenspolitik“.

pansion des Konsums verlangt. Die konjunkturelle Wirkung wird durch die zeitliche Trennung der tarifpolitischen Effekte — in der Rezession wird ausschließlich der expansive und im Boom allein der restriktive genutzt — zudem durchsichtiger. Das einzelne lohnpolitische Instrument wird effizienter handhabbar, da es auf die wechselnden konjunkturpolitischen Aufgaben widerspruchsfrei abgestimmt werden kann.

Bei der Sicherung der Stabilität sollte niemand seinen Beitrag verweigern dürfen. Dies setzt voraus, daß alle angesprochenen Verbände in gleichem Schritt mitziehen und nicht der gleichzeitige Verzicht auf andere (hier das verteilungspolitische) Ziele damit verbunden ist. Stabilitätsorientierte Lohnpolitik läßt sich deshalb am besten auf zentraler Ebene machen, unter Einschluß aller Beteiligten. Das sind sämtliche Industriegewerkschaften auf der einen Seite, denen eine Verhandlungsdelegation der Arbeitgeberverbände gegenübersteht. Über den Fondsanteil sollte wegen des Kollektivgutcharakters der Stabilität gemeinsam entschieden werden, über den Normaltarif von den jeweilig zuständigen Gewerkschaften und Arbeitgeberverbänden in der heute üblichen regionalen und industriellen Staffelung. Trotz institutioneller und zeitlicher Trennung der Entscheidungsprozesse nach den angesprochenen Zielen bleibt die Tarifautonomie *formal* uneingeschränkt gewahrt, da die Vertragspartner nach wie vor über beide Komponenten des Lohnes bestimmen. Über den Fondsanteil muß zwar eine zentrale Übereinkunft gesucht werden, dies beeinträchtigt aber nicht die Autonomie in bezug auf den Normaltarif, dessen Bestimmungs- und Durchsetzungsprozeß den Gewerkschaften ausreichenden mitgliederbindenden Handlungsspielraum läßt. *Inhaltlich* wird die Tarifautonomie sogar noch erweitert, da die Ziele, die von der Lohnpolitik angesprochen werden, jetzt auf getrennten Wegen unabhängig voneinander und damit effizienter verfolgt werden können.

Durch den Lohnfonds läßt sich die konjunkturelle Komponente aus der Tarifpolitik herausnehmen und, ausschließlich auf Stabilität gerichtet, bundeseinheitlich nach dem Willen der Tarifparteien steuern. Die vereinbarten Zahlungen gehen ausschließlich von den Unternehmen zum Fonds (dies im Boom), mit der konjunkturellen Wende zum Abschwung dann in umgekehrter Richtung über die Unternehmen an die Haushalte. In Zeiten überschüssiger Nachfrage wird den Unternehmen auf zentralen allgemeinverbindlichen Beschluß der Tarifpartner hin Liquidität entzogen, die den Lohnempfängern solange vorenthalten bleibt, bis ein konjunkturell bedingter Nachfrageabfall eine Konsumexpansion erforderlich macht. Der Fonds gleicht den konjunkturellen Lohnrückgang des Abschwungs aus und führt zu einem gleichmäßigeren Einkommensanstieg in der Zeit. Er dient gleichsam als Ausgleichsbecken für den überkonjunkturell bestimmten, einen stetigen Konsumverlauf sichernden

Lohnanstieg. Wenn der bisherige Lohnlag am Beginn des Abschwungs bestehen bleibt, kann der Fonds aber auch auf zentralen Beschluß hin von den Unternehmen zur anteiligen Finanzierung der Löhne, die im Normaltarifvertrag vereinbart wurden, in Anspruch genommen werden, um einem investorischen Abwärtsprozeß vorzubeugen.

Da die konjunkturelle Komponente verteilungsneutral gesteuert wird — der Fonds trennt lediglich den kontraktiven Entzugseffekt zeitlich von der konsumsteigernden Auszahlungswirkung —, müßte die Mitarbeit der Gewerkschaften — vor allem bei angemessener Verzinsung — erreichbar sein. Sie können dann zwar nicht mehr — wie bisher — im beginnenden Boom und in Zeiten der Inflation so eindrucksvolle Lohnsteigerungsraten durchsetzen, denn der konjunkturpolitisch gesteuerte Fonds behindert Überwälzungen und härtet damit den Widerstand der Arbeitgeber. Sie setzen sich aber auch nicht länger dem Vorwurf der Erfolglosigkeit verbunden mit kostenbedingter Preistreiberei aus, da die Lohnsteigerungen bislang umgehend überwältigt wurden. Der Lohnfonds bringt sie zudem durch eben diese Überwälzungssperre ihrem verteilungspolitischen Ziel näher, das sie mit dem Normaltarifvertrag angehen können. Die Stabilisierungswirkung des Liquiditätsentzuges zwingt die Unternehmen, sich in den Tarifverhandlungen zu stellen. Sie erlaubt zugleich verteilungspolitische Versuche, da die Mittel für die Korrektur eines ungewollten Beschäftigungseinbruches im Lohnfonds bereitstehen.

Der Fonds erschließt unabhängig voneinander handhabbare lohnpolitische Mittel, die auf unterschiedliche Ziele ausgerichtet werden können. Er führt weg von der konventionellen Tarifpolitik, die gleichzeitig neben dem Verteilungsziel Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität tangiert, die also den Konflikt in sich trägt. Nur unter der Vernachlässigung des einen Zieles, dem Verteilungsgleichmaß, ließe diese sich auf das andere Gebot, in der Rezession Vollbeschäftigung oder im Aufschwung Preisniveaustabilität, ausrichten. Sie verlangt die Wahl des Optimums. Der konjunkturpolitisch geführte Lohnfonds erlaubt dagegen eine effizientere Nachfragesteuerung. Er begrenzt damit zugleich Überwälzungen, die verteilungsorientierte Schritte mit Hilfe des Normaltarifvertrages unterlaufen helfen.

Bei ausgeklammerter, über den Lohnfonds gesteuerter konjunktureller Komponente wird auf dezentraler Ebene, bezogen auf die Bundesrepublik Deutschland, nach Regionen und Industrien getrennt, verhandelt. Die Abschlüsse werden zwar nach wie vor beschäftigungs- und preispolitische Konsequenzen haben, deren Ursachen sind jetzt aber in den verteilungspolitischen Schritten und nicht in dem Wirken konjunktureller Faktoren zu suchen. Die Behinderung der Überwälzbarkeit durch den Lohnfonds härtet den Widerstand der Arbeitgeber und zeigt den Gewerkschaften damit eine erste Grenze ihrer Verteilungsaktivität. Die

Positionen und Verantwortlichkeiten werden klarer, die Alternativen transparenter, da vor dem Ausweg in steigende Preise — mit der Zwischenschaltung des Lohnfonds — die selbst errichtete Hürde des konjunkturell begründeten Liquiditätsentzuges durch den zentralen Vertrag steht²⁴.

Der Lohnfonds ermöglicht den Abschluß langfristiger, industriell und regional differenzierender Tarifverträge, die Kostentransparenz schaffen. Gedacht ist an eineinhalb bis zweijährige Laufzeiten. Er gleicht unvorhergesehene zyklische Einflüsse auf die Zahlungsfähigkeit aus. Der zentrale Vertrag stellt das Ventil dar, das den Fonds gemäß der konjunkturellen Entwicklung, festgestellt durch Beschluß der Tarifpartner, für den Zufluß, das bedeutet einen investitionskürzenden Liquiditätsentzug, oder die Abgabe, das führt zu steigendem lohnfinanzierten Konsum, öffnet. Über die konjunkturelle Komponente könnte mit dem Ziel eines stetigeren Nachfrageanstiegs, der im Interesse beider Tarifpartner liegt, unabhängig von den Laufzeiten der Normaltarifverträge gemäß dem Bedarf nach antizyklischem Handeln häufiger entschieden werden. Die genaue Regelung ließe sich in einer Vereinbarung, vergleichbar etwa einem freiwilligen Schlichtungsabkommen, festhalten. Die Verhandlungen könnten in regelmäßigen, etwa vierteljährlichen Abständen oder auf Antrag einer Seite stattfinden.

Der Lohnfonds erlaubt kleine kontinuierliche, deshalb transparente, dem konjunkturellen Verlauf anpaßbare Schritte. Überzogene Maßnahmen könnten zurückgenommen werden, ohne daß von den gerade verhandelnden Gewerkschaften verlangt werden muß, den gewohnten Lohnsteigerungstrend zu verlassen und die Tarifpolitik umzustellen, ohne gleichzeitig die Gewähr zu bieten, daß der zukünftige konjunkturelle Verlauf die anderen zum Nachfolgen zwingt. Der einzelne konjunktursteuernde Schritt, sei er nun gleichgerichtet oder tendenzwendend, tangiert nicht die Basis der Entscheidungen von Konsumenten und Investoren, da Haushalte und Unternehmen sich bei einer gradlinigen und nicht zuletzt deshalb glaubhaften Konjunkturpolitik nicht an der einzelnen Maßnahme, sondern an der beschriebenen und durch einen zielgerechten Mitteleinsatz verdeutlichten zukünftigen gesamtwirtschaftlichen Entwicklung orientieren werden.

²⁴ Das Lohnfondskonzept mag manchen als undurchsetzbar erscheinen. Deshalb sei darauf hingewiesen, daß ein vergleichbares tarifpolitisches Vorgehen bereits stattfand. Im Mai 1970 vereinbarten IG Metall und der Gesamtverband metallindustrieller Arbeitgeberverbände außerhalb des normalen Tarifvertrages angesichts des anhaltenden Preisanstiegs Lohnerhöhungen, die stillgelegt wurden. Andere Wirtschaftszweige folgten nach. Die Arbeitgeber wollten wilden Streiks vorbeugen; für die Gewerkschaften war es wegen der Friedenspflicht das tarifpolitisch einzig Erreichbare. *Otto Brenner*, Ein Durchbruch, in: *Der Gewerkschafter*, 18. Jg. (1970), S. 202 - 203.

Die zentrale tarifvertragliche Entscheidung über das schrittweise Anpassen wird wesentlich erleichtert, da sie — eingebettet in ein zyklusübergreifendes lohnpolitisches Konzept — frei von verteilungspolitischem Streit allein auf Stetigkeit gerichtet bleibt. Die Variation des Fondsbeitrages hat zwar — der kreislauftheoretischen Argumentation folgend — nach wie vor Verteilungskonsequenzen. Die Erhöhung kürzt durch den Liquiditätsentzug und durch die bewirkte verstetigende Nachfragesenkung die Gewinne; spätere Auszahlungen lassen sie über die Belegung des lohnfinanzierten Konsums ansteigen. Sie widersprechen aber nicht mehr der konjunkturpolitischen Zielsetzung. Sie unterstützen sie, denn auch eine etwaige ungewollte Verteilungswirkung des Fondsbeitrages bringt einen zusätzlichen konjunkturellen Effekt, der in die gleiche Richtung geht. Wird erkannt, daß die Dosierung überhöht war, dann muß sie dem Stabilisierungsziel folgend umgehend korrigiert werden, wenn man nicht wegen der Verteilungswirkung die entstehende Unterbeschäftigung nun doch in Kauf nehmen will.

Das Lohnfondskonzept läßt auch die Allokationsfunktion des Arbeitsmarktes (über freiwillige Zuschläge) und des Tarifvertrages unbeeinträchtigt. Solange die politische Durchsetzbarkeit von Lohnleitlinien ein einheitliches Vorgehen, also eine gleichmäßige Begrenzung des Lohnanstieges in allen Verträgen, der Markt aber eine knappheitsgerechte Differenzierung verlangt, werden konjunkturpolitische Erfordernisse und strukturelle Notwendigkeiten im Konflikt miteinander stehen. Neben dem Verteilungsziel wird in Zeiten drohender Preissteigerungen bei Dominanz des Stabilitätsgebotes auch das Verlangen nach struktureller Flexibilität hintanstellen müssen, solange die Tarifsetzung (einschließlich der marktorientierten Zuschläge) die genannten Funktionen zugleich anspricht. Erst mit dem Lohnfondskonzept, das eine Aufspaltung der Tarifpolitik in eine stabilitätsorientierte und eine separat steuerbare verteilungspolitische und zugleich strukturelle Komponente bringt (und obendrein Marktzuschläge erlaubt), wird der Weg für eine gleichzeitige parallele Realisierung der angesprochenen Ziele auf getrennten tarifpolitischen Wegen frei.

Da im Aufschwung die Gewerkschaften dem Gewinnanstieg meist nicht mit der Tarifpolitik folgen können, werden sie nach dessen Begrenzung durch zentrale Tarifverträge rufen. Die Arbeitgeberverbände werden diese Forderung kaum zurückweisen können, ohne sich in das stabilisierungspolitische Abseits zu stellen. Sie werden aber versuchen, die Stilllegung möglichst gering zu halten oder die Entscheidung zu verzögern.

Droht ein Abschwung, dann steht aber zu erwarten, daß beide Tarifpartner zugleich nach einer — aus der Sicht der Stabilisierungspolitik — vorzeitigen Auszahlung von Fondsbeträgen verlangen; die Gewerk-

schaften, um den Beschäftigungsstand zu sichern, die Unternehmen, um den Druck auf die Gewinnspannen zu mindern, der von dem angestrebten Rückgang der Nachfrage bei vorübergehend noch unvermindert steigenden Löhnen ausgeht. Der Preisschub, der durch die Stilllegung aufgefangen werden sollte, träte dann doch noch ein — also lediglich mit einer Verzögerung.

Will die staatliche Konjunkturpolitik eine sachgerechte Durchführung des Lohnfondskonzeptes durch die Tarifpartner erreichen, dann muß sie mit Drohstrategien arbeiten. Sträuben sich die Arbeitgeberverbände im Aufschwung gegen zentral vereinbarte Stilllegungen, muß sie mit Investitionssteuern drohen. Drängen im beginnenden Abschwung beide Tarifpartner zugleich auf vorzeitige Auszahlung aus dem Fonds, dann müssen ersatzweise Steuererhöhungen angekündigt und gegebenenfalls auch durchgeführt werden.

Mit der Einführung des Lohnfondskonzeptes verfügen Tarifpartner und Staat über parallele konjunkturpolitische Instrumente. Verweigert der Staat die Mitarbeit, dann können die Tarifpartner auch von sich aus auf Stabilisierung hinwirken, ohne gleichzeitig ihre verteilungspolitische Zielsetzung aufgeben zu müssen. Wenn sich die Tarifpartner unwillig zeigen, kann sie die Regierung durch Drohung mit Steuererhöhungen zur Hinnahme des geringeren Übels, der vorübergehenden Stilllegung im Aufschwung oder des Verzichts auf vorzeitige Auszahlung im beginnenden Abschwung, veranlassen.

In der *Zusammenfassung* heißt das: Der Lohnfonds ermöglicht einen getrennten Einsatz der gegenläufigen tarifpolitischen Effekte. Verteilungsgleichmaß und Stetigkeit können dann bei Wahrung der strukturellen Flexibilität auf dem Arbeitsmarkt nebeneinander verfolgt werden. Das Lohnfondskonzept ist zyklusübergreifend angelegt. Das Risiko vorzeitig heraufgesetzter, zurück in die Rezession führender oder verspätet dem steilen Gewinnanstieg des Aufschwungs nachfolgender preistreibender Tarife wird vermieden. Der dezentrale Abschluß kann lange, Transparenz schaffende Laufzeiten beinhalten. Konjunkturelle Gefahren werden vermieden, da der Fondsanteil in kleinen aufeinanderfolgenden, revidierbaren Schritten, weitgehend frei von verteilungspolitischem Streit und deshalb vorhersehbar, mit im einzelnen kaum merklichen Eingriffen, die nicht zu sprunghaften Planrevisionen zwingen, der konjunkturellen Entwicklung entgegengerichtet werden kann. Die Tarifautonomie bleibt formal gewahrt. Inhaltlich wird sie sogar erweitert, da der Lohnfonds eine präzise Abstimmung der tarifpolitischen Schritte auf Verteilungsziel und Stetigkeit erlaubt und zugleich die Allokationsfunktion des Arbeitsmarktes unangetastet läßt.

Korreferat zu: Lohnfondskonzept als Mittel zur rationalen Lohnpolitik

Von *Erwin Weissel*, Wien

1. Die Stärke des Lohnfondskonzeptes liegt in der psychologisch höchst wirkungsvollen Tatsache, daß *beiden* Parteien auf dem Arbeitsmarkt eine Einschränkung auferlegt wird. Seine — gleichfalls psychologisch bedingte — Schwäche liegt in der Möglichkeit, daß es überfordert, gewissermaßen für ein perpetuum immobile der Preise gehalten werden kann. Im Prinzip besteht das Konzept darin, daß ein Teil der in der Hochkonjunktur durchgesetzten Lohnerhöhung „eingefroren“ und in der Depression wieder „aufgetaut“ wird. Die in der Hochkonjunktur angestiegenen Lohnkosten können, weil ein Teil der effektiven Nachfrage temporär abgeschöpft wurde, kaum zur Gänze in Gestalt höherer Preise überwältigt werden; niemand hindert jedoch die Unternehmer daran, das Versäumte dann nachzuholen, wenn der Lohnfonds angezapft wird. Die unmittelbare Wirkung beschränkt sich folglich darauf, die *Schwankungen* der jährlichen Inflationsrate zu dämpfen, ohne am langfristigen Preisauftrieb — über den Konjunkturzyklus hinweg — etwas zu ändern.

Das Gesagte setzt jedoch voraus, daß das Konzept reibungslos funktioniert. Eine Reihe von Gründen läßt es als fraglich erscheinen, ob diese Voraussetzung in der Praxis erfüllt werden kann. Die skeptischen Überlegungen beschränken sich auf die folgenden drei Punkte.

2. In dem Konzept stecken einige *ceteris-paribus*-Annahmen, von denen jene betreffend Sparneigung, Liquidität und staatliche Aktivität Anlaß zu Einwänden geben. Erstens wird offenbar angenommen, daß sich der Konsumaufwand der Arbeitnehmer nach dem *tatsächlich ausbezahlten* Lohn richtet, ohne Rücksicht auf das Lohnguthaben; das erscheint in einer Zeit, in der das mittelfristige Zwecksparen (langlebige Konsumgüter!) eine bedeutende Rolle spielt, nicht sehr plausibel, denn das Lohnguthaben kann leicht für laufendes Zwecksparen substituiert werden, so daß der Konsumaufwand letztlich wieder zur Funktion des *gesamten* Lohnes (einschließlich des eingefrorenen Teiles) wird und folglich auch keinerlei effektive Nachfrage abgeschöpft wird. Zweitens wird offenbar angenommen, daß die infolge der gestiegenen und nur teilweise überwältzbaren Lohnkosten den Unternehmen entzogene Liquidität oder reduzierten Eigenmittel investitionshemmend wirken; die ent-

zogenen Mittel müssen aber irgendwo im Kreditapparat wieder auftauchen, da sie ja angemessen verzinst werden sollen, und es liegt dann auf der Hand, daß die geringere Liquidität der Unternehmen durch die größere Liquidität des Bankensektors um so leichter kompensiert werden kann, je eher die Unternehmen bereit sind, Fremdmittel einzusetzen. Drittens wird offenbar angenommen, daß die staatliche Aktivität von der Existenz des Lohnfonds unbeeinflusst bleibt, so daß der Lohnfonds analog einem eingebauten Stabilisator wirkt; es erscheint höchst zweifelhaft, daß derselbe Staat, der den laufend an ihn herangetragenen Versuchungen, zum Wohlgefallen der Wähler Geld auszugeben, ebenso laufend erliegt, auf einmal *dieser* Versuchung, die dämpfende Wirkung des Lohnfonds einzukalkulieren, *nicht* erliegen sollte, zumal die Möglichkeit einer exakten Überprüfung gar nicht gegeben ist.

3. Den zweiten kritischen Punkt stellt die Frage dar, wie der Fonds aufgefüllt und angezapft werden soll. Zweifellos muß davon ausgegangen werden, daß gegenüber dem Fonds individuelle Ansprüche bestehen: Jeder einzelne Arbeiter hat Anspruch auf eine bestimmte Summe, die er zunächst nicht ausbezahlt erhalten hat. Das führt zu einigen Schwierigkeiten. Erstens muß diese Summe der Besteuerung unterliegen, aber die Steuer muß zweigeteilt werden: Vom tatsächlich auszahlenden Lohn ist die darauf entfallende Steuer abzuziehen, und an den Fonds ist der eingefrorene Anteil abzüglich der darauf entfallenden Steuer abzuliefern. Da pro Arbeiter jeweils für *zwei* Löhne (Gesamtlohn und auszuzahlender Lohn) die Steuer zu berechnen und überdies die Differenz der Nettogrößen zu bilden ist, wird den Lohnbüros der Unternehmen mindestens eine Verdoppelung der Verwaltungsarbeit zugemutet, die nicht einfach übergangen werden kann. (Der alternative Weg, einen Anteil des *Nettolohnes* an den Fonds abzuführen, ist administrativ weit weniger aufwendig, liefert jedoch infolge der progressiven Einkommensbesteuerung nicht dasselbe Ergebnis; im Vergleich zum ersten Weg wird mehr an den Fonds abgeführt, und zwar in einem mit dem Lohn wachsenden Ausmaß, das heißt effektive Nachfrage wird vermehrt dort abgeschöpft, wo am ehesten kompensierende Reaktionen der Arbeitnehmer möglich sind.) Das Hauptproblem liegt jedoch in der Kollision mit dem Grundsatz, nur solche Einkommen zu besteuern, über deren Verwendung frei entschieden werden kann.

Zweitens taucht die Frage auf, was mit der auf die Lohnfondssumme entfallenden Steuersumme geschehen soll. Geht man davon aus, daß durch den Lohnfonds effektive Nachfrage temporär abgeschöpft werden soll, dann ist es offensichtlich widersinnig, einen Teil der Summe dem Staat zur Verausgabung zu überlassen, zumal dieser Teil mit dem eingefrorenen Anteil des Lohnes steigt. Diese Überlegung würde also dafür sprechen, daß auch die Steuer eingefroren wird. Auf der anderen Seite ist zu bedenken, daß die Lohnkosten ja nicht nur im Privatsektor, son-

dern auch im öffentlichen Sektor gestiegen sind und ihr Gegengewicht in entsprechend höheren Einnahmen finden müssen. Der Ausweg, an den Lohnfonds eine Bruttosumme zu überweisen und erst im Zeitpunkt der Auszahlung die Steuer zu berechnen und abzuziehen, ist nicht gangbar, weil die Besteuerung infolge der inzwischen nominell gestiegenen Löhne schärfer wäre als im Zeitpunkt des Einfrierens.

Drittens stellt der Anspruch des einzelnen Arbeiters gegenüber dem Fonds ein Recht dar, das grundsätzlich übertragen, veräußert werden kann. Derartige Zessionen würden aber bedeuten, daß die Abschöpfung der effektiven Nachfrage nicht gelingt, weil die Sparer einfach den anderen Arbeitern deren Fondsansprüche abkaufen; überdies dürfte der sozial höchst unangenehme Effekt eintreten, daß der „Kurs“ dieser Ansprüche unter deren Kapitalwert liegt. Es wäre freilich denkbar, die Veräußerung der Ansprüche gesetzlich zu verbieten; die Folge wäre aber lediglich, daß das Verbot durch Scheingeschäfte umgangen wird oder sich ein schwarzer Markt herausbildet. Hier dürfte die große Schwäche des Lohnfondskonzeptes liegen.

Viertens werden Lohnverhandlungen derzeit von den verschiedenen Gewerkschaften zeitlich gestreut durchgeführt, was zweifellos die gesamtwirtschaftlichen Lohnkosten und damit das Preisniveau kontinuierlicher ansteigen läßt, als wenn alle Verhandlungen im gleichen Zeitpunkt erfolgen würden. Soweit nun das Lohnfondskonzept es den Gewerkschaften freistellt, sich den Zeitpunkt der Lohnverhandlungen und damit Lohnerhöhungen auszusuchen, werden diese bestrebt sein, die Lohnerhöhung dann durchzudrücken, wenn möglichst wenig davon an den Fonds abzugeben ist; dazu zwingt sie die ausgeprägte Zeitpräferenz ihrer Mitglieder. Das führt zunächst einmal schon zu einer zeitlichen Zusammenballung der Lohnverhandlungen, wodurch ein Gutteil des dämpfenden Effektes des Lohnfondskonzeptes verlorenggeht. Die restliche dämpfende Wirkung verschwindet infolge der Tatsache, daß Lohnerhöhungen in diesem Fall genau dann durchgedrückt werden, wenn deren Überwälzung auf die Preise am leichtesten ist. Und da die Unternehmenseite daran durchaus interessiert ist, dürfte es den Gewerkschaften kaum schwerfallen, ihren Zeitplan durchzusetzen. Im Endergebnis würde sich kein Lohnfonds bilden, und die Schwankungen der jährlichen Inflationsrate blieben womöglich unverändert, allerdings mit einer Phasenverschiebung um einen halben Konjunkturzyklus.

4. Der letzte zu erörternde Punkt betrifft die Festlegung des einzufrierenden Anteils, die offenbar durch eine zentrale Vereinbarung der beiden Arbeitsmarktparteien erfolgen soll. Erstens bleibt die Tarifautonomie der einzelnen Fachgewerkschaft vom Lohnfondskonzept unberührt. Wenn sich nun sämtliche Lohnproportionen so entwickeln sollen, wie wenn es keinen Lohnfonds gäbe (andernfalls könnten nämlich

durch das Vorpellen einzelner Gewerkschaften — relativ zu einer Entwicklung ohne Lohnfonds — inflationäre Impulse ausgelöst werden), muß angenommen werden, daß ein überall einheitlicher Lohnfondsanteil die Ambitionen der Gewerkschaften unverändert läßt. Tatsächlich zeigt jedoch die Erfahrung, daß sich wohl die *Gewerkschaften* an *relativen* Lohnzuwächsen und Lohnabständen zu orientieren suchen (die durch gleiche Lohnfondsanteile nicht verändert werden), daß sich aber die *Gewerkschaftsmitglieder* eher an *absoluten* Zuwächsen und Abständen orientieren und dies von der Gewerkschaft berücksichtigt werden muß. Und da nun einmal dem tatsächlich ausbezahlten Lohnzuwachs mehr Gewicht beigemessen wird als dem Guthaben im Fonds, werden sich manche Gewerkschaften veranlaßt sehen, um stärkere Lohnerhöhungen zu kämpfen als in Abwesenheit des Lohnfonds.

Zweitens zeigt sich in jeder Hochkonjunktur eine grundsätzliche Schwierigkeit. Da die vorangegangene Lohnerhöhung, sofern sie in eine Rezessionsphase fiel, voll ausbezahlt wurde und dazu noch die Auflösung des Lohnfonds kam, dürfte es kaum möglich sein, von der laufenden Lohnerhöhung soviel einzufrieren, daß es zu einem merklichen Rückgang des tatsächlich *verfügbaren* Einkommens der Arbeiter kommt. Anders ausgedrückt ist dem Fondsanteil eine politische Grenze gesetzt. Wo sie verläuft, hängt von der Höhe des seit der letzten Hochkonjunktur akkumulierten und in der letzten Rezession aufgelösten Lohnfonds sowie von der Lohnentwicklung im selben Zeitraum ab, und da die letztere nicht bei allen Gewerkschaften parallel verlaufen ist, ist diese Grenze von Gewerkschaft zu Gewerkschaft verschieden. Das erschwert nicht nur die Einigung auf einen einheitlichen Fondsanteil, sondern vermindert die inflationsdämpfende Wirkung; denn einigt man sich etwa auf den Durchschnitt aller zulässigen Anteilswerte, werden die Gewerkschaften, für die der Anteil bei normaler Lohnerhöhung politisch untragbar ist, auf eine stärkere Lohnerhöhung dringen, ohne daß sich die anderen Gewerkschaften zu einer kompensierenden Zurückhaltung veranlaßt sehen würden.

Drittens haben, wie leicht einzusehen ist, beide Seiten ein Interesse daran, den Fondsanteil möglichst niedrig zu halten. Das Lohnfondskonzept sieht daher vor, daß der Staat einen zu niedrig vereinbarten Fondsanteil oder eine unzeitgemäße Fondsauflösung im Wege von Steuern pönalisieren kann. Wie dies wirkungsvoll geschehen soll, ist schwer vorstellbar, da der Nutzen, den die Partner aus ihrem „Fehlverhalten“ ziehen, nicht exakt quantifiziert und folglich nicht exakt weggesteuert werden kann. Aber abgesehen davon wird hier offenbar angenommen, daß der Staat als Dritter, über den beiden Parteien stehend, tätig wird. Man braucht nicht unbedingt Marxist zu sein, um die Zulässigkeit dieser Annahme zu bestreiten. Bilden sich zwei so starke, straff zentralistisch

organisierte Machtblöcke, wie sie das Lohnfondskonzept zwangsläufig voraussetzt, dann ist es unvermeidlich, daß sie den Staat noch stärker als bisher für ihre Ziele einzusetzen versuchen. Den Luxus der Illusion, daß jene Abgeordneten, die von diesen Machtblöcken in die gesetzgebenden Körperschaften gedrückt wurden, für steuerliche Maßnahmen stimmen werden, die diesen Machtblöcken nicht genehm sind, kann man sich heute angesichts des steuerpolitischen Geschehens wohl nicht mehr leisten. Die Steuergesetzgebung, sagt L. Eisenstein, der es als prominenter Steueranwalt der USA schließlich genau wissen muß, ist das Ergebnis angestrenzter Bemühungen, andere die Steuern zahlen zu lassen, die man selbst zahlen sollte¹.

5. Zur Vermeidung von Mißverständnissen noch einige Worte. Der Korreferent hat gleichsam die Rolle des *advocatus diaboli* zu spielen. Das ist selbst dann eine undankbare Aufgabe, wenn er — wie im gegebenen Fall — dem zu analysierenden Konzept tatsächlich skeptisch gegenübersteht. Denn so wie der Referent die Schwächen, deren er sich durchaus bewußt ist, in seiner Darstellung wegläßt, um das Positive klar herauszustellen, muß der Korreferent das Positive vernachlässigen, um das Negative, die Schwächen scharf hervortreten zu lassen. Das Lohnfondskonzept stellt lediglich eine andere Variante jenes Gedankens dar, der in der österreichischen Gewerkschaftsbewegung unter dem Namen „antizyklische Lohnpolitik“ bekanntgeworden ist und der darauf hinausläuft, daß die Gewerkschaften in der Hochkonjunktur auf das volle Ausspielen ihrer Verhandlungsstärke verzichten, um als Kompensation in der Rezession mehr als das rein machtmäßig Mögliche zu erhalten. Beide Varianten verdienen es, ernsthaft erörtert und nicht von vornherein abgelehnt zu werden. Aber selbst wenn die Chance einer effektvollen Verwirklichung hinreichend groß wäre, bleibt immer noch eine Frage offen, die nicht behandelt wurde: Alles in der Wirtschaft hat seinen Preis — was ist der Preis der größeren Stabilität, und wer hat ihn zu bezahlen?

¹ „Taxes, then, are a changing product of earnest efforts to have others pay them“ (*Louis Eisenstein, The ideologies of taxation, New York 1961, S. 11*).

Diskussion

Kurt Rothschild (Linz):

Herr Borner hat die politische Bedingtheit aller einkommenspolitischen und inflationspolitischen Vorschläge gezeigt, und der Vortrag von Herrn Teichmann hat an einem konkreten Modell schon gezeigt, wie stark technische Vorschläge mit politischen Problemen kombiniert sind, so daß ich glaube, daß die Diskussion um die allgemeine politisch-ökonomische Problematik der Inflation auch an diesem Beispiel illustriert werden kann.

Hans Würgler (Zürich):

Die Tradition des Vereins verbietet es, daß der Leiter der wissenschaftlichen Vorbereitung auf der Tagung in Erscheinung tritt. Diejenigen, die am Film Freude haben, wissen, daß es einen Regisseur gibt, der eine Ausnahme in dieser Richtung macht, indem er immer irgendwo kurz als Statist erscheint; gelegentlich schwimmt er als Leiche auf der Themse. In Anlehnung an Hitchcock möchte ich also die Tradition des Vereins brechen und etwas sagen, aber nichts Wissenschaftliches:

Mein Lehrer, Manuel Saitzew, der die Tagung 1928 in Zürich vorbereitet hatte, fragte einmal einen Doktoranden im Examen der Dogmengeschichte: „Können Sie mir das Lohnfondskonzept von Ricardo erklären?“ Der Student antwortete: „Herr Professor, ich habe es gewußt, aber ich habe es leider vergessen“. Worauf Saitzew bemerkte: „Sie Unglücksrabe, Sie waren der einzige Mensch auf der Welt, der es gewußt hat, und nun haben gerade Sie es vergessen“.

Bernd Mülhaupt (Düsseldorf):

In fast allen Referaten hier und auch in den meisten Diskussionen über Verteilungsprobleme anderswo wird die Verteilungsproblematik isoliert von der Entstehungs- und Verwendungsproblematik behandelt, bzw. bestimmte Verteilungsproportionen erscheinen als Residuum bestimmter Struktursetzungen und Abläufe in den Bereichen der Entstehung und Verwendung des Sozialprodukts. Herr Zimmermann hat diese durchaus künstliche Trennung der Problembereiche mit dem Hinweis darauf zu rechtfertigen versucht, daß das Preissystem in der BRD seine Allokationsfunktion auch bei vermachteten Märkten noch gut wahrnehmen

könne. Diese Vermutung scheint mir die zentrale These zur Rechtfertigung der vergleichsweise isolierten und nachrangigen Behandlung der Verteilungsprobleme zu sein. Fällt diese Vermutung, dann ist die Notwendigkeit gegeben, den ursprünglichen Zusammenhang zwischen der Entstehung und Verwendung auf der einen Seite sowie der Verteilung auf der anderen Seite wiederherzustellen, d. h. die Verwendung und damit auch die Entstehung der gesamten Wertschöpfung in den Unternehmen steht zur Diskussion und nicht nur der Teil, der als Lohn und Gehalt an die Arbeitnehmer ausgegeben wird.

M. E. ist eine große und zunehmende Skepsis gegenüber der „allokativen Vermutung“ angebracht. Ich selbst bin nicht in der Lage, diese These exakt zu falsifizieren — das dürfte auf Grund der verfügbaren Informationen und der Unvollkommenheit der hierfür benötigten statistischen Rechenwerke auch nicht einfach sein —, aber ich wundere mich doch, daß diese über die Steuerung volkswirtschaftlicher Vorgänge zentrale These in diesem Zusammenhang so wenig problematisiert wird. Das hartnäckige Festhalten an der allokativen Vermutung führt alle Versuche, die funktionelle Einkommensverteilung zu ändern, in kaum überwindbare Schwierigkeiten. Und die Theoretiker, die glauben, die traditionellen Verteilungsprobleme dadurch elegant umschiffen zu können, daß sie die Diskussion auf das Gebiet der sogenannten Reformpolitik lotsen, landen bei fast genau wieder den Problemen, die sie glaubten umgangen zu haben. Das wird in der Regel spätestens bei den Diskussionen über die Möglichkeiten einer Erhöhung der Staatsquote deutlich. Eine gleichrangige Behandlung des Verteilungsproblems wird nur möglich sein, wenn man den ursprünglich ja gedachten Zusammenhang zwischen der Verteilungsproblematik sowie der Entstehungs- und Verwendungsproblematik wiederherstellt.

Bitte werten Sie meinen Diskussionsbeitrag als ein Plädoyer gegen eine gewisse Einseitigkeit in der Diskussion, die die Zahl der Lösungsmöglichkeiten von vornherein drastisch reduziert. Nicht nur die Verteilungsprobleme, auch die sich hinter dem Schlagwort vom „qualitativen Wachstum“ verbergenden Probleme erfordern eine offene Diskussion.

Günter Friedrichs (Frankfurt):

Ich möchte eine sehr allgemeine Bemerkung machen. Wirtschaftswissenschaftler sollten sich vor zwei Dingen hüten: Das eine ist, Dinge monokausal erklären zu wollen, die in Wirklichkeit komplex sind. Das andere ist, politische Grundwahrheiten und Zusammenhänge zu übersehen oder auszuklammern. Das hat zum Beispiel gestern Herr Niehaus getan. Wenn ich ihn ernst nehme, hätte er zunächst sagen müssen, die

Wahlen sind abzuschaffen, denn nur dann hat sein Konzept eine Chance. Unterstellt man, man könnte sich die Abschaffung der Wahlen leisten, wäre aber auch noch die Frage zu stellen, ob die Thesen stimmen.

Das gleiche gilt auch für Herrn Teichmann. Warum hat er nicht gleich gesagt — was er natürlich nicht meint: Schaffen wir doch die Gewerkschaften ab, dann ist das Problem gelöst. Es ist tatsächlich ein Problem, daß Lohnpolitik nur im konjunkturellen Hoch sehr erfolgreich sein kann, d. h. prozyklische Lohnrealität. Aber ich kann mir nicht vorstellen, daß man es mit dieser neuen Version des Zwangssparens, um etwas anderes handelt es sich nicht, lösen könnte: Ich frage noch einmal abschließend — denn es hat wenig Sinn, auf die Details einzugehen: Ist es wirklich zulässig, die Dinge immer nur von einer Seite her anzugehen und lösen zu wollen? Hier scheint mir auch das wissenschaftliche Problem zu liegen.

Ulrich Teichmann (Frankfurt a. M.):

Ich würde gern ganz kurz auf Herrn Friedrichs antworten, da ich mich mißverstanden fühle. Denn es ist mein ganzes Bestreben, in den lohnpolitischen Konzepten und Vorschlägen, die ich unterbreite, gerade von der uneingeschränkten Tarifautonomie auszugehen und zu untersuchen, wie man aktive Gewerkschaften, die im Interesse ihrer eigenen Zielsetzungen handeln, trotzdem in die Konjunkturpolitik einbinden kann. Das Lohnfondskonzept, das ich vorschlage, grenzt ja den Handlungsspielraum der Gewerkschaften nicht im entferntesten ein. Sie können nach wie vor über den Normaltarifvertrag alle ihre Ziele verfolgen und mitgliederbindende Durchsetzungsprozesse in Gang setzen. Der Lohnfonds, den ich danebengestellt habe, nimmt darauf keinen unmittelbaren Einfluß. Ich möchte nochmals betonen: Neben den Normaltarifvertrag tritt bei Stabilisierungsbedarf die konjunkturelle Abschöpfung, über die unabhängig vom Normaltarifvertrag beschlossen wird. Den Gewerkschaften wird ein zusätzliches Instrument in die Hand gegeben, mit dem sie aus eigenem Antrieb den Überwälzungsspielraum der Unternehmer begrenzen können, indem sie dafür sorgen, daß liquide Mittel stillgelegt werden.

Die Stilllegung muß selbstverständlich bei der Zentralbank erfolgen. Die Mittel dürfen nicht an den Kapitalmarkt weitergegeben werden. Nur dann wird der restriktive Erfolg gesichert. Den Verzinsungsvorschlag habe ich lediglich deshalb in die Diskussion eingebracht, um das Instrument „Lohnfondskonzept“ den Gewerkschaften, für die der „Verzicht“ an erster Stelle steht, überhaupt akzeptabel zu machen; denn die Stilllegung verringert im Boom zweifelsohne den nominellen Lohnerhöhungsspielraum. Die damit angestrebte Stabilisierung begrenzt dann aber die nachträgliche inflatorische Kürzung der Reallöhne. Der Ver-

zinsungsvorschlag beinhaltet nicht, daß die Mittel dem Kapitalmarkt zur Verfügung gestellt werden.

Christian Watrin (Köln):

Im Referat ist gesagt worden, die Inflation sei ein soziales Phänomen.

Ich halte das für keine grundlegende Feststellung, denn wie ich eine Sache bezeichne, ob als ökonomisches oder als soziales Phänomen, scheint mir ziemlich gleichgültig zu sein. Man könnte ja die Konvention treffen, alle Vierecke künftig Kugeln zu nennen. Ob man die Inflation als soziales oder als ökonomisches Phänomen bezeichnet, das ist zunächst nur ein terminologischer Streit, es sei denn, hinter dieser unterschiedlichen Kennzeichnung verberge sich eine brauchbare Theorie. Ich würde z. B. die Albertsche Position, die die Ökonomie als eine Soziologie der kommerziellen Beziehungen umdeutet, erst dann als bedeutsam ansehen, wenn eine empirisch gehaltvolle Soziologie der kommerziellen Beziehungen bzw. in unserem Falle, wenn eine erfahrungswissenschaftliche Theorie der *sozialen* Verursachung von Inflationen vorgelegt wird.

Unter diesem Aspekt reizt die schriftliche Fassung des Referates zum Widerspruch. Einerseits findet man in ihm ein ganzes Arsenal von Argumenten, mit denen eine Rückkehr zum Essentialismus gefordert wird, d. h. man beruft sich ein weiteres Mal auf das wahre Wesen der Dinge. Andererseits findet man auch eine Wiederauflage der Einwände, mit denen schon die historische Schule gegen das wissenschaftliche Programm der Klassiker zu Felde zog.

Überdies ist der theoretische Ansatz sehr global gewählt. Im Mittelpunkt steht eine quasi „Hobbessche Vision“ der Realität, die Behauptung der Allgegenwart von Verteilungskämpfen. Da ist eine in der Öffentlichkeit sehr verbreitete Vorstellung. Mir scheint sie jedoch eine Überdramatisierung der realen Zustände zu enthalten.

Wenn wir von der Allgegenwart von Verteilungskämpfen sprechen, dann müssen wir uns doch die Frage stellen, wie denn eine solche Welt in der Realität aussehen würde. Wenn es stimmte, daß Verteilungskämpfe wirklich essentiell sind, dann müßte eigentlich ein permanentes konfliktreiches Gegeneinander der Gruppen zu beobachten sein. Streiks und Aussperrungen, mehr oder minder legale Maßnahmen der beiden Marktseiten müßten an der Tagesordnung sein. Trotz aller rhetorischen Dramatisierung der Lohnauseinandersetzungen scheint mir stattdessen die Realität über weite Teile hin durch ein recht friedliches Zusammenleben der Marktparteien gekennzeichnet zu sein. Ich würde deshalb Formulierungen wie „gigantische Interessengegner“ — so Borner unter Bezug auf Šik — nicht unbedingt auf die Goldwaage legen wollen.

Im wirtschaftspolitischen Teil des Referates wird die Forderung nach einem Reallohnkontrakt gestellt. Hier sei daran erinnert, daß dieser

Vorschlag zumindest seit 10 bis 15 Jahren auf dem Markt der wirtschaftspolitischen Ideen angeboten wird. Ich möchte deshalb nach der Konkretisierung fragen: Wie soll dieser Reallohnkontrakt ausgestaltet werden, besonders wie soll er unter der Bedingung staatlicher Preis- und Lohnkontrollen zustande kommen? Wenn man in diesem Zusammenhang der Meinung ist, daß die institutionelle Machtbasis der Verbände nicht angetastet werden soll, dann scheint mir nur die Möglichkeit übrigzubleiben, daß zugunsten solcher Reallohnkontrakte die staatliche Macht reduziert wird, und zwar zugunsten der Macht der Verbände. —

Schließlich möchte ich ein wichtiges Postulat des Referates, die Berufung auf einen breiten Konsens über die Einkommens- und Vermögensverteilung — so wird es ausdrücklich formuliert — zur Diskussion stellen. Nachdem der sehr viel bescheidenere Versuch, sich über Regeln der produktivitätsgerechten Entlohnung zu einigen, noch keinen Konsens gefunden hat, ist zu fragen, wie denn die erforderliche Übereinstimmung im weiten Bereich, der Einkommens- und Vermögensverteilung eigentlich zustandekommen soll. Um die Diskussion anzuregen: Soll der Weg dahin über eine zwangsweise Regulierung führen? Dann brauchte man einen sehr starken Staat. Oder soll der Konsens auf dem Verhandlungswege erzielt werden? Dann muß man in Rechnung stellen, daß nicht jede Verhandlung ein Ergebnis hat. Was aber geschieht dann?

Walter Wasserfallen (Bern):

Als Schüler von Professor Brunner möchte ich einige Dinge zum Monetarismus sagen, die, glaube ich, von Herrn Borner ziemlich falsch gesehen werden.

Zunächst einmal zu den wissenschaftstheoretischen Grundlagen, die er hier verwendet. Bei ihm sind weder logische Konsistenz noch empirische Bestätigung von Hypothesen relevant, sondern sog. richtige Visionen. Wie er allerdings richtige Visionen von falschen Visionen unterscheiden will, vermag er in seinem Papier nicht zu sagen.

Nun zum Monetarismus selbst. Der Monetarismus, wie er zum Beispiel in den Schriften von Brunner verfolgt wird, ist preistheoretisch fundiert. Er baut auf dem preistheoretisch unterstellten Rationalverhalten der Wirtschaftssubjekte auf.

(Zuruf: Wollen wir hier über die Geldtheorie von Brunner sprechen? — Erich Streißler [Wien]: Gehört das zum Thema?)

Kurt Rothschild (Linz):

Wenn es kurz gefaßt ist, ja, weil ja auch eine Attacke auf diese Schule geritten worden ist. Wenn es der Diskussionsredner kurz macht, gehört es hierher.

Walter Wasserfallen (Bern):

Die Theorie von Brunner ist zudem empirisch sehr gut getestet. Ein gleichzeitiges Vorkommen von Inflation und Arbeitslosigkeit läßt sich durch gewisse dynamische Hypothesen preistheoretisch konsistent erklären. Deshalb glaube ich, daß die Kritik von Herrn Borner schon etwas tiefer gehen muß, damit man so konsequent durchgeführte Untersuchungen vom Tische wischen kann, nur weil sie monokausal oder nicht komplex genug sind.

Silvio Borner (St. Gallen):

Ich möchte Herrn Watrin für seinen Einwand danken und dazu kurz Stellung nehmen. Ich glaube nicht, daß es nur ein terminologisches Problem ist, sondern ich hoffe, daß ich zeigen konnte, worauf es bei dieser Unterscheidung ankommt. Ob wir es als ein rein monetäres Phänomen betrachten oder als ein tieferliegendes soziales und politisches Grundproblem, zeigt sich eben an den wirtschaftspolitischen Strategien der Bekämpfung, die wir wählen. Ich bin Herrn Friedrichs für den Hinweis dankbar, daß er ebenfalls gestern bezüglich der Darlegungen von Herrn Niehans empfunden hat, daß hier einfach wesentliche Dinge nicht in Betracht gezogen wurden, die bei der effektiven Realisierung der Politik eine große Rolle spielen.

Dann zum Problem des Konflikts: Ich glaube, erklärt zu haben, daß diese Konflikte bestehen bleiben oder sich gar verschärfen, ohne daß es aber zu den wilden Dingen kommt, die Sie, Herr Watrin, erwähnt haben. Die Existenz von nicht-explosiven Konflikten ist eben die Folge der Inflation, die vor allem in früheren Jahren durchaus die Rolle eines Konfliktlösers im Sinne eines sozialen Beruhigungsmittels gespielt hat. Wie wir im Zusammenhang mit der Indexierung wissen, funktioniert diese Konfliktübertüchung nicht mehr, wenn die Inflation antizipiert und mehr oder weniger richtig vorausgesehen wird. Je mehr die Inflation ihre Täuschungsfähigkeit einbüßt, desto gefährlicher werden die ihr zugrunde liegenden Verteilungskonflikte.

Dann noch etwas zu den Machtbasen. Hier möchte ich einfach korrigieren: Herr Watrin, ich habe nicht gesagt, man soll sie nicht antasten, sondern ich habe geschrieben, daß man sie nicht durch eine frontale Attacke auf einen Schlag beseitigen könne. Das ist doch etwas ganz anderes. Was ich also anvisierte, war ein kritischer Hinweis gegenüber den vorherrschenden und m. E. übersteigerten wettbewerbspolitischen Hoffnungen, die uns vorspiegeln, daß es uns gelingen werde, durch Wettbewerbspolitik diese Machtbasen, insbesondere auch auf dem Arbeitsmarkt, zu beseitigen.

Was den geforderten Konsens über die Einkommens- und Vermögensverteilung betrifft, gebe ich Ihnen vollständig recht. Es ist eine programmatische Forderung, und ich habe hier in der Tat wenig Neues gebracht; denn ich wollte einfach einmal die Forderung vertreten, daß wir uns daranmachen müssen, eine Lösung zu finden, weil hier ein fundamentales Problem liegt, das von der traditionellen Globalstrategie übersehen wird.

Meine letzte Bemerkung richtet sich an Herrn Teichmann. Ich sehe nicht recht ein, was sein Vorschlag an zusätzlichen Vorteilen gegenüber den Vermögensbildungsvorschlägen hat. Mir scheint, er hat praktisch alle Nachteile, die diese auch haben, aber keine zusätzlichen Vorteile.

Kurt Rothschild (Linz):

Das geht ja nun wirklich nicht, daß sich auch noch die Referenten untereinander Fragen stellen!

Joachim Bretschneider (Köln):

Herr Borner, ich stimme Ihnen in der Analyse weitgehend zu und unterstreiche auch die Feststellung, daß der Verteilungskampf in den letzten Jahren stärker als früher ein inflatorisches Element gewesen ist. Hieraus ziehen Sie die Schlußfolgerung, daß die Einkommenspolitik effizienter gemacht werden müsse, ohne allerdings — und dies bedauere ich besonders — zu sagen, auf welche Weise. Es kommt dann die Formulierung, die Herr Watrin gerade gebracht hat, man müsse einen Konsens über die Einkommens- und Vermögensverteilung erreichen. Nun, darum bemühen wir uns seit Jahren, ohne daß es uns bisher gelungen ist. Auch deuten Sie an, daß sich das politische Tabu der Tarifautonomie zumindest nicht mehr voll aufrecht erhalten läßt. Hierzu aber gleich meine Zweifel. Wenn man mit Preis- und Lohnkontrollen in die autonomen Entscheidungen eingreift, gleichgültig in welcher Form und mit welcher Intensität, so befürchte ich, daß eine solche Einschränkung oder Aufhebung der Tarifautonomie zu einer politischen Instabilität führt, die in keinem Verhältnis zu der wirtschaftlichen Stabilität stehen wird, sofern sich diese überhaupt auf diesem Wege erreichen läßt. Ich glaube sogar, daß diese politische Instabilität dann möglicherweise auch zu einer noch größeren wirtschaftlichen Instabilität führt. Ich bezweifle also, ob man in bezug auf die wirtschaftliche Stabilität durch irgendwelche Eingriffe in die Tarifautonomie die Dinge besser zuwege bringen kann.

Noch eine Bemerkung zu Herrn Teichmann. Ich möchte im großen und ganzen das aufgreifen, was Herr Weissel aus Wien gesagt hat: Ihr Lohnfondskonzept ist unter der Zielsetzung konzipiert worden, hierdurch

einen Beitrag zur Stabilität zu leisten. Die Frage, wie dies geschehen soll, ist jedoch meines Erachtens unbeantwortet geblieben. Ich vermag zumindest keine stabilisierende Wirkung zu erkennen. Sicherlich würden die Lohnerhöhungen in Ihrem Falle sogar noch höher ausfallen als unter normalen Bedingungen; denn die Erfahrung lehrt, daß die gesamte Lohnerhöhung dann höher ist, wenn ein Investivlohnanteil zusätzlich vereinbart wird. Richtig ist zwar, daß die hierdurch ausgelösten Lohnkostenerhöhungen sofort nicht überwälzbar oder zumindest nicht voll überwälzbar wären. Mit Sicherheit könnten sie aber später abgewälzt werden, in jedem Falle dann, wenn der Lohnfonds aufgelöst wird oder wenn wegen Beschäftigungseinbrüchen der Staat gegensteuern muß. Insofern wird sich immer wieder die Möglichkeit der Überwälzung, wenn auch mit zeitlicher Verschiebung, ergeben.

Ich würde sagen, daß man ein solches Lohnfondskonzept möglicherweise als ein Konzept zur Verstetigung der Lohnentwicklung bezeichnen könnte; wenn aber allein dies das Ziel ist, dann würde ich sagen, sind die Chancen, über eine freiwillige Orientierung der Lohnpolitik an den mittelfristigen Daten zu einer Verstetigung der Lohnentwicklung zu gelangen, weitaus höher zu veranschlagen als für ein solches Lohnfondskonzept.

Werner Meißner (Frankfurt):

Dem Monetarismus sind im Referat und in der Diskussion nur wenige Worte gewidmet worden. Ich meine, das ist gut so. Man kann nur hoffen, daß auch er bald auf der Themse schwimmt. Wichtiger ist schon, daß sich eine Gruppe von Ökonomen mit dem Inflationsproblem befaßt, welche sich der Neuen Politischen Ökonomie verpflichtet fühlen. Da ist doch gestern in einem Arbeitskreis, in dem ein Referat mit dem Titel „Schleichende Inflation — ein Strukturproblem der repräsentativen Demokratie?“ diskutiert wurde, das Kunststück fertiggebracht worden, eineinhalb Stunden über Inflation zu diskutieren, ohne daß das Wort „Verteilung“, geschweige denn das Wort „Verteilungskampf“ fiel.

Die neuen politischen Ökonomen, die sich auch dem kritischen Rationalismus verbunden fühlen, sollten sich eigentlich an das erinnern, was Topitsch über Projektion und glückliches Zurückholen von ausgedienten Paradigmen gesagt hat. Ich meine also, daß ein Referat wie das von Herrn Borner, das ich in Übereinstimmung mit Herrn Watrin unter den Titel stellen möchte „Selbstverständlichkeiten dramatisiert“, besser ist als ein Ansatz von seiten der Neuen Politischen Ökonomie, der sich mit Inflation beschäftigt, aber im Grunde ein Weg ist, wichtige Fragen, wenn auch auf neue Art, aus der Diskussion herauszuhalten.

Erich Streißler (Wien):

Ich möchte zuerst noch eine Bemerkung zu Herrn Meißner machen. Es gehört eigentlich zu den Gepflogenheiten des Vereins für Socialpolitik, daß man die Mitglieder, die Beiträge leisten, nicht in Abwesenheit kritisiert, sondern in den entsprechenden Arbeitskreisen.

Zu den Referaten dieses Arbeitskreises: Ich habe den Eindruck, in den Referaten wurde gefolgert, daß die Löhne mit den Tariflöhnen identisch seien. Es wurden uns Vorschläge unterbreitet, die darauf hinauslaufen, die Tarifpartner in ihrer Einkommensbeeinflussung in bestimmten Grenzen zu halten. Ich habe hingegen immer gedacht, daß ein erheblicher Teil der tatsächlichen Lohnentwicklung auf *betriebliche* Vereinbarungen zurückgeht. Wie soll das in einer Einkommenspolitik hinreichend berücksichtigt werden? Wir müssen dann schon entsprechende Leib- und Lebensstrafen für erfolgreiche Betriebsräte einführen. Nehmen wir an, wir haben dieses Problem gelöst, dann werden die Tariflöhne entsprechend den konjunkturellen und stabilisierungspolitischen Zielen restringiert. Je stärker das geschieht, desto wahrscheinlicher wird eine andere als eine tarifliche Lohngestaltung. Nehmen wir an, wir haben die betriebliche Komponente auch noch ausgeschaltet. Dann glaube ich, tritt eine Entwicklung auf, die wir prognostizieren können, wenn wir als Marktwirtschaftler von den Planwirtschaften lernen: Die Arbeiter werden in den Betrieben von Stufe zu Stufe höherqualifiziert werden, und zwar im Wege der Qualifikationsänderungen, wodurch es auch ohne Lohnsteigerungen für gleich qualifizierte Arbeit zu erheblichen Einkommensverschiebungen und Einkommenssteigerungen kommen wird.

Meines Erachtens sind dies die beiden praktischen Schwierigkeiten einer Einkommenspolitik: Wie bekommen Sie die den ganzen Betrieb umfassenden Vereinbarungen, die gar nicht notwendigerweise Lohnvereinbarungen im engeren Sinne sein müssen, wie Ferienzuschüsse usw., in den Griff, und zweitens, wenn Sie das geschafft haben, wie werden sie der Umreichungen in den Qualifikationsstrukturen Herr? Jede Preis- und Einkommenspolitik, die vielleicht etwas weniger global ist als die üblichen globalen Maßnahmen, ist also noch viel zu global, um die geplanten Veränderungen verwirklichen zu können.

Kurt Rothschild (Linz):

Was die Bemerkung bezüglich der Gepflogenheiten des Vereins betrifft, bin ich nicht sicher, ob sie niedergelegt sind. Aber ich würde doch glauben, daß, wenn wir ein Thema haben, das sich über mehrere Arbeitskreise erstreckt, wir uns nicht davon abhalten lassen sollten...

(Erich Streißler [Wien]: Herr Zohnhöfer ist nicht anwesend, er kann nicht antworten; da stimme ich nicht überein!)

— Aber wenn das, was gestern in einem Arbeitskreis gesagt worden ist, heute relevant ist, sollten wir uns nicht davon abhalten lassen, eine Bemerkung dazu zu machen. Das ist ja der Sinn einer solchen Tagung, finde ich, daß wir uns nicht als isolierte Gruppen betrachten, sondern daß Hauptreferate und Arbeitskreisreferate eine Einheit bilden sollen. Die Diskussion kann ruhig kreuz und quer gehen. Ich möchte dies zur Diskussion stellen, bevor Gepflogenheiten zum Statut werden.

Ernst Helmstädter (Münster):

Ich wollte drei Bemerkungen machen, die das Referat von Herrn Teichmann betreffen. Die erste Bemerkung bezieht sich auf den hier gemeinten Begriff des Lohnfonds. Zunächst dachte ich an ein Wiederaufleben der Lohnfondstheorie und meinte, vielleicht ist sie tatsächlich zu früh vergessen worden. Tatsächlich ist aber etwas ganz anderes gemeint. Deshalb mein Vorschlag, Herr Teichmann, falls Sie das Konzept weiterbetreiben, nennen Sie es zweckmäßigerweise „Lohnausgleichsfondskonzept“. Das ist zwar ein Wort mehr. Man fühlt sich dann jedenfalls aber nicht an die alte Lohnfondstheorie erinnert.

Zum Korreferat von Herrn Weissel möchte ich sagen, daß ich mit ihm in allem übereinstimme. Man kann vielleicht verallgemeinernd sagen, daß Ihr Konzept, Herr Teichmann, eine Ökonomie kurzfristiger Dispositionen oder eine reine Stromökonomie betrifft. Es gibt eigentlich nirgendwo eine Kapitaldisposition, einen Fonds oder eine Disposition über die Zeit hinweg. Nun ist aber ein Lohnfonds nicht die einzige Möglichkeit, kurzfristige Dispositionen, die zeitlich nicht recht synchronisiert sind, ausgleichen zu können. Es gibt sehr viele andere Fondskonzepte, die gar nichts mit Löhnen zu tun haben.

Noch ein kleiner Hinweis zu dem, was Herr Weissel gesagt hat bezüglich der Phasenverschiebung: Das Schönste wäre natürlich, wenn die Phasenverschiebung gerade so gelänge, daß das Null-Konzept des Fonds Wirklichkeit würde, d. h. nie etwas darin wäre, weil gerade alle Verhandlungen so stehen, daß sie um einen halben Zyklus verschoben sind; dann ist der Fonds nicht so mächtig und kostet vielleicht auch nicht so viel.

Zum dritten eine Empfehlung, Herr Teichmann: Wenn Sie das Konzept weiterbetreiben wollen, ist es sicher besser, weniger das Scheitern aller anderen Konzepte, wie Sie es eingangs dargestellt haben, zunächst einmal darzulegen, sondern zuerst vorzuführen, wo Fondskonzepte gut waren. Es gibt eine Konjunkturausgleichsrücklage zum Beispiel, die ja

ähnlich funktioniert wie Ihr Konzept. Man müßte zeigen, wie gerade eine Art von Fondskonzept, die es schon gibt, gut gewirkt hat und wie jetzt sozusagen das non plus ultra mit diesem Lohnausgleichsfonds-konzept gefunden wurde.

Insofern befriedigt mich die Analyse als solche nicht, als Sie nicht bei der Sache selbst nachsuchen, sondern bei jenen anderen Vorstellungen, die es falsch machten. Man müßte nachsehen, wo es Ausgleichszahlungen oder Fonds mit zeitverzögerten Zahlungen schon gibt, um dann zu zeigen, wie sie noch verbessert werden könnten. Sie haben die Analyse mit einer memorandenhaften Sprache eher umgangen als erstellt.

Hanns-Joachim Rüstow (Allmannshausen a. Starnberger See):

Als einer der wenigen, die schon 1928 an der Tagung in Zürich teilgenommen haben, möchte ich die Frage aufwerfen, ob denn wirklich im Verteilungskampf der Interessengegensatz zwischen den Sozialpartnern so stark ist, wie hier unterstellt wurde. Ich glaube, wenn er das wäre, wäre es ziemlich aussichtslos, gegen eine inflatorische Entwicklung der Löhne und Preise anzukommen. Es scheint mir außerordentlich wichtig, sich darüber klar zu sein, daß dieser Gegensatz, der im vorigen Jahrhundert zu Beginn des Kapitalismus tatsächlich sehr groß war, heutzutage kaum noch besteht. Im vorigen Jahrhundert, zu Beginn der Industrialisierung, gab es zunächst nur verhältnismäßig kleine Betriebe (im Vergleich zu den heutigen Riesenbetrieben, die Tausende und aber Tausende von Arbeitskräften beschäftigen). Dementsprechend war die Zahl der Arbeitgeber im Vergleich zur Zahl der Arbeitnehmer noch relativ groß. Für die Arbeitgeber damals, deren Konsum noch keineswegs gesättigt war, gab es kein Problem, das, was sie an Lohn real den Arbeitnehmern vorenthielten, selbst zu konsumieren, soweit sie es nicht investieren wollten oder konnten.

Heutzutage — ich wies schon in der gestrigen Sitzung darauf hin — ist die Zahl der Arbeitgeber auf ein Minimum von nur noch etwa 2 % im Vergleich zu den Arbeitnehmern zusammengeschrumpft. Der Konsum dieser Arbeitgeber ist, selbst wenn er im Einzelfall luxuriös übertrieben sein mag, gesamtwirtschaftlich gesehen kaum noch von Bedeutung. Deshalb kann es sich im Verteilungskampf nicht mehr darum handeln, daß die Arbeitnehmer durch Lohnsteigerungen einen unnötig hohen Konsum der Arbeitgeber zu ihren Gunsten beschränken. Aus dieser Quelle ist kaum noch etwas herauszuholen.

Hieraus ergibt sich, daß im Verteilungskampf die Durchsetzung höherer Löhne über die Produktivität und Leistungssteigerung hinaus nur dann ihr Ziel erreichen kann, wenn unnötig hohe Investitionen einge-

schränkt werden, wenn ein unnötig hoher Exportüberschuß verringert wird oder wenn der Staat seine Ansprüche reduziert. Da aber dem Staat gerade von den Arbeitnehmern eine Priorität in seinen Ansprüchen eingeräumt wird, weil die kollektiven Bedürfnisse immer mehr an Bedeutung gewinnen, kann es sich nur noch darum handeln, zugunsten eines höheren Reallohnes unnötige Investitionen und/oder unnötige Exportüberschüsse einzuschränken.

Die Arbeitnehmer können ihr Realeinkommen heutzutage also nur noch auf Kosten der Investitionen und Exportüberschüsse — über den Produktivitätszuwachs hinaus — steigern. Daher müßte viel eher eine lohnpolitische Verständigung zwischen den Sozialpartnern zustandekommen können als früher, wo es sich noch darum handelte, das konsumtive Einkommen von dem einen auf den andern überleiten zu wollen.

Eine neue Lohnpolitik würde eine Verständigung darüber erfordern, wie hoch die Bedürfnisse des Staates, denen Priorität zugesprochen wird, eingeschätzt werden, wieviel Investitionen zur Vollbeschäftigung gebraucht werden, und wie unnötig hohe Exportüberschüsse vermieden werden können. Es handelt sich dann eigentlich nur noch darum, daß in gemeinsamen Verhandlungen die Lohnsatzsteigerung der Vermehrung der Verbrauchsgüter angepaßt wird, die übrigbleiben, wenn der Staat befriedigt ist, wenn die zur Vollbeschäftigung notwendigen Investitionen getätigt sind und das Sozialprodukt um die zur Abdeckung internationaler Verpflichtungen erforderlichen Exportüberschüsse vermindert ist. Wenn man unnötige Exportüberschüsse und Investitionen einschränkt, ergibt sich bei uns eine reiche Quelle für die Steigerung der Reallöhne. Ich habe gestern bereits darauf hingewiesen, daß wir jährlich für mehr als 100 Milliarden DM neue Arbeitsplätze schaffen, obwohl die Zahl der eigenen Arbeitskräfte im Durchschnitt der letzten zehn Jahre um 190 000 zurückgegangen ist. Durch die Einschränkung unnötiger Investitionen könnte man tatsächlich den Reallohn erhöhen.

Dies sind im Grunde die lohnpolitischen Probleme, um die es sich in der vollentwickelten Industriegesellschaft handelt und über die eine Verständigung heutzutage viel leichter möglich sein müßte als früher. Die Lohnpolitik sollte man darauf abstellen, was vom Sozialprodukt für den privaten Verbrauch übrigbleibt, und nicht darauf, was man zwischen Arbeitnehmern und Arbeitgebern umverteilen kann, denn deren Verbrauch ist gesamtwirtschaftlich unerheblich.

Das Argument von Herrn Streißler halte ich für schwerwiegend. Wenn wir die Tariflöhne auf die verfügbare Verbrauchsgütermenge abstimmen und die Entstehung von Kapazitäten und Arbeitsplätzen, für die wir keine Arbeitskräfte haben, verhindern, vermeiden wir die

Übernachfrage auf dem Arbeitsmarkt und die Abwerbung von Arbeitnehmern. Dann werden nur noch relativ kleine effektive Zuschläge über die Tariflöhne hinaus gezahlt werden. Ich glaube, über all dies könnte eine Verständigung zustande kommen, die einer neuen Lohnpolitik Tür und Tor öffnen würde. Man müßte sich nur eben darüber klar sein, daß heute der Konsum der Arbeitgeber kaum noch eine Rolle spielt. Dafür müßten die Zahlen vorgelegt werden, die in Wiesbaden vorliegen, die aber der Öffentlichkeit noch nicht zugänglich gemacht wurden.

Hans Biersack (Garmisch-Partenkirchen):

Ich bin selbständiger Unternehmer, ein wirtschaftswissenschaftlich angesehener selbständiger Unternehmer. Ich begrüße es daher besonders, nachdem der Vertreter des Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Instituts der Gewerkschaften die Diskussion begonnen hatte und auch ein Vertreter des großen Kapitals zu Wort gekommen ist, daß auch der normale selbständige Unternehmer eine Stellungnahme abgeben kann.

Meine Damen und Herren, ich habe vor kurzem vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut der Gewerkschaften ein Heft mit neuen Vorschlägen einer gesellschaftsbezogenen Privatwirtschaftslehre bekommen. Ich habe dem Institut gegenüber schriftlich dazu Stellung bezogen und habe festgestellt, daß ich also davon ausgehen kann, daß der selbständige Unternehmer bislang nicht gesellschaftsorientiert seine Betriebswirtschaft führt. Offiziell heißt es, daß der Betriebswirt, d. h. der selbständige Unternehmer, nur seine eigenen Interessen wahrnimmt und seine eigene Gewinnmaximierung zu verfolgen bestrebt sei.

Ich habe dem Institut gegenüber den Vorschlag gemacht, daß, wenn es meine, daß der privatwirtschaftliche Unternehmer sich nicht gesellschaftspolitisch orientiere, ich bei dem Institut oder bei der Gewerkschaft als Gesellschafter oder als Direktor tätig werden wolle, und zwar gegen festen Lohn und gegen Altersversicherung und daß mir die Zinsen für das übertragene investierte Kapital jedes Jahr gutgeschrieben werden mögen. Dieser Vorschlag ist leider nicht angenommen worden. Ich habe nämlich nicht nur an mich allein gedacht, sondern auch an die anderen Unternehmer, die von der Gewerkschaft aus als Bösewichte verschrien sind, die nach Marx mehr verprassen, als ihnen zustehe. Ich habe geschrieben, man müsse davon ausgehen, daß auch wir arbeiten, im Regelfall mehr arbeiten als unsere Angestellten.

Kurt Rothschild (Linz):

Ich will Sie nicht zu oft unterbrechen, aber darf ich Sie einmal unterbrechen: Wie lange wollen Sie eigentlich reden? —

(Hans Biersack [Garmisch-Partenkirchen]: Ich würde vorschlagen, solange die Zuhörer nicht ungeduldig werden!)

— Das geht nicht. Haben Sie mit zwei Minuten genug? — Gut, bitte!

Hans Biersack (Garmisch-Partenkirchen):

Was passiert nun, wenn man diesen Fall theoretisch weiterverfolgt, nämlich wenn der jetzige Bestand an selbständigen Unternehmern dem Gewerkschaftsbund das soeben erwähnte Angebot macht? Dann passiert, daß die Gewerkschaften selbst das Risiko zu tragen haben, daß die Arbeitnehmer des Betriebes selbst über die Preise entscheiden und damit auch über das Einkommen der anderen Arbeitnehmer mitentscheiden. Ich würde mich freuen, den Schwarzen Peter den Gewerkschaften zuschieben zu können. Ich habe auch geschrieben, vielleicht können Sie dieserhalb eine Zusage machen, daß dann, wenn Sie die selbständigen Unternehmer unter Ihre Fittiche genommen haben, die Stabilität automatisch eintritt. Die Einkommenspolitik — das ist das Thema von heute — ist dann Ihre Sache und nicht mehr die Sache des Vereins für Socialpolitik und nicht mehr die Sache der Bundesregierung. Die Gewerkschaften haben dann alle Vollmachten.

Ich möchte auch noch erwähnen, daß dann das Management eine andere Rolle spielt. Ich erinnere an das Buch von Burnham „Die Revolution der Manager“, das während meiner Studienzeit im Jahre 1944 erschien. Der Verfasser vertritt den Standpunkt: Der Kapitalismus wird nicht durch den Sozialismus abgelöst, sondern beide werden abgelöst durch das Regime der Manager, weil weder der Kapitalist noch der Gewerkschaftsfunktionär ohne den Manager wirksam werden kann. Dieses Thema möchte ich Ihnen für die nächste Tagung der Gesellschaft ans Herz legen.

Helmut Frisch (Wien):

Herr Borner hat auf den ersten 20 Seiten seines Referats sehr viele kritische Bemerkungen über die ökonomische Theorie gemacht, die ich zum Teil unterstreiche, zum Teil handelt es sich um alte Vorurteile.

Im letzten Teil seiner Arbeit hat er ein eigenes Inflationsmodell entworfen und in einem Diagramm dargestellt. Dazu möchte ich eine Bemerkung machen. Die Inflation wird in dem Diagramm durch eine simultane Verschiebung der Angebots- und Nachfragekurve erklärt. Da die Angebotskurve zunächst sinkt und dann steigt, ergibt sich eine günstige Situation: Es nimmt das Preisniveau und die Ausbringung gleichzeitig zu. Dies entspricht der Situation einer stabilen Phillips-

Kurve, hier nimmt bei einer Nachfrageerhöhung die Arbeitslosigkeit ab — und die Inflationsrate zu. Empirisch beschreibt dieses Modell die ökonomische Situation der 60er Jahre.

Herr Borner fragt: Was ist das Neue in der gegenwärtigen Situation? und fügt eine soziologische Erklärung, nämlich den Verteilungskampf, hinzu. Daß Verteilungskämpfe erst 1973 beginnen sollten, bleibt zu beweisen. Das tatsächlich Neue in der gegenwärtigen Situation, ist das völlige Verschwinden der Geldillusion. Steigt die Nachfrage, induziert dies eine Preiserhöhung. Da die Angebotskurve eine Angebotspreiskurve ist (proportional dem Verhältnis zwischen Geldlohn und Arbeitsproduktivität), verschiebt sich auch die Angebotskurve nach links, wegen der *erwarteten* gleichzeitigen Geldlohnerhöhung. Das ist eine unangenehme Situation; Angebot und Nachfrage verschieben sich proportional nach oben, so daß der Expansionspfad (Linie der Schnittpunkte) normal auf der Abszisse steht. In diesem (von Borner nicht diskutierten Fall) scheint mir die von ihm propagierte Einkommenspolitik in Form von Lohn- und Preiskontrollen anwendbar, um eine galoppierende Inflation zu verhindern. Zusammenfassend läßt sich sagen: Das Modell Borners beschreibt einen Zustand, bei dem Einkommenspolitik unwichtig ist; hingegen wird der Zustand, wo die Einkommenspolitik wichtig wird, durch Borners Modell nicht beschrieben.

Alois Guger (Wien):

Die Arbeit von Herrn Borner halte ich für einen Lichtblick in der ökonomischen und inflationstheoretischen Diskussion: Er ist vom traditionellen Paradigma unserer Wissenschaft abgerückt und verwendet ein anderes, das schon bei Kalecki zu finden ist, und das die Theorie in interessante Bahnen lenken kann.

Ihre Angebotsfunktion, glaube ich, könnte man durch Aufschlagskalkulation ermitteln, die sich auf die repräsentative Firma einer Branche bezieht, während Herr Frisch eine makroökonomische Angebotsfunktion wiedergegeben hat.

Mittels der Aufschlagskalkulation könnte man zeigen, daß in Ihrem Modell durch Nachfrageschwankungen in erster Linie nicht Preisänderungen auftreten, sondern Mengen- und Beschäftigungsschwankungen ausgelöst werden. Das Entscheidende ist: Erst über einen Druck auf die Löhne durch Arbeitslosigkeit werden die Preise sinken.

Im zweiten Teil Ihres Referates sind Sie etwas optimistisch: Ich kann mir nicht vorstellen, daß die Einkommenspolitik so viel leisten kann. So ist in den letzten Jahren des lang andauernden Aufschwungs die Profitquote stark gestiegen, und nun sollen sich die Gewerkschaften

weiter mäßigen, um preisdämpfend einzuwirken. Obwohl die Gewerkschaften durchaus willig sind — was zur Zeit durch ihr Nahverhältnis zur Regierung verständlich ist —, können sie dem Druck in den Betrieben kaum ausweichen.

Ich glaube, die Bewältigung der Einkommenspolitik ist eines der entscheidenden Probleme dieses Wirtschaftssystems.

Alois Oberhauser (Freiburg i. Br.):

Ich möchte ein paar Bemerkungen zu den Ausführungen von Herrn Teichmann machen. Versucht man, sein Konzept einzuordnen in die stabilisierungspolitischen Instrumente, so hat man eine Art Zwischenform zwischen Konjunkturausgleichsrücklage und Investivlohn. Die Stabilitätswirkungen, die von einem solchen Lohnstabilisierungsfonds ausgehen würden, entsprechen in etwa denen eines rückzahlbaren Konjunkturzuschlags, mit dem wir in der Bundesrepublik äußerst negative Erfahrungen gemacht haben. Nur ist die Bemessungsgrundlage in diesem Fall etwas anders, sie knüpft nämlich an den Lohnerhöhungen an und ist zu diesen mehr oder weniger proportional. Die Frage ist dann, ob, wenn Instrumente sich in ihren Wirkungen so ähneln, nicht die traditionellen Instrumente der Konjunkturausgleichsrücklagen vorzuziehen sind, vor allem weil es Instrumente sind, die der Staat einsetzen kann und bei denen man nicht darauf angewiesen ist, daß die Tarifpartner die entsprechende Verantwortung entwickeln.

Ich gehe dabei davon aus, daß der Staat das stabilisierungspolitische Ziel durchaus, wenn auch in reduziertem Umfang, noch verfolgt. Der Vorteil des Konzepts von Teichmann könnte darin bestehen, daß die stabilisierungspolitische Verantwortung wenigstens zum Teil auf die Tarifpartner übertragen wird. Wenn die Tarifpartner bereit wären mitzumachen, so wäre das ein wesentlicher Vorteil. Wenn sie sich aber in ausreichendem Maße so verhalten würden und die Lohnerhöhungen an dem orientieren würden, was gütermäßig möglich ist, dann brauchten wir überhaupt keinen Lohnstabilisierungsfonds. Sind die Tarifpartner aber nicht dazu bereit, dann hilft er auch nichts.

Thomas G. Lachs (Wien):

Ich bin gestern etwas bei Niehans erschrocken, aber ich habe mich in der Nacht wieder beruhigt, weil mir klar geworden ist, daß sich keine Regierung in einer Demokratie leisten kann, den Niehansschen Empfehlungen zu folgen, wenn sie nicht abgewählt werden will. Wird sie abgewählt, wird die andere Regierung wieder das Gegenteil machen. Deshalb glaube ich, daß das Thema dieses Arbeitskreises von besonderer

Bedeutung ist. Ich möchte betonen, daß ich die Einkommenspolitik im Gegensatz zu manchen meiner gewerkschaftlichen Kollegen nicht von vornherein für einen Holzweg halte. Es ist ein sicherlich nicht idealer Weg, aber da uns nichts Besseres einfällt, sollte dieser Weg doch versucht werden. Hier aber eine Bitte an die Wissenschaft: Ich habe Verständnis dafür, daß es wesentlich leichter ist, sich den Kopf über Lohnpolitik zu zerbrechen als über Gewinnpolitik, obwohl Herr Streißler durchaus zu Recht darauf hingewiesen hat, daß auch die Lohnpolitik nicht so einfach in den Griff zu bekommen ist wie man vielleicht glaubt.

Als Betriebsrat eines Großunternehmens habe ich alle Tricks angewendet, auf die Sie hingewiesen haben, und — ohne unbescheiden zu sein — mit einigem Erfolg. Ich glaube daher, auch die Lohnpolitik ist nicht so einfach, daß man nur die Tariflohnpolitik herzunehmen braucht. Aber man müßte sich auf jeden Fall auch in der Wissenschaft etwas mehr den Kopf darüber zerbrechen, was man auf preis- und gewinnpolitischem Gebiet machen kann. Ich würde davor warnen, perfektionistische Konzepte zu suchen. Die gibt es bei der Lohnpolitik nicht, und die wird es noch viel weniger bei der Preispolitik geben. Ich glaube daher, man sollte Vorschläge, Ideen und Konzepte auf diesem heiklen Gebiet nicht deshalb gleich verwerfen, weil sie sich zum Teil umgehen lassen, weil ausgebrochen werden kann und weil sie mathematisch nicht exakt sind. Es wäre schon ein enormer Fortschritt in der Inflationspolitik, wenn wir auch nur halbwegs und sicher ungleichmäßig, aber doch ein wenig funktionierende Konzepte zur Gewinnsteuerung entwickeln könnten, weil die inflationistische Entwicklung meiner Meinung nach eine echte Gefahr für das bestehende System darstellt und es immer mehr wird.

Bernhard Gahlen (Augsburg):

Noch eins zur Einkommenspolitik: Es fällt schwer, zu dem Thema noch etwas zu sagen. Man hat es ja seit Jahrzehnten diskutiert, fast so ähnlich wie jetzt, heute vielleicht schon weniger emotional. Aus Zeitgründen möchte ich zur Einkommenspolitik nichts sagen, sondern eigentlich nur zur Einstellung von uns Ökonomen zur Einkommenspolitik. Wenn man hier einmal die Verhandlungen auf der letzten Sitzung der American Economic Association oder Ausführungen im „The Economist“ oder von Politikern anderer Länder liest, sieht die Sache doch sehr viel anders aus, als wir sie diskutieren. Man hat dort eine sehr viel nüchterere Einstellung zur Einkommenspolitik. Es ist auch klar, warum. Solange wir uns noch als Wunderknabe verhalten und uns am Ende des Inflationszuges befinden, brauchen wir uns nicht so viele konkrete Gedanken zu machen. Zum Beispiel hat der Leiter der Liberalen Partei

in England am Montag noch erklärt, jede Partei, die die englische Wahl gewinnt, wird mindestens innerhalb der nächsten drei Monate eine klare Einkommenspolitik machen müssen, weil sie sonst weg ist vom Fenster.

In der Bundesrepublik scheinen wir uns darauf zu spezialisieren, die einkommenspolitischen Vorschläge zu kritisieren. Meist wird in dieser Hinsicht geschrieben. Ich kenne zum Beispiel in Deutschland kein Buch über Lohn- und Preiskontrollen, das einigermaßen nüchtern die Sache beschreibt wie z. B. das Buch aus der Feder von Johnson über „The New Inflation“; hier wird immer nur hämisch nachgewiesen, daß alle Kontrollen nicht geklappt hätten. Ein Buch in dieser Absicht ist relativ leicht zu machen und kann zur Warnung dienen, hilft aber kaum weiter.

Ein Wort von Herrn Zimmermann hat uns alle etwas schockiert. Er sagte so nebenbei, und er hat es extra nebenbei gesagt, er erwarte, daß wir in den nächsten fünf Jahren in der Bundesrepublik Preis- und Lohnkontrollen einführen müssen. Die Frage ist nur, weiß er, wie man es machen soll? Denn das ist der Haken. Wenn die Sache einmal so weit ist, wird es als ultima ratio genommen, und kein Mensch hat dann vorgedacht, welches Konzept man eigentlich hernehmen müßte. Ich empfinde das als ein echtes Versagen der Wissenschaft. Oder anders ausgedrückt: Es ist vielleicht auch ganz günstig, daß wir nicht vordenken, denn wenn wir einmal die Erfahrung im Sinne von Herrn Zimmermann gemacht haben, können wir sicherlich sehr viele gute Dissertationen vergeben mit dem Thema: Die schlechten Erfahrungen mit der Lohn- und Preiskontrolle in der Bundesrepublik Deutschland.

Ich meine also, warum sollte es nicht möglich sein — wir haben so viele Eventualfälle vorgedacht —, einmal die internationalen Erfahrungen nüchtern auszuwerten und direkt an die Techniken dieser Dinge heranzugehen. Ich denke zum Beispiel an eine amerikanische Untersuchung mit ökonomischen Modellen, die sehr nüchtern darangeht. Dies wäre meines Erachtens auch die Aufgabe der deutschen Ökonomen für einen solchen Fall, den sicherlich niemand ernsthaft will. Es genügt nicht, stehenzubleiben und zu erklären, daß die gängige Preis- oder Geldpolitik kaum eine Chance hat, weil sie die und die Nebeneffekte hat. Wenn man aber zurückfragt, was ist zu tun, dann ist die große Ebbe da.

Ulrich Teichmann (Frankfurt a. M.):

Die zahlreichen Angriffe legen es mir nahe, nochmals die Grundgedanken meines Lohnfondskonzepts darzustellen: Mit dem Lohnfondskonzept wollte ich lediglich ein Instrument zur Verfügung stellen. Ob es benutzt wird, ist eine andere Frage. Das Entscheidende dabei sollte sein, daß dieses zusätzliche konjunkturpolitische Instrument in die Hand

der Tarifpartner und nicht in die Hand der staatlichen Konjunkturpolitik gegeben wird. Das heißt, Tarifpartner und staatliche Konjunkturpolitik würden über parallele Instrumente verfügen. Es könnte keiner mehr die Schuld auf den anderen schieben. Beide stehen in der Verantwortung und haben geeignete Instrumente, die einsetzbar sind, ohne gleichzeitig konkurrierende Ziele zurückstellen zu müssen. Den Tarifpartnern wird die Ausrede genommen, die Konjunkturpolitik lasse Inflation zu. Sie hätten dann selbst ein wirksames Stabilisierungsinstrument in der Hand. Ich gebe jedoch zu, daß dann, wenn der Staat selbst die Preise treibt, die Tarifpartner nicht in der Lage sein werden, die staatliche inflatorische Politik zu korrigieren.

Ich möchte nochmals betonen, das Entscheidende meines Vorschlages ist nicht, daß ein neues Ausgleichskonzept geschaffen wird, sondern daß es in die Hand der Tarifpartner gegeben wird. Diese werden in eine zusätzliche Verantwortung für die Stabilisierungspolitik dadurch gezwungen, daß ihnen ein einsatzfähiges Instrument zur Verfügung gestellt wird. Deshalb mein Gedanke, daß aus dem Instrument heraus ein gewisser Zwang auf die Tarifpartner ausgeübt wird, dieses im Bedarfsfall auch zu nutzen. Ob sie es tun werden oder sich dem Zwang entziehen, ist eine andere Frage.

Da ich selbst in bezug auf die freiwillige Nutzung sehr skeptisch bin, habe ich Drohstrategien vorgeschlagen, mit denen die staatliche Konjunkturpolitik den zögernden Tarifpartnern gewissermaßen auf die Beine helfen könnte. Sie droht, falls die Tarifpartner nicht das Lohnfondskonzept benutzen, daß der Staat andere antizyklische Instrumente umgehend einsetzt, die den Tarifpartnern wesentlich weniger behagen, wie Steuererhöhungen, die im allgemeinen Topf verschwinden, während eine Auffüllung des Lohnfonds im Boom für die nächste Wiederbelebung nach der Rezession zur Verfügung stünde.

Die Anteile, die dem Lohnfonds im Boom zugeführt oder in der Rezession entnommen werden sollen, sollen sich nicht an den Lohnerhöhungen, die in den einzelnen regional und sektoral gestaffelten Tarifverträgen abgeschlossen werden, sondern entsprechend meines Konzepts allein am laufenden Stabilisierungsbedarf orientieren. Sie wären nicht wie bei den üblichen Investivlohnkonzepten an den Normaltarifvertrag gebunden, sondern würden völlig unabhängig von ihm entsprechend dem momentanen Stabilisierungsbedarf neben den Normaltarifverträgen vereinbart und an den Fonds abgeführt. Um es in aller Deutlichkeit zu sagen: Beide Verträge haben formal nichts miteinander zu tun. Sie werden zeitlich und institutionell getrennt abgeschlossen. Die konjunkturelle Komponente würde lediglich die Ausgangsgrundlage verändern. Auf dieser Basis von mehr Stabilität, mit der eine gewisse Überwälzungssperre errichtet worden ist, sollen die Tarifpartner dann ihre Nor-

maltarifverträge aushandeln. Auch betriebliche und individuelle Zuschläge werden von meinem Lohnfondskonzept überhaupt nicht betroffen. Sie würden nach wie vor parallel zu den tarifvertraglichen Abkommen vereinbart werden können, gemäß dem, was die Betriebsräte bzw. der Einzelne in den Unternehmen durchsetzen können.

Das einzige, was ich aus dem Tarifvertrag herausnehmen will, ist die konjunkturelle Komponente, die zeitlich und institutionell von dem Normaltarifvertrag getrennt vereinbart werden soll. Das heißt, die Gewerkschaften hätten nach wie vor Spielraum in ihrer Lohnpolitik. Sie könnten lohnpolitisch ohne äußeren Zwang handeln. Auch die Betriebsräte könnten nach wie vor ihre Ziele verfolgen. Geändert hätte sich nur die ökonomische Basis; denn den Gewerkschaften bzw. den Tarifpartnern steht dann ein Konjunktursteuerungsinstrument zur Verfügung, das in kurzen zeitlichen Abständen unabhängig von den laufenden Normaltarifverträgen entsprechend dem Stabilisierungsbedarf eingesetzt werden kann.

Es wurde auch eingewandt, daß die Zahlungen einen großen Verwaltungsaufwand erfordern würden. Um Kosten zu sparen, habe ich vorgeschlagen, daß die Zahlungsströme allein zwischen den Unternehmungen und dem Fonds vonstatten gehen. Das heißt, die Unternehmen zahlen aufgrund des Zentraltarifvertrages in den Fonds ein, und auf zentralen Beschluß erhalten die Unternehmen gegebenenfalls die Mittel wieder zurück. Es gibt also nur Zahlungen zwischen dem Fonds und den Unternehmungen. Die einzelnen Arbeitskräfte bzw. Unternehmen erwerben keine individuellen Anrechte. Die abgeführten Mittel sind nicht übertragbar. Sie werden nach der Zahl der Beschäftigten eingezogen und ausgezahlt; ungeachtet etwaiger struktureller Änderungen. Entsprechend hätte die Einkommensbesteuerung auch erst dann zu erfolgen, wenn nach der vorübergehenden Stilllegung die Beträge via Unternehmen in die Taschen der Arbeitskräfte gelangen. Ausgezahlt werden immer nur die Löhne, die in den tariflichen, betrieblichen oder individuellen Verhandlungen vereinbart werden. Fondsmittel sollen lediglich die Lohnzahlungsfähigkeit der Unternehmen erhöhen und einem investorischen Abwärtsprozeß vorbeugen. So setzt z. B. die IG Metall 5 %, ÖTV 6 %, die anderen Gewerkschaften 4, 7 oder 8 % durch. Besteht ein Stabilisierungsbedarf, weil bspw. die Preiserhöhungen stärker waren als zur Zeit des Tarifvertrages antizipiert, müßten sich auf Antrag einer Seite die Tarifpartner zentral zusammensetzen und aufgrund des entstandenen Stabilisierungsbedarfs unabhängig von den einzelnen Tarifverträgen eine Stilllegung beschließen, die an die gesamte Lohnsumme gebunden wäre. Der Beschluß wäre dann unabhängig von den laufenden Tarifverträgen gültig. In dem zentralen Vertrag wird bestimmt, daß ein bestimmter Prozentsatz der Lohnsumme von den Unternehmen stillgelegt werden muß. Diesen Prozentsatz der Lohnsumme hat dann jedes Unternehmen abzu-

führen. Eine Kürzung der Löhne ist damit nicht verbunden. Kündigt sich eine Rezession an, würde das Gegenteil vereinbart. Die einzelnen Tarifverträge werden davon weder bei den Ein- noch bei den Auszahlungen betroffen; sie könnten nach wie vor verbindlich ausgehandelt werden. Die beiden Tarifpartner stellen in den zentralen Verhandlungen lediglich fest: Wir müssen aus dem Fonds an die Unternehmen etwas zahlen, damit dem drohenden rezessiven Abwärtsprozeß vorgebeugt wird. Die Unternehmungen müssen aus dem Fonds eine Unterstützung erhalten, die es ihnen ermöglicht, die im Normaltarifvertrag vereinbarten Lohnerhöhungen auszuzahlen, ohne ihre Investitionen allzu stark kürzen zu müssen, bzw. um ihre Lohnzahlungsfähigkeit zu erhalten. Sie könnte durch später anstehende Normaltarifverträge ausgeschöpft werden. Der Konsum würde dadurch gestützt.

Ich wäre zwar gern noch ausführlicher auf die vorgebrachte Kritik eingegangen, aber die knappe Zeit erlaubte es mir leider nicht.

Silvio Borner (St. Gallen):

Meine Damen und Herren, ich weiß, wie teuer jetzt die Grenzminuten Ihrer Zeit sind. Ich verzichte deshalb auf weitere Ausführungen und möchte nur noch ein paar richtungsweisende Stichworte zu Händen des Protokolls geben. Erstens ginge es jetzt darum, gewisse Präzisierungen über direkte Eingriffe zu machen, das heißt genauer zu spezifizieren, in welchen Extrem- und Spezialsituationen solche allenfalls zulässig sind. Zweitens wäre zurückzukommen auf die Alternativen der Einkommenspolitik im Sinne der Konsensbildung, der Konfliktmilderung und Konfliktaustragung, und drittens möchte ich einen kleinen Protest anmelden gegen die Art und Weise, wie Herr Frisch mein Modell dargestellt hat.

Herrn Guger möchte ich für seine Unterstützung danken. Es ist in der Tat so, daß die Angebotskurve meines Modells auf einer Vollkostenrechnung beruht. Ich möchte auf die entsprechenden neuesten Arbeiten hinweisen, insbesondere auf Nordhaus/Godley¹, welche die sog. „Normalkostenhypothese“ mit Erfolg empirisch getestet haben.

Schließlich bin ich durchaus auch der Meinung von Herrn Lachs und der des letzten Votanten und möchte in diesem Sinne Herrn Schürmann zitieren, obwohl ich nicht weiß, ob ich das darf, weil er nicht hier ist. Er sagte einmal, als er über den Erfolg der schweizerischen Preisüberwachung befragt wurde, einfach: „Es ist unerlässlich, optimistisch zu sein“. Mit diesem Optimismus bezüglich der Zukunft einer umfassend konzipierten Einkommenspolitik möchte ich abschließen.

¹ Vgl. W. A. H. Godley und W. D. Nordhaus, Pricing in the Trade Cycle, in: The Economic Journal, September 1972.

Indexierung von Einkommenszahlungen als Mittel der Stabilisierungspolitik

Von *Harald Scherf*, Hamburg*

In der ökonomischen Literatur finden sich viele Aussagen über die Wirkung der Inflation auf die Einkommens- und Vermögensverteilung. Nach diesen Überlegungen führt die Inflation zu einer Veränderung der funktionalen Einkommensverteilung in dem Sinne, daß Einkommen von den Lohn- und Gehaltsempfängern auf die Gruppe der Unternehmer umverteilt wird, daß auch die Empfänger von Renten im Inflationsprozeß an Staat und Unternehmer verlieren, wie schließlich Vermögen von den Gläubigern auf die Schuldner — und das sind vorwiegend Staat und Unternehmer — umverteilt werden soll. Ist diese Vorstellung über die Wirkung des Inflationsprozesses leitend, so nimmt es nicht Wunder, wenn nach Maßnahmen gesucht wird, diese Verteilungswirkungen zu verhindern. Gefordert wird die Einführung von Wertsicherungsklauseln in Einkommens- und Kreditkontrakten — ein Ruf, der nie ungehört geblieben ist. Seitdem staatliche Wirtschaftspolitik und gewerkschaftliche Tarifpolitik den Wirtschaftsablauf bestimmen, hat es in den meisten Industriestaaten der Erde in Zeitabständen solche Indexklauseln für Anleihen, Lohntarife und langfristige Zahlungsverpflichtungen (z. B. Leibrenten) gegeben. Eingeführt wurden sie im Hinblick auf die als ungerecht empfundenen Wirkungen der Inflation, die sie verhindern sollten. Nun sind aber die schleichenden Inflationen in den meisten Industriestaaten nach dem zweiten Weltkrieg gekennzeichnet durch die überall zu erhebende Tatsache, daß die oben zitierten Verteilungswirkungen der Inflation im wesentlichen ausgeblieben sind. Die funktionale Einkommensverteilung hat sich in diesen Inflationsprozessen nicht zu Ungunsten der Arbeitnehmer entwickelt, und auch die Renteneinkommen sind durch die verschiedenen in den einzelnen Ländern mit unterschiedlicher Technik vorgenommenen Anpassungen an den Inflationspro-

* Geboren 1933 in Bremen. 1953 - 1961 Studium in Mathematik, Physik und Philosophie an den Universitäten Tübingen, München, Exeter (England), Marburg und Kiel. 1961 Promotion zum Dr. rer. nat. (Mathematik), 1963 zum Dr. sc. pol. der Universität Kiel. 1962 - 1967 wissenschaftlicher Mitarbeiter am Institut für Weltwirtschaft in Kiel. 1967 Habilitation (Volkswirtschaftslehre) an der Universität Kiel. Ab 1967 ordentlicher Professor für Statistik, Ökonometrie und theoretische Volkswirtschaftslehre an der Universität Hamburg und Direktor des Instituts für Statistik und Ökonometrie. Hauptarbeitsgebiete: Inflationstheorie, Statistik und Ökonometrie, Theorie von Marx und Keynes.

zeß im wesentlichen vor der Aushöhlung durch den Inflationsprozeß bewahrt worden. Insbesondere in der Bundesrepublik, wo es dynamische Renten gibt, ist das Problem der Beeinträchtigung der Realeinkommen der Rentenempfänger durch den Inflationsprozeß praktisch beseitigt. Natürlich finden noch Umverteilungsprozesse in einem Inflationsprozeß von Gläubigern zu Schuldern statt, weil die Zinssätze den Inflationsprozeß und besonders einen sich steigernden Inflationsprozeß nicht hinreichend antizipieren. Wenn aber die staatliche Wirtschaftspolitik durch Sparförderung, insbesondere Bausparförderung, dafür sorgt, daß der Sparprozeß trotz der Inflation lohnend bleibt, die Sparquote also durch die Erfahrung mit der Inflation nicht sinkt, so ist es verständlich, daß die sozialen Folgen des Inflationsprozesses im Vergleich zu den Kosten eines radikalen Stabilisierungsverfahrens in Form von Unterbeschäftigung als nicht entscheidend angesehen wurden. Die Tatsache, daß Indexklauseln in der Bundesrepublik genehmigungspflichtig sind und im Zweifel nicht genehmigt wurden, konnte als Verteidigung des Nominalwertprinzips immer wieder vernünftige Begründung erfahren. Indexklauseln in Verträgen als über die Wirtschaft weit verbreitetes Phänomen wurden als Treibriemen des Inflationsprozesses angesehen. In jüngerer Zeit scheint sich nun eine neue Einstellung breit zu machen. Wurden früher Wertsicherungsklauseln und Indexlöhne als Mittel vertreten, die die sozialen Folgen des Inflationsprozesses vermeiden sollten, werden sie jetzt propagiert als Mittel bzw. Instrument der Stabilisierungspolitik. Das ist eine durchaus neue Position. Wenn ich recht sehe, ist der Vorgang nur dadurch zu erhellen, daß der Begriff der Stabilisierungspolitik in den letzten Jahren eine charakteristische Wendung nimmt. Verstand man ursprünglich unter einer solchen Politik wirtschaftspolitische Maßnahmen, die den Inflationsprozeß bekämpfen und zu einem stabilen Preisniveau zurückführen sollten, so ist schon mit dem bundesrepublikanischen Stabilitätsgesetz, aber vor allem in der jüngeren Debatte ein breiteres Zielspektrum im Auge. Die Akzeleration des Inflationsprozesses, dazugehörige wilde Streiks, starke Veränderungen der Vermögensverteilung und eine möglicherweise damit zusammenhängende Veränderung des politischen Klimas ließen die Befürchtung aufkommen, daß das ganze Wirtschaftssystem durch den Inflationsprozeß in Frage gestellt sei. Dabei werden als wichtige Bestandteile des Wirtschaftssystems, die durch den Wirtschaftsprozess selbst wieder reproduziert werden müssen, das Institut eines freien Arbeitsmarktes mit einem freien Arbeitskontrakt, privates Eigentum an Produktionsmitteln mit der entsprechenden Verfügungsgewalt über Allokation und Preise und eine entsprechende rechtsstaatliche vertragsrechtliche Gültigkeit der geschlossenen Verträge angesehen. Instabil ist das System dann, wenn es aus sich selbst heraus Kräfte entwickelt, die die Reproduktion der Basisinstitutionen erschweren bzw. unmöglich machen.

Schon Keynes hatte in „The Economic Consequences of the Peace“ darauf hingewiesen, daß die eigentliche Gefahr des Inflationsprozesses in der Gefährdung des ganzen kapitalistischen Systems liege. Er meinte, es gebe keinen subtileren, aber auch keinen sichereren Weg, die existierende Basis der Gesellschaft zu unterhöhlen, als den Verfall der Währung. Der Inflationsprozeß engagiere die versteckten Kräfte der Ökonomie auf der Seite der Destruktion, und zwar in der Weise, die nicht einer unter einer Million richtig diagnostizieren könne. Und zwar stellt Keynes dabei nicht so sehr auf die Verteilung auf die funktionalen Klassen ab, sondern auf die arbiträre Weise, in der der Inflationsprozeß einige reich und einige arm macht. Damit schaffe der Inflationsprozeß — so meint er — Spannungen innerhalb der funktionalen Einkommensklassen, zerstöre die auf Dauer angelegten Beziehungen zwischen Gläubigern und Schuldnern, und der Prozeß der Vermögensbildung, konstitutiv für das System, werde degeneriert zu Glücksspiel oder Lotterie. Darüber hinaus glaubt Keynes, daß der Prozeß die Kapitalistenklasse verhaßt mache, weil sie für die Preisentwicklung verantwortlich gilt, obwohl die Profiteers — wie er die Unternehmer als Inflationsgewinner nennt — eine Folge und nicht die Ursache der dauernden Preissteigerungen sind¹.

Es ist verständlich, wenn in einem Inflationsprozeß nach Mitteln gesucht wird, diese Folgen des Inflationsprozesses zu mildern. Die Wertsicherung von Schuldtiteln und kontraktbestimmten Einkommen durch Indexierung galt als ein solches Mittel. Die Logik ist klar: Wenn der Inflationsprozeß schon nicht gestoppt werden kann, dann soll er wenigstens nicht zu ungerechtfertigten Gewinnen führen; ein möglichst totales Indexierungssystem könnte dazu beitragen. Die Forderung aufstellen, heißt sofort an die Grenzen einer solchen totalen Indexierung von einkommensrelevanten Verträgen zu gelangen; um dem Gerechtigkeitsziel zu dienen, müßten ja alle Mieten und Pachten, alle kontraktbestimmten Einkommen, alle Schuldverhältnisse, alle staatlichen Steuer- und Abgabentarife durch Wertsicherungsklauseln geschützt werden. Darüber hinaus verlangte praktisch jeder Kontrakt seinen eigenen Wertschutzindex, da ja Preisindizes — wie etwa der Preisindex für die Lebenshaltungskosten — immer nur für eine ganz bestimmte Menge von Waren und Dienstleistungen repräsentativ sind und damit ein solcher staatlich errechneter Index immer nur für eine Minderheit einen völligen Wertausgleich erreichen kann. Das Indexlohnprinzip teilt eben die Schwächen aller Argumente, die einen Preisindex wie einen Preis behandeln. Schon in der Debatte um die sog. außenwirtschaftliche Absicherung einer Stabilisierungspolitik spielte derselbe Fehlschluß eine Rolle: Auch ein flexibler Wechselkurs leistet nur in einer Ein-Produktwirtschaft die Abwehr

¹ John Maynard Keynes, *The Economic Consequences of Peace*, London 1920.

von Preissteigerungen im Ausland. Für viele Güter mit unterschiedlichen Preisentwicklungen und unterschiedlichen Preiselastizitäten kann der flexible Wechselkurs die „außenwirtschaftliche Absicherung“ nur sehr bedingt leisten bzw., er leistet sie nicht. Auch das Argument, daß die Absicherung im Mittel erreicht würde, ist ja nicht stichhaltig, obwohl es heute fast ein nationalökonomischer Glaubenssatz geworden ist. Tatsächlich hat die Einführung flexibler Wechselkurse die internationale Inflationsübertragung nicht gehindert, die Entwicklung der Außenhandelsströme, z. B. der Außenhandel der Bundesrepublik Deutschland sollte überzeugend genug sein für diejenigen, die an eine klassische Nachfrageinflation, vom Ausland übertragen, geglaubt haben. Es ist unmittelbar einsichtig, daß auch eine volle Vermeidung inflationsbedingter Einkommensumverteilungen durch Indexierung mit einem ausgewählten Preisindex nicht möglich ist. Hinzu kommt die Notwendigkeit, prinzipiell die Wirtschaftssubjekte im Augenblick ihrer Belastung durch den Preisauftrieb wieder durch die Anpassung ihrer Einkommen entlasten zu müssen. Time-Lags der Anpassung wären offensichtlich ganz unvermeidlich. Außerdem würde eine solche totale Indexierung natürlich die Aufhebung der Währungseinheit als Recheneinheit bedeuten. Es entstünden unübersehbare Schwierigkeiten in der unternehmerischen Kalkulation, aber auch für die Besteuerung. Der Unmöglichkeit, eine Vermögensrechnung und eine vernünftige Kalkulation durchzuführen, stände die Unmöglichkeit gegenüber, das Unternehmereinkommen für die Zwecke der Besteuerung vernünftig zu ermitteln. Das angestrebte Gerechtigkeitsziel läßt sich also offenbar nicht realisieren. Konsequenter sollte der Gerechtigkeitsbegriff, der zu dieser Indexierungsforderung führt, analysiert werden. Er ist jedenfalls nicht auf das herrschende Wirtschaftssystem bezogen, ist absolut und wahrscheinlich nur im Modell einer vollkommen stationären Wirtschaft anwendbar. Es ist denkbar, daß unser Gerechtigkeitsempfinden immer noch dominiert ist von statischen Gesellschaftsverhältnissen und damit notwendig zu Spannungen mit einer dynamischen Wirtschaftsentwicklung führen muß. Auch die Alternative, ein „stabiles Preisniveau“ erfüllt ja nur scheinbar das abstrakte Gerechtigkeitsideal einer Verteilungsneutralität.

Unabhängig von der Praktikabilität einer totalen Wertsicherung von Einkommen und Forderungen wird vor allem vorgebracht, daß eine solche Indexierung zu einer Beschleunigung des Inflationsprozesses führe. Durch den Indexautomatismus wird ja eine Preiserhöhung in einem Teilbereich der Volkswirtschaft über den Preisindex auf die gesamte Volkswirtschaft fortgewälzt, vor allem in der Form, daß die Löhne an die Erhöhung des Preisindex angepaßt werden. Damit wird das gesamtwirtschaftliche Kostenniveau erhöht. Solche Mehrkosten führen nun aber wiederum zur Anhebung der Preise, was wiederum zu allgemeinen Lohnanpassungen führt. Deshalb — so wird behauptet — wir-

ken Indexklauseln wie ein Schwungrad oder ein Treibriemen, der den Inflationsprozeß beschleunigt.

Um es noch einmal zusammenzufassen: Indexklauseln in der gesamten Volkswirtschaft können die Umverteilungswirkungen nicht völlig vermeiden, da nicht alle eine automatische Anpassung ihrer Forderungen oder Einkommen erreichen können bzw. eine solche Anpassung nicht schnell genug erreichen können. Würde es aber doch gelingen, eine solche Anpassung automatisch in der gesamten Volkswirtschaft zu erreichen, so würde permanent die Preis- und Kostenbewegung in Gang gehalten und der Inflationsprozeß perpetuiert. Trotz dieser Einwände, ja in Kenntnis dieser Einwände, wird neuerdings die Indexbindung von kontraktbestimmten Einkommen, Zinsen und Forderungen als ein Mittel empfohlen, die Inflation zu bekämpfen bzw. zu verlangsamen. Dabei werden die angeführten Gründe gegen die Indexbindung nicht negiert. Die Vorstellung ist aber, daß bei einer Verknappung oder Einschränkung der Geldmenge im Sinne einer Stabilisierungspolitik der Zentralbank die Indexbindung der Löhne, Gehälter und Forderungen den Stabilisierungsprozeß erleichtere oder gar erst möglich mache². Sind die Löhne im wesentlichen durch Gewerkschaften kontrahiert — so wird argumentiert —, wird in den kontrahierten Lohnsätzen eine zukünftige Inflationsrate antizipiert. Die Antizipation der Inflationsrate in den Löhnen bedeutet, daß die Antizipation auch verifiziert wird, weil die erhöhten Löhne Kostenbestandteile sind und damit die Preiserhöhung gewissermaßen erzwingen. Bei einer Indexbindung der Löhne werden — so wird erklärt — aber nur reale Steigerungsraten ausgehandelt, und der Inflationszuschlag richtet sich nach der tatsächlichen Steigerung des Preisindex für die Lebenshaltungskosten. Gelingt es der stabilisierenden Geldpolitik, die Inflationsraten zu senken, so wird dieser Prozeß in den tatsächlich zu zahlenden Löhnen reflektiert und so auch von der Kostenseite der Stabilisierungsvorgang unterstützt. Nur auf diese Weise sei bei einem inflationsangepaßten Verhalten der Wirtschaftssubjekte, insbesondere der Tarifpartner (der Gewerkschaften) eine Stabilisierung ohne Beschäftigungskrise möglich, denn eine Rückführung der Inflationsraten, wenn in den Lohnsätzen höhere Preissteigerungen antizipiert seien, bedeute eine Erhöhung der Reallöhne der Arbeitnehmer und müsse notwendig zu einem Rückgang der Beschäftigung führen. Damit ist aber der theoretische Standort der Proponenten dieser Stabilisierungspolitik deutlich: Der Inflationsprozeß ist für sie eigentlich ein monetärer Prozeß. Die Geldpolitik, genügend straff geführt, könnte den Inflationsprozeß unterbinden. Das führt aber bei nicht an diese Stabilisierungspolitik angepaßtem Verhalten der Tarifpartner zu einem Beschäftigungsrisiko, da

² *Herbert Giersch*, Indexklauseln und Inflationsbekämpfung, Kieler Diskussionsbeiträge, Heft 32, 1973.

die Stabilisierung zu nicht vorhergesehenen Reallohnsteigerungen führt. Beschäftigung wiederum ist ein reales Phänomen. Es gibt eine eindeutige Zuordnung der Beschäftigungshöhe zu der Höhe der Reallöhne. Ein zu hohes Reallohniveau führt zur Arbeitslosigkeit. Politischer Druck führt nun dazu, das Beschäftigungsrisiko der monetären Stabilisierungspolitik nicht einzugehen; daher gelingt es der Wirtschaftspolitik nicht, tatsächlich die Stabilität herbeizuführen.

Ich fürchte, daß das theoretische Konzept dieses Vorschlages zu eng an einem Modell entwickelt ist. Und zwar glaube ich, daß das Modell einer monetären Volkswirtschaft mit einem Gut und homogener Arbeit Pate gestanden hat. Die Tarifpartner in einer solchen Wirtschaft müssen tatsächlich das Beschäftigungsrisiko zu hoher Reallöhne sehen, und es kann erwartet werden, daß sie entsprechend handeln. Nun soll nicht geleugnet werden, daß auch in einer Wirtschaft, in der die Arbeitskraft nicht homogen ist, in der es keinen einheitlichen Arbeitsmarkt und natürlich keinen einheitlichen Gütermarkt gibt, es ein Beschäftigungsrisiko zu hoher Reallöhne gibt. Nur ist dieses Risiko verteilt und gerade da, wo relativ hohe Lohnsteigerungen durchgesetzt werden, ist das Beschäftigungsrisiko häufig gering, oder wird gar bewußt in Kauf genommen, um das relative Lohnniveau der im Arbeitsprozeß bleibenden Gewerkschaftsmitglieder zu steigern (Beispiel: USA-Stahlarbeiter). Auf der anderen Seite ist in einer Vielgüterwirtschaft mit nicht-homogener Arbeit der Reallohn, der bei Indexsicherung der Lohnkontrakte gezahlt wird, nicht Entscheidungsparameter der einzelnen Unternehmer. Ich fürchte, daß diese Tatsache zu einer Verhaltensweise der Unternehmer bei der Preisfixierung führt, die darauf abgezielt ist, für das eigene Gut mindestens die Preissteigerung herauszuholen, die sich als Durchschnittswert im Preisindex ergibt. Anderenfalls wäre man in der Situation, daß man durch den indexgesicherten Lohnkontrakt einen höheren Lohnkostenanteil erhalten hätte, als man bei Abschluß des Vertrages geplant hatte.

Bedacht werden muß auch die Form eines möglichen Übergangs zu indexgesicherten Löhnen. Wenn es richtig ist, daß Gewerkschaften bei ihrer Inflationsantizipation von der laufenden Inflationsrate ausgehen und allenfalls noch die Entwicklung der Inflationsrate in der Vergangenheit in ihre Erwartungsbildung einbeziehen, so ist es völlig unrealistisch anzunehmen, der Übergang zum Indexlohn könne in der Weise vor sich gehen, daß in einer Lohnverhandlungsrunde zunächst nur die Reallohnsteigerung ausgehandelt wird und dann nach einer festgesetzten Frist die tatsächliche Inflationsrate bestimmt wird. Der Übergang ist nur so durchsetzbar, daß zunächst die laufende Inflationsrate als die für die Zukunft gültige angenommen wird und daher Realloohnerhöhung und Inflationsausgleich zusammen die tatsächliche Erhöhung ausmachen. Dann wird in Zukunft die Korrektur gegenüber der angenommenen Inflations-

rate erfolgen können. Das heißt aber, daß das Indexierungsverfahren asymmetrisch ist, weil Lohnerhöhungen andere Reaktionen als Lohnsenkungen hervorrufen. Die Vorstellung, daß Indexlöhne flexible Löhne ohne „ratchet effect“ seien, macht möglicherweise die Rechnung ohne den Wirt. Lohnkorrekturen nach unten werden auch bei einmal erfolgter Zustimmung zum Indexierungsverfahren kaum allgemein durchsetzbar sein. Die Stabilität der Gewerkschaften, die mit zu der Stabilität des Wirtschaftssystems gehört, würde durch den symmetrischen Indexlohn erheblich gefährdet.

Unsere Analyse führt aber auch zu der Erkenntnis, daß auch bei Indexlöhnen der Stabilisierungserfolg in Form gesenkter Preissteigerungsraten Lohnsenkungen vorausgehen muß, also temporär Reallohnsteigerungen erfolgen, die schon Mengenreaktionen, also Beschäftigungswirkungen haben können, nicht müssen. Ebenso wird das Indexlohnverfahren bei steigenden Inflationsraten temporär zu Reallohnsenkungen führen, weil der Time-Lag des Lohnanpassungsverfahrens unvermeidlich ist und Antizipation bei laufendem Indexlohnverfahren ja unzulässig ist. Alle praktisch durchgeführten Indexlohnverfahren enthalten solche Anpassungslags systematisch, ohne daß diese Tatsache notwendig gegen sie sprechen müßte, wenn das soziale System an diese Lags adaptiert ist. Ich weise hier nur darauf hin, um deutlich zu machen, daß ein Argument für das Indexlohnsystem für die Stabilisierungsphase problematisch ist.

Darüber hinaus darf nicht übersehen werden, daß in einer Volkswirtschaft mit differenzierter Arbeitskraft und ungleichen Löhnen der Verteilungskampf bei der Lohnfindung nicht nur ein Verteilungskampf Unternehmer gegen Arbeitnehmer ist, sondern immer mehr auch ein Verteilungskampf zwischen den einzelnen Arbeitnehmergruppen bzw. Gewerkschaften. Jede Untersuchung der Lohnstruktur macht diese Tatsache offenkundig.

Weiter bezweifle ich sehr, ob das monetaristische Inflationsmodell die Preisbildung in unserer Volkswirtschaft wirklich erfaßt. Viele für die Lebenshaltung relevanten Preise werden jedenfalls nicht so gebildet, daß sie durch eine Einschränkung der Geldmenge in ihrer Tendenz getroffen würden. Im Gegenteil ist eine erzwungene Einschränkung der Nachfrage sehr häufig der Anlaß zu weiteren Preissteigerungen. Solche Preissteigerungen werden dann oft zum Anlaß der Klage, der Marktmechanismus funktioniere nicht mehr, obwohl eine differenzierte Preistheorie den Vorgang durchaus als notwendig ohne Rekurs auf Machtmißbrauch erklären kann. Und damit kommen wir zu der theoretischen Analyse, unter welchen Bedingungen Indexbindungen tatsächlich den Inflationsprozeß verlangsamten und stoppen können.

Wann ist also eine Einkommenspolitik, die Wertsicherungsklauseln in den Einkommensverträgen und in den Gläubiger-Schuldner-Verträ-

gen benutzt, als Stabilisierungspolitik im Sinne einer Antiinflationpolitik erfolgreich? Antwort: Wenn erstens durch die Indexierung die tatsächlichen Lohnerhöhungen reduziert werden gegenüber der Situation ohne Indexklauseln; und wenn zweitens die Sparquote *ceteris paribus* gesteigert wird. Sind diese beiden Bedingungen erfüllt und sinkt die effektive Nachfrage, weil

- a) das Lohneinkommen weniger schnell gewachsen ist und
- b) die Sparquote erhöht ist und
- c) die Investitionsnachfrage wegen der Kreditverknappung durch die Stabilisierungspolitik der Zentralbank beschränkt wird, so kommt es zu einer Änderung des Inflationsprozesses, wenn in den Sektoren, in denen die Nachfrage sinkt, Preisänderungen und keine Mengenänderungen vorgenommen werden. Reagiert das Wirtschaftssystem dagegen auf die erzwungene geringere Nachfrage mit Mengenänderung, dann muß in sehr vielen relevanten Branchen moderner Volkswirtschaften mit Preiserhöhungen bei sinkender Nachfrage und sinkender Beschäftigung gerechnet werden, da die Einheitskosten bei sinkender Kapazitätsauslastung sehr schnell steigen. Durch die Indexbindung würde es in diesem Fall gerade zu einer Verstärkung des Inflationsprozesses kommen.

Untersucht man nun die einzelnen Bedingungen in bezug auf ihre Relevanz, so läßt sich sehr wohl argumentieren, daß das Angebot wertgesicherter Anlagen, also von Sparbüchern mit wertgesicherter Verzinsung und wertgesicherter Einlage bzw. von entsprechenden Staatspapieren, die Ersparnis erhöhen könnte. Es ist jedenfalls vorstellbar, daß es einen relevanten Kreis von Wirtschaftssubjekten gibt, die in Ansehung des Inflationsprozesses ihre Ersparnis eingeschränkt haben und die bei der Möglichkeit, wertgesichert sparen zu können, ihre Ersparnis erhöhen würden. Sicherlich gibt es auch umgekehrt Zwecksparer, die zur Erreichung eines Sparziels im Inflationsprozeß ihre Ersparnis erhöht haben, weil das Ziel ihres Sparens im Preis stieg und zur Erreichung des Ziels eine erhöhte Sparanstrengung notwendig war. Gleichwohl bin ich der Meinung, daß die Vorstellung nicht von der Hand zu weisen ist, daß wertgesicherte Sparmöglichkeiten die Ersparnis vergrößern können³. Ganz abgesehen davon, daß das Angebot wertgesicherter Anleihen eine Bereicherung des Portfolios darstellen würde und gleichzeitig in seiner Kursentwicklung aufdecken würde, mit welchen Inflationsraten die Wirtschaft jeweils rechnet. Natürlich werden auch die Vorstellungen der Regierung über den Inflationsprozeß durch die Konditionen wertgesicherter Staatsanleihen offengelegt, und natürlich würden auch wertgesicherte Staatsanleihen am Markt gehandelt werden, und ihre Kursentwicklung würde ein Reflex auf die Inflationserwartung sein.

³ *Herbert Timm*, Der Einfluß der Geldwertsicherungsklauseln auf Geldkapitalangebot und -nachfrage und auf die schleichende Inflation, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 180, 1970.

Wer dazu annimmt, daß indexgesicherte Lohn- und Gehaltszahlungen mit der Konsequenz, in den Verträgen nur über Reallöhne oder -gehälter zu verhandeln, *ceteris paribus* zu niedrigeren durchschnittlichen nominellen Lohnzahlungen und damit zu weniger steigenden durchschnittlichen Kosten führen, muß im Grunde unterstellen, daß *alle* Löhne und Gehälter ohnehin eine Antizipation des Preisanstieges enthalten, wobei die Höhe der erwarteten Preissteigerung eine Lag-Funktion vergangener Preissteigerungen ist. Denn für die Auswirkung der Einführung von Indexlöhnen ist wesentlich die Veränderung des Trends der Durchschnittskosten und des verfügbaren Einkommens als Nachfragepotential. Ich glaube nicht, daß alle Löhne und Gehälter derart dem Inflationsprozeß adaptiert sind. Tatsächlich werden viele Löhne und Gehälter nur mit erheblichem Zeitabstand der Inflation angepaßt. Ich sehe auch nicht, wie die Lohnverhandlungen um sog. „Reallöhne“ durch Indexbindungen „versachlicht“ oder erleichtert werden können. Die Vorstellung, daß die Tarifpartner bei einem Kontrakt über „Reallöhne“ eher Einsicht in das Beschäftigungsrisiko ihrer Verträge gewinnen, scheint mir nicht hinreichend gestützt zu sein. Tatsächlich würde ja auch bei solchen Bedingungen nicht über Reallöhne verhandelt, da der „sichernde“ Preisindex für die Lebenshaltungskosten möglicherweise für die betreffende Unternehmung nicht zutreffend ist, wenn die spezifischen Kosten und Erlöse in ihm gar nicht berücksichtigt sind. Entsprechend hat man vorgeschlagen, als sichernden Index den Großhandelspreisindex zu wählen, da er für die Unternehmungen eher relevant ist. Bei 17prozentigen Steigerungen der Großhandelspreise in der Bundesrepublik Deutschland heute sind die Folgen für die Lohnentwicklung und die Preise leicht zu prognostizieren! Die Unsicherheit über die Entwicklung des allgemeinen Preisniveaus, also des gewählten Preisindex, wird sich auf der Unternehmerseite bei Indexlöhnen eher in einer aggressiveren Preispolitik äußern. Die Indexklauseln bewirken selbst bei Vorliegen der Voraussetzung, daß ohne die Indexbindung in den Lohnverträgen schon immer die Inflationsraten der Vergangenheit antizipiert waren, daß die Lohnanpassung schneller verläuft und damit am Ende der Inflationsprozesse doch akzeleriert wird. Und es scheint mir eine doch sehr akademische Vorstellung zu sein, daß das Beschäftigungsrisiko bei Nominallohnsteigerungen in den Tarifauseinandersetzungen weniger gesehen wird als bei sog. Reallohnkontrakten. Das Indexlohnsystem führt ja auch bei Preisindexerhöhungen, die aufgrund von eintretenden Verknappungen von Produktionsfaktoren eintreten, die also wie Rohstoffpreiserhöhungen das zur Verteilung fähige Produkt verringern, zu entsprechenden Lohnerhöhungen, als seien die Lohn- und Gehaltsempfänger nicht von den Verknappungen betroffen. Die Folgen sind diagnostizierbar, akzelerierte Inflation gehört zu ihnen.

Der Hinweis darauf, daß der Wachstumsprozeß den einzelnen Tarifparteien, auch bei Bindung an denselben Index für alle Tarife, noch hinreichend viel Flexibilität lasse, scheint mir nicht ausreichend. Die Fähigkeit, bei einem ausgehandelten Nominallohnkontrakt für ein Jahr oder länger eine Kalkulation durchhalten zu können, scheint mir ein so großer Vorteil zu sein und so viel mehr Stabilität zu vermitteln, daß der Übergang zu Indexlöhnen mit kurzfristigerer Lohnanpassung außerordentlich problematisch erscheint. Es ist am Ende so, daß die Stabilisierungspolitik bzw. die Inflationsvermeidung ohnehin gelingt, wenn die Voraussetzungen erfüllt sind, die erfüllt sein müssen, damit die Indexierung von Einkommen als Mittel der Stabilisierungspolitik zum Erfolg führt. Dann gibt es aber effektivere und weniger problematische Steuerungsmöglichkeiten.

Abschließend erlauben Sie mir bitte noch eine Bemerkung. Vor einigen Jahren erschien in der Frankfurter Allgemeinen Zeitung ein Aufsatz mit dem Titel „Wieviel Stabilität ist in der Wirtschaft nötig?“. In diesem Aufsatz wurde in beredter Weise darauf hingewiesen, daß in einer Gesellschaft nicht alles flexibel sein dürfe, sondern vielmehr der Mensch für ein erträgliches Lebensklima ein hinreichendes Maß stabiler Lebensverhältnisse benötige. Viele pathologische Reaktionen von Gesellschaften auf zuviel Veränderungen in zu kurzer Zeit scheinen diese These zu bestätigen. Wenn sich gleichwohl objektiv die Lebensverhältnisse der Gesellschaften und der Einzelmenschen dauernd ändern, weil sich z. B. die natürlichen Bedingungen und die Produktionsverhältnisse permanent ändern, ist es deutlich, daß die Stabilität der Lebensverhältnisse für den Menschen ein Produkt seiner Anstrengungen ist. Das gilt auch für die Geldwertstabilität. Es liegt nicht in der Natur des Wirtschaftsprozesses, wie manchmal in der Öffentlichkeit suggeriert wird, daß der Mensch Anspruch auf einen stabilen Geldwert hat. Der intertemporale Nutzensausgleich durch die Möglichkeit, mit entsprechender Zinszahlung Werte von einer Periode für eine andere Periode aufzubewahren, ist eine Leistung einer Gesellschaft, die erhebliche Anstrengungen erfordert. Ebenso wie die Möglichkeit, Eigentum im Zeitablauf durch das Erbrecht auf Nachkommen zu übertragen, eine aufwendige Leistung einer Gesellschaft ist, für die ein hochkompliziertes System von Rechtssicherungen geschaffen werden mußte, die erheblichen Aufwand erfordern, mußten Gesellschaften Opfer dafür bringen, wenn sie in ihrer Währungseinheit die Möglichkeit schaffen wollten, in liquider Form Werte aufzubewahren; Staatspapiere, die über Generationen hinweg als Wertaufbewahrungsmittel dienen konnten, wie etwa englische Staatsanleihen im 19. Jahrhundert, waren das Ergebnis solcher gesellschaftlicher Anstrengungen; die Kosten dafür sind häufig nicht genannt worden, sie waren aber durchaus erheblich. Ich glaube, man muß sich dieser Tatsache durchaus bewußt sein, wenn man darüber nachdenkt, durch eine

Einkommenspolitik zur Geldwertstabilisierung beizutragen. Die Tatsache, daß es in den modernen Industriegesellschaften nach dem zweiten Weltkrieg nicht gelungen ist, den Geldwert stabil zu halten, zeigt meiner Meinung nach deutlich, daß die Gesellschaft nicht mehr den Preis für die Stabilisierung des Geldwertes zahlen will, der in der Vergangenheit dafür gezahlt wurde. Mir erscheint die Annahme, daß es mit Mitteln der einfachen Sozialtechnik möglich sein sollte, die Gesellschaften zur Wiederanerkennung einer Priorität des stabilen Geldwertes zu bringen, sehr fragwürdig. Ganz offenbar ist die Dynamik unserer Industriegesellschaften in den letzten 25 Jahren dadurch gekennzeichnet, daß dem stabilen Geldwert keine Priorität im Zielkatalog zuerkannt wurde. Es wird mehr als technischer Mittel bedürfen, eine solche Priorität wiederherzustellen. Einstweilen halte ich es für wahrscheinlich, daß wir ähnlich dem politischen Konjunkturzyklus, wie ihn Kaldor beschrieben hat, auch einen politischen Inflationszyklus haben werden. Das Ziel der Preisstabilisierung wird bei steigenden Inflationsraten vordringlich. Die Gesellschaft ist bereit, einen entsprechenden Preis in Form von Stabilisierungsanstrengungen zu zahlen, und nach einem kurzen Stabilisierungserfolg erhalten andere wirtschaftspolitische Ziele wieder höhere Priorität, so daß erst bei erneuter starker Instabilität wieder hinreichende politische Kräfte mobilisiert werden, um den Inflationsprozeß erneut unter zeitweilige Kontrolle zu bringen.

Es ist darüber hinaus meine feste Überzeugung, daß die staatliche Wirtschaftspolitik im letzten Jahrzehnt für den Inflationsprozeß entscheidend gewesen ist. Staatliche Einnahmen- und Ausgabenpolitik hat die strukturellen Fehlentwicklungen in der Bundesrepublik Deutschland wesentlich mitbestimmt. Die Steuerung der effektiven Nachfrage ist weder zeitlich noch quantitativ adäquat erfolgt. Die Wirkungen falscher Konjunkturpolitik sind langfristiger als die wirtschaftspolitische Diskussion vermuten läßt. Der ungezügelte Boom von 1969 wirkt in der Bundesrepublik Deutschland noch heute; ungenügende Produktivitätssteigerungen infolge zu geringer Investitionen bei ins Kraut geschossenen Ansprüchen wirken lange fort. Ansprüche sind aber nicht Naturereignis; sie werden vielmehr organisiert und erzeugt. Wahrscheinlich ist der politische Apparat mit Hilfe der Massenmedien noch erfolgreicher in der Kreierung neuer Ansprüche als die große Industrie, die — wie Galbraith analysiert — die Bedürfnisse durch neue Produkte erzeugt. Die Befriedigung politisch erzeugter Ansprüche durch die öffentlichen Dienste erfolgt aber weithin unrationell, aufwendig und bindet so viele Ressourcen, daß das Leistungsvermögen der Volkswirtschaft überfordert wird. Mir scheint, daß unsere politische Organisation, die Form, in der der politische Wille organisiert ist, viel zu der wirtschaftlichen Instabilität beiträgt, wahrscheinlich letztlich für sie konstitutiv ist. Fraglos stellt der politische Rahmen, die Entscheidungen der Politik

für die wirtschaftlichen Entscheidungsträger, den größten Unsicherheitsfaktor dar. Und Unsicherheit ist der entscheidende Faktor für unzureichende Investitionen, unzureichende Produktivitätsentwicklung und damit auch für den Inflationsprozeß. Es ist in der Öffentlichkeit angesichts der steigenden Inflationsraten viel vom Versagen der Keynes'schen Wirtschaftspolitik geredet worden. Der Name Keynes kann für die faktische Wirtschaftspolitik der Vergangenheit aber kaum zutreffend benutzt werden. Es scheint nötig, darauf hinzuweisen, daß für ihn stabilisierende Wirtschaftspolitik ihr Ziel vor allem in niedrigen Zinsen und der Reduktion der Unsicherheit hatte.

Es wäre leicht gewesen, auf Erfahrungen mit einer Einkommenspolitik mit Hilfe von Indexklauseln in vielen Ländern hinzuweisen. Die meisten von Ihnen wissen, daß die Erfolge einer solchen Antiinflationpolitik nicht sehr groß gewesen sind. Hier aber kam es auf die Analyse der Zusammenhänge und Argumentations- und Wirkungsmechanismen an, die mich zu der Konsequenz bringt, daß wertgesicherte Anleihen nützlich, indexgesicherte Lohn- und Gehaltszahlungen wahrscheinlich nicht hilfreich sind, da die Voraussetzungen für ihre erfolgreiche Anwendung nicht den tatsächlichen Bedingungen entsprechen. Auch die Wertsicherung aller monetären Forderungen scheint nicht stabilisierend wirken zu können, weil sie zu dauernden Preisanpassungen etwa bei Mieten und Pachten führte. Die Time-Lags der Anpassungen, wie sie heute ohne eine totale Indexierung üblich sind, verteilen sicher Inflationslasten einseitig, tragen aber zur Stabilität des Systems bei, indem sie eine Kalkulation in mittelfristiger Sicht erlauben, ohne die eine komplizierte Vielgüterwirtschaft nicht funktionieren kann.

Korreferat zu: Indexierung von Einkommenszahlungen

Von *Alois Oberhauser*, Freiburg i. Br.

Die Antworten, die in der Literatur auf die Frage gegeben werden, ob durch eine Indexierung von Einkommenszahlungen ein größeres Maß an Preisstabilität erreichbar ist, divergieren außerordentlich stark. Der Hauptgrund ist darin zu sehen, daß die einzelnen Autoren unterschiedliche Wirkungen und Verhaltensreaktionen in der Realität erwarten. Letztlich geht es also wieder einmal um die Wirklichkeitsrelevanz der zugrundeliegenden Theorien.

Die Modelle einer totalen Indexierung der Einkommensströme können wir beiseite lassen, da sie allzusehr an der Wirklichkeit vorbeigehen. Unter ihren Voraussetzungen würden die Preisveränderungen sowohl nach oben als auch nach unten verstärkt und beschleunigt.

Statt dessen ist es notwendig, nach den Stabilisierungseffekten der Indexierung einzelner Einkommensarten zu unterscheiden. So wirkt die Indexbindung von Transferzahlungen hemmend auf den Preisanstieg — allerdings nur, wenn ein technisch oder institutionell bedingter Lag in den Anpassungen mit einer zumindest nachfrageneutralen Verwendung der relativen Überschüsse bei den Einnahmen der Institutionen verbunden wird, die die Transferzahlungen leisten¹.

Aus den gleichen Voraussetzungen folgt, daß beispielsweise auch von einer Indexierung von Einkommenszahlungen des Staates — auch wenn die Anpassungen mit zeitlicher Verzögerung erfolgen — noch nicht ohne weiteres Preisstabilisierungseffekte zu erwarten sind, da eine anderweitige nachfragewirksame Verwendung der eingesparten Mittel durch den Staat durchaus möglich und in vielen Fällen sogar wahrscheinlich ist.

Im Mittelpunkt der hier zu diskutierenden Thematik steht jedoch die Frage, ob durch eine Indexbindung der Löhne an die Preise größere Preisstabilität herbeigeführt werden kann. Daß dies unter bestimmten Voraussetzungen der Fall ist, wird von niemand bestritten. Entscheidend

¹ Daneben spielen die Art der Indexierung — wie Verknüpfung mit den Preisen oder mit den Löhnen — und die Entwicklung in den Vorperioden eine Rolle.

ist jedoch, worauf Herr Scherf bereits hingewiesen hat, ob die Bedingungen, unter denen der Inflationsprozeß verlangsamt wird, in der Realität zutreffen oder geschaffen werden können. Die Bedingungen sind jedoch meines Erachtens zum Teil anderer Art als in der Literatur und auch von Herrn Scherf angegeben.

Die Befürworter indexgebundener Löhne gehen in der Regel so vor, daß sie die Lohnerhöhungen aufspalten in eine am Produktivitätsfortschritt orientierte Reallohnkomponente, die die Tarifpartner weiterhin aushandeln, und eine mehr oder weniger eng mit der Preisentwicklung verknüpfte Nominallohnzusatzkomponente. Die Unzulänglichkeiten dieser Konzeption stecken einerseits in der Auffassung, daß eine Erhöhung der Löhne im Umfang des Produktivitätsfortschritts der Realloohnerhöhung entspreche und weitgehend preisniveauneutral sei, andererseits in der kaum realistischen Annahme, daß sich die Tarifpartner bei der vermeintlichen Realloohnerhöhung, die sie aushandeln, an den Produktivitätsfortschritt halten.

Zunächst ist festzustellen, daß die gesamtwirtschaftlichen Reallohnsteigerungen einer Periode nicht durch den Produktivitätsfortschritt, sondern durch die Zunahme des für private Zwecke verfügbaren Konsumgütervolumens unter Berücksichtigung von Veränderungen im Sparverhalten der privaten Haushalte bestimmt sind. Nur bei konstanter Verwendungsstruktur des Sozialproduktes und konstantem Sparverhalten stimmen somit potentielle Reallohnentwicklung und Produktivitätsfortschritt überein. In der Realität muß jedoch zumeist mit nicht unerheblichen Unterschieden in der Entwicklung dieser Größen von Periode zu Periode gerechnet werden. Es sei beispielsweise auf die Verschlechterung der „terms of trade“ durch die Rohstoffpreissteigerungen und die erhöhten Ansprüche des Staates an das reale Sozialprodukt im Jahre 1974 in der Bundesrepublik verwiesen. Immer wenn Veränderungen in der Verwendungsstruktur des Sozialproduktes ein Zurückbleiben der Reallohnentwicklung hinter dem Produktivitätsfortschritt bedingen, gehen mithin von einer produktivitätsorientierten sogenannten Realloohnerhöhung isoliert gesehene preissteigernde Wirkungen aus, die durch die zusätzliche Indexierung der Löhne verstärkt werden. Allerdings ist auch der umgekehrte Fall möglich. Wenn schon, so müßte die Reallohnkomponente der Lohnerhöhungen an dem zu erwartenden Anstieg des Konsumgütervolumens unter Berücksichtigung von Veränderungen im Sparverhalten und nicht am Produktivitätsfortschritt orientiert werden.

Ein solcher Maßstab für die Erhöhung der Reallöhne dürfte — und das ist der zweite Einwand — jedoch ähnlich wie die Produktivitätsausrichtung am Verhalten der Tarifpartner scheitern, worauf Herr Scherf bereits hingewiesen hat. Abgesehen davon, daß schon aus verhandlungstaktischen Gründen die Gewerkschaften stets bestrebt sein werden, den

gütermäßigen Spielraum höher als zutreffend anzusetzen, spricht nichts dafür, daß sie ihr Bemühen um eine Verbesserung der Verteilungsrelationen für die Arbeitnehmer, das derzeit maßgeblich die Lohnforderungen bestimmt, aufgeben. Kommt es dadurch zu lohninduzierten Preissteigerungen, so muß auch in diesem Fall die zusätzliche Indexbindung der Löhne den Preisanstieg beschleunigen.

Von den ausgehandelten vermeintlichen Reallohnsteigerungen kann sich mithin unter Umständen eine doppelte Tendenz zu Preissteigerungen ergeben. Ob insgesamt gegenüber der heutigen Lohnpolitik etwas gewonnen würde, hängt dann letztlich davon ab, inwieweit die in den derzeitigen Lohnerhöhungen sich niederschlagenden Preissteigerungserwartungen größer sind als die Summe der Preiserhöhungen, die sich aus der Reallohnkomponente und der induzierten Nominallohnzusatzkomponente ergibt. Selbst wenn bei einer ex-ante-Indexbindung die erwarteten Preissteigerungen niedriger als in der Vorperiode angesetzt werden, ist es daher nicht sicher, daß eine Reduzierung des Preisanstiegs erreicht wird.

Die Aufspaltung der Lohnsteigerungen hilft demnach stabilisierungspolitisch kaum weiter. Zwar sind positive Stabilisierungseffekte möglich, aber nicht ohne weiteres wahrscheinlich. Immer wenn Preisniveausteigerungen — aus welchen Gründen auch immer — auftreten, kommt es zu einer Verstärkung. Die Indexierung der Löhne erweist sich damit als ein gefährliches Instrument, da die politischen verantwortlichen Instanzen dessen Anwendung und die jeweiligen Rahmenbedingungen nicht genügend in der Hand haben, um wenigstens im Normalfall positive Erfolge erzielen zu können². Man darf nicht vergessen, daß Preisveränderungen — zumindest in der vollbeschäftigten Wirtschaft — unter Verteilungsaspekten nichts anderes sind als notwendige Anpassungen der Verteilungsrelationen an die weitgehend anderweitig bestimmten Veränderungen der Verwendungsstruktur des Sozialproduktes. Eine gleichzeitige Bindung der Löhne an die Preis- und an die Produktivitätsentwicklung würde also zur Ausschaltung eines der wesentlichen Ausgleichsmechanismen der Marktwirtschaft führen. Man könnte einwenden, daß dieses Instrument unter Umständen nur vorübergehend als Mittel zur Reduzierung allzuhoher Preissteigerungsraten und zur Vermeidung von Stabilisierungskrisen eingesetzt werden könnte. Auch dann werden jedoch die genannten Einwände nicht hinfällig. Außerdem ist es fraglich, ob die Indexbindung der Löhne auf kurze Perioden beschränkt werden kann.

² Vgl. auch die empirischen Untersuchungen von *Oscar-Erich Kuntze*, Preis- und Lohnkontrollen, Lohnkontrollen und Lohn-Preis-Indexbindung in den europäischen Ländern, Berlin 1973, S. 147 ff.

Möchte man trotzdem die Indexierung der Löhne mit den Preisen in den Dienst einer Rückführung hoher Preissteigerungsraten auf ein erträgliches Maß stellen, so kommt für eine wachsende Wirtschaft meines Erachtens eher das folgende Verfahren in Betracht. Es sei vorweg betont, daß es sich dabei nur um eine vorübergehende Maßnahme handeln kann, so daß von einer Indexierung im vollen Wortsinne nicht gesprochen werden kann: Aufgrund einer Absprache zwischen Staat und Gewerkschaften, durch einen Stabilitätspakt oder auch durch staatliches Dekret könnte die gesamte prozentuale Erhöhung der Löhne auf die Preissteigerungsrate der jeweiligen Vorperiode begrenzt werden³.

Daraus ergäben sich drei Vorteile:

- Das bisherige Realeinkommen bliebe gesichert⁴.
- Das für Reallohnsteigerungen verfügbare zusätzliche Gütervolumen würde sich in einer Verringerung der Preissteigerungsraten und damit in Realloohnerhöhungen niederschlagen⁵.
- Bei drohender Unterbeschäftigung oder in Phasen der Stagflation könnte der Staat eine expansive Politik betreiben, ohne daß dadurch die Gefahr einer Verstärkung der Preissteigerungen hervorgerufen würde.

Voraussetzung für die Verminderung der Preissteigerungsraten ist bei diesem Konzept, daß das Produktionspotential weiter wächst — von dieser Voraussetzung kann in der Realität ausgegangen werden. Der Nachteil liegt in der freiwilligen oder erzwungenen vorübergehenden Aussetzung des freien Aushandelns der Löhne. Gemessen an den zu erwartenden Preisstabilisierungseffekten, den verbesserten beschäftigungspolitischen Möglichkeiten und der Milderung oder Vermeidung von Stabilisierungskrisen müßte sich allerdings darüber reden lassen.

³ Man könnte auch einen Zuschlag zur Preissteigerungsrate von 1, maximal 2 Prozent in Erwägung ziehen in der Erwartung, daß wenigstens in diesem Umfang eine Erhöhung des zur Ausweitung des Realeinkommens verfügbaren Gütervolumens eintritt. In diesem Fall wären jedoch die Stabilisierungseffekte geringer und unsicherer, zumal in Form von Lohnstruktureffekten, (früher vereinbarten) zusätzlichen Sozialleistungen, durch Lohndrift usw. stets ein Teil des realen Steigerungsvolumens ausgeschöpft wird.

⁴ Denkbare Extremfälle können als weitgehend unrealistisch unberücksichtigt bleiben.

⁵ Ähnliches gilt auch für ein zusätzliches Sparen.

Diskussion

Thomas G. Lachs (Wien):

Ich glaube, es sind sehr viele Argumente gegen Indexbindungen angeführt worden, ich möchte noch einige von der Praxis her hinzufügen. Erstens bezweifle ich sehr, daß man die Dinge so leicht mathematisch berechnen kann, wie es uns die Anhänger einer Indexbindung glauben machen wollen. Ließen sich all diese Faktoren mathematisch so genau berechnen, könnte man die Lohnverhandlungen getrost den jeweiligen Computern der Unternehmerverbände und der Gewerkschaften übertragen. Sie müßten mit einigen Formeln zu einem einwandfreien richtigen Ergebnis kommen. Ich befürchte nur, man übersieht dabei, daß alle Lohnverhandlungen, zumindest diejenigen, die ich erlebt habe, einen sehr starken menschlichen Faktor enthalten, und dieser läßt sich eben nicht von Computern berechnen.

Aus unseren Erfahrungen geht dabei auch eines hervor: Nichts ist so kompliziert — und das klang auch schon in den Referaten an —, als den richtigen Preisindex auszuwählen. Es stehen uns in sämtlichen Ländern eine große Vielfalt von Preisindizes zur Verfügung. Alle unsere Erfahrungen zeigen, daß, selbst wenn Sie den am stärksten steigenden Index nehmen, die Mehrheit der Gewerkschaftsmitglieder die Meinung vertritt, daß dieser Index die Preisentwicklung nicht ausreichend wiedergibt, sondern daß die Preise noch stärker gestiegen sind. Dies bedeutet aber, daß in dem Moment, wo Sie eine Preisindexbindung machen, die Attacken der Gewerkschaftsmitglieder sowohl gegen den Vertrag als auch gegen ihre eigenen Funktionäre in folgende Richtung gehen: Ihr laßt euch mit Indizes beschwindeln, dieser Index gibt die Preissteigerungen nicht vollständig wieder. Das ist ein Angriff, dem wir Gewerkschaftsfunktionäre auch ohne Indexbindung pausenlos ausgesetzt sind. Ich kann als Wirtschaftspolitiker einer Gewerkschaft ein Lied davon singen, wie schwierig solche Attacken in Betriebsversammlungen zu überleben sind. Die Produktivitätsberechnung ist natürlich noch viel komplizierter, darüber brauche ich hier wohl nichts zu sagen. Das ganze System ist schwer anzupassen an Gedanken über Verschiebungen im Lohngefüge, die wohl oder übel notwendig sind.

Mir erscheint aber noch ein weiteres Problem von der Praxis her außerordentlich schwierig zu bewältigen zu sein. Das ist der Zwang der Gewerkschaften, ihren Mitgliedern gegenüber Erfolge nachzuweisen.

Ich kann versichern, daß es für Gewerkschaftsbewegungen, die es versucht haben — ich denke nur an die belgischen Kollegen —, außerordentlich schwer ist, den Leuten zu erklären, wie man nach 12 Monaten mit 3 Prozent vom Verhandlungstisch weggehen kann. Aber wenn Sie sich einmal vorstellen, was Sie an Realloohnerhöhungen herausholen können, so sind es vielleicht in unseren Volkswirtschaften mittelfristig gesehen etwa 4 oder 4½ Prozent, aber weit darüber hinaus können Sie mit Sicherheit nicht kommen. Wenn Sie mit derartigen Ergebnissen zurückkommen, stehen Sie unter sehr starkem Druck seitens der Mitgliedschaft, die sagt, das ist ja alles nichts. Die Indexvereinbarung ist *einmal* ein Erfolg der Gewerkschaften und dann nie mehr wieder. Das wird dann ganz einfach als Selbstverständlichkeit genommen.

Wir haben für die öffentlichen Bediensteten eine solche Indexbindung. Das Resultat ist, daß sämtliche Sektionen unserer Gewerkschaft der öffentlich Bediensteten ihre Zeit damit verbringen, ständig Sonderforderungen, die über die allgemeine Lohnregelung hinausgehen, zu finden, weil sonst die Funktionäre in den Versammlungen nicht bestehen können. Das hat das Resultat, daß die Beamtengehälter, obwohl dies von den Beamten samt und sonders gelegnet wird (weil sie immer wieder nur auf die Lohnerhöhung aus dem Index hinweisen), rascher steigen als die Löhne und Gehälter in der privaten Wirtschaft. Wir haben stärker steigende Gehälter bei den öffentlich Bediensteten und trotzdem größere Unzufriedenheit der Mitglieder. Das ist bei der Gewerkschaftsführung kein zu negierendes Problem. Ich glaube daher, daß vom Standpunkt der menschlichen Beziehungen in Gewerkschaftsorganisationen einerseits und der Betrachtungsweise der Mitglieder zu den Vereinbarungen andererseits noch sehr wesentliche Einwendungen gegen eine Indexbindung vorgebracht werden müssen.

Hans-Georg Geisbüsch (St. Ilgen):

Meine Damen und Herren, es gibt schon heute in der Wirklichkeit der Bundesrepublik Deutschland eine Reihe bedeutender Indexbindungen. Diese Indexbindungen haben jedenfalls in den letzten Jahren warnende Auswirkungen gehabt.

Sparkassenhypotheken sind vielfach an die Zinsentwicklung bezüglich der Kondition gebunden. Bauherren oder Vermieter, die mit derartigen Hypotheken finanziert haben, hätten auf Grund der Zinsentwicklung in den letzten beiden Jahren eigentlich ihre Mieten oder kalkulatorischen Mieten um 40 bis 50 Prozent steigern müssen, um die Vollkostendeckung zu erreichen. Hier ist das gefährlichste Beispiel der Auswirkungen von Indexbindungen.

Ebenso unerwünschte Kosten- und damit Preiswirkungen gehen von weithin üblichen Gleitklauseln in mittelfristigen Darlehnsvereinbarun-

gen aus, die zwischen Banken und Unternehmen recht zahlreich vorkommen. Ein Unternehmen, das notorisch mit einer kurzen Eigenkapitaldecke arbeitet, und dies ist ein häufiger Fall, wird gezwungen, derartige Zinserhöhungen in die Kalkulation einfließen und im Preis durchschlagen zu lassen.

In ihren Kosten- und Preisauswirkungen weit unterschätzt sind die Gleitklauseln in den langfristigen gewerblichen Miet- und Pachtverträgen. Diese Gleitklauseln sind zwar erlaubnispflichtig, werden aber seitens der Deutschen Bundesbank bisher praktisch bedenkenlos und nur unter Beachtung formalrechtlicher Kriterien zugelassen. Ich kenne derartige Verträge aus eigener Anschauung. In der Regel wird dabei vereinbart, daß der Lebenshaltungskosten-Index des 4-Personen-Arbeitnehmerhaushalts mit mittlerem Einkommen im Verhältnis 1 : 1 seiner Veränderung auf die Miete durchschlägt. Ich habe Berechnungen vorliegen, nach denen bei jährlicher Steigerung des Lebenshaltungsindex um je 5 Prozent nach Ablauf von 15 Jahren die dann geltende Miete 209 Prozent der Grundmiete zu Beginn der Laufzeit beträgt, u. a. auch deshalb, weil die Gleitklausel jeweils auf die Miete nach der letzten Mieterhöhung angewendet wird. Die Kosten-, Wettbewerbs- und Preisauswirkungen derartiger Gleitklauseln sind m. E. unverantwortbar.

Ich habe deshalb bei Verhandlungen über Gleitklauseln damit argumentiert, daß der Lebenshaltungskosten-Index bezüglich seiner Steigerungsraten zu einem größeren Teil gar nicht als Berechtigung für Gleitklausel-Wirkungen herhalten könne. Rohstoffpreissteigerungen auf dem Weltmarkt bedeuten für die Bundesrepublik echte Wohlstandsminderungen, die jeder einzelne Verbraucher tragen muß, sollte es nicht zu spiralförmigen Überwälzungen kommen.

Wenn der Staat gewisse Steuern erhöht, z. B. die Mehrwertsteuer oder die Alkohol- oder Tabaksteuer — beides liegt erst einige Zeit zurück —, dann soll nach dem erklärten Willen des Gesetzgebers jeder Verbraucher entsprechende Belastungen tragen. Werden die daraus folgenden Indexsteigerungen als Basis für Lohn-, Mieten- oder Rentenanpassungen benutzt, müssen Spiralwirkungen folgen. Ähnlich sind Preissteigerungen zu beurteilen, die Auswirkungen von staatlichen Maßnahmen zur Sicherung der Versorgung im Energie- oder Ernährungsbereich darstellen. Gleichermassen kann man m. E. sagen: Wenn der Staat für die Sicherheit in den Betrieben, für die Unfallsicherheit im allgemeinen, für den Umweltschutz usw. Auflagen macht, die zum Teil erhebliche Auswirkungen auf die Kosten der Unternehmen haben, dann sind hieraus resultierende Steigerungen des Lebenshaltungsindex kein Argument für indexgebundene Veränderungen. Es wäre anzuregen, wenn in Zukunft insbesondere die Steigerungen des Lebenshaltungs-Index

in amtlichen Veröffentlichungen darauf analysiert würden, inwieweit solche Faktoren ursächlich anzusehen sind.

Nach meiner Schätzung sind die Preissteigerungen der letzten Monate zu mehr als der Hälfte derartig begründet und damit insoweit kein Argument für Anpassungen auf Grund eines Indexes. Nicht jede Preissteigerung, auch nicht jede Preisindex-Erhöhung ist Inflation.

Holger Bonus (Dortmund):

Herr Scherf hat am Ende seines Papieres einen sehr interessanten Gedanken formuliert, auf den ich kurz eingehen möchte. Er hat gesagt, daß Stabilität des Geldwertes auch eine Leistung der Gesellschaft sei, und daß die Gesellschaft bereit sein müsse, den Preis für diese Leistung zu erbringen. Die gegenwärtige Entwicklung der Inflation zeige jedoch deutlich, daß eine solche Bereitschaft der Gesellschaft eben nicht vorhanden sei.

Hierzu möchte ich Skepsis anmelden. Ich meine, die Dinge liegen etwas komplizierter. Es ist eine Sache, ob die Bereitschaft vorhanden ist, für eine bestimmte Leistung den Preis zu bezahlen; und es ist eine ganz andere Sache, ob solche Bereitschaft auch artikuliert werden kann. Als Beispiel möchte ich an die Theorie der öffentlichen Güter erinnern. Dort kann eine an sich stark ausgeprägte Bereitschaft der Gesellschaft, für ein Gut zu zahlen, nicht artikuliert werden. Die geringe Versorgung mit dem Gut durch den Markt spiegelt deshalb nur *scheinbar* eine geringe Zahlungsbereitschaft der Gesellschaft wider.

Es könnte bei der Stabilität des Geldwertes ähnlich sein: Auch hier könnte es so sein, daß eine durchaus *vorhandene* Bereitschaft, den Preis für diese Leistung der Gesellschaft zu zahlen, sich aufgrund der Struktur politischer Entscheidungsprozesse nicht artikulieren kann. Hierzu sind auf dieser Tagung Gedankengänge vorgetragen worden, auf die ich in diesem Zusammenhang verweisen möchte.

Christian Watrin (Köln):

Ich habe ein wenig den Eindruck gewonnen, daß hier ein Modell unterstellt wird, das nicht das einzig Mögliche ist. Dürr, Giersch u. a., die hier zitiert wurden, haben etwas andere Vorstellungen. Ich will diese in die Diskussion einbringen, denn ich glaube, daß es sehr auf die Details ankommt. Der Vorschlag von Dürr, Giersch u. a. sieht vor, daß die Löhne nicht an einen Index angekettet werden, wie hier unterstellt wurde, sondern daß die Lohnverhandlungen sich aus drei Komponenten zusammensetzen. Erstens aus einem Sockelbetrag, der irgendwie mit dem Produktivitätswachstum in Verbindung steht. Hinzu kommt ein Teuerungsausgleich, der sich aber nicht nach einem Index richtet;

vielmehr sollen die Erwartungen, die man von der zukünftigen Inflationsrate hat, in ihm ihren Niederschlag finden. Über die vermutete Inflationsrate soll also verhandelt werden, allerdings unter der Prämisse, daß die Gewerkschaften nicht automatisch gezwungen sind, diese im Interesse ihrer Mitglieder möglichst hoch anzusetzen. An dieser Stelle tritt als zweites Element des Vorschlages hinzu: Die angestrebte Politik hat nur dann einen Sinn, wenn die Regierung gleichzeitig eine glaubhafte Stabilisierungspolitik betreibt. Es ist dann aus gewerkschaftlichem Interesse nicht notwendig, besonders aggressiv zu sein. Damit den Gewerkschaften keine unzumutbaren Risiken aufgebürdet werden, ist die dritte Komponente des Vorschlages eine Revisionsklausel.

Um die Aggressivität oder die erzwungene Aggressivität des einen Verhandlungspartners zu mindern und ihm eine reelle Chance zu verantwortungsvollem Handeln zu geben, wird gesagt: Sollte man sich im Hinblick auf die Inflationsrate verschätzen, dann sollen die Tarifverträge eine Revisionsklausel derart enthalten, daß ein zu geringer Teuerungsausgleich nach einem halben Jahr geltend gemacht werden kann. Die Nachzahlung, die dann erfolgt, soll auf ein Vermögenskonto jedem einzelnen gutgeschrieben und marktgerecht verzinst werden. Dieses Vorgehen würde dem vorhin aufgestellten Anspruch auf Erhöhung der Sparrate entsprechen.

Ich glaube, man sollte beachten, daß der Vorschlag von Dürr, Giersch u. a. eben keine Indexbindung der Löhne vorsieht, sondern daß versucht wird, davon Abstand zu nehmen. Damit entfallen einige der Kritiken, die bisher geäußert worden sind.

Günter Friedrichs (Frankfurt):

1. Indexlohn: Sehr häufig orientiert man sich dabei an Tarifverträgen in den USA. Ich möchte darauf aufmerksam machen, daß die amerikanischen Tarifverträge mit einer Laufzeit von zwei bis drei Jahren völlig andere Voraussetzungen haben. Bei uns ist die Laufzeit normalerweise ein Jahr. Es wäre denkbar, daß die deutschen Gewerkschaften unter den jetzigen Verhältnissen darauf drängen werden, daß die Laufzeiten noch kürzer werden. Dann hat man den gleichen Effekt.

2. Herr Oberhauser hat einen sehr interessanten Vorschlag gemacht, der mich allerdings erstaunt. Ich habe den Eindruck, Sie wollen uns auf einem Umweg doch noch auf Ihr Vermögenskonzept festnageln. Wenn ich Sie richtig verstanden habe, haben Sie gesagt, man sollte eine Lohnerhöhung in einer kritischen Inflationsphase auf die Rate der Preiserhöhungen beschränken.

(Alois Oberhauser [Freiburg i. Br.]: der Kurserhöhung!)

— Genau so habe ich es verstanden. Wenn Sie aber das machen, so bedeutet dies, daß Sie automatisch bereits einen sinkenden Reallohn haben. Sie erhöhen ja den Lohn nominell und haben damit gleichzeitig steigende Steuern und steigende Sozialversicherung. Aber — ich gebe zu — darüber ließe sich reden, das könnte man anrechnen.

Was mich aber am meisten verblüfft, ist Ihre Annahme, daß dann automatisch eine entsprechende Preissenkung zu erwarten wäre, und das ausgerechnet in einem Klima, wo die Unternehmen Preiserhöhungen nicht mehr zu begründen brauchen. Es ist nämlich ein Unterschied, ob Sie eine Inflationsrate von 2 bis 4 Prozent haben, ob zumindest einzelne Sektoren in der Wirtschaft noch gezwungen sind, ihre Preiserhöhungen zu begründen, weil sie über-proportionale Produktivitätszuwächse aufweisen, oder ob Sie Inflationsraten von 6, 7 und 8 Prozent haben. Im letzteren Fall kann man zu jeder Zeit und ohne Begründung die Preise erhöhen. Deswegen bin ich außerordentlich erstaunt, daß Sie die Vermutung aussprechen, unter einer solchen Bedingung und ohne Vorhandensein eines echten Drucks könne schon von zu erwartenden Preissenkungen ausgegangen werden.

Dieter Cassel (Wuppertal):

Meine Damen und Herren, ein Diskutieren über die Einkommenspolitik setzt meiner Auffassung nach eine Diskussion über Inflationsursachen voraus. Denn die einkommenspolitischen Maßnahmeempfehlungen basieren ja letztlich auf der Auffassung über die Inflationsursache. Gerade hier scheinen sich die Geister zu scheiden. Es gibt meines Erachtens zunächst einmal zwei extreme Lager: Die Anhänger des einen Lagers behaupten, die Inflation sei eine Folge von Verteilungskämpfen. Dazu gehören Ansätze wie die cost-push-Theorie und ähnliches. Diese Gruppe von Inflationstheoretikern scheint eine Einkommenspolitik als Dauereinrichtung zu befürworten, d. h. eine Einkommenspolitik, die sozusagen als drittes Bein neben die Fiskal- und Geldpolitik gestellt werden müsse. Ich persönlich teile diese Auffassung nicht. Die andere Gruppe von Theoretikern scheint zu sagen: Inflation ist ein rein monetäres Phänomen. Aus dieser Auffassung ergibt sich notwendigerweise, daß man glaubt, auf Einkommenspolitik jedweder Art verzichten zu können. Ich vertrete auch nicht diese Haltung.

Die mittlere Position sieht folgendermaßen aus: Es scheint keinen Fall zu geben, wo aus dem Stand heraus Inflation entstanden ist im Sinne der Verteilungskampftheoretiker, d. h. also ohne monetäre Ursache. Wenn ein monetär verursachter Inflationsprozeß aber am Laufen ist, dann scheinen sich die Ursachen abzulösen. Nun entsteht das Problem, daß, wenn man ihn zum Stoppen bringen will, man in den Phillips-Zusammenhang kommt, und da gibt es Beschäftigungseinbrüche. Dann

lautet die These: Jetzt kann man die Kosten der Inflationsbekämpfung nicht tragen. Also macht man so weiter wie zuvor, und es bleibt bei einem permanenten Inflationsprozeß.

Hier läßt sich ebenfalls eine Einkommenspolitik ansiedeln, aber eine Einkommenspolitik nunmehr als flankierende Maßnahme für eine monetär orientierte Antiinflationpolitik. So scheint mir in der Tat die Forderung von Herrn Gahlen berechtigt zu sein, daß man auf diese Art von Einkommenspolitik einige Ideen und Überlegungen verwenden sollte. Mir scheint auch der Hinweis von Herrn Watrin sehr nützlich zu sein, der gerade auf den Dürrschen Vorschlag eingeht, der besagt: Wir brauchen Einkommenspolitik, aber diese Einkommenspolitik ist eine kurzfristige Einkommenspolitik, die einzig und allein die Aufgabe hat, einen Inflationsprozeß, in dem die Inflationserwartungen bereits so weit vorangekommen sind, daß der Inflationsprozeß rein monetär nur noch unter größten Opfern zu bremsen ist, mit flankierenden Maßnahmen zu stoppen.

Man sollte diese Fälle unterscheiden, was in der endgültigen Beurteilung der Einkommenspolitik meiner Meinung nach zu einem völlig unterschiedlichen Ergebnis, zu der Haltung führt, die besagt, wir brauchen Einkommenspolitik in einer Industriegesellschaft, in der dauernd Gruppenkämpfe stattfinden und in der Gruppenkämpfe irgendwie Inflation auf Dauer produzieren.

Bernd Mülhaupt (Düsseldorf):

Die Ablehnung gegenüber der Indexbindung scheint zu überwiegen, deshalb will ich es Ihnen ersparen, sich noch einen Beitrag in dieser Richtung anhören zu müssen. Provozierend für uns aus dem Gewerkschaftsbereich ist aber der Vorschlag, den Herr Oberhauser gerade in die Diskussion eingebracht hat. Dazu einige kurze Bemerkungen. Zunächst wäre auch hier wieder einmal zu fragen, wo bleibt die soziale Symmetrie? Darüber hinaus stellen sich aber viele weitere Fragen hinsichtlich der Praktikabilität dieses Vorschlags: Wie begründen Sie, Herr Oberhauser, Ihre Zuversicht dafür, daß sich die Preise nach einem solchermaßen erzwungenen oder auch freiwilligen Stillhalten der Tariflöhne einigermaßen stabilisieren werden? Mir ist Ihre Argumentation nicht einsichtig. Ich würde zunächst einmal schlußfolgern, daß in diesem Fall die Produktivitätsgewinne allein an die Unternehmen gehen. Sind Sie dann ganz sicher, daß die Unternehmen, die sich unter Umständen an die höher als geplant ausgefallenen Gewinne gewöhnt haben, bereit sein werden, in der nächsten Periode freiwillig wieder von ihnen Abschied zu nehmen? Ich hatte gestern das Vergnügen, Herrn Hax zu hören, der feststellte, daß die Unternehmen bei der Festlegung der Teilziele im Rahmen ihres kom-

plexen Zielbündels bestimmte Anspruchsniveaus formulieren, deren Realisierung sie dann anstreben. Sind Sie sicher, daß die Unternehmen ihr für ein bestimmtes Jahr formuliertes Gewinnanspruchsniveau nicht an den im Vorjahr realisierten Gewinnen orientieren werden?

Auch sind Fragen zu stellen, die sich auf das Verhalten der Gewerkschaften in einem solchen Fall beziehen: Woher nehmen Sie die Zuversicht, daß die Gewerkschaften die entgangenen Löhne und Gehälter oder, wenn man so will, den entgangenen Gewinn, in der nächsten Periode nicht wieder hereinzuholen versuchen? Ich halte die von mir gestellten Fragen weitgehend für rhetorische Fragen. M. E. würde Ihr Vorschlag zur Folge haben, daß der Verteilungskampf im Folgejahr ausgehend von für die Arbeitnehmer ungünstigeren Verteilungsproportionen noch heftiger entbrennen wird, als wir es jetzt erleben. Damit ist nicht auszuschließen, daß Ihr Vorschlag u. U. Preisänderungen nach oben geradezu provoziert.

Schließlich noch ein anderes Moment: Auch diese Diskussion hier, die doch eminent politische Probleme zum Gegenstand hat, scheint mir unter einer zu engen ökonomischen Betrachtungsweise zu leiden. Es wird immer wieder versucht, die gewerkschaftlichen Lohnforderungen in ihrer Höhe auf künftige Produktivitätsfortschritte und auf zu erwartende Preissteigerungen zurückzuführen. Dabei ist es doch offensichtlich, daß diese Betrachtungsweise das tatsächliche Verhalten der Gewerkschaften nicht ausschöpfen kann. So abgeleitete und begründete Lohn-erhöhungsdaten bleiben deshalb häufig genug Postulate, die die Gewerkschaften nicht erfüllen können oder seltener nicht erfüllen wollen. Die daraus folgende, schon fast zum Ritual erstarrte, jedes Jahr aufs neue sich wiederholende Konfrontation zwischen der wissenschaftlichen Politikberatung und den Gewerkschaften ist nicht zuletzt auch im Interesse der Wissenschaft unbefriedigend. Im Willensbildungsprozeß der Gewerkschaften mischen sich sehr viele Impulse, Verhaltensweisen und Ziele, die ihren Ursprung zum großen Teil nicht in vordergründig kreislaufökonomischen, sondern in anderen politischen und sozialen Zwängen haben. Ein nicht geringer Teil dieser Zwänge schlägt sich in einer bestimmten Lohnforderung nieder. Es klingt nicht gerade originell, ich möchte aber trotzdem die Empfehlung an die Ökonomen weitergeben, daß man sich bemühen sollte, diese Phänomene in einer interdisziplinären Betrachtungsweise zu berücksichtigen und ökonomisch mit zu verarbeiten.

Alois Oberhauser (Freiburg i. Br.):

Ich bin mir darüber im klaren, daß es gewagt war, in einem kurzen Korreferat einen solchen Vorschlag zur Diskussion zu stellen. Er ist offensichtlich in seinen Wirkungen nicht klar durchschaut worden. Zu-

nächst ergibt sich bei Realisierung dieses Vorschlages nicht die Notwendigkeit zu Preissenkungen. In einer wachsenden Wirtschaft mit Produktivitätsfortschritt pro Kopf der Beschäftigten wird sich vielmehr der Produktivitätsfortschritt — unter Berücksichtigung der Modifikationen, die ich genannt habe — als Verminderung der Preissteigerungsraten niederschlagen. Die Arbeitnehmer werden auf diese Weise an der Erhöhung des Sozialproduktes beteiligt.

Zweitens ergibt sich daraus, daß keineswegs die Gewinnquote steigt, weil die Unternehmer den Produktivitätsfortschritt voll einheimsen. Das ist gesamtwirtschaftlich nicht möglich, weil die Unternehmergewinne hauptsächlich durch die Investitionsquote determiniert sind und es völlig unwahrscheinlich ist, daß nur wegen der Begrenzung der Nominallohn-erhöhungen die Investitionsquote steigt, außer wenn eine Beendigung einer Rezession damit verbunden ist. Aber in diesem Fall haben wir immer eine Ausdehnung der Investitionsquote und damit entsprechende Verteilungswirkungen.

(Bernd Mülhaupt [Düsseldorf]: Ihre Nebenbedingung war wachsende Wirtschaft!)

— Selbstverständlich, wachsende Wirtschaft heißt nur, daß das Produktionspotential wächst, heißt aber noch lange nicht, daß die Investitionsquote steigt. Die Investitionsquote in der Bundesrepublik ist in der Nachkriegszeit weitgehend konstant geblieben. Unsere Wirtschaft ist trotzdem ständig, wenn auch mit Schwankungen, gewachsen. Die Arbeitnehmer sind an diesem Produktivitätsfortschritt, das heißt am Wachsen des Sozialproduktes, in vollem Umfang beteiligt gewesen, wenn auch wieder unter Schwankungen.

Das dritte ist die Frage: Werden nicht die Nominalloohnerhöhungen, die zunächst einmal ausgesetzt werden, nachgeholt? Sie werden dann nicht nachgeholt, wenn für die Lohnforderungen — und das entspricht meines Erachtens weitgehend der Realität — die Preissteigerungsrate der Vorperiode entscheidend ist. Wenn nun die Preissteigerungsrate innerhalb von ein bis zwei Jahren gegenüber dem derzeitigen Stand von 7 bis 8 auf zwei oder drei Prozent und damit auf ein tragbares Volumen reduziert wird, werden die Nominallohnforderungen auch nicht mehr die exorbitante Höhe haben, die sie derzeit besitzen und die gütermäßig überhaupt nicht alimentiert werden können. Von dort her gesehen ergibt sich unter bestimmten Voraussetzungen, deren Realitätsnähe man aber meines Erachtens einigermassen nachweisen kann, daß man mit meinem Konzept unter Umständen einen Weg hätte, um ohne Stabilisierungskrise, die wir derzeit schon zu spüren bekommen, zu einer größeren Preisstabilität zu gelangen.

Die Kosten der Stabilisierungskrise in Form einer Unterbeschäftigung, die bei uns in der Bundesrepublik schon jetzt höher ist als in der Rezes-

sion 1967, das heißt die gesamtwirtschaftlichen Kosten in Form des Produktionsausfalles auf der einen Seite und der sozialen und politischen Nachteile der Unterbeschäftigung auf der anderen Seite sind so gravierend, daß die Einschränkung der Tarifautonomie, die mit meinem Vorschlag verbunden wäre, meines Erachtens zumindest erwogen werden müßte. Nehmen Sie mein Konzept als einen Weg, den man diskutieren sollte, den man auch in einem gewissen Umfang modifizieren könnte, der aber meines Erachtens wesentlich besser ist, Herr Watrin, als das, was von Giersch und anderen vorgeschlagen worden ist. Denn deren Vorschlag schließt nicht aus, daß es nicht zu einer Verminderung, sondern sogar zu einer Verstärkung der Inflationsraten kommt.

Harald Scherf (Hamburg):

Herr Bonus, mir ist natürlich bewußt, daß das Gut Preisstabilität keinen Preis hat und nicht gehandelt wird und deswegen auch nicht direkt nachgefragt werden kann und man somit nicht weiß, was die Leute eigentlich dafür bezahlen wollen. Woran liegt das? Es liegt nach meiner Analyse vor allem daran, daß es keinen Mechanismus gibt, einen Konsensus über die Verteilung zu erzielen. Denn der Preis, den man bezahlen muß, liegt ja darin, daß man eine Verteilung nennen muß und diese Verteilung akzeptieren muß. Das scheint mir überhaupt der ganze Haken der Einkommenspolitik zu sein, daß der Inflationsprozeß heute zwar nicht die Verteilung stabilisiert und Veränderungen der Verteilung zuläßt und nicht das System vollständig stabilisiert, aber immerhin stärker nach meiner Auffassung stabilisiert, als wenn man eine Verteilung nennen und festschreiben müßte. Ein solches Verfahren, welches das könnte, kann ich mir nur vorstellen mit einem Höchstmaß an Einführung von Ideologie, von sehr starkem Staat und führt schließlich zu den Formen faschistischer oder wie auch immer totalitärer Regierungen. Anders kann ich mir die Herstellung eines solchen Konsensus nicht vorstellen. Auch wenn man sich Überlegungen über repressionsfreie Diskussionen und Debatten ansieht, kann man mit Fug und Recht sagen, es gibt innerhalb der öffentlichen Mechanismen, die heute bekannt sind, kein Verfahren, um einen solchen Konsensus herzustellen. Der Preis dafür ist zu hoch. Keiner geht ihn ein. Deswegen werden zwar auch Politiker nach Stabilität rufen, aber in ihrem konkreten Handeln lieber neue Bedürfnisse kreieren, die sie auch im Zweifel erfüllen können und die in der Regel darin bestehen, daß sie jemandem etwas geben und nicht etwas nehmen, auch wenn sie es in Wahrheit doch tun. Aber das muß man nicht sagen, daß man bei der Festschreibung einer irgendwie auch immer gearteten Verteilung jemandem etwas nehmen muß. Deswegen bin ich auch skeptisch gegenüber dem Argument, das Herr Watrin vorgetragen hat. Ich habe Giersch so verstanden, wie Sie ihn interpretiert haben, Herr Watrin. Aber ich glaube, Revisionsklausel

ist eben nicht Symmetrie, sondern Asymmetrie. Sie ist akzeptierbar, wenn die Revision nach oben geht. Aber was macht man mit der Revisionsklausel, wenn die Revision nach unten geht? Wie soll der Konsensus aufrechterhalten werden? Wie sollen die Gewerkschaftsführer leben? Auch die Gewerkschaftsführung braucht Erfolge, und ich habe im Referat versucht zu sagen, die Stabilität der Gewerkschaften ist einer der Hauptpfeiler der Stabilität dieser Gesellschaft, und Sie wissen ganz genau, daß es kein Zufall ist, daß die Unternehmerverbände sehr wohl an der Stabilität der Gewerkschaften interessiert sind. Als es zu wilden Streiks kam, waren die Unternehmerverbände sehr wohl sehr schnell bereit, den Gewerkschaftsführungen Erfolge zuzuspielen. Die sind bei unserem System nötig.

Ich sage nochmals, wie nach meiner Meinung die Stabilität aussieht: Diese Stabilität ist keine Absolute dieses Systems. Aber die Stabilität wird im wesentlichen durch Unkenntnis, mangels Informationen über die Verteilung und auch mangels Informationen über die Entwicklung der Verteilung gewährleistet. Keiner weiß ganz genau, wenn er einen Tarifvertrag abschließt oder wenn er als Unternehmer einen Preis nennt, wie seine relative Position am Ende der nächsten Periode wirklich aussieht. Bei dem erzwungenen Konsensus wird das vorher genannt und muß genannt werden. Das ist jedenfalls innerhalb der heutigen Kommunikationsform, die ich in unserer Gesellschaft kenne, meiner Meinung nach kein stabiles Verfahren.

Ich habe versucht, Herrn Oberhausers Argument zu verstehen. Ich glaube ähnlich wie Herr Friedrichs, daß Sie am Ende doch bei Ihrem Argument an eine Nachfrageinflation glauben, nämlich daß Preissteigerungen einfach sich durch eine Übernachfrage gegenüber einem nicht bestehenden Angebot bestimmen. Das, glaube ich, ist aber nicht eine vollständige Beschreibung des Inflationsprozesses. Es ist einer der Bestandteile unseres Inflationsprozesses.

Einkommenspolitik: Möglichkeiten der Messung und Kontrolle von Gewinnen

Von *Werner Meißner*, Frankfurt a. M.*

1. Einkommenspolitik als Politik der Lohnbegrenzung?

Das Problem lautet: Wie wird Preisstabilität erreicht, ohne Vollbeschäftigung zu gefährden? Oder anders (etwa für die USA): Wie wird Vollbeschäftigung erreicht, ohne die Preisstabilität zu gefährden? Der Vorschlag: direkte Beeinflussung der Einkommen und Preise, Einkommenspolitik. Hinter diesem Vorschlag nach Einkommenspolitik stehen die verschiedenen Theorieversionen der anbieterbestimmten Inflation, welche dann auch zu unterschiedlichen Konkretisierungen einkommenspolitischer Maßnahmen führen.

Mit der These vom autonomen Lohnkostendruck wird eine Einkommenspolitik begründet, welche die inflationären Lohneinkommenssteigerungen durch einen Abbau der gewerkschaftlichen Verhandlungsmacht oder andere Formen der Lohnbegrenzungspolitik reduzieren soll¹. In einer für die OEEC verfaßten Studie über die Preissteigerung in zwanzig OEEC-Ländern während der Nachkriegszeit kommen Fellner, Gilbert, Hansen, Kahn, Lutz und de Wolff zu dem Ergebnis, daß „exzessive Lohnsteigerungen“ eine wichtige Inflationsursache seien. Die Mehrheit der Gutachter schließt daher: “The essential element, to be stressed first of all, is that the stabilization authorities must have a *wage policy* for dealing with the problem of wages — just as they must have monetary and fiscal policies for dealing with the problem of demand”². Diese

* Geboren am 24. April 1937 in Velbert (Rheinland). Studium der Wirtschaftswissenschaften und der Ökonometrie in Köln, Berlin, Stanford (USA) und Uppsala (Schweden). 1961 Diplom-Kaufmann an der Universität zu Köln. 1964 Promotion zum Dr. rer. pol. der Freien Universität Berlin. 1964/1965 Referent im Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung, Berlin. 1965 Consultant bei der OECD, Paris. 1969 Habilitation für Volkswirtschaftslehre und Ökonometrie an der Technischen Hochschule Darmstadt. Seit 1970 Professor für Volkswirtschaftslehre und Direktor des Seminars für Volkswirtschaftslehre der Universität Frankfurt.

¹ *William Fellner* u. a., *The Problem of Rising Prices*, OEEC, Paris 1961, S. 64; *Gottfried Haberler*, *Incomes Policy and Inflation*, American Enterprise Institute, Washington 1972, S. 29 ff.; *Sidney Weintraub*, *An Incomes Policy to Stop Inflation*, in: *Lloyds Bank Review*, Nr. 99 (1971); *James E. Meade*, *Wages and Prices in a Mixed Economy*, London 1971.

² *William Fellner* u. a., *The Problem of Rising Prices*, S. 56.

Studie erlangte große Bedeutung. Der darin entwickelten Betonung des Lohnbegrenzungsaspekts widerspricht eine einkommenspolitische Konzeption, welche den inflationären Druck mit dem Anbieterverhalten der Unternehmensseite begründet. Mit der These vom administrierten Preisverhalten wird dann eine Einkommenspolitik gestützt, welche auf die Regulierung unternehmerischer Preissetzung und Gewinnerzielung abstellt³. Die OECD hat 1964 ihre lohnpolitische Ausrichtung von Einkommenspolitik in einer Studie über die Regulierung von Preisen, Gewinnen und anderen Nichtlohneinkommen zurückgenommen: "An argument can be made out for planning or guiding incomes; an argument can also be made out for leaving them unplanned and unguided; but there is nothing at all to be said for planning or guiding half the incomes and leaving the other half unguided and unplanned and subject to market forces or varying degrees of monopoly control"⁴.

Das Ziel der Preisniveaustabilisierung (bei Sicherung der Vollbeschäftigung) liefert die Begründung für einkommenspolitische Maßnahmen. Die Verteilungswirkungen werden zunächst ausgeklammert, oder es wird explizit eine verteilungsneutrale Einkommenspolitik angestrebt⁵. Daß der Verteilungsaspekt bei der Einkommenspolitik eine tragende Rolle spielt, kommt erst in einer UN/ECE-Studie von 1967 klar zum Ausdruck: "The aggregate of incomes can be directly influenced only by influencing the rewards of specific groups or the prices of specific goods and services. Apart from emergency devices ... an incomes policy aimed at stabilization must concern itself with income distribution"⁶.

Einkommenspolitik ist daher zu verstehen als ein Versuch, den Anstieg der Löhne und Gewinne zu regulieren⁷. Dabei soll der internationalen Diskussion folgend unter Einkommenspolitik sowohl die Beeinflussung der unmittelbaren Einkommen als auch der Preise verstanden werden⁸.

³ John K. Galbraith z. B. in: *Wirtschaft, Frieden und Gelächter*, München - Zürich 1972, S. 114; W. Sellekaerts und R. Lesage, *A Reformulation and Empirical Verification of the Administered Prices Inflation Hypothesis*, The Canadian Case, in: *Swedish Economic Journal*, Bd. 39 (1973), S. 357.

⁴ OECD, *Policies for Prices, Profits and other Non-Wage Incomes*, Paris 1964.

⁵ Typisch für diese Einstellung: "The guideposts are intended to have an effect on the general level of money wages and prices, not on relative wages and relative prices" (Robert M. Solow, *The Case against the Case against the Guideposts*, in: George P. Shultz und Robert Z. Aliber (Hrsg.), *Guidelines, Informal Controls and the Market Place*, Chicago 1966, S. 51).

⁶ UN/ECE, *Incomes in Post-War Europe*, Genf 1967, Kapitel 1, S. 2.

⁷ Knapp formuliert Fritz Machlup: "I define incomes policy as a policy of restraining the rise of money wages and profits". Fritz Machlup, *Diskussionsbeitrag*, in: *On Incomes Policy*, Lundberg-Festschrift, Stockholm 1969, S. 49.

Betrachtet man nun die Instrumentalisierung einkommenspolitischer Konzeptionen, so zeigt sich die Schwierigkeit, direkt auf die relevanten Größen (Einkommen und Preise) einzuwirken. Sie liegen im autonomen Entscheidungsbereich der Tarifpartner bzw. der Unternehmen. Geht es gar um die Regulierung von Gewinnen, so kommt hinzu, daß hier zusätzliche Meßprobleme auftreten, die entweder konzeptionell bedingt sind oder aus der bisher unzureichenden statistischen Erfassung der Unternehmensgewinne herrühren.

Bei einer lohnbezogenen Einkommenspolitik ist die zu beeinflussende Variable die Tariflohnpolitik der Gewerkschaften. Als Richtgröße für preisniveauneutrale Lohnsteigerungen wird dabei meist der Produktivitätszuwachs angegeben: "The soundest general formula, once wages, prices and profits are in a workable relationship, is for money wages to increase with productivity trends in the whole economy"⁸. Diese Produktivitätsregel kann weiter modifiziert werden, so z. B. zum Konzept der kostenniveauneutralen Lohnpolitik des Sachverständigenrats¹⁰.

Bei einer nichtlohnbezogenen Einkommenspolitik handelt es sich um die direkte Beeinflussung der Nichtlohneinkommen und der Preise. Charakteristisch für diese einkommenspolitische Variante ist, daß sie nirgendwo geschlossen und umfassend betrieben wird. Die verschiedenen Komponenten der Nichtlohneinkommen werden unterschiedlich fest angefaßt. Dies deutet bereits auf die größeren instrumentellen Schwierigkeiten hin, als sie bei einer staatlichen Lohnpolitik sich ergeben. Als Illusion hat sich jedoch herausgestellt, wegen dieser instrumentellen Differenz Einkommenspolitik einseitig oder schwergewichtig als Lohn-(begrenzungs)politik zu betreiben. Denn: Entgegen der These, daß Nichtlohneinkommen aufgrund ihres relativ unbedeutenden quantitativen Anteils und damit relativ schwachen direkten Inflationspotentials für die Einkommenspolitik unter dem Gesichtspunkt der Preisstabilität erst an zweiter Stelle interessant sind, sind sie unter dem Gesichtspunkt einer verteilungsbewußten Einkommenspolitik gleich wichtig wie die Lohneinkommen: Wirksam kann Einkommenspolitik nur sein, wenn möglichst viele oder alle Einkommensarten erfaßt werden (soziale Symmetrie). Anders kann auch lohnbezogene Einkommenspolitik nicht er-

⁸ In der Bundesrepublik Deutschland wird Einkommenspolitik häufig mit staatlicher Lohnpolitik gleichgesetzt. Vgl. Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1966/67, Expansion und Stabilität, Stuttgart - Mainz 1966, S. 150, 171 ff.

⁹ Economic Report of the President 1950, Washington 1950, S. 101. Vgl. auch Paul A. Samuelson, Economics, 8. Aufl., New York 1970, S. 815.

¹⁰ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1964/65, Stabiles Geld — Stetiges Wachstum, Stuttgart - Mainz 1964, S. 137.

folgreich sein. Ein wichtiger Bestandteil dieser Nichtlohneinkommen sind die Unternehmergewinne.

2. Die Messung von Gewinnen

Will eine verteilungsbewußte Einkommenspolitik auch auf die Unternehmensgewinne regulierend einwirken, so muß es genügend präzise Vorstellungen über die Höhe dieser Gewinne geben. Die Versuche zur Messung von Gewinnen treffen allerdings in der Bundesrepublik Deutschland auf eine unzureichende statistische Grundlage¹¹. Der Sachverständigenrat spricht in seinem Jahresgutachten 1966/67 zurückhaltend von dem „auf diesem Gebiete besonders lückenhaften statistischen Material“ (Ziffer 109). In einer kürzlich erschienenen Veröffentlichung der Deutschen Statistischen Gesellschaft über die Messung von Erträgen heißt es knapp: „Es gibt in der Bundesrepublik keine Gewinnstatistik“¹².

So muß man sich mit Hilfsindikatoren begnügen:

1. Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen,
2. Berechnungen auf der Grundlage der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften,
3. Gewinnmargen, das heißt das Verhältnis des Bruttoeinkommens aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zum Produktionswert¹³.

1. Schlägt man im Sachregister der Gutachten des Sachverständigenrats unter „Gewinne“ nach, so findet man in den dort angegebenen Textziffern mit großer Sicherheit Ausführungen über Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen. Lediglich im Jahresgutachten 1965/66 hat der Sachverständigenrat den Versuch gemacht, Gewinnziffern für die einzelnen Branchen zu berechnen. Die Gewinnraten werden gemessen durch einen Quotienten, der im Zähler die Wertschöpfung in jeweiligen Preisen und im Nenner den Aufwand für Kapital- und

¹¹ „Obwohl im Kapitalismus die Gewinne die Triebfeder des Reproduktionsprozesses sind, werden die mit den Profiten zusammenhängenden Tatbestände in der amtlichen Statistik der Bundesrepublik Deutschland mit außerordentlicher Diskretion behandelt“, schreibt *Rolf Wagenführ*, *Wirtschafts- und Sozialstatistik*, Band 2, Freiburg 1973, S. 53, und wenig später: „Die Statistik der Profite gehört in der Bundesrepublik Deutschland zu den unterentwickeltesten Zweigen der Wirtschaftsstatistik“.

¹² Karl-Heinz Freitag (Hrsg.), *Zur Messung von Erträgen*, Sonderhefte zum Allgemeinen Statistischen Archiv, Heft 3, Göttingen 1973, S. 9.

¹³ Vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1972/73, Ziffer 178. Als „profit margin“ wird in einer gründlichen Studie über Profite in den USA das Verhältnis von „profit“ (Bilanzgewinn) zu „sales“ (Umsatz) bezeichnet. „Profit rates“ hingegen drücken das Verhältnis zwischen Bilanzgewinn und Eigenkapital aus (*Howard J. Sherman*, *Profit Rates in the United States*, Cornell University Press, Ithaca N. Y. 1968).

Arbeitsleistung in jeweiligen Preisen enthielt. Dieser Versuch ist nicht mehr wiederholt worden. Vielmehr wird im Gutachten 1966/67 das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als der „beste Indikator der Gewinnentwicklung“ (Ziffer 106, 109) bezeichnet. An dieser Einschätzung scheint sich bis heute nichts geändert zu haben.

Nun hat diese Restgröße¹⁴, die Differenz zwischen dem Volkseinkommen und dem Einkommen aus unselbständiger Arbeit, bei der Untersuchung der funktionalen Einkommensverteilung sicher ihren Platz. Kürzlich ist versucht worden, aus den Angaben über das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen für die Bundesrepublik Deutschland von 1960 bis 1972 den Anteil und die Entwicklung der Unternehmensgewinne herauszurechnen¹⁵. Dazu werden im Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen besonders rechnerisch berücksichtigt Zinsen, empfangene Ausschüttungen aus Unternehmen sowie Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten, und zwar nach folgendem Schema:

- Entstandene Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen
- + Empfangene Ausschüttungen aus Unternehmen mit eigener Rechtspersönlichkeit
- + Empfangene Einkommen aus Unternehmen ohne eigene Rechtspersönlichkeit
- Per Saldo von Unternehmen an andere Sektoren und an die übrige Welt geleistete Zinsen, Nettopachten und Einkommen aus immateriellen Werten
- = Unternehmensgewinne.

Danach ergibt sich, daß in dem untersuchten Zeitraum ziemlich konstant ein Anteil von 95 Prozent der Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen als Unternehmensgewinne anzusehen sind¹⁶. Auch dieses kann sicherlich nicht das letzte Wort sein, schon deshalb nicht, weil die Mieteinkommen, die zeitweise zu den Einkommen privater Haushalte zu rechnen sind, nach der Konzeption der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung in den Einkommen aus Unternehmertätigkeit enthalten sind.

Der Gewinnindikator Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen wird weiter unten indirekt bei der Berechnung der Gewinnmargen eine Rolle spielen. Dabei ist es von Vorteil, daß neuere Arbeiten

¹⁴ Man kann hier die Ausrichtung der statistischen Erhebung an der traditionellen Wirtschaftstheorie nicht übersehen, welche ja auch den Gewinn als ein Residualeinkommen betrachtet.

¹⁵ Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960 bis 1972, Ergebnisse der Volkswirtschaftlichen Gesamtrechnungen, in: *Wirtschaft und Statistik*, 4/1974, S. 246 - 259.

¹⁶ Vermögenseinkommen und Unternehmensgewinne 1960 bis 1972, Tabelle 7, S. 257.

des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung eine Aufteilung dieser globalen Restgröße nach Wirtschaftsbereichen vornehmen¹⁷.

2. Kann man Aufschlüsse über die gesamtwirtschaftliche Profitentwicklung bekommen, indem man die Angaben aus einzelwirtschaftlichen Rechnungsabschlüssen aggregiert? Da ist zunächst das Problem des Repräsentationsgrads. Am umfassendsten ist in dieser Hinsicht wohl die von der Deutschen Bundesbank veröffentlichte Bilanzstatistik. Bedeutender Mangel allerdings ist, daß diese Jahresabschlüsse — abhängig von Rechtsform und Größe der Unternehmungen — auf verschiedenen rechtlichen Grundlagen beruhen, was sich besonders bei den Bewertungsansätzen bemerkbar machen dürfte. In dieser Hinsicht wären die Steuerbilanzen am brauchbarsten, aber diese lehnen sich erstens an kein festes Gliederungsschema an, und überdies sind sie nicht verfügbar.

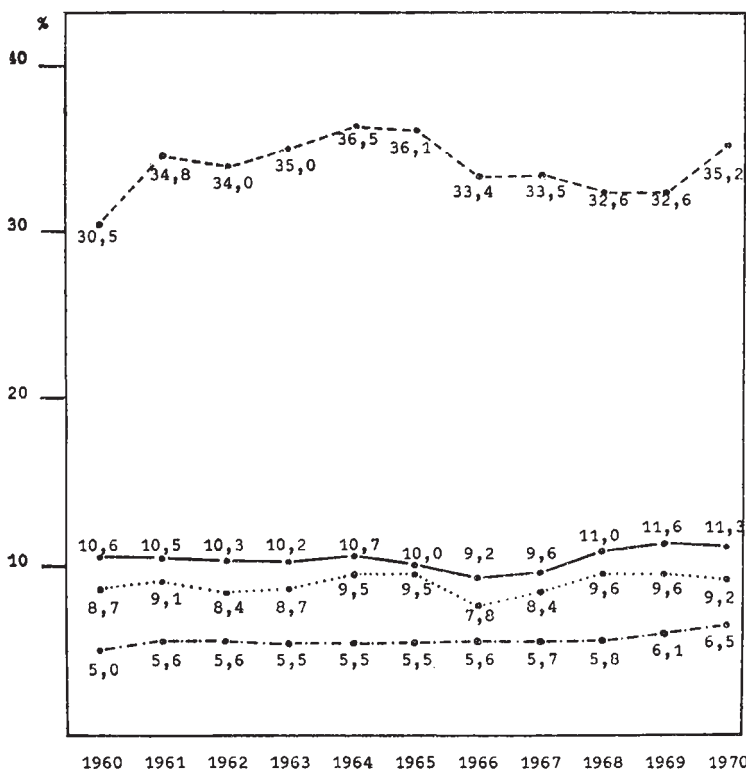
Es bleibt die Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften, die vom Statistischen Bundesamt veröffentlicht wird. Das Aktienrecht gibt Vorschriften für die Gliederung und Hinweise für die Bewertung. Die Einwände dagegen, die aktienrechtlichen Jahresabschlüsse zur gesamtwirtschaftlichen Gewinnmessung heranzuziehen, liegen auf der Hand. Wechselnde Abschreibungsverfahren, Sonderabschreibungen und Bewertungsspielräume (besonders für das Vorratsvermögen) können die Vergleichbarkeit von Jahr zu Jahr gefährden. Hilfsweise kann man den Umsatzüberschuß oder cash-flow als Gewinnsubstitut aus den Jahresabschlüssen berechnen. Diese Größe, die Summe von Gewinn (plus Einstellung in Rücklagen), Abschreibungen und Nettozuführungen zu den langfristigen Rückstellungen, soll die Bildung stiller Reserven — oder die in den bilanzierten Abschreibungen versteckten Gewinne — mit berücksichtigen. Die cash-flow-Größe hat natürlich nicht nur als Hilfsgröße für die Ertragsmessung, sondern vor allem als finanzwirtschaftliche Größe für die Möglichkeit der Selbstfinanzierung und damit für die Investitionsbereitschaft Bedeutung, jener wichtigen, aber nicht direkt greifbaren Variablen für die Stabilisierungspolitik¹⁸.

Will man Gewinnraten, also Verhältniszahlen berechnen, so sind Überlegungen über die Bezugsgröße notwendig. Hier werden drei Bezugsgrößen gewählt: Grundkapital, Eigenkapital, langfristiges Gesamtkapital (Eigenkapital plus langfristiges Fremdkapital). Die auf das langfristige Gesamtkapital bezogene Ertragsgröße muß natürlich neben Bilanz-

¹⁷ Klaus-Dietrich Bedau, Das Einkommen der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland, in: Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, 1/2, 1972, S. 59.

¹⁸ Über das in der Bundesrepublik Deutschland im internationalen Vergleich besondere Verhältnis von Unternehmensfinanzierung, privater Ersparnis und Finanzpolitik vgl. Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1967/68, Ziffer 496 ff.

Entwicklung von Gewinnindikatoren, berechnet aus der Bilanzstatistik (Produzierendes Gewerbe)



- = $\frac{\text{Bilanzgewinn}}{\text{Grundkapital}}$
- = $\frac{\text{Bilanzgewinn} - \text{Rücklagen}}{\text{Eigenkapital}}$
- . - . - = $\frac{\text{Bilanzgewinn} - \text{Rücklagen} - \text{Abschreibungen} - \text{Pensionsrückstellungen}}{\text{Eigenkapital}}$
- - - - - = $\frac{\text{Bilanzgewinn} - \text{Zinsaufwand}}{\text{Gesamtkapital}}$

Quelle: Statistisches Bundesamt, Reihe 2: Kapitalgesellschaften, Abschlüsse der Aktiengesellschaften.

gewinn (plus Einstellung in die Rücklagen) auch die Zinsaufwendungen enthalten. Dabei rührt der Unterschied zwischen den Erträgen des Gesamtkapitals und des Eigenkapitals daher, daß die Unternehmen einen Teil ihrer Aktivitäten mit einem gewissen Anteil von Fremdkapital finanzieren und daß die Durchschnittskosten für diese Fremdfinanzierung von den Erträgen des Gesamtkapitals abweichen. Einfach ausgedrückt: Je billiger die Aufnahme von Fremdkapital im Verhältnis zum Gesamtkapitalertrag, desto höher ist der Anreiz für den Unternehmer, mit Fremdkapital zu arbeiten. Der Zusammenhang zwischen den Ertragsraten für das Eigenkapital und für das Gesamtkapital wird in dem sog. Leverage-Faktor hergestellt¹⁹. Dieser Faktor wird in verschiedenen Branchen verschieden hoch sein.

Die „einfachen“ Profitraten (Bilanzgewinn/Grundkapital) sind von 1960 bis 1970 bemerkenswert stabil. Bemerkenswert, wenn man sie den ausgeprägten Schwankungen anderer Konjunkturindikatoren gegenüberstellt²⁰. Man kann einwenden, daß die Aufstellung von Handelsbilanzen ja unter anderem auf eine Angleichung der Gewinne von Jahr zu Jahr abzielt, um eine gleichmäßige Dividendenausschüttung zu ermöglichen. Das ist richtig. Diese zeitlichen Gewinnverschiebungen müßten — wenn sie gravierend wären — eine starke Schwankung jener aus der Bilanzstatistik abgeleiteten Profitraten-Indikatoren bewirken, welche sich am cash-flow-Konzept orientieren. Aber auch diese Verhältnisgrößen, die den größten Teil der Änderung der stillen Reserven erfassen, sind auffällig stabil.

3. Die Gewinnmarge ist das Verhältnis von Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen zum Produktionswert. In der bereits erwähnten Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung über das Einkommen der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland²¹ ist das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen auf vier Bereiche aufgeteilt worden: Land- und Forstwirtschaft, waren-

$${}^{19} RE = RT + (RT - RS) \cdot \frac{S}{E}$$

wobei $RS = \frac{(1-t)k}{S}$ (Zinsbelastung im Verhältnis zu den Gesamtschulden)

$$(RT - RS) \cdot \frac{S}{E} \text{ (Leverage-Faktor)}$$

RE = Ertragsrate des Eigenkapitals
 RT = Ertragsrate des Gesamtkapitals
 RS = Zinsbelastungsrate
 S = gesamtes Fremdkapital
 E = Eigenkapital
 t = Steuersatz
 k = Zinskosten

²⁰ Vgl. Gesamtindikator zur Konjunkturdiagnose des Sachverständigenrates, Jahresgutachten des Sachverständigenrats 1973/74, Ziffer 225.

²¹ Vierteljahreshefte 1/2, 1972.

produzierendes Gewerbe, Handel und Verkehr, private Dienstleistungen und freie Berufe. Wir betrachten im folgenden lediglich den zweiten Bereich.

Berechnet man für diesen „Kernsektor“ die Gewinnmargen, so zeigt diese Größe im Zeitraum 1960 - 1972 einen bemerkenswert ruhigen Verlauf²². Selbst der Einbruch 1966/67 macht kaum 3 Prozentpunkte aus. Diese stabile Entwicklung ist um so interessanter, als der amerikanische Ökonom Sherman in einer umfassenden Studie über die Gewinnentwicklung in den USA²³ zu dem Ergebnis kommt, daß die Entwicklung von Gewinnmargen und Gewinnraten nicht auseinanderfällt.

Gewinnmargen im warenproduzierenden Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland, 1960 - 1971

	1 Produktions- werte ^{a)} Mrd. DM	2 Bruttoeinkommen aus Unter- nehmertätigkeit und Ver- mögen im warenproduzie- renden Gewerbe ^{b)}	3 Gewinn- margen in Prozent (2 : 1)
1960	291,4	41,0	14,0
1	315,6	42,3	13,4
2	337,4	41,3	12,4
3	351,7	42,1	12,0
4	389,4	47,2	12,1
5	419,0	50,6	12,1
6	434,8	48,9	11,3
7	424,8	46,6	11,0
8	434,0	59,8	13,8
9	512,3	62,4	12,2
1970	584,0	69,0	11,8
1	630,0	73,0 ^{c)}	11,6
2, 1. Hj.	317,1	36,5 ^{c)}	11,5

a) Angenähert durch die Ziffern für Umsatz in der verarbeitenden Industrie und im Bergbau (Tabelle 75 a des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats 1972/73) sowie für das Bauhauptgewerbe (Tabelle 81).

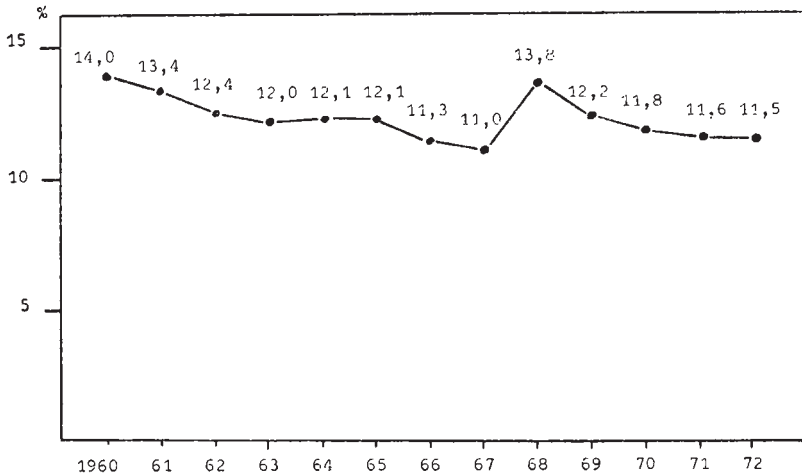
b) Entnommen aus Tabelle 1 der Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung „Das Einkommen der Selbständigen in der Bundesrepublik Deutschland“ von K. D. Bedau, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung, Heft 1/2, 1972, S. 50 ff.

c) Ziffern geschätzt. Auf der Grundlage des durchschnittlichen Anteils des warenproduzierenden Sektors am gesamten Bruttoeinkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen, wie ihn die Studie des Deutschen Instituts für Wirtschaftsforschung für die Jahre 1968 - 1970 zeigt (ca. 40 Prozent), wurden die Ziffern aus Tabelle 61 des Jahresgutachtens des Sachverständigenrats 1972/73 geschätzt.

²² Die fallende Tendenz seit 1968 hängt mit der Geldwertverschlechterung zusammen, weil in der volkswirtschaftlichen Gesamtrechnung die Abschreibungen, die ja das Volkseinkommen und damit das Einkommen aus Unternehmertätigkeit und Vermögen mindern, zu Wiederbeschaffungswerten angesetzt werden. Diesen Hinweis verdanke ich Herrn Dr. H. Seidler vom Deutschen Institut für Wirtschaftsforschung.

²³ *Howard J. Sherman, Profit Rates in the United States.*

Gewinnmargen im warenproduzierenden Gewerbe der Bundesrepublik Deutschland, 1960 - 1971



Selbst wenn es mit Hilfe der oben angeführten Indikatoren ermöglicht würde, die gesamtwirtschaftliche Gewinnentwicklung zu messen, so bleibt die Frage, ob damit für die Ziele der Einkommenspolitik die ausreichenden Grundlagen geliefert sind. Wohl kaum. Notwendig sind darüber hinaus Angaben über die Gewinnentwicklung in einzelnen Branchen oder in einzelnen Unternehmen.

3. Kontrolle von Gewinnen

Gewinne gelten als Residualgrößen. Sie zeigen sich ex post als Ergebnis des Marktprozesses, welcher angebots- und nachfragebestimmte Kosten und Preise zusammenführt. In dem Maße, in dem Unternehmen eine relativ autonome Preisgestaltung (administrative Preise) zugestanden und damit auch die Möglichkeit einer weitgehenden Gewinnplanung eingeräumt wird, bietet sich für die instrumentelle Ausgestaltung einer Gewinnkontrolle ein direkter Eingriff in die gewinnbestimmenden unternehmerischen Parameter „Preise“ und „Investitionen“ an. Denn wenn es sich hierbei nicht mehr länger um marktbestimmte Größen handelt, so wiegt auch der ordnungspolitische Einwand gegen einen angeblich marktmodifizierenden Eingriff einer staatlichen Einkommenspolitik nicht mehr schwer. Gewinnkontrolle könnte demnach erstens versuchen, die Entstehung von Gewinnen ex ante zu beeinflussen.

Wird an der Auffassung festgehalten, daß der Gewinn eine marktbestimmte Residualgröße ist — und das setzt eine weitgehend freie Preisbildung durch Angebot und Nachfrage voraus —, so könnte Gewinnkontrolle zweitens versuchen, auf die Verwendung bereits ent-

standener Gewinne ex post einzuwirken. Dieser Ansatz wird sich auch dann empfehlen, wenn die ex-ante-Kontrolle der Gewinnentstehung sich aus institutionellen Gründen als unzweckmäßig, schwierig oder unmöglich erweist.

3.1 Kontrolle der Gewinnentstehung

Die Notwendigkeit der Einkommenspolitik ergibt sich aus der Tatsache, daß der Marktmechanismus durch die Macht der Anbieter (von Arbeitskraft und von Waren) teilweise suspendiert wird. Die Preisbildung für Industrieprodukte vollzieht sich dann nach den Kriterien einer Gewinnplanung auf der Grundlage einer geschätzten Kostenentwicklung, welche selbst wiederum teils aufgrund anbieterbestimmten Verhaltens sich einstellt (Lohnkosten), teils weltmarktbedingt ist (Rohstoffe) und deshalb nicht von den industriellen Preispolitiken beeinflusst werden kann.

Die Kontrolle der Gewinnentstehung will daher bei der Regulierung der produktbezogenen Gewinnmargen ansetzen: Gewinnkontrolle durch Überwachung der unternehmerischen Preispolitik.

Welches könnte die Norm sein, an der sich Preisüberwachung zu orientieren hat?

- a) Ähnlich wie bei der Lohnfindung der Index der Lebenshaltungskosten eine wichtige Rolle spielt, könnte sich die Preisüberwachung an der „Kostenplus“-Regel orientieren.
- b) Preissetzung auf vermachteten Märkten soll so geschehen, „als ob“ auf diesen Märkten Konkurrenz herrschen würde.
- c) Preisüberwachung kann sich an der „Produktivitätsregel“ orientieren, die der Council of Economic Advisers so formuliert hat: “The general guide for noninflationary price behavior calls for price reduction if the industry’s rate of productivity increase exceeds the over-all-rate — for this would mean declining unit labor costs; it calls for an appropriate increase in price if the opposite relationship prevails; and it calls for stable prices if the two rates of productivity increase are equal”²⁴.

Die Produktivitätsregel ist wegen der Preisrigidität nach unten weitgehend illusorisch: Der Ausgleich unvermeidlicher Preissteigerung (im Sinne der Produktivitätsregel) durch Preissenkungen wird deshalb kaum eintreten, weil in den überdurchschnittlich produktiven Sektoren gerade das administrierte Preisverhalten vorherrscht. Hier müßte demnach die „Als ob“-Regel greifen. Nach dieser Norm möchte etwa das Bundeskartellamt erklärtermaßen verfahren. Daß diese Norm aber zu wenig

²⁴ Economic Report of the President 1962, Washington 1962, S. 188 f.

operational ist und deswegen kaum überwiegend angewendet werden kann, zeigt die Auseinandersetzung mit dem Bundeswirtschaftsministerium, welche den Wettbewerbshütern anlässlich ihrer jüngsten Preispolitik-Interventionen (Ölgesellschaften, Volkswagenwerk) vorgeworfen hat, sie würden eine Preisüberwachung auf der „Kostenplus“-Grundlage anstreben.

Diese Norm nämlich birgt die Gefahr, bei den industriellen Preispolitiken eine Kostenproduktion zu provozieren. Dies gilt auch dann, wenn — wie in Phase III und VI des amerikanischen Stabilitätsprogramms — bestimmte Regeln bei der Gewinnmargenbegrenzung eingeführt werden, welche dazu anreizen sollen, die Gewinnsumme durch höheren Umsatz oder durch Produktivitätsfortschritt (und Kostensenkung) zu erhöhen. Die Regelung sieht nämlich vor, daß die Gewinnsumme nicht begrenzt wird, sondern lediglich die Gewinnmarge. Kostenbegründete Preiserhöhungen werden nur dann genehmigt, wenn sie die für das Basisjahr festgesetzte Gewinnmarge des Unternehmens nicht vergrößern²⁵. Ist das nicht der Fall, so können die Kostenerhöhungen im Preis weitergegeben werden.

Daher wäre die „Kostenplus“-Regel schwerlich mit dem marktwirtschaftlichen Dogma vereinbar. Andererseits ist die „Kostenplus“-Norm frei von der Illusion, durch Preiskontrolle ließe sich der Wettbewerb und seine schönen Resultate wiederherstellen. Insofern ist diese Konzeption realistischer als die beiden vorhergehenden. Für die Kontrolle der Gewinnentstehung durch Regulierung der Gewinnmargen scheint sie am geeignetsten zu sein. Diese kurze Diskussion der Normen mag ausreichen, um die konzeptionellen Schwierigkeiten (hier: Kostenproduktion) einer Gewinnkontrolle durch Preisüberwachung aufzuzeigen.

Hinzu kommen die institutionellen Schwierigkeiten. Eine milde Variante der Intervention in die unternehmerische Preispolitik stellt der Versuch dar, durch Überredung (moral suasion) und/oder Preisrichtlinien (guidelines) Einfluß auszuüben. So sagt Samuelson: “I think that there are many sectors in our modern mixed economy where the short-run behavior of people can be substantially affected through moral suasion and public attitudes”²⁶. Es bleibt unklar, wie eine solche Politik wirksam werden soll. Anders als bei der Lohnbildung richten sich derartige Appelle an eine große Anzahl von Unternehmen, deren wirtschaftliche Situationen sehr verschieden sind. Diese Interventionsform hat höchstens dann einige Aussicht auf Effekt, wenn sie auf (wichtige) Einzelpreise abzielt²⁷.

²⁵ Vgl. *Mary T. Hamilton*, Price Controls in 1973: Strategies and Problems, in: *The American Economic Review*, Papers and Proceedings, Mai 1974, S. 100 ff.

²⁶ *Paul A. Samuelson*, Second Lecture, in: *A. F. Burns und P. A. Samuelson*, Full Employment, Guideposts and Economic Stability, Washington 1967.

Gerade wegen der mangelnden Wirksamkeit preispolitischer Überredungsstrategien sind diese häufig die Vorstufe für strengere Interventionsformen. Dazu kann zunächst die Verpflichtung zur Anmeldung von Preiserhöhungen gerechnet werden. Ein großer Überwachungsapparat ist nicht notwendig, die öffentliche Aufmerksamkeit, welche durch die Anmeldung wachgerufen wird, soll diese Dämpfungsfunktion übernehmen.

Die nächste Stufe bilden partielle Preiskontrollen. Sie werden sich auf solche Preise erstrecken, welche eine wichtige strategische Rolle haben (z. B. Stahl) und/oder auf solche, bei denen der institutionelle Kontrollaufwand relativ niedrig gehalten werden kann, weil die Öffentlichkeit diese Überwachung selbst durchführt (z. B. Lebensmittel). Schließlich generelle Preiskontrolle: Die institutionellen Schwierigkeiten sind beträchtlich. Sie spiegeln sich wider in den unterschiedlichen Formen, welche die Preiskontrollen in zahlreichen Ländern angenommen haben²⁸.

Trotz aller Verschiedenheit deuten die internationalen Erfahrungen mit Preiskontrollen²⁹ darauf hin, daß dieses Instrument — wenn der erforderliche umfangreiche Kontrollapparat funktionieren würde — in erster Linie für kurzfristige Zielsetzungen (Überbrückungen von Phasen mit reduzierter Preistransparenz z. B. bei Einführung oder Erhöhung der Mehrwertsteuer, Abblocken einer hektischen, eventuell psychologisch bedingten Preisentwicklung u. ä.) geeignet ist. Die Zielsetzung „Gewinnkontrolle“ ist hingegen kaum so kurzfristiger Natur. Damit ist auch das Instrument der Preisüberwachung in seiner Wirksamkeit begrenzt.

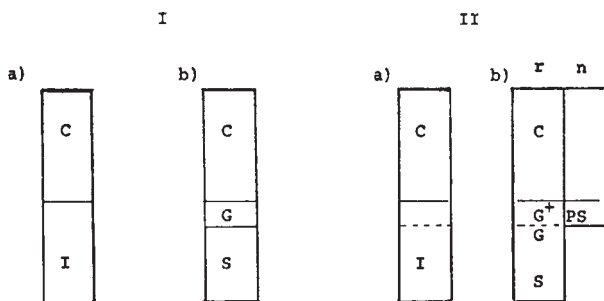
Neben Preiskontrollen zur parametrischen Einwirkung auf die Gewinnentstehung bietet sich eine Regulierung des privaten Investitionsvolumens an. Seit Kalecki und Keynes wissen wir, daß mit der Ent-

²⁷ Hier wird häufig die Auseinandersetzung zwischen Präsident Kennedy und der amerikanischen Stahlindustrie als gutes Beispiel genannt. Vgl. *Andrew Shonfield*, *Geplanter Kapitalismus*, S. 434 ff.; *John K. Galbraith*, *Die moderne Industriegesellschaft*, München 1968, S. 351; *John M. Blair*, *Economic Concentration*, New York 1972, S. 635 ff.

²⁸ Vgl. UN/ECE, *Incomes in Post-War Europe*, Kapitel 4; *H. A. Turner* und *H. Zoetewij*, *Prices, Wages and Incomes Policies in Industrialized Market Economies*, S. 149 ff.; OECD, *Inflation, The Present Problem*, Paris 1970, S. 77 ff.; *Eric Schiff*, *Incomes Policies Abroad*, Washington 1971; *Lloyd Ulman* und *R. J. Flanagan*, *Wage Restraint, A Study of Incomes Policies in Western Europe*, Berkeley 1971; *A. Ahnefeld*, *Neuere Versuche mit der Einkommenspolitik*, in: *Die Weltwirtschaft*, Heft 1, 1972, S. 20 ff.; *Oscar-Erich Kuntze*, *Preiskontrollen, Lohnkontrollen und Lohn-Preis-Indexbindung in den europäischen Ländern*, Berlin - München 1973, S. 16 ff.; OECD, *Economic Outlook No. 14*, Paris 1973, S. 38 f., 73 ff.

²⁹ Dazu insbesondere *Oscar-Erich Kuntze*, *Preiskontrollen, Lohnkontrollen und Lohn-Preis-Indexbindung*, S. 112 ff.

scheidung darüber, welcher Anteil der verfügbaren Ressourcen investiv verwendet werden soll, abweichende ex-ante-Entscheidungen über die Aufteilung zwischen Konsum und Sparen überspielt werden. Dies sei kurz dargestellt:



C = Konsum S = Sparen r = real
 I = Investition PS = Preisniveausteigerung n = nominal
 G = Gewinne G⁺ = Gewinnerhöhung (Zwangssparen)

In der Periode I stimmt die Aufteilung der Ressourcen auf Investition und Konsum (a) mit den Entscheidungen über Konsum und Sparen überein (b). In der Periode II setzt sich eine andere Aufteilung (a) über höhere Preise, welche den nominalen Konsum real zurückschrauben, und damit über höhere Gewinne durch (b).

Die Einflußnahme auf das private Investitionsvolumen ist Gegenstand der Stabilisierungspolitik. Gerade in Boomphasen, in denen gewöhnlich die Gewinne stark zunehmen, würden aber — im Sinne einer Gewinnkontrolle — direktere Maßnahmen zur Regulierung des Investitionsvolumens notwendig werden. Investitionslenkung wird in der neueren Diskussion verstanden als öffentliche (staatliche) Einflußnahme auf die Zusammensetzung des Aggregats „private Investitionen“ mit dem Ziel, die Ausrichtung der Produktionsstruktur nach industriepolitischen oder bedarfsorientierten Gesichtspunkten voranzutreiben. Über die Notwendigkeit, Zielsetzung und Instrumente der Investitionslenkung ist an anderer Stelle ausführlich berichtet worden³⁰. Die Problematik bei der Regulierung des Volumens der privaten Investitionen ist weitgehend die gleiche wie bei der Lenkung der Struktur der privaten Investitionen.

Das Problem bei den Versuchen, die Gewinne ex ante zu kontrollieren, also die Gewinnentstehung zu regulieren, liegt darin, daß man lediglich an einigen — wenn auch wichtigen — Parametern ansetzen kann. Die Wirksamkeit dieses Vorgehens hängt in hohem Maße von der Planbarkeit der Gewinne ab. Hier gilt es zu unterscheiden: Das Entstehen von

³⁰ Werner Meißner, *Investitionslenkung*, Frankfurt/Main 1974.

Gewinnen aufgrund der autonomen unternehmerischen Entscheidung über Investitionen (und damit über das aggregierte Gesamtvolumen) hat nur insofern Plancharakter, als zwar die Parameter in den einzelnen Unternehmen geplant werden, die gesamtwirtschaftliche Gewinnerhöhung sich dann aber über einen globalen Zwangssparprozeß durchsetzt. Eine direkte, zwangsläufige Verbindung zwischen einzelwirtschaftlicher Investitionsausweitung und einzelwirtschaftlicher Gewinnerhöhung gibt es nicht. Dieser Zusammenhang ist bei der unternehmerischen Preispolitik viel enger. Daher schien es nahezuliegen, Gewinnkontrolle über den Parameter „Preissetzung“ anzustreben. Über die konzeptionellen und instrumentellen Schwierigkeiten ist oben gesprochen worden. Danach wäre Gewinnkontrolle besser durch die Einflußnahme auf das gesamtwirtschaftliche Gewinnniveau anzugehen, indem auf den Parameter „Investitionsentscheidung“ eingewirkt wird. Hier dürfte sich der gesamtwirtschaftliche Ansatz der Investitionslenkung aber eher empfehlen als der einzelwirtschaftliche Ansatz der Preiskontrolle. Die einzelwirtschaftliche Orientierung wird andererseits wichtig bei dem Versuch, eine Kontrolle der Gewinne bei ihrer Verwendung (Aneignung) durchzuführen.

3.2 Kontrolle der Gewinnverwendung (Gewinnaneignung)

Soll Einkommenspolitik erfolgreich sein, so muß sie symmetrisch und verteilungsbewußt betrieben werden: Alle oder doch möglichst viele Einkommensarten müssen erfaßt werden, auch die Gewinne. Nur so läßt sich die Zustimmung der Unselbständigen und ihrer Organisationen zu einkommenspolitischen Maßnahmen erreichen. Unter verteilungspolitischem Gesichtspunkt könnte man daher sagen: Es ist für die Gewinnkontrolle nicht relevant, in welcher Höhe die Gewinne bei den einzelnen Unternehmen entstehen. Wichtig ist vielmehr, wie sie verwendet bzw. von wem sie angeeignet werden. Führt man das Argument inflationstheoretisch weiter: Es ist zu vermuten, daß die kontrollierende Einflußnahme auf die Gewinnverwendung auch Rückwirkungen auf die Höhe der entstandenen Gewinne haben wird.

Zunächst könnte man daran denken, die Ausschüttung von Gewinnen zu kontrollieren: Dividendenkontrolle oder -stopp. Dabei ist es problematisch, einen einheitlichen Dividendensatz für unterschiedlich gewinnstarke Branchen und Unternehmen zu setzen. Abgesehen davon werden Dividendenbeschränkungen aber die Investitions- und Reservemöglichkeiten der betroffenen Unternehmen verbessern und damit auch den Wert der Anteile steigern. Allenfalls wäre für einen Teil der verbleibenden Mittel den Unternehmen eine bestimmte investive Verwendung aufzuerlegen, welche ganz direkt die Wohlfahrt der dort Beschäftigten oder anderer Bevölkerungsteile erhöht, etwa durch Sozialinvestitionen,

Investitionen zur Verbesserung der Arbeitsbedingungen, Investitionen für Umweltschutz u. ä. Bekanntlich sind aber Vorschriften zu einer bestimmten Verwendung von Gewinnen (d. h. Eigentum) verfassungsrechtlich nicht unbedenklich. Jedenfalls lassen sich abwehrende Argumente gegen Investitionsverbote aufgrund Artikel 15 des Grundgesetzes leichter überwinden als solche, die sich gegen Investitionsgebote richten³¹.

Gewinne, welche eine im Rahmen der Einkommenspolitik festgelegte Orientierungslinie (guideline) überschreiten, könnten abgeschöpft oder zumindest steuerlich stärker belastet werden. Zu den herkömmlichen Gewinnsteuern würde eine *Gewinnratensteuer* treten, deren Sätze dann stark progressiv werden, wenn die erzielten Gewinnraten über der guideline liegen. Um den Anreiz zu verstärkter Produktions- und Umsatztätigkeit des einzelnen Unternehmens zu erhalten, könnte bei einer produktbezogenen *Gewinnmargensteuer* die starke Progression der Steuersätze an die Höhe der Gewinnmarge gekoppelt werden³². Ein Unternehmen hätte dann die Möglichkeit, seine *Gewinnsumme* über einen verstärkten Umsatz zu erhöhen. Gewinnkontrolle mittels der steuerlichen Beschneidung bereits entstandener „Übergewinne“ hat — etwa gegenüber der Preiskontrolle — den Vorteil, daß hierfür keine neue Überwachungsadministration aufzubauen wäre. Es darf aber nicht übersehen werden, daß bei dieser Kontrollvariante die Differenzen zwischen unternehmerischen oder sektoralen Gewinnraten oder Gewinnmargen sich nur noch unterhalb der festgelegten guideline voll auswirken können. Dies würde in einer gewinngesteuerten Marktwirtschaft Konsequenzen für Richtung und Tempo des Strukturwandels haben.

Sollen bei einer Gewinnkontrolle die Differenzen zwischen den einzelnen Unternehmens- und Branchengewinnmöglichkeiten als Steuerungsinstrument wirksam bleiben, so wird man nicht in die unternehmerische Verwendung der entstandenen Gewinne eingreifen und die Kapitalakkumulation nicht stören. Vielmehr wird dann die Aneignung der durch die „Übergewinne“ neugeschaffenen Kapitalteile der Ansatzpunkt für eine Gewinnkontrolle. Dies ist die Grundidee aller Fondskonzepte: Selbst wenn hohe Gewinne die Voraussetzung für rege Investition und stetiges Wachstum sind, so kann eine verteilungsbewußte Einkommenspolitik die asymmetrischen Verteilungswirkungen dadurch abzumildern oder zu verhindern suchen, daß die „Übergewinne“ zwar investiv verwendet, aber nicht ausschließlich von den Kapitalbesitzern angeeignet werden.

Das Fondskonzept wirft zahlreiche Fragen auf: Sollen nur die in den gewinnträchtigen Unternehmen Beschäftigten am „Übergewinn“ betei-

³¹ Vgl. dazu *Werner Meißner*, Investitionslenkung, Abschnitt 5.6.

³² Bei der Errechnung der Gewinnrate wird der erzielte Gewinn auf das Eigenkapital bezogen, bei der Errechnung der Gewinnmarge auf den Umsatz.

ligt werden oder alle abhängig Beschäftigten, sollen kollektive Kapitalfonds gebildet werden, wie werden sie verwaltet, soll es gewisse Sperrfristen geben oder soll die konsumtive Verwendung dieser Einkommensanteile überhaupt nicht möglich sein etc? Diese Probleme sind in der Vermögensbildungsdiskussion breit behandelt worden³³. Gewinnkontrolle mit Hilfe des Fondskonzepts im Rahmen einer verteilungsbewußten Einkommenspolitik hat aber keine vermögenspolitische oder gar sozialpolitische Zielsetzung. Hier geht es vielmehr darum, daß der Erfolg einer inflationsbewußten ex-ante-Bestimmung des Lohnanteils — und vor allen Dingen die durch Einkommenspolitik geforderte Begrenzung der Lohnsteigerung — nicht durch einen ex-post-Verteilungsprozeß wieder verspielt wird. Oder anders: Der strategische Vorteil der Gewinneinkommen, der sich daraus ergibt, daß der bilateralen Lohnfestsetzung die unilaterale Preisfestsetzung zeitlich folgt³⁴, soll durch die Kontrolle der Gewinnaneignung abgeschwächt werden. Hier liegt der wichtige Unterschied zwischen allen Fondskonzepten, welche eine Korrektur der Vermögensverteilung erreichen wollen, und einem Fondskonzept zur Gewinnkontrolle im Rahmen einer verteilungsbewußten Einkommenspolitik³⁵: Gerade wenn die so betriebene Gewinnkontrolle prohibitiv erfolgreich ist, wird der vermögensbildende Effekt bei den abhängig Beschäftigten gering sein.

Fazit: Soll Einkommenspolitik ihrem Ziel, Vollbeschäftigung und Preisniveaustabilität zu verbinden, nahe kommen, so muß sie verteilungsbewußt betrieben werden und auf möglichst viele Einkommensarten einwirken, vor allem auch auf die Unternehmensgewinne. Die Möglichkeit der Messung von Gewinnen ist betriebswirtschaftlich wegen der konzeptionellen Schwierigkeiten und volkswirtschaftlich vor allem wegen der Unzulänglichkeiten der statistischen Erfassung begrenzt. Die Kontrolle von Gewinnen kann ansetzen bei der Entstehung oder bei der Verwendung und Aneignung. Es wurde argumentiert, daß dazu am ehesten die Regulierung der privaten Investitionen (Gewinnentstehung) und einkommenspolitisch orientierte Fondskonzepte (Gewinnaneignung) geeignet erscheinen.

³³ Zuletzt in Karl-Heinrich Pitz (Hrsg.), *Das Nein zur Vermögenspolitik*, Hamburg 1974.

³⁴ Vgl. Kurt W. Rothschild, *Einkommenspolitik oder Wirtschaftspolitik?*, in: Erich Schneider (Hrsg.), *Probleme der Einkommenspolitik*, Tübingen 1966, S. 74.

³⁵ Zur Konstruktion eines solchen Fonds ist kürzlich in einer Frankfurter Dissertation ein Vorschlag gemacht worden: Hans Adam Pfromm, *Einkommenspolitik und Verteilungskonflikt*, Frankfurt 1974.

Korreferat zu:
Einkommenspolitik:
Möglichkeiten der Messung und Kontrolle von Gewinnen

Von *Klaus von Wysocki*, München

Das Korreferat läßt die Ausgangsthese von Herrn Meißner undiskutiert: „Wirksam kann Einkommenspolitik nur sein, wenn möglichst viele oder alle Einkommensarten erfaßt werden . . .“ (einkommenspolitische Symmetrie). Es werden nachfolgend lediglich einige ergänzende Aspekte der instrumentalen Seite des Themas aus einzelwirtschaftlicher Sicht diskutiert.

1. Zur Messung von Unternehmensgewinnen

Herr Meißner stellt zu Recht fest S. 1278, daß für Zwecke der Gewinnkontrolle Informationen nicht über die gesamtwirtschaftliche Gewinnhöhe, sondern über die Gewinnhöhe und die Gewinnentwicklung einzelner Branchen oder einzelner Unternehmen erforderlich seien. Da er aber Probleme der einzelwirtschaftlichen Gewinnermittlung als betriebswirtschaftliche Frage aus seinen Überlegungen unter Hinweis auf das jüngste Schrifttum zu diesem Problemkreis¹ ausklammert, gibt dies die Veranlassung zu einigen — in der gebotenen Kürze sicherlich unvollständigen — ergänzenden Ausführungen über Theorie und Praxis einzelwirtschaftlicher Gewinnmessung.

1.1 Zur Theorie des Gewinnbegriffs und der Gewinnmessung

Sämtliche Systeme einzelwirtschaftlicher Gewinnermittlung gehen von der Grundüberlegung aus, daß das Problem der Gewinnmessung in der ex-post-Analyse für die sog. Totalperiode eines Unternehmens als gelöst zu betrachten sei, das heißt der sog. Totalerfolg eines Unternehmens während seiner gesamten Lebensdauer ist gleich der Summe der Einzahlungen abzüglich der Summe der Auszahlungen, korrigiert um die Einlagen und um die Entnahmen der Kapitaleigner. Abgrenzungsschwierigkeiten ergeben sich dabei allenfalls zwischen den Aufwandsauszahlungen (steuerlich: Betriebsausgaben) und den Entnahmen.

Was die Bestimmung der Perioden-(Jahres-)erfolge angeht, so besteht ferner Übereinstimmung darin, daß die *Summe der Periodenerfolge*

¹ *Adolf Moxter*, Bilanzlehre, Wiesbaden 1974.

stets gleich dem Totalerfolg ist. Damit wird die einzelwirtschaftliche Ermittlung von Periodenerfolgen auf die Frage nach der richtigen bzw. zweckmäßigen Periodenabgrenzung von Aufwandsauszahlungen und Ertragseinnahmen reduziert.

Hier allerdings divergieren die verschiedenen bilanztheoretischen Konzeptionen und die praktische Handhabung bei der handels- und steuerrechtlichen Gewinnermittlung.

Hauptgrund: Unvollständige Informationen über die Zukunft des Unternehmens und damit des auf die Abrechnungsperioden zu verteilenden (restlichen) Totalerfolges und Heranziehung unterschiedlicher Indikatoren, Fiktionen oder Forderungen zur Bestimmung von Umfang, Richtung und Zeitpunkten zukünftiger, den Totalerfolg beeinflussender Zahlungsströme.

Folgende Feststellungen über die zukünftigen Zahlungsströme werden z. B. getroffen:

- In der Zukunft werden sich wenigstens die Auszahlungen und Einzahlungen für die Beschaffung von Vermögensgegenständen (und Schulden) realisieren lassen (Anschaffungswertprinzip);
- wenigstens die aus der fiktiven Einzelverwertung der dem Unternehmen gewidmeten Vermögensgegenstände herrührenden Zahlungsströme können realisiert werden (Tageswertprinzip);
- der Periodengewinn als Abschlag auf den Totalerfolg kann letztlich nur mit Hilfe von Finanzplänen zweckgerecht ermittelt werden, in die sämtliche verfügbaren Informationen über die zukünftigen Einnahmen und Auszahlungen einzugehen hätten.

Die Tendenz der bilanztheoretischen Überlegungen zur Gewinnbestimmung ist eindeutig: Gewinn soll als Entscheidungswert begriffen werden; seine Höhe ist durch Entscheidungen über die zukünftige Unternehmensgestaltung im Rahmen der (zukünftigen) Umweltverhältnisse bestimmt. So kommt es zu Aussagen wie: Die Periodenzuordnung von Aufwendungen und Erträgen (das heißt von Gewinnen) soll so vorgenommen werden, daß im Interesse der Unternehmenserhaltung als Gewinn gerade der Betrag ausgewiesen wird, der nach den gegenwärtigen Informationen maximal entnommen werden könnte, „ohne die Entnahme eines gleich großen Betrages in den Folgeperioden zu beeinträchtigen“².

Die bereits auf Rieger und Käfer zurückgehende Lehre vom „ökonomischen Gewinn“ löst sich dementsprechend vollständig von Vergangenheitsziffern etwa der Buchhaltung und stellt bei der Gewinnermittlung des Unternehmens auf investitionstheoretische Überlegungen ab: Maxi-

² Adolf Moxter, Bilanzlehre, S. 246.

mal ausschüttbar kann nur die Differenz zwischen dem aus zukünftigen Zahlungsströmen diskontierten Kapitalwert am Anfang und am Ende der Rechnungsperiode sein.

1.2 Zur handels- und steuerrechtlichen Praxis der Gewinnmessung

Handels- und Steuergesetzgeber befinden sich insoweit in einem Dilemma, als sie einerseits die Zukunftsbezogenheit der einzelwirtschaftlichen Erfolgsermittlung nicht negieren können, andererseits aber — insbesondere wenn es um die Rechenschaftslegung gegenüber Dritten geht — eine möglichst weitgehende „Objektivierung“ der Methoden zur Ermittlung von Erfolgsziffern anstreben müssen: Bilanzierungsrichtlinien, obligatorische Wertansätze, Bilanzierungsverbote und -gebote oder Rekurse bei der Gewinnermittlung auf Vergangenheitsziffern (z. B. cash-flow-Ziffern) können die Forderung nach Objektivierung und Nachprüfbarkeit von Abschlußziffern zweifellos erhöhen, lassen aber gerade deswegen und insoweit berechtigte Zweifel an der Funktion der damit errechneten Gewinnziffern als Einkommensindikatoren aufkommen. — Bilanzierungs- und Bewertungswahlrechte sowie Zugeständnisse, den Jahresabschluß nach „vernünftigem kaufmännischem Ermessen“ zu gestalten, eröffnen zwar die Möglichkeit zur Ermittlung zutreffender Gewinnziffern; sie erweitern aber zugleich die manipulativen Möglichkeiten der Erfolgsverlagerung innerhalb der Totalperiode.

Aus der Tatsache, daß der steuerrechtliche Gewinn weit mehr objektiviert ist als der handelsrechtliche Gewinn, sollte nach dem Vorhergesagten jedoch nicht geschlossen werden, daß der steuerliche Gewinn grundsätzlich richtiger sei als der handelsrechtliche Gewinn. Hinzu kommt, daß das steuerliche Bilanzierungs- und Bewertungsrecht sehr stark mit wirtschafts- und sozialpolitisch motivierten Sonderregelungen durchsetzt ist, deren Inanspruchnahme mit Steuerersparnissen (besser: Steuerkrediten) honoriert wird. Der steuerliche Gewinn kann insofern vielleicht gesamtwirtschaftliche (= Abschreibungsgesellschaften) aber nicht mehr einzelwirtschaftliche Steuerfunktionen übernehmen.

Wenn das Handelsrecht mehr Manipulationsspielräume bei der Periodenzurechnung des Totalerfolgs zuläßt als das Steuerrecht und im Interesse der Erhaltung der Haftungssubstanz (Gläubigerschutz) Aufwandsantizipationen teilweise sogar erzwingt, so kann daraus nicht geschlossen werden, daß der handelsrechtliche Jahresabschluß jeweils nur die Untergrenze des „wirklichen“ Gewinns zeige: Die Vorverlagerung von Aufwendungen oder die Nachverlagerung von Erträgen muß wegen der Identität von Totalerfolg und der Summe der Periodenerfolge stets zu einem entsprechenden Ausgleich führen. Insofern spitzt sich die Frage nach der richtigen Periodenabgrenzung auf die Frage nach der Länge der Abrechnungsperioden zu.

2. Interdependenzen zwischen Gewinnkontrolle, Gewinnentstehung und Gewinnmessung

Im Rahmen einer Grundsatzdiskussion der Gewinnmessung und Gewinnkontrolle sei in Ergänzung des Hauptreferates die Frage nach möglichen Interdependenzen zwischen Kontrolle, Entstehung und Messung von Gewinnen angeschnitten: Es wird die These vertreten, daß die Symmetrie der Einkommenspolitik nur mit Schwierigkeiten erreicht werden kann, weil die verschiedenen Formen der Gewinnkontrolle sehr komplexe Wirkungen haben können, die die Frage der Dosierung sowie die Fragen der sektoralen und zeitlichen Allokation von Gewinnkontrollen zu einem Hauptproblem der symmetrischen Einkommenspolitik machen können. Es sei vor allem auf zwei Zusammenhänge hingewiesen: (a) Auf die möglichen Rückwirkungen von Gewinnkontrollen auf die Gewinnmessung und (b) auf Rückwirkungen der Gewinnkontrollen auf die Entscheidungsfelder der betrieblichen Leitungsorgane bzw. der aktuellen oder potentiellen Kapitalgeber.

2.1 Rückwirkungen der Gewinnkontrolle auf die Gewinnmessung

Folgt man der Denkweise der betriebswirtschaftlichen Bilanzlehre oder den handels- und steuerrechtlichen Gewinnkonzeptionen, so werden regelmäßig erkennbare zukünftige negative Beeinflussungen des Totalerfolges (Mehrung der erwarteten Auszahlungen/Minderung der erwarteten Einzahlungen) auf die zu ermittelnden Periodenerfolge antizipierend durchschlagen müssen oder können.

Recht deutlich wird dieser Effekt, wenn man die Lehre vom ökonomischen Gewinn auf den Fall der Gewinnkontrolle anwendet: Erwartete Wirkungen der Gewinnkontrolle werden sich in den auf die Gegenwart diskontierten Zukunftseinzahlungen und Zukunftsauszahlungen unmittelbar niederschlagen, und zwar um so mehr, je eher die Gewinnkontrolle erwartet wird.

Der Tendenz nach gleichgerichtete Wirkungen können oder müssen sich auch nach aktien- oder steuerrechtlichen Bilanzierungs- und Bewertungsvorschriften ergeben:

- Gegenstände des Umlaufvermögens sind mit dem Niederstwert zu bewerten (§ 156 Absatz 2 des Aktiengesetzes);
 - — bei fertigen oder unfertigen Erzeugnissen ist dabei der (niedrigere) Marktpreis aus dem mutmaßlichen Veräußerungserlös abzuleiten,
 - — darüber hinaus kann nach § 155 Absatz 3 Nr. 1 ein niedrigerer Wertansatz angesetzt werden, wenn dies nach vernünftiger kaufmännischer Beurteilung notwendig ist, um zu verhindern, daß in der

nächsten Zukunft der Wertansatz dieser Gegenstände aufgrund von Wertschwankungen geändert werden muß,

— — in der Steuerbilanz kann oder muß in diesen Fällen der jeweils niedrigere sog. Teilwert angesetzt werden (§ 6 Absatz 1 Nr. 2 des Einkommensteuergesetzes).

- Gegenstände des Anlagevermögens müssen mit einem niedrigeren Wert als den fortgeführten Anschaffungs- oder Herstellungskosten angesetzt werden, wenn eine Wertminderung voraussichtlich von Dauer sein wird (§ 156 Absatz 2 des Aktiengesetzes; steuerlich niedrigerer Teilwert, § 6 Absatz 1 Nr. 1 des Einkommensteuergesetzes).

Bei anstehenden *Preiskontrollen* können sich derartige Abschreibungsgründe vor allem bei Gegenständen des Umlaufvermögens ergeben.

Bei anstehenden *Investitionskontrollen* können sie erforderlich werden, wenn vorhandene Sachanlagegegenstände wegen der Unmöglichkeit der (Ersatz-)Beschaffung komplementärer Gegenstände nicht oder nur unzureichend genutzt werden können.

Bei *Kontrollen der Gewinnverwendung* sind möglicherweise Beteiligungen und beteiligungsähnliche Wertpapiere in erster Linie betroffen.

Ergebnis: Es ist möglich, daß die gewollten Entzugseffekte der Gewinnkontrolle durch die einzelwirtschaftliche Erfolgsrechnung antizipiert werden können oder müssen und insoweit die zeitliche Abstimmung der symmetrischen Einkommenspolitik unterlaufen. Diese Wirkung wird um so eher eintreten, je besser die ausgewiesenen Periodengewinne ihre Funktion als Indikatoren zukünftiger Zahlungsvorgänge erfüllen können.

2.2 Rückwirkungen der Gewinnkontrolle auf einzelwirtschaftliche Entscheidungsfelder

Werden Maßnahmen der Gewinnkontrolle erwartet (und durch die einzelwirtschaftlichen Erfolgsrechnungen entsprechend indiziert), so sind Reaktionen der betrieblichen Entscheidungsträger und gegebenenfalls auch der Eigen- und Fremdkapitalgeber auf solche Erwartungen nicht auszuschließen. Herr Meißner weist in seinem Referat auf einige solcher Wirkungen hin (Gewinnvermeidungseffekt durch Kostenproduktion und prohibitive Wirkung von Fondskonzepten; Gewinneinholungseffekte vor allem bei der Gewinnmargen-Begrenzung oder bei der Gewinnmargen-Besteuerung).

Meines Erachtens liegt hier ein generelles Problem vor: Symmetrische Einkommenspolitik kann wohl nur dann mit Erfolg betrieben werden, wenn vor Festlegung von Art und Umfang der Kontrollmaßnahmen sämtliche möglichen oder wahrscheinlichen direkten und indirekten Re-

aktionen der einzelwirtschaftlichen Entscheidungsträger prognostiziert worden sind. Ohne dies näher auszuführen, sei der Einkommenspolitiker in diesem Zusammenhang auf Analyseansätze der einzelwirtschaftlichen Steuerwirkungslehre verwiesen sowie auf die jüngeren betriebswirtschaftlichen Untersuchungen zu Entscheidungsprozessen in komplexen Organisationen.

3. Ergebnis

Die endgültigen Entzugseffekte von Maßnahmen der Gewinnkontrolle dürften nach dem Gesagten schwer abschätzbar sein. Es kommt aber, wenn der psychologische Effekt der symmetrischen Einkommenspolitik nicht von vornherein verspielt werden soll, auf möglichst genaue, das heißt symmetrische Dosierung der Kontrollmaßnahmen an. Gerade hier scheinen einige ungelöste Probleme der Einkommenspolitik durch Gewinnkontrolle zu liegen, nämlich:

- richtige Dosierung der Kontrollen in zeitlicher Hinsicht,
- richtige Dosierung der Kontrollen in sektoraler Hinsicht.

Diskussion

Christiane Busch-Lüty (München):

Ich möchte vorausschicken, daß ich es symptomatisch für die ganze Diskussion über Einkommenspolitik finde, daß die Gewinnkontrolle in der letzten Viertelstunde dieses Arbeitskreises behandelt wird und sich somit auch zeitlich arg in die Ecke gedrängt findet. Ich bedauere das.

Ich möchte der Argumentation von Herrn Meißner mit seiner Präferenz für den Ansatz der ex-post-Gewinnkontrolle deswegen nicht folgen, weil ich — zum einen als Reaktion auf das, was der Korreferent gesagt hat, aber auch aus Respekt vor den Frisierkünsten der Bilanziers — meine, daß hier wirklich sehr wenig zu machen ist. Deswegen und auch, weil wir hier Einkommenspolitik im Kontext der Stabilisierungspolitik behandeln — wenn auch verteilungsbewußt, dieses Adjektiv haben wir nachträglich hinzugefügt —, meine ich doch, daß der Ansatz bei der *Gewinnentstehung*, also bei der Preispolitik, erwägenswert sein sollte. Herr Meißner, Sie haben hier wieder einmal auf die — wie wir alle wissen — vorwiegend negativen Erfahrungen, die man im internationalen Bereich mit einem solchen Ansatz gemacht hat, hingewiesen. Ich möchte aber nochmals auf den Hinweis von Herrn Gahlen von heute morgen zurückkommen und sagen, dies sollte uns nicht unbedingt entmutigen, weiter darüber nachzudenken, wengleich ich die Schwierigkeiten keineswegs unterschätze.

Daß es sich bei der Preispolitik nur um eine selektiv ansetzende Überwachung oder Kontrolle von Preisen handeln kann, ist sicher. Ich meine aber, daß Sie mit Ihren eingangs gemachten Bemerkungen, es gehe vor allem darum, *die* Unternehmen zu treffen, die Gewinne *planen* können und die überhaupt zu einer autonomen Preispolitik in der Lage sind, und dann seien ja die Allokationswirkungen gar nicht mehr so schlimm, bereits das Selektionsprinzip nahegelegt haben. Ich möchte in diesem Zusammenhang darauf verweisen, daß die Amerikaner bei ihren im großen und ganzen zwar nicht sehr überzeugend gehandhabten Lohn- und Preiskontrollen nach diesem Prinzip vorgegangen sind. Über den Erfolg möchte ich mich dabei nicht äußern. Die amerikanischen Preiskontrollen waren so angelegt, daß sie nach der Unternehmensgröße gestaffelt ansetzten und daß im Endeffekt von den rund 10 Millionen Unternehmen in den USA nur 2 400 Unternehmen überhaupt kontrolliert wurden. Es waren solche Unternehmen, die sich in ihrer Umsatzgröße

von 50 Millionen Dollar aufwärts bewegten, und bei ihnen gab es nochmals Unterteilungen. Ich meine also — und das deckt sich etwas mit den bisher vergeblichen Anstrengungen des Kartellamts in dieser Richtung —, daß hier das Prinzip, Preispolitik auf Unternehmen mit exzessiver Marktmacht zu richten, wohl am ehesten als Selektionsprinzip für Preiskontrollen sinnvoll wäre, und daß damit eben doch Gewinnkontrolle bei der *Gewinnentstehung* via Preispolitik möglich wäre.

Hubert Voigtländer (Bonn):

Herr Meißner, wenn ich Sie richtig verstanden habe, so sind die privat-administrierten Preise eine wesentliche Prämisse Ihrer Überlegungen, von der aus Sie wohl auch implizieren, daß dies gleichzeitig heißt: privat-administrierte Produktion und Investition. Hierzu muß man allerdings sagen, daß der empirische Befund, den wir aus den USA kennen, nicht für die Bundesrepublik charakteristisch ist. Denn nach den Ermittlungen des Statistischen Bundesamtes beträgt der Anteil privat-administrierter Preise am Bruttoproduktionswert nur ca. 20 %. Das heißt, das Argument, der Wettbewerb sei tot, da helfe alles nichts und deshalb können wir gleich zur direkten Investitionslenkung übergehen, ist zumindest dann, wenn empirisch nicht der Nachweis erbracht wird, wenig stichhaltig. Ich meine, man darf deshalb das Argument, das die Frau Vorrednerin eben auch in die Diskussion eingebracht hat, den Ansatz auch in der Wettbewerbspolitik zu suchen, nicht vernachlässigen. Durch eine Verschärfung der Wettbewerbsgesetzgebung kann durchaus auch eine Begrenzung der Gewinne erfolgen und nicht nur direkt durch eine Gewinnkontrolle.

Nachdem Sie die einzelnen Maßnahmen, wie Preisüberwachung und dergleichen mehr, hinsichtlich ihrer Brauchbarkeit und Wirksamkeit überprüft haben, leiten Sie sehr schnell über zu Fragen der Investitionslenkung. Hierauf bezieht sich mein zweiter Einwand. In diesem Zusammenhang führen Sie aus: Die Investitionslenkung muß nach industriepolitischen und bedarfsorientierten Gesichtspunkten erfolgen. Was heißt hier industriepolitisch, was heißt bedarfsorientiert?! Die Instrumente jedenfalls, die Sie an anderer Stelle hierzu vorgeschlagen haben, sind weder operational noch praktikabel. Meine dritte kritische Anmerkung bezieht sich auf Ihre negativen Ausführungen zu vermögenspolitischen Ansatzpunkten. Wenn schon nicht *ex ante* hierzu die Möglichkeit besteht, warum dann nicht das vermögenspolitische Instrumentarium zur Korrektur der ungleichen Vermögens- und Einkommensverteilung benutzen? Das ist, meine ich, ein realistischer Ansatzpunkt. Während Sie nach meiner Meinung das Problem in der Hoffnung auf ein Wunder in die Zukunft verschieben, vertrete ich die Ansicht, daß es genügend Konzepte gibt, die bereits heute zum Erfolg führen würden.

Christian Watrin (Köln):

Ich möchte zwei Bemerkungen zur politischen Ökonomie der Gewinnkontrolle machen. Möglicherweise ist meine politische Ökonomie eine naive im Unterschied zur kritischen. Deren ganzes Konzept hängt allerdings daran, daß man Gewinne nicht nur plant, sondern sie auch auf dem Markte erfolgreich durchsetzt. Es läßt sich jedoch nicht ganz ausschließen, daß Gewinne gelegentlich auch marktbestimmte Einkommen sind, d. h. daß die gewinnabhängigen Unternehmer sich irren. Wenn sie sich irren, d. h. Verluste machen, dann kommt das vorgetragene Konzept in Schwierigkeiten, da in ihm nur von einer globalen Gewinnkontrolle ausgegangen wird. Deshalb frage ich Herrn Meißner, ob in diesem Fall die verlustmachenden Gewinnabhängigen bei den gewinnmachenden Gewinnabhängigen ihre Verluste einklagen können und ob sich ein solcher Anspruch auch gegen den staatlichen Ordnungsgeber, nach dessen Regeln ja gehandelt werden soll, richten kann. In diesem Falle ergeben sich recht interessante Probleme der Ausbeutung des Steuerzahlers.

Herr Meißner plädiert für ein Einwirken auf Investitionsentscheidungen. Systematisch betrachtet folgt daraus eine Reallokation von Entscheidungsmacht. Sie kann auf Regierungen oder auf Verbände übertragen werden. Angenommen, wir spielen diesen Institutionen zusätzliche Macht zu. In den vorgetragenen Empfehlungen wird das als unproblematisch angesehen. Dies scheint mir ein Werturteil zu sein, das man nicht unbedingt teilen muß, aber ich will es um des Argumentes willen akzeptieren. Ferner wird im Referat unterstellt, daß die neuzugewiesene Macht von den Bürokraten auch stabilitätsgerecht gebraucht wird. Meine Frage: Auf welchem empirischen Fundament beruht diese Annahme?

Ernst Helmstädter (Münster):

Herr Meißner, ich möchte zu Ihrem Referat bzw. zu Ihrer Begründung für die Kontrolle von Gewinnen nur eines bemerken: Soweit ich sehe, ist es eigentlich nur die Wahrung der Symmetrie, die in dem Referat als Argument angeführt wird. Aber selbstverständlich müßte man eine solche Sache doch, wenn man sie praktizieren sollte, viel weitergehend begründen. Hier wurde nur die kleine Spitze eines Eisbergs betrachtet. Dieser Eisberg heißt *Kapitalwirtschaft* oder *Wirtschaften in die Zukunft hinein*. Darüber haben wir überhaupt nicht gesprochen.

Daß man Gewinnkontrollen um der Symmetrie willen machen soll, ist einfach nicht einsichtig. Die Symmetrie könnte sich ja längerfristig ergeben, durch Perioden von Gewinnen oder Verlusten. Warum soll Periode für Periode Symmetrie hergestellt werden? Darüber ist hier nicht problemadäquat zu sprechen, weil der ganze Fragenkomplex nur oberflächlich angedeutet worden ist.

Zu dem Beitrag von Herrn von Wysocki möchte ich eine methodische Bemerkung machen: Sie haben sozusagen *Stromökonomie* betrieben. Sie wollen an einer bestimmten Stelle der Ströme eine Messung und Kontrolle anbringen. Sie haben jedoch bestandsökonomisch argumentiert. Sie haben sozusagen den Periodengewinn mit der Zukunft irgendwie gekoppelt. Bei manchem Satz Ihrer Ausführungen, glaube ich, hätte man statt vom *Gewinn* vom Wert sprechen sollen. Der Wert ist selbstverständlich der abdiskontierte Gewinn aller künftigen Perioden. Insofern besteht ein direkter Zusammenhang zwischen *Wert* und *Zukunft*; aber *Gewinn* und *Zukunft* (und nicht Vergangenheit), diesen Zusammenhang kann ich einfach nicht sehen.

Ich meine, es wäre vielleicht nützlich, wenn Sie dazu Stellung nähmen, ob nicht an bestimmten Stellen Ihrer Ausführungen eigentlich der Begriff des Wertes hätte benutzt werden sollen, statt des Gewinnbegriffs. Der Sache nach ist das genau der Punkt, um den es geht: nämlich um Dispositionen weit in die Zukunft hinein. Diese Dispositionen werden heute unter Berücksichtigung der vermutlichen Entwicklungen in der Zukunft getroffen. Darüber müßte man eingehend sprechen. Die Kontrolle und Messung des Gewinns, wie hier dargestellt, stellt nur einen ganz kleinen Zipfel eines ungeheuren Problems dar, über das man allerdings gern mehr erfahren würde.

Klaus von Wysocki (München):

Herr Helmstädter, Sie haben recht. Wert und Gewinn hängen in irgendeiner Weise zusammen. Nur müßten Sie mir sagen, was Sie unter „Wert“ verstehen. Auch die Lehre vom ökonomischen Gewinn ermittelt den Gewinn einer Periode aus einem Vermögensvergleich: Man stellt das Vermögen durch Abdiskontieren zukünftiger Differenzen zwischen Einzahlungen und Auszahlungen einmal zum Anfang der Periode fest, das ergibt den Kapitalwert des Unternehmens zu Beginn einer Periode. Dann ermittelt man den Kapitalwert des Unternehmens in der gleichen Weise für das Ende der Periode. Die Differenz ist der Vermögenszuwachs oder -abgang, nach der Lehre vom ökonomischen Gewinn eben der Gewinn oder Verlust der Periode.

Ich hatte zum Ausdruck gebracht, daß es bei der einzelwirtschaftlichen Gewinnermittlung eigentlich nur darum geht, den sog. Totalerfolg als Differenz zwischen sämtlichen Einzahlungen und Auszahlungen während der Gesamtlebensdauer eines Unternehmens auf die einzelnen Abrechnungsperioden — und damit auch auf die zukünftigen Perioden — zu verteilen. Die Rechnungslegungspraxis und die Betriebswirtschaftslehre haben im Laufe der Zeit eine Fülle von Konventionen und Fiktionen entwickelt, um das Problem der Verteilung des Totalerfolges auf die zukünftigen Abrechnungsperioden einigermaßen operational zu lösen.

Wenn wir in die Zukunft schauen könnten, brauchten wir solche Konventionen und Fiktionen nicht: Wir sollten dann den Periodengewinn nach der Lehre vom ökonomischen Gewinn ermitteln; solange wir aber bei der Gewinnermittlung an (nachprüfbar) Konventionen und Fiktionen gebunden sind, ermitteln wir mit Hilfe der Bilanz zwar eine Gewinnziffer, bei der wir lediglich vermuten dürfen, daß sie als Indikator für den „richtigen“ Gewinn verwandt werden kann.

Herr Meißner schreibt in seinem Referat, der steuerliche Gewinn sei grundsätzlich richtiger als der handelsrechtliche. Dem würde ich widersprechen; denn der steuerliche Gewinn ist weit mehr durch Konventionen und spezielle Ermittlungsvorschriften an Vergangenheitsdaten orientiert, eingefroren als der handelsrechtliche Gewinn. Er ist vor allem deshalb wesentlich weniger zukunftsbezogen als der nach handelsrechtlichen Vorschriften und Maßstäben ermittelte Gewinn.

Ein zweiter Hinweis: Nach Meißner liegt der handelsrechtliche (aktienrechtliche) Gewinn immer an der Untergrenze des „wirklichen“ Gewinns. Auch diese Aussage kann in ihrer generellen Form nicht stehen bleiben. Ein Blick in die Prüfungspraxis heute zeigt, daß in Zeiten rückläufiger Konjunktur die Wirtschaftsprüfer alle Hände voll zu tun haben, die Unternehmen davon abzuhalten, Gewinne möglichst hoch oder Verluste möglichst niedrig auszuweisen. Es ist überdies ein wesentlicher Vorzug des Systems der kaufmännischen Rechnungslegung, daß es den Bilanzierenden dazu zwingt, ungerechtfertigte Verlustvorwegnahmen durch späteren Gewinnausweis und ungerechtfertigte Gewinnvorwegnahmen durch späteren Verlustausweis ausgleichen zu müssen; denn die Summe der ausgewiesenen Periodenerfolge darf nach diesem System nie größer oder kleiner sein als der Totalerfolg. Das System zwingt somit, ich würde beinahe sagen, zu einem antizyklischen Ausgleich: Unternehmen, die zu hohe Gewinne ausweisen, müssen in späteren Perioden zu niedrige Gewinne ausweisen und umgekehrt. Die These von der Untergrenze würde ich gar nicht akzeptieren.

Bernd Mühlhaupt (Düsseldorf):

Wir sollten Herrn Meißner dankbar sein, daß er uns hier eine Konzeption vorstellt, die meines Erachtens nicht nur eine gewisse Asymmetrie beseitigt, sondern darüber hinaus auch den heute morgen begonnenen Kreis schließt. Heute morgen hatte ich zu Herrn Zimmermanns Bemerkungen gesagt, daß die verteilungspolitischen Probleme in einer erweiterten Perspektive diskutiert werden sollten, die den Blick auf die gesamte Wertschöpfung der Unternehmen freigibt. Mir scheint, daß hier ein Ansatz vorliegt, der sowohl die Entstehungs- und Verwendungsproblematik als auch die Verteilungsproblematik unter einen Hut bringen könnte. Ich glaube deshalb, daß man noch nicht daran gehen sollte, diese

sich noch in ihren Anfängen befindliche Konzeption anhand von einigen buchhalterischen Problemen auseinanderzunehmen.

Werner Meißner (Frankfurt a. M.):

Ich darf vielleicht an den letzten Beitrag anknüpfen, der sehr ermunternd war. Ich halte diese buchhalterischen Einzelprobleme tatsächlich für sehr wichtig, und deswegen bin ich Herrn von Wysocki für sein Korreferat dankbar. Ganz klar, der handelsrechtlich ausgewiesene Gewinn ist sicherlich nicht so periodenbezogen, wie es vielleicht in das Referat hineingedeutet werden könnte. Es gibt diesen Gewinnausgleich über die Perioden, aber ich habe die Berechnung aufgrund der Bilanzstatistik der Aktiengesellschaften ja auch auf ein Cash-flow-Konzept bezogen. Auch dieses Cash-flow-Konzept, welches Reservenbildung mitberücksichtigt, also die Verschiebung der Gewinne über periodisch-zyklische Reservenbildung, zeigt eine relativ stetige Gewinnentwicklung, was jenen zu denken Anlaß geben sollte, die behaupten, der Gewinn sei eine so hochreagible Größe und sei im Gegensatz zu kontraktbestimmten Einkommen starken Schwankungen unterworfen.

(Zuruf: Haben Sie mal die Korrelation zwischen Ihrem cash-flow und der Gewinnrate ausgerechnet; der ist nach meiner Rechnung 0,27, also diesen Zusammenhang glaube ich nicht!)

— Herr von Wysocki sagte, die Gewinnmessung sei deswegen auch so besonders schwierig, weil sie auf die Zukunft bezogen sei. Hören wir einen Experten, dessen Sachverstand in Fragen der volkswirtschaftlichen Gewinnermittlung von den hier Anwesenden schwerlich übertroffen wird, Rolf Wagenführ. Er sagt, die Gewinne einzelner Unternehmen sind meist statistisch schwer mit einiger Genauigkeit zu ermitteln; das liegt nicht zuletzt an der Verwirrung, die die Volks- und Betriebswirte begrifflich angerichtet haben. In einem Punkt stimme ich Ihnen zu, Herr von Wysocki, nämlich in der von Ihnen behaupteten Interdependenz zwischen Aneignung, Messung und Entstehung von Gewinnen. Ich finde das auch gar nicht so schlimm. Dazu habe ich ja bei den kurz vorgestellten Fondskonzepten gesagt: Eine prohibitiv betriebene Kontrolle der Gewinnverwendung wird gerade dazu führen, daß dieser Fonds nicht sehr groß sein wird. Das heißt, auf die von Ihnen genannte Interdependenz habe ich auch schon aufmerksam gemacht, aber meiner Meinung nach stört das nicht.

Generell war ich überrascht, als ich die Diskussionsbeiträge gehört habe, daß es doch einige Vertreter für Preiskontrollen gibt. Frau Busch-Lüty, Sie haben eine selektive Preiskontrolle vorgeschlagen, die sich auf Gewinne planfähiger Unternehmen etwa richten sollte. Man könnte hinzufügen, auch auf Unternehmen im Konsumgüterbereich, weil dort die Kontrolle durch den Kunden König leichter durchzuführen ist. Auch

deswegen, weil die behauptete Interdependenz ziemlich gering ist, weil es sich um Endverbrauchsprodukte handelt. Ich bin etwas skeptischer, was die Preiskontrolle als Instrument angeht und habe einiges dazu im Referat gesagt.

Herr Voigtländer, die Wettbewerbspolitik ist bei diesen Vorschlägen eigentlich schon vorausgesetzt. Über die Wirksamkeit von Wettbewerbspolitik kann man sich unterhalten. Ich halte es da mit einem Wort von Galbraith, der gesagt hat, Wettbewerbspolitik sei der letzte verzweifelte Versuch eines resignierenden Verstandes.

Zur Vermögensbildung! Nun, ich habe gerade diese Möglichkeit: Gewinnkontrolle über Kontrolle der Gewinnaneignung als einen Fondsgedanken verstanden, der mit der Vermögensbildung nichts gemein hat.

Herr Watrin hat gesagt, Gewinne werden zwar geplant, aber es kommt darauf an, daß sie auf dem Markt auch erfolgreich durchgesetzt werden können. Das ist richtig. Aber man kann zumindest die Vermutung haben, daß es mit diesem erfolgreichen Durchsetzen seine besondere Bewandnis hat. Ich darf auf eine Untersuchung für die USA hinweisen, die von dem amerikanischen Ökonomen Howard Sherman vorgenommen worden ist. Er weist nach, daß es eine ganz hübsche Korrelation zwischen Konzentration in einer Branche und Gewinnkonstanz und auch Gewinnhöhe gibt. Daraus kann man wohl auch Schlüsse ableiten für den Zusammenhang zwischen Gewinnplanung und der Chance, sie im Marktprozeß durchzusetzen.

Ihre zweite Frage war dann, soll es, wenn Gewinnkontrolle verwirklicht ist, auch die Möglichkeit zum Gewinnausgleich geben und würde das nicht zu Ansprüchen an den Staat, d. h. letztlich zur Ausbeutung des Steuerzahlers führen. „Ausbeutung“ des Steuerzahlers: Auch heute wird bereits in dem Maße, in dem das Beschäftigungsrisiko bei einzelnen Unternehmen sehr hoch ist, das private Kapitalrisiko durch den Staat, d. h. durch die Steuerzahler weitgehend abgedeckt. Also die von Ihnen befürchtete Ausbeutung des Steuerzahlers, falls sie eintreten sollte, wird zumindest nicht größer sein als die heute vorfindliche.

Die dritte Frage war, ob ich glauben würde, daß die Macht der Bürokraten garantieren würde, daß stabilitätsbewußter oder stabilitätserefolgreicher agiert werden würde. Ich glaube, das lenkt von dem Problem ab: Bei diesem Vorschlag geht es eher um eine Machtdiffusion. Er wehrt sich dagegen, Einkommenspolitik zu fordern, sie als verteilungsneutral zu deklarieren und dann auf die Einkommen zu beziehen oder gar zu beschränken, bei welchen die konzeptionellen und instrumentellen Schwierigkeiten nicht vorliegen. Herr Helmstädter, damit komme ich auf Ihren Hinweis: Das kann ich nur voll unterschreiben. In diesem kurzen Referat mit vorgegebenem Thema ist die Möglichkeit der Ge-

winnkontrolle tatsächlich nur mit dem Symmetrieargument gestützt worden. Daß dies sehr viel tiefer geht — vollkommen einverstanden, aber das war hier nicht das Thema. Ich habe keine Gewinnkontrolle gefordert! Nur: Wenn man zu dem Ergebnis kommt, Gewinnkontrollen seien schwierig, gar unmöglich, dann muß man wohl auch zu dem Ergebnis kommen, daß eine Einkommenspolitik wenn nicht unmöglich, dann doch sicherlich sehr schwierig sein wird.

Arbeitskreis K

Stabilisierungspolitik und sektorale sowie regionale Strukturpolitik

Leitung: Knut Borchardt, München

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Mittwoch, 4. September 1974, 9.00 - 11.30 und 14.00 - 16.00 Uhr

Knut Borchardt (München):

Ich möchte voraus einige Bemerkungen zum Tagungsgegenstand und zur Einordnung unserer Erörterungen in das gesamte Programm machen. Das Thema unseres Arbeitskreises heißt „Stabilisierungspolitik und sektorale sowie regionale Strukturpolitik“. Als dieses Thema ausgewählt wurde, hatte ich das Gefühl, dies sei eine der Arbeitsgruppen, die sich mit den Fragen, die in den letzten Jahren von allergrößter Relevanz geworden sind, beschäftigt. Jedermann, der sich mit praktischer Konjunkturforschung befaßt, weiß, wie differenziert inzwischen Konjunkturen verlaufen. Jedermann, der sich mit der Konjunkturpolitik beschäftigt, weiß auch, wie diese Differenzierung des konjunkturellen Prozesses dazu Anlaß gibt, sich Gedanken darüber zu machen, ob das globalpolitische Instrumentarium überhaupt noch „der Sache angemessen ist“. Für viele Verbandsgeschäftsführer ist dies Anlaß zu fordern, daß nur noch differenziert konjunkturpolitisch gearbeitet wird. Was dann aber eine sektoral differenzierte Konjunkturpolitik ist, wird meist von den einzelnen Sektoren nur in bezug auf sich selbst definiert. Es gibt keine Konzepte einer „generellen sektoral strukturierten“ Politik.

Was für die sektorale Branchengliederung gilt, gilt in entsprechender Weise auch für die regionale Gliederung. Vor einigen Jahren hat es in der Bundesrepublik die Tendenz gegeben, in den § 1 des Stabilitäts- und Wachstumsgesetzes das weitere Erfordernis einer Berücksichtigung regionaler Besonderheiten aufzunehmen, so daß also zu den großen Hauptzielen (unter Berücksichtigung der marktwirtschaftlichen Ordnung) auch noch die Berücksichtigung regionaler Besonderheiten käme. Dabei entstand die Gefahr, daß eine Art Wirtschaftsministerkonferenz mit Veto-recht zu institutionalisieren wäre, die vorher gehört werden sollte, bevor irgendwelche Maßnahmen getroffen werden. Diese Beispiele belegen, daß unsere Aufgabe von allergrößter theoretischer und politischer Relevanz ist und daß es gerechtfertigt ist, sich gerade hiermit zu beschäftigen.

Die Tagungsleitung war bemüht, für den besonders wichtigen Bau-sektor eine Sektoralanalyse zu bekommen. Das ist nicht gelungen. In einer anderen Arbeitsgruppe sind von Herrn Klemmer aus Bochum die Ergebnisse einer spektralanalytischen Untersuchung des Konjunkturprozesses in der BRD vorgeführt worden, wobei er zeigen konnte, daß nahezu alle Bereiche der gewerblichen Produktion eine etwa einheitliche Periodizität aufweisen, mit zwei Ausnahmen: Nahrungs- und Genuß-

mittel sowie die Bauindustrie. Daß der Bereich der Nahrungs- und Genußmittel herausfällt, ist für uns kein Problem. Seine zyklischen Abweichungen sind in den Amplituden minimal. Aber bei der Bauindustrie fällt die ganz andere Periodizität und fallen die sehr hohen Amplituden natürlich heraus. Es wäre besonders reizvoll gewesen, da die Bauindustrie auch das Einfallstor für fiskalpolitische Aktivitäten ist, gerade in diesem einen Fall das Verhältnis sektoraler Instrumentierung und globaler Steuerung abzuhandeln. Das ist leider hier nicht möglich.

Der zweite Wirtschaftsbereich, der einem sofort in die Augen fällt, wenn wir Strukturpolitik sagen, ist die Agrarwirtschaft. Nun haben wir hier von der Sache her mit Herrn Koester einen Referenten gewonnen, der voll den agrarwirtschaftlichen Hintergrund mitbringt, der uns aber gerade ein allgemeines Konzept entwickeln will, das die gesamtwirtschaftliche Stabilisierungspolitik vor dem Hintergrund der Aufgabe geldwertneutraler Entwicklung sektoraler Preise aufzeigt.

Geldwertneutrale Entwicklung sektoraler Preise als Problem gesamtwirtschaftlicher Stabilisierungspolitik

Von *Ulrich Koester*, Göttingen*

1. Einleitung

Im vorliegenden Referat werden zunächst einige Gründe für eine strukturpolitische Komponente im Rahmen einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik gegeben. Dieser Referatsteil wird relativ kurz gehalten, da die Bedeutung der Strukturpolitik als Teil einer Stabilisierungspolitik weitgehend anerkannt wird. Betonung wird lediglich auf die Verwendbarkeit der sektoralen Preisentwicklung als Indikator der Eingriffsnotwendigkeit gelegt. Der Schwerpunkt des Referats wird auf der Analyse der methodischen Möglichkeiten zur Ermittlung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklungen liegen. Exemplarisch werden zunächst einige Konzepte, die bereits in der Literatur vorgestellt wurden, auf ihre Aussagefähigkeit untersucht. Daran schließt sich die Darstellung eines differenzierten Konzepts mit einem Vergleich der empirischen Ergebnisse an.

Leider ist es nicht möglich, auf einzelne wirtschaftspolitische Instrumente zur Verwirklichung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklung einzugehen. Dieser Verzicht mag vertretbar sein, da eine diesbezügliche Instrumentenanalyse in der Literatur zur Strukturpolitik bereits in differenzierter Form vorliegt. Es wird daher als wichtiger erachtet, eine dem Instrumenteneinsatz vorgelagerte Frage zu diskutieren: Unter welchen Bedingungen ist ein wirtschaftspolitischer Mitteleinsatz zur Verwirklichung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklung dem sich selbst regulierenden Marktprozeß überlegen? Ausführungen zu diesen Fragen sollen dazu beitragen, daß a) mögliche Opportunitätskosten des Mitteleinsatzes geprüft werden und b) Kriterien gegeben werden, die es ermöglichen, eine Vorauswahl bezüglich der

* Geboren am 20. Mai 1938 in Elbing (Westpreußen). 1968 Promotion zum Dr. rer. pol. der Universität Göttingen. 1968/1969 visiting scholar an der Universität Berkeley (Kalifornien). 1971 Habilitation an der Universität Göttingen (Agrarökonomie). Im Sommersemester 1971 Gastdozent an der Technischen Universität Berlin (Entwicklungsökonomie). Seit Wintersemester 1971/1972 wissenschaftlicher Rat und Professor am Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen. 1975 Gastprofessor an der New York State University in Buffalo. Hauptarbeitsgebiet: sektorale und intersektorale Analyse.

Eingriffsnotwendigkeiten aus der Menge der Sektoren mit nicht geldwertneutraler Preisentwicklung zu treffen.

Unter geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklung wird im folgenden die Preisentwicklung verstanden, die sich bei vollkommener Flexibilität des Produktionsapparates ergeben würde. Um diese Arbeitsdefinition quantifizierbar zu machen, wird davon ausgegangen, daß eine geldwertneutrale sektorale Preisentwicklung dann vorliegt, wenn die Faktorentgelte in allen Sektoren prozentual gleich steigen. Das zugrundeliegende Konzept ist somit streng angebotsorientiert: Es wird die Änderungsrate eines hypothetischen Angebotspreises bei gleicher Entwicklung aller Faktorentgelte ermittelt und der Änderungsrate des Marktpreises gegenübergestellt. Liegt die Änderungsrate des Marktpreises über (unter) der berechneten Änderung des Angebotspreises, so wird von relativer Inflation (Deflation) gesprochen¹. Eine relative Inflation bedeutet damit zugleich eine überdurchschnittliche Steigerung der sektoralen Faktorentgelte. Diese kann sowohl mit konstanten als auch fallenden oder steigenden Produktpreisen vereinbar sein.

Auf systemimmanente Mängel des Konzeptes wird bei der Interpretation der Ergebnisse einzugehen sein.

2. Begründung und Ansatzpunkt einer strukturpolitischen Komponente bei einer gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik

2.1 Begründung der strukturpolitischen Komponente

Eine gesamtwirtschaftliche Stabilisierungspolitik, die lediglich auf Instrumenten der Globalsteuerung basiert, birgt den Vorteil in sich, daß versucht wird, eine Beeinflussung der Makrorelationen vorzunehmen, während für die Mikrorelationen das Prinzip der Selbststeuerung durch den Marktmechanismus weitgehend erhalten bleibt². An der ausreichenden Effizienz der Globalsteuerung in Form der Steuerung der gesamtwirtschaftlichen Nachfrage kann jedoch aus zwei Gründen gezweifelt werden:

1. Die Instrumente der Globalsteuerung werden nicht stets wettbewerbsneutral — z. B. zwischen den Wirtschaftssektoren — wirken und können somit die Funktion des Marktmechanismus beeinflussen. Wenn aber als Postulat für die relative Vorzüglichkeit die Neutralität des

¹ Zum Begriff relative Inflation vgl. *H. Giersch*, Inflation, in: Handwörterbuch der Sozialwissenschaften, Bd. 5, Stuttgart und Tübingen 1956, S. 282.

² Vgl. *K. Schiller*, Preisstabilität durch globale Steuerung der Marktwirtschaft, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 15, Tübingen 1966, S. 21.

Instrumentariums der Globalsteuerung bezüglich der Mikrorelationen erhoben wird, weil laut Hypothese der Marktmechanismus die Abstimmung der Relationen zwischen den Mikroeinheiten am besten vornimmt, dann erfordert der Einsatz der Globalsteuerung flankierende strukturpolitische Maßnahmen zur Kompensation der durch die Globalsteuerung beeinflussten Strukturen.

2. Die gesamtwirtschaftliche Nachfragesteuerung stellt keine ursachenadäquate Therapie im Rahmen einer Stabilisierungspolitik dar, wenn die Ursachen der stabilitätswidrigen Situation auf der Angebotsseite liegen und insbesondere struktureller Art sind. Zwar wird die Globalsteuerung auch bei solchen Ursachen auf eine abnehmende Inflationsrate hinwirken können, doch können die sozialen Kosten — das heißt die Abweichung von anderen Zielen — größer als bei einer ergänzenden strukturpolitischen Komponente sein. Es dürfte allgemein akzeptiert werden, daß unter anderem durch die Strukturpolitik eine Verschiebung der Phillips-Kurve gegen den Ursprung möglich ist.

2.2 Beeinflussung sektoraler Preisentwicklung als Ansatzpunkt einer strukturpolitischen Stabilisierungspolitik

Als adäquater Indikator für eine strukturpolitische Stabilisierungspolitik erscheint die relative sektorale Inflations- bzw. Deflationsrate geeignet.

Liegt eine relative sektorale Inflation vor, so kann ein selektiver wirtschaftspolitischer Mitteleinsatz aus folgenden Gründen empfehlenswert sein:

1. Im Sektor i sind die Faktoreinkommen überdurchschnittlich gestiegen. Die Marktlage des Sektors muß daher überdurchschnittlich günstig gewesen sein. Dies deutet darauf hin, daß dieser Sektor einen Engpaß im volkswirtschaftlichen Produktionsgefüge darstellt. Würde man durch wirtschaftspolitischen Mitteleinsatz den Engpaß beseitigen, so könnte wahrscheinlich die gesamte volkswirtschaftliche Produktion erhöht werden.

2. Zum gleichen Ergebnis führt folgende Überlegung: Nach der fünften Marginalbedingung³ ist die Produktionsstruktur optimal, wenn das Verhältnis der sozialen Grenzkosten zweier beliebiger Güter gleich ist dem Verhältnis ihrer sozialen Werte. Die fünfte Marginalbedingung ist aber nicht erfüllt, wenn die relative Inflationsrate des Sektors i über der gesamtwirtschaftlichen liegt. In diesem Fall weicht die Relation der sozialen Grenzkosten von der Relation der sozialen Werte (= Preise) ab.

³ Vgl. H. Giersch, Allgemeine Wirtschaftspolitik, Wiesbaden 1960, S. 115.

Laut Definition ist das Produktionsergebnis bei einer suboptimalen Produktionsstruktur niedriger als bei einer optimalen, so daß $\frac{dP_i}{P_i} > \frac{dP}{P}$ ⁴ mit einem gesamtwirtschaftlichen Produktionsverzicht einhergeht.

3. Wie unter „1.“ betont, bedeutet $\frac{dP_i}{P_i} > \frac{dP}{P}$ laut Definition ein un- ausgewogenes Branchenwachstum. Soll Wachstum bei Geldwertstabilität möglich sein, so ist auf ein ausgewogenes Branchenwachstum zu achten. Diese Notwendigkeit ergibt sich um so mehr, je größer die Sektoren sind, die zu Engpaßsektoren werden können⁵. Währt das un- ausgewogene Branchenwachstum über eine längere Zeit, so besteht die Gefahr, daß sich die Differenz zwischen $\frac{dP_i}{P_i}$ und $\frac{dP}{P}$ durch eine Einkalkulation der Preissteigerungen in das Käuferverhalten noch verstärkt.

4. $\frac{dP_i}{P_i} > \frac{dP}{P}$ in der laufenden Periode kann insbesondere bei kleinen Gewerkschaften und/oder betriebsnahen Tarifverträgen zu einer Gefährdung der Geldwertstabilität in der Zukunft beitragen⁶. In den Engpaßsektoren wird in der laufenden Periode die Rendite überdurchschnittlich gestiegen sein, da angenommen werden kann, daß bei teils tariflich fixierten Löhnen die überdurchschnittliche sektorale Einkommenssteigerung mehr dem Faktor Kapital als dem Faktor Arbeit zugute kommt. Bei der nächsten Lohnrunde werden daher von den Engpaßsektoren überdurchschnittliche Lohnsteigerungen erwartet; in Verhandlungen werden die Arbeitgeber dieser Sektoren auch eher geneigt sein als die Arbeitgeber in anderen Sektoren, überdurchschnittliche Lohnzugeständnisse zu machen. Bei einer annähernd konstanten Lohnstruktur⁷ werden daher von den Engpaßsektoren Lohnsteigerungen ausgehen, die zu einer Erhöhung der Stückkosten in der Volkswirtschaft führen. Bei unveränderten Gewinnansprüchen der Unternehmer und unverändertem Sparverhalten der Arbeitnehmer wird die Stückkostenerhöhung von einer inflationären Preisentwicklung begleitet sein. Diese Hypothese wurde bereits von Eckstein und Wilson bestätigt⁸.

⁴ $\frac{dP_i}{P_i}$ = relative sektorale Inflationsrate; $\frac{dP}{P}$ = gesamtwirtschaftliche Inflationsrate.

⁵ Vgl. J. B. Donges, Über das Inflationsproblem in Entwicklungsländern, Köln, Berlin, Bonn, München 1970, S. 44 ff.

⁶ Vgl. hierzu auch die Diskussion um die importierte Inflation u. a. bei U. Westphal, Die importierte Inflation bei festem und flexiblen Wechselkurs, Tübingen 1968, S. 47 ff.

⁷ Vgl. u. a. W. Mieth, Ein Beitrag zur Theorie der Lohnstruktur, Göttingen 1967, S. 33 ff.

Liegt die Inflationsrate eines Sektors unter der gesamtwirtschaftlichen, so gefährdet dieser Sektor zwar nicht mehr als andere Sektoren das Ziel Geldwertstabilität, aber dennoch kann es angebracht sein, durch wirtschaftspolitischen Mitteleinsatz auf eine Angleichung der Inflationsraten — bzw. der Faktorentgelte — hinzuwirken. Folgende Gründe sprechen dafür:

1. Eine disparitäre Entwicklung der Faktorentgelte im Sektor i deutet auf Überkapazitäten hin. Die Produktionsstruktur ist demnach suboptimal und die fünfte Marginalbedingung verletzt. $\frac{dP_i}{P_i} < \frac{dP}{P}$ geht daher ebenso wie $\frac{dP_i}{P_i} > \frac{dP}{P}$ mit einem gesamtwirtschaftlichen Produktionsverzicht einher.
2. Eine disparitäre Entwicklung der Faktorentgelte scheint im Wirtschaftssystem der sozialen Marktwirtschaft die Forderung der Betroffenen nach staatlicher Intervention zu erwecken. Sind die staatlichen Eingriffe aber nicht nur anpassungsförderlich, sondern auch teilweise strukturerhaltend, so gehen hiervon sowohl wachstumshemmende als auch inflationsfördernde Wirkungen aus.
3. Eine disparitäre Entwicklung der Faktorentgelte weist einerseits auf die Notwendigkeit des Strukturwandels hin, kann aber auch andererseits bei Anlegung weiterer Kriterien als Hinweis für soziale Härten des Strukturwandels dienen und damit einen wirtschaftspolitischen Mitteleinsatz erfordern.

3. Möglichkeiten der Quantifizierung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklung

3.1 Quantifizierung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklung nach J. Fourastié

Nach Fourastié „verhält sich der reale Verkaufspreis — auf lange Sicht mit einem maximalen Fehler von höchstens 25 Prozent und einem durchschnittlichen Fehler von sicherlich weniger als 10 Prozent, bei den meisten Produkten weniger als 5 Prozent — umgekehrt proportional zur Arbeitsproduktivität“⁸. Im folgenden soll untersucht werden, unter welchen Bedingungen eine Identität besteht zwischen den Änderungen

⁸ Vgl. O. Eckstein und T. A. Wilson, *The Determination of Money Wages in American Industry*, in: *The Quarterly Journal of Economics*, Bd. 76 (1962), S. 379 ff.

⁹ J. Fourastié, *Die große Hoffnung des zwanzigsten Jahrhunderts*, Köln-Deutz 1954, S. 150.

des Preisgefüges in einer Volkswirtschaft, die sich bei vollkommener Flexibilität des Produktionsapparates ergeben und den Änderungen des Preisgefüges, die sich lediglich auf Grund divergierender sektoraler Arbeitsproduktivitätsänderungen ergeben.

Zur Vereinfachung der Analyse wird davon ausgegangen, daß der betrachtete Sektor i nur einen kleinen Anteil vom gesamten Sozialprodukt erstellt. Fourastiés Norm läßt sich unter dieser Annahme so interpretieren, daß bei Konstanz des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus die Änderungsrate der sektoralen Preise (P_i) stets gleich sein muß der Differenz der Änderungsraten von gesamtwirtschaftlicher (π) und sektoraler Arbeitsproduktivität (π_i). Es muß also gelten:

$$(1) \quad \frac{dP_i}{P_i} = \frac{d\pi}{\pi} - \frac{d\pi_i}{\pi_i}$$

Es gilt nun zu prüfen, ob bei einer sektoralen Preisentwicklung gemäß Gleichung (1) die Entwicklung der sektoralen Faktorentgelte stets der Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Faktorentgelte entspricht. Eine solche Übereinstimmung müßte sich ergeben, wenn durch Gleichung (1) die Preisstruktur, die sich bei vollkommener Flexibilität des Produktionsapparates ergibt, erklärt werden könnte.

Zur Überprüfung dieser Hypothese wird von der Definitionsgleichung für den Wert der Produktion eines vollintegrierten Sektors — eines Sektors, der keine Vorleistungen bezieht — ausgegangen. Von ökonomischer Aktivität des Staates wird dabei abstrahiert; weiterhin wird eine unendliche Lebensdauer der Kapitalgüter unterstellt. Für den Wert der sektoralen Produktion muß dann gelten:

$$(2) \quad P_i Q_i = L_i l_i + K_i r_i \quad \text{mit } Q_i = \text{Produktionsmenge}$$

$$L_i = \text{Arbeitseinsatz in Stunden}$$

$$K_i = \text{Kapitaleinsatz}$$

$$l_i = \text{Lohnsatz}$$

$$r_i = \text{Kapitalrendite}$$

Aus (2) folgt für die Änderungsrate der sektoralen Preise:

$$(3) \quad \frac{dP_i}{P_i} = - \frac{dQ_i}{Q_i} + \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \left(\frac{dL_i}{L_i} + \frac{dl_i}{l_i} \right) + \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \left(\frac{dK_i}{K_i} + \frac{dr_i}{r_i} \right)$$

Unter Berücksichtigung der Definition für die Änderungsrate der Arbeitsproduktivität

$$(4) \quad \frac{d\pi_i}{\pi_i} = \frac{d\left(\frac{Q_i}{L_i}\right)}{\frac{Q_i}{L_i}} = \frac{dQ_i}{Q_i} - \frac{dL_i}{L_i}$$

erhält man aus (3) durch Umstellungen:

$$(5) \quad \frac{dP_i}{P_i} = -\frac{d\pi_i}{\pi_i} + \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \left(\frac{dK_i}{K_i} - \frac{dL_i}{L_i} \right) + \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dl_i}{l_i} + \frac{P_i Q_i}{K_i r_i} \cdot \frac{dr_i}{r_i}$$

Wenn Gleichung (1) die sektorale Preisentwicklung bei vollkommener Flexibilität des Produktionsapparates beschreiben soll, müßte Gleichung (5) in Gleichung (1) unter Gleichsetzen von sektoraler und gesamtwirtschaftlicher Entwicklung der Faktorentgelte transformierbar sein. Gilt z. B. für die gesamtwirtschaftlichen Faktorentgelte:

$$(6a) \quad \frac{dl}{l} = \frac{dl_i}{l_i} = \frac{d\pi}{\pi}$$

$$(6b) \quad \frac{dr}{r} = \frac{dr_i}{r_i}$$

so wird (5) zu

$$(7) \quad \frac{dP_i}{P_i} = -\frac{d\pi_i}{\pi_i} + \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \left(\frac{dK_i}{K_i} - \frac{dL_i}{L_i} \right) + \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{d\pi}{\pi}$$

Offensichtlich weicht (7) von (1) ab. Nimmt man jedoch an, daß a) die Substitutionselastizitäten im Zeitablauf konstant bleiben und außerdem b) gleich 1 sind, so gilt:

$$(8) \quad \frac{dr_i}{r_i} - \frac{dl_i}{l_i} = \frac{dL_i}{L_i} - \frac{dK_i}{K_i}$$

und wegen (6)

$$(9) \quad -\frac{d\pi}{\pi} = \frac{dL_i}{L_i} - \frac{dK_i}{K_i} - \frac{dr}{r}$$

(9) in (7) eingesetzt ergibt

$$(10) \quad \frac{dP_i}{P_i} = -\frac{d\pi_i}{\pi_i} + \frac{d\pi}{\pi}$$

Somit ist gezeigt, daß durch die Divergenz der sektoralen Arbeitsproduktivitäten die Preisstruktur bei vollkommener Flexibilität des Produktionsapparates dann beschrieben werden kann, wenn a) die historischen sektoralen Substitutionselastizitäten gleich 1 sind und im Zeitablauf konstant bleiben und b) die Änderungsrate des Lohnsatzes gleich der Änderungsrate der gesamtwirtschaftlichen Arbeitsproduktivität ist.

3.2 Quantifizierung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklung durch den Sachverständigenrat

Der Sachverständigenrat¹⁰ geht bei der Berechnung von folgender Gleichung aus:

$$(11) \quad \frac{dP_{w_i}}{P_{w_i}} - \frac{d\bar{P}_w}{\bar{P}_w} = - \frac{d\pi_i^N}{\pi_i^N} + \frac{d\bar{\pi}^N}{\bar{\pi}^N}$$

Dabei bedeuten:

P_{w_i} = Preis der Wertschöpfung des Sektors i

\bar{P}_w = Preis der Wertschöpfung der gesamten Industrie

π_i^N = globale Nettoproduktivität des Sektors i

$\bar{\pi}^N$ = globale Nettoproduktivität der gesamten Industrie

Das methodische Konzept kann leichter analysiert werden, wenn wiederum davon ausgegangen wird, daß der Sektor i nur einen kleinen Anteil vom gesamten Sozialprodukt erstellt und statt der gesamten Industrie die Größen der gesamten Wirtschaft gesetzt werden. Bei gesamtwirtschaftlicher Preisniveaustabilität erhält man dann aus Gleichung (11):

$$(12) \quad \frac{dP_{w_i}}{P_{w_i}} = - \frac{d\pi_i^N}{\pi_i^N} + \frac{d\bar{\pi}^N}{\bar{\pi}^N}$$

Im folgenden soll gezeigt werden, daß gegen die Verwendung dieser Gleichung zur Berechnung der sektoralen Preisentwicklung bei vollkommener Flexibilität des Produktionsapparates zwei Gründe sprechen: Erstens die Vernachlässigung der Bedeutung der Faktorintensität und zweitens die mangelnde statistische Grundlage zur Berechnung sektoraler Änderungsraten von Wertschöpfungspreisen und globalen Nettoproduktivitäten.

Um die Bedeutung des ersten Argumentes zu zeigen, wird unterstellt, daß das Argument nicht gilt. Dies ist der Fall, wenn der Sektor i voll integriert ist. Gleichung (12) wird dann zu

$$(13) \quad \frac{dP_i}{P_i} = - \frac{d\pi_i^B}{\pi_i^B} + \frac{d\pi^B}{\pi^B}$$

Dabei steht π^B für globale Bruttonproduktivität, denn für voll integrierte Sektoren sind Nettoproduktivitäten und Bruttonproduktivitäten gleich.

¹⁰ Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Stabilisierung ohne Stagnation, Jahresgutachten 1965/66, Stuttgart-Mainz 1965, S. 206. — Das Vorgehen des Sachverständigenrates deckt sich weitgehend mit der Analyse *Ølgaards, Growth, Productivity and Relative Prices*, Amsterdam 1968, S. 294 ff. Vgl. *U. Koester, Sektorale Preisentwicklung und Geldwertstabilität*, Meisenheim/Glan 1974, S. 26 ff.

Wenn die sektorale Preisbestimmungsgleichung (13) zu einer gleichen Entwicklung der Faktorentgelte in allen Sektoren führen soll, muß sich aus der Definitionsgleichung für die Änderungsrate der sektoralen Preise (Gleichung (3) und Gleichung (13)) die Änderungsrate der Faktorentgelte berechnen lassen. Bevor (13) mit (3) verknüpft wird, soll (13) unter Berücksichtigung der Definition für die Änderungsrate der globalen Bruttonominalproduktivität umgeformt werden.

Die Definition für die globale Bruttonominalproduktivität lautet:

$$(14) \quad \frac{d\pi_i^B}{\pi_i^B} = \frac{dQ_i}{Q_i} - \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dK_i}{K_i} - \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dL_i}{L_i}$$

Für (13) kann daher geschrieben werden:

$$(15) \quad \frac{dP_i}{P_i} = -\frac{dQ_i}{Q_i} + \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dK_i}{K_i} + \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dL_i}{L_i} + \frac{dQ}{Q} - \frac{Kr}{PQ} \cdot \frac{dK}{K} - \frac{Ll}{PQ} \cdot \frac{dL}{L}$$

Nun wird (15) mit (3) gleichgesetzt, um aus (3) die Änderungsrate der Faktorentgelte zu berechnen. Man erhält:

$$(16) \quad \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dr_i}{r_i} + \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dl_i}{l_i} = \frac{dQ}{Q} - \frac{Kr}{PQ} \cdot \frac{dK}{K} - \frac{Ll}{PQ} \cdot \frac{dL}{L}$$

Wenn die Preisbestimmungsgleichung (13) gilt, ist (16) stets erfüllt. Es ist aber unmittelbar einsichtig, daß (16) nicht garantiert, daß sich die Faktorentgelte in allen Sektoren gleich entwickeln. Nehmen wir z. B. an, daß die Entwicklung der gesamtwirtschaftlichen Kapitalrendite und auch die der sektoralen durch (6b) beschrieben wird, so wird (16) zu

$$(17) \quad \frac{dl_i}{l_i} = \frac{P_i Q_i}{L_i l_i} \left[\left(\frac{dQ}{Q} - \frac{dL}{L} \right) + \frac{Kr}{PQ} \left(\frac{dL}{L} - \frac{dK}{K} \right) \right]$$

Gleichung (17) zeigt, daß die Preisbestimmungsgleichung (13) nur dann zu einer gleichen Entwicklung der Faktorentgelte in allen Sektoren führen kann, wenn die Faktoreinkommensanteile $\left[\frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \right]$ und $\left[\frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \right]$ in allen Sektoren gleich sind.

Dann wird (16) zu

$$(18) \quad \frac{dl_i}{l_i} = \frac{dK}{K} - \frac{dL}{L}$$

Offensichtlich sind die Hypothesen, daß a) die factor shares in allen Sektoren gleich sind und b) sich im Zeitablauf nicht ändern, nicht realitätsnah. Damit konnte gezeigt werden, daß die Methode des Sachverständigenrats selbst für voll integrierte Sektoren unter sehr einschränkenden Prämissen verwendbar ist.

Im folgenden wird zu zeigen sein, daß für Sektoren, die nicht voll integriert sind, weitere einschränkende Prämissen impliziert werden

müssen, wenn die Methode des Sachverständigenrats (Gleichung (2)) zur Berechnung der geldwertneutralen sektoralen Preise herangezogen wird.

Die Problematik kann an Hand der Definition für die globale Nettoproduktivität aufgezeigt werden. Die Definition lautet:

$$(19) \quad \pi_{i,t}^N = \frac{P_{i,t_0} \cdot Q_{i,t} - P_{I,t_0} \cdot Q_{I,t}}{L_{i,t} \cdot l_{i,t_0} + K_{i,t} \cdot r_{i,t_0}}$$

Neben den bereits eingeführten Symbolen wird P_I für den Vorleistungspreis und Q_I für die Vorleistungsmenge geschrieben.

Die globale Nettoproduktivität besagt also, daß das Wertschöpfungsvolumen eines Sektors zum Volumen des sektoralen Faktoreinsatzes in Relation gesetzt wird. Es soll nun geprüft werden, ob das Wertschöpfungsvolumen als Differenz von Produktionsvolumen und Vorleistungsvolumen berechnet werden kann.

Für die sektorale Wertschöpfung gilt laut Definition

$$(20) \quad P_{w_{i,t}} \cdot Q_{w_{i,t}} = P_{i,t} \cdot Q_{i,t} - P_{I,t} \cdot Q_{I,t}$$

Für das Wertschöpfungsvolumen soll gelten:

$$(21) \quad P_{w_{i,t_0}} \cdot Q_{w_{i,t}} \stackrel{?}{=} P_{i,t_0} \cdot Q_{i,t} - P_{I,t_0} \cdot Q_{I,t}$$

Gleichung (21) kann offensichtlich dann und nur dann mit der angegebenen Spezifizierung der Variablen $P_{w_{i,t_0}}$ und $Q_{w_{i,t}}$ gelten, wenn die beiden Gleichungen (20) und (21) linear abhängig sind. Nur in diesem Fall ist es möglich, aus den beiden Gleichungen die drei unbekannt GröÙen ($P_{w_{i,t}}$, $Q_{w_{i,t}}$ und $P_{w_{i,t_0}}$) zu berechnen. Das bedeutet aber, daß nach Gleichung (21) nur dann das Wertschöpfungsvolumen berechnet werden kann, wenn die Inflationsrate von Produktions-, Vorleistungs- und Wertschöpfungspreisen gleich ist¹¹. Abgesehen von dieser sehr restriktiven Hypothese, die der Berechnung zugrundegelegt werden muß, steht die Implikation dem Berechnungsziel entgegen. Es erscheint wenig sinnvoll, einerseits die sektoralen Inflations- und Deflationsraten berechnen zu wollen und andererseits zu unterstellen, daß um die reale Welt eines Sektors lediglich ein Geldschleier ausgebreitet ist.

¹¹ Zur ökonomischen Interpretation der Berechnungsmethode nach Gleichung (21) vgl. U. Koester, Sektorale Preisentwicklung und Geldwertstabilität, S. 36 ff.

3.3 Quantifizierung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklung unter Berücksichtigung divergierender sektoraler Faktorintensitäten und Bruttoproduktivitäten

Ausgangspunkt der Berechnung soll die Definitionsgleichung für die sektorale Preisentwicklung eines Sektors sein, der Vorleistungen bezieht. Die Gleichung lautet analog zu (3):

$$(22) \quad \frac{dP_i}{P_i} = -\frac{dQ_i}{Q_i} + \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \left(\frac{dL_i}{L_i} + \frac{dl_i}{l_i} \right) + \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \left(\frac{dK_i}{K_i} + \frac{dr_i}{r_i} \right) + \frac{P_I Q_I}{P_i Q_i} \left(\frac{dP_I}{P_I} + \frac{dQ_I}{Q_I} \right)$$

Da die Definitionsgleichung für die Änderungsrate der globalen Bruttoproduktivität lautet:

$$(23) \quad \frac{d\pi_i^B}{\pi_i^B} = \frac{dQ_i}{Q_i} - \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dL_i}{L_i} - \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dK_i}{K_i} - \frac{P_I Q_I}{P_i Q_i} \cdot \frac{dQ_I}{Q_I}$$

kann (22) auch wie folgt geschrieben werden:

$$(24) \quad \frac{dP_i}{P_i} = -\frac{d\pi_i^B}{\pi_i^B} + \frac{L_i l_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dl_i}{l_i} + \frac{K_i r_i}{P_i Q_i} \cdot \frac{dr_i}{r_i} + \frac{P_I Q_I}{P_i Q_i} \cdot \frac{dP_I}{P_I}$$

Mit Hilfe von Gleichung (24) kann ex post berechnet werden, ob die sektorale Preisentwicklung geldwertneutral war. Dabei ist folgendes Vorgehen möglich: Für die Änderungsraten von globaler Bruttoproduktivität und Vorleistungspreisen sind stets die sektoralen Daten zu verwenden. Für die Änderungsraten der sektoralen Faktorentgelte kann man dagegen entweder die tatsächliche Entwicklung der durchschnittlichen Faktorentgelte in der Volkswirtschaft heranziehen oder die gesamtwirtschaftlichen Änderungsraten, die auf Grund einer Norm z. B. der kostenniveauneutralen oder produktivitätsorientierten Lohnpolitik zu einem stabilen Preisniveau geführt hätten. Je nach dem Vorgehen muß die Interpretation von $\frac{dP_i}{P_i}$ unterschiedlich sein. Im ersten Fall ist bei der Berechnung der relativen Inflation oder Deflation lediglich das berechnete $\frac{dP_i}{P_i}$ mit der tatsächlichen Entwicklung zu vergleichen. Im zweiten Fall muß dagegen zur berechneten Änderungsrate von P_i noch die gesamtwirtschaftliche Inflationsrate addiert werden, um durch den Vergleich mit der tatsächlichen Entwicklung von P_i die Aussage treffen zu können, ob der Sektor i relativ inflationär oder deflationär gewirkt hat.

Im Anhang ist zur Illustration der Unterschiede der Ergebnisse in Abhängigkeit von den Berechnungsmethoden die relative Inflation bzw. Deflation der Agrarpreise der Bundesrepublik Deutschland für die Zeit von 1951/52 bis 1968/69 aufgeführt. Die Unterschiede sind so groß, daß eine verbindliche Einigung auf eine Berechnungsmethode unumgänglich erscheint.

3.4 Zum systemimmanenten Fehler in den methodischen Konzepten

Die dargestellten Berechnungsmethoden gingen von der Hypothese aus, daß sich bei vollkommener Flexibilität des gesamtwirtschaftlichen Produktionsapparates eine gleiche Entwicklung der Faktorentgelte in allen Sektoren ergeben würde. Bei der Berechnung wurde dann implizit unterstellt, daß die Preisstruktur einer Volkswirtschaft bei vollkommener Flexibilität des Produktionsapparates mit Hilfe eines Partialmodells ermittelt werden kann. Die Faktoreinsatzmengen, die sektorale Produktion sowie die gesamtwirtschaftliche Entwicklung der Faktorentgelte wurden dabei von der Ist-Situation bei mangelnder Flexibilität in die Berechnung der Soll-Situation bei vollkommener Flexibilität übernommen. Hieraus folgt: Ergibt die Berechnung, daß ein Sektor inflationär war und somit seine Marktpreisänderung über der Preisänderung liegt, die sich bei paritätischer Entwicklung der Faktorentgelte ergeben würde, so wird die relative Inflationsrate überschätzt. Bei vollkommener Mobilität der Faktoren hätte sich bei steigenden Angebotskurven nicht der berechnete, sondern ein höherer Preis ergeben (vgl. Schaubild 1 a). Ergibt die Berechnung, daß der Sektor deflationär war, so wird die Deflationsrate überschätzt (Schaubild 1 b).

Die Richtung der Änderung der Preisrelationen dürfte jedoch in der Regel ermittelt werden können, wenn angenommen werden kann, daß entweder die Entlohnung in der Ausgangsperiode paritätisch war oder die Disparitäten lediglich auf Qualitätsunterschieden oder Präferenzen beruhen. Ist diese Hypothese nicht aufrechtzuerhalten, dann sind die Rechenergebnisse unbrauchbar.

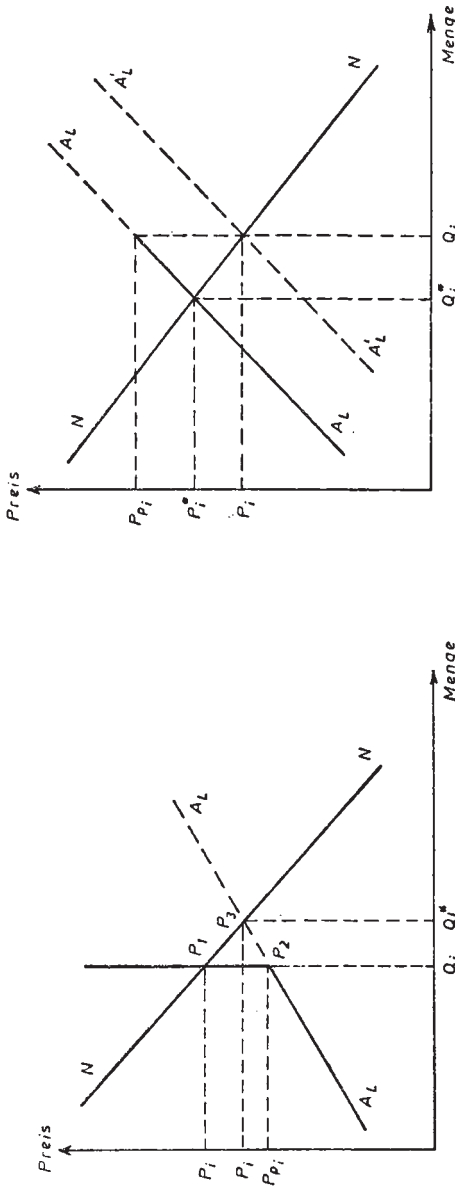
4. Kriterien für die Wahl des Mitteleinsatzes zur Verwirklichung zielkonformer sektoraler Preisentwicklung

4.1 Das generelle Prinzip

Die oben dargestellten Methoden ermöglichen es, das Symptom der Inflation auf sektoraler Ebene zu lokalisieren. Hiermit kann direkt ein Beitrag zur Erstellung einer differenzierten wirtschaftspolitischen Diagnose geleistet werden. Aus einer solchen Diagnose kann aber nicht be-

Schaubild 1

Der Zusammenhang zwischen tatsächlichen Preisen und theoretisch berechneten Preisen



b) Der Marktpreis liegt unterhalb des gleichgewichtigen Faktorpreises

a) Der Marktpreis liegt oberhalb des gleichgewichtigen Faktorpreises

- P_i = tatsächlicher Marktpreis
- P_i^* = Marktpreis bei vollkommener Anpassung
- P_{Pi} = berechneter Angebotspreis

reits die Notwendigkeit eines bestimmten wirtschaftspolitischen Mittelaussetzes abgeleitet werden. Um darüber zu entscheiden, bedarf es eines Vergleichs der Entwicklung ohne und mit Mittelaussetz sowie des Mittelaufwandes. Wird z. B. die Hypothese, die sich hinter einer Strategie des unbalanced growth verbirgt¹², als realitätsnah angesehen, wird man die durch die relative sektorale Inflation bzw. Deflation entstehenden Anreiz- und Drucksituationen als positiv für eine sich selbst tragende wirtschaftliche Entwicklung betrachten und nicht durch Eingriffe zu einer Beseitigung dieser Situation beitragen. Giersch¹³ ist jedoch zuzustimmen, daß in entwickelten Volkswirtschaften eine Strategie des balanced growth zu bevorzugen ist. Dennoch kann ein Eingriff abzulehnen sein, wenn dadurch negative Nebeneffekte hinsichtlich der sich selbst regulierenden Marktkräfte entstehen. Im folgenden sollen einige Erwägungen vorgetragen werden, die eine Dringlichkeit wirtschaftspolitischer Eingriffe zur Verwirklichung geldwertneutraler sektoraler Preisentwicklungen erfordern.

4.2 Kriterien für die Dringlichkeit der Eingriffe

Grundsätzlich gilt, daß die Dringlichkeit wirtschaftspolitischen Eingriffes *ceteris paribus* um so eher gegeben ist, je größer die Bedeutung des Sektors für die gesamtwirtschaftliche Entwicklung ist. Neben der Größe der Sektoren sind für die Beurteilung der Bedeutung die sektoralen Verflechtungen zu beachten. Möglichkeiten der Quantifizierung von Schlüsselsektoren liegen bereits vor¹⁴.

Die Notwendigkeit wirtschaftspolitischer Eingriffe kann weiterhin durch a) die Eigenart der sektoralen Produkte, b) die sektorale Produktion und c) die Verhaltensweisen der Produzenten gegeben sein.

Zu a): Liegt eine relative sektorale Inflation vor und besteht die Möglichkeit, die Nachfrage nach den Produkten des Sektors vorzuziehen, so besteht die Gefahr der sich selbst verstärkenden sektoralen und damit auch gesamtwirtschaftlichen Inflationsrate. Daraus folgt, daß *ceteris paribus* insbesondere bei Sektoren, die langlebige Produkte produzieren und bei denen die Preiselastizität der Nachfrage relativ klein ist, auf einen Abbau der relativen Inflationsrate hinzuwirken ist.

¹² Vgl. u. a. L. Hoffmann, Entwicklungstheorien des ausgewogenen und unausgewogenen Wachstums: Eine Gegenüberstellung, in: Zeitschrift für die gesamte Staatswissenschaft, Bd. 121 (1965), S. 523 - 574.

¹³ H. Giersch, Aufgaben der Strukturpolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, Jg. 9 (1964), S. 77.

¹⁴ Vgl. z. B. S. Schultz, Quantitative Kriterien zur sektoralen Verteilung von Entwicklungshilfe — Versuch einer empirischen Identifizierung von Schlüsselsektoren, Vierteljahreshefte zur Wirtschaftsforschung des DIW, Heft 4 (1970), S. 264 ff.

Zu b): Eine sich selbst aufhebende sektorale Inflations- oder Deflationsrate wird um so eher zu beobachten sein,

- je größer ceteris paribus die Substitutionselastizitäten zwischen den Produktionsfaktoren bei der sektoralen Produktion sind,
- je größer die Produktionselastizitäten der Faktoren mit hoher Angebotselastizität sind und
- je größer die technische Fortschrittsrate ist.

Zu c): Der Abbau einer relativen Inflation oder Deflation wird sehr stark von den Verhaltensweisen der Produzenten abhängen. Während für Sektoren mit relativer Inflation der Wettbewerbsgrad und die unternehmerische Prognose der Entwicklung von Bedeutung sind, beeinflußt bei Sektoren mit einer relativen Deflation unter anderem die Eigentumsverfassung den sektoralen Anpassungsprozeß. Orientieren sich z. B. die bäuerlichen Familienbetriebe mehr an der Höhe des personellen Einkommens¹⁵ als an den Opportunitätskosten der eingesetzten Faktoren, so wird durch den Marktprozeß keine Angleichung der sektoralen Faktorentgelte zu erreichen sein.

4.3 Ursachen der Preisabweichung als Bestimmungsfaktor der Eingriffsintensität

Eine grobe Klassifikation der Ursachen in a) exogene Bestimmungsfaktoren, b) Änderungen der Marktform und c) wachstumsbedingte Einflußfaktoren soll zeigen, welchen Einfluß die Ursachen der relativen Inflation und Deflation auf die Entscheidung für oder gegen einen staatlichen Eingriff haben können.

Zu a): Sind exogene Bestimmungsfaktoren für die nicht zielkonforme sektorale Preisentwicklung ursächlich entscheidend, wie z. B. abrupt auftretende technische Neuerungen, Krieg oder auch Störungen in der Weltwirtschaft (Energiekrise), so folgt daraus zwar nicht, daß der Marktprozeß weniger schnell die Diskrepanz in der Preisentwicklung abbauen kann, als es durch wirtschaftspolitische Eingriffe möglich ist, doch unter Berücksichtigung anderer Zielsetzungen — insbesondere des Einkommensverteilungsziels — kann staatlichen Eingriffen eine Priorität zuerkannt werden. Zwei Beispiele mögen der Verdeutlichung dienen: Staatliche Eingriffe in der Nachkriegszeit auf dem Wohnungsmarkt der Bundesrepublik Deutschland haben eine relative Inflation auf dem Wohnungsmarkt eingeschränkt, allerdings zu Lasten einer Verringerung des

¹⁵ Agrarsoziale Gesellschaft e. V. (Hrsg.), Erkennen von Hemmfaktoren beim Berufswechsel selbständiger Landwirte, Materialsammlung der ASG, Nr. 115, Göttingen 1973.

Nachfrageüberhangs. Der technische Fortschritt im Agrarsektor würde ohne Anpassungsintervention die relative Deflation der Agrarpreise verstärken. Wird der daraus folgende Anpassungsdruck als sozial nicht akzeptabel angesehen, so kann hieraus die Notwendigkeit zu staatlichen Eingriffen abgeleitet werden. Selbstverständlich gilt aber auch hier, daß die Effizienz des staatlichen Mitteleinsatzes *ceteris paribus* um so größer ist, je weniger die Anpassungskräfte des Marktprozesses gehemmt werden.

Zu b): Eine zunehmende Konzentration und Produktdifferenzierung führt auf einigen Märkten zu einer Ausweitung des akquisitorischen Potentials. Bei der Zielsetzung Gewinnmaximierung kann hieraus eine Preissteigerung oder eine Unterlassung der Weitergabe von Kostensenkungen in Preissenkungen erfolgen. Liegt eine solche Ursache der relativen sektoralen Inflation vor, so ist nicht zu erwarten, daß der Marktprozeß zu einer Angleichung von Realsituation und Sollsituation führt. Wirtschaftspolitische Eingriffe können daher an Priorität gewinnen.

Zu c): Der durch das Wachstum des realen Sozialprodukts bedingte Umstrukturierungsprozeß einer Volkswirtschaft kann dazu beitragen, daß tendenziell Nachfrage- und Angebotsentwicklung auseinanderklaffen. So kann z. B. im frühen Stadium der Entwicklung bei einer relativ hohen Einkommenselastizität der Nachfrage nach Agrarprodukten das Agrarangebot weniger stark steigen als die Nachfrage mit der Folge einer relativen Inflation der Agrarpreise¹⁶. In diesem Fall können wirtschaftspolitische Maßnahmen — z. B. Intensivierung der Beratung zur Einführung von Neuerungen — zu einer besseren gesamtwirtschaftlichen Zielverwirklichung beitragen.

Staatliche Eingriffe auf Grund des wachstumsbedingten Strukturwandels sind grundsätzlich um so dringlicher, je weniger flexibel die sektorale Anpassung als Folge der unter Ziffer 4.2 beschriebenen sektorspezifischen Eigenschaften sind.

¹⁶ Vgl. *J. B. Donges*, Über das Inflationsproblem in Entwicklungsländern, S. 46 ff.

Übersicht 1: Berechnung der relativen Inflation oder Deflation der Agrarpreise unter Berücksichtigung der Entwicklung der globalen Nettoproduktivität der globalen Nettoproduktivität (Änderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozenten) BRD 1951/52 - 1968/69

Wirtschaftsjahr	Preis des Landwirtschaftsbeitrags zum Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	Preis des Bruttoinlandsprodukts ¹⁾	Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft ²⁾	globale Nettoproduktivität in der Landwirtschaft ³⁾	errechneter Preis des Beitrags der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt ⁴⁾	relative Inflation oder Deflation der Agrarpreise ⁵⁾
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)
1951/52	5,9	11,8	7,7	6,5	1,2	- 7,1
1952/53	6,7	3,9	6,8	1,5	8,3	- 5,5
1953/54	- 0,8	0,0	5,7	6,2	0,5	0,3
1954/55	- 0,4	0,0	4,9	1,5	6,4	6,8
1955/56	6,5	2,5	8,0	2,9	10,9	6,9
1956/57	4,3	2,5	4,4	3,0	7,6	5,6
1957/58	0,9	3,6	3,4	3,1	6,5	9,2
1958/59	1,4	3,5	2,7	9,7	7,0	4,9
1959/60	0,6	1,1	6,2	11,7	17,9	18,4
1960/61	1,6	2,2	7,2	16,8	9,6	9,0
1961/62	- 0,1	4,3	4,3	22,8	27,1	31,5
1962/63	3,7	4,2	3,2	3,7	0,5	0,0
1963/64	- 4,4	3,0	3,1	3,6	0,5	6,9
1964/65	0,8	2,9	6,4	8,6	15,0	17,1
1965/66	10,8	3,8	5,0	22,6	27,6	20,6
1966/67	2,7	3,6	3,1	14,6	11,5	10,6
1967/68	- 10,2	1,0	2,8	2,1	0,7	11,9
1968/69	- 4,2	1,7	6,9	8,3	15,2	21,1
durchschnittliche Änderungsrate	1,3	3,1	5,1	1,9	6,4	9,2

1) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mut zur Stabilisierung, Jahrgutachten 1973/74, Stuttgart-Mainz 1973, S. 208 f. — 2) Sachverständigenrat, Mut zur Stabilisierung, S. 206 ff.; Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 dividiert durch die Zahl der Erwerbstätigen. — 3) P. Hrubec, Berechnung der partiellen Bruttoproduktivität und der Realkosten je Produktionseinheit, bisher unveröffentlicht, Berlin 1973. — 4) Änderungsrate des Beitrags der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt bei Preisniveaustabilität und gleicher Entwicklung der Faktoreinkommen in allen Sektoren der Volkswirtschaft. Berechnet aus Spalte (3) — Spalte (4). — 5) Spalte (6) = Spalte (1) — Spalte (2) — Spalte (5).

Übersicht 2: Berechnung der relativen Inflation oder Deflation der Agrarpreise unter Berücksichtigung der Entwicklung der globalen Nettoproduktivität und der Faktoringtensitäten
BRD 1951/52 - 1968/69

Wirtschaftsjahr	Preis des Beitrags der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt ¹⁾	Preis des Bruttoinlandsprodukts der Volkswirtschaft ¹⁾	Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft ²⁾	Globale Nettoproduktivität in der Landwirtschaft ³⁾	Anteil des Arbeitseinkommens am Beitrag zum BIP in konstanten Preisen ⁴⁾	errechneter Preis des Beitrags der Landwirtschaft zum BIP ⁵⁾	relative Inflation oder Deflation ⁶⁾
	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)
Änderungen gegenüber dem Vorjahr in Prozenten							
1951/52	5,9	11,8	7,7	6,5	0,97	1,0	- 6,9
1952/53	6,7	3,9	6,8	- 1,5	0,94	7,9	- 5,1
1953/54	0,8	0,0	5,7	6,2	0,92	- 0,96	0,16
1954/55	-	0,0	4,9	- 1,5	0,87	5,8	- 6,2
1955/56	6,5	2,5	8,0	- 2,9	0,85	9,7	- 5,7
1956/57	4,3	2,5	4,4	- 3,0	0,81	6,6	- 4,8
1957/58	0,9	3,6	3,4	- 3,1	0,77	5,7	- 8,4
1958/59	1,4	3,5	2,7	9,7	0,69	- 7,8	- 5,7
1959/60	0,6	1,1	6,2	- 11,7	0,63	15,6	- 16,1
1960/61	1,6	2,2	7,2	16,8	0,57	- 12,7	12,1
1961/62	- 0,1	4,3	4,3	- 22,8	0,54	25,1	- 29,5
1962/63	3,7	4,2	3,2	3,7	0,54	- 2,0	1,5
1963/64	- 4,4	3,0	3,1	3,6	0,49	- 2,1	- 5,3
1964/65	0,8	2,9	6,4	- 8,6	0,41	11,2	- 13,3
1965/66	10,8	3,8	5,0	- 22,6	0,45	24,9	- 17,9
1966/67	2,7	3,6	3,1	14,6	0,43	- 13,3	12,4
1967/68	- 10,2	1,0	2,8	2,1	0,37	- 1,1	- 10,1
1968/69	- 4,2	1,7	6,9	- 8,3	0,35	10,7	- 16,6
durchschnittliche Änderungsrate	1,3	3,1	5,1	- 1,9	0,64	4,6	- 7,6

1) Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Mut zur Stabilisierung, Jahresgutachten 1973/74, Stuttgart-Mainz 1973, S. 208 f. — 2) Sachverständigenrat, Mut zur Stabilisierung, S. 206 ff.; Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1962 dividiert durch die Zahl der Erwerbstätigen. — 3) P. Hrubesch, Berechnung der partiellen Bruttoproduktivität und der Realkosten je Produktionseinheit. — 4) Vgl. P. Hrubesch. — 5) Änderungsrate des Preises des Beitrags der Landwirtschaft zum Bruttoinlandsprodukt bei Preisniveaustabilität und gleicher Entwicklung der Faktoreinkommen in allen Sektoren der Volkswirtschaft. Berechnet aus Spalte (5) × Spalte (3) — Spalte (4). — 6) Spalte (7) = Spalte (1) — Spalte (2) — Spalte (6). — 7) Spalte (7) = Spalte (6) × Spalte (5).

Übersicht 3: Berechnung der relativen Inflation oder Deflation der Agrarpreise unter Berücksichtigung der Entwicklung der globalen Bruttoproduktivität und der Faktorintensität
BRD 1951/52 bis 1968/69
Änderungsraten gegenüber dem Vorjahr in Prozenten

Wirtschaftsjahr	(1)	(2)	(3)	(4)	(5)	(6)	(7)	(8)	(9)
	Erzeugerpreisindex industrieller Produkte ¹⁾	Preisindex für die Lebenshaltung ¹⁾	Erzeugerpreisindex landwirtschaftlicher Produkte ¹⁾	Arbeitsproduktivität in der Volkswirtschaft ²⁾	Arbeitsproduktivität in der Landwirtschaft netto ³⁾	Globale Bruttoproduktivität in der Landwirtschaft ³⁾	Preisindex landwirtschaftlicher Betriebsmittel ¹⁾	Errechnete landwirtschaftliche Erzeugerpreise ⁴⁾	Relative Inflation oder Deflation der Agrarpreise ⁵⁾
1951/52	11,0	7,5	15,6	7,7	8,6	5,9	12,8	3,1	1,5
1952/53	0,7	- 1,2	- 1,9	6,9	3,6	0,0	0,9	8,3	- 9,5
1953/54	2,9	- 1,4	- 1,4	5,6	8,0	4,2	0,7	-	1,8
1954/55	0,6	1,4	4,0	4,8	5,7	0,0	0,7	3,2	0,2
1955/56	2,4	2,4	5,7	7,9	1,9	- 2,7	1,2	2,5	0,8
1956/57	2,5	1,8	3,9	4,4	7,8	0,0	3,0	3,5	2,1
1957/58	1,7	2,9	1,2	3,5	4,6	- 2,7	1,0	5,0	- 5,5
1958/59	- 0,4	0,6	0,8	3,1	14,5	7,0	3,1	- 4,5	5,7
1959/60	0,2	1,9	2,5	6,3	3,6	- 6,6	2,0	- 10,2	- 7,9
1960/61	1,7	1,4	- 4,6	7,1	10,2	8,5	1,6	9,9	- 16,4
1961/62	1,1	2,9	9,4	4,2	- 1,8	- 11,7	2,8	14,5	- 6,6
1962/63	0,8	3,1	- 2,5	3,3	8,4	0,0	3,4	2,5	- 5,8
1963/64	0,8	2,3	1,6	3,0	10,8	0,0	2,8	2,0	- 1,2
1964/65	0,6	2,8	0,9	6,3	12,8	- 2,9	1,6	5,3	- 5,0
1965/66	3,2	4,0	6,7	4,9	-	- 9,1	3,2	12,1	- 8,6
1966/67	0,5	2,3	- 4,4	3,1	8,6	1,7	2,0	10,8	- 15,7
1967/68	- 3,0	1,1	- 6,7	2,9	10,4	0,0	0,2	- 0,9	- 2,8
1968/69	- 1,8	2,2	5,8	6,9	5,5	- 3,3	1,3	- 2,2	5,4
durchschnittliche Änderungsrate	1,1	2,1	1,7	5,2	6,3	- 0,8	1,8	4,6	- 4,1

1) Statistisches Jahrbuch über Ernährung, Landwirtschaft und Forsten. — 2) Bruttoinlandsprodukt in Preisen von 1954 dividiert durch die Zahl der Erwerbstätigen, Kalenderjahre. — 3) P. Hrubec, Berechnung der partiellen Erntoerzeugerpreise und der Reallohn je Produkteneinheit. — 4) Änderungsraten der landwirtschaftlichen Erzeugerpreise bei Preisniveaustabilität und gleicher Entwicklung der Faktoreinkommen in allen Sektoren der Volkswirtschaft. — 5) Spalte (9) = (3) - (1) - (8).

Korreferat zu:
Geldwertneutrale Entwicklung sektoraler Preise

Von *Hellmuth Seidenfus*, Münster

In der Tat erscheint es längst überfällig, die globale Stabilisierungspolitik stärker in sektoraler (und auch in regionaler) Hinsicht zu akzentuieren. Obgleich diese Forderung unumstritten ist und in gewisser, jedoch eher unsystematischer und meist reparativer Weise auch bereits praktiziert wurde, verdeutlicht gerade die jüngste Konjunkturentwicklung noch einmal nachhaltig die Notwendigkeit einer planvollen Verknüpfung von globaler Stabilisierungs- und sektoraler Wirtschaftspolitik. Woran es mangelt, ist also nicht so sehr das Einvernehmen über das Erfordernis einer Sektoralisierung der Prozeßpolitik; vielmehr stehen diesem Bestreben ein beträchtliches Methodendefizit sowie ein Defizit an Wissen, an Informationen über die Auswirkungen sowohl globaler wie insbesondere auch sektoraler Stabilisierungsmaßnahmen entgegen. Darüber hinaus scheinen die erforderlichen Durchsetzbarkeitmöglichkeiten gerade mit Blick auf die sektorale Stabilisierungspolitik sehr begrenzt zu sein.

Ein Teilproblem einer Sektoralisierung der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik, der sektoral orientierte Einsatz der Antiinflationpolitik zur Annäherung an das Ziel Preisniveaustabilität, wurde im eben vorgetragenen Referat erörtert. Das dabei erkannte Methodendefizit soll vermittels des Konzepts einer „geldwertneutralen Entwicklung sektoraler Preise“, gemessen am Indikator der relativen Inflation bzw. Deflation, gefüllt werden. Bereits an dieser Stelle wird die Notwendigkeit einer Synthese von globaler und sektoraler Stabilisierungspolitik deutlich, da das Konzept allenfalls den Weg zu relativer Preisstabilität, nicht jedoch zu einer allgemeinen Verringerung des Inflationsauftriebs vorzeichnen kann. Erforderlich wäre also eine weitergehende Verknüpfung zwischen sektororientierter und globaler Antiinflationpolitik bzw. Stabilisierungspolitik. Doch dazu später mehr.

Was die vom Referenten vorgestellten Methoden zur Ermittlung geldwertneutraler sektoraler Preise anbelangt, so ist folgendes anzumerken: Die Überprüfung der Fourastiéschen Norm (vgl. S. 1307 ff.) scheint mir tautologisch zu sein, da von einem bestimmten Typus von Produktionsfunktion ausgegangen wird, einer Cobb-Douglas-Produktionsfunktion mit konstanten Skalenerträgen, der das Ergebnis (den „Beweis“) defi-

nitionsgemäß bereits vorwegnimmt. Die Erweiterung dieser Norm um Entgelte für Vorleistungsfaktoren (S. 1312 f.) ändert im Grundsatz nichts an der methodischen Analogie zur Hypothese von Fourastié. Schließlich scheinen mir die mangelnden statistischen Grundlagen, die im Zusammenhang mit dem Quantifizierungsversuch des Sachverständigenrats vermerkt werden (S. 1309 f.), auch und gerade beim verbesserten Ermittlungsansatz zu bestehen. Davon zeugt schon der wegen offenbar mangelhafter statistischer Unterlagen meines Erachtens nicht gelungene Versuch des Referenten, mit Hilfe der von ihm erweiterten Norm (siehe Gleichung [24]) die relative Inflation bzw. Deflation im Agrarsektor der Bundesrepublik Deutschland zu berechnen. Im übrigen lassen die je nach Quantifizierungsansatz unterschiedlichen Ergebnisse meines Erachtens nicht den Schluß zu, „daß eine verbindliche Einigung auf eine Berechnungsgrundlage unumgänglich erscheint“ (S. 1314); vielmehr belegen diese deutlich das oben erwähnte Methodendefizit. Ein Konsens über die anzuwendende Methode ersetzt nicht das objektiv richtige Vorgehen. Methodische Unsicherheiten im Verein mit unzulänglichem (ex post-) Datenmaterial schränken den empirischen Gehalt der Quantifizierungsversuche vorerst noch ein. Dies gilt erst recht für ihren prognostischen Einsatz.

Selbst wenn die erwähnten Hindernisse beseitigt wären, könnte das Konzept geldwertneutraler sektoraler Preise meines Erachtens keinen — wie vom Autor erhofft — „Beitrag zur Erstellung einer differenzierten wirtschaftspolitischen Diagnose“ (S. 1314) erbringen, da nur die (wenn auch sektoral lokalisierten) Symptome einer Inflation festgestellt werden können. Daraus therapeutische Maßnahmen ableiten zu wollen, hieße falsche Schlüsse zu ziehen, weil allein Inflationstatbestände in Form der relativen Stärke sektoralen Preisauftriebs offengelegt werden. Tests zur Aufdeckung der wirklichen Ursachen einer Inflation erlaubt das Konzept hingegen nicht. Diese könnten erst im Rahmen eines sektoralisierten Gesamtmodells, etwa eines Input-Output-Modells, das unter anderem die Arbeitsmarktsituation, staatliche Aktivitäten und Außenwirtschaftsbeziehungen berücksichtigt und damit auch die sozialen Kosten alternativer Stabilisierungsstrategien offenlegt, vorgenommen werden.

Über Methoden- und Informationsfragen hinaus scheinen mir die spezifischen Durchsetzbarkeitsprobleme einer sektoralisierten, weiterhin ad hoc eingreifenden Antiinflationpolitik besonders erwähnenswert. Die Schwierigkeiten resultieren aus dem Charakter der Preisniveaustabilität als öffentlichem Gut, dem bei globaler Stabilisierungspolitik wenigstens auf den ersten Blick genüge geleistet wird. Im Falle sektoraler Stabilisierungsmaßnahmen werden dagegen die notwendigen Stabilitätsoffer für alle sichtbar auf die einzelnen Wirtschaftsbereiche — gleichsam nach dem „Verursacherprinzip“ — verteilt, was direkte und ver-

gleichsweise stärkere Widerstände hervorrufen würde. Als Beispiel ist an sektoral gezielte Maßnahmen gegen eine Einkommensverteilungsinflation in Form sektoral divergierender Orientierungsdaten für die Einkommenspolitik oder an die Einführung multipler Wechselkurse im Falle eines sektoral unterschiedlich starken Inflationsimports zu denken. Die Gefahr mangelnder Durchsetzbarkeit scheint mir bei reparativen Eingriffen besonders groß zu sein.

Zusammenfassend ist die Frage zu stellen, ob ein Konzept der geldwertneutralen Entwicklung sektoraler Preise einen Beitrag zur Erhöhung der Wirksamkeit der gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungspolitik leisten kann. Meine Skepsis gründet sich vor allem auf den Partialcharakter der vorgebrachten Ansätze, der den Systemzusammenhang mit weiteren Zielen und Maßnahmen der Konjunktur- und Wachstumspolitik notwendigerweise vermissen läßt. So können beispielsweise durch Stabilisierungsmaßnahmen in Bereichen relativer Inflation, die ja in der Regel Ausdruck einer besonderen Wertschätzung des Angebots dieser Sektoren ist, Strukturwandlungen verhindert, das heißt Wachstumspulse erstickt werden. Ebenso kann eine Angleichung sektoraler Inflationsraten bzw. der entsprechenden Faktorentgelte in Bereichen relativer Deflation (S. 1307) strukturerhaltend wirken. Wegen der fehlenden Systeminterdependenzen sollte man sich deshalb stärker in Richtung auf Gesamtmodelle orientieren, die — immer vorausgesetzt, die erforderlichen Informationen werden bereitgestellt — zum Beispiel auch in der Lage sind, die Preise *ex ante*, etwa via sektoraler Angebotssteuerung gemäß Käuferpräferenzen, zu beeinflussen oder *trade-offs* zwischen Zielen der Konjunktur- und Wachstumspolitik aufzudecken. Damit wären auch Durchsetzbarkeitsprobleme leichter zu meistern. Erste Schritte auf diesem Wege stellen die vor kurzer Zeit von Noé und Thoss vorgebrachten Modellerörterungen zur selektiven Angebotssteuerung dar.

Diskussion

Horst Siebert (Mannheim):

Ich wollte nur den Gedanken von Herrn Seidenfus aufgreifen und noch einmal präzisieren — möglicherweise ist es gar kein Dissens —, daß die Gleichungen, die Herr Koester zugrundelegt, eben Definitionsgleichungen sind und daß seine zentralen Gleichungen, die er ableitet, durch tautologische Umformung dieser Definitionsgleichung entstehen. Dieser Ansatz kann wohl als Konsistenzbedingung, wenn man so will, für eine preisneutrale Entwicklung in bezug auf die sektoralen Dimensionen genutzt werden, andererseits erklärt diese Gleichung jedoch nicht den Tatbestand von sektoralen Preiserhöhungen und gibt damit eigentlich keine Möglichkeit, Schlußfolgerungen über Zusammenhänge zu ziehen.

Ulrich Koester (Göttingen):

Das ist vollkommen richtig. Ich bin von einer Definitionsgleichung ausgegangen, habe dann eine Hypothese eingebracht, wie sich die Faktorentgelte im Durchschnitt in der Volkswirtschaft entwickeln sollten und habe dann wiederum gesagt: Wie hätten sich dann eigentlich die Preise entwickeln sollen? Dabei habe ich aber noch nicht angegeben, was die Ursache der Preisentwicklung ist. Ich könnte jetzt, wie Sie das angedeutet haben, einen Schritt weitergehen und könnte sagen: Wie müssen die Eigenarten der sektoralen Produktion sein, die Angebotselastizität bei gegebener Nachfragefunktion zum Beispiel, wenn sich dieser Preis einstellen soll? Ich muß auf dieser Stufe der Analyse also den Zusammenhang zwischen Produktions-, Angebots- und Nachfragefunktion reinbringen, was in diesem Konzept nicht enthalten ist. Ich glaube nicht, daß Herr Seidenfus einen Dissens festgestellt hat; denn ich sagte ganz deutlich, wie Sie das auch zitiert haben, daß man lediglich ein Symptom feststellen kann, aber noch nicht die Notwendigkeit des Mitteleinsatzes. Aber ich meine, daß gerade im wirtschaftspolitischen Bereich sehr häufig über die Notwendigkeit zum Mitteleinsatz gesprochen wird, ohne daß man überhaupt die Symptome quantifiziert hat. Das wäre aber der erste Schritt, dann kann man weitergehen und fragen: Was waren die Ursachen davon und wird durch einen speziellen Mitteleinsatz möglicherweise der Mechanismus der Marktkräfte geschwächt oder nicht? Dies könnte also eine erste Stufe für eine folgende Diskussion und möglicherweise einen Mitteleinsatz sein, aber, wie Sie ganz richtig ausgeführt ha-

ben — ich meine, ich hatte es zumindest auch angedeutet —, noch nicht den Mitteleinsatz erzwingen.

Noch einmal zu Herrn Fourastié. Sie sagten, das sei eine Tautologie. Fourastié hat ja nur diese Gleichung aufgestellt, aber noch nicht gezeigt, daß dieses Ergebnis von der Hypothese über die Entwicklung der Faktorentgelte und Substitutionselastizitäten abhängt. Meine Ausführungen beabsichtigten lediglich, die Implikationen aufzudecken.

Knut Borchardt (München):

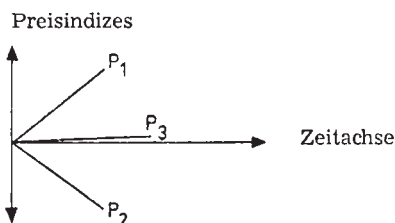
Wenn ich eine kurze Zwischenfrage anfügen darf, würde ich gerne erkunden, wie die dahinterstehende Theorie aussieht, die doch eine Art strukturalen Ansatzes des Inflationsprozesses zu sein scheint. Sektoral unterschiedliche Preissteigerungsraten sind ja die Geschichte unserer Wirtschaft mit und ohne Inflation. Wir haben auch sektoral unterschiedliche Preissteigerungsraten bei Preisstabilität. Sind Sie der Meinung, daß aus der Tatsache einer Disparität der sektoralen Bedingungen spezifische Inflationsgefahren erwachsen? Sollten wir dann die Homogenität der Branchenentwicklungen zur Aufgabe einer globalen Steuerung machen? Sie charakterisierten die gegenwärtige Strategie der Gewerkschaften, die sich sozusagen am „Bonbonsektor“ orientierten. Die Imitation aller übrigen zwingt dann förmlich die Inflation herauf. Im Bonbonsektor mache man unter Umständen kostenniveauneutrale Politik, in allen übrigen Bereichen heiße das bereits Inflation. Dann wäre Ihre These: Die Gefahr für die Stabilisierungspolitik liegt in den eigenartigen Bedingungen des Tarifvertragswesens. Um „Bonbonsektoren“ zu vermeiden, müßte man u. a. Engpässe vermeiden!

Sodann eine skeptische Fragestellung im Hinblick auf den Wert der Indikatoren, die Sie uns genannt haben. Bekanntlich haben wir bei der Analyse sektoraler Entwicklungen die größten Schwierigkeiten im tertiären Bereich. Es ist mir unklar, wie Ihre Messungsprobleme hinsichtlich der Produktivität im Dienstleistungssektor (also auch im Staatssektor) gelöst werden sollen. Nicht zuletzt deshalb ist die Frage aber wichtig, weil ja der öffentliche Dienst inzwischen Tarifführer ist. Dort ist alles, was wir über Produktivität wissen, auf sehr fragliche Konvention gestützt.

Ulrich Koester (Göttingen):

Zuerst sagten Sie ganz richtig, Herr Borchardt, daß sich die Preisstruktur in einer wachsenden Volkswirtschaft permanent ändert. Meine Aufgabe bestand darin, zwischen der wachstumsbedingten Änderung der Preisstruktur und der monetär bedingten Änderung der Preisstruktur zu differenzieren. Wenn wir nicht dahin wirken, daß die sektoralen Preise sich in der gewünschten Richtung entwickeln, dann kann

in der Tat, wie Sie sagten, eine Inflationsquelle entstehen. Wir können das folgendermaßen verdeutlichen:



Wir haben die Zeitachse und die Preisindizes für drei Bereiche. Nehmen wir an, der eine Index müßte in der Form von P_1 steigen, das sei meinetwegen der Preisindex für Friseurleistungen, da in diesem Bereich keine oder geringe Produktivitätssteigerungen erzielt werden. Der Sektor P_2 sei die Automobilindustrie, die hohe Produktivitätssteigerungen verwirklichen kann. Die auf unterschiedlichen sektoralen Produktivitätsfortschritten beruhende Änderung der Preisstruktur wird um so stetiger sein, je stetiger das Wachstum ist und je konstanter die Varianz der Produktivitätsfortschritte in den Sektoren ist. Wird eine solche Preisentwicklung von den Konsumenten beobachtet, kann es insbesondere bei erwarteten Preissteigerungen für langlebige Güter (z. B. Bauten) zu einer Antizipation der Nachfrage und damit zu einer Verstärkung der Preissteigerungstendenz kommen. Unter Berücksichtigung des Zinssatzes führen erwartete Preissteigerungen zu einer relativen Verbilligung der Gegenwartsgüter im Vergleich zu Zukunftsgütern. Man könnte also durch wirtschaftspolitischen Mitteleinsatz darauf hinwirken, daß diese Inflationskomponente abgebaut wird.

Der zweite Aspekt war der Punkt mit den Gewerkschaften. In der Tat scheint es mir, daß die Tendenz zum betriebsnahen Tarifvertrag andeutet, daß man sich zunächst einmal die Bonbonunternehmen herausucht und daß dann die anderen Gewerkschaften sich an dieser Schrittmachergewerkschaft orientieren können mit dem Argument: Was die anderen konnten, das müßt ihr doch wohl auch können. Auch das führt dazu, wenn man in der Tat so ein Konzept verwirklichen will, daß die Entgelte überall in etwa gleich steigen und daß man versucht, durch eine Quantifizierung der Symptome auf die Verhaltensweisen in diesem Sektor einzuwirken.

Knut Borchardt (München):

Eine Zwischenfrage: Liegt das nicht an Ihrer Definition, daß die Faktorentgelte dann auch gleich sein sollen? Das haben Sie sozusagen definitorisch eingeführt. Daraus ergibt sich natürlich dieses Ergebnis. Die Frage ist nur, muß es so sein?

Ulrich Koester (Göttingen):

Ja. Sie sagten im weiteren, das laufe doch nur darauf hinaus, daß man die Engpässe in dieser Volkswirtschaft sprengen will. Engpässe gehen damit einher, daß die Faktorentgelte höher sind und damit durch die Wirkung der Marktkräfte, die ich häufig zitiert habe, diese Engpässe möglichst schnell beseitigt werden. Dem ist aber bei den heutigen Marktformen nicht mehr ganz so. Auch der Sachverständigenrat diagnostiziert immer wieder, daß eine zunehmende Tendenz der Preisstarrheit nach unten zu beobachten ist und daß auch in Sektoren, die gar keinen Engpaß darstellen, wie zum Beispiel gegenwärtig die Automobilindustrie, es durchaus nicht zu Preissenkungen kommt, sondern daß man sich sagt: Preissenkungen bei überdurchschnittlichen Produktivitätsfortschritten werden auf Grund unserer Oligopolstellung und so weiter möglichst nicht verwirklicht. Die Verhaltensweisen in Verbindung mit den Marktformen haben sich heute geändert, so daß auch von daher die Notwendigkeit besteht, verstärkt einzugreifen.

Im Einzelfall hat man stets zu prüfen, ob man annehmen kann, daß durch die unterschiedlichen Faktorentgelte der Engpaß schneller beseitigt wird — wenn es tatsächlich ein Engpaß ist —, oder ob man eingreifen soll. Das wird insbesondere davon abhängen, ob die Angebotselastizität der Faktoren relativ hoch ist. In einer vollbeschäftigten Volkswirtschaft und in einem Ballungsgebiet wird das weniger der Fall sein als in einer unterbeschäftigten Volkswirtschaft; ob hier spezifische Kenntnisse für die Beschäftigungsaufnahme notwendig sind, ob der Eintritt in die Industrie erschwert ist oder nicht, ist zu prüfen. Deswegen muß dies alles im Einzelfall nachgeprüft werden. Wir können hier nur ein Symptom feststellen und nicht mehr.

Horst Siebert (Mannheim):

Ich habe eine Zwischenfrage. Welche Instrumente der Strukturpolitik können überhaupt stabilisierungspolitisch eingesetzt werden? Es ist doch die Frage, wie wollen Sie eingreifen, was wollen Sie konkret tun? Wirken diese Instrumente nicht viel zu langsam, zum Beispiel in der Regionalpolitik?

Ulrich Koester (Göttingen):

Aus dem, was ich vorhin sagte, daß möglichst nicht die Tendenz der Marktkräfte gestört werden sollte, folgt eigentlich, daß man auf keinen Fall durch Preisverordnungen eingreifen sollte. Man sollte möglichst auf der Faktormarktseite eingreifen.

(*Horst Siebert* [Mannheim]: Aber wie?)

— Es wäre zum Beispiel denkbar, wenn Sie im Baugewerbe Schwierigkeiten sehen, daß hier besondere Investitionshilfen gegeben werden, daß man Starthilfen gibt für neue Unternehmen oder, wie man es im Schiffsbau gemacht hat, daß man Abwrackprämien erteilt, damit schneller die Überkapazität bereinigt wird. Auch Abschreibungsvorteile und solche Dinge kämen in Frage. Umschulungsbeihilfen wirken natürlich nur auf relativ lange Frist, aber auf der anderen Seiten müssen wir sehen, wenn Umschulungsbeihilfen notwendig sind, dann bedeutet das ja, daß die Angebotselastizität von Faktoren relativ klein ist, so daß die Wirkung der Marktkräfte auf Grund dessen auch schon relativ schwach sein wird. Durch Umschulungsbeihilfen würde auf jeden Fall die Tendenz der Marktkräfte erhöht.

Alfred Bayer (München):

Als Abteilungsleiter im Bayerischen Wirtschaftsministerium interessieren mich diese Probleme außerordentlich, weil wir gerade in Bayern, dem größten Flächenstaat in der Bundesrepublik, große regionale und sektorale Differenzen in der wirtschaftlichen Entwicklung und auch in der konjunkturellen Intensität haben. Wir haben zu diesem Zweck voriges Jahr dem Ifo-Institut einen Gutachten-Auftrag gegeben, der seit wenigen Wochen erfüllt wurde: Darin wurde uns leider mitgeteilt, daß regionale Konjunkturunterschiede in der Intensität nicht sehr groß seien, daß die Wendepunkte gleich seien — das hat auch schon eine niedersächsische Untersuchung ergeben —, daß aber große Unterschiede bestehen in der sektoralen Zusammensetzung. Genau da liegt bei uns auch das Problem. Die Frage an die Wissenschaft lautet natürlich: Was kann man in dieser Situation heute tun, um dem Wirtschaftspolitiker, der ja handeln soll und der auch handeln wird, ganz egal, wie fundiert die Unterlagen sind, die er dazu bekommt, eine Hilfe zu geben? Wenn Sie sehen, daß im ganzen Grenzlandgebiet, in den Fördergebieten, eine 3 bis 4mal so hohe Arbeitslosigkeit herrscht als im Bundesdurchschnitt und die Strukturproblematik eher größer als geringer wird, 30 bis 40 Prozent Einkommensdifferenzen landesweit in den gleichen Sektoren vorhanden sind; hinzu kommen jetzt zusätzliche Probleme mit der Bauindustrie — die sind zwar bundesweit —, in der Bekleidungsindustrie, wo wir z. B. in Oberfranken eine massierte Lage solcher Betriebe haben, wofür heute die Ergänzungsräume fehlen, des weiteren in der Schuhindustrie, so bedeutet das alles doch, es wird gehandelt werden müssen. Die Bayerische Staatsregierung hat zu Anfang dieses Jahres die gesamten Haushaltsmittel für Bauinvestitionen sofort und ohne zeitliche Begrenzung freigegeben. Das sind 1,7 Mrd. DM gewesen, die rasch in die Wirtschaft hineingeflossen sind. Wir haben deswegen auch eine erstmals unter-

durchschnittliche landesweite Gesamtarbeitslosenziffer von 1,9 gegenüber 2,2 beim Bund. Jetzt im Herbst wird ein Bauprogramm entwickelt.

Meine Frage heißt nun: Was kann uns die Wissenschaft für die Lösung dieser Problematik liefern, vor allem in sektoraler Hinsicht, weil sich die regionalen Probleme mehr und mehr als sektorale herauskristallisieren? Was müßte man da tun? Ich habe mich einmal erkundigt nach den Input-Output-Analysen, die z. B. Hessen einmal durchgeführt hat. Aber alle diese Arbeitsgruppen sind wieder auseinandergebrochen und es ist nirgendwo eine Fortsetzung dieser Arbeit zu spüren. Auch vom Bund her sind gerade die Regionalverflechtungen nicht untersucht worden. Diese Untersuchung in Hessen war ein erster Schritt hinein in ein ganz neues Gebiet, wobei sogar Präsident Wagenhöfer von der JZB in Bayern mir sagte, die Bundesbank sei nicht gegen sektorale Hilfen. Die nur globale Politik geht doch von der irrigen Voraussetzung aus, wir hätten überall die gleichen Strukturen und deswegen könnte man ausschließlich Globalpolitik betreiben. Einstweilen haben wir aber völlig unterschiedliche strukturelle Voraussetzungen, so daß die Globalpolitik ganz unterschiedlich wirken muß. Die Bundesbank erachtet sektorale Hilfen durchaus als sinnvoll. Ich bin sehr froh, daß auch die Wissenschaft diese Probleme mehr und mehr zu sehen beginnt.

Sebastian Schnyder (Kiel):

Als Kriterien für die Strukturpolitik in einer offenen Volkswirtschaft dürften die (potentiellen) komparativen Standortvorteile der einzelnen Branchen im Vergleich mit dem Ausland relevant sein: Für die Bundesrepublik Deutschland (und andere hoch industrialisierte Länder) zeichnet sich auf der einen Seite eine Hinwendung zu Dienstleistungsbereichen und relativ ausbildungskapitalintensiven Teilprozessen der industriellen Produktion ab, auf der anderen Seite ist eine Verlagerung von vergleichsweise arbeitsintensiven Produktionen und Teilprozessen in weniger entwickelte Länder festzustellen.

Ulrich Koester (Göttingen):

Versuchten Sie eben damit eine Antwort zu geben?

Knut Borchardt (München):

Es war eine Frage an Sie.

Ulrich Koester (Göttingen):

Sie haben vollkommen richtig gesagt, daß mein Aspekt der der Strukturpolitik war. Damit sind die langfristigen Aspekte angeschnitten und damit trifft genau das zu, was Sie gesagt haben, daß man langfristig

wirkende Instrumente einzusetzen hat. Das führt eben dazu, daß durch eine solche Strukturpolitik der Integrationsgrad zwischen Sektoren und Regionen höher wird. Das bedeutet eben eine Angleichung der Strukturen mit Hilfe der Strukturpolitik.

Sebastian Schnyder (Kiel):

Dann ergibt sich aber die Frage, welche Branche wo gefördert werden soll; dazu bedarf es Überlegungen zu den potentiellen komparativen Standortvorteilen der einzelnen Branchen in den einzelnen Regionen.

Ulrich Koester (Göttingen):

Es ist vollkommen richtig. Diese weiteren Überlegungen folgen daraus.

Horst Siebert (Mannheim):

Ich möchte noch etwas zu den Instrumenten sagen; denn dieses Problem scheint mir noch nicht geklärt zu sein. Ich würde sofort mit Herrn Koester darin einig gehen, wenn er sagt, Instrumente der Strukturpolitik sind alle diejenigen, die den Integrationsgrad erhöhen: Mobilitätssteigerung, Flexibilitätserhöhung usw. Die Anpassungsgeschwindigkeiten des ganzen Systems werden dadurch gesteigert. Das ist in Ordnung. Wir haben aber auch andere Instrumente der Strukturpolitik — darunter versteht man ja normalerweise etwas anderes als Mobilitätserhöhung —, die man sektoral im Sinne der Stabilisierungspolitik einsetzen kann. Das ist unser Problem.

Ulrich Koester (Göttingen):

Ich hatte vorhin gesagt: Die Produktmärkte sollten weitgehend von Interventionen ausgeschlossen bleiben. Aber nur weitgehend. Man denke nur daran, daß man zum Beispiel ausländische Bauunternehmer angeworben hat. Man kann natürlich durch solche Maßnahmen oder auch durch eine Intensivierung der Forschung in Engpaßsektoren in diese Richtung wirken; ebenso auch durch Vergabe von gezielten Forschungsvorhaben für Regionen und Sektoren. Wie gesagt, ich habe mich in meinem Referat wohlweislich nicht mit dem Instrumentarium beschäftigt, weil das sehr umfangreich ist. Ich habe mir überlegt, ob ich auf den letzten 4 Seiten darauf eingehen soll, entschied mich aber für die Angabe von allgemeinen Kriterien für die Bestimmung der Eingriffsintensität. Durch die Angabe dieser Kriterien soll es ermöglicht werden, eine Vorauswahl bezüglich der Eingriffsnotwendigkeiten aus der Gesamtheit der Sektoren mit nichtgeldwertneutraler Preisentwicklung zu treffen.

Horst Siebert (Mannheim):

Sie haben aber die These aufgestellt, Herr Koester, wenn ich es recht verstanden habe, daß durch Strukturpolitik die Phillipskurve entschärft werden kann.

(Ulrich Koester [Göttingen]: Ja, das ist richtig.)

— Damit haben Sie zumindest suggeriert, daß wir Instrumente haben, die diese Phillipskurve verschieben können. Ich würde Ihnen zustimmen, daß alle Integrationsmaßnahmen in dieser Richtung wirken. Aber was haben wir möglicherweise sonst? Es gibt beispielsweise Bereiche, gerade auf dem Agrarsektor, wo man sich fragen kann, ob durch diese Art der Strukturpolitik möglicherweise nicht gerade Inflationsprozesse gefördert worden sind. Das sind Probleme, auf die Herr Peters vielleicht noch kommen wird.

Ulrich Koester (Göttingen):

Das ist vollkommen richtig, wenn Sie sagen, daß durch die Öffnung des Weges für eine sektorale Strukturpolitik die Branchenverbände auf den Plan gerufen werden und daß es den Politikern dann sehr viel schwerer fallen wird, diesen zu widerstehen, und daß möglicherweise das, was dabei herauskommt, schlechter sein wird als das Gegenwärtige.

Horst Siebert (Mannheim):

Sind es nur die Branchenverbände? Das ist auch ein Informationsproblem. Man müßte darlegen, ob diese Strukturpolitik das Informationsproblem löst; es muß doch rechtzeitig erkannt werden, ob Engpässe drohen oder Überschusssituationen zu erwarten sind.

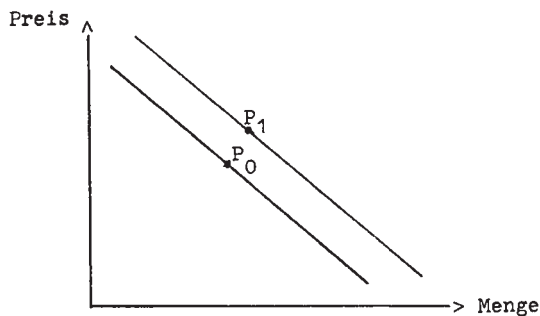
Knut Borchardt (München):

Herr Seidenfus hat uns ja am Anfang aus Kenntnis der Situation sehr richtig gesagt, ein allgemeines Wollen, ein Hinweis auf das Wünschbare ist vorhanden. Aber er hat auch gesagt, woran es mangelt: nicht so sehr am Einvernehmen über das Erfordernis einer Sektoralisierung der Prozeßpolitik. Aber es steht diesem Bestreben ein beträchtliches Methodendefizit und ein Defizit an Wissen und Information über die Auswirkungen sowohl globaler wie insbesondere sektoraler Maßnahmen entgegen. Wir könnten uns mit einer allgemeinen Zielsprache aus der Schlinge ziehen, indem wir sagen: Zu fördern sei alles, was Integration fördert. Aber damit haben wir das Problem aus einer Begriffsebene in die nächste Begriffsebene geschoben. Wir können wieder dar-

über nachdenken, was das jetzt bedeutet. Herrn Sieberts Absicht ist es ja, möglichst schnell an jenen Punkt zu kommen, an dem wir exakte Wirkungsanalyse betreiben können. Wir sollten das als eine künftige Aufgabe ansehen und ihr unsere Aufmerksamkeit widmen.

Ulrich Koester (Göttingen):

Noch zwei Bemerkungen dazu. Herr Siebert, man kann die Phillipskurve sofort beeinflussen, wenn man in den Sektoren, in denen die Preise auf Grund der Antizipation der Nachfrage steigen, die Engpässe beseitigt. Der Weg von einem Punkt zum anderen (Von P_0 nach P_1) bedeutet ja gleichzeitig, daß sich die Phillipskurve nach rechts verschiebt. Wenn man diese Verschiebungen der Nachfragekurven durch direkte Maßnahmen schon vermeiden kann, hat man einen direkten Beitrag zur Verschiebung der Phillipskurve nach links geleistet.



Knut Borchardt (München):

Wenn Sie aber jetzt einen unglücklichen Prozeß haben, dann beseitigen Sie wohl einen Engpaß durch Investitionsprozesse, aber Investitionsprozesse schaffen ihrerseits Nachfrage. Der Kapazitätseffekt kommt unter Umständen lange später, aber sie haben einen hohen Einkommenseffekt. Dieser Einkommenseffekt kann möglicherweise neue Erwartungen erzeugen und genau das, was Sie vermeiden wollen, wird dadurch gefördert. Die eigentliche Problematik, die wir sehen — deswegen ist Herrn Sieberts Frage nach dem Instrumentarium so wichtig — besteht in der Frage: Haben wir hinreichende Kenntnis darüber, mit welchen Instrumenten wir den sektoralen Prozeß zweckmäßigerweise steuern? Ob nicht etwa solche Investitionsförderungen zum Aufbrechen von Engpässen einen viel größeren Inflationsbeitrag wegen der Irreversibilität einer einmal bewirkten Preissteigerung liefern, ist noch die Frage, so daß nachher die Kapazitäten, die man zur Verfügung hat, angesichts der Verhaltensweisen, die auch im Modell drinstecken, möglicherweise

nicht mehr den Beitrag leisten, den Sie erwarten. Das sind theoretisch sehr schwierige Probleme. Sie sind natürlich empirisch-prognostisch noch viel schwieriger.

Ulrich Koester (Göttingen):

Das ist vollkommen richtig, deswegen blieb ich in meinem Schlußteil auch sehr konjunktiv. Herr Seidenfus hat auch darauf hingewiesen, daß man zu bedenken hat, daß es häufig nicht nur von den Instrumenten, sondern auch von der jeweiligen Sachlage abhängt, wie ein Eingriff wirkt. Man muß also mehr oder weniger in jedem einzelnen Fall eine cost-benefit-analysis durchführen, um dann zu entscheiden, wie die Wirkung sein wird.

Noch zwei Bemerkungen: In der Landwirtschaft haben wir ja keinen Engpaß, sondern Überkapazität. Die Richtung der Eingriffe muß daher anders sein als bei Engpaßsektoren.

Sie hatten noch das Meßproblem hinsichtlich der Dienstleistungen angeschnitten. In diesem Bereich wird es sicher noch sehr viel schwieriger sein, Produktivitäten zu ermitteln. Aber ich hatte schon gesagt, wir beobachten gerade, daß bei uns auf Grund der zunehmenden Oligopolisierung einzelner Märkte die Preissenkungstendenz bei industriellen Produkten weniger zu beobachten ist als früher. Das würde bedeuten, daß gerade bei diesen Produkten eher darauf zu achten ist, ob sich die Preise zielkonform entwickeln, so daß wir mehr oder weniger im Bereich der Dienstleistungen hoffen müssen, daß es eine Vielzahl von Anbietern gibt und daß möglicherweise der Wettbewerb so arbeitet, daß sich die gewünschte Preisentwicklung einstellt. Aber im Moment kann ich Ihnen nicht sagen, wie man das Produktionsvolumen eines Dienstleistungsbetriebes, etwa eines Standesbeamten, ermitteln soll.

Knut Borchardt (München):

Wobei aber das Schlimme ist, daß der Dienstleistungssektor ein hochmonopolisierter Markt ist, wenn man auch an das lokale Monopol der Kleinen denkt. Bei den öffentlichen Diensten sind wir ohnehin in einem ganz anderen Feld.

Hellmuth Seidenfus (Münster):

Wenn ich ganz kurz ein Zwischenresümee ziehen wollte, so wäre es dieses: Indem ich noch einmal einen Gedanken aus Ihrem Bericht, Herr Koester, aufgreife, möchte ich zum Ausdruck bringen, daß ich die Philosophie einer Angleichung der Inflationsraten beziehungsweise der Faktorentgelte durch wirtschaftspolitischen Mitteleinsatz für nicht unpro-

blematisch halte. Die Konsequenz, die ich ziehe, ist die, daß es unsere Philosophie sein sollte, die Umlenkung zwischen den Sektoren zu erleichtern. Aber ich halte es für unrealistisch, ja nicht einmal für wünschenswert, wenn wir an allen Orten der Produktion gleiche Faktor-entgelte hätten. Denn die Wohlfahrt, auf die es ja letztlich ankommt, ist doch eine Summe aus Einkommen plus den sehr persönlich gewichteten Bewertungen der Umwelt, in der man lebt. Es ist nicht einzusehen, warum man sich damit begnügen sollte, auf eine Angleichung oder Gleichmachung dieser Raten hinzuwirken. Ich glaube auch nicht, daß das möglich ist. Die Frage des Vertreters des Bayerischen Wirtschaftsministeriums hat das sehr deutlich gemacht. Die Untersuchung des Ifo-Instituts, die er uns kurz skizzierte, lief ja darauf hinaus, daß wir immer sektorale und regionale Unterschiede haben werden, Unterschiede, die aber nicht bedeuten, daß ein Unterschied in der sogenannten Lebensqualität bestehen müßte. Wir können nur einen Teil des Unterschieds erfassen, messen und bewerten. Was wir tun sollten — das wäre eine Antwort für den, der die praktische Politik zu konzipieren und durchzusetzen hat — wäre eben, die Anpassungsschwierigkeiten überbrücken zu helfen, die Wanderung der Faktoren zwischen den Sektoren zu erleichtern, aber nicht durch eine sektoral konzipierte Geldwertstabilisierungspolitik die Angleichung der Inflationsraten à tout prix zu erzwingen. Das wäre, wie schon ausgeführt wurde, da schlecht, wo diese Inflationsraten eben nicht nachfragebedingt sind, in dem Sinne, daß sie durch Geldwertvermehrungen zustande gekommen sind, sondern durch Faktorverknappung, Geschmackswandel und Änderung der Bedürfnisstrukturen. Das eine vom anderen eindeutig zu trennen, gelingt uns heute freilich noch in gar keiner Weise. Selbst Befragungen scheitern hier. Ich glaube, wir sollten daher rechtzeitig eine Grenze für Aktivitäten ziehen, die wir dem Wirtschaftspolitiker empfehlen.

Stephan Bieri (Aarau):

Herr Seidenfus hat zusammengefaßt, daß wahrscheinlich nicht die gleichen sektoralen Faktorentgelte, sondern vielleicht nur die Erhöhung der intersektoralen Integration ein Ziel sein könnte. Ich möchte nun etwas aufnehmen, was der Referent nur kurz hingeworfen hat: die Frage der cost-benefit-Analyse. Das spricht sich so leicht aus. Anknüpfend am Konzept der Integration, der Mobilität, muß man sich indessen fragen, was denn in eine solche cost-benefit-Analyse hineingebracht wird. Ich würde mindestens fordern, daß dadurch die räumliche Internalisierung überprüft werden muß. Es gilt also zu verhindern, daß aus stabilisierungspolitischen Gründen Produktionsfaktoren den Marktkräften, die teilweise oligopolistischen Einflüssen ausgesetzt sind, gehorchen und daß dann die öffentliche Hand über Infrastrukturinvestitionen die

Kosten der Enge oder die Kosten der Weite zu tragen hat. — Es ist heute über bayerische und weitere bundesrepublikanische Probleme gesprochen worden. Wir haben bei uns in der Schweiz das Berggebietproblem, das sich vor allem dadurch auszeichnet, daß wir, auch wenn wir stabilisierungspolitische Ziele erreichen wollen, differenziert zusätzliche Leistungen im öffentlichen Sektor erbringen müssen. Man hat also jeweils zu untersuchen, wie die Wirkungen jener Instrumente liegen, welche die sektorale Integration vergrößern sollen. Zu vermeiden sind dabei Eingriffe, die räumlich einseitig soziale Kosten provozieren, welche den Nutzen einer Verminderung der Preissteigerungsrate schmälern. Dieses Konzept sollte vielleicht heute noch ein bißchen diskutiert werden.

Knut Borchardt (München):

Ich möchte, meine Damen und Herren, Ihre Genehmigung dafür erbiten, daß wir einige weitere Diskussionsbemerkungen, die jetzt auf der Hand liegen, vertagen, um sie einzubinden in das, was uns im Referat von Herrn Peters gebracht wird. Herr Peters hat in seinem Referat ohnehin eine breite Gegenposition aufgebaut, so daß wir möglicherweise gezwungen sind, in die gleiche Art der Diskussion einzutreten. Das Erkenntnisinstrument, das Herr Koester uns vorgeführt hat, können wir zwar nicht im Zusammenhang mit dem Petersschen Referat diskutieren; aber das Grundproblem, in das wir gekommen sind, ist ein allgemeines und betrifft seine Position mit. Ich möchte deshalb bitten, daß nur noch jene Beiträge vorgebracht werden, die sich auf das spezifische Problem von Herrn Koester beziehen. Die anderen weitergehenden Probleme sollen, nachdem wir Herrn Peters gehört haben, noch einmal vorgebracht werden.

Ulrich Koester (Göttingen):

Eine kleine Entgegnung noch auf Herrn Seidenfus. Ich stimme mit Ihnen voll oder weitgehend überein, nur Sie haben etwas falsch interpretiert, wenn Sie meinten, es sollte verwirklicht werden, daß die Faktorentgelte überall gleich sein müßten. Es ist Ihnen dabei wohl entgangen, daß ich gesprochen habe von der „Entwicklung der Faktorentgelte“. Es können also sehr wohl Disparitäten bestehen. Entwicklung bedeutet noch nicht Höhe. Die Höhe kann unterschiedlich sein. Insofern habe ich das etwas abgeschwächt. Zum zweiten habe ich gesagt, wenn eine disparitäre Entwicklung festgestellt wurde, muß geprüft werden, ob eingegriffen werden soll. Dabei sind alle Gesichtspunkte, Lebensqualität, Änderung des Wohnwertes, des Freizeitwertes und alles, was Sie sonst meinten, ins Kalkül mit einzubeziehen. Dann erst kann man sagen, wir greifen ein oder wir tun es nicht.

Knut Borchardt (München):

Dann muß die Diskussion aber noch einen Moment weitergehen, denn dann wird die Sache theoretisch ganz schwierig. Nehmen wir an, wir haben bestimmte Sektoren mit Unterschieden in den Faktorentgelten.

Jetzt entsteht sofort das Meßproblem: Werden die Disparitäten in Logarithmen oder in absoluten Größen gemessen? Es kann nicht egal sein, ob man relativ oder absolut mißt. Will man die absoluten Unterschiede konstant halten oder die relativen Unterschiede? Das hängt voll mit der Theorie zusammen, die dem zugrundeliegt. Gemäß Ihrer Theorie muß eigentlich auf Abbau der Disparitäten gedrängt werden, sonst würden nämlich permanent aus der Differenzierung Inflationsschübe kommen. Es ist ein Problem, ob die Disparitäten der Ausgangsperiode erhalten bleiben sollen oder nicht. Und dann kann man immer noch fragen, ob der Bezugspunkt 1950 oder 1970 sein soll. Haben wir als Wirtschaftspolitiker die Freiheit, uns das auszusuchen? Wenn 1970 eine heftige Ungleichgewichtssituation war, dürfte die Struktur bestimmt nicht erhalten bleiben.

Ulrich Koester (Göttingen):

Ich habe die Frage angeschnitten in meinem Abschnitt über den systemimmanenten Fehler. Ich hatte gesagt, ich muß bei der empirischen Anwendung implizieren, daß in der Basisperiode ein intersektorales Gleichgewicht vorliegt. Wenn ich aber durch andere Beobachtungen weiß, daß kein intersektorales Gleichgewicht bestand, dann würde ich natürlich meine Ergebnisse anders interpretieren. Das ist kein Problem. Wenn ich sage, es seien Unterschiede in den Faktorentgelten vorhanden, aber dennoch bestehe nicht die Notwendigkeit, sie anzugleichen, dann kann ich das auch durch allerlei andere empirische Untersuchungen prüfen. Es gibt zum Beispiel eine Untersuchung über die Berufswechselwünsche der Landwirte im Bayerischen Wald, die zeigt, daß die Landwirte gar nicht gewillt sind, zu wechseln, weil sie ihr Einkommen als ausreichend betrachten. Infolgedessen kann ich nicht a priori aus Einkommensunterschieden auf Ungleichgewichte und die Notwendigkeit von Eingriffen schließen. Ich muß also ergänzend zu vorliegender Studie andere Untersuchungen zu Hilfe nehmen, um eine eindeutige Diagnose stellen zu können.

Ich wollte noch auf den Punkt der cost-benefit-analysis etwas näher eingehen und auf die sozialen Kosten, die damit verbunden sein könnten, wenn man die eine oder andere Maßnahme ergreift. Es ist vollkommen richtig, daß der Anpassungsprozeß auf der einen Seite durch Anreiz- und auf der anderen Seite durch Druckmechanismen verwirklicht wird.

Bei Anwendung von Druckmechanismen können wir sagen, es seien soziale Kosten entstanden, die wir in der Regel nicht quantifizieren können. Es gibt aber auch eine Reihe von Instrumenten, die den Druck nicht erhöhen, aber gleichzeitig die Anreize verstärken. Man denke zum Beispiel daran, daß das Volkswagenwerk und auch andere Automobilwerke die Möglichkeit gegeben haben, daß man zukünftiges Einkommen teilweise kapitalisieren kann. Dadurch wurde der Druck unverändert, aber die Anreize verstärkt. Genau so gut könnte man in der Landwirtschaft sagen: Zukünftiges Einkommen, zukünftige Subventionen können kapitalisiert werden. Dann würde man auch nicht durch verstärkten Druck die Intensität des Strukturwandels erhöhen, sondern durch vermehrte Anreize. Diese Grundüberlegung könnte uns bereits bei der Auswahl der adäquaten Instrumente eine Hilfe leisten, weil dadurch das Problem der Quantifizierung sozialer Kosten des Anpassungsdruckes vermieden werden würde.

Knut Borchardt (München):

Das Generalthema unserer Zusammenkunft heißt „Stabilisierungspolitik *und* sektorale sowie regionale Strukturpolitik“. Das Wort „und“ ist eine Konjunktion, die alles möglich macht. Man kann natürlich Untersuchungen der Stabilisierungspolitik in ihrer Wirkung auf irgendwie gegebene sektorale Zielsetzungen vornehmen. Man kann aber auch — das ist jetzt das so formulierte Thema — „stabilisierungspolitische Gefahren protektionistischer sektoraler Strukturpolitik“ sehen. Wir blicken jetzt mit Herrn Peters genau in die Gegenrichtung. Vorher sind wir von einem Konsens ausgegangen, daß globale Stabilisierungspolitik durch strukturelle prozeßpolitische Maßnahmen verbessert werden könnte. Die Strukturalpolitik wurde als ein Hilfsmittel zur Erreichung globalpolitischer Ziele betrachtet. Herr Peters hat die Aufgabe übernommen, zu fragen: Gegeben sind die stabilisierungspolitischen Globalziele, welche Gefahren erwachsen uns aus der strukturpolitischen Aufgabenstellung und aus der Praxis?

Stabilisierungspolitische Gefahren protektionistischer sektoraler Strukturpolitik

Von *Hans-Rudolf Peters*, Oldenburg*

1. Problemstellung

Die folgende Untersuchung will die stabilisierungspolitischen Gefahren einer protektionistischen sektoralen Strukturpolitik in einem Wirtschaftssystem vom Typ einer globalgesteuerten unvollkommenen Marktwirtschaft¹ — wie es in der Bundesrepublik Deutschland realisiert ist — herausdestillieren.

2. Begriffserläuterungen

Um den Analysegegenstand zu kennzeichnen, müssen zunächst die von der Thematik benutzten Begriffselemente erläutert werden.

2.1 Sektoriale Strukturpolitik

Neben der Ordnungs- und der Konjunkturpolitik gehört die Strukturpolitik zu den Hauptkomponenten der wirtschaftspolitischen Konzeptionen der politisch-staatlichen Entscheidungsträger westlicher Industriegesellschaften. Die für ein marktwirtschaftlich orientiertes System konstitutive Ordnungspolitik schafft den Ordnungsrahmen, innerhalb dessen sich die ökonomischen Prozesse — global beeinflusst von der Konjunkturpolitik — in mehr oder weniger freier Entscheidung der ein-

* Geboren am 2. Mai 1932 in Stadtoldendorf (Niedersachsen). Studium der Volkswirtschaftslehre an den Universitäten Göttingen und Freiburg i. Br. 1956 Diplom-Volkswirt und 1958 Promotion zum Dr. rer. pol. an der Universität Freiburg i. Br. 1959 - 1974 Mitarbeiter im Bundesministerium für Wirtschaft in Bonn, zuletzt als Regierungsdirektor. 1971 Habilitation an der Universität Marburg im Fach Volkswirtschaftslehre. 1973 Umhabilitation an die Universität Bonn; anschließend Privatdozent für wirtschaftliche Staatswissenschaften, insbesondere Wirtschaftspolitik. Seit 1974 ordentlicher Professor für Wirtschaftspolitik an der Universität Oldenburg. Hauptarbeitsgebiete: Wirtschaftsordnungspolitik und Theorie der Wirtschaftssysteme (einschließlich Systemvergleiche) und Strukturpolitik (sektorale und regionale Wirtschaftspolitik, Infrastruktur- und Umweltschutzpolitik).

¹ Vgl. *Hans-Rudolf Peters*, Ordnungstheoretische Ansätze zur Typisierung unvollkommener Wirtschaftsordnungen, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 18. Jg. (1973), S. 62 ff.

zelen Wirtschaftssubjekte vollziehen und sich die ökonomischen Strukturen grundsätzlich als Ergebnis des arbeitsteiligen Wirtschaftsgeschehens herausbilden. Allerdings werden die politisch-staatlichen Instanzen gelegentlich durch ökonomische Gründe, wie z. B. strukturelle Produktionsengpässe, und häufiger durch außerökonomische Motive meist verteilungspolitischer Art veranlaßt, sektorale und regionale Strukturen der Wirtschaft gezielt zu beeinflussen.

Die sektorale Strukturpolitik umfaßt alle Maßnahmen, mit denen staatliche Instanzen gewollt und bewußt ökonomische Strukturen² von Wirtschaftszweigen mittelbar beeinflussen oder unmittelbar gestalten, um Strukturwandlungen innerhalb von und zwischen Wirtschaftszweigen in einer Volkswirtschaft auszulösen, zu verstärken, abzuschwächen oder zu unterbinden.

Entsprechend läßt sich die sektorale Strukturpolitik in Struktur-erhaltungs-, Struktur Anpassungs- und Strukturgestaltungspolitik aufgliedern³. Die Struktur erhaltungspolitik zielt darauf ab, bestehende ökonomische Strukturen — insbesondere die Einkommensverhältnisse und Besitzstände an den Märkten von Wirtschaftszweigen oder Anbietergruppen — entgegen den Markttendenzen zu konservieren. Während die Struktur Anpassungspolitik, die den Wirtschaftszweigen bei der Anpassung an marktbedingte Strukturwandlungen helfen will, den Wirtschaftssubjekten regelmäßig noch einen eigenen Entscheidungsspielraum hinsichtlich der Annahme und Anwendung der staatlichen Anpassungshilfen läßt, erzwingt die Strukturgestaltungspolitik direkt bestimmte Branchenstrukturen auch gegen den Willen der betreffenden Branchenangehörigen. Bei unserer Analyse geht es um den Bereich der sektoralen Struktur erhaltungspolitik.

Der für die sektorale Strukturpolitik zentrale Begriff des Strukturwandels bedarf einiger Erläuterungen. Nach Wagemann sind Strukturwandlungen einmalige Veränderungen, die entweder abrupt — wie z. B. als Entwicklungsbruch infolge von Naturkatastrophen — oder stetig vor sich gehen und deren Trend irreversibel ist⁴. Eine einmal angestoßene kontinuierliche Strukturveränderung, die sich in der Entwick-

² Strukturen drücken das jeweilige Verhältnis der Glieder zum Ganzen und zueinander aus. Ansatzpunkte sektoraler Strukturpolitik sind neben der Produktionsstruktur auch die Absatz-, Beschäftigten-, Unternehmensgrößen-, Marktanteils- und Einkommensstruktur von Wirtschaftszweigen oder bestimmten Anbietergruppen.

³ Vgl. *Hans-Rudolf Peters*, Grundzüge sektoraler Wirtschaftspolitik, Beiträge zur Wirtschaftspolitik, Bd. 15, Freiburg/Br. 1971, S. 48 ff.; *Hans-Rudolf Peters*, Die Problematik der sektoralen Strukturpolitik in alternativen Wirtschaftssystemen, in: Christian Watrin (Hrsg.), Struktur- und stabilitätspolitische Probleme in alternativen Wirtschaftssystemen, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 76, Berlin 1974, S. 26 ff.

⁴ Vgl. *Ernst Wagemann*, Konjunkturlehre, Berlin 1928, S. 45.

lung als Wachstum oder Rückbildung erweist, kommt zu einem bestimmten Zeitpunkt zwar zum Stillstand, birgt aber keine Kräfte in sich, die den Trend der Aufwärts- oder Abwärtsbewegung umkehren. Demgegenüber sammeln konjunkturelle Bewegungen in jeder Konjunkturstufe Kräfte an, die zumindest ein sanftes Übergleiten in eine neue Konjunkturphase und manchmal auch ein abruptes Drängen in eine konjunkturelle Krisensituation inflatorischer oder deflatorischer Art bewirken. Oft ist es schwer zu erkennen, ob es sich um kurzfristige Konjunkturschwankungen oder um dauerhafte Strukturwandlungen handelt, zumal wiederholte Konjunkturausschläge in gleicher Richtung zum Strukturwandel führen können.

Die meisten wirtschaftspolitischen Maßnahmen wirken — von den Entscheidungsträgern gewollt oder unbeabsichtigt sowie bewußt oder unbemerkt — auf ökonomische Strukturen ein. Selbst konjunkturpolitische Maßnahmen, wie z. B. Diskontsatzserhöhungen, die primär das Geld- und Kreditvolumen kurzfristig mindern wollen, können langfristige Änderungen der Branchenstruktur einleiten, indem die Kreditnachfrager kapitalintensiver Wirtschaftszweige eventuell veranlaßt werden, Ersatzinvestitionen nicht nur aufzuschieben, sondern ganz aufzugeben. Da es nach Meinhold „schlechthin keine struktureneutrale Wirtschaftspolitik“ gibt⁵, sollten nur solche Maßnahmen, die gewollt und bewußt auf ökonomische Strukturen einwirken, der Strukturpolitik zugerechnet werden.

2.2 Protektionistische Branchenstrukturpolitik

Unter Protektionismus wird oft lediglich die Veränderung der Konkurrenzverhältnisse zwischen in- und ausländischen Anbietern zugunsten der einheimischen Produzenten mittels staatlicher Schutzmaßnahmen verstanden. Für die folgende Analyse wird der Begriff „Protektionismus“ weiter gefaßt.

Protektionistische sektorale Strukturpolitik umfaßt alle strukturwirksamen Schutzmaßnahmen, die staatliche Instanzen zu dem Zweck ergreifen, bestimmte inländische Wirtschaftszweige oder Anbietergruppen vor der ausländischen Konkurrenz, der einheimischen Substitutionskonkurrenz, der Konkurrenz aus den eigenen Reihen oder vor potentieller Konkurrenz längerfristig zu schützen. Der Branchenprotektionismus erstreckt sich also auf solche Wettbewerbsbeeinträchtigungen und Subventionen zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige und Anbietergruppen, die über eine zeitlich und sachlich eng begrenzte Hilfe mit

⁵ *Helmut Meinhold*, Strukturwandlungen als Problem der Wirtschaftspolitik, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 30/II, Berlin 1964, S. 1067.

primär Anpassungscharakter hinausgehen und bei denen der Erhaltungszweck im Vordergrund steht. Ein Charakteristikum protektionistischer Branchenstrukturpolitik ist somit die Unbefristetheit bzw. die Dauerhaftigkeit ihrer Maßnahmen. Aus einer als vorübergehend gedachten sektoralen Sonderordnung oder einer befristeten Strukturanpassungshilfe kann durch ständige Verlängerung eine protektionistische Dauerregelung werden.

2.3 Stabilisierungspolitik

Die sektorale Strukturpolitik kann stabilitätsgefährdend wirken, wenn sie den Zielen der Stabilisierungspolitik — die im folgenden herauszustellen sind — entgegenwirkt.

Stabilisierungspolitik wird üblicherweise bei der Konjunktur- und Wachstumspolitik und nur ausnahmsweise bei der Strukturpolitik angesiedelt. Daran wird bereits deutlich, daß sich Stabilisierungspolitik nicht auf die Zementierung ökonomischer Strukturen richtet. Stabilisierungspolitik umfaßt diejenigen Handlungen wirtschafts- und finanzpolitischer Instanzen, die auf Übereinstimmung bestimmter ökonomischer Relationen und deren fortschreitende Anpassung an gleichgewichtige Deckungsgrößen gerichtet sind. Stabilität im Zusammenhang mit Konjunktur und Wachstum enthält also eine dynamische Komponente. Dies wird beispielsweise an den Bestrebungen der Wirtschaftspolitik deutlich, nicht vom gleichgewichtigen Wachstumspfad — der durch Übereinstimmung von Produktionskapazitätswachstum und effektiver Nachfragesteigerung markiert ist — abzukommen.

Die Hauptaufgabe der Stabilisierungspolitik liegt darin, die Voraussetzungen für Gleichgewichte zwischen Bedarf und Deckungsmöglichkeiten zu schaffen, zu bewahren oder wiederherzustellen. In einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnung muß die Stabilisierungspolitik im engeren Sinne inflatorischen und deflatorischen Prozessen vermittels Konjunkturpolitik und ergänzender Strukturpolitik vorbeugen; insoweit bereits gesamtwirtschaftliche oder sektorale Ungleichgewichte vorhanden sind, muß sie deren Ursachen mit dem Ziel bekämpfen, Angebot und Nachfrage global und gegebenenfalls auch sektoral in der Volkswirtschaft einander anzugleichen, ohne dabei in einen Deflations- bzw. Inflationsprozeß abzugleiten. Wegen der Interdependenz des wirtschaftlichen Geschehens und der Einbindung stabilisierungspolitischer Zielsetzungen in das wirtschafts- und gesellschaftspolitische Zielsystem gibt es jedoch noch eine weitergefaßte Stabilisierungspolitik. Diese Stabilisierungspolitik bewegt sich im Spannungsfeld des magischen Zielfünfecks, das durch die vier gesamtwirtschaftlichen Ziele Preisniveaustabilität (bzw. Geldwertstabilität), Vollbeschäftigung, Wirtschaftswachstum und Zahlungsbilanzausgleich und das gesellschaftspolitische Ziel Ver-

teilungsgerechtigkeit markiert ist. Aufgabe der Stabilisierungspolitik im weiten Sinne ist es, die fünf vorgenannten Ziele möglichst gleichzeitig weitgehend zu verwirklichen.

3. Ziele und Mittel protektionistischer sektoraler Strukturpolitik

Um die stabilisierungspolitischen Gefahren der protektionistischen sektoralen Strukturpolitik aufzeigen zu können, müssen zunächst deren hauptsächlichste Ziele und Mittel skizziert werden.

3.1 Protektionistische Strukturhaltungsziele

Schon Mises wies darauf hin, daß das Schwergewicht des interventionistischen Systems nicht auf den produktionspolitischen, sondern auf den preispolitischen Eingriffen beruhe⁶. Auch nach Marbach sind das „sozialpolitische, das staatspolitische, das sozialetische, das interessepolitische Interventionsmotiv ... vorwiegend verteilungs- und nicht produktionsorientiert“⁷.

Erfahrungsgemäß drängen oft Wirtschaftszweige, deren Absatz stagniert oder schrumpft, die strukturpolitischen Instanzen unter allerlei Vorwänden, ihnen zu Erträgen oder Kapitalverzinsungen zu verhelfen, die ihnen der Markt in der geforderten Höhe nicht zugesteht. Unter dem permanenten Druck von Branchenverbänden und deren Lobbyisten im vor- und innerparlamentarischen Raum haben sich die Instanzen der sektoralen Strukturpolitik des öfteren bereit erklärt, Einkommen von Branchen, die im marktwirtschaftlichen Strukturwandel zurückzubleiben drohen, mit Staatshilfe an höhere Einkommensniveaus anderer Wirtschaftszweige oder Berufsgruppen anzunähern oder zumindest eine marktbedingte Verminderung des sektoralen Ertrags- und Einkommensniveaus aufzuhalten. Molitor nennt das Kernziel der praktizierten Verteilungspolitik des Staates, „die periodischen Branchenerfolge anzugleichen und so etwas wie eine sektorale Einkommensparität anzustreben“⁸. Derartige strukturpolitische Zielsetzungen mit quasi einkommensparitätischem Charakter, die in einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnung eigentlich als systeminkonform gelten müßten, liegen meist nicht offen zutage. Die Branchen- und Berufsverbände verstecken ihre Forderungen nach Einkommensverbesserungen mit Staatshilfe häufig hinter einem

⁶ *Ludwig Mises*, Kritik des Interventionismus, Jena 1929, S. 9.

⁷ *Fritz Marbach*, Zur Frage der wirtschaftlichen Staatsintervention, Bern 1950, S. 153 f.

⁸ *Bruno Molitor*, Sektorale Einkommensverteilung und Wirtschaftspolitik, Die Problematik der Branchenschutzpolitik, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 12. Jg. (1967), S. 99.

Wall von vorgeschobenen Zielangaben, von denen sie annehmen, daß diese bei den staatlichen Entscheidungsträgern auf weniger Widerstand und in der Presse und Öffentlichkeit auf mehr Verständnis stoßen. In der Regel werden konstruierte Branchenbesonderheiten oder Wettbewerbsverzerrungen, die angeblich eine wettbewerbsmindernde Sonderregelung und öffentliche Hilfen zum Nachteilsausgleich für die betreffende Branche erforderlich machen sollen, vorgeschoben⁹. Da erfahrungsgemäß auch die politisch-staatlichen Instanzen manchmal ihre Nachgiebigkeit gegenüber den partikularen Interessen der Gruppen durch ähnliche Rechtfertigungskonstruktionen zu verdecken suchen, kann der Zielanalytiker das wirklich angestrebte Strukturerehaltungsziel gelegentlich nur durch Rückschlüsse aus den eingesetzten Instrumenten protektionistischer Art ermitteln. Manche sektorale Sonderordnung wettbewerbsmindernden Charakters und zahlreiche Subventionen mit primär Erhaltungscharakter lassen darauf schließen, daß die politisch-staatlichen Instanzen entgegen anderslautenden Zweckbestimmungen de facto Ziele der Strukturerehaltung und Brancheneinkommenssicherung ansteuern.

Ausnahmsweise offen ist das sektorale Einkommensziel in der Agrarpolitik ausgewiesen, indem nach wie vor als Ziel eine „gleichrangige Teilnahme der in der Land-, Forstwirtschaft und Fischerei Tätigen an der allgemeinen Einkommens- und Wohlstandsentwicklung“¹⁰ verkündet worden ist und mit Staatshilfe insbesondere über die Agrarmarktordnungen — die zumeist als Anbieterschutzordnung wirken — angestrebt wird. Etwas verdeckt ist das sektorale Einkommensziel in einem verkehrspolitischen Programm der Deutschen Bundesregierung umschrieben worden, indem es ein Ziel der Verkehrspolitik sein soll, „die Nachfrage der Bevölkerung und der verladenden Wirtschaft nach Verkehrsleistungen zu angemessenen Bedingungen zu erfüllen“¹¹. Da bei der gegenwärtigen Reglementierung im Güterverkehr die „angemessenen Bedingungen“, das heißt insbesondere die Verkehrspreise, unter Mitwirkung von Tarifvorschlagskartellen (Tarifkommissionen im Straßengüterverkehr, Frachtenausschüsse in der Binnenschifffahrt) vom Staat festgesetzt werden, und zwar erfahrungsgemäß häufig über Marktniveau zugunsten der Verkehrsleistungsanbieter, ist das sektorale Einkommensziel in diesen Verkehrsbereichen unverkennbar. Teils als verdeckte, teils als offene Ziele haben die staatlichen Instanzen der Steinkohlen-

⁹ Zur Kritik derartiger Rechtfertigungskonstruktionen vgl. *Hans H. Scheib*, *Branchenbesonderheiten*, Heidelberg 1967; ferner *Hans-Rudolf Peters*, *Marktwirtschaftliche Verkehrsordnung und die „Besonderheiten“ des Güterverkehrs*, Bad Godesberg 1966.

¹⁰ Agrarbericht 1974, in: Deutscher Bundestag, 7. Wahlperiode (1974), Drucksache 7/1650, S. 12.

¹¹ Verkehrspolitische Programm für die Jahre 1968 bis 1972, in: Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode (1968), Drucksache V/2494, S. VIII.

bergbaupolitik in der Bundesrepublik Deutschland sektorale Einkommenssicherungen sowohl für die Bergbauunternehmungen als auch für die Bergarbeiter verkündet und mittels eines reichhaltigen Arsenal von Instrumenten des Kohleprotektionismus angestrebt. Obwohl der Sicherheitsaspekt der Energieversorgung als Rechtfertigung für einen gewissen Steinkohlenprotektionismus durch die Ölpreiskrise 1973 aktualisiert worden ist, darf dennoch nicht übersehen werden, daß der insbesondere wegen der teilweise ungünstigen Lager und Abbauverhältnisse immer noch teuerste Energieträger „deutsche Steinkohle“ das Mineralöl weder mengenmäßig und qualitativ noch preisgünstig ersetzen kann. So wird bis zur breiteren Anwendung der zukunftssträchtigen Kernenergie die deutsche Steinkohle zwar ein begrenztes und relativ teures Sicherheitspolster für bestimmte Produktionen, aber keineswegs eine Sicherheitsgarantie für eine ausreichende Energieversorgung sein können.

Strukturerhaltungsziele werden auch in den Bestrebungen der Instanzen sektoraler Strukturpolitik sichtbar, bestimmten Anbietergruppen, wie z. B. Kleinschiffen, Marktanteile über gesetzlich vorgeschriebene Mitbeschäftigungsverträge zu sichern. Die Detailziele der sogenannten Mittelstandspolitik in Form einer Sondergruppenpolitik für kleine gewerbliche und freiberufliche Existenzen weisen oft strukturkonservierende Züge auf. Manchmal verbergen sich Ziele des Branchen- und Berufstandschutzes unter dem Deckmantel von angeblich im Allgemeininteresse liegenden Berufsordnungen, die als notwendige Regelung zum Schutz vor eventuell betrügerischem Kurpfuschertum oder unsachgemäßer Leistungsausführung deklariert worden sind, hauptsächlich aber den Berufs- und Marktzugang erschweren sollen, um die bereits in den betreffenden Gewerben und Berufen Tätigen vor der potentiellen Konkurrenz zu schützen.

Zusammenfassend läßt sich folgendes feststellen: Entkleidet man die gruppenbegünstigenden Ziele der sektoralen Strukturpolitik ihrer manchmal fadenscheinigen Verbrämung mit einer angeblich im Allgemeininteresse liegenden Produktionsstützung, so stößt man meist auf den harten Zielkern, der in den Bestrebungen sichtbar wird, Produzentenprivilegien vorwiegend in Form von Wettbewerbsbeschränkungen und handfesten Einkommensverbesserungen zugunsten bestimmter Branchen und Anbietergruppen zu konservieren.

Erfahrungsgemäß werden Strukturerhaltungsziele nur selten offen ausgewiesen. Dementsprechend gibt es in der sektoralen Strukturpolitik mit starker strukturkonservierender Komponente mehr verdeckte als offene Ziele. Im Gegensatz zu offenen Zielen, die klar zutage liegen und von den staatlichen Instanzen wirklich angestrebt werden, sind verdeckte Ziele entweder wegen ungenauer Formulierung erläuterungs-

bedürftig (interpretationsbedürftige Ziele) oder von den staatlichen Entscheidungsträgern nicht ernst gemeint und nur zur Verschleierung der wirklichen Ziele vorgeschoben (getarnte Ziele).

3.2 Mittel protektionistischer Strukturhaltungspolitik

Obwohl die freie Preisbildung unter Wettbewerbsbedingungen im Bereich der Konsumgüter, Dienstleistungen und Investitionsgüter zu den konstitutiven Prinzipien einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnung gehört, hat dies die politisch-staatlichen Instanzen nicht davon abgehalten, das Instrument der administrativen Preisfestsetzung zu dem Zweck der Ertrags- und Einkommenssicherung zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige und Anbietergruppen anzuwenden. Staatliche Preisfestsetzungen dieser Art finden sich vornehmlich in solchen Branchen, die sich in der Stagnations- oder Rückbildungsphase des Marktes (Heuß) befinden, wie z. B. die Landwirtschaft und Teile des binnenländischen Güterverkehrs. Immobile Produzenten in schrumpfenden Wirtschaftszweigen erhoffen sich oft von einer staatlichen Preisfestsetzung und Ausschaltung des brancheninternen Preiswettbewerbs die Sicherung eines Unternehmensertrages. Da jedoch den Produzenten eines Wirtschaftszweiges mit staatlichen Branchenfestpreisen oder Mindestpreisen über Marktniveau allein nicht gedient ist, wenn die Nachfrage nach ihren Erzeugnissen und Dienstleistungen ausbleibt, bedrängen sie meist den Staat, für eine effektive Ausnutzung der Preisgarantien durch weitere protektionistische Maßnahmen zu sorgen. So fordern Branchenverbände beispielsweise, der Staat solle die Substitutions- und Auslandskonkurrenz durch Kontingente, Steuern und Zölle eindämmen, Abnahmeverpflichtungen und Verwendungszwänge bei den Abnehmern festsetzen, eine staatliche Abnahmegarantie für die Erzeugnisse aussprechen, Preis- und Quotenkartelle oder Verkaufssyndikate zulassen. Manche sektorale Sonderordnung hat ihren Ursprung in administrativen Preisfestsetzungen des Staates, die später durch weitere Branchenprotektionismen zu regelrechten Anbieterschutzordnungen ausgebaut worden sind.

Anbieterschutzordnungen bestehen aus einem mehr oder weniger geschlossenen System von Einzelementen, die insgesamt darauf ausgerichtet sind, einem Wirtschaftszweig oder bestimmten Anbietergruppen einen möglichst lückenlosen Schutz vor unerwünschten Einflüssen auf das sektorale Einkommen zu verschaffen. Dem Schutz des sektoralen Besitzstandes und der Einkommenssicherung dienen als Einzelemente neben staatlich festgesetzten Preisen beispielsweise staatliche Abnahmeverpflichtungen (z. B. für bestimmte landwirtschaftliche Erzeugnisse), gesetzliche Absatzgarantien (wie z. B. im Gesetz zur Sicherung des Steinkohleneinsatzes in der Elektrizitätswirtschaft), Einfuhrkontingente (z. B. gegenüber Niedriglohnländern), künstliche Verteuerungen des

Auslandsangebotes durch verordnete Preisheraufschleusungen und hohe Zölle, steuerliche Belastungen der Substitutionskonkurrenz (Heizölsteuer), Beschränkungen für den Marktzugang neuer Wettbewerber (Kontingentierung im gewerblichen Güterfernverkehr), gesetzlich fixierter Besitzstandsschutz für bereits am Markt befindliche Unternehmen (wie z. B. im Personenlinienverkehr) und wettbewerbsbeschränkende Demarkations- und Konzessionsverträge (z. B. in der Elektrizitätswirtschaft).

Wenn die Regenten nicht willens oder in der Lage sind, perfekte Anbieterschutzordnungen zu errichten, streben Produzentenorganisationen häufig gesetzliche Ausnahmen vom Kartellverbot an, oder Produzentengruppen konstruieren Kartellerlaubnistatbestände. So werden meist unter Betonung eines angeblichen Rationalisierungseffektes, jedoch ohne Zusicherung einer Weitergabe des Rationalisierungserfolges im Preis an die Abnehmer, Kartellzwecke deklariert, die bei lascher Handhabung des grundsätzlichen Kartellverbots und großzügiger Interpretation von Ausnahmetatbeständen manchmal staatlicherseits akzeptiert werden. Erfahrungsgemäß dienen durchweg alle Kartelle mit offener oder verdeckter Preis- und Quotenregelung — entgegen den meist vorgeschobenen und gelegentlich vom Staat angenommenen Anpassungszwecken — der Strukturhaltung zugunsten der Kartellmitglieder. Dies zeigt sich unter anderem daran, daß die Kartellinteressenten meist die Form des erlaubten Strukturkrisenkartells, das konkrete Anpassungsmaßnahmen z. B. in Gestalt eines Kapazitätsabbauplanes verlangt, scheuen und den Genehmigungsbehörden andersartige Kartelle mit keinen einschneidenden Anpassungsregeln abzulisten trachten.

Ein weiteres klassisches Mittel der Strukturhaltungspolitik sind Branchensubventionen, die der Staat bestimmten Wirtschaftszweigen als sichtbare Finanzhilfen oder als haushaltsmäßig unsichtbare Begünstigungen — z. B. in Form von Steuerermäßigungen — zum Zwecke der Erhaltung von Produktionen, Marktanteilen und sektoralen Einkommen gewährt. Erhaltungssubventionen lassen sich von Anpassungs- und Entwicklungssubventionen meist deutlich unterscheiden. Anpassungssubventionen sollen den Branchen bei der Anpassung an ökonomische Strukturwandlungen, neue Bedingungen des Marktes und den technischen Fortschritt helfen und sich durch betriebliche Rationalisierung, erzielte Produktivitätssteigerungen, Produktionsumstellungen und andere ertragspositive Wirkungen nach einiger Zeit selbst entbehrlich machen. Erhaltungssubventionen dienen dagegen primär der Erhaltung von Unternehmen bestimmter Wirtschaftszweige, die ihr Kapital und ihre verfügbaren Produktionsfaktoren Boden und Arbeit ohne Produktions- und Vertriebsanpassungen entgegen den Markttendenzen in einer bestimmten Produktionsrichtung halten wollen. Während Strukturhaltung und künstliche Einkommenssicherung mit Staatshilfe im Vordergrund von

Erhaltungssubventionen stehen, sollen Entwicklungssubventionen insbesondere mithelfen, daß die Unternehmungen bestimmter Wirtschaftszweige gesamtwirtschaftlich zukunftssträchtige Produktions-, Vertriebs- und Datenverarbeitungsmethoden sowie neuartige und kostengünstige Substitutionsprodukte — deren technische Entwicklung über ihre finanzielle Kraft und Risikobereitschaft gehen — zur Produktions- bzw. Anwendungsreife entwickeln und auf den Markt bringen.

Im Außenhandel zumindest zwischen den westlichen Industrieländern haben die klassischen Instrumente des Protektionismus, nämlich die Importzölle und mengenmäßigen Einfuhrbeschränkungen, insgesamt an Bedeutung verloren. Mit dem Zollabbau innerhalb der EWG sowie den mehrfachen weltweiten Zollsenkungsrunden hat sich die Protektion durch Zölle vermindert, und statt dessen haben sich die nicht-tarifären Handelshemmnisse ausgebreitet. Die Staaten versuchen, die inländischen Produzenten gegenüber den ausländischen Wettbewerbern zu schützen, indem sie beispielsweise das Einfuhrverfahren zu Diskriminierungen ausländischer Exporteure mißbrauchen, speziell die Auslandskonkurrenz benachteiligende technische Standards vorschreiben oder einheimische Wirtschaftszweige subventionieren.

3.3 Charakterisierung der sektoralen Strukturpolitik

Sicherlich gibt es auch bei einer insgesamt befriedigend funktionierenden Marktsteuerung schon allein aufgrund der begrenzten Mobilität der Produktionsfaktoren und der mehr oder weniger langen Dauer des Anpassungsprozesses an strukturelle Änderungen gelegentlich Fälle, in denen strukturpolitische Hilfsmaßnahmen zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige mit zeitweise strukturhaltendem Charakter unumgänglich sind. Dies trifft besonders auf Situationen zu, in denen sektorale Probleme regional konzentriert auftreten. Wegen fehlender Beschäftigungsalternativen in industriell oder agrarisch monostrukturierten Regionen muß eventuell aus sozialen und beschäftigungspolitischen Gründen der ökonomische Strukturwandel verzögert werden, bis die ökonomische Monostruktur beseitigt und ein vielfältigeres Arbeitsplatzangebot geschaffen worden ist. Erfahrungsgemäß geht die praktizierte Strukturpolitik jedoch über derartig „legitime“ Strukturziele und -hilfen, die auch in einer marktwirtschaftlich orientierten Ordnung als systemkonform gelten können, weit hinaus. Die sektorale Strukturpolitik mit ihrer aufgeblähten Strukturhaltungskomponente ist weitgehend zu einer Gruppenbegünstigungs- und Anbieterschutzpolitik degeneriert.

4. Stabilisierungspolitische Gefahren des Branchenprotektionismus

Protektionistische Branchenstrukturpolitik besteht im wesentlichen darin, den internen Branchen-, Substitutions- oder Auslandswettbewerb zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige oder Anbietergruppen auszu-schalten oder zumindest zu dämpfen. Welche stabilisierungspolitischen Folgen Wettbewerbsbeschränkungen dieser Art in einer marktwirt-schaftlich orientierten Ordnung haben, läßt sich am besten verdeutlichen, wenn man von den Funktionen des Wettbewerbs ausgeht.

Nach Kantzenbach erfüllt der Wettbewerb folgende fünf gesamtwirt-schaftliche Funktionen¹²:

- Lenkung der Produktionsfaktoren in ihre produktivsten Einsatzmög-lichkeiten,
- funktionelle Einkommensverteilung der Produktionsfaktoren nach der Marktleistung und damit Verhinderung von Ausbeutung auf-grund von Marktmacht,
- Steuerung des Warenangebotes nach Käuferpräferenzen,
- flexible quantitative und qualitative Anpassung der Produktionen an sich ändernde Nachfragestrukturen und Produktionstechniken,
- beschleunigte Durchsetzung des technischen Fortschritts.

Die Funktionen des Wettbewerbs wirken erfahrungsgemäß in der ökonomischen Wirklichkeit nur trendmäßig. Heute wird kaum noch ernsthaft bestritten, daß der Wettbewerb tendenziell als schwer zu erset-zendes Antriebsaggregat der permanenten Leistungssteigerung — die Voraussetzung für ein kontinuierliches Wirtschaftswachstum ist — wirkt. Unbestreitbar enthält der Wettbewerb als nichtautoritäres Steuerungs- und Koordinierungsinstrument auch soziale Züge, indem er selbst die schwächsten Glieder der Gesellschaft in ihrer Rolle als Konsumenten vor preislicher Ausbeutung schützt und gesamtwirtschaftlich inflatori-sche Preisauftriebstendenzen zumindest bremst. Andererseits schließt die marktwirtschaftliche Wettbewerbssteuerung weder friktionsreiche Anpassungsprozesse aus noch unterbindet sie stets gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte zwischen Produktionskapazität und verfügbarem An-gebot einerseits und effektiver Gesamtnachfrage andererseits. Ebenso-wenig garantiert der Wettbewerb eine gleichmäßigere Einkommens- und Vermögensverteilung noch löst er das Problem der Entstehung sozialer Kosten und ihre verursachergemäße Anlastung. Die gesellschaftliche Harmonie- und Integrationstheorie von Adam Smith, nach der im freien

¹² Vgl. *Erhard Kantzenbach*, Die Funktionsfähigkeit des Wettbewerbs, 2. Aufl., Göttingen 1967, S. 16 f.

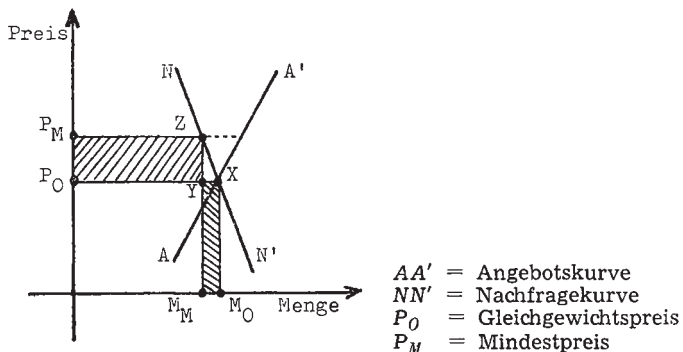
Spiel der Marktkräfte — gleichsam wie durch eine unsichtbare Hand — stets eine allseitige Harmonie der Einzelinteressen entsteht, die angeblich auch dem Wohl der Allgemeinheit und den Gesamtinteressen der Gesellschaft dient, hat sich insbesondere infolge wettbewerbsbeschränkender Marktverformungstendenzen und rigoroser Verteilungskämpfe der weitgehend machtaggregierten Gruppengesellschaft in manchen Wirtschaftsbereichen als unrealistische Wunschvorstellung erwiesen. Die sektorale Strukturpolitik — die größtenteils lediglich unter neuem Namen den altbekannten Anbieterprotektionismus fortführt — trifft ein gerüttelt Maß Schuld an der Misere, daß der Wettbewerb auf manchen Sektoren zugunsten bestimmter Anbietergruppen und zu Lasten Dritter — insbesondere der Verbraucher — mit Staatshilfe beschränkt worden ist und somit seine gesamtwirtschaftlichen Funktionen nur unvollkommen erfüllen kann.

4.1 Stabilitätsgefährdende Wirkungen des marktinterventionistischen Branchenprotektionismus

Marktinterventionen, die dem Ziel der sektoralen Einkommenssicherung oder -verbesserung mit Staatshilfe dienen, sind ertragsmäßig künstliche Gewinnzuschwemmungen oder Verlustsozialisierungen zugunsten der Produzenten auf Kosten der Nachfrager und verteilungspolitisch indirekte Einkommensübertragungen an die begünstigte Anbieterseite zu Lasten der Marktgegenseite. Wettbewerbsbeschränkungen dieser Art bewirken, daß die unternehmerischen Leistungen — also der Einsatz und die rationelle Kombination der Produktionsfaktoren zur Schaffung marktgängiger Erzeugnisse — über Marktwert entlohnt und die Nachfrager durch überhöhte, das heißt nicht-marktgerechte Preise zumindest bei substitutionslosen Gütern und Dienstleistungen ausgebeutet werden. Beschränkungen des Anbieterwettbewerbs in prinzipiell funktionsfähigen Wettbewerbsbereichen der Wirtschaft züchten künstlich starke Produzentenpositionen, die bei monopolistischen Verhaltensweisen und rigoroser Ausnutzung der mit Staatshilfe erlangten Marktmacht angebotsinduzierte inflatorische Prozesse auslösen können.

Beschränkungen des Preiswettbewerbs — z. B. in Form von staatlich festgesetzten Mindestpreisen über Marktniveau — führen als isolierte einzelprotektionistische Maßnahmen regelmäßig zu einem nicht absetzbaren Angebotsüberschuß und beeinträchtigen die Lenkung der Produktion und des Warenangebots durch die Nachfrage und damit nach Käuferpräferenzen. Das angestrebte Ziel der Aufbesserung der Produzenteneinkommen wird auf Konkurrenzmärkten — wie das statische Modell verdeutlicht — nur bei steilem Verlauf der Angebots- und Nachfragekurven, d. h. bei geringer Angebots- und Nachfrageelastizität z. B. aufgrund mangelnder Möglichkeiten der Kapazitätsausdehnung bzw. der

Gütersubstitution erreicht, weil dann der preisliche Mehrerlös den mengenmäßig bedingten Mindererlös übersteigt.



Mehrerlös (P_OYZP_M) > Mindererlös (M_MM_OXY)

Nach Hegelheimer ist die Annahme relativ starrer Elastizitäten „jedoch für Industriemärkte in entwickelten Volkswirtschaften mit vorherrschend heterogener Konkurrenz sowie weit verbreiteten Sättigungstendenzen nicht realistisch“. Er folgert: „Die Fixierung eines Mindestpreises auf Industriemärkten führt somit in der Regel nicht nur zu einer dem Preisstabilitätspostulat zuwiderlaufenden künstlichen Preishochhaltung und zu einer suboptimalen Faktorallokation, sondern auch das eigentlich verfolgte, verteilungspolitische Ziel der Verbesserung der Produzenteneinkommen kann durch die künstliche Preishochhaltung nicht erreicht werden“¹³.

Zumeist nur in Verbindung mit Mengenregulierungen — wie z. B. Abnahmegarantien bei Agrarerzeugnissen — kann der Staat die gewollte Verbesserung der Produzenteneinkommen über Mindestpreise bewerkstelligen. Legt der Staat durch eine Kombination von Mindestpreisen und ständigen Absatzgarantien den Grundstock für eine Anbieterschutzordnung, so wird er die stabilisierende Wirkung des Preiswettbewerbs und des Absatzrisikos schwächen. Die häufige Folge ist, daß am Markt vorbei direkt für die interventionistische Produkteinlagerung des Staates produziert wird, wie sich in den vergangenen Jahren am Beispiel von bedeutsamen landwirtschaftlichen Erzeugnissen (z. B. Butter) der EWG-Agrarmarktordnungen gezeigt hat. Die Last beispielsweise der Butterberge hat die Bevölkerung der EWG quasi doppelt bezahlt, indem sie als Konsument trotz Produktionsüberhängen die künstlich hochgehaltenen Butterpreise zahlen und als Steuerzahler die Inter-

¹³ Arnim Hegelheimer, *Wirtschaftslenkung und Preisintervention*, Volkswirtschaftliche Schriften, Heft 135, Berlin 1969, S. 159.

ventionskosten der Buttereinlagerung und des Unter-Wert-Verkaufs auf dem Weltmarkt tragen mußte. Die Preisniveausteigerungen innerhalb der EWG-Mitgliedsländer sind durch den ausgedehnten Agrarprotektionismus, der teils landwirtschaftliche Erzeugerpreise erhöht oder stabilisiert und teils Preissenkungen von Agrarerzeugnissen verhindert oder gemindert hat, mitbedingt.

Protektionistische Maßnahmen in Form von marktinterventionistischen Beschränkungen des Preiswettbewerbs mindern regelmäßig die Flexibilität von Einzelpreisen. Dadurch können konjunkturelle Schwankungen entstehen oder verstärkt werden, weil die Wirtschaftssubjekte den Aktionsparameter Preis bei der Anpassung an veränderte Absatzbedingungen nicht, in zu geringem Maße oder zu spät einsetzen und sich die Preisrigidität kumulativ auf vor- und nachgelagerte Erzeugungs- und Verarbeitungsstufen fortpflanzt.

Giersch sieht die konjunkturpolitische Funktion des Wettbewerbs darin, den Konflikt zu mildern, der seines Erachtens bei freier Preis- und Lohnbildung zwischen Vollbeschäftigung und Geldwertstabilität besteht. Seiner Meinung nach muß der Wettbewerb „in Branchen, die überdurchschnittliche Produktivitätsfortschritte erzielen und über ausreichende Kapazitäten verfügen, so intensiv sein, daß die Preise schnell sinken, und zwar in dem Maße, wie der Produktivitätsfortschritt den gesamtwirtschaftlichen Durchschnitt übersteigt“¹⁴. Werden Produktivitätsfortschritte in Form niedrigerer Preise nicht weitergegeben, so induzieren überdurchschnittliche Gewinne — wie Giersch meint — die Branchengewerkschaft, Löhne zu fordern und durchzusetzen, die den gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsfortschritt übersteigen. Die Folge unzureichenden Wettbewerbs und unterlassener Preissenkungen ist dann eine Preis-Lohn-Preis-Spirale¹⁵.

4.2 Stabilitätsgefährdende Wirkungen des subventions- und zollbedingten Branchenprotektionismus

Erhaltungssubventionen wirken indirekt wie Wettbewerbsbeschränkungen, indem sie den Anpassungszwang, den ökonomische Strukturwandlungen auf die Wirtschaftssubjekte ausüben, ständig oder zeitweise aufheben oder mindern. Gegenüber direkten Wettbewerbsbeschränkungen beispielsweise in Form von staatlichen Mindestpreisen oder Anbieterschutzordnungen, die regelmäßig die Steuerung durch den Markt beeinträchtigen oder ganz außer Kraft setzen, bleibt im Falle von Subventionen jedoch der marktwirtschaftliche Preisbildungsprozeß dem Prin-

¹⁴ *Herbert Giersch*, Aufgaben der Strukturpolitik, in: Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik, 9. Jg. (1964), S. 67.

¹⁵ Vgl. *Herbert Giersch*, Aufgaben der Strukturpolitik, S. 68.

zip nach erhalten. Allerdings wird der Zusammenhang zwischen Marktpreisen und Kosten dadurch gelockert, daß ein Teil der Kosten und des unternehmerischen Risikos auf die öffentlichen Haushalte verlagert wird. Erhaltungssubventionen bewirken, daß Unternehmen, die sich aufgrund eigener Leistung am Markt nicht hätten behaupten können, knappe Produktivkräfte binden, die beim Einsatz in anderen volkswirtschaftlichen Verwendungen produktiver gewirkt hätten. Weil Unternehmen mit niedrigem Produktivitätsgrad, deren relativ hohe Produktionskosten zusätzlich eines Unternehmergewinns durch die erzielbaren Marktpreise nicht gedeckt werden, künstlich am Leben gehalten werden, wird die Produktivität der Gesamtwirtschaft und das Wirtschaftswachstum durchweg negativ beeinflusst.

Eine dauernde Stabilitätswirkung auf die Vollbeschäftigung in einer Volkswirtschaft können erfahrungsgemäß Erhaltungssubventionen kaum ausüben, weil sie die strukturpolitisch wichtige Anpassungswilligkeit der Wirtschaftssubjekte, und zwar sowohl der Unternehmer als auch der Arbeitskräfte aufheben oder zumindest mindern. Die künstliche Unternehmens- und Arbeitsplatzsicherung in ökonomischen Schrumpfungsbereichen durch öffentliche Finanzhilfen läßt erfahrungsgemäß die Rationalisierungsanstrengungen der Unternehmen erlahmen, beeinträchtigt die Bestrebungen nach Produktionsumstellungen und hält die Arbeitskräfte davon ab, sich rechtzeitig einen langfristig sicheren Arbeitsplatz in einer Wachstumsbranche zu suchen.

Subventionierung führt zu mehr oder weniger künstlichen Einkommenszuwächsen bei den Subventionsempfängern und gleichzeitig zu Einkommensminderungen bei denjenigen Wirtschaftssubjekten, die bei direkter Besteuerung als Steuerzahler einen Teil ihres Einkommens für die Subventionspolitik an den Staat abführen müssen bzw. die bei indirekter Besteuerung letztlich als Konsumenten über höhere Preise die Subventionslast tragen. In der Regel tragen auch die Subventionsempfänger einen Teil der ihnen zufließenden Subventionen mit. Insbesondere trifft dies auf subventionierte Unternehmen eines stagnierenden oder schrumpfenden Wirtschaftszweiges zu, denen die Marktlage meist keine oder nur geringe zusätzliche Steuerweiterwälzungen über die Preise erlaubt. Unternehmen florierender Wirtschaftszweige werden dagegen eher in der Lage sein, subventionsbedingte höhere Steuerlasten im Preis ihrer Erzeugnisse weiterzuwälzen. Erfahrungsgemäß verstärken überwälzbare Subventionsabgaben, deren Erhöhung von den besteuerten Unternehmungen als Vorwand für weitergehende Preiserhöhungen genommen werden, die Preisauftriebstendenzen in einer inflationistischen Periode.

In einer marktwirtschaftlich orientierten Volkswirtschaft, die mit dem freien Weltmarkt verbunden ist, führt eine ständige Strukturerhaltungs-

politik gegen den Markt vermittelt Subventionen zu beträchtlichen Staatsausgaben, die mit schrumpfender Marktbedeutung der zu subventionierenden Branchen wachsen. Ständige Erhaltungssubventionen, die von den Subventionsempfängern quasi als Einkommen betrachtet und für konsumtive oder investive Zwecke verwandt werden, können im Falle einer Erhöhung der Gesamtnachfrage Konjunkturüberhitzungen verstärken. In einer depressiven Phase verhindern Subventionen, die der Erhaltung von nicht lebensfähigen Grenzanbietern dienen, die für einen Aufschwung wichtige vorherige Branchenselbstreinigung in Form von Reduzierungen der sektoralen Angebotskapazitäten.

Strukturpolitische Instanzen, die eine ausgedehnte Subventionspolitik zum Zwecke der Erhaltung von Unternehmungen und der sektoralen Einkommenssicherung betrieben haben, wirkten wahrscheinlich den Zielen des Wirtschaftswachstums, der Preisniveaustabilität und langfristig auch der Vollbeschäftigung entgegen.

Die Theorie des internationalen Handels, die in ihrer klassischen Form insbesondere durch Ricardos Ansatz der komparativen Kostenvorteile geprägt worden ist, hat den Aspekt der wohlstandsmehrenden internationalen Arbeitsteilung schon früh in das allgemeine Bewußtsein gerückt. Dennoch ist in der Folgezeit — teils aus Gesichtspunkten politischen Autarkiestrebens, teils unter dem Vorwand zeitlich begrenzter Entwicklungshilfen für den Aufbau einheimischer Industriezweige — der freie Güteraustausch über die Grenzen der Nationalstaaten und Wirtschaftsgemeinschaften hinweg immer wieder durch Zollbarrieren und nichttarifäre Handelshemmnisse behindert worden. Im folgenden seien am Beispiel der effektiven Zollprotektion einige stabilitätsgefährdende Wirkungen aufgezeigt.

Man darf sich durch relativ niedrige Nominalzölle für importierte Fertigerzeugnisse nicht darüber hinwegtäuschen lassen, daß der Grad an effektiver Zollprotektion einer einheimischen Branche dennoch hoch sein kann. Nach der Theorie der effektiven Protektion schützt ein Zollsystem einzelne Wirtschaftszweige nicht nur vor der ausländischen Konkurrenz, sondern besteuert — sofern auf Vor- und Zwischenprodukte gleichfalls Zölle erhoben werden — auch die Branchen¹⁶. Die Zollprotektionsrate eines Wirtschaftszweiges ergibt sich durch Saldierung der quantifizierten Subventionswirkung, die aus dem Nominalzoll auf das importierte Fertigerzeugnis herrührt, und der quantifizierten Besteuerungswirkung, die sich aus den Nominalzöllen auf die Roh-, Hilfsstoffe und Zwischenprodukte ergibt. Nach neueren Berechnungen ist in den vier Beobachtungsjahren 1958, 1964, 1970 und 1972 der effektive Zollschatz, den die westdeutsche Industrie genossen hat, im Durchschnitt rund ein Drittel

¹⁶ Vgl. *Ulrich Hiemenz und Kurt von Rabenau, Effektive Protektion, Schriften zur angewandten Wirtschaftsforschung, Bd. 32, Tübingen 1973, S. V ff.*

höher als der Nominalzoll gewesen, weil Rohstoffe, Vorleistungen und Zwischenprodukte entweder zollfrei oder meist mit einem niedrigeren Nominalzoll als Endprodukte belastet waren¹⁷.

Den höchsten effektiven Zollschatz (in Klammern: nominaler Zollschatz) gegenüber Einfuhren aus Drittländern genossen 1972 folgende Industriezweige in der Bundesrepublik Deutschland: Zellstoff-, Papier- und Pappeherzeugung 29,6 Prozent (9,4 Prozent), Nichteisen-Metallgießerei 23 Prozent (8,6 Prozent), Nichteisen-Metallerzeugung 22 Prozent (5,5 Prozent), Textilindustrie 20,8 Prozent (10,3 Prozent) und Bekleidungsindustrie 20,7 Prozent (14 Prozent)¹⁸.

Die vorgenannte Untersuchung über Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft kommt bei einem Vergleich der Kapitalrenditen zu dem Ergebnis, „daß sich die Ertragslage der hochgeschützten Industrien im großen und ganzen nicht so stark verschlechtert hat wie in den übrigen Branchen. Da die Lohnkosten je Produkteinheit sowie die Kapitalkosten je Produkteinheit im hochgeschützten Bereich nicht schwächer anstiegen als im industriellen Durchschnitt, dürfte der relativ geringere Ertragsverfall nicht zuletzt dadurch zu erklären sein, daß diese Branchen einen weitgehenden Schutz gegenüber der Auslandskonkurrenz genossen und daher in ihrer Preispolitik weniger zurückhaltend zu sein brauchten“¹⁹. Es bestätigt sich also, daß die effektive Protektion einheimischer Wirtschaftszweige zu Lasten der Auslandskonkurrenz das Ziel der Preisniveaustabilität gefährden kann. Differierende effektive Zollprotektionsraten verzerren nicht nur die volkswirtschaftliche Produktionsstruktur im Inland, sondern beeinflussen auch die Außenhandels- und Produktionsstrukturen anderer Volkswirtschaften. Hohe effektive Zollbarrieren in den reifen Industrieländern gegenüber den Einfuhren von Fertigerzeugnissen treffen insbesondere die Entwicklungsländer, die wegen der reichlich vorhandenen und billigen Arbeitskräfte sowie Rohstoffe zunehmend auch im internationalen Fertigwarenexport wettbewerbsfähig werden. Zur Milderung derartiger entwicklungspolitisch bedenklicher Wirkungen hat die EWG 1971 ein nicht-reziprokes Zollpräferenzsystem zugunsten von Entwicklungsländern in Kraft gesetzt, worin allerdings die Zugeständnisse der EWG für Agrarerzeugnisse der Entwicklungsländer relativ gering blieben.

Falls es nicht gelingt, die zollmäßigen und anderweitigen Einfuhrhemmnisse möglichst weltweit abzubauen, bleibt die Gefahr bestehen,

¹⁷ Vgl. Jürgen B. Donges, Gerhard Fels u. a., Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft, Kieler Studien, Bd. 123, Tübingen 1973, S. 30.

¹⁸ Vgl. Jürgen B. Donges u. a., Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft, S. 26.

¹⁹ Jürgen B. Donges u. a., Protektion und Branchenstruktur der westdeutschen Wirtschaft, S. 9.

daß der Protektionismus zugunsten einheimischer und zu Lasten ausländischer Wirtschaftszweige zu Handels- und Zahlungsbilanzungleichgewichten in den Volkswirtschaften beiträgt.

4.3 Stabilitätsgefährdung infolge Konservierung der Produktionsstruktur

Wandlungen der Produktionsstruktur sind der Preis, der für einen nachhaltig steigenden Lebensstandard im Zuge des wirtschaftlichen Wachstums gezahlt werden muß²⁰. Zwar ist es denkbar und modelltheoretisch darstellbar, daß eine Wirtschaft ohne jede Strukturänderung wachsen kann, aber in der Realität zeigt sich, daß ein gleichmäßiges Wachstum aller ökonomischen Sektoren kaum jemals langfristig stattfindet²¹. Ein Charakteristikum der gegenwärtigen arbeitsteiligen Industriegesellschaften ist es, daß das Wirtschaftswachstum von Strukturänderungen begleitet oder überhaupt erst initiiert wird. Schumpeter hält den „Prozeß der schöpferischen Zerstörung“, der die Wirtschaftsstruktur ständig von innen heraus revolutioniert, alte Strukturen zerstört und neue schafft, für das wesentliche Faktum des Kapitalismus²². Unterbindet die Wirtschaftspolitik mit Hilfe von Erhaltungsinterventionen den Prozeß der schöpferischen Zerstörung im Schumpeterschen Sinne in bedeutenden Wirtschaftsbereichen, so wird die dynamische Kraft der kapitalistischen Entwicklung gebrochen und das Wirtschaftswachstum nachhaltig beeinträchtigt.

In der ökonomischen Wachstums- und Strukturtheorie ist heute unbestritten, daß Voraussetzung für das Wachstum des realen Sozialproduktes in den reifen Industriegesellschaften eine beachtliche Flexibilität der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur ist. Clasen, der erste Bausteine zu einer Theorie der Strukturflexibilität zusammengefügt hat, kommt zu dem Ergebnis, daß die Durchsetzung der vollkommenen Strukturflexibilität — die nahezu unbegrenzte Teilbarkeit und Verwendbarkeit der Kapitalgüter sowie völlige berufliche, sektorale und regionale Mobilität der Arbeitskräfte voraussetzt — nicht realisierbar und kaum wachstumsoptimal ist. „Theoretisch findet die Forderung nach Erhöhung der Flexibilität dort ihre Grenze, wo die daraus resultierenden gesamtwirtschaftlichen Produktivitätsgewinne gegen Null tendieren“²³. Die

²⁰ Vgl. *Herbert Giersch*, Aufgaben der Strukturpolitik, S. 61.

²¹ Vgl. *Jürg Niehans*, Strukturwandlungen als Wachstumsprobleme, in: Strukturwandlungen einer wachsenden Wirtschaft, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 30/I, Berlin 1964, S. 20 ff.

²² Vgl. *Joseph A. Schumpeter*, Kapitalismus, Sozialismus und Demokratie, 3. Aufl., München 1972, S. 137 f.

²³ *Sigvard Clasen*, Wachstumsoptimale Strukturflexibilität als wirtschaftspolitisches Kriterium, in: Blätter für Genossenschaftswesen, 112. Jg. (1966), Nr. 17/18, S. 264.

Gefahr, daß die Strukturpolitik quasi eine überoptimale Strukturflexibilität schafft, ist jedoch bisher nicht akut geworden. Die Ankündigungen, denen zufolge die sektorale Strukturpolitik gegebenenfalls einen als notwendig erkannten Anpassungsprozeß an ökonomische Strukturwandlungen forcieren soll, sind nämlich kaum je in die Tat umgesetzt worden. Die strukturpolitischen Instanzen haben nur höchst selten Mobilitätshemmnisse, die aus staatlich verordneten oder tolerierten Wettbewerbsbeschränkungen früherer Jahre herrühren, gegen den regelmäßig heftigen Widerstand der im wettbewerblichen Naturschutzpark lebenden Wirtschaftszweige abgebaut. Die weitaus meisten Maßnahmen der Branchenstrukturpolitik waren auf eine Reduzierung des Anpassungsdruckes und eine Streckung des Anpassungszeitraumes, also letztlich auf eine zumindest zeitweise Verminderung der Mobilität der Produktionsfaktoren gerichtet. Interventionsspiralen in hochgeschützten Wirtschaftszweigen haben die ohnehin schon geringe strukturelle Flexibilität dieser Bereiche weiter gemindert und sie mehr oder weniger weit unter die wachstumsoptimale Strukturflexibilität gedrückt.

Mangelt es infolge sektoraler Wettbewerbsbeschränkungen an einer flexiblen quantitativen und qualitativen Anpassung bestimmter Produktionen an strukturelle Nachfrageänderungen und sich ändernde Produktionstechniken, so kommt es häufig zu sektoralen Ungleichgewichten in der volkswirtschaftlichen Produktionsstruktur. Sektoralen Produktionsengpässen, die meist die Preiserhöhungsspielräume in den betreffenden Wirtschaftszweigen ausdehnen, stehen Überkapazitäten, die knappe Produktionsfaktoren in volkswirtschaftlich suboptimalen Verwendungen festhalten, in anderen Branchen gegenüber. Engpässe wie Überkapazitäten beeinträchtigen das gesamtwirtschaftliche Wachstum, indem sie quasi als „Wachstumsbremse“ wirken²⁴. Produktionsengpässe wirken erfahrungsgemäß preistreibend. Auch jene sektoralen Überkapazitäten, die infolge von Wettbewerbsbeschränkungen entstanden sind, lösen meist keine nennenswerten bzw. überhaupt keine Preissenkungen aus, weil der geminderte Anpassungsdruck die Unternehmen von Preisreaktionen abhält oder die Aufrechterhaltung der staatlich verordneten Mindestpreise Preissenkungen der Unternehmungen unterbindet.

„Strukturpolitisch ist der Wettbewerb (— nach Giersch —) ein Lenkungsinstrument, daß die Unternehmer durch Gewinnanreize und durch Androhung von Verlusten dazu veranlaßt, die Möglichkeiten des kostensenkenden und güterschöpfenden technischen Fortschritts zu nutzen und die Produktion an die wachstumsbedingten Wandlungen der Erzeugungsbedingungen und der Nachfragestruktur anzupassen“²⁵. Protektionisti-

²⁴ Vgl. *Egon Tuchtfeldt*, Engpässe und Überkapazitäten als Probleme der Strukturpolitik, in: Hans Ohm (Hrsg.), *Methoden und Probleme der Wirtschaftspolitik*, Berlin 1964, S. 116.

²⁵ *Herbert Giersch*, *Aufgaben der Strukturpolitik*, S. 67.

sche Maßnahmen, die den Zwang zur Schaffung und Anwendung kostensparender Produktionsverfahren und rationellerer Vertriebssysteme sowie zur Kreierung und Markteinführung neuer Erzeugnisse mindern, können die unternehmerischen Anstrengungen, die anwendungsorientierte Forschung, technische Entwicklung und Innovation voranzutreiben, beeinträchtigen. Letztlich wird dann die Durchsetzung des technischen Fortschritts gehemmt. Die Folge kann sein, daß potentielle Wachstumschancen nicht genutzt werden sowie die internationale Wettbewerbsfähigkeit der einheimischen Wirtschaft geschmälert und damit eventuell die Vollbeschäftigung insbesondere in den Exportgüterindustrien gefährdet wird. Dies kann den Staat veranlassen, seine ohnehin schon beträchtliche Forschungsförderung privatindustrieller Tätigkeit auszuweiten, was in einem marktwirtschaftlich orientierten System ordnungspolitisch bedenklich ist²⁶. Gibt der Staat in großem Ausmaß privaten Wirtschaftsunternehmen Forschungssubventionen und erspart ihnen damit den Einsatz von eigenen Mitteln für ihre Forschungsaktivitäten, so können die subventionierten Unternehmen die eingesparten Eigenmittel anderweitig verwenden. In einer schon überhitzten Konjunkturphase kann eine zusätzliche effektive Güternachfrage der Privatwirtschaft, die durch Sozialisierung derer Forschungsaufwendungen möglich geworden und induziert worden ist, Angebotsengpässe verstärken und preistreibend wirken

5. Zur Diagnose und Therapie

Die politisch-staatlichen Instanzen in der Bundesrepublik Deutschland und auch die Entscheidungsorgane der EWG verkündeten als Leitbild der sektoralen Strukturpolitik eine Politik aus einem Guß, deren hauptsächliche Orientierungspunkte die Strukturanpassung und die Faktorenmobilität sein sollten²⁷. De facto treiben sie aber nach wie vor isolierte protektionistische Branchenpolitiken, die vorwiegend strukturkonservierende Züge aufweisen, wie dies besonders an der Agrar-, Verkehrs-, Steinkohlenbergbau- und Schiffsbaupolitik deutlich wird. Konzeption und Wirklichkeit klaffen also auseinander. Protektionistische Maßnahmen zugunsten bestimmter Wirtschaftszweige oder Gruppen, die regelmäßig zu Lasten anderer Branchen, der Verbraucher oder der Steuerzahler gehen, und vorwiegend strukturkonservierend und faktorenmobili-

²⁶ Vgl. *Hans-Rudolf Peters*, Forschungsförderung in der Marktwirtschaft, in: Wirtschaftsdienst — Wirtschaftspolitische Monatsschrift des Hamburgischen Weltwirtschafts-Archivs, 52. Jg. (1972), S. 662 ff.

²⁷ Vgl. Grundsätze der sektoralen Strukturpolitik, in: Deutscher Bundestag, 5. Wahlperiode (1968), Drucksache V/2469, S. 2 ff.; Kapitel „Sektorale Strukturpolitik“, in: Zweites Programm für die mittelfristige Wirtschaftspolitik, Amtsblatt der Europäischen Gemeinschaften, 12. Jg. (1969), Nr. L 129, S. 26 ff.

tätshemmend wirken, beeinträchtigen meist eines oder mehrere der stabilisierungspolitischen Ziele. Es ist widersinnig, wenn die wirtschafts- und finanzpolitischen Instanzen einerseits gesamtwirtschaftliche Ungleichgewichte durch permanente und flexible Globalsteuerung vermeiden oder reduzieren wollen und andererseits die dafür erforderliche Mobilität der Produktionsfaktoren und die Flexibilität der sektoralen Strukturen durch Branchenprotektionismus vermindern. Es ist nicht zu erwarten, daß die Instrumente der Globalsteuerung greifen, wenn die ökonomischen Strukturen aus protektionistischen Gründen weitgehend zementiert worden sind. Die Abwendung stabilisierungspolitischer Gefahren gelingt nur dann, wenn die sektorale Strukturpolitik ihre eigentliche Funktion, nämlich den Abbau von sektoralen Anpassungshemmnissen meist staatsinterventionistischer Art und die Verbesserung der Mobilität der Produktionsfaktoren, ernsthaft wahrnimmt. Dies bedeutet, daß die Strukturpolitik nicht mehr als Mittel sektoraler Besitzstandserhaltung und Einkommenssicherung für bestimmte Anbietergruppen mißbraucht werden darf.

Wie im mikroökonomischen Bereich Antitrustgesetze oder ein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen und im makroökonomischen Bereich ein Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft die Entscheidungen der staatlichen Instanzen an bestimmte Vorschriften binden, so muß auch für den mesoökonomischen Bereich ein Rahmengesetz den strukturpolitischen Instanzen Ordnungsmaßstäbe geben und Eingriffsgrenzen setzen. Die Grundkonzeption eines Strukturgesetzes muß vom Leitbild der Strukturpolitik ausgehen, das von den politisch-staatlichen Entscheidungsträgern als langfristige Richtschnur ihres Handelns verkündet worden ist. Die leitbildhaften Vorstellungen der maßgeblichen Instanzen der sektoralen Strukturpolitik — also in der Bundesrepublik Deutschland der Bundesregierung und der sie tragenden politischen Parteien — lassen sich im wesentlichen wie folgt skizzieren: Zur Stärkung der Funktionsfähigkeit der globalgesteuerten Marktwirtschaft sowie zur Förderung des Wirtschaftswachstums und der Stabilität sollen unter Berücksichtigung von sozialen Aspekten die sektorale Mobilität der Produktionsfaktoren erhöht sowie die Fähigkeit und der Willen der Wirtschaftssubjekte, sich an ökonomische Strukturwandlungen in den Wirtschaftszweigen und Berufen anzupassen, gestärkt werden. Daneben sollen einige für die Gesamtwirtschaft wichtige Produktionszweige — wie z. B. die Kernenergie-Erzeugung und die elektronische Datenverarbeitung aus Gründen der schnelleren Gewinnung eines höheren Maßes an Energieversorgungssicherheit bzw. an Rationalisierung auf dem Datenverarbeitungsgebiet — strukturpolitisch gefördert werden. Damit ist die zu realisierende Grundkonzeption des zu schaffenden Strukturgesetzes politisch vorgegeben, indem ein Strukturanpassungs- und kein Strukturhaltungsgesetz geschaffen werden soll²⁸. Die politisch-staatlichen

Instanzen in der Bundesrepublik Deutschland haben ausdrücklich eine sektorale Programmierung etwa nach französischem Muster — die eine Transformation der Wirtschaftsordnung in eine sektoralgesteuerte Marktwirtschaft bewirken würde — ausgeschlossen. Damit ist auch die politische Entscheidung gegen eine antizipative Struktursteuerung auf indikativem Wege gefallen. Will man sich dennoch auf keine ausschließlich reaktive Strukturpolitik, die erst bei offensichtlichen Strukturproblemen der Branchen eingreift, beschränken, müßte den strukturpolitischen Entscheidungsträgern aufgegeben werden, ein Frühwarnsystem zu entwickeln und zu installieren. Um ex-ante-Strukturdaten zu erhalten, wäre unter anderem zu erwägen, regionale Investitionsmeldestellen bei den Industrie- und Handelskammern zu errichten. Eine zentrale Datenerfassungsstelle — eventuell errichtet im Geschäftsbereich des Bundesministeriums für Wirtschaft — könnte die regional gesammelten Meldungen über Neu- und Ersatzinvestitionen zu branchengegliederten Angebotskapazitäten und -potentialen zusammenfassen und diese mit sektoralen Bedarfs- und Nachfragevolumina anhand von Prognosen konfrontieren. Dadurch könnten Anhaltspunkte für sich anbahnende sektorale Engpässe und Überkapazitäten gewonnen und die autonomen Investoren vor eventuellen investiven Fehlentscheidungen gewarnt werden.

In dem Strukturanpassungsgesetz wären die Problemsituationen, die eventuelle Anpassungshilfen des Staates rechtfertigen, zu konkretisieren. Ferner wäre eine Palette von Förderinstrumenten zur strukturellen Anpassung, die von der Information über die strukturelle Entwicklung bis zu Beihilfen für Produktionsumstellungen und Ersatz der Umschulungskosten für Arbeitnehmer reichen können, bereitzustellen. Es könnte ratsam sein, in dem Strukturanpassungsgesetz die Bildung einer Strukturkasse vorzusehen, deren Finanzmasse im Umlagewege — eventuell nach dem Kriterium des Umsatzes und ausgerichtet am jeweiligen Förderungsbedarf — hauptsächlich von den Branchen selbst aufzubringen wäre. Ein solches Sondervermögen „Strukturkasse“ würde die öffentlichen Haushalte vom Ballast ausgabewirksamer Branchensubventionen befreien. Auch wenn nicht ausgeschlossen werden kann, daß die Unternehmungen die „Strukturanpassungsabgabe“ in die Preise ihrer Produkte einkalkulieren und — vorausgesetzt die Marktlage gestattet es — auf die Verbraucher abwälzen, so bleibt dennoch ein nicht zu unterschätzender Vorteil: Die Produzentenverbände werden aus Wettbewerbsgründen — schon gegenüber der Auslandskonkurrenz — ständig ihr Interesse und ihren Einfluß darauf konzentrieren, daß der Hebesatz der Strukturanpassungsabgabe möglichst niedrig festgesetzt wird. Heute

²⁸ Dies schließt nicht aus, daß einige gravierende Tatbestände gesetzlich fixiert werden, die eine sachlich und zeitlich begrenzte Strukturhaltung bzw. gestreckte Strukturanpassung rechtfertigen.

stellt jeder Branchenverband, der Staatshilfe erheischt, weitgehend unangefochten von anderen Produzentenverbänden Maximalforderungen und versucht, aus den öffentlichen Haushalten möglichst viele und hohe Branchensubventionen für seine Verbandsmitglieder herauszuholen. Bei dem Modell der selbstfinanzierten Strukturkasse würden die Wirtschaftszweige, denen eine Mitwirkung bei der Verwaltung der Kasse einzuräumen wäre, aus Eigeninteresse darauf achten, daß die Maßstäbe für die Förderungswürdigkeit möglichst streng sind und der Mittelbedarf der Strukturkasse gering bleibt.

Ferner wäre es empfehlenswert, zumindest die Analyse- und Aufklärungsfunktionen eines unabhängigen „Sachverständigenrates zur Begutachtung der sektoralen und gesamtwirtschaftlichen Entwicklung“ gesetzlich zu verankern. Zwecks Harmonisierung von konjunkturellen und strukturellen Situations- und Entwicklungsanalysen sollten die Aufgaben des bereits in der Bundesrepublik Deutschland bestehenden Sachverständigenrates zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung ausdrücklich auf sektorale Fragen ausgedehnt werden. Analysen der autonomen und staatsbeeinflussten ökonomischen Entwicklungsfaktoren bedeutsamer Wirtschaftsbereiche würden voraussichtlich das beträchtliche Inflationspotential, das im wild wuchernden Branchenprotektionismus verborgen ist und permanent die inflatorischen Prozesse anheizt oder abrupt Inflationsstöße abgibt, sichtbar machen. Ein interessenneutraler Sachverständigenrat auf wirtschaftswissenschaftlicher Basis würde zudem wahrscheinlich den gegenwärtig unangemessenen Einfluß der Branchenverbände, den diese vielfach über ihre interessendurchwobene Beratung auf die Entscheidungen der Instanzen der sektoralen Strukturpolitik ausüben, zurückdrängen. Dadurch würde der Gefahr, daß sich Partial- und Sonderinteressen zahlenmäßig winziger, aber einflußreicher Gruppen zu Lasten der Gesamt- bzw. Sozialinteressen der Bevölkerung unverhältnismäßig breit machen, vorgebeugt. Eine verstärkte Aufklärung der Bevölkerung durch einen derartigen Sachverständigenrat über Branchenprobleme sowie die Offenlegung von partiellen und dem Gemeinwohl abträglichen Verfilzungen von Staatsbürokratie- und Gruppeninteressen würde letztlich auch der Erreichung des gesellschaftspolitischen Zieles einer gruppenprivilegienfreien Gesellschaft dienen.

Korreferat zu:
Stabilisierungspolitische Gefahren protektionistischer
sektoraler Strukturpolitik

Von *Horst Siebert*, Mannheim

Das Referat von Herrn Peters gibt einen Überblick über Ziele, Instrumente und die Auswirkung einer protektionistischen sektoralen Strukturpolitik auf die Preisniveaustabilität.

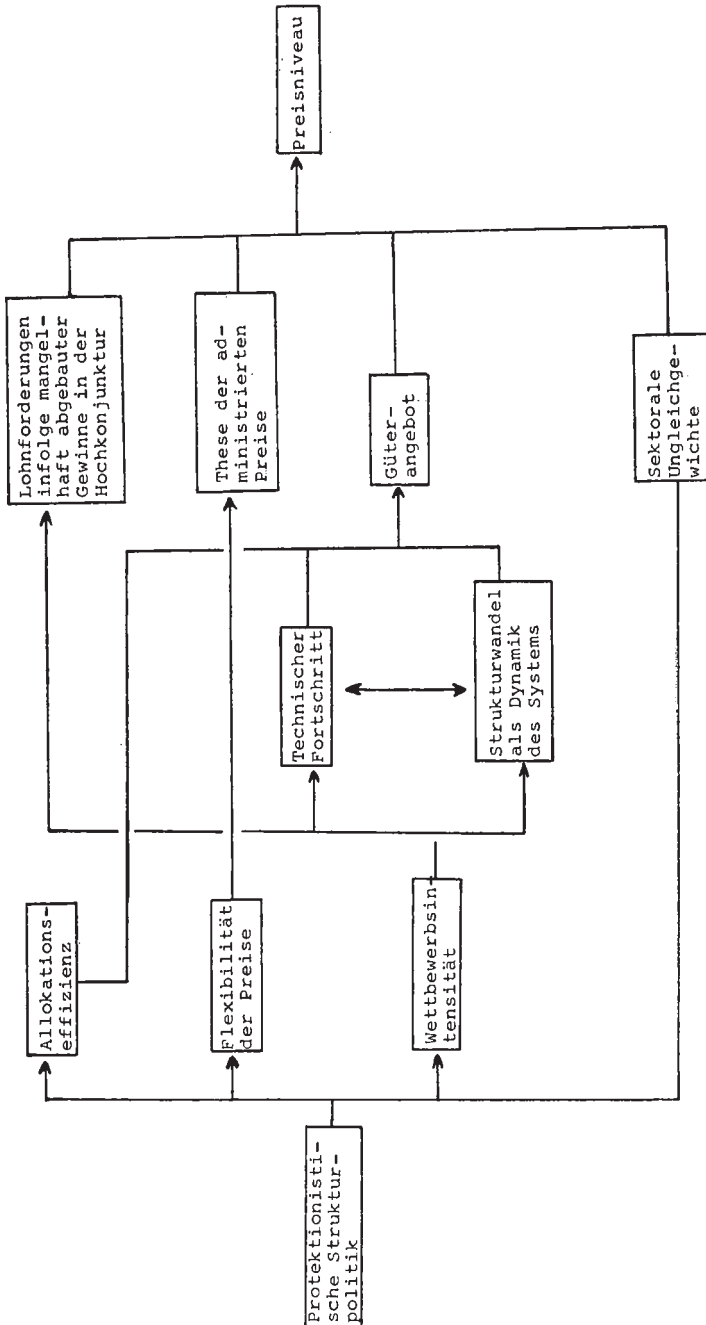
Die folgenden fünf Fragen möchte ich ansprechen:

1. Im Schaubild sind die wesentlichen von Herrn Peters angesprochenen Zusammenhänge zwischen protektionistischer Strukturpolitik und dem Preisniveau zusammengefaßt. Ohne auf diese Zusammenhänge im einzelnen eingehen zu können, muß für die Diskussion die Frage gestellt werden: Welche *empirische* Information über diese doch sehr subtilen Zusammenhänge steht uns zur Verfügung? Und welche Schwierigkeiten treten bei der Operationalisierung der dargestellten Hypothesen auf?

2. Herr Peters interpretiert den Begriff des Protektionismus mit Recht nicht nur gegenüber dem Referenzrahmen des Freihandels, sondern versteht unter Protektionismus auch solche strukturwirksamen Maßnahmen, die z. B. vor heimischer Substitutionskonkurrenz schützen.

Mir scheint, man kann den Begriff des Protektionismus so verallgemeinern, daß er jedes durch staatliches Handeln (oder Nicht-Handeln) bedingte Abweichen von der Allokationseffizienz bedeutet. Damit der Begriff dann einen Sinn behält, muß das Allokationsoptimum auf eine Zielfunktion bezogen werden, die als Argumentvariable nicht auch Verteilungsnormen und Ziele wie soziale Sicherheit, Autarkie bei ausgewählten Produkten usw. enthält, sondern auf die zum Konsum bereitstehende Gütermenge (private und öffentliche Güter) bezogen ist.

Die Allokationseffizienz und damit auch die Protektion kann besonders im Hinblick auf die Strukturpolitik nicht allein statisch betrachtet, sondern muß für einen längeren Zeitraum analysiert werden. Was statisch allokationseffizient ist, muß es nicht unbedingt dynamisch sein. Der Bezugspunkt der Protektion wird damit problematisch. So kann man diskutieren, inwieweit man im Rahmen der Strukturgestaltungspolitik staatliche Maßnahmen, die langfristig vorhandene komparative Preisvorteile eines Sektors entschleiern, als Protektionismus bezeichnen soll.



Und man kann im Rahmen der branchenkonservierenden Strukturpolitik im Hinblick auf eine dynamische Allokationseffizienz fragen: Soll man auch dann von Protektion sprechen, wenn zu erwarten ist, daß eine im Augenblick nicht konkurrenzfähige Branche im Hinblick auf zu prognostizierende Entwicklungen gestützt wird (Beispiel Energieversorgung) und insbesondere die volkswirtschaftlichen Kosten ihrer Schließung im jetzigen Zeitpunkt langfristig gesehen höher sind als die vorübergehenden Verluste an statischer Allokationseffizienz. Das Problem lautet also: Wie kann man den Begriff der Protektion unter Bedingungen der dynamischen Allokationseffizienz definieren?

3. Protektion als Gesamtheit der Maßnahmen, die ein Abweichen vom Allokationsoptimum bewirken, umschließt auch den Fall, daß einzelne Sektoren verdeckte Produktionsvorteile dadurch erhalten, daß die staatliche Wirtschaftspolitik nicht tätig wird. Ich möchte in diesem Fall von *impliziter Protektion* sprechen.

Ein wichtiges Beispiel ist die Nutzung des öffentlichen Gutes Umwelt zur Aufnahme von Schadstoffen, die im Produktionsbereich entstehen. Da das öffentliche Gut Umwelt sowohl als Konsumgut als auch zur Aufnahme von Schadstoffen eingesetzt werden kann und da diese beiden Verwendungen miteinander konkurrieren, verlangt die Allokationseffizienz eine Zurechnung der gesellschaftlichen Kosten auf diejenigen Aktivitäten, die diese Kosten verursachen. Solange diese Zurechnung durch wirtschaftspolitische Maßnahmen wie Emissionssteuern oder Emissionsnormen nicht erfolgt, arbeiten die besonders schadstoffintensiv produzierenden Aktivitäten mit einem Vorteil.

Diese Form der impliziten Protektion läßt sich sowohl für den Referenzrahmen Freihandel als auch für eine geschlossene Ökonomie aufzeigen. In einer offenen Volkswirtschaft erfahren Exportsektoren dann eine Protektion gegenüber dem Ausland, wenn (bei unterstellter identischer Umweltreichlichkeit in den betrachteten Volkswirtschaften) diese Sektoren weniger stark als im Ausland dazu herangezogen werden, die von ihnen verursachten sozialen Kosten zu tragen. Analog erhält die Importsubstitution dann einen Schutz, wenn bei gleicher Umweltreichlichkeit im Ausland die Produktion von Importsubstituten unter weniger stringenten Umweltauflagen erfolgt.

Das Ausmaß der Protektion hängt von folgenden Faktoren ab:

- (1) bei gleicher Umweltreichlichkeit in den handeltreibenden Volkswirtschaften von der Intensität der umweltpolitischen Instrumente,
- (2) von dem Schadstoffanfall in den einzelnen Sektoren,
- (3) von dem Verlauf der Grenzkostenkurve der Beseitigung von Schadstoffen. Steigt diese Kurve — wie empirische Untersuchungen

nahe legen — progressiv an, so erhöht sich *ceteris paribus* die Protektion,

(4) von der Umweltreichlichkeit in den betrachteten Volkswirtschaften. Bei gleicher Dosierung der Instrumente, z. B. identischer Steuerhöhe für Emissionen, erfahren die Sektoren im umweltknapperen Land eine Protektion.

Ich möchte in diesem Zusammenhang auf die Arbeiten Walters¹ verweisen, der den Schadstoffgehalt ausgewählter Sektoren der amerikanischen Wirtschaft berechnet und die erforderlichen Umweltschutzausgaben als Maßstab der impliziten Protektion mit anderen außenhandelspolitischen Instrumenten wie Nominalzöllen und nicht-tarifären Hemmnissen verglichen hat.

Auch für eine geschlossene Ökonomie, also ohne den Bezugsrahmen des Freihandels, liegt beim Umweltproblem ein Abweichen von der Allokationseffizienz und damit eine implizite Protektion vor. Sektoren mit starker Umweltbelastung überwälzen relativ mehr soziale Zusatzkosten auf Dritte als weniger schadstoffintensiv produzierende Sektoren. Folglich haben sie im Vergleich zum Allokationsoptimum geringere Kosten, ihre Preise sind zu niedrig, die Nachfrage nach ihren Produkten zu groß, sie produzieren zu viel und binden eine zu große Menge der Ressourcen. Die Protektion ließe sich in diesem Fall durch die Kosten messen, die zur Beseitigung der Schadstoffe anfallen, wenn eine bestimmte Umweltqualität sichergestellt werden soll. Die empirischen Informationen über die Kostenbelästigungen einzelner Sektoren auf Grund umweltpolitischer Maßnahmen sind zwar rudimentär; sie stimmen aber darin überein, daß die Kostenbelastungen erheblich zwischen den einzelnen Sektoren differieren².

Das Problem der impliziten Protektion, das hier in bezug auf das öffentliche Gut Umwelt angesprochen wurde, müßte sich auch bei anderen öffentlichen Produktionsinputs zeigen lassen, falls diese 1) zum Nulltarif abgegeben werden, 2) ihre Qualität sich mit zunehmender Nutzung verändert (Problem der Überfüllung) und 3) der Input von verschiedenen Sektoren unterschiedlich intensiv genutzt wird. Implizite Protektion stellt sich dann als ein Problem der Nutzungsintensität staatlich bereitgestellter öffentlicher Produktionsinputs dar.

4. Eine protektionistische Politik, sei sie nun explizit oder implizit, muß revidiert werden, wenn die Schere zwischen bestehender sektoraler oder regionaler Struktur, die geschützt wird, und den ökonomischen

¹ *Ingo Walter*, Pollution and Protection: U.S. Environmental Controls as Competitive Distortions, in: Weltwirtschaftliches Archiv, Bd. 110 (1974), S. 104 - 113.

² Vgl. z. B. GATT Studies in International Trade, Genf, Juli 1971, Nr. 1, S. 25/26.

Entwicklungen, die eine Anpassung dieser Strukturen erfordern, immer größer wird und die Beibehaltung der geschützten Strukturen nur durch nicht mehr tragbare gesellschaftliche Kosten möglich ist. Bei dieser Revision einer protektionistischen Politik zeigt sich meines Erachtens das Dilemma dieses Ansatzes:

(1) Protektionismus schreibt einmal bestehende Strukturen fest und schiebt von der Allokationseffizienz her erforderliche Anpassungen auf.

(2) Die bei der Revision einer protektionistischen Politik erforderlichen Anpassungen sind gravierender und abrupter als kontinuierliche Adaptionen der Struktur an neue Bedingungen. Diese Revisionen stellen in der Regel sehr merkbare Brüche in den Rahmenbedingungen privater Aktivitäten dar und verletzen die Euckensche Forderung nach der Konstanz der Wirtschaftspolitik. Auch hier kann das Beispiel Umweltpolitik herangezogen werden. Ein Übergang von der Nutzung Umwelt zu einem Preis von Null zu einer Bewirtschaftung in irgendeiner Form muß für die stark schadstoffzeugenden Sektoren sehr merklich sein. Wäre dagegen ein Gebührensystem seit einem halben Jahrhundert in Kraft, so wäre eine Schadstoffsteuer langsam mit Industrialisierung, Bevölkerungswachstum, räumlicher Verdichtung usw. angestiegen, und ein Bruch in den Rahmenbedingungen wäre nicht erfolgt.

(3) Die Änderung einer protektionistischen Politik bedingt nicht nur Verlustabschreibungen vorgenommener Investitionen, also Fehlallokationen, und hohe Anpassungskosten; sie ruft auch den Widerstand der betroffenen Gruppen hervor und ist damit politisch schwer durchsetzbar.

(4) Für das Stabilitätsziel bringen Revisionen einer protektionistischen Politik in der Regel auch Korrekturen des Preissystems mit sich, und zwar in der Änderung von administrierten Preisen. Meines Erachtens hätte die These der administrierten Preise und deren Rolle für die Erklärung der Inflationsrate im Referat deutlicher herausgestellt werden können.

5. Lassen Sie mich als letzten Punkt die Frage der Zielkonflikte ansprechen. Zielkonflikte treten in zweierlei Form auf.

(1) Preisniveaustabilität ist — hier komme ich auf die Bemerkung von Herrn Seidenfus zurück — ein öffentliches Gut mit variabler Qualität, das von allen genutzt werden kann und muß. Die Protektion eines einzelnen Sektors dagegen stellt sich als ein gruppenbezogenes öffentliches Gut dar. Der Zielkonflikt besteht darin, daß der Erfolg einer Gruppe, ein gruppenbezogenes Gut „Protektion“ zu erhalten, die Qualität des öffentlichen Gutes „Preisniveaustabilität“ tangiert. Die Bereitstellung des öffentlichen Gutes Preisniveaustabilität verlangt Verzicht auf gruppenbezogene Güter, die aber von den betroffenen Gruppen ungern geleistet werden. Zudem bringt der Beitrag einer Gruppe in der Regel eine

kaum merkliche Qualitätssteigerung des öffentlichen Gutes „Preisniveaustabilität“, so daß die Gruppe im Prinzip „frei fahren“ kann. Es geht hier um die „Finanzierung“ öffentlicher Güter mit variabler Qualität. Streißler³ hat in diesem Zusammenhang auf die Irrationalität hingewiesen, daß jede einzelne Gruppe eine größere Bereitstellung öffentlicher Güter erwartet, als sie zu ihrer Finanzierung beizutragen bereit ist. Aber diese Irrationalität ist wohl darauf zurückzuführen, daß hier ein massives Distributionsproblem in bezug auf die Nutzung öffentlicher Güter vorliegt.

(2) Der zweite Zielkonflikt besteht zwischen Allokationseffizienz und anderen Zielen wie Einkommenssicherung, Sicherung der Energieversorgung usw. Hier liegt das zentrale Problem der protektionistischen Strukturpolitik: Wie hoch ist das Ziel der Allokationseffizienz zu veranschlagen, und welcher Rang soll anderen Zielen wie der Einkommenssicherung z. B. für die Landwirtschaft zugewiesen werden? Wieviel Protektionismus, das heißt Abweichung von der Allokationseffizienz sollte man anstreben? Welche Ziele der Strukturpolitik sind mit den Worten von Herrn Peters „legitim“? Diese Wertfrage möchte ich hier offenlassen. Für den Ökonomen wäre bereits viel gewonnen, wenn er den trade off zwischen diesen Zielen empirisch ermitteln könnte und wenn wir nicht nur Plausibilitätsargumente, sondern mehr empirische Information über die Auswirkung von protektionistischen Strukturpolitiken auf die Preisniveaustabilität hätten.

Dissens möchte ich anmelden, wenn Herr Peters bei der Unterscheidung zwischen ökonomischen und außerökonomischen Gründen der Strukturpolitik die verteilungspolitischen Fragen als ein „außerökonomisches Motiv“ deklariert (S. 1346). Ökonomische Theorie erschöpft sich nicht in der Allokationseffizienz. Verteilung und Allokation sind interdependente Phänomene, da die Allokation der Ressourcen zugleich die Faktoreinkommen und die Verteilung festlegt und vice versa. Equity und efficiency waren und sind zentrale Ziele der Wirtschaftspolitik. Und Verteilungsfragen sind seit den Klassikern ein Grundproblem der ökonomischen Analyse. Man sollte sie nach dem Motto „Let George do it“ nicht in den vorökonomischen, außerökonomischen oder den paraökonomischen Bereich verweisen.

³ *Erich Streißler*, Diskussionsbeitrag, Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Volkswirtschaften, Schriften des Vereins für Socialpolitik, Neue Folge, Bd. 58, Berlin 1971, S. 97.

Diskussion

Knut Borchardt (München):

Wir haben somit die Eckpositionen und in Form der Thesen auch schon die Strukturierung einer möglichen Diskussion erhalten. Wir können nun unsere alte Diskussion fortsetzen und sie mit der neuen Diskussion verknüpfen. Ein wichtiges Problem hat Herr Siebert gleich am Anfang aufgeworfen, nämlich das der Evidenz stabilisierungspolitischer Gefahren der skizzierten protektionistischen Strukturpolitik. Welches sind die Mechanismen, die solche Gefahren in Realität umsetzen, wo sind sie relevant geworden, welches ist das Gewicht dieser Probleme? Vielleicht sind diese Dinge zwar möglich, aber gar nicht so relevant. Wenn ich einen Eindruck formulieren darf, so sind ja nicht wenige Bemerkungen, die Herr Peters gemacht hat, von einem relativ hohen Allgemeingrad, so daß man nun sagen kann: „Sicher, das *kann* alles so sein“.

(*Hans-Rudolf Peters* [Oldenburg]: Das liegt an der Breite des Themas!)

— Ja, das liegt an der Breite des Themas. Wenn man das Wort „funktionsfähiger Wettbewerb“ eingeführt hat und sagt, wenn man in diesen eingreife, könne das alles passieren, so ist kaum etwas zu widerlegen. Die Frage ist aber auch, ob wir die Aussagen bestätigen können.

Ich würde zur Strukturierung der Diskussion empfehlen, daß wir den am Schluß von Herrn Peters vorgebrachten Vorschlag einer Erweiterung der Kompetenz des Sachverständigenrats nach Möglichkeit nicht gleich am Anfang diskutieren. Er läßt sich separieren und getrennt diskutieren.

Ulrich Koester (Göttingen):

Ich möchte zunächst kurz auf das Korreferat eingehen. Ich finde es richtig, daß Herr Siebert die Beziehung zwischen Protektion und Allokationseffizienz angeschnitten hat und bemerkte, wir müßten von einer dynamischen Allokationseffizienz ausgehen. Aber ich befürchte, ich habe ihn falsch verstanden, wenn er meinte, in diese Zielfunktion dürften nur Güter, nicht irgendwelche anderen Dinge, eingehen. Sie schnitten aber ganz deutlich an, bei der Energieversorgung könnte es sein, daß man kurzfristig von einer Protektion sprechen würde, wenn man aber den geeigneten Zeithorizont zu Hilfe nähme, den die Gesellschaft zu-

grundelegt, dann wäre es eigentlich gar keine Protektion. Wäre es nicht zweckmäßig, daß man in die Zielfunktion — natürlich neben dem Zeit-
horizont — auch andere Faktoren aufnimmt, wie zum Beispiel einen
bestimmten Selbstversorgungsgrad an Energie? Dann würde man nicht
mehr die Optimalbedingung erhalten, Faktorpreise = Grenzkosten.
Zwar würde sich als Lösung auch ergeben, daß die Produktpreise in
einer Volkswirtschaft stets identisch sein sollten mit den Weltmarkt-
preisen, aber nicht, daß die Faktorpreise in den einzelnen Sektoren
überall gleich sein sollten. Sollte man nicht eher so vorgehen, um dann
zu sagen: Wenn durch Staatseingriffe die Faktorpreisentwicklung von
derjenigen abweicht, die sich bei Maximierung der vorgegebenen gesell-
schaftlichen Zielfunktion ergeben würde, dann liegt eine Protektion vor.

Horst Siebert (Mannheim):

Ich wollte zunächst das Ziel der Einkommensverteilung ausschließen,
denn sonst ist die Protektion überhaupt nicht mehr definierbar. Sobald
Sie Ihre Autarkieziele einführen, wird die Definition der Protektion
problematisch. Dann müßten Sie die Güterversorgung einer Volkswirt-
schaft für einen langen Zeitraum interpretieren; in diesem Fall würde
man das Autarkieziel auch unter einer langfristig definierten Allokation-
seffizienz mit aufnehmen können. Ferner sollte man mit Sicherheit
in ein solches Konzept die Bereitstellung öffentlicher Konsumgüter und
auch öffentliche Produktions-Inputs aufnehmen. Man müßte aber mit
einem langen Zeitraum arbeiten, um die Allokationseffizienz definieren
zu können.

Egon Tuchtfeldt (Bern):

Ich möchte zu einem Punkt ergänzend Stellung nehmen, der meines
Erachtens einer gewissen Kritik bedarf, und zwar zu den Ausführ-
ungen, die Herr Kollege Peters explizit und implizit über die Ziel-
funktion der sektoralen Wirtschaftspolitik gemacht hat. Er hat für mein
Empfinden zuviel von *Strukturanpassung* gesprochen. Auch wenn man
seine schriftlichen Ausführungen gelesen hat, dann ist dort immer nur
von einem *Strukturanpassungsgesetz* die Rede. Sie werden sich ferner
erinnern, daß er in seinem Referat andere strukturpolitische Zielset-
zungen abwertend qualifiziert hat mit Ausdrücken wie „konservierend“,
„besitzstandswahrend“, „wildwuchernder Branchenprotektionismus“
usw. Dazu möchte ich doch einige Bedenken anmelden und gewisser-
maßen als *advocatus diaboli* die Frage stellen: Ist denn nur das *An-
passungsziel* in dem Sinne, wie es unser Referent verstanden hat, wirt-
schaftspolitisch legitim? Können nicht auch andere Ziele, so vor allem
die *Strukturerhaltung*, unter bestimmten Bedingungen durchaus am
Platze sein? Wir haben doch gerade ein sehr anschauliches Beispiel

dafür erlebt: Unser Vorsitzender hat durch raschen strukturerhaltenden Zugriff das System der hier aufgebauten Flaschen vor dem Herunterfallen und damit vor Instabilität bewahrt.

Ich möchte darauf hinweisen, daß es in der Vergangenheit Fälle gegeben hat und auch in der Zukunft Fälle geben kann, bei denen durch eine vorübergehende — nicht eine dauernde, wie der Referent unterstellt hat — Strukturerhaltungspolitik durchaus stabilisierungspolitisch günstige Wirkungen erreicht werden können. Dabei muß ich ergänzend hinzufügen, daß ich hier nicht an die Preisniveaustabilität denke, sondern an das Beschäftigungsziel im üblicherweise verstandenen Sinne.

Herr Borchardt nannte vorhin als Beispiel die Bauindustrie. Ich möchte dazu noch zwei weitere Fälle erwähnen. Zunächst ein historisches Beispiel, das Ihnen vielleicht bekannt ist: In der Weltwirtschaftskrise wurden in den Hafenstädten Hamburg und Kiel Werften, also Unternehmungen der Schiffbauindustrie, verstaatlicht, um Massenentlassungen und Konkurse zu vermeiden. Das wäre das eine Beispiel für meine These. Zweitens könnte man an einen potentiellen Fall denken, der vielleicht in absehbarer Zeit einmal aktuell werden könnte. Ich meine das Volkswagenwerk. Wenn das Volkswagenwerk in Schwierigkeiten kommen sollte, könnte wegen der Gefahr der Massenentlassungen und vor allem wegen der damit verbundenen Multiplikatorwirkungen eine vorübergehende Strukturerhaltungspolitik mittels verschiedener Instrumente, über die schon diskutiert worden ist, wahrscheinlich eine stabilisierungspolitisch günstige Wirkung erreicht werden. Meine Frage an den Referenten lautet daher: Muß man nicht aus den erwähnten Gründen eine zeitlich befristete Strukturerhaltung auch unter stabilisierungspolitischen Gesichtspunkten als wirtschaftspolitisch legitim ansehen?

Knut Borchardt (München):

Es scheint mir außerordentlich schwer zu sein, Anpassungspolitik und Erhaltungspolitik *ex ante* zu unterscheiden. Den Betroffenen ist es meist mühelos möglich, fast alles, was Herr Peters als Erhaltungspolitik charakterisiert hat, im gesetzgeberischen Apparat als Anpassungs-Maßnahmen einzuführen. Es wäre also sehr nützlich, zu wissen, welche Kriterien zur Verfügung stehen, damit man sagen kann: Dies ist eindeutig eine Politik jener oder dieser Art. Der Hinweis auf die Langfristigkeit kann wiederum nur *ex post* helfen. *Ex ante* wird bei den meisten dieser Maßnahmen von „vorübergehend“ gesprochen. Es ist dem geschickten Anwalt einer Sache jederzeit durch Wahl der Worte möglich, das eine oder andere zu legitimieren. Die Aufgabe der Wissenschaft wäre es, präziser zu werden und die Probleme aus dem Bereich der Worte, in dem sie sich von selbst verstehen, in den Bereich zu heben,

in dem sie schon ex ante einsetzbare Entscheidungsmöglichkeiten offerieren.

In diesem Zusammenhang fällt das Wort der Allokationseffizienz. Herr Siebert hat gesagt, unsere Sozialproduktrechnung funktioniert eigentlich nicht als Indikator des Erfolgs. Wenn das nicht der Fall ist, sehe ich nicht mehr, ob wir für die Allokationseffizienz intersubjektiv greifbare Kriterien haben. Wir brauchen doch die Bergbauern vermutlich nicht, um Käse in ausreichender Menge effizient zu fabrizieren. Wenn wir den Maßstab der Allokationseffizienz „Produktion von Käse“ haben, dürfen wir Bergbauern vermutlich nicht fördern. Aber offensichtlich gibt es Werte und Leistungen dieser Bergbauern (Landschaftschutz, Erhaltung der Almen für uns Fremdenverkehrsbenutzer), die externe Effekte haben, welche kaum ohne Willkürlichkeit der Bewertung in die Berechnung aufgenommen werden können. Dann ist die Allokationseffizienz kaum eindeutig zu bestimmen — und somit können wir gar nicht so feine Unterscheidungen bei der Beurteilung von Strukturmaßnahmen treffen.

Hellmuth Seidenfus (Münster):

Ich kann mich kurz fassen, denn meine Überlegungen knüpfen genau an Ihren letzten Punkt an. Ich wollte darauf hinweisen, daß es vielleicht nicht richtig ist, einen Generalverdacht gegenüber der Branchenstruktur-Erhaltungspolitik zu äußern. Denn abgesehen von den Beispielen, die Herr Tuchfeldt nannte, könnte ich mir auch vorstellen, daß man von vornherein gewollt a) weder in der Formulierung verschleiert b) noch aus Versehen hineingeschlittert ist — was ja manche Anpassungspolitik tut, die sich dann perpetuiert —, indem man eine solche Erhaltungspolitik anvisiert. Herr Peters schreibt in seinem Manuskript einmal von den Kleinschiffen, für die ich jetzt keineswegs votieren möchte; aber ich könnte mir vorstellen, daß man kleinere und mittlere Existenzen bewußt über lange Sicht lebensfähig erhält aus Überlegungen, die auf eine bestimmte Unternehmensverfassungsstruktur, Einkommensstruktur und dergleichen abzielen. Das könnte dann der Fall sein, wenn man in der Sorge ist, daß sich ohne derartige Maßnahmen ein Konzentrationsprozeß fortsetzen würde, den man nicht mehr allein unter wirtschaftspolitischen, sondern schon unter gesellschaftspolitischen Gesichtspunkten für nicht wünschenswert erachtet. Ich komme damit aber genau zu der Frage 1 von Herrn Siebert: Wo sind die Kriterien? Wo wird Konzentration — der Verein hat sich vor einigen Jahren ausgiebig damit beschäftigt, ohne daß die Frage schon als gelöst angesehen werden könnte — in einer bestimmten wirtschaftlichen Situation als unerwünscht anzusehen sein, und wo handelt es sich um kaum verhüllten Gruppenegoismus, der sich gegenüber schwacher Politik durchzusetzen

versteht? Das sind Grenzziehungen, die schon als theoretische Grenzbestimmung unscharf sind.

Sebastian Schnyder (Kiel):

Ich frage mich, ob wir denn wirklich so wenig wissen, daß man „alles offen lassen“ muß auf dem Gebiet der sektoralen Strukturpolitik. Dazu nur zwei Beispiele:

Erstens gibt es Verfahren, die Sachkapitalintensität und die Ausbildungsintensität der Branchen zu messen und zu vergleichen und daraus Schlüsse auf die „Allokationseffizienz“ im weltwirtschaftlichen Rahmen zu ziehen.

Zweitens gibt es Branchen, deren Produkte als „sensitiv“ im Rahmen von Zollpräferenzen der EG gegenüber Entwicklungsländern bezeichnet werden und damit weiterhin in den Genuß von Handelshemmnissen für die entsprechenden Importe kommen. Diese könnten ebenfalls Hinweise auf die (nicht erreichte) „Allokationseffizienz“ abgeben; denn wären die Standorte dieser Branchen in der EG „effizient“, bräuchten sie sich nicht schützen zu lassen.

Hellmuth Seidenfus (Münster):

Was folgt daraus aber? Folgt daraus, daß man diese Branchen, weil sich ihr Standort überholt hat, einfach verschwinden läßt? Das kann man mit Hilfe einer Kosten-Wirksamkeits-Analyse entscheiden. Ich erinnere nur an das Energieproblem. Der anzustrebende Selbstversorgungsgrad, der irgendwie zu begründen ist und von dem auch Herr Siebert sprach, wäre die Wirksamkeit, die man anstrebt. Nun sucht man alternative Wege, und den billigsten wählt man aus. Dasselbe Problem besteht, wenn festgestellt wird: Die Standorte sind überholt. Was bedeutete es, wenn die Branche von heute auf morgen in Konkurs ginge? Welche Entwertungen gesamtwirtschaftlichen Kapitals folgen daraus, welche zwangsläufigen Probleme der Arbeitsplatzersatzbeschaffung ergeben sich? Damit taucht auch die vorhin von Herrn Siebert erwähnte Frage auf, ob es nicht besser sei, solche Dinge schrittweise überzuleiten. Natürlich heißt das nicht, den Standort dauernd zu konservieren, aber eben auch nicht, die Entwicklung abrupt den Marktkräften zu überlassen, nur deshalb, weil man die betrübliche Erfahrung gemacht hat, daß zunächst als vorübergehend konzipierte Anpassungsinterventionen sich als strukturerhaltende Interventionen erwiesen haben. Das wäre Sache der Politik und der Stärke der Gruppen. Die politische Ökonomik müßte hier Rezepte anzubieten haben. Aber ich meine, das

ist noch kein Anlaß zu sagen, die vielen Argumente zugunsten der Bergbauern seien in Wirklichkeit nicht hieb- und stichfest, also mögen sie ab morgen selbst zusehen, wie sie weiterkommen.

Sebastian Schnyder (Kiel):

Geht es Ihnen in erster Linie um das Einkommen der Bevölkerung oder um die Autarkie? Wenn das Einkommensziel im Vordergrund steht, dann dürften Umschulungs- und Umzugsbeihilfen wohl angemessener sein als protektionistische Maßnahmen für gefährdete Branchen.

Knut Borchardt (München):

Ich würde gern sehen, wenn wir der stabilisierungspolitischen Problematik mehr Aufmerksamkeit widmen würden. Wir sind inzwischen in eine Diskussion geraten, die unter Strukturpolitikern nun seit langem geführt wird. Auch in diesem Verein wird seit 100 Jahren die gleiche Diskussion geführt: Erhaltungs- oder Anpassungsprozeß, Freihandel oder Schutzzoll. Das sind ältere Reizworte der Diskussion. Für diese Tagung haben wir uns aber vorgenommen, die Strukturprobleme mit der Problematik der Stabilisierungspolitik zu verbinden. Ich möchte gerne wissen, ob es wirklich zur Evidenz erhoben wurde, daß im Hinblick auf die Stabilisierungspolitik ein spezifisches strukturpolitisches Problem vorliegt, welches sich von der allgemeinen Schutzzoll/Freihandelsdiskussion abhebt.

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Ich bitte um Entschuldigung, wenn ich mich jetzt energisch zu Wort melde. Wie jeder Mensch habe auch ich nur eine begrenzte Aufnahmekapazität. Es sind solch eine Fülle von Fragen an mich gestellt worden, daß ich allmählich nicht mehr nachkomme, sie alle zu registrieren.

Zunächst möchte ich zu den Diskussionsbeiträgen der Kollegen Tuchtfeldt und Seidenfus, die um den bereits vom Vorsitzenden des Arbeitskreises angeschnittenen Problembereich kreisen, Stellung nehmen. Die Anmerkungen gipfelten in der Feststellung bzw. Unterstellung, daß ich die Strukturanpassung — die ich insbesondere bei meinen strukturpolitischen Therapievorschlägen in den Vordergrund gestellt habe — zu sehr präferiere und gegen die Strukturpolitik einen ordnungspolitischen Generalverdacht — wie es Herr Seidenfus ausdrückte — hege. Herr Tuchtfeldt schloß aus meiner Forderung nach einem Rahmengesetz zur sektoralen Strukturpolitik — welches ich im Kern als ein Strukturanpassungsgesetz konzipiert sehen möchte —, daß ich einer

Strukturerhaltungspolitik generell die ordnungspolitische Legitimität bestreite.

Dies läßt sich aus meinen Ausführungen jedoch nicht folgern. Ich halte eine begrenzte Strukturerhaltungspolitik in bestimmten Fällen für unumgänglich und auch ordnungspolitisch für „legitim“. In meinem Referatspapier — das Ihnen vorliegt — habe ich einen solchen Ausnahmefall *expressis verbis* aufgezeigt. Ich habe darauf hingewiesen, daß in industriell-monostrukturierten Regionen bei nachhinkender Gewerbeansiedlungspolitik eventuell der ökonomische Strukturwandel zeitweise aufgehalten beziehungsweise verzögert werden muß, bis die Monostruktur beseitigt und ein vielfältiges Arbeitsplatzangebot geschaffen worden ist. Ein weiteres Beispiel bietet der Energiebereich unter dem Aspekt der Versorgungssicherheit. Wenn die Zufuhr von Rohstoffen — zum Beispiel von Öl — durch jederzeit mögliche Interventionen und eine gezielte Exportdrosselungspolitik der Rohstoffherzeugerländer gestoppt werden kann, so kann eine Erhaltung bestimmter Produktionskapazitäten zur Erzeugung einheimischer Substitutionsrohstoffe in den Importländern angebracht und stabilisierungspolitisch dort in langfristiger Sicht opportun sein. Herr Siebert hat dieses Beispiel auch bei seinen Ausführungen über den Begriff der dynamischen Protektion gebracht.

(*Horst Siebert* [Mannheim]: Der Begriff „dynamische Protektion“ stammt nicht von mir!)

— Das mag sein, Sie haben das Beispiel — um es präzise zu formulieren — im Zusammenhang mit der Problematik einer Dynamisierung des Protektionsbegriffes gebracht.

Nach dieser Klarstellung fahre ich thematisch fort.

Derartige Einzelfälle, in denen eine sachlich und zeitlich begrenzte Strukturerhaltungspolitik notwendig und zumindest hinsichtlich einer von mehreren stabilisierungspolitischen Zielkomponenten vorteilhaft erscheint, dürften der gesamtwirtschaftlich notwendigen Strukturflexibilität eigentlich noch keinen Abbruch tun. Beginnt aber unter dem permanenten Druck der Interessenverbände die sektorale Strukturerhaltungspolitik derart wild zu wuchern, daß ein großer Teil der ökonomischen Strukturen zementiert wird, so werden die strukturelle Flexibilität der Produktionsstruktur und die Mobilität der Produktionsfaktoren — die für ein marktwirtschaftlich orientiertes System in relativ großem Ausmaße notwendig sind — stark beeinträchtigt. Dies wirkt sicherlich auch negativ auf die Erreichung stabilisierungspolitischer Ziele.

Knut Borchardt (München):

Darf ich kurz dazwischenfragen: Sie sagen „wenn ein großer Teil der Strukturen zementiert wird“. Was heißt das empirisch? Wenn wir die meisten Länder betrachten, so sehen wir erheblichen strukturellen Wandel. Es gibt kein Land der Welt, in dem wir nicht in den letzten 20 Jahren heftigen strukturellen Wandel hatten. Und selbst die so oft verschrieene Landwirtschaft hat ihre Anteile an Beschäftigung und Produktion enorm reduziert. Deswegen kann ich mit so einem Satz, daß die Struktur zementiert worden sei, noch nicht viel anfangen. Ich finde kein Land, in dem die Strukturen zementiert sind. Ich finde aber viele Länder mit Inflation.

Sebastian Schnyder (Kiel):

Zum Begriff der „Zementierung“: Wenn es zutrifft, daß die Bundesrepublik im internationalen Vergleich überindustrialisiert ist, so könnte das als „relative Zementierung“ bezeichnet werden. Die Produktionsstruktur der westdeutschen Wirtschaft wandelte sich, aber eben zu wenig rasch.

Knut Borchardt (München):

Das hängt davon ab, wie ich das Referenzmodell konstruiere.

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Darf ich noch eine kleine Ergänzung bringen? Es ist natürlich ungeheuer schwierig, zu quantifizieren. Es läßt sich nicht sagen, der Anteil der Strukturerehaltungspolitik sei 40 oder 50 Prozent; das ist völlig ausgeschlossen, weil der Strukturerehaltungsanteil einer wirtschaftspolitischen Maßnahme zumeist nicht bezifferbar ist. Bei einer strukturpolitischen Maßnahme läßt sich ex ante kaum erkennen, wieviel Anpassungswirkung und wieviel Erhaltungswirkung drinsteckt. Wenn der Unternehmer eine Subvention bekommt, so kann er sich unter Umständen so verhalten, daß er seine Rationalisierungsanstrengungen vermindert oder sogar einstellt. Er kann sich sagen, die Subvention trägt wesentlich dazu bei, daß ich ökonomisch mit meinem Unternehmen einigermaßen über die Runden komme und einkommensmäßig vielleicht ganz passabel leben kann. Warum soll ich Rationalisierungsinvestitionen, die oft mit einem mehr oder weniger großen Risiko behaftet sind, tätigen? Bei diesem Unternehmer hat die strukturpolitische Maßnahme einer Subventionsgewährung also eine strukturkonservierende Wirkung. Der Unternehmer kann anderenfalls aber auch ganz anders reagieren, indem er die Subvention dazu benutzt, seine betriebliche Rationalisie-

rung voranzutreiben. Die Subvention dient ihm dazu, sich dem ökonomischen Strukturwandel besser anzupassen. Für den Wirtschaftspolitiker ist es oft auch ex post nur schwer möglich, die manchmal einer Vielzahl von Unternehmungen gewährten Branchensubventionen nach dem Anteil ihrer Strukturierungs- und Strukturangepassungswirkung auseinander zu dividieren.

Wenn man einmal die Bereiche Revue passieren läßt, wo protektionistische Maßnahmen Platz greifen — wie zum Beispiel in der Landwirtschaft, im Güterverkehr, im Steinkohlenbergbau; die Liste ließe sich noch beachtlich verlängern —, so wird man meines Erachtens die Aussage wagen können, daß die sektorale Strukturpolitik hinsichtlich ihrer Strukturierungskomponente stark kopflastig ist.

Denken Sie zum Beispiel an die Strukturierungseffekte der staatlichen Verkehrspreispolitik. Der Staat ändert die administrierten Güterverkehrspreise manchmal in langen Zeiträumen überhaupt nicht und wenn er sie ändert, dann nur global, in der Regel branchenmäßig und nicht auf das einzelne Unternehmen bezogen. Eine flexible und stärker differenzierte Güterverkehrspreisbildung, die auf die unterschiedlichen Kosten- und Marktsituationen der Verkehrsunternehmen exakt Rücksicht nimmt, ist bei dem schwerfälligen Tarifbildungsverfahren kaum möglich.

(Hellmuth Seidenfus [Münster]: Das tut der Marktpreis auch nicht!)

— Nein, sicherlich nimmt auch der Marktpreis — zumindest bei einer polypolistischen Konkurrenzstruktur des Marktes — keine Rücksicht auf die Kostenstruktur oder spezifische Marktsituation der einzelnen in Konkurrenz stehenden Anbieter. Aber der Marktpreis reagiert in der Regel wenigstens auf Änderungen der Marktdaten relativ schnell und signalisiert zumindest die Strukturierungsrichtung. Dagegen spiegeln administrativ konstruierte Preise die reale Marktsituation oft überhaupt nicht wider und zeigen damit den Wirtschaftssubjekten auch nicht andeutungsweise die Anpassungsrichtung auf. Erfahrungsgemäß dämpfen staatlich festgesetzte und zementierte Branchenfestpreise oft die Bemühungen der Wirtschaftssubjekte, sich an die ökonomischen Strukturwandlungen anzupassen.

Auch die Agrarpolitik wirkt in beachtlichem Maße strukturierend. Was mir bei der Agrarpolitik immer so ins Auge sticht, ist folgendes: Die Agrarpolitiker sprechen immer nur dann von Agrarstrukturpolitik, wenn sie sich mit Fragen beschäftigen, wie zum Beispiel Flurbereinigung und Höfeaussiedlung. Das sind aber für meine Begriffe ganz harmlose strukturbeeinflussende Maßnahmen. Ich will sie nicht für wirkungslos

ansehen, sie haben sicher auch einen gewissen Strukturangepassungseffekt; aber die Agrarstruktur wird doch in erster Linie durch die Agrarpreispolitik beeinflusst. Von der Agrarpreispolitik, vornehmlich von den quasi als Anbieterschutzordnungen konzipierten Agrarmarktordnungen gehen meines Erachtens enorme Strukturhaltungseffekte aus.

Trotz dieser über die Agrarpreispolitik in die Agrarpolitik hineingetragenen starken Strukturhaltungskomponente sind die Strukturwandlungen dennoch zum Durchbruch gekommen, wie sich unter anderem an der beachtlichen Verringerung der in der Landwirtschaft einstmals tätigen Arbeitskräfte zeigt. Aber Herr Borchardt, wir sind uns doch hoffentlich einig, daß ein großer Teil der agrarpolitischen Maßnahmen — die von den Subventionsempfängern der Grünen Pläne, den Repräsentanten des Bauernverbandes und natürlich auch von den Regenten leichthin und vermutlich manchmal sogar in vernebelnder Absicht als Anpassungshilfen deklariert worden sind — de facto einen hohen Grad an Strukturhaltungseffekten gehabt haben und noch haben. Der Strukturhaltungsgrad der agrarpolitischen Maßnahmen läßt sich aber — wie bereits vorher von mir begründet wurde — nicht exakt quantifizieren.

Ulrich Koester (Göttingen):

Ich möchte noch einmal an die Diskussion von vorhin anschließen. Herr Seidenfus, Herr Tuchtfeldt und Herr Siebert hatten implicite die volkswirtschaftlichen Kosten des Strukturwandels angeschnitten. Herr Seidenfus sagte, möglicherweise wäre eine geringere Intensität des Strukturwandels günstiger als eine beschleunigte und Herr Tuchtfeldt schnitt an, daß man möglicherweise Großunternehmen helfen müßte. Sie implizieren damit, daß im anderen Fall volkswirtschaftliche Kosten entstehen würden. Der gleiche Grundgedanke liegt wohl auch bei Herrn Thoss vor, der in der „Wirtschaftswoche“ vor kurzem in seine Zielfunktion auch eine bestimmte Intensität des Strukturwandels — die er leider nicht quantifiziert hat — einführte.

Gestatten Sie mir, daß ich noch kurz eine Brücke schlage zu dem, was ich zu Eingang meines Vortrages sagte. Ich sagte, die Stabilisierungspolitik kann es erforderlich machen, daß man eine kompensatorische Konjunkturpolitik betreibt. Mit anderen Worten, die Stabilisierungspolitik kann zu einer Erhöhung der volkswirtschaftlichen Kosten des Strukturwandels führen. Ein konkretes Beispiel: Vorhin hat mich der Herr aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium noch einmal darauf aufmerksam gemacht, daß gegenwärtig die Alternativen der Landwirte in ländlichen Regionen sich sehr verschlechtern

hätten. Eine Abwanderung aus der Landwirtschaft würde aber gegenwärtig bedeuten, daß eine Entleerung der ländlichen Räume entstehen würde. Wenn man dies langfristig nicht wolle, müsse man gegenwärtig darauf hinwirken, daß die Erwerbstätigen in der Landwirtschaft noch etwas verbleiben, um dann, wenn wir wieder in einer etwas besseren Konjunkturlage sind, aus der Landwirtschaft abzuwandern, aber in der ländlichen Region verbleiben zu können. Man müßte sich also mehr mit den volkswirtschaftlichen Kosten des Strukturwandels beschäftigen und sollte nicht von vornherein der Meinung sein, daß der Marktmechanismus stets zu einem Optimum wirkt und jede gegen die Marktkräfte wirkende Maßnahme der Strukturerehaltungspolitik zuzuordnen und daher schlecht sei.

Gestatten Sie, daß ich noch auf einen weiteren Punkt eingehe und eine Anmerkung zu den Seiten 1352 ff. des Referates von Herrn Peters mache. Ich würde vorschlagen, daß Sie das Schaubild auf Seite 1353 revidieren, denn Sie wollen etwas aussagen über das Einkommen der Landwirte oder irgendeines protektionierten Sektors. Sie sagen damit aber nur etwas aus über den Erlös. Mir scheint, daß die Elastizitäten bei der Analyse nicht die von Ihnen angegebene Bedeutung haben.

Zu Seite 1353 hätte ich ebenfalls eine Bemerkung. Es betrifft die Kosten der Agrarpolitik. Sie schreiben dort, der Verbraucher werde doppelt zur Kasse gebeten; einmal hätte er hohe Preise für die Butter zu zahlen und zum anderen müsse er auch noch die Exporterstattungen begleichen. Das dürfte eine falsche volkswirtschaftliche Kostenrechnung sein, denn volkswirtschaftliche Kosten sind der Nutzenentgang. Der Verbraucher hat in der Tat einmal den hohen Preis zu bezahlen, auf der anderen Seite erhält er aber über die Staatskasse die Exporterlöse zurück. Die fließen ja in die öffentliche Kasse. Wir können das also nicht doppelt zählen. Ich würde vielleicht empfehlen, die Literatur über die volkswirtschaftlichen Kosten der Agrarpolitik etwas anzuschauen. Man müßte eigentlich die Kosten als Verzicht auf Sozialprodukt definieren, dann hätten diese Ausgaben direkt keinen Einfluß, sondern man könnte sie nur implizit bei der Ermittlung der volkswirtschaftlichen Kosten bewerten.

Claus Schäfer (Düsseldorf):

Ich glaube, an dieser Stelle ist eine grundsätzliche Bemerkung zu dem Zusammenhang zwischen Stabilisierungspolitik auf der einen Seite und Strukturpolitik auf der anderen Seite angebracht, ein Zusammenhang, den das Thema ja fordert und auf den Herr Borchardt noch einmal intensiv hingewiesen hat. Ich habe den Eindruck, daß dieser Zusammenhang sowohl in den Referaten als auch in den Diskussions-

beitragen nicht nur sehr unscharf, sondern auch ziemlich schief herausgearbeitet worden ist. Das scheint mir hauptsächlich daran zu liegen, daß bestehende größere Zusammenhänge nicht ausreichend berücksichtigt wurden, und zwar der Zusammenhang, der sich sowohl auf die Zielebene als auch auf die Mittelebene bezieht. Das ist nicht unbedingt ein Vorwurf, der sich an die Referenten und Teilnehmer richtet, sondern vielmehr an den allgemeinen Stand der wissenschaftlichen Diskussion.

Zumindest, was die Zielebene angeht, hat gestern der Arbeitskreis A versucht, das Stabilitätsziel in einen größeren Zusammenhang mit anderen ökonomischen und wirtschaftspolitischen Zielen zu stellen. Was bedeutet das nun für diesen Arbeitskreis? Meiner Meinung nach folgendes: Hier ist Stabilität vorwiegend als Preisstabilität oder Preisstabilisierung verstanden worden, während doch gerade der Beitrag des Vertreters aus dem Bayerischen Wirtschaftsministerium gezeigt hat, daß die sich kumulierenden sektoralen und regionalen Probleme, die nicht unbedingt normativ bewertet werden müssen, schon größenordnungsmäßig im Rahmen einer allgemeinen Stabilisierungsdebatte ein viel größeres Gewicht bekommen müßten als gerade die Frage Preise, Inflation und Preisstabilisierung. Das heißt, die realen Ziele, die durch diese Probleme gefährdet sind, bedürfen einer etwas größeren Aufmerksamkeit.

Wenn das nun so ist, so muß im Mittelbereich natürlich eine gewisse Konsequenz folgen. Man muß zumindest die zwei folgenden Fragen stellen. Ich hatte den Eindruck, sowohl bei Herrn Koester als auch bei Herrn Peters, daß die Preisstabilisierung oder Preisstabilität, wie auch in anderen Arbeitskreisen, als Vorziel für andere Ziele, auch für reale Ziele, unter Strukturaspekten verstanden wird. Wenn das so ist, so muß einmal gefragt werden, ob die bisher eingesetzten Instrumente grundsätzlich in der Lage sind, Preisstabilisierung als Vorziel beziehungsweise als Instrument für andere Ziele nutzbar zu machen. Die Diskussionen in anderen Arbeitskreisen haben gezeigt, daß dieser Zusammenhang zwischen der Preisstabilität als Vorziel und anderen Zielen gerade unter empirischen Gesichtspunkten heute kaum eindeutig geklärt ist. Es bestehen sogar Indizien dafür, daß dieser Zusammenhang schwächer ist als in der Vergangenheit, so daß selbstverständlich auch der Wirkungsmechanismus zwischen den Instrumenten, die auf monetärer Basis arbeiten, und realen Zielen sehr gering ist. Das bedeutet, daß die Preisstabilisierung zumindest auf operationaler Basis nicht problemadäquat genutzt werden kann. Das könnte auch bedeuten — man müßte diese Frage selbstverständlich noch grundsätzlich klären —, daß Preisstabilität überhaupt kein Vorziel für diese anderen konjunkturpolitischen, strukturpolitischen usw. Ziele wäre. Wenn man zu diesem Ergebnis käme, muß man sich natürlich fragen, welche anderen Mittel wären einzusetzen,

um diese realen Ziele zu erreichen; Mittel, wie sie heute unter aktuellen, auch politischen Gesichtspunkten, etwa unter dem Stichwort Investitionslenkung, diskutiert werden, wobei die von den Vorrednern erwähnten Standortfragen eine große Rolle spielen könnten.

Wenn man sich das Problem unter diesen Gesichtspunkten anschaut, verliert selbstverständlich Preisstabilisierung weitgehend an Bedeutung, zumindest aus struktur- und regionalpolitischer Sicht. Ich hätte es gern gesehen — mit dieser Erwartung bin ich, vor allem nach den Erfahrungen gestern im Arbeitskreis A, eigentlich hierhergekommen —, daß zumindest diese Problemstruktur, wie ich sie eben angedeutet habe, etwas mehr Beachtung gefunden hätte.

Knut Borchardt (München):

Die Diskussion im Arbeitskreis A konnte hier natürlich noch nicht reflektiert werden. In der Sache finde ich die Bemerkung von Herrn Schäfer sehr relevant, weil er den Zusammenhang gezeigt hat, der sich in der Frage andeutet: Warum wollen wir Preisstabilität? Preisstabilität wollen wir häufig wegen der negativen Wirkungen, die wir bisher dem Inflationsprozeß für die Einkommensstruktur, die Vermögensstruktur, die Allokationseffizienz und so weiter zugeschrieben haben. Wenn wir das Ziel der Preisstabilität problematisieren, kommen wir auf lauter Strukturziele. Dann muß man freilich fragen — das ist es wohl, was Herr Schäfer jetzt zur Diskussion stellen will —, ob wir denn den Weg über das Preisniveau überhaupt noch brauchen oder ob wir uns nicht direkt mit den „höheren Strukturzielen“ beschäftigen sollen. Kein Individuum ist an der Preisstabilität um der Preisstabilität willen interessiert, sondern nur um der Dinge, die dahinterstehen.

Ich bin jetzt als Diskussionsleiter in der Schwierigkeit, Ihnen entweder Erhaltungsstrategie oder Anpassungsstrategie empfehlen zu müssen. Entweder erhalten wir uns hier als „Branche“ und stören damit andere Ziele oder wir passen uns an.

Ich würde wegen der fortgeschrittenen Zeit anraten, daß wir uns jetzt etwas beschränken. Ich möchte aber ungern, daß wir schnell auseinandergehen, weil wir jetzt mindestens noch ein Thema haben, das erörtert werden muß. Der empfehlende Charakter, den Herr Peters seiner Lösung gab, bedarf noch eines Kommentars. Ich meine die Bemerkungen am Ende des Referates hinsichtlich der Ausweitung der Sachverständigenratskompetenz sowie die Ergänzung des Grundgesetzes der Marktverfassung, genannt GWB, und des Grundgesetzes der Globalsteuerung, genannt Stabilitätsgesetz, durch ein Strukturgesetz.

Weil das so wichtig ist, müssen wir irgendeine Art Willensbildung herbeiführen. Bei solchen Gelegenheiten hat früher der Verein sogar

Entschließungen gefaßt. Ich will Sie jetzt keineswegs auffordern, das zu tun; das wäre zu eilfertig.

Wenn ich mir aber eine sachliche Bemerkung erlauben darf, so würde ich diese Vorschläge sehr viel skeptischer beurteilen. Weder hat uns das Stabilitätsgesetz die Stabilität gebracht, noch hat uns das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen dem Ziel so nahe wie wünschenswert gebracht. Beide Gesetze haben aber wenigstens noch konkrete Inhalte. Was in einem Strukturgesetz stehen sollte, ist mir im Augenblick unklar. Man könnte reinschreiben, es solle eine gesunde Struktur herrschen. Dabei geht es dann um das Wort „gesund“. Das wollen alle. Aber festzulegen, wer dann welche Kompetenzen haben soll und welches die Eingriffsmöglichkeiten sind, bringt sehr große Schwierigkeiten. Ich würde sehr davor warnen, den gesetzgeberischen Aufträgen allgemeiner Art weitere hinzuzufügen, die unvollziehbar sind. Das ruiniert die Demokratie noch schneller, als wenn man es bei den bisherigen beläßt. Was den Sachverständigenrat betrifft, so ist es sicher unserer Aufmerksamkeit nicht entgangen, daß er sich in der Vergangenheit, ohne daß er diesen Auftrag explizit hatte, schon wiederholt zu Strukturfragen geäußert hat. Ich sehe nicht, weshalb er diesen Auftrag auch noch formal angelastet bekommen müßte. Dann könnte es unter Umständen noch schlechter werden. Es wäre für die Wissenschaft tödlich, wenn Wissenschaften regelmäßig aufgefordert würden, Jahr für Jahr pflichtmäßig zu spekulieren oder ehrlich jedermann mitzuteilen, was Sie alles nicht wissen.

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Ich möchte dazu gleich etwas entgegnen. Die Argumentation, daß wir trotz eines Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen in der Praxis viele Wettbewerbsbeschränkungen haben und daß wir trotz eines Gesetzes zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft von der erstrebenswerten Stabilität noch weit entfernt sind und daß ergo daraus geschlossen wird, auch ein Strukturgesetz werde die wünschenswerte Erhöhung und Verbesserung der Mobilität der Produktionsfaktoren nicht bringen, scheint mir ein bißchen zu formal und rabulistisch gedacht zu sein. Man könnte den Spieß auch umdrehen und sagen, wenn es kein Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen gäbe, hätten wir mit Sicherheit noch mehr Wettbewerbsbeschränkungen.

Knut Borchardt (München):

Das ist unbestritten. Aber das Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen enthält zumindest der Absicht nach sehr klare Tatbestände und verhängt auch der Absicht nach sehr klare Sanktionen. Schon da wird es

bei einem Strukturgesetz schwierig. Im Falle eines Strukturgesetzes sehe ich noch nicht einmal die der Absicht nach klaren Tatbestände und schon gar nicht die Sanktionen und Institutionen. Das ist mein Hauptargument.

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Ich darf einmal darauf eingehen, warum ich überhaupt den Gedanken propagiere, zu einem Strukturgesetz als dritte Säule der Wirtschaftsverfassung neben dem Kartellgesetz und dem Stabilitätsgesetz zu kommen. Wie ist es denn heute? Im Bundeswirtschaftsministerium sind 1966 Grundsätze der sektoralen Strukturpolitik recht allgemeiner Art erarbeitet worden, die 1968 von der Bundesregierung der damaligen Großen Koalition übernommen worden sind und auch heute noch für das Regierungshandeln als Richtschnur gelten sollen. In der Praxis der Strukturpolitik, die ja nicht nur vom Bundeswirtschaftsministerium gemacht, sondern auch wesentlich von anderen Bundesministerien und Institutionen — wie zum Beispiel dem Verkehrs-, Landwirtschafts-, Städtebau- und Raumordnungs- sowie Arbeitsministerium — beeinflusst wird, haben diese lediglich in die lose Form eines Kabinettsbeschlusses gekleideten Grundsätze der sektoralen Strukturpolitik kaum nennenswerte Formkraft erlangt. Einmal deswegen, weil sie zu allgemein gehalten und nicht operational gestaltet sind. Zum anderen aber auch, weil verschiedene strukturpolitische Entscheidungsträger sie bei ihren Maßnahmen überhaupt nicht beachtet haben. Während meiner langjährigen Tätigkeit im Bundeswirtschaftsministerium habe ich gelegentlich sogar erlebt, daß die Grundsätze der sektoralen Strukturpolitik nicht einmal allen strukturpolitisch handelnden Personen in den Fachministerien bekannt waren. Aus alledem läßt sich folgern, daß die strukturpolitischen Leitlinien auf eine gesetzliche Basis gestellt werden müssen, damit sie verbindlich und in der strukturpolitischen Praxis ernst genommen werden.

Sicherlich garantiert ein wirtschaftspolitisches Gesetz ebenfalls noch nicht, daß nach seinen Intentionen gehandelt wird. Aber wenn in dem Strukturgesetz klare Ziele und praktikable Instrumente installiert würden, so wären zunächst schon einmal transparente Handlungsparameter für die strukturpolitischen Entscheidungsträger geschaffen. Es wäre bereits einiges gewonnen, wenn in Gesetzesform — in welcher Formulierung auch immer — kargestellt würde, daß die Förderung der Fähigkeit und Willigkeit der Wirtschaftssubjekte, sich an den ökonomischen Strukturwandel anzupassen, das dominierende Ziel ist. Das sollte nicht ausschließen, daß in einem solchen Strukturgesetz auch derartige Fälle der Strukturhaltung, wie ich sie in meinem Referat als strukturpolitisch unumgänglich und ordnungspolitisch legitim bezeichnet habe, eingebaut

werden. Allerdings sollten diese Ausnahmefälle unter ganz strengen Kautelen gesetzlich verankert werden, damit hier den Hilfeersuchen und eventuell einklagbaren Forderungen der Unternehmen „fußkranker“ Wirtschaftszweige nicht Tür und Tor geöffnet wird. Naturgemäß kann ich jetzt kein Paragraphengeflecht für solche konstruierbaren Fälle, die Strukturanpassungshilfen oder zeitlich begrenzte Struktur-erhaltungsmaßnahmen rechtfertigen, ausbreiten. Es erscheint mir aber durchaus möglich, diese Fälle auch in juristisch eindeutiger Form zu beschreiben und letztlich festzulegen, wann der Staat gehalten ist, mit bestimmten Mitteln einzugreifen und welche ordnungspolitischen Grenzen er dabei nicht überschreiten darf.

Knut Borchart (München):

Und wer verhängt Sanktionen, wenn das Parlament einen anderen Beschluß faßt? Wer ist zuständig, diesen Beschluß aufzuheben?

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Hier sind zwei Aspekte angesprochen. Zuerst ist zu fragen, kommt das Gesetz überhaupt durch. Natürlich würden die Produzentenverbände versuchen, ein in seiner Grundstruktur gewolltes Strukturanpassungsgesetz quasi zu einem Struktur-erhaltungsgesetz, das ihrem erwiesenen Besitzstandsdenken eher entspricht, umzufunktionieren. Warum aber sollte es einer Regierung, die sich einer zunehmenden Aversion von Wählern gegenüber Produzentenprivilegien in Form von Anbieter-schutzordnungen und Produzentenhilfen konfrontiert sieht, nicht gelingen, ein Gesetz zu konzipieren und durchzubringen, das die eigenen Anstrengungen der Wirtschaftszweige zur Strukturanpassung aktiviert und den wild gewucherten Branchenprotektionismus beschneidet? Ist das Strukturgesetz in Kraft getreten, so sind die strukturpolitischen Instanzen — also auch die parlamentarischen Gremien — an die gesetzlichen Bestimmungen gebunden. Natürlich kann der Gesetzgeber das Gesetz jederzeit novellieren oder aufheben. Verstoßen strukturpolitische Instanzen gegen Bestimmungen des Strukturgesetzes, so hat selbstverständlich jedes Unternehmen bzw. Wirtschaftssubjekt, das sich durch seines Erachtens antigesetzliche Maßnahmen belastet fühlt, das Recht, den Rechtsweg bei den zuständigen Gerichten zu beschreiten.

(*Horst Siebert* [Mannheim]: Quod fuit, was soll das werden?)

— Herr Siebert, Sie kennen das doch aus der Wettbewerbspolitik. Solche Rechtsstreite können freilich jahrelang dauern.

(*Horst Siebert* [Mannheim]: Daraus ergibt sich möglicherweise die Einklagbarkeit öffentlicher Güter; das gibt wieder Produktionsimpulse!)

— Geht man davon aus, daß zum Beispiel ein immaterielles öffentliches Gut auch die Form einer Unterlassung bzw. der Untersagung einer belastenden Maßnahme — denken Sie beispielsweise an den Umweltschutz — haben kann, so haben wir die Einklagbarkeit öffentlicher Güter etwa vermittels Unterlassungsklage doch auch auf anderen Gebieten. Wie wollen Sie in der pluralistischen Gesellschaft eines demokratischen Rechtsstaates anders vorgehen als mit diesen Hilfskonstruktionen?

Horst Siebert (Mannheim):

Herr Peters, es gibt soviele Probleme dabei: Wie werden die Ziele festgelegt und wie sollen sie operational gefaßt werden? Es gibt andere Ziele, die Sie auch noch festlegen müssen und möglicherweise sind diese Ziele nicht alle gleichzeitig erfüllbar. Was tun Sie dann?

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Es ist natürlich klar, daß sich ein Rahmengesetz zur sektoralen Strukturpolitik — schon allein wegen der Problematik von Zielrangskalen und der Austarierung von Zielkonflikten — nicht ganz einfach operational gestalten läßt. Aber gegenüber dem jetzigen Zustand, der durch ein nahezu unbegrenztes freies Ermessen bei strukturpolitischen Interventionen in den Wirtschaftsprozeß gekennzeichnet ist, wären schon gewisse ordnungspolitische Grenzmarkierungen, die bei strukturpolitischen Maßnahmen nicht überschritten werden dürften, eine Systemverbesserung.

Ich möchte gern noch ein paar Anmerkungen zum Korreferat machen, damit nicht das eine oder andere der Ausführungen, das vielleicht auf einem Mißverständnis beruht, im Raum stehenbleibt.

Ihr Korreferat, Herr Siebert, enthält keine gravierende Kritik an meinen Ausführungen — jedenfalls war das mein Eindruck —, sondern es beschränkt sich auf einige fruchtbare Ergänzungen. Nur ganz gelegentlich schwang — so schien es mir — auch ein kritischer Unterton in dieser oder jener Weise zu meinen Ausführungen mit. Einer dieser unüberhörbaren Untertöne kommt in Ihrer Forderung zum Ausdruck, die Protektion unter dem Aspekt der Allokationseffizienz nicht nur statisch, sondern dynamisch zu betrachten. So wurde die Frage aufgeworfen, ob Protektion vorliege, wenn eine momentan nicht wettbewerbsfähige Branche im Hinblick auf die voraussichtliche Entwicklung eines Angebotsmangels gestützt werde, wobei vorausgesetzt wird, daß die volkswirtschaftlichen Kosten einer krassen Angebotsreduzierung im jetzigen Zeitpunkt langfristig höher sind als die vorübergehenden Verluste an statischer Allokationseffizienz. Als konkretes Beispiel schwebt Ihnen,

Herr Siebert, wohl die Stützung des Steinkohlenbergbaus und der vermutete Beitrag zu einer langfristigen Versorgungssicherung auf dem Energiegebiet vor.

Ich würde dann von Protektion sprechen, wenn die Stützungsmaßnahmen unbefristet sind und selbst dann noch fortgeführt werden, wenn diese durch die veränderte Situation längst entbehrlich geworden sind. Nicht selten sind beispielsweise in der Vergangenheit Schutzzölle für einheimische Industriezweige, die ursprünglich als befristete Entwicklungsmaßnahme zum Aufbau bestimmter Produktionen gedacht oder zumindest so deklariert waren, auch dann noch aufrechterhalten worden, als die betreffenden Industriezweige längst erstarkt und international wettbewerbsfähig waren.

Ich gehe mit Ihrer Forderung, Herr Kollege Siebert, nach einem dynamischen Protektionsbegriff — den Sie allerdings auch schuldig geblieben sind — durchaus konform. Sicherlich sind wir uns jedoch einig, wie schwer es ist, aussagefähige Kriterien für die Formulierung eines solchen Begriffes zu finden. Ich habe versucht, den dynamischen Aspekt dadurch zu berücksichtigen, daß ich bei meinem Protektionsbegriff unter anderem auf die Unbefristetheit und Dauerhaftigkeit von strukturellen Maßnahmen mit primärem Erhaltungszweck abgestellt habe.

Noch einen zweiten Punkt möchte ich herausgreifen. Bei den Ausführungen über die potentiellen Zielkonflikte zwischen Allokationseffizienz und anderen Zielen, wie zum Beispiel Sicherung von Einkommen oder der Energieversorgung, wird die Frage nach einer Rangskala der Ziele aufgeworfen. Wir sind sicherlich darin einig, daß in einer pluralistischen Gesellschaft mit ausgeprägten partikularen Interessen der Gruppen auf freiwilliger Basis ein Konsensus über eine derartige Zielrangskala kaum zustandekommen wird. Man wird sich wohl kaum darüber verständigen, ob und inwieweit etwa die Einkommenssicherung für die Landwirtschaft mit Hilfe der Agrarmarktordnungen ranghöher oder rangniedriger als die Stärkung einer sicheren Energieversorgung durch Subventionierung des Steinkohlenbergbaus einzustufen ist.

In einer Bemerkung des Korreferats scheint mir eine gewisse Kritik an der von mir benutzten Bezeichnung „legitime Strukturziele und -hilfen“ zu stecken. Ich möchte ausdrücklich darauf hinweisen, daß ich nicht den unfruchtbaren Versuch unternommen habe, eine subjektive Bewertung von Zielen vorzunehmen. Aus dem Zusammenhang geht hervor, daß die Bezeichnung „legitim“ in bezug auf das Postulat der Erhaltung der marktwirtschaftlich orientierten Ordnung von mir benutzt worden ist. Ich meine also sinngemäß systemkonforme Ziele und Mittel. Systeminkonforme Ziele beziehungsweise Mittel, die ein Wirtschaftssystem in seinen konstitutiven Elementen — also vornehmlich

dem Lenkungssystem oder der Art der Verfügungsgewalt über Produktionsmittel — beeinträchtigen oder gar zerstören, sind durchaus objektiv bestimmbar. Zum Beispiel wäre eine generelle Aufhebung der freien Marktpreisbildung und eine umfassende Einführung administrativer Preisfestsetzungen durch Behörden für eine marktwirtschaftlich orientierte Ordnung systemzerstörend, also eine systeminkonforme Maßnahme.

Noch zu einer letzten Bemerkung des Korreferenten, und damit komme ich zum Schluß. Nach seiner Aussage hätte ich die verteilungspolitischen Fragen gänzlich in den außerökonomischen Bereich verwiesen. Ich finde dies — bitte entschuldigen Sie, wenn ich es so formuliere — etwas künstlich dramatisiert. Es lag mir fern, den Komplex der verteilungspolitischen Fragen in den vorökonomischen Bereich zu verweisen und somit quasi der ökonomischen Betrachtung und Analyse zu entziehen.

(*Horst Siebert* [Mannheim]: Das war doch ein Zitat!)

— Ich will das erklären, ich bin gerade dabei.

In der sektoralen Strukturpolitik trifft man gar nicht so selten auf staatliche Einkommenshilfen zugunsten bestimmter Branchenangehöriger, die vorwiegend einen außerökonomischen Anlaß haben. Denken Sie zum Beispiel an die sogenannten Wahlgeschenke, die vor Parlamentswahlen eine große Rolle gespielt haben. Zweifellos wird die sektorale Verteilungspolitik des Staates, insbesondere die Subventionspolitik, von außerökonomischen Motiven, zum Beispiel wahltaktischen Überlegungen, mitbeeinflußt.

(*Knut Borchardt* (München):

Wir kommen zum zweiten Teil unserer heutigen Verhandlungen und haben es nunmehr mit dem Referat von Herrn Nowotny zu tun über „Formen, Ursachen und wirtschaftspolitische Relevanz regional unterschiedlicher Konjunkturereagibilität“; wobei ich hoffe, daß wir unter wirtschaftspolitischer Relevanz ein wenig mehr die stabilisierungspolitische Relevanz verstehen dürfen, weil es natürlich viele Relevanzen gibt, die man auch behandeln könnte. Wir haben es schon heute vormittag angesprochen, und es kam in den Voten auch der Praktiker zum Ausdruck, die es häufig mit regionalpolitischen Perspektiven zu tun haben, wie eng sektoral- und regionalpolitische Fragen verknüpft sind, weil die Verteilung der Aktivitäten im Raum ja nicht gleichmäßig ist, so daß manches Problem, das man als regionales interpretiert, bei genauerer Betrachtung sich als ein sektorales darstellt. Aber das muß nicht sein. Der Zusammenhang ist jedoch auf jeden Fall sehr eng. Um so wichtiger war es, daß wir uns nicht auseinanderdividieren ließen, sondern daß sich dieser Ar-

beitskreis mit sektoralen *und* regionalen Problemen beschäftigte. Nun lassen sich hier wiederum, wie bei den anderen Themen, die Interessenrichtungen differenzieren. Wir können fragen, ob es regionale Gemeinsamkeiten oder Differenzierungen gibt, wobei die regionale Dispersion als Ergebnis gesamtwirtschaftlich gemessener Prozesse abläuft. Wir können fragen, ob globalpolitische Steuerungsinstrumente, die auf globalpolitische Ziele einwirken sollen, regional spezifische Probleme hervorrufen, so daß man unter Umständen sogar gezwungen ist, flankierende Maßnahmen zu ergreifen. Man kann auch umgekehrt fragen: Generiert nicht unter Umständen eine bestimmte Regionalstruktur spezifische Stabilisierungsprobleme? Der Zusammenhang ist in unserem Fall — ich will das nur ganz kurz streifen, damit wir die Dimension im Gesamtverlauf der Tagung sehen — insofern in Verbindung zu der Plenarsitzung von gestern zu sehen: Betrachtet aus der Perspektive beispielsweise der EWG sind die nationalen Probleme ja regionale. Die Hierarchie der Regionen ins Blickfeld zu ziehen, wäre bei einer Totalanalyse, die man vornimmt, wichtig.

Formen, Ursachen und wirtschaftspolitische Relevanz regional unterschiedlicher Konjunkturereagibilität

Von *Ewald Nowotny, Linz**

1. Form und Ausmaß regional unterschiedlicher Konjunkturverläufe

Der Grad der gesamtwirtschaftlichen Verflechtung und die Wirkung der Konjunkturpolitik des Zentralstaates bewirken, daß Konjunkturwellen „bei grober Betrachtungsweise“ als gesamtwirtschaftliches Phänomen zu sehen und zu analysieren sind. Die Tatsache der tendenziellen Übereinstimmung zwischen gesamtwirtschaftlicher und regionaler Konjunkturentwicklung bedeutet aber nicht eine völlige räumliche Homogenität des Konjunkturbildes¹. Vielmehr können innerhalb der gleichgerichteten Tendenz sehr wohl Abweichungen in einem Ausmaß bestehen, das als wirtschaftspolitisch bedeutungsvoll zu betrachten ist. So ist zunächst möglich, daß Abweichungen im zeitlichen Ablauf der regionalen und gesamtwirtschaftlichen Konjunkturentwicklung bestehen. Das heißt, daß gewisse Regionen gegenüber dem gesamtwirtschaftlichen Konjunkturverlauf Phasenverschiebungen aufweisen, indem etwa Expansionsphasen hier früher oder später einsetzen als in der Gesamtwirtschaft, bzw. früher oder später ihren Höhepunkt erreichen.

Die wichtigste Form, in der regionale Abweichungen vom gesamtwirtschaftlichen Konjunkturbild auftreten, sind jedoch Unterschiede in der Intensität der Konjunkturschwankungen. Es ist dabei nicht leicht, aus der noch nicht allzu großen Zahl empirischer Untersuchungen einheitliche Anhaltspunkte zu finden, die es ermöglichen, das Ausmaß der konjunk-

* Geboren am 28. Juni 1944 in Wien. Studium der Wirtschafts- und Rechtswissenschaften an der Universität Wien und der Wirtschaftswissenschaften am Institut für Höhere Studien in Wien. Studienaufenthalte in Oxford, Straßburg und Besançon. 1967 Promotion zum Dr. jur. der Universität Wien. 1967 bis 1970 Assistent am Institut für Volkswirtschaftstheorie und -politik der Hochschule Linz. 1971/1972 visiting scholar am Department of Economics der Harvard University. 1972 Habilitation an der Hochschule Linz („Wirtschaftspolitische Aspekte des Umweltschutzes“). Seit 1974 ordentlicher Professor und Vorstand des Instituts für Finanzwissenschaft an der Hochschule Linz.

¹ Auf die grundlegenden Probleme der „ökonomisch richtigen“ Abgrenzung der regionalen Einheiten und der Aussagefähigkeit der einzelnen Indikatoren der regionalen Konjunkturanalyse kann an dieser Stelle nicht näher eingegangen werden.

turellen Schwankungsintensität mit anderen Charakteristika der Region zu verbinden. Zum Teil könnten diese schwer systematisierbaren Ergebnisse unterschiedlicher empirischer Untersuchungen freilich auch von der Auswahl der entsprechenden Konjunkturindikatoren beeinflusst sein. So zeigen Analysen der konjunkturellen Entwicklung der norddeutschen Küstenländer² und Baden-Württembergs³ eine Tendenz zunehmender Konjunkturereagibilität mit zunehmender regionaler Wirtschaftskraft. Dieses Ergebnis würde auch mit Untersuchungen für Italien⁴ übereinstimmen, während englische Untersuchungen an Hand von Arbeitsmarktdaten eine besonders hohe Konjunkturereagibilität von Regionen mit hoher „struktureller“ Arbeitslosigkeit zeigen⁵. Ebenso zeigte ein Vergleich der konjunkturellen Fluktuation der Teilregionen des Landes Hessen, bei Verwendung der Zuwachsraten der Industrieumsätze als Konjunkturindikator, daß das Agglomerationsgebiet um Frankfurt eine besonders hohe, über dem Landes- und Bundesdurchschnitt liegende Konjunkturereagibilität aufweist⁶. Diese kurzen Hinweise lassen bereits erkennen, daß ein „measurement without theory“ zwar einige Anhaltspunkte über das Ausmaß regionaler Konjunkturereagibilitäten geben kann, die Ableitung entsprechender wirtschaftspolitischer Maßnahmen aber vorerst weiterer theoretischer Grundlagen bedarf. Auf diese theoretischen Aspekte soll unter Ziffer 2 eingegangen werden.

Inzwischen sei aber jedenfalls festgehalten, daß die gezeigten Formen regionaler Abweichungen vom gesamtwirtschaftlichen Konjunkturgeschehen insgesamt bewirken, daß sich zu einem bestimmten Zeitpunkt die einzelnen Regionen eines Staates in ihrer jeweiligen konjunkturellen Lage erheblich unterscheiden können. Ein „Gefühl“ für Bedeutung und Entwicklung dieser Differenzierungen soll an Hand von Sozialprodukt- und Arbeitsmarktdaten für die Bundesländer der Bundesrepublik Deutschland und für den — wesentlich kleineren — Bereich der österreichischen Bundesländer gegeben werden. Die isolierte Darstellung nach Jahresdaten entspricht dabei sicher nur zum Teil den analytischen Er-

² W. Stöckmann, Regionale Konjunkturprobleme — Das Beispiel der norddeutschen Küstenländer, Göttingen 1970.

³ L. Rall, H. Maneval, Konjunkturelle Aspekte der wirtschaftlichen Entwicklung in Baden-Württemberg, in: A. E. Ott (Hrsg.), Wirtschaftliche Probleme des Landes Baden-Württemberg, Tübingen 1974 (die entsprechenden Untersuchungen stützen sich auf Sozialprodukt-, Industrieumsatz- und Arbeitsmarktdaten).

⁴ G. Tagliacarne, The Italian Regions and the Recession, Method and Use of Regional Indicators, in: Review of Economic Conditions in Italy, Bd. 26 (1972), S. 101 ff.

⁵ A. P. Thirlwall, Regional Unemployment as a Cyclical Phenomenon, in: Scottish Journal of Political Economy, Bd. 13 (1966), S. 209 ff.

⁶ H. Gerfin und H. Mathenz, Regionale Gleichgewichtsstörungen auf der Spur, in: Der Volkswirt, 23. Jg. (1969), S. 28 ff.

fordernissen der Konjunkturforschung, die eher bemüht ist, auf Konjunkturzyklen abzustellen, sie gibt aber den Blick frei für die Datenlage, wie sie sich für die praktische Konjunkturpolitik mit all ihren Schwierigkeiten selbst hinsichtlich der Konjunkturdiagnose zeigt.

Als Indikator der Arbeitsmarktlage wurde der „Stellenandrang“ (Quotient aus Zahl der Arbeitslosen und Zahl der offenen Stellen) verwendet. Es handelt sich dabei um eine sehr konjunktursensible Arbeitsmarktvariable⁷. Zunächst wurde die Entwicklung der Streuung der regionalen Werte des Stellenandranges um den jeweiligen gesamtwirtschaftlichen Wert (in den die einzelnen Regionen ja mit sehr unterschiedlichem Gewicht eingehen) untersucht (Tabelle 1 des Anhangs)⁸. Sowohl für Österreich wie für die Bundesrepublik Deutschland zeigte sich dabei seit Beginn der sechziger Jahre (Erreichen der Vollbeschäftigung) eine deutliche Verringerung der regionalen Streuung des Stellenandranges. Auch die relative Streuungsintensität (gemessen als — in Tabelle 1 nicht wiedergegebener — auf den Bundesdurchschnitt bezogener Variationskoeffizient) zeigt einen erheblichen Rückgang⁹, wobei die Werte für Österreich (bedingt unter anderem durch die Sonderstellung des Burgenlandes¹⁰) trotz des kleineren Wirtschaftsraumes über denen der Bundesrepublik Deutschland liegen¹¹. Ein Vergleich zwischen regionaler Streuung des Stellenandranges und gesamtwirtschaftlicher Wirtschaftsentwicklung zeigt eine größere regionale Differenzierung in der Rezession (bzw. zu Beginn des Aufschwungs), während die Arbeitsmarktlage erwartungsgemäß bei Vollbeschäftigung geringere regionale Differenzierungen aufweist. Die absolute Höhe der regionalen Veränderungsdaten des Stellenandranges zeigt freilich auch in dieser Periode erhebliche Differenzierungen.

Die Untersuchung der Entwicklung der Regionalprodukte konnte sich entsprechend den vorhandenen Daten (für Österreich) nur auf einen

⁷ Dagegen stellen etwa Änderungen der Arbeitslosenraten in einer Situation, wo Beschäftigungsschwankungen primär durch Veränderungen in der Ausländerbeschäftigung vor sich gehen und mit insgesamt nur geringen Konjunkturschwankungen gerechnet wird, einen sehr schwerfälligen Indikator dar.

⁸ Regionen mit nicht konjunkturbedingten, besonders hohen Arbeitslosenraten (Berlin, Burgenland) wurden gesondert berücksichtigt.

⁹ Durchschnittswerte 1956/63 (1964/71) für BRD: 91 Prozent (49 Prozent), für Österreich: 277 Prozent (147 Prozent).

¹⁰ Werte für Österreich ohne Burgenland 1956/63: 66 Prozent, 1964/71: 90 Prozent.

¹¹ Das aus Tabelle 1 ersichtliche Ausmaß der absoluten Unterschiede im Wert des Stellenandranges zwischen den zwei untersuchten Staaten dürfte nicht nur auf reale Unterschiede der Arbeitsmarktsituation, sondern auch auf Unterschiede in der statistischen Erfassung zurückzuführen sein. Die wesentlich höhere absolute Größe der Veränderungsdaten des Stellenandranges in der BRD zeigt dagegen eine insgesamt deutlich höhere Konjunktursensibilität der BRD.

relativ kurzen Zeitraum beziehen. Die Streuung der regionalen Wachstumsraten um den Bundesdurchschnitt (Tabelle 2 des Anhangs), bei der sich selbstverständlich wieder das stark unterschiedliche Gewicht der einzelnen Regionen auswirkt, zeigt gegenüber dem sehr sensiblen Arbeitsmarkindikator des Stellenandranges in Österreich ein geringeres, in der höher industrialisierten Bundesrepublik Deutschland aber sogar ein etwas stärkeres Ausmaß (durchschnittlicher Variationskoeffizient für Österreich: 24 Prozent, für die BRD: 53 Prozent)¹². Die Höhe der absoluten Unterschiede in den jährlichen Veränderungsraten der Regionalprodukte zeigt die erhebliche Bedeutung, die auch nach dem Einkommensindikator regionalen Konjunkturdifferenzierungen zukommt.

Schließlich wurde die Konjunktursensibilität der einzelnen Regionen gegenüber der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung durch Regression der regionalen auf die gesamtwirtschaftlichen Veränderungsraten untersucht (Tabelle 3 des Anhangs)¹³. In bezug auf die regionalen Arbeitsmärkte konnte eine Unterteilung in zwei Perioden vorgenommen werden. Die (speziell für die Bundesrepublik Deutschland) überwiegend höheren Determinationskoeffizienten in der zweiten Periode zeigen wieder eine Tendenz zu einem engeren konjunkturellen Zusammenhang der regionalen Arbeitsmärkte. Eine Analyse der Konjunkturreakibilität der einzelnen Regionen (an Hand der Höhe der Regressionskoeffizienten) zeigt sowohl auf Grundlage von Arbeitsmarkt- sowie Sozialproduktswerten eine Tendenz zu überproportionaler Konjunkturreakibilität in den stärker industrialisierten Regionen¹⁴.

Bei der Analyse des Zusammenhanges zwischen gesamtwirtschaftlicher Konjunkturentwicklung und regionaler Streuung verdient das Rezessionsjahr 1967 besondere Beachtung. Übereinstimmend zeigen sich in Österreich und der Bundesrepublik Deutschland vor allem die Industrieregionen (Saar, Nordrhein-Westfalen; Steiermark) betroffen. Der rasche Aufschwung in der Bundesrepublik Deutschland führt dann zu einer sehr differenzierten Entwicklung zwischen den Industrieregionen selbst, wäh-

¹² Gegenüber der regionalen Streuung der Arbeitslosenraten kann dagegen eine uneinheitlichere Entwicklung der Regionalprodukte erwartet werden.

¹³ Durch Verwendung von Veränderungsraten wird das Problem der Autokorrelation vermieden. Die Wahl der Perioden war durch statistische Erfordernisse bestimmt (siehe Tabelle 1 des Anhangs, Anmerkung a). Bei der Interpretation der statistischen Ergebnisse ist selbstverständlich die Kürze der zur Verfügung stehenden Zeitreihen zu beachten.

¹⁴ Nähere Aussagen in bezug auf Höhe und Veränderung der Konjunktursensibilität einzelner Regionen können freilich erst auf Grund eingehender Analysen etwaiger regionaler Besonderheiten getroffen werden (siehe z. B. die Entwicklung in Nordrhein-Westfalen, den Aufholprozeß der „Entwicklungsregion“ Burgenland und das West-Ost-Gefälle der Konjunkturreakibilität in Österreich).

rend die weniger dramatische Entwicklung in Österreich 1968/69 (wohl als Folge der Konjunkturentwicklung in der Bundesrepublik Deutschland) vor allem Differenzierungen zwischen der Entwicklung der westlichen Bundesländer (v. a. Salzburg, Tirol) und dem östlichen Bereich zeigt. Die Hochkonjunkturperiode ab 1970 ist gekennzeichnet von besonders hohen Zuwächsen in Industrieregionen (Saar, Vorarlberg), wobei sich in Österreich der Einfluß der deutschen Konjunkturlage durch überdurchschnittliche Expansionsraten der westlichen Bundesländer zeigte. Dieser (im weiteren Sinn) „Standortfaktor“ der „Grenzproduzenten-Situation“ der west-österreichischen Bundesländer dürfte auch den Unterschied im „Konjunkturhythmus“ der regionalen Streuung zwischen Österreich und der Bundesrepublik Deutschland erklären.

2. Erklärungsansätze unterschiedlicher regionaler Konjunkturentwicklungen

2.1 Unvollkommene Mobilität als Voraussetzung regional unterschiedlichen Konjunkturverhaltens

Wie für die meisten Probleme im Bereich der Regionalwirtschaft ist auch für die Analyse regionaler Konjunkturdifferenzierungen die Annahme unvollkommener Mobilität, insbesondere der Arbeitskräfte, konstitutiv¹⁵. Je stärker die Mobilität der Arbeitskräfte, desto weniger ist die Möglichkeit regional differenzierter Arbeitsmarktentwicklungen zu erwarten, desto unwichtiger wäre auch die Frage nach dem regionalen Niederschlag zusätzlicher Nachfrageströme. Das Bestehen erheblicher, langfristiger-,struktureller“ Unterschiede etwa der regionalen Arbeitslosenraten ist jedoch bereits ein Indiz einer höchst unvollkommenen Mobilität der Arbeitskräfte. Wenn nun die Arbeitskräfte aus den verschiedensten Gründen selbst auf langfristige, erhebliche Unterschiede in der regionalen Beschäftigungssituation nur schwach reagieren, so kann um so weniger erwartet werden, daß konjunkturelle — und damit als kurzfristig betrachtete — regionale Differenzierungen durch eine entsprechende Mobilität der Arbeitskräfte ausgeglichen werden. Man kann demnach davon ausgehen, daß es regionale Arbeitsmärkte gibt, zwischen denen nur beschränkte konjunkturell „induzierte“ Mobilität der Arbeitskräfte besteht. Dies bedeutet dann, daß es vom Arbeitsmarkt her unter bestimmten, später gezeigten Voraussetzungen die Möglichkeit einer regional differenzierten Konjunkturentwicklung gibt. Der Umfang dieser „regionalen Arbeitsmärkte“ muß dabei selbstverständlich nicht mit administrativen Territorialgliederungen zusammenfallen.

¹⁵ Auf die Bedeutung unvollkommener Gütermobilität wird in Zusammenhang mit dem Konzept der „ökonomischen Basis“ und des „Marktgebietes“ eingegangen werden.

Aus der Beachtung des Mobilitätsaspektes ergeben sich auch wichtige Anhaltspunkte hinsichtlich der längerfristigen Entwicklung des Ausmaßes regionaler Konjunkturdifferenzierungen. So ist zu beachten, daß die starke Ausweitung des Arbeitskräfteangebotes durch Zuzug ausländischer, in ihrer Standortwahl höchst mobiler Arbeitskräfte, wie sie in der Vergangenheit sowohl für Deutschland, Österreich und die Schweiz erfolgte, die räumliche Mobilität des Arbeitskräftepotentials zweifellos erheblich erhöht und damit das Ausmaß der regionalen Arbeitsmarktdifferenzierungen reduziert hat. Wenn man aus den verschiedensten Gründen mit einer Verlangsamung dieses Zuzuges oder eventuell sogar mit einem absoluten Rückgang der Zahl ausländischer Arbeitskräfte rechnet, so würde dies neben anderen Effekten auch eine Verringerung der Mobilität der Arbeitskräfte bedeuten. Man hätte daher von diesem Aspekt her mit tendenziell zunehmender Differenzierung einzelner regionaler Arbeitsmärkte zu rechnen.

In der Entwicklung der regionalen Marktgebiete, also des Ausmaßes der räumlichen Mobilität der Produkte, lassen sich einige einander entgegengesetzte Tendenzen erkennen. So ist zu erwarten, daß die Entwicklung des Transportwesens und die Tendenz zu größeren Unternehmenseinheiten, sowohl im Produktions- wie im Distributionsbereich, zu einer Vergrößerung der jeweiligen Marktgebiete und damit zu geringeren absoluten und zeitlichen Differenzierungen im regionalen Konjunkturablauf führen. Andererseits läßt der wachsende Anteil der von ihrem Absatzgebiet her in der Regel räumlich immobilien Dienstleistungen an der Höhe der regionalen Wertschöpfung und Beschäftigung wieder zunehmende Möglichkeiten regional differenzierter Konjunkturlagen erwarten. Insgesamt kann aus der Diskussion von Einfluß und Entwicklung der verschiedenen Mobilitätsaspekte der Schluß gezogen werden, daß eine manchmal postulierte Tendenz zu einem mit fortschreitender Wirtschaftsentwicklung immer einheitlicheren regionalen Konjunkturbild schon von der Entwicklung der entsprechenden Mobilitätskriterien her nicht als zwingend erscheint.

2.2 Regionale Wirtschaftsstruktur und Konjunktorentwicklung

Die meisten theoretischen Ansätze zur Erklärung regionaler Konjunkturdifferenzierungen sehen die Region als „konjunkturbestimmt“. Das heißt, daß Konjunkturbewegungen als gesamtwirtschaftlich bestimmte, in ihrem Entstehen räumlich ungebundene Kräfte gesehen werden. Die regionale Konjunkturanalyse stellt sich dann die Aufgabe, zu erklären, wie diese Konjunkturimpulse auf die einzelne Region einwirken. Ausgehend vor allem von den Studien von Isard¹⁶ wurden regionale Kon-

¹⁶ W. Isard u. a., *Methods of Regional Analysis*, Cambridge 1960, S. 182 ff.

junkturdifferenzierungen zunächst vor allem als ein Problem der regionalen Produktionsstruktur gesehen. In strenger Fassung besagt dieser Ansatz, daß sich der Konjunkturverlauf innerhalb einer Region ergibt aus dem — gesamtwirtschaftlich einheitlichen — Konjunkturverhalten der einzelnen Produktionszweige in der Region. Da nun die einzelnen Sektoren und Branchen einer Volkswirtschaft ein sehr unterschiedliches Konjunkturverhalten zeigen, ergeben sich interregionale Konjunkturdifferenzierungen aus dem Anteil, mit dem in einer Region stark oder schwach konjunkturereagible Wirtschaftsbereiche vertreten sind. Probleme der unterschiedlichen regionalen Konjunkturereagibilität sind daher zurückzuführen auf Probleme der unterschiedlichen branchenweisen Konjunkturereagibilität.

Ein weiteres Konzept, das die Übertragung gesamtwirtschaftlicher Konjunkturschwankungen auf eine Region erfassen will, ist das der „ökonomischen Basis“ einer Region¹⁷. Die Strukturaufspaltung erfolgt hier zwischen „basic-Sektoren“, die ihre Produkte überwiegend außerhalb der Region absetzen, und dem auf regionalen Absatz eingestellten „non-basic-Bereich“. Die regionalen Konjunkturschwankungen ergeben sich dann aus den Multiplikatorwirkungen der Änderung der regionalen Exportbasis. Empirische Überprüfungen des Struktur-Ansatzes ergaben nun, daß der „Strukturfaktor“, wie zu erwarten, eine sehr wichtige Komponente zur Erklärung regionaler Konjunkturdifferenzierungen darstellt, wobei insbesondere der Anteil der sehr konjunkturereagiblen Bereiche Investitions- und dauerhafte Konsumgüter von Bedeutung ist. Gleichzeitig zeigte sich aber auch, daß der „Strukturfaktor“ nicht als ausschließlicher, ja zum Teil nicht einmal als beherrschende Einflußgröße anzusehen ist¹⁸. Ein erheblicher Teil der regionalen Konjunkturabweichungen muß demnach durch andere, regionalspezifische Faktoren erklärt werden, die als Restgröße „Standortfaktor“ zusammengefaßt sind.

2.3 „Standortfaktoren“ der regionalen Konjunkturereagibilität

Es kann hier nur kurz auf einzelne Faktoren hingewiesen werden, die zu Abweichungen der konjunkturellen Reaktion einer Region von ihrem „strukturbestimmten“ Verhalten führen. Dies bedeutet, daß in Hinblick

¹⁷ Zum Vergleich der konjunkturellen Implikationen von Struktur- und Exportbasis-Ansatz siehe: W. R. Thompson, A Preface to Urban Economics, Baltimore 1968, S. 139 f.

¹⁸ Hinsichtlich der zeitlichen Wirkung dürfte die Bedeutung des Strukturfaktors im Konjunkturabschwung größer sein als im Konjunkturaufschwung, wo „Standortfaktoren“ (v. a. Verfügbarkeit von Arbeitskräften) eine größere Rolle spielen. Vgl. W. Isard u. a., Methods of Regional Analysis, S. 186 f., für Österreich: N. Geldner, Konjunkturschwankungen auf den regionalen Arbeitsmärkten, in: Monatsberichte des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung, 43. Jg. (1970), S. 385.

auf ihre stabilisierungspolitische Wirkung zwischen einer sektoral und einer regional differenzierenden Konjunkturpolitik unterschieden werden muß. Im einzelnen sollen folgende Faktoren hervorgehoben werden, wobei auf die empirische und theoretische Diskussion der jeweiligen Einflüsse freilich nicht näher eingegangen werden kann:

— Bedeutung unterschiedlicher „Marktgebiete“¹⁹: Innerhalb eines Industriezweiges wird eine negative Korrelation bestehen zwischen der Entfernung zweier Regionen und der Höhe der Nachfrageströme. Insbesondere bei einer Rezession (das heißt durchwegs freien Kapazitäten) werden bei sonst gleichen Kostenverläufen die vom Entstehungsort zusätzlicher Nachfrage entfernteren Betriebe als „Grenzproduzenten“ später und schwächer vom Nachfrageimpuls erfaßt werden.

— Zusammenhänge zwischen regionaler Konjunkturereagibilität und regionaler Wachstumsdynamik: Rasch wachsende Regionen werden eine günstigere Alters- und damit Kostenstruktur der dort ansässigen Betriebe aufweisen. Betriebe in langsam wachsenden Regionen werden dagegen mit größerer Wahrscheinlichkeit zu den — kostenmäßigen — „Grenzbetrieben“ zu zählen sein, was größere Anfälligkeit bei Rezessionen bedeutet. Rasch wachsende Regionen werden in der Regel auch hohe positive Wanderungssalden aufweisen, was zusätzliche konjunkturstabilisierende Nachfrage speziell im non-basic-Bereich der Region bedeutet.

— Regional unterschiedliche Betriebsgrößenstrukturen: Regionen mit einer stärkeren Ballung von Großbetrieben dürften ceteris paribus eine geringere Konjunkturereagibilität aufweisen²⁰.

— Bedeutung der regionalen Betriebsverflechtung: Ein hoher Anteil von Zweigwerken „auswärtiger“ Unternehmen bzw. von Betrieben, die ergänzende²¹ Zulieferer zu auswärtigen Unternehmen darstellen, kann zu einer höheren Konjunkturereagibilität der Region führen.

— Ausmaß der regionalen Arbeitskraftreserven: Dies ist entscheidend für die Möglichkeit, eine Expansionsphase voll „auszuwerten“.

— Ein formal als „Standorteffekt“ zu klassifizierender Einfluß ist auch die regionale Wirkung der staatlichen Stabilisierungspolitik. Da auch eine global konzipierte Geld- und Finanzpolitik zu ihrer räumlichen Wirkung

¹⁹ Zur Darstellung dieses von A. Lösch ausgehenden Konzeptes in Zusammenhang mit regionalen Konjunkturdifferenzierungen siehe R. Vining, *The Region as a Concept in Business Cycle Analysis*, in: *Econometrica*, Bd. 14 (1946), S. 201 ff.

²⁰ Vgl. die ausführliche Diskussion bei W. Stöckmann, *Regionale Konjunkturprobleme — Das Beispiel der norddeutschen Küstenländer*, S. 89 ff.

²¹ Das heißt in Ergänzung zu einer teilweisen Eigenproduktion des Zulieferungsartikels durch den Abnehmer.

nicht neutral ist²², ist zu erwarten, daß globale Maßnahmen der Konjunkturpolitik sich in bezug auf die einzelnen Regionen differenziert auswirken. Dies gilt für Variationen der öffentlichen Ausgaben, der Einnahmen und der Geldpolitik, die je nach der regionalen Produktionsstruktur, aber auch nach der regional-spezifischen Kapitalstruktur der Unternehmen regional differenziert wirken. Weitere Differenzierungen können sich ergeben durch die Finanzpolitik der jeweiligen nachgeordneten Gebietskörperschaften, denen ja im Bereich der öffentlichen Investitionen entscheidendes Gewicht zukommt.

2.4 Einflüsse der regionalen auf die gesamtwirtschaftliche Konjunkturlage

Bis jetzt war, entsprechend dem gegenwärtigen Stand der Diskussion regionaler Konjunkturdifferenzierungen, dargestellt worden, wodurch sich unterschiedliche regionale Reaktionen auf eine als gesamtwirtschaftlich vorgegeben betrachtete Konjunktorentwicklung ergeben. Sicherlich ist dies auch die Betrachtungsweise, der die größte praktische Relevanz zukommt. Im folgenden sollen jedoch einige Möglichkeiten gezeigt werden, bei denen die Einzelregion als Ausgangspunkt der gesamtwirtschaftlichen Konjunktur auftritt, bzw. wo sich zumindest regional abgrenzbare Entstehungsbereiche und „Verbreitungswege“ der Konjunkturentwicklung ergeben²³.

Einer Region kann eine konjunkturelle „Schlüsselposition“ für die Gesamtwirtschaft zunächst aus ihrer Branchenstruktur heraus zukommen. Weist eine Region eine besonders konjunkturereagible Produktionsstruktur auf — z. B. eine sehr starke Konzentration auf Investitionsgüterindustrien —, so wird auf Grund der oben geschilderten „Strukturkomponente“ der regionalen Konjunktursensibilität zu erwarten sein, daß diese Region früher und stärker von Konjunkturentwicklungen erfaßt ist als andere. Gesamtwirtschaftliche Konjunkturentwicklungen werden demnach ihren regionalen Ausgangspunkt in einer solchen Region haben, von der sich dann, via interregionale Multiplikatoreffekte, weitere Nachfrageänderungen fortpflanzen.

Ein weiterer, wahrscheinlich noch wichtigerer Umstand, der für einzelne Regionen „Schlüsselpositionen“ hinsichtlich der gesamtwirtschaft-

²² Zur regionalen Budget-Inzidenz siehe u. a. *H. Zimmermann*, Öffentliche Ausgaben und regionale Wirtschaftsentwicklung, Basel-Tübingen 1970, S. 85 ff.

²³ Zur „Lokalisierung“ von Konjunkturimpulsen siehe auch *P. Neff*, Inter-regional Cyclical Differentials: Causes, Measurement and Significance, in: *A. Hansen* und *R. V. Clemence* (Hrsg.), *Readings in Business Cycles and National Income*, London 1953, S. 424; für eine empirische Analyse siehe *K. Bassett* und *P. Haggatt*, *Towards Short-term Forecasting for Cyclic Behaviour in a Regional System of Cities*, in: *M. Chisholm*, *A. E. Frey* und *P. Haggatt*, *Regional Forecasting*, London 1971, S. 389 ff.

lichen Konjunktorentwicklung bewirkt, sind Unterschiede in der langfristigen Anspannung und Flexibilität der regionalen Arbeitsmärkte. Diese Unterschiede sind, wie die empirischen Untersuchungen zeigen, recht erheblich und durch die geringe regionale Mobilität der Arbeitskräfte auch über längere Zeiträume hinweg relativ stabil²⁴. Gehen wir aus von einer regional gleichförmig wirkenden Nachfrageerhöhung²⁵. Unterschiede in der regionalen Arbeitsmarktanspannung werden nun dazu führen, daß es in einigen Regionen früher zu Engpässen kommt als in anderen. Diese Entwicklung kann nun verschiedene Folgen haben, je nachdem, welche Annahmen über Marktformen, Faktor- und Gütermobilität und Nachfrageelastizität man zu Grunde legt. So kann ein regionaler Engpaß zu (Effektiv-)Lohn und/oder Preissteigerungen in den entsprechenden Regionen führen, bei gleichzeitiger Unterauslastung der Kapazitäten in anderen Regionen. Dies kann zu einer Erhöhung der regionalen Importneigung der Vollbeschäftigungsregionen und damit zu einem rascheren und länger anhaltenden Aufschwung der anderen Regionen führen. Bei geringerer regionaler Preiselastizität und/oder geringerer Gütermobilität²⁶ kann es jedoch — zumindest über einen gewissen Zeitraum — auch zu regional unterschiedlichen Preisentwicklungen kommen.

Regionale Arbeitsmarktengpässe können aber auch unmittelbar auf die Dauer des gesamtwirtschaftlichen Konjunkturzyklus einwirken. Nehmen wir etwa an, daß durch die Arbeitsmarktlage in einer wichtigen Region die Wachstumsrate, die der Industriebereich seinen Kapazitätsplanungen zugrunde gelegt hat, nicht realisiert werden kann. Es wird nun — analog zu Akzeleratorprozessen — zu Investitionsrückgängen im non-basic-Bereich (z. B. Bauwirtschaft) der Region kommen. Je nach dem Grad der Güter- und Faktormobilität²⁷ können sich diese dämpfenden Akzeleratorprozesse auch auf den basic-(Export-)Bereich anderer Regionen beziehen. Dies bewirkt dann, daß ein Konjunkturaufschwung gestoppt oder verlangsamt würde, bevor er noch für alle Regionen voll zum Tragen gekommen ist.

²⁴ Die „Strukturunterschiede“ der regionalen Arbeitsmärkte sind noch erheblich größer, wenn man auf kleinere Einheiten (Bezirke, Kreise) abstellt.

²⁵ Tatsächlich kann erwartet werden, daß Regionen mit hoher Arbeitsmarktanspannung auf Grund ihrer Branchenstruktur auch konjunkturreegibler sein dürften, was die geschilderten Effekte in ihrer Wirkung noch verstärken würde.

²⁶ Was insbesondere bei Leistungen des „non-basic-sectors“ der Fall sein wird.

²⁷ Diese Mobilität ist auch für den Faktor Kapital (z. B. Errichtung neuer Betriebsstätten in anderen Regionen) kurzfristig wegen der Notwendigkeit gewisser Mindestgrößen, der Unsicherheit über die Dauer des Konjunkturaufschwunges, institutionellen Faktoren etc. nicht allzu hoch einzuschätzen.

Um exaktere Aussagen über diese wichtigen Zusammenhänge machen zu können, müßten empirische Studien über die einzelnen genannten Größen vorliegen. Hier liegt noch ein reiches Feld künftiger Arbeit. Auf jeden Fall kann aber festgehalten werden, daß regionale Arbeitsmarkt-Engpässe über die verschiedenen hier angedeuteten Zusammenhänge zu einem gesamtwirtschaftlichen Erscheinungsbild von gleichzeitiger Preissteigerung und Arbeitslosigkeit führen. Das Problem der regionalen Konjunkturdifferenzierung ist damit unmittelbar verknüpft mit dem Problem der Bestimmung und Beeinflussung von Form und Lage der gesamtwirtschaftlichen Phillips-Kurve.

Diese Zusammenhänge wurden explizit vor allem in verschiedenen Studien über Existenz und Form regionaler Phillips-Kurven und ihren Einfluß auf die gesamtwirtschaftliche Phillips-Kurve untersucht²⁸. Ausgangspunkt der entsprechenden theoretischen Überlegungen ist der schon zu Beginn der Phillips-Kurven-Diskussion behandelte Effekt der Aggregation einzelner Teilmärkte zu einer gesamtwirtschaftlichen Phillips-Kurve. Da entsprechend dem Phillips-Kurven-Ansatz tiefere Arbeitslosenraten mit überproportional stärkeren Lohnzuwächsen verbunden sind (das heißt eine Krümmung der Phillips-Kurve angenommen wird), ist das Ausmaß der Gesamtlohnänderung (auch) abhängig von der Streuung der Arbeitslosigkeit über verschiedene Teilmärkte. Angewandt auf das Problem regionaler Arbeitsmärkte²⁹ bedeutet dies, daß eine Verringerung der regionalen Streuung der Arbeitslosigkeit eine „Links-Verschiebung“ der makroökonomischen Phillips-Kurve bewirken würde³⁰. Das heißt, daß sich der trade off zwischen Arbeitslosigkeit und Preisstabilität für die Gesamtwirtschaft auf diese Weise verbessern ließe. Um diese Argumentation ist eine ausführliche, teilweise sehr kritische Diskussion entbrannt, in der erwartungsgemäß vor allem die Frage der „Unabhängigkeit“ und Form regionaler Phillips-Kurven aufgeworfen wurde. Leider kann auf diese Diskussion hier nicht näher eingegangen werden. Es handelt sich aber jedenfalls um einen sehr wichtigen Aspekt regionaler Konjunkturdifferenzierungen, der weitere eingehende Forschung berech-

²⁸ Siehe G. C. Archibald, *The Phillips Curve and the Distribution of Unemployment*, in: *American Economic Review, Papers and Proceedings*, Bd. 59 (1969); A. T. Thirwall, *Regional Phillips Curves*, in: *Oxford Bulletin of Economics and Statistics*, Bd. 32 (1970) und die anschließende Diskussion in dieser Zeitschrift (insbes. August 1972, August 1973); L. J. King und J. J. H. Forster, *Wage-Rate Change in Urban Labor Markets and Intermarket Linkages*, in: *Regional Science Association Papers*, Bd. 30 (1973), S. 183 ff.

²⁹ Für die entsprechend der geringeren interregionalen Mobilität wahrscheinlich die größte Berechtigung besteht, von abgrenzbaren „Teilarbeitsmärkten“ zu sprechen.

³⁰ Es ist zu beachten, daß das Ausmaß der Streuung sowohl von langfristigen Unterschieden (die v. a. ein Problem der regionalen Strukturpolitik darstellen) wie von konjunkturell unterschiedlichen Reaktionen der einzelnen Arbeitsmärkte bestimmt sein kann.

tigt erscheinen läßt. Speziell in der Bundesrepublik Deutschland könnte diese Problematik von sehr unmittelbarer praktischer Relevanz werden, da wir hier eine Tendenz zu einer stärkeren Regionalisierung der gewerkschaftlichen Lohnpolitik sehen³¹, so daß nun unterschiedliche regionale Lohnbewegungen nicht nur im Bereich der Effektiv-, sondern zum Teil bereits bei den Tariflöhnen ansetzen.

2.5 Die interregionale Konjunkturübertragung

Regionale Konjunkturdifferenzierungen können sich nicht nur ergeben durch regional ungleiche Inzidenz von Nachfrageströmen, sondern auch durch regional unterschiedliche Reaktionen auf gleich starke Nachfrageimpulse. Dieser Aspekt wird erfaßt von der Theorie der regionalen Multiplikatoreffekte. Es geht dabei — analog zum Exportmultiplikator in bezug auf die Gesamtwirtschaft — um die Frage, in welchem Ausmaß Veränderungen spezieller Nachfragekomponenten Einkommen und/oder Beschäftigung der einzelnen Regionen beeinflussen. Die Abflüsse aus dem regionalen Einkommenskreislauf, die für das Ausmaß der induzierten Änderungen offensichtlich entscheidend sind, sind die (jeweils auf marginale Änderungen bezogenen) regionalen Ersparnisse, öffentliche Abgaben und vor allem die regionalen Importe. Bei der regionalen Betrachtung sind dann speziell noch die durch die regionalen Importe induzierten Einkommenssteigerungen anderer Regionen zu beachten, die sich wieder in zusätzlichen Nachfrageströmen für die erste Region auswirken können.

Die wirtschaftspolitisch entscheidenden Fragen sind dabei die nach den empirischen Größenordnungen der Höhe der Abflüsse aus der Zielregion und der Geschwindigkeit dieser Kaufkraftübertragungen. Die Höhe der Abflüsse wird vor allem bestimmt werden von der Größe und der Produktionsstruktur der Region und von der Art des ursprünglichen Nachfrageimpulses. Zur genaueren Abschätzung dieser Einflüsse können wir uns leider nur auf relativ wenige empirische Untersuchungen stützen. So zeigten Arbeiten für Großbritannien (wie erwartet) einen positiven Zusammenhang zwischen der Wirtschaftskraft (und der Größe) einer Region und der Höhe des Multiplikators³². Das bedeutet, daß etwa zu-

³¹ Vgl. etwa die jüngste Lohnrunde in der deutschen Metallindustrie, wo aus ökonomischen, institutionellen (neue Regelungen hinsichtlich der erlaubten Auszahlung von Arbeitslosengeld) und politischen Gründen von seiten der Gewerkschaften stärker regional differenzierte Tarifabschlüsse verlangt und durchgesetzt wurden.

³² Siehe z. B. *D. B. Steele*, Regional Multipliers in Great Britain, in: *Oxford Economic Papers*, Bd. 21 (1969), der für die wichtigsten Regionen Multiplikatorwerte errechnet, die zwischen 1,19 und 1,41 liegen; *K. J. Allen*, The Regional Multiplier, Some Problems in Estimation, in: *S. C. Orr* (Hrsg.), *Regional and Urban Studies*, London 1969. Schätzungen für einige westliche österreichische Bundesländer (Multiplikatorwerte zwischen 1,48 und 1,63) siehe *H. Wernhart*, Regionale Multiplikatoren (unveröffentlichte Linzer Diplomarbeit), 1973.

sätzliche öffentliche Ausgaben in wirtschaftsschwachen Regionen angesichts der relativ höheren Abflüsse in andere Regionen zu vergleichsweise geringeren Konjunkturwirkungen in der Zielregion, unter Umständen aber sogar zu Überhitzungserscheinungen in prosperierenden Regionen führen können. In der überwiegenden Zahl der Fälle werden die Unterschiede der regionalen Importquoten und Multiplikatoren jedoch nicht so groß sein, daß man von einer Irrelevanz der Lokalisierung zusätzlicher Primärnachfrage sprechen könnte.

Bedeutungsvoller noch als Unterschiede der gesamten regionalen Importquoten dürfte die Struktur der auf die Region gezielten Nachfrageerhöhung sein, das heißt insbesondere ihr spezifisch regionaler Importanteil. Um hier detaillierte Aussagen machen zu können, müßten aufgliederte interregionale Input-Output-Tabellen zur Verfügung stehen. An Hand einer solchen — wenn auch sehr vereinfachten — Analyse zeigte etwa Engermann, daß vom gesamtwirtschaftlichen Einkommenszuwachs als Folge zusätzlicher Ausgaben zwischen 60 und 70 Prozent in der Region erfolgte, in der die entsprechende Ausgabe ursprünglich lokalisiert war³³. Einzige Ausnahme waren Steigerungen der regionalen privaten Nachfrage nach Industrieprodukten³⁴, während eine zusätzliche regionale Baunachfrage wegen der geringen Abflüsse besonders intensive regionale Einkommenswirkungen hat.

3. Die wirtschaftspolitische Bedeutung regional differenzierter Konjunkturverläufe

Die bisherige Analyse der gesamtwirtschaftlichen Bedeutung und der Ursachen regionaler Konjunkturdifferenzierungen hat zu folgenden Ergebnissen geführt:

— Regionale Konjunkturdifferenzierungen — vor allem in der Form unterschiedlicher Reaktionsintensität auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung — sind für die Bundesrepublik Deutschland und für Österreich in einem wirtschaftspolitisch erheblichen Maß vorzufinden.

— Die regionale Differenzierung ist — insbesondere in bezug auf die Arbeitsmarktlage — in Rezessionsphasen von größerer Bedeutung als in der Hochkonjunktur.

³³ S. Engermann, *Regional Aspects of Stabilization Policy*, in: R. A. Musgrave (Hrsg.), *Essays in Fiscal Federalism*, Washington 1965, S. 49 ff.; für weitere empirische Anhaltspunkte siehe u. a. W. Stockmann, *Beschäftigungsrückgänge und Regionalpolitik in monoindustriellen Problemgebieten*, Düsseldorf 1972, S. 78 ff.

³⁴ Regionaler Anteil am Gesamteinkommenszuwachs zwischen 49 und 69 Prozent.

— Unterschiedliche Branchenstrukturen haben großen, aber nicht alleinigen Einfluß auf regionale Konjunkturdifferenzierungen.

— Die Lokalisierung der primären Nachfrageströme ist für die regionale Konjunkturentwicklung von erheblicher Bedeutung.

— Die interregionale Kaufkraftübertragung erfolgt — speziell bei Veränderungen im nicht-industriellen Bereich — nicht so vollständig und rasch, als daß dadurch der differenzierende Effekt der ursprünglichen regionalen Nachfrageinzidenz aufgehoben würde.

Welche Schlüsse sind nun aus diesen Ergebnissen für die Gestaltung und Effizienz der Stabilisierungspolitik abzuleiten? Betrachtet man zunächst die längerfristigen Aspekte des Problems regionaler Konjunkturdifferenzierungen, so liegen die Ansatzpunkte für die regionale wie die gesamtstaatliche Politik zunächst vor allem in einer Förderung konjunkturstabilisierender Änderungen der regionalen Produktionsstruktur. Dies kann aber nicht verstanden werden als eine Politik, die generell eine möglichst große, der Gesamtwirtschaft entsprechende Streuung der regionalen Produktionsstruktur anstrebt. Denn die unterschiedlichen Standortvoraussetzungen der einzelnen Regionen³⁵ wie die Notwendigkeit betrieblicher Mindestgrößen erfordern ein gewisses Ausmaß der regionalen Spezialisierung, wenn nicht eine wesentliche gesamtwirtschaftliche Produktivitäts- und damit Wohlstandsminderung in Kauf genommen werden soll³⁶. Eine auf regionale Konjunkturstabilisierung ausgerichtete Strukturpolitik wird daher für die einzelnen Regionen differenziert vorgehen müssen, wobei vor allem die bestehenden regionalen Produktionsvoraussetzungen, die „Wachstumsintensität“ und das Arbeitskräftepotential einer Region zu beachten sein werden. Eine solche differenzierte Politik müßte imstande sein, durch geeignete Ansiedlungsförderung die Konjunktursensibilität von Regionen mit besonders konjunkturrempfindlicher Produktionsstruktur zu reduzieren. Es kann aber nicht

³⁵ Zu diesen Standortvoraussetzungen gehört nicht zuletzt auch die Größe und Dichte von Agglomerationsgebieten.

³⁶ Für die Region selbst muß sich dagegen kein Zielkonflikt zwischen Stabilitäts- und Wachstumsziel ergeben, da der manchmal postulierte Zusammenhang zwischen Konjunkturreagibilität und Wachstumsintensität einer Branche empirisch nicht entsprechend belegt erscheint (vgl. *H. Giersch*, Das ökonomische Grundproblem der Regionalpolitik, in: *H. Jürgensen* (Hrsg.), Gestaltungsprobleme der Weltwirtschaft, Göttingen 1964, S. 387 ff.).

Wichtige Ausnahmen bilden dabei allerdings die Regionen mit hohem (konjunkturstabilem) Anteil der Landwirtschaft, in denen der (wachstumspolitisch erwünschte) Industrialisierungsprozeß vor allem durch Neugründungen in stark konjunkturreagiblen Branchen und durch Errichtung von (ebenfalls überdurchschnittlich sensiblen) Zweig- und Zulieferbetrieben erfolgt. Siehe z. B. *K. Gerlach* und *P. Liepman*, Konjunkturelle Aspekte der Industrialisierung peripherer Regionen — dargestellt am Beispiel des ostbayerischen Regierungsbezirkes Oberpfalz, in: *Jahrbücher für Nationalökonomie und Statistik*, Bd. 187 (1972/73), S. 1 ff.

erwartet werden, daß eine entsprechende regionale Strukturpolitik auf längere Sicht zu einer vollständigen Beseitigung regionaler Konjunkturdifferenzierungen führt.

Betrachtet man die Ansatzpunkte einer kurzfristigen regional differenzierten Konjunkturpolitik gesondert nach ihren möglichen Trägern, so ist eine „autonome“, antizyklische Politik der einzelnen Regionen, die sich nach der jeweiligen regionalen Konjunkturlage orientiert, aus technischen wie ökonomischen Gründen auszuschließen. Sowohl hinsichtlich ihres konjunkturpolitischen Überblicks, ihres Instrumentariums und ihrer konjunkturpolitischen „Manövriermasse“ ist eine Region erheblich eingeschränkt. Da die einzelne Region bei der Dosierung ihrer Maßnahmen nicht deren interregionale externe Effekte („spillovers“) berücksichtigen kann, kann ein isoliertes Vorgehen der einzelnen Regionen zu gesamtwirtschaftlich gesehen zu großen oder zu kleinen Nachfragevariationen führen. Die schwerwiegendste Begrenzung der konjunkturpolitischen Wirkungsmöglichkeiten nachgeordneter Gebietskörperschaften ergibt sich jedoch aus ihrer Aufgabenstruktur. Denn es sind diese Gebietskörperschaften, die die Hauptlast der Infrastrukturinvestitionen tragen. Die Charakteristika des Infrastrukturbereichs³⁷ bewirken jedoch, daß konjunkturpolitisch bedingte Einschränkungen von Infrastrukturinvestitionen zu langfristig wirksamen Versorgungsengpässen führen, die nicht nur Wachstumsverluste bedeuten, sondern oft auch irreversible negative (reale) Verteilungseffekte (Schulwesen, Krankenversorgung etc.) haben.

Es besteht demnach ein sehr schwerwiegender Zielkonflikt zwischen einer restriktiven Stabilisierungspolitik einerseits und wachstums- und vor allem verteilungspolitischen Überlegungen andererseits, wenn diese Stabilisierungspolitik über eine globale Reduzierung der Infrastrukturinvestitionen erfolgen soll. Eine Entschärfung dieses Konfliktes ist nur möglich, wenn man im Rahmen einer restriktiven Ausgabenpolitik unterscheidet zwischen Investitionen, die wegen ihrer wirtschaftlichen und sozialen Bedeutung als „unverschiebbar“ anzusehen sind, und anderen, vorwiegend „konsumtiven“ Infrastrukturbereichen (Bäder, Theater etc.). Primär ist hier demnach die aufgabenmäßige, nicht die regionale Differenzierung von Bedeutung. Die Kompetenzverteilung in den meisten föderativ organisierten Staaten dürfte jedoch — vor allem aus historischen Gründen — so gelagert sein, daß die Mehrzahl der „unverschiebbaren“ Infrastrukturaufgaben in den Zuständigkeitsbereich der nachgeordneten Gebietskörperschaften fällt. Wenn nun der aufgezeigte Konflikt zugunsten der wachstums- und verteilungspolitischen Zielsetzungen entschieden wird, bedeutet dies, daß eine restriktive Konjunkturpolitik

³⁷ Vor allem: Bedarfsentwicklung bestimmt von langfristig wirkenden Faktoren (Bevölkerungsentwicklung, Agglomerationstendenzen etc.), lange Planungs- und Ausreifungszeiten.

vor allem vom Zentralstaat (und hier vor allem wohl über Variationen der öffentlichen Einnahmen und der Geldpolitik)³⁸ zu tragen ist³⁹.

Ein undifferenzierter stabilisierungspolitischer Einsatz der nachgeordneten Gebietskörperschaften könnte demnach nur einseitig im Rahmen einer expansiven Konjunkturpolitik durch Vorziehen von Infrastrukturinvestitionen erfolgen. Hier allerdings ist die Rolle der nachgeordneten Gebietskörperschaften eine sehr entscheidende: Denn gerade im Rahmen der expansiven Konjunkturpolitik kommt den öffentlichen Ausgaben eine strategische Position zu, wobei im Bereich der öffentlichen Ausgaben wieder Infrastrukturinvestitionen am ehesten als nach oben hin variabel und konjunkturpolitisch effizient erscheinen. Vom regionalen Aspekt her haben darüber hinaus unsere groben empirischen Analysen erkennen lassen, daß die Bedeutung regionaler Konjunkturdifferenzierungen in Depressionsphasen am größten sein dürfte und andererseits von Infrastrukturinvestitionen, die ja zum größten Teil bauliche Investitionen sind, besonders starke regionale Multiplikatoreffekte ausgehen.

Die dargestellten konjunkturpolitischen Charakteristika der nachgeordneten Gebietskörperschaften sind auch von Bedeutung bei der Beurteilung der Probleme der konjunkturpolitischen Koordinierung der einzelnen Gebietskörperschaften. Es kann in diesem Referat auf dieses viel diskutierte Problem nicht näher eingegangen werden, die vorangehenden Darlegungen lassen jedoch bereits erkennen, daß ein konjunkturpolitischer Gleichlauf von Bund und Regionen⁴⁰ zwar im Rahmen einer expansiven Konjunkturpolitik sinnvoll erscheint, im Rahmen einer restriktiven Politik aber zu ernststen Zielkonflikten führt. Damit erscheinen auch Reformen des Finanzausgleichs problematisch, die darauf abzielen, „die Steuereinnahmen von Bund und Ländern in ihrer Abhängigkeit von Konjunktur und Wachstum in etwa parallel zu halten“⁴¹ und in diesem Zusammenhang eine Verbreiterung des Steuerverbundes anstreben⁴².

³⁸ Das bedeutet, daß sich die Nachfragebeeinflussung vor allem auf den Bereich von Privatkonsum und Privatinvestitionen (die ja auch in besonderem Maß konjunkturbestimmend sind) bezieht.

³⁹ So weist auch Musgraves (normative) Theorie der „multilevel finance“ die Stabilisierungsfunktion dem Zentralstaat zu, während die Aufgabe der nachgeordneten Gebietskörperschaften im Allokationsbereich besteht (R. A. Musgrave, *The Theory of Public Finance*, New York 1959, S. 179 ff.).

⁴⁰ Wie er etwa den Vorstellungen des deutschen Stabilitätsgesetzes zugrunde liegt.

⁴¹ H. Haller, *Der Finanzausgleich in der Bundesrepublik Deutschland und in der Schweizerischen Eidgenossenschaft*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, 105. Jg. (1969), S. 121 ff.

⁴² Ähnliches gilt auch für sachlich undifferenzierte Einschränkungen der Kreditaufnahme durch nachgeordnete Gebietskörperschaften (vgl. die „Schuldendeckelungsverordnung“ in § 19 Stabilitätsgesetz).

Die primäre Aufgabenstellung der nachgeordneten Gebietskörperschaften in bezug auf den — langfristig bestimmten — Infrastrukturbereich und die damit verbundene Notwendigkeit einer stetigen und langfristig überschaubaren Entwicklung der öffentlichen Einnahmen erfordern für die nachgeordneten Gebietskörperschaften dagegen eine möglichst wenig konjunkturereagible Steuerstruktur⁴³. Der darüber hinaus mögliche konjunkturpolitische Einsatz von Steuervariationen durch den Zentralstaat spricht weiters dafür, innerhalb des Finanzausgleichs den Steuerverbund einzuengen. Damit würde für den Bund (etwa durch alleinige Zuteilung der Einkommensbesteuerung) zusätzlicher und vor allem rascher einsetzbarer „Manövrierraum“ geschaffen, ohne die — langfristig wohl wichtigsten — öffentlichen Aufgaben im Allokationsbereich zu vernachlässigen. Eine solche Politik muß keine Einschränkung der konjunkturpolitischen „Manövriermasse“ bedeuten, kann aber insofern größere politische Durchsetzungsschwierigkeiten mit sich bringen, als sich konjunkturpolitische Variationen nun in stärkerem Maß auf private Konsum- und Investitionsausgaben beziehen würden. Auf die hier auftretenden Zielkonflikte kann jedoch an dieser Stelle nicht weiter eingegangen werden.

Wenn auch die überwiegende Verantwortung für die Durchführung der Stabilisierungspolitik beim Zentralstaat liegt, legen die in früheren Abschnitten gezeigten regionalen Unterschiede der Konjunkturlage aber nahe, die Effizienz der gesamtstaatlichen Konjunkturpolitik durch ihren regional differenzierten Einsatz zu erhöhen. Unmittelbare Ansatzpunkte für regional differenzierte Maßnahmen des Zentralstaates bieten dabei die öffentlichen Investitionen. Die Struktur der öffentlichen Investitionen des Zentralstaates (wie vor allem das große Gewicht von Ausgaben im überörtlichen Verkehrs- und im Verteidigungsbereich) bringt es mit sich, daß hier größere Ausgabengruppen bestehen dürften, deren vorübergehende Einschränkung keine schweren irreversiblen gesellschaftlichen Schädigungen bedeutet. Es bestehen daher hier auch relativ größere Möglichkeiten zu einer ausgabenseitigen restriktiven Stabilisierungspolitik. Ein unmittelbarer formaler Ansatz, regionale Kriterien in die zentrale staatliche Ausgabenplanung einzuführen, hätte dabei im Rahmen von Nutzen-Kosten-Erwägungen nicht nur regional unterschiedliche Marktpreise, sondern auch die regional unterschiedlichen Opportunitätskosten und Einkommenswirkungen zu berücksichtigen, die sich aus regional unterschiedlichen Auslastungsgraden des Produktionspotentials und aus unterschiedlichen regionalen Multiplikatoreffekten ergeben. Besondere Möglichkeiten für eine regional differenzierte expansive Konjunkturpolitik des Zentralstaates bieten neben Variationen eigener Aus-

⁴³ Für eine eingehendere Diskussion dieser Probleme siehe *E. Nowotny*, Regionale Aspekte der Konjunkturpolitik, in: *Berichte zur Raumforschung und Raumordnung*, 16. Jg. (1972), S. 30 ff.

gaben die Bereitstellung zweckgebundener Investitionszuschüsse an nachgeordnete Gebietskörperschaften. Da diese regional differenzierten Zuschüsse zusätzliche eigene Beiträge der Region erfordern, kann damit eine expansiv-antizyklische regionale Finanzpolitik induziert werden, die durch die hohe regionale Multiplikatorwirkung der geförderten Infrastrukturprojekte eine besondere konjunkturpolitische Effizienz erwarten läßt.

Von gewisser Bedeutung im Rahmen einer restriktiven Konjunkturpolitik können regionale Differenzierungen der Steuer- und Kreditpolitik sein⁴⁴. Bei konjunkturpolitischen Maßnahmen wie einer Aussetzung der Möglichkeit vorzeitiger Abschreibungen oder der Aussetzung anderer steuerlicher Investitionsbegünstigungen, einer selektiven Kreditkontrolle usw. läßt sich durch regionale Differenzierung eine Stabilisierungswirkung erreichen, bei der gleichzeitig der reale Wachstumsspielraum einer Volkswirtschaft voll ausgenützt wird. Es ist allerdings zu beachten, daß eine solche regional differenzierte Stabilisierungspolitik nur bei relativ milder Überexpansion angebracht erscheint. Denn für die meisten Regionen wird gerade die Nachfrage nach Investitionsgütern und langlebigen Konsumgütern hohe Importquoten aufweisen, so daß die gesamtwirtschaftliche Wirkung der regionalen Steuerung vergleichsweise gering ist.

Wichtige Ansatzpunkte einer regional differenzierten Konjunkturpolitik ergeben sich aus der für regionale Probleme grundlegenden Bedeutung der Mobilität der Produktionsfaktoren. So kann die Arbeitsmarktpolitik versuchen, insbesondere durch regionale Steuerung des Fremdarbeiterzuzugs das Gleichgewicht auf den einzelnen regionalen Arbeitsmärkten zu sichern. Damit sollen insbesondere Überhitzungserscheinungen in „Schlüsselregionen“ vermieden werden. Ein anderes Beispiel von durch begrenzte Mobilität regional stark differenzierten Märkten bietet die Bauwirtschaft (von der, dementsprechend, auch besonders hohe regionale Multiplikatorwirkungen ausgehen). Da Bauleistungen entsprechend der speziellen Produktivitätsentwicklung und anderer Faktoren im Aufschwung besonders hohe Preissteigerungsraten aufweisen, kommt der Nachfragedämpfung in diesem Bereich häufig eine zentrale Rolle im Rahmen einer restriktiven Stabilisierungspolitik zu. Dies führt zu Konflikten mit wachstumspolitischen und — via Infrastrukturinvestitionen — auch verteilungspolitischen Zielsetzungen. Diese Konflikte können nun erheblich entschärft werden, wenn auf die unterschiedliche Anpassung der einzelnen regionalen Baumärkte eingegangen wird und die Baurestriktion der jeweiligen regionalen Kapazitätslage angepaßt wird.

⁴⁴ Für eine expansive Politik würde dagegen eine regional differenzierte Beeinflussung der privaten Investitionstätigkeit wegen der psychologischen Bedeutung starker Effekte eine Effizienzminderung bedeuten.

Das bedeutet in der Regel, daß die Nachfragerrestriktion nicht durch steuer- und kreditpolitische Instrumente zu bewerkstelligen ist, sondern durch administrative Maßnahmen wie regional differenzierte Bauverbote⁴⁵.

Ein bedeutsamer und in der aktuellen wirtschaftspolitischen Diskussion bereits aufgegriffener Aspekt einer regional differenzierten gesamtstaatlichen Konjunkturpolitik sind ihre regionalpolitischen „Nebenwirkungen“. Es wurden Vorschläge vorgebracht, eine solche Differenzierung mit einer Bevorzugung strukturschwacher regionaler Fördergebiete zu verbinden⁴⁶. Um hier tatsächlich mit einem einzigen Instrument (einer Maßnahmengruppe) zwei Zielsetzungen gleichzeitig anstreben zu können, wäre Voraussetzung, daß die regionalen Kriterien hinsichtlich einer differenzierten Konjunkturpolitik und hinsichtlich einer regionalen Förderungspolitik einander entsprechen. Eine solche Übereinstimmung kann a priori nicht erwartet werden und ist auch aus unseren groben empirischen Analysen nicht ersichtlich⁴⁷. Geht man — entsprechend den Ergebnissen unserer Analyse — als Hypothese aus von einer größeren Konjunkturereagibilität höher industrialisierter Regionen, so würde zwar eine Bevorzugung strukturschwacher Gebiete im Rahmen einer restriktiven Politik berechtigt erscheinen, während sich dagegen eine expansive Konjunkturpolitik (bei der regionalen Differenzierungen die vergleichsweise größere Bedeutung zukommt!) speziell auf Industrieregionen beziehen müßte. Ebenso gilt bezüglich der vorgebrachten Einschränkungen der Variierbarkeit von Infrastrukturinvestitionen, daß diese Einschränkungen auf der entsprechenden Bedarfsentwicklung beruhen, die aber in keinem unmittelbaren (positiven) Zusammenhang mit der wirtschaftlichen Strukturschwäche einer Region steht. Es scheint daher in der Regel als erforderlich, für die Realisierung zusätzlicher regionalpolitischer Zielsetzungen auch zusätzliche wirtschaftspolitische Mittel heranzuziehen, zumindest soweit es sich um kurzfristige Zusammenhänge handelt⁴⁸. Bei

⁴⁵ Als Beispiel regional — und nach Art des Baues — differenzierter administrativer Maßnahmen, die sich insgesamt als erfolgreich erwiesen haben, siehe die Schweizer „Baubeschlüsse“.

⁴⁶ Zur politischen Diskussion siehe G. Zabel, Regionalisierung der Konjunkturpolitik, in: Das Wirtschaftsstudium, 3. Jg. (1974), S. 41 f.

⁴⁷ Eine differenzierte gesamtstaatliche Ausgabenpolitik müßte freilich nach Möglichkeit auf tiefer aufgliederten Regionaldaten beruhen, damit sie insbesondere die unterschiedliche Konjunkturereagibilität von Agglomerations- und ländlichen Gebieten erfaßt. Eine solche detaillierte Aufgliederung könnte unter Umständen auch eine größere Entsprechung von regional- und konjunkturpolitischen Ansatzpunkten mit sich bringen. Vgl. E. v. Böventer, Die räumlichen Wirkungen von öffentlichen und privaten Investitionen, in: H. Arndt und D. Swatek (Hrsg.), Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, Berlin 1971, S. 175 f.

⁴⁸ In diesem Sinn auch: Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung, Jahresgutachten 1972/73, Stuttgart 1972, Ziffer 277, S. 96 ff.

längerfristiger Betrachtung kann dagegen eine gegenseitige Ergänzung von Regional- und Stabilisierungspolitik dann gesehen werden, wenn man davon ausgeht, daß eine Verringerung der „strukturellen“ regionalen Unterschiede der Arbeitsmarktanspannung durch entsprechende regionalpolitische Förderung auch zu einer „Links-Verschiebung“ der gesamtwirtschaftlichen Phillips-Kurve führt⁴⁹.

Versucht man ein Resümee der vorangegangenen wirtschaftspolitischen Diskussion zu ziehen, so läßt sich erwarten, daß eine Stabilisierungspolitik, die sowohl die regional differenzierte Konjunkturlage wie die spezielle regionale Inzidenz der gesetzten Maßnahmen berücksichtigt, im Vergleich zu einer „globalen“ Konjunkturpolitik effizienter ist. Effizienter bedeutet dabei, daß der gewünschte gesamtwirtschaftliche Effekt mit geringerem Mitteleinsatz erreicht wird⁵⁰ oder eine gegebene Nachfragevariation durch ihre bewußte regionale Differenzierung zu größeren gesamtwirtschaftlichen Effekten führt.

Als Ansatzpunkt zur Reduzierung regionaler Konjunkturdifferenzierungen ergab sich zunächst eine entsprechende Beeinflussung der regionalen Produktionsstruktur. Hinsichtlich des Einsatzes einer kurzfristigen, regional differenzierten Stabilisierungspolitik weisen die vorhandenen empirischen Anhaltspunkte darauf hin, daß die generelle Bedeutung einer solchen Politik in Rezessionsphasen am höchsten ist. Im Rahmen einer restriktiven Stabilisierungspolitik spielen regionale Differenzierungen dagegen nur in bezug auf einzelne spezielle („non-basic“-) Bereiche wie die Bauwirtschaft und hinsichtlich der Arbeitsmarktpolitik eine besondere Rolle⁵¹. Hinsichtlich der Durchführung einer regional differenzierten Konjunkturpolitik wurde die wesentliche Verantwortung dem Zentralstaat zugewiesen, während ein konjunkturpolitisches Reagieren der nachgeordneten Gebietskörperschaften nur bei expansiver Politik zu keinen schwerwiegenden Zielkonflikten führt.

Einen speziellen Ansatzpunkt für die kurzfristige Stabilisierungspolitik bietet weiters die Existenz konjunktureller Schlüsselregionen. So kann die konjunkturelle Lage dieser Regionen als Frühindikator der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung dienen. Darüber hinaus scheint es möglich, durch speziell auf diese Regionen abgestellte Maßnahmen das

⁴⁹ Vgl. S. 1401.

⁵⁰ Von Bedeutung sind dabei unter Umständen — man denke etwa an die differenzierte Konjunkturlage in einer Aufschwungsphase — auch die mit der schwächeren Streuung verbundenen geringeren negativen Nebeneffekte (z. B. Inflationstendenzen als Folge einer Expansionspolitik bei anhaltender Arbeitslosigkeit in einzelnen Regionen) sowie die durch Differenzierung mögliche Entschärfung oder Umgehung schwerwiegender Zielkonflikte.

⁵¹ Insgesamt dürfte für differenzierte restriktive Maßnahmen, bei denen es ja v. a. um Preis- und nicht um Beschäftigungseffekte geht, die sektorale Produktionsstruktur bessere Ansatzpunkte liefern als die regionale.

Tempo eines Konjunkturaufschwunges zu beeinflussen oder Überhitzungserscheinungen auf gesamtwirtschaftlich bedeutungsvollen regionalen Arbeitsmärkten zu dämpfen. Damit können die für die Effizienz der Konjunkturpolitik sehr entscheidenden Wirkungsverzögerungen einzelner Maßnahmen verringert werden⁵². Bei längerfristiger Betrachtung des Stabilisierungsproblems ergibt sich die Bedeutung eines regional differenzierten Ansatzes vor allem aus der Möglichkeit, durch eine Verringerung der regionalen Streuung des Konjunktugeschehens die Lage der Phillips-Kurve zu beeinflussen⁵³. Dadurch könnten niedrigere Arbeitslosenraten und zusätzliches reales Wachstum ohne den Preis stärkerer Inflationstendenzen erreicht werden.

⁵² Für einen entsprechenden wirtschaftspolitischen Niederschlag dieser Überlegungen siehe z. B. das White Paper on the Regional Employment Premium, London 1967.

⁵³ Vgl. *F. Brechling*, Trends and Cycles in Regional Unemployment, in: Oxford Economic Papers, Bd. 19 (1967), S. 18.

Anhang

Tabelle 1: Stellenandranga) — regionale Veränderungsraten und Streuung 1957 - 1971

Region	1957	1958	1959	1960	1961	1962	1963	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Schleswig-Holstein/Hamburg	- 9	- 62	- 51	- 29	- 89	- 32	+ 32	- 33	- 31	+ 617	- 45	- 61	- 32	+ 37
Niedersachsen/Bremen	+ 12	- 48	- 60	- 13	- 36	- 28	+ 15	- 19	+ 29	+ 422	- 53	- 61	- 26	+ 37
Nordrhein-Westfalen	+ 15	+ 32	- 52	- 32	- 46	9	+ 42	- 18	+ 61	+ 483	- 57	- 68	- 30	+ 56
Hessen	+ 66	- 54	- 70	- 17	- 53	6	+ 40	0	+ 33	+ 410	- 57	- 64	6	+ 47
Rheinland-Pfalz/Saar	+ 16	- 65	- 40	+ 29	- 44	- 12	+ 37	- 13	+ 42	+ 551	- 55	- 83	- 26	+ 159
Baden-Württemberg	+ 5	- 39	- 75	- 10	- 44	- 20	+ 50	0	+ 75	+ 500	- 69	- 62	+ 20	+ 83
Bayern	+ 31	- 53	- 66	+ 2	- 42	5	+ 12	- 16	+ 9	+ 352	- 72	- 42	+ 18	+ 39
Berlin	+ 36	- 60	- 40	- 42	- 60	- 60	+ 8	- 43	- 11	+ 232	- 70	- 45	6	+ 100
Bund, Veränderungsraten	+ 21	- 36	- 61	- 15	- 42	- 19	+ 32	- 18	+ 32	+ 424	- 57	- 64	- 25	+ 55
Bund, absoluter Wert ^{b)}	2,47	1,58	0,61	0,52	0,30	0,25	0,33	0,22	0,29	1,52	0,66	0,24	0,18	0,28
regionale Streuung ^{c)}	2,68	1,03	0,42	0,38	0,26	0,31	0,19	0,11	0,12	0,71	0,38	0,11	0,06	0,12
Wien	- 11	+ 2	- 31	- 56	- 48	- 23	+ 14	+ 12	0	+ 22	+ 9	- 17	- 20	- 25
Niederösterreich	- 2	+ 12	- 13	- 37	- 30	- 11	- 3	- 6	- 14	+ 56	+ 8	- 21	- 57	- 29
Burgenland	- 13	- 3	- 9	- 34	- 40	- 12	- 21	- 4	- 36	+ 71	- 27	- 6	- 21	- 27
Steiermark	+ 10	+ 11	- 6	- 41	- 31	+ 7	0	- 15	- 25	+ 71	+ 39	- 28	- 42	- 38
Kärnten	+ 14	+ 33	+ 6	- 28	- 36	+ 17	+ 10	+ 2	- 29	+ 40	+ 43	- 12	- 54	- 31
Oberösterreich	- 6	- 8	- 24	- 41	- 37	0	+ 17	- 21	- 18	+ 100	+ 39	- 40	- 40	- 33
Salzburg	- 4	+ 27	- 12	- 52	- 29	0	0	- 9	- 10	+ 33	+ 33	- 31	- 36	- 29
Tirol	+ 11	+ 13	- 21	+ 41	- 44	0	0	0	+ 15	+ 18	+ 46	- 16	- 31	- 18
Vorarlberg	+ 25	+ 60	+ 25	- 50	- 33	- 50	0	+ 50	0	+ 67	+ 40	- 29	- 20	0
Bund, Veränderungsraten	- 4	+ 8	- 21,1	- 44	- 40	- 7	+ 7	- 6	- 19	+ 54	+ 30	- 23	- 35	- 31
Bund, absoluter Wert	5,3	5,7	4,5	2,5	1,5	1,4	1,5	1,6	1,3	2,0	2,6	2,0	1,3	0,9
regionale Streuung ^{c)} d)	2,58	2,89	2,91	2,11	1,46	1,66	1,76	1,77	1,25	1,85	1,79	2,19	0,96	0,57
	(14,5)	(13,9)	(12,9)	(8,71)	(5,27)	(4,72)	(3,77)	(3,01)	(1,91)	(3,18)	(2,82)	(2,62)	(1,84)	(1,15)

a) Stellenandrang: Zahl der Arbeitslosen dividiert durch die Zahl der offenen Stellen. Quellen: Wirtschafts- und sozialstatistische Handbücher der Kammer für Arbeiter und Angestellte für Wien; Statistische Jahrbücher für die Bundesrepublik Deutschland. (Statistik der offenen Stellen in Österreich 1964 umgestellt, daher mangelnde Vergleichbarkeit der Perioden vor und nach diesem Zeitpunkt.)
 b) Bis einschließlich 1963 ohne West-Berlin, 1966 ohne Saarland.
 c) Standardabweichung der regionalen Werte des Stellenandranges vom gesamtwirtschaftlichen Wert.
 d) Werte in Klammer mit Burgenland.

Tabelle 2: Bruttoinlandsprodukt zu laufenden Preisen^{a)} — regionale Veränderungsraten und Streuung, 1965 - 1971

Region	1965	1966	1967	1968	1969	1970	1971
Schleswig-Holstein	9,71	7,42	3,58	8,39	8,78	13,67	12,61
Hamburg	8,28	6,60	4,37	4,46	5,85	13,68	9,67
Niedersachsen	8,43	5,91	— 0,02	8,80	14,08	8,94	11,12
Bremen	10,25	6,32	4,26	3,21	12,38	12,79	12,79
Nordrhein-Westfalen	8,85	4,60	0,0	10,16	10,54	14,76	9,13
Hessen	10,62	7,16	2,20	8,07	13,28	14,82	11,15
Rheinland-Pfalz	9,62	8,87	4,54	7,20	12,21	12,83	12,58
Baden-Württemberg	10,40	5,45	1,01	6,65	15,79	13,74	10,89
Bayern	10,06	7,09	0,37	12,23	12,53	13,24	11,24
Saarland	6,82	2,44	— 1,34	2,93	15,07	16,74	13,02
Berlin	10,18	6,76	2,20	7,76	10,54	10,08	8,79
Bund, Veränderungsraten	9,46	6,12	0,96	8,79	12,05	13,42	10,59
regionale Streuung ^{b)}	1,36	2,82	5,27	10,68	8,27	4,66	2,55
höchste absolute Differenz ^{c)}	3,8	6,43	5,88	9,3	9,94	7,8	4,23
Wien	8,71	7,29	4,49	7,73	6,87	11,06	10,73
Niederösterreich	6,35	9,11	6,64	4,44	10,14	11,75	9,67
Burgenland	2,71	12,07	10,19	4,39	10,63	12,57	8,99
Steiermark	8,97	9,11	5,27	7,01	9,91	12,71	11,78
Kärnten	9,52	8,42	6,53	7,92	11,41	12,98	8,82
Oberösterreich	9,62	7,41	6,66	6,76	10,91	13,28	12,92
Salzburg	13,34	10,05	6,59	8,15	13,12	11,54	14,42
Tirol	12,65	10,86	6,34	8,22	11,05	12,99	16,58
Vorarlberg	9,67	8,11	6,00	7,60	10,77	16,95	13,96
Bund, Veränderungsraten	8,93	8,14	5,82	6,92	9,57	12,27	11,64
regionale Streuung ^{b)}	10,00	3,71	2,99	2,24	3,76	3,30	7,35
höchste absolute Differenz ^{c)}	10,63	4,78	5,7	3,78	6,25	5,89	7,76

a) Quellen: Statistisches Jahrbuch für die Bundesrepublik Deutschland; Monatsberichte des österreichischen Institutes für Wirtschaftsforschung.
 b) Varianz der Abweichungen der regionalen Wachstumsraten von der gesamtwirtschaftlichen Wachstumsrate des BIP.
 c) Differenz zwischen der raschest und der langsamst wachsenden Region im jeweiligen Jahr in Prozentpunkten.

Tabelle 3

**Zusammenhang zwischen regionalen (y) und gesamtwirtschaftlichen (x)
jährlichen Veränderungsrate^{a)}**

Region	Bruttoinlands- produkt 1965 - 1971 ^{b)}		Stellenandrang ^{b)}			
	Regres- sions- koeffi- zient ^{c)}	R ²	Regres- sions- koeffi- zient ^{c)}	R ²	Regres- sions- koeffi- zient ^{c)}	R ²
Schleswig-Holst.	0,715	0,791				
Hamburg	0,524 ⁺⁺	0,433				
Niedersachsen	0,945	0,796				
Bremen	0,810	0,610				
Nordrhein-Westf.	1,093	0,931	0,795 ⁺	0,494	1,128	0,997
Hessen	0,999	0,969	1,456	0,918	0,955	0,996
Rheinl.-Pfalz	0,680	0,810				
Baden-Württemb.	1,156	0,893	1,149	0,933	1,139	0,992
Bayern	1,042	0,920	0,992	0,837	0,839	0,992
Saarland	1,534	0,825				
Berlin (West)	0,667	0,903	0,910 ⁺	0,642	0,592	0,885
Schlesw.H./Hamb.	0,600 ⁺	0,600	1,010 ⁺	0,759	1,418	0,973
Nieders./Bremen	0,824	0,815	0,834	0,951	0,992	0,998
Rheinland/Saar	0,876	0,858	0,972 ⁺	0,675	1,284	0,980
Tirol	1,261	0,788	1,068	0,909	0,600 ⁺	0,570
Vorarlberg	1,594	0,950	1,379 ⁺	0,504	0,934 ⁺	0,726
Oberösterreich	1,166	0,944	0,904	0,843	1,518	0,947
Salzburg	1,069	0,849	1,083	0,848	0,835	0,927
Steiermark	1,080	0,973	0,907	0,857	1,279	0,994
Kärnten	0,735	0,626	1,088	0,851	1,020	0,877
Burgenland	0,490 ⁻	0,434	0,499 ⁺	0,604	0,769 ⁺	0,507
Wien	0,869	0,798	1,166	0,939	0,466 ⁺	0,750
Niederösterreich	0,883 ⁺	0,648	0,759	0,911	0,981	0,885

a) $y = a + bx$.

b) Quelle: wie Tab. 1 und 2.

c) Alle Regressionskoeffizienten signifikant mit Irrtumswahrscheinlichkeit 1 Prozent, außer: + mit Irrtumswahrscheinlichkeit 5 Prozent; ++ mit Irrtumswahrscheinlichkeit 10 Prozent; - mit nicht signifikantem Regressionskoeffizienten.

Korreferat zu:
Formen, Ursachen und wirtschaftspolitische
Relevanz regional unterschiedlicher Konjunktur reagibilität

Von *Georges Fischer*, St. Gallen

1. Aus dem Referat von Herrn Nowotny kann man zweierlei entnehmen: *Erstens* bestehen tatsächlich regionale Konjunkturdifferenzierungen in der Form unterschiedlicher Reaktionsintensitäten auf die gesamtwirtschaftliche Entwicklung, und zwar in einem wirtschaftspolitisch erheblichen Ausmaß. Das Problem als solches ist damit gegeben. *Zweitens* aber ist unser theoretisches Wissen noch unzureichend, um die konjunkturell differenzierte Entwicklung in Regionen mit unterschiedlichen Ausgangsstrukturen gesichert erklären oder gar vorausschätzen zu können. Gleichwohl müssen wir uns bemühen, beim gegenwärtigen Erkenntnisstand relevante Aussagen für die praktische Politik — und hier vor allem für die Stabilisierungspolitik — zu finden.

2. Herr Nowotny plädiert in seinem Exposé für eine bewußte *räumliche Differenzierung* der Stabilisierungsmaßnahmen, und zwar vor allem aus Gründen der *Effizienzsteigerung*. Er vertritt die Ansicht, daß eine regionalisierte Konjunkturpolitik, welche die unterschiedliche Konjunkturlage und Konjunktur reagibilität der einzelnen Regionen berücksichtigt, den erwünschten gesamtwirtschaftlichen Stabilisierungseffekt mit geringerem Mitteleinsatz erreichen könne als eine global konzipierte Konjunkturpolitik. Ich möchte diese These nicht bestreiten, jedoch *ergänzend* zu bedenken geben, daß nicht nur aus Gründen der Effizienzsteigerung der Konjunkturpolitik selbst, sondern vor allem aufgrund *spezifisch regionalpolitischer Zielsetzungen* eine räumliche Differenzierung von globalen Stabilisierungsmaßnahmen gefordert werden sollte. Ich denke hier vor allem an eine *bevorzugte Behandlung strukturschwacher Fördergebiete*, ein Anliegen, das in der helvetischen wirtschaftspolitischen Diskussion gegenwärtig besonders aktuell ist. So wird im Entwurf zum neuen Konjunkturartikel der schweizerischen Bundesverfassung, der gegenwärtig in der parlamentarischen Beratung steht, ausdrücklich verlangt, daß die Stabilisierungspolitik des Bundes auf die wirtschaftlich schwächeren Regionen angemessen Rücksicht zu nehmen hat.

3. Im folgenden möchte ich diesen Aspekt hervorheben, um so mehr, als Herr Nowotny die regionalpolitischen „Nebenwirkungen“ einer dif-

ferenzierten Konjunkturpolitik zwar gestreift hat, einer Verbindung zwischen Konjunktur- und Regionalpolitik aber eher skeptisch, um nicht zu sagen ablehnend, gegenübersteht. Es geht mir also darum, die *Notwendigkeit einer vermehrten Berücksichtigung der regionalpolitischen Zielsetzungen durch die Konjunkturpolitik zur Diskussion zu stellen*. Ich beschränke mich dabei auf den Fall einer *restriktiven* Konjunkturpolitik.

4. Dieses Anliegen mag zunächst etwas weit hergeholt erscheinen, da ja — wie wir alle wissen — sowohl die *Zielsetzung als auch die Ansatzpunkte* der Konjunktur- und der Regionalpolitik sehr unterschiedlich sind. Die Konjunkturpolitik strebt die Stabilisierung kurzfristiger Auf- und Abwärtsbewegungen der Wirtschaft an. Die klassischen konjunkturpolitischen Eingriffe sind globaler Natur und primär auf die Beeinflussung der Nachfrage ausgerichtet. Demgegenüber versucht die Regionalpolitik längerfristig mehr oder weniger gleichwertige Lebensbedingungen in ausgeglichenen Funktionsräumen zu schaffen. Ihr Interventionsbereich bezieht sich nicht auf die Gesamtwirtschaft, sondern ist abgestimmt auf die unterschiedlichen Ausgangsstrukturen und Entwicklungsmöglichkeiten der einzelnen Regionen. Im Vordergrund steht die Beeinflussung der Wirtschafts- und Infrastruktur. Auch fließen hier vermehrt außerökonomische Ziel- und Wertvorstellungen ein.

Trotz grundsätzlicher Unterschiede in Zielsetzung und Ansatzpunkt ist aber ein *konjunkturpolitischer Alleingang* bzw. eine säuberliche Trennung der beiden Politiken *problematisch*. Dies deshalb, weil die zu beeinflussende Konjunktur- und Strukturentwicklung eng miteinander verflochten sind und konjunkturpolitische Maßnahmen nicht strukturalneutral, sondern strukturverzerrend wirken können. Darauf hat kürzlich der Delegierte des schweizerischen Bundesrates für Konjunkturfragen, Francesco Kneschaurek, mit allem Nachdruck hingewiesen¹.

5. Diese Verknüpfung zwischen der regionalen Konjunktur- und Strukturentwicklung kann *empirisch nachgewiesen* werden. Bekanntlich waren beispielsweise die Bemühungen zur Industrieansiedlung in der Bundesrepublik nur in der Hochkonjunktur erfolgreich, während in der Rezessionsphase 1966/67 die ländlichen, strukturschwachen Gebiete bedeutend stärkere Rückschläge erlitten als die strukturstarke Ballungsräume. Auch die seither erfolgte Aufwärtsentwicklung konnte nicht darüber hinwegtäuschen, daß der Wachstumspfad der strukturschwachen Regionen deutlich nach unten verschoben wurde, worauf von Böventer hingewiesen hat².

¹ Vgl. F. Kneschaurek, Konjunkturpolitik und Strukturpolitik, in: Institut für Wirtschaftsforschung an der ETH Zürich (Hrsg.), Berichte der Konjunkturforschungsstelle, Sonderbericht Nr. 132, Mai 1974.

Ähnliches kann man in der Schweiz feststellen, obschon hier die statistischen Unterlagen sehr dürftig sind. Immerhin lassen grobe kantonale Volkseinkommensschätzungen erkennen³, daß sich unter dem Einfluß der Ende 1972 eingesetzten Konjunkturdämpfungsmaßnahmen der Entwicklungsrückstand der entwicklungsbedürftigen Gebiete gegenüber den Agglomerationen tendenziell vergrößert hat.

In diesem Zusammenhang mag man es bedauern, daß fast keine empirischen Untersuchungen in einer regionalpolitisch relevanten Tiefengliederung vorliegen. Denn Daten über größere Raumeinheiten, wie etwa die Bundesländer, sind *wenig aussagekräftig*, weil sie zumeist strukturstarke und strukturschwache Gebiete einschließen.

6. Aber auch aus *theoretischen Überlegungen* lassen sich Anhaltspunkte ableiten, die für eine Bevorzugung förderungsbedürftiger Regionen durch die Konjunkturpolitik sprechen. Herr Nowotny hat anhand empirischer Überprüfungen des „Struktur-Ansatzes“ gezeigt, daß ein erheblicher Teil regionaler Konjunkturabweichungen nicht durch den Strukturfaktor erklärt werden kann, sondern auf regionsspezifische Gegebenheiten zurückzuführen ist, die in der Restgröße „Standortfaktor“ zusammengefaßt sind. Für die Konjunkturreagibilität bedeutsam sind dabei die Betriebsgrößenstruktur, Betriebsverflechtungen (Zweigbetrieb oder Hauptsitz), Marktstellung und Selbstfinanzierungskraft der Unternehmen, Entfernung vom Absatzgebiet und anderes mehr.

Die unterschiedliche Ausprägung dieser Standortfaktoren hat nunmehr zur Folge, daß eine global konzipierte Konjunkturpolitik in den einzelnen Regionen unabhängig von der Branchenstruktur verschiedenartige Wirkungen auslöst. Insbesondere kann eine globale, restriktive Konjunkturpolitik, welche die wirtschaftlichen Antriebskräfte zu bremsen versucht, in eine unerwünschte Strukturpolitik ausmünden, weil gleich eingestellte Bremsen dort am stärksten ziehen, wo die Schubkräfte am geringsten sind. Dies ist in der Regel in den förderungsbedürftigen Regionen der Fall, in denen im allgemeinen Betriebe mit schwacher Marktstellung, mit geringer Selbstfinanzierungskraft (und damit hoher Konjunkturrempfindlichkeit) übervertreten sind. Gerade hier besteht deshalb infolge der erschwerten Ausgangsbedingungen am ehesten Gefahr, daß die globale Stabilisierungspolitik kurzfristig entwicklungsnotwendige Initiativen unterdrückt, was sich langfristig auch strukturell als verhängnisvoll auswirken kann. Es ist deshalb nicht von der Hand zu

² Vgl. E. v. Böventer, Die räumlichen Wirkungen von öffentlichen und privaten Investitionen, in: H. Arndt und D. Swatek (Hrsg.), Grundfragen der Infrastrukturplanung für wachsende Wirtschaften, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 58, Berlin 1971.

³ Solche werden jährlich von der Schweizerischen Bankgesellschaft veröffentlicht. Vgl. Die Schweiz in Zahlen 1974.

weisen, daß solche unerwünschte regionalpolitische Nebenwirkungen die eben jetzt in der Schweiz anlaufenden Bemühungen einer aktiven Strukturgestaltungspolitik im Berggebiet zumindest teilweise wieder zunichte machen könnten⁴.

7. Auch im *Instrumentalbereich* bestehen Zusammenhänge zwischen Konjunktur- und Regionalpolitik. Die Kredit- und Fiskalpolitik beispielsweise sind nicht nur zentrale Instrumente der Konjunkturpolitik; auch in der Regional- oder Raumordnungspolitik nehmen sie eine Vorrangstellung ein. Da von diesen Maßnahmen ohne Zweifel konjunktur- und regionalpolitisch bedeutsame Wirkungen ausgehen, kann man sich fragen, ob es richtig ist, diese einseitig auf die Konjunkturpolitik auszurichten. Drängt sich nicht eher eine Differenzierung dieses Instrumentariums in der Weise auf, daß dieses einer explizit vorzunehmenden Gewichtung beider Ziele gerecht wird?

8. Die Tatsache, daß die Konjunkturpolitik langfristig negative Struktureffekte in den Regionen auslösen kann und daß sich Konjunktur- und Regionalpolitik zum Teil des gleichen Instrumentariums bedienen, läßt es ratsam erscheinen, eine allfällige Regionalisierung der Konjunkturpolitik nicht so sehr unter dem Blickwinkel der konjunkturellen Effizienz, sondern vor allem im Hinblick auf die Erreichung regionalpolitischer Zielvorstellungen zu diskutieren und zu beurteilen. Das bedeutet keinesfalls, daß die Konjunkturpolitik der Regionalpolitik untergeordnet werden soll, sondern ruft vielmehr nach einer *sinnvollen Koordination* der beiden Politiken. Grundsätzlich ginge es darum, die Auswirkungen verschiedener Differenzierungsgrade der Konjunkturpolitik auf die Ziele der Stabilität, des Wachstums und der regionalen Strukturpolitik zu analysieren und zu bewerten, um schließlich jene Lösung zu finden, die das beste Gesamtergebnis verspricht. Dabei ist durchaus denkbar, daß sich im Falle einer *restriktiven* Konjunkturpolitik die Ziele der Effizienzsteigerung der Konjunkturpolitik selbst und jene der regionalen Entwicklungspolitik durchaus entsprechen können.

9. Möglich wäre beispielsweise eine Fixierung der üblicherweise durch die Globalsteuerung anvisierten Makrogrößen Geldmenge, Kredite, Einnahmen und Ausgaben der öffentlichen Hand entsprechend den Erfordernissen der gesamtwirtschaftlichen Stabilität. Statt die Verteilung des neugeschöpften Geldes und der Kredite allein dem Markt bzw. den marktdominierenden Kräften zu überlassen, müßte der Staat durch selektive Eingriffe allzustarke räumliche Strukturverzerrungen verhindern. Als Beurteilungsgrundlage könnte sich jenes Instrument als geeignet erweisen, das auch im Investitionshilfegesetz für die Berg-

⁴ Vgl. dazu: Bundesgesetz über Investitionshilfe für Berggebiete, in: Bundesblatt, Bern, 8. Juli 1974, 126. Jg., Bd. II, S. 146.

gebiete als Voraussetzung zur Hilfeleistung gefordert wird: nämlich die Erarbeitung eines *regionalen Entwicklungskonzeptes*, verstanden als ein Bündel aufeinander abgestimmter, realisierbarer Ziele und Maßnahmen, die auf regionaler Ebene die anzustrebende Entwicklung festhalten. Wenn deren Realisierung in Fördergebieten durch globale Stabilisierungsmaßnahmen nachweisbar in Frage gestellt würde, ließen sich regionale Lockerungen rechtfertigen, ohne Gefahr zu laufen, die Stabilisierungspolitik allzusehr zu durchlöchern.

10. *Zusammenfassend* sei allerdings nicht verschwiegen, daß eine regionalisierte Konjunkturpolitik, welche stabilisierungs- und regionalpolitischen Zielsetzungen gerecht werden will, eine Reihe *schwer lösbarer Probleme* aufwirft. Einmal fehlen die *notwendigen Daten* zur Erfassung der regionalen Konjunkturlage und Konjunkturereagibilität. Ferner gibt es noch keine operationellen und *praxisnahen Theorien* zur Erklärung des Zusammenhangs zwischen konjunktureller und struktureller Entwicklung in Teilgebieten eines Landes; deshalb liegen auch keine ausreichenden *empirischen Ergebnisse* vor, die Aufschluß geben über die unterschiedliche regionale Entwicklung im Konjunkturverlauf.

Zum ändern stellt sich das Problem der *Quantifizierung der einzelnen Ziele* sowie die Festlegung von *Zielprioritäten* — eine Aufgabe, die auch in der Schweiz noch zu einer enormen politischen Ausmarchung führen wird. Und schließlich wirkt sich als entscheidendes Hemmnis für eine Regionalisierung der Konjunkturpolitik unser mangelhaftes Wissen über die *Auswirkungen von Maßnahmen* auf die Ziele der Konjunktur-, der Wachstums- und der Strukturpolitik aus.

Diskussion

Paul Klemmer (Bochum):

Zu dem empirischen Befund der Ausführungen habe ich noch einige Bemerkungen zu machen. Erstens möchte ich die Frage der Regionalisierung, die Sie etwas zu schnell vom Tisch gefegt haben, ansprechen. Der Regionalisierung sollte man, wenn man dem regionalen Konjunkturphänomen nachgeht, stärkere Aufmerksamkeit zuwenden. Es zeigt sich nämlich, daß die Ergebnisse in starkem Maße davon abhängig sind, wie die räumlichen Beobachtungseinheiten abgegrenzt worden sind. Wenn Sie mit Beschäftigungswerten arbeiten, liegt nahe, regionale Arbeitsmärkte zu verwenden, d. h. Räume aufzugreifen, die sich über die Pendlerdaten abgrenzen lassen.

Zweitens: Ein entscheidendes Problem bei der Analyse regionaler Konjunkturerscheinungen ist die Schwierigkeit der Trennung von Konjunktur- und Struktureinflüssen. Konjunktur wird üblicherweise als eine periodische Über- und Unterauslastung der vorhandenen oder expandierenden Produktionskapazitäten definiert. Dieses zyklische Phänomen, gilt es herauszuarbeiten und zu prüfen, welcher Bedeutungsanteil ihm zukommt. Ich würde bei der Interpretation Ihrer Ergebnisse daher vorsichtig sein, denn die Streuungswerte, die Sie ermittelt haben, sind keine Streuungen der zyklischen Bewegungskomponente, sondern der unbereinigten Werte. Sie müssen somit erst jene Streuung herausarbeiten, die das eigentliche Konjunkturphänomen darstellt.

Es gibt in der Literatur zwei verschiedene Verfahren der Isolierung regionaler Konjunkturerscheinungen. Gerfin arbeitet z. B. mit der Shift-Analyse. Die Shift-Analyse ist jedoch ein sehr heimtückisches Instrument. Man berechnet einen Standortfaktor, der jene regionalen Entwicklungsbesonderheiten zum Ausdruck bringt, die nicht durch die sektorale Ausgangsstruktur erklärt werden können. Man ist dann häufig geneigt, diese regionsspezifischen Abweichungen vom übergeordneten Bezugsraum als konjunkturdeterminierte Abweichung zu definieren. Mit einer derartigen Schlußfolgerung muß man jedoch vorsichtig sein, weil der Standortfaktor im Grunde als Residualfaktor angesehen werden muß. Er berücksichtigt alle Einwirkungen, die nicht auf die Ausgangsstruktur zurückgeführt werden können. Verfolgt man z. B. die Entwicklung des Standortfaktors vieler Teilgebiete über einen längeren Zeitraum, so zeigt sich, daß diese Größe selbst wiederum um einen Trend schwankt. Nicht

der Standortfaktor, sondern diese Schwankungen des Standortfaktors im Zeitablauf scheinen die konjunkturellen Besonderheiten eines Teilgebietes zum Ausdruck zu bringen. Ein weiteres Verfahren zur Herausarbeitung des Einflusses der konjunkturellen Bewegungskomponente ist die Spektralanalyse. Für ihre Anwendung benötigt man längere Zeitreihen für die zu untersuchenden Teilgebiete. Meistens konzentriert man sich auf den Index der industriellen Nettoproduktion oder auf Beschäftigungswerte. Spektralanalytische Untersuchungen an meinem Lehrstuhl zeigen, daß — gemessen an den Wachstumsraten des Index der industriellen Nettoproduktion — der konjunkturelle Bedeutungsanteil keineswegs sehr hoch ist, sondern zumeist nur 25 bis 35 Prozent der Gesamtvarianz erklärt. Regional lassen sich jedoch stärkere Unterschiede feststellen. So steigt z. B. der konjunkturell determinierte Varianzanteil teilweise über 40 Prozent.

Auch mit der Typisierung der Untersuchungsgebiete in bezug auf die Konjunkturereagibilität muß man vorsichtig sein. Manchmal reagieren nämlich Verdichtungsräume stärker auf den Konjunktoreinfluß als ländliche Gebiete. Die Ursachen hierfür liegen vor allem in der Sektoralstruktur. Dominiert z. B. in einem Verdichtungsraum die ausgesprochen konjunktursensible Investitionsgüterindustrie, so muß eine derartige regionale Beobachtungseinheit einen recht hohen Bedeutungsanteil der konjunkturellen Bewegungskomponente aufweisen. Die Vermutung, daß der Verdichtungsraum unbedingt schwächer auf die Konjunktur reagiere als der ländliche Raum, gilt somit nicht unbedingt. Herrschen im ländlichen Raum Zweigbetriebe der Textilindustrie oder Elektroindustrie vor, so ergibt sich zumeist eine stärkere Konjunkturereagibilität, dominiert jedoch stärker die Nahrungs- und Genußmittelindustrie, fällt die Konjunkturereagibilität deutlich ab.

In diesem Zusammenhang möchte ich noch auf eine weitere interessante Feststellung aufmerksam machen. Die Periodenlänge der Konjunkturzyklen von Teilgebieten zeigt häufig größere Unterschiede. Sie lassen sich in starkem Maße über die Sektoral- und Betriebsgrößenstruktur erklären. Räume, in denen z. B. die elektrotechnische Industrie — der Begriff der elektrotechnischen Industrie selbst ist problematisch, da er im ländlichen Raum zumeist etwas anderes beinhaltet als im Verdichtungsraum; im ländlichen Raum handelt es sich nämlich zumeist um Zweigbetriebe, die als „Lötstellen“ zumeist weibliche Arbeitskräfte beschäftigen und primär die Produktionsspitzen abdecken — dominiert, reagieren in der Phase des Konjunkturaufschwungs verspätet, werden aber als erste vom Abschwung erfaßt. Die interne Phasenstruktur eines Konjunkturzyklus dieser Gebiete unterscheidet sich somit von jenem vieler Verdichtungsräume. Diese internen Strukturunterschiede sind jedoch häufig bedeutungsvoller als die Unterschiede in der Perioden-

länge. In der letzten Zeit läßt sich darüber hinaus noch beobachten, daß die Regionen mit starkem Anteil an Exportindustrie von der Konjunktur weniger getroffen werden als jene Gebiete, in denen binnenwirtschaftlich ausgerichtete Bereiche vorherrschen.

Eine letzte Bemerkung von mir bezieht sich auf das Problem der Umsetzung dieser Erkenntnisse in eine regionalisierte Konjunkturpolitik. Ich hatte das Vergnügen, als wissenschaftlicher Gutachter an Sitzungen des Planungsausschusses der Gemeinschaftsaufgabe „Verbesserung der regionalen Wirtschaftsstruktur“ mitwirken zu dürfen. Ohne Interna auszuplaudern, darf man die Schlußfolgerung ziehen, daß die dort auftretenden Koordinierungsprobleme auch bei einer regionalisierten Konjunkturpolitik erwartet werden müssen und ein kurzfristiges Handeln sehr erschweren werden.

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Ich kann an das anknüpfen, was Herr Klemmer ausgeführt hat. Bekanntlich bedürfen auch Vorschläge, die theoretisch plausibel und schlüssig sind, der politischen Umsetzung in konkrete wirtschaftspolitische Aktionen der staatlichen Entscheidungsträger. Bei einigen Vorschlägen, Herr Nowotny, habe ich den Eindruck, daß das Problem der Durchsetzbarkeit in der Tat nicht genügend beachtet worden ist. So dürfte der Vorschlag, im Rahmen einer restriktiven Konjunkturpolitik auch regionale Differenzierungen der Steuer- und Kreditpolitik zu Stabilisierungszwecken einzusetzen, in Ländern mit föderalistischer Staatsstruktur und pluralistischer Gesellschaftsordnung kaum realisierbar sein. Mit Sicherheit würden massive Gegenkräfte mobilisiert, wenn der Vorschlag, vorzeitige Abschreibungen oder andere steuerliche Vergünstigungen regional unterschiedlich auszusetzen, in die Tat umgesetzt werden sollte. Jeder Bundestags- und Landtagsabgeordnete, dessen Wahlkreis von einer solchen Maßnahme der Aussetzung steuerlicher Begünstigungen tangiert wäre, würde dagegen sein. Industrie- und Handelskammern und andere regionale Wirtschaftsverbände, in deren Einzugsbereich sich derartige Maßnahmen zu ungunsten ihrer Mitglieder auswirken würden, wären mit Sicherheit dagegen. Würden von den Restriktionsmaßnahmen vorwiegend bestimmte Bundesländer betroffen, so wären voraussichtlich auch die betreffenden Länderregierungen gegen die Maßnahmen eingestellt. Wie soll nun ein Konsensus zwischen den zentralen Entscheidungsträgern der Konjunkturpolitik und den regionalen Instanzen, die unter Umständen über den Bundesrat ihr Plazet zu einer gesetzlichen Maßnahme geben müssen, herbeigeführt werden? Außer diesem interessenpolitisch bedingten Durchsetzungsproblem treten hier — wie überhaupt bei allen Maßnahmen regionalisierter Konjunkturpolitik — Streitfragen über die Aussagefähigkeit regionaler

Konjunkturindikatoren ins Blickfeld. Ferner taucht für die praktische Handhabung das Problem auf, welche Regionen und Regionsteile sollen in die restriktive Regelung einbezogen werden, wozu eventuell konjunkturtypisch differenzierte Regionen zu bilden wären. Die heutigen, vorwiegend nach Verwaltungsbezirken abgegrenzten Regionen umfassen vielfach ökonomisch heterogene Gebietsteile, in denen die konjunkturellen Einflüsse sachlich und zeitlich oft differenziert sind. Auch die kürzlich in der Bundesrepublik Deutschland erfolgte Neuabgrenzung der Förderregionen nach drei Kriterien — nämlich Arbeitsplatzdefizite, unter dem Bundesdurchschnitt liegende regionale Einkommensniveaus sowie Rückstände in bestimmten Infrastrukturbereichen — dürfte für konjunkturelle regionale Maßnahmen kaum geeignet sein, weil die vorgenannten Kriterien vorwiegend strukturelle Gegebenheiten widerspiegeln. Es wäre sicherlich für die weitere Diskussion nützlich, wenn der Referent seine Vorschläge hinsichtlich der Möglichkeiten einer regionalisierten Konjunkturpolitik noch etwas präzisieren würde, und zwar

1. bezüglich der Durchsetzbarkeit von regionalisierten konjunkturpolitischen Maßnahmen, wobei insbesondere die Probleme regional differenzierter Steuer- und Kreditmaßnahmen zu erörtern wären,
2. hinsichtlich eventuell vorhandener oder zu entwickelnder Indikatoren für eine zuverlässige regionale Konjunkturdiagnose und
3. hinsichtlich der damit zusammenhängenden Abgrenzungsproblematik von Regionen unter konjunkturpolitischem Aspekt.

Frank E. Münnich (Innsbruck):

Ich habe zwei kurze Bemerkungen anzubringen. Meine erste Bemerkung betrifft, wie die Ausführungen von Herrn Klemmer, das empirische Material und die empirische Nachprüfbarkeit von regionalen Differenzen in der konjunkturellen Bewegung. Es gibt Untersuchungen, die solche Differenzen nachzuweisen, und es gibt andere Untersuchungen, die, weder was die Intensität noch was die lag-lead-Struktur in den Extrem- und Wendepunkten anlangt, eine regionale Differenzierung nachweisen können. Was das von Ihnen vorgelegte empirische Material anlangt — prima vista, ich habe mich nicht auf diesen Arbeitskreis vorbereiten können —, habe ich den Verdacht, daß zumindest der Regressionskoeffizient der Tabelle 3 in Wahrheit trendmäßige Zusammenhänge und nicht konjunkturelle Zusammenhänge zwischen den einzelnen Regionen und dem Gesamtgebiet ergibt. Denn wenn ich mir ansehe, daß bei Nordrhein-Westfalen der Regressionskoeffizient 1,09 beträgt (im Saarland ist er allerdings ungewöhnlich) und für Schleswig-Holstein 0,715, und wenn ich mir dieselben Zahlen für Salzburg, Vorarlberg und Tirol ansehe, so liegt der Verdacht nahe, daß bei den Regressionskoeffi-

zienten in den Stellen hinter dem Komma die durchschnittlichen Wachstumsraten einzelner Regionen im Vergleich zum Durchschnitt der Gesamtregion zum Ausdruck kommen, so daß diese Analyse zumindest in dem ersten oberflächlichen Blick, den ich habe tun können, eben nicht die Schwankungsphänomene, sondern die Trendphänomene erbringt.

Meine zweite Bemerkung richtet sich mehr an den Herrn Korreferenten als den Herrn Referenten. Die Frage der zurückgebliebenen Gebiete und ihrer wirtschaftspolitischen Behandlung hat in letzter Zeit sehr viel Initiativen hervorgerufen, die versuchen, eine Regionalisierung der Konjunkturpolitik hierfür heranzuziehen. Wenn aber das Phänomen selbst in Frage steht, so ergibt sich die Frage, ob das der richtige Weg ist, um das Zurückbleiben der unterentwickelten Regionen hinter einem Schnitt — welche normative Bedeutung ein Schnitt auch haben mag — wirksam zu bekämpfen. Wenn man sich entschließt, dieses als Kriterium zu verwenden, dann scheint mir, wäre die Regionalisierung der Konjunkturpolitik möglicherweise genau der falsche Ansatzpunkt. Dann müßte man sich mit einer längerfristigen Struktur- und Wachstumspolitik befassen und man müßte die Frage klären: Will man eine permanente Umverteilung zwischen bestimmten Regionen haben, so wie man eine permanente Umverteilung zwischen bestimmten Einkommens- und bestimmten sozialen Gruppen in der Gesetzgebung verankert hat; will man das auch regional haben, oder will man tatsächlich Wachstumspolitik, d. h. eine Initiierung eines sich selbst tragenden Wachstums in ganz bestimmten Räumen erzielen? Das aber sind längerfristige Phänomene, die meines Erachtens nicht unter dem Gesichtspunkt der regionalen Konjunkturpolitik gefaßt werden sollten, sondern unter dem Gesichtspunkt einer optimalen längerfristigen Regionalstruktur bzw. einer optimalen Landschaftsstruktur, um meinen verehrten Lehrer, Herrn von Boeventer, zu zitieren. Das sind Fragen, bei denen man sicherlich nicht nur bei den zu entwickelnden, zurückgebliebenen Räumen ansetzen kann, sondern auch bei den Agglomerationsräumen und deren Behandlung. Ich habe den starken Verdacht, daß ein großer Teil der Phänomene nicht — wie vorhin angedeutet worden ist — auf eine fehlerhafte Marktsteuerung zurückzuführen ist, sondern auf eine Politik, wie sie in den letzten 100 bis 200 Jahren in der Entwicklung der Agglomerationsräume stattgefunden hat und die nichts weiter bewirkte als eine Externalisierung von Agglomerationsnachteilen. Ich glaube, daß das auch ein mitentscheidender Gesichtspunkt ist.

Alfred Bayer (München):

Ich möchte einleitend bemerken, daß ich sehr glücklich darüber bin, daß diese Thematik so grundlegend auch einmal auf diesem wissen-

schaftlichen Niveau erörtert wird und daß die Wissenschaft allmählich in ein Problem einsteigt, das gerade diejenigen, die mit der regionalen Strukturpolitik befaßt sind, schon lange Zeit sehr stark berührt. Das Problem der Regionalisierung der Konjunkturpolitik ist als Schlagwort ja leider mit einer Gesetzesinitiative einiger Bundesländer verknüpft. Ein entscheidender Mitautor oder Mitveranlasser dafür sitzt hier mit im Saal. Es ist Herr Witing aus Niedersachsen. Es ist meines Erachtens eine falsche Bezeichnung für eine richtige Idee. Die Bundesländer, die sich im Bundesrat durchgesetzt haben — der Bundesrat war mit Mehrheit dafür —, wollten nicht eine Regionalisierung der Konjunkturpolitik mit regionalen Diskontsätzen und so weiter und was da alles an Spekulationen unterstellt worden ist, sondern sie wollten nichts anderes als den Paragraphen 4 modifizieren, und zwar insofern, als der notwendige Infrastrukturausbau in den Grenzgebieten und Fördergebieten nicht durch globale konjunkturpolitische Maßnahmen behindert werden sollte. Allein das war der Sinn und Zweck der Gesetzesinitiative. Hätte man diese Initiative nicht unter dem Schlagwort „Regionalisierung der Konjunkturpolitik“ — ich weiß gar nicht, woher der Ausdruck kommt — verkauft oder wäre es nicht zu dieser Bezeichnung gekommen, so wäre die Sache wahrscheinlich ganz anders verlaufen. Für meine Begriffe hätte die richtige Bezeichnung lauten müssen: Konjunkturunabhängige Verstetigung des notwendigen Infrastrukturausbaues in den Fördergebieten. Wir wollten nur erreichen, daß der § 4, der Investitionskürzungsmaßnahmen möglichst macht, nicht auf diese Fördergebiete angewendet wird, sofern eine nicht unwesentliche Abweichung der Beschäftigungslage nachgewiesen werden kann. Gerade Sie, Herr Nowotny, haben vorhin gesagt, daß der Infrastrukturausbau ein Zielfeld sein müsse, auf dem wir als zentrale Steuerer der Konjunkturpolitik etwas tun müßten. Sie, Herr Klemmer, haben auch darauf hingewiesen, daß in diesen Gebieten die Konjunktur im Verhältnis zur Gesamtkonjunktur nicht differenziert sei, sondern daß das Niveau, auf dem sich diese weitgehend parallelen Bewegungen abspielen, unterschiedlich sei. Das sehen Sie immer wieder an den Arbeitslosenziffern, die dort drei- bis viermal so hoch sind. Aber im übrigen läuft es parallel, die Wendepunkte stimmen, die Amplituden stimmen weitgehend. Dort, wo sie nicht stimmen, sind zum Teil sektorale Probleme untermischt. Wenn man also in diesen Gebieten nachhaltig etwas tun will, um den Standortfaktor zu verbessern, dann muß man zuerst die Infrastruktur verbessern. Wenn man aber den Infrastrukturausbau dauernd in den Konjunkturüberhitzungsphasen, wo Dämpfungspolitik betrieben wird, zurückfährt, also nicht mehr ausbaut, dann hinken diese Gebiete allmählich immer weiter hinterher. Man müßte für den notwendigen Infrastrukturausbau die gesamte Zeit und alle Möglichkeiten nutzen. Wir haben den kuriosen Fall, daß dort Tausende von Bauarbeitern arbeitslos sind, daß die Ka-

patitäten brachliegen, die Arbeitslosen bis zu 80 Prozent mit Einkommen versorgt werden. Mit rd. 20 Prozent Mehraufwendungen aber würden sie eine produktive Leistung erbringen, die den Abstand im Vergleich zu den höher entwickelten Gebieten verringern könnte. Ob die dort induzierten Einkommensströme in die Ballungsgebiete abfließen, wie Sie sagten, dafür fehlen leider noch die entsprechenden Untersuchungen. Aber gerade im Tiefbausektor und in den entscheidenden Infrastruktursektoren würde wahrscheinlich die Fernbeeinflussung der Ballungsregionen geringer sein. Allein darum geht es. Das wäre meines Erachtens ein Einstieg, der die Gesamtkonjunkturpolitik nicht beeinflussen würde. Das Argument, das uns immer wieder entgegengehalten wird: Dann würden ja die Ballungsregionen eine doppelte Last der Konjunktursteuerung zu tragen haben!, dieser Einwand zieht, glaube ich, nicht ganz. Ich hätte gern diese Frage an die Wissenschaft gestellt, wie sie zu dieser Idee und den Auswirkungen einer derartigen Modifizierung der bestehenden konjunkturpolitischen Regelungen steht.

Theo Thiemeyer (Bochum):

Ich wollte eigentlich nicht Stellung nehmen; aber zu dieser Frage der regionalpolitischen Bedeutung öffentlicher Investitionen möchte ich doch etwas anmerken. Was die Investitionen in ihrer Abhängigkeit von der Konjunktur betrifft, haben wir im Wissenschaftlichen Beirat der „Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft“¹ Untersuchungen hinsichtlich der Möglichkeit antizyklischer Investitionen, vor allem der öffentlichen Unternehmen, die ja hier auch angesprochen sind, durchgeführt. Diese Diskussion ist vor allen Dingen im Bereich der Energiewirtschaft und der Verkehrswirtschaft geführt worden. Dabei ging es allerdings mehr um die Frage der zeitlichen Manipulierbarkeit öffentlicher Investitionen unter konjunkturellem Aspekt, weniger um den speziell hier angesprochenen Aspekt der *Regionalisierung* dieser konjunkturellen Maßnahmen. Das ist ein besonderer Aspekt, der noch einer vertieften Analyse bedarf. Sowohl die Volkswirte als auch die Betriebswirte unseres Arbeitskreises waren der Auffassung, daß eine extrem antizyklische Konjunkturpolitik vor allem in Hinsicht auf die betriebswirtschaftlichen Konsequenzen nicht möglich ist, wohl aber eine „überkonjunkturelle“. Ein solches konjunkturunabhängiges Investitionsverhalten der öffentlichen Betriebe ist volkswirtschaftlich möglich und ist betriebswirtschaftlich möglich. Allerdings muß man bei dem Versuch, eine solche „überkonjunkturelle“, an

¹ Gesellschaft für öffentliche Wirtschaft e. V. (Hrsg.), Die Investitionen der öffentlichen Unternehmen als Mittel der Konjunkturpolitik, Stellungnahme zum Entwurf eines Gesetzes zur Förderung der wirtschaftlichen Stabilität, Berlin 1966.

langfristigen Zielen orientierte betriebliche Investitionspolitik durchzusetzen, mit dem energischen Widerstand der öffentlichen Unternehmen, zum Beispiel der Energieversorgungsunternehmen, rechnen. Ich möchte mich auf diese improvisierte Randbemerkung beschränken. Ich muß allerdings zugeben, daß wir uns mit der Regionalisierung dieser überkonjunkturellen Infrastrukturpolitik noch nicht beschäftigt haben.

Frank E. Münnich (Innsbruck):

Ich würde diesen Vorschlag für richtig halten, denn er liegt genau in der Richtung, in der ich versucht habe, zu argumentieren. Für den Versuch der Entwicklung rückständiger Gebiete muß natürlich die Konjunkturpolitik, was ihre restriktiven Maßnahmen angeht, längerfristig nachteilige Wirkungen bringen. Die Bemühungen, a) Infrastruktur anzusiedeln und b) die komplementären privatwirtschaftlichen Investitionen, die ja erforderlich sind, um eine breite ökonomische Basis zu erreichen, in diese Räume zu bringen, werden durch konjunkturpolitische Maßnahmen deshalb tangiert, weil mit Sicherheit die Dispositionen der Unternehmer erheblich beeinträchtigt werden, so daß für sie im Grunde kein Anlaß besteht, in diese Räume hineinzusiedeln. Sie unterliegen dort besonderer Unsicherheit, wobei hinzukommt, daß sie keine Externalisierung der Agglomerationsnachteile erwarten können. Dies gibt es ja nur in den Agglomerationsräumen, in denen nach meiner Meinung eine permanente Externalisierung von Agglomerationsnachteilen erfolgt: Wesentliche Agglomerationsnachteile werden als sogenannte „Soziale Leistungen“ von der Gemeinschaft aufgebracht. Sie werden durch Steuern finanziert, und damit entgeht der incentive unmittelbarer Belastung durch den Agglomerationsnachteil in den einzelnen Wirtschaftsplänen, so daß der Agglomerationsraum einen ausgesprochenen Ansiedlungsdruck aufweist; der benachteiligte Raum seinerseits, der diesen Vorteil nicht aufweist und nicht aufweisen kann, wird nun durch die Unsicherheit in der Disposition, die die Konjunkturpolitik in diese Räume hineinbringt, weiterhin benachteiligt. Ich meine also schon: Wenn man in der Tat den Gesichtspunkt einer regional gleichmäßigen Entwicklung und eines gewissen Ausgleichs der ökonomischen Verhältnisse ernst nimmt, muß man agglomerationsfreundliche Maßnahmen ergreifen. Das Argument der Doppelbelastung der Agglomerationsräume sei einmal dahingestellt, aber wenn es zuträfe, würde ich sagen, daß dies doch gerechtfertigt ist unter dem langfristigen strukturellen Ziel einer ausgeglicheneren ökonomischen Struktur des Gesamttraumes.

Ewald Nowotny (Linz):

Das Votum des Herrn Klemmer ist, glaube ich, sehr ernst zu nehmen. Was ich hier im Bereich der empirischen Darstellung gemacht habe, ist

wirklich nur zu verstehen als ein erster Versuch, und zwar ein Versuch zu zeigen, was sich dem Wirtschaftspolitiker in einer Situation offenbart. Das ist meine Intention, das habe ich auch im paper geschrieben. Es ging mir nicht darum zu zeigen, wie es der Konjunkturtheoretiker sieht, der vom reinen Konjunkturzyklus ausgeht und dessen regionale Differenzierung analysiert. Ich wollte vielmehr zeigen — und dafür ist diese Methode die entsprechende —: Wie groß ist die Streuung, die sich dem Wirtschaftspolitiker zu einem gegebenen Zeitpunkt darstellt, ohne den analytischen Teil gleich mitzuliefern? Mein Beispiel zeigt, daß die Streuung in einem gegebenen Zeitpunkt sehr erheblich ist. Sie kann sowohl von unterschiedlichen Intensitäten herrühren, wie auch aus einer Phasenverschiebung der einzelnen Regionalkonjunkturen. Das geht aus dieser „Momentaufnahme“ nicht hervor und ist auch für den Wirtschaftspolitiker im Zeitpunkt der Entscheidung nicht unterscheidbar und wahrscheinlich auch nicht einmal relevant. Darüber hinaus ist es sicherlich richtig, daß für die Analyse hier noch sehr viel empirische Arbeit geleistet werden muß, wobei ich jedoch Skepsis hinsichtlich der Hoffnung anmelden will, daß wir jemals zu eindeutigen Ergebnissen kommen. Es ist ja in dieser Hinsicht gestern Ihr Referat, Herr Klemmer, sehr ausführlich diskutiert worden. Auch wenn man an die empirische Diskussion im Zusammenhang mit der Phillips-Kurve denkt, womit sich Generationen von Ökonometrikern und Theoretikern beschäftigt haben, wird offenbar, daß man in die empirische Arbeit immer wieder sehr facettenreich neue Dinge hineinbringen kann. Ich glaube aber, wenn überhaupt gewisse Schwerpunkte in diesem Forschungsbereich zu setzen wären, so ist wahrscheinlich die empirische Arbeit zur Zeit die wichtigste. Erstens, um zu wissen, in welcher Weise wir überhaupt eine Konjunkturdifferenzierung haben und zweitens, um das Problem der regionalen Multiplikatoren aufzuhellen, d. h. wieweit und wie rasch gewisse Übertragungen vor sich gehen und wie weit ich regional differenzierte Eingriffe vornehmen kann. Das sollte man wirklich unterstreichen. Ich bin Herrn Klemmer für seine Hinweise deshalb sehr dankbar.

Was den Beitrag von Herrn Peters betrifft, so muß ich sagen, daß ich schon etwas amüsiert war, wenn gerade er an mich die Frage nach der politischen Durchsetzbarkeit stellt. Ich glaube, eine Konjunkturpolitik und gerade eine differenzierte, die keine Widerstände findet, ist nicht das Papier wert, auf das sie gedruckt wird. Das habe ich auch geschildert am Problem der Differenzierung. Ich muß abwägen, ob mir der Effizienzvorteil, den ich dadurch habe, daß ich an unterschiedliche Auslastungen der Kapazitäten anknüpfen will, größer ist als der eventuelle Effizienznachteil, der durch den komplizierteren Entscheidungsprozeß entsteht. Aber daß man gewissermaßen von einer Harmonie der Interessen ausgehen kann, würde ich als unwahrscheinlich ansehen.

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Ich möchte doch noch etwas präzisieren. Meine Frage zielte auf Ihren Einzelvorschlag ab, restriktive steuer- bzw. kreditpolitische Maßnahmen einzusetzen. Glauben Sie denn, daß auch nur die geringste Chance besteht, ein solches Instrumentarium regional differenziert einzusetzen? Könnten Sie speziell dazu etwas sagen?

Ewald Nowotny (Linz):

Danke sehr, daß Sie mich daran erinnern. Das war selbstverständlich gemeint als Instrumentarium des Bundes. Das war vielleicht ein Mißverständnis. Ich gehe davon aus, daß die einzelne Region aus faktischen wie aus rechtlichen Gesichtspunkten sehr wenig konjunkturpolitisch tun kann, sondern daß es sich um eine differenzierte Konjunkturpolitik des Bundes handeln muß. Sie haben in meinem paper gesehen, daß ich hierfür einzelne Ansätze aufgezeigt habe, die möglich sind. Es ist zum Beispiel vom Instrumentarium her durchaus möglich, eine regional differenzierte Aussetzung oder Variation der steuerlich zulässigen Abschreibungssätze vorzunehmen. Das ist technisch ohne weiteres durchführbar. Ich bin mir allerdings nicht sicher, ob es sehr sinnvoll wäre, vor allem deshalb, weil ich glaube, daß das Hauptgewicht einer regionalen Differenzierung in der expansiven Phase der Konjunkturpolitik liegen muß. Sie haben aus meinem Papier sicher entnommen, daß ich einer Regionalisierung der Restriktionspolitik eher skeptisch gegenüberstehe. Ich glaube nämlich, daß in der Expansionsphase die notwendigen massiven Effekte eher über öffentliche Investitionen auszulösen sind. Da ist auf jeden Fall eine regionale Differenzierung möglich, wenn auch nur in relativ engen Bereichen. Aber technisch geht es. Ich darf noch hinzufügen, wir hatten in Österreich längere Zeit eine regionale Differenzierung der steuerlich zulässigen Abschreibungssätze.

Hans-Rudolf Peters (Oldenburg):

Sie haben gerade die These vertreten, daß in einer expansiven Phase eine regionale Differenzierung der Konjunkturpolitik möglich wäre. In der Bundesrepublik Deutschland haben wir genau die umgekehrte Erfahrung gemacht, nämlich, daß sich kombinierte konjunktur- und strukturpolitische Maßnahmen in der depressiven Phase sehr wohl, in der Hochkonjunktur dagegen kaum regional differenzieren und auch politisch nicht durchsetzen lassen. Die Depression der Jahre 1966/67 hat gezeigt, daß durch die Kombination von Konjunktur- und Strukturprogrammen zur Ankurbelung der Wirtschaftskonjunktur und gleichzeitiger Verbesserung der Wirtschaftsstruktur nachweisbar regional differenzierte Wirkungen — beispielsweise durch die regional gezielte Auftragsvergabe der öffentlichen Hand im Infrastrukturbereich — erzielbar waren.

Ewald Nowotny (Linz):

Unter expansiver Konjunkturpolitik verstehe ich hier eine Konjunkturpolitik, die die Expansion anzielt. Also genau das, was Sie meinen. Da hatten wir uns offenbar nicht ganz verstanden. Das Problem der regionalen Abgrenzung ist natürlich ein dorniges. Es besteht kein Zweifel, daß das, was wir als administrative Regionen haben, ich denke speziell an Stadtregionen, wie Stadtstaaten in Deutschland usw., natürlich keine ökonomischen Regionen sind und uns zu den meisten Aspekten wie Mobilitätskriterien usw. nicht entsprechende Abgrenzungen liefern. Nur glaube ich, wenn ich konkrete regionalisierte Konjunkturpolitik betreiben will, dann ist das ganz wesentlich eine Frage der raschen Verfügbarkeit von Daten. Die habe ich eben nur für solche Regionen. Als „second-best“ Lösung könnte man damit wohl auch arbeiten.

Das Votum des Herrn Münnich in bezug auf die in meiner Tabelle 3 angeführten Daten geht vielleicht auf ein Mißverständnis zurück. Ich glaube nicht, daß ein hohes R^2 zeigt, daß nur der Trend erfaßt wurde. Das hohe R^2 ist nicht erstaunlich, denn es geht darum, einen Vergleich zu verändern. Deshalb ist es nicht der Trend, weil es die Veränderungsraten sind, regionale Wachstumsraten und gesamtwirtschaftliche Wachstumsraten — da habe ich ja keinen Trend drin.

Frank E. Münnich (Innsbruck):

Wie hoch sind die absoluten Glieder und wie gut sind die gesichert? Das war nicht mein Argument, das Sie gebracht haben. Mein Argument war, daß der Regressionskoeffizient nicht etwa Unterschiede in der konjunkturellen Anfälligkeit, sondern Unterschiede in der durchschnittlichen Wachstumsrate der einzelnen Regionen widerspiegelt.

Ewald Nowotny (Linz):

Nein, dessen bin ich nicht sicher, weil ich ja die einzelnen Wachstumsraten anführe.

Knut Borchardt (München):

Man muß hier den Verlauf in Regionen unter dem Durchschnitt und über dem Durchschnitt der Wachstumsraten sehen. Wenn man eine bestimmte Region hat, die ständig höhere Wachstumsraten aufweist, dann mag die Schwankung dieselbe sein, aber Sie haben doch grundsätzlich immer höhere Wachstumsraten als in der anderen Region mit niedrigeren durchschnittlichen Wachstumsraten. Sie haben dann auch immer Veränderungsraten. Die Niveaus gehen aber auch in die Veränderungsraten ein.

Ewald Nowotny (Linz):

Ja, wenn ich das mit meinen Worten interpretieren darf, so würde ich sagen, daß mir das R^2 sagt, ob überhaupt ein Zusammenhang zwischen regionalen und gesamtwirtschaftlichen Phänomenen besteht, bzw. wieviel der regionalen Konjunkturentwicklung durch die gesamtwirtschaftliche Wirtschaftsentwicklung „erklärt“ wird. Der Regressionskoeffizient, den ich hier unter Vernachlässigung des (meist nicht signifikanten) absoluten Gliedes als Elastizitätskoeffizient interpretieren kann, sagt mir, ob ich in bezug auf den Gesamtzustand eine überproportionale oder unterproportionale Reagibilität habe. Das ist alles, was damit ausgesagt wird, und ich habe mich davor gehütet, mehr hineinzuzinterpretieren. Das ist immerhin eine nicht uninteressante Information in dem groben Maß, das wir damit haben.

Zum Votum von Herrn Bayer, der von der Praxis her spricht, möchte ich bemerken, ich freue mich natürlich, wenn er mir zustimmt; nur würde ich eigentlich noch weitergehen als er. Ich habe das Problem der konjunkturellen Verstetigung der unverschiebbaren Infrastrukturinvestitionen aufgezeigt. Das gilt nicht nur für die Förderungsgebiete, sondern das gilt auch für die Agglomerationen, weil ja meine Vorstellung dahingeht, daß wesentliche Bereiche des Infrastrukturbedarfes eben nicht unmittelbar kurzfristig, ökonomisch abhängig sind, sondern von ganz anderen realen Faktoren abhängen, wie etwa von der Bevölkerungsentwicklung hinsichtlich des Schulwesens und des Krankenhausbaus. Ich kann also kurzfristige konjunkturelle Schwankungen nicht auf diese realen Faktoren projizieren, ohne daß nicht gefährliche Engpaßsituationen auftreten. Ich würde dieses Problem als generelles ansehen und nicht nur als Problem der regionalen Förderungsgebiete. Das waren die wichtigsten Punkte, die ich dazu bemerken wollte, damit keine Mißverständnisse im Raume stehen bleiben.

Johannes Hampe (München):

Ich möchte noch einmal auf das Problem der Regionenabgrenzung kommen. Allerdings hoffe ich, einen anderen Aspekt aufzuzeigen, nicht den Aspekt, wie die zweckmäßige Abgrenzung erfolgen soll. Regionen sind ja nichts anderes als Aggregationen über den Raum. Das bedeutet, daß man insofern den Raum „herausaggregiert“. Man hat dann keine räumliche Dimension mehr, sondern hat als Region nur noch Punkte mit bestimmten Eigenschaften. Das scheint mir als theoretischer Hintergrund für Regionalpolitik im Grunde nicht ausreichend zu sein. Man kommt den Problemen schon etwas näher, wenn man das Konzept der relevanten Region nimmt — Klaasen hat das zum erstenmal gemacht — und sich zum Beispiel beim Arbeitsmarkt fragt: Bei welcher Entfernung,

d. h. in welcher relevanten Region, kommt es zum Ausgleich zwischen Angebot und Nachfrage beispielsweise hinsichtlich bestimmter Arbeitsqualitäten? Damit ist man bei der entscheidenden Frage, nämlich nach den Entfernungen beziehungsweise allgemein gesagt nach den Kommunikationskosten. Bei Verdichtungsräumen ist die Antwort einfach. Dort sind diese Kommunikationskosten — solange man von den negativen externen Effekten absehen kann — immer noch so niedrig, daß im Unterschied zu ländlichen Gebieten die Agglomerationsvorteile zunehmen und damit diese Gebiete wachsen werden, während es im ländlichen Raum wegen der großen Entfernungen zu Abwanderungen kommt. Damit sind wir bei dem politischen Problem: Welche Entfernungen sind für Pendler noch zumutbar? Man kann deshalb nach meiner Ansicht das Problem der Raumstruktur — Herr Münnich hat es angesprochen — nicht nur langfristig sehen. Das Problem der Raumstruktur, der Städtegrößen und der Lage verschieden großer Städte (als Standorte) zueinander darf man nicht von der Konjunkturpolitik trennen, wenn diese nicht allein sektorale Stabilisierungs-(und Einkommens-)politik sein soll. Wenn regionale Konjunkturpolitik mehr sein will als sektorale Konjunkturpolitik, muß sie nach meiner Auffassung auch eine Politik der Standortverteilung und damit eine Politik der Raumstruktur und Regionalstruktur sein.

Paul Klemmer (Bochum):

Ich möchte noch kurz zur Frage der Berücksichtigung von regionalpolitischen Anliegen im Rahmen der Konjunkturpolitik Stellung nehmen. Die Berücksichtigung regionalpolitischer Anliegen im Rahmen der Konjunkturpolitik erscheint auf den ersten Blick plausibel und vertretbar. Es gibt aber in bezug auf die Bundesrepublik zwei Einwendungen, die beachtet werden müssen. Erstens fördern wir schon rund 40 Prozent unserer Fläche und erreichen damit eine Größenordnung, die bei der Konzipierung von Ausnahmeregelungen die Effizienz einer globalen Konjunkturpolitik mindern wird. Man müßte somit innerhalb der Fördergebiete nochmals eine Abstufung vornehmen, die konjunkturellen Sonderentwicklungen Rechnung trägt.

Ein zweites Problem ist die Frage, inwieweit ich die Wirkungen eines regionalisierten Konjunkturprogramms auf die Fördergebiete begrenzen kann. So hat der Ausbau der regionalen Infrastruktur nur dann einen positiven Konjunkturreffekt auf ein bestimmtes Teilgebiet, wenn die Primär- und Sekundäreffekte sich hauptsächlich innerhalb der Grenzen dieses Raumes abspielen. Die Verausgabungseffekte eines Mitteleinsatzes müssen somit auf ein Teilgebiet konzentriert bleiben. Da es sich bei den Fördergebieten nicht um autonome Teilräume handelt, ist jedoch zu erwarten, daß ein regionalisierter Mitteleinsatz auch über die

Grenzen dieses Teilgebietes hinauswirkt. Eine gewisse Ausnahme bilden höchstens die Infrastrukturinvestitionen, zumindest wenn sie arbeitskräfteintensiv erstellt werden und somit der Mobilisierung brachliegender Arbeitskräfte innerhalb des zu fördernden Teilgebiets dienen. Eine Regionalisierung der Konjunkturpolitik kann somit in starkem Maße daran scheitern, daß man die begrenzte räumliche Wirkung eines Instrumenteneinsatzes nicht garantieren kann.

Knut Borchardt (München):

Das ist sicherlich richtig. Wenn ich noch ein Wort zu dem häufig auftauchenden Gedanken der Veränderung der Abschreibungspolitik sagen darf, so zeigen eine ganze Reihe von empirischen Studien — ich möchte nicht zuletzt auf eine Studie des Ifo-Institutes verweisen —, daß dieses Instrument weit überschätzt worden ist. Die tatsächliche Wirksamkeit ist wesentlich kleiner, als das immer wieder behauptet wurde. Als konjunkturpolitisches Instrument sollte man deshalb damit zurückhaltender sein, wenn man nicht nur gewisse Gewinnzuweisungen oder etwas ähnliches beabsichtigt.

Frank E. Münnich (Innsbruck):

Wenn ich die Argumentation richtig verstanden habe, so hat Herr Hampe eine gewisse Skepsis gegenüber der Regionalisierung der Konjunkturpolitik aus zwei Gründen: Einmal seien 40 Prozent der Fläche bereits gefördert (Zuruf: 60 Prozent!) —, also 60 Prozent sogar, und wir müßten daher innerhalb dieser Fläche Differenzierungen vornehmen. Zum zweiten hat er bemerkt, er würde sich eventuell dafür aussprechen, wenn man eine Sicherstellung der Effekte, die induziert werden, erreichen könnte. Das sind zweifellos richtige Einwände.

Man darf aber nicht darüber hinwegsehen, daß jede Konjunkturpolitik, welche auch immer, regionalisiert ist. Jede Konjunkturpolitik hat ganz bestimmte Stellen, ganz bestimmte Regionen, ganz bestimmte Raumpunkte, an denen Entzugseffekte oder Einflüsseffekte entstehen. Konjunkturpolitik ist immer regionalisiert. Es gibt gar keine Globalsteuerung im vollen Sinne des Wortes global, sondern jede als Globalsteuerung ausgegebene Maßnahme hat immer eine ganz bestimmte regionale Verteilung ihrer Wirkung, sei sie nun kontraktiv oder expansiv. Wenn dem aber so ist, dann ist unser Problem doch ganz offensichtlich folgendes: Wie erreiche ich Konsistenz zwischen den längerfristigen Zielvorstellungen, wie sie in der Regionalpolitik angesprochen werden, und den kürzerfristigen Zielvorstellungen, wie sie in der Konjunkturpolitik angesprochen werden? Das heißt, wie erhalte ich Zielkonformität und welcher Mitteleinsatz ist adäquat, damit ich nicht mit den konjunktur-

politischen Maßnahmen etwas kaputt mache, wofür ich hinterher wieder strukturpolitische Gelder rausschmeiße. Oder umgekehrt ausgedrückt: Daß ich nicht die ganzen strukturpolitischen, langfristig gedachten Maßnahmen zur Förderung einer Diffusion der wirtschaftlichen Aktivitäten und eines Ausgleichs in der Regionalwirtschaftsstruktur durch kurzfristige konjunkturpolitisch wirkende Maßnahmen wieder aufhebe. Das ist doch der entscheidende Punkt, daß ich hierin Konsistenz erreiche. Es sei ja zugegeben, daß das Problem der Verflechtung sehr wichtig ist: Wir brauchen irgendwelche Mittel, seien es Verflechtungsmatrizen oder etwas ähnliches, um abschätzen zu können, wie die räumliche Diffusion der einzelnen globalsteuernden Maßnahmen ist.

Ich würde auch sagen, daß es wirklich dringend erforderlich ist, daß man die Zielstellung der Förderung sehr viel klarer herausarbeitet. Ich habe es vorhin mit den beiden Schlagworten versucht, indem ich sagte, man müsse die Umverteilungs- bzw. Wachstumseffekte herausbringen. Wir müssen uns wirklich darüber klar werden, wollen wir eine Region längerfristig durch Umverteilung an die durchschnittliche Lebensstandardsentwicklung anhängen; so wie wir uns entschlossen haben, die Rentner langfristig durch Umverteilung an der Produktivitätsentwicklung der Volkswirtschaft partizipieren zu lassen, einer Produktivitätsentwicklung, die erst dann entsteht, wenn diese Leute gar nicht mehr im Produktionsprozeß stehen; genauso wie wir uns entschlossen haben, daß wir eine permanente Umverteilung zwischen den verschiedenen Einkommensgruppen haben. Das wäre ein Zielvorstellungsgesichtspunkt. Wir müßten uns darauf einigen, welche Regionen hierzu gehören sollen. Diese sollen unter diesem Gesichtspunkt gefördert werden. In diesem Fall würde man wahrscheinlich sagen, wenn sie von der Konjunktur betroffen werden, so ist das o. k., wir müssen alle unseren gemeinsamen Anteil an der Globalsteuerung tragen. Aber für die Regionen, bei denen der Zielpunkt der ist, eine eigenständige ökonomische Entwicklung zu initiieren, die innerhalb einer bestimmten Bandbreite um den als Zielvorstellung gesehenen durchschnittlichen Entwicklungstrend vor sich geht, müssen eben die ganzen politischen Maßstäbe so gesetzt werden, daß diese Regionen keine Tangierung des mittel- und langfristigen Strukturzieles durch die kurzfristigen konjunkturpolitischen Maßnahmen der Globalsteuerung zu erleiden haben. Das wäre mein Votum dazu und ich glaube, in diesem Punkte sind unsere Vorstellungen durchaus konsistent. Daraus ergibt sich natürlich doch die Frage, die vorhin als zu weitgehend angesprochen worden ist, ob es nicht doch eine regionale Differenzierung der Steuersätze geben sollte, aber eben aus langfristigen Erwägungen heraus und nicht in einer bestimmten konjunkturellen Situation. Also durchaus eine regionale Differenzierung der Steuersätze, wie wir sie ja bei den Diskontsätzen längst haben.

(*Horst Siebert* [Mannheim]: Ganz langfristig würden sie sich dann aber wieder anpassen!)

— Ja natürlich, das ist ja auch das Ziel dieser Politik. (Zuruf: Dann müßten Sie auch andere Wechselkurse einführen!) — Das kommt darauf an. Wir kennen sicher eine Reihe von Maßnahmen, deren regionale Auswirkung so mittelfristig ist, daß die Abflußeffekte, sagen wir einer Einkommenssteigerung in der Region, sich erst dann bemerkbar machen würden, wenn wir bereits in einer anderen konjunkturellen Phase sind. Wenn das der Fall ist, dann ist das spill-over-Problem irrelevant. Es wird erst dann relevant, wenn (wie es vorhin im Referat angesprochen wurde) die lags in den interregionalen Interdependenzen so gering sind, daß wir in der Tat einen sofortigen Abfluß der Maßnahmewirkungen aus dem einen Gebiet in andere Gebiete haben. Aber das wäre eine Frage der empirischen Untersuchung, welche Maßnahmen in welchen Bereichen in der Tat eine hinreichende Zähigkeit der Reaktion aufweisen — es reicht ja, wenn der lag ein Jahr ist oder 1 1/2 Jahre nach unseren durchschnittlichen Konjunkturzyklen —, so daß der gewünschte Effekt zunächst einmal in der Region bleibt oder wenigstens zu 80 Prozent hier bleibt. Wenn man wirklich einmal weiß, welche Maßnahmen in welchen Bereichen solche unterschiedlichen Reaktionsmuster aufweisen, dann ist dies möglich. Natürlich hätte ich mit meinem Vorschlag Pech, wenn alle Maßnahmen kurzfristig und schnell zur Diffusion über das ganze Gebiet führen würden.

Georges Fischer (St. Gallen):

Auf die Gefahr hin, daß Sie es überdrüssig werden, immer dasselbe zu hören, darf ich doch mit etlichem Vergnügen feststellen, daß eigentlich alle Redner ungefähr dasselbe, wenn auch mit anderen Worten, gesagt haben, was ich ebenfalls vorgeschlagen habe. Vor allem möchte ich Herrn Bayer danken, denn er hat mir mit dem Hinweis über die falsche Bezeichnung über die Strecke geholfen.

Ich möchte nicht nochmals betonen, daß man die Verknüpfung zwischen Konjunktur- und Strukturpolitik sehen muß, ich möchte auch nicht weiter theoretisieren, sondern ein ganz konkretes Beispiel anführen. Es wurde vorhin gesagt, daß durch die Überlappung unterschiedlicher Maßnahmeneffekte in den Förderungsgebieten langfristig erwünschte Initiativen kurzfristig unterbunden werden. Dabei wurde immer die Infrastrukturpolitik beziehungsweise die Finanzierung von Infrastrukturprojekten angesprochen. Ähnliches gilt aber auch für die Privaten. In der Schweiz machen wir gegenwärtig die Erfahrung, daß in entwicklungsbenachteiligten Gebieten private Investoren, die ausgerichtet auf regionale Entwicklungskonzepte versuchen, an den Kapitalmarkt zu gelangen, nicht mehr

zum Zuge kommen, weil die regionalen Bankinstitute sagen: Unsere Kreditlimiten sind wegen der Stabilisierungsmaßnahmen ausgeschöpft. Selbst wenn dies nicht der Fall sein sollte, ziehen es die Banken vor, ihre begrenzten Mittel dort einzusetzen, wo die Rendite und die Sicherheit größer ist. Die Gefahr greift also über den infrastrukturellen Bereich hinaus.

Knut Borchardt (München):

Ich möchte noch gern den Schlußbemerkungen ein Problem mit auf den Weg geben, das mich seit einiger Zeit beschäftigt, weil wir jetzt ja bei der Regionalpolitik in der Bundesrepublik nicht nur den Standpunkt der Bundesrepublik betrachten dürfen, sondern in den EWG-Raum hinausgehen müssen. Die Problematik, die wir haben, ist eine mehrfache. Auf der einen Seite haben wir gestern gehört, daß unsere nationale Politik eigentlich international abgestimmt werden sollte. Das bedeutet einen Verzicht des Bundes auf Autorität hinsichtlich der Konjunkturpolitik zugunsten einer übernationalen Regelung. Auf der anderen Seite wird dem Bund häufig suggeriert, auf die Durchsetzung allgemeiner Strategien zugunsten einer gewissen Regionalisierung zu verzichten. Die Schwierigkeit besteht offensichtlich darin, nachzudenken über die Instanzenstruktur einer vielgliedrigen Prozeßsteuerung, wenn man sein Heil nicht darin suchen will, neue „Räte“ zu institutionalisieren und zu glauben, daß diese Räte auch funktionieren. Damit ist man natürlich in einem sehr schwierigen Entscheidungsfeld. Dieses Entscheidungsfeld ist deshalb im Augenblick gar nicht zu übersehen, weil wir nicht genau wissen, welches die Determinanten sind, unter denen diese Gremien entscheiden werden.

Aber es kommt ein zusätzliches Problem gerade für die Regionalpolitik hinzu. Was wir in Deutschland ein Fördergebiet nennen, ist im EWG-Maßstab ganz einfach eine Wohlstandsregion. Eine EWG-Studiengruppe hat kürzlich bayerische Fördergebiete besucht. Es war vermutlich ein Fehler, dieser EWG-Studiengruppe die bayerischen Fördergebiete zu zeigen. Das Ergebnis war nämlich ein anderes, als vorher vermutet wurde. Die Mitglieder dieser Kommission hatten den Eindruck, von nun an brauche man nichts mehr zu tun, denn alles sei ganz vorzüglich und in Ordnung im Vergleich mit Nordengland, Süditalien etc.

Unser eigenes Anspruchsniveau ist sehr verschieden von den Anspruchsniveaus in den übrigen EWG-Räumen. Ich will mich nicht darauf hinausreden zu sagen, das sei nur ein politisches Problem. Das ist natürlich ein ganz unmittelbares wirtschaftliches Problem. Herr Münnich hat davon gesprochen, wenn es unser Ziel sei, Regionalpolitik als Sozialpolitik zu betreiben, also ein Umverteilungsziel vorliegt, dann gibt es keinen Zweifel darüber, daß die Verteilungsziele von der Größe des Raumes abhän-

gen. Streuungen sind unterschiedlich tolerabel. Unsere Streuungen in der Bundesrepublik sind im Vergleich zur italienischen Situation fast alle so, daß kein Eingriff nötig scheint. Wir merken ähnliches auch in der Beschäftigungspolitik. Wenn sich ein Land einmal längere Zeit eines hohen Beschäftigungsstandes erfreut hat, verändert sich das Anspruchsniveau. In den zwanziger Jahren waren in England 3 Prozent die — fast utopische — Vollbeschäftigungsnorm. Heute sind 3 Prozent fast eine Katastrophe. Mit der Regionalpolitik ist es ähnlich, mit der Folge, daß wir uns als Wissenschaftler unser Geschäft eigentlich immer selbst schwerer machen. Je besser und je mehr wir bestimmte Zielschwellen überschreiten, um so schwieriger machen wir uns das Geschäft, weil sich inzwischen auch das Anspruchsniveau verändert. Im neuen Zielbereich — das sehen wir bei der Vollbeschäftigungsproblematik ganz deutlich — ist offensichtlich die richtige Steuerung viel schwieriger.

Ich bitte jetzt Herrn Nowotny unter Einbeziehung der Bemerkungen von Herrn Fischer sein Schlußwort zu sprechen, wobei wir immer davon ausgehen, daß ein Schlußwort nicht eine unwidersprechbare Abrechnung ist, sondern die Diskussionen in einer neuen Weise fortsetzt.

Ewald Nowotny (Linz):

Die Gefahr, daß ich eine Abrechnung halte, ist wirklich nicht gegeben. Ich bin sehr dankbar für diese lebendige und für mich sehr interessante Diskussion. Ich darf, wie angekündigt, auch auf das Korreferat von Herrn Fischer mit eingehen, der tatsächlich schon in nuce das zusammengefaßt hat, was das Schwergewicht der Diskussion war: Inwieweit sind Verknüpfungen gegeben oder möglich zwischen Konjunkturpolitik und Regionalpolitik im Sinne von regionaler Förderungs- oder Ausgleichspolitik? Ich glaube — das ist schon in der gestrigen Diskussion über das Referat von Herrn Klemmer stark angeklungen —, daß wir wirklich ganz genau unterscheiden müssen zwischen zwei Dingen. Nehmen wir irgendeinen Indikator, wie zum Beispiel die Arbeitslosigkeit, so muß ich unterscheiden zwischen dem Niveau und der Veränderung. Die Frage nach der regionalen Förderung ist eine Frage des Niveaus der Arbeitslosigkeit. Die Frage der Konjunkturreakibilität ist eine Frage der Veränderung. Meine empirischen Schlüsse lassen es nicht ohne weiteres zu, zu sagen, daß Regionen mit hoher Arbeitslosigkeit auch Regionen mit besonders starken und häufigen Konjunkturschwankungen sind. Eine Verknüpfung der beiden Probleme ist also nur dann zulässig, wenn wir tatsächlich eine Übereinstimmung des Problems der regionalen Strukturschwäche und des Problems der regionalen Konjunkturreakibilität haben. Meine ganz groben empirischen Ansätze dagegen weisen eher darauf hin, daß eine stärkere regionale Reagibilität speziell in den Industrieregionen vorliegt, die an sich ein niedriges Niveau etwa der Ar-

beitslosigkeit, aber relativ hohe Veränderungsraten aufweisen. Das ist die Grundlage der ganzen Debatte. Wenn ich diese Übereinstimmung von Niveau und Veränderung nicht habe, sind eigentlich alle anderen wirtschaftspolitischen Maßnahmen ins Leere gesprochen. Ich würde mich nicht trauen, hier irgendwas apodiktisch zu behaupten, denn das ist ein Gebiet, wo wir sehr seriös und gründlich weiterforschen müssen, um herauszufinden, welche Zusammenhänge bestehen. Bis dahin würde ich jedoch davon ausgehen, daß die alte Faustregel von Tinbergen gilt, wonach ich soviele Instrumente brauche, wie ich mir wirtschaftspolitische Ziele setze; daß es also schwierig ist, mit einem einzigen konjunkturpolitischen Instrument zwei Ziele, nämlich Konjunktur und regionalen Ausgleich zugleich zu erreichen. Man sollte deshalb zuerst einmal versuchen, verschiedene Instrumente zu entwickeln und anzuwenden, die ich auf die verschiedenen und differenzierten Lagen ansetzen kann, wenn ich den Verdacht hege, daß keine Übereinstimmung der Ausgangspositionen vorliegt. Das ist ein wesentlicher Punkt, auf den mich das Votum von Herrn Fischer wieder hingewiesen hat.

Der zweite Punkt ist der der regionalen Multiplikatoren. Ich halte das für eine Kernfrage: Kann ich eine regionale Differenzierung in der Hoffnung durchführen, daß diese tatsächlich der Region, für die sie intendiert ist, zukommt? Auch hier würde ich sagen, das ist im wesentlichen eine empirische Frage. Es gibt auch bereits eine Reihe von Untersuchungen darüber. Vor allem in England wurden sehr viele Untersuchungen über die Größenordnung des regionalen Multiplikators angestellt, die ganz wesentlich von der Art der ursprünglichen Investition abhängt. Es zeigt sich, daß zum Beispiel bei Bauinvestitionen die Abflüsse nicht so groß sind und nicht so schnell vor sich gehen, so daß man in diesem Bereich tatsächlich regional differenzieren kann. Ich halte also regionale Differenzierungen via Bauwirtschaft für möglich und sinnvoll, während ich Bedenken habe bei differenzierten Maßnahmen im Bereich der Investitionsgüter. Regionale Differenzierungen der Steuersätze, der Abschreibungssätze würden gerade auf so etwas hinzielen, so daß diese einen relativ geringen Effekt hätten, weil man mit sehr raschen Abflüssen rechnen muß. Man muß also sehr differenziert nach der Art der geplanten Investition vorgehen. Ich kann mir eine regionale Differenzierung auf dem Gebiet der Bauinvestitionen und der Infrastruktur vorstellen, während ich bei anderen Bereichen, vor allem im Investitionsgüterbereich, wo ich mit hohen Abflüssen rechnen muß, mir eine solche weniger vorstellen kann.

Ich möchte noch einen Punkt hervorheben — damit wir unser Versprechen auch einhalten —, den unser Vorsitzender in die Debatte geworfen hat. Es ist die Frage der Instanzen und das Koordinierungsproblem. Wenn ich das Problem all der vielen Kautelen, mit denen es versehen ist, entkleide und es in einem vielleicht etwas zu undifferenzierten

Aspekt aufzeige, so würde ich doch sagen, daß man im wesentlichen davon ausgehen soll, daß Konjunkturpolitik eine Sache des Zentralstaates ist und daß die Regionen mit Konjunkturpolitik quasi überfordert sind. Das würde ungefähr der Musgraveschen Aufteilung entsprechen, wonach die Allokationsfunktion den regionalen Gebietskörperschaften, die Distributions- und Stabilisierungsfunktion dem Zentralstaat obliegen sollte. Dadurch fällt natürlich das Problem der Koordinierung im wesentlichen weg, weil ich eine ziemlich deutliche Zentralisierung der Verantwortlichkeit habe. Damit ich diese Zentralisierung ausüben kann, muß der Zentralstaat über entsprechende Instrumente verfügen, die er regionalisiert einsetzen kann. Hier kann man aber nicht erwarten, mit dem gegenwärtig vorhandenen Instrumentarium sein Auslangen zu finden, sondern man sollte auch in andere Gebiete hineingehen, speziell hinsichtlich der kurzfristigen Konjunkturpolitik. So sollte man insbesondere auch überlegen, auf administrative Maßnahmen zurückzugreifen. Es tut mir leid, daß die Frage der Schweizer Baubeschlüsse nicht weiterdiskutiert worden ist. Sie stellen nämlich direkt auf differenzierte regionale Kapazitäten ab und sprechen Bauverbote bzw. Baubewilligungen aus. Ich meine, daß man eine Ergänzung des Instrumentariums in der ange deuteten Richtung benötigt. Aber das ist etwas, was über den Rahmen unseres Arbeitskreises weit hinausgeht.

Ob eine stärkere regionale Differenzierung letztlich doch zu einer Einschränkung der konjunkturpolitischen Manövrierfähigkeit führt, kann man so allgemein nicht beantworten. Ganz auszuschließen ist das nicht, aber das ist ja das Wesen dieses Zielkonfliktes, daß wir einen Konflikt haben zwischen, wenn Sie so wollen, gleichmäßiger Infrastrukturentwicklung und konjunktureller Stabilisierung. Daß man diesen Konflikt mit einer Königs idee ganz aufbrechen könnte, hat sicher niemand von Ihnen erwartet. Was ich hoffentlich zu zeigen in der Lage war, bestand darin, diesen trade-off deutlich zu machen, der ja oft übersehen wird, indem nur ein Ziel verabsolutiert wird. Zweitens kam es mir darauf an, Ihnen zu zeigen, wie man den Konflikt doch über gewisse Strecken zumindest entschärfen kann. Das sollte der Kern meiner Aussage sein.

Knut Borchardt (München):

Damit beenden wir die Arbeit unseres Arbeitskreises K. Wenn ich wiederum nach einem Indikator suche für das Interesse, das unsere Arbeit gefunden hat, so würde ich sagen, daß nach meinen Erfahrungen im Verein für Socialpolitik eine Abflußquote des Publikums von heute morgen bis jetzt, die nur 35 Prozent betrug, als außerordentlich günstiger Indikator anzusehen ist. Daraus kann man schließen, daß sowohl die Ansetzung des Themas, wie auch die Arbeit, die wir geleistet haben, angesichts der Existenz freier Willensträger, die jederzeit mit den Füßen hätten abstimmen können, ganz gute Resultate erbracht hat.

Plenum

Ordnungspolitische Probleme der Stabilisierung

Leitung: Heinz Haller, Zürich

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Donnerstag, 5. September 1974, 9.00 - 10.30 Uhr

Stabilitätsförderung durch marktwirtschaftliche Ordnungspolitik — Notwendigkeit und Grenzen

Von Hans Willgerodt, Köln*

Marktwirtschaftliche Ordnungspolitik zielt darauf ab, Regeln zu finden, die die Marktwirtschaft funktionsfähig erhalten. Von diesen Regeln soll sich einerseits die Wirtschaftspolitik leiten lassen, andererseits sollen sich die Wirtschaftenden nach ihnen richten. Solche Ordnungspolitik ist der medizinischen Hygiene ähnlich, denn auch sie soll die Gesundheit eines Systems vorbeugend erhalten und fördern, seine Störungsempfindlichkeit herabsetzen und dazu beitragen, nachträglich heilende Eingriffe auf ein Mindestmaß zu beschränken. Der ordnungspolitische Zeithorizont ist dementsprechend langfristig¹. In der Medizin wie in der Ökonomie gilt jedoch die öffentliche Aufmerksamkeit vorzugsweise demjenigen, der direkt einwirkt und möglichst schnelle Besserungen verspricht, zumal wenn er wie der Chirurg oder der Interventionist sichtbar zugreift. Nur selten kommt die Stunde des ordnenden Hygienikers, der dann allerdings um so nachhaltiger Einfluß nimmt — man denke nur an den allgemeinen Impfzwang zur Verhinderung von Seuchen oder die Einführung einer neugeordneten stabilen Währung. Marktwirtschaftliche Ordnungshygiene gibt im übrigen häufiger an, was vermieden als was aktiv getan werden soll. Damit steht sie dem Lenkungsseifer im Wege, von dem tatendurstige und instrumentengläubige wirtschaftswissenschaftliche Fachleute nicht selten beseelt sind².

* Geboren am 4. Februar 1924 in Hildesheim. 1954 Promotion zum Dr. rer. pol., 1959 Habilitation an der Universität Bonn. Ab 1961 Dozent an der Universität Bonn, ab 1963 ordentliche Professur an der Universität zu Köln. 1968/69 Mitglied der Mitbestimmungskommission der Bundesregierung. Hauptforschungsgebiete: internationale Wirtschaftsbeziehungen, insbes. Integrationsprobleme; Ordnungspolitik; Agrarpolitik; Sozialpolitik, insbes. Mitbestimmungsfragen und Vermögenspolitik; Geld- und Währungstheorie, insbes. Währungsintegration.

¹ Das kann unter wahltaktischen Aspekten hinderlich sein und gibt der marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik oft nur dann größere Chancen, wenn — etwa unter dem Eindruck von Krisen — auch der Zeithorizont der Wähler erweitert wird. Dazu bedarf es freilich einer Aufklärung durch Politiker, die ausreichend sachverständig und glaubwürdig sind. Z. B. wurden 1974 die britischen Parlamentswahlen zwar unter dem Druck einer ordnungspolitischen Frage (Grenzen gewerkschaftlicher Handlungsfreiheit) geführt, die konservative Regierung hatte aber ein inflationistisches geldpolitisches Konzept, und die Wähler waren trotz Krise für prinzipielle Erwägungen nicht empfänglich.

Wenn nicht alles trügt, bahnt sich jedoch eine Wiederbelebung des ordnungstheoretischen Denkens in der westlichen Welt an, die für einige Länder fast einer Erstentdeckung nahekommt³. Diese Wiederbelebung geht darauf zurück, daß es vielfach trotz Anwendung modernster und kompliziertester wirtschaftspolitischer Techniken nicht mehr gelingen will, hinreichende Geldwertstabilität und angemessenen Beschäftigungsgrad in einer erträglichen Kombination zu vereinigen. In den USA, in Großbritannien und Italien ist das Schiff des stabilisierungspolitischen Interventionismus bereits gestrandet, das vom Verzicht auf Ordnungsgrundsätze geleitet war. Nahezu alle Länder, die sich auf den gleichen Kurs einlassen, werden alsbald von einem wirtschaftlichen und politischen Reservenverzehr heimgesucht, der bis zur Staatskrise führen kann. Für diejenigen, die das marktwirtschaftliche System erhalten möchten, ist daher eine Besinnung auf seine von der Alltagspolitik verdeckten Grundsätze notwendig⁴.

² Nachdem die großen ordnungspolitischen Entscheidungen, etwa Wiederzulassung freier Marktpreise, gefallen sind, wird die Aufgabe der Ordnungspolitik schwieriger und stellt auch wirtschaftstheoretisch höhere Anforderungen, ohne so schnelle Erfolge zu gewährleisten, wie das bei dirigistischen oder prozeßlenkenden Eingriffen mindestens optisch und publizistisch möglich ist. Gleichwohl gehören zur marktwirtschaftlichen Ordnungspolitik nicht nur Eingrenzungsvorschriften, sondern teilweise auch Handlungsanweisungen, etwa in der Geldpolitik.

³ Das gilt vor allem für den angelsächsischen Sprachbereich, in dem durch die „keynesianische Revolution“ das ordnungstheoretische Denken zugunsten rein prozeßtheoretischer Überlegungen zurückgedrängt worden war. Nach dem Scheitern einer ordnungspolitisch blinden Prozeßpolitik knüpft man nun an die eigene ordnungstheoretische Tradition an, wobei in den USA — nicht zuletzt unter dem Einfluß der Chicagoer Schule — die Entwicklung weiter fortgeschritten ist als in Großbritannien und man auch die Verbindung zur Rechtswissenschaft aufrechterhalten hat (vgl. z. B. *Journal of Law and Economics*). Immer häufiger werden ordnungspolitische Überlegungen in die Stabilitätsdebatte eingeführt. Vgl. z. B. *Review of Economics and Statistics*, Vol. LIV, August 1972, Aufsatzfolge „The Future of U.S. Wage-Price Policy“ mit den Beiträgen: *Murray L. Weidenbaum*, *New Initiatives in National Wage and Price Policy*, S. 213 - 217; *Gardner Ackley*, *An Incomes Policy for the 1970's*, S. 218 - 223; *Carl H. Madden*, *Controls or Competition — What's at Issue?*, S. 224 - 230 und *Hendrik S. Houthakker*, *Are Controls the Answer?*, S. 231 - 234.

⁴ Selbstverständlich ist marktwirtschaftliche Ordnungspolitik insoweit trotz großer Entwicklungsfähigkeit und Spannweite „systemerhaltend“ und wird daher von denen bekämpft, die die Marktwirtschaft abschaffen wollen. Allerdings befinden sie sich damit in dem alten marxistischen Dilemma, aktuelle marktwirtschaftliche Mißstände zu Lasten der „Ausgebeuteten“ nicht nur hinnehmen, sondern sogar im Interesse des Niederganges des Systems aktiv fördern zu müssen, damit der Untergang des „Kapitalismus“ früher eintritt, während andererseits das Datum dieses Unterganges nicht feststeht. Mildert man die Leiden der „Ausgebeuteten“, so wirkt dies wöglich systemerhaltend, verschärft man sie, so wird das System zwar früher zerstört, kann aber doch länger leben als die „Entrechteten“ und diejenigen, die nach seinem Ende Macht zu erringen hoffen. Insoweit entspricht das Streben nach sofortiger Revolution logisch diesem Denksystem. Die von den

1. Das Grundproblem der marktwirtschaftlichen Stabilisierung

Das Grundproblem der marktwirtschaftlichen Stabilisierung des Wirtschaftskreislaufes besteht heute darin, eine hohe Beschäftigung ohne Inflation zu erreichen. Die praktische Politik ist jedoch in den meisten Ländern davon ausgegangen, daß dieses Problem nicht lösbar sei, denn es bestehe zwischen hoher Beschäftigung und Geldwertstabilität ein nicht auflösbarer Konflikt. Die — meist auf unzureichender Ordnung der Märkte beruhenden — Ursachen für diesen Konflikt wurden entweder nicht untersucht oder als unabänderlich hingenommen. Weitere Ziele, etwa außenwirtschaftliches Gleichgewicht, stetiges und angemessenes Wirtschaftswachstum und Verteilungsgerechtigkeit wurden hinzugefügt, mit der Folge, daß vor allem das Ziel des stabilen Geldwertes weiter relativiert wurde. Vielfach wird die prinzipielle Gleichbehandlung dieser Ziele durch die Währungspolitik gefordert. Dadurch ist es möglich, vor allem das Ziel der Geldwertstabilität in einem politischen Zielkompromiß untergehen zu lassen, anstatt nach Möglichkeiten zur Auflösung der Zielkonflikte zu suchen. Die Formel, es sei immer jenen Zielen die größte Aufmerksamkeit zu widmen, die jeweils am wenigsten verwirklicht sind⁵, beurkundet diesen Zustand. Es handelt sich um eine unverbindliche Leerformel, weil es allein von der politisch bestimmten Lage des für richtig gehaltenen Kompromisses abhängt, ob man ein Ziel für gefährdet hält oder nicht⁶. Hierzu ist festzustellen, daß in den letzten Jahren in allen Ländern das Ziel der Preisniveaustabilität von den Regierungen zunehmend geringer bewertet worden ist, während man das Beschäftigungsziel zunehmend anspruchsvoller definiert hat. Die Preisgabe des Geldwertes hat aber nicht dazu geführt, daß das Beschäfti-

meisten westdeutschen Gegnern der Marktwirtschaft geforderte langsame Aushöhlung und Abschaffung dieses Systems ist mit dem Risiko der ordnungspolitischen Umkehr behaftet und verspricht daher nur Erfolg, wenn man in dem gemischten System die Publikationsmittel und Bildungseinrichtungen beherrscht und die Bevölkerung zu überreden versucht, alle Mängel dem marktwirtschaftlichen Teil des Systems und alle Erfolge dem dirigistisch-kollektivistischen Teil zuzurechnen.

⁵ Auf Grund gesetzlicher Bindung mußte der Sachverständigenrat zur Begutachtung der gesamtwirtschaftlichen Entwicklung diese Formel wählen; vgl. Jahresgutachten 1964/65, Stabiles Geld — Stetiges Wachstum, Stuttgart und Mainz 1965, S. V.

⁶ Gegenüber Vorschriften, die ausdrücklich das Erreichen der Vollbeschäftigung zum Hauptziel der Währungspolitik erklären, gibt allerdings die Kompromißformel wenigstens die Möglichkeit, auch die Preisstabilität zu berücksichtigen. Die Full Employment Bill (Murray Bill) der USA von 1945 enthält eine gesetzliche Vollbeschäftigungsgarantie; vgl. hierzu: *Henry Hazlitt, The Full Employment Bill, An Analysis*, New York, Washington D. C. Oktober 1945. — Zur Problematik des Zielkompromisses vgl. *Fritz W. Meyer, Glanz und Elend der Vollbeschäftigungspolitik*, in: *Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln*, Heft 1, 1967, S. 23 - 42.

gungsziel in höherem Grade erreicht wurde. Der Geldwert wurde umsonst geopfert, weil die Voraussetzungen nicht oder nicht mehr in ausreichendem Grade erfüllt waren, unter denen man Arbeitslosigkeit durch Inflation bekämpfen kann.

Die Medizin der inflatorischen Vollbeschäftigungspolitik wirkt nämlich außerhalb des Bereiches der reinen Mengenkongunktur nur dann, wenn es ihr gelingt, monopolähnlich überzogene Gruppenansprüche an das Sozialprodukt durch Preissteigerungen real auf ein Niveau herabzudrücken, das mit hoher Beschäftigung vereinbar ist. Die überzogenen Gruppenansprüche sind ein Ergebnis von Verteilungskämpfen, die sich nach einem monopolistischen Schema vollziehen. Es läßt sich stark vereinfacht wie folgt beschreiben: Eine Gruppe hält ihr Angebot am Markt zurück, um ein höheres Entgelt pro Leistungseinheit zu erhalten. Dadurch kann die Produktion dieser Gruppe vermindert werden; eigene, aber vor allem auch komplementäre fremde Faktoren verlieren ihre Beschäftigung. Bei denen, die solche Verteilungskämpfe für harmlos erklären, besteht nun die Hoffnung, daß die freigesetzten fremden Faktoren im Preis nachgeben, so daß schließlich wieder der alte Beschäftigungsgrad zustande kommt, wenn auch bei anderer Verteilung. Im Prinzip, so meint man, brauchen dann die globalen Kreislaufgrößen nicht verändert zu werden, das Preisniveau müsse nicht steigen. In Wirklichkeit geben aber die freigesetzten Faktoren im Preis nicht beliebig nach. Daher bleiben sie unterbeschäftigt. Das gilt nicht nur für unselbständige Arbeit, sondern allgemein.

Um die amtliche Vollbeschäftigungsgarantie einzulösen, sorgt deswegen die Regierung für eine Aufblähung der effektiven Nachfrage. Damit soll eine inflationistische Korrektur der Gruppenforderungen ermöglicht und der Beschäftigungsgrad gehoben werden. Immer mehr Gruppen wehren sich aber erfolgreich gegen diese Beschneidung ihrer Ansprüche und passen ihre Entlohnungs- und Preisforderungen immer schneller und sogar prophylaktisch übertreibend der Inflation an. Es entsteht ein Wettlauf der Währungspolitik mit der Gruppenmacht, den die Regierungen nicht gewinnen können, solange die Freiheit zu monopolistischer Lohn- und Preisbildung erhalten bleibt. Denn zum beschäftigungspolitischen Erfolg wäre eine Geldentwertung mit konstanter Rate nicht ausreichend, sondern die Inflationsrate müßte sich unerwartet beschleunigen⁷. Eine zuverlässig konstant bleibende Rate kann nämlich von

⁷ Vgl. *Milton Friedman*, *The Role of Monetary Policy* (Presidential address), in: *The American Economic Review*, Vol. LVIII, März 1968, S. 11: „The widespread belief that there is a permanent trade-off is a sophisticated version of the confusion between ‚high‘ and ‚rising‘ that we all recognize in simpler forms. A rising rate of inflation may reduce unemployment, a high rate will not“.

den Gruppen leicht vorweggenommen werden. Hingegen muß eine Inflation, die sich über das vorweggenommene Maß hinaus beschleunigt, das Währungssystem so stark gefährden, daß die Regierungen das Experiment abbrechen müssen. Der Versuch, marktmächtige Gruppen im Interesse der Vollbeschäftigung durch Inflation zu besteuern, scheidet daher schließlich⁸.

Soweit die Regierungen das Inflationsrezept im Vertrauen auf seine kurzfristige Wirksamkeit anwenden, vor einer kumulativ ansteigenden Geldentwertung jedoch zurückschrecken, führt der Verteilungskampf zur „Stagflation“, also dem Verfehlen beider stabilisierungspolitischen Hauptziele zugleich. Man sieht dann: Auf lange Sicht können sogar solche Doktrinen zum toten Buchstaben werden, die von Keynes stammen.

Oder kann man die keynesianischen Bedingungen wiederherstellen? Hierzu müßte verhindert werden, daß die Gruppenforderungen der Inflation folgen oder sie sogar vorwegnehmen. Ein Verbot sekundärer Lohn- und Preisforderungen oder nicht mit hoher Beschäftigung vereinbar Ansprüche scheidet an der Unmöglichkeit, diese Tatbestände in rechtlich einwandfreier Weise zu identifizieren. Eine „Einkommenspolitik“ dieser Art führt zum allgemeinen Lohn- und Preisstopp und damit zur Aufhebung der Marktwirtschaft. In Ländern, die nicht totalitär regiert werden, lassen sich trotzdem die Gruppenforderungen auf diese Weise kaum zähmen, da eine zurückgestaute Inflation den Abbau der Geldillusion nur noch beschleunigt.

Es könnte aber daran gedacht werden, den Abbau der Geldillusion auf andere Weise zu bekämpfen. In diesem Zusammenhang wird immer wieder davor gewarnt, die Reizschwelle, bei deren Überschreiten sich die Betroffenen gegen Inflation wehren, dadurch zu senken, daß Geldwertsicherungsklauseln zugelassen werden. Stabiler Geldwert wird nicht selten so definiert, daß die „meßbare Geldentwertung (Kaufkraftschwund) unterhalb der Bewußtseinsschwelle“⁹ bleibt. Diese Schwelle liegt jedoch nicht ehern fest. Gelingt es, sie zu heben oder am Fallen zu

⁸ *James Tobin*, Inflation and Unemployment (Presidential address), in: *The American Economic Review*, Vol. LXII, März 1972, S. 13, ist demgegenüber noch des Glaubens, die Inflation könne als neutrales Mittel zur Korrektur überzogener Lohnforderungen verwendet werden: „Inflation lets this struggle proceed and blindly, impartially, impersonally, and nonpolitically scales down all its outcomes. There are worse methods of resolving group rivalries and social conflict“. Tobin übersieht, daß eine zum Zwecke der Vollbeschäftigung inszenierte Inflation gerade nicht unparteilich sein darf, sondern die Investoren begünstigen muß, wenn sie Erfolg haben soll. *Gottfried Haberler*, der in seinem soeben erschienenen Buch: *Economic Growth and Stability, An Analysis of Economic Change and Policies*, Los Angeles 1974, das Gesamtproblem mit gewohnter Meisterschaft untersucht, bemerkt zu der Unterbewertung des Gruppenmachtproblems durch Tobin, diese Darstellung ähnele dem Spiel des Hamlet ohne den Prinzen von Dänemark (S. 255).

hindern, so kann die inflatorische Enteignung fortgesetzt werden, denn was man nicht weiß, das macht nicht heiß. Wenn man nicht geradezu Preisstatistiken verbieten oder zur Geheimsache erklären will, kann wenigstens denen, die vom Baume preisstatistischer Erkenntnis essen wollen, die Verwertung ihres Wissens durch Verbot von Geldwert-sicherungsklauseln untersagt werden. Dies geschieht zur höheren Ehre des Nominalwertprinzips, das als Flankenschutz der monetären Vollbeschäftigungspolitik dient.

Vorübergehend lassen sich gewiß die Geldgläubiger von längerfristigen Verträgen einschließlich der Arbeitsverträge im Schraubstock des Nominalwertprinzips einzwängen und durch Geldentwertung ausplündern. Aber auf die Dauer rächen sie sich. Den Anfang machen die Gewerkschaften mit immer kürzeren Laufzeiten der Tarifverträge. In Erwartung zunehmender Preissteigerungen verlangen sie immer aggressiver lohnpolitische Vorleistungen. Die Unternehmungen müssen ebenfalls immer mehr längerfristige Bindungen bei den Preisen ablehnen, auf Revisionsklauseln bestehen oder die Preise erst nach der Leistung auf der Grundlage von Kostenentwicklungen festlegen. Vor allem für manchen — auch öffentlichen — Bauherren wird damit sein Vorhaben zu einer Fahrt ins Ungewisse. Wenn die Unternehmungen jedoch keine Substanzverluste hinnehmen wollen, müssen sie die Geldillusion aufgeben. Sind Gleitklauseln nicht erlaubt, so kann es unter Inflationsbedingungen kaum noch langfristige Lieferverträge mit fest vereinbarten Preisen geben. Der ganze Mechanismus der ex-ante-Koordination, wie ihn weite Bereiche der Marktwirtschaft kennen¹⁰, wird gestört. Auch bei den Investitionen lebt man dann zins- und preispolitisch von der Hand in den Mund, da weder die Finanzierungsbedingungen noch die Preise der Investitionsgüter für längere Zeit vertraglich festgelegt werden können. Das kann nicht ohne Folgen für das Wachstum bleiben.

Durch das Ausweichen auf immer kürzere Laufzeiten von Verträgen, durch Zurückhaltung von Sachwerten und das Unterlassen möglicher Senkungen der Realpreise entziehen sich die Gruppen, auf die es beschäftigungspolitisch ankommt, den Folgen des Nominalwertprinzips. Deshalb kann auch das Verbot von Gleitklauseln die keynesianischen Bedingungen nicht wiederherstellen, hat aber währungs- und verteilungspolitische Nachteile, von denen noch die Rede sein wird.

Demnach müssen neue Wege beschritten werden. Sie müssen dazu führen, daß wieder gesamtwirtschaftliche Ziele und Regeln anerkannt

⁹ Klaus Stern, Paul Münch, Karl-Heinrich Hansmeyer, Gesetz zur Förderung der Stabilität und des Wachstums der Wirtschaft, Kommentar, 2. Aufl., Stuttgart, Berlin, Köln, Mainz 1967, S. 125.

¹⁰ Vgl. Hans Willgerodt, Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft?, in: Ordo-Jahrbuch, Bd. XVII, 1966, S. 193 ff.

und von den Gruppen beachtet werden. Ein wie immer geartetes gesamtwirtschaftliches System muß mindestens Regeln kennen, nach denen die Teile der Gesamtheit miteinander verkehren. Anderenfalls hört die Gesamtheit auf, als ein erkennbare Eigenschaften aufweisendes Gebilde dauerhaft zu existieren. Dies ist eine von jeglichem Werturteil, kommunistischen Fiktionen oder naturrechtlichen Auffassungen freie wissenschaftliche Aussage¹¹. Konkret bedeutet dies für diejenigen, die die Marktwirtschaft erhalten wollen, daß Verteilungskämpfe insoweit verhindert werden müssen, wie sie mit hoher Beschäftigung und Preisstabilität unvereinbar sind. Keineswegs ist damit ein status quo in der Verteilungs- und Sozialpolitik festgelegt. Es wird aber davon abgesehen, verteilungspolitische Scheinerfolge auf Kosten der Arbeitslosen oder durch den Selbstbetrug inflatorisch aufgepumpter Nominaleinkommen zu demonstrieren.

Wer sich eine Fortsetzung des verteilungspolitischen Freistilrings in Marktwirtschaften wünscht, nimmt in Kauf, daß diese Ordnung daran zerbrechen kann. In der einzigen praktischen Alternative, nämlich der zentral gelenkten Volkswirtschaft, werden jedoch weder Tarifautonomie und Gruppenkämpfe geduldet noch das Leistungsprinzip abgeschafft¹² oder eine egalitäre Einkommensverteilung verwirklicht.

Für eine marktwirtschaftliche Politik ergibt sich, daß die Richtung der Währungspolitik nicht mehr mit Hilfe eines Parallelogramms der wirtschaftlich-politischen Gruppenkräfte bestimmt werden kann. Vielmehr ist das Verhältnis der währungspolitischen Ziele zueinander neu festzulegen. Wenn Inflation als Mittel der Beschäftigungspolitik unwirksam geworden ist, muß das beschäftigungspolitische Ziel mit anderen Methoden verfolgt werden. Zu diesem Zweck sind ausreichende Investitionen

¹¹ Eigentlich sollte man sie am wenigsten dem Sozialisten klarzumachen brauchen, wenn ihn besonders intensive Vorstellungen vom „Gemeinwohl“ bewegen, während der Liberale hierüber schon bei Adam Smith nachlesen kann; vgl. *Jacob Viner*, Adam Smith and Laissez-faire, in: *Journal of Political Economy*, Bd. 35, 1927, S. 198 - 232. Die Vorstellung, daß irgendeine Definition des Gemeinsamen vorliegen muß, hat für sich allein nichts mit Konservierung von Herrschaftsverhältnissen, technokratischen Erwägungen, obrigkeitstaatlichen Bestrebungen der Autonomisierung des Staates gegenüber den Bürgern oder Ähnlichem zu tun, wie immer wieder von Anwälten des Laissez-faire und der unbeschränkten Gruppenouveränität behauptet wird. Besonders ungläubwürdig sind diejenigen, die vom liberalen Staat nur deswegen beliebigen Gruppenfeudalismus fordern, weil sie ihn dann desto leichter aus den Angeln heben und durch ein strafferes Herrschaftssystem ersetzen können. Das Absterben des Staates, wie es sich heute als Kapitulation vor der Gruppenanarchie etwa in Italien beobachten läßt, kann von keinem wie immer gearteten volkswirtschaftlichen System auf die Dauer ohne Schaden überstanden werden.

¹² Vgl. *Hans Willgerodt*, Das Leistungsprinzip — Kriterium der Gerechtigkeit und Bedingung des Fortschritts?, in: *Kapitalismuskritik im Widerstreit*, herausgegeben von Anton Rauscher, Köln 1973, S. 89 - 115.

mit nichtinflationistischen Mitteln zu fördern¹³. Außerdem ist gegen Monopolisierungen unmittelbar vorzugehen. Die Interessengruppen einschließlich der Arbeitsmarktparteien müssen wieder abhängige Variable des Marktes werden. Jedenfalls dürfen sie die Geldschöpfung nicht mehr nach Maßgabe ihrer Monopolisierung, sondern nur noch nach Maßgabe ihrer Produktionsleistung anregen.

Die Entscheidung gegen stabiles Geld kann — wie gesagt — in den meisten Ländern auch kurzfristig das Beschäftigungsproblem nicht mehr lösen. Sie kann es im Gegenteil verschärfen, und zwar deswegen, weil das verteilungspolitische Verhalten der Gruppen vom währungspolitischen Verhalten des Staates nicht unabhängig ist. Wenn zum Beispiel ein wenig sachkundiger Regierungschef den Rat eines privatwirtschaftlich Festgelegten dem Rat eines Währungsfachmannes vorzieht und eine fällige Aufwertung verweigert, obwohl damit eine importierte Inflation beschleunigt wird, so werden die Gewerkschaften inflationistisch überholt. Ihnen drängt sich eine aggressivere Verhaltensweise geradezu auf, die schließlich eingeübt und auch dann noch fortgesetzt wird, wenn die währungspolitische Lage längst verändert ist. Eine mit schlechtem inflationistischem Beispiel vorangehende Regierung kann sich über die Erhitzung des Gruppenegoismus und das daraus folgende Beschäftigungsrisiko nicht beklagen. Insoweit ist die Sorge für stabiles Geld auch eine beschäftigungspolitische Aufgabe, weil sie dazu beiträgt, das Marktverhalten der Beteiligten vor rezessiv wirkenden Entartungen zu bewahren.

¹³ Daß Investitionsförderung im ganzen auch Beschäftigungsförderung ist, hat die Nachkriegsentwicklung der Bundesrepublik Deutschland gezeigt. Dies gilt, obwohl durch Investitionen Arbeitsplätze eingespart werden können. In der wachsenden Wirtschaft mit hohem Außenhandelsanteil sind Strukturveränderungen und damit auch Änderungen der Beschäftigungsstruktur unvermeidlich. Damit sie nicht zu Arbeitslosigkeit führen, muß in den wachsenden Branchen ausreichend investiert werden. Die Investitionsneigung hängt nicht nur von der Verfügbarkeit von Krediten ab, sondern in erster Linie davon, daß die für die Investitionsentscheidungen Zuständigen nicht durch eine unetliche und den wirtschaftlichen Erfolg bestrafende Wirtschaftspolitik abgeschreckt werden. Ein nichtinflationistisches Gleichgewicht trotz höherer Investitionen ist möglich, wenn gleichzeitig die Ersparnis genügend gefördert wird, die mit vermögenspolitischen Maßnahmen verzahnt werden kann. Zu den österreichischen Erfahrungen vgl. *Erich Streissler*, *Investment Stimulation and the Hierarchy of Individual Plans*, in: *Convertibility, Multilateralism, and Freedom*, *World Economic Policy in the Seventies*, Essays in Honour of Reinhard Kamitz, herausgegeben von Wolfgang Schmitz, Wien, New York 1972, S. 49 - 65.

2. Vom Primat der Geldverfassung

2.1 Der Sinn stabilen Geldwertes

Die Befürworter der Marktwirtschaft haben von jeher einen stabilen Geldwert als oberstes Ziel der Währungspolitik angesehen¹⁴. Die Gründe, die hierfür sprechen, sind von hausbackener Solidität:

1. Inflation und Deflation bedeuten wirtschaftlichen Betrug, da sie sich nicht hinreichend voraussehen und in allen Verträgen berücksichtigen lassen. Vor allem: Schwundgeld kann nicht oder nur mit Schwierigkeiten Recheneinheit bleiben. Niemand schlägt ja auch eine Verkürzung des Meters oder eine Erleichterung des Kilogramms zum Zwecke der Vollbeschäftigung vor, obwohl sich die Beschäftigung ohne Zweifel auch dadurch anregen ließe, daß Schwundpackungen zu alten Preisen verkauft werden und zur Bewahrung des Nominalprinzips von den Eichbehörden jedermann verboten wird, die Packungen mit einer alten Waage nachzuwiegen und Nachfüllung zu verlangen. Feste Brotpreise bei variablem Brotgewicht waren übrigens in der mittelalterlichen Stadtwirtschaft durchaus üblich, aber gewiß kein Symbol des Fortschritts¹⁵. An das Betrugsargument knüpfen viele Klagen an, zum Beispiel über vom Geldwert ausgehende veränderte Einkommens- und Vermögensverteilung, Besteuerung von Scheingewinnen, unzulängliche Sicherung durch Indexklauseln usw.

2. Unstabiles Geld ruft Fehlleitungen in Produktion und Vermögensanlage hervor, die durch Höchst- und Mindestpreise nur noch zunehmen.

3. Unstabiles Geld verschärft Schwankungen der Beschäftigung. Für unstetige Deflationen bei nachhaltigem Rückgang der Geldmenge ist dies unbestritten; sie werden deshalb von niemandem gewünscht und stellen eine so gut wie ausgemerzte Seuche dar.

¹⁴ Von dem Streit über die Frage, ob das eigentlich gewollte neutrale Geld mit wertstabilem Geld identisch ist, sei hier abgesehen, da die Abweichung für Zwecke der wirtschaftspolitischen Praxis unbeachtlich ist. Hinter der Forderung nach stabilem Geldwert standen jahrhundertelange Erfahrungen mit merkantilistischen Währungswirren und konventionelle Weisheiten. Auch den Klassikern waren die Möglichkeiten eines nicht neutralen, bewußt zur Anregung der Konjunktur verwendeten Geldes bekannt. Doch fürchteten sie den inflationistischen Mißbrauch und mögliche Rückschläge. Sie wollten das Geld neutral machen und die Wirtschaft vor Deflationen und Inflationen bewahren. Daß ihnen dies nur teilweise gelungen ist, bedeutet keine Entkräftung ihrer Motive. Zur Möglichkeit der inflatorischen Konjunkturanregung vgl. schon: *David Hume*, Vom Gelde, Nationalökonomische Abhandlungen, übersetzt von H. Niedermüller, Leipzig 1877 (ursprünglich 1752); im übrigen *Friedrich A. Lutz*, Das Grundproblem der Geldverfassung, wieder abgedruckt in: ders., Geld und Währung, Tübingen 1962.

¹⁵ Vgl. *Josef Kulischer*, Allgemeine Wirtschaftsgeschichte des Mittelalters und der Neuzeit, 2. Aufl., Darmstadt 1958, 1. Band, S. 197.

Zu rechnen ist jedoch mit unstetigem Zuwachs der Geldmenge, das heißt nicht nur mit zunehmenden, sondern auch mit abnehmenden Zuwachsraten der Geldvermehrung. Auch damit kann ein Beschäftigungsrisiko verbunden sein, und zwar nicht nur wegen der Starrheiten, die der Verteilungskampf hervorruft, sondern auch deshalb, weil es selten gelingt, die Veränderungsraten der Geldvermehrung termingerecht antizyklisch schwanken zu lassen. Eine in der Inflation trainierte Wirtschaft reagiert auf eine verminderte Inflationsrate wie eine an Stabilität gewöhnte Wirtschaft auf Deflation. Wie bei einem Süchtigen kann es zu einer Entziehungskrise kommen. Eine konstante Inflationsrate, die dies vermeidet, hat jedoch gegenüber stabilem Geld keine erkennbaren Vorteile.

2.2 Bedingungen zur Kontrolle des Geldangebotes

Zu den Grundforderungen marktwirtschaftlicher Politik gehört der Primat der Geldverfassung¹⁶, die für Bedingungen sorgen soll, bei denen ein stabiler Geldwert durch Regulierung der Geldschöpfung gewährleistet wird. Das Ziel stabilen Geldwertes wird indessen teilweise auch von denen befürwortet, die aus verschiedenen Gründen eine straffe Kontrolle des Geldangebotes nicht für möglich oder nicht für zweckmäßig halten. So wird behauptet, die Geldmenge habe nur eine sekundäre Bedeutung, es komme auf die effektive Nachfrage an, die unter anderem psychologisch bedingt sei. Daran, daß man ohne Geld kaum legal einkaufen kann, die impulsbedingten Nachfragewünsche mögen so groß sein, wie sie wollen, daß ferner der Kredit zwischen Nichtbanken nicht unaufhörlich losgelöst von jeder Geldbasis zu erweitern ist und auch die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes nicht beliebig zunimmt, wird damit nichts geändert. Um Inflation zu verhindern, kann außerdem die Beschränkung des Geldangebotes selbst dann verwendet werden, wenn die Güternachfrage, auf die es natürlich ankommt, tatsächlich von anderen Faktoren stark beeinflusst wird.

In bestimmten Fällen mag ein erhöhtes Geldangebot nicht ausreichen, um die Nachfrage zu beleben. Ist Expansion angezeigt, um ein Sinken des Preisniveaus zu vermeiden, so kann die Fiskalpolitik wirksamer sein als die Notenbankpolitik. Aber im Normalfall hat auch eine expansive Fiskalpolitik nur Erfolg, wenn sie gleichzeitig Geldschöpfung bedeutet. Sie ist in der Hauptsache nur Geldmengenpolitik mit anderen Mitteln. Der Primat der Währungspolitik bleibt also unberührt.

Ernster sind schon die Einwendungen zu nehmen, die ähnlich wie die alte Banking-Lehre behaupten, es sei technisch nicht möglich, das Geld-

¹⁶ Statt vieler: *Walter Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, Bern - Tübingen 1952, S. 255 ff.

angebot zu kontrollieren. Selbstverständlich kann man währungspolitische Bedingungen schaffen, bei denen tatsächlich die Geldmenge nicht oder nur unzulänglich von der Notenbank kontrolliert werden kann. Aber ein solcher Zustand kann wie folgt geändert werden:

1. An die Stelle starrer Wechselkurse können flexible Kurse treten. Daß starre Kurse bei inflationistischer Umwelt eine Kontrolle der nationalen Geldmenge auf die Dauer unmöglich machen, solange Konvertierbarkeit besteht, ist inzwischen unbestritten. Feste Kurse bedeuten dabei für ein Land mit strafferer Geldpolitik ein Ankaufen des Gegenwertes von Produktionsüberschüssen der Exportwirtschaft zu marktwidrig erhöhten Preisen durch die Notenbank. Die nicht verwendeten Devisenberge der Notenbank sind mit den agrarpolitischen Butter-, Getreide- und Fleischbergen zu vergleichen. Auch Devisen büßen durch längeres Lagern an realem Wert ein, und zwar durch die Auslandsinflation. Anders als bei Agrarüberschüssen wird aber bei Devisenüberfluß auch noch die innere Geldmenge aufgebläht.

Flexible Kurse bedeuten einen Abbau der internationalen Geldillusion, mit der Folge, daß Länder mit stabilerem Geld nicht mehr zu einem internationalen monetären Zwangssparprozeß herangezogen werden können. Daß sich infolgedessen die Inflationsraten in den Weichwährungsändern erhöhen, sofern sie an der alten Geldpolitik festhalten, ist verständlich¹⁷. Der Übergang zu flexiblen Kursen ähnelt der Aufgabe des Nominalwertprinzips im Inland. Auch Geldwertsicherungsklauseln sollen inflationistisches Zwangssparen oder unfreiwillige Vermögensverluste verhindern. Daß die Nutznießer der Inflation international wie national infolgedessen für die Leistungen der bisherigen Inflationsoffer höhere Preise zu zahlen haben, ist richtig und gewollt. Von Geldwertsicherungsklauseln unmittelbar auf eine erhöhte Inflation einer Volkswirtschaft zu schließen, ist aber ebensowenig gerechtfertigt wie vom Floating auf eine Zunahme der Weltinflation. Hierzu ist vielmehr eine Geldvermehrung erforderlich, für die nicht die Sparer verantwortlich sind, die sich mit Geldwertsicherungsklauseln wehren, oder die Stabilitätsländer, die ihre Kurse freigeben.

¹⁷ Wenn durch Wechselkursänderungen der Abbau der Geldillusion gefördert wird, so bedeutet dies nicht, daß ein Abwärtsfloaten zahlungsbilanzpolitisch unwirksam wird; vgl. *William Fellner, Controlled Floating and the Confused Issue of Money Illusion*, in: Banca Nazionale del Lavoro, *Quarterly Review*, Nr. 106, September 1973, Reprint Nr. 22 des American Enterprise Institute, Washington 1974, vor allem S. 14 ff. Würde bei Fehlen von Geldillusion im Anschluß an Abwertungen jede Realeinkommensenkung im Abwertungsland verweigert, so wäre ein Zustand gegeben, bei dem mit Keyneschen Vollbeschäftigungsmethoden ohnehin die Beschäftigung nicht mehr erhöht werden könnte. Hierauf hat *Gottfried Haberler, Economic Growth and Stability*, S. 272, aufmerksam gemacht. Infolgedessen könnte dann auch zur Geldwertstabilität zurückgekehrt werden.

Daß andererseits starre Kurse die Weltinflation trotz internationaler, auch in Güterform geleisteter Zwangskredite erhöhen, ergibt sich schon daraus, daß es keine Deflationen mehr gibt und daher jede Zahlungsbilanzstörung durch inflatorische Anpassung der Überschußländer bereinigt werden muß¹⁸. Flexible Kurse geben wenigstens die Möglichkeit, daß einige Länder aus dem Inflationskartell ausbrechen. Da keine internationalen Währungsbehörden vorhanden sind, die eine den Geldwert stabilisierende Politik betreiben können oder wollen¹⁹, ist die Rückkehr zur Geldwertstabilität allein innerhalb der vorhandenen nationalen Währungsräume möglich. Nur hier gibt es jedenfalls handlungsfähige Notenbanken.

Gegner des Floatings behaupten, es habe die Ölkrise nicht bewältigt. Gewiß! Aspirin ist auch kein Mittel gegen Kurzsichtigkeit. Mit den Zahlungsbilanzproblemen der Ölkrise ist das Floating jedenfalls besser als alle anderen denkbaren Systeme zurecht gekommen. Die Alternativen sind nämlich Deflation oder Devisenzwangswirtschaft. Von gleichem Zuschnitt ist die Behauptung, das Floating habe Protektionismus und Interventionen nicht gehemmt. Man vergißt, welche Interventionen notwendig geworden wären, wenn man starre Kurse beibehalten hätte. Daß ferner durch Floaten die Geldpolitik enthemmt worden sei, steht in Widerspruch zu der gleichzeitig vorgetragenen These, die Zentralbanken hätten trotz Floatens den Wechselkurs in Sorge um den inneren Geldwert nicht frei fallen lassen²⁰. Falsch ist auch die Behauptung, die Devisenspekulation und die Kapitalverkehrskontrollen hätten sich durch das Floating verschärft. Das Gegenteil ist der Fall²¹.

¹⁸ Vgl. *Hans Willgerodt*, Wirtschaftsraum und Währungsraum, in: *Weltwirtschaftliche Probleme der Gegenwart*, Schriften des Vereins für Socialpolitik, N. F. Bd. 35, herausgegeben von E. Schneider, Berlin 1965, S. 348; *Gottfried Haberler*, *Economic Growth and Stability*, S. 169.

¹⁹ Der Internationale Währungsfonds und die EG-Behörden befassen sich vorwiegend mit Plänen zur Erhöhung internationaler Liquidität (Sonderziehungsrechten oder EG-Kreditsystemen), obwohl dies bei flexiblen Kursen im Prinzip überflüssig ist. Vgl. auch *Fritz W. Meyer*, Sonderziehungsrechte für Sonderinteressen, in: *Ordo-Jahrbuch 1970*, S. 93 - 120; *Hans Willgerodt*, *Alexander Domsch*, *Rolf Hasse*, *Volker Merx*, Wege und Irrwege zur europäischen Währungsunion, Freiburg i. Br. 1972, insbesondere S. 124 ff.

²⁰ In diesen Widerspruch verwickelt sich der 44. Jahresbericht der Bank für Internationalen Zahlungsausgleich (Basel, 10. Juni 1974), S. 32. Wenn zunächst noch eigene Reserven an Auslandswährung zur Stabilisierung des Wechselkurses, dadurch der Einfuhrpreise und des inneren Geldwertes verwendet werden, so wird damit bei Kursverfall mehr inländisches Geld pro Devisenbetrag vernichtet als bei gänzlich unverändertem Kurs. Die Reserven werden bei Floating auch deswegen schneller aufgebraucht, weil die Anpassungsinflation der Partner geringer ist.

²¹ In der Bundesrepublik Deutschland ist die Bardepotpflicht aufgehoben worden, in Frankreich, Italien und den Niederlanden die Devisenmarktsplattung, in den USA die Zinsausgleichsteuer, indem das betreffende Gesetz nicht verlängert worden ist. Die innenpolitische Krise der USA ist bei prak-

Natürlich löst das Floaten nicht die Probleme des nationalen Verteilungskampfes. Für Abwertungsländer wird sogar seine Verschärfung behauptet, da die reale Last eines stärkeren Ausgleichs der Leistungsbilanz aufgeteilt werden muß²². Für Aufwertungsländer gilt freilich das Gegenteil, da der Inlandsverbrauch wegen weniger aktiver Leistungsbilanz und verbesserter Terms of Trade wachsen kann, so daß stabilitätskonformes Verhalten der Gruppen erleichtert wird. Wichtiger ist jedoch der Umstand, daß flexible Kurse die Verhaltensweisen von Oligopolen auf internationalen Märkten wettbewerbsfreundlicher werden lassen, da sich bei Kursbeweglichkeit Preisänderungen und sogar Preissenkungen schwerer vermeiden lassen als bei Festkursen²³. So gut wie jeder Schritt zu stärker wettbewerblichem Verhalten mindert aber das Beschäftigungsrisiko und damit die Versuchung für die Währungspolitik, inflatorische Anregungen zu geben²⁴.

tisch gegenüber den wichtigsten anderen Währungen floatendem Dollar ohne spekulative Kapitalbewegungen vorübergegangen, weil man nicht mehr gegen Währungsbehörden mit hoher Aussicht auf Gewinn spekulieren konnte. Vgl. *William Fellner*, *Controlled Floating and the Confused Issue of Money Illusion*, S. 15 f.; vgl. für die größten westlichen Industrieländer: *Rolf Hasse*, *Horst Werner*, *Hans Willgerodt*, *Außenwirtschaftliche Absicherung zwischen Markt und Interventionismus, Erfahrungen mit Kapitalverkehrscontrollen*, Schriften zur Wirtschaftspolitik, Band 7, Frankfurt/Main 1975.

²² Für Altkeynesianer müßte die Abwertung eigentlich erfreulich sein, weil sie Export und Beschäftigung anregt. Vgl. im übrigen Anm. 17.

²³ Bei Wechselkursänderungen muß eine Firma, die einem grenzüberschreitenden Oligopol angehört, stets entweder den Preis in inländischer oder in ausländischer Währung ändern, solange sie nicht Inlands- und Auslandsmarkt voneinander spalten kann. Wenn sie in einem Abwertungsland ansässig ist und den Inlandspreis zur Aufrechterhaltung des Oligopolfriedens nicht ändert, dann sinkt der Auslandspreis um den Abwertungssatz in Auslandswährung. Erhöht sie den Inlandspreis um den Abwertungssatz, um den Oligopolfrieden auf dem Auslandsmarkt nicht zu stören, so kann sie große Teile des Inlandsmarktes verlieren, da sich die Kosten nicht entsprechend der Kaufkraftparität zu ändern brauchen. Viele Fälle liegen zwischen diesen beiden Möglichkeiten und bedeuten stets eine Senkung des Preises in ausländischer Währung. Vgl. auch: *Helmut Gröner*, *Marktprozesse und Zahlungsbilanz*, in: *Ordo-Jahrbuch 1972*, S. 98 ff.; *Werner Glastetter*, *Auf der Suche nach neuen Stabilisierungskonzepten*, in: *Wirtschaftsdienst*, Jg. 54, 1974, Heft 2, S. 99, berichtet über in ähnliche Richtungen gehende Äußerungen von H. Seidler.

²⁴ Die These, daß stärker wettbewerbliches Verhalten das Beschäftigungsrisiko mindere, erscheint auf den ersten Blick paradox, weil aus der Perspektive des Einzelunternehmens die Intensivierung des Wettbewerbs eine Gefährdung seiner Sicherheit und der in ihm enthaltenen Arbeitsplätze bedeuten kann. Für eine volkswirtschaftliche Betrachtungsweise ist diese Sicht jedoch zu eng: Die dem Wettbewerb ausgesetzten Unternehmungen müssen nicht zugrunde gehen, sondern können von einer stärker restriktiven, quasi monopolistischen Verhaltensweise zur Expansion übergehen, ihre Kapazitäten stärker auslasten und zusätzliche Faktoren beschäftigen, weil sich marktstrategische Zurückhaltung nicht mehr lohnt. Selbst wenn aber durch mehr Wettbewerb, zum Beispiel aus dem Ausland, Arbeitsplätze verloren gehen, bedeutet dies nicht, daß die gesamtwirtschaftliche Beschäfti-

Die übrigen Hindernisse, die einer Beherrschung der Geldmenge im Wege stehen, sind harmloser und durch ordnungspolitische Änderungen zu überwinden. Die Zentralbank kann zum Beispiel das Liquiditätsrisiko der Geschäftsbanken deutlich erhöhen, indem sie nicht mehr auf jede Anspannung des Geldmarktes durch Verflüssigung antwortet²⁵. In der Bundesrepublik Deutschland kann die Offen-Markt-Politik geändert, und die Möglichkeit zur beliebigen Rückgabe von Geldmarktpapieren an die Notenbank kann beseitigt werden. Selbst eine Kreditplafondierung ließe sich marktkonform durch Kontingentversteigerung konstruieren, falls sie wirklich notwendig sein sollte. Der lange Bremsweg, den man der Geldpolitik nachsagt, ließe sich im übrigen dadurch verkürzen, daß Überschußreserven nur für sehr kurze Fristen zugelassen und im Normalfall von der Notenbank abgeschöpft werden²⁶. Natürlich muß bei härterer Zentralbankpolitik die Bankenaufsicht verschärft werden, um Bankenkurse so weit wie möglich auszuschließen. Dabei ist den Eventualverpflichtungen größere Aufmerksamkeit zu widmen.

2.3 Die Kontrolle der Geldnachfrage

Die Erfahrung lehrt, daß die Notenbanken bei voller Anwendung ihrer Instrumente durchaus in der Lage sind, die Expansion des Geldangebotes zu bremsen. Wer dies leugnet und trotzdem stabilen Geldwert erreichen will, muß versuchen, die Geldnachfrage unmittelbar zu regulieren. Das Geldangebot wird dann nach der Banking-Regel als ziemlich unwichtige abhängige Variable betrachtet. „Money does not matter“²⁷. Die direkte Begrenzung der Geldnachfrage erfordert aber einen erheb-

gung abnimmt, denn Mehrimporte können schließlich durch Mehrexporte ausgeglichen werden — insbesondere bei flexiblen Wechselkursen ohne große Verzögerung. Strukturänderungen lassen sich im übrigen niemals dauerhaft verhindern, sondern bestenfalls vorübergehend zurückstauen. Wer sich unter dem Druck einer Datenänderung wettbewerblich verhält, büßt weniger Marktanteile und Beschäftigung ein als derjenige, der an einer monopolähnlich-restriktiven Verhaltensweise festhält. Da das Eindringen in wettbewerbliche Märkte im allgemeinen leichter ist als das Eindringen in vermachtete Märkte, wird auch die Umstellung ohne allzu große Beschäftigungseinbußen durch den Wettbewerb erleichtert. Selbstverständlich kann die aufnehmende Branche weniger arbeitsintensiv sein als die rückläufige Branche, jedoch wird das Beschäftigungsproblem verschärft, wenn sich beide Branchen obendrein noch wettbewerbsfeindlich verhalten, vor allem die aufnahmefähige Branche Zugangshindernisse errichtet oder beibehält.

²⁵ Erwägenswert sind auch Vorschläge von *Alois Oberhauser*, Geldpolitik als Liquiditätspolitik, Ein Vorschlag zur Neugestaltung des geldpolitischen Instrumentariums in: *Kredit und Kapital*, 5. Jg., 1972, S. 373 - 404.

²⁶ So auch *Erich Streissler*, *Structural Economic Thought, On the Significance of the Austrian School Today*, in: *Zeitschrift für Nationalökonomie*, Bd. 29, 1969, S. 265.

²⁷ Zu diesem Problem vgl. *Gottfried Haberler*, *Economic Growth and Stability*, Kapitel 4, vor allem S. 69 ff.

lichen Dirigismus. Ermahnungen, von denen als „moral suasion“ soviel Aufhebens gemacht wird, kämen einem Experiment gleich, das mir aus dem amerikanischen Fernsehen in Erinnerung geblieben ist: Kinder werden ohne Aufsicht an einen Tisch gesetzt, auf dem eine verlockende Sahnetorte steht, wobei ihnen das Naschen verboten wird. Solange Kreditnehmer keine Masochisten sind, kann dieses Verfahren nicht erfolgreich sein. Auch isolierte Diskont- und Zinssatzsteigerungen normalen Umfanges genügen nicht, wenn die Geldnachfrager die Erfahrung machen, daß die Inflation eine beliebige Überwälzung steigender Zinslasten erlaubt. Steuerliche Belastungen, die nicht mit einer Begrenzung des Geldangebotes verbunden werden, können auf längere Sicht ebenfalls unwirksam sein, solange normale Steuersätze gelten.

Ein kurzatmiger Fiskaldirigismus kann Wirkungen auf die Geldnachfrage nur für gering bemessene Perioden erzielen. Nach dem berüchtigten Vorbild der britischen stop-and-go-Politik kann der Versuch gemacht werden, der Geldnachfrage durch eine komplizierte Steuer-, Subventions- und Budgetapparatur in meist halbjährlichem Abstand ständig veränderte Signale zu setzen. Das Bestreben, mit dieser Art von Fiskalpolitik eine gleichmäßigere Entwicklung herbeizuführen, hat nicht nur in Großbritannien mit einem völligen Fehlschlag und mit Inflation geendet. Der kurzfristige Temperaturwechsel hat langfristige Dispositionen der Wirtschaft behindert und damit das Wirtschaftswachstum herabgesetzt²⁸. Obendrein wurde noch die Marktwirtschaft durch umfangreiche Preis- und Lohnkontrollen zum großen Teil aufgehoben und durch ein desorganisiertes System zurückgestauter Inflation ohne totale Zentralsteuerung ersetzt. Dadurch konnte zum Beispiel eine Zuckerknappheit unversehens zu einer „Versorgungslücke“ mit Hortungstendenzen werden. Man weiß nicht, was man mehr bewundern soll: Das unbeirrte Festhalten an einem verfehlten Konzept, die mangelnde Bereitschaft, unter anderem aus den Erfahrungen der nationalsozialistischen Wirtschaftspolitik in Deutschland zwischen 1936 und 1939 richtige Schlüsse zu ziehen²⁹, oder den Gleichmut der britischen Bevölkerung, die

²⁸ Zur Frage der Reaktionen der Wirtschaft auf überzogenen Interventionismus: *Hans Wilgerodt*, Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft?, S. 206 f. Über die britische Situation wurde der deutsche Leser informiert durch: *Jochen Rudolph*, Konjunkturpolitik aus dem Handkoffer, Über die Technik der Nachfragesteuerung in England, in: Frankfurter Allgemeine Zeitung v. 3. 8. 1974.

²⁹ Als Symbol für diese mangelnde Bereitschaft war nach Kriegsende das Buch anzusehen: Vollbeschäftigung. Sechs Studien zur Theorie der Wirtschaftspolitik, Bearbeiter und Herausgeber: Statistisches Institut der Universität Oxford, deutsche Übersetzung Bern 1946; vgl. darin insbesondere den Aufsatz von *K. Mandelbaum*, Ein Vollbeschäftigungsexperiment — Kontrollen in der deutschen Wirtschaft 1933 - 1938. Kritisch dazu: *Fritz W. Meyer*, Geldpolitik, Vollbeschäftigung und Wirtschaftsordnung, in: *Ordo-Jahrbuch* 1948, S. 91 - 124.

dies alles erträgt. Irgendwann wird sich auch dort die Erkenntnis durchsetzen, daß die Geldmenge reguliert werden muß.

2.4 Die Notenbankverfassung

Wenn demnach nichts anderes übrig bleibt als den Primat der Währungspolitik mit wirksamen Mitteln wiederherzustellen, so folgen daraus auch bestimmte Grundsätze für die Notenbankverfassung:

1. Die Notenbank muß in die Lage versetzt werden, das Geldangebot zu beherrschen.
2. Dem Staat ist ebenso wie den Privaten der Zugang zur Geldschöpfung nur insoweit zu öffnen, wie dies mit Geldwertstabilität vereinbar ist. Mindestens insoweit muß die Zentralbank vom Staat unabhängig sein.
3. Die Notenbank darf nicht unabhängig von Verhaltensregeln sein, sondern muß auf das Ziel der Geldwertstabilität verpflichtet werden, das damit an die Stelle der früheren Pflicht zur Stabilisierung des Wechselkurses tritt. Die Verfolgung anderer Ziele muß durch die Bedingung der Geldwertsicherung begrenzt werden. Ein beliebiger Entscheidungsspielraum für von der Regierung unabhängige Währungshüter ist ebensowenig zulässig wie eine Freiheit der Richter vom Gesetz³⁰. Wer verlangt, daß die Zentralbank nicht vorrangig an das Ziel der Geldwertstabilität, sondern gleichrangig oder sogar in erster Linie an die Ziele Vollbeschäftigung, hohes Wachstum, Verteilungsgerechtigkeit oder bessere Infrastruktur gebunden werden soll³¹, entbindet die Zentralbank damit überhaupt von allen Verhaltensregeln, weil für jede beliebige Geldpolitik immer eines dieser Ziele als Rechtfertigung und — meist falsches — Alibi herangezogen werden kann. Der Versuch, ein parlamentarisches Gremium über den jeweils von der Notenbank anzustrebenden Zielkompromiß entscheiden zu lassen, bedeutet nach aller Erfahrung Inflation. Noch nie haben Parlamentarier ernstlich einer Notenbank zu lockere Geldpolitik vorgeworfen. Im übrigen ist die Debatte um eine derartige „Demokratisierung“ des Geldes müßig, da durch Inflation weder dauerhafte Mehrbeschäftigung noch erhöhtes Wachstum, höhere Verteilungsgerechtigkeit oder bessere Infrastruktur zu erreichen sind³².

³⁰ Daß den Notenbankleitern keine beliebige Entscheidungsfreiheit zusteht, hat schon *Walter Eucken*, Grundsätze der Wirtschaftspolitik, S. 257, betont. Die Frage ist nur, ob sie durch Ziele und Regeln oder durch Unterordnung unter staatliche Instanzen begrenzt werden soll.

³¹ In diese Richtung gehen Vorschläge von *Herbert Ehrenberg*, Zwischen Marx und Markt, Konturen einer infrastruktuorientierten und verteilungswirksamen Wirtschaftspolitik, Frankfurt am Main 1973, S. 30 ff., 197 ff., *Claus Köhler* (inzwischen Mitglied des Direktoriums der Deutschen Bundesbank) und *Diethard B. Simmert*, vgl. *Werner Glastetter*, Auf der Suche nach neuen Stabilisierungskonzepten, S. 99 f.

Diese Regeln klingen lapidar und lassen zahlreiche praktische Fragen unbeantwortet. Bei ordnungspolitischen Entscheidungen sind aber immer zunächst die Hauptsätze auszusprechen. Im einzelnen läßt sich darüber streiten, ob die Notenbank an eine Regel kontinuierlicher Geldvermehrung gebunden werden soll. Dies könnte durchaus im Interesse wetterfester, Verwaltungsaufwand, Intelligenz und Moral sparender Lösungen liegen und prozyklischem Verhalten der Notenbank vorbeugen. Allerdings sind auch die Einwendungen gewichtig, so daß mindestens Revisionsmöglichkeiten bestehen müssen.

In Sonderfällen muß außerdem der Übergang zur marktkonformen Handsteuerung unter Betonung der Fiskalpolitik vorbehalten bleiben³². Solche Fälle können bei einer politischen Panik vorliegen, ferner bei extremen Ausschlägen der Konjunktur, die trotz stabilisierender Bemühungen der Währungspolitik vorkommen können, vor allem aber während des Überganges zur Geldwertstabilität. Handsteuerung bedeutet, daß die langfristig orientierte Ordnungspolitik vorübergehend ihre Grenzen erreicht hat. Auch Hygiene kann nicht alle Krankheiten

³² Bei Wegfall der Geldillusion ist durch Inflation keine dauerhafte Mehrbeschäftigung zu erzielen, solange sich die Gruppen nicht stabilitätskonform verhalten; das Wachstum nimmt bei Dauerinflation wegen verminderter Realersparnis und verzerrter Investitionsstruktur ab, vor allem, wenn am Nominalwertprinzip festgehalten wird; die Inflation enteignet vor allem ärmere Sparer und alle gering Verdienenden, für die die Kosten der Disposition in inflationssicheren Werten zu hoch sind; die Inflation erhöht vor allem die Preise für Bauleistungen und andere Infrastrukturvorhaben.

³³ In gleichem Sinne: *Lionel Robbins*, in: Demand Management, Globalsteuerung, Symposium 1971, herausgegeben von Herbert Giersch, Tübingen 1972, S. 19; *Gottfried Haberler*, ebendort, S. 117. Entgegen einer die Kritik erleichternden Legende ist in Deutschland bereits in der Weltwirtschaftskrise und jedenfalls vor Erscheinen der General Theory of Employment, Interest and Money von *Keynes* durch liberale Autoren das Instrumentarium der für den Notfall unentbehrlichen modernen Beschäftigungspolitik entwickelt und in einer auch Politikern verständlichen Form mit Nachdruck vorgetragen worden, vor allem von *Wilhelm Röpke* (Krise und Konjunktur, Leipzig 1932), der zugleich maßgebendes Mitglied der Brauns-Kommission (Gutachterkommission der Reichsregierung zur Arbeitslosenfrage) gewesen ist. Die Gutachten der Kommission lagen der Reichsregierung rechtzeitig im Jahre 1931 vor. Mit der Borniertheit, die insbesondere dem Vorschlag einer durch Auslandsanleihen abgestützten Kreditexpansion und eines damit finanzierten öffentlichen Investitionsprogramms entgegengebracht worden ist, hat sich Röpke im Jahre 1931 in heftiger, aber dem Grade an Verblendung bei Regierung und Wirtschaft angemessener Form öffentlich auseinandergesetzt (zusammenfassend: *Wilhelm Röpke*, Praktische Konjunkturpolitik, Die Arbeit der Brauns-Kommission, in: Weltwirtschaftliches Archiv, 34. Band, Oktober 1931, S. 423 - 464, mit weiteren Angaben). Die verantwortlichen Politiker haben also kein wirtschaftswissenschaftliches Alibi für ihr damaliges Versagen. Im übrigen ist an den bereits im Jahre 1929 veröffentlichten Beitrag von *Alfred Müller-Armack*, Konjunkturforschung und Konjunkturpolitik, in: Handwörterbuch der Staatswissenschaften, 4. Aufl., Ergänzungsband, S. 645 bis 677, zu erinnern.

verhindern, sie kann aber ihre Überwindung fördern und ist allemal während und nach jeder Operation unentbehrlich.

Wie insbesondere die *Übergangsprobleme* zu lösen sind, kann hier nicht im einzelnen behandelt werden. Nur das Problem der Geldwert-sicherungsklauseln ist abermals hervorzuheben, weil behauptet wird, die in solchen Klauseln vollzogene Abkehr vom Nominalwertprinzip erschwere die Rückkehr zur Geldwertstabilität. Auch lasse sich der Geldwert schwerer verteidigen, wenn Indexklauseln zugelassen seien. Die Rückkehr zur Stabilität wird jedoch durch Gleitklauseln eher erleichtert, da die Schuldner entlastet werden können³⁴. Was die *Bewahrung* der Stabilität angeht, so sind zwei Fälle zu unterscheiden:

1. Wer das Geldangebot nicht unter Kontrolle halten will, muß in der Tat fürchten, daß die allgemeine Anwendung von Geldwertsicherungsklauseln kumulative Preissteigerungen begünstigt. Einmal in Gang gesetzte Preiserhöhungen können auf jeder Stufe, die höhere indexgebundene Preise zahlen muß, Kredit- und Geldschöpfungen auslösen, obwohl dieser Prozeß selbst bei gänzlich elastischer Geldmenge keineswegs so schnell und einfach abläuft, wie immer wieder leichthin behauptet wird³⁵.

³⁴ Das Beschäftigungsrisiko wird beim Übergang zu stabilem Geld durch Gleitklauseln herabgesetzt, weil die Schuldner vor realer Überlastung bewahrt bleiben. Es kann nicht nachdrücklich genug davor gewarnt werden, das Problem einer Stabilisierungskrise zu unterschätzen. — Der Rückweg zur Stabilität wird für die Schuldner dadurch erleichtert, daß bei Zurückbleiben der Preissteigerung hinter der von ihnen erwarteten Rate die Schuldenlast ebenfalls zurückbleibt. Zu den Einzelheiten: *Herbert Giersch*, Indexklauseln und Inflationsbekämpfung, Kieler Diskussionsbeiträge, Nr. 32, Oktober 1973. Für geldwertgesicherte Anleihen sprechen sich im übrigen aus: *James Tobin*, Inflation und Unemployment, S. 16, der allerdings nicht sieht, daß damit die Chancen der von ihm befürworteten monetären Vollbeschäftigungspolitik wegen geringerer Ausbeutungsmöglichkeit der Sparer herabgesetzt werden; *Friedrich A. Lutz*, Zins und Inflation, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze 42, Tübingen 1973, S. 45.

³⁵ Normalerweise kommt Indexbindung nur für längerfristige Verträge in Betracht. Je kürzer die Vertragslaufzeiten sind, desto weniger wichtig ist die Geldwertänderung und desto mehr stimmen Nominal- und Realpreise überein, so daß Indexklauseln überflüssig werden. Der tägliche Einkauf gegen Kasse hat überhaupt nichts mit Indexklauseln zu tun. Wenn nun eine exogene, unvermeidbare und preissteigernde Störung auftritt (Beispiel Ölkrise), so steigen die indexgebundenen Nominalpreise in den noch nicht abgelauteten längerfristigen Verträgen, um die Realpreise konstant zu halten. Die Abnehmer können versuchen, die Belastung weiterzuwälzen; vor allem, wenn sie gleichzeitig feste Abnahmemengen vertraglich zugesichert haben, ist dies aber schwierig. Primär ist hierfür die Nachfrage bei der nächsten Stufe nicht vorhanden, so daß Einbußen beim Reinerlös entstehen, die mit Kreditaufnahmen überbrückt werden können. Erst wenn solche Kreditaufnahmen zur Massenerscheinung werden, gelingt die Überwälzung wirklich ohne wesentliche Minderung der Absatzmenge. Die belasteten Firmen können aber auch versuchen, beim Einkauf der nicht mit langfristigen Verträgen indexgebundenen Waren Preisnachlässe zu erlangen, indem sie damit drohen, anderenfalls die Einkaufsmenge zu vermindern. Nur wenn auch bei den

2. Bleibt aber bei zunächst noch weiterlaufendem, aber verebbendem Inflationstrend das Geldangebot begrenzt, so ist eine Preiskumulation ausgeschlossen. Sie würde Absatzstockungen hervorrufen und damit den Marktpartnern zeigen, daß die indexgesicherten Realpreise nicht mehr marktgerecht sind.

Die Erlaubnis für Indexklauseln hat aber den Vorzug, Regierung und Währungsbehörden von inflatorischen Experimenten abzuhalten, weil bei herabgesetzter Geldillusion die preispolitischen Folgen schneller sichtbar werden. Die Währungspolitik muß gleichsam ohne Netz und daher entsprechend vorsichtig auf dem Seil gehen. Im übrigen wird das Interesse von Regierung und politisch einflußreichen Schuldner an der Inflation stark vermindert, wenn die Gläubiger sich durch Gleitklauseln sichern können. Der die Beschäftigung gefährdende Verteilungskampf kann weniger leicht durch Inflation verschleiert werden, so daß sich die Wirtschaftspolitik diesem Kampf unmittelbar zuwenden muß, um an die Stelle inflatorischer Symptomkur eine ordnungspolitische Bereinigung der Ursachen treten zu lassen.

3. Wettbewerb und Verteilungskampf — ihre stabilisierungspolitische Bedeutung

3.1 Die These von der nachfrageunabhängigen Inflation

Gegen eine geldpolitische Restriktion wird in mancherlei Variationen vorgetragen, daß auf oligopolistischen Märkten davon keine preisdämpfende Wirkung zu erwarten sei³⁶. Bei rückläufiger Nachfrage komme es

kurzfristigen Verträgen mit täglich neuer Preisbildung Vorstellungen vom traditionell richtigen angemessenen Realpreis dominieren, der nicht unterschritten werden darf, kann sich der Kumulativeffekt voll durchsetzen. Bei geringeren und einmaligen Preisniveausteigerungen (Ölkrise) ist es aber so gut wie ausgeschlossen, daß sich eine derartige Mentalität auf allen Märkten eingeübt hat. Nur bei einer permanent hohen Inflationsrate ist eine solche Kumulation zu erwarten, wie sie von den Vertretern der Schwungradtheorie der Indexklauseln behauptet wird. Das hat die deutsche Inflation von 1919 bis 1923 gelehrt. Es war aber nicht die von Indexklauseln hervorgerufene Geldschöpfung, die die Inflation derartig kumuliert hat, sondern die währungspolitische Verantwortungslosigkeit von Staat und Notenbank.

³⁶ Vgl. die Auseinandersetzung von *Gottfried Haberler*, *Inflation, Its Causes and Cures*, Washington D. C. 1960, S. 38 ff. mit diesen Theorien; ferner *Henry W. Briefs*, *Pricing Power and „Administrative“ Inflation*, Concepts, Facts and Policy Implications, Washington D. C. 1962; *Joachim Klaus*, *Nachfragesteuerung und Kostenpolitik bei heterogener Inflation*, Referat auf der Tagung des Wirtschaftspolitischen Ausschusses der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am 2. u. 3. April 1973 in Salzburg; *Joachim Klaus*, *Unsicherheiten in der Wahl der Stabilisierungsstrategie*, in: *Stabilisierungspolitik*, WSI-Forum vom 5. bis 7. Dezember 1973, herausgegeben vom Wirtschafts- und Sozialwissenschaftlichen Institut des Deutschen Gewerk-

sogar wegen verminderter Kostendegressionen zu Preissteigerungen, denn die Preise würden auf der Grundlage von Gesamtstückkosten kalkuliert und enthielten einen festen Aufschlagssatz für Gewinne. Hierzu sei nur soviel gesagt:

1. In der wachsenden Wirtschaft ist ein absoluter Rückgang der Nachfrage zum Zwecke der Geldwertstabilisierung nicht notwendig, sondern lediglich eine verringerte Zuwachsrate der Nachfrage. Daß allgemein schon verringerter Nachfragezuwachs zu erhöhten Stückkosten führt, dürfte kaum zu beweisen sein. Die Theorie kann also nicht ohne weiteres auf die gesamtwirtschaftliche Ebene übertragen werden³⁷.

2. Daß bei erkennbar rückläufigem Nachfragezuwachs die Oligopolisten trotzdem die vorher üblichen Preiserhöhungen vornehmen werden, ist gerade wegen ihrer Reaktionsverbundenheit kaum wahrscheinlich; denn dieses Verhalten kann für die Beteiligten nachteilig sein, sei es, daß die Gewinne gemindert werden, sei es, daß die Eintrittsschwelle für „New-comers“ gesenkt wird. Allenfalls könnten nachgeholt Lohnsteigerungen für solches Verhalten verantwortlich sein, die aber eine Übergangserscheinung sind.

3. Die Behauptung, die Firmen operierten so gut wie sämtlich im preis-unelastischen Teil ihrer Nachfragekurve und erhöhten bei rückläufigem Nachfragezuwachs durch Preissteigerungen ihren Gesamterlös, ist makroökonomisch unzulässig. Solche unausgenutzten monopolistischen Spielräume können keine allgemeine Erscheinung sein, weil dafür eine gegebene volkswirtschaftliche Gesamtnachfrage, deren Preisniveaulastizität ja gleich eins ist, nicht ausreicht. Anscheinend wird hier doch wieder elastische Geldschöpfung unterstellt.

Wenn Firmen bei weniger wachsender Nachfrage wirklich in vielen Fällen die Preise erhöhen wie bisher, so tun sie es meist im Vertrauen darauf, daß die Geldpolitik früher oder später ihren Kurs ändern und die trügerische Vollbeschäftigungsgarantie in Kraft treten wird. Diese Garantie ist ja nicht allein den Gewerkschaften gegeben, sondern gerade auch der Gesamtheit der Unternehmungen. Eine solche Inflationsillusion kann jedoch gebrochen werden. Hierzu kann die Regierung vor allem

schaftsbundes, Köln 1974; *Werner Glastetter*, Auf der Suche nach neuen Stabilisierungskonzepten, S.97. Vgl. ferner *Franz-Ulrich Willeke*, Marktmacht und Inflation, und *Theodor Pütz*, Kritische Bemerkungen zur These von der „nachfrage-unabhängigen“ schleichenden Inflation, beide vorgelegt dem Wirtschaftspolitischen Ausschuß der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften am 1. und 2. April 1974 in Würzburg.

³⁷ Das schließt nicht aus, daß aus strukturellen Gründen einige Branchen wegen verminderter Zuwachsraten der volkswirtschaftlichen Gesamtnachfrage Einbußen erleiden können, während bei anderen die Bremsung der Zuwachsraten unterdurchschnittlich wirkt.

damit beginnen, die zahlreichen Kartellierungs-, Protektions- und Subventionersuchen notleidender Unternehmen und Branchen glaubwürdig zurückzuweisen, sofern nicht gleichzeitig eine Preissenkungs- und Absatzförderungspolitik getrieben wird³⁸. Beim Übergang zur Stabilisierung kann die Notenbank außerdem auf fortgesetzte Preissteigerungen mit Aufwertungen reagieren, die sie bei Floating durch Einsatz ihrer Devisenreserven herbeiführen kann. Die Wirtschaft wird dadurch monetär und preispolitisch, aber marktkonform in die Zange genommen. Schon die Ankündigung eines solchen Verfahrens könnte einen Mentalitätswandel auslösen, der die Anwendung überflüssig macht.

3.2 Wettbewerbspolitik als Mittel der Stabilisierung

Es wird allgemein anerkannt, daß Maßnahmen zur Belebung des Wettbewerbs die Stabilisierungspolitik erleichtern. Allerdings ist nicht anzunehmen, daß ein scharfes Vorgehen gegen marktmächtige Unternehmen für sich allein zu einer wesentlichen Senkung des gesamtwirtschaftlichen Preisniveaus führen wird³⁹. In der vollbeschäftigten Wirtschaft kann jedenfalls die erhöhte Produktion eines zerbrochenen Monopols oder Oligopols nur auf Kosten der Minderproduktion anderer Unternehmen zustande kommen, denen Faktoren entzogen werden.

Wesentlicher ist, daß bei Wettbewerb die Unternehmungen auf Nachfragedämpfung weniger mit verminderter Beschäftigung und mehr mit preispolitischer Zurückhaltung und sogar Preissenkungen antworten. Der Wettbewerb dient hier also in erster Linie dazu, die Beschäftigung zu sichern. Paradoxerweise reagieren übrigens auch gewinnmaximierende Einzelmonopole im Gegensatz zu Kartellen auf Nachfragerückgang mit Preissenkungen. Kartelle sind also in dieser Hinsicht weitaus gefährlicher⁴⁰. Alle Bestrebungen müssen darauf gerichtet sein, Hindernisse abzubauen, die einer größeren Preisbeweglichkeit nach abwärts im Wege stehen. Ist dies Utopie? Ich glaube nicht: Es gibt auch heute noch

³⁸ Der § 4 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, der Krisenkartelle zuläßt, wäre zu streichen oder zu reformieren. Vgl. auch *Bruno Molitor*, Längerfristige Stabilitätspolitik, in: *Hamburger Jahrbuch für Wirtschafts- und Gesellschaftspolitik*, 1970, S. 52. Wichtiger sind die vom Staat unmittelbar veranlaßten preissteigernden Monopolisierungen, etwa im Verkehrswesen oder Energiebereich.

³⁹ Ähnlich *Erich Hoppmann*, *Konzertierte Aktion und der „Rahmen der marktwirtschaftlichen Ordnung“*, in: *Konzertierte Aktion*, herausgegeben von Erich Hoppmann, Frankfurt am Main 1971, S. 292 f.

⁴⁰ Vgl. *Jürg Niehans*, *Kartelle und Preisflexibilität*, in: *Schweizerische Zeitschrift für Volkswirtschaft und Statistik*, Nr. 94, 1958, S. 315 - 328; *Wilhelm Krelle*, *Kartelle und Preisflexibilität*, desgl. Nr. 95, 1959, S. 209 - 213, und die Antwort von *Niehans* ebendort, S. 213 - 214. Zum Empirischen vgl. auch *Fritz W. Meyer*, *Devisenbewirtschaftung als neue Währungsform*, in: *Weltwirtschaftliches Archiv*, 49. Bd., Mai 1939, S. 448 f.

wesentlich mehr Preiswettbewerb und den ihm gleichzustellenden Wettbewerb mit echten Qualitätsverbesserungen, als meist angenommen wird. Selbst absolute Preissenkungen sind keineswegs selten. Außerdem gibt es zahlreiche ordnungspolitische Möglichkeiten zur Verbesserung der Preisbeweglichkeit. Für die Bundesrepublik Deutschland seien genannt:

Abschaffung der §§ 6 und 7 des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen, also der Ex- und Importkartelle; Verbot der Teilnahme deutscher Firmen an internationalen Selbstbeschränkungsabkommen statt wie bisher wohlwollende Förderung durch die Regierung⁴¹; Reform der EWG-Agrarpolitik mit dem Ziel größerer Preisbeweglichkeit und Systemwechsel im Agrarschutz⁴²; Revision der Ausnahmereiche des Gesetzes gegen Wettbewerbsbeschränkungen.

Das beste Mittel zur Belebung des Wettbewerbs ist jedoch eine stabilisierende Geldpolitik selber. Die Inflation hat Verkäufermärkte geschaffen, mitsamt der obrigkeitlichen Mentalität eines jeden, der Sachwerte oder Leistungen gegen Geld zu verkaufen hat. Wie schnell sich dies jedoch ändern kann, hat die nachträglich milde erscheinende Rezession von 1967 gezeigt. Die Konkurrenz kann allerdings nicht belebt werden, wenn der Unternehmerberuf durch zahllose Maßnahmen und Diffamierungen immer weniger anziehend gemacht wird, so daß er vom Nachwuchs gemieden wird und die Geburtenrate neuer Unternehmen abnimmt⁴³.

3.3 Der Wettbewerb am Arbeitsmarkt und der Verteilungskampf

Je mehr der unternehmerische Wettbewerb belebt werden kann, desto mehr ruht die Verantwortung für stabilitätskonformes Verhalten bei den Arbeitsmarktparteien. Es gibt zahlreiche ordnungspolitische Vorschläge, ein solches stabilitätskonformes Verhalten im Wege einer sogenannten Einkommenspolitik zu erzwingen. Sofern man sich dazu des Mittels der staatlichen Lohn- und Preislimitierung bedient hat, sind die Mißerfolge so offensichtlich, daß sich eine Erörterung nicht mehr lohnt⁴⁴.

⁴¹ Vgl. *Helmut Gröner*, Probleme nichttarifärer Handelshemmnisse, in: *Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln*, Heft 2/1974.

⁴² Vgl. *Hans Willgerodt*, Der „Gemeinsame Agrarmarkt der EWG“, Kritische Betrachtungen zu einer wirtschaftspolitischen Fehlkonstruktion, Walter Eucken Institut, Vorträge und Aufsätze, Nr. 49, Tübingen 1974.

⁴³ Vgl. *Hans Willgerodt*, Flucht vor der Verantwortung und Elitenverschleiß als mögliche Gefahren für die Soziale Marktwirtschaft, in: *Beiträge zur Ordnung von Wirtschaft und Gesellschaft*, Festgabe für Alfred Müller-Armack, in: *Wirtschaftspolitische Chronik des Instituts für Wirtschaftspolitik an der Universität zu Köln*, 1966, S. 135 ff.

⁴⁴ Hierzu *Gottfried Haberler*, *Economic Growth and Stability*.

Andere, intelligentere Vorschläge sind zahlreich, können aber hier nicht im einzelnen behandelt werden. Für sie alle gilt ohne Ausnahme, daß sie scheitern müssen, wenn nicht folgende Bedingung erfüllt wird:

Die Gewerkschaften müssen von der sozialtechnisch unrichtigen Vorstellung Abschied nehmen, sie könnten durch eine stabilitätswidrige Lohnpolitik eine dauerhafte Umverteilung von Einkommen und Vermögen auf Kosten der Selbständigen und der höheren Einkommenschichten herbeiführen und die inflationistische Vollbeschäftigungspolitik könne ihnen dabei behilflich sein. Die inflatorische Anregung mindert bestimmt nicht die Unternehmerngewinne. Stabilitätswidrige Löhne erreichen in der Marktwirtschaft nur Inflation, Arbeitslosigkeit oder Enteignung von Kleinaktionären und Kleinsparern. Von ihnen sind die meisten Arbeitnehmer, so daß es sich wesentlich bei dieser Politik auch um eine Art von Interessenkonflikt innerhalb der Arbeitnehmerschaft handelt.

Die ärmeren Sparer, meist Arbeitnehmer, sind vielfach die einzigen, für die das Nominalwertprinzip noch vom Staat erzwungen werden kann. Sie sind deswegen die wesentlichen Ausbeutungsobjekte inflatorischer Beschäftigungspolitik. Ihnen wird vorgespiegelt, man müsse sie durch Verbot von Geldwertsicherungsklauseln vor „trägerischer Scheinsicherheit“ bewahren, als ob eine unvollkommene Sicherheit nicht besser wäre als überhaupt keine Sicherheit. Ihnen wird durch das Nominalwertprinzip Nichtwissen über die Geldentwertung und eine Art von Preisstopp für die Verzinsung längerfristiger Anlagen verordnet. Denn daß den Sparern steigender Zins keinen vollen Ausgleich bringt, ist theoretisch und empirisch genügend erhärtet⁴⁵. Tröstend wird hinzugefügt, man müsse sie in diesem Zustand belassen, um der Inflationsmentalität nicht weiter Vorschub zu leisten. *Eine* Gruppe müsse übrig bleiben, die an Geldwertstabilität interessiert sei und auf die die Regierung Rücksicht nehmen müsse.

Doch man unterschätzt den Sparer. Er flüchtet in die kürzerfristige Anlage, für die er gleichzeitig höhere Zinsen verlangt, außerdem in Sachwerte. Das Problem der Fristentransformation zwischen Sparen und Investieren verschärft sich damit, denn Staat und Wirtschaft sind auf längerfristigen Kredit angewiesen. Das Ende könnte ein Verfahren sein, wie es in der „lautlosen Kriegsfinanzierung“⁴⁶ der Jahre 1939-45 in Deutschland angewandt wurde: Der Staat verschuldete sich für lang-

⁴⁵ Vgl. Lutz Wicke, Zinserhöhungen bei festverzinslichen Wertpapieren während einer schleichenden Inflation, Ausgleich für inflationsbedingte Realwertverluste?, in: Zeitschrift für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften, 93. Jg. 1973, S. 567 - 585.

⁴⁶ Vgl. Rudolf Stucken, Deutsche Geld- und Kreditpolitik 1914 bis 1953, 2. Aufl., Tübingen 1953, S. 173.

fristige Zwecke nicht beim Publikum, sondern bei den Geschäftsbanken, während diese beim Publikum kurzfristig verschuldet waren. Damit könnte eine empfindliche Bilanzstruktur des Banksystems entstehen, die den Übergang zu einer Politik der Geldwertstabilisierung gewiß nicht erleichtern würde.

Die Erlaubnis, geldwertgesicherte Anleihen zu emittieren, könnte diese Probleme mildern. Der Kapitalmarkt könnte wiederbelebt und das Fristenproblem entschärft werden. Kapitalfehlleitungen könnten verringert werden. Zudem wäre eine große Ungerechtigkeit gemildert.

Gewiß trifft es zu, daß Geldwertsicherungsklauseln Verteilungskämpfe nicht aufheben⁴⁷. Glaubt man im Ernst, daß sie heute noch durch Inflation und Nominalwertprinzip neutralisiert werden können? Immerhin erlauben Indexklauseln die Rückkehr zu längerfristigen Lohntarifverträgen und den Verzicht auf Lohnforderungen, die nur wegen erwarteter Preissteigerungen überzogen worden sind. Solange Geldmenge und Nachfrage am kurzen Zügel gehalten werden, ist auf der anderen Seite nicht einzusehen, weshalb es den Unternehmungen versagt sein soll, über die Tariflöhne hinaus bewegliche Knappheitspreise für Arbeit zu zahlen. Was spricht eigentlich gegen Abwerbungen? Marktwirtschaft ist auch für die Arbeitnehmer in ihrer Eigenschaft als Lohnempfänger da. Ein Lohn-lag ist überhaupt nicht wünschenswert, da er die Konjunkturbewegungen verschärft. Bei stabiler Geldpolitik werden Unternehmungen höhere Löhne ohnehin nur bieten, wenn sie wirklichen Bedarf an zusätzlichen Arbeitskräften haben oder Abwandernde halten wollen.

Die Frage, ob Tarifgebiete besser eng, zum Beispiel auf Einzelfirmen beschränkt, gefaßt werden sollen, oder ob sie das ganze Wirtschaftsgebiet umfassen sollten, hängt auch von der Geldpolitik ab. Ist die Geldpolitik *hart*, so könnte ein gesamtwirtschaftlicher Arbeitgeberverband nicht auf leichte Überwälzung überhöhter Lohnforderungen hoffen und müßte auf Grenzanbieter Rücksicht nehmen.

Ist die Geldpolitik *elastisch*, dann ist jedoch von einem einzelnen Arbeitgeber härterer Widerstand zu erwarten, weil er weniger leicht als eine ganze Branche damit rechnen kann, daß von seiner zusätzlichen Kredit- und Geldnachfrage die Überwälzungsmöglichkeiten verbessert werden⁴⁸. Auch hier wird die strategische Bedeutung der Geldpolitik deutlich.

⁴⁷ *Olaf Sievert*, Einbau von Indexklauseln — Letzte Rettung oder Kapitulation vor der Inflation, in: Saarbrücker Zeitung v. 21. 1. 74, Deutsche Bundesbank, Auszüge aus Presseartikeln, Nr. 30 v. 28. 5. 74.

⁴⁸ Die Mitbestimmung hat in Deutschland allerdings die Aussichten auf eine stabilitätskonforme Lohnpolitik insofern nachteilig beeinflußt, als die Befürchtungen der Vorstände, wegen überhöhter Lohnzugeständnisse, die auf

In jedem Falle muß das Beschäftigungsrisiko auf diejenigen zurückverlagert werden, die es hauptsächlich verursachen, und das sind bei stabilem Geldwert die Arbeitsmarktparteien. Die Tariflohnsteigerungen sollten von der Beschäftigungslage abhängig gemacht werden. Wie dies im einzelnen geschehen kann, erfordert eine — auch rechtliche — Einzelerörterung. Den Arbeitsmarktparteien könnte die Vermeidung von Arbeitslosigkeit durch finanzielle Sanktionen anziehend gemacht werden, indem zum Beispiel die Kosten der Arbeitslosenversicherung, der Umschulungen usw. nicht nach Maßgabe der Zahl der Beschäftigten, sondern im Gegenteil nach Maßgabe der Arbeitslosenziffer den Tarifpartnern angelastet würden. Bei geringer Beschäftigung würde also die Belastung global wachsen und nicht wie bisher abnehmen. Damit würde freilich die — vielleicht nicht sehr starke — konjunkturpolitische Dämpfungsfunktion der Arbeitslosenversicherung abgeschwächt⁴⁹. Leugnet man jedoch jede Gestaltungsfähigkeit der Tarifautonomie, so führt man einen Zustand herbei, der das Beschäftigungsproblem unlösbar macht, sobald die Tarifpartner dies wollen. Für die Beschäftigungspolitik gilt dann, was Cannan auf die Arbeitslosenversicherung gemünzt haben soll: Sie ähnelt einer Feuerversicherung in einem Land, in dem die Brandstiftung erlaubt ist. Deswegen ist das im ganzen vorbildliche deutsche Arbeitskämpfrecht nicht zu demontieren, sondern im Gegenteil weiter im Sinne der Regulierung und Dämpfung von Arbeitskämpfen auszubauen, wobei auch schweizerische Erfahrungen zu beachten sind. Vor allem sind die Rechte Arbeitswilliger und indirekt Geschädigter besser zu sichern.

Konzertierte Aktionen brauchen hingegen, da in den meisten Ländern ohne Einfluß, einstweilen nicht mehr erwähnt zu werden, Orientierungsdaten ebenfalls solange nicht, wie sie nicht einmal der Staat selbst als Arbeitgeber ernst nimmt. Versuche, wie sie in England gemacht worden sind, die Löhne, nicht aber die Preise einzufrieren, sind ebenso abwegig wie das Gegenteil, das jetzt zugelassen wird, nämlich freie Lohnbildung bei zurückgestauter Preisinflation⁵⁰.

Kosten der Aktionäre gewährt werden, von diesen zur Verantwortung gezogen zu werden, wahrscheinlich geringer geworden sind. Ob andererseits der bessere Einblick der Gewerkschaften in die Geschäftslage der Unternehmungen mäßigend gewirkt hat, ist schwer festzustellen. Auf den Einfluß der Anteilseigner im angelsächsischen Bereich hofft: *Sidney Weintraub*, *An Incomes Policy to Stop Inflation*, in: *Lloyds Bank Review*, Januar 1971, S. 7.

⁴⁹ Zu Einzelheiten möglicher Lösungen: *Hans Willgerodt*, *Warum Staatsplanung in der Marktwirtschaft*, S. 214 ff.; *Friedrich A. Hayek*, *Der Wettbewerb als Entdeckungsverfahren*, in: ders., *Freiburger Studien*, Tübingen 1969, S. 264 f.

⁵⁰ Der Erfolg ist, daß die Aktienkurse in England im Juli 1974 auf das Niveau von 1959 gefallen sind, so daß die gesamte britische Industrie mit den Öleinnahmen aus der jüngsten „Ölkrise“ leicht zu kaufen wäre. Die Verstaatlichungsreife kann auf diese Weise erhöht werden.

4. Grenzen der ordnungspolitischen Stabilitätsförderung

Die Grenzen der ordnungspolitischen Stabilitätsförderung in der Marktwirtschaft sind nicht streng zu ziehen. Einmal sind sie mehr technischer Natur: Nicht immer stehen genügend handfeste Regeln für das Verhalten von Regierung und Wirtschaft zur Verfügung. Insbesondere bei plötzlichen Krisen müssen andere, diskretionäre Mittel helfen, die aber den Markt nicht aufheben sollen. Allerdings hängt die Widerstandskraft gegen Krisen von der vorher getriebenen Ordnungspolitik ab.

Außerdem steht die Ordnungspolitik, sie mag so sinnvoll sein wie möglich, gleich aller Vernunft unter dem Vorbehalt, daß die politisch Entscheidenden bereit sind, ihre Regeln zu verstehen und sich ihnen zu unterwerfen. Die Aussichten hierfür sind deswegen nicht mehr allzu schlecht, weil inzwischen alle anderen Möglichkeiten erprobt worden sind und die Erfahrungen, wenn man es ganz milde ausdrückt, zu wünschen übrig lassen. Welche Rezepte man auch immer anwendet: Die Fortsetzung von überhitzten Verteilungskämpfen, wie sie in England und Italien an der Tagesordnung sind, schließt jede Rückkehr zu hoher Beschäftigung bei Geldwertstabilität aus und meist beides zugleich. Deswegen sind die Verteilungskämpfe zu bändigen. Die Stabilität ist nicht billiger zu haben. Wem die Libertätenanarchie der Gruppen wichtiger ist, der muß auf stabiles Geld und hohe Beschäftigung verzichten. Am Ende können allerdings noch höhere Opfer stehen als nur der Verlust des Geldwertes und vieler Arbeitsplätze.

Politische Grenzen der Globalsteuerung und ihre wirtschaftspolitischen Konsequenzen

Von *Carl Christian von Weizsäcker, Bonn**

I seem to see the elder parrots sitting round and saying: „You can rely on us. Every day for 30 years, regardless of the weather, we have said, ‚What a lovely morning‘. But this is a bad bird. He says one thing one day and something else the next“.

J. M. Keynes, Economic Notes on Free Trade II, New Statesman and Nation, 7. April 1931.

Die Kürze der mir zur Verfügung stehenden Zeit zwingt mich zu einem etwas apodiktischen Stil der Präsentation meiner Gedanken und Vorschläge. Bitte legen Sie mir diesen Stil nicht falsch aus: Weder möchte ich zu den „terribles simplificateurs“ gerechnet werden, die der große Jacob Burckhardt zu Recht haßte, noch möchte ich als einer erscheinen, dem es nach jahrzehntelangem vergeblichen Suchen seiner Zunft geglückt ist, den Stein der Weisen in der Stabilisierungspolitik zu finden. Einzig der Stundenplan des Tagungsprogramms und die zu Recht begrenzte Geduld meiner Zuhörer zwingen mich, viele Fragen an meine Fachkollegen und an die Praktiker von Wirtschaft und Politik in die Form weniger und dazu im Vortrag schlecht begründeter Behauptungen zu kleiden. Gerade, weil ich neben Bekanntem einiges Neue sagen will, liegt mir daran, dieses mögliche Mißverständnis von vorneherein auszuräumen, nicht zuletzt auch deshalb, weil wir mit dieser Tagung Gäste in einem Land sind, das es in bewundernswürdiger Weise verstanden hat, gegenüber allem Neuen und Modischen „verblüffungsfest“ zu bleiben, wie es der heute in dieser Stadt lehrende

* Geboren am 28. Januar 1938 in Berlin. 1961 Promotion zum Dr. phil. in Basel. 1965 Habilitation an der Universität Basel. 1965 - 1972 ordentliche Professur für Volkswirtschaftslehre an der Universität Heidelberg. 1968 - 1970 zugleich Professur am MIT, Cambridge Mass. 1972/1974 Professur für Mathematische Wirtschaftswissenschaften an der Universität Bielefeld. Seit 1974 Professur für Wirtschaftliche Staatswissenschaften an der Universität Bonn. Gegenwärtige Hauptforschungsgebiete: Zusammenhang von wirtschaftlichen und politischen Systemen, Verteilungstheorie, Wettbewerbstheorie und -politik.

Herrmann Lübke genannt hat, d. h. vorgeschlagene Änderungen mit Bedacht zu prüfen, ehe man sie übernimmt.

Ausgangspunkte meines Referats sind die politischen Schwierigkeiten, mit denen eine rationale Stabilisierungspolitik zu kämpfen hat. Im ersten Teil versuche ich eine theoretische Erklärung dieser Schwierigkeiten aus der Struktur arbeitsteiliger Gesellschaften. Ausgehend von dieser theoretischen Analyse entwickle ich im zweiten Teil einen Vorschlag, wie man durch marktkonforme Preiskontrollen das Problem besser lösen könnte. Im dritten Teil will ich dann einen Vergleich mit den Vorschlägen zur Indexbindung von Kontrakten anstellen, wie sie heute viel diskutiert werden.

1. Ökonomisch-politischer Rahmen der Globalsteuerung

Meine erste These lautet: *Politik, zumal Wirtschaftspolitik, war, ist und wird in hohem Grade Interessentenpolitik sein.* Die ökonomische Wissenschaft muß mehr als bisher explizit diese Komponente des politischen Entscheidungsprozesses in Betracht ziehen, wenn sie ihrem alten, aber auch heute noch richtigen Namen Politische Ökonomie entsprechen soll. Der normativen Theorie der Wirtschaftspolitik muß sich eine realistische, analytische Politische Ökonomie zugesellen.

Die nächste These: *Der Schlüssel für eine Analyse der Interessentenpolitik, der Struktur von Interessengruppen, ist das Prinzip der Arbeitsteilung, auf dem alle modernen Gesellschaften aufgebaut sind.* Für eine arbeitsteilig organisierte Marktwirtschaft ergibt sich eine wichtige Asymmetrie der Märkte zwischen Angebots- und Nachfrageseite. Im Angebot von Faktoren und Produkten ergibt sich Spezialisierung, in der Nachfrage Diversifikation. Das bedeutet zweierlei: 1. Der für den einzelnen quantitativ wichtigste Markt ist der, auf dem er seine spezialisierte Leistung anbietet. 2. Auf vielen Märkten überwiegt die Zahl der Nachfrager bei weitem die Zahl der Anbieter.

These 3: *Die Interessentengruppen, die politisch vor allem zählen, sind die, in denen sich Anbieter der gleichen Leistung zusammengeschlossen haben.* Ich begründe dies mit der ersten Asymmetrie der Märkte. Politischer Einfluß ist immer ein knappes Gut. Seine Verwendung zugunsten des eigenen materiellen Interesses geschieht am effektivsten, wenn es massiert zur Verbesserung der eigenen Position auf dem weitaus wichtigsten Markt eingesetzt wird. Das ist gemäß der ersten Marktasymmetrie der Markt des spezialisierten Angebots. Dort wiederum ist der Zusammenschluß aller Anbieter als Kartell und/oder als politische Einflußgruppe das günstigste Mittel zur Durchsetzung der Ziele.

These 4: *Obwohl Inflationierung per se keine zusätzlichen Reichtümer schafft, ist sie ein Mittel zur Befriedigung von Ansprüchen mächtiger Anbieterinteressen.* Angesichts des Fehlens gleich mächtiger Nachfragerinteressen ist sie damit ein Mittel der politischen Stabilisierung für die Regierenden. Das gilt selbst dann, wenn jede Geldillusion fehlt, solange nur die soziale Konvention aufrechterhalten bleibt, daß das Geld der Wertmaßstab ist, der bei Kontrakten und Transaktionen verwendet wird.

These 5: *Preisrigidität, eine der wesentlichen Ursachen für die Schwierigkeiten der Stabilisierungspolitik, ist vor allem aus der Arbeitsteilung zu erklären;* und zwar aus der zweiten Marktasymmetrie: Auf einen Verkäufer treffen viele Käufer. Dies beeinflusst die Struktur der Markttransaktionen. Insbesondere trifft der Verkäufer auf Käufer mit unterschiedlichen Wünschen bezüglich der zu kaufenden Quantität der Ware. Unter diesen Bedingungen wird der Transaktions- und Verhandlungsprozeß am besten in einer solchen Weise routinisiert, daß der Verkäufer den Preis fixiert und — innerhalb gewisser Schranken — den Käufer die zu diesem feststehenden Preis zu kaufende Menge bestimmen läßt. Diese Beschreibung trifft vor allem für die Märkte zu, auf denen die Endverbraucher als Käufer auftreten. Auf diese Weise wird auch theoretisch konsistent erklärt (was sonst meist nicht geschieht), weshalb gerade die Konsumentenpreise der Konjunkturerwicklung so nachhinken, ein Phänomen, das angesichts der Rückwirkungen der Konsumentenpreise auf die Lohntarifabschlüsse die Konjunkturpolitik außerordentlich erschwert.

These 6: *Da wegen der Preisrigidität die Mengen auf konjunkturelle Änderungen und auf konjunkturpolitische Maßnahmen schneller reagieren als die Preise, bevorzugen die Politiker konjunkturell expansive gegenüber geldwertstabilisierenden Maßnahmen restriktiver Art.* Denn bei expansiven Maßnahmen erntet man zuerst die Früchte: mehr Produktion und höhere Beschäftigung und bezahlt erst später die Kosten: mehr Inflation. Bei kontraktiven Maßnahmen bezahlt man zuerst die Kosten: weniger Produktion und Beschäftigung und erntet erst später die Früchte. Angesichts der Tendenz der Wähler, die jeweils vorherrschende Wirtschaftslage den Maßnahmen der jeweils Regierenden zuzurechnen, ist der Politiker häufig gezwungen, das zu tun, was rasche Erfolge verheißt, und das zu unterlassen, dessen Erfolge zwar nachhaltig sein mögen, aber spät eintreffen. Da auch Tarifverhandlungen durch die gegenwärtige Inflationsrate, nicht durch die künftige beeinflusst werden, wird eine Politik erschwert, deren Erfolg auf sich warten läßt.

These 7: *Langfristig führt die Präferenz für Expansion seitens der staatlichen Politik in die Stagflation und in eine ernste Gefährdung*

des marktwirtschaftlichen Systems. Ich brauche diese These vor diesem Kreis nicht ausführlich zu begründen. Es ist das Phänomen der gegenseitigen Erwartungsanpassung der Gruppen und Individuen, die dazu führt, daß die „Segnungen“ der Inflationierung nur vorübergehende sind und mit ihrer Hilfe die Vollbeschäftigung nicht auf Dauer gesichert werden kann.

Zum Schluß des ersten Teils noch drei Thesen, die Skepsis gegenüber Lösungswegen zeigen, die hin und wieder vorgeschlagen werden.

These 8: *Eine regierungsunabhängige Zentralbank mit der vollen Befugnis über die Geld- und Kreditpolitik ist politisch unrealistisch.* Eine solche dem Druck der öffentlichen Meinung und der Interessentengruppen nicht ausgesetzte Zentralbank mit quasi richterlicher Unabhängigkeit könnte längerfristig zwar die Stabilität des Geldwerts garantieren, wenn sie ausreichende Befugnisse hätte. Aber sie wäre eine enorm mächtige, mit Exekutivgewalt ausgestattete Institution, deren Unabhängigkeit von Parlament und Regierung verfassungspolitisch bedenklich, vor allem aber heutzutage total unrealistisch ist. Diese Zentralbank müßte z. B. die volle Wechselkursautonomie besitzen, etwas, was Parlament und Regierung keinesfalls aus der Hand geben werden.

These 9: *So wichtig Wettbewerbspolitik ist, so beschränkt ist ihr Wert zur Verminderung der Preisrigidität.* Die Erklärung von Preisrigidität durch zunehmende Marktvermachtung ist m. E. ein analytischer Irrtum. Wettbewerb und Preisrigidität sind durchaus kompatibel, wie die Preisrigidität z. B. kleiner Dienstleistungsbetriebe im konsumentennahen Bereich zeigt. Es ist heute allgemein anerkannt, daß man einen Zustand des Wettbewerbs nicht mit einem Zustand vollkommener Konkurrenz verwechseln kann. Nur bei vollkommener Konkurrenz mit einem börsenähnlich organisierten Markt ist Preisrigidität ausgeschaltet.

Die heutige Tendenz, alle Mißstände durch die Marktmacht großer Konzerne zu erklären, hilft dem Ziel der Machtkontrolle gar nichts. Im Gegenteil: Je diffuser die Vorstellungen über Vermachtung werden, desto weniger praktikabel wird wirkliche Machtkontrolle.

These 10: *Preiskontrollen und Preisstopps herkömmlicher Art tragen nichts zur Lösung des Inflationsproblems bei.* Diese Maßnahmen sind eine artifizielle zusätzliche Komponente der Preisrigidität. Sie verschärfen die Probleme, statt sie zu lösen. Die Präferenz für auf die Dauer stagflationäre Expansionspolitik der Regierungen wird nur noch größer. Die Erfahrungen der letzten Jahre bestätigen diese These.

2. Marktkonforme Preiskontrollen

In diesem zweiten Teil möchte ich, aufbauend auf der thesenförmigen Analyse der Situation im ersten Teil, Vorschläge zur marktkonformen Preiskontrolle machen, von denen ich annehme, daß sie das Geschäft der Stabilisierungspolitik wesentlich erleichtern würden.

Wenn das Problem der Stabilisierung vor allem ein politisches ist, dann muß ein Lösungsvorschlag das Verhalten des politischen Systems in Rechnung stellen. Der Vorschlag, den ich machen möchte, beabsichtigt genau das. Zur Vereinfachung der Darstellung stelle ich mich vorerst auf einen monetaristischen Standpunkt. Danach ist längerfristig betrachtet das nominelle Sozialprodukt proportional zur Geldmenge. Ferner wird längerfristig das reale Sozialprodukt nicht durch die Geldmenge als solche beeinflusst. Es folgt, daß im längerfristigen Zusammenhang das Preisniveau proportional zur Geldmenge ist. Mein Vorschlag ist, die langfristigen Effekte auf das Preisniveau, die durch Geldmengenänderungen ausgelöst werden, mit Hilfe des Instrumentariums von Preiskontrollen in kurzfristige Effekte zu verwandeln. Auf diese Weise würde der zeitliche Vorlauf von Mengeneffekten der Geldpolitik beseitigt und damit eine wesentliche politische Schwierigkeit heutiger Inflationsbekämpfung entfernt. Dies alles kann auf folgende Weise ins Werk gesetzt werden.

Der Staat setzt das volkswirtschaftliche Preisniveau jeweils per Dekret fest. Das tatsächliche Preisniveau kann aber nicht willkürlich gewählt werden, sondern muß jeweils entsprechend der Geldmengenänderung geändert werden. Diese Vorschrift ist gesetzlich verankert. Wenn π_t die prozentuale Veränderungsrate des Preisniveaus von Quartal zu Quartal ist, wenn μ_t die entsprechende Rate der Geldmengenänderung ist und wenn ξ_t die Trendrate der Veränderung des realen Sozialprodukts ist, so soll die Formel

$$(1) \quad \pi_t = \mu_{t-1} - \xi_{t-1}$$

gelten. Der time lag der Geldpolitik auf das Preisniveau würde damit noch etwa ein Vierteljahr betragen. Preiskontrollen werden hier also gerade dazu genutzt, die Preisrigidität abzubauen, statt, wie bei konventionellen Preiskontrollen, zu erhöhen.

Wir sind am Preisniveau interessiert, nicht an jedem einzelnen Preis. Es ist also gar nicht nötig, alle Preise festzusetzen. Der Staat kann statt dessen jeder Firma zwar vorschreiben, ihre Preise proportional zur Veränderungsrate des volkswirtschaftlichen Preisniveaus zu verändern, sie aber von dieser Verpflichtung in dem Ausmaß befreien, als die Firma eine andere Firma nachweist, die durch die Gestaltung

ihrer Preise eine Abweichung der ersten Firma von der Vorschrift gerade kompensiert. Es ist leicht zu sehen, daß dies auf ein System transferierbarer und handelbarer Preisänderungsverpflichtungen oder Preisänderungsrechte hinausläuft. Ob es Rechte oder Pflichten sind, kann nicht a priori gesagt werden. Nennen wir sie Preisänderungscoupons. Ein solcher Coupon berechtigt und verpflichtet zur einprozentigen Erhöhung von Verkaufspreisen von Waren mit einem Wertschöpfungsanteil von DM 1000.— im Quartal. Preisänderungen bei Vorleistungen dürfen und müssen ohne Coupon weitergegeben werden. Der Marktwert des Coupon kann, da er Berechtigung und Verpflichtung zugleich ist, positiv oder negativ sein. Da ein Preisniveau dekretiert wird, das sich als Ergebnis der Marktkräfte langfristig ohnehin eingestellt hätte, läßt sich unter unseren monetaristischen Annahmen zeigen, daß der Durchschnittsmarktwert des Coupon über längere Perioden hinweg Null ist.

Ist ein solches Schema realisierbar und vernünftig? Es enthält direkte Preiskontrollen, und die große Mehrheit der Ökonomen lehnt solche ab. Ich weiß also, daß ich in meiner eigenen Zunft keinen leichten Stand mit diesen Vorschlägen haben werde. Dennoch möchte ich den Versuch wagen, dieses Schema als realisierbar und vernünftig zu beschreiben. Dabei gehe ich davon aus, daß gewisse Modelle, die dazu herhalten müssen, eine apodiktische Ablehnung von jeder Art der Preiskontrolle zu rechtfertigen, zu einfach sind und modifiziert werden müssen und daß zweitens eine homöopathische Dosis von Preiskontrolle möglicherweise das einzige Mittel gegen sonst politisch unvermeidlichen Preiskontrollunsinn ist, wie ihn manche westliche Länder in den letzten Jahren erlebt haben und noch erleben.

Ist ein solches flexibles System der Preiskontrollen realisierbar? Das übliche Argument gegen die Realisierbarkeit von Preiskontrollen ist die Möglichkeit ihrer Umgehung durch die Etablierung von schwarzen Märkten. Kein Zweifel: Total unrealistische offizielle Preise induzieren Schwarzmärkte mit anderen Preisen. Aber die hier dekretierten Preise sind ja nicht total unrealistisch. Das Preisniveau ist nur das, was bei freier Marktpreisbildung sich etwas später ohnehin einstellen würde, und insofern können wir es marktkonform nennen. Die Möglichkeit, den einzelnen Preis durch das Couponsystem abweichend von der Entwicklung des Preisniveaus festzusetzen, schafft ein wesentliches Element der Flexibilität, so daß der Druck in die illegale Preisfestsetzung wesentlich gemindert wird. Zudem sollten wir uns des theoretischen Ausgangspunktes erinnern: Die meisten Preise werden von den Anbietern gesetzt, die meisten Preise liegen also entgegen dem Modell vollständiger Konkurrenz über den Grenzkosten, vor allem den kurzfristigen Grenzkosten. Selbst wenn der legale Preis etwas niedriger liegt als der vom Anbieter als optimal empfundene, hat er immer noch

ein Interesse, seine Ware in dem Maße zu verkaufen, wie es der Markt eben zuläßt. Das heißt, er rennt dem Kunden nach, obwohl er nur einen etwas niedrigeren Preis als den von ihm gewünschten verlangen darf. In einer solchen Situation kann aber kein Schwarzmarkt mit höheren Preisen entstehen. Erst wenn der Preisdirigismus zu so unrealistischen Preisen führt, daß der Verkäufer zu diesen Preisen seine Ware lieber gar nicht verkauft, kann der Käufer auf den schwarzen Markt gezwungen werden.

Es muß klargemacht werden, daß das Entstehen von Schwarzmärkten, d. h. die Umgehung des Schemas letztlich eine nicht a priori entscheidbare Frage ist. Man kann sich im Prinzip vorstellen, daß der Marktpreis für Coupons für Preisänderungen so hoch wird, daß die Preiskontrolle als außerordentlich starker Eingriff in die freie Preisbildung empfunden wird. Dann funktioniert das System nicht und wird umgangen. Dann soll es aber auch nicht funktionieren, denn dann wären die Distorsionen in der Ressourcenallokation so beträchtlich, daß wesentliche Elemente des ja zu stabilisierenden marktwirtschaftlichen Systems beseitigt wären.

Damit sind wir aber auch schon bei der Frage: Ist das System vernünftig? Die zuletzt gemachte Bemerkung deutet darauf hin, daß das Schema genau dann nicht durch illegale Aktionen der Wirtschaftssubjekte unterlaufen wird, wenn die durch es ausgelösten Distorsionen im Preissystem und der marktmäßigen Organisation des Produktionsprozesses klein sind, d. h. wenn der Durchschnittswert des Absolutbetrages der Couponpreise klein ist. Der Nachweis der Vernünftigkeit des Schemas beruht also auf dem Nachweis, daß die Couponpreise nicht allzu stark von Null abweichen. Dann überwiegen die politischen Vorteile des Schemas seine ökonomischen Nachteile.

Daß aber die Couponpreise im Durchschnitt hinreichend nahe bei Null liegen, soll mit folgender Argumentation plausibel gemacht werden. Unter unseren streng monetaristischen Annahmen liegt das Problem einer Abweichung des freien Preisniveaus von Formel (1) nur an den zeitlichen Verzögerungen der Wirkungen der Geldpolitik. Diese werden wiederum durch die Preisrigidität erklärt, können also als proportional zur durchschnittlichen Preisrigidität in der Volkswirtschaft angesehen werden. Bei hinreichend geringer Preisrigidität geschieht mit dem Schema das gleiche wie ohne das Schema. Andererseits, gerade weil das gleiche geschieht, übt das Schema kaum Druck auf die freie Preisbildung aus, was sich darin zeigt, daß die Couponpreise niedrig sind. Das Schema nützt dann zwar nichts, aber es funktioniert. Je höher nun die Preisrigidität ist, desto wesentlicher scheint das Schema in die freie Preisbildung einzugreifen. Andererseits, und

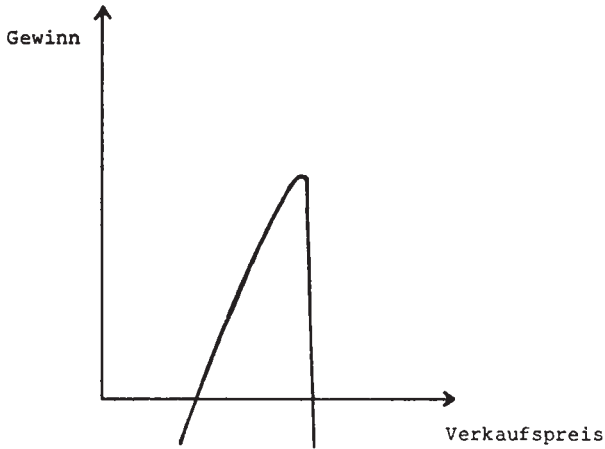


Abb. 1: Niedrige Preisrigidität

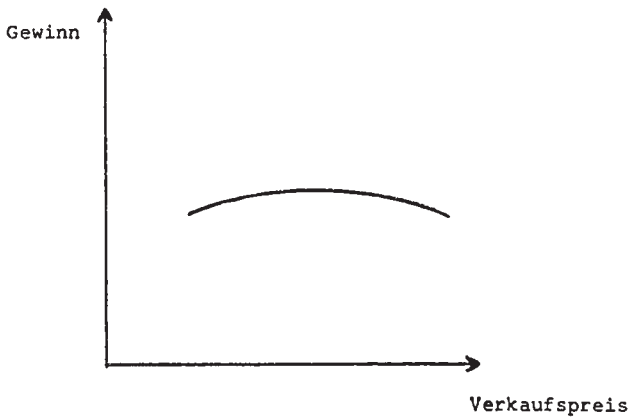


Abb. 2: Hohe Preisrigidität

das ist jetzt entscheidend, ist die Höhe des Couponpreises, die nötig ist, um einen vorgegebenen quantitativen Einfluß auf die Preisbildung auszuüben, um so geringer, je höher die Preisrigidität ist. Das kann wie folgt plausibel gemacht werden: Preisrigidität geht einher mit einer

starken Divergenz zwischen Preis und kurzfristigen Grenzkosten. Tragen wir nun einmal den Gewinn einer Firma gegen ihren Verkaufspreis ab, so sieht die Kurve um so flacher aus, je höher der Kaleckische Monopolgrad, d. h. je größer die Divergenz zwischen Preis und kurzfristigen Grenzkosten ist. Je höher die Preisrigidität, desto flacher also die Preis-Gewinnkurve. Je flacher aber diese Kurve ist, desto geringer müssen die Anreize sein, um das Unternehmen zu veranlassen, von dem Preis abzugehen, den es ohne unser Schema gewählt hätte. Es ist deshalb gar nicht zu erwarten, daß mit steigender Preisrigidität die für die Steuerung des Preisniveaus notwendigen Couponpreise dem Absolutbetrag nach steigen müssen. Denn mit der Notwendigkeit, eine größere Wirkung auf das Preisniveau auszuüben, steigt auch die Fähigkeit, dies zu tun. Sofern das System bei geringer Rigidität funktionsfähig ist, bleibt es dies auch bei hoher Preisrigidität.

Man kann diesen Gedanken auch anders ausdrücken. Die konjunkturpolitischen Probleme entstehen durch die gewisse Preissetzungsautonomie der Anbieter, denn das ist ja die Ursache der Preisrigidität. Unser Schema schafft nun Anreize, die kurz- bis mittelfristig vorhandene Preissetzungsautonomie der Unternehmen im Interesse eines raschen Greifens der konjunkturpolitischen Instrumente einzusetzen. Je größer die Preissetzungsautonomie, desto geringer müssen die Anreize sein, um den gleichen Preisniveaueffekt zu erzielen. So steigt zwar mit der Preisautonomie der durch das Schema zu erzielende Preisniveaueffekt, zugleich steigt aber auch die Bereitschaft der Unternehmer, sich im Sinne dieses Effektes zu verhalten. Aus der Not wird mittels des Schemas eine Tugend gemacht; je größer die Not, desto größer die Tugend.

Aus der Fülle der im Zusammenhang mit diesem Schema zu diskutierenden Fragen möchte ich eine herausgreifen. Was ist, wenn unsere Annahmen über den langfristigen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau nicht richtig sind? So könnte z. B., was durchaus im Rahmen orthodox monetaristischer Annahmen bleibt, die Umlaufgeschwindigkeit des Geldes im Zeitablauf zu- oder abnehmen. Für diesen Fall repräsentierte Formel (1) auf die Dauer nicht den langfristigen Zusammenhang zwischen Geldmenge und Preisniveau. Es sei χ_t die Trendrate des prozentualen Wachstums der Umlaufgeschwindigkeit des Geldes. Die Formel müßte dann lauten

$$(2) \quad \pi_t = \mu_{t-1} + \chi_{t-1} - \xi_{t-1}.$$

Nun läßt sich möglicherweise aus den vergangenen Zahlen die künftige mittel- bis längerfristige Entwicklung von realem Sozialprodukt und Umlaufgeschwindigkeit nicht genau genug erschließen. Wenn das

so ist, braucht man weitere Korrekturfaktoren. Das System muß zu einem sich selbst stabilisierenden gemacht werden. Es sei also λ_t der Durchschnittspreis des Preisänderungscoupon. Wie gesagt, kann λ_t positiv oder negativ sein. Es sei λ_t ein exponentiell gewogenes arithmetisches Mittel von Couponpreisen der Perioden vor t . Es sei α eine positive Konstante. Dann schlagen wir die Ersetzung von Formel (1) bzw. (2) durch

$$(3) \quad \pi_t = \mu_{t-1} + \chi_{t-1} - \xi_{t-1} + \alpha\lambda_{t-1}$$

vor. Der letzte Term $\alpha\lambda_{t-1}$ ist eine Art Sicherheitsventil, das Überdruck im System mit der daraus folgenden Explosionsgefahr vermeiden soll. Die linke Seite der Gleichung gibt ja an, wie viele Preiserhöhungscoupons vom Staat ausgegeben werden. War nun λ_t der Preis dieser Coupons, in der Vergangenheit im Durchschnitt hoch, so werden wegen des Terms $\alpha\lambda_{t-1}$ mehr Coupons ausgegeben, was den Preis λ_t vermindern wird. Auf diese Weise wird λ_t stabilisiert. Es ist nicht genug Zeit, dieses Sicherheitsventil im einzelnen zu diskutieren. Nur generell sei gesagt, daß mit seiner Hilfe das Schema auch dann verwendbar bleibt, wenn die streng monetaristischen Annahmen in der Realität nicht gelten, solange nur gewährleistet ist, daß Geld- und Kreditpolitik überhaupt einen starken Einfluß auf die Konjunktur ausüben und die volkswirtschaftliche Geldmenge als führender Indikator der Geld- und Kreditpolitik angesehen werden kann. Sollte, was ich nicht glaube, ein anderer Indikator der Geld- und Kreditpolitik geeigneter sein, so kann man ihn in der Formel (3) an die Stelle setzen, wo jetzt die Geldmenge steht.

3. Marktkonforme Preiskontrollen und Indexbindung

In diesem dritten Teil möchte ich meine Vorschläge vergleichen mit den heute gerade von Fachkollegen wieder häufig propagierten Indexklauseln. Ich möchte vorwegschicken, daß ich selbst viele Jahre lang Anhänger von solchen Indexklauseln gewesen bin. Auch heute glaube ich, daß sie unter gewissen Bedingungen sinnvoll sind. Ich brauche hier die Argumente für und wider die Indexbindung nicht zu wiederholen. Vielmehr möchte ich formulieren, was ich als das „experimentum crucis“ des Disputis ansehe. Idealtypisch kann man sich zwei Grenzfälle der Preisbildung in Volkswirtschaften vorstellen: den Fall der Vorwärtsüberwälzung von Preisänderungen und den Fall der Rückwärtsüberwälzung von Preisänderungen. Die Verkaufspreise eines Unternehmens können sich ändern, weil sich seine Kosten geändert haben und/oder weil die Nachfragesituation sich geändert hat. Im reinen Fall der Rückwärtsüberwälzung werden die Preisänderungen

durch Nachfrageänderungen induziert. Die ebenfalls induzierte Änderung der Nachfrage nach Produktionsfaktoren führt dann zu einer Anpassung der Faktorpreise in gleiche Richtung wie der Verkaufspreise, und so wälzt sich die Welle der Preisänderungen nach rückwärts fort. Im reinen Modell der Vorwärtsüberwälzung führen Kostenänderungen zu einer Anpassung der Preise an die Kosten. In der Realität sind natürlich beide Anpassungen zu beobachten, aber es läßt sich doch die empirische Frage nach der überwiegenden Anpassungsrichtung stellen.

Indexklauseln, die Kosten (Löhne, Zinsen, Preise für Terminlieferungen von Produktionsfaktoren) von Konsumentenpreisen abhängen lassen, führen ein zusätzliches Element der Rücküberwälzung in den Prozeß ein. Insofern scheinen sie auf den ersten Blick günstig zu sein für eine Politik der Globalsteuerung, die ja das Preisniveau über die Nachfragebeeinflussung, d. h. durch die Rücküberwälzung, beeinflussen muß. Die Schwierigkeiten der Globalsteuerung liegen ja gerade in dem vermuteten Vorherrschen der Vorwärtsüberwälzung, die charakteristisch für Preisrigidität ist. Das Problem mit den üblichen Indexklauseln ist nur, daß der Index gerade an den Preisen festgemacht wird, die bei vorwiegender Vorwärtsüberwälzung zuletzt von Maßnahmen der Globalsteuerung betroffen werden, nämlich an den Konsumentenpreisen. Da das so ist, besteht in der Tat die Gefahr, daß die Indexklauseln die Konjunkturpolitik noch erschweren: Bei restriktiver Geld- und Fiskalpolitik mögen die Inflationsraten der Konsumentenpreise noch einer früheren expansiveren Phase der Konjunkturpolitik entsprechen, die nun mittels der Indexklauseln auf die Kosten zurückgewälzt und von dort über die Vorwärtsüberwälzung sich als sekundärer Inflationsstoß trotz kontraktiver Konjunkturpolitik auf die Konsumentenpreise auswirken.

M. E. haben Indexklauseln als Element der Stabilisierung und Erleichterung der Konjunkturpolitik nur dann einen positiven Beitrag zu leisten, wenn der Index, an den die Löhne, Zinsen etc. angebunden werden, seinerseits durch die Konjunkturpolitik rasch beeinflußt werden kann. Das ist mit den Konsumentenpreisen heute nicht der Fall. Mein Vorschlag zur marktkonformen Preiskontrolle würde das erreichen. Verbunden mit diesem Schema könnten die Indexklauseln zur Erleichterung der Konjunkturpolitik beitragen. Indexklauseln und das Schema marktkonformer Preiskontrollen würden sich gegenseitig stützen. Denn es wäre auch zu erwarten, daß die durchschnittliche Abweichung der Couponpreise von Null mit Indexklauseln kleiner wäre als ohne Indexklauseln.

Würde man die Indexklauseln etwa entsprechend Formel (1) oder (2) an die Entwicklung der von den staatlichen Behörden kontrollierten

Geldmenge anbinden können, so wären sie auch ohne unser Schema von stabilisierender Wirkung. Aber, zumindest für Lohntarife erscheint dies dann unrealistisch, wenn nicht die Konsumentenpreise ebenfalls an denselben Index angebunden wären. Immerhin ließe sich denken, daß Kreditverträge, insbesondere börsengängige Obligationen und längerfristige Sparverträge mit einer derartigen Indexklausel versehen werden könnten. Das böte den Sparern bei langfristigen Anlagen einen gewissen Inflationsschutz. Langlaufende Rentenwerte, an sich durchaus volkswirtschaftlich nützlich, könnten wieder entstehen. Man könnte darüber hinaus versuchen, Hausbesitzer, die sich durch derartige indexgebundene Kredite finanzieren, zu verpflichten, die dann jeweils mit dem durch hätte die Zentralbank mittels ihrer Geldpolitik raschen Zugriff auf eine Komponente des Konsumentenpreisindex. In dieser Form wäre ein Desideratum, das Anlaß unseres Vorschlags ist, in ersten Ansätzen erfüllt.

Podium

Stabilisierungspolitik in Gegenwart und Zukunft

Leitung: Gérard Gäfgen, Konstanz

Eidgenössische Technische Hochschule Zürich

Donnerstag, 5. September 1974, 10.30 - 12.50 Uhr

Podiumsdiskussion

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Die Aufgabe dieser Podiumsdiskussion ist es, ein gewisses Fazit aus den Plenumsreferaten und den Ergebnissen der Arbeitskreise — falls man von Ergebnissen sprechen kann — zu ziehen, dabei aber auch durchaus das aufzuzeigen, was kontrovers geblieben ist. Denn es ist ja keineswegs so, als könnte man diese Tagung beenden mit einer großen Einigung über ein strategisches Konzept, wie man zugleich den inflatorischen Trend brechen, krasse Beschäftigungseinbußen vermeiden und die weltwirtschaftliche und europäische Integration aufrechterhalten und noch fördern kann. Es wäre utopisch, das zu erwarten. Es ist im Gegenteil so, daß es unter den Ökonomen geradezu erstaunliche Divergenzen gibt, und zwar schon bei der Analyse der Ausgangslage, vor allen Dingen aber bei den strategischen Konzeptionen.

Wir werden sowohl über die Diagnose der aktuellen Lage als auch über instrumentelle Ansätze zu sprechen haben. In den Referaten sind ja Vorschläge vorgebracht worden über die Zuordnung bestehender Instrumente der Geld- und Fiskalpolitik, über die Schaffung neuer Instrumente, über ordnungspolitische Änderungen bezüglich der Geldverfassung, auch solche, die die Wettbewerbspolitik tangieren. Vor allen Dingen aber ist interessanter- und charakteristischerweise auf dieser Tagung in Zürich stark die Verbindung von politischem und ökonomischem System berücksichtigt worden, schon allein wegen der Realisierungsbedingungen stabilisierungspolitischer Vorschläge, die man ja heute nicht mehr so apolitisch im Sinne der alten Kunstlehre der Wirtschaftspolitik sehen kann. Dies alles könnte diskussionsmäßig abgedeckt werden, erwarten Sie aber bitte nicht, daß das in einer solchen systematischen Aufreihung von Punkten, wie ich sie genannt habe, ablaufen wird.

Ich darf beginnen mit dem Grundproblem: Welches sind die analytischen Grundlagen, aus denen heraus die verschiedenen Vorschläge der Stabilisierungspolitik entwickelt worden sind? Hier scheint mir in mancher Hinsicht eine überraschende Einigkeit zu bestehen. Die Phillips-Kurve wird nur noch als Phillips-Illusion bezeichnet. Trotzdem gibt es Kollegen, die die primäre Ursache der Weltinflation in den Verteilungskämpfen sehen, andere, die sie in der — wengleich auch vielleicht politisch bedingten — Vermehrung der Geldmenge sehen, und ich glaube, es

sitzen hier sogar einige am Tisch, die hierzu verschiedene Auffassungen haben.

Ich wäre dankbar für Äußerungen zu dieser Frage, weil das eine Art analytischer Einstieg für das wäre, was wir dann weiter diskutieren könnten.

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Im Referat von Herrn Niehans wurde in den Vordergrund gestellt und mit Zahlen belegt, daß wir ursprünglich sehr geringe Raten der Geldmengenvermehrung hatten, daß es dann zu einer sehr starken Vermehrung der Geldmenge in den USA kam und daß von dort aus über den Außenhandelsmechanismus der Prozeß der Weltinflation in Gang gekommen ist. Hieran knüpfen auch sehr viele Therapien an.

Die Grundfrage scheint mir zu sein: Ist das wirklich die primäre Ursache? Hängt es daran, daß das amerikanische Bankensystem oder die amerikanische Zentralbank nicht in der Lage war oder nicht den Willen hatte, die Geldschöpfung in engeren Grenzen zu halten? Oder ist die Zentralbank — nicht nur in den USA, sondern in allen Ländern — die Gefangene sehr viel stärkerer politischer Komponenten, so daß wir diese Geldvermehrung mehr als sekundären Prozeß, als Symptom ansehen müssen und uns zu fragen haben, ob die Ursachen nicht in anderen politischen Erscheinungen liegen, also etwa: dem Vietnam-Krieg, der Beseitigung von Kriegsfolgen, dem Kampf um die Einkommensverteilung, der anonym wird, wenn er von einem Inflationsprozeß überdeckt wird? Müssen wir also die Ursache nicht irgendwo anders suchen? Ich glaube, das ist eine der zentralen Fragen, die sich dann natürlich vielfältig aufspalten läßt.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Herr Rothschild hatte sich dazu gemeldet. Er ist auch sachlich als Leiter des einschlägigen Arbeitskreises dazu angesprochen.

Kurt Rothschild (Linz):

Was die Phillips-Illusion angeht, von der Sie sprachen: Ich glaube, daß da zum Teil über verschiedene Sachen gesprochen wurde. Wenn man sagen wollte, daß die Phillips-Kurve — eine Phillips-Theorie gab es eigentlich nie — in der alten Form heute nicht mehr so viel hergibt wie früher, dann — glaube ich — würden wir alle bald einig sein. Sie hat wahrscheinlich von Anfang an in ihrer einfachen Form nicht gestimmt, und sie stimmt vor allem in Zeiten hoher Beschäftigung nicht, wie empi-

rische Untersuchungen gezeigt haben. Andererseits besteht keine Phillips-Diskussion insofern, als doch in den meisten Referaten zum Ausdruck gekommen ist, daß Inflationsbekämpfung irgendeine Beschäftigungswirkung hat. Niehans meint, sie sei kurzfristig; andere werden sie für etwas längerfristig halten. Diese Frage, wie lange sie wirksam ist, ist allerdings entscheidend. Ich glaube, wir stehen zu sehr unter dem Einfluß der Friedmanschen Hypothese von der natürlichen Arbeitslosenrate, die mir sehr fraglich erscheint.

Also, wie immer wir zur Phillips-Diskussion stehen: Das Dilemma „Inflationsbekämpfung und Beschäftigung“ bleibt uns erhalten. Insofern ist der Streit um die Aussagefähigkeit der Phillips-Kurve vielleicht nicht so entscheidend.

Das zweite Problem, das Sie angeschnitten haben, betrifft die Frage: monetäre Ursachen oder Verteilungsursachen? Ich glaube, bei einem so komplexen Phänomen wie Inflation kann man überhaupt nicht monokausal argumentieren. Wie immer die Inflation zustande kommen mag, um das monetäre Problem kommt man nicht herum. Oder sagen wir: Inflationserklärung ohne Behandlung der monetären Phänomene ist unmöglich. Andererseits hat die Inflation, wenn sie einmal läuft, Verteilungseffekte. Ich glaube, der Fehler bei manchen Referaten war, daß man gesagt hat, der Verteilungskampf sei die Ursache der Inflation. Den Verteilungskampf haben wir ja auf jeden Fall. Ich glaube, eine Frage ist zu wenig zum Ausdruck gekommen: Wie würde der Verteilungskampf aussehen, wenn es uns gelänge, die Preise zu stabilisieren? Da würden wir wohl auch einige Überraschungen erleben. Schließlich haben wir ja Verteilungskämpfe nicht erst seit 1945, sondern wir haben sie seit mindestens hundert Jahren. Ich glaube also, die Frage kann nicht sein, ob der Verteilungskampf *die Ursache* der Inflation ist. Wohl aber wäre zu untersuchen, welche neuen Formen des Verteilungskampfes es in der Inflation gibt, und diese neuen Formen des Verteilungskampfes können durchaus den weiteren Verlauf der Inflation beeinflussen.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ich glaube, daß diejenigen, die die These vom Primat der Verteilungskämpfe als Ursache der Inflation formuliert haben, gemeint haben, daß die Geldpolitik einfach permissiv ist in bezug auf die Folgen von Lohnsteigerungen. Das führt dann eben dazu, daß man das Instrumentarium durch Einkommenspolitik ergänzt, und ich glaube, genau das will Herr Willgerodt abgeschafft sehen.

Hans Willgerodt (Köln):

Mir scheint das Hauptproblem darin zu liegen, daß wir neuerdings Arbeitslosigkeit *durch* Inflation bekommen, so daß wir in der Situation

sind, weder nach vorwärts noch nach rückwärts gehen zu können. Deshalb würde ich Herrn Rothschild zustimmen, daß die pure geldpolitische Lösung ausscheiden muß, daß wir vielmehr versuchen sollten, wenn auf die Bremse getreten wird, das Beschäftigungsproblem gleichzeitig zu lösen. Es ist völlig undiskutabel, die extreme monetaristische Position zu übernehmen, daß das Beschäftigungsproblem sich von selbst löst, wenn man nur eine Politik stabilen Geldes betreibt. Die Erfahrungen sind mindestens nicht eindeutig. Hier bedarf man eines sogenannten Lernprozesses, wie das so schön heute heißt. Es wird also eine längere Zeit dauern, bis sich die Tarifpartner und alle anderen daran gewöhnt haben, daß mit einer restriktiven Geldpolitik ernst gemacht wird. Bis dahin ist ein Beschäftigungsrisiko da, und wenn man nicht bei Einleitung einer stabilisierenden Geldpolitik Maßnahmen ergreift, um gleichzeitig etwas gegen das Beschäftigungsrisiko zu tun, halte ich in der Tat die Stabilisierungspolitik für politisch gescheitert. Ein mögliches Rezept habe ich angedeutet: Wir brauchen eine verhältnismäßig hohe Investitionsrate, um die Strukturveränderungen, die auch Beschäftigungsänderungen mit sich bringen, bewältigen zu können. Ich möchte also zur Diskussion stellen, ob es nicht sinnvoll ist — trotz allem, was man in den 50er Jahren in der Bundesrepublik gegen Selbstfinanzierung und ähnliches gesagt hat —, vielleicht unter Einbeziehung auch vermögenspolitischer Gesichtspunkte zu einer recht hohen Investitionsquote zu kommen, die aus normalen Ersparnissen finanziert wird. Die augenblickliche Inflation in der Bundesrepublik zeigt ja, daß der Kapitalmarkt vollständig deroutiert ist und die normale Finanzierung von Investitionen, vor allem langfristigen Investitionen, die neue Arbeitsplätze schaffen, dadurch empfindlich gestört werden kann, so daß das Beschäftigungsrisiko durch die Inflation verschärft werden kann.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Es gibt natürlich auch hiergegen sicher eine Reihe von Einwänden, u. a. den Einwand, daß auch die Investitionsneigung von einer Inflationsbekämpfungspolitik stark betroffen werden könnte, so daß die Gefahr einer sekundären Depression resultieren würde.

Hans Willgerodt (Köln):

Darf ich dazu ganz kurz sagen: Wir haben im Augenblick einen Zustand, bei dem durch die Inflation die Investitionsneigung deswegen abnimmt, weil die Kosten stärker steigen als die Erlöse. Wenn Sie Großbritannien betrachten, haben Sie den Niederschlag darin, daß sich die Aktienkurse auf dem Niveau von 1957 befinden, mit der Folge, daß man mit relativ wenigen Öl-Milliarden irgendeines Scheichtums die ganze

englische Wirtschaft kaufen kann. Wir sollten also nicht vergessen, daß die Investitionsneigung durch die Inflation herabgesetzt werden kann.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ich glaube, auf die Öl-Milliarden müssen wir ohnehin in anderem Zusammenhang noch eingehen.

Ich habe den Eindruck, daß zur eigentlichen Einkommenspolitik im Augenblick nicht viel zu sagen ist, weil ja ergänzende geldpolitische Maßnahmen, z. B. bei dieser Tagung, sehr stark in den Vordergrund getreten sind. — Aber es lag eine Wortmeldung von Herrn von Weizsäcker vor.

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Ich habe Herrn Willgerodt nicht ganz verstanden, als er sagte, die Inflationsbekämpfung müsse einhergehen mit einem Programm zur Aufrechterhaltung der Beschäftigung. Wenn Sie die normalen Mittel der Stabilisierung des Preisniveaus wirklich anwenden, dann bekommen Sie das, was man — vielleicht etwas drastisch — eine Stabilisierungskrise nennt, auf jeden Fall. Das liegt eben gerade daran, daß diese time lags vorhanden sind. Bis Sie das Niveau der Konsumentenpreise mit den Instrumenten der Geldpolitik in den Griff bekommen, müssen Sie mehr Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen. Insofern ist kurzfristig die Phillips-Kurve keine Phillips-Illusion, sondern eine Tatsache. Das ist ja gerade der Punkt, der die Sache so schwierig macht. Wenn Sie mal die Inflation haben, dann müssen Sie, wenn Sie sie wieder wegbekommen wollen — so wie das heute versucht wird, in der Schweiz, in der Bundesrepublik usw. — eine Politik durchhalten, die nolens volens vorübergehend — und ich glaube, es ist ein vorübergehendes Problem, aber es ist deshalb politisch nicht weniger schwierig — die Beschäftigung sinken bzw. die Arbeitslosigkeit steigen läßt. Ich glaube nicht, daß man eine restriktive Geldpolitik machen und sagen kann: Außerdem machen wir irgend etwas, um die Vollbeschäftigung aufrechtzuerhalten. Wenn das eine Vollbeschäftigungsgarantie ist, dann wird sich das in den Tarifverhandlungen wahrscheinlich wieder niederschlagen. Denn die Gewerkschaften sind ja gezwungen, bei einer Vollbeschäftigungsgarantie dafür zu sorgen, daß ihre Funktion nicht überflüssig wird, und dann müssen sie wieder solche Lohnforderungen stellen — dazu werden sie von ihrer Mitgliedschaft aufgefordert —, die die Antiinflationpolitik zum Scheitern bringen. Das sind die harten Tatsachen. Wenn die nicht wären, hätten wir nicht die Probleme, über die wir hier eine ganze Tagung veranstalten.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Das ist die These, daß gerade durch die Wiederherstellung des Beschäftigungsrisikos auch eine Dämpfung der inflatorischen Lohn- plus Preisforderungen zustande kommt.

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Jedenfalls mit den Instrumenten, die wir haben. Man kann ja solche Instrumente schaffen. Es ist nicht allzu schwierig für die Nationalökonominnen, sich Schemata auszudenken; ich habe vorhin ja eines vorgeführt. Man kann sich auch für die Beschäftigungsfrage eines ausdenken. Aber die Instrumente, die wir heute in der Politik haben, haben diese Konsequenz. Ich sehe da keinen anderen Weg.

Hans Willgerodt (Köln):

Herr von Weizsäcker, das wäre richtig, wenn die Investitionsneigung ausschließlich von der inflatorischen Aufblähung des Preisniveaus abhinge. Aber ich bin der Meinung, es gibt andere Methoden, um die Investitionsneigung zu erhöhen. Einige habe ich in meinem Referat angedeutet. Wir haben in der Bundesrepublik in den 50er Jahren ein umfangreiches Instrumentarium der Investitionsförderung gehabt, das nicht rein inflatorisch war — obwohl es eine inflatorische Komponente gehabt hat. Ich gebe Ihnen zu, daß wahrscheinlich eine gewisse Belastung durch Arbeitslosigkeit unvermeidbar sein wird — vorübergehend, wie Herr Niehans uns gesagt hat —; aber daß man deswegen vor dem Problem kapitulieren und auf Überlegungen verzichten sollte, mit ordnungspolitischen Methoden die Investitionsneigung ausreichend zu fördern, halte ich für zu pessimistisch.

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Gegen diesen Punkt hatte ich gar nichts. Nur, es klang so, als könnte . . .

Hans Willgerodt (Köln):

Im Schlaraffenland werden wir nicht sein; das gebe ich zu.

Hermann Albeck (Tübingen):

Ich würde gern versuchen, diesen circulus vitiosus zu durchbrechen. Man weiß, daß ein Feuer nicht ohne Sauerstoff auskommt, aber man kann andererseits selbstverständlich nicht daraus schließen, daß der Sauerstoff die Ursache des Feuers ist. Man muß also an einer Ecke ansetzen, und ich meine, man sollte hier per Diskussionsexperiment einmal an einer Ecke beginnen, etwa indem man nach den Voraussetzungen einer zentralbankpolitischen Verminderung der Geldmengenexpansion fragt, danach einige der diskutierten Argumente ins Spiel bringen und dann, wenn solche Konzepte realisiert werden sollen, z. B. die einkommenspolitisch flankierenden Maßnahmen dazupacken.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Zur Auffangung der Nebeneffekte?

Hermann Albeck (Tübingen):

Der möglichen Nebeneffekte; wobei es noch gar nicht sicher ist, ob die Effekte in allen Ländern gleich stark auftreten. Es könnte durchaus sein, daß, wenn monetäre Voraussetzungen für eine ruhigere Preisentwicklung geschaffen sind, beispielsweise bei flexiblen Wechselkursen, ein Land viel eher zu Stabilität des Preisniveaus ohne größere Beschäftigungseinbrüche kommt, und dann wäre die Frage zu diskutieren: Warum ist es in einigen Ländern so und in anderen Ländern nicht? Dann hätte man Hinweise auf die Gestaltung und die notwendige Intensität der Einkommenspolitik.

Kurt Rothschild (Linz):

Darf ich nur darauf hinweisen — damit das zumindest dokumentiert wird —, daß das Problem etwas weiter gespannt ist. Wir haben hier ja die Inflation immer nur als globalen Prozeß angesehen und insoweit mit der Beschäftigungsfrage in Beziehung gebracht.

Dazu möchte ich erstens bemerken: Wenn man sagt, wir müssen Arbeitslosigkeit in Kauf nehmen, um zu Stabilität zu kommen, ergibt sich ein neues Verteilungsproblem, über das wir überhaupt nicht gesprochen haben, nämlich die Verteilung in der Übergangsperiode zwischen Leuten, die ihre Beschäftigung verlieren, und anderen, die sie nicht verlieren. Das ist auch ein Zielproblem, das ein bißchen untergegangen ist.

Zweitens bin ich der Meinung, daß wir zuwenig überlegt haben, wieviel Inflation notwendig ist, um die Vollbeschäftigung in einer Wirtschaft zu erhalten, die all die Rigiditäten aufweist, die Herr von Weizsäcker uns geschildert hat. Inwieweit brauchen wir Inflation, um strukturelle Anpassungen durchzuführen in einer Wirtschaft, in der Löhne und Preise nicht fallen und doch die Relationen von Löhnen und Preisen geändert werden müssen? Ich glaube, dieses Problem ist derzeit nicht relevant, weil wir im Augenblick Inflationsraten von 10 Prozent \pm x haben. Wir haben aber nicht die Frage überlegt: Wieviel Stabilität können wir uns leisten, wenn wir die strukturelle Flexibilität erhalten wollen, die für Vollbeschäftigung notwendig ist?

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ihre zweite These erinnert mich ein bißchen an die strukturalistische Befürwortung einer geringen, aber stetigen Inflation, während wir ja

momentan auf wesentlich höhere Raten zusteuern. Das würde nun auch die Frage nach anderen Möglichkeiten zur Wiederherstellung von Preisflexibilität aufwerfen, die Herr Albeck vorhin als flankierende Maßnahmen bezeichnet hat. Dabei müßten wir aber primär voraussetzen, daß wir geldpolitisch aktiv würden, sei es im Sinne der Vorschläge von Herrn von Weizsäcker oder auf andere Weise. Vielleicht sollten wir das zunächst vorschalten: die Rolle der Geldpolitik und die Zuordnung von Geldpolitik oder Fiskalpolitik zu beschäftigungs- und konjunkturpolitischen Zielen bzw. zur längerfristigen Inflationsbekämpfung. Herr Niehans hat in dem Zusammenhang gewisse klassisch gewordene Zuordnungen von Instrumenten mehr oder weniger umgekehrt. Ich weiß nicht, ob in dem Zusammenhang noch Fragen an Herrn Niehans vorliegen.

Jürg Niehans (Baltimore):

Wenn keine Fragen an mich gestellt werden, möchte ich eine Antwort geben, nach der nicht gefragt worden ist.

Es wurde die Frage aufgeworfen, in welchem Umfang die Prozesse der letzten Jahrzehnte etwa von Vietnam, in welchem Umfang sie von geldpolitischen Entscheidungen beeinflußt gewesen seien. Im Hinblick darauf möchte ich etwas, was ich vorgestern gesagt habe, verdeutlichen. Zunächst eine Bemerkung: Ich habe absichtlich die monetäre Seite nicht an der Geldmenge gemessen. Ich glaube, für eine Wirtschaft mit festen Wechselkursen hatten die Monetaristen Unrecht, die Geldmenge derart in den Vordergrund zu stellen, wie sie das getan haben. Was man zugrunde legen sollte, ist die interne, heimische Kreditschöpfung durch die Zentralbank, und das ist nicht dasselbe wie die Geldmenge.

Ich werde nun einige wenige Ziffern über die interne Kreditschöpfung durch das Federal Reserve System an die Tafel schreiben¹:

Jahr	ausstehender Kredit
1945	24,7 Milliarden
1956	27,2 Milliarden
1960	29,1 Milliarden
1964	39,9 Milliarden
1968	56,6 Milliarden
1972	76,9 Milliarden

Nicht von ungefähr habe ich von 1956 an die Präsidenten-Wahljahre ausgewählt. Sie sehen in den ersten 15 Nachkriegsjahren einen Zuwachs von insgesamt knapp 18 Prozent, in der Eisenhower-Periode allein einen Zuwachs von knapp 7 Prozent pro Vierteljahresperiode. In der Kennedy-Periode hingegen war der Zuwachs rund 37 Prozent, während Johnsons

¹ Federal Reserve Credit Outstanding, December, average of daily figures.

Amtszeit 42 Prozent und in der (ersten) Nixon-Periode 36 Prozent. Vietnam hat 1960 noch keine Rolle gespielt. 1960 wurde der Standpunkt vertreten, die amerikanische Wirtschaft laufe zu langsam und man habe dafür zu sorgen, „to get the economy moving again“. Man kann das heute nachlesen. — Das ist die Ergänzung zu meinen Ausführungen, die ich nachtragen wollte.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ich glaube, wir müssen auf den einen Aspekt noch zurückkommen. Denn Sie haben in gewisser Weise die Hypothese einer elektoralen Mitverursachung des Zyklus vertreten.

Jürg Niehans (Baltimore):

Ich vergesse die Politik nicht!

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Damit wären wir zugleich auch bei den Fragen der internationalen Währungsordnung: das amerikanische Zahlungsbilanzdefizit und der Golddevisenstandard als Quelle der Weltinflation und verwandte Probleme. Zu diesem internationalen Aspekt hatte sich Herr Issing gemeldet.

Otmar Issing (Nürnberg):

Die Frage „monetäre oder nichtmonetäre Verursachung der Inflation“ hat zwei Dimensionen, eine nationale und, was problematischer ist, eine internationale. Wenn ich mir die Zahlen anschau, die Herr Niehans angeschrieben hat, möchte ich fast sagen, daß, geldpolitisch gesehen, die amerikanischen Wahljahre für die Bundesrepublik bedeutsamer gewesen sind als die bundesrepublikanischen. Damit ist das ganze Dilemma auch für die anderen Länder skizziert. Man mag den monetaristischen Ansatz in seiner Rigorosität verwerfen oder kritisieren — allein die Tatsache, daß er die „Einheit“ der Welt — bei festen Wechselkursen — deutlich macht und zu Recht von einer Welt-Geldmenge sprechen kann, legt meines Erachtens die Probleme deutlich dar, selbst wenn man die eindeutige Verantwortlichkeit der Geldmenge in speziellen Fällen bestreiten mag.

Was die Frage einer Reform des Währungssystems betrifft: Nun, wir sind möglicherweise schon wieder auf dem Wege einer ganz kuriosen Entwicklung. In jedem Nationalstaat hat man langsam die Notenausgabe-Privilege verschiedener Banken beseitigt und hat sich auf eine Notenbank geeinigt; auch die Bayerische Staatsbank darf keine DM-Banknoten mehr schaffen. Auf internationaler Ebene stehen wir — längerfristig

oder vielleicht auch schon mittelfristig — vor der Gefahr, daß wir entweder eine Welt-Zentralbank bekommen (ohne eine Weltregierung) oder daß wir viele Notenbanken bekommen, die Geld schöpfen, und zwar bei festen Wechselkursen eben letztlich auch das Geld anderer Länder. Die Welt der flexiblen Wechselkurse mag nicht vollkommen sein, aber sie durchbricht diesen Zusammenhang; eine Welt-Geldmenge gibt es damit nicht mehr. Die Stabilität wird in die Verantwortung der Nationalstaaten verwiesen. Wenn man das als monetären Nationalismus bezeichnet — nun gut! Ich würde sagen, die Verantwortung wird deutlicher. Die Wendung „convertibility begins at home“ verändert sich zu der Forderung „stability begins at home“.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Herr Niehans hat allerdings die Konsequenz gezogen, daß spontan aus einem System manipulierter Kursflexibilitäten sich doch wieder so etwas wie eine neue Weltwährungsordnung, eventuell sogar mit relativ stabilen Kursen, entwickeln würde, und hat einige interessante Thesen über den Grad der Autonomie der nationalen Geldpolitik unter einem solchen System aufgestellt, von denen ich mich wundere, daß bisher niemand widersprochen hat. Aber wie dem auch sei!

Otmar Issing (Nürnberg):

Vielleicht deswegen, weil Herr Niehans sagte: Der Markt schafft die neue Ordnung, bzw. er wird sie sanktionieren. Alle die, die für flexible Wechselkurse sind, sind Marktanhänger, und wenn am Markt stabile Wechselkurse sein werden, hat wahrscheinlich niemand etwas gegen diese nachträgliche Fixierung.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Aber unser Tagungsthema heißt ja „Stabilisierung in der Marktwirtschaft“, und zwar in Gegenwart und Zukunft. Für die Zukunft steht aber nun — einmal ganz naiv gesagt — das Problem der fundamentalen Zahlungsbilanzungleichgewichte durch die Öl-Milliarden in Aussicht. Es ist durchaus fraglich, wie sich das in diesem System auswirken wird bzw. ob es sie ohne weiteres verdaut.

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Darf ich noch einmal kurz auf die Zahlen von Herrn Niehans eingehen? Es ist sicher richtig, daß man nicht versuchen sollte — wie Herr Rothschild schon gesagt hat —, die Inflation monokausal zu erklären. Bei solchen monokausalen Erklärungen kommt es immer zu Stilisierungen. Die Zah-

len von Herrn Niehans zeigen, daß mit der Kennedy-Administration eine bewußte Schwenkung der Politik eingetreten ist und daß diese Schwenkung vielleicht längerfristig einen inflatorischen Beitrag geleistet hat. Aber hier ist die Ursache nicht die Vergrößerung der Geldmenge — das ist nur das Instrument —, sondern die Ursache liegt in den unterschiedlichen wirtschaftspolitischen Ansichten der amerikanischen Präsidenten und ihrer Berater. Immerhin hat sich die Kreditexpansion auch unter einer republikanischen Administration fortgesetzt, die sich — zumindest inoffiziell — auf Berater wie Friedman bezog und deren erster Council of Economic Advisers eine drastische Restriktionspolitik versucht hat. Auch die Nixon-Administration von 1968/72 hat 36 Prozent Kreditexpansion bzw. eine entsprechende Geldmengenexpansion zugelassen. Das zeigt, daß nicht nur die wirtschaftspolitischen Präferenzen eine Rolle spielen, sondern offensichtlich auch andere politische Zwänge. Diese politischen Zwänge haben in den letzten Jahren — aus Gründen, deren Erörterung im einzelnen hier zu weit führen würde — offensichtlich an Bedeutung zugenommen. Das war eigentlich auch das Hauptmotiv der Vorschläge, die ich vorhin gemacht habe: daß das, was ich stilisierend hervorgehoben habe, ein Phänomen ist, das heute viel stärker im Vordergrund steht als etwa vor sechs Jahren. Der politische Wettbewerb ist härter geworden. Die Intensität des Wettbewerbs um die politische Macht hat zugenommen. Und während wir meinen, daß ökonomische Wettbewerbsintensität für die ökonomische Stabilität gut ist, scheint es, daß die politische Wettbewerbsintensität nicht sonderlich gut ist. Das hat wiederum soziale Ursachen, aber es hat natürlich auch solche Ursachen wie die Kalamitäten, in die die amerikanischen Regierungen seit den 60er Jahren durch ihre Vietnampolitik gekommen sind, innen- und außenpolitisch damit verflochten. Ich glaube, daß das heute primär die Ursache ist. Ich glaube nicht, daß die heutige Inflation auf die Kreditexpansion nach 1960 zurückgeführt werden kann, sondern die Ursache ist die Kreditexpansion oder Geldexpansion seit 1968, 1970 oder 1972. Dies ist in fast allen Ländern — England möchte ich ausnehmen; dort sind die Verhältnisse kompliziert — nicht die spezifische Folge von Präferenzen der wirtschaftspolitischen Berater — die waren überwiegend anderer Meinung —, sondern die Folge politischer Zwänge.

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Ich hätte gern noch eine Ergänzung angebracht. Wir fragen in der Inflationstheorie im allgemeinen nach dem ersten Anstoß eines Inflationsprozesses und suchen nach Determinanten im monetären oder nichtmonetären Bereich. Ich glaube, daß wir uns in einer Situation, wie wir sie jetzt erreicht haben, mehr der zeitlichen Mechanik dieses ganzen Prozesses bewußt werden müssen. In diesem Sinne möchte ich die Geldschöpfung

in der jetzt erreichten Phase des Inflationsprozesses als nachträgliche Sanktionierung von Entscheidungen im nichtmonetären Bereich betrachten.

Wenn wir also etwa am Ende eines Jahres eine Lohnsteigerung von 10 Prozent haben, dann ist es gar nicht denkbar, daß wir im nächsten Jahr mit der Geldschöpfung unter 10 Prozent bleiben könnten. Das kann ich mir nicht vorstellen, Herr Willgerodt. Wie wollen Sie die Investitionstätigkeit ansonsten aufrechterhalten? Welche Mittel wollen Sie einsetzen? Sie brauchen diese Geldmenge ja, um die Lohnerhöhungen bei einem bestimmten Beschäftigungsgrad zu sanktionieren. Sie können nicht erwarten, daß Sie durch eine geringere Geldschöpfung dann etwa die Lohnerhöhungen zurückbekommen. Das ist doch ein Datum! Ich will also sagen, daß der Prozeß der Geldschöpfung in gewisser Weise vorprogrammiert ist, wobei dann das Problem auftritt, daß bei Programmierung eines bestimmten Teils des Geldbedarfs — etwa für die Finanzierung der Lohnsteigerungen — die gesamte Geldschöpfung leicht darüber hinausgeht. Insofern wäre ich mit Herrn Rothschild einig, daß die Dinge ineinander greifen und sich dann gegenseitig hochschaukeln.

Hans Willgerodt (Köln):

Ich möchte zunächst zur politischen Effizienz der Inflation etwas sagen: Das Beispiel der Wahl des französischen Präsidenten zeigt, daß derjenige, der für die französische Inflation verantwortlich war, nur mit äußerst knapper Mehrheit die Wahl gewonnen hat. Seine Gegner haben den ganzen Wahlkampf damit ausgefochten, daß sie ihm die von ihm verschuldete Inflation vorgeworfen haben. Damit ist nicht gesagt, daß die kommunistisch-sozialistische Koalition etwa eine solidere Geldpolitik betrieben hätte. Aber das Argument, daß Giscard d'Estaing für die Inflation in Frankreich verantwortlich war, hat ganz sicher wahlpolitisch einen erheblichen Einfluß gehabt, und zwar zu seinem Nachteil. In Großbritannien zeigt das Beispiel der Regierung Heath, daß die Niederlage bei der letzten Wahl mit verursacht ist durch diese expansive Politik bei gleichzeitigem Versuch, die Löhne stabil zu halten. Das war ein Rezept, das derart unpopulär war, daß die Wahlniederlage damit programmiert war.

Daß die Inflation in Italien wahlpolitisch oder auch sonst politisch rational war, möchte ich bezweifeln. Das von mir angeführte Beispiel der Nichtaufwertung mit der anschließenden Folge einer verstärkten Preissteigerung spricht ebenfalls gegen die politische Rationalität eines solchen Inflationsprozesses.

Wir müssen also sorgfältig differenzieren. Es gibt sicher Fälle, bei denen ein Inflationsimpuls vor bestimmten entscheidenden Wahlen dazu

beiträgt, die Wahlen zu gewinnen. Aber die Fälle werden häufiger, bei denen das Gegenteil zutrifft.

Herr Ehrlicher, Sie fragen: Was soll denn nun geschehen? Die Lohnsteigerungen sind noch im System, und infolgedessen sind die Kostensteigerungen wirksam; wie will man ohne Inflation die Investitionsneigung genügend hoch halten?

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Ohne weitere Geldschöpfung!

Hans Willgerodt (Köln):

Nun, viele Investitionen werden — deswegen habe ich solches Gewicht auf die langfristigen Probleme bei den Investitionen gelegt — auf Erwartungen aufbauen, und diese Erwartungen lassen sich beeinflussen. Wenn wir aber eine Politik betreiben, bei der die Investoren damit rechnen müssen, daß die ordnungspolitischen Weichen — etwa steuerpolitischer Art, vermögenspolitischer Art, mitbestimmungspolitischer Art, oder was immer — ständig variiert werden, sind die langfristigen Investitionen, von denen die Beschäftigung sehr wesentlich abhängt, natürlich gefährdet.

Im übrigen glaube ich auch, daß die noch im System steckenden Lohn erhöhungen, wenn sie auslaufen, durchaus verkraftet werden können. Wie gesagt — ich hatte das vorhin schon geäußert —, ich möchte nicht einem übertriebenen Optimismus huldigen, aber ich glaube, es gibt Methoden, die Investitionen mindestens vor einem Absinken zu bewahren, aber auch wieder in einen Trend der Expansion hineinzutreiben, ohne daß man den bisherigen Inflationsprozeß fortsetzt.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ich glaube, der erste Teil Ihres Votums richtete sich zum Teil gegen Herrn von Weizsäcker. Es liegen zunächst aber noch Wortmeldungen von Herrn Rothschild und Herrn Hoppmann vor.

Kurt Rothschild (Linz):

Ich glaube, daß wir jetzt beim Kern des Themas unserer Tagung angelangt sind, nämlich bei der Frage, warum es so viele Meinungsverschiedenheiten über die Ursachen der Inflation und die Instrumente zu ihrer Bekämpfung gibt. Herr Kaltefleiter hat uns in seinem Referat mit einem Zitat gewarnt, das besagt: Wenn man etwas nicht versteht, soll man es

ein System nennen. Der Inflationsprozeß ist ein System, und ich glaube, je nachdem, welchen Teil wir herausgreifen, kommt man zu verschiedenen Schlüssen. Herr Willgerodt ist sehr stark am Marktmechanismus orientiert, und daher kommt er zu einer sehr klaren Feststellung bezüglich der Frage, wer schuld ist: Die Notenbank muß sehr viel mehr Rechte bekommen; dann lösen wir das Problem! Oder: Dieser oder jener politische Beschluß ist schuld!

Ich glaube nicht, daß man sagen kann, die Regierungen sind wegen des Inflationsprozesses gestürzt worden; sie sind wegen dem gestürzt worden, was Herr von Weizsäcker geschildert hat, also wegen der sehr scharfen politischen Konkurrenz. Wenn nicht die Inflation der Anlaß gewesen wäre, wäre es eben die Arbeitslosigkeit gewesen; die Regierung wäre dann genauso gestürzt worden. Man hat eben unter starken politischen Zwängen zu arbeiten. Man kann nicht eindeutig sagen, dies oder jenes ist schuld am Inflationsprozeß oder am Sturz einer Regierung. Es sind doch etwas komplexere Phänomene, die hier eine Rolle spielen. Ich glaube, das ist es, was entscheidend ist.

Zur Frage der flexiblen Wechselkurse bzw. zum Referat von Herrn Niehans darf ich sagen: Ich habe das Gefühl, daß man die Frage der flexiblen Wechselkurse zu stark herausgestellt hat. Wir sind uns einig, daß flexible Wechselkurse gewisse Freiheitsgrade für die Stabilisierungspolitik bedeuten. Man erinnere sich aber einmal daran, was man sich davon versprochen hat. Ich habe nie verstanden, weshalb es einen solchen Religionskrieg um die flexiblen Wechselkurse gegeben hat. Wenn man heute die Phillips-Kurve mit großer Geste wegfegt, sollte man doch auch zugestehen, daß die Erwartungen zu groß waren, als man glaubte, all die Schwierigkeiten der internationalen Lage, die strukturellen Schwierigkeiten, die internen Schwierigkeiten durch Einführung flexibler Wechselkurse überwinden zu können.

Wenn ich die verschiedenen Standpunkte ganz pointiert kennzeichnen darf: Herr Niehans hat sein Referat — ein ökonomisches Referat — geschlossen, indem er — unter Bezugnahme auf flexible Wechselkurse — gesagt hat: Ich glaube, die Lage der Welt ist heute einfacher, als manche Politiker, die vor dem Inflationsproblem die Hände ringen, sich träumen lassen; wir wissen, was wir tun können, wir brauchen es nur zu tun. — Ich glaube, für den Politiker schaut die Sache anders aus; er würde sagen: Wir wissen, was wir nicht tun dürfen, wenn wir an der Macht bleiben wollen; wir müssen achtgeben, daß wir es nicht tun.

Hermann Albeck (Tübingen):

Alles zugestanden. Das Inflationsproblem ist hochkomplex. Aber irgendwo muß einmal ein Ansatz gemacht werden. Das war mein vorheri-

ger Beitrag. Wir sollten vielleicht einmal meinetwegen, wie es die Zentralbank in der Bundesrepublik gemacht hat, mit einer konkreten Geldmengensteuerung anfangen. Wir sollten versuchen, an einer Stelle eine Bresche zu schlagen, und müßten uns dann natürlich überlegen, welche ergänzenden, meines Erachtens flankierenden Maßnahmen erforderlich sind. Denn das komplexe System nur zu betrachten, bringt die Sache nicht weiter; irgendwo muß einmal angesetzt werden.

Erich Hoppmann (Freiburg im Br.):

Herr Rothschild hat eben gesagt, daß Herr Willgerodt zu großen Nachdruck auf den Marktmechanismus gelegt habe, und Herr Albeck sagte, es solle nun endlich einmal die Zentralbank anfangen zu handeln. Da wir in einem Arbeitskreis gestern über die Frage des Wettbewerbs an den Kreditmärkten diskutiert haben, möchte ich als Arbeitskreisleiter etwas aus diesem Arbeitskreis berichten, nämlich einen gegenteiligen Gedanken, den Herr Engels vorgetragen hat.

Herr Engels hat durch einen historischen Rückblick sehr plastisch gemacht, daß die ganze Diskussion hier von einer Prämisse ausgeht, die nur historisch zu erklären ist und auch nur unter den gegenwärtigen institutionellen Bedingungen gilt, daß nämlich die Geldschöpfung bei den Zentralbanken monopolisiert ist. Es handelt sich preis- und wettbewerbstheoretisch gesprochen um ein Monopol, das man „Hüterin der Währung“ nennt, für einen Monopoltheoretiker ein sehr überraschender Wechsel in der Verwendung der Vokabel. Die *Geldschaffung* ist also monopolisiert, die *Kreditverteilung* soll hingegen kompetitiv erfolgen. Monopolisierung der Geldschöpfung und kompetitive Struktur der Kreditmärkte passen nicht recht zusammen. (Die Einzelheiten haben wir im Arbeitskreis diskutiert.)

Dieses Monopol der Zentralbank, so sagte soeben Herr Albeck, sollte endlich einmal anfangen zu handeln. Jedoch — so würde Herr Engels entgegenhalten — sind Monopole, wenn sie in staatlicher Hand liegen, potenziert gefährlich. Das zeigt sich hier darin, daß bei diesem Monopol das Ausgaberecht an Noten, das Emissionsrecht, mit einem Annahmewang für die ausgegebenen Noten verbunden ist. Wenn statt dessen die Notenausgabe, die Geldemission, in Konkurrenz erfolgen würde, wer würde dann — so Herr Engels — heute noch Lira, Englische Pfund oder D-Mark annehmen? Wettbewerb bei der Geldemission würde die Qualität des Geldes verbessern.

Insofern, glaube ich, ist unsere Diskussion hier immer vor dem Hintergrund zu sehen, daß die Zentralbanken ein Monopol haben und daß dieses Monopol in der Hand staatlicher oder politischer Instanzen steht. Alles

was wir hier sagen, insbesondere auch die Bemerkungen von Herrn Rothschild und Herrn Albeck, steht immer unter der stillschweigenden Annahme, daß dieses Monopol „vernünftig“ gehandhabt wird. Ich glaube, hier wäre eine Neubesinnung am Platze.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Das erinnert mich an Vorstellungen, die nicht nur das Notenbankmonopol als solches bezeichnen, sondern es sogar noch als Monopol in den Händen einer eigenen interessierten Bürokratie betrachten.

Jürg Niehans (Baltimore):

Wir sind vielleicht heute geneigt, die Zeitperiode zu überschätzen, in der die Notenbanken ein Monopol in der Geldschaffung hatten. Diese Zeitperiode beläuft sich auf noch nicht ganz zwei Jahre. Vorher hatte unser Geldsystem immer noch eine Goldkomponente eingebaut, zwar indirekt, aber sie war eingebaut. Wenn dem so ist, haben die Zentralbanken kein Monopol auf Geldschaffung. Vielmehr sind sie gezwungen, langfristig genau jenen Geldbetrag bereitzustellen, der eben mit dem festen Goldpreis vereinbar ist; und dieser Geldbetrag wird somit von einem höchst kompetitiven System bestimmt. Es ist allerdings durchaus zutreffend, daß sich die Notenbanken in Tat und Wahrheit während längerer Zeit bereits so benommen haben, als ob sie Monopolisten wären, obgleich sie es in Wirklichkeit nicht waren. Dies hat zu ähnlichen Folgen geführt, wie bei anderen Unternehmungen, die glauben, Monopolisten zu sein, es aber in Wirklichkeit nicht sind. Die Folge ist der Bankrott, und diesen Bankrott haben wir im Zusammenhang mit dem Goldwährungssystem erlebt. Wir sind heute in der Anfangsphase eines Weltsystems, in dem die Notenbanken wirklich ein Monopol auf die Geldschöpfung haben.

Wir sind alle in einem Lernprozeß begriffen und damit beschäftigt, herauszufinden, wie die Spielregeln in einem derartigen Währungssystem aussehen sollen.

Knut Borchart (München):

Mir scheint es außerordentlich wichtig zu sein, daß Herr Niehans das Wort „Regeln“ wieder in die Debatte eingeworfen hat, das in der Tat in unserem Zusammenhang ein zentrales Problem anspricht. Er hat uns auch in seinem Referat mehrere Arten von Regeln vorgeführt. Wenn man das Inflationsproblem historisch betrachtet, erkennt man, daß wir sehr verschiedene Regelmechanismen gehabt haben. Sie haben sich jeweils an verschiedenen Punkten als problematisch erwiesen, so daß man wiederholt, um ein Problem zu lösen, zu einem anderen Regelsystem

übergegangen ist. Fast die ganze nationalökonomische Literatur (nach Keynes) war sich in der Perhorreszierung des Goldwährungssystems einig. Mat hat Bindungen dieser Art nicht mehr akzeptiert. Das Hochinteressante an dieser Tagung ist nun, daß mehrere Autoren Vorschläge von Bindungscharakter entwickeln, eben um Autoritäten an bestimmte Prozeduren oder an bestimmte Abläufe zu binden. Auch der Vorschlag von Herrn von Weizsäcker lief darauf hinaus.

Was geschieht in einer Welt, die in den letzten 20 Jahren glaubte, enorme Freiheitsspielräume für Manipulationen zu besitzen und die nun dabei ist, sich wieder Korsettstangen einzuziehen, die Freiheitsspielräume zu reduzieren, indem sie den Verantwortlichen die Möglichkeit gibt, sich neuerlich darauf zu berufen, daß das, was sie tun, der Bindung, d. h. ihrem Unvermögen, entspricht. Zentralbankpräsidenten haben früher deshalb so sehr am Golde gehangen, weil es ihnen die Möglichkeit gab zu sagen, sie hätten nicht genug, um bestimmten Plänen zu folgen. Sie hatten eine sehr simple Legitimation für ihre sozialpolitisch harte Stellung. Das hat man inzwischen beseitigt. So braucht man sich nicht zu wundern, daß der Legitimationsmechanismus nicht mehr spielt, zumal auch noch die Ökonomen übereingekommen sind, daß es gar keine strenge Rationalität der Begründung bei einem so komplizierten System gibt, somit erhebliche politische Freiheitsgrade bestehen.

Inzwischen hat sich aber auch der politische Prozeß verändert, so daß wir nicht nur davon ausgehen können, die Wirtschaft und die Wirtschaftswissenschaft haben sich geändert. Die Terminologie, in der Herr von Weizsäcker gesprochen hat, ist ja hochinteressant. Auch er verweist — und ich bin in voller Sympathie damit — auf politische Handlungszwänge. Aber sie sind meist keine „Zwänge an sich“, sondern sie verändern ihren Charakter. Kaltefleiter spricht von Perzeption. Es kommt ganz darauf an, wie Probleme von Massen perzipiert werden, um daraus Zwänge werden zu lassen.

Es ist auch früher schon davon gesprochen worden, daß Arbeitslosenraten, wie wir sie heute (1974) in der westlichen Welt haben, zu einem glatten Ideal stilisiert worden wären. Die englische Zwischenkriegszeit ist hinsichtlich der Arbeitslosenrate in den zwanziger Jahren ganz schlimm gewesen. Es hat nicht einen einzigen Monat mit weniger als 1 Mill. Arbeitslose gegeben, und in keinem Jahr sank die Arbeitslosigkeit unter den Gewerkschaftsmitgliedern im Jahresdurchschnitt unter 8 Prozent. Nicht, daß die Leute damit zufrieden gewesen wären, aber man hätte nicht geglaubt, daß eine Regierung verpflichtet gewesen wäre, Erfolg in den Wahlen mit dem Versprechen zu suchen, diese Arbeitslosigkeit auf 3 Prozent zu senken. Es kam dann die Weltwirtschaftskrise, in der in den Ländern die Regierungen ganz unterschiedlich auf vergleich-

bare Phänomene reagierten. Das bringt uns wieder zu der Frage der politischen Stabilität. Bestimmte Normen entwickeln sich ja nicht zufällig, sondern im Zusammenhang mit den gesellschaftlichen Problemen. Jöhr hat in seinem Einleitungsreferat mit Recht darauf verwiesen, daß ein und dieselbe Arbeitslosenrate, ein und dasselbe „objektive Elend“, in Deutschland und in den USA von den Parteien verschieden rezipiert worden sei. Ein Zweites: Unsere Regierungen sind nicht zuletzt dank der Tätigkeit der Nationalökonomien in Entscheidungszwänge gebracht worden, weil ihnen und dem Publikum die Meinung suggeriert worden ist, sie könnten die Probleme auch lösen. Man denke nur an die Kritik, die sich Brüning gefallen lassen mußte. Inzwischen behaupten die Politiker ebenfalls, sie könnten es. Alle Wahlkämpfe finden unter solchen Stichworten statt. Es wird regelmäßig ein Supermanagement zur Wahl gestellt, das behauptet, Sämtliches an Problemen lösen zu können, was dann natürlich nicht geht.

Ganz zentral scheint mir das politische Problem der Inflation zu sein. Ich bin ein strikter Gegner der These, daß die Inflation nach dem ersten Weltkrieg darauf zurückzuführen sei, daß die Leute damals nur Knapp und nicht bessere Literatur gelesen hätten. Ich behaupte demgegenüber: Wenn es die Inflation nach dem ersten Weltkrieg (zumindest 1918 - 21) nicht gegeben hätte, wäre die Weimarer Republik mit Sicherheit nach ein oder zwei Jahren zu Ende gewesen, wenn sie überhaupt dazu gekommen wäre, eine Verfassung zu erhalten. Die Instabilität des Systems hat die Regierungen einfach gezwungen, auch angesichts der übrigen Umstände, in denen sie lebten, so zu handeln.

Kurzum, was wir jetzt unter „Regeln“ diskutieren, müssen wir unter dem Gesichtspunkt erfassen (siehe auch die gewisse Vorliebe von Herrn Niehans, uns wieder die Goldwährungssituation plausibel zu machen), ob es dafür überhaupt Chancen gibt in einer Welt, in der offenbar die universale Freiheit der Autoritäten, sich gemäß beliebigen Normen zu bewähren, allgemein noch akzeptiert, ja gefordert wird, ob es einen Konsens darüber geben kann, daß Handlungsspielräume der bisher universal Autorisierten wieder kräftig reduziert werden.

Werner Ehrlicher (Freiburg i. Br.):

Ganz kurz dazu in Ergänzung der Ausführungen von Herrn Borchardt: Wenn ich Ihre historischen Überlegungen in die Gegenwart übertrage, kann ich mir vorstellen, daß unsere zuständigen Regierungsvertreter jetzt täglich mit einiger Sorge in die Zeitungen und in das Fernsehgerät schauen, ob die zunehmende Arbeitslosigkeit schon dramatisiert wird; denn der Zeitpunkt, zu dem sie in Handlungszwang kommen, hängt davon ab, wann die Größenordnung der Arbeitslosigkeit mit einem bestimmten

Gewicht der Öffentlichkeit ins Bewußtsein tritt. Deshalb sind gegenwärtig die zuständigen Instanzen wohl auch schon für jede Woche dankbar, um die sie expansive wirtschaftspolitische Maßnahmen hinausschieben können. Das ist, glaube ich, der besondere historische Aspekt der gegenwärtigen Situation, den man aus nur mechanistischer oder instrumenteller Sicht nicht in den Griff bekommt. Das Entscheidende ist die politische Situation, die von vielen Seiten geprägt und manipuliert wird, die aber weitgehend auch von reinen Zufälligkeiten abhängig ist.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Es ist also ziemlich deutlich geworden, daß die Frage der Anspruchsniveaus bei Stabilisierungszielen offenbar politisch eine große Rolle spielt. Es ist aber nicht so, als wären im Laufe der Tagung nicht Hypothesen vorgebracht worden, die erklären, weshalb die Bevölkerung bestimmte Anspruchsniveaus hat und auf welche Weise die Politik sie berücksichtigt. Das hat Herr von Weizsäcker durchaus mit versucht.

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Ich habe nur einen Satz nachzutragen, damit nicht der Eindruck entsteht, die von mir berichtete Diskussion stünde im Widerspruch zu der Bemerkung von Herrn Niehans. Ich glaube, Herr Niehans, nicht erst seit zwei Jahren ist die Goldwährung beseitigt. Das trifft nur formell zu, faktisch begann die Beseitigung schon, als die von ihnen genannten Zuwachsraten entstanden, nämlich als die Goldeinlösung aufgehoben wurde. Genau das, was Sie berichtet haben, ist auch der Grundgedanke, den ich vortrug.

Jürg Niehans (Baltimore):

Lassen Sie mich vielleicht beifügen, daß ich rechts unten auf der Tafel die entsprechend berechneten Zahlen für Deutschland hinzugefügt habe: von 1964 auf 1968 ein Zuwachs von $7\frac{1}{2}$ Prozent über vier Jahre hinweg, 1968 bis 1972 von 154 Prozent².

Hans Willgerodt (Köln):

Wir sollten nicht vergessen, daß wir bereits seit vielen Jahren in einer Welt des Zettelbankwesens gelebt haben, ohne es zu wissen. Wenn näm-

² Deutsche Bundesbank, Kredite an Kreditinstitute und Kredite und Forderungen an öffentliche Haushalte und Kredite an Bundesbahn und Bundespost und Wertpapiere und Scheidemünzen und Postscheckguthaben und Sonstige Aktiva, am Jahresende (1972: einschließlich Auslandswechsel von 1612 Mill. DM).

lich nicht nur Dollars, sondern auch andere Währungen in die Reserven von Notenbanken aufgenommen werden und wir einen Multireservestandard haben — wir haben ihn bereits, wenn wir die Sonderziehungsrechte und alles Mögliche einbeziehen —, dann leben wir in der Welt Schottlands zu Beginn des 19. Jahrhunderts. Nur solange die Wechselkurse stabil sind, ist in einem solchen System der Konkurrenz der Geldschaffung die Inflation auf Weltebene einprogrammiert. Der Übergang zum flexiblen Wechselkurs erlaubt es, alle Notenbanken sozusagen nach Verdienst zu bewerten, wie es auch zeitweise im Zettelbankwesen der Fall war; man kann sich dann die stabilen Noten heraussuchen. Wir kommen damit allerdings in einen Zustand der Kipper- und Wipperzeit, wo ja auch Münzverschlechterungen dazu dienten, das Nominalwertprinzip ein wenig zu unterlaufen, um damit Gewinne zu machen. Das Erkennen des Betruges ist bei Noten etwas schwieriger, weil sie keinen roten Schimmer haben und man den Kupfergehalt nicht sehen kann. Immerhin erlaubt es aber das System flexibler Wechselkurse, den Unterschied des Währungs Betruges zwischen verschiedenen Währungen festzustellen und außerdem durch nationale Stabilisierungen auch die Weltinflation abzubauen.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Das alles bezieht sich auf die Durchsetzung bestimmter Änderungen der Geldverfassung. Allgemein wurde bis jetzt, ich glaube mit Ausnahme von Herrn Ehrlicher, immer davon ausgegangen, daß Geldangebotssteuerung eigentlich das adäquate Mittel sei. Wenn ich Herrn Ehrlicher recht verstanden habe, hat er das in seinem Diskussionsbeitrag in gewisser Weise bestritten. Ich sage das nur, damit nicht ein falscher Eindruck von Harmonie entsteht.

Otmar Issing (Nürnberg):

Ich bin ja auch für Regeln. Doch wenn man sie auf internationaler Ebene schafft, muß man sehr darauf achten, daß man auch über Sanktionsmöglichkeiten verfügt. Hat man sie nicht, ergibt sich das, worauf bereits hingewiesen wurde: Insofern würde ich mit Herrn Hoppmann und Herrn Niehans den Zeitpunkt, seitdem wir keinerlei Goldbindung mehr haben, sehr weit vorverlegen: Die USA haben eindeutig eine Politik des, wie man so schön sagt, benign neglect betrieben. De Gaulle hat seinerzeit die Rechnung präsentiert, die Bundesrepublik ist abseits gestanden. Albert Hahn hat dieses Verhalten einmal als Mischung aus gutem Hirten und deutschem Michel charakterisiert. Wenn also Regeln nur von einigen eingehalten werden, von anderen nicht, dann profitieren gerade die „Falschen“ von diesem System.

Nun zu einem anderen Aspekt: In vielen Referaten, meine ich, kommt die politische Dimension der Stabilitätskonzeption bzw. die Einstellung des Autors dazu darin zum Ausdruck, welche Zeitperiode er glaubt der betreffenden Wirtschaft zumuten zu können. Ich wage also unbesehen den politischen Standort von Autoren danach zu bestimmen, wie lange sie die Anpassungsperiode für ihre Konzepte vorsehen. Dabei gibt es natürlich sehr weite Dimensionen. Irving Fisher hat einmal festgestellt, daß innerhalb von 30 Jahren der Nominalzins sich an die Inflationsrate anpaßt. An solche Anpassungsperioden denkt man heute nicht mehr. Aber auch in all den Konzepten, in denen man von einem Jahr ausgeht und sagt, innerhalb einer relativ kurzen Zeit wird sich diese Konzeption realisieren, können wir die Anpassungsschwierigkeiten ausklammern. Wir haben aber gehört, daß innerhalb von Jahren Wahlen passieren können. Herr Kaltefleiter hat darauf hingewiesen, daß sogar Wochen entscheiden können. Ich meine also, wenn die Wissenschaft Konzeptionen entwickelt, und das muß sie sicher, sonst bleibt es bei der reinen Ad-hoc-erei, wenn sie Konzeptionen entwickelt, die dieses kurzfristige Problem nicht enthalten und dafür keine praktikablen Lösungen vorsehen, dann wird sich die Politik immer auf den aktuellen Zustand konzentrieren und das Konzept mehr oder weniger gar nicht registrieren.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ich glaube, es ist in einigen Referaten, wenn ich das dazwischen-schalten darf, versucht worden, dieses Problem der Anpassung an den endgültigen Zustand entweder durch flankierende Vorkehrungen zu mildern oder ausdrücklich durch besondere Maßnahmen wie etwa die Zulassung von Indexierungen zu lösen. Ich weiß nicht, ob wir allzu ausführlich darauf eingehen sollten, denn darüber gibt es bekanntlich eine sehr bekannte allgemeine Diskussion in der Öffentlichkeit.

Hans Willgerodt (Köln):

Ich wollte noch einmal betonen, daß meine Vorschläge zum Teil darauf beruhen, daß ich dem Marktmechanismus gerade in dieser Hinsicht nicht genügend vertraue. Deswegen möchte ich mit ordnungspolitischen Methoden erreichen, daß das Beschäftigungsproblem nicht außer acht gelassen wird. Ich wäre also mißverstanden, wenn ich alles dem Markte überlassen wollte. Es geht um die Frage: Was kann man für die Beschäftigung tun, ohne gleichzeitig wieder die Stabilität preiszugeben? Wir müssen uns überlegen, ob es Möglichkeiten gibt, die Beschäftigung aufrechtzuerhalten, ohne daß der Weg zur Stabilisierung ausbleibt. Wir müssen uns mindestens überlegen, die Fristen für eine Anpassungskrise zu verkürzen, damit die Stabilisierung für einen Politiker zumutbar ist. Wir können

natürlich auch vorschlagen, die Wahlperioden zu verlängern, etwa von vier auf fünf Jahre usw., damit sich die Stabilisierungspolitik auszahlt, aber das ist doch problematisch.

Kurt Rothschild (Linz):

Ich möchte eine Ergänzung bringen, damit nicht der Eindruck entsteht, daß die Betonung des politischen Aspekts zu dem nihilistischen Argument führt, daß man nichts tun kann. Ich glaube, die Anerkennung des politischen Problems heißt, daß die Übergangsperiode eine sehr wichtige Periode ist, während rein ökonomische Überlegungen dahin tendieren, langfristige Lösungsvorschläge zu machen. Wenn man die Wichtigkeit der Übergangsperiode erkennt und glaubt, daß die Inflation reduziert werden soll — insoweit werden wir uns ja wahrscheinlich einigen, ob sie abgeschafft werden soll, ist eine andere Frage —, dann müßte man so vorgehen, wie es Herr Albeck gesagt hat: Man muß einmal einen Versuch wagen, man muß wirklich vorsichtig einen Versuch starten, weil wir eigentlich nicht genau wissen, was die heutigen Verhaltensweisen sind. Die Schwierigkeit ist ja, daß wir heute in einer historischen Periode stehen, die wir noch nie hatten, nämlich eine sehr lange Inflation in friedlichen Zeiten, die sich erst in der jüngsten Zeit deutlich zu akzelerieren begonnen hat.

Man muß das Stabilitätsproblem weiter fassen. Ich berichte jetzt auch aus unserem Arbeitskreis: Bei uns hat Herr Scherf in seinem Referat die Stabilität weiter gefaßt. Er hat gesagt, Stabilität dürfe man nicht nur als Stabilität des Preisniveaus oder der Beschäftigung auffassen, sondern auch als eine der Institutionen in dieser Gesellschaft, die mit diesen Fragen zu tun haben. Man erhält dann einen weiteren Rahmen, und das bedeutet — was in den Diskussionen von Herrn Gahlen und Frau Busch-Lüty sehr deutlich zum Vorschein kam —, daß man in dieser neuen Situation mit neuen Ideen und kleinen Schritten experimentieren müsse. Ich weiß nun nicht genau, was das Wort „ordnungspolitisch“ genau heißt, das Herr Willgerodt öfter benutzt hat. Ich weiß nicht, ob es uns irgend einen Hinweis in dieser neuen Situation gibt. Wir haben derzeit wohl eine Ordnung, die wir noch nie gehabt haben. Wir müssen uns klar sein, daß wir relativ offen und vorsichtig sein müssen.

Hans Willgerodt (Köln):

Ordnungspolitisch ist das, was in fast allen Referaten behandelt worden ist, ohne diese Überschrift. Ich war der Unglückliche, der unter dieser Überschrift referieren mußte.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Es ist immerhin die Rede von Geldverfassung, Wettbewerb und allem Möglichen gewesen.

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Da Herr Willgerodt eine zwar hübsche, aber vielleicht eine nicht allen zureichend erscheinende Antwort auf die Frage von Herrn Rothschild gegeben hat, möchte ich ein Beispiel geben. (Dabei möchte ich nicht über die Verwendung des Wortes Ordnungspolitik und den Begriffsinhalt streiten.)

Das Beispiel sei das Problem der Anpassungskrise, wobei Herr Rothschild immer darauf hinwies, welche Schwierigkeiten beim Übergang, d. h. bei der Verminderung der Preissteigerungsraten, entstehen. Nun zur Ordnungspolitik: In der Bundesrepublik Deutschland sind durch § 3 des Währungsgesetzes privatrechtliche Wertsicherungsklauseln für bestimmte Arten von Geldforderungen verboten. Wenn dieser § 3 des Währungsgesetzes beseitigt würde — und das ist eine ordnungspolitische Maßnahme (möglicherweise ist er sogar verfassungswidrig) —, dann würden alle Geldschuldner und Kreditgeber sich im Einzelfall mit einer Bank oder irgendeinem anderen über eine individuelle privatrechtliche Wertsicherung einigen können. (Das ist etwas ganz anderes als die Indexierung; in der Indexierungsdiskussion ist dieser Gedanke bisher völlig untergegangen.) Das würde zur Folge haben, daß die Banken, solange sie noch im Wettbewerb stehen, den Sparern in wahrscheinlich recht kurzer Zeit verschiedenartige Typen der Wertsicherung anbieten würden. Sie müßten lediglich in ihren Bilanzen dafür sorgen, daß sie auf der Aktivseite ebenfalls entsprechende Wertsicherungsverträge haben. Es wären dann auch die Letzten, die noch am Nominalwertprinzip hängen, insbesondere die kleinen Sparer in der Lage, sich ebenfalls abzusichern.

Konsequenzen für die Anpassungsphase: Ein Teil der Schwierigkeiten der Anpassungsphase, die wir jetzt in der Bundesrepublik Deutschland erleben, resultiert daraus, daß plötzlich Stabilisierungspolitik in einer Weise betrieben wird, mit der niemand gerechnet hatte. Von den Unternehmen wurde eine derartig hohe Zinsenlast bisher akzeptiert, weil sie mit weiteren Preissteigerungsraten gerechnet haben. Kommt nun der Druck auf die Preise, dann ist die Zinslast zu hoch, und der Rückschlag wird sehr stark. Beim Vorhandensein von Wertsicherungsklauseln würde der Marktzins niedriger sein, weil die antizipierte Preissteigerungsrate durch die Wertsicherungsklausel separat berechnet wird. Wenn dann die Preissteigerungsrate sinkt, haben die Schuldner nicht die hohen Zinsen zu zahlen. Mit dem Rückgang der Preissteigerungsraten würde zugleich die effektive Zinsbelastung abnehmen, weil die separaten Zuschläge auf Grund der Wertsicherungsklauseln ebenfalls abnehmen.

Ein ordnungspolitischer Eingriff — der von einigen offenbar verpönt ist —, der die Vertragsfreiheit auf dem Gebiet der Geldschuldverhält-

nisse wiederherstellen würde, könnte also dafür sorgen, daß die Anpassungskrise wahrscheinlich erheblich geringer wäre.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Ich weiß nicht, ob wir dieses Thema jetzt in extenso behandeln sollten, denn es gibt da eine ganze Reihe von Gegenargumenten, etwa die der sog. Schwungradtheoretiker. Ich würde auch den Vorschlag von Herrn von Weizsäcker in ähnlichem Zusammenhang sehen, oder würden Sie das nicht?

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Man kann ihn auch ordnungspolitisch einordnen, wenn man unbedingt will. (Zuruf: Ich wollte es nicht etikettieren!) — Ich glaube doch, daß ordnungspolitische Debatten wichtig und richtig sind. Man muß sich nur darüber im klaren sein, daß Ordnungspolitik nicht eine feststehende Größe ist; sie entwickelt sich von selbst. Das System entwickelt sich historisch. Was man als Ordnungspolitik politisch richtig oder nicht richtig auffaßt, wird sich damit mitentwickeln. Zum Beispiel die Ablehnung von Preiskontrollen jeder Art aus ordnungspolitischen Gründen mag in einer bestimmten historischen Phase der Ordnungspolitik und der wirtschaftlichen Entwicklung völlig richtig sein. Es kann aber auch durchaus richtig sein — das wäre mein Votum, ohne es jetzt auszuweiten —, daß in einer anderen Phase des Preisbildungsprozesses und auch in einer anderen Phase der politischen Rahmenbedingungen einer marktwirtschaftlichen Ordnung dieses dogmatische Ablehnen des Instrumentes der direkten Eingriffe in die Preise und der direkten Preiskontrolle gerade falsch ist, gerade es ordnungspolitisch durchaus vernünftig sein kann, umzudenken, gerade weil man durch eine homöopathische Dosis der Preiskontrolle vermeiden kann, daß der ordnungspolitische Rahmen als ganzer in Frage gestellt wird. Das ist ja auch traditionell das Notenbankmonopol, an dem im großen und ganzen die liberale Marktwirtschaftsordnung nicht gerüttelt hat. Es ist in diesem Sinne auch ein Ausnahmehereich. Herr Engels hat in sehr origineller Weise darauf hingewiesen, daß es möglicherweise ordnungspolitisch gesehen auch nicht richtig ist. Das heißt, die ordnungspolitische Debatte ist nicht beendet. Man muß sich daran gewöhnen, häufiger umzudenken.

Otmar Issing (Nürnberg):

Herr von Weizsäcker, nur eine Frage: Ordnungspolitik und Ordnungsdanken heißt ja nicht Starrheit im Denken. Wie unterscheidet sich das, was Sie gerade vorgetragen haben, von einer Einstellung, die besagt, was kommt, ist gut, man muß es nur wollen?

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Nein, nein, ich würde sagen, daß der Sinn ordnungspolitischer Debatten der ist, daß man nicht, wie Sie es vorhin selber nannten, Ad-hoc-erei betreibt, sondern daß man unter einem langfristig und durchdachten Aspekt die einzelnen Maßnahmen und Vorschläge sieht. Man muß im einzelnen begründen, weshalb eine vorgeschlagene Maßnahme diesem langfristigen Aspekt entspricht. Nur das, was nicht konstant bleibt, kann meines Erachtens historisch unter diese ordnungspolitischen Kriterien fallen. Sie werden in jeder Generation wieder anders formuliert werden müssen.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Es geht wohl nicht um die Identifikation mit einer bestimmten Ordnung, sondern nur darum, daß man zwischen Rahmen und dem, was innerhalb dieses Rahmens kurzfristig geschieht, unterscheiden muß.

Im Zusammenhang mit der Ordnungspolitik war bei Herrn Willgerodt die Rede von einer Aktivierung der Wettbewerbspolitik. Dabei wurde das Problem von Preisrigidität und Preisflexibilität aufgeworfen, auf das wir vielleicht noch ein wenig eingehen müßten, weil allein der Tatbestand mir umstritten erscheint. Herr Rothschild ist davon ausgegangen, das Preisrigidität bestehe und kaum zu ändern sei. Herr von Weizsäcker hat zum Teil den Tatbestand angezweifelt. Herr Willgerodt hat Wiederherstellung eines gewissen Grades von Preisflexibilität für möglich gehalten. Aber zuvor hatte sich noch Herr Borchardt gemeldet.

Knut Borchardt (München):

Ich würde gern genau zu diesem Thema einige Worte sagen. Ich stimme mit Herrn von Weizsäcker überein und muß mein heftiges Mißvergnügen gegenüber all jenen zum Ausdruck bringen, die eine Aushilfe anzubieten scheinen, indem sie sagen, man könne gegen die Inflation zwar so oder so nichts tun, aber wir sollten mal etwas am Gesetz gegen Wettbewerbsbeschränkungen ändern, wir müßten die Wettbewerbspolitik intensivieren. Man braucht die Bedeutung der Wettbewerbspolitik nicht zu bagatellisieren und ihre Erfolge nicht auf Null abzuschreiben, aber daß sie ein geeignetes Mittel wäre, in irgendeiner nennenswerten Weise einen stabilisierungspolitischen Beitrag zu leisten, scheint mir angesichts des von Herrn von Weizsäcker genannten Umstandes und in Hinblick auf die historische Erfahrung unabweisbar zu sein. Die Preisrigidität hat keinen unmittelbaren Zusammenhang mit nachweisbaren Veränderungen der Marktform, wie immer wir sie definieren.

Es besteht bei uns ein sehr merkwürdiger Konsens, der förmlich zu einer liberalen Unterstützung der Thesen vom staatsmonopolistischen Kapitalismus beiträgt, wie wenn es um simple Veränderungen der Marktformen ginge, die durch Veränderung dieses oder jenes Paragraphen bewirkt werden könnten. Hier ist z. B. davon die Rede gewesen, den Krisenkartellparagraphen abzuschaffen. Doch ist dieser bisher ganz irrelevant gewesen. Es hat bisher keine nennenswerte Zahl genehmigter Krisenkartelle gegeben. Die paar genehmigten sind stabilisierungspolitisch völlig irrelevant. Ich will, Herr Willgerodt, nicht bestreiten, daß es unerlaubte Absprachen gibt, aber das hat mit der Änderung eines formalen Gesetzes wenig zu tun. Gleiches gilt für die Import- und für die Exportkartelle. Ich glaube, ihr stabilisierungspolitischer Effekt ist relativ gegenüber anderen Maßnahmen der Außenhandelspolitik viel zu gering. Es ist zuzugeben, daß im 19. Jahrhundert die Unternehmen kleiner gewesen sind als heute. Aber wenn Sie einmal die Marktform genauer analysieren, wenn wir nachsehen, ob die Firma Siemens, die 1847 gegründet worden ist, sich jemals in vollständiger Konkurrenz befunden hat, so würde ich meinen, es sei nie der Fall gewesen. Wir hatten zwar im 19. Jahrhundert gewisse Welthandelsgüter mit einer großen internationalen Konkurrenz mit hoher Flexibilität, wir haben aber auch andere Güter gehabt, die durchaus auf viel kleinräumigeren Märkten gehandelt worden sind und die von kleinen Firmen angeboten wurden, obgleich am Tatbestand aktiven Markteinflusses gar kein Zweifel besteht. Wir sollten nicht immer nur auf die paar großen Welthandelsgüter schauen, die auch heute noch eine ziemlich hohe Preisflexibilität haben.

Hans Willgerodt (Köln):

Wenn Sie meinem Referat gefolgt sind, so werden Sie bemerkt haben, daß ich angesichts so vieler kritischer Zuhörer außerordentlich vorsichtig gewesen bin, was die Beurteilung des Wettbewerbs in diesem Zusammenhang angeht. Gleichwohl scheint mir doch sehr viel Wahres an der These zu sein, daß bei Wettbewerb und rückläufiger Nachfrage schließlich der eine oder andere Anbieter auf die Idee kommt, ob man nicht auch den Preis senken könnte, um seinen Marktanteil zu vergrößern, gerade wenn die anderen Anbieter an dem Theorem des stabilen Preises festhalten. Es ist eine ganz banale Tatsache, daß es immer wieder diese Leute gibt, die unter Wasser zu schießen beginnen, und wir sollten gerade auch bei Stahl und Eisen und in ähnlichen Bereichen die offiziellen Preise nicht als die wahren Preise akzeptieren. Jeder Einkäufer weiß, daß hier verhandelt wird. Daß wir mit dem Friseur nicht handeln, nun gut. Das sind Fälle, wo in Zünften usw. der traditionell übliche Preis abgesprochen wird. Da herrscht wenig Wettbewerb. Worauf es aber ankommt, sind doch die wirklich wichtigen, das Wettbewerbs- und Preis-

klima bestimmenden Preise, und hier gibt es viel mehr tatsächlichen und potentiellen Preiswettbewerb, als man meint. Es gibt dort allerdings auch viel mehr Versuche, diesen Preiswettbewerb abzubauen, etwa wenn Sie an die internationale Organisation zur Verhinderung des Preiswettbewerbs bei Stahl zwischen den europäischen Stahlfirmen und den USA denken, oder daran, daß ein weltweites Textilabkommen nunmehr abgeschlossen worden ist, oder daran, daß von seiten der Bundesregierung ständig hoffentlich nutzlose Anstrengungen gemacht werden, um Selbstbeschränkungsabkommen für alle möglichen Güter bei Entwicklungsländern usw. durchzusetzen, sobald diese Länder konkurrenzfähig werden. Ich gebe zu, der § 4 des GWB mag vielleicht weniger wichtig gewesen sein als die darin enthaltene Philosophie, aber wir haben von der Bundesregierung Krisenkartelle zum Beispiel bei der Kohle organisiert, auch für die Landwirtschaft, für Mühlen und Molkereien, obwohl es darüber einen Streit gibt, ob dabei wirklich Krisen bestanden haben. Im übrigen haben wir in der Landwirtschaft trotz des EWG-Marktordnungssystems Realpreissenkungen, so daß ich Ihren Optimismus teile, daß weitaus mehr möglich sei, als denkbar ist. Da ich dennoch Pessimist bin, glaube ich, man kann in der Wettbewerbspolitik nicht genug Vernünftiges tun. Ob das nun überflüssig ist, weil Sie meinen, es geht sowieso alles gut: Schaden tut es dennoch nicht, und das ist auch etwas wert.

Knut Borchardt (München):

Eine kurze Richtigstellung: Ich habe nichts dagegen, in der Wettbewerbspolitik etwas zu tun. Nur die Prominenz, die diese Frage in der öffentlichen Debatte über das Inflationsproblem bekommen hat, ist unangemessen. Ich halte es für völlig unangemessen, daß in der Regierungserklärung alles, was wirklich wichtig ist, in drei oder vier Sätzen zum Ausdruck kommt, dann aber auf einmal ein ausführliches Programm zur Revision des GWB vorgeführt wird unter dem Stichwort Stabilisierungspolitik. Das erinnert zu sehr daran, daß schon einmal die Verordnung gegen den Mißbrauch wirtschaftlicher Macht 1923 Ablenkfunktionen hatte.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Diese Frage richtet sich zum Teil auch an Herrn von Weizsäcker, weil es eine Frage der Preisrigiditäten ist, die er gar nicht in dem Ausmaß in Zusammenhang mit Wettbewerb gebracht hat, wie Sie, Herr Willgerodt, es getan haben.

Jürg Niehans (Baltimore):

Ich habe eine mehr technische Frage über die Frage der Preiskontrolle: Sie sagten, wenn ich recht hörte, daß sich bei Ihrem Verfahren der Preis-

kontrolle die Kontrollbehörden nicht mit den Kostenrechnungen der Unternehmungen zu befassen hätten. Sie sagten gleichzeitig, daß die Firmen selbstverständlich verpflichtet seien, Kostenerhöhungen, Preiserhöhungen auf gekauften Rohstoffen und Produktionsfaktoren, weiterzugeben. Meine Frage: Wie kann kontrolliert werden, daß diese Preiserhöhungen auf Faktoren auch für den Kapitaleinsatz weitergegeben werden, ohne daß in die Kostenrechnung eingetreten wird?

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Darf ich gleich diese Frage vorweg beantworten, denn ich glaube, es ist nur ein Mißverständnis: Ich meinte nur die Kostenerhöhungen, die mit Wertschöpfungserhöhung gleich sind, also Kapitalkosten und Arbeitskosten. Diese dürfen nicht weitergegeben werden. Deshalb braucht man über sie gar nicht zu reden. Wenn man den internationalen Handel dazunimmt, würde ich auch sagen: Importkostenerhöhungen dürfen nicht angerechnet werden, denn wenn die Importpreise allgemein steigen, kann das durch entsprechende Wechselkursänderungen kompensiert werden. Das Schema braucht natürlich flexible Wechselkurse. Das einzige, was angerechnet werden kann, sind Preise von Vorleistungen, und da brauchen Sie ja keine Stückkosten auszurechnen, sondern es geht nur darum, daß für die Gesamtzahlungen an Vorleistungen, die heute schon zur Berechnung der Mehrwertsteuer festgestellt werden müssen, ein Preisindex ermittelt werden muß. Das ist aber nur eine Umrechnung, dazu brauchen Sie keine Stückkosten.

Jürg Niehans (Baltimore):

Aber jede Unternehmung wird jeweils ihre Rechnungen über die eingekauften Rohstoffe einreichen müssen. Sie kommen vor ein ordentliches Gerichtsverfahren, und selbstverständlich müssen die Gerichte in die Kostenrechnung eintreten.

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn): Das ist aber bei der Mehrwertsteuer genauso!

(Jürg Niehans [Baltimore]): Das habe ich nicht bestritten!

— Sie wollen doch nicht behaupten, daß die Einführung der Mehrwertsteuer eine Kostenkontrolle bedeutet. Das ist etwas ganz anderes. Es ist nur eine Konstatierung der Einkäufe. In jedem besteuerten Betrieb muß über Einkäufe und Verkäufe Auskunft gegeben werden. Die üblichen Preiskontrollen hingegen führen dazu, daß das Unternehmen

durch ungeheuer komplizierte Umrechnung nachweisen muß, daß die Stückkosten steigen. Das braucht man hier nicht zu machen.

Jürg Niehans (Baltimore):

Ich nehme Ihre Erklärung, daß die gleichen Unterlagen wie für die Mehrwertsteuer ausreichend sind, zur Kenntnis.

Carl Christian von Weizsäcker (Bonn):

Herr Willgerodt hat gefragt: Was sind die strategischen Preise? Ich glaube, man sollte sich da nicht irremachen lassen. Natürlich gibt es Preise von Rohstoffen, die in furchtbar viele andere Güter hineinfließen. Man kann sagen, das seien strategische Preise. Ich halte das aber für preistheoretisch nicht sehr sinnvoll. Konjunkturpolitisch strategische Preise sind die Konsumentenpreise, weil sie auf die Lohn-Preis-Spirale wirken und am stärksten auf die Lohnbildung einwirken und deshalb die Inflation weiterschaukeln. Gerade die Friseurpreise und ähnliche Einzelhandelspreise konsumentennaher Dienstleistungsbetriebe sind ein typisches Beispiel für relativ hohe Preisrigidität. Wir haben nicht über Maße gesprochen, also nicht absolute Rigidität, wobei aber durchaus eine Wettbewerbssituation vorhanden ist. Im Einzelfall können Sie sogar handeln. Es gibt Leute, die in Hotels gehen und erst einmal über den Preis verhandeln, den sie bezahlen sollen. Die große Mehrheit der Leute macht das nicht; das entspricht nicht den sozialen Normen. Hier müßten wir in die Soziologie der Preisbildung eintreten. Im großen und ganzen wird das nicht gemacht. Es gibt also von da her eine Preisrigidität, die durchaus mit Wettbewerb kompatibel ist.

Ein Beispiel: Herr Willgerodt hat erwähnt die Selbstbeschränkung bei Exporten von Entwicklungsländern in unsere Länder. Das ist keine Selbstbeschränkung, das ist von uns aufgezwungen. Auch entsprechende Importkontingente sind natürlich Wettbewerbsbeschränkungen und mögen von da her sogar einen preissteigernden Effekt haben. Hätte man jedoch diese Importbeschränkungen nicht, hätte man furchtbaren politischen trouble, und damit hätte man kurzfristig eine höhere Arbeitslosenrate. Der Politiker ist immer vor dem Dilemma, etwa in der Textilindustrie vor einiger Zeit bei uns und in anderen Industrien, daß dort jetzt eben Leute beschäftigt sind, weil es diese Importrestriktionen gibt. Zwar ist die Preissteigerungsrate höher, dafür ist aber auch kurzfristig die Beschäftigung höher. Entsprechendes gilt für die Aufhebung der Preisbindung der zweiten Hand. Selbstverständlich hat das konjunkturpolitisch dazu geführt, daß die Preise etwas weniger stark gestiegen sind, als sie sonst gestiegen wären. Gleichzeitig liest man aber in der Zeitung, daß 60 000 Verkäuferinnen keinen Arbeitsplatz haben, das heißt, der

Wettbewerb sorgt — und das ist ja auch sein Ziel — für die Einsparung von Produktionsfaktoren. Dies bedeutet konjunkturpolitisch höhere Arbeitslosigkeit. Von da her ist es gar nicht so klar, ob erhöhter Wettbewerb, selbst wenn er an der Preisfront und konjunkturpolitisch gewisse Stabilisierungserfolge hat, nicht auch kurzfristig Nachteile in der Beschäftigung hat. Ich bin sehr für Wettbewerbspolitik, halte aber Wettbewerbspolitik für eine langfristig angelegte Angelegenheit. Ich glaube nicht, daß dabei sehr viel für die kurzfristigen Probleme der Beschäftigungspolitik und der Stabilisierungspolitik herauspringt. Natürlich ist völlig klar, daß die großen Stahlkonzerne, die große Kunden haben, preisflexibler sind. Aber es bestätigt nur meine These. Denn die Preisflexibilität ist ein Phänomen, das auf solchen Märkten stattfindet, wo die Konsumenten fern sind.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Leider muß ich wegen der fortgeschrittenen Zeit zumindest die Rednerliste schließen. Herr Hoppmann, hatten Sie noch eine wichtige Bemerkung, weil Sie sich noch gemeldet haben?

Erich Hoppmann (Freiburg i. Br.):

Das ist schwer zu sagen, ich will mich aber auf eine halbe Minute beschränken: Das Modell von Herrn von Weizsäcker fußt meines Erachtens auf einer nicht adäquaten methodologischen Grundlage. Die Anzahl der Modelle, die man konstruieren kann, ist ja beliebig, und wir unterscheiden Modelle, die einen sehr hohen Erklärungswert haben, die sehr nützlich sind, und solche, die sich als Glasperlenspiel herausstellen. Hier habe ich den Eindruck, den ich leider jetzt nicht mehr begründen kann, daß es sich um ein solches Glasperlenspiel handelt. — Herr von Weizsäcker, erst wenn ich nähere Details kennen würde, könnte ich näher dazu Stellung nehmen, aber ich bin auf eine halbe Minute beschränkt.

Gérard Gäfgen (Konstanz):

Es ist immer so, daß man dann, wenn es interessant wird, abrechnen muß. Hier wären wir wieder auf die Frage der Realisierung im politischen und administrativen Raum zu sprechen gekommen und hätten die Dimension, die wir immer so betont haben, die Verbindung der Subsysteme Politik und Wirtschaft (wie es in manchen Arbeitskreisen hieß) noch weiter pflegen können. Leider stehen wir unter der Zeitrestriktion der Tagungsleitung, und solche Restriktionen sind nie optimal bzw. führen immer nur zu suboptimalen Ergebnissen. Mehr konnten wir daher auch in dieser Diskussion nicht erzielen. Ich danke allen herzlich für die Beteiligung.

Schlußwort

Waldemar Wittmann (Frankfurt am Main):

Es ist dem Vorsitzenden bei früheren Tagungen oft gelungen, in seinem Schlußwort eine Bilanz zu ziehen und oft auch eine Gewinn- und Verlustrechnung der wissenschaftlichen Arbeiten der Tagung aufzustellen. Dies wäre mir, wenn man Vollständigkeit des Berichtes erwartet hätte — schon wegen der Aufteilung eines guten Teils der Arbeit auf parallele Arbeitskreise —, nicht möglich gewesen. Das soeben beendete Podiumsgespräch hat dafür aber einen guten Ersatz geboten und zugleich den als Stellvertreter fungierenden Betriebswirt der Schwierigkeit enthoben, in einer Zusammenfassung seine persönlichen Eindrücke zum Resultat der Tagung zu erheben. Wie ein früherer Vorsitzender ermittelt hat, gibt es — aus ähnlichen Gründen — aus dem Jahre 1907 einen Beschluß, der sich gegen solche, die wissenschaftlichen Tagungsergebnisse zusammenfassenden Schlußworte wendet.

Dafür ist es mir aber eine besondere Ehre und Freude, hier noch einmal herzlich nicht allein dem Leiter der wissenschaftlichen Tagung für all seine Mühe zu danken, nicht nur den Referenten, Diskussionsleitern und -teilnehmern dafür, daß sie uns wissenschaftlich angeregt und geführt haben, sondern auch jenen, die den Rahmen der Tagung geschaffen haben, den institutionellen, technischen und organisatorischen Rahmen, also jenen etwa, die hier mitstenographiert haben, die die Übertragungsanlagen bedient haben, die dafür gesorgt haben, daß wir gut in den Hotels untergebracht worden sind, die sich für das Bankett den Kopf zerbrochen haben, wie das Menü zusammenzustellen sei, die das Schiff und die Kapelle bestellt haben, kurz, all jenen, die dafür gesorgt haben, daß wir in diesem Lande der ruhigen Gediegenheit die Tagung genießen konnten wie in einem alten bequemen Lehnssessel.

Insbesondere danke ich auch den wissenschaftlichen Mitarbeitern von Herrn Würigler aus Zürich und Herrn Schneider aus Köln und dem Geschäftsführer der Gesellschaft, Herrn Haas.

Meine Damen und Herren, die Reden sind gehalten, die Referate verlesen, die Gespräche haben stattgefunden, die Leidenschaften haben sich gelegt, die Blumen auf dem Podium fangen an, die Köpfe hängen zu lassen. Ich darf den Vorhang fallen lassen und beende hiermit die wissenschaftliche Tagung der Gesellschaft für Wirtschafts- und Sozialwissenschaften — Verein für Socialpolitik — 1974.

Verzeichnis der Referenten

Privatdoz. Dr. Hermann Albeck, 74 Tübingen.

Prof. Dr. Dieter Biehl, Institut für Weltwirtschaft der Universität Kiel, 23 Kiel, Düsternbrooker Weg 120 - 122.

Prof. Dr. Reinhard Blum, Lehrstuhl für Makroökonomie, Universität Augsburg, 89 Augsburg, Memminger Str. 14.

Prof. Dr. Silvio Borner, Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der Hochschule St. Gallen, CH 9000 St. Gallen, Dufourstr. 48.

Prof. Dr. Emil-Maria Claassen, Justus-Liebig-Universität Gießen, Volkswirtschaftslehre VII, 63 Gießen, Licher Str. 74.

Prof. Dr. Dieter Duwendag, Hochschule für Verwaltungswissenschaften Speyer, Lehrstuhl für Wirtschaftliche Staatswissenschaften, 672 Speyer, Freiherr-vom-Stein-Str. 2.

Prof. Dr. Bruno Fritsch, Institut für Wirtschaftsforschung, Eidgenössische Technische Hochschule Zürich, CH 8006 Zürich, Scheuchzerstr. 68.

Prof. Dr. Jürgen Hauschildt, Universität des Saarlandes, Lehrstuhl für Betriebswirtschaftslehre, insbes. Bankbetriebslehre, 66 Saarbrücken 11.

Prof. Dr. Walter Adolf Jöhr, Forschungsgemeinschaft für Nationalökonomie an der Hochschule St. Gallen, CH 9000 St. Gallen, Dufourstr. 48.

Prof. Dr. Werner Kaltefleiter, Sozialwissenschaftliches Forschungsinstitut der Konrad-Adenauer-Stiftung, 5305 Alfter/Bonn, Burg Alfter.

Prof. Dr. Paul Klemmer, Ruhr-Universität Bochum, Seminar für Wirtschafts- und Finanzpolitik, 463 Bochum-Querenburg, Buscheystraße, Gebäude GC.

Prof. Dr. Heiko Körner, Universität Hamburg, Institut für Außenhandel und Überseewirtschaft, 2 Hamburg 13, Von-Melle-Park 9.

Prof. Dr. Ulrich Koester, Institut für Agrarökonomie der Universität Göttingen, 34 Göttingen, Nikolausberger Weg 9 c.

Prof. Dr. Jürgen Kromphardt, Justus-Liebig-Universität Gießen, Volkswirtschaftslehre V, 63 Gießen, Licher Str. 60, Haus 9.

Prof. Dr. Bernhard Külp, Institut für Allgemeine Wirtschaftsforschung, Abt. Sozialpolitik der Albert-Ludwigs-Universität, 78 Freiburg, Werthmannplatz 1.

Prof. Dr. Emil Küng, Handels-Hochschule St. Gallen, CH 9008 St. Gallen, Dufourstr. 114.

Dr. Thomas G. Lachs, Volkswirtschaftlicher Referent des Österreichischen Gewerkschaftsbundes, A 1011 Wien, Hohenstaufengasse 10 - 12.

Prof. Dr. Helge Majer, Institut für Angewandte Wirtschaftsforschung der Universität Tübingen, 74 Tübingen, Ob dem Himmelreich 1.

Prof. Dr. Alfred Meier, Institut für Finanzwirtschaft und Finanzrecht an der Hochschule St. Gallen, CH 9000 St. Gallen, Varnbuelstr. 19.

Prof. Dr. Werner Meißner, Johann Wolfgang Goethe-Universität, Seminar für Volkswirtschaftslehre, 6 Frankfurt a. M., Schumannstr. 34 a.

Prof. Dr. Lothar F. Neumann, Ruhr-Universität Bochum, Zentrales Sozialwissenschaftliches Seminar, Lehrstuhl für Sozialpolitik und Sozialökonomik, 463 Bochum, Buscheystraße, Gebäude GC.

Prof. Dr. Manfred Neumann, Volkswirtschaftliches Seminar der Universität Erlangen-Nürnberg, 85 Nürnberg, Hauptmarkt 2/II.

Prof. Dr. Manfred J. M. Neumann, Institut für Banken und Industrie, Geld und Kredit der Freien Universität Berlin, 1 Berlin 33, Garystr. 6.

Prof. Dr. Jörg Niehans, Johns Hopkins University, 215 Paddington Road, Baltimore, Maryland 21212.

Prof. Dr. Ewald Nowotny, Hochschule für Sozial- und Wirtschaftswissenschaften, Institut für Finanzwissenschaft, A 4045 Linz/Auhof.

Prof. Dr. Hans-Rudolf Peters, Universität Oldenburg, Fachbereich III — Wirtschaftswissenschaften, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, 29 Oldenburg, Ammerländer Heerstr. 67 - 99.

Dr. Heinz Rieter, 463 Bochum, Hattinger Str. 400.

Prof. Dr. Burkhardt Röper, Institut für Wirtschaftswissenschaften der Rheinisch-Westfälischen Technischen Hochschule Aachen, 51 Aachen, Templergraben 64.

Prof. Dr. Manfred Rose, Alfred-Weber-Institut für Sozial- und Staatswissenschaften an der Universität Heidelberg, 69 Heidelberg, Bergheimer Str. 104 - 106.

Prof. Dr. Harald Scherf, Fachbereich Wirtschaftswissenschaft der Universität Hamburg, 2 Hamburg 13, Von-Melle-Park 9.

Dr. Michael Schmid, Lehrstuhl für Volkswirtschaftslehre und Statistik der Universität Mannheim, 68 Mannheim, Seminargebäude A 5.

Dr. Rainer Schmidt, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 23 Kiel, Düsternbrookweg 120 - 122.

Dr. Joachim Starbatty, Institut für Wirtschaftspolitik der Universität zu Köln, 5 Köln 41, Lindenburger Allee 32.

Prof. Dr. Norbert Szyperski, Seminar für Allgemeine Betriebswirtschaftslehre und Betriebswirtschaftliche Planung der Universität zu Köln, 5 Köln 41, Albertus-Magnus-Platz.

Doz. Dr. Ulrich Teichmann, Seminar für Wirtschafts- und Sozialpolitik der Johann Wolfgang Goethe-Universität, 6 Frankfurt a. M., Mertonstr. 17.

Dr. Torsten Tewes, Institut für Weltwirtschaft an der Universität Kiel, 23 Kiel, Düsternbrooker Weg 120 - 122.

Dr. Hans Tietmeyer, Ministerialdirektor im Bundesministerium für Wirtschaft, 53 Bonn, Villemombler Str. 76.

Prof. Dr. Carl Christian von Weizsäcker, Institut für Gesellschafts- und Wirtschaftswissenschaften, Wirtschaftstheoretische Abteilung III, 53 Bonn, Adenauerallee 24 - 42.

Prof. Dr. Josua Werner, Universität Hohenheim, Institut für Volkswirtschaftslehre, 7 Stuttgart 70, Garbenstr. 17.

Prof. Dr. Hans Willgerodt, Wirtschaftspolitisches Seminar der Universität zu Köln, 5 Köln 41, Albertus-Magnus-Platz.

Prof. Dr. Walter Wittmann, CH 1700 Fribourg, Impasse de la pletscha 12.

Prof. Dr. Werner Zohlnhöfer, Universität Dortmund, Lehrstuhl für Wirtschaftspolitik, insbes. Markt- und Wettbewerbsordnung, 46 Dortmund, Rheinlanddamm 203.

Verzeichnis der Mitarbeiter

- Aberle, Gerd: S. 207 - 208, 1049 - 1051
Albeck, Hermann: S. 673 - 689, 1488, 1489, 1496 - 1497
- Bartels, Hildegard:** S. 454 - 457
Barth, Hans-J.: S. 487 - 491
Baumann, Wolfgang: S. 565 - 566, 575, 611 - 612
Bayer, Alfred: S. 1330 - 1331, 1424 bis 1426
Biehl, Dieter: S. 451 - 452, 461 - 462, 492 - 495, 853 - 880, 889 - 894, 900 bis 904, 1005 - 1008
Bieri, Stephan: S. 564, 1336 - 1337
Biermann, Herbert: S. 85 - 87, 163 bis 164, 1052 - 1054, 1100 - 1101
Biersack, Hans: S. 309 - 310, 1230 bis 1233
Blümle, Gerold: S. 153 - 156
Blum, Reinhard: S. 91 - 92, 1021 bis 1035, 1062 - 1067, 1146
Bonus, Holger: S. 574, 1258
Borchardt, Knut: S. 89 - 91, 1300 bis 1301, 1327, 1328, 1331, 1333 - 1334, 1334 - 1335, 1337, 1338, 1339, 1371, 1373 - 1374, 1376, 1378, 1383 - 1384, 1384 - 1385, 1386, 1389 - 1390, 1430, 1433, 1436 - 1437, 1439, 1498 - 1500, 1507 - 1508, 1509
Borchert, Manfred: S. 389, 713 - 716
Borner, Silvio: S. 1161 - 1190, 1223 bis 1224, 1238
Bretschneider, Joachim: S. 1224 - 1225
Brugger, Ernst: S. 7 - 11
Busch-Lüty, Christiane: S. 572 - 573, 1291 - 1292
- Cassel, Dieter: S. 459, 1260 - 1261
Claassen, Emil-Maria: S. 775 - 788, 799 - 803
- Duwendag, Dieter: S. 937 - 964, 1002 bis 1005
- Ehrlicher, Werner: S. 850 - 852, 904 bis 905, 932, 1018, 1484, 1493 - 1494, 1495, 1500 - 1501
Engelhardt, W. W.: S. 158 - 159, 161
Engels, Wolfram: S. 1061 - 1062, 1098 bis 1099, 1140 - 1145, 1156 - 1158
Ewers, Hans-Jürgen: S. 1055 - 1056
- Feldsieper, Manfred: S. 458 - 459, 894 bis 895
Fischer, Georges: S. 1415 - 1419, 1435 bis 1436
Flandorffer, Werner: S. 767 - 768, 798
Franke, Jürgen: S. 1045 - 1046
Friedrichs, Günter: S. 1219 - 1220, 1259 - 1260
Frisch, Helmut: S. 356 - 357, 415 - 416, 1231 - 1232
Fritsch, Bruno: S. 61 - 78, 87 - 89, 93 bis 94, 722 - 724
- Gabriel, Siegfried L.: S. 1060 - 1061
Gäfen, Gérard: S. 85, 87, 91, 92 - 93, 94, 131, 157, 159, 160, 163, 165, 166, 1483 - 1484, 1485, 1486, 1487, 1489 bis 1490, 1491, 1492, 1495, 1498, 1501, 1502, 1503, 1504, 1506, 1507, 1509, 1512
Gahlen, Bernhard: S. 1234 - 1235
Gandenberger, Otto: S. 895 - 896, 925 bis 931
Geis, Heinz-Günther: S. 208 - 209, 1147 - 1149
Geisbüsch, Hans-Georg: S. 1256 bis 1258
Gemper, Bodo B.: S. 157 - 158
Geyer, Herbert: S. 206 - 207, 242 - 243
Glastetter, Werner: S. 1051 - 1052, 1087 - 1093, 1102, 1106 - 1110, 1152 bis 1153
Gömmel, Manfred: S. 642 - 644
Grobeschmidt, Brita: S. 1005
Gruber, Josef: S. 357 - 358
Guger, Alois: S. 1232 - 1233

- Hampe, Johannes:** S. 1431 - 1432
Hauschildt, Jürgen: S. 277 - 297, 311 bis 312
Hauser, Heinz: S. 121 - 124
Hax, Herbert: S. 299 - 303
Heinen, Edmund: S. 273 - 276, 306 bis 307
Heinrich, Jürgen: S. 1052
Helmstädter, Ernst: S. 1227 - 1228, 1293 - 1294
Hemmer, Hans-Rimbert: S. 721 - 722, 796
Heubes, Jürgen: S. 358, 1012 - 1013
Hieber, Manfred: S. 388 - 389, 422
Hoppmann, Erich: S. 1040 - 1042, 1044, 1045, 1050, 1056, 1062, 1102, 1497 bis 1498, 1501, 1505 - 1506, 1512
Issing, Otmar: S. 692, 712, 717, 719, 722, 729, 751, 767, 788 - 790, 795, 803, 846, 1491 - 1492, 1502 - 1503, 1506
Jochimsen, Reimut: S. 79 - 84
Jöhr, Walter Adolf: S. 15 - 42, 129 bis 131
Julier, Nikolaus: S. 1059 - 1060, 1097, 1098
Kaltefleiter, Werner: S. 43 - 57, 561 bis 562, 573
Klemmer, Paul: S. 429 - 444, 452 - 453, 459 - 461, 462 - 463, 1420 - 1422, 1432 - 1433
Koch, Walter: S. 932 - 934
Körner, Heiko: S. 693 - 711, 724 - 729, 796 - 797
Koester, Ulrich: S. 420, 1303 - 1321, 1326 - 1327, 1327 - 1328, 1329 - 1330, 1331 - 1332, 1333, 1334, 1335, 1337, 1338 - 1339, 1371 - 1372, 1380 - 1381
Kösters, Wim: S. 576 - 577, 1008 - 1009
Krelle, Wilhelm: S. 353 - 355, 386 bis 387, 417 - 418
Kromphardt, Jürgen: S. 363 - 382, 390 bis 392, 423 - 424
Krupp, Hans-Jürgen: S. 355 - 356, 389 bis 390, 424
Külp, Bernhard: S. 1051, 1069 - 1086, 1098, 1102 - 1106
Küng, Emil: S. 610 - 611, 731 - 750, 773 bis 774
Lachs, Thomas G.: S. 566 - 567, 619 bis 636, 645 - 647, 1233 - 1234, 1245 bis 1246
Läufer, Nikolaus: S. 1009 - 1012
Lang, Eva: S. 884 - 885
Lange, Peter: S. 242
Lenel, H. O.: S. 1049, 1096, 1097, 1147, 1152
van Lith, Ulrich: S. 574 - 575
Majer, Helge: S. 393 - 414, 418 - 420, 420 - 421, 422 - 423, 424 - 425
Marfels, Christian: S. 1037 - 1039, 1067 - 1068
Meier, Alfred: S. 211 - 233, 244 - 246
Meißner, Werner: S. 1225, 1267 - 1283, 1296 - 1298
Menck, Karl Wolfgang: S. 719
Michalski, Wolfgang: S. 92
Möler, Hans: S. 168, 209, 243 - 244, 304, 310 - 311, 314
Mühlhaupt, Bernd: S. 1218 - 1219, 1261 - 1262, 1295 - 1296
Müller, J. Heinz: S. 453 - 454, 1054, 1099 - 1100
Münnich, Frank E.: S. 345 - 349, 351, 355, 1423 - 1424, 1427, 1430, 1433 bis 1435
Neumann, Lothar F.: S. 95 - 119, 160 bis 163
Neumann, Manfred: S. 791 - 794
Neumann, Manfred J. M.: S. 886 bis 889, 899 - 900, 971 - 996, 1013 - 1018
Neumark, Fritz: S. 205 - 206, 241 - 242
Niehans, Jürg: S. 651 - 671, 1490 bis 1491, 1498, 1501, 1509 - 1510, 1511
Noll, Werner: S. 881 - 883
Nowotny, Ewald: S. 1391 - 1414, 1427 bis 1428, 1429, 1430, 1431, 1437 bis 1439
Oberhauser, Alois: S. 241, 1233, 1251 bis 1254, 1262 - 1264
Peters, Hans-Rudolf: S. 1341 - 1363, 1376 - 1377, 1378 - 1380, 1384, 1385 bis 1389, 1422 - 1423, 1429
Pfleiderer, Otto: S. 164 - 165, 204 bis 205
Piel, Manfred: S. 1057, 1147
Pohl, Reinhard: S. 997 - 1001

- Pollak, Helga: S. 235 - 240
 Pütz, Theodor: S. 125 - 128
- Rieter, Heinz: S. 169 - 198, 209 - 210
 Ritzmann, Franz: S. 965 - 969
 Röper, Burkhardt: S. 1057, 1101, 1111
 bis 1139, 1153, 1154 - 1156
 Rose, Manfred: S. 465 - 486, 497 - 501,
 896 - 898, 904, 1008
 Rossi, Angelo A.: S. 383 - 385
 Rothschild, Kurt W.: S. 351, 352 - 353,
 1218, 1222, 1224, 1226 - 1227, 1230,
 1484 - 1485, 1489, 1495 - 1496, 1504
 Rüstow, Hans-Joachim: S. 457 - 458,
 495 - 497, 526 - 527, 1228 - 1230
- Schaal, Peter: S. 387 - 388
 Schäfer, Claus: S. 1381 - 1383
 Scherf, Harald: S. 567, 612 - 613, 1239
 bis 1250, 1264 - 1265
 Schlesinger, Helmut: S. 521 - 525
 Schmid, Michael: S. 805 - 840, 846 bis
 847
 Schmidt, Klaus-Dieter: S. 441 - 446
 Schmidt, Rainer: S. 317 - 344, 352, 353,
 360 - 361
 Schnyder, Sebastian: S. 1331, 1332,
 1375, 1376, 1378
 Schönfeld, Roland: S. 305 - 306
 Schürmann, Leo: S. 637 - 641
 Schulz, Wilfried: S. 1057 - 1058, 1096
 bis 1097
 Seidenfus, Hellmuth: S. 1323 - 1325,
 1335 - 1336, 1374 - 1376
 Siebert, Horst: 1326, 1329, 1332, 1333,
 1365 - 1370, 1372, 1387
 Sievert, Olaf: S. 428, 445, 452, 459, 492,
 497, 501, 528
 Sölter, Arno: S. 1042 - 1045
 Spörndli, Erich: S. 841 - 845
 Starbatty, Joachim: S. 562 - 563, 575
 bis 576, 581 - 601, 614 - 617, 1101 bis
 1102
 Steuer, Werner: S. 527 - 528
 Stier, Winfried: S. 350
 Stössel, Reinhold: S. 1149 - 1152, 1153
 bis 1154
 Streissler, Erich: S. 532, 555, 563 - 564,
 565, 567, 571 - 572, 575, 610, 611,
 612, 617, 642, 647 - 648, 1226
 Stützel, Wolfgang: S. 202 - 204, 208,
 307 - 309, 753 - 766, 797 - 798, 846
 Szyperski, Norbert: S. 247 - 272, 313
 bis 314
- Teichmann, Ulrich: S. 1195 - 1212,
 1220 - 1221, 1235 - 1238
 Tewes, Torsten: S. 317 - 344, 350, 351,
 359 - 360
 Thiemeyer, Theo: S. 243, 304 - 305,
 1426 - 1427
 Thoma, Matthias: S. 898 - 899
 Tiepelmann, Klaus: S. 934, 1054 bis
 1055
 Tietmeyer, Hans: S. 503 - 520, 528 bis
 530
 Timmermann, Vincenz: S. 199 - 201,
 724, 798 - 799
 Trouvain, Fanz-Josef: S. 768 - 770
 Tuchtfeld, Egon:
- Uhlig, Christian: S. 717 - 719
- Voigtländer, Hubert: S. 564, 608 - 610,
 1292
- Wasserfallen, Walter: S. 1222, 1223
 Watrin, Christian: S. 555 - 560, 572,
 644 - 645, 1221 - 1222, 1258 - 1259,
 1293
 Weissel, Erwin: 1213 - 1217
 von Weizsäcker, Carl Christian:
 S. 1048 - 1049, 1469 - 1480, 1487,
 1488, 1492 - 1493, 1506, 1507, 1510
 bis 1512
 Werner, Josua: S. 133 - 151, 165 - 166
 Widmaier, Hans - Peter: S. 603 - 607,
 613 - 614
 Willeke, Franz-Ulrich: S. 358, 1046 bis
 1048, 1094 - 1095
 Willgerodt, Hans: S. 720 - 721, 770 bis
 772, 1443 - 1468, 1485 - 1487, 1488,
 1494 - 1495, 1501 - 1502, 1503 - 1504,
 1508 - 1509
 Willms, Manfred: S. 492, 795
 Wittmann, Waldemar: S. 3 - 5, 1513
 Wittmann, Walter: S. 907 - 923, 934
 bis 936
 Woll, Arthur: S. 358, 390, 420, 425
 Würgler, Hans: S. 1218
 Wysocki, Josef: S. 564 - 565, 1285 bis
 1290, 1294 - 1295
 von Wysocki, Klaus: S. 1285 - 1290
- Zimmermann, Horst: S. 1191 - 1194
 Zohnlöfer, Werner: S. 533 - 553, 567
 bis 571, 577 - 580, 608, 611, 614, 1058
 bis 1059, 1095 - 1096